Die CSU 1945 – 1948

Texte und Materialien
zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut
für Zeitgeschichte

Band 4

Die CSU 1945 – 1948

Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union

Band 1
Protokolle 1945 – 1946

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
von Barbara Fait und Alf Mintzel
unter Mitarbeit von Thomas Schlemmer

R. Oldenbourg Verlag München 1993

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die CSU 1945 – 1948 : Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union / hrsg. im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte von Barbara Fait und Alf Mintzel unter Mitarb. von Thomas Schlemmer. – München : Oldenbourg.
(Texte und Materialien zur Zeitgeschichte ; Bd. 4)
ISBN 3-486-55982-6

NE: Fait, Barbara [Hrsg.]; GT

Bd. 1. Protokolle 1945 – 1946. – 1993

© 1993 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Druck: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

Gedruckt auf alterungsbeständigem säurefreiem Papier

ISBN 3-486-55982-6

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung I

Einleitung III

1. "Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen." (IV) - 2. Die Union wird "aus der Taufe gehoben" (VIII) - 3. Bayerische Christlich-Soziale Union versus Bayerische Christliche Einigungspartei (XX) - 4. Der "Fall Schäffer" - Teil I (XXIII) - 5. Der Höhenflug des "Ochsensepp". Müllers Weg zum Parteivorsitz (XXVIII) - 6. Die Bamberger "Entscheidungsschlacht" (XXXV) - 7. Der "Fall Schäffer" - Teil II (XLIV) - 8. Satzungsdebatten (XLVIII) - a) Die Diskussionen um die Delegiertenschlüssel (XLVIII) - b) "Parteidirektorium" oder "Führersystem"? (LI) - c) Revisionsbemühungen (LIX) - 9. Die "Oberbayerische Revolte" (LXVI) - 10. Erläuterungen zu den Dokumenten (LXXXIV) - a) Aufbau der Dokumentation (LXXXIV) - b) Die dokumentierten Parteigremien (LXXXVII) - c) Quellenlage und Lücken in der Überlieferung (LXXXIX) - d) Editorische und redaktionelle Bemerkungen (XCIII)

Verzeichnis und Nachweis der Protokolle und Materialien XCVII

Abkürzungsverzeichnis CII

Protokolle 3

Anhang 1701

Materialien

Programmatik 1703

Organisation und Satzung 1751

Kurzbiographien der erwähnten Personen 1835

Register

Sach- und Ortsregister 1949

Personenregister 1977

Vorbemerkung

Die Geschichte der CSU in den Jahren 1945 bis 1948 ist seit den Pionierstudien von Alf Mintzel keine terra incognita mehr. Gleichwohl liegen wichtige Aspekte der inneren Entwicklung, der programmatischen Orientierung, des organisatorischen Aufbaus und der praktischen Politik der Christlich-Sozialen Union in den ersten Nachkriegsjahren nach wie vor im Dunkeln. Diese Defizite haben ihren Grund vor allem darin, daß der Forschung zentrale parteiinterne Dokumente bislang nicht zur Verfügung standen.

Mit der vorliegenden Dokumentation können diese Defizite weitgehend ausgeglichen werden. Sie enthält die bisher noch kaum ausgewerteten Protokolle der Landesversammlungen und des Landesausschusses und ihrer Vorläufergremien sowie die Mitschriften des Landesarbeitsausschusses, der anfangs als eine Art erweiterter Vorstand fungierte. In den Protokollen dieser Leitungsgremien spiegelt sich freilich nicht nur die schwierige Gründungsphase der CSU, etwa der Richtungskampf zwischen dem eher katholisch-traditionalistischen und dem interkonfessionell-modernen Parteiflügel oder die Fülle der organisatorischen, personellen und programmatischen Probleme, mit denen sich die im Aufbau befindliche Partei konfrontiert sah. Die Protokolle geben darüber hinaus auch Aufschluß über die CSU als Regierungspartei, ihr spannungsreiches Verhältnis zum Koalitionspartner SPD (bis 1947) und zur amerikanischen Besatzungsmacht, die in wesentlichen Fragen (etwa bei der Entnazifizierung und der Kultur- und Schulpolitik) ganz andere Positionen vertrat als die CSU. Mit der vorliegenden Dokumentation wird die Forschung über die CSU auf eine neue Grundlage gestellt und zugleich der nach einer gewissen Euphorie über die "OMGUS-Akten" wieder stagnierenden Forschung über die Besatzungszeit ein kräftiger Impuls verliehen.

Die Initiative, eine Quellensammlung zur Frühgeschichte der CSU vorzulegen, ging von Hans Woller und Alf Mintzel aus, der dafür auch sein in den sechziger und siebziger Jahren zusammengetragenes, zuletzt am Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Passau verwahrtes "CSU-Archiv" zur Verfügung stellte. Diese nun im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte liegenden Dokumente bilden den Kernbestand der Aktenpublikation, der durch Unterlagen aus anderen Archiven ergänzt und komplettiert werden konnte; vor allem das Archiv der Hanns-Seidel-Stiftung ist hier zu nennen, das die Arbeit an der CSU-Dokumentation großzügig unterstützte. Mit dem Dank dafür verbindet das Institut für Zeitgeschichte die Hoffnung auf eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit, vor allem bei der Publikation der Protokolle des Landesvorstandes der CSU, die in diese Dokumentation nicht aufgenommen werden konnten.

Unter der Projektleitung von Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller hat Barbara Fait, zunächst als Projektmitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte, später neben ihrer Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin am Historischen Seminar der Universität Köln, die Archivrecherchen durchgeführt, die Zusammenstellung der Dokumente besorgt und die Einleitung geschrieben. Thomas Schlemmer unterstützte sie dabei mit außerordentlichem Engagement und erstellte den biographischen Anhang.

Katharina Knippschild erarbeitete das Sachregister. Zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichem Ausmaße schrieben Ruth Diekmann, Annette Hauser, Elke Heussler, Heike Hoffmann sowie Ruth Jäschke und Ursula Reddmann das umfangreiche

Manuskript, das anschließend von Veronika Hösch, Wilfried Mausbach, Dieter Pohl, Marcus Schurig und Regina Vossen korrigiert und vereinheitlicht wurde. Die Computer-Spezialisten Gabi Broszat-Kehl und Rainer Ostermann haben zwischen hard- und software vermittelt und das Manuskript in eine ansprechende äußere Form gebracht. Christoph Weisz wirkte bei der Layout-Gestaltung und bei der Endredaktion mit, Martin Bott und Mathias Rösch halfen schließlich bei Einzelrecherchen und ermittelten Daten für den biographischen Anhang. Rudolf Morsey, Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, hat das Manuskript für den wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte begutachtet und wichtige Anregungen für den Druck gegeben, Georg Maisinger, der Verwaltungsleiter des Instituts, brachte das Projekt über manche administrative Klippe.

Mit dem Dank an alle am Projekt beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbindet das Institut für Zeitgeschichte die Hoffnung, daß die gehaltvolle Dokumentation einen neuen Anstoß für die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der CSU und Bayerns in der Besatzungszeit und den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Institut für Zeitgeschichte München, im Mai 1993

Horst Möller

Einleitung

Anton Pfeiffer, geschichtsbewußter Mitbegründer der "Christlich-Sozialen Union in Bayern" und eine der herausragendsten Persönlichkeiten der jungen Partei, sagte in einer Situation, in der es in der bewegten Frühgeschichte der Union wieder einmal hoch herging, er "hoffe, daß die Reden des heutigen Tages sehr gut stenographisch aufgenommen sind; denn sie werden einstens eine Geschichtsquelle für die weitere Entwicklung sein".[1]

Glücklicherweise erfüllte sich diese Hoffnung, und so können Jahrzehnte später mit dieser Dokumentation von Protokollen und Materialien zur Frühgeschichte der CSU "Geschichtsquellen" der Öffentlichkeit vorgelegt werden, die von hohem Rang für die Parteienforschung, aber auch für die wissenschaftliche Beschäftigung mit der frühen Nachkriegszeit sind.

Die Protokolle sind eine wahre Fundgrube, die in ihrer thematischen Vielfalt den verschiedensten Interessensgebieten nicht nur aus dem Bereich der Historiographie neue Impulse liefern können und sollen. Sie reflektieren das gesamte Spektrum zunächst bayerischer, dann zonaler und schließlich überzonaler Entwicklungen und Probleme der frühen Nachkriegszeit. Sie beleuchten die "hohe Politik" des bayerischen Freistaates, z.B. seine "Außen-" und Verfassungspolitik gegenüber den übrigen deutschen Ländern, spiegeln aber auch die Besatzungspolitik der Sieger, soweit die Ziele und Pläne der amerikanischen Besatzungsmacht und ihrer Alliierter den bayerischen Kräften transparent wurden bzw. ihr Tun bestimmten. Die Protokolle vermitteln neben vielen Aspekten der politischen Geschichte auch plastische Eindrücke von den Sorgen und Nöten des Alltags, wie sie sich etwa in der propagandistischen Verwertung der "schwarzen Ochsen" von Marktredwitz offenbaren, die illegal geschlachtet zu haben, die parteipolitische Konkurrenz den "Bonzen" von der CSU vorwarf. Sie zeigen das immer schwieriger werdende Verhältnis von Partei und Bevölkerung zur Entnazifizierung, ihre Auswirkungen auf das politische Klima und viele andere Alltagsprobleme, mit denen die deutsche Nachkriegsgesellschaft über Bayerns Grenzen hinaus konfrontiert war. Stichworte wie das inzwischen überstrapazierte von der "politischen Kultur", Alltagsgeschichte, politische Geschichte, Kultur, Soziologie und Sozialgeschichte, Wahlforschung usw. werden der reichen Palette nur unzureichend gerecht, die sich den Lesern der parteiinternen Diskussionen eröffnet.

Die Einleitung zu den facettenreichen Protokollen und Materialien kann nur wenige Teilbereiche beleuchten. Dies soll dazu beitragen, auch denjenigen einen ersten Zugang zu den Dokumenten zu eröffnen, die die Dokumentation mit Hilfe des Sachregisters nur punktuell zu Rate ziehen - was angesichts des voluminösen Umfangs wohl häufig der Fall sein wird. Sie beschränkt sich auf drei Schwerpunkte, die eng miteinander verbunden sind: Die bislang weitgehend unbekannte "Urgeschichte" der CSU muß auch deshalb ausführlich geschildert werden, weil die wenigen und sehr wortkargen Protokolle des Jahres 1945 nur sehr unzureichende Einblicke in diese prägnante Phase bieten. In den Monaten ab August 1945 bildeten sich nämlich die Konstellationen bereits heraus, die für lange Jahre das Gesicht der Partei zeichneten. Die frühe

[1] Vor dem Landesausschuß am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1629.

Gründungsgeschichte der CSU ist untrennbar mit dem sachlichen, aber auch persönlichen Antagonismus der beiden Rivalen im Kampf um die Parteiführung, Fritz Schäffer und Josef Müller, verbunden. Den Höhe- und vorläufigen Endpunkt ihrer erbitterten Führungsstreitigkeiten markierte die sogenannte "Bamberger Tagung" der CSU, in der Josef Müller am 31. März 1946 den Sieg davontrug.
Einen zentralen Stellenwert in den Protokollen - und deshalb auch in den im Anhang präsentierten Materialien - nahm seither die Diskussion um die Gestaltung der inneren Verfassung der Partei, ihrer Statuten, ein. In den zuweilen sehr scharfen Diskussionen um die Organisation der Partei setzte sich der Machtkampf zwischen den Flügeln fort, die sich 1945 herausgebildet hatten. Den Satzungsdebatten und ihren Hintergründen gilt der zweite Schwerpunkt der Einleitung.
Fritz Schäffers politische Karriere war im April 1946 durch eine Intervention der amerikanischen Besatzungsmacht jäh unterbrochen worden. Als sein Statthalter agierte seither Alois Hundhammer, der seinen Platz unverzüglich räumte, als Schäffer Ende Januar 1948 die politische Bühne wieder betreten konnte. Unter dem Banner einer "inneren Reform" der CSU durch eine Änderung ihrer Satzungen knüpfte Schäffer 1948 fast nahtlos an die Führungsstreitigkeiten der Jahre 1945/46 an. Die von ihm angezettelte "Oberbayerische Revolte", der thematische Schlußpunkt der Einleitung, brachte die Partei Anfang 1948 an den Rand ihres Zusammenbruchs. Sie markierte den Anfang vom Ende der interkonfessionellen Massenpartei, die 1945 "aus der Taufe gehoben" wurde. Die CSU wandelte sich zu einer Honoratiorenpartei Weimarer Prägung, bis im Januar 1955 Hanns Seidels Wahl zum Vorsitzenden eine Rückkehr zu den Wurzeln einläutete und der Aufstieg der Union zu einer "Massen- und Apparat-Partei modernen Typs" (Mintzel) begann.
Die Beschränkung auf diese Kernfragen der innerparteilichen Entwicklung bedeutet, und das sei ausdrücklich gleich zu Beginn vermerkt, daß vor allem die Zwistigkeiten zur Sprache kommen müssen, die die "Union" belasteten. Viele positive Impulse, die die junge Partei setzte, etwa mit ihrer innovativen Programmatik, kommen dabei zu kurz. Die konstituierenden Jahre waren streiterfüllte Jahre und die Machtkämpfe so hart, daß sich selbst die in Machtfragen erfahrenen amerikanischen Beobachter der Szenerie beeindruckt zeigten: "Politics, the world over, is a nasty game and Bavaria is no exception."[2]

1. *"Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen."*

Die bayerische Szenerie des Jahres 1945 war dominiert von der allgegenwärtigen Präsenz der amerikanischen Besatzungsmacht, die unmittelbar nach dem Abschluß der militärischen Operationen - in Bayern am 6. Mai - ihre Herrschaft zu institutionalisieren begann und zunächst jegliche deutsche politische Initiative unterband. Die Etablierung der Besatzungsherrschaft verlief im gesamten Gebiet der US-Zone ähnlich, doch fiel Bayern unerwartet eine Sonderrolle zu. Am 15. Mai war in München ein kleiner Stab von 32 Offizieren eingetroffen, der unter der Leitung des ehemaligen New Yorker Stadtverordneten Charles Keegan den Grundstock der in den folgenden Monaten auf etwa 200 Offiziere erweiterten amerikanischen Militärregierung in Bay-

[2] Pierre Purves, OMGUS, Office of the Director of Political Affairs, an Ambassador Heath, 13. Mai 1946: Subj.: CSU in Bavaria. Case of Joseph Müller, National Archives Washington (NA) Record Group (RG) 84, CGC Box 2 of 12.

ern, dem Regional Military Government (RMG), bildete.[3] Schon zwei Wochen nach ihrer Ankunft, am 28. Mai 1945, beriefen die Amerikaner auf Empfehlung des Münchner Erzbischofs, Kardinal Michael von Faulhaber, den ehemaligen Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Fritz Schäffer, zum Vorläufigen Ministerpräsidenten von Bayern. Dies geschah, noch bevor die Alliierten am 5. Juni 1945 offiziell die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen und mit einer Erklärung des gleichen Tages die Besatzungszonen unter sich aufteilten.[4] Die Ernennung Schäffers zum ersten Ministerpräsidenten der Nachkriegszeit war ein Experiment, und die Ausübung dieses Amtes "unter der Oberhoheit und Kontrolle der Militärregierung" war schwierig. Der Vorläufige Ministerpräsident - so war es in der Ernennungsurkunde klargestellt - war nämlich einerseits reines Vollzugsorgan der Besatzungsmacht, zeichnete andererseits aber verantwortlich für die Durchführung der amerikanischen Direktiven in allen Verwaltungsbereichen.[5] Eigentlich war Schäffer damit angesichts eines nur noch in Rudimenten existierenden Verwaltungsapparates von vornherein zum Scheitern verurteilt. Obwohl die Amerikaner ihn bei seinem Amtsantritt über die Folgen eines etwaigen Versagens unverblümt aufgeklärt hatten - es drohten Prozeß und Verurteilung durch den Militärgerichtshof -, stellte sich Schäffer aber der Herausforderung.

Er verstand die Einsetzung des ersten Ministerpräsidenten in Bayern als Bestätigung bayerischer sonderstaatlicher Traditionen und hoffte, durch die schnelle Wiederherstellung einer effizienten Landesverwaltung, die - angesichts der vermutlich noch einige Zeit andauernden Ausschaltung der Reichsbehörden - befreit von "preußischer" Bevormundung agieren könnte, eine föderalistische Vorentscheidung herbeiführen zu können.[6] Mit diesen Plänen knüpfte Schäffer an traditionelle Ziele der Bayerischen Volkspartei an, die in dieser Situation des Neubeginns endlich ihre historische Chance zu erhalten schienen.

Seit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 hatte Bayern um die Bewahrung seiner Eigenstaatlichkeit gekämpft. Die meisten Reservatrechte, die die Verfassung des Kaiserreiches dem größten der deutschen Mittelstaaten noch zugebilligt hatte, waren mit der Monarchie hinweggefegt worden. Die Weimarer Verfassung war eher unitarisch, und vergeblich hatten Bayerns Föderalisten, allen voran die Bayerische Volkspartei, ihre Revision zu erstreiten versucht. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten hatten die föderalistischen Reformbestrebungen ihr jähes Ende gefunden, aber nach

---

3 Dazu ausführlich Lutz Niethammer, Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945 (künftig: Niethammer, Bayern 1945), in: VfZ 15 (1967), S. 153-210, hier S. 178.

4 "Declaration regarding the defeat of Germany and the assumption of supreme authority with respect to Germany by the Governments of the United Kingdom, the United States, the USSR, and the Provisional Government of the French Republic" und "Statement by the Governments [...] on zones of occupation in Germany", beide vom 5. Juni 1945, z.B. in: Documents on Germany under Occupation, selected and edited by Beate Ruhm von Oppen, London u.a. 1955, S. 29 ff. und S. 35.

5 "Vorläufige Ernennungsurkunde" vom 28. Mai 1945; die englische Originalfassung der Urkunde ist als Faksimile wiedergegeben in: 100 Jahre Fritz Schäffer. Politik in schwierigen Zeiten, Katalog der Ausstellung im Museum Kloster Asbach, 12. Mai - 15. August 1988, hrsg. von Peter Claus Hartmann und Otto Altendorfer, Passau 1988, S. 117.

6 Lutz Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, [2]Berlin, Bonn 1982 (künftig: Niethammer, Mitläuferfabrik), S. 162. Zum bayerischen Föderalismus und zu den verschiedenen Vorstellungen über "Föderalismus", die bis hin zu separatistischen Ideen reichten: Peter Jakob Kock, Bayerns Weg in die Bundesrepublik, Stuttgart 1984.

dem Zusammenbruch des NS-Regimes schien sich dem einstigen BVP-Vorsitzenden nun die Möglichkeit zu eröffnen, das zu erreichen, wofür seine Partei in der Weimarer Republik vergeblich gekämpft hatte: Eine deutsche Staatskonstruktion, in der die Einzelstaaten wieder die ihnen gebührende Rolle spielen konnten.
Richteten sich die "außenpolitischen" Bestrebungen Schäffers auf die gouvernementale Absicherung bayerischer Staatshoheit, so war seine Politik im Innern bestimmt von seiner Furcht vor einem Linksrutsch in einer politisch und moralisch zutiefst verunsicherten Bevölkerung. Deshalb glaubte er, daß man eine Politisierung der Bevölkerung und damit auch eine Demokratisierung der Regierung vorerst unbedingt vermeiden müsse. Am 17. Juli 1945 entwarf er anläßlich der ersten bayerischen Landrätetagung sein Regierungskonzept, das von starkem Mißtrauen gegenüber politischen "Tendenzen" geprägt war: "Die Landesregierung ist keine politische Regierung, vertritt keine politische Richtung, ist eine deutsche Regierung und will das christliche Sittengebot im deutschen Volke wieder aufleben lassen. Alle anderen Kreise, die mit irgendwelchen Tendenzen kommen, sind abzulehnen. Wir wollen frei von Politik an die praktische Arbeit gehen."[7]
Das war nicht nur eine klare Absage an ein wie immer geartetes Block-Modell, also an eine Einbeziehung aller nicht-nationalsozialistischen politischen Kräfte in die Regierung, wie es etwa in der Sowjetischen Besatzungszone oder auf lokaler Ebene auch in Bayern häufig praktiziert wurde, sondern eine Absage an eine parteipolitische Orientierung der Regierung überhaupt und gleichzeitig eine Manifestation tiefsitzender Parteienfeindlichkeit. Daß diese keineswegs gleichzusetzen war mit einer "apolitischen" Richtungslosigkeit des Ministerpräsidenten, wie sie Schäffer für sich und seine Regierung in Anspruch nahm, ergibt sich aus den skizzierten Zielen seiner Tätigkeit. Was Schäffer vorschwebte, lief auf eine langfristige Lenkung der bayerischen Geschicke unter seiner väterlichen Ägide hinaus, die solange andauern sollte, bis das Volk "in späteren Jahren" zu demokratischem Bewußtsein herangereift war.[8] Auch damit knüpfte er letztlich an Ideen an, die schon in den Krisenjahren der Weimarer Republik - damals allerdings unter monarchistischen Vorzeichen - in den Reihen der Bayerischen Volkspartei laut geworden waren.
Seine Vorstellungen wurden durchkreuzt, als die amerikanische Militärregierung Mitte August 1945 ankündigte, daß in Kürze die Zulassung von politischen Parteien in der US-Zone zu erwarten sei. Der damit abgegebene Startschuß für die Entfaltung parteipolitischer Aktivitäten in Bayern erfolgte vor dem Hintergrund der Lizenzierung der ersten Nachkriegsparteien in der Sowjetischen Besatzungszone und im Einklang mit den Beschlüssen der "Großen Drei" auf der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945, die die Förderung demokratischer politischer Parteien zum erklärten alliierten Besatzungziel erhoben hatten.
Colonel Robert Reese, Verwaltungschef des für Bayern zuständigen Regional Military Government, informierte den bayerischen Ministerpräsidenten am 14. August 1945 eher unwillig über die aktuellen amerikanischen Pläne, die mit einer von USFET (United States Forces, European Theater) am 27. August 1945 erlassenen Direktive offiziell wurden. Reese, der wie viele amerikanische Offiziere einer frühzeitigen Reaktivierung der deutschen politischen Kräfte mißtrauisch gegenüberstand,[9] for-

[7] Zitiert nach Niethammer, Bayern 1945, S. 187.
[8] Der Bayerische Ministerpräsident an Col. Reese, 17. August 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 142.
[9] Dazu ausführlicher Hans Woller, Die Loritz-Partei. Geschichte, Struktur und Politik der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV), Stuttgart 1982, S. 14ff.

derte Fritz Schäffer daher im gleichen Atemzug dazu auf, ihm binnen sechs Tagen, bis zum 20. August, Maßnahmen zu nennen, "die getroffen werden können, um die Wirkungen der Entnazifizierung sicherzustellen und zu verhindern, daß auf dem Umweg über die neu zugelassenen Parteien die Auswirkungen illusorisch gemacht werden".[10] Außerdem sollte Schäffer auch die Frage prüfen: "Können bei der Bildung der neuen Parteien auch Mitglieder der Landesregierung aktiv hervortreten?"[11]
Schäffer säumte nicht, die Fragen des Colonel ausführlich zu beantworten. In einem sechsseitigen Brief schlug er am 17. August verschiedene Vorkehrungen zur Sicherstellung der Ausschaltung nazistischen Einflusses auf die sich neu bildenden Parteien vor. Vor Auflistung seiner Empfehlungen zur Bekämpfung nationalsozialistischer Infiltration führte er Reese, mit dem er sich offensichtlich einig wußte, aber nachdrücklich die Gefahren eines überstürzten Neubeginns parteipolitischen Lebens vor Augen: "Die Zeitverhältnisse sind für die Zulassung politischer Parteien nicht günstig. Wir stehen vor einem harten Winter. Die allgemeine Not wird radikalen Phrasen leider geneigte Ohren bieten. Als Folge der Entnazifizierung sind weite Bevölkerungskreise, die sehr geschulte Kräfte darstellen, der wirtschaftlichen Not überantwortet und können gerade radikalen Richtungen geeignete Führer und Propagandakräfte stellen." Obwohl Schäffer sich wenig Illusionen über die Realisierbarkeit seiner Vorschläge gemacht haben dürfte, bat er die Militärregierung, doch "zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, die Wiederzulassung der politischen Tätigkeit im deutschen Volke stufenweise und unter gewissen Beschränkungen, die dem Sinn der Demokratie aber entsprechen, vorzunehmen". Seiner Überzeugung nach mußte das deutsche Volk Schritt für Schritt zur Demokratie erzogen werden. Eine zu schnelle Freigabe voller demokratischer Rechte würde eine erneute Zersplitterung des Parteiensystems zur Folge haben, und dies war aus seiner Sicht eine zwingende Vorstufe zu Anarchie und Nihilismus. Schäffer empfahl deshalb, Wahlen zunächst nur auf örtlicher Ebene - erst in späteren Jahren auf Landesebene - abhalten zu lassen und dabei, mit dem langfristigen Ziel der Etablierung eines Zweiparteiensystems, jeweils nur die Aufstellung zweier Kandidaten zu erlauben. Schäffer schlug der Militärregierung außerdem vor, für die schließlich stattfindenden Wahlen der Landesregierung nur solche Personen als Kandidaten zuzulassen, "die sich in der praktischen Arbeit der Selbstverwaltungskörperschaften bewährt haben. Es würde dies dann bei den Gewählten eine Auslese schon bewährter Männer darstellen."[12] Dabei dachte der Vorläufige Ministerpräsident zweifellos nicht zuletzt an sich selbst, hatte er doch über die gesamte Dauer der Weimarer Republik in verschiedenen Funktionen dem bayerischen Staate gedient. Es hiesse aber, Schäffers Motive mißzuverstehen, hinter seinen Überlegungen pure Amtsversessenheit zu vermuten. Sein antiparteiliches, obrigkeitstaatliches Demokratieverständnis war in erster Linie ein Reflex auf die Erfahrungen der jüngsten NS-Vergangenheit und wurde von vielen Zeitgenossen geteilt.
Dies unterstreicht auch der erste Teil seines Schreibens an Reese, das jenem Problem gewidmet war, das dem langjährigen Mitglied und zuletzt (1929 bis 1933) Vorsitzen-

[10] Aktennotiz vom 14. August 1945, nicht gezeichnet, BayHStA, NL Pfeiffer 142.
[11] Der Fragesteller geht aus einer zweiten Aktennotiz vom 14. August (BayHStA, NL Pfeiffer 142), in der diese Frage als Zitat vermerkt ist, nicht eindeutig hervor, doch der Beginn der Notiz deutet darauf, daß es sich um das Gespräch mit Reese gehandelt hat: "Der Ministerpräsident möchte bei der Prüfung der Frage betreffend Neubildung der Parteien auch die Frage prüfen: [...]".
[12] Schäffer an Reese, 17. August 1945 (wie Anm. 8).

den der Bayerischen Volkspartei offensichtlich besonders auf den Nägeln brannte: der Beantwortung der schwierigen Frage, ob sich auch die Regierungsmitglieder an den bevorstehenden parteipolitischen Aktivitäten beteiligen dürften.
Wohl schweren Herzens, aber ganz im Einklang mit seinem gouvernementalen Regierungskonzept, verneinte Schäffer dies und traf damit auch eine persönliche Entscheidung, die für die künftige Entwicklung der entstehenden Christlich-Sozialen Union von weitreichender Bedeutung war: Schäffer betonte, daß die personelle Besetzung der bayerischen Landesverwaltung bewußt ungeachtet früherer politischer Überzeugungen erfolgt sei - ausgenommen selbstverständlich solcher nationalsozialistischer Art -, und wies Reese eindringlich auf die Nachteile parteipolitischer Bindungen der Regierungsmitglieder hin. Der Vorläufige Ministerpräsident befürchtete, das Aufkommen von Parteien könne der reibungslosen, ganz auf die gemeinsame Bewältigung der sachlichen Probleme gerichteten Abwicklung der Verwaltung hinderlich sein: "Die Zulassung politischer Parteien könnte hier insofern störend wirken, als Rücksichtnahme auf die Stimmung der künftigen Wähler von politischen Gesinnungsgenossen der Angehörigen der Landesverwaltung gefordert wird." Aus all diesen Überlegungen heraus war es nur konsequent, daß er sich verpflichtet fühlte, sich selbst und die tragenden Kräfte seiner Regierung von solchen "Störungen" fernzuhalten. Schäffer glaubte, der Militärregierung "die Erklärung abgeben zu können, daß sich die Angehörigen der Bayerischen Landesregierung einer solchen Einflußnahme entziehen werden. Es wird allerdings das zu Folge haben müssen, daß die Mitglieder der Bayerischen Landesregierung sich selbst für ihre Person jeder politischen Betätigung enthalten. Es ist allerdings auch das insofern nicht bedenkenfrei, als die politischen Parteien gerade dadurch dem Einfluß von Personen entzogen werden, die sicherlich das Verantwortungsbewußtsein in den politischen Parteien nur stärken würden."[13]
Kein Zweifel, Schäffers Haltung in dieser Frage war ambivalent. Seine Ausführungen zeigen, wie schwer ihm der Verzicht auf eigene parteipolitische Initiativen zum Wohle des Staates fiel, wenn schon der Gang der Dinge nicht mehr aufzuhalten war. Doch zunächst stand er zu seinem Wort, zumal auch die Militärregierung den "Wunsch ausgedrückt" hatte, er möge sich aus dem aktiven Parteienleben vorerst heraushalten.[14]

2. *Die Union wird "aus der Taufe gehoben"*

Als sich am 14. August 1945 um 17 Uhr, also noch am gleichen Tag, an dem Reese die baldige Wiederzulassung politischer Parteien in Aussicht gestellt hatte, ein kleiner Personenkreis zu einer Besprechung über die Bildung einer neuen christlichen Partei zusammensetzte, fehlte Schäffer in der zwölfköpfigen Runde.[15] Es spricht vieles dafür, daß damit bereits eine Vorentscheidung für den Ausgang der bevorstehenden Kämpfe um die Führung der entstehenden CSU gefallen war. In dieser ersten, noch halboffi-

[13] Ebenda.
[14] So seine Ausführungen vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 110.
[15] Stenographische Notizen Pfeiffers "Part. Bildung, Die. 14.8.45, 17 h" nebst einem später vorgenommenen Übertrag in Langschrift, BayHStA, NL Pfeiffer 41. Die Übertragung erfolgte im Rahmen der Untersuchung Christiane Reuters über Anton Pfeiffer ("Graue Eminenz der bayerischen Politik". Eine politische Biographie Anton Pfeiffers (1888-1957), München 1987) durch Oberregierungsrat Schmidpeter; dazu Reuter, Graue Eminenz, S. 121 und S. 274.

ziellen Besprechung über die Bildung einer bayerischen christlichen Sammlungspartei, die sich als Gegenkraft gegen die sozialistischen Strömungen verstand, wurden nämlich bereits wichtige Weichen für die künftige Marschroute dieser Partei gestellt, über die seit Kriegsende in verschiedenen informellen Gesprächszirkeln längst erste Gedanken entwickelt worden waren. Daß mit den Ideen auch die Personen, die sie vertraten, einen ersten Etappensieg erzielen konnten, liegt auf der Hand. Hinzu kam etwas, das man als Vorrecht und Aura der Gründungsväter bezeichnen könnte, die dem am 14. August versammelten Personenkreis einen Einflußvorsprung verschaffte, der von Dauer bleiben sollte. Der Autoritätsbonus dieser zwölfköpfigen Gruppe der ersten Stunde läßt sich schon daran ermessen, daß mit Joseph Baumgartner, Max Grasmann, Heinrich Krehle, Emil Muhler, Josef Müller, Anton Pfeiffer und Maria Probst in diesem Kreis bereits sieben Personen vertreten waren, die später als Angehörige der 1946 gewählten Landesvorstandschaft in führende Positionen der neuen Partei rücken sollten - unter ihnen auch der künftige Landesvorsitzende Josef Müller.[16] Auch Schäffer selbst vertrat später die Meinung, daß sein Fehlen in dieser ersten Zusammenkunft ausschlaggebend für die weitere Entwicklung der Christlich-Sozialen Union war,[17] die an diesem Tag auf den Weg gebracht wurde.

Als Gastgeber der Besprechung am 14. August fungierte der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl. Als langjähriger Erster Bürgermeister der bayerischen Metropole schon zu Weimarer Zeiten (1925 bis 1933) zählte er zur Prominenz der ehemaligen BVP und erfreute sich großer Popularität. Scharnagl hatte schon am 10. August 1945 mit einem Rundschreiben an ca. 60 Personen "außerhalb des sozialistischen Lagers" die Initiative zur Gründung einer Sammlungspartei auf christlicher Grundlage ergriffen. Sein fast vierseitiger Rundbrief enthielt bereits richtungweisende Gedanken zum Charakter und zur programmatischen Ausrichtung der zu schaffenden Partei, die den späteren Entwicklungen sehr nahe kamen. Als früheste - quasi-öffentliche - programmatische Kundgebung der damals allerdings noch gar nicht existierenden CSU steht er an der ersten Stelle der im Anhang dieser Dokumentation zusammengestellten Materialien zur Frühgeschichte der CSU.[18]

Scharnagl warb in seinem Rundbrief, gleichzeitig ein Aufruf an alle interessierten Kreise, in der neuzugründenden Gruppierung mitzuwirken, für ein völlig neues Parteienverständnis, eine entschiedene Abwendung von althergebrachten Mustern, für "neue Wege": Die "bisherigen Formen politischer Betätigung der Parteien [müssen] verschwinden". Diese seien wegen ihrer Vielzahl, vor allem aber "ihrer beengten Zielsetzung wegen überholt und in der Zukunft unmöglich". Er ging davon aus, daß sich künftig nur zwei oder drei Gruppen "politischer Meinung" bilden werden, die, so hatten ihm wiederholte Gespräche mit Angehörigen der früheren sozialdemokratischen Partei gezeigt, in ihren demokratischen und sozialen Zielsetzungen zwar weitgehend übereinstimmen, sich aber in ihrer weltanschaulichen "Grundsatzlegung" wesentlich voneinander unterscheiden würden. Die politische Gruppierung, deren Formierung er mit seiner Initiative anregen wollte und die "hoffentlich den Hauptteil der Bevölke-

[16] Weitere Teilnehmer waren nach Pfeiffers Notizen die Herren Gerstl, Reuter, Schwarzer und Stadelmayer, sowie eine Person namens Dr. Pröbst, bei der es sich um Maria Probst handelte: Walter Berberich, Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Würzburg 1965, S. 38.

[17] Ausführungen Schäffers vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 110.

[18] Rundschreiben Scharnagls vom 10. August 1945, "Verehrter Herr!", Dok. Nr. I, S. 1703f.

rung erfassen" werde, müsse sich "bewußt und entschieden zu einer christlichen Staats- und Gesellschaftsauffassung bekennen und dieses Bekenntnis, soweit wie möglich, praktisch werden lassen". Um möglichst weite Bevölkerungsteile "aller Berufskreise und aller Schichten" erfassen zu können, riet Scharnagl von der Aufstellung eines Programmes ab, "das zu sehr in Einzelheiten sich ergeht. Es handelt sich darum, die großen Gesichtspunkte, die einigen können, herauszustellen und alles zu vermeiden, was zersplittert und aufteilt."
Scharnagl entwarf damit das Bild einer christlich-interkonfessionellen Sammlungspartei, die von ihrer Zielsetzung her als wirkliche Volkspartei schichten- und ständeübergreifend die gesamte Bevölkerung erfassen sollte. Auch über den Namen der zu schaffenden Gruppierung hatte er schon erste Ideen formuliert. Für ihn stand fest: "Sämtliche Namen der früheren Parteien sind unmöglich und müssen verschwinden. Sie sind belastet durch die Vergangenheit und sind beengt durch frühere Programme". Mit den von ihm vorgeschlagenen, durch die parallelen Bestrebungen im Rheinland mitinspirierten Alternativen: "Christliche Demokraten" oder "Christliche Demokratische Volksbewegung", plädierte er für einen Verzicht auf das durch die NS-Zeit, aber auch durch die beginnende Entnazifizierung diskreditierte Wort "Partei" schlechthin.
Es spricht manches dafür, daß der allein von Scharnagl unterzeichnete Rundbrief ein Gemeinschaftswerk von Scharnagl und dem damals noch fast gänzlich unbekannten Rechtsanwalt Josef Müller war, das in den regelmäßigen Gesprächen in der "Kanzlei Dr. Müller" in der Münchner Gedonstraße konzipiert worden war. Müller empfing seit Juni 1945 einen wachsenden Kreis politisch Interessierter in seiner Schwabinger Wohnung, um "über Vergangenheit und Zukunft", vor allem aber über die Gründung einer "dynamischen" und "neuen Gruppierung" zu diskutieren. Zu seinen Gästen zählte auch Karl Scharnagl, der zwar nach eigenem Bekunden wenig Neigung verspürte, selbst parteipolitisch in den Vordergrund zu treten,[19] jedoch in diesen Gründungswochen - vermutlich wegen seines zugkräftigen Namens - regelmäßig als Promotor auftrat.
Der Scharnagl-Rundbrief diente offensichtlich der Vorbereitung der schon am 10. August für die nächste Zukunft erwarteten, ersten formellen Besprechung über die Parteigründung. Die Angeschriebenen wurden nämlich abschließend gebeten, ihre Meinung zu den von Scharnagl skizzierten Überlegungen bis zum 13. August mitzuteilen, da "es dringend notwendig ist, rasch zu einer Klärung zu kommen". Die am 14. August offiziell angekündigte Zulassung politischer Parteien durch die Amerikaner kam also nicht überraschend und wurde, entgegen teilweise anderslautender Erklärungen, von manchem auch dringlich herbeigesehnt.
Die Initiative zur Einberufung der Sitzung am 14. August war von Müller, Scharnagl, und Schäffer gemeinsam ausgegangen.[20] Da letzterer sich selbst zu parteipolitischer Enthaltsamkeit verpflichtet fühlte und deshalb nicht persönlich teilnehmen konnte, entsandte er als seinen Vertreter seine rechte Hand in der Staatskanzlei, den langjährigen ehemaligen BVP-Generalsekretär (1918 bis 1933) Anton Pfeiffer,[21] um die Neu-

[19] Scharnagl an Schäffer, 22. September 1945, Kopie im Besitz d.V.; Josef Müller, Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit, München 1975, S. 305f. Müller erwähnte den Rundbrief in seinen Memoiren nicht, vermerkte aber ausdrücklich (S. 309), daß sich die Vorstellungen beider in diesen Wochen deckten.
[20] Berberich, Historische Entwicklung, S. 38.
[21] Zu Pfeiffer ausführlich Reuter, Graue Eminenz.

igkeit des Tages mit denen zu besprechen, die sich schon seit geraumer Zeit Gedanken über die Bildung einer Partei "gegensätzlich gegen die soz[ialistisch]-komm[unistische] Gruppe" gemacht hatten. Pfeiffer, der sich wichtige Aspekte der Diskussion stichwortartig notierte, ist es zu verdanken, daß der Verlauf dieser bedeutsamen Sitzung einigermaßen zu rekonstruieren ist. Nach Pfeiffers Notizen eröffnete Scharnagl die Diskussion mit einem Bericht über seinen Rundbrief, die Mitteilung der Militärregierung und auch Schäffers Reaktionen:[22] "gestern eine entscheidende Sitzung, in der man sich entschlossen hat, Parteien und Gewerkschaften bald zuzulassen. Sch[äffer] meint, daß zwei Jahre nötig wären."

Trotz der damit angesprochenen Bedenken des Ministerpräsidenten gegen die frühzeitige Parteienbildung versäumte Pfeiffer offenbar nicht, bereits in dieser ersten Besprechung vorsorglich den Führungsanspruch Schäffers geltend zu machen: "Er verwies auf die einstige Größe und Bedeutung der BVP und vertrat die Meinung, Fritz Schäffer als ihr einstiger Vorsitzender habe ein primäres Recht, auch an die Spitze einer Neugründung zu treten."[23]

Obwohl Vorbehalte gegen die Wiederzulassung von Parteien so kurz nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur auch in diesem Kreise laut wurden, war doch nicht zu verkennen, daß man entschlossen war, die in Aussicht gestellte Chance parteipolitischer Betätigung energisch zu ergreifen. Max Grasmann, ein Mann der Wirtschaft mit Verbandserfahrung, warnte davor, zögerlich vorzugehen. Seines Erachtens war es "höchste Zeit, die Organisation hinzustellen".

Und daß sich diesbezügliche Aktivitäten nicht allein auf München beschränken sollten, auch darüber waren sich die Besprechungsteilnehmer einig: "Fühlung mit außerhalb nehmen und *gleichzeitig außerhalb* solche Stellen aufbauen. Sie machen in jeder Stadt etwas anderes. Dachorganisation aufbauen für das Land." Schon am 14. August 1945 war somit klar, daß der Münchner Gründerkreis sich als Keimzelle der künftigen Landespartei verstand und die Führungsrolle in ganz Bayern für sich beanspruchte. Diese gedachte er vor allem durch organisatorische Maßnahmen durchzusetzen und zu festigen: "Entscheidend wird die praktische Arbeit sein, die abhängt 1. von den Organen, 2. von den Möglichkeiten, die zwischen den Organen gegeben sind, [...] nebensächlich sind Namensgebung und *Programme*."

Trotzdem blieben aber programmatische Überlegungen an diesem Tag nicht gänzlich ausgespart. Josef Müller, der zwar auch die Meinung vertrat, daß der Gedanke der Parteiengründung "heute verfrüht" aufgekommen sei, entwarf sein schon recht konkretes Konzept über das Wesen der neuzubildenden Partei, das in Gesprächen mit Karl Scharnagl und im Kreise anderer politischer Freunde in den vergangenen Wochen Gestalt angenommen hatte. Seine bereits während des Krieges entwickelte Grundidee, "dem in unserem Zeitalter zu erwartenden Trend zur Vermassung und zum politischen Kollektiv die Dynamik dessen entgegenwirken" zu lassen, "was man unter christlicher Kultur verstand",[24] hatte zweifellos Auftrieb und wichtige Anstöße

[22] Die folgenden Ausführungen und Zitate folgen, soweit nicht anders vermerkt, den stenographischen Notizen Pfeiffers (wie Anm. 15).

[23] Müller, Konsequenz, S. 310. Müller berichtete in seinen Memoiren ausführlich über diese Sitzung am 14. August, verwechselte und vermischte diese jedoch mit einer weiteren am 12. September, deren Entscheidungen er z.T.auf den 14. August vordatierte. Da er Pfeiffer als Vertreter Schäffers bezeichnete, muß sich seine Wiedergabe der zitierten Äußerung Pfeiffers auf die Sitzung am 14. August beziehen, denn Schäffer war am 12. September selbst anwesend.

[24] Müller, Konsequenz, S. 307.

durch einen Mann erhalten, dem er Anfang Juli 1945 eher zufällig begegnet war: Adam Stegerwald. Der christliche Gewerkschaftsführer und Reichsarbeitsminister im Kabinett Brüning, der in seiner berühmten, von Brüning mitverfaßten Essener Rede schon 1920 für die Schaffung einer interkonfessionellen, antisozialistischen Volkspartei eingetreten war, hatte 1945 diese Gedanken wieder aufgenommen und war bei Müller, dem ähnliches vorschwebte, auf offene Ohren gestoßen. Insbesondere die von Müller bereits am 14. August entworfenen Pläne, eine solche Partei in Abkehr von früheren bayerischen Traditionen von vornherein in den gesamtdeutschen Rahmen des politischen Neubeginns zu stellen, dürften von Stegerwald bekräftigt worden sein, der als Reichspolitiker eine gesamtdeutsche Partei nicht nur ins Auge faßte, sondern diese Vorstellung mit dem Versuch eines ersten "Reichstreffens" auch schon sehr bald, im November 1945, praktisch umzusetzen versuchte.[25]

Müllers Parteikonzept, das er dem Münchner Gründerkreis am 14. August schmackhaft zu machen versuchte, liest sich nach Pfeiffers Notizen folgendermaßen: "Für uns: Gruppierung, die auf Reichsgruppierung hinausläuft, Reichstreue und R[eichs]-Verfassung. Hauptfrage: die christlichen Bekenntnisse. Nicht in alte Parteigliederungen und nicht alte Personen. [...] Schwierig, wenn der Personenkreis angelehnt wird an die Kreise der alten BV[P] oder der alten DNV[P]. *Zuerst Programm aufstellen* und dann die Personen feststellen."

Aufschlußreich dürften auch seine Ausführungen zum Verhältnis von Partei und Staatsregierung gewesen sein, die sich wenig mit den Vorstellungen Fritz Schäffers deckten. Pfeiffer hielt fest: "1. Was erwartet die Partei von der Staatsführung? 2. Wie weit kann sie sich selbst in die positive Staatsarbeit eingliedern? Wie kann man mit den anderen Parteien zusammenarbeiten? Man kommt nicht weiter mit den alten Methoden des Denkens und der Parteien durch." Trotz ihrer Dürrheit verraten diese Notizen doch bereits eine gewisse Distanz gegenüber der bestehenden Regierung Schäffer und dem vom Ministerpräsidenten verfolgten Regierungskonzept, die an anderer Stelle sehr viel augenscheinlicher an die Oberfläche treten sollte.

Doch folgen wir der Chronologie: Der Münchner Kreis stimmte mit Müller am 14. August darin überein, daß "die Tore" der zu gründenden christlichen Partei "weit geöffnet werden" sollten. Schlagworte, die in diesem Zusammenhang fielen, lauteten: "sozialer Gedanke an die Spitze", "bayer[ischer] Anhang", "Front der Anständigen". Und auch andere Aspekte der Ausführungen Müllers, wie das von ihm geforderte Bekenntnis zur Reichstreue und die klare Distanzierung von den alten Weimarer Parteien und möglichst auch ihren herausragenden Repräsentanten, scheinen mehrheitlich gut angekommen zu sein. Jedenfalls findet sich der Name des politischen Neulings, der sich schon in dieser ersten Zusammenkunft als Hauptredner und künftiger Meinungsführer zu profilieren begann, unter den Mitgliedern einer kleinen Kommission, die mit der Vorbereitung der Parteigründung betraut wurde. Diesem sogenannten "Redaktionsausschuß" gehörten neben Müller unter dem Vorsitz von Max Grasmann außerdem Heinrich Krehle, Anton Pfeiffer und Alois Schlögl an.[26]

---

[25] Zu Stegerwald und seinem Wirken als Würzburger CSU-Gründer: Peter Herde, Die Unionsparteien zwischen Tradition und Neubeginn: Adam Stegerwald, in: Winfried Becker (Hrsg.), Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland (Symposion an der Universität Passau, 30.-31. Oktober 1985), Köln, Wien 1987, S. 245-286/295, hier S. 277f.

[26] Die Notizen Pfeiffers sind hier sehr unklar, er vermerkte lediglich: "Dr. Grasmann. Krehle, Dr. Müller, Dr. Schlögl, Pfeiffer. Vorsitz. Kommission: Nicht viel von Details sprechen." Die gleichen

Die personelle Zusammensetzung des Ausschusses spiegelt bereits deutlich das verfolgte Konzept der Sammlung: Mit Grasmann als Wirtschaftsfachmann, Krehle als Vertreter der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Pfeiffer als Repräsentanten der alten BVP und der bayerischen Gouvernementalen, Schlögl als Bauernführer und schließlich Müller als jüngstem, weder partei- noch verbandspolitisch bisher hervorgetretenen Vertreter des "Neuen" war das Bevölkerungsspektrum schon recht weitflächig abgedeckt.
Die Aktivitäten des Redaktionsausschusses, der wenig später, am 12. September, wieder aufgelöst wurde, spiegeln sich nur vereinzelt in den Akten. Seine Hauptaufgabe war es offensichtlich, erste programmatische Richtlinien zu entwerfen. Pfeiffer, "mit der einleitenden Federführung für den Redaktionsausschuß beauftragt",[27] unterbreitete seinen Ausschußkollegen bereits mit Schreiben vom 5. September einen Programmentwurf, den er gemeinsam mit Karl Schwend, einem Mitbegründer der BVP und dem Leiter der parteieigenen "Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz", erarbeitet hatte. Der Titel des von Pfeiffer ausdrücklich als "durchaus nicht vollständig und lückenlos" bezeichneten Entwurfs lautete: "Grundsatz-Programm einer Christlich-Demokratischen Volkspartei in Bayern".[28]
Es scheint, als sei die ehrenvolle Aufgabe der "einleitenden Federführung" in der Programmgestaltung nicht ohne taktische Erwägungen ausgerechnet Pfeiffer übertragen worden. Pfeiffer, der in der Besprechung am 14. August in einer Art Stellvertreterfunktion für den persönlich verhinderten Ministerpräsidenten aufgetreten war, galt zweifellos als Repräsentant der Schäffer-Richtung. Der Ministerpräsident setzte sich aber für ein Parteikonzept ein, das der Münchner Gründungszirkel mehrheitlich ablehnte und das im Großen und Ganzen auf eine Wiederbelebung der Bayerischen Volkspartei hinauslief.
Sollte es sich also bei der kurzzeitigen Ernennung Pfeiffers zum "Chefprogrammatiker" tatsächlich um ein geschicktes Ablenkungsmanöver gehandelt haben, so ging dieses Kalkül jedenfalls auf: Die Illusion, damit an maßgeblicher Stelle die Linie der entstehenden Partei im Sinne Schäffers mitzubestimmen, erzeugte ein trügerisches Gefühl der Sicherheit. Vollauf beschäftigt mit seinen Aufgaben in der Staatskanzlei und den programmatischen Vorbereitungen, entgingen Pfeiffer nämlich manche Aktivitäten der übrigen Ausschußmitglieder, die den gewonnenen Freiraum nutzten, um ihren Vorstellungen über die zu gründende Partei zum Durchbruch zu verhelfen.
Für den 30. August war ein weiteres Treffen zur Vorbereitung der Parteigründung geplant. Ob diese Besprechung in größerem Kreise zustandekam, läßt sich angesichts der lückenhaften Quellenlage nicht sagen. Überliefert ist ein auf den 30. August datierter Resolutionsentwurf, der von den Teilnehmern der Sitzung unterzeichnet wer-

---

Namen tauchen aber als Adressaten eines Briefes von Pfeiffer vom 5. September auf, in dem er die baldige Einberufung einer Redaktionssitzung durch den Vorsitzenden Grasmann anregt (BayHStA, NL Pfeiffer 41). Vgl. auch Schreiben Pfeiffers an Scharnagl vom 13. September 1945 (NL Pfeiffer 533), in dem der Name "Redaktionsausschuß" fällt.

27 Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1945 (wie Anm. 26).

28 Schreiben vom 5. September 1945 nebst Grundsatzprogramm, BayHStA, NL Pfeiffer 41. Der Programmentwurf ist von Konrad Repgen publiziert worden: Über die Anfänge des CSU-Programms von 1945, in: Land und Reich, Stamm und Nation. Probleme und Perspektiven bayerischer Geschichte. Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag, im Auftrag der Kommission für bayerische Landesgeschichte hrsg. von Andreas Kraus, München 1984, S. 467ff. Ein Abdruck auch im Anhang der Pfeiffer-Biographie von Reuter, Graue Eminenz, S. 317ff.

den sollte, in der überlieferten Fassung jedoch keine Unterschriften enthält.[29] Als sicher kann aber erstens gelten, daß eine Verständigung über den Inhalt dieses Resolutionsentwurfes stattgefunden haben muß. Seine Aussagen waren nämlich, wie der später zu schildernde Verlauf der nächsten entscheidenden Besprechung am 12. September zeigt, einer Reihe von Personen bekannt und fanden ihre volle Unterstützung. Zweitens vollzogen sich diese Unterredungen unter Ausschluß derjenigen Personen, die hinter Schäffer standen.

Im ersten Teil der "Resolution" vom 30. August waren programmatische Leitlinien festgehalten, die den Stand der bisherigen Diskussionen bilanzierten und sich weitgehend mit den Grundgedanken des Scharnagl-Rundbriefes deckten: Um "jede Zersplitterung der politischen Kräfte zu vermeiden", sollten bei der bevorstehenden Parteiengründung die "verschiedenen [nicht-sozialistischen] Richtungen nicht in selbständigen Parteien, sondern innerhalb einer einzigen Sammlungspartei zur Geltung gebracht werden". Auf der Grundlage eines kompromißlosen Kampfes gegen den "Nazismus" standen als wesentliche Ziele die "Realisierung einer wahrhaften Demokratie" und eine "soziale Einstellung zu allen Problemen des öffentlichen und privaten Lebens" im Mittelpunkt. Eine "dauerhafte Gesundung" des öffentlichen Lebens sei aber nur dann zu erwarten, "wenn der künftige Staat durchdrungen ist vom Geist einer christlichen Weltanschauung."

Diese einleitenden, konsensfähigen programmatischen Sätze bildeten aber nur den Auftakt für die eigentliche Kernaussage, die in ihrer Schärfe alle bisherigen Argumentationen übertraf und in den künftigen Diskussionen innerhalb der CSU eine bedeutsame Rolle spielen sollte: "Die Unterzeichneten sind sich darüber hinaus einig, daß die neue Sammlungspartei nicht eine Fortsetzung einer der früheren Parteien, womöglich mit denselben Führern, sein darf. Die Politik der Parteien von [19]32 hat weitgehend den Größenwahnsinn Hitlers gefördert und nicht zuletzt seine Machtergreifung mit zu verantworten. Ihr Mangel an Ideen, Tatkraft, Format und der Fähigkeit, die Zeichen einer Zeit zu verstehen, verursachten somit die sich seinerzeit vorbereitende deutsche Katastrophe."

Der damit gegen die Weimarer Parteien und ihre Führungen erhobene Vorwurf der Steigbügelhalterschaft für Hitler richtete sich fraglos nicht zuletzt gegen Fritz Schäffer und seinen zunächst durch Pfeiffer am 14. August geltend gemachten Führungsanspruch in der entstehenden Partei. Er findet sich bis zur vorläufigen Ausschaltung des ehemaligen BVP-Vorsitzenden aus dem politischen Leben durch die Militärregierung im April 1946 in zahlreichen Passagen der dokumentierten Parteiprotokolle der CSU wieder. Vor allem auf der dramatisch verlaufenden Bamberger Tagung der CSU am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12), als erstmals ein satzungsmäßig bereits einigermaßen legitimiertes Gremium über die Parteiführung entschied, wurden die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit als schlagendes Argument gegen Schäffers Führungsambitionen ins Feld geführt.

Sollten die ausdrückliche Abgrenzung von der BVP oder der in der "Resolution" vorgeschlagene Name der zu gründenden "politischen Bewegung" noch Zweifel daran lassen, welcher Personenkreis sich mit ihr zu Wort gemeldet hatte, so werden diese endgültig ausgeräumt durch die Charakterisierung der "Männer", die zur Führung der neuen Gruppierung berufen waren: An die Spitze der "*Christlich-Sozialen Union*" soll-

[29] "Resolution", "übereingekommen zu München den 30. August 1945", nicht gezeichnet, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1.

ten vor allem jene *neuen* politischen Kräfte treten, "die sich in den letzten Jahren an der aktiven Bekämpfung des Nazismus unter Einsatz ihrer Freiheit und ihres Lebens beteiligt haben."

Für die Kenner der Szenerie war damit der künftige Spitzenkandidat gleichsam beim Namen genannt: Josef Müller. Die Eignungskriterien waren auf ihn geradezu zugeschnitten. Er war erstens "neu" in der Politik. Zwar hatte er seit Mitte der zwanziger Jahre der BVP angehört, war aber als damals noch junger Mann in dieser Partei einfaches Mitglied geblieben. Vor allem jedoch war er zweitens, wie sein Biograph Friedrich Hermann Hettler im Untertitel seines Buches hervorhebt, ein "Mann des Widerstandes".[30] Als Offizier der Abwehr hatte er seinen kämpferischen Geist im aktiven Widerstand gegen die Nationalsozialisten unter Beweis gestellt. Im Auftrag der Militäropposition gegen das Hitlerregime führte er unter anderem Friedensverhandlungen mit der englischen Regierung; er war wegen solcher Aktivitäten 1943 in Haft geraten und trotz seines Freispruchs in einem gegen ihn durchgeführten Hochverratsprozeß in Haft geblieben, bis ihn die Amerikaner Anfang Mai 1945 befreiten.

Auf Müller ging auch die Idee zurück, die neue Bewegung als "Union" zu bezeichnen - in Anspielung auf die "Union" der protestantischen Fürsten im 30jährigen Krieg sollte dies gegenüber den protestantischen Kräften den Beweis "paritätischer Gesinnung" erbringen.[31] Die "Resolution", in der zum ersten Mal der künftige Name der Partei festgehalten war, stammte also zweifelsfrei aus dem Umfeld Müllers und die Formulierungen sprechen dafür, daß Müller selbst an ihrer Abfassung zumindest beteiligt war.

Seine Handschrift zeigte sich auch im zweiten Teil des Textes, der der Gründung eines siebenköpfigen Aktionsausschusses gewidmet war. Dieser sollte programmatische und organisatorische Vorbereitungen treffen, die ihn in die Funktion einer Parteigründungszentrale erhoben hätten. Außer der Ausarbeitung eines Programmentwurfes "nach den Richtlinien dieser Resolution" und der Abfassung und Verbreitung einer "Proklamation an die Öffentlichkeit" war ihm auch zugedacht, die Partei bei der Militärregierung anzumelden und zu vertreten, ihr eine Organisationsgrundlage zu schaffen und Verbindungen zu "verwandten Gruppen" aufzunehmen.

Die Namen derjenigen, die ursprünglich am 30. August als Mitglieder in diesen Aktionsausschuß berufen werden sollten, fehlen im Resolutionsentwurf, in dem einige Freizeilen zur Eintragung der "sieben Herren" unbeschrieben blieben. Doch wurde der Plan zur Bildung eines Siebener-Ausschusses, wie auch der Umriß der ihm zugedachten Aufgaben, etwa zwei Wochen später wieder aufgenommen.

Die Müller-Freunde waren also in diesen Tagen alles andere als untätig. Ihr Hauptaugenmerk galt neben den organisatorischen Problemen offensichtlich vor allem der Abwehr Fritz Schäffers und seiner Pläne der Reaktivierung der ehemaligen Bayerischen Volkspartei. Die Früchte der gedanklichen Arbeit und anderer Aktivitäten der Müller-Gruppe reiften in einer ursprünglich von Max Grasmann, als Vorsitzendem des Redaktionsausschusses, für den 12. September einberufenen Redaktionssitzung, zu der Grasmann auch einen Programmvorschlag vorlegte: den Entwurf eines "Grundsatz-Programms der Christlich-Demokratischen Union".[32] Überraschenderweise fan-

---

[30] Friedrich Hermann Hettler, Josef Müller ("Ochsensepp"). Mann des Widerstandes und erster CSU-Vorsitzender, München 1991.

[31] Müller, Konsequenz, S. 308f.

[32] Schreiben Grasmanns an Pfeiffer, Krehle, Müller und Schlögl vom 12. September 1945 nebst anliegendem "Vorschlag Dr. Grasmann", BayHStA, NL Pfeiffer 41.

den sich am 12. September allerdings über den kleinen Zirkel des Redaktionsausschusses hinaus sehr viel mehr Personen ein, als von einigen erwartet.[33] Initiator der Erweiterung des Kreises um eine Reihe weiterer Teilnehmer - dabei war z.B. auch die Sekretärin Adam Stegerwalds als "Beobachterin"[34] - war Josef Müller, der Scharnagl um die organisatorische Vorbereitung und Leitung dieser Sitzung gebeten hatte. Müller plante Großes für diesen Tag, an dem - so erklärte er später zu Recht, aber unter Angabe eines falschen Datums (14. August!) - "die Union aus der Taufe gehoben" wurde.[35] Dabei war diesmal auch Fritz Schäffer, der, vermutlich alarmiert durch die am 14. August sich abzeichnenden Tendenzen zur Ausschaltung früherer BVP-Eliten, seine Entscheidung zur Distanz gegenüber parteipolitischen Aktivitäten schnell wieder umgeworfen hatte.

In dieser Sitzung am 12. September, zu der sich im Münchner Rathaus etwa 20 Personen versammelt hatten, standen zwei Themen im Mittelpunkt: der Name für die Partei und die Wahl eines "arbeitsfähigen" Ausschusses, dem die weiteren Gründungsvorbereitungen anzuvertrauen waren.[36] Damit war in dieser Sitzung hinreichender Konfliktstoff zur Diskussion gestellt.

Wieder machte sich Pfeiffer Notizen über den Verlauf dieser Besprechung,[37] die als eigentliche Gründungssitzung der CSU gelten kann. Pfeiffers Mitschrift beginnt mit den knappen Vermerken: "Entscheidend die Personenauswahl. Darf keine Fortsetzung der alten Bayerischen Volkspartei sein: 1. In erster Linie Personen wählen, die politisch Neuland sind, für die Masse, die politisch Neuland ist. 2. Nach den Gesichtspunkten, wie sie sich in den letzten zwölf Jahren kämpferisch bewährt haben." Damit war - ganz auf der Linie der "Resolution" des 30. August - gleich zu Beginn der Sitzung der Fehdehandschuh gegen Schäffer geworfen und zugleich Müller als sein Kontrahent namhaft gemacht.

Pfeiffers stichwortartige Notizen, in denen sporadisch das Geschehen auch in ausformulierten Sätzen festgehalten ist, lassen trotz ihres fragmentarischen Charakters unschwer erkennen, wie scharf die Fronten inzwischen schon verliefen. Die bereits am 14. August begonnene Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer zwar um neue Ideen bereicherten, aber doch eher als Neuauflage der alten Bayerischen Volkspartei konzipierten Partei mit Fritz Schäffer und Anton Pfeiffer als ihren Wortführern und den um Müller gruppierten Verfechtern einer von Grund auf neuen, modernen Massenpartei mit "Bewegungscharakter", die sich in ihrer Organisation, ihrer Programmatik und nicht zuletzt auch in ihrer Führung grundlegend vom Typ der bürgerlichen Honoratiorenpartei Weimarer Prägung unterscheiden sollte, erfuhr in dieser Sitzung ihren ersten Höhepunkt.

---

[33] Brief Pfeiffers an Scharnagl vom 13. September 1945 und Antwortschreiben Scharnagls vom 16. September 1945, beide BayHStA, NL Pfeiffer 533.

[34] Herde, Unionsparteien, S. 268f.

[35] Müller, Konsequenz, S. 310. Das - wie die folgenden Ausführungen zeigen werden - von Müller irrtümlich angegebene Datum des 14. August (dazu auch Anm. 23) wurde von der CSU-Forschung im allgemeinen übernommen. Es findet sich bei Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, Köln 1982, S. 27, bei Herde, Unionsparteien, S. 268, oder auch Winfried Becker, CDU und CSU 1945-1950, Mainz 1987, S. 78.

[36] Stenographische Notizen Pfeiffers: "Aktionsausschuß", undat. [12.September 1945] und Übertrag (vgl. Anm. 15), BayHStA, NL Pfeiffer 41.

[37] Die folgenden Zitate und Ausführungen zu dieser Sitzung folgen, soweit nicht anders vermerkt, Pfeiffers Notizen (wie Anm. 36).

Ministerpräsident Schäffer, der wiederholt die Autorität seines Staatsamtes zur Geltung zu bringen versuchte, kämpfte an diesem Tag von vornherein auf verlorenem Posten. Die Anhänger der Müllerschen Linie, schon zahlenmäßig in der Mehrheit, waren auf die Diskussion bestens vorbereitet und konnten mit Argumenten aufwarten, denen Schäffer und seine politischen Freunde wenig entgegenzusetzen hatten. Aus der Defensive heraus fand der Ministerpräsident gegenüber den begeisterten Anhängern des Neuen, die die "einmalige Gelegenheit" feierten, "eine nichtmarxistische Massenpartei zu bilden", zweifellos auch nicht den richtigen Ton. Ihrer Aufbruchstimmung begegnete er gleich zu Beginn seines Diskussionsbeitrages mit dem zwar zutreffenden, in dieser Situation aber eher ungeschickten Hinweis, die Entscheidung über den Beginn des demokratischen Parteilebens falle "nicht aus eigenem Entschluß, sondern nach Anordnung der MR". Schäffer machte auch vor diesem Forum kaum einen Hehl daraus, daß ihm die begonnene Reaktivierung der politischen Kräfte nach wie vor wenig behagte: Die von ihm inzwischen erkannte Notwendigkeit einer Parteigründung leitete er allein aus der Tatsache ab, daß "die eine Partei [SPD und KPD] schon lange arbeitet". Seine schwunglose, von Anti-Motiven bestimmte Argumentation gipfelte in der Frage: "Wollen Sie wirklich eine Einigung aller Kreise, die nicht soz[ialistisch] sind?" Nach Pfeiffers Notizen unterließ Schäffer es zwar, seine eigene Einstellung zu diesem Thema explizit herauszustreichen, doch empfahl er, die Parole an das Land herauszugeben, sich dort unter einem Namen zu formieren, der deutlich genug Gegensätzliches implizierte: "Bayerische Volkspartei".[38]

Damit war das erwartete Stichwort für die Müller-Gruppe gefallen. Sie begann nun ein Scherbengericht gegen die alte Bayerische Volkspartei - und damit auch gegen ihren ehemaligen Vorsitzenden - abzuhalten, das Schäffer auch persönlich verletzen und eine Annäherung der Positionen eher erschweren mußte. Die Verfechter eines konsequenten politischen Neubeginns folgten dabei der in der "Resolution" des 30. August vorgegebenen Argumentation und beschworen die Schatten der Vergangenheit: In ihren Augen - und auch aus der Sicht der Bevölkerung - hatte sich die Bayerische Volkspartei durch ihre Haltung gegenüber den Nationalsozialisten, ihr Versagen in der Weimarer Republik und ihre Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933 gründlich kompromittiert: "Wenn die Parteien nicht so gefehlt hätten, wäre der Naz[ismus] nicht gekommen", betonte Max Grasmann. Ein anderer Besprechungsteilnehmer forderte: "Es muß das politische Leben auf einer neuen, sauberen Grundlage aufgebaut sein". Besonders schmerzhaft für Schäffer waren zweifellos die Ausführungen des Domkapitulars von München und Freising, Erwin von Kienitz, der der hoffnungslos unterlegenen BVP-Riege schließlich auch noch die schützende Hand der katholischen Kirche entzog: "Unmöglich in der Form und mit dem Namen der alten Bayerischen Volkspartei. Von kirchlicher Seite will man die nicht mehr. [...] Die Kirche wird sich nicht mehr hergeben, einer früheren Bayerischen Volkspartei den Segen der Kirche zu geben." Und auch Karl Scharnagl bekräftigte - vermutlich in begütigender Absicht, wenn auch mit gegenteiliger Wirkung -, was er in seinem Rundbrief noch mit weniger scharfen Worten vertreten hatte: "Niemand denkt ernsthaft

[38] In den Notizen heißt es: "Parole an das Land: Wenn keine [?] kommt, dann wird wieder der alte Name angemeldet: Bayerische Volkspartei". Aus dem Kontext wird nicht klar, worauf sich "keine" bezieht, möglicherweise auf die einige Zeilen vorher notierten Bemerkungen Schäffers über die Richtlinien der Amerikaner, die noch offengehalten hatten, ob sie bereits eine Landespartei oder nur eine Partei auf Kreisebene zulassen würden.

daran, die Bayerische Volkspartei wieder zum Leben entstehen zu lassen. Weder im Namen, noch im Programm, noch im Umriß der zu benennenden Personen."
Angesichts der Wucht der vorgetragenen Verdikte sah sich sogar mancher Gegner der Wiederbelebung der Bayerischen Volkspartei schließlich veranlaßt, vermittelnd in die Diskussion einzugreifen: "Es ist nicht so auf dem Land und nicht in der Stadt, daß man die früheren Parteien so ablehnt. Aus propagandistischem Grund eine Reihe von diesen Persönlichkeiten aufnehmen, weil wir ihre Arbeit und ihre Namen brauchen." Diese pragmatische Position vertrat auch Josef Müller, der Hauptprotagonist der neuen Linie, als er erklärte: "Wir brauchen auch Massen. - Auch alte Namen."
Am Ende des harten Schlagabtausches standen die beiden Entscheidungen zur Abstimmung, deren Vorbereitung die Diskussion gedient hatte: Der Name des neuen Parteigebildes und die personelle Besetzung des "arbeitsfähigen" Ausschusses zur weiteren Vorbereitung der Parteigründung. Was die Namensgebung betraf, so wurden nach den Notizen Pfeiffers folgende Alternativen in die Diskussion eingebracht: "Bayerische Union", und zwar mit der Begründung, das Wort bayerisch sei "gerade jetzt von besonderer Zugfähigkeit". Franz Xaver Fackler schlug vor: "Bayerische Bauern- und Arbeiterpartei". Daß auch die von Pfeiffer und Grasmann in ihren Programmentwürfen gewählten Bezeichnungen "Christlich-Demokratische Volkspartei in Bayern" bzw. "Christlich-Demokratische Union" diskutiert wurden, ist anzunehmen, wenn auch Pfeiffers Mitschriften keinerlei Hinweis darauf enthalten. Schließlich wurde der Vorschlag in die Debatte geworfen, der bereits in der "Resolution" vom 30. August festgehalten war und sich an diesem Tag durchsetzen sollte: "Bayerische Christlich-Soziale Union". Während Müller in seinen Memoiren berichtete, daß er diesen Namen beantragt habe,[39] war es nach den Notizen Pfeiffers von Kienitz, der (vermutlich nach Absprache mit Müller) zuerst dafür eintrat und damit auch gleich die Zustimmung der katholischen Kirche signalisierte.
Das Schlußvotum, bei dem auf Antrag Pfeiffers[40] über jeden Namensbestandteil getrennt abgestimmt wurde, erbrachte folgendes Ergebnis: Während das Prädikat "Christlich", das für manche eine zu enge Bindung an die Kirche ausdrückte, eine nur äußerst knappe Mehrheit fand - neun dafür, acht dagegen, eine Enthaltung -, ergab sich eine klare Majorität für die Aufnahme des Begriffes "Sozial": Zwölf waren dafür, vier dagegen, eine Enthaltung. Für "Union" plädierte eine noch beachtlichere Mehrheit. Dagegen stimmte nur einer, ein anderer enthielt sich der Stimme. Fast einmütig war das Ergebnis in der Frage der Aufnahme des bayerischen Elementes in den künftigen Parteinamen. Bei einer Enthaltung stimmten alle übrigen dafür. Die schließlich noch vorgenommene Abstimmung über den vollen Namen erbrachte dann ein scheinbar völlig einvernehmliches Bild. Pfeiffer vermerkte: "Mit allen Stimmen: Bayerische christlich soziale Union".[41]
Zum Schluß der Sitzung erfolgte die Wahl des Ausschusses zur weiteren Vorbereitung der Parteigründung, dem folgende Aufgaben mit auf den Weg gegeben wurden: "a) Satzung der neuen Partei, b) Vorläufiger Vorstand, c) Landesausschuß, d) Verbin-

[39] Müller, Konsequenz, S. 310.
[40] Ebenda.
[41] Das von Pfeiffer notierte Ergebnis widerspricht allerdings seiner an anderer Stelle festgehaltenen Aussage, wonach er sich an diesem Tag "aus grundsätzlichen Erwägungen" bei sämtlichen Abstimmungen der Stimme enthalten hatte. Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1946, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

dung mit gleichgesinnten Gruppen, e) Parteiprogramm fertigzustellen." Nachdem zunächst offenbar mit neun gegen sechs Stimmen einem neun- statt siebenköpfigen Gremium der Vorzug gegeben worden war, wurden schließlich zehn Herren gewählt,[42] und zwar: "1. Müller, 2. Semler, 3. Schlögl, 4. Krehle, 5. Baumeister, 6. Dr. Schnurr, 7. Dr. Straimer, 8. Dr. von Eicken, 9. Dr. von Kienitz, 10. Fackler".[43]
Ähnlich wie beim Redaktionsausschuß folgte man auch in der Wahl der Mitglieder des Aktionsausschusses dem Grundprinzip der Sammlung aller Schichten und Stände: Schlögl vertrat die Bauernschaft, die Namen Fackler und Krehle standen für die christliche Gewerkschaftsbewegung und damit für die Arbeiterschaft, Versicherungsdirektor Hans Hermann von Eicken repräsentierte mit dem einflußreichen Industrieberater Johannes Semler die Wirtschaft. Beide waren evangelisch und sollten vermutlich in "Personalunion" zusammen mit Domkapitular von Kienitz die christlichen Konfessionen vertreten. Der 34jährige ehemalige Diözesansekretär des Katholischen Jungmännerverbandes München, Max Schnurr, wurde wohl als Vertreter der Jugend in den Ausschuß gewählt.
Alles in allem hatten Schäffer und seine politischen Freunde am 12. September eine empfindliche Niederlage erlitten. Diese offenbarte sich nicht nur in der Namensfrage - die gleichzeitig schon für ein Programm stand -, sondern vor allem auch in der personellen Besetzung des neu gewählten "Aktionsausschusses". Diese war zwar in gewisser Hinsicht ausgewogen, doch war anders als im Redaktionsausschuß keiner der erklärten Mitstreiter Schäffers mehr vertreten. Das war um so auffälliger, als mit Krehle, Müller und Schlögl drei Mitglieder des Redaktionsausschusses durch ihre Wahl in das Nachfolgegremium bestätigt wurden, ausgerechnet der Name Pfeiffer in der neuen Liste hingegen fehlte. Dabei hatte Pfeiffer die programmatischen Vorbereitungen mit großem Engagement betrieben. Er hatte nicht nur einen Programmentwurf erarbeitet, sondern darüber hinaus Kontakte zu den verwandten Bestrebungen im ganzen Land angeknüpft. Seiner Rührigkeit und seinem stets präsenten historischen Bewußtsein ist es zu verdanken, daß frühe Programmentwürfe aus den verschiedensten bayerischen Orten, die er in diesen Wochen gesammelt hatte, überliefert sind, u.a. ein früher Entwurf des Verfassers des späteren Grundsatzprogrammes der CSU vom Oktober 1946, Eugen Rindt, der im Anhang dieser Dokumentation nachzulesen ist. Der Augsburger CSU-Mitbegründer hatte Pfeiffer seinen Programmentwurf für eine "christlich-politische Partei in Bayern" vom 31. August 1945 übrigens mit der Bemerkung zugesandt, die Augsburger Gruppierung werde sich der Münchner Partei eingliedern[44] - eine frühe Bestätigung des Münchner Führungsanspruches.
Für Pfeiffer bedeutete es vor dem Hintergrund seiner intensiven Aktivitäten als federführender Programmatiker mehr als nur eine politische Niederlage, daß er am 12. September bei der Wahl des Aktionsausschusses übergangen worden war. Er empfand dies auch menschlich als Affront. In einem als "Persönliche Angelegenheit" gekennzeichneten Schreiben machte der einstige BVP-Generalsekretär am Tag darauf Scharnagl als dem Vorsitzenden und "Regisseur" der Sitzung bittere Vorwürfe, die klar

[42] Die an dieser Stelle interpretationsfähigen Notizen werden in diesem Sinne bestätigt durch ein Schreiben Scharnagls an Pfeiffer vom 16. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.
[43] Sämtliche Ausführungen zu dieser Sitzung folgten, soweit nicht anders vermerkt, den Notizen Pfeiffers (wie Anm. 36).
[44] Eugen Rindt an Pfeiffer, 31. August 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41; "Gedanken zu dem Programm einer christlich-politischen Partei in Bayern", Dok. Nr. II, S. 1705ff.

zeigen, wie sehr sich Pfeiffer und die gesamte Schäffer-Gruppe von den Vorgängen überrumpelt fühlten: Der personellen Zusammensetzung dieser Besprechung am 12. September, in der "sehr bedeutende Kreise" nicht vertreten gewesen seien, hätten - so Pfeiffer - ebenso taktische Motive zugrundegelegen, wie der gesamten Verhandlungsführung, in der "sofort die Absprache sichtbar" geworden sei, die Scharnagl "mit verschiedenen Gruppen" getroffen habe. Pfeiffer empfand es "als nicht angemessen" und auch menschlich enttäuschend, daß Scharnagl es versäumt hatte, ihm selbst oder dem Ministerpräsidenten - "hier will ich lieber sagen, unserem alten Freund Schäffer" - von diesen Plänen vorher Mitteilung zu machen.
"Mit großem Erstaunen" habe er ferner zur Kenntnis nehmen müssen, daß Scharnagl als Vorsitzender nicht nur nicht den Äußerungen von Kienitz' energisch entgegengetreten sei, sondern sich als ehemals herausragender BVP-Repräsentant ebenfalls so entschieden von dieser Partei distanziert habe: "Diese Toterklärung entspricht doch nicht den Tatsachen. Eine solche Preisgabe einer politischen Formation, die einzig und allein die Grundlage Ihres eigenen politischen Wirkens und Aufstiegs war, verblüffte mich sehr." Pfeiffer selbst fühlte sich, ohne Rücksicht auf die ihm daraus "zugeschriebene Belastung verpflichtet, Ehre und Ansehen der Bayerischen Volkspartei nach Kräften zu wahren. Die von Ihnen totgesagte Bayerische Volkspartei hat bestimmt mehr Lebenskraft und Lebenswillen als manches Gebilde, an dem zur Zeit herumgezimmert wird."[45] Auch von Kienitz wurde mit einem empörten Brief bedacht, der in der Bemerkung gipfelte, daß "die Bayerische Volkspartei bestimmt nicht auf den Krücken kirchlichen Segens so einherzuhumpeln hatte, wie es aus Ihren Worten geschlossen werden mußte."[46]

3. *Bayerische Christlich-Soziale Union versus Bayerische Christliche Einigungspartei*

Am 17. September 1945 traf sich der neu gewählte Aktionsausschuß, der sich nun "Ausschuß zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union" nannte, zu seiner ersten Sitzung (Dokument Nr. 1). Dem auch aus eigener Sicht nun offiziellen Charakter der Zusammenkünfte trugen die Beteiligten insofern Rechnung, als sie nun begannen, dafür Sorge zu tragen, daß die getroffenen Verabredungen schriftlich festgehalten wurden. Mit dem Ergebnisprotokoll dieser ersten Besprechung eines gewählten Gremiums der CSU beginnt die vorliegende Dokumentation. Die Protokolle des Jahres 1945 sind allerdings sehr wortkarg und vermitteln - anders als die späteren Sitzungsmitschriften und vor allem die Ende März 1946 einsetzenden Wortprotokolle - nur unzureichende Einblicke in die Vorgänge bis zur Gründungsversammlung der Landespartei am 8. Januar 1946 (Dokument Nr. 6). Gerade in diesen drei Monaten wurden aber wichtige Weichen für die weitere Entwicklung der Union gestellt, die angesichts der für 1945 insgesamt sehr spärlichen und lückenhaften Überlieferung zum Teil nur schwer zu rekonstruieren sind. Diese entscheidende Phase der Gründungsmonate so genau wie möglich auszuleuchten, ist zum Verständnis der weiteren Diskussionen daher unumgänglich.
In der ersten Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses am 17. September wurden vor allem programmatische Fragen besprochen, die vergleichsweise wenig Zündstoff boten. Die noch relativ vagen programmatischen Vorstellungen der gegnerischen Grup-

[45] Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.
[46] Pfeiffer an von Kienitz, 13. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

pen strebten nämlich gar nicht so weit auseinander, wie die heftigen Streitigkeiten vermuten lassen. Um so umstrittener waren die Themen der wenig später, am 21. September, einberufenen Sitzung (Dokument Nr. 2), die schon eher angetan waren, die Fronten weiter zu verhärten. Denn der Ausschuß besprach an diesem Tag die Vorbereitung der Gründungsversammlung der Münchner Organisation der CSU, und in diesem Zusammenhang fiel - für manche fraglos äußerst überraschend - eine weitere wichtige personelle Vorentscheidung. Der Vorbereitende Ausschuß nahm nämlich eine "probeweise Abstimmung über die Meinung der Anwesenden über die Person des künftigen Parteivorsitzenden für München" vor. Wer diesen Vorschlag einer Probewahl einbrachte, ist angesichts des dürren Protokolltextes nur zu vermuten. Wahrscheinlich war es der inzwischen zum Münchner Gründungskreis gestoßene Bauernführer und parlamentarische Routinier Michael Horlacher, der später wiederholt mit ähnlichen Raffinessen aufwartete. Wer immer aber diesen Coup am 21. September gelandet hatte, er war erfolgreich: Fünf der acht stimmberechtigten Teilnehmer sprachen sich für Josef Müller aus. Nur Baumeister stimmte dagegen, Müller selbst und Rudolf Schwarzer enthielten sich der Stimme.[47]

Wie brisant der Ausschuß selbst dieses weit über seine Aufgabenstellung der Gründungsvorbereitung hinausgehende Vorgehen empfand, zeigte sich nicht nur darin, daß sich die anwesenden Herren nach erfolgter Abstimmung einmütig zu versichern beeilten, "daß dieser Beschluß nur die Meinung des Ausschusses feststellen und der Abstimmung in der Gründungsversammlung nicht vorgreifen soll". Daß zumindest die Initiatoren der Probeabstimmung sich der Wirkung dieses Schachzuges sehr bewußt waren, ist auch daraus zu ersehen, daß man sich an diesem Nachmittag genau überlegte, wie die vorgeblich wenig bedeutende Meinungsfeststellung dem gegnerischen Lager am wirkungsvollsten zu hintertragen sei. Gleich drei Parlamentäre, unter ihnen Horlacher, wurden entsandt, um für die ebenso behutsame wie nachdrückliche Weitergabe der Nachricht zu sorgen. Sie wurden beauftragt, am folgenden Tag zunächst Scharnagl zu unterrichten und seine Unterstützung zu gewinnen. Anschließend waren sie angehalten, "möglichst unter Teilnahme von Dr. Scharnagl" auch Schäffer über das Ergebnis der Probeabstimmung zu informieren "und ihn zu bitten, sich den in der Ausschußsitzung zum Ausdruck gekommenen Gesichtspunkten nicht zu verschliessen."[48]

Die spektakuläre Nachricht, die noch am Abend des 21. September durchsickerte, brachte das Faß zum Überlaufen. Der Vorbereitende Ausschuß hatte seine Sitzung um 20 Uhr beendet. Noch am gleichen Abend fand eine weitere Besprechung über eine Parteigründung statt. Pfeiffer unterrichtete Bürgermeister Scharnagl im Auftrag des Ministerpräsidenten am 22. September brieflich über diese "Aussprache zwischen Angehörigen jenes politischen Kreises", dessen "ungenügende Beteiligungsmöglichkeit an der Sitzung von vor zehn Tagen ich so stark beanstandet habe".[49] Fritz Schäffer, der schon vorher begonnen hatte, diejenigen hinter sich zu sammeln, "die zurückkommen wollte[n] auf die bayerische Volkspartei",[50] hatte zum Gegenangriff geblasen. Seinen treuesten Mitstreiter fand er nach wie vor in Anton Pfeiffer, der am 12. September

47 Vorbereitender Ausschuß am 21. September 1945, Dok. Nr. 2, S. 5.

48 Ebenda.

49 Pfeiffer an Scharnagl, 22. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

50 Ausführungen Müllers in einer Sitzung mit sozialdemokratischen und kommunistischen Vertretern am 20. September 1945. "Niederschrift über die Sitzung am 20.9.45, 17.30", ACSP, NL Müller 8.

empört erklärt hatte, daß er sich an die Beschlüsse dieses Tages für sein "weiteres politisches Handeln" nicht gebunden fühle, und sich gleichzeitig sehr zuversichtlich darüber geäußert hatte, "daß nach Bekanntgabe dieser Parteigründung sich herausstellen werde, welches Gewicht jedem einzelnen Namen in weiteren Kreisen zukommt".[51]
Die "von einmütigem Verständigungswillen" getragene Aussprache der Müller-Opponenten am 21. September gipfelte nach "hinreichender Erörterung aller Gesichtspunkte" in dem Beschluß, für Montag, den 24. September, eine "Schlußsitzung" zur Frage der Parteibildung einzuberufen. Als Aufgaben dieser Besprechung waren vorgesehen: "eine Namensform festzulegen; die Liste der Unterzeichner [des Lizenzierungsantrages] wenigstens grundsätzlich zu vereinbaren; den Entwurf eines Programms zu billigen."
Unter Vorsitz von Ministerpräsident Schäffer war für das vorbereitende "Gremium" einer "Bayerischen Christlichen Einigungspartei" folgende personelle Zusammensetzung geplant: "1. Oberbürgermeister Dr. Scharnagl, 2.-11. der Ausschuß der neulich ins Leben trat, ergänzt durch 12. Herrn Michael Helmerich, 13. Dr. Grasmann, 14. Dr. Pfeiffer." Der Teilnehmerkreis sollte außerdem durch sechs weitere Personen "abgerundet" werden, unter ihnen der gerade aus der Gefangenschaft zurückgekehrte, ehemalige (1927 bis 1933) stellvertretende Generalsekretär der bayerischen christlichen Bauernvereine und spätere Statthalter Schäffers in der CSU, Alois Hundhammer, ferner auch Joseph Baumgartner und Ludwig Sporer. Obwohl die komplette Einbeziehung des Aktionsausschusses auf eine gewisse Kompromißbereitschaft gegenüber der Müller-Gruppe deutete, war doch die Ignorierung der Beschlüsse des 12. September und die Initiative zur Gründung einer "Bayerischen Christlichen Einigungspartei"[52] eine offene Kampfansage.
Einen Zusammenhang herzustellen zwischen der Probeabstimmung des Vorbereitenden Ausschusses und dieser Aktion Schäffers liegt nahe. Tatsächlich wird aber die Abstimmung, wie auch die Sitzung, in Pfeiffers Brief an keiner Stelle erwähnt. Ministerpräsident Schäffer habe sich vielmehr zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, so heißt es dort, weil sich "verschiedene Kreise von beachtlichen Personen, die uns früher politisch fremd gegenüberstanden", mit dem "dringenden Ersuchen" an ihn gewandt hatten, "sich um eine Zusammenfassung und Fortführung der bisherigen Arbeiten für Schaffung einer bürgerlichen Sammelpartei zu bemühen, um ein baldiges befriedigendes Ergebnis herbeizuführen."[53]
Über die Sitzung am 24. September ist wenig überliefert.[54] Anscheinend wurde erneut das Versagen der BVP in der Endphase von Weimar, insbesondere ihre Zustimmung zum "Ermächtigungsgesetz", angeprangert, doch scheint zum Schluß eine Einigung erzielt worden zu sein.[55] Die drohende Spaltung des konservativen Lagers konnte jeden-

---

51 Pfeiffer an Scharnagl, 13. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

52 Zur Gründung einer Bayerischen Christlichen Einigungspartei, mit der Schäffer liebäugelte, vgl. auch Rundschreiben zur Parteienbildung vom 21. September 1945, ACSP, NL Elsen 3.1.1.

53 Wie Anm. 49.

54 Im BayHStA, NL Pfeiffer 41, findet sich nur eine Liste der "Teilnehmer an der Besprechung über Parteienbildung am Montag, 24.9.45" auf der 25 Namen aufgeführt sind, außer denen Schnurrs und von Kienitz' auch die Namen sämtlicher Mitglieder des Vorbereitenden Ausschusses einschließlich Josef Müller.

55 Auf der Teilnehmerliste (wie Anm. 54) ist der Vermerk notiert: "Wer von den aufgeführten Reichstagsabgeordneten für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, ist bei Aufstellung der Liste nicht bekannt"; außerdem findet sich dort eine Notiz, daß Eichhorn und Semler Namen protestantischer Damen beibringen sollten.

falls abgewendet werden. Vier Tage später, am 28. September berichtete Müller Vertretern der Sozialdemokratie und der Kommunisten: "Die bayerische christlich soziale Union ist gegründet worden, und zwar jetzt als einheitliches Gebilde. Es hat keine Splitterungen ergeben, auch die Dissonanzen, die vorhanden waren, sind behoben."[56] Diesem Lagebericht an die Adresse der Linksparteien mag zu diesem Zeitpunkt - am 28. September gegen 18 Uhr - mehr als nur ein gewisser Zweckoptimismus zugrundegelegen haben. Auch Schäffer berichtete später von dem Versuch eines "Friedensschlusses", der aber bedauerlichweise dadurch nicht zum Tragen gekommen sei, daß in diesen Tagen sein "Vertrauen in die Loyalität von Dr. Müller nicht gewachsen war".[57] Diese Mißtrauenskundgebung zielte im Kern auf ein Ereignis, das noch am Abend des 28. Septembers alle Einigungsbemühungen vorläufig wieder hinfällig machte. Etwa zwei Stunden nach Müllers zuversichtlicher Verkündung des innerparteilichen Burgfriedens erfuhr Fritz Schäffer nämlich, daß er mit sofortiger Wirkung seines Amtes als Ministerpräsident enthoben war.[58]

4. *Der "Fall Schäffer" - Teil I*

Die Absetzung Fritz Schäffers als bayerischer Ministerpräsident war ein Schlüsselereignis in der Frühgeschichte der CSU, das die Entwicklung der Partei noch lange belasten sollte. Fritz Schäffer schrieb seine Entlassung nämlich den Intrigen seines innerparteilichen Kontrahenten Josef Müller zu, was zwar nicht den Realitäten entsprach, aber den gerade beigelegten Streitigkeiten um die Führung und die politische Linie der entstehenden CSU neuen Auftrieb und eine andere Qualität verlieh. Die seither unüberbrückbaren persönlichen Gegensätze zwischen Müller und Schäffer und der nach Schäffers vorübergehender Ausschaltung aus dem politischen Leben in der Hundhammer-Müller-Gegnerschaft fortgesetzte "persönliche Stunk"[59] sollten die Union vor immer neue Zerreißproben stellen. Die Protokolle vor allem der Bamberger Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12) und der Regensburger Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948 (Dokument Nr. 32), aber auch viele andere dokumentierte Wortwechsel belegen die starke persönliche Komponente der parteiinternen Flügelkämpfe, die vermutlich ohne die Ereignisse des 28. September nie so virulent geworden wären.

Dabei hatte Müller keinerlei Einfluß auf die Absetzung Schäffers, wenn diese ihm auch fraglos gelegen kam. Tatsächlich war - um es überspitzt auszudrücken - der "Sturz" Schäffers das Ergebnis eines Umschwungs in der amerikanischen Besatzungspolitik und unqualifizierter Bemerkungen eines prominenten amerikanischen Generals (George S. Patton) über die Entnazifizierung, die zufällig zeitlich zusammentrafen. Schäffer selbst hatte sich durch seine Haltung in der Entnazifizierungsfrage angreifbar gemacht und damit seinerseits nicht unerheblich zu seinem "Fall" beigetra-

---

[56] "Niederschrift über die am 28. September 1945 [...] stattgefundene Besprechung", ACSP, NL Müller 8.

[57] Schäffer vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 112.

[58] Eine plastische Beschreibung des Vorganges findet sich in den Memoiren von Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 200.

[59] Haußleiter vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 106.

gen. Die Vorgeschichte und Begleitumstände der sogenannten Schäffer-Patton-Affaire sind kein historisches Neuland mehr.[60] Wegen der Bedeutung dieser Vorgänge in den parteiinternen Auseinandersetzungen und der Legenden, die sich in den hier abgedruckten Protokollen und noch über Jahre und Jahrzehnte hinaus in Kreisen der CSU um dieses Ereignis rankten, sollen sie aber in Kürze in Erinnerung gerufen werden:

Die Lösung der drängenden Aufgaben, denen sich Schäffers bayerische Notstandsverwaltung gegenübersah, wurde zweifellos nicht gerade erleichtert durch eine Verpflichtung, die ihm die Militärregierung gleich bei seiner Ernennung besonders nahegelegt hatte: die Entnazifizierung der Verwaltung. Die am 28. Mai noch recht vage ergangene Anordnung wurde präzisiert durch eine USFET-Direktive vom 7. Juli 1945, die den Kreis der aus dem öffentlichen Dienst Entlassungspflichtigen genauer umriß. Betroffen waren danach nicht nur Mitglieder und Amtsträger der NSDAP und ihrer Gliederungen, sondern darüber hinaus, und zwar unabhängig von einer etwaigen Mitgliedschaft, auch die führenden Träger der Verwaltung; im Falle der Landesverwaltung Ministerialdirektoren, Regierungspräsidenten und Landräte.[61] Die schematische Entnazifizierungsdirektive bedeutete die Entlassung von etwa 30 Prozent aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten, darunter eine große Anzahl hochspezialisierter Beamter aus den Reihen des höheren und gehobenen Dienstes, unter denen besonders viele Parteimitglieder waren.[62]

Unter solchen Umständen eine arbeitsfähige Verwaltung aufzubauen, schien unmöglich. Schäffer, der die Funktionstüchtigkeit der bayerischen Staatsverwaltung zur Linderung der allgemeinen Not anstreben mußte, diese aber auch zur Unterstreichung der Vorzüge föderalistischer Pläne unter Beweis stellen wollte, begann schon vor Erlaß der USFET-Direktive vom 7. Juli, der Militärregierung die Probleme, die sich aus der politischen Säuberung für seine Regierungstätigkeit ergaben, vor Augen zu führen. Am 6. Juli 1945 erwog das Kabinett sogar seine Demission - als Protest gegen die Massenentlassungen, die die Bemühungen um den Verwaltungsaufbau paralysierten, den eigenen Entnazifizierungswillen lähmten und die Regierung Schäffer bald zu Defensivmaßnahmen provozierten. Ab August richtete der Vorläufige Ministerpräsident, dessen Bestürzung über die katastrophalen Auswirkungen der Säuberung vom gesamten Kabinett, einschließlich der Sozialdemokraten, geteilt wurde, mehrere Denkschriften über das Entnazifizierungsproblem an die Militärregierung, in denen er die schematische Entnazifizierungspraxis scharf kritisierte. Schäffer ging davon aus, daß eine Konzentration der Entnazifizierung auf die "wirklichen innerlichen Nazi" den betroffenen Personenkreis drastisch reduzieren und damit auch das Personalproblem entschärfen würde.[63] Das Kabinett Schäffer fand beim RMG durchaus Verständnis für die Probleme, die sich durch die Entnazifizierung ergaben, und "wahrscheinlich wur-

[60] Hierzu ausführlich Niethammer, Bayern 1945, S. 195ff., und ders., Mitläuferfabrik, v.a. S. 229ff.

[61] Einen informativen Überblick zur Entnazifizierung bietet die Einleitung von Clemens Vollnhals (Hrsg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991, hier S. 11. Als Standardwerk über den komplizierten Prozeß der politischen Säuberung in Bayern und der US-Zone gilt nach wie vor die umfangreiche Studie von Niethammer, Mitläuferfabrik.

[62] Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 254, Zahlen über die Entlassungen im öffentlichen Dienst: ebenda, S. 252.

[63] Ebenda, S. 174ff.

den [...] die zwischen RMG und der Landesregierung geführten Gespräche über Verzögerung und Änderung der Entnazifizierung vom Militärgouverneur gedeckt".[64]
George Smith Patton jun., der exzentrische General und Gouverneur des östlichen Militärdistrikts, war in erster Linie Antikommunist und nicht gerade ein Freund der Entnazifizierung. Mit seiner Einstellung befand er sich allerdings im krassen Widerspruch zu den Zielen amerikanischer Besatzungspolitik, wie sie in der für die US-Besatzungspolitik maßgeblichen Direktive JCS 1067 vom 26. April 1945[65] und der US-FET-Direktive vom 7. Juli 1945 niedergelegt waren.
Gerüchte über die unter Pattons Kommando verhältnismäßig lasche Durchführung der Entnazifizierung waren rasch über die Landesgrenzen hinausgedrungen. Der Verdacht, daß in Bayern die Dinge nicht zum besten stehen könnten, bewog USFET schon im Juni 1945, einen Stabsoffizier nach München zu schicken, der sich in der dortigen Special Branch umsehen sollte. Ernst Anspach, ein sozialdemokratischer deutscher Emigrant, gewann sehr bald nach seinem Eintreffen den Eindruck, daß die bayerische Landesregierung, die ihm auch wegen ihrer konservativen Zusammensetzung wenig behagte, die Entnazifizierung unterlaufe und darin vom RMG unterstützt werde. Da er bei seinen Vorgesetzten mit seinen Lageberichten auf wenig Resonanz stieß, lancierte er entsprechende Meldungen in die US-Presse, die diese in skandalträchtigen Schlagzeilen verwertete. Der "Bavarian Scandal" verursachte in den USA einiges Aufsehen, zeitigte jedoch vorerst keine ernsteren Konsequenzen. Dies auch deshalb, weil vor der Potsdamer Konferenz, in der sich die Alliierten im Juli/August 1945 auf gemeinsame Richtlinien der Besatzungspolitik verständigten, und im Zuge der erst allmählichen Konsolidierung der Militärregierung eher Improvisation als klare Linien die Maßnahmen der Amerikaner leiteten. Dies zeigte sich gerade auch in der Frage der Entnazifizierung, die die Besatzungsmacht durch immer wieder neue, zum Teil überstürzt erlassene Direktiven zu lösen versuchte.
Patton kam deshalb zunächst mit einer Verwarnung davon. Er wurde vom amerikanischen Militärgouverneur Dwight D. Eisenhower und seinem Stellvertreter Lucius D. Clay im August 1945 lediglich zu einem klärenden Gespräch geladen, in dem er eindringlich zur Raison gerufen wurde. Die Warnung zeigte jedoch nicht die gewünschte Wirkung. Am 21. September kritisierte Patton in einem Interview die Entnazifizierung als aufbauhemmend und stellte - was viel schlimmer war - zur Bekräftigung seines Standpunktes dann auch noch Parallelen zu amerikanischen Verhältnissen her. Über das, was er genau gesagt hatte, kursierten verschiedene Versionen, entscheidend aber war, daß seine Äußerung in den USA "so aufgefaßt wurde, als habe er sagen wollen, ein Anhänger Hitlers sei ungefähr dasselbe wie ein Anhänger Roosevelts."[66] Das Interview löste in den USA einen Sturm der Entrüstung aus und brachte Bayern erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit.
Clay schickte unverzüglich seinen politischen Berater, Robert D. Murphy, nach München, der sich vor Ort ein Bild über den Stand der Entnazifizierung verschaffen, die für ihren vermuteten Boykott Verantwortlichen namhaft machen und gegebenenfalls sofort handeln sollte. Murphy hielt sich drei Tage in München auf und spürte durch Befragungen von Militärregierungsoffizieren, der Schäffer-Regierung und Repräsen-

[64] Ebenda, S. 231. Eine ausführliche Charakterisierung Pattons in: Ders., Bayern 1945, S. 184f.
[65] Text der Direktive z.B. in: Documents on Germany under Occupation, S. 13ff.
[66] Niethammmer, Mitläuferfabrik, S. 234.

tanten der bayerischen Parteien sowie Aktenprüfungen den bayerischen Mißständen nach. Tatsächlich erwies sich, so kabelte er am 3. Oktober in einem geheimen Telegramm nach Washington, daß die Zeitungsberichte weit übertrieben und der Regierung Schäffer keine allzu großen Vorwürfe zu machen waren.[67]
Murphy war offensichtlich angenehm überrascht und hatte auch den Eindruck gewonnen, daß mit Schäffer kein Freund der Nationalsozialisten an die Spitze der ersten bayerischen Nachkriegsregierung gelangt war. Angesichts seiner günstigen Beurteilung der Lage in München scheinen die Konsequenzen, die er veranlaßte, um so befremdlicher und auch widersprüchlich: Er empfahl nämlich - so berichtete er dem amerikanischen Außenminister Byrnes -, Schäffer als Ministerpräsidenten abzusetzen, gleichzeitig plädierte er aber dafür, die bayerische Regierung zu stärken und ihr mehr Verantwortlichkeit und größere Autorität zuzumessen.[68]
Gründe für seine Empfehlung, Schäffer trotz seines positiven Eindrucks des Amtes zu entheben, nannte Murphy dem Außenminister nicht. Es spricht einiges dafür, daß Schäffer von vornherein geopfert werden sollte, um durch diese personelle Konsequenz den Angriffen gegen Patton die Schärfe zu nehmen.[69] Für die Umbildung der bayerischen Regierung sprachen aber vor allem andere Gründe, die in Murphys Empfehlung, die Stellung der bayerischen Regierung zu stärken, auch anklingen und die mit der Entnazifizierungsfrage gar nichts zu tun hatten. Im September 1945 war deutlich geworden, daß sich die gemeinsame alliierte Herrschaft in Deutschland sehr viel schwieriger gestaltete als erwartet und sich insbesondere die im Potsdamer Abkommen vereinbarte Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit nicht realisieren ließ. Die Amerikaner widmeten ihre Aufmerksamkeit daher verstärkt dem politischen Aufbau ihrer Zone, gemäß ihren föderalistischen Vorstellungen insbesondere auch im Sinne einer Stärkung der Länder, deren demokratische Konsolidierung, beginnend mit der Bildung der Länder Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden am 19. September 1945, forciert wurde.[70] Vor diesem Hintergrund ist Murphys Empfehlung der Kompetenzerweiterung der bayerischen Regierung zu verstehen, und diese Planungen sprachen entschieden für die Ablösung Schäffers. Dessen gouvernementales Regierungskonzept einer apolitischen Notstandsverwaltung unter langfristiger Ausschaltung parteipolitischer und anderer demokratischer Einflüsse stand den amerikanischen Plänen diametral entgegen.
War schon angesichts solcher übergeordneter Überlegungen, von denen man in Bayern allerdings nichts erfuhr, das Schicksal der Schäffer-Regierung besiegelt, so kam noch hinzu, daß zur gleichen Zeit wie Murphy noch ein anderer Mann nach München gekommen war, um im Auftrag der Armeeführung die politische Lage zu erkunden. Walter L. Dorn, politischer Berater General Eisenhowers, erstattete dem amerikanischen Hauptquartier in Frankfurt am 28. September Bericht. Bei ihm hatte der Besuch in München ganz andere Eindrücke hinterlassen als bei Murphy. Vermutlich sah er veraltete Bilanzen der Entnazifizierung, die in den letzten Wochen intensiviert worden war. Sein Bericht machte den Militärgouverneur so wütend, daß dieser mit dem Gedanken spielte, Schäffer zu verhaften. Schließlich befahl er aber dann doch nur,

---

67 Murphy an den Secretary of State, 5. Oktober 1945, NA RG 165, Box 175, Sec II.
68 Ebenda.
69 Niethammer, Bayern, S. 201, geht davon aus.
70 Ausführlicher hierzu: Barbara Fait, "In einer Atmosphäre von Freiheit". Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946, in: VfZ 33 (1985), S. 427ff.

den Ministerpräsidenten und die Minister, die seine Politik unterstützt hätten, unverzüglich zu entlassen. Gefragt, wer als Nachfolger in Frage käme, nannte Dorn den Namen Wilhelm Hoegner, und damit war die Entscheidung auch schon gefallen. Noch am Spätnachmittag des 28. September mußte Patton, der wenige Tage später strafversetzt wurde, als eine seiner letzten Amtshandlungen in Bayern entsprechende Anweisungen nach München telefonieren, und gegen 20 Uhr desselben Tages wurde Schäffer durch den Sozialdemokraten Hoegner abgelöst.[71]

Für den von den Ereignissen total überrumpelten Schäffer bedeutete es nur wenig Trost, daß Robert Murphy seine Entlassung am folgenden Tag zu einem freiwilligen Rücktritt umdekorierte. Tief verletzt und in Unkenntnis der realen Hintergründe sah er in seinem innerparteilichen Hauptkontrahenten Josef Müller den für seine Degradierung maßgeblich Verantwortlichen.[72] Daß der künftige CSU-Landesvorsitzende, der sich gern seiner guten Beziehungen zur Besatzungsmacht rühmte, angesichts der skizzierten Zusammenhänge keinerlei Einfluß auf das Schicksal der ersten bayerischen Nachkriegsregierung nehmen konnte, steht außer Frage. Doch entbehrte Schäffers wiederholt geäußerter Verdacht, Müller habe seinen Sturz herbeigeführt, insofern nicht jeder Grundlage, als Müller seit Anfang September tatsächlich rege Aktivitäten mit dem Ziel der Ablösung der Schäffer-Regierung entfaltet hatte.

Die gouvernementale, antiparteiliche Ausrichtung der Regierung Schäffers mußte in dem Maße, in dem das politische Leben in Bayern sich allmählich reaktivierte, zu immer größerem Widerspruch reizen. Noch bevor die amerikanische Militärregierung im August 1945 die Wiederzulassung politischer Parteien ankündigte, hatten die Gründungszirkel der Kommunistischen Partei um Bruno Goldhammer und der Sozialdemokratischen Partei um Albert Roßhaupter und Wilhelm Hoegner sich zu einer lockeren Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die sich schon seit Juni um eine baldige Legalisierung der Parteien bemühte und die "diktatorische Politik" der Schäffer-Regierung immer schärfer kritisierte. Schon am 8. August 1945 setzte die Arbeitsgemeinschaft dem gouvernementalen Konzept Schäffers ein Gegenkonzept in Form eines gemeinsamen Aktionsprogramms entgegen. Die darin geforderten durchgreifenden sozialen und politischen Reformen sollten im solidarischen Zusammenwirken aller "antifaschistischen Bevölkerungskreise" realisiert werden.[73] Frühe Versuche, im Einklang mit diesen Bündnisvorstellungen auch Repräsentanten der ehemaligen BVP für die gemeinsame Sache zu gewinnen, waren über winzige Ansätze nicht hinausgekommen, da noch völlig offen war, in welcher Gestalt eine künftige bayerische bürgerliche Partei hervortreten würde. Nachdem die Militärregierung aber den Startschuß zur Parteienbildung abgegeben und damit auch eine in Kürze zu erwartende Politisierung der Regierung signalisiert hatte, gaben jene Kreise innerhalb des bürgerlichen Lagers ihre Zurückhaltung auf, die Neues wollten und ein Wiederaufleben der alten Bayerischen Volkspartei zu verhindern gedachten.

Mit Schäffer als Ministerpräsident stand ausgerechnet der ehemalige Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei und Hauptexponent ihrer Wiederbelebung an der Spitze der

---

[71] Hierzu auch Hoegner, Außenseiter, S. 200f.

[72] Die Vorgänge kamen ausführlich am zweiten Tag der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 31. März 1946 zur Sprache (Dok. Nr. 12, S. 110ff., 137ff.). Das Protokoll belegt deutlich die persönliche Verletztheit Schäffers.

[73] Ausführlicher hierzu Niethammer, Bayern 1945, S. 191f., der auch die Inhalte des Aktionsprogramms schildert.

bayerischen Regierung, was diesen Bestrebungen vermutlich einen erheblichen innerparteilichen Bonus verschaffen würde. Schäffer selbst leitete seinen Führungsanspruch in der entstehenden Partei nicht zuletzt aus seinem Staatsamt ab. Wie Müller später dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß berichtete, hatte Schäffer im Zuge der Auseinandersetzungen um die Führung der Union klipp und klar erklärt, die Amerikaner hätten ihn als früheren Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei zum Ministerpräsidenten ernannt, "infolgedessen könnte er jetzt von seinen Freunden, von den Leuten erwarten, daß [...] er hier die Gründung vollziehe und die Führung übernehme."[74]

Die innerparteilichen Machtkämpfe, deren Ausgang im August/September 1945 noch offen war, ließen aus der Sicht der Müller-Freunde einen Regierungswechsel also geboten erscheinen, und seit August 1945 trafen sich die Hauptexponenten der neuen Linie, Adam Stegerwald und Josef Müller, mit Vertretern der KPD und SPD, um sich auf den Fall der Politisierung oder Entlassung der Schäffer-Regierung vorzubereiten. Insbesondere Stegerwalds Interesse, Schäffers Nachfolge anzutreten, war in München ein offenes Geheimnis, aber auch Müller zeigte sich nicht abgeneigt. Am 14. September stand als Ergebnis der überparteilichen Beratungen eine Ministerliste fest, an deren Spitze Müller als Ministerpräsident stand.[75] Der designierte Regierungschef nahm in der Folgezeit die Dinge recht entschlossen in die Hand. Waren die "interfraktionellen" Besprechungen über die Regierungsumbildung im August noch von den Linksparteien initiiert worden, so war es im September Müller, der dazu lud und seine vermeintlich künftige Rolle als Regierungschef schon vorab ganz ausfüllte.[76] Als Schäffers Stuhl durch die Patton-Affaire ins Wanken geriet, präsentierte er dem interfraktionellen Kreis am 28. September flugs ein von ihm entworfenes Programm für eine "Regierung auf demokratischer Grundlage",[77] zu dessen Realisierung er jedoch keine Gelegenheit bekam. Denn während die Herren noch bis etwa 20 Uhr die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung berieten, befand sich der neue Ministerpräsident Hoegner bereits auf dem Weg zur Militärregierung, um dort wenig später "aus allen Wolken" zu fallen.[78]

Schäffer hatte also recht, wenn er argwöhnte, Müller habe zu jenen Kreisen gezählt, "die die Stellung [...] der damaligen Landesregierung in gar keiner Weise unterstützt, sondern bewußt untergraben haben".[79] Er irrte jedoch in der Annahme, Müller habe auf die amerikanische Entscheidung auch nur den geringsten Einfluß ausüben können.

5. *Der Höhenflug des "Ochsensepp". Müllers Weg zum Parteivorsitz*

Sollten die Verhandlungen um die entstehende CSU zwischen dem 24. und 28. September tatsächlich in ein ruhigeres Fahrwasser geraten sein, so standen die Zeichen ab dem 28. September wieder auf Sturm. Eigentlich hätten die Gründungsvorbereitungen schon am 2. Oktober zu einem ersten Abschluß kommen sollen. Der Entwurf eines Rundschreibens, mit dem Scharnagl am 1. Oktober zu einer konstituierenden

---

[74] Vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 130f.

[75] Aktennotiz vom 14. September 1945, ungezeichnet, Kopie im Besitz d.V.

[76] Niederschriften der interfraktionellen Besprechungen am 20. und 28. September 1945, ACSP, NL Müller 8.

[77] Undatierter, ungezeichneter Entwurf des Regierungsprogramms, ACSP, NL Müller 227.

[78] Hoegner, Außenseiter, S. 200.

[79] Schäffer vor dem Erweiterten Vorläufigen Landesausschuß am 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 110.

Sitzung der Bayerischen Christlich-Sozialen Union am 2. Oktober einladen wollte, war schon vorbereitet. Verschiedene Besprechungen über "die Möglichkeit der Erfassung aller Kreise unseres Volkes, die den Aufbau einer Staats- und Gesellschaftsordnung auf positiver Grundlage erstreben, zu einer einheitlichen politischen Organisation" hatten, so hieß es darin, "erfolgreich zu einem Ergebnis geführt". Eine erste Voranmeldung bei der Militärregierung unter dem Namen "Bayerische Christliche Soziale Union" sei bereits erfolgt.[80]

Letzteres traf zwar zu, doch war die Gruppe um Scharnagl und Müller nicht die einzige, die mit der Voranmeldung bei der Militärregierung ein Präjudiz zu schaffen versucht hatte. Bei der Militärregierung waren bis zum 8. Oktober nicht weniger als "zehn bis zwölf" Voranmeldungen für Parteien in München eingelaufen, "eine Erscheinung", die den zuständigen politischen Offizier veranlaßte, "einen ernsten Appell an die Vertrauensmänner der verschiedenen Gruppen zu richten".[81] Daß unter diesen Gruppen auch eine um Schäffer und Pfeiffer vertreten war, ist sehr wahrscheinlich. Sicher ist, daß Schäffer in verschiedenen Orten außerhalb Münchens erfolgreich für die Gründung einer Partei unter dem Namen "Bayerischer Volksbund" initiativ wurde und daraus auch kein Geheimnis machte.[82]

Fest steht ferner, daß die zwischenzeitlich verfolgten Pläne der Schäffer-Gruppe zur Gründung einer Konkurrenzpartei in München bis zum 11. Oktober wieder begraben wurden. Inzwischen hatten weitere Besprechungen zur Vorbereitung der Parteigründung stattgefunden, in denen offensichtlich eine neuerliche Einigung erzielt worden war.[83] Am 11. Oktober konnten sich schließlich im Münchner Rathaus etwa 100 Personen zur feierlichen Gründungsversammlung der CSU "in München" versammeln (Dokument Nr. 3). Mit auffälliger Betonung teilte Scharnagl diesem Forum in seiner langen Eröffnungsrede mit, daß der Appell der Militärregierung erfreulicherweise dazu geführt habe, daß *eine* der ursprünglichen Voranmeldungen zugunsten der Union zurückgezogen worden sei. Tatsächlich dürfte aber nicht nur die Mahnung der Militärregierung dazu beigetragen haben, daß eine Abspaltung der Schäffer-Gruppe verhindert werden konnte. Das Protokoll der Münchener Gründungsversammlung läßt darüber hinaus rege parteiinterne Aktivitäten erahnen, die mit dem Ziel entfaltet worden waren, eine Verständigung schließlich doch noch zu ermöglichen.

Diese konstituierende Sitzung der Christlich-Sozialen Union in München war nämlich - und zwar nicht nur mit Blick auf die Militärregierung - ausdrücklich und ausschließlich als Münchner Angelegenheit zu betrachten. Scharnagl erklärte am 11. Oktober, es sei "noch nicht an der Zeit, über irgendwelche Gedanken, Pläne, Notwendigkeiten, die über den Stadtkreis hinausgehen, Erörterungen anzustellen oder gar Festlegungen zu treffen. Das soll und muß unter allen Umständen verhindert werden und muß unterbleiben, einmal, weil die Militärregierung es noch nicht gestattet, dann aber auch, weil tatsächlich die Verhältnisse zu verschieden liegen". Damit waren die Motive der "unter allen Umständen" zu wahrenden lokalen Beschränkung auf den Kreis München

---

[80] Scharnagl an "Verehrter Herr!", 1. Oktober 1945, ACSP, NL Müller 1.

[81] Gründungsversammlung der CSU-München, 11. Oktober 1946, Dok. Nr. 3, S. 9.

[82] Schäffer an Baumgartner, 17. Oktober 1945, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1.

[83] Über die Inhalte dieser Besprechungen ist wenig bekannt; nachweislich fand eine Sitzung am 5. Oktober statt, auf der u.a. der Beschluß gefaßt wurde, Unionsmitgliedern ihre Mitarbeit an der Regierung Hoegner freizustellen (Dok. Nr. 5, S. 24). Im Entwurf des Einladungsrundschreibens von Scharnagl wird Bezug auf mehrere Besprechungen genommen, über deren Inhalte und Termine nichts ausgesagt wird.

für die Kenner der Szenerie offen genug aufgedeckt.[84] Mit dem Hinweis auf die heterogenen Verhältnisse im Lande, mit dem Scharnagl die in der Tat sehr verschiedenen Voraussetzungen für eine Parteiarbeit in den drei großen bayerischen Traditionszonen im fränkischen, schwäbischen und altbayerischen Raum andeutete, war nämlich zugleich das Kardinalproblem der Union schlechthin angesprochen, das keineswegs allein zeitbedingt war: Die "verschiedenen Verhältnisse" waren gewissermassen ein Synonym für die beiden großen gegnerischen Kräfte in der Union, deren Rivalität die Partei in den kommenden Jahren vor immer neue Zerreißproben stellte. Weil der Kampf zwischen Schäffer und Müller am 11. Oktober noch längst nicht ausgestanden war, es auf der anderen Seite aber dringend erforderlich erschien, wenigstens auf lokaler Ebene zu einer arbeitsfähigen Lösung zu gelangen, wurde der Münchner Bereich ausdrücklich von der Landespartei isoliert, deren Gestaltung damit zunächst offengehalten wurde. Mit diesem Kompromiß war aber die Sprengkraft des eigentlichen Kerns der Auseinandersetzungen, in denen es um die organisatorische und programmatische Ausrichtung, vor allem aber um die Führung der Landespartei ging, keineswegs entschärft.

Die Tendenz zur zeitlichen Verschiebung des Konfliktes hatte sich schon vorher angekündigt. Scharnagl hatte Schäffer bereits am 22. September mit dem Argument zu beruhigen versucht, daß die "für die örtliche politische Tätigkeit erstrebte Regelung", nämlich die Bildung der Christlich-Sozialen Union in München auf der Grundlage der am 12. September gefaßten Beschlüsse, einer von Schäffer "gewünschten Regelung für Bayern" nicht vorgreifen wolle.[85] Das entsprach zwar ganz und gar nicht den Intentionen des Münchner Gründerzirkels, der von Anfang an die führende Rolle in ganz Bayern angestrebt hatte, doch offensichtlich glaubten die Verfechter des Unionsgedankens, daß die Zeit für sie arbeiten werde - ein Kalkül, das schließlich aufging.

Am Ende der Münchner Gründungsversammlung, deren spannungsgeladene Atmosphäre eher zwischen den Zeilen des Protokolls zum Ausdruck kommt, stand wiederum die Wahl eines Ausschusses. Dieser sollte für München die "notwendigen Vorarbeiten der endgültigen Formulierung des Programms unter Festlegung der Satzung" durchführen. Seine personelle Zusammensetzung war schon im Vorfeld der Gründungsversammlung abgesprochen worden. Vorgesehen war nur, wie Scharnagl erläuterte, die Ergänzung eines vor "etwa 14 Tagen" gebildeten sechsköpfigen Ausschusses durch die Person Walther von Millers.[86] Als Scharnagl jedoch pflichtgemäß die Versammlung aufforderte, zu seinen Vorschlägen Stellung zu nehmen, kam es zu einem unerwarteten Zwischenfall. Michael Horlacher, der in den folgenden Wochen wiederholt als "Geburtshelfer" Müllers in Erscheinung trat, stellte überraschend den Antrag auf Unterbrechung der Sitzung, "damit eine gegenseitige Verständigung stattfinden kann. Denn ich möchte bemerken, daß es bezüglich des Vorschlags der sechs bzw. sieben Ausschußmitglieder Schwierigkeiten geben wird, und es könnte dadurch die Einmütigkeit gestört werden."[87]

---

[84] Dok. Nr. 3, S. 9.

[85] Scharnagl an Schäffer, 22. September 1945 (wie Anm. 19).

[86] Dok. Nr. 3, S. 9f. Weitere Anhaltspunkte zu diesem Ausschuß über die Hinweise in Dok. Nr. 3 hinaus waren nicht zu finden. Die Formulierung "vor etwa 14 Tagen" könnte sich auf die Sitzung am 24. September (vgl. S. XXIIIf.) beziehen.

[87] Ebenda, S. 10.

Nach einer nur viertelstündigen Unterbrechung der Versammlung stand plötzlich ein völlig neues Gremium zur Abstimmung, hatten sich doch in letzter Minute "Differenzen ergeben bei zwei Herren, die dem Ausschuß angehören". Um eine volle Einigkeit herbeizuführen und "die Differenz, die zwischen Müller und Schäffer besteht, zu klären", schlug Scharnagl vor, da "nun diese beiden Herren ausfallen würden", einen Vorstand für München zu bestellen, in dem weder Müller noch Schäffer vertreten waren.[88] Der von der Versammlung schließlich mit großer Mehrheit (63:27 Stimmen) bestätigte Vorstand für München-Stadt war eindeutig eine Not- und Kompromißlösung. In seiner Zusammensetzung wohlabgewogen, waren mit Walther von Miller und Wilhelm Eichhorn als gleichberechtigten Vorsitzenden zwei "Verlegenheitskandidaten"[89] an die Münchner Parteispitze gelangt. Diese waren zwar jeweils einer der rivalisierenden Kerngruppen zuzurechnen,[90] doch sie zählten politisch nicht gerade zu den Profiliertesten und hatten sich aus den Scharmützeln der vergangenen Wochen herausgehalten.

Damit war das offene Duell Schäffer-Müller endgültig vertagt. Schäffer und vor allem Alois Hundhammer, der inzwischen Pfeiffer als dessen engsten Mitstreiter abgelöst hatte, zeigten sich über diese Wendung zwar überrascht und wenig erfreut, und Hundhammer protestierte gegen die gefundene Lösung mit dem Hinweis, trotz aller Differenzen, "die bestanden haben, haben die beiden Herren Schäffer und Dr. Müller in dem Ausschuß zunächst zusammengearbeitet, und zwar ersprießlich".[91] Zu ernsthafteren Auseinandersetzungen kam es in dieser "Angelegenheit", die in "verhältnismässiger Ruhe und Ordnung [...] erledigt" wurde, aber laut Protokoll nicht.[92]

Daß der personalpolitische Schachzug, Müller und Schäffer aus der Münchner Parteiführung herauszulösen, nicht nur mit Wissen sondern sogar als taktisches Manöver der Müller-Riege erfolgte, ist schon deswegen zu vermuten, weil die Initiative von Horlacher ausging, der in den folgenden Wochen den Zielen des "Ochsensepp" wiederholt mit raffinierten Kunstgriffen zum Durchbruch verhalf. Auf eine wohlüberlegte Aktion deuten aber auch andere Indizien. Pragmatische Überlegungen, auch in personeller Hinsicht die "rein lokale Gründung in München" im Interesse einer Einigung ausdrücklich isoliert von der Frage der "Parteiführung für das Land" zu betrachten,[93] hatte es im Umfeld Müllers nämlich gegeben. Nach Schäffers Absetzung als Ministerpräsident standen die Chancen recht gut, daß sein Name über kurz oder lang an Zugkraft verlieren würde, besonders dann, wenn außerdem gewährleistet war, daß er auch parteipolitisch nicht an vorderster Front in Erscheinung trat.

Die Müller-Gruppe hatte noch einen weiteren Grund, mit dem Verlauf der Gründungsversammlung vollauf zufrieden zu sein. Die Namensfrage, die neben der Wahl des Ausschusses ebenfalls zur Abstimmung stehen sollte, war in der Aufregung über die Personaldiskussion völlig untergegangen. Und als sich am 8. Januar 1946 erstmals Vertreter aus allen Teilen Bayerns zur konstituierenden Sitzung auf Landesebene tra-

88 Ebenda, S. 10f.

89 So bezeichnete Eichhorn selbst seine Funktion in einem Schreiben an Schäffer vom 2. Februar 1946, Kopie im Besitz d.V.

90 Eichhorn war der Gruppe Müller, von Miller der Schäffer-Gruppe zuzurechnen: Alf Mintzel, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 59.

91 Dok. Nr. 3, S. 11.

92 Scharnagl am 3. Oktober 1945, Dok. Nr. 3, S. 12.

93 Semler an Müller, 22. September 1945, ACSP, NL Müller 5.

fen (Dokument Nr. 6), stand der zwar nach wie vor "doch zum Teil umstrittene Name"[94] längst nicht mehr ernsthaft zur Diskussion.
Mit der Entscheidung vom 11. Oktober hatte der Vorbereitende Ausschuß formal seine Legitimation verloren. Dessen ungeachtet setzten einige seiner Mitglieder ihre Aktivititäten zur Vorbereitung der Landesparteigründung unverdrossen fort. Während sich der Münchner Vorstand fortan vor allem örtlichen Fragen widmen wollte, sollte, so hatten von Miller und Scharnagl vereinbart, Scharnagl "im Auftrag der Münchner Union vorläufig Landesfragen" bearbeiten.[95] Scharnagl, der seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber einer Neuauflage der Bayerischen Volkspartei zwar wiederholt in aller Deutlichkeit ausgesprochen hatte, aber gleichzeitig Schäffer mehrfach seine persönliche Loyalität zugesichert und seine mangelnde Bereitschaft, selbst "als Führer für die neue Organisation benannt zu sein", zuletzt am 22. September bekräftigt hatte,[96] schlüpfte wohl aus eben diesem Grund und eher unfreiwillig immer stärker in die Rolle eines von beiden Seiten beanspruchten Vermittlers, dessen Sympathien freilich immer deutlicher Müller zuneigten.
Ob Scharnagl die praktische Ausführung des ihm erteilten Auftrages, Landesfragen zu bearbeiten, formell Müller oder anderen Teilnehmern einer Besprechung über "Organisations- und Pressefragen" übertragen hatte, die sich am 25. Oktober in der Kanzlei Dr. Müllers in der Münchner Gedonstraße trafen (Dokument Nr. 4), ist nicht zu belegen. Angesichts der zupackenden Energie, mit der sich der kleine Kreis dieser Fragen annahm, ist dies aber zu vermuten. So beschloß die Runde an diesem Tag etwa die Errichtung eines Münchner Sekretariats als Koordinierungsstelle für das Land, schuf also bereits den Vorläufer der künftigen CSU-Landesgeschäftsstelle. Ferner einigte sie sich darauf, künftig "möglichst in jeder Woche zur gleichen Zeit am gleichen Ort" in der Kanzlei Dr. Müller zusammenzukommen. "Im Hinblick auf den inoffiziellen Charakter der Besprechungen", so waren sich die Anwesenden immerhin einig, war "die Zuziehung weiterer interessierter Teilnehmer freigestellt". Welch seltsamer Widerspruch! Die Beschlüsse vom 25. Oktober über organisatorische und Pressefragen, nicht zuletzt der Beschluß über die Errichtung eines vorläufigen Generalsekretariats, lassen sich mit der nüchternen Feststellung des inoffiziellen Charakters der zukünftigen Besprechungen und damit auch des am 25. Oktober tagenden Gremiums selbst nur schwer in Einklang bringen.
Da die Überlieferung für das Jahr 1945 ziemlich lückenhaft ist und sich für die nachfolgenden Wochen zwar Hinweise darauf finden lassen, daß weitere vorbereitende Besprechungen stattfanden, jedoch weder Sitzungsprotokolle noch Notizen über deren Verlauf, sind die Entwicklungen bis zur nächsten entscheidenden Sitzung am 17. Dezember (Dokument Nr. 5) kaum zu erhellen. Auch ist angesichts der Quellenlage nicht zweifelsfrei festzustellen, um was für einen Kreis es sich handelte, der künftig wöchentlich zur gleichen Zeit und am gleichen Ort Fragen des Parteiaufbaus, erklärtermaßen mindestens der Parteipresse, zu erörtern plante. Es spricht aber einiges dafür - Ort und Termin der nächsten, für Mittwoch, den 31. Oktober, 16 Uhr, in Aussicht genommenen Sitzung und der Hinweis auf den inoffiziellen Charakter der Besprechungen, zu denen andere interessierte Kreise hinzugezogen werden sollten -, daß die am 25. Oktober angekündigten regelmäßigen Besprechungen nichts anderes waren als

[94] Erweiterter Vorläufiger Landesausschuß am 8. Januar 1946, Dok. Nr. 6, S. 23.
[95] Besprechung über Organisations- und Pressefragen am 25. Oktober 1945, Dok. Nr. 4, S. 13.
[96] Scharnagl an Schäffer (wie Anm. 19).

die Zusammenkünfte des sogenannten "Mittwoch-Nachmittag-Aussprache-Kreises", der nach dem Spitznamen seines Initiators, des "Ochsensepp", auch "Ochsen-Club" genannt wurde.[97] Die Treffen des Ochsen-Clubs, zu denen vor allem Anhänger Müllers erschienen, fanden seit Juli 1945 ziemlich regelmäßig in der Kanzlei in der Gedonstraße statt. Obwohl der Mittwoch-Nachmittag-Aussprache Kreis sich 1945/46 zur festen Institution der Union entwickelte, war dieser lockere Gesprächszirkel alles andere als ein parteioffizielles Gremium. Und ganz sicher handelte es sich bei seinen (zum Teil wechselnden) Gästen auch nicht um einen Personenkreis, dem die Initiative zur Vorbereitung der Gründung der Landespartei übertragen worden wäre. Trotzdem wurden in der Gedonstraße weiterhin entscheidende Weichen für die künftige Entwicklung gestellt.

Am 25. November 1945 fanden die Gründungsvorbereitungen für München mit der Einreichung des Antrags auf Lizenzierung der Christlich-Sozialen Union München bei der Militärregierung einen vorläufigen Abschluß.[98] Zu den 31 alphabetisch aufgeführten Sponsoren (Bürgen) der Münchner Partei zählten auch Müller und Schäffer. Am gleichen Tag wandten sich die beiden Vorsitzenden des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union München, Wilhelm Eichhorn und Walther von Miller, mit einem Aufruf an "die gleichgesinnten Freunde im ganzen Bayernland",[99] um sie davon in Kenntnis zu setzen, daß nun von der Militärregierung auch die Bildung einer Landesorganisation zugelassen werden würde. Folgende Herren, "die besonders enge Verbindungen mit den Kreisen außerhalb Münchens haben", waren vom Vorbereitenden Ausschuß München ersucht worden, "die nötigen Vorarbeiten zu leiten": Wilhelm Eichhorn, Michael Horlacher, Alois Hundhammer, Heinrich Krehle, Carl Lacherbauer, Walther von Miller, Josef Müller, Fritz Schäffer und August Schwingenstein.[100] Die auch hier eingehaltene alphabetische Ordnung der Namen war kein Zufall, denn die politische Führung der Landespartei war nach wie vor heftig umstritten. Eingeweihten konnte aber nicht entgehen, daß Schäffer mehr und mehr an Boden verlor.

Das Protokoll der ersten überlieferten Sitzung[101] dieses vorbereitenden Landesausschusses am 17. Dezember 1945 (Dokument Nr. 5) zeigt die inzwischen bereits sehr starke Dominanz Josef Müllers. Dessen Position war auch durch die Absetzung Schäffers als Ministerpräsident gestärkt worden. Schäffer selbst war allerdings an seiner politischen Talfahrt nicht ganz unschuldig. Menschlich enttäuscht und tief gekränkt hatte er die aus seiner Sicht "unlauteren Mittel", mit denen gegen seine Person unter Anwendung "jede[r] mögliche[n] Form der Kränkung" gearbeitet worden sei,[102]

---

[97] Müller, Konsequenz, S. 307; Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller, Lehrjahre der CSU. Eine Nachkriegspartei im Spiegel vertraulicher Berichte an die Militärregierung, Stuttgart 1984, S. 21f. Die Dokumentation enthält Berichte über die Zusammenkünfte des Ochsen-Clubs für den Zeitraum zwischen April 1946 und Januar 1948.

[98] Application for the Organization of a Democratic Political Party, 25. November 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41.

[99] Vorbereitender Ausschuß der Christlich-Sozialen Union München, 25. November 1945, an den Verehrten Freund, Dok. Nr. XI, S. 1751f.

[100] Ebenda.

[101] In einer parteiintern erstellten kleinen Chronik beginnt die Geschichte der Landespartei mit der Sitzung des Vorläufigen Ausschusses am 17. Dezember 1945, doch hat der Vorbereitende Landesausschuß nachweislich bereits am 30. November getagt: Schäffer an Eichhorn, 1. Dezember 1945 (Kopie im Besitz d.V.).

[102] Schäffer an Eichhorn, 26. Januar 1946, Kopie im Besitz d.V.

seinerseits mit politisch unklugen Rundumschlägen beantwortet und damit seine eigene Position immer weiter verschlechtert. Zerstritten hatte er sich unter anderem auch mit so einflußreicher Prominenz wie Schlögl und Horlacher,[103] die als Bauernführer ein sehr gewichtiges Wort in der Union mitzusprechen hatten.
Ausschlaggebend für Müllers immer deutlicher zu Tage tretende Führungsposition innerhalb der Landespartei dürfte jedoch neben seiner überzeugenderen Parteikonzeption seine allgegenwärtige Rührigkeit gewesen sein, die überall ihre Spuren hinterließ und ihm nicht nur Feinde, sondern vor allem auch einflußreiche Freunde verschafft hatte. Zu diesen zählte in diesen Wochen speziell Michael Horlacher, der seit dem 11. Oktober zur Schlüsselfigur im Kampf um die Parteiführung avancierte. Auf Horlachers Initiative fielen am 17. Dezember 1945 zwei für die weitere Entwicklung äußerst wichtige Vorentscheidungen. Er stellte nämlich scheinbar beiläufig "den Antrag, daß wir aus der Mitte dieses Ausschusses einen vorläufigen Vorsitzenden dieses vorläufigen Landesausschusses wählen." Der Ausschuß erklärte sich einverstanden, und "auf Vorschlag von Dr. Horlacher wurde Dr. Müller einstimmig als vorläufiger Vorsitzender des vorbereitenden Landesausschusses gewählt".[104]
Der auf den ersten Blick harmlos anmutende Beschluß hatte es in zweierlei Hinsicht in sich: Zum einen hatte sich der Vorbereitende Ausschuß selbst zum Vorläufigen Landesausschuß erhoben. Dem Landesausschuß aber oblag es gemäß den (Vorläufigen) Satzungen (Dokument Nr. XIII), die am 8. Januar 1946 vom "Vorläufigen Erweiterten Landesausschuß", bestätigt wurden (Dokument Nr. 6), die "Richtlinien für die politische Arbeit der Partei" zu bestimmen. Faktisch übernahm der Vorläufige Landesausschuß, der sich seit der Bamberger Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 Landesarbeitsausschuß nannte und seither um Vertreter aus allen bayerischen Bezirken erweitert worden war, die Funktion eines Landesvorstandes. Dessen Wahl erfolgte erst am 6. Dezember 1946 nach vorheriger Verabschiedung der eigentlichen Parteisatzung am 4. Oktober und ihrer Genehmigung durch die Militärregierung am 29. Oktober 1946.[105]
Zum anderen war Müller damit in ein Amt gewählt worden, das es dem ebenso schlauen wie entschlossenen politischen Aufsteiger leicht machte, übergangslos in die Rolle eines vorläufigen Landesvorsitzenden zu schlüpfen. Mit einem Rundschreiben vom 31. Dezember 1945, das zusammen mit anderen Materialien als Broschüre in einer Auflage von 30.000 Exemplaren verteilt wurde, informierte der Vorläufige Landesausschuß die Parteifreunde im ganzen Lande: "Zum vorläufigen Landesvorsitzenden der Union wurde am 17. Dezember 1945 Herr Rechtsanwalt Dr. Josef Müller gewählt." Gezeichnet war der Rundbrief mit größter Selbstverständlichkeit von Müller - als vorläufigem Landesvorsitzenden natürlich.[106]
Vermutlich rief dieser unverfrorene Versuch der Schaffung eines fait accompli einigen Protest hervor, denn zu Beginn der ersten landesweiten Sitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der Gründungsversammlung auf Landesebene, die der Vorbereitende Ausschuß als Tagung eines "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses"

[103] Dazu Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der CSU am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 116ff., 124f., 160f.
[104] Dok. Nr. 5, S. 19.
[105] Satzung (Dok. Nr. XVII) und Genehmigungsschreiben der Militärregierung (Dok. Nr. XVIII), S. 1783ff., 1804.
[106] Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses an den "Lieben Parteifreund", vom 31. Dezember 1946, Dok. Nr. XII, S. 1753f.

für den 8. Januar 1946 nach München einberufen hatte, war Müllers Würde als "Landesvorsitzender" wieder mit dem Zusatz versehen: "des vorläufigen Landesausschusses". Dafür war allerdings das Attribut "vorläufig" weggefallen.[107] Am Ende dieser Zusammenkunft wurde aber auch der einschränkende Zusatz hinfällig, denn Michael Horlacher stellte einmal mehr seine Geschicklichkeit als "Geburtshelfer" unter Beweis. Das Protokoll vermerkt in aller Schlichtheit: "Der zum Schluß von Herrn Dr. Horlacher gestellte Antrag: 'Im Vertrauen auf die bisherige Arbeit des Landesvorsitzenden bittet die heutige Tagung den Landesvorsitzenden, die vorläufige Organisation der Kreisverbände sobald es möglich ist durchzuführen', wurde einstimmig angenommen".[108]

Mit der geschickt eingefädelten Pseudowahl Müllers zum Landesvorsitzenden und seiner Betrauung mit der Organisation der Landespartei nach eigenem Ermessen endeten die chaotischen Wildwuchserscheinungen, von denen die erste Gründungsphase gekennzeichnet war. Mit der Einsetzung von Landesarbeits- und Parteiausschüssen und anderen Grundsatzentscheidungen markiert diese erste kleine Landesversammlung der CSU eine deutliche Zäsur in ihrer bewegten Entstehungsgeschichte. Unter der gekonnten "Regie" des Landesvorsitzenden, dessen Ziel der Schaffung einer straffen, effektiven Organisation unter einer starken Zentrale als Voraussetzung erfolgreicher Parteiarbeit immer deutlicher zu Tage treten sollte, begann eine Phase der Konsolidierung. Die erste Etappe des Aufstiegs der CSU zu einer "Massen- und Apparat-Partei modernen Typs" (Mintzel) war allerdings nach wie vor begleitet von ständigen Zwistigkeiten. Die dokumentierten Protokolle belegen in vielen Passagen die starke Labilität der "Union", die nicht zuletzt aus den harten Kämpfen abzuleiten ist, die sich Müller und Schäffer in diesen ersten Gründungsmonaten lieferten. Durch die von Anfang an im Mittelpunkt stehenden Führungsstreitigkeiten mit der Folge einer sehr frühen Verhärtung auch der inhaltlichen Positionen blieb die 1945 durchaus bestehende Chance eines Ausgleiches zwischen den alten und neuen Kräften, zwischen den um Schäffer/Hundhammer gruppierten, überwiegend aus altbayerischen Gebieten stammenden Verfechtern einer katholisch-konservativ ausgerichteten (Honoratioren-) Partei dezidiert bayerischen Charakters und den hinter Müller stehenden Anhängern des Gedankens einer modernen interkonfessionellen Massen- und Volkspartei ungenutzt.

6. *Die Bamberger "Entscheidungsschlacht"*

Die gegnerischen Lager, die sich schon in den ersten Gründungswochen in Gestalt des Schäffer-Müller-Antagonismus als prägnantes Kennzeichen der jungen Partei herausgebildet hatten, gewannen seit Januar 1946 immer deutlichere Konturen. Dem um Schäffer und Hundhammer gruppierten bayerisch-katholisch-etatistischen Flügel, dessen Anhängerschaft sich vor allem aus den Bezirksverbänden Ober- und Niederbayern sowie München rekrutierte, stand der Müller-Flügel gegenüber, der mit seiner liberal-konservativen, christlich-interkonfessionellen Orientierung vor allem im fränkischen und schwäbischen Raum Unterstützung fand. Daneben und dazwischen tummelte sich der sogenannte Bauernflügel um Horlacher, Baumgartner und Schlögl, der aber weniger einheitlich in Erscheinung trat und dessen Repräsentanten - je nachdem,

[107] Dok. Nr. 6, S. 21.
[108] Ebenda, S. 26.

welche der beiden gegnerischen Kerngruppen ihren Interessen näher kam - wechselnde Koalitionen eingingen. Die Wendigkeit des sogenannten Bauernflügels manifestierte sich am deutlichsten in der Person Michael Horlachers, der maßgeblich den Aufstieg des "Ochsensepp" vorantrieb, sich aber seit Mitte 1946 zu einem der entschiedensten Gegner des Parteivorsitzenden wandelte, um diesen Anfang 1948 dann wieder mit aller Kraft zu unterstützen.
Als in den ersten Monaten des Jahres 1946 weitere Weichen für die künftige Entwicklung der CSU gestellt wurden, agierten Horlacher und Müller noch in engem Schulterschluß. Zu den bedeutsamsten Streitfragen, in denen sie Seite an Seite standen, zählte die Regelung des zeitlichen Rahmens, in dem sich die Konstituierung der Partei vollziehen sollte. Horlacher war es zu verdanken, daß am 8. Januar Schäffers Versuch mißlang, diesen Rahmen auf ein Maß zu beschränken, der Müllers Position entschieden verschlechtert hätte. Hundhammer hatte im Namen der Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz den Antrag eingebracht, schnellstens die Bildung der in der vorläufigen Satzung (Dokument Nr. XIII) vorgesehenen Bezirksverbände zu vollziehen, deren Vorstandschaften am 10. Februar "aus sich heraus" die Landesvorstandschaft konstituieren sollten.[109] Hinter diesem Vorschlag stand die Überlegung, daß eine so kurz bemessene Frist die altbayerischen Verbände begünstigen mußte, da man dort auf die überkommenen BVP-Strukturen zurückgreifen konnte, während im Fränkischen quasi bei Null begonnen werden mußte. Wäre dieser Antrag von der Gründungsversammlung gebilligt worden, hätten angesichts des altbayerischen Vorsprungs Schäffers Parteikonzept und sein Führungsanspruch die besten Aussichten auf Erfolg gehabt. Wie geschildert, gelang es Horlacher und Müller - unterstützt vor allem durch fränkische Sprecher -, die Terminierung abzuwehren und die Durchführung des Organisationsaufbaues in das freie Ermessen des vorläufigen Landesvorsitzenden zu stellen. Auf Müller war damit zugleich das Recht übergegangen, zu bestimmen, wann der Aufbau der Partei weit genug gediehen war, um weitere Grundsatzentscheidungen - etwa über die Parteisatzungen oder die Person des Landesvorsitzenden - treffen zu können.
Im März 1946 - die Konstituierung auch der fränkischen Bezirksverbände stand unmittelbar vor dem Abschluß - sah Müller die notwendigen Voraussetzungen erfüllt. Am 14. März ergriff er die Initiative, um im Vorläufigen Landesausschuß eine in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Vorentscheidung zur innerparteilichen Machtverteilung herbeizuführen (Dokument Nr. 10). Müller plädierte für die Einberufung eines Erweiterten Landesausschusses am 31. März 1946. Da, so die Argumentation der Müller-Gruppe, den Vorläufigen Satzungen vom 8. Januar lediglich der Rang einer reinen "Formsache" zukam - "Sie waren nie ernstlich gemeint" und "galten nur der Anerkennung der Partei durch die Militärregierung" -, sollte im Vorfeld der geplanten Tagung der "Schlüssel für die Abstimmungsberechtigung" festgelegt werden.
Nach der Vorläufigen Satzung entsandte jeder der für die sieben bayerischen Regierungsbezirke zu bildenden "Kreisverbände" der CSU drei Delegierte in den Landesausschuß, in dem neben diesen 21 Bezirksvertretern eine vierzehnköpfige "Gesamtvorstandschaft" Sitz und Stimme haben sollte. Es gelang Müller mit tatkräftiger Unterstützung Horlachers, die Zusammensetzung - und damit auch den Charakter - des Landesausschusses am 14. März entscheidend zu verändern. Neben dem schon am 8.

[109] Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946, Dok. Nr. 6, S. 26.

Januar stillschweigend als Bezirksverband anerkannten München erhielten auch Nürnberg-Fürth und Augsburg den Status von Bezirksverbänden, außerdem wurde die Zahl der Bezirksvertreter erhöht. Dies geschah gegen den erbitterten Widerstand Schäffers und Hundhammers, die auf der Gültigkeit der Vorläufigen Satzung vom 8. Januar bestanden und für die Einberufung einer ordentlichen Landesversammlung plädierten. Schäffer wandte sich ferner gegen eine schematische Vergabe der Stimmberechtigung, nach der allen Bezirksverbänden unabhängig von ihrer Größe die gleiche Delegiertenzahl zugestanden werden sollte: "Gleiches Stimmrecht sei ungerecht, da Niederbayern 300.000 Stimmen, Augsburg aber nur 100.000 Einwohner habe." Schäffer konnte nach der heftigen Diskussion lediglich in diesem Punkt die Pläne Müllers durchkreuzen: Augsburg wurden als kleinstem Bezirksverband nur drei Delegierte eingeräumt, alle übrigen Bezirksverbände einschließlich der großstädtischen Verbände Nürnberg-Fürth und München waren künftig mit fünf Delegierten vertreten.[110] Damit hatte sich Müller, der davon ausgehen konnte, daß außer den vier fränkischen Bezirksverbänden vermutlich auch die beiden schwäbischen hinter ihm stehen würden, für die für den 31. März geplante Sitzung eine tragfähige Basis verschafft. Nachdem dieser Vorstoß von Erfolg gekrönt war, konnte der nächste folgen: Horlacher holte die Zustimmung des Vorläufigen Landesausschusses ein, in der Sitzung am 31. März die Wahl des Vorläufigen Landesvorsitzenden bestätigen zu lassen - dies war zweifellos ein wichtiges Motiv des überraschenden Antrags auf Änderung des Delegiertenschlüssels. Außerdem bedeutete der positive Beschluß ein weiteres statuarisches Präjudiz, das ebenso wie die Stimmrechtsregelung von Bestand bleiben sollte: In der Januar-Satzung war neben dem ersten nämlich ein zweiter Vorsitzender vorgesehen, von einer konsequenterweise parallel durchzuführenden Entscheidung über die Person eines vorläufigen zweiten Vorsitzenden war jedoch nicht die Rede. Gegen diesen Antrag stimmte wiederum Schäffer, der stattdessen "satzungsgemäß Neuwahl" forderte, was nach den vorläufigen Statuten auf die Einberufung einer Landesversammlung hinauslief.

Der von Schäffer und Hundhammer an diesem Tag wiederholt vorgebrachte Vorschlag der baldigen Einberufung einer Landesversammlung hatte gute Gründe: Beide waren überzeugt, daß Schäffers Bekanntheitsvorsprung ihm in diesem basisbetonten Gremium gute Chancen bieten würde, den im Lande noch weitgehend unbekannten vorläufigen Landesvorsitzenden im Kampf um die Parteiführung zu schlagen. Schäffer war, wie er selbst erklärte, "eitel genug anzunehmen, daß weite Bevölkerungskreise in Bayern" ihn "schätzen".[111] Dessen war sich natürlich auch die Gegenseite bewußt, die deshalb Schäffers und Hundhammers Begehren am 14. März entschlossen abwehrte. Gleiches geschah in der nächsten Zusammenkunft am 29. März (Dokument Nr. 11), in der Schäffer auf seine Forderung zurückkam und sie zeitlich präzisierte: Nach seiner Vorstellung sollte die Wahl der "endgültigen Landesvorstandschaft" durch eine Landesversammlung am 5. Mai 1946 durchgeführt werden.[112]

Während Schäffers Pläne im Vorläufigen Landesausschuß keine Chance hatten, konnte Müller, der sich für seine Stimmrechtsinitiative zusätzlich der Rückendeckung der Militärregierung versichert hatte,[113] am 29. März einen weiteren Erfolg verbuchen. Er

[110] Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses am 14. März 1946, Dok. Nr. 10, S. 37ff.
[111] Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 109.
[112] Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses am 29. März 1946, Dok. Nr. 11, S. 44.
[113] Dok. Nr. XV, S. 1761f.

erreichte gegen den heftigen Protest Schäffers eine neuerliche Modifikation der Stimmrechtsregelung, die auf eine weitere Stärkung seiner Position in der inzwischen für den nächsten Tag einberufenen Landestagung hinauslief: Stimmberechtigt waren dort nach dem Willen des Vorläufigen Landesausschusses jetzt auch die der Union angehörenden Kabinettsmitglieder sowie die bisherigen Mitglieder des Ausschusses selbst, die Müller bislang in allen wichtigen Fragen mehrheitlich unterstützt hatten.[114]
In der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12), zu der das Landessekretariat wohl nicht zufällig in Müllers oberfränkische Heimat, nach Bamberg, geladen hatte,[115] erreichten die seit September 1945 anhaltenden Streitigkeiten um die Parteiführung ihren Höhepunkt. Den Auftakt zu dem erbitterten Kampf zwischen Müller und Schäffer, der im Bamberger Heinrichsaal vor den Augen zahlreicher Zuhörer offen ausgetragen wurde, bildete ein taktischer Winkelzug Müllers. Da die Militärregierung die Anerkennung der im Vorläufigen Landesausschuß verabschiedeten Änderung des Delegiertenschlüssels von der Zustimmung des Erweiterten Landesausschusses abhängig gemacht hatte, hatten Müller und seine politischen Freunde eine Überrumpelungsstrategie verabredet, die das Risiko einer Ablehnung weitgehend ausschloß: In eigenmächtiger Abänderung der angekündigten Tagesordnung führte der vorläufige Landesvorsitzende unmittelbar im Anschluß an seine lange Eröffnungsrede eine Abstimmung über die Stimmrechtsregelung herbei. Gegen heftigste Proteste Schäffers sorgte er mit Unterstützung einiger Mitstreiter dafür, daß diese Grundsatzentscheidung ohne inhaltliche Diskussion über die Bühne ging und in ihrer machtpolitischen Dimension vermutlich von vielen Delegierten gar nicht wahrgenommen wurde.[116]
Die Abstimmung, die mit 39 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen die Stimmberechtigung der CSU-Regierungsmitglieder erbrachte und mit 38 gegen 18 Stimmen den neu gebildeten großstädtischen Bezirksverbänden Nürnberg-Fürth und Augsburg sowie den bisherigen Mitgliedern des Vorläufigen Landesausschusses Sitz und Stimme im Landesausschuß verschaffte, endete mit einem überragenden Sieg Müllers. Da in Bamberg außerdem die Entscheidung fiel, daß der Erweiterte Vorläufige Landesausschuß "bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union" tagen konnte, hatte sich der vorläufige Landesvorsitzende eine Zweidrittelmehrheit in einem Gremium gesichert, das alle weiteren Grundsatzentscheidungen fällen und dafür sorgen würde, daß das in Bamberg erzielte Kräfteverhältnis für die folgenden Jahre konstant blieb.[117]
Mit so klaren Mehrheitsverhältnissen scheinen Müller und seine Anhänger indes nicht gerechnet zu haben. Die Abstimmung über das Stimmrecht war in vollem Gange, als ein enger Vertrauter des "Ochsensepp", Friedrich von Prittwitz-Gaffron, die laufende Stimmabgabe mit der erregten Mitteilung unterbrach, im Saal kursiere ein anonymes Schreiben. Nach Beendigung der Abstimmung wurde das mehrseitige Papier, das für den Rest des Sitzungstages alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen sollte, in ganzer Länge verlesen.[118] Das stellenweise wirr formulierte Schriftstück trug die Überschrift: "Die

[114] Wie Anm. 112.
[115] Rundschreiben des Landessekretariats vom 18. März 1946, ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946.
[116] Vgl. Ausführungen Speichers, Dok. Nr. 12, S. 62f.
[117] Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946, Dok. Nr. 12, S. 86f., S. 152.
[118] Ebenda, S. 86ff.

Bedeutung unserer Stellungnahme im Kampf um die Führung der Christlich-Sozialen Union" und stammte von Josef Eduard Messmer, einem den meisten Delegierten unbekannten ehemaligen Mitglied des bayerischen monarchistischen Widerstandes, der schon seit August 1945 wiederholt gegen Müller initiativ geworden war.[119]
Messmers "Stellungnahme" ist in Dokument Nr. 12 nachzulesen, daher, aber auch weil weniger der Inhalt als vielmehr die Behandlung dieses Schriftstückes von Relevanz ist, genügt an dieser Stelle der Hinweis, daß es sich um polemische Angriffe gegen den "Kommunisten" Müller handelte, die mit so abstrusen Behauptungen gespickt waren, daß der Landesausschuß mit "Gelächter", "Heiterkeit", aber auch der Feststellung reagierte, das sei "ja Irrsinn!"[120] Um so verwunderlicher mag es auf den ersten Blick anmuten, daß ausgerechnet ein so kluger Kopf wie Johannes Semler die Verlesung des Papiers anregte, und zwar nachdem er es "in Ruhe" gelesen hatte.[121]
Bei genauerer Betrachtung der Vorgänge in Bamberg wird jedoch deutlich, daß es sich bei jener ausführlichen Würdigung des "Zwischenfalles Messmer" um nichts anderes gehandelt haben muß, als einen raffinierten Schachzug der Müller-Riege mit dem Ziel, Schäffer vor dem versammelten Forum, das am nächsten Tag über die Person des Parteivorsitzenden entscheiden sollte, nachhaltig zu diskreditieren: Das "überraschend" zu Tage geförderte Pamphlet war nämlich erstens einer Reihe von Personen vor Beginn der Sitzung bekannt. Auch Müller hatte nach eigenem Bekunden von seiner Existenz gewußt[122] und kannte mit größter Wahrscheinlichkeit auch dessen Inhalt. Hatten zweitens Parteigänger Müllers noch kurz zuvor die Diskussion über die für die künftige Verfassung der CSU so bedeutsame Stimmrechtsregelung mit Anträgen auf Schluß der Debatte verhindert, und zwar mit dem Argument, die Zeit sei zu knapp bemessen,[123] so waren es mit von Prittwitz-Gaffron und Semler ausgerechnet engste Mitstreiter Müllers, die das sachlich völlig belanglose Papier eines politischen Hinterbänklers in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückten und dafür sorgten, daß seiner Behandlung viel Zeit geopfert wurde. Dies geschah vorgeblich wegen der Anonymität des Schriftstückes - um der politischen Kultur willen, zu deren Pflege sie sich aufgerufen fühlten. Faktisch war die Aufregung über den fragwürdigen politischen Stil allerdings eher künstlich aufgebauscht, da Messmer sich unverzüglich als Verantwortlicher zu erkennen gab. Und es war drittens sicher kein Zufall, daß Müller nach Verlesung des Pamphlets in naiver Unschuld beklagte: "Der gleiche Herr, der vorhin erklärt hat, daß er dieses Schriftstück verfaßt hat, saß gemeinsam mit Staatsrat Schäffer in Regensburg mir gegenüber. Er hat es nicht der Mühe wert gefunden, nach der Diskussion, auf die er hier Bezug nimmt, mir irgendein Wort zu sagen."[124]
Damit hatte er Messmer mit einer geschickten Wendung in die Nähe Schäffers gerückt, dessen Rolle als möglicher Drahtzieher der Pamphlet-Aktion auch dadurch an Wahrscheinlichkeit gewann, daß Messmer die politischen Überzeugungen des Staatsrates tendenziell teilte und diese in sein Pamphlet eingeflossen waren - wenn auch in Ausprägungen, die Messmer eigen waren. Insbesondere seine Behauptung, Müller sei ein Handlanger der Kommunisten, wies eine unverkennbare Verwandtschaft zu - al-

[119] Messmer an den Vorsitzenden des Aktions-Ausschusses der sich konstituierenden CSU, 17. September 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41.
[120] Wortlaut der Stellungnahme und Zwischenrufe Dok. Nr. 12, S. 87ff.
[121] Ebenda, S. 87.
[122] Ebenda, S. 95.
[123] Z.B. Nerreter, ebenda, S. 81f.
[124] Ebenda, S. 91.

lerdings schwächer formulierten - Vorwürfen auf, die auch Schäffer wiederholt öffentlich gegen Müller vorgebracht hatte. Da Messmers Pamphlet außerdem in der Feststellung gipfelte, allein Schäffer oder Hundhammer seien zur Führung der CSU berufen, mußte sich den Delegierten alles in allem der Verdacht geradezu aufdrängen, die Initiative Messmers sei mit Wissen und Billigung Schäffers und Hundhammers erfolgt.
Es war schließlich der Bezirksverband Oberfranken, der die im Raum stehende Frage offen aussprach: "Haben Staatsrat Schäffer und Herr Hundhammer das Pamphlet gebilligt? Haben sie es gekannt? Sind sie mit der Verbreitung einverstanden?" Beide Verdächtigten dürften wahrheitsgemäß geantwortet haben, als sie letzteres übereinstimmend weit von sich wiesen.[125] Schließlich konnten die wirren Ausführungen Messmers kaum geeignet sein, ihre Position in der Partei zu stärken - im Gegenteil.
Doch sachliche Überlegungen wurden in der aufgeheizten Atmosphäre im Bamberger Heinrichsaal nicht gerade begünstigt. Schäffer, der sich schon vorher unter den Gästen und der Mehrheit der Delegierten eher Antipathien zugezogen hatte, weil er angesichts der Bedeutung der Frage der Stimmberechtigung für ihre Beratung unter Ausschluß der Öffentlichkeit plädiert hatte,[126] geriet durch den "Zwischenfall Messmer" noch weiter in die Defensive. Josef Müller hingegen, der sich nach den "Gemeinheiten", dem "Schmutzkübel, der in den letzten Wochen konzentriert und bewußt" über ihn ausgegossen worden sei, tapfer und durch "nichts mehr" zu überraschen zeigte, strömten die Sympathien zu.[127]
Damit war der Boden für die Niederlage, die Schäffer am zweiten Sitzungstag erfuhr, endgültig bereitet. Auf seinen Wunsch tagten die Delegierten am Morgen tatsächlich zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit - ein neuerlicher taktischer Fehler des autoritären Politikers, der einen weiteren Eklat heraufbeschwor, als die Gäste nach gu gut eineinhalbstündigem Warten vor der verschlossenen Türe des Sitzungssaales fast handgreiflich Einlaß begehrten.[128]
Schäffer hatte gute Gründe für seinen Wunsch, ein Publikum fernzuhalten, dessen zuweilen lautstark geltend gemachte Vorstellungen Müller einseitig begünstigten. Die Kraft der Massensuggestion als Instrument der Politik war nach den Erfahrungen der NS-Zeit nur allzu präsent, und der Eindruck Carl Lacherbauers, daß am Vortag weniger die Delegierten, als vielmehr die Öffentlichkeit entschieden hatte, war nicht gänzlich aus der Luft gegriffen. Ernst Falkner kommentierte den Verlauf des ersten Sitzungstages aber doch überspitzt, als er am nächsten Morgen bemerkte, "daß bei der gestrigen Sitzung Herr Goebbels hätte teilnehmen können, er hätte helle Freude gehabt."[129]
Im Zentrum der internen Diskussion stand am 31. März zunächst der von Schäffer gestellte und von Nieder- und Oberbayern (Falkner/Hundhammer) unterstützte Antrag auf Einberufung einer Landesversammlung am 5. Mai. Während Schäffer seinen Antrag nur vage mit dem Hinweis begründete, ein entsprechender positiver Beschluß würde zur Erleichterung der Diskussion beitragen, brachte Falkner das Motiv dieses Begehrens auf den Punkt, als er erklärte, nur die Landesversammlung könne ord-

[125] Ebenda, S. 96.
[126] Ebenda, S. 57.
[127] Ebenda, S. 91.
[128] Ebenda, S. 114f.
[129] Ebenda, S. 98.

nungsgemäß die Wahl des Hauptes der Union vornehmen.[130] Tatsächlich war die in Bamberg fortgesetzte Debatte über die Einberufung der Landesversammlung nichts anderes als ein verdeckter Kampf um die Parteiführung und entsprechend verliefen die Fronten. Kroll und Barth als Sprecher der fränkischen Bezirke stellten im Gegenzug den Antrag, die Wahl des Landesvorsitzenden sofort, also durch den versammelten Bamberger Erweiterten Landesausschuß vorzunehmen.[131] Zunächst wurde die Diskussion aber unterbrochen, denn Müller regte an, die Abwesenheit der Öffentlichkeit zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten zu nutzen, die zwischen ihm und Schäffer bestanden. Taktisch klug überließ er Schäffer den Vortritt, der sich tatsächlich bereit fand, die Vorbehalte, die er gegen Müller vorzubringen hatte, als erster zu artikulieren.

In seinen Ausführungen entlud sich die aufgestaute Enttäuschung und Wut der letzten Monate: Schäffers Rede war eine einzige Anklage, in der er alle "Ungerechtigkeiten" aneinanderreihte, die er seit Ende September 1945 zu erleiden hatte und die aus seiner Sicht maßgeblich auf Müller zurückzuzuführen waren. Er prangerte dessen Rolle als für seine Absetzung als Ministerpräsident Verantwortlicher an und warf ihm, anknüpfend an die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Parteigründung, vor, die aus der ehemaligen BVP stammende Anhängerschaft als "Unionsanhänger zweiter Klasse" zu diffamieren. Auch auf die "öffentlichen Angriffe, die gegen mich erhoben werden", kam Schäffer zu sprechen. Seit einigen Wochen waren ihm in verschiedenen Zeitungsartikeln NS-Belastungen vorgeworfen worden, und Schäffer machte kein Geheimnis daraus, daß für ihn der Verantwortliche fest stand: "Diese Situation ist veranlaßt worden, lieber Herr Dr. Müller, durch Sie, selbstverständlich auch durch andere. Aber das geistige Haupt eines Kampfes, der seit 1. Oktober in vollkommenem Mißverständnis der Situation geführt worden ist, Herr Dr. Müller, das sind Sie."[132]

Auch Horlacher und Schlögl, die sich in Parteiveranstaltungen an den öffentlichen Angriffen beteiligt hatten, überschüttete er mit Vorwürfen. Ebenso erging es dem Chefredakteur der Landshuter "Isar-Post" und Parteifreund Georg Pix, der "einen gehässigen Artikel nach dem anderen" gegen ihn schreibe und mit dazu beigetragen habe, daß sich inzwischen die "ganze bayerische Presse" gegen ihn verschworen habe. In dieser Situation - so Schäffer - habe ihn die Partei schmählich im Stich gelassen. Sie habe ihm "überhaupt keine Möglichkeit" gegeben, seine "Ehre zu verteidigen".

Schäffers emotionsgeladene Anklage gegen das Komplott, zu dem sich seine politischen Gegner unter dem "geistigen Haupt" Müllers verschworen hatten, gipfelte in der Versicherung: "Wenn jemand behauptet, daß ich je einen Führungsanspruch erhoben habe, dann soll er mir das beweisen. Ich habe immer [...] das eine erklärt: Über die Führung entscheiden in demokratischen Parteien letzten Endes die Wähler. Ob ich [...] eine Wahl annehmen würde oder nicht, da habe ich mich geweigert, eine Erklärung abzugeben. Ich habe meinen guten Grund dazu gehabt."[133]

Schäffers Ausführungen, die er mit dem Plädoyer beendete, bis zur Landesversammlung "irgendeinen tüchtigen Kreisvorsitzenden" mit der Führung der Unionsgeschäfte zu betrauen - "Schäffer braucht er nicht zu heißen und Hundhammer braucht er auch nicht zu heißen", Müller sollte er gewiß nicht heißen -, beanspruchten eine gute

[130] Ebenda, S. 98f.
[131] Ebenda, S. 102f.
[132] Ebenda, S. 110. Ausführlicher zu den Angriffen vgl. S. XLV.
[133] Ebenda, S. 122.

Stunde der Sitzungszeit. Etwa doppelt so lang dürfte die gekonnte Gegenrede Müllers die Aufmerksamkeit der Delegierten und Gäste, die inzwischen wieder eingelassen worden waren, beansprucht haben.
In meisterhafter Selbstdarstellung, in der er wiederholt seine Tätigkeit im deutschen Widerstand zur Unterstreichung seiner moralischen Integrität ins Spiel brachte, wies Müller Schäffers Vorwürfe weit von sich und distanzierte sich von den kleinlichen Streitereien, deren Ursache einzig im persönlichen Ehrgeiz zu suchen sei. "Es ging hier klar um das, was erklärt wurde mit dem sogenannten Führungsanspruch in der Union." Wie Schäffer behauptete auch Müller, einen solchen nicht zu erheben: "Ich kann ruhig sagen, ich habe eine gewisse Vitalität und eine gewisse Dynamik in mir, das gebe ich zu [...], aber ich bin nicht ehrgeizig." Unter dem Galgen der Nationalsozialisten stehend habe er den Beschluß gefaßt, sein Leben für "die christliche Idee" einzusetzen: "Da geht es mir nicht um lächerliche Posten, das ist mir völlig schnuppe".[134] Nachdem er dieses eindrucksvolle Bild gezeichnet hatte, mußte es Wirkungen zeigen, wenn Müller - auf die Streitigkeiten der Gründungswochen eingehend - hinzusetzte: "Auch von Herrn Schäffer hätte man erwarten müssen, daß er rein persönliche Verstimmungen überwindet."
Müller skizzierte und begründete außerdem noch einmal seine Politik in pointierter Abgrenzung zu Schäffer: "Herr Schäffer geht eben von Anfang an von der Bayerischen Volkspartei aus. Auch ich war dort, ich kenne die Entwicklung; aber ich möchte mehr Dynamik in der ganzen Entwicklung haben, mehr Vitalität.[135] Vor diesem Hintergrund war auch seine Haltung gegenüber dem von Schäffer wiederholt geforderten forcierten Aufbau der Parteiorganisation zu verstehen. Dessen Begehren nach baldiger Einberufung der Landesversammlung stellte er sein Bemühen gegenüber, diese im Interesse der Union möglichst zu verzögern: zum einen, "weil wir noch nicht soweit sind", zum anderen, da er innerparteiliche Kraftproben im Vorfeld der anstehenden Wahlkämpfe tunlichst vermeiden wollte.
Im Interesse einer wirklichen Union habe er - so legte er psychologisch geschickt nun die Motive seiner Stimmrechtsinitiative bloß - Franken bewußt "stark gestellt", weil "ich den Eindruck gehabt habe, daß die Union sich angesichts des Zusammengehens der beiden Konfessionen, der beiden Kräfte, am ehesten festigt und keine Einseitigkeit herauskommt".[136] In Replik auf die von Schäffer beschworene drohende Gefahr eines Linksrutsches, des von Müller so bezeichneten "Nihilismus", schloß er seine Ausführungen mit der griffigen Parole: "Wir müssen durch Evolution die Revolution verhindern. [...] Deswegen muß das Ganze organisch bis ins letzte durchentwickelt werden."[137]
Müllers wortgewaltige Rede war kaum verklungen, als Paul Nerreter, Gründungsmitglied der CSU in Nürnberg und Mittelfranken und erklärter Anhänger Müllers, seine begeisterte Würdigung der Reden beider führenden Persönlichkeiten, "um deren Namen sozusagen die Bamberger Tagung schwingt", mit dem Antrag auf sofortige Wahl des Parteivorsitzenden und Schluß der Debatte verband.[138] Kein Zweifel, die Müller-Gruppe war entschlossen, jedes Risiko zu vermeiden.

[134] Ebenda, S. 129.
[135] Ebenda, S. 136.
[136] Ebenda, S. 143.
[137] Ebenda, S. 145.
[138] Ebenda, S. 145f.

Mit einigem Recht, aber vergeblich, verwahrte sich Hundhammer gegen diese neuerliche Unterdrückung jeglicher Diskussion, die seitens des Müller-Flügels durch den vorzeitigen Antrag auf Schluß der Debatte erzwungen wurde. Müller leitete - wie schon am Vortag in eigenmächtiger Abänderung der Tagesordnung - unverzüglich die Abstimmung über den Antrag auf sofortige Wahl des Landesvorsitzenden ein. Dabei blieb ungeklärt, ob es sich um eine Wahl oder eine Bestätigung des Parteivorsitzenden oder aber nur um eine Vertrauenserklärung für Müller handeln sollte. Dies führte dazu, daß der Vorgang später - je nach Interessenlage - als Wahl, Bestätigung oder aber Vertrauensvotum bezeichnet wurde. Von 59 Delegierten sprachen sich am 31. März 41 mit einem Ja für Müller aus, 17 Delegierte bekundeten mit Nein ihre Ablehnung, einer enthielt sich.[139]

Schäffers nach dieser klaren Niederlage nolens volens abgegebene Erklärung, "daß meine Liebe der Christlich-Sozialen Union gehört und daß ich deshalb loyal meine Kräfte zur Verfügung stelle",[140] erhielt stürmischen Beifall und stellte die Grundlage jener irreführenden Mär von der "Bamberger Linie" dar, die fortan als Synomym der Einigkeit in das Parteivokabular aufgenommen wurde. Josef Müller trug das seinige dazu bei, dem Märchen von der nun einigen Union und anderen Fehlinterpretationen der Bamberger Vorgänge Vorschub zu leisten. Mit einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung: "Christlich-Soziale Union einig und geschlossen", ließ er die Leserschaft wissen, "daß unter dem Eindruck der Erklärungen Dr. Müllers und seiner Wiederwahl sämtliche anwesenden Vertreter geschlossen ihren Willen bekundeten, unter der vom Landesausschuß gewählten Führung mit allen Kräften am Aufbau der Union und der Verbreitung ihrer Ideen weiterhin mitzuarbeiten".[141]

Das dieser Formulierung immanente Eigenlob wie auch der Eindruck der Endgültigkeit der Entscheidung vom 31. März, den Müller zu vermitteln suchte, war geradezu eine Provokation. Die Niederlage in Bamberg mußte Schäffer und seine Anhänger nicht nur als solche bitter enttäuschen und verärgern. Der Ablauf dieser Tagung mußte sie wegen des - höchstwahrscheinlich gänzlich überflüssigen - Taktierens seitens der Müller-Riege auch zutiefst erzürnen und ihnen das Gefühl vermitteln, überspielt worden zu sein. Für Schäffer war - wie er noch knapp zwei Jahre später erklärte - die Bamberger Sitzung "eine der beschämendsten und häßlichsten Erinnerungen, die ich habe."[142] Tatsächlich erwiesen sich die vorschnell gefeierten Loyalitätsbekundungen des Verlierers auch bald als bloße Lippenbekenntnisse.

Schäffer wandte sich unmittelbar nach der Bamberger Tagung, schon am 1. April 1946, an die Militärregierung, um die Beschlüsse des Vortages revidieren zu lassen und die baldige Einberufung einer Landesversammlung, die allein zur Wahl des Parteivorsitzenden befugt war, mit Hilfe der Amerikaner durchzusetzen.[143] Drei Tage später, am 4. April, verwahrte er sich gegen eine Meldung der DANA, die in der Tat eine schiefe Darlegung der "Bamberger Linie" geliefert hatte: Fritz Schäffer, "um dessen Ansprüche heftige Kämpfe entbrannt waren, verzichtete", so die DANA, "in der Bamberger Sitzung formell auf seine bisherigen Ansprüche und nahm seine kürzlichen Angriffe gegen Dr. Michael Horlacher, München, und Dr. Pix, Landshut, zurück."

---

[139] Ebenda, S. 152.
[140] Ebenda, S. 153.
[141] SZ, 2. April 1946: Christlich Soziale Union einig und geschlossen.
[142] Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1577.
[143] Dazu S. XLVI.

Diese Kurzmeldung provozierte Schäffer zu einer Richtigstellung, die keinen Zweifel daran ließ, daß er ganz und gar nicht bereit war, Müller die Parteiführung kampflos zu überlassen: "Staatsrat Schäffer", so seine aufschlußreiche Darstellung der Vorgänge, "hat in dieser Sitzung eine Erklärung nicht abgegeben, wonach er Angriffe gegen Dr. Michael Horlacher, München, und Dr. Pix, Landshut, zurücknehme oder zurückzunehmen habe. Er hat auch keine Erklärung abgegeben, daß er 'formell' auf seine bisherigen Ansprüche verzichte. Er hat die Erklärung abgegeben, daß er nach wie vor loyal zur Mitarbeit in der Union bereit sei".[144]
Drei Wochen später, am 24. April, wurden Schäffers auch nach Bamberg ungebrochenen Führungsambitionen durch eine amerikanische Intervention jäh zunichte gemacht - paradoxerweise am gleichen Tag, an dem sein Wunsch nach baldiger Einberufung einer Landesversammlung mit einer entsprechenden Anordnung der Militärregierung in Erfüllung ging.[145]

7. *Der "Fall Schäffer" - Teil II*

Am 24. April 1946 setzte die Militärregierung den Landesvorsitzenden der CSU, Josef Müller, davon in Kenntnis, daß Fritz Schäffer mit sofortiger Wirkung jegliche politische Betätigung (einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts) untersagt sei. Sie forderte Müller auf, dafür Sorge zu tragen, daß Schäffer aus seinen Parteifunktionen als Vorsitzender des Bezirksverbandes München (seit 21. März 1946) und als Bürge der CSU München und der Landespartei auszuscheiden habe. Die Begründung für diesen Schritt, der Fritz Schäffer für fast zwei Jahre aus dem politischen Leben ausschalten sollte, lautete, Schäffer sei als nationalsozialistischer Sympathisant und Kollaborateur sowie als Exponent einer ultra-nationalistischen und militaristischen Ideologie zu betrachten. Ferner wurde der schon im September 1945 anläßlich Schäffers Entlassung als Ministerpräsident erhobene Vorwurf erneuert, Schäffer habe versucht, während seiner Amtszeit die amerikanischen Entnazifizierungsdirektiven zu unterlaufen.[146]
Das politische Betätigungsverbot war nicht nur deswegen von großer Brisanz, weil es mit Schäffer eine der prominentesten Persönlichkeiten Bayerns traf. Zum politischen Sprengstoff, der die Geschichte der CSU nachhaltig prägen sollte, wurde dieser Akt vor allem deshalb, weil vor dem Hintergrund der parteiinternen Querelen und des fortdauernden Kampfes zwischen Schäffer und Müller um die Führung der Union schnell der Verdacht laut wurde, daß die Ausschaltung Schäffers maßgeblich auf Intrigen Müllers zurückzuführen sei, der seine guten Beziehungen zu den Amerikanern genutzt habe, sich seines schärfsten Rivalen zu entledigen. Tatsächlich sprachen verschiedene Indizien für diese "Intrigentheorie":

---

[144] Schreiben Schäffers an den Redakteur der DANA, Reschke, 4. April 1946, BayHStA, NL Pfeiffer 533.

[145] OMGBY, Peter Vacca, an Josef Müller, 24. April 1946, ACSP, NL Müller 200.

[146] Abschrift des in vielen Exemplaren verbreiteten Schreibens der Militärregierung (OMGBY) an Müller vom 24. April 1946, ACSP, NL Arnold 4; Das Schreiben ist gedruckt in: 100 Jahre Fritz Schäffer, S. 125. Abschrift und Übersetzung des Schreibens der Militärregierung an Schäffer selbst (24. April 1946) z.B. ACSP, NL Zwicknagl 1 und 6.

Das politische Betätigungsverbot kam für Schäffer und seine politischen Freunde zwar "völlig überraschend",[147] doch gab es Vorboten, mit denen sich dies bereits ankündigte. Seit Anfang März 1946 waren in verschiedenen Zeitungsberichten schwerwiegende Vorwürfe gegen Schäffer erhoben worden, die er in Bamberg auch aufgegriffen hatte. Im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit standen insbesondere zwei Vorkommnisse, die den ehemaligen BVP-Vorsitzenden als mutmaßlichen NS-Sympathisanten auswiesen: Schäffers sogenannte "Coburger Rede" und ein Auszug aus einem Zeitungsartikel, den Schäffer am 8. April 1933 im Regensburger Anzeiger veröffentlicht hatte. Bei der Coburger Rede handelte es sich um seine 1922 abgegebene Stellungnahme vor dem Bayerischen Landtag (11. November) zu den von Hitler mit Hilfe der SA provozierten Straßenkämpfen anläßlich des sogenannten "Deutschen Tags" in Coburg im Oktober 1922. Schäffer hatte sich damals gegen die von der SPD erhobene Forderung ausgesprochen, die nationalsozialistischen Gruppierungen zu zerschlagen. Im Zeitungsartikel vom 8. April 1933 hatte Schäffer - im Einklang mit der damaligen "Zähmungskonzeption" der BVP und wohl auch, um seine Partei zu retten - die Loyalität der BVP zur Reichsregierung bekundet und einen Zusammenbruch des Kabinetts Hitler als Unglück und Gefahr für das Deutsche Reich bezeichnet.

In diesem Kontext ist eine ausführlichere Darstellung dieser Vorgänge nicht angezeigt - festzuhalten ist, daß das von Schäffer gegen sich selbst beantragte Entnazifizierungsverfahren schließlich seine Rehabilitierung erbrachte.[148] Bedeutsam für die Entwicklung der CSU war in diesem Zusammenhang hingegen die Tatsache, daß es nicht nur die Presse oder Redner der gegnerischen Parteien waren, die dafür sorgten, daß die kompromittierenden Äußerungen publik wurden, sondern daß sich auch Parteifreunde Schäffers an den öffentlichen Angriffen beteiligten. Als lautstarke Ankläger waren aus den Reihen der CSU vor allem der Chefredakteur der "Isar-Post", Georg Pix, weniger vehement auch Schlögl und Horlacher hervorgetreten. Ihre Rolle in der "Anti-Schäffer-Kampagne" war während der Bamberger Tagung zur Sprache gekommen, als beide Seiten die Gelegenheit nutzten, ihre Sicht der Dinge darzulegen. Die im Protokoll dieser Tagung festgehaltenen Darstellungen der Vorgänge durch alle Beteiligten sprechen für sich selbst und stellen die ausführlichsten Aussagen dar, die zu dem Thema überhaupt überliefert sind - allerdings widersprechen sie sich. In der Zusammenschau mit den spärlichen Hinweisen, die anderen zugänglichen Materialien zu der heiklen Frage zu entnehmen sind, ob die Zeitungskampagne durch Müller "als geistigem Haupte" in Gang gebracht wurde, entkräften sie aber eher die entsprechenden Vorwürfe Schäffers. Einem erregten Briefwechsel zwischen Schäffer und Pix ist zu entnehmen, daß Pix bereits am 18. Februar 1946 den Artikel vom 8. April 1933 kannte, also noch bevor die Presse ab Anfang März Auszüge daraus veröffentlichte. Ferner läßt die Korrespondenz erkennen, daß das Verhältnis der beiden Männer durch Ressentiments belastet war, die auf Weimarer Zeiten zurückgingen.[149] Während Pix als möglicher Trommler in der Wüste also in Betracht kommt, gibt es

[147] So der Schäffer-Biograph Christoph Henzler (Fritz Schäffer (1945-1967). Eine biographische Studie zum ersten Bayerischen Nachkriegs-Ministerpräsidenten und ersten Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, Diss., München o.J.), der freundlicherweise die Einsichtnahme in das Manuskript seiner Studie gestattete, deren Veröffentlichung in Vorbereitung ist.

[148] Dazu ausführlich Henzler, Schäffer, Manuskript S. 275-292.

[149] Kopie der Briefwechsel vom Februar/März 1946 im Besitz d.V.

für eine Beteiligung Müllers keinerlei Beweise.[150] Schäffer selbst war - wie sein Biograph feststellt - von Müllers Unschuld an der Kampagne Zeit seines Lebens nicht zu überzeugen und sah sich in seiner Einschätzung des Landesvorsitzenden als gemeinem Intriganten noch bestätigt, als die Militärregierung seine politische Karriere jäh unterbrach.

Es sprach auch einiges für die mögliche Verstrickung Müllers in diese Affäre: Der Pressefeldzug gegen Schäffer begann Anfang März 1946, also zu einem Zeitpunkt, zu dem vorauszusehen war, daß die Entscheidung im Kampf um die Parteiführung nun sehr bald fallen würde. Nachdem Müller in Bamberg einen klaren Sieg davongetragen hatte, zeigte sich rasch, daß Schäffer nicht daran dachte aufzugeben, sondern vielmehr darauf setzte, mit Unterstützung der Militärregierung baldmöglichst die Einberufung einer Landesversammlung durchzusetzen, in der er sich sehr viel bessere Chancen auf den Vorsitz in der Union ausrechnen konnte. Tatsächlich wies die Militärregierung Müller am 24. April 1946 formell an, noch vor der Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung, die im Juni bevorstand, eine Landesversammlung einzuberufen, die über den Parteivorsitz zu entscheiden hatte,[151] was Müller, der in stetigem Kontakt zur Militärregierung stand, vermutlich schon vorher absehen konnte. Am gleichen Tag erfolgte die politische Kaltstellung Schäffers, und in der am 17. Mai schließlich abgehaltenen ersten Landesversammlung der CSU konnte Müller seine Position als Parteivorsitzender überragend behaupten und darüber hinaus die Zustimmung der Versammlung zu einem Satzungsentwurf erlangen, der ganz und gar nicht den Vorstellungen seiner Kontrahenten entsprach, die mit Schäffer überraschend ihren führenden Kopf verloren hatten. Diese Zusammenhänge sind es, die das zeitgenössische Mißtrauen gegen Müller nährten und die auch in jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen dazu beigetragen haben, daß die Wahrscheinlichkeit seiner "Mittäterschaft" im Vordergrund steht, auch wenn angesichts der Quellenlage konzediert wird, daß es sich damals wie heute um pure Spekulation handelt.[152]

Tatsächlich war Müller - wie die Entstehungsgeschichte der CSU zeigt - ein ausgefuchster Politiker, der sich nicht scheute, seinen Zielen mit vielfältigen Raffinessen zum Durchbruch zu verhelfen. Die dokumentierten Protokolle zeigen bei zusammenhängender Lektüre immer wieder die geschickte Regie, die er walten ließ, um seine politischen Gegner zu überspielen. Sie zeigen aber auch, daß Müller kein Mann der heimlichen Intrige war. Des Einsatzes derartiger Mittel bedurfte er dank seiner taktischen Gewandtheit nicht.

Aber nicht nur sein in den Protokollen zu Tage tretendes Profil spricht gegen den Vorwurf Schäffers, Müller habe ihn bei der Militärregierung denunziert und seinen Einfluß geltend gemacht, sich durch ein politisches Betätigungsverbot seines gefährlichsten Gegners zu entledigen. Darüber hinaus gibt es gewichtige Indizien, die diesen Verdacht widerlegen. So kritisierte etwa einer der engsten Vertrauten des CSU-Vorsitzenden, Friedrich von Prittwitz-Gaffron, in einem Gespräch mit der Militärregie-

[150] Georg Pix, der zu dieser Zeit bereits zu den schärfsten Gegnern Müllers zählte und somit selbst "Partei" war, behauptete allerdings im Mai 1946 in einer "Aussprache" mit Müller, der Landesvorsitzende habe seinerzeit von den geplanten Artikeln der Isar-Post über Schäffers politische Belastungen vor ihrer Veröffentlichung gewußt und diese gutgeheißen, was Müller heftig von sich wies. Die Aussprache endete handgreiflich; Aktenvermerk "Betr. Unterredung Dr. Pix, Landshut und Dr. Müller, München", 12. Juni 1946, ACSP, NL Müller 6.

[151] OMBGY, Peter Vacca, an Müller, 24. April 1946, ACSP, NL Müller 200.

[152] Henzler, Schäffer, Manuskript S. 246 und S. 256.

rung das Verbot als politisch sehr unklug: "Turning to Bavarian Politics, he [von Prittwitz-Gaffron] thougt, that the action of Military Government in politically disqualifying Schaeffer was a mistake."[153] Tatsächlich war gerade vor dem Hintergrund der manchen noch schmerzhaft erinnerlichen taktischen Winkelzüge in Bamberg und der von Schäffer dort gegen Müller erhobenen Vorwürfe zu erwarten, daß die politischen Gegner Müllers ihm die Ausschaltung Schäffers anlasten würden, während diese dem Betroffenen selbst eine Aura des Märtyrertums verleihen würde. Das mußte Schäffers Anhängerschaft eher stärken und die Gräben innerhalb der CSU mit größter Wahrscheinlichkeit noch vertiefen - was faktisch Realität wurde.[154] Die innerparteiliche Kluft zu überbrücken war aber - wie die Protokolle belegen - mindestens bis zur Jahresmitte 1946 ein konstant verfolgtes, primäres Ziel der Politik Müllers.

Gegen seine schuldhafte Verstrickung in die Schäffer-Affäre sprechen aber vor allem Vorgänge, die sich in den Reihen der amerikanischen Militärregierung abspielten, und zwar vor allem in Abteilungen, die für die Entnazifizierung zuständig waren. Aus amerikanischen Überlieferungen geht nämlich hervor, daß eine Gruppe von "linken" Offizieren des OMGBY, teilweise deutsche Emigranten, ihr möglichstes taten, um die als reaktionär betrachteten bayerischen Kräfte einzudämmen. Einer dieser Offiziere war Ernst Anspach, der aus eigenem Antrieb schon den Sturz Schäffers als Ministerpräsident systematisch vorzubereiten half. In einem amerikanischen Memorandum vom 13. Mai 1946 heißt es, daß bei OMGBY eine allgemeine Feindseligkeit gegen die "reaktionäre" CSU vorherrsche ("general hostility of MG in Bavaria against CSU"), die bei einer beträchtlichen Zahl von Offizieren so weit ging, daß sie die Partei mit allen Mitteln sprengen wollten: "They openly avow their intend to break up CSU." Und die Aversion dieser Gruppe richtete sich keineswegs allein gegen Schäffer und seine Anhängerschaft. Vielmehr hatten die Gegner der CSU innerhalb der Militärregierung zur gleichen Zeit ihr Augenmerk auch auf Müller gerichtet.[155] Da Müller sich weniger angreifbar gemacht hatte als Schäffer, dauerte es allerdings noch einige Monate, bis dessen Fall im Herbst 1946 die Gemüter erhitzte. Beteiligt an dem fehlgeschlagenen Versuch, auch Müller wegen angeblicher NS-Belastungen aus dem politischen Leben auszuschalten, war die gleiche Gruppe von Offizieren um Ernst Anspach, die auch in die Schäffer-Affäre verstrickt waren. Ihre führende Köpfe wurden um die Jahreswende 1946/47 schließlich wegen dieser Aktionen strafversetzt.[156]

Den bayerischen Zeitgenossen blieben diese Vorgänge allerdings verborgen. Schäffers politisches Betätigungsverbot erschütterte die noch junge CSU und vertiefte die

---

[153] Memorandum, Donald R. Heath an Robert Murphy, 20. June 1946, NA RG 84, Office of POLAD, CGC Box 70.

[154] Müller selbst sprach im Kreis des Landesarbeitsausschusses von "gefährlichen Zusammenhängen" und "Rückwirkungen der amerikanischen Maßnahmen auf die Anhänger Schäffers", Landesarbeitsausschuß am 1. Mai 1946, Dok. Nr. 15, S. 194f.

[155] OMGUS, Office of the Director of Political Affairs, Memorandum von Pierre M. Purves an Ambassador Heath, 13. Mai 1946: Subject: CSU in Bavaria. Case of Joseph Müller, NA RG 84, POLAD, CGC Box 2 of 12. Heath hielt das Memorandum für so wichtig, daß er empfahl, es in einem persönlichen Brief an James Riddleberger, den Leiter der Abteilung für Central European Affairs des Washingtoner State Departmens, weiterzuleiten.

[156] James R. Wilcinson, American General Consul, an Robert Murphy, 27. September 1946: Attitude towards Dr. Mueller, NA RG 84, POLAD, CGC Box 70; Robert W. Beghtol, American Vice Consul, an Wilcinson, 11. December 1946, NA RG 84, POLAD, Box 73; Charles W. Thomas, American Vice Consul Munich, an Wilcinson, 11. December 1946, NA RG 84, POLAD, Box 73; Teilaspekte auch bei Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 434f.

Zwistigkeiten, die nun zuweilen geradezu haßerfüllt ausgetragen wurden; die Intrigentheorie stieß bei vielen auf fruchtbaren Boden und nahm sicher manchen gegen Müller ein, der vorher noch unentschieden war. Nach außen war die CSU freilich bemüht, die inneren Erschütterungen herunterzuspielen. Die offizielle Reaktion der Union war distanziert-neutral: "Im Falle Schäffer hat die Militärregierung von sich aus ein Urteil gesprochen, über das zu kritisieren und nach dieser oder jener Seite hin zu diskutieren uns nicht zukommt", so lautete die parteioffizielle Linie, die an die Redner ausgegeben wurde. Sie wurden ferner angehalten, sich nur dann zum Fall Schäffer zu äußern, wenn sie durch Nachfragen hierzu angeregt würden.[157] Nach einiger Zeit beruhigten sich dann die Gemüter, und es sah fast so aus, als sei der Fall Schäffer auch parteiintern allmählich in Vergessenheit geraten. Der Name Schäffer wurde in den folgenden Monaten immer seltener laut, und die seit April 1946 von Alois Hundhammer weitergeführte altbayerische "Opposition" schien sich nach manch hartem Gefecht im Januar 1948 schließlich mit der Parteiführung zu arrangieren. Doch als sich Schäffer aus seiner unfreiwilligen politischen Quarantäne zurückmeldete, war das Beben, das seine Rückkehr begleitete, gewaltig.

8. *Satzungsdebatten*

Mit der in Bamberg am 30. und 31. März 1946 verabschiedeten Änderung des Stimmrechts und der Bestätigung Müllers als alleinigem Landesvorsitzenden waren statuarische Präjudizien geschaffen, die trotz erheblicher Anstrengungen seitens des Schäffer/Hundhammer-Flügels vorläufig nicht mehr rückgängig zu machen waren und die Müller in die Lage versetzten, sein Parteikonzept gegen ihren teilweise erbitterten Widerstand durchzusetzen. Die Bamberger Entscheidungen bildeten das Fundament, um die improvisierte organisatorische Verfassung der CSU durch ein gut durchdachtes Regelwerk abzulösen, das mit entsprechenden Vorkehrungen auf die Realisierung jener modernen interkonfessionellen Sammlungspartei zielte, die Müller vorschwebte, die aber freilich über lange Jahre nur auf dem Papier bestand. Organisation und Apparat der CSU wurden von Alf Mintzel in seiner "Anatomie" dieser Partei ausführlich dargestellt. Zum Verständnis der dokumentierten Protokolle ist es trotz nicht immer vermeidbarer Wiederholungen bekannter Zusammenhänge dennoch unerläßlich, zwei Teilaspekte der organisatorischen Verfassung zu beleuchten, die als umstrittene Dauerbrenner die parteiinternen Diskussionen wie ein roter Faden durchziehen: die Gestaltung der Parteispitze und die Regelung des Stimmrechts in den Basisvertretungen der CSU, der Landesversammlung und dem Landesausschuß. Beide betrafen unmittelbar die innerparteiliche Machtverteilung, und die sich daran entzündenden Streitereien waren zugleich "organisationspolitisch verdeckte Grundsatzdebatten über den großen Kurs der Partei",[158] in der die bekannten Lager aufeinanderprallten.

a) Die Diskussionen um die Delegiertenschlüssel

Einen wesentlichen Bestandteil seines Organisationskonzeptes bildete Müllers Bestreben, den fränkisch-protestantischen Kreisen und Verbänden innerhalb der Partei ein Mitspracherecht zu sichern, das ihrer objektiven Stärke nicht entsprach. Die CSU

[157] Redner-Dienst der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Nr. 4, München, Mitte Mai 1946.
[158] Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1975, S. 87.

war hinsichtlich ihrer Mitglieder- und Wählerschaft eine katholische Partei (91,3% der Mitglieder), deren Hochburgen in den altbayerischen Bezirksverbänden Ober- und Niederbayern und Oberpfalz sowie im "neubayerischen" katholischen Schwaben lagen. In diesen vier von insgesamt zehn Bezirksverbänden konzentrierten sich im Dezember 1946 rund 68% ihrer damals ca. 70.000 Mitglieder und rund 57% aller bayerischen Unionswähler; in Ober- und Niederbayern und der Oberpfalz war außerdem die Organisationsdichte weit höher als in den übrigen Bezirksverbänden.[159] Zwar wurden vergleichende statistische Berechnungen erstmals Ende 1946 durchgeführt, doch hatten schon die bayerischen Kommunalwahlen (in Gemeinden bis 20.000 Einwohner am 27. Januar 1946, in Land- und Stadtkreisen am 28. April bzw. 26. Mai) entsprechende Tendenzen erkennen lassen. Die CSU war vor allem dort erfolgreich, wo schon die BVP besonders stark gewesen war.

Müllers Zielsetzung des Aufbaus einer nicht nur von ihrem Anspruch sondern auch in der Realität ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft christlich-interkonfessionellen Sammlungspartei, die alle Schichten und Regionen erfassen sollte, implizierte, daß er bestrebt sein mußte, die überkommenen politischen Strukturen in Bayern zu überwinden. Dies sollte unter anderem durch Stimmrechtsregelungen erreicht werden, die den Diasporagebieten ein objektiv zunächst unangemessenes Gewicht in der Partei verschafften. Auf lange Sicht, so die Kalkulation, würde der überproportionale Einfluß insbesondere der fränkischen Kreise ihre Wirkung auf die dortige Bevölkerung nicht verfehlen, die in steigendem Maße ihre Interessen durch die Union vertreten sehen würde.

Die praktische Umsetzung konnte nur über eine Stimmrechtsregelung geschehen, die allen Parteiverbänden unabhängig vom Ausmaß ihrer Gefolgschaft die gleichen Einflußmöglichkeiten in den Parteigremien zugestand. Diese Lösung scheint zunächst auch nicht umstritten gewesen zu sein, zumal sie den BVP-Traditionen entsprach. Die vorläufige Satzung vom 8. Januar (Dokument Nr. XIII) räumte allen Bezirksverbänden die Entsendung der gleichen Anzahl von Delegierten in den Landesausschuß ein; in der Landesversammlung waren die Regionen proportional zu ihrer Einwohnerschaft vertreten: Jeder Land- und Stadtkreis entsandte mindestens je einen Vertreter, überstieg die Einwohnerschaft die Grenze von 50.000, kam für "je angefangene 50.000" ein weiterer hinzu.[160]

Daß anläßlich der Stimmrechtsinitiative Müllers im März erste Proteste Schäffers gegen die schematische Gleichbehandlung der Bezirksverbände laut wurden, war darauf zurückzuführen, daß sich der Führungsstreit inzwischen weiter zugespitzt hatte und Schäffer - möglicherweise erst durch die Zielstrebigkeit, mit der Müller und seine Mitstreiter die Stimmrechtsänderung durchsetzten - bewußt geworden war, daß die schematische Regelung des Delegiertenschlüssels nicht nur dem Sammlungsgedanken diente, sondern - vor allem in Verbindung mit der Aufwertung der großstädtischen Organisationen und der Erhöhung der Delegiertenzahl - auch Müller und seine Anhängerschaft begünstigte. Auf die nach Schäffers Ausschaltung mit Hundhammer als Oppositionsführer fortgesetzten Führungs- und Flügelstreitigkeiten war es auch zurückzuführen, daß sich die Querelen um die Stimmrechtsregelungen seit Dezember 1946 zum Dauerstreit entwickelten, nachdem die Wahlen des Jahres und die allmähliche Konturierung der Organisationsdichte die fortdauernde Kluft bestätigten, die zwi-

[159] Ebenda, S. 86ff, Tabellen S. 130, 134, 188.

[160] § 4 a) und c) der Vorläufigen Satzung, Dok. Nr. XIII, S. 1755f.

schen der tatsächlichen Mitglieder- und Wählerstärke und ihrer Repräsentation innerhalb der Parteigremien lag.
Im Mai 1946 hatte Müller der ersten ordentlichen Landesversammlung der CSU (Dokument Nr. 18) einen umfangreichen Satzungsentwurf vorgelegt (Dokument Nr. XVI), der wie die Januar-Satzung eine schematische Verteilung des Stimmrechts vorsah. Während eine harte Auseinandersetzung über das Stimmrecht in Bamberg nur durch ausgeklügelte taktische Manöver abgewendet werden konnte, stießen die entsprechenden Paragraphen der neuen Satzung weder im Landesarbeitsausschuß, der seit der Bamberger Tagung den Vorläufigen Landesausschuß als provisorisches Führungsgremium der Union abgelöst hatte, noch in der ersten ordentlichen Landesversammlung der CSU am 17. Mai 1946 auf nennenswerte Widerstände. Laut Paragraph 45 der neuen Statuten, die Müller der Landesversammlung zur Genehmigung präsentierte, waren die Bezirksverbände unterschiedslos mit je fünf Delegierten im Landesausschuß vertreten. Den Status eines Bezirksverbandes konnten nach Paragraph 31 alle Städte mit mehr als 150.000 Einwohnern erlangen. Mit August Haußleiter war es ausgerechnet ein Franke und künftiger Wortführer der Müller-Gruppe, der auf mögliche Konsequenzen dieser Regelung aufmerksam machte, die eigentlich geeignet waren, die Gegenseite hellhörig zu machen. Als Müller einen Regensburger Redner unterstützte, der anregte, die in Paragraph 31 vorgesehene Mindesteinwohnerzahl von 150.000 auf 100.000 zu reduzieren, wandte sich Haußleiter energisch gegen das "Übergewicht der Großstädte über das flache Land", das in Kopplung mit der gleichberechtigten Entsendung von fünf Delegierten aus jedem Bezirksverband in der Tat noch verstärkt worden wäre.[161]
Erstaunlicherweise nahm die innerparteiliche Opposition diese Kritik ebensowenig auf wie den Regensburger Vorschlag, den großstädtischen Einfluß durch eine nach der Einwohnerzahl gestaffelte Vertretung zu reduzieren. Unbestritten blieb zunächst auch die Regelung über die Zusammensetzung der Landesversammlung, in die laut Paragraph 42 des Mai-Entwurfs jeder Kreisverband unabhängig von der Einwohnerzahl je zwei Vertreter entsenden konnte. Die Landesversammlung entschied sich am 17. Mai 1946 einstimmig, "eine Probeehe [...] mit diesen Statuten" einzugehen, und "weitere Überlegungen erst dann an[zustellen], wenn sich Änderungen aus der Praxis ergeben".[162]
Aus oberbayerischer Sicht erwies sich die "Probeehe" im Laufe des Jahres 1946 als wenig glücklich. Inzwischen hatte die Mai-Satzung einige Veränderungen erfahren,[163] war jedoch in den Stimmrechtsabschnitten unverändert geblieben, als sie nach der Genehmigung durch die Militärregierung und ihrer Annahme durch den Landesausschuß erneut der Landesversammlung vorgelegt wurde. Die Landesversammlung trat am 14. und 15. Dezember zum zweiten Mal zusammen (Dokument Nr. 26), und am ersten Tag dieser Zusammenkunft legte Karl Warmuth im Namen des oberbayerischen Kreisverbandes Freising einen umfassenden Abänderungsantrag zur Satzung vor. Deren Mängel hatten es ermöglicht, so Warmuth, "daß in der Union, besonders im Landesausschuß und in der Landesvorstandschaft, sich allmählich eine einseitige Führung gegen den Willen der Unionswähler und Unionsmitglieder herauszubilden

[161] Landesversammlung am 17. Mai 1946, Dok. Nr. 18, S. 292.
[162] Ebenda, S. 307, 298, 290.
[163] Satzung vom 4. Oktober, Dok. Nr. XVII, S. 1783ff. Die gegenüber der Mai-Fassung (Dok. Nr. XVI, S. 1763ff.) vorgenommenen Änderungen sind dort durch Kursivsatz hervorgehoben.

scheint". Der Kreisverband Freising sah das "demokratische Prinzip" unter anderem durch die Stimmrechtsregelungen gefährdet, deren schematische Gestaltung dazu geführt habe, "daß die offizielle Unionspolitik einen Kurs steuern kann, der dem Willen der Mehrzahl der Unionswähler bzw. der Unionsmitglieder nicht mehr gerecht wird". Nach Auffassung der Freisinger würde es "wahrer Demokratie" entsprechen, wenn "den stärkeren Unions-Kreis- und Bezirksverbänden auch mehr Stimmen in den Parteiorganen zuerkannt werden als den schwachen". Warmuth schlug deshalb eine Neuregelung vor, nach der jeder Kreisverband "pro 8000 angefangene Unionswählerstimmen" einen Delegierten in die Landesversammlung entsenden konnte. Analog zu diesem "Leistungsprinzip" sollte sich auch die Besetzung des Landesausschusses an den Wahlerfolgen der Partei orientieren: Je 50.000 Wählerstimmen in den jeweils vorhergegangenen Landtagswahlen waren nach den Freisinger Vorstellungen eine angemessene Basis für die Entsendung eines Delegierten in den Landesausschuß.[164]
Bei diesem Freisinger Antrag handelte es sich tatsächlich um einen verdeckten Antrag des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU,[165] und die Tragweite der Veränderungen, die seine Annahme eingeläutet hätte, wird deutlich, wenn man die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 betrachtet: Die CSU-Stimmen massierten sich nämlich vor allem in Oberbayern, wo einschließlich des Bezirksverbandes München 24,6% aller Unionswähler beheimatet waren. Der Bezirksverband Oberbayern hätte mit allein 18,4% aller CSU-Wähler an erster Stelle von der vorgeschlagenen Neuregelung profitiert.
Horlacher wandte sich mit "aller Schärfe", "und zwar aus demokratischem Prinzip" dagegen, durch das von Freising vorgeschlagene "Machtprinzip" die "Dynamik der Union in unseren Diaspora-Gebieten" zu schwächen: "Glauben Sie mir, in der Union kommt es auf den Zusammenhang zwischen den fränkischen und altbayerischen Gebieten an; sonst geht die Union zum Teufel."[166] Sein energischer Einsatz in dieser Angelegenheit war allerdings an diesem Tag unnötig. Da Freising/Oberbayern den Antrag auf eine prinzipielle Veränderung des Delegiertenschlüssels mit Vorschlägen für die Umgestaltung der Parteispitze gekoppelt hatte, die die Gemüter noch heftiger bewegten, ging die oberbayerische Stimmrechtsinitiative am 14. Dezember vorläufig sang- und klanglos unter, ohne aber in Vergessenheit zu geraten.

b) "Parteidirektorium" oder "Führersystem"?

Die Vorläufige Satzung der CSU vom 8. Januar (Dokument Nr. XIII) sah einen ersten und zweiten Landesvorsitzenden vor, die zusammen mit zwölf weiteren Personen die Landesvorstandschaft bilden sollten. Die Leitung der CSU lag jedoch in Händen des von der Landesversammlung zu wählenden ersten Vorsitzenden, dessen Machtposition durch den zweiten Vorsitzenden nicht geschmälert war. In der Vorläufigen Satzung waren die Aufgaben des zweiten Vorsitzenden nicht geregelt, ihm war offensichtlich eine reine Stellvertreterfunktion zugedacht.
Schon Anfang März 1946 war jedoch angesichts der andauernden Führungsstreitigkeiten zwischen Schäffer und Müller erstmals der Gedanke aufgekommen, den Parteivorsitz einem gleichberechtigten Direktorium zu übertragen. Franz August Schmitt und Alois Schlögl hatten überlegt, daß das drohende Auseinanderfallen der CSU

[164] Landesversammlung der CSU am 14. und 15. Dezember 1946, Dok. Nr. 26, S. 842ff.
[165] Hundhammer, ebenda, S. 849f.
[166] Ebenda, S. 853.

durch eine Kollegiatslösung am besten verhindert werden könnte. Sie hatten daher am 7. März 1946 die "Idee entwickelt, an Stelle *eines* Parteivorsitzenden ein sogenanntes Parteidirektorium treten zu lassen". Dieses sollte "aus mehreren gleichberechtigten Persönlichkeiten" bestehen, die sich aus "den verschiedenen 'Quellen', aus denen die Union gespeist wird", rekrutieren sollten. Nach ihren Plänen war dem Direktorium lediglich die laufende politische Vertretung und die organisatorische Leitung, nicht aber die politische Führung der Partei zu übertragen: "Die eigentliche politische Führung liegt bei der Landesvorstandschaft, die etwa einen Kreis von 25 Personen umfaßt." Damit sahen Schmitt und Schlögl das "Führersystem", das niemand wünsche, als "von vornherein im Keim erledigt" an.[167]

Schmitt übersandte einen als Ergebnis der gemeinsamen Überlegungen von ihm gefertigten Satzungsentwurf an Müller, Schäffer und andere prominente Mitglieder der Partei mit der Bitte, über diesen eventuell im Vorläufigen Landesausschuß zu verhandeln.[168] Nach dem Entwurf Schmitts bestand das Direktorium aus fünf Mitgliedern: nämlich vier vom Landesausschuß zu wählenden Personen, die Repräsentanten erstens der ehemaligen BVP, zweitens des Bauernbundes, drittens der ehemaligen Demokraten und viertens der bäuerlichen oder gewerblichen Kreise Frankens sein sollten. Fünfter im Bunde war nach diesen Vorschlägen ein Generalsekretär.[169]

Die Kollegiatsidee stieß vor allem in Oberbayern auf positive Resonanz. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Alois Hundhammer, informierte das Landessekretariat der CSU am 25. März über einen von Oberbayern für die Bamberger Tagung geplanten Antrag, der - so Hundhammer - von der Überzeugung geleitet war, "daß den derzeit in der Landesleitung der Union bestehenden untragbaren Verhältnissen ein Ende bereitet werden muß. Der Kampf um die Führung hat durch die öffentlich erfolgten Angriffe Formen angenommen, die von den Mitgliedern der Union allgemein aufs tiefste bedauert werden und die eine Hemmung und Lähmung sowohl der Werbemöglichkeiten der Union wie ihrer sachlichen Arbeit bedeuten." Da die Bezirksverbände inzwischen ihre Vorstandschaften gewählt hatten, betrachtete Oberbayern die vorläufige Legitimierung der bisherigen Landesleitung als hinfällig. Deshalb wünschte der Bezirksverband, den bisherigen Vorläufigen Landesausschuß nun durch einen aus den Vorsitzenden der zehn Bezirksverbände zu bildenden Arbeitsausschuß zu ersetzen und ihm die Leitung der Partei zu übertragen: "Nach gut demokratischem Grundsatze ist es am Platze, daß aus den Bezirksvorstandschaften heraus die vorläufige Landesleitung jetzt gebildet wird. Auf diesem Wege kann auch das Problem Schäffer - Dr. Müller bereinigt werden, da Herr Dr. Müller ohne weiteres von einem Bezirksverbandsvorsitzenden als dessen Vertreter in die Landesleitung delegiert werden kann. Mit dem Vorschlag Oberbayerns ist auch der von anderer Seite vertretene Plan der Schaffung eines Direktoriums als Parteileitung aufgegriffen und verwirklicht."[170] Inhaltlich entsprach der oberbayerische Antrag weitgehend der bereits am 8. Januar von Schäffer/Hundhammer vertretenen Position, die möglicherweise schon damals auf die dauerhafte Etablierung einer Kollegiatsspitze zielte, jetzt aber erstmals in diesem Sinne präzisiert wurde.

---

[167] Franz August Schmitt an Schäffer, Pfeiffer, Müller, Schwingenstein und Hanfstaengl, 13. März 1946, BayHStA, NL Pfeiffer 41.

[168] Franz August Schmitt an Schlögl, 13. März 1946, ACSP, NL Müller 2; Text des Entwurfes in der Anlage zum Schreiben an Schäffer u.a. (wie Anm. 167).

[169] Satzungsentwurf (wie Anm. 167f.).

[170] CSU-Kreisverband Oberbayern an das Landessekretariat, 25. März 1946, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1.

Diese frühen oberbayerischen Bestrebungen zur Schaffung einer kollegialen Parteiführung scheiterten auf der Bamberger Tagung. Müller wurde als Parteivorsitzender bestätigt, und statt der von Hundhammer vorgeschlagenen Regelung einer zehnköpfigen Bezirksrepräsentanz trat der Landesarbeitsausschuß "zur Unterstützung des Landesvorsitzenden" ins Leben. Der Landesarbeitsausschuß stellte im wesentlichen die um je einen Bezirksvertreter ergänzte Fortsetzung des Vorläufigen Landesausschusses dar und konnte mit nun 26 Mitgliedern schon aufgrund seiner personellen Stärke kaum als kollektive Parteispitze agieren.
Die in Bamberg nur vorläufig abgewehrten Bemühungen zur Eindämmung der Macht des umstrittenen Parteivorsitzenden setzten sich fort, als im Mai 1946 die Satzungsberatungen begannen. Im Entwurf der umfangreichen neuen Satzung (Dokument Nr. XVI) war die Position des Landesvorsitzenden gegenüber der Januar-Fassung noch erheblich gestärkt. Der neue Satzungsentwurf sah nur noch einen einzigen Landesvorsitzenden vor, der "vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben" einen Vertreter nach eigenem Ermessen bestellen konnte.[171] Eine gewisse Einschränkung seiner Machtstellung war allerdings dadurch gegeben, daß laut Paragraph 51 die siebenköpfige Geschäftsführende Vorstandschaft, die zusammen mit dem Landesvorsitzenden die Parteileitung darstellte, von der Landesvorstandschaft gewählt wurde. Neben dem Landesvorsitzenden gehörten der Landesvorstandschaft nach Paragraph 47 des Mai-Entwurfs zehn vom Landesausschuß zu wählende Mitglieder, je ein Vertreter der zehn Bezirksverbände, die Regierungsmitglieder der CSU und die Vorstandschaft der Landtagsfraktion, schließlich die Vorstandschaft des berufsständischen Rates der CSU sowie Vertreter der Frauen und der Jugend an. Mit ihren rund 40 Mitgliedern stellte die so konzipierte Landesvorstandschaft einen durchaus repräsentativen Querschnitt der Gesamtpartei dar, deren mittelbarer Einfluß auf die Parteileitung - und ihre Politik - mit den Bestimmungen des Paragraphen 51 abgesichert war.
Die dennoch sehr starke Stellung des Parteivorsitzenden traf schon bei der Beratung des Satzungsentwurfes durch den Landesarbeitsausschuß auf Widerstände. Der von Pfeiffer am 9. Mai (Dokument Nr. 16) erneuerte Vorschlag einer Kollegiatsspitze, "die am besten das demokratische, territoriale, konfessionelle und ständische Prinzip" gewährleiste, wurde zwar von Hundhammer "wärmstens" begrüßt,[172] stieß aber im übrigen auf Ablehnung. Angesichts der überwiegend Müller-freundlichen Ausrichtung des Ausschusses war dies zu erwarten. Der Schäffer/Hundhammer-Flügel setzte daher seine Hoffnungen auf die bevorstehende Landesversammlung, von der sich seine führenden Köpfe eine stärkere Unterstützung ihrer Positionen versprachen. Als sich die Delegierten am 17. Mai 1946 zur ersten ordentlichen Landesversammlung in München trafen (Dokument Nr. 18), um unter anderem eine Entscheidung über die Statuten der Partei zu fällen, startete Hundhammer einen neuerlichen Vorstoß gegen das "Führerprinzip", das er in der starken Stellung des Landesvorsitzenden verankert sah. Sein Antrag, statt eines Vorsitzenden einen ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden zu wählen, "um das demokratische Prinzip auch in dieser Beziehung deutlich zu machen", scheiterte jedoch an der schnellen Reaktion Horlachers, der in direkter Replik beantragte, die Satzung ohne Änderung so anzunehmen, wie sie vorlag.[173]

[171] § 47 und 52.
[172] Dok. Nr. 17, S. 218.
[173] Landesversammlung am 17. Mai 1946, Dok. Nr. 18, S. 288ff.

Die Müller-Gruppe war offensichtlich bemüht, eine Debatte über diesen Punkt, wie überhaupt eine ausführlichere Diskussion des Satzungsentwurfs, zu verhindern. Als sich dann doch eine Auseinandersetzung über die Parteispitze zu entzünden drohte, war es Baumgartner, der Schluß der Debatte und en bloc Abstimmung über die Satzung beantragte. Mit der prominenten Rückendeckung beider Bauernführer konnte Müller getrost über den diesmal von Anton von Aretin vorgebrachten Abänderungsantrag (Wahl dreier Vorsitzender) abstimmen lassen, der nur 27 Stimmen (von rund 400) erhielt. Nachdem Müller ausdrücklich versichert hatte, daß die Satzung jederzeit, "schon in der nächsten Landesversammlung", die noch im gleichen Jahr einberufen werden würde, wieder abgeändert werden könne, nahm die Versammlung die Satzung einstimmig an.[174]

Damit war die erste Hürde genommen. Es galt nun, das Urteil der Militärregierung einzuholen, von deren Zustimmung es abhing, ob die Statuten in der vorliegenden Form in Kraft treten konnten. Die Amerikaner waren im Großen und Ganzen mit dem Satzungsentwurf einverstanden, erhoben jedoch Einwände gegen einzelne Bestimmungen. Sie machten ihren Einfluß einerseits im Sinne einer Stärkung der demokratischen Prinzipien geltend, die sie in der eher zentralistischen Ausrichtung und den weitreichenden Rechten des Landesvorsitzenden nicht durchwegs gewährleistet sahen, trugen aber andererseits auch dazu bei, dessen Position noch zu verstärken.

Die Militärregierung hatte schon im April 1946 Auflagen für die Satzung genannt, die aber eher allgemeiner Natur und auch selbstverständlich waren: Nach ihren Vorgaben mußten alle Parteifunktionäre einmal jährlich durch geheime Abstimmung gewählt werden; für eine Wahl bezeichneten die Amerikaner die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für ausreichend. Wahlvorschläge sollten von den Delegierten eingereicht werden können, denen eine ausreichende Frist einzuräumen war, sich über die vorgeschlagenen Kandidaten zu informieren. Außerdem erwartete die Militärregierung ein geordnetes Finanzgebaren durch regelmäßige Finanzberichte und Kassenprüfungen.[175]

Als Müller der Militärregierung die von der Landesversammlung verabschiedete Satzung vorlegte, wurden die Bedingungen etwas konkreter. Den Amerikanern war der Satzungsentwurf hinsichtlich der Organisation des Landesverbandes zu "autokratisch geregelt", insbesondere sahen sie die Rechte der Parteibasis nicht ausreichend gewahrt. In Beantwortung der amerikanischen Kritik versuchte Müller am 22. Juli 1946 die Bedenken der Militärregierung zu zerstreuen: "Die Satzung bezweckt in keiner Weise eine autokratische Führung der Partei. Sie versucht jedoch, die infolge der Größe der Partei sehr schwerfällige Landesversammlung dadurch zu entlasten, daß sie minderwichtige Entscheidungen kleineren und deshalb für einen häufigeren Zusammentritt geeigneteren Organen überträgt. Diese Organe leiten ihre Ermächtigung jedoch von der Landesversammlung ab, auf deren Wahl sie zurückgehen." Im übrigen stellte Müller fest, zu diesem Punkt "nur in mündlicher Aussprache aufgrund genauerer Einzelangaben" Stellung nehmen zu können.[176]

Die "genaueren Einzelangaben" ließen zunächst auf sich warten. Am 20. August informierte die Militärregierung den für die Satzungsverhandlungen zuständigen Verbindungsmann der CSU-Landesgeschäftstelle, Hanswolf Haunhorst, daß Müllers Er-

[174] Ebenda, S. 306f.

[175] Schreiben von Millers und Schäffers an die Vorsitzenden der Bezirksverbände, 19. April 1946, ACSP, NL Müller 65.

[176] Müller an die Militärregierung, 22. Juli 1946, ACSP, NL Müller 2.

klärungen ihre Einwände nicht entkräftet hatten: Die Satzungen sollten "den Willen möglichst aller Parteimitglieder und Wähler zum Ausdruck bringen", und das war in den Augen des Chefs der Political Activities Branch, Oberstleutnant Paul Burns, in der vorliegenden Fassung "keineswegs" der Fall: "Der Grund sei, daß die Ortsverbände nicht in der Lage seien, ihre Ansichten und Wünsche bei der Landesleitung mit entsprechendem Nachdruck [...] zum Ausdruck zu bringen. Die Möglichkeit dafür müsse geschaffen werden."[177] Zwei Tage später, am 22. August, teilte Burns schließlich der Parteileitung mündlich mit, auf welche Bestimmungen die amerikanische Kritik im einzelnen zielte.

Zu Paragraph 51 der Mai-Fassung (Paragraph 53 der Oktober-Fassung), der die Wahl der Geschäftsführenden Vorstandschaft durch die Landesvorstandschaft vorsah, erklärte Burns laut Besprechungsprotokoll: "Die sieben Mitglieder der Geschäftsführenden Landesvorstandschaft sollen durch den Landesvorsitzenden aus den 41 Mitgliedern der Landesvorstandschaft ernannt werden. Nur auf diese Weise sei es gewährleistet, daß der Landesvorsitzende während seines Amtsjahres wirklich führen und arbeiten könne."[178] Während diese Intervention auf eine erhebliche Stärkung der Position des Landesvorsitzenden hinauslief und zweifellos von Müller begrüßt wurde, bezweckte die amerikanische Kritik zu Paragraph 59 der Mai-Satzung (Paragraph 62 der Oktober-Fassung), der die Geschäftsführer bis hinab zur Kreisebene der direkten Kontrolle der Landesleitung unterstellte, eher das Gegenteil. Burns stellte ausdrücklich fest: "Die Geschäftsführer, die von der Landesvorstandschaft für die unteren Organisationen angestellt werden, dürfen keinesfalls sich in die inneren politischen Angelegenheiten der Kreis- usw. -verbände einmischen. Es muß klar zum Ausdruck kommen, daß ihre Aufgabe rein verwaltungsmäßig und organisatorisch ist."[179]

Die Kritik an der "zentralistischen" Regelung der Geschäftsführerfrage - die auch vom Schäffer/Hundhammer-Flügel bekämpft wurde - tangierte freilich in höchstem Maße Müllers politisch-organisatorisches Parteikonzept, sah er doch in der Schaffung eines zentral gesteuerten, effektiven Parteiapparates, der insbesondere auch für die Gewährleistung eines kontinuierlichen Kommunikationsflusses unabdingbar war, eine wesentliche Voraussetzung für die angestrebte Entwicklung der CSU zu einer modernen Volkspartei. Den Geschäftstellen kam als "Instrument gesellschaftlich-politischer Integration" in diesem Konzept eine Schlüsselfunktion zu.[180] Die Parteileitung unterbreitete den Amerikanern am 3. September eine Neufassung des Paragraphen, der aber noch immer auf "größte Bedenken" stieß. Die Militärregierung stellte neuerlich klar: "Es ist nichts gegen Geschäftsstellen der Landespartei in den Bezirken usw. einzuwenden, jedoch dürfen diese Geschäftsstellen keinerlei Berechtigung haben, sich in die inneren Angelegenheiten lokaler Art einzumischen."[181]

Auch die amerikanische Intervention gegenüber den Bestrebungen, die Kandidatenaufstellung zu den Landtagswahlen von der Bestätigung durch den Landesausschuß

---

[177] Aktenvermerk HH [Haunhorst], Dienstag, den 20. August 1946, Betrifft: Parteisatzungen, ACSP, NL Müller 2.

[178] Bedingungen der Militärregierung für die Parteisatzungen. Besprechung der Parteisatzungen der Christlich-Sozialen Union mit Oberstleutnant Paul Burns, OMGB, am 22. August 1946, f.d.R. des Protokolls: Haunhorst, ACSP, NL Müller 2.

[179] Ebenda.

[180] Mintzel, CSU, S. 139f.

[181] Übersetzung: Memorandum für Herrn Haunhorst, 5. September 1946, gez. Paul Burns, ACSP, NL Müller 2; die Fassung des Paragraphen vom 3. September konnte nicht ermittelt werden.

abhängig zu machen, zielte auf eine Stärkung des föderalen Prinzips. Der durch Paragraph 46 c) ermöglichte Eingriff in die Unabhängigkeit der Bezirksverbände sei "undemokratisch". Und beinahe ironisch bedachte die Militärregierung den zweiten Absatz des Paragraphen 52, der dem Landesvorsitzenden das Recht einräumen wollte, zu allen Versammlungen der Unterverbände geladen zu werden und dort sprechen zu dürfen. "Besteht etwa Zweifel, daß der Landesvorsitzende zu Versammlungen der Unterverbände, deren Mitglied er nicht ist, eingeladen wird und dort sprechen darf? Sollte er nicht eingeladen sein, könnte das seinen guten Grund haben, und er sollte nicht eintreten dürfen und die Mitglieder zu irgend etwas zwingen."[182]
Burns hatte seinen Standpunkt deutlich genug zum Ausdruck gebracht. Wie wichtig Müller gerade diese Bestimmung war, läßt sich daran ermessen, daß er nun unter bewußter Umgehung von Burns versuchte, wenigstens sein Präsenzrecht in der Satzung festzuschreiben. Haunhorst wandte sich "in Abwesenheit von Obstlt. Burns" an einen anderen Offizier der Political Activities Branch, Pierre Purves, und trug ihm "unseren Wunsch betreffend Abänderung des jetzigen Satzungsentwurfes dahingehend" vor, "daß der Landesvorsitzende an allen Versammlungen der Organe ohne Stimmberechtigung teilnehmen kann". Ferner legte er ihm "unsere Gründe, die zu diesem Wunsch führten", dar. Die nicht schriftlich festgehaltene Begründung muß überzeugend gewesen sein. Vermutlich fürchtete Müller, daß seine innerparteilichen Gegner, die sich in den altbayerischen Verbänden konzentrierten, versuchen würden, seine Position über die Bezirksverbände zu unterhöhlen - was Anfang 1948 tatsächlich geschah. Jedenfalls zeigte Purves durchaus Verständnis für Müllers Begehren, war allerdings nicht bereit, der klaren Weisung seines Vorgesetzen den Gehorsam zu verweigern. Purves bedauerte, "nicht ohne weiteres eine bindende Antwort geben" zu können, "da er hierüber zunächst mit Obstlt. Burns sprechen müsse. Er erklärte sich jedoch bereit, unseren Standpunkt ohne Rückhalt zu vertreten."[183]
Es gelang nicht, Burns umzustimmen. In Paragraph 54 der Satzung vom 4. Oktober 1946 (Dokument Nr. XVII) war der entsprechende Passus gestrichen. Gleiches war einer Bestimmung des alten Paragraphen 69 beschieden, die der Landesvorstandschaft ein Aufsichtsrecht auch über die "Politik sämtlicher Unterverbände" einräumen und einem aus ihrer Mitte zu bestimmenden Repräsentanten ein Teilnahme- und Stimmrecht in allen Zusammenkünften sichern wollte. In der Fassung vom Oktober (Paragraph 72) erstreckte sich das Aufsichtsrecht allein auf den Geschäftsbetrieb und die finanzielle Gebarung, das Zugangsrecht der Landesleitung zu den Sitzungen sämtlicher Unterverbände war entfallen.
Auch alle übrigen Wünsche der Militärregierung waren in der Neufassung der Satzung berücksichtigt, die dem Landesausschuß der CSU am 4. Oktober (Dokument Nr. 22) zur neuerlichen Beratung vorgelegt wurde. Der neue Entwurf wies gegenüber der Mai-Satzung eine Reihe von Veränderungen auf, die nur zum Teil auf Interventionen der Besatzungsmacht zurückzuführen waren. Den schärfsten Protest des Landesausschusses rief jedoch ausgerechnet die von der Militärregierung gewünschte Änderung

[182] Ebenda. Laut Protokoll (wie Anm. 178) bezog sich diese Kritik auf § 69, die Rechte des Landesvorsitzenden sind jedoch in § 52 geregelt, der in der Fassung vom 17. Mai die Teilnahme- und Stimmberechtigung des Vorsitzenden in allen Verbänden vorsah, jedoch keine Einladungspflicht vorschrieb. Die von der Militärregierung mehrfach ausdrücklich erwähnte Einladungspflicht deutet darauf, daß § 52 der Fassung vom 17. Mai 1946 vor Übersendung des Entwurfs an die Militärregierung erweitert wurde.

[183] Aktenvermerk von Haunhorst für Müller und Liedig, 18. September 1946, ACSP, NL Müller 2.

des Paragraphen 51 (nun 53) hervor, der die Auswahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Landesvorstandes dem Landesvorsitzenden überließ. Das konnte allerdings auch nicht überraschen, betraf dies doch den sensibelsten Punkt der Satzungsstreitigkeiten. Hundhammer verwies zu Recht auf die damit vollzogene Stärkung der Position des Landesvorsitzenden und erkannte in der neuen Formulierung "etwas von dem sogenannten Führerprinzip, gegen das ich mich bei den früheren Beratungen der Satzung gewendet habe. Wenn dieser Passus bliebe, könnte ich für meine Person - abgesehen von einem zweiten dann noch - die Satzungen nicht annehmen." Er schlug stattdessen die Bildung eines "Sondergremiums" vor, das sich aus den Vorsitzenden der Bezirksverbände zusammensetzen sollte.[184]

Damit hatte Hundhammer seine alte Forderung wiederaufgenommen, der einerseits der "später verwirklichte Gedanke zu Grunde" lag, "mit diesem Sondergremium ein Stabilisierungsinstrument zur Balancierung der regionalen organisatorisch-politischen Disparitäten zu schaffen".[185] Andererseits stand dahinter aber vor allem auch der Wunsch, eine wirksame Kontrolle des Landesvorsitzenden zu gewährleisten bzw. dieses Amt in der bisherigen Ausprägung möglichst abzuschaffen und durch eine Kollegiatslösung zu ersetzen. Der zweite Passus, den Hundhammer nicht zu akzeptieren bereit war, betraf nämlich den Landesvorsitzenden selbst. Hundhammer beantragte, "daß nicht *ein* Landesvorsitzender gewählt wird, sondern eine Landesvorstandschaft, bestehend mindestens aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden, jedenfalls bestehend aus mehreren Mitgliedern."[186]

Müller reagierte auf diesen neuerlichen Versuch, seine Machtposition zu beschneiden, gewohnt geschmeidig. Er verlas Aktennotizen, aus denen hervorging, daß Hundhammer bei der Militärregierung vorstellig geworden war, um dort gegen den "diktatorischen" Charakter der Satzungen Front zu machen, jedoch seinen Protest zurücknahm, nachdem er einsehen mußte, daß die Militärregierung die Satzung befürwortete. Hundhammer bestritt Müllers Version energisch,[187] konnte jedoch nicht verhindern, daß mit dem Hinweis auf die Haltung der Amerikaner eine ausführlichere Diskussion über die Gestaltung der Parteispitze wieder nicht zustandekam. Das Abstimmungsergebnis über beide Anträge Hundhammers zeigte aber, daß inzwischen eine beachtliche Anzahl der Delegierten sein Mißtrauen gegenüber Müller teilten: Von 71 Stimmberechtigten votierten nur 39 gegen und 32 für Hundhammers Vorschlag des Dreierdirektoriums; die Idee des "Sondergremiums" erbrachte dasselbe Resultat.[188] Während Hundhammer daraufhin erklärte, "unter diesem Gesichtspunkt die Satzungen als Ganzes" ablehnen zu müssen, war ein erheblicher Teil der Befürworter seiner Anträge nicht bereit, ihm in dieser Konsequenz zu folgen. Die Satzung wurde mit 49 gegen 18 Stimmen angenommen.[189]

Allerdings war nicht der Landesausschuß, sondern auch nach den Buchstaben der neuen Satzung allein die Landesversammlung der CSU befugt, über die Statuten zu beschließen. Als diese am 14. und 15. Dezember 1946 zusammentrat (Dokument Nr. 26), entflammten die Streitigkeiten um die Parteispitze in aller Schärfe. Wie auch in

[184] Landesausschußsitzung am 4. Oktober 1946, Dok. Nr. 23, S. 617.
[185] Mintzel, CSU, S. 114.
[186] Landesausschußsitzung am 4. Oktober 1946, Dok. Nr. 23, S. 617.
[187] Ebenda, S. 618f.
[188] Ebenda, S. 627, 631.
[189] Ebenda, S. 632.

der Frage des Delegiertenschlüssels war es der oberbayerische Kreisverband Freising, der die Forderungen Hundhammers aufnahm und die Einrichtung eines Dreierdirektoriums beantragte.[190] Als Müller erneut versuchte, diese Initiative abzuwehren, indem er die Militärregierung ins Spiel brachte, zeigten seine Gegner, die diese Reaktion offenbar erwartet hatten, Flagge. Richard Pflaum schloß sich der Freisinger Forderung im Namen des Bezirksverbandes München an, flankiert von Hundhammer, der Müllers Einschüchterungsversuch mit der Bemerkung parierte, daß seitens der Militärregierung keinerlei Stellungnahme über die Gestaltung der Parteispitze vorliege: "Ich lege Wert darauf; ich glaube, es ist am Platze ausdrücklich festzustellen, daß seitens der Militärregierung bezüglich der Fassung des Artikel 54 kein Einfluß genommen wird."[191]

Die Versammlung drohte in den nachfolgenden Wortgefechten außer Kontrolle zu geraten und in Tumult überzugehen, doch gelang es in letzter Minute einem schwäbischen Vertreter, die Situation zu entschärfen. Hugo Fink, Vorstandsmitglied der Bezirksverbände Augsburg und Schwaben, stellte kurzentschlossen Antrag auf Schluß der Debatte und erinnerte an die schon vor der Eskalation laut gewordene Anregung, die Bearbeitung der Änderungsanträge einer Satzungskommission zu übertragen.

Der spätere bayerische Innenminister Willi Ankermüller (Unterfranken) schloß sich diesem Vorschlag an, den er allerdings in einem wichtigten Punkt modifizierte. Er beantragte, die Änderungsanträge der Landesversammlung und etwaige weitere Vorschläge der antragsberechtigten Parteiorgane zur weiteren Bearbeitung an den Landesausschuß zu überweisen.[192] Die Rücküberweisung an den Landesausschuß zielte darauf, Zeit zu gewinnen, was die Opposition zwar durchschaute, jedoch nicht verhindern konnte. Schlögls Versuch, die Satzungsarbeiten an eine Frist zu binden, mißlang. Gegen 59 gezählte Nein-Stimmen sprach sich durch Erheben die überwältigende Mehrheit der 495 stimmberechtigten Delegierten für Ankermüllers Antrag aus. In der unmittelbar darauf durchgeführten schriftlichen Abstimmung über das gesamte Satzungswerk lauteten 311 von 389 abgegebenen Stimmzetteln auf Ja, 69 Delegierte lehnten die Statuten ab, neun Stimmzettel waren leer bzw. ungültig.[193]

Die hitzigen Auseinandersetzungen im Dezember 1946 deuteten schon darauf hin, daß das Problem die Partei noch einige Zeit beschäftigen würde. Tatsächlich flammte der Streit immer wieder auf, doch gelang es Müller bis 1948, eine Satzungsänderung zu verhindern. Der schließlich vom Landesausschuß der CSU am 28. und 29. Februar 1948 (Dokument Nr. 32) gefaßte Beschluß, die Satzung durch einen Paragraphen 54 a) dahingehend zu ergänzen, daß dem Landesvorsitzenden zwei durch den Landesausschuß zu wählende Stellvertreter zur Seite gestellt wurden, konnte den Schäffer/Hundhammer-Flügel allerdings kaum zufriedenstellen. Die Satzungsänderung erfolgte darüber hinaus zu einem Zeitpunkt, zu dem Hundhammer und der oberbayerische Kern seiner Anhängerschaft bereits die Hoffnung aufgegeben hatten, auf ordnungsgemäßen Bahnen ihren Vorstellungen einer demokratischen Parteispitze zum Durchbruch verhelfen zu können, und statt dessen ihr Glück auf dem Wege der offenen Rebellion versuchten.

---

[190] Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946, Dok. Nr. 26, S. 843, 845.
[191] Ebenda, S. 849.
[192] Anregung Rindts ebenda, S. 846f.; Anträge Finks und Ankermüllers S. 856f.
[193] Ergebnisse der Abstimmungen ebenda, S. 859, 864.

c) Revisionsbemühungen

Müller hatte im Mai und neuerlich im Dezember 1946 die Ratifizierung der Statuten auch durch manche oppositionelle oder mißtrauische Kräfte mit der Versicherung erkauft, daß diese nicht "für alle Ewigkeit" gelten sollten, vielmehr ihre Änderung jederzeit möglich sei. Tatsächlich mußten die Vertreter der innerparteilichen Opposition jedoch bald erkennen, daß Müller nach Verabschiedung der Satzungen alle Bestrebungen zu ihrer Änderung unterlief. Nachdem die Landesausschußsitzung im Januar 1947 (Dokument Nr. 27) ganz im Zeichen der umstrittenen Regierungsbildung in Bayern gestanden hatte, kamen bei der nächsten Gelegenheit, in der außerordentlichen Landesversammlung am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt (Dokument Nr. 28), die Streitigkeiten um die Parteispitze neuerlich auf. Dies vollzog sich vor dem Hintergrund der Direktorenwahlen für die bizonalen Behörden in Frankfurt, bei denen Müller gegen den erklärten Willen der bayerischen Landesregierung aktiv geworden war und seine "diktatorischen Gelüste" erneut unter Beweis gestellt hatte. "Arm in Arm" mit Konrad Adenauer hatte er die Wahl eines sozialdemokratischen Wirtschaftsdirektors verhindert und so dazu beigetragen, daß die von der Landesregierung erstrebte Große Koalition in Frankfurt platzte und außerdem der bayerische Wunschkandidat für das Amt des Landwirtschaftsdirektors (Joseph Baumgartner) nicht zum Zuge kam. Angesichts dieser Brüskierung auch der CSU-Parlamentarier, die die Regierungspolitik unterstützten, hatten die Verfechter des Direktoriums erfolgreich die Landtagsfraktion der CSU für ihre Pläne mobilisiert, die der Landesversammlung die Empfehlung mit auf den Weg gab, den bisherigen Landesvorsitzenden durch ein "Dreierdirektorium" abzulösen.[194]

Trotz dieser und anderer Aktivitäten im Vorfeld der Eichstätter Tagung gelang es Müller, eine ausführlichere Satzungsdebatte zu verhindern. Zwar wurde in verschiedenen Diskussionsbeiträgen die Forderung nach dem Direktorium laut, doch Horlacher - jetzt Sprecher der Opposition - bekam erst kurz vor Schluß der Sitzung Gelegenheit, dieses Begehren zu begründen. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit entschied die Landesversammlung ein weiteres Mal, die Bearbeitung der Satzungsänderungsbegehren dem Landesausschuß zu übertragen. Wie schon im Dezember 1946 scheiterte auch im August 1947 der Versuch, den Landesausschuß zeitlich zu binden,[195] und Müller zögerte seine Einberufung bis zur letzten Minute hinaus.

Da der Landesausschuß nur zweimal jährlich zusammentreten mußte, lud Müller erst am 6. Dezember 1947 zur zweiten Jahrestagung, die am 13. und 14. Dezember stattfinden sollte. Die Sitzung kam jedoch nicht zustande, da der Bezirksverband Oberbayern Einspruch erhob. Müller hatte die satzungsgemäß festgeschriebene Einladungsfrist von zehn Tagen nicht eingehalten, und Oberbayern erklärte sich außerstande, die für die anstehende Satzungsdiskussion notwendigen Vorbereitungen rechtzeitig abzuschließen.[196]

Nachdem für den 3. und 4. Januar 1948 ein neuer Termin festgelegt worden war, übersandte der Bezirksverband den Mitgliedern des Landesausschusses am 23. Dezember einen umfangreichen Satzungsänderungsentwurf (Dokument Nr. XXI). Er zielte auf eine stärkere "Berücksichtigung der demokratischen Grundsätze in der Par-

[194] Münchner Mittag, 22. August 1947: Auf dem Weg zur Bayerischen Volkspartei?

[195] Landesversammlung am 30. und 31. August 1947, Dok. Nr. 28: Rede Horlachers S. 1202ff., Beschluß S. 1222.

[196] Schreiben des Bezirksvorsitzenden Hundhammer vom 9. Dezember 1947, ACSP, NL Müller 109.

teisatzung und damit im Parteileben" und wiederholte in seinen Kernpunkten die alten oberbayerischen Forderungen: Sie betrafen die Ablösung des Landesvorsitzenden durch einen mehrköpfigen "Vorstand" (eine kollegiale Parteiführung mit drei Landesvorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Kassieren), die Stärkung des Einflusses der Landesvorstandschaft bei gleichzeitiger Beseitigung des Geschäftsführenden Landesvorstandes und schließlich die Berücksichtigung der Mitgliederstärke der einzelnen Unterverbände der Partei in den Delegiertenschlüsseln zu den Kreis-, Bezirks- und Landesversammlungen.

Auch am 3. und 4. Januar 1948 blieb die Satzung aber unverändert. Nach zunächst harten Debatten, in denen die bekannten Positionen zur Gestaltung der Parteispitze und der Stimmrechtsregelungen aufeinanderprallten,[197] kam es im Erlanger Logensaal jedoch zu einem Kompromiß, der endlich ein Ende der Satzungsquerelen einzuleiten schien. Einmal mehr war es Horlacher, der in einer verfahrenen Situation die Geschicke der Partei lenkte und mit einem Vorschlag aufwartete, dem beide Seiten folgen konnten: Er beantragte, einen Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Satzungsänderungen einzusetzen und ihm folgende Richtlinien mit auf den Weg zu geben: "1. An einem von der gesamten Landesversammlung gewählten Vorsitzenden wird festgehalten. 2. Es werden durch den Landesausschuß zwei stellvertretende Landesvorsitzende gewählt - damit der Streit einmal aus dem Weg geräumt ist. 3. Die Landesvorstandschaft ist [...] zu ergänzen aufgrund der vorliegenden Vorschläge, die zu den Satzungsänderungen gemacht sind."[198]

Damit hatte ausgerechnet Horlacher, im August 1947 als Sprecher der Opposition einer der energischsten Verfechter des Direktoriums, diese Forderung zugunsten des Parteivorsitzenden fallengelassen. Die bayerische Presse bewertete die allseits mit großer Überraschung aufgenommene "Einigung zwischen Dr. Josef Müller und Dr. Michael Horlacher, zwischen denen bisher ernste Gegensätze bestanden hatten", als den "bemerkenswerteste[n] innerparteiliche[n] Vorgang auf der Erlanger Tagung. Er dürfte von größerem Gewicht für die innerpolitische Situation Bayerns sein, indem er die Position Dr. Josef Müllers innerhalb der CSU stärkte."[199] Auch die Militärregierung zeigte sich verblüfft, hatte aber für Horlachers Kehrtwendung eine plausible Erklärung. Sie vermutete zu Recht, daß sein Umschwung auf die von ihm befürchteten politischen Schwierigkeiten zurückzuführen war, die sich aus der bevorstehenden Rehabilitierung Fritz Schäffers ergeben könnten; ferner sei er angesichts der in Gestalt der Bayernpartei heraufziehenden Gefahren unbedingt an einer Einigung der Union interessiert.[200]

Um tatsächlich ein Ende des Satzungsstreites herbeizuführen, bedurfte es jedoch auch eines deutlichen Zugeständnisses an die andere Seite. Horlachers Empfehlung zur Neugestaltung der Parteispitze war daher gekoppelt mit einem Vorschlag zur Neuregelung der Delegiertenschlüssel, der Oberbayerns Vorstellungen entgegenkam: "1. An der Vertretung der Kreise in der Landesversammlung wird aus grundsätzlichen Erwägungen festgehalten. 2. Der Arbeitsausschuß soll aber einen Ausgleich herbeiführen durch die unterschiedliche Zahl der Bezirksvertreter, entsprechend der unterschiedli-

---

197 Landesausschuß am 3. und 4. Januar 1948, Dok. Nr. 29, S. 1284ff.

198 Ebenda, S. 1314.

199 Münchner Merkur, 5. Januar 1948: Dr. Semler kritisiert die Besatzungsmächte.

200 Bericht über den Landesausschuß in Erlangen, OMGBY, 6. Januar 1948, IfZ-Archiv, MA 1479/8. Zu Schäffers Rückkehr und zur Bayernpartei vgl. S. LXVIff.

chen Größe der Bezirke, den unterschiedlichen Stimmverhältnissen und dem Stand der Parteimitglieder."[201]
Horlachers zweiteiliger Vorschlag besaß eigentlich nur als untrennbarer Block tatsächlichen Kompromißcharakter, denn trotz der Wahl zweier Stellvertreter blieb die Machtposition des Parteivorsitzenden grundsätzlich unangetastet. Vermutlich handelten die oberbayerischen Delegierten in gutem Glauben an die allgemeine Konzessionsbereitschaft, als sie in der auf Haußleiters Anregung "Punkt für Punkt" vorgenommenen Abstimmung ihren Willen zur Einigung unter Beweis stellten. Die vorgeschlagene Neugestaltung der Parteispitze wurde nämlich einstimmig angenommen. Ein ganz anderes Ergebnis zeitigte jedoch die Abstimmung über die Änderung des Delegiertenschlüssels: Gegen drei Stimmen entschied der Landesausschuß zwar für die Annahme der Richtlinie Nr. 1 (nach deren Wortlaut alles beim alten bleiben konnte); der Vorschlag zur Neuregelung des Stimmrechts für den Landesausschuß wurde jedoch mit 53 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Mit einigem Recht bezeichnete sich die oberbayerische Opposition später als "Opfer einer überlegenen Regieführung".[202]
In Erlangen überwog freilich noch der Eindruck endlich erreichter innerparteilicher Harmonie, die auch in der personellen Besetzung der Satzungskommission zum Ausdruck kam: Als Vertreter der bayerischen Regierungsbezirke - ausdrücklich in Abkehr vom Organisationsprinzip der CSU ohne Berücksichtigung von Repräsentanten der großstädtischen Bezirksverbände - wurden Georg Barth (Oberfranken), Heinrich Emmert (Mittelfranken), Gerhard Kroll (Unterfranken), Konrad Kübler (Niederbayern), Anton Pfeiffer (Oberbayern), Eugen Rindt (Schwaben) und Otto Schedl (Oberpfalz) in den Ausschuß bestellt. Ferner sollten ihm Thusnelda Lang-Brumann für die Frauen und je ein noch von diesen Gruppen zu bestimmender Vertreter der Jugend, der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen sowie der Landtagsfraktion angehören.[203]
Am 20. und 21. Januar 1948 trat kurz vor den Tagungen des für den 23. Januar geladenen Landesausschusses und der für den 24. und 25. Januar einberufenen Landesversammlung die Satzungskommission zusammen. Allerdings unterschied sich der Teilnehmerkreis von dem, der in Erlangen vereinbart worden war. Wer tatsächlich zu den Sitzungen erschien, läßt sich nicht vollständig rekonstruieren. Sicher nahmen Dittrich als Jugendvertreter, Hanswolf Haunhorst (Landesgeschäftsstelle), Karl August Kroth (Unterfranken), Otto Schedl (Oberpfalz), Karl Schmid (Handwerk) sowie für die Frauen Thusnelda Lang-Brumann teil, ferner im Wechsel Heinrich Emmert und Alfred Euerl (Mittelfranken). Nur zeitweise anwesend waren zwei besonders wichtige Persönlichkeiten: Michael Horlacher und Anton Pfeiffer, mit letzterem ausgerechnet der Satzungsexperte und Vertreter der oberbayerischen Opposition.[204]
In Bayern bahnte sich ein Generalstreik an. Da sowohl Ministerpräsident Ehard als auch sein Stellvertreter, Josef Müller, nicht im Freistaate weilten, war Pfeiffer als Leiter der Staatskanzlei mit dieser innerbayerischen Krise an vorderster Front konfrontiert und konnte nur stundenweise an den Beratungen teilnehmen.[205] Müllers Anhän-

[201] Landesausschuß am 3. und 4. Januar 1948, Dok. Nr. 29, S. 1314f.
[202] Ebenda, S. 1319f.; Bewertung der Vorgänge durch Geiselberger vor der Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1421.
[203] Landesausschuß am 3. und 4. Januar 1948, Dok. Nr. 29, S. 1321ff.
[204] Dazu Schreiben Pfeiffers an Müller, 22. Januar 1948, BayHStA, NL Pfeiffer 535.
[205] Ebenda.

ger nutzten die Gunst der Stunde. Pfeiffer beklagte am 22. Januar 1948 in einem fünfseitigen Schreiben an Müller die mißliche Verhandlungsführung der Kommission, die die angebahnte Einigung neuerlich zunichte gemacht habe: Ungeachtet seiner immensen Belastungen durch die aktuelle Krise war es ihm gelungen, am 20. Januar für acht Stunden an den Satzungsberatungen teilzunehmen. Diese dauerten bis spätabends, konnten jedoch nicht abgeschlossen werden. Angesichts der sich zuspitzenden innenpolitischen Situation war am Abend des 20. Januar schon absehbar, daß er am nächsten Tag nur zeitweise den Beratungen beiwohnen konnte. Pfeiffer schlug deshalb der Kommission vor, die vier Kardinalprobleme, die man aus seiner Sicht in etwa zwei Stunden bewältigen könnte, mit ihm gemeinsam zu lösen, für alle weiteren (vor allem endredaktionellen) Arbeiten aber auf ihn zu verzichten. Diese vier Punkte betrafen die Zusammensetzung der Parteispitze und die Stimmrechtsregelung, und Pfeiffer hatte schon am 20. Januar seinen Standpunkt hierzu dargelegt. Er ging davon aus, daß jedes Kommissionsmitglied sehen konnte, "daß mir ein Ausgleich der Spannungen und die Sicherung der Einigkeit in der Partei im Sinne des Unionsgedankens als höchstes Ziel vorschwebt", und war bereit, "im Rahmen einer grundsätzlichen Auffassung [...] jeden fairen Verständigungsweg zu gehen".
Verabredet war, die vier Punkte am Vormittag des 21. Januar zu verhandeln, doch war es Pfeiffer nicht möglich, den Termin einzuhalten. Als er am Nachmittag schließlich herbeieilte, mußte er erfahren, daß zwei zentrale Fragen bereits in seiner Abwesenheit beraten und beschlossen worden waren: "Mit allen gegen zwei Stimmen" war "die Zuerkennung von Zusatzstimmen an die hochleistenden Kreisverbände abgelehnt" worden, mit dem gleichen Stimmenverhältnis war der Beschluß bezüglich der Parteispitze bereits gefaßt. Beide Entscheidungen fielen "aufgrund der Darlegungen des Herrn Horlacher", der sich damit endgültig und unmißverständlich wieder auf Müllers Seite gestellt hatte.
Pfeiffer fühlte sich überrumpelt. Auf seine ungläubige Nachfrage, ob die Beschlüsse endgültig seien, erhielt er zur Antwort "eigentlich ja!" Der Ausschuß fand sich nicht bereit, seinem Vorschlag nach neuerlicher Beratung zu folgen, da "man ja gestern und heute hinreichend über diese Punkte gesprochen habe, und daß man höchstens noch einmal die Debatte eröffnen könne, wenn wirklich nur tatsächlich neue Gesichtspunkte vorgetragen würden." Dabei blieb es, und nach einigem Hin und Her kündigte Pfeiffer seine weitere Mitarbeit auf: "Unter diesen Umständen hat meine weitere Teilnahme an den Beratungen keinen Sinn mehr, nachdem zwei so wichtige Entscheidungen wie die über die Gestaltung der Parteispitze und über die Zusatzstimmen für hochleistende Kreisverbände trotz meiner starken Beteiligung an der Behandlung der Materie in meiner Abwesenheit getroffen worden" sind.
Müller gegenüber bezeichnete Pfeiffer das Verhalten der Kommission als illoyal und "politisch gefährlich" und wies ihn darauf hin, daß er sich angesichts dieses faits accomplis gezwungen sehe, im Landesausschuß bzw. vor der Landesversammlung "mit einer Minderheitenstellungnahme" hervorzutreten.[206] Hundhammer gegenüber, dem er sein Protestschreiben am gleichen Tag in Kopie übersandte, fand er schärfere Worte. Pfeiffer betrachtete "die ganze Angelegenheit als einen wirklichen Affront". Er sah allerdings noch einen "kurzen Bewegungsraum, um einigen wesentlichen Personen den Ernst der Situation klarzumachen". Angesichts des Generalstreiks konnte die für

[206] Pfeiffer an Müller, 22. Januar 1948, BayHStA, NL Pfeiffer 535. Ähnlich seine Ausführungen vor dem Landesausschuß am 24. Januar 1948.

den 23. Januar, also den folgenden Tag, einberufene Sitzung des Landesausschusses unmöglich pünktlich stattfinden. Die Tagung würde - so vermutete Pfeiffer - frühestens am Nachmittag des 24. Januar zu realisieren sein. Dann aber sollte längst die Landesversammlung begonnen haben. Aus Pfeiffers Sicht bot das durch den Streik verursachte Chaos einen guten Vorwand, die Absetzung der Landesversammlung zu betreiben und die damit für den Landesausschuß gewonnene Zeit zu nutzen, um in eine "große grundsätzliche Erörterung" der Satzungsfragen einzutreten. Pfeiffer plädierte also dafür, die Entscheidungen der Satzungskommission nicht anzuerkennen und schlug Hundhammer vor, vielleicht mit Unterstützung anderer "rasch erreichbarer" Bezirksverbände - er dachte dabei explizit an München -, eine Vertagung der Landesversammlung auf Ende Februar zu beantragen.[207]

Trotz des Streiks fand die Landesversammlung jedoch - wenn auch mit erheblicher Verspätung - am 24. und 25. Januar 1948 in Marktredwitz statt (Dokument Nr. 31). Die Verzögerung ging aber vor allem zu Lasten des Landesausschusses, der am 24. Januar um 14 Uhr unter improvisierten Bedingungen (Protokoll erst ab 15.19 Uhr) seine Verhandlungen begann (Dokument Nr. 30). Ihm blieb nur wenig Gelegenheit, sich mit den Satzungsänderungen zu befassen. Die eingeplante Sitzungsdauer von zweieinhalb Stunden reichte bei weitem nicht aus, die Beratungen noch einmal aufzunehmen oder gar einen Konsens herbeizuführen, der von der Landesversammlung nur noch bestätigt werden mußte. Der Landesausschuß hatte gerade Zeit genug, die Berichte der Satzungskommission entgegenzunehmen: einen Bericht Kroths und die angekündigte Minderheitenstellungnahme Pfeiffers. Kroth hob als "Mehrheitsberichterstatter" vor allem den Willen zur Einigung hervor, der die Beratungen am 20. und 21. Januar bestimmt habe. Die Kommission habe sich sehr bemüht, "eine Lösung zu finden, die allen annehmbar ist. Es ist uns leider nicht ganz gelungen". Als strittig bezeichnete Kroth vor allem die Neuregelung des Delegiertenschlüssels. Die Kommission habe sich jedoch bemüht, den oberbayerischen Wünschen nach einem gerechteren Delegiertenschlüssel indirekt entgegenzukommen, indem auch künftig die Landtagsabgeordneten in der Landesversammlung sitz- und stimmberechtigt sein sollten. Nach den vorliegenden Statistiken hatten nämlich "die mitgliederstarken Verbände ihre Abgeordneten durchgebracht", während dies den mitgliederarmen nicht gelungen sei. Die Kommission habe in dieser Lösung, mit der faktisch alles beim alten blieb, "einen naheliegenden und natürlichen Ausgleich" erkannt.[208]

Zu Wort kam dann Pfeiffer, der zwar kritisierte, daß "in der vorgesehenen Zeit von ein- oder eineinhalb Stunden eine Frage" entschieden werden sollte, "welche für einen bedeutenden Teil der Parteiangehörigen eine sehr weittragende Bedeutung hat", sich aber viel Muße ließ, um ausführlich die unfaire Verhandlungsführung der Satzungskommission zu beklagen, bevor er die oberbayerischen Vorstellungen über einen zu schaffenden Ausgleich in einem halbstündigen Vortrag entwarf.[209]

Diese Überbeanspruchung seines eingeforderten Rechts auf Abgabe einer "Minderheitenstellungnahme" weckte einigen Unmut, zumal Pfeiffers komplizierten Erklärungen schwer zu folgen war. Otto Thomas (Oberpfalz) gab die allgemeine Stimmung wohl treffend wieder, als er seinen Überdruß über die "endlosen Debatten um organisatorische Fragen" zu erkennen gab und die angesichts der Notlage der hungernden

---

[207] Pfeiffer an Hundhammer, 22. Januar 1948, BayHStA, NL Pfeiffer 535.

[208] Landesausschuß am 24. Januar 1948, Dok. Nr. 30, S. 1379f. Diese Regelung war bereits in der Satzung vom 4. Oktober 1946 verankert.

[209] Ebenda, S. 1380ff.

Bevölkerung durchaus berechtigte Frage stellte: "Haben wir nichts anderes zu tun?" Sein Antrag, die Satzungsänderungen "überhaupt" von der Tagesordnung der Landesversammlung zu streichen, erfolgte vermutlich im Alleingang, denn Müller und Horlacher waren sichtlich daran interessiert, zu einer Entscheidung zu gelangen.
Der Antrag kam ihnen aber insofern gelegen, als sie nun darauf drängen konnten, die Frage möglichst schnell abzuhandeln. In der Landesversammlung, in die die weitere Beratung verlegt wurde, sollten eigentlich nur noch Horlacher und Pfeiffer ausführlicher zur Satzungsänderung sprechen, um im Anschluß daran unverzüglich zur Abstimmung zu schreiten - Punkt für Punkt, wie schon am 3. und 4. Januar in Erlangen.
Horlacher trat dafür ein, daß die "Periode der Geschichtchen der Union aufhört und die Union sich als geschichtlicher Faktor in unser bayerisches und deutsches Geschehen einschaltet". Obwohl er zu Beginn seiner Rede die Bedeutung von Satzungsänderungen unterstrich - diese "sehen nach außen oft sehr harmlos aus [...], aber es können sich hinter den Satzungsänderungsanträgen Dinge verbergen, die doch etwas anderes sind wie bloße Satzungsänderungen"[210] -, gab er doch sein Bestes, um die Bedeutung der umstrittenen Fragen herunterzuspielen. Die Delegierten dankten ihm seine beruhigenden Worte mit lebhaften Beifallskundgebungen, die sich zu stürmischem Applaus steigerten, als er seine Rede mit dem Appell schloß: "Ich würde wünschen, daß dieser Parteitag der Union den Namen tragen würde: Parteitag der Einigung der Union - die niemand mehr angreifen und niemand zerstören kann."
Pfeiffer, der sich bewußt war, daß ihm "eine sehr undankbare Aufgabe" zufiel, weil er nach Horlachers eingängiger und kurzweiliger Rede gezwungen war, die Delegierten "in die Welt der Realität innerhalb der Partei" zurückzuführen, schien die Landesversammlung mit einer langen, trockenen Begründung seines "Vermittlungsvorschlages" zur Stimmrechtsregelung tatsächlich eher zu langweilen.[211] Daß seine Ausführungen aber bei einem beträchtlichen Teil der Delegierten auf offene Ohren gestoßen waren, zeigte sich erst im späteren Verlauf der Versammlung.
Nachdem Pfeiffer seine Rede beendet hatte, lag die Initiative zunächst wieder bei Müller, der vorschlug, die Abänderungsanträge Punkt für Punkt zu debattieren und zu entscheiden. Ohne Debatte stimmte daraufhin die Versammlung mit 194 gegen 63 Stimmen dafür, an "einem von der Landesversammlung gewählten Vorsitzenden" festzuhalten. Einstimmigkeit fand die Schaffung zweier Stellvertreter, deren Wahl durch den Landesausschuß (und nicht durch die Landesversammlung) nach kurzer Debatte von 196 gegen 86 Delegierte unterstützt wurde.[212]
Während dieser Aspekt der Satzungsänderung also glatt über die Bühne ging, entwikkelte sich über die Stimmrechtsregelung ein heftiger Streit, der bis spät in die Nacht andauerte. Über die Vertretung der Kreisverbände in der Landesversammlung wurde am 24. Januar wie "unter Viehhändlern gefeilscht".[213] Eine hitzige Debatte entzündete sich schon an der Frage des Abstimmungsmodus. Die oberbayerischen Vertreter, die aufgrund der Erlanger Erfahrungen befürchteten, wieder ein Opfer taktischer Winkelzüge zu werden, bestanden darauf, zunächst über den von Pfeiffer eingebrachten

[210] Ausführungen Horlachers vor der Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1407ff.
[211] Ebenda, S. 1412ff., Zitat S. 1412.
[212] Ebenda, S. 1424f.
[213] OMGBY-Bericht über die Sitzung am 24. und 25. Januar 1948 vom 26. Januar 1948, IfZ-Archiv, MA 1479/14.

"Vermittlungsvorschlag" abzustimmen. Danach sollten jedem Kreisverband weiterhin zwei Stimmen in der Landesversammlung zugebilligt, das Leistungsprinzip aber dadurch realisiert werden, daß Kreisverbände mit mehr als 500 Mitgliedern für je "weitere 250 nachgewiesene Mitglieder einen zusätzlichen", insgesamt jedoch nicht mehr als zwei Zusatzvertreter, entsenden konnten. Ein "Rest von 126 Mitgliedern" sollte dabei "für voll" gelten.[214]
Das Ergebnis der daraufhin zuerst über diesen Antrag durchgeführten Abstimmung war (bei 210 Stimmen gegen und 197 Stimmen für den Antrag) so knapp, daß Müller sie unter dem Vorwand ihres anfechtbaren Verlaufs annullierte.[215] In dieser Situation ergriff Hans Ehard das Wort, der in einer kurzen aber wirkungsvollen Rede vor einer Kampfabstimmung über diesen "wundesten Punkt" warnte: "Hier steht die Einheit der Partei auf dem Spiel."[216] Er plädierte dafür, statt der von Pfeiffer vorgeschlagenen zwei nur eine Zusatzstimme zu gewähren. Müller reagierte mit dem Vorschlag einer Essenspause, die genutzt werden sollte, um "zu überlegen, ob ein Ausweg möglich ist". Die mehr als einstündige Unterbrechung erwies sich jedoch als zu kurz. Als die Versammlung um 21.46 Uhr wieder zusammentrat, regte Horlacher die Vertagung der Debatte und die Einsetzung einer Kommission an, die sich über Nacht um eine gerechte Lösung bemühen sollte. Der neuerliche Versuch, Zeit zu gewinnen, scheiterte an Ehard, der im Gegenzug nun seinen Kompromißvorschlag zugunsten Oberbayerns abänderte und damit den Streit erst richtig entfachte.
Ehard empfahl, von Hundhammer unterstützt, die für die Zusatzvertreter notwendige Mitgliederzahl auf 300 zu erhöhen und unter dieser Voraussetzung zwei Zusatzvertreter zuzulassen. Die Diskussionsbeiträge, die wie kaum eine andere Quelle die Motive offenbaren, die hinter den Kämpfen um die Stimmrechtsregelung standen, mündeten zuletzt in einen von Haußleiter vorgeschlagenen Kompromiß: Jeder Kreisverband bis zu 500 Mitgliedern erhielt zwei Stimmen, für je weitere 500 Mitglieder wurde eine zusätzliche Stimme gewährt; die Zahl der Zusatzstimmen durfte zwei nicht überschreiten. Der entsprechende Antrag wurde gegen 59 Stimmen von der "überwiegenden Majorität" der Versammlung angenommen, die die "texttechnische" Formulierung einem spätestens im Februar einzuberufenden Landesausschuß überwies, der die Änderungen im Namen der Landesversammlung auch in Kraft setzen sollte.[217]
Damit schienen am 24. Januar 1948 gegen 23 Uhr die seit März 1946 andauernden Satzungskämpfe endgültig beendet. Horlachers Vision des Parteitages der Einigung sollte sich allerdings sehr bald als illusionär erweisen. Gut informierte Kreise ließen sich durch den Marktredwitzer Schein der Einigkeit auch wenig täuschen. Ein Beobachter der Militärregierung, der der Versammlung beigewohnt hatte, war überzeugt, daß der Kompromiß nicht von Bestand sein würde: "Beide Gruppen werden versuchen, erneut eine Änderung zu erreichen."[218] Als geradezu hellseherisch sollte sich der Kommentar des sozialdemokratischen Chefredakteurs des Südost-Kurier, Josef Felder, erweisen. Seine Vorhersagen gründeten auf Beobachtungen, die er während der Landesversammlung machen konnte, die freilich dem Protokoll nicht zu entnehmen

[214] Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1430.
[215] Ebenda, S. 1432.
[216] Ebenda, S. 1433.
[217] Ebenda, S. 1450ff.
[218] OMGBY-Bericht über die Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948 vom 26. Januar 1948, IfZ-Archiv, MA 1479/14.

sind: Als Michael Horlacher am 24. Januar "zur Unterstützung seines vor sehr kurzer Frist noch von ihm heftig bekämpften Parteifreundes Dr. Josef Müller in der Turnhalle von Marktredwitz das Wort ergriff" und das Treffen als einen "Parteitag der Einigung" apostrophierte, klatschte - wie auch das Protokoll vermerkt - zwar eine "nicht unbeachtliche Mehrheit" kräftig Beifall. Hingegen - und dies ist dem Protokoll nicht zu entnehmen - "zeigten die Mienen der oberbayerischen Delegation", die im "hinteren Teil des Saales" plaziert war, "keine Zustimmung". Josef Felder wagte deshalb stark zu bezweifeln, daß dieser Parteitag "wirklich mit dem Prädikat in die Parteigeschichte eingehen" würde, "das ihm Dr. Horlacher etwas voreilig verlieh". Müller müsse sich bewußt sein, so Felder, daß die Kreise der "kgl. oberbayerische[n] Opposition" trotz der Zugeständnisse des 24. Januar "von heute auf morgen zumindest den linken Flügel der Bayernpartei bilden können. [...] Die beiden Parteikapitäne Josef Müller und Michael Horlacher müssen nun ihr Parteischiff auf Gedeih und Verderb steuern und dabei sorgsam auf die Rebellenführer achten, die mit finsterer Miene an der Reling stehen."[219]

9. *Die "Oberbayerische Revolte"*

Am 18. November 1947 endete das von Fritz Schäffer gegen sich selbst beantragte Spruchkammerverfahren: Er wurde als vom Befreiungsgesetz "nicht betroffen" erklärt und das Verfahren gegen ihn eingestellt. Die Militärregierung zeigte sich zwar von seiner politischen Zuverlässigkeit noch nicht überzeugt; doch zwei Monate später, am 26. Januar 1948, gab auch sie Schäffer offiziell grünes Licht für die Wiederaufnahme seiner Parteikarriere, schränkte seinen Aktionsradius jedoch nach wie vor durch das Verbot der Übernahme eines Regierungsamtes ein.[220]
Schäffers Wiedereintritt in die Politik warf aber schon Anfang Dezember 1947 erste Schatten voraus. Wie geschildert erhob Hundhammer am 9. Dezember Einspruch gegen die nicht fristgerecht erfolgte Ladung zur zweiten Landesausschußsitzung des Jahres 1947, da "diese zu kurzfristige und damit satzungswidrige Einberufung [...] nicht mehr die notwendigen vorbereitenden Arbeiten und Fühlungnahmen [ermöglicht], die bei der Wichtigkeit der auf die Tagesordnung gesetzten Punkte unumgänglich notwendig sind."[221] Der Protest war um so bemerkenswerter, als sich der Bezirksverband Oberbayern etwa einen Monat vorher, am 6. November 1947, noch nachdrücklich um die "baldige Einberufung des Landesausschusses" bemüht hatte, in Vollzug des in der Landesversammlung vom August 1947 (Dokument Nr. 28) gefaßten Beschlusses nämlich, den mit der Bearbeitung der Satzungsänderungen betrauten Landesausschuß so schnell wie möglich einzuberufen.[222] Angesichts dieser Widersprüchlichkeiten ging der Parteivorsitzende Müller zu Recht davon aus, daß sich hinter dem unter einem formalen Vorwand erhobenen Einspruch mit der unvermeidlichen Folge einer Verzögerung der Landesausschußsitzung bis in den Januar 1948 hinein mehr verbarg, als die Begründung erkennen ließ: "They hope to have Fritz Schaeffer rehabilitated in time for the Land Assembly".[223]

---

[219] Südost-Kurier, 28. Januar 1948: Der Schatten über der CSU.
[220] Dazu Henzler, Schäffer, Manuskript S. 247f., S. 292ff. Zur Oberbayerischen Revolte vgl. auch Mintzel, CSU, S. 225-234.
[221] Schreiben Hundhammers vom 9. Dezember 1947, ACSP, NL Müller 109.
[222] Schreiben Krehles, Bayerischer Arbeitsminister, an Müller, 6. November 1947, ACSP, NL Müller 10/3.
[223] OMGBY, Paul Burns, 15. Dezember 1947, Conversation with Dr. Mueller, IfZ-Archiv, MA 1479/8.

Müller blieb nichts anderes übrig, als dem Einspruch Oberbayerns zu folgen und die Landesausschußsitzung zu verschieben. Der Geschäftsführende Landesvorstand beschloß noch am 9. Dezember, also unmittelbar nach Eingang des oberbayerischen Widerspruchs, die Sitzung unter Einhaltung der satzungsgemäßen Frist von zehn Tagen zum nächstmöglichen Termin, angesichts der bevorstehenden Feiertage für die erste Januarhälfte, anzuberaumen.[224]

Müllers Position in der Partei war in diesen Wochen auch nach seiner eigenen Einschätzung eher labil, und die Verzögerung der Landesausschußsitzung kam ihm nicht nur wegen der voraussichtlich nun noch rechtzeitigen Rehabilitierung Schäffers äusserst ungelegen. Der Parteivorsitzende fürchtete, daß Hans Ehard, der nach der dramatisch verlaufenden Landesversammlung im August 1947 von der bayerischen Presse, aber auch in den Reihen der Partei als heimlicher CSU-Vorsitzender gefeiert wurde, zu seinem Sturz ansetzen könne.[225] Da Ehards Ansehen durch die vergeblichen Kämpfe gegen die "zentralistischen" Bestrebungen der bizonalen Behörden seit dem Herbst 1947 nach Müllers Einschätzung gelitten hatte,[226] mußte er bestrebt sein, die anstehenden Parteizusammenkünfte, insbesondere die Landesversammlung, die über den Parteivorsitzenden zu entscheiden hatte, möglichst schnell über die Bühne zu bringen.

Der Münchner Merkur zeigte sich erstaunlich gut über die innerparteilichen Vorgänge informiert, als er im Anschluß an die Landesversammlung der CSU am 24. und 25. Januar 1948 zu berichten wußte:[227] "Bei der Wahl des Landesvorsitzenden war kein Gegenkandidat für Dr. Müller aufgestellt worden. Die ursprüngliche Absicht, Dr. Hans Ehard zum Landesvorsitzenden vorzuschlagen, wurde von Dr. Alois Hundhammer wieder aufgegeben." Der Merkur irrte jedoch - wie sich in den nächsten Wochen zeigen sollte - gründlich in der Erklärung der Motive, die Hundhammers Meinungsumschwung zugrunde lagen. Diesen führte er nämlich darauf zurück, daß "sich in den Vorabstimmungen über die Satzungsänderungen eine eindeutige Mehrheit für die Auffassung Dr. Müllers ergeben hatte". Es war aber nicht die befürchtete Niederlage in der Satzungsdiskussion, die Hundhammer von seinem Vorhaben abbrachte, Ehard als Gegenkandidaten zu nominieren, sondern die am Tag vor der Landesversammlung bekannt gewordene Entscheidung der Militärregierung, Schäffer aus der politischen Verbannung zu erlösen: Gleich zu Beginn der Landesversammlung hatte Hundhammer den versammelten Delegierten die "wichtige Mitteilung" zu machen: "Gestern [am 23. Januar 1948] hat Herr Staatsrat Fritz Schäffer von der Militärregierung die Mitteilung bekommen, daß er wieder volle politische Betätigungsfreiheit hat." Unterbrochen von lebhaftem Beifall setzte er hinzu: "Er kann wieder wählen und gewählt werden."[228]

Obwohl Müller von der Landesversammlung am 25. Januar 1948 mit einer guten Dreiviertelmehrheit als Landesvorsitzender bestätigt wurde - mit 348 von 447 Stimmen bei 45 Nein-Stimmen, 33 Enthaltungen und 19 Splitterstimmen für Pfeiffer (zwölf), Ehard (fünf), Baumgartner (eine) und Schäffer (eine)[229] -, fühlte er sich kei-

[224] Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes vom 9. Dezember 1947, ACSP, NL Müller 10/4.
[225] OMGBY, Burns, 15. Dezember 1947, Conversation with Dr. Mueller, IfZ-Archiv, MA 1479/8.
[226] Ebenda. Zu Ehard vgl. Karl-Ulrich Gelberg, Hans Ehard. Die föderalistische Politik des bayerischen Ministerpräsidenten 1946-1954, Düsseldorf 1992.
[227] Münchner Merkur, 26. Januar 1948: Dr. Müller bleibt CSU-Landesvorsitzender.
[228] Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1946, Dok. Nr. 31, S. 1402.
[229] Ebenda, S. 1498.

neswegs sicher. Seine im Dezember 1947 noch vorsichtig formulierte Angst vor einem möglichen "Umsturzversuch" Ehards steigerte sich vielmehr noch, als mit der von Schäffer angeführten oberbayerischen Revolte die Führungskämpfe der Gründungsmonate eine Neuauflage erfuhren. Am 27. Februar, dem Tag vor der Regensburger Landesausschußsitzung der CSU (Dokument Nr. 32), sprach Müller gegenüber Paul Burns, dem Chef der Political Activities Branch, seine für den kommenden Tag gehegten Befürchtungen offen aus: "Dr. Mueller stated that it was quite possible, that Dr. Ehard would try to gain control of the party at the meeting [...] He would do this by trying to manouvre himself into the position of settling the differences between Mueller and Schaeffer and by doing so get rid of both of them."[230]
Bemerkenswert ist an dieser Erklärung vor allem, daß Müller mit Ehard den Konkurrenten nannte, der ihm tatsächlich gefährlich werden konnte und der im Mai 1949 auch den Parteivorsitz übernahm, bezeichnenderweise aber nicht den von ihm offensichtlich nicht ernst genommenen Rivalen, der zu dieser Zeit zu seinem Sturz ansetzte und von Teilen der Partei als überragender Favorit gehandelt wurde: Fritz Schäffer. Daß sich Müller Anfang 1948 noch für ein weiteres Jahr behaupten konnte, dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß seine Gegner in diesen Wochen alles auf eine Karte setzten und als Müllers Antipoden Fritz Schäffer auf ihren Schild hoben. Hans Ehard wäre als "Mann des Ausgleichs" zweifellos der aussichtsreichere Kandidat gewesen.
Fritz Schäffer war schon im Januar 1947 davon ausgegangen, daß die von Müller geführte Union "mit Wahrscheinlichkeit" zerfällt. "Wenn die Dinge besser werden sollen, muß man den Mut zu offener Aussprache haben. Ich habe diesen Mut behalten, wenn ich auch, wie ich annehme, endgültig aus dem politischen Leben deshalb ausgeschieden bin."[231] Trotz dieser pessimistischen Prognose hatte er aber im Sommer 1947 begonnen, sein politisches Comeback vorzubereiten. Seine Planungen, so lauteten jedenfalls Gerüchte, die Mitte 1947 kursierten, liefen damals auf die Bildung einer neuen Partei, eines "Katholischen Volksblocks Bayern" hinaus.[232] Von solchen Plänen war im November 1947 jedoch zunächst nicht die Rede. Stattdessen lavierte Schäffer jetzt zwischen dem Gedanken und Versuch der "inneren Reform"[233] der CSU mit dem Ziel ihrer Umformung nach dem Konzept eines katholisch-altbayerischen Blocks unter seiner Führung und der Alternative seines Beitritts zur Bayernpartei, die - unter seiner Führung - entsprechend auszugestalten wäre. Beide Alternativen verfolgte er parallel und geriet dadurch letztlich in beiden Parteien in Mißkredit.
Die faktisch schon seit 1945 zunächst unter anderen Namen in München und anderen bayerischen Orten existierende Bayernpartei[234] begann sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 zu einem ernstzunehmenden Faktor in der bayerischen Politik zu entwikkeln. Die bis 1947 radikal-separatistische, extrem preußenfeindliche Gruppierung, die zunächst auch durch heftige innere Streitigkeiten in ihrer Aktionsfähigkeit eingeschränkt war, war in ihren Bemühungen um eine Zulassung als Landespartei bisher

[230] OMGBY, 5. März 1948, Subj.: Notes on the CSU Land Committee Meeting, Paul Burns, Chief Political Activities Branch, IfZ Archiv, MA 1479/14.
[231] Schäffer an W. Arnold, 8. Januar 1947, ACSP, NL Arnold 4.
[232] Ilse Unger, Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945-1957, Stuttgart 1979, S. 23.
[233] Aus dem Titel einer in 20.500 Exemplaren verteilten Broschüre des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU vom 26. Juli 1948 (z.B. in: ACSP, NL Arnold 2): Verlauf der Bemühungen des Bezirksverbandes Oberbayern um eine innere Reform der CSU.
[234] Zur Entstehungsgeschichte der Bayernpartei ausführlich Unger, Bayernpartei, S. 18ff.

am Veto der Militärregierung gescheitert, die kein Interesse haben konnte, die in Bayern ohnehin starken partikularistischen Strömungen durch die Lizenzierung einer radikal-bayerisch-separatistischen Partei noch zu fördern. Im Zuge der deutschlandpolitischen Entscheidungen des Jahres 1947, insbesondere seit der Stärkung der bizonalen Zuständigkeiten im Sommer 1947, hatte die Bayernpartei jedoch starken Zulauf zu verzeichnen, den die Besatzungsmacht nicht dauerhaft ignorieren konnte. Nicht wenige der Neuzugänge stammten aus den Reihen des Schäffer/Hundhammer-Flügels der CSU, der - wie die dokumentierten Parteiprotokolle in vielen Passagen zeigen - die Interessen des Freistaates durch die Politik der Union nicht ausreichend gewahrt sah. Unter dem Einfluß der ehemaligen Unionsmitglieder milderte sich die radikale Programmatik der Bayernpartei, in der - in Anknüpfung an die Traditionen der Bayerischen Volkspartei - die betont föderalistischen, christlich-konservativen und monarchistischen Strömungen immer stärker wurden.[235] Insbesondere in Altbayern stieß die sich so wandelnde Partei mehr und mehr auf Zustimmung in der Bevölkerung, in deren Augen sich die "außenseiterische Oppositionspartei" allmählich zu einer "wählbaren Alternative" entwickelte.[236]

Obwohl auch der organisatorische Aufbau der Bayernpartei Fortschritte machte, fehlte in ihren Reihen jedoch ein Kopf, eine zugkräftige, landesweit bekannte Persönlichkeit, ein Politiker mit ausgleichenden Fähigkeiten und ausreichender Prominenz, der die nach wie vor sehr heterogene Gruppierung einigen und ihr das Prestige einer Volkspartei verschaffen konnte. Innerhalb der Bayernpartei gab es für den Parteivorsitz zwei Wunschkandidaten, Joseph Baumgartner, der von den eher liberalen Kreisen der Partei favorisiert wurde, und Fritz Schäffer, den die christlich-konservativen Kreise an die Parteispitze wünschten.

Als Schäffers Rehabilitierung bevorstand, bemühten sich insbesondere Anton von Aretin und Anton Donhauser, beide bis 1947 Mitglieder der CSU, Schäffer für die Bayernpartei zu gewinnen.[237] Dieser zeigte sich solchen Überlegungen durchaus aufgeschlossen. Am 11. Januar 1948 ließ er Joseph Baumgartner wissen, daß er dessen Auffassung teile, "daß es besser ist, mit der anderen Seite", gemeint war die CSU, "gar keinen Versuch mehr zu machen". Noch am 9. Februar 1948 rang er heftig mit sich, welcher Partei er den Vorzug geben sollte. An diesem Tag teilte er Baumgartner aber auch mit, daß er "noch in dieser Woche entscheidende Entschlüsse fassen muß und wohl nicht mehr länger warten kann".[238] Seine Entscheidung war offensichtlich nicht zuletzt davon abhängig, was die Bayernpartei ihm zu bieten gewillt war, und es scheint - die Aussagen hierzu widersprechen sich -, daß er von seinen Plänen, sich der Bayernpartei zur Verfügung zu stellen, erst wieder abrückte, nachdem klar geworden war, daß Baumgartner, der am 26. Januar aus der CSU austrat[239] und wenig später den Vorsitz der Bayernpartei übernahm, die bei weitem größere Chance hatte.[240] Stattdes-

---

[235] Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, Köln 1982, S. 40.

[236] Ebenda, S. 50.

[237] Unger, Bayernpartei, S. 29f.

[238] Schreiben Schäffers vom 11. Januar 1948, zitiert nach Henzler, Schäffer, Manuskript S. 307, sowie Ausführungen Schäffers auf der Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, hier S. 1580.

[239] Schreiben Baumgartners an Müller, 26. Januar 1948, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 4.

[240] Hierzu Ausführungen Müllers, der Baumgartner als seine Quelle angab, und Schäffers auf der Landesausschußsitzung der CSU am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1546ff., S. 1579ff.

sen widmete Schäffer seine Aufmerksamkeit jetzt einer "inneren Reform" der CSU, ohne dabei aber die Alternative der Bayernpartei gänzlich aus den Augen zu verlieren.

Innerhalb der CSU war es vor allem Hundhammer, der Schäffers Anstrengungen zur Umgestaltung der Union unterstützte. Den entscheidenden Schritt in diese Richtung markierte die Übergabe seines Vorsitzes im Bezirksverband Oberbayern an Schäffer, zwei Wochen nachdem die Militärregierung die über Schäffer verhängten Sanktionen offiziell aufgehoben hatte.[241] Am 14. Februar 1948 wählte der Bezirksverband Oberbayern Schäffer mit überwältigender Mehrheit (71 gegen 7 Stimmen) zum neuen Vorsitzenden.[242] Offiziell war Hundhammer, der Schäffer als seinen Nachfolger empfahl, "wegen Arbeitsüberlastung"[243] zurückgetreten, doch ein Kommentar der Süddeutschen Zeitung kam der Wahrheit näher:[244] "Schäffer soll und will innerhalb der CSU den Kampf gegen den Landesvorsitzenden Dr. Müller ausfechten, für den Dr. Hundhammer nicht entschlossen und taktisch gewandt genug gewesen ist."

Es waren allerdings aus oberbayerischer Sicht weniger die mangelnde Entschlossenheit oder taktische Gewandtheit, als vielmehr seine im Vergleich zu Schäffer sehr viel geringere Popularität, die Hundhammer in seinen wiederholten Bemühungen, Müller die Parteiführung streitig zu machen, in den zurückliegenden zwei Jahren scheitern ließen. Im Vergleich zu Schäffer war der erheblich jüngere Hundhammer vor 1933 ein relativ unbeschriebenes Blatt, dessen politische Ambitionen sich 1946/47 stark auf die parlamentarisch-gouvernementale Ebene konzentrierten, wo er auch erfolgreich agierte. Als Parteipolitiker haftete ihm eher das Stigma der Niederlage an. Schäffers 1946 von manchem ersehnter und von vielen sicher auch erwarteter Siegeszug in der CSU war in den Augen seiner Anhänger hingegen an einer "höheren Gewalt", der Militärregierung, gescheitert. Insofern war es nur konsequent, daß sie zuversichtlich davon ausgingen, daß er seinen damals kurz vor dem Ziel abrupt gestoppten Triumphzug 1948 endlich vollenden könnte.

Schäffer startete seine spektakuläre Aktion zur inneren Parteireform mit einem geradezu "religiösen Sendungsbewußtsein".[245] Er zeigte sich fest entschlossen, die aus seiner Sicht letzte Gelegenheit zu nutzen, die wegen ihrer schlechten Führung abgewirtschaftete Union vor ihrem drohenden Untergang zu retten. Seine Wahl zum Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberbayern am 14. Februar war, so erklärte er in einem Interview gegenüber der Süddeutschen Zeitung, "der Beginn eines Kampfes auf Biegen und Brechen".[246]

In einer Broschüre, die der CSU-Bezirksverband Oberbayern am 26. Juli 1948 in hoher Auflage (20.500 Exemplare) an seine "Mitglieder und Freunde" verteilte, waren die Ziele seines Kampfes, die Schäffer am 14. Februar der oberbayerischen und am 20. Februar auch der Münchner Bezirksversammlung verkündet hatte, in komprimierter Form zusammengefaßt: Die "Wählerschaft der CSU, die auseinanderzufallen" drohte, gedachte er dadurch "zusammenzuhalten" und von ihrer Abwanderung zur Bayernpartei abzubringen, "daß die CSU wieder auf die Grundgedanken zurückge-

[241] Neue Zeitung, 15. Februar 1948: Neue Krise der bayerischen CSU.
[242] Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 51.
[243] Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233), S.1.
[244] SZ-Streiflicht vom 17. Februar 1948.
[245] Mintzel, CSU, S. 225.
[246] SZ, 17. Februar 1948: Vor einer Wende der bayerischen Politik.

führt" wird, die für ihre Schaffung ausschlaggebend gewesen waren, nämlich: "die Wählerschaft der bayerischen Bevölkerung in allen Konfessionen und Ständen zu einigen und die Anhänger aller früheren bodenständigen Parteien in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Freundschaft zusammenzufassen. Dadurch sollte ein politischer Block entstehen, der Bayern in schwerer Zeit vertreten und der für die christliche Gedankenwelt und den bayerischen Staatsgedanken werben sollte."
Die so zusammengefaßten grundsätzlichen Ziele entsprachen durchaus der von Müller und der CSU verfolgten Politik. Erst bei Aufzählung der Motive, die der Abwanderung weiter Wählerkreise in Schäffers Augen zugrundelagen, bekannte er Farbe: "Die Wählerschaft habe das Gefühl, daß gerade *Anhänger großer alter bayerischer Parteien* innerhalb der CSU *mißachtet und zurückgesetzt* würden; daß die Liebe der bodenständigen Bevölkerung zum *bayerischen Heimatgedanken* als 'Separatismus' und 'partikularistischer Chauvinismus' abgetan werden; daß die Parteiführung gegenüber dem *Anwachsen der Zentralgewalt* in der Frankfurter bizonalen Verwaltung eine unklare Stellung zeige; daß der *bodenständige Teil der Bevölkerung* sich in vielen wirtschaftlichen und politischen Fragen nicht mit Unrecht als *vergessen* und übersehen vorkomme; daß eine bewußte *Abneigung gegen das sogenannte 'ultrakonservative' Bayern* genährt statt bekämpft würde und daß vor allem in der großen Frage unserer Zeit, dem Geisteskampf zwischen Ost und West, zwischen *Kommunismus und Christentum*, die Parteileitung der CSU bis heute noch keine klare Parole ausgegeben und keine klare Scheidungs- und Trennungslinie gezogen hat."
Es waren aber nicht allein solche Fehlentwicklungen, die Schäffer leiteten. Es war bezeichnend, daß dem angeprangerten Versagen der Parteileitung in der von Schäffer so apostrophierten wichtigsten Frage der Zeit unmittelbar ein weiteres folgte, das sich in dieser Nachbarschaft geradezu absurd ausnimmt: Die Wählerschaft sei "auch verstimmt über die *ständigen Spannungen*, die seit den Jahren 1946/47 innerhalb der CSU bestünden; es spielen dabei auch die Verleumdungen gegen Staatsrat Schäffer eine Rolle: seine Diffamierung gegenüber der Besatzungsmacht, von der er feststellen müsse, daß sie auch aus eigenen Kreisen heraus genährt worden sei."[247] Kein Zweifel, Schäffers Mission enthielt auch ein Moment der Rache.
Die inhaltlichen Kernpunkte der Schäfferschen Kritik, die darin zum Ausdruck kommenden Ziele, die vom oberbayerischen Bezirksverband mitgetragen wurden, konnten trotz der Bekräftigung des interkonfessionellen Gedankens mit ihrer Betonung des (alt-)bayerischen Primats in der fränkisch-protestantischen Anhänger- und Mitgliederschaft der CSU kaum auf Zustimmung treffen. Schon die programmatische Seite der angestrebten "inneren Reform" der CSU implizierte die bewußte Ausrichtung auf eine altbayerische Klientel und damit faktisch die Aufgabe des fränkisch-protestantischen Faktors in der Union.
Schäffer zielte freilich nicht allein auf einen programmatischen Kurswechsel der CSU, war dieser doch im Rahmen der bestehenden Mehrheitsverhältnisse auch schwerlich zu erreichen. Die Bezirksversammlung Oberbayern zeigte sich - aus ihrer Sicht mit einiger Berechtigung - überzeugt, daß die Mißstände politischer Art "damit zusammenhängen, daß der *organisatorische Aufbau der CSU grundsätzlich falsch*" ist. "Wenn sich der Wille der Mehrheit der Wähler und Mitglieder innerhalb der Parteiorganisation zur Geltung bringen könnte, wäre ein Widerspruch zwischen dem Willen der Wähler

[247] Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233), S. 2f., Hervorhebungen im Original.

und dem Tun der Parteiführung nicht möglich."[248] Deshalb mußte der Weg zu einer Änderung der politischen Linie der Union über eine Reform ihrer Organisation laufen. Da man sich im Bezirksverband Oberbayern aus leidvoller Erfahrung bewußt war, daß es unmöglich sein würde, "diese Reformvorschläge in den Organen der Partei zur Annahme zu bringen", gegen deren "einseitige Zusammensetzung" man sich gerade wandte, "mußte der Bezirksverband Oberbayern das ganze Gewicht seiner Mitglieder und Wähler einsetzen",[249] um den gewünschten Kurswechsel der Partei zu erzwingen.

Praktisch gestaltete sich der folgenschwere Einsatz des geballten Gewichts des mitgliederstärksten Bezirksverbandes der CSU als ein wahrhaft "revolutionärer Vorgang",[250] der sich allerdings in wenig revolutionären Formen vollzog. Die zwischen dem neuen Bezirksvorsitzenden Oberbayerns und dem Landesvorsitzenden der CSU bzw. dem Geschäftsführenden Landesvorstand in dieser Angelegenheit gewechselte Korrespondenz war von ausgesuchter Höflichkeit. Der Briefwechsel ist in Dokument Nr. 32 in voller Länge nachzulesen.[251] Es genügt daher, in diesem Kontext die Kernpunkte zusammenzufassen:

Noch am Tag seiner Wahl unterrichtete Schäffer Josef Müller über sein neues Amt und teilte ihm die seitens der oberbayerischen Bezirksversammlung am 14. Februar gefaßten Beschlüsse mit, die ihn ermächtigten, "sofort in Verhandlungen über das künftige Verhältnis des Bezirksverbandes Oberbayern zur Landesleitung einzutreten". Für diese Verhandlungen hatte sich Schäffer mit "Mindestforderungen" rüsten lassen, die auf eine Änderung der Satzung "gegen ein persönliches Regiment innerhalb der Partei" zielten, das "sofort [...] abzustellen" sei, sowie auf eine Neuregelung des Delegiertenschlüssels, in dem "die Mitglieder und Wähler der Partei nach Zahl und Stärke zur Geltung kommen" sollten. Außer diesen altbekannten Forderungen verlangte Oberbayern eine weitgehend autonome Stellung innerhalb der Landespartei. Solange die in diesem Sinne zu führenden Verhandlungen nicht ein von Oberbayern gebilligtes Ergebnis zeitigen würden, erklärte sich der Bezirksverband durch Beschlüsse der Landesleitung, des Landesausschusses und der Landesversammlungen und "insbesondere Weisungen des ersten Landesvorsitzenden" nicht gebunden.

Um den "Mindestforderungen" entsprechenden Nachdruck zu verleihen, waren sie mit der Drohung verbunden, "daß eine innere Reform der CSU Voraussetzung für das Verbleiben der Wählerschaft und der Organisation des Bezirksverbandes Oberbayern innerhalb der CSU ist". Das hieß mit anderen Worten: Sollte dem oberbayerischen Begehren nicht stattgegeben werden, so hatte die Parteiführung damit zu rechnen, daß der mitgliederstärkste Bezirksverband der CSU unter Schäffers Führung geschlossen zur Bayernpartei übertreten würde. Schäffer hütete sich zwar, die Drohung in dieser Klarheit laut werden zu lassen, doch waren Äußerungen wie die gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der er - konkret auf diese Möglichkeit angesprochen - mit einer Bauernregel antwortete, deutlich genug: "Eine gute Henne gackert erst dann, wenn das Ei gelegt ist."[252]

---

[248] Ebenda, S. 3, Hervorhebungen im Orginal.

[249] Ebenda, S. 3f.

[250] Müller in der Sitzung der Geschäftsführenden Vorstandschaft der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 25. Februar 1948, S. 12, ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle.

[251] Dok. Nr. 32, S. 1562ff.

[252] SZ, 17. Februar 1948: Interview mit Fritz Schäffer.

Der Geschäftsführende Landesvorstand der CSU, dem Müller unverzüglich die Angelegenheit übertragen hatte, reagierte am 17. Februar höflich, aber mit einer deutlichen Absage auf den oberbayerischen Erpressungsversuch. Verhandlungen seien "bedauerlicherweise" angesichts der oberbayerischen Entscheidung, Weisungen und Erklärungen des Landesvorsitzenden vorläufig nicht anzuerkennen, unmöglich. Der Landesvorstand erklärte sich jedoch bereit, Schäffer trotz des satzungswidrigen Charakters der oberbayerischen Beschlüsse zu empfangen, um ihm Gelegenheit zu geben, diese "vorzutragen und zu begründen".
Der oberbayerische Bezirksvorsitzende, der diese Reaktion zutreffend dahingehend gedeutet hatte, "daß der Herr Landesvorsitzende es ablehnt, die gewünschte Besprechung mit mir zu halten", erbat in voluntaristischer Fehlinterpretation der ebenso eindeutigen Verhandlungsabsage des Landesvorstandes eine Bestätigung, daß dessen Einladung die "Verhandlungen im Sinne dieses [oberbayerischen] Beschlusses beginnen und einleiten soll".
Daraufhin erklärte sich der Geschäftsführende Landesvorstand, der am 24. Februar in Abwesenheit Müllers über die Reaktion auf Schäffers Rückfrage beraten hatte,[253] unzuständig für eine Entscheidung zur Sache, die allein der Landesversammlung gebühre, erklärte sich aber kompetent und bereit, "über das weitere formale Vorgehen der Behandlung der Anträge des Bezirksverbandes Oberbayern Beschluß [zu] fassen". Schäffer wurde eingeladen, am Mittwoch, den 25. Februar um 20 Uhr zu einer Aussprache mit dem Geschäftsführenden Landesvorstand zu erscheinen. Der Landesvorstand schloß sein Schreiben mit der etwas zu optimistischen Formel: "Wir glauben, in der Aussprache zwischen Ihnen und dem Landesvorstand eine Möglichkeit zu finden, in demokratischer Weise Anregungen, Anträge und Wünsche des Bezirksverbandes Oberbayern vor den zuständigen Gremien der Partei vorzutragen und zu vertreten."
Schäffer erklärte sich zu dieser Zusammenkunft bereit, "trotzdem ich über diese Verhandlungsführung enttäuscht bin, und trotzdem ich die personelle Zusammensetzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes in Rechnung ziehen muß". Obwohl er sich also keine Illusionen über die Haltung des Geschäftsführenden Landesvorstandes machte, dem mit Max Grasmann, August Haußleiter, Michael Horlacher, Elisabeth Meyer-Spreckels, Emil Muhler, Lorenz Sedlmayr und Franz Josef Strauß ausnahmslos Personen angehörten, die zu diesem Zeitpunkt hinter Müller standen, konnte Schäffer auch schwerlich umhin, auf den Vorschlag einzugehen. Schließlich wollte er beweisen, "daß ich den guten Willen zu einer Beilegung der Angelegenheit habe, soweit dies mit meinem Gewissen verantwortet werden kann". Voraussetzung seines Erscheinens und Verbleibens sei, daß die Aussprache "in ruhigen und würdigen Formen" verlaufe und "den Rahmen nicht übersteigt, der in Ihrem Schreiben vom 24. Februar [...] selbst gezogen ist".
Das Treffen kam als Sitzung der Geschäftsführenden Vorstandschaft mit dem alleinigen Tagesordnungspunkt: "Angelegenheit Landesverband - Bezirksverband Oberbayern" am 25. Februar auch zustande, trug jedoch wenig dazu bei, einer Lösung näher zu kommen.[254] Müller demonstrierte von Anfang an unerschütterliche Stärke, und zwar noch bevor die Aussprache überhaupt begonnen hatte. Während Schäffer pünktlich

[253] Sitzung der Geschäftsführenden Vorstandschaft der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 25. Februar 1948, S. 3, ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle.
[254] Ebenda.

eintraf, geruhte der Landesvorsitzende, der sich zunächst betont desinteressiert gab, nämlich mit fast einstündiger Verspätung, um 20.53 Uhr, zu erscheinen. Nachdem er sich in provokanter Manier auch erst jetzt über den neuesten Stand der Dinge informiert hatte, schlug Müller vor, daß Schäffer zunächst seinen Standpunkt darlegen solle, um hernach in die Diskussion einzutreten. Schäffer hielt es - im Einklang mit der vorher getroffenen Verabredung - hingegen für geraten, "daß wir uns heute über den modus procedendi unterhalten". Sein Vorschlag lautete, aus der Landesvorstandschaft heraus eine Kommission zur Beilegung des Konfliktes zu bilden: "Mit ihr bin ich dann zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit, mich zu unterhalten."[255]
Da Müller seinen "persönlichen Standpunkt jetzt etwas zurückhalten" wollte, parierte Haußleiter den selbstbewußt vorgetragenen Vorschlag Schäffers: Die Bezirksversammlung Oberbayerns habe Beschlüsse gefaßt, mit denen sie sich "de facto außerhalb des Landesverbandes der Christlich-Sozialen Union gestellt hat". Rein "persönlich - das ist kein Beschluß des Landesvorstandes" - interessierte ihn die Frage, ob die Vertretung des oberbayerischen Standpunktes "vor den satzungsmäßigen Gremien der Partei" unter den gegebenen Voraussetzungen überhaupt möglich sei. Er "persönlich" verneinte dies: "Wir müssen also meiner Ansicht nach zuerst einmal die Frage klären, ob der Bezirksverband Oberbayern überhaupt bereit ist, sich wieder auf den Boden der demokratischen Satzungen der Union zu stellen und dann in deren Rahmen die Änderungen vorzuschlagen, wozu er ja jederzeit das Recht hat."
Der rhetorischen ersten schloß er eine zweite "Vorfrage" zur Klärung des modus procedendi an: Haußleiter wünschte zu erfahren, ob angesichts der Bezeichnung der oberbayerischen Forderungen als "Mindestforderungen", die faktisch aber weit über jeden bisherigen Antrag Oberbayerns hinausgingen, eine Diskussion überhaupt begonnen werden könne: "Ich möchte doch sagen, daß doch die Union erst einmal klären muß, ob sie unter diesen Verhältnissen überhaupt in die Diskussion von Mindestforderungen eintreten kann, die ja ohne Zweifel doch weitgehend auf ihre Auflösung hin gerichtet sind oder auf ihre Auflösung zielen."
Nach diesen harschen "persönlichen" Worten, die tatsächlich die Haltung des Geschäftsführenden Landesvorstandes umrissen, kam Haußleiter endlich auf das Prozedere zu sprechen. Angesichts der weitreichenden Fragen, die sich aus den "Mindestforderungen" ergaben, hielt er es für ausgeschlossen, den 56-köpfigen Landesvorstand mit ihrer Behandlung zu betrauen. Dies könne nur in der Landesversammlung bzw. "zur Vorklärung" im Landesausschuß geschehen. Die wichtigste Frage, die Haußleiter abschließend sich selbst - mit Blick auf Schäffer - stellte, lautete jedoch, "daß wir, um überhaupt Partei bleiben zu können, klären müssen, ob sich ein Bezirksverband ausserhalb der Satzungen stellen und gleichzeitig alle Rechte beibehalten kann, die ihm die Satzung zubilligt, also z.B. das Stimmrecht in den Gremien der Partei, während er gleichzeitig erklärt, Beschlüsse der Partei nicht als bindend anzuerkennen".
Diese Stellungnahme war sicher nicht angetan, den Konflikt zu entschärfen. Müller präsentierte sich in dieser Situation als neutraler Vermittler und schlug Schäffer vor, zu konkretisieren, welche Funktion die von ihm vorgeschlagene Kommission überhaupt wahrnehmen solle. Schäffer, der in der Diskussion trotz seiner hoffnungslosen Minderheitsposition sehr ruhig blieb, erläuterte seinen Vorschlag, der darauf zielte, im kleinen Kreis "zuerst den Versuch zu machen, ob man sich einigen kann und dann

[255] Ebenda, S. 5.

diese Einigungsformel der Landesversammlung vorzuschlagen. Dann ist die Sache wieder in Ordnung."
Schäffers Kommissionsidee stieß auf geschlossene Ablehnung, obwohl der Staatsrat a.D. die in der vorhergehenden Korrespondenz seitens des Geschäftsführenden Landesvorstandes betonte Zuständigkeit der Landesversammlung damit formal anerkannt hatte. Der Gegenvorschlag des Vorstandes lautete, statt dieser Kommission dem Landesausschuß, als dem von der letzten Landesversammlung formell mit der Überarbeitung der Satzung beauftragten Gremium, die Behandlung der Frage zu übertragen. Dieser Lösung war wiederum Schäffer aus gutem Grunde abgeneigt. Er mußte davon ausgehen, daß der Landesausschuß dem oberbayerischen Vorstoß sehr kritisch begegnen würde und "nie den Reformvorschlägen zustimmen würde, die sich unter anderem ja gerade gegen die personelle Zusammensetzung des Landesausschusses richteten".[256] Außerdem konnte Müller vor diesem relativ öffentlichen Forum den "Mindestforderungen" schon deswegen nicht entgegenkommen, weil dies einen peinlichen Gesichtsverlust zur Folge gehabt hätte. Allenfalls im kleinsten Kreise, der die erhoffte Kapitulation des Parteivorsitzenden durch entsprechende öffentliche Erklärungen kaschieren könnte und dessen personelle Zusammensetzung eine möglichst paritätische sein müßte, hätten die Mindestforderungen überhaupt eine Aussicht auf Erfolg haben können. Deshalb beharrte Schäffer auf der Vorentscheidung des Konfliktes durch eine Kommission, deren Haltung anschließend - und darin glaubte er dem Landesvorstand getrost entgegenkommen zu können - durch "das höchste demokratische Organ" der Partei, also durch die Landesversammlung, zu bestätigen wäre.
Schäffer hatte im Verlauf der Diskussion wiederholt verraten, wie gering er die Landesversammlung einschätzte, deren unmittelbare (nicht durch den Landesausschuß gefilterte) Zuständigkeit er heuchlerisch mit demokratischen Argumenten begründete. Am deutlichsten wurde diese Einstellung, als er Sedlmayrs Frage: "Können wir denn im voraus wissen, wie sich ein Landesausschuß verhalten wird?" mit der Feststellung quittierte: "Man kann ungefähr im voraus wissen, wie sich eine Landesversammlung verhält."[257] Das höchste Parteigremium als reines Akklamationsorgan herabzusetzen, entsprach zwar seiner faktischen Rolle, die auch allen Anwesenden bewußt war, doch hatte Schäffer mit dieser und anderen Bemerkungen seinen Kontrahenten unfreiwillig Munition geliefert, die nun flugs sein "demokratisches" Argument gegen ihn einsetzten und - nicht weniger heuchlerisch - die Autorität der Landesversammlung herausstrichen, um ihrem Standpunkt Nachdruck zu verleihen.
Müller erinnerte Schäffer daran, daß die Landesversammlung erst vier Wochen zuvor ihren Willen deutlich zu erkennen gegeben hatte: "Sie müssen nach meinem Empfinden, Herr Staatsrat, nur davon ausgehen, daß die Landesversammlung klare Beschlüsse gefaßt hat. Bitte setzen Sie zum Vergleich, irgendein Bezirksverband draußen würde das gleiche unternehmen, was Oberbayern unternommen hat. Dann kämen Sie nie zur Arbeit der Partei, weil Sie von heute auf morgen fortwährend nur sehen müßten, wie Sie mit der Nichtanerkennung von Beschlüssen der Landesversammlung fertig werden. Die Landesversammlung hat doch die größte und höchste Autorität der Partei. Ihre Beschlüsse sind von jedem anzuerkennen. Wenn sich ein Bezirksverband außerhalb der Union stellt dadurch, daß er die Beschlüsse nicht anerkennt, dann ist das eine sehr weittragende politische Angelegenheit für die Landesversammlung.

[256] Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233), S. 4.
[257] Vorstandsprotokoll (wie Anm. 254), S. 21.

Aber dadurch kann die Partei als solche unter keinen Umständen durch irgendwelche Verhandlungen die Autorität der Beschlüsse der Landesversammlung aufgeben. Denn das würde Konsequenzen auslösen, die eine Partei in ihrer Arbeit und in ihrer Schlagkraft nach außen dauernd hemmen müßte".[258]
Müllers Argumentation war zwar in sich überzeugend, doch ignorierte sie völlig das Dilemma, in dem sich der zwar größte und mitgliederstärkste, durch die geltenden Delegiertenschlüssel in den Parteigremien jedoch unterrepräsentierte und hoffnungslos unterlegene Bezirksverband befand. Diese Zwickmühle war angesichts der verhärteten Fronten tatsächlich - wie Schäffer wiederholt erklärte - nur auf außergewöhnlichem Wege aufzulösen: "Der Sinn des Beschlusses von Oberbayern ist der, daß Oberbayern sagt: So, wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann ich die berechtigten Wünsche nicht durchsetzen, wenn ich mich an den normalen Weg halte, ich will das Band mit der CSU nicht lösen, aber ich will eine innere Neuorganisation der CSU, die auch mir das natürliche Recht gibt, das ich beanspruche. Das ist der Sinn."[259]
Alles in allem drehte sich die Aussprache am 25. Februar im Kreise. In immer neuen Varianten wiederholten und begründeten die Kontrahenten ihre im Kern unveränderte Haltung. Lediglich ein neuer Aspekt kristallisierte sich im Verlauf der einstündigen Diskussion heraus. Es war Haußleiter, der darauf aufmerksam machte, daß es "Kollektivmitgliedschaften" in der CSU nicht gebe, daß also nicht ein Bezirks- oder Kreisverband den Austritt aus der Union beschließen könne, sondern ein solcher Schritt laut Satzung den Einzelmitgliedern vorbehalten sei.[260] Diese Reaktion auf die oberbayerische Austrittsdrohung war jedoch angesichts der Stimmung in den oberbayerischen Kreisen nicht sehr überzeugend und dürfte Schäffer auch wenig beeindruckt haben.
Als übereinstimmende Meinung des Landesvorstandes, die wahrscheinlich aus taktischen Gründen - um die Minderheitsposition Schäffers herauszustreichen - in Form von einander ergänzenden und anfeuernden Einzelstatements der Vorstandsmitglieder artikuliert wurde, schälte sich schließlich die Auffassung heraus, die schon zu Beginn der Aussprache feststand: Die einzige Lösung des Konfliktes bestand darin, daß Oberbayern sich wieder in den Rahmen der Satzungen begab, um von hier aus sein Bestreben zur Satzungsänderung weiterzuverfolgen. Schäffer, der diese Lösung zu Recht mit der Bemerkung kommentierte, daß "dann [...] der Bezirksverband Oberbayern schlechthin den alten Majoritätsverhältnissen ausgeliefert"[261] sei, erklärte die Verhandlung schließlich für gescheitert, erbat sich eine schriftliche Fixierung der Haltung des Geschäftsführenden Landesvorstandes und gab zu Protokoll: "Der Bezirksverband Oberbayern wollte erreichen, daß er im Rahmen der CSU bleiben kann (Haußleiter: zurückkehren, mußten Sie sagen!), also gut, daß er bleiben kann -: zurückkehren kann, und hält es für notwendig, daß vorher mit einem Gremium der Partei Verhandlungen geführt werden, ob er mit der Erfüllung seiner Forderungen rechnen kann."[262]
Der Landesvorstand formulierte noch am gleichen Abend die von Schäffer erwünschte schriftliche Stellungnahme: Er legte zwar "den größten Wert auf den sachli-

[258] Ebenda, S. 6f.
[259] Ebenda.
[260] Ebenda, S. 10.
[261] Ebenda, S. 17.
[262] Ebenda, S. 19.

chen Ausgleich" der Auseinandersetzung unter Ausklammerung "aller persönlichen Differenzen", blieb aber hart in der Sache: So sehr dem gesamten Landesvorstand, "uns allen ohne Unterschied", an einer Beilegung der Auseinandersetzungen gelegen war, bedauerte er doch "feststellen zu müssen: Solange der Bezirksverband Oberbayern sich selbst außerhalb der Statuten der Christlich-Sozialen Union gestellt hat, ist eine Verhandlung mit ihm über die Sache selbst innerhalb der Gremien der Union nicht möglich."[263]

Schäffer berichtete seinem Bezirksverband am Tag darauf, am 26. Februar, über den negativen Ausgang der Besprechung. Nachdem er einsehen mußte, daß Oberbayerns Gewicht allein offensichtlich nicht ausreichte, die Parteileitung zum Nachgeben zu bewegen, war Schäffer entschlossen, die Flucht nach vorn anzutreten und den Kampf auszuweiten. Zwar hatte er am 17. Februar übertrieben, als er sich in einem Interview überzeugt gab, "daß die übrigen Bezirksverbände die berechtigten Forderungen des Bezirksverbandes Oberbayern anerkennen werden",[264] doch rechnete er fest damit, wenigstens die Parteifreunde aus München und Niederbayern auf seine Seite ziehen zu können. Am 26. Februar informierte er seine oberbayerischen Mitstreiter, daß er nun plane, Niederbayern als Bündnispartner in die Revolte einzubinden. Folgenden Beschluß erhoffte er der für den 27. Februar nach Plattling anberaumten niederbayerischen Bezirksversammlung schmackhaft zu machen: "1. Die Forderungen des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU vom 14.2.[19]48 werden vom Bezirksverband Niederbayern als eigene übernommen. 2. Der Bezirksverband Niederbayern beauftragt seine Vertreter im Landesausschuß vom 28./29.2.[19]48 dafür einzutreten, daß a) der Punkt 3 der Tagesordnung 'Politische Aussprache' als erster Punkt genommen wird und daß b) der Antrag gestellt wird, die Landesvorstandschaft, deren Mitglieder in Regensburg anwesend sind, sofort zu einer geschlossenen Sitzung einzuberufen". In dieser Vorstandssitzung sollte "der Vertreter des Bezirksverbandes Oberbayern die Forderungen seines Bezirksverbandes vertreten" und versuchen, mit der Landesvorstandschaft "einen Antrag an die nächste Landesversammlung gemeinsam auszuarbeiten, der die Einigung und den Zusammenhalt der CSU ermöglicht".[265]

Während der Münchner Bezirksverband schon am 20. Februar versichert hatte, Schäffer und Oberbayern in jeder Hinsicht zu unterstützen, ausdrücklich aber davon absehen wollte, sich in "den sachlichen Kampf" einzumischen,[266] fand sich Niederbayern nicht zur erwünschten Rückendeckung bereit. Im Gegenteil: Die Bezirksversammlung begegnete Schäffers Bemühungen am 27. Februar mit einer "Willenskundgebung", die wenig Zweifel daran ließ, daß der Bezirksverband Schäffers Aktion ausgesprochen mißbilligte.[267] Mit der unerwarteten Distanzierung ausgerechnet des niederbayerischen Nachbarverbandes war eigentlich schon am 27. Februar 1948 klar, daß die Oberbayerische Revolte zum Scheitern verurteilt war.

Dies bestätigte sich in der Landesausschußsitzung in Regensburg am 28. und 29. Februar (Dokument Nr. 32), die in vieler Hinsicht ein zweites "Bamberg" darstellte.

---

[263] Auch dieser Brief vom 25. Februar 1948 wurde vor dem Landesausschuß in voller Länge verlesen, Dok. Nr. 32, S. 1567f.

[264] SZ, 17. Februar 1948: Interview mit Fritz Schäffer.

[265] Aktenvermerk, gez. Röhrl, 26. Februar 1948, Kopie im Besitz d.V.

[266] Ausführliche Zitate aus dem Protokoll der Münchner Bezirksversammlung vom 20. Februar 1946 in: Mintzel, CSU, S. 226ff., 592ff.; hier S. 594.

[267] Text der Willenskundgebung im Protokoll des Landesausschusses am 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1668.

Müller machte von seinem Recht als Vorsitzender exzessiven Gebrauch, als er bereits in seiner langen Eröffnungsrede in aller Ausführlichkeit auf den bestehenden Konflikt einging, dessen Erörterung als sachlicher Bestandteil des dritten Punktes der geplanten Tagesordnung "Politische Aussprache" an dieser Stelle eigentlich deplaziert war. Geschickt stellte er schon hier - und immer wieder auch in seinen folgenden Diskussionsbeiträgen - einen, nämlich den persönlichen Aspekt der Schäffer-Revolte besonders heraus: "Lesen Sie das Protokoll des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union vom Frühjahr 1946 in Bamberg und Sie finden die gleichen Angriffe. [...] Jetzt, nach zwei Jahren, werden die gleichen Angriffe mit der gleichen Massivität aufgenommen, als ob innerhalb der zwei Jahre die Zeit stehengeblieben wäre."[268] Tatsächlich mußten die von Schäffer in diesen Wochen erneut gegen Müller vorgebrachten öffentlichen Beschuldigungen, dieser sei sowohl Betreiber seines Sturzes als Ministerpräsident als auch der Anstifter der Kampagne, die mit seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben geendet hatte, eher ihren Zweck verfehlen. Damit schadete Schäffer weniger dem Landesvorsitzenden als sich selbst, verlor doch so der erklärt uneigennützige Charakter seiner reformerischen Ziele zwangsläufig an Glaubwürdigkeit. Deshalb rollte Müller, der das Protokoll der Bamberger Sitzung vorher genau studiert haben muß, die damaligen Vorgänge geradezu genüßlich noch einmal in aller Ausführlichkeit auf.

Der zweite Schwerpunkt seiner Rede zielte auf die gleiche Kerbe: er galt Schäffers undurchsichtigem Spiel mit der Bayernpartei. Müller berichtete den Delegierten unter Berufung auf Baumgartner, daß Schäffer sich am 7. Januar "für die Bayernpartei entschieden", von seiner Beitrittsneigung aber abgelassen habe, nachdem sich herausgestellt hatte, daß er dort "nicht die notwendige Gegenliebe" fand, weil er "dort erster Vorsitzender werden wollte".[269]

Mit solchen Sticheleien gelang es Müller, tatkräftig unterstützt von Horlacher, der sich wiederholt mit deftigen Zwischenrufen einschaltete, den Angreifer Schäffer gleich zu Beginn der Sitzung in die Defensive zu drängen - auch das eine Wiederholung der für Schäffer traumatischen Bamberger Erfahrung. Schäffer lief wunschgemäß in die vorbereitete Falle, als er sich in seiner späteren Gegenrede unklugerweise "genötigt" sah, "zuerst auf persönliche Momente einzugehen", bis er endlich auf sein aktuelles Anliegen der inneren Reform der CSU zu sprechen kam.[270]

Bevor Schäffer zu Wort kam, entspann sich jedoch im Anschluß an Müllers "Begrüssungsrede" eine überaus wichtige "Geschäftsordnungsdebatte". Die ursprünglich Niederbayern zugedachte Rolle als Fürsprecher der oberbayerischen Belange übernahm München, dessen Bezirksvorsitzender Krehle den Delegierten vor Eintritt in die Tagesordnung vorschlug, die Sitzung zu unterbrechen und zunächst die Landesvorstandschaft zusammentreten und zu dem aktuellen Konflikt Stellung beziehen zu lassen, damit "wir mit anderen Worten unsere dreckige Wäsche hier nicht vor aller Öffentlichkeit waschen, sondern daß sich die Landesvorstandschaft mit der Frage befaßt und dann dem Landesausschuß die entsprechenden Vorschläge unterbreitet."[271] Selbstverständlich waren Schäffers Versuche vom Vortag, Niederbayern für das Plädoyer auf Verlagerung der Auseinandersetzung in die Landesvorstandschaft einzuspannen, der

[268] Ebenda, S. 1541.
[269] Ebenda, S. 1548, Gegendarstellung Schäffers, S. 1580f.
[270] Ebenda, S. 1575ff.
[271] Ebenda, S. 1556.

Gegenseite nicht entgangen; sie zeigte sich vorbereitet. Horlacher, der Krehles Vorschlag als "Hohn auf die Demokratie" bezeichnete, nutzte die ihm für eine Stellungnahme zu diesem "Geschäftsordnungsantrag" eingeräumte Redezeit, um, von lebhaftem Beifall unterstützt, die oberbayerische "Diktatur" anzuprangern, die sich im Beschluß des Bezirksverbandes manifestiert habe. In Fortsetzung der von Müller begonnenen psychologischen Kriegsführung stellte er an Schäffers Adresse gerichtet fest: "Wir sind nicht mehr die Fortsetzung irgendeiner alten Partei! [...] Wer das nicht einsieht, ist entweder arterienverkalkt oder hat die zwölf Jahre des Nationalsozialismus verschlafen."[272]

Die Aktionen folgten nun Schlag auf Schlag: Schäffers Gefolgschaft reagierte mit einem von Karl Lang für den Bezirksverband München eingebrachten Antrag, eine Siebenerkommission unter Vorsitz von Ministerpräsident Ehard zur Konfliktbewältigung zu bilden; dieser wurde pariert von Barth und Kroll (beide Oberfranken), die erneut den Vorstoß Oberbayerns scharf verurteilten.

Diese Scharmützel füllten den ganzen Vormittag und als sich die Delegierten nach der Mittagspause wieder versammelt hatten, wurde ihnen auf Müllers Geheiß die zwischen Schäffer und dem Landesvorstand gewechselte Korrespondenz in voller Länge verlesen, eine Aktion, die - noch immer vor Eintritt in die Tagesordnung - einiges an Zeit beanspruchte. Das Wort zur "Geschäftsordnung" erhielt nun Haußleiter, der dieses in erster Linie nutzte, um die Angriffe gegen Schäffer und Oberbayern fortzusetzen. Endlich kamen die Anträge Krehle und Lang wieder zur Sprache, die mit dem Einverständnis der Antragsteller jedoch zurückgestellt wurden, um zuvor Schäffer Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.[273]

Damit hatte die Müller-Riege das Ziel ihrer Provokationen fast erreicht. Nachdem Schäffer lange gesprochen, Müller unmittelbar geantwortet und Horlacher als nachfolgender Redner bereits ausgeholt hatte, unterbrach Hundhammer die gelungene Inszenierung erstaunlich spät mit der Frage, ob es nicht jetzt an der Zeit sei, die Anträge Krehle und Lang zur Abstimmung zu stellen. Müllers Antwort zeigt, daß er sich seines Etappensieges inzwischen sicher war: "Zunächst ist gesprochen worden, und jeder hat Gelegenheit zur Stellungnahme. Denn ich habe dafür gesorgt, daß ein demokratischer Ausgleich durchgeführt wird."[274] Damit hatte er umschrieben, was inzwischen nicht mehr zu übersehen war: Die vom Geschäftsführenden Landesvorstand gewünschte Behandlung der Oberbayerischen Revolte durch den Landesausschuß der CSU war in vollem Gange und ein Abbruch der Diskussion und die Übertragung dieser Angelegenheit an die Landesvorstandschaft oder eine Kommission wäre allenfalls noch begründbar gewesen, wenn sich die Kontrahenten handgreifliche Szenen geliefert hätten. Dazu kam es selbstverständlich nicht.

Schäffers vor dem Landesausschuß abgegebene Stellungnahme war in weiten Teilen der Vergangenheitsbewältigung gewidmet, bis er endlich auf die Beweggründe zu sprechen kam, die ihn zur Revolte veranlaßt hatten.[275] Er wiederholte im wesentlichen die geschilderten Argumente, deren betont (alt-)bayerische Komponente er mit Rücksicht auf die fränkische Gruppe jedoch stark zurücknahm. Stattdessen malte er das Gespenst der Bayernpartei an die Wand, deren zu erwartende landesweite Lizenzie-

[272] Ebenda, S. 1557.
[273] Ebenda, S. 1575.
[274] Ebenda, S. 1600.
[275] Stellungnahme ebenda, S. 1575ff., Motive der Revolte S. 1588ff.

rung der CSU dort, "wo die große Masse der Wähler ist", das heißt in Altbayern, Verluste in Höhe von 30 bis 40% ihrer Wähler bescheren werde. Noch sei es Zeit, "einen Damm aufzurichten und das zusammenzuhalten und zu retten, was wir retten wollen".[276] Dies konnte aber aus seiner Sicht nur dadurch geschehen, daß der Wille der Wählerschaft in der Partei angemessen zur Geltung gebracht wurde.
Schäffer verneinte wiederholt, mit seiner Aktion Führungsambitionen zu verfolgen. Nicht politischer Ehrgeiz sei es, der ihn treibe, vielmehr gehorche er dem, was ihm sein Gewissen gebiete. "Jeder von Euch, der es will, bekommt von mir notariell mit Brief und Siegel bestätigt, daß ich gar keine Führerstellung bei Euch annehmen werde. Darum geht es mir nicht. Es geht mir darum, daß ich die Wählerschaft der CSU auch der CSU erhalten kann, und wenn außerordentliche Zeiten sind, muß ich das auch auf außerordentlichem Weg erreichen."[277] Tatsächlich hatte er aber, wie Müller dem Landesausschuß wahrheitsgemäß berichtete, den oberbayerischen Freunden gegenüber am 14. Februar zumindest klargestellt, daß er nicht gewillt war, der Partei "unter dem Kommando und unter dem persönlichen Regiment des Herrn Dr. Josef Müller" zu dienen. Das deutete Müller zu Recht als Indiz eines sehr wohl vorhandenen Führungswillens.[278]
In einer stark von Müller selbst und seinen Parteigängern, speziell Horlacher und Haußleiter, dominierten Aussprache, in der Kroll die aktuellen Vorgänge unter das Leitmotiv: "Der Arzt als Mörder" stellte und Schäffer als "einen" verurteilte, der kommt und "sagt, er wolle die Union retten und gibt ihr praktisch den Dolchstoß",[279] traten vor allem Pfeiffer und Hundhammer als Anwälte für Schäffer und Oberbayern ein. Provoziert von der offensichtlichen "Regie" und den harten Worten, die gefallen waren, trugen sie jedoch eher dazu bei, die Position der "Rebellen" noch weiter zu verschlechtern. Pfeiffer erneuerte und bekräftigte seinen schon früher erhobenen Vorwurf, die Union sei eine Mischung aus "Politbüro" und "Führer, wir folgen Dir"-Bewegung, eine von den Delegierten mit Empörung aufgenommene Polemik, für die er sich am nächsten Morgen entschuldigte.[280] Auch Hundhammer zeigte sich der Situation wenig gewachsen. Er kanzelte die Parteijugend ab, deren Wortführer, "die in ihrer politischen und Lebenserfahrung ein gutes Stück [...] unter dem Mann stehen, um den hier die Debatte geht", sich dennoch "berufen" fühlten, Schäffer "die Leviten zu lesen". Außerdem gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die "Parteien, die rechts von der Sozialdemokratie stehen", - CSU und Bayernpartei - "letzten Endes doch noch in einer näheren Gemeinschaft fühlen [müssen], als CSU und SPD".[281] Besonnen war das alles nicht, und als sich die Delegierten spät in der Nacht - um 23.26 Uhr - bis zum nächsten Morgen vertagten, war die Entscheidung faktisch schon gefallen.
Auf Müllers Vorschlag wurde am 29. Februar die Rednerliste des Vortages gestrichen. Zu Wort kamen stattdessen auf seine Anregung zunächst Wilhelm Eichhorn, als einer "unserer Senioren", aber zweifellos vor allem als ein geachteter Fürsprecher Müllers, je ein Sprecher der verschiedenen Gruppen in der Union, wobei den Frauen

[276] Ebenda, S. 1588f.
[277] Ebenda, S. 1595.
[278] Ebenda, S. 1645.
[279] Ebenda, S. 1625.
[280] Ebenda, S. 1630, S. 1648f.
[281] Ebenda, S. 1638, S. 1642.

- "wir sind Kavaliere" - zwei Wortbeiträge eingeräumt wurden, sowie schließlich je ein Bezirksvertreter. Die meisten Sprecher distanzierten sich mehr oder weniger massiv von Schäffer und dem von ihm betriebenen oberbayerischen Beschluß zur Revolte. Für ein Entgegenkommen plädierten nur der als Vertreter der Arbeitnehmerschaft auftretende Münchner Bezirksvorsitzende Krehle, der aber die Form des oberbayerischen Vorstoßes deutlich genug verurteilte, Karl Schmid, ein Mitglied des Münchner Bezirksvorstandes, der für die Handwerker sprach, Hans Hagn als Sprecher des Münchner Bezirksverbandes, der noch einmal die Idee der Siebenerkommission aufnahm, und - zum Entsetzen der Augsburger Delegierten - Josef Fischer, der für Schwaben und Augsburg sprach und sich wegen seiner überraschenden Unterstützung Schäffers ihre scharfe Kritik zuzog.[282] Damit hatten sich nur vier Sprecher, davon drei aus dem Bezirksverband München, hinter Schäffer gestellt. Zwei Plädoyers, von Zita Zehner (München) und Karl Sigmund Mayr (Mittelfranken), vermieden eine deutliche Stellungnahme, die übrigen acht Sprecher, nämlich Elisabeth Meyer-Spreckels als Frauenvertreterin, Walter Rinke (Flüchtlinge), Franz Xaver Butterhof (Junge Union), Karl Donderer (Niederbayern), Georg Gamperl (Oberpfalz), Alfred Euerl (Nürnberg-Fürth), Hubert Pieterek (Unterfranken) und Georg Barth (Oberfranken), erteilten Schäffer und seinem Bezirksverband eine unmißverständliche Absage.
Nachdem abschließend noch einmal Schäffer und Müller das Wort ergriffen hatten, ließ Müller über einen vorformulierten "Antrag des Landesausschusses" abstimmen, der bei 108 abgegebenen Stimmen von 68 Delegierten unterstützt und von 18 Delegierten abgelehnt wurde; 23 (darunter Müller und Ehard) hatten sich enthalten: Der Landesausschuß stellte fest, daß Oberbayern "gegen die Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern verstößt" und verurteilte das oberbayerische Vorgehen als "parteischädigend". Wer den oberbayerischen Beschlüssen folge, habe "sich damit von selber außerhalb der Christlich-Sozialen Union in Bayern gestellt". Der Landesvorstand wurde beauftragt, das Verhältnis der oberbayerischen Kreisverbände zu klären "und gegebenenfalls den Bezirksverband neu zu organisieren".[283]
Damit hatte der Landesausschuß Schäffer eine Abfuhr erteilt, die kaum schärfer ausfallen konnte. Das Abstimmungsergebnis - nur 65% der Delegierten hatten dem Antrag zugestimmt - konnte allerdings auch Müller kaum zufriedenstellen. Tatsächlich war in verschiedenen Stellungnahmen der Gruppen- bzw. Bezirksvertreter zum Ausdruck gekommen, daß weite Kreise in der Partei der ständigen Querelen mehr als überdrüssig waren. Ausgerechnet Karl Sigmund Mayr, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Mittelfranken der CSU, deutete schon an diesem Tag die Konsequenz an, die die Partei ein Jahr später ziehen sollte, um sich endlich von den Streitigkeiten zu befreien, die sie von den ersten Gründungswochen an belastet hatten. Er richtete an den Herrn Ministerpräsidenten als den Mann, der sich in Franken "ein derartiges Ansehen geschaffen" habe, "wie vielleicht seit vielen, vielen Jahren kein Politiker mehr", eine Frage, die Hans Ehard als künftigen Hoffnungsträger der Partei hell aufleuchten ließ: "Warum haben Sie das soweit kommen lassen?"[284]
August Haußleiter, seit 29. Februar stellvertretender Vorsitzender der CSU, wertete am 8. März 1948 in einem Rundfunkkommentar die Regensburger Entscheidung als Endpunkt der innerparteilichen Machtkämpfe: "Die Spannungen innerhalb der Union

[282] Ausführungen der einzelnen Sprecher ebenda, S. 1650ff., Kritik an Fischer S. 1667.
[283] Text des Antrages ebenda, S. 1680; Abstimmungsergebnis S. 1684.
[284] Ebenda, S. 1670f.

sind erledigt und überwunden", die Partei habe keine Zeit mehr "zu persönlichen Machtkämpfen".[285] Letzteres war angesichts der im April bevorstehenden Kommunalwahlen nur allzu wahr, doch gab sich Schäffer mit der Entscheidung von Regensburg nicht geschlagen, und so zogen sich die Ausläufer der Auseinandersetzung, die dem Prestige der CSU sehr abträglich war, bis Herbst des Jahres hin.
Der Bezirksverband Oberbayern der CSU blieb Schäffer zunächst treu, modifizierte aber die Beschlüsse des 14. Februar in einem entscheidenden Punkt: Die Bezirksversammlung beschloß am 10. März, die oberbayerischen Reformvorschläge zwar aufrechtzuerhalten, doch sollten sie nun auf satzungsmäßigen Wege durchgesetzt werden.[286] Die Oberbayerische Revolte fand mit dieser Entscheidung ihr Ende, nicht jedoch Schäffers persönlicher Kampf, den er bis zu seinem Parteiaustritt im September 1948 fortsetzte: Er bemühte sich jetzt intensiv um die Unterstützung weiterer Bezirksverbände zur baldigen Einberufung einer Landesversammlung, von der er sich nicht nur Verständnis für die oberbayerischen Reformvorschläge, sondern vor allem auch die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden erhoffte.[287] Deshalb flankierte er seine Bemühungen durch fortgesetzte Angriffe gegen Müller. Öffentliche Äußerungen im Hinblick auf die CSU-Parteiführung wie: "der Dreck schwimmt oben", die den gegnerischen Parteien im aktuellen Wahlkampf sehr willkommen waren,[288] mögen dazu beigetragen haben, daß die CSU-Führung sich nun entschlossen zeigte, Nägel mit Köpfen zu machen und Schäffer aus der Partei auszuschließen. In der Landesausschußsitzung in Ingolstadt am 1. und 2. April 1948 ließ Müller einen entsprechenden Antrag Oberfrankens verlesen und provozierte damit den geschlossenen Auszug der oberbayerischen Delegierten. Der oberbayerische Bezirksverband, der noch immer zu Schäffer hielt, bemühte sich nun, dem drohenden Landesschiedsverfahren durch die Konstituierung eines Bezirksschiedsgerichtes zuvorzukommen, scheiterte mit diesem Rettungsversuch jedoch am Veto der Landesvorstandschaft, die am 17. Juli 1948 mit 26 gegen 13 Stimmen die Zuständigkeit des Landesschiedsgerichtes feststellte.[289] Der erste Schiedsgerichtstermin war für den 25. August 1948 vorgesehen, kam aber nicht zustande, da Schäffer formale Verstöße geltend machte. Am 14. September, zwei Tage vor der nun auf den 16. September verschobenen Verhandlung, trat Schäffer, dem inzwischen auch Oberbayern seine Gefolgschaft mehr oder weniger deutlich aufgekündigt hatte,[290] aus der CSU aus.
Auch seine Verhandlungen mit der Bayernpartei, die er unmittelbar nach der Regensburger Niederlage wiederaufgenommen hatte, scheiterten in diesen Septembertagen.[291] Seine Verhandlungsposition schien im März ungleich stärker als noch im Januar 1948, konnte er doch nun auf eine umfangreiche Mitgift hinweisen, die er in Gestalt eines Großteils der oberbayerischen CSU in die Allianz einbringen würde. Doch die Bayernpartei reagierte zurückhaltend; erst nachdem der Landesausschuß der CSU

[285] Rundbrief 6/48 der CSU-Landesgeschäftsstelle, 8. März 1948, Kopie im Besitz d.V.
[286] Verlauf der Bemühungen (wie Anm. 233).
[287] Ebenda, S. 6.
[288] Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes, 29. April 1948 (ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle), sowie Anlage zum Protokoll: Wahlplakat der SPD: Ereignisse der Woche: Dreck ist Trumpf! "Führer, wir folgen Dir!".
[289] Protokoll der Sitzung der Landesvorstandschaft der CSU am 17. Juli 1948 in Augsburg, S. 25, ACSP, CSU-Landesvorstandsprotokolle.
[290] Dazu Henzler, Schäffer, Manuskript S. 344.
[291] Unger, Bayernpartei, S. 150.

am 17. und 18. Juli 1948 in Augsburg das Parteiausschlußverfahren gegen Schäffer abgesegnet hatte, sah sie sich veranlaßt, sich mit den Bedingungen und Konsequenzen seines möglichen Parteiwechsels ernsthaft auseinanderzusetzen. Schäffers Stellung war inzwischen jedoch so geschwächt, daß die Verhandlungen mit einer klaren Absage an die von ihm an seinen Beitritt geknüpften Bedingungen - vor allem Neuwahl des Bezirksvorsitzenden in Oberbayern - endeten.[292]

Schäffers als Triumpfzug geplanter Wiedereintritt in die bayerische Politik mündete also in einer umfassenden Niederlage. Obschon subjektiv verfärbt, kam Haußleiters abschließende Wertung der Vorgänge, seine "Wahrheit über den Fall Schäffer", den Realitäten wohl sehr nahe, als er den "Amoklauf" des künftigen Bundesfinanzministers aus dessen persönlicher Verbitterung erklärte, die ihn blind für die möglichen Folgen seines Vorgehens machte: Schäffer habe, so Haußleiter am 17. September, "offenkundig in keinem Augenblick seit 1946 die Enttäuschung darüber verwunden, daß er damals in Bamberg nicht zum Landesvorsitzenden der CSU in Bayern gewählt worden ist. Seine vorübergehende Ausschaltung als Politiker hat dieses brennende persönliche Ressentiment vertieft. Dadurch hat er sich zu schweren politischen Fehlern und Irrtümern hinreißen lassen" und "Handlungen begangen, die gerade die Verwirklichung der von ihm vertretenen politischen Ideale gefährden."

Zu Recht kritisierte Haußleiter insbesondere auch den Zeitpunkt der Initiative, mit der Schäffer der Partei ausgerechnet in dem Moment "in den Rücken [fiel], als diese sich anschickte, in den schweren Gemeindewahlkampf des Frühjahrs 1948 hineinzugehen" und in dem außerdem die Verhandlungen über das künftige Schicksal Deutschlands und Bayerns in ihre heiße Phase eintraten. Ausgerechnet in "dem Augenblick, in dem die Christlich-Soziale Union das Land Bayern in entscheidender Stunde vertritt, versucht Staatsrat Schäffer verbissen und verbittert, getrieben von einem Sendungsbewußtsein, dessen Berechtigung durch eine lange Kette begangener Fehler widerlegt wird, die Union zu zerschlagen".[293]

Fraglos trug Schäffers im Februar 1948 unternommene Revolte das ihrige dazu bei, das Ansehen der durch die bevorstehende landesweite Lizenzierung der Bayernpartei bedrängten Union zu mindern und sie in ihrer Schlagkraft entscheidend zu schwächen. Hatten sich mit den Delegierten des Regensburger Landesausschusses schon die aktivsten Parteifreunde der ständigen Reibereien überdrüssig gezeigt, so konnte kaum ausbleiben, daß der von der Presse ausgiebig kommentierte neuerliche Streit auch auf die bayerische Bevölkerung seinen Eindruck nicht verfehlte. Bei den Kommunalwahlen am 25. April und 30. Mai 1948 verlor die CSU, die bei den Land- und Stadtkreiswahlen im April/Mai 1946 noch 60% der Wähler angesprochen hatte, mehr als ein Drittel ihrer Anhängerschaft. Nur noch 37,8% der Land- und Stadtkreiswähler (in den Gemeinden waren es sogar nur 30%) schenkten ihr Vertrauen der "Union". Auf die im wesentlichen in Ober- und Niederbayern konzentrierte Bayernpartei, die landesweit immerhin 8,7% der Wähler erreichte, entfielen in Oberbayern örtlich bis zu 40% und in Niederbayern örtlich bis zu 30% der Stimmen. Bei den Bundestagswahlen im August 1949 stimmten sogar nur noch 29,2% der Wähler für die CSU, die Bayernpartei hatte mit landesweit 20,9% kräftig aufgeholt.[294]

---

[292] Ebenda, S. 150f.; so auch Henzler, Schäffer, Manuskript S. 341f.

[293] CSU in Bayern, Stellv. d. Landesvorsitzenden [August Haußleiter], München, 17. September 1948: Die Wahrheit über den Fall Schäffer. Persönliche und politische Hintergründe seines Austrittes aus der CSU, in: ACSP, NL Elsen 3.1.1.

[294] Wahlergebnisse nach Dietrich Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848 bis 1953, Düsseldorf 1973, S. 353-355.

Natürlich waren die hohen Wahlverluste der CSU nicht allein auf die Oberbayerische Revolte zurückzuführen, doch absorbierte Schäffers bis in den Herbst weiterverfolgte Initiative die Kräfte der Partei in einer Situation, in der sie durch die Konkurrenz der Bayernpartei und vor allem durch die finanziellen Engpässe, die die Währungsreform im Juni 1948 mit sich brachte, alle Energien für die Bewältigung dieser Herausforderungen gebraucht hätte. Im Februar 1948 setzte ein gewaltiger Auflösungsprozeß ein, der die Union "fast an den Punkt des organisatorisch-politischen Zusammenbruchs" führte. Die von Müller als Massen- und Volkspartei modernen Typs auf den Weg gebrachte Union entwickelte sich zu einer Honoratiorenpartei Weimarer Prägung zurück, "der eine breite innerparteiliche Legitimationsbasis ebenso fehlte, wie ein Parteiapparat von größerer administrativ-technischer Bedeutung".[295]
Mit der Oberbayerischen Revolte, als dem Höhe- und Endpunkt der Auseinandersetzungen um die Gestaltung und Führung der Union, endet die Gründungsgeschichte der CSU, die durch die 1945/46 wie auch 1948 stark von persönlichen Ressentiments geprägten Machtkämpfe der beiden Hauptrivalen gekennzeichnet war. Daß sich die Partei ab Februar 1948 von diesen Streitigkeiten endgültig zu distanzieren begann, schließlich beiden Konkurrenten den Laufpaß gab und mit Ehard einen Mann des Ausgleichs an ihre Spitze stellte, war auch ein Ausdruck gewachsenen Selbstbewußtseins und politischer Reife, die in den ersten Jahren zunächst erlernt werden mußten. Josef Fischer sprach vielen aus dem Herzen, als er im Februar 1948 sein Unverständnis darüber ausdrückte, "daß sich eventuell fünf Personen, wenn es hoch geht, um die Union streiten". Es werde zu Unrecht "soviel von den Gründern der Christlich-Sozialen Union gesprochen": Nicht einzelne wenige Personen, "ganz kleine Kreise", die er "nicht als Debattierklub" bezeichnen wollte, auch wenn sie "in ihrer Bedeutung [...] nicht viel mehr" waren, hatten der Partei zum Durchbruch verholfen, sondern ein "geradezu unvorstellbarer Vorgang", er mochte ihn "fast die Vorsehung nennen".[296]
Die Oberbayerische Revolte markiert also in mehrfacher Hinsicht einen Wendepunkt in der Geschichte der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der mehr als die Abwahl Josef Müllers eine Zäsur auch in der Dokumentation ihrer bewegten Frühgeschichte rechtfertigt. Mit der Regensburger Landesausschußsitzung als Höhepunkt des Schäffer-Müller-Konfliktes und zugleich Endpunkt der Gründungsgeschichte der CSU endet daher auch diese Dokumentation parteiinterner Protokolle.

10. *Erläuterungen zu den Dokumenten*

a) Aufbau der Dokumentation

Das Kernstück der vorliegenden Dokumentation zur Frühgeschichte der Christlich-Sozialen Union bilden 32 parteiinterne Protokolle aus den Jahren 1945 bis Anfang 1948, die hier erstmals publiziert werden können. Im Anhang werden Materialien zur Programmatik und organisatorischen Verfassung der CSU präsentiert, ein umfangreicher biographischer Annex gibt schließlich Auskunft über das Leben und politische Wirken von ca. 550 Personen überwiegend aus den Reihen der CSU, die in den Protokollen erwähnt sind oder als Redner agieren.
Bei den Protokollen handelt es sich um die Mitschriften der Zusammenkünfte der damaligen "zentralen" Führungsgremien der CSU, nämlich der vorläufigen Landesleitung unter zunächst wechselnden Bezeichnungen, des Landesausschusses und seiner

[295] Mintzel, CSU, S. 86, S. 88.
[296] Landesausschußsitzung vom 28. und 29. Februar 1948, Dok. Nr. 32, S. 1664.

Vorläufer sowie schließlich der Landesversammlung aus der Zeit vom 17. September 1945 bis 29. Februar 1948. Nicht berücksichtigt werden konnten die Protokolle der im Dezember 1946 gebildeten Geschäftsführenden Vorstandschaft und der Landesvorstandschaft der CSU, deren Publikation in den nächsten Jahren in Aussicht genommen ist.

Die Protokolle sind chronologisch geordnet. Die Entscheidung, die Gremien nicht getrennt zu dokumentieren, sondern der Chronologie zu folgen, trägt dem Faktum Rechnung, daß erst ab Mitte/Ende 1946 von einer gewissen Konsolidierung der Parteiarbeit und -organisation gesprochen werden kann. Bis zur endgültigen Verabschiedung der Satzungen im Dezember 1946 überschnitten sich die Kompetenzen und Arbeiten der Ausschüsse, lediglich Aufgaben und Charakter der Landesversammlungen waren von Anfang an relativ konstant und hätten eine gesonderte Präsentation erlaubt. Als oberstes Organ der CSU hatte die mit Delegierten aus allen Kreisverbänden beschickte Landesversammlung entscheidende Rechte, faktisch dienten diese mit ca. 500 stimmberechtigten Teilnehmern und zahlreichen Gästen quasi öffentlichen Parteitage aber im wesentlichen der Bestätigung der in den Ausschüssen geleisteten Vorarbeit. Die Vorgänge auf den Landesversammlungen stehen also in engem Zusammenhang mit den Aktivitäten in den übrigen dokumentierten Gremien, und die Protokolle ergänzen einander.

Es handelt es sich dabei um verschiedene Varianten protokollarischer Möglichkeiten. Die Sitzungsmitschriften des Jahres 1945 sind wortkarge Ergebnis- oder Kurzprotokolle, die für sich genommen wenig aussagekräftig sind; ihre Bedeutung wird oft erst in der Zusammenschau mit anderen Quellen sichtbar. Deshalb wurden die Gründungsmonate der CSU, über die bislang wenig bekannt war, in der Einleitung ausführlich beleuchtet. Um die Jahreswende 1945/1946 beginnen die Mitschriften länger und genauer zu werden, einzelne Diskussionsbeiträge werden inhaltlich skizziert und auch den jeweiligen Rednern zugeschrieben. Teilweise sind sie in direkter Rede formuliert, doch handelt es sich zunächst nach wie vor um Kurzprotokolle, die die Wortbeiträge im allgemeinen nur zusammenfassen. Häufig sind es Mischformen zwischen Ergebnis- und Verlaufsprotokollen mit der deutlichen Tendenz zu zunehmender Ausführlichkeit. Das erste Wortprotokoll nach einem Stenogramm datiert von Ende März 1946 (Dokument Nr. 12). In den folgenden drei Monaten bis Anfang Juli wechseln Wortprotokolle noch mit Mischformen (nun Verlaufsprotokolle mit Wortprotokollelementen), danach handelt es sich ausschließlich um Wortprotokolle.

Die Auswahl der Materialien zur Frühgeschichte der CSU im Anhang dieser Dokumentation orientierte sich an zwei Schwerpunkten: Aufgenommen wurden grundsätzlich nur Quellen zu den Themenbereichen erstens Programmatik und zweitens Satzungsfragen. Sie wurden auch dann dokumentiert, wenn sie - wie das Grundsatzprogramm und das Dreißig-Punkte-Programm vom Oktober 1946 - bereits an anderer Stelle publiziert wurden. Aufnahme fanden auch solche Dokumente, die im Kontext der parteiinternen Diskussionen in Teilen oder zur Gänze verlesen wurden. Obwohl manche der Materialien aus den Protokolltexten zu rekonstruieren wären, schien ihre geschlossene und vollständige Wiedergabe im Anhang dennoch angezeigt. Denn erstens erlaubt die Zusammenschau mit den übrigen Quellen einen besseren Einblick in das jeweilige Themenfeld, zweitens wird dem Benutzer damit ein schneller Zugriff auf diese für die Parteigeschichte zentralen Materialien ermöglicht. Die Dokumente sind, beginnend mit der Programmatik, sachthematisch unterteilt und innerhalb der beiden Themenbereiche chronologisch geordnet.

Die in dieser Dokumentation erstmals in ihrer Gesamtheit präsentierten Programme der Gründerjahre, einschließlich des bisher nahezu unbekannten Wirtschafts- und Sozialprogramms der CSU vom August 1947,[297] wurden ergänzt um Entwürfe und andere programmatische Verlautbarungen wie Aufrufe und Rundschreiben vor allem aus den Gründungsmonaten, beginnend am 10. August 1945. Es war jedoch nicht möglich und auch nicht ratsam, sämtliche überlieferten Programmentwürfe des Jahres 1945 zu berücksichtigen. Vielmehr beschränkt sich die Dokumentation auf diejenigen Entwürfe, die für die programmatische Entwicklung der Landespartei schließlich relevant wurden.

Die Materialien zum Themenbereich Satzung umfassen die Statuten selbst in ihrer vorläufigen, sehr knappen Formulierung vom 8. Januar und der sehr viel ausführlicheren Version vom 17. Mai 1946, die bis Oktober des Jahres noch erhebliche Veränderungen erfuhr. Die Fassung vom 17. Mai diente als Textgrundlage der bis Februar 1948 unveränderten Satzung vom 4. Oktober 1946, die nach ihrer Bestätigung durch die Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 endgültig in Kraft trat. Die Veränderungen in den Oktoberstatuten gegenüber der Version vom Mai waren zu umfangreich, um sie innerhalb der Mai-Fassung transparent zu machen. Obwohl beide Satzungen über weite Teile identisch sind, wird daher auch die Oktobersatzung vollständig wiedergegeben. Die gegenüber der Maisatzung abweichenden Passagen - sowohl einzelne Worte als auch ganze Absätze oder Paragraphen - sind durch Kursivsatz bzw. Auslassungsvermerke kenntlich gemacht. Die Oktoberstatuten der CSU wurden im Februar 1948 in zwei Paragraphen verändert; ihr neuer Wortlaut ist in Fußnoten festgehalten.

Neben den eigentlichen Parteisatzungen wurden ergänzend auch die Schiedsordnung und das Finanzstatut der CSU aufgenommen, außerdem zwei Rundschreiben vom November bzw. Dezember 1945, mit denen erste organisatorische Festlegungen erfolgten. Berücksichtigt wurden ferner die Entwürfe zur Abänderung der Satzung der Partei aus der Zeit von Dezember 1947 bis Februar 1948. In diesem Zusammenhang wäre auch dem Antrag zur Zulassung der CSU auf Landesebene ein zentraler Stellenwert zugekommen. Über seinen Verbleib lassen sich aber keinerlei Anhaltspunkte finden. Überliefert - und dokumentiert - ist jedoch das offizielle Antwortschreiben der Militärregierung über die (vorläufige) Lizenzierung der CSU auf Landesebene, das den ab 8. Januar 1946 landesweiten Status der Partei begründete.

Abgerundet wird die Dokumentation schließlich mit den Kurzbiographien von ca. 550 Personen überwiegend aus den Reihen der CSU, deren systematische Auswertung interessante und überraschende Ergebnisse über das Profil der Partei zeitigen dürfte. Der biographische Annex wird in einem eigenen Vorspann näher erläutert.

[297] In den einschlägigen Arbeiten zur Geschichte der CSU sucht man nach dem Programm vergeblich; berücksichtigt wurde es jedoch in der Studie von Klaus Schreyer, Bayern - ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem, München, Wien 1969, S. 97ff. Veröffentlicht wurde das Programm in den Artikeln "Produktionssteigerung, Lastenausgleich und soziale Befriedung - Das Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union" und "Unsere Sozialpolitik will den Arbeitsfrieden" in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union Nr. 19 vom 20.9.1947 bzw. Nr. 20 vom 4.10.1947.

b) Die dokumentierten Parteigremien

Die Jahre 1945/46 markieren die Formierungsphase der CSU, in der die Parteiorganisation sich erst allmählich herausbildete. Bis zur Verabschiedung der vorläufigen Satzung am 8. Januar 1946 traten die CSU-Gremien unter wechselnden oder gar keinen Selbstbezeichnungen zusammen: als "Ausschuß zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union" (17. September 1945) und als "Vorläufiger Landesausschuß" (17. Dezember 1945). Die selbstgestellten Aufgaben umfaßten im wesentlichen die Vorbereitung der Parteigründung: Im Mittelpunkt standen organisatorische, programmatische und personelle Überlegungen und Entscheidungen. Diese Vorarbeiten bezogen sich formal zunächst nur auf den Kreis München, faktisch erhoben die Münchner Parteigründer jedoch von Anfang an den Anspruch, Wegbereiter und Gründungszentrale der Landespartei zu sein. Da sie dieses Selbstverständnis auch sehr schnell durchsetzen konnten, wurden die überlieferten frühen Protokolle des Münchner Zirkels, anders als Überlieferungen aus sonstigen bayerischen Gründerkreisen, in dieser der Geschichte der Landespartei geltenden Dokumentation berücksichtigt.

Nach der Gründungsversammlung der CSU für München am 11. Oktober 1945 (Dokument Nr. 3) war zwischen der CSU-München und der von der Militärregierung noch nicht erlaubten Landesorganisation zu unterscheiden. In den folgenden Wochen wurden die - noch illegalen - Vorbereitungen für die Bildung der Landespartei in inoffiziellen Gesprächszirkeln vorangetrieben, über deren Wirken wenig überliefert ist. Vermutlich verzichteten die Protagonisten aus taktischen, vielleicht auch aus rechtlichen Gründen auf die schriftliche Fixierung ihrer Aktivitäten. Eine Ausnahme stellt die Niederschrift über eine "Besprechung über Organisations- und Pressefragen" am 25. Oktober 1945 dar (Dokument Nr. 4), die wegen der Bedeutung der an diesem Tage getroffenen Entscheidungen trotz des inoffiziellen Charakters dieses Gesprächskreises in die Dokumentation übernommen wurde.

Die Gründungsvorbereitungen für die Landespartei begannen offiziell, nachdem mit der USFET-Direktive vom 23. November 1945 die landesweite parteipolitische Betätigung möglich wurde. Am 25. November unterrichtete der Vorbereitende Ausschuß der Christlich-Sozialen Union München die interessierten politischen Kreise Bayerns über die Pläne zum Aufbau der Landespartei und über die Bestellung eines neunköpfigen Ausschusses, der die nötigen Vorarbeiten leisten sollte. Ihm gehörten ausschließlich Münchner Parteigründer an.[298] Dieser sogenannte "Vorläufige Landesausschuß" trat von Ende November bis zum 8. Januar einige Male zusammen und erarbeitete vorläufige Satzungen und das erste Parteiprogramm: "Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union", die als Grundlagen zur Anmeldung der Landespartei dienten.

Die Vorbereitungsphase endete mit der Gründungsversammlung auf Landesebene am 8. Januar 1946, zu der erstmals Teilnehmer aus ganz Bayern - fünf Delegierte aus jedem Regierungsbezirk - angereist waren. Diese Versammlung tagte als "Erweiterter Vorläufiger Landesausschuß" der CSU. Mit der am 8. Januar vorgenommenen Verabschiedung der vorläufigen Satzungen erfuhr die Organisation der CSU zwar eine geregelte Ordnung, diese bestand jedoch vorläufig nur auf dem Papier. Als satzungsmässige Gremien der CSU auf Landesebene waren die Landesversammlung - mit Dele-

[298] Zu den Mitgliedern des Ausschusses s. Dok. Nr. XI, S. 1751f.

gierten aus allen Kreisverbänden (damals häufig noch unter der Bezeichnung: Bezirksverbände) -, der Landesausschuß - mit Delegierten aus allen Bezirksverbänden (damals häufig noch unter der Bezeichnung: Kreisverbände) - und eine Landesvorstandschaft vorgesehen. Diese Gremien konnten jedoch erst nach dem allmählichen Aufbau der Organisationen auf Bezirks- und Kreisebene in Aktion treten.
Bis Ende März 1946 wurden die Funktionen des künftigen Landesvorstandes vom "Vorläufigen Landesausschuß" wahrgenommen. Dieser war die Fortsetzung des am 25. November gebildeten, inzwischen auf elf Personen erweiterten Neuner-Ausschusses, dem nach wie vor ausschließlich Münchner Parteigründer angehörten. Neben bzw. über dem Vorläufigen Landesausschuß stand der "Erweiterte Vorläufige Landesausschuß", der die im Vorläufigen Landesausschuß vorbereiteten Entscheidungen satzungsrechtlicher, organisatorischer oder personeller Art bis zur ersten Zusammenkunft der Landesversammlung "vorläufig" legitimieren sollte. Der "Erweiterte Vorläufige Landesausschuß", der zweimal (am 8. Januar und 30. und 31. März 1946) zusammentrat, war der Vorläufer des späteren Landesausschusses der CSU. Er setzte sich aus den Mitgliedern des Vorläufigen Landesausschusses und je fünf Delegierten aus den Regierungsbezirken Bayerns zusammen.
Einen Konsolidierungsschub erfuhr die Organisation in der Sitzung des "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses" am 30. und 31. März 1946, die erste außerhalb Münchens abgehaltene Tagung, die nach Bamberg einberufen worden war (Dokument Nr. 12). Die Bamberger Tagung besaß wegen der Anwesenheit zahlreicher Gäste aber eher einen Versammlungscharakter und wurde parteiintern auch oft als Landesversammlung bezeichnet. In Bamberg wurde ein neues Gremium zur Unterstützung des am 31. März 1946 bestätigten Landesvorsitzenden geschaffen, der sogenannte "Arbeits-" oder "Landesarbeitsausschuß". Er stellte im wesentlichen eine Fortsetzung des bisherigen Vorläufigen Landesausschusses dar, der aber personell erweitert wurde und nun tatsächlich den Charakter einer Landesvertretung annahm.[299] Es handelte sich um eine dem späteren satzungsmäßigen Gremium bereits sehr nahe kommende Vorform der Landesvorstandschaft; er nahm auch entsprechende Kompetenzen wahr. Mit der Schaffung des Landesarbeitsausschusses stellte der Vorläufige Landesausschuß seine Tätigkeit ein.
Am 30. März wurde außerdem die Zusammensetzung des "Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses" verändert. Zu den stimmberechtigten Delegierten zählten jetzt auch die Vertreter der neugeschaffenen großstädtischen Bezirksverbände und die Kabinettsmitglieder der Union.[300] Diese personelle Erweiterung wurde erst mit dem entsprechenden Beschluß am 30. März offiziell, doch war die Einladung zur Bamberger Tagung bereits nach dem neuen Schlüssel ergangen.[301] Am 31. März wurde zusätzlich der Beschluß gefaßt, als stimmberechtigte Delegierte des Vorläufigen Erweiterten Landesausschusses acht Vertreterinnen der Frauen sowie eine noch offene Zahl von Jugendvertretern hinzuzuziehen.[302] Künftig umfaßte der "Vorläufige Erweiterte Landesausschuß" also nun einen Kreis von rund 70 Personen. Gleichzeitig wurde er am 31. März formell umbenannt in "Landesausschuß",[303] er wurde aber entgegen diesem

[299] Zur Zusammensetzung des Landesarbeitsausschusses vgl. Dok. Nr. 12, S. 152.
[300] Vgl. dazu S. XXXVIII.
[301] Einladungsschreiben des Landessekretariats der CSU vom 18. März 1946, ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946.
[302] Dok. Nr. 12, S. 172ff.
[303] Ebenda, S. 152.

Beschluß bei seiner übernächsten Zusammenkunft am 6. Juli 1946 als "Erweiterter Landesausschuß" einberufen.
Am 17. Mai 1946 tagte die erste Landesversammlung der CSU, zu der aus jedem Landkreis und jeder kreisunmittelbaren Stadt mindestens je ein stimmberechtigter Vertreter, für Städte über 50.000 Einwohner für je "angefangene 50.000" ein weiterer Vertreter geladen waren.[304] Die Landesversammlung bestätigte den Landesvorsitzenden und verabschiedete eine neue Parteisatzung, die aber bis zum 4. Oktober noch erheblich verändert wurde und endgültig erst am 14. und 15. Dezember 1946 in Kraft trat.
Die am 17. Mai 1946 beschlossene Satzung unterschied - wie auch die Oktobersatzung - zwischen der Landesversammlung, dem Landesausschuß, der Landesvorstandschaft, dem berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft und der geschäftsführenden Vorstandschaft.[305] Die letztgenannten Organe konnten jedoch erst ab Dezember 1946 gebildet werden, nachdem in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden Neuwahlen nach den Buchstaben der von der Militärregierung genehmigten neuen Satzung durchgeführt worden waren. Obwohl der Landesarbeitsausschuß mit den Satzungsbeschlüssen vom 17. Mai formal zu existieren aufgehört hatte, traf er noch zweimal zusammen und fungierte weiterhin als vorläufige Landesvorstandschaft.
Im September 1946 endete das Wirrwarr wechselnder Selbstbezeichnungen und unklarer Kompetenzen: Für den Erweiterten Landesausschuß hatte sich nun die satzungsgemäß korrekte Bezeichnung Landesausschuß durchgesetzt; der Landesarbeitsausschuß hatte mit seiner letzten Sitzung am 5. Juli seine Tätigkeit eingestellt. Bis zum 6. Dezember 1946 trat ausschließlich der Landesausschuß in Erscheinung, der monatlich mindestens einmal zusammentraf, die Satzung und die neuen Programme erarbeitete und vorläufig verabschiedete und am 6. Dezember Vertreter aus seinen Reihen in die Landesvorstandschaft wählte, die am 10. Dezember 1946 ihre erste Sitzung abhielt.
Damit verlagerte sich das Schwergewicht der Arbeiten in den Landesvorstand und - nach den etwa zeitgleich abgehaltenen ersten Landtagswahlen am 1. Dezember 1946 - in die Fraktion der CSU. Im gesamten Jahr 1947 fanden nur zwei Zusammenkünfte der dokumentierten Gremien statt: die Landesausschußsitzung am 3. Januar 1947 und die Landesversammlung am 30. und 31. August 1947. Im Jahr 1948 begannen sich die Sitzungen jedoch wieder zu häufen: Hintergrund war die Zuspitzung der Streitigkeiten um eine Satzungsänderung, die in der Oberbayerischen Revolte gipfelten.[306] Im Januar/Februar 1948 fanden deshalb innerhalb kürzester Zeit vier Zusammenkünfte statt, drei des Landesausschusses und eine Landesversammlung. Mit dem Protokoll des Landesausschusses am 28./29. Februar 1948 endet die Dokumentation.

c) Quellenlage und Lücken in der Überlieferung

Als die Arbeiten an dieser Dokumentation im Herbst 1989 begannen, schien der Gedanke, einen so weitgehend vollständigen Dokumentenkorpus zusammentragen zu können, wie dies tatsächlich gelungen ist, in hohem Maße illusionär. Vielmehr war davon auszugehen, daß die Überlieferung große Lücken aufweisen würde, über deren tatsächliches Ausmaß angesichts der Unzugänglichkeit wichtiger Aktenbestände Un-

[304] Einladungsschreiben vom 2. Mai 1946, IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner Bd. 2.
[305] Zur personellen Zusammensetzung siehe §§ 43-54 der Satzung s. Dok. Nr. XVII, S. 1783ff.
[306] Zur oberbayerischen Revolte und ihren Folgen vgl. S. LXVIIff.

sicherheit herrschte. Die Entscheidung, eine solche Publikation notfalls allein auf die von Alf Mintzel in den 70er Jahren zusammengetragenen umfangreichen, aber nicht vollständigen Unterlagen im sogenannten "CSU-Archiv am Lehrstuhl für Soziologie der Universität Passau" zu stützen, verband sich allerdings mit der Hoffnung, einer künftigen Öffnung der parteiinternen Archivalien den Weg zu bereiten.
Erste Recherchen in den damals zugänglichen Beständen, insbesondere in den OMGUS-Akten und in verschiedenen Nachlässen von CSU-Politikern, mit dem Ziel, die Sammlung der parteiinternen Protokolle zu vervollständigen, waren entmutigend, weil sich dort zwar Hinweise, gelegentlich auch Einladungen oder Berichte zu den parteiinternen Sitzungen, für die Frühzeit aber keine Sitzungsprotokolle fanden. Tatsächlich - so ist nach Abschluß der Recherchen festzustellen - wurden die Protokolle der Anfangszeit jeweils in nur einfacher Ausführung angefertigt und entweder im Landessekretariat oder aber im sogenannten "Büro Dr. Müller", also in den Handakten des damaligen Parteivorsitzenden, abgelegt. Der zeitbedingte Mangel an Papier, der vor allem in den Jahren 1945/46 ein gravierendes Problem darstellte, dürfte allerdings für die auffallend sparsame Nutzung der vorhandenen kostbaren Papierressourcen nicht ausschlaggebend gewesen sein; entscheidend war wohl vielmehr eine gezielte "Protokollpolitik", eine Tendenz zur Geheimniskrämerei. Diese erklärte sich aus den harten Kämpfen um die Führung der entstehenden Partei, wie sie sich vor allem in den Protokollen der Bamberger Tagung am 30. und 31. März 1946 (Dokument Nr. 12) und der Regensburger Landesausschußsitzung am 28. und 29. Februar 1948 (Dokument Nr. 32), aber auch in vielen anderen Sitzungsprotokollen spiegeln. In einer Situation, in der sich die später recht klar abzugrenzenden Flügel erst herausbildeten, in der sich vermeintliche oder echte Loyalitäten erst erweisen mußten, in der es nur weniger "falscher", gezielt der Besatzungsmacht hintertragener Worte bedurfte, um als Person oder Partei von heute auf morgen diskreditiert zu sein, in einem konfliktgeladenen politischen Klima, in dem es schließlich auch darum ging, die Kontrahenten über eigene Pläne und Absichten möglichst im Unklaren zu lassen, erschien eine breitere Verteilung der Sitzungsprotokolle wohl als ein zu großes Risiko.
Daß sich die Spätfolgen der damaligen Protokollpolitik schließlich doch nicht auf die fast 50 Jahre später publizierte Dokumentation der parteiinternen Protokolle und Materialien zur Frühgeschichte der CSU erstrecken, ist einer grundlegenden Wende in der Archivpolitik der CSU zu verdanken, die der Forschung seit kurzem ganz neue Möglichkeiten eröffnet und ihr Auftrieb geben wird. Um die Jahreswende 1989/90 gelangten nämlich die Altregistraturen der Landesleitung der CSU in das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung in München. Diese für die Geschichte der CSU zentralen Materialien, die bis dahin in den Kellern der Partei lagen, konnten Dank des Entgegenkommens der CSU für diese Dokumentation ausgewertet werden.
Wenig später erfolgte eine weitere bedeutende Abgabe an das ACSP, der diese Dokumentation nicht weniger zu verdanken hat: Es handelt sich um den Nachlaß des ersten Parteivorsitzenden, Josef Müller, der mit der freundlichen Genehmigung von Frau Christa Müller ebenfalls diesem Projekt offenstand. Ohne die Unterstützung der CSU und von Frau Müller hätte diese Dokumentation lückenhaft bleiben müssen. Sie kann nun, nachdem im Frühjahr 1992 als letztes Dokument auch das lange gesuchte Protokoll des zweiten Sitzungstages des Bamberger Landesausschusses am 31. März 1946 aufgefunden werden konnte, als weitgehend vollständig gelten.
Alle Lücken ließen sich freilich nicht schließen. Problematisch erweist sich vor allem

die Überlieferungssituation für das Jahr 1945. Die ersten Gehversuche der neuen Partei konnten nur mit insgesamt fünf Kurzprotokollen dokumentiert werden, die, zum Teil nur stichpunktartig abgefaßt, das tatsächliche Geschehen oft im Dunkeln lassen. Wie in der Einleitung gezeigt wurde und wie auch aus den Materialien im Anhang der Dokumentation herauszulesen ist, ist mit diesen fragmentarischen Einblicken die tatsächliche Fülle der im Zuge der Parteigründung unternommenen Besprechungsaktivitäten keineswegs erfaßt. Man traf sich, wie aus Korrespondenzen, Aktennotizen und nicht zuletzt den Arbeitsergebnissen abzulesen ist, seit Mitte August 1945 häufig, zeitweise in Abständen von weniger als einer Woche, an verschiedenen Orten und in wechselnder Zusammensetzung.[307] Doch war der Charakter dieser sondierenden Besprechungen wohl noch zu informell, um ihre Ergebnisse in Protokollen festzuhalten. Möglicherweise sind aber auch Materialien im Laufe der Jahre verloren gegangen. Nicht auszuschließen, wenn auch wenig wahrscheinlich ist ferner, daß Einzelstücke noch in einem der Nachlässe verborgen sind, die "verschollen" oder der Forschung unzugänglich sind, etwa im Nachlaß Alois Hundhammers.

Sehr viel günstiger ist die Quellenlage ab Januar 1946. Beginnend mit der Gründungsversammlung auf Landesebene am 8. Januar 1946 können - mit einer Ausnahme[308] - sämtliche Sitzungsprotokolle bis zum 29. Februar 1948 dokumentiert werden.

Die Protokolle der 27 Zusammenkünfte der Jahre 1946 bis Anfang 1948 sind an sechs Stellen lückenhaft. In drei Fällen fehlen einzelne Seiten, in einem sogar fünf.[309] In zwei weiteren Fällen war es nötig, glücklicherweise aber auch möglich, auf Ersatzüberlieferungen zurückzugreifen. Es handelt sich erstens um die Rede Josef Müllers vor der Landesversammlung am 17. Mai 1946 (Dokument Nr. 18). Statt des Redetextes findet sich im Protokoll nur der Vermerk: "Fehlblatt S. 70 mit 92 (Rede Müller) muß noch geschrieben und eingelegt werden". Ersteres scheint erfolgt zu sein, letzteres ist offensichtlich nicht geschehen, vermutlich weil die Rede kurz darauf im Mitteilungsblatt der Partei, im Union-Dienst, als Sonderbeilage nachzulesen war. Der Text der damals publizierten Rede erweckt den Eindruck großer Authentizität, da darin auch Zwischenrufe festgehalten sind. Wahrscheinlich basierte er auf dem stenographischen Protokoll, das aber - wie spätere Reaktionen auf den gedruckten Redetext und auch die ausschließlich positiven Zwischenrufe vermuten lassen - offenbar redigiert wurde. Auf eine Ersatzüberlieferung mußte ferner für die Rede Joseph

---

[307] Folgende Sitzungen lassen sich über die dokumentierten Protokolle heraus für die Zeit vom August bis Dezember 1945 nachweisen: Besprechungen über Parteienbildung am 14. August 1945 und 12. September 1945 (ausführlich hierzu S. VIIIff.); Besprechung über Parteienbildung am 24. September 1945 (hierzu S. XXII); Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses am 5. Oktober 1946 (Aktennotiz vom 18. Dezember 1945, BayHStA, NL Pfeiffer 41, Dokument Nr. 6, S. 24); Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses München zwischen dem 23. und 25. November 1945 (Rundschreiben vom 25. November 1945 im Anhang dieser Dokumentation) zur Vorbereitung der Landesorganisation, in deren Verlauf der Vorläufige Landesausschuß bestellt wurde. Hinweise bzw. Einladungen fanden sich außerdem für Sitzungen des Vorläufigen Landesausschusses am 26. November, 30. November, 10. und 21. Dezember 1945 (Nachweise bei d.V.).

[308] Für die Sitzung des Landesarbeitsausschusses am 8. Mai 1946 fand sich nur eine Anwesenheitsliste (IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, und ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse) sowie ein kurzer Bericht in einem Schreiben des Landessekretariates, gez. A.W. Schmidt, an Rinke, 10. Mai 1946, ACSP, NL Müller 10/2.

[309] S. 65 des Protokolls der Landesausschußsitzung am 31. Oktober 1946, S. 92 der Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 und S. 5 des Landesausschusses am 24. Januar 1948 sowie S. 54 bis 58 des Protokolls der Landesausschußsitzung am 31. Oktober 1946.

Baumgartners vor der Landesversammlung am 30. August 1947 (Dokument Nr. 28) zurückgegriffen werden, da das Originalprotokoll nach der Ankündigung seines Auftrittes 15 Fehlseiten aufweist. Baumgartners ebenfalls 15-seitiges Redemanuskript fand sich in seinem Nachlaß. Trotz der Problematik der in beiden Fällen nur annähernden Authentizität der Ersatzüberlieferungen wurden sie mit entsprechenden Vermerken in die stenographischen Protokolle eingefügt, da sie die ungefähren Stoßrichtungen und Inhalte der tatsächlichen Ausführungen spiegeln dürften.

Die Recherchen für die Dokumentation erstreckten sich auf alle in bayerischen und außerbayerischen Archiven zugänglichen Bestände, deren Durchsicht die geringste Aussicht auf Erfolg versprach. Als wichtigster und ergiebigster Fundort erwies sich das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung. Außer den bereits angesprochenen zentralen Beständen, den Akten der CSU-Landesleitung und dem Nachlaß von Josef Müller, wurden aus dem ACSP zahlreiche weitere Bestände unterschiedlicher Größe und Qualität zu Rate gezogen, die teilweise für die Parteigeschichte von hohem Wert sind, in denen sich jedoch durchwegs keine Protokolle des dokumentierten Zeitraumes fanden.[310]

Im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München wird die "Sammlung Mintzel" aufbewahrt, die den Grundstock der Dokumentation lieferte. Im IfZ-Archiv fand sich aber auch ein versprengtes Protokoll, das seinerzeit ausnahmsweise hektographiert wurde, in allen anderen überprüften Beständen jedoch fehlt: das der Gründungsversammlung der CSU in München (11. Oktober 1945) im Nachlaß Joseph Baumgartners. Aus den im IfZ-Archiv aufbewahrten Akten der amerikanischen Militärregierung (OMGUS und OMGBY) lassen sich ebenfalls manche Erkenntnisse zur Frühgeschichte der CSU gewinnen. Darin finden sich etwa zahlreiche, teilweise sehr ausführliche Informantenberichte über die Zusammenkünfte der Parteigremien, Interviews mit einzelnen führenden Politikern und vieles andere mehr, Protokolle selbst allerdings nicht.[311]

Auch das Bayerische Hauptstaatsarchiv verwahrt Nachlässe von Unionspolitikern, von denen sich vor allem die Anton Pfeiffers und, allerdings erst für die Zeit etwa ab 1948/49, Hans Ehards als Fundgruben zur CSU-Parteigeschichte erwiesen.[312] Dem Nachlaß Pfeiffer verdanken die Einleitung sowie der Anhang der Dokumentation Erkenntnisse und Dokumente. Protokolle des dokumentierten Zeitraumes fanden sich darin jedoch nicht, ebensowenig wie im Teilnachlaß von Karl Schwend, der in der Bayerischen Staatsbibliothek in München aufbewahrt wird, oder in den Handakten Karl Scharnagls im Stadtarchiv München.

---

[310] Im einzelnen wurden im ACSP folgende Bestände durchgesehen: Ordner CSU 1946-1948; Akten der Landesleitung der CSU: Landesausschüsse, Landesarbeitsausschüsse und Landesversammlungen; außerdem die Nachlässe: Wilhelm Arnold, Franz Elsen, Karl Sigmund Mayr, Josef Müller, Gerhard Schuchart, Hans Schütz, August Schwingenstein, Otto Weinkamm, Max Zwicknagl. Ferner die Teilnachlässe bzw. Nachlaßsplitter: Alois Hundhammer, Gerhard Kroll, Willi Lucke, Fritz Schäffer, Karl Scharnagl, Alois Schlögl sowie die Sammlung Karl Köhler. Weitere Nachlässe erwiesen sich aufgrund der detaillierten Bestandsverzeichnisse als unergiebig.

[311] Im IfZ-Archiv wurden folgende Bestände durchgesehen: Nachlässe Joseph Baumgartner, Wilhelm Hoegner, Dieter Sattler; Sammlung Bayernpartei, Sammlung Mintzel, OMGUS und OMGBY.

[312] Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (BayHStA) wurden im einzelnen folgende Nachlässe überprüft: Hans Ehard, Otto Gessler, Hans Hilpert, Anton Pfeiffer, Fritz Schäffer (Nachlaßsplitter), Josef Schwalber, Karl Schwend (Teilnachlaß) und Lorenz Sedlmayr.

Im Bundesarchiv Koblenz schien v.a. der Nachlaß Fritz Schäffers "protokollverdächtig".[313] Allerdings wurde im Rahmen dieses Projektes von der Nachlaßverwalterin, Frau Dr. Gerda Bracker, die Einsichtnahme nicht gestattet, doch konnte der Nachlaß mit ihrer freundlichen Genehmigung im Rahmen anderer Forschungen zum gleichen Zeitraum gesichtet und bei diesen Recherchen sichergestellt werden, daß darin keine ergänzenden Protokolltexte zu finden sind.
Schließlich besitzt auch das Archiv der Christlich-Demokratischen Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung einige Nachlässe von CSU-Politikern, unter anderem den Adam Stegerwalds, und natürlich von christdemokratischen Politikern, die teilweise für die Geschichte der CSU aufschlußreich sind, jedoch ebenfalls keine parteiinternen Protokolle des dokumentierten Zeitraumes enthalten.[314]

d) Editorische und redaktionelle Bemerkungen

Die Dokumentation von Protokollen und Materialien zur Frühgeschichte der CSU weist keinen aufwendigen Anmerkungsapparat auf. Der Verzicht auf eine akribische Kommentierung ergab sich aus der Alternative, angesichts der damit verbundenen hohen Kosten auf die Publikation der Dokumente zu verzichten oder aber diese wichtigen Quellen der Wissenschaft in der vorliegenden Form zugänglich zu machen. Die Entscheidung, die Protokolle und Materialien gleichsam im "leichteren" wissenschaftlichen Gewand zu präsentieren, ist jedoch gut vertretbar: Die Nachkriegsgeschichte der US- und Bizone und speziell auch Bayerns und der CSU stellen heute kein Neuland mehr dar. Die meisten der in den Protokollen angesprochenen Institutionen und parteiexternen Vorgänge können als bekannt (bzw. problemlos recherchierbar) vorausgesetzt werden. Hinsichtlich der parteiinternen Entwicklungen und der Politik der CSU in Bayern und über die Landesgrenzen hinaus aber sprechen die Dokumente größtenteils für sich und aus sich selbst heraus. Dies gilt weniger für die erste Gründungsphase 1945 und die mit der Oberbayerischen Revolte eingeleitete Zerfallskrise der CSU, deren Beginn im Februar 1948 das Ende dieser Dokumentation markiert. Beide Themenkomplexe wurden deshalb in der Einleitung ausführlich behandelt. Darüber hinaus schließen die im Anhang dieser Dokumentation wiedergegebenen Materialien zur Programmatik und Satzung zusammen mit den teilweise sehr schwer zugänglichen biographischen Informationen die wichtigsten Kommentierungsdesiderate.
Die Protokolle sind grundsätzlich ungekürzt wiedergegeben, editorische Eingriffe beschränkten sich auf folgende Maßnahmen:
1. Die in den Vorlagen stark differierenden Protokollüberschriften wurden standardisiert; da die originalen Titel einen gewissen Informationswert besitzen, sind sie im Dokumentenverzeichnis zusätzlich wiedergegeben. Dieses Verzeichnis beinhaltet jeweils unter fortlaufender Numerierung (arabische Ziffern für die Protokolle, römische Ziffern für die Materialien im Anhang) die Titel der Dokumente und den Nachweis der archivalischen Fundorte.

---

[313] Ferner wurden eine Reihe von Bestandsverzeichnisse weiterer Nachlässe geprüft, u.a. die Verzeichnisse Ritter von Lex und Maria Probst.

[314] Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) wurden die Nachlässe von Prittwitz-Gaffron, Bruno Dörpinghaus, Karl Greib, Werner Hilpert, Engelbert Kraus, Wilhelm Laforet und Adam Stegerwald durchgesehen; weitere Nachlässe, u.a. der Teilnachlaß Michael Horlachers, erwiesen sich aufgrund der detaillierten Bestandsverzeichnisse im Kontext dieser Dokumentation als unergiebig.

2. Die Protokolle sind jeweils mit "Dokumentenköpfen" versehen, die einem einheitlichen Schema folgen: Festgehalten sind zunächst unter der Rubrik: "Tagesordnung" die Themen der betreffenden Sitzungen. Die Tagesordnungen orientieren sich, soweit solche aufgestellt wurden und überliefert sind, so wortgetreu wie möglich an den parteieigenen Formulierungen, sind aber dem realen Tagungsverlauf angepaßt, um den Benutzern einen schnellen Überblick über die tatsächlichen Themen der Sitzungen zu vermitteln. Dies betraf in manchen Fällen nur eine Umstellung der Ordnung, in anderen Fällen entsprach der Sitzungsverlauf so wenig den ursprünglichen Planungen, daß es notwendig war, eine neue "Tagesordnung" zu rekonstruieren. Da Tagesordnungen auch als Mittel der Politik dienen können (und zuweilen dienten), wurden entsprechende Eingriffe grundsätzlich in Fußnoten angemerkt und dort auch die geplanten/angekündigten Tagesordnungspunkte aufgeführt.
An zweiter Stelle der Dokumentenköpfe sind die Tagungsorte festgehalten, soweit sie zu ermitteln waren. Diese Information erlaubt Aufschlüsse über die "Intimität" mancher Sitzungen, aber auch die Improvisationsbedürftigkeit und -fähigkeit der Organisatoren und der Sitzungsteilnehmer.
Ferner informieren die "Köpfe" über die anwesenden Teilnehmer/Delegierten. Die Teilnehmer der einzelnen Sitzungen gehen teilweise aus Anwesenheitslisten oder Listen der Abstimmungsberechtigten hervor. Diese Listen wurden gegebenenfalls um weitere Personen ergänzt, die aufgrund von Wortmeldungen oder anderen eindeutigen Indizien als anwesend zu ermitteln waren. Für einzelne Sitzungen sind keine Anwesenheitslisten überliefert. In diesen Fällen wurden die Sitzungsteilnehmer anhand der Protokolltexte ermittelt, die freilich nur unvollständige Aufschlüsse über die Anwesenheiten zulassen.
Während die Anwesenheitslisten zu den Sitzungen des Vorläufigen Landesausschusses und seiner Vorläufer sowie des Landesarbeitsausschusses, also den zahlenmäßig kleinen Vorläufergremien der Landesvorstandschaft, zwischen den Personen unterscheiden, die in den parteieigenen Anwesenheitslisten festgehalten sind und denen, die "ferner" laut Protokolltext zweifelsfrei als anwesend nachzuweisen sind, erfolgt diese Unterscheidung nicht bei den Sitzungen des (Erweiterten Vorläufigen) Landesausschusses. Für die erstgenannten Gremien liegen mit einer Ausnahme handschriftliche bzw. von den Teilnehmern unterschriebene Listen vor oder die Anwesenden sind im Protokoll selbst festgehalten. Die darüber hinaus ferner ermittelten Teilnehmer könnten aus verschiedenen denkbaren Gründen in den Listen fehlen (z.B. als Gäste oder wegen nur kurzzeitiger Anwesenheit), so daß die Unterscheidung sinnvoll erschien. Bei den letztgenannten Gremien läßt die Quellenlage diese Trennung hingegen nicht zu: Die Rekonstruktion der Teilnehmer der Landesausschüsse anhand der parteieigenen Listen ist nämlich insofern in einzelnen Fällen methodisch problematisch, als manche Listen bereits vor Beginn der Sitzungen maschinenschriftlich angefertigt und nicht durchgängig unterzeichnet wurden. Sie enthalten teilweise nur Vermerke (Kreuze, Häkchen, Minuszeichen) über An- und Abwesenheiten bzw. geben durch handschriftliche Korrekturen Auskunft über Ersatzdelegierte. Ob diese Aktualisierung in jedem Fall erfolgt ist, ist fraglich. Es ist daher auch nicht auszuschliessen, daß bei einzelnen Sitzungen der eine oder andere Delegierte, der sich kurzfristig durch eine andere Person vertreten ließ, zu Unrecht als anwesend geführt ist, sein Vertreter hingegen nur dann aufgeführt wird, wenn er sich zu Worte meldete. Die Quellen, die für die Erstellung der Anwesenheitslisten jeweils hinzugezogen wurden,

und gegebenenfalls ihre besondere methodische Problematik sind in Fußnoten festgehalten.
Grundsätzlich keine Anwesenheitslisten wurden bei Sitzungen mit (Groß-) Versammlungscharakter aufgestellt. Dies gilt für die Gründungsversammlung der CSU in München am 11. Oktober 1945 und generell für alle Landesversammlungen. Die Feststellung der Anwesenden hätte hier nur dann einen Wert, wenn es möglich gewesen wäre, die aufgeführten Personen bei vertretbarem Aufwand biographisch zu annotieren. Die biographischen Recherchen erwiesen sich jedoch bereits bei dem sehr viel engeren Kreis der Delegierten der Landesausschüsse, die schon eher der politischen (Semi-) Prominenz zugehörig waren, als überaus schwierig und nicht immer erfolgreich. Die etwa 500 Delegierten der Landesversammlungen fluktuierten von Versammlung zu Versammlung stark, die meisten von ihnen traten als Diskussionsredner nie in Erscheinung und dürften auch lokalpolitisch von eher geringer und meist kurzzeitiger Bedeutung gewesen sein. Sofern sich diese Delegierten zu Worte meldeten, wurden sie - wie alle in den Protokollen erwähnten Personen - im Personenregister erfaßt und - soweit möglich - im biographischen Annex annotiert.
Die Dokumentenköpfe enden mit der Angabe der Fundorte der einzelnen Protokolle. Sofern sie zu ermitteln waren, sind hier ferner die Protokollanten oder verantwortlichen Schriftführer aufgeführt. Obwohl die Parteisatzungen (§ 68 der Mai- bzw. § 71 der Oktobersatzung) vorschrieben, daß die Niederschriften der Sitzungen und Versammlungen der CSU jeweils durch die Unterschriften des Vorsitzenden und mindestens dreier weiterer Teilnehmer zu autorisieren waren,[315] wurde diese Bestimmung in der Praxis nicht eingehalten. Müller selbst unterschrieb keine der Mitschriften und auch die Protokollanten unterzeichneten nicht durchgängig. Unterschriften, entsprechende Vermerke über die Protokollführer in den Mitschriften selbst oder in den Anwesenheitslisten finden sich zwar in den meisten frühen Protokollen (Dokumente Nr. 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13, 15, 16, 19, 20), die stenographischen Mitschriften wurden jedoch von vereidigten Landtagsstenographen angefertigt,[316] die namentlich nicht benannt wurden und die Mitschriften auch nicht unterschrieben. In drei Fällen (Dokumente Nr. 12, 28, 31) gehen aber die Schriftführer aus den Protokolltexten hervor.
Beginn und Ende der Sitzungen werden überwiegend in den Protokolltexten selbst mitgeteilt. Sofern dies nicht geschah, wurden die in den Einladungen angegebenen Uhrzeiten oder Hinweise aus den Protokollen (z.B. vormittags) in eckigen Klammern vermerkt. Stützen sich die Angaben auf andere Quellen, so ist dies in Fußnoten vermerkt.
Anmerkungen innerhalb der Protokolle selbst finden sich nur in Ausnahmefällen: zur Erläuterung von Lücken bzw. übernommenen Ersatzüberlieferungen, bei Eingriffen in den Text, die über die Korrektur offensichtlicher Tipp- oder Flüchtigkeitsfehler bereits eine gewisse Interpretation bedeuteten, bei groben sachlichen Unstimmigkeiten und bei nicht zweifelsfrei zu klärenden Identitäten von Personen. Sofern Personen mit Funktionen umschrieben wurden, die eine eindeutige Identifizierung zulassen, wurden die Namen im Text in eckigen Klammern (einmal auf jeder Seite) vermerkt. Dies gilt jedoch nicht für die Person des Landesvorsitzenden Müller, dessen Identität als bekannt vorausgesetzt wurde. Eckige Klammern markieren auch kleinere Eingriffe in den Text, die über die routinemäßig erfolgten Korrekturen hinausgingen, etwa bei

[315] Dok. Nr. XVI, S. 1782, und Dok. Nr. XVII, S. 1803.
[316] So Müller vor der Landesversammlung am 24. und 25. Januar 1948, Dok. Nr. 31, S. 1422.

grammatikalischen Unstimmigkeiten, ohne daß dies gesondert angemerkt wird. Die grundsätzlich äußerst sparsam vorgenommenen Eingriffe erstreckten sich hingegen nicht auf gelegentlich recht eigenwillige sprachliche Besonderheiten einzelner Redner oder Bajuwarismen. Textstellen, die z.B. wegen grob unsinniger Formulierungen Anlaß zu Zweifeln über die Korrektheit der Abschrift bieten könnten, sind mit den üblichen Mitteln ("[sic!]") als authentisch gekennzeichnet. Fragezeichen oder ähnliche Markierungen ("..."), die von den Protokollanten zur Kennzeichnung von möglichen Hörfehlern etc. eingefügt wurden, wurden in den Texten grundsätzlich ohne Vermerk belassen. Handschriftliche Korrekturen der maschinenschriftlichen Protokolle wurden übernommen; sie erfolgten lediglich zur Berichtigung offensichtlicher Schreib-, Wort- und/oder Hörfehler; Randbemerkungen, handschriftliche Ergänzungen längerer Passagen oder sinnverändernde Korrekturen finden sich in den Vorlagen nicht.
Die stillschweigenden Routinekorrekturen umfaßten die üblichen Eingriffe: Schreibweisen, Monats- und Jahresangaben sowie Uhrzeiten wurden vereinheitlicht und modernisiert, die Zeichensetzung der Vorlagen sowie offensichtliche Schreib- oder Tippfehler wurden korrigiert. Abkürzungen wurden vereinheitlicht und außerdem auf ein Minimum reduziert. Nicht aufgelöst wurden Abkürzungen, die im damaligen mündlichen Sprachgebrauch als Kürzel gängig waren, wie CSU oder CIC. Diese werden im Abkürzungsverzeichnis aufgeschlüsselt. Hervorhebungen im Text wurden nur beibehalten und durch Kursivsatz kenntlich gemacht, wenn es sich nicht um rein dem Ästhetikempfinden dienende Sperrungen, Unterstreichungen oder ähnliches handelt.
Grundsätzlich und stillschweigend wurden die sehr häufig falschen Schreibweisen der Eigennamen korrigiert, Anmerkungen erfolgten nur dort, wo Zweifel über die Identität bestanden. Fehlende Namensbestandteile wurden ergänzt, sofern die Namen den Beginn der Diskussionsbeiträge markieren, benutzte Kurz- oder Spitznamen ("Ochsensepp") in den Wortbeiträgen selbst wurden hingegen belassen. Belassen wurden auch fälschlich verliehene Titel, sagt dies doch einiges über das Ansehen und Auftreten der damit geschmückten Personen aus. Eigennamen sind grundsätzlich kursiv gesetzt.
Einleitung, Protokolle und Materialien sind durch ein Personenregister erschlossen, die Protokolle sind zusätzlich in einem integrierten Sach- und Ortsregister erfaßt. Die für die Erstellung der Register maßgeblichen Grundsätze sowie Hinweise zu ihrer Benutzung finden sich zu Beginn der Register im dritten Band der Dokumentation.
Zum Schluß bleibt die angenehme Aufgabe, mich bei allen zu bedanken, die zur Realisierung dieser Dokumentation beigetragen haben oder an ihrer Fertigstellung mitwirkten. Mein herzlicher Dank gilt allen im Vorwort genannten Institutionen und Mitwirkenden, die auf vielfältige Weise zu ihrem Gelingen beitrugen, insbesondere aber Thomas Schlemmer, der den umfangreichen biographischen Annex erstellt und mich auch bei anderen Arbeiten unterstützt hat, und Katharina Knippschild, die mit beträchtlichem Durchhaltevermögen das Sachregister angefertigt hat.

Köln, im Januar 1993 *Barbara Fait*

Verzeichnis und Nachweis der Protokolle und Materialien

Protokolle

Nr. 1: Erste Besprechung des Ausschusses zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union am 17. September 1945 in München [*Niederschrift über die erste Besprechung des Ausschusses zur Vorbereitung der Gründung einer "christlich-sozialen Union" am 17. September 1945, von 17-20 Uhr. ACSP, NL Müller 8*] 3

Nr. 2: Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union am 21. September 1945 in München [*Niederschrift. Sitzung (christlich-soziale Union) vom 21.9.1945 von 17 - 20.30 Uhr. ACSP, NL Müller 8*] 5

Nr. 3: Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Union München am 11. Oktober 1945 in München [*Protokoll zur Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Union am 11. Oktober 1945 im Sitzungssaal des Rathauses, München, 15 Uhr. IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1*] 7

Nr. 4: Besprechung über Organisations- und Pressefragen (Christlich-Soziale Union) am 25. Oktober 1945 in München [*Niederschrift über die Besprechung am 25. Oktober 1945 in der Kanzlei Dr. Müller, München, Gedonstraße 4, über Organisations- und Pressefragen (Christlich-soziale Union). ACSP, NL Müller 8*] 13

Nr. 5: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1945 in München [*Protokoll der Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses am 17. Dezember 1945 in der Kanzlei Rechtsanwalt Schefbeck. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 17

Nr. 6: Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 im Rathaussaal Zimmer 208 in München. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 21

Nr. 7: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23. Januar 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23.1.46, 13,30 Uhr in der Kanzlei Dr. Josef Müller, München, Gedonstr. 4/I. ACSP, NL Müller 10/1*] 27

Nr. 8: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Februar 1946 in München [*Landesausschuß-Sitzung der Christlich-Sozialen Union vom 8. Februar 1946. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 29

Nr. 9: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 25. Februar 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses am 25. Februar 1946 in der Kanzlei des Herrn Rechtsanwalts*

Dr. Müller, München, Gedonstr. 4. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel] 31

Nr. 10: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 14. März 1946 in München [*Niederschrift der Sitzung des vorläufigen Landesausschusses vom Donnerstag, den 14. März 1946 in der Kanzlei des Herrn Rechtsanwalts Dr. Müller. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 35

Nr. 11: Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 29. März 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns vom 29. März 1946. ACSP, CSU-Landesausschüsse*] 43

Nr. 12: Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. März 1946 in Bamberg [*Niederschrift über die Tagung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946. ACSP, NL Müller 10/1*] 47

Nr. 13: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. April 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses am Dienstag, den 16. April 1946. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 185

Nr. 14: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. April 1946 in München [*Niederschrift über die 2. Sitzung des Landesarbeitsausschusses am Mittwoch, den 24. April 1946. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 189

Nr. 15: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 1. Mai 1946 in München [*Niederschrift über die Arbeitsausschuß-Sitzung am 1. Mai 1946 in München. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 193

Nr. 16: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 9. Mai 1946 in München [*Niederschrift über die Landesausschuß-Sitzung am 9. Mai 1946 im Münchner Rathaussaal. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 211

Nr. 17: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. Mai 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. Mai 1946 im Landessekretariat in München, Paul Heyse Straße. ACSP-CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 221

Nr. 18: Tagung der ersten ordentlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 17. Mai 1946 in München [*Niederschrift über die Tagung der ersten ordentlichen satzungsgemäß einberufenen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 17. Mai 1946 in München. ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, auf den S. 308-318 ergänzt durch: "Unser Weg (Rückblick und Ausblick), Rede von Dr. Josef Müller auf der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in München am 17. Mai 1946", Union-Dienst Nr. 7, Sonderbeilage Nr. 2*] 255

Nr. 19: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 13. Juni 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses am 13. Juni 1946 im Landessekretariat München. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 371

Nr. 20: Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 5. Juli 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Landesarbeitsausschusses am Freitag, den 5. Juli 1946. ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 407

Nr. 21: Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Juli 1946 in München [*Protokoll der Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Juli 1946 im Rathaus in München. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 423

Nr. 22: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. September 1946 in München [*Niederschrift der Landesauschußsitzung der Christlich-Sozialen Union am 6. September 1946 im Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 515

Nr. 23: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 599

Nr. 24: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1946 in München [*Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1946 in München. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 671

Nr. 25: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Dezember 1946 in München [*Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Dezember 1946 im Wirtschaftsministerium. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 771

Nr. 26: Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 14. und 15. Dezember 1946 in Eichstätt [*Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Eichstätt am 14. und 15. Dezember 1946. ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 835

Nr. 27: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. Januar 1947 in Augsburg [*Sitzung des Landesausschusses der Christlich Sozialen Union in Bayern am 3. Januar 1947 in Augsburg, Pfälzer Hof. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 961

Nr. 28: Außerordentliche Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. August 1947 in Eichstätt [*Außerordentliche Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern in Eichstätt am 30./31. August 1947. ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel, auf den Seiten 1085-1093 ergänzt durch: "Rede von Staatsminister Dr. Joseph Baumgartner am 30. August 1947, anläßlich der Landesversammlung der CSU in Eichstätt", IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 118*] 1061

Nr. 29: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 3. und 4. Januar 1948 in Erlangen [*Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 3./4. Januar 1948 in Erlangen. ACSP, CSU-Landesausschüsse*] 1229

Nr. 30: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. Januar 1948 in Marktredwitz [*Landesausschußsitzung der Christlich Sozialen Union in Bayern am 24. Januar 1948 in Marktredwitz. ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1379

Nr. 31: Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 24. und 25. Januar 1948 in Marktredwitz [*Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 24./25. Januar 1948 in Marktredwitz. ACSP, CSU-Landesversammlungen*] 1395

Nr. 32: Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 28. und 29. Februar 1948 in Regensburg [*Landesausschußsitzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 28./29. Februar 1948 in Regensburg. ACSP, CSU-Landesausschüsse*] 1533

Materialien

Programmatik

Nr. I: Rundschreiben Karl Scharnagls, 10. August 1945 [*ACSP, NL Müller 1*] ... 1703

Nr. II: Programmatische Überlegungen Eugen Rindts, 31. August 1945 [*BayHStA, NL Pfeiffer 41*] 1705

Nr. III: Aufruf der Bayerischen Christlich-Sozialen Union München, September/Oktober 1945 [*BayHStA, NL Pfeiffer 41*] 1708

Nr. IV: Die zehn Punkte der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945 [*ACSP, NL Arnold 4*] 1713

Nr. V: Aufruf der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945 [*ACSP, NL Arnold 4*] 1715

Nr. VI: Programmentwurf Eugen Rindts zur Vorlage vor dem Landesausschuß der CSU am 4. Oktober 1946 [*ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 4. Oktober 1946*] 1717

Nr. VII: Grundsatzprogramm der Christlichen-Sozialen Union in Bayern, 31. Oktober 1946 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1723

Nr. VIII: Programmentwurf August Haußleiters zur Vorlage vor dem Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946 [*ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 4. Oktober 1946*] 1729

Nr. IX: Die dreißig Punkte der Union, 31. Oktober 1946 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1734

Nr. X: Wirtschafts- und Sozialprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, 31. August 1947 [*ACSP, CSU-Landesversammlungen, Anlage zum Protokoll der Landesversammlung am 30. und 31. August 1947*] 1742

Organisation und Satzung

Nr. XI: Rundschreiben des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union München, 25. November 1945 [*ACSP, NL Arnold 4*] 1751

Nr. XII: Rundschreiben des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union, 31. Dezember 1945 [*ACSP, NL Arnold 4*] 1753

Nr. XIII: Vorläufige Satzung der Christlich-Sozialen Union, 8. Januar 1946 [*ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946*] 1755

Nr. XIV: Genehmigungsschreiben der Militärregierung zur Bildung der Christlich-Sozialen Union in Bayern auf Landesebene, 8. Januar 1946 [*ACSP, CSU-Landesausschüsse, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 8. Januar 1946*] 1757

Nr. XV: Satzungsänderung, 29. März 1946 [*ACSP, NL Müller 10/1, Anlage zum Protokoll der Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946*] 1761

Nr. XVI: Satzungsentwurf mit den von der ersten ordentlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 17. Mai 1946 beschlossenen Änderungen [*ACSP, CSU-Landesversammlungen*] 1763

Nr. XVII: Satzung der Christlich-Sozialen Union vom 4. Oktober 1946, mit den Abänderungsbeschlüssen vom 28. und 29. Februar 1948 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; die vermerkten Änderungen laut Protokoll der Sitzung des Landesausschusses am 28. und 29. Februar 1948; ACSP, CSU-Landesausschüsse*] 1783

Nr. XVIII: Genehmigung der Satzung der Christlich-Sozialen Union durch die Militärregierung, 29. Oktober 1946 [*ACSP, NL Müller* 2] 1804

Nr. XIX: Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union, 6. Dezember 1946 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1805

Nr. XX: Finanzstatut der Christlich-Sozialen Union in Bayern, mit rückwirkender Geltung ab 1. Januar 1947 beschlossen am 3. Januar 1948 [*IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel*] 1811

Nr. XXI: Vorschläge des Bezirksverbandes Oberbayern zur Satzungsänderung, 23. Dezember 1947 [*BayHStA, NL Pfeiffer 533*] 1816

Nr. XXII: Satzungsänderungsentwurf des Satzungsausschusses der Christlich-Sozialen Union, Februar 1948 [*BayHStA, NL Pfeiffer 41*] 1825

Abkürzungsverzeichnis

ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik (der Hanns-Seidel-Stiftung)
AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
Antifa	Antifaschismus, antifaschistisch
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
BA	Bundesarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBB	Bayerischer Bauernbund
BBMB	Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund
BBV	Bayerischer Bauernverband
BDM	Bund Deutscher Mädel
BGB	Bayerischer Gewerkschaftsbund
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BHKB	Bayerischer Heimat- und Königsbund
BHKP	Bayerische Heimat- und Königspartei
BP	Bayernpartei
BRK	Bayerisches Rotes Kreuz
BVP	Bayerische Volkspartei
CAD (Civ.Adm.Div.)	Civil Administration Division
CDU	Christlich-Demokratische Union
CGC	Classified General Correspondence
CIC	Counter Intelligence Corps
Col.	Colonel
CSA	Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft
CSU	Christlich-Soziale Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
CVD	Christlicher Volksdienst
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DANA/DENA	Deutsche (Allgemeine) Nachrichten-Agentur
DBV	Deutscher Bauernverband
DCSVP	Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei
DDP/StP	Deutsche Demokratische Partei/Staatspartei
DG	Deutsche Gemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Dir.	Direktor
DNVP	Deutsch-Nationale Volkspartei
DP	Displaced Persons
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DVP	Deutsche Volkspartei
EAK	Evangelischer Arbeitskreis
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ERP	European Recovery Program
ev.	evangelisch

FDP	Freie Demokratische Partei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
Gestapo	Geheime Staatspolizei
HJ	Hitlerjugend
ICD	Information Control Division
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
JEIA	Joint Export-Import Agency
JU	Junge Union
KAB	Katholische Arbeiterbewegung
kath.	katholisch
KdF	Kraft durch Freude
KL	Konzentrationslager
KOMINTERN	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KZ	Konzentrationslager
LDP	Liberaldemokratische Partei
LKrO	Landkreisordnung
Lt.	Lieutenant
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdB	Mitglied des Bundestags
MdBü	Mitglied der Bürgerschaft
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtags
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rats
MdR	Mitglied des Reichstags
MdS	Mitglied des Senats
MdVLV	Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung
MdVNV	Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung
MdWR	Mitglied des Wirtschaftsrats
Mfr.	Mittelfranken
MNN	Münchner Neueste Nachrichten
MP	Military Police
MR	Militärregierung
NA	National Archives
NATO	North Atlantic Treaty Organization
Ndb.	Niederbayern
NL	Nachlaß
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrer-Korps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
Obb.	Oberbayern
Ofr.	Oberfranken
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht

OMGB(Y)	Office of Military Government for Bavaria
OMGUS	Office of Military Government, United States
Opf.	Oberpfalz
OSS	Office of Strategic Services
ÖVP	Österreichische Volkspartei
Pg.	Parteigenosse
POLAD	Political Advisor
RG	Record Group
RM	Reichsmark
RMG	Regional Military Governement
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Schw.	Schwaben
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA(D)	Sowjetische Militäradministration (in Deutschland)
SPD (SOPADE)	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SS	Schutzstaffel
SZ	Süddeutsche Zeitung
Ufr.	Unterfranken
UN(O)	United Nations (Organization)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
US(A)	United States (of America)
USFET	United States Forces, European Theater
VDA	Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
WD	War Department

Protokolle

Nr. 1

Erste Besprechung des Ausschusses zur Vorbereitung der Gründung einer Christlich-Sozialen Union am 17. September 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Reiseeindrücke aus Franken
2. Mitarbeit von Herrn Fackler im Vorbereitenden Ausschuß
3. Programmgestaltung
4. Aufrufe: Bayerische Christlich-Soziale Union; Bayerische Union
5. Arbeitsplanungen

Anwesend:[2] Donhauser, von Eicken, Fackler (zeitweise), Helmerich (zeitweise), Käss, Krehle, J. Müller, Schnurr, Semler; abwesend: Baumeister, von Kienitz, Schlögl (wegen einer Reise nach Franken)

ACSP, NL Müller 8

[Beginn: 17 Uhr]

1. [...][3]
2. Es berichten *von Eicken*, Dr. *Müller*, Dr. *Semler* über Reiseeindrücke in Franken.
3. Zunächst wird die Frage besprochen, ob die Mitarbeit des Herrn *Fackler* im Ausschuß solange zulässig ist, als der von Herrn *Fackler* eingereichte Antrag auf Genehmigung einer politischen Partei mit abweichendem Namen nicht zurückgezogen ist. Es wird mehrfach die Ansicht vertreten, daß ein derartiges Verhalten nicht korrekt sein würde. Herr *Fackler* steht auf dem Standpunkt, daß ihm jetzt Gelegenheit gegeben werden müsse, die Programmgestaltung der Union kennenzulernen, ehe er seinen alten Antrag, den er *vor* seiner Wahl in den Ausschuß eingereicht habe, zurückziehen könne. Es wird Einigung auf folgender Grundlage erzielt:
   Herr *Fackler* wartet das Ergebnis der heutigen Besprechung ab. Steht er in Übereinstimmung mit der sich ergebenden Programmgestaltung, zieht er seinen Antrag zurück, wenn nicht, scheidet er aus dem Ausschuß aus.
   Zu Ende der Besprechung gibt Herr *Donhauser* als Vertreter des inzwischen zur Teilnahme an einer anderen Besprechung weggegangenen Herrn *Fackler* die Erklärung ab, daß die Programmgestaltung die Zustimmung des Herrn *Fackler* finde.
4. Anschließend wird zur Feststellung, inwieweit grundsätzliche Übereinstimmung aller Anwesenden besteht, der vorliegende Aufruf "Bayerische Christlich-Soziale Union" durchgesprochen und anschließend noch mit dem Aufruf "Bayerische Union" abgestimmt. Es ergibt sich Übereinstimmung aller Anwesenden mit einer Fassung, die gesondert niedergelegt ist und am folgenden Tag in Reinschrift ausgearbeitet werden soll.[4]

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
2 Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.
3 Punkt 1 stellt die Anwesenden (s.o.) fest.
4 Die Endfassung des Aufrufes findet sich im Anhang, Dok. Nr. III, S. 1708ff.

5. Für die weitere Arbeit des Ausschusses wird vorgesehen:
   Aussprache Dr. *Müller* - Major *Vacca* am folgenden Vormittag zur Klärung grundsätzlicher Vorfragen.
   Anschließend Vereinbarung einer weiteren Aussprache durch Telefon oder Boten.
   Fühlungnahme mit demokratischen Gruppen (Dr. *Müller*, MNN; *Fuchs*).
   Herr *von Eicken* erwähnt, daß er im allgemeinen nur am Montag und Freitag Zeit habe. Er bittet, nach Möglichkeit diese Tage zu berücksichtigen, in anderen Fällen Herrn Pfarrer *Bezzel*, Kunigundenstr. 62, zuzuziehen.

[Schluß: 20 Uhr]

Nr. 2

Sitzung des Vorbereitenden Ausschusses der Christlich-Sozialen Union am 21. September 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Vorbereitung der Gründungsversammlung
2. Probeabstimmung über die Person des künftigen Parteivorsitzenden für München
3. Gründungsaufruf

Anwesend:[2] Baumeister, Baumgartner, von Eicken, Helmerich, Horlacher, J. Müller, Schnurr, Schwarzer; ferner (ohne Teilnahme an der Abstimmung): Ph. Held (zeitweise), Käss, Lochner, Semler (zeitweise)

ACSP, NL Müller 8

[Beginn: 17 Uhr]

1. [...][3]
2. Die Einladung zur Gründungsversammlung soll von folgenden Herren unterzeichnet werden, und zwar in alphabetischer Reihenfolge:
   Dr. *Muhler*, Dekan *Langenfaß*, Dr. *Schäffer*, Dr. *Scharnagl*, Direktor *Eichhorn*, Dr. *Müller*, *Krehle*, Dr. *Baumgartner*, Dr. *Schnurr*, *Baumeister*, *Fackler*, *von Eicken*;
   ferner von drei Herren, die Dr. *Müller* noch im Benehmen mit Dr. *Scharnagl* zu bestimmen ermächtigt wird.
3. Zur Gründungsversammlung soll jeder der die Einladung Unterzeichnenden sechs Versammlungsteilnehmer bestimmen.
4. Die probeweise Abstimmung über die Meinung der Anwesenden über die Person des künftigen Parteivorsitzenden für München ergab fünf Stimmen für Dr. *Müller*, eine Stimme dagegen (*Baumeister*), zwei Stimmenthaltungen (*Schwarzer*, Dr. *Müller*).
   Es besteht Einstimmigkeit darüber, daß dieser Beschluß nur die Meinung des Ausschusses feststellen und der Abstimmung in der Gründungsversammlung nicht vorgreifen soll.
5. Es wird einstimmig vorgesehen, daß die Herren *Schwarzer*, Dr. *Horlacher*, Dr. *Schnurr* gebeten werden sollen, gemeinsam morgen zunächst bei Dr. *Scharnagl* vorzusprechen, um ihn über das Ergebnis zu unterrichten. Sie sollen anschließend, möglichst unter Teilnahme von Dr. *Scharnagl*, den Ministerpräsidenten Dr. *Schäffer* aufsuchen, um ihn ebenfalls zu unterrichten und ihn zu bitten, sich den in der Ausschußsitzung zum Ausdruck gekommenen Gesichtspunkten nicht zu verschließen.
6. Es besteht Einstimmigkeit darüber, daß Dr. *Scharnagl* gebeten werden soll, in der Gründungsversammlung den Vorsitz zu übernehmen.
7. Die wesentlichen Punkte des gemeinsamen Aufrufs sind bereits in der vorausgehenden Sitzung mit Einstimmigkeit festgelegt. Den damals nicht anwesenden Her-

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
2 Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.
3 Punkt 1 stellt die Anwesenden (s.o.) fest.

ren Dr. *Horlacher*, Dr. *Baumgartner*, *Baumeister*, wird die so entstandene Fassung des Aufrufes[4] in Abschrift übergeben mit der Bitte, eventuelle Änderungswünsche baldigst bekanntzugeben.

[Schluß: 20.30 Uhr]

[4] Die Endfassung des Aufrufes findet sich im Anhang, Dok. Nr. III, S. 1708ff.

Nr. 3

Gründungsversammlung der Christlich-Sozialen Union München am 11. Oktober 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Einführungs- und Begrüßungsansprache von Karl Scharnagl
2. Wahl eines Vorbereitenden Ausschusses (Vorstandes) für München

Tagungsort: München, Sitzungssaal des Rathauses

IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1

Beginn: 15.00 Uhr

Einführungsrede von Herrn Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* wurde am Anfang nicht niedergeschrieben.
Ich habe mir erlaubt, eine Anzahl von Parteien anzuschreiben aus allen Kreisen und Schichten unserer Bevölkerung. Und ich kann mit Befriedigung feststellen, daß die Antwort allgemein zufriedenstellend ausgefallen ist. Aufgrund dieser Feststellungen haben dann im Laufe der nächsten Wochen mehrere weitere Besprechungen stattgefunden und es hat sich die Möglichkeit ergeben, diese ersten Gedanken weiter auszubauen und tatsächlich zu einer allgemeinen Grundlage werden zu lassen. Es ist mir eine große Befriedigung, feststellen zu können, daß insbesondere die Angehörigen der beiden Bekenntnisse der christlichen Religion sich absolut zustimmend zu dieser gemeinsamen Arbeit ausgesprochen haben, und daß die Möglichkeit gegeben ist, somit auch für die politische Arbeit im weitesten Kreise die Angehörigen des katholischen und evangelischen Bekenntnisses zusammenzubringen und zur gemeinsamen Arbeit zu führen. Darüber hinaus sollen, wie ich bereits betont habe und wie ich oftmals betonen möchte, alle diejenigen mit eingeladen werden zur gemeinsamen Arbeit, die sich für den Grundgedanken, daß wir unser Volk in dieser positiven Einstellung vorwärts führen müssen, mit uns zusammenfinden wollen und glauben, zusammenfinden zu können. Ich habe immer klar ausgesprochen, daß die neue Partei auch in der Namensbildung schon eine äußere Bekundung erfahren muß und daß jede Anlehnung an den Namen einer früheren Organisation unter allen Umständen zu unterbleiben hat. Damit soll in keiner Weise eine Beurteilung oder gar eine Verurteilung einer politischen Tätigkeit früherer Zeiten ausgesprochen werden. Sie waren in ihrer Zeit durchaus gerechtfertigt und haben für das Wohl des Volkes das Beste geleistet, was unter den damaligen Verhältnissen möglich war. Aber wir haben heute andere Verhältnisse, wir haben heute andere Aufgaben und Ziele, die eine große Umfassung, einen weiteren Rahmen notwendig machen und deshalb soll abgesehen werden von früheren Namensbildungen und von früheren Programmen und es soll eine neue Grundlage, ein neuer Rahmen gegeben werden. Das schließt meines Erachtens auch in sich, daß

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Eine Anwesenheitsliste liegt nicht vor. Da die Teilnehmer nur sehr punktuell (eindeutig fünf von 92 Anwesenden) ermittelt werden konnten und die Sitzung als Gründungs*versammlung* quasi öffentlich war, wurde wie bei den nachfolgenden Landesversammlungen auf eine Anwesenheitsfeststellung verzichtet.

Personen, die in früherer Zeit auf dem Boden früherer Organisationen erfolgreich gearbeitet haben, heute nicht so sehr in die Erscheinung treten sollen, weil nicht nur zu leicht Anschauungen entstehen könnten, daß die Neuorganisation vielleicht doch nicht so ganz neu und umfassend wäre, wie sie sein muß. Auch damit soll in keiner Weise irgendeine Beurteilung dieser Personen stattfinden. Ich habe ausdrücklich bezüglich meiner Person erklärt, daß ich selbstverständlich lediglich die Anregung sein wollte, in den weiteren Verfolgungen aber bereits im Hintergrund stehen will, und ich hoffe, daß mir nach den heutigen Besprechungen dies absolut und restlos möglich sein wird. Wenn wir uns so gestalten und so an die Arbeit geben, so bin ich überzeugt, daß es möglich sein wird, in unserer Münchner Stadt diejenigen Kreise zu erfassen und zu sammeln, die gleich uns auf dem Boden gemeinsamer Arbeit zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten stehen wollen und die auf anderer Grundlage, wie die Links-Parteien, ihre Tätigkeit zu führen beabsichtigen. Ich habe betont, daß in unserer Münchner Stadt aufgrund der gegebenen Verhältnisse, der Stellung, die die Amerikanische Regierung einnimmt, sich die Notwendigkeit ergibt, daß wir lediglich örtlich arbeiten. Es ist infolgedessen auch heute noch nicht an der Zeit, über irgendwelche Gedanken, Pläne, Notwendigkeiten, die über den Stadtkreis hinausgehen, Erörterungen anzustellen oder gar Festlegungen zu treffen. Das soll und muß unter allen Umständen verhindert werden und muß unterbleiben, einmal, weil die Militärregierung es noch nicht gestattet, dann aber auch, weil tatsächlich die Verhältnisse zu verschieden liegen. Ich glaube, daß auch Sie nach dieser Richtung meine Auffassung teilen, daß die Struktur der Münchner Bevölkerung anders ist wie die des gesamten Landes. Das ergibt sich insbesondere daraus, daß die Notwendigkeit der Erfassung der politisch interessierten Kreise in München anders ausgerichtet sein muß, wie dies draußen auf dem Lande und selbst auch in den Provinzstädten möglich und notwendig ist. Infolgedessen bin ich der Meinung und habe den Gedanken immer vertreten, wir müssen in München nach unseren Verhältnissen jetzt vorgehen. Das bedeutet nicht und darf nicht bedeuten, daß wir dem Lande den Weg verbauen. Gewiß, man wird draußen am Land schauen, wie in München die Arbeit vor sich geht. Aber ich habe die feste Überzeugung, wenn sie in München auf breitester Grundlage, und das ist meines Erachtens das Wichtigste, in absoluter Geschlossenheit und Einigkeit vor sich geht, dann ist der Arbeit für das Land und draußen auf dem Land in keiner Weise der Weg verbaut.

Im allgemeinen haben diese grundsätzlichen Gedanken in den Vorbesprechungen allseitige Zustimmung gefunden und man hat sich sowohl hinsichtlich des Namens wie hinsichtlich der programmatischen Festlegungen in diesem Sinne geeinigt. Hinsichtlich des Namens hat man sich geeinigt auf die Bezeichnung *Bayerisch-Christlich-soziale Union*.

Das Wort bayerisch ist nicht mehr gestattet im Augenblick, weil die Organisation nur für den Stadtkreis München zugelassen wird. Es darf also eine solche politische Organisation weder bayerisch noch deutsch, noch für Deutschland, noch für Bayern benannt werden. Es genügt durchaus eine allgemein richtungsgebende Namensbezeichnung, und die wird für unsere Münchner Verhältnisse heißen: *Politisch Christlich-soziale Union*.

Das Wort Union klingt für uns etwas fremd, doch es ist trotzdem nach längerer Aussprache belassen worden, da wir damit bekunden, daß wir doch den Anschluß an den übrigen Teil des Reiches nicht verbauen wollen und somit hat man die Bedenken, die gegen das klangfremde Wort Union bestehen, zurückgestellt und es belassen. Nach-

dem diese Titelgebung die Genehmigung eines großen Kreises gefunden hatte, war ich ermächtigt von diesen Kreisen, die sogenannte Voranmeldung des Wortes bei der Militärregierung zu machen. Ich habe sie noch mit dem Wort bayerisch gemacht. Aber dies ist nicht zulässig. Die vorläufige Anmeldung mußte dahin gehen, daß beabsichtigt ist, eine politische Union mit dem Namen "Bayerisch-Christlich-soziale Union" zu bilden. Das war die erste Voranmeldung. Hinsichtlich der Grundsätze ist also betont worden, daß man auf dem Boden einer christlichen Weltanschauung, einer christlichen Gesellschaftsordnung den Wiederaufbau unseres Volkes erstreben will. Es ist dann weiter betont worden, daß man in sozialer Hinsicht den Bedürfnissen aller Bevölkerungskreise Rechnung tragen will. Dann ist ausschließlich betont worden, daß wir bayerisch sein wollen, was aber auch augenblicklich im Wort nicht zum Ausdruck kommen darf, und zwar nicht in dem Sinne irgendeiner Absonderungsbestrebung, sondern im Sinne des Bewußtseins der Zugehörigkeit zum Reich als einer Gliederung desselben, die unseren bayerischen Notwendigkeiten durchaus Rechnung tragen würde. Das waren im großen und ganzen die grundsätzlichen Gedanken, die in der Programmgestaltung zum Ausdruck kommen sollten. Am letzten Montag ist nun den verschiedenen Personen, die die vorläufigen Meldungen eingereicht haben, vom zuständigen politischen Offizier die Eröffnung gemacht worden, wie weiter zu verfahren ist. Es lagen zehn bis zwölf Anmeldungen vor, eine Erscheinung, die den politischen Offizier veranlaßte, einen ernsten Appell an die Vertrauensmänner der verschiedenen Gruppen zu richten. Ob sie Wirkung hat, diese Mahnung, wird die nächste Zeit zeigen. Erfreulich ist, daß eine weitere Meldung bereits bei dieser Zusammenkunft zurückgezogen wurde zugunsten der Union.

Für die endgültige Anmeldung nun ist notwendig die Anmeldung von 25 Personen, für welche der große Fragebogen in vierfacher Ausfertigung in deutscher und englischer Sprache vorgelegt werden muß. Es ist selbstverständlich, daß unter den Anmeldungen, wie später auch unter den Mitgliedern und Funktionären einer neuen Partei kein Mitglied der NSDAP sein darf. Weiter muß vorgelegt werden das Programm und eine Satzung in vierfacher Ausfertigung, wobei meines Erachtens nur eine Rahmensatzung vorläufig vorgelegt werden braucht, die möglichst klein gehalten werden kann, also nur das Wesentlichste enthält. Alles andere kann dann, wenn die Partei ins Leben gerufen ist und wirksam ist, durch Satzungsänderungen nachgeholt bzw. ergänzt oder abgeändert werden. Wesentlich ist auch, daß schon über die Finanzierung Mitteilung gemacht werden muß, und daß dann, wenn die Partei genehmigt ist, alle 14 Tage ein Bericht eingereicht werden muß über Neuzugänge an Mitgliedern. Es muß also alles der Militärregierung in größter Offenheit vorgelegt werden.

Die Notwendigkeit, in dieser Weise vorzugehen, bringt es künftig mit sich, daß auch eine Feststellung für die Tätigkeit und der von uns gewünschten Parteiorganisation getroffen wird in einem Ausmaß, das über die bisherigen Besprechungen hinausgeht, und diese Feststellung zu treffen ist der Grund unserer heutigen Zusammenkunft. Ich betone ausdrücklich, eine politische Versammlung wird nicht genehmigt, solange die Partei nicht genehmigt ist. Sie ist also auch heute nicht genehmigt. Wir wollen also heute nur die organisatorischen Fragen besprechen und festlegen. Außerdem müssen wir uns klar werden über die Satzungen und eine entsprechende Gestaltung der Vorstandschaft. Dem Ausschuß, der mit sechs Personen vor etwa 14 Tagen bestellt wurde, bitte ich, Herrn *von Miller* beizugeben, so daß wir einen Ausschuß von sieben Personen hätten, der diese Beratungen vorzunehmen hat. Das sind die Vorschläge, die ich Ihnen unterbreiten möchte, und ich bitte Sie herzlich wie dringend, in diesem Sinne

tätig sein zu wollen, in diesem Sinne Ihre Zustimmung geben zu wollen, und damit zu bekunden, daß Sie alle, welchen Schichten Sie auch angehören, welchen Anschauungen Sie auch in früherer Zeit gehuldigt haben, heute noch dahin übereinstimmen, daß wir alle zusammenstehen wollen, um auf einer großen, breiten, gemeinsamen Grundlage zu arbeiten für das Wohle unserer Stadt und für das Wohle unserer Bürgerschaft. Ich bitte Sie also, in diesem Sinne Stellung zu nehmen zu meinen Vorschlägen,

1. zum Namen der Partei als "Christlich-soziale Union"
2. diesen Ausschuß von sechs Personen zu ergänzen durch Herrn *Walther von Miller*, Stadtrat und Rechtsanwalt, ihm die Vollmacht zu übertragen, die endgültige programmatische Satzung der Partei auszuarbeiten und
3. die Ermächtigung zu geben, daß dieser Ausschuß diese weitere Anmeldung tätigt, das heißt die 25 Personen festsetzt, ihre Fragebogen einsammelt und vorlegt bei der Militärregierung, damit die endgültige Genehmigung der Partei erfolgen kann.

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Herren! Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters grundsätzlich einverstanden. Doch möchte ich an Sie die Bitte richten, diese Versammlung auf eine Viertelstunde zu unterbrechen, damit eine gegenseitige Verständigung stattfinden kann. Denn ich möchte bemerken, daß es bezüglich des Vorschlags der sechs bzw. sieben Ausschußmitglieder Schwierigkeiten geben wird, und es könnte dadurch die Einmütigkeit gestört werden. Ich bitte Sie unbedingt, nach den Informationen, die uns bekannt geworden sind, eine viertelstündige Unterbrechung eintreten zu lassen.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich begrüße diesen Vorschlag, denn wir wollen alles tun, um Einigkeit und Geschlossenheit herbeizuführen.
Dr. *Schäffer*: Wäre es nicht gut, einen Vorsitzenden für den Ausschuß zu bestimmen, wobei ich vorschlagen würde Herrn Direktor *Eichhorn*.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß Dr. *Eichhorn* den Vorsitz des Ausschusses führen soll.

Eine viertelstündige Unterbrechung.

Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich habe erwähnt, daß bei den Vorbesprechungen grundsätzliche Einigung erzielt worden ist. Es haben sich jedoch jetzt noch Differenzen ergeben bei zwei Herren, die dem Ausschuß angehören. Um diese Einigkeit fehlerfrei zu gestalten und die Differenz, die zwischen *Müller* und *Schäffer* besteht, zu klären, schlage ich vor, daß ein kleiner Ausschuß gebildet wird, damit die vollständige restlose Übereinstimmung gefunden wird. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn dieser Standpunkt eintreten würde. Denn wir wollen in keiner Weise mit irgendeiner Belastung an die Öffentlichkeit treten noch intern das Arbeiten beginnen. Da nun diese beiden Herren ausfallen würden, wird vorgeschlagen, eine Vorstandschaft zu bestellen, die dann in der Lage wäre, die von mir angegebenen notwendigen Vorarbeiten der endgültigen Formulierung des Programms unter Festlegung der Satzung durchzuführen. Es wird daher folgender Vorschlag gemacht:

1. Die Wahl von zwei Vorsitzenden für München und zwar
   a) Dr. *von Miller*
   b) Dr. *Eichhorn*

2. Zwei stellvertretende Vorstände
   a) Verlagsdirektor *Schwingenstein* und
   b) Herrn *Krehle*
3. Als Beisitzer des Vorstands Herrn Dr. *Grasmann*, Herrn *Steber*, Herrn *Schmid*, *Karl*, Herrn *Scharnagl*, Herrn *von Eicken*, Herrn *Eberling*, Herrn *Niklas*.

Es wäre das die Grundlage, auf der man arbeiten könnte. Was jetzt vorgeschlagen ist, hat eine ausschließliche Geltung für den Stadtkreis München und wird in keiner Weise einer weitergehenden Regelung für Bayern, die erst in später Zeit erfolgen kann, vorgreifen. Ich möchte Ihnen empfehlen, diesem Vorschlag Ihre Zustimmung zu geben, damit wir heute zu einem Ergebnis kommen können, das die Möglichkeit einer erfolgreichen Arbeit in der Partei bietet.
Dr. *Schäffer*: Ich bitte zunächst, den alten Vorschlag, den Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* gemacht hat, anzunehmen und womöglich ohne Debatte. Ich habe mich bei einer Gelegenheit gezwungen gesehen, über gewisse politische Vorgänge mich zu äussern, die mit Dr. *Müller* zusammenhängen. Ich bemerke, daß meine Bemühungen dahin gehen, eine Union wirklich entstehen zu lassen. Wenn man heute den Vorschlag gemacht hat, mich aus dem Ausschuß auszuschließen, so hat das eine große politische Bedeutung, über die ich nicht zu reden brauche.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich bedauere die soeben gemachten Ausführungen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn durch eine genaue Prüfung eine Bereinigung bestehender Mißfälligkeiten erfolgen würde. Ich würde wünschen, daß wir abstimmen, ob Debatte erwünscht ist oder nicht.
Ostermeier: Ich möchte sagen, daß es mich befremdet, daß ein so wichtiger Vorschlag gemacht wird ohne vorherige Bekanntgabe. Das wäre meines Erachtens wichtiger als der Vorschlag von Dr. *Horlacher*.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Nochmalige Verlesung des gemachten Antrags zur Aufstellung einer Vorstandschaft.
Ostermeier: Ich bitte um Abstimmung, ob die Vorstandschaft gewählt werden soll oder der alte Ausschuß bleiben soll.
Dr. *Schäffer*: Wir sind heute ein Gremium, das lediglich in einem vorbereitenden Stadium ist. Dieses Gremium hat noch keine Satzung. Ich kann also heute weder aufgrund von Satzungen noch aufgrund von Legitimationen einen Vorstand wählen. Wir haben den Vorschlag gemacht, noch ein Ersatzmitglied zu nehmen in der Person des *von Miller*. Das genügt für die nächsten Wochen. Alles andere ist eine politische Aktion.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich möchte dieser Auffassung entgegentreten, deswegen, weil die Autorisierung irgendeiner Vereinigung von Freunden solange unmöglich ist, bis eben die ganze Organisation von Grund auf aufgebaut wird. Es ist meines Erachtens nicht zweckmäßig, solange zu warten, und es ist fraglich, ob die Möglichkeit besteht, eine Vorstandschaft zu wählen, ohne daß eine Partei genehmigt worden ist. - Ich halte die Bereinigung der Mißhelligkeiten im Interesse der Klärung der Situation für eine bedeutungsvolle und wichtige Aufgabe, so daß ich bitten möchte, dieser Möglichkeit zuzustimmen und ihr den Weg freizugeben. Wenn diese beiden Personen aus dem Ausschuß wegfallen, so ist es zweckmäßig, gleich ein Organ zu bestellen, das die Vorarbeiten durchführt.
Dr. *Hundhammer*: Trotz aller Differenzen, die bestanden haben, haben die beiden Herren *Schäffer* und Dr. *Müller* in dem Ausschuß zunächst zusammengearbeitet und zwar ersprießlich. Ich möchte bitten, die beiden Herren in dem Ausschuß zu belassen.

Es sind starke Bestrebungen im Gange, die auseinanderziehen. Wir haben eine derartig große historische Stunde in unserer Heimat, daß doch jeder das entscheidende Ziel und die Aufgabe sehen muß.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Ich würde es nicht verstehen, wenn bei derartigen Fragen von untergeordneter Stellung solche Unstimmigkeiten und Uneinigkeiten bestünden.
Ich schlage Abstimmung vor, ob dem ersten Antrag zugestimmt wird, also dem Ausschuß von sechs bzw. sieben Personen.
42:50 - mit Mehrheit abgelehnt.
Nunmehr Abstimmung zu dem Antrag zur Bestellung einer Vorstandschaft, wie sie vorher genannt wurde.
63:27 - mit Mehrheit zugestimmt.
Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*: Es hat eine Mehrheit entschieden, die nicht unbeträchtlich ist und sich aus den verschiedensten Kreisen unserer Münchner Bevölkerung zusammensetzt. Ich freue mich, daß in verhältnismäßiger Ruhe und Ordnung die Angelegenheit heute erledigt wurde. Ich danke Ihnen dafür, und ich habe die Überzeugung, daß in der gleichen Weise weitergearbeitet wird, damit wir wirklich eine Vereinigung haben aller wohlmeinenden Angehörigen unserer Münchner Bürgerschaft zum Aufbau unserer Stadt und unseres neuen Lebens. Damit sind wir am Ende angelangt und ich darf unsere Zusammenkunft schließen mit nochmaligem Dank.

Ende der Sitzung um ca. 18 Uhr.

Nr. 4

Besprechung über Organisations- und Pressefragen (Christlich-Soziale Union) am 25. Oktober 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Anwesenheitsfeststellung
2. Organisation
   a) Schaffung eines Münchner Sekretariats
   b) Aufstellung einer Kartei von Vertrauensleuten
   c) Versorgung mit Informationsmaterial
   d) Auswahl, Schulung und Vermittlung von Rednern
   e) Ausarbeitung des Programms
3. Presse: Einrichtung eines Presseausschusses
4. Sonstiges

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Horlacher, Horstmann, Käss, Krehle, J. Müller, Nothaft, Oesterle, Schefbeck, Schlögl, Steber, Treppesch, Weixler

ACSP, NL Müller 8; Protokollführer: K/H

[Beginn: nicht ermittelt]

I. [...][3]

II. Organisation:
Übereinstimmung, daß Frage einer vorläufigen Landesorganisation sehr dringlich und Durchgabe einer Sekretariatsanschrift in München sofort notwendig seien. Die Anwesenden nehmen Kenntnis, daß Dr. *von Miller* mit Dr. *Scharnagl* vereinbart hat, daß dieser im Auftrag der Münchner Union vorläufig Landesfragen bearbeitet, während Dr. *von Miller* sich auf örtliche Fragen beschränkt. Sofort zu veranlassen:

a) Schaffung des Münchner *Sekretariats*. Es wird sich um eine vorläufige Lösung handeln, da der Posten des Generalsekretärs endgültig erst durch die Landesversammlung besetzt werden kann. Die für München Ort vorgesehene Lösung (Sekretärin und Herr *Heubl*) wird für das Land als nicht ausreichend betrachtet, weil ein Herr mit größeren Erfahrungen eingesetzt werden soll. Gedacht wird an Herrn *Weixler*, daneben kommt Herr Dr. *Pix*[4] in Frage. Großer Wert wird auf Beratung des später eingesetzten Beauftragten durch Dr. *Oesterle* gelegt.

b) Rasche Aufstellung einer Kartei von *Vertrauensleuten* für das ganze Land. Besprochen wurde, daß Dr. *Schlögl* den von ihm erbetenen Beitrag baldigst zur Verfügung stellt und daß auch alle anderen Anwesenden sich um Ergänzung der vorliegenden lückenhaften Kartei bemühen.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
2 Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll. Einige Herren waren nur zeitweise anwesend.
3 Punkt I stellt die Anwesenden (s.o.) fest.
4 In der Vorlage: "Brix".

c) Baldige Versorgung dieser Vertrauensleute mit *Informationsmaterial* ist die erste Aufgabe des Sekretariats. Dr. *Schlögl* wird zunächst 500 Exemplare der bisherigen Unterlagen bis 26. Oktober zur Verfügung stellen.
d) Die *Auswahl* geeigneter *Redner* soll von allen Anwesenden unterstützt werden. In Betracht kommen sowohl schon voll einsatzfähige Kräfte mit Erfahrung wie Nachwuchskräfte, deren *Schulung* eine weitere Aufgabe sein wird.
e) Das Sekretariat hat die weitere Aufgabe, diese *Redner*, soweit nötig, nach Orten außerhalb Münchens *zu vermitteln*.
f) Endlich ist vordringlich, daß das vorläufig ausgearbeitete ausführliche Programm unter Mitarbeit der maßgebenden Vertreter der einzelnen Fachgebiete ergänzt und verbessert wird, so daß es als Unterlage für die einheitliche Programmausrichtung und die Tätigkeit der Redner geeignet ist.

III. Presse:

Die Möglichkeiten der Pressearbeit sind vorläufig dadurch beschränkt, daß bis auf weiteres die Regelung bis in die Einzelfragen durch die Militärregierung erfolgt. Da alle Ausschußarbeiten nicht im luftleeren Raum geschehen, sondern darauf abgestellt sein sollen, daß praktisch etwas erreicht wird, lassen sich genaue Einzelanweisungen noch nicht geben. Es lassen sich aber folgende Richtlinien bereits aufstellen:

a) Die Besprechungen sollen möglichst in jeder Woche *zur gleichen Zeit am gleichen Ort* stattfinden.
b) Da bei ihnen vorwiegend nur Münchner Teilnehmer anwesend sein können, besonderer Wert aber auch auf Mitarbeit anderer bayerischer Orte gelegt werden muß, sollen Teilnehmer aus ganz Bayern benannt und, soweit jeweils an der Anwesenheit verhindert, schriftlich unterrichtet werden.
c) Als Teilnehmer sind vorgesehen:
Aus München: Dr. *Oesterle*, *Schwingenstein*, *Steber*, Dr. *Lang*, *Horstmann*, *Eugen Maier*, *Alois Wagner*, Dr. *Hagemann* (früher Germania), Herausgeber der amerikanischen Zeitung, *Schwend*?
Von außerhalb: *Josef Held*, Regensburg; *Debus*, Regensburg; *Nothaft*, Deggendorf; *Feistle*, Vilsbiburg; *Wein*, Cham; Dr. *Bauer*, Dillingen; *Konrad*, Nürnberg; (Sebaldusverlag) - *Naumann*, Augsburg; *Wegner*, Würzburg; *Brandl*, Rosenheim.
Für die Oberpfalz kann Justizrat *Pfleger* weitere Vorschläge machen. Direktor *Eichhorn* ist gebeten, geeignete Namen von der evangelischen Seite anzugeben.
d) Der Ausschuß wird sich laufend über die Situation im Pressesektor zu unterrichten suchen. Dr. *Oesterle* wird gebeten, über die ergangenen Bestimmungen jeweils kurz zu unterrichten.
e) Der Ausschuß soll seine Arbeit auf folgende Ziele konzentrieren: Entwurf von Vorschlägen für den Aufbau des Pressewesens zur Vorlage bei den maßgebenden Stellen. Klärung der Frage einer gesonderten Parteipresse und gegebenenfalls Unterstützung derselben.
Aufbau eines Informationsdienstes der Union durch Fertigung und Verteilung von Nachrichtenmaterial und Broschüren.
f) Im einzelnen soll unter anderem der Frage der Heimatpresse, der Kirchenzeitungen, der Fachzeitungen auf landwirtschaftlich-, gewerkschaftlichem- usw. Gebiet Aufmerksamkeit geschenkt werden.

IV. Dr. *Müller* wird gebeten, von den besprochenen Vorschlägen Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* Kenntnis zu geben.
Herr *Steber* wird gebeten, sowie die Anschrift des Sekretariats feststeht, eine entsprechende Notiz in der Süddeutschen Zeitung zu veranlassen.
Bis zur endgültigen Regelung der Ausschußarbeiten sollen die Besprechungen zur Vermeidung von Verzögerungen zunächst am *Mittwoch, den 31. Oktober 1945*[5], *16 Uhr in der Kanzlei Dr. Müller* fortgesetzt werden. Im Hinblick auf den inoffiziellen Charakter der Besprechungen ist die Zuziehung weiterer interessierter Teilnehmer freigestellt. Verhinderte Teilnehmer sind gebeten, einen Vertreter zu senden.

[Schluß: nicht ermittelt]

[5] Besprechungsprotokolle aus der Zeit vom 26. Oktober bis 17. Dezember 1945 (nächste überlieferte Sitzung) konnten nicht ermittelt werden. Näheres hierzu in der Einleitung, S. XCI.

Nr. 5

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 17. Dezember 1945 in München

Tagesordnung:[1]
1. Benennung eines Namens für den Posten als Verkehrsminister
2. Bildung von Entnazifizierungsausschüssen
3. Frage der einzuberufenden Landesversammlung
4. Organisatorisches

Tagungsort: München, Kanzlei Otto Schefbeck, Sendlingerstraße 48

Anwesend:[2] von Eicken, Horlacher, Käss, Krehle, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, Pix, F. Schäffer, Schefbeck

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Schefbeck

[Beginn: nachmittags]

Dr. *Müller* gab zunächst eine Aussprache, welche er vormittags mit Prof. *Dorn* von der Militärregierung hatte, wieder.
Punkt 2. der Tagesordnung wird vorweg behandelt:
Horlacher: Ich bitte, die Entnazifizierungsfrage aus den übrigen, allgemeinen politischen Problemen herauszulassen. Wir müssen uns auf den Boden der Gerechtigkeit stellen. Das Gesetz muß auf dem Rechtsstandpunkt aufgebaut sein. Es sollen von uns Richtlinien in dieser Frage ausgearbeitet werden, die nach außen gemeinsam in der politischen Arbeit vertreten werden. Es wurden im Mai und Juni von der Regierung in dieser Frage Fehler gemacht.
Müller: Der neue Gesetzentwurf ist nicht so gut, er ist so lang. Es darf nicht jemand bestraft werden für eine Weltanschauung, sondern es muß im Gesetz ausgedrückt werden, daß es sich um Wiedergutmachung von Schäden handelt. Es muß ein richtiges Rechtsverfahren sein. Es soll auch keine Arisierung mit umgekehrten Vorzeichen sein. Bei einem Richter wird das Problem neutralisiert.
Von Eicken: Ich muß eine streng vertrauliche Äußerung eines Amerikaners bringen: Auf dem Boden des Deutschen Reiches sind 70 Millionen vorhanden, leben können nur 40 bis 50 Millionen darauf, die anderen sind zuviel und die werden aus den Kreisen der Nazi genommen.
Krehle: Es kommen neue amerikanische Richtlinien heraus in dieser Frage. Zuerst lag ein Riesenentwurf des Ministers *Schmitt* vor. Dann wurde die Sache einem Ausschuß, bestehend aus den Staatssekretären *Ehard*, *Pfeiffer* und Minister *Schmitt* überwiesen. Der Ausschuß-Entwurf sah dann anders aus. Die Amerikaner wünschen eine einheitliche Regelung. Solange diese Grundlage nicht da ist, ist es müßig, über diese Sache zu sprechen.

---

[1] Punkte 1, 2 und 4 laut Wortlaut des Protokolls, Punkt 3 lautet im Protokoll: "Frage des einzuberufenden Landesparlamentes"; gemeint war jedoch eindeutig die bevorstehende Gründungsversammlung der CSU vom 8. Januar 1946; vgl. Dok. Nr. 6, S. 21ff.

[2] Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.

Schäffer: Wir können nur zu einem Gesetzentwurf Stellung nehmen und der liegt nicht vor. Wir können also nur zu den programmatischen Ausführungen von *Hoegner* Stellung nehmen. Ich glaube nicht, daß der Gesetzentwurf Gesetz wird. Die Union soll sich nicht zu dem Gesetze festlegen. Wenn *Müller* für seine Person eine Verbesserung erreicht, ist es gut.
Müller: Ich habe Innenminister *Seifried* erklärt, daß wir bereit sind, verschiedene Dinge aus dem politischen Tageskampf herauszunehmen, z.B. Schaden der Wirtschaft durch willkürliche Treuhänderbestellung. Ich würde vorschlagen, einen Entnazifizierungsausschuß zu bilden, der die Richtlinien der Union festlegt. Dr. *Lacherbauer* könnte darin als Sachverständiger mitarbeiten.
Horlacher: Es müssen allgemeine Richtlinien ausgearbeitet werden, welche die Union vertritt. Jeder einzelne Redner muß die Richtlinien wissen. Die Jugendlichen müssen schonender behandelt werden.
Lacherbauer: Die Herren sind sich über die wirkliche Lage nicht im klaren. Die Amerikaner schimpfen, daß nicht genügend entnazifiziert wird. Die Beamten werden nur auf Weisung der Amerikaner entlassen. In der freien Wirtschaft haben wir zunächst kein Gesetz mit Ausnahme des Gesetzes No. 8. Was die Treuhänder betrifft, so kommen die Befehle von der Militärregierung an das Wirtschaftsamt. Dieses bestellt die Treuhänder und überwacht sie. Die Regierung *Hoegner* hat den Auftrag erhalten, ein Gesetz einzubringen. Wir haben nicht die Richter, die wir bräuchten, um das Gesetz durchzuführen.
Stellungnahme zum Schreiben des Ministers *Schmitt* über die Zusammensetzung der Ausschüsse:
Lacherbauer: Nehmen wir positiv Stellung zum Schreiben und arbeiten wir mit in den Ausschüssen.
Schäffer: Die Ausschüsse müssen paritätisch zusammengesetzt werden.
Müller: Ich mache den Vorschlag, daß wir an *Schmitt* schreiben, daß wir zur Ausschußfrage Vorschläge machen.
Lacherbauer: Ich würde das Ersuchen von *Schmitt* so behandeln, indem ich die Leute benenne und in einem gesonderten Schreiben die Auffassung verträte, daß die Ausschüsse nicht paritätisch zusammengesetzt [sind].
Müller: Die Schlüsselfrage erledigt sich sofort, sobald die Gemeindewahlen durchgeführt sind.
Horlacher: Die Schlüsselfrage ist nicht so wichtig. Es gibt Gemeinden, in denen alle Parteimitglieder waren.
Staatsrat *Schäffer* wurde schließlich beauftragt, vier Juristen im Benehmen mit dem Landgerichtspräsidenten auszusuchen und zu benennen. Als Beisitzer sollen die Herren *Krehle*, *Horlacher* und *Steber* Leute aus ihren Kreisen benennen.
Punkt 1. der Tagesordnung (Vorschlag eines Verkehrsministers):
Müller: Ich bin dafür, daß ein Fachmann das Amt annehmen kann, aber die Partei als solche soll sich nicht beteiligen.
Lacherbauer: Wenn wir hier Konzessionen machen, greifen wir einem Kabinett unter die Arme, dem wir nicht die Zustimmung geben.
Horlacher: Es soll den einzelnen Leuten der Union freigestellt werden, sich am Kabinett zu beteiligen.
Müller: Wir müssen auf den früheren Beschluß vom Oktober zurückgreifen, daß wir uns offiziell am Kabinett nicht beteiligen, aber es einzelnen Leuten aus unseren Reihen freistellen, sich am Kabinett zu beteiligen.

Schäffer: Der Vorschlag ist an uns mündlich ergangen, ich würde auch mündlich antworten, und zwar folgendermaßen: "Die Union ist nicht in der Lage, einen bestimmten Vorschlag zu machen."
Horlacher: Ich bin damit nicht einverstanden.
Müller: Ich schlage folgende Fassung vor: "Die Union steht auf dem Standpunkt, daß dieses Kabinett kein Koalitionskabinett ist. Im übrigen bleibt es bei dem früher gefaßten Beschluß vom Oktober 1945".
Der Ausschuß erklärte sich einstimmig damit einverstanden.
Punkt 3. der Tagesordnung (Landesversammlung):
Nach einer kurzen Aussprache einigte sich der Ausschuß dahin, daß eine vorläufige Landesversammlung auf Dienstag den 8. Januar 1946 nachmittags 14 Uhr einberufen werden soll. Jeder Regierungsbezirk soll durch fünf Personen vertreten sein.
Schefbeck: Was soll der Zweck der Landesversammlung sein? Soll eine vorläufige Vorstandschaft gewählt werden, oder soll die Tagung nur informatorischen Zwecken dienen?
Horlacher: Ich bin dagegen, daß die Landesversammlung die Vorstandschaft wählt. Sie ist nicht legitimiert, so wenig wie unser Ausschuß legitimiert ist. Wir sind ein vorläufiger Ausschuß und die neue Vorstandschaft wäre auch nur eine vorläufige und nicht legitimiert. Ich stelle den Antrag, daß wir aus der Mitte dieses Ausschusses einen vorläufigen Vorsitzenden dieses vorläufigen Landesausschusses wählen.
Der Ausschuß erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden und auf Vorschlag von Dr. *Horlacher* wurde Dr. *Müller* einstimmig als vorläufiger Vorsitzender des vorbereitenden Landesausschusses gewählt.

[Schluß: nicht ermittelt]

Nr. 6

Sitzung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Begrüßung und Eröffnungsansprache von Josef Müller
2. Gemeindewahlen
3. Bezeichnung "Christlich-Soziale Union"
4. Vorläufige Satzung
5. Arbeits- und Stimmungsberichte aus den Bezirken
6. Rede-Skizze zur Verteilung
7. Rundfunk- und Pressefragen, Parteipresse
8. Verhältnis zu den anderen Parteien
9. Mitarbeit an der Regierung Hoegner
10. Entnazifizierung
11. Bildung von Arbeits- und Parteiausschüssen
12. Aufbau der Parteiorganisation

Tagungsort: München, Rathaussaal

Anwesend:[2] Arnold, Bickleder, Böcker, L. Brand, M. Deku, Eichhorn, Falkner, Gerathewohl, Holzmann, Horlacher, Hundhammer, Lacherbauer, Kaifer, Karpf, Kroll, K.A. Kroth, Lobinger, von Miller, J. Müller, Nerreter, Ortloph, Rindt, F. Schäffer, A.W. Schmidt, Temmel, Wutzlhofer; als Gast von der Militärregierung: Vacca

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: A.W. Schmidt

[Beginn: vormittags]

Herr Dr. *Josef Müller*, Landesvorsitzender des vorläufigen Landesausschusses, eröffnete die Sitzung nach Begrüßung der Gäste und Freunde wie folgt:
Wir stehen am Anfang einer neuen Zeit. Nicht nur dem deutschen Volk, nein allen Völkern der Menschheit, wird zum ersten Mal in der Geschichte der Zivilisation die Aufgabe und die Möglichkeit gegeben, das Leben des einzelnen Menschen in der Gemeinschaft der Menschen und das Leben des einzelnen Volkes in der Gemeinschaft der Völker nach neuem und gleichem Gesetz zu bauen.
Das neue Gesetz entsteht aus der Erkenntnis, daß die sittliche Macht gesiegt hat und daß die sittliche Macht nun als Gesetzgeber an die Spitze des kommenden Staates treten muß.
Glaube keiner, das Kommende sei ja doch nur wieder eine neubemalte Kulisse, hinter der der alte Handel selbstsüchtiger Interessen mit neuen Schlagworten weitergehe. Gewiß, Selbstsucht wird immer wieder versuchen, durch Worte getarnt, sich Vorteil und Macht zu erschleichen; aber im Bewußtsein der Menschen, aller Menschen, ist

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Eine feste Tagesordnung wurde bewußt nicht aufgestellt; vgl. S. 22.

[2] Eine Anwesenheitsliste mit den Teilnehmern der Sitzung war nicht auffindbar. Die im folgenden genannten Teilnehmer wurden, soweit möglich, aus dem Protokolltext ermittelt.

Neues entstanden: Das Wissen von der höheren, der letztentscheidenden Macht des sittlichen Gedankens.
Dieses Erkennen bricht mit einer fast kosmischen Gewalt in die Denkweise des Menschen ein. Wie von einer großen Flut wird die Denkweise der Menschen erfaßt und zu neuer Willensbildung getragen.
Wir in der Union von Männern und Frauen haben erkannt, daß der Weg in die Zukunft auf allen Gebieten ein Weg neuen Denkens ist. Alte Parteien können ihn nicht gehen, indem sie neue Worte auf alte Fahnen schreiben.
Nicht um Schlagworte geht es, nicht um lockende Versprechungen, nicht um Kampfrufe gegen Propaganda-"Faschisten", sondern darum geht es, daß das ganze deutsche Volk herausgeführt wird aus der Armut, die keine Schande ist, und aus der Schande, die die bitterste Armut seiner Geschichte ist.
Das ist der Weg; und diesen Weg zu gehen und zu führen haben wir Bürger und Bauer, Arbeiter und heimgekehrten Soldat, Besitzlosen und Heimatlosen in unsere Reihen gerufen, in die Union christlicher und sozialer deutscher Menschen.
Wir schauen nicht zurück, wir wollen nicht zurück. Wir wollen nicht Zeit und uns selbst verlieren am Parteigezänk; ob Kommunist oder Sozialist, jeder will bauen und keiner kann mehr Häuser bauen als Deutschland Kohle hat für Zement. Aber was nicht jeder kann, das ist Vertrauen zu schaffen, Gewißheit, daß endlich jeder sicher seiner Arbeit und seines Lohns, seines rechtmäßig erworbenen Eigentums, des Wertes seines Ersparten, der freien und für alle gleichen Bildungsmöglichkeit seiner Kinder, der Nahrung ohne Not und der Versorgung für Krankheit und die alten Tage.
Vertrauen und Leistung führen zu diesem Ziel, nicht Versprechungen. Vertrauen und Leistungswille sind es, die Menschen aller Volksschichten zu uns führen, in eine Gemeinschaft, eine Union der christlichen und sozialen Kräfte.
Christliche und soziale Denkweise stellt sich heute wie vor 2000 Jahren schützend vor die Armen und Heimatlosen und führt sie ins Leben zurück.
Christliche und soziale Denkweise ist es, in der die Fürsorge für Krankheit und Alter ihren Ursprung hat.
Christliche und soziale Denkweise ist es, die keinen höher stellt als den anderen, aber jedem gibt, was das Recht des Menschen ist: Arbeit und Lohn, Nahrung und ein heimatlich schützendes Dach für Frau und Kind. Christliches Denken schützt Recht und Eigentum vor Willkür und Raub.
Christlich-soziale Denkweise jagt die Pharisäer aus dem Tempel und die Lumpen, die Ausbeuter und die Denunzianten aus dem Staat.
Christliche Denkweise, Urlehre des Christentums ist es, die zur Freiheit ruft, zur Freiheit von Geist und Gewissen, zum Kampf für Recht und Wahrheit, für freies Wort und für die Würde des Menschen.
Fort mit Lüge und Tyrannei von deutschem Boden, fort mit jedem Despotismus, wo er auch sei und wie er sich auch tarne: das ist der Kampfruf christlichen-sozialen Willens und unserer unerschütterlichen Entschlossenheit.
Diesen Kampf werden wir führen, gegen wen es auch sei.
Zur Tagesordnung selbst erklärte der Vorsitzende [*Josef Müller*], daß es sich bei der heutigen Zusammenkunft um eine Arbeitstagung des gegenseitigen Kennenlernens handle. Aus diesem Grund liegt keine feste Tagesordnung vor, um der freien Entwicklung des Arbeitsprogrammes Raum zu gewähren.
Die brennendste Frage behandelte Herr Direktor *Holzmann* in seinem Vortrag über Technik und Gesetzliches bei den Gemeindewahlen.

Schwierigkeiten bereitete, wie aus der anschließenden Debatte hervorging, laut den Wortmeldern Herrn *Ortloph*, Regensburg, *Lobinger*, Passau, die Frage, ob der in den einzelnen Ortsverbänden angemeldete Name in Verbindung mit dem Namen Christlich-Soziale Union auf dem Wahlvorschlag eingereicht werden kann. Staatsrat *Schäffer* schilderte in einem historischen Überblick die Gründe, warum es bei den einzelnen Bezirks- oder Ortsverbänden zu den Namensgebungen "Bayerische Volkspartei" in Straubing, "Bayerischer Volksbund" in Dachau kam. Alle wollten sie das gleiche, aber mangels an Verbindungsmöglichkeiten und [wegen der] durch die Verhältnisse bedingte[n] Selbständigkeit war ein einheitliches Ausrichten nicht möglich.
Der Vorsitzende [*Josef Müller*] begründete seinerseits nochmals den doch zum Teil umstrittenen Namen der Christlich-Sozialen Union. Aus seinen Ausführungen sprach der tiefe Ernst um die Erhaltung der christlich-abendländischen Kultur und das Vermächtnis der Männer - Katholiken und bekenntnistreue Protestanten -, die für dieses Ideal in den Tod gegangen sind. Als er im KZ-Lager Flossenbürg zweimal zum Hinrichtungshof geführt wurde, um das Schicksal seiner und unserer Mitkämpfer zu teilen, war er entschlossen, sein Leben zu opfern, auf daß unser Vaterland und Europa christlich blieben. Es ist daher unsere heilige Pflicht, unter einem gemeinsamen Namen gemeinsam für diese Ideale fortan zu leben und zu kämpfen.
Dr. *Horlacher*, München, *Böcker*, Aschaffenburg und Dr. *Arnold*, Nürnberg, unterstrichen ihrerseits diese Ausführungen.
Die inzwischen verlesene vorläufige Satzung der Christlich-Sozialen Union[3] wurde von der Versammlung *einstimmig* angenommen.
Die anschließend von den einzelnen Vertretern der Kreise gegebenen Arbeits- und Stimmungsberichte aus ihren Bezirken ergaben ein überraschend gutes Bild über die Wahlaussichten und einen erfreulichen Fortschritt der Organisationsarbeiten in den einzelnen Bezirken.
Es berichteten:

Für Unterfranken: Dr. *Wutzlhofer*, Landrat Marktheidenfeld; Dr. *Karl August Kroth*, Schweinfurt; *Hugo Karpf*, Aschaffenburg.
Für Oberbayern: Dr. *Hundhammer*, München; *Brand*, Aichach.
Für Mittelfranken: Dr. *Paul Nerreter*, Nürnberg.
Für Oberpfalz und Regensburg: Frau *Deku*, Regensburg.
Für Schwaben: Dr. *Rindt*, Augsburg; Bürgermeister *Kaifer*, Neusäß.
Für Oberfranken: Dr. *Kroll*, Bamberg.
Für Niederbayern: Landrat *Bickleder*, Straubing; *Temmel*, Straubing.
Für München: Dr. *Walther von Miller*.

Schwierigkeiten ergaben sich lediglich in Coburg, Naila und Rehau und im allgemeinen durch die Benzinnot für die Organisationstätigkeit.
Major *Vacca*, der inzwischen vom Vorsitzenden [*Josef Müller*] herzlich begrüßt werden konnte, klärte dann erfreulicherweise all die Fragen, die schon am Vormittag bis zu seinem Eintreffen zurückgestellt werden mußten, ob der Sammelname Christlich-Soziale Union auch dann auf dem Wahlvorschlag als Obertitel mit angegeben werden kann, wenn der Orts- oder Bezirksverband unter einem anderen Namen angemeldet und zugelassen wurde.

[3] Die Vorläufige Satzung findet sich im Anhang, Dok. Nr. XIII, S. 1755f.

Es wurden durch ihn noch verschiedene Einzelfragen in der Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen für die Gemeindewahlen geklärt. Die Versammlung dankte durch Beifall.
Professor Dr. *Gerathewohl* riß in Kürze die von ihm geschaffene Rede-Skizze auf, die an alle Versammlungsteilnehmer verteilt worden war und außerdem an alle Bezirksgruppen und in Frage kommenden Redner versandt wird.[4]
Dr. *Eichhorn* schlug vor, bei der Rede-Skizze die Währungsfrage genauer zu behandeln, damit der allgemeine Optimismus eingedämmt wird. Dr. *Horlacher* wandte sich dagegen, da diese Frage vorläufig nur theoretisch behandelt und praktisch erst nach Anlaufen der Wirtschaft zu lösen sei.
Zur Rundfunkfrage berichtete der Vorsitzende [*Josef Müller*] über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über die Zulassung der politischen Parteien zum Rundfunk. Die Frage wird erst dann endgültig gelöst werden können, wenn durch das Wahlergebnis ein Überblick über das Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien geschaffen sei. Die Versammlung bestätigte einstimmig die Ansicht des Vorsitzenden.
Auch in der Pressefrage teilte die Versammlung die Ansicht des Vorsitzenden, der die Schwierigkeiten geschildert und den ausdrücklichen Willen bekundet hat, endlich eine eigene Parteipresse zu erhalten.
Über das Verhältnis zu den anderen Parteien führte der Vorsitzende aus, daß keine Vereinbarung für einen politischen Burgfrieden vorliege, aber von der Union keine Polemiken geführt werden. Wir haben dies nicht notwendig, da wir positiveres zu tun haben. Selbstverständlich, wenn wir angegriffen werden, werden wir nicht ausweichen. Mit den offenbar bewußt unklaren Angriffen in der Main-Post Nr. 11 vom 29. Dezember 1945 "Föderalismus" und in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Januar 1946 "So geht es nicht" und den Hintermännern dieser Artikel setzte sich der Vorsitzende kräftig auseinander. Die Abrechnung klang in dem Schluß aus, Bayern hat sich nicht nur vor Deutschland, sondern auch vor Europa und der ganzen Welt zu verantworten. Bayern hat heute die Aufgabe, den Norden vor dem Abgleiten nach dem Osten zu schützen; Deutschland ist die Ostfront der westlichen abendländischen Kulturgemeinschaft. Diese Front darf nicht aufgerissen werden.
Zur Frage der Regierungsbildung wurde folgende Entschließung verlesen und von der Versammlung gebilligt:

> Der Ausschuß der in Gründung befindlichen Bayerischen Christlich-Sozialen Union hat in seiner heutigen Sitzung (vom 5. Oktober 1945) beschlossen, den von Ministerpräsident Dr. *Hoegner* zum Eintritt in die neu zu bildende Bayerische Landesregierung aufgeforderten Personen die Frage ihres Eintritts zur persönlichen Entscheidung zu überlassen.

Dieser gleiche Standpunkt wurde auch eingenommen hinsichtlich der Nennung eines Vertreters der Union für den Posten des Bayerischen Verkehrministers.
In der Frage der Entnazifizierung vertrat der Vorsitzende [*Josef Müller*] unter Zustimmung der gesamten Tagungsteilnehmer den schon wiederholt vertretenen Standpunkt, daß die Rechtsbasis angestrebt werden müsse, um die Entnazifizierung nicht zu einer Arisierung mit entgegengesetzten Vorzeichen zu machen.

---

[4] Die "Stichworte für eine Gemeindewahl-Rede der Christlich-Sozialen Union", Januar 1946 (BayHStA, NL Schwalber 005), wurden wegen ihrer weitgehenden Übereinstimmung mit anderen programmatischen Dokumenten dieser Wochen im Anhang nicht berücksichtigt.

Laut Brief vom 2. Januar 1946 des Herrn Staatssekretärs Dr. *Anton Pfeiffer* sollen in den Bayerischen Landesausschuß neun Vertreter der CSU durch den Ministerpräsidenten berufen werden. Es sollen deshalb neun Vertreter durch die Partei vorgeschlagen werden, wobei Oberstudiendirektor *Stang*, als Präsident des letzten demokratisch gewählten Bayerischen Landtags, sowie Staatsrat *Schäffer*, als erster Ministerpräsident des neuen Bayerischen Staates, als Einzelpersönlichkeiten in den Bayerischen Ausschuß berufen würden.
Die Versammlung entschließt sich einstimmig zu folgendem: Jeder Kreisverband nennt im Verlauf einer Woche zwei namhafte Vertreter seines Kreises an die Landesleitung. Aus diesen Vorschlägen werden zur gegebenen Zeit die neun Kandidaten gewählt.
Den Ausbau der Organisation übernehmen folgende Ausschüsse, die zu bilden die nachgenannten Parteifreunde zur Aufgabe haben:

I) Arbeitsausschüsse:
1. Kulturpolitischer Ausschuß: Vorsitz: Geistlicher Rat *Muhler*, Stellvertreter: Prof. *Albert*;
2. Ausschuß für Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung: Vorsitz: Staatsrat *Schäffer*, Stellvertreter: Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl*;
3. Informationsausschuß: Vorsitz: Dr. *Richard Pflaum*, Stellvertreter: Staatsrat Dr. *Pfeiffer*;
4. Staatspolitischer Ausschuß: Vorsitz: Dr. *Müller*, Stellvertreter: Staatsrat *Schäffer*;
5. Ausschuß für Fragen zwischenstaatlicher Beziehungen: Vorsitz: *Botschafter von Prittwitz*, Stellvertreter: Dr. *J. Müller*;
6. Wirtschaftspolitischer Ausschuß: Vorsitz: Dr. *Semler*, Stellvertreter: Dr. *Horlacher*;
7. Sozialpolitischer Ausschuß: Vorsitz: Staatsrat *Krehle*, Stellvertreter: Buchbindermeister *Kiefer*;
8. Ausschuß "Frau und Familie": Vorsitz: Frau *Elisabeth Hahn*, Stellvertreterin: Frau *Else Dahm*;
9. Jugendausschuß: Vorsitz: *Franz Steber*, Stellvertreter: Dr. *Thierfelder*;
10. Agrarpolitischer Ausschuß: Vorsitz: Dr. *Baumgartner*, Stellvertreter: Direktor *Schwingenstein*.

II) Parteiausschüsse:
1. Organisations- und Werbeausschuß: Vorsitz: Dr. *Anton Pfeiffer*, Stellvertreter: *A.W. Schmidt*;
2. Presseausschuß: Vorsitz: Direktor *Holzmann*, Stellvertreter: Dr. *Hagemann*;
3. Ausschuß für Redner-Schulung: Vorsitz: Prof. Dr. *Gerathewohl*, Stellvertreter: --;
4. Finanzausschuß: Finanzobmann: Dr. *Fr. A. Schmitt*, Erster Beisitzer: Dr. *Grasmann*, Zweiter Beisitzer: Dr. *Rothenbücher*;
5. Parteischiedsgericht: Vorsitz: Landgerichtspräsident Dr. *Hagenauer*.

Im Tagesverlauf war von Herrn Dr. *Hundhammer* im Namen der vorläufigen Kreisverbände Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz folgender Antrag gestellt worden:

In ordnungsmäßiger Abstimmung (je fünf Stimmen für jeden Kreisverband) ist zu beschließen:

1. In den früheren Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Stadt München konstituieren sich (soweit noch nicht geschehen) in der Woche nach dem 27. Januar 1946 Kreisverbände der Landesorganisation und wählen ihre Kreisvorstandschaften, in denen möglichst alle Stände - auch Frauen und die Jugend - berücksichtigt werden sollen.
2. Die Kreisvorstandschaften treten in der Woche nach dem 10. Februar 1946 in München zu einer neuen Tagung zusammen und konstituieren aus sich heraus die Landesvorstandschaft. Sie beschließen gleichzeitig über ein Statut der Landesorganisation und ein Programm, zu dem die einzelnen Kreisvorstände bis 3. Februar Vorschläge einreichen sollen.
gezeichnet:
Oberpfalz: *Staudinger, Rucker, Ortloph, Deku, Eder,*
Niederbayern: Dr. *Falkner, Temmel,*
Oberbayern: Dr. *Hundhammer, Nerkenschlager, Reiser.*

Für den Antrag *Hundhammer* sprach Staatsrat *Schäffer* mit der Begründung, daß der rasche Aufbau der Organisation auf diese Weise am ehesten möglich wäre. Gegen den Antrag sprachen Dr. *Horlacher*, Dr. *Müller*, Bürgermeister *Lacherbauer*, *Nerreter*, Nürnberg, die darauf hinwiesen, daß eine Organisation organisch wachsen müsse und nicht künstlich organisiert werden dürfe. Der Antrag des Herrn Dr. *Falkner*: "Die Regierungsbezirke konstituieren sich bis 10. Februar 1946 die Kreisvorstandschaften" und der Antrag des Herrn Staatsrat *Schäffer*: "Der vorläufige Landesvorsitzende wird ersucht, die Kreisverbände aufzufordern, sobald als möglich sich zu konstituieren und dies dem vorläufigen Landesausschuß mitzuteilen", wurden im Verlauf der Diskussion von den Antragstellern zurückgezogen.
Der zum Schluß von Herrn Dr. *Horlacher* gestellte Antrag:

> Im Vertrauen auf die bisherige Arbeit des Landesvorsitzenden bittet die heutige Tagung den Landesvorsitzenden, die vorläufige Organisation der Kreisverbände sobald es möglich ist durchzuführen.

wurde einstimmig angenommen, wobei der Vorschlag zur Kenntnis genommen wurde, bei den Einberufungsorten Nürnberg oder Bamberg zu berücksichtigen.

Schluß der Versammlung: 18.30 [Uhr].

Nr. 7

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 23. Januar 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Vorparlament
2. Parteizeitung
3. Organisations- und Wahlfragen
4. Rundfunkwerbung der CSU
5. Sonstiges

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, Steber; ferner: Hagemann, A.W. Schmidt; abwesend: von Eicken, Krehle, F. Schäffer, Schwingenstein

ACSP, NL Müller 10/1

[Beginn: 13.30 Uhr]

1. Vorparlament.
   Hierzu wird nach Aussprache von Dr. *Müller* der Antrag gestellt:

   > Die Vorschläge der Christlich-Sozialen Union für das Vorparlament werden in einer Sitzung des vorläufigen Landesausschusses besprochen und festgelegt, die nach den Gemeindewahlen, und zwar längstens zehn Tage nachher, stattfindet.

   Gegenantrag Dr. *Hundhammer*:

   > Über die einzureichenden Vorschläge wird aufgrund der eingegangenen Meldungen sofort entschieden.

   Antrag Dr. *Müller* wird gegen zwei Stimmen angenommen. Damit entfällt Antrag Dr. *Hundhammer*.
2. Bericht über Genehmigung und bisherige Arbeiten zur Herausgabe eines Parteiblattes. Hierzu berichtet Herr *Hagemann*.
3. Bericht über Organisations- und Wahlfragen von Dir. *Schmidt*.
4. Bericht über Rundfunkwerbung der Partei.
5. Sonstiges: Die Süddeutsche Zeitung (*Schwingenstein*) hat die Stellungnahme zur Aufnahme eines von Staatsrat *Schäffer* namentlich unterzeichneten Wahlaufrufes der Union in die Süddeutsche Zeitung gewünscht. In der Aussprache vertritt der überwiegende Teil der Ausschußmitglieder den Standpunkt, daß eine Veröffentlichung in dieser Form nicht zweckmäßig sei.

[Schluß: nicht ermittelt]

---

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsfestellung im Protokoll. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Nr. 8

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 8. Februar 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Stellungnahme zu den Wahlen
2. Vorbereitung zu den Wahlen
3. Wahlvorschläge
4. Besetzung der Arbeits- und Parteiausschüsse
5. Parteigericht
6. Bayerische Rundschau
7. Stellung zur Königspartei
8. Sonstiges

Anwesend:[2] Baumgartner, Eichhorn, von Eicken, L. Hagenauer, Horlacher, Hundhammer, von Miller, Schlögl, A.W. Schmidt, Schwingenstein; ferner: Dörpinghaus, J. Müller

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: A.W. Schmidt

[Beginn: 17 Uhr.]

1. Stellungnahme zu den Wahlen:
   Ohne besondere Bemerkung.
2. Vorbereitung zu den Wahlen:
   Kreiswahlen finden am 28. April 1946, Gemeindewahlen der Städte über 20.000 Einwohner (23 Städte) am 26. Mai 1946 statt. Am 30. Juni 1946 soll die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung durchgeführt werden sowie die Wahlen für die Bezirkstage bei den Regierungspräsidenten.
3. Wahlvorschläge:
   Die Kreise sollen zur Nennung der Kandidaten für die Bezirks- [und] Kreistagswahlen aufgefordert werden.
   Stellungnahme zum Fall *Haugh*, Sonthofen.
   Vorsitzender Dr. *J. Müller* läßt sich Zwischenfälle melden.
   Das Wahlgesetz soll sofort an die Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses gehen.
   Für das Vorparlament werden folgende Vorschläge abgegeben:

   München: Dr. *von Miller*; Oberbayern: Dachdecker *Schäfer*, Ingolstadt; Niederbayern: Regierungsrat a.D. *Falkner*, Plattling; Schwaben: Dr. *Rindt*, Augsburg; Mittelfranken: Dr. *Nerreter*, Nürnberg; Oberfranken: Dr. *Sauer*, Gunzendorf; Oberpfalz: *H. Zitzler*, Regensburg; Unterfranken: Dr. *Kroth*, Schweinfurt; außerdem Dr. *Josef Müller* als Landesvorsitzender.

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll und Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Ferner weitere sechs Eventualvorschläge:
München: Herr *Pflaum*; Oberbayern: Dr. *Lenz*, Laufen; Schwaben: Herr *Lichti*, Herrlehof; Mittelfranken: Dr. *Arnold*, Nürnberg; Oberfranken: Dr. *Blaser, Hof*; Unterfranken: Herr *Karpf*.

4. Besetzung der Arbeits- und Parteiausschüsse durch letzte Mittwochvormittags-Besprechung erledigt.
5. Parteigericht:
   Es wurde festgehalten, daß das Parteigericht mangels Satzungen nicht in Aktion treten kann. Die schwebenden Fälle, die vorgelegt wurden, können daher nicht vom Parteigericht behandelt werden. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob das Parteigericht als Ehrengericht in Aktion treten soll. Ansonsten müßte das Inkrafttreten der Satzungen abgewartet werden.
   Herr Dr. *Horlacher* und Herr Minister Dr. *Baumgartner* lehnen die Behandlung der schwebenden Fälle vor einem Ehrengericht ab, da sie vor dem Landesausschuß behandelt werden müssen. Nach vorhergehender eingehender Besprechung der Vorfälle wird einstimmig folgender Beschluß gefaßt:
   Es wird festgehalten, daß Herrn Dr. *Josef Müller* als vorläufiger Vorsitzender vom gesamten Landesausschuß einheitlich das Vertrauen ausgesprochen wird.
6. Bayerische Rundschau:
   Zur Mitarbeit soll jedermann eingeladen werden.
7. Die Stellung zur Königspartei hängt davon ab, ob sie zur Landespartei zugelassen wird, was scheinbar nicht der Fall ist.
8. Man sprach sich noch eingehend mit Herrn *Dörpinghaus*, dem Landessekretär für Groß-Hessen, Frankfurt, Blumenstr. 3, Telefon 53170 und 53180, aus.

[Schluß: nicht ermittelt]

Nr. 9

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 25. Februar 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Neuvorschlag zum Quasiparlament für Dr. Nerreter, Dr. Sauer und Dr. Rindt
2. Gründung eines Sudetendeutschen Hilfsbundes
3. Anordnung der Militärregierung Bayern über Gemeindeordnung und Gemeindewahlen Nr. 9
4. Zonenrat und Interzonenrat - Absendung zweier Vertreter des Landesausschusses und Landessekretariats

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Krehle, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, A.W. Schmidt, Schwingenstein, Steber

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Jaeger

Dr. *Müller* eröffnet die Sitzung um 18.15 Uhr. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Punkt 1. der Tagesordnung berichtet Dr. *Müller*, daß ihm Herr *von Elmenau* am letzten Samstag, den 23. Februar, von der Ablehnung dreier von der Union für das Vorparlament vorgeschlagener Herren Mitteilung gemacht habe. Es handelt sich um Dr. *Nerreter*, Nürnberg, Dr. *Rindt*, Augsburg und Dr. *Sauer*, Bamberg. Der Ministerpräsident [*Wilhelm Hoegner*] habe dazu mitgeteilt, daß die Ablehnung keinen Angriff gegen eine bestimmte Gruppe darstelle; Herr Major *Schweizer* habe erklärt, daß der Ministerpräsident die volle Verantwortung für die Fragebogen der Volksvertreter habe. Über die Personalien der Abgelehnten wird bekanntgegeben: Dr. *Nerreter* gehörte der SA von 1934-35 an und hat seine Mitgliedschaft damit begründet, daß er einen positiven Versuch mit dem Nationalsozialismus machen wollte. Am 8. Dezember 1945 wurde er von der Militärregierung als Rechtsanwalt bestätigt.
Dr. *Müller* fragt, ob man neue Vorschläge machen oder es ablehnen solle, solche zu machen. Er schlägt vor, nur dann, wenn die Kreisverbände darauf bestehen, vertreten zu werden, neue Vorschläge einzureichen.
Dr. *Hundhammer* fragt, ob Dr. *Falkner* abgelehnt wurde. Erwiderung: Dr. *Falkner* wurde nicht namhaft gemacht, weil die Regierung von Niederbayern sich gegen ihn als abgesetzten Regierungspräsidenten äußerte. Dr. *Hundhammer* bittet Herrn *Schmidt*, der Sache nachzugehen. Er schließt sich der Ansicht Dr. *Müllers* an. Wenn die Kreisverbände neue Vertreter wünschen, sollen sie diese namhaft machen.
Dr. *Eichhorn* fragt, ob an Abgeordnete ein strengerer Maßstab gelegt wird als an Beamte.

---

[1] Laut Anlage zum Protokoll. Ferner waren vorgesehen, gelangten aber nicht zur Besprechung: "5. Vorschlag zur Anweisung der Arbeitsweise der Partei- und Arbeitsausschüsse; 6. Meldung von Kandidaten für Landräte, Flüchtlingskommissare, Arbeitsamtsvorsteher; 7. Presse und Lektor; 8. Namensgebung."

[2] Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll.

Unter Vorwegnahme von Punkt 3. der Tagesordnung berichtet Dr. *Müller* über die Verfügung der Militärregierung betreffend die Ausübung des Amtes durch diejenigen Bürgermeister und Gemeinderäte, die politisch belastet sind, und über die hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen der Staatsregierung. Sodann wird ein Plakat der SPD aus Aichach gezeigt und verlesen, das die Überschrift trägt: "Wahlberechtigte Nationalsozialisten!" und diese auffordert, der SPD ihre Stimme zu geben, weil eine Regierung der SPD den Nazis das Wahlrecht verschafft und das Säuberungsgesetz vorbereitet habe.
Dr. *Müller* berichtet, er habe Herrn Staatssekretär *Pfeiffer* erklärt, daß der Beratende Landesausschuß nicht mehr als Vorparlament anzusehen sei, wenn die Mitgliedschaft allein in der Hand des Ministerpräsidenten liegt.
Dr. *Lacherbauer* fragt, ob es auf das Vertrauen des Ministerpräsidenten oder das der vorschlagenden Kreise ankommt. Er vertrete die Auffassung von Dr. *Müller*, vielleicht noch konsequenter, und gebe zu erwägen, ob die Union nicht alle ihre Vertreter zurückziehen solle. Staatssekretär *Krehle* bittet, die Lage nicht zuzuspitzen. Das Vorparlament trete morgen und wieder in sechs Wochen zusammen, habe nur beratende Funktion und werde nur zwei oder drei Sitzungen abhalten. Deshalb lohne es sich nicht, die Lage zuzuspitzen. Das Vorparlament sei eine Totgeburt. In der künftigen Verfassung dürfte, so hätte die Militärregierung bestimmt, kein Wort über einen künftigen Reichsaufbau gesagt werden; die Verfassung werde also so aussehen, als ob Bayern im luftleeren Raum stände.
Dr. *Eichhorn*: Es geht nicht um die Bedeutung des Vorparlaments, es geht um die künftige Entwicklung, um die Kandidatenaufstellung bei den Wahlen. Vor der Wahl müßten die Kandidaten geprüft werden; man darf nicht erst wählen und dann prüfen, sonst geht die Freudigkeit der Wählerschaft verloren.
Nach allgemeiner Zustimmung zum Vorschlag Dr. *Müllers* werden Punkt 1. und 3. der Tagesordnung abgeschlossen. Herr *Schmidt* berichtet noch, daß der Herausgeber der Fränkischen Volksstimme, Dr. *Fischer*, zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei, wegen eines Vergehens nach § 175 RStGB.
Zu Punkt 2. der Tagesordnung umreißt Dr. *Müller* zwei Möglichkeiten: unter Ablehnung von Haßtiraden mit dem Sozialgebot Christi ernst zu machen und sich den Interessen der Sudetendeutschen anzunehmen, oder aber die Sache schwimmen zu lassen, worauf die Sudetendeutschen eine eigene Partei gründen würden, die vielleicht nicht von uns geführt würde.
Dr. *Lacherbauer* führt aus: Eine Sudetendeutsche Partei ist ein Unsinn, denn eine Partei muß aus Gesinnung erwachsen und kann nicht territorial bestimmt sein. Eine Sudetendeutsche Partei dient der Durchsetzung persönlicher Ansprüche und ist mit den Polen im Reichstag zu vergleichen. In konsequenter Weiterführung dieses Gedankens müßte es in Bayern eine eigene Preußenpartei geben.
Dr. *Müller* verweist darauf, daß die Sudetendeutschen bald das Wahlrecht besitzen werden, und daß er von amerikanischer Seite gefragt worden sei, ob die Union durch die zwei bis drei Millionen Sudetendeutschen gestärkt oder geschwächt werde. Die Stimmen der Sudetendeutschen würden auch die Aussichten der Königspartei beeinflussen.
Dr. *von Miller* schlägt vor, durch Verhandlungen die Bildung einer Sudetendeutschen Partei abzufangen. Staatssekretär *Krehle* erklärt: Entweder die Sudetendeutschen wollen sich in unseren Volkskörper eingliedern oder nicht. Die Sudetendeutsche Heimatfront wurde seinerzeit der NSDAP eingegliedert, die Sozialdemokratie dage-

gen aufgelöst. Die ehemaligen Sudetendeutschen Christlich-Sozialen, die der Sudetendeutschen Heimatfront beigetreten waren, sind also politisch belastet; schon daraus geht hervor, daß die Sozialdemokraten das Rennen machen werden. Es braucht eine Sudetendeutsche Hilfsorganisation, aber keine Sudetendeutsche Partei.
Herr *Schmidt* weist darauf hin, daß Oberamtsrichter *Ziegler* aus Cham der Urheber des Gedankens einer Sudetendeutschen Partei ist. Er hofft, auf diese Weise seine Landsleute beisammen halten und vor sozialistischen Einflüssen schützen zu können.
Dr. *Müller* führt aus, die Tradition der Sudetendeutschen sei christlich, aber es bestehe Gefahr, daß sie mit ihrer Heimat auch die christliche Tradition verlören.
Dr. *Hundhammer* erklärt: Es handelt sich um eine Frage der bayerischen Selbstbehauptung. Der sogenannte Preußenhaß ist entstanden, weil die Norddeutschen die maßgebenden Stellen besetzt haben. Die Reaktion des bayerischen Volkes ist berechtigt, ja eine Pflicht. Zuerst muß Remedur geschaffen werden. Das ist keine Sache des Ressentiments, sondern eine Verpflichtung gegenüber dem bayerischen Volk. Die Sudetendeutschen sind nach verschiedenen Richtungen kein idealer Zuwachs. Unsere Haltung muß christlich, aber auch kritisch sein. Eine gewisse Reserve ist angebracht. Wir brauchen zu dieser Frage heute noch keine endgültige Stellung zu nehmen, auf jeden Fall aber nicht beide Arme zu öffnen. Man soll wegen Wahltaktik keine Grundsätze aufgeben.
Dr. *Müller* erklärt: Die Sudetendeutsche Partei wird zugelassen werden. Die Sudetendeutschen sind eine Tatsache, alles andere ist Gefühlssache.
Dr. *Eichhorn* schließt sich den Ausführungen von Dr. *Hundhammer* an und fordert die Wiederherstellung des bayerischen Berufsbeamtentums. Er schlägt vor, in öffentlicher Versammlung über das Thema der Sudetendeutschen Partei nicht zu sprechen. Wir müssen zwischen den Flüchtlingen unterscheiden, die bleiben, und denen, die wieder gehen können.
Dr. *Müller* kündigt für die Landtagswahlen mit Wahrscheinlichkeit das Verhältniswahlrecht an.
Dr. *Horlacher* erklärt: Die Sudetendeutschen sind keine Preußen. Die Sudetendeutsche Partei wird eine Partei der Minorität, eine Partei der Heimatlosen sein, Landhunger haben und zum Sozialismus übergehen. In der Preußenfrage müsse man vernünftige Worte sprechen. Der landsmannschaftliche Charakter der Beamtenschaft muß wiederhergestellt werden. Auch wer im Lande bleibt, darf keinen leitenden Posten [in] der bayerischen Verwaltung haben. Anders liegen die Dinge in der Wirtschaft. Wenn die vier Millionen Fremden radikalisiert werden, so haben die sechs Millionen Bayern den Nachteil.
Staatssekretär *Krehle* warnt vor einem Ghetto durch Barackensiedlungen vor den Städten.
Landessekretär *Schmidt* berichtet zu Punkt 4. der Tagesordnung: Für jede Zone wird ein Rat der Christlich-Sozialen Union geschaffen. In diesen Zonenrat sind zwei Vertreter der Partei zu entsenden. Er dient der Vorbereitung für eine Reichsunion. Ausserdem soll ein Zwischenzonenrat geschaffen werden. Berlin hat gebeten, zwei bis drei Herren im März nach Berlin zu entsenden.
Staatssekretär *Krehle* spricht sich für eine Fühlungnahme aus. Die Zonen werden in Zukunft eine größere Rolle spielen, da der französische Widerstand gegen eine deutsche Zentralverwaltung nicht aufgegeben werden wird und England sich dem französischen Standpunkt nähert. Wir werden länger als geglaubt nicht zu einer Reichsre-

gelung kommen. Vielleicht wird beim Länderrat sogar eine Volksvertretung geschaffen. Die Hessische CDU ist stark zentralistisch orientiert.
Dr. *Müller* berichtet: Wir haben Berlin nicht als Zentrale der Union anerkannt. Wir sind aber willens, mitzuhelfen bei der Reichsunion, wir sind gegen Berlin als Zentrale, nicht deshalb, weil es in der russischen Zone liegt, sondern weil von der Wilhelmstraße aus Deutschland schon in zwei Kriege gestürzt wurde. Das Schwergewicht muß in Zukunft im Süden oder Südwesten liegen. Vorschläge zum Zonenrat sind erbeten. Für den Zwischenzonenrat in Berlin kommen vielleicht *Krehle*, ein Landwirtschaftsvertreter und Dr. *Scharnagl* in Frage.
Dr. *Hundhammer* legt auch Wert darauf, dabei zu sein, Dr. *Lacherbauer* bittet, einen Vertreter der Demokraten zu entsenden, *Franz Steber* einen der Jugend. Dr. *Müller* will sich von Berlin die Höchstziffer der Vertreter mitteilen lassen.
Für den Zonenrat der amerikanischen Zone wünscht Dr. *Horlacher* einen Vertreter des Bauernverbandes. Staatssekretär *Krehle* legt keinen Wert auf Vertretung, da er dienstlich jederzeit nach Stuttgart fahren kann. Dr. *Hundhammer* spricht den Wunsch aus, nach Stuttgart entsandt zu werden. Dr. *Horlacher* ist dagegen. Dr. *Eichhorn* erklärt, er könne als Protestant auch eine besondere Vertretung fordern, er tue es aber nicht. Dr. *Müller* schlägt vor, daß jede Konfession einen Vertreter entsendet. Einer hiervon solle möglichst ein Jugendlicher sein. Staatssekretär *Krehle* warnt vor zentralistischen Bestrebungen in Württemberg. Stuttgart und Frankfurt wollen Hauptstadt werden. Dr. *Hundhammer* schlägt vor, noch keinen endgültigen Beschluß zu fassen.
Dr. *Müller* stellt fest, daß noch kein endgültiger Beschluß gefaßt sei, daß er aber, wenn es eile, auf der Grundlage seiner Ausführungen zu handeln berechtigt sei. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.
Nach langen Diskussionen wird auf Antrag von Dr. *Müller* beschlossen, in etwa zwei bis drei Wochen eine Sitzung des erweiterten Landesausschusses in Nürnberg oder Bamberg zu halten. Auf der Tagesordnung soll vor allem die Wahl des endgültigen Landesvorstandes stehen. Nähere Einzelheiten sollen auf der nächsten Sitzung des Landesausschusses beschlossen werden.
Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit wird auf die übrigen Punkte der Tagesordnung nicht mehr eingegangen. Dr. *Müller* schließt die Sitzung um 20.20 Uhr.

Nr. 10

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 14. März 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Antrag der Oberpfalz, eingebracht durch Herrn Staatsrat Schäffer, Frau Deku als Vertreterin der Oberpfalz in das Vorparlament zu entsenden
2. Stellungnahme zum Brief von Herrn Dr. Rindt, Augsburg, an den Ministerpräsidenten
3. Stellungnahme zum 1. Mai als Feiertag
4. Frage, ob die Landkreiswahlen verschoben werden sollen, weil der 28. April der Weiße Sonntag ist
5. Frage der Errichtung eines Jugendreferats im Kultusministerium
6. Stellungnahme zum Säuberungsgesetz
7. Einberufung eines erweiterten Landesausschusses für den 31. März
8. Anträge des Herrn Staatsrats Schäffer vom 11. Februar

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Krehle, Lacherbauer, von Miller, J. Müller, F. Schäffer, A.W. Schmidt, Schwingenstein, Steber; als Gäste: Baumgartner, L. Hagenauer; ferner: Käss

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Schriftführer: Jaeger, A.W. Schmidt

Dr. *Müller* eröffnet die Sitzung[3] um 16.50 Uhr. Die Tagesordnung wird folgendermassen festgelegt: [...][4]
Zu Punkt 1:
Dr. *Hundhammer* äußert Bedenken gegen die Benennung von Frau *Deku*, da der Sitz im Vorparlament in erster Linie der Vorsitzenden des Frauenausschusses, Frau *Hahn*, zustehe und Frau *Deku* erst seit fünf Jahren in Bayern ist. Auch Dr. *Baumgartner* spricht sich für Frau *Hahn* aus. Staatsrat *Schäffer* schlägt vor, beide ins Vorparlament zu entsenden. Dr. *Müller* führt aus, daß es sich nicht um die Besetzung der drei bisher unbesetzten, aber der CSU zustehenden Sitze im Vorparlament handle, sondern um einen vierten, derzeit vakanten Sitz, für den der Ministerpräsident [*Wilhelm Hoegner*] Frau *Deku* schon halbe Zusagen gemacht habe. Dr. *Hundhammer* schlägt vor, im Einvernehmen mit Frau *Hahn* zu handeln. In diesem Sinne wird Einverständnis erzielt.
Zu Punkt 2:
Dr. *Müller* verliest Brief von Herrn Dr. *Rindt*, Augsburg, an den Ministerpräsidenten vom 7. März 1946. Dr. *Horlacher*, Dr. *Hundhammer* und Staatsrat *Schäffer* sind gegen

---

1 Laut Wortlaut des Protokolls. Ferner waren vorgesehen, gelangten aber nicht zur Besprechung: "9. Vorschlag zur Arbeitsweise der Partei- und Arbeitsausschüsse; 10. Zwischen-Zonen-Verbindungsausschuß (Anmeldung der Partei innerhalb der Zonen)."

2 Laut Anwesenheitsfeststellung im Protokoll. Der unter "ferner" Genannte wurde anhand des Protokolltextes ermittelt.

3 Die Sitzung war bereits für den 8. März 1946 vorgesehen, wurde jedoch mit Schreiben vom 8. März 1946 auf den 14. März 1946 verschoben. Vgl. ACSP, CSU-Landesausschüsse, 14. März 1946, Schreiben des Landessekretariats der CSU in Bayern, A.W. Schmidt, an die "verehrlichen Mitglieder des (vorläufigen) Landesausschusses" vom 5. März 1946 bzw. vom 8. März 1946.

4 Die an dieser Stelle festgehaltene Tagesordnung ist von Punkt 1 bis 8 oben wörtlich wiedergegeben, zum Wortlaut der weiterhin vorgesehenen Punkte 9 und 10 vgl. Anm. 1.

offizielle Stellungnahme zu diesem Brief. Staatsrat *Schäffer* und Dr. *Lacherbauer* sprechen sich dafür aus, prinzipiell Herrn Dr. *Rindt* zu decken. Dr. *Eichhorn* erklärt, man solle öffentlich für Leute wie Dr. *Rindt* eintreten.
Staatsrat *Schäffer* führt eine Reihe von Fällen auf, in denen Angehörigen der Union seitens der Regierung ungerechte Behandlung zuteil wurde: Landrat *Maier* aus Dingolfing, Landrat *Werkmeister* von Münchberg ("Rote Flut" im Rundschreiben), Landrat von Roding ("Königlich Bayerischer Hauptmann" auf Visitenkarte), Straubing, wo alles abgesetzt[5] wurde, Fall Günzburg, wo der Bürgermeister vor das Militärgericht kam und Stadtkämmerer *Riemer* abgesetzt wurde, Direktor *Martin*, Bayerische Versicherungskammer, Dr. *Klug*, l. Vorsitzender des Versorgungsverbandes Bayerischer Gemeinden, Absetzung der zwei Bürgermeister von Burgkunstadt. Innenminister *Seifried* habe gesprächsweise erzählt, daß die Absetzungen im Anschluß an die Anwesenheit der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftskongresses vor sich gegangen seien.
Dr. *Müller* berichtet, daß die Denunziationen der Militärregierung in gedruckter Form übergeben wurden, er selbst sei wegen Karlstadt bei *Seifried* gewesen und halte es für unzweckmäßig, wenn von verschiedenen Seiten zu *Seifried* gegangen würde, bevor die Union die Gesamtzahl der Fälle vortrage. Das Material müsse erst gesammelt werden.
Dr. *Baumgartner* weist darauf hin, daß das Kultusministerium lauter unwiderrufliche Beamte anstelle und daß sieben von acht Kreisschulräten der SPD angehörten. *Schäffer* schlägt vor, an alle Kreisverbände zu schreiben, damit sie Material senden. Dr. *Müller* hält es für besser, die Bezirksverbandvorsitzenden persönlich zu verständigen und möglichst wenig zu korrespondieren. Hierüber herrscht allgemeines Einverständnis.
Zu Punkt 3:
Über die von Dr. *Müller* und Dr. *Hundhammer* vertretene Ansicht, sich an den Feiern des 1. Mai, falls solche gehalten werden, möglichst nicht zu beteiligen, wird Einverständnis erzielt.
Zu Punkt 4:
Dr. *Müller* spricht sich gegen eine Verlegung der Wahlen vom 28. April aus. Hierüber herrscht Einverständnis.
Zu Punkt 5:
Franz Steber berichtet, daß im Kultusministerium ein Jugend-Referat gegründet werden soll. Hierfür sei Landrat *Strauß* von Schongau vorgesehen. Dr. *Eichhorn* vertrat den Standpunkt, daß man die Jugenderziehung in den Händen der kirchlichen Institutionen belassen soll und es keineswegs notwendig wäre, daß sich das Kultusministerium damit beschäftige. Man schaffe dafür nur einen Posten, von dem man auf die Dauer nicht wisse, wie er besetzt bliebe. Dr. *Horlacher* und Dr. *Baumgartner* vertraten aber die Meinung, daß, wenn schon beabsichtigt wäre, ein diesbezügliches Referat zu besetzen, wir durchaus positiv Stellung nehmen sollten, wenn es durch einen Mann von uns erfolge. *Müller* bestätigt, daß *Strauß* ein aktiver Mitarbeiter sei. *Lacherbauer* weist darauf hin, daß es sich hier um eine Position handle, die in erster Linie den Vertretern des Humanismus ein Podium schaffen solle.

[5] In der Vorlage: "angesetzt".

Die anschließende sozialpolitische Diskussion über die Lage der Jugend brachte noch verschiedene Einzelheiten.

Zu Punkt 6:

Dr. *Müller* betrachtet das Säuberungsgesetz als Basis für die Weiterentwicklung. Dr. *Baumgartner* berichtet, daß sich in Unterfranken Tendenzen der KPD zeigen, alle Vorsitzenden der Spruchkammern zu stellen. Dr. *Lacherbauer* stellt fest, daß das Gesetz Tatsache ist. Die Konstanten im Verfahren seien der Vorsitzer und der Ankläger. Das Säuberungsgesetz sei das sozial wichtigste Gesetz, das je dem deutschen Volk vorgelegt worden sei. An die Mitglieder der Spruchkammern würden hohe Anforderungen gestellt. Sie müßten als Antifaschisten bekannt sein. Dr. *Horlacher* weist darauf hin, daß im KZ 80% der Insassen Arbeiter waren, während in den Anhaltelagern der Militärregierung 80% Angehörige der geistigen Berufe wären. Dr. *Baumgartner* meint, die Amerikaner wünschten eine neue Gesellschaftsschichtung in Deutschland. Dr. *Müller* hält es für wichtig festzustellen, wer von den Mitgliedern der Union wirklich unbelastet ist.

Staatsrat *Schäffer* berichtet den Fall eines Landkreises mit 60.000 Einwohnern. Nach dem Säuberungsgesetz seien in diesem Kreis etwa 40.000 Fragebogen einzureichen, 10.000 Fälle seien durch die Spruchkammern zu schleusen. Der Ausschuß nach Gesetz Nr. 8 habe in diesem Kreis in einem halben Jahr 500 Fälle erledigt. Der Ausschuß gelte als mustergültig. Man könne sich leicht ausrechnen, wie langwierig die Säuberung sei.

Dr. *Lacherbauer* berichtet, daß vorerst Gesetz Nr. 8 weiter gilt, bis die Durchführung des Säuberungsgesetzes stattfindet. Dieses Gesetz sei unterzeichnet, aber nicht verkündet. Dr. *Müller* schlägt vor, offiziell keine positive Stellung zu nehmen, jedoch das Gesetz als Tatsache und Basis der Weiterarbeit zu betrachten. Dr. *Baumgartner* weist auf die Bedeutung des Anhangs zu diesem Gesetz hin. *Franz Steber* bemerkt, daß in einem halben Jahr eine neue Situation entstanden sein könne.

Die Anwesenden schließen sich der Auffassung Dr. *Müllers*, offiziell keine Stellung zu nehmen und das Gesetz als Basis der Arbeit zu betrachten, an.

Zu Punkt 7:

Dr. *Müller* berichtet, daß Unterfranken noch nicht organisiert sei, während München, Oberfranken und Schwaben nächste Woche konstituiert werden. Er schlage vor, auf den 31. März einen erweiterten, das heißt den eigentlichen Landesausschuß einzuberufen. Es gelte vor der Festlegung der Tagesordnung den Schlüssel für die Abstimmungsberechtigung zu bestimmen. Dr. *Müller* verliest einen Antrag des Stadtverbandes Nürnberg-Fürth, nach dem dieser Stadtverband die gleichen Rechte wie der Stadtverband München erhalten soll. Er befürwortet diesen Antrag. Auch Dr. *Horlacher* spricht sich für diesen Antrag aus. Staatsrat *Schäffer* weist darauf hin, daß von jeher selbständige, gleichberechtigte Verbände für Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben und für die Städte München, Nürnberg und Augsburg geplant gewesen sind. Für die Stimmberechtigung sei die Grundlage allein durch die Satzungen bestimmt. Dr. *Hundhammer* schließt sich der Auffassung an, daß bis zur Fertigstellung endgültiger Satzungen nach den eingereichten Satzungen verfahren werden muß.

Dr. *Käss* weist darauf hin, daß es vorerst nicht möglich sei, eine Landesversammlung abzuhalten. Dr. *Müller* vertritt ebenfalls die Auffassung, daß vorerst nur eine Landesausschußsitzung durchführbar ist. Jeder Bezirksverband solle fünf stimmberechtigte Vertreter entsenden.

Staatsrat *Schäffer* erklärt: Dies führt zu keiner Lösung. Die Satzung ist beschlossen und der Militärregierung vorgelegt. Gewiß sollen die Bezirksverbände möglichst selbständig sein und die drei Städte, die immer eine solche Stellung gehabt haben, ihnen gleichgestellt werden. Aber Augsburg und Niederbayern kann man nicht auf eine Stufe stellen, denn Niederbayern bringt der Union 300.000 Stimmen. Augsburg habe aber nicht einmal 300.000 Einwohner. Wenn ich Satzungen beschlossen habe, bin ich daran gebunden. Man kann am 31. März neue Satzungen annehmen, aber jeder Beschluß gegen die Satzungen ist ungültig.
Dr. *Müller* berichtet, daß er Herrn Landgerichtsrat *Schneider*, der außerhalb der inneren Spannungen der Union stehe, mit der Ausarbeitung von Satzungen beauftragt habe. Dr. *Horlacher* erklärt, die bisherigen Satzungen seien reine Formalität, von ihnen könne man nicht ausgehen. Eine Aufstellung der Vertreter durch die Landkreise, wie sie für die Landesversammlung vorgesehen sei, genüge bei einer großen Partei nicht. Der Bauernverband mische sich nicht in die Politik ein, aber er kümmere sich um die Zusammensetzung der Parteien, denen seine Wähler angehören.
Dr. *Müller* zeigt die Alternative auf, sich auf ein bestimmtes Stimmrecht zu einigen, oder aber den erweiterten Landesausschuß einen neuen Beschluß fassen zu lassen.
Dr. *von Miller* stellt fest, daß die Statuten da seien, aber wir vorerst keine Landesversammlung durchführen können, deshalb sei eine Zwischenlösung unbedingt erforderlich. Staatsrat *Schäffer* sieht die Notwendigkeit einer Zwischenlösung ein und stimmt der Auffassung zu, daß vorerst nur ein erweiterter Landesausschuß tagen kann. Aber es stehe nicht die Zwischenlösung zur Frage, sondern das Stimmrecht. Die Satzungen seien gegenüber der Besatzungsbehörde eingereicht und schon deshalb verbindlich. Man müsse sie analog anwenden. Das Abstimmungsrecht müsse im Verhältnis zur Einwohnerzahl stimmen.
Dr. *Horlacher* erklärt, die Satzungen sind nur Formsache. Sie waren nie ernstlich gemeint. Vorerst ist nichts anderes möglich, als daß je fünf Vertreter der Regierungsbezirke und der drei großen Städte stimmberechtigt sind. Niemand hat den Inhalt der Satzungen gekannt, als sie beschlossen wurden. Sie galten nur als Voraussetzung der Anerkennung der Partei durch die Militärregierung. Dr. *Müller* wurde seinerzeit einstimmig gewählt. Deshalb bleibt er solange im Amt, bis eine Landesversammmlung zusammenkommt.
Dr. *Müller* stellt den Antrag:

> Es wird eine Landesausschußsitzung für Sonntag, den 31. März, nach Bamberg einberufen.

Staatsrat *Schäffer* erklärt: Wir können keinen solchen Ausschuß einberufen. Ich stoße mich an dem Ausdruck "Landesausschuß". Dr. *Horlacher* schlägt die Formulierung "erweiterter Landesausschuß" vor.
Dr. *Hundhammer*: Als Vorsitzender von Oberbayern erkläre ich ausdrücklich, daß ich, wenn nicht nach der Satzung verfahren wird, die Beschlüsse nicht anerkenne.
Dr. *Müller* verliest daraufhin Brief des zweiten Vorsitzenden von Oberbayern, Herrn *Schweiger*, an ihn vom ... 1946.
Dr. *Hundhammer* erklärt, daß er auf seinem Standpunkt bestehen bleibt und sich mit der Frage dieses Briefes gesondert befassen werde. Dr. *Müller* erklärt, wir seien nicht beim Herrn *Hitler* angelangt. Was Dr. *Hundhammer* ihm zurückgibt. Daraufhin verabschiedet sich Dr. *Hundhammer* um 18.35 Uhr, weil er noch in einer Versammlung sprechen muß.

Staatsrat *Schäffer* bedauert es menschlich, daß, wenn der Vorsitzende von Oberbayern zur Sache spricht, man ihm einen solchen Brief vorhält. Dr. *Müller* erklärt, *Hundhammer* habe als 1. Vorsitzender gesprochen. Deshalb habe er ihm ein Schreiben des 2. Vorsitzenden vorgehalten, das er gestern erhalten habe. *Hundhammer* negiere ihn. Beim Mittagessen des Bezirksverbandes Oberbayern sei er angepöbelt worden, daß er irgendwelches belastendes Material über *Schäffer* dem CIC übergeben habe. Er sei bereit, hierüber eine ehrenwörtliche Erklärung abzugeben, aber er verlange, daß sein Wort und seine Ehre auch geschützt seien. In Oberbayern habe eine zufällig beschickte Versammlung gewaltmäßig zur Wahl von Dr. *Hundhammer* geführt. Außerdem sei er zur letzten Tagung von Oberbayern nicht eingeladen worden.
Staatsrat *Schäffer* stellt fest, daß er erst ab 14 Uhr auf der oberbayerischen Sitzung anwesend war. Er müsse annehmen, daß Dr. *Müller* sagen wolle, er erkenne Dr. *Hundhammer* als Vorsitzenden von *Oberbayern* nicht an. Er stelle fest, daß *Müller* und er bei der ersten konstituierenden Sitzung von Oberbayern gemeinsam teilgenommen hätten und daß die oberbayerischen Vertreter vollkommen geschlossen gewesen wären. Der ganze Vorstand sei gewählt worden, nur die Stelle des 2. Vorsitzenden sei frei geblieben, um sie später durch einen Vertreter des Bauernverbandes zu besetzen.
Dr. *Müller* verliest den Brief des evangelischen Pfarrers *Walter von Kemmeten* aus dem Landkreis Dachau vom ... 1946 an ihn.
Dr. *Horlacher* erklärt, daß er Dr. *Hundhammer* als Vorsitzenden von Oberbayern anerkenne, aber man müsse fragen, wie der Verband Oberbayern aussehe. Es seien nur drei Landwirte und kein Vertreter des Bauernverbandes zugegen gewesen.
Nun läßt Dr. *Müller* über seinen Antrag abstimmen. Dagegen ist nur Staatsrat *Schäffer*.
Dr. *Müller* stellt folgenden Antrag:

> Beim Landesausschuß haben die Bezirksverbände je fünf Stimmen. Dem Antrag des Kreisverbandes für den Stadtbezirk Nürnberg-Fürth auf Zubilligung von fünf Stimmen wird stattgegeben.

Staatssekretär *Krehle* spricht sich dafür aus, auch Augsburg besonderes Stimmrecht zu geben.
Staatsrat *Schäffer* erklärt, daß er diesen Beschluß nicht anerkennen könne. Dr. *von Miller* erklärt, es sei klar, daß dies keine ganz gerechte Lösung sei. Entweder müsse man allen Verbänden gleiches Stimmrecht geben oder man müsse grundsätzlich differenzieren. Dr. *Lacherbauer* ist der Auffassung, daß der jetzige Landesausschuß nur eine Geschäftsführung mit oder ohne Auftrag ausführe. Dr. *Horlacher* erklärt, die große Mehrheit sei für den Antrag, die Minderheit nehme nur aus persönlichen Gründen dagegen Stellung. *Von Miller* betont, daß *Schäffer* seine Ansicht stets begründet hat. *Schäffer* verlange analoge Anwendung der Satzung, also Differenzierung des Stimmrechts, während er für gleiches Stimmrecht sei.
Dr. *Eichhorn* erklärt: Wenn wir in München das Beispiel des persönlichen Streites geben, zerbricht eines Tages die Union. In den Kreisen der Bayerischen Volkspartei habe man einen guten Magen, bei den anderen Kreisen kann man das nicht verlangen. Wenn wir eine Landesversammlung mit 200 Leuten veranstalten, wiederholt sich der Streit. *Schäffer* und *Lacherbauer* sprechen sich dafür aus, daß Nürnberg und Augsburg die Rechte von Bezirksverbänden erhalten, aber sie sollen nicht so viel Stimmen wie die übrigen Bezirksverbände bekommen.

Dr. *Müller* formuliert seinen Antrag neu:

Der Bezirksverband für den Stadtverband Nürnberg-Fürth erhält die Rechte eines Kreisverbandes, ebenso der Bezirksverband Augsburg-Stadt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.
Dr. *Horlacher* stellt den Antrag:

Nürnberg-Fürth erhält die gleiche Stimmenzahl wie München.

Dr. *Horlacher* begründet den Antrag damit, daß man die Stimmenzahl der Städte noch nicht kenne. Staatsrat *Schäffer* betont, daß die Satzung es nicht auf die Stimmen, sondern auf die Einwohnerzahl abstellt. Gleiches Stimmrecht sei ungerecht, da Niederbayern 300.000 Stimmen, Augsburg aber nur 100.000 Einwohner habe.
Es wird über den Antrag *Horlacher* abgestimmt. Dagegen sind *Schäffer* und *Lacherbauer*.
Staatssekretär *Krehle* stellt den Antrag:

Augsburg erhält drei Stimmen.

Bei der Abstimmung enthalten sich *Schäffer* und *Lacherbauer* der Stimmen.
Dr. *Müller* erklärt: Ich brauche eine Basis für meine Arbeit. In Franken besteht die Notwendigkeit, daß die Union sich nicht mit der BVP identifiziert, sonst gehen die jungen evangelischen Geistlichen zu den Demokraten. Als Kennzeichen dafür, daß die Union eine neue Partei ist, gilt allgemein, daß von Herrn *Schäffer* kein Führungsanspruch erhoben wird. *Schäffer* erhebt ihn aber offenkundig. Deshalb ist Neuwahl des Vorsitzenden oder des Vorstandes erforderlich, oder die Bestellung eines Wahlausschusses, der eine Neuwahl vorbereitet. Dr. *Horlacher* betont, daß der vorläufige Vorsitzende eine Rückendeckung braucht. Auf die Tagesordnung gehöre der Punkt "Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden". *Von Miller* meint, da es sich um eine Zwischenlösung handelt, solle man durch den besser legitimierten Ausschuß einen weiteren Vorstand wählen lassen. Dr. *Müller* spricht sich für einen Beirat aus, da wir über München hinauswachsen müssen.
Dr. *Horlacher* stellt den Antrag:

Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden.

Dr. *von Miller* stellt den Antrag:

Wahl des vorläufigen Vorsitzenden und eines ihn unterstützenden Beirats.

Dr. *Horlacher* betont, daß er sehr gemäßigt sei. Eigentlich müsse er beantragen, daß der Beirat durch zehn Vertreter der Landwirtschaft und je sechs Vertreter der Arbeiterschaft und des Gewerbes verstärkt werden müsse, doch halte er diesen Antrag vorerst noch zurück. Dafür aber müsse er verlangen, daß am vorläufigen Gremium nicht so viel geändert werde.
Horlacher und *von Miller* einigen sich auf den Antrag:

Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden.

Dr. *Lacherbauer* ist für einen Vorstand aus zehn Köpfen, darunter Dr. *Müller*. Dr. *von Miller* wünscht, daß der jetzige Ausschuß abtritt. Dr. *Eichhorn* meint, München müsse stark vertreten sein, sonst gebe es einen Diktator. Dr. *Müller* weist darauf hin, daß in ein paar Monaten eine Landesversammlung zusammentreten kann. Eine Landesvor-

standschaft müsse Rücksicht nehmen auf alle Strömungen der Union. Das gehe aber noch nicht. *Krehle* meint, dieser Ausschuß dürfe nicht verschwinden.
Dr. *Müller* formuliert zwei Anträge:

1. Bestätigung der Wahl des vorläufigen Vorsitzenden,
2. Erweiterung des vorläufigen Ausschusses um 15 Mann.

Schäffer fordert satzungsgemäß Neuwahl. Dr. *Horlacher* erklärt: Wir sind die ersten Gründer der Union, wir haben unsere Fragebogen hergeben müssen, der Münchner Ausschuß soll die Beratung der laufenden Angelegenheiten haben, bei politischen Fragen solle er durch Landesvertreter erweitert werden.
Bei der Abstimmung über den Antrag 1. stimmt *Schäffer* dagegen.
Der Antrag 2. wird neu formuliert:

> Erweiterung des vorläufigen Arbeitsausschusses durch Aufnahme der Kabinettsmitglieder (Minister und Staatssekretäre).

Bei der Abstimmung enthält sich *Schäffer* der Stimme.
Dr. *Müller* schlägt als weitere Tagesordnung für Bamberg vor: Berichte der Bezirksverbände und der Ausschüsse. Referenten und Jugendausschuß werden eingeladen, haben aber kein Stimmrecht. Die Statuten sollen durch besonderen Ausschuß bestimmt werden. Dr. *Horlacher* schlägt eine allgemeine politische Aussprache vor. Die Vorschläge werden angenommen.
Zu Punkt 8:
Dr. *Müller* fragt, ob eine Diskussion über das Verhältnis *Schäffer/Müller* gewünscht wird. *Schäffer* legt keinen Wert darauf. Daraufhin tritt man in die Besprechung des Verhältnisses zwischen Staatsrat *Schäffer* und den Vertretern des Bauernverbandes ein.
Dr. *Horlacher* stellt fest, der Bauernverband mische sich nicht in Politik ein. Die Rosenheimer Rede Dr. *Schlögls* sei dessen Privatsache und gehe den Bauernverband nichts an. Er bitte über die Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Bei der Sitzung von Oberbayern habe man Vorwürfe gegen nicht Anwesende erhoben. Es wäre fair gewesen, Herrn Dr. *Schlögl* anzurufen. Die Union habe sich nicht in Angelegenheiten des Bauernverbandes einzumischen.
Es kommen zur Verlesung: Schreiben des Stadtverbandes München vom 11. März, unterzeichnet durch *von Miller* und *Eichhorn*; Schreiben des Bezirksverbandes Oberbayern vom 8. März, unterzeichnet von Dr. *Hundhammer*; Schreiben des Herrn Dr. *Schlögl* vom 12. März und Schreiben des Herrn Dr. *Rindke* vom 13. März
Dr. *Horlacher* stellt den Antrag:

> Die Schreiben werden zur Kenntnis genommen, und es wird zur Tagesordnung übergegangen.

Staatsrat *Schäffer* stellt den Antrag:

> Die Anträge Oberbayern und München werden dem Unionsmitglied *Schlögl* zur Kenntnis gebracht. Der Ausschuß gibt sein Befremden insbesondere darüber zum Ausdruck, daß Herr *Schlögl* sich nicht veranlaßt gesehen hat, die Presseangriffe richtigzustellen. Angriffe dieser [sic!] Öffentlichkeit gegen Parteifreunde haben zu unterbleiben. Bei Wiederholung wird von den disziplinären Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden.

Dr. *Horlacher* betont, daß auch in früheren Zeiten Gegensätze öffentlich ausgetragen wurden, so zwischen *Heim* und *Schirmer*.
Dr. *Müller* verliest Stellen des Protokolls von Plattling, insbesondere über die Rede *Schäffers*, den Antrag *Lobinger* und die Ausführungen von Landrat *Bickleder*[6]. Er betont, daß *Schlögl* offen gesprochen habe, wenn es auch besser gewesen wäre, das eine oder andere nicht zu sagen. Er ziehe einen offenen Gegner vor. Man solle zur Tagesordnung übergehen.
Dr. *Lacherbauer* erklärt, er kenne den Sachverhalt nicht. Diskussionen, die persönlich oder sachlich bestehen, dürfen nicht in öffentlichen Reden ausgetragen werden. Dadurch werde keine Läuterung erreicht. Er schließe sich dem Antrag *Schäffer* an. Dr. *Horlacher*: Ich bleibe bei meinem Antrag. Ich müßte sonst ins einzelne gehen. In der Demokratie gibt es kein Maulkorbgesetz! Ich behalte mir immer das Recht vor, politisch weittragende Auseinandersetzungen zu erörtern. Das Leben in der Partei darf nicht erstickt werden.
Dr. *Müller*: Wir sind eine Partei, die in etwa den Demokraten in Amerika gleichen wird, daher haben wir Sozialisten und Konservative in unseren Reihen. Wir brauchen sachliche Diskussion, auch in öffentlichen Versammlungen. Natürlich dürfen keine Ehrenkränkungen vorkommen.
Es wird über den Antrag *Horlacher* abgestimmt. Dagegen sind *Schäffer* und *Lacherbauer*, der Stimme enthalten sich *Eichhorn*, *von Miller* und *Steber*.

Ohne Eintritt in Punkt 9 und 10 der Tagesordnung wird die Sitzung um 20 Uhr geschlossen.

[6] In der Vorlage: "Pichleder".

Nr. 11

Sitzung des Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 29. März 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Anträge für die Bamberger Tagung der CSU:
   a) Personalpolitik der Regierung Hoegner
   b) Aufstellung eines Parteiprogramms und einer Satzung
   c) Schiedsgerichtsordnung
   d) Wahl der Landesvorstandschaft
   e) Festlegung der Stimmberechtigung der Bezirksverbände
   f) Bestätigung des Landesvorsitzenden
   g) Bildung eines Arbeitsausschusses
2. Sonstiges

Anwesend:[2] Eichhorn, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Lacherbauer, J. Müller, F. Schäffer, Schwingenstein, Steber; ferner: L. Hagenauer, Koenig, A.W. Schmidt

ACSP, CSU-Landesausschüsse; Schriftführer: Koenig, A.W. Schmidt

Die Sitzung wurde von Dr. *Müller* um 8.45 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung standen die Anträge für die Bamberger Tagung des erweiterten Landesausschusses der Union.

Zu dem ersten Antrag des Bezirkes Oberbayern, der sich gegen die kommunistischen Staatssekretäre in den Ministerien richtete, führte Dr. *Horlacher* aus, daß die Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei im Landwirtschaftministerium erfolge, um eine Opposition von dieser Seite aus zu verhindern. Die Frage der Bodenreform, wie sie jetzt für Bayern geplant sei, wurde mit Zustimmung der KPD geregelt.

Herr Dr. *Müller* betonte, daß für die Zusammensetzung der Regierung Ministerpräsident Dr. *Hoegner* verantwortlich sei.

Dr. *Hundhammer* bestand als Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern auf der Aufrechterhaltung des Antrages.

Als gemeinsamer Antrag der Bezirke Oberbayern und München wird die Aufstellung eines Parteiprogrammes und einer Parteisatzung gefordert.

Dr. *Müller* wies darauf hin, daß ein Arbeitsgremium in Bamberg zur Feststellung von Satzungen und Programmen gebildet werden soll. Eine gründliche Vorbereitung sei dafür notwendig und sämtliche Ausschüsse müßten dazu herangezogen werden. Die Vorbereitung dafür würde bereits von Fachjuristen getroffen werden.

Dr. *Horlacher* betonte, daß es verfrüht sei, feste Parteisatzungen zu schaffen, da die besten Kräfte noch fehlten.

Staatsrat *Schäffer* bestand auf der Beibehaltung fester Termine in dem gemeinsamen Antrag.

Generalstaatsanwalt *Hagenauer* äußerte, daß eine Schiedsgerichtsordnung erst nach der Parteisatzung geschaffen werden könne. Zunächst sei wohl ein Ehrengericht mög-

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
[2] Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

lich, das von Fall zu Fall zusammentrete, aber diese Zwischenlösung halte er für wenig zweckmäßig. Er müsse wissen, was gewünscht wird, bevor er die Aufgabe in Angriff nehme. Dafür sei auch notwendig, daß er zu den Satzungsverhandlungen zugezogen würde.
Dr. *Hundhammer* stellte die beiden Hauptgesichtspunkte der Ehrengerichtsbarkeit, persönliche ehrenrührige Handlungen gegen andere Parteimitglieder und parteischädigendes Verhalten, heraus.
Dr. *Horlacher* wandte sich gegen Diktaturbestrebungen innerhalb der Union.
Dr. *Hundhammer* wies darauf hin, daß die Ehrengerichtsbarkeit notwendig sei, um gegen Lügen und Flüsterpropaganda vorgehen zu können. Die Frage sei nur, ob ein Ehrengericht oder ein Schiedsgericht geschaffen werden soll.
Dr. *Eichhorn* hielt ein Ehrengericht auch ohne Parteisatzungen und Programme für möglich. Ein solches Parteigericht müsse alle Befugnisse eines Sühneverfahrens erhalten.
Dr. *Lacherbauer* ist der Auffassung, daß nur ein Schiedsgerichtsverfahren möglich sei.
Dr. *Horlacher* erklärte, daß er bei ehrenrührigem Verhalten die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen werde. Er sammelt Material und will im entsprechenden Augenblick seine Maßnahmen ergreifen.
Abschließend wurde von Staatsrat *Schäffer* und Dr. *Hundhammer* auf Beibehaltung der Anträge mit festen Terminen und Vorlage bei der Bamberger Tagung bestanden.
Für die Wahl der endgültigen Landesvorstandschaft ist nach einem Antrag *Schäffer* der 5. Mai 1946 vorgesehen. An diesem Tage soll ein gewählter Landesausschuß zusammentreten. Dr. *Müller* betonte nochmals, daß die Partei sich immer noch im Stadium des Aufbaues befinde, der bis dahin nicht abgeschlossen sein könne. Er wolle vor allem eine Majorisierung vermeiden. Der Antrag *Schäffer* wurde trotzdem auf der Tagesordnung belassen.
Der Bezirksverband Niederbayern legt der Bamberger Tagung einen Antrag vor, den Beschluß des vorläufigen Landesausschusses der Union vom 8. Januar 1946 hinsichtlich der Festlegung des Stimmrechts als ungültig zu erklären.
Dr. *Müller* führt dazu aus, daß er mit der Militärregierung folgenden Antrag abgesprochen habe:

> Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober- Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt: Die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen. Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:
> Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, Dr. *Schäffer*, Dr. *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.
> Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung
> Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Außerdem seien Anträge von Würzburg und Regensburg zu erwarten, diese Städte als Bezirksverbände anzuerkennen und ihnen je drei Stimmen zuzubilligen.
Dr. *Schäffer* und Dr. *Hundhammer* wandten sich gegen das Stimmrecht der Stadtkreise, wobei Dr. *Hundhammer* die Notwendigkeit eines legalen Aufbaues der Partei

betonte, der nur über die Kreisverbände gehen könne und daher nur 48 Stimmen umfassen dürfte.
Dr. *Horlacher* verlangte die Berücksichtigung weitester Kreise beim Aufbau der Organisation sowie der Gründungsmitglieder, die den Weg zur einheitlichen Ausrichtung vorbereitet hätten. In diesem Punkte müsse man über die Satzung hinausgehen.
Dr. *Schäffer* ersuchte zu Protokoll zu nehmen: Dr. *Horlacher* erkennt die Satzung nicht an.
Dr. *Müller* verwies auf die beiden Rechtsgrundlagen. Die Landessatzung und die Ermächtigung der Militärregierung. Er wird ein Rechtsgutachten vorlegen, aus dem die Rechtsgültigkeit des Antrages ersehen werden könne.
Dr. *Eichhorn* wies darauf hin, daß seit der Wahl *Schäffers* die Kreise der alten Bayerischen Volkspartei einen Auftrieb zeigten, der Bände spräche. München sei für die Union ein verlorener Platz. Man könne die Dinge in diesem Sinne nicht mehr weitertreiben lassen und er wird nicht nach Bamberg fahren, da es bei dem Kurs *Schäffer* den Protestanten unmöglich gemacht werde, mitzuarbeiten.
(Dr. *Eichhorn* verläßt die Sitzung, wird aber nach einiger Zeit von Dr. *Müller* wieder hereingeholt.)
Nach einer Auseinandersetzung zwischen Dr. *Horlacher* und Dr. *Lacherbauer* über die demokratische Grundlage des Antrages erfolgt die Abstimmung. Der Antrag wird mit fünf Stimmen gegen zwei bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.
Dr. *Müller* legt ferner dem Ausschuß als weiteren Antrag vor:

> Dr. *Josef Müller* wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.

Er führt dazu aus, daß er vermeiden wolle, vor den Großstadtwahlen und der Kandidatenaufstellung zur Landesversammlung einen offenen Konflikt heraufzubeschwören.
Dr. *Lacherbauer* betont, daß es sich nicht um eine Neuwahl, sondern nur um eine Bestätigung handeln könne, um eine neue Vertrauensbasis zu schaffen.
Die Abstimmung ergibt bei einer Stimmenthaltung zwei Stimmen dagegen und fünf Stimmen dafür. Der Antrag wird somit in Bamberg vorgelegt werden.
Weiter legt Dr. *Müller* den Antrag vor:

> Zur Unterstützung des Landesvorsitzenden bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird ein Arbeitsausschuß bestellt, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses, den Kabinettsmitgliedern der Union und je einem von den Bezirksverbänden genannten Vertreter.

Der Antrag wird mit sechs gegen zwei Stimmen zur Vorlage in Bamberg angenommen.
Als letzter Antrag wird von Dr. *Müller* vorgelegt:

> Der bisherige erweiterte Landesausschuß tagt in Zukunft bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union.

Der Antrag wird mit sechs Stimmen gegen zwei Stimmen zur Vorlage in Bamberg verwiesen.

Dr. *Müller* wies anschließend darauf hin, daß die Militärrregierung in Bamberg vertreten sein werde und daß dies in den politischen Diskussionen berücksichtigt werden müsse. Außerdem habe er auch Dr. *Pix* eigeladen, um diesem gegebenenfalls die Möglichkeit zu bieten, in die Diskussion einzugreifen.
Dr. *Schäffer* erklärte, wenn die Pressekampagne Gegenstand der öffentlichen Aussprache werde, verlassen er und seine Leute die Versammlung. Er wird dann ebenso öffentlich antworten.
Dr. *Horlacher* verwies darauf, daß er der Parteileitung in Bamberg einen Antrag vorlegen werde, der an Schärfe nichts vermissen lassen werde und endlich klare Verhältnisse schaffen dürfte.

Um 10.15 Uhr wird die Sitzung von Dr. Müller geschlossen.

Nr. 12

Tagung des Erweiterten Vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 30. und 31. März 1946 in Bamberg

Tagesordnung:[1]
1. Begrüßung
2. Eröffnungsrede des vorläufigen Landesvorsitzenden
3. Stimmberechtigung[2]
4. Einberufung einer Landesversammlung
5. Müller-Schäffer Konflikt: Stellungnahmen der Kontrahenten
6. Bestätigung des Landesvorsitzenden
7. Bestellung eines Arbeitsausschusses und Erklärung des Erweiterten Landesausschusses zum Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union
8. Schaffung und Bestellung eines vorläufigen Parteischiedsgerichtes
9. Frauenvertreterinnen und Jugendvertreter[3]
10. Sonstiges

Tagungsort: Bamberg, Heinrichsaal

Anwesend:[4] E. Ammann, Arnold, Barth, Baumgartner, Bergsträsser, Blaser, Boehlke, Brandner, Bühner, Burges, Busch, Dahm, Detsch, Döppert, Dürr, Ehard, Etterer, Euerl, Falkner, Gassenmeyer, Gerathewohl, Gierl, Hahn, Haußleiter, Held, Helmerich, Herding, Heubl, Hönekopp, Holzer, Holzmann, Horlacher, Hundhammer, Imler, Jahn, Karpf, von Katzler, Klenk, Koenig, A. Konrad, Krehle, Krempl, Kroll, K.A. Kroth, Kübel, Lacherbauer, Lobinger, Mack, J. Maier, Messmer, Miesgang, von Miller, J. Müller, Muhler, Nerreter, Ortloph, Ott, Pfeiffer, Pflaum, Pix, von Prittwitz-Gaffron, Ramelsberger, Reiser, Rindt, Rinke, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, F. Schäffer, Schlögl, A.W. Schmidt, Schweiger, Schwin-

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes, da der tatsächliche Sitzungsverlauf der vorgesehenen Tagesordnung kaum entsprach. Laut Schreiben des Landessekretariats der CSU an die Bezirksverbände der Christlich-Sozialen Union, gez. A.W. Schmidt, vom 27. März 1946 (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946) war folgende Tagesordnung vorgesehen:
"1. Bericht des vorläufigen Landesvorsitzenden über die Arbeit der vergangenen Monate. 2. Bericht der Bezirksvorsitzenden über die Arbeit ihrer Bezirksverbände. 3. Tätigkeitsbericht der Arbeits- und Parteiausschüsse. 4. Anträge des vorläufigen Landesausschusses: a) Die Wahl des vorläufigen Landesvorsitzenden durch den vorläufigen Landesausschuß in der Sitzung vom 17. Dezember 1945 wird bestätigt; b) Es wird ein Arbeitsausschuß der Christlich-Sozialen Union für das Land Bayern bestellt. Er besteht aus: a) den Mitgliedern des bisherigen vorläufigen Landesausschusses, b) den der Regierung angehörigen Mitgliedern der CSU (Minister und Staatssekretäre), c) den Vertretern der Bezirksverbände, die durch die Bezirksverbände namhaft zu machen sind. 5. Anträge der Bezirksverbände. 6. Stellungnahme zur Regierungspolitik und allgemeine politische Aussprache. 7. Sonstiges."
Das Schreiben ergänzte die unter dem 18. März 1946 verschickte Einladung zu dieser Sitzung, mit der auch die vom Vorläufigen Landesausschuß am 14. März beschlossene Regelung der Stimmberechtigung bekanntgegeben wurde (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 30. und 31. März 1946). Mit Schreiben vom 26. März 1946 hatte das Landessekretariat den Bezirksverbänden einen Auszug des Protokolls der Sitzung des vorläufigen Landesausschusses vom 14. März, "Tagesordnungspunkt 7) Einberufung eines erweiterten Landesausschusses für Sonntag, 31. März 1946" übersandt (ACSP, NL Müller 10/1).

2 Während der Abstimmung zu diesem Thema ereignete sich der "Zwischenfall Messmer" (vgl. S. 86ff.), der die Sitzungsteilnehmer lange beschäftigte, als "Zwischenfall" jedoch nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

3 Die Behandlung dieses Themas wurde unterbrochen durch die Erörterung der Schäffer-Pix- und Schäffer-Horlacher-Konflikte.

4 Eine Anwesenheitsliste mit den Teilnehmern dieser Sitzung war nicht auffindbar. Die im folgenden genannten Teilnehmer wurden, soweit möglich, aus dem Protokolltext ermittelt.

genstein, Semler, Söllner, Speicher, Sporer, Steber, W. Stegerwald, F.J. Strauß, Stücklen, Ulrich, Weinberger, Weinkamm, G. Weinzierl, Weiss, Zöller

ACSP, Nachlaß Müller 10/1; Schriftführer: Söllner

Beginn: 30. März 1946, 16.45 Uhr.[5]

Dr. *Barth*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde in der Christlich-Sozialen Union! Erlauben Sie mir, daß ich in meiner Eigenschaft als 1. Vorsitzender der Union im Bezirk Oberfranken einige Worte des Grußes außerhalb der Tagesordnung zu Ihnen spreche. Ich begrüße Sie zuerst herzlich in dem lieben, alten Bamberg, in dieser schönen, alten Stadt, die erfüllt ist von dem Reichtum unserer Kultur und die in diesem sinnlosen Kriege, der hinter uns liegt, Gott sei Dank in ihren wertvollsten Gütern nicht gelitten hat.
Wir alle hatten einen schönen Reisetag, es ist ein März-Sonnabend, wie man sich ihn schöner nicht wünschen kann. Wir sind hier zusammengekommen, um in dieser zweiten Landestagung der bayerischen Union wichtige Beschlüsse zu fassen. Wir sehen uns zwar von einer Stadt umgeben, die im Kriege nicht oder kaum gelitten hat, und wir tagen an einem sonnigen Frühlingstage. Aber dieses äußere Drum und Dran kann uns nicht über die Ernsthaftigkeit der Fragen hinwegtäuschen, die wir hier zu erörtern haben. Sie sind in unser Oberfranken gekommen, in eine Provinz, die die Folgen des unseligen Krieges vielleicht mehr spürt, als jeder andere Bezirk unseres Bayernlandes. Wir nehmen hier in unendlichen, langen Reihen die Flüchtlinge auf, die aus dem Sudetenland und zum Teil auch aus dem übrigen Osten vertrieben wurden. Wir sehen das entsetzliche Elend, in dem diese Ausgewiesenen zu uns kommen. Unsere Städte und unsere Dörfer bersten vor diesen Einquartierungen und manche menschliche Reibungen sind mit diesem unendlich dichten Zusammendrängen verbunden.
Dieser Gedanke an die Not, die täglich an uns vorüberzieht, lenkt unseren Blick hin zu dem Ganzen, zu der Not, in der sich das deutsche Volk insgesamt befindet.
Wir bekennen uns froh und freudig zur Union. In unseren Reihen haben sich Katholiken und Evangelische, kleine Bauern und Arbeiter, Mittelstand und, wie man sagt, die gehobenen Stände zusammengefunden, um hier nicht gegeneinander, sondern miteinander für das Ganze zu wirken. Und diesen Blick für das Ganze wünsche ich uns allen für diese Tagung. Das Schicksal, das wir erlitten haben, und die Not, die wir jetzt durchstehen müssen, erleben und erleiden wir nicht als Katholiken und nicht als Evangelische, nicht als Bayern, Rheinländer oder Thüringer, wir erleben sie als Deutsche. Wenn wir diesen Blick auf das gesamtdeutsche Schicksal richten, dann löst sich manche Frage, die so schwer erscheint, von vorneherein, denn in dem Blick auf das Ganze liegt auch bereits die Antwort, die dem Ganzen nutzt. In diesem Sinne wünsche ich unserer Tagung ein volles Gelingen.

(Beifall.)

Vorsitzender Dr. *Müller*: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne die zweite Tagung des erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union. Wir haben diese Tagung entsprechend einem Beschluß, der bei der ersten Tagung am 8. Januar dieses Jahres in München gefaßt wurde, nach Bamberg einberufen. Wir haben gut daran getan, nach Bamberg zu kommen, denn hier war die Union

[5] Das Protokoll trägt den Vermerk: "Übertragung aus dem Stenogramm".

schon im Anfangsstadium ihrer Gründung in Bayern zu Hause. Noch bevor sie anderswo eine Heimat erhielt, hatte sie eine Heimat hier in Bamberg. Aber auch die Geschichte Bambergs war immer so, daß jeder aus Bayern gerne nach Bamberg kommen kann. In Bamberg ist immer ein guter Zufluchtsort dann, wenn es irgendwo kriselt. Wir waren im Jahre des Heils 1918/19 schon hier zu Hause. Als damals sonst in Bayern eine Krisis herrschte, kam das Bayerische Parlament damals in diesem Raum zusammen. Hier tagte der Landtag, hier hatte damals die Regierung Unterschlupf gefunden, hier konnte sie ruhig zu arbeiten beginnen. Aber auch nachher zeigte sich immer wieder, daß in diesem Lande hier eine Aufgeschlossenheit für fortschrittliches neues Denken vorhanden war.
Wenn wir heute auf die Geschichte zurückschauen, werden wir großenteils doch der Auffassung sein, daß der Heros, der vor 1933 dem deutschen Volke vorstand, einen Heiligenschein trug, der nicht ganz berechtigt war. Damals wurde in weiten deutschen Gauen *Hindenburg* zum Reichspräsidenten gewählt, hier in Franken hat man damals *Marx* gewählt.

(Bravo!)

Wir können uns heute mit einigem Stolz daran erinnern, wenn wir uns so oft über die Schuldfrage unterhalten. War es nicht ein Kennzeichen dafür, daß damals das deutsche Volk doch wirklich den ehrlichen Willen hatte, einen Ausweg zu finden? Man hätte vielleicht energischer vorgehen sollen, vielleicht hätte *Marx* energischer kämpfen sollen. Man hätte vielleicht den Kampf vorverlegen und die Entscheidung in ein Stadium verlegen können, in dem der Kampf gegen den Nationalsozialismus, wie überhaupt gegen den übertriebenen Nationalismus, noch Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Es war ein Unglück, daß man damals die Entscheidung nicht gesucht hat. Man soll Entscheidungen dann, wenn sie in der Luft liegen, nicht unbedingt ausweichen. Klarheit muß herrschen, ein klarer Weg muß gefunden werden, wenn es auch manchmal schwer ist.
Ich sage das bewußt im Augenblick. Die Öffentlichkeit beschäftigt sich ja mehr mit uns, als vielleicht unbedingt notwendig wäre. Es ist fraglich, ob alles zweckmäßig war, was in dieser Zeit geschehen ist, aber eines ist sicher: Wir brauchen dem Kampf und den Auseinandersetzungen nicht auszuweichen. Wir werden den Kampf nach außen führen und uns auch intern über unsere Zielstellungen auseinandersetzen. Wir müssen uns eines Tages über unser Programm auseinandersetzen, wenn ich das einwerfen darf. Bisher haben wir ja nur Richtlinien oder Aufrufe. Es wird aber notwendig sein, daß wir klare Punkte entwickeln, daß wir klar sehen, wohin der Weg der Union in der Zukunft auf allen Gebieten, auf weltanschaulichem, staatspolitischem, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete gehen soll. Auch da können wir jetzt schon den Beginn in der Auseinandersetzung feststellen. Wir werden wahrscheinlich auch bei der politischen Aussprache, die wir in dieser Tagung haben, langsam beginnen müssen, diese Fragen aufzuwerfen. Bisher konnten wir die Arbeit den Ausschüssen überlassen. Wir müssen von ihnen Bericht bekommen. Wir müssen so langsam beginnen, die Arbeit der Ausschüsse auszuwerten.
Seit unserer letzten Tagung hat das Volk in Bayern sich für uns entschieden, zunächst allerdings nur das Landvolk. Es hat sich aber in einer solch starken Majorität entschieden - denn in den Mehrheitsstimmlisten liegen ja soundso viele Prozente noch für uns -, daß wir wirklich auf den Erfolg stolz sein können. Die Union hat den Erfolg bekommen, obwohl sie noch nicht einmal das Programm entwickelt hat. Sie hat den

Erfolg, weil die Menschen fühlen, daß hier ein Weg gegangen wird, der aus dem hoffnungslosen Dasein herausführen wird, daß hier ein Weg zur Gesundung des deutschen Volkes gefunden wird.
Der Wirtschaftsaufbau steht bestimmt im Vordergrund, wenn wir an das Materielle, an unsere Existenznotwendigkeit denken. Wichtiger aber als der Wirtschaftsaufbau ist der moralische Aufbau des deutschen Volkes. Da wird die Union einsetzen müssen, da wird die Besonderheit der Union gegenüber den anderen Parteien liegen müssen. Das war wohl auch einer der Hauptgründe dafür, daß wir versucht haben, alle Kreise zu sammeln, die mit uns die gleiche Basis für das Staats- und Wirtschaftsleben anerkennen, nämlich das christliche Sittengesetz. Wir wollen alle sammeln, die sich verantwortlich fühlen vor Gott, denn darin unterscheiden wir uns von den Despoten der Vergangenheit, den großen und den kleinen. Sie hatten sich losgelöst von der Verantwortlichkeit gegenüber Gott. Wir wollen alle sammeln, die bewußt diese Verantwortlichkeit anerkennen. Wir müssen aber einen Kerntrupp in dieser Sammlung haben. Die Kerntruppe für diese Sammlung muß sich aus den Menschen rekrutieren, die dieses christliche Sittengesetz absolut klar und eindeutig anerkennen. Infolgedessen können wir stolz darauf sein, daß es bis jetzt gelungen ist, katholische und evangelische Christen zu einer Einheit im politischen Handeln und Denken zusammenzubringen. Es war kein Problem mehr und es bleibt hoffentlich in der Zukunft auch so, wie es bis jetzt war und im Augenblick ist, daß diese Schwierigkeiten überwunden sind. Wir wollen hier dazu beitragen, daß es kein Problem mehr werden wird.
Die Bayern haben uns nach meinem Empfinden aber auch deshalb gewählt, weil sie von uns erwarten, daß sie ihre Ruhe bekommen. Man will nach all den Erlebnissen der Vergangenheit zu einer ruhigen Gesundung kommen. Man will eine Ausgeglichenheit im persönlichen und im Staatsleben haben. Diese Ausgeglichenheit erwartet man mit Recht von uns, die wir das christliche Sittengebot, das 1. Gebot Christi, das Sozialgebot "Liebe Deinen Nächsten wie dich selbst", anerkennen.
Darüber hinaus erwartet man von uns, daß wir dem Volke zum Recht verhelfen. Es ist nicht damit getan, daß man nur die Macht hat im Staate. Es können Machthaber dasein, die sich auch dann durchsetzen, wenn sie in der Minorität sind, das hat die Vergangenheit gezeigt. Wir werden als Union wahrscheinlich die Majorität haben. Aber auch dann wird es darauf ankommen, daß wir nicht einseitig die Macht ausnützen, sondern daß wir dann wirklich die Voraussetzung für eine gesunde Ordnung, eine gesunde Rechts- und Wirtschaftsordnung schaffen. Wir müssen auch in dieser Hinsicht uns hier klar werden.
Wenn dieser Weg gegangen wird, wird er uns zu praktischen Fragen führen. Wir müssen uns so langsam darüber klar werden: Wollen wir allein oder mit anderen zusammen Verantwortung übernehmen? Man könnte leicht der Auffassung sein, daß das Volk dann, wenn es sich so klar ausspricht, wie es bisher geschehen ist und wie es hoffentlich in der nächsten Wahl geschehen wird, will, daß wir allein die Regierung übernehmen sollen. Ich glaube aber, daß jeder denkende Mensch anerkennen muß, daß die Aufgabenstellungen der Gegenwart erfordern, daß man die Voraussetzung für eine ruhige und ordnungsmäßige Entwicklung auf möglichst lange Sicht schafft. Wir können uns hier in der politischen Debatte dann wohl darüber unterhalten, wie das auszuwerten ist, ob es in der praktischen Fragestellung dann so lautet, daß die Union willens sein wird, sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen oder nicht. Wir müssen die Frage noch nicht beantworten, aber es wird zweckmäßig sein, wenn wir uns auch darüber klar werden: Ist ein Wille dafür vorhanden? Sind die Voraussetzungen

dafür gegeben? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, wenn wir nachher willens sein wollen, uns zu beteiligen. Es ist ja so, daß man in der Gegenwart oft rasch entscheiden, rasch handeln muß. Es ist nicht immer so, daß alle, die das Vertrauen der Bevölkerung haben, zusammengerufen werden können. Infolgedessen sollen wir die hier gegebene Gelegenheit wahrnehmen, um auch dafür Anregungen zu bekommen.

Weiter müssen wir uns darüber unterhalten, wie unsere Arbeit im einzelnen, rein praktisch, rein organisatorisch, gelöst werden soll. Diese Fragen stehen sogar in mancherlei Hinsicht im Augenblick im Vordergrund, denn wir sind in den Wahlkampf hineingegangen ohne eine Organisation, wir waren ja nur wenige Wochen vorher als Landespartei genehmigt worden. Wir hatten kein Sekretariat, wir konnten kaum Redner schicken. Nur da oder dort haben wir Flugblätter hinausgegeben, aber nicht annähernd so viele, als man früher hinausgegeben hätte oder vielleicht auch, als die Konkurrenz hinausgegeben hat. Jetzt aber wird es darauf ankommen, daß wir auch organisatorisch die Voraussetzungen für eine gute Arbeit schaffen. Wir müssen hier eine Planung für die künftigen Satzungen entwickeln, denn sie sollen eine Grundlage für den inneren Aufbau sein. Sie müssen uns dann die Möglichkeit geben, alle Kräfte, die zu uns kommen, einzuspannen und auszurichten auf das gemeinsame Ziel, den Erfolg für die Union, den Erfolg für die bayerische Heimat und für das deutsche Vaterland. Auch hier müssen dann Fragen beantwortet werden, die jetzt bereits an uns gestellt sind. Wir haben schon jetzt, zunächst in der amerikanischen Zone, die Möglichkeit, uns mit Gleichgesinnten zu einer gemeinsamen Partei zusammenzuschließen. Die Verhandlungen sollen bereits nächste Woche beginnen. Deshalb müssen auch diese Fragen in der politischen Aussprache besprochen werden.

Darüber hinaus müssen wir uns noch darüber unterhalten, wie wir uns das Zusammengehen mit den Gleichgesinnten in ganz Deutschland für die Zukunft vorstellen. Auch in dieser Hinsicht werden Anträge eingebracht werden, sie müssen entschieden werden.

Das sind die einzelnen Probleme, die uns beschäftigen werden. Es werden noch etliche dazukommen, es würde zu weit führen, wenn ich sie jetzt alle hier behandeln würde.

Über eines aber wollen wir uns im klaren sein: Bei all dem, was wir hier besprechen, wollen wir daran denken, daß wir eine christliche und soziale Union, eine Einigung sind und alles, was wir sprechen, in diesem Hinblick sprechen. Wenn wir uns auseinandersetzen, dann wollen wir es offen tun, aber doch so, daß auch da das christliche Sozialgebot seine Anwendung findet "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst".

(Sehr richtig! - Beifall. - Zuruf: Auf das warten wir schon lange!)

Wir wollen schon die Themen behandeln und darauf eingehen, aber wir wollen daran denken, daß der Partner, und wenn er vielleicht im Moment auch gegnerisch spricht, doch auch der christliche Glaubensgenosse, darüber hinaus sogar noch Parteifreund ist.

(Sehr richtig! Zuruf: Sie sollen sich schämen!)

Um eines bitte ich aber: Keine Einseitigkeit. Wenn gesprochen wird, dann muß hier offen gesprochen werden.

(Sehr richtig!)

Dann keine heimtückischen Angriffe, keine Schmutzkübel im Hintergrund.

(Sehr richtig!)

Denn da, muß ich schon sagen, ist ein offener Angriff in einer solchen Besprechung noch viel angenehmer als der Schmutzkübel, der von rückwärts ausgegossen wird.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, damit ungefähr die Themenstellung gegeben zu haben. Vergessen wir nicht, wir haben es nicht leicht. Die Konflikte, die bestehen, sind vielleicht etwas zwangsläufig entstanden, aber sie sind doch auch von anderen gefördert, und zwar wesentlich gefördert worden.

(Zurufe: Mit Hilfe der anderen! - Isar-Post!)

Es wird dazwischen geworfen "Mit Hilfe der anderen!" Ich glaube, daß dieser Einwurf vielleicht in etwas nicht ungerechtfertigt ist. *Aber* es kommt darauf an: Wer hat das ausgelöst? Hat nicht etwa nur die vorhandene Unklarheit es ausgelöst, daß Gruppierungen entstehen konnten, die von vorneherein nicht wünschenswert waren und nicht im Sinne der Union waren? Ich gehe dem gar nicht aus dem Wege, ich weiß - um das klare Thema zu behandeln -, daß vor kurzem ein Besuch eines sehr maßgeblichen sozialistischen Führers - ich hätte beinahe gesagt Staatsführers - bei einem sehr maßgeblichen Mann der Königspartei stattgefunden hat, und daß dabei bestimmte Absprachen getroffen wurden, die gerade die Union betroffen haben.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen uns darüber klar sein, und das muß von allen erwartet werden: Hier wird Politik besprochen für die Union,

(Zuruf: Jawohl!)

nicht für irgendeinen, der außerhalb der Union steht.

(Sehr richtig!)

Das gilt für alle Kräfte, das gilt für links wie rechts.

(Zuruf: Gibt es nicht!)

In früherer Zeit ist vielleicht manchmal vermieden worden, die beiden Gefahrenpunkte zu erkennen. In der Hitlerzeit haben wir das sehr wohl sehen können. Wie oft ist agitiert worden mit der kommunistischen Gefahr - und es war nur die Agitation, um die Stimmung des Volkes auszunützen, ohne daß eine Gefahr im Augenblick akut war! Dabei hat man aber verkannt, daß die Gefahr des Rechtsradikalismus, als die der Nationalsozialismus sich zuerst getarnt hat, mindestens genauso groß war, wie die Gefahr, die von links her kam.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich muß das klar aussprechen, weil oft der Vorwurf erhoben wird, wir hätten bisher nur taktiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir mußten irgendwie die Kräfte in der Union zusammenbringen. Wir mußten mit den verschiedensten Menschen verhandeln,

und wir müssen mit weitesten Gruppen des Volkes verhandeln, wenn wir unser Ziel erreichen wollen.

(Sehr richtig!)

Darauf müssen Sie Ihre Arbeit einstellen. Da wird der Vorwurf erhoben, daß man dann vielleicht zuviel Gefühle haben könnte. Ich will es klar sagen für die Kommunisten oder Sozialdemokraten: Das ist eine Dummheit sondersgleichen, wenn das der gegenwärtigen Führung der Union vorgeworfen wird.

(Sehr richtig! Zuruf: Die haben für uns auch nichts!)

Wir sehen die Feinde der Union klar und erkennen sie, aber es kommt sehr darauf an, wie man den Gegner angeht.

(Sehr gut !)

Auch da muß klar gesagt werden: Nicht mit alten Methoden!

(Sehr gut!)

Denn sind Sie sich darüber klar: Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, sie haben doch in den Kampfzeiten gegen den Nationalsozialismus ihren Bestand gewahrt, sie sind stark geblieben. Das müssen wir uns immer vergegenwärtigen, wenn heute die Debatte um die Bayerische Volkspartei geht. Sie konnten ihren Bestand wahren, weil sie eine Sammlung von Menschen auf weltanschaulicher Basis waren. Und doch ist der Nationalsozialismus über sie hinweggegangen wie über die anderen Parteien auch! Warum? War es nicht doch so, daß dort wohl die Wähler konstant blieben, daran glaubten, daß aber dann doch die Statik, das Beharrungsvermögen zu stark, zu groß war und daß die Dynamik, die Bewegung darüber hinweglief?

(Sehr gut! - Zuruf: Die Jugend hat gefehlt!)

Erinnern wir uns daran: Welche Auswirkungen hatte allein die unsoziale Liquidation der Inflation! In der Hauptsache wurde die letzte Inflation auf Kosten der festen Lohn- und Gehaltsempfänger liquidiert!

(Sehr richtig! - Widerspruch.)

Dadurch sind neue Unruheherde in der Bevölkerung, in der Schichtung des Volkes entstanden. Es wurde ein Proletariat geschaffen, das zunächst, rein materialistisch gesehen, sozialistisch hätte sein sollen, das aber dann aus der Gefühlsmäßigkeit heraus vaterländisch-sozialistisch sein wollte und damit später nationalsozialistisch wurde.

(Sehr richtig!)

Denken wir daran, daß man damals doch den Versuch hätte unternehmen können, eine bessere Kombination zwischen den Generationen zu finden. Wir hatten die Vorkriegsgeneration, die Kriegsgeneration und die Nachkriegsgeneration, drei auseinanderstrebende Gruppierungen: Die Vorkriegsgeneration blieb doch stark am alten Denken haften. Die Kriegsgeneration hat im Anfang noch - es sei auch hier gesagt -, wenn man an 1918/19 denkt, in der Zeit der Freikorps, den Staat gerettet und durchgerissen. Dann aber gingen die Leute an die Arbeit, dann mußten sie das Brot verdienen, mußten sie eine Existenz suchen. Dann kam die Brücke zwischen Vorkriegs- und Nachkriegsgeneration, und zwar deshalb, weil die Jungen im Augenblick da standen und nicht wußten wohin. Sie verliefen sich zunächst, später aber sahen sie einen

Mann, der eine gewisse Dynamik, eine Aktivität entwickelte und damit die Jugend mitriß.

(Sehr gut!)

Wollen wir daran denken, wenn wir kleine Fragen, wie nur die Konstruktion der Partei in den Satzungen, überlegen: Auch diese Fragen können sehr wichtig werden, wenn es darauf ankommt, die Dynamik einer Gruppierung von Menschen im politischen Leben zu sichern. Wir müssen die Voraussetzung dafür schaffen, daß wir keine starre Partei werden.

(Sehr gut!)

Ich kenne und habe vor mir liegen ein taktisches Programm, das die Kommunisten entwickelt haben! "Strategie und Taktik". Es ist neben dem Einheitsprogramm, das die sozialistische Einheitspartei jetzt schaffen will, mit das Interessanteste. Ich will den Inhalt nur dahingehend angeben - wir verlieren sonst zu viel Zeit: Es kommt ihnen darauf an, sich durchzusetzen, auch durch die Beteiligung am demokratischen Staatsaufbau. Sie sprechen klar davon, daß zunächst andere Parteien die Führung in diesem demokratischen Staatsaufbau übernehmen werden. Dann erklären sie:

> Wenn es uns gelingt, diese Bewegung in vollem Schwung zu halten und sie nicht in einigen Regierungsämtern und durch einige Gesetze totlaufen zu lassen, dann werden und müssen die Kommunisten, da sie die Aktivsten, Klarsehendsten und Anpassungsfähigsten sind, mit der Zeit die Führung übernehmen.

(Hört, hört!)

Es kommt ihnen also darauf an, in Form einer Bewegung über die Massen, über die starren Parteien hinwegzukommen.

(Sehr gut!)

Halten wir uns das immer vor, werden wir nicht zur starren Partei! Wir haben bewußt den Namen Partei abgelehnt, weil wir eine Gruppierung von Menschen sein wollen, die auch in dieser Hinsicht nicht an das Alte anknüpft,

(Sehr gut!)

eine Gruppierung von Menschen, die christlichen und sozialen Willen haben im Staatsaufbau, im Gesellschaftsaufbau. Hier muß aber die Voraussetzung geschaffen werden, daß der Wille sich auch zur Tat umsetzen kann, daß der Wille nicht nur Programm wird, nicht nur Wort bleibt.

(Sehr richtig!)

Bitte, sorgen Sie hier mit uns dafür, daß die Voraussetzung dafür geschaffen wird! Bleiben Sie nicht im Starren, sonst ist es besser, heute auseinander zu gehen,

(Sehr gut!)

denn dann müssen eben die Menschen sich zusammenfinden, die den Willen haben, der Gefahr klar ins Auge zu schauen und dieser Gefahr zu begegnen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die Gefahr aber wird nicht nur repräsentiert durch die augenblicklichen Parteien, die zum Konkurrenzkampf in den Wahlen antreten, die Gefahr ist viel größer, und zwar

deshalb, weil der Gegner der Zukunft heute vielleicht noch gar nicht richtig zu erkennen ist. Sind wir uns darüber klar:

(Zuruf: Jawohl!)

Heute können wir von Sozialdemokraten, Kommunisten reden, morgen haben wir politische Nihilisten vor uns! Unser Volk ist augenblicklich in einer gewissen Apathie. Viele lassen alle Viere gerade sein.

(Zuruf *Schäffer*: Sind ja gerade!)

Sie nehmen alles an. Sie wollen kommandiert werden. Sie sind noch so stark an Führer gewöhnt, daß sie ohne weiteres akzeptieren würden, wenn heute wieder ein Führer dastünde, weil sie nur immer im alten Trott weitergehen. Sie sind herausgerissen, aber sie sind im Strudel drinnen, jeder einzelne. Und wenn wir nicht scheinheilig sind, sagen wir von uns selbst, daß jeder von uns auch irgendwie im Strudel mit drin ist. Es wäre scheinheilig, wenn einer heute sagen würde, ich sehe absolut klar, daß heute so und so aufgebaut werden muß, daß die Aufgaben so und so bewältigt werden können. Wir müssen uns erst klar werden über unser Denken und Wollen. Wir wollen das dadurch, daß wir hier eine klare Basis genommen haben, eine Basis, die sich durch Jahrtausende bewährt hat, die Basis christlich und sozial.

(Lebhafter Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir treten in die Tagesordnung ein. Bevor wir die einzelnen Punkte der Tagesordnung zur Verhandlung stellen, muß zunächst die Stimmberechtigung klargestellt werden, weil wir sonst schon im Gremium keine Klarheit bei den Abstimmungen schaffen können. Es muß klargestellt werden: Wer ist hier als offizieller Teilnehmer und wer ist hier als Gast.
Ich darf infolgedessen den Antrag des vorläufigen Landesausschusses Ziffer 1 verlesen lassen:
Söllner:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Herrn *Söllner* - mit Ihrer Zustimmung - zum Schriftführer bestellen. Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich dies nachhole.
Ich bitte Herrn *Söllner*, die anderen zur Frage der Stimmberechtigung vorliegenden Anträge zu verlesen.
Schriftführer *Söllner*: Kreisverband Oberbayern.

Die Bezirksvorstandschaft Oberbayern der Bayerischen Christlich-Sozialen Union stellt zur Sitzung des erweiterten Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 folgenden Antrag:
Es wird beschlossen, bis zur Wahl einer endgültigen Landesvorstandschaft der Bayerischen Christlich-Sozialen Union einen neuen vorläufigen Arbeitsausschuß zu bilden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Entschuldigung, ich darf unterbrechen, nur die Stimmrechtsanträge, sonst kommen wir im Moment noch nicht weiter: Alle Anträge, die sich auf die Stimmberechtigung beziehen!
Es liegen noch Anträge vor zum Stimmrecht für Würzburg, Regensburg, Bamberg.

(Zurufe: Und Niederbayern und München!)

In den letzteren Fällen sind nur noch weitere Stimmen beantragt worden. Das darf ich vielleicht aus den Anträgen herausnehmen.
Schriftführer (*Söllner*): Niederbayern:

> Der Ausschuß der Christlich-Sozialen Union Landshut hat in seiner Sitzung vom 25. März 1946 folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß bedauert aufs lebhafteste die beständigen Angriffe, die gegenseitig in der Isar-Post ...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das hat keinen Sinn, ich bitte, endlich die Anträge zum Stimmrecht vorzulesen.
Schriftführer (*Söllner*): Würzburg:

> Die am 25. März 1946 in Würzburg tagende, von allen unterfränkischen Kreisverbänden beschickte Bezirkskonferenz stellt den Antrag, dem Stadtverband Würzburg, entsprechend der Stimmrechtszuweisung an den Stadtverband Nürnberg-Fürth und den Stadtverband Augsburg, die Rechte eines Bezirksverbandes zuzuerkennen und ihm, wie Augsburg, drei Stimmen zuzusprechen, und zwar mit sofortiger Wirkung für den erweiterten Landesausschuß in Bamberg am 31. März 1946.

Christlich-Soziale Union, Bezirksverband Niederbayern:

> Der Bezirksverband Niederbayern der CSU stellt folgenden Antrag: Es sind die Stimmrechte der Bezirksverbände für die Tagung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 in Bamberg, gemäß den vorläufigen, derzeit gültigen Landessatzungen (Ziffer 4, Abschnitt a) zu bewerten. Es kommen demnach jedem Bezirksverband so viele Stimmen zu, als der Bezirk Land- und Stadtkreise enthält. Städte, denen die Rechte eines Bezirksverbands zugesprochen sind, erhalten für je angefangene 50.000 Einwohner eine Stimme. Begründung: Der Beschluß des vorläufigen Landesausschusses der CSU, der im Schreiben vom 18. März 1946 (Ziffer 1 und 3) enthalten ist, ist rechtsungültig, da er der vorläufigen, derzeit gültigen Satzung, außerdem der inneren Gerechtigkeit widerspricht
> Gezeichnet: Dr. *Falkner*, 1. Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf den formellen Antrag verlesen, der vom vorläufigen Landesausschuß gestellt wurde:

> Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.
> Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses: Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*. Schließ-

lich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung: Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Wir treten in die Diskussion über die Frage der Stimmberechtigung ein.
Schäffer: Zur Geschäftsordnung! Meine Herren, ich schlage aus dringenden Gründen vor, daß wir die Debatte über diese Anträge in eine geschlossene Sitzung verlegen, in eine Sitzung, in der nur die stimmberechtigten Vertreter der Bezirksverbände anwesend sind.
Diese Fragen der Stimmberechtigung sind entscheidend für die heutige Landesversammlung und werfen alle Punkte auf, die das interne Verhältnis innerhalb der Partei betreffen. Wer die Einigkeit der Partei hochhalten will, wird sich bemühen, daß diese Debatte offen, sachlich, aber nicht in allzu weitem Kreise erfolgt.
Ich beantrage deshalb Verweisung in eine geschlossene Sitzung. Ich möchte weiter darauf aufmerksam machen: Wir sind heute hier um 16 Uhr zusammengetreten, das heißt, praktisch ist es schon 17 Uhr geworden; ich weiß nicht, wie geplant ist, wie lange die heutige Sitzung dauern soll. Jedenfalls der allergrößte Teil hat so disponiert und disponieren müssen, daß er morgen wieder abfahren muß. Wir müssen infolgedessen in erster Linie das Gewicht darauf legen, daß wir die brennenden organisatorischen Fragen, für die Anträge gestellt sind, möglichst erledigen. Das wird umso besser sein, je kleiner der Kreis derer ist, die sich darüber zu unterhalten und darüber zu beschließen haben. Ich würde deswegen geschäftsordnungsmäßig vorschlagen, daß wir alles, was vor der Öffentlichkeit zu erörtern ist, heute erörtern, und morgen in erster Linie das Gewicht darauf verlegen, das Organisatorische in geschlossener Sitzung unter uns zu besprechen.
Ich stelle deshalb formell den Antrag, die Debatte über die Frage der Stimmberechtigung in eine geschlossene Sitzung zu verlegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte aber festzustellen, wer Teilnehmer dieser geschlossenen Sitzung des erweiterten Landesausschusses sein soll, Herr *Schäffer*.

(Zuruf *Schäffer*: Ich kann die Antwort gleich geben.)

Dr. *Kroll*: Meine Damen und Herren, als Gastgeber von Bamberg möchte ich hier kurz folgendes sagen: Wir begrüßen die Gäste, die erschienen sind, um zuzuhören. Wir verhandeln keine Sittlichkeitsdelikte.

(Bravo! Sehr richtig!)

Was wir zu verhandeln haben, kann und muß durchaus den Parteifreunden kund werden.

(Sehr richtig!)

Ich sehe keinen Grund ein, warum wir, wie vor einem juristischen Forum, das dunkle Geschichten aufzudecken hat, die Öffentlichkeit, die - wohl bemerkt - aus Parteifreunden besteht, ausschließen sollen.
Ich schlage daher vor, daß wir nur eine Gruppierung vornehmen, daß die Delegierten hier an den ersten zwei Reihen zusammenrücken und die Gäste, wie das wohl auch in den Parlamenten der Welt üblich ist, zuhören dürfen, sofern nicht zwingende Gründe bestehen, daß wir etwas zu verstecken haben. Ich bitte, den Antrag *Schäffer* abzulehnen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Schäffer: Meine Herren, ich kann mich auf geschichtliche Erinnerungen berufen.

(Zuruf: Die sind veraltet!)

In der französischen Revolution war es so, daß die Tribüne die Hauptrolle gespielt hat, und daß die Delegierten des Volkes von der Tribüne vergewaltigt worden sind.

(Sehr richtig! - Widerspruch.)

Wir wollen eine sachliche Arbeit innerhalb der Union leisten. Ich bin gerne bereit, alles, was ich in den sechs Monaten jetzt erlebt habe, miterlebt habe, zu erzählen,

(Zuruf: Das wollen wir gar nicht wissen!)

um die Anträge, die gestellt worden sind, aus diesen sachlichen Momenten und Erinnerungen heraus zu begründen. Aber mir steht über allem der Gedanke an die Union.

(Bravo!)

Mir steht der Gedanke in allererster Reihe, daß die Union, wenn sie als Partei arbeiten will, vor allem geordnet arbeiten will.

(Sehr richtig!)

Ich habe zum Beispiel noch kein Regierungskabinett gesehen, das seine Sitzungen auf dem öffentlichen Marktplatz abgehalten hat.

(Zuruf: Wir sind kein öffentlicher Marktplatz, Herr *Schäffer*!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich protestiere gegen den Ausdruck öffentlicher Marktplatz für diese Sitzung.

(Lebhafte Zustimmung. - Allgemeine Unruhe im Saal.)

Schäffer: Ich weise diesen Protest in aller Form zurück. Aber, wenn ich -
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich bin Vorsitzender und darf jetzt dazwischen werfen: Wenn sie eine Beleidigung für das Gremium aussprechen würden, müßte ich mich gezwungen sehen, Ihnen das Wort zu entziehen.

(Bravo!)

Schäffer: Meine Herren, ich möchte nur wissen, inwiefern ich jemanden beleidigt habe, wenn ich den Satz aufstelle, daß es eine selbstverständliche Voraussetzung jeder sachlichen Beratung über Gegenstände ist - wie ich es in meinem Kabinett auch gemacht habe -,

(Zuruf: Das ist kein Kabinett, das interessiert uns nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Schäffer: - daß ich diese sachliche Beratung im Kreise derer führe, die darüber abzustimmen haben, und das Ergebnis einer Beratung dann vor der Öffentlichkeit vertreten wird. Deswegen habe ich das Bild gebraucht. Es ist ganz selbstverständlich, daß kein Regierungskabinett und keine verantwortliche Körperschaft auf einem öffentlichen Marktplatz tagt, sondern in einem Ratszimmer. Ich weiß nicht, inwiefern das eine Beleidigung für irgendeinen der Anwesenden ist.
Wir haben in München darüber gesprochen, Herr Vorsitzender. Sie haben mir in München zugesagt -

(Zuruf des Vorsitzenden: Nein!)

- Sie haben mir in München zugesagt, daß diese Themen, die die Parteiorganisation betreffen, in geschlossener Sitzung behandelt werden.

(Zurufe: Darüber können wir jetzt abstimmen. - Nein, das ist nicht in München beschlossen worden!)

Deswegen habe ich diesen Antrag hier gestellt, von dem ich sogar annahm, daß er ohne weiteres Ihre eigene Zustimmung findet, Herr Dr. *Müller*. Ihre Meinung scheint sich inzwischen geändert zu haben. Ich stelle lediglich fest, mich bestimmen rein sachliche Gründe.
Wenn wir die Frage der Stimmberechtigung aufwerfen, müssen wir auch die Frage aufwerfen, warum schon in dem vorbereitenden Ausschuß die Erklärung abgegeben worden ist, daß der Beschluß des vorbereitenden Ausschusses als satzungswidrig gar nicht möglich ist, und daß alle Beschlüsse, die wir fassen würden, satzungsungültig wären, ganz abgesehen davon, daß sie der inneren Gerechtigkeit widersprächen. Aber ich meine, das könnte man im internen Kreis auch. Wir haben eine Tagesordnung und sollten uns an diese halten. In der Tagesordnung heißt es: 1. Punkt, Bericht über die Tätigkeit; 2. Punkt, Bericht der Bezirksvorsitzenden; 3. Punkt, ich glaube, die Arbeitsausschüsse oder so etwas ähnliches.
Ich würde vorschlagen, daß wir bei der Tagesordnung bleiben und uns zunächst an die Tagesordnung halten. Wir haben in München darüber gesprochen. Ich wiederhole es noch einmal: es ist ganz selbstverständlich, daß diese innerparteiorganisatorischen Fragen in diesem Gremium gar nicht erörtert werden können. An der Erörterung müssen die beteiligt sein, die hierzu delegiert sind, sonst niemand.

(Sehr richtig! Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen noch nicht zur Abstimmung, leider. Es handelt sich um folgendes: Herr *Schäffer* hat selbst den Einwand gebracht, der gegen seine ganze Rede möglich ist, indem er sagt, wir sollen dann abstimmen.
Ich kann nicht in die Tagesordnung eintreten, bevor klargestellt ist, wer abstimmen kann.

(Zuruf: Die Delegierten!)

Ganz klar. Infolgedessen muß die Frage des Stimmrechts die erste Frage sein, die behandelt wird.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Bei Festlegung der Tagesordnung war es noch nicht bekannt, daß der Antrag für den vorläufigen Landesausschuß, den ich verlesen habe, gestellt wird. Die Besprechung des vorläufigen Landesausschusses, die Herr *Schäffer* erwähnt, ist, wie ich mich mit Recht erinnern zu können glaube, nicht richtig wiedergegeben.
Ich bitte, damit nicht zu viel Temperament hereinkommt, vielleicht einen unserer ruhigsten Teilnehmer, den Staatssekretär *Krehle*, der bei der Sitzung zugegen war, festzustellen, ob eine solche Zusage gegeben wurde.
Krehle: Meine Damen und Herren! In der gestrigen Sitzung des vorläufigen Landesausschusses ist auf Wunsch des Herrn Staatsrat *Schäffer* beschlossen worden, daß alle Fragen, die den Konflikt in der Union berühren, nach Möglichkeit in geschlossenem Kreis verhandelt werden, aber nicht die organisatorischen Fragen.

(Hört, hört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dann weiterfahren. Es wird ein Gegenantrag gestellt. Ich muß den Gegenantrag -

(Zuruf: Es ist kein Gegenantrag!)

Dr. *Horlacher*: Ich möchte nur ganz kurz sprechen. Wir sind doch in einer Versammlung von Parteifreunden. Wir sind keine Volksversammlung und haben kein Bedürfnis danach, daß die Dinge, die den Aufbau und die Organisation der Union betreffen, öffentlich diskutiert werden.

(Zuruf: Jawohl!)

Wir brauchen das Licht der Öffentlichkeit vor unseren Parteifreunden nicht zu scheuen, wir können uns ruhig hier auseinandersetzen. Ich nehme auch an, daß wir der Union Ehre machen werden, nämlich ihrem Namen christlich, daß die Auseinandersetzungen in einer ruhigen, vornehmen und sachlichen Weise geführt werden.

(Bravo!)

Da braucht dann nichts das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Viel gefährlicher ist es, in geheimen, abgeschlossenen Konventikeln das oder jenes herauszugreifen, das oder jenes anzugreifen. Es bleibt dann doch nicht auf diese geheimen Konventikel beschränkt, sondern hier schleicht dann das Gift durch das Land, und das wollen wir nicht mehr haben.
Also, meine lieben Parteifreunde, ich bitte Sie, diese Dinge in aller Öffentlichkeit in vornehmer und sachlicher Auseinandersetzung zugunsten der Union zu entwickeln, damit die Vertreter des Landes ihren Leuten draußen einen Rechenschaftsbericht geben können, auf den diese Anspruch haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich verlese einen Gegenantrag von Dr. *Kroll*:

Parteifreunde verbleiben im Saal. Delegierte setzen sich getrennt.

Die Debatte geht weiter. Es hat sich gemeldet Herr Dr. *Barth*.
Dr. *Barth*: Staatsrat *Schäffer* hat zu Beginn seiner kurzen Rede davon gesprochen, daß in der französischen Revolution das Parlament unter dem Druck der Tribüne gestanden hätte. Es scheint mir, als hätte er beabsichtigt, die Delegierten hier als Parlament zu bezeichnen und die Gäste als Tribüne. Ich glaube, dieser Vergleich hinkt.

(Sehr richtig!)

Er hinkt ganz gewaltig.

(Sehr richtig! - Zuruf: Das haben wir gerade gehört!)

Wir sind hier kein Radauklub wie damals.
Ich unterstütze den Antrag von Dr. *Kroll*, daß die Delegierten gesondert von den anderen sich an der Tafel zusammensetzen, an der auch Herr Dr. *Müller* seinen Platz hat.
Dr. *Nerreter*: Meine lieben Parteifreunde! Das, was ich ausführen wollte, hat mir Herr Dr. *Müller* schon vorweggenommen. Die Disposition unserer Beratung ist doch mit der Natur der Sache gegeben. Es ist doch ganz klar, daß zunächst Klarheit darüber geschaffen werden muß, wer abstimmungsberechtigt ist, und daß erst dann Beratungen und Abstimmungen erfolgen können. Wenn also ursprünglich vielleicht nach der Reihe der Eingänge der Anträge eine andere Disposition der Tagesordnung vorgesehen war, möchte ich doch sagen, die Forderung, wie sie jetzt aufgestellt wird, ist doch

das allein Vernünftige. Warum wollen wir uns heute mit dem Bericht der einzelnen Arbeitsausschüsse befassen, während dringendere Dinge zu erledigen sind. Herr Staatsrat *Schäffer* hat selbst gesagt, daß eine Reihe von Teilnehmern morgen im Laufe des Vormittags wieder wegfahren muß. Warum wollen wir nun die Parteifreunde von der Beratung der wichtigsten Punkte ausschließen? Diese wichtigsten Punkte kommen dann zur Beratung, wenn die Frage des Stimmrechts geklärt ist.
Ich sehe darin auch keine Gefahr, meine Herren. Denn wenn es um unsere Christlich-Soziale Union so bestellt wäre, daß schon die Frage, wer stimmberechtigt ist, gefährlich ist und gescheut werden muß, dann ist der Name Union nicht berechtigt.

(Zustimmung.)

Wir sind doch alle in der Lage, über rein sachliche Dinge rein sachlich zu sprechen. Ich komme zum Beispiel für Nürnberg. Was kann uns passieren? Es kann uns abgesprochen werden, daß Nürnberg/Fürth eigenes Stimmrecht neben Mittelfranken hat. Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn die Mehrheit das beschließt, bin ich genauso ruhig und mein Puls wird genauso langsam gehen wie vorher. Das sind doch alles Dinge, die uns nicht irgendwie ernsthaft in Erregung bringen können, die brauchen wir auch nicht vor unseren Parteifreunden irgendwie zu verstecken. Die können ruhig zuhören. Ich halte den Antrag von Dr. *Kroll* für sachdienlich. Ich halte auch die Art des Verfahrens, wie Dr. *Kroll* sie vorgeschlagen hat, für vollkommen unbedenklich.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Sporer*, bitte melden Sie sich schriftlich. Herr *Schäffer* hat sich zuerst gemeldet gehabt.
Schäffer: Ich stelle fest, ich habe ganz ruhig, sachlich, geschäftsordnungsmäßig einen Antrag gestellt, nämlich entsprechend unserer Vorsprache in München die parteiorganisatorischen Fragen, die auch den Konflikt zur Sprache bringen, in geschlossener Sitzung der Delegierten zu beraten. Das hat zwei Gründe.
Nummer 1: An der Debatte über parteiorganisatorische Fragen können sich nach meinem Dafürhalten überhaupt nur die Delegierten beteiligen, die das Stimmrecht haben. Das ist selbstverständlich. Wer unter Ihnen, der schon einmal mit Satzungen gearbeitet hat, ganz gleich, ob das eine Innung oder sonst etwas ist, und der ein Gremium zusammensetzt, das einen Vorstand und Ausschüsse nach Zuständigkeit hat, lädt zu den Vorstands- und Ausschußsitzungen irgendwelche Gäste ein? Wozu hat man denn Delegierte? Ist denn der Begriff "Satzung" und "satzungsmäßiges" Vorgehen bei uns überhaupt verloren gegangen? Sind wir denn nicht nur Leute, die im Auftrag handeln? Wenn ich hier stehe, stehe ich deshalb hier, weil mich jemand gewählt hat, weil mir jemand sein Vertrauen geschenkt hat, weil ich den vertrete. Ich rede doch nicht in meinem Namen, ich rede im Namen der Organisation, der Wählerschaft, die ich vertrete. Ich bitte doch daran zu denken, daß man als Gewählter ein Amt und eine Pflicht hat, und daß ich als Gewählter nur im Namen dieses Amtes und dieser Pflicht hier reden kann.
Ich bitte also, die Dinge doch so zu lassen, wie sie wirklich sind. Wir haben Satzungen, wir müssen überall Satzungen haben, wir müssen unsere Gesetze haben und müssen uns an diese Gesetze halten. Diese Gesetze sagen, daß die Zuständigkeit für die Beratung, die Zuständigkeit für die Beschlußfassung in gewissen Themen an Mandate gebunden ist, und daß infolgedessen nur die Mandatsträger in solchen Fragen reden können. Ich habe ausdrücklich gebeten - ich bitte, sich an das zu erinnern, was ich gesagt habe -

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, darf ich Sie bitten, sich etwas kurz zu fassen. Wir haben nur zwei Tage Zeit für die hochpolitischen Fragen.
Schäffer: Deshalb spreche ich, weil ich will, daß ein Ergebnis aus dieser Tagung herauskommt.

(Zuruf: Das wollen wir alle!)

- Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, sondern ruhig vortragen zu lassen.
Ich verweise auf die Tagesordnung, die wir alle vorliegen haben. In dieser Tagesordnung haben wir vier Punkte, in denen überhaupt keine Abstimmung vorgesehen ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, Sie wiederholen sich.
Schäffer: Herr Vorsitzender, es hilft Ihnen nichts, Sie werden mir das Wort nicht verbieten können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn Sie sich wiederholen und damit bewußt die Arbeit nicht ermöglichen, muß ich Ihnen das Wort entziehen.
Schäffer: Weil Sie gesagt haben, es sei notwendig, daß jetzt die Abstimmung über die Stimmberechtigung erfolgt. Das ist nach der Geschäftsordnung nicht notwendig. Nach der Geschäftsordnung haben wir zuerst den Bericht des vorläufigen Landesvorsitzenden, den wir noch nicht gehört haben, den Bericht der Bezirksvorsitzenden, den Tätigkeitsbericht der Arbeits- und Parteiausschüsse. Wir können außerdem die Stellungnahme zur Regierungspolitik formulieren und zur allgemeinen politischen Aussprache kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, das haben Sie vorhin schon gesagt. Ich entziehe Ihnen das Wort.
Schäffer: Ich unterwerfe mich nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich entziehe Ihnen das Wort.
Schäffer: Das können Sie gar nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin Vorsitzender und habe hier die Verantwortung.
Schäffer: Herr Vorsitzender, dann empfehle ich meinen Freunden,-

(Zurufe und Gegenrufe! - Zuruf: Wer redet hier, Bamberg oder München?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren, ich bitte um Ruhe.

(Zuruf: Das lassen wir uns nicht gefallen.- Gegenrufe: Große Unruhe im Saal. - Zuruf: Und das heißt sich Christlich-Soziale Union! - Zuruf *Schäffer*.)

Herr *Schäffer*, ich habe Ihnen das Wort entzogen.
Schäffer: Meine Herren, ich lasse mir das Wort nicht entziehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Frau *Speicher*.

(Zuruf *Schäffer*: Ich lasse mir das Wort nicht entziehen, ich muß meinen Antrag begründen können.)

Frau *Speicher*: Herr *Schäffer*, ich will wahrscheinlich so reden, wie Sie es gerne hören, nicht weil Sie es gerne hören, sondern weil ich annehme, daß es der Versammlung dienlich ist. Die Erregung, die jetzt hereingebracht wurde, kann nicht weitergehen. Herr *Schäffer* - einen Augenblick, nicht unterbrechen, Herr *Schäffer* -, wir haben genau gehört, was Sie wollen. Die Gegenseite hat sich auch genau äußern können. Ich glaube, alle, die jetzt im Saale anwesend sind, können aus dieser Sachlage heraus entscheiden. Wir können ruhig jetzt sagen, die Delegierten stimmen ab. Statt dieser langen Diskussion hätten wir inzwischen längst abgestimmt. Und so eine große und wichtige Frage, daß sie die Versammlung sprengen würde, ist das sicher nicht. Also, bitte,

Herr *Schäffer* -

(Zuruf *Schäffer*: Es ist die wichtigste Frage! - Weitere Zurufe.)

Es ist insofern nicht so wichtig: Ob es nun ein paar Stimmen mehr oder weniger sind, wird doch keine so große Rolle spielen und die Sache nicht entscheidend ändern.
Noch etwas meine Damen und Herren! Lassen Sie doch einen Redner sprechen. Er wird sich dann kürzer fassen, er wird geneigt sein, eher abzubrechen. So aber kommt er immer in Erregung. Wir wollen nicht die Gepflogenheiten annehmen, wie sie in Volksversammlungen üblich sind. Der Vorsitzende wird den Redner, wenn er nicht unterbrochen wird und sich trotzdem wiederholt, in aller Ruhe darauf aufmerksam machen können, daß er zu lange spricht. Wenn aber der Redner dauernd unterbrochen wird und dieser Lärm hereinkommt, kann überhaupt keine Ordnung mehr sein.
Ich bitte Sie, im Interesse der Union alle diese Sympathien oder Antipathien für die eine oder andere Seite zurückzudrängen und Geduld zu üben. Nur dann kommen wir zu ersprießlichen Beratungen.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind von zwei Herren Anträge auf Schluß der Debatte gestellt worden. Wir kommen zunächst zum Antrag auf Schluß der Debatte. Spricht jemand gegen den Antrag? - Herr *Schäffer* hat das Wort.

(Zuruf: *Sporer*: Ich habe schon vorher ums Wort gebeten!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist zunächst über den Antrag auf Schluß der Debatte zu sprechen.
Schäffer: Ich bitte, mich ruhig anzuhören, meine Damen und Herren. Sie sind sich über die Bedeutung der Situation nicht im klaren.

(Widerspruch.)

Sie sind sich nicht im klaren.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Vollständig, Herr *Schäffer*!)

Ich frage einmal an, wie jetzt eigentlich über den Antrag abgestimmt werden sollte. Wir müssen uns doch darüber aussprechen, wer jetzt darüber abstimmt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das ist ja der Antrag des Vorsitzenden!)

Wir haben entgegengesetzte Anträge, über die wir in eine sachliche Debatte eintreten müssen. Wir haben Anträge, die vollkommen entgegengesetzt sind. Der Antrag Niederbayern ist korrekt gestellt. Es ist noch gar nicht bekanntgegeben, daß dieser Antrag vom Kreisverband München-Stadt in aller Form unterstützt worden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen, Herr *Schäffer*. Wir sind leider Gottes noch nicht bei der Debatte über diese Anträge, sondern wir sind noch bei der Debatte, ob überhaupt darüber beschlossen werden soll. Ich bitte, das nicht zu vergessen.
Schäffer: Der Schluß der Debatte bezieht sich auf den Antrag *Kroll* und auf meinen Antrag, getrennt abzustimmen? - Gut!
Dr. *Nerreter*: Zur Geschäftsordnung eine Frage: Haben die Kreisverbände, deren Stimmrecht anscheinend bestritten werden soll, jetzt Stimmrecht oder nicht?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren. Bei dem Antrag auf Schluß der Debatte bitte ich, keine Formalität zu erheben. Wir müssen praktisch vorgehen. Deswegen schlage ich vor, bei dem Antrag auf Schluß der Debatte stimmen wir ge-

schlossen ab. Es hat keinen Sinn, jetzt zu unterscheiden. Es muß eine Grundlage geschaffen werden, dann können wir erst über die Frage der Stimmberechtigung entscheiden.
Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? -
Die Debatte ist geschlossen.
Damit komme ich zur Abstimmung über den Gegenantrag *Kroll*.

(Zuruf *Sporer*: Ich habe zuvor ums Wort gebeten!)

Ist überholt durch die Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Debatte.
Damit kommen wir zum Gegenantrag *Kroll*. Der Gegenantrag lautet:

Parteifreunde verbleiben im Saal, Delegierte setzen sich getrennt.

Schäffer: Zur Abstimmung! Ich bitte, über meinen Antrag zuerst abstimmen zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Normalerweise wird über einen Gegenantrag zuerst abgestimmt. Es ist überall so, daß über den Gegenantrag zuerst abgestimmt wird, wenn zwei konträre Anträge vorliegen. Hier gilt das umso mehr, als der Antrag *Kroll* sogar, wenn man formalistisch vorgehen will, der weitergehende Antrag ist.
Schäffer: Der weitergehende ist mein Antrag, ganz selbstverständlich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich übernehme die Verantwortung dafür und stimme in gleicher Weise wie vorhin ab über den Gegenantrag *Kroll*:

Parteifreunde verbleiben im Saal, Delegierte setzen sich getrennt.

Wer ist dagegen?

(Zuruf: Wer hat Stimmrecht?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zunächst alle miteinander.

(Widerspruch.)

Wir müssen weiterkommen. Ich kann nicht an Formalitäten jetzt alles scheitern lassen.

(Zuruf: Dann hättet Ihr uns gar nicht einladen sollen,
dann macht, was Ihr wollt, alleine!)

Dr. *Rindt*: Ich stelle folgenden Antrag:

Es stimmen über diesen Antrag die bisherigen Delegierten und die Antragsteller für weitere Stimmen.

(Zuruf *Schäffer*: Sehr gut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut ich bin damit einverstanden.
Wer ist gegen den Antrag *Rindt*? - Niemand.
Wer ist für den Antrag ? - Alle.
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Wir sind uns klar. Herr *Rindt*, bitte, erklären sie noch einmal:
Es stimmen über diesen Antrag ab -
Dr. *Rindt*: Erstens, wer Delegierte gesandt hat, also die Delegierten. Zweitens, die Antragsteller, die Anträge gestellt haben über zusätzliche Delegierte.

(Zuruf *Schäffer*: Das sind die Städte Würzburg und Regensburg glaube ich.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Und dazu, nachdem das vorhin beantragt wurde, die Leute des vorläufigen Landesausschusses, das ist selbstverständlich.

(Zuruf: Die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse nicht?)

Nein.
Schäffer: Ich bitte, zunächst die Zahl derer festzustellen, die jetzt abstimmen müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, an dieser Kleinigkeit wollen wir es wirklich nicht scheitern lassen und die kostbare Zeit nicht verlieren.
Ich verlese nochmals den Gegenantrag *Kroll*:

Parteifreunde verbleiben im Saal, Delegierte setzen sich getrennt.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage vor, daß die Delegierten, die abstimmen dürfen, aufstehen, damit ein klares Bild entsteht.)

Gut, alle die nach dem Antrag *Rindt* abstimmungsberechtigt sind, stehen jetzt auf.
Jetzt bitte ich: Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? Den bitte ich die Hand zu heben. - Es sind 16 dagegen.
Wer ist für den Antrag? - 39.
Der Antrag *Kroll* ist angenommen.

(Beifall.)

Meine Herren, ich darf jetzt vielleicht bitten, in Zukunft bei diesen Fragen Beifalls- und Mißfallenskundgebungen zu unterlassen. Wir bekommen sonst eine unnötige Hitze herein.

(Zuruf: Antrag *Kroll* durchführen, die Delegierten zusammenziehen!)

Wir müssen nachher noch einmal umgruppieren. Ich bitte, vorher den Antrag *Kroll* durchzuführen. Die Delegierten bleiben beisammen, die anderen tauschen vielleicht die Plätze.
Dr. *Horlacher*: Ich mache den praktischen Vorschlag - er ergibt sich aus der praktischen Gruppierung -, daß die Delegierten aufstehen und die Nichtdelegierten, die dazwischen sitzen, die Plätze tauschen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es bleiben hier sitzen: die Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses, die Delegierten der Bezirke und zunächst die Mitglieder des Kabinetts. Alle anderen bitte ich, von diesem Tisch wegzugehen.
(Die Umgruppierung erfolgt.)
Ich darf, weil jetzt einige Unklarheiten bestehen, eben die Vertreter der Bezirke bekanntgeben. Zunächst brauche ich noch nicht die Namen. Ich brauche die Zahl der Delegierten der einzelnen Bezirke hier an dem Tisch.
Ich bitte, die einzelnen Bezirke rasch vorzulesen.
Schriftführer:

München-Stadt: Staatsrat *Schäffer*, Direktor *Pflaum*, *Sedlmayr*, -

(Zuruf: Statt *Sedlmayr*: *Heubl*!)

Schäffer: Wenn ich gleichzeitig im vorläufigen Landesausschuß sein sollte, ernenne ich für München an meiner Stelle einen anderen Delegierten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Recht haben Sie. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir das nachher klarstellen müssen.

(Zuruf *Schäffer*: Für diesen Sonderfall bestimme ich Herrn *Weiss* für mich.)

Dr. *Lacherbauer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein stimmberechtigtes Mitglied hier in zwei Eigenschaften erscheint, und zwar sowohl als Mitglied der Landesvorstandschaft wie auch als etwaiges Mitglied eines Bezirksverbands, ist es selbstverständlich, daß er zunächst in seiner höheren Eigenschaft hier konsultiert und mitbeschließt. Es hat jeder Kreisverband die Möglichkeit, fünf Personen zu benennen, und er muß nicht ausgerechnet einen benennen, der gleichzeitig Mitglied der Landesvorstandschaft ist. Ich muß daher sagen, der Kreisverband München ist durchaus berechtigt, außer Staatsrat *Schäffer* noch weitere fünf Mitglieder zu benennen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das wurde bisher nicht bezweifelt, Herr Dr. *Lacherbauer*. Also bitte ich, daß die beiden Herren feststellen -

(Zuruf *Schäffer*: Allenfalls *Weiss*. - Zuruf: *Sporer*!)

Schriftführer:

Pflaum, *Heubl* als Vertreter für *Sedlmayr*, Frau *Dahm*, *Holzer*

(Zuruf: Und *Sporer*!)

und *Sporer*.
Oberbayern: Dr. *Hundhammer*

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: An meiner Stelle *Detsch* (Rosenheim), weil ich als Mitglied der Landesleitung stimmberechtigt bin.)

Schweiger, *Schäfer* (Ingolstadt), *Reiser*, *Miesgang*.

(Zuruf: Statt *Miesgang*: Frau *Hahn* (Krailling))

Niederbayern: Dr. *Falkner*, *Brandner*, *Lobinger*, *Kübler*,

(Zuruf: Statt *Kübler*: *Ramelsberger*!)

Frau *Böcht*.

(Zuruf: Statt Frau *Böcht*: *Weinberger*!)

Oberpfalz: *Krempl*, *Hegelweiser*,

(Zuruf: Statt *Hegelweiser*: *Etterer*!)

Etterer statt *Hegelweiser*, *Ortloph*, Dr. *Debus*,

(Zuruf: Statt *Debus*: *Gierl*!)

Gierl statt *Debus*, Frau *Deku*,

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist Frau *Deku* da?

(Zuruf: Statt Frau *Deku*: *Held*!)

Schriftführer:

Held.
Schwaben: *Stegerwald*, Dr. *Rothermel*, *Burges*, Dr. *Jahn*, *Boehlke*.
Augsburg-Stadt: Dr. *Rindt*, *Imler*, *Weinkamm*.
Oberfranken: Dr. *Barth*, *Haußleiter*, *Blaser*, Dr. *Busch*, Dr. *Kroll*.
Mittelfranken: *Mack*, *Stücklen*, *Weinzierl*, *Klenk*, Dr. *Herding*.
Nürnberg-Stadt: Dr. *Nerreter*, *Konrad*,

(Zuruf: Für *Konrad*: Dr. *Arnold*!)

Speicher, Ulrich, Euerl.
Unterfranken: Dr. *Dürr*, Dr. *Bergsträsser.*

(Zuruf: An und für sich sind für Unterfranken bestellt: Dr. *Dürr*, Dr. *Kroth*, *Karpf*, *Sauer*, *Döppert*. Für den Fall, daß dann unser Antrag genehmigt wird, benennen wir nochmals drei.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die drei, solange das noch nicht genehmigt ist, nicht mitstimmen zu lassen.
Schriftführer: Und Dr. *Bergsträsser*, Dr. *Bühner*?

(Zuruf: Die entfallen vorläufig.)

Also: *Dürr*, *Kroth*, *Karpf*, *Sauer*, *Döppert.*
Stimmberechtigt sind weiter der vorläufige Landesausschuß:

Dr. *Eichhorn*, Dr. *von Eicken*, Dr. *Horlacher*, Dr. *Hundhammer*, Dr. *Lacherbauer*, *Krehle*, Dr. *von Miller*, Staatsrat *Schäffer*, *Schwingenstein*, *Steber*, Dr. *Müller*, Dr. *Baumgartner*, Dr. *Pfeiffer*, *Helmerich*, *Ehard.*

(Zuruf: Dr. *von Eicken* fehlt; kann dafür Herr *Schlögl* abstimmen?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird gefragt, ob Herr *Schlögl* an Stelle von Dr. *von Eicken* das Stimmrecht ausüben soll. Es ist also die Frage der Übertragung des Stimmrechts bei Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses aufgetaucht. Ich glaube, in dem Falle davon ausgehen zu können, daß das Stimmrecht bei Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses eigentlich nicht übertragen werden sollte. Die sind für ihre Person in den vorläufigen Landesausschuß gewählt, infolgedessen können sie ihr Stimmrecht nicht übertragen.
Teilt die Delegiertenversammlung diese Auffassung? - Kein Widerspruch, akzeptiert.
Dann treten wir in die Debatte über die beiden Anträge ein.
Ein Teilnehmer: Wir haben vorhin festgestellt, daß von Seiten der Gäste sehr viele Mißfallens- und Beifallsäußerungen zum Ausdruck gebracht wurden. Ich möchte die Landesversammlung bitten, dahingehend Stellung zu nehmen und einen Beschluß herbeizuführen, nach den üblichen parlamentarischen Methoden zu verfahren, wie dies auch früher der Fall war, daß die Gäste, die hier sind, an der Tagung teilnehmen und sich alles anhören, was besprochen und beraten wird, aber so wenig wie möglich oder gar nicht sich mit Beifalls- und Mißfallensäußerungen daran beteiligen. Denn dadurch würde nur die Arbeit in unserem fortschrittlichen Stadium behindert werden. Es war auch früher nirgends bei einer Partei so gewesen, und wir dürfen das auch nicht einreißen lassen, sonst würde das Wort Delegierter ohne weiteres überflüssig werden. Ich bitte, diese Anregung eventuell als Antrag zu betrachten und darüber abzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß es zunächst noch nicht nötig ist, einen formellen Antrag zu stellen. Ich bitte mit Rücksicht darauf, daß wir nur wenig Zeit haben, daß zunächst nur die Delegierten sprechen und die anderen warten.
Ein Teilnehmer: Ich bin nur als Gast. Wir haben die weite Reise gemacht und werden hier dauernd als Eindringlinge behandelt. Was tun wir überhaupt hier? Da kann jemand den Antrag stellen, die ganzen Gäste sollen hinausgeworfen werden, dann sind sie weg.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte zu entschuldigen, ich muß eine strenge Disziplin durchführen.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Die Verhältnisse liegen praktisch so, daß wir uns in der Union im vorläufigen Aufbau befinden. Diese Tagung hier muß manches ersetzen, was wir durch eine ordnungsgemäße Landesversammlung vorerst noch nicht erledigen können. Ich sehe gar nicht ein, daß wir gegenüber unseren Parteifreunden, die heute zwar kein Stimmrecht haben, die aber als Gäste geladen sind, so engherzig sein sollen. Ich stehe auf dem Standpunkt: Je mehr die Klärung in diesem größeren Kreise erfolgt, desto besser ist es für die Union. Ich würde bitten, daß wir nicht den engherzigen Rahmen und diese Starrheit, die sich manche Leute auferlegen wollen, hier anwenden. Wir wollen in der Union ein dynamisches Gebilde werden, nicht eines in juristisch starren Formen. Ich weiß die Hintergründe nicht, warum die Diskussion momentan erstarren soll. Ich würde bitten, hier großzügig und nicht engherzig zu handeln, denn wir befinden uns ja in einem vorläufigen Aufbau-Stadium.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir brauchen keinen formellen Antrag. Wenn ein Parteifreund etwas zu sagen hat und es ist wichtig, so mag er es sagen. Ist es unwichtig, dann werde ich mir erlauben darauf hinzuweisen, daß die Redezeit in der Hauptsache für die Delegierten vorgesehen ist.
Wir kommen nun zur Debatte über den Antrag Niederbayern und den Antrag des Landesausschusses. Die Anträge sind Ihnen bekannt.
Niederbayern stellt den weitergehenden Antrag:

> Es sind die Stimmrechte der Bezirksverbände für die Tagung des Erweiterten vorläufigen Landesausschusses am 30. und 31. März 1946 in Bamberg, gemäß den vorläufigen, derzeit gültigen Landessatzungen (Ziffer 4. Abschnitt a) zu bewerten. Es kommen demnach jedem Bezirksverband so viele Stimmen zu, als der Bezirk Land- und Stadtkreise enthält. Städte, denen die Rechte eines Bezirksverbandes zugesprochen sind, erhalten für je angefangene 50.000 Einwohner eine Stimme.
> Begründung:
> Der Beschluß des vorläufigen Landesausschusses der CSU, der im Schreiben vom 18. März 1946 (Ziffer 1 und 3) enthalten ist, ist rechtsungültig, da er der vorläufigen, derzeit gültigen Satzung, außerdem der inneren Gerechtigkeit widerspricht.

Ich bitte zunächst Niederbayern den Antrag zu begründen.
Dr. *Falkner*: Ich habe die Begründung schon in den Antrag aufgenommen. Sie haben sie auch verlesen. Rein juristisch widerspricht die Abstimmungsberechtigung, die Sie festgelegt haben, meiner Ansicht nach den Satzungen. Vielleicht könnte der entscheidende Passus der Satzungen verlesen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen dann darauf.
Dr. *Hundhammer*: Ich möchte zu dem Antrag Niederbayern folgendes bemerken: Bei der letzten Zusammenkunft in München ist eine vorläufige Satzung beschlossen worden. An die Bestimmungen dieser vorläufigen Satzung lehnt sich offenbar der Antrag Niederbayern an. Nach dieser Satzung würde, wie es hier schon gesagt worden ist, sowieso jedem Kreisverband, also in dem Falle Kreisverband gleich Landratsbezirk, eine Stimme zukommen. Wir hätten dann in dem Falle auch eine gerechte Verteilung der Stimmen auf die Unterverbände. Es sind Unterverbände da, allerdings nicht alle aus ganz Bayern, leider nicht. Man hätte sich ja gegenseitig vertreten können. Dann wäre die Stimmberechtigung auf das ganze Land verteilt gewesen. Mit dieser Regelung wären auch die Anträge, die von Regensburg und Würzburg vorliegen, eigentlich

bewilligt gewesen, weil dann ja für je 50.000 angefangene Einwohner ihnen eine Stimme zugekommen wäre.
Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß eine einmal beschlossene Satzung auch eingehalten werden muß, und daß man nach dieser Satzung, um korrekt zu verfahren, die Stimmen verteilen muß. Ich unterstütze deswegen den Antrag Niederbayern, wobei ich ausdrücklich auf die rechtlichen Konsequenzen und die rechtliche Seite der ganzen Angelegenheit hinweise.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich folgendes bemerken: Der Standpunkt des Herrn Dr. *Hundhammer* war mir vorher bekannt. Der Beschluß der Landesversammlung, den ich vorgelesen habe, und der Ihnen nachher noch im einzelnen bekanntgegeben wird, ist schon vor einiger Zeit gefaßt worden. *Hundhammer* war nicht da, er ist dann weggegangen. Mittlerweile hat das Bezirkssekretariat von Oberbayern bei der Militärregierung von Oberbayern in Aussicht gestellt, daß dieses Vorgehen, wie es hier vorgesehen worden sei, illegal ist. Es wurde dabei sogar ein Ausdruck gebraucht, zum mindesten bestätigt, der zu weit ging. Ich habe mich deswegen veranlaßt gesehen, die Anträge, die der Landesausschuß noch gestern früh beschlossen oder bestätigt hat, der Militärregierung für Bayern vorzulegen, weil ich auf jeden Fall den Vorwurf der Illegalität oder der Schiebung vermeiden will.

(Sehr richtig!)

Ich habe an die Militärregierung folgendes Schreiben gerichtet, ich bitte es zu verlesen.
Schriftführer:

An die
Militärregierung für Bayern
zu Händen von Herrn Major *Vacca*
München.

Betrifft: Christlich-Soziale Union.

Die Landessatzung der Christlich-Sozialen Union, die der Militärregierung bei der Anmeldung vorgelegt wurde, kann erst in Kraft treten, wenn eine Landesversammlung zusammentreten und wählen kann. Dies ist im Augenblick noch nicht möglich, weil der organische und demokratische Aufbau der Kreis- und Ortsverbände noch nicht restlos abgeschlossen ist.
Es müssen aber für die Christlich-Soziale Union schon jetzt Entscheidungen getroffen werden, die voraussetzen, daß der die Entscheidung Treffende das Vertrauen der Mehrheit der Union genießt. Um diese Notwendigkeit zu sichern, hat der vorläufige Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union am 8. Januar 1946 beschlossen, zum 31. März 1946 einen aus dem ganzen Land beschickten erweiterten Landesausschuß nach Bamberg einzuberufen und ihm die Entscheidung über den grundsätzlichen Aufbau zu übertragen. Der Tagungsort Bamberg war in der vorausgehenden Sitzung des erweiterten Landesausschusses vom 8. Januar 1946 festgelegt worden.
Aufgrund einer Rücksprache des vorläufigen Landesvorsitzenden bei der Militärregierung hat der vorläufige Landesausschuß seinen Antrag wie folgt abschließend formuliert:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen.
   Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.
   (Angekündigt ist ein Antrag der Christlich-Sozialen Union Würzburg auf deren Anerkennung als Bezirksverband mit zwei Stimmen Stimmrecht.)
   Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:
   Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, Dr. *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.
   Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung:
   Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe darauf folgende Bestätigung erhalten:

Betrifft: Änderung des Statuts der Christlich-Sozialen Union.

1. Ihr Antrag wegen Änderung der Statuten der Christlich-Sozialen Union vom 29. März 1946, der diesem Hauptquartier vorgelegt worden ist, und von dem Abschrift als Anlage hier beigefügt worden ist, ist sorgfältig überlegt worden.
2. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, falls die darin behandelten Angelegenheiten ordnungsgemäß vorgelegt und in einer Majorität der ordnungsmäßig berufenen Delegierten des erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union ratifiziert werden.
3. Die Ratifizierung soll durch geheime Abstimmung erfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es für notwendig gehalten, Klarheit zu schaffen, weil meine Auffassung die war: Die Statuten, wie wir sie vorgelegt hatten, wurden beschlossen vom erweiterten Landesausschuß, also dem gleichen Gremium, das hier wieder einberufen ist. Solange, bis eine Landesversammlung die endgültigen Statuten beschließt, hat dieser erweiterte Landesausschuß das Recht, die Statuten abzuändern, unter der Voraussetzung, daß die Militärregierung, die mit Bürgen (?) damals die Ermächtigung ausdrücklich erteilt hat - die Ermächtigung ist Ihnen bekannt -, selbst die Abänderung beschließt. Infolgedessen ist hiermit eine Rechtsklarheit geschaffen.
Ich habe jetzt - weil ich in dem Schreiben der Militärregierung ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, weil es heißt: "ordnungsmäßig bestellte Delegierte" - festzustellen, wie die einzelnen Delegierten für diese Versammlung hier bestellt wurden.
Wie wurden die Delegierten für München-Stadt bestellt?
Schäffer: Die Delegierten für München-Stadt wurden in der satzungsgemäß gewählten Kreisvorstandschaft bestellt, die dazu berufen ist.

(Zuruf *Krehle*: Kein einziger Arbeitnehmervertreter von München ist dabei.)

- Herr *Sedlmayr* war eingeladen. Er ist leider nicht gekommen. Deswegen wurde ein Stellvertreter bestimmt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat bestellt?
Schäffer: Die Kreisvorstandschaft durch Beschluß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Oberbayern.
Dr. *Hundhammer*: Oberbayern hat durch Beschluß der Kreisvorstandschaft, die ordnungsgemäß eingeladen war, die Delegierten bestimmt. Damals war Oberbayern von der Voraussetzung ausgegangen, daß nur die Delegierten der Kreisverbände stimmberechtigt sind. Darum war damals ich als Vertreter für Oberbayern mitbestimmt. Nachdem ich selber für Oberbayern jetzt ausfalle, weil ich noch als Mitglied der Landesleitung stimmberechtigt bin, habe ich heute Frau *Hahn*, die Vorsitzende des Landesausschusses der Frauen, die zugleich Oberbayern angehört, an meiner Stelle mit meiner Stimme betraut.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte Herrn *Schäffer*, sich noch zu äußern. Ich muß unbedingt ein klares Protokoll haben.
Schäffer: Es waren in München sechs bestellt. Ich scheide jetzt aus. Infolgedessen bleiben die anderen bestellten Herren *Pflaum*, *Sporer*, *Holzer*, Frau *Dahm*. Herr *Sedlmayr*, der eigentlich kommen sollte, ist nicht gekommen. Deswegen habe ich Herrn *Heubl* benannt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf mit Rücksicht auf die protokollarische Wahrheit feststellen, daß Sie vorhin Herrn *Holzer* an Ihrer Stelle bestellt haben. Ich werde gegen eine Abänderung keinen Einwand erheben.
Schäffer: Nein, ich hatte zuerst den Namen *Weiss* genannt und übersehen, daß *Sporer* schon bestellt war.
Dr. *Horlacher*: Darf ich eine bescheidende Frage stellen? Aus welchen Mitgliedern und aus wievielen Mitgliedern besteht die Kreisvorstandschaft?
Schäffer: Ich überlasse das Werturteil über diese Anfrage der Versammlung. Die Kreisvorstandschaft besteht aus den satzungsgemäß gewählten Mitgliedern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf unterbrechen. Wir müssen weiterkommen.
Wie wurden die Delegierten für Niederbayern bestellt?
Dr. *Falkner*: Die Bezirksvorstandschaft wurde von den Einladungen in Kenntnis gesetzt. Von der Bezirksvorstandschaft nehmen *Lobinger*, *Brandner* und ich selbst teil.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte wissen, wer bestellt hat.
Dr. *Falkner*: Im Auftrage von *Kübler*, *Böcht*, die verhindert sind, habe ich persönlich bestellt, die anderen Herren nehmen automatisch teil.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat die anderen Herren bestellt? Ich muß hier ein klares Protokoll haben. Wer hat die einzelnen Delegierten gewählt oder bestellt?
Dr. *Falkner*: Es ist niemand gewählt oder bestellt worden, sondern die Einladung ist an die Bezirksvorstandschaft hinausgegangen, und ich habe die Vorstandschaft aufgefordert, an dieser Tagung teilzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es muß doch - ich hoffe - ein Beschluß der Vertrauensmännerversammlung oder der Vorstandschaft oder eine persönliche Verfügung vorliegen.
Dr. *Falkner*: Ich habe als 1. Vorsitzender die Vorstandschaft von dieser Tagung in Kenntnis gesetzt und sie aufgefordert, an der Tagung teilzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Haben Sie persönlich das verfügt, oder hat die Vorstandschaft einen Beschluß gefaßt?
Dr. *Falkner*: Ich persönlich habe verfügt, die Vorstandschaft hat keinen Beschluß gefaßt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Oberpfalz! Wer hat bestellt?
Held: Im Benehmen mit meinem Vorstand wurden die Delegierten bestellt, weil die vorher geladenen Vertreter nicht erscheinen konnten. Sie waren verhindert, weil heute um 10 Uhr ein Staatssekretär aus München da war, um eine Beeidigung im sogenannten Denazifizierungsausschuß der Spruchkammer vorzunehmen; dadurch wurde bei uns alles umgeworfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das geht zu weit, das interessiert uns hier nicht. Ich muß der Verfügung gerecht werden.
Held: Ich habe gestern abend in letzter Minute den ganzen Vorstand, den 1., 2., 3., 4. Vorsitzenden und den Jugendführer bei uns zusammengetrommelt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liegt ein Beschluß der Vorstandschaft für die einzelnen Delegierten vor?
Held: Für die einzelnen Delegierten liegt kein Beschluß vor. Ich als Vorsitzender habe die einzelnen Delegierten einzeln bestellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Schwaben!
Stegerwald: In Schwaben wurden die Wahlmänner heute in der Gesamtsitzung, der Gründungssitzung des Bezirksverbands Schwaben von sämtlichen Kreisvorsitzenden gewählt.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Augsburg-Stadt!
Imler: (Dr. *Rindt*?) In Vertretung gebe ich bekannt, daß für Augsburg-Stadt die Wahlmänner aufgrund eines Gesamtbeschlusses der Vorstandschaft geschickt worden sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Oberfranken!
Dr. *Barth*: Durch Beschluß der Bezirksversammlung Oberfranken vom 17. Februar wurde der Vorstand des Bezirksverbands Oberfranken ermächtigt, bis zur nächsten Bezirksversammlung, die vor dem 30. Juni stattfinden muß, die Delegierten zu bestimmen. Im Einvernehmen mit den Kreisverbänden ist dann diese Auswahl der Delegierten geschehen.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mittelfranken!
Mack: In einer Bezirksversammlung, die am 23. Februar in Nürnberg stattfand, wurden die Delegierten gewählt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nürnberg-Stadt!
Dr. *Nerreter*: Wir hatten am 18. März eine Mitgliederversammlung in Nürnberg, zu der sämtliche Mitglieder eingeladen waren. Die meisten waren erschienen. Es wurde dort ein Arbeitsausschuß gewählt. Dieser Arbeitsausschuß trat am 28. März zusammen. Die Delegierten von Nürnberg-Stadt wurden dort in schriftlicher und geheimer Wahl gewählt.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Unterfranken!
Dr. *Dürr*: Die am 25. März in Würzburg tagende und von allen Kreisverbänden beschickte Bezirkskonferenz hat die Abgeordneten bestimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit habe ich die Formalität erfüllt.
Wir kommen nun zu der Frage, ob die Herren, die nur durch die Autorität eines einzelnen bestellt wurden, Stimmrecht haben sollen oder nicht. Ich würde der Auffassung sein, daß wir uns hier im Augenblick noch nicht in Formalitäten einhängen, sonst ent-

stehen darüber scharfe Dissonanzen. Ich möchte infolgedessen bitten, daß sie unter der Voraussetzung der Zustimmung der Militärregierung jetzt in dieser Versammlung ihr Stimmrecht ausüben dürfen.
Erhebt sich ein Widerspruch? - Nein!

(Zuruf: Protokollarisch festgelegt!)

Dann haben wir die Debatte über die Anträge *Falkner* und Landesausschuß fortzusetzen. Wer meldet sich noch? - Herr Dr. *Kroll*.
Dr. *Kroll*: Zu dem Antrag von Niederbayern möchte ich feststellen: Es handelt sich dabei nicht darum, daß die einzelnen Kreise stimmberechtigt sein sollen - was hier vielleicht zu Mißverständnissen geführt hat - im Sinne einer Landesversammlung, vielmehr darum, daß die Kreise ihr Stimmrecht nicht mehr durch Wahl, sondern durch statistische Aufzählung heute den Bezirken delegieren sollen.
Ich muß ehrlich erklären, daß diese Aufzählung nur zu rein formalen Schwierigkeiten führen kann, da eine andere Zusammensetzung der Delegierten dadurch nicht mehr zu erreichen ist, als höchstens eine Gewichtsverlagerung.
Ich möchte zur Klarheit sagen: Entweder stimmen die Bezirksvertreter so, wie sie hier sind und wie sie vom vorläufigen Landesausschuß vorgeschlagen wurden, ab, oder aber es stimmen einmal später wirklich gewählte Vertreter der Landkreise ab. Eine Vermengung der beiden Abstimmungsverfahren halte ich für untunlich, denn sie verwischt nur das Bild.
Ich bin also im Auftrag der Vertreter Oberfrankens ermächtigt, Sie zu bitten, den Antrag Niederbayern abzulehnen und dem Antrag des vorläufigen Vorsitzenden zuzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich muß noch etwas nachholen. Einer der vorgesehenen Herren des vorläufigen Landesausschusses ist Dr. *Wilhelm Eichhorn*.
Er hat sich durch folgendes Schreiben entschuldigt.
Schriftführer:

Sehr geehrter Herr Doktor *Müller*!

Meine mündliche Erklärung von heute früh möchte ich nochmals schriftlich wiederholen. Es ist mir unmöglich, als Mitglied des vorläufigen Landesausschusses in die Bamberger Sitzung zu kommen, um dort mit einigen wenigen anderen Beteiligten eine Abstimmung über mein Stimmrecht über mich ergehen zu lassen. Als ein Beteiligter minderen Rechts kann ich persönlich und als einer der wenigen Repräsentanten der evangelischen Seite nicht anwesend sein. Ehe klargestellt ist, welche Befugnis der vorläufige Landesausschuß hat, kann ich zu meinem Bedauern an Sitzungen nicht mehr teilnehmen.
Nach wie vor halte ich warmen Herzens die Hoffnung fest, daß eine wirkliche Union, eine Vereinigung der Konfessionen auf politischem Gebiet, eine Zusammenfassung sonstiger, früher auseinanderstrebender politischer Parteien und eine Sammlung von Menschen der verschiedenartigsten Typen auf der Grundlage christlicher Weltanschauung und sozialer Haltung zustande kommt.
Zur Zeit allerdings sind insbesondere in Südbayern und vor allem in München die Grundlagen für eine politische Vereinigung der beiden christlichen Bekenntnisse gefährdet. Schon oft betonte ich, daß es mit der immer wiederholten Deklamation, die Union umfasse neben anderem die beiden Bekenntnisse, nicht getan ist. Hand

in Hand damit muß auch die entsprechende Personalpolitik gehen. Ich weiß wohl, daß auf evangelischer Seite viel weniger "Politiker" parat stehen und daß man nicht selten fürchtet, es erstehe doch tatsächlich die Bayerische Volkspartei wieder, und die Evangelischen und hinzugestoßenen anderen politischen Parteien seien höchstens ein Anhängsel. Ich freue mich, daß in beträchtlichen Teilen Bayerns der Protestantismus auch in den maßgebenden Ämtern der Partei zum Zuge gekommen ist, aber die Verhältnisse in einem beträchtlichen Teil Altbayerns zerstören das gute Zutrauen, das anderwärts besteht. In München z.B. ist der Prozentsatz der in Parteiämtern stehenden Evangelischen und der Zugehörigen früherer selbständiger Parteien lächerlich klein. Insbesondere seit einigen Wochen ist deutlich merkbar, daß absolut geeignete Kandidaten, die sich selbst zur Mitarbeit anboten oder von unserer Seite präsentiert wurden, auf allerlei Weise wegmanövriert wurden oder höchstens in die harmlose Rolle des Beisitzers gestellt wurden. Es wird eben absolut verkannt, daß eine Minderheit, die zahlenmäßig doch recht beachtlich ist, besonders schonend behandelt werden muß und daß man ihr auch personelle Opfer bringen muß, besonders in der Übergangszeit.
Mit besten Grüßen stets Ihr ergebener
gez.: *W. Eichhorn.*

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer* hat sich zum Wort gemeldet.
Schäffer: Auf den Brief *Eichhorn* wird wohl unser zweiter Vorsitzender eingehen, der dazu berufen ist.
Ich möchte zunächst nur feststellen: Herr *Eichhorn* ist in München als zweiter Vorsitzender nicht mehr gewählt worden, nachdem er allerdings die feste Erklärung abgegeben hatte, er würde eine Wiederwahl auch völlig ablehnen, seine Zeit sei so in Anspruch genommen, daß er politisch und in der Kreisvorstandschaft nicht mehr tätig sein könne. Diese Erklärung steht protokollarisch fest. Sie ist in dem Protokoll enthalten, das auch der Militärregierung vorgelegt wurde.
Die Kreisvorstandschaft München hat - nur zahlenmäßig einmal festgestellt - als ersten Vorsitzenden, wenn ich nun einmal Konfessionen aufzählen muß, was meiner Natur an sich widerspricht -, einen katholischen Mann, als zweiten Vorsitzenden einen evangelischen, als dritten Vorsitzenden wieder einen katholischen Mann, das ist ein Arbeitervertreter. Sie hat drei Evangelische in der Kreisvorstandschaft unter 15, wenn ich die beiden Bürgermeister wegrechne, die ex officio drinnen sind. Das ist das Wahlergebnis in München. Bei den eingeschriebenen Mitgliedern dürfte die Zahl der Evangelischen leider Gottes die 20% bei weitem nicht erreichen, die der Vertretung in der Kreisvorstandschaft entsprechen. Mir ist in München kein Fall bekannt, in dem irgendwie von einer Zurücksetzung hätte gesprochen werden können. In einem Falle, in dem es sich lediglich um einen privaten Streit zwischen zwei Personen gehandelt hat, habe ich gebeten, diesen der Kreisvorstandschaft zur Entscheidung vorzulegen.
Nun zur Sache selbst! Über diesen Brief, der aus irgendwelchen Gründen verlesen worden ist, wird sich hier Herr Direktor *Pflaum* noch äußern. Ich möchte zu dem Antrag Niederbayern sprechen. Die Kreisvorstandschaft München hat diesen Antrag in aller Form unterstützt und dabei gebeten, die übrigen Bezirksverbände möchten diesen Antrag ebenfalls unterstützen. Ich bemerke dabei, daß ich damals schon in dem vorläufigen Landesausschuß erklärt habe, ich würde alle Beschlüsse, die den Satzungen widersprechen, nicht als rechtmäßig anerkennen können, infolgedessen könne ich auch diesen Vorschlag, wie er hier vorgelegt wird, als satzungswidrig nicht als bindend anerkennen. Ich habe ausdrücklich gebeten, diese Erklärung in das Protokoll jener

Sitzung des vorläufigen Landesausschusses zu übernehmen. Ob es geschehen ist, weiß ich nicht. Ich habe neulich wieder angefragt, ob das geschehen ist. Meine Gründe sind folgende: Wir müssen zu einem ordnungsmäßigen Aufbau der Organisation kommen. Wir können die Organisation der Partei, wie es dem demokratischen Gedanken entspricht, nur von unten her aufbauen. Wir sind heute durch die Umstände so weit, daß ich annehmen muß, daß alle Bezirksverbände stehen. Alle Bezirksverbände sind ja durch die Kreistagswahlen gezwungen, in den Landkreisen und nunmehr auch in den Stadtkreisen die Kandidaten aufzustellen. Ich darf also annehmen, daß dieser Hinderungsgrund wegfällt, der am 8. Januar noch erwähnt worden ist. Damals haben wir gewünscht, es möchte bis Februar eine konstituierende Landesversammlung einberufen werden. Später habe ich diesen Vorschlag, um damals den Frieden herbeizuführen, dahin abgeändert, daß ich sagte "sobald als möglich". Damals kam der Einwand - wohl von Mittelfranken -, daß einzelne Bezirksverbände technisch dazu nicht in der Lage seien, bis dahin Delegierte zu einer Landesversammlung zu schicken. Ich habe dann "sobald als möglich" vorgeschlagen und wir haben uns darauf geeinigt. Heute sind wir so weit, daß wir die Organisation in allen Bezirksverbänden als stehend erachten können. Daher haben wir uns als die Vertreter der Mitglieder zu betrachten, die uns gewählt haben. Infolgedessen haben wir, möchte ich sagen, das Gewicht der Mitglieder und der Wählerschaft, die hinter uns steht.
Wenn Sie den Kreisverband Niederbayern nehmen, der bei den Landkreiswahlen allein mit 300.000 Stimmen aufgebracht

(Bravo!)

und der das beste Wahlergebnis gehabt hat, so muß ich sagen: Dieser Bezirksverband Niederbayern hat selbstverständlich das Recht, entsprechend seiner Stärke eine Vertretung zu finden. In den Satzungen, die vorläufig gewesen, aber damals schon der Besatzungsmacht vorgelegen und von uns anerkannt worden sind, haben wir das nicht so gemacht, daß wir nach Wählerstimmen gegangen sind. Wir sind vielmehr, ich möchte sagen, im großen und ganzen von der Einwohnerzahl ausgegangen. Man hat die Land- und Stadtkreise als Grundlage genommen und ging davon aus, was früher ja auch schon der Fall war, daß jeder Landkreis ungefähr 50.000 Einwohner hat. Dieses Bild hat man dann auch auf die Städte umgelegt. Es ist jedem Bezirksverband unbenommen, ob er Städte in sich vereinigen will, also ob, sagen wir einmal, in der Oberpfalz Regensburg mit dem Bezirksverband Oberpfalz gehen will oder ob Regensburg und Oberpfalz je einen eigenen Bezirksverband bilden. Ich wäre dafür, daß wir unseren Bezirksverbänden die größtmögliche Freiheit lassen, wenn sie eine eigene Organisation einer großen Stadt vorziehen. Das kann den Vorteil haben, daß die besondere Bevölkerungsschichtung, die in einer Stadt vorhanden ist, sich dann auch in der Organisation wesentlich besser zur Geltung bringt, und daß die Bevölkerungsschichtung, die auf dem Lande vorhanden ist, sich dann im Bezirksverband Land besser zum Ausdruck bringt. Dann hat das seinen guten Grund. Deswegen muß ich sagen: Der Grundsatz, den wir hier in dieser vorläufigen Satzung aufgenommen haben - er ist nicht etwa neu, sondern aus der früheren Zeit, wo er jahrzehntelang schon geübt worden ist, übernommen gewesen und deshalb in diese Satzung hereingekommen -, ist ein gesunder Grundsatz. Er gibt der Bevölkerung, der Wählerschaft, der Mitgliederzahl die Möglichkeit, sich in ihrem Gewicht zum Ausdruck zu bringen. Deswegen standen wir auch auf dem Standpunkt: Unsere Satzungen sind zu halten, schon wegen ihrer inneren Gerechtigkeit. Ich muß aber auch sagen: Ich bin nun einmal dafür, daß das,

was wir machen, auch aus sachlichen Gründen gemacht wird, und wenn wir Satzungen aus sachlichen Gründen gemacht haben, daß wir uns an diese sachlichen Gründe immer halten. Ich bestreite, daß es irgendeinem Gremium möglich ist, Satzungen, die es selbst einmal angenommen und die es vorgelegt hat, einfach willkürlich unter bestimmten Zeitumständen zu ändern.
Ich will meinen lieben Freunden und Kollegen vom vorbereitenden Arbeitsausschuß[6] gewiß nicht weh tun, aber die Dinge liegen nun einmal so: Der vorbereitende Arbeitsausschuß war bestellt rein aus der Stadt München heraus. Er ist bestellt worden in, will ich einmal sagen, statu nascendi, im Anfangsstadium, und - leider Gottes, muß ich sagen - in einer Form, die ich damals schon als nicht geordnet empfunden habe. Wir haben um des Friedens willen möglichst gestrebt, überhaupt zur Arbeit zu kommen und die Fragen, die mit der Entstehung zusammenhängen, nicht aufzuwerfen. Der Bezirksverband München hat inzwischen gewählt, der Bezirksverband hat - ob es nun den einen freut oder nicht, aber wir haben den Willen der Wähler zu respektieren - nun einmal seine Vertrauensleute gewählt. Der vorbereitende Ausschuß München, aus dem der vorbereitende Arbeitsausschuß für das Land hervorging, existiert also nicht mehr.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, ich bitte sich kurz zu fassen, es wird sonst ein Antrag auf Abkürzung der Redezeit gestellt.

(Zuruf: Unerhört!)

Schäffer: Ich muß infolgedessen feststellen: Ich persönlich kann eine innere Berechtigung dafür nicht anerkennen, daß die Legitimation noch dauernd ausgeübt wird, und daß der vorbereitende Ausschuß ein höheres Stimmrecht für sich in Anspruch nimmt, als die höchsten Bezirksverbände zusammen, die vielleicht Hunderttausende von Wählerstimmen repräsentieren. Ich muß auf dem Standpunkt stehenbleiben, daß das ein Verstoß gegen die innere Gerechtigkeit wäre, und daß wir eine saubere, solide Arbeit und Grundlage haben, wenn wir uns an die Satzungen, an deren gerechte Grundsätze halten und den Antrag Niederbayern annehmen. Und darum bitte ich. Wenn der Antrag Niederbayern abgelehnt werden sollte, ich könnte mich nicht entschließen, eine Erklärung abzugeben, daß die dann weiter gefaßten Beschlüsse als satzungsmäßig zu erachten sind.

(Hört, hört!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, das wird die Versammlung hier zu beschließen haben, was dann satzungsmäßig ist und was nicht. Als Rechtsgrundlage steht einwandfrei folgendes fest: Die Militärregierung hat die damaligen Statuten des vorläufigen Landesausschusses genehmigt. Die gleiche Militärregierung gibt ihre Zustimmung, wenn das gleiche Gremium, nämlich der erweiterte Landesausschuß, sie abändert, die Abänderung beschließt, das ist legal. Dagegen wird der Antrag *Falkner* damit illegal, und zwar deswegen, weil wir hier nicht in einer Landesversammlung, sondern in einer Sitzung des erweiterten Landesausschusses sind, der damals die Beschlüsse gefaßt hat und jetzt wieder vor der Beschlußfassung steht. Das ist die Rechtsgrundlage. Darüber hinaus darf ich noch folgendes erklären: Es ist nicht richtig, daß

[6] Gemeint ist der Vorläufige Landesausschuß.

der vorläufige Landesausschuß mehr Stimmen hätte, als die anderen Vertreter zusammen.

(Zuruf *Schäffer*: Ich habe gesagt: als zwei zusammen!)

Sie haben gesagt "als die anderen zusammen!"

(Zuruf: Zweifellos ein Mißverständnis!)

Da muß doch festgestellt werden: Es waren elf; es sind noch dazu einige nicht erschienen. Die Vertreter der Bezirksverbände gehen, je nach dem was beschlossen wird, wie das Stimmrecht gegeben wird, mindestens in die vierzig - achtundvierzig. Das ist also ein gewisses Verhältnis.

Darüber hinaus halte ich es für notwendig, folgendes zu erklären: Ich weiß, daß ich mir Gegner geschaffen habe dadurch, daß ich nicht mit allem einverstanden war, was im Aufbau der Organisation durchgeführt wurde. Ich habe Widerspruch erhoben damals bei der Wahl des Kreisvorsitzenden von Oberbayern. Ich habe den Widerspruch deswegen erhoben, weil in dieser Versammlung, die dort gewählt hat, noch nicht einmal gewählte Bezirksvertreter waren. Die Vertreter waren vielmehr bestellt, um zu organisieren und dieselben Männer haben einen Kreisvorsitzenden gewählt. Sie haben gewählt, obwohl nicht ein einziger Vertreter des Bauernbunds dort war, der doch in Oberbayern stark genug ist.

Meine Herren, wenn wir eine Union schaffen wollen, müssen alle, die sich hier zusammenschließen, in den Organisationen vertreten sein, dann gibt es keine Taktik, die darauf beruht, daß man zufällig den oder jenen heranzieht. Ich hätte auch Vollmachten und Mandatsversprechen geben können. Ich habe es nicht getan, weil das nicht im Interesse der Union wäre. Wir müssen dafür sorgen, daß alle Kräfte, die zu uns kommen, sich wirklich bei uns als Mitglieder und nicht als geduldete Mitläufer fühlen können.

(Zustimmung.)

Ich darf dazu ein Schreiben des 2. Kreisvorsitzenden der Union von Oberbayern bekanntgeben. Der zweite Teil lautet:

> Ich bin bitter enttäuscht darüber, daß die Union sich erlaubt, in dieser Weise gegen den Bayerischen Bauernverband vorzugehen. Ich bin auch 2. Kreisvorsitzender des Bayerischen Bauernverbandes, Kreisverband Oberbayern. Ich möchte Ihnen als Landesvorsitzender rundweg erklären, daß wir Bauern es ablehnen, wieder bloß Stimmvieh für die Union zu sein. Wenn der Bauernstand in der Union nicht so verankert wird, daß er seiner Bedeutung nach entsprechenden Einfluß bekommt, dann müssen wir Bauern aus der Union heraus. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß die Stimmung in der Landwirtschaft so ist.
>
> Ich bitte Sie, meine Stellungnahme sämtlichen Bezirksvorständen der Union im Kreis Oberbayern mitzuteilen. Ich hätte selbst gern in der Versammlung noch Stellung genommen, mußte aber weggehen, da ich als Bürgermeister um 14 Uhr nachmittags in meiner Gemeinde sein mußte. Ich bitte mir mitzuteilen, ob Sie als Landesvorsitzender gewillt sind, den Bezirksvorständen von Oberbayern meine Stellungnahme mitzuteilen.

Gleichzeitig ist ein Antrag des Bezirksvorsitzenden von Oberbayern beim Landessekretariat eingelaufen, der wollte, daß das Landessekretariat und der Landesvorsitzende nicht unmittelbar mit den Kreisverbänden draußen korrespondieren.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So läßt sich keine Organisation aufbauen!

(Zuruf: Diktatoren!)

Weiterhin: Wir haben gehört, die Wähler haben für die Herren hier entschieden. Das ist noch lange nicht gesagt. Meine Damen und Herren, die Wähler haben für die Union entschieden,

(Lebhafter Beifall.)

doch nicht für die einzelnen Herren, die damals aufgetreten sind und die jetzt als Vertreter dieser Leute dort auftreten. Das hat mit dem Entscheid der Wähler nichts zu tun. Die Wähler werden darauf warten, ob wir hier eine gerechte Lösung finden, daß die Wähler auch glauben, daß sie bei uns nun wirklich vertreten sind.

(Bravo!)

Da kann ich es nicht darauf ankommen lassen, daß ein Herr, der sehr bekannt war als Vertreter der evangelischen Kreise, Dr. *Eichhorn*, nun hinausmanövriert werden sollte oder wollte. Ich kann es auch nicht darauf ankommen lassen, daß Herren, die sich Mühe gegeben haben, die Union zu gründen und zu schaffen, heute hinausgeschmissen werden von Leuten, die später das Arbeiten angefangen haben, nur deshalb, weil sie zufällig eine bessere Taktik haben. Das geht nicht, das würde gegen die Interessen der Union verstoßen, damit würde die Union gesprengt. Deswegen bitte ich, Vorsorge zu treffen, daß wir hier eine wirklich vernünftige Grundlage schaffen. Das kann nicht in ein paar Wochen geschehen, das muß nachgeprüft werden, wer ist ordnungsgemäß gewählt.

Herr *Schäffer*, Sie wissen genausogut wie ich, daß die Militärregierung jetzt auch den Wahlvorgang für München-Stadt nachprüft.

(Zuruf *Schäffer*: Ich bitte ums Wort!)

Mir ist es gleichgültig, ich sage nichts, es ist nichts einzuwenden. Auf der anderen Seite müssen aber diese Nachprüfungen vollzogen werden und vollzogen sein, bevor wir weiter organisieren. Ich kann nur so vorgehen, daß wirklich die Leute hier den entscheidenden Einfluß ausüben, die durch den Willen ihrer Wähler und nicht per Zufall heraufgekommen sind, deswegen, weil sie ihre Sonderbesprechungen gehabt haben.

Dr. *Horlacher*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen in dieser Frage einen ganz klaren Standpunkt einnehmen. Der Standpunkt geht dahin, daß wir uns nicht darauf berufen können, was in früherer Zeit gewesen ist. Darauf kann sich in Deutschland niemand berufen, denn der Zusammensturz in Deutschland ist so katastrophal, daß er nicht katastrophaler sein kann. Auch der Zusammensturz im politischen Leben ist ungeheuer groß. Wir müssen erst durch den Einfluß einzelner Männer, die sich herauswagen, die Leute zu Mitgliedern der Partei gewinnen. Wir sind ja noch lange nicht so weit, daß man eine endgültige Organisation der Partei schaffen kann, weil wir noch über eine sehr geringe Mitgliederzahl in der Union verfügen. Wir haben sehr viele Wähler, aber sehr wenige eingeschriebene Mitglieder. Das wird nie-

mand bestreiten wollen. Deshalb dürfen wir dankbar sein, daß die amerikanische Militärregierung so klug ist und selbst einsieht, daß man hier vorübergehend andere Wege gehen muß. Die Satzungen, die dann letzten Endes angenommen werden müssen, können nur in einer wirklich bevollmächtigten Landesversammlung der Partei verabschiedet werden. Diese muß eingehend vorbereitet werden.
Was wir damals als Satzung angenommen haben, haben wir per Abstimmung gar nicht angenommen. Sind wir ehrlich! Die Herren waren alle beisammen. Wir haben damals die Satzung dem Herrn Dr. *Müller* nach rascher Abstimmung mitgegeben, damit die Partei als Landespartei zugelassen werden konnte. War es so, oder war es nicht so?

(Zuruf: Jawohl!)

So war die Sachlage. Jetzt beruft man sich auf starre Rechtsgrundsätze, um starr etwas zur Entscheidung zu treiben. Wir wollen, und soweit ich sehe, will die große Mehrheit der Wähler der Union, daß wir uns erst mit neuen Gedankengängen in der Bevölkerung weiter durchsetzen, und zwar so, daß sich Evangelische, Katholische und auch Andersgläubige in unseren Reihen wohl fühlen,

(Bravo!)

damit man sieht, daß wir nicht mehr der Wurmfortsatz der alten Bayerischen Volkspartei sind.

(Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Horlacher*, ich darf bitten, jetzt nicht zu weit zu gehen.
Dr. *Horlacher*: Bitte, aber Herr *Schäffer* hat weitergehende Ausführungen gemacht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich müßte mich sonst auch verpflichtet sehen, Ihnen das Wort zu entziehen.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, folgendes zu bedenken: Wir kennen uns nun aus, wir wissen, worum es sich handelt. Wir wissen auch, daß der Militärregierung unsere Beschlüsse zur Sanktionierung vorgelegt werden müssen. Die Verhältnisse liegen nun so, meine lieben Freunde, daß wir für die Bamberger Tagung zwei Versammlungen angesetzt haben. Es macht einen sehr schlechten Eindruck, wenn man dort erfährt, daß wir hier über Abstimmungen streiten und die Delegierten an den Versammlungen gar nicht teilnehmen.
Ich würde bitten, daß wir die Debatte zu Ende führen, daß wir aber heute nicht mehr abstimmen, sondern daß die Abstimmung morgen früh stattfindet. Ich bitte, mir mitzuteilen, wann die Versammlung morgen früh fortgesetzt wird. Ich würde aber meine Parteifreunde bitten, wenn Sie etwas über mich auszuführen haben, das morgen früh zu tun, wenn ich hier anwesend bin. Ich bitte darüber abzustimmen, ob heute noch abgestimmt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegen jetzt neun Wortmeldungen vor. Eben kommt die zehnte. Ich bitte, sich nun kurz fassen zu wollen. Wir können nur noch schriftliche Wortmeldungen berücksichtigen.

(Zuruf.)

Herr *Pflaum* hat das Wort.
Pflaum: Ich will mich ganz kurz fassen und nur auf die Frage der Protestanten und der Demokraten in der Union eingehen.

Ich bin Protestant und ich wurde in der Versammlung der Bezirksvereine in München von 88 Stimmen mit 85 Stimmen gewählt. In unserem Bezirksverband der Union sind drei (vier?) Protestanten gewählt. Im Bezirksverband München befinden sich ausserdem sechs Demokraten. Das ist ein Beweis dafür, daß wir im Bezirk München nicht kleinlich und engherzig sind, und daß von einer Reaktion, von der soeben gesprochen wurde, nicht die Rede sein kann. Falls eine Reaktion eintreten sollte, können Sie überzeugt sein, daß wir nicht mitmachen und sie sofort ausschalten würden. Aber das ist bis heute nicht der Fall. Ich muß feststellen: Mich hat keiner gefragt, sind Sie Protestant oder Nichtprotestant. Wir sind offen empfangen worden, wir haben unsere Unterhaltungen offen und frei geführt. Ich bedauere sehr, daß derartige Stimmungen hier hereingetragen werden. Ich kann sagen: Wir alle bedauern, daß Herr Dr. *Eichhorn* nicht mehr Mitglied des Bezirksverbandes ist. Er hat aber selbst dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß er ausscheiden möchte. Wir hoffen und wünschen aber mit Ihnen, daß Herr Dr. *Eichhorn* seinerzeit, wenn es soweit ist, als Ausschuß-Mitglied wieder in den Landesausschuß gewählt wird. Es steht dann bei Ihnen, welche Position Sie ihm im Landesausschuß geben werden.

Ganz kurz möchte ich darauf zurückkommen, warum wir so wenige Protestanten bei uns in der Union als Mitglieder haben. Lieber hätte ich darüber nicht gesprochen, aber ich muß es. Ich selbst habe mich in München bemüht, bei verschiedenen Pfarrämtern und verschiedenen Kreisen Namen genannt zu bekommen, deren Träger geeignet wären, Ausschuß-Positionen in der Union zu übernehmen, aber leider haben wir sehr wenige und wenig Bereitwilligkeit gefunden. Ich glaube, es ist besser, ich gehe auf diese Dinge nicht näher ein. Wer verstehen will und Ohren hat zu hören, der wird mich verstanden haben. Es ist keine Opposition gegen die Union, sondern es ist zur Zeit einfach unmöglich.

Bei der letzten Bezirksversammlung hat Herr Dr. *Eichhorn* angeregt, einen Vertreter der protestantischen Jugend in unseren Bezirksauschuß zu wählen. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß auch ein junger Protestant in den Ausschuß kommen soll. Als aber die Frage gestellt wurde, wer ist der Mann und ist der Mann Mitglied der Union, hieß es, ob er Mitglied ist, das wissen wir nicht. Das sind die Gründe, warum wir verhältnismäßig wenige Protestanten bei uns haben.

Zum Schluß darf ich noch bemerken, daß in unserem Bezirksverband München drei frühere Demokraten Vorsitzende von Bezirksvereinen sind. Es hat sich also wirklich bei uns zur Zeit eine Reaktion noch nicht gemeldet. Ich erkläre auch in meinen Versammlungen: Die Christlich-Soziale Union ist eine Organisation, in der sich Katholiken und Protestanten friedlich und schiedlich zusammenfinden und zusammenarbeiten wollen. Wir lehnen es ab, eine konfessionelle Organisation zu sein.

(Bravo!)

Das, meine Herren, ist unser Wunsch. Wir alle sind guten Willens und wollen das Gleiche, vielleicht nur auf verschiedenem Wege.

(Zuruf: Das sind doch keine Belange für das Land, dauernd nur Münchner Belange!)

Haußleiter: Meine Damen und Herren! Wir in Franken haben die Union als neue Partei begriffen. Diese ist nun in folgender Lage: Sie muß sich erst Arbeitsgrundlagen und eine Arbeitsbasis schaffen. Daher muß manches improvisiert gemacht werden. Wir können heute bei der Tagung des erweiterten Landesausschusses nicht hergehen und uns nun fragen, wie soll in Zukunft die Frage des Stimmrechts geregelt werden, bevor wir nicht wissen, wie wir heute stimmen sollen. Daß die Pläne, die Herr Staats-

rat *Schäffer* vorgeschlagen hat, heute nicht mehr realisiert werden können, ist ganz klar, denn wir können heute nicht mehr eine Verteilung der Stimmen nach den einzelnen Kreisen der Bezirke vornehmen.
Ein ganz einfacher Vorschlag! Wir gehen den vernünftigen Weg beim Aufbau einer neuen Partei, wir suchen uns eine Arbeitsbasis, und diese Arbeitsbasis enthält der Vorschlag des Landesausschusses. Gehen wir nämlich anders vor, nach irgendeiner Art von Gerechtigkeit, dann erheben sich sehr vielfältige Möglichkeiten. Wir können nach Kreisen stimmen. Wir in Franken können sagen, unsere Kreise sind größer. Oder wir gehen nach der Einwohnerzahl. Andere können sagen, wir gehen nach der Zahl der eingetragenen Mitglieder. Im letzteren Falle wäre zum Beispiel in Franken der Aufbau von vornherein zerschlagen, weil wir in Franken erst Mitglieder gewinnen müssen für eine Partei, die in Franken in weiten Kreisen noch nicht vorhanden war.
Deshalb bitte ich Sie um eines: Dokumentieren sie, daß hier eine neue Partei aufzubauen versucht und nicht versucht, plötzlich Machtfragen in die Debatte zu werfen, bevor die Machtverhältnisse erst geklärt werden. Wir in Franken kämpfen darum, daß das evangelische Franken in die Union hineingeht. Wenn Sie aber jetzt den früheren Machtstandpunkt der Bayerischen Volkspartei klarstellen wollen, indem - wie *Schäffer* sagt - die Zahl der Wähler die Grundlage für das Stimmrecht bilden soll, dann, meine Damen und Herren, zerschlagen Sie von vorneherein die Union in Nordbayern. Daran besteht gar kein Zweifel.
Hier stehen in Wirklichkeit ganz andere Dinge zur Debatte: Eine Gruppe, die die Methoden von 1933 wiederholen will, mit denen sie Schiffbruch erlitten hat, und eine andere Gruppe, die zeigen will, daß sie aus der Vergangenheit gelernt hat und mit neuen Methoden arbeiten will in einer Zeit, in der die Diktatur nämlich nicht unmöglich ist, in der sie erst nach Kristallisationskernen sucht. Herr *Hitler* war der eine Kristallisationskern. Er hat die Diktatur nicht erfunden, sie liegt im Strom der Zeit. Wir suchen eine Basis, diesen gefährlichen Kräften entgegenzuwirken. Diese Basis müssen wir schaffen durch vertrauensvolle Zusammenarbeit und nicht durch Machtkämpfe hier. Die Arbeitsbasis ist der Vorschlag des Landesausschusses.
Deshalb schlage ich vor, den Vorschlag des Landesausschusses anzunehmen und abzustimmen entsprechend der gegenwärtigen Lage, entsprechend diesem Vorschlag und der Zahl der Stimmen, die darin vorgesehen sind. Der weitere Ausbau der Partei wird dann eine gerechtere und klarere Regelung ermöglichen. Jetzt schon Rechtsfragen in den Vordergrund zu stellen, wo wir am Anfang stehen, ist überflüssig und unmöglich und hindert - wie wir es hier erlebt haben - die sachliche Arbeit.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegen noch zehn Wortmeldungen vor. Herr *Nerreter*, Nürnberg, stellt Antrag auf Schluß der Debatte.
Ich bitte Herrn *Nerreter*, den Antrag zu begründen.
Dr. *Nerreter*: Meine lieben Parteifreunde! Wir haben die Gepflogenheit, wenn wir uns über gewisse Dinge unterhalten, plötzlich in das nächste und übernächste Thema hinüberzugleiten. Es war zum Beispiel jetzt, wo wir uns darüber unterhalten, welche Regelung der Abstimmungsrechte berechtigter ist, nicht notwendig, über die Frage evangelisch und katholisch zu debattieren. Ich spreche keinen Vorwurf gegen eine bestimmte Richtung aus, sondern ich wollte nur die Tatsache feststellen. Wenn es von einer Seite in die Debatte geworfen wird, erwidert die andere Seite darauf. Das ist aber nicht notwendig. Wir müssen uns folgende Frage vergegenwärtigen: Ist es für den

Aufbau der Union zweckmäßiger, dem Vorschlag des Landesausschusses oder dem Antrag Niederbayerns zu folgen?
Zur Frage evangelisch und katholisch ließe sich sehr viel mehr ausführen. Ich darf nur eines sagen: Warten Sie nur die Kreistagswahl ab, warten Sie ab, wie die evangelischen Landkreise in Mittelfranken, in Uffenheim, Gunzenhausen, Weißenburg, Ansbach und ähnlichen Kreisen abstimmen und dann stellen Sie die ruhig gegen die entsprechenden Landkreise in Niederbayern, dann werden Sie nicht enttäuscht werden!

(Bravo!)

Mit dieser Feststellung können wir das Thema evangelisch - katholisch vorerst bis Ende April vertagen. Wir wollen das nicht aufrühren.
Das Wichtige ist jetzt: Wenn wir in dem Tempo weiter beraten, wie wir es bis jetzt gemacht haben - wir sind noch im äußersten Vorhof unserer Beratungen - dann sitzen wir wahrscheinlich noch übermorgen beisammen und sind immer noch nicht weitergekommen.
Die beiden Teile haben nun ihre Ansicht begründet. Auf der einen Seite stehen Niederbayern und Oberbayern, auf der anderen Seite hat Oberfranken die andere Ansicht vertreten. Wir alle haben uns nun ein Bild machen können. Ich halte die Sache für reif zur Abstimmung.

(Zuruf Dr. *Zöller.*)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Haben Sie sich zum Antrag auf Schluß der Debatte gemeldet?
Dr. *Zöller*: Nicht zum Antrag auf Schluß der Debatte. Ich bin morgen nicht mehr da und bitte, daß mir ganz kurz das Wort zu grundsätzlichen Dingen gewährt wird. Einiges ist mir schon aus dem Munde genommen, ich werde höchsten drei Minuten sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind die Herren einverstanden?

(Zurufe: Jawohl!)

Dr. *Zöller*: Freunde der Union! Ich selbst bin Katholik, war früher Mitglied der Bayerischen Volkspartei und Gründungsmitglied der Bayernwacht. Ich wurde dann - ich mache kein Hehl daraus - als Beamter 1937 Mitglied der NSDAP. Ich stehe heute als Beamter draußen. Ich war, wie ich ausdrücklich bemerken will, vom ersten Kriegstage an draußen und bin als schwerkriegsbeschädigter Krüppel nach Hause gekommen. Als Katholik bin ich augenblicklich in einem ausgesprochen evangelischen Landkreis tätig. Ich muß sagen, ich schäme mich als Katholik für die Christlich-Soziale Union deswegen, weil Machtfragen in der heutigen Zeit überhaupt möglich sind. Ich hätte nie geglaubt, daß es möglich wäre, daß christliche Männer in der heutigen schweren Zeit um Machtfragen streiten können.
Es gibt doch für uns nur eines: Auf dem Boden des Christentums uns zu einem wahrhaft demokratischen Aufbau des Staates zusammenzufinden. Wer an der Spitze steht, ist völlig gleichgültig, Hauptsache es steht ein Mann an der Spitze, der auf unserem Boden steht! Wie die Union demokratisch aufgebaut wird, darüber kann es auch keinen Zweifel geben. Wir wollen die Demokratie, und darum wollen wir sie bei uns in erster Linie praktizieren: Wer gewählt wird, steht oben und sonst niemand! Ich bin der gleichen Meinung mit Dr. *Horlacher*, der gesagt hat, wir sind vorläufig noch ein Haufen. Diesen Ausdruck "Wir sind vorläufig noch ein Haufen" habe ich nicht nur in Mittel- und Oberfranken, sondern auch in München gehört, als ich neulich oben war.

Es ist unsere Sache, auf dem einmal eingeschlagenen, vorläufig unvollständigen Wege weiterzugehen, bis wir uns endgültig organisiert haben. Dann wird sich herausstellen, wer oben stehen soll. Darum ist meine Meinung: Wir fahren auf dem bisherigen Wege fort, bis die Partei endgültig organisiert ist. Dann wird gewählt nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Etwas anderes gibt es nicht. Das ist meine Meinung und die Meinung all der zahllosen Männer und Frauen, die ich draußen kenne. Mit dieser Erwartung, daß das erfüllt wird, möchte ich nach Hause gehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Falkner* hat zu seinem Antrag das Wort zu einer Erklärung erbeten.
Dr. *Falkner*: Herr Vorsitzender, Sie haben den Antrag Niederbayern als illegal bezeichnet. Ich darf feststellen, daß - und mit Ihrer Zustimmung stelle ich das fest - zur Zeit, als der Antrag eingebracht wurde, Niederbayern keine Kenntnis davon haben konnte, daß die Militärregierung die für uns maßgebliche Satzung bzw. eine Änderung der maßgeblichen Satzung gebilligt hatte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist selbstverständlich ein Mißverständnis. Ich habe nicht Ihren Antrag als illegal bezeichnet. Die Rechtslage ist vielmehr so: Hier steht der Antrag des Landesausschusses, für den von der Militärregierung eine Ausnahme vorgesehen ist, und hier steht Ihr Antrag. Wenn Ihr Antrag angenommen wird, so wird er erst legal, wenn er von der Militärregierung gebilligt wird.
Dr. *Falkner*: Sie haben wörtlich diesen Satz gebraucht, dieser Satz steht im Protokoll. Ich lasse mir das hernach nicht bestreiten und lasse mich nicht hinterher einsperren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie haben erklärt, Sie wollen eine Erklärung zu Ihrem Antrag abgeben. Ich stelle fest, Sie sprechen zu Ihrem Antrag, obwohl zunächst noch ein Antrag auf Schluß der Debatte steht.
Dr. *Falkner*: Ich muß den Antrag zurückziehen, wenn Sie sagen, er ist illegal.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das sage ich nicht, ich verstehe Sie nicht.
Dr. *Falkner*: Dann noch etwas grundsätzliches.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Falkner*, es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich entziehe Ihnen das Wort, wenn Sie zur Sache reden.
Dr. *Rindt*: Zum Antrag auf Schluß der Debatte! Meine Herren, wenn wir auf der Basis weitermachen wie bisher, sitzen wir morgen noch da und sind genau so weit wie heute.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer spricht gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? - Herr *Schäffer*?
Schäffer: Nur ein Satz: Es ist gerecht, daß man die Möglichkeit hat, sich auf Anwürfe hin, die im Laufe der Debatte gekommen sind, zu verteidigen. Ich bitte um die Möglichkeit, auf die Anwürfe einzugehen, die gegen mich im Zusammenhang mit dem Kreisverband München gerichtet worden sind.
Dr. *Hundhammer*: Es ist der Kreisverband Oberbayern angegriffen worden. Ich lege Wert darauf, daß ich zu diesen Anwürfen Stellung nehmen kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer spricht noch zum Antrag auf Schluß der Debatte? - Dann lasse ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? - 17 Herren sind gegen den Antrag auf Schluß der Debatte.
Der Antrag auf Schluß der Debatte ist damit angenommen.

(Zuruf: Wenn Parteigenossen reden, sollen andere auch reden dürfen!)

Dr. *Hundhammer*: Zur sachlichen Feststellung: Hier dürfen Parteigenossen reden - und angegriffenen Vorsitzenden wird nicht das Wort gegeben, um Stellung nehmen zu können.

(Zurufe: Pfui, Pfui! - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Herr Dr. *Hundhammer*, ich verwahre mich gegen den Vorwurf. Es ist erst vorhin, während der Herr gesprochen hat, festgestellt worden, daß er Parteigenosse war. Im übrigen müßte ich bei jedem Herrn erst eine Nachprüfung vornehmen. Ich darf darauf hinweisen, daß in München in einer Bezirksversammlung ungefähr 20 Herren Mitglieder der Union waren, während 51 abgestimmt haben. Ich muß dann bei jedem feststellen, ob er Parteigenosse ist.
Schäffer: Ich bitte mir aber aus, daß ich auf solche gemeine Verleumdungen antworten darf.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden.

(Zuruf: Das ist auch eine Diktatur!)

Dr. *Nerreter*: Einen Satz zur Geschäftsordnung! Es wurde vorhin abgestimmt. Der Studienrat Dr. *Herding*, Erlangen, hat nach Erlangen zurückkehren müssen, weil er die Wahlvorschläge für die Kreistagswahlen noch bis morgen zu bearbeiten hat. Er hat Herrn *Hönekopp*, Erlangen, delegiert und wir waren einverstanden.
Wenn Sie Einwendungen erheben, ist Mittelfranken nur mit vier Stimmen vertreten, und dann sind wir darüber auch nicht böse.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Unter der Voraussetzung der Zustimmung der Militärregierung, muß ich erklären, wird kein Einwand dagegen erhoben, daß Herr *Hönekopp* delegiert wird. Da für den Antrag des Landesausschusses auf Abänderung die Zustimmung der Militärregierung vorliegt, schreite ich zunächst zur Abstimmung über den Antrag des Landesausschusses. Ich darf zunächst den ganzen Antrag verlesen. Wir werden dann getrennt nach Absätzen abstimmen.
Ich bitte nochmals Ziffer 1 zu verlesen.
Schriftführer:

1. Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel-, und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.
Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:
Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.
Schließlich haben Stimmrecht die der Union angehörenden Mitglieder der Bayerischen Regierung: Dr. *Baumgartner*, *Helmerich*, Dr. *Pfeiffer*, *Krehle*, *Ehard*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Ich bitte zunächst über den letzten Teil abstimmen zu dürfen, und zwar deswegen, weil ich von der Rechtsgrundlage ausgehe. Die Statuten sind beschlossen worden vom erweiterten Landesausschuß, der damals aus dem vorläufigen Landesausschuß und den Delegierten der Bezirksverbände bestanden hat. Damals war noch nicht vorgesehen, daß die Herren Mitglie-

der der Regierung stimmberechtigt sind. Infolgedessen bitte ich hier, damit alles ordnungsmäßig und rechtmäßig zugeht, zunächst über diesen Antrag abzustimmen. Die Militärregierung verlangt geheime Abstimmung über die Anträge. Ich lasse die Karten verteilen. Ich bitte und schlage bei dieser Abstimmung vor, daß die Herren der Regierung, soweit sie nicht sonst delegiert sind oder dem vorläufigen Landesausschuß als Mitglieder angehören, nicht mit abstimmen. Es werden jetzt die Stimmzettel verteilt.

Dr. *Nerreter*: Ich bitte, nicht Nürnberg zu sagen, sondern Nürnberg-Fürth. Nürnberg allein hätte nicht das Recht, sich München an die Seite zu stellen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, Ihr Einverständnis annehmen zu dürfen, wenn wir über die genannten Mitglieder der Regierung geschlossen abstimmen und nicht jeden einzelnen dabei erwähnen, weil es sich um die Tatsache der Mitgliedschaft zur Regierung handelt.

Ich bitte, nur zu stimmen mit Ja oder Nein. Wer für den Antrag ist, daß die Herren Mitglieder der Regierung Stimmrecht erhalten, stimmt mit Ja, die anderen mit Nein. Ich bitte, nun abzustimmen.

Während die Stimmzettel eingesammelt werden, darf ich nochmals die hier anwesenden Stimmberechtigten abzählen. Ich bitte, die Namen der Herren, die stimmberechtigt sind, nun vorzulesen. Es könnte mittlerweile jemand weggegangen sein. Damit kein Zweifel besteht, lasse ich die Stimmberechtigten nochmals abzählen.

Ich bitte die Stimmberechtigten zu verlesen.

(Der Schriftführer verliest die ersten Namen der Stimmberechtigten. - Die Stimmzettel werden eingesammelt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So kann ich es nicht machen. Es besteht ein Zweifel. Es wurde für jemand eine Stimme abgegeben, der nicht da ist. Infolgedessen wiederhole ich die Abstimmung und lasse jeweils beim Aufruf des Namens die Stimmzettel einsammeln.

Ich bitte, die anderen Stimmzettel zu vernichten. Ich bitte den Schriftführer, die Namen der Stimmberechtigten aufzurufen und bitte die Stimmberechtigten, jeweils beim Aufruf ihres Namens den Stimmzettel abzugeben.

Schriftführer:

Sporer, Direktor *Pflaum*, *Heubl*, Frau *Dahm*, *Holzer*, *Detsch*, *Schweiger*, *Schäfer*, *Reiser*, Frau *Hahn*, Dr. *Falkner*, *Brandner*, *Lobinger*, *Ramelsberger*, *Weinberger*, *Krempl*, *Etterer*, *Ortloph*, *Gierl*, *Held*, *Stegerwald*, Dr. *Rothermel*, *Burges*, Dr. *Jahn*, *Boehlke*, Dr. *Rindt*, *Imler*, *Weinkamm*, Dr. *Barth*, *Haußleiter*, *Blaser*, Dr. *Busch*, Dr. *Kroll*, *Mack*, *Stücklen*, *Weinzierl*, *Klenk*, *Hönekopp*, Dr. *Nerreter*, Dr. *Arnold*, *Speicher*, *Ulrich*, *Euerl*, Dr. *Dürr*, Dr. *Kroth*, *Ludwig Sauer*, *Hugo Karpf*, *Döppert*.

Weiter sind stimmberechtigt:

Dr. *Müller*, Dr. *von Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf für alle Abstimmungen eines nachholen. Ich würde, daß wir keine Einwendungen bekommen, vorschlagen - obwohl das bei solchen Abstimmungen nicht üblich ist -, daß drei Herren bestellt werden, die die Abstimmungen mitüberprüfen.

Darf ich vorschlagen: Herrn *Holzmann*, Dr. *Gassenmeyer* (Nürnberg) und Herrn *Ammann* (Würzburg).

Ist die Versammlung damit einverstanden, daß die Herren zur Überprüfung der Abstimmungen bestellt werden? Kein Einwand? - Einverstanden!
Dr. *Hundhammer*: Darf ich noch eine andere Frage aufwerfen, Herr Vorsitzender? Ich bitte bekanntzugeben, wie lange zu tagen geplant ist, daß man disponieren kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir können das jetzt ungefähr übersehen. Wir werden noch die Abstimmung über den Antrag durchführen, dann müssen wir wohl Schluß machen für heute. Die Tagung beginnt morgen früh um 9 Uhr. Wenn keine Unordnung eintritt, können wir während der Abstimmung die Quartierfrage noch besprechen.
Dr. *Nerreter*: Herr *Klenk* (Uffenheim) mußte wegfahren. Wir bitten, zu genehmigen, daß an seiner Stelle Herr *Kübel* (Roth) abstimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Ich stelle fest, daß kein Einwand erhoben wird. - Angenommen.
(Die Abstimmung erfolgt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Ich darf Herrn *Holzmann* bitten, das Ergebnis der Abstimmung bekanntzugeben.
Holzmann: Es wurden 39 Ja- und 16 Nein-Stimmen abgegeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist der Antrag angenommen.
Die Herren Mitglieder der Regierung haben Stimmrecht. Ich bitte der Abstimmung wegen, hier Platz zu nehmen. Wir kommen zur Abstimmung über die weiteren Anträge.
Der Antrag des Landesausschusses Ziffer 1 lautet:

> Bei der Sitzung des erweiterten Landesausschusses haben die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Oberpfalz, Schwaben, Ober-, Mittel- und Unterfranken je fünf Stimmen. Ferner werden als Bezirksverbände anerkannt und sind stimmberechtigt die Christlich-Soziale Union in München mit fünf Stimmen, in Nürnberg mit fünf Stimmen und in Augsburg mit drei Stimmen.
> Weiter sind stimmberechtigt die bisherigen Mitglieder des vorläufigen Landesausschusses:
> Dr. *Müller*, Dr. von *Miller*, Dr. *Eichhorn*, *Krehle*, *Schwingenstein*, Dr. *Lacherbauer*, *Schäffer*, *Hundhammer*, *Steber*, Dr. *Horlacher*, Dr. *von Eicken*.

Ich bitte jetzt, über diesen Antrag abzustimmen.
Von Prittwitz-Gaffron: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung. Ich möchte auf folgenden Vorgang hinweisen: An unserem Tischende wird ein anonymes Schreiben herumgereicht - woher es kommt, weiß ich nicht - mit der Überschrift "Die Bedeutung unserer Stellungnahme im Kampf um die Führung der Christlich-Sozialen Union". Ich möchte in der schärfsten Weise dagegen protestieren, daß in einer Versammlung wie der unsrigen ein Individuum ist, das sich erfrecht - kann ich nur sagen -, ein anonymes Schriftstück auf den Tisch des Hauses zu legen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat das anonyme Schriftstück verteilt?

(Zuruf: Ich habe dieses Schriftstück verfaßt! - Zuruf: Aufstehen!)

Dann schreiben Sie Ihren Namen darunter!

(Zuruf: Er steht darunter!)

Darüber werden wir nach der Abstimmung noch debattieren.
Es werden jetzt die Stimmzettel eingesammelt.

(Die Stimmzettel werden hierauf jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Ich bitte Herrn Direktor *Holzmann*, das Ergebnis bekanntzugeben.
Holzmann: 38 Delegierte haben mit Ja, 18 mit Nein gestimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist dieser Antrag angenommen.
Ich habe vorgesehen, daß wir heute nur dieses Thema behandeln.
Herr Dr. *Semler* hat sich vorhin noch gemeldet.
Dr. *Semler*: Meine Herren, Sie waren gerade in der Abstimmung, ich wollte nicht stören. Aber der Vorgang, den Herr *von Prittwitz* aufgezeigt hat, bedarf doch zwischendurch Ihrer Behandlung.
In der Zwischenzeit, während Sie wählten, habe ich mir erlaubt, in Ruhe das Schriftstück durchzulesen. Soweit es sachliche Meinungen des Verfassers vertritt, ist das eine Frage für sich. Es mag dem Verfasser vorbehalten bleiben, für die Wahl eines Landesvorsitzenden einzutreten, wie er es für richtig hält, und Namen vorzuschlagen.
Wenn aber hier in der Versammlung jemand anwesend ist, der ein anonymes Schreiben an dem Tisch herumzeigt, das von ihm verfaßt ist und schwere Angriffe gegen eine Person enthält, müßte dieser Herr den Mut haben, seine Meinung auszusprechen und sie zu begründen, statt hier ein Pamphlet um den Tisch zu reichen, das uns hier plötzlich von Hand zu Hand zugereicht wird, in dem gegen Männer unserer Union, die hier im Saale vertreten sind, Behauptungen aufgestellt werden, die zum mindesten erst einmal eines Beweises bedürfen.
Ich bitte die Versammlung, diesen Fall zu bereinigen. Er gehört bereinigt.
Ich gebe dem Herrn Vorsitzenden dieses Schriftstück, ich weiß nicht, ob die Herren Wert darauf legen, daß es verlesen wird.

(Zurufe: Jawohl!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte den Schriftführer, das Schriftstück zu verlesen.

(Zuruf *Messmer*: Es ist nicht anonym, ich habe sofort Stellung dazu genommen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Hier wird es als anonymes Schriftstück verlesen, dann können Sie die Erklärung abgeben.
Schriftführer:

Die Bedeutung unserer Stellungnahme im Kampf um die Führung der Christlich-Sozialen Union.
I. Wir sehen heute zwei Persönlichkeiten im Brennpunkt des Kampfes um die Führung der Christlich-Sozialen Union.
Offensichtlich befindet sich die eine der beiden Persönlichkeiten gegenüber der anderen im Vorteil, da ihr uneingeschränkt die Tagespresse zur Verfügung steht. Die Art und Weise jedoch, wie sie diesen Einfluß benützt, um unter Außerachtlassung aller Grundgesetze charakterlicher Sauberkeit dieses Machtziel zu erreichen, spricht nicht gerade für die Würdigkeit dieses Mannes, unser Vertrauen zu geniessen.
Welche Empörung jene Methode des Kampfes in unseren Reihen auslöst, beweist die Stellungnahme der katholischen Gesellenvereine Bayerns, die heute das stärkste Kontingent an Gemeinde- und Stadträten unserer Richtung stellt, zu dieser Frage.
Es wird von Dr. *Josef Müller* behauptet, Herr Staatsrat *Schäffer* habe eine zu tolerante Stellung in der Entnazifizierungsfrage als Ministerpräsident eingenommen.

Bevor wir an die Prüfung dieser Frage herangehen, soll zunächst festgestellt werden, inwieweit Herr Dr. *Müller* überhaupt befugt ist, diese Frage aufzuwerfen.
Auch der Verfasser dieses [Schreibens] befindet sich im Besitz des amtlichen KZ-Ausweises der Militärregierung und gehört deshalb bestimmt nicht zur extremen Toleranzrichtung dem Nazismus gegenüber. Er hat unter bewußtem Einsatz seines Lebens ehedem (1938/39) die Sammlung der aktiven Kräfte unserer Richtung betrieben unter dem Motto, daß die herrschende Generation die Verantwortung trage für das ethische Schicksal der kommenden.
Er selbst ist mit seinen Freunden empört über die Tatsache, daß Dr. *Josef Müller* seine Vertrauensstellung als vorläufiger Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union dazu benützte, sich mit einer Reihe von ersten Mitarbeitern zu umgeben (Aufbau der stärksten demokratischen Partei!)

(Zuruf *Messmer*: Halt, alles verlesen, bitte!)

Sie können hierher kommen und können mir folgen, wie ich vorlese.

- die Parteigenossen und noch dazu teilweise Militaristen waren (Korrespondenz).
Neben grundsätzlichen Erwägungen hatte diese undurchsichtige Haltung von Dr. *Josef Müller* zur Folge, daß sowohl die Jugend wie die amtlichen Vertreter unserer Richtung - KZ-Betreuungsstelle - die Gewährsleute - anläßlich der Kreisvorsitzenden-Wahl in München einhellig ihre Stimme Staatsrat *Schäffer* gaben.

II. Bei dieser Auseinandersetzung jener beiden Persönlichkeiten geht es um noch viel entscheidendere Fragen:
Die eingehende Prüfung der Lage ergibt, daß die Persönlichkeiten, die im Brennpunkt dieses Kampfes stehen, jeweils Exponenten einer ideologischen Grundrichtung sind. Die eine der beiden, die rechte Gruppe (Staatsrat *Schäffer*, Dr. *Hundhammer*), steht konsequent auf dem Boden der Überzeugung, daß allein im Rahmen der bürgerlich-demokratischen Wertordnung die Verwirklichung unseres christlichen Staatsdenkens möglich ist.
Die linke Gruppe versucht eine Synthese zwischen christlichem Gedankengut und kommunistischer Staatsauffassung.

(Zuruf: Unverschämter Verleumder!)

Eingehende Informationen weisen auf, daß über 60% aller maßgebenden Unterbau-Positionen, staatlich wie kommunal, sich in der Hand der KPD befinden.

(Zuruf: In München! - Widerspruch. - Zuruf: Stimmt auch!)

Diese Positionen wurden zu einem Zeitpunkt besetzt, als Aktionen sich bildender politischer Parteien noch streng verboten waren. Damit sicherte sich diese Partei den entscheidenden Einfluß auf die staatliche und kommunale Exekutive. Die Auswirkung ist bereits weitgehend bekannt.
Die KPD-Leute bezogen die offensichtlich nach durchdachter Planung verteilten Positionen als Parteilose. Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß gerade die jungen Kräfte der KPD sich bedingungslos den östlichen Anweisungen unterwerfen und ohne weiteres einer Sabotage jeden Aufbaues Widerstand leisten, wenn diese zu einem Zusammenbruch führt, der der östlichen Welt- und Wertordnung den Weg bereiten könnte.
Es erscheint nicht zweckmäßig, sich an dieser Stelle noch umfassender mit der bedeutenden Schlagkraft dieser Partei heute schon zu befassen.

Wir fragen uns, in welchem Verhältnis der Erfolg dieses Positionskampfes der KPD zu unserem demokratischen Prinzip steht.
Wir sind viel zu optimistisch, wenn wir glauben, daß dieser Gegner auch trotz des zu erwartenden überwältigenden Wahlsieges gegen ihn (einschließlich der bürgerlichen Richtung in der SPD) kampflos räumen wird.
Wenn wir nicht den gleichen kompromißlosen Kampf gegen diesen Gegner führen - wenigstens in den eigenen Reihen -, gelingt es ihm bei der Eigenart des Aufbaues seiner Parteiführung, sich trotzdem gegen eine erdrückende Mehrheit des bürgerlich-demokratischen Denkens durchzusetzen.
Denn eben diese Eigenart seines Parteiaufbaus setzt ihn gründlich in Vorteil gegenüber unseren bürgerlich-demokratischen Methoden. Dieser Gegner verfügt über eine gefährlich kluge taktische Konzeption. Er weiß, daß es ihm auf die Dauer schwer sein wird, seine starke Position bei dem Mißverhältnis seines Stimmproportionals zu behaupten. Denn sein grundsätzlicher Verstoß gegen die demokratische Spielregel wird sich keineswegs der Tolerierung unserer Besatzungsmacht als der Treuhänderin der Neuordnung unseres demokratischen Staatsaufbaues erfreuen.
Er versucht deshalb, andere Ansatzpunkte zu gewinnen. Der erste Versuch, die Führung der Arbeiterschaft an sich zu reißen, durch eine Vereinigung mit der SPD, scheiterte zunächst in diesem Raume an der demokratisch-reinen Haltung exponierter führender Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Partei.
Der zweite Versuch war der Einbruch der KPD in unsere Parteigruppe. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich der Exponent der linken Gruppe [*Josef Müller*] vor aller Öffentlichkeit auf seine besonders intimen persönlichen Beziehungen mit dem Neffen von *Molotow* beruft. Es ist bekannt, daß sich diese Persönlichkeit auf Capri mit diesem Neffen von *Molotow* zur eingehenden Erörterung traf.
In Regensburg erklärte jener Mann: man müsse die Reaktion bekämpfen und dem sozialistischen Gedanken der Zeit Rechnung tragen. Er habe sich im KZ eingehend mit dem Bolschewismus befaßt; namhafte Vertreter, mit denen er sich bei dieser Gelegenheit über das Wesen des Bolschewismus unterhielt, hätten ihm die Überzeugung vermittelt, daß ein deutscher Bolschewismus eine ganz andere Entfaltung - eine viel bürgerlichere - nehmen würde, wie der östliche Bolschewismus.
Keineswegs dürfe man an der Entwicklung der Zeit vorübergehen (mit bolschewistischem Einschlag), die Zeit der reaktionären Gedankengänge sei endgültig vorüber.
Anschließend griff er nicht die KPD an, mit deren ideologischen Wurzeln er sich soeben identisch erklärt hatte. Um so mehr proklamierte er den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Gerade die Sozialdemokratie hatte jedoch durch ihre Ablehnung einer Vereinigung mit dem Kommunismus bewiesen, daß sie auf dem Boden des bürgerlich-demokratischen Staatsdenkens steht.
Es hat fast den Anschein, als ob der Schwerpunkt dieses Versuches einer Synthese zwischen christlicher Weltanschauung und Bolschewismus in der Initiative des letzteren liege. Darauf weisen auch eindeutig die engen Beziehungen dieser Persönlichkeit zu hiesigen kommunistischen Kreisen hin, die ihn offen als ihren Vertrauensmann innerhalb der Christlich-Sozialen Union bezeichnen.

(Allgemeines Gelächter.)

Es sei hier mit besonderer Betonung auf die Anlage dieser Stellungnahme verwiesen, die die Intrige der Figuren dieses Mannes im Kampf um das Landwirtschafts-

ministerium zur Darstellung bringt. Gerade bei diesem Anlaß wandten sich die Kommunisten vertrauensvoll an diesen Mann, um seine Hilfe gegen jenen konsequenten und reinen Charakter Dr. *Hundhammer* zu erbitten; und sie bekamen diese Hilfe durch ihn in der Form einer Intrige, die alle Gesetze von Demokratie auf den Kopf stellte; denn Dr. *Hundhammer* war mit absoluter Mehrheit von der sich konstituierenden Christlich-Sozialen Union beauftragt und allein legitimiert, die Verhandlungen im Rahmen demokratischer Gepflogenheiten zu führen.
Hier wird vielleicht einmal ein Staatsgerichtshof entscheiden

(Heiterkeit.)

über das Maß der Verantwortung, die ein Mann dafür trägt, die Wiederherstellung der Ordnung im Ernährungssektor verhindert zu haben.
Jahrzehntelang war Bayern Überschußraum an landwirtschaftlichen Produkten. Erst heute, und dazu noch bei einer Verbrauchsdrosselung im Verhältnis von 1:4, ja 1:5, reicht die letztjährige gute Ernte nicht einmal mehr zur Befriedigung eines Ernährungs-Solls aus, das die Militärregierung nach eingehender Prüfung als unzureichend und gesundheitlich nicht vertretbar feststellte. Aber es kann hier gar nicht auf solche Einzelheiten eingegangen werden, denn ihre Vielzahl würde den Umfang dieser Klarstellung unhandlich erweitern.

(Zuruf: Das ist ja Irrsinn!)

Gerade jene Kreise, die aus metaphysischen Gründen ihr Leben im Kampf gegen den Nazismus einsetzten, vertreten heute die Überzeugung, daß allein aus unserem christlichen Ideengut eine Lösung all der Fragen möglich sei, die das Erbe des Chaos an uns stellen. Sie haben deshalb sich entschlossen, der jeweiligen Führung eine Garantieverpflichtung aufzuerlegen und nannten diese Partei "Christlich-Soziale Union".
Eine wertvolle Brücke schlug der gemeinsame Kampf für den in diesem Schilde für uns enthaltenen heiligen Namen, eine Brücke zwischen jenen beiden Konfessionen, die beide in jenem Namen den Schwerpunkt ihres Glaubens und Denkens und Kämpfens erkannten. Auch ist dieser Name ein Schlüssel zu jenem kosmopolitischen Denken, in das wir hineinzuwachsen haben, wenn wir den Nachweis unserer Reife erbringen wollen, uns in die Gesetze des Zusammenlebens der Völker wieder einzuleben.
Auch ist dieser Name Programm für die Sauberkeit des Charakters jener Männer, welchen wir mit unserer Stimme das Vertrauen aussprechen, Treuhänder unseres von diesem Namen getragenen Ideengutes zu sein.
Wir müssen aus der Abstraktion des Glaubens uns zurückfinden aus [sic!] einem lebens- und wirklichkeitsverbundenen Glauben. Ebenso müssen wir im Kampffeld um die Verwirklichung unseres Erkenntnisgutes im Staate zurückfinden, zunächst in unserem eigenen Lager, aus einer Politik der Taktik als Alleinzweck, des Kampfes um die Macht, aus einer Politik der Intrige zu einer Politik kameradschaftlicher Sauberkeit, der Linie und des Formats. Neben der Sauberkeit des Charakters - der Klarheit seiner Grundlegung in unserem Ideengute - entscheidet allein die Fähigkeit zur Leistung über die Würdigkeit für unser Vertrauen.
Zwei Persönlichkeiten unseres religiösen und soziologischen Weltgefüges weisen uns durch ihr entscheidendes Urteil die Wege für unsere Stellungnahme:
In seiner Neujahrsbotschaft hat Papst *Pius XII.* eindeutig erklärt, daß [es] nach gewissenhaftesten Untersuchungen keine Brücke gibt zwischen christlicher Weltauf-

fassung und Bolschewismus. Und es hat der Vertreter des westlichen demokratischen Denkens in Europa, Premierminister *Churchill*, in seiner letzten geschichtsentscheidenden Darlegung eine klare ideologische Kampfansage gegen den Bolschewismus entwickelt.
Wir haben uns in dieser unserer Stellungnahme anläßlich der Wahl des Repräsentanten der Christlich-Sozialen Union somit zu entscheiden, ob wir gewillt sind, die Konsequenz aus unserem Parteischild zu ziehen, ob wir gewillt sind, uns auf den Boden der westlichen Demokratien zu stellen, oder ob wir einer von dieser Richtung verurteilten Linie unsere Stimme geben und uns somit auch zugleich in offenen Gegensatz zu unserem Parteischild stellen wollen.
Somit stehen wohl nunmehr zwei Männer zur Entscheidung, die aufgrund ihrer metaphysisch verankerten ethischen Haltung den Führungsanspruch an die Christlich-Soziale Union rechtfertigen, das ist:
Ministerpräsident a.D. Staatsrat *Fritz Schäffer* sowie Dr. phil. und Dr. rer. pol. *Alois Hundhammer*,
der bereits im Alter von 30 Jahren seinerzeit in den Landtag berufen wurde und als aktivster Kämpfer gegen den Nazismus vor 1933 in allen Lagern bekannt war.
München, den 28. März 1946, Mr/Ke.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte davon abzusehen, daß ich jetzt auf diese Geschichte eingehe. Es interessiert mich nur das eine: Der gleiche Herr, der vorhin erklärt hat, daß er dieses Schriftstück verfaßt hat, saß gemeinsam mit Staatsrat *Schäffer* in Regensburg mir gegenüber. Er hat es nicht der Mühe wert gefunden, nach der Diskussion, auf die er hier Bezug nimmt, mir irgendein Wort zu sagen.

(Zuruf: Ich war Gast!)

Es ist Gemeinheit und Lüge, was in diesem Pamphlet steht.

(Zuruf: Wie heißt der Mann?)

Bitte, wie heißen Sie? Wollen Sie Ihren Namen sagen!

(Zuruf: Ja natürlich; *Messmer*.-
Zuruf: Der Name ist schon zuviel, hinaus mit dem Mann!)

Ich darf sachlich nur das eine erklären: Es ist wirklich eine Gemeinheit - das darf ich Ihnen ruhig sagen -, mir derartige Vorwürfe zu machen. Ich bin allerdings nach dem Schmutzkübel, der in den letzten Wochen konzentriert und bewußt über mich ausgegossen wurde, durch nichts mehr überrascht.

(Zurufe: Pfui Teufel!)

Hönekopp: Mit einem anonymen Schreiben ist es immer üblich gewesen, daß es ungelesen unter den Tisch fliegt. Wir lassen unseren Führer nicht in dieser Form angreifen.
Ich hoffe, daß die Vertreter von Oberbayern sich von dem Schreiben distanzieren, und schlage vor: Sie stellen hier allgemein die Vertrauensfrage, und dann muß ich feststellen, daß dieser Mann nicht mehr in die Partei hineingehört.

(Beifall!)

Dr. *Nerreter*: Meine lieben Parteifreunde! Ich sehe eine Gefahr heraufkommen. Wir haben uns jetzt hier in eineinhalb Tagen zusammengefunden, um bestimmte sachliche

Dinge zu erledigen. Wenn wir uns jetzt mit diesem Schreiben im einzelnen befassen, geht die Debatte auf dieses Gebiet hinüber. Mit dem Schreiben können wir uns aber nicht befassen, einmal deshalb, weil es in der Form unsachlich gehalten ist - ich will mich ganz dezent ausdrücken -, ferner, weil es überhaupt nicht in die Tagesordnung hineingehört. Mit dem Schreiben können wir uns erst befassen, wenn die formelle Seite klargestellt ist.
Ich stelle den Antrag, den Fall zur weiteren Behandlung dem Parteischiedsgericht zu überweisen, im übrigen mit der Tagesordnung fortzufahren.
Maier, Johann: Ich bin der Auffassung, daß der Mann uns nicht einmal zur Stellungnahme zwingen darf, und stelle den Gegenantrag: Wir zerreißen das Ding und geben es ihm in die Hand;

(Zuruf: Nicht zerreißen!)

in zwei Minuten soll er verschwunden sein. Jede Diskussion wäre zu schade. Es wäre zu schade, wenn uns solche Elemente hier überhaupt zu einer Stellungnahme zwingen.
Dr. *Arnold*: Meine Damen und Herren! Im Laufe des heutigen Tages haben wir schon mancherlei Unerfreuliches gehört. Was uns soeben geboten wurde, ist das größte Ausmaß an Unsauberkeit und Unwahrhaftigkeit, das man sich überhaupt denken kann.
Auf diese Angelegenheit gibt es für uns nur zwei Dinge:

1. Den Antrag durchzubringen, daß solche Persönlichkeiten von der Teilnahme an den weiteren Verhandlungen und von der Partei ausgeschlossen werden,
2. zu verlangen, daß in der CSU ein Schiedsgericht errichtet wird.

(Zurufe: Ist schon da! - Ist noch nicht da!)

Konrad: Meine verehrten Parteifreunde! Bei meiner langjährigen Mitarbeit im politischen Leben habe ich das, was uns heute geboten wurde, noch nicht erlebt. Ich muß nun dringend bitten, daß die Herren, die glauben, wir müßten jetzt in dem großen Gremium die Machtfrage durch breite Debatten austragen, sich einmal darüber klar werden, wie die Gesamtsituation für uns Delegierte und Parteifreunde steht. Ich habe das Gefühl, daß die Gesamtsituation verkannt wird. Vorläufig ist die Auseinandersetzung zwischen Ost und West in einem neuen Kriege anscheinend noch abgeblasen. Aber der Kleinkrieg hat längst begonnen.

(Sehr richtig!)

Im Herzen Europas wird um die Seelen der Menschen gerungen. Da haben wir in der Christlich-Sozialen Union eine gewaltig große Aufgabe, und da verstehen wir nicht, wie Sie heute in dieser Breite diese Führerfrage aufrollen können.

(Zurufe: Jawohl! Sehr richtig!)

Ich muß Ihnen sagen, mein lieber Parteifreund *Schäffer* und mein lieber Freund *Hundhammer*, wir waren zusammen und haben zusammen gekämpft. Ich verstehe nicht, daß wir jetzt in der Form das machen können. Es mag eine Zeit kommen, wo andere Auffassungen stärker in Erscheinung treten. Gut, dann möge man, ebenso wie auch der Kronprinz [*Rupprecht*] und andere Herren, die Zeit abwarten, wenn sie wirklich kommen sollte. Ich bin der Überzeugung: Wir haben die Aufgabe - Arbeiter, Bauern, Beamte, Mittelstand zusammen mit den verschiedenen Schichten unseres

Volkes - zusammenzustehen, um die abendländische Kultur im Herzen Europas zu retten.

(Sehr richtig!)

Auf diese großen Aufgaben müssen wir uns einstellen und alles andere zurückstellen. Ich bitte, nun einen Schlußstrich unter die Fragen zu ziehen, die uns auseinander führen. Sie können in einem kleinen Gremium erörtert werden, mag jeder Bezirksverband einen Delegierten dazu stellen, oder wie Sie das machen wollen. Ich würde beantragen, daß von jedem Bezirksverband ein Delegierter zusammen mit dem engeren Landesvorstand, der gewählt wird, diese Fragen behandelt, daß wir aber nicht in diesem großen Gremium unsere Zeit damit verbrauchen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir so zusammenarbeiten und die Fragen herausstellen, die wir draußen in der Propaganda brauchen, damit wir klar sehen, dann habe ich die Überzeugung, daß wir auch für unsere Christlich-Soziale Union arbeiten können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten, sich kurz zu fassen. Es liegen bereits wieder sechs Wortmeldungen vor.
Konrad: Ich bitte, die Debatte aufs kürzeste zu beschränken, dem Antrag von Regierungsrat *Arnold* Rechnung zu tragen und dann zur Tagesordnung überzugehen, gegebenenfalls die Abstimmung vorzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegt ein Antrag von Dr. *Arnold* vor, den Herrn *Messmer* aus der Partei auszuschließen.
Dr. *Kroll* (?): Wir können dem Herrn jetzt nahelegen, die Sitzung zu verlassen, ich spreche aber der Versammlung, wie sie hier ist, das Recht ab, über den Ausschluß aus der Partei zu befinden. Das setzt nach meinem Rechtsempfinden ein Gerichtsverfahren voraus, und für das Gerichtsverfahren ist nicht das große Gremium, sondern nur das Parteischiedsgericht zuständig. Daß der Herr im Augenblick nicht länger hier anwesend sein soll, entspricht wohl dem allgemeinen Empfinden. Ich glaube aber, daß wir einen formellen Beschluß in dieser Richtung nicht zu fassen brauchen. Ich nehme an, der betreffende Herr hat gemerkt, daß seine Anwesenheit im Augenblick untunlich ist, und wird sich wohl von sich aus entfernen.
Im übrigen bitte ich, die Frage, ob Ausschluß oder Nichtausschluß, dem Parteischiedsgericht zu übertragen und in eine sachliche Debatte über die Gesichtspunkte, die das Schreiben enthält, hier nicht einzutreten, einmal deshalb, weil eine Aussprache im Augenblick nicht vorgesehen ist, ferner weil es viel zu lange aufhält, weil wir produktive Arbeit zu leisten haben. Deswegen sind wir hierher gekommen.

(Zuruf: Weil wir uns nicht auf den Weg hinziehen lassen wollen,
auf den er uns hinziehen will!)

Strauß: Als Vertreter der Jugend und als Mann, der dreiviertel Jahre ein Landratsamt führt und einen Kreis mit über 3000 (?) Mitgliedern aufgebaut hat, stelle ich die Frage: Wo bleibt die Union? Wenn heute die Jugend hier wäre, glauben Sie nicht, daß die Jugend abgestoßen und angewidert wäre?

(Stürmische Zustimmung.)

Meine Herren! Worum wir heute bei den Versammlungen draußen kämpfen, ist das, daß wir als Aktivisten die Jugend hereinbekommen. Wenn ich den Leuten das sagen muß, was ich hier sehe, laufen sie mir alle ohne Ausnahme davon. Was haben wir bei

uns alles? Ergraute Leute! Die Jugend schaut, was los ist. Wenn sie sieht, wie es bei uns ist, läuft sie davon.
Ich protestiere gegen eine solche Geschäftsgebarung im allgemeinen, daß hier persönlicher Schmutz und Dreck ausgetragen wird. Wenn wir sechs Jahre draußen gestanden und gehofft haben, daß der Schwindel des Nazismus ein Ende nimmt, haben wir ein Recht, heute zu hoffen, nein zu fordern, daß eine Demokratie mit Disziplin aufgebaut wird.

(Zuruf: Und Sie, Herr Vorsitzender haben die Verantwortung dafür!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Wir haben vorhin gesagt, die Herren Gäste werden gebeten, sich zurückzuhalten. Sie tragen selbst mit dazu bei, daß das geschieht, was ich vermeiden möchte. Alle Herren haben die Verantwortung.
Strauß: Uns geht es heute darum, daß wir als letzte Rettungsmöglichkeit gegenüber dem sozialistisch-kommunistischen Block, der in der Bildung begriffen und in ständiger Progression ist, ebenfalls eine Bewegung aufbauen, die uns retten kann. Es geht nicht um die eine oder andere Persönlichkeit, es geht um die Frage: Christentum oder nicht mehr!

(Bravo!)

Wenn wir so weiterfahren - ich sehe es draußen in den Gemeinden, die wir haben, ich habe einen großen Prozentsatz an Bergarbeitern -, laufen uns die Leute davon. Ich vertrete durchaus ein dem sozialen Fortschritt der Zeit Rechnung tragendes Programm. Wir müssen uns auf die Taktik einstellen oder wir verfallen wieder in den alten Fehler reiner Bürgerlichkeit, die uns auf die Seite abschiebt. Sie dürfen die Taktik, die jetzt von der Seite mit vielen Mitteln getrieben wird, nicht mit Tendenz verwechseln. So etwas ist ein Denkfehler, noch mehr eine Charakterlosigkeit. Ich habe mit Erstaunen gehört - zu Ihrer Orientierung, ich bin nicht Parteigenosse -, daß ein Parteigenosse, der 1937 zur Partei gegangen ist und nach dem Gesetz der Militärregierung erstens wahlberechtigt und zweitens wählbar ist, der als Kriegskrüppel zu uns kommt und bereit ist mitzuarbeiten - er will keinen Posten -, persönlich angegriffen wird.

(Zuruf: Und beschimpft wird!)

Ich bin schärfster Verfechter der antinationalsozialistischen Richtung, auch als Kämpfer in der Freiheitsaktion Bayern gewesen. Ich habe mich persönlich in den Tagen des April vorigen Jahres den SS-Burschen entgegengestellt. Ich wehre mich dagegen, daß man heute diese Leute den Kommunisten in die Arme treibt, die heute erklären, sie öffnen ihr Tor den anständigen Nazis und Pgs.
Ich verbitte mir hier solche Zwischenrufe - mir kann keiner nazistisches Denken vorwerfen - und wehre mich dagegen, daß solche persönliche Angriffe gemacht werden: "Hier dürfen Parteigenossen reden, und wir dürfen nicht reden". Ich frage nicht, wer das gesagt hat. Entweder haben wir Einigkeit oder Zersplitterung. Haben wir ein Duell hier oder eine Union?
Ott: Ich komme als gewählter Vertreter der Jugend Schwabens. Ich habe geglaubt, daß ich der Jugend von dieser Tagung einen Eindruck und ein Bild vermitteln kann von dem, was die alte Generation uns vorzustellen hat. In diesem Pamphlet, in dieser Auseinandersetzung heute nachmittag habe ich den Eindruck bekommen, daß es nicht um eine saubere, christliche, soziale Gesinnung, sondern darum geht, den Be-

sitzstand des Bürgertums zu bewahren und jedem anderen Menschen ein Lebensrecht abzusprechen.

(Unruhe im Saal.)

Als Vertreter der Jugend frage ich diesen Herrn:

(Zuruf: Er ist immer noch da und noch nicht draußen!)

Ist dieses Pamphlet von Ihnen unterschrieben oder haben Sie erst Ihren Namen genannt, als Sie hier aufgefordert wurden?

(Zuruf *Messmer*: Es ist mein Zeichen darauf!)

Mein Herr, es genügt mir. Sie waren für mich zu feige, den ganzen Namen darunter zu setzen.

(Zuruf *Messmer*: Die Herren, die es bekamen, kennen mich!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich fragen: Ist das das Pamphlet, von dem mir gesagt wurde, daß es auf der Fahrt im Auto gelesen und verteilt wurde?
Krempl: (?) Ich muß sagen, daß ich es im Auto gelesen habe. Er hat gesagt, es sei von ihm verfaßt.
Ich möchte dazu erklären, daß ich es tief bedauere, daß der ganze heutige Abend so vergangen ist, daß ich am liebsten heimgehe. Ich ringe jetzt ungefähr ein halbes Jahr um die Gestaltung der Christlich-Sozialen Union in Schwandorf, im ganz gefährlichen Kessel. Ich kann Ihnen sagen: Ich möchte als alter Mann weinen. 35 Jahre habe ich früher für die christliche Richtung gekämpft. Ich will nur sagen, ich habe das gelesen, ich halte es nicht für anonym, weil er seinen Namen dafür hergegeben hat.

(Zurufe.)

Ott: Ich stelle fest, dieses Schriftstück ist von dem Herrn nicht mit seinem ganzen Namen gezeichnet. Ich protestiere im Namen der schwäbischen Jugend dagegen und spreche dem Herrn unsere tiefe Verachtung für dieses Gebaren aus. Wir hätten erwartet, daß das Alter uns ein Vorbild ist. Man hat oft im Leben gesagt, ihr Jungen usw., ihr seid das und das, aber ich muß sagen: So weit haben wir uns nicht herabgewürdigt.
Ich möchte bitten, wenn Bestrebungen da sind, die Führung in die Hand zu bekommen: Wir haben nicht Posten zu vergeben, wir wollen die Arbeit jener Männer sehen - und wenn das die Arbeit ist, dann Dankeschön.
Maier, Johann: Ich habe vorhin den Antrag gestellt, darüber abzustimmen, daß dieser Mann sofort den Saal zu verlassen hat, alles andere war außer der Sache. Ich bitte, über meinen Antrag abzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Maier*, ich habe erwartet, daß der Mann selbst geht und uns eine Abstimmung erübrigt.

(Zurufe: Raus!)

Herr *Messmer* gehen Sie jetzt? Oder gehen Sie nicht?

(Zuruf *Messmer*: Selbstverständlich, Sie sehen, daß ich gehe!)

Dr. Gerathewohl: Das, was wir vorhin von dem jungen Parteifreund hörten, der sich als Landrat vorstellte, unterschreibe ich voll und ganz. Ich unterschreibe auch voll und ganz das, was von dem Alter gesagt wurde. Ich meine, wir sollten heute abend nicht mit dem Gefühl, das zum Ausdruck gebracht wurde, auseinandergehen, daß es sich

hier um einen Reinigungsprozeß ideologischer Art handelt. Meines Erachtens kann diese Frage heute abend in der halben Stunde, die uns noch zur Verfügung steht, nicht in positivem Sinne gelöst werden.
Ich beantrage deshalb Vertagung der Aussprache zu den positiv und ideologisch wichtigen Grundfragen der Partei auf morgen vormittag. In dieser Erwartung, glaube ich, können wir heute alle in dem Bewußtsein gehen, auch wirklich etwas Positives mitzunehmen. Denn ohne das gehen wir morgen unter keinen Umständen heim. Ich beantrage, daß alle diese Dinge, die eben hier besprochen wurden, als endgültig erledigt angesehen werden, und daß wir morgen zur Tagesordnung übergehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf noch bekannt geben: Es ist noch ein Antrag von Oberfranken eingegangen, der wohl kein Antrag, sondern eine Anfrage ist. Sonst liegt ein Antrag auf Schluß der Debatte vor.
Ich gebe diese Anfrage, die als Antrag formuliert ist, bekannt:

> Haben Staatsrat *Schäffer* und Herr *Hundhammer* das Pamphlet gebilligt? Haben sie es gekannt? Sind Sie mit der Verbreitung einverstanden?

Ich möchte den beiden Herren Gelegenheit geben, eine Erklärung abzugeben, bevor ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimme. Ich bitte, sich kurz zu äußern, wir müssen Schluß machen.
Schäffer: Meine Herren, ich erkläre Ihnen folgendes: Der Herr Vorsitzende hat vorhin schon meinen Namen mit dem Schriftstück in Zusammenhang gebracht, weil ich bei der Bezirkstagung in Regensburg in dem gleichen Saale und an dem gleichen Tische mit dem Herrn gesessen sei. Ich verwahre mich gegen solche Unterstellungen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Staatsrat *Schäffer*, ich darf erwidern. Ich habe nicht Ihren Namen mit dem Schriftstück in Zusammenhang gebracht, sondern erwähnt, daß der Herr mit Ihnen gemeinsam in Regensburg zusammensaß und sich mit mir nachher darüber nicht unterhalten hat. Ich bitte, meine Worte nicht zu entstellen.
Schäffer: Meine Herren, was hat es denn anders für einen Sinn, als damit anzudeuten, daß der Mann, mit dem ich in der Oberpfalz zufällig beisammensaß, gewissermaßen mein Hilfswerkzeug ist?
Zur Sache! Ich habe dieses Schriftstück gesehen und ihn gebeten, es nicht zu verteilen. Das ist die Tatsache.
Nun darf ich noch etwas anderes sagen. Ich will eine Besprechung haben. Ich nehme den Vorschlag auf, der gemacht worden ist. Ich habe schon einmal aus wohlerwogenen Gründen gebeten, eine geschlossene Sitzung zu halten. Ich möchte auf den sachlichen Inhalt des Schriftstücks eingehen.

(Zuruf: Aha!)

Jawohl, weil mein Name damit in Zusammenhang gebracht wird, und ich kann erzählen!
Dr. *Hundhammer*: Meine Damen und Herren, ich erkläre zu der Sache - ich hatte mich schon zu Wort gemeldet, als die Diskussion darauf kam -, daß das Schriftstück ohne mein Wissen verfaßt und gegen meinen Willen verbreitet ist.
Den beiden Anträgen Dr. *Nerreter* und *Konrad* stimme ich zu. Die Sache soll so behandelt werden, wie es von den beiden Herren vorgeschlagen ist.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer enthält sich? - Wer ist dagegen?
Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen.
Dr. *Nerreter*: Mein Antrag auf Überweisung an das Schiedsgericht steht noch aus.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag auf Überweisung an das Schiedsgericht steht noch aus.
Ist eine Debatte darüber erwünscht?

(Zuruf: Nein!)

Dr. *Lacherbauer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß wir ein Schiedsgericht überhaupt noch nicht haben. Es wird also erforderlich, zuerst ein Schiedsgericht zu bilden. Weder in unseren Satzungen noch irgendwo ist das Schiedsgericht konstitutiv rechtlich begründet worden. Es liegt ein ähnlicher Antrag vor. Wir hatten in der letzten Landesvorstandssitzung darüber eingehend debattiert und festgestellt, daß ein Schiedsgericht nicht besteht. Wenn also Überweisung an ein Organ erfolgt, das nicht existiert, dann ist dieser Antrag gegenstandslos.
Schäffer: Zur Klarstellung! Ich habe im Namen des Bezirksverbandes München-Stadt beantragt, daß satzungsgemäß ein Ausschlußverfahren festgestellt wird. Ich bitte diesen Antrag, wenn es zur Abstimmung kommt, anzunehmen. Dann kann dieser Fall darunter gebracht werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu kommen wir morgen, es liegt so viel vor.
Dr. *Nerreter*: So ganz abwegig war mein Antrag doch nicht. Ich stützte mich bei der Annahme, daß ein Schiedsgericht besteht, auf eine Mitteilung des Landessekretariats vom 7. Januar 1946, wo unter der Ziffer 5 steht "Parteischiedsgericht: Vorsitzender Landgerichtspräsident Dr. *Ludwig Hagenauer*".
Ich bin natürlich in der Provinz und muß mich auf die schriftlichen Mitteilungen weitgehend verlassen. Wenn mir mitgeteilt wird, daß ein Parteischiedsgericht besteht, und wenn der Vorsitzende schon drin steht, nehme ich als biederer Provinzler an, daß dies stimmt, was aus München mitgeteilt wird.
Ich kann meinen Antrag zur Abkürzung dahin berichtigen: Überweisung "an ein zu bildendes Parteischiedsgericht".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Schiedsgericht ist gebildet worden wie die anderen Ausschüsse damals auch, das heißt, Dr. *Hagenauer* sollte das Schiedsgericht vorbereiten, die Statuten entwerfen usw.
Hönekopp: Es wurde beantragt, daß in dieses Schiedsgericht von jedem Bezirk ein Vertreter hinein müsse. Das sind Dinge, die uns alle interessieren, die wir uns mit den Leuten unterhalten. Es ist unbedingt nötig, daß dieses Schiedsgericht auf breite Basis gestellt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir brauchen heute keine weitere Debatte mehr über diese ganzen Fragen. Ich würde vorschlagen, daß wir so vorgehen:
Zu dem Antrag *Konrad* - es ist praktisch nicht möglich, so vorzugehen, wie es von *Konrad* vorgesehen wurde - schlage ich vor: Beschlußfähig ist das Gremium, das vorhin als beschlußfähig festgestellt wurde.
Über die anderen Sachen wurde vorhin schon debattiert.
Ich schlage vor, morgen um 9 Uhr die Tagung zu beginnen. Es treffen sich nur die Stimmberechtigten. Gäste und andere Personen werden erst ab 11 Uhr zugelassen.

(Lebhafter Widerspruch und Zuruf: Dann ist es schade, daß wir hergekommen sind!)

Es wird Einspruch erhoben. Ich will mir nicht den Vorwurf machen lassen, als ob die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde. Das gibt es nicht.

Dann schlage ich vor: Eine Stunde lang treffen sich die Abstimmungsberechtigten. Das ist nicht lange. Wir können uns dann über das Nötige klar werden. Ab 10 Uhr werden die Nichtabstimmungsberechtigten zugelassen.

[Unterbrechung der Sitzung: 30. März 1946, 20.30 Uhr.][7]
Fortsetzung der Tagung der Christlich-Sozialen Union in Bamberg [am] 31. März 1946, 9.15 Uhr

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich die heutige Sitzung eröffnen.
Ich halte es für zweckmäßig, Herrn *Schäffer* zuerst das Wort zu geben, nachdem von ihm die Anregung ausgegangen ist, daß diese Tagung um 9 Uhr unter Ausschluß der Öffentlichkeit - wenn ich mich so ausdrücken darf - stattfindet.
Schäffer: Ich bin mir zwar im Unklaren, welche Erklärung ich jetzt abgeben soll. Ich glaube, ich soll eine Erklärung abgeben, warum ich eine geschlossene Sitzung beantragt habe.
(Zustimmung des Vorsitzenden [*Josef Müller*].)
Ich habe gestern schon darüber gesprochen. Ich halte eine geschlossene Sitzung dann für notwendig, wenn - wie ich hoffe - in ruhiger und sachlicher Form Dinge besprochen werden, die nun einmal von vorneherein gewisse Gegensätze aufzeigen.
Unsere Tagesordnung war an sich so gegliedert, daß eine Reihe von Gegenständen der Tagesordnung für einen größeren Kreis bestimmt schienen, die drei Berichte 1., 2., 3. und der letzte Punkt "Politische Aussprache". Ich hatte gestern die Anregung gegeben, diese Punkte der Tagesordnung in Gegenwart des größeren Kreises und die anderen Punkte, die Gegensätze aufzeigen, in kleinerem Kreis zu besprechen.
Es wäre wünschenswert, um zu ruhiger, sachlicher Erörterung zu kommen, daß man sich über die Bedeutung der einzelnen Anträge klar wird. Ich spreche hier in aller Form einen besonderen Wunsch aus: Ich glaube, die Verhandlungen würden wesentlich friedlicher verlaufen und wir würden uns wesentlich besser verstehen und es würden manche Mißverständnisse, die ich zum Beispiel aus dem Artikel des Oberbayerischen Volksblatt[es] sehr deutlich heraussehe, sofort behoben werden können, wenn der Antrag München "Einberufung einer Landesversammlung" zuerst beraten würde. Dieser Antrag fällt auch deshalb aus dem Rahmen der übrigen Anträge heraus, weil nach unseren Satzungen darüber gar keine Abstimmung, sondern lediglich eine Erklärung der übrigen Bezirksverbände notwendig ist, wie sie sich zu dem Antrag stellen. Es wäre sehr gut, wenn wir über diesen Antrag zuerst sprechen könnten. Ich hätte dann Gelegenheit, auch Erklärungen abzugeben, von denen ich hoffe, daß sie die Situation wesentlich erleichtern würden. Ich würde die anderen Bezirksvorsitzenden bitten, dazu Stellung zu nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Herr *Falkner*.
Dr. *Falkner*: Wir sind alle der Meinung, daß bei der gestrigen Sitzung Herr *Goebbels* hätte teilnehmen können, er hätte helle Freude gehabt. Das wollen wir doch vermeiden.

[7] Im Wortprotokoll fehlt die Zeitangabe. Die Uhrzeit wurde übernommen aus einem vierzehnseitigen Kurzprotokoll der Sitzung: "Niederschrift über die Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946" im Privatbesitz Karl Köhler.

Mein Vorschlag wäre der: Wir wollen uns jetzt gegenseitig in dem kleineren Kreise zusichern, daß wir ruhig, vernünftig und sachlich miteinander reden.
Herr Dr. *Müller*, nehmen Sie mir es nicht übel, ich halte es nicht für richtig, bei Anwesenheit von etwa 100-150 Leuten und von Delegierten Beifall oder Mißfallen zu äußern. Die gestrige Verhandlung hat bewiesen, daß ruhiges, sachliches Verhandeln nicht möglich war. Wir alle haben den Wunsch, daß Einigkeit in der Union nicht nur zustande kommt, sondern herrscht und bleibt. Es muß ein ordnungsgemäß[8] gewählter Kopf an die Spitze der Union treten. Deshalb möchte ich bitten und vorschlagen, und für Niederbayern stimme ich dem Antrag von Staatsrat *Schäffer* zu: Berufen Sie eine Landesversammlung ein, in der durch die ordnungsgemäß gewählten Vertreter das ordnungsgemäß gewählte Haupt der Union gewählt werden kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf eines sagen: Es geht wie in allen Fällen, der die Verantwortung hat, wird von beiden Seiten angegriffen. Ich bin gestern abend schon darauf angesprochen worden, daß unter den Herren, die da waren, vor allem unter den Jungen, die Annahme bestehen könnte, daß wir hier irgendeinen Kuhhandel machen würden, wenn wir die Öffentlichkeit ausschließen würden. Es hat alles seinen Vor- und Nachteil. Wenn wir uns anständig und fair unterhalten - und das dürfte doch vorauszusetzen sein -, dann müßte man die Öffentlichkeit nicht ausschließen, denn die Öffentlichkeit wird ja durch unsere eigenen Parteifreunde und durch die Leute dargestellt, die in die Union hereinwachsen sollen. Es liegt ja an uns, wie geschmackvoll eventuelle Kämpfe, die es in allen Parteien gibt - wir haben sie heute, die anderen werden sie morgen haben -, ausgetragen werden. Es geht darum, daß den Leuten nicht der Geschmack verdorben wird.
Heubl: Ich stimme den Ausführungen von Dr. *Müller* zu. Wer kann Garantie übernehmen, daß gestern keine Angehörigen einer anderen Partei im Saale anwesend waren?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Eine Kontrolle war gestern dadurch erschwert, daß die Omnibusse aus München verspätet ankamen, Herr *Schmidt* daher nicht da war. Dieser hätte aber auch nicht alle gekannt. Wir stehen eben am Anfang einer neuen Partei, wo wir uns nicht alle kennen.
Heubl: Ich kenne drei Leute, die nicht Mitglied der Union sind und trotzdem anwesend waren. Das habe ich erst gestern abend erfahren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann muß ich bitten, mir zu sagen, der gehört nicht zu uns, aber ich kann nicht jeden hinausschmeißen, nur deshalb, weil er nicht stimmberechtigt ist. Es waren auch in München Leute da, die nicht stimmberechtigt waren.
Heubl: Ich möchte nur bitten, heute das genau zu prüfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kann heute geprüft werden, ob jemand hereinkommt, der nicht bekannt ist.
Dr. *Hundhammer*: Ich möchte vorschlagen, daß wir uns zunächst über den Antrag von Staatsrat *Schäffer* bezüglich Einberufung der Landesversammlung kurz schlüssig werden. Dann können wir hernach zu den anderen Fragen Stellung nehmen. Ich selbst unterstütze den Antrag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich bin überrascht, daß in dem jetzigen Gremium, das so bedeutsam einberufen wurde, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, ausgerechnet dieser Antrag kommt, der ruhig in der Öffent-

[8] In der Vorlage: "ordnungsgewählter".

lichkeit diskutiert werden kann. Wozu die Frage, ob und wann eine Landesversammlung einberufen werden soll, in dem geschlossenen Kreis diskutieren?
Ich darf einen Antrag auf Zulassung von Jugendvertretern verlesen, der von Herrn *Holzer* eingegangen ist:

Antrag auf Zulassung von Jugendvertretern:
Eine Reihe von Jugendvertretern hat sich an mich mit der Bitte gewandt, ihren Antrag auf Zulassung zur geschlossenen Sitzung zu vertreten.
Ich bitte, diesen Antrag begründen zu dürfen.

Ich bitte Herrn *Holzer*, den Antrag zu begründen.
Holzer: Gestern abend hat sich eine Anzahl von Jugendvertretern im Anschluß an die turbulente Sitzung mit der Bitte an mich gewandt, daß man wenigstens den gewählten Jugendvertreter aus jedem Bezirksverband zu dieser Sitzung zulassen soll. Die Jugendvertreter haben gehofft, daß sie aus dieser geschlossenen Sitzung einen viel besseren Eindruck an die Leute vermitteln können, die sie gewählt haben, als sie gestern bei öffentlicher Sitzung erhalten haben. Sie haben die Frage offengelassen, ob ihnen dabei das Stimmrecht gegeben werden soll oder nicht.
Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn sie Stimmrecht bekommen sollten, müßte das beantragt werden. Nach dem, was gestern über das Stimmrecht beschlossen wurde und was der Militärregierung vorgelegen hat, möchte ich aber eine Erweiterung des Stimmrechts nicht gerne vornehmen. Wenn kein formeller Antrag gestellt wird, möchte ich darüber weggehen.
Dagegen können wir darüber diskutieren, ob Vertreter der Jugend zugelassen werden sollen.
Dr. *Hundhammer*: Ich schlage vor, daß wir über diesen Antrag ganz kurz ohne Diskussion abstimmen, und zwar nicht durch Zettel, sondern durch Aufstehen oder Handaufheben. Wir kürzen dadurch das Verfahren ab.
Dr. *Horlacher*: Meine Herren, ich bin dagegen, daß dieser wichtige Punkt der Tagesordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wird. Ich sehe nicht ein, warum organisatorische Fragen der Union nicht im Beisein der Gäste behandelt werden sollen. Ich erinnere an ein früheres Parteigremium, dessen Namen ich hier nicht mehr nennen will, an dem ich auch - allerdings nicht in verantwortlicher Stelle, aber bei den Landesversammlungen - beteiligt war. Da sind nie die Gäste ausgeschlossen worden. Ich sehe diese Methode nicht ein. Ich würde bitten, daß solche Anträge in öffentlicher Sitzung behandelt werden. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum bei irgendeiner Gelegenheit die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll. Wer ist denn diese Öffentlichkeit? Das sind meistens abgestellte Vertreter von Bezirken, meistens Leute, die bestimmte Bevölkerungskreise vertreten. Ich sehe die große Gefahr darin: Wenn hier in einem Zirkel etwas verhandelt wird und gewisse Dinge nicht gleich hinausdringen, dann ist die Gerüchtemacherei viel schlimmer.

(Zurufe.)

- Ich bitte, mich ruhig reden zu lassen.
Herr Dr. *Falkner* hat hier erklärt, es muß ein ordnungsgemäß gewählter Kopf her. Das war der Sinn seiner Ausführungen. Gegen derartige Ausführungen wende ich mich mit aller Schärfe. Das sind Ausführungen, die nie die Mißstimmung in der Union zur Ruhe kommen lassen; das sind die Ausführungen die uns trennen; das sind die Aus-

führungen, die auf die inneren Differenzen der Union hinweisen. Ich habe gestern ausgeführt - und das kann niemand widerlegen: Die Union ist erst im Aufbau begriffen. Wer will das bestreiten? Die Union hat nicht die Wähler, die sie braucht, hat nicht die gewählten Mitglieder, die sie für ihren Aufbau der Partei braucht. Sie muß erst einen gewissen Mitgliederstamm bekommen, um den wir werben. Wenn der Mitgliederstamm in den Bezirken draußen da ist, wenn die Organisation einen bestimmten Aufbau hat, wenn die neuen Ideen der Organisation sich beim Volke durchgesetzt haben, wie wir es in unseren Versammlungen erleben, dann wollen wir die Entscheidung darüber herbeiführen in einer Landesversammlung, die dann auch verkehrstechnisch möglich ist. Heute ist das verkehrstechnisch gar nicht möglich. Ich bin selbst Leiter eines größeren Instituts und weiß, daß eine große Generalversammlung heute auf ungeheure Schwierigkeiten stößt. Deshalb ist die Militärregierung so klug gewesen, hier eine vorläufige Satzung zu geben, weil sie damit dem erst sich anbahnenden Aufbau der Partei und den vorhandenen Schwierigkeiten Rechnung trägt. Man braucht darüber gar nicht mehr zu reden.

Denken Sie auch an die praktischen Folgen! Warum soll durch solche Anträge immer der Eindruck einer Vertrauenserschütterung gegenüber unserem vorläufigen Landesvorsitzenden erweckt werden? Dagegen wende ich mich jetzt. Die Leute haben sich in ehrlicher Arbeit bemüht, den organisatorischen Aufbau der Partei durchzuführen und vorzubereiten, sie haben ein eigenes publizistisches Blatt geschaffen. Wir sind der Meinung, daß endlich damit Schluß sein muß. Wir sind der Meinung, daß Herr Dr. *Müller* unser Vertrauen genießt, die Verhältnisse zu ordnen, bis es soweit ist, daß die Union eine ordnungsgemäße Landesversammlung einberufen kann.

Dann ein anderer Gesichtspunkt! Sie berufen sich immer auf die Satzungen. Ich habe schon darauf hingewiesen: Noch nie sind hier Satzungen diskutiert oder beschlossen worden. Wir werden wieder eine Tagung dieses Gremiums abhalten müssen, wenn der Entwurf der Satzung vorgelegt wird. Wir werden dann Satzungen eingehend beraten. Sie müssen so gestaltet werden, daß in der Union niemals zufällige Gebilde eine Rolle spielen können, daß niemals zufällige Beeinflussungen gewisser Personenkreise eine Rolle spielen können. Sie müssen so gestaltet werden, daß die Bezirke in ihren Vertretungen zum Ausdruck kommen, aber auch die großen Berufsstände, Bauernstand, Arbeiterstand und gewerblicher Mittelstand ihre Berücksichtigung finden. Soweit sind wir noch lange nicht. Wir haben in einigen Bezirken Bayerns sehr gut gearbeitet. Unsere fränkischen Herren verdienen den Dank der Versammlung, sie haben ihre Delegierten ordnungsgemäß hierher bestellt. Ich bedaure, daß gerade Herr *Falkner* sich zum Wortführer der neuen Kopfgestaltung machte, während er seinen Kopf von Niederbayern selber ausgesucht hat und erst mit Genehmigung der Militärregierung über diesen faux pas hinweggehen muß. Ähnlich ist es in anderen Bezirken. Ich will die Dinge nicht verschärfen. Wir haben hier einen klaren Überblick und Einblick in die Verhältnisse gewonnen. Wir sind über die Dinge in der Union durchaus im klaren. Ich bitte die Diskussion nicht fortzusetzen, sondern den Antrag abzulehnen.

Wir werden dem Landesvorsitzenden nachher unser Vertrauen aussprechen. Er ist befugt, die Landesversammlung einzuberufen, wenn er es für zweckmäßig erachtet. So arbeitet man vertrauensvoll in einer Partei und nicht mit juristischen Klauseln, die Mißstimmung in die Reihen der Union hereintragen.

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf aufmerksam machen, wir haben 9.30 Uhr vorbei. Jetzt aber sehr sachlich und nüchtern gesprochen: Wenn Sie heute noch mit dem Autobus nach München zurückfahren wollen, müssen Sie mindestens um 15 Uhr wegfahren.
Vorher wollen Sie aber wahrscheinlich zu Mittag essen. Ich muß mir deshalb ausbitten, daß ich jetzt den Redner, gleichgültig wer es sei, einmal mahnen darf, sich kürzer zu fassen, ohne daß es übelgenommen wird. Es wird ja bald alles übelgenommen. Beim zweiten Mal kündige ich Wortentzug an, beim dritten Mal - entziehe ich das Wort.
Schäffer: Ich bitte um Festsetzung einer Redezeit von fünf Minuten, das andere erweckt den Eindruck der Willkür.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, Sie haben recht, aber auf der anderen Seite ist es so: Ich nehme Sie als Beispiel. Wenn Sie eine Erklärung abzugeben haben, möchte ich Sie nicht in der Zeit binden, weil es uns allen sehr darauf ankommt, daß wir uns heute aussprechen können.
Schäffer: Dann können Sie die Redezeit verlängern, aber sie soll grundsätzlich fünf Minuten sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich nehme alles an, was der Kürzung dient. Also wird der Vorschlag akzeptiert, daß die Redezeit grundsätzlich fünf Minuten ist, daß ich nach fünf Minuten unterbreche und nur dann nicht unterbreche, wenn wirklich absolut sachliche und zweckdienliche Ausführungen gemacht werden.

(Zurufe: Jawohl!)

Vorher muß ich aber noch zu der Frage Stellung nehmen lassen, ob die Jugendvertreter zugezogen werden sollen. Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, als hätten wir hier etwas Besonderes.
Sind die Herren einverstanden, daß die Jugend hereinkommt? - Gut, einverstanden. Dann dürfen die Vertreter der Jugend hereinkommen, ohne Stimmrecht.

(Zuruf: Aus jedem Bezirk zwei Vertreter!)

- Aus jedem Bezirk zwei Vertreter.
Schäffer: Ich habe bisher dazu gesprochen, daß ich bitte, meinen Antrag vorauszubehandeln. Ich möchte den Antrag gerne noch begründen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden uns noch darüber klar werden, wie wir die Sachen möglichst rasch behandeln.
(Die zugelassenen Jugendvertreter kommen in den Saal.)
Ich darf, während die Herrschaften hereingehen, einen Antrag verlesen, den Herr *Barth*, Oberfranken stellt:

> Oberfranken stellt den Antrag, die Wahl des Landesvorsitzenden sofort vorzunehmen.

Wir fahren weiter. Ich erteile das Wort Herrn Dr. *Kroll*.
Dr. *Kroll*: Zu dem Antrag *Hundhammer*! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Hinauszögerung der Wahl des Landesvorsitzenden unerträglich ist, weil sie zu dauernden Spannungen und inneren Kämpfen führt und die klare Linie verwischt. Auf der anderen Seite sind wir uns darüber klar, daß die Einberufung einer Landesversammlung nach München unter Teilnahme sämtlicher Landkreise bedeuten würde, daß gerade die fränkischen Landkreise nur dürftig vertreten sein könnten, weil es technisch unmöglich wäre, daß alle nach München Vertreter entsenden würden. Aus

diesem Grunde und weil wir der Meinung sind, daß die hier berufenen Delegierten durchaus als Vertreter ihrer Provinz anzusehen sind, können wir nicht einsehen, warum die Wahl des Landesvorsitzenden immer von Tagung zu Tagung hinausgeschoben werden soll. Wir brauchen endgültig Klarheit über die Linie der Union. Eine Landesversammlung könnte nicht vor Ende Mai, Anfang Juni stattfinden. Bis dahin sind wieder Wahlen. Es ist undenkbar, an sozialdemokratische Plätze hinauszutreten und Unklarheit über unsere ganze Linie zu lassen.

Oberfranken beantragt daher, den Antrag *Hundhammer* abzulehnen und die Wahl des Landesvorsitzenden heute in dieser Sitzung sofort vorzunehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf eine Erklärung verlesen, die von Niederbayern übergeben wurde:

Bei der Einladung zur Bamberger Tagung habe ich angenommen, daß die durch die Kreisvorstandschaften gewählte Bezirksvorstandschaft automatisch die stimmberechtigte Vertretung Niederbayerns sein würde. Demgemäß habe ich die Mitglieder der Bezirksvorstandschaft von der Tagung verständigt und zur Teilnahme aufgefordert. Es haben im letzten Augenblick zwei Mitglieder der Vorstandschaft abgesagt. Ich habe deshalb zwei Herren, die als Vertreter Niederbayerns in den Arbeitsausschüssen tätig sind, gebeten, als stimmberechtigte Vertreter Niederbayerns an der Tagung in Bamberg teilzunehmen.
Ich stelle erst jetzt fest, daß es die Meinung der vorläufigen Landesvorstandschaft gewesen wäre, die stimmberechtigten Vertreter in einer Tagung aller Kreisvorsitzenden feststellen zu lassen. In der Einladung zur Bamberger Tagung war dies nicht enthalten. Da ich mich nicht dem Vorwurf aussetzen kann, undemokratisch gehandelt zu haben, betrachten sich die in Bamberg anwesenden Vertreter Niederbayerns als nicht stimmberechtigt. Dr. *Falkner* -

Ich kann die Namen nicht recht lesen, es sind die Vertreter von Niederbayern.
Dazu möchte ich kurz erklären: Wir haben gestern festgestellt, daß alle stimmberechtigt sind, unter Vorbehalt der Genehmigung der Militärregierung, weil dort ausdrücklich gesagt wird "in demokratischer Weise gewählt". Wenn ein Kreis jetzt diese Haltung einnimmt, bekommen wir neue Schwierigkeiten. Ich möchte nicht, daß jetzt unnötigerweise Schwierigkeiten erhoben werden.
Dr. *Falkner*: Ich will keine Schwierigkeiten machen. Aber es ist gegen mich der Vorwurf erhoben worden, ich hätte diktatorischerweise Vertreter abgeordnet. Das kann ich nicht zulassen. Sie haben selbst gesagt, "vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Vorwurf war nicht persönlich gemeint, auch nicht der von Dr. *Horlacher*. Ich habe es nicht so aufgefaßt, sonst hätte ich den Vorwurf zurückgewiesen.
Dr. *Falkner*: Es ist eine sehr heikle Situation für mich, ungeheuer heikel, weil sich morgen die Militärregierung mit dem Fall beschäftigen kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind noch einige Kreise da, die ebenso verfahren haben. Ich nehme nicht an, daß daraus Konsequenzen entstehen, will aber ...
Schäffer: Ich muß dazu erklären: Wir haben die erste Einladung erhalten, nachdem unsere Wahlversammlung in München gewesen ist. Einen Tag darauf hat die neue, satzungsgemäß gewählte Kreisvorstandschaft - die nach der ganzen Übung und den bisherigen Satzungen, auch dem bereits ausgearbeiteten neuen Satzungsentwurf,

selbstverständlich zur Vertretung der Partei bei allen Geschäften mit der Landesparteileitung berechtigt ist - in ordentlicher Sitzung die Vertreter durch Wahl nominiert. Sie sind ja anwesend.
Nun höre ich mit Erstaunen, daß vielleicht - obwohl das in keiner Einladung und Satzung steht -, daß die Kreisvorsitzenden, also meine 50 Bezirksvorsitzenden hätten zusammentreten müssen, um aus diesem Kreise heraus die Vertreter zu wählen. Das ist mir neu. Aber wenn diese Meinung vertreten wird und vertreten wurde, muß München heute auch ausscheiden, weil sein Stimmrecht auch zweifelhaft ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schäffer*, nun werden dabei hier formale Schwierigkeiten gemacht, die wirklich nicht notwendig sind.
Dr. *Falkner*: Herr Dr. *Müller*, legen Sie es, bitte, nicht so aus, als ob ich hier Schwierigkeiten machen würde. Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, ich hätte diktatorisch gehandelt. Ich kann jetzt nicht heimfahren und morgen sitze ich im Kittchen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie sitzen damit noch lange nicht im Kittchen. Die Leute haben es furchtbar eilig mit dem Kittchen.
Es ist gestern abgestimmt worden. Wir können ohne weiteres mit dieser Methode fortfahren, die bisher eingehalten wurde. Wenn Sie formell einen Antrag stellen, lasse ich darüber abstimmen, aber ich bitte, jetzt darüber zur Tagesordnung übergehen zu dürfen, sonst kommen wir wegen dieser formellen Dinge wieder nicht weiter.
Dr. *Falkner*: Dann muß auch der Vorwurf von Herrn Dr. *Horlacher*, wenn er auch kein persönlicher Vorwurf ist, zurückgenommen werden.
Dr. *Horlacher*: Wenn ein Stenograph dagewesen wäre, hätte er festgehalten, was ich mit meinen Ausführungen wollte. Ich bitte, meine Ausführungen nicht aus dem Zusammenhang herauszureißen.
Ich habe gesagt, Herr *Falkner* hätte erklärt, es muß ein ordnungsgemäß gewählter Kopf her. Ich habe ausgeführt, Herr *Falkner* hätte das um so weniger tun sollen, als wir mit Genehmigung der Militärregierung über die Zusammensetzung seiner Vertretung hinweggehen.
Ich bitte, mich immer aus dem Spiel zu lassen, ich weiß, was ich will und was ich rede. Ich erkläre, daß mir jeder Vorwurf gegenüber Herrn *Falkner* ferngelegen ist. Es wurde gar kein Vorwurf erhoben. Die Dinge sind protokollarisch festgelegt. Es geht mich gar nichts an. Die Beschlüsse sind übrigens durch die Abstimmungen überholt, die gestern stattgefunden haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf nochmals auf folgendes hinweisen: Es ist bereits 9.45 Uhr. Um 10 Uhr müssen wir, wenn wir unser Versprechen halten wollen, die Öffentlichkeit wieder herstellen. Das Wichtigste ist jetzt, weil die Zuhörer noch nicht da sind, Dinge zu besprechen, die jetzt wirklich besprochen gehören.
Dr. *Lacherbauer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde mich über zwei Punkte äußern, nämlich über die Beteiligung der Gäste und über den Vorschlag wegen der Wahl eines neuen Vorsitzenden.
Was die Beteiligung der Gäste betrifft, will ich folgendes ausführen: Soviel ich unterrichtet bin, haben wir eine Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses einberufen. Ein solcher Ausschuß ist ein satzungsmäßiges Organ. Er kann beraten und beschließen, und zwar entweder in der Öffentlichkeit oder in geschlossener Sitzung. Meine Herren und meine Damen, Sie haben sich - wenigstens bisher - dafür entschieden, in öffentlicher Sitzung zu tagen. Ich habe gar nichts dagegen einzuwenden, aber etwas habe ich vorzutragen: Stimmberechtigt und sitzberechtigt in diesem Gremium sind nur die Herren, die jetzt hier anwesend sind. Wenn sich Gäste in unsere Beratun-

gen einmischen, verliert die Beratung und die Beschlußfassung an Klarheit. Ich möchte dafür plädieren, daß Gäste beteiligt sind, aber nur als Zuhörer. Es geht nicht an, daß sich Leute in unsere Beschlußfassung einmengen, die weder Sitz noch Stimme haben. Damit möchte ich nicht zum Ausdruck bringen, daß ich es den Leuten nicht gönnen würde. Aber wir sind keine Landesversammlung und keine Parteiversammlung, wir sind einfach und klar der vorläufige Landesausschuß, der sich mit Zustimmung der Militärregierung noch etwas erweitert hat. Wenn auf die Art und Weise, wie ich sie gestern beobachtet habe, Einfluß auf die Stimme genommen würde, dann habe ich Zweifel, ob die Beschlüsse, die hier gefaßt werden, rechtsgültig gefaßt sind. Ich bitte, diese Argumente zu erwägen. Ich weiß, daß von bestimmter Seite wieder von juristischen Zwirnsfäden gesprochen wird. Das gibt es nicht. Es muß Klarheit bestehen: Entweder beschließt ein Organ oder die Öffentlichkeit.
Zum zweiten Punkt: Der Antrag von Dr. *Kroll* und von anderer Seite auf Neuwahl eines Landesvorsitzenden kann hier überhaupt nicht diskutiert und beschlossen werden, weil wir keine Landesversammlung sind. Es kann erörtert werden, ob eine Landesversammlung einberufen werden soll, und das Organ, der vorläufige Landesausschuß, ist nach meiner Meinung nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ich persönlich plädiere sehr stark dafür, daß endlich die Leute, die dazu berufen sind - das sind die wahlberechtigten und stimmberechtigten Mitglieder -, die Entscheidung treffen, wer der Führer dieser Partei sein soll. Das darf nicht von oben her bestimmt werden, sondern es muß von unten her wachsen. Wir haben Bezirks- und Kreisvereine. Sie haben sich konstituiert. Es ist Zeit, daß sich auch der Landesverband konstituiert. Wir können darüber diskutieren, wann, müssen aber zu einem Ergebnis kommen. Es muß ein Beschluß in diesem Gremium gefaßt werden.

(Bravo!)

Dr. *Rindt*: Meine Herren, ich möchte nicht so sehr zu den Ausführungen von Herrn *Lacherbauer* Stellung nehmen, sondern ganz allgemein an Sie alle eine Bitte richten. Wir haben uns in diesem geschlossenen Gremium zusammengefunden, um zu einem Ziel zu kommen. Ganz ehrlich gesagt, der Eindruck von gestern nachmittag, den ich vorausahnte, war so, daß wir, wenn wir heute wieder so weitermachen, zu keinem Ergebnis kommen. Ich bitte jeden der Herren und jede der Damen, daß wir uns im Geiste der Liebe und des gegenseitigen Verstehenwollens zusammensetzen und daß wir nicht Worte, die in der Hitze des Gefechtes kommen, auf die Waagschale legen, wie es vielleicht zwischen feindlichen Brüdern der Fall ist. Es geht nicht an, daß sich heute irgendeine stärkere Gruppe vergewaltigt sieht und glaubt, einen eigenen Weg gehen zu müssen. Wir wollen doch auch im engsten Kreise unbedingt eine Union sein.

(Zuruf Dr. *Lacherbauer*: Heute geht es ja!)

- Sehr gut! Ich stimme Ihnen in diesem Punkte vollkommen zu.
Das Zweite: Ich habe gehört, in dem Umstand, daß Herr Dr. *Müller* eine geschlossene Versammlung einberufen hat, wird ein Entgegenkommen gegenüber der Gruppe des Herrn *Schäffer* erblickt. Ich habe den unmaßgeblichen Eindruck gehabt, als wären bestimmte Dinge vorgebracht worden, die der Klarheit bedürfen in einem Rahmen - wie das Herr *Lacherbauer* sehr richtig gesagt hat -, der nicht in der Form von Zurufen oder einer Stimmungsmache der nicht eigentlich legitimierten Vertreter der Union bestehen kann.
Ich bitte die Frage stellen zu dürfen: Vielleicht wäre es richtig, wenn wir uns jetzt mit den Punkten des gestern vorgelesenen Pamphlets ganz kurz und sachlich beschäftigen

würden. Wenn Sie anderer Meinung sind, ich bin mit Ihnen einverstanden. Ich möchte nicht, daß irgend jemand von dieser Tagung nach Hause geht und sich sagen muß, er ist unter den Tisch gebügelt worden. Wir stehen vor größten Entscheidungen in politischer und parteipolitischer Hinsicht. Wenn jetzt nicht gesprochen wird, eines Tages wird gesprochen werden. Ich glaube, die Mentalität der verschiedenen Herren zu kennen. Es möchte klug sein, vorwegzunehmen, was noch irgendwie in Verständnis und Liebe bereinigt werden kann, bevor es in etwa zu spät ist.
Haußleiter: Meine Herren, ich möchte folgendes sagen: Wir kämpfen in Oberfranken einen erbitterten und tödlichen Kampf gegen die Mächte der Diktatur, die unterirdisch schon wieder am Werke sind. Uns wird der Boden entzogen.

(Hört, hört!)

Nun erleben wir folgendes: Während wir hier an der Front stehen - ich darf das militaristische Bild gebrauchen -, haben wir im Hintergrund den Münchner Parteistunk, der uns jede Arbeit erschwert und unmöglich macht. Hier gibt es nur eines, meine Herren: Sie schaffen uns die Arbeitsbasis für einen Kampf, den wir ernstlich führen müssen gegen die Mächte des Atheismus, des Materialismus und der Diktatur. Wir Oberfranken beschwören Sie: Klammern Sie sich nicht an Äußerlichkeiten!
Zur Frage der Union möchte ich ganz klar sagen: In Nordbayern beginnt der Konfessionskampf. Jeder augenblickliche Wechsel bis Juni bedeutet den Konfessionskampf in Nordbayern mit aller Schärfe. Die Freude daran haben die Kommunisten, die Sozialisten, die Gegner des christlichen Gedankengutes. Deshalb beschwöre ich Sie: Helfen Sie uns, den wirklichen Krieg zu führen, indem Sie den Münchner Stunk begraben und uns eine Basis geben für die Arbeit draußen! Dr. *Müller* ist der Mann der Zusammenarbeit in Nordbayern. Die sachlichen Punkte, die eingewendet werden, hie Sozialismus, hie bürgerliche Haltung, wollen wir klären. Wir haben auch manches gegenüber Herrn Dr. *Müller* vorzubringen und wollen dies ehrlich vorbringen, das ist die Schaffung des sachlichen Programms. Erst weg mit dem persönlichen Stunk, dann Schaffung des sachlichen Programms! Anders können wir nicht arbeiten. Darum bitte ich Sie alle. Sonst geht Nordbayern flöten für die Union, darauf mache ich Sie alle aufmerksam.

(Zustimmung.)

Krempl: Meine Herren, kämpfen wir um Ideen oder um Persönlichkeiten?

(Sehr gut!)

Kämpfen wir um die Ernte des Ehrgeizes für einzelne Menschen oder um das, was uns allen zugrunde liegt, die christliche Idee? Es gibt gar keinen Zweifel darüber, daß beispielsweise im Jahre 1918 die breite Masse des Volkes nach Männern gesucht hat. Damals waren es Herr *Held* und der Prälat *Leicht*, die sich zusammengefunden und in einer Weise abgestritten haben, aber wir haben eine Freude an ihrer Diskussion gehabt. Heute haben wir auch nach Männern ausgeschaut. Als der Name *Schäffer* zum erstenmal genannt wurde - sagen wir es offen -, hat in ganz Bayern die Tiefe des christlichen Volkes aufgeatmet, daß ein Mann dastand wie *Schäffer*.
Als die Christlich-Soziale Union aufgemacht wurde und die Ideen der Christlich-Sozialen Union ins Volk drangen und *Müller* der Ideenträger dieser christlichen Idee wurde, hat man sich im ganzen Volke darüber gefreut.
Schäffer ist nach meinem Erachten mehr der Träger einer christlich-konservativen Idee - ich sage nur, nach meinem Ermessen -, *Müller* ist mehr der Träger einer christ-

lich-sozialen Idee, mehr nach links. Sollen denn diese beiden Ideen des christlichen Gedankengutes, das bestimmt das einzige ist, was ein Volk zusammenhält, der christlich-konservative Gedanke und die christlich-soziale Idee, nicht zusammen verankert sein können in der Christlich-Sozialen Union, weil wir Christen sind? Wir müssen uns schämen, daß es nicht so ist. Meine Herren, ich liebe den Herrn Dr. *Müller*, ich verehre den Herrn *Schäffer*, ich stehe zu keinem freund und zu keinem feind, aber eines müssen wir fertigbringen, zu überbrücken.
Zum Schluß möchte ich Herrn Dr. *Müller* noch bitten, die Erklärung zurückzunehmen, daß die einzelnen Delegierten eventuell illegal bestellt sind. Es ist für uns wesentlich, daß wir nicht illegal da sind. Ich bin der einstimmig gewählte Bezirksvorsitzende in Schwandorf-Land und bin sicher nicht illegal da, denn wir haben noch keine richtige Organisation. Aber die Träger sind die, die die Partei gemacht und die den Mut haben, hinauszugehen. Ich würde Sie bitten, Herr Dr. *Müller*, diese Erklärung im Interesse des Friedens und der Zusammenarbeit zu geben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu gleich Stellung nehmen. Ich habe keinen Vorwurf der Illegalität erhoben. Ich habe nur erklärt: Es ist ausdrücklich in der Bestätigung der Militärregierung darauf hingewiesen, daß die Delegierten ordnungsgemäß gewählt sein müssen. Daher habe ich rein sachlich festgestellt, wie die einzelnen Delegierten bestellt worden sind. Es ist Sache der Militärregierung, das zu bestätigen. Ich werde sogar dafür eintreten, daß es bestätigt wird, denn wir wollen keine sinnlose Tagung gehabt haben. Mir kam es nur darauf an: Wie sind die Einzelnen bestellt worden, gewählt oder nicht gewählt, das andere ist mir zunächst persönlich gleichgültig. Wir müssen uns dann darüber unterhalten, ob die Beschlüsse anerkannt werden oder nicht. Ein Vorwurf der Illegalität wird von mir nicht erhoben und ist nicht erhoben worden. Ich will aber eine Rechtsgrundlage haben.
Gestern noch habe ich mir eine Rechtsgrundlage dadurch geschaffen, daß ich mir vorgestern eine Bestätigung der Militärregierung erbeten habe.
Darf ich noch bemerken: Ich hätte es für zweckmäßiger gehalten - wenn wir schon unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen -, daß wir rein persönlich einmal den Standpunkt festgelegt hätten, Herr *Schäffer*. Es entsteht wieder ein Bild, hie konservativ -

(Zuruf *Schäffer*: Hätten Sie mich reden lassen, dann wäre es schon längst ...)

Das hat keinen Zweck, zu sagen, hätten Sie mich reden lassen. Ich habe Ihnen vorhin als erstem das Wort gegeben. Infolgedessen können Sie mir keinen Vorwurf machen. Ich habe Ihnen das Wort gegeben, ohne daß Sie darum gebeten hatten. Ich habe Ihnen gestern hier entwickelt - das war mein Vorteil, weil ich den Vorsitz führe -, wie mein Denken ist. Mein Denken ist mehr dynamisch, während ich davon ausgehe, daß Sie mehr das statische Denken haben. Ich wollte den Vorteil dadurch wettmachen, daß ich Ihnen als erstem ungebeten das Wort gegeben habe in der Annahme, Sie würden in diesem Kreis sagen: Das sind meine Auffassungen, da bin ich konträr, in dem Punkt greife ich Dr. *Müller* an.
Ich habe nichts zu verbergen, ich werde die Erklärungen in öffentlicher Sitzung geben. Wenn es nicht zu lächerlich wäre, hätte ich auf das Pamphlet eingehen müssen. Wenn aber wirklich Angriffe vorgetragen werden, sollen sie offen vorgetragen werden, dann nehme ich dazu Stellung und gebe Ihnen jede Erklärung, die Sie wünschen. Aber nützen Sie jetzt die Gelegenheit, sagen Sie, in dem und dem Punkt werfe ich Dir das vor! Dann können wir uns hier unterhalten und zu einer Entscheidung kommen.

Sind die Herren damit einverstanden, daß ich außerhalb der Wortmeldungen Herrn *Schäffer* das Wort gebe? - Einverstanden!
Schäffer: Meine Damen und Herren, das dauert dann länger als fünf Minuten, das kann ich nicht verhindern.
Zunächst einmal beginne ich mit dem, was ich sagen wollte: Ich habe im Rahmen des Kreisverbands München den Antrag gestellt, die Landesversammlung auf den 5. Mai 1946 nach München einzuberufen. Ich habe dazu folgende Gründe:
I. Es kann durchgeführt werden. Nachdem die Kreistagswahlen in allen Landkreisen durchgeführt sind, müssen in allen Landkreisen die Organisationen stehen. Wer bis zu dem Tage keine Organisation hat, wird nie eine bekommen, weil sie Kandidaten dann gar nicht aufstellen kann. Also das Land ist durchorganisiert. Weiter ist es, wie die Dinge hier beweisen, technisch möglich, an einem Ort zusammenzukommen. Die anderen Parteien kommen auch alle zusammen, die anderen Parteien haben ihre konstituierenden Sitzungen schon gehabt oder sie haben sie jetzt, wie die Sozialisten am 13. und 14. April. Wir können unmöglich in dieser politischen Aktionsunfähigkeit bleiben. Wir können es machen, müssen es machen. Ich garantiere Ihnen, die Herren finden in München für ein oder zwei Nächte Quartier.
II. Wir gehen in eine Zeit hinein, in der das Recht - nicht im Sinne der Formaljuristerei, sondern das reine Recht - die Grundlage auch der Demokratie sein muß. Wenn wir uns ein Recht gegeben haben, müssen wir dieses Recht halten, wir müssen es halten unseren Wählern und Mitgliedern gegenüber. Wir haben nach einem alten Grundsatz nun einmal den Satz aufgestellt - das hat Dr. *Lacherbauer* schon betont: Die Landesversammlung wählt den Vorstand und den Landesausschuß. Wir haben gleichzeitig die Bestimmungen festgelegt, wie es gemacht werden muß. Wenn wir eine andere Wahl durchführen, kann sie von jemand, der die Wahl und unser Tun im demokratischen Sinne nachprüft, nicht genehmigt werden.
Ich mache weiter darauf aufmerksam: Es gibt selbstverständlich in jeder Organisation einen sogenannten Minderheitenschutz, damit nicht der Gedanke und das Gefühl der Vergewaltigung und Diktatur entsteht. Wir haben in diesem Falle in unserer Satzung auch einen Minderheitenschutz in der Bestimmung, daß auf Aufforderung von zwei Kreisverbänden eine Landesversammlung stattfinden muß. Die drei Kreisverbände München, Oberbayern, Niederbayern haben heute vormittag schon erklärt, daß sie diesen Antrag auf Einberufung der Landesversammlung unterstützen. Ich mache darauf aufmerksam: Wenn die Landesversammlung nicht einberufen wird, dann würde alles Tun nach dem 5. Mai, wenn die Landesversammlung nicht zusammentritt, im Widerspruch mit unseren Satzungen stehen und könnte beanstandet werden.
Ich habe den Antrag gestellt, weil ich es - ferne von aller Person - für notwendig erachte, endlich zum Aufbau unserer Partei zu kommen. Ich habe den Termin vorgeschlagen, weil wir jetzt in den Kreistagswahlen sind, die Kreistagswahlen durchführen können. Wir können acht Tage nach den Kreistagswahlen zusammenkommen. Es sind bei den nächsten Wahlen nur die Großstädte beteiligt, so daß es also geht. Am 30. Juni haben wir schon wieder Wahlen, und wir können unmöglich bis nach dem 30. Juni warten. Das ist auch politisch ganz unmöglich. Wir müssen endlich, genau wie die anderen Parteien, mit einer satzungsmäßig von unten herauf gewählten Vorstandschaft hervortreten können, und dazu ist nach den eigenen Satzungen eine Landesversammlung notwendig. Das ist die Begründung für meinen Antrag.
Nun bitte ich aber folgendes zu bedenken: Es sind dabei - Sie müssen die Anträge im Zusammenhang betrachten, die ineinander greifen - auch andere Anträge gestellt

worden. Zum Beispiel ist der Antrag gestellt worden, bis zur nächsten Landesversammlung einen neuen vorläufigen Arbeitsausschuß aus den Vorsitzenden der zehn Bezirksverbände zusammenzusetzen, die dann unter sich aufgrund ihrer Geschäftsordnung die Dinge sofort regeln und die neue Landesversammlung gemeinsam vorbereiten können.
Nun zu den öffentlichen Angriffen, die gegen mich erhoben werden. Ich habe das Fränkische Tageblatt, ein sehr liebes Blatt, zum morgendlichen Aufguß auf das Gestrige noch nachlesen können. Ich bitte die Damen und Herren, es zu studieren, Sie wissen, was ich meine. Wenn in dem Blatt, das uns zur Begrüßung vorgelegt wird, von den Persönlichkeiten die Rede ist, "die sich heute wieder um die Führung im christlichen Raum bemühen, wohl unter Berufung auf einstige Verdienste und unter Außerachtlassung begangener Fehler im Dienste alter Parteien", so ist - wir wollen nicht darüber streiten, Herr Dr. *Kroll* - anzunehmen, daß meine Person gemeint ist, was auch mit dem allgemeinen Führungsanspruch zusammenhängt.
Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen einmal folgendes: Vielleicht wäre ich heute nicht Kreisvorsitzender von München, wenn ich nicht durch diese öffentlichen Angriffe in eine Zwangslage gekommen wäre. Andere Parteien haben unserer Union geschrieben, den oder jenen dürft Ihr nicht nehmen. Sie haben es dabei - ich bitte, es mir zu glauben - der Wahrheit zuwider damit begründet, daß ich ein besonderer Nazifreund gewesen wäre. Die Leute, die mein Leben in München kennen, wissen, was von dem Vorwurf zu halten ist. Ich bin aber bereit, ausführlich darauf einzugehen. Es ist aber nicht notwendig. Ich habe den Bezirksverbänden als solchen den Abdruck einer Rede zugesandt. Wenn Sie sich dafür interessieren, können Sie es jetzt lesen.
Ich sage nun: Man stelle sich die politische Situation vor. In dieser politischen Situation gibt es nur eines - das bitte ich die Herren zu bedenken -, in dieser Situation erhalte ich entweder einen Vertrauensbeweis oder der Name *Fritz Schäffer* verschwindet endgültig aus dem öffentlichen Leben und aus der Christlich-Sozialen Union. So sind die Dinge gelagert gewesen. Also, es geht nicht um den Führungsanspruch, meine Damen und Herren. Bei den Wahlen in München ging es wesentlich darum: Soll mein Name in der Christlich-Sozialen Union überhaupt bleiben oder soll er grundsätzlich ausscheiden? Nun sage ich Ihnen ehrlich: Ich bin eitel genug anzunehmen, daß weite Bevölkerungskreise in Bayern mich schätzen,

(Bravo!)

infolgedessen anzunehmen, daß, wenn *Fritz Schäffer* aus der Union ausscheidet, es für die Union ein Schlag sein wird. Aber, meine Damen und Herren, ich hätte gar nicht anders gekonnt, als Mensch nicht - der spielt hier keine Rolle -, aber als Politiker auch nicht. Wenn von fremder Seite her mit solchen Angriffen der Union gesagt wird, den könnt Ihr nicht nehmen, und die Union lehnt ihn dann ab, dann ist er von seinen Freunden abgelehnt, er wird seiner Gesinnung treu bleiben und der Union für sich keine Schwierigkeiten machen, aber aufdrängen kann er sich selbstverständlich nicht. Das ist die Situation, das haben die Münchner verstanden, und so ist die Sache in München nun einmal gekommen.
Nun darf ich Ihnen aber etwas anderes sagen. Jetzt bitte ich, mich reden zu lassen, Herr Dr. *Müller*.
Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet, ich bin hier veranlaßt worden, eine Erklärung abzugeben. Ich bitte, sie abgeben zu dürfen.
Diese Situation ist veranlaßt worden, lieber Herr Dr. *Müller*, durch Sie, selbstver-

ständlich auch durch andere. Aber das geistige Haupt eines Kampfes, der seit 1. Oktober in vollkommenem Mißverständnis der Situation geführt worden ist, Herr Dr. *Müller*, das sind Sie. Ich kann Ihnen nicht helfen, ich muß es hier öffentlich sagen.

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*]: Ich bitte ja darum!)

Ich bitte, eine politische Bemerkung vorausschicken zu können. Ich habe seinerzeit, als ich noch im Amt als Ministerpräsident war, von der damaligen Militärregierung den Wunsch ausgedrückt erhalten, ich möchte mich am parteipolitischen Leben aktiv solange nicht beteiligen, bis genaue Instruktionen der Militärregierung ergangen seien. Infolgedessen konnte ich in den ersten Zeiten, als die Bildung der Partei begonnen hat, bei den ganzen Ausschußbildungen etc. nicht dabei sein. Sie haben sich chaotisch gebildet, und ich muß ehrlich gestehen, es waren manchmal Persönlichkeiten vertreten, die wir heute schon alle nicht mehr sehen, und die vielleicht damals einen Einfluß gehabt haben, der nicht gut gewesen ist. Nun, die ersten Ausschüsse sind jedenfalls so entstanden. Nun darf ich auch offen sagen: In der Zeit, als ich Ministerpräsident war, gab es ja auch schon eine Reibung. Ich bitte, ganz offen reden zu dürfen. Die amerikanische Presse heißt mich ja heute manchmal noch - ich will einmal sagen - den Freund eines bekannten amerikanischen Generals [*George S. Patton*]. Ich will das ganz dahingestellt sein lassen, aber die Dinge sind wirklich so. Ich hatte persönlich das Vertrauen der Verbindungsoffiziere, mit denen ich arbeitete. Es gab aber Kreise, deutsche Kreise, die die Stellung - will ich einmal sagen - der damaligen Landesregierung in gar keiner Weise unterstützt, sondern bewußt untergraben haben. Das sind Kreise, die in erster Linie daran dachten, es würde der berühmte Linksrutsch in Europa eintreten, eine Meinung, die ich nicht vertreten habe. Und die Entwicklung hat mir ja auch recht gegeben. Selbst wenn ich aber an einen Linksrutsch geglaubt hätte, meine Damen und Herren, ich habe auch einmal hoffnungslos gegen die Nazis gekämpft, innerlich hoffnungslos, weil ich wußte, daß die Entscheidung schon gefallen ist, aber ich habe den Kampf noch gekämpft, als er aussichtslos war, weil ich der Überzeugung war, ich wollte nie eine Verantwortung für etwas übernehmen, was ich für den Untergang meines Volkes halte.

Wir sind heute ganz genau in derselben Situation. Ich wäre ein Tor, wenn ich einen politischen Ehrgeiz hätte. Ich habe die feste Überzeugung, meine Damen und Herren, es vergehen keine vier Monate, und alle politischen Mandate und aller politische Ehrgeiz erscheint uns als Irrsinn und als Wahnsinn. Das ist meine Überzeugung. Deswegen möchte ich Ihnen als Mensch sagen: Wenn ich diese Überzeugung habe, dann kämpfe ich gegen eine neu aufziehende Gefahr, die genauso groß ist wie der alte Faschismus, aus meiner Überzeugung heraus, solange ich kann. Selbst wenn ich gewußt hätte, daß der Linksrutsch unvermeidlich sei, ich hätte mich dagegen gestemmt.

Zu einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten war ich immer bereit und habe das vom ersten Tage an meiner Amtstätigkeit getan. Ich habe, als ich Ministerpräsident war, sechs Leute ernannt, davon waren zwei Sozialisten. Das waren 33%, mehr vielleicht, als sie bei der nächsten Wahl erhalten werden. Aber ich würde mich immer weigern, von mir aus - und jetzt reden wir ganz deutsch - mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Dabei sage ich ganz ehrlich, es wäre vollkommen gleichgültig, ob in einer Körperschaft, der ich angehöre, *ein* Kommunist sitzt oder zehn. Es kommt nicht auf den zahlenmäßigen Vergleich an. Der eine Kommunist ist genauso das Ohr einer fremden Macht wie zehn.

(Sehr richtig!)

Der springende Punkt ist: Ich muß eine Trennungslinie finden. Die größte innenpolitische Gefahr, die wir haben, ist die Vereinigung der Sozialisten und der Kommunisten. Wenn die Vereinigung der Sozialisten und der Kommunisten kommt, dann ist der Geist, der in Asiens Steppen heranwächst und der ganz Europa versengen wird, aus der russischen Besatzungszone im Vordringen in die drei anderen Zonen.

(Zuruf: Ganz richtig!)

Deshalb ist meine Auffassung die: Wenn ich heute eine bewußte Politik treibe, muß ich es den Sozialdemokraten, soweit ich kann, fast zur Zwangslage gestalten, daß sie von sich aus möglichst die Trennungslinie zwischen KPD und SPD ziehen. Ich stelle mich auf den Standpunkt: Ich wollte parteipolitisch ein großes Gruppensystem, und weil ich dieses Gruppensystem will, will ich in dieses Gruppensystem die Gruppe der Sozialdemokratie miteingeschlossen haben. Ob das in Form der Koalition oder in Form des "Seiner Majestät getreuen Opposition" geschieht, das sind politische Tagesfragen. Der ist ein Tor, der sich heute schon anderen an den Hals wirft. Das ist meine innere Überzeugung. Ich bin in der Notzeit dafür, daß man eine solche Koalition macht, wenn ich das nach den Umständen machen kann und wenn die Ansprüche des anderen nicht zu groß sind. Aber ich würde immer betonen: Nur mit der Sozialdemokratie und nie mit der KPD! Sozialdemokratie, Du hast Dich zu entscheiden zwischen uns und zwischen der KPD! Diese Stellungnahme muß ich einnehmen auch in meiner geistigen Einstellung, auch in der Agitation. Das ist das Entscheidende. Das war auch der Gedankengang, von dem, wenn ich die letzten politischen Folgerungen ziehe, meine ganze Agitation immer eingestellt war.
Nun zurück! Als ich damals aus dem Amt schied - ich bin formell und habe die Urkunden zurückgegeben; mein erstes Rücktrittsgesuch war anfangs September, dann gingen voran Verhandlungen, die Verbindungsoffiziere in München wollten es nicht wahr haben, und dann kam die Entscheidung in Frankfurt - als ich zurücktrat, war ein wesentlicher Gesichtspunkt der: Wie ist das Verhältnis zur KPD? Und da, mein lieber *Müller*, sind wir sehr stark auseinander gegangen. Mein lieber Freund *Müller* hat damals mit den Kommunisten verhandelt, hat damals mit ihnen ein Regierungsprogramm aufgestellt und hat ihnen damals bestimmte Posten angeboten. Er hat es getan, ohne mit uns, mit der Regierung, seinen Parteifreunden über die Dinge überhaupt zu reden.

(Hört, hört!)

Er hat es getan, ohne - was auch nahegelegen hätte, wenigstens hat mir das, ich rede hier vertraulich, Ministerpräsident Dr. *Hoegner* persönlich bestätigt - mit der Sozialdemokratie auch über diese Punkte Fühlung zu nehmen. Als das neue Kabinett gebildet wurde, hat Ministerpräsident Dr. *Hoegner* - das läßt sich protokollarisch feststellen - mir die Erklärung abgegeben, daß er mit Herrn Dr. *Müller* nicht verhandeln wolle gerade aus dem Grunde, weil Dr. *Müller* hinter dem Rücken der Sozialdemokratie mit den Kommunisten verhandelt und ihnen auch bestimmte Posten, darunter den besonders begehrten Staatssekretär in der Staatskanzlei angeboten habe. Ich habe das damals dem Ausschuß mitgeteilt. Das kam ins Protokoll des Ausschusses hinein. Damals war *Semler* als Ihr Vertreter im Ausschuß, Herr Dr. *Müller*. Wir kamen dann am nächsten Tage wieder zusammen. Am nächsten Tage war Dr. *Müller* selbst anwesend und hat erklärt, daß er in der Nacht noch den Herrn Staatsrat *Grothe*, einen Kommunisten, der später abgelehnt wurde, angerufen und von den Erklärungen Dr. *Hoegners* verständigt habe, was ich als einen Vertrauensbruch betrachte, und was uns verhand-

lungsunfähig macht, wenn wir über Regierungsverhandlungen mit anderen Parteien reden müssen. So war die Situation. Ich rede ganz offen, Herr Dr. *Müller*, weil Sie es ja gewünscht haben.
Aufgrund dieser Situation war ich, als ich nun in die Verhandlungen der Union hereinkam, der Überzeugung, daß es unmöglich ist, sofort, in der Stunde damals, Herrn Dr. *Müller* als ersten Vorsitzenden der neuen Organisation aufzustellen. Infolgedessen habe ich, als damals in der ersten Sitzung dieser Vorschlag gemacht wurde, diesem Vorschlag widersprechen müssen. Es kam zu einer Debatte, und es wurde damals abgelehnt, und dann ging die Geschichte so eigentlich los.
Ich habe dann einmal versucht, einen Frieden zu schließen, aber ich bedauere, feststellen zu müssen, daß mein Vertrauen in die Loyalität von Dr. *Müller* nicht gewachsen war und daher dieser Friedensschluß leider mir und der Sache nicht geholfen hat.
Wir haben dann die Situation in München so gehabt: Zuerst war ein kleiner Ausschuß aus sechs Personen gebildet, dem Dr. *Müller* und ich angehörten. Dann wurde von Oberbürgermeister Dr. *Scharnagl* eine Sitzung einberufen, die eine Anzahl von Personen umfaßte, die wir heute schon lange nicht mehr in unsern Kreisen sehen, die auch nach meinem Dafürhalten zweckgeladen (?) waren. In dieser Sitzung wurde ich hinausgewählt.[9] Ich bin in aller Ruhe gegangen, habe aber damals schon angesetzt gehabt und habe im Lande für die Union geworben, und sonst gar nichts. Der Name Christlich-Soziale Union hat mir ja nie sonderlich gefallen, ich weiß, daß er auch im Ausland Widerstand (?) findet, während ein anderer Name, den wir in Niederbayern, auch in Passau vielfach vertreten haben, im Ausland ein sehr warmes Verständnis gefunden hatte. Aber ich rede über diese Dinge nicht. Mir ist der Name völlig gleichgültig, wenn nur das Wesen einer Partei gesund und richtig ist.
Nun wurde mir die Arbeit dadurch nicht erleichtert, daß an die Orte, an denen ich für die Christlich-Soziale Union geworben habe, von München Schreiben ausgegangen sind, man solle mit mir keine Organisation beginnen, denn ich wolle nur die Bayerische Volkspartei aufziehen. Meine Damen und Herren, dazu ein Wort: Ich habe in der Zeit, als ich noch nicht arbeiten durfte, meine engeren Freunde *Pfeiffer* usw. ersucht, sie sollen in den Ausschüssen, die sich da bilden, den Gedanken vertreten, wir wollen nicht die Bayerische Volkspartei gründen, sondern wir wollen eine große Sammel- und Volkspartei überkonfessionell über die Stände gründen. Ich hatte mir allerdings gedacht, daß das Idealisten sind, die das machen, und daß diese die Vergangenheit vergessen können. Ich möchte hier nur einmal feststellen und wissen, wer mir Tatsachen bringen könnte, die dem entgegenstehen, daß die alten Anhänger der Bayerischen Volkspartei - sie sind nun einmal da, sie werden sogar prozentmäßig der allergrößte Teil unserer Wähler sein und bleiben, und wir werden sie infolgedessen letzten Endes nicht totschlagen wollen -, daß die alten Wähler der Bayerischen Volkspartei nie eine kleinliche und engherzige Haltung gegenüber den Angehörigen anderer früherer Parteien und so fort gezeigt haben.
Meine Damen und Herren, ich garantiere Ihnen: Wenn Sie in den Ausschüssen nachrechnen - ich bin kein Schnüffler, weder Stände- noch Konfessions- noch Parteienschnüffler, aber ich ließe es darauf ankommen -, werden Sie feststellen: Der Prozentsatz derer, die aus anderen Lagern zu den früheren Wählern der Bayerischen Volkspartei gestoßen sind, und die als einfache Mitglieder in den Reihen stehen, ist

[9] Protokolle der angesprochenen Sitzungen liegen nur z.T. vor. Näheres dazu in der Einleitung, S. XCI.

viel geringer und ihre Beteiligung in den Ausschüssen ist viel größer als der Mitgliederzahl entspricht. Das ist ganz bestimmt richtig. Man kann also nicht sagen, daß meine früheren Freunde der Bayerischen Volkspartei irgendwie engherzig gewesen wären.

Aber nun muß ich, wenn - und das wünsche ich - eine Christlich-Soziale Union zusammenschmelzen soll, dringend bitten, daß auch alle anderen Kreise die alte Abneigung und das alte Unverständnis gegenüber der Bayerischen Volkspartei vergessen. Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich dabei nur mit einem Wort auf gestern zurückkomme. Als bei der Begrüßungsansprache unseres Vorsitzenden einzelne Sätze gegen die alte Bayerische Volkspartei gesprochen wurden, wurden diese mit einer Leidenschaft aufgenommen, daß ich fast sagen möchte, ich habe sie sonst in einer anderen Stadt nicht gefunden. Ich möchte fast sagen, hier ist eine Abneigung gegen den Namen Bayerische Volkspartei, den ich schon fast als mehr denn als Abneigung bezeichnen möchte. Ich muß sagen: Wir müssen uns zusammenfinden! Wir können nicht die Leute der Bayerischen Volkspartei nur deshalb, weil sie dabei waren, als Unionsanhänger zweiter Klasse betrachten. Und darum, meine Damen und Herren, geht es mir! Wir haben mit den Angriffen auf die Bayerische Volkspartei - das bitte ich dem lieben Freund *Konrad* von Nürnberg zu sagen, weil mich der gestern gefragt hat - schon erreicht, daß in den Anweisungen der Militärregierung betreffend Ausfüllung des neuen Fragebogens vom 15. Oktober vorigen Jahres die Anhänger der Bayerischen Volkspartei als naziverdächtig gelten und den Leuten der Harzburger Front gleichgestellt werden.

(Zurufe.)

Meine Herren, nach meiner Überzeugung - ich will nicht auf Einzelheiten eingehen - hat die Bayerische Volkspartei von allen politischen Parteien den entschlossensten, längsten und zähesten Kampf geführt, zäher sogar wie das Zentrum.

(Jawohl!)

Durch die Angriffe, die heute aus dem eigenen Lager gegen die Bayerische Volkspartei geführt werden - wenn der Angriff gegen mich als den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei des Jahres 1933 gerichtet wird, sollten die Herren wissen, daß er damit gegen die ganze Bayerische Volkspartei geht -, durch solche Angriffe, meine Damen und Herren, treffen Sie Hunderttausende von Ihren Parteifreunden deswegen, weil sie früher Angehörige der Bayerischen Volkspartei gewesen sind. Und darum - nicht meiner Person wegen - stehe ich dafür ein, daß die Bayerische Volkspartei aus den Kreisen der Union keine Angriffe erfährt, und daß sich endlich die Wahrheit durchbricht, daß die Bayerische Volkspartei in dem Kampf gegen das Nazitum ihre Pflicht und Schuldigkeit - ich sage, besser als jede andere Partei - getan hat. Darum möchte ich Sie alle dringend bitten, diese Situation zu verstehen. Ich war Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei, das ist richtig. Ich habe meinen Freunden auch die Treue gehalten, ich habe meinen Kopf nicht in Sicherheit gebracht. Ich war der Überzeugung, solange einer in Gefahr ist, hast Du als ehemaliger Vorsitzender auch in Gefahr zu sein, und ich verlasse meine alten Freunde nie; das ist nun einmal mein Lebensprinzip. Ich weiß, daß das Volk an sich und gerade die Leute, die ich so als die einfachen Wähler gehabt habe, ein braves Volk sind, das es wirklich wert ist, daß man seinen Kopf dafür einsetzt. Und das wollte ich auch tun. Darum war ich über diese Angriffe, die sich sechs Monate lang, zuerst in der Stille und dann in der Öffentlichkeit steigend fortgesetzt haben, innerlich empört. Ich könnte jeden zum Zeugen neh-

men, der Mitglied des vorbereitenden Ausschusses in München und Mitglied des vorbereitenden Ausschusses im Lande gewesen ist: Es ist keine Sitzung gewesen, in der eine wirkliche Arbeit geleistet wurde. Alle Sitzungen sind nur Zank und Streit gewesen. Es war immer so, daß der Angegriffene aus irgendeinem lächerlichen Grunde ich gewesen bin, und daß ich mich immer zu wehren hatte. Das hat sich so gesteigert, daß ich, als damals das Parteigericht eingeführt wurde, sehr froh war um diese Einrichtung, weil ich dann gehofft habe, daß diese Angriffe gegen mich innerhalb der zuständigen Parteiinstanz ausgetragen werden können.

(Unruhe am Eingang des Saales.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einen Augenblick, Herr *Schäffer*. - Ich bitte um Ruhe an der Türe.

(Die Unruhe am Saaleingang steigert sich. Die von der Sitzung ausgeschlossenen Teilnehmer begehren heftig Einlaß.)

Dr. *Horlacher*: Ich bitte einen Moment ums Wort zur Geschäftsordnung. - Ich sehe nicht ein, warum unsere Parteifreunde die Ausführungen von Herrn *Schäffer* nicht hören sollen. Sie sind auf 10 Uhr bestellt.
Ich stelle den Antrag, die Parteifreunde jetzt zuzulassen.

(Die starke Unruhe an der Saaltüre dauert an.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf rasch zur Geschäftsordnung eine Abstimmung vornehmen lassen.

(Laute Zurufe vom Saaleingang her.)

Einen Augenblick!

(Andauernde Unruhe und Zurufe vom Saaleingang her. - Zuruf *Emil Muhler* vom Eingang her: Wir fahren nicht von München nach Bamberg, um uns dann einfach herausstellen zu lassen. Dagegen protestiere ich im Namen von hundert Leuten. Das ist eine Frechheit. Dagegen protestiere ich, daß man uns herausstellt, damit Sie lange Reden halten und die dreckige Wäsche waschen können. - Fortdauer der lärmenden Unruhe.)

Ich bitte, mich abstimmen zu lassen. Sind die Damen und Herren damit einverstanden, daß unsere Parteifreunde hier teilnehmen dürfen?

(Zurufe: Jawohl!)

Wer ist dagegen.
Frau *Speicher*: Ich bin dafür, daß die Gäste und Parteifreunde hier hereingehen, aber diese Ausdrücke, wie sie eben gefallen sind, diese Drohungen werden die Atmosphäre von vorneherein vergiften. Dann bin ich dafür, daß wir alle den Saal verlassen.

(Zuruf vom Eingang her: Dann lösen wir die ganze Union auf! - Gegenruf: Das machen wir nicht! - Die Unruhe am Eingang dauert an.)

Wir haben jetzt Herrn *Schäffer* angehört. Wir haben uns über seine Auffassung orientieren können. Wir werden Herrn *Schäffer* sachlich antworten.
Was Sie (zum Saaleingang gewendet) machen, das ist Nazimanier!

(Starke Unruhe, besonders am Eingang, Rufe und Gegenrufe!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise diesen Vorwurf hier zurück.

Frau *Speicher*: Solche Drohungen sind Nazimanieren. Ich war im Konzentrationslager ...

(Laute Rufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ruhe! Ich lasse darüber abstimmen: Können unsere Parteifreunde jetzt teilnehmen oder nicht? - Wer spricht dagegen?

(Laute Rufe von allen Seiten. - Fortdauer der Unruhe am Saaleingang.)

Holzer: Ich bitte, wenn diese Abstimmung durchgeführt wird, darüber mit abzustimmen, daß die Parteifreunde, die jetzt als Gäste zugelassen werden, keine Zwischenrufe machen und keine Anträge einzubringen haben.

(Die Unruhe dauert an.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse zunächst darüber abstimmen: Dürfen Parteifreunde teilnehmen? - Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Angenommen.
Ich bitte, die Gäste und Parteifreunde einzulassen. Ich bitte aber um Ruhe.
(Die bisher von der Sitzung ausgeschlossenen Teilnehmer werden eingelassen und kommen in den Saal.)

(Zuruf *Muhler*: Herr Vorsitzender, ich verlange, daß die Dame (gemeint Frau *Speicher*) sich bei mir entschuldigt, sonst fahre ich sofort nach München zurück. - Ich war auch im Konzentrationslager. Wir müssen andere Manieren annehmen. - Starke Unruhe im Saal. - Vielfache Zurufe.)

Ich unterbreche die Sitzung auf drei Minuten.

(Nach einigen Minuten Unterbrechung wird die Sitzung fortgesetzt.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere die Szene, die sich jetzt gerade abgespielt hat. Ich habe den Vorwurf, der hier gegen einen sehr verdienstvollen Mann der Union erhoben wurde, der auch jahrelang im Konzentrationslager war und sehr viel in der vergangenen Zeit erlitten hat, zurückgewiesen und weise ihn nochmals ausdrücklich zurück. Ich fordere Sie (zu Frau *Speicher* gewendet) auf, diesen Ausdruck zurückzunehmen.
Frau *Speicher*: Meine Damen und Herren! Wenn dieser Ausdruck, den ich gebraucht habe, Anstoß erregt hat, nehme ich ihn in der Form zurück. In der Sache selbst muß ich sagen: Es ist außerordentlich bedauerlich, daß man hier mit Drohungen und solchen Sachen arbeitet.
Bitte, meine Damen und Herren, für uns, die wir im Saale waren, war es außerordentlich interessant, die Auffassungen von Herrn *Schäffer* zu hören, und ich habe mich auf den Augenblick gesehnt, in dem ich ih[m] erwidern kann, nicht zu seinen Gunsten, sondern über die Bayerische Volkspartei das sagen zu dürfen, was ich jahrelang erlebt habe. In Nürnberg bin ich bekannt als Kämpferin ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einen Augenblick, ich habe Ihnen noch nicht zur Sache, sondern nur zur Zurücknahme Ihrer Äußerung das Wort gegeben.
Frau *Speicher*: Der Ordnung will ich mich gerne fügen, wenn ich von anderen Ordnung verlange.
Ich darf wiederholen: Wenn der Ausdruck in dieser Form Anstoß erregt hat, so nehme ich ihn zurück. In der Sache selbst muß ich nach wie vor bedauern, daß die Gäste - wir begrüßen sie ja alle - mit diesen Argumenten und Drohungen arbeiten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte festzustellen: Sind alle die Herren, die jetzt hereingekommen sind, Parteifreunde? Sind sie den anderen hier bekannt?
Heute früh ist behauptet worden, es seien Herren dagewesen, die nicht weiter bekannt gewesen, die nicht bei der Union seien.
Ist jemand da, der nicht Mitglied der Union ist? - Sind alle Damen und Herren, die da sind, Mitglied der Union? - Ist jemand da, der nicht Mitglied der Union ist, den fordere ich auf, den Saal zu verlassen! - Sind die Gäste ausdrücklich bekannt? -
Gut! - Dann darf ich eines feststellen: Es wurde hier vorhin vorgeschlagen - ich darf es als Anregung nehmen, es ist kein formeller Antrag gestellt, sondern nur die Anregung gegeben -, daß die Parteifreunde, die jetzt hier zugegen sind, sich nicht an der Debatte beteiligen.

(Zuruf: Auch nicht durch Zwischenrufe!)

- Es sind anderswo auch Zwischenrufe gemacht worden; sie werden immer gemacht. Ich bin der Meinung, es handelt sich hier um Parteifreunde, die ihre Meinung kundtun können. Das nehme ich nicht zurück. Sollte es ausarten, werde ich natürlich einschreiten.
Ich bitte aber, von Zwischenrufen abzusehen. Sollte einer vorkommen, dann bitte ich, ihn so zu halten, daß er wirklich in bestimmten Formen bleibt.
Sollte sich ein Parteifreund zu Wort melden - ich nehme an, es sind Freunde dabei, die von weither gekommen sind, um an den Diskussionen teilzunehmen; es sind Leute dabei, die ihre Verdienste haben im Aufbau, vielleicht manchmal mehr als Leute, die später gewählt wurden -, sollte ein Parteifreund dabei sein, der glaubt, etwas zu sagen zu haben, bitte ich ihn, ausdrücklich zu vermerken, daß er nicht Delegierter ist. Ich werde dann, soweit möglich, für ihn eine Äußerung oder eine kurze Wortmeldung zulassen. Nur, wenn ein Widerspruch erhoben wird, werde ich es nicht tun.
Ich bitte Herrn *Schäffer* fortzufahren.
Schäffer: Meine Damen und Herren! Ich darf fortfahren.
Zur Verständigung der Damen und Herren, die eben nachträglich in den Saal gekommen sind, bemerke ich folgendes:
Ich bin ausdrücklich aufgefordert worden, meine Stellungnahme zu dem sogenannten Führungsstreit, oder wie Sie es nennen wollen, innerhalb der Christlich-Sozialen Union, insbesondere meine eigene Einstellung und meine eigene Tätigkeit bekanntzugeben.
Ich habe sie ungefähr so geschildert: Als ich gezwungen wurde, das Parteigericht anzurufen - ich mußte das Parteigericht in verschiedenen Fällen anrufen -, hat es sich meistens darum gehandelt: Zuerst war von dem betreffenden Ortsvorsitzenden eine Versammlung ordnungsmäßig angesetzt. Dann wurde die Versammlung plötzlich abgesagt. Wenn ich dann nachfrug, warum sie abgesagt wurde, hieß es in dem einen Fall, die Stadt, in der ich spreche, gelte bei der amerikanischen Militärregierung als reaktionär; es sei infolgedessen nicht möglich, mich in einer Stadt sprechen zu lassen.

(Zuruf: Falsch!)

In dem anderen Falle wurde gesagt, es sei unmöglich, mich sprechen zu lassen; ich sei bei den Amerikanern unten durch. Ein dritter Fall, den ich vor das Parteigericht bringen wollte - ich war gestern sehr erfreut, als Sie so viel Hoffnung auf das Parteigericht setzten, Herr *Nerreter* -, war der Fall Dr. *Horlacher*.
Dieser Fall lag so: Angriffe gingen immer schon voraus. Nun hat plötzlich meine

Rede vom Coburger-Tag eine besondere Rolle gespielt. Es sind, glaube ich, Herren aus Coburg da, die wissen es ungefähr. Es war im Oktober 1922. Da war dieser Coburger-Tag, und daraufhin hat die Sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtags eine sehr scharfe Interpellation gegen die Bayerische Landesregierung eingebracht. Die Bayerische Landesregierung hat sich gegen die Interpellation gewehrt, die in ihrer Form weit über das Ziel hinaus und ganz daneben geschossen hat. Statt daß sie nämlich auf die junge NSDAP schoß, hat sie auf die Regierung geschossen, der sie den Vorwurf gemacht hat, in Bayern sei ein Brandherd entstanden usw. Das war maßlos übertrieben. Da war ich als junger Abgeordneter von der Bayerischen Volkspartei abgestellt, den Standpunkt der Fraktion zu vertreten. Der Standpunkt der Fraktion sollte ganz kurz gefaßt ungefähr so lauten: Wir haben als Bayerische Volkspartei nicht die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu schützen, weil - man denke an die Räterepublik - die Sozialdemokratie noch in den Jahren 1920/21/22 leider auch die Straße in den Dienst ihrer Politik gestellt hatte. Dagegen mußte ich den Standpunkt vertreten, daß die Straße überhaupt nicht der Politik gehört, und in diesem Sinne habe ich gesprochen.

Ich habe, um es vorwegzunehmen, diese Rede mit vieler Mühe dann in den Landtagsdrucksachen gefunden. Und ich muß sagen: Wenn ich das nehme, was ich dann als grundsätzliche Stellung zu der damaligen jungen NSDAP gesagt habe, die ja damals in statu nascendi, wie wir immer sagen, gewesen ist, dann habe ich vollkommen recht behalten. Insbesondere hat sich das, was ich damals - als Bedenken, von dem ich nicht wußte, ob es sich bewahrheiten würde oder nicht, das ich aber als offenes Bedenken gebracht habe - über den springenden Gegensatz gesprochen habe, daß die Nationalsozialisten von Vaterlandsliebe reden und den Völkerhaß meinen, daß also das sittliche Moment zwischen uns steht, ja dann sehr deutlich bewiesen. Ich habe diese Rede, wie gesagt, später gefunden. Ich habe sie sogar einem Informationsdienst zugeleitet, damit er weiß, wie ich im Oktober 1922 vorausschauend über die NSDAP gedacht habe.

Bei meiner Polemik über die Sozialdemokratie gab es natürlich auch Stellen, die, wenn man so Sätze einzeln herausreißt, anders gedeutet werden können. Zum Beispiel hat mir ein Kommunist einen Zuruf gemacht, als ich sagte, die Nazi lieben uns von der Bayerischen Volkspartei nicht. Da habe ich dann - man muß im Landtag auf einen Zuruf antworten, ob es geistreich ist oder nicht - gesagt, vielleicht wäre es mir lieber, der liebt mich und Sie lieben mich nicht. Denn die Kommunisten waren bei mir damals nicht gerade beliebt, und die waren auch nicht sonderlich, die wir damals im Landtag hatten. Das war die Situation.

Nun ist gegen mich schon früher, als ich noch im Ministerpräsidium war, wegen dieser Rede geschossen worden. Nun hat Freund *Horlacher* diese Rede wieder aufgegriffen und hat mir bei einer Sitzung im Dezember schon einmal gesagt, er greife die Bayerische Volkspartei und den Redner derselben an, weil sie im Oktober 1922 diese Stellungnahme im Landtag eingenommen hätten. Er habe in Tölz in einem Zeitungsarchiv Gelegenheit, das Material zu sammeln, und das werde er schon verwerten. Ich habe damals mit Dr. *Müller* gesprochen und ihn sofort nach der Unterredung darauf aufmerksam gemacht, *Horlacher* scheint Material gegen mich an bestimmte Stellen leiten zu wollen, ich bitte, dem vorzubeugen.

(Zurufe: Ist unerhört, so etwas! - Wird das mitstenographiert?)

- Ja, deswegen erzähle ich es ja. - Weiter - es geht sogar weiter -: Ich habe am 7. Januar - war es, glaube ich - eine Besprechung im Büro *Schwingenstein* gehabt. Bei dieser Gelegenheit hat Freund *Horlacher* nun das Resultat seiner Nachforschung herausgebracht, nämlich einen Auszug aus seiner Rede, den er mir zuerst nicht zeigen wollte, den ich aber dann doch gesehen habe. Dabei konnte ich feststellen, daß selbstverständlich das Wesentliche und Maßgebliche nicht darin enthalten gewesen ist, sondern nur einzelne Stellen ausgezogen waren, die man nach 25 Jahren so oder so deuten kann. Ich habe am nächsten Tage Herrn Dr. *Müller* - ich bin sonst gar nicht so, aber über dieses Gespräch habe ich mir eine Vormerkung gemacht - am Telephon gesagt, Herr Dr. *Horlacher* scheint an eine Verwertung des Materials zu denken, ich bitte, ihn zu warnen und ihm zu sagen, daß das unter Parteifreunden, unter Deutschen ein Ding der Unmöglichkeit ist. Ich wurde wenige Tage darauf von zuverlässiger Seite verständigt, daß das Material bei einer anderen (?) bestimmten Stelle bearbeitet wird. Daraufhin habe ich - es war inzwischen die Landesausschußsitzung - in aller Form unter Zusammenstellung dieser Tatsachen gebeten, ein Parteigericht möge diesen Fall prüfen, weil nach den Umständen doch anzunehmen sei, daß ein Zusammenhang zwischen dem Auftauchen des Materials an einer Stelle und mir (und früher?) bestehe.

Wir haben dann eine Sitzung gehabt, die turbulent, wie gewöhnlich, gewesen ist. In dieser Sitzung hat Dr. *Horlacher* es abgelehnt, sich einem Parteigericht und Ehrengericht in dieser Frage zu stellen. Ich habe mich dabei nicht beruhigt, sondern an Dr. *Müller* als Landesvorsitzenden ein zweites Schreiben gerichtet. Ich habe alles hier und kann es vorzeigen. In diesem Schreiben habe ich Herrn Dr. *Müller* unter Anführung der Tatsachen, des an ihn gerichteten Anrufs und dergleichen, gebeten, die Dinge weiterzuverfolgen, und habe ihm einen Vorschlag für eine Satzungsbestimmung gemacht, wonach jeder Parteifreund in die Lage versetzt werden muß, in solchen Dingen seine Ehre zu reinigen und sich selbst zu schützen, und gegen den anderen Teil, falls er es verweigert, sich einzulassen, die Disziplinarmaßnahmen einer Partei einzutreten haben.

Ich glaube, das war eine Anregung, der man hätte nachgeben können. Aber, wie viele meiner Anregungen und Schreiben, die ich an den vorläufigen Landesausschuß gerichtet habe, ist diese Anregung selbstverständlich nie bearbeitet worden, weil ich ja die Geschäftsbehandlung des vorläufigen Ausschusses als einfaches Mitglied in gar keiner Weise beeinflussen kann.

Das war dieser eine Fall wegen dem Parteigericht. Ich bemerke dabei: Ich habe Herrn Dr. *Horlacher*, um ihn zu warnen und ihm zu sagen, daß ich schon ahne, wohin er Material schickt, gesagt, daß ich an diese Stelle die Coburger Rede auch schon geschickt hätte. Ich habe sie damals - ich habe es Dr. *Müller* ausdrücklich bestätigt - nur dem Inhalt nach schicken können. Den Wortlaut habe ich erst erhalten, als ich wußte, daß Dr. *Horlacher* sich den Auszug aus der Rede gemacht hat. Ich habe dann mit vieler Mühe aus einem ganz alten Archiv diese Drucksachen und den Wortlaut erhalten können und habe derselben Stelle den Wortlaut von A bis Z übergeben. Und ich glaube, daß diese Stelle dann auch dabei beruhigt gewesen ist.

Das war ein Fall. Es kamen dann andere. Ich habe gedacht, ich könnte es mit dem Parteigericht beseitigen. Das ging nicht. Die Freundschaft wurde natürlich nicht gefestigt.

Es kamen dann die öffentlichen Angriffe. Der erste öffentliche Angriff war bekanntlich in Rosenheim, wo in den Presseberichten meine Einstellung zum Zweiparteiensystem vollkommen mißverständlich als eine Negation jeder Koalitionsmöglichkeit mit

der anderen Partei herausgestellt wurde. Jeder, der das angelsächsische Muster kennt, weiß, was ich will. Ich wurde als unmöglich, als vom politischen Ehrgeiz besessen usw., als ein Mann, der aus der Politik zu verschwinden hätte, bezeichnet.

(Lebhafte Zurufe.)

Ich habe mich damals zunächst einmal an das Präsidium des Bayerischen Bauernverbandes gewandt, weil ich annahm, daß der Bayerische Bauernverband als unpolitische Organisation es für die Zukunft wohl verhindern wolle, daß auf Tagungen des Bayerischen Bauernverbandes, wo noch dazu die ganze amerikanische Militärregierung geladen war, ein innenpolitischer Streit innerhalb der Union, ich will nicht sagen ausgetragen, sondern angezündet wurde. Bis heute habe ich damit keinen Erfolg gehabt.
Dann habe ich mich an meinen Kreisverband gewendet, dem ich angehöre. Zunächst wurde es abgelehnt, für mich irgend etwas zu tun. Als ich darauf bestand, daß etwas unternommen werden müsse, hat der vorbereitende Ausschuß München einen Antrag angenommen, den ich hier habe, der von mir formuliert war und der sehr mäßig gewesen ist. Er hat nur gelautet: Wir haben diesen und jenen Pressebericht vor uns, wir haben eine Erklärung Dr. *Schlögls* vor uns, wir stellen fest, daß die Berichte von Dr. *Schlögl* nie berichtigt, anscheinend auch nie zu berichtigen versucht wurden. Wir tragen der Landesparteileitung den Wunsch vor, daß die Wiederholung solcher Angriffe in der Zukunft unmöglich gemacht wird.
Das war alles und war gewiß nicht viel. Dieser Antrag wurde damals von dem vorbereitenden Ausschuß München einstimmig angenommen und einstimmig an die Landesparteileitung weitergeleitet. Später, als die Angelegenheit in die Landesparteileitung, also den vorläufigen Landesausschuß kam, haben Dr. *Horlacher* und Dr. *Müller* beantragt, über den Antrag München - der noch unterstützt war durch einen Antrag Oberbayern, weil die Sache in Oberbayern gespielt hat - zur Tagesordnung überzugehen. Gegen meine und gegen meines Freundes *Lacherbauer* Stimme haben sämtliche anderen Mitglieder, also auch diejenigen, die im Münchner vorbereitenden Ausschuß für den Antrag gestimmt hatten, im vorläufigen Landesausschuß für den Übergang zur Tagesordnung gestimmt, weil im Münchner vorbereitenden Ausschuß sich vielleicht eine Mehrheit für mich gestaltet hätte, wenn es Zwiespalt gegeben hätte, während die Mehrheit im vorläufigen Landesausschuß ja immer gegen mich gewesen ist, ob es sich um die kleinsten oder um die größten Dinge gehandelt hat. Das war die zweite Entwicklung.
Dann kam die dritte Entwicklung, die Angriffe in der Presse. Herr Dr. *Pix* hat einen Briefwechsel mit mir begonnen über die Sünden der alten Bayerischen Volkspartei und meine späteren Sünden, auf die ich nicht eingehen will.
Aber im zweiten Briefe - glaube ich -, den er mir schrieb, war es, wo er mit besonderer Freude die Stelle aus dem Artikel im Regensburger Anzeiger anzog, aufgrund derer man mir nachweisen wollte, daß ich die Hitler-Regierung wahrscheinlich warm begrüßt und jedenfalls unterstützt hätte. Es ist nicht so leicht für einen Mann, der wenig Verbindungen hat, den Regensburger Anzeiger des Jahres 1933 wieder auszugraben. Infolgedessen konnte ich nur sagen, ich sei ihm dankbar, daß er mir Gelegenheit gibt, einmal nachzuforschen. Es hat einige Zeit gedauert, dann habe ich die Sache erhalten. Ich weiß, daß wenige Tage, nachdem Herr Dr. *Pix* mir den Brief geschrieben hatte, Herr Dr. *Müller* die Fundstelle aus dem Re-gensburger Anzeiger einem anderen meiner Freunde, *Hans von Lex* als neuestes Ereignis, als etwas, das *Schäffer* wahrscheinlich nie überwinden würde, erzählt hat. *Hans von Lex* würde hier

auch als Zeuge zur Verfügung stehen. Ich weiß auch, daß Herr Dr. *Müller* in jenen Tagen in Landshut gewesen ist und sich mit Herrn Dr. *Pix* ausführlich besprochen hat. Nachdem Dr. *Pix* mir dieses Material zunächst also brieflich gegeben hatte, erschien dieses selbe Material in der Nr. 1 als Eröffnungsartikel der sozialdemokratischen Volkswacht in Regensburg, Blatt für Oberpfalz-Niederbayern. Ich habe dann sofort eine Berichtigung an dieses Blatt geschickt - nein, halt, an dieses Blatt konnte ich keine Berichtigung schicken, es ist ein Parteiblatt. Die Sache wurde dann gleichzeitig in der Mittelbayerischen Zeitung in Regensburg abgedruckt. An die Mittelbayerische Zeitung in Regensburg habe ich sofort eine Berichtigung gesandt. Ich habe es so gemacht: Ich mußte damals in Neumarkt in der Oberpfalz reden. In meiner Rede habe ich auf diesen Angriff erwidert und habe einen Versammlungsbericht von dort einschicken lassen. Und die Mittelbayerische Zeitung war so anständig, wenigstens einen Teil dieser Berichtigung, wenn auch an ganz kleiner, unbekannter Stelle, zu bringen, aber sie hat es wenigstens gebracht. Sie unterscheidet sich dadurch von anderen Zeitungen, die uns näher stehen sollten, sehr günstig.

(Zuruf: Isar-Post!)

Ich habe dann hören müssen, daß der sozialdemokratische Sekretär *Albert* die Dinge noch einmal aufgegriffen hat, und dann kam es in die Süddeutsche Zeitung, also in das große Münchner Blatt. Darauf habe ich in einer Rede in den Leopold-Lichtspielen zwei Tage darauf geantwortet. Ich muß der Süddeutschen Zeitung zugestehen, daß sie einen Pressebericht über meine Versammlung gebracht hat, wenn dieser Pressebericht natürlich auch nicht so ausführlich und so auffallend gewesen ist wie der Angriff vorher. Jedenfalls haben die Münchner auf die Weise erfahren, daß ich geantwortet und anscheinend mit Erfolg geantwortet habe.
Und nun ist das Betrüblichste: Ungefähr seit dieser Zeit veröffentlicht Dr. *Pix*, ich darf sagen in jeder Nummer der Isar-Post, die das einzige Blatt ist, von dem man sagt, es sei ein Blatt der Union, in Landshut einen gehässigen Artikel nach dem anderen gegen mich. Die Berichtungen unserer Versammlungsberichte in den gegnerischen Blättern über meine Antwort sind viel besser, gerechter, loyaler und ausführlicher gewesen, als etwa die Isar-Post geantwortet hat, als ich in Vilsbiburg, also vor den Toren von Landshut über diesen Vorfall sprach. Ich stelle das nur fest.
Soweit sind wir nun heute. Und diese Artikel gehen ja zur Zeit auch durch die ganze bayerische Presse. Ich habe Sie ja schon ersucht, lesen Sie doch dieses famose Fränkische Tagblatt, wo es heißt: "Ist Staatsrat *Schäffer* noch tragbar für die Christlich-Soziale Union? - Scharfe Kritik Staatskommissars *Horlacher* auf einer Kundgebung", dann haben Sie die Fortsetzung des ganzen Spiels. Nun stelle ich aber dazu im Namen der Gerechtigkeit und im Namen der Demokratie und nach dem alten Satz "Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, Du sollst sie hören alle beede" folgendes fest: Ich habe in der Union bis zu dieser Stunde überhaupt keine Möglichkeit gehabt, meine Ehre zu verteidigen. Wenn ich der Bayerischen Rundschau einen Artikel eingesandt habe, ist er, mit Ausnahme einer kurzen Notiz, grundsätzlich abgelehnt worden, selbst wenn die Süddeutsche Zeitung beispielsweise den Artikel brachte, weil sie ihn parteihistorisch und statistisch für wertvoll gehalten hat. Alle Artikel, die ich mit dem Namen *Schäffer* eingesandt habe, wurden von der Bayerischen Rundschau grundsätzlich abgelehnt. Als noch der vorbereitende Ausschuß in München getagt hat, wurde einmal gesagt, wer in der Süddeutschen Zeitung einen Artikel schreiben darf. Freund *Steber* war, glaube ich, genannt - ich weiß nicht, ob noch jemand -, aber Freund

Schäffer ist ausdrücklich abgelehnt worden, daß er, wie andere Parteimitglieder, in der Süddeutschen Zeitung einmal programmatisch zum Gedankengut der Union, Verhältnis zur alten Bayerischen Volkspartei, Zweiparteiensystem oder so etwas Stellung nimmt. Ich konnte auch damals nicht einmal in den öffentlichen Versammlungen in München sprechen. Erst als jetzt die Bezirksvereine gebildet waren und die Bezirksvereine selbständig ihre Redner gebeten haben, war es mir möglich, in München zu sprechen. Ich bitte, erkundigen Sie sich doch einmal, wie meine Reden gehalten sind. Ich habe in der Antwortrede auf die Verleumdungen, die jetzt durch die Zeitungen gehen, am Schlusse gesagt: Ich kenne gewiß die Hintergründe dieses Angriffs, aber der Gedanke der Union war mein Gedanke, ist heute noch mein Herzensgedanke. Niemand hat aus meinem Munde noch ein Wort in der Öffentlichkeit gehört, das der Union etwa hätte schaden können, und niemand wird das je hören.
Ich weiß, daß die Kommunisten eine eigene Organisation zur Spaltung anderer Parteien haben, die ein gewisser *Specht* leitet. Ich weiß, welche Selbstüberwindung man aufbringen muß, um nicht in manchmal gerechtem Zorn auf solche Spaltversuche hereinzufallen. Ich habe noch in keiner Versammlung irgendein Wort gesagt, das ich nicht heute und zu jeder Stunde verantworten könnte. Ich bitte jeden, der etwas anderes weiß, das hier sachlich darlegen zu wollen.
Ich stelle fest: Es schmerzt mich, meine lieben Franken, daß meine Versuche, daß die Franken - eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, heißt es - auch einmal den Menschen und Politiker *Schäffer* kennenlernen, wider meinen Willen völlig erfolglos geblieben sind. Wenn Versammlungen in Franken angesetzt waren, sind sie immer wieder abgesetzt worden.

(Pfui!)

Wenn ich an das Landessekretariat herantrat, das mir durch Herrn *Banzer* einmal den Wunsch übermittelte, ich solle mitteilen, ob ich bereit sei, in Franken in Versammlungen zu sprechen, habe ich zur Antwort gegeben, dieses Angebot freut mich riesig. Ich will nicht in den Verdacht kommen, daß ich nur altbayerisch denke und aus Altbayern nicht herausgehe. Die Leute sollen mich und meine Art zu denken und zu reden kennenlernen und sollen dann ein Urteil haben. Denn wenn sie mich nicht kennenlernen, haben sie kein Urteil, dann haben sie nur gehört und wahrscheinlich nicht von lauter Freunden gehört. Und - Stille in allen Wassern - ich habe den betreffenden Herrn Landessekretär jetzt schon drei- oder viermal gefragt, woran das liege, ich kann keine Antwort erhalten. Also, meine lieben Damen und Herren aus Franken, ich glaube, es würde Ihnen gar nichts schaden, wenn Sie einmal den Herrn *Schäffer* - ob Sie ihn lieben oder nicht, aber rein als Mensch zu den Menschen Ihrer Heimat - reden ließen. Es ist in einer Partei nach meinem Dafürhalten nie üblich und sollte nicht üblich sein, einem Manne, den man doch nicht gerade für ganz unwesentlich hält, die Presse und, soweit man kann, das Wort zu verweigern. Ich muß mich wundern, wenn ich manchmal Dinge über mich höre, was ich sein soll und denken soll, dann ist mir nie das geringste davon bekannt.
Darf ich Ihnen zusammenfassend folgendes sagen: Ich glaube, ich habe mich wirklich bemüht, ein Gesamtbild der Verhältnisse zu geben. Ich darf meine Grundgedanken noch einmal hervorheben: Ich habe Ihnen angedeutet, daß ich in mancher Hinsicht sehr düster in die Zukunft schaue. Aber - wie vor einem Erdbeben, das wir nicht verhindern können - müssen wir bis zur letzten Minute unsere Pflicht tun, unserem Volke und auch dem ganzen Geist der Zeit gegenüber. Ich habe neulich in amerikanischen

Zeitungen Artikel gelesen, die mir wirklich wohl getan haben, weil ich gemerkt habe, daß man dort drüben in der Presse jetzt genauso schreibt, wie ich denke,

(Zuruf: Ganz richtig!)

daß man die Gefahr des roten Faschismus - gebrauchen Sie den Ausdruck einmal und denken Sie ihn durch - sehr genau zu erkennen beginnt.

(Sehr gut!)

Ich würde dringend bitten, meine Stellungnahme deshalb zu verstehen. Meine allgemeine politische Einstellung ist: Wenn man ist christlich, ist man selbstverständlich sozial, deshalb braucht man aber lange noch nicht ein bolschewistischer Kollektivist zu sein. Der bin ich nicht, und den lehne ich überall ab,

(Bravo!)

weil das der Weg zum roten Faschismus ist. Deshalb sage ich allen: Ich bin jederzeit bereit, mit einer sozialen, demokratischen Partei zu gehen. Ich bin aber nie bereit, wenn sich ihr Wesen nicht ganz ändert, mit der Kommunistischen Partei zu gehen. Das ist das A und O meines politischen Programms für den Augenblick und meine grundsätzliche politische Einstellung. Ferner: Ich will die innere Verschmelzung der Union zu einem geschlossenen Ganzen. Ich betone ausdrücklich: Meine innere Überzeugung ist, daß man den Anhängern der Bayerischen Volkspartei nicht vorwerfen kann, daß sie irgendeinen Teil zurückgedrängt, daß sie eine Übermacht, mehr als ihrer Zahl entspricht, beansprucht hätten. Aber ich bedauere, wenn ich feststellen muß, daß gegen die alte Bayerische Volkspartei und ihre Anhänger noch Abneigung und Unverständnis besteht und dadurch - möchte ich sagen - eine Art Minderwertigkeit der Anhänger der Bayerischen Volkspartei konstruiert werden will. Das ist allein der Grund, warum ich alle Anfragen, ob ich mich nicht zu einem feierlichen Verzicht auf jeden größeren Ehrenposten in der Partei, der Union bereit erklären wollte, abgelehnt habe. Ich würde es als Schande für die Bayerische Volkspartei empfinden, wenn ein Mann, dem man nicht vorwerfen kann, daß er silberne Löffel gestohlen hat oder auf das Hirn gefallen ist, deswegen allein eine Minderwertigkeitsrolle einnehmen sollte, weil er Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei gewesen ist.

Schließlich stelle ich fest: Wenn jemand behauptet, daß ich je einen Führungsanspruch erhoben habe, dann soll er mir das beweisen. Ich habe immer, mein lieber *Horlacher*, das eine erklärt: Über die Führung entscheiden in demokratischen Parteien letzten Endes die Wähler. Ob ich in einem bestimmten Zeitpunkt eine Wahl annehmen würde oder nicht, da habe ich mich geweigert, eine Erklärung abzugeben. Ich habe meinen guten Grund dazu gehabt. Warum ich sie in München angenommen habe und annehmen mußte, das habe ich Ihnen erklärt, meine Herren. In der Situation hat es sich nicht so sehr darum gehandelt, eine Position zu erringen, in der Situation hat es sich darum gehandelt, ob ich im öffentlichen politischen Leben überhaupt bleiben kann oder nicht. Das ist die Situation gewesen.

Und hier ist die Situation die: Ich erhebe keinen Führungsanspruch. Wählen Sie einen Parteivorsitzenden, wie Sie wollen. Aber Sie haben meine Gründe gehört, warum ich Sie bitten muß - abgesehen davon, daß, was ich aufrechterhalten muß, satzungsmäßig heute ein Landesvorsitzender überhaupt nicht gewählt werden kann -, mich nicht zu veranlassen, zu einem Vertrauensvotum oder einer ähnlichen Aktion für Herrn Dr. *Müller* Stellung zu nehmen.

Ich müßte es aus den Gründen ablehnen, die ich eben dargelegt habe. Das Liebste und Beste wäre, Sie würden die Zwischenlösung finden, die wir Ihnen vorgeschlagen haben: Nehmen Sie irgendeinen tüchtigen Kreisvorsitzenden, der dann die Geschäfte bis zur nächsten Landesversammlung führt; *Schäffer* braucht er nicht zu heißen, und *Hundhammer* braucht er auch nicht zu heißen!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rein zeitlich darf ich eines bemerken. Herr *Schäffer* hat fünf Viertelstunden gesprochen. Ich glaube, so vorgehen zu sollen, daß ich rein zum Sachlichen Stellung nehme und die wesentlichen Dinge behandle. Wird Herr *Schäffer* etwas als wesentlich empfinden, was ich nicht beantworte, so bitte ich Herrn *Schäffer*, mich darauf noch anzusprechen, sonst verlieren wir zuviel Zeit, und Sie kommen Ihrerseits nicht zur Debatte. Ich kann und will Rede und Antwort stehen auf alle Vorwürfe, die gemacht worden sind.
Ich darf zunächst vorwegnehmen die rein persönlichen Vorwürfe, die meine Geschäftsführung als Landesvorsitzender betreffen. Der Hauptvorwurf, der wohl gemacht werden kann, ist der Vorwurf der Ungerechtigkeit in der Führung der Union, rein im Persönlichen gesehen. Ich muß hierzu folgendes erklären: In einem Punkt hätte Herr *Schäffer* eventuell ein Recht, mir einen Vorwurf zu machen, das ist der Punkt, daß ich Artikel, die er gebracht hatte, nicht in die Bayerische Rundschau aufgenommen habe. Ich sage Ihnen dazu ganz offen meine Meinung. Wir sind im Aufbau, wir wollen konstruieren, eine Partei durcharbeiten, durchorganisieren, und da will ich dieses kurze Blatt, das wir haben, das doch nur ein großes Flugblatt ist und nicht mehr, nicht hernehmen lassen zu persönlichen Auseinandersetzungen.

(Bravo! Sehr richtig!)

Die gehören heraus. Meinetwegen können die anderen Zeitungen, die mehr Raum haben, das machen, aber in der Rundschau wird nur Positives geschrieben. Das alles interessiert uns eigentlich nur, soweit wir aus Fehlern der Vergangenheit lernen können,

(Bravo!)

sonst will ich auf das Alte überhaupt nicht eingehen, weil wir leider gar keine Zeit zu verlieren und große Aufgaben haben, nicht nur heute, sondern überhaupt.

(Bravo!)

Infolgedessen habe ich mich auch mit der Vergangenheit nicht weiter befaßt, soweit die Auseinandersetzungen zwischen zwei Gruppierungen da sind. Ich war nicht ungerecht in der Hinsicht. Wir wollen uns darüber klar sein: Herr *Schäffer* hat gestern erklärt, seine Leute sollen dableiben. Sie sehen auf der anderen Seite, der Bauernverband hat seine Leute beisammen. Es sind verschiedene Gruppierungen. Sie haben gestern auch das Schreiben von Dr. *Eichhorn* von der evangelischen Seite gehört. Von jeder Seite, die jetzt herkommt, werden bestimmte Ansprüche erhoben. Das ist eine Selbstverständlichkeit, darüber darf man nicht überrascht sein, wenn so verschiedene Gruppen zusammengefaßt werden. Von Gruppen, die bisher ganz anders gelagert, zum Teil heterogen waren, werden Ansprüche erhoben. Denken wir an das, was gestern vom Bauernbund und von all den anderen Seiten verlesen wurde! Der eine macht dem anderen Vorwürfe. Wie soll ich es halten? Soll ich jeden Vorwurf aufnehmen? Soll ich mich in jeden Vorwurf einmischen? Soll ich alle Auseinanderset-

zungen annehmen? Hier ist ein dicker Akt, der behandelt in der Hauptsache rein persönliche Schreiben, ein großer Teil der Schreiben von Herrn *Schäffer*, immer an mich gerichtet.

(Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unmittelbar vor der Wahl, wo wirklich ganz anderes zu leisten war, bekomme ich sechs Schreiben von Herrn *Schäffer* wegen Schiedsgericht.

(Unerhört!)

Es ist ein Schreiben nicht nur gegen Herrn *Horlacher*, sondern auch gegen Herrn *Karpf* oder die Leute aus Aschaffenburg, die ich bis dahin gar nicht kannte, mit dem Vorwurf, man hätte ihn nicht reden lassen. Ein Schreiben Schiedsgericht kontra *Pix* mit dem Vorwurf, Herr *Schäffer* hätte in Landshut nicht reden dürfen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, damals hatte ich beim besten Willen keine Zeit. Mir ging es darum, daß die Union sich in dem Augenblick durchsetzt, daß wir die Wahlen bestehen, nicht um diesen persönlichen Dreck, mit dem man sich gegenseitig bewirft.

(Sehr richtig!)

Gewiß, es wäre ein Schiedsgericht notwendig, wir müssen es durchführen. Es ist aber noch nicht einmal ein Schiedsgericht da. Ich habe die ganzen Sachen Herrn Generalstaatsanwalt *Hagenauer* vorgelegt, der von uns bestellt wurde zur Errichtung eines Schiedsgerichts, noch nicht als Schiedsrichter. Erinnern Sie sich an die Tagung vom 8. Januar! Damals wurden die Vorsitzenden der Ausschüsse bestellt, ebenso der Mann, der das Schiedsgericht einrichten, die Statuten entwerfen sollte. Sie können doch nicht in den blinden Nebel hinein ein Schiedsgericht einrichten, sondern es muß eine Grundlage, ein Statut da sein, die Leute müssen sich unterwerfen. Von der einen Seite wurde verlangt, daß ich Leute ausschließe, von der anderen Seite wurde ebenso die letzte Konsequenz gegen Herrn *Schäffer* verlangt. Soll ich die Verantwortung dafür tragen, auf diese Weise die Union rein aus technischen Gründen zu zerschlagen,

(Unmöglich!)

deshalb, weil persönliche Dissonanzen aufgetreten sind? In diesem Falle muß ich versuchen, mit Ruhe die ganzen Sachen abzuwickeln. Und so habe ich diese ganzen Angelegenheiten vor den Landesausschuß gebracht. Sie haben es von Herrn *Schäffer* gehört. Gegen die Anträge waren im Landesausschuß, der aus elf Personen besteht - sie sind Ihnen gestern verlesen worden, es sind Leute aus den verschiedenen Gruppierungen heraus, Leute, die wirklich etwas bedeuten -, zunächst fast regelmäßig nur Herr *Schäffer*, dann meistens Herr Dr. *Hundhammer* und zum Schluß in einigen Punkten Herr Dr. *Lacherbauer*, die anderen waren alle dafür, daß man diese Sachen ablehnt, und sie haben über diese Dinge entschieden. Kann ich mehr tun? Wenn die Minorität gegen die Majorität steht, dann wird doch, wie das immer der Fall ist, daß die Majorität klare Entscheidungen fällt, die Majorität einigermaßen das Recht für sich haben, dann die getroffenen Entscheidungen durchgeführt zu wissen. Wenn alle miteinander der Auffassung waren, mit Ausnahme von zwei oder drei Leuten, es wird über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen, dann ist es nicht anders, als was wir gestern auch soundso oft erlebt haben, daß alle miteinander der Sachen überdrüssig werden und sagen, legen wir die Geschichte ad acta. Was soll dann geschehen? Ein Schiedsgericht entscheidet noch nicht, ist noch nicht da. Es wurde die Frage eines

Ehrengerichts aufgeworfen. Im Falle des Ehrengerichts müssen sich beide der Entscheidung unterwerfen. Eine Entscheidung, die aus dem politischen Sektor herausverlegt werden konnte, konnte also nicht getroffen werden. Dem Ehrengericht haben sich nicht beide Gruppen unterworfen. Ich kann nicht auf eigene Faust eine der beiden starken Gruppen ausschließen. Denn, sind wir uns darüber klar, Herr *Schäffer* hat eine gewisse Anhängerschaft, der Bauernverband hat heute bereits 250.000 eingeschriebene Mitglieder,

(Zuruf: Ob die alle mit *Horlacher* gehen, ist fraglich!)

infolgedessen muß ich darauf Rücksicht nehmen. Es wird eingeworfen, ob alle mit *Horlacher* gehen. Ich hatte auch das Schreiben des zweiten Vorsitzenden des Kreisverbandes Oberbayern und gleichzeitig des Bauernverbandes da, des Parteifreundes *Schweiger*, der früher vom Bauernbund kam und der mir sagt, wenn die einseitige Stellungnahme des Kreisverbands für *Schäffer* so weitergeht, dann tritt der Bauernverband wieder hinaus und macht seine eigene Bauernpartei.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, Sie haben das dauernd gehört. Die Gefahr liegt auch in der Luft, daß die Leute herausgehen können und eine Bauern-, Arbeiter-Partei oder sonstige Partei aufmachen. Es waren nicht die Bauern allein. Staatssekretär *Krehle* wird bestätigen, daß die Arbeiter ähnliche Gedanken hatten, und zwar deswegen, weil es sich für alle diese Leute darum handelt, einen neuen Weg zu gehen und zu finden. Ich habe nie - das kann ich mit ehrlichem, ruhigem Gewissen sagen, und das werden alle meine Freunde bestätigen, die in meinen Versammlungen waren, und ich habe jetzt bestimmt schon mindestens 30 Versammlungen gehalten - gegen die Bayerische Volkspartei Stellung genommen.

(Sehr richtig!)

Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ich selbst Mitglied der Bayerischen Volkspartei war, und ich glaube, meine Freunde von früher werden mir keinen Vorwurf machen können, daß ich mich nicht immer als Mitglied der Bayerischen Volkspartei gefühlt und benommen habe. Ich mache niemand gegenüber ein Hehl daraus. Aber ich stehe heute auf dem Standpunkt: Heute wäre die Bayerische Volkspartei fehl am Platze, weil sie die ganzen Aufgaben, die an uns herantreten, gar nicht lösen könnte.

(Sehr richtig!)

Ich bin von anderer Seite angegriffen worden, weil ich in Regensburg - bestimmt zum Teil aus Gefühlsgründen, ich war früher sehr gut befreundet mit dem Ministerpräsidenten *Held* - Stellung genommen und nicht nur *Held* herausgestellt, sondern in weitgehendem Maße die Bayerische Volkspartei und ihre Politik vor 1933 verteidigt habe, gerade in den Übergangstagen. Denn für diese Zeit konnte man diese Politik wirklich sehr gut verteidigen. Damals haben die Leute bestimmte Gründe für ihre Entscheidungen gehabt, das wird verteidigt. Aber von früher her - sind wir uns klar - würden dann, wenn wir Vorzüge nachweisen werden, auch Fehler aufgeworfen werden. Ich liebe es nicht, daß man heute nur über die Fehler von damals diskutiert. Man könnte auch dann darauf hinweisen, daß die Weltanschauungsparteien damals ihre Aufgaben auch gelöst und weitgehend gelöst haben. Aber zweifelsohne sind gewisse Fehler gemacht worden.

Herr *Schäffer* hat vorhin - ich gehe nicht weiter darauf ein, weil ich mit den Fehlern nicht zuviel Zeit verlieren will - auf meine Ansprache von gestern Bezug genommen, daß wir hier an die Zeit von damals erinnert haben. Ich bin und bleibe der Auffassung, daß wir bestimmt besser gehandelt hätten, wenn wir bei der damaligen Wahl nicht *Hindenburg* aufgestellt, sondern *Marx* gewählt hätten.

(Sehr richtig!)

Dann wäre eine Entscheidung vorverlegt worden, die nachher doch fiel. Es hat heute natürlich keinen Sinn, deswegen zu sagen: Ihr habt damals einen Fehler gemacht, der sich so und so ausgewirkt hat. Da lasse ich eines gelten - und das muß ich einer anderen Seite sagen: Man muß dann denen, die damals die Entscheidung getroffen haben, zugute halten, daß sie aus der augenblicklichen Situation heraus geurteilt haben. Deswegen hat es keinen Sinn, sich dann da hineinzuhängen und immer wieder nur in Fehlern zu würgen. Dann kommen wir aus den Auseinandersetzungen über die alte Zeit nicht mehr hinaus.

(Sehr richtig!)

Es kommt vielmehr darauf an, klar zu sehen: War damals die Führung so, daß sie heute irgendwie mit allen Mitteln politisch erledigt werden muß? War sie so, daß man heute sagen kann, wir können von euch erwarten, daß ihr selbst bestimmte Konsequenzen zieht? Oder war sie so, daß wir sie entschuldigen und verteidigen können? Die vierte Möglichkeit ist: War sie so, daß wir sagen können, wir brauchen uns nicht zu schämen? Ich sage Ihnen gleich, ich bin für die vierte Lösung,

(Sehr richtig!)

zu erklären, wir brauchen uns nicht zu schämen. Ich bin nicht dafür, daß wir heute dauernd antreten und uns entschuldigen und verteidigen [für] damals, und zwar deswegen, weil wir - und das ist das Gute an der Union - eine neue Union, eine neue Gruppierung von Menschen sind. Aber das ist auch der Grund, warum ich einen klaren Trennungsstrich gezogen wissen wollte zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

(Sehr gut!)

Da darf ich zu den Ausführungen von Herrn *Schäffer* eines sagen. Als ich aus der Gefangenschaft zurückkam, war ich dann erst einige Tage darauf bei Herrn *Schäffer*. Ich habe mich vorher mit anderen Freunden der Bayerischen Volkspartei immer gesehen und gesprochen, kam dann aber erst zu Herrn *Schäffer* zu einer Aussprache, als die Verhältnisse schon einigermaßen weiter gediehen waren. Da kann ich Ihnen eines sagen: Vielleicht wäre es besser gewesen, wir wären nicht so rasch in den Anlauf zu Parteibildungen gekommen. Das stand aber nicht in unserem Belieben. Ich habe mich, als ich nach meiner Befreiung noch in Capri war, mit amerikanischen Freunden, die damals mit mir die Verhältnisse besprochen haben, über die Parteibildung unterhalten und damals die Auffassung vertreten, daß die Parteibildung in Deutschland langsam anlaufen und organisch wachsen sollte. Dann hätten wir wohl nicht die Erscheinungen, die den Erscheinungen von damals schon ähnlich sind, als die Demokratie rasch verbraucht wurde, auch oft wegen persönlicher Sachen. So lief aber diese Entwicklung ohne unsere Einflußnahme rascher an, als uns das lieb war. Wenn sie organisch, langsam gegangen wäre, hätten wir mehr überlegen können. Es wird Freund *Emil Muhler* sich erinnern, wir waren damals einmal gemeinsam zu einem Herrn der Militärregierung bestellt. Wir haben die Auffassung vertreten, man sollte eigentlich

die Parteibildung erst etwa in einem Jahr so langsam anlaufen lassen. Aber es geschah ziemlich rasch und abrupt. Nun ging ich aus Überlegungen, die ich in der Gefängniszeit angestellt hatte, von folgender Auffassung aus. Ich habe es Ihnen schon gestern kurz gesagt, infolgedessen will ich es nicht zu weit ausführen. Die alten Parteien, und zwar alle miteinander, haben sich damals von der nationalsozialistischen Bewegung überrollen lassen, deswegen, weil sie zu starr sind. Infolgedessen lag es nahe, sich zu sagen, dann kein starres Prinzip.

Ein Vorwurf, der mir sehr zu Unrecht gemacht wird, das wissen alle Freunde der Union, ist der Vorwurf, ich könnte nicht starr genug sein gegenüber einer Bewegung, die jetzt als Kommunismus bezeichnet wird. Ich bezeichne sie nur nicht allein mit dem Namen Kommunismus, sondern mit dem weitergehenden Namen politischer Nihilismus. Es kann jetzt wieder genauso gehen, daß diese Gruppierungen von Menschen, die wir jetzt im Augenblick mit dem Namen Kommunismus bezeichnen, die sonst aber auch eventuell mit anderen Namen zu belegen sind - ich habe gestern den Namen politische Nihilisten gebraucht -, wieder weggerollt kommen über Altes, Starres. Infolgedessen kam es mir darauf an, erstens eine starke Basis zu konstruieren, die nicht so leicht überrannt werden kann, zweitens aber auch eine Vitalität, eine Dynamik in dieser Gruppierung von Menschen zu haben. Die Basis war für mich klar gegeben aus der Tatsache, daß in der Nazizeit der Kampf am schärfsten und mit großer Aussicht auf Erfolg im weltanschaulichen Bereich geführt wurde. Dort wurde aktiver Widerstand geleistet, sonst nicht, leider, das müssen wir ruhig sagen, sonst nur zum Teil im Destruktiven. Einen Widerstand konnte man vielleicht noch erblicken in den Zersetzungen der Wehrkraft, in Hochverrats-, in Landesverrats-, in allen diesen Verfahren, die gelaufen sind. Denn da sind - ich habe es letzthin in einer Ansprache gesagt - in den Jahren 1942/43 allein ungefähr 15.000 Leute geköpft worden. Aber es war eigentlich kein Widerstand, der den Einsatz gelohnt hätte.

(Sehr richtig!)

Ich war immer dagegen, daß Leute nur diese Schwarzhörergeschichten weitererzählt haben, weil sie sinnlos geopfert worden sind. Ich habe erklärt, der Widerstand wurde aus dem weltanschaulichen Bereich heraus geleistet.

Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich da immer zum Kampf eingetreten bin, von 1933 an. Das muß ich auch erwähnen, weil es in gemeinster Weise dann mißbraucht wurde. Ich habe immer wieder erklärt und mache kein Hehl daraus, und Sie müssen es wissen, wenn Sie entscheiden wollen, ob Sie Vertrauen haben wollen oder nicht: Ich habe von 1939 an mit der Militäropposition gearbeitet, mit den führenden Leuten, dem Generaloberst *Beck*, es gehörte damals auch Generaloberst *Halder* dazu, ferner - ich muß das alles erklären, weil ein anderer Vorwurf jetzt dann gleich hier vorweggenommen wird - der General *Thomas* und Admiral *Canaris*, es gehörten *Oster* und *Olbricht* und die ganzen Leute der tatsächlichen Militäropposition dazu und die anderen Namen, die heute noch genannt werden wie *Kluge* und die Leute, die später zum Teil am 20. Juli draufgegangen sind. Ich habe damals mit den Männern vereinbart, daß ich gemeinsam mit evangelischen Freunden, z.B. Pastor *Bonhoeffer*, der nachher auch noch umgebracht wurde, und der Gruppe um *Dohnanyi* und den Leuten, die früher bei *Niemöller* standen usw. zusammenarbeiten sollte. Wir haben uns zusammen über die Steuerung des Weltanschauungskampfes verständigt, damit man nicht auseinanderlief, sondern vom Hintergrund aus die Fäden so hielt, daß er konzentrisch geführt wurde. Die Freunde sind nach Norwegen gegangen und haben dort

die evangelische Kirche beraten, damit sie aus den Fehlern, die hier gemacht wurden, lerne. Sie sind überall herumgereist. Ich habe z.B. mit der Untergrundbewegung in Holland, wo der Widerstand auch von beiden Konfessionen getragen wurde, Fühlung gehabt. Wir haben uns gerade an diesen Weltanschauungswiderstandskampf sehr stark angelehnt, und zwar deswegen, weil wir - bekenntnistreue evangelische Freunde und ich mit einigen katholischen Freunden - uns zusammengefunden hatten. Das muß ich Ihnen sagen, um Ihnen das weitere zu entwickeln, warum ich dann zur Konstruktion der Union auf dieser Weltanschauungsbasis kam. Ich sah damals, daß erstens hier eine Basis gegeben war, zweitens aber auch - und das bitte ich nicht zu vergessen -, daß das die Gruppierung von Menschen war, die am ehesten draußen in den anderen Ländern ansprechen konnte. Ich habe damals im offiziellen Auftrag der Miltäropposition Friedensverhandlungen geführt. Ich muß das hier erklären, weil das in gemeinster Weise weiterentwickelt wird und mir in einer Sitzung in Plattling, bei der Herr *Schäffer* dabei war, der Vorwurf der Spionage für England in einer Weise gemacht wurde, daß ich sagen muß, der betreffende Mann hat heute, obwohl das mittlerweile geklärt wurde, das nicht widerrufen.

(Hört, hört!)

Zu deutsch, man versucht ähnlich wie damals jetzt wieder die Erzbergerei herauszunehmen und Vergleiche zu ziehen. Da muß ich sagen, es war damals schon ein scheußliches Spiel, das gegen *Erzberger* gespielt wurde. Ich brauche ihn dabei nicht zu verteidigen, und ich will ihn nicht verteidigen. Aber wenn damals die *Erzberger*-Mörder von München aus mit einem Paß der bayerischen Polizeidirektion nach Ungarn gebracht wurden und damals Mitglieder der Bayerischen Volkspartei irgendwie dabei waren, so ist das kein Ruhmesblatt der bayerischen Geschichte. Das hat mit der Politik *Erzbergers* nichts zu tun. Das werden auch die evangelischen Freunde, die in verschiedener Hinsicht eine andere Meinung zu *Erzberger* hatten, zugeben müssen. Und darum geht es mir: Auch hier keine Wiederholung in dieser Hinsicht zuzulassen, nicht aus Gefühlsduselei die Leute wieder zu einem falschen Nationalbegriff hinkommen zu lassen, aus dem heraus man alles andere verkennt, so daß man zu solchen Taten kommt wie hier. Zu dem Vorwurf, der erhoben wurde, mußte ich aber gegenüber den Herren, die ihn erhoben haben, klar erklären: Wenn jemand gegen mich Vorwürfe erhebt, weil ich für die offizielle Militäropposition, zu der die namhaftesten Leute gehört haben, die Friedensverhandlungen mit der englischen Regierung durch einen sehr namhaften Vermittler geführt habe, wenn damals, wie das jetzt in der Zeitung erwähnt wird, ein Mitglied der englischen Regierung selbst hinkam, um die Verhandlungen zu führen, wenn damals erklärt wurde, es verhandelt hier das anständige Deutschland, dann muß ich Ihnen heute sagen: Derjenige, der mich deswegen angreift, billigt die Kriegspolitik des Herrn *Hitler*.

(Beifall.)

Und wenn wir weitergegangen sind und bis zu meiner Verhaftung in Kontakt, und zwar in unmittelbar fortlaufendem Kontakt geblieben sind und dort Maßnahmen und Entscheidungen getroffen haben, die nicht nur von mir, sondern auch von den maßgebenden Generälen verantwortet wurden, dann muß ich Ihnen sagen: Auch da war es klar, daß wir uns dessen bewußt waren, daß Vertrauen geschenkt worden war und daß wir das Vertrauen erwidern müssen, weil sonst das anständige Deutschland vor der Welt wieder in den Geruch des Nazi-Deutschland gekommen wäre. Und wir mußten das in die Waagschale werfen, daß hier in Deutschland noch Menschen sind, die das

Unrecht *Hitlers* nicht billigen und sich auch in den einzelnen Phasen von diesem Unrecht distanziert haben.

(Sehr gut!)

Ich habe bedauert, daß hinter meinem Rücken das in gemeinster Weise ausgenützt wurde. Ich habe gestern gehört, daß Herr *Sporer* noch auf der Herfahrt erklärt hat: einen Spion kann man doch nicht zum Vorsitzenden wählen.

(Zuruf: Pfui, der gehört doch hinaus!)

Mit solchen Methoden wurde gekämpft und wird gekämpft. Es wird nach außen verbrämt mit kleinen Geschichten wie Geschäftsordnung und sonstigen Geschichten, wie wir es hier erlebt haben.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Die ganze Zeit Geschäftsordnung, Satzungen usw.!)

Bitte, es wird der Vorwurf erhoben, wir sind noch nicht zur Arbeit gelangt, weil wir immer die Dissonanzen haben. Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen noch sagen, in soundso viel sachlichen Punkten - das hätte Herr *Schäffer* ruhig sagen können - sind wir sogar sehr einig gewesen. Es war so, als es sich z.B. um die Frage der Regierungsbildung handelte, Beteiligung oder Nichtbeteiligung, wo wir uns nicht verständigt haben, weil wieder der Krach war. Trotzdem fiel unabhängig davon die Entscheidung. Also kann es sich um das Sachliche hier nicht gehandelt haben.
Es ging hier klar um das, was erklärt wurde mit dem sogenannten Führungsanspruch in der Union. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen ehrlich sagen, ich bin nicht ehrgeizig. Man sagt das immer für sich. In der Politik hat jeder einen gewissen Auftrieb. Ich kann ruhig sagen, ich habe eine gewisse Vitalität und eine gewisse Dynamik in mir, das gebe ich zu,

(Zuruf: Ist auch gut so!)

aber ich bin nicht ehrgeizig. Und das sage ich wirklich: Ich war zweimal vor dem Galgen - ich habe es in Versammlungen ein paarmal gesagt -, und wenn Sie in der Situation sind, wissen Sie, wofür es sich zu leben und zu sterben lohnt. Da habe ich mir damals vorgenommen, wenn ich schon bereit war, mein Leben einzusetzen für die christliche Idee und an den Galgen zu gehen, nachher auch mein Leben wieder einzusetzen für die gleiche Idee, um sie durchzusetzen.

(Stürmischer Beifall.)

Da geht es mir nicht um lächerliche Posten, das ist mir völlig schnuppe. Ich kann Ihnen ruhig sagen: Im Februar 1943 habe ich im Auftrag des Generaloberst *Beck* noch an die Westmächte die Erklärung abzugeben gehabt, daß jetzt gehandelt würde - das war unmittelbar vor dem *Tresckow*-Attentat -, weil die Generäle sich selbst verpflichtet fühlen würden, die Verbrecherbande zu beseitigen, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt ins Unglück gestürzt hatte. Die Erklärung ist dort angenommen und weitergegeben worden. Kurz nachher wurde ich verhaftet. Es war der letzte Abschied von der Welt. Auch damals ging es schon um die klaren Entscheidungen. Hier stand eine Verbrecherbande, aber mit einer Pyramide nach unten laufend, wobei sehr viele Menschen erfaßt sind, die mitgehandelt haben, ohne sich dessen bewußt zu sein. Aber worauf kommt es in solchen Fällen an? Es kommt darauf an, klar die Gruppierungen von Menschen zu erfassen, die auf die Weise erfaßt und mitgerissen sind, aber auch daraus Lehren zu ziehen. Infolgedessen kam es mir immer darauf an,

aus meinem persönlichen Erlebnis, aber auch aus dem Erlebnis meiner Mitmenschen und jetzt meiner Parteifreunde heraus zu gestalten. So habe ich mich nicht festlegen lassen auf ein Programm und habe - das sage ich Ihnen auch ehrlich - bisher noch nicht die Organisation so forcieren lassen, wie es Herr *Schäffer* und andere Leute wollten, und zwar deswegen, weil ich der Auffassung bin, das muß organisch wachsen, muß langsam gehen, und es müssen alle Gruppierungen, die zu uns kommen, mitwirken, wenn wir das Programm schaffen, wenn wir die Worte schaffen und wenn wir die Organisation schaffen. Ich habe es gestern schon gestreift und will nicht lange darauf eingehen: Ich hatte Bedenken geäußert, als bestimmte Freunde die Organisation forciert schaffen wollten, denn die Verpflichtung hatte ich gegenüber allen, die zu uns kommen, daß nicht eine Gruppe einseitig durchkommt. Es ist an sich schon ein gewisser Vorteil für die Leute da. Sie haben zum Teil doch alterfahrene Parlamentarier. Das ist nicht ein Nachteil, das ist ein Vorteil, wenn man sie hat. Es kommt aber darauf an, die Kombination zwischen Alten und Jungen zu finden und nicht den Fehler von damals zu machen, daß man diese Kombination nicht findet. Aber ich muß den Jungen und den anderen auch Gelegenheit geben, daß sie hineinwachsen, und zwar so rasch wie möglich. Infolgedessen kommt es darauf an, zuerst ein Gefühl dafür zu bekommen, wo zeigen sich Leute, wo zeigen sich junge Leute? Hier war es so: Im Anfang sind auch aus dem Kreis einige herangekommen - Sie kennen die Auseinandersetzung, die letzthin in München wegen Herrn *Stürmann* stattfand - und andere Leute, zum Teil wieder vom *Schäffer*-Kreis her, sind hier herangegangen und haben behauptet, wir sind Vertreter der Jugend. Mir war von vorneherein klar, was sich da zeigte, war nur ein Impuls nach oben, aber nicht ein allgemein jugendlicher Impuls, der wünschenswert ist. Und deswegen wollte ich bewußt vorher die Ausschüsse schaffen lassen. Das habe ich in der letzten Sitzung am 8. Januar gemacht. Ich wollte zunächst einen Überblick gewinnen, wo sind Menschen, wo sind Freunde, und wollte überall herumfahren und dann mittlerweile die Leute zusammenfinden, um dann entsprechende Kräfte nach oben zu bringen. Wir haben noch nicht alle die Kräfte da, die wir brauchen, und wenn wir vor Mandatsverteilungen stehen, werden wir uns manchmal den Kopf zerbrechen müssen, es sei denn, daß wir ganz einfach alles laufen lassen. So mußte man klar sehen. Man mußte irgendwie eine Distanz zum Alten beziehen, ohne das Alte herunterzureißen. Man mußte dann die Kombination suchen und mußte einen Weg in die Zukunft suchen, auch in persönlicher Hinsicht.

Und nun komme ich wieder zum Persönlichen. Ich kam damals zu Herrn *Schäffer*. Die Besprechung, die er dargestellt hat, war etwas früher als er angibt, sie war im Gründungsstadium. Wir haben uns damals in Ausschüssen unterhalten. Es hat Freund *Pfeiffer* da oder dort mitgewirkt. Es sind da und dort Verstimmungen, aber wir müssen die Verstimmungen überwinden. Auch von Herrn *Schäffer* hätte man erwarten müssen, daß er eine rein persönliche Verstimmung überwindet. Nun kam bei der Aussprache zwischen ihm und mir folgender Gedanke zum Ausdruck: Es handelte sich zunächst rein um die Form der Einladung zu einer Gründungsversammlung. Da hat Herr *Schäffer* zunächst angenommen, daß er die Einladung herausgibt. Er sagte dann, man könnte daran denken, daß *Scharnagl* mit unterschreibt. Er hat mir klargelegt, daß die Union bzw. die neue Parteigruppierung die Verantwortung dafür übernehmen soll, daß er als Ministerpräsident bestellt worden sei. Denn die Amerikaner seien gekommen und hätten den früheren Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei bestellt, infolgedessen könnte er jetzt von seinen Freunden, von den Leuten erwarten, daß sie ihm das Vertrauen zum Ausdruck bringen würden, daß er hier die Gründung voll-

ziehe und die Führung übernehme. Da habe ich ihm dann ganz ehrlich erklärt - ich bin immer offen in der Hinsicht, selbst wenn es mir schadet: Herr *Schäffer*, da sind wir völlig im Gegensatz zueinander, nicht aus persönlichen Gründen. Denn ich wußte damals noch gar nicht, worum es sich handelt, und daß ich jetzt hier an diesem Platz stehe, sondern ich habe es abgelehnt, weil nach meiner Auffassung die Union als eine Neugruppierung von Menschen niemals die Verantwortung für ein Zwischenstadium übernehmen konnte, bei dem ein Mann, zu dem man Vertrauen hatte, für das Notstandsministerium bestellt wurde. Ich habe damals erklärt, Ihre Regierung ist eine Notstandsregierung, die neue Union hat damit nichts zu tun, weil wir noch nicht in der Demokratie waren, und wir sind ja heute noch nicht drin.

(Zuruf: Wir sind ja heute noch nicht frei!)

Es handelte sich ferner darum, daß ich erklären mußte: Weil die Union eine neue Gruppierung von Menschen ist, kann sie auch nicht an die alte Zeit anknüpfen, und der frühere Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei kann nicht der Vorsitzende der Union sein, weil sonst sofort die Union nur zur weiterentwickelten, bestenfalls zur erweiterten Bayerischen Volkspartei würde.

(Sehr richtig!)

Wäre das geschehen, dann hätte ich die Freunde verraten, die aus anderen Gruppierungen von Menschen, aus dem weltanschaulichen Bereich, aber auch aus früheren Parteien heraus zu uns gekommen waren. So standen wir vom ersten Moment an seit dieser Zeit in Gegensätzen drin. Die Gegensätze haben sich immer weiter entwickelt. Es ging Herrn *Schäffer* nicht um die Frage Kommunismus. Da hätten Sie hier keine lange Rede zu halten brauchen, Herr *Schäffer*,

(Heiterkeit. - Sehr richtig!)

das wußten Sie alle, die hier sitzen, Sie kennen meine Haltung zur Frage Kommunismus und sogar noch im weitergehenden Sinne zur Frage Kollektivismus, denn darauf kommt es an. Um da nur eine Kleinigkeit vorwegzunehmen: Ich habe - und das war der einzige Vorzug, den ich genossen habe - auch noch nicht in einer anderen Presse als in der Union-Presse geschrieben. Ich habe noch keinen Artikel zur Süddeutschen Zeitung gegeben, weil ich nicht wollte, daß Herr *Schäffer* benachteiligt würde. Aber ich habe den einzigen Vorzug gehabt, daß ich diese "Geistige Erneuerung" herausgegeben habe, nur um ungefähr einen Weg zu zeigen. Die "Geistige Erneuerung" richtet sich in der Hauptsache an Leute der Oberschicht und an andere Adressen nach aussen. Da kam es mir darauf an, klar zu zeigen: hie Kollektiv und hie christliche Persönlichkeit, denn das ist das unterscheidende Merkmal für unsere Arbeit, meine lieben Freunde.

(Sehr richtig!)

Mich interessiert nicht die Kommunistische Partei mit 2%, da unterhalte ich mich heute mit Ihnen gar nicht darüber, ob die in eine Koalition hinein soll oder nicht,

(Zuruf: Laßt sie doch herein!)

das steht nicht zur Entscheidung, diese 2%, sondern es handelt sich um das kollektive Denken der Menschen, das nicht nur dort in diesen 2 oder 5% Parteikommunisten, sondern in mehr Menschen drinnen ist. Es handelt sich darum, daß wir unter allen

Umständen verhindern müssen, daß eine neue Despotie, staatsmäßig und geistesmässig gesehen, sich durchsetzt.

(Zuruf: Gut gesehen!)

Diese Despotie braucht nicht nur mit Parteinamen verknüpft zu sein, wir wissen ja noch nicht einmal, wie die Parteinamen sein werden. Wir wissen doch, daß jetzt die Auseinandersetzungen darüber sind - noch nicht im bayerischen Bereich: Wie wird die Sozialdemokratie aussehen, wird Herr *Schumacher* oder ein anderer sich durchsetzen? Ich halte es für möglich, daß wir in Bayern drei Parteien bekommen. Und wenn Herr *Hoegner* Ihnen, Herr *Schäffer*, heute irgendwelche Erklärungen gibt, interessiert mich das nicht, das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Ich möchte - trotzdem ich mit Ihnen viele Sorgen habe, wenn ich an dem Platz bin - nicht mit Herrn *Hoegner* in einiger Zeit tauschen, denn wir haben die Auseinandersetzungen, es kommt nur darauf an, daß wir wirklich dabei ein Ziel erreichen, die anderen sind den Auseinandersetzung ausgewichen, sie haben ihre alte Partei mit ihrem alten Programm übernommen, das sie im wesentlichen aus taktischen Gründen da und dort mit Föderalismus oder sonstigen Geschichten verbrämt haben.

(Sehr richtig!)

Mit rein taktischen Geschichten und formellen Änderungen werden keine geistigen Auseinandersetzungen durchgeführt. Die Herrschaften werden noch andere Entscheidungen zu treffen haben. Ich will aber, daß die Union dann, wenn diese Entscheidungen dort getroffen werden, in so starker Position ist, daß sie bestimmte Kräfte auffangen kann, das sage ich ganz ehrlich.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn mir der Vorwurf gemacht wird, ich sei Linkssozialist oder wer weiß was -, ist mir das völlig schnuppe,

(Bravo!)

deswegen, weil er ungerechtfertigt ist, weil er parteipolitisch gesehen ist von Leuten, die nicht umdenken können. Ich bin kein Linkssozialist oder, wie es sogar in dieser Schmiergeschichte, aber auch anderswo erwähnt wurde, ich sei unter dem Einfluß des Neffen von *Molotow* Kommunist geworden, ohne daß ich es gemerkt hätte. Ich suche nur klar zu erfassen, welche Notwendigkeiten bei der Gruppierung von Menschen im politischen Leben bestehen, um möglichst viele Menschen um uns, die wir das Christliche und das Soziale durchsetzen wollen, herumzubringen. Nun kann ich Ihnen eines sagen, wenn ich auch das Schmierblatt sonst nicht weiter erwähnen will: Ich war mit dem Neffen von *Molotow* beisammen, er war in Buchenwald mein Nachbar. In Flossenbürg war mein Nachbar ein russischer Partisanengeneral, meine Damen und Herren, aber nicht in Capri - es ist so dargestellt worden, als ob wir eine Vergnügungsreise nach Capri gemacht hätten -, er ist sogar vor der Befreiung weg, weil er nicht befreit werden wollte, sondern er ist zu den Partisanen gegangen. Halten Sie mich für so doof, daß ich mich mit den Leuten überhaupt nicht unterhalte, wenn ich Gelegenheit habe, mir Klarheit zu verschaffen, was geht drüben vor? Oder halten Sie mich für so blöde, daß ich Kommunist werde ohne daß ich es merke? Man kann nur lachen über die Methode, mit der der Kampf geführt wurde, und über die Gemeinheit, mit der die Lügen verbreitet wurden bei Leuten, die gleich darauf reagieren.

Und welche Konsequenzen habe ich aus meinen Unterhaltungen gezogen - deswegen habe ich es erwähnt? Es wurde mir klar, daß wir in Rußland den Kommunismus haben als evolutionären Kommunismus. Das Wort Bolschewismus ist nicht mehr am Platze. Es ist ein evolutionärer Kommunismus. Man ist bereits in einem weiteren Stadium, nämlich beim Kommunismus, der schon - meinetwegen - absieht von allgemeiner Sozialisierung der Produktionsmittel usw. Ich sagte damals am Ende einer Unterhaltung gerade zu dem Neffen von *Molotow*: "Sage Deinem Onkel, er darf nie vergessen, daß der deutsche Kommunismus immer ein anderer sein wird als der Kommunismus, den ihr jetzt bereits habt. Eurer ist evolutionär, unserer ist noch und wird zwangsläufig ein revolutionärer Kommunismus bleiben". Vielleicht bleibt er es überhaupt, und zwar deswegen, weil sich dort der Kommunismus tatsächlich schon zu einer Staatsideologie durchgesetzt hat, nicht nur - ich will sagen - zu einer Wirtschaftsideologie, bei uns aber würde schon bei der Veranlagung der Deutschen zu extremem Denken - das wollen wir ganz ruhig sagen, wir gehen immer bis zur letzten Konsequenz, bei allem, das sehen wir jetzt in der Diskussion -,

(Heiterkeit.)

bei unserer Veranlagung würde unweigerlich dieser Kommunismus oder diese Ideologie, die dann entsteht, extrem werden und zwangsläufig immer revolutionär bleiben. Denken Sie doch an *Hitler* und seinen Völkischen Beobachter, der gewiß Staatsorgan hätte werden sollen, der aber selbst dann, als man die volle Macht hatte, noch revolutionäres Organ war, obwohl es keinen Sinn mehr gehabt hat.

Nun kommt es uns - wenn wir diese Kräfte erkennen wollen - doch darauf an, zu sehen, wo muß ich mich parat stellen, um eine Bewegung abzufangen und mich nicht überrollen zu lassen, wo gehe ich zum Gegenangriff? Ganz klar gesehen: Die Bereitschaftsstellung habe ich Ihnen gesagt, das war das Weltanschauliche mit der Gruppierung der Menschen, rein parteipolitisch gesehen. Der Gegenangriff? Damit hätten wir uns beschäftigen müssen, wenn wir uns hier nicht mit solchen Geschichten hätten aufhalten müssen,

(Sehr richtig!)

und zwar deswegen, weil der sehr wohl in allen Punkten überlegt sein muß. Er hängt zusammen - das hätte auch klar ausgesprochen werden müssen - mit der Stellungnahme - ganz ruhig gesagt - zur Frage Föderalismus, übertriebener Föderalismus oder wie Sie sagen wollen. Ich will das Wort Separatismus nicht in den Mund nehmen, weil ich das wirklich ablehnen würde für unsere Freunde. Das hängt aber auch mit der Frage zusammen: Wie stellen wir uns zum Reich?

Meine Auffassung ist die: Es kommt darauf an, daß wir als Bayern - ich fühle mich, auch wenn ich Franke bin, als guter Bayer, die Franken fühlen sich nämlich als gute Bayern, das können Sie ruhig sagen, wenn Sie draußen sehen, daß überall weiß/blau geflaggt wird, wir sind genauso gute Bayern wie Sie - es kommt darauf an, daß wir als Bayern vor der bayerischen, der deutschen und der Weltgeschichte unsere Aufgabe erkennen, daß wir diesmal die Ostfront der westlichen Kulturwelt zu verteidigen haben. Die westliche Kulturwelt kann nicht aufgerissen werden.

Meine lieben Freunde! Wir haben erlebt, wie rasch Frankreich damals zusammenbrach, wie ein Volk ohne weiteres weggeschwemmt wurde, weil es keine Resistenzkraft hatte. Was nützt es, wenn Leute da und dort hinschielen und sagen, wir können

dort anbandeln und Fühlung nehmen! Alle diese Dinge sind abzulehnen, dabei kommt nichts Gescheites heraus.

(Zuruf: Einseitig!)

Ich hätte auch die Möglichkeit gehabt, die Fühlung aufzunehmen wie andere Leute, die dort hinschielen. Mit mir war Ministerpräsident *Léon Blum* beisammen, er hat mich gut verstanden. Er hat mir Grüße sagen lassen. Ich habe ihm auf Weihnachten kurz geschrieben. Aber ich rate jedem ab, hier die Finger zu verbrennen, weil das keine Lösung ist. Es kommt vielmehr darauf an, zu sehen, wo kann man irgendeine Basis finden, die uns dann weiterbringt, die uns zu irgendeiner Verständigung bringt für den Frieden. Wir tun ja alle miteinander so, als ob wir schon den schönsten Frieden und die schönste friedvolle Demokratie hätten. In Wirklichkeit sind wir noch im Waffenstillstand drin

(Zuruf: Noch nicht einmal!)

und müssen erst sehen, wie gruppieren sich die Menschen. Infolgedessen kommt es darauf an, alles zu vermeiden, was den Frieden vorbelastet.

(Sehr richtig!)

Zu den Vorwürfen, die manchmal erhoben werden, ich sei nicht genug Bayer, weil ich nun nicht einseitig bestimmte Leute von der Königspartei bevorzugt habe, muß ich klar folgendes sagen: Solange ich auf dem Posten stehe, vertrete ich die Monarchisten und die Republikaner, die bei der Union sind, und nicht einseitig eine Gruppierung. Ich kann infolgedessen nicht eine zugunsten der anderen benachteiligen. Hier war es aber klar, daß man bestimmte weitgehende Zusagen haben wollte, daß das Volksreferendum ins Programm kommen sollte. Dann kam Freund *Hundhammer* und machte den Vermittlungsvorschlag, man wünsche, daß Mandatszusagen gegeben würden. Ich kann heute sagen: Ich habe bisher noch keine einzige Mandatszusage gegeben, weil sonst die ganze Geschichte wieder aus persönlichen Gründen in die Brüche gehen würde.

(Sehr richtig!)

Hier bei der Frage - Königspartei - mußte man klar sehen, daß eine gewisse Gruppierung in Bayern im Augenblick aus Gefühlswerten, die ich ohne weiteres anerkenne, glaubte, jetzt rasch ein Ziel verfolgen und erreichen zu können durch das Volksreferendum.

Man wollte die Zusage haben, das soll ins Programm kommen. Meine Damen und Herren! Was hat ein Volksreferendum wegen Abstimmung über den König in unserem Programm zu tun? Unser Programm wird ganz anders aussehen. Deshalb habe ich gesagt, wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir zur Gegenarbeit antreten. Da werden die grundsätzlichen Probleme der Zukunft hinein müssen. In den Auseinandersetzungen wird Farbe bekannt werden darüber, was wir als christliche und soziale Staats- und Gesellschaftspolitik bezeichnen. Aber die Königsparteifragen haben dabei nichts zu sagen. Dabei wird dann auch eines bekannt werden - darüber wollten und sollten wir uns hier eigentlich auch unterhalten: Wie stehen wir zum Reich? Da sage

ich immer, wenn mir vorgehalten wird, ich sei nicht genügend Bayer: Das weise ich zurück, ich bin für die Reichseinheit,

(Stürmischer Beifall.)

ich lehne aber das Einheitsreich ab.

(Erneute stürmische Zustimmung.)

Es kommt hier darauf an, die gerechte Lösung zu finden. Da nützen uns Sprüche mit Föderalismus usw. nichts, weil das Programmwort Föderalismus in der alten Zeit Bedeutung hatte, damals auch mit Recht in den Kampf geworfen wurde, vor allem von der Bayerischen Volksparteiseite her. Damals sollten und mußten wir den föderativen Reichsaufbau verlangen. Ich gestehe ganz ehrlich, daß ich damals als junger Mensch auch nicht gerne gesehen habe, daß man dauernd nur dieses Wort Föderalismus hineinwarf und daß das beinahe der einzige Programmpunkt war, der dauernd vertreten wurde. Ich erinnere mich an eine Unterhaltung mit *Brüning*. Er hatte mich gebeten, bei meinen Freunden in München darauf hinzuwirken, daß nicht dauernd diese Denkschriften nach Berlin hinaufgehen, sondern daß man irgendwie sonst positiv Stellung nimmt. Ich habe damals darum gebeten - in dem Falle kann ich es ruhig sagen, ich schätze wirklich den alten Ministerpräsidenten *Held*, aber in dem Punkt sah man das verschiedenartige Denken -, ich habe gebeten, schickt einen Wirtschaftsvertreter hinauf, der genügend Wirtschaftsaufträge herunterholt. Dann wird mir das föderative Prinzip von selbst leichter, wenn es uns wirtschaftlich besser geht. Statt dessen hat man, wie *Brüning* sich ausdrückt, einen tennisspielenden Gesandten in Berlin gehabt. Das war bestimmt nicht notwendig. Ich muß lachen, wenn heute Leute, allerdings zum Glück nicht Parteifreunde von uns sondern andere Leute, soweit gehen, daß sie wieder davon sprechen, daß die Einzelstaaten wieder ihre Gesandten im Ausland haben sollen.

(Große Heiterkeit.)

Mangels Masse wird sich das Ganze von selbst erledigen.

(Erneute Heiterkeit.)

So möchte ich auch in dieser Hinsicht einen klaren Weg haben. Das hat nichts mit der Koalition und sonstigen Verhandlungen zu tun. Auch hier will ich Ihnen Rede und Antwort stehen.

Wie war es, als die Union gegründet wurde? Ich möchte nicht sagen, wie es vorhin gesagt wurde, ich bin die Union oder sonstwie. Das bin ich nicht so ohne weiteres. Der Gedanke lag drin in den Menschen, die das Erlebnis der letzten Zeit in sich umwerten wollen. Es kam darauf an, die Menschen zusammenzubringen. Ich habe Menschen vom Norden und überall zusammengesammelt, weil es darauf ankam, vor allem die Menschen im Norden zum Union-Denken zu bringen. Wir im konservativen Bayern, vor allem auch in dem mehr ländlichen Südbayern, können mit den Problemstellungen der Zukunft leichter fertig werden. Aber unsere Freunde im Norden müssen auch damit fertig werden. Wenn Sie *Jakob Kaiser* gehört haben, der da war, wenn Sie von der Not in Berlin hören: Wie schwer haben es die Menschen dort, wie sind die abgesunken! Da muß sich die Union durchsetzen! Und ich war erfreut, von *Kaiser* zu hören, daß er mit mir der Auffassung war, wenn wir nicht auseinanderfallen, sind wir auf

dem besten Wege, die stärkste Partei, nicht nur hier, sondern auch im Reich zu werden.

(Lebhafter Beifall.)

Ich sehe auch das nicht unter irgendwelchen Vorstellungen starrer Art von früher an, sondern ich freue mich darüber, daß es gelingt, alle diese Menschen auch in den Städten des Nordens, in denen die materielle Verzweiflung vor allem herrscht, zu einer positiven Gruppierung, zu einer konstruktiven Gruppierung zusammen zu bringen. Wir müssen jetzt vor allem zur Konstruktion kommen gegenüber der Negation, die wir während der nationalsozialistischen Zeit hatten. Wir sprechen dauernd von Nihilismus. Bitte, wo wird der Nihilismus einsetzen? Beim verschärften Kritizismus, dann allüberall! Er ist, wie Sie bemerken können, auch bei uns da. Wir kritisieren doch über die geringsten Kleinigkeiten so, als ob es sich um die größten Probleme handelte. Wenn das schon bei uns der Fall ist, wie wird es erst draußen, wie im Norden sein, wo die Leute in der Not sind, wo sie schon aus Hunger kritisieren! Wo sollen Menschen sein, die die Autorität finden werden, sich durchzusetzen bei diesen Menschen in der Verzweiflung! Da muß konstruktiv gearbeitet werden, um wieder das Vertrauen diesen Menschen zu geben. Da nützen alte Sprüche nichts, sondern es kommt dann wirklich darauf an, den Menschen zu zeigen, daß sich hier in der Union christliche und - das betone ich jetzt doppelt und dreifach, auch wenn immer wieder behauptet wird, ich sei Linkssozialist - wirklich soziale Menschen sich zusammenfinden.

(Stürmischer Beifall. - Zuruf: Auch wenn sie nicht christlich sind!)

Ich lehne die soziale Scheinheiligkeitsduselei, wie sie manchmal üblich war, ab.

(Sehr richtig! Bravo!)

Ich möchte jetzt wirklich nicht noch weiter dieses Thema behandeln. Ich habe hier die grundsätzlichen Auffassungen gezeigt und gezeigt, wo wir ungefähr differieren. Wenn Sie es rein staatspolitisch nehmen, würden wir gar nicht so stark differieren. Ich darf eher den Nenner sagen: Herr *Schäffer* geht eben von Anfang an von der Bayerischen Volkspartei aus. Auch ich war dort, ich kenne die Entwicklung, aber ich möchte mehr Dynamik in der ganzen Entwicklung haben, mehr Vitalität. Ich möchte es darauf abstellen, daß wir das Ganze nicht unter parteimäßigen Vorstellungen sehen, sondern, daß wir das Ganze klar sehen unter den großen Gesichtspunkten, die wichtig sind für die großen Linien in der Politik.

(Beifall.)

Für mich dreht es sich im Moment noch gar nicht darum, ob Koalition oder nicht Koalition, das sind taktische Fragen. Ich kann Ihnen da auch Rede und Antwort stehen. Ich habe nicht so, wie Herr *Schäffer* es dargestellt hat, etwa hinter dem Rücken anderer mit den Kommunisten verhandelt. Das weise ich entschieden zurück.

(Hört, hört!)

Es waren - hier rufe ich *Krehle* zum Zeugen an - auch andere dabei. Wir waren in den damals maßgeblichen Tagen zusammen zu einer Besprechung bei *Schamagl*. Es wurde kein Hehl daraus gemacht. Auch Herr *Hoegner* sagt hier die Unwahrheit, wenn er behauptet, daß ich hinter dem Rücken der Sozialisten mit den Kommunisten verhandelt hätte. Es waren nur immer beide Kreise beisammen, als sie damals an mich

herantraten mit der Bitte um Fühlungnahme, und zwar nicht wegen einer Regierungsbildung, darum ging es gar nicht. Bei einer Besprechung bei der Militärregierung - ich habe die Herren damals bei Major *Vacca* eingeführt - habe ich vielmehr von allem Anfang an erklärt - das wird von den Freunden, die darum wußten, bestätigt werden -, die Frage der Regierungsbildung wird zurückzustellen sein, bis wir uns über andere Dinge klar sind, nämlich über die Frage: Wie stellen wir uns den Aufbau konkret vor? Auch da muß ich sagen: Hätte ich, wenn ich die Möglichkeit hatte, mich mit den Leuten zu unterhalten, es nicht darauf abstellen sollen, mir eine konkrete Vorstellung über den Aufbau zu machen? Ich habe es nicht hinter dem Rücken getan, ich will nicht im einzelnen die Leute nennen, die dabei waren, die darum wußten und die auch das Programm kannten. Wir haben uns auch über sehr schwere Fragen auf kulturellem Gebiet unterhalten. Ich muß sagen, daß die Kommunisten, vielleicht aus taktischen Gründen, rascher zu bestimmten Erklärungen, zu einer bestimmten Linie bereit waren. *Emil Muhler*, Du warst damals dabei - *Muhler* war dabei und ist Zeuge -, als die Sozialdemokraten, vor allem ein bestimmter Herr der Sozialdemokratie mich nachher abgelehnt hat bei den Verhandlungen, von denen Herr *Schäffer* gesprochen hat. Ich weise es auch entschieden zurück und müßte es, wenn es bewußt wiederholt wird, als Lüge bezeichnen, daß ich meinerseits die Kommunisten in einer entscheidenden Nacht angerufen hätte. Es wird sehr viel entstellt. Tatsache war: Ich bin damals den Verhandlungen ferngeblieben, weil wir leider wieder den Krach hatten, weil Herr *Schäffer* mir vorgeworfen hatte, ich hätte ihn gemeinsam mit Herrn *Stegerwald* gestürzt. Deswegen ging ich nicht zu den Besprechungen und bat Dr. *Semler* an meiner Stelle hinzugehen, weil es sich als notwendig erwies, daß jemand dort war. Ich wurde dann nachts von den Kommunisten angerufen. Sie haben mich angerufen, nicht umgekehrt. Sie wollten von mir Auskunft haben. Sie erklärten, daß Dr. *Hundhammer* in meinem Namen bzw. im Namen der Union eine Erklärung abgegeben hätte. Daraufhin sagte ich, wir haben keine Besprechung gehabt, die Herrn *Hundhammer* legitimiert hätte, eine Erklärung für die Union abzugeben. Wir hatten diese Besprechung nicht in dem Sinne, in dem es erwähnt wurde, nämlich, daß wir einen kommunistischen Staatssekretär im Innenministerium ablehnen würden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum habe ich das gesagt? Ich bin von Anfang an dafür eingetreten, daß wir nicht eine Koalitionsregierung sind, daß wir diese Regierung nicht als Koalitionsregierung anerkennen; infolgedessen bleibt es auch dem Herrn Ministerpräsidenten *Hoegner* - der damals mit der Regierungsbildung bestellt war - überlassen, seine Regierung zu bilden, wie er will; wir übernehmen dafür keine Verantwortung; wir nehmen ihm auch nicht die Auseinandersetzung mit den Kommunisten in solchen Fällen ab. Da sollen sich die Sozialisten unter sich auseinandersetzen; wir aber würden uns, in dem Falle darf ich es ruhig sagen - zum mindesten taktisch falsch verhalten, wenn wir hier eine Verantwortung übernehmen würden. - Das war der Grund für die Haltung, die ich dabei eingenommen habe, alles andere dabei ist unwahr.

Nun komme ich zu den Auseinandersetzungen, die dem vorangingen, zu dem Vorwurf - er ist heute nicht so klar wiederholt worden, er wird aber immer in Vertrauensmännerversammlungen wiederholt -, ich hätte bzw. ich hätte gemeinsam mit *Stegerwald* Herrn *Schäffer* gestürzt.

(Hört, hört!)

Wenn dieser Vorwurf bewußt wiederholt wird, werde ich ihn als gemeine Lüge bezeichnen und entsprechend vorgehen, weil ich das schon widerlegt habe, und zwar so widerlegt habe, daß es anerkannt wurde. Ich habe auch hier für meine Erklärungen wieder glaubwürdige Zeugen, das sind Staatssekretär *Krehle* und Minister *Helmerich*. Die Besprechungen zwischen *Stegerwald* und mir fanden immer in Anwesenheit meiner Freunde statt, die ich gerade erwähnt habe, kein Wort, daß ich mit *Stegerwald* dabei allein gesprochen habe. Herr *Stegerwald* sagte mir damals, daß er beauftragt sei, wegen einer Regierungsbildung zu sondieren. Im Anfang faßte er seinen Auftrag etwas weitergehend auf, nachher sagte er, er habe zu sondieren. Er hat mir damals angeboten, seine Vertretung zu übernehmen. Ich habe das gegenüber Herrn *Stegerwald* abgelehnt, ich habe - das werden die Herren bestätigen - ausdrücklich erklärt, die Regierung *Schäffer* ist eine Notstandsregierung, wir sind noch nicht so weit, daß wir eine Regierung auf demokratischer Basis oder zu mindesten schon auf quasi-demokratischer Basis bilden könnten; warten wir in Gottes Namen ab und wechseln nicht von heute auf morgen wieder zu einer anderen Regierung, zu mindesten nicht zu einer Regierung, für die wir wieder in der Notstandszeit die Verantwortung tragen.

(Sehr richtig!)

Stegerwald kam mit mir am Schluß dahin überein, daß er diese Auffassung klarstellen würde. Ich wurde dann selbst auch zur Militärregierung gebeten und habe dort den Standpunkt ungefähr ähnlich wiederholt. Damals wurde schon gebeten, Namen zu nennen für eventuelle Posten. Es kamen der Kultusminister und andere Ministerposten in Frage, als Herrn *Schäffer* damals ein Minister nach dem anderen abgeschossen wurde. Ich habe es abgelehnt, Namen zu nennen.
Nun kommt die andere Phase. Während einer Besprechung in meiner Kanzlei kam ein amerikanischer Offizier und lud mich zu einer sofortigen Besprechung mit Botschafter *Murphy* ein. Hätte ich da erst Herrn *Schäffer* fragen sollen oder müssen, ob ich zu der Besprechung mit dem Botschafter hingehen soll, wenn ich dazu abgeholt werde?

(Zuruf: Nein!)

Da kann mir wirklich nicht der Vorwurf gemacht werden, daß ich hinter dem Rücken operiert hätte. Die Unterhaltung mit Herrn Botschafter *Murphy* dauerte etwas länger. Ich habe auch da nicht Vorschläge unterbreitet, wie sie mir unterstellt wurden. Ich weiß nicht, wieweit ich im einzelnen darauf eingehen kann, ich müßte erst rückfragen. Soviel glaube ich aber mit gutem Gewissen sagen zu können: Es ging auch da ums Grundsätzliche. Die Verhandlung wurde - um es ausdrücklich zu sagen - nicht in dem Sinne geführt, daß ich etwa die Regierungsbildung übernehmen sollte, sondern es kam nur auf eine Aussprache an. Der Botschafter erklärte, wir wollen zuerst klar sehen und dann am Schlusse die Entscheidung treffen. Ich machte ihm in ähnlichem Sinne wörtlich folgenden Vorschlag: Bevor wir über bestimmte Dinge sprechen, die im Zusammenhang mit einer Regierungsbildung immer erörtert werden müssen, müssen ganz konkrete Fragen besprochen werden, nämlich: Wieviel Tonnen Kohle - nicht auf die Ziffer genau, aber ungefähr - werden wir zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft bekommen? Ich stellte diese Frage, weil ich der Auffassung war, wenn wir schon nach Ablösung der Notstandsregierung *Schäffer* Verantwortung übernehmen sollen, hätte, wenn eine solche Regierung anfängt, wenigstens die Wirtschaft so anlaufen sollen, daß einige Fabriken wieder zu arbeiten begonnen hätten. Ich sagte damals wörtlich: Wir werden bestimmt damit rechnen müssen - genauso wie wir mit Hunger

rechnen -, daß wir keine Hausbrandkohle haben, aber wir brauchen Industriekohle, weil sich wieder etwas regen muß, um den Leuten gewisse Hoffnungen zu geben. Denn wenn wir schon an die Verantwortung herangehen, dann wollen wir nicht à tout prix hin, weil es irgendeinem pressiert, Ministerpräsident zu werden.
Damit war die Verhandlung abgeschlossen. Es wurden Namen diskutiert, aber nicht unter dem Gesichtspunkt der Bildung der Regierung, sondern unter dem Gesichtspunkt: Wer ragt aus den einzelnen Parteien heraus? Wer kommt bei der Überlegung auf Brauchbarkeit für bestimmte Aufgaben in Frage? Es wurden von den ganzen Leuten nur zwei oder drei für bestimmte Aufgabenverteilungen praktisch diskutiert, alles andere wurde zurückgestellt.
Zu dem Vorwurf, ich hätte den Kommunisten einen Staatssekretär im Ministerpräsidium versprochen! Auch da muß ich sagen: absolut unwahr. Ich muß verlangen, daß man endlich dafür Beweis antritt und nicht nur irgend etwas hinschmeißt. Es wurde von Linksseite her mehrfach, auch bei der Besprechung bei Herrn Oberbürgermeister *Scharnagl*, die unmittelbar in diesen Tagen stattfand und bei der die Herren *Krehle*, *Baumgartner* usw. zugegen waren, die Frage der eigentlichen Verteilung der Ministerien erörtert. Von Linksseite her wurde der Wunsch geäußert, daß die Linksseite geschlossen soviele Sitze haben sollte als wir von der Union. Die Kommunisten haben ihrerseits gelegentlich etwas von einzelnen Posten hineingeworfen. Keiner von uns ist auf diese Debatte eingegangen. Ich habe jeweils erklärt: Bevor man noch nicht weiß, wie sieht das Arbeitsprogramm einer Regierung aus, kann man noch nicht über diese Dinge diskutieren. Ich hätte mich auch - das sage ich ganz ruhig - dann nicht eingemischt, wenn die sozialistische Gruppe, und zwar geschlossen als kommunistisch-sozialistische Gruppe ihrerseits dann hereingeht, wenn die unter sich einig werden, wenn die ihre Posten miteinander verteilen. Warum da dauernd die Finger hereinnehmen! Sie sollen dazu kommen, daß sie sich auseinandersetzen müssen auch um Posten, wo man gerne auseinander kommt. Lassen wir es darauf ankommen! Warum immer nur vorprellen deswegen, weil man es zu eilig hat? Es kommt immer darauf an, eine gewisse Ruhe zu bewahren, und ich habe den Eindruck, daß manche Leute da und dort die Ruhe verloren haben, auch in späterer Zeit, bei der Wahl.
Auch bei der Wahl sind wir in gewissen Differenzen. Es war der Wahlerfolg da. Zwei Tage darauf kam schon ein Brief von Herrn *Schäffer*, in dem ein Telegramm aus Niederbayern erwähnt wird, daß Niederbayern den Rücktritt der Regierung *Hoegner* und Beauftragung *Schäffers* mit der Regierungsbildung verlangt. Das offizielle Niederbayern, Herr *Falkner*, hat mir nachher erklärt, er wisse dort nichts davon. Auch das habe ich als Material behandelt. Bitte, entscheiden Sie darüber, ob das recht war oder nicht. Ich bin gar nicht weiter darauf eingegangen,

(Gut!)

weil wir in solcher Zeit andere Aufgaben und andere Sorgen haben, als nur hinzugehen und zu sagen: Weil wir einen Wahlerfolg haben, verlangen wir à tout prix sofort Bildung der Regierung. Die Sozialisten hätten nicht mit Unrecht gesagt: Auf dem Lande ist die Union stark, in den Städten sind wir stark. Sie haben es überall erklärt, Sie konnten es in der ausländischen Presse überall sehen, als die Wahl herum war. Ich bin der Auffassung, wir können es auf die Probe ankommen lassen, dann lassen wir es aber auch erst darauf ankommen, dann gehen wir erst an die Verantwortung heran, wenn tatsächlich in den Städten gewählt ist, wenn sich wirklich gezeigt hat, wieviel Prozent des bayerischen Volkes hinter uns stehen! Dann gibt es nachher keine Dis-

kussion mehr. Dann sind klare Verhältnisse geschaffen. Alles vorherige Eilen würde das Verlieren der Ruhe für klare, ruhige Entscheidungen bedeuten.
Auch ähnliche Fälle spielten immer herein. Ich will nicht im einzelnen darauf eingehen, aber wenn die Debatte fortgesetzt wird, kann ich in jedem einzelnen Falle antreten.
Zu den anderen Fragen möchte ich nur folgendes erklären: Herr *Schäffer* macht mir im einzelnen Vorwürfe. Er macht aber auch anderen Freunden Vorwürfe, *Scharnagl*, der heute nicht da ist, und dem einen oder anderen, so, als ob er von allen miteinander benachteiligt und verfolgt worden wäre.

(Hört, hört! Armer Kerl!)

Ich kann ruhig sagen, man hat sich wirklich Mühe gegeben, eine Union zu schaffen, und zwar mit Einschluß des Herrn *Schäffer*. Ich habe vorhin erwähnt - und Herr *Schäffer* wird es bestätigen -, ich habe auch nochmals eine Aussprache gehabt und habe das, was ich jetzt dargelegt habe, ihm damals schon klargelegt. Wenn er sagt, es sei nicht gehalten worden, dann kann ich nur sagen: Ich erinnere mich nicht, wo ich das nicht durchgehalten hätte, mit Ausnahme der Fragen, wo es sich um die Zerreißproben innerhalb der Union gehandelt hat. Bei den Zerreißproben kann man nicht aus persönlicher Rücksichtnahme immer nachgeben, sonst wäre man weich und feige. Hier aber kam es mir darauf an, alle die Leute zusammenzufassen, die nun wirklich auf diesem Wege mitgehen. Es kam mir darauf an, sie auch organisatorisch zusammenzufassen.
Wir dürfen eines nicht verkennen. Auch wenn Herr *Schäffer* nicht mit Unrecht sagt, ich habe in München den Erfolg erreicht, kann ich ruhig sagen: Der Vorwurf, als ob ich hinter der Pressekampagne gestanden hätte, ist wirklich hundertprozentig falsch. Dieser Vorwurf ist selbstverständlich gegen mich ausgewertet worden, ohne daß ich irgend etwas dafür kann. Wir haben x-mal verhandelt.
Ich kann ruhig sagen, ich habe so und so oft auf die Herren, auch auf Herrn *Pix* eingeredet, so daß mir von der Seite nachher auch Weichheit in der Haltung vorgeworfen wurde, weil ich gebeten habe: Unterlaßt die Angriffe in der Öffentlichkeit! Wir setzen uns auseinander. Ich habe erklärt, ich rufe sobald als möglich eine Sitzung nach Bamberg ein. Ich habe damals schon die Sitzung für jetzt vorgesehen gehabt. Ich habe gebeten, stellt die Auseinandersetzungen zurück, es könnte doch sein, daß ein Nachteil eintritt. Von der Seite ist mir dann gesagt worden, die Linke bringt es, sie hat noch mehr Material, und vielleicht haben wir sogar den Vorteil, daß wir den Kampf vorverlegen, und zwar deswegen, weil er ja doch kommt, bevor wir noch im eigentlichen Wahlkampf stehen. Ich habe deswegen meinen Standpunkt nicht geändert gehabt. Aber es ist immerhin ein Einwand, der sich einigermaßen hören ließ. Ich habe jeweils Freunde zur Beratung zugezogen, wenn etwas war. Es war dann Herr *Reschke* von der DANA da. Er hat mich interpelliert. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen, kann es aber auch, wenn es notwendig ist. Ich habe damals *Krehle*, ich habe *Scharnagl* und *Walther von Miller* gebeten, bei der Aussprache dabei zu sein. Ich habe auch erreicht, daß die DANA bis heute, bis zu diesen Entscheidungen hier diese Frage zurückgestellt hat.
Das eine ist klar, meine sehr verehrten Damen und Herren: Nachdem der Stein einmal ins Rollen gebracht ist, interessiert sich jedermann dafür. Es mag uns bequem oder unbequem sein, es hat keinen Sinn, der Beantwortung einer Frage auszuweichen

- nicht meinetwegen, Sie können ruhig jemand anders hinstellen -, nämlich der Frage: Soll *Schäffer* die Führung der Union übernehmen können?

(Zuruf: Kommt nicht in Frage!)

Auch wenn ein Vordermann von *Schäffer* käme - das kann man ruhig sagen -, das wüßten die anderen und die Frage käme in den Kampf herein. Nicht deshalb, weil die Frage von der linken Seite oder von auswärts gestellt wurde, muß sie beantwortet werden, sondern deshalb, weil wir selbst auch in diesem Falle eine klare Haltung beziehen müssen. Es ist unwahr - es tut mir leid, daß heute Herr *Lex* nicht da ist -, es ist unwahr, daß ich mit *Lex* in diesem Zusammenhang gesprochen haben sollte, daß jetzt diese Erklärung *Pix* gefunden sei. Man spricht soviel und hat mich gemein verdächtigt, daß ich der Militärregierung Material gegen Parteifreunde, nämlich gegen Herrn *Schäffer*, gegeben hätte. Ich habe es immer abgelehnt, als Parteifreund gegen Parteifreund, erst recht als Vorsitzender gegen Parteifreund Material zu geben. Ich hätte auch nicht allzuviel geben können. Was ich bisher gegeben habe, ist kein Material, das gegen, sondern eher Material, das zugunsten von *Schäffer* spricht. Das kennt er. Das ist der Bericht, den der Ministerpräsident *Held* einige drei, vier Tage nach dem Umsturz in Bayern über die Vorgänge diktiert hat, die damals zur Umbildung geführt haben. Das habe ich deswegen gegeben, nicht nur der Militärregierung, sondern auch dem Criminal Court in Nürnberg, weil dabei Bayern und unsere ehemaligen Freunde von der Bayerischen Volkspartei für die Zeit des Übergangs gut wegkommen, weil man sieht, wer hatte damals die Verantwortung für den Übergang. Sobald unsere Presse etwas größer ist, würde ich auch dafür sorgen, daß es dort veröffentlicht wird, wenn die Zustimmung gegeben wird. Denn man sieht klar, daß da die Verantwortung *Hitler*, *Frick*, aber auch *Hugenberg* und andere trugen. Man sieht ferner klar, daß damals in Bayern bestimmte, klare Entscheidungen so getroffen wurden, daß sie verantwortet werden können. Ich habe allerdings auch da bisher noch es abgelehnt, einen Artikel von Herrn *Schäffer* über den Schießbefehl in die Union hereinzunehmen, weil dies jetzt in dem Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen wie eine Entschuldigung aussieht. Es ist aber nichts dabei, was der Herr *Schäffer* zu entschuldigen hätte, denn die Frage "Schießbefehl" hatte damals der Ministerpräsident oder das Gesamtkabinett oder der Innenminister zu lösen. Es kommt aber darauf an, daß man ein Dokument hat, das von einem offiziellen Zeugen, nämlich dem Ministerpräsidenten *Held*, stammt, der sich heute nicht in solchem Zusammenhang mit solchen Auseinandersetzungen entschuldigen muß. Also eine klare, ruhige Überlegung, für die ich mich jederzeit rechtfertigen kann. Alles andere sieht danach aus, daß man sagt: Ja, aber ich hätte soundso -.

Auch da muß ich eines sagen: Selbst in dieser Darstellung wären die Darstellungen *Schäffers* gedächtnismäßig nicht ganz richtig wiedergegeben gewesen. Es kam mir in dem Falle darauf an, nicht wegen der Verantwortung für damals herumzureisen, ob Wehrmacht oder nicht Wehrmacht, ob die jemand da hat, sondern es kam nach meinem Empfinden damals darauf an, daß der alte, gute *Held* im Ministerrat - wie er selbst diktiert hat, und wie ich selbst weiß, weil ich damals den ganzen Tag bei ihm dort war - darauf hingewiesen hat, daß auch aus einem eventuellen Schießbefehl ein Bürgerkrieg entstehen kann, und daran erinnert hat, daß im Rahmen eines Bürgerkrieges damals Straßburg verloren ging, und daß man vor der Geschichte nicht die Verantwortung dafür übernehmen könne, daß das Saargebiet oder Danzig verloren gehen könne.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind Gründe, die sich hören lassen. Ich habe eine andere Auffassung vertreten. Ich bin dann am 9. Februar 1934 einen ganzen Tag unmittelbar von *Himmler*, der die Vernehmung geleitet hat, durch den späteren Obergruppenführer *Müller*, auch über die Fragen vernommen worden. Ich habe damals ganz offen erklärt: Ich habe *Held* geraten, den Schießbefehl zu geben, weil ich der Auffassung bin, daß nicht der die Verantwortung trägt, der den Staat verteidigt, sondern der, der ihn angreift. Aber die Gründe *Helds* lassen sich wirklich sehr gut hören von jedermann, es sind Gründe, die jeder anerkennen muß, die man auch draußen anerkennen wird. Deswegen wollte ich hier nicht kleine Auseinandersetzungen in diesem kleinen Flugblatt, sondern ich wollte, daß diese Themen so behandelt werden, daß man nachher sagen kann, das ist ein Versuch der Feststellung historischer Wahrheit.

Ich kann mir, glaube ich, mit gutem Recht sagen, daß ich, wenigstens vor meinem Gewissen, nicht ungerecht gegenüber Herrn *Schäffer* war. Bestimmt, da und dort mußte ich Entscheidungen treffen, die ihn benachteiligt haben. Ich habe mich aber dazu verpflichtet gefühlt, gerade um das Interesse der Union zu wahren, um zu helfen, daß die Union sich aufbauen kann. Auch da trete ich Herrn *Schäffer* immer wieder entgegen, wenn er einen forcierten Aufbau verlangt. Auch in den heutigen Beschlüssen und Anträgen muß ich ihm entgegentreten. Sie haben gestern gehört, es fanden rein im ersten Moment Bestellungen statt durch Leute, die nicht aus allen Gruppierungen genommen waren, die in der Union zusammengekommen sind. Warum denn durchaus so eilig? Fassen wir doch diese Leute zusammen - heute haben wir sie größtenteils zusammen, aber *Krempl* sagt selbst, unsere Organisation ist noch nicht so weit -, fassen wir doch die Leute zusammen und bauen eine Organisation bis in die Bezirke richtig durch und kontrollieren, daß uns kein Vorwurf gemacht werden kann! Ich habe ja so viele Beschwerdeschreiben, auch von konfessioneller Seite, nicht nur von Bauernbundseite. Schaffen wir dann eine wirklich stoßkräftige Organisation! Keine taktischen Kompromißgeschichten in diesem Punkt! Da muß klar und eindeutig gearbeitet werden. Da müßte ein objektiver Dritter, der das ganze bewacht, wirklich kontrollieren können, daß wir demokratisch aufbauen.

(Zuruf: Die Amerikaner!)

Da darf ich Ihnen eines sagen: Glauben Sie nicht, daß die Militärregierung, als ich gestern den Antrag eingereicht habe, nicht auch die Frage überprüft hat? Es ging sogar soweit, daß, wie mir vor einigen Wochen schon von Parteifreundesseite, aber auch von dritter Seite - damals wurde mir eine Regierungsstelle genannt - erklärt wurde, gegen mich geschossen worden war, weil ich eine Parteidiktatur durchführen würde, weil ich es bisher noch nicht zur Wahl der Vorstandschaft kommen ließ.

Meine lieben Parteifreunde! Warum habe ich es bisher noch nicht zur Wahl kommen lassen? - Es ist übrigens falsch gesagt, man hätte die Wahl erzwingen müssen. - Ich habe es noch nicht zur Wahl kommen lassen, weil wir alle uns jeweils im vorläufigen Landesausschuß darüber klar waren, mit Ausnahme der vorhin erwähnten Minderheit. Infolgedessen kam es nicht darauf an, jetzt zu forcieren. Ich habe es aber auch deswegen noch nicht dazu kommen lassen, weil wir organisatorisch noch nicht soweit sind.

Ein weiterer Grund ist der, daß ich der Auffassung bin, es sollten jetzt draußen keine Kraftproben bei den Wahlen noch um andere Posten stattfinden.

(Sehr gut!)

Denken wir doch daran, jetzt haben wir den 31. Am Ende des kommenden Monats wählen wir, im folgenden Monat wählen wir in den größeren Städten. Dann streiten wir um alle Posten miteinander herum. Denn so, wie es bis jetzt war, mußten Sie diese Kräche erwarten, wenn es um mehr Posten geht, leider Gottes.
Infolgedessen war und bleibt mein Vorschlag an Sie: Wählen Sie zunächst den Vorsitzenden, ganz gleich wen, oder bestätigen Sie ihn oder was Sie machen wollen, es ist ganz gleichgültig, was Sie machen, es handelt sich dabei nicht um persönliche Dinge, aber wählen Sie jemand, der im Moment noch durchhält. Ich muß es wirklich nicht sein, Sie können jeden nehmen, den Sie wollen, aber dann, bitte, jemand, von dem man Gewähr hat, daß er wirklich die mittlere Linie der Union vertritt, wenn ich mich so ausdrücken darf.

(Sehr gut!)

Dann kommt dazu: Wenn Sie wählen, wählen Sie nicht einen - das sage ich jetzt ganz ruhig -, der bei zwei Parteien ist, nämlich bei der Union und bei der Königspartei.

(Sehr gut!)

Es müssen daraus Konflikte entstehen. Die Königspartei hat sich bis heute noch nicht entschieden, ob sie Kandidaten aufstellt oder nicht. Solange nicht entschieden ist, ob es sich bei der Königspartei um eine Partei oder einen Verein handelt - der Name spricht für die erstere Lösung -, solange können wir nicht dulden, daß führende Leute von uns gleichzeitig in der Königspartei sind und bei maßgeblichen Willensbildungen mitwirken. Das ist nach dem Anstandsprinzip unmöglich.

(Sehr richtig!)

Aber dann bitte ich Sie weiter: Wählen Sie oder billigen Sie den Arbeitsausschuß, den wir vorgeschlagen haben, bestehend aus den Mitgliedern der Regierung, dem vorläufigen Landesausschuß, also den elf Leuten, die jetzt noch beisammen sind - zum Teil sind es verschiedene Gruppen, es handelt sich um bestenfalls acht oder neun und den Delegierten von Ihnen. Aus diesem Arbeitsausschuß heraus kann dann gearbeitet, können Vorstandswahlen vorbereitet werden, sonst bekommen Sie jetzt nur eine Verzettelung und taktische Manöver. Damit bekommen Sie dann etwas Organisches. Sie können selbst bei der Auswahl der Persönlichkeiten auf die Willensbildung einwirken. Ich habe bisher - das sage ich ganz ehrlich, ich spiele sehr offen - die Taktik verfolgt, daß ich bewußt Franken stark gestellt habe, weil [sich] hier nicht nur die Union im Kampf mit den anderen nach außen entscheidet, sondern auch deshalb, weil ich den Eindruck gehabt habe, daß die Union sich angesichts des Zusammengehens der beiden Konfessionen, der beiden Kräfte, am ehesten festigt und keine Einseitigkeit herauskommt.
Ich bin dann so vorgegangen, daß ich die schwäbischen Freunde besucht und mich mit Ihnen besprochen habe. Ich habe mich gefreut, daß dort das Zusammengehen genauso gut gelungen ist, nachdem man auch im Anfang gewisse Dissonanzen hatte. Aber mit einer Selbstverständlichkeit sondersgleichen sind die konfessionellen und die sonstigen Fragen, auch die Personenfragen behandelt worden. Mit der Oberpfalz habe ich ähnliches durchzuführen versucht. Ich hoffe, daß man dort auch soweit kommt, auch wenn da und dort Zuckungen vorhanden sind. Das ist bei einer neuen Gruppierung immer der Fall. Da wird man zusammenhelfen und darüber hinwegkommen. Ehrlich gesagt, weil drunten gewisse Schwierigkeiten da waren, habe ich

versucht, dort etwas abzukapseln, damit die Kämpfe, die zwischen uns ausgetragen werden, nicht die ganze Union in Bayern zerhauen.

(Bravo!)

Da muß sich eben zeigen: Raufen wir uns im Münchner und im oberbayerischen Bereich zusammen oder gelingt es nicht. Aber die Union wird jetzt nicht mehr zerschlagen.

(Stürmischer Beifall.)

Dann bitte ich Sie noch um eins, damit die Union stark bleibt. Sie wissen, daß nicht nur die Personenfrage in puncto Konfession usw. eine Gefährdung bringen kann, auch die ständischen Interessen können eine Gefährdung bedeuten. Wenn Sie heute Ihren Vorstand nach dem Vorschlag Niederbayerns zu dem bestimmenden Gremium mit einem Primus inter pares zusammensetzen, bitte, nehmen Sie dann die Titel von allen miteinander Doktor, Doktor, Doktor, Doktor.

(Heiterkeit. - Sehr richtig!)

So kann man nicht vorgehen, meine lieben Freunde. Wenn schon, wenn wir eine Vorstandschaft nehmen, müssen die Konfessionen, aber auch die ständischen Interessen berücksichtigt werden. Denn bekanntlich, rein persönlich gesehen, platzt dann etwas sehr gerne, ohne daß grundsätzliche Differenzen da sind.

(Heiterkeit. - Zuruf Dr. *Falkner*: Da ist Niederbayern vorbildlich!)

Ich möchte auch bei der Verteilung der ständischen Fragen und Interessen nicht einseitig, auch nicht einseitig ständisch vorgehen, das sage ich den Vertretern der Stände ehrlich, weil wir sonst auch in dieser Hinsicht eine zu starre Partei bekommen könnten. Deshalb habe ich vorgeschlagen, daß wir die Statuten wirklich langsam und überlegt entwickeln.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Langsam und überlegt, daß es jeder lesen kann. - Heiterkeit!)

Dann muß - genauso wie beim Programm - Vorarbeit durch die Ausschüsse geliefert werden. Die Ausschüsse müssen sich darüber klar werden.
Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich bewußt, daß die Ausschüsse als das Element eingebaut werden, das immer den dynamischen Impuls gibt. Wenn Sie die ständischen Interessen nehmen, können gewisse Zufälligkeiten mitwirken. Es wird dabei ein gewisser und vielleicht guter Konservatismus mit hineinkommen, gerade in dem ländlichen Bayern. Aber denken Sie nur einmal an die ganzen Flüchtlinge, die wir jetzt haben. Wir bekommen zuviel Dynamik durch eine zu große proletarische Masse herein. Da dürfen wir nicht nur ländlich und konservativ denken, da gehört ein gewisser Impuls dazu. Den kann ich nicht allein hineinbringen. Auch wenn Sie mir das größte Vertrauen schenken, wäre das unmöglich. Da gehören soundso viele Menschen, die besten Leute aus der Union dazu. Deshalb damals der Vorschlag, daß wir die Ausschüsse so aufbauen, daß sie ihrerseits wieder organisch wachsen und nach gewisser Zeit wieder ihre Vorsitzenden wählen, nicht damit sie nur ein Programm diskutieren, sondern auch deswegen, weil sie dann ihrerseits im organischen Aufbau der Partei mitwirken sollen. Wenn ich mich so ausdrücken darf: Ich möchte nicht nur einen horizontalen, sondern gleichzeitig einen vertikalen Aufbau der Partei, nicht nur territorial nach den Bezirken, sondern gleichzeitig so, daß die Ausschüsse ihrerseits in einer gewissen von Ihnen zu bestimmenden Relation Vertre-

ter in den Landesausschuß und in die Landesversammlung schicken können. Auf diese Weise werden wir verhindern, daß wir nachher starr werden. Dann kommt, wenn wirklich bei den territorialen Gesichtspunkten Fehler gemacht werden sollten, aus den Ausschüssen hoffentlich ein frischer Impuls heraus. Es wird dann nur darauf ankommen, daß die Ausschüsse wirklich so zusammengesetzt sind, daß alle Strömungen Platz greifen. Wir haben heute sowohl konservative Elemente wie - das kann man ruhig sagen - Sozialisten in der Union. Wir werden vielleicht noch mehr bekommen,

(Zuruf: Gut, in Ordnung!)

gerade, wenn links Splitterungen kommen. Das muß berücksichtigt werden, das ist auch zum Teil unsere Aufgabe, diese Menschen aufzufangen,

(Sehr richtig!)

die Kräfte zu absorbieren. Wir müssen durch Evolution die Revolution verhindern.

(Sehr gut!)

Deswegen muß das Ganze organisch bis ins letzte durchentwickelt werden.

(Sehr richtig!)

So sind Ihre Aufgabenstellungen im Aufbau der Parteiorganisation, im Aufbau der Ausschüsse, in allen Fragen von wichtiger Entscheidung. Wenn wir jetzt am Anfang Konstruktionsfehler machen, können sich diese für dauernd rächen.

(Sehr richtig!)

Wir wollen aber jetzt den Bau so aufrichten, daß er hält, daß wir eine Union bekommen, die wirklich Standkraft hat im Innern und dann nach außen.

(Stürmischer, anhaltender Beifall!)

Es liegen ungefähr 15 Wortmeldungen vor.
Nerreter hat Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.
Sodann haben wir über den Antrag Oberfranken auf Bestätigung des Unionsvorsitzenden abzustimmen.
Ich bitte jetzt um Diskussion über den Antrag auf Schluß der Debatte. Herr *Nerreter* begründet.
Dr. *Nerreter*: Meine Freunde! Der gestrige Nachmittag war eine verkorkste Sache; es wurde allgemein so empfunden. Ich will das nicht im einzelnen begründen, Schwamm drüber!
Der heutige Vormittag war ein Erlebnis, wenigstens für mich. Ich habe es dankbar begrüßt, daß die beiden führenden Persönlichkeiten der Christlich-Sozialen Union, um deren Namen sozusagen die Bamberger Tagung schwingt, in einer klaren und offenen Aussprache Gelegenheit hatten, die Ziele ihrer Politik und ihre Aspekte uns darzulegen. Eine gute Rede kriegt ja, wie unser großer oberbayerischer Landsmann *Ludwig Thoma* sagt, leicht Junge. Und es müssen zwei sehr gute Reden gewesen sein, denn sie haben nicht weniger als 15 bis 20 Wortmeldungen zur Folge gehabt.

(Heiterkeit.)

Wir sind aber nicht in der Lage, die Gedanken jedes einzelnen von uns dazu noch zu hören. Dann müßten wir wahrscheinlich die Tagung mindestens über eine Woche erstrecken. Das, worum es sich für uns handeln muß, ist klar: Wir müssen mit einer klaren und eindeutigen Entscheidung jetzt wieder heimfahren. Denn wir werden von

Freunden und auch von Außenstehenden gefragt: Was habt Ihr in Bamberg gemacht? Dann müssen wir Rede und Antwort stehen können.
Ich greife den Antrag von Oberfranken auf, daß wir jetzt zur Wahl des Vorsitzenden Stellung nehmen und diese Wahl vollziehen, denn wir brauchen für die nächste Zeit eine stabile Führung und Leitung der Christlich-Sozialen Union solange, bis es möglich sein wird, ohne gewaltsame Herbeiführung der Landestagung diese Landestagung wirklich stattfinden zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Hundhammer* hat das Wort zum Antrag auf Schluß der Debatte.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe mich jetzt, seit die Tagung läuft, dreimal zur Diskussion, zur Sache gemeldet, gestern zweimal, heute, bevor die beiden Herren gesprochen haben, zum drittenmal. Gestern wurde beide Male, bevor die Möglichkeit zur Stellungnahme bestanden hat, auf Anregung des Vorsitzenden Schluß der Debatte beschlossen. Es ist jetzt der dritte Fall, in dem eine Wortmeldung vorliegt und in dem wieder der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt ist, bevor ich Stellung nehmen kann. Nachdem mein Name in der Diskussion und in den Ausführungen wiederholt gefallen ist und auch sachliche Fragen vorliegen, die mich veranlassen, Stellung zu nehmen, bitte ich, mir Gelegenheit zu geben, zu sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dazu eines sagen! Ich muß erklären: Nicht durch mich angeregt wurde Schluß der Debatte beschlossen, sondern es kam jeweils der Antrag - das kann ohne weiteres festgestellt werden -, und entsprechend dem Antrag ist beschlossen worden.
Strauß: Meines Erachtens kann diese Debatte nicht beschlossen werden, bevor nicht ein Antrag eingebracht wird, und der entspricht der gesunden Vernunft, daß in der Zukunft in der Öffentlichkeit die privaten Streitigkeiten, sei es in Zeitungen, sei es in öffentlichen Versammlungen nicht mehr erwähnt werden dürfen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich bitte nicht nur darum, ich möchte sagen, ich fordere und, wenn ich die Macht hätte - ich habe sie nicht und will sie nicht haben -, würde ich es befehlen, daß beide Teile sich verpflichten und ihr Ehrenwort geben, daß von nun an der Name der Union nicht mehr durch Ausgraben von Stenogrammen, durch gegenseitiges Hin- und Hergerede, Zitierung von Archiven und längst verflossenen Dingen in den Dreck gezogen wird. ...

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Strauß*, darf ich um eines bitten, wir reden zum Antrag auf Schluß der Debatte. Wir können diese Frage nachher noch erörtern. Am Nachmittag können wir uns meinetwegen noch soundso lange unterhalten, aber die Leute müssen um 15 Uhr weg. Da können wir jetzt keine langen Reden halten. Ich dachte, Sie würden zum Antrag auf Schluß der Debatte sprechen.
Strauß: Ich stelle nur noch den Antrag, daß die zwei oder drei Teile sich verpflichten, darüber nicht mehr in der Öffentlichkeit zu sprechen und zu schreiben, und daß sie sich heute zur Versöhnung die Hand reichen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Horlacher* zum Antrag auf Schluß der Debatte.

Dr. *Horlacher*: Meine Herren, ich würde dringend bitten, den Antrag auf Schluß der Debatte anzunehmen. Ich hätte genauso gut das Bedürfnis zu reden wie Dr. *Hundhammer*, vielleicht noch mehr.

(Zurufe.)

Ich stelle das zurück und behalte mir vor, über die Coburger Rede heute nachmittag noch zu sprechen. Ich glaube, wir sind uns über die Verhältnisse im Großen und Ganzen im klaren. Wir haben die beiden Referate gehört. Wir sind nicht dazu da, einzelne Geschichten zu behandeln, die interessieren bei der großen politischen Lage nicht. Wir sind dazu da, eine politische Linie für die Union aufzuzeigen. Und da, glaube ich, kann ich ruhig aussprechen: Was der Herr Vorsitzende ausgesprochen hat, das verdient unser vollstes Vertrauen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nicht nur zum Antrag auf Schluß der Debatte gesprochen worden.
Will noch jemand zu dem Antrag auf Schluß der Debatte sprechen?
Schäffer: Ich hätte selbstverständlich Anlaß, auf manche Bemerkungen aus dem Referat einzugehen. Wenn ich darauf verzichte, tue ich es unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ich die Sachschilderung nicht im Ganzen anerkennen kann.
Ein Teilnehmer: Ich möchte beantragen: Wir beschließen die Debatte und gehen so auseinander, daß wir draußen in der Öffentlichkeit sagen können, wir haben die große Linie gefunden, die sich in den Worten des Vorsitzenden gezeichnet hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse zum Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Vier sind dagegen.
Damit ist die Debatte geschlossen.

(Bravo!)

Wir kommen dann zu den Anträgen. Es liegen jetzt folgende Anträge vor:
Oberfranken stellt den Antrag, die Wahl des Landesvorsitzenden sofort vorzunehmen. Das ist der Antrag Dr. *Barth*.
Dr. *Arnold* stellt den Antrag auf Schluß der Debatte und Antrag auf Vertrauensentscheid für den Vorsitzenden.
Ein Antrag *Nerreter* ist dasselbe.
Jetzt bitte ich, darüber zu beschließen, daß ich unter Abänderung der Tagesordnung - ich muß es so machen und werde selbstverständlich nachher den Vorsitz übergeben - jetzt den Antrag wegen Bestätigung oder Wahl des Landesvorsitzenden vornehme.

(Zuruf: Vorschlag: Fünf Minuten Pause! - Gegenrufe: Nein!)

Darf ich Ihre Zustimmung annehmen, daß jetzt dieses Thema vorgenommen wird?

(Zurufe: Jawohl!)

Ich gebe nur den Antrag bekannt und bitte, Ihrerseits dann jemand zu benennen, der den Vorsitz führt.
Es liegt dazu noch der Antrag des vorläufigen Landesausschusses Ziffer 2. vor:

> Dr. *Josef Müller* wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.

Dann haben wir noch den Antrag des vorläufigen Landesausschusses Ziffer 3.:

> Zur Unterstützung des Landesvorsitzenden bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird ein Arbeitsausschuß bestellt, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses, den Kabinettsmitgliedern der Union und je einem von den Bezirksverbänden benannten Vertreter.

Ich darf Ihre Zustimmung annehmen, daß die beiden Anträge getrennt behandelt werden.
Für die Behandlung des ersten Antrags bitte ich Sie, Ihrerseits einen Herrn zu bestimmen, der jetzt den Vorsitz übernimmt.

(Zurufe: *Barth* (Coburg), *von Prittwitz-Gaffron.*)

Prittwitz-Gaffron ist nicht Delegierter.

(Zuruf: Staatssekretär *Pfeiffer*! - Zuruf: Ich bin nicht lange genug da!)

Barth (Coburg) ist der Vorsitzende des einladenden Bezirks. Infolgedessen schlage ich vor, den Vorschlag anzunehmen.

(Zuruf: *Krehle*!)

Wollen wir nicht wegen Äußerlichkeiten wieder in Konflikte kommen.
Es stehen also vorgeschlagen: *Barth* (Coburg), Staatssekretär *Pfeiffer*, Staatssekretär *Krehle*.
Wollen wir darüber abstimmen? Dann müssen wir jetzt schon wieder schriftlich abstimmen.

(Zurufe: *Barth* (Coburg)!)

Ich könnte - weil die Militärregierung ja in all diesen Fällen, wo es von Bedeutung sei, schriftliche Abstimmung vorsieht - von schriftlicher Abstimmung nur absehen, wenn Einstimmigkeit herrscht.
Dann darf ich abstimmen. *Anton Pfeiffer* hat selbst erklärt, er komme nicht in Betracht, *Krehle* auch nicht. Dann steht nur der Vorschlag *Barth* (Coburg).
Wer ist dagegen, daß *Barth* (Coburg) jetzt zur Behandlung dieser Frage den Vorsitz übernimmt?
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Angenommen.
Ich bitte Dr. *Barth* (Coburg), den Vorsitz zu übernehmen.
Dr. *Barth* (Coburg) als Vorsitzender: Meine Damen und Herren, die Anträge, die wir jetzt beraten, sind Ihnen bekannt. Herr Staatssekretär *Schäffer* hat das Wort.
Schäffer: Ich wollte zu den Anträgen zunächst eine Erklärung abgeben.
Herr *Strauß* hat vorhin gewünscht, daß die verschiedenen Personen eine Erklärung abgeben, daß sie loyal zum Wohle der Union arbeiten und sich jeden öffentlichen Angriffs auf eine Partei oder eine Parteigruppe enthalten wollen.
Ich darf für mich persönlich in Anspruch nehmen, daß ich glaube, nicht den Vorwurf zu verdienen, das je getan zu haben, gebe aber die feierliche Erklärung ab, daß ich mich an diese alte Linie immer halten will und daß von mir aus gegen einen Parteifreund in der Öffentlichkeit nie ein Angriff erfolgen wird.

(Lebhafter Beifall.)

Mein Weg ist der, daß ich den zuständigen Parteiinstanzen meine sachliche Meinung vortrage, unter Umständen auch persönliche Themen bespreche, wenn ich es für notwendig halte, aber nur im geschlossenen Zirkel der Parteiinstanz.
Von diesem Gesichtspunkt aus darf ich einmal bitten, jetzt meine Stellungnahme zu den verschiedenen Anträgen zu verstehen.
Ich habe im Namen des Kreisverbands oder Bezirksverbands München-Stadt zunächst den Antrag auf Einberufung einer Landesversammlung zum 5. Mai 1946 in München gestellt.
Liebe Freunde, ich kann nicht anders, als zu erklären, daß diesem Antrag bereits zwei Kreisverbände, Oberbayern und Niederbayern, beigetreten sind, und daß damit nach meiner Überzeugung dem Antrag ohne Abstimmung stattgegeben werden muß.
Ich bitte, diese Erklärung zu Protokoll zu nehmen.
Was die Frage des Landesvorstands betrifft, so hätte ich dringend gewünscht - und darauf war meine Rede abgestellt -, daß wir hier in diesem Saal, in dem sogar ein Kreuz vorhanden ist, die Möglichkeit gehabt hätten, uns die Hände zu reichen und zu sagen: Wir arbeiten beide gemeinsam zum Wohle der Union.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich hätte das gewünscht, aber, meine Damen und Herren, ich bitte es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich in keiner Situation eine Unwahrheit aussprechen will. Ich habe schon betont, daß ich nicht die Überzeugung haben kann, daß eine Wiederwahl oder eine Bestätigung unseres Dr. *Müller* in meinem Kreisverband verstanden wird.

(Zuruf: Macht nichts! - Hört, hört! - Zuruf: Spielt ja keine Rolle!)

Bitte, ich habe gebeten, wir möchten uns heute auf eine feste Konzeption einigen. Ich habe angeregt, daß wir beide - Dr. *Müller* hat das in seiner Rede auch zum Ausdruck gebracht - sagen wir, um es nicht als Obsiegen irgendeiner Richtung erscheinen zu lassen, uns für die Zeit bis zur nächsten Landesversammlung aus der Vorstandschaft zurückziehen.

(Lebhafte Zurufe! - Zuruf Dr. *Horlacher*: Ist unerhört, ich [sic!] unmöglich! - Zuruf: Schluß der Debatte!)

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Bitte fassen Sie sich kurz.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Heute nachmittag kann das erörtert werden, aber nicht jetzt!)

Schäffer: Ich habe meine Erklärung abgegeben!

(Zuruf: Mehr als die Erklärung!)

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Schluß der Debatte.
Es wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.
Schäffer: Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich diesen Antrag, unterstützt von Ober- und Niederbayern, aufrechterhalte.
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung möchte ich bemerken: Diese Äußerungen von Herrn *Schäffer* waren außerhalb nach Schluß der Debatte. Schluß der Debatte ist angenommen. Es ist uns unmöglich, zu diesem Gesichtspunkt jetzt Stellung zu nehmen. Wir haben jetzt über die Wahl abzustimmen. Die anderen Fragen werden wir heute nachmittag noch behandeln. Das sind so weitreichende Fragen, daß man schon Stellung dazu nehmen muß.

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Ich stelle zur Abstimmung den Antrag des vorläufigen Landesausschusses:

> Dr. *Josef Müller* wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.

Wir schreiten zur Abstimmung.

(Unruhe. - Zurufe: Ja oder Nein?)

Wer für Dr. *Müller* ist, stimmt mit Ja, im anderen Falle mit Nein.
Schriftführer: Ich verlese die stimmberechtigten Vertreter: -
Dr. *Müller*: Darf ich vorher kurz eingreifen, aber es muß ordnungsmäßig durchgeführt werden.
Ich bitte, wie gestern, Herrn *Holzmann* mit noch zwei Herren zu bestellen, daß sie die ganze Wahl beaufsichtigen und durchführen lassen. Ich würde aber bitten, daß in diesem Falle die Stimmzettel getrennt eingesammelt werden.
Es muß mit Namen abgestimmt werden.

(Zuruf: Muß mit Namen abgestimmt werden?)

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Wenn Sie Dr. *Müller* wählen, schreiben Sie seinen Namen darauf.

(Widerspruch. - Zurufe: Nein!)

Gut, ich lasse mich belehren.
Also: Ja oder Nein.
Ich lese den Antrag noch einmal vor:

> Dr. *Josef Müller* wird in Bestätigung des Beschlusses des vorläufigen Landesausschusses vom 17. Dezember 1945 durch den erweiterten Landesausschuß als Landesvorsitzender bestätigt.

Daraus ergibt sich: Ja oder Nein.

(Lebhafte Zurufe! - Zuruf Dr. *Nerreter*: Zur Geschäftsordnung! Nachdem nur ein Kandidat zur Wahl steht, genügt es doch vollkommen, wenn wir Ja oder Nein stimmen!)

Dr. *Lacherbauer*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dr. *Müller* ist Landesvorsitzender. Solange Dr. *Müller* Landesvorsitzender ist, kann die Frage, ob gewählt oder nicht gewählt wird, überhaupt nicht debattiert werden. Dr. *Müller* hat die Vertrauensfrage gestellt, und die ist mit Ja oder Nein zu beantworten.
Dr. *Barth* als Vorsitzender: Damit ich klarlege: Es handelt sich nicht um ein Vertrauensvotum, sondern um eine Wiederwahl zur Person.
Dr. *Lacherbauer*: Nein, wir haben nichts zu wählen, es ist kein vakanter Posten da.
Dr. *Baumgartner* (Dr. *Horlacher*?): Herr Dr. *Barth*! Was Dr. *Lacherbauer* sagt, ist nicht ganz richtig. Dr. *Müller* ist gegenwärtig vorläufiger Landesvorsitzender. Wir wollen doch entscheiden, ob er zum Landesvorsitzenden bestätigt wird oder nicht.
Das ist etwas anderes, als wenn er als vorläufiger Vorsitzender anerkannt wird oder nicht.
Ich bitte, das klarzustellen.
Dr. *Lacherbauer*: Die Ausführungen von Dr. *Baumgartner* veranlassen mich zu grundsätzlichen Erwägungen.

Nur die Landesversammlung kann den definitiven Landesvorsitzenden wählen. Hier ist der erweiterte Landesausschuß, der diese Funktion überhaupt nicht ausüben kann. Es kann also nur um die Frage gehen - und wir haben es in München so besprochen und sind uns darüber einig gewesen: Dr. *Müller* stellt die Vertrauensfrage, und die hat diese Formulierung:
Ich bitte, diese Formulierung noch einmal genau anzuhören, dann werden Sie sich bestimmt auf meinen Standpunkt stellen können.
Dr. *Horlacher*: So liegen die Dinge nicht ganz.

(Zuruf.)

- Ich bitte, mir das Wort zu lassen, ich weiß genau, was ich will, Herr Dr. *Lacherbauer*. Lassen Sie mich zuerst reden. Ich bin selbst 58 Jahre alt, im politischen Leben gestanden und weiß, was ich zu sagen habe.
Es handelt sich darum, daß eine Formulierung der Militärregierung vorliegt. Die Militärregierung steht auf dem Standpunkt, daß die Herren darüber abzustimmen haben, ob das Gremium gesetzmäßig ist oder nicht. Das ist gestern durch geheime Abstimmung erledigt worden.
Die Militärregierung steht weiter auf dem Standpunkt, daß ein Vorsitzender zu wählen ist, bis eine ordnungsgemäße Landesversammlung später einmal möglich ist. Die Militärregierung sieht selbst ein, daß eine solche nach dem Gang der Dinge noch nicht möglich ist, die Militärregierung wünscht aber, daß die Union legal arbeitet und daß der Vorwurf der Illegalität gegen den Vorsitzenden nicht mehr erhoben werden kann. Deswegen muß der Vorsitzende gewählt werden. Nachdem nur *ein* Wahlvorschlag vorliegt - Dr. *Müller* -, wird das jetzt im Protokoll aufgenommen, und wir werden über die Person des Dr. *Müller* mit Ja oder Nein abstimmen.
Dr. *Müller*: Ich muß etwas berichtigen, ich würde mich sonst nicht zum Wort gemeldet haben.
Es ist nicht richtig, wenn erklärt wird, die Militärregierung wünscht.
Die Militärregierung hat die Auffassung, daß wir eine freie demokratische Wahl haben. Es handelt sich um folgendes: Weil die Legalität bestritten wurde, soll klargelegt werden, daß wir legal vorgehen, wenn wir eine Beschlußfassung vornehmen. Ich habe deshalb die Anträge des vorläufigen Landesausschusses der Militärregierung vorgelegt. Diese hat ihrerseits die Bestätigung ausgesprochen. Diese geht dahin, daß Sie berechtigt sind, unter Abänderung der Statuten mit einfacher Majorität diese Beschlüsse zu fassen.
So ist das Verhältnis. Das ist also kein Einmischen, das würde vollkommen falsch sein. Aber der Einwand *Lacherbauer* ist demnach in diesem Falle nicht aufrechtzuhalten. Sie können ohne weiteres hier die Statuten abändern, deswegen, weil der erweiterte Landesausschuß damals die Statuten beschlossen hat und sie ohne weiteres abändern kann, solange, bis eine Landesversammlung ihrerseits als das erweiterte Gremium Statuten beschließt. Nachher kann natürlich ein Landesausschuß Statuten nicht mehr abändern.
Solange aber kann der erweiterte Landesausschuß aufgrund dieser Genehmigung mit einfacher Majorität die Statuten abändern.

(Zuruf: Ich bitte, jetzt die Wahl durchzuführen und nicht durch weitere Diskussionen die Wahl hinauszuschieben.)

Dr. *Barth* als Vorsitzender: Wir schreiten zur Durchführung der Wahl.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des

Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt. - Bei Aufruf des Dr. *Müller* erklärt dieser: Ich beteilige mich nicht an der Abstimmung.)
Ich schlage vor, daß, wie gestern, wiederum zwei Delegierte und zwei Gäste die Zählung durchführen. Ich bitte Herrn *Holzmann*, Herrn *Ammann*, Dr. *von Katzler* und Dr. *Gerathewohl*.
Meine Damen und Herren! Während der Zählung stelle ich den zweiten Punkt, den Antrag des vorläufigen Landesausschusses unter Ziffer 3. zur Wahl:

> Zur Unterstützung des Landesvorsitzenden bis zum Zusammentritt der Landesversammlung wird ein Arbeitsausschuß bestellt, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern des vorläufigen Landesausschusses, den Kabinettsmitgliedern der Union und je einem von den Bezirksverbänden benannten Vertreter.

Ich bitte, auch über diesen Antrag mit Ja, wenn die Zustimmung vorliegt, und mit Nein, wenn die Ablehnung vorliegt, abzustimmen.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Das Ergebnis der Abstimmung zu dem ersten Punkt, Wahl des Landesvorsitzenden:

> Es wurden abgegeben: 59 Stimmen, davon 41 mit Ja,
>
> (Beifall.)
>
> 17 mit Nein, eine Stimme ist ungültig.

Während der Auszählung zu Punkt 2 kann ich den dritten Punkt, der zur Entscheidung gestellt wird, den Antrag des vorläufigen Landesausschusses unter Ziffer 4 zur Abstimmung stellen:

> Der bisherige erweiterte Landesausschuß tagt in Zukunft bis zur Bestellung eines Landesausschusses durch die Landesversammlung als der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union.

Das ist also die dritte Wahl, die wieder mit Ja oder Nein zu entscheiden ist.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Das Ergebnis der Abstimmung zum Punkt 2 hat folgendes Aussehen:

> Es wurden abgegeben: 60 Stimmen, davon 46 mit Ja und 14 mit Nein.

Punkt 2 ist also ebenfalls angenommen worden.
Der dritte Antrag:

> Es wurden ebenfalls abgegeben: 60 Stimmen, davon 46 mit Ja und 14 mit Nein.

Auch dieser Antrag ist dementsprechend angenommen.
Herr Dr. *Müller*! Sie haben eben das Ergebnis dieser dreifachen Abstimmung gehört. Ich freue mich, Sie in Ihrem verantwortungsvollen Amt, das Sie bisher als unser Landesvorsitzender schon innegehabt haben, bestätigt zu wissen.

(Lebhafter Beifall. - Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir bezeigt haben.

Ich verspreche Ihnen, ich werde mich bemühen, das Beste zu tun, was in menschlichen Kräften steht.

(Bravo!)

Ich will nicht nur das Beste tun, was in meinen Kräften steht, um wirklich die Union durchzusetzen als die Union aller draußen, aller, die sich um das Programm, um die Gruppierung sammeln wollen, sondern auch als eine wirkliche Union im Innern.
Ich bitte jetzt ehrlich und offen auch diejenigen, die mir ihre Stimme nicht gegeben haben, doch vertrauensvoll mit mir zusammenzuarbeiten. Wir wollen immer daran denken, daß es sich doch um das Größere handelt, nämlich darum, unsere christliche Weltanschauung durchzusetzen und nicht nur ein christliches, soziales Parteigebilde, sondern auch ein christliches, soziales Volk zu schaffen.

(Zustimmung.)

Wir wollen nicht viel Worte verlieren. Ich danke Ihnen und bitte Sie alle um Ihre Mitarbeit, um die Zusammenarbeit, jetzt vor allem, wo es gilt, draußen zu arbeiten. Ich bitte aber auch alle Freunde, die bisher in den Ausschüssen und überall zusammengeholfen haben. Wenn wir zusammenstehen, wird es uns auf alle Fälle gelingen.
Schäffer: Ich möchte nur erklären, daß meine Liebe der Christlich-Sozialen Union gehört und daß ich deshalb loyal meine Kräfte zur Verfügung stelle.

(Stürmischer Beifall.)

Dr. *Hundhammer*: Es ist vorhin davon gesprochen worden, daß es Leute gebe, die beiden Parteien angehören, der Königspartei und der Christlich-Sozialen Union. Aus dem Zusammenhang muß ich entnehmen, daß das auf mich gemünzt ist.
Ich erkläre, daß ich nicht Mitglied der Königspartei bin und von Anfang an, als die versucht haben, nach meiner Rückkehr aus der Gefangenschaft mich zu gewinnen und an führende Stelle zu setzen, erklärt habe: "Nein, ich halte diesen Weg nicht für richtig."

(Lebhafter Beifall.)

Im übrigen hoffe ich, nachdem es mir gestern und heute vormittag nicht möglich war, zu diesen Gedankengängen und Dingen Stellung zu nehmen, meine weiteren Ausführungen noch machen zu können.
Dr. *Falkner*: Es wurde heute vormittag kurz die Sitzung in Plattling erwähnt mit dem Vorwurf, der seinerzeit gegen Sie, Herr Dr. *Müller*, erhoben wurde.
Ich möchte hier erklären, daß Sie persönlich und einige Herren der Vorstandschaft mir den Sachverhalt erklärt haben und daß ich erklärt habe, die Auskunft ist befriedigend. Dementsprechend sind auch die Kreisverbände unterrichtet worden.
Zur Wahl des Landesvorsitzenden: Es ist eine Selbstverständlichkeit für Niederbayern, daß wir Sie als ersten Vorsitzenden anerkennen und loyal mit Ihnen zusammenarbeiten.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Meine Herren, ich brauche nicht mehr viel zu sagen. Ich freue mich über die letzten Erklärungen. Es wird auch an unserer Seite liegen, dasselbe zu tun. Ich werde meine Freunde, die bisher geholfen haben, den fortschrittlichen Weg der

Union zu bereiten, ermahnen, alles zurückzustellen, was irgendwie zu persönlichen Differenzen führen könnte.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie nun, nachdem so viel Klarheit geschaffen ist, mir noch in einem zuzustimmen. Wir haben leider noch kein Schiedsgericht, wollen uns aber nachher kurz darüber klar werden, daß wir jetzt dem Herrn Dr. *Hagenauer*, der damit beauftragt ist, eine klare Weisung geben, was das Schiedsgericht darstellen soll. Wir wollen uns dann hier, wenn wir jetzt beisammen sind, verpflichten, bis zur endgültigen Festlegung eines Schiedsgerichts in den Statuten dieses Schiedsgericht für die Schlichtung der Streitigkeiten zwischen uns anzuerkennen.

(Sehr gut!)

Ich schlage Ihnen jetzt konkret vor: Dr. *Hagenauer* (München), Dr. *Weinkamm* - Dr. *Weinkamm* hat, glaube ich, das Schiedsgericht in Schwaben,

(Zuruf: Ja!)

dürfte ich ihn vorschlagen? - und einen dritten Herren, einen Juristen aus Franken. Ich bitte aber, die Leute draußen zu lassen, die in entsprechenden Positionen in der Partei sind, damit wir nicht nachher Konflikte bekommen.

(Zuruf: Dr. *Ankermüller*!)

Also:

1. Dr. *Hagenauer*, Dr. *Weinkamm* und Dr. *Ankermüller* sind das Schiedsgericht der Partei, das bis zur Bildung eines statutenmäßigen Schiedsgerichts durch die Landesversammlung die Differenzen zwischen Parteifreunden der Union zu schlichten hat.
2. Alle versammelten Mitglieder des Landesausschusses - die anderen können wir noch nicht binden - erkennen dieses Schiedsgericht zur Schlichtung der zwischen ihnen bestehenden Differenzen an und unterwerfen sich seinen Schiedssprüchen.
3. Alle Parteifreunde, die sich zur Union bekennen, sind gehalten, in gleicher Weise das Schiedsgericht anzuerkennen und sich den Schiedssprüchen zu unterwerfen.
4. Unterwirft sich ein Parteifreund einem Schiedsspruch des Schiedsgerichts nicht, so wird er von diesem Zeitpunkt an nicht mehr als Mitglied der Christlich-Sozialen Union behandelt.

Ich möchte Punkt 4 so fassen. Wir können dem Schiedsgericht kaum den Ausschluß eines Mitglieds überlassen. Dafür würde die Rechtsbasis fehlen. Ich bitte die Juristen, mit zu überlegen.
Schäffer: Ich würde vorschlagen: Dann wird der Fall den zuständigen Parteiinstanzen zur weiteren Behandlung nach der jeweiligen Satzung hinübergegeben.
Wir müssen unter Umständen einmal Leute - ich denke nicht an bestimmte Personen - ausschließen können, die die Partei schädigen.
Ich würde also sagen: Unterwirft er sich nicht, wird der Fall den zuständigen Parteiinstanzen entsprechend den jeweiligen Satzungsbestimmungen zur weiteren Behandlung hinübergegeben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte so vorschlagen, daß er trotzdem von da an nicht mehr als Mitglied behandelt wird.
Schäffer: Bis zur Erledigung durch die Parteiinstanzen wird er nicht mehr als Parteimitglied anerkannt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bis zur Erledigung durch die Parteiinstanzen wird er nicht mehr als Mitglied der Union behandelt.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Frauen und Herren! Die Sache mit dem Schiedsgericht ist eine sehr schwerwiegende Angelegenheit. Bevor man zu so einer Sache sachlich Stellung nimmt -

(Lachen.)

Lassen Sie mich ruhig reden! Gerade Ihr Verhalten beweist, welche Absichten dahinter stecken.

(Zuruf: Entschuldigen Sie, ich habe nichts gesagt!)

Die Verhältnisse liegen so, daß eine solche Schiedsgerichtsordnung vorher genau festgelegt werden muß. Das kann man nicht im Handumdrehen machen; das muß man sich genau überlegen, welche Gegenstände die Schiedsgerichtsordnung umfassen kann. Sie kann einmal keine Gegenstände umfassen, die vor dem Datum des Erlasses der Schiedsordnung liegen. Das wäre rückwirkende Kraft, das geht nicht.

(Zuruf: Doch! Sonst könnten wir gerade diese früheren Dinge nicht bereinigen.)

Weiter kann die Schiedsgerichtsordnung keine Gegenstände umfassen, die sachliche Auseinandersetzungen innerhalb der Union betreffen. Das ist ganz ausgeschlossen, das würde verhindern, den ideenmäßigen Aufbau der Union weiterzutragen.
Ich würde beantragen, daß diese Schiedsgerichtsordnung einem Ausschuß überwiesen wird, der darüber zu beraten hat und der die Sache dann dem nächsten Landesausschuß vorlegt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Horlacher*, darf ich dazu eines sagen: Es ist natürlich klar, und so weit sind wir alle Juristen, daß wir wissen, daß dieser Beschluß keine rückwirkende Kraft hat, denn die rückwirkende Kraft wurde erstmals in Gesetzen durch die Nazis verfügt. Wir werden jedenfalls die normale Rechtsbasis haben.
Es kommt uns aber allen darauf an, daß wir eine Basis dafür bekommen, daß wir wirklich arbeiten können. Deshalb wollen wir durch diesen Beschluß eine Regelung treffen bis zu dem Zeitpunkt, in dem ein gut ausgearbeitetes Schiedsgerichtsverfahren durchgeführt werden kann. Selbstverständlich müssen diese Statuten dann von der Landesversammlung beschlossen werden. Wir brauchen aber eine Übergangsregelung, damit nicht - wie bisher oder, wie wir es gestern erlebt haben oder immer wieder erleben können - irgendwelche Klamaukgeschichten angerichtet werden. Wir wollen nicht einander zwingen, miteinander vor den Kadi zu gehen. Nehmen Sie nur den praktischen Fall von gestern! Es könnte leicht sein, daß mir jemand den Vorwurf macht, daß ich den Verfasser dieses Pamphlets nicht vor den Kadi ziehe. Es muß in Zukunft die Möglichkeit gegeben sein, daß diese Dinge vor das Schiedsgericht kommen und rasch behandelt werden, auch wenn wir noch keine Instanz haben. Wir müssen jetzt eine Regelung finden - ich appelliere an *Horlacher*, der immer sagt, wir wollen nicht stur und paragraphenmäßig sein -, die uns die Möglichkeit gibt, diese Dinge so zu behandeln, daß wir beweglich genug die Zwischenzeit überbrücken.

Wird noch das Wort dazu gewünscht? Ich glaube, diese Vorschläge sind ungefähr vollständig. Oder haben die Juristen noch Vorschläge zur Ergänzung?

(Zuruf: Abstimmen! - Mittagspause!)

Ich darf bitten, rasch zwischenhinein das zu erledigen.

(Zurufe: Es wäre empfehlenswert, noch hineinzusetzen, daß der ordentliche Rechtsweg ausgeschlossen bleibt! - Das geht nicht!)

Das kann man nicht.
Dr. *Nerreter*: Ich möchte zur Frage der rückwirkenden Kraft noch sprechen.
Wenn es sich darum handelt, Herr Staatskommissar *Horlacher*, daß materielle Vorschriften rückwirkende Kraft haben sollen, bin ich dagegen, aber man kann doch prozessuale Vorschriften mit rückwirkender Kraft ausstatten. Ich habe mich vorhin für die rückwirkende Kraft eingesetzt. Da ist mir entgegengehalten worden, daß das nazistisch ist. Was Dr. *Falkner* für sich in Anspruch nimmt, muß ich auch in Anspruch nehmen. Es haben sich jetzt gewisse Streitigkeiten angehäuft. Infolgedessen muß eine Instanz geschaffen werden, die diese Streitigkeiten bereinigt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Die müssen am heutigen Tage erledigt sein!)

- Nein, meine Herren! Es ist zum Beispiel der Fall vom gestrigen Abend zu bereinigen. Ich habe mich dafür eingesetzt, daß dieser Fall dem Schiedsgericht unterbreitet wird. Wenn Sie sagen, das Schiedsgericht hat keine rückwirkende Kraft, dann könnten Sie diesen Fall von gestern abend, wenn Sie streng logisch denken, dem Schiedsgericht nicht unterbreiten. In prozessualer Hinsicht muß also die rückwirkende Kraft bestehen.
Dr. *Horlacher*: Meine Herren, wir haben uns jetzt zu einer einheitlichen Union vereinigt. Da sollen alle die Geschichten, die vergangen sind, erledigt sein, mit der einen Ausnahme dieses Pamphlets von gestern.
Krempl: Meine Herren! Nachdem heute die Versammlung so schön verlaufen ist und wir mit Befriedigung heimgehen in dem Bewußtsein, es besteht Einigkeit, würde ich bitten, nicht wegen dem Pamphlet noch einen Streit aufzuziehen. Das soll auch begraben sein.

(Zustimmung.)

Die Herren haben sich die Hände gereicht. Damit ist es für uns gar, die Sache ist erledigt. Wir müssen dem Volke draußen sagen können: Die Union ist einig.
Auf zum Kampf!

(Bravo!)

Ein Teilnehmer: Ich möchte in technischer Hinsicht noch vorschlagen, daß die Fälle vor dem Schiedsgericht nicht öffentlich erörtert werden können. Es könnte möglich sein, daß solche Fragen in öffentlicher Diskussion oder schriftlich auftauchen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Auf diese Anregung bitte ich zu ergänzen:

Streitfragen, die beim Schiedsgericht anhängig sind, dürfen bis zur Entscheidung durch das Schiedsgericht nicht in der Öffentlichkeit debattiert werden.

(Sehr richtig!)

Dr. *Horlacher*: Ich bin auch dafür, daß das Pamphlet mit unter den Tisch fällt. Legen wir den ganzen Kram jetzt hinter uns!

(Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der einzige, der an dem Pamphlet interessiert sein könnte, bin ich. Ich erkläre: Wenn Sie mir in dem Falle zustimmen, ist das Pamphlet für mich erledigt. Ich würde nur darauf eingehen, wenn der Vorwurf erhoben werden könnte, als hätte ich irgend etwas zu verbergen oder zu verheimlichen; sonst kann mich ein solcher Mann nicht beleidigen.

(Zustimmung.)

Ich bitte nun Herrn Dr. *Koenig*, den ganzen Antrag nochmals zu verlesen, damit wir kein Kuddelmuddel bekommen.
Ein Teilnehmer: Ich würde empfehlen, statt "dürfen nicht in der Öffentlichkeit debattiert werden" zu sagen "dürfen der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden". Sonst wird lediglich das Versprechen ausgesprochen, aber das Zugänglichmachen für die Öffentlichkeit würde damit nicht unterbunden.
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Es ist vorgesehen, daß die Herren heute noch einmal übernachten können. Ich schlage vor, daß wir die Sitzung unterbrechen und daß wir uns um 15 Uhr wieder treffen und die Sitzung fortsetzen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten: Wollen wir beisammen bleiben zur Tagung oder wollen Sie zurückfahren? Die Schofföre für München erklären: Wenn nicht um 15.30 Uhr gefahren wird, würde es zu spät werden.
Schäffer: Ich habe damit gerechnet, daß ich heute heimfahren kann. Ich bin beruflich festgelegt, ich muß unbedingt heimfahren. Ich bitte, das nicht als Demonstration zu betrachten. Ich muß heimfahren.
Strauß: Vielleicht kann man einen Omnibus heute heimfahren lassen, den anderen morgen.
Dr. *Falkner*: Ich mache den Vorschlag, daß wir bis 15 Uhr beisammen bleiben,

(Widerspruch.)

weil dann sehr viele wegfahren müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde am liebsten auch vorschlagen, daß wir bis 15 Uhr beisammen bleiben und arbeiten und heute lieber auf das Essen verzichten, dafür aber etwas leisten.
Wer ist mit meinem Vorschlag einverstanden, daß die Tagung bis 15 Uhr dauert? - Ich glaube, es ist die große Mehrheit.
Anerkannt. - Wir tagen also bis 15 Uhr. Um 15 Uhr wird Schluß gemacht. Wir machen nun eine Pause von fünf Minuten.

(Nach einigen Minuten Pause wird die Sitzung fortgesetzt.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Ich will jetzt die Frage des Schiedsgerichts zur Debatte stellen, bitte aber um kürzeste Debatte. - Wenn die Herrschaften Platz genommen haben, geht die Debatte weiter. Zum Wort hat sich gemeldet Herr Dr. *Pix*. Ich bitte, die Erörterung sachlich, ruhig zu führen, ohne daß wir gleich wieder in Erregung kommen.
Dr. *Pix*: Meine Damen und Herren! Ich bedauere, daß man am Vormittag nicht zu Wort gekommen ist, jetzt ist der halbe Saal leer. Die Angriffe, die gegen mich gerich-

tet worden sind, sind bei vollem Saal vorgetragen worden. Eine Gerechtigkeit kann ich darin nicht erblicken. Ich habe mich wiederholt zum Wort gemeldet und bin nicht angenommen worden.
Herr Staatsrat *Schäffer* hat sich darüber aufgeregt, daß in der Isar-Post verschiedene Angriffe gegen ihn erschienen sind. Diese Angriffe richten sich - ich habe das ausdrücklich unterschieden - nicht so sehr gegen seine Person als gegen den Führungsanspruch, der von ihm ausgegangen ist. Gegen diesen Führungsanspruch habe ich protestiert. Ich habe die Artikel nicht geschrieben in meiner Eigenschaft als Mitglied der Union, sondern ich habe die Artikel geschrieben, weil es sich um eine politische Frage handelte, die für das ganze bayerische Vaterland Bedeutung hat. Im einzelnen darüber sich auszusprechen würde heute bei dieser fortgeschrittenen Zeit zu weit gehen. Ich bedauere das, denn ich war eigens deswegen hergekommen nach Bamberg, um mich hier wirklich einmal aussprechen zu können. Ich habe wiederholt versucht, in Parteigremien diese Aussprache herbeizuführen. Das ist bis zum heutigen Tage nicht möglich gewesen. Es blieb gar keine andere Wahl, als in die Öffentlichkeit zu gehen.
Nun, meine Damen und Herren, nur noch ein paar kurze Richtigstellungen.

(Zuruf *Schäffer*.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Staatsrat *Schäffer*, Sie können nicht durch Zwischenrufe in die Abwicklung der Verhandlung eingreifen. Ich muß Dr. *Pix* Gelegenheit geben, hier seine Gedanken zu entwickeln. Die Probleme sind behandelt worden. Es hat keinen Sinn, den Problemen auszuweichen und damit Unklarheiten hereinzubringen. Wir haben gesehen, daß wir durch Klarheit eine Lösung in verschiedenen Fragen gefunden haben. Ich hoffe, daß auch das der Lösung dient.
Dr. *Pix*: Es sind gegen mich und gegen meine politischen Freunde, vor allem gegen Dr. *Horlacher* von Seiten des Staatsrats *Schäffer* Vorwürfe, und zwar sehr massive Vorwürfe erhoben worden. Es hat z.B. geheißen, wir hätten Herrn Staatsrat *Schäffer* bei den Amerikanern denunziert. Meine sehr verehrten Anwesenden, Herr Staatsrat *Schäffer* hat das in einem Brief an mich in einer Weise zum Ausdruck gebracht, die nach meinen Begriffen kaum überboten werden kann. Ich hatte meine Sachen schon eingepackt und muß sie jetzt erst wieder heraussuchen.
Herr *Schäffer* schrieb am 26. Februar 1946 folgendes an mich:

> Ich hatte in den letzten 48 Stunden wieder eine sehr lehrreiche und interessante Rücksprache. Namen nennen kann ich Ihnen vorerst nicht. Bei dieser Gelegenheit darf ich bemerken, daß ein Herr des amerikanischen Informationsdienstes, als ich ihn fragte, ob gegen mich von bestimmten Personen tatsächlich Denunziationen beim CIC eingelaufen seien, überrascht mir zur Antwort gab, das könnten nur - ein paar Punkte gewesen sein. Er nannte dabei einen Namen mit drei Buchstaben.

Wer der Mann sein sollte, weiß jeder, das kann nur ich gewesen sein. - Herr Staatsrat *Schäffer* hat mich damit beschuldigt, bei den Amerikanern gegen ihn Denunziationen abgeliefert zu haben.
Ich stelle dazu folgendes fest: Ich habe, solange die Amerikaner hier sind, nur einmal mit den CIC zu tun gehabt, das war meine persönliche Überprüfung. Bei der Gelegenheit ist überhaupt nicht über das Problem *Schäffer* gesprochen worden, es stand auch gar nicht zur Debatte. Ich war dann zweimal bei anderen amerikanischen Stellen gewesen, mit denen ich auch zwangsweise in das Problem *Schäffer* mich eingelassen habe. Das erstemal - hier bitte ich als Zeugen Herrn Dr. *Rinke*, der bei diesen beiden

Unterredungen dabei war: Der kann hier objektiv sagen, ob das, was ich hier ausführe, richtig ist oder nicht -, das erstemal drehte es sich um eine ganz allgemeine Unterhaltung. Ich vertrat den Standpunkt, ohne auf Einzelheiten einzugehen, daß die Union etwas ganz Neues sei und nicht mit Staatsrat *Schäffer* einfach identifiziert werden könne: Es sei selbstverständlich, daß ein Parteigebilde wie die Union sich erst ausleben müsse. Da drehte es sich nicht um Personenfragen, sondern um sachliche Angelegenheiten für den Aufbau der neuen Partei.
Ist das richtig, Herr Dr. *Rinke*, was ich hier sage?

(Zuruf *Rinke*: Ja.)

Habe ich irgendeine Denunziation gegen Herrn *Schäffer* vorgebracht? Das Zweite war vorgestern. Und nun, meine Damen und Herren, sage ich Ihnen folgendes: Ich war wieder bei derselben Stelle, weil ich gehört habe, daß angeblich bei den Amerikanern der Plan bestanden habe, in die inneren Streitigkeiten der Union oder, besser gesagt, gegen *Schäffer* einzugreifen. Ich bin darauf zu den Amerikanern, zu der für mich erreichbaren, maßgebenden Stelle gegangen und habe dort gefragt, ob diese Dinge richtig seien. Ich habe bemerkt, ich würde es sehr bedauern, wenn überhaupt in dieser Angelegenheit amerikanische Stellen tätig wären, es handle sich hier um eine Auseinandersetzung, die zwischen uns Deutschen vor sich zu gehen hat.
Ist das richtig, Herr Dr. *Rinke*, oder nicht?

(Zuruf *Rinke*: Ja.)

Das waren die beiden Unterredungen, die ich bezüglich Herrn *Schäffer* mit den Amerikanern geführt habe. Ein weiteres Gespräch über *Schäffer* bei den Amerikanern ist von meiner Seite nicht geführt worden. Ich wüßte nicht, wo ich bei Amerikanern war und über das *Schäffer*-Problem gesprochen hätte. Beide Stellungnahmen können von Herrn Dr. *Rinke* vom Landesausschuß einwandfrei klargelegt und bestätigt werden. Ich erkläre daher nachdrücklich, daß der Vorwurf, ich hätte Herrn *Schäffer* bei den Amerikanern denunziert, eine Unterstellung ist. Ich will mich nicht schärfer ausdrükken im Interesse des Tones, der sich hier erfreulicherweise gebessert hat, aber man muß mir Gelegenheit geben, das festzustellen, und ich bitte Herrn Staatsrat *Schäffer*, die schwere Beschuldigung gegen mich zurückzunehmen.
Staatsrat *Schäffer*: Ich will lediglich erklären: Was ich dem Dr. *Pix* geschrieben habe, stimmt. Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß er heute erklärt, er hat kein Material gegeben.
Dr. *Pix*: Herr Staatsrat *Schäffer*, ich habe diese Erklärung geschrieben, Sie haben bis heute nicht geantwortet.
Staatsrat *Schäffer*: Ich habe bis heute nicht geantwortet, weil ich Ihnen das Material geben wollte, um die anderen Angriffe zu verhindern, weil ich das Material gesammelt habe. Ich habe Ihnen geschrieben, ich sammle das Material und stelle es Ihnen zur Verfügung, dann können Sie meine ganze Tätigkeit in der Nazi-Zeit durchprüfen.
Dr. *Pix*: Herr Staatsrat *Schäffer*, in unserem Briefwechsel habe ich Ihnen offen gesagt, was ich an Ihrer Politik auszusetzen habe. Es drehte sich nicht - ich habe es offen gesagt, oder können Sie behaupten, ich hätte hintenherum etwas gemacht? -
Staatsrat *Schäffer*: Sie haben dieses Material gesammelt. Sagen Sie ehrlich, ist das Material, das heute durch die Presse geht, von Ihnen bei sich behalten worden oder haben Sie mit anderen darüber gesprochen?

Dr. *Pix*: Ich habe dieses Material in der Landshuter-Zeitung gefunden. Ich kenne das Material vom Regensburger-Anzeiger überhaupt nicht.

(Zuruf *Schäffer*: Aber Sie haben es zitiert!)

Ich habe das Material lediglich in der Landshuter-Zeitung gefunden, und das, was aus dem Regensburger-Anzeiger zitiert worden ist, ist sogar viel weitergehend, das können Sie anhand unseres Briefwechsels feststellen. Das stand mir gar nicht zur Verfügung, das habe ich erst erfahren, nachdem die Auseinandersetzungen in der Presse vor sich gegangen sind, und zwar nicht in der Isar-Post. Sie können beides vergleichen und werden dann zu derselben Feststellung kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Staatsrat, es dient sicher eine Aufklärung. Ich habe von Herrn *Rinke* gehört, daß bestimmt kein Material an amerikanische Stellen gegeben wurde,

(Zuruf *Schäffer*: Das habe ich als wahr hingenommen.)

weder von *Pix* noch von irgendeinem Parteifreund.
Dr. *Rinke*, darf ich Sie bitten, Ihre Erklärung zu wiederholen.
Dr. *Rinke*: Das habe ich vorhin schon schriftlich gegeben: Weder Dr. *Horlacher* noch Herr *Pix* noch überhaupt eine deutsche Stelle haben Material an amerikanische Stellen geliefert.
Vorsitzender: Herr Staatsrat *Schäffer*, das Beste ist, Sie nehmen das zur Kenntnis.
Staatsrat *Schäffer*: Ich nehme das zur Kenntnis.
Dr. *Pix*: Nachdem Herr Staatsrat *Schäffer* das in allen möglichen Versammlungen und bei allen möglichen Stellen vorgebracht hat. Dagegen wehre ich mich. - Herr Staatsrat *Schäffer*, Sie haben in Plattling erklärt,

(Zuruf *Schäffer*: Ich habe allein geschrieben -)

Sie haben in Plattling erklärt: "Ich muß zu meinem Bedauern sagen, daß es Parteifreunde gibt, die mich bei den Amerikanern denunzieren." Ich habe dazwischen gerufen: "Wer ist das?" Dann haben Sie den Namen Dr. *Horlacher* genannt.
Staatsrat *Schäffer*: Ich bitte festzustellen, das hängt mit dem Fall mit Ihnen überhaupt nicht zusammen.
Ich habe in Plattling wörtlich gesagt: "Ich habe ein Schiedsgericht anrufen müssen, weil ein Verdacht besteht." Und das Schiedsgericht habe ich angerufen.
Dr. *Pix*: Sie haben den Namen nicht nennen wollen, aber genannt, und bei jedem mußte der Eindruck entstehen, das ist Tatsache, daß von Dr. *Horlacher* das Material an die Amerikaner abgeliefert wurde.
Staatsrat *Schäffer*: Ich habe meine Worte vorsichtig gewählt und gesagt, was wahr war, daß ich das Schiedsgericht angerufen habe.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte folgendes festzustellen - das ist auch wichtig, daß die Herren das wissen, nur nicht so aufgeregt in solchen Sachen, die immerhin von Wichtigkeit sind: Als ich hier nach München gekommen bin und zuerst zu einer amerikanischen Stelle kam, habe ich erfahren, in welchem Verhältnis die Bayerische Volkspartei von den Amerikanern beurteilt wird, habe weiter in Erfahrung gebracht, daß bei den Amerikanern sich Material befindet, insbesondere die sogenannte Coburger Rede. Ich hätte gewußt, bei welcher amerikanischen Stelle die Rede zu holen ist. Herr *Schwingenstein* ist Zeuge dafür, daß ich das abgelehnt habe. Wir haben es dann durch Zufall von einer deutschen Stelle bekommen. Wir hätten es auch von jeder anderen Stelle bekommen, auch von einer Stelle, die durchaus einwandfrei gewesen wäre. Die

Coburger Rede ist kein Geheimnis, sie ist überall zu lesen, wo sich noch ein Protokoll des Landtags von früher befindet.
Weiter kommt hinzu: Wir haben in engerem Kreise einen Ausgleich herbeiführen wollen, wobei *Schäffer* gefragt wurde, ob er auf den Führungsanspruch verzichte. Ich habe gesagt, daß die Stimmung der Amerikaner so und so war. Ich habe die Coburger Rede vorgelesen, worauf Staatsrat *Schäffer* erklärte - *Schwingenstein* ist Zeuge, *Schlögl* ist Zeuge: "Ich habe selbst diese Coburger-Rede den Amerikanern gegeben". Infolgedessen entbehren diese Dinge jeder Grundlage.
Nun kommt weiterhin hinzu - ich bitte, innerhalb der Union nicht so engherzig zu sein: es handelt sich um ein Gebiet, das uns doch interessiert, nämlich darum - das hat mit Personen gar nichts zu tun -, inwieweit wir Belastungen von früher auf die Union übernehmen wollen. Da bin ich persönlich der Meinung - davon gehe ich nicht ab -, daß wir unsere Union nicht weiteren Belastungen aussetzen durch Führungsansprüche von einer Seite, die uns diese Belastungen herüberbringt.

(Zuruf: Das ist doch erledigt!)

Das ist eine Frage, die auch öffentlich erörtert werden kann, denn diese Frage wird von sozialistischer Seite zur Erörterung kommen, das können wir nie verhindern. Das war auch früher bei großen Parteien so, daß man sachliche Meinungsverschiedenheiten ausgetragen hat. Darüber ist gar nicht zu diskutieren, das sind Grundlagen der Politik, das hat mit persönlichen Empfindlichkeiten gar nichts zu tun. Ich habe infolgedessen in Miesbach, wo ich diese Dinge behandelt habe, unter Zustimmung sämtlicher Bezirksvorsitzenden der Partei ausdrücklich betont, das hat mit Dingen, die die Ehre des Herrn *Schäffer* angreifen, gar nichts zu tun, die schätzen wir nach wie vor. Wir schätzen auch die Verdienste der ehemaligen Bayerischen Volkspartei, nehmen uns aber auch das Recht heraus, die Union bei den Wählern so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit ist, nämlich eine neue Partei auf neuer Grundlage, darum muß ich diese Gesichtspunkte entwickeln können, deshalb hängt auch die Parteiführerfrage mit diesen Gesichtspunkten eng zusammen. Deswegen kann auch Dr. *Pix* -
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf unterbrechen, Dr. *Pix* kann dann noch eine Erklärung abgeben. Ich möchte hier jetzt alles aufbieten, daß wir geschlossen herausgehen. Infolgedessen werde ich alles akzeptieren, was dem dient, und alles ablehnen, was dem nicht dient.
Ich verlese einen Antrag, der vorgelegt wurde:

> Als Jugendvertreter stelle ich den Antrag, für den Fall, daß Dr. *Müller* als Landesvorsitzender gewählt wird, Staatsrat *Schäffer* zum zweiten Landesvorsitzenden zu wählen.
> Begründung: Wir erkennen klar den Wert des Herrn Staatsrat *Schäffer* und wollen auf die hinter ihm stehende Gruppe nicht verzichten.

Die Unterschrift kann ich nicht lesen. Ist es ein abstimmungsberechtigtes Mitglied, das den Antrag gestellt hat? - Es scheint ein Gast gewesen zu sein. Infolgedessen bitte ich die Versammlung, damit einverstanden zu sein, daß dieser Antrag nicht besprochen wird. Ich glaube, Staatsrat *Schäffer* wird selbst verstehen, daß wir heute diesen Antrag nicht besprechen.
Die Versammlung ist dann damit einverstanden, daß dieser Antrag nicht weiter behandelt wird.

Dann kommt noch eine Frage: Zum Schiedsgericht ist noch eine Anregung gegeben worden. Bevor wir zur Abstimmung über das Schiedsgericht schreiten, darf ich folgendes sagen: Das Schiedsgericht dient natürlich nur und kann nur dienen der Schlichtung von Streitfällen, die von jetzt an auftreten. Was in der Vergangenheit war, muß so behandelt werden, wie wir zwei jetzt hoffentlich behandelt werden. Ich bitte, daß Ihr es auch so behandelt, daß wir darunter einen Schlußstrich ziehen. Es hat keinen Sinn, wenn wir dauernd raufen. Wir wollen in den Wahlkampf hineingehen und alles aufbieten, um wirklich so viel Volk wie nur möglich hinter uns zu bekommen. Verkrachen wir uns wieder, was menschlich ist, dann käme die Sache vor das gleiche Gremium. Wir werden zuerst versuchen, es im Arbeitsausschuß zu behandeln, und dann behandeln wir es erneut in diesem Gremium, das heute hier beisammen ist, das eingeladen ist, aber so, wie wir es heute am Schluß, und nicht, wie wir es am Anfang behandelt haben. Deshalb bitte ich - Herr *Pix*, auch Ihrerseits, ich weiß, *Pix* hat vorhin darauf hingewiesen, darauf habe ich ihm das Wort gegeben, Herr *Pix* ist in der Presse, hat selbst eine Zeitung, hat dort eine gewisse Verantwortlichkeit, die erkenne ich an, im Interesse der Gerechtigkeit mußte er deshalb zu Wort kommen - ich bitte, was ausgesprochen, was ausgetragen werden muß, so auszutragen, daß wir es vor dem christlichen Gewissen rechtfertigen. Das ist kein einseitiger Vorwurf, ich mache den Vorwurf auch anderen, die in Versammlungen gesprochen haben, das muß auch begraben sein. Es ist so zu halten, ich möchte sagen, wir wollen davon ausgehen, was ich vorhin gesagt habe: Wenn wir über die Vergangenheit diskutieren, dann nur in dem Sinne, daß wir wirklich Lehren daraus ziehen wollen, nicht in dem Sinne, daß wir nur diskutieren, damit diskutiert ist. Wir können es nicht verbieten und nicht unterbinden, daß Parteifreunde sich einmal darüber auseinandersetzen, ob das oder das nun richtig war, und jetzt es aber dann irgendwie auswerten für die Gegenwart. Wenn sie es nur tun, um Worte zu brauchen, hat es von vorneherein keinen Sinn. Wenn es ausgesprochen werden muß, dann bitte - ich werde, weil wir heute leider so viel nicht behandelt haben, sehr bald wieder eine Sitzung dieses Gremiums einberufen -, dann bitte, warten Sie, bis die nächste Sitzung einberufen ist - es kommt ganz darauf an, wie die Wahltermine liegen -, daß wir es dann gleich machen. Wir müssen es schon deshalb, weil wir uns unterhalten müssen, welche Beschlüsse haben wir zu fassen in puncto Reichslösung usw. Leider sind schon einige Herren weggegangen. Ich rechne damit, daß wir die nächste Sitzung - ich möchte mich dabei aber nicht binden, weil ich nicht weiß, was bei den Wahlvorbereitungen dazwischenkommt - im Laufe eines Monats haben, vielleicht kurz vor oder nach den Wahlen. Vor den Wahlen könnte es hinderlich sein, weil noch gearbeitet werden muß, aber dann sicher kurz nach den Wahlen. Ich würde es nur vor den Wahlen halten, wenn wir vorher schon zu anderen Problemen Stellung nehmen müssen oder wenn die Aufstellung der Kandidaten für den Verfassunggebenden Landtag schon sehr rasch akut würde. Diese Frage möchte ich, soweit es notwendig ist, auch offen in diesem Gremium besprechen.

Deswegen heute dieser Burgfriede zwischen uns, bis wir den Landesausschuß wieder beisammen haben. Auch da, wenn es nicht unbedingt notwendig ist - aber dann müssen schon sehr triftige Gründe da sein: Debatten über Bayerische Volkspartei usw. heraus aus unserer Diskussion! Einigen wir uns auf den Nenner, daß wir überall erklären, wenn wir von der Vergangenheit, von den Fehlern der Bayerischen Volkspartei sprechen, müssen auch die Vorzüge der damaligen Führung und der Partei gleichzeitig erwähnt werden. Ich glaube, auf den Nenner können wir uns einigen. Denn - das müssen wir festhalten: Fehler sind von allen gemacht worden. Meine Damen und

Herren, die Sozialdemokraten haben großes Interesse an unserem Kampf, sie haben mindestens die gleichen Fehler gemacht, wie sie von der Bayerischen Volkspartei gemacht wurden. Vergessen wir nicht: Der Grundfehler, der damals gemacht wurde, war sicher die Tatsache, daß die Sozialdemokraten sich in Preußen im Handstreich aus der Macht haben hinauswerfen lassen in einem Zeitpunkt, in dem sie noch die ganze Polizeigewalt in Händen hatten. *Braun* und *Severing* trifft mindestens soviel Verantwortung wie die Leute, die aus der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum gehandelt haben. Auf den Nenner könnten wir uns einigen.
Ich bitte jetzt, Herr *Pix*, zu Ihrer Stellungnahme zu kommen.
Dr. *Pix*: Meine Damen und Herren, was ich zu sagen habe, ist ganz kurz gesagt. Soweit die Politik des Herrn Staatsrat *Schäffer* in der Vergangenheit eine Rolle gespielt hat und seine Person in bezug auf den Führungsanspruch heute noch eine Rolle spielt, werde ich solange gar nichts gegen Herrn Staatsrat *Schäffer* unternehmen, als er diesen Führungsanspruch tatsächlich begräbt. In dem Augenblick, in dem der Führungsanspruch gestellt wird, müssen die Dinge aus der Vergangenheit eine Rolle spielen.

(Zuruf *Schäffer*: Das ist Sache der Wähler. - Unruhe im Saal.
- Zahlreiche Zwischenrufe.)

Herr Staatsrat *Schäffer* hat es selber in der Hand, den Frieden in der Union zu halten. Er braucht nicht zu gehen, zwischen Gehen und Führungsanspruch ist ein großer Unterschied, meine Herren.

(Zuruf: Jedes Mitglied in der Union hat den Führungsanspruch!)

Nein, wir erheben auch keinen Führungsanspruch, der Führungsanspruch wird von uns bestritten.

(Zuruf: Das ist Ihre persönliche Sache!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gehen wir davon aus, wenn ich einen Vorschlag machen darf: Herr *Schäffer*, Sie haben vorhin Loyalität und loyale Zusammenarbeit zugesichert. Wir wollen auf jeden Fall diese beiderseitige Erklärung jetzt auch im Verhältnis zur anderen Seite zugrunde legen. Wollen wir uns darauf einigen, daß zunächst die Parteiführung nicht gestört wird. Wir werden sehr bald den Arbeitsausschuß beisammen haben. Aber, meine Damen und Herren, Sie hätten - das wurde vorhin übersehen - noch ihre Vertreter bestellen müssen. Ich werde aber dann einen Beschluß (zum Schluß?) vorschlagen, daß es den Kreisverbänden überlassen wird, durch Wahl die Vertreter zu bestellen. Wir können dann diese Dinge im Arbeitsausschuß behandeln. Sollte mittlerweile - deshalb habe ich auch das Schiedsgericht für die Zwischenregelung vorgeschlagen - irgend etwas geschehen, was der Vergangenheit ähnlich sieht, würde ich so frei sein, alle diese Dinge so rasch wie möglich vor das Schiedsgericht zu bringen und eine Entscheidung oder ein Gutachten oder sonst etwas herbeizuholen und allen, die hier verantwortlich sind, so rasch wie möglich zugänglich zu machen. So könnten wir die augenblicklichen Schwierigkeiten überwinden.
Herr *Schäffer*, Sie haben vorhin die Wahl anerkannt, so daß Sie gegen diese Wahl verfassungsmäßig keinen Widerspruch erheben.
Staatsrat *Schäffer*: Selbstverständlich, das gilt allen gegenüber, Loyalität gegen Loyalität, das ist ganz selbstverständlich.

(Zuruf *Pix*.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich unterbrechen, Herr *Pix*. Sie können sich nachher noch melden. Darf ich zunächst anderen Leuten das Wort geben. Herr *Haußleiter* hat sich gemeldet.

Haußleiter: Meine Damen und Herren! Als Mann aus dem evangelischen Nordbayern möchte ich zu dem Thema, das Herr *Horlacher* angeschnitten hat, sagen: Wir sagen immer, wenn wir mit den Leuten sprechen, unsere Politik ist eine neue, aber wenn einer der Politiker angegriffen wird, die Parteifreunde sind, dann springen wir dem Angreifer ins Gesicht, das sind die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Weist ein Kommunist nach und er greift immer Herrn *Schäffer* an, dann sage ich, Herr *Schäffer* hat nicht die Regierung *Brüning* gestürzt und beseitigt, das haben die Kommunisten gemeinsam mit den Nationalsozialisten getan. Bitte, dann ist meist der Saal still.

Wir wollen da auch unsere Leute in Schutz nehmen. Das müssen wir tun, dann erscheinen wir draußen als ein geschlossener Block. Wenn wir hier nicht als Block draussen erscheinen, dann geht das vor die Hunde, was für uns in Nordbayern der Begriff Union ist.

Daß wir im Innern eine klare Führung brauchen und schaffen wollen, ist klar. Ich glaube, die gegenseitigen Erklärungen haben hier die Bahn für eine bessere Zusammenarbeit freigegeben. Meines Erachtens gibt es nichts Unproduktiveres, als die alten Auseinandersetzungen jetzt von neuem aufflammen zu lassen. Gehen wir ans Werk, in einen Kampf, der in zwei oder drei Monaten ein Kampf auf Leben und Tod sein wird, darauf verlassen Sie sich!

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es sind noch Wortmeldungen da. Ich bitte, vielleicht diese zurückstellen zu dürfen. Wir haben noch dringende Sachen. Ich bitte, nicht mehr zu diesem Konflikt zu sprechen, und bitte die Versammlung, damit einverstanden zu sein: Nur praktische Vorschläge sollen gemacht werden.

Held: Es wird Sie alle interessieren, wieso es kommt, daß der Artikel gegen Herrn *Schäffer* in die Zeitung lanciert worden ist. Vielleicht dient das zur Aufklärung des Falles.

Die Bayerischen Anzeiger in Regensburg wurden zur Sicherheit gegen Bombenangriffe nach Eltershausen (?) transportiert. Dort sind sie von den Sozialdemokraten entdeckt worden. Sie wurden in die Mittelbayerische Zeitung transportiert. Dann hat Dr. *Held*, mein Vetter, sich einen Teil dieser Bände geben lassen. Zwei Bände wurden zurückbehalten. Aus diesen zwei Bänden hat der sozialdemokratische Redakteur *Endrulat* diese Artikel herausgenommen, die in der Mittelbayerischen Zeitung erschienen sind. Nun wurde unsererseits sofort Stellung genommen und die zwei Bände zurückgefordert. Darauf kamen drei Kriminalbeamte mit einigen Herren von der Mittelbayerischen Zeitung mit einem Auto und beschlagnahmten sämtliche Bände des Bayerischen Anzeiger. Diese Bände sind seit voriger Woche sämtlich in der Mittelbayerischen Zeitung, und Sie müssen sich darauf gefaßt machen, daß da von sozialdemokratischer Seite alles herausgeholt wird, was gegen die ehemalige Bayerische Volkspartei war, um das der Union anzuhängen.

Nun wäre hier noch die Frage zu klären: Soll dann dagegen Stellung genommen werden oder soll man es einfach ignorieren?

Ich bin dafür, daß man es lediglich der Parteileitung in München überläßt, daß sie soweit Stellung nimmt, als sie es für notwendig hält, und daß man im ganzen Land diese Artikel einfach ignoriert.

(Zuruf.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Pix*, Sie sind noch nicht ganz zufrieden. Ich hoffe, daß wir gut und einig auseinandergehen. Ich möchte mit Ihnen noch ein Wort reden. Sind Sie mit meinem Vorschlag einverstanden, daß jetzt ein Schlußstrich gemacht wird? Wenn sehr triftige Gründe vorliegen, würden Sie - in dem Fall aber erst, nachdem Sie sich an die Parteileitung gewendet haben - dann handeln wollen. Ich erkläre hier, wenn Sie sich an mich wenden, werde ich das, was Sie mir schreiben - sagen wir, es handelt sich um *Schäffer* oder irgendeinen Parteifreund -, den anderen Freunden so rasch wie möglich zugänglich machen und eine kurze Stellungnahme einholen. Wenn ich mich selbst nicht zu entscheiden getraue, werde ich es dem Schiedsgericht oder, wenn wir gerade eine Sitzung des Arbeitsausschusses haben, dem Arbeitsausschuß vorlegen.

(Zuruf: Das ist loyal.)

Herr *Pix*, das wäre ein fairer Vorschlag.

Dr. *Pix*: Ich bin Herausgeber und Chefredakteur einer Zeitung. Als solcher kann ich mir irgendwelche Vorschriften von Parteiseite nicht machen lassen, das geht nicht, meine Herren. Wenn Sie das von mir verlangen, greifen Sie in die Pressefreiheit ein. Das ist ganz unmöglich.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe Ihnen aber einen Vorschlag gemacht, der keine Vorschriften enthält. Ich habe Ihnen vielmehr einen Vorschlag für die Behandlung eines solchen Streitfalles gemacht. Wenn Sie meinetwegen einen Befehl vorliegen hätten, -

(Zuruf Dr. *Pix*: Habe ich nicht. Ich habe keinen Befehl.)

so haben Sie als Pressemann einem Befehl Folge zu leisten. Wenn aber keiner vorliegt, können Sie sehr wohl den Weg gehen, den ich vorgeschlagen habe, daß Sie sagen, das und das ist offen, ich sehe mich verpflichtet. Wenden Sie sich an mich, ich gebe es hinüber, und wenn keine Einigung kommt, gebe ich es dem Schiedsgericht oder dem Arbeitsausschuß. Ich glaube, daß das sehr wohl mit Ihrer Pflicht als Pressemann zu vertreten ist.

Würden Sie diesen Vorschlag akzeptieren? Ich bitte Sie im Interesse der Union jetzt wirklich, daß Sie diesen Modus einhalten.

Dr. *Pix*: Ich habe meine Erklärung abgegeben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Pressefreiheit steht hier nicht zur Diskussion. Hier handelt es sich nicht allein um die Pressefreiheit, sondern auch um die Tatsache Ihrer Mitgliedschaft in der Union. Wenn es sich um eine Pflichtenkollision handelt, werden wir das wohl zu würdigen wissen

(Zuruf *Holzer*.)

und wird das Schiedsgericht das auch zu würdigen wissen. Es wird dann nicht über Sie entschieden, ohne daß das Schiedsgericht Sie hört. Es ist nur ein Vorschlag für den Modus procedendi, an den Sie sich halten sollen.

Dr. *Pix*: Herr Dr. *Müller*, Sie wissen ganz genau, daß ich mit meinen Veröffentlichungen nicht herausgerückt bin, ohne triftige Gründe gehabt zu haben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damals war es so, daß wir noch nicht die klare Linie, die klaren Entscheidungen hatten. Wir hatten damals ein Gremium einberufen und versucht, die Sachen zu erledigen, sind aber heute in einem Stadium, in dem Sie den Weg wirklich gehen könnten. Es wäre wirklich ein guter Weg und ein Weg, in dem Sie beweisen könnten, daß Sie wirklich ein gutes Mitglied der Union sind. Bitte, sind Sie so gut. Ich habe gesagt, unter die Vergangenheit machen wir alle einen Schlußstrich.
Dr. *Pix*: Es gibt historische Fragen, die jederzeit behandelt werden können und eventuell auch behandelt werden müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte in diesem Falle, daß wir uns nicht mißverstehen, unter die Vergangenheit dieser Konflikte einen Strich zu machen. Ich habe vorhin gesagt, was meiner Ansicht nach vor das Schiedsgericht kommen muß. Wie weit Lehren daraus zu ziehen sind, ist dann eine Angelegenheit des Schiedsgerichts. Es wird nicht über jedes Wort entschieden werden müssen. Es muß so sein, daß eine entsprechende Form und eine entsprechende Regelung für die Handhabung des Modus procedendi gefunden wird.
Herr *Pix*, ich glaube, es ist wirklich der Wille aller, daß Sie auf den Vorschlag eingehen. Ich will nicht sagen, es ist eine Bitte, aber Sie sollten in dem Falle das akzeptieren.
Dr. *Pix*: Das kann ich nicht machen, daß ich die Pressefreiheit grundsätzlich durch einen Parteibeschluß beschränken lasse, das geht nicht.

(Zuruf: Dann muß er aus der Union heraus.)

Was ich praktisch mache, ist eine andere Frage, aber grundsätzlich durch einen Parteibeschluß die Pressefreiheit beschränken, geht nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also, dann fahre ich weiter. - Herr *Holzer*, aber kurz.
Holzer: Ich glaube, wir können von jedem Mitglied der Union, das irgendwie in der Öffentlichkeit steht, verlangen, daß es nicht selbst in irgendeiner unangebrachten Form Dinge an die Öffentlichkeit zerrt, die einen Schaden für die Union bedeuten können.
Dr. *Rindt*: Ich wollte zu dieser Frage noch folgendes sagen, Herr *Pix*. Dr. *Müller* hat gesagt, er bitte Sie nicht. Ich darf Sie offiziell von Augsburg und Schwaben bitten, auf den Vorschlag von Dr. *Müller* einzugehen, und zwar aus folgenden Gründen heraus:
Es handelt sich hier nach meiner Überzeugung in keiner Weise um eine Beschränkung der Pressefreiheit, sondern nur darum, ob eine gewisse Methode gefunden wird, und zwar aus den Gründen heraus, wo das größere Interesse hinsichtlich des Volksganzen liegt.
Falls Sie mit der Methode der Parteileitung nicht einverstanden sind, wird Dr. *Müller* der letzte sein, der Ihnen die freie Äußerung Ihrer Meinung unterbindet. Es sollen nicht von vorneherein jetzt wieder Gegensätze vorhanden sein, die sich um etwas annehmen, was gegenwärtig im Interesse der ganzen politischen Lage und im Interesse unserer Union unbedingt vermieden werden müßte.
Ich bitte Sie nochmals offiziell als Vertreter von Augsburg und Schwaben, dem Vorschlag von Dr. *Müller* zuzustimmen.
Dr. *Pix*: Meine Herren, ich lasse mich zu einer äußersten Konsequenz herbei. Die lautet folgendermaßen: Ich bin bereit, dieses ganze Problem mit Dr. *Müller* und Herrn *Schäffer* durchzusprechen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, diesen Vorschlag können wir akzeptieren.
Staatsrat *Schäffer*: Einverstanden, wobei ich nur bemerke, mein Gewissen für die Vergangenheit ist rein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wollen wir hier keine Verschärfung hereinbringen! Wir vereinbaren, *Schäffer*, *Pix* und ich setzen uns zusammen. Können wir keine Einigung finden, dann ziehen wir das jetzt hier vorgeschlagene Schiedsgericht zu. Diesen Vorschlag mache ich. Ich fühle mich in dem Fall wirklich als neutral. Wenn ich nicht die Verantwortung als neutral allein übernehmen kann, würde ich das Schiedsgericht zuziehen.
Sie sind damit einverstanden? - Dann bin ich zufrieden, daß wir auch da eine Regelung gefunden haben.
Nun müssen wir über das Schiedsgericht abstimmen. Ich lasse die Stimmzettel verteilen, weil es sich auch da um eine Statutenänderung handelt, für die ich erst die Genehmigung der Militärregierung einholen will. Deshalb bitte ich den Antrag, der jetzt vorgelesen wird, so zu fassen:

> Unter Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung zu einer diesbezüglichen Statutenänderung wird folgendes beschlossen.

Dr. *Falkner*: Zur Geschäftsordnung! Ist eine geheime Abstimmung notwendig, wenn Einstimmigkeit vorhanden ist?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe der Militärregierung zugesagt, daß diese Abstimmungen in geheimer Wahl vor sich gehen müssen.
Ich bitte, die Herren *von Prittwitz* und Dr. *Semler* dabei zu helfen.

(Zuruf: Dr. *Bergsträsser* ist da!)

Ich lasse den Antrag über das Schiedsgericht jetzt nochmals verlesen. Während der Abstimmung verhandeln wir über andere Punkte weiter.
Dr. *Koenig*:

> Zur Bildung eines Parteischiedsgerichts wird unter Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung zu einer diesbezüglichen einschlägigen Änderung der Statuten folgendes beschlossen:
> 1. Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer* wird gebeten, ein Parteischiedsgericht zu bilden. Als Mitglieder des Schiedsgerichts werden berufen die Herren Dr. *Weinkamm* und Dr. *Ankermüller*.
> 2. Alle Mitglieder des Landesausschusses der CSU erkennen das Schiedsgericht an und unterwerfen sich seinen Schiedssprüchen.
> 3. Alle Parteifreunde, die sich zur Union bekennen, sind gehalten, den Spruch des Schiedsgerichts anzuerkennen.
> 4. Unterwirft sich ein Parteifreund einem Spruch des Schiedsgerichts nicht, so wird er bis zur Erledigung der Angelegenheit nicht mehr als Mitglied der Union behandelt.
> 5. Streitfragen, die beim Schiedsgericht anhängig sind, dürfen bis zu ihrer Erledigung außerhalb des Schiedsgerichts nicht erörtert werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist der Antrag, so wie er gestellt ist, vollständig?
Dr. *Horlacher*: Meine Herren, ich gehöre zu denen, die an Stelle der Bayerischen Volkspartei gerne eine demokratische Union aufbauen. Ich habe mindestens in hundert Versammlungen unter Zustimmung zu meinen Ideen gesprochen und habe nie

persönliche Dinge hineingetragen, soweit sie nicht ausnahmsweise in Miesbach zur Klärung berührt werden mußten. Aber ich muß sagen: Wir leben jetzt im Zeitalter der Demokratie. Ich bitte, das nicht zu vergessen. Parteigerichten und Schiedsgerichten - oder wie das heißt - zu dem Zweck, daß die Entwicklung der Demokratie durch Maulkorbgesetze beschränkt wird, dem stimme ich nicht zu, das kommt gar nicht in Frage. Ich lehne diesen Antrag ab, wenn ich nicht die bestimmte Zusicherung habe, daß in einer solchen Schiedsgerichtsordnung festgelegt wird, welche Punkte überhaupt einem Schiedsgericht unterworfen werden können. Dazu kommt - das ist unbedingte Voraussetzung: Die Demokratie muß durch genaue Bestimmungen bezüglich des Rechts des einzelnen geschützt sein. Das ist mein Recht. Ich stehe nicht mehr auf dem Boden der früheren Bayerischen Volkspartei, sondern auf dem Boden der Union. Das lehne ich rundweg ab. Von diesem Gesichtspunkt aus lasse ich mir auch in öffentlicher Diskussion, wenn wir in den Wahlkampf kommen, nicht das Maul verbieten. Ich lasse mir nicht verbieten, daß ich erklären kann: Ich habe persönlich mit diesen Geschichten nichts zu tun; das sind Dinge, die die Herren zu verantworten haben, die früher maßgebend an der Bayerischen Volkspartei beteiligt waren. Das Recht lasse ich mir nicht bestreiten. Je klarer die Linie wird, desto besser wird sie. Ein Schutzgesetz für die Bayerische Volkspartei gibt es nicht, dem stimme ich nicht zu.

(Zuruf: Wollen wir auch gar nicht!)

Ich habe bezüglich der Bayerischen Volkspartei völlige Freiheit, das hat mit der Union gar nichts zu tun. Wenn einer in seiner früheren Eigenschaft als Mitglied der Bayerischen Volkspartei Äußerungen gemacht hat, mit denen ich nicht übereinstimme, habe ich als Mitglied der Union das Recht, diese Äußerungen zurückzuweisen. Damit belaste ich mich nicht. Das sind gewaltige Unterschiede. Ich bin nicht mehr der, der ich vor 13 Jahren gewesen bin. Das müssen sich die Herrschaften merken. Ich gehöre zu denen, die wissen, welche maßgebenden Fehler bei uns gemacht worden sind. Täuschen Sie sich darüber nicht, ich weiß mehr, als Sie vermuten! Ich habe bisher immer damit zurückgehalten. Ich gebe deshalb den guten Rat, daß die Herren den Führungsanspruch dort zurückstellen, wo sie sich selber in Gefahr begeben. Das sind rein sachliche, politische Gesichtspunkte. Ein Maulkorbgesetz oder ein Schutzgesetz für die Bayerische Volkspartei lehne ich ab.

(Zuruf: Eine Diktatur gibt es bei uns nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Herr *Horlacher*, der Standpunkt kann recht sein. Deshalb bitte ich aber, vielleicht doch noch zu überlegen, ob wir nicht eine klare Zuständigkeit schaffen wollen.
Wollen wir, damit wir klar fassen, so ergänzen: Das Schiedsgericht ist zuständig zur Behandlung -. Ja, was wollen wir anhängig machen? Es handelt sich da nicht um die Erfassung der historischen Diskussionen. Wir wollen aber eine klare Zuständigkeit festlegen, damit wir eine Einigung erzielen und hier nicht ein Gesetz beschließen, das, wie Herr *Horlacher* sich ausdrückt, als Gewaltmaßnahme empfunden wird. Lieber wäre es mir allerdings gewesen, wir hätten einen absoluten Burgfrieden.
Ich bitte, mit mir zu überlegen: Was wollen wir anhängig machen? Wir wollen mit persönlichen Differenzen anfangen. Es müssen betroffen werden ehrenkränkende

Äußerungen. Das gehört auf jeden Fall hinein. Wir müssen unter allen Umständen die Ehre der Parteifreunde untereinander schützen.
Was wollen wir noch dazu nehmen?

(Zurufe.)

Dr. *Nerreter*: Ich würde unter Umständen auch folgendes vorschlagen: "Ein Verhalten, das gegen die Grundsätze der Demokratie verstößt."
Das ist der Fehler, den wir früher gemacht haben, daß die Demokratie zu großzügig war und nicht erkannt hat, daß man den Feinden der Demokratie gegenüber eine Grenze ziehen muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist nur zu wahr. Wir müssen klare, präzise Festlegungen haben. Das können wir nur, indem wir sagen "ein die Partei schädigendes Verhalten".

(Zuruf: "Ein die Union schädigendes Verhalten"!)

- "Ein die Union schädigendes Verhalten." In dem Wort Union liegt in diesem Falle sogar noch viel mehr, nämlich die Einigung. Also erklären wir, wenn alle einverstanden sind, noch folgendes dazu: "Das Schiedsgericht ist zuständig zur Entscheidung von" - Augenblick, nicht von Meinungsverschiedenheiten - "zur Entscheidung über persönliche

(Zuruf Dr. *Horlacher*: "Ehrenrührige Angriffe gegen Mitglieder der Union!")

- ehrenrührige Angriffe von Mitgliedern der Union untereinander".

(Zuruf: "Als demokratische Partei"!)

Das nützt uns nichts, "als demokratische Partei".
Nun haben wir "ein die Union schädigendes Verhalten", weiter "ehrenrührige Angriffe", also die persönlichen Differenzen.
Jetzt würde ich ferner vorschlagen: "Das Schiedsgericht ist weiterhin zuständig zur Einholung von Gutachten". Ich meine jetzt diese Sachen, inwieweit Pressefreiheit und dergleichen Geschichten berührt werden.
Dr. *Horlacher*: Das geht viel zu weit. So kann die Sache nicht gemacht werden. Ich bitte, diese Frage der Zuständigkeit des Schiedsgerichts dem Landesausschuß zu überweisen.

(Zuruf: Wenn die Wahl des Vorsitzenden besprochen werden kann,
dann wird auch das besprochen werden können!)

An den Beratungen nehme ich nicht mehr teil. Zwischen Ramsch und Bogen macht man solche wichtigen Entscheidungen nicht. Wenn die Gefahr eines Maulkorbgesetzes besteht, wende ich mich als Demokrat ganz entschieden dagegen. Das muß genau juristisch formuliert werden. Deswegen beantrage ich, diese Frage dem Arbeitsausschuß zu überweisen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir können so formulieren: "und zur Einholung von Gutachten über Konflikte zwischen der Parteiführung und Mitgliedern der Union".
Dr. *Horlacher*: Als einer der Vertreter der größeren Gruppen stimme ich hier nicht mit und behalte mir meine Meinungsfreiheit vor. Ich will mir keinen Maulkorb anlegen lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Deswegen habe ich das Wort "Gutachten" aufgenommen.
Dr. *Horlacher*: Das muß ordnungsgemäß beraten werden. Es muß so gemacht werden,

wie jeder vernünftige Mensch es verlangen kann. Ich bin dagegen und halte mich nicht daran.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe versucht, die äußerste Lösungsmöglichkeit zu finden.
Sind noch Verbesserungsvorschläge da?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das gehört überlegt!)

Sind wir uns alle einig, wir wollen diese Lösung haben?
Krempl: Vorschlag: Bis zum nächsten Landesausschuß soll das Schiedsgericht gebildet sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist sowieso im Gange. Es handelt sich nur darum, eine Regelung zu treffen, bis wir die Statuten haben.

(Zuruf: Seit Monaten warten wir darauf, daß die Differenzen in der Öffentlichkeit ...)

Das ist kein Vorschlag.
Der Antrag wird nochmals verlesen, dann wird darüber abgestimmt.
Dr. *Koenig*:

Zur Bildung eines Parteischiedsgerichts wird unter Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung zu dieser Satzungsänderung beantragt:

1. Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer* wird gebeten, ein Parteischiedsgericht zu bilden. Zu Mitgliedern des Schiedsgerichts werden berufen die Herren Dr. *Weinkamm* und Dr. *Ankermüller*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Halt, wir brauchen zwei Ersatzmitglieder. Wen wollen wir nehmen? Ich bitte rasch um Namen von Juristen, die ihrerseits politisch nicht so interessiert sind, daß sie in den Konflikt hineingezogen werden können. Sie müssen nicht hier sein.

(Zurufe: Dr. *Weiskopf*, Dr. *Krapp*. - Zurufe weiterer Namen.)

Wir wollen nur zwei. Einigen Sie sich auf zwei Herren!

(Erneute Zurufe von Namen.)

Also schreiben wir: "Als Ersatzmitglieder Dr. *Weiskopf* und Dr. *Krapp*".
Dr. *Koenig*:

Als Ersatzmänner Dr. *Weiskopf* und Dr. *Krapp*.

2. Alle Mitglieder des Landesausschusses der CSU erkennen das Schiedsgericht an und unterwerfen sich seinen Schiedssprüchen.
3. Alle Parteifreunde, die sich zur Union bekennen, sind gehalten, den Spruch des Schiedsgerichts anzuerkennen.
4. Unterwirft sich ein Parteifreund einem Spruch des Schiedsgerichts nicht, so wird er bis zur Erledigung der Angelegenheit nicht mehr als Mitglied der Union behandelt.
5. Streitfragen, die beim Schiedsgericht anhängig sind, dürfen bis zu ihrer Erledigung außerhalb des Schiedsgerichts nicht erörtert werden.
6. Das Schiedsgericht ist zuständig zur Entscheidung über ehrenrührige Angriffe von Mitgliedern der Union gegeneinander sowie ein die Union schädigendes Verhalten von Mitgliedern. Es ist weiterhin zuständig zur Einholung von Gutachten über Konflikte zwischen der Parteiführung und Mitgliedern der Union.

Dr. *Horlacher*: Ich bitte ums Wort zu einer Erklärung.

Da aufgrund dieser in rascher Beratung erfolgten Niederschrift nicht zu übersehen ist, ob dieses Schiedsgericht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Demokratie steht, lehnt Dr. *Horlacher* diesen Antrag ab.

Ich bitte, das ins Protokoll für die Militärregierung hineinzuschreiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich nehme diese Erklärung ins Protokoll auf.
Dr. *Horlacher*: Ich binde mich auch nicht daran, bis eine ordnungsgemäße Beratung stattgefunden hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich erkläre hier meinerseits zu Protokoll - das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen:

Dieser Gegenstand wird der nächsten Landesausschußsitzung zur nochmaligen Besprechung vorgelegt, unbeschadet der Gültigkeit des Beschlusses bis zu dieser Landesausschußsitzung.

Ich will jetzt eine klare Regelung haben, bis wir weiter sind.
Dr. *Horlacher*: Es bleibt dabei, daß ich den Antrag ablehne.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist Dein freies Recht.
Spricht noch jemand zu dem Antrag? Ich bitte, davon abzusehen, wenn es nicht unbedingt sachdienlich ist.
Dr. *Lacherbauer*: Meine Damen und Herren! Ich freue mich außerordentlich, daß endlich einmal ein Organ in unsere Satzung hineinkommt. Jedem Vereinsgebilde und parteipolitischen Gebilde gehört auch diese Art von Rechtsfigur an. Dieses Organ ist dazu berufen, zu verhindern, daß immer die Differenzen in der Öffentlichkeit ausgetragen werden, die uns nur schaden und anderen nur nützen. Ich begrüße das und hätte es gerne gesehen, wenn bereits am 8. Januar der Vorschlag von Staatsrat *Schäffer* zur Bildung eines Schiedsgerichts, den ich damals unterstützt habe, angenommen worden wäre. Der einzige Mann, der damals wirklich dagegen protestiert hat, war Dr. *Michael Horlacher*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe das Wort nicht dazu erteilt, daß die Differenzen vergrößert werden.
Dr. *Rindt*: Ich glaube, in dem verlesenen Antrag heißt es "bis zur weiteren Erledigung". Da fehlt, wodurch dieser Rechtsstreit erledigt werden soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: "Bis zur beschlußmäßigen Erledigung" müssen wir schreiben.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das ist so unvorbereitet!)

Wir müssen es noch einmal verlesen. Ich möchte wirklich Klarheit haben.

Dr. *Koenig*:

4. Unterwirft sich ein Parteifreund einem Spruch des Schiedsgerichts nicht, so wird er bis zur beschlußmäßigen Erledigung der Angelegenheit nicht mehr als Mitglied der Union behandelt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Dann treten wir aus!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe vorhin bei der Zuständigkeit vielleicht eines übersehen. Wir wissen, daß Konflikte eventuell da sind und noch bestehen können wegen verschiedener Wahlvorgänge. Ich möchte gerne, daß das beim Schiedsgericht

hineinkommt, daß bei den Gutachten hinzugesetzt wird "und über die Rechtmäßigkeit von Wahlen".
Sporer: Zur Sache! Die Herren sind sehr weit auseinander. Es wird, glaube ich, in München etwas angestritten. Ich würde es für sehr unglücklich halten, wenn diese Herren wegen kleiner formaler Dinge zusammentreten müssen. Das wird ein umständlicher Apparat werden. Wir werden dann erleben, daß dann erst recht neue Streitigkeiten kämen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dafür ist das Schiedsgericht da. Ich habe gesagt, "zur Einholung von Gutachten über die Rechtmäßigkeit von Wahlen". Das ist das Mindeste, was man in diesem Falle annehmen kann, daß man sagt: Es sind Konflikte da, ich habe die Möglichkeit, das vors Schiedsgericht zu geben und von dort Gutachten einzuholen, die natürlich dann in den anderen Gremien vorgelegt werden, denn das Schiedsgericht wird in dem Falle keinen Beschluß für irgendeine Aktion fassen können.
Wir schreiten dann zur Abstimmung.
Ich bitte die beiden Herren, so liebenswürdig zu sein und die Abstimmung in gültiger Form vorzunehmen.
Es wird abgestimmt mit Ja oder Nein.
Dr. *Horlacher*: Ich werde über diesen Antrag überhaupt nicht abstimmen. Ich halte ihn für undemokratisch und bitte, meine protokollarische Erklärung der Militärregierung zu übermitteln.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ganze Protokoll wird der Militärregierung übermittelt.
Dr. *Horlacher*: Wir wollen keine Parteidiktatur, das darf ich offen aussprechen.

(Zuruf: Keine Parteihetze!)

Es kann da von keiner Parteihetze die Rede sein. Darüber werde ich Sie aufklären, was das heißt.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt. Dr. *Horlacher* erklärt bei Aufruf seines Namens: Ich beteilige mich nicht an der Abstimmung.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen. Während ausgezählt wird, fahren wir weiter.
Es liegt jetzt noch ein Antrag der Frauen vor. Die Frauen wünschen für die Zukunft eine Vertretung im Landesausschuß. Ich glaube, das ist gerechtfertigt. Wir müssen - das hätten wir schon eher in die Anträge aufnehmen können, das gebe ich ohne weiteres zu -, wir müssen noch vorsehen, daß in den Landesausschuß mindestens ein oder zwei Vertreterinnen der Frauen kommen.
Ich würde offiziell vorschlagen, auch zwei Vertreter der Jugend aufzunehmen. Ich glaube, daß ich das hier jetzt einfach beschließen kann. Wir können dann, weil das zu lange aufhält, in der nächsten Landesausschußsitzung die eigentliche schriftliche Basis, die Statutenänderung in dem Punkt vornehmen. Ich möchte nur die Möglichkeit haben, daß ich für die nächste Landesausschußsitzung zwei Vertreter der Frauen und zwei Vertreter der Jugend einladen darf.
Wen schlagen die Damen als Vertreter vor?

(Zurufe: *Deku*, Frau *Lang-Brumann!*)

Frau *Hahn* stellt den Antrag. Er lautet:

Zu Mitgliedern des Landesausschusses werden bestellt als Vertreterinnen der Frauen

(Zurufe.)

Frau *Hahn*?

Frau *Hahn*: Als Vorsitzende des Frauenausschusses bin ich doch eo ipso drinnen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist bis heute noch nicht der Fall.
Frau *Hahn*: Dann komme ich in erster Linie in Frage.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor: Frau *Hahn* und Frau *Lang-Brumann*. Meine Damen und Herren! Haben Sie etwas dagegen - wir sind so viele Männer -, wenn wir drei Frauen nehmen? Ich möchte auch da eine Kombination zwischen Erfahrung und zwischen den Kräften haben, die jetzt arbeiten. Ich würde dann vorschlagen:
Frau *Lang-Brumann*, Frau *Hahn* und Frau *Deku*. Ich würde jetzt fast vorschlagen, nehmen wir vier, damit auch eine Vertreterin von Franken da ist, Frau *Speicher*.
Der Antrag wird also abgeändert. Die Frauen werden in Zukunft mit vier Vertreterinnen im Landesausschuß vertreten sein.
Schlögl: Ich muß mich dagegen wenden. Es existieren anscheinend nur Frauen in der Stadt und nicht auf dem Lande. So in Bausch und Bogen geht das nicht. Wie Sie es beim Schiedsgericht gemacht haben, machen Sie es auch mit der Frauenvertretung. Die Landfrauen müssen auch vertreten sein. Meinetwegen nehmen Sie zehn Vertreterinnen hinein, es müssen aber auch Landfrauen vertreten sein. Mit der Taktik, wie Sie arbeiten, geht es nicht weiter.
Frau *Hahn*: Darf ich bitten: Drei Frauen sind jetzt gewählt worden, die schon von den Kreissekretariaten als Vertreterinnen der Frauen gewählt sind, ich selbst, Frau *Deku* und Frau *Speicher*. Wir fühlen uns durchaus als Vertreterinnen der Frauen vom Lande. Ich bin außerdem von Oberbayern und nicht von München.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Sie sind keine Landfrau!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Aufregung ist nicht notwendig.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Weil Sie alles in Bausch und Bogen machen!)

Es kommt mir jetzt nur darauf an, daß wir die Frauen zur nächsten Landesausschußsitzung einladen können. Dann wird dieser Beschluß nochmals durch geheime Abstimmung vollzogen. Dabei können weitere Vorschläge gemacht werden.
Frau *Speicher*: Ich darf nur sagen, bis dahin werden wir vielleicht auch geeignete Frauen vom Lande vorschlagen können.
Schlögl: Die haben wir schon. Aber ich mache das nicht in Bausch und Bogen mit, weil ich das mit meiner Vorstandschaft noch besprechen muß.
Held: Ich mache den Vorschlag, später noch zwei Bauersfrauen durch das Sekretariat *Schlögl* dazu bestimmen zu lassen.

(Zurufe: Und die Arbeiterfrauen?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir hoffen, daß uns dann unsere lieben Frauen nicht majorisieren werden.

(Heiterkeit!)

Vergessen wir nicht, meine Damen und Herren, ein großer Teil unserer Wähler wird aus der Frauenschaft rekrutiert. Deswegen würde ich vorschlagen, daß wir vorerst nur den Beschluß zur Einladung dieser Frauen fassen

(Zuruf: Und die Arbeiterfrauen?)

und dann sagen: Es bleibt den Vertretern des Bauernverbandes und der Arbeiterbewegung vorbehalten, noch je zwei Frauen vorzuschlagen, die zur Landesausschußsitzung eingeladen werden.

(Sehr gut!)

Es handelt sich im wesentlichen darum, daß ich die Frauen mit Aussicht auf Erfolg einladen und annehmen kann, daß sie kommen und Stimmberechtigung bekommen.
Ich unterbreche. Es wird das Abstimmungsergebnis zum Schiedsgericht bekanntgegeben.
Von Prittwitz-Gaffron: Es sind 42 Stimmen abgegeben, 41 mit Ja, eine Enthaltung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Frauen.
Der Antrag lautet:

> Zur nächsten Landesausschußsitzung werden als Vertreterinnen der Frauen eingeladen Frau *Hahn*, Frau *Lang-Brumann*, Frau *Speicher*, Frau *Deku* sowie zwei vom Bauernverband und zwei von der Arbeitervertretung zu benennende Frauen.

Der Antrag steht zur Abstimmung.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich stimme auch hier nicht mit aus Gründen, die ich ausdrücklich ...)

Wer ist dagegen? - Der Antrag ist angenommen.

(Zuruf: Einstimmig angenommen!)

- Einstimmig angenommen.
Wir haben bis jetzt als Vertreter der Jugend Herrn *Steber*. Leider sind nicht noch mehr da, ich möchte infolgedessen keinen formellen Beschluß fassen. Aber die Jugend hat sich ja organisiert. Ich möchte deshalb hier erklären: Ich werde bis zur nächsten Landesausschußsitzung mit der Jugendvertretung Fühlung nehmen und werde mir dann Vorschläge von Vertretern der Jugend einholen, die auch eingeladen werden.
Miesgang: Ich bitte, bei der Frage der Jugend folgendes bemerken zu dürfen:
Die Frage der Kriegsversehrten ist zu einem der brennendsten Probleme der derzeitigen Entwicklung geworden,

(Sehr richtig!)

dadurch, daß die Kriegsversehrten einen so ungeheuren Prozentsatz der Menschen zwischen 20 und 30 ausmachen.
Ich bitte, in die Jugendvertretung einen Mann mit hereinzunehmen, der auch die Interessen der Kriegsversehrten vertritt. Wie dringend nötig das ist, dürften die Beschlüsse der letzten Zeit bewiesen haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das werde ich mit *Steber* besprechen. Ich schlage vor, daß wir uns heute noch nicht auf eine Zahl festlegen. Ich werde diese Frage am

zweckmässigsten im Arbeitsausschuß besprechen, sonst kommen wir darüber auch noch in Dissonanzen.
Dann haben wir ein Schreiben von Herrn *Fackler*, München:

> Betrifft: Vertretung der ehemaligen bayerischen Widerstandsbewegung im Landesvorstand.
> Als Sprecher der ehemaligen bayerischen Widerstandsbewegung erlaube ich mir im Auftrag meiner Freunde das Ansuchen zu stellen, daß bei der Besetzung der Landesleitung der Union auch ein Vertreter unserer ehemaligen bayerischen Widerstandsbewegung zugewählt wird. Als den hierfür in Frage kommenden Kandidaten schlagen wir vor: *Wilhelm von Seutter*, München, Hohenfelsstr. 24.
> Unser Ansuchen begründen wir mit der Tatsache, daß wir auf nicht-marxistischer Seite die stärkste illegale Bewegung waren, die seit 1934 gegen das Nazi-Regime arbeitete. Mehr als 500 Vertrauensleute unserer Bewegung wurden im August 1939 von der Gestapo verhaftet und lange Zeit festgehalten. Auch jetzt steht beim Aufbau der Union unsere Bewegung überall in vorderster Linie. Deshalb bitten wir, unseren Antrag, wenn irgend möglich, der Landesversammlung vorzulegen und im zustimmenden Sinn Beschluß fassen zu lassen.

Ich würde Ihnen vorschlagen, diesen Antrag dem Arbeitsausschuß zur Behandlung zu überweisen. Seine Behandlung würde zur politischen Diskussion führen. Infolgedessen soll er dort behandelt werden.
Einverstanden?

(Zuruf: Der Arbeitsausschuß ist also ermächtigt, einen Vertreter zuzuziehen, wenn sich die Mehrheit dafür ergibt?)

- Nein, das noch nicht. Man kann sich dort einigen, ob man jemand einlädt. Beschluß kann nur hier gefaßt werden.
Nun, meine Damen und Herren, zu den noch vorliegenden Anträgen, damit diese jetzt formell erledigt werden.
Welche Anträge sind noch offen, die hier wichtig und einschlägig sind?
Nehmen wir den nächsten Antrag weg. Herr *Schäffer* hat die Landesversammlung zum 5. Mai beantragt gehabt.
Meine Damen und Herren, ich bin dagegen. Sie haben die großen Ausführungen schon gehört, wir brauchen uns darüber nicht mehr auseinanderzusetzen.
Herr *Schäffer*, ich würde vorschlagen: Zunächst kommt nochmals der Landesausschuß zusammen, dann können Sie dort einen entsprechenden Antrag einbringen. Jetzt ist es wichtig, die Organisation ruhig, organisch durchzubauen und nicht überschnell eine Landesversammlung abzuhalten.
Wollen Sie den Antrag aufrechterhalten, Herr *Schäffer*?
Schäffer: Darüber muß ich mit meiner Kreisvorstandschaft reden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Halten Sie ihn aufrecht oder nicht? Ich muß ihn behandeln.
Schäffer: Ich muß ihn aufrechterhalten. Über den Antrag braucht gar nicht abgestimmt zu werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann erklären Sie sich damit einverstanden, daß der Antrag bis zur nächsten Landesausschußsitzung zurückgestellt wird?
Schäffer: Das kann ich nicht, ich rede noch mit meiner Kreisvorstandschaft.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann muß ich darüber abstimmen lassen.

Soll ich den Antrag formell verlesen? Erklären Sie sich einverstanden, Herr *Schäffer*?
Schäffer: Ich kann nur erklären: Ich bin gebunden. Ich habe den Auftrag im Namen meiner Kreisvorstandschaft eingereicht. Zwei Kreisverbände haben ihn unterstützt. Die sind gar nicht mehr da und können eine Erklärung gar nicht mehr abgeben. Der Antrag ist mit Unterstützung von drei Kreisverbänden eingereicht, das ist eine Tatsache. Ich rede mit meiner Kreisvorstandschaft noch einmal.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist keine Regelung, weil aufgrund dessen irgendein Vorwurf gegen die Geschäftsführung im Landesausschuß erhoben werden kann. Entweder Sie erklären sich einverstanden, daß der Antrag bis zur nächsten Landesausschußsitzung zurückgestellt wird, oder ich muß darüber abstimmen lassen.

(Zuruf.)

Dazu darf ich erklären: Die Rechtsgrundlage ist folgende: Der Landesausschuß hat ein Statut gegeben. Infolgedessen wird auch die Bestimmung außer Kraft zu setzen sein, daß zwei Bezirksverbände allein die Einberufung einer Landesversammlung verlangen können, denn die Landesversammlung (?) kann ihrerseits diese Bestimmung außer Kraft setzen. Infolgedessen haben wir hier zwei Anträge zu behandeln. Der eine Antrag ist der, zum 5. Mai eine Landesversammlung einzuberufen, der andere ist der Antrag der Bezirksverbände, bis dahin eine Satzung vorzulegen.
Dr. *Semler*: Ich habe rechtliche Bedenken gegen diese Auffassung. Ich bin der Meinung, daß der hier versammelte Kreis die am 8. Januar beschlossene Satzung abändern kann. In diesem Falle liegt es aber so, daß nach dieser Satzung vor dem heutigen Tage ein Antrag satzungsgemäß eingebracht ist, der unterstützt ist und dem an sich gefolgt werden muß.

(Zuruf: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir können, vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung, in diesem Falle jede Änderung der Satzung vornehmen, weil es das gleiche Gremium ist, das die Satzung beschlossen hat.
Ein Teilnehmer: Genau einverstanden, aber der Unterschied liegt darin, daß hier aufgrund der Satzung der Antrag auf Einberufung gestellt ist, der von zwei Kreisverbänden unterstützt ist und ...

(Unruhe im Saal.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren, in dem Punkt muß ich schriftlich abstimmen lassen, weil es eine Statutenänderung betrifft.
Darf ich bitten, die Stimmzettel zu verteilen.
Krempl: Ich möchte doch bitten, diesen Antrag zurückzustellen.
Dr. *Semler*: Die Versammlung kann selbst beschließen, über den Antrag heute nicht abzustimmen, sie kann Vertagung beschließen.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Es sind hier Erklärungen wegen loyaler Zusammenarbeit abgegeben worden. Das schließt ganz vernunftgemäß in sich, daß jetzt der Landesausschuß, der gewählt ist, zunächst die Vollmacht hat, bis der Landesvorsitzende der Meinung ist, daß die Landesversammlung einberufen werden kann. Wenn das von der Gegenseite nicht eingehalten wird, so ist das keine Loyalitätserklärung.
Dieser Antrag hätte sinngemäß jetzt zurückgezogen werden müssen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Wir stimmen jetzt über den Antrag schriftlich ab. Er lautet - ich formuliere ihn jetzt so:

> Unter Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung zu einer Statutenänderung wird der Antrag des Bezirksverbands München-Stadt auf Einberufung einer Landesversammlung zum 5. Mai abgelehnt.
> Es bleibt dem Landesvorsitzenden überlassen, im Einvernehmen mit dem Arbeitsausschuß eine Landesversammlung dann einzuberufen, wenn der demokratische, organische Aufbau der Union vollzogen ist.

Ich bitte, über diesen Antrag geheim abzustimmen.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage eine andere Formulierung dieses Antrags vor. Durch die Wahl des ersten Vorsitzenden ist der Antrag auf Einberufung hinfällig geworden, da dieser Antrag nur zur Konstituierung und zur Wahl eines ordnungsgemäßen, endgültigen Vorsitzenden gestellt wurde. Mithin ist ganz klar, daß durch die heute morgen erfolgte Abstimmung der Antrag mit seiner Begründung hinfällig geworden ist.
Ich stelle den Antrag, so zu formulieren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Dann bitte ich, den Antrag genau zu formulieren.
Haußleiter: Ich möchte so formulieren:

> Die Versammlung erklärt, daß durch die endgültige Wahl des Vorsitzenden durch den erweiterten Landesausschuß der Antrag auf Einberufung einer Landesversammlung hinfällig geworden ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann aber bleibt es dem Vorsitzenden überlassen -
Haußleiter:

> Es bleibt dem Vorsitzenden überlassen, den Termin zur Einberufung einer Landesversammlung zu bestimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Antrags *Haußleiter* zurück und bitte, über den Antrag *Haußleiter* in geheimer Wahl abzustimmen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich nehme jetzt an den Beratungen und Entschließungen nicht mehr teil, weil ich keine Entschließungen fassen kann ...)

Jetzt bitte ich, die Namen der Stimmberechtigten zu verlesen.
Solange die Abstimmung durchgeführt wird, nützen wir die Zeit aus.
Es wäre noch zu beschließen über die sehr klare Resolution über die Frage der Haltung der Union zur Reichspolitik, eine sehr wichtige Frage. Schade, daß die Zeit drängt.
Müssen wir über diese Resolution noch abstimmen?
Ein Teilnehmer: Meines Erachtens können wir heute unmöglich auseinandergehen, ohne mindestens in einer Entschließung zu einer der brennendsten Fragen, nämlich der Frage der Reichspolitik, Stellung zu nehmen. Wir werden im gesamten Land und Reich, überall, wo wir uns als Vertreter der Union sehen lassen, darauf angesprochen. Es läßt sich nicht verheimlichen, daß wir in diesen Tagen zu einer Landesausschußsitzung zusammengekommen sind, und es würde nach draußen hin nicht verstanden werden, wenn wir kein Wort zu den brennendsten Problemen unserer Zeit gefunden

hätten. Ich bedauere, daß die Versammlung diesen Ausgang nimmt, möchte aber, daß am Ende dieser Zusammenkunft eine Entschließung über diese wichtige Frage gefaßt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte zusammenzubleiben, daß wir beschlußfähig bleiben. Darf ich bitten, Ober- und Niederbayern hereinzuholen.
Ich bitte, die Namen für die Abstimmung über die Frage der Landesversammlung zu verlesen.
(Die Abstimmung wird durchgeführt.)
Es liegt der Antrag zu folgender Entschließung vor:

Der am 31. März 1946 in Bamberg tagende erweiterte Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union beschließt:
Der Landesvorsitzende wird beauftragt, auf der nächsten Tagung des Landesausschusses ein soziales Sofortprogramm vorzulegen, das folgende Punkte umfaßt und von folgenden Grundsätzen ausgeht:

1. Die Lage derer, die durch den Krieg ihre Existenz, ihre Heimat, Hab und Gut verloren, erfordert einen gerechten Ausgleich der Kriegslasten.
2. Für die Wiederseßhaftmachung und Eingliederung der Ausgewiesenen ist eine klare Planung vorzulegen.
3. In der gleichen Weise bedürfen Kriegsversehrte und Kriegsopfer der besonderen Hilfe des Staates. Dafür sind die Richtlinien auszuarbeiten.
4. Soziale Gerechtigkeit und christliche Nächstenliebe erfordern ein solches echtes Sozialprogramm. Nur durch seine Verwirklichung kann die Gefahr einer neuen kollektivistischen Massendiktatur abgewendet werden, die einen neuen Ansturm von Materialismus und Atheismus bedeutet und deren Anzeichen auf der Linken und auf der Rechten in allen radikalen Lagern bereits sichtbar sind.
5. Der Landesausschuß ist der Ansicht: Durch solche wirkliche Sozialpolitik unterscheiden wir uns als Christen grundsätzlich von allen sozialistischen Programmen, deren Sozialismus von Materialismus und Atheismus untrennbar ist. Dadurch wird die politische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien nicht unmöglich gemacht. Aber für uns ist nicht Sozialismus, sondern christliches Gemeinschaftsdenken die Grundlage unserer Sozialpolitik.

Da ist Begründung und Antrag zusammengezogen. Infolgedessen bin ich auch der Auffassung: Es muß vor allem zum Flüchtlings- und Kriegsversehrtenproblem eine Beschlußfassung her.
Wir müssen eine kurze Resolution fassen. Ich bitte, mit zu formulieren.
Dr. *Horlacher*: Ich beantrage, den Herrn Landesvorsitzenden zu beauftragen, eine entsprechende Resolution zu verfassen. Wir sind mit den Grundgedanken ganz einverstanden.
Es liegen aber auch andere wichtige Gebiete vor. Wir werden den Landesausschuß so bald wie möglich wieder zusammenberufen müssen.

(Zurufe.)

- Sie können ganz beruhigt sein, wir werden ihn schon wegen der Ernährungslage und anderer politischer Probleme zusammenrufen müssen. Da wird der Streit der Union in den Hintergrund treten und sachliche und fachliche Arbeit im Vordergrund stehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Noch ein Vorschlag zur Reichspolitik.

Ich darf erklären: Am nächsten Mittwoch findet in Stuttgart eine Tagung für die Bildung einer Partei auf Zonenbasis für die ganze amerikanische Zone statt.
Ich werde daran teilnehmen und bitte, mich zu begleiten, den Herrn *von Prittwitz*, den Herrn Dr. *Kroll* und den Herrn Botschafter *von Voretzsch*.
Darf ich Ihr Einverständnis dazu annehmen?
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, in der Parteiorganisation nicht weiter so fortzufahren, daß die stärkste Gruppe der Partei, die Bauernschaft, immer so in den Hintergrund gedrängt wird. Schon wieder der Vorschlag, daß wir vollständig ausgeschaltet sind!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist die erste Vorbesprechung, bei der man erst klar sehen muß, was los ist. Ich bin aber gerne bereit, noch einen Vorschlag zu akzeptieren. Wer von Ihnen geht mit?

(Zuruf: Botschafter *Voretzsch* ist ausübender Landwirt!)

Dr. *Horlacher*: Ich bitte davon auszugehen, daß wir schon 250.000 Mitglieder überschritten haben und mit unseren Familienangehörigen die Hauptmasse der Wähler der Union in der Hand haben. Wir ertragen es nicht mehr - mir persönlich ist es gleichgültig -, daß auf uns nicht die gebührende Rücksicht genommen wird.
Wir werden einen geeigneten Herren aus den Reihen des Bauernverbands in Vorschlag bringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage also vor "und einen Herrn des Bayerischen Bauernverbands".
Erhebt sich dagegen Widerspruch, daß wir an dem Aufbau der Union auf Zonenbasis mitwirken? - Einstimmig angenommen.
Bezüglich der Flüchtlingsfrage würde ich vorschlagen, doch wenigstens eine kurze Feststellung hier zu treffen.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! Wer jeden zweiten Tag im Lande eine Versammlung abhält, weiß, daß sich eine Explosion vorbereitet, die für uns alle böse wird. Ich erlebe die Vorbereitung zur Gründung einer Flüchtlingspartei. Rechtsanwälte setzen sich zusammen und sagen, wir machen eine Flüchtlingspartei, das wird die stärkste Partei in Bayern, und dann stellen wir die Regierung.

(Zurufe.)

- Das ist ein Witz, aber wenn wir nicht achtgeben, passiert das.
Deshalb muß die Sache geklärt werden, daß wir wissen, was wir im Wahlkampf zu sagen haben. Wir müssen sozialen Zündstoff beseitigen, sonst explodiert er. Wir müssen wirkliche Sozialpolitik treiben, sonst verlieren diejenigen, die sich an alles klammern, alles mit einem Schlag. Wir dürfen aber auch nicht nach links abrutschen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse zwei weitere Vorschläge, die zur Flüchtlingsfrage gemacht worden sind, verlesen. Eine der beiden, die beste, werden wir dann akzeptieren. Wir sind uns klar, daß irgend etwas geschehen muß.
Ich bitte Herrn *Koenig*, die beiden Anträge noch vorzulesen.
Dr. *Koenig*:

Entschließung des erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns zur Frage der Ausgewiesenen.
Der erweiterte Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union Bayerns hat sich auf seiner Tagung in Bamberg am 31. März 1946 erneut mit dem Problem der Ausgewiesenen aus den deutschen Ostgebieten und dem Sudetenland eingehend befaßt.
Die Union bekennt sich zur deutschen Schicksalsgemeinschaft und gibt der aus ih-

rer christlichen und sozialen Grundhaltung erwachsenden Verpflichtung Ausdruck, die Verantwortung auch für diese Opfer der Nazi-Politik und des Krieges mit zu übernehmen. Sie weist ihre Organisationen, Mitglieder und Freunde an, sich mit ganzer Kraft diesem ernstesten Sozialproblem der Gegenwart zuzuwenden und ihre in Not geratenen Brüder nicht im Stich zu lassen.
Die Union erblickt das letzte Ziel der Maßnahmen in der Eingliederung aller zwangsweise Zugewanderten in die Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft ihrer neuen Heimat auf der Grundlage eines menschenwürdigen Daseins. Ihre rechtliche Gleichstellung mit den Angehörigen der Aufnahmeländer ist für die Union eine selbstverständliche demokratische Forderung. Darüber hinaus vertritt sie den Grundsatz gerechter Lastenverteilung nach dem Grade persönlicher Leistungsfähigkeit der Einkommensbezieher und Vermögensträger. Sie fordert, daß Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Umschulung zu planmäßigem und vollem Einsatz für die Ausgewiesenen gelangen, daß insbesondere die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene den Charakter der Armenpflege verliert und daß eine umfassende Betreuung und Ausbildung der jugendlichen Zuwanderer erfolgen. Um den neuen Staatsbürgern Platz zu schaffen, ist der Abtransport der aus anderen Zonen stammenden Flüchtlinge beschleunigt durchzuführen.
Die Union ist der Überzeugung, daß eine endgültige Lösung des Problems der Ausgewiesenen erst dann möglich ist, wenn sich die vorhandenen Wirtschaftskräfte voll entfalten können. Trotzdem müssen bis dahin Volk und Staat, Kirchen, Verbände und Organisationen sowie sämtliche politischen Parteien zusammenwirken, um gemeinsam der furchtbaren Not des Augenblicks [entgegen] zu steuern und für die Ausgewiesenen die Voraussetzungen zur Erhaltung von Leben, Gesundheit und Arbeitskraft zu schaffen, von denen die Begründung einer neuen Existenz für Millionen von Menschen abhängt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin vollkommen damit einverstanden. Nur bitte ich, "demokratische Forderung" in "soziale Forderung" abzuändern. Die zweite Fassung ist kürzer. Wollen wir die verlesen!
Dr. *Koenig*:

Das Elend der Heimatlosen und Flüchtlinge ist Gegenstand ernster Sorge der Christlich-Sozialen Union. Der Landesausschuß beschließt daher eine Organisation der verschiedenen Flüchtlingsgruppen auf landsmannschaftlicher Grundlage im Rahmen der Parteiorganisation. Wir verlangen die Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage für diese bedauernswerten Opfer des Krieges, die ihre Ansprüche regelt und klare Grundsätze für Seßhaftmachung und berufliche Eingliederung in[10] ihre neue Heimat schafft.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Welche Fassung wollen wir akzeptieren?

(Zurufe: Die zwei!)

Dr. *Koenig*: Nach den Verhandlungen, die die Flüchtlingsorganisation selbst mit der amerikanischen Besatzung gepflogen hat, sind landsmannschaftliche Zusammenschlüsse der Flüchtlinge verboten.

(Zurufe.)

[10] In der Vorlage: "und".

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nehmen wir beide? Alles einverstanden?
Dann schreite ich zur Abstimmung über die zwei verlesenen Resolutionen.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen?
Dr. *Nerreter*: Darf ich zur Begründung etwas sagen. Wir haben gestern einen Nachmittag vergeudet und heute früh für notwendige Sachen einen Vormittag reserviert. Jetzt peitschen wir in größter Eile die wichtigsten Dinge durch. Vorhin ist von Coburg gesagt worden, zur Frage der Reichseinheit muß eine Resolution gefaßt werden, weil es die Wichtigkeit der Sache erfordert.
Ich sage: Wenn wir in diesem Tempo die Fragen der Reichseinheit und der Flüchtlinge durchpeitschen, werden wir uns nicht mehr klar, wodurch die einzelnen Fassungen voneinander abweichen. Der Antrag 2 bezüglich der Flüchtlinge war nicht etwa ein Exzerpt aus dem Antrag 1, sondern es war etwas ganz anderes. Es war darin von landsmannschaftlicher Zusammenfassung die Rede, gegen die mit Recht Bedenken erhoben worden sind.
Ich meine, so geht es auch nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Einwand hat etwas für sich.
Infolgedessen würde ich vorschlagen, wir beschließen hier: Wir akzeptieren die beiden Resolutionen und verweisen sie zur redaktionellen Behandlung an den Arbeitsausschuß. Einverstanden?

(Zurufe: Jawohl!)

Das Gleiche möchte ich für die Resolution beantragen, die der Sozialpolitische Ausschuß heute vorzulegen hätte, erstens zur Sozialversicherung, zweitens zur Kriegsversehrtenfrage und zur Gewerkschaftsfrage.
Ich bitte, daß auch diese Resolution sowie die Resolution des Wirtschaftsausschusses zur redaktionellen Behandlung dem Arbeitsausschuß überwiesen und dann in der Bayerischen Rundschau veröffentlicht werden.
Ein Teilnehmer: Ich stelle den gleichen Antrag wegen der Resolution des Wirtschaftsausschusses. Ich möchte aber bitten, daß der Arbeitsausschuß ersucht wird, mit tunlichster Beschleunigung zu diesen Resolutionen Stellung zu nehmen und, wenn er sie billigt, sie alsbald in geeigneter Form zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: In der Resolution - ich kenne sie - bekennen wir uns zur deutschen Wirtschaftseinheit.
Erhebt sich dagegen irgendein Einspruch? Das muß klar gestellt sein. - Gut, einverstanden. Dann wird die Resolution dem Arbeitsausschuß überwiesen.
Ebenso würde ich vorschlagen, die von Dr. *Kroll* bearbeitete Resolution zur Frage der Reichseinheit, unter der Voraussetzung, daß wir die Reichseinheit anerkennen, uns aber gegen das Einheitsreich wenden, an den Arbeitsausschuß zu überweisen.
Einverstanden? - Ich stelle das fest.
Dann habe ich nachzuholen, was wir vorhin fast übersehen hätten. Sie erklären sich einverstanden, daß die für den Arbeitsausschuß vorgesehenen Mitglieder von den Bezirksverbänden bestellt werden, und zwar in legaler Weise, also durch Wahl. Zur Zahl der Mitglieder: Zunächst ist nach unserer Beschlußfassung vorgesehen, daß je ein Vertreter hineinkommt. Sollte sich später die Notwendigkeit für eine Erweiterung ergeben, werden wir das tun.
Ich darf also Ihre Zustimmung annehmen, daß die Vorschläge für die einzelnen Mitglieder des Ausschusses von den Bezirksverbänden eingeholt werden.

Herr Dr. *Barth* hat sich gemeldet.
Dr. *Barth*: Ich erinnere an die Presseresolution, die von Oberfranken vorgelegt wurde. Wir sind leider nicht dazu gekommen, das Problem zu besprechen, das sehr wichtig ist, bei dem eine sehr klare Haltung bezogen werden muß.
Ich schlage vor, auch diese Resolution dem Arbeitsausschuß zu überweisen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Kein Widerspruch? - Dann darf ich Ihre Zustimmung annehmen. Es handelt sich um Stellungnahme zur sogenannten unabhängigen Presse und Förderung der Parteipresse.
Dann kommt ein Antrag wegen der Zusammensetzung der Spruchkammern nach dem Befreiungsgesetz.
Ich würde bitten, diesen Antrag auch hinüberzugeben.
Dann ein Antrag Würzburg wegen der Evakuierten. Es handelt sich da um das Stimmrecht der Evakuierten. Ich bitte, auch da einverstanden zu sein, daß der Antrag im Arbeitsausschuß behandelt wird.

(Zuruf: Das müßte aber möglichst bald gemacht werden, weil die Wahlen schon am 28. April stattfinden und die Evakuierten, die eventuell bei den Kreistagswahlen wählen würden, das Wahlrecht sonst verlieren.)

Das ist keine Resolution. Ich darf bitten, den Antrag dahin abzuändern:

Der Landesvorsitzende wird beauftragt, mit der Militärregierung und der Bayerischen Staatsregierung zu verhandeln.

Einverstanden? - Ja.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! In unserem Antrag war auch versucht, eine Klärung der Frage herbeizuführen, ob wir unsere Politik als soziale oder sozialistische Politik bezeichnen. Die Frage ist im Wahlkampf draußen wichtig.
Ich beantrage:

Über die Frage einer sozialen oder sozialistischen Politik wird keine öffentliche Diskussion mehr geführt; das macht unter der Mehrzahl der Wähler einen sehr schlechten Eindruck.
Der Vorsitzende bereitet eine endgültige Klärung bis zur nächsten Tagung vor.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das letztere ist zuviel gesagt. Damit treten wir in die Diskussion über das Programm. Diese wird von den verschiedenen Ausschüssen, dem Wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschuß schon ernsthaft vorbereitet. Das können Sie nicht so machen, daß Sie sagen "wird bis zur nächsten Tagung vorbereitet". Das Programm ist so ernsthaft, daß wir nachher wirklich gründlich darüber sitzen müssen.
Ich werde das, was Sie gesagt haben, so erledigen, daß ich es im Redner-Dienst als Anregung berücksichtige und daß dort entsprechende Weisung gegeben wird. Dann bekommen wir hier keine große Diskussion.
Dr. *Dürr*: Die Frage der Zuteilung oder Zuweisung des Redner-Dienstes, eine rein organisatorische Frage, muß auch geregelt werden.

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Parteibeiträge! Leider Gottes haben wir von der Kasse niemand da. Es wurde damals vereinbart, daß im Augenblick Sie selbst noch darüber verfügen. Das bitte ich rein organisatorisch behandeln zu dürfen.
Frau *Hahn*: Ich möchte alle Kreis- und Bezirksverbände bitten, unter ihren Frauen zu suchen, wer zur Mitarbeit im Frauenausschuß in Frage kommt oder wer unter den

Frauen besonders politisch interessiert ist. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, wir hätten nur Stadtfrauen. Wir warten im Sekretariat dauernd auf Zuschriften von Frauen vom Lande, die sich zur Mitarbeit melden. Veranlassen Sie das, bitte. Es soll jede bei uns mitarbeiten können, bei uns ist bestimmt kein Rangstreit.
Eine Teilnehmerin: In Franken und Mittelfranken sollen auch evangelische Frauen mitarbeiten!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Noch ein Antrag oder eine Anregung, dann darf ich annehmen, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir jetzt zum Ende dieser Tagung schreiten.
Ein Teilnehmer: Zur Frage der Entnazifizierung!

(Große Unruhe im Saal. Ein Teil der Versammlungsteilnehmer rüstet zum Aufbruch und verläßt die Plätze.)

Da ist der Minister *Schmitt* umeinander gereist, und er verlangt jetzt von uns ...

(Sehr starke Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber sind Verhandlungen im Gange. Es sind noch Besprechungen darüber eingeleitet. Wir werden da noch Nachdruck geben können.
Dazu darf ich nur bitten, daß so oft als möglich solche Anregungen hereingegeben werden. Tun Sie das schriftlich, dazu brauchen wir nicht die Landesausschußsitzung. Geben Sie auch schriftlich die Beschwerden über Personalpolitik und diese Fragen herein, dann kann alles gesammelt behandelt werden. Alle denken bisher immer nur daran, daß dies irgendein örtliches Problem sei, das gerade akut ist, es sind aber soundso viele einzelne Probleme.

(Anhaltende Unruhe im Saal.)

Nun, meine Damen und Herren, danke ich Ihnen recht herzlich für Ihre Mitarbeit, nicht nur für die Mitarbeit, die Sie hier geleistet, sondern auch für die Mitarbeit, die Sie bis jetzt schon für die Union geleistet haben. Es sind viele unter uns - das war der Grund, warum ich die Parteifreunde an der Sitzung habe teilnehmen lassen -, die sehr viel Kraft für die Union aufgewendet haben, die Leute, die die Ausschüsse organisiert haben, wie Freund *Muhler*, der den Kulturausschuß aufbaut, *Semler*, der den Wirtschaftsausschuß aufbaut, *von Prittwitz* und die anderen. Ich kann nicht alle nennen, alle haben sich redlichst bemüht und geben sich redlichste Mühe. Bitte, unterstützen Sie uns dabei.
Sie haben vielleicht oft einen Eindruck von München gehabt, der das Bild noch schwärzer gestaltet hat, als es war. So arg schwarz war es nicht. Es waren Dissonanzen da, die Arbeit wurde gehemmt, aber auf der anderen Seite wären wir nicht so weit, wenn sich nicht Kräfte zusammengefunden hätten, die bemüht sind, für die Union alles aufzubieten, die Genannten, aber auch noch andere dazu. Ich wäre zum Beispiel bei der Wahl aufgesessen, wenn mir nicht Männer wie *Holzmann* und alle die anderen beigesprungen wären.
Es war Einmütigkeit in der Zusammenarbeit da. Darum bitte ich, daß Sie Ihrerseits ebenso einmütig draußen arbeiten. Ich habe das oft wahrnehmen können und mich darüber gefreut, wenn draußen gearbeitet wurde. Heute sind wir, glaube ich, so weit, daß wir mit noch größerem Mut arbeiten können. Es handelt sich jetzt nicht darum, wer die Union führt und wer in Opposition steht oder gestanden ist. Es handelt sich darum, daß alle, die bewußt zusammenarbeiten wollen, zusammenstehen. Dann ist es gleichgültig, ob gelegentlich eine Opposition da ist. Wir haben jetzt gemerkt, wir ha-

ben uns gestritten und gerauft und haben uns im Großen und Ganzen zusammengerauft. Wir werden alle so weggehen, daß wir zwar einige unangenehme Eindrücke, aber auch gute Eindrücke mitnehmen.
Deswegen bitte ich Sie: Denken Sie, wenn Sie draußen in der Arbeit stehen, an die guten Eindrücke! Lassen Sie sich zu weiterer Arbeit ermutigen! Stellen Sie alles Trennende und auch diese Dissonanzen zurück!

[Schluß der Sitzung: 31. März 1946, 15.45 Uhr.][11]

[11] Im Wortprotokoll ist keine Zeitangabe vermerkt. Die Uhrzeit wurde übernommen aus einem vierzehnseitigen Kurzprotokoll der Sitzung: "Niederschrift über die Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946" im Privatbesitz Karl Köhler.

Nr. 13

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. April 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Bericht Müllers über seine Besprechung mit der Militärregierung über die Pressefrage
2. Ausgestaltung der Mitteilungsblätter der CSU
3. Vorfälle nach der Bamberger Tagung
4. Bericht über die Besprechungen in Stuttgart über den Aufbau der Union auf zonaler Ebene
5. Termin und Tagesordnung der Landesversammlung
6. Wahlen und Wahlrecht
7. Entschließungen des Wirtschafts- und des Sozialpolitischen Ausschusses
8. Besetzung der Spruchkammern

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Arnold, Barth, Deggendorfer, Dürr, Ehard, Eichhorn, von Eicken, Falkner, Helmerich, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Kroll, Lacherbauer, von Miller, J. Müller (zeitweise), Ortloph, Pfeiffer, Pflaum, Rinke, F. Schäfer, Steber, von Voretzsch sowie ein Vertreter der Militärregierung; ferner: Hamacher, Koenig

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Hamacher, Koenig

Nach Eröffnung der Sitzung um 11.20 durch Herrn Botschafter Dr. *von Voretzsch* in Vertretung von Herrn Dr. *Müller* wird die Anwesenheit festgestellt. Danach erfolgt die Verlesung des Protokolls[3] der Bamberger Tagung, zu dem einige Abänderungen gewünscht werden.
Um 11.50 übernimmt Herr Dr. *Müller* den Vorsitz und gibt zunächst einen Bericht über seine Besprechungen mit der Militärregierung in der Pressefrage. Es werden Halbmonatsschriften mit einer Auflage von 40.000 und einem Umfang von 32 Seiten für die drei Landesparteien genehmigt. Diese hatten angeregt, die Auflage auf 80.000 Exemplare mit einem Umfang von 16 Seiten zu erhöhen. Die bisherigen Mitteilungsblätter sollen zu Informationsblättern der Parteien werden, mit einheitlichem Inhalt und zentraler Redigierung.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes, da die geplante Tagesordnung dem Sitzungsverlauf kaum entsprach. Laut Einladungsschreiben des Landessekretariates, gez. Schmidt, an die Mitglieder des Arbeitsausschusses vom 11. April 1946 (ACSP, NL Arnold 4 und NL Müller 11) war folgende Tagesordnung vorgesehen: "1) Protokoll der Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses vom 30./31. März 1946, 2) Billigung der Geschäftsordnung a) für den Arbeitsausschuß b) für den Landesausschuß c) für die Sekretariate, 3) Fragen der Parteischiedsgerichte, 4) Personalpolitik der Regierung, 5) Besetzung der Spruchausschüsse, 6) Schaffung eines Personalausschusses, 7) Schaffung eines Informations- bzw. Presseausschusses." Eine erste Einladung ohne Bekanntgabe der Tagesordnung datiert am 6. April 1946 (ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, 16. April 1946).

2 Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

3 Dabei muß es es sich um ein Kurzprotokoll, vermutlich die vierzehnseitige "Niederschrift über die Sitzung des erweiterten vorläufigen Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union Bayerns in Bamberg am 30. und 31. März 1946" gehandelt haben, die sich im Privatbesitz Karl Köhlers befindet.

Anschließend erfolgt eine Aussprache über die Ausgestaltung der Mitteilungsblätter der Union, insbesondere über die Bayerische Rundschau. Es herrscht die Auffassung darüber, daß innere Schwierigkeiten nicht in der eigenen Presse ausgetragen werden sollen. Ebenso wird die Beschwerde von Staatsrat *Schäffer* über Zurückweisung einzelner Artikel durch die Bayerische Rundschau behandelt. Staatssekretär *Pfeiffer* ergreift daraufhin das Wort zu längeren Ausführungen über die Auseinandersetzungen innerhalb der Union und die Arbeit der in der Regierung vertretenen Unions-Mitglieder. Er weist zur parteipolitischen Lage darauf hin, daß die heutige Stellung der SPD, wie es die Erlanger Tagung ergeben hätte, keine Tarnung mehr sei und daß die Sozialdemokraten sich im Stadium der Evolution befinden, so daß ein Einbruch in unsere Sphäre zu befürchten sei. Es sei daher an der Zeit, daß die Union zu gewissen Dingen positive Stellung nehme.
Anschließend werden die Vorfälle nach der Bamberger Tagung behandelt. Herr *Pflaum* verliest eine Entschließung des Bezirksausschusses München, die an den Arbeitsausschuß gerichtet ist und die die Stellungnahme der Isar-Post zur Bamberger Tagung zum Gegenstand hat.
Die Erklärung ist im Wortlaut beigefügt[4].

Schluß der Sitzung 14 Uhr.
Die Arbeitstagung wurde um 15 Uhr fortgesetzt.

Herr Dr. *Müller* gab einen kurzen Bericht über die Stuttgarter Besprechungen zum Aufbau der Union auf Zonenbasis.
Er wies darauf hin, daß Berlin als Reichszentrale nicht anerkannt worden sei. Der Name Christliche Union sei für die Zonenarbeit angenommen worden.
Weitere Besprechungen sollten im April stattfinden, wobei auch die Grundlinien für einheitliche programmatische Erklärungen geschaffen werden sollen.
Es wird ein Brief von Herrn Dr. *Adenauer*, Köln, verlesen, der weitere Einzelheiten zu den Stuttgarter Beschlüssen enthält.
Die Fragen der Zonenpartei und der Reichszentrale werden eingehend besprochen.
Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Christlich-Soziale Union Bayerns auf der Tagung der Christlich-Demokratischen Union in Berlin nicht offiziell vertreten [sein] wird.
Als nächster Punkt der Tagesordnung wird der Termin der Landesversammlung beraten.
Danach sollen am 9. Mai 1946 die Arbeitsausschußsitzung[5] in München stattfinden und am 18./19. Mai 1946 die Landesversammlung in München tagen.
Auf die Tagesordnung für den Landesausschuß werden gesetzt:

1. Vorbereitung der Landesversammlung
2. Besprechung der Richtlinien für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm.
3. Vorbereitung der Aufstellung der Kandidaten für die Verfassunggebende Landesversammlung
4. Sonstiges

[4] Diese Anlage konnte nicht ermittelt werden.
[5] Gemeint ist vermutlich die Landesausschußsitzung am 9. Mai, vgl. Dokument Nr. 16, S. 211ff.

Die Tagesordnung für die Landesversammlung sieht vor:

1. Berichterstattung des Landesvorsitzenden
2. Satzung
3. Wahl der Landesvorstandschaft
4. Aufstellung der Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung
5. Bericht der Ausschüsse
6. Grundlinie für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm
7. Sonstiges

Es wird weiterhin die Frage des Wahlsystems besprochen, wobei Dr. *Müller* die Auffassung vertrat, daß für die Landeswahlen mit dem Ein-Mann-Wahlsystem gerechnet werden kann, während bei den Wahlen vorher das Verhältniswahlsystem zur Anwendung gelangen wird.
In der Landesversammlung müßten die Kandidaten aufgestellt werden, wobei es nach Angabe der Amerikaner notwendig sei, möglichst viele Kandidaten zu nominieren.
Herr Staatsrat *Schäffer* bat, das Material für die Landesversammlung gut vorzubereiten und in Zukunft Entschließungen im Wortlaut den Delegierten stets vorher zuzusenden.

Schluß der Sitzung 17.30 [Uhr].
Die Tagung fand ihre Fortsetzung um 19.30 [Uhr].

Die Entschließungen der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschüsse werden verlesen. Änderungen werden vorgenommen und die weitere Behandlung der Resolutionen beschlossen.
Veröffentlicht werden sollen, mit redaktionellen Änderungen, Entschließungen zur Wirtschaftseinheit und zur Lage des Handwerks, ferner zur Sozialversicherung, zur Versehrtenfrage, zur Gewerkschaftsfrage und zum Problem der Ausgewiesenen. Sie sollen sämtlich im Unions-Dienst und in der Bayerischen Rundschau veröffentlicht werden.
Die Entschließung zur Rechtspflege wird zurückgestellt, ebenso zur Neugestaltung des Revisions- und Treuhandwesens, ferner die fünf Formulierungen zur Eigentumsfrage, die der Arbeitstagung zur Erledigung überwiesen werden.
Staatsrat *Pfeiffer* erläutert anschließend daran eingehend die Rechtsgrundlagen zur Durchführung der Landeswahlen und verwies darauf, daß die Unterlagen dafür bei ihm in Empfang genommen werden könnten.
Weitere Einzelheiten über die Notwendigkeit der Organisation der Union wurden besprochen. Dabei wurde auch die Frage der Besetzung der Spruchkammern zum Denazifizierungsgesetz erörtert.

Schluß der Sitzung 23 Uhr.

Nr. 14

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 24. April 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Verschiedenes
2. Flüchtlingsproblem
3. Entnazifizierung

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstr. 4

Anwesend:[2] Dürr, Eichhorn, von Eicken, Falkner, Helmerich, Hundhammer, Jaeger, Kroll, Lacherbauer, Laforet, Ortloph, Pflaum, Scharnagl, F. Schäfer, A.W. Schmidt; als Gäste: Rinke und ein Vertreter der Militärregierung; ferner: Käss, Koenig

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Beginn: 10.30 Uhr

In Abwesenheit von Herrn Dr. *Josef Müller* übernimmt Dr. *Eichhorn* den Vorsitz.
Direktor *A.W. Schmidt* verliest das Protokoll der 1. Sitzung des Landesarbeitsausschusses vom 16. April 1946.
Dr. *Hundhammer* bittet um Zusendung der Protokolle an die Bezirksverbände.
Direktor *A.W. Schmidt* verliest einige Posteingänge von allgemeiner Wichtigkeit:
Schreiben der KPD zu dem Flugblatt "Wir haben gearbeitet".
Es wurde beschlossen, das Schreiben unbeantwortet zu lassen. Die Union lasse sich keine Termine stellen und eine Richtigstellung sei nicht erforderlich.
Schreiben der CDU, Berlin, vom ...
CDU bittet um Angaben über die Christlich-Soziale Union in Bayern zur Verwertung auf der Landesversammlung der CDU am ...
Dr. *Eichhorn* äußerte unter Zustimmung der Anwesenden, daß dieses Schreiben auch besser unbeantwortet bleiben solle. Die CDU Berlin wolle nur Zentrale spielen - und außerdem würden wir uns mit unseren Angaben nur blamieren.
Es wird die Frage gestellt, ob die Mitgliederzahl eigentlich jetzt angegeben werden könne.
Direktor *A.W. Schmidt* erbittet die Zustimmung der Anwesenden zu einer Maßnahme: da die Benzinzuteilung nunmehr zentral durch das Landessekretariat an die Bezirksverbände erfolge, habe er vorgesehen, den Bezirksverbänden nur dann Benzin zu genehmigen, wenn ihre Meldung über die Mitgliederzahl vorliege.
Die Zustimmung wird erteilt.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.

2 Laut maschinenschriftlicher vorbereiteter Anwesenheitsliste, die jedoch nicht durchgängig Unterschriften enthält. Von den teilweise durch Ankreuzen oder Abhaken als anwesend gekennzeichneten Personen wurden nur diejenigen in die Liste übernommen, bei denen die Vermerke eindeutig sind oder die im Protokoll erscheinen. Die Namen der Gäste sind handschriftlich ergänzt worden, die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Minister *Helmerich* erklärte, daß das Benzin von jetzt ab jeder Partei insgesamt an die Landesleitung zugeteilt werde, und zwar jeder Partei gleich viel: monatlich 10.760 l.
Dr. *Eichhorn* warf die Frage auf, wie innerhalb der Stadt München die Bezeichnung der Verbände geregelt werden könne: Verwechslung zwischen dem Bezirksverband - Regierungsbezirk und den Stadtbezirken in München, die ja eigentlich nunmehr Kreisverbände heißen müßten.
Da die Behandlung dieser Frage zu weit führen würde, wurde sie auf einen späteren Termin verschoben.
Direktor *A.W. Schmidt* fragt, ob Interesse für die Verlesung des Informationsbriefes der CDU vorhanden sei.
Die Anwesenden bitten, den Informationsbrief - wenigstens auszugsweise - den Bezirksverbänden in Abschrift zuzuleiten.
Dr. *Eichhorn* fordert Herrn Dr. *Koenig* auf, die von ihm entworfene Rede für den Rundfunk über das Problem der Ausgewiesenen zu verlesen.
Dr. *Koenig* verliest seine Rundfunkrede.
Er erklärt, daß die zuständigen Stellen ihm erklärt haben, daß der Passus über die Verschleppung der Bevölkerung und über die Zurückhaltung der arbeitsfähigen Kräfte in der Tschechoslowakei wahrscheinlich nicht durchgelassen werden würde, ebenso nicht der Abschnitt, in dem von der Forderung der wirtschaftlichen Einheit und den Bedenken gegenüber der Loslösung der ostdeutschen Gebiete gesprochen wird.
Dr. *Eichhorn* erklärt, daß, wenn die Rede Dr. *Koenigs* auf diese Weise verstümmelt würde, dann müßten andere Punkte stärker herausgearbeitet werden.
Dr. *Hundhammer* bat, wenn eine Umarbeitung der Rede erfolgen sollte, auf die Möglichkeit, auf den ehemaligen Exerzierplätzen und Flugplätzen geschlossene Siedlungen für die Ausgewiesenen zu schaffen, besondere Betonung zu legen.
Dr. *Eichhorn* gab zu bedenken, daß es sich vorläufig ja erst einmal um die primitivste Unterbringung der Ausgewiesenen handele, und man an solche Siedlungen erst später denken könne. Die Schwierigkeiten dieser ersten Unterbringung seien ungeheuerlich, z.T. durch Verschulden der Bevölkerung, die die Leute möglichst schlecht unterzubringen gewillt sei, damit sie bald wieder gehen. Es lägen ihm hierüber Berichte von der Inneren Mission vor.
Dr. *Koenig* erwähnte den Fall des Landrates von Griesbach.
Dr. *Käss* erklärte, daß sich der Rundfunk jetzt offenbar mehr und mehr mit solchen Kundgebungen der einzelnen Parteien an die Öffentlichkeit zu wenden gedenke, und daß es daher anzuraten sei, wenn die Erklärungen, die in diesen Fällen gegeben werden sollen, gut vorbereitet, möglichst den Arbeitsausschüssen zur gründlichen Durcharbeitung gegeben werden sollen. Auf diese Weise würde auch gleichzeitig ein Beitrag zu einer Gestaltung des Programmes der Partei geliefert.
Dr. *Eichhorn* betonte, daß die Union in der Stellungnahme zu akuten Tagesfragen nicht nachhinken dürfe. Das Programm darf, ja muß langsam wachsen, aber die aktuellen Tagesprobleme müssen sofort behandelt werden.
Dr. *Koenig* berichtet über seine Eindrücke bei seiner Flüchtlingskundgebung in Hof: er habe den Eindruck einer allgemeinen Apathie gegenüber den Fragen des Flüchtlingselends gewonnen. Im übrigen seien Vertreter aus Forchheim anwesend gewesen und hätten ihm folgendes erklärt: Staatsrat *Schäffer* hat auf einer Rede in Forchheim gesagt, daß man die Flüchtlinge wohl hereinlassen muß, daß man sie aber in keine Stellungen bringen wird. Sie, die Forchheimer, würden bestimmt nicht mehr die CSU wählen.

Dr. *Rinke* berichtigt: Staatsrat *Schäffer* habe gesagt: die eine Heimat haben, sollen wieder zurück. Die keine Heimat [haben,] werden von uns aufgenommen, aber man solle ihnen zu wissen geben, daß sie nicht nur Rechte sondern auch Pflichten haben.
Dr. *Koenig* erwiderte, daß jedenfalls der Eindruck unter den Flüchtlingen in Forchheim der oben beschriebene gewesen sei, und daß für die Union unter diesen Leuten nichts mehr zu retten sei.
Dr. *Eichhorn* wandte sich auch entschieden gegen die Verschiebung innerhalb der Zonen.
Dr. *Käss* zeigte an Einzelbeispielen auf, was für Schwierigkeiten und Störungen - nicht nur menschlicher Art, sondern wirtschaftlicher und sozialer - durch diese Rückführungsaktion aufgetaucht seien.
Dr. *Rinke* erklärte, daß er gehört habe, daß auf Befehl des Kontrollrates die Schlesier aus Bayern in die englische und russische Zone abtransportiert werden sollten.
Dr. *Eichhorn* erklärte diesen Punkt für abgeschlossen.
Durch die Abwesenheit Dr. *Müllers* wird die Behandlung der eigentlich vorgesehenen Punkte - der Spruchausschüsse - hinausgeschoben. In der Zwischenzeit gibt Herr Bürgermeister Dr. *Lacherbauer* eine Erklärung der Zustände um die Einrichtung der Spruchausschüsse und die Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes.

[Schluß: nicht ermittelt]

Nr. 15

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 1. Mai 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Fall Schäffer
2. CSU und Königspartei
3. Entnazifizierung
4. Bericht über die Arbeit des Vorbereitenden Verfassungsausschusses
5. Berliner Tagung der Union
6. Zusammenschluß zu einer Zonen- bzw. Reichspartei
7. Parteisatzungen
8. Tagesordnung der Landesversammlung
9. Königspartei
10. Sonstiges

Tagungsort: München, Kanzlei Josef Müller, Gedonstraße 4

Anwesend:[2] Arnold, Barth, Baumgartner, Ehard, Eichhorn, von Eicken, Falkner, Gerathewohl, Hamacher, Horlacher, Hundhammer, Jaeger, Käss, Krehle, Kroll, Lacherbauer, R. Martin, von Miller, J. Müller, Nerreter, Ortloph, Pfeiffer, Pflaum, Rief, Rindt, Rinke, F. Schäfer, Steber, Vogl; ferner: Held, Koenig, Mauerer, Scharnagl

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Hamacher, Jaeger, Koenig, Mauerer, Vogl

Beginn: 10.30 Uhr

Dr. *Müller* begrüßt die Versammlung und verweist auf die Notwendigkeit, daß kein neues Moment der Beunruhigung die Arbeit der Partei nach innen und außen stören darf.

Pflaum berichtet von der Vorstandssitzung des Bezirksverbandes München, die bei *Sporer* einberufen worden war im Zusammenhang mit dem Fall *Schäffer*. Er berichtet, daß die Versammlung sofort von *Sporer* weg ins Parteibüro verlegt wurde. Dort hätte dann der Landesvorsitzende eine Erklärung abgegeben, daß von ihm aus die Militärregierung in keiner Weise beeinflußt worden sei. Man hätte diese Erklärung dankbar entgegengenommen.

Dr. *Lacherbauer* kündigte vertraulich eine Stellungnahme des Bezirksausschusses an, die einen beruhigenden Charakter habe. Es würde darin der Landesvorsitzende gebeten, im Zusammenhang mit dem Fall *Schäffer* eine Bitte in geeigneter Form an die amerikanischen Stellen weiterzugeben.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes, da die geplante Tagesordnung dem Sitzungsverlauf kaum entsprach. Vorgesehen waren laut Einladungsschreiben des Landessekretariats vom 26. April 1946 (IfZ-Archiv, ED 132 NL Baumgartner, Bd. 1): "1. Protokoll der letzten Arbeitsausschußsitzung vom Dienstag, 16. April 1946, 2. Besprechung des Satzungsentwurfes, 3. Grundsätzliches zum föderativen Programm, 4. Zonenpartei, 5. Weitere Vorbereitung für den Landesausschuß."

2 Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt. Drei Namen (Vertreter für Schwaben und Nürnberg-Fürth) sind nicht zweifelsfrei festzustellen und wurden daher ausgelassen.

Dr. *Müller* unterstreicht noch einmal seine selbstverständliche Bereitschaft, alles zu tun, um *Schäffers* berufliche Position zu halten. Er verwies auf die gefährlichen Zusammenhänge, die zwischen der wirtschaftlichen Rehabilitierung *Schäffers* und den Rückwirkungen der amerikanischen Maßnahmen auf die Anhänger *Schäffers* bestünden.
Dr. *Lacherbauer* betonte, daß der Fall *Schäffer* über den Kreisverband hinausgehe und Angelegenheit der Landesleitung sei.
Dr. *Horlacher* verwies auf die Notwendigkeit, *Schäffer* in allen persönlichen Angelegenheiten zu unterstützen, aber von der persönlichen Seite kühl die politische zu trennen. "Ich habe das Vertrauen zu Dr. *Müller*, daß er in persönlicher Hinsicht alles tut, was zugunsten *Schäffers* bei der Militärregierung erreicht werden kann. Was die politische Seite angeht, so liegen die Verhältnisse hier anders. Ich sage offen meine Meinung. Als Politiker muß man kühl denken. Das Ziel kann nur sein: Wie kann die Union ihre fortschrittliche Arbeit vollenden ohne neue Störungen. Da ist es notwendig, daß ein Revirement dort stattfindet, wo es notwendig ist. Wenn das nicht von innen heraus erfolgt, kommen wir auf der Bauernseite in größte Schwierigkeiten, so daß ich mir schon überlegt habe, ob ich nicht aus dem Landesausschuß ausscheide. Es ist nötig, daß Sie die Gefahren sehen. Das Wahlergebnis des Landes beweist, daß die Führer der Bauernschaft ihre Pflicht erfüllt haben, daß der Fall *Schäffer* auf der politischen Seite nicht die Rolle gespielt hat, die ihm einzelne Herren geben zu müssen geglaubt haben. Die Wahl wurde bestimmt durch die Haltung des Bauernverbandes und der fortschrittlichen Kreise der Union. Ich gebe die Mahnung an verschiedene Herren: Überlegen Sie sich, ob bei Ihnen nicht irgendwie eine maßgebende Beteiligung oder Verhandlungen mit hervorragenden Vertretern des Nationalsozialismus in Frage kommen."
Dr. *Hundhammer*: Namen nennen.
Dr. *Horlacher*: Ich gebe jedem einzelnen Herren die Gelegenheit, sich selbst zu prüfen. Ich kann Ihnen die Beweise liefern, daß ich einige Male die Leute vor amerikanischen Offizieren in Schutz habe nehmen müssen. Da habe ich herausgehört, wie die Dinge im einzelnen liegen.
Dr. *Müller* unterbricht wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit.
Dr. *Horlacher* fährt fort: Das Revirement ist notwendig, besonders in München. Es wäre vielleicht besser, wenn der eine oder andere Herr in München eventuell freiwillig ausscheiden würde. Das sind Konsequenzen, die von jedem einzelnen gezogen werden müssen. Der Vorsitzende von Nürnberg teilte mir mit, daß in meiner Heimatstadt Feuchtwangen die Wahl in dem äußerst schwierigen Landkreis so ausfiel, daß 92% dort die Union wählten. Die Versammlungen wirken sich aus, wenn man die fortschrittliche Haltung auf sozialem Gebiet merkt. Auf politischem Gebiet gehen die Wähler mit. Auch unsere Tätigkeit in der Presse wirkt sich aus. Wir haben das Verdienst, daß die Union gemeinsam marschiert. Die Vertreter der Jungen in München schrieben mir unlängst einen Brief, in dem sie verlangen, daß in München einer der führenden jüngeren Kräfte den Vorsitz übernehmen solle. Ich habe mit *Baumgartner* noch nicht darüber gesprochen. Aber er wäre der geeignete Mann, er hat im Rundfunk das Gehör des Volkes gefunden, damit wäre die Verbindung von Stadt und Land zum Ausdruck [gebracht]. Und diese Verbindung brauchen wir. Das ist ein Vorschlag, den ich den Herren hiermit mache.
Dr. *Müller* weist darauf hin, daß die Münchner Angelegenheiten hier nicht erörtert werden. Er verweist auf den in einer Bezirksvorstandssitzung geäußerten Wunsch, daß

auch die Herren um *Horlacher* ihr Ehrenwort abgeben möchten, daß sie an der *Schäffer*-Angelegenheit unbeteiligt waren.
Dr. *Rindt* legt gegen diese Ehrenwort-Abgabe Verwahrung ein und verlangt das Vertrauen schlechthin unter Zustimmung der Mehrzahl der Beteiligten.
Dr. *Hundhammer* widerspricht den Ausführungen *Horlachers*, daß er mit seinen Reden so ausschließlich zum Wahlerfolg beigetragen habe. Oberbayern habe sich ohne *Horlacher* mit 67% zur Union bekannt. Er verwahrt sich dagegen, daß *Horlacher* nach dem Fall *Schäffer* nunmehr neue Persönlichkeiten der Union attackiert. Herr *Schäfer* unterstützt Dr. *Hundhammer* sehr temperamentvoll.
Dr. *Müller* unterbricht die Debatte und warnt vor persönlichen Beleidigungen.
Von Eicken: Ich habe an den zweiten Vorsitzenden einen Brief schreiben müssen und muß auch im Lande feststellen, daß *Schäffer* zwar kaltgestellt ist, und die kleinen *Schäffer* dort weiterarbeiten. Wenn das so weitergeht, wird ein neuer Reinigungsprozeß nötig sein, auf den ich schon seit Monaten hinweise.
Dr. *Müller* verweist darauf, daß München nicht maßgebend für die Union sei, und daß die Verhältnisse in München sich in Bälde beruhigt haben würden. In Versammlungen solle man den Fall *Schäffer* nicht weiterbehandeln, um so mehr aber den Vorwurf der reaktionären Haltung. Reaktionär sei die alte taktische Haltung der Kommunisten, die wie früher überall die Ruhe stören.
Auf Vorschlag Dr. *Müllers* berichtet Dr. *Gerathewohl* über die Münchner Rede Dr. *Müllers* am Vorabend in den Mathäserbierhallen.
Die weiteren Erörterungen befassen sich damit, ob der von Dr. *Müller* verlesene Artikel der Basler Nationalzeitung in der ersten Nummer der Rundschau gebracht werden soll. Dr. *Müller* tritt für die wörtliche Veröffentlichung ein, Staatssekretär *Pfeiffer*, *Hundhammer*, *Falkner*, *Kroll* halten das nicht für wünschenswert. Nach längerem Hin und Her einigt man sich auf einen Vorschlag Dr. *Gerathewohls*, verschiedene Stellen des langen Berichts nur indirekt wiederzugeben. Die letzte Entscheidung über die Veröffentlichung wird Dr. *Müller* überlassen. Im Redner-Dienst soll der Artikel wörtlich gebracht werden. Dr. *Müller* will durch die Bekanntgabe des Artikels in der amerikanischen Öffentlichkeit dahin wirken, daß man sich dort mit den tatsächlichen Verhältnissen in den Linkskreisen nach dem Umsturz 1933 objektiver befaßt. Er verweist auf die Absicht innerhalb der KPD und SPD, sämtliche führenden Köpfe der Union im Zusammenhang mit der Volkspartei zu belasten, um auf diese Weise indirekt die Union zu erledigen. Mit der Veröffentlichung dieses Artikels gingen wir zum längst fällig gewordenen Gegenangriff über.
Dr. *Müller*: Meine Herren gehen wir zu einem anderen Thema über: die Königspartei. Sie hat nunmehr eigene Kandidaten für den[3] Stadtrat aufgestellt. Ich bin der Auffassung: Nunmehr ganz klare Linie! Herr *Hemmeter* hat schon einmal die Königspartei einen Pfahl im Fleisch der Union genannt. Werden Sie sich schlüssig, daß wir dem Landesausschuß einen Antrag einbringen können, daß gleichzeitige Mitgliedschaft bei beiden Parteien nicht möglich ist. Der Landesvorsitzende wird beauftragt, jeden auszuschließen, der gleichzeitiges Mitglied ist.
Dr. *Pfeiffer*: Das ist überflüssig, wenn die Satzung einen Paragraphen hat, daß ein Mitglied der Union nicht Mitglied einer anderen Partei sein kann. Es überschneiden sich die Empfindungen, sentimentale Dinge und politische Auffassung. Mitte Mai wird ein

[3] In der Vorlage: "im".

Verfassungsentwurf veröffentlicht werden. Im Rahmen dieser Verfassung wird die Königspartei für sich das Instrument des Volksentscheids verlangen können. Ich würde vorschlagen, heute noch keinen politisch gefärbten Schritt zu tun.
Dr. *Lacherbauer*: Besteht nicht die Möglichkeit, daß die Königspartei ihren Wahlvorschlag für den Stadtrat fallen läßt? Ursprünglich wollte man keine eigenen Kandidaten.
Dr. *Müller*: Wir haben immer zu berücksichtigen den Vorwurf einer reaktionären Haltung. Hier brauchen wir eine klare Linie gegenüber der Königspartei.
Dr. *Lacherbauer*: Halten Sie [es] nicht für möglich, durch Verhandlungen noch etwas zu erreichen?
Dr. *Müller*: Haben wir doch Mut und Vertrauen zu unserer Arbeit. Klare Entscheidungen.
Dr. *Horlacher*: Die Frage der Königspartei ist nicht so einfach, sie muß noch ausführlich erörtert werden.

Eine Stunde Mittagspause.
Beginn der Nachmittags-Sitzung 14.30 [Uhr].

Man erörtert zunächst das Verhalten der SPD in verschiedenen Einzelfällen zur Union.
Anschließend referiert Staatssekretär Dr. *Pfeiffer* über seinen Tätigkeitsbereich: Ich darf an den Anfang setzen, was ich seit Wochen predige: Daß nämlich die Partei nur dann Bedeutung hat, wenn sie zu den politischen Fragen Stellung nimmt. Die Beschränkung auf das Sammlungsprinzip ergibt keine organisierte Masse hinter uns. Nur dann ist die Partei in der Lage, Prestige in die Waagschale zu werfen, wenn sie Politik treibt und nicht innere Auseinandersetzung. Im Kabinett sind wir nur dem Gewissen verantwortlich, weil wir noch nicht den Schutz und die Stütze der Partei haben.
Dr. *Pfeiffer* fordert dann ein klares Programm der Partei oder wenigstens ein Merkbüchlein, das in 20 bis 30 Punkten zu den Augenblicksfragen Stellung nimmt. Er verweist auf die Notwendigkeit, wie man weitere Abschüsse von Persönlichkeiten der Partei seitens der Gegner verhindern könne. Er verweist darauf, daß das am besten geschehen könnte, wenn die Partei durch eine exakte Organisation und durch klare politische Stellungnahme die Rolle einer fleet in being spielen könne, ohne in einer Koalitionsregierung vertreten sein zu müssen. Aufgrund des alle Erwartungen übertreffenden Wahlergebnisses fordert *Pfeiffer* eine Mobilisierung fähigster Persönlichkeiten für Schlüsselstellungen. Seiner Ansicht nach sei die Union stark genug, um die SPD mit dem Hinweis auf die Koalition in Schach halten zu können.
Er fährt fort: Ich bin mit *Müller* der Meinung, daß alles, was bis November geschieht, Übergangsregelung ist. Die werden wir dann durch Legalisierung abschließen müssen. Der endgültige Landtag wird dann einen Ausschuß einsetzen müssen, der den ganzen Staatsaufbau überprüfen wird, vor allem auch die Beamtenbesetzungen, und dann erst kann man das Ganze in einen normalen Etat überführen. Es wird dann zu überprüfen sein, ob die Landräte gewählt werden oder ob sie Organe der Regierung sein werden. Die Amerikaner lassen das offen. Es wird beim Landtag liegen, ob die Regierungspräsidenten gewählt werden oder nicht. Die politische Gewalt ist schon jetzt bei der Union. Wir können sagen, wenn ihr euch unanständig aufführt, gehen wir zum Gegenangriff über und werden keine Koalition bilden sondern eine Mehrheitsregierung und werden eines Tages die ganze Entwicklung unter die Lupe nehmen. Dann muß

man auch unmittelbar mit den Amerikanern sprechen, als Vertreter des Volksteiles, dessen Exponenten wir sind.
Zu den Spruchkammern: Bis 1. Juni müssen die Vorstände der Spruchausschüsse vom Justizministerium bestätigt werden. Schnellste Mitteilung also an Dr. *Ehard*. Es wurde weiterhin bestimmt, daß sich alle Beamten der Staatsanwalt[schaft] für die Spruchkammern zur Verfügung stellen müssen. Bis jetzt wurden nur solche Beisitzer berufen, auf die man sich mit allen drei Parteien einigen konnte. Es ist weiter vorgesehen, daß die Einreichung der Fragebogen möglichst bald bei den Spruchkammern selber zu erfolgen hat. Auf diese Weise wird das System der kommunistischen investigators beim special branch in Fortfall kommen.
Sämtliche Angestellte des öffentlichen Dienstes, die mit mehr als gewöhnlicher Arbeit beschäftigt sind, werden in Zukunft über die Ressort-Ministerien präsentiert werden. Die special branch in den Landkreisen ist beauftragt, bis 1. Juni 1946 für die mündlichen Bestätigungen eine schriftliche auszufertigen. Am 30. Mai müssen sämtliche Mitarbeiter im öffentlichen Dienst geklärt sein. Sie werden 1. nach dem Landkreis erfaßt sein, 2. in einer Zentralkartothek des Ministerpräsidenten und 3. in einer der Militärregierung. Auf diese Weise haben wir ein einheitliches deutsches und amerikanisches clearing.
Anschließend betont *Pfeiffer* nochmals die Dringlichkeit der Bereitstellung fähiger Leute seitens der Union. Man dürfe nicht zu viel Funktionen kumulieren, bei den Schwierigkeiten der heutigen Verwaltungs- und Regierungstätigkeit müsse man vielmehr noch mehr spezialisieren. Weiter verwies *Pfeiffer* auf den Umbau im Ministerium *Schmitt* und auf das Ausscheiden der beiden *Holys*. Vom Verfassungsausschuß berichtet Dr. *Pfeiffer*: Die Kommission ist autonom. Die Regierungsmitglieder sind nicht als Kabinettsmitglieder, sondern als Fachleute beteiligt.
Zur Frage des Föderalismus: Ein gräßliches Wort! Aber es ist notwendig, an der Sache festzuhalten. Anweisungen an unsere Redner mit ein paar Punkten: 1. Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen und Wille zum Wiederaufbau des neuen Deutschland. 2. Bundesstaatlicher Aufbau auf allen Stufen. Föderalismus von Gemeinden und Provinzen. Kein Münchner Zentralismus. Vom staatlichen Leben der Einzelstaaten soll nicht mehr weggenommen werden, als unbedingt notwendig ist. An Stelle von drei Gauen wieder eine Bayerische Staatsregierung. Es existiert kein oberster Walter des Staates mehr. Wir in Bayern können die Bezeichnung Staatsregierung führen, in Hessen heißt es nur Landesregierung. In den drei Ländern ist die Situation grundverschieden. Wir sind noch beisammen mit Ausnahme von Lindau. Sämtliche Reichsinstitute in bayerischer Treuhänderschaft. Württemberg ist in Zonen auseinandergerissen, und Hessen ist wie eine Aktiengesellschaft. Auf dem Eisenbahngebiet boten die Amerikaner die Überführung in Staatsbesitz an. Das würde bei uns klappen. Aber nicht in Württemberg, wegen der Zonenaufteilung. Dort müßte man zuviel neu organisieren, ebenso in Hessen. Darum sagte man dort nein. Wenn die Eisenbahnen Zoneneigentum würden, müßten wir in Bayern den größeren Teil der Kosten tragen. Von den großen Mengen Lebensmitteln, die unter dem Begriff Zone eingeführt werden, bekommen wir auch das wenigste, haben aber das meiste zu bezahlen. Daraus ersieht man, wie vorsichtig man in realpolitischen Dingen sein muß. Das gilt auch für die Zusammenarbeit der Unionen auf Zonenbasis. Zwei Dinge müssen gemacht werden: Unser Vorsitzender sollte nur aufgrund eines besonderen Auftrages mit den Vertretern der anderen Zonen verhandeln. Zweitens, er soll ein Programm mitnehmen, das unser Staatsprogramm und dessen Anerkennung voraussetzt für die Zusam-

menarbeit mit den anderen Unionen. Grundsatz muß sein, auch bei den Parteiverhandlungen: Kein altes Reichszentrum mit einem bayerischen Flügel, der weiß/blau angestrichen ist. Wir müssen eine auf dem bayerischen Boden stehende Partei sein, bereit zur Zusammenarbeit mit den anderen Zonen wo es möglich ist.
Dr. *Müller*: Bezüglich *Kaiser* und der Berliner Tagung: Ich wollte zunächst hinfahren und viele Leute mitnehmen, aber in Stuttgart ergab sich ein anderes Bild. Gerade *Adenauer*, aber auch *Hilpert* hatten große Bedenken. Wir könnten vor ein fait accompli gestellt werden. Wir wollen Berlin nicht als Reichszentrale und auch nicht als Zentrale der Union wieder sehen. Die Zentrale soll in die Rhein/Main-Gegend gelegt und Berlin eine selbständige Filiale werden. Wir werden nach Berlin nur Beobachter schicken, die keine Verpflichtung eingehen. Ich sprach mit *Kaiser* vollkommen offen über meine Bedenken, und *Kaiser* ging ganz vernünftig weg.
Dr. *Pfeiffer*: Ich möchte noch anregen, daß die Landesleitung mit drei Vorsitzenden besetzt werden soll: Das hat sich auch bei der Volkspartei bewährt. Es sitzen nicht alle drei in München. Und auch die Stände lassen sich auf diese Weise besser unterbringen.
Dr. *Müller*: Dr. *Adenauer* ist nun leider bezüglich Berlin wieder umgefallen. Er verliest einen Brief Dr. *Adenauers*. Soll nun Berlin Zentrale der Partei sein?

(Stimmen: Nie!)

Ich werde meinen Standpunkt nie ändern, wenn nicht sehr dringende Gründe das verlangen. Nur wenn außenpolitische Maßstäbe in Frage kommen. Ich wurde von einem sehr guten amerikanischen Bekannten darüber aufgeklärt, daß es sein könnte, daß vollendete Tatsachen geschaffen würden, daß von amerikanischer Seite aus aussenpolitischen Gründen eine Entscheidung getroffen würde. Ich verwies darauf, daß es im Augenblick vollkommen unzweckmäßig sei, da wir mit Berlin nicht in Verbindung bleiben können, aufgrund der augenblicklichen Verhältnisse. Berlin hat immer unsere Außenpolitik belastet. Es hat hundertprozentig versagt, weil man im auswärtigen Amt Kommißstiefel trug im Gegensatz zu Wien. Wir wollen heute noch nicht vom Zentrum der Reichspolitik reden, das kann auch eine Kleinstadt sein. Man könnte diskutieren, ob das Zentrum im Westen oder in Franken sein soll. Nicht nur als Bayer und Franke denke ich an Bamberg, sondern aus unserer Geschichte heraus. Wegen seiner Bedeutung gegenüber dem Osten, die es im Lauf der Geschichte hatte. Die Amerikaner müssen Interesse haben an der Tschechoslowakei. Da liegt Bamberg zentral, auch für eine europäische Politik. Uranvorkommen sind heute mindestens ebenso interessant wie früher Ölzentren.
Pflaum: Hat Bamberg ein Hofbräuhaus?
Dr. *Kroll* gibt eine diesbezügliche, beruhigende Erklärung.
Dr. *Müller*: Meine Herren, es ist gar nicht so lächerlich: Gute Politik wird immer dort gemacht, wo Essenskultur ist. - Ich kann auch vertreten, daß ich in Stuttgart rasch eine Entscheidung getroffen habe. Ich habe nach Bamberg die Verantwortung dafür übernommen. Ich hielt mich verpflichtet, rasch zum Abschluß zu kommen, weil gewisse außenpolitische Notwendigkeiten ein rasches Handeln angezeigt sein ließen. Ich hatte vorher den Besuch zweier Londoner Freunde. Wir waren uns weitgehend einig. London sieht die Entwicklung der Verhältnisse mit allen Möglichkeiten sehr klar. Sie wissen, daß ich in Rom seinerzeit Verhandlungen führte mit *Halifax*. Der Friede wäre nicht bloß gut für Deutschland, sondern auch für Europa geworden. Vielleicht kann das auch in Zukunft werden. Über eines müssen wir uns klar sein: Unsere Außenpoli-

tik kann sich nur an die angelsächsischen Mächte anlehnen. Hier keine Ressentiments. Die dürfen keine Rolle spielen. Die beiden Westmächte sind sich inzwischen über verschiedenes klar geworden. Vertraulich darf ich Ihnen sagen, daß ich diese ganze Zonenpartei-Gründung betrieben habe nicht ohne Übereinstimmung mit maßgeblichen Leuten der beiden Mächte. Ich mußte in Stuttgart deshalb so rasch handeln, weil ich wußte, daß es im Rahmen der Außenpolitik nötig war, im Hinblick auf eine Erklärung für Rhein/Ruhr. Sie hätte keine Bedeutung gehabt, wenn sie nur von den einzelnen Unionen abgegeben worden wäre. Wir mußten eine Rückenstützung abgeben für die Freunde in den umstrittenen Gebieten. Ich habe kürzlich Besuch bekommen von Freunden aus der Pfalz. Dort ist die Parteigründung wegen der beiden Konfessionen schwieriger gewesen wie bei uns. Ich habe unsere Freunde animiert und sehr stark diese Entwicklung gefördert. In allernächster Zeit wird eine Gründungskundgebung in Ludwigshafen sein. Ich bin eingeladen worden, die Rede zu halten. Die Amerikaner waren begeistert und haben die Fühlung aufgenommen mit den Franzosen deswegen. Es ist für sie interessant, die Rückwirkung bei den Franzosen festzustellen. In Stuttgart hörte ich, daß die Franzosen über das Bamberger Ergebnis unangenehm berührt waren, weil sie einen Kurswechsel erwarteten. Ich habe Herrn *Surbak* mitteilen lassen, daß die Bamberger Linie klar eingehalten wird. Ich stand während des Krieges auch in Verbindung mit *de Gaulle*. Man hoffte, daß ich europäische Politik machen würde und daß die Union eine europäische Linie gehen würde. Besonders die Jugend arbeitet auf ein geeintes Europa hin. Es bestehen höchstens verschiedene Auffassungen über die Methoden. Ich sei gerne bereit zu einer Aussprache darüber. Ich habe dann noch gehört, daß die Franzosen noch unangenehmer berührt waren über die Presseverlautbarungen hinsichtlich des Unions-Zusammenschlusses und des Rhein/Ruhrgebietes. Diese Verstimmung darf uns aber nicht berühren. Wir können in diesem Punkt keinen Kompromiß machen. Wir können freiwillig kein Gebiet aufgeben.

(Zwischenruf: Auch nicht die Saar.)

Dann gleitet auch im Osten deutsches Land ab. Ich habe den Franzosen mitteilen lassen, daß die Rhein/Ruhrfrage territorial gesehen von uns nicht diskutiert werden kann. Sollte ein Diktat erfolgen, so ist es ein Diktat. Eine wirtschaftliche Selbständigkeit? Dann wäre die Frage zu erörtern über europäische Wirtschaftsplanung überhaupt. Wenn durch wirtschaftliche Verflechtungen einer künftigen europäischen Lösung vorgearbeitet würde und von allen Seiten Opfer gebracht würden, würden wir das begrüßen. Ich ließ das nur als meine Privatmeinung mitteilen. Ich habe nicht im Namen der Union gesprochen. Ich bitte Sie, zur bisherigen Behandlung der Zonenpolitik Stellung zu nehmen und zu klären, wie diese Frage in Zukunft behandelt werden soll. Noch eines: Es wurde mir vor einiger Zeit bedeutet, daß man es an bestimmter Stelle nicht ungern sehen würde, wenn ich nicht in Wochen, sondern in Tagen weiterhandeln würde. Weiter wurde bei anderer Gelegenheit, aber nicht ohne Zusammenhang damit, erklärt, daß jeder Widerstand, der gegen meine Politik in der Union getrieben würde, gebrochen würde. Notfalls mit Gewalt. Ich erklärte dazu, daß ich stolz darauf sei, noch nie Schuld gehabt zu haben, daß jemand ins Gefängnis gekommen sei. Ich hätte das im Krieg gekonnt. Ich werde auch in Zukunft so handeln und erklärte, daß ich mit meinen Freuden einig sei, daß die Linie der Union so geht, wie sie seit Bamberg geht. Ich würde aber bitten, bei allen Erörterungen draußen zu beherzigen, daß unangezeigte Erörterungen draußen sehr nachteilig sein könnten. Ich

würde mich meinerseits verpflichtet sehen, wenn unsere Linie im Rahmen der Friedenspolitik gestört würde, zu erwägen, ob ein solcher Störer nicht vor das Schiedsgericht kömmen müßte.
Pflaum: Nicht notwendig, weil die Amerikaner eingreifen!
Dr. *Müller*: Ich werde nie die Amerikaner zu Hilfe rufen.
Von Eicken: Die Ausführungen Dr. *Müllers* sind so klar, daß wir dafür aufrichtigen Dank schulden. Das einzige Bedenken, das ich habe, ist das, daß englischen politischen Erklärungen nicht immer allzuviel Bedeutung beizumessen ist. Ich habe da meine Erfahrungen von Oberschlesien her. Aber abgesehen davon ist die heute aufgezeigte Linie nicht nur darum, weil die Westmächte es wollen, die einzige, die wir vertreten können, wenn wir noch einen gesamtdeutschen Staat haben wollen. Darum schlage ich vor: *Müller* einstimmiges Vertrauen auszusprechen, daß er weiter die Verhandlungen führt und uns darüber berichtet. Diese Verhandlungen können nur von einem Manne geführt werden.
Dr. *Müller*: Ich habe jetzt schon ziemlich viel Erfahrungen mit den Engländern, sie sind zäh. Aber wenn Entscheidungen getroffen sind, halten sie so starr fest, daß man sich auf sie verlassen kann. Sie sind für ein fair play bis zum letzten.
Meine Herren, dann darf ich Sie bitten, zur Zonenfrage Stellung zu nehmen. Ich habe es so besprochen, daß die Union auch föderativ aufgebaut wird, die einzelnen Unionen bleiben selbständig. Die Berliner arbeiten darauf hin, daß wir uns Christlich-Demokratische Union heißen sollen. Ich möchte mich nicht darauf einlassen. Höchstens Union. Ich würde lieber sagen: Christliche Union Deutschlands. Christlich ist unsere Haltung gegenüber der marxistischen Linie.
Dr. *Horlacher*: Das ist ein schwerwiegendes Problem. Die Rede des Herrn *Lebsche* war vom Standpunkt des bayerischen Aufbaus hervorragend, der Beifall war ungeheuer. Darum keine überstürzten Maßnahmen, das ist noch verfrüht. Ich bin nicht gegen zonenweise Verhandlungen, aber dagegen, daß Berlin einen Anspruch erhebt, daß wir unseren Namen ändern. Ich habe Verständnis, wenn die Berliner Unterstützung brauchen, aber uns dürfen sie nicht mehr überspielen. Diesen Zustand mache ich nicht mehr mit, ich bin kein Preußenfeind, ich bin ein Freund aller Demokraten Deutschlands. Aber nach dem Zerfall Preußens muß die Geschichte von 1860 bis 1945 zurückrevidiert werden. Es muß der Süden des Reiches eine beherrschende Rolle im ganzen Reich gewinnen. Die Verhältnisse sind so weittragend, daß ich dringend bitte, daß hier eine Parteiformulierung bezüglich des künftigen Staatsaufbaues baldigst erfolgt. Wirtschaftseinheit muß sein, aber die Hoheit der inneren Verwaltung, die Kultur- und Verkehrshoheit müssen den Ländern vorbehalten sein. Ein Staat muß sich im gegebenen Moment aller Gefahren selbst wehren können. Wir hätten noch 1933 den Anschluß an Österreich finden können, wenn das so gewesen wäre. Ich möchte nicht haben, daß aus Kreisen der Leute, die bisher den Landesvorsitzenden unterstützt haben, der Verdacht geäußert wird, daß der Landesvorsitzende unitaristisch sein könnte. Darum die Frage der Verhandlungen mit anderen Zonen nur in Form von Arbeitsgemeinschaften. Der Aufbau der Union ist noch nicht gegen alle Gefahren gesichert. Wir wissen noch nicht, wie das Reich aussieht. Diesmal müssen die Bundesstaaten bestimmen, was an Rechten dem Reich verbleibt, nicht umgekehrt. Keine Überrumpelungspolitik. Die Herren in Berlin haben immer die Neigung, die Suppe für sich auszuessen, wir können sehen, was übrig bleibt. Aber der bayerische Suppenteller muß diesmal in unserer Hand bleiben. Die Länder müssen Träger des Reiches sein, nicht Kostgänger. Der bundesstaatliche Charakter muß allerdings auch

innerhalb der Länder richtig ausgebaut sein. Kein Münchner Zentralismus. Die Rücksicht auf fränkische und oberpfälzische Wirtschaftskreise muß gewahrt werden.
Dr. *Müller*: Meine Herren, wir brauchen Beschlüsse.
Dr. *Eichhorn*: Überholt durch den Beifall. Im übrigen: Hohe Politik in Ehren. Ich bin sehr dafür, daß man auf der Wacht bleibt. Was der Vorsitzende [*Josef Müller*] berichtet, ist sehr interessant, aber doch nicht so sehr akut. Außerdem ist im Augenblick die Zerrissenheit so groß, daß die Gefahr eines plötzlichen Einheitsreiches sehr gering ist, wenn es uns nicht plötzlich diktiert wird.
Dr. *Müller*: Diese Frage muß heute erörtert werden. Macht nicht wieder den Fehler von dazumal! Es ist eminent wichtig, daß wir noch im Waffenstillstand stehen, wir müssen erst zu einem Frieden kommen. Wir dürfen uns nicht auseinanderreden, sonst wird über uns verhandelt. *Anton* [*Pfeiffer*] sagte vorhin, daß *Maier* hin und wieder ironische Bemerkungen macht. Diese Geschichten schaden uns außerordentlich, weil bei den Anglo-Amerikanern der Eindruck aufkommt, als wären wir Gefühlsdusler, mit denen man nicht richtig reden kann.
Der Aufbau der Union muß föderativ sein. Ein gemeinsames Gremium aus den verschiedenen Vorsitzenden. Die führen den weiteren Ausbau durch. Bei den nächsten Tagungen müßten schon Leute dabei sein aus den Ausschüssen. *Adenauer* hat die gleiche Linie vertreten wie ich, auch hinsichtlich Berlins. Es wird Auseinandersetzungen geben wie überall. Aber wenn ich mich auf die Seite setze, wird mit mir nicht gesprochen. Drum setze ich mich hin und raufe. Ich möchte *Kroll* losschicken nach Stuttgart und Frankfurt, damit er sondiert. Dann können wir uns auf die einzelnen Fragen abstimmen. Ich will mit den anderen einig werden, daß sie den Berliner Zentralismus nicht mitmachen. Gemeinsam wollen wir überlegen: Wie schaffen wir das Gebilde, das über die Unionen gelagert wird, welche Vollmachten bekommt eine Reichsparteileitung. Das liegt alles bei uns. Wir müssen uns bloß einigen, daß wir nicht allein als ewige Neinsager dastehen.
Dr. *Kroll*: Wenn hier von einer Union auf Zonenbasis die Rede sein soll, so darf nichts geschehen, was gegen den Willen der Landesversammlung ist. Eine Diskussion, ob Berlin noch einmal Zentrale sein kann, kann gar nicht mehr stattfinden, das wird von uns abgelehnt. Ich habe 13 Jahre lang in Berlin gelebt und in dieser heidnischen Atmosphäre habe ich gelitten, wie man sich das gar nicht vorstellen kann. Ich werde die Herren, die für Berlin eintreten, mit Waffen schlagen, die in Berlin selber geschmiedet sind. Wir brauchen bis zu einem gewissen Grad Ihre separatistische Haltung hier in Bayern, um die Zugeständnisse zu erzwingen, die der Norden machen muß. Im übrigen müssen wir uns ganz klar sein: Wollen wir noch eine Reichsgewalt oder nicht. Dann aber würde ich lieber gleich auf dem Standpunkt der Königspartei stehen, die das Reich wenigstens klar ablehnt. Gegenüber den Ausführungen von Dr. *Pfeiffer* ist zu sagen, daß die Einigkeit, die man braucht zur Ratifizierung der Reichsverfassung, nie zu bekommen sein wird. Dann gehen wir lieber auseinander und versuchen gar nicht mehr, eine Zentralregierung zu bauen. Alle Länder müssen gewisse Kompetenzen abtreten, die sie selber bestimmen müssen. Aber eine Vermengung, daß man nominell ein Reich schafft und de facto dann doch nicht zuläßt, wird ein Zerrgebilde. Es ist allerdings zu bedenken, daß einzelne Staaten sehr schnell ein Spielball der Randstaaten werden, so daß der endgültige Zerfall dann nicht mehr abgewendet werden kann. Bayern könnte es ja eventuell gleichgültig sein, ob Ruhr, Rhein und der Osten verloren sind. Wenn es sich aber auf diesen Standpunkt nicht stellt, wird es die Opfer

nicht bringen müssen, die es bisher für unlautere Zwecke bringen mußte. Aber es wird gewisse Kompetenzen aufgeben müssen. Bayern wird das Reich vom Süden aufbauen müssen, oder zwangsweise eingebaut werden. Kürzlich ist eine Schrift erschienen über die Lostrennung Schwabens vom Reich. Besonders die Franzosen sind die Befürworter einer solchen Politik. Ich wage zu verneinen, daß die Franzosen Freunde des Reiches sind. Die Angelsachsen werden objektiver sein für die Reichspolitik. Wenn *Müller* die Vertrauensfrage hinsichtlich der Zonenpolitik stellt, dann müssen Sie sich klar sein, ob Sie eine redliche Reichspolitik machen oder separatistisch sein wollen. Ich will klare Entscheidungen, im anderen Fall würde ich es vorziehen, aus der Union auszutreten. Ich würde mich gegen jede preußische Vormachtstellung wehren.

Dr. *Müller*: In diesen Punkten will ich Taktiker sein. Gelingt es uns erst einmal, das Schwergewicht zu haben, dann können wir immer noch entscheiden.

Dr. *Falkner*: Preußen ist noch lange nicht tot. Der preußische Geist lebt, das sehen wir hier in Bayern jeden Tag. Sie versuchen hier, unsere Stellungen auszuhöhlen. Mit den Leuten kommt der Geist. Für das Reich ja, wenn das Schwergewicht im Süden liegt. Ich gehe lieber zu den Hottentotten als zu den Preußen.

Dr. *Müller*: Da gehe ich mit Ihnen einig.

Dr. *Barth* warnt davor, daß man zuviel Angst vor einem Unitarismus hat. Die Gefahr des Auseinanderfallens sei größer. Zu *Pfeiffers* Ausführungen meinte er, wenn man schon die Schicksalsgemeinschaft der Deutschen betone, müsse man nicht in erster Linie eigenstaatliche Rechte suchen. Das Schulwesen den Ländern zu übereignen sei unmöglich, besonders angesichts der fluktuierenden Bevölkerung.

Dr. *Rindt* beantragt, Dr. *Müller* das Vertrauen auszusprechen, verwahrt sich aber dagegen, daß man mit Gewalt drohe, wenn jemand gegen die politische Linie sei. "Ohne jeden persönlichen Bezug möchte ich gegen eine solche Formulierung protestieren. Ich habe mich im Dritten Reich gegen jede Gewaltanwendung gewehrt, ich würde es auch im vierten Reiche tun."

Dr. *Hundhammer*: Seit ich im März 1933 mit dem Gewehr der tobenden Menge vor dem Landtag den Eintritt verwehrt habe, stand ich unmittelbar unter den Klauen der Gestapo. Heute erlebe ich es zum erstenmal wieder, daß man hier erklärt, Leute, die eine gewisse Politik stören, würden verhaftet. Das kann bloß Leute betreffen, die hier im Saale sitzen. Ich erkläre, daß ich einen für richtig erkannten Standpunkt auch weiter vertrete. Es wäre Feigheit, eine politische Linie, die man im Interesse des eigenen Volkes für richtig hält, deswegen aufzugeben, weil mit Verhaftung gedroht wird. Ich stand zur Union in allen Kämpfen, auch als die Königspartei mich werben wollte. Ich bin auch manchmal von links her nicht unfreundlich behandelt worden. Ich stehe zur Union in allen Kämpfen, wenn ich auch zwischen *Müller* und *Schäffer* die Mittellinie vertrat und erklärte, daß weder *Müller* noch *Schäffer* die Führung haben sollten. Ich glaube, auch weiterhin bleiben zu können. Aber wenn es in dieser Tonart weitergehen würde, dann würden wahrscheinlich doch viele nicht mehr mittun können. Für ein Vertrauensvotum kann ich nicht mehr eintreten.

Dr. *Müller*: Ich wundere mich über diese Tonart. Wer hat denn hier eine Drohung empfunden? Ich muß die Situation so darstellen, wie sie ist. Aber ich kann doch erwarten, daß Sie zwischen den Zeilen lesen, welche Haltung zur Außenpolitik eingenommen werden muß.

Falkner und *Rindt* betonen, daß sie die Ausführungen Dr. *Müllers* nicht als persönliche Drohung empfinden.

Dr. *Kroll* lehnt jede Einmischung seitens der Militärregierung als undemokratisch ab. Er verlangt getrennte Abstimmung zur Vertrauensfrage für die Zonenpolitik und hinsichtlich seiner Ermächtigung durch das Gremium.
Dr. *Horlacher* verlangt genaue Formulierungen und rügt, daß Dr. *Müller* in der Frage des Unions-Zusammenschlusses zu rasch vorgegangen sei, daß außerdem im Verfassungsausschuß keine Vertreter der Wirtschaft und des Bauerntums seien.
Dr. *Lacherbauer*: Bezieht sich die Befugnis für Verhandlungen nur auf Verhandlungen oder auf Abschlußvollmacht?
Dr. *Müller*: Wir haben die Union auf der Zonenbasis jetzt geschaffen. Wegen der Rhein/Ruhrfrage. Jetzt kommt es darauf an, wie wird die Union jetzt gestaltet? Wir erklärten nach außen unsere Gemeinschaft, ohne im Innern die Organisation vorzunehmen. Jetzt sollen Sondierungen vorgenommen werden. In der nächsten Ausschußsitzung soll dann weiter verhandelt werden.
Dr. *Lacherbauer*: Die Sache ist so wichtig, daß ich keine Blankovollmacht ausstellen kann. Die letzte Billigung muß einem größeren Gremium vorbehalten bleiben.
Dr. *Horlacher*: Maßgebend ist die Zahl der abgegebenen Stimmen in den einzelnen Ländern.
Dr. *Müller*: Darüber sind wir uns ganz klar.
Dr. *Rindt*: Diese Tatsachen gehen ganz klar aus den Erklärungen von *Kroll* und *Müller* hervor. Ich stelle den Antrag:

> Der Arbeitsausschuß genehmigt die bisher von Dr. *Müller* auf der Zonengrundlage der Christlichen Unionen geführten Verhandlungen und ermächtigt ihn, diese Verhandlungen fortzusetzen.

Dr. *Müller* läßt über den gestellten Antrag abstimmen, und zwar getrennt für den ersten und für den zweiten Teil.
Dr. *Müller*: Wer enthält sich? *Hundhammer, Schäfer.*
Wer ist dagegen? Niemand.
Antrag angenommen.
Die Regensburger Gäste verweisen darauf, daß sie als Gäste nicht abstimmen können, sonst wären sie für den Antrag.
Dr. *Horlacher*: Aber von entscheidenden Phasen ist der Arbeitsausschuß sofort in Kenntnis zu setzen.
Dr. *Müller*: Wenn es sich um entscheidende Dinge handelt, hole ich Sie selbstverständlich sofort zusammen. Wenn wir rasch handeln müssen, sammelt *Kroll* die einzelnen Meinungen in den Bezirken und dann setzen wir uns zusammen.
Dr. *Müller* läßt für die Bevollmächtigung *Krolls* abstimmen.
Dr. *Kroll* wird einstimmig bevollmächtigt.
Im Anschluß bittet Dr. *Müller* Dr. *Käss*, über den Verfassungsentwurf zu referieren. Der Vortrag von Dr. *Käss* wird bald von Dr. *Rindt* unterbrochen mit dem Vorschlag, den Mitgliedern des Gremiums erst Gelegenheit zu geben, den Verfassungsentwurf zu studieren.
Dr. *Müller* schlägt vor, daß Dr. *Kroll* zu dieser Materie ein Korreferat ausarbeitet, und daß die beiden Arbeiten dann allen Bezirksvorständen innerhalb drei Tagen zum Studium zugeschickt werden. Die besonders interessierten Herren wurden gebeten, sich vor der Ausarbeitung noch mit Dr. *Käss* und Dr. *Kroll* in Verbindung zu setzen.
Seitens verschiedener Sitzungsteilnehmer wird verlangt, daß das föderative Prinzip in den Satzungen weitgehend festgelegt werden muß.

Dr. *Eichhorn* verweist auf die Gefahr, daß bei Abstimmungen die Minderheit zu kurz kommt. Besonders im Hinblick auf den evangelischen Volksteil. Er verlangt eine Kooptierungsmöglichkeit zur Korrektur bei den Abstimmungen und erklärt, daß das Zusammengehen der Konfessionen 1918 an der damaligen Personalpolitik gescheitert sei.
Dr. *Müller* betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Konfessionen. Davon hänge augenblicklich - mehr noch wie von der Erfassung der Stände - das Bestehen der Union ab.
Dr. *Horlacher* verwahrt sich gegen diese Auffassung und erklärt, daß er aus der Union ausscheiden werde, wenn die Berufsstände nicht eine stärkere Berücksichtigung fänden. Er kämpfe nicht für ein Mandat. Daran sei er persönlich völlig uninteressiert. Aber wertvolle Leute könnten nur dadurch für die Union erfaßt werden, daß man die Bauern und die anderen Stände in der Verfassung mehr berücksichtige.
Dr. *Müller* entgegnet diesem Einwand mit dem Hinweis, daß bei einer allenfallsigen Anwendung des Einmannwahl-Prinzips sogar eher zuviel Leute nach ständischen Gesichtspunkten aufgestellt würden, eine Gefahr, die, bei allem Verständnis für die Betonung der ständischen Interessen im Hinblick auf das Niveau der künftigen Fraktion, nicht verkannt werden dürfe.
Dr. *Müller* verweist darauf, daß zunächst das alte bayerische Wahlrecht mit den Listenwahlen bestehen bliebe. Weiter führt er aus: Ich habe mich kürzlich mit dem ersten politischen Offizier des längeren über das Prinzip Koalitionsregierung oder Mehrheitsregierung unterhalten. Die Amerikaner reden uns nicht darein, aber es wurde mir geraten, die Regierung allein zu bilden. (Ich bitte, diese Dinge vertraulich zu behandeln, so viel Gemeinschaftsgefühl müssen wir haben, daß wir das vertraulich besprechen können). Ich habe die Auffassung vertreten, daß wir für Ruhe beim Aufbau sorgen müssen. Die würde gewährleistet, wenn eine gewisse größere Gruppierung aus der Opposition ausscheidet. Der Offizier meinte, ein geschlossener Block wäre besser. Zwei Blocks könnten sich ausbalancieren. Ich sagte, in zwei, drei Jahren könnte man darüber reden, aber vorerst wäre eine Koalitionspolitik besser.
Rief: Ist der Aufbau von Wirtschaftsgruppen geplant und ist es möglich, daß seitens dieser Wirtschaftsgruppen der Partei satzungsgemäß Vertreter zugestellt werden können, wie es früher auch war?
Dr. *Nerreter*: Wir würden hier spanische Stiefel schaffen, in die man die späteren Entwicklungen dann hineinpressen müßte. Wir sind uns bei jeder Wahl im klaren, daß die Parität zu berücksichtigen ist. Wenn wir die Leute praktisch erziehen, ist mehr geschaffen als durch Verankerungen von Grundsätzen auf dem Papier. Wozu müssen wir Dinge festnageln, die sich aus dem gesunden Menschenverstand ergeben?
Dr. *Eichhorn*: Ich verlange nicht, daß ein bestimmter Prozentsatz erscheinen muß, sondern der Wahltechnik nach müßte eine Berücksichtigung möglich sein. Wenn ich eine Liste aufstelle, kann ich über eine Liste verhandeln. Bei den unteren und mittleren Körpern kann aber eine schlechte Mischung hereinkommen. Das ist doch keine neue Geschichte, schon die Volkspartei mußte sich damit abraufen. Bei geheimer Wahl kann man sich aber nicht abraufen.
Dr. *Müller*: Mir haben am besten die Vertrauensmännerversammlungen in Nürnberg, Bamberg, Augsburg gefallen, weil dort das konfessionelle Problem vorbildlich gelöst wurde, ohne viel hin und her. Ich verteidige in diesem Fall die Union, persönliche In-

teressen könnten ein Paktieren empfehlen. Deshalb möchte ich nicht, daß das ständische Prinzip bei uns so hereinkommt wie bei der Volkspartei. Ich denke da an *Heim*.

(Zwischenruf *Horlachers*: Er konnte sich ja nicht durchsetzen!)

Wir müssen uns in erster Linie jetzt weltanschaulich sammeln. Es wird wichtig sein, von der Führung aus zu sorgen, daß die eine Gruppe jetzt, die andere dann zur Geltung kommt. Aber bindet Euch nicht satzungsgemäß, sonst reitet Ihr die Union zum Teufel.

Dr. *Kroll*: Der ständische Gedanke in der Union wird sich durchsetzen, aber wir müssen den Gedanken der Partei und des ständischen Reichsaufbaus scheiden. Die Tatsache, daß der ständische Gesichtspunkt so stark ist und in der Weimarer Verfassung nicht berücksichtigt wurde, sorgte dafür, daß er in alle Auseinandersetzungen hineingepreßt wurde. Wir müssen sagen: Oberhaus und Unterhaus nach englischem Vorbild. Die ständischen Gruppierungen werden in einem Ständehaus vertreten, aber wir dürfen die beiden Prinzipien nicht andauernd durcheinandermengen. Die ständische Ordnung muß in erster Linie in einem Programm vertreten sein als Aufbauprinzip für Staat und staatsbildende Bereiche. Die Wahl des Parteivorstandes haben wir nicht ständisch beeinflußt, ihm aber einen Beirat aus sämtlichen Ständen beigegeben. Wir vertreten den Standpunkt, daß das Ständeprinzip stärker wie bisher herausgestellt werden muß in einer zweiten Kammer als Revisionskammer neben dem Unterhaus. Man ist heute parteienmüde. Die Leute suchen einen Ausgleich. Die Union hat Zukunft, wenn sie verspricht, den Interessenkampf der Parteien durch den ständischen Gedanken zurückzudrängen.

Dr. *Horlacher*: Dann scheide ich aus dem Landes- und Arbeitsausschuß aus. Die Verhältnisse sind so, daß die Mehrzahl der Wähler vom Lande stammt. Wir wollen nicht mehr haben, daß die Dinge sich zurückentwickeln. Aber dann sind wir auf der anderen Seite. Dann sind wir die stärkste Partei in Bayern.

Dr. *Müller*: Ich entziehe Dir das Wort, weil ich keine Äußerungen zulasse, die die Union gefährden.

Dr. *Horlacher*: Ich gefährde nicht die Union, dann trete ich aus der Union aus und gebe öffentlich bekannt, um was es sich handelt. Die Union muß so gestaltet werden, wie es dem bäuerlichen Aufbau der bayerischen Bevölkerung entspricht. Wir haben hier bloß Akademiker, das geht nicht. Wir wünschen, daß die künftige Parteileitung so zusammengesetzt wird, daß die Hauptvertreter der Stände zur Geltung kommen. Wir bitten dringend darum, daß uns der Verfassungsentwurf zugeleitet wird, damit wir uns darüber unterhalten können. Die Zweite Kammer ist nur eine Vertröstung.

Dr. *Müller*: So kann es nicht weitergehen, ich bin klar und deutsch. Durch solche Unterhaltung wird die Union gefährdet. Das schadet draußen ganz eminent. Gerade in Franken wird das betont, wenn der Bauernverband immer von einer eigenen Parteigründung spricht.

Dr. *Nerreter*: Herr Dr. *Horlacher*, Sie haben versucht, über die evangelischen Pfarrämter Ihre Anhänger für den Bauernverband zu werben. Wenn Sie auf dem Weg weitergehen, den Sie anscheinend einschlagen wollen, dann kann ich Ihnen versichern, daß Sie Ihre Mitglieder auf dieselbe Weise verlieren, wie Sie sie bekommen haben.

Dr. *Kroll*: Wenn wir Demokraten sind, dann gibt es nur die Alternative: Wahlen oder ständische Vertretung. Sie könnten auch die Vertreter der Priesterschaften und des Adels wieder aufstellen, das hat es auch einmal gegeben! Bei einer Anlehnung an das englische Wahlrecht wird eine starke Minderheit ausgeschlossen. Diese Minderheit ist

aber dann in ständischer Hinsicht in einer Kammer vertreten. Mehr kann man nicht verlangen.
Dr. *Rindt*: Ich schlage vor, daß *Horlacher* baldigst einen Verfassungsentwurf bekommt, und dann soll die Sache in aller Ruhe geprüft werden. Wenn wir berücksichtigen, um was es geht, dann wird sich der Ausgleich finden lassen.
Dr. *Müller*: Ich breche ab, und ich bitte Dich dringend, *Michel* [*Horlacher*], führe keine solchen Diskussionen mehr, sonst werde ich scharf. Wenn einer eine eigene Partei gründen will, dann sorge ich, daß die Trennung möglichst rasch geht. So weit sind wir heute, Gott sei Dank, daß jeder, der hinausgeht, leiden wird.
Dr. *Horlacher*: Darum geht es nicht. Ich will den Aufbau der Union ja nicht gefährden.
Dr. *Müller*: Es geht weiter. Thema: Königspartei. Vorerst muß übrigens die Tagesordnung für die Landesversammlung noch festgelegt werden. Wir müssen uns auch bald darüber klar werden, welche Kandidaten für die Landesleitung von draußen benannt werden können. Auch *Horlacher* bitte ich, sich bestimmte Gedanken durch den Kopf gehen zu lassen, wir müssen eine gute Fraktion haben.
Diskussion über die Tagesordnung für die Landesversammlung und über den Tagungsort für die nächste Ausschußsitzung.
Dr. *Müller*: Wir brauchen dringend jetzt die genaue Aufstellung der Mitgliederlisten. Dann werde ich in der nächsten Sitzung auch den Aufbau des Generalsekretariats vorlegen und die Kassenfragen. Aus dem großen Gremium werden wir einige Leute herausnehmen, die diese Fragen durchgehen. Ich möchte vor allem den verwaltungsrechtlichen Ausschuß, den *Schäffer* hatte, *Nerreter* übergeben. Er soll mit *Lex* zusammenarbeiten. Ich stehe noch vor dem Problem, daß ich den staatspolitischen Ausschuß noch nicht aufgebaut habe. Er muß so klein gehalten werden, daß selbst die schwierigsten Fragen behandelt werden können, ohne daß etwas nach außen kommt. Parteileitung, Mitglieder der Regierung, je einen Vertreter der Bezirke, weiterhin der eine oder andere von besonderer Bedeutung sollen diesem Gremium angehören. Da können ständische Interessen berücksichtigt werden. Dazu müssen wir erst einen Überblick über die Parteimitglieder von draußen haben.
Eine weitere Frage: Ich habe vorgeschlagen, daß jeder Ort mit über 100.000 Einwohnern beantragen kann, daß er die Rechte einer Bezirksorganisation bekommt. Jeweils vom Landesausschuß muß dann die Stimmzahl festgelegt werden. Bisher ist München, Nürnberg-Fürth und Augsburg verselbständigt. Das ist ungerecht gegenüber Regensburg und Bamberg. Sind Sie damit einverstanden? Ja.
Nun zur Königsfrage: Weil die Königspartei eigene Kandidaten für die Stadt aufgestellt hat, muß Klarheit geschaffen werden. Wir müssen davon ausgehen, daß nicht jemand gleichzeitig Mitglied der Union und der Königspartei sein kann. Ich möchte diese Klarheit im Gegensatz zu *Pfeiffer* schon jetzt haben. Bis jetzt war die Königspartei auch bei unseren internen Besprechungen anwesend. Das geht in Zukunft nicht mehr. Ich bin dafür, den Trennungsstrich eindeutig zur Königspartei zu ziehen, nicht nur auf Verfassungsbestimmungen zu verweisen. Vielleicht wird die Königspartei am schärfsten als Konkurrent auftreten. Verschiedene Herren haben Verhandlungen das Wort geredet. Ich habe bis jetzt überhaupt noch nicht verhandelt. Wenn sie Heimat- und Königsbund im alten Sinn gewesen wäre, hätte ich verhandelt. Aber wenn sie als Partei auftritt, sind Verhandlungen nicht mehr möglich. Wir sollten es auf eine Entscheidung ankommen lassen. Ich glaube, die Leute der Königspartei werden sehr enttäuscht sein. Auch in München wird sich die Union durchsetzen. Es soll keiner in seinen Gefühlen verletzt werden. Aber wir müssen die Partei als solche angreifen, even-

tuell auch einzelne Persönlichkeiten. Wir werden gut daran tun, diese Dinge zu überwinden. Das ist auch notwendig im Hinblick auf die Besatzungsmächte und den Vorwurf der Reaktion. Die Königspartei vertritt mancherlei reaktionäre Dinge. Ich bitte um Ihre Stellungnahme.
Barth verweist darauf, daß die Frage der Königspartei in Oberfranken überhaupt keine Rolle spiele.
Dr. *Horlacher* vertritt den Standpunkt, daß es sich hier um sehr starke Gefühlsströme handelt, unter deren Einfluß auch Leute stünden, die keinesfalls reaktionär seien. Im übrigen ziehe die äußerste Linke den Nutzen aus der Behandlung dieser Streitfrage.
Dr. *Horlacher* gab zu bedenken, ob man nicht diesen Streit auf diese Weise zurückstellen könnte, daß die kommende Verfassung für ein Volksreferendum in Hinblick auf die Königsfrage eine Möglichkeit vorsehe, die nicht eine Zweidrittelmehrheit verlange. Die Königspartei würde bei einem solchen Zugeständnis eher bereit sein, einzusehen, daß der Streit um die Königskrone für sie jetzt nicht opportun sei. Nach Dr. *Horlacher* war die erste Versammlung der Königspartei überfüllt und die Rede von Dr. *Lebsche* außerordentlich eindrucksvoll.
Dr. *Müller* betonte, daß nach amerikanischer Auffassung die Rede ohne jede Konzeption und die ganze Planung ein Wolkenkuckucksheim gewesen sei.
Dr. *Nerreter* vertritt die Auffassung, daß in Bayern bei einem Volksreferendum für die Königspartei nie eine Mehrheit, bestimmt keine qualifizierte Mehrheit zustande komme. Jeder, der für ein Referendum dieser Art plädiere, setze sich schon dem Verdacht einer reaktionären Haltung aus.
Dr. *Scharnagl*: Die Union muß sich fernhalten von jeder Propagierung des Königsgedankens. Aber es muß bald eine Klärung kommen. Es ist nicht zweckmäßig, daß sich die Werbung auf Jahre hinauszieht. Ob und wann in diesem Jahr vielleicht noch eine Abstimmung kommen soll, ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Kandidatenaufstellung: Man soll sich jetzt noch nicht abschließend festlegen, sondern erst bei der nächsten Sitzung. Die Kandidatenaufstellung geschah gegen den Willen des Kronprinzen [*Rupprecht*]. Vielleicht ergibt sich daraus ohnehin eine Krisis. Ich halte es übrigens nicht für unmöglich, daß die Monarchie nur in einem [...][4]
Dr. *Lacherbauer*: Ich schließe mich den Ausführungen meines Vorredners an. Innerhalb der Königspartei sind verschiedene Auffassungen über die Beteiligung im Stadtrat. Ich bin der Meinung, daß Verhandlungen mit den Herren geführt werden sollen, die gegen Nominierung von Kandidaten sind. Man sollte die Dinge sich nicht allein entwickeln lassen.
Dr. *Müller*: Dann zerhaue ich mir in Franken sehr viel Porzellan. Ich muß besonders um Kulmbach kämpfen. Dort sind kommunistische Gefahren. Diese Gefahr ist im Vordergrund. Dagegen muß ein Block aufgestellt werden. Da kann keine Rücksicht genommen werden. *Hoegner* ist zu *Rupprecht* gegangen, ich nicht. Das ist ein Aktivum! Lassen wir es dabei. Wenn die Leute einen Wunsch hätten, könnten sie ja ihrerseits Fühlung genommen haben. Wir laufen nicht Leuten nach, die ihre ehrgeizige Politik betreiben.
Dr. *Nerreter* verweist darauf, daß bei einem Volksentscheid die Union ohnedies Farbe bekennen müßte und nicht mit Gewehr bei Fuß dabei stehen könnte.

[4] Das Ende der Ausführungen Scharnagls fehlt in der Vorlage, in der an dieser Stelle eine neue Seite beginnt.

Dr. *Scharnagl* ist der Auffassung, daß die Union weder für noch gegen sein sollte, sondern daß diese Frage jedem einzelnen als Privatansicht überlassen bleiben müßte.
Nerreter gibt dagegen zu bedenken, daß man die Privatmeinung eines einzelnen Parteigängers nicht von der Union trennen könnte.
Dr. *Müller*: *Hundhammer*, nimm es mir nicht übel. In einer Deiner Reden sprachst Du damals von Deiner Treue zum Königseid. Ich erhielt zwei Tage darauf einen schriftlichen Protest von etlichen jungen Leuten, die eine Stellungnahme dagegen verlangten. Sie schrieben nicht mit Unrecht: Wir haben *Hitler* einen Eid geschworen, dann müssen wir ihm unseren Eid auch halten. Vor einigen Tagen ist bei der Militärregierung Dein Name gefallen. Man sagte, Du nähmest Stellung für die Königspartei. Ich wies das zurück. Darauf die Bemerkung: Es wäre gut, wenn Sie ihn veranlassen würden, sich zurückzuhalten.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich monarchistisch gesinnt bin. Auch in der Sozialdemokratie gibt es Freunde des monarchistischen Gedankens. Ich halte es für kein Verbrechen, sich zur Monarchie zu bekennen, und wenn man schon eine Königspartei zuläßt, dann wundere ich mich, daß man einem Mann wie mir seine Einstellung zum Vorwurf macht. Ich wußte nicht, daß die Militärregierung ein Bekenntnis zur Monarchie nicht wünscht, aber ich werde bei nächster Gelegenheit bei der Militärregierung einmal anfragen.
Dr. *Müller*: Es handelt sich nicht um eine Weisung der Militärregierung. Ich meine, es wäre besser, wenn Du darüber hinweggehen würdest.
Dr. *Hundhammer*: Ich bin von der Militärregierung über die Königsfrage schon gefragt worden und erklärte, daß ein erheblicher Teil des Volkes in Südbayern für den König sei. Wenn die monarchistische Partei geeignete Kandidaten aufstellt, dann kann sie bei den Wahlen eine beachtliche Gefahr darstellen.
Dr. *Falkner*: Ich mahne zur Vorsicht. Wir müssen reden als Vertreter der Leute, in Niederbayern gibt es viele Monarchisten, dem muß ich Rechnung tragen. Solange es möglich ist, vermeide ich es, auf das Thema einzugehen, aber es ist eine Resonanz dafür da.
Dr. *Scharnagl*: Ich beantrage nochmals Vertagung bis zur nächsten Arbeitsausschußsitzung.
Dr. *Müller*: (Unter allgemeiner Zustimmung) Ich bin auch dafür.
Dr. *Lacherbauer*: Die Kandidaten sind aufgestellt, ich sehe eine große Gefahr, es wäre wünschenswert, wenn man an verschiedene Leute, die keine Heißsporne sind, herantreten würde. Auch in München ist die Stimmung so, daß sich das Bürgertum leicht von Gefühlen fangen läßt. Dann bekommen wir vier oder fünf Vertreter, dann werden die Kommunisten und Sozialdemokraten eine Mehrheit haben, und das ergibt Konsequenzen. Ich wünsche keine Verhandlung mit der Königspartei, sondern nur Beratung der vernünftigen Leute von der Königspartei.
Dr. *Falkner*: Die Königspartei wird daraufhin einen Kuhhandel haben wollen und fragen, was bietet ihr, wenn wir die Kandidaten zurückziehen.
Dr. *Arnold*: In Franken ist nicht alles republikanisch gesinnt. Wenn man sich dort zur Königspartei nicht äußert, so deshalb, weil man die Union stark haben will. Wir müssen dort gegen die Kommunisten arbeiten, da tritt das Problem zurück. Aber es ist keineswegs alles republikanisch.
Schäfer: Verschiedene protestantische Professoren aus Erlangen traten an mich schon heran und sind sehr aufgeschlossen für den Königsgedanken.
Dr. *Müller*: Vergessen wir nicht das Flüchtlingsproblem!

Dr. *Held* unterstützt aufgrund seiner eingehenden Kenntnisse der altbayerischen Verhältnisse die Auffassung Dr. *Falkners*, daß der Königsgedanke in weiten Kreisen der Bevölkerung Sympathie habe.
Dr. *Hundhammer* stellt das Interesse für den Königsgedanken auch in Oberfranken fest. Die Leute, die mit der Union nicht zufrieden seien, aber auch nicht sozialdemokratisch wählen wollen, seien Anhänger der Königspartei. Außerdem könnte es durchaus sein, daß einmal die Sozialdemokratie mit der Königspartei verhandle.

Schluß der Sitzung 18.15 Uhr.

Nr. 16

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 9. Mai 1946 in München[1]

Tagesordnung:[2]
1. Bericht aus den Bezirken
2. Durcharbeitung der Satzungen
3. Vorbereitung der Landesversammlung
   a. Bericht der Ausschüsse
   b. Besprechung der Richtlinien zum Arbeitsprogramm
   c. Sonstiges.

Ferner:
4. Fall Schäffer
5. Bericht über das Wahlgesetz
6. Bericht über die Verhältnisse in Schlesien

Tagungsort: München, Rathaussaal

Anwesend:[3] Blaser, Boehlke, Busch, Dahm, M. Deku, Döppert, Donsberger, Dürr, Ehard, Eichhorn, von Eicken, Elhardt, Falkner, J. Fischer, Geiselberger, Gronwald, Haußleiter, Held, Helmerich, Horlacher, Hundhammer, Imler, Jahn, Käss, Karpf, Kaschnik, K. Köhler, Krehle, Krempl, Kroll, K.A. Kroth, Kübler, Kuhmann, Lang-Brumann, K. Lenz, Ritter von Lex, Lobinger, A. Maier, R. Martin, Mauerer, von Miller, J. Müller, Münter, Neidlinger, Nerreter, Ortloph, Pfeiffer, Pflaum, Piechl, Rattler, Rindt, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, Schinagl, Schlögl, A.W. Schmidt, F.A. Schmitt, Schwingenstein, Sedlmayr, Semler, Speicher, Staab, Steber, W. Stegerwald, F.J. Strauß, G. Stücklen, R. Stücklen, Waldmüller, Warmuth, Weinkamm, G. Weinzierl, Wieser

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Mauerer

[Beginn: vormittags]

Dr. *Müller* eröffnet die Sitzung und gibt die Tagesordnung bekannt. [...][4]
Dr. *Hundhammer*, Oberbayern: In den letzten Wochen wurde der Ausbau der Bezirksverbände organisatorisch fortgesetzt. Es ist kein Bezirk da, der bei den Wahlen

---

1 Am Tag zuvor hatte der Arbeitsausschuß getagt. Das Protokoll dieser Sitzung konnte nicht ermittelt werden; im ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, findet sich jedoch die Anwesenheitsliste dieser Sitzung. Anhaltspunkte über den Verlauf und die Themen enthält ein Schreiben des Landessekretariates der CSU, gez. A.W. Schmidt, an Dr. Rinke vom 10. Mai 1946 (ACSP, NL Müller 10/2), in dem Schmidt über den Verlauf v.a. der Landesausschußsitzung vom 9. Mai, aber auch der Sitzung des Arbeitsausschusses am 8. Mai 1946 berichtet: "Beides waren Arbeitssitzungen, die im allgemeinen in ruhiger, sachlicher Atmosphäre stattfanden und sich in der Hauptsache mit der Lesung der Satzungen befaßten, deren neuer Text Ihnen gesondert übermittelt wird. Auf diesen Tagungen hielt Herr Staatssekretär Dr. Pfeiffer ein Referat über die Wahlbestimmungen zur sogenannten Nationalversammlung. Es ergab sich dabei, daß nicht die Landesversammlung der Union, sondern die Bezirksverbände für die Aufstellung der Kandidaten zuständig sind. Auch gab Herr Staatsrat Dr. Pfeiffer bekannt, daß die Landtagswahlen wegen einer im November stattfindenden Volkszählung auf den Dezember verschoben sind. Die Landesversammlung der Union soll eine reine Arbeitstagung mit dem Hauptzweck der Annahme der neuen Satzungen sein und wurde auf Freitag, den 17.V.46, 9 Uhr, im großen Rathaussaal vorverlegt. [...]"

2 Punkte 1 bis 3 laut Wortlaut des Protokolls. Als 4. Tagesordnungspunkt war vorgesehen, wurde jedoch nicht behandelt: "Referat Holzmann über die Wahlen". Die unter "Ferner" genannten Themen wurden anhand des Protokolltextes rekonstruiert.

3 Laut Anwesenheitsliste, ergänzt anhand des Protokolltextes.

4 Von 1.-3. wie oben wiedergegeben, zu 4.-6. vgl. Anm. 2.

nicht die Mehrheit für die Union gebracht hätte. Die Mitgliederwerbung wurde weiter gefördert und ist erfreulicherweise gestiegen. Der Fall *Schäffer* brachte in Oberbayern einige Erschütterungen, zumal er [*Fritz Schäffer*] aus den eigenen Reihen abgeschossen wurde. Altbayern will, daß der Staat föderativ aufgebaut wird. Die Schwierigkeiten, die bestanden haben, haben sich ausgependelt.

Dr. *Falkner*, Niederbayern: Schwierigkeiten hat es gegeben, als die Militärregierung erklärte, ein Bezirksverband existiere nicht und sei illegal. Es wurden dieserhalb mit der Militärregierung Verhandlungen geführt, jedoch ohne Erfolg. Wir dürfen für den Bezirksverband nicht tätig sein. In Kötzting wurde als Landrat ein Geistlicher vorgeschlagen. Der Bischof ist mit dem Vorschlag einverstanden. Bis jetzt sind in Niederbayern über 1000 eingeschriebene Mitglieder zu benennen.

Haußleiter, Oberfranken: Das Wahlergebnis war sehr gut. Der Kampf gegen die Liberal-Demokraten wurde mit aller Schärfe durchgeführt. Die Mitgliederwerbung beginnt nach der Wahl. Die Gefahr des Konfessions-Kampfes ist weitgehend ausgeschaltet.

Dr. *Nerreter*, Mittelfranken: Der Wahlkampf brachte in Mittelfranken ein gutes Resultat. So wurden z.B. in Feuchtwangen 92%, Gunzenhausen 90%, Hilpoltstein 88% aller Stimmen für die Union gegeben. Doch sind die Schwierigkeiten keineswegs überwunden. Die Landräte dürfen unter keinen Umständen bleiben, sonst besteht die Gefahr, daß sich die Wähler zurückziehen. Die Personalfrage stellt eine große Schwierigkeit dar. Es hat verschiedentlich Zusammenstöße in den Versammlungen gegeben.

Was die Mitglieder anbelangt, so wird man in Mittelfranken nicht sehr damit rechnen können. Die Angst, einer Partei beizutreten, steckt den Leuten aus den Erfahrungen der jüngsten Zeit noch zu stark in den Gliedern.

Dr. *Nerreter* ersucht, Wahlplakate nach dort zu geben.

Dr. *Dürr*, Unterfranken: Das Stimmungsbild deckt sich mit den anderen Teilen in Franken. Der Machtanspruch der SPD und KPD drückt sehr auf die Anhänger der Union. Die Personalpolitik erschwert die Lage sehr, es sitzen überall SPD-Leute. Es ist unbedingt erforderlich, daß wir als Landespartei alles daran setzen, daß dieser unmögliche Zustand ein Ende findet.

Ortloph, Oberpfalz: Der Fall *Schäffer* erschütterte die Leute sehr, zumal aus den eigenen Reihen geschossen wurde, was sie nicht verstehen können. Die Organisation konnte nicht so aufgebaut werden, zumal ein Wechsel im Landessekretariat erfolgen mußte. Besonders dringlich erscheint

1. die Lösung der Währungsfrage,
2. die Zurückberufung der unbelasteten Kriegsgefangenen,
3. die Eindämmung der Wohnungsbeschlagnahme, was größtenteils außergewöhnliche Härten mit sich bringt.

Die Herausgabe eines Parteiprogramms wird dringend erwartet.

Pflaum, München: Die Organisation wurde seit Wochen beendet. Der vorbereitende Ausschuß hat sehr wertvolle Arbeit für München und Bayern geleistet. Bisher haben wir 2000 Mitglieder. Mitglieder zu bekommen, stellt eine große Schwierigkeit dar. Es wurde Staatssekretär *Krehle* als neuer Vorsitzender gewählt.

Dr. *Fischer*, Augsburg: Die Organisation wurde nicht fertiggestellt. Die Kreisverbände stehen. Nach den Wahlen sollen die Ortsvereine in Angriff genommen werden. Wenn die Kreisverbände nicht durchkommen, wird von Augsburg aus eingegriffen. Was den inneren Ausbau anbelangt, so ist erfreulicherweise festzustellen, daß die Kluft zwi-

schen den Jungen und Alten überbrückt werden konnte. Die Versammlungen waren teils sehr schlecht besucht.
Ein Teilnehmer warf die Frage auf, ob Landräte gewählt werden, was von Dr. *Pfeiffer* im bejahenden Sinne beantwortet wurde.
Dr. *Müller* gab anschließend an die Berichte der einzelnen Bezirksverbände die offiziellen Ziffern des Wahlergebnisses bekannt:

Union 71,75%, SPD 22,00%, KPD 2,60%, Wirtschaftlicher Aufbau 0,40%, sonstige kleine Parteien 3,25%

und verwies darauf, daß der außergewöhnlich hohe Wahlerfolg der Union die anderen Parteien zu größerer Aktivität anspornen wird.
Anschließend wurde darüber diskutiert, inwieweit Geistliche als Landräte in Betracht kommen sollen. Man vertrat allgemein den Standpunkt, daß die Geistlichkeit mit Rücksicht auf ihren Beruf nicht ins Blickfeld der Politik gerückt werden soll, was jedoch nicht ausschließt, daß man ein oder zwei Geistliche in den Landtag nimmt.
Zweckmäßig ist es jedoch, daß man sich dieserhalb mit Persönlichkeiten beider Konfessionen unterhält.
Dr. *Eichhorn* berichtet, daß der Landesbischof [*Hans Meiser*] absolut dagegen ist, daß evangelische Geistliche in die Politik hereingezogen werden.
Dr. *Müller* nahm noch einmal zu dem Fall *Schäffer* Stellung und verliest dabei ein offizielles und ein persönliches Schreiben, das Dr. *Müller* an Staatsrat *Schäffer* gab.
Die darauf erfolgte Aussprache verlief in einem ruhigen und sachlichen Ton, der absolut dem Geist der Union entspricht. Dr. *Müller* gab die ehrenwörtliche Versicherung, daß weder von seiner Seite noch von Seiten der Union irgendwelches Material an die Militärregierung gegeben wurde, was zum Abschuß *Schäffers* führte. Die Militärregierung konnte sich jedoch nicht bereit erklären, hierüber eine schriftliche Bestätigung auszuhändigen. Dr. *Müller* erklärte, daß er sich vom ersten Augenblick dafür eingesetzt hätte, daß *Schäffer* die Möglichkeit zur Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit erhält.
Dr. *Müller* verliest einen Artikel der Basler Nationalzeitung, der sich schon seit längerer Zeit in seinem Besitz befindet, aber erst seit ca. zehn Tagen an Parteifreunde gegeben wurde. Wenn man den Artikel nunmehr an die Öffentlichkeit gibt, so soll das Zwischenthema *Schäffer* gestreift werden, während das andere herausgestellt werden soll.
Die Union wird als reaktionäre Partei angesehen, und wir müssen den Gegenbeweis bringen. Die SPD und KPD setzen alles daran, uns zu spalten. Das Abschießen innerhalb der Union muß unter allen Umständen unterbunden werden.
Dr. *Müller* macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß der Verfasser des Bamberger Pamphlets in der Oberpfalz weiterarbeitet.
Dr. *Hundhammer* setzt sich energisch dafür ein, daß das gegenseitige Abschießen nunmehr unterbunden werden müsse. Drohungen, wie "nach dem *Schäffer* kämen die Schäffer dran", müssen unbedingt aufhören, da sie der Union nur schaden.
Dr. *Pfeiffer* gibt einen ausführlichen Bericht über das Wahlgesetz, das dem Protokoll als Anlage beiliegt.
Am Donnerstag, den 16. Mai 1946, tritt im Landwirtschaftsministerium der Arbeitsausschuß zusammen.

Für die Landesversammlung wurde nunmehr Freitag, der 17. Mai 1946, festgelegt. Diese findet im Rathaus Zimmer 208 statt. Beginn 9 Uhr.
Man begann nunmehr mit der Durcharbeitung der Satzungen.

Mittagspause von 13.30 bis 14.30 [Uhr].
Beginn [der Nachmittagssitzung]: 14.40 [Uhr].

Die Diskussion beginnt mit den Auseinandersetzungen über den § 28. Es steht die Einsetzung eines Kreisgeschäftsführers zur Frage. Die Frage ist, ob der Kreissekretär ein Angestellter des Landesverbandes oder der Kreisverbände sein soll.
Gronwald: Meine Herren, bedenken Sie folgendes: Jetzt bei den Wahlen ist das Interesse für die Politik wach, da kann man auf ehrenamtliche Mitarbeiter rechnen. Aber die Erfahrungen aus früheren Jahren haben gelehrt, daß nach den Wahlen das Interesse an der politischen Arbeit nachläßt. Über solche politische Flauten kann nur eine gute Organisation hinweghelfen. Diese Seele dieser Organisation ist der Kreisgeschäftsführer. In Bayern müssen wir unter Umständen über 60 Kreisgeschäftsführer haben. Man kann es nicht den Kreisen überlassen, ihre eigenen Dienstanweisungen und Besoldungsordnungen zu machen. Wir haben weiter die Erfahrung gemacht, daß alle anderen Organisationen (Gewerkschaften) dazu übergegangen sind, ihre Geschäftsführer nicht von den untergeordneten Einheiten anstellen zu lassen. Im übrigen hat der Geschäftsführer nicht die Aufgabe, Politik zu machen, sondern technische Aufgaben durchzuführen. Das muß nach einer einheitlichen Dienstordnung geregelt sein.
Dr. *Horlacher* weist darauf hin, daß der Landesvorsitzende zwar seinen Einfluß geltend machen muß, mit Rücksicht auf eine einheitliche Personalpolitik, daß sich die Union aber unter gar keinen Umständen 60 und mehr Kreisgeschäftsführer leisten kann.
Sauer weist darauf hin, daß er bis jetzt schon ca. 1600 Mitglieder geworben hätte. Aber ein Kreissekretariat könne er sich trotzdem nicht erlauben. Er warnte vor einer Diktatur von oben, die nur an das Nazi-System erinnern könnte.
Kübler verweist auf die unbedingte Notwendigkeit, Kreisgeschäftsführer anzustellen. Die Arbeit könnte nicht auf die Dauer ehrenamtlich geleistet werden. Die Kosten sollen jene tragen, die Rat und Hilfe beim Parteisekretär suchen.
Blaser: Wir haben in Hof die Erfahrung gemacht, daß, nachdem die Schwierigkeiten in der Landesleitung halbwegs beseitigt sind, nunmehr die Auseinandersetzungen in den Kreis- und Bezirksverbänden einsetzen. Ein Geschäftsführer, der unabhängig ist von seiner Umgebung, kann dann ein ruhender Pol sein. Ein anderer Punkt: Wir in Oberfranken haben die Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien mehr wie Sie hier. Da wissen wir eine schlagkräftige Organisation zu schätzen. Die SPD hat gute Sekretäre, die auf entsprechende Weisungen eingespielt sind. Wenn es bei uns so wird, wie es verschiedene Herren von Ihnen wünschen, dann sind wir kleine Vereine, die nicht getragen sind von der Parteigesamtheit. Bayreuth und Hof wünschen, daß die Kreisgeschäftsführer von München angestellt werden. Wir sprechen aus der Erfahrung des Grenzlandkampfes.
Kübler: Meine Herren, ich möchte vorschlagen, daß man die Bemerkungen endlich unterläßt, als ob wir mit einer Nazi-Organisation etwas zu tun hätten. Das ist geschmacklos und unrichtig.
Ein Teilnehmer verbittet es sich, daß man dem Land Angestellte von oben vorsetzt. Die Kreise kennen selbst ihre Notwendigkeiten, und die Bezirksverbände sind so gut

die Union wie die Landesleitung München. Wenn die Zentrale mit den Bezirken in einer Linie gehe, dann brauche sie von außen nichts zu befürchten.
Gronwald: Der Landesverbandsvorstand ist ja nicht ein Gremium von irgendwo her, sondern ein Organ, das von unten her gewählt wird. Im übrigen haben Sie das Vorschlagsrecht in den Kreisverbänden. Weiter: Wenn die Anstellung den Kreisverbänden überlassen bleibt, können sich nur die finanziell guten einen Angestellten leisten. Aber gerade in den Notstandskreisen, wo die politische Arbeit am wichtigsten ist, haben wir dann keinen.
Dr. *Eichhorn*: Ich würde die Ablehnung verstehen, wenn es sich darum handelt, daß sich jeder einzelne Kreis einen Sekretär leistet. Aber das wird ohnedies nicht in Frage kommen. Aber andererseits wird eine Zusammenlegung mehrerer Kreise auch Schwierigkeiten machen, denn ein Sekretär kann nicht fünf und mehr Herren zu gleicher Zeit dienen.
Karpf: Der Sekretär muß das Vertrauen des Kreises haben, wo er arbeitet. Die Entlohnung kann zentral geregelt werden. Es darf aber unter keinen Umständen vorkommen, daß der eine gut, der andere schlecht bezahlt wird. Deshalb schlage ich vor, der Sekretär wird draußen gewählt, von der Landesvorstandschaft bestätigt und bezahlt.
Geiselberger: Ich mache einen Vermittlungsvorschlag. Die einzelnen Bezirksverbände teilen sich in größere Gruppen auf. Dazu eine Unterteilung für Zweigsekretariate. Die Anstellung der betreffenden Sekretäre erfolgt durch den Bezirksverband im Benehmen mit der Landesvorstandschaft. Die Kreisverbände, die in einem solchen Bezirkssekretariat zusammengeschlossen sind, können dann auch gehört werden. Die Landesleitung kann die Bestellung von ihrem Einverständnis abhängig machen. Wenn wir schon eine Union sind, müssen wir zu einer Einheit kommen können. Und wenn wir schon von kommunaler Selbstverwaltung reden, dann müssen wir auch bei der Partei von unten nach oben organisieren. Darum möchte ich dieses Recht den Kreis- und Bezirksverbänden nicht nehmen lassen.
Dr. *Hundhammer*: Die Bezahlung von oben her erfolgt auf dem Umweg des Geldes, das wir von unten aufbringen müssen. Je mehr Leute angestellt werden, desto mehr verlangt die Landesstelle von unten her. Wer bezahlt, schafft an. Wir wollen die Anstellung draußen selber vornehmen. Meinetwegen im Einvernehmen mit dem Landesvorstand.
Dr. *Müller*: Meine Herren, ich bitte dieses Thema ernst zu nehmen. Die Union ist noch kein organisches Gebilde. Sie ist auf der einen Seite eine Gruppierung von Wählermassen, auf der anderen ein Kreis von Menschen, der die Union durchsetzen will. Wir haben uns zwar nach außen bewährt, aber noch lange nicht nach innen. Hier zerreden wir uns. Ich sehe Schwierigkeiten überall. Sie sind in allen Bezirksverbänden. Wenn wir nicht eine straffe Steuerung bekommen, zerflattert die Union. Oft genug gibt es nicht Krach wegen einer Idee, sondern wegen Personen. Es müssen Aussenstellen da sein, die gut geführt werden und auch an Weisungen gebunden sind. Die technische Dienstaufsicht muß zentral gesteuert sein. Die politische Aufgabe liegt selbstverständlich nicht beim Sekretär, wenn auch ein tüchtiger Sekretär Einfluß gewinnen kann. Aber es darf kein Durcheinander kommen, dadurch, daß ein Sekretär einem örtlichen Vorsitzenden in jeder Hinsicht verpflichtet ist. Und wieviel Wechsel kann es bei Vorsitzenden geben. Wieviele Klagen laufen bei mir ein. Ein bedeutender Teil meiner Arbeitszeit geht mit Schlichtungen verloren. Ich brauche einen Apparat, um klar zu sehen und zu steuern. Sie verlangen draußen sehr viel von uns, obwohl wir

erst im Aufbau sind, obwohl wir in den Wahlkämpfen stehen und Politik machen müssen aus der Opposition heraus. Diese Aufgaben verlangen, daß ich ein gutes Landessekretariat habe, daß aber auch ein geordneter organisatorischer und technischer Verkehr nach außen möglich ist. Es geht nicht, daß ich von Oberbayern einen Brief bekomme, ich solle nicht unmittelbar mit Kreisstellen verkehren. Dann mache die Arbeit, wer will. Es handelt sich hier um eine Frage von entscheidender Bedeutung für die Union.

Dr. *Hundhammer*: Ich lehne es ab, daß das Landessekretariat seinen Verkehr mit den Kreisen unmittelbar erledigt, ohne daß die Bezirksverbände wissen, was los ist.

Ein Teilnehmer aus Schwaben: Ich muß *Hundhammer* zustimmen. Wenn wir draußen ordentlich dezentral stehen, dann stehen wir auch im gesamten gut. Wo richtig gearbeitet wird, steht die Organisation ohnedies geschlossen da. Wir müssen auch in den Kreis- und Bezirksverbänden genau wissen, was wir wollen. Wir lassen uns hier gerne von Zeit zu Zeit gemeinsam ausrichten. Da sind wir gern dabei. Aber wir wollen mit dabei sein. Wir verstehen die Nöte der zentralen Organisation, aber wir wollen Dezentralisation.

Dr. *Horlacher*: Ich würde bitten, § 28 zu streichen. Wir kommen bei den Bezirksverbänden ohnedies auf diese Fragen noch zurück.

Dr. *Müller*: Wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, stelle ich die Vertrauensfrage, weil ich dann die Verantwortung nicht tragen kann.

Dr. *Nerreter*: Meine lieben Freunde, ich glaubte erst, es handle sich um eine formale Frage. Aber wie ich sehe, geht es um mehr. Es ist kein Zufall, daß Oberfranken für den Antrag stimmt. Wir in Franken brauchen den Rückhalt von München. Darum werde ich mich einsetzen, daß wir in Franken das freiwillig machen, was Sie hier in Altbayern ablehnen.

Blaser verweist darauf, daß man heutzutage ständig von Dezentralisation rede, während die anderen Parteien ihren Apparat außerordentlich zentralisieren. Es wird anscheinend bei uns wieder so werden, daß jeder tun kann, was er will. Wir in Nordbayern halten den § 28 für notwendig.

Dr. *Kroll*: Wir haben in Oberfranken einen 1. Vorsitzenden, der gemeinsame Feiern mit der KPD veranstaltet. Dieser Mann weigert sich auf der anderen Seite, Vertreter der Landesleitung bei sich sprechen zu lassen. Nicht weil er pro *Schäffer* war, sondern pro sich und kontra alle anderen draußen. Selbstverwaltung ist schön, aber sie muß maßvoll beschnitten sein. Wenn persönlicher Ehrgeiz bei den Vorsitzenden ausbricht, dann kann man nichts mehr machen. Wir lassen heute jeden reden, was er will, kein Mensch kümmert sich, wenn keine Kontrolle, keine Ausrichtung und keine geschulten Angestellten der Union da sind.

Dr. *Müller*: Wenn die Herren von Schwaben auf ihre Verhältnisse hinweisen und wenn sie sich nicht dareinreden lassen wollen, so kann ich nur das eine sagen: Sie haben keinen Grund darüber zu klagen, daß Ihnen dreinregiert wird. Kunst der Führung ist: Das Recht zum Eingreifen haben, aber nicht eingreifen. Ich habe auch in München nicht eingegriffen. Wenn ich jetzt in der Oberpfalz eingreifen muß, dann nur wegen der Militärregierung. Dort melden zwei Vorsitzende Versammlungen an. Selbstverständlich verlangt die Militärregierung Klarheit darüber, wer nun einmal der richtige Vorsitzende ist. Es kommen Briefe herein, die darüber klagen, daß die Konfessionen hier, die Stände dort zu wenig berücksichtigt werden. Wenn die Union auseinander fliegt, machen Sie mich verantwortlich. Deshalb will ich die Konsequenzen ziehen. Ich muß einen Apparat haben, mit dem ich zusammenarbeiten kann.

(Beifall der Mehrheit.)

Draußen wie hier werden zentrifugale Kräfte wirksam, wenn der Ehrgeiz einsetzt. Ich habe nicht den Ehrgeiz, ewig hier zu stehen. Aber ich möchte dafür sorgen, daß die Union steht, wenn ich gehe. Drum bitte ich um Abstimmung. Ich weise Sie noch einmal darauf hin, der Landesvorstand ist das Gremium, in dem Sie selbst vertreten sind.
Wer enthält sich? Niemand.
Wer ist dagegen? Elf.
Wer ist dafür? Dreiunddreißig.
Der Antrag ist angenommen.
Über den zweiten Teil des § 28 hinsichtlich der Gehaltsregelung wird eigens abgestimmt. Dieser Passus wird einstimmig angenommen.
Dr. *Müller* verläßt vorübergehend die Sitzung, während dieser Zeit referiert der frühere Bürgermeister von Ratibor, Herr *Kaschnik*, über die Verhältnisse in Schlesien.
Nach diesem Referat geht die Diskussion über die Satzungen weiter. Dr. *Schlögl* macht den Antrag, die einzelnen Paragraphen nicht mehr vorzulesen, damit sich die Sache nicht so in die Länge zieht. Der Antrag wird ab § 30 durchgeführt.
Dr. *Hundhammer* wiederholt bei § 36 seine zu § 28 vorgebrachten Bedenken und lehnt eine Zustimmung zu diesem Paragraphen ab.
Es erfolgt eine Abstimmung. Niemand enthält sich, vier Stimmen dagegen und 14 Stimmen dafür.
Zu § 39 regt Dr. *Eichhorn* an, daß die Berufsstände sowie die christlichen Bekenntnisse gestrichen werden. Ersteres wird allgemein gebilligt, die Entscheidung bezüglich der Bekenntnisse wird zurückgestellt. Es schließt sich eine kürzere Diskussion an, darüber, ob je fünf Vertreter für die Frauen und für die Jugend nicht zuwenig sind.
Dr. *Hundhammer* ergreift dann wieder das Wort und erklärt: Ich bin dagegen, daß man nur einen Landesvorsitzenden erwählt. Ich bin gegen das Führerprinzip. Ich beantrage, daß nicht nur ein Landesvorsitzender, sondern eine Landesvorstandschaft gewählt wird.
Gronwald gibt die Berechtigung dieses Einwurfes zu, verweist aber zugleich auf § 75 Abschnitt 2, der außer einem ersten Vorsitzenden noch einen zweiten und einen Schatzmeister vorsieht. Es schließen sich Diskussionen über wünschenswerte Änderungen hinsichtlich der Terminologie an, wie z.B. Landesleitung, Landesvorsitzender etc.
Dr. *Müller* kommt von der Militärregierung zurück und gibt bekannt, daß für aufgestellte Kandidaten die langen Fragebogen vorgelegt werden müssen. Desgleichen, daß am 18. Mai 1946 die Statuten einzureichen sind.
Dr. *Horlacher* erklärt, daß mehrere Vorsitzende nur neue Schwierigkeiten bringen. Im übrigen sei die Stelle eines ersten Vorsitzenden keineswegs so allgewaltig, daß man allzu große Befürchtungen hinsichtlich der Wiedereinführung des Führerprinzips hegen müßte.
Dr. *Käss* verweist darauf, daß der Landesvorsitzende von der Landesversammlung bestellt wird. Er soll das kontinuierliche Moment darstellen. Ein Mann muß da sein. Es muß abgestimmt werden, welche fünf Herren hereinkommen. Die Landesvorstandschaft ist ein kleinerer Kreis, in dem sachlicher diskutiert werden kann wie bei einer Landesversammlung.
Dr. *Müller* verlangt die Aufstellung einer Mandatsliste.
Blaser hält es für falsch, daß Theologen wieder eine Rolle in der Politik und im Landtag spielen. Dr. Müller bittet, diese Frage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

Bei § 42 Absatz a[5] geändert.
Dr. *Pfeiffer* betont, daß eine oberste Spitze von fünf Personen zu klein sei. Er schlägt sieben bis neun Personen vor. Eine Art Kollegiatsspitze könne am besten das demokratische, territoriale, konfessionelle und ständische Prinzip berücksichtigen. Dabei sollen die einzelnen Vorsitzenden keineswegs gleichberechtigt sein.
Dr. *Hundhammer* begrüßt diese Anregungen wärmstens.
Dr. *Kroll* lehnt das Kollegiats-System ab. Es gäbe kein Landratsamt mit zwei und drei Vorständen. Die englische Arbeiterpartei habe ihren leader. Starke Kontrollorgane auf der einen Seite, auf der anderen Seite eine klare Führung, die wirklich verantwortlich ist. Bei drei Vorsitzenden wisse man nicht, wen man zuletzt haftbar machen müsse. Das Weimarer System scheiterte daran, daß das Parlament eine solche Macht hatte, daß Regierungsbildungen vielfach unmöglich wurden. Kollegiats-Systeme sind nicht tragbar in der heutigen Zeit, wo es verschiedenste Auffassungen und Richtungen gibt. Schließlich kommt man dazu, daß man sagen muß: Der Vorstand tut nichts, es geschieht nichts.

(Beifall.)

Dr. *Müller*: Ich hatte vorhin die Vertrauensfrage angedeutet. In diesem Fall werde ich nie die Vertrauensfrage stellen, weil ich nicht persönlich interessiert bin, wenngleich ich feststellen muß, daß man in Aufbauzeiten eine straffe Führung braucht. Aber neun Personen scheinen mir zuviel. Sieben wären mir lieber. Fünf sind zuwenig, das stimmt. Darf ich abstimmen lassen. Wenn die Abstimmung ein zweifelhaftes Bild ergibt, dann setzen wir uns in der Landesversammlung noch einmal auseinander.
Bei der Abstimmung sind drei gegen Dr. *Müllers* Vorschlag, die anderen dafür.
§ 51 löst eine längere Diskussion aus. Dr. *Müller* plädiert für den Paragraph[en], Dr. *Hundhammer* und Dr. *Horlacher* sind dagegen. Schließlich einigt man sich dahin, diesem Paragraphen eine Kann-Form zu geben.
Bei § 54 wird die vorgesehene Aufnahmegebühr diskutiert. Dr. *Müller* schlägt vor, "Sonderumlagen" zu streichen, eventuell auch "Aufnahmegebühr".
Bei § 55 wird vorgeschlagen, das Wort "Schatzmeister" abzuändern.
Meinungsverschiedenheiten ergeben sich bei der Frage der Bildung der Bezirksverbände. Es wird darauf hingewiesen, daß hunderttausend Einwohner eine zu geringe Zahl für die Zuerkennung der Eigenschaft eines Bezirksverbandes an die Städte darstelle, wenn Landkreise wie Kronach mit 86.000 Einwohnern erst mit 20 anderen Landkreisen einen Bezirksverband bilden können.
Dr. *Kroll* schlägt 300.000 vor.
Dr. *Müller* erklärt, daß er über diese Frage nicht gern diskutiere, nachdem Augsburg und Regensburg, die in Frage kommenden Städte, nicht mehr anwesend seien. Man einigt sich darauf, diese Frage noch offen zu lassen.
Zu § 52 erklärt Dr. *Müller*: *Hagenauer* hat sich letzthin beklagt, daß kein Münchner für das Schiedsgericht zur Verfügung steht. Er möchte vom Landesausschuß einen tüchtigen Juristen bestellt wissen. Delegieren Sie bitte dieses Recht zur Bestellung eines Mitglieds des Schiedsgerichts in München an den Arbeitsausschuß.
Der Antrag Dr. *Müllers* wird einstimmig angenommen.
Dr. *Müller* bittet um das Einverständnis des Ausschusses, einen Tag vor der Landes-

[5] Unleserlicher Buchstabe: "a" oder "d", wahrscheinlich "a", vgl. § 42 des Entwurfes vom 17. Mai 1946 mit den Ziffern a-e, Dok. Nr. XVI, S. 1774.

versammlung, also am 16. Mai 1946, noch einmal zusammenzutreten. Er gibt außerhalb des Zusammenhangs dem Ausschuß Kenntnis von den Glückwunschadressen zum Wahlerfolg der Union aus Berlin und Recklinghausen. Außerdem verweist er darauf, daß die Grundlinie für ein Grundsatzprogramm zu besprechen ist. Im übrigen seien alle Resolutionen zu lang und zu wenig zugkräftig.
Dr. *Semler* berichtet, daß für Juni eine Tagung des Wirtschaftspolitischen und Sozialpolitischen Ausschusses in Bayreuth vorgesehen sei, um die entsprechenden Richtlinien aufeinander abzustimmen.
Die programmatischen Punkte könnten erst nach nochmaliger Vorlage gegenüber dem Ausschuß festgelegt werden. Über andere Punkte dagegen sei bereits Klarheit vorhanden. Z.B. es kann und darf keine staatliche Planwirtschaft geben, wenn wir auch gegen eine liberalistische Wirtschaftsordnung sind. Drei gleichgeordnete Säulen müssen Träger der Wirtschaft sein:
1. die Landwirtschaft vertreten durch den Bauernverband,
2. die Arbeitnehmerschaft durch die Gewerkschaften vertreten,
3. die Unternehmerschaft (Industrie, mittlere und Kleinbetriebe).
Die Selbstverwaltung der Wirtschaft muß angestrebt werden. Es kann nicht ohne Planung abgehen. Die Planung kann nicht vom Staat, sie muß von den Organen der Wirtschaft durchgeführt werden. Die augenblickliche Wirtschaftsführung wächst sich allmählich zu einem Schaden für die Wirtschaft aus. Hier ist aktive Opposition gegen die Regierung *Hoegner* notwendig. Allerdings liegen die Gefahren nicht nur in der Linie der Sozialdemokratie, sie liegen im Wirtschaftsministerium selbst.
Der Wirtschaftsminister hat es auch verabsäumt, trotz unserer Bitte, die Unternehmer wie die Gewerkschaften zusammenzurufen, so daß wir gemeinsam hätten gewisse Vorarbeiten leisten können. Man kann es den Gewerkschaften nicht einmal verargen, wenn sie sich für allein verantwortlich für den Wiederaufbau der Wirtschaft halten. Der Unternehmerverband ist noch nicht da, die Innungen sind noch nicht aktiv, und andere Stellen haben wir auch noch nicht. Die Arbeit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wird unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß praktische Vorschläge für praktische wirtschaftliche Arbeit verwirklicht werden müssen.
Die gedrängten Ausführungen Dr. *Semlers* finden den lebhaften Beifall der Anwesenden.
Dr. *Müller* betont, daß bisher zu wenig praktische Arbeit bei den Ausschüssen geleistet wurde. Aus dem Landessekretariat würden in Zukunft den Ausschüssen Referenten zur Verfügung gestellt. Dr. *Müller* verweist auf die Notwendigkeit, einen Personalpolitischen Ausschuß zu bilden, für dessen Leitung er Herrn *Kain* vorgesehen hätte. Er bat um die grundsätzliche Ermächtigung hierzu seitens des Ausschusses.
Haußleiter: Es ist notwendig, daß wir in die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung mit einem klaren Programm hineingehen. Ich möchte vorschlagen, daß die Bayreuther Tagung schon eher abgehalten wird. Und noch etwas anderes: Wenn wir den Aufbau einer Unternehmerorganisation fordern, so kann das ein heißes Eisen sein. Wir müssen diese Notwendigkeit den Wählern entsprechend erklären, sonst könnten wir als reaktionär mißverstanden werden. Es muß um einen richtigen Einsatz der Gewerkschaften gekämpft werden.
Nachdem kurz das Thema Königspartei gestreift wurde, verweist Dr. *Müller* auf die Notwendigkeit hinsichtlich der Personalpolitik, immer entsprechend belegte Informationen an die Landesleitung weiterzugeben. Es kämen dauernd von außen berechtigte Klagen, leider aber meist ohne entsprechende Unterlagen. Man könne nur etwas er-

reichen bei den zuständigen Stellen, wenn man entsprechendes Material vorlegen könne. Das gelte gegenüber den Dienststellen ebenso wie im Hinblick auf Presseveröffentlichungen.

Die Tagung endet 19.30 [Uhr].

Nr. 17

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 16. Mai 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Beratung der Satzungen
2. Bayerischer Regierungsanzeiger
3. Entwurf eines neuen Beamtengesetzes
4. Stellungnahme zur Auflösung der Bayerischen Heimat- und Königspartei
5. Zusammenschluß der Unionsparteien auf Zonen- und Reichsebene
6. Aufstellung von Geistlichen als Wahlkandidaten
7. Beratung der Satzungen (Fortsetzung)
8. Programmatische Entschließung "Mindestforderungen an die CSU" zur Vorlage bei der Landesversammlung

Tagungsort: München, Landessekretariat, Paul-Heyse-Straße 2-4

Anwesend:[2] Dürr, Eichhorn, von Eicken, Falkner, Hundhammer, Krehle, R. Martin, von Miller, Motzet, J. Müller (zeitweise), Pflaum, Rindt, F. Schäfer, Schwingenstein, Steber; als Gäste: Gerathewohl, Rinke; ferner: Arnold, Gronwald, Horlacher, Jaeger, Ritter von Lex, von Prittwitz-Gaffron, Schlögl, A.W. Schmidt

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Beginn: 9.44 Uhr.

Der Vorsitzende (Dr. *Müller*) eröffnet die Sitzung des Arbeitsausschusses mit dem Hinweis darauf, daß bei eventuell notwendig werdenden Abstimmungen die betreffenden Punkte solange zurückgestellt würden, bis der Arbeitsausschuß vollzählig sei.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* gibt Einzelheiten über die Tagesordnung der Landesversammlung bekannt und drückt seine Freude darüber aus, daß die Union nunmehr in der Paul-Heyse-Straße die unumgänglich notwendigen Büroräume habe erwerben können. Nun erst sei eine geregelte organisatorische Büroarbeit möglich.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erteilt dann das Wort Dr. *Gronwald* zum Bericht über die Satzungen.
Dr. *Gronwald* tritt in die Erläuterung der Satzungen ein. Er führt aus, daß die Satzungen gemäß den Beschlüssen und Erörterungen der letzten Ausschußsitzungen noch einmal überarbeitet worden seien.
Redner verliest den vorliegenden Satzungsentwurf Paragraph für Paragraph. Dabei werden die einzelnen Paragraphen zur Aussprache gestellt.
Bei § 4,1 sprechen sich Dr. *Hundhammer* und Dr. *Falkner* gegen eine schriftliche Anerkennung der Satzungen und Schiedsgerichtsordnung durch neue Mitglieder aus. Das bedeute eine Erschwerung in der Mitgliederwerbung.
Vorsitzender [*Josef Müller*] hält es für notwendig, daß die Mitglieder wenigstens die Schiedsgerichtsordnung schriftlich anerkennen, um für alle Streitfälle eine Rechtsbasis zu haben.

---

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes.
2 Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt.

Dr. *Gerathewohl* glaubt, daß mit der Unterschrift des Aufnahmeantrages gleichzeitig die Anerkennung der Satzungen und Schiedsgerichtsordnung verbunden werden könne. Damit würde dem werbetechnischen Gesichtspunkt Rechnung getragen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will den Punkt zur Aussprache mit Dr. *Hagenauer* zurückstellen. Ihm komme es in erster Linie auf die Anerkennung der Schiedsgerichtsordnung an.
Von Eicken und Dr. *Arnold* halten die Bedenken von Dr. *Hundhammer* für berechtigt.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich schließlich für folgende Fassung aus: Mit der Unterzeichnung des Aufnahmeantrages erkennt der Aufzunehmende die Satzungen der Christlich-Sozialen Union an und unterwirft sich der Schiedsgerichtsordnung.
Für § 4,2 schlägt Dr. *Falkner* die Fassung vor:

> Der Beitritt wird mit der Aushändigung der Mitgliederkarte wirksam.

Nach kurzer Debatte wird ein Punkt 2 eingefügt mit der Fassung:

> Über die Aufnahme entscheidet die Ortsvorstandschaft.

Daran fügt sich dann Punkt 3:

> Der Beitritt wird erst mit der Aushändigung der Mitgliedskarte wirksam.

Vorsitzender [*Josef Müller*] will bei § 4,4 eine Notifizierungspflicht bei Ortswechsel aufgenommen wissen.
Dr. *Falkner* will dem Bewerber die Möglichkeit geben, entgegen § 4,3 sich gegebenenfalls wegen seiner Aufnahme bis hinauf an die Landesvorstandschaft zu wenden.
Nach weiteren Vorschlägen von *Ritter von Lex* und Dr. *Gronwald* wird auf Vorschlag des Vorsitzenden folgende Fassung angenommen:

> Lehnt die Ortsvorstandschaft die Aufnahme ab, so kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisverbandsvorstandschaft anrufen. Lehnt auch diese ab, so entscheidet die Bezirksvorstandschaft. In grundsätzlichen Fragen entscheidet die Landesvorstandschaft endgültig.

Bei § 7,5 verweist Dr. *Hundhammer* darauf, daß jedes Mitglied die Möglichkeit haben muß, das Schiedsgericht ohne Dazwischenschalten seiner Ortsvorstandschaft anzurufen.
Von Eicken pflichtet dem bei.
Dr. *Falkner* ist für die Fassung:

> Das Schiedsgerichtsverfahren kann sowohl vom einzelnen Mitglied wie von der Vorstandschaft des Ortsverbandes beantragt werden.

Dr. *Gronwald* hält es für zu weitgehend, die Entscheidung über die Anrufung des Schiedsgerichts dem einzelnen Mitglied zu überlassen. In § 7,5 würden lediglich die Fälle von § 7,4 a - d getroffen.
Auf Vorschlag von *von Eicken* wird in § 7,4 an Ziffer d Ziffer e angefügt:

> bewußt unwahre Angaben im Aufnahmeantrag gemacht hat.

In § 8 wird auf Vorschlag *von Eickens* angefügt:

> Antragsberechtigt ist jedes einzelne Mitglied.

In § 13 e wird auf Vorschlag von *Ritter von Lex* nach längerer Debatte eingefügt: "in besonderen Fällen", so daß § 13 e lautet:

> die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle.

Bei § 16,1 wendet sich Dr. *Hundhammer* gegen eine Beschränkung der Zahl der Ausschüsse, wie sie aus der vorliegenden Fassung hervorgehe.
Der Ausschuß beschließt folgende Fassung:

> Zur Bearbeitung besonderer Aufgaben vor allem auf den Gebieten

usw.
§ 16,2 wird aus stilistischen Gründen wie folgt geändert:

> An den Arbeiten der Ausschüsse können alle Mitglieder teilnehmen, die daran interessiert sind.

In § 22 a wird auf Wunsch des Vorsitzenden [*Josef Müller*] die geheime Wahl der Ortsverbandsvertreter für die Kreisversammlung festgelegt:

> Je zwei in geheimer Wahl von den angeschlossenen Ortsverbänden gewählten Vertretern.

In § 23 g wird auf Vorschlag von *Ritter von Lex* anstelle von "Jahresrechnung" "Haushaltungsvoranschlag und Jahresrechnung" geschrieben.
In § 23,1 wird in Anlehnung an § 13 e "in besonderen Fällen" aufgenommen.
In § 24,2 wird festgelegt, daß künftig statt "Kreisverbandsversammlung" und "Kreisverbandsvorstandschaft" "Kreisversammlung" und "Kreisvorstandschaft" geschrieben wird. Sinngemäß ändern sich auch die Bezeichnungen für "Bezirksverbandsversammlungen" und "Bezirksverbandsvorstandschaft".
§ 25 d wird nach Debatte präziser gefaßt:

> Den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags, den Landtagsabgeordneten und Mitgliedern der Vorstandschaften der höheren Organisationsstufen der Union.

Nach Verlesung von § 26,2 entspinnt sich eine längere Aussprache über die Gruppierung der Stände und Berufe im Kreisbeirat, wobei *Ritter von Lex* und Dr. *Horlacher* für eine Vorziehung der Arbeiterschaft bei der Aufführung der Stände und Berufe eintreten.
Der Passus wird schließlich unter Beibehaltung des ständischen Prinzips umgruppiert in:

> Der Kreisbeirat wird von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, Arbeiterschaft, des Handels und Gewerbes, der Industrie, des kulturellen Sektors, der freien Berufe, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend bestehen.

Gegen die Fassung des § 29,2 hat Dr. *Hundhammer* Bedenken. Er tritt für eine Streichung des Absatzes ein.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich dagegen aus. Die Landesvorstandschaft müßte das Recht haben, ordnend in die Verhältnisse eines Kreises einzugreifen.

Dr. *Horlacher* schließt sich der Meinung des Vorsitzenden an.
§ 29 erhält folgende Fassung:

Der Kreisverband wird aufgelöst:
1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft. § 64 Abs. 2 dieser Satzung gilt entsprechend.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter drei gesunken ist.

Um die Anwendung der allgemeinen Bestimmungen der Paragraphen 57-69 auch für den Kreisverband sicherzustellen, wird ein neuer § 30 mit der Fassung eingefügt:

§§ 57-69 gelten entsprechend.

Durch die Einfügung eines neuen Paragraphen ergibt sich für die neue Fassung der Satzung eine Verschiebung sämtlicher folgender Paragraphen um eine Nummer. (§ 30 alter Fassung wird § 31 neuer Fassung usw.)
Die Fassung des bisherigen § 30 (Errichtung von Bezirksverbänden) führt zu einer ausgedehnten Debatte über die Bildung von Bezirksverbänden, an der sich außer dem Vorsitzenden [*Josef Müller*] vor allem Dr. *Hundhammer* und Dr. *Horlacher* beteiligen. Hierbei bittet der Vorsitzende, daß bei künftigen Sitzungen des Bezirksverbandes Oberbayern wenigstens ein Mitglied des Landessekretariats eingeladen werde.
Der Paragraph erhält dann folgende Fassung:

Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände:
Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München.
Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern kann auf Antrag die Stellung eines Bezirksverbandes durch den Landesausschuß gewährt werden.

§ 31 (Aufgaben des Bezirksverbandes) wird umgruppiert.
§ 33 wird nach Debatte erweitert:

Die Bezirksversammlung besteht aus:
a) je zwei Vertretern der angeschlossenen Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind,
b) den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
c) den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion
d) bei städtischen Bezirksverbänden ferner aus den Mitgliedern der Stadtratsfraktion.

§ 34 (Aufgaben der Bezirksversammlung) führt zur Erörterung der Frage, ob die Beiträge einheitlich für sämtliche Ortsverbände der Christlich-Sozialen Union geregelt werden sollten.
Dr. *Gronwald* bemerkt, daß die Beiträge der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitglieder angepaßt sein sollten und daher nicht einheitlich von München aus geregelt werden könnten. Am besten beschließe der Landesverband einen Grundbeitrag, der an ihn abzuführen sei. Dazu kämen Zuschläge der Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände.
Eine Beschlußfassung zu dieser Frage wird bis zur Behandlung von § 56 verschoben.
In den §§ 35 und 36 werden kleinere Änderungen vorgenommen.

§ 37 (Bezirksständerat) löst eine längere Aussprache aus.
Von Miller spricht sich dagegen aus, eigene Jugendvertreter zuzulassen. Man solle eben beispielsweise einen jungen Arbeiter hereinnehmen.
Dr. *Eichhorn* sieht keinen Grund dafür, daß Banken und Versicherungen eigens genannt werden.
Der Vorschlag des Vorsitzenden [*Josef Müller*], statt "Banken und Versicherungen" "Geld- und Kreditwesen" zu setzen, findet Zustimmung.
Statt "Evakuierte und Flüchtlinge" wird in 1. "Ausgewiesene und Flüchtlinge" eingefügt.
Im übrigen wird bei diesem Paragraphen die Umgruppierung von § 26,2 berücksichtigt.
In Abs. 2 wird sodann unter Weglassung des zweiten Satzes formuliert:

Die Mitglieder des Bezirksständerates werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung gewählt.

In § 38 (Ausschüsse) wird auf Vorschlag von *Ritter* von *Lex* in Abs. 2 aufgenommen: "Auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft".
§ 38,4 erhält nach Debatte die Formulierung:

> Die Ausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie haben die Aufgabe, die politische Zielsetzung zu vertiefen und ihre Tätigkeit durch Bereitstellung von Unterlagen anzuregen. Die Vorsitzenden berichten der Bezirksvorstandschaft über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

Bei § 41 (Landesversammlung) wird die endgültige Zulassung von fünf Vertretern der Frauen und fünf Vertretern der Jugend beschlossen.
Bei § 42 stellt Dr. *Hundhammer* den Antrag, daß von der Landesversammlung nicht nur der Landesvorsitzende, sondern ein zweiter und dritter Vorsitzender und vielleicht noch ein oder zwei weitere Mitglieder der Landesvorstandschaft gewählt werden sollten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich gegen den Vorschlag Dr. *Hundhammers* aus. Bei seiner Durchführung würde die Landesversammlung nie zur richtigen Arbeit kommen.
Dr. *Hundhammer* hält seinen Vorschlag mit der Begründung aufrecht, daß die Wahl weiterer Vorsitzender keine besondere Belastung der Landesversammlung bedeutet.
Dr. *Gronwald* verweist besonders auf die technischen Schwierigkeiten, die sich bei der Wahl mehrerer Vorsitzender durch die Landesversammlung ergäben. Bei der Landesversammlung handle es sich um ein Gremium von 500 Mitgliedern.
Von Eicken ist aus denselben Gründen gegen den Vorschlag Dr. *Hundhammers*. Der Landesausschuß sei bereits ein genügend großes Gremium.
Dr. *Gerathewohl* wirft die Frage auf, ob eine gesetzliche Bestimmung bestehe, daß zwei Vorsitzende von der Mitgliederversammlung gewählt würden. Seiner Ansicht nach sei das demokratische Prinzip vollständig gewahrt, wenn der zweite Vorsitzende von einem Ausschuß bestellt werde, der ja wiederum von der Landesversammlung gewählt sei.
Ritter von Lex macht darauf aufmerksam, daß die Wahl von mehreren Vorsitzenden laut BGB durch die Versammlung vorgenommen werden müßte.
Bei § 43 b findet Dr. *Falkner* die vorgeschriebene Zahl von fünf Bezirksverbänden zur Beantragung einer außerordentlichen Landesversammlung etwas hoch.

Vorsitzender [*Josef Müller*] will an der Zahl festhalten. Ein so großes Gremium wie die Landesversammlung könne nur bei Vorlage besonderer Gründe von wenigstens fünf Bezirksverbänden zusammengerufen werden.
§ 46 h veranlaßt Dr. *Falkner* zu der Frage, warum außer den anderen Mitgliedern der Landesvorstandschaft noch eigene zehn vom Landesausschuß zu wählende Mitglieder in der Landesvorstandschaft vertreten sein sollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] begründet es damit, daß er nicht nur eine horizontale, sondern auch eine vertikale Gliederung haben wolle. Auf diese Weise könnten besonders fähige Leute herangezogen werden.
Dr. *Eichhorn* äußert Bedenken gegen die Zuziehung des gesamten berufsständischen Rates zur Landesvorstandschaft, wie sie in § 46 f vorgesehen sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*] regt an, eine dreiköpfige Vorstandschaft des berufsständischen Rates in die Landesvorstandschaft aufzunehmen.
Dr. *Rindt* stimmt dem zu, schlägt aber ergänzend vor, daß bei wichtigen Anträgen von berufsständischer Seite der berufsständische Rat die Möglichkeit habe, mit der Landesvorstandschaft abzustimmen.
Dr. *Eichhorn* regt unter Zustimmung des Vorsitzenden an, daß beim Vorliegen eines solchen Falles der Landesvorsitzende sich mit dem berufsständischen Rat vorher bespreche.
Dr. *Hundhammer* äußert bei § 47 h Bedenken wegen der Anstellung von Bezirks- und Kreisgeschäftsführern durch die Landesvorstandschaft.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verweist darauf, daß bei der morgigen Sitzung darüber abgestimmt werden würde.
Zu § 49 (Berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft) legt Dr. *Gronwald* die Auffassung zugrunde, daß man die Berufsstände nicht nach ihrer zahlenmäßigen Größe hätte werten sollen, sondern nach ihrer Bedeutung im gesamten Wirtschaftsgefüge.
Dr. *Hundhammer* erscheint die paritätische Zusammensetzung aus je zwei Vertretern nicht angemessen. Auch wenn man eine Majorisierung vermeiden wolle, könne man nicht übersehen, daß die Landwirtschaft bei den Beratungen ein wesentlich stärkeres Gewicht haben müsse als etwa die Hausfrauen.
Dr. *Rindt* verweist darauf, daß der berufsständische Rat für sich allein ja nicht beschlußfähig sei, jedoch abstimmungsberechtigt, wenn es sich um berufsständische Interessen handle.
Dr. *Falkner* vermißt unter den Berufsständen die Geistlichen.
Nach längerer Aussprache wird unter allgemeiner Zustimmung beschlossen, je zwei Vertreter der katholischen und der evangelischen Geistlichkeit in den berufsständischen Rat aufzunehmen.

Die Sitzung wird um 13.12 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird unter dem Vorsitz von Dr. *Eichhorn* um 14.40 Uhr wieder aufgenommen.

Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* gibt bekannt, daß die Bayerische Staatsregierung beabsichtige, einen Bayerischen Regierungsanzeiger mit einer Auflagenhöhe von 100.000 Stück herauszugeben. Der Verlag der Bamberger Zeitung habe um Stellungnahme der Union gebeten, da der Verlag befürchte, daß die Zeitung ein Konkurrenzorgan der Privatpresse werden könnte.
Staatssekretär *Krehle* bezeichnet den Staatsanzeiger als reines Publikationsorgan, das möglichst an die Stelle der einzelnen Amtsblätter der Ministerien treten und alle Ge-

setze und Verordnungen der Bayerischen Staatsregierung bzw. der Ministerien enthalten solle. Die Auflagenhöhe von 100.000 Stück sei mit der Militärregierung abgesprochen. Es sei damit die Möglichkeit gegeben, daß interessierte Privatkreise den Staatsanzeiger abonnieren könnten. Der Staatsanzeiger werde keine politische Zeitung wie etwa der frühere Bayerische Staatsanzeiger werden, so daß von einer Konkurrenz gegenüber den anderen Zeitungen nicht gesprochen werden könne.

Jaeger verbreitet sich anschließend über den Entwurf eines neuen Beamtengesetzes, der von der Bayerischen Staatsregierung auf Anforderung der Militärregierung ausgearbeitet worden sei. Der Entwurf gebe dem Ministerpräsidenten einen überragenden Einfluß auf die Berufung von Beamten. Nach ihm habe der Ministerpräsident das Ernennungsrecht, ferner übe er das Gnadenrecht in Beamtensachen aus. Nach dem Entwurf sei die Errichtung eines zentralen Personalamtes für ganz Bayern geplant. Der öffentliche Dienst sei in zwei Teile gegliedert, einen hauptbeamtlichen und einen nicht berufsmäßigen. Der letztere werde von den gewählten Personen, also z.B. Landräten, ausgefüllt. Die Beamtenschaft solle von der Politik getrennt werden. Es wäre den Beamten jede politische Aktivität in Parteiausschüssen sowie die Zahlung von Parteibeiträgen verboten. Bei der Ernennung sei ferner politische Fürsprache verboten. Es sei eine Personalkommission vorgeschlagen, die der Ministerpräsident ernenne und die gewisse Aufgaben gegenüber dem Personalamt habe. Die Akten des Personalamtes sollten öffentlich aufliegen. Sämtliche bayerischen Beamten sollten nach Vormerkungslisten gemäß ihrer Prüfung erfaßt werden.

Dr. *Eichhorn* macht Bedenken gegen die Übertragung weitgehender Rechte an den Ministerpräsidenten, insbesondere vor Erlaß einer Verfassung, geltend.

Staatssekretär *Krehle* berichtet ausführlich, wie es zu der Abfassung des Entwurfes gekommen sei. Der Entwurf sei nach den Richtlinien des Kontrollrats seiner Unterrichtung nach von Dr. *Pfeiffer* bearbeitet worden. Er empfehle, sich nicht gegen den Entwurf zu stellen, da zudem zu erwarten sei, daß die Verabschiedung des neuen Beamtengesetzes noch längere Zeit auf sich warten lasse. Doch müsse auch er den Standpunkt vertreten, daß in Zukunft nur diejenigen Beamte werden sollten, die mit Hoheitsaufgaben ausgestattet seien. Im übrigen hätten die Regierungsmitglieder den Entwurf noch gar nicht zu Gesicht bekommen. Es sei nur darüber gesprochen worden, daß die Militärregierung die Vorlage eines Entwurfes befohlen habe. Seit dem Einmarsch der Amerikaner seien sämtliche neu berufenen Beamten lediglich kommissarisch beauftragt worden.

Dr. *Rindt* habe ebenfalls schwere Bedenken gegen den Entwurf. Im Bezug auf die Beschränkung in der Verleihung der Beamtenrechte schließt er sich der Auffassung von Staatssekretär *Krehle* an. Wenn gewisse Dinge einmal eingefahren seien, so sei es bei einem Regierungswechsel dem Nachfolger ungeheuer schwer, irgendeinen auch nur formellen Grund zu finden, um etwas zu ändern.

Von Eicken unterstreicht die Ausführungen von Dr. *Rindt*, insbesondere dessen Einwände gegen die Entziehung des passiven Wahlrechtes für Beamte.

Dr. *Arnold* äußert ebenfalls die Befürchtung, daß auf diese Weise die jetzt außerordentlich zahlreich in führende Stellungen gelangten SPD-Funktionäre auf Verwaltungsposten sichergestellt werden sollten.

Von Eicken wünscht, daß der Ausschuß eine Resolution fasse, die man den Parteifreunden in der Regierung übergeben solle.

Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* stellt den vertraulichen Charakter der Mitteilung über den Entwurf heraus.

Dr. *Gronwald* schließt sich der Meinung der bisher zu Worte gekommenen Ausschußmitglieder an.
Ritter von Lex macht noch darauf aufmerksam, daß man es sich in Deutschland bei dem Mangel an politischen Köpfen nicht leisten könne, alle Beamten von der aktiven Betätigung in der Politik auszuschließen. Mit anderen Augen sei dieser Vorschlag anzusehen, wenn in Zukunft sowohl die Landräte wie auch die Regierungspräsidenten gewählt würden.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] bringt nochmals die Meinung des Arbeitsausschusses zum Ausdruck, wenn er feststellt, daß dieser nicht wünsche, daß noch vor dem Zusammentritt des neuen Landtags ein Beamtengesetz geschaffen werde, das die Union vor vollendete Tatsachen stelle.
Die eingehende Aussprache über den Entwurf eines neuen Beamtengesetzes wird mit folgender einstimmig angenommener Resolution abgeschlossen:

> Der Arbeitsausschuß bittet die Parteifreunde in der Regierung, dafür zu sorgen, daß auf dem Gebiete der Berufsbeamtengesetzgebung nichts geschieht, was die Christlich-Soziale Union vor vollendete Tatsachen stellt, ehe sie politisch verantwortlich tätig sein kann.

Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* gibt dann bekannt, daß beabsichtigt sei, an die Besucher der Landesversammlung ein Schreiben folgenden Inhalts herauszugeben:

> An alle Kreis- und Bezirksverbände.
>
> Wir bitten, uns möglichst umgehend, vielleicht sofort, nachstehend diejenigen Miglieder der Union anzugeben, die Sie für die Besetzung irgendwelcher Posten für besonders geeignet halten und dabei anzugeben:
> 1. ihre Vorbildung,
> 2. in welcher Weise politisch verfolgt,
> 3. in welcher Weise aktiv gegen den Nationalsozialismus tätig.
> Wir bitten, die Mitteilung vertraulich an das Landessekretariat zu senden.

Dr. *Falkner*, *von Eicken* und *Ritter von Lex* versprechen sich von dem Zirkular nicht viel.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] pflichtete dieser Ansicht bei, rät aber, es auf den Versuch ankommen zu lassen.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* schneidet die Frage der vermögensrechtlichen Haftung der Unionsmitglieder an.
Dr. *Gronwald* stellt sich die Haftung so vor, daß die Vorstandschaften der einzelnen Verbände nur vermögensrechtliche Verpflichtungen eingehen könnten, die ihren eigenen Verband betreffen, daß solche vermögensrechtlichen Verpflichtungen nur dann eingegangen werden könnten, wenn sie vom Vorstand beschlossen seien und daß vermögensrechtliche Willenserklärungen von mindestens drei Vorstandsmitgliedern unterschrieben sein müßten.
Dr. *Falkner* glaubt, daß das nicht verhindern könne, daß örtliche Vorstände Verpflichtungen eingingen, die über ihre Kraft hinausgingen.
Jaeger erinnert daran, daß in der Satzung stehe, daß die Union in das Vereinsregister eingetragen werde. Damit sei die Haftungsangelegenheit geregelt.
Dr. *Martin* hält diesen im Zusammenhang mit der Frage der Behandlung des Finanzstatutes zur Aussprache gebrachten Komplex nicht für vordringlich. Er schlägt Vor-

lage des Finanzstatutes zur Überprüfung an diejenigen vor, die damit praktisch zu tun hätten.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* gibt dazu bekannt, daß der Finanzausschuß am nächsten Tage vor der Landesversammlung tagen und sich mit dem Finanzstatut befassen werde. Dieses könne dann im Juli bei der nächsten Landesversammlung endgültig verabschiedet werden.
Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz und führt aus: Ich muß ein anderes Thema vorwegnehmen, weil ich anschließend zur Militärregierung gehen muß. Ich bin von der Militärregierung angerufen worden, ich möchte ihr meine Stellungnahme zur Auflösung der Königspartei bekanntgeben. Ich wollte Zeit gewinnen und habe erklärt, daß ich in einer Stunde zur Militärregierung kommen oder anrufen würde, um die Sache zu besprechen.
Ich darf dazu sagen: Die Gerüchte, die zur Königspartei-Frage zum Teil aus eigenen Kreisen kommen, sind so töricht, daß man darüber nur lachen oder sich wundern kann, daß es immer noch Leute gibt, die solche Gelegenheiten benützen, um Schwierigkeiten zu machen. Ich habe mich bisher zurückgehalten. Sie kennen das eine Interview, um das ich telefonisch gebeten wurde. Es war eine kurze telefonische Unterhaltung. Ich habe etwa drei Sätze gesagt. Ein Satz ist aus dem Zusammenhang herausgenommen und wiedergegeben worden: Mich interessiert die Königspartei nur für den Münchner Bereich. Ich habe dazugesetzt: Im übrigen hätte sich die Frage nach meinem Empfinden von selbst weiterentwickelt, ohne daß im Augenblick ein Eingreifen absolut notwendig gewesen wäre. Das habe ich als persönliche, nicht zur Veröffentlichung geeignete Bemerkung dazugesetzt.
Nun war die weitere Frage gestellt worden: Die Mitglieder der Königspartei werden doch alle die Union wählen. Meine Antwort darauf war: Nein, ich nehme an, daß vielleicht ein Bruchteil davon Union wählt, daß sich aber ein großer Teil möglicherweise der Wahl enthalten wird. Sie können sich auch den Grund vorstellen, warum ich diese Erklärung abgegeben habe. Denn wahrscheinlich wäre die Antwort, daß alle Union wählen, sehr erwünscht gewesen.
Eines darf ich noch feststellen: Die Erklärung *von Aretins* ist nach meinem Empfinden denkbar unklug und uns gegenüber sehr unfreundlich. Wenn er wirklich an uns Interesse nehmen würde oder genommen hätte - ich weiß nicht, er hat meines Wissens bei einer Ortsgruppe eine Zeitlang Interesse genommen -,

(Zuruf *von Eicken*: Sein Sohn *Anton* [*von Aretin*], nicht er selber. Dieser ist ein absolut einwandfreier Unionsmann)

hätte er diese Haltung nicht einnehmen dürfen. Er mußte wissen, daß er damit bestimmt der Union Schwierigkeiten bereitet. Ich bedaure es auch, wenn diese Gelegenheit aus eigenen Kreisen wahrgenommen wird, um um jeden Preis einen Vorstoß zu machen für einen - ich will das Wort ruhig aussprechen - Säuberungsprozeß. Meine Herren! Man macht keine Säuberungsprozesse dadurch, daß man solche Gelegenheiten benützt. Wenn wir tatsächlich noch einer Säuberung bedürfen sollten, dann soll man das nicht dann machen, wenn die anderen darauf warten. So viel müßte man allmählich gelernt haben.
Ich hätte, wenn die Entscheidung jetzt nicht getroffen worden wäre, morgen einen Antrag gestellt, daß kein Mitglied der Königspartei gleichzeitig Mitglied der Union sein kann. Ich wollte letzthin schon den Antrag stellen. Ich bedaure es, daß ich damals davon abgesehen habe. Wenn ich mich recht erinnere, hat Dr. *Pfeiffer* die Anregung

dazu gegeben, daß man einen solchen Beschluß nicht fassen soll. Hätte man den Beschluß gefaßt, hätte man sich viel leichter getan. Ich werde gegebenenfalls in die Erklärung mit aufnehmen, daß ohnedies die Absicht bestand, einen diesbezüglichen Beschluß herbeizuführen. Ich halte es aber für denkbar unangebracht, jetzt die Frage aufzuwerfen, welche Personen in der Union mit der Königspartei sympathisieren und welche nicht.

(Zuruf *von Eicken*: Ich auch!)

Es könnte mich das dahin bringen, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß Freunde von uns allzu stark den Wünschen Außenstehender Rechnung tragen. Ich glaube, ich komme sicher nicht in den Verdacht, reaktionär zu sein, aber gerade weil ich das Prinzip vertrete, daß die Union zusammengehalten werden muß, kann ich auch nicht ohne weiteres dem Drängen irgendeiner Gruppe nachgeben, auch wenn jetzt behauptet wird, ich sei mehr nach der Mitte hin ins Rutschen geraten. Ein Vorsitzender, der Exponent eines Flügels ist, ist fehl am Platz. Ich habe in dem Augenblick, in dem ich den Vorsitz habe, für alle da zu sein. Infolgedessen muß auch mein Appell an alle gehen, daß sie zusammenstehen. Da kann ich nicht Partei ergreifen für eine Gruppe, auch wenn mir die Gruppe aus irgendwelchen anderen Gründen sehr angenehm ist. Ich trete in jeder Beziehung für eine aufgeschlossene Politik ein. Aber das geschieht nicht dadurch, daß ich jetzt einseitig Stellung nehme oder einseitig dem Drängen irgendeiner Gruppe nachgebe. Ich werde morgen ungefähr den gleichen Standpunkt vertreten, denn wir müssen dafür sorgen, daß allmählich von oben bis unten eine Linie hineinkommt.

Ich bitte aber auch die einzelnen Freunde, daß sie sich jetzt nicht in den Wirbel mit hineinreißen lassen. Wir werden in nächster Zeit vielleicht noch mehr Kraftproben haben. Verschiedene Freunde haben - einer war gestern schon bei mir - Schreiben zugestellt bekommen, daß sie sich nicht mehr politisch betätigen sollen. Es ist selbstverständlich, daß ein solches Schreiben anerkannt werden muß. Die Militärregierung hat natürlich das Recht zu sagen: Wir wollen die und die Klärung haben. Wir selbst wollen dabei aber nicht die Schreier sein.

Ich bitte Sie jetzt um Ihre Stellungnahme: Wie würden Sie sich eine Erklärung denken, die ich der Militärregierung abgeben kann? Ich bitte Sie um Ihren Rat. Ich möchte aber keinen Beschluß herbeiführen.

(Zuruf: Was hat man vorgeworfen?)

Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn man über die Angelegenheiten spricht. Ich glaube, die Wissenden haben in den letzten Sitzungen schon verschiedenes gemerkt. Ich möchte Einzelheiten nicht allzusehr herausstellen.

Dr. *Falkner*: Ich glaube, wenn wir keinen Beschluß fassen, sondern einen Rat geben sollen, dann müssen Sie uns reinen Wein einschenken, was Sie meinen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es dreht sich nicht allein um die Frage der Königspartei, sondern es handelt sich auch um den letzten Fall, den wir auszutragen hatten. Beide Fälle sollen gegen uns ausgenützt werden.

Dr. *Eichhorn*: An sich ist die Frage der Besatzungsmacht über Ihre Stellungnahme zur Auflösung der Königspartei eine offizielle Frage. Wer kann uns verpflichten, den Mund aufzutun und ein Werturteil über etwas Vergangenes abzugeben?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn die Besatzungsmächte von mir eine Meinungsäußerung wollen, kann ich nicht ausweichen. Ich werde auch in dieser Sache nicht ausweichen.

Dr. *Eichhorn*: Ich habe nichts dagegen. Nur ist es etwas merkwürdig. Wenn Sie vor der Auflösung gefragt worden wären, hätte ich gesagt: ausgezeichnet.
Dr. *Rindt*: Wir haben doch in Bamberg einem Antrag zugestimmt, daß ein Mitglied der Christlich-Sozialen Union nicht Mitglied einer anderen Partei sein kann. Dr. *Hundhammer* hat sich damals auch von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß er nie Mitglied der Heimat- und Königspartei gewesen ist und daß dieser Antrag ohnehin in Richtung der Heimat- und Königspartei gezielt hat. Damit ist die grundsätzliche Politik der CSU in dieser Hinsicht von vornherein schon umrissen.
Ich glaube, wir sind einer Meinung: Für uns, die CSU, war die Frage einer Staatsform, ob Republik oder Monarchie, nie primär. Primär war nur 1. das demokratische Prinzip und 2. das rein praktisch ökonomische Prinzip, daß wir etwas zu essen, daß wir Kleider und Wohnungen bekommen und schließlich unser weiterer prinzipieller Gesichtspunkt, daß die Ordnung des neuen Lebens in unserem Volke nur durch das Christentum wiederhergestellt werden kann.
Von Eicken: Und die Bekämpfung des Separatismus!
Dr. *Gerathewohl*: Wir haben sogar offiziell formuliert, daß wir in unseren Reihen monarchische und republikanische Anhänger der Demokratie haben, und daß wir in der Frage, ob der Staat eine monarchische oder republikanische Spitze haben soll, eine Frage untergeordneter Bedeutung sehen. Wir haben aber noch einen Zusatz gemacht, der dem Sinn nach lautet, daß wir in erster Linie darauf ausgehen, daß durch die Regelung einer Verfassungsfrage nicht die Reichseinheit vorbelastet würde. Wir haben außerdem unseren Rednern von jeher die Anweisung gegeben, daß keiner von sich aus für oder gegen die Monarchie Stellung nimmt. Diese Anweisung war eigentlich bindend. Es ist vielleicht nicht unwichtig, daß wir unseren Rednern diese Anweisung vom ersten Augenblick des Entstehens der Königspartei an gegeben haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, diese Anweisung herauszunehmen. Wer hat die Rundfunksache?
Dr. *Gerathewohl*: Dr. *Käss* hat die Antworten auf die Fragen. Es ist wichtig, daß wir unseren Rednern diese Anweisung von vornherein mit Zustimmung aller Mitglieder des Arbeitsausschusses gegeben haben. Diese Anweisung wurde damals auch von den Freunden, die irgendwie monarchisch eingestellt sind, angenommen. Es ist das schon vor Wochen geschehen. Ich glaube, daß das vollkommen für die Entlastung gegenüber der Besatzungsmacht genügt. Ich habe diese Stellungnahme übrigens bereits im ersten Redner-Dienst gedruckt, ich glaube im März.
Dr. *Rinke* macht in der Frage der Auflösung der Königspartei vertrauliche Mitteilungen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde mich in diesem Falle vor meine Mitglieder stellen und klar zum Ausdruck bringen, daß Monarchisten, die wir als Mitglieder haben, nicht ohne weiteres deswegen, weil sie die monarchische Staatsform für besser halten, als reaktionär zu bezeichnen sind.

(Sehr richtig!)

Es müssen in diesem Falle schon bestimmte andere Argumente im einzelnen angeführt werden.
Von Eicken: Dann wäre das ganze englische Volk reaktionär.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Versuch, das zu vermengen, wird von bestimmten Kreisen dauernd unternommen. *Hundhammer*, unterlaßt in Gottes Namen in Euren Sitzungen alles, was die Schwierigkeiten irgendwie vergrößert. Wenn Ihr nicht alles

überbrücken könnt, dann zweifelt doch nicht immer an der Ehrlichkeit. Auch wenn ich mich da oder dort in der Zonenpolitik schließlich und endlich veranlaßt sehe, etwas zu forcieren, dann braucht Ihr mich deswegen nicht für einen krummen Hund anzusehen. Ich werde schon bestimmte Gründe haben. Man darf schon daran glauben, daß ich in besonderen Fällen eine besondere Stellung einnehme, auch wenn ich die Gründe nicht jedem auf die Nase binden darf. So viel Vertrauen muß man in Gottes Namen im Rahmen der Außenpolitik haben. Die außenpolitischen Probleme lassen sich schließlich nicht in großen Gremien erörtern.
Zur Zonenfrage noch eines: Die Erklärung über die Zonenfrage und die Union für Europa ist etwas sehr weit gegangen. Ich habe in einer Vertrauensmännerversammlung in Garmisch Ausführungen zu dem Thema Zonenpartei gemacht, weil danach gefragt wurde. Diese Ausführungen, die wesentlich länger waren, sind von irgendeinem anwesenden Herrn - wer, weiß ich bis heute noch nicht - zu einigen Sätzen zusammengefaßt worden. Dabei ist ein absoluter Bockmist herausgekommen.[3] Ich habe vorhin DANA mitgeteilt, daß ich morgen, wenn die Freunde von Garmisch da sind, eventuell noch einmal feststelle, wer anwesend war. Denn ich habe es als Indiskretion angesehen, daß ohne mein Wissen Mitteilungen über meine Rede an die Presse hinausgegeben worden sind. Es wurde in Garmisch nichts davon gesagt, daß außer den Parteifreunden noch jemand anderer da wäre. Wäre jemand von der Militärregierung dagewesen, ich hätte die gleichen Ausführungen gemacht, weil ich vor der Militärregierung keine Geheimnisse habe. Aber wenn ein DANA - oder Pressekorrespondent da war, hätte ich erwarten dürfen, daß er, bevor er irgend etwas herausbringt, sich mit mir darüber unterhält.
Ich habe nun in Garmisch den Standpunkt zum Ausdruck gebracht, den Sie kennen, daß ich nämlich dafür bin, die Union so rasch wie irgend möglich auf Interzonenbasis aufzubauen. Ich habe meine Gründe, warum ich dafür bin. Es liegen bestimmte Gründe vor, warum ich in Stuttgart so rasch gehandelt habe. Ich wußte von bestimmter Seite, daß man irgendeine Erklärung zur Rhein-Ruhr-Frage erwartet. Wenn die Sozialdemokraten tun, als ob sie die erste Erklärung abgegeben hätten, und uns daraus ein Vorwurf gemacht wird, so muß ich erklären: Die erste Erklärung zur Rhein-Ruhr-Frage kam von uns. Aus diesem Grunde haben wir damals so rasch die Erklärung über die völlige Einigkeit herausgegeben. Ich habe in Garmisch aber auch nochmals erklärt, daß wir gegen Berlin als Zentrale des Reiches, aber auch als Zentrale der Union sind. Ich habe bisher mich noch nicht entschieden, ob ich selbst nach Berlin zu dem Unionstreffen hinauffahre oder nicht. Ich habe bisher noch keinen Antrag eingereicht, auch nicht für andere Herren, weil ich die Entscheidung diesem Gremium überlassen will. Das Treffen ist auf den 16. und 17. Juni verlegt worden. Ich habe den Berlinern mitteilen lassen, daß ich es für unangebracht halte, eine derart große Tagung abzuhalten, ohne daß gewisse Fragen vorher in kleineren Gremien besprochen werden. Ich habe die Befürchtung, daß man uns dort vor vollendete Tatsachen stellt. Da mache ich nicht mit. Ich warte auf den Besuch eines Freundes von Berlin. Diesem werde ich das ganz offen sagen.
Was als Ergebnis von Garmisch verkündet worden ist, ist also absolut unwahr. Ich habe sogar deutlich erklärt, daß wir Bedenken gegen Berlin als Reichshauptstadt und Zentrale der Union haben. Vielmehr habe ich vorgeschlagen, daß die Zentrale ir-

[3] Zur Meldung der DANA und den Äußerungen Müllers in Garmisch vgl. Landesversammlung der CSU am 17. Mai 1946, Dok. 18, S. 259ff.

gendwohin nach dem Süden oder Westen kommt, wobei Berlin selbstverständlich Filiale wird, ein Standpunkt, den ich immer schon eingenommen und den Sie gebilligt haben. Ich habe in Garmisch auch nicht die Erklärung abgegeben, daß ich eine Union für Europa haben will, sondern ich habe darauf hingewiesen, daß die Sozialisten ihre Internationale haben, daß diese Internationale jetzt wieder hergestellt wird, und ich mich freuen würde und es ein Ziel der Arbeit der Union sein müßte, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch innerhalb der gleichdenkenden Gruppierungen in den verschiedenen Staaten, die das Christentum auf ihr Banner schreiben - ich glaube, ich habe das sogar wörtlich gesagt -, eine Verständigung und dann eine Zusammenarbeit stattfindet. Ich glaube, daß das ein Ziel ist, das wir alle miteinander gutheißen.
Wie aber nun die Presseveröffentlichung zustandekam, weiß ich nicht. Ich habe DANA heute erklärt, daß ich es bedaure, daß man in solchen Fällen Veröffentlichungen vornimmt, ohne sich mit dem, der als interviewt gilt, vorher zu verständigen.
Von Eicken: Mir ist heute morgen ein Schriftstück gezeigt worden, in dem unter anderem stand, daß die Christlich-Sozialen Unionen miteinander verschmelzen. Auf den Ausdruck "verschmelzen" wurde entscheidendes Gewicht gelegt, während wir uns in einer der letzten Sitzungen des Arbeitsausschusses darüber klar waren, daß die Landesparteien als solche bestehen bleiben, und wir höchstens eine Dachorganisation anstreben. Gerade auf diesen Ausdruck "verschmelzen" hat man heute entscheidendes Gewicht gelegt und daraus den Vorwurf gemacht, daß die CSU durch ihren Landesvorsitzenden eine Politik gemacht hat, die den bisherigen Beschlüssen zuwiderläuft.
Ich bin zur Stellungnahme aufgefordert worden und muß daher fragen, ob das Wort "verschmelzen" irrtümlich gebraucht worden ist. Man berief sich dabei auf ausdrückliche Zusagen von Dr. *Adenauer*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe nie den Ausdruck "verschmelzen" im Sinne des Aufgehens in einer Einheit gebraucht. Sie kennen meinen Standpunkt, an dem ich nach wie vor festhalte. Auch die Union wird föderativ aufgebaut werden. Wie es im einzelnen gemacht werden kann, müssen wir sehen. Das war der Grund, warum ich vorgeschlagen habe, daß sich in Stuttgart die entsprechenden Ausschußreferenten zusammensetzen, die diese Themen der Staatspolitik behandeln, damit wir dann einen analogen Aufbau der Union gemäß dem von uns gewünschten Reichsaufbau erhalten.
Von Eicken: Das genügt mir.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Ausdruck "absorb"[4] im Englischen heißt etwas anderes als das deutsche "absorbieren". Dieses klingt so, als ob man nicht mehr weiterexistieren würde. Vielleicht ist das Mißverständnis darauf zurückzuführen.
Dr. *Eichhorn*: Ich möchte einen Vorschlag machen, der früher im Staatsdienst ausgezeichnete Dienste geleistet hat. Es hat keinen vorsichtigen Minister gegeben, der nicht seine Reden vorher in großen Zügen niedergelegt hätte. Denn wir kannten unsere Reporter. Auf diese Weise ist es nicht selten gelungen, den vollständigen Wortlaut so, wie man ihn präsentiert hat, in die Presse zu bringen. Ein anderer Korrespondent wieder hat in zwei Minuten aus sechs Seiten drei gemacht. Bei Reden, wie sie am nächsten Sonntag gehalten werden, wäre es wünschenswert, wenn ein Mann aus der Presse von uns, der weiß, was die Presse bringt, die Rede nach diesen Gesichtspunkten zusammenschreiben würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben im allgemeinen bei den bedeutsamen Reden

[4] In der Vorlage: "abserve".

einen Landtagsstenographen dabei, so daß dann das Konzept vorliegt. Das ist eben das Bezeichnende für Garmisch, daß irgendeine kleine Vertrauensmännerversammlung vom Ortsbereich Garmisch hergenommen und dann eine längere Äußerung als programmatische Erklärung konstruiert wird. Man konnte nicht annehmen, daß aus der Vertrauensmännerkundgebung in Garmisch so etwas gemacht würde, und [man] daher eigens einen Stenographen mitnehmen müßte.
Von Prittwitz-Gaffron schließt sich an die Ausführungen von Dr. *Rinke* an. Die englische Monarchie sei auf ganz anderer Basis entstanden als die deutsche, nämlich aufgrund eines Vertrages und nicht aufgrund des sogenannten Gottesgnadentums. Für die Amerikaner habe die monarchische Idee meist etwas Reaktionäres an sich, was nach deutschen Begriffen durchaus nicht der Fall sein müßte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich sage übrigens offen: Ich vertrete rein persönlich den Standpunkt, daß ich es nicht ungerne gesehen hätte, wenn eine Rechtspartei entstanden wäre, die die rechtsgerichteten Elemente umfaßt hätte. Denn ich lehne es ab, die Union als Rechtspartei bezeichnen zu lassen.
Dr. *Gerathewohl*: Ich erinnere daran, daß die Königspartei, ehe sie in Erscheinung trat, sich an Sie mit gewissen Bedingungen gewandt hat. Wir können darauf hinweisen, daß wir von vornherein auf derartige Bindungen nicht eingegangen sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind in der angenehmen Lage zu erklären, daß Herr Dr. *Hoegner* und noch andere Sozialdemokraten beim Kronprinzen waren, während ich nicht hingegangen bin, und daß sogar, wie ich gehört habe, einer der kommunistischen Herren, ich glaube Herr *Schmitt*, erklärt hat, daß er es bedauert habe, daß *Hoegner* ihn nicht mitgenommen habe.
Dr. *Gerathewohl*: Wir können sogar soweit gehen, daß wir sagen: Wenn wir diese Forderungen der Königspartei nicht abgelehnt hätten, dann wäre die Königspartei gar nicht als Partei entstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es muß ausgesprochen werden, daß Herr Dr. *Hoegner* und andere Sozialdemokraten zum Kronprinz *Rupprecht* gegangen sind, während ich es abgelehnt habe, hinzugehen.

(Zuruf: *Hoegner*, *Roßhaupter* und *Preis* waren dort!)

Von Eicken: Waren Sie eingeladen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich will das offiziell nicht sagen, aber hier kann ich es ruhig tun: Ich war eingeladen.
Dr. *Eichhorn*: Eine Beruhigung für die Amerikaner kann auch sein, daß die Wählerschaft der Königspartei, selbst wenn sie zu uns stößt, niemals einen Block bilden kann. Denn die Wählerschaft der Königspartei ist ja doch nirgends massiert, sondern ziemlich zersplittert. Es wird hier ungefähr so gehen, wie mit einem einzelnen Pg. der NSDAP.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird das Gerücht kolportiert, ich hätte die Königspartei mit Hilfe der Amerikaner liquidieren lassen. Auch dazu darf ich sagen: Es hat letzthin nicht mit Unrecht jemand behauptet, ich sei augenblicklich in Bayern der berühmteste und berüchtigste Mensch. Ich bin weder daran schuld, daß die Königspartei liquidiert wird, noch daß irgendeine andere Partei ins Schußfeld kommt. Ich sehe die Konkurrenz als Konkurrenz an, mit der wir uns in lauterem Wettbewerb auseinanderzusetzen haben. Mir liegt nicht daran, daß ich bei den Amerikanern gegen andere Leute vorgehe, sondern daß ich sie im demokratischen Kampf aus dem Felde schlage. Ich werde wahrscheinlich im Union-Dienst zur Königsfrage noch Stellung nehmen.

Dr. *Arnold*: Ein wesentliches Entlastungsmoment in der Königsparteifrage liegt mit einer Stellungnahme der Union in Nürnberg vor. Als seinerzeit das Problem Königspartei und CSU erörtert wurde, waren wir gezwungen, eine ganz eindeutige Stellungnahme in der Öffentlichkeit abzugeben. Das haben wir in einer Veröffentlichung getan. Ich habe diese Veröffentlichung erst vorgenommen, nachdem ich mich mit Dr. *Müller* ins Benehmen gesetzt hatte. Das Dokument läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen.
(Dr. *Arnold* verliest die Veröffentlichung.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde auch diesen Artikel der Militärregierung übergeben.
Damit ist die Erörterung der Königsparteifrage abgeschlossen.
Dr. *Gronwald*: Was ich vorzutragen habe, steht mit den Satzungen im Zusammenhang. Wir haben vorhin beschlossen, in den berufsständischen Rat beim Landesverband je zwei Geistliche der beiden Konfessionen hereinzunehmen. Es besteht, glaube ich, Übereinstimmung darüber, daß wir in den Bezirksständerat keine Geistlichen hereinnehmen. Hier haben wir außerdem ohnedies aus jedem Berufsstand nur einen Vertreter.
Wenn wir nun die Geistlichen in den berufsständischen Rat hereinnehmen, so bedeutet das keineswegs, daß wir damit die Bahn dafür öffnen, daß die Geistlichen zu den Parlamenten kandidieren. Ich darf daran erinnern, daß wir uns bei Gründung der Union darüber im klaren waren, daß wir die Geistlichkeit als Funktionäre aus der Politik herauslassen wollen. Das ist weithin vertreten worden. Wenn Geistliche im berufsständischen Rat tätig sind, so ist das keine parteipolitische Funktion, sondern diese Tätigkeit liegt auf einer ganz anderen Linie. Es besteht Übereinstimmung, daß sie weiterhin aus den Parlamenten herausgehalten werden sollen.
Dr. *Hundhammer*: Der Vorredner hat mit der ausdrücklichen Feststellung geschlossen, er wünsche, daß die Geistlichen in Zukunft aus den Parlamenten herausgehalten werden. Die meisten von Ihnen werden wissen, daß in der letzten Sitzung im Rathaus Oberbayern empfohlen worden war, dafür zu sorgen, daß Stadtpfarrer *Muhler* in den Landtag hineinkommt. Das würde dem, was Dr. *Gronwald* gesagt hat, an sich widersprechen. Ich habe gestern mit den Kreisvorsitzenden von Oberbayern Fühlung genommen und ihnen davon Kenntnis gegeben, daß gewünscht worden ist, Oberbayern solle den Herrn Stadtpfarrer *Muhler* als Kandidaten aufstellen. Ich habe bei den Vorsitzenden der Kreisverbände keine Bereitwilligkeit dazu gefunden. Das wurde zum Teil mit Ausführungen begründet, die sich vollkommen mit dem decken, was der Vorredner gesagt hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich einen Augenblick unterbrechen, nur um die Zeit auszunützen. Ich habe mit kirchlichen Kreisen Fühlung genommen. Auf evangelischer Seite besteht überhaupt kein Wunsch, daß Geistliche in die Parlamente kommen, im Gegenteil, es ist ein negativer Wunsch vorhanden. Ich darf auch in diesem Kreis ruhig sagen, daß mir von katholischer Seite, von *Neuhäusler*, gesagt worden ist, daß der Kardinal ungefähr die gleiche Auffassung vertritt. In Bamberg war daran gedacht, daß *Meixner* kandidieren soll. Er hat seine Kandidatur zurückgezogen. Im Ordinariat Regensburg haben wir noch gewisse Schwierigkeiten. Dort [sind] Prof. *Prechtl*, der gleichzeitig Landrat ist, sowie im Kötztinger Landkreis Pfarrer *Pongratz* als Kandidat benannt worden. Ich habe versucht, die Frage der Kandidatur dieser Herren von kirchlicher Seite aus zu klären. Es wäre mir das lieber, als wenn von unserer Seite aus ein Beschluß gefaßt würde. Denn diese Frage ist von den Kirchen zu lösen und nicht

von uns. Wenn wir sie lösen müssen, dann muß es in der delikatesten Weise geschehen.
Meinen Standpunkt kennen Sie. Ich bin an und für sich auch dagegen, daß Geistliche in die Tagespolitik hineingezogen werden. Man könnte nur dann davon absehen, wenn jemand wirklich so hervorragt, daß man sagt: In diesem Falle scheidet er aus der Betrachtung als Geistlicher aus. Aber ich wäre in diesem Falle verpflichtet, an die beiden Konfessionen heranzutreten und Ihnen zu sagen, jede möchte Vorschläge machen. Sonst bekommen wir Mißstimmungen.
Dr. *Rinke*: Die Militärregierung wird gegen die Aufstellung der Geistlichen selbstverständlich keinen Einspruch erheben. Ich habe aber das Empfinden, sie sieht es nicht gerne. Wegen *Muhler* habe ich angefragt. Den würde man verdauen. Das ist noch der einzige.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe mit *Muhler* selbst eine Aussprache gehabt. Er brennt bestimmt nicht darauf, Abgeordneter zu werden. Aber ich habe ihm meinen Standpunkt dargelegt: Wenn Geistliche kommen, dann ist er der einzige, den wir vertreten können. Er genießt auch bei den anderen Parteien und auch auf evangelischer Seite ein solches Ansehen, daß man keine besonderen Bedenken gegen ihn äußern würde. Ich habe ihm auch gesagt: Wir sind so gut befreundet, daß wir alles rückhaltlos besprechen können. Aber auch bei *Muhler* erscheint es besser, wenn er an anderer Stelle von uns herausgestellt wird. *Muhler* ist ein Name, der viel für uns bedeutet, gerade angesichts seiner Haltung in der Vergangenheit. Wir werden ihn irgendwo herausstellen, aber nicht im Rahmen politischer Auseinandersetzungen. Unabhängig davon, ob Geistliche nun Mitglieder des Parlaments sind oder nicht, werde ich immer dafür eintreten, daß dann, wenn kulturelle Fragen behandelt werden, Geistliche von den Fraktionen zugezogen werden. Ich habe das den beiden Konfessionen auch bereits zugesagt. Das bedeutet aber nicht, daß Geistliche ins Parlament gewählt werden müssen. Das Parlament gibt ihnen immerhin Möglichkeiten zu unangenehmen Auseinandersetzungen.
Ich bin keinesfalls dafür zu haben, daß Geistliche Landräte werden, und dagegen werde ich selbst mit allen Mitteln noch angehen. Da mache ich keine Kompromisse. In diesem Falle scheidet jeder Kompromiß aus.
Von Prittwitz-Gaffron: Ich möchte unterstreichen, was Dr. *Rinke* und Dr. *Gronwald* gesagt haben. Wenn es irgend möglich ist zu vermeiden, daß Geistliche in das Parlament kommen, so muß es im Interesse des Zusammenhalts der Union verhindert werden. Ich bin auch der Ansicht, daß man diese Frage selbstverständlich nicht mit irgendwelchen großartigen Beschlüssen regeln soll. Man sollte auch über diese Frage morgen nicht groß diskutieren. Man soll vielmehr durch gütliches Einvernehmen mit den beiden Kirchen die von uns gewünschte Lösung herbeiführen.
Herr *Muhler* würde überall in der Öffentlichkeit verstanden werden. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Wenn aber nur ein einziger weiterer Geistlicher in das Parlament kommt, würde der Vorwurf des Klerikalismus erhoben werden, gleichgültig ob berechtigt oder unberechtigt. Es würde den Zustrom weiterer Menschen aus den Kreisen der Demokraten vollkommen unmöglich machen und die Position derjenigen Demokraten, die sich in der Union zusammengetan haben, auf das allerschwerste gefährden. Wir Demokraten, die wir zur Union gestoßen sind, haben niemals von dieser Sache gesprochen. In diesem Punkte müssen wir anstandshalber darauf hinweisen.
Dr. *Eichhorn*: Unser Landesbischof hat einem Geistlichen, der Landrat werden wollte, verboten, es zu werden. Er hat es einem anderen Geistlichen, der in unserem Kreise

auch verkehrt, ebenfalls verboten. Dieser Geistliche scheidet nun aus dem geistlichen Amt aus, ohne daß er irgend etwas angestellt hat. Er scheint lieber zu politisieren. Geschmackssache!
Wir haben noch einen weiteren Fall in Nürnberg. Landesbischof *Meiser* hat den betreffenden Geistlichen zu sich geladen. Er kam nicht. Ich werde ihm aber heute als einhellige Meinung des ganzen Ausschusses schreiben, daß Geistliche nicht politisieren sollen. Der Fall *Muhler* hat meine Position in der Angelegenheit natürlich geschwächt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich hoffe, daß dieser Fall so bereinigt wird, daß wir tatsächlich zu dem Ergebnis kommen, daß Geistliche aus der Politik herausbleiben. Was anderes ist es, wenn wir eine zweite Kammer bekommen. Etwas anderes ist es auch, wenn wir die Geistlichen der beiden Konfessionen bei Beratungen über kulturelle Fragen zuziehen.

(Zuruf: Aber auch *Muhler* nicht aufstellen, er ist ein Präzedenzfall.)

Wir werden *Muhler* bestimmt anders herausstellen können und müssen. Denn er ist ein Name, der sehr gut in allen Kreisen wirkt.
Auf Vorschlag von Dr. *Gronwald* wird zur Erörterung des Geschäftsführerparagraphen (§ 58 alter Fassung) übergegangen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] betont dabei nachdrücklich, daß er auf der Annahme des Paragraphen 58 unbedingt bestehen müsse. Er würde sonst die Vertrauensfrage stellen. Dieser Paragraph ermögliche es ihm, aus dem "Wählerhaufen" - diesen Ausdruck wolle er nur in diesem Gremium gebrauchen - eine Partei zu bilden. Nicht er habe ja bezüglich der Geschäftsführer zu bestimmen, sondern die Landesvorstandschaft, die ohnedies ein sehr großes Gremium sei.
Dr. *Falkner* macht gegen § 58,3 Bedenken geltend.
Vorsitzender [*Josef Müller*] führt die Vorgänge in der Oberpfalz als Beweis dafür an, daß man auch § 58,3 unbedingt brauche. Die Bezirksvorsitzenden könnten ihre Stimme ja in der Landesvorstandschaft zur Geltung bringen.
Dr. *Rindt* ist für eine versuchsweise Belassung der jetzigen Formulierung von § 58,3.
Dr. *Hundhammer* erklärt, der Passus werde morgen auf starken Widerstand durch Oberbayern stoßen.
Dr. *Müller* übergibt den Vorsitz an Dr. *Eichhorn*.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] nimmt die Frage der Kandidatur der Geistlichen noch einmal auf und erklärt, daß er annehme, daß *Muhler* nicht kandidiere. Er möchte sich nicht ein zweites Mal bloßstellen.
Dr. *Dürr*: Auch in Unterfranken ist ein katholischer Geistlicher als Kandidat für die Verfassunggebende Versammlung bestellt worden. Der betreffende Herr hat erklärt, er nehme die Kandidatur nur an, wenn ihm sein Bischof die Genehmigung erteile. Nun konnte ich wegen der Kürze der Zeit nur mit dem Generalvikar sprechen. Dieser ist schon aus rein persönlichen Gründen von der Kandidatur nicht erbaut, da der betreffende geistliche Herr sehr alt ist. Er ist nur deswegen aufgestellt worden, weil im Kreis kein Mensch die Unionssache in die Hand genommen hatte. Er hat den 1. Vorsitz übernommen, ein evangelischer Pfarrer den 2. Beide haben in dem Kreis die Union gemacht. Der Kreis ist an sich ein ausgesprochen Nazi-überfütterter Kreis. Fast jeder zweite war bei der Partei. Es ist deshalb sehr schwer, dort Leute zu finden, die für derartige Kandidaturen in Frage kommen.

Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Geben Sie den Bezirk einem Fremden.
Staatssekretär *Krehle*: Reden Sie mit dem Bischof und schlagen Sie *Ehard* vor.
Dr. *Dürr*: Ich hoffe, daß die Kandidatur zurückgenommen wird. Ich wollte es nur hier zur Sprache gebracht haben.
Dr. *Falkner*: Ich habe in Niederbayern zwei Fälle. Der eine betrifft Prof. *Prechtl*, der seit dem Einmarsch der Amerikaner Landrat ist und auch als Kandidat für die Verfassunggebende Versammlung aufgestellt ist. Man will ihn nicht wegbringen und wird ihn auch nicht wegbringen. Der zweite Geistliche ist Pfarrer *Pongratz*. Ich habe dem Bischof in dieser Angelegenheit einen Brief geschrieben. Der Bischof hat mir geantwortet, er teile meine Bedenken voll und ganz. Er habe dem Pfarrer verboten zu kandidieren. Vor 14 Tagen habe ich nun den Bischof gesehen. Er hat mich bei der Hand genommen und mir gesagt, er müßte mir noch etwas sagen. Er habe *Pongratz* doch genehmigen müssen.
Dr. *Gerathewohl*: Sie können doch ohne weiteres auf die Stellungnahme des Landesvorsitzenden, des Arbeitsausschusses sowie auf die Stellungnahme des Papstes [*Pius XII.*] und des Kardinals [*Michael von Faulhaber*] verweisen. Das sind vier Autoritäten, die meiner Ansicht nach genügen müßten, um eine Situation zu verhindern, die - ich spreche jetzt nicht als Demokrat, sondern als Evangelischer - meines Erachtens für die Union außerordentlich gefährlich sein könnte. Gerade wenn wir in konfessionellen Dingen einig gehen wollen, ist es das beste, wenn die Geistlichen beider Konfessionen in dem vorhin von Dr. *Müller* ausgedrückten Sinn beiseite bleiben.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Das andere wäre für uns, die wir in der Öffentlichkeit gesprochen haben, geradezu peinlich. Wir haben in der Gründungsversammlung programmatisch in einem scharf formulierten Satz erklärt, die aktiv politisierenden Geistlichen sind für uns unerwünscht.
Von Eicken: Ich habe es in allen Wahlreden gesagt.
Dr. *Rindt*: Ich bin bestürzt. Wir haben in Schwaben programmatisch erklärt und sind dabei in weitesten Bevölkerungskreisen auf Verständnis gestoßen, daß der Geistliche aus der Politik herausbleiben soll. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß diese Dinge auf eine dezente, aber auch nachdrückliche Weise abgestellt werden. Für den Unionsgedanken ist nichts so gefährlich wie die Hereinnahme von Geistlichen in ein ausgesprochen politisch-parlamentarisches Institut.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Ich glaube, der Ausschuß steht einhellig auf diesem Standpunkt. Das müßte eigentlich genügen.
Dr. *Rindt*: Ich wollte bloß noch darauf aufmerksam machen, daß es der Papst von katholischer Seite offiziell als unerwünscht bezeichnet hat, wenn sich Geistliche in der Politik irgendwie herausstellen.
Dr. *Dürr*: Die evangelische Kirche hat es genauso getan.
Dr. *Martin*: Ich möchte betonen, daß jeder Redner in Augsburg und Schwaben, Dr. *Rindt* wie auch ich selbst, in jeder Rede herausgestellt hat, daß Geistliche in der Politik unerwünscht sind. Wenn es anders gemacht wird, werden wir der Lüge bezichtigt oder wir werden beschuldigt, daß wir umgefallen sind.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Wir sind vollständig einer Meinung. Wir müssen Herrn Dr. *Müller* bitten, daß er unsere Stellungnahme energisch zum Ausdruck bringt.
Dr. *Gronwald*: Ich glaube, es wird von einer anderen Seite, die heute an dieser Besprechung nicht teilnimmt, morgen auf der Landesversammlung die Frage der Kandidatur von Geistlichen zur Sprache gebracht werden. Ich glaube, das wird man nur dadurch verhindern können, daß Dr. *Müller* in seinen einleitenden Ausführungen zum

Ausdruck bringt, daß Kandidaturen von Geistlichen unerwünscht sind. Das braucht kein offizieller Beschluß zu sein. Es würde genügen, wenn Dr. *Müller* es vor der Landesversammlung noch einmal klarstellt.
Wenn das nicht geschieht, so fürchte ich, daß sich die Landesversammlung morgen mit dieser Frage beschäftigen wird.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Wir schließen damit diesen Punkt ab und kehren zur Besprechung der Satzung zurück.
Dr. *Rindt*: Wir bitten Sie, Herrn Dr. *Müller* unsere Stellungnahme mitzuteilen, damit er in dem besprochenen Sinne morgen vorgeht.
Von Eicken: Ich habe offen in Versammlungen erklärt, daß Geistliche aus der Politik herausbleiben werden. Ich bin kein Lügner. Das wäre für mich ein Grund, aus der Partei auszutreten.
Der Ausschuß geht dann wieder zur Beratung der Satzungen über. Die vor der Mittagspause begonnene Aussprache über § 49 wird abgeschlossen. Der Paragraph erhält folgende Fassung:

§ 50

1. Der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft besteht aus je zwei Vertretern der katholischen und evangelischen Geistlichkeit sowie je zwei Vertretern
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,
   c) der Industrie,
   d) des Handwerks,
   e) des Handels,
   f) des Geld- und Kreditwesens,
   g) der freien Berufe,
   h) der Angestellten,
   i) der Beamten,
   k) der Hausfrauen,
   l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.
2. Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft von der Landesvorstandschaft gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.
3. Der Landesvorsitzende beruft den berufsständischen Rat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu Sitzungen ein. Die Sitzungen werden vom Landesvorsitzenden geleitet. Der berufsständische Rat wählt aus seiner Mitte eine aus drei Mitgliedern bestehende Vorstandschaft.
4. Dem berufsständischen Rat obliegt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände berühren. Der berufsständische Rat leitet seine Anträge zur Beschlußfassung an die Landesvorstandschaft in diesen Fällen unter stimmberechtigter Hinzuziehung der Mitglieder des berufsständischen Rates. Antragsberechtigt sind der berufsständische Rat insgesamt und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam.

In § 51 wird in Angleichung an BGB "Vertretungsbefugnis" statt "Vertretungsmacht" geschrieben. Im letzten Satz des Paragraphen wird statt "Gliederungen" "Verbände" geschrieben.
Zu § 52,3 fragt Dr. *Falkner*, warum die Ausschüsse ihre Vorsitzenden nicht selber wählen.
Dr. *Rindt* klärt die Frage dahin, daß der Vorsitzende als führender Kopf den Ausschuß doch erst bilden müsse.
Dr. *Rindt* spricht sich dann dagegen aus, daß, wie in § 53 vorgesehen, der Landesgeschäftsführer die Dienstaufsicht über die Bezirks- und Kreisgeschäftsführer ausübt. Seiner Meinung nach müßte das das geschäftsführende Vorstandsmitglied tun.
Dr. *Gronwald* schlägt vor, daß der Landesvorsitzende ausüben und zugleich delegieren kann.
Dr. *Falkner* begründet, warum er gegen die Dienstaufsicht des Landesgeschäftsführers über die Bezirks- und Kreisgeschäftsführer sei. Weisungen an den Bezirksverband sollte der Landesvorsitzende an den Vorsitzenden des Bezirksverbandes geben, aber nicht an den Geschäftsführer.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] glaubt, daß Dr. *Müller* sicher nichts gegen die Streichung dieses Dienstaufsichts-Passus habe.
Dr. *Rindt* schließt sich der Meinung von Dr. *Falkner* an, empfiehlt aber, es vorläufig bei dieser Formulierung zu lassen, da Dr. *Müller* seines Wissens unbedingt daran festhalten wolle.
Dr. *Gerathewohl* empfiehlt Formulierung des Absatzes mit folgendem Zusatz:

> Der Landesgeschäftsführer übt die Dienstaufsicht über die Bezirks- und Kreisgeschäftsführer aus, soweit es sich um Aufgaben handelt, die über den engeren Kreis hinausgehen.

Ritter von Lex und Dr. *Dürr* bemängeln, daß in § 53 dasselbe gesagt sei wie in § 58,6.
Dr. *Horlacher* erbittet das Wort zur Geschäftsordnung und erklärt: Es ist jetzt 17 Uhr. Ich bin von einem größeren Kreis beauftragt, Ihnen eine entscheidende Entschließung vorzulegen, die heute noch unter allen Umständen beraten werden muß. Ich würde bitten, daß die Sitzung dafür unterbrochen wird oder daß die Beratung der Satzungen so rasch vor sich geht, daß wir spätestens um 17.15 Uhr damit fertig sind. Denn sonst geht es wieder so, daß die wichtigen Dinge, die morgen in der Landesversammlung zur Entscheidung gebracht werden müssen, nicht gehörig vorbereitet sind, und wir uns dort über Kleinigkeiten unterhalten, während die großen politischen Fragen in den Hintergrund treten. Wir haben Veranlassung - ich kann die Datails noch nicht bekanntgeben -, zu einigen großen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Diese müssen der Landesversammlung morgen vorgeschlagen werden. Das ist außerordentlich wichtig, und ich bitte daher, die Zeiteinteilung entsprechend zu treffen.
Der Ausschuß fährt in der Beratung der Satzungen fort.
Es wird Streichung des Dienstaufsichts-Passus von § 53 beschlossen, der nachher in § 58,6 ohnedies wiederkehrt.
Bei Erörterung von § 56 (Beiträge) tritt Dr. *Horlacher* für eine einheitliche Regelung wenigstens von Mindestbeiträgen ein.
Dr. *Gronwald* will nach Festsetzung eines Mindestbeitrages durch die Landesversammlung den Ortsverbänden die Möglichkeit einer Staffelung der Beiträge überlassen.

Bei § 57,1 (§ 58,1 neue Fassung) wird im letzten Satz statt "geschäftsordnungsmässigen" "sonstigen" geschrieben.
In § 59 (Vertretung nach außen) wird auf Vorschlag von *Ritter von Lex* nach längerer Debatte in Abs. 2 eingefügt:

> Finanzielle Verpflichtungen bedürfen außerdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

§ 59,3 wird auf Vorschlag von Dr. *Horlacher* gestrichen.
In § 60,2,4,5 und 6 wird statt "Kassenführung" "Kassen- und Rechnungsführung" geschrieben.
§ 62 (Haushaltplan) wird als solcher gestrichen und an seine Stelle gesetzt:

> Für die Finanzgebarung der Verbände der Union gelten die Bestimmungen des vom Landesausschuß beschlossenen Finanzstatuts.

§ 63,1 (Abstimmungen) wird erweitert:

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Versammlung anzuberaumen, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen beschließen kann.

§ 64,1 c wird erweitert:

c) Zur Landesvorstandschaft und zur geschäftsführenden Landesvorstandschaft jedes Mitglied dieser Organe, ferner der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.

Damit ist die Beratung der Satzungen abgeschlossen.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] erteilt das Wort Dr. *Horlacher* zur Begründung der von ihm im Verlaufe seiner Rede vorgelegten Entschließung.
[*Michael Horlacher*]: Wenn ich Ihnen jetzt eine Entschließung vorlege, so dürfen Sie überzeugt sein, daß diese Entschließung nicht allein von mir stammt. Sie dürfen nicht immer von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß alles, was da und dort Unannehmlichkeiten hervorrufen könnte, immer von mir stammt. Diese Entschließung ist entstanden in der Sorge verschiedener Herren und in gemeinsamen Beratungen, in denen man sich auf eine einheitliche Linie geeinigt hat. Diese Linie werde ich Ihnen vortragen. Sie ist von ca. 20 Mitgliedern der Union unterschrieben, darunter Dr. *Baumgartner*, meine Wenigkeit, Dr. *Schlögl*, *Schwingenstein*, Dr. *Rothermel*, Dr. *Wittmann*, *Schweiger*, dem 2. Vorsitzenden von Oberbayern und vielen anderen Herren. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

> Der Parteivorsitzende der Christlich-Sozialen Union hat bei der letzten Münchner Versammlung erklärt, die CSU könne ihren Anhängern noch kein Programm vorlegen. Diese Erklärung hat in den weitesten Kreisen des bayerischen Volkes und darüber hinaus

- damit ist die amerikanische Militärregierung gemeint -

Bestürzungen und Enttäuschungen hervorgerufen.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich den ersten Satz nicht so auffasse, daß er eine Kundgebung des Mißtrauens gegen den Parteivorsitzenden enthält, sondern er ist nur in der Form einer Konstatierung aufzufassen, daß wir keine programmatischen Erklärungen nach außen haben.

Die Unterzeichneten stellen daher an die Landesversammlung der CSU den Antrag, eine Entschließung zu fassen, aus der eindeutig folgende Gesichtspunkte hervorgehen:
1. Klares Bekenntnis zum bayerischen Volk und Staat. Der politische Neuaufbau muß den demokratischen Gedanken entsprechen und auf der Grundlage selbständiger Bundesstaaten erfolgen. Dem Reich ist an Aufgaben nur zu überlassen, was zur Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Reichseinheit unbedingt notwendig ist.

Daraus ergibt sich die einheitliche Stellungnahme aller der Leute, die in der Union tätig sind und insbesondere das Landvolk vertreten. Uns ist eine andere Stellungnahme - das sprechen wir unumwunden aus - unerträglich. Wenn eine andere Stellungnahme erfolgen würde, wäre das für uns ein Schlag, den wir nicht ertragen können. Es ist unsere große Sorge, daß hier klar Stellung genommen wird. Diese Stellungnahme ist hier klar enthalten und zwar nach beiden Richtungen. Einmal wird klar Stellung genommen zu dem zentralistischen Einheitsstaat. Die Idee des zentralistischen Einheitsstaates sollte nach den Erfahrungen des Dritten Reiches bereits zugrunde gegangen sein. Ich habe das heute auch den Amerikanern gegenüber auseinandergesetzt. Der zentralistische Einheitsstaat hat nach den Erfahrungen des Dritten Reiches jede Wehrfähigkeit der einzelnen Länder, insbesondere des Landes Bayern, gegenüber der diktatorischen Gewalt des Nationalsozialismus unmöglich gemacht. Jede zentralistische Form bringt diese Gefahr wieder mit sich.
Ebenso wie wir diesen überspitzten Zentralismus ablehnen, lehnen wir auch den Separatismus mit aller Entschiedenheit ab. Der Separatismus ist in gleichem Maße zu verwerfen wie der Unitarismus, wenn ich das Schlagwort gebrauchen soll, wie der reine Einheitsstaat. Wir wollen den Weg gehen, der nach der Geschichte unseres Volkes vorgezeichnet ist. Das ist der Weg der Verbindung der Bundesstaaten zu einem Reichsganzen. Denn ein einheitliches Reich ist unter allen Umständen notwendig.
Herr *von Eicken* hat dann noch einen Zusatz vorgeschlagen, den ich mit Einverständnis der übrigen Herren mit hereinnehmen möchte. Er würde heißen:

Die künftigen Reichsgrenzen müssen die Einheit und Existenz des gesamten deutschen Volkes gewährleisten.

Das ist eine selbstverständliche Forderung, die sich aus unserer gesamtdeutschen Einstellung ergeben muß.

2. Eindeutiges Bekenntnis zur christlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung im Gegensatz zur egoistischen, kapitalistischen Profitwirtschaft. Das grundsätzlich anzuerkennende Privateigentum muß in Einklang mit den christlichen Sittengesetzen gebracht werden.

Diese Form der Formulierung entspricht auch den Auffassungen aller unserer Leute, auch derjenigen, die früher in sogenannten Rechtsparteien tätig waren. Wir sind der Meinung, daß aus der Geschichte gelernt werden muß, und daß hier die Grenzlinien unseres christlichen Ideengutes zu anderen Auffassungen gezogen werden müssen. Wir sind auch mit dem Zusatz einverstanden, den Herr *von Eicken* gemacht hat, der lautet:

> Eindeutiges Bekenntnis zur christlichen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung im Gegensatz zur egoistisch kapitalistischen Profitwirtschaft und Kollektivwirtschaft.

Damit ist unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung vom christlichen Standpunkt aus eindeutig nach links und rechts abgegrenzt, wenn man diese Begriffe überhaupt noch gebrauchen will.

> 3. Bekenntnis zu einer wirklich fortschrittlichen, ehrlich gemeinten Demokratie. Daher scharfe Ablehnung jeder Art von Reaktion, zu der auch militaristische, diktatorische, volks- und staatsfeindliche Umtriebe gehören.

Die Union ist in der Betrachtungsweise der Presse an einem Punkt angelangt - ob nun berechtigt oder unberechtigt, lasse ich dahingestellt -, daß diese Erklärung der Union unbedingt nötig ist. Wir können nicht stillschweigend an einer einmütigen Einstellung zu dieser wichtigen Lebensfrage der Union vorübergehen. Was vorgegangen ist, ist für uns rückschrittlich gewesen. Wir wollen nicht mehr die Zeiten haben, wie sie vor 1933 gewesen sind. Wir wollen auch die maßgebenden Gesellschaftsschichten nicht mehr haben, die vor 1933 maßgeblich an diesem nationalsozialistischen Unglück beteiligt waren. Das ist nach unserer Überzeugung alles Reaktion, und jeder vernünftig denkende Deutsche müßte sich dem Gedanken anschließen, daß eine Wiederholung des Unglücks durch Ideen, die dem Nationalsozialismus verwandt sind, nicht mehr vorkommen soll.
Von Eicken hat noch vorgeschlagen:

> Daher scharfe Ablehnung jeder Art von Reaktion, zu der auch militaristische, diktatorische, klassendiktatorische und sonstige volks- und staatsfeindliche Umtriebe gehören.

Man kann gegen die kommunistische Seite das Klassendiktatorische noch schärfer herausarbeiten. Ich würde das Wort klassendiktatorisch vorziehen, da die Wendung sonst gegen die Sozialdemokratie angewandt werden könnte. An sich hätte ich geglaubt, daß diktatorisch genügen würde.
Ritter von Lex: Ich schlage vor:

> Wir sind gegen jede Diktatur eines einzelnen, einer Klasse, einer Partei.

Dr. *Horlacher*: Das paßt in diese scharfe Formulierung nicht hinein. Es muß schlagartig herauskommen, damit man wirklich weiß, was die Union auf diesem entscheidenden Gebiet will. Klassendiktatorisch würde ein allumfassender Begriff sein.

(Zuruf: Und die Planwirtschaft?)

Diese Frage muß in einem besonderen Parteiprogramm erörtert werden. Hier handelt es sich darum, die Kernfragen herauszustellen, in denen die Union vollständig einig sein muß.

4. Loyale und ehrliche Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, um unserem Volke zu nützen und das verlorengegangene Vertrauen des Auslandes wiederherzustellen.

Meine verehrten Herren! Eine solche Erklärung ist unbedingt notwendig. Von einzelnen Rednern der Union - ich will sie deswegen nicht angreifen, ich weiß, daß nicht jeder die gleiche Auffassung haben kann - sind draußen sehr ungeschickte Wendungen gebraucht worden, die uns außerordentlich geschadet und die auch manchmal das Eingreifen des CIC gegenüber bestimmten Personen zur Folge gehabt haben. Wir müssen eine eindeutige Stellungnahme beziehen. Wenn an verschiedenen Maßnahmen der Besatzungsmacht Kritik geübt wird, dann müssen Sie es den Herren überlassen, die über die entsprechende Wortgewandtheit verfügen und die Dinge so darstellen können, daß es kein Unglück gibt. Ich erinnere daran, daß die Rede von Dr. *Schumacher* sehr wortgewandt war. Er hat sich, ohne aggressiv zu werden, oft auch gegen die anderen gewandt.
Von Eicken: Wenn ein CSU-Redner versucht hätte, das zu sagen, wäre er lebenslänglich eingesperrt worden.
Dr. *Horlacher*: Wir müssen diese Gesichtspunkte herausstellen, damit wir wieder die Freiheit gewinnen, etwas sagen zu können.

5. Loyale, aber gerechte und beschleunigte Durchführung der Entnazifizierung.

Wir wollten das ursprünglich etwas weiter fassen. Es war auch ein Unglück, daß manche Leute das Entnazifizierungsgesetz allzu schlecht gemacht haben. Das Gesetz ist nicht schlecht. Es ist an sich in den Grundgedanken gut, wenn es richtig durchgeführt wird. Sie müssen bei der Entnazifizierung immer daran denken, daß dabei nicht allein unsere Meinung in Betracht kommt, sondern daß bei den Millionen Verbrechen, die der Nationalsozialimus bei uns und in Europa angerichtet hat, die Einstellung des Auslandes sich erst langsam wandeln kann.

Die Unterzeichneten betrachten die obigen Punkte als einheitliches geschlossenes Ganzes und als Mindestforderung für die gesamte Politik der Christlich-Sozialen Union. Sie stellen den Antrag, daß seitens der Landesvorstandschaft die gegenwärtige Entschließung der Landesversammlung zur Abstimmung vorgelegt wird.

Das soll morgen geschehen. Dann kommt eine sehr scharfe Wendung, die nicht einmal von mir stammt, sondern von meinen Freunden. Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen. Es zeigt aber, für wie wesentlich diese Gesichtspunkte erachtet werden.

Bei Ablehnung unserer Bitte an die Landesvorstandschaft, diese Mindestforderung der Landsversammlung vorzulegen, wären wir gezwungen, eine erweiterte Stellungnahme der Öffentlichkeit selbst zu unterbreiten.

Der letzte Satz fällt sofort weg. Ich bitte, ihn nicht als Schärfe aufzufassen, sondern nur so, daß er die Wichtigkeit unterstreicht.

(Zuruf: Den können Sie ruhig streichen!)

Ich glaube, es wäre erfreulich, wenn die Herren mit der Auffassung, wie sie in diesen fünf Punkten zum Ausdruck gekommen ist, einverstanden wären. Der letze Satz fällt weg, sobald wir uns geeinigt haben.

Es kommt noch ein weiteres hinzu. Ich habe das Protokoll von den Unionen vor mir gehabt. Dieses Protokoll hat bei unserer Besprechung heute nachmittag die schärfste Ablehnung erfahren.

(Zuruf *von Eicken*: Es stimmt bloß nicht!)

Das ist die Frage. Ich habe darauf hingewiesen, daß es die Loyalität erfordert, daß wir zunächst den Landesvorsitzenden hören. Wie sich nun die Dinge auch im wesentlichen abgespielt haben, sie sind durch unsere Entschließung überholt.
Zusammenfassend darf ich sagen, daß diese fünf Kernpunkte so abgefaßt sind, daß sie die wesentliche Arbeit der Union anreißen und den Zusammenhalt der Union gewährleisten. Wir wollen keine Trennung in der Union, aber eine Mitarbeit in der Union ist eben von gewissen Voraussetzungen in den Grundlinien abhängig.
Ich habe darauf schon wiederholt hingewiesen. Soweit ich im Lande herumgehört habe, bin ich bei meinen gut besuchten Versammlungen auf keinerlei Widerspruch gestoßen, wenn ich diese Grundsätze vorgetragen habe. Diese Linie der Union hat sich draußen durchgesetzt.
Ich bitte nun, dazu Stellung zu nehmen.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: 1. können wir eine solche Sache natürlich nicht ohne Dr. *Müller* machen. 2. ist diese Entschließung nicht eine Angelegenheit, die erst in der letzten Viertelstunde so akut geworden ist, daß sie morgen früh behandelt werden soll. Sie hätte zum mindesten so lange vorher vorliegen müssen, daß man es auch durchlesen kann.
Zur Sache selbst möchte ich bemerken: Die Entschließung enthält die wesentlichen Programmpunkte, die sich mit unseren ersten Programmpunkten decken. Natürlich sind einzelne Tagesfragen, die inzwischen aufgetaucht sind, darin nicht enthalten gewesen. Es hat uns Hunderttausende von Wählern und Gesinnungsgenossen gebracht, daß wir ein allgemein gehaltenes, aber tadellos würdiges, für jeden, der geistig denkt, auch gutes Programm herausgebracht haben. Es war auch z.B. in der Frage "Reich" für jeden absolut ausreichend und zu unterschreiben, gleichgültig, ob er mit einer Nuance mehr da oder dort steht.
Man darf nicht entsetzt sein, daß unser Vorsitzender Dr. *Müller* es nach meiner Überzeugung mit Recht abgelehnt hat, überstürzt den alten Fehler zu machen und zu sagen: Wir fordern, wir versprechen: 1., 2., 3., 4., 5., wo sich dann jeder einen Vorteil sucht. Das will auch Dr. *Horlacher* und wollen auch seine Freunde nicht. Wir werden verschiedener Meinung sein in der Formulierung des Verhältnisses von Reich und Bundesstaaten, auch Sie, Herr Dr. *Horlacher*, in den Kreisen, die Sie vertreten. Ich habe erst heute Besuch von einem Herren gehabt, der ziemlich maßgebend bei uns ist. Er wird das nicht unterschreiben. Ich unterschreibe es auch nicht.
Dr. *Horlacher*: Dann, meine Herren, wenn Sie es nicht unterschreiben, mache ich darauf aufmerksam, wird die Schicksalsstunde der Union schlagen.

(Lebhafe Unruhe.)

Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Es ist gar keine Veranlassung dazu da. Es ist auch niemand in der Union auf einen Boden gedrängt worden, daß eine Flügelstellung notwendig wäre.
Ein Wort zum Wirtschaftsproblem. Ich höre nicht gerne das Wort Profitwirtschaft. Das ist ein Schlagwort. Nehmen Sie es nicht übel, auch wenn ich als Vertreter der Banken und Versicherungen angesehen werden könnte.

Das Denazifizierungsgesetz förmlich zu loben liegt mir nicht. Der allgemeine Spruch, daß wir eine gerechte und rasche Durchführung wollen, wird von allen akzeptiert werden.
Ich weiß nicht, ob es einen Sinn hat, in eine Einzeldiskussion einzutreten.
Ritter von Lex: Ich möchte vorschlagen, daß wir nicht über die einzelnen Punkte diskutieren - das ist nur im Beisein des Vorsitzenden [*Josef Müller*] möglich -, sondern daß wir vor allem über den ersten und letzten Satz sprechen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Herren, die den Antrag stellen, sich schon vor der Rückkehr des Landesvorsitzenden entschließen, die Einleitung und den Schluß wegzulassen. Ich sehe in den beiden Sätzen eine mindestens ebenso große Gefahr wie Sie, wenn die Beschlüsse nicht angenommen werden. Ich finde, es ist eine Art Mißtrauen, das hier dem Landesvorsitzenden gegenüber ausgedrückt wird. Ich sehe nicht ein, warum die Programmpunkte mit einem Vorwurf gegen den Landesvorsitzenden vorgetragen werden.
Was die Programmpunkte selber angeht, so glaube ich, daß unter 100 Rednern der Union keine fünf sind, die diese Programmpunkte nicht seit Monaten vertreten.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Wir können die einzelnen Punkte mit wenig Änderungen annehmen, meiner Auffassung nach sogar ohne Dr. *Müller*. Aber der Anfang und Schluß dürfen nicht vorgetragen werden.
Dr. *Horlacher*: Sie sind für unseren internen Kreis bestimmt.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, daß mindestens der Anfang und Schluß wegfällt. In der Einladung, die das Landessekretariat herausgegeben hat, heißt es außerdem ausdrücklich: Anträge sind dem Landessekretariat schriftlich bis spätestens 13. Mai 1946 vorzulegen.
Von Miller: Ich glaube, daß es der Auffassung des Landesvorsitzenden grundsätzlich widerspricht, daß wir in letzter Minute ein kurz gefaßtes Programm herausgeben.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: So verstehe ich die Entschließung nicht. Ich verstehe sie als programmatische, absolut interne Erklärung in der Landesversammlung. Es soll die Richtung sein, in der wir gehen müssen.
Dr. *Falkner*: Es soll eine Entschließung werden, die morgen in der Landesversammlung als eine Proklamation der Union veröffentlicht werden soll.
Von Miller: Und das in letzter Minute! Wir haben ein halbes Jahr Zeit gehabt, wir haben Ausschüsse, die dafür zuständig sind. Jetzt bekommen wir von außen 20 Unterschriften, die uns schnell in letzter Minute eine Art Kurzprogramm aufdrängen, das wir als Arbeitsausschuß gutheißen sollen, damit morgen darüber abgestimmt wird. Ich habe nichts gegen die Punkte, aber gegen das ganze Verfahren ist sehr viel einzuwenden. Wir haben uns nicht deswegen in diesem Gremium hier geplagt, daß jetzt von außen einfach erklärt wird: Wir verlangen das und das, Ihr habt es gutzuheißen, sonst passiert morgen das und das.
Dr. *Horlacher* weist darauf hin, daß es sich bei dieser Entschließung um einen Dringlichkeitsantrag handle. Wer von Politik etwas verstehe, wisse, worum es gehe. Er und seine Freunde könnten den jetzigen Zustand einfach nicht mehr ertragen.
Redner kommt dann auf die Besprechung mit den amerikanischen Pressevertretern zu sprechen. Die Erklärung, daß die Union noch kein Programm habe, sei bestimmt keine Stärkung der Sache der Union gewesen. Er sei damals wegen der Kürze der Zeit nicht zu Wort gekommen. Von der größten amerikanischen Zeitung, der New York Times, sei die amerikanische Meinung dahingehend umrissen worden, daß sich in der Union alle reaktionären Elemente sammeln. Die Union müsse endlich einmal

eine klare Stellungnahme beziehen. Das sei wesentlich wichtiger als die Beratung von Satzungen. Man werde immer auf morgen und übermorgen vertröstet.
Die Formulierung der Entschließung sei so, daß sie jeder unterschreiben könne. Er sei froh, daß man in der Union endlich aus dem Streit um Personen heraus und zu einer sachlichen Arbeit gekommen sei.
Die Entschließung stelle kein Ultimatum oder Diktat dar, sondern sei eine bedeutsame, entscheidende, politische Angelegenheit.
Er betone nochmals, daß Einleitung und Schluß der Entschließung nur für den internen Kreis bestimmt seien.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Das Programm ist mir in vielen Dingen zu mager. Es enthält nur ein Stück von dem, was wir sind und wollen. In anderen Dingen ist es etwas zu scharf. So kann man es nicht als Programm herausstellen. Ich habe Bedenken, die nichts mit rechts und links zu tun haben. Jedenfalls sticht es als Bekenntnis bedeutend von dem ab, was Dr. *Schumacher* und die Sozialdemokraten programmatisch herausgegeben haben. Eine Reihe von Punkten müßte noch dazugesetzt werden. So ist die Flüchtlingsfrage, die Gefangenenfrage, die Zonenfrage und die Wirtschaftsfrage überhaupt nicht berührt worden. Dazu müssen wir uns auch äußern. Wenn es jetzt allmählich in jeder Zeitung steht, daß wir ein einheitliches Wirtschaftsgebiet brauchen, so muß das die Union ebenfalls klarstellen, nicht erst, wenn wir in X Jahren einen Friedensvertrag bekommen.
Dr. *Horlacher* unterstreicht nochmals seine vorher gemachten Ausführungen. Man könne nicht von einer Landesversammlung zur anderen gehen und bloß Satzungen durchberaten.
Von Prittwitz-Gaffron: Meine Stellungnahme zu dem Vorschlag Dr. *Horlachers* und seiner Freunde ist folgende: Ich möchte warnen, daß wir uns gleich so furchtbar erhitzen. Wir wollen die Sache in Ruhe überlegen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Ideen, die Herr Dr. *Horlacher* und seine Freunde vorgebracht haben, in weiten Kreisen der Union-Anhängerschaft erörtert werden in dem Sinne, daß ein Programm gefordert wird. Daß aber einer Programmforderung nicht in allen Parteien nachgegeben worden ist, hat niemand deutlicher gesagt als Dr. *Schumacher*, der mit denselben Worten wie Dr. *Müller* ebenfalls eine programmatische Erklärung abgelehnt hat. Er hat weiter nichts getan, als gewisse Grundsätze kundzutun. Grundsätze, die zum Teil sogar sehr anfechtbar sind. Mehr kann und sollte man von uns zur Zeit nicht verlangen. Wenn ich die Entschließung von Dr. *Horlacher* als Ausdruck einer gewissen Ungeduld oder auch Kritik betrachte, so geht mein Vorsatz dahin, daß man nicht der Landesversammlung eine Entschließung zur Annahme vorlegt, sondern daß vielleicht einige der Herren, die diese Gruppe vertreten, mit dem Text ihrer Entschließung zum Vorsitzenden [*Josef Müller*] gehen und ihn bitten, ob sie damit rechnen können, daß morgen in der Landesversammlung seitens des Landesvorsitzenden zu diesen und jenen Punkten Stellung genommen wird, mit der Begründung, daß sie aus der und der Veranlassung Wert darauf legen.
Im einzelnen können wir unterschreiben, was der Herr Vorsitzende [*Wilhelm Eichhorn*] eben gesagt hat. Die Erklärung ist in einzelnen Punkten nicht nur nicht weitgehend genug, sondern meines Erachtens direkt schädlich. Ich kann nur von dem zwischenstaatlichen Gebiet sprechen. Hier ist die Formulierung viel zu schwach. Es ist auch nicht richtig, daß nicht vorgearbeitet worden ist. Die Ausschüsse haben Resolutionen vorbereitet. Sie sind in Händen des Landessekretariats. So hat unser Ausschuß

eine Resolution vorbereitet, die bei allen Herren Zustimmung gefunden hat, die aber viel weiter geht.
Wenn man in irgendeiner Entschließung zu den maßgebenden Programmpunkten Stellung nimmt, muß das aber auch gleich auf den ersten Schuß hin so geschehen, daß es hieb- und stichfest dasteht. Es darf nicht eine allgemeine Entschließung mit mehr oder weniger allgemeinen Formulierungen sein, sonst ist das schlimmer, als wenn keine Entschließung herausgekommen wäre.
Mein Vorschlag geht also dahin, daß Herr Dr. *Horlacher* und seine Freunde mit ihrer Entschließung, deren Tendenz ich nicht mißbillige, zu Herrn Dr. *Müller* gehen und ihm die Sache vortragen, damit er sie verwertet. Werden dann die Wünsche der Herren nicht berücksichtigt oder fühlen Sie sich enttäuscht, dann ist immer noch Gelegenheit gegeben, zu Entschließungen, die von anderer Seite vorgetragen werden, Stellung zu nehmen. Aber man müßte vorher der Landesleitung sagen: Das sind unsere Wünsche, was gedenkt Ihr morgen zu tun?
Es kommen zwei Gelegenheiten, die Landesversammlung und die Kundgebung im Zirkus Krone. Diese können in taktischer Weise politisch ausgenutzt werden. Ich halte es aber nicht für richtig, dem Landesvorsitzenden eine Entschließung sozusagen unter dem Druck eines Maschinengewehrs vorzulegen. Auch wenn die Entschließung nicht veröffentlicht wird, kommt sie doch in die Öffentlichkeit. Sie muß aus der Initiative der Parteileitung hervorgehen.
Dr. *Rindt* schließt sich dem Standpunkt *von Prittwitz-Gaffrons* an.
Dr. *Gronwald* erklärt, daß seines Wissens die grundsätzlichen Programmpunkte bei der Landesversammlung im Laufe des Juni bekanntgegeben werden sollten. Das würde erst nach gründlicher Vorbereitung in der Form geschehen, daß die Vorträge und Referate gedruckt und Rundfunk und Presse zugänglich gemacht würden.
Er habe starke Bedenken gegen die Entschließung insofern, als dadurch in der Landesversammlung der sehr unangenehme Eindruck erweckt werden könne, daß durch Beschluß der Landesversammlung der eigene Vorstand gezwungen werde, sich endlich zu gewissen Dingen zu äußern. Im übrigen schließe er sich der Meinung des Botschafters *Prittwitz-Gaffron* an.
Dr. *Horlacher*: Wenn Sie so weiterfahren, erkläre ich mein Desinteressement und verlasse den Saal. Ich habe deutlich genug gesagt, worum es geht.
Von Eicken: Sie haben gehört, daß ich an einigen Formulierungen mich beteiligt habe. Ich habe dabei nie das Gefühl gehabt, daß dem Landesvorsitzenden in den Rücken gefallen wird. Denn sonst hätte ich mich überhaupt nicht beteiligt. Ich habe auch nicht das Gefühl gehabt, daß ein Programm aufgestellt werden soll. Ich bin mit manchen Erläuterungen von Freund *Horlacher* nicht einverstanden, weil sie mißverständlich sind. Aber mir scheint - und das war der Grund meiner Beteiligung - die Sache deswegen im Augenblick brennend, weil uns die Militärregierung dauernd drängt und den Vorwurf macht, daß wir reaktionär wären, daß die ganze Königspartei zu uns herüberflute - wir haben es vorhin von Dr. *Müller* gehört - und daß das eine größere Stärkung des reaktionären Flügels bedeute. In diesem Augenblick hielt ich es nicht für richtig, auf eine zweite Landesversammlung im Juni zu warten. Bis dorthin kann weiß Gott was an Mißdeutungen sich einstellen. Ich war daher der Ansicht, man müßte einige grundsätzliche Punkte klar herausstellen, die weder mit Vollständigkeit noch mit sonst irgend etwas was zu tun haben, die aber so formuliert sind, daß es niemand gibt, der sie nicht unterschreiben könnte. Der Hauptzweck der Entschließung ist also, den Mißdeutungen und den dauernden Attacken der Sozialdemokratie die Spitze abzu-

brechen. Da braucht gar nicht lange gefeilt zu werden. Meinetwegen sind die Punkte wirklich reform- und ergänzungsbedürftig. Daß man darüber mit Dr. *Müller* sprechen muß, ist selbstverständlich. Aber er wird, wenn er es richtig auffaßt, bestimmt nicht das Gefühl haben, daß man ihn zur Formulierung eines detaillierten Programms zwingt.
Dr. *Martin* hält es für selbstverständlich und in allen Parteien üblich, daß auf der Landesversammlung eine Entschließung angenommen werde. Diese Entschließung brauche deswegen noch kein Programm zu sein. Sie könne zudem bis morgen redaktionell ergänzt und der Anfangs- und Schlußsatz könne weggelassen werden. Die Öffentlichkeit habe monatelang nur den persönlichen Dreck erfahren, und zur Sache habe die Union fast immer geschwiegen. Er spreche sich, selbstverständlich mit Zustimmung von Dr. *Müller*, für die Annahme der Entschließung aus.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] schlägt vor, die Programmpunkte in einem kleineren Kreis mit Dr. *Horlacher* bis zur Rückkehr des Landesvorsitzenden durchzuberaten. Der Ausschuß wolle die Entschließung keineswegs ablehnen. Dr. *Horlacher* fordert, daß die Entschließung vor der Wahl des Vorsitzenden angenommen werden müsse. Ein Vorsitzender könne nicht gewählt werden, bevor er nicht die gesamte Partei mit den grundlegenden Fragen seiner Politik vertraut gemacht habe.
Von Eicken: Da kann ich nicht mit. Die Vertrauensfrage für Dr. *Müller* konstruieren wir da nicht. Ich bin dafür, daß wir aus der dringlichen Lage heraus eine programmatische Erklärung herausgeben. Auch verstehe ich, daß diese Erklärung nicht vollständig sein muß, weil die Zeit drängt. Wenn Sie aber eine Vertrauensfrage für den Vorsitzenden daraus konstruieren, dann müssen Sie auf meine Mitwirkung verzichten.
Dr. *Horlacher*: Es ist keine Vertrauensfrage. Es handelt sich darum, daß die Union zu diesen Kernpunkten und Tagesfragen vor der Vorstandswahl klar Stellung nimmt. Wenn sich die Union einig ist und dann ihren Vorsitzenden wählt, ist es keine Mißtrauenskundgebung gegen den Vorsitzenden der Union, sondern das Gegenteil.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*]: Ich schlage vor, daß wir jetzt die einzelnen Punkte durchberaten.
Dr. *Horlacher*: Ich habe nicht das Recht, im einzelnen in Beratungen einzutreten.
Staatssekretär *Krehle* ist zwar der grundsätzlichen Auffassung, daß eine Entschließung gefaßt werden solle, wendet sich aber mit Nachdruck dagegen, daß dem Arbeitsausschuß das Recht abgesprochen werde, zu den einzelnen Punkten der Entschließung Stellung zu nehmen. Von Diktieren dürfe hier keine Rede sein.
Dr. *Rindt* bittet Dr. *Horlacher* nochmals um Klarstellung der Gründe, die zu der Entschließung geführt hätten.
Dr. *Horlacher* stellt unter Verlesung der Entschließung noch einmal die von ihm oben vorgetragenen Gesichtspunkte heraus.
Anschließend übernimmt Dr. *Müller* wieder den Vorsitz. Er führt aus: Ich weiß, daß der Bauernverband angegangen wurde, Kandidaten in den Linksparteien aufzustellen. Meine Herren, so geht es nicht weiter.
Dr. *Horlacher*: So ein Geschwätz. Auf eine solche Sache gehen wir nicht ein. Das ist von Leuten gesagt worden, die sicher nicht maßgeblich sind. Ich habe heute früh gesagt: Noch nie hat es so viele Denunzianten gegeben wie jetzt in Deutschland.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie finden auch sehr willfährige Opfer.
Dr. *Horlacher*: Das hat mit unserer Sache nichts zu tun. Hier handelt es sich um die politische Linie.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aufgrund der Besprechung lehne ich Ziffer 1 glatt ab.
Dr. *Horlacher*: Wenn Ziffer 1 glatt abgelehnt wird, werden wir auch eine glatte Stellungnahme beziehen. Einen Einheitsstaat, Herr Dr. *Müller*, den Sie vorbereitet haben, was heute die Bestürzung aller unserer Leute hervorgerufen hat, machen wir nicht mit. Das erklären wir ohne weiteres. Wir haben Ihnen bisher das Vertrauen geschenkt, wir haben die Masse der Wähler aus dem Landvolk gebracht. Wir müssen sehen, wie wir in den Städten abschneiden. Wir haben aber die fränkischen und altbayerischen Kreise beisammen gehabt und uns auf dieses Einheitsprogramm vereinigt. Die große Masse der Wählerschaft stammt aus unseren Reihen. Es ist eine Unmöglichkeit, daß wir eine Parteiführung ertragen können, die den reinen Unitarismus anstrebt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Michel Horlacher*! Herr *Prittwitz-Gaffron*, der mit in Stuttgart dabei war, wird das als glatte Lüge bezeichnen. Hier wird in gemeinster Weise intrigiert.
Von Prittwitz-Gaffron: Herr Dr. *Horlacher*, unter diesen Umständen bedaure ich, erklären zu müssen, daß ich an der weiteren Beratung nicht teilnehmen kann. Was Sie vorgebracht haben, sind glatte Unwahrheiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nur weil eine bestimmte Gruppe mich zu bestimmten Maßnahmen gegen andere Leute in der Union zwingen will. Da mache ich nicht mit. Ich erkläre hiermit offen, daß ich gerade von der Seite aus im Zusammenhang mit dem Fall *Schäffer* angegangen wurde, weitere Konsequenzen gegen andere Mitglieder der Union zu ziehen, und daß ich das abgelehnt habe, weil wir nicht einen Kampf, der von außen in die Union hereingetragen wurde, jetzt innerhalb der Union führen dürfen. Ich habe die Union gegenüber jedermann zu verteidigen, auch gegenüber meinen bisherigen Freunden, wenn es darauf ankommt.
Dr. *Horlacher*: Die Union wird von uns allen verteidigt. Was Sie ausführen, hat mit unserer Entschließung nichts zu tun.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn ich mich dagegen gewehrt habe, daß Sie im Vorsitz der Union eine wesentliche Rolle spielen, so habe ich einen Grund. Wenn in anderen Fällen Vorgänge von 1933 aufgegriffen werden, so kann ich auch bei Ihnen die Frage Ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz aufwerfen.
Dr. *Horlacher*: Dazu werde ich mich schon äußern.
Dr. *Rindt* bittet den Vorsitzenden um Mitteilung des Ergebnisses der Besprechungen mit der Militärregierung. Vielleicht werde sich daraus eine Stellungnahme zu der Entschließung von Dr. *Horlacher* ergeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*] schildert die Besprechung mit der Militärregierung, bei der er die Stellungnahme der Union zur Königsparteifrage umrissen habe.
Die Ausführungen des Vorsitzenden werden kurz nach Beginn von Dr. *Horlacher* unterbrochen, der auf eine Bemerkung des Vorsitzenden mit dem Verlassen des Raumes droht.
Dr. *Horlacher* legt anschließend noch einmal eingehend die Gründe dar, die ihn und 20 seiner Freunde dazu geführt hätten, auf der morgigen Sitzung der Landesversammlung die Annahme der aus fünf Punkten bestehenden Entschließung zu fordern. Besondere Bedeutung mißt er dem Punkt 1 der Entschließung bei, der das Verhältnis Bayern-Reich behandelt.
Er schließt mit den Worten: Die Verhältnisse sind jetzt so, daß wir eine klare Stellungnahme beziehen müssen: 1. zu dem überspitzten Unitarismus, wie er früher bestanden hat und 2. zu dem ebenso fehlerhaften Separatismus. Von Separatismus kann

bei uns gar keine Rede sein. Die Richtpunkte sind so festgelegt, daß sie die Einigkeit der Union und eine klare Stellungnahme zeigen können. Der Punkt 1 lautet folgendermaßen:
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Den Satz habe ich gelesen. Ich kann dazu nur erklären: Wir brauchen ihn nicht. Wenn diese Resolution infolgedessen morgen eingebracht und angenommen wird, steht mein Rücktritt sofort fest. Die Rückwirkungen auf andere können Sie sich dann vorstellen und können sie, Herr Dr. *Horlacher*, vertreten. Dann können Sie Ihrem Wunsche gemäß den Vorsitz übernehmen.
Dr. *Horlacher*: Ich habe gar nicht den Wunsch, den Vorsitz zu übernehmen.
Ein Mitglied des Arbeitsausschusses: Ich glaube, daß die Situation sehr leicht geklärt werden kann, wenn wir Herrn *Prittwitz* bitten, seine vorherigen Äußerungen zu wiederholen.
Von Prittwitz-Gaffron wiederholt seinen oben dargelegten Standpunkt. Er betont, daß über die Entschließung im allgemeinen ihrem Inhalt nach keine Meinungsverschiedenheit bestehe, daß er es aber nicht für richtig halte, gewissermaßen vor aller Welt einen Druck auf den Landesvorsitzenden auszuüben, und daß er empfehle, daß Dr. *Müller* die Entschließung in seinen morgigen Ausführungen oder bei seiner Rede im Zirkus Krone verwerte.
Vorsitzender [*Josef Müller*] ruft *Prittwitz* als Zeugen dafür an, daß an den Behauptungen, daß er den Unitarismus vertrete, nichts Wahres sei. *Prittwitz* habe allen Unterhaltungen in Stuttgart mit beigewohnt. Er habe wie in Bamberg erklärt, er sei für die Reichseinheit, aber gegen das Einheitsreich. Es werde über ihn aus persönlichen Gründen, wie er immer wieder betonen müsse, sehr viel gelogen.
Von Eicken erklärt noch einmal, warum er sich an der Abfassung der Entschließung beteiligt habe. Es führe ganz bestimmt zu Mißdeutungen, wenn auf dem morgigen Parteitag nichts weiter als Satzungen beraten würden. Es müsse schnell etwas Grundsätzliches an die Öffentlichkeit herausgegeben werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieses schnelle Etwas ist nichts, und zwar deswegen, weil es der ganzen Arbeit vorausgreift, die der Staatspolitische und der Verfassungsausschuß geleistet haben. Meine Herren, machen Sie nicht wieder die alte Dr. *Heim*-Politik! *Schlögl*, ich weiß, daß Du jemand gesagt hast: Was will der *Müller*, das ist ein kleiner Anwalt. Ich weiß, daß einer auf einer Versammlung in Oberbayern erklärt hat, obwohl man mich 25 Jahre kenne, sei man gegen mich, weil ich Zentralist sei. Keiner der Herren hat sich die Mühe genommen, sich mit mir zu unterhalten. Das ist keine Zusammenarbeit und kein Aufbau.
Dr. *Schlögl*: Lassen Sie mich als Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes kurz erklären, wie es zu der Entschließung gekommen ist und welche Hintergründe sie hat. Meine Herren! Der Bayerische Bauernverband - ich möchte das betonen - vertritt einen geschlossenen Berufsstand. Die Person Dr. *Heims* hereinzuwerfen, ist völlig abwegig. Damals war der Bauernverein mehr oder minder ein Anhängsel der Bayerischen Volkspartei. Das ist überspielt und überlebt. In der Einheitsorganisation des Bayerischen Bauernverbandes sind heute die Gruppen des Bauernbundes, des Landbundes, des Bauernvereins und des landwirtschaftlichen Vereins beisammen. Dieser Berufsstand ist genau so geschlossen wie die Gewerkschaften. Genauso, wie es eine Selbstverständlichkeit wäre, wenn die Gewerkschaften auf einer Delegiertenversammlung einen Beschluß fassen, so ist das auch für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir hatten heute eine offizielle Delegiertenversammlung. Die Kreisvorsitzenden von ganz Bayern waren mit dem gesamten Vorstand vertreten. Es ist ganz klar, daß sich

die Delegierten auch zur gegenwärtigen politischen Lage äußern, vor allem deshalb, weil die kommunistische Partei in den letzten Tagen sehr scharf gegen den Bayerischen Bauernverband geschossen hat. Sie hat behauptet, der Bayerische Bauernverband treibe einzig und allein Unions-Politik. Ich bin deswegen jetzt schon zum dritten Mal vernommen worden.
Vorhin ist Dr. *Horlacher* angegriffen worden. Bei einem überparteilichen Verband darf ruhig auch ein Wort über die eine oder andere Partei gesagt werden - das wird bei den Gewerkschaften genauso sein. Bei dieser Gelegenheit sind Äußerungen gegen Dr. *Müller* gemacht worden, weil von der französischen Zone Zeitungen mitgebracht worden sind, die unsere Bauern in hellste Aufregung versetzt haben. In den Zeitungen war klipp und klar zu lesen, daß eine Verschmelzung - ich wiederhole nur, was in den Zeitungen stand - zwischen der Christlich-Sozialen Union in Bayern mit den anderen ähnlichen Parteien im Reich mit Zustimmung von Dr. *Müller* vorgenommen worden sein soll. Sie müssen auch einmal die Mentalität unserer Bauern in Betracht ziehen. Es handelt sich jetzt nicht mehr um die Volkspartei-Bauern, auch nicht um die Bauernbunds-Bauern. Aber die Leute haben ihre alten Ideen noch in sich. Wenn Sie keine klare Stellungnahme zu der Frage Bayern einnehmen, dann ist es ganz ausgeschlossen, daß Ihnen die Bauern wie bisher treu bleiben. Als ein Bauer Dr. *Müller* angriff, hat Dr. *Horlacher* sofort das Wort ergriffen und hat ihn in schärfster Weise wieder verteidigt. So ist die Situation. Ich kann es Ihnen aus dem Protokoll nachweisen. Ein anderer hat sogar einen Zwischenruf gemacht: Der hat eine Sympathie für *Müller*. Es geht doch nicht, daß der Parteivorsitzende der Union, die von 275.000 organisierten Bauern mindestens 200.000 gewählt haben, nach Auffassung unserer Delegierten eine solche Politik treibt, wie es in den Zeitungen aus der französischen Zone zu lesen steht. Bei den Delegiertenversammlungen waren Sozialdemokraten dabei. Wir haben auch föderalistische Bauern in unseren Reihen. Aber in der Frage Bayern waren sich alle einig. Ich habe mich gewundert, wie scharf die sozialdemokratischen Vertreter den bayerischen Standpunkt herausgearbeitet haben.
Sie müssen die Entschließung daher als Kundgebung eines geschlossenen Berufsstandes betrachten. Sie können sie ablehnen. Sie tun uns einen sehr großen Gefallen, wenn Sie die Entschließung ablehnen oder sie nicht behandeln. Wir können dann schon heute mitteilen - das gilt für Minister *Baumgartner*, wie für mich, wie für Dr. *Horlacher* -, daß wir dann die entsprechenden Schlüsse ziehen müssen. Die Leute, die unterschrieben haben, sind zum größten Teil Bezirksvorsitzende und Träger der Unionsidee draußen auf dem Lande. Darauf mache ich Sie aufmerksam. Ich bitte Sie dringend, verschärfen Sie die Situation nicht und reden Sie nichts nach, was nicht hundertprozentig beweisbar ist. Wenn ich die Äußerung gemacht habe, der *Müller* ist ein Rechtsanwalt und versteht die Taktik, so ist das wirklich nicht schlimm.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: So war es nicht. Die Äußerung lautete vielmehr: Was will der *Müller*, der ist ein kleiner Anwalt.
Dr. *Schlögl*: *Horlacher* ist Zeuge. Davon ist nicht gesprochen worden. Ich habe lediglich von der geschickten Taktik von Dr. *Müller* gesprochen, der Rechtsanwalt ist.
Meine Herren! Bei uns wird alles protokollarisch aufgenommen. Ich kenne Dr. *Müller* schon seit der Zeit vor 1933.
Meine Herren! Seien Sie sich darüber klar: Wenn Sie die Kundgebung des Berufsstandes so behandeln, wie es zum Teil hier geschieht, so zwingen Sie den Berufsstand zu einer anderen Stellungnahme. Ich habe heute in meinem Terminkalender nachgeschaut. Ich habe 86 Versammlungen für die Union gehalten. Dr. *Horlacher* hat mehr

gehalten. Dr. *Baumgartner* hat ebenfalls in zahlreichen Versammlungen gesprochen. Der Bauer hängt nun einmal an seinem Lande. Er sitzt hunderte von Jahren schon darauf. Wenn wir in der bayerischen Frage keine völlig klare Stellung beziehen, werden wir in unserem Berufsstand Schwierigkeiten bekommen. Wer von den Bauern des Bayerischen Bauernverbandes kandidiert, der ist gezwungen, das Statut unseres Verbandes anzuerkennen, gleichgültig, ob er der Sozialdemokratischen Partei oder einer anderen angehört. Und in der Frage Bayern ist unser Standpunkt festgelegt.
Machen Sie uns die Arbeit nicht schwerer. Sie kennen den Bayerischen Bauernverband. Er ist eine überparteiliche Organisation. Sie fänden auch noch andere Bauern, die kandidieren, darüber gibt es keinen Zweifel. Aber die offiziellen Vertreter des Bayerischen Bauernverbandes haben Sie eben dann nicht mehr. Ich kann als Generalsekretär auch nur die Politik treiben, die mir mein Berufsstand aufgibt. *Horlacher* ist Präsident des Bauernverbandes.

(Zuruf: Einer der Präsidenten!)

Wir sind uns in der Frage Bayern in Altbayern und in Franken einig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir auch!
Dr. *Schlögl*: Warum machen Sie dann in der Form solche Schwierigkeiten? Was steht denn im ersten Satz anderes als wie das Bekenntnis zu Bayern und zum deutschen Volk?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber so gefaßt, meine Herren, daß ich mich schäme, wenn es so herauskommt. Das ist doch keine Formulierung in einer so bedeutenden Frage.
Dr. *Schlögl*: Ein Verfassungsjurist hat mitgearbeitet. Ich bitte dringend, beleidigen Sie den Berufsstand nicht.
Dr. *Horlacher*: Andere Leute sind schließlich auch keine Idioten. Eine Parteidiktatur richten wir nicht auf, sondern eine Demokratie.
Von Prittwitz-Gaffron: Sie haben hier behauptet, daß Herr Dr. *Müller* für den Einheitsstaat eintritt.
Dr. *Horlacher*: Ich habe behauptet, daß das von Herrn Dr. *Müller* gesagt wird.

(Unruhe und Bewegung.)

Ritter von Lex: Ich bin ein alter Freund unserer Sache, ich habe mit *Michel Horlacher* 1933 in der Reichstagsfraktion gesessen, als wir nach reiflicher Überlegung schweren Herzens dem Ermächtigungsgesetz zustimmten. Das kann ich mit ruhigem Gewissen sagen. Aber jetzt muß ich doch auf eines hinweisen: Ich war in Rosenheim dabei und ich war im Mathäser-Bräu, als mein alter Freund *Sepp Müller* eine große Rede gehalten hat. Ich habe in Rosenheim und im Mathäser-Bräu gesehen, daß die Leute bis tief in die Nacht dageblieben sind und die ergreifende soziologische Hinführung der Masse angehört haben. Ich habe gehört, wie Dr. *Müller* geschildert hat, wie er in seiner langen Haft mit vielen Leuten zusammenkam und die Erkenntnis gewann, daß uns nur eines in Bayern, Deutschland und Europa retten kann, nämlich die christliche Nächstenliebe. Ich habe mit vielen Leuten in Rosenheim gesprochen. Die meisten von ihnen waren von der Rede begeistert. Nun wäre es aber notwendig, daß Dr. *Müller* recht bald wieder sprechen und daß recht bald eine Formulierung des Programms der Union erfolgen würde.
Die Situation hat sich noch etwas dadurch verschärft, daß Dr. *Schumacher* eine von seinem und seiner Richtung Standpunkt aus wirklich meisterhafte Rede hingelegt hat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber dabei auch erklärt hat, daß er noch kein Programm habe.
Dr. *Horlacher*: Aber programmatische Erläuterungen hat er gebracht.
Ritter von Lex: Dr. *Schumacher* hat seine Rede ebenso wie Dr. *Müller* begonnen. Ich habe im ersten Augenblick erleichtert aufgeatmet und gedacht, nun können auch wir es uns leisten, zunächst einmal von einem fixierten und formulierten Programm abzusehen, weil es gewisse Zeit und Überlegung erfordert. Das Ganze war aber eigentlich eine gewisse Täuschung. Denn im weiteren Verlauf hat Dr. *Schumacher* sehr exakte und konkrete Formulierungen gebracht.
Nun bin ich der Meinung: Ich habe die Erklärung von Dr. *Horlacher* und seinen Freunden angehört. Die Einleitung würde ich streichen. Das ist auch schon zugestanden worden. Der Schlußsatz gehört unter allen Umständen weg. Der Punkt 1 kann noch geschliffen werden.
Wir haben vorhin alle erklärt, wir wünschen, daß Dr. *Müller* so bald wie möglich kommt. Es würde uns nicht gefallen, wenn diese Sache in seiner Abwesenheit erörtert würde. Ein Stein fiel uns vom Herzen, als er dann zur Tür hereinkam. Wenn die fünf Punkte überarbeitet werden, so kann ich mir denken, daß alle, auch unser Landesvorsitzender, einverstanden sind. Was mir nicht gefallen würde, wäre, wenn die Resolution morgen in irgendeiner offensiven oder aggressiven Form vorgebracht würde. Mir würde es besser gefallen, wenn die Resolution morgen von Dr. *Müller* selbst vor der Wahl zum Landesvorsitzenden proklamiert würde. Wir würden dann einmütig und begeistert zustimmen und anschließend zur Wahl des Landesvorsitzenden schreiten. Redaktionelle Änderungen könnten noch heute nacht vorgenommen werden. Es sollen keine Formulierungen verwendet werden, die dem künftigen Landesvorsitzenden den Weg allzu stark verbauen. Es muß auch gesagt werden, was viele Tausende und Zehntausende in Bayern gesagt haben wollen, und zwar muß das unser Landesvorsitzender morgen in der Landesversammlung sagen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erklärt sein Einverständnis mit dem Vorschlag von *Ritter von Lex*.
Nach weiterer zum Teil lebhafter Aussprache wird ein Redaktionskomitee aus den Herren Dr. *Horlacher*, *Schwingenstein* (zur Zeit abwesend), Dr. *Gronwald*, *Lex* und *Prittwitz-Gaffron* gebildet, das die Entschließung für die morgige Landesversammlung überarbeiten soll.

Schluß der Sitzung des Arbeitsausschusses 19.22 Uhr.

Nr. 18

Tagung der ersten ordentlichen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Bayern am 17. Mai 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Bekanntmachungen des Landessekretariats
2. Genehmigung der Satzungen
3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Wahl des Landesvorsitzenden
5. Kurzer Bericht der Verbände
6. Aufstellung der Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung
7. Grundlinie für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm
8. Sonstiges

Tagungsort: München, Großer Rathaussaal

ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; auf den Seiten 308-318: Rede Müllers, ergänzt durch: Union-Dienst Nr. 7, Sonderbeilage Nr. 2

Beginn: 9.41 Uhr.

Vorsitzender Dr. *Müller*: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die erste Landesversammlung der Union.
Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Die Tagung wird eine Arbeitstagung sein, infolgedessen erspare ich mir zur Einleitung große Begrüßungsworte. Wir wollen nicht mit großen Reden nutzlos Zeit verlieren. Ich werde jetzt die Tagesordnung bekanntgeben. Wir werden so rasch wie möglich in die Tagesordnung eintreten.
Die vorgesehene Tagesordnung lautet:

1. Bekanntmachungen des Landessekretariats
2. Berichterstattung des Landesvorsitzenden
3. Wahl des Landesvorsitzenden
4. Genehmigung der Satzungen
5. Aufstellung der Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung
6. Bericht der Ausschüsse
7. Grundlinie für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm
8. Sonstiges.

Ich bitte vorschlagen zu dürfen, daß wir eine Änderung der Tagesordnung vornehmen. Aus Versehen wurden einige Punkte verändert. Die Wahl des Landesvorsitzenden kann erst vorgenommen werden, wenn die neuen Satzungen angenommen sind.
Infolgedessen würde ich vorschlagen, die Tagesordnung so abzuwickeln, daß sie lautet:

1. Bekanntmachungen des Landessekretariats
2. Genehmigung der Satzungen

[1] Laut Wortlaut des Protokolls (s.u.); die Punkte 5 und 7 wurden bis zur nächsten Landesversammlung zurückgestellt.

3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Wahl des Landesvorsitzenden
5. Kurzer Bericht der Verbände

Ich würde das hier vorschlagen, das war vorgesehen bei "Sonstiges".

6. Aufstellung der Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung

Wenn ich zu den Berichten noch feststellen darf: Ich wäre dankbar, wenn die einzelnen Bezirke vereinbaren würden, wer den kurzen Bericht gibt. Ich wäre dankbar, wenn die Berichte nicht längere Zeit beanspruchen würden als zehn Minuten, es sei denn, daß eine besondere Notwendigkeit für längere Ausführungen bestehen würde. Das würde aber vorher bekanntgegeben werden.

(Zurufe: Fünf Minuten!)

- Fünf Minuten werden vorgeschlagen. Dann darf ich so vorgehen.
Dann kommt als nächster Punkt die Besprechung der Kandidatenliste. Die Kandidatenliste ist aufzustellen von den Bezirksverbänden, wir haben hier nur die Planung der Kandidatenliste vorzunehmen, wenn ich mich so ausdrücken darf.
Nächster Punkt: Bericht der Ausschüsse. Im Zusammenhang damit werden die Grundlinien für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm besprochen.
Letzter Punkt: Sonstiges.
Darf ich Ihre Zustimmung zur Änderung der Tagesordnung annehmen?

(Zurufe: Jawohl!)

- Es widerspricht niemand. Dann ist die Tagesordnung angenommen.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich erteile Herrn *Schmidt* das Wort zu dem Bericht des Landessekretariats.
Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst gestern ist es uns gelungen, dem Landessekretariat die Räume zu verschaffen, die einer politischen Organisation von der Größe der Union entsprechen. Wir haben in der Paul Heysestraße 2-4 im Gebäude der Münchner Zeitung unsere jetzigen Büroräume bezogen. Der Mietvertrag lautet über eine Miete von 4000 RM bei über sechs Räumen. Bisher wurde die gesamte Organisation in zwei Räumen in der Herrnstraße bewältigt - Räume, die eine Reihe von Ihnen gesehen haben -, und wir haben unter den schlechtesten Verhältnissen die Wahlkämpfe bestreiten müssen. Gestern waren wir zum ersten Mal in der Lage, dort die Landessatzungen durchzuberaten, die wir Ihnen heute vorlegen können. Der heutige Tag bedeutet also den Abschluß einer ersten wichtigen Arbeitsepoche unserer Organisation und gibt Anlaß zu einer kleinen *Rückschau über die geleistete Arbeit.*
Wenige Tage nach der Gründung der Christlich-Sozialen Union in Bayern konnten wir an der Schwelle des Jahres 1946 im Deutschen Museum nur ein notdürftiges Büro, einen Raum, beziehen und einen vorläufigen Geschäftsführer mit einer Schreibkraft einstellen. Im selben Raum war die Bezirksgeschäftsstelle von München untergebracht. Unter solchen Umständen mußte die Union in den Gemeindewahlkampf am 27. Januar 1946 gehen. Unter fast den gleichen Verhältnissen mußte der Wahlkampf für die Kreistage geführt werden, mußte sich ein Parteiverkehr großen Ausmaßes abwickeln, das ganze Land mit Werbematerial versehen und der Rednereinsatz gesteuert werden. Die Notlage erforderte einen raschen Aufbau eines wenn auch improvi-

sierten Parteiapparates, sozusagen aus dem Handgelenk. Die Hauptsache aber war, daß die Partei in diesen bewegten Wochen rasch zum Wahlkampf anlaufen konnte, und die Organisation hat ihre Feuerprobe siegreich bestanden.
Nebenher wurde in zahlreichen Besprechungen, Ausschußsitzungen und Konferenzen unentwegt aufgebaut und ein Parteiapparat in den Grundzügen projektiert, der die Aussicht eröffnet, daß die Union in moderner Form in das politische Geschehen eingreifen kann. Während draußen die Union in der horizontalen Organisation aus hunderten von Ortsverbänden Zug um Zug emporwuchs, wurde hier im Landesverband dem vertikalen Aufbau der Ausschüsse noch besonderes Augenmerk zugewendet.
In allen Bezirksverbänden bestehen heute Bezirkssekretariate, in einer Reihe von Kreisverbänden außerdem hauptamtlich bestellte Kreissekretäre mit einem Büro.
Welche Arbeit im Landessekretariat bewältigt wurde, zeigen Ihnen nachfolgende Ziffern: Wir hatten einen außerordentlich umfangreichen Briefumlauf von ca. 60 Briefen am Tag, einen Telefonverkehr von durchschnittlich 400 Gesprächen am Tag. Der Umlauf wird demonstriert durch die Porto- und Telefonkosten. Wir haben Telefongebühren von etwa 3500 RM bezahlen müssen. An Porto- und Postgebühren war insgesamt derselbe Betrag rund zu leisten. Wir haben in dieser Epoche 1,2 Millionen Flugblätter und 150.000 Plakate herausgegeben. Die dafür entstandenen Kosten betrugen rund 20.000 RM. Wir beschäftigen derzeit drei Sekretäre, vier Angestellte und sieben Schreibkräfte, die alle in den beiden kleinen Räumen arbeiten mußten.
Die Bewältigung der eigentlichen Organisations- und Werbetätigkeit nahm neben der laufenden Tätigkeit einen besonders wichtigen Raum ein, insbesondere die Beschaffung von Werbematerial, Kraftfahrzeugen, Betriebsstoff, Papier, die Anschaffung und der Entwurf von Flugblättern und Plakaten, die Herausgabe eines periodisch erscheinenden Schrifttums, die Sammlung und Sichtung aller wichtigen politischen Presseauslassungen in einem Parteiarchiv, die Heranbildung eines tüchtigen Rednernachwuchses in Rednerkursen, die Organisation des Einsatzes aller für das ganze Land zur Verfügung stehenden Redner, die Führung von Karteien, die besondere Förderung des Aufbaues einer Jugend- und Frauenorganisation, die Statistik der Wahlergebnisse usw. Etwa 230 Redner der Union wurden organisatorisch erfaßt und mit einem Redner-Dienst regelmäßig versehen. Etwa 200 größere Versammlungen und Veranstaltungen in ganz Bayern wurden vom Landessekretariat organisiert und mit prominenten Rednern beschickt.
Mögen aus diesen kurzen Ausführungen unsere Freunde im ganzen Lande erkennen, daß die Opfer, die sie für ihre Organisation bringen, für gute Zwecke angelegt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird hierzu das Wort gewünscht? - Nein. Dann darf ich weiterfahren.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung!)

- Ich bitte die Herren Redner, jeweils ihren Namen zu nennen - es wird alles mitstenographiert -, damit der Name ins Protokoll aufgenommen wird.
Dr. *Baumgartner*: *Baumgartner* ist mein Name.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Bevor wir in der Tagesordnung weiterschreiten, darf ich den Herrn Vorsitzenden bitten, mir zu gestatten, eine Anfrage an ihn zu stellen. Ich bin von einer großen Anzahl von Freunden gebeten worden, daß heute gleich am An-

fang eine schwerwiegende Sache geklärt wird, und der Herr Vorsitzende wird das selbst begrüßen, daß Klarheit in einer Sache geschaffen wird, die heute in der Zeitung veröffentlicht ist. Die Pressenotiz lautet:

> Garmisch-Partenkirchen, 16. Mai (DANA): Der Zusammenschluß der christlichen Unionen aller Zonen steht kurz vor seinem Abschluß, erklärte der Landesvorsitzende Dr. *Josef Müller* am Sonntag auf einer CSU-Tagung in Garmisch-Partenkirchen. Eine Zusammenkunft aller Unionen Deutschlands finde, wie angemeldet, vom 27. bis 29. Mai 1946 in Berlin statt. Der Vorsitzende der CSU [sic!] für die sowjetische Besatzungszone, *Jakob*[2] *Kaiser*, habe nach einer Mitteilung von Dr. *Müller* bereits sein Einverständnis zu dem Zusammenschluß erklärt. Dr. *Müller* bezeichnete eine "Christliche Union Europas" als das weitere Ziel der deutschen Union.

Da möchte ich den Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] bitten, uns hier in der ganzen Versammlung Aufklärung zu geben.
Weiter möchte ich den Herrn Vorsitzenden bitten, uns Aufklärung zu geben über ein Protokoll, das über die Sitzungen der verschiedenen Unionen vorhanden ist und das auch Äußerungen unseres Vorsitzenden enthält, von denen ich nicht weiß, ob sie richtig sind, und die der Herr Vorsitzende in der ganzen Versammlung aufzuklären Gelegenheit hat.
Wir wollen in der Union überall von Anfang an Klarheit haben, bevor wir in Einzelberatungen eintreten.
Ich verlese einen Auszug aus dem Protokoll einer Sitzung der Britischen CSU [sic!] am 25. und 26. April 1946 in Neuenkirchen (Kreis Wiedenbrück). - Vorsitzender war der ehemalige Oberbürgermeister Dr. *Adenauer*:

> Dieser berichtete zu Punkt 3 der Tagesordnung über seine Besprechung in Stuttgart anläßlich der Tagung des Länderrats mit den Vorsitzenden der Partei in Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen sowie über seine Besprechung mit dem Vorsitzenden der CSU [sic!] in Berlin, Herrn *Kaiser*, und seinen diesbezüglichen Briefwechsel mit dem Vorsitzenden der süddeutschen Parteien der CDU bzw. der CSU. Er wies insbesondere darauf hin, daß Herr Dr. *Müller*, München, auf einer Tagung der Christlich-Sozialen Union Bayerns zum Ersten Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union Bayerns gewählt worden sei. Auf derselben Tagung habe sich die Christlich-Soziale Union Bayerns mit überwältigender Mehrheit für den Bundesstaat und gegen den durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten *Hoegner* vertretenen Gedanken eines Staatenbundes ausgesprochen.
>
> (Hört, hört!)
>
> Der Vorsitzende gab ferner Kenntnis von dem Beschluß der süddeutschen Parteien, sich innerhalb der amerikanischen Zone zu einer Partei zu verschmelzen, wobei als zweiter Schritt der Zusammenschluß der CDU in der amerikanischen Zone mit derjenigen in der britischen Zone geplant sei. Die Vorsitzenden der süddeutschen Parteien hätten ihn als Vorsitzenden der C[D]U in der britischen Zone beauftragt, die vorbereitenden Schritte beim Kontrollrat zu unternehmen.

[2] In der Vorlage: "Georg".

Eine Anzahl meiner Freunde - wir konnten nur mit ein paar Freunden sprechen - stellt daher folgenden Antrag:

Die Landesversammlung wolle beschließen:
1. Eine Christlich-Soziale Union als Einheitspartei der Christlich-Sozialen Unionen für ganz Deutschland lehnen wir ab.

(Hört, hört! Zuruf: Warum?)

2. Wir wünschen und begrüßen eine enge Zusammenarbeit der Christlich-Sozialen Unionen in allen Teilen Deutschlands und zu diesem Zwecke befürworten wir die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft, um die gemeinsamen Belange der christlichen Staats- und Weltauffassung in Deutschland vertreten zu können.
3. Die Selbständigkeit der einzelnen Christlich-Sozialen Unionen bleibt auf jeden Fall dadurch unberührt.
Dr. *Baumgartner*, Dr. *Horlacher*, Dr. *Schlögl*, *Schwingenstein*, *Piechl*, Dr. *Wittmann*, *Nickl*, *Sauer*, *Naemendig* (?), *Schweiger*, *Weinzierl*, *Huber*, *Schantz*, *Sturm*, *Rothermel*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann zunächst keinen Grund dafür einsehen, daß diese Bekanntmachung jetzt vollzogen wurde. Ich hatte sowieso vorgesehen, einen Bericht zu geben. Es versteht sich eigentlich, daß solche Bekanntmachungen im Zusammenhang mit dem Bericht gemacht worden wären und daß in diesem Zusammenhang Anfragen gestellt würden.

(Sehr richtig!)

Ich bedaure ein solches Vorgehen des Herrn Ministers *Baumgartner*. Wenn ich gewußt hätte, daß er so von der Tagesordnung abweichen und hier Themen zur Tagesordnung stellen will, die jetzt bestimmt noch nicht zur Debatte reif sind, dann hätte ich ihm das Wort nicht gegeben.

(Sehr richtig!)

Ich lege aber jetzt, nachdem das Thema einmal angeschnitten wurde, Wert darauf, wenigstens eine Frage zu behandeln, das ist die heute in der Presse bekanntgegebene DANA-Meldung. Die andere Frage des Berichts über die Zonenpartei stelle ich zurück und gebe den Bericht im Zusammenhang mit meinem Bericht.
Ich nehme Ihr Einverständnis hierzu an.
Dr. *Baumgartner*: Dr. *Müller*, ich wollte nur, daß das behandelt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie haben hier einen Antrag oder eine Resolution oder was es sein soll, bekanntgegeben, die zweckmäßig - will ich zum mindesten sagen - in irgendeinem Zusammenhang mit der Tagesordnung, eventuell im Zusammenhang mit dem Bericht des Landesvorsitzenden über seine Tätigkeit bekanntgegeben worden wäre. Denn es ist selbstverständlich, daß ich doch einen Bericht über die Verhandlungen gebe, die über eine Union auf Zonenbasis geführt wurden.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen muß ich ein solches Vorgehen als unverständlich bezeichnen.
Ich darf auf die DANA-Meldung eingehen und, wenn Sie damit einverstanden sind, insoweit von der Tagesordnung abweichen.
Darf ich Ihr Einverständnis annehmen?

(Zurufe: Jawohl!)

Die DANA hat folgendes bekanntgegeben:

> Garmisch-Partenkirchen, 16. Mai (DANA): Der Zusammenschluß der christlichen Unionen aller Zonen steht kurz vor seinem Abschluß, erklärte der Landesvorsitzende Dr. *Josef Müller* am Sonntag auf einer CSU-Tagung in Garmisch-Partenkirchen. Eine Zusammenkunft aller Unionen Deutschlands finde, wie angemeldet, vom 27. bis 29. Mai 1946 in Berlin statt. Der Vorsitzende der CSU [sic!] für die sowjetische Besatzungszone, *Jakob*[3] *Kaiser*, habe nach einer Mitteilung von Dr. *Müller* bereits sein Einverständnis zu dem Zusammenschluß erklärt. Dr. *Müller* bezeichnete eine "Christliche Union Europas" als das weitere Ziel der deutschen Union.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Parteifreunde, die mich kennen, werden mir zutrauen, daß ich kein Illusionist bin und daß ich bestimmt Erklärungen in einem solchen Sinne mit einem solchen Wortlaut nicht bekanntgegeben habe.

(Zustimmung.)

Wahr ist folgendes: Am letzten Sonntag war eine Vertrauensmännerversammlung der Christlich-Sozialen Union in Garmisch-Partenkirchen, ausdrücklich als Vertrauensmännerversammlung bekanntgegeben, keine Gäste dazu eingeladen. Es hätte höchstens sein können, daß irgendein Berichterstatter der Militärregierung dagewesen wäre, weil die Militärregierung immer das Recht hat, anwesend zu sein und eingeladen ist. Es wurde aber auch nichts davon erwähnt, daß ein Berichterstatter der Militärregierung da sei. Anfangs wurde etwas davon erwähnt, daß die Presse vertreten sei. Auf jeden Fall kann ich sagen: Jedes Wort, das ich gesprochen habe, hätte ohne weiteres in die Presse kommen können, wenn es wahrheitsgemäß wiedergegeben worden wäre.

Ich habe auf die Anfragen der Freunde einen kurzen Überblick über die Union gegeben. Dabei wurden auch Fragen wegen der Partei auf Zonenbasis gestellt. Ich habe erklärt, daß wir die Verhandlungen geführt haben, daß wir an dem Weiterbau der Partei auf Zonen- und Interzonenbasis arbeiten, habe in der Ansprache gegen Schluß erklärt, daß unsere Hauptarbeit immer dem Frieden gelten müsse, daß wir über uns hinauswachsen müßten. Dabei habe ich erwähnt, wenn die Sozialisten eine Internationale haben, dann müßte es eigentlich auch den Vertretern der christlichen Idee in den verschiedenen Parteien der verschiedenen Länder gelingen, zu einer Verständigung auf dieser Friedensbasis zu kommen.

(Beifall.)

Ich bitte einen der Herren von Garmisch, dazu Stellung zu nehmen. Wer meldet sich? *Fleckenstein*: Meine Herren! Herr Dr. *Müller* hat in Garmisch weniger gesagt als das, was er jetzt sagte. Er hat lediglich zuletzt erklärt, der Name Union habe Anklang gefunden, ein Nomen sei ein Omen. Deswegen sei es sein Wunsch, wenn dem Frieden Europas durch eine Einheit des christlichen Gedankens, wie er ihn entwickelt hat, gedient sei, daß der Name Union auch weiter über die Landesgrenzen hinaus in Europa Fuß fasse. Das war alles.

Von Stuttgart und einem Zusammenschluß auf Interzonenbasis wurde lediglich folgendes erklärt: Es wurde mir - Dr. *Müller* - zum Vorwurf gemacht, ich sei nach

[3] In der Vorlage: "Georg".

Stuttgart gefahren und hätte kurzerhand den Zusammenschluß erwogen oder gar angenommen. Dem ist nicht so. Vielmehr sind wir der Meinung, daß wir in Bayern innerhalb der CSU zunächst einmal unseren Aufbau durchführen müssen. So es möglich ist, weiterzugehen und eine Zusammenarbeit zu ermöglichen, geschieht selbstverständlich dafür das äußerste.
Wer den Bericht in die Zeitung gebracht hat, ist uns unerfindlich. Jedenfalls ist der Bericht in jeder Weise gefälscht.

(Bravo!)

Zobel: Als Vertreter von Garmisch möchte ich noch bemerken, daß Dr. *Müller* wörtlich folgendes erklärt hat: "Ein Zusammenschluß in der amerikanischen Zone wird angestrebt und begrüßt. Hinsichtlich der Interzonenfrage wird nur eine Fühlungnahme angestrebt."
Das ist das, was Dr. *Müller* gesagt hat. Es steht in krassem Widerspruch zu dem, was die DANA-Meldung veröffentlicht hat. In der Bezirksversammlung von Oberbayern ist diese DANA-Meldung bereits am vorigen Mittwoch veröffentlicht worden. Wir selbst von Garmisch-Partenkirchen, die an der Versammlung teilgenommen haben, waren über diese Meldung erstaunt, vor allem darüber, daß auch gesagt wurde, die Union könne zu einer europäischen Union werden.
Wir stellen als Versammlungsteilnehmer von Garmisch-Partenkirchen ausdrücklich fest, daß die DANA-Meldung in jeder Beziehung gefälscht bzw. unwahr wiedergegeben worden ist.
Ein Vertreter der Presse ist nicht offiziell anwesend gewesen. Jedoch war der Vertreter des Hochland-Boten, der der CSU angehört, anwesend. Wir werden ihn befragen, ob er diese Meldung veröffentlicht und der DANA weitergegeben hat. Soviel uns bekannt ist, sind auch keine Leute dagewesen, die außerhalb der CSU gestanden haben und die diese Meldung irgendwie hätten herbeigeführt haben können. Wir werden von uns aus alle nötigen Schritte unternehmen, um eine Klärung dieser Meldung herbeizuführen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte folgende Nutzanwendungen daraus zu ziehen:
Erstens: Glauben Sie nicht jeden Schmarren, der verbreitet wird, auch wenn dabei ihr Landesvorsitzender gelästert wird. Ich bin es ja nur noch kurz, aber es kann da stehen wer will, so kann man nicht arbeiten, wenn jeder auf irgendeine Mitteilung hereinfällt. In diesem Falle ist natürlich ein Entschuldigungsgrund gegeben, weil die Meldung durch die Presse gegangen ist, aber man könnte mittlerweile auch gelernt haben, wie manchmal Äußerungen in der sogenannten neutralen Presse zu werten sind.

(Sehr richtig!)

Zweitens: In Vertrauensmännerversammlungen bitte ich jeweils festzustellen, wer da ist.
Selbstverständlich lasse ich überall, wo es darauf ankommt, alles mitschreiben. Soundso oft lasse ich die Reden mitschreiben, vor allem dann, wenn in einer Rede irgendein Thema behandelt wird, das wichtig ist.
Bei Vertrauensmännerversammlungen setzt man voraus, daß eine vertrauliche Aussprache über alle Themen stattfinden kann. Das Recht, in jeder Vertrauensmännerversammlung anwesend zu sein, hat selbstverständlich die Militärregierung, haben die Vertreter der Besatzungsmacht. Sonstige Vertreter, vor allem Vertreter der Presse, sollen nur vereinbarungsgemäß eingeladen sein. Wenn sie da sind, muß man zum

mindesten erwarten, daß sie nachher mit dem Redner darüber sprechen. Ich bitte, dafür zu sorgen, daß das draußen immer so durchgeführt wird.
Ich habe mich, als ich das erste Mal von der DANA-Meldung hörte, selbst schon an die DANA gewandt. Sie hat erklärt, sie könne weiter nichts dafür, ihr Berichterstatter in Garmisch hätte es gebracht. Ich habe daraufhin erklärt, die DANA hat mich soundso oft angerufen und irgendwelche Erklärungen zu verlangen gesucht, vor allem im Zusammenhang mit der Königspartei-Frage. Ich hätte bei einiger Neutralität und loyaler Zusammenarbeit, die nun einmal im politischen öffentlichen Leben notwendig ist, annehmen können, daß man dann, wenn man eine so weitgehende Mitteilung macht, bei der noch von europäischer Union die Rede ist, sich doch zum mindesten vor der Bekanntgabe über den Wortlaut verständigen würde. Das sei um so mehr notwendig, weil doch dort wohl bestimmt nicht ein maßgebender Mann der DANA vertreten gewesen sei. Mehr habe ich dazu zunächst nicht zu sagen.
Die Erklärung zur Zonenbasis-Frage werde ich im Zusammenhang mit meinem Bericht abgeben. Bis dahin wird auch Botschafter *von Prittwitz* da sein, der mich nach Stuttgart begleitet hat und der gleichfalls objektiver Zeuge für den Vorgang ist. Ich glaube, Botschafter *von Prittwitz* ist noch nicht zugegen.

(Zuruf: Nein!)

- Dann darf ich annehmen, daß diese Frage bis zu dieser Besprechung zurückgestellt wird.

(Zuruf: Jawohl!)

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Herren! Die Erörterungen haben ergeben, daß die Klarstellung dieser Frage notwendig gewesen ist. Ich bitte, für alle Zukunft festzuhalten, daß wir in einem neuen Zeitabschnitt leben, einem Zeitabschnitt, in dem die öffentliche Meinung sich wieder äußern kann. Es kann da und dort passieren, daß diese öffentliche Meinung entweder in einzelnen Teilen unrichtig wiedergegeben ist oder schiefe Darstellungen enthält. Unsere Aufgabe ist es dann, dafür zu sorgen, daß das durch die richtige Meinung wieder in Ordnung gebracht wird. Das ist der Zweck der Anfrage, die der Herr Minister *Baumgartner* gestellt hat.
Glauben Sie mir, wir haben diese Anfrage deswegen gestellt, weil das Volk draußen auf all das, was hier mit raschen Vereinigungen zusammenhängt, sehr stark reagiert.

(Sehr richtig!)

Das ist einmal so, daran können wir nicht vorübergehen. Es ist unsere Aufgabe, hier dem Willen unserer Leute Rechnung zu tragen, soweit sie eine Berechtigung dazu haben. Das ist einmal die Aufgabe der Demokratie und wir behalten uns auch vor, daß wir - wie jeder Teilnehmer dieser Versammlung - auch Entschließungen zur Tagesordnung einbringen, denn die Verhältnisse liegen so, daß die Hauptgrundsätze der politischen Linie - das ist kein Vorwurf gegenüber dem Herrn Landesvorsitzenden - von der Landesversammlung bestimmt werden. Weiter kommt hinzu, daß insbesondere der Zusammenschluß mit anderen Parteien in anderen Ländern - und mögen es noch so befreundete Parteien sein - nur durch Beschluß der Landesversammlung erfolgen kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Ich bitte Herrn *Horlacher*, hier jetzt keinen Vortrag zu halten, der außerhalb der Tagesordnung liegt. Wir haben heute ein solches Pensum an Arbeit zu bewältigen. Ich habe deswegen am Anfang auf eine längere Ansprache an Sie verzichtet und ich muß bitten, darauf Bedacht zu neh-

men, daß Sie nur einen Tag hier tagen. Deshalb bitte ich Herrn *Horlacher*, davon abzusehen, lange Ausführungen zu Themen zu machen, die im Augenblick zum mindesten nicht zur Debatte stehen. Wir wollen die Tagesordnung weiter behandeln.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte ums Wort. - Wenn der Herr Vorsitzende mich nicht unterbrochen hätte, wäre ich schon am Ende gewesen und hätte gesagt, daß wir uns vorbehalten, die Erörterung bei den zuständigen Tagesordnungspunkten vorzunehmen.
Im übrigen bitte ich den Herrn Vorsitzenden, über diese Frage nicht in Aufregung zu geraten. Wir behalten uns trotzdem vor, grundsätzliche Fragen in der Landesversammlung zu erörtern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Ich habe keine Veranlassung, in Aufregung zu geraten. Ich gerate nur dann in Aufregung, wenn etwas unzweckmässig abgewickelt wird, weil am Schlusse wir alle miteinander die Zeche zu bezahlen haben, nicht nach Hause kommen und die beste Arbeit versäumen.
Schwingenstein: Nur drei Sätze! Ich begrüße es, daß diese DANA-Meldung falsch ist. Ich bedaure aber, daß es leider Gottes in der letzten Zeit wiederholt notwendig ist, hinter DANA-Meldungen ein Fragezeichen zu machen. Die Presse hat sich wiederholt mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Wir werden in der nächsten Woche in Rothenburg eine große Presse-Tagung abhalten, auf der ich diese Falschmeldungen der DANA zur Diskussion stellen werde.

(Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich in der Tagesordnung weiterfahren. Steht das Stimmrecht fest?

(Zuruf: Noch nicht!)

- Wir treten in die Besprechung der Satzung ein. Sollte eine Abstimmung notwendig sein, werde ich diese so lange zurückstellen, bis das Stimmrecht festgestellt ist. Ich möchte aber keine Zeit versäumen und darf infolgedessen sofort die Verlesung der Satzung beginnen. Wir werden, wenn Sie einverstanden sind, so vorgehen, daß die Satzungen zunächst abschnittsweise von Herrn *Gronwald* als Berichterstatter behandelt werden. Herr *Gronwald* hat wesentlich am Aufbau der Satzung gemeinsam mit den Münchner Herren mitgearbeitet. Es lagen zunächst zwei Vorschläge für die Satzung vor, einer der im offiziellen Auftrag der Landesleitung entworfen wurde, und ein Entwurf, von Oberfranken eingereicht. Beide Entwürfe[4] wurden in einem Arbeitsausschuß zusammengearbeitet und im Landesausschuß behandelt. Im Landesausschuß hat dann Schwaben, vertreten durch Parteifreund *Rindt*, sehr gute Anregungen für den weiteren Ausbau der Satzungen gebracht, und zwar für den Einbau des Ständeprinzips. Das war die Diskussionsgrundlage für die gestrige Besprechung des Arbeitsausschusses. Gestern wurde der Satzungsentwurf so ausgearbeitet, wie er Ihnen jetzt bekannt gemacht wird.
Ich bitte Herrn *Gronwald*, mit dem Referat zu beginnen. Es wird noch nicht über die einzelnen Paragraphen abgestimmt. Es werden zuerst die Abschnitte behandelt, dann wird über die einzelnen Paragraphen abgestimmt.
Haben die Parteifreunde alle ein Exemplar der Satzung vor sich liegen, soweit diese ausreichen?

(Zustimmende Zurufe.)

[4] In der Vorlage: "Bei 2 Entwürfen".

- Dann bitte ich Herrn *Gronwald* zu beginnen.
Gronwald: Meine Damen und Herren! Die vorliegende Satzung zerfällt in fünf Hauptteile, und zwar den Teil A, der Name, Sitz und Aufgabe der Union behandelt, den Teil B, in dem die Frage der Mitgliedschaft geregelt ist, weiter Teil C, der die Gliederung der Union darstellt und die Aufgaben der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und des Landesverbandes behandelt und gleichzeitig die Rahmensatzung für diese Untergliederungen, für diese Verbände enthält, ferner den Teil D, der die Beitragsfrage zum Gegenstand hat, schließlich den Teil E, der allgemeine Bestimmungen geschäftsordnungsmäßiger Art enthält.
Ich verlese den Teil A.

A) Name, Sitz und Aufgabe

§ 1

Name und Sitz

Die "Christlich-Soziale Union" ist eine politische Partei. Sie führt den Namen "Christlich-Soziale Union in Bayern", hat ihren Sitz in München und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2

Aufgabe

1. Aufgabe der Christlich-Sozialen Union (im folgenden kurz "Union" genannt) ist der politische Zusammenschluß aller auf dem Boden der christlichen Kulturauffassung, der Demokratie und des sozialen Verantwortungsbewußtseins stehenden Staatsbürger mit der Aufgabe, die im Programm der Union festgelegten Ziele mit den Mitteln einer politischen Partei im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen.
2. Zu diesem Zweck
   a) wirbt sie Mitglieder,
   b) sammelt sie Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben,
   c) veranstaltet sie Versammlungen, Lehrgänge und sonstige Zusammenkünfte zur Verbreitung und Vertiefung ihrer politischen Grundsätze,
   d) gibt sie Zeitschriften, Zeitungen und sonstiges politisches Schrifttum heraus,
   e) stellt sie Kandidaten für die politischen Wahlen auf.

Es kommt dann der Teil B mit den Paragraphen 3 - 8, der die Frage der Mitgliedschaft behandelt, und zwar werden zunächst die Voraussetzungen über den Erwerb der Mitgliedschaft geklärt, dann wird der Erwerb selbst behandelt. In § 5 werden dann die Rechte, in § 6 die Pflichten der Mitglieder behandelt, in § 7 die Frage des Austritts, der Streichung und des Ausschlusses geregelt.
Es ist hier ein Unterschied zwischen Austritt, Streichung und Ausschluß in der Weise, daß der Austritt durch schriftliche Erklärung, durch eigenen Entschluß erfolgen kann. Die Streichung erfolgt, wenn jemand schuldhaft mindestens sechs Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Der Ausschluß kann im Schiedsgerichtsverfahren durchgeführt werden auf Antrag der Vorstandschaft des Ortsverbandes, eventuell des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes, wenn das Mitglied gegen die guten Sitten, gegen die Satzungen oder gegen die Parteidisziplin verstoßen hat, ferner aus anderen Gründen, die im § 7 enthalten sind.

§ 8 bestimmt dann, daß Streitigkeiten unter Mitgliedern zunächst durch ein Schiedsgericht beigelegt werden sollen. Antragsberechtigt ist jedes Mitglied.
Ich lese nun den Abschnitt "Mitgliedschaft":

B) Mitgliedschaft

§ 3

Voraussetzungen

Mitglieder der Union können alle ehrbaren, wahlberechtigten Männer und Frauen werden, die sich zum Programm der Union bekennen und keiner anderen politischen Partei angehören. Vorübergehendes Ruhen des Wahlrechts wegen kurzfristigen Zuzuges steht der Aufnahme nicht im Wege, ebensowenig jugendliches Alter, wenn der Antragsteller das 17. Lebensjahr vollendet hat.

§ 4

Erwerb

1. Die Aufnahme in die Union kann jederzeit bei dem für den Wohnsitz des Bewerbers zuständigen Ortsverband beantragt werden. In Ausnahmefällen kann der Aufnahmeantrag auch bei einem Kreis- oder Bezirksverband eingebracht werden, der die Aufnahme bei einem Ortsverband veranlaßt. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Gleichzeitig sind die Satzungen, das Programm und die Schiedsgerichtsordnung der Union schriftlich anzuerkennen.
2. Über die Aufnahme entscheidet die Ortsvorstandschaft.
3. Der Beitritt wird erst mit der Aushändigung der Mitgliedskarte wirksam.
4. Lehnt die Ortsvorstandschaft die Aufnahme ab, so kann der Bewerber die Entscheidung der Kreisverbandsvorstandschaft anrufen. Gegen diesen Entscheid ist Berufung bei der Bezirksvorstandschaft zulässig.

Nun kommt etwas, was korrigiert wird, weil es nicht ganz richtig abgeschrieben ist.
Richtig geht es weiter:

In grundsätzlichen Fragen kann gegen die Entscheidung der Bezirksvorstandschaft die Landesvorstandschaft angerufen werden. Diese beschließt endgültig.

5. Bei Ortswechsel soll das Mitglied seine Umschreibung zum neuen Ortsverband herbeiführen.

§ 5

Rechte

Jedes Mitglied hat das Recht

a) das Programm der Union mitzugestalten und auf die politische Arbeit Einfluß zu nehmen,
b) die Rechenschaftsberichte der Organe und Vertreter der Union zu prüfen,
c) an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen,
d) bei der Aufstellung von Bewerbern für Wahlen mitzuwirken.

Diese Rechte können nur innerhalb der Einrichtungen und auf den Tagungen der Union wahrgenommen werden. Nur Mitglieder können ein Amt oder eine Kandidatur in der Union übernehmen.

§ 6

Pflichten

Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich an den Aufgaben der Union zu beteiligen, die Grundsätze der Union zu vertreten, sich für ihre Ziele einzusetzen und den Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

§ 7

Verlust der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch
   a) Austritt,
   b) Streichung,
   c) Ausschluß.
2. Ein Mitglied kann jederzeit durch schriftliche Erklärung bei dem Ortsverband, bei dem es als Mitglied geführt wird, austreten. Es hat jedoch keinen Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen.
3. Ein Mitglied kann durch Beschluß seiner Ortsverbandsvorstandschaft gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung schuldhaft mit mindestens sechs Monatsbeiträgen im Rückstand geblieben ist.
4. Ein Mitglied kann durch Beschluß des Schiedsgerichts ausgeschlossen werden, wenn es
   a) gegen die guten Sitten verstoßen hat,
   b) wegen einer ehrenrührigen Handlung verurteilt ist,
   c) den Grundsätzen oder den Satzungen der Union bewußt entgegengearbeitet hat,
   d) gegen die Parteidisziplin erheblich verstoßen hat,
   e) bewußt unwahre Angaben im Aufnahmeantrag gemacht hat.
5. Das Schiedsgerichtsverfahren wird von der Vorstandschaft des Ortsverbandes beantragt. Es kann auch von den Vorstandschaften des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes beantragt werden, wenn das Mitglied Mandatsträger ist oder diesen Gliederungen als Vertreter oder gewähltes Mitglied angehört.
6. Der Ausschluß wird dem Mitgliede durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.

§ 8

Streitigkeiten

Streitigkeiten unter Mitgliedern, die das Parteiinteresse berühren, sind nach der Schiedsordnung einem Ehrengericht vorzulegen. Antragsberechtigt ist jedes einzelne Mitglied.

Es folgt Teil C, der die Gliederung der Union behandelt und bei der Besprechung der einzelnen Gliederungen auch gleichzeitig die Satzung der Ortsverbände, Kreisverbände und Bezirksverbände enthält. Das ist aus doppeltem Grunde geschehen: Einmal deswegen, um den Verbänden draußen im Lande bei der Aufstellung von Satzungen an die Hand zu gehen und ihnen hier eine Mustersatzung zu geben. Zweitens auch darum, daß mit der Annahme dieser Satzung durch die Landesversammlung und ihrer Genehmigung durch die Militärregierung automatisch auch die Satzungen der Ortsverbände, Kreisverbände und Bezirksverbände genehmigt sind, also diese vielfachen Verfahren im Lande nicht erforderlich sind.

Die Ortsverbände umfassen in der Regel den Bereich einiger Ortschaften einer Gemeinde, in größeren Städten können sie auch für Stadtteile gebildet werden.

Hier sind dann weiter die Aufgaben der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und schließlich die Organe festgestellt: Mitgliederversammlungen, Vorstandschaft und, für den Fall, daß es zweckmäßig erscheint, Beirat und schließlich für Sonderaufgaben die Ausschüsse, soweit auch hier die Bildung von Ausschüssen geraten erscheint.
Es sind dann weiter die Aufgaben der Mitgliederversammlung, der Vorstandschaft, des Beirats und der Ausschüsse festgestellt.

C) Gliederung der Union

§ 9

Übersicht

Die Union gliedert sich in

I. Ortsverbände
II. Kreisverbände
III. Bezirksverbände
IV. den Landesverband

I. Ortsverbände

§ 10

Bereich

Die Mitglieder einer oder mehrerer Ortschaften einer politischen Gemeinde oder eines Stadtteils gleicher Größenordnung bilden einen Ortsverband.

§ 11

Aufgaben

Die Ortsverbände haben die Aufgabe

a) Das Gedankengut der Union in Wort und Schrift unter der Bevölkerung zu verbreiten und unablässig für die Ziele der Union zu werben,
b) das Verständnis für die Politik der Union unter den Mitgliedern zu pflegen, ihr politisches Interesse zu fördern und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik zu befähigen,
c) Kandidaten für die örtlichen Wahlen aufzustellen,
d) die politischen Grundsätze der Union in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs zu vertreten,
e) die Mitgliederliste zu führen,
f) die Beiträge einzuziehen.

§ 12

Organe

Die Organe der Ortsverbände sind:

1. Die Mitgliederversammlung,
2. die Vorstandschaft,
3. ein nach Bedarf zu bildender Beirat,
4. nach Bedarf zu bildende Ausschüsse.

§ 13

Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung beschließt über:
   a) die Wahl der Vorstandschaft,
   b) die Wahl der Kassenprüfer,

c) die Jahresrechnung und Entlastung der Vorstandschaft,
d) die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
e) die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
f) die Aufstellung der Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereichs,
g) die Wahl von Vertretern zum Kreisverband,
h) sämtliche das Interesse des Ortsverbandes berührenden Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
i) die Grundsätze der örtlichen Kommunalpolitik.

2. Der Vorsitzende ist verpflichtet, im 1. Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.
3. Weitere Mitgliederversammlungen können nach Bedarf anberaumt werden.
4. Eine Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn dieses von mindestens einem Drittel aller Mitglieder unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Vorstandschaft beantragt wird, oder wenn es sonst das Interesse des Ortsverbandes erfordert, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.

§ 14

Vorstandschaft

1. Die Ortsvorstandschaft besteht aus mindestens drei Mitgliedern, und zwar
a) dem Vorsitzenden,
b) zwei weiteren Mitgliedern.
2. Die Vorstandschaft wird für ein Jahr gewählt, sie ist ehrenamtlich tätig.
3. Die Inhaber von Mandaten zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, dem Bezirkstag oder den Parlamenten und die Angehörigen der höheren Organisationsstufen der Union haben, sofern sie im Bereich der Ortsverbände ansässig sind, Sitz und Stimme in der Vorstandschaft, Ausnahmen hiervon § 15, Abs. 3.

§ 15

Beirat

1. Sofern die Größe des Ortsverbandes oder andere Umstände es zweckmäßig erscheinen lassen, kann die Mitgliederversammlung beschließen, der Vorstandschaft einen Beirat zuzuordnen.
2. Der Beirat soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere Vertreter der Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes, der Industrie, der freien Berufe, des kulturellen Sektors, der Arbeiterschaft, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend enthalten.
3. Die Mitglieder, die Vertreter der Union in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften im Bereich des Ortsverbandes sind, gehören dem Beirat an. Sie scheiden in diesem Falle, wenn sie nicht gewählte Vorstandsmitglieder sind, bis auf den Fraktionsführer oder einen sonst von ihnen zu benennenden Vertreter, aus der Vorstandschaft aus. § 14, Abs. 3 ist insoweit nicht auf diesen Personenkreis anzuwenden.
4. Bestehen im Bereich des Ortsverbandes Ausschüsse für besondere Aufgaben, so gehören die Obleute dieser Ausschüsse ebenfalls dem Beirat an.

5. Die Stärke des Beirats und die Anzahl der aus den einzelnen Berufsständen zu wählenden Mitglieder beschließt die Mitgliederversammlung. Die Wahlperiode beträgt ein Jahr. Der Ortsvorsitzende ist gleichzeitig Vorsitzender des Beirats.
6. Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politischen und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, eilbedürftigen Fällen, insbesondere solchen gemäß § 13 Abs. 1 Ziffer f - i, kann der Beirat an die Stelle der Mitgliederversammlung treten, doch ist dieser nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu berichten.

§ 16

Ausschüsse

1. Aufgaben
   Zur Bearbeitung besonderer Aufgaben vor allem auf den Gebieten der Kultur-, Wirtschafts- und Kommunalpolitik oder zur Pflege der Belange der dem Ortsverband angehörenden Frauen und der Jugend, kann die Mitgliederversammlung die Errichtung besonderer Ausschüsse beschließen.
2. Ausschußmitglieder
   An den Arbeiten der Ausschüsse können alle Mitglieder teilnehmen, die daran interessiert sind.
3. Obleute
   Die Ausschüsse wählen sich aus ihrer Mitte einen Obmann. Der Obmann lädt die Mitglieder des Ausschusses im Einvernehmen mit dem Ortsvorsitzenden zu Versammlungen ein, leitet diese und unterrichtet die Ortsverbandvorstandschaft über die Ergebnisse der Ausschußtätigkeit. Die Obleute gehören dem Beirat an.
4. Die Ortsausschüsse wählen Vertreter zu den entsprechenden Ausschüssen des Kreisverbandes.

§ 17

Auflösung

Der Ortsverband wird aufgelöst:
a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.
§ 64 dieser Satzung gilt entsprechend.

§ 18

Geschäftsordnung

§§ 58 - 70 dieser Satzung gelten entsprechend.

- Das sind die geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen.
Die Kreisverbände: Die Kreisverbände sind ähnlich gegliedert wie die Ortsverbände. Das höchste Organ ist die Kreisversammlung. Die Geschäfte führt der Vorstand. Dem Vorstand ist ein Beirat beigegeben. Die Tätigkeit von Vorstand und Beirat kann ergänzt werden durch Ausschüsse, die diese zu beraten haben. Die Aufgaben sind dazu hier im einzelnen festgehalten:

II. Kreisverbände

§ 19

Bildung von Kreisverbänden

Die Ortsverbände eines Landkreises oder einer kreisunmittelbaren Stadt bilden einen Kreisverband.

§ 20

Aufgaben der Kreisverbände sind:

a) Aufbau der inneren und äußeren Organisation der Union innerhalb des Kreises, Werbung für ihre Ziele in Wort und Schrift,
b) Beteiligung am öffentlichen politischen Leben des Kreises,
c) Errichtung von Ausschüssen für die verschiedenen Bereiche des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens,
d) Aufstellung von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der zuständigen Kreisinstanz,
e) Vorschlag von Landtagskandidaten,
f) Wahl von Delegierten für die höheren Organisationsstufen der Union,
g) Unterstützung und Beratung der Ortsverbandsvorstände,
h) Unterrichtung und Schulung der Mitarbeiter.

§ 21

Organe der Kreisverbände sind:

a) die Kreisverbandsversammlung,
b) die Kreisverbandsvorstandschaft,
c) der Beirat des Kreisverbandes,
d) die nach Bedarf zu bildenden Arbeitsausschüsse,
e) das Schiedsgericht.

§ 22

Die Kreisverbandsversammlung besteht [aus]:

a) je zwei in geheimer Wahl von den angeschlossenen Ortsverbänden gewählten Vertretern,
b) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mandatsträgern zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften der Kreisinstanz, des Bezirkstages sowie der Parlamente,
c) den im Gebiet des Kreisverbandes ansässigen Mitgliedern der übergeordneten Organisationsstufen der Union.

§ 23

Aufgaben der Kreisverbandsversammlung sind:

a) Wahl der Kreisverbandsvorstandschaft und des Beirats,
b) Wahl der Ausschußvorsitzenden,
c) Aufstellen von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsorgane der Kreisinstanz,
d) Nominierung von Landtagskandidaten,
e) Wahl von Vertretern zu übergeordneten Organisationsstufen der Union,
f) Aufstellen von Richtlinien für die politische Tätigkeit innerhalb des Kreises nach Maßgabe der Beschlüsse der Landesvorstandschaft,
g) Entgegennahme und Genehmigung des Haushaltungsvoranschlags und der Jahresrechnung,

h) Entlastung des Vorstandes,
i) Festsetzung der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
k) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Kreisverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung,
l) Beschlußfassung über die den Mitgliedern der Vorstandschaft in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
m) Wahl von zwei Kassenprüfern.

§ 24

Einberufung

1. Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich einmal, sonst nach Bedarf zusammen. Sie ist vom Kreisvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen einzuberufen.
2. Die Kreisversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder das schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Kreisvorstandschaft beantragt, oder wenn der Bezirksvorstand oder der Landesvorstand es verlangen.

§ 25

Kreisvorstandschaft

1. Die Kreisvorstandschaft besteht aus:
   a) dem Vorsitzenden,
   b) mindestens vier weiteren Mitgliedern,
   c) dem Vorsitzenden der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion,
   d) den im Kreisgebiet ansässigen Mitgliedern des Bezirkstags, den Landtagsabgeordneten und Mitgliedern der Vorstandschaften der höheren Organisationsstufen der Union.
2. Die Vorstandschaftsmitglieder zu 1. und 2. werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.

§ 26

Kreisbeirat

1. Aufgaben:
   Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung der dem Kreisverbande gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, besonders eilbedürftigen Fällen (§ 23, Abs. c, d, e, l, k) kann der Beirat an die Stelle der Kreisversammlung treten; jedoch ist diese nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu unterrichten.
2. Zusammensetzung:
   Der Kreisbeirat wird von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Er soll berufsständisch gegliedert sein und insbesondere aus Vertretern der Landwirtschaft, Arbeiterschaft, des Handels und Gewerbes, der Industrie, des kulturellen Sektors, der freien Berufe, der Beamtenschaft sowie der Frauen und der Jugend bestehen.
   Dem Kreisbeirat gehören ferner an:
   die Vorsitzenden der Ausschüsse und die Mitglieder der Kreistags- (Stadtrats-) Fraktion.

Der Vorsitzende des Kreisverbandes übt gleichzeitig den Vorsitz im Kreisbeirat aus.

§ 27

Kreisausschüsse

1. Die Kreisverbände können für kulturelle, kommunalpolitische, wirtschaftliche und sonstige Sonderaufgaben Ausschüsse errichten.
2. Mitglieder:
   a) Die Ausschußvorsitzenden werden von der Kreisversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
   b) Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Ortsvorstandschaften berufen.
3. Aufgaben:
   Die Ausschüsse tagen nach Bedarf. Sie haben die Aufgabe, das politische Wollen der Union zu verbreiten und zu vertiefen, die politische Tätigkeit der Union durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen, die Mitglieder über den politischen Weg der Union zu unterrichten und sie immer wieder zur Mitarbeit anzuregen. Die Vorsitzenden berichten der Kreisvorstandschaft über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 28

Schiedsgericht

Jeder Kreisverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Besetzung, Zuständigkeit und Verfahren des Schiedsgerichts richten sich nach der vom Landesverband beschlossenen Schiedsordnung.

§ 29

Auflösung

Der Kreisverband wird aufgelöst:

1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft. § 63 Abs. 2 dieser Satzung gilt entsprechend.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter 3 - drei - gesunken ist.

§ 30

Geschäftsordnung

§§ 57 - 69 gelten entsprechend.

Die nächsthöhere Organisationsstufe sind die Bezirksverbände, die aus den Kreisverbänden eines bestimmen Bezirks, in der Regel eines Regierungsbezirks gebildet werden.
Die Bezirksverbände sind ähnlich gegliedert wie die Kreisverbände. Oberste Stellen: die Bezirksversammlung, dann der Bezirksvorstand. Es kommt dann - hier bei der Bezirksvorstandschaft neu eingefügt - der Bezirksständerat. Dieser wird gebildet aus je einem Vertreter der Berufsstände und hat die Aufgabe, die berufsständischen Fragen zu behandeln und sie der Bezirksversammlung zur Beschlußfassung zuzuleiten.
Ich lese weiter:

III. Bezirksverbände

§ 31

Bildung von Bezirksverbänden

Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München.

Städten mit mehr als 150.000 Einwohnern kann auf Antrag die Stellung eines Bezirksverbandes durch den Landesausschuß gewährt werden.

§ 32

Aufgaben:

Aufgaben des Bezirksverbandes sind:

a) Durchführung der politischen Beschlüsse des Landesverbandes,
b) Unterstützung und Beratung der Kreis- und Ortsverbände bei Durchführung ihrer Aufgaben,
c) politischer und organisatorischer Erfahrungsaustausch mit den Kreisverbänden,
d) Festigung und Ausbau der Organisation innerhalb des Bezirksverbandes,
e) Förderung der planmäßigen Werbung für die Ziele der Union,
f) Veranstaltung von politischen Ausbildungslehrgängen,
g) Aufstellen von Wahlvorschlägen für die Landtagswahlen.

§ 33

Organe:

Organe des Bezirksverbandes sind:

1. die Bezirksversammlung,
2. die Bezirksvorstandschaft,
3. der Bezirksständerat,
4. nach Bedarf zu bildende Arbeitsausschüsse,
5. das Schiedsgericht.

§ 34

Bezirksversammlung

Die Bezirksversammlung besteht aus:

a) je zwei Vertretern der angeschlossenen Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind,
b) den im Gebiet des Bezirksverbandes ansässigen Landtagsabgeordneten und Angehörigen der Organe des Landesverbandes,
c) den Mitgliedern der Bezirkstagsfraktion,
d) bei städtischen Bezirksverbänden ferner aus den Mitgliedern der Stadtratsfraktion.

§ 35

Aufgaben

Aufgaben der Bezirksversammlung sind:

a) Wahl der Vorstandschaft,
b) Wahl der Mitglieder des Bezirksständerates,
c) Wahl der Mitglieder der Ausschüsse,
d) Wahl der Kassenprüfer,
e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Vorstandschaft,

f) Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
g) Beschlußfassung über die den Vorstandsmitgliedern im besondern zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle.
h) Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Landtag,
i) Wahl von Vertretern zur Landesversammlung, zum Landesausschuß und zur Landesvorstandschaft,
k) Aufstellen von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des Bezirksverbandes nach Maßgabe der Beschlüsse des Landesverbandes,
l) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Bezirksverbandes berührenden politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung.

§ 36

Einberufung

1. Die Bezirksversammlung tritt mindestens halbjährlich, außerdem nach Bedarf zusammen. Sie wird vom Bezirksvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen einberufen.
2. Die Bezirksversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der angeschlossenen Kreisverbände dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 37

Bezirksvorstandschaft

1. Die Bezirksvorstandschaft besteht aus:
   a) dem Vorsitzenden,
   b) mindestens sechs weiteren Mitgliedern,
   c) den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten der Union,
   d) den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
   e) dem Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion, bei städtischen Bezirksverbänden dem Vorsitzenden der Stadtratsfraktion.
2. Die Vorstandsmitglieder zu a) und b) werden von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.
3. Die Bezirksvorstandschaft soll mindestens vierteljährlich zusammentreten, sie wird im übrigen nach Bedarf vom Bezirksvorsitzenden berufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.
   Die Sitzung ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Bezirksvorstandschaft dies schriftlich unter Angabe der Gründe beim Bezirksvorsitzenden beantragt oder wenn die Landesvorstandschaft es verlangt.

§ 38

Bezirksständerat

1. Der Bezirksständerat besteht aus je einem Vertreter
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,
   c) der Industrie,

d) des Handwerks,
e) des Handels,
f) des Geld- und Kreditwesens,
g) der freien Berufe,
h) der Angestellten,
i) der Beamten,
k) der Hausfrauen,
l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.

2. Die Mitglieder des Bezirksständerates werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung gewählt.
3. Der Bezirksvorsitzende führt gleichzeitig den Vorsitz im Bezirksständerat. Der Bezirksständerat wählt aus seiner Mitte einen stellvertretenden Vorsitzenden.
4. Der Bezirksvorsitzende beruft den Bezirksständerat nach Bedarf schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen zu Sitzungen ein. Er tritt im übrigen regelmäßig gleichzeitig mit der Bezirksversammlung zusammen.
5. Der Bezirksständerat hat die Aufgabe, alle Fragen zu beraten, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände betreffen. Er kann seine Anträge dem Berufsständerat der Landesvorstandschaft oder der Bezirksversammlung vorlegen. Im letzten Fall beschließt die Bezirksversammlung über die Anträge unter stimmberechtigter Zuziehung der Mitglieder des Bezirksständerats.

§ 39

Ausschüsse

1. Die Bezirksversammlung kann zur Behandlung von Sonderaufgaben und von Fachfragen die Errichtung von Ausschüssen beschließen.
2. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt.
3. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Ausschußvorsitzenden aufgrund von Vorschlägen der Kreisverbände berufen.
4. Die Ausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie haben die Aufgabe, die politische Zielsetzung zu vertiefen und ihre Tätigkeit durch Bereitstellen von Unterlagen anzuregen. Die Vorsitzenden berichten dem Bezirksvorstand über das Ergebnis der Ausschußtätigkeit.

§ 40

Schiedsgericht

Für das beim Bezirksverband zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Schiedsordnung.

Zu § 38: -

Dr. *Falkner*: Ich nehme Bezug auf § 50 der Satzung, der den berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft regelt. Dort haben wir festgesetzt, daß je zwei Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit berufen werden sollen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte vorschlagen, jetzt noch in keine Einzeldebatten einzutreten. Wir gehen das noch im einzelnen durch. Mittlerweile ist das Stimmrecht festgestellt. Dann wird über die einzelnen Paragraphen debattiert. Wir müssen das, damit wir eine legale Grundlage bekommen.

Wird das gebilligt? - Einverstanden.

Gronwald: Der Landesverband. Organe des Landesverbandes: Das oberste Organ ist die Landesversammlung. Aus ihr heraus wird der Landesausschuß gebildet, der eine verkleinerte Landesversammlung darstellt und häufiger im Jahre zusammentritt, während vorgesehen ist, daß die Landesversammlung im Jahre im allgemeinen nur einmal tagt. Der Landesausschuß wählt die Landesvorstandschaft. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung gewählt, während es Aufgabe des Landesausschusses ist, aus seiner Mitte die Vorstandschaft zu bilden. Die Landesvorstandschaft verjüngt sich dann in eine geschäftsführende Vorstandschaft. Während die Landesvorstandschaft an sich ein ziemlich großes Gremium ist, soll die geschäftsführende Vorstandschaft aus sieben Mitgliedern bestehen. Dieses kleine Gremium ist deswegen miteingeschaltet, um dem Vorsitzenden jederzeit einen Kreis zur Verfügung zu stellen, der schnell zusammentreten und ihn in allen wichtigen und dringenden Fragen beraten kann.
Neu eingeschaltet ist hier der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft. Schließlich stehen der Vorstandschaft noch die Arbeits- und Organisationsausschüsse beratend zur Seite.

IV. Landesverband

§ 41

Organe

Organe des Landesverbandes sind:

a) die Landesversammlung,
b) der Landesausschuß,
c) die Landesvorstandschaft,
d) die geschäftsführende Landesvorstandschaft,
e) der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft,
f) die Arbeits- und Organisationsausschüsse.

§ 42

Landesversammlung

Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Sie besteht aus:

a) je zwei stimmberechtigten Vertretern der Kreisverbände,
b) den Mitgliedern der Landesvorstandschaft,
c) den Mitgliedern des Landtages, soweit sie der Union angehören,
d) den Mitgliedern des berufständischen Rates der Landesvorstandschaft,
e) fünf Vertretern der Frauen und fünf Vertretern der Jugend.

§ 43

Aufgaben:

Die Landesversammlung wählt den Landesvorsitzenden für die Dauer eines Jahres.

Ihr obliegt ferner die Beschlußfassung über:

a) die Satzung und deren Änderungen,
b) das Programm,
c) die Richtlinien der Politik,
d) die Schiedsordnung,
e) die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

§ 44

Einberufung:

Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Eine außerordentliche Landesversammlung muß in derselben Weise einberufen werden:

a) auf Beschluß der geschäftsführenden Landesvorstandschaft,
b) auf Antrag von mindestens fünf Bezirksverbänden.

§ 45

Landesausschuß

Zur Entlastung der Landesversammlung wird ein Landesausschuß gebildet. Er besteht aus:

a) der Landesvorstandschaft,
b) dem berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft,
c) je fünf Vertretern der Bezirksverbände,
d) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
e) drei Vertretern der Frauen und drei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

§ 46

Aufgaben

1. Dem Landesausschuß obliegt die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung, die der Landesversammlung nicht vorgelegen haben.
2. Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
   a) die Wahl der Landesvorstandschaft,
   b) die Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
   c) die Zustimmung zu den Landtagswahlvorschlägen der Bezirksverbände,
   d) die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes,
   e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,
   f) Festsetzung der Beiträge,
   g) Besetzung des Landesschiedsgerichtes,
   h) Beschlußfassung über organisatorische Fragen,
   i) Wahl von zwei Kassenprüfern.
3. Der Landesausschuß tritt mindestens zweimal im Jahre zusammen. Im übrigen kann er nach Bedarf vom Landesvorsitzenden berufen werden. Die Einladungen erfolgen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen. Der Landesausschuß muß einberufen werden, wenn dies mindestens von einem Drittel seiner Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe bei der Landesvorstandschaft beantragt wird.

§ 47

Landesvorstandschaft

Die Landesvorstandschaft besteht aus:

a) dem Landesvorsitzenden,
b) zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
c) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,

d) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
e) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
f) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates,
g) zwei Vertretern der Frauen und
h) zwei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

§ 48

Aufgaben

Zu den Aufgaben der Landesvorstandschaft gehören insbesondere:
a) Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik,
b) Anstellung des Landesgeschäftsführers,
c) Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes,
d) Überwachung der Kassenführung,
e) Überwachung der politischen Tätigkeit der Unterverbände der Union,
f) Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigem politischen Schrifttum,
g) Veranstaltung von Lehrgängen und Arbeitsgemeinschaften zur Schulung von Mitarbeitern und zur Vertiefung der politischen Grundsätze der Union,
h) Anstellung von Bezirks- und Kreisgeschäftsführern,
i) Erlaß einer Besoldungsordnung und Dienstanweisung für die Angestellten der Union,
k) Anstellung eines Revisors.

§ 49

Die Landesvorstandschaft tritt mindestens vierteljährlich zusammen. Sie wird vom Landesvorsitzenden schriftlich mit einer Frist von sieben Tagen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristig erfolgen. Sie muß erfolgen, wenn das mindestens von einem Drittel [ihrer] Mitglieder schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird.

Die Landesvorstandschaft verteilt ihre Ämter selbst, sie muß jedoch mindestens ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied und einen Schatzmeister bestellen.

§ 50

Berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft

1. Der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft besteht aus je zwei Vertretern der katholischen und evangelischen Geistlichkeit sowie je zwei Vertretern
   a) der Landwirtschaft,
   b) der Arbeiter,
   c) der Industrie,
   d) des Handwerks,
   e) des Handels,
   f) des Geld- und Kreditwesens,
   g) der freien Berufe,
   h) der Angestellten,
   i) der Beamten,
   k) der Hausfrauen,
   l) der Ausgewiesenen und Flüchtlinge.

Wahl der Mitglieder

2. Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft von der Landesvorstandschaft gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisation[en] (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Einberufung

3. Der Landesvorsitzende beruft den berufsständischen Rat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu Sitzungen ein. Die Sitzungen werden vom Landesvorsitzenden geleitet. Der berufsständische Rat wählt aus seiner Mitte eine aus drei Mitgliedern bestehende Vorstandschaft.

Aufgabe

4. Dem berufsständischen Rat obliegt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände berühren. Der berufsständische Rat leitet seine Anträge zur Beschlußfassung an die Landesvorstandschaft; die Landesvorstandschaft beschließt in diesen Fällen unter stimmberechtigter Hinzuziehung der Mitglieder des berufsständischen Rates.
Antragsberechtigt sind der berufsständische Rat insgesamt und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam.

§ 51

Geschäftsführende Vorstandschaft

1. Zu ihrer Entlastung und zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes wählt die Landesvorstandschaft aus ihrer Mitte eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft. Art und Umfang der Aufgaben der geschäftsführenden Landesvorstandschaft bestimmt die Landesvorstandschaft.
2. Die geschäftsführende Landesvorstandschaft wird nach Bedarf vom Landesvorsitzenden mit einer Frist von zwei Tagen einberufen. Sie muß einberufen werden, wenn es von mindestens drei Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Gründe beim Landesvorsitzenden beantragt wird. In besonders dringenden Fällen kann der Landesvorsitzende die Einberufungsfrist herabsetzen.

§ 52

Landesvorsitzender

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus dieser Satzung. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die geschäftsführende Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen. Der Landesvorsitzende kann jederzeit an allen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften der Organe aller Verbände der Union stimmberechtigt teilnehmen.

§ 53

Arbeits- und Organisationsausschüsse

1. Der Landesausschuß kann nach Bedarf die Bildung von Arbeits- und Organisationsausschüssen beschließen.
2. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse beraten die Landesvorstandschaft in den politischen Fachfragen, für die sie gebildet sind.
3. Die Geschäfte der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von einem Vorsitzenden und einem stellvertretenden Vorsitzenden geführt, die vom Landesausschuß für ein Jahr gewählt werden.
4. Die Mitglieder der Arbeits- und Organisationsausschüsse werden von den Bezirksverbänden gewählt. Jeder Bezirksverband kann drei sachverständige Vertreter entsenden. Die Vorsitzenden können weitere fünfzehn sachkundige Mitglieder im Einvernehmen mit der Landesvorstandschaft berufen.
5. Die Arbeits- und Organisationsausschüsse werden nach Bedarf von den Vorsitzenden berufen. Sie regeln ihre Angelegenheiten selbst.

§ 54

Der Landesgeschäftsführer

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union teilnehmen.

§ 55

Schiedsgericht

Für das vom Landesausschuß zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der Schiedsordnung.

§ 56

Auflösung

Die Union wird aufgelöst

a) durch Beschluß der Landesversammlung,
b) durch Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen,
c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
d) im Falle des § 73 BGB.

D) Beiträge

§ 57

Die zur Durchführung der Aufgaben der Union erforderlichen Mittel werden durch Aufnahmegebühren, Mitgliederbeiträge, Sammlungen und Spenden aufgebracht. Die Finanzgebarung der Union wird durch ein gesondertes, vom Landesausschuß zu beschließendes Finanzstatut im einzelnen geregelt.

E) Allgemeine Bestimmungen

§ 58

Geschäftsbetrieb

1. Die Geschäfte der Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und des Landesverbandes werden von den Vorstandschaften geführt. Diese sind dabei an die Beschlüsse und Richtlinien der Organe gebunden, von denen sie gewählt sind.

Die Unterverbände haben darüber hinaus die politischen, organisatorischen und sonstigen Beschlüsse des Landesverbandes zu beachten.

2. Die Vorstandschaften verteilen ihre Ämter selbst. Sie haben jedoch mindestens einen zweiten Vorsitzenden und einen Schatzmeister aus ihrer Mitte zu wählen.
3. In besonderen Fällen kann von den Vorstandschaften zur Unterstützung des Vorsitzenden ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied bestellt werden. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied ist ehrenamtlich tätig. Es erhält seine Aufgaben vom Vorsitzenden und ist an dessen Weisungen gebunden.

§ 59

Geschäftsführer

1. Die Landesvorstandschaft stellt für in der Regel zwei oder mehr Kreisverbände und für jeden Bezirksverband einen Geschäftsführer an. Die Geschäftsführer führen die Bezeichnung Kreis- bzw. Bezirksgeschäftsführer.
2. Die Anstellung erfolgt auf Vorschlag der betroffenen Kreis- oder Bezirksvorstandschaften. Kommt eine Verständigung über den ersten und gegebenenfalls auch einen zweiten Vorschlag nicht zustande, ist die Landesvorstandschaft berechtigt, von sich aus einen Geschäftsführer einzusetzen.
3. Das Recht Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen steht lediglich der Landesvorstandschaft zu.
4. Das Gehalt der Geschäftsführer wird vom Landesverband getragen, die sonstigen Kosten der Geschäftstellen werden von den Verbänden aufgebracht, für die sie errichtet sind.
5. Die Aufgaben der Geschäftsführer werden durch eine von der Landesvorstandschaft beschlossene Dienstanweisung geregelt.
6. Die Geschäftsführer unterstehen der Dienstaufsicht des Landesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende kann dieses Recht auf das geschäftsführende Vorstandsmitglied oder auf den Landesgeschäftsführer delegieren. Die Geschäftsführer sind an die politischen Weisungen der Landesvorstandschaft und der Vorsitzenden, für deren Bereich sie eingesetzt sind, gebunden.
7. Die Geschäftsführer nehmen an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Verbände ihres Anstellungsbereiches teil.

§ 60

Vertretung nach außen

1. Die Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und der Landesverband werden gerichtlich und außergerichtlich von ihren Vorsitzenden vertreten.
2. Rechtsverbindliche Willenserklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein. Finanzielle Verpflichtungen bedürfen außerdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

§ 61

Buchführung und Kassenprüfung

1. Alle Verbände der Union sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
2. Die Kassen- und Rechnungsführung jedes Verbandes ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

3. Die Kassenprüfer werden von den Organen, die jeweils die Vorstandschaften wählen, für ein Jahr gewählt. Sie dürfen den Vorstandschaften nicht angehören.
4. Die Landesvorstandschaft kann die Kassen- und Rechnungsführung aller Unterverbände jederzeit unangemeldet durch einen von ihr bestellten Revisor prüfen lassen.
5. Über alle Kassen- und Rechnungsprüfungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die von den Prüfern, den Vorsitzenden und dem Schatzmeister zu unterschreiben ist. Die Niederschrift ist zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.
6. Über das Ergebnis der Kassen- und Rechnungsprüfungen ist der nächsten Mitgliederversammlung zu berichten. Ernstere Beanstandungen sind unverzüglich der Landesvorstandschaft zu melden. Die Meldepflicht obliegt - unabhängig voneinander - den Kassenprüfern und dem Vorsitzenden.

§ 62

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 63

Finanzgebarung

Für die Finanzgebarung der Verbände der Union gelten die Bestimmungen des vom Landesausschuß beschlossenen Finanzstatuts.

§ 64

Abstimmungen, Auflösung

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Versammlung anzuberaumen, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen beschließen kann.
2. Auflösungsbeschlüsse können nur gefaßt werden, wenn
   a) beim Ortsverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen,
   b) beim Landesverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder der Landesversammlung anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen.
3. Wird die Anwesenheit von drei Vierteln der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so kann eine zweite Versammlung berufen werden, die dann mit der einfachen Mehrheit der Erschienenen beschließt.
4. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die Kreisversammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
5. Bei Auflösung eines Ortsvereins geht das Vermögen auf den Kreisverband über. Das Vermögen aufgelöster Kreisverbände geht auf die Bezirksverbände über, das Vermögen aufgelöster Bezirksverbände gilt als an den Landesverband übertragen. Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die innere Mission.

§ 65

Anträge in Landesangelegenheiten

1. Anträge können stellen:
   a) zur Landesversammlung jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
   b) zum Landesausschuß jeder Kreis- und Bezirksverband, ferner die Landesvorstandschaft, die geschäftsführende Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende,
   c) zur Landesvorstandschaft und zur geschäftsführenden Landesvorstandschaft jedes Mitglied dieser Organe, ferner der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft und die Vertreter der einzelnen Berufsstände gemeinsam. Wünschen Ortsverbände oder Mitglieder Anträge zu stellen, so müssen sie sich an einen Antragsberechtigten wenden.
2. Den Organen der Unterverbände gegenüber ist jeweils jeder Teilnehmer antragsberechtigt.
3. Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können. Spätere Anträge sind nur zulässig, wenn sie sich erst aus der Versammlung selbst ergeben oder von der Mehrheit der Versammlung zugelassen werden.

§ 66

Teilnahmeberechtigung

1. Die Verhandlungen der Landesversammlung sind jedem eingeschriebenen Mitglied als Gast gegen Vorweis der Mitgliedskarte nach Verfügbarkeit des Raumes zugänglich. Wortmeldungen von Gästen sind durch ein Versammlungsmitglied anzubringen und bedürfen der Zustimmung der Versammlung.
2. Die Verhandlungen aller anderen Organe sind nur den satzungsmäßigen Teilnehmern zugänglich, die sich auf Verlangen legitimieren müssen. Durch Mehrheitsbeschluß können Gäste zugelassen werden.

§ 67

Wahlen

Die Aufstellung der Repräsentanten und Kandidaten der Union ist stets in schriftlicher geheimer Abstimmung durchzuführen. Sie gilt, soweit nicht gesetzlich anders bestimmt ist, für ein Jahr. Es entscheidet einfache Mehrheit, bei Bedarf erfolgt Stichwahl. Bewerber für die Wahlen sind so zeitig bekanntzugeben, daß sich die Wahlberechtigten vorher ein Urteil über sie bilden können. Jeder Stimmberechtigte ist berechtigt, Bewerber vorzuschlagen.

§ 68

Niederschriften

1. Über die Sitzungen und Versammlungen der Organe aller Verbände der Union sind Niederschriften zu fertigen.
2. Die Niederschriften sind nach Genehmigung vom Vorsitzenden und mindestens drei Teilnehmern zu unterschreiben.
3. Die Niederschriften sind mindestens zehn Jahre bei den Akten aufzubewahren.

§ 69

Aufsicht

1. Die Landesvorstandschaft hat ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung und die Politik sämtlicher Unterverbände der Union.
2. Die Landesvorstandschaft kann aus ihrer Mitte ein Mitglied mit der Ausführung dieser Aufsicht beauftragen
3. Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände der Union sämtliche Unterlagen anfordern und alle Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind. Es kann ferner an sämtlichen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften innerhalb der Union stimmberechtigt teilnehmen.

§ 70

Wirtschaftliche Beteiligung

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine Fusionen irgendwelcher Art eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.
2. Ausnahmen kann die Landesvorstandschaft beschließen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir treten in die Debatte über diese Statuten ein.
Meine lieben Parteifreunde! Zunächst darf ich eines bemerken. Sie werden vielleicht das Empfinden haben, gerade weil bei mir immer leicht das Vorurteil herrscht, daß ich etwas zentral oder zentralistisch denke, daß die Statuten zu zentralistisch aufgebaut seien, also eine zu starke Zentralgewalt schaffen würden. Vergessen Sie bitte bei der Diskussion nicht: Zunächst haben wir einen großen Wahlerfolg, haben wir viele Anhänger, viele Wähler bekommen. Aber die Ziffer der eingeschriebenen Mitglieder der Union, um den alten Ausdruck zu nehmen, gleicht nicht annähernd der Wahlziffer. Sie steht noch in keinem Verhältnis dazu. Zum Teil ist der Aufbau so vollzogen worden, daß sich ganz wenige Parteifreunde draußen gefunden und die Union in den jeweiligen Orten und Kreisen aufgebaut haben. Heute würde vielleicht der Aufbau schon nicht mehr ganz der Zusammensetzung der Wählerschaft entsprechen. Es kommt jetzt darauf an, daß wir so aktiv wie irgend möglich den Mitgliederstand erhöhen und dann die Organisation richtig zusammenfassen. Es kommt also einzig darauf an, aus den vielen Gruppierungen, die sich zusammengefunden haben, ein festes Gefüge zu machen. Dazu ist es notwendig, die Möglichkeit zu schaffen, daß wirklich eine straffe Organisation durchgeführt werden kann. Sie können später, vielleicht in ein, zwei Jahren wieder Lockerungen vornehmen. Aber im Augenblick muß das Ganze durchgerissen werden. Sie haben die Schwierigkeiten zum Teil selbst draußen miterlebt. Wir hatten hier dieselben Schwierigkeiten. Ich kann sagen, daß ich einen schönen Bruchteil meiner Zeit - und ich arbeite nicht wenig - hernehmen muß, nur um Streitigkeiten zu schlichten. Es ist das nichts besonderes. Es versteht sich das von selbst, gerade bei uns, weil wir eine neue Gruppierung sind. Es ist das sogar ein Beweis dafür, daß sich Leute zusammengefunden haben, die nicht ganz einfach von früheren Vorstellungen ausgegangen sind und früher nicht zu einem engeren Partei- und Freundeskreis gehört haben. Jetzt muß aber dafür gesorgt werden, daß wir allmählich zusammenwachsen, uns verstehen, damit dort, wo Schwierigkeiten auftreten, rasch und energisch gehandelt und durchgegriffen werden kann. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, die Gegner von außen und eventuell auch Parteifreunde, die, zumindestens objektiv betrachtet, gegnerisch handeln, so rasch wie möglich zur Raison

zu bringen, wenn ich mich so ausdrücken darf. Ich denke dabei nicht immer nur an den Kampf, ich denke vor allem an die Vermittlung. Aber manchmal muß sehr darauf Bedacht genommen werden, die Leute doch zur Vernunft zu bringen, und oft muß gegen den schärfsten und größten Feind aufgetreten werden - das ist nun einmal menschlich -, gegen den persönlichen Ehrgeiz.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen bitte ich Sie, wenn Sie debattieren, nicht etwa davon auszugehen, daß Statuten entworfen werden sollten, die dem Landesvorsitzenden oder der Landesvorstandschaft, die ja schon ein sehr großes Gremium ist, zuviel Macht geben, sondern ich bitte Sie, daran zu denken: Jede dieser Bestimmungen ist notwendig, um eine straffe Organisation zu schaffen, um durch die Organisation die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Union Stoßkraft nach außen und auch eventuell ausgleichende Kraft nach innen entwickeln wird.
Nun bitte ich, die Debatte zu beginnen: Wer meldet sich zum Wort?
Dr. *Schlögl*: Meine Damen und Herren! Ich bin Gründungsmitglied der Christlich-Sozialen Union und möchte daher die Anregung geben, daß der § 1 in der Urfassung angenommen wird. Es heißt in § 1:

> Die Christlich-Soziale Union ist eine politische Partei. Sie führt den Namen Christlich-Soziale Union in Bayern.

Wir haben bei der Gründungsversammlung über diese Frage lange debattiert. Ich würde bitten, daß der ursprüngliche Name wieder zur Geltung kommt und stelle daher die Bitte an die Landesversammlung, die Satzung zu ändern in: "Sie führt den Namen Bayerische Christlich-Soziale Union".

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Darf ich dazu Stellung nehmen. Wir haben früher lange Debatten gehabt, als wir den Namen gefunden haben. Ich bedauere immer wieder, daß nur mit Rücksicht auf Stimmungen solche Fragen aufgeworfen werden.

(Sehr richtig!)

Es hat sich nämlich früher gezeigt, daß die Militärregierung bestimmte Schwierigkeiten gemacht hat. Ich weiß im Augenblick nicht, ob die Schwierigkeiten noch bestehen würden, weil ich nämlich leider trotz langer Vorbereitungszeit bisher nicht darauf hingewiesen wurde, daß solch ein Antrag hier kommen würde.

(Zuruf: Sind wir nicht alle Deutsche?)

In einem solchen Fall muß man darum bitten, daß man darauf vorbereitet wird, damit man sich orientieren kann. Es wurde damals von der Militärregierung darauf hingewiesen, daß die Kennzeichnung "Bayerische Christlich-Soziale Union" eine Besonderheit für eine Partei darstellen würde, die ihr nicht zustehe, weil ja auch die anderen Parteien im bayerischen Raum bayerisch sein wollen.

(Sehr richtig!)

Das ist nicht das Spezifikum. Das Spezifikum liegt anderswo.
Dr. *Schlögl*: Das bedarf doch nur einer Aufklärung!

Dr. *Horlacher*: Meine Damen und Herren! Bei uns darf - und das ist nur eine wohlwollende Mahnung gegenüber dem Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] - nie der Eindruck entstehen, daß einer, selbst wenn er eine Meinung vorbringt, die für ihn allein dastehen würde, das nicht tun kann, weil sich der Herr Vorsitzende gleich mit großer Erregung dagegen wendet.

(Sehr richtig!)

Wir sind einmal in der Debatte und müssen es jetzt auch ertragen lernen, auch die Meinung des anderen, selbst wenn sie uns nicht paßt, gelten zu lassen. Wir werden uns dann schon auseinandersetzen. Ich würde bitten, daß diese Gesichtspunkte beachtet werden, gerade da, wenn man glaubt, mit besonderer Vehemenz eine bestimmte Meinung durchsetzen zu müssen.

Nun lassen Sie mich zur Satzung selber etwas sagen. Meine verehrten Damen und Herren! Wenn ich die Satzungen im Ganzen ansehe - und ich möchte die Debatte durch meine Ausführungen verkürzen, damit wir nicht zu lange an der Satzung hängen bleiben -, so ist sie in ihrem Gerippe als Ganzes gesehen nicht schlecht. Sie sind aber ziemlich voluminös geworden und es wäre manches besser herausgelassen worden, was in die Geschäftsordnung gehört hätte. Die Satzungen wären dann übersichtlicher geworden. Wenn sich der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens so voluminös vollzieht, gehen wir glücklichen Zeiten entgegen. Das steht einwandfrei fest. Ich gehe von dem Gesichtspunkt aus: Mögen die Satzungen im einzelnen am Anfang nicht ganz zusagen, wir wollen im Augenblick darüber hinweggehen. Erst die Erfahrungen werden die Satzungen gestalten müssen. Wir werden die Satzungen ändern können. Wir brauchen dazu meines Erachtens keine Zweidrittelmehrheit. Wenn das vorgesehen wäre, dann sollte meines Erachtens die Bestimmung in der Satzung aufgenommen werden, daß sie während einer Übergangszeit von mindestens zwei Jahren mit einfacher Mehrheit geändert werden könnte. Die Satzungen sind aus dem Nichts geschaffen worden. Deswegen sind sie auch so voluminös geworden.

Wenn aber der Satz des Herrn Vorsitzenden stimmt, daß wir wie jede Organisation ein festes Gefüge brauchen, so stimme ich den Satzungen im Ganzen durchaus zu. Aber trotz dem festen Gefüge muß die demokratische Luft die ganze Partei durchwehen.

(Sehr richtig!)

Es muß jeder das Recht haben, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, jeder Bezirk und jeder Kreis. Denn wenn es der Sinn der Demokratie ist, von unten nach oben zu wirken, muß das so sein. Es könnten zwar auch manche Bestimmungen etwas anders ausgedrückt werden. Ich bitte im Augenblick darüber hinwegzusehen. Die Erfahrung muß das Ganze einspielen. Es kommt darauf an, wie die Satzung gehandhabt wird. Eine Satzung kann noch so gut und schön sein, sie nützt nichts, wenn sie nicht entsprechend gehandhabt wird. Darauf kommt es in erster Linie an. Aber den Grundsatz möchte ich aufstellen, daß der draußen bestellte Geschäftsführer das Vertrauen der Leute seines Bezirkes haben muß.

(Sehr richtig!)

Sonst kann nicht praktisch gearbeitet werden. Das ist ein Grundsatz, auf den wir uns trotz aller Satzungen vereinigen müssen.

Bezüglich des obersten Organs, der Landesversammlung, stehe ich schon auf dem Standpunkt, daß die Landesversammlung das oberste demokratische Recht der Partei in Anspruch nehmen muß, bei allen wichtigen, grundsätzlichen Fragen der Gesamt-

politik gehört zu werden. Es werden manche wichtigen Fragen an uns herantreten. Dann wird die Verantwortung so groß sein, daß der große demokratische Apparat der Landesversammlung zu Worte kommen muß. Da ist mir der Satz "Die Landesversammlung ist das oberste politische Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern" zu wenig. Er ist mir nicht ganz hieb- und stichfest. Nach meiner Überzeugung müßte das etwas schärfer formuliert werden. Es müßte insbesondere heißen: "Die Landesversammlung hat zu allen grundsätzlichen politischen Fragen des Landes Stellung zu nehmen, insbesondere auch zu den Fragen, die über das Land Bayern hinausgreifen." Es ist das an sich eine Selbstverständlichkeit. Es ist aber dringend notwendig, daß es in der Satzung festgelegt wird. Damit wären alle Fragen getroffen, die auch die künftige Reichspolitik angehen. Diese schwerwiegenden Fragen zu entscheiden, muß in erster Linie das Recht der Landesversammlung sein. Hierüber müssen wir uns auseinandersetzen.
Diese wesentlichen Punkte wollte ich hervorheben. Ich will nicht länger sprechen, weil ich das demokratische Prinzip einhalten will, daß auch andere Herren ihre Meinung äußern und man somit zu einer einheitlichen Meinung kommt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte bei dieser Gelegenheit ein für alle Male etwas sagen: Wenn von Demokratie gesprochen wird, vergessen wir nicht - ich wollte es erst später sagen - die Demokratie, die wir jetzt haben, ist im gewissen Sinne ein Findelkind, das uns in die Wiege gelegt wird. Wir selbst hatten die Demokratie verloren. Wir müssen uns erst zu ihr zurückfinden. Demokratie aber als Schlagwort kann leicht zur Phrase und leicht mißbraucht werden. Zerreden wir nicht die Demokratie in dem Augenblick, in dem wir sie aufbauen wollen. Denken wir an die alte Zeit, wie damals die Demokratie auch in den Parlamenten zerredet wurde. Auch da waren zum Teil die Herren Abgeordneten in den Parlamenten schuld daran, daß die Demokratie zerredet und verloren wurde.

(Bravo!)

Wenn wir die Demokratie aufbauen, dann wollen wir eine disziplinierte Demokratie haben, diszipliniert bis ins Kleine.

(Sehr richtig!)

Denn sonst verlieren wir nur die Zeit durch Worte und kommen nicht zur Tat. Unsere Leute, die in Not sind, erwarten mehr als Worte, mehr als demokratische Phrasen. Sie erwarten von uns Arbeit und wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir arbeiten können, auch in der Union.

(Beifall.)

Ich möchte hier auf einen Punkt hinweisen, der mir wesentlich erscheint und der hier angeführt wurde, nämlich die Landesversammlung als oberstes politisches Organ der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Meine lieben Freunde! Freund *Michel Horlacher* war bei den Besprechungen zugegen, es sind ja schießlich so viele Leute dagewesen, daß sich der gesunde Menschenverstand nach demokratischem Prinzip in der Majorität durchsetzen konnte. Wir haben natürlich auch alle möglichen Gesichtspunkte überlegt. Vergessen Sie nicht, die Landesversammlung, wie sie hier beschlossen wird, hat ungefähr 600 Mitglieder. Sie können die Landesversammlung nicht alle paar Wochen zusammenrufen.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, wenn ich an Sie die Frage richten würde, ist es Ihnen möglich, im Sommer bei jeder Gelegenheit zu kommen, dann werden Sie sagen, da muß es sich schon um etwas sehr Wichtiges handeln. Wenn ich Sie frage: Können Sie in der Zeit der Wahlen jeden Monat zusammenkommen, dann werden Sie sagen, da haben wir etwas ganz anderes zu tun, denn wir, die wir draußen für die Union arbeiten, wir müssen dafür sorgen, daß gewählt, nicht daß geredet wird. Es kommt infolgedessen darauf an, die Sicherungen immer so einzubauen, daß nicht gegen Ihren Willen gehandelt wird. Sie bestimmen über die Landesversammlung die Grundsätze, nach denen die Politik für das laufende Jahr bis zu einer Tagung gemacht wird. Der Landesausschuß, der ja auch von draußen zusammengesetzt ist und auch schon eine sehr breite Basis hat, so wie er hier vorgesehen ist, der auch dabei die Ständegruppen einbezieht, ist kleiner. Den kann man öfters zusammenberufen und Sie werden bisher festgestellt haben, daß ich den Landesausschuß im Verhältnis sogar sehr häufig zusammengerufen habe, weil ja jeder vernünftige Mensch schon dafür sein muß, daß draußen keine Mißverständnisse auftreten, sondern daß vertrauensvoll zusammengearbeitet werden kann, gerade in einem Zeitpunkt, in dem man noch aufbaut und sich nicht so genau kennt, daß man, ich möchte sagen, auf die Gedanken anspringt, wenn sie von irgendwo herkommen. Sie werden gemerkt haben, daß ich grundsätzlich zu jeder Bezirksversammlung [kam], wenn es irgendwie ging, um engen Kontakt zu halten, um zu hören, was gesprochen wird, um Antwort zu geben. Daß in einem bestimmten Bezirk der Landesvorsitzende nicht weiter eingeladen wurde, bitte, meine Herren, dafür kann man nichts.
Wenn dann der Landesausschuß zu groß ist, dann bleibt immer noch die Landesvorstandschaft. Sie ist ja auch schon ein Gremium von 30 Leuten, also kein einzelner, und fast alle Rechte gehen auf die Landesvorstandschaft über, auch die Rechte hinsichtlich der Bestellung der Geschäftsführer draußen, denn in der Landesvorstandschaft sind die Bezirksverbände vertreten. Sie können also Ihre Interessen ohne weiteres geltend machen. Es ist nicht konzentriert auf einen einzelnen, sondern immer auf eine Spitze, wenn ich mich so ausdrücken darf, die aber immer noch so breit ist, daß Sie ihr Vertrauen schenken können. Wenn Sie dann schon aus irgendwelchen Gründen einmal das Vertrauen entziehen würden, dann ist dafür gesorgt, daß das in diesen Gremien sehr rasch klargestellt wird. Ich bitte also bei der Diskussion der Statuten doch ein gewisses Vertrauen nicht nur zum Landesvorsitzenden, sondern zu Ihren eigenen Vertretern in der Landesvorstandschaft und im Landesausschuß zugrunde zu legen.

(Sehr gut!)

Sodann eine Bemerkung zur Geschäftsordnung. Wir haben jetzt 11.15 Uhr. Wir sollen heute die Satzungen durchbringen. Ich bin daher dafür, Paragraph um Paragraph abzufragen, ob etwas dagegen einzuwenden ist, dann sofort abzustimmen, eventuell durch Zurufe, wo es ganz klar ist, ferner die Redezeit auf alleräußerstens fünf Minuten zu beschränken.

(Beifall.)

Dr. *Hundhammer* hat sich als nächster Redner gemeldet. Ich bitte, die Wortmeldungen schriftlich einzureichen. Ich werde sie dann nach dem Eingang behandeln.
Dr. *Hundhammer*: Es ist vorhin das Wort gefallen "demokratische Willensbildung von unten her". Diesem Wort stimme ich unbedingt zu und es ist auch der Anlaß, warum ich das Wort ergreife. Ich habe an der Vorbereitung der Satzungen teilgenommen und bei den Beratungen wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Satzungen, die im üb-

rigen gut durchgearbeitet sind, mir im wesentlichen in ihrem Geist zu sehr auf eine Kontrolle und auf die Führung von oben abgestellt erscheinen.

(Zuruf: Ist doch notwendig!)

Das wollen Sie auch, aber nicht alle. Wir wollen die Willensbildung verstärkt von unten her beeinflußt wissen. Deshalb sind es vor allem zwei Punkte, die ich hier zur Sprache bringen möchte. Das eine ist die Frage, die Dr. *Horlacher* schon angeschnitten hat, daß die Geschäftsführer draußen nicht tätig sein und nicht angestellt werden können, wenn sie nicht das unbedingte Vertrauen des Vorsitzenden im Kreis oder im Bezirk besitzen. Der zweite Punkt ist der, daß die Landesversammlung jetzt, nach dem Text der Satzungen, nur den Landesvorsitzenden wählt. Auch in dieser besonderen Herausstellung der Person des Landesvorsitzenden als durch die Landesversammlung gewählt, kommt weitgehend äußerlich zum Ausdruck, daß wir aufs Führerprinzip abgestellt sind. Demgegenüber schlage ich vor, daß die Landesversammlung nicht nur einen Vorsitzenden, sondern einen 1., 2. und 3. Vorsitzenden wählt.

(Zuruf: Einen 4. und 5.!)

Nein!

(Zuruf: Sie haben ohnehin ein Gremium!)

Die Gremien sind sehr groß.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte sich kürzer fassen zu wollen, wir kommen sonst nicht durch, weil jeder beansprucht, lange reden zu dürfen. Die anderen Herren werden sich am Schluß beklagen.

Darf ich noch einen Augenblick unterbrechen? Darf ich Ihr Einverständnis annehmen, daß ich jeden Redner unterbreche, wenn er fünf Minuten gesprochen hat. Ich bitte, dann noch mit kurzen Sätzen abzuschließen.

Dr. *Hundhammer*: Ich halte die Wahl eines 2. und 3. Landesvorsitzenden durch die Landesversammlung für notwendig, um das demokratische Prinzip auch in dieser Beziehung deutlich zu machen. Die Belastung der Landesversammlung mit Arbeit dadurch, daß wir statt eines Mannes drei wählen, ist nicht so, daß sie nicht etwa bewältigt werden könnte. Es wäre dann damit zum Ausdruck gebracht, daß wir auf das demokratische Prinzip der Mehrheit, der Einflußnahme auch der verschiedenen Richtungen abgestellt sind.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich bitte, um nochmals zum Formellen Stellung zu nehmen, jetzt nur zur Satzung im allgemeinen zu sprechen. Sollen Anträge zu einzelnen Punkten gestellt werden, dann bitte ich das in die Form von Anträgen zu fassen. Ich kann hier nicht die Meinung eines jeden zugrunde legen. Am Schlusse haben wir lauter Meinungen und kommen nicht weiter und haben die Satzungen zerredet.

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung!

Ich habe mich nur deswegen gemeldet, weil ich ehrlich sagen muß, ich habe vorhin die letzten Ausführungen des Herrn Vorsitzenden gegen mich nicht verstanden. Ich wollte die Landesversammlung dahin bringen, daß sie der Satzung das notwendige Vertrauen entgegenbringt und Änderungen erst vornimmt, wenn sie sich in der Praxis ergeben.

Des weiteren bin ich der Meinung: Ändern Sie an diesen Satzungen nichts mehr, damit wir zu den politischen Fragen kommen.

(Sehr richtig!)

Nehmen Sie die Satzungen so an.

(Lebhafter Beifall.)

Stellen wir weitere Überlegungen erst dann an, wenn sich Änderungen aus der Praxis ergeben. Machen Sie den Weg frei zu unserer politischen Arbeit.

(Sehr richtig!)

Dr. *Kroll*: Die Ausführungen von Herrn Dr. *Hundhammer* entbehren eigentlich einer besonderen Begründung. Herr Dr. *Hundhammer* hat darauf hingewiesen, daß hier ein Führerprinzip zur Geltung kommt. Es geht um etwas anderes. Die Landesversammlung ist ein großes Gremium und wird einen anderen Ausschuß neben dem Vorsitzenden wählen, die Vorstandschaft. Von dem Führerprinzip kann doch nur die Rede sein, wenn man sehr böswillig ist.
Worum es uns geht ist herauszustellen, daß es einen Aufbau geben muß und daß es nun leider auch in der Demokratie Autorität geben muß. Ohne sie kann nicht regiert werden und wir haben nur die Wahl, auf dem Minimum an Disziplin aufzubauen, das wir erfahrungsgemäß draußen brauchen, oder darauf zu verzichten und zu warten, bis besser organisierte Parteien, die heute klein sind, sich so lange durchgearbeitet haben, bis sie das Land aufgefressen haben.
Dr. *Baumgartner*: Ich stelle ebenfalls den Antrag, die Satzung als Ganzes anzunehmen.
Haußleiter: Ich möchte eines hier sagen: Bei den Vordebatten ist gerade Franken, wo die Union eine neue Partei ist, für eine zentrale Form der Organisation eingetreten. Denn, meine Damen und Herren, wir stehen dort in einem schwereren Krieg als Sie hier unten, und wenn wir zur Zentrale ein erhebliches Vertrauen haben, so deswegen, weil wir wollen, daß sie aktionsfähig ist. Ich glaube daher, daß die anderen Kreise dasselbe Vertrauen haben. Wir wollen erreichen, daß wir jetzt in dem beginnenden Kampf, in dem die kleine KPD heute schon eine Stoßkraft entwickelt, die weit über ihre Mitgliederzahl hinausgeht, einsatzfähig sind und uns einen Weg zur politischen Arbeit bahnen können. Deshalb schlagen wir vor, hier keine Debatte über diese Satzung zu machen. Wenn sie mißbraucht werden sollte, besteht immer noch die Möglichkeit, Änderungen vorzuschlagen.

(Sehr gut!)

Dr. *Bauer*: Die Satzung ist zweifellos eine sehr fleißige und sehr tüchtige Arbeit und ich schließe mich ohne weiteres den Vorschlägen der Vorredner an, sie wenn möglich en bloc anzunehmen. Aber nichtsdestoweniger bedaure ich es trotzdem, daß wir nicht Gelegenheit hatten, die Satzungen schon einige Tage vorher etwas genauer zu überprüfen.

(Sehr richtig!)

Ich verkenne dabei nicht die Schwierigkeiten organisatorischer Art, die dem sicher im Wege standen. Ich stelle deshalb den Antrag, um eine demokratische Überprüfung auf ganz breiter Basis zu ermöglichen, daß die Satzung zunächst auf die Dauer eines Vierteljahres in Kraft tritt und dann durch einen Antrag aufgelöst bzw. abgeändert

werden kann, der durch die nächste, baldmöglichst einzuberufende Landesversammlung zu verabschieden ist. Im Konkreten möchte ich eine Abänderung bedauern, die erst in diesem Entwurf uns vorgelegt wurde. Das bezieht sich auf § 31, wo die Möglichkeit für Städte über 150.000 Einwohner vorgesehen ist, den Antrag auf Erklärung als selbständiger Bezirksverband zu stellen. Regensburg liegt gerade zwischen 100- und 150.000. Ich möchte nicht den Eindruck haben, daß durch diese Fassung gerade Regensburg von der Möglichkeit ausgeschlossen werden sollte, Bezirksverband zu werden. Denn es ist wohl klar, daß Regensburg mit seinen ca. 120.000 Einwohnern eine Bedeutung hat, die über seine Zahl hinausgeht, weil es im Vergleich zu anderen viel größeren Städten nahezu unzerstört ist.
Ferner möchte ich zur Erwägung anheimstellen, ob es zweckmäßig ist, Niederbayern und Oberpfalz als Bezirksverband auseinanderzureißen, solange beide staatsrechtlich noch einen Regierungsbezirk bilden. Wir haben uns in Regensburg die Sache so vorgestellt, daß ein Bezirksverband aus Niederbayern, Oberpfalz und Stadt Regensburg als Dachorganisation gebildet wird und daß innerhalb dieses Sprengels dann eine Unterteilung in Sektionen mit selbständigen Sekretariaten unter der Oberleitung Regensburgs erfolgt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Den Vorschlag, ob man 150.000 Einwohner als Grenze für die Bildung eines Bezirksverbandes nimmt, kann man debattieren.

(Zuruf: 300.000!)

Die andere Frage, die aufgeworfen wurde, die Satzungen lediglich für ein Vierteljahr zugrunde zu legen, muß ich verneinen. Es ist eine absolute Unmöglichkeit.

(Sehr richtig!)

Da kann man nicht arbeiten. Wir werden zwar schon in Bälde, im nächsten Sommer, eine Landesversammlung haben. Aber hoffentlich nicht wieder mit Statuten-Debatten. Ich komme nachher darauf zurück. Wir müssen den Versuch machen, zum mindesten einmal ein Jahr zu arbeiten und zu sehen, welche Erfahrungen wir sammeln, dann kann man wieder eine kurze Debatte machen und an den Statuten weiterarbeiten.
Dr. *Arnold*: Ich bitte um Erörterung der Frage, ob Oberpfalz und Niederbayern auseinandergenommen werden sollen.

(Jawohl!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ein wesentlicher Gesichtspunkt beim Aufbau gewesen. Wir haben jetzt im Augenblick Schwierigkeiten in Niederbayern und in der Oberpfalz mit der Militärregierung, weil die Militärregierung die selbständige Organisation Niederbayern noch nicht anerkannt hat. Wenn sie heute statutenmäßig beschlossen wird, dann ist anzunehmen, daß die Militärregierung die selbständige Organisation anerkennen wird.
Meine lieben Freunde! Da bin ich nun einmal sehr dezentral eingestellt. Denn ich bin dafür, daß man dort wirklich die Kräfte, die zusammengehören, auch zusammenhält.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen bin ich für selbständige Behandlung innerhalb der Union einerseits von Oberfranken und Mittelfranken und andererseits von Oberpfalz und Niederbayern.

Wenn sich nicht sofort eine starke Majorität dagegen ausspricht, würde ich bitten, es nicht zu ändern.
Ich möchte nur noch kurz zur Frage Stellung nehmen, welche Ziffer in § 31 aufgenommen werden soll. Denn das ist eine Frage, über die man wirklich debattieren kann. Soll man eine Ziffer von 100.000, 150.000 oder 200.000 nehmen? Ich habe ursprünglich selbst angeregt, 100.000 zu nehmen. Es wurden dann Bedenken laut, und es kam der Vorschlag 200.000. Jetzt hat man sich auf 150.000 geeinigt. Ich bitte um Ihre kurze Stellungnahme.
Haußleiter: Ich möchte folgendes dazu bemerken. In § 31 heißt es "Städte mit mehr als 150.000 Einwohner". In § 45 heißt es: "Der Landesausschuß besteht aus je fünf Vertretern der Bezirksverbände". Wenn wir nun die Städte mit 100.000 Einwohnern zu Bezirksverbänden machen, dann führt das zu einem starken Übergewicht der Großstädte über das flache Land. Dagegen wenden wir uns. Es war bisher so, daß Augsburg nur drei Stimmen hatte. Nach der Satzung bekommt es jetzt bereits fünf Stimmen. Wenn wir Städte mit 100.000 Einwohnern nehmen, bekommt Regensburg fünf und Bamberg fünf Stimmen. Ich weiß nicht, wie es mit Würzburg ist. Dann haben am Schluß im Landesausschuß die Städte eben soviel Stimmen wie das ganze breite flache Land und dagegen wenden wir uns.

(Sehr richtig!)

Dr. *Geiselberger*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Dr. *Horlacher* und Dr. *Baumgartner* zustimmen. Ich glaube, ich darf nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Oberbayern sprechen, daß wir über die Satzungen ohne lange Diskussionen, auch nicht über Einzelfragen wie die Frage der 150.000 Einwohner, kumulativ abstimmen. Wir müssen aber klarstellen, daß die Satzungen mindestens innerhalb von zwei Jahren nach den aus der Praxis sich ergebenden Verhältnissen und Notwendigkeiten mit einfacher Stimmenmehrheit abgeändert werden können.

(Sehr richtig!)

Wir haben es am vergangenen Donnerstag beim Landesausschuß erlebt. Wenn wir in eine Einzeldebatte über jeden einzelnen Paragraphen eintreten, dann wird es 16 Uhr und 17 Uhr werden und die meisten von uns müssen wieder weg. Praktische Arbeit ist dann nicht geleistet worden. Wir stehen vor einer entscheidenden Wahl, und ich glaube, es wird notwendig sein, uns gerade auch über programmatische Punkte unserer Parteiarbeit heute im klaren zu werden. Wir müssen diesen Formalitätskram, der bestimmt auch notwendig ist, zurückstellen gegenüber der notwendigen praktischen politischen Arbeit. Deshalb wiederhole ich meinen weitergehenden Antrag auf Schluß der Debatte und kumulative Annahme der Satzung mit der Einschränkung, daß sie mit einfacher Mehrheit aus gegebener Notwendigkeit innerhalb von zwei Jahren geändert werden kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Es wird zunächst zum Antrag auf Schluß der Debatte gesprochen. Zum Wort haben sich noch 21 Herren gemeldet. Ich möchte die Namen nicht im einzelnen bekanntgeben.
Dr. *Baumgartner*: Ich stelle ebenfalls Antrag auf Schluß der Debatte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte zum Antrag auf Schluß der Debatte Stellung zu nehmen. Wer spricht gegen Schluß der Debatte?
Dr. *Schrott*: In § 3 müßte meines Erachtens - bei einer raschen Lektüre habe ich es nirgends finden können - drinstehen: Ein Mitglied kann werden, wer deutscher Staatsan-

gehöriger ist. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist doch wohl Voraussetzung für die Mitgliedschaft.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das liegt schon im Wort wahlberechtigt.
Ich würde vorschlagen, nur zum Antrag auf Schluß der Debatte zu reden und dann höchstens zu sagen, ob jemand wirklich etwas ganz besonders Vernünftiges noch zu den Statuten zu sagen hat.
Dr. *Arnold*: Eine ganz kurze Bemerkung: In § 31 heißt es: Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München.
Ich möchte feststellen, daß Nürnberg als Bezirksverband bereits anerkannt ist. Ich bitte dem Rechnung zu tragen.
Dr. *Rindt*: Ich möchte ebenfalls Antrag auf Schluß der Debatte stellen, bitte aber noch über den Antrag Dr. *Falkner* abzustimmen, der wesentlich ist. Der Antrag bezog sich auf die Hereinnahme der beiden kirchlichen Vertreter.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, so vorzugehen, daß wir jetzt über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Ich muß in diesem Falle so vorgehen. Anschließend werde ich dann in Form von Anfragen oder Anträgen von Ihnen prüfen lassen, ob besonders wichtige Anregungen noch gegeben werden. Denn die wollen wir nicht ausschalten. Es müssen aber schon Anregungen sein, die wirklich grundsätzlicher Art sind. Andere Debatten werde ich dann nicht mehr zulassen.
Dr. *Käss* verliest hierauf zur namentlichen Feststellung der anwesenden Stimmberechtigten anhand der Anwesenheitsliste die Namen der Bezirks- und Kreisverbände und trägt die ihm zugerufenen Namen der Stimmberechtigten und die Zahl der von diesen vertretenen Stimmen in die genannte Liste ein.
Während der Verlesung unterbricht Dr. *Käss* und erklärt:
Ich schalte folgendes ein. Wir müssen, damit alle Anfechtungen ausgeschlossen sind, nachprüfen, ob und für welchen Bezirk jeder in geheimer Wahl bestellt worden ist. Dazu wurden vorgedruckte Zettel zur Ausfüllung ausgegeben. Die Ausfüllung ist aber vielfach unzulänglich geschehen. Ich bitte, das sofort nachzuholen und die Zettel vorne abzugeben. Dabei ist vor allem auf den Zetteln der Beschluß anzugeben, aufgrund dessen der betreffende Delegierte vertretungsberechtigt ist.
Anschließend fährt Dr. *Käss* in der Verlesung fort.
Vorsitzender [*Josef Müller*] (die Verlesung unterbrechend): Meine lieben Freunde! Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es eine Schwierigkeit geben könnte: In einem Bezirk sind offenkundig jetzt erst Parteifreunde als Vertreter einzelner Kreise bestellt worden, obwohl sie nicht als solche gemeldet waren und keine Vollmachten haben.
Ich bitte nicht zu glauben, daß ich Schwierigkeiten formeller Art machen will, ich muß aber danach trachten, daß wir Beschlüsse bekommen, die auch von der Militärregierung anerkannt werden. Es ist klar, daß die Statuten der Militärregierung vorgelegt werden müssen.
Daher bitte ich davon auszugehen, daß nur diejenigen stimmberechtigt sind, die in ihren Kreisversammlungen als Vertreter bestellt sind. Sie können nicht hier als Bezirksvorsitzende etwa einen Mann aus einem Kreis als Vertreter bestellen. Ist das bisher in irgendeinem Kreis geschehen? Wie ist das bei der Oberpfalz? Sind die Herren der Oberpfalz dort bestellt worden?

(Zuruf: Nicht durchwegs!)

Dr. *Käss*: Ich werde die Oberpfalz nochmals vorlesen und bitte dann, damit wir keine Anfechtungen bekommen, das Erforderliche richtigzustellen.
(Dr. *Käss* wiederholt nunmehr die Verlesung der Oberpfalz und fährt in der Verlesung der übrigen Bezirke und Kreise fort. Er weist dabei darauf hin, daß die Herren, die die Namen der Stimmberechtigten zurufen, jeweils mit der Meldung die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Wahl ordnungsmäßig ist.)
Vorsitzender [*Josef Müller*] (die Feststellung der Stimmberechtigten wieder unterbrechend): Meine lieben Freunde! Ich stelle gerade fest, wir benötigen zur Feststellung der Stimmberechtigten noch eine Viertelstunde. Leider läßt sich diese Arbeit nicht ersparen, weil wir dann dauernd Abstimmungen vornehmen müssen.
Ich darf vorschlagen: Die noch nicht verlesenen Bezirke bleiben da - aber bestimmt -, sonst darf ich eine Pause von zehn Minuten einschalten.
Ich bitte aber unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Feststellung der Stimmberechtigung innerhalb der zehn Minuten in Ordnung gebracht wird.
(Während der von 11.55 bis 12.05 Uhr dauernden Pause fährt Dr. *Käss* in der Feststellung der Stimmberechtigten fort. Er wird von *Banger* abgelöst, der die Feststellung zu Ende führt.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte Platz zu nehmen. Darf ich bitten, draußen zu sagen, daß jetzt abgestimmt wird. Wir können nicht weiterarbeiten, wenn sich die Herrschaften nicht hinsetzen.
Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Debatte. Ich schlage vor, daß wir über diesen Antrag kurz so abstimmen, daß nur die Stimmberechtigten abstimmen, die verlesen worden sind, daß wir aber Formalitätseinsprüche nur dann erheben, wenn gerade dadurch die Abstimmung beeinträchtigt wird.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Nun können so, wie ich vorhin erklärt habe, noch ganz kurze Anträge und Anfragen gestellt werden. Ich bitte dabei aber zu beachten, daß die Anträge formuliert werden müssen und daß die Anfragen nicht länger als fünf Sätze sein dürfen, sonst kommen wir nicht durch.
Einverstanden? -
Dr. *Arnold*: Zu § 31: Ich stelle den Antrag, daß im zweiten Absatz des § 31 das Wort "Nürnberg" dazugesetzt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich sofort darüber abstimmen lassen, damit wir auch da weiterkommen. Oder wird eine Debatte gewünscht?
§ 31 lautet in Abs. 2: Oberbayern, Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Oberpfalz, Schwaben und München. Das sind die Bezirksverbände, in die sich der Landesverband gliedert.
Nürnberg stellt den Antrag, daß hier noch beigefügt wird "Nürnberg".

(Zuruf: Nürnberg-Fürth!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es soll beigefügt werden "Nürnberg-Fürth".

(Zuruf: Ich stelle den Antrag, daß Augsburg mit hereingenommen wird!)

- Ich darf zunächst über den Antrag "Nürnberg-Fürth" abstimmen. Der Antrag ist bekannt. Er geht dahin, daß in § 31 noch hinzugefügt wird "und Nürnberg-Fürth".
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? -
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag -

(Zuruf: Augsburg!)

- Schwaben stellt den Antrag, "Augsburg" hinzuzufügen. Ich bitte den Antragsteller um Formulierung des Antrags. Der Antrag muß ins Protokoll aufgenommen werden.

(Zuruf.)

- *Kaifer* stellt den Antrag, daß in § 31, Abs. 2 noch hinzugefügt wird "und Augsburg". *Kaifer*, den Antrag mit drei Sätzen begründen! Oder will *Rindt* begründen?
Dr. *Rindt*: Aus der Bedeutung Augsburgs als Hauptstadt des Gebiets Schwaben und auch einwohnermäßig. Augsburg hat rund 180.000 Einwohner.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin auch dafür, und zwar deswegen, weil bisher Nürnberg-Fürth und Augsburg schon so behandelt worden sind, seit der Tagung in Bamberg.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen, daß noch beigefügt wird "und Augsburg"?

(Zuruf: Drei Stimmen!)

Moment. Wir stimmen zunächst darüber ab, ob Augsburg grundsätzlich aufgenommen wird, nachher über die Stimmenzahl.
Einverstanden?

(Zurufe: Ja.)

- Ja. Es wird also zunächst nur darüber abgestimmt, ob Augsburg aufgenommen wird.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Ich bitte abzuzählen.
Schmidt: Es sind acht Stimmen dagegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Acht Stimmen dagegen. Der Antrag ist angenommen.
Jetzt wird über die Zahl der Mitglieder abgestimmt, die Augsburg bekommen soll.
Dr. *Rindt*: Wenn schon über die Stimmenzahl abgestimmt wird, stelle ich den Antrag, daß das bei jeder neuen Stadt so gehandhabt wird.
Dr. *Bauer*: Im § 31 ist nicht von der Stimmenzahl die Rede. Hier handelt es sich um die Stellung des Bezirksverbandes in der Organisation der Union.
Ich stelle den Antrag, daß für je 50.000 angefangene Stimmen eine Stimme den Städten gewährt wird.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich bin unter allen Umständen dagegen und stelle den Antrag, daß Augsburg, wie bisher, im Landesausschuß mit drei Stimmen vertreten sein soll. Dieser Paragraph steht weiter hinten, in dem es heißt, daß jeder Bezirksverband mit fünf Stimmen im Landesausschuß vertreten ist.
Ich schlage vor, daß hinzugefügt wird "und Augsburg", letzteres jedoch nur mit drei Stimmen im Landesausschuß.
Dr. *Geiselberger*: Meine Herren! Wenn wir schon beschlossen haben, daß die Großstädte als Bezirksverbände aufgenommen werden, bin ich dafür, daß sie auch paritätisch gleichmäßig behandelt werden und hier nicht wieder eine Ausnahme in die Satzung eingefügt wird. Meines Erachtens wäre der Antrag, der vorhin gestellt worden ist, nur gerecht, daß entsprechend den in diesen Städten aufgebrachten Stimmenzahlen die Vertretung im Landesausschuß bestimmt wird. Entweder gehen wir diesen Weg oder wir gehen den anderen Weg, daß wir jeden Bezirksverband gleichmäßig behandeln und jedem anerkannten Bezirksverband die in den Satzungen vorgesehenen fünf Vertreter im Landesausschuß zubilligen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Geiselberger*, Ihr Standpunkt scheint mir richtig zu sein. Ich bitte, Ihren Antrag zu formulieren.
Geiselberger: Es ist bereits beschlossen, daß die beiden Städte Nürnberg und Augsburg als Bezirksverbände anerkannt werden. Es steht auch bereits in der Satzung, daß jeder Bezirksverband mit fünf Mitgliedern im Landesausschuß vertreten ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag *Geiselberger* geht also dahin, überhaupt nichts aufzunehmen, weil ohnehin jeder Bezirksverband nach der Satzung gleich viel Stimmen hat.
Geiselberger: Ja, darüber brauchen wir nicht zu debattieren.
Dr. *Bauer*: Ich stelle den Gegenantrag, in § 31 die Zahl 150.000 in 100.000 umzuwandeln und pro angefangene 50.000 einen Vertreter zu gewähren.
Dr. *Baumgartner*: Ich wende mich gegen diesen Antrag, weil dadurch das flache Land glatt benachteiligt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Antrag zu formulieren, damit wir darüber abstimmen können.
Dr. *Bauer*: Mein Antrag geht dahin, daß in § 31 anstelle von 150.000 die Zahl 100.000 tritt und daß auf je angefangene 50.000 Einwohner *ein* Vertreter fällt.

(Zurufe: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Diesen Antrag müssen wir zerlegen.
Ich stimme zunächst über den ersten Antrag ab: " § 31 wird dahin abgeändert, daß anstelle der Ziffer 150.000 die Ziffer 100.000 tritt." Der Antrag ist bekannt.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? - Ich glaube, wir brauchen gar nicht abzuzählen. - Wer ist für den Antrag? - Neun Stimmen. Der Antrag ist abgelehnt.
Der zweite Teil des Antrages könnte für sich ein selbständiger Antrag sein, ich bitte, ihn zu formulieren.
Dr. *Bauer*: Für je 50.000 Stimmberechtigte ein Vertreter, und zwar für Stadt und Land.

(Widerspruch.)

Damit würde die Gefahr behoben werden, die von Herrn Dr. *Baumgartner* erwähnt wurde, daß das Land überstimmt wird. Da ergibt sich dann wieder ein ganz anderer Gesichtspunkt für den Antrag, der eben abgelehnt worden ist. Ich würde bitten, daß über diesen Antrag nochmals abgestimmt wird. Das scheint mir die gerechte Lösung zu sein.
Krempl: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Regensburg ein selbständiger Bezirksverband wird, weil früher schon und jetzt wieder das flache Land von Regensburg aus dirigiert werden will. Das ist ein Antrag: Regensburg wird ein selbständiger Bezirksverband. Oberpfalz und Niederbayern wollen selbständige Bezirksverbände werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krempl*, darüber haben wir jetzt schon abgestimmt. 150.000 Einwohner ist die Grundlage.
Dr. *Held*: Regensburg hat jetzt nach der Lebensmittelkartenausgabe 145.000 Einwohner. Um Aufnahme von weiteren 16.000 wird zur Zeit verhandelt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf unterbrechen. Meine lieben Freunde! Es hat keinen Sinn, darüber zu reden. Irgendwo muß die Grenze liegen. Die ist 150.000 und wenn sieben Einwohner fehlen, muß für uns eine Grenze da sein. Es hat keinen Sinn, darüber weiter zu debattieren, sonst kommen wir nicht weiter.

Wir müssen den Antrag wieder aufnehmen, der vorhin von Dr. *Bauer* gestellt wurde. Er hat den Antrag gestellt, § 45 wird dahin abgeändert, daß -

(Unruhe.)

- Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Bauer*: § 45 c): Je ein Vertreter für je 50.000 angefangene Einwohner eines jeden Bezirks.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wollen wir darüber debattieren, meine lieben Freunde? Ich glaube, eine Debatte erübrigt sich, wir bekommen sonst nur ein absolutes Durcheinander.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte es in § 31 bei den Abänderungen "Nürnberg-Fürth und Augsburg" zu belassen, alle übrigen Anträge abzulehnen. Die Verhältnisse liegen doch praktisch so - daran müssen Sie auch denken: Wir wollen eine gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land. Sie wissen, daß wir das betont haben. Aber andererseits muß auf die Schichtung der Wählermasse der Partei Rücksicht genommen werden. Die Verhältnisse liegen so, daß wir heute die Wahlergebnisse der Großstädte noch gar nicht vor uns haben. Erst wenn dies der Fall ist, können wir zu der Verteilung der Stimmen endgültig Stellung nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen über den Antrag Dr. *Bauer* ab.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Wer ist dafür? -
Sechs sind dafür. Der Antrag Dr. *Bauer* ist abgelehnt.
Frau *Hahn* stellt einen Antrag.
Frau *Hahn*: Die Frauenvertretung ist viel zu gering. § 38: Der Bezirksständerat besteht aus je einem Vertreter eines Standes. Es ist selbstverständlich, daß dieser eine Vertreter von den Männern genommen wird. Von den Frauen haben wir nur eine Vertreterin für die Hausfrauen. Es gibt aber auch Arbeiterinnen, Bäuerinnen und andere Berufe. Wir verlangen hier mehr Frauenvertreter.
Bei § 42 dasselbe. Landesversammlung. Es sind nur fünf Frauen vertreten und wir stellen die Mehrzahl der Wählerinnen.

(Bravo!)

§ 45, Landesausschuß. Satzungsgemäß drei Frauen. In Bamberg bei der Tagung des erweiterten Landesausschusses und bei der Frauentagung sind uns bereits acht Frauen genehmigt worden.
§ 50, Ständerat der Landesvorstandschaft. Es ist ebenso, wie ich es vorhin für den Bezirksständerat gesagt habe. Hier sind zwei Hausfrauen genehmigt, aber keine der berufstätigen Frauen. Ich bitte das abzuändern.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Schlögl* hat das Wort.
Dr. *Schlögl*: Meine Damen und Herren! Sind wir froh, daß das Ständeprinzip einmal in eine Parteisatzung hereingekommen ist. Wir vom Bauernstand sind auch nicht entzückt von den ein oder zwei Vertretern, die Arbeiterschaft auch nicht, und wir sind gewiß große Berufsstände. Wir probieren es einmal. Der Dame möchte ich sagen, wir Männer vertreten schon die Frauen auch.

(Heiterkeit. - Sehr richtig!)

Wenn wir nämlich in der Aufgliederung der Frauen so weitergehen, müßte es heißen: "Standesmäßige Jungfrauen usw." Lassen wir es bei der Regelung, wie sie vorgesehen ist. Sie ist nicht ideal, das sage ich ganz offen. Es ist so, wie ich sagte: Von uns Bauern mit Angehörigen sind mindestens 200.000 Wähler der Christlich-Sozialen Union. Daß

wir hier nur einen und dort nur zwei Vertreter haben, ist nicht ideal, aber wie gesagt, wir stellen alle Einwände zurück und probieren es einmal so. Wir gehen nur eine Probeehe ein mit diesen Statuten.

(Heiterkeit.)

Die Frauen setzen sich dann schon durch.
Frau *Hahn*: Die Arbeiterinnen lassen sich das nicht gefallen.
Dr. *Schlögl*: Die Bauersfrauen auch nicht.
Frau *Hahn*: Die können nach Ihren Worten vielleicht noch durch den Bauern vertreten werden.

(Heiterkeit. - Zuruf: Die anderen auch!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich bitte, in dem Falle wirklich Frau *Hahn* zu hören. Es ist schon so, daß man bestimmt berücksichtigen muß, daß die Frauen - nun rein zweckmäßig gedacht - einen Großteil der Wähler darstellen. Leider habe ich draußen in Bezirksversammlungen usw. festgestellt, daß ein horror feminae besteht. Daher wäre es schon zweckmäßig, den Vorschlag zu überlegen, aber nicht zu große Ansprüche zu stellen.
Welcher praktische Vorschlag wird gemacht?
Frau *Hahn*: Je eine Vertreterin der berufstätigen Frau ...
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, den Grundsatz der Gerechtigkeit walten zu lassen. Die Männer sind im öffentlichen Leben tätig, weil sie zu Hause nichts zu sagen haben.

(Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Frau *Hahn*, Sie sind angegriffen und müssen sich verteidigen.

(Heiterkeit.)

Frau *Hahn*: Für die berufstätige Frau brauchen wir wenigstens eine Vertretung. Beim Bezirksständerat - § 38 - müßte es heißen: eine Vertreterin der Hausfrauen und eine Vertreterin der berufstätigen Frauen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Beim Ständerat machen wir keinen Kompromiß. Da geht es nicht. Da haben wir gestern schon die Diskussion gehabt und da hat Freund *Horlacher* vorhin schon gesagt, was er denkt. Der Ständerat muß jetzt einmal so zum Arbeiten kommen.
Ich würde vorschlagen, allgemein eine Empfehlung aufzunehmen und den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden aufzuerlegen, in ihre Vorstandschaften auch Frauen hereinzunehmen und bei der Aufstellung der Delegierten die Frauen zu berücksichtigen. Wenn der Bezirksverband fünf Vertreter, der Kreisverband zwei Vertreter entsenden kann, muß es den Kreis- und Bezirksverbänden auferlegt werden, auch die Frauen gebührend zu berücksichtigen. Die Bestimmung, die hier in die Satzung aufgenommen ist, soll lediglich etwas Zusätzliches sein. Wir haben von vorneherein unterstellt, daß die Verbände der Union die Frauen entsprechend als Delegierte berücksichtigen. Um einen Ausgleich zu schaffen, ist außerdem die Frau noch gesondert berücksichtigt worden. Damit ist den Frauen am besten gedient, wenn so verfahren wird.
Frau *Lang-Brumann*: Ich würde vorschlagen, daß man wenigstens die drei wichtigsten Kategorien der Frauen hereinnimmt, die Hausfrau, die Berufstätige - da könnten meinetwegen die Arbeiterinnen und andere Berufstätige berücksichtigt werden - und die

Bäuerinnen. Ich erinnere Sie daran, daß Sie in Bamberg gesagt haben, nun haben Sie lauter Städterinnen, aber keine Bäuerinnen, keine Arbeiterinnen. Jetzt haben wir uns um Arbeiterinnen und Bäuerinnen umgeschaut und bitten, daß auch diese Stände vertreten werden.
Warum wollen Sie uns andauernd hier hinausschieben? Wir schaden Ihnen doch nichts! Je mehr wir hier vertreten werden, desto mehr können Sie vor die Frauen draußen hintreten und sagen: die Christlich-Soziale Union.
Wenn ich aber sage, die ganzen Herren schauen, daß sie uns hinausdrücken, dann sagen die Frauen: "Dann ist es uns auch gleich, dann wählen wir irgendwo anders."

(Beifall.)

Dr. *Geiselberger*: Ich glaube, der Vorschlag der Frau *Lang-Brumann*, die aus alter Praxis spricht, wäre für die Versammlung gangbar, daß wir bei der Ständevertretung in die von Frau *Lang-Brumann* angeführten drei Klassen aufteilen, eine Hausfrau, eine Bauersfrau, eine Berufstätige. Dieser Weg wäre zu gehen.
In § 42 könnte man nach meinem Dafürhalten in der Landesversammlung den berechtigten Wünschen der Frauen entgegenkommen, wenn man die dort benannten fünf Vertreter der Frauen vielleicht auf zehn erhöhen würde. Das wäre ein Vermittlungsvorschlag, auf den die Versammlung eingehen könnte.
Ferner möchte ich jetzt gleich noch, ohne vorzugreifen, sagen, daß ich bei den Berufsständen auch einen Stand vermißt habe, das ist die Presse.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Freie Berufe!
Dr. *Geiselberger*: Das ist ein sehr weitgehender Begriff in der heutigen Zeit. Ich glaube, wir sehnen den Zeitpunkt herbei, in dem wir wieder einmal von einer Parteipresse der CSU reden können, und nicht nur eine sogenannte überparteiliche Presse haben, von der wir heute einleitend bei unseren Beratungen bereits eine Kostprobe vorgesetzt erhalten haben.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt ein Vorschlag! Herr *Gronwald*, bitte rasch.
Gronwald: Um den Wünschen der Frauen entgegenzukommen, würde ich vorschlagen, den Landesausschuß so zusammenzusetzen, daß jeder Bezirksverband eine Frau in den Landesausschuß entsendet. Das sind dann zwölf Frauen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also Vorschlag: Beim Landesausschuß zehn Frauen vorzusehen. Es sind zehn Bezirksverbände, infolgedessen kämen zehn Frauen dazu. Bisher sind fünf Frauen vorgesehen.

(Unruhe.)

Gronwald: § 42 würde dann unter e) lauten: "zehn Vertretern der Frauen und drei Vertretern der Jugend."
In § 45 beim Landesausschuß würde es dann auch heißen unter e) "zehn Vertretern der Frauen und drei Vertretern der Jugend".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Jugend kommt noch ein gesonderter Antrag. Es handelt sich zunächst nur um die Frauen. Also zehn Vertreter der Frauen.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Aus Stadt und Land!)

Aus Stadt und Land.
Darf ich darüber abstimmen lassen?
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? -
Der Antrag ist angenommen.

Ein Vertreter der Jugend hat folgenden Antrag gestellt. Ich bitte den Antrag vorzutragen.
Ott: Der Antrag ist von mehreren Bezirksverbänden gestellt, von Oberbayern, München, Schwaben und Augsburg. Er lautet:

> In die Vorstandschaft jedes Orts-, Kreis- und Bezirksverbandes ist je ein Vertreter der Jugend zu wählen, in die Landesvorstandschaft drei Vertreter, in den Landesausschuß fünf, in die Landesversammlung für jeden Bezirksverband zwei Vertreter.

Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird eine Debatte darüber gewünscht?

(Zurufe: Als Jugendvertreter für Oberfranken schließe ich mich dem Antrag an. - Ich schließe mich ebenfalls an.)

Es ist keine Debatte darüber erwünscht. Dann lasse ich abstimmen.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? -
Einstimmig angenommen.
Dr. *Falkner*: Ich stelle den Antrag, im § 38 entsprechend dem § 50 je einen Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit in den Bezirksständerat aufzunehmen.
Die Begründung: Wir haben im § 50 den berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft festgelegt und dort gesagt, daß je zwei Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit aufgenommen werden sollen. Ich hielte es für richtig, wenn auch der Bezirksständerat entsprechend je einen Vertreter der Geistlichkeit aufnehmen würde.
Dr. *Eichhorn*: Es ist wohl am Platze, daß in dem obersten Gremium, ständisch sozusagen - wenn auch mit einem gewissen Schönheitsfehler, denn der geistliche Stand ist ja kein Berufsstand -, auch die Geistlichen vertreten sind. Dagegen halte ich es in den unteren Gremien für nicht entsprechend. Hier reibt man sich viel mehr, hier steht man in den örtlichen Verhältnissen und der Geistliche ist viel mehr dem ausgesetzt, daß er in das Tagesgespräch kommt.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir lassen darüber sofort abstimmen.
Wie heißt der Antrag?
Dr. *Falkner*: § 38: Der Bezirksständerat besteht aus je ein[em] Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit. Ich weise darauf hin, daß ich den Antrag gestellt habe, weil ich den Bezirksständerat nicht als ein politisches, sondern als ein berufsständisches Gremium betrachte. Ich bitte, diesen Satz in das Protokoll aufzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kommt sowieso alles in das Protokoll.
Dr. *Baumgartner*: Ich möchte sagen: Unsere Geistlichen werden draußen sowieso so angegriffen, daß sie politisieren. Wenn wir sie in den unteren Gremien auch noch drin haben, wären sie noch mehr Angriffen ausgesetzt.
Ich wäre auch dafür, daß wir sie, so wie *Eichhorn* es meint, nur in die oberste Spitze mit hereinnehmen.

(Zuruf: Abstimmen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Abstimmung!
Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag *Falkner*? - Es scheint die Majorität zu

sein. Ich frage infolgedessen: Wer ist für den Antrag *Falkner*? - Der Antrag *Falkner* ist abgelehnt.
Weitere Anträge? *Fleckenstein*!
Fleckenstein: § 38, Bezirksstände! Ein Schönheitsfehler: Ausgewiesene und Flüchtlinge sind kein Berufsstand. Infolgedessen Vorschlag: Ausgewiesene und Flüchtlinge nach ihrem ... (?) Berufsstand.
Ferner: § 38, Ziff. 5): "Der Bezirksständerat hat die Aufgabe, alle Fragen zu beraten, die die Interessen der in ihm vertretenen Berufsstände betreffen."
Es gehört sehr viel Vorarbeit und weitgehende Beschäftigung mit Fachliteratur dazu. Dasselbe gilt zu § 50. Dazu kommt außerdem die Vorarbeit, eventuell Gesetzesvorlagen vorzubereiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das geht zu weit.
Fleckenstein: Das letztere fällt also weg.
Weiter zu § 2: Hier heißt es "der christlichen Kulturauffassung." Das ist sehr blaß. Besser wäre "des christlichen Sittengesetzes".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also, welche Anträge werden formal gestellt?
Fleckenstein: Zu § 2 anstelle von "der christlichen Kulturauffassung" zu setzen "des christlichen Sittengesetzes", weil "christliche Kulturauffassung" zu flach ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber zunächst debattieren lassen.
Michel: Ich bitte, daß man "christliche Weltanschauung" einsetzt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben es uns natürlich auch überlegt, aber von der christlichen "Weltanschauung" haben wir auch von Herrn *Hitler* manchmal gehört. Wir haben uns auch überlegt, ob wir nicht den präzisen Ausdruck "christliches Sittengesetz" nehmen sollen, aber "christliche Kulturauffassung" ist ein weiter gehender Begriff. Er kennzeichnet auch einen gewissen Unterschied ...
Michel: ... (Redner nicht verständlich, da zu leise und Unruhe in der Versammlung.)
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Herren, nur eines: Gebrauchen Sie den Begriff der Weltanschauung nicht mehr. Er ist im Dritten Reich so mißbraucht worden, daß ich von ihm nichts mehr hören will. Das Wort "Kulturauffassung" reicht so weit, daß man damit zufrieden sein kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf die Debatte darüber abschließen. Wir wollen nicht durch Einzeldebatten das Ganze zerreden, ich habe nur kurze Anträge zugelassen.
Wer enthält sich? - Wer ist gegen die Abänderung? - Es scheint die Majorität zu sein.
Wer ist für die Abänderung? - 19. Abgelehnt.
Nächster Antrag!
Dr. *von Eicken*: Ich stelle zur Erwägung, ob man im § 65 dem berufsständischen Rat und dem Landesausschuß nicht ein Antragsrecht zur Landesversammlung einräumen sollte.
Gronwald: Das Antragsrecht des berufsständischen Rates richtet sich an die Landesvorstandschaft. Wenn der berufsständische Rat einen Antrag an die Landesversammlung richten will, kann er das unschwer über die Landesvorstandschaft tun. Der Landesvorstandschaft sind diese Anträge vorzulegen, die sie dann ihrerseits an die Landesversammlung weiterleitet.

(Zuruf: Abstimmen lassen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Abstimmung!
Wer enthält sich! - Wer ist dagegen? - Es scheint die Mehrheit zu sein.

Wer ist dafür? - Niemand. Abgelehnt.
Wo ist der Antragsteller?

(Heiterkeit.)

Weiterer Antrag!
Piechl: § 59, Ziff. 3) lautet: "Das Recht, Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht lediglich der Landesvorstandschaft zu."
Wir wollen das in der Weise geregelt haben, daß dieser Absatz lautet: "Das Recht, Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den einschlägigen Kreisvorstandschaften zu."
Dr. *Käss*: Welchen Paragraphen haben Sie eben zitiert?

(Zuruf: § 59, Ziffer 3)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube der Antrag ist überholt.
Gronwald: Überholt! In § 59, Ziffer 2) heißt es: "Die Anstellung erfolgt auf Vorschlag der betroffenen Kreis- oder Bezirksvorstandschaften. Kommt eine Verständigung über den ersten und gegebenenfalls auch einen zweiten Vorschlag nicht zustande, ist die Landesvorstandschaft berechtigt, von sich aus einen Geschäftsführer einzusetzen."
Also, die Mitwirkung der Kreis- und Bezirksvorstandschaften ist hier weitgehend eingeschaltet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Piechl*, ich will Ihnen sagen: Wir müssen jetzt nicht Einzeldebatten haben. Wir stehen noch in einem Entwicklungsstadium, in dem es sogar vorkommen konnte, daß gleichzeitig zwei Vorsitzende da waren. Infolgedessen muß die Möglichkeit bestehen, sich durchzusetzen.

(Zuruf: Es handelt sich hier um die Abberufung. Ziffer 2 bezieht sich lediglich auf die Anstellung, nicht auf die Abberufung.)

Dr. *Horlacher*: Es ist selbstverständlich, daß die Kreisvorstandschaften und Bezirksvorstandschaften bei der Abberufung mitzureden haben. Meinetwegen müßte es mindestens heißen: "Das Recht Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht lediglich der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Kreis- und Bezirksvorstandschaften zu."
Ich beantrage das.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren, ich muß feststellen, wer hat die letzte Entscheidung. Sonst geht nachher der Streit um das Einvernehmen und ich kann das Schiedsgericht mobilisieren. Das muß klargestellt sein, irgend jemand muß am Schlusse die Entscheidung haben. Die Landesvorstandschaft besteht ja nicht nur aus dem Vorsitzenden, sondern auch aus den Vertretern der Bezirke, sie ist ein Gremium von 30 Leuten.
Von Aretin: Ich möchte mich weniger zur Einsetzung als zur Weisungsgebundenheit der Geschäftsführer äußern. Wenn sie Weisungen annehmen von ihrem Vorsitzenden, ist nichts gegen eine Schiedsrichterrolle des Landesvorstands zu sagen. Wenn sie aber weisungsgebunden sind vom Landesausschuß her, dann bin ich dagegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist nach meinem Empfinden durch § 59 überholt. Ich muß bitten, solche Geschichten wegzulassen.

(Zuruf: Abstimmung!)

Gronwald: Es heißt in § 59, Ziff. 6: "Die Geschäftsführer sind an die politischen Weisungen der Landesvorstandschaft" - darin sind die Bezirke vertreten - "und der Vorsitzenden, für deren Bereich sie eingesetzt sind, gebunden".

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse zunächst über den Antrag *Horlacher* abstimmen. Wie heißt der Antrag?
Dr. *Horlacher*: In Ziffer 3 einzusetzen: "steht lediglich der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Kreis- und Bezirksvorstandschaften".
Dr. *von Eicken*: Vermittlungsvorschlag: Statt "im Einvernehmen" "nach Anhörung"!

(Zuruf: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren, das muß klar formuliert werden, wer hat die letzte Entscheidung. Ich stehe jetzt vor der Frage und kann Ihnen sagen: In der Oberpfalz waren gleich zwei Vorsitzende da.

(Widerspruch und Zurufe.)

Die Militärregierung stellte mich vor die Tatsache, zur Militärregierung zu kommen. Mir wurde erklärt so und so, beide Herren erklären, sie sind die Bezirksvorsitzenden. Die Militärregierung hat mir erklärt, es wird kein anderer Ausweg bleiben, als daß Sie aufgrund der Ihnen erteilten Vollmacht zum Aufbau der Partei Ihrerseits kommissarisch einen Bezirksvorsitzenden bestimmen.
Wenn Sie, meine Herren, hier festlegen "im Einvernehmen", dann kommen sofort die ganzen Schwierigkeiten, denn dann muß die Entscheidung erst getroffen werden.
Ich habe auch in dem angegebenen Falle im Einvernehmen sogar mit verschiedenen Herren, die da waren, gehandelt und dann erst einen bestellt, um so rasch wie möglich zu einer demokratischen Basis zu kommen. Die Vernunft gebietet in solchen Fällen, daß man sich verständigt, aber es muß klargestellt sein, daß irgendwann einmal eine Entscheidung getroffen wird.

(Zuruf: Abstimmen!)

Dr. *Horlacher*: Ich lasse mich auch überzeugen. Ich könnte ein Sicherungsventil einbauen: Die Landesvorstandschaft entscheidet mit Zweidrittelmehrheit. Mit dieser Maßgabe bin ich einverstanden. Ich will nur, daß ein Beschluß zustandekommen kann, der klare Verhältnisse schafft.
Dr. *Gronwald*: Die neue Formulierung würde lauten:

> Das Recht Geschäftsführer anzustellen, einzusetzen und abzuberufen, steht der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Vorstandschaften der Kreis- und Bezirksverbände zu. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, entscheidet die Landesvorstandschaft mit Zweidrittelmehrheit endgültig.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen zur Abstimmung.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag Dr. *Horlacher*?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Dr. *Kroll*: Ein praktischer Fall veranlaßt mich, auf den § 7 Abs. 5 aufmerksam zu machen und eine andere Formulierung zu erbitten. Es heißt darin:

> Das Schiedsgerichtsverfahren wird von der Vorstandschaft des Ortsverbandes beantragt. Es kann auch von den Vorstandschaften des Kreis-, Bezirks- oder Landesverbandes beantragt werden,

Und nun kommt die Formulierung, auf die es mir ankommt:

wenn das Mitglied Mandatsträger ist oder diesen Gliederungen als Vertreter oder gewähltes Mitglied angehört.

Ich schlage vor, einfach zu formulieren:

wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Es ist ein Fall, den ich hier nicht beim Namen nennen möchte, gegeben, wo wir in absehbarer Zeit - es handelt sich nicht um Oberfranken - das Schiedsgericht anrufen müssen. In diesem Fall wird die Vorstandschaft von einem Mitglied derartig eingeschüchtert, daß niemand wagt, einen Antrag zu stellen. Wenn der Kreis- und in diesem Falle sogar der Bezirksverband von sich aus einschreitet, besteht die Gefahr, daß eine politische Korruption nicht aufgedeckt wird. Ich kann den Fall nicht näher schildern, bitte mir aber Glauben zu schenken, daß es so ist und die Formulierung aufzunehmen "Wenn ein wichtiger Grund vorliegt".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich halte das für sehr gut.
Wir stimmen ab.
Wer enthält sich der Stimme?
Wer ist gegen den Antrag Dr. *Kroll*?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Weitere Anträge liegen nicht mehr vor.
Detsch: § 29 Abs. 2 besagt, daß ein Kreisverband aufgelöst wird, wenn er nurmehr weniger als drei Ortsverbände hat. Es fragt sich nun, ob eine Stadt wie Rosenheim ihren Kreisverband in wenigstens drei Ortsverbände aufgliedern muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen eine Ordnung bekommen. Infolgedessen bin ich dafür, daß wir es so stehen lassen. An und für sich wäre es gut, wenn man aufgliederte. Wir müssen infolgedessen eine Grundlage für die Aufgliederung schaffen, aber wenn sich in einem Jahr zeigt, daß das zu formalistisch ist, dann kann man es immer noch ändern. Es ist kein wichtiger Grund für eine Satzungsänderung. Es ist auch - glaube ich - kein formeller Antrag gestellt. Infolgedessen möchte ich von einer Änderung absehen.
Dr. *Hundhammer*: Ich schlage einen Zusatz vor:

Die Bestimmung gilt nicht für Kreisverbände, die sich nur auf den Bereich einer Stadt erstrecken.

Dr. *Käss*: Ich glaube, die Sache ist nach dem gesunden Menschenverstand völlig klar. Der Kreisverband gilt "in diesem Falle" als aufgelöst. Das ist aber nur dann der Fall, wenn er sowieso an Auszehrung stirbt. In einem Stadtkreisverband wird man das selbstverständlich nicht machen. Ein Zwang auf Städte, sich stärker aufzugliedern, nur um der Satzung zu genügen, ist nicht gegeben. Ich glaube, dadurch, daß wir die Tatsache feststellen, daß es so zu betrachten ist, ist eine formelle Änderung der Satzungen überflüssig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir kommen nicht weiter. Ich darf vorschlagen, es wird über die Satzung en bloc abgestimmt. Wir haben jetzt 12.53 Uhr und noch ein großes Pensum zu bewältigen. Nurmehr ganz wichtige Anträge möchte ich noch zulassen.

Von Aretin: Ich beantrage zu § 43:

> Die Landesversammlung wählt einen 1., 2. und einen 3. Landesvorsitzenden auf die Dauer eines Jahres, die die stammliche und konfessionelle Struktur unseres Volkes repräsentieren sollen.

Wir haben in jedem Bezirksverband zwei oder drei Vorsitzende. Warum soll es im Lande anders sein?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, Herr *von Aretin* hat einiges falsch verstanden. Ich bitte Herrn Dr. *Gronwald* sich dazu zu äußern.
Dr. *Gronwald*: Unter den allgemeinen Bestimmungen ist vorgesehen, daß die Vorstandschaften aus ihrer Mitte einen zweiten Vorsitzenden wählen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube also, wir brauchen diesen Antrag nicht zur Abstimmung zu stellen. Wird der Antrag formell gestellt?
Von Aretin: Doch. Der Antrag lautet:

> Die Landesversammlung wählt einen 1., 2. und einen 3. Landesvorsitzenden auf die Dauer eines Jahres, die die stammliche und konfessionelle Struktur unseres Volkes repräsentieren sollen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich kurz ohne lange Debatte dazu Stellung nehmen. Sie haben vorhin gesagt, daß das ein sehr weitgehender Antrag ist, der berücksichtigt werden müßte. Ich sage Ihnen dagegen: Wenn Sie diesen Antrag annehmen, dann verewigen Sie Zwistigkeiten.

(Zuruf: Nein!)

Wir haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß gearbeitet werden kann. Sie können nicht in einem großen Gremium alle Auseinandersetzungen durchführen. Mit Worten kann man sehr gut sagen: "Weltanschauliche und sonstige Gruppierungen, ständische und sonstige Interessen". So etwas muß dann in einem kleineren Gremium ausgewogen werden.
Dr. *Baumgartner*: Meine Damen und Herren, ich wiederhole meinen Antrag auf Schluß der Debatte. Ich wiederhole den Antrag, daß über die Satzung en bloc abgestimmt wird.

(Sehr gut!)

Dr. *Hundhammer*: Ich möchte dazu nur feststellen, daß die Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit angenommen wird und dementsprechend mit einfacher Stimmenmehrheit auf einer späteren Landesversammlung wieder abgeändert werden kann. Das bedarf keines Antrages. Das Gegenteil steht nicht in der Satzung, ergibt sich also von selbst.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir stimmen ab über den Antrag, ob die Satzung jetzt en bloc angenommen wird oder nicht.

(Beifall.)

Das ist der weitergehende Antrag. Infolgedessen lasse ich zunächst noch nicht über die Annahme abstimmen sondern über den Antrag: Die Satzung wird en bloc angenommen.
Wir stimmen jetzt also darüber ab, ob die Satzung en bloc angenommen wird.

(Zuruf: Für die Dauer von einem oder zwei Jahren?)

Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
17 Stimmen sind dagegen.
Der Antrag ist angenommen.
Damit wird jetzt über die Satzung en bloc abgestimmt.
Wird das Vorlesen der Satzung ausdrücklich gewünscht?

(Zurufe: Nein!)

Dann darf ich einen formellen Antrag in diesem Sinne erbitten.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, die Satzung en bloc anzunehmen.
Holzer: Zur Geschäftsordnung!
Ich möchte nur fragen, ob nach dieser Beschlußfassung jetzt über den Antrag *von Aretin* noch abgestimmt werden kann oder nicht mehr.

(Zurufe: Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nach dieser Beschlußfassung ist der Antrag *von Aretin* selbstverständlich abzulehnen. Aber damit keine Anfechtung kommt, lasse ich, wenn Sie einverstanden sind, rasch noch über den Antrag *von Aretin* abstimmen.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte einen solchen Antrag abzulehnen und zwar deshalb, weil dieser Antrag lediglich äußerlich einfach aussieht. Dann wählen Sie einmal einen 1., 2. und 3. Vorsitzenden! Dann kommen die Bauern, die Arbeiter, der gewerbliche Mittelstand, dann kommen die Katholiken, die Protestanten. Jeder will sich um diese 1. und 2. Vorsitzenden reißen.

(Unruhe im Hause.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse über den Antrag *Aretin* kurz abstimmen, damit kein Anfechtungsgrund gegeben ist.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag *Aretin*? Das scheint die Majorität zu sein.
Wer ist für den Antrag *Aretin*? Es sind 27.
Der Antrag *Aretin* ist abgelehnt.
Dr. *Baumgartner*: Ich stelle den Antrag, auf die Verlesung der Statuten zu verzichten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Minister Dr. *Baumgartner* hat den Antrag gestellt, auf die Verlesung der Statuten, die schon vorher verlesen worden sind, zu verzichten.
Ich stimme ab über den Antrag.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Statuten. Ich stelle den Antrag:

> Die der Landesversammlung bekanntgegebene Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird mit den in der Versammlung beschlossenen Änderungen angenommen.

(Zuruf: Auf zwei Jahre.)

Das brauchen wir nicht und zwar aus einem anderen Grunde. Ich kann dazu gleich erklären: Es ist im Augenblick noch keine Zweidrittelmajorität vorgesehen. Sie könnten höchstens jetzt den Antrag stellen, daß die Satzung zwei Jahre Gültigkeit haben

soll. Dieser Antrag liegt nicht vor. Dann kann die Satzung schon in der nächsten Landesversammlung abgeändert werden.

(Sehr gut!)

Ich bin aber der Auffassung, die nächste Landesversammlung soll damit nicht behelligt werden - ich darf das rasch noch während der Abstimmung einfügen -, sondern erst die Landesversammlung, die im nächsten Jahre stattfindet. Wir werden dieses Jahr noch eine Landesversammlung haben. Ich würde also bitten, überall darauf hinzuwirken, daß keine Abänderungsanträge gestellt werden, außer sie sind sehr wichtig. Dann werden wir uns verständigen. Aber bis nächstes Jahr haben wir die entsprechenden Erfahrungen gesammelt. Dann können wir uns darüber unterhalten, ob die Satzungen noch brauchbar sind oder nicht.
Sind Sie damit einverstanden? Dann lasse ich jetzt über die Annahme der Satzungen abstimmen.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag?
Damit ist die Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern einstimmig angenommen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir freuen uns alle miteinander. Ich kann sagen, in dieser Satzung ist zum erstenmal der Versuch gemacht worden, in einer Partei eine Gliederung nach zwei Gesichtspunkten durchzuführen, nach weltanschaulichen wie nach ständischen.

(Beifall.)

Wenn es gelingt, so zusammenzuarbeiten, dann wird unsere Union bestimmt ein gutes organisches Gefüge werden.

(Lebhafter Beifall.)

Wir treten ein in die Besprechung der Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union in Bayern. Ich wollte dafür sorgen, daß heute schon eine ordnungsmäßige Vorbereitung getroffen ist. Wir müssen eine Zwischenregelung schaffen, weil in dringenden Fällen bereits jetzt die Möglichkeit bestehen muß, das Schiedsgericht anzugehen. Auf der anderen Seite muß aber auch da erst ein Versuch unternommen werden. Ich erteile Dr. *Käss* das Wort zum Bericht.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wie lange wird es dauern?)

Es ist in kurzer Zeit erledigt.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung. Wir müssen heute nachmittag dringend weg. Wir möchten bei den dringenden Angelegenheiten, insbesondere bei der Entschließung, die wir eingereicht haben, dabei sein. Ich würde daher bitten, das vorwegzunehmen.
Dr. *Baumgartner*: Dr. *Horlacher* muß heute in Coburg und ich in Würzburg sprechen.

(Zuruf *Krehle*: Und wir haben heute Ministerrat.)

Deshalb würde ich bitten, wenn wir diese Frage jetzt kurz behandeln.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, wenn wir durchkommen. Aber wir müssen die Schiedsordnung dann hernach durchbesprechen.

Sind Sie einverstanden, daß wir die Debatte über die Schiedsgerichtsordnung auf Nachmittag zurückstellen?
Das ist anscheinend der Fall.
[...][5]
[*Josef Müller*:] Das Ziel meines kurzen Tätigkeitsberichtes ist es nicht, programmatische Erklärungen abzugeben, sondern ich möchte Ihnen die Grundlinie der Unionsarbeit in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufzeigen. Die Union ist von unten herauf, aus den einzelnen Kreisen und Bezirken gewachsen. Es hat anfänglich wohl einige Schwierigkeiten gegeben, bis die Union organisch zusammengefügt werden konnte. Aber durch Besprechungen von Einzelpersönlichkeiten wurde dann sehr rasch eine Einigung unter dem Gesichtspunkt erzielt: Aufbau einer Gruppierung, einer Partei im demokratischen Staatswesen hauptsächlich mit dem Ziel der Zusammenfassung der beiden christlichen Bekenntnisse. Auch die Namensfrage konnte nicht sofort gelöst werden, es tauchten verschiedene Vorschläge auf, und es wurden Zweifel laut über die Zweckmäßigkeit des gewählten Namens. Wir berieten dann ferner darüber, wie weit der Kreis der Union gezogen werden soll. Es wurde darüber Einigung erzielt, daß wir alle ansprechen wollen, die sich für ihr Tun und Lassen vor Gott verantwortlich fühlen. Damit ist aber auch unserer Arbeit eine gewisse Richtlinie gegeben. Nach kurzer Tätigkeit hat sich gezeigt, daß die Idee und der Name sehr rasch Anklang gefunden haben. Konnte man ursprünglich vielleicht Zweifel hegen, ob sich das Fremdwort Union durchsetzen würde, so sind heute alle Bedenken verschwunden. Der Begriff Union ist überall zuhause.

(Beifall.- Sehr richtig!)

[...] Das nächste Ziel unserer Arbeit war die Bildung vorbereitender Ausschüsse. Das ganze Land war dann zum ersten Mal auf der Haupttagung in Bamberg, der Tagung des erweiterten Landesausschusses vertreten. In Bamberg wurde die Wahl des Landesvorsitzenden vorgenommen. 70 Prozent der Delegierten entschieden sich dafür, daß ich dieses Amt einstweilen übernehmen solle, bis auf der Landesversammlung endgültig ein Landesvorsitzender gewählt werden kann.
[...] Meine lieben Freunde! Wir können - und ich scheue mich nicht, es als religiöser Mensch ganz klar auszusprechen - Gott danken für die Kraft, die er uns für unser Wirken gegeben hat, und für die Erfolge, die er unserer Tätigkeit beschieden hat. Wir hatten wirklich große Erfolge. Ich wäge dabei nicht nur die äußeren Gesichtspunkte. Wir erreichten zunächst bei den Gemeindewahlen einen Prozentsatz, der schon die

[5] Hier fehlen einige Seiten im Protokoll, in dem an dieser Stelle vermerkt ist: "Fehlblatt S. 70 mit 92 (Rede Müller) muß noch geschrieben und eingelegt werden." Dies ist offensichtlich nicht geschehen; die Rede wurde jedoch abgedruckt im Union-Dienst, Sonderbeilage 2, unter dem Titel: "Unser Weg (Rückblick und Ausblick), Rede von Dr. Josef Müller auf der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in München am 17. Mai 1946". Der Wortlaut der veröffentlichten Fassung ist im folgenden ersatzweise übernommen worden. Diese Druckfassung ist zwar - z.B. durch die Wiedergabe von Zwischenrufen - als authentische stenographische Mitschrift des Sitzungsverlaufs aufgemacht, wurde aber offensichtlich im nachhinein geglättet. Die Zwischenrufe sind beispielsweise durchgängig positiv, obwohl Müller einige kontroverse Themen ansprach, die üblicherweise Kritik provozierten. In der Sitzung des Landesausschusses vom 6. Juli 1946 (vgl. S. 490) stellte Schlögl dann auch die deutliche "Verbesserung" der Druckfassung gegenüber der tatsächlich gehaltenen Rede nachdrücklich heraus. Die in der Rede Müllers hier und im folgenden durch "[...]" kenntlich gemachten Auslassungen beinhalten in der Druckfassung Zwischenüberschriften, deren Wiedergabe im Rahmen dieser Dokumentation gestört hätte.

Erwartung aufkommen ließ, daß bei den Kreistagswahlen mindestens 70 Prozent der Landbevölkerung und der Bevölkerung in den Städten unter 20.000 Einwohnern hinter uns stehen würden. Tatsächlich sprachen uns dann 71,75 Prozent der Wähler ihr Vertrauen aus, ein Erfolg, wie er nicht allgemein erwartet wurde.

(Sehr richtig!)

Wenn die Wahlflaute nicht gewesen wäre und das Interesse der Landbevölkerung für diese Wahl nicht nachgelassen hätte, hätten wir sehr wahrscheinlich einen noch grösseren Erfolg gehabt. Ich hoffe, daß auch die Wahlen in den Städten über 20.000 Einwohnern für uns erfolgreich sein werden. Nach den bisherigen Eindrücken brauchen wir an dem Erfolg nicht zu zweifeln.

[...] Meine lieben Freunde! Den Erfolg danken wir der Zusammenarbeit aller. Wir hatten am Anfang sicherlich da und dort Dissonanzen und sprachen uns manchmal kräftig aus, als wir daran gingen, eine junge, eine neue Partei zu schaffen, ohne alte Formen und alte Programme zu übernehmen; die Aussprache war manchmal so kräftig, daß unsere Worte öfters, vielleicht überflüssigerweise, durchs Fenster zur Öffentlichkeit hinausdrangen. Es wurde das oft bedauert, war aber doch in gewissem Sinne auch ein Zeichen der Stärke. Aber die erfreulichste Tatsache war, daß wir treu zusammenhielten und zusammenarbeiteten und so von Erfolg zu Erfolg schreiten konnten. Ich danke das vor allem Ihnen, die Sie draußen in den Bezirken so tatkräftig mitgearbeitet haben. Unser Bemühen im Landessekretariat wie auch in den Ausschüssen, besonders im Landesausschuß, war stets, soweit irgendwie möglich zum Erfolg beizutragen. Ich kann Ihnen ruhig sagen: So leicht wird uns das keiner nachmachen, daß wir die Wahlkampagne für die Gemeindewahlen sozusagen aus einigen kleinen Zimmern in der Herrnstraße heraus ohne großes Propagandamaterial und ohne viele Reden durchführten und daß wir auch die weitere Aufbau- und Propagandatätigkeit aus diesen kleinen Räumen heraus entfalteten. Eine andere Partei, die bei den letzten Wahlen auf einem sehr niedrigen Prozentsatz stehen blieb, hatte für ihre Tätigkeit einen Palast zur Verfügung.

(Sehr richtig!)

Für uns ist das Äußere nicht das Entscheidende. Wir wollen auch nicht nach außen mehr scheinen als wir sind. Für uns steht jetzt die organisatorische Arbeit im Vordergrund. Dafür haben Sie heute die Voraussetzungen durch die Annahme der Satzung geschaffen. Jetzt kann gearbeitet werden und zwar von jedem, dem Sie die Verantwortung übertragen, ganz gleichgültig, ob er *Müller* heißt oder einen anderen Namen trägt. Ich wollte dafür sorgen, daß es jetzt nicht mehr von einer Person abhängt, ob die Union sich behauptet oder nicht. Ich glaube, jetzt können wir wirklich sagen, es hängt nicht mehr davon ab, ob Sie den oder jenen als Landesvorsitzenden wählen. Natürlich knüpfen sich da und dort bestimmte Verbindungen an eine Person. Diese stehen aber jedem zur Verfügung, der an die Spitze tritt. Sie können in dieser Hinsicht frei wählen.

[...] Sie müssen aber davon ausgehen, daß wir weder eine Rechts- noch eine Linkspartei sind. Wir sind eine Gruppierung von Menschen, die nicht mit alten Vorstellungen arbeiten. Wir haben Vertreter aus allen Kreisen bei uns, die teils sozial sehr aufgeschlossen, teils im guten Sinne konservativ sind. Ich vermeide meist das Schlagwort Christlicher Sozialismus, weil der Begriff Sozialismus in gewissem Sinne ein Schlagwort geworden ist. Soweit er es nicht ist, ist er eine Kennzeichnung für ein bestimmtes Denken im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung. Wir wollen auch nach

neuen Namen, nicht nur nach neuen Wegen suchen. Ich sprach vor kurzem von der christlichen Solidarität. Ich kann mit Freude feststellen, daß dieses christliche Zusammengehörigkeitsgefühl und der Wille, ernst zu machen mit dem Sozialgebot Christi, Gemeingut in der Union geworden ist.

(Lebhafter Beifall.)

[...] Wir können uns den Vorwurf, wir seien eine reaktionäre Partei, nicht gefallen lassen.

(Sehr richtig! - Starker Beifall.)

Reaktionär sind nach unserer Vorstellung Parteien, die sich an alte Namen, alte Programme und alte Männer klammern. Wir werden nicht mehr lange zusehen, wenn man Brunnenvergiftung treibt.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Ich bedauere, daß in dieser Hinsicht auch Beziehungen zum Ausland mißbraucht werden.

(Sehr richtig!)

Sooft ich mich bisher mit Militärbehörden oder mit Vertretern der Auslandspresse über, wenn ich so sagen darf, Konkurrenzparteien unterhielt, so nahm ich mir immer vor, einen fairen, lauteren Wettbewerb zu treiben.

(Sehr gut! - Starker Beifall.)

Wir von der Christlich-Sozialen Union stellen uns nicht auf die Stufe des Denunziantentums. Denn wir gehen davon aus, daß Christus, so wie er damals die Wucherer und die unsauberen Elemente aus dem Tempel jagte, auch die Denunzianten und korrupten Elemente heute wieder aus dem Tempel hinauspeitschen würde. Wir werden auch in Zukunft nicht auf dieses Niveau sinken. Wir bitten aber andere Parteien, allmählich Niveau anzunehmen.

(Sehr richtig!)

Es tut mir leid, hier auf ein Interview eingehen zu müssen, das nach Angabe des Observer Ministerpräsident *Hoegner* gegeben hat. Im ersten Teil des Artikels ist davon die Rede - ich will nicht den ganzen Artikel verlesen -, daß es in den bayerischen Bergen Nazi-Maquis gibt und daß dort die Edelweiß-Widerstandsbewegung besteht. Es ist ferner die Rede davon, daß diese Bewegung den Charakter einer schwarzen Reichswehr und einer Feme angenommen hat und ihre Mitglieder in Skihütten leben usw. Irgendeine politische Richtung, heißt es dann, weisen diese Widerstandsgruppen nicht auf. Sie haben sich ausschließlich zum Zwecke späteren anarchistischen Terrors vereinigt. - Im zweiten Abschnitt lesen wir dann folgende bezeichnenden Sätze:

> Über die Fortschritte der Denazifizierung äußerte sich Dr. *Hoegner* sehr optimistisch. In die Christlich-Soziale Union hätten sich viele Nazielemente eingeschlichen, die die Widerstandsgruppen in den Bergen oft unterstützen.

(Pfui-Rufe.)

> Die CSU ist aber die stärkste Partei in Bayern. Die Kommunisten andererseits sehen in Bayern in der Denazifizierung lediglich ein Mittel, um eine gesetzlose Rache zu üben. Gegen den Führer des rechten Flügels der CSU, *Schäffer*, der der erste

Ministerpräsident Bayerns nach dem Zusammenbruch war, läuft gegenwärtig ein Untersuchungsverfahren über seine politische Vergangenheit; nachdem er von der Militärregierung seines Postens enthoben worden war, legte er auch die Leitung der CSU nieder. Der Münchner Bezirk dieser Partei wählte ihn jedoch wieder zu seinem Kreisvorsitzenden - Im übrigen sprach sich Dr. *Hoegner* gegen jeden Berliner Zentralismus und für ein föderalistisches Bayern aus. Er hält Dr. *Schumacher* für einen sturen preußischen Zentralisten.

Meine lieben Freunde! Es tut mir leid, das Thema "*Schäffer*" berühren zu müssen. Ich hätte gewünscht, daß es uns erspart geblieben wäre. Es war aber schon immer klar in dem Kampfe, der von außen her um den Namen *Schäffer* geführt wurde, daß es um mehr ging als um eine Person. Ich machte nie ein Hehl daraus, daß ich in politischer Hinsicht mehrfach Meinungsverschiedenheiten mit Herrn Staatsrat *Schäffer* hatte. Es ist Ihnen aus den Auseinandersetzungen in Bamberg bekannt. Ich glaube, es war manchen Herrschaften draußen, die auf eine Spaltung der Union warteten, sehr unangenehm, daß in Bamberg klare Entscheidungen fielen.

(Sehr richtig!)

Es ist bezeichnend, daß vor und besonders nach der Bamberger Tagung die Hetze gegen die Christlich-Soziale Union sehr stark einsetzte und daß man im Zusammenhang mit dem Fall *Schäffer* der Union als solcher den Vorwurf einer reaktionären Partei machte. Ich möchte nicht unmittelbar der Ursache nachspüren, aber wir selbst schlossen uns dadurch - das sei all unseren Gegnern gesagt - nur noch enger zusammen.

(Sehr gut!)

Ich möchte noch folgendes betonen, um hier in diesem Gremium ganz offen zu sein: Als mir die Maßnahmen der Militärregierung bekannt wurden, die ich zu vollziehen hatte, schrieb ich zwei Briefe an Staatsrat *Schäffer*. Außer dem offiziellen Brief in offizieller Funktion schrieb ich einen persönlichen; darin stellte ich fest, daß ich die Maßnahmen persönlich bedauere und keinerlei Schritte unternommen hatte, die zu diesem Eingreifen der Militärregierung führten. Ich hob auch hervor, daß ich keinerlei Material an die Militärregierung weitergegeben hatte. Meine Anfrage bei der Militärregierung, ob von einer anderen Stelle der Union solches Material zur Verfügung gestellt worden sei, wurde klar verneint.

(Sehr schön!)

Ich glaube, ich muß diese Feststellung hier machen, damit sie im ganzen Lande mehr und mehr bekannt wird. Denn von anderer Seite wird bewußt Propaganda im entgegengesetzen Sinne gemacht, und zwar Propaganda gegenüber jedermann. Wir wissen, daß eine bestimmte Partei einen Herren mit Namen *Specht* aufgestellt hat, einen Spaltspecht, dessen eifrigstes Bestreben es ist, Dissonanzen in die Union zu bringen. Wir wissen ferner, daß sich eine andere Partei damit befaßt, in einem eigenen Gremium die persönlichen Verhältnisse verschiedener Kandidaten von uns nachzuprüfen, um uns auf diese Weise Schwierigkeiten zu bereiten. Meine lieben Freunde! So kann die Demokratie nicht gedeihen, wenn immer nur darauf hingearbeitet wird, daß einer den anderen, wie das schöne Wort lautet, "abschießt".

(Sehr richtig!)

Das erinnert allzusehr an die Zeit, in der der Begriff der Liquidation geprägt wurde.

(Beifall.)

Wir wenden uns energisch gegen ein solches Vorgehen.

(Lebhafter Beifall.)

[...] Unser Volk hat nicht zum Jux gewählt und wir streben gewiß nicht nach der Futterkrippe; denn wir wissen, daß die Verantwortung sehr groß sein wird, wenn sie uns zufällt. Ganz gleichgültig, wer an der Spitze der Staatsverwaltung steht, jeder ist, wie ich immer wieder erkläre, zunächst Konkursverwalter.

(Sehr richtig!)

Er hat fürs erste nur die Aufgabe, einen Status zu erstellen und danach zu trachten, in den Status wieder irgendwelche Aktivposten einzubauen.

(Sehr gut!)

Der größte Aktivposten könnte der Fassonwert eines demokratischen Bayern werden, sozusagen der good will, den man in einer Firma aktiviert, wenn man bestimmte Schwierigkeiten zu überwinden hat, aber von der späteren Kreditfähigkeit der Firma überzeugt ist. Wir können heute sagen: wenn das bayerische Volk auf dem Lande mit nahezu dreiviertel Mehrheit eine neue Partei gewählt hat, die es ernst nimmt mit einer christlichen, sozialen Politik, so bedeutet das ein Bekenntnis zum Kredit für diese Union; und dieser kann sozusagen in den Wiederaufbau der Firma "Bayerischer Staat" eingesetzt werden. Denn wir gehen davon aus: Bei allem Idealismus ist eine nüchterne Staats- und Wirtschaftspolitik ohne Schlagworte zu machen, um unserem Volk eine nochmalige Enttäuschung zu ersparen. Wehe, wenn es noch einmal enttäuscht wird.

(Sehr richtig!)

Jeder mag es enttäuschen, nur wir dürfen das nicht.

(Sehr gut!)

Denn wir würden dann nicht nur die Zukunft einer Partei gefährden, wir würden die politische Einstellung zum Christentum als tragenden Kulturfaktor gefährden.

(Sehr richtig!)

Deshalb müssen wir, gleichgültig wer an diesem Posten hier stehen wird, davon ausgehen, daß unter keinen Umständen leichtsinnig ein Risiko übernommen wird, im Rahmen der Staatspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik und noch viel weniger der Kulturpolitik. Alles muß vermieden werden, was das Vertrauen des Volkes erschüttert. Wir verlieren dann nicht nur den Kredit gegenüber dem eigenen Volk, sondern auch gegenüber dem Ausland.

(Sehr richtig!)

[...] Meine lieben Freunde! Eines Tages muß ein anständiges Bayern und ein anständiges Deutschland wieder den Kredit des Auslandes auf allen Gebieten beanspruchen, auch dort, wo es sich um einen realen Kredit handelt. Wir können nicht nur mit Worten aufbauen. Wir sprechen vom Aufbau eines demokratischen Staates, aber die Demokratie kann eine leere Form sein, wenn sie nicht mit einem Inhalt gefüllt wird. Auch hier gibt es ein Schlagwort, das ich schon jetzt aussprechen muß, weil es im

Rahmen der Staatspolitik liegt. Ich habe wiederholt erklärt, ich lehne den Begriff Föderalismus als Schlagwort ab. Ich gehe davon aus: Wir wollen keine Schlagwortpolitik mehr. Genau so, wie das Wort Sozialismus im gewissen Sinne Schlagwort wurde, so war es auch mit dem Wort Föderalismus. Es hatte einst einen großen Sinn, als es ein Kampfwort gegen die Überlegenheit Preußens im Reich geworden war. Da mußte ein Kampfwort vorangestellt werden, das die Menschen mitriß. In unserer heutigen Zeit kommt es nicht darauf an, daß sich einer in föderalistischen Redensarten ergeht, sondern daß er nüchtern die Interessen wahrnimmt für die bayerische Heimat sowohl wie für das deutsche Vaterland.

(Sehr gut!)

Vergessen wir nicht, ein Streit um Worte könnte auch hier ein Zerreden des Vertrauens bedeuten! Ein Begriff, falsch geprägt, kann leicht weitere Auswirkungen haben. Einer wird ihn in das Schlagwort Separatismus umfälschen, der andere wird vielleicht in dem gleichen Wort bereits ein gewisses Zugeständnis an den Zentralismus erblikken. Lösen wir uns auch da von den Worten der Vergangenheit! Versuchen wir aber vor allem, neue Ideen für die Zusammenarbeit zwischem dem Ganzen und dem selbständigen Teil des Ganzen durchzusetzen, wenn es eines Tages gilt, die Verfassung zu schaffen.
Meine lieben Freunde! Ich lehne es grundsätzlich ab, mich an alte Begriffe zu klammern. Ich lehne es ab, etwas nur deshalb zu vertreten, weil es Tradition war. Ich werde nicht erklären: Das bayerische Volk ist traditionell ein christliches Volk und deshalb müssen wir für das Christentum eintreten. Nein, wir müssen aus Überzeugung dafür eintreten.

(Sehr gut!)

Wir müssen bewußt unsere christliche Politik als Naturnotwendigkeit begründen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Das Gleiche gilt hier auf diesem Gebiet. Ich lehne ab, von dem traditionellen bayerischen Begriff zu sprechen und Rechte nur deshalb zu beanspruchen, weil sie Bayern einmal besaß. Diese gefühlsmäßige Einstellung gibt uns nichts, sie gibt uns kein Brot für das Volk. Es kommt darauf an, klar und eindeutig die wirtschaftlichen und die staatspolitischen Notwendigkeiten gegeneinander abzuwägen. Da trete ich dann sogar recht energisch dafür ein, daß der Teil ein sehr selbständiger Teil wird,

(Beifall.)

wenn die Wirtschaftsbasis dafür gefunden ist. Vorher die Masse mit Schlagworten zu bedienen ist leicht, führt aber später zu Enttäuschungen. Wir müssen aus vernunftmäßigen Gründen dafür eintreten, daß Bayern seine Rechte beim Wiederaufbau Deutschlands bekommt. Wenn nicht mehr der starre Zentralismus herrscht, der den Kollektivismus in gewissem Sinne gefördert und begünstigt hat, kann bei organischer Zusammenarbeit der selbständigen Teile mit der Zentrale ein wirklich gutes Fundament für Bayern und für Deutschland geschaffen werden. Meine lieben Freunde, ich halte es für falsch, diesen Aufbau als zentralistisch zu bezeichnen. Ich vertrat die gleiche Auffassung beim Aufbau der Union auf Zonen- und Interzonenbasis. Auch in Bamberg nahm ich, wenn Sie sich erinnern, klar und eindeutig für die Reichseinheit und ebenso klar gegen das Einheitsreich Stellung. Ich suchte diesen Grundsatz auch bei den Besprechungen zu verwirklichen, die mit den Freunden aus den anderen Zo-

nen und den anderen Ländern unserer Zone stattfanden. Erfreulicherweise waren wir uns dabei alle einig. - Ich möchte auch in dieser Beziehung nicht die Politik von früher verfolgen, die Folge davon war, daß wir manchmal gar nicht mehr ernst genommen wurden, weil man schon von vornherein ein Nein erwartete. Damit kann man nicht in einer so nüchternen Zeit, die nüchterne Arbeit verlangt, Politik machen. Man muß schon zeigen, daß man den guten und ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit hat. Deshalb wirkte ich von mir aus mit Nachdruck darauf hin, daß wir die Union so rasch wie möglich beschlossen.

Meine lieben Freunde! Was war der nüchterne Grund dazu, die Entscheidung so rasch wie möglich zu treffen? In den Tagen, in denen die Sitzung stattfand, stand die Rhein-Ruhr-Frage zur Debatte. Wenn Sie die Presseveröffentlichung der DANA und die Neue Zeitung gelesen haben, werden Sie festgestellt haben - und ich stelle es heute mit Stolz fest, gerade weil auf andere Parteien hingewiesen wird: Die Vertreter der christlichen Unionen im ganzen Reich, das heißt in der amerikanischen und in der englischen Zone, legten ein eindeutiges Bekenntnis in der Rhein-Ruhr-Frage ab. Wir brachten klar zum Ausdruck, daß wir mit freiem Willen das Rhein-Ruhr-Gebiet nicht preisgeben können.

(Lebhafter Beifall.)

Dieser territoriale Verzicht würde ein Unglück bedeuten. Wenn durch wirtschaftliche Verflechtungen besser weitergearbeitet werden kann, würden wir das begrüßen, vorausgesetzt, daß dann gleichzeitig anderswo im Sinne einer künftigen europäischen Wirtschaftsplanung vorgearbeitet wird; denn Europa ist zu klein geworden für die vielen Zollgrenzen, Europa ist zu nachdrücklich zerstört, als daß es im Einzelnen rasch wieder aufgebaut werden könnte. Denken Sie auch an die Währungsfrage! Die Währung ist in fast allen europäischen Ländern durch die Hitlerpolitik schwer erschüttert worden. Wir müssen auch hier, wenn ehrlicher Wille zur Zusammenarbeit besteht, im größeren Rahmen planen, nicht mehr im kleinen. Liebe Freunde, so bitte ich die Schritte zu verstehen, die ich in der Frage des Staatsaufbaues unternommen habe. Ich hatte schon vorher eine Aussprache mit *Jakob Kaiser*, dem Vertreter der Christlich Demokratischen Union Berlin. Auch da konnte ich feststellen, daß weitgehende Übereinstimmung in der Auffassung über den Aufbau Deutschlands besteht. Ich legte damals *Kaiser* dar, es würde uns, und vor allem mich, besonders freuen, wenn gerade Ihr in Berlin das erste Wort in der Öffentlichkeit über den föderativen Aufbau des Reiches sprecht. Auf jeden Fall läßt sich sagen, daß man wirklich in ganz Deutschland den Willen zu einer guten, vernünftigen und praktischen Zusammenarbeit hat.

(Sehr richtig!)

Heute weilt hier bei uns Dr. *Otto Lenz* von der Christlich Demokratischen Union Berlin als Gast. Er brachte mir den Entwurf für die Verfassung mit, der als Diskussionsgrundlage für die Zusammenkunft in Berlin gedacht ist. Es würde zu weit führen, diesen Entwurf jetzt im einzelnen zu besprechen. Ich glaube aber, selbst Leute, die von vorneherein argwöhnisch sind, würden sagen, der Entwurf ist immerhin eine Diskussionsgrundlage; denn auch unsere Freunde im Norden sind der Auffassung, daß das Reich föderativ gestaltet sein soll. Sie gehen von zwei Kammern aus, und zwar ist die zweite Kammer im wesentlichen auf dem Länderprinzip aufgebaut. Eine ange-

nehme Überraschung war es für mich, daß in dem Entwurf auch vorgesehen ist, die Wahl des Reichspräsidenten gerade dieser Vertretung zu überlassen.

(Bravo!)

Ich glaube, man kann sagen, wenn wir in diesem Geist beraten, werden manche Mißverständnisse aus früherer Zeit verschwinden.

(Sehr richtig!)

[...] Mit ernstem und gutem Willen arbeiten wir weiter am Aufbau der Union auf der breiteren Basis innerhalb der Zone und zwischen den Zonen. Wir müssen es ja schon aus der nüchternen Wirklichkeit heraus tun; denn irgendwann werden ja die Zonengrenzen überwunden. Meine lieben Freunde! Es war leicht, Deutschland als autarkes Wirtschaftsgebiet zu erklären, aber furchtbar schwer wird es sein, Deutschland wieder in die Weltwirtschaft einzugliedern. Innerhalb von Tagen war das Verhängnis geschehen, daß durch den Kriegsausgang die einzelnen Gebiete Deutschlands wirtschaftlich aus dem Gesamtorganismus herausgegliedert wurden. Es wird längere Zeit beanspruchen, diese Gebiete wirtschaftlich wieder so zusammenzuschließen, daß ein erfolgreiches Wirtschaftsleben beginnt. Dieses Wirtschaftsleben ist auch die Voraussetzung dafür, daß wir wieder im Rahmen der Weltwirtschaft mit den anderen Völkern zusammenarbeiten können.

[...] Meine lieben Freunde! Nüchterne Politik ist auch die Voraussetzung für eine Weltanschauungsgruppierung. Ich weiß, daß eine weltanschauliche Gruppierung auch Anhänger finden würde, wenn nicht nüchterne Wirtschafts- und Staatspolitik damit verbunden wäre. Die weltanschaulich orientierten Anhänger bewiesen die größte Konstanz gegenüber fluktuierenden Elementen, gegenüber dem Revolutionären. Wir sind uns dessen bewußt, daß auch wir durch diese Voraussetzung begünstigt werden. Aber wir wollen das nicht in ungerechtfertigter Weise ausnützen, sondern gerade dadurch uns noch mehr in der Staats- und Wirtschaftspolitik verpflichtet fühlen. Denn dann verwirklichen wir auch die Hauptprinzipien der Union, die in Bälde Programm werden. Bisher konnte man nur unser Wollen, Denken und Fühlen beurteilen. Das Volk hat uns schon auf den Namen hin Kredit gegeben. Heute wird es mehr und mehr notwendig, unser Wollen ins Wort umzuformen, das dann zur Tat wird. Die Meinungen gehen darüber auseinander, ob man rasch ein Programm aufstellen soll. Bestimmte Parteien schlugen diesen Weg ein. Ich hatte jüngst bei der Militärregierung eine Aussprache mit Pressevertretern. Die Sozialdemokraten und Kommunisten wurden nach ihrem Programm gefragt. Sie gaben klare Programmpunkte an und sprachen vor allem von der Sozialisierung. Wohin diese Voreiligkeit führt, können Sie aus folgendem Beispiel ersehen: Der Sprecher der Sozialdemokratie, Bürgermeister *Wimmer*, wurde z.B. gefragt: "Betrifft Ihre Sozialisierung auch das Kirchengut?" *Wimmer* erklärte: "Ja." Der Sprecher der Kommunisten, Staatssekretär *Ficker* vom Innenministerium, erklärte auf die gleiche Frage: "Nein."

(Heiterkeit.)

[...] Meine lieben Freunde! Mit besserem Gewissen konnte ich erklären: Wir haben noch kein fest ausgearbeitetes Programm mit scharf umrissenen Formulierungen. Wir gehen von einer bestimmten Grundhaltung und bestimmten Grundlinien aus, wenn wir auch unser Arbeitsprogramm genau festlegen. Dann müssen sich die aufgeschlossenen sozialen und die konservativen Kräfte der Union auseinandersetzen. Dann werden wir auch über die Formulierungen beraten können. Heute kommt es nur dar-

auf an, bestimmte Grundlinien zu entwickeln. Klar ist die schon vorhin unterstrichene Grundlinie, daß wir alle ansprechen, die sich für ihr Tun und Lassen vor Gott verantwortlich fühlen. Klar ist die Grundlinie, daß wir das christliche Sittengesetz, die zehn Gebote der Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zugrunde legen. Klar ist ferner, daß wir auf allen Gebieten ernst machen mit dem Sozialgebot Christi "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst". Wir wollen also in jeder Weise die Liebe gegen den Haß stellen,

(Lebhafter Beifall.)

auch wenn es die Bereinigung der Vergangenheit betrifft, z.B. auf dem Teilgebiet der Entnazifizierung.

(Sehr richtig!)

Natürlich hat die Entnazifizierungsfrage in einem solchen Grundsatzprogramm nichts verloren.

(Sehr richtig!)

Sie ist eine Frage, die uns vielleicht noch längere Zeit beschäftigt. Hoffentlich werden wenigstens die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Entscheidungen in Bälde getroffen werden können, um die Leute aus der Unsicherheit und aus der Unruhe herauszuführen.

(Sehr gut!)

In unserem Grundsatzprogramm, das auf längere Sicht Geltung haben muß, werden wir nur die wesentlichsten Punkte herausarbeiten. Es muß aber auch historisch gut fundiert werden.
Meine lieben Freunde! Man denkt heute allgemein, wenn man vom marxistischen Sozialismus spricht, an das Erfurter Programm. Dieses Programm war so fundiert, daß es Anklang bei den Zeitgenossen finden mußte. Wir wollen kein Programm aufstellen mit den Grundsätzen: "Wir fordern, wir verlangen usw." Wir wollen, weil wir mit den Menschen und für den Menschen Politik machen, den Einzelnen klar überzeugen, daß sich unsere Grundsätze durchsetzen müssen, wenn Bayern und Deutschland bestehen und darüber hinaus Europa leben soll. Wir wollen vor allem die Erkenntnis im Volk verbreiten, daß das Christentum eine Naturnotwendigkeit für das Zusammenleben der Völker ist, um weitere Bürgerkriege und Weltkriege zu vermeiden. Es hat keinen Zweck, von den letzten zwölf Jahren nur zu schwatzen.

(Sehr gut!)

Sie sind für uns vor allem deshalb von Belang, weil wir sie soziologisch für unser Programm auswerten wollen. Uns interessiert die Frage, wie sich dieses kollektivistische Denken durchsetzen konnte. Um so erfolgreicher können wir es dann bekämpfen.

(Sehr gut!)

In unserem Programm werden wir auch niederlegen, was ich über das Verhältnis Bayern-Deutschland ausführte.
So werden wir in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Union eine segensvolle Arbeit leisten kann. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß wir alle Krisen überwinden. Es kommt gewiß viel auf das Programm an,

aber nicht allein auf das Programm. Ausschlaggebend ist der feste Wille, mit dem Programm ernst zu machen, die Worte zur Tat werden zu lassen.

(Sehr richtig!)

[...] Wir sind bereit, in jeder Weise dazu beizutragen, daß jetzt die Voraussetzungen für einen organischen Aufbau unserer Heimat und des deutschen Vaterlandes geschaffen werden. In der Vergangenheit brach *Hitler* sein Wort soundso oft und verscherzte dadurch unser Ansehen und unseren Kredit bei den Völkern. Wir werden uns dafür einsetzen, daß ein anständiges Deutschland wieder ersteht, das von aller Welt als vertrauensvoller Partner anerkannt werden kann. Wir werden dann eines Tages auch wieder jenseits unserer Grenzen Freunde finden, die uns die Hand reichen. [...] Vorläufig obliegt es uns nur, dafür zu sorgen, daß die Zusammenarbeit zwischen der Besatzungsmacht und uns eine gute ist.

(Lebhafter Beifall.)

Gewisse Reibungen werden sich nicht vermeiden lassen, aber manche Mißhelligkeiten rühren daher, daß *Hitler* zuviel versprochen hat; auch wenn die Amerikaner halbe Herrgötter wären, könnten sie diese Versprechungen nicht erfüllen. Wir wollen mit der Besatzungsmacht zusammenarbeiten, nicht nur aus dem unabänderlichen Zwang heraus, sondern weil es unserem christlichen Prinzip entspricht, die Hand zu reichen und nicht den Soldaten, der seine Pflicht tut, unseren inneren Unwillen entgelten zu lassen.

(Sehr gut!)

Wir wissen, um es ehrlich zu sagen, daß wir aus eigener Kraft nicht frei geworden wären.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Wir wollen das nicht vergessen! Gerade die Amerikaner sind nicht über das Meer gekommen, weil sie einen Eroberungsfeldzug geplant hatten. Sie haben hier keine territorialen Absichten, wie immer erklärt wurde. Sie sind gekommen, um für die Freiheit zu kämpfen, um für eine Kulturvorstellung zu kämpfen, zu der wir uns in der Christlich-Sozialen Union bekennen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich will mich nicht auf Lobhudeleien einlassen. Gerade die Amerikaner und Engländer und die übrige demokratische Welt müssen in uns Deutschen wieder freie Männer sehen, die aufrecht hintreten und ihre Meinung sagen.

(Sehr gut!)

Wir wollen nicht mehr den Sklaven- und Radfahrertyp der vergangenen Zeit. Wir wollen uns zusammen bemühen, den Geist echter Demokratie zu verwirklichen und das Findelkind Demokratie, das uns in die Wiege gelegt wurde, großzuziehen. -

(Sehr gut!)

Meine lieben Freunde! Ich habe Ihnen in großen Zügen die Linie des Denkens entwickelt, aus der heraus ich bis jetzt gearbeitet habe. Ich glaube aber, daß jeder, den Sie mit Ihrem Vertrauen beehren, ungefähr die gleiche Richtung einhalten muß.

(Sehr richtig!)

Es ist das notwendig, damit die Union sich kraftvoll weiter entfaltet. Es ist aber auch notwendig für unser Volk, für unser Bayernland, für unser Deutschland. Das Hauptziel unserer Arbeit ist, die Voraussetzungen für den Frieden im eigenen Volk und für friedliche Zusammenarbeit mit den anderen Völkern zu schaffen.

(Stürmischer Beifall.)

[...][6]
Meine Herren, ich darf jetzt keine Debatte mehr zulassen. Ich werde sofort meinen Rücktritt erklären und irgendeinen der älteren Herren bitten, den Vorsitz zu übernehmen.
Wer ist so gut?

(Zuruf Dr. *Horlacher.*)

Michel Horlacher, wollen Sie schon zur Wahl sprechen?

(Zuruf: Zur Wahl!)

Meine lieben Freunde! Es wird das Wort zur Wahl verlangt. Infolgedessen erkläre ich hiermit meinen Rücktritt.
Ich bitte, sofern Sie Ihr Einverständnis dazu geben, *Krehle*, an meine Stelle zu treten. Darf ich Ihr Einverständnis annehmen, daß *Krehle* für den Wahlakt den Vorsitz übernimmt, oder haben Sie andere Vorschläge?

(Zurufe: Nein!)

Nein. Dann ist *Krehle* jetzt bestellt, den Vorsitz für den Wahlakt zu führen.
(*Krehle* übernimmt den Vorsitz.)
Dr. *Horlacher*: Meine Damen und Herren, einige Worte! Ich habe den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden Dr. *Müller* mit Aufmerksamkeit zugehört. Ich habe daraus Richtlinien entnommen, denen ich glaube, auch unsererseits die Zustimmung geben zu können.

(Bravo!)

Ich sehe keinen Grund, die Differenzen, die gestern entstanden sind - ich bin ganz offen -, weiter zu vertiefen. Wir haben uns gestern bis in die späte Nachtstunde unterhalten und auf fünf Punkte geeinigt, die wesentliche Punkte in der gegenwärtigen politischen Lage darstellen. Der Herr Vorsitzende ist ja auch darauf eingegangen. Wir wollen jetzt nicht darüber abstimmen, aber es wird vielleicht für Sie doch gut sein, wenn Sie diese Richtpunkte im Zusammenhang mit den gesamten Verhältnissen zur Kenntnis nehmen. Ich will mich sonst nicht weiter in die Wahl einmischen. Das ist nicht meine Aufgabe.
Die Entschließung, die diese fünf Punkte enthält, ist unterschrieben von: Dr. *Horlacher*, Dr. *Baumgartner*, Dr. *Schlögl*, *Schwingenstein*, *Piechl*, *von Prittwitz*, *Helmerich*, *Krehle*, *Pflaum*, *Schweiger*, *Ortloph*, Dr. *Kroll*, Dr. *Arnold*, Dr. *Dürr*, Dr. *Rindt*, *Ritter von Lex*.

[6] Hier endet die gedruckte Rede Müllers, die wegen Fehlseiten im Originalprotokoll ersatzweise eingefügt wurde (vgl. S. 308, Anm. 5). Ab hier ist wieder das Originalprotokoll, S. 93ff., wiedergegeben.

Die Entschließung lautet:

Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union beschließt folgende für die Arbeit der Union maßgebenden Richtlinien:

1. Die Union bekennt sich in unwandelbarer Treue zum bayerischen Volk und Staat. Gemäß dem von altersher in Bayern verwurzelten demokratischen Gedanken fordert sie, daß der Neuaufbau des Reiches von unten her, das heißt auf der Grundlage selbständiger Staaten erfolgt. Dem bundesstaatlichen Reich ist an Aufgaben das zu überlassen, was zur Erhaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Einheit notwendig ist.
2. Die Union bekennt sich eindeutig zur christlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung. Sie erkennt das Privateigentum an, soweit es im Einklang mit dem christlichen Sittengesetz genutzt wird. Dagegen lehnt sie den ungezügelten Kapitalismus ebenso nachdrücklich ab wie jede die Einzelpersönlichkeit ertötende kollektivistische Wirtschaftsform.

(Bravo!)

3. Die Union bekennt sich zu einer wirklich fortschrittlichen, ehrlichen Demokratie, die es für alle Zeiten unmöglich macht, daß der Wille des Volkes und die Rechte der Einzelpersönlichkeit vergewaltigt und unterdrückt werden. Die Union lehnt daher jede Art von Reaktion, jede Einzel- und Klassendiktatur sowie alle militaristischen und sonstigen volks- und staatsfeindlichen Umtriebe auf das Schärfste ab.

(Bravo!)

4. Die Union setzt alles daran, das verlorengegangene Vertrauen des Auslandes zum deutschen Volke wieder herzustellen. Sie hält daher eine loyale Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht für eine selbstverständliche Pflicht.
5. Die Union fordert eine beschleunigte, strenge aber gerechte Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes, die zu einer dem Maße der Schuld entsprechenden Bestrafung aller verantwortlichen Elemente führt.

Ich glaube, die Entschließung müssen Sie im Gesamtzusammenhang sehen. Sie erkennen daraus die Richtpunkte, die die bisherige Führung der Union bestimmten und können sich daraus ein Gesamtbild über die politische Lage machen. Sie werden zugeben, daß diese politischen Punkte von wesentlicher und entscheidender Bedeutung sind, sowohl für unsere Arbeit im Inneren wie auch für die Arbeit mit anderen. Ich glaube, Sie haben das nach diesen Richtungen hin in sich aufgenommen.

Krehle als Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Meines Erachtens brauchen wir über die eingebrachte Entschließung uns nicht des Langen und Breiten zu unterhalten. Ich glaube, wir können sofort darüber abstimmen, ob diese Entschließung angenommen wird.

Wer für die Annahme dieser Entschließung ist, den bitte ich die Hand zu erheben.

(Zuruf: Ich bin der Auffassung, daß eine so wichtige Entschließung entweder zurückgestellt oder im einzelnen durchgesprochen werden muß. - Weitere Zurufe.)

Krehle als Vorsitzender: Ich glaube, wenn wir erst in eine Debatte über die Entschliessung eintreten, die heute nacht in stundenlanger Debatte im kleinen Kreis zustande gekommen ist, dann wird wahrscheinlich der gleiche Tanz wie gestern hier im großen Gremium wieder angehen.

Dr. *Baumgartner*: Zur Debatte! Ich stelle den Antrag, daß über diese Entschließung en bloc abgestimmt wird.
Krehle als Vorsitzender: Es ist der Antrag gestellt, über diese Entschließung en bloc abzustimmen.
Wer damit einverstanden ist, daß über diese Entschließung sofort abgestimmt wird, den bitte ich die Hand zu erheben. - Es ist die überwältigende Mehrheit.
Wer ist für die Annahme der Entschließung? Ich bitte, die Hand zu erheben: - Danke, die Gegenprobe. -
Die Entschließung ist gegen zwei Stimmen angenommen.

(Bravo!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun bitten, daß diejenigen Herrschaften, die hier anwesend sind und kein Stimmrecht haben, gleich nach unten in die Trinkstube zum Mittagessen gehen.
In der Zwischenzeit führen wir die Wahl noch durch, weil drunten nicht genügend Platz ist, daß alle gleichzeitig essen könnten. Ich bitte also die Nichtdelegierten, die kein Stimmrecht haben, gleich zum Essen zu gehen, während die Stimmberechtigten hier noch die Vorstandswahl erledigen.
(Geschieht.)
Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung! Bevor hier Unruhe eintritt, möchte ich noch ein Wort sprechen.
Ich glaube, daß wir allen Grund haben, unserem Vorsitzenden zu danken für die Arbeit, die er geleistet hat, und ihm das Vertrauen auszusprechen.

(Stürmischer Beifall!)

Ich bitte die Damen und Herren, ohne Ihre Wahl zu beeinflussen, ihm auch bei der Wahl das Vertrauen zu geben.

(Erneuter lebhafter Beifall.)

Krehle als Vorsitzender: Herr Dr. *Barth* zur Wahl.
Dr. *Barth*: Minister *Baumgartner* hat das gesagt, was ich sagen wollte.
Krehle als Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zur Wahl des Vorsitzenden.
Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen. Wer kein Stimmrecht hat und dableiben will, kann dableiben.
Minister *Baumgartner* hat vorgeschlagen, Herrn Dr. *Müller* das Vertrauen auch für die zukünftige Geschäftsführung zu übertragen. Werden andere Vorschläge für einen Vorsitzenden gemacht? -
Es wird kein anderer Vorschlag gemacht.
Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen. Es muß geheim abgestimmt werden. Es wird abgestimmt mit Ja oder Nein oder mit dem Namen. Besser ist, es schreibt jeder den Namen darauf.

(Zurufe: Den Namen!)

Also bitte, den Namen darauf schreiben, den Namen desjenigen, den er wählt, nicht seinen Namen.

(Heiterkeit!)

Das Stimmrecht steht doch fest?

Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Es darf keine Wurstelei entstehen, es muß der Name darauf geschrieben werden.

(Zuruf Dr. *Baumgartner*: Der Name des zu Wählenden!)

Krehle als Vorsitzender: Ich bitte um Ruhe.
Es wird der Name jedes Stimmberechtigten verlesen und beim Verlesen werfen Sie jeweils Ihren Stimmzettel ein.

(Zuruf: Müssen die Herren, die zwei Stimmen haben, zwei Stimmzettel abgeben?)

Selbstverständlich, weil dann die Zettel stimmen müssen.

(Zuruf über die Stimmberechtigung der Vertreter der Jugend.)

Es wird nach dem bisherigen Verfahren gewählt. Es spielt doch an sich jetzt gar keine Rolle, ob noch zwei oder drei mehr oder weniger mit abstimmen. Wollen wir jetzt die Geschichte nicht komplizieren.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Käss*: Ich darf dazu sagen: Wir haben zu der heutigen Landesversammlung nach unseren vorläufigen Satzungen einladen müssen, die wir im Januar der Militärregierung vorgelegt haben und die durch die heute beschlossenen endgültigen Satzungen abgelöst werden. Da wir nach der bisherigen Satzung eingeladen haben, müssen wir die heutigen Abstimmungen nach dieser Satzung durchführen.
Das ist keine Zurücksetzung der Vertreter der Jugend, die nach der neuen Satzung stimmberechtigt sein werden, sondern ein rein formaler Zwang.
Ich darf jetzt mit der Verlesung beginnen. Ich bitte die jeweils vorgelesenen Herren oder die vorgelesenen Damen, Ihren Stimmzettel einzuwerfen.
Krehle als Vorsitzender: Ich bitte, daß noch zwei Herren als Wahlausschuß bestimmt werden. Ich würde vorschlagen Herrn *Holzmann*, wenn er noch da ist.

(Zurufe: Ist nicht mehr da!)

Er ist nicht mehr da. Wer wird als Wahlbeisitzer vorgeschlagen?

(Zuruf: Dr. *Barth*!)

Dr. *Barth* ist vorgeschlagen. Noch ein Herr!

(Zuruf: Dr. *Schlögl*!)

Dr. *Barth* und Dr. *Schlögl* sind vorgeschlagen. Darüber brauche ich wohl nicht abstimmen lassen. - Ich bitte dann die Herren, Ihres Amtes zu walten.
(Die Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzettel werden jeweils bei Aufruf des Namens der einzelnen Stimmberechtigten eingesammelt.)
Dr. *Käss* (den von ihm durchgeführten Aufruf der Namen der Stimmberechtigten unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wir haben, um ganz sicher zu gehen, bei der Abstimmung die der Militärregierung im Januar eingereichte Satzung zugrunde gelegt. In Bamberg ist mit Zustimmung der Militärregierung ein Satzungszusatz beschlossen worden, wonach auch die Mitglieder der Regierung und des früheren Landesausschusses stimmberechtigt waren.
Wir lassen, um jedem Zweifelsfall Rechnung zu tragen, diese Herren jetzt noch gesondert abstimmen.

Krehle als Vorsitzender: Ist die Versammlung damit einverstanden?
Es erhebt sich kein Widerspruch.
(Die Abstimmung wird fortgesetzt. - Anschließend wird die Zählung der Stimmen durchgeführt.)
Meine Herren! Ich darf die durch die Auszählung bedingte Pause ausnützen, um Sie für heute abend als Gäste des Bezirksverbandes München ins Spatenhaus einzuladen. Zeit: 19 Uhr.

(Bravo!)

Es gibt etwas zu essen, aber leider muß jeder Teilnehmer 50 Gramm Fleisch und 50 Gramm Fett abgeben.

(Zuruf: Das gibt Minister *Baumgartner* für alle ab! - Weiterer Zuruf: Mit Vollbier?)

Mit Vollbier, jawohl.
(Die Auszählung der Stimmen dauert an.)
Meine Damen und Herren! Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, wenn wir vorläufig das Ergebnis der Wahl hier feststellen, daß es aber nachher, wenn die ganze Landesversammlung beisammen ist, noch einmal bekanntgegeben wird. Ich muß aber bitten, daß mich dann Herr Dr. *Barth* im Vorsitz ablöst, weil ich um 15 Uhr im Kabinett sein muß.
Ich bitte Herrn Dr. *Barth* oder Herrn Dr. *Lenz*, das Ergebnis der Abstimmung bekanntzugeben.
Dr. *Lenz*: Die Auszählung hat folgendes ergeben:

Es sind abgegeben worden

für Dr. *Müller*	185	Stimmen
für Dr. *Rindt*	4	Stimmen
für Dr. *Schwalber*	1	Stimme
für Dr. *Horlacher*	1	Stimme
für Dr. *Pfeiffer*	3	Stimmen
für Dr. *Hundhammer*	1	Stimme
für Dr. *Tortz* (?)	1	Stimme

ferner 18 Enthaltungen.

Krehle als Vorsitzender: Ich darf damit feststellen, daß der bisherige Landesvorsitzende Dr. *Müller* mit überwältigender Mehrheit gewählt ist.

(Beifall der wenigen Anwesenden.)

Ich darf ihn fragen, ob er die Wahl annimmt.
Dr. *Müller*: Ich nehme die Wahl an.
Krehle als Vorsitzender: Dr. *Müller* hat die Annahme der Wahl erklärt.
Ich beglückwünsche ihn zu diesem Ergebnis und schließe dann jetzt die Beratungen. Um 15.30 Uhr gehen die Beratungen weiter.

(Nach einer Pause von 14.45 bis 15.45 [Uhr] werden die Beratungen fortgesetzt.)

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte, Platz zu nehmen.
(Die Teilnehmer begeben sich auf ihre Plätze.)
Meine verehrten Damen und Herren! Ich bitte, *endlich* Platz zu nehmen.
(Geschieht.)

Die Christlich-Soziale Union ist seit ihrer Gründung über manchmal große Schwierigkeiten hinweggegangen. Sie ist über Berg und Tal dahingeschritten. Manchmal hat es ausgesehen, als ob die Union keine glückliche Fahrt machen würde. Es hat sich dann zuerst das Gedankengut der Union durchgesetzt. Es hat dann die Arbeit begonnen. Wir sind heute an einem Scheidepunkt angelangt. Die Wahl des Landesvorsitzenden ist erfolgt, und zwar ist sie so erfolgt, daß sie ein erfreuliches Zeichen für die neu gewordene Union darstellt. Sie ist das Zeichen dafür, daß die Zeichen der Zeit verstanden worden sind, daß wir nicht mehr das Alte sind, sondern daß wir aus der Katastrophe Deutschlands die Schlußfolgerungen gezogen haben und bereit sind, den neuen Weg in der Christlich-Sozialen Union zu gehen.

(Lebhafter Beifall.)

Das Wahlergebnis ist ein überwältigender Ausdruck nach dieser Richtung hin.

(Erneuter Beifall.)

Herr Dr. *Müller* ist mit 185 Stimmen gewählt.

(Lebhafter Beifall.)

Das endgültige Ergebnis ist: 191 [sic!] Stimmen sind für Dr. *Müller*, elf für Verschiedene abgegeben worden und 18 Enthaltungen.
Die überwältigende Mehrheit für Dr. *Müller* steht also fest.
Ich will nun nicht in den Fehler verfallen, Herrn Dr. *Müller* ein Loblied zu singen,

(Heiterkeit.)

fällt mir gar nicht ein, sondern ich will Herrn Dr. *Müller* ein paar Ratschläge mit auf den Weg geben.

(Erneute Heiterkeit.)

Der Ratschlag ist der, daß man die Verhältnisse so meistern muß, daß eine große Partei darnach drängt, ihren demokratischen Willen zu den wesentlichen Gesichtspunkten der Politik zum Ausdruck zu bringen, und je mehr der Landesvorsitzende es versteht, die Einheit der Partei zusammenzuhalten und die verschiedenen Ansichten auszugleichen und zu einer großen, gemeinsamen Einheit zusammenzufassen, um so grösser ist die Stärke. Von diesen Gesichtspunkten aus übergebe ich Herrn Dr. *Müller* den Vorsitz.

(Beifall.)

(Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz.)
Vorsitzender Dr. *Müller*: Ich bitte, das Resultat nochmals bekanntzugeben. Herr Dr. *Barth* war in der Wahlprüfungskommission. Er gibt es bekannt.
Dr. *Barth*: Ich gebe noch einmal das Abstimmungsergebnis bekannt:

191 Stimmen für Dr. *Müller*,
11 verschiedene Stimmen,
18 Stimmenthaltungen,
zusammen 220 Stimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das in der Wahl zum Ausdruck gekommen ist. Ein Vertrauen in dem Ausmaß ehrt und verpflichtet. Ich bin mir dessen vollkommen bewußt. Ich danke Ihnen für die

Ehrung und ich verspreche Ihnen, daß ich die Pflichten, die mir dadurch übertragen worden sind, gerade durch das Ausmaß des Vertrauens wirklich restlos und nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.

(Bravo.)

Ich bitte auch die Freunde, die sich enthalten haben oder die für einen anderen Parteifreund gestimmt haben, um die Mitarbeit und um eine gute Zusammenarbeit. Ich meinerseits gehe davon aus, daß selbstverständlich jeder das demokratische Recht hat, zu stimmen, für wen er will. Ich werde infolgedessen aus dieser Wahl keinerlei Konsequenzen eventuell gegen irgend jemand ziehen, der geglaubt hat, daß ein anderer besser geeignet sei, an dieser Stelle zu stehen.
Meine Hauptpflicht wird darin bestehen, jetzt die Union so zusammenzuhalten, daß sie wirklich fest gefügt ist. Wir haben annähernd Dreiviertelmajorität der Stimmen bei den Wahlen bekommen und jetzt haben wir mit einem solchen Ergebnis einen Vorsitzenden gewählt, daß ich glaube, die Union hat wirklich bewiesen, daß sie eine Stoßkraft hat, daß sie fähig ist, Arbeiten zu übernehmen, daß Trennendes wohl da und dort zu Auseinandersetzungen, aber nie dazu führen kann, daß die Union in sich an Kraft verliert. Es ist an uns allen, miteinander diesen Willen in jeder Weise, im Großen wie im Kleinen zu verwirklichen.
Wir sind jetzt eine sehr starke Partei, wir sind eine so starke Partei, daß man sagen kann: Kaum dürfte im Verlaufe freier Wahlen in der Geschichte ein solches Wahlresultat oft zu verzeichnen sein. Ich glaube, daß es eine wirklich große Seltenheit ist. Wir werden aber trotzdem uns immer dessen bewußt sein, daß wir nie den Weg zur Einheitspartei gehen wollen, sondern daß wir immer andere als existenzberechtigt anerkennen werden. Ich lehne in dieser Hinsicht eine Äußerung, die Herr Dr. *Schumacher* vor kurzem gebraucht hat, "Deutschland wird sozialdemokratisch sein oder es wird nicht sein", restlos für uns ab.

(Zustimmung.)

Wir werden trotz der Einmütigkeit, die in den Abstimmungen draußen zum Ausdruck gekommen ist, trotz der Einmütigkeit, die hier zum Ausdruck gekommen ist, nie für die Union in Anspruch nehmen, daß Deutschland der Union gehören müsse oder nicht sein werde. Das erinnert mich allzustark an das Wort, das mir bei meiner ersten Vernehmung vom Richter vorgehalten wurde "Wir sind uns doch darüber klar, daß Deutschland ohne die Partei undenkbar ist."
Meine lieben Freunde! Es war das bitterste Erlebnis, eine solche Vorstellung zu vernehmen. Wir erheben keinen Totalitätsanspruch, wir gehen aber davon aus, daß die Weltanschauung, der wir zugehören, sich durchsetzen muß. Wir gehen davon aus, daß wir nicht, daß nicht die Union sich durchsetzen muß, daß sie nicht den Totalitätsanspruch erheben wird, wir gehen davon aus: Wir wollen nur dem Volksganzen dienen, wir wollen nur unserer Weltanschauung dienen, wir wollen dafür sorgen, daß es wahr werde: Deutschland, unsere bayerische Heimat wird christlich sein oder es wird nicht sein!

(Beifall.)

In diesem Sinne bitte ich um Zusammenarbeit aller in der Union.
Wir fahren in der Tagesordnung fort.
Meine lieben Parteifreunde! Wir besprechen jetzt die *Kandidatenliste für die Verfassunggebende Landesversammlung.* Ist Herr *Holzmann* da?

Herr *Holzmann*, würden Sie so freundlich sein, mit einigen Worten rasch einen Überblick über die Aufstellung der Kandidaten zu geben.
Herr Direktor *Holzmann*, der seinerzeit, wie Sie sich erinnern, schon die Gemeindewahlen vorbereitet hat und wirklich sehr aktiv mitgearbeitet hat, hat uns auch jetzt zur Vorbereitung der Kandidatenliste für die Landesversammlung mitgeholfen und hat sich auch im einzelnen bereit erklärt, auf Anfragen Auskunft zu geben.
Bevor wir die Namen besprechen, würde ich bitten, daß Herr *Holzmann* uns einen kurzen Bericht, eine kurze Übersicht gibt, daß Sie Anfragen stellen, damit wir wissen, wie der Modus procedendi ist, und daß wir erst dann die Namen besprechen.
Direktor *Holzmann*: Meine Damen und Herren! Ich kann mich in meinen Ausführungen kurz fassen, nachdem wir in den vergangenen Gemeindewahlen bzw. Kreistagswahlen schon die Prinzipien des demokratischen Wahlrechts kennengelernt haben.
Ich darf gleich sagen: In bezug auf die Wahlberechtigung hat sich in dem Gesetz für die Wahl einer Verfassunggebenden Landesversammlung keine Änderung ergeben. Dagegen ist in bezug auf das passive Wahlrecht eine Bestimmung aufgenommen, die etwas fremd ist. "Wählbar ist jeder wahlberechtigte Deutsche" hat es bisher geheißen. Nun ist in Absatz 2 eine Bestimmung hinzugefügt: "Zugelassen werden nur Bewerber, die vollständig von jeder Nazi-Weltanschauung frei sind."
Meine Damen und Herren! Das ist eine etwas gefährliche Bestimmung. Da sind die Herren und Damen, die als Bewerber in Frage kommen, allen möglichen Schikanen und Intrigen ausgesetzt. Denn was heißt eigentlich "Zugelassen werden nur die Bewerber, die von jeder Nazi-Weltanschauung frei sind"? Jeder kann uns bezichtigen, daß der eine oder andere einmal gesehen worden ist, daß er mit Heil Hitler gegrüßt hat. Also, wenn man das vielleicht von ein, zwei oder drei Personen bestätigen läßt, kann der Verdacht naheliegen, daß einer der Nazi-Weltanschauung gehuldigt hat. Also unberechtigten Angriffen ist hier durch diese Bestimmung nach meiner persönlichen Überzeugung Tür und Tor geöffnet. Es handelt sich nur darum, ob der seinerzeitige Regierungswahlausschuß tatsächlich diese Einwendungen gelten läßt.
Nun haben wir bei diesem neuen Wahlgesetz nicht mehr eine gebundene Liste, sondern eine Liste, die auf den Bewerber allein abgestellt ist und doch etwas mit der gebundenen Liste zu tun hat.
Es geht also nicht an, daß von einer Organisation, von einer Partei aus irgendwelche Kandidaten einfach auf eine Liste aufgestellt werden und daß in der Reihenfolge der Maßgabe der Stimmen, die auf den einzelnen Wahlvorschlag entfallen, nun zum Beispiel die Kandidaten eins, zwei bis zehn gewählt sein werden, und die anderen dann als Ersatzleute gelten. So ist es hier bei diesem Wahlgesetz nicht. Bei diesem Wahlgesetz geht es darum, daß der einzelne Bewerber in seinem Stimmkreis sich durchsetzen kann. Das heißt: Das rechtsrheinische Bayern ist gemäß der Regierungsbezirke in Kreise eingeteilt und innerhalb dieser Kreise sind Stimmkreise. Diese Kreise sind identisch mit dem Regierungsbezirk und innerhalb dieses Regierungsbezirks ist das ganze Gebiet in sogenannte Stimmkreise aufgeteilt. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, wie Ihre einzelnen Stimmkreise auf das ganze Gebiet verteilt sind. Oberbayern hat 39, Niederbayern/Oberpfalz 47, Oberfranken/Mittelfranken 47, Unterfranken 25, Schwaben 22 Stimmkreise.
Es geht also darum, daß man die Kandidaten entsprechend auf die einzelnen Stimmkreise verteilt. Nun geht es aber nicht von oben nach unten, daß man sagt: Der Stimmkreis stellt den auf, und der Stimmkreis stellt den auf. Der Bewerber muß vielmehr von unten her benannt werden. Er muß von seinem Stimmkreis aus als Kandidat

benannt werden. Er wird in seinem Stimmkreis sich bekannt machen müssen, wird in seinem Stimmkreis von einem Ortsverein aufgestellt werden müssen und kandidiert dann nur in seinem einzelnen Stimmkreis. Er ist innerhalb seines Stimmkreises nur der Konkurrenz der gegnerischen Parteien ausgesetzt, die eigenen Parteifreunde kommen für ihn als Konkurrenz nicht in Frage. Trotzdem muß er sich Mühe geben, eine möglichst hohe Stimmziffer zu erreichen, denn bei der Auszählung der Stimmen wird so vorgegangen, daß zuerst alle Stimmen, die auf eine Partei entfallen sind, also auf die sämtlichen Bewerber, die von der Partei aufgestellt worden sind, innerhalb des Regierungsbezirks zusammengezählt werden. Dann wird festgestellt: *Die* Partei hat so viel Stimmen, *die* so viel und *die* so viel, so viel Sitze sind zu verteilen.
Also zum Beispiel: Hier im Regierungsbezirk Oberbayern sind 39 Sitze zu verteilen. Diese 39 Damen und Herren + 1 = 40 werden dann in der Gesamtsumme der gültig abgegebenen Stimmen aufgeteilt. Was nun als Resultat herauskommt ist die Zahl, die jeder haben soll, um gewählt zu sein.
Ein praktisches Beispiel: Wenn zum Beispiel sich errechnet, daß auf einen Bewerber 12.000 Stimmen treffen, dann ist es so, daß der Bewerber, der mehr als 12.000 Stimmen erreicht hat, als gewählt gilt. Der eine oder andere Bewerber hat einen guten Stimmkreis, in dem man auf eine große Anzahl von Wählern der eigenen Partei rechnen kann. Dieser Bewerber erreicht nun irgendein Mehr von Stimmen. Dieses Mehr geht nun nicht ohne weiteres verloren, sondern auch der, der nur 8000 Stimmen in seinem Stimmkreis erreicht hat, kann als gewählt betrachtet werden, wenn eben nicht allzuviele da sind, die vor ihm herlaufen. Wenn Bewerber da sind, auf die 19.000, 18.000, 17.000, 16.000 usw. Stimmen entfallen, und wenn der Bewerber nur 12.000 Stimmen braucht, um gewählt zu sein, dann werden die über 12.000 hinausgehenden Reste auf die anderen Bewerber übertragen, so daß die Bewerber, auf die 6000 bis 8000 Stimmen entfallen, auch noch in Frage kommen können. Bei der Übertragung der Reste bleiben wiederum kleine Reste übrig. Die werden dann auf Gesamtbayern ausgeteilt. Jeder Stimmkreis, der nun die meisten Reste hat, bekommt dann noch Kandidaten, die die nächsthöheren Stimmen erreicht haben.
Das Entscheidende ist, daß man in der Kandidatenaufstellung möglichst geschickt verfährt, daß man nicht in Bezirken, wo man weiß, daß es sich um reine Arbeiterbevölkerung handelt, gerade einen Kandidaten hinstellt, den man absolut sicher drin haben will. Man muß den Kandidaten in Einklang mit der Wählermasse bringen, die ihn wählen soll, damit ein gewisses harmonisches Verhältnis hier entsteht. Selbstverständlich ist es auch möglich, daß ein Kandidat mehrere Stimmkreise zugesagt bekommt, wenn man großen Wert auf ihn legt, zum Beispiel in Stimmkreisen in Franken oben, wo andere Parteien vielleicht auch stark zum Zug kommen. Wenn man da haben will, daß ein bestimmter Parteifreund sich innerhalb seiner Stimmkreise durchsetzt, dann teilt man ihm etwas mehr Stimmkreise zu. Man weiß ja, wie viele Stimmen ungefähr in dem ganzen Regierungsbezirk abgegeben werden können. Man hat das Ergebnis der Gemeindewahl vom Januar und jetzt auch der Kreistagswahl vom letzten Sonntag, so daß man eine ziemlich genaue Berechnung anstellen kann. Man wird also schon den Kandidaten, den man absolut sichern will, so mit Stimmkreisen versehen, daß er die erforderliche Stimmziffer ohne weiteres erreichen kann.
Das Wesentliche, was noch an Neuem zu sagen ist, ist folgendes: Die Militärregierung verlangt, daß der Bewerber von ... (wegen Unruhe nicht verständlich!) aufgestellt wird. Es soll sogar so sein, daß der Bewerber in einer Art Urabstimmung draußen vorgewählt wird. Bei der Kürze der Zeit wird sich das in der Praxis gar nicht so durch-

führen lassen. Es wird genügen, wenn die Bezirksverbände ihre Ortsvereinsvorsitzenden und deren Stellvertreter und noch ein paar Mitglieder zusammenrufen und bekanntgeben: "Wir wollen den und den Kandidaten aufstellen, seid Ihr allseits einverstanden?" usw. Sie bringen dann sicherlich doch 60 bis 80 Mitglieder zusammen, die man dann schon als urabstimmende Persönlichkeiten bezeichnen kann.

(Zuruf: Geheime Wahl?)

Selbstverständlich, durch geheime Wahl.
Man wird einfach sagen: "Für unseren Stimmkreis kommt der und der Kandidat in Frage, er scheint geeignet zu sein, was sagen Sie dazu?" usw., wie man es sonst auch macht. Bei jeder Wahl ist es doch so, daß irgendwelche Persönlichkeiten nominiert werden müssen.
Es sind ja bei dieser Wahl, wie Sie aus dem Ganzen sehen, nicht allzu viele Herren in aktiver Form, sondern mehr in passiver Form beschäftigt. Die Wahlvorschläge werden ja im Regierungsbezirk eingereicht, so daß der Bezirksvereinsvorsitzende des Regierungsbezirkssitzes die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, daß für die Stimmkreise seines Regierungsbezirks die Wahlvorschläge eingereicht werden.
Das wäre im wesentlichen das, was ich in der Angelegenheit zu sagen hätte. Ich glaube, daß es nicht zweckmäßig sein wird, hier in dem großen Kreis einzelne Anfragen zu stellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nur wenn besondere Anfragen da sind.
Ich danke unserem Parteifreund *Holzmann* und bitte vielleicht Dr. *Käss*, noch das Ganze zusammenzufassen und die einzelnen Listen bekanntzugeben. Dann treten wir in die Debatte ein.
Werden noch besondere Anfragen gestellt? Ist etwas Besonderes unklar? Auf andere Unklarheiten kommen wir dann in der Debatte. - Dann bitte ich Dr. *Käss*.
Dr. *Käss*: Meine Herren! Die Wahlordnung stellt ab auf die Bezirke. Für jeden Regierungsbezirk muß ein Wahlvorschlag eingereicht werden, also in unserem Falle ein Vorschlag der Christlich-Sozialen Union. Das letzte Wort für die Einreichung hat also die Bezirksversammlung, nicht unsere Landesversammlung hier. Die hat nur die Aufgabe, die Sache abzustimmen und mit den Bezirken die Aufnahme einiger Kandidaten zu vereinbaren, die vom Land aus erwünscht sind, weil es eine sogenannte Landesliste nach dem derzeitigen Wahlgesetz nicht gibt.
Für die Bezirksversammlung sieht die Aufgabe ganz einfach so aus:
Ich nehme mir die voraussichtlich zu erreichende Stimmenzahl der Union, die anhand der bisherigen Wahl[en] festgestellt werden kann - in den Städten allerdings erst am übernächsten Sonntag wird festgestellt werden können, so daß es dann sehr fix gemacht werden muß -, und stelle fest, in welchen Fällen es nötig ist, mehrere Stimmkreise auf einen Kandidaten zusammenzulegen.
Dann entschließe ich mich, in jedem Stimmkreis, also in jedem Landkreis oder einer Kreisstadt, einige Kandidaten aufzustellen oder zusammenfassend einen Kandidaten aufzustellen. Dabei muß man weitgehend rechnen. Die Stimmen gehen nie der Union verloren. Wenn man zu sehr häuft, gehen einige Leute sicher durch und es gehen Stimmen auf einen anderen Regierungsbezirk - zugunsten der Union allerdings - über. Wenn man zu wenig häuft, gehen besondere Herren, auf die man rechnet, nicht durch. Das ist ein besonderes Rechenkunststück, wofür unsere Fachleute gerne zur Beratung zur Verfügung stehen.

Wesentlich ist, zwei Gesichtspunkte zu beachten:
In unseren Landkreisen draußen ist es wohl zweckmäßig, lieber etwas [zu] viel Kandidaten aufzustellen. Das spornt den gesunden Wettbewerb der Kandidaten an. Wenn jeder das Gefühl hat, "ich habe zwei oder drei Stimmkreise, ich bin sicher", dann strengt er sich im Wahlkampf nicht so an und den Schaden hat die Union als Ganzes, da jede Stimme dem Lande nach der Verhältniszahl zugute kommt.
Weiter ist wesentlich - das betrifft die Aufstellung der Kandidaten und geht in erster Linie unsere Kreisverbände an -, daß im Bezirk eine gewisse gesunde Mischung erzielt wird. Es muß gegenseitig abgestimmt werden, daß Jugend und Alter gut gemischt sind, daß die Frauen zum Zug kommen, daß die verschiedenen Berufsstände einigermaßen ausgeglichen werden. Das wird nicht erreicht, wenn jeder Landkreis bei Nominierung seines Kandidaten die Dinge in seiner örtlichen Perspektive sieht. Das muß abgestimmt werden. Das ist Aufgabe des Bezirksverbands. Der wird in der nächsten Woche eine sehr wesentliche und schnell durchzuführende Aufgabe haben. Er wird anhand der Dinge, die wir heute anschließend noch besprechen werden, seinen Vorschlag in der Bezirksversammlung nach den Grundsätzen der Militärregierung, die Herr *Holzmann* schon bekanntgegeben hat, zusammenstellen und rechtzeitig bis 2. Juni in dieser Form einreichen müssen.
Vom Lande aus geht es nun darum, abzustimmen und gewisse Kandidaten, die vom Lande aus erwünscht sind - wie das schon im wesentlichen etwa vor acht Tagen geschehen ist - mit den Bezirken zu vereinbaren, damit - ich möchte fast sagen - das Niveau unserer Fraktion, die später in der Nationalversammlung auftritt, wirklich ein vielseitiges ist und auch gehobenen Ansprüchen und Anforderungen gerecht werden kann.
Wollen wir nun die Landeskandidaten zunächst noch kurz besprechen. Ich darf die Liste, die vor etwa acht Tagen besprochen wurde, bekanntgeben. Es betrifft Herren, die vom Lande aus nach Vereinbarung in den einzelnen Bezirken aufgestellt werden sollen, weil das Land als solches überhaupt keine Kandidaten aufstellen kann.
Ich verlese die Namen und die Bezirke, mit denen darüber gesprochen wurde. Einige Unklarheiten wären im Anschluß daran vielleicht noch zu klären:

Dr. *Müller*, Nürnberg;
Staatssekretär *Pfeiffer*, Oberpfalz;
Staatssekretär *Ehard*, München;
Minister *Helmerich*, Oberpfalz;
Minister *Baumgartner*, Unterfranken;
Staatssekretär *Krehle*, Schwaben;

(Zuruf: Fällt aus, bleibt in München!)

Ich darf, ehe ich weiterlese, auf eines noch aufmerksam machen - weil das Wort München fällt: In den Großstädten heißt es aufpassen und sich die Hintertüren des Wahlgesetzes genau ansehen. Wenn wir z.B. in München in den zehn Stimmkreisen zehn Kandidaten aufstellen, würden wir riskieren, daß alle zehn nicht durchkommen.

(Zurufe.)

Die Großstädte müssen da stärker aufpassen als das flache Land draußen, weil hier die Schichtung der Wählerschaft eine etwas andere sein wird.

Ich fahre in der Liste fort.

Dr. *Horlacher*, Oberpfalz;
Generalsekretär *Schlögl*, Niederbayern;
Schwingenstein, Schwaben;
Dr. *Thierfelder*, Schwaben;
Dr. *Semler*, Oberfranken;
Herr *von Prittwitz*, Oberfranken;
Frau *Hahn*, Oberbayern;

Steber war für München vorgesehen. Ich weiß nicht, ob das so geblieben ist.

(Zuruf: ... *Steber* verzichtet!)

Ich lese zunächst vor, wir werden darüber diskutieren.
Dann ist die Frage der Geistlichen, über die der Herr Landesvorsitzende anschliessend gesondert sprechen wird.
Eine weitere Frage war noch, ob vom Landesausschuß eine Frau für die Bezirke vorgesehen werden soll oder ob es den Bezirken als solchen überlassen werden kann.
Ich würde für das weitere Vorgehen nachher vorschlagen, jetzt diese Fragen zu diskutieren. Anschließend ist es vielleicht gar nicht nötig und nicht zweckmäßig, die einzelnen Namensvorschläge der Bezirke, die noch nicht endgültig sein können, in allen Einzelheiten durchzugehen. Es wird wohl genügen, die Bezirke nochmals zu bitten, durch Einflußnahme auf ihre Kreisverbände eine gesunde Mischung im Interesse der Fraktion und des Ganzen zu erreichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich wäre dankbar, wenn wir so vorgehen würden, daß jeder Bezirk aufgerufen wird und einen Überblick gibt, denn dann bekommen wir die Übersicht. Sie werden merken, daß wir Ihnen keine Liste vorlegen. Das habe ich bisher deswegen nicht getan, weil ich mich aus Prinzip nicht in die Kandidatenaufstellung einmischen wollte. Ich habe aus Prinzip keine Wahlversprechen machen wollen, das ist immer eine sehr unangenehme Angelegenheit.
Jetzt bitte ich, die einzelnen Bezirke aufzurufen.
Pflaum: Staatssekretär *Krehle* ist abwesend. Er hat die Liste der Münchner Kandidaten. Wir haben in München zehn Kandidaten. Herr Staatssekretär *Ehard* ist in München noch nicht untergebracht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist die Liste da? Ich bitte sie dann vorzulegen. Ich wäre dankbar, wenn Sie bei der Bekanntgabe den Beruf noch mit angeben würden, weil wir am Schluß noch einen gewissen Überblick gewinnen müssen, wie die Fraktion ungefähr aussieht.
Pflaum: Ich habe jetzt die Liste. In München sind aufgestellt:

Schmid, Präsident der Handwerkskammer, Buchbindermeister;
Elhardt, Obermeister der Konditor- und Bäckerinnung München;
Krehle, Staatssekretär im Arbeitsministerium;
Dr. h.c. *Scharnagl*, Oberbürgermeister von München, früher Bäckermeister;
Sedlmayr, Gewerkschaftsvertreter;
Anzenhofer, Gewerbelehrer;
Dr. *Lacherbauer*, Rechtskundiger Bürgermeister;
Gerstner, Geschäftsinhaber, Einzelhändler;
Dr. *Lill*, Professor, Amt für Denkmalpflege;
Frau *Lang-Brumann*.

Für Herrn Staatssekretär *Ehard* haben wir noch keinen Platz.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich, ihn vorzumerken. Ich glaube, München hätte sonst auch gerne *Walther von Miller* daraufgesetzt und hat bisher keinen Platz dafür bekommen.
Ich bitte also *Ehard* und *Walther von Miller* vorzumerken.
Dr. *Hundhammer*: Oberbayern hat eine Vorbesprechung über die Kandidatenaufstellung mit den Kreisen gehabt und sich zunächst auf folgende Kandidaten geeinigt. Die endgültige Festlegung muß erst noch erfolgen:

Eirainer, Bauer;
Riss, Bauer und Bürgermeister;
Michael Maier, Bauer;
Dr. *Lenz*, Landrat, Laufen;
Dr. *Schwalber*, Rechtsanwalt und Bürgermeister, Dachau;
Dr. *Lehmer*, Bürgermeister, Erding;
Raum, Hochschulprofessor, Weihenstephan;
Dr. *Fleckenstein*, Schriftsteller, Garmisch;
Schäfer, Dachdeckermeister, Ingolstadt;
Brand, Kaufmann, Dießen;
Dr. *Schefbeck*, Rechtsanwalt, München;
Melchner, Wirtschaftsprüfer, München-Land;
Huber, Bauer;
Trettenbach, Krankenkassenverbands-Geschäftsführer, Pfaffenhofen;
Dr. *Hundhammer*, Kaufmann, München;
Dr. *Köhler*, Stud. Rat, Starnberg;
Allwein, Krankenkassenangestellter, Bad Tölz;
Berger, Bürgermeister, Traunstein;
Zwicknagl, Brauereibesitzer, Wasserburg.

Im Stimmkreis Schongau wurde ein Bauer aufgestellt, dessen Name mir nicht bekannt ist.
Oberbayern hat sich bemüht, möglichst alle Stände zu vertreten.
Die Frage der Arbeitervertreter wurde besonders erörtert. Als solcher wurde dann ausdrücklich *Berger*, Traunstein anerkannt, der aus dem Arbeiterstand kommt und bei den Arbeiterorganisationen einen Namen hat. Im wesentlichen bestand bei uns die Tendenz, eine Spanne für Leute zu lassen, die noch als Ersatzleute in Betracht kommen können. Wenn Oberbayern und München, die ja gemeinsam abrechnen, bei der Wahl am 30. Juni sich ungefähr in dem Rahmen halten, wie bei den letzten Wahlen, dann können wir rechnen, daß wir mit den 28 bis 29 Kandidaten, die wir jetzt haben, noch eine Spanne von vielleicht vier oder fünf Ersatzleuten bekommen, daß also der Kreis der Ersatzleute nicht zu groß wird.
Es war Oberbayern empfohlen worden, Frau *Hahn* aufzustellen. Es war naheliegend, sie in dem Bezirk zu benennen, in dem sie wohnt. Das ist der Bezirk Starnberg. Starnberg aber hat sich nicht dazu entschließen können. Ich habe dann mit Frau *Hahn* selber verhandelt. Sie hat mir schließlich erklärt, sie lege keinen entscheidenden Wert darauf, daß sie unbedingt aufgestellt wird, nachdem Frau *Lang-Brumann* als Frauenvertreterin, die auch absolut ihr Vertrauen besitzt, in München aufgestellt wird. Vielleicht wird dann bei der nächsten Wahl - diese Wahlperiode erstreckt sich bloß bis 3. November - eine andere Lösung möglich sein.

Eine Sonderfrage war die Frage der Aufstellung eines Geistlichen. Ich glaube, über diese Frage soll noch besonders diskutiert werden, wenn man darüber überhaupt in diesem Rahmen verhandelt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt ist Schwaben an der Reihe. Wer ist eventuell noch vorzumerken? Offen ist hier eventuell noch Frau *Hahn*.
Kronthaler: Herr Dr. *Rindt* ist bereits weg. Er hat mich mit seiner Vertretung beauftragt. Wir haben die Aufstellung noch nicht gemacht. Wir können daher die Namen der Kandidaten nicht bekanntgeben.
Dr. *Käss*: Herr Dr. *Rindt* hat mich noch gebeten vorzumerken, daß Schwaben zwei Kandidaten des Landes, *Schwingenstein* und Dr. *Thierfelder*, gerne auf sicheren Plätzen unterbringen wird. Die Einzelaufstellung ist, wie schon erwähnt wurde, noch nicht vorgenommen und wird erst in der nächsten Woche durchgeführt. Es sollen dabei die Richtlinien der gesunden Mischung beachtet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der nächste Bezirk wäre Niederbayern.
Dr. *Falkner*: Bei uns sind die Verhältnisse insoferne schwierig, als die Militärregierung vor einigen Wochen das Bezirksbüro geschlossen und die Akten des Bezirksverbandes beschlagnahmt hat, weil die Militärregierung auf dem damals wohl auch richtigen Standpunkt stand, daß ein Bezirksverband eine nicht ordnungsgemäße Organisation darstelle. Zugelassen von der Militärregierung, so wurde uns gesagt, seien nur die Kreise, also die Partei im Rahmen des Landkreises, und die Partei für das Land Bayern. Dazwischen hinein gäbe es nichts. Im Gegenteil, was dazwischen hinein aufgebaut werde, sei illegal.
Die Lage war eine Zeitlang sehr schwierig und vor allem für den Bezirksvorsitzenden etwas unerfreulich. Wir haben dann den Herrn Landesvorsitzenden um sein Eingreifen gebeten. Aber die Dinge konnten immer noch nicht geklärt werden, wenigstens so weit, daß wir unser Büro wieder hätten aufmachen können. Es ist uns deshalb auch von Seiten des Bezirksverbandes aus nicht möglich, irgend etwas zu unternehmen. Wir haben nicht einmal eine Schreibmaschine, kein Blatt Papier, und vor allem können wir nicht wagen, etwas zu tun, weil uns, wie gesagt, eine Betätigung verboten ist. Aber wir hoffen, daß wir morgen vielleicht schon, wenn Herr Dr. *Müller* und ich zu dem zuständigen politischen Offizier in Regensburg fahren werden, die Lage klären können. Ich halte es für meine Pflicht darauf hinzuweisen, daß, wenn uns die Möglichkeit nicht gegeben wird, eine Aufstellung der Kandidaten schlechthin - ich will nicht sagen - unmöglich sein wird, sondern erhebliche Schwierigkeiten macht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Entschuldige, wenn ich unterbreche. Ich nehme an, daß die Situation morgen geklärt wird, nachdem heute die neuen Statuten beschlossen worden sind. Damit ist der Bezirksverband als solcher verankert und die Schwierigkeiten werden höchstwahrscheinlich behoben werden.
Dr. *Falkner*: Wir können für Niederbayern-Oberpfalz, weil es ein einheitlicher Regierungsbezirk ist, mit der Entsendung von etwa 34 Kandidaten in das Parlament rechnen. Das wäre alles, was ich zu sagen habe. Die Kandidatenliste haben wir noch nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wurde doch letzthin beschlossen, daß ein ungefährer Überblick gegeben werden sollte.
Dr. *Falkner*: Ich kann einen rohen Überblick dahin geben, daß die Wahlen zu den Kandidaten in den Landkreisen ordnungsgemäß stattgefunden haben. Die Kandidaten wurden in geheimer Wahl gewählt und es sind bei uns in allen Kreisen bodenständige Leute aufgestellt worden, die aus dem Landkreis selbst hervorgegangen sind. Wir haben heute von Seiten des Landesverbandes die Anregung bekommen, daß wir Dr.

Schlögl in Niederbayern aufstellen sollen. Das wird sich natürlich durchführen lassen. Was mich an der Aufstellung der Kandidaten durch die Landkreise gestört hat, war das Alter. Ich muß es den niederbayerischen Kreisen zum Vorwurf machen und ich halte es nicht für richtig, daß im Verhältnis nur Leute gehobenen Alters aufgestellt wurden. Soweit ich mich jetzt erinnere, ist zwischen 30 und 40 nur einer, unter 30 keiner. Ich halte das nicht für richtig. Mir wäre es lieber gewesen, wenn eine gesunde Mischung bestünde, 50% zwischen 30 und 40 und die anderen 50% zwischen 40 und 60. Alle Berufsstände sind vertreten, dem Charakter des Bezirkes entsprechend überwiegend Landwirte und Bauern.

Dr. *Käss*: Ich darf dazu noch sagen: Es wird im Falle Oberpfalz-Niederbayern ebenso wie Oberfranken-Mittelfranken-Nürnberg notwendig sein, daß die Bezirksversammlungen ihre nächsten Tagungen möglichst gemeinsam durchführen, weil die Kandidaten für den ganzen Regierungsbezirk der Militärregierung oder auch der bayerischen Regierungsbehörde gemeinsam präsentiert werden müssen.

Dr. *Schedl*: Die Oberpfalz hat keine Kandidatenliste in der Form, wie sie hier erwartet wird, weil eine gewisse Unklarheit bestanden hat und zum anderen, weil die Wahlordnung nicht so zeitig bekannt geworden war, daß an eine konkrete Aufstellung von Kandidaten gegangen werden konnte. Selbstverständlich hat die Oberpfalz eine Diskussionsgrundlage, und das ist eine gesunde berufsständische Mischung von Arbeitern, Bauern, Beamten mit Leuten aus dem Mittelstand und eben auch aus den freien Berufen und auch mit Berücksichtigung der Jugend und selbstverständlich der Frauen. Die endgültige Nominierung dieser Kandidaten wird von dieser Grundlage her erfolgen können, und zwar selbstverständlich frist- und formgerecht. Die vorliegende Nominierung ist nicht eine endgültige, weil sie der Rechtsgrundlage entbehrt. Die Kandidaten sind nicht von den Landkreisen in geheimer Wahl gewählt worden, sondern von der Bezirksversammlung vorgeschlagen worden.

Held: Falsch! Hier muß ich widersprechen. Die Kandidaten sind am 5. Mai in geheimer Wahl gewählt und dann von der Bezirksversammlung angenommen worden. Ich habe aber gar nichts dagegen, daß die Frage noch einmal zur Debatte kommt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Situation in der Oberpfalz ist etwas schwierig. Ich habe es heute schon gesagt. Ich wurde von der Militärregierung darauf aufmerksam gemacht, daß in der Oberpfalz zwei Vorsitzende da sind, die beide bei der Militärregierung aufgetreten sind. Ich habe infolgedessen auf Wunsch der Militärregierung einen kommissarischen Vorsitzenden eingesetzt, und zwar Herrn Dr. *Gamperl* und Herrn *Ortloph* zusammen. Ich habe beide Herren gebeten zu veranlassen, daß morgen eine Vertrauensmännerversammlung der Oberpfalz stattfindet, damit wenigstens vorläufig geordnete Verhältnisse geschaffen werden. Ich möchte nicht allzu lange einen kommissarisch bestellten Vorsitzenden haben, aber doch wenigstens einen vorläufigen. Die endgültigen Wahlen werden später durchzuführen sein, wenn alles überprüft ist.

Dr. *Schedl*: Ich bemerke, daß ich nicht der erste oder der zweite Vorsitzende bin, die nicht mehr da sind, damit kein Irrtum entsteht.

Ich möchte noch zum Einwurf, der gemacht worden ist, bemerken: Von Seiten der Oberpfalz ist die Diskussionsgrundlage, von der ich gesprochen habe, in geheimer Wahl durch 49 Delegierte aus 23 Stadt- und Landkreisen ermittelt worden. Es waren auch Vertreter der Stadt Regensburg da. Ich kann sie benennen, wenn Sie sie haben

wollen. Wenn einer, der delegiert ist, nicht hinkommt, kann der Bezirksvorstand nichts dafür. Sind Sie mir nicht böse, wenn ich das sage.

(Zuruf: Weil die Versammlung illegal war!)

Die Versammlung war durch die Militärregierung Burglengenfeld genehmigt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren! Wir werden morgen in der Oberpfalz eine legale Versammlung haben, um dann die Verhältnisse zu klären.
Stehen die Namen schon fest, Beruf, Altersdurchschnitt usw.?
Dr. *Schedl*: Die Namen stehen als Diskussionsgrundlage fest. Ich habe vorhin festgestellt, daß die Stimmkreise, das sind die Kreisverbände, noch keine Wahlen durchgeführt haben, ob sie mit den vorgeschlagenen Kandidaten einverstanden sind. Also stehen sie praktisch, wie ich gesagt habe, nicht fest.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Damen und Herren! Nun teile ich Ihnen meinen endgültigen Entschluß mit. Nach langer Überlegung sehe ich davon ab, 1. aus beruflichen Gründen, 2. aus sonstigen Gründen, die Sie später noch einmal erfahren werden, zu kandidieren; damit haben Sie eine Stelle frei in der Oberpfalz und können sich darüber unterhalten. Ich lege darauf gar kein Gewicht, schon seit drei Monaten nicht. Ich bin glücklich darüber, daß mein Freund *Eder* die Stelle in dem Wahlkreis Cham-Waldmünchen einnimmt. Ich bemerke noch weiter, daß ich glücklich bin, in den Zustand eines gewöhnlichen Mitgliedes der Union einzutreten. Wenn Organe der Union etwas von mir wollen, sollen sie sich an mich wenden. Dann werde ich darüber entscheiden. Gewicht lege ich auch darauf keines. Die Verhältnisse sind so, daß ich beruflich so überlastet bin, daß ich gerne anderen den Weg für eine Kandidatur freimache. Ich habe meine Gründe zu diesem Entschluß. Ich werde sie vielleicht diesem oder jenem Freund später einmal mitteilen.
Krempl: Ich möchte zurückweisen, daß wir schuld sind, daß wir zwei Vorstände haben. Ich muß die Oberpfalz und auch Niederbayern in Schutz nehmen. Wir in der Oberpfalz sind uns ebenso wie die in Niederbayern einig. Daß die in Regensburg nicht einig sind, dafür können wir nichts. Wir haben in Schwandorf getagt. Es waren 49 Stimmberechtigte anwesend. Die Tagung war von der Militärbehörde genehmigt. Mit München war die Tagung vereinbart und dabei wurden folgende Kandidaten aufgestellt:

Dr. *Anton Pfeiffer*, Staatssekretär,München;
Josef Faltermeier, Bauer,Tiefbrunn bei Moosham;
Georg Zitzler, Gewerkschaftssekretär, Regensburg, Sudetendeutschestr. 28;
Dr. *Josef Pfleger*, Justizrat, Weiden;
Walter Held, Kaufmann, Steinmetzstr. 9;
Josef Krempl, Kaufmann, Schwandorf, Regensburgerstr. 16;
Dr. *Michael Horlacher*, Staatskommissar, München.

In bezug auf Dr. *Horlacher* möchte ich folgendes erklären. Ich habe Herrn Dr. *Horlacher* zusammen mit Herrn *Eder* in München gebeten, zu kandidieren. Wir waren also darüber übereingekommen, anstelle von *Eder*, also eines Oberpfälzers, ihn aufzustellen. Meines Erachtens braucht sich Dr. *Horlacher* nicht zurückzuziehen, sondern er steht an der Stelle von Herrn *Eder*. Ich bitte Herrn Dr. *Horlacher*, Herrn *Eder*, mit dem er selbst persönlich befreundet ist, keinen Korb zu geben.
Ich fahre mit der Verlesung der Kandidatenliste fort:

Michael Helmerich, Staatsminister, München;
Dr. *Robert Weyh*, Oberamtsrichter, Riedenburg;

Frau *Maria Deku*, Regierungsreferentin, Hubertshöhe bei Roßbach;
Josef Prüschenk, Kalkwerksbesitzer, Landwirt, Kirchenthumbach;
Schäffer Hans, Dreher, Maxhütte;
Dr. *Martin Winkler*, Landrat, Schnaittenbach;
Otto Thomas, Schreinermeister, Erbendorf;
Dr. *Max Rief*, Reg. Direktor, Regensburg, Ziegeltsd[orf][7];
Neumann Ferdinand, Angestellter, Neusorg/Fichtelgebirg[e];
Josef Alois Zahn[8], Bankier, Bürgermeister, Tirschenreuth;
Lorenz Bräu, Bauer, Bruck/Opf., Kellerhof;
Dr. *Karl Debus*, Schriftleiter, Regensburg, Kupfmühle[...];
Otto Bogendörfer, Steuerberater, Eschenbach/Opf. 92;
Josef Weig, Bauer, Gutsbesitzer, Plankenhammer bei Floß;
Hirschmann, Bauer, Neumarkt/Opf.;
Edmund Koch, Angestellter, Weiden, Frauenrichters[tr.];
Lohbauer jun., Bauer, Büchlhof, Post Kemnath;
Grötsch, Schlosser, Cham/Opf. F[...]

Pflaum: Meine Damen und Herren! Die Freunde des Herrn Dr. *Horlacher* vom Bauernverein haben mich beauftragt, darauf zu achten, daß Herr Dr. *Horlacher* das ihm angebotene Mandat bestimmt annimmt, und ich möchte deswegen auch Herrn Dr. *Horlacher* ersuchen, sich von dieser Aufgabe - wenn ich so sagen darf - nicht zu drükken. Es wäre bedauerlich, wenn ein Feuerkopf wie Dr. *Horlacher* in der gesetzgebenden Versammlung fehlen würde. Ich glaube, er wird Leben in die Versammlung bringen und schon allein deswegen ist es unbedingt notwendig, daß Herr Dr. *Horlacher* das Mandat annimmt. Er kann nichts dafür, daß die Herren in der Oberpfalz uneinig sind.

(Zuruf: In Regensburg!)

Aber auch wir können nichts dafür.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde!
Thomas: Es ist sehr befremdlich, wenn man die Gesichter betrachtet, daß die Worte eines Herren, der nicht Akademiker ist, ins Lächerliche gezogen werden, wie das bei unserem verdienten Herrn *Krempl* der Fall ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Diese Behauptung trifft bestimmt nicht zu. Ich glaube es eher dahin auslegen zu dürfen, daß wir uns alle etwas gefreut haben, daß es auch in der Oberpfalz kräftig zugeht.
Aber eines darf ich sagen. Ich bedaure, daß *Michel Horlacher* vorhin seine Erklärung abgegeben hat. Wir sagen uns manchmal, wie man heute früh gemerkt hat, sehr kräftig die Meinung. Aber ich glaube, es ist notwendig, daß jemand auch in diesem Parlament mit drin ist, der fähig ist, seine Meinung deutsch herauszusagen. Ich würde es

[7] In der Vorlage sind ab dieser Stelle der Auflistung bis zur Wortmeldung Pflaum am Rande jeweils einige Buchstaben abgeschnitten, die, da es sich hier um Ortsteile oder Straßennamen handelt, nur teilweise ergänzt werden konnten.
[8] In der Vorlage: "Otto Zahn".

sehr begrüßen, wenn *Michel Horlacher* 1. seine Erklärung zurücknehmen [würde] und 2., wenn die Oberpfalz bestimmt *Horlacher* an sicherer Stelle aufstellt.
Michel, sei kein Dickkopf, los!

(Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Es ist für mich ein sehr schweres Opfer. Seit drei Monaten drängen mich meine Freunde, von diesem Schritt abzusehen. Ich lege kein Gewicht darauf, wenn ich keine einmütige Stellungnahme des Bezirksverbandes Oberpfalz finde. Ich suche einen Ausweg, nicht zu kandidieren. Das sage ich ganz offen. Mir erweist bloß jemand einen Gefallen, wenn er mir die Gelegenheit gibt, daß ich die Gelegenheit wirklich benützen kann. Wenn die Oberpfalz nicht einig ist, ich habe keine Lust zu kandidieren. Das ist eine Frage, die die Oberpfalz ausmachen muß. An sich ist mein Grundsatz, nicht zu kandidieren. Wenn ich von dem Grundsatz abgehe, dann möchte ich zwei Voraussetzungen haben: 1., daß die Mehrheit der Landesversammlung damit einverstanden ist und 2., daß die Oberpfalz die Dinge in einer entsprechenden Weise erledigt. Denn mein Beruf als solcher ist außerordentlich umfangreich und meine Rücksichtnahmen auf den großen Berufsstand, den ich vertrete, sind nach den verschiedensten Richtungen hin sehr vielfältig, das werden die Herren verstehen. Wenn die Oberpfalz nicht mit großer Mehrheit diese Dinge erledigen kann, dann habe ich die Gelegenheit, nicht zu kandidieren. Ich bin Ihnen dann sehr dankbar dafür.
Eder: Die Sache wird hier auf ein völlig falsches Gleis geschoben. Von Seiten der Oberpfalz sind gegen Dr. *Horlacher* überhaupt keine Bedenken erhoben worden. Mir selber wurde Dr. *Horlacher* in unserem Landkreis vorgeschlagen. Er wurde in unserem Landkreis einstimmig genehmigt. Das stimmt alles. Ich weiß gar nicht, warum Dr. *Horlacher* speziell mir einen Korb geben will. Das verstehe ich nicht. Denn letzten Endes bin ich der Blamierte, weil wir überall schon für Herrn Dr. *Horlacher* in unserem Landkreis Reklame gemacht haben.

(Heiterkeit.)

Ich bitte daher, daß er die Wahl in unserem Landkreis annimmt. Die Oberpfalz wird uns wenig genieren. Wir haben 17.000 Stimmen und damit ist er bereits gewählt. Ich glaube, daß die gesamte Oberpfalz hinter Herrn Dr. *Horlacher* stehen wird.

(Beifall.)

Dr. *Gamperl*: Als derzeitiger, wie ich annehme, vorübergehender Bezirksvorsitzender des Bezirkes Oberpfalz möchte ich folgendes zur Kenntnis geben:
Der Bezirk Oberpfalz hatte einen Vorstand. Dieser Vorstand mußte aus besonderen Gründen seine Vorstandschaft in andere Hände geben. Der 2. Vorsitzende nannte sich dann wieder Vorstand. Nachher reute es den ersten und er ging zur Militärregierung und erklärte, er sei Vorstand. Dann kam der 2. und erklärte ebenfalls, er sei der Vorstand. Die ganze Sache endete damit, daß die gesamte Vorstandschaft von der Militärregierung abgelehnt wurde. Herr Dr. *Müller* hat zu dem krassesten Mittel gegriffen, das möglich war, er hat eine kommissarische Vorstandschaft eingesetzt, und zwar mich als 1. Vorstand und Herrn *Ortloph* als 2. Vorstand. Nun ist dadurch die ganze Wahl dieser Kandidaten problematisch geworden, und dadurch hat es das Aussehen bekommen, als ob irgendwelche Schwierigkeiten in bezug auf die Kandidaten vorhanden wären. Die bestehen nun nicht. Aber sie sind noch nicht klar genug herausgestellt, so daß wir sie hier nicht als endgültig aufstellen können. Fest steht aber, daß die drei Landeskandidaten bei uns volle Aufnahme gefunden haben und daß die

Stimmkreise dafür bereits bekannt sind. Es besteht deshalb in keiner Weise ein Grund, daß unser lieber Freund Dr. *Horlacher* aus diesen Mißständen, die nun einmal gegeben waren, die aber wohl morgen erledigt sind, eine Konsequenz zieht, die in diesem Zusammenhang nicht berechtigt ist.
Ich bitte daher meinen alten Freund und Mitkämpfer Dr. *Horlacher* dringend, meine Ausführungen als endgültig anzusehen und seine Zurücknahme ebenfalls zurückzunehmen, in der Weise, daß er wieder kandidiert.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Darf ich die Debatte darüber abschließen?
Dr. *Bauer*: Ich möchte für Regensburg-Stadt eine Erklärung abgeben. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß die bestehenden Mißhelligkeiten mit der Person des Parteifreundes *Horlacher* nicht das Allergeringste zu tun haben. Im übrigen halte ich es nicht für zweckmäßig, vor diesem Forum eine Angelegenheit zu behandeln, die seit einigen Tagen aufgrund einstimmigen Vorstandsbeschlusses der Stadt Regensburg Gegenstand einer Verhandlung vor dem Landesparteischiedsgericht sein wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich möchte die Debatte darüber abschließen. Sie dürfen aber eine Überzeugung mitnehmen, auch wenn wir vorhin die Sache vielleicht etwas leichter genommen haben: Es ist und es wird dafür gesorgt, daß jetzt auch in der Oberpfalz die Verhältnisse geordnet werden. Die Militärregierung hat den Wunsch geäußert, daß ich diesen Übergangszustand schaffe; der Zustand wird bald behoben werden.
Ich bitte jetzt um Zustimmung, daß der Oberpfalz gegenüber der Wunsch ausgesprochen wird, daß unter allen Umständen *Michel Horlacher* an sicherer Stelle auf die Kandidatenliste gesetzt wird.

(Beifall.)

Ich darf darüber abstimmen.
Ich möchte hier keinen formellen Antrag haben.
Wenn es gewünscht wird, stelle ich einen formellen Antrag: Er *muß* darauf gesetzt werden. Ich möchte das nicht machen. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist. Ich glaube, daß die Oberpfalz einen Wunsch berücksichtigt, wenn er von der Landesversammlung mit klarer Majorität zum Ausdruck kommt.
Haaser: Aufgrund dieser Aussprache stelle ich den ausdrücklichen Antrag, daß darüber abgestimmt wird, daß unserem Wunsche in dem Grenzgebiet Cham - Furth im Walde Rechnung getragen wird, wo wir bereits in großem Umfange für Dr. *Horlacher* Propaganda machen, daß Dr. *Horlacher* den Posten annimmt und daß die Oberpfalz restlos damit einverstanden ist und auch die Landesversammlung die Bitte ausspricht, daß Dr. Horlacher diese Kandidatur in unserem Interesse übernimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Dann darf ich jetzt schärfer formulieren:

> Die Landesversammlung fordert die Bezirksversammlung Oberpfalz auf, Dr. *Michel Horlacher* an sicherer Stelle auf der Kandidatenliste Oberpfalz - Niederbayern aufzustellen.

Darf ich darüber abstimmen.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Dr. *Horlacher*: Ich halte keine lange Rede. Ich danke für das Vertrauen, das mir entgegengebracht wurde. Ich habe nur eine Bitte an die Oberpfalz, daß sie meinen Freund *Eder* so plaziert, daß er als der erste Ersatzmann in Frage kommt, oder daß er einen Wahlkreis bekommt. Ich bitte jedenfalls so zu disponieren. Die Herren verstehen mich.

(Ist schon geschehen!)

Dr. *Käss*: Auf der Liste der Oberpfalz werden erscheinen - ich stelle das nochmals fest - Dr. *Horlacher*, Staatssekretär *Pfeiffer* und Minister *Helmerich*.
Es folgt jetzt Oberfranken.
Dr. *Kroll*: Für Oberfranken ist aufgrund der letzten Bezirksversammlung die Kandidatenaufstellung so vorgenommen worden, daß zunächst einmal jeder Landkreis seinen Kandidaten aufgestellt hat, obwohl wir uns bewußt sind, daß höchstens die Hälfte der aufgestellten Kandidaten Aussicht hat, wirklich gewählt zu werden. Wir waren der irrigen Annahme, daß die Reihenfolge der Liste entscheidend wäre und haben infolgedessen eine Gruppierung innerhalb der Reihenfolge vorgenommen, wobei wir die ersten zwölf mit Sicherheit durchbringen wollten. Nachdem aber eine Änderung des Wahlgesetzes eingetreten ist, werden wir in der nächsten Woche eine erneute Bezirksversammlung abhalten und dann erneut die Plazierung vornehmen. Es ist der Wunsch Oberfrankens, der Landesleitung an und für sich so weit wie möglich entgegenzukommen und auch Vorschläge der Landesleitung unterzubringen. Wir sind aber ein Bezirk, der verhältnismäßig schwer zu kämpfen hat, und ich darf den Wunsch aussprechen, daß die Landesleitung nur einen Kandidaten zum Unterbringen vorschlägt und vielleicht den 2. Kandidaten an sicherer Stelle in Oberfranken [sic!] oder Ober- oder Niederbayern plaziert. Die beiden Herren, die vorgeschlagen wurden, Herr Dr. *Semler* und Herr *von Prittwitz-Gaffron* sind uns sehr lieb und wert. Es richtet sich gegen keinen der beiden. Wir wären froh, wenn wir sie beide unterbringen könnten. Aber wir fürchten, daß das ohne Schwierigkeiten nicht möglich ist.
Ich darf jetzt vielleicht die Kandidaten verlesen, wenn es gewünscht wird. Ich weiß nicht, ob die Landesleitung die Liste benötigt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wäre schon besser, nachdem wir es vorhin gemacht haben. Ich möchte aber gerade in Franken darum bitten, die Konfessionen entsprechend zu berücksichtigen.
Dr. *Kroll*: Das ist geschehen.

Sühler, Adam, evangelisch, Bauer, für Kreis Kulmbach;
Kaiser, katholisch, Arbeiter, für Forchheim;
Dr. *Kroll*, katholisch, Volkswirt, für Coburg;
Nüssel, Adam, evangelisch, Bauer, für Bayreuth;
Dr. *Krapp*, katholisch, Präsident, für Bamberg;
Dr. *Barth*, evangelisch, Studiendirektor, für Coburg-Stadt;
Dr. *Fröhlich*, katholisch, Landrat, für Ebermannstadt;
Haußleiter, evangelisch, Schriftleiter, für Bayreuth;
Dr. *Busch*, katholisch, Fabrikant, für Wunsiedel;
Dr. *Wittmann*, katholisch, Rechtsanwalt, für Lichtenfels;
Blaser, Kurt, evangelisch, Studienrat, für Hof;
Ostwald, Bernhard, katholisch, Kaufmann, für Rehau;
Papstmann, katholisch, Fabrikant, für Kronach;
Güttler, Josef, katholisch, Landwirt, für Bamberg-Land;

Neuner, evangelisch, Fabrikant, für Pegnitz;
Kalbskopf, Otto, evangelisch, Fabrikbesitzer, für Münchberg;
Kothmann, Fritz, evangelisch, Bauer, für Naila;
von Guttenberg, katholisch, Gutsbesitzer, für Stadtsteinach;
Kolb, Georg, katholisch, für Staffelstein;
Dr. *Weiskopf*[9], evangelisch, Rechtsanwalt, für Kulmbach;
Weber, Peter, evangelisch, Bürgermeister,
Söllner, Karl, evangelisch, Schriftsetzer, für Hof.

Zu unserem großen Bedauern haben wir bisher keine Frauenvertreterin aufstellen können. Aber wir können vielleicht noch unsere Herren bitten, dem weiblichen Geschlecht entgegenzukommen. Ich weiß nicht, ob es noch möglich sein wird. Ich habe keinen Einfluß darauf.
Ich möchte für die Herren von Oberfranken bemerken und darf Ihnen folgendes bekanntgeben: Sie werden hiermit zur endgültigen Beschlußfassung am Samstag in acht Tagen, also morgen in acht Tagen im Landratsamt zu Bayreuth, Ludwigstraße 20 eingeladen. Vormittags 9 Uhr findet an diesem Tag dort eine Bezirksversammlung statt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist zu spät. Die Versammlung muß vorverlegt werden.
Dr. *Arnold*: Wir müssen uns zusammensetzen. Die Liste muß vorher aufgestellt werden. Außerdem ist Wahlsonntag.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Kroll*, haben Sie niemand vorgesehen, der von der Landesleitung vorgeschlagen wurde.
Dr. *Kroll*: Herr *Blaser* ist zugunsten von Herrn Dr. *Semler* zurückgeschrieben worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann bitte ich Herrn *von Prittwitz* vorzumerken.
Dr. *Arnold*: Der Bezirksverband Mittelfranken hat am 15. des Monats seine Versammlung abgehalten. Bei der Aufstellung der Kandidatenliste für Mittelfranken mußten folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden: Einmal die Konfessionen, dann der Berufsstand und dann das Prinzip der Koppelung. Sie wissen, daß wir in Mittelfranken in der politischen Diaspora wohnen. Wir können also unmöglich für jeden Stimmkreis einen Kandidaten aufstellen. In Mittelfranken mußten daher schwache Stimmkreise zusammengelegt werden. Wir haben sechs Stimmkreise zu drei Stimmkreisen zusammengelegt. Im einzelnen sind folgende Kandidaten aufgestellt worden:

Dr. *Voretzsch*, Botschafter, evangelisch,
Dr. *Roth*, Industriedirektor, evangelisch, und zwar für Erlangen-Stadt und -Land.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit an die Landesversammlung eine Anfrage richten. Zuerst wurde Prof. Dr. *Strathmann* von Erlangen, Professor der Theologie, als Kandidat aufgestellt. Erlangen erklärt, solange keine offizielle Entscheidung von der Landesversammlung getroffen ist, soll Prof. *Strathmann* als Kandidat bestehen bleiben. Ich bitte diesen Punkt zu klären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das geschieht hernach.
Dr. *Arnold*:

Für den Stimmkreis Fürth-Stadt und -Land Dipl. Volkswirt *Mayr*;
für den Stimmbezirk Ansbach-Land Landwirt *Mack*;

[9] In der Vorlage: "Weisshaupt".

für den Landkreis Dinkelsbühl *Paul Brand*, Fabrikant;
für den Landkreis Eichstätt *Weinzierl*, Bürgermeister, Schlossermeister;
für den Landkreis Feuchtwangen *Brumberger*, Bauer und Bürgermeister;
für den Landkreis Gunzenhausen Direktor Dr. *Eichhorn*;
für den Landkreis Hersbruck *Johann Prottengeier*, Bauer;
für den Landkreis Heideck *Stücklen*, Schlossermeister;
für den Stimmkreis Altdorf und Lauf *Andreas Schmid*,[10] Arbeiter;
für den Landkreis Neustadt Dr. *Dollinger*, Kaufmann;
für den Landkreis Rothenburg *Hans Centmayer*, Gutspächter;
für den Landkreis Scheinfeld *Georg von und zu Franckenstein*, Landrat;
für den Landkreis Schwabach *Haiger*, Ökonomierat;
für den Landkreis Uffenheim *Wilhelm Klenk*, Mechaniker.

Voraussichtlich wird - und das ist noch nicht durch eine Versammlung beschlossen - für den Landkreis Weißenburg der Angestellte *Konrad* aufgestellt werden.
Ich bitte nun die Landesversammlung darüber zu entscheiden, in welcher Weise evangelische oder katholische Geistliche bei der Aufstellung von Kandidaten für die Verfassunggebende Landesversammlung berücksichtigt werden können und sollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir besprechen das noch am Schluß der Liste. Bitte, nächster Bezirk.
Dr. *Nerreter*: Ich wollte noch folgendes feststellen. Vom Landesvorstand waren wir gebeten worden, Frau Dr. *Meyer-Spreckels* als evangelische Frauenvertreterin aufzustellen. Sie konnte in Mittelfranken nicht plaziert werden.
Deggendorfer: Wir haben in einer Mitgliederversammlung am vergangenen Mittwoch, den 15. Mai, in den sechs Stimmkreisen Nürnbergs mit überwältigender Mehrheit unseren Landesvorsitzenden Dr. *Müller* aufgestellt.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Dürr*: Die Liste von Unterfranken kann verständlicherweise nur eine vorläufige sein. Sie ist auch noch unvollständig, weil einmal noch nicht alle Landkreise ihren vorgeschriebenen Wahlen nachkommen konnten bzw. wenn sie stattgefunden haben, mir die Ergebnisse noch nicht bekannt geworden sind, und weil die Bezirksversammlung erst am 22. des Monats stattfindet. Sie sollte heute stattfinden. Infolge der Landesversammlung mußte sie aber verschoben werden. Außerdem wollten die drei Städte Unterfrankens noch das Wahlergebnis des 26. Mai abwarten.
Fest liegen bereits folgende Kandidaten:

für den Landkreis Alzenau: Bürgermeister *Fritz Huth*;
für Aschaffenburg-Land: Landrat Dr. *Hanns Seidel*;
für Aschaffenburg-Stadt: Gewerkschaftssekretär *Hugo Karpf*;
für Bad Kissingen: Kandidat noch unbekannt;
für Bad Neustadt: Dr. *Bühner*, praktischer Arzt;
für Brückenau: Dr. *Baumgartner*, Ernährungs- und Landwirtschaftsminister;
für Ebern: derselbe Kandidat;
für Gemünden: Dr. *Jörg*, Landrat;
für Gerolzhofen: Freiherr *Fuchs von Bimbach*;[11]

[10] In der Vorlage: "Theodor Schmid".
[11] In der Vorlage: "Fuchs von Bübach".

für Hammelburg: Dr. *Jörg*, Landrat;
für Haßfurt: *Gottfried Hart*,[12] Bürgermeister und Kaufmann;
für Hofheim: *Schmitt, Franz*, Bürgermeister;
für Karlstadt: *Sauer, Franz Ludwig*, Bürgermeister;
für Kitzingen: *Pfeuffer*, Ökonomierat;
für Königshofen: Kandidat wird kommenden Montag aufgestellt;
für Lohr: *Rudolf Englert*, Landrat;
für Marktheidenfeld: Dr. *Hans Wutzlhofer*, Landrat;
für Mellrichstadt: Dr. *Baumgartner*, Landwirtschaftsminister;
für Miltenberg: Dr. *Hanns Seidel*, Landrat;
für Obernburg:[13] *Adalbert Neckermann*;
für Ochsenfurt: Ergebnis noch nicht bekannt;
für Schweinfurt-Land: *Wolf*, Bauer und Bürgermeister;
für Schweinfurt-Stadt: Dr. *Kroth*, Industrie-Direktor;
für Würzburg-Land: *Kraus, Engelbert*, Lagerverwa[lter];
für Würzburg-Stadt: Dr. *Dürr*, Rechnungsrat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist ein Landkreis offen, der hier zur Diskussion vorgemerkt werden muß?
Dr. *Dürr*: Nein.
Dr. *Käss*: Wir sind mit den Bezirken fertig. Ich bitte nochmals alle Listen, soweit es noch nicht geschehen ist, bei den Stenographen hier vorne in Abschrift abzugeben, damit die Namen aufgenommen werden können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich schlage folgendes zur Debatte vor: Sie haben die Anregung gehört, daß die Frage debattiert wird, ob es erwünscht erscheint, daß Geistliche kandidieren. Wir werden uns jetzt darüber kurz unterhalten. Anschließend werden wir die einzelnen Namen durchbesprechen, die jetzt eventuell noch in den Bezirkslisten berücksichtigt werden sollen. Darf ich Ihr Einverständnis annehmen?
Ich bitte um Ruhe.
Meine lieben Freunde! Die Frage, ob Geistliche kandidieren sollen oder nicht, ist eigentlich eine Frage, die nach meinem Empfinden nicht beschlußfähig entschieden werden sollte.

(Sehr richtig!)

Es ist so, daß wir höchstens hier einen Wunsch aussprechen können, aber es kann keinesfalls dahin kommen, daß durch einen Beschluß der Geistliche etwa Bürger zweiten Ranges sein sollte.

(Sehr gut!)

Ich bitte nun in die Debatte darüber einzutreten, ob es erwünscht ist, daß Geistliche kandidieren. Wer meldet sich zum Wort?
Dr. *Eichhorn*: Da im Augenblick ein evangelischer Geistlicher zur Wahl steht, darf ich mit ein paar Worten Stellung nehmen. Ich habe meinem Freund *Strathmann* schon vor Monaten einmal dringend abgeraten, es zu tun, als er mich wegen des Politisierens fragte, das er als ehemaliger Christlicher Volksdienstler wieder einmal aufnehmen wollte, wie alle, die einmal Blut gerochen hatten.

[12] In der Vorlage: "Hartburg".
[13] In der Vorlage: "Oberberg".

Wir haben in unseren Versammlungen, nicht bloß hier, sondern wohl auch anderswo, programmatisch mit voller Zustimmung der Landesleitung erklärt, daß Geistliche in der aktiven Politik unerwünscht sind. Das ist nicht bloß einmal, sondern ich nehme an Hunderte Mal bei programmatischen Ausführungen geschehen.

(Warum denn?)

Die Gründe möchte ich nicht näher ausführen. Aber sie liegen in den unteren Stellen und auch im Parlament wohl ziemlich klar. Ganz anders liegen die Verhältnisse, wenn wir über die Dinge sprechen, die sich nicht auf Tagesfragen und Tagespolitik beschränken, sondern die in den großen Bereich der Kulturpolitik und dergleichen gehen. Aber auch wenn kein Geistlicher in einem Landtag sitzt, besonders nicht in einem beratenden, wie dem nächsten, besteht keine Gefahr, daß die kulturellen Dinge, die dieses Gremium etwa beschäftigen, von uns vernachlässigt werden.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, unter uns sind hinreichend Leute, die Rede und Antwort stehen können. Sowie eine offene Frage da ist, hat man zudem einen sehr raschen Weg, sich dahin zu begeben, wo man richtig beraten wird. Ich möchte dringend bitten, daß wir bei dem bleiben, was bis jetzt gemacht worden ist. Ich weiß, daß eine ganze Reihe Kandidaturen, die an sich sehr ehrenvoll sind, auch in den unteren Stellen, den Landratsstellen usw. vorgenommen wurden. Ich weiß aber auch, daß die beiden Kirchen - und ich kann sicher für beide sprechen - diese Kandidaturen für durchaus unerwünscht halten.

(Sehr richtig!)

Ich kann ganz ausdrücklich für die evangelische Kirche erklären, daß es den evangelischen Geistlichen geradezu untersagt worden ist, irgendeine Stelle politischer Art anzunehmen und daß unser Landesbischof [*Hans Meiser*] mir erst vor einigen Tagen ganz uneingeschränkt erklärt hat, er wünsche absolut nicht, daß Geistliche in die Parlamente kommen. Damit ist die Situation für uns glaube ich geklärt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man zwar keinen Beschluß wird fassen können, aber ich bin überzeugt, daß jeder Geistliche, der einigermaßen die einheitliche Stimmung dieser Versammlung kennt, auch die Konsequenzen zieht, ohne sich deswegen als ein Bürger zweiten Ranges zu fühlen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Dr. *Horlacher* hat sich als nächster Redner gemeldet. Ich möchte nachher meinen Standpunkt umreißen.

Dr. *Horlacher*: Das ist schon eine grundsätzliche Frage. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir freies Feld haben müssen zur Verteidigung von kulturellen und auch kirchlichen Interessen und das Feld wird um so freier sein, je weniger sich die Geistlichen selbst in die aktive Politik hinüberbegeben.

(Sehr richtig!)

Wir wollen in keiner Weise das staatsbürgerliche Recht der Geistlichen einschränken. Wir sind auch dankbar dafür, daß die obersten kirchlichen Behörden uns die Stellungnahme erleichtern, indem sie sagen, daß dort die Geistlichen zurücktreten sollen, wo der Meinungskampf unter den Leuten beginnt. Dem Interesse der Kirchen ist viel besser gedient, wenn ihre eigenen Vertreter aus dem politischen Zank und Streit herausbleiben. Wir bekommen dadurch eine Vertiefung bei den beiden Konfessionen, die wir als gemeinschaftliche christliche Aufgabe in der Politik zu vertreten haben. Wir bekommen auch in der Politik keine Versteifung der Verhältnisse, wenn wir un-

sere Arbeit ohne Geistliche bewältigen. Wir bekommen dadurch keine Einengungen in unserem Gesichtskreis. Ich glaube, wir sind selber Manns genug, im Benehmen mit den Kirchen die entscheidenden kulturpolitischen Fragen vertreten zu können, und ich möchte bitten, daß zwischen den politischen Aufgaben in den Parlamenten und zwischen den kirchlichen Aufgaben ein gewisser Unterschied gemacht wird, nicht zum Nachteil der Kirchen, sondern gerade zu ihrem Vorteil.

(Sehr richtig!)

Ich würde bitten, daß wir das schon zu einer Art Grundsatzfrage machen und diesen Gesichtspunkt ganz allgemein vertreten, besonders, wenn die evangelische Seite diesen Wunsch bereits ausgesprochen hat. Dann kann die katholische Seite auch keinen anderen Wunsch haben, denn da geht dann alles nach gleichheitlich ausgerichteten Gesichtspunkten.

Von Prittwitz-Gaffron: Ich möchte die Ausführungen der beiden Herren Vorredner, besonders die Ausführungen von Herrn Dr. *Horlacher*, sehr unterstützen und unterstreichen. Ich glaube, es wird uns niemand den Vorwurf machen können, daß wir irgendwie Stellung gegen die Geistlichen der Konfessionen genommen haben, insbesondere, wenn man unsere heute genehmigten Satzungen betrachtet, wo ja ausdrücklich die Geistlichen vertreten sind.

Ich glaube, daß in einem künftigen Parlament, wo doch, wenn es nach den Wünschen der Mehrheit unserer Partei geht, eine zweite Kammer eingerichtet sein wird, in dieser Kammer der Platz sein kann, wo auch die Kirchen ihre Vertreter haben. Hier herrscht dann auch nicht der politische Meinungskampf so stark vor wie in der ersten Kammer, dem Abgeordnetenhaus, wo tatsächlich der Fall eintreten könnte, daß die zwei Geistlichen in einer sachlichen gesetzlichen Frage einander mit gegenteiligen Ansichten gegenüberstehen. Ich glaube, das liegt wirklich nicht im Interesse der Sache.

Sicherlich teilt die Mehrheit der hiesigen Versammlung nach meinem Empfinden und nach allem, was wir gestern im Arbeitsausschuß über diese Frage gehört haben, die Ansicht der Herren Vorredner und meine eigene. Ich glaube, wir wären dem Herrn Landesvorsitzenden sehr dankbar, wenn er vielleicht die Frage in diesem Sinne durch Besprechungen mit den Vertretern der Kirchen regeln könnte. Ich bin auch der Meinung, daß man es nicht zu einem Beschluß dieser Art kommen lassen soll.

Prechtl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fürchten Sie nicht, daß ich zu lange spreche, aber es muß doch auch einmal die andere Seite gehört werden. Schauen Sie zurück in das parlamentarische Leben der Vergangenheit und in das ganze öffentliche Leben, dann wird immer da und dort einmal ein Geistlicher in der Öffentlichkeit und in öffentlichen Vertretungen mitgearbeitet haben. Ich glaube nicht, daß irgendwo mit Recht der Vorwurf erhoben werden könnte, daß das zum Schaden der Allgemeinheit geschehen ist. Zumal bei uns in Bayern haben immer Geistliche im öffentlichen Leben mitgearbeitet und nicht zum Schaden des Volkes.

Das ist der eine Gesichtspunkt, den ich Ihnen zu überlegen geben möchte. Zum zweiten, meine Damen und Herren, dürfen Sie nicht übersehen, der Geistliche wird auch in Zukunft gerade im Landvolk immer wieder mitarbeiten müssen.

(Sehr gut!)

Wenn der Geistliche nicht mittut für die Zielsetzungen, die wir uns in der CSU vorgenommen haben, dann werden Sie bald schwere Rückschläge erleben.

(Sehr gut!)

Es ist also ganz falsch, was hier von den Herren vorgetragen wird. Selbstverständlich wünscht keiner von uns verständigen Leuten, daß etwa von der Kanzel herunter Politik getrieben wird. Aber Sie stempeln damit einen großen angesehenen Stand im Volk zu einem Staatsbürger zweiter Klasse im demokratischen Staat.

(Sehr richtig! - Nein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht wahr, es ist ein großer Irrtum, wenn irgendwo behauptet wird, daß von kirchlicher Obrigkeit aus ein Verbot ergangen wäre, daß sich der Geistliche im öffentlichen Leben nicht betätigen dürfe. Wenn ein solches Verbot da wäre, dann hätte mir z.B. mein Bischof nicht erlaubt, daß ich jetzt seit einem Jahr Landrat bin. Ich stehe allerdings nicht in der Seelsorge und habe eine Sonderstellung. Ich bin Professor gewesen. Ich stehe wirtschaftlich als Administrator einem großen Stift vor und habe nun seit einem Jahr den Landratsposten inne, nicht zum Schaden meines Landkreises, wie meine Freunde und Nachbarn bestätigen können. Ich glaube, meine Arbeit war wirklich nicht zum Schaden der Bevölkerung. Ich würde es bedauern, wenn heute die Landesversammlung hier eine grundsätzliche Stellung einnehmen würde, die meinen Bedenken nicht gerecht wird. Überlassen Sie es der Bevölkerung, wie sie, unsere Wähler, ihr Vertrauen aussprechen. Allzuviel Geistliche bekommen Sie nicht, haben Sie keine Sorge.

Auf der anderen Seite werden aber so viele grundsätzliche Fragen im Parlament behandelt, daß es immer wieder sehr gut ist, wenn auch ein Geistlicher da ist und hier seine Meinung von der grundsätzlichen Seite her geltend machen kann. Ich bitte auch da zu berücksichtigen, wir Geistlichen haben kein Interesse, ob Sie heute eine Schlachtsteuer beschließen und morgen eine andere wirtschaftliche Frage regeln, aber in kulturellen Fragen dürfen Sie den Träger der christlichen Kultur nicht aus dem öffentlichen Leben ausschließen. Das ist meine Auffassung.

Herold: Die Debatte ist ausgelöst worden durch die Aufstellung des Universitätsprofessors Dr. *Strathmann* als Kandidat für den Verfassunggebenden Landesausschuß für den Land- und Stadtkreis Erlangen. Wir haben bei der Aufstellung des Prof. Dr. *Strathmann* in keiner Weise an seine Eigenschaft als Theologe gedacht - Geistlicher ist er ja gar nicht, denn er ist Universitäts-Professor -, sondern wir haben daran gedacht, daß es sich darum handelt, erfahrene Leute an diese Stelle zu bringen, nachdem Vorschrift war, daß jeder Stimmkreis einen Mann aufstellt. Nur von diesem Gesichtspunkt aus haben wir die Kandidatur Prof. *Strathmanns* durchgeführt. Ich darf auch noch erwähnen, daß die Kandidatur von der Bezirksversammlung Mittelfranken genehmigt worden war, nachdem Prof. *Strathmann* mit 43 Stimmen von 47 anwesenden Delegierten gewählt worden war. Es war bei uns nicht die grundsätzliche Frage maßgebend, hie Vertreter der Kirche oder hie nicht Vertreter der Kirche, sondern es hat sich lediglich darum gehandelt, einen tüchtigen Mann an den Platz zu bringen, wo er hingehört.

Ich bitte außerdem zu klären, ob ein Unversitätsprofessor in dem Fall unter den Begriff Geistlicher fällt.

Brand: Meine Damen und Herren! Im allgemeinen ist es so, daß die Geistlichen froh sind, daß sie nunmehr im 4. Reich nicht mehr hervorzutreten brauchen, wie es früher war. Aber eines steht fest, die besten Köpfe draußen auf dem Lande sind nach wie vor die Geistlichen. Ich war hocherfreut, daß es gelungen war, bei einer Besprechung mit dem Diözesanbischof seine Bedenken einigermaßen zu zerstreuen gegenüber einem Stadtpfarrer, den wir in den Kreistag deswegen gewählt haben, weil er auf dem Gebiet

der Caritas und des Flüchtlingswesens vorbildlich tätig ist. Die Geistlichen treten in einem Parlament nicht als Politiker, sondern als kulturelle Vorkämpfer in vorderster Front auf.
Wenn Dr. *Horlacher* meint, wir werden sowieso von uns aus die kulturellen Belange vertreten, fragen Sie einmal einen Bauern draußen, ob er sagt, es ist gleichgültig, ob der Pfarrer oder der Steuerbeamte diese kulturellen Interessen vertritt. Nein, der Bauer sagt, am besten vertritt unsere Meinung ein Mann von unserem Schlag, von unserem Fleisch und Blut.
Meines Erachtens wäre es daher notwendig - und der Auffassung bin ich aus den Erfahrungen des Landes heraus -, daß der Geistliche, wenn er das Vertrauen der Bevölkerung hat, ebenso wie der Schullehrer, der Steuerbeamte, der Bauer ins Parlament kommen kann und daß es kein Nachteil ist. Geschimpft wird auf die Pfarrer immer, ob so oder so. Auch die CSU wird angegriffen werden, ob sie es so oder so macht, ebenso wie früher die Bayerische Volkspartei.

(Zuruf: Das wollen wir gerade nicht!)

Aber sie wird es werden. Die geistlichen Köpfe als solche wollen wir nicht ausschalten. Wir brauchen sie nicht in das Landesparlament zu wählen, aber in den unteren Organen können sie kulturelle Belange vertreten.
Dr. *Gronwald*: Im Anfang der Union hat das Versprechen gestanden, daß die Union zwar von sich aus christliche Politik oder Politik in christlicher Verantwortung treiben will, aber daß wir die Kirche und ihre Organe nicht mehr in den politischen Meinungsstreit hineinzerren wollen. Dieses Versprechen haben wir in Wort und Schrift weit und breit im ganzen Lande vertreten und ich muß feststellen, daß wir immer dann, wenn wir diesen Grundsatz verfochten haben, den stärksten Beifall unserer Zuhörer gefunden haben.

(Sehr richtig!)

Ich möchte weiter feststellen, daß wir die Zeiten nicht wieder heraufbeschwören möchten, wo die Kirchen von den anderen Parteien als politisch suspekt, als politisch verdächtig betrachtet wurden. Wir möchten nicht noch einmal erleben, daß die anderen mit Fingern auf die Kirchen zeigen und ihnen erklären, daß sie sich zu Handlangern einer bestimmten Partei herablassen, daß deswegen den Anhängern anderer Parteien die Kirche und ihre Verkündigung verleidet wird. Wir möchten auf jeden Fall auch künftig vermieden wissen, daß die Aufgabe der Geistlichen und die Aufgabe der Kirche mit den Aufgaben einer politischen Partei vermengt wird. Wenn wir diesen Grundsatz vertreten, dann tun wir das um der Kirche und um des Auftrages und um der Aufgabe der Kirche willen.

(Sehr richtig!)

Wir wissen ganz genau, daß mancher Geistliche, der in unseren Reihen stehen und nach außen auch als Funktionär in Erscheinung treten könnte, der Partei gute und große Dienste erweisen könnte. Aber wir verzichten um des Christentums, um der Aufgabe der Kirche willen auf diese Dienste, die der einzelne Geistliche der Partei erweisen könnte.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Kirche und ihre Aufgaben und die Stellung der Geistlichen steht uns so hoch, daß ich sie ein für allemal aus dem politischen Ver-

sammlungsgezänk heraus haben möchte, steht uns so hoch, daß wir nicht wieder die Kirche und ihre Geistlichen als Vertreter einer politischen Partei in den Zeitungen unserer Gegner abgebildet sehen möchten, wie sich das jetzt bereits wieder anbahnt. Ich glaube, wir erweisen dem Christentum und der Kirche einen schlechten Dienst, wenn wir uns hier von augenblicklichen Nützlichkeitserwägungen leiten lassen und die Geistlichen mit dazu bewegen, doch wieder in die politische Arena zu steigen.
Es wurde vorhin bereits darauf hingewiesen, daß immer dann, wenn die Landtagsfraktionen der Beratung der Geistlichen bedürfen, die Geistlichen in unbeschränkter Zahl zur Verfügung stehen. Ich kann für den Bereich der evangelischen Kirche erklären, daß sie jederzeit die Leute der Landtagsfraktion zur Verfügung stellt, die sie braucht, um kulturelle Fragen zu klären, und ich glaube, daß es auf der katholischen Seite nicht anders sein wird.
Meine Damen und Herren! Ich persönlich würde es außerordentlich bedauern, wenn wir uns selbst Lügen strafen und selbst wortbrüchig werden würden, wenn wir von dem einmal aufgestellten Grundsatz wieder abgehen würden. Ich kann weiterhin daran anknüpfen, was Dr. *Eichhorn* für den evangelischen Bereich sagte, daß wir keinen Geistlichen in das Parlament bringen werden. Ich möchte hoffen, daß wir hierin Linie halten und um der Kirche und um der großen Aufgabe der Geistlichkeit willen von uns aus davon absehen, Geistliche in die Parlamente zu schicken. Das soll keine Zurücksetzung, keine Beeinträchtigung und Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte der Geistlichen sein. Nein, über dieser Überlegung steht die große und einmalige Aufgabe, die das Christentum, das seine Botschaft an alle, gleich welcher Partei sie angehören, zu richten hat, erfüllen will.
Dr. *Kroll*: Meine Damen und Herren! Die Christlich-Soziale Union vertritt einen ganz bestimmten Gedanken, der gerade auch für diesen Streitfall eine Schlichtungsmöglichkeit bietet. Sie vertritt nämlich - wenn ich recht im Bilde bin - den ständischen Gedanken, und der wird sich so ausdrücken, daß wir neben einem Unterhaus ein Ständeparlament bekommen werden, das wesentlich beratende, vielleicht auch Vetorecht beschließende Funktionen haben wird.
Wir wollen uns darüber klar sein, daß der Geistliche mit seinem Rat für die politischen Belange unentbehrlich sein kann, daß aber die Zurverfügungstellung dieses Rates nicht in dem Schlachtfeld des Unterhauses, wenn ich mich einmal hier so ausdrücken darf, unbedingt geschehen muß. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir hier in der Satzung in den Beirat die Geistlichen genommen haben, und daß das auch der Ort ist, wo wir sie als beratende Helfer durchaus uns wünschen. Machen wir uns mit dem Gedanken vertraut, daß sie automatisch als Vertreter der Kirchen eines Tages in das Ständehaus einziehen werden! Vergessen wir doch nicht die große Botschaft - ich muß hier ernst und im christlichen Sinne sprechen -, die der Herr gegeben hat, wenn er sagt: "Mein Reich ist nicht von dieser Welt." Wir dürfen hier die besondere Funktion der Geistlichen nicht übersehen. Sie haben eine ganz besondere Mission zu erfüllen, nämlich die Menschen für die Entscheidung vor Gott reif zu machen und dahin zu führen. Sie dürfen aber nicht absinken in dessen, was eigentlich des Kaisers ist. Wir haben im Mittelalter große Erfahrungen gesammelt und dürfen auch in der heutigen Zeit noch davon zehren, daß die Vermengung der Bereiche des Kaisers und Gottes nicht immer von Nutzen für das öffentliche Leben war.
Wenn ich hier nicht für eine Ausschaltung, sondern nur für eine Ordnung im Sinne des Ratens und Helfens plädiere, so möchte ich doch den Anspruch aufrecht erhalten, daß die Politik nun einmal in ganz besonderem Sinne Laiensache ist. Nicht wir schlies-

sen die Geistlichen aus der Politik aus, sondern die Kirche greift aus der Welt ihre Träger heraus, um sie für ihre Mission auszusondern und besonders vorzubereiten. Wir dürfen nicht denken, daß diese Vermengung, die das Volk instinktiv immer wieder spürt, zum Guten der Kirche sein wird. Ihre wirklich beratende und helfende Funktion, auch ihren Urteilsspruch wollen wir hören. Es kann wohl sein, daß ein Parlament meinetwegen in der Gesetzgebung fehlgreift. Es ist gut, wenn dann eine warnende Stimme da ist, die sagt, "so hättet ihr es nicht machen dürfen und das bedarf einer Korrektur". Unklug aber ist es, den Geistlichen in den Tageskampf der Politik zu stellen. Hier wollen wir uns die Erfahrungen der Vergangenheit zunutze machen. Ich bin auch der Meinung, daß wir nicht das Recht haben, einen Beschluß zu fassen und die Geistlichen auszuschließen.
Ich würde aber empfehlen, dem Landesvorsitzenden eine Formulierung zur Beschlußfassung dieser Versammlung zu unterbreiten, die etwa vorsieht, daß es wünschenswert wäre, wenn die Geistlichen nur als beratende Helfer im Rahmen der Politik tätig sein wollten.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir kürzen die Debatte jetzt ab.
Ich darf vielleicht meinen Standpunkt kurz umreißen:
Wir sprechen alle Menschen an, die sich vor Gott verantwortlich fühlen, so erklären wir immer. Wir wenden uns also aus dem weltanschaulichen Bereich, von der weltanschaulichen Basis heraus an alle, die aufgeschlossen sind für die Verantwortlichkeit vor Gott. Wir wollen das christliche Sittengesetz und die zehn Gebote zur Grundlage der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik machen. Wir werden infolgedessen in allen Fragen, die hier einschlägig sind, in vollster Übereinstimmung mit den Kirchen stehen.
Der Geistliche hat die Aufgabe von Christus gestellt bekommen, die außerhalb des rein politischen Bereiches liegt. Er wirbt um die Seele des einzelnen Menschen, denn er ist in erster Linie Seelsorger. Aufgeschlossene Menschen für seine Tätigkeit sind in allen Parteien. Er muß sich infolgedessen allen widmen und um alle werben können. Deshalb soll er möglichst aus dem Zank des politischen Alltags herausbleiben. Wir wollen dafür sorgen, daß der Geistliche und die Kirche nicht angegriffen wird. Wir werden uns aber in der Verteidigung leichter tun, wenn der Geistliche sich nicht selbst dabei verteidigen muß. Infolgedessen glaube ich wohl sagen zu dürfen: Wir bitten die Geistlichen, daß sie ihrerseits davon absehen zu kandidieren. Sollte diese Bitte aus besonderen Gründen nicht erfüllt werden, so wäre es meine selbstverständliche Verpflichtung als Landesvorsitzender der Union, dafür zu sorgen, daß dann beide Konfessionen Geistliche abstellen, daß sie es ihren Geistlichen freigeben zu kandidieren. Denn, wollen wir uns darüber klar sein: Politische Ideen können sehr gut sein und sich durchsetzen, aber manchmal scheitert das Durchsetzen, auf der ganzen Linie, mit voller Kraft, doch an der Persönlichkeit oder, noch besser gesagt, am Persönlichen. Daher habe ich darauf zu achten, daß dann aus diesem Bereich heraus keine Gefahr für die Union entsteht. Ich muß dann absolut gerecht beiden Konfessionen entgegentreten können.
Ich wäre Ihnen infolgedessen dankbar, wenn Sie einen diesbezüglichen Antrag formulieren würden. Vielleicht stellt *Kroll* von der katholischen Seite zusammen mit einem Herren von der evangelischen Seite einen Antrag, der dieser Bitte Rechnung trägt. Ich selbst möchte als Landesvorsitzender davon absehen.

Dr. *Nerreter*: Meine verehrten Parteifreunde! Wir haben hier im allgemeinen unsere Meinungen über die Frage, ob der Geistliche sich in der Politik betätigen soll, ausgetauscht. Ich persönlich teile die Meinung der überwiegenden Mehrheit, die hier zum Ausdruck gekommen ist.
Ich bitte Sie aber, auf einen ganz konkreten Fall noch kurz einzugehen, der uns in Mittelfranken am Herzen liegt. Als uns gesagt wurde, daß in Erlangen Herr Universitätsprofessor Dr. *Strathmann* kandidiert, war ich zunächst überrascht. Herr Dr. *Strathmann* wurde dann von den Erlanger Parteifreunden mit allem Nachdruck herausgestellt, und zwar - ich muß das betonen - war darin die katholische Seite fast noch aktiver als die evangelische. Herr Universitätsprofessor Dr. *Strathmann* wurde in Erlangen von der dortigen Kreisversammlung gewählt. Er wurde in Nürnberg als Kandidat von Erlangen uns vorgetragen und wurde auch bei verschwindenden Stimmen dagegen in Nürnberg erneut gewählt. Nun ist doch ein Tatbestand geschaffen, den wir irgendwie bewältigen müssen, ohne dabei auch in persönlicher Hinsicht irgendeine Mißstimmung hervorzurufen.
Also: Im allgemeinen sind wir selbstverständlich einer Meinung. Ich stimme jetzt schon dem Antrag zu, den mein Freund Dr. *Kroll* formulieren wird. Aber, bitte, entscheiden Sie nun auch das ganz Konkrete: Ist der Universitätsprofessor der Theologie hier in gleicher Weise zu behandeln und zu beurteilen wie der Geistliche, der in der Seelsorge tätig ist, und - das ist etwas zusätzliches, was noch zu prüfen ist: Wie kann die Landesleitung und hier die Landesversammlung einen auf demokratische Weise erkennbar gewordenen Willen der Beteiligten der Union irgendwie steuern?
Dr. *Eichhorn*: Den Fall *Strathmann* können Sie ruhig mir überlassen. Wenn ein Beschluß in dem Sinne gefaßt wird, wie ihn unser Vorsitzender formuliert hat, wird sich der Fall wohl sehr einfach erledigen. Eine andere Frage ist - die kann ich nicht regeln -, welcher Schmerz und welche Verstimmung etwa in dem Bezirk Erlangen-Stadt und -Land und darüber hinaus in Nürnberg entsteht. Das muß ich den verehrlichen Parteifreunden in Nürnberg überlassen.
Was die Unterscheidung zwischen einem Seelsorger-Geistlichen und einem Universitätsprofessor der Theologie oder einem Religionslehrer oder vielleicht sonst einem Leiter in der Caritas oder der Inneren Mission, die auch Geistliche sind, betrifft, so gebe ich zu, daß natürlich ein Unterschied besteht zwischen dem aktiven Geistlichen, der in der Gemeinde steht, und dem Geistlichen, der vor Studenten steht oder der schon einen halb weltlichen Beruf ausübt, wenn er Leiter einer wirtschaftlichen Unternehmung, aber Geistlicher ist. Aber wer will im Einzelfalle jeweils die Grenze festsetzen?
Meiner Meinung nach würde ich die Frage nicht diskutieren, sondern einfach sagen: Geistliche. Die weitere Klassifizierung können wir hier unmöglich machen. Es könnte auch ein emeritierter, pensionierter Geistlicher kommen. Von mir aus kann er ruhig politisieren, an sich, er stößt ja bei seiner Gemeinde nicht mehr an. Eine andere Frage ist natürlich, wie weit ihn Außenstehende doch einreihen und sein Verhalten seinem Stand zur Last legen. Gewisse graduelle Unterschiede bestehen, ich würde sie hier aber nicht diskutieren, sonst könnten wir eine ganze Liste aufstellen, und irgendwo müssen wir einen Strich ziehen.
Dr. *Prechtl*: Einige Sätze lassen Sie mich noch sagen!
Wenn der Herr Dr. *Kroll* auf das Wort der Schrift hingewiesen hat, so ist das durchaus richtig. Ich anerkenne durchaus die gute Absicht und Meinung der Herren, die sich gegen eine aktive Beteilung des Geistlichen an der Politik aussprechen, aber ich

könnte dem Herrn Dr. *Kroll* auch ein anderes Wort entgegenhalten, das heißt: Das Reich Christi ist zwar nicht von dieser Welt, aber leider ist es auf dieser Welt. In allen öffentlichen Körperschaften, meine Damen und Herren, werden nicht bloß rein wirtschaftliche oder finanzielle Fragen, sondern es werden auch sehr bedeutende gemischte Fragen behandelt, die sehr weit in das Religiöse, in das Kulturelle und in das Soziale hineingehen. Und das werden Sie wohl dem geistlichen Stand nicht absprechen, daß er in der Bevölkerung der Träger dieser großen Interessensphären, der Vertreter, besonders im Volke, für diese großen, für uns und für eine christliche Partei ausschlaggebenden Interessensphären ist. Ich sehe wirklich nicht ein, warum nicht der eine oder andere Geistliche in den öffentlichen Körperschaften mit raten und taten sollte.

Wenn hier, meine Damen und Herren, ein Beschluß gefaßt werden sollte, so müßte ich diesen von vorneherein ablehnen, denn die Landesversammlung kann hier nicht einen durchaus demokratischen Grundsatz einfach negieren.

(Zurufe.)

Wenn der Geistliche das aktive Wahlrecht hat, muß er auch das passive Wahlrecht haben. Überlassen Sie die Entscheidung ruhig der Bevölkerung. Wenn sie dem einen oder anderen Geistlichen das Vertrauen schenkt, dann soll er auch ins Parlament hineinkommen.

Aber ich möchte nur das eine sagen - ich bin auch schon ein alter Fuchs, das dürfen Sie mir glauben: Wenn Sie einen solchen Beschluß fassen und auf diese Weise mehr oder minder getarnt den Geistlichen in die Sakristei hineinsperren wollen, werden Sie niemand eine größere Freude bereiten als dem Linksradikalismus. Das wollte ich noch sagen.

Euerl: Meine Damen und Herren! Meines Erachtens ist es nicht nötig, über diese Frage einen Beschluß zu fassen.

(Sehr richtig!)

Herr *Gronwald* aus Coburg hat zu der Frage vorhin sehr präzise erklärt, daß wir zur Zeit an den Gedanken der Union mit der ausdrücklichen Feststellung herangetreten sind, daß wir in der zukünftigen Politik der Union die Geistlichen nicht in Anspruch nehmen und nicht mit Politik belasten wollen. Daß der Gedanke richtig gewesen und auch vom Volke verstanden worden ist, hat das Ergebnis der letzten Wahl erwiesen. Bei den Wahlen hat niemand danach gefragt, ob ein Geistlicher der einen oder anderen Konfession auf der Wahlliste steht. Wir tun unseren Geistlichen den besten Dienst, wenn wir ihnen diese Last zu ihrer Arbeit nicht aufladen und ihnen die Verantwortung zu politischer Tätigkeit wegnehmen.

Die Geistlichen danken es uns, wenn wir sie nicht in die politische Arena ziehen.

Zum Fall *Strathmann*: Er ist Theologieprofessor, hat die Geistlichen heranzuziehen. Die Gegner der Partei werden nicht danach fragen, ob er nur Professor ist. Er war ja vorher auch Seelsorger, bevor er Professor geworden ist. Sie werden uns doch den Geistlichen vorhalten. Das bitte ich zu berücksichtigen.

(Zurufe. - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, diese Frage, die so ernst ist, nicht mit der Erregung zu behandeln, die jetzt gerade aufgetaucht ist. Wir müssen diese Fragen ernst durchdenken, dürfen sie nicht mit Gefühlen behandeln.

Ich bitte um Ruhe. Wenn jemand etwas zu sagen hat, mag er sich zu Wort melden.

Euerl: Unser Volk versteht es, wenn wir die Geistlichen in Zukunft vor politischen Angriffen und Diffamierung bewahren und behüten.
Ich bitte Sie aus diesem Grunde, ohne Beschluß heute festzustellen, daß wir die Geistlichen in Zukunft aus der Politik herauslassen wollen. Kein Geistlicher wird uns deswegen gram sein. Die Geistlichen werden unseren Standpunkt verstehen und dankbar sein, wenn wir sie in Zukunft vor politischen Angriffen schützen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf praktisch noch folgendes sagen:
Soweit ich übersehen konnte, werden bisher von der Seite einer Kirche aus ungefähr vier Namen genannt bzw. drei. Ich selbst habe einen Namen vorgesehen für den Fall, daß wirklich Geistliche kandidieren sollten, einen Mann, der vielleicht am ehesten mit in Betracht kommen könnte. Ich möchte ihn nicht weiter in die Debatte werfen. Der Mann ist wirklich in jeder Weise in den Kampf getreten und würde über den Parteien stehen. Er war solange im KZ in Haft, hat seinen Mann so gestanden, daß bei den ersten Debatten sogar Sozialdemokraten und Kommunisten restlos für ihn dagestanden waren. Ich habe damals erklärt: Ein Geistlicher in dieser Eigenschaft, mit diesem Ansehen, könnte überall, in jedem Amt, in dem bestimmte Aufgaben, besonders soziale oder kulturelle Aufgaben zu erfüllen sind, auftreten. Trotzdem habe ich mit dem Freund gesprochen, und er hat sich von sich aus bereit erklärt, nicht zu kandidieren, wenn nicht ausdrücklich ein Wunsch geäußert würde. Ich habe mit einem anderen Geistlichen darüber gesprochen, der auch als Kandidat genannt wurde. Er hat zur Zeit schon erklärt, er verzichte darauf, und zwar nicht etwa, weil er verärgert war, er werde nach wie vor draußen mitarbeiten, gerade in der kulturellen Beratung, aber er sehe ein, daß es wünschenswert erscheine, weil sonst doch ein bestimmtes Bild entstehen würde.
Freundl: ..... (Redner unverständlich, da zu leise und große Unruhe im Saal.)
Klenk: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar Worte aus der Praxis zu dieser Debatte sagen. Ich glaube, wir haben nicht das Recht, den Geistlichen ihre politische Tätigkeit abzusprechen. Es sind Menschen wie wir. Jeder von uns hat seinen Beruf. Außerberuflich betätigen wir uns noch politisch. Das kann auch der Geistliche. Wohl muß er sich dessen bewußt sein, was er tut und an welchem Platz er steht.
Wir haben bei uns zwei Fälle, der eine negativ, der andere positiv. In einem Falle handelt es sich um einen Geistlichen, der in einer Ortschaft als Kirchenrat tätig ist. Er ist außer Amt. Dieser Mann wird verehrt. Er ist politisch tätig, politisch auf Draht, radikaler wie jeder andere von uns. Er schlägt auch einmal einem auf die Schnut, wenn es sein muß. Aber dieser Mann hat das Recht dazu, denn er führt und leitet diese Ortschaft wie am Schnürchen. Der Mann hat Achtung vor allen Menschen und die anderen Menschen auch vor ihm. Er kann sagen, was er will, er hat recht. Hier sind es lediglich örtliche Angelegenheiten und Verhältnisse, aus denen sich ergibt, wie weit der Geistliche gehen kann. Bei uns zu Hause darf zum Beispiel der Geistliche nicht einmal eine Wahlversammlung besuchen, dann kommt schon die gegnerische Partei und erklärt: Was tut der Geistliche dort? Auch dieser Geistliche hat das Recht, sich politisch zu betätigen, aber es ist in diesem Falle gut für die Allgemeinheit und das Christentum, daß sich dieser Geistliche jetzt zurückhält, denn auch in der SPD und in der KPD gibt es Christen, denen dieser Geistliche Seelsorger sein soll. Aus diesem Grunde, aus diesem Moment heraus muß er sich zurückziehen und darf sich politisch nicht betätigen. Es kommt also immer auf den einzelnen Fall an. Wir können keinem Menschen das demokratische Recht absprechen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Eichhorn* und Dr. *Kroll* haben gemeinsam einen Antrag eingebracht.
Ich bitte, den Antrag zu verlesen.
Gronwald:

> Die Landesversammlung ersucht den Landesvorsitzenden, dahin zu wirken, daß Geistliche in parteipolitischen Dingen beratend tätig seien, aber von ihrer Nominierung als Kandidaten absehen mögen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Debatte kurz zu halten. Wir haben noch ganz andere Themen zu bewältigen und werden sonst nicht fertig.
Hergenröder: Ich möchte dazu sehr kurz eine Feststellung treffen:
Auf die temperamentvollen Ausführungen des Herrn *Gronwald* möchte ich darauf hinweisen, daß gerade sein Bezirk, aus dem er kommt, einen Kandidaten der evangelischen Geistlichkeit aufgestellt hat. Ich hätte annehmen müssen, daß er mindestens noch soviel Verbindung mit seinem Heimatbezirk hat ...

(Zuruf: Dr. *Blaser* hat verzichtet, längst erledigt!)

Ich möchte einen Antrag, wie er hier vorgelegt wird, bedauern und ihm nicht zustimmen, und zwar deswegen: Wenn der Geistliche innerhalb der Parteidisziplin seine Politik betreibt, dann können wir kein zweierlei Recht schaffen. Wenn er, was vorhin gesagt wurde, das aktive Wahlrecht hat, muß er auch das passive haben. Wir hätten sonst auch dem Pfarrer *Kneipp* verbieten können, daß er sich statt mit Messe lesen und sonstigen geistlichen Obliegenheiten mit Kräuterlesen usw. befaßt hat.

(Widerspruch. - Zuruf: Das ist kein Vergleich!)

Von Miller: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage Schluß der Debatte und Abstimmung zu dem Antrag *Eichhorn - Kroll*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Schluß der Debatte beantragt.
Wer spricht gegen Schluß der Debatte?
Prechtl spricht gegen Schluß der Debatte oder zur Geschäftsordnung?
Prechtl: Zur Geschäftsordnung? Darf ich den Antrag nochmals hören.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Antrag zu verlesen.
Schmidt:

> Die Landesversammlung ersucht den Landesvorsitzenden dahin zu wirken, daß Geistliche in parteipolitischen Dingen beratend tätig seien, aber von ihrer Nominierung als Kandidaten absehen mögen.

Prechtl: Ich bitte vor den Worten "absehen mögen" das Wort "tunlichst" einzusetzen.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krempl* zur Geschäftsordnung.
Krempl: Der Vorsitzende hat eine Formulierung gewünscht, daß über diese Sache nicht abgestimmt werden soll. Der nun gestellte Antrag ist weitergehend. Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, wenn wir heute darüber abstimmen, so blamieren wir uns. Die Geistlichen brauchen wir draußen. Die müssen selbst so viel Taktgefühl haben, daß sie den Richtlinien ihrer Bischöfe und des Heiligen Vaters Rechnung tragen. Das haben wir nicht zu bestimmen. Es wäre kränkend für die Geistlichen draußen. Ich weiß, wie kränkend das wirken würde. Ich weiß, wie die Geistlichen draußen arbeiten.
Bitte, setzen Sie den Antrag von der Tagesordnung ab.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit Beifalls- und Mißfallenskundgebungen ist nichts gedient.
Dann darf ich, daß die Sache wirklich vernünftig und gerecht erledigt wird, vielleicht zunächst darüber abstimmen lassen, ob über den Antrag *Kroll* abgestimmt werden soll. Ich halte es so für zweckmäßiger. Das ist sonst nicht ohne weiteres üblich, aber angesichts der besonderen Verhältnisse halte ich es für richtig, so vorzugehen.
Dr. *Kroll*: Es ist keine Beschlußfassung darüber, ob Geistliche kandidieren oder nicht, sondern eine Beschlußfassung über eine Empfehlung.

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, keine Debatten. Wir lassen darüber abstimmen, ob über den Antrag *Eichhorn - Kroll* abgestimmt werden soll.
Dr. *Nerreter*: Ich mache darauf aufmerksam, daß der Wert des ganzen Antrags durch Einfügung des Wortes "tunlichst" hinfällig wird. Wenn man eine Ausnahme schon empfiehlt, ist die Regel gegenstandslos geworden.

(Sehr gut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zuerst wird darüber abgestimmt, ob über den Antrag *Eichhorn - Kroll* abgestimmt werden soll. Dann können wir uns über die Formulierung unterhalten.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen, daß über den Antrag abgestimmt wird? - Darf ich rasch kurz die Gegenprobe machen! Wer ist dafür? Es dürfen selbstverständlich nur die Stimmberechtigten stimmen. Ich bitte abzuzählen.
Schmidt: Es sind 23.

(Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren, damit wir Klarheit haben, stimme ich nochmals ab.
Wer ist dagegen, daß abgestimmt werden soll? Es dürfen nur die Stimmberechtigten stimmen. - Es sind 61. Es wird also über den Antrag nicht abgestimmt.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Damit kommen wir zu den weiteren Debatten, zu den Herren, die bei der Aufstellung in den Bezirksverbänden noch berücksichtigt werden sollen.
Ich bitte, die einzelnen Namen, die vorhin festgestellt worden sind, noch zu nennen.
Dr. *Semler*: Es ist jetzt abgestimmt worden, aber die Frage ist damit nicht geklärt worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Frage der Kandidatur von Geistlichen nicht endgültig erledigt sei, weil nicht abgestimmt wurde, daß aber andererseits Unklarheiten bestehen würden.
Ich glaube, daß ich einen ungefähren Überblick über die Meinung unserer Parteifreunde habe. Ich bitte infolgedessen, keine weiteren Diskussionen darüber zu führen. Einverstanden?

(Zurufe: Jawohl!)

Dr. *Horlacher*: Mit der Ausnahme, daß man die Bitte aussprechen kann, daß der Herr Landesvorsitzende sich bei der Wichtigkeit der Frage mit den maßgebenden Kreisen der evangelischen und katholischen Kirche ins Benehmen setzt und eine Entscheidung in dieser Frage herbeiführt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Weiter! Wir haben die Namen zu besprechen, die bei der Kandidatenaufstellung in Aussicht genommen werden müssen.

(Unruhe.)

Ich bitte, Platz zu nehmen. - Ich bitte, die Namen zu verlesen.
Schmidt:

für München-Stadt: Staatssekretär *Ehard*, Dr. *Walther von Miller*;
für Oberbayern: Frau *Hahn*;
für Schwaben: Direktor *Schwingenstein*, Dr. *Thierfelder*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind erledigt. Beide werden untergebracht.
Dr. *Käss*: Von Schwaben wurde mir erklärt, daß die beiden Herren sicher untergebracht würden.
Schmidt: Niederbayern: Dr. *Schlögl*
Dr. *Horlacher*: Bezüglich Niederbayern muß ich einige Ausführungen machen.
Es handelt sich hier um Dr. *Schlögl*. Er ist ein Mann, der zu denen gehört, die unter dem Nationalsozialismus am schwersten Schaden gelitten haben. Er ist auch der letzte Reichstagsabgeordnete von Landshut-Stadt und -Land gewesen. Er war mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Einer Mehrheit, die vordem noch gar nicht erreicht gewesen ist. Herr *Schlögl* ist von den Nazis ausgehauen worden. Seine Wohnung ist zerstört und er des Ortes verwiesen worden von der Stadt Landshut.
In der Stadt Landshut haben sich nun Dinge ergeben, die - unter Parteifreunden - nicht wünschenswert sind. Ich will ihnen nicht nachgehen, weil ich es nicht weiß, aber der vernünftige Menschenverstand sollte gebieten, daß ein solcher Mann an der Stelle, wo er früher gewirkt und am meisten Schaden gelitten hat, wieder aufgestellt wird. Das sollte ein Grundsatz sein, über den man gar nicht streiten sollte. Sonst liegt gegen Dr. *Schlögl* nichts vor als das eine, daß er eine der maßgebenden Persönlichkeiten sowohl im Bauernverband wie in der gewerblichen Wirtschaft ist - er ist Obmann der Edeka-Verbände.
Ich glaube, daß die Landesversammlung den Wunsch zum Ausdruck bringen sollte, daß Niederbayern dafür sorgt, daß Dr. *Schlögl* in seinen früheren Wahlkreisen aus dem Gefühl der Dankbarkeit heraus wieder aufgestellt wird.

(Zuruf: Kommt gar nicht in Frage!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Vorschlag zu formulieren.
Die Debatte geht weiter über andere Punkte.
Schmidt: Oberfranken: Herr *von Prittwitz*;
Mittelfranken - wenn ich richtig orientiert bin, Herr Dr. *Nerreter*, Frau *Meyer-Spreckels* (?) ist doch noch offen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben jetzt zwei Frauen als Kandidaten, Frau *Lang-Brumann* und Frau *Deku*. Dagegen ist Frau *Hahn* noch nicht aufgestellt. Können wir nicht irgendeine Regelung mit einem Bezirksverband finden?
Ich glaube, das ist die einfachste Frage, die wir jetzt vorwegnehmen können, daß ein Bezirksverband noch eine Frau aufstellt. Das würde dann Frau *Hahn* sein oder eine andere Frau.
Ist in Mittelfranken keine Möglichkeit, *Nerreter, Eichhorn*?
Ist wirklich gar keine Möglichkeit, Frau *Meyer-Spreckels* aufzustellen?
Dr. *Nerreter*: Wir nehmen gerne Belehrungen im Punkt Demokratie entgegen. Es gibt eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. Eine Schwierigkeit habe ich vorhin genannt:

Wenn ein Landkreis auf einer bestimmten Kandidatur bestehen bleibt, wie soll dann die Vorstandschaft des Bezirksverbands diesen Landkreis irgendwie zwingen, mit Feuer, mit Schwert oder mit welchen Mitteln sonst? Dieser Landkreis besteht darauf! Umgekehrt: Die Vorstandschaft wird nun von der Landesleitung gebeten, bestimmte Kandidaturen zu befürworten. Das tun wir auch, in glücklichen Fällen gelingt es ohne weiteres. Der Kreisverband Gunzenhausen hat sich gefreut, Dr. *Eichhorn* als Kandidaten zu gewinnen. Aber da, wo es nicht klappt, was soll man da machen? Man kann wohl von einem Landkreisverband zum anderen gehen und sagen, es muß auch eine Frauenvertreterin in die Verfassunggebende Landesversammlung entsendet werden und jeder Landkreis erklärt, das müßt ihr anderswo anbringen, bei uns finden Frauen keinen Anklang. Dann sind wir bei uns machtlos.
Es kommt die weitere Schwierigkeit hinzu - das darf ich auch, um mein Herz ganz auszuschütten, vortragen: Wir haben die gemeinsame Bezirksverbandstagung von Oberfranken, Mittelfranken und Nürnberg noch vorzunehmen. Wann wir das tun können, weiß ich nicht. Über die Termine wird andauernd verhandelt. Mittelfranken ist mit der Kandidatenaufstellung einigermaßen fertig, einige Landkreise hängen noch etwas nach. Wir bitten fast - wir haben keinen Geschäftsführer, weder in Nürnberg noch in Mittelfranken, die Oberpfalz hat, glaube ich, zwei Vorstände,

(Zuruf.)

bei uns besteht wegen dem Vorstand Uneinigkeit, wir haben nicht einmal einen richtig gewählten Vorstand -, uns vielleicht von irgendwoher einen Vorstand und Geschäftsführer zur Verfügung zu stellen.

(Heiterkeit.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf dann davon ausgehen, daß Mittelfranken und Oberfranken, wenn möglich, diesen Wunsch berücksichtigen. Das wird Frau *Hahn* sicher nicht übelnehmen. Wir haben vorhin darüber gesprochen. Die beiden Frauen, die bisher aufgestellt sind, sind katholisch. Ich wäre dankbar, wenn auf diese Weise auch eine evangelische Frau aufgestellt würde. *Nerreter*, einverstanden, daß Sie es tunlich machen werden? - Ja.
Frau *Lang-Brumann* als Frauenvertreterin, einverstanden? -
Frau *Hahn*, auch einverstanden?
(Einverständnis wird zum Ausdruck gebracht.)
Dann darf ich verlesen: Antrag Dr. *Horlacher*:

> Die Landesversammlung bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß Dr. *Schlögl* an sicherer Stelle in Niederbayern als Kandidat, womöglich in seinem früheren Wahlkreis Landshut-Stadt und -Land aufgestellt wird.

Darf ich darüber abstimmen? - Wer enthält sich? - Wer ist gegen den Antrag? -
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ich darf Niederbayern bitten, diesen Beschluß offiziell zur Kenntnis zu nehmen, ich brauche ihn nicht mehr mitzuteilen.
Dann die anderen Kandidaten, die noch offen sind!
Schmidt: Staatssekretär *Ehard*, Dr. *von Miller* und Herr *von Prittwitz*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Drei Namen sind noch offen. Können wir eine Einigung mit einem Bezirksverband finden? Sie haben die Namen gehört: *von Prittwitz*, *Ehard*, *Walther von Miller*. Gibt es eine Möglichkeit? Hat Oberbayern noch eine Möglichkeit? Oberbayern sollte, glaube ich, noch einen Herren aufstellen, Oberbayern hat sehr we-

nige. Und Niederbayern, nehmen Sie es mir nicht übel, meine lieben Freunde, würden Sie sich nicht entschließen können, einen der drei Genannten aufzustellen? Wir müssen danach trachten, daß die Fraktion wirklich eine gute Zusammensetzung erhält und daß auch Leute drin sind, auf die es in der Arbeit ankommt. Darf ich bitten, erklärt sich ein Bezirksverband freiwillig bereit?
Falkner, komm!
Dr. *Falkner*: Ich kann von mir aus überhaupt keine Entscheidung treffen. Die Bezirksversammlung hat aber das letzte Mal einen Spruch gefällt, an den ich mich gebunden fühle: "Wir wollen nicht haben, daß uns bei den Wahlen irgendwelche Doktoren von München herausgeschickt werden." So hieß es, landläufig ausgedrückt. Ich bin nicht ermächtigt zu sagen, daß wir noch einen der Herren nehmen. Ich kann es empfehlen, wenn es der Landesvorsitzende wünscht, aber mehr kann ich nicht tun.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: So kann man nicht vorgehen. Dann kommt der Bezirksverband am besten weg, der die stärksten Ellenbogen hat. Dann kommen die anderen schlechter weg, die sich ohne weiteres bereit erklärt haben - wie die Oberpfalz -, zwei (drei?) Kandidaten zu übernehmen. Niederbayern, einer muß von Euch übernommen werden: *Prittwitz*, *Walther von Miller*, Staatssekretär *Ehard*.
Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß Staatssekretär *Ehard* bei einigem guten Willen in München untergebracht werden könnte. Gut!
Dann kommen nur in Frage *Prittwitz* und *Walther von Miller*. Niederbayern hat bisher die wenigsten Opfer gebracht.
Kübler, gebt Eurem Herzen einen Stoß.
Dr. *Nerreter*: Erlangen hat sich bereit erklärt, voraussichtlich den Herrn *von Prittwitz* zu bitten, anstelle von Herrn Dr. *Strathmann* die Kandidatur für Erlangen-Stadt und -Land zu übernehmen.
Darf ich hinzufügen: Wir hatten einen Ersatzmann und müssen zu Hause erst die Kreisverbände fragen, ob diese Wahl in Vorzug gebracht werden soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann übernimmt Mittelfranken Herrn *von Prittwitz*.
Dr. *Nerreter*: Außerdem ist Frau *Meyer-Spreckels* in Mittelfranken jetzt auch untergebracht. Mein Appell hatte doch Erfolg. Es gibt auch in Mittelfranken noch Kavaliere.

(Heiterkeit. - Bravo!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich Niederbayern bitten, Herrn *Walther von Miller* als Kandidaten zu übernehmen.
Dr. *Falkner*: Ich kann die Bezirksversammlung bitten, weiß aber nicht, wie sich die Versammlung dazu stellen wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich den Wunsch äußern, wie vorhin, daß die Landesversammlung wünscht, daß Niederbayern Dr. *von Miller* an sicherer Stelle unterbringt.
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Einstimmig angenommen. Ich darf also die Bitte aussprechen.
Meine lieben Freunde! Ich danke Ihnen recht herzlich dafür, daß wir diese Fragen, die im allgemeinen mit scharfen Debatten geführt werden, mit schärferen als heute hier, erledigt haben.
Wir haben ungefähr unser Pensum erledigt. Wir kommen noch zur *Besprechung der Schiedsgerichtsordnung*. Das Thema wird in fünf Minuten erledigt sein.
Ich bitte Dr. *Käss*.

Dr. *Käss*: Ich darf zu dem vorausgehenden Punkt nachtragen: Es wurde davon gesprochen, daß Staatssekretär *Ehard* noch in München untergebracht würde. Ich weiß nicht, ob das von kompetenter Seite geschehen ist, daß nicht eine Lücke und ein Mißverständnis entsteht.
Die Schiedsordnung ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Satzung. Sie mußte aber im Anschluß an die Satzung gefaßt werden, weil sie dieser angepaßt werden mußte. Da die Satzung erst gestern nach sehr umfangreichen Besprechungen fertig wurde, mußten wir heute nacht im Benehmen mit dem Generalstaatsanwalt *Hagenauer*, den seinerzeit die Bamberger Tagung gebeten hatte, das Schiedsgerichtswesen aufzubauen, einen Entwurf und Grundsätze für diese Schiedsgerichtsordnung aufstellen. Es wird heute der Versammlung der Antrag gestellt werden zuzustimmen, daß gemäß diesen Grundsätzen, die ich jetzt kurz vortragen werde und über die wir dann noch sprechen können, der Landesausschuß ermächtigt wird, eine Schiedsordnung vorläufig in Kraft zu setzen, die der nächsten Landesversammlung zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wird.
Ich darf die *Grundsätze,* nach denen die Schiedsordnung aufgebaut werden soll, in aller Kürze bekanntgeben:

I. Aufgabe

Die Schiedsordnung hat die Aufgabe, durch ein Verfahren vor Parteischiedsgerichten Streitigkeiten zwischen Mitgliedern oder zwischen einem Mitglied und Parteiorganen, die das Parteiinteresse berühren, zu klären und, soweit die Partei betroffen wird, zu erledigen. Ein Sonderfall solcher Streitigkeiten ist der Ausschluß eines Mitglieds, der ausschließlich nach der Schiedsordnung vollzogen werden kann.
Gründe für den Ausschluß sind:
a) Verstoß gegen die guten Sitten,
b) Verurteilung wegen einer ehrenrührigen Handlung,
c) bewußte Arbeit entgegen den Grundsätzen und den Satzungen der Union,
d) erheblicher Verstoß gegen die Parteidisziplin,
e) wissentlich falsche Angaben im Aufnahmeantrag.
Aufgabe der Schiedsordnung ist:
a) die Klärung und richterliche Würdigung des Sachverhalts,
b) die Entscheidung über die zu treffenden Maßnahmen.
Nicht Aufgabe des Schiedsgerichts ist die Erforschung unbewiesener Gerüchte. Das Schiedsgericht wird nur tätig, wenn konkrete Behauptungen mit Bezug auf ein Parteimitglied vorgebracht sind.

II. Organisatorischer Aufbau

Schiedsgerichte werden gebildet:
1. *in der Kreisinstanz,* also beim Kreisverband, Vorsitzender soll ein Jurist sein, dazu je ein von beiden Beteiligten benannter Beisitzer: Beteiligter in diesem Sinne kann auch ein Organ der Union sein, beispielsweise im Falle eines Ausschusses auch ein örtliches Organ, eine Ortsvorstandschaft oder eine Kreisvorstandschaft der Union.
2. *in der Bezirksinstanz,* beim Bezirksverband. Der Vorsitzende muß ein Jurist sein, zwei Beisitzer, die Juristen sein sollen, aber nicht müssen, das wird von den örtlichen Verhältnissen abhängen.

3. *in der Landesinstanz.* Vorsitzender und zwei Beisitzer. Diese Herren müssen Juristen sein.

Die Schiedsrichter werden von der Versammlung der jeweiligen Instanz gewählt. Das ist die Vorschrift der Militärregierung. Amtsdauer ist ein Jahr. Die Schiedsrichter dürfen nicht Mitglieder des Vorstands ihrer Instanz sein. Es werden jeweils zwei Garnituren gewählt, deren Zuständigkeit im Einzelfall und deren gegenseitige Vertretung (im Falle der Behinderung oder Befangenheit) von vornherein festgelegt sein müssen.

III. Entscheidung

Die Entscheidung kann lauten auf:

1. Juristische Würdigung des Sachverhalts mit Vorschlägen zur gütlichen Regelung, aber ohne Zwangsanordnungen.

Das ist der einfachste Fall.

2. Verwarnung.
3. Einstweiliges Ruhen aller Rechte aus Mitgliedschaft und Ämtern. Diese Entscheidung kann auch als einstweilige Verfügung vor Durchführung des einzelnen Verfahrens getroffen werden.

Das ist in gewissen Fällen erforderlich, wenn das Parteiinteresse auf dem Spiele steht.

4. Ausschluß aus der Partei als schwerste Entscheidung.

Die Entscheidung muß begründet werden und den Beteiligten sowie den interessierten Organen der Union zugehen.

IV. Verfahren

Ein Schlichtungsversuch vor dem zuständigen Vorsitzenden muß vorausgehen. Das Schiedsgericht kann Zeugen hören und Beweise erheben. Es muß dem Antragsteller und dem Antragsgegner Gelegenheit geben, sich zu äußern. Soweit Termin angeordnet wird, können sich die Beteiligten vertreten lassen, aber nur durch Parteimitglieder.

Alle Beteiligten sind zur vertraulichen Behandlung der Verhandlungen verpflichtet.

Die ordentlichen Gerichte dürfen erst angegangen werden, wenn das Schiedsgericht entschieden hat, oder dies im einzelnen Falle schon vorher zuläßt. Das Schiedsgericht kann seinerseits die Verhandlungen aussetzen, bis ein Verfahren vor den ordentlichen Gerichten entschieden ist.

Das ist in manchen Fällen notwendig.

V. Zuständigkeit

Auseinandersetzungen innerhalb eines Kreisverbandes entscheidet in erster Instanz das Kreis-Schiedsgericht.

Alle anderen Streitigkeiten entscheidet in erster Instanz das Bezirks-Schiedsgericht. Soweit in diesem Falle verschiedene Bezirke beteiligt sind, ist der Bezirk des Antragsgegners maßgebend.

In den Bezirksverbänden der Großstädte sind die Instanzen des Kreis- und Bezirks-Schiedsgerichts vereinigt.

Bei Einverständnis der Beteiligten kann sofort die Berufungsinstanz angegangen werden.

VI. Rechtsmittel

Für jeden Fall bestehen zwei Instanzen, es kann also einmal Einspruch eingelegt werden. Ist zunächst das Kreis-Schiedsgericht befaßt, entscheidet auf Einspruch eines Be-

teiligten das Bezirks-Schiedsgericht endgültig. Das Bezirks-Schiedsgericht kann in Fällen von besonderer Wichtigkeit weiteren Einspruch an das Landes-Schiedsgericht zulassen. War das Bezirks-Schiedsgericht erste Instanz, entscheidet auf Einspruch das Landes-Schiedsgericht.

VII. Allgemeine Bestimmungen

Das Schiedsgericht *muß* die Vorstandschaft seiner Instanz, es *kann* andere Organe der Union gutachtlich hören. Dies ist besonders zu beachten in Fällen, in denen neben juristischen auch politische Momente mitspielen.
Die Schiedsrichter werden in geheimer Wahl gewählt. Sie sollen aus Zweckmäßigkeitsgründen am Gerichtsort wohnhaft sein. Sie können wegen Befangenheit sich selbst ablehnen oder abgelehnt werden.

VIII. Schlußbestimmungen

Diese Schiedsordnung ist in § 7 und § 8 der Satzung vorgesehen. Sie gilt als Bestandteil der Satzung. Sie ist von jedem Mitglied der Union beim Eintritt unterschriftlich als verbindlich anzuerkennen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich beantrage, die hier vorgetragene Schiedsordnung anzunehmen.
Wird eine Debatte gewünscht?
Dr. *Bauer*: Ich möchte kurz einen Punkt anregen. Wäre es nicht zweckmäßig, neben dem Schiedsgericht eine Anklägerinstanz zu schaffen, die in eigener Zuständigkeit über die Reinhaltung unserer Partei wacht und im Zweifelsfalle von sich aus Anklage gegen Parteimitglieder erhebt?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, das im Moment zurückzustellen. Ich werde nämlich der nächsten Landesversammlung - das ist eine Schiedsordnung, die jetzt rasch entworfen wurde, daß wir in Notfällen eingreifen können - eine gut ausgearbeitete Schiedsordnung vorlegen. Das wird im Sommer der Fall sein.
Dr. *Bauer*: Also die heutige Schiedsordnung kann jederzeit abgeändert werden?
(Zustimmung des Vorsitzenden.)
Ich bitte dann auch, die Schiedsordnung anzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich über die Schiedsordnung abstimmen?
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? -
Die Schiedsordnung ist einstimmig angenommen.
Meine lieben Freunde, ich bitte nun den Landesausschuß zu beauftragen, die Schiedsrichter, soweit noch welche zu bestellen sind, zu bestellen.
Darf ich über diesen Antrag abstimmen? Sie delegieren also, um es klar zu sagen, dem Landesausschuß die Bestellung der Schiedsrichter, weil der Landesausschuß öfter zusammentritt.
Dr. *Käss*: Darf ich betonen: Es ist nicht notwendig, den Antrag zu stellen. Nach unserer Satzung bestellt die Schiedsrichter der Landesausschuß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde ferner den Antrag stellen, den Landesausschuß zu beauftragen und zu berechtigen, eventuell Ergänzungen zur Schiedsordnung vorzunehmen, soweit sie aus Dringlichkeitsgründen geboten sind.

(Zurufe: Jawohl!)

Darf ich über diese beiden Anträge zusammen abstimmen lassen?
Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? -

Die beiden Anträge sind einstimmig angenommen.
Meine lieben Freunde! Wir haben dann unser Programm ungefähr erledigt.
Es kommt Ziffer 6: *Bericht der Ausschüsse.*
Darf ich Ihre Zustimmung annehmen, daß der Bericht der Ausschüsse bis zur nächsten Landesversammlung zurückgestellt wird?

(Zurufe: Jawohl!)

Einverstanden. Wir werden dann grundsätzliche Fragen zu besprechen haben, dabei werden die Ausschüsse berichten.
Das Gleiche gilt für die Besprechungen über die *Grundlinien für ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm.* Sie haben heute von mir gehört, wie es gedacht ist. Wir werden daran arbeiten. Diese Besprechung wird der Hauptinhalt der nächsten Landesversammlung im Sommer dieses Jahres sein.
Darf ich Ihre Zustimmung hierzu annehmen?
Dr. *Winkler* (?): ... (Redner wegen Unruhe unverständlich!) bekommen wir diese Entschließung zugestellt?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Entschließung wird veröffentlicht.
Dann ist das auch zurückgestellt.
Wir kommen zum Punkt: *Sonstiges.*
Ich habe Ihnen schon angekündigt - um das vorwegzunehmen -, daß die Landesversammlung im Sommer dieses Jahres, wenn möglich im Juli, stattfindet, vielleicht wird es auch auf August verschoben werden, wenn das notwendig erscheint. Ich hoffe nicht, daß wir vor dem 30. Juni eine Landesversammlung halten müssen. Sollte das aber der Fall sein, wird sie eben gehalten werden. Sie wird nur dann gehalten werden, wenn dringende, besonders wichtige Entscheidungen zu treffen sind, sonst bleibt es bei dem angegebenen Termin.
Das Arbeitsprogramm für die Tagung der nächsten Landesversammlung steht ungefähr fest. Die Versammlung wird in der Hauptsache die Fragen des Programms behandeln. Die übrige Tagesordnung wird - mit Ihrem jetzigen Einverständnis - durch den Landesausschuß festgesetzt.
Einverstanden?

(Zurufe: Jawohl!)

Gut.
Ich darf noch etwas weiteres sagen: Meine lieben Freunde! Die erweiterte Landesausschußsitzung hat einmal in Bamberg stattgefunden. Ich möchte es in Zukunft so halten, daß Landesausschußsitzungen an anderen Plätzen als München stattfinden, wenn das irgendwie möglich ist, denn wir wollen auf diese Weise die Gelegenheit wahrnehmen, irgendwo draußen im Freundeskreis zu tagen und dadurch auch das Interesse bei unseren Parteifreunden in der jeweiligen Stadt zu wecken.
Darf ich Ihr jeweiliges Einverständnis annehmen, daß die nächste Stadt, in der die Landesausschußsitzung stattfinden soll, durch die Landesvorstandschaft bestimmt wird und daß das, wenn möglich, nicht München sein soll? Ich denke daran, eventuell eine Stadt an der Donau zu nehmen, es könnte Regensburg oder Augsburg in Frage kommen. Wir könnten aber auch einmal an den Bereich Marktredwitz, Wunsiedel denken, wo sehr große Aktivität herrscht. Wenn irgendeine sonstige Anregung gegeben wird, bitte ich, das schriftlich mitzuteilen.
Dr. *von Eicken*: Bleibt der vorläufige Landesausschuß also bis zur Wahl des endgültigen Ausschusses im Amt?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der wird selbstverständlich nochmals einberufen, wenn es notwendig erscheint, weil ich mir auf diese Weise mindestens so lange ein Beratungsgremium sichern will, bis die Landesvorstandschaft gebildet ist.
Ich werde sehr bald eine Landesausschußsitzung einberufen. Sie werden überhaupt damit rechnen können, daß ich häufig Landesausschußsitzungen halte. Das ist notwendig. Jetzt im Aufbau müssen alle Kräfte zusammengefaßt werden, und wenn wir manchmal uns Mühe machen und herumreisen müssen, das wird nicht schaden. Wir werden dadurch noch mehr zusammenwachsen.
Ich sehe die Landesausschußsitzung im Laufe des Juni vor - höchstwahrscheinlich. Dann nehmen wir vielleicht Augsburg, Regensburg oder eine andere Stadt. Das wird noch bestimmt werden.
Noch Wortmeldungen zu dem Punkt "Sonstiges"?
Von Trockau: Ich glaube, im Sinne vieler anzufragen, wenn ich die Frage stelle, wie wird es eigentlich mit den Spruchkammern werden? Wie steht es heute damit? In meinem Fall ist die Sache so, daß eine Spruchkammer von dem SPD-Landrat zusammengesetzt wurde, die in keiner Weise dem Wahlergebnis entspricht. Die Zusammensetzung der Spruchkammer erfolgte vor der Wahl. Steht nun die Landesversammlung, steht der Vorstand der Partei auf dem Standpunkt, daß das so bleiben soll? Ist irgend etwas im Werden, daß diese Zusammensetzungen entsprechend dem Wahlergebnis geändert werden? Wie soll man sich überhaupt in dieser Frage verhalten, ohne dann hernach den Vorwurf zu bekommen, man hätte die Arbeit sabotiert?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich mich dazu rasch äußern.
Meine lieben Freunde! Mein Standpunkt, den ich allüberall vertrete, ist der: Wir würden überhaupt gern die Erledigung all dieser Fragen durch ein Gerichtsverfahren wünschen, das ungefähr dem Schöffengericht entspricht.

(Sehr richtig!)

Denn ich bin der Auffassung, daß die Entwicklung, die durch die Entnazifizierung eingeleitet wird, so weittragend ist, daß man sagen kann, es ist im gewissen Sinne ein Umschichtungsprozeß. Man kann das nicht dem Parteiwillen anheimstellen. Selbst wenn wir einmal den maßgeblichsten Einfluß haben sollten, so wäre ich der Auffassung, man sollte diese Fragen aus der Verantwortung einer einzelnen Partei herausnehmen. Ich gehe davon aus, daß wir alles aufbieten werden, um dieses Prinzip durchzusetzen.

(Starker Beifall.)

Wird dieser Standpunkt nicht durchgesetzt, so müssen wir unter allen Umständen verlangen, daß, wenn man schon die politische Seite herausstellt, dann aber auch nach dem demokratischen Prinzip vorgegangen wird, und daß dann vielleicht nicht dem Buchstaben genau, aber doch ungefähr der Volkswille, wie er in Wahlen zum Ausdruck kommt, berücksichtigt werden muß.

(Sehr richtig!)

Ich bin infolgedessen dafür, daß Sie einen formellen Antrag in diesem Sinne einbringen. Ein solcher Antrag ist mir nur erwünscht.
Von Franckenstein: Meine Spruchkammer fängt Anfang Juni an zu arbeiten. Sie ist bereits vereidigt. Wir haben Befehl, bei einem Wahlkreis, der zu 84,5% CSU gewählt hat, die Schöffen, die Beisitzer, zu gleichen Prozenten aus SPD, KPD und CSU zu nehmen. Es ist Befehl von der Regierung, SPD und KPD arbeiten bei uns grundsätz-

lich zusammen, so daß in unserer ganzen Spruchkammer es überhaupt keinen Wert hat, daß die CSU drin ist. SPD und KPD werden immer zusammen gegen die CSU stimmen. Meine CSU-Leute sagen dann alle, wozu haben 84% so gestimmt, wenn wir in der Spruchkammer jedesmal überstimmt werden sollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, es wird ein Antrag eingebracht werden müssen. Ich bitte den Antrag zu formulieren. Ich wäre dankbar, wenn er angenommen würde.
Kaiser: Der Kreisverband Hammelburg hat am 12. Mai 1946 folgende Erklärung verfaßt:

Betrifft: Das Säuberungsgesetz in Bayern; hier paritätische Zusammensetzung der Spruchkammern.
Nach den bisher ergangenen Richtlinien sollen bei allen Spruchkammern die Beisitzer zu gleichen Teilen von den einzelnen zugelassenen politischen Parteien (hauptsächlich CSU, SPD und KPD) gestellt werden. Diesen Standpunkt hat Herr Ministerialrat *Holy* in vielen Äußerungen immer wieder unterstrichen und verlangt, daß die paritätische Zusammensetzung der Spruchkammern aufrecht erhalten werden müsse und nicht vom bisherigen Wahlergebnis abhängig gemacht werden könne.
Auf der zweiten Sitzung des Beratenden Landesausschusses in Bayern hat Herr Minister *Schmitt* unter anderem ausgeführt, daß das Säuberungsgesetz seinem Wesen nach mehr ein politisches als ein Strafgesetz sei.
Die am 12. Mai 1946 versammelten Mitglieder der CSU des Landkreises Hammelburg pflichten diesem Standpunkt bei und verlangen einstimmig aus diesem Grund, daß die Zusammensetzung der Spruchkammern dann auch dem politischen Willen der Bevölkerung entspricht und nach dem bisherigen Wahlergebnis in Bayern erfolgt. Erst wenn dieser unserer Forderung Rechnung getragen wird, wird - um wieder mit Minister *Schmitt* zu sprechen - "die Erkenntnis in unserem Volke bestärkt, daß der Grundsatz der Gerechtigkeit wieder Platz gegriffen hat". Denn aus unserem Wählerkreis werden immer wieder Beschwerden geführt über die vom Ministerium verlangte paritätische Zusammensetzung der Spruchkammern. Die Wähler können außerdem auch nicht verstehen, warum diese Spruchkammern ihre Tätigkeit so lange nicht aufnehmen. Die von bestimmter Seite bisher betriebene ausgesprochene Verschleppungstaktik wird schärfstens abgelehnt.
Christlich-Soziale Union
Kreisverband Hammelburg

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist ein Antrag von Oberfranken eingegangen. Ich bitte, ihn zu verlesen.
Dr. *Kroll*: Der Antrag lautet:

Entschließung der Christlich-Sozialen Union Oberfranken.
Die Landesversammlung wolle beschließen:
Das Gesetz zur Reinigung des Nationalsozialismus bestimmt, daß die Zusammensetzung der Spruchausschüsse der politischen Zusammensetzung der Bevölkerung Rechnung tragen soll.
Die Christlich-Soziale Union stellt fest:
1. Es ist ein Verstoß gegen das Gesetz, wenn das Bayerische Ministerium für Sonderaufgaben fordert, daß die Kommunistische Partei mit 2,6% der Stimmen bei

den Kreistagswahlen in den Ausschüssen in gleicher Stärke vertreten sein soll wie die Union mit 71,5% der Stimmen.
2. Schon heute zeigt sich aus vielen Beobachtungen, daß vielerorts die kommunistische und die sozialdemokratische Partei die Reinigung zu mißbrauchen suchen zu Dingen, die nichts mit ihr zu tun haben. Die Denazifizierung darf nicht als Mittel zur Durchführung des Klassenkampfes betrachtet werden.
3. Die Korruption, die aus dieser Entwicklung heraus droht, würde vervielfacht, wenn die politischen Parteien, die die Errichtung des Klassenkampfes in ihrem Programm fordern, in jedem Spruchausschuß zwei Drittel der Plätze einnehmen.
4. -

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich möchte hier nur gerne das Wort vom Klassenkampf geändert haben. Vielleicht wird der Antrag in diesem Sinne abgeändert.
Dr. *Horlacher*: Ich habe einen kürzeren Antrag formuliert. Ich will, daß die Denazifizierung nicht zu einer parteipolitischen Frage im allgemeinen wird:

Die Landesversammlung beschließt, daß die Spruchkammern sich nach den Grundsätzen der Schöffengerichte oder nach dem demokratischen Grundsatz des Wahlergebnisses zusammensetzen.

Dr. *Gronwald*: "oder unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses."
Von Franckenstein: Ich würde die Schöffengerichte weglassen und nur das Demokratische nehmen.
Dr. *Horlacher*: Ich möchte es formulieren:

Die Landesversammlung beschließt zu fordern, daß die Zusammensetzung der Spruchkammern nach den Grundsätzen der Schöffengerichte oder unter Berücksichtigung des demokratischen Grundsatzes des Wahlergebnisses erfolgt.

(Zuruf: Demokratischer Grundsatz, aber nicht Schöffengericht!)

Dr. *Horlacher*: Das können die Herren noch stilisieren.
Schwägerl: Ich würde vorschlagen, daß die ganze Sache auf breiterer Grundlage gemacht wird, wie ich es in Wunsiedel vorhabe. Dort werden die Leute gefragt werden, wer gegen irgend jemand etwas vorzubringen hat, der soll es vorbringen. Die Namen derjenigen, die im Laufe der Woche durch die Spruchkammern gehen, werden bekanntgegeben, so daß die Leute dann schriftlich Anträge stellen können. Jeder muß anführen können, was er vorzubringen hat. Dann hat sich das andere alles erledigt.
Von Franckenstein: Ich mache darauf aufmerksam, daß in Franken einzelne Spruchkammern schon arbeiten und die nächsten Anfang Juni anfangen. Es eilt daher, weil sonst die Spruchkammern schon nach der Dreiteilung arbeiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde den Beschluß so rasch wie möglich dem Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] vorlegen und ich würde ihn gleichzeitig auch zur Kenntnis der Miltärregierung bringen. Er gehört auch veröffentlicht.
Darf ich fragen, über welche Anträge wollen wir abstimmen?

(Zuruf: Über den Antrag Dr. *Horlacher*!)

Dann wird abgestimmt über den Antrag *Horlacher*.
Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Dr. *Barth*: Zu den Fragen, die eben besprochen wurden, möchte ich noch etwas allgemeineres hinzufügen. Direktor *Holzmann* hat vorhin schon, als er die Bestimmun-

gen zur Landtagswahl erläuterte, darauf hingewiesen, welchen Dingen bei der Prüfung der Bewerber zur Verfassunggebenden Nationalversammlung Tür und Tor offensteht. Diese Erfahrung machen wir jetzt schon bei den Meldungen für die Spruchkammern. Wir haben in Coburg glücklich die zweite Nachmeldung hinter uns. Wir haben dabei erfahren müssen, daß - ich weiß nicht, wo die Meldungen bearbeitet werden - zum zweiten Mal eine ganze Serie von Bewerbern abgelehnt wurde, die einwandfrei der Forderung entsprachen, daß sie nicht nur einen tadellosen Fragebogen besitzen, sondern daß sie den Nachweis der Aktivität erbringen können.

(Sehr richtig!)

Ich will mich nicht in ein großes Licht setzen, aber den Nachweis kann ich Gott sei Dank erbringen. Abgelehnt bin ich trotzdem, ohne Angabe eines Grundes.

(Zuruf: Jawohl, das ist auch bei uns passiert!)

Ich dränge mich nicht nach dieser undankbaren Arbeit. Aber ich muß mich doch sehr wundern, nach welchen Prinzipien hier eigentlich ausgelesen wird, und wer ausliest. Es wird mir in Coburg gesagt, das geschehe in München. Woher wollen die Münchner mich kennen, wenn nicht irgendeine Stellungnahme von Coburg aus erfolgt? Wie die dortige Abteilung zusammengesetzt wird, brauche ich nicht zu schildern. Denn diese Deutschen, die im Special Branch arbeiten, kennen wir zu einem guten Teil. Wie weit die dann mit ihren Einfluß wahrnehmen, das ist eine Frage für sich. Ich erlebe es jedenfalls. Ich melde einen meiner besten Mitarbeiter in Coburg, einen einwandfreien Mann, zu den Stadtratswahlen. Er wird daraufhin aus seinem Amt suspendiert. Ich habe einen Kollegen, der 1938 von *Streicher* als Studienrat in Nürnberg entlassen worden ist. Er wird jetzt aus unbekannten Gründen wieder entlassen. Ich muß ihn aus dem Gymnasium entfernen. Das sind Zusammenhänge, die doch sehr stutzig machen. Die treibende Kraft, die dahinter steckt, kennen wir und ich brauche sie Ihnen nicht zu nennen. Aber ich zeige hier auf Möglichkeiten, die uns auch bei unseren Landtagsbewerbern drohen, und im allgemeinen auf die Gefahr, die von einer Gruppe droht, die im ganzen gesehen lächerlich klein ist, die aber ihre Verbindungen ausnutzt und sich dadurch eine Basis schafft, was bei uns wenigstens dahin geführt hat, daß die Leute Angst haben.

(Sehr richtig!)

Ich meine doch, daß wir hier etwas tun müßten, um diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird noch das Wort gewünscht zum Punkt "Sonstiges"?

Brand: Ich möchte einen Fall erwähnen, der zeigt, daß es bei mir umgekehrt war. Mich hat ein CSU-Landrat als Militarist abgelehnt, weil ich im Range eines Hauptmanns sechs Jahre Dienst getan habe. Der Herr Staatsminister *Schmitt* bzw. der Herr Ministerialrat *Holy* hat innerhalb 48 Stunden auf meine Beschwerde hin sofort mitgeteilt, daß ich als Spruchkammermitglied anerkannt werden muß.

(Hört, hört!)

Er hat darauf hingewiesen, daß ich besondere Befugnisse als Stabs-Intendant ausgeübt hätte, nachdem ich vom 27. August 1939 nur im Lazarett tätig war.

Dr. *Horlacher*: Wäre es nicht möglich, daß wir den Antrag stellen könnten, daß wir beim Ministerium *Schmitt* - und ich will ihn nicht zum Beschluß erheben - einen sogenannten Prüfungsausschuß bekommen könnten, der nach den Ergebnissen der Wahl

zusammengesetzt ist, so daß hier das Ministerium *Schmitt* mit diesem Prüfungsausschuß gewisse Entscheidungen zu treffen hat. Herr *Schmitt* ist persönlich ein sehr vernünftiger Mann, mit dem kann man schon reden. Wenn ein Ausschuß danebensitzt, der die Dinge prüft, dann glaube ich, ist ein großer Teil des Dienstes damit erwiesen. Wir müssen dazu kommen, und die Gelegenheit müssen wir benützen. Bei einer der nächsten Wahlreden werde ich den Grundsatz herausarbeiten, daß die Verhältnisse so liegen, daß, wenn wir die Demokratie so anlaufen lassen, wenn wir den Wahlkampf wieder so parterre führen, wie es vor 1933 aufgehört hat, dann können wir als Demokratie zusammenpacken.

(Jawohl!)

Es muß von unserer Seite auf die vornehme Kampfesweise hingearbeitet werden. Das sollen alle unsere Redner betonen. Diesen Grundgedanken sollen sie herausarbeiten, so daß wir hier unsere positive Stellungnahme beziehen, ohne die anderen allzusehr anzugreifen. Denn dann bekommen wir das Volk hinter uns, durch die vornehme Kampfesweise, ohne den Parteihader allzusehr in Anspruch zu nehmen. Nur da muß draufgeschlagen werden, wo es wirklich nötig ist. Das ist eine Frage für sich, die örtlich verschieden liegt.

Aber diese Gesichtspunkte würde ich bitten, einmal herauszuarbeiten, wie die Kampfesweise einer Demokratie nach wirklich guten Gesichtspunkten überhaupt aussehen muß.

Denn wenn sie so aussieht, daß der Kampf nur rein persönlich geführt wird, dann verzichte ich auf eine solche Demokratie. Das müssen wir draußen einmal mit aller Schärfe herausarbeiten, damit das Volk sieht, daß wir eine andere Auseinandersetzung auf der politischen Ebene wollen, als wie es vor 1933 der Fall gewesen ist.

Ich möchte bloß diese allgemeinen Richtlinien geben. Aber bezüglich des Prüfungsausschusses beim Ministerium *Schmitt* würde ich doch, Herr Dr. *Müller*, überlegen, ob wir das nicht beschlußmäßig festlegen.

Dr. *Seidel*: Darf ich zu der Anregung Dr. *Horlachers* etwas sagen. Ich glaube, wir vergessen, daß die Amerikaner bei dieser Frage ein entscheidendes Wort mitreden. Die Prüfung der Kandidaten der Prüfungsausschüsse erfolgt in erster Instanz durch den zuständigen Special Branch-Offizier. Dieser hat seine besonderen Erkenntnisquellen, auf die wir keinen Einfluß haben. Er gibt seine Stellungnahme nach München an die Militärregierung und dort erfolgt eine weitere Stellungnahme. Diese geht dann hinüber an den Minister für Sonderaufgaben. Der ist natürlich in einem bestimmten Umfang an diese Vorentscheidung gebunden. Daher diese überraschenden Ergebnisse, die wir in allen Kreisen antreffen. Ich glaube, wenn in dieser Beziehung etwas gemacht werden soll, dann muß weniger beim Ministerium für Sonderaufgaben, sondern bei der Militärregierung, und zwar hier bei der Zentrale, angesetzt werden, dahingehend, daß die Anforderungen, die die einzelnen Special Branch-Offiziere an die Mitglieder der Spruchkammern draußen stellen, mehr der politischen Lage angeglichen werden. Ich glaube also nicht, daß es das Ministerium ist, das da in der Hauptsache die Schuld trägt. Gewiß wird da das eine oder andere versiebt werden.

Kübler: Meine Herren! Die Ursache, daß wir hier so schlechte Erfahrungen machen, liegt zum großen Teil bei den Landräten. Der Landrat ist derjenige, der nach dem Gesetz die Spruchkammer eigentlich zusammensetzt. Er muß die Leute dafür finden, den Ankläger, den Stellvertreter, den Vorsitzenden. Wenn die Parteien ihre Vorschläge machen, muß man diese vorgeschlagenen Persönlichkeiten etwas überprüfen.

Ich habe zu jeder einzelnen Person Stellung genommen, die mir die Herren Kommunisten vorgelegt haben, mit dem Erfolg, daß die Militärregierung alle sechs abgelehnt hat und von den Sozialdemokraten auch vier, so daß wir außer unserer Partei effektiv noch zwei Sozialdemokraten im Spruchausschuß haben. Man muß nicht alle nehmen, die sie anbieten. Die Militärregierung ist manchmal dankbar, wenn man sie darauf aufmerksam macht, daß bei der KPD manchmal ganz minderwertige Kreaturen sind. Sie sind zum großen Teil kriminell vorbestraft. Es heißt im Gesetz, es müssen charakterlich einwandfreie Männer sein. Der Landrat hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Menschen so zu schildern und gegebenenfalls abzulehnen.
Herold: Was ist aber zu machen, wenn der Landrat ein Vertreter der SPD ist und nur für seine Leute gegen die CSU arbeitet?
Kugler: Aus eigener Erfahrung kann ich mitteilen, daß nicht die Militärregierung die Stelle ist, die hemmend dazwischentritt, sondern deutsche Zivilbehörden. Wie könnte es sonst passieren, daß ein Mann wie Dr. *Busch* als Gefreiter zum Militaristen erklärt worden ist? Die Militärregierung hat in diesem Falle erklärt, das sei nicht zulässig, Dr. *Busch* sei anzunehmen. Bei uns liegt also der Fehler, nicht bei der Militärregierung, sondern beim Landrat bzw. bei der Stelle, die so etwas zugelassen hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben alle ungefähr gleichmäßige Erfahrungen gesammelt. Ich bitte Sie jetzt darum, geben Sie uns alle Erfahrungen bekannt. Bisher haben wir sehr viele Klagen gehört, aber kein detailliertes Material erhalten. Wenn wir dieses Material im einzelnen bekommen, und zwar nicht nur in den Versammlungen vortragen, sondern so klar gefaßt, daß man Beweis antreten kann, dann werde ich bestimmt dafür sorgen, daß dieses Material ausgewertet wird. Es ist notwendig, auf bestimmte Umstände hinzuweisen, die wir vielleicht nicht berücksichtigen. Ich habe Ihnen das heute früh klargemacht, als ich auf Pressestimmen hingewiesen habe. Wir müssen uns darüber klar sein, daß eine gewisse Stimmung bei der Militärbehörde, aber auch in der Auslandspresse erzeugt wurde, die gegen die Union spricht. Es ist die Stimmung, die Union sei eine reaktionäre Partei. Das ist bestimmt mit der Absicht erfolgt, gerade diese Taktik durchhalten zu können. Wenn Sie einverstanden sind - wir sind schon weit in der Zeit fortgeschritten -, dann möchte ich noch folgendes sagen: Wir haben uns redliche Mühe gegeben, mit der Konkurrenz in lauterem Wettbewerb zu stehen. Bisher haben wir den Burgfrieden gewahrt.
Wir bedauern aber, daß das von der anderen Seite aus nicht in diesem Maße erfolgt ist. Wir bedauern vor allem die Personalpolitik, die von manchen Stellen getrieben wurde.

(Sehr richtig!)

Ich bedauere das nicht etwa, weil wir jetzt als Partei davon betroffen sind, sondern ich bedauere es im Interesse unseres Volkes. Wir müssen uns darüber klar sein, daß für jeden Parteibuchbeamten ein anderer mit dort steht und daß das Volk dann für die Kosten von zwei aufkommen muß.

(Sehr gut!)

Wir wollen kein Parteibuchsystem haben. Wir werden aber auch allmählich darnach trachten müssen, daß sich das Parteibuchsystem nicht unterirdisch durchsetzen kann.

(Sehr gut!)

Wir werden dafür sorgen, daß Klarheit in dieser Hinsicht geschaffen wird. Sollte die Klarheit noch nichts nützen, so würde ich bedauern, klar und deutlich in aller Form

aussprechen zu müssen, daß diese Personalpolitik eine Vorbelastung für die künftige Zusammenarbeit mit bestimmten anderen Parteien wäre.

(Zustimmung, sehr richtig!)

Das Volk hat seinen Willen klar zum Ausdruck gebracht. Der Wille muß möglichst bald berücksichtigt werden.
Wünscht jemand noch das Wort?
Brand: Ich habe die Mitteilung bekommen, daß zwischen dem 20. Mai und 4. Juni die Landräte zusammenkommen. Nun ist am 30. April der Kreistag zusammengetreten. Steht es im Belieben eines Landrates, wann er den Kreistag zur ersten Sitzung zusammentreten läßt?
In dieser Frage möchte ich Aufklärung haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das weiß ich im Augenblick nicht.
Von Franckenstein: Der Regierungspräsident von Ansbach [*Hans Schregle*] vertritt den Standpunkt, den er den Landräten offiziell bekanntgegeben hat, daß die Kreistage möglichst bald, aber nicht vor dem 28. Tag einzuberufen sind, oder [sic!] möglichst bald nachher. Nun ist die Frage, die ich gleich anschneiden möchte, müssen die Landräte sofort nach der Kreistagswahl gewählt werden? Irgendeine Ausführungsbestimmung ist nicht da. Eine Reihe von Landräten steht auf dem Standpunkt, die Landratswahl auf die Tagesordnung der ersten Kreistagssitzung setzen zu müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß Ausführungsbestimmungen in dieser Frage bald erscheinen werden. Ich glaube, daß die Militärregierung auch ihrerseits Wert darauf legen wird, daß in diesem Falle der Wille des Volkes berücksichtigt wird.
Brand: Muß ein Wahlvorschlag für die Wahl des Landrates und des Kreisausschusses eingereicht werden?
Von Franckenstein: Der Kreisausschuß wird aus dem Kreistag gewählt. Der § 5 ist absolut unklar. In ihm steht, daß in diesem fünf- bis siebenköpfigen Ausschuß die verschiedenen Parteien vertreten sein müssen. Wenn nun in den Kreisausschuß aus einem Kreistag von 30 Leuten alle Parteien, die KPD, die SPD usw. hineingenommen werden müssen, so ist die Partei, die die erdrückende Mehrheit hat, viel zu kurz dran. Nach meiner Ansicht heißt es, *verschiedene* Parteien, nicht alle Parteien. Der Regierungspräsident von Oberfranken und Mittelfranken steht auf dem Standpunkt, daß alle Parteien hinein müssen.
Ankermüller: Die Wahl des Landrats muß meiner Meinung nach gleich in der ersten Versammlung, der ersten Kreistagssitzung stattfinden. Es ist nicht so, daß der Kreistag am 30. Tag nach der Wahl, das wäre also am 26. Mai zusammentritt, sondern der Paragraph heißt so: "Die Amtsperiode des gewählten Kreistages beginnt am 30. Tag nach der Wahl." Nicht am 28. April beginnt die Amtsperiode, sondern am 30. Tag danach, am 26. Mai. Ich bin ebenfalls der Meinung, wie schon vorher erwähnt worden ist, daß seitens der Regierung zu den bisher sehr mageren Wahlbestimmungen noch irgendwelche Vorschriften und Dienstanweisungen für den Landrat herauskommen müssen. Es wird meiner Ansicht nach nicht genügen, daß irgendein Regierungspräsidium gesondert vorgeht und Weisungen gibt, und ein anderes das nicht macht. Ich glaube, daß die Militärregierung, wie der Herr Vorsitzende schon gesagt hat, vielleicht auch darauf noch Einfluß ausüben wird. Was die Zusammensetzung dieses Arbeitsausschusses anlangt, so glaube ich, daß das hier eine bindende Vorschrift, eine Muß-Vorschrift ist, die nicht umgangen werden kann, daß alle Parteien, die im Kreistag vertreten sind, auch im Kreisausschuß einen Sitz haben. Das ist eine Vorschrift.

Wenn sie umgangen wird, wird dies meiner Ansicht nach mit Recht angefochten werden können. Wenn sich der Kreistag beispielsweise aus 45 Vertretern zusammensetzt - die Höchstzahl -, und er besteht aus beispielsweise einem KPD-Mann, zehn SPD-Leuten und der Rest sind 34 Unions-Vertreter, dann würden wir beispielsweise bei einem Kreisausschuß von sieben Mitgliedern eine Verteilung von 4:2:1 haben. Es ist das immerhin noch eine Mehrheit für die Union, allerdings nicht ganz so groß wie beim Kreistag. Aber auch hier ist das Mehrheitsverhältnis gewahrt und darauf kommt es allein an. Ich bin neulich schon in einem anderen Kreis danach gefragt worden und da habe ich den gleichen Standpunkt vertreten müssen.
Von Franckenstein: Im § 5 heißt es *alle*, nicht *verschiedene*.
Ankermüller: Das heißt also, die Parteien, die im Kreistag vertreten sind.
Lehmer: Ich habe in dieser Frage am 24. März einen Antrag gestellt, den ich dem Herrn Parteivorsitzenden vorgelegt und ihn gebeten habe, ihn zu verwerten. Der Antrag lautet folgendermaßen:

Betr. Landkreisordnung (LKrO.)
Ich beziehe mich auf meinen Besuch am Mittwoch, den 20. März 1946 in der Gedonstraße, wo ich in Ihrer Abwesenheit mit Herrn *Käss* eine Unterredung hatte.
Ich halte eine Neufassung des Art. 5, 2. Absatz der Landkreisordnung (LKrO.) vom 18. Februar 1946 - unterzeichnet "Der Bayerische Ministerpräsident Dr. *Wilhelm Hoegner*" - für unumgänglich notwendig und mache folgenden Abänderungsvorschlag:
Statt der jetzigen Fassung "Der Kreistag wählt aus seiner Mitte einen fünf- bis siebenköpfigen Ausschuß (Kreisausschuß) in welchem die verschiedenen Parteien vertreten sein müssen", wird folgende neue Fassung in Vorschlag gebracht: "Der Kreistag wählt aus seiner Mitte einen sieben- bis neunköpfigen Ausschuß (Kreisausschuß), in welchem die verschiedenen Parteien vertreten sein müssen, sofern dieselben mindestens 10% der Sitze im Kreistag innehaben".
Begründung:

1. Eine etwas stärkere Ausschußbesetzung (bis zu neun Köpfen) sollte durch das Gesetz unbedingt ermöglicht werden, um besonders in größeren Landkreisen Vertreter aus den verschiedenen Landkreisgebieten, ferner die hauptsächlichsten im Landkreis vertretenen Berufe und Bevölkerungsschichten sowie die eine oder andere besonders geeignete Persönlichkeit für die ständige Ausschußbesetzung heranziehen zu können, zumal doch auch entscheidend wichtige Probleme, z.B. im Zusammenhang mit der Seßhaftmachung von Flüchtlingen, der Ansiedlung neuer Wirtschaftszweige und dergleichen den Ausschuß beschäftigen werden.
2. Sollte doch der Kreisausschuß nicht durch Vertreter von Splitterparteien belastet, sondern in seiner Zusammensetzung möglichst weitgehend dem demokratischen Willen der Bevölkerung angepaßt werden können.

Das Ergebnis der Wahl in unserem Landkreis ist folgendes: Von 45 Sitzen hat die CSU 37 erhalten. Sieben Sozialdemokraten und ein Kommunist sind noch gewählt worden. Wir müssen also, wenn diese Bestimmung nicht geändert wird, in den siebenköpfigen Ausschuß den einen Kommunisten hereinnehmen und einen Sozialdemokraten. Dann blieben noch fünf Sitze für die CSU übrig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf den Antrag als formell hier eingebracht annehmen. Sind Sie damit einverstanden?

Dann darf ich über den Antrag abstimmen lassen. Die Begründung werden wir vielleicht etwas besser geben, wenn Sie einverstanden sind. Aber es geht um die Annahme des Antrags.
Ankermüller: Wenn wir einen großen Kreistag mit 45 Mitgliedern haben, dann ist die Zahl von neun bis zehn Mitgliedern für den Kreisausschuß angebracht. Wir haben auch Kreise, wo die Zahl der Kreistagsmitglieder nur zwischen 20 und 28 liegt. Wenn der Kreisausschuß schon aus der Hälfte der Mitglieder besteht, dann ist die Vereinfachung, die durch den Kreisausschuß erreicht werden soll, nicht gegeben. Das Wesentliche ist doch für den Kreisausschuß, daß dem Landrat ein kleines Parlament zur Verfügung steht, damit er in schwierigen Fragen nicht allein entscheiden muß.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schreibe also in den Antrag: "fünf bis neun, je nach der Größe des Landkreises".
Darf ich mit dieser Abänderung über den Antrag abstimmen?
Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag?
Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ankermüller: Ich möchte anregen, daß auch von der Partei aus beim Ministerium wegen der Landratswahlen und der Vorschriften ein Vorstoß gemacht wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe vor, es morgen selbst zu tun, damit von der Partei aus Schwung dahinter kommt.
Künzel: Bei uns geht zur Zeit das Gerücht um, daß jeder Landrat eingesetzt werden darf, nicht daß er gewählt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß diese Frage nach meinen Informationen überholt ist. Aus den letzten Vorgängen ist dies ersichtlich, nachdem Landratswahlen angesetzt werden.
Ich darf selbstverständlich Ihre Zustimmung annehmen - ich habe mich bisher schon immer in dem Sinne ausgesprochen -, daß man jetzt zu dem Prinzip übergegangen ist, die Landräte zu wählen.
Wetzel: Werden den Kandidaten, die für einen Landratsposten in Aussicht genommen sind, irgendwelche Zusagen gemacht, für wie lange Zeit sie gewählt werden?
Ankermüller: Das Gesetz sagt, daß der Kreistag auf zwei Jahre gewählt wird. Der gleiche Paragraph fährt fort: "Die Wahlperiode des Landrats braucht mit dieser zweijährigen Periode nicht übereinzustimmen." Der Landrat kann also auch für vier oder sechs Jahre gewählt werden. Es ist meiner Meinung nach so wie bei den unmittelbaren Städten, daß eben aufgrund der Wahl ein Dienstvertrag vereinbart wird, in dem die Amtsperiode festgelegt wird. Ich könnte mir vorstellen, daß sich die Wähler beispielsweise an eine längere Zeit binden, während der Kandidat sagt, ich lasse mir nicht die Möglichkeit entgehen, mich für irgendeine andere Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Es ist auch möglich, daß der betreffende Kandidat für sich die Frist kürzt und sich eine halbjährige Kündigungsfrist ausbedingt. So ist es im Gesetz gedacht. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit Ministerialdirektor *Koch* bei seiner Würzburger Anwesenheit in dieser Angelegenheit zu sprechen. Er meinte, die Wahlperiode könnte auch verlängert werden. Das sei absichtlich in den Paragraphen hineingekommen.
Herold: Das würde bedeuten, daß wir Schwierigkeiten haben in der Gewinnung von Kandidaten. Kein tüchtiger Mensch stellt sich zur Wahl, wenn er nach zwei Jahren wieder gehen und sich einen anderen Beruf suchen muß.
Ankermüller: Noch wesentlicher scheint mir zu sein, was der Ministerialreferent zum Ausdruck brachte - ich spreche nicht für mich -, daß zunächst einmal die Gehaltsfrage

geklärt werden müßte. Die Gehälter, die zur Zeit angeboten werden, sind für die Leute, die etwas können und denen man sonst überall nachläuft - der Jurist steht zur Zeit sehr hoch in Kurs -, so gering, daß diejenigen, die etwas leisten, sich überlegen, ob sie nicht woanders hingehen und nur von ihrem Pflichtgefühl gehalten werden, sich in der öffentlichen Tätigkeit weiter einzusetzen. Ich bitte, vielleicht auch in dieser Frage einmal vorzusprechen. Ich bitte es aber nicht so aufzufassen, daß man die Wahl zum Landrat davon abhängig machen möchte. Man soll dem Gaul beim Trinken nicht das Maul verbinden. Wenn alle Verantwortung draußen auf dem Landrat liegt - denn es liegt im ganzen genommen auf ihm noch mehr Verantwortung als bei der Regierung -, dann muß dem Rechnung getragen werden. Denn wir sind die Puffer zwischen Regierung und Volk. Wenn die Milch sauer wird, ist der Landrat schuld. Wenn man keine Kälber bekommt, ist der Landrat schuld, und wenn die Schweine verwerfen, ebenfalls der Landrat. Wenn der Wildschaden nicht bekämpft wird, hat der Landrat nichts getan. Ich bitte, daß diese Verantwortung in irgendeiner Form entsprechend honoriert wird.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jawohl.

Dürr: Ich möchte diesem Punkt beistimmen und ihn tatkräftigst unterstützen. Vor allem müssen die größeren Landkreise berücksichtigt werden, weil bei ihnen die Verantwortung und Arbeitsleistung entsprechend größer sein müssen. Bei einem kleineren Kreis ist es eher zu ertragen, wenn die Besoldung geringer ist, als bei einem grösseren Landkreis, wie z.B. beim Landkreis Würzburg.

Dann hätte ich noch eine andere Frage. Wir haben in den Zeitungen gelesen, daß die Bezirkswahlen verschoben werden. Es stand nichts dabei, ob auf immer oder bis wann. Es wäre sehr interessant, vielleicht einmal nachzufragen, ob man denn daran denkt, die Wahlen später stattfinden zu lassen.

Klenk: In Uffenheim liegt uns daran, möglichst schnell einen neuen Landrat zu bekommen. Der jetzige hat unsere Arbeit sabotiert. Wir können jeden Tag gefaßt und ins Loch gesteckt werden. Wenn der Landrat durch den Kreistag gewählt wird, ist er für uns schon sicher. Wird er nicht gewählt und über die Regierung bestimmt, dann muß unbedingt darauf hingearbeitet werden, daß auf beschleunigtem Wege für Abhilfe gesorgt wird in Fällen, in denen in den Landkreisen die CSU die absolute Mehrheit hat. Dort kann doch nicht ein SPD-Mann Landrat sein. Wenn sich dieser dann noch die Frechheit erlaubt und sich als Mitglied der CSU eintragen läßt, sich bei mir in einer Versammlung eine Beitrittserklärung schnappt und ausfüllt, trotzdem er uns überall sabotiert, so muß diese Sache auf irgendeine Art und Weise auf dem schnellsten Weg geklärt werden. Diese Männer müssen wir anhand unseres Wahlergebnisses wegbekommen können. Wir bitten, daß hier in allernächster Zeit eine grundsätzliche Änderung Platz greift. Wir bitten, daß diese unsere Stellungnahme von der Landesleitung der CSU unterstützt wird.

Dr. *Falkner*: Vielleicht ist die Debatte überflüssig. Ich kann ein passendes Beispiel bringen. Wir haben in einem Landkreis jetzt einfach eine Wahl des Landrats durchgeführt. Die Militärregierung hat es genehmigt. Die Wahl ist anerkannt. Der neue Landrat ist durch den Kreistag in Straubing gewählt worden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir sollten die Debatte damit abschließen. Liegen noch weitere Wortmeldungen für besondere Fragen vor? Das ist nicht der Fall.

Meine lieben Freunde! Ich glaube, der heutige Tag wird in der Geschichte der Union einmal als ein entscheidender Tag angesehen werden. Wir haben wirklich sehr gute

Arbeit für den Aufbau der Union geleistet. Wir haben keine großen Erklärungen nach außen gegeben mit Ausnahme der Gesichtspunkte, die entwickelt worden sind. Die nächste Landesversammlung wird eine repräsentative Versammlung sein, die mehr nach außen in Erscheinung tritt. Aber was wir heute geleistet haben, ist wirklich gute und saubere Arbeit gewesen. Sie haben diese Arbeit geleistet. Ich danke Ihnen recht herzlich dafür.
Nun gilt eines: Jetzt wieder draußen fest an die Arbeit. Wir haben Wahl auf Wahl vor uns. Wir werden noch weiter an Boden in unserem Volk gewinnen. Wir werden die Union noch weiter sichern und damit unserem Volk und unserer Weltanschauung dienen. Damit schließe ich die heutige Versammlung der CSU.

(Schluß der Landesversammlung 18.56 Uhr)

Nr. 19

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 13. Juni 1946[1] in München

Tagesordnung:[2]
1. Versammlungsform und Werbemaßnahmen
2. Parteiaufbau aufgrund der neuen Satzung: a) technisch, b) organisatorisch (Vorschläge zur Gründung einer Bauhütte für die Finanzierung des Organisationsausbaues.)
3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Fall Würzburg und Folgerungen aus diesem Fall
5. Vorschläge für das Entnazifizierungsgesetz
6. Sonstiges

Ferner:
7. Fälle Dr. Barth und Viechtach
8. Landshuter Presseresolution
9. Reichspartei

Tagungsort: München, Landessekretariat, Paul-Heyse-Straße 2-4

Anwesend:[3] Arnold, Barth, Ehard, Eichhorn, Falkner, Gamperl, Haußleiter, Helmerich, Horlacher, Hundhammer, Krehle, K.A. Kroth, von Miller, J. Müller (zeitweise), Pflaum, Rinke, F. Schäfer, Schedl, A.W. Schmidt; als Gäste: Clemens, Gerathewohl, Graemer, Liedig, Semler, R. Stücklen; ferner: Bengel, Gronwald, Kahn, Ritter von Lex, Schlögl

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 11.42 Uhr von Dr. *Eichhorn* als Vorsitzender eröffnet. Er gibt bekannt, daß der Landesvorsitzende Dr. *Müller* in Kürze eintreffen werde.
Dr. *Bengel* gibt inzwischen eine Presseübersicht über charakteristische Pressestimmen aus der letzten Zeit, wobei er insbesondere solche aus England (außenpolitische Rede *Bevins* vor dem Unterhaus), aus der britischen und sowjetrussischen Besatzungszone in Deutschland heranzieht, die sich mit Fragen der Parteipolitik, der allgemeinen Politik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik und des Separatismus befassen.
Anschließend erklärt Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt*, daß beabsichtigt sei, alle acht bis 14 Tage eine Presserundschau an die Kreise herauszugeben. Darin werde das umfangreiche Zeitungsarchiv des Landessekretariats verwertet. Dieses stehe im übrigen jederzeit auf Anforderung zur weiteren Verwendung zur Verfügung.

---

1 Ursprünglich war als Termin dieser Sitzung der 29. Mai vorgesehen. Eine Einladung an die "Mitglieder des bisherigen Landes-Arbeitsausschusses" zu einer Sitzung am 29. Mai 1946 findet sich z.B. im ACSP, NL Arnold 4. Mit Schreiben des Landessekretariats vom 25. Mai 1946 (ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, 13. Juni 1946) wurde die Sitzung aber "mit Rücksicht auf die Wahlvorbereitungen für die Verfassunggebende Landesversammlung vertagt".

2 Wortlaut der Punkte 1 bis 4 und 6 laut Deckblatt des Originalprotokolls, jedoch wurde die Reihenfolge dem tatsächlichen Sitzungsverlauf angepaßt: Tatsächlich war Punkt 1 als Punkt 6, Punkt 2 als Punkt 4 vorgesehen. Punkt 5 der vorgesehenen Tagesordnung entfiel zugunsten der Aussprache über das Entnazifizierungsgesetz. Er hatte gelautet: "Vorschläge und Berichte der Ausschüsse zum Parteiprogramm". Die unter "Ferner" aufgeführten Themen wurden anhand des Protokolltextes rekonstruiert.

3 Laut Anwesenheitsliste, ergänzt anhand des Protokolltextes. Die Namen von zwei Gästen sowie der Name des Protokollführes sind unleserlich.

Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] schlägt vor, bis zum Eintreffen des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* Punkt 6 der Tagesordnung "Versammlungsform und Werbemaßnahmen" zu behandeln.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* verliest einen Brief, den er an eine Reihe von Mitgliedern dieses Ausschusses versandt habe und der Gedanken des Landessekretariats über die Neugestaltung der Versammlungstechnik enthalte.
Dr. *Gamperl* hält den Plan der Landesgeschäftsstelle nicht für zweckmäßig.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* verweist auf die besonders gelungenen Versammlungen mit Dr. *Baumgartner* als Redner. Der Rahmen, der diesen Versammlungen gegeben werde (reicher Blumenschmuck, Musikkapelle), habe eine große Werbekraft ausgeübt.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] glaubt, daß man kein allgemeines Rezept geben könne, zumal die Verhältnisse in den Großstädten und auf dem flachen Land sehr verschieden seien.
Dr. *Gerathewohl* stimmt dem Vorsitzenden bei. Die Eröffnungsversammlung der Christlich-Sozialen Union im Deutschen Museum mit dem Symphonieorchester habe er z.B. in dieser Hinsicht nicht als gelungen empfunden. Es müsse jedoch danach gestrebt werden, die Versammlungen durch werbetechnische Maßnahmen zu beleben. In Südbayern sei eine weiß-blaue Ausschmückung des Versammlungsraumes zu empfehlen.
Kahn erwähnt eine Versammlung in dem Städtchen Schönsee in der nördlichen Oberpfalz an der tschechischen Grenze. Dort sei die Versammlung mit einem Heimatabend verbunden worden und habe das ganze Städtchen auf die Beine gebracht. In der Großstadt müsse man jedoch anders verfahren.
Dr. *Schedl* möchte aufgrund der Regensburger Erfahrungen vor Übertreibungen warnen. Den Leuten komme es im wesentlichen auf gute Redner an. Er müsse allerdings auch zugeben, daß die Dekoration mit weiß-blau in Südbayern eine ganz entscheidende Rolle spiele. Es sei jedoch schwierig, die Versammlungen überall so aufzuziehen, daß sie auch wirklich Niveau hätten. Im übrigen müsse ein Unterschied zwischen Versammlungen, in denen Diskussionsredner aufträten, und Kundgebungen gemacht werden.
Haußleiter macht auf den großen Unterschied zwischen politischen Wahlversammlungen und getarnten Werbeveranstaltungen mit Wanderzirkussen und dergleichen aufmerksam. Politische Wahlversammlungen könne man im allgemeinen nicht mit volkskundlichen Veranstaltungen zusammenlegen.
Landesvorsitzender Dr. *Müller* übernimmt den Vorsitz und kommt sofort darauf zu sprechen, daß ihm heute bei der Militärregierung von Major *Vacca* mitgeteilt worden sei, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberfranken, Dr. *Barth*, sei von 1933 bis 1935, als er in Danzig wohnte, Mitglied der NSDAP gewesen. Er (Dr. *Müller*) habe vor einer etwaigen Verhaftung gebeten, vorher mit Dr. *Barth* Rücksprache nehmen zu dürfen, da er an diese schwere Anschuldigung nicht ohne weiteres glaube.
Dr. *Barth* gibt dazu folgende Erklärung ab: Ich wurde 1933 in dem Danziger Vorort Schiedlitz, als die Wellen der Machtergreifung im Reich auch nach Danzig schlugen, wie alle anderen Beamten aufgefordert, in die Partei einzutreten. Der Stichtag, zu dem der Eintritt erfolgen sollte, war wohl der 1. Mai. Ich hatte nicht die mindeste Neigung zum Eintritt. Denn ich gehörte mit zu denen, die schon im Januar und Februar äußerten, die Machtergreifung bedeute den Krieg. Ich mußte natürlich angesichts der Stimmung etwas vorsichtig verfahren. Es hat nämlich schon 1933 die ersten

Zusammenstöße gegeben, die damals noch glimpflich verliefen. Ich habe es dann so hingedreht, daß ich den 1. Mai vorübergehen ließ. Ich konnte dann erklären: Jetzt ist es zu spät.
Nun hängt die Geschichte noch mit dem damaligen Ortsgruppenleiter zusammen, der mir seinerzeit auch wiederholt ins Haus gestiegen kam, einem gewissen *Schwanke*. Er ist später, etwa 1935 - den Zeitungsartikel habe ich mir aufbewahrt -, wegen Unterschlagung von Parteigeldern zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.
Im Herbst 1934 zog ich nach Langfuhr um. Eines Tages fiel ich aus allen Wolken, als ein Mann der Partei erschien und mir erklärte, er hätte Beiträge zu kassieren. Ich erklärte ihm darauf, es müsse ein Irrtum sein, denn ich wäre ja gar nicht in der Partei. Daraufhin zog er wieder ab und wollte dann Erkundigungen anstellen, wie sich das verhielte. Inzwischen hatten im Juni 1933 die Nationalsozialisten ohne Deutschnationale die Regierung gebildet. Ich suchte nun nach einem Grund, um diese Sache klar zu stellen. Den Entwurf dieses Briefes habe ich noch zu Hause. In diesem Briefe schrieb ich ungefähr, daß ich die Nachricht bekommen habe, für die Partei Beiträge zu bezahlen, daß aber das für mich nicht in Frage komme. Denn ich hätte außer meinem Schuldienst die Ausbildung von Referendaren, ich arbeitete wissenschaftlich, ich betreute die VDA-Schulgruppe, die ich bereits als volkskundliche Gruppe in diesem Grenzland aufgezogen hatte. Da ich mir Parteizugehörigkeit nicht ohne Parteiarbeit denken könne, so hätte ich nur die Wahl, das eine oder das andere zu tun, und ich bitte es nicht zu mißdeuten, wenn ich diese Mitgliedschaft ablehne. Das war etwa im Herbst 1935. Daraufhin habe ich nie mehr etwas gehört.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bei der Militärregierung gab man mir Ihre Parteinummer mit drei Million und soundso viel an.
Schäfer erwähnt einen ähnlichen Fall, wo jemand Mitglied gewesen sei und es nicht gewußt habe.
Haußleiter weist in diesem Zusammenhang auf Pläne der Kommunisten hin, grundsätzlich jeden Vorsitzenden der bürgerlichen Parteien "abschießen" zu wollen.

Die Sitzung wird um 12.35 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 14.38 Uhr unter dem Vorsitz von Dr. *Eichhorn* mit der Behandlung von Punkt 4 der Tagesordnung "Parteiaufbau aufgrund der neuen Satzung" wieder aufgenommen.

Dr. *Gronwald* führt hierzu aus: Die Satzungen, die in der Landesversammlung am 17. Mai beschlossen worden sind, sind inzwischen noch nicht von der Militärregierung genehmigt worden. Die Militärregierung in München hat erklärt, daß sie einige Änderungsvorschläge zu den Satzungen zu machen haben wird. Welcher Art diese Änderungsvorschläge sein werden, wissen wir noch nicht. Aber nach den Würzburger Vorkommnissen kann man erraten, worum es sich dabei handeln wird. Sie werden in erster Linie dahin gehen, daß Mitglieder von Organen der Union nur solche Persönlichkeiten sein können, die dazu von einer Mitgliederversammlung oder einer sonst dafür zuständigen Versammlung gewählt werden. Unsere Satzungen sehen vor, daß beispielsweise bei den Orts- und Kreisverbänden die Abgeordneten und Vertreter in den kommunalen Parlamenten den Vorständen oder den Beiräten angehören. Weiterhin ist beim Landesverband vorgesehen, daß die Mitglieder der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören, Mitglieder des Landesverbandsvorstandes sind. Das soll nach der Ansicht und nach dem Willen der Militärregierung nicht zulässig sein. Mit-

glied dieser Gremien kann nur sein, wer ordnungsmäßig hineingewählt worden ist. Eine schriftliche Auflage und eine offizielle Erklärung der Militärregierung für Bayern liegt noch nicht vor. Aber sobald die Satzungen genehmigt sind, sollen sie den Ortsverbänden, Kreisverbänden und Bezirksverbänden zugeleitet werden.
Dann ergeben sich für die Untergliederungen der Union eine ganze Anzahl Aufgaben, die beschleunigt durchgeführt werden müssen. Zunächst wird es erforderlich sein, daß die Ortsverbände Mitgliederversammlungen einberufen, in denen Umfang und Amtsdauer der Vorstandschaft in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Satzung gebracht werden müssen. Die Vorstandschaften müssen also eine bestimmte Mitgliederzahl haben und ihr Amt muß auf ein Jahr begrenzt werden. Ferner müssen die Ortsvorstandschaften Kassenprüfer und vor allen Dingen die Vertreter zum Kreisverband wählen.
Nachdem die Ortsverbände getagt haben, müssen die Kreisverbände zusammentreten, ihrerseits die Kreisvorstandschaft und den Beirat bilden und vor allem zwei Vertreter zur Bezirksversammlung und zwei Vertreter zur Landesversammlung wählen. Nach den Kreisverbänden müssen die Bezirksverbände zusammentreten, um die Bezirksvorstandschaft zu bilden, den Bezirksständerat zu konstituieren und die Vorsitzenden der Ausschüsse zu wählen, sie müssen die Wahl der Vertreter zur Landesversammlung vornehmen und die Vertreter zum Landesausschuß wählen. Ferner haben die Bezirksverbände die Aufgabe, die fachkundigen Mitglieder für die Arbeit von Organisationsausschüssen des Landesverbandes zu nominieren. Erst nachdem die Bezirksverbände getagt haben, ist es möglich, eine zweite Landesversammlung nach Maßgabe der neuen Satzungen einzuberufen und den neuen Landesausschuß zu konstituieren. Aus diesem neuen Landesausschuß wird dann die neue Landesvorstandschaft gebildet werden.
Bekanntlich wird nach den Satzungen zwar der Landesvorsitzende von der Landesversammlung gewählt, aber es obliegt dem Landesausschuß, die übrigen Mitglieder der Vorstandschaft zu wählen.
Alles in allem genommen vergehen über diesem organisatorischen Aufbau nach Genehmigung der Satzung durch die Militärregierung ungefähr acht Wochen, wenn man die Termine drängt und dabei die satzungsgemäßen Fristen wahrt. Es sind ja bestimmte Termine und Fristen für die Einberufung der verschiedenen Versammlungen festgesetzt. In der Regel sind es acht Tage. Wenn man das einmal durchrechnet, kommt man auf sieben bis acht Wochen, um den neuen Landesausschuß, die neue Landesversammlung und die neue Landesvorstandschaft zu bilden. Bis das geschehen ist, bleiben die alten Gremien weiter in Tätigkeit.
Dr. *Horlacher*: Meine Herren! Ich habe damals bei der Landesversammlung schon gesagt: Die Satzungen sind reichlich kompliziert. Ich war nicht selbst bei den Amerikanern. Ich habe bloß mittelbar davon gehört. Die Schilderung des Vorredners ist, glaube ich, nicht vollständig. Die Amerikaner stoßen sich nicht nur an den paar Äusserlichkeiten. Soweit ich informiert bin, ist den Amerikanern die Satzung viel zu zentralistisch aufgebaut. Sie weckt nach außen hin den Anschein, als ob letzten Endes bloß einer entscheidend ist. Das will man nicht. Ich muß Ihnen offen gestehen, ich will das auch nicht und viele unserer Parteifreunde wollen es ebenfalls nicht. Eine große Partei braucht eine Führung, die sich auf das gesamte Vertrauen der Landesversammlung stützt.
Ich habe mich noch nicht zu bestimmten Anträgen durchgerungen. Ich habe schon gesagt, wir behalten uns Änderungen der Satzung vor. Ich habe mich damals in der Lan-

desversammlung aus Gründen dagegen gewendet, die auf anderen Gebieten lagen, Satzungsänderungen von weitgreifendem Umfange vorzunehmen. Ich stehe aber heute auf dem Standpunkt, daß die Verhältnisse, in denen sich die Partei befindet, und die Schwierigkeiten der Lage es erfordern, daß mindestens ein Direktorium gewählt wird, und zwar von der ganzen Landesversammlung. Dann kann niemand sagen, die Union sei nicht demokratisch aufgebaut. Im demokratischen Staat hat der Landesvorsitzende - ich bedauere, daß er nicht anwesend ist - nicht die Aufgabe, für sich die programmatischen Grundlinien der Partei anzugeben, sondern die Linie der Partei einzuhalten, die sich aus der Gesamthaltung der Partei ergibt. Das ist die Aufgabe des demokratischen Führers einer demokratischen Partei und zu diesem Zweck muß er - und hier ist nach meiner Überzeugung die Satzung der Sozialdemokratie mustergültig - von einem Stab von Leuten umgeben sein, die das Vertrauen der ganzen Landesversammlung genießen. Als die Satzungen seinerzeit angenommen wurden, habe ich sie mir angesehen. Ich bin dabei erschrocken. Es gehört ja ein Studium dazu, bis man feststellt, wer Mitglied des Landesausschusses oder der Landesvorstandschaft ist.

Dieses Studium können wir uns ersparen. Die Landesvorstandschaft müßte meines Erachtens von der ganzen Landesversammlung gewählt werden. Alle Bezirksverbände haben das Recht, die Linie der Partei im ganzen Lande so zu bestimmen, wie es der Gesamtauffassung der Partei entspricht. Das ist kein Vorwurf gegen irgend jemand, sondern bloß eine Sicherung der Gesamtführung der Partei. Ich sehe nicht ein, warum nicht beispielsweise ein siebenköpfiges Direktorium die Verhältnisse der Partei insgesamt führt und ordnet.

Ich überlege mir nach dieser Richtung hin die Dinge. Ich glaube, es sind verschiedene Herren da, die innerlich der gleichen Auffassung sind, daß wir ein gewähltes Gesamtdirektorium finden müssen, schon um den Schwierigkeiten von der amerikanischen Seite zu entgehen, um den Vorwürfen zu entgehen, daß wir zentralistisch oder diktatorisch oder dergleichen aufgebaut sind. Schon deshalb müßte dieses gewählte Direktorium unter allen Umständen von der gesamten Partei bestimmt werden.

Das ist der wesentliche Gesichtspunkt, der mich bei der ganzen Satzung interessiert. Ich muß Ihnen schon sagen, wenn ich selber über die Satzung zu bestimmen gehabt hätte, so hätte ich eine solche Satzung nie in Vorlage gebracht. Eine Satzung muß - das wissen wir alle, die organisatorisch tätig sind, auch Herr *Helmerich* wird es bestätigen - von einem Mann in einem Guß nach demokratischen Grundlinien herausgearbeitet werden. Sie muß übersichtlich sein. Man muß wissen, wer wählt und wer in dem ganzen Betrieb Koch und Kellner ist. Ich kann das von der Satzung nicht behaupten.

Wenn ich Amerikaner wäre und die Neuordnung der Demokratie zu vollziehen hätte, dann wäre ich noch vorsichtiger und noch skeptischer als es ein Deutscher ist, der die Verhältnisse doch immer noch vom deutschen Gesichtspunkt ansieht. Nach der Diktatur, die wir durchlebt haben, finden Sie keine Besatzungsmacht, die dazu ihre Zustimmung gibt, daß eine Satzung geschaffen wird, die nur nach außen hin den Anschein erweckt, als ob in ihr die demokratischen Grundsätze gewahrt wären. Das ist nach dem, was ich gehört habe, die Meinung der amerikanischen Seite.

Diese Meinung scheint mir zum Teil nicht ganz unberechtigt zu sein. Da muß man sich schon die Mühe nehmen, die Dinge mit den Herren einmal ganz klar durchzusprechen, damit man in den Grundauffassungen übereinkommt. Die Satzungen müßten dann einer entsprechenden Änderung unterzogen werden. Wir haben die Satzung bloß deshalb so rasch verabschiedet, damit wir vor den Wahlkämpfen zu einer

praktischen Arbeit auf verschiedenen Gebieten gekommen sind. Denn sonst hätten wir nahezu überhaupt nichts in der Hand gehabt.
Bei der Mehrzahl der Landesversammlung hat die Meinung überwogen, zunächst ein Dach über den Kopf zu bekommen, um dann den Weg für die praktische Arbeit frei zu machen. Wir wollen uns damit nicht zu lange aufhalten. Es hat gar keinen Sinn.
Ich mache also den Vorschlag, daß wir aus der Landesversammlung ein Direktorium wählen. Dieses kann dann den Vorsitzenden von sich aus wählen. Es ist gar nicht notwendig, daß der Vorsitzende von der ganzen Landesversammlung bestimmt wird. Maßgebend ist für die Landesversammlung, daß ein Direktorium vorhanden ist, das ihr für die Einhaltung der Richtlinien der Gesamtpartei verantwortlich ist.
Ich weiß nicht, wie die anderen Herren darüber denken. Von mir aus kann der erste Vorsitzende noch von der Landesversammlung gewählt werden. Maßgebend ist für mich dabei, daß eine Garantie besteht, daß eine vollständig demokratische Führung der Partei auf breiter Grundlage gegeben ist.
Das ist rein sachlich meine Auffassung zur Satzung. Damit trete ich niemand zu nahe. Ich möchte die Garantie haben, daß unsere Partei nicht immer auf amerikanischer Seite auf diese Schwierigkeiten stößt, die uns eines schönen Tages - darüber gibt es gar keinen Zweifel - vor die größten Überraschungen bringt. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, mein Artikel in der Süddeutschen Zeitung ist gerade noch zur rechten Zeit gekommen.

(Sehr richtig!)

Sonst wäre noch ein anderes Unglück passiert. Ich habe den Eindruck, die Herren sind über die Vorgänge insgesamt nicht richtig informiert. Ich habe nur zu wenig Zeit, den Dingen nachzugehen. Ich könnte mich erkundigen. Ich habe diesen Artikel in größter Eile geschrieben. Ich bin damals in der Frühe um 8 Uhr in mein Büro gekommen und von einigen Herren auf gewisse Gefahren hingewiesen worden. Wir haben den Artikel in der letzten Minute noch in die Süddeutsche Zeitung hineinbekommen. Er ist dann von der übrigen Presse übernommen worden.
Die Lage für die Union ist - das sage ich den Herren ganz unumwunden -, soweit es die oberen Stellen der Amerikaner betrifft, zur Zeit keine rosige. Da heißt es, sich auf dem politischen Parkett entsprechend anzupassen, denn sonst passiert eines schönen Tages ein Unglück.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] spricht sich dagegen aus, daß grundsätzliche Dinge in Abwesenheit des Landesvorsitzenden diskutiert werden.
Nach zustimmender Äußerung von Dr. *Hundhammer* wird die Behandlung des Themas "Satzungen" (Punkt 4 der Tagesordnung) bis zur Ankunft des Landesvorsitzenden verschoben.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* will den Kreis der Teilnehmer an der gegenwärtigen Besprechung auf den Arbeitsausschuß beschränkt wissen.
Ritter von Lex kommt noch einmal auf den Wunsch der Amerikaner zu sprechen, daß nur gewählte Personen Mitglieder von Gremien der Union sein sollten. Er findet diesen Wunsch durchaus berechtigt.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] macht auf Schwierigkeiten aufmerksam, die sich bei der Wahl von mehreren Vorsitzenden unter Berücksichtigung der verschiedenen der Union angehörenden Gruppierungen ergeben könnten. Eine kollegiale Führung der Geschäfte führe zu keiner Entscheidung.

Pflaum verweist darauf, daß die Satzung für München damals ohne weiteres genehmigt worden sei.
Dr. *Gronwald* erläutert nochmals die Änderungswünsche der Militärregierung, wie sie im Falle Würzburg in Erscheinung getreten seien. Die Militärregierung selbst habe festgestellt, daß von Diktatur keine Rede sein könne.
Auf Anfrage von Dr. *Falkner*, ob nicht die Satzung nach dem Vorgang Würzburg für jeden Bezirksverband eigens genehmigt werden müßte, antwortet Dr. *Gronwald*, daß nach Genehmigung der Satzung durch die Militärregierung von Bayern diese für alle Militärregierungen in Bayern verbindlich sei.
Dr. *Kroth* erklärt unter Bezugnahme auf die Würzburger Erfahrungen, daß Wahlvorschläge durch die Vorstandschaft nicht zugelassen würden.
Dr. *Hundhammer* bringt seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß allem Anschein nach jetzt die Satzung so geändert würde, wie er es schon immer angeregt habe.
Vorsitzender [*Wilhelm Eichhorn*] bedauert unter Zustimmung des Arbeitsausschusses, daß keine Sitzung des Arbeitsausschusses möglich[4] sei, ohne daß nicht der Landesvorsitzende zur Militärregierung befohlen werde.
Der Arbeitsausschuß befaßt sich dann mit werbetechnischen Fragen (Plakatentwurf).
Anschließend entwickelt Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* den Plan zur Errichtung einer Bauhütte, die der Christlich-Sozialen Union die für den Ausbau der Partei unbedingt benötigten Gelder beschaffen könne. Er verliest den Entwurf eines Briefes an alle Bezirks- und Kreisverbände, der sich mit diesem Plan befaßt. Es sei daran gedacht, Bausteine von tausend bis fünf Mark auszugeben, die besonders von den finanziell starken Ortsverbänden erworben werden könnten. Er glaube, daß mit dieser Organisation ungefähr 1,2 Millionen Mark aufgebracht werden könnten.
Dr. *Hundhammer* schlägt vor, diese Frage zurückzustellen und die anderen wichtigeren Punkte der Tagesordnung zu behandeln.
Dr. *Müller* übernimmt den Vorsitz (15.20 Uhr). Er erstattet zuerst noch einmal Bericht über den Fall *Barth* und fährt dann fort:
Der heute tagende Arbeitsausschuß hätte schon abgelöst sein können oder müssen, wenn die Statuten bereits in Kraft wären. Ich weiß, daß bestimmte Leute böswillig jede Kleinigkeit benützen wollen, um zu intrigieren und erkläre daher, daß alle diese Intrigen bisher nicht gerechtfertigt sind. Aussetzungen an den Statuten sind im Detail nicht angekündigt, vor allem nicht in dem Sinne, in dem das behauptet wird, daß etwa die Statuten einer Parteidiktatur Vorschub leisten sollen. Eine solche Gemeinheit weise ich mit aller Energie gegenüber jedermann zurück.
Bisher ist lediglich ein Fall zur Sprache gestanden, in dem die Statuten eine Rolle gespielt haben. Das war der Fall Würzburg. Hierüber ist Ihnen aus der Presse bekannt, daß die Union in Würzburg suspendiert wurde, nicht etwa, wie das selbstverständlich uns nahestehende Herrschaften behauptet haben, verboten wurde, um das ausdrücklich zu erklären. Die Suspension ist auf folgende Vorgänge zurückzuführen:
Sie kennen alle Dr. *Dürr*, der Mitglied des Landesarbeitsausschusses war. Es ist ein Unrecht, wenn heute Dr. *Dürr* von eigenen Parteifreunden etwa als Reaktionär verschrieen werden sollte. Dr. *Dürr* ist einer der aufgeschlossensten und vernünftigsten Menschen, und ich muß auch da wieder sagen, es ist eine Gemeinheit, wenn man das

[4] In der Vorlage: "nötig".

Geschäft anderer betreibt und eigene Parteifreunde sofort als reaktionär bezeichnet, nur um anderen zu Gefallen zu reden.
Dr. *Dürr* hat gearbeitet wie kein zweiter. Er hat sich Tag und Nacht für die Union Mühe gegeben, und ich wollte nur, daß die Maulaufreißer, die sich jetzt in Gemeinheiten ergehen, so viel schon für die Union getan hätten wie Dr. *Dürr*. Wenn er eines getan hat, was vielleicht zu Unannehmlichkeiten geführt hat, so war es das, daß er zu viel gearbeitet hat, daß er dauernd draußen in jedem kleinen Ort war und dort seine Vorträge gehalten hat. Vielleicht hätte er sich leichter getan, wenn er sich da oder dort Arbeiten draußen erspart hätte und mehr im Büro sitzen geblieben wäre. Aber, Sie wissen, wie das jedem von uns geht. In einer Zeit, in der man gleichzeitig den Aufbau der Partei vorzunehmen und die Wahlkämpfe zu bestehen hat und gleichzeitig politisch arbeiten soll, wird eben das eine oder andere nicht so präzis erledigt werden können, wie das bei normalem Aufbau der Partei der Fall ist. Vergessen Sie nicht, daß wir immerhin schon drei Wahlkämpfe hinter uns hatten, die wir größtenteils mit einem Parteiapparat durchgeführt haben, der verschwindend klein ist. Wir hatten nicht die Mittel zur Verfügung wie meinetwegen die Kommunisten und nicht die Autos, wie sie dort zur Verfügung standen. Wir hatten auch nicht so viele Leute draußen im Vordergrunde stehen wie die anderen.
Infolgedessen muß jeder von uns Tag und Nacht arbeiten, wenn er wirklich etwas leisten will. Deswegen muß ich mich mit aller Energie gegen eine Haltung wenden, die zum mindesten unter Parteifreunden unfreundschaftlich und unkameradschaftlich ist und die im übrigen, wie ich vorhin erklärt habe, oft nur eingenommen wird, um vor anderen in die Knie zu gehen.
Dr. *Dürr* hat, um auf die Vorwürfe im einzelnen einzugehen, bei der Bestellung der Wahlprüfer u.a. einen Mann vorgeschlagen - ich glaube er hieß *Leininger* -, der 1933 zur Partei kam. Ich konnte nun mittlerweile nicht mit Dr. *Dürr* sprechen. Unser Freund Dr. *Kroth* wird nachher wohl einiges dazu sagen können. Jedenfalls hat Dr. *Dürr Leininger* seit 1931 oder 32 nicht mehr gesehen gehabt. Dr. *Dürr* weist, um das gleich vorweg zu nehmen, auch darauf hin, daß auch die SPD einen solchen Mann vorgeschlagen hatte, ebenso wie die Wiederaufbau-Vereinigung. Ich möchte dieses Material noch nicht verwenden, solange ich nicht im einzelnen den Beweis führen kann, daß auch von den anderen Parteien Leute bei der NSDAP waren.
Wir hatten in Würzburg bestimmte Schwierigkeiten innerhalb der Union. Ich brauche nicht zu verschweigen, daß verschiedene Richtungen da waren, wie es beim Aufbau der Union bisher überall der Fall war. Da soll sich keiner über den anderen aufregen und keine Stadt über die andere. Denn alle haben ihre Schwierigkeiten. Man soll Schwierigkeiten nicht dadurch verbergen, daß man den anderen als Reaktionär verschreit.
Einen weiteren Vorwurf konnte man etliche Zeit vorher schon in Schweinfurt hören, daß nämlich bei der letzten Wahl Wahlbestechungen dadurch vorgekommen seien, daß Brot und Mehl verteilt worden seien. In Wirklichkeit hat die Caritas immer schon während des Winters an die armen Leute etwas verteilt. Jetzt hat man diese Dinge mit den Wahlen in Verbindung gebracht. Vielleicht war es ein Nachteil, daß das Büro Dr. *Dürr* mit einer dieser Stellen irgendwie verbunden war, weil Dr. *Dürr* Angestellter des Ordinariats war.
Weiter gab es Dissonanzen zwischen einzelnen Gruppen in Würzburg. Wie Sie wissen, hat unser Parteifreund *Vitus Heller* von dort schon Sorge bereitet. Er bereitet sie uns auch heute wieder. DANA hat mich einmal angerufen, daß sie eine Rede von *Vi-*

tus Heller der Militärregierung geben wolle, weil er erklärt hatte, der marxistische Materialismus liege in den letzten Zuckungen und zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus sei kein Unterschied. Das sollte ein Ausgangspunkt für den Kampf gegen ihn werden.
Vitus Heller hat sich nun wieder mit anderen gerieben. Die Jungen dort waren unzufrieden mit den Alten, wie es anderswo auch vorkam. Besonders erschwert wurden die Verhältnisse in Würzburg dadurch, daß dort eine eigene Wiederaufbau-Vereinigung erstand, in der *Michel Meisner*, der Sohn des bekannten früheren Rechtsanwalts und Justizrats *Meisner*, eine große Rolle spielt.
Dazu kamen Dissonanzen mit dem früheren zweiten Vorsitzenden zur Zeit *Stegerwalds*, *Otto Stein*. Es ging um die Frage, ob ein ehemaliger Logenbruder Mitglied der Union sein kann. Es wurde an uns geschrieben. Ich hatte darüber in meinem Büro mit einigen Herren eine Aussprache. *Scharnagl* und wir vertraten die Auffassung, daß er Mitglied werden könne. Aber mittlerweile hat *Stein* in Würzburg schon ein Vertrauensvotum erzwingen wollen. Sie können sich vorstellen, was für eine kluge Taktik von *Stein* das war. Er hat das entsprechende Vertrauensvotum von Würzburg nicht bekommen. Infolgedessen ist er aus der Union ausgetreten und hat sich mit *Michel Meisner* zusammengetan. *Meisner* ist so stark geworden, daß er uns vielleicht acht bis zehn Mandate und den Sozialdemokraten zwei bis vier Mandate nach der Schätzung der Würzburger weggenommen hat.
Als weiteres kam hinzu: *Stegerwald* hatte einen Vorzimmermann, einen Oberregierungsrat *Klemm*, der ein absoluter Vertrauensmann von *Stegerwald* war. Als *Stegerwald* starb und *Stock* kam, trat er sofort in die SPD über, weil sein neuer Präsident SPD-Mitglied war.
Weiters kommt hinzu, daß die Union in Unterfranken in stärkstem Kampf mit dem Regierungpräsidenten *Stock* steht. Wie weit der Kampf geht, können Sie sich vorstellen, wenn Sie hören, daß *Stock* zu zwei Leuten gesagt hat, man werde sich doch nicht einbilden, daß die Amerikaner ein Pfund Brot nach Bayern geben würden, solange nicht eine sozialdemokratische Mehrheit bestehe. Das ist wohl kennzeichnend für die Geisteshaltung des Herren Regierungspräsidenten.
Es ist selbstverständlich, daß auf diese Weise alles zusammengetragen wird, was der Union irgendwie nachteilig sein kann. *Meisner* hat reichlich mitgeholfen. Er hat lange Zeit geschwankt. Als die erste Wahl vor sechs Wochen war, hat er mir in Gegenwart von drei oder vier Herren in einer Unterredung erklärt, daß die Amerikaner die Union als reaktionär ansähen. Ich habe ihm darauf erwidert: Lieber Kollege *Meisner*, Sie stehen außerhalb der Union, das lassen Sie ruhig meine Sorge sein, solange Sie außerhalb der Union stehen. Denn ich wußte, daß er vorher mit den Sozialdemokraten verhandelt hat. Wenn ich den Eindruck habe, daß einer mit zwei[en] verhandelt und von jedem mehr herausschlagen will, so verständige ich mich lieber mit dem zweiten, also in diesem Fall mit den Sozialdemokraten, als mit dem, der von beiden Geschäfte machen will.
Bei dieser Unterredung habe ich *Meisner* auch vorgehalten, daß er gesagt habe, die Union werde in Würzburg von der Militärregierung verboten werden. Er hat darauf erwidert: So war es nicht gemeint. Jedenfalls mußte der Eindruck entstehen, daß *Meisner* größten Wert darauf legt, die Militärregierung mit allen Informationen zu bedienen, die ihm irgendwie aus der Union heraus zugänglich waren. Es ist auch selbstverständlich, daß er aufgrund der Vorgänge, die ich geschildert habe, gewisse Informationen hatte.

Unter solchen Verhältnissen, wie sie in Würzburg vorlagen, ist es leider immer so, daß unsere Leute bis jetzt die Parteidisziplin noch kaum richtig erfaßt haben und daß sie sehr willens sind, alles zu glauben, was ihnen ein Dritter, ein Gegner sagt. Sie sind sofort bereit, gegen die eigenen Parteifreunde anzugehen, nur wenn es irgendwie ins Konzept paßt.

Die Militärregierung hat dann zunächst Dr. *Dürr* abgesetzt. Ich habe mich daraufhin mit Dr. *Kroth* telefonisch verständigt und ihm Vollmachten erteilt, die Union in Würzburg so rasch wie möglich in Ordnung zu bringen. Ich darf dabei sagen: Wenn manche Leute glauben, sie könnten schnell von Parteidiktatur reden, so ist es immerhin ein Beweis für die Haltung der Miltärregierung, daß sie mir z.B. im Falle Oberpfalz ausdrücklich erklärt hat: Sie haben aufgrund der Ihnen erteilten Vollmachten jederzeit das Recht, wenn etwas nicht in Ordnung ist, einen Vorsitzenden durch einen anderen zu ersetzen, dem Sie vorübergehend Ihre Vollmachten geben, solange, bis demokratische Wahlen durchgeführt sind.

Auch in Würzburg hätte man diesen Weg gehen können. Dort aber war die Militärregierung damit einverstanden, daß innerhalb der nächsten Tage Wahlen stattfänden. Vor den Wahlen ging Dr. *Bergsträsser*, der Vertreter von Dr. *Dürr*, zur Militärregierung und sprach mit Lt. *Chadweek*. Auf die Frage Dr. *Bergsträssers*: Was sollen wir jetzt tun, erklärte er, sie können ja alle Dr. *Dürr* wieder wählen. Nachher hat er allerdings dazugesetzt: Sie hätten ja auch den Gauleiter *Hellmuth* wählen können. Lt. *Chadweek* hat also diese Auskunft als Scherz betrachtet und Dr. *Bergsträsser* hat sie ernst genommen.

Dr. *Kroth* berichtete das Ergebnis der Unterredung der Bezirksvertrauensversammlung. Aufgrund der Tatsache, daß Lt. *Chadweek* erklärt hatte, sie können Dr. *Dürr* wieder wählen, wurde Dr. *Dürr* einstimmig gewählt. Von einer Herausforderung der Militärregierung kann also gar keine Rede sein. Es ist eher die Frage, ob man schon im Rahmen des Aufbaues der Demokratie - ich sage ausdrücklich des Aufbaues - ein Volk vor sich hat, das solche Scherze versteht. Die Wahl wurde als Herausforderung angesehen und die Union für Würzburg-Stadt und -Land wurde suspendiert.

Meine Herren! Wie weit die Verhältnisse dort gediehen waren, ersehen sie daraus, daß bei den Verhandlungen um die Besetzung des Bürgermeister- und Landratpostens *Stein* einen Brief an die Union gerichtet hat, in dem er ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß man *Meisner* als Landrat wählen müßte, also trotz der großen Stimmenmehrheit der Union - 24:8 -, denn die Union würde sonst Nachteile haben. Denn die Militärregierung, die ihrerseits Wert auf *Meisner* lege, würde das übel vermerken.

Wir haben hier sogar den schriftlichen Beweis, daß man versucht hat, die Militärregierung in die Konkurrenz der Parteien hineinzuspielen.

Ich habe dann die in Würzburg angesetzte neue Vertrauensmännerversammlung besucht. Wir hatten Aussprachen mit *Chadweek*. Ich habe hier in München Major *Vacca* schon die Äußerung *Chadweeks* vorgehalten, man könne auch den Dr. *Dürr* wieder wählen. Als wir dann mit *Chadweek* zusammen waren, hat dieser mir die Bedenken wegen der Statuten gesagt.

Ich sehe heute noch nicht hundertprozentig klar, inwieweit Dr. *Dürr* böswillig gehandelt oder geschlampt oder nur etwas getan hat, was er vielleicht besser nicht hätte tun sollen. Er wurde aufgefordert, Statuten vorzulegen. Das war in der Zeit, in der wir hier die Statuten geschaffen haben. Er hat Statuten vorgelegt, die offenkundig nicht autoritativ von einer Mitgliederversammlung genehmigt worden waren.

Nun haben wir mit der Militärregierung in Würzburg die Statuten durchbesprochen. Major *Vacca* hatte die Statuten von uns am 19. Mai, also am Tage nach der Landesversammlung, in Deutsch erhalten und am 21. Mai in Englisch. Er hatte bis zum Fall Würzburg noch keine Stellung genommen. Er hat dann in der Nacht telefonisch Lt. *Chadweek* verschiedenes durchgegeben, und wir haben dann die Aussetzungen miteinander besprochen. Es wurden dabei die in der Landesversammlung beschlossenen Statuten nahezu in allen Punkten zugrundegelegt. Als Grundlage für Änderungen wurde aber nicht das bezeichnet, was manche Leute behauptet haben. Es waren im wesentlichen folgende Punkte - *Kroth*, Sie waren dabei, vielleicht korrigieren wir uns gegenseitig.

Der eine Punkt war, daß Mitglieder des Kreis- und Bezirksausschusses nicht nur die gewählten einzelnen Vertreter sind, sondern auch die im Bezirk oder Kreis wohnhaften Mitglieder der Bezirks- oder Kreistagsfraktion oder des Landtages. Das wurde als nicht demokratisch bezeichnet, weil die Leute unmittelbar gewählt werden müssen. Wir müßten infolgedessen zumindest vorsehen, daß diese Männer durch Zuwahl kooptiert würden, damit auf diese Weise eine direkte Wahl stattfindet. Das war wohl der Haupteinwand.

Alle anderen Punkte waren nebensächlich. Es wurden höchstens noch zwei oder drei Ausstellungen gemacht, die darauf zurückzuführen sind, daß eine schlechte englische Übersetzung vorlag, weil die Übersetzung von einem Übersetzungsbüro vorgenommen wurde, das nicht besonders gute Arbeit geleistet hat.

Alles andere, was hier kolportiert wurde, entbehrt jeder Grundlage. Die Fragen, die dann noch in der Unterhaltung zwischen Major *Vacca* und mir aufgetaucht sind - ich habe bisher seine endgültige Stellungnahme zu den Statuten noch nicht -, gehen im wesentlichen darauf hinaus, daß er wünschte, daß man die Fragebogensache in die Statuten hineinnehmen sollte, worauf ich erwidert habe, das gehöre nach meinem Empfinden nicht dazu, sondern solle als Anlage den Statuten beigegeben werden, als ordinances der Militärregierung, die zu berücksichtigen sind, weil sie immer höheres Recht sind als die Statuten und diese außer Kraft setzen, soweit sie ihnen entgegenstehen.

Zur Diskussion stand noch die Frage der Wählbarkeit. Auch da habe ich die Auffassung vertreten, daß es in die Anlage genommen werden sollte, weil es höheres Recht als unser eigenes Recht ist.

Es wurde dann beschlossen - *Chadweek* war selbst in der Sitzung da -, daß die vom Bezirksausschuß gebildeten Statuten an die Kreise herausgehen sollten, daß die Kreise ihrerseits Beschluß fassen und die Satzungen bei den örtlichen Militärregierungen einreichen sollten, die sie an die Bezirksregierung geben sollten. Es war ursprünglich eine sehr kurze Frist gesetzt. Sie wurde verlängert.

Und nun abschließend zum Fall Würzburg: Ich wurde gestern von Würzburg unterrichtet, daß die Union dort von der Militärregierung die Nachricht erhalten hat, daß man eine Versammlung ansetzen sollte. Sie ist für Donnerstag, den 20. Juni, den Fronleichnamstag, vorgesehen. In der Versammlung soll die ordnungsmäßige Wahl vorgenommen werden, und die Militärregierung würde unmittelbar nachher die Wiederzulassung der Partei beschließen. Major *Vacca* hat mir heute seine Anweisungen zum Lesen gegeben, die er seiner Militärregierung in Würzburg gegeben hat. Sie dekken sich ungefähr damit. Er hat mir erklärt, ob ich nicht schon in kürzerer Zeit die Versammlung dort halten könnte, damit die Zulassung so rasch wie möglich wieder erfolgen könnte. Die Militärregierung wird die Union in Würzburg bestimmt wieder

zulassen. Mit Ausnahme von Dr. *Dürr* können alle wieder gewählt werden, wie mir ausdrücklich erklärt wurde.
Dr. *Hundhammer*: Eine Zwischenfrage! Was sind eigentlich ganz konkret die Punkte, an denen die Militärregierung bei Dr. *Dürr* Anstoß genommen hat?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ganz konkret: Einmal dieser Gesichtspunkt mit dem 33-er Pg., gerüchtemäßig die Sache mit dem Caritasverband, die aber in keiner Weise damit zusammenhängt. Die Satzungen haben keine große Rolle in der Diskussion gespielt.
In der Öffentlichkeit hieß es, 24 Mitglieder hätten der NSDAP angehört, in Wirklichkeit waren es ein oder zwei Mitglieder. Ich habe zu dieser Frage gebeten festzustellen, wieviele frühere NSDAP-Mitglieder bei anderen Parteien sind.
Dr. *Kroth* verliest den Brief der Militärregierung, in dem diese die Suspendierung der CSU für den Stadt- und Landkreis Würzburg ausspricht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich zunächst einmal das Thema Würzburg abschließen. Es wird in kürzester Frist in positivem Sinne erledigt sein.
Dr. *Eichhorn*: In Presse und Rundfunk wird behauptet, Dr. *Dürr* sei Pg. gewesen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist kein Wort daran wahr.
Mittlerweile ist ein anderer Fall aufgetaucht, der Fall Viechtach. In Viechtach ist ein Militärgouverneur, der sehr selbständig vorgeht, nicht nur uns gegenüber, sondern nach meinem Empfinden auch gegenüber übergeordneten Dienststellen. Denn als er auf diese hingewiesen wurde, hat er erklärt, er habe sein eigenes Recht. Dieser Militärgouverneur erhält besonders freundschaftliche Beziehungen zu dem bisherigen Landrat von Viechtach, der Demokrat oder Sozialdemokrat ist, genau weiß ich es nicht. Wir haben in Viechtach eine sehr starke Majorität, ich glaube fast eine Zweidrittelmajorität. Der Militärgouverneur hat bisher, ebenso wie das übrigens jetzt Unterfranken getan hat, sämtliche Gesuche der Bezirksverbände um Übernahme in den Landesverband nicht weitergegeben. Das hat auch *Chadweek* nicht getan, ich habe vorhin vergessen, es zu sagen.
Der Militärgouverneur von Viechtach hat zunächst einen Majoritätsbeschluß von der Mitgliederversammlung haben wollen. Dieser wurde gefaßt. Dann hat er verlangt, daß sämtliche Mitglieder - es waren 300 - unterschreiben müßten. Das wurde ebenfalls gemacht. Dann hat er es noch nicht weitergegeben.
Bei der Landratswahl hat er verlangt, daß der bisherige Landrat wieder gewählt würde. Unsere Parteifreunde haben den bisherigen Landrat nicht gewählt, sondern den früheren Landrat von Dingolfing, *Maier*. Der Gouverneur hat nun erklärt, dieser *Maier* ist Militarist, er war nämlich Reserveoffizier kleiner Charge. Er hat daraufhin die Union für den Landkreis Viechtach verboten. Einzelheiten gehen mir bis morgen zu.
Ein weiterer Fall spielt in Deggendorf. Dort wurde von SPD-Seite her bei der Militärregierung geschossen, mit der Wirkung, daß heute in Deggendorf ein Verfahren gegen den bisherigen Landrat *Chrambach*[5] (?) und den dortigen Parteivorsitzenden, Bürgermeister *Maderer*, stattfindet. Da dort schon in einer anderen Sache danebengegriffen wurde, ist ein Militärgericht von auswärts gekommen, das den Fall untersucht. Es ist damit zu rechnen, daß unsere dortigen Freunde aus der Sache vernünftig herauskommen und wahrscheinlich freigesprochen werden. Ich möchte aber dem Ur-

[5] In der Vorlage: "Lambach".

teil nicht vorgreifen. Aber ich glaube kaum, daß irgend etwas hängen bleibt, weil es sich um Weisungen handelt, die früher gegeben wurden, [und] die sie befolgt haben. *Maderer* ist ein überpenibler Mann, so daß ich sicher bin, daß die Sache in Ordnung ist und der Versuch der SPD dazwischenzuschießen, wieder schief geht.
Und jetzt noch der Fall von Dr. *Barth* in Coburg. Ich bin überzeugt, daß versucht wird, in ähnlicher Weise andere Fälle zu schaffen. Ich darf nur darauf hinweisen, daß z.B. der Herr Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken, *Schregle*, folgendes Gespräch mit unserem Parteifreund *Nerreter* geführt hat:
(Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest einen diesbezüglichen Brief von *Nerreter* über eine Unterredung mit dem Regierungspräsidenten von Ober- und Mittelfranken.)
Meine Herren, ich habe dieses Schreiben vorgelesen, denn es ist kennzeichnend für die Haltung dieser Herren Regierungspräsidenten und mancher anderer Stellen, die sich bestimmt mehr als Parteipolitiker denn als Staatsbeamter fühlen und die jede Kleinigkeit benützen werden, um der Union, wenn es irgendwie geht, Schwierigkeiten zu machen, weil sie der Bevölkerung nicht mehr zu geben haben.
Es sind eine Reihe ähnlicher Vorfälle vorgekommen, die im einzelnen zu erörtern zu weit führen würde. Es ist klar, daß gerade von SPD-Seite her, manchmal noch stärker wie von kommunistischer Seite her, versucht wird, unsere Leute unter allen Umständen abzuschießen. Mir ist eine Äußerung von einer solchen Seite bekannt, die dahin ging, man komme gegen Dr. *Müller* nicht auf, aber man werde ihm eben einen Mann nach dem anderen abschießen und ihn auf diese Weise isolieren.
Meine lieben Freunde! Wir stehen nun vor der Frage: Soll man in einem solchen Falle vor dem Gegner, der mit gemeinen Methoden arbeitet, kapitulieren oder nicht? Ein anständiger Kerl kapituliert nicht. Er wird deswegen nicht hingehen und Kompromisse kleinlicher Art schließen, um auf diese Weise sein besonderes Wohlverhalten gegenüber der Konkurrenzpartei zu zeigen. Ein anständiger Kerl wird vor allen Dingen nicht in das Geschrei der Konkurrenz einstimmen, wenn es der eigenen Partei abträglich ist.
Ich stelle diese Worte einer Mitteilung über einen Beschluß des Kreisverbandes der Christlich-Sozialen Union in Landshut-Stadt voraus. Landshut hat am 3. Juni 1946, also gerade an dem Tag, an dem am Abend im Rundfunk die Nachricht der Suspendierung der Union in Würzburg durchgegeben wurde, folgenden Beschluß gefaßt:

> Entschließung:
> Die Vorstandschaft der CSU Landshut sowie die neugebildete Stadtratsfraktion der CSU Landshut nehmen mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Nachrichten über Verbote örtlicher CSU-Stellen sowie von ganzen CSU-Kreisen sich häufen.

Meine Herren! Bis zu diesem Zeitpunkt war überhaupt nur der Fall Würzburg akut. Der Fall Viechtach war noch nicht akut, und da faßt man einen Beschluß und stellt mit Bedauern fest, daß diese Fälle sich häufen!

> Dies kann nur dadurch möglich sein, daß die Landesleitung der CSU nicht in der Lage ist, die politische Situation im Lande zu meistern und reaktionären Machenschaften innerhalb der CSU wirksam zu begegnen.
> Die CSU Landshut erwartet, daß durch eine klare politische Linie, die den Erfordernissen der Jetztzeit Rechnung trägt, solche Mißstände unterbunden werden. Die CSU Landshut lehnt es ab, daß die Partei durch irgendwelche Mißstände und Ver-

säumnisse weiterhin in eine Atmosphäre politischer Zweideutigkeiten hineinmanövriert wird.
Vorstand und Stadtratsfraktion der CSU Landshut
I.A. Dr. *Holzner*

Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest dann den Antwortbrief an Dr. *Holzner* sowie die von Dr. *Gronwald* angefertigte Niederschrift über eine Unterredung, die er am 12. Juni mit Dr. *Pix*, Landshut, in Gegenwart von Dr. *Schlögl* in dieser Angelegenheit gehabt habe. Er fährt dann fort:
Die Besprechung mußte nach meinem Empfinden ergebnislos verlaufen, weil mir in diesem Fall zunächst der Vorsitzende von Landshut Bericht zu erstatten hat, und zwar schriftlichen Bericht. Es ist selbstverständlich, daß man aus einer solchen Haltung Konsequenzen ziehen muß.
Dr. *Pix* hat dann einen Artikel in die Landshuter Zeitung Isar-Post gebracht, der ziemlich lang ist und den ich nicht im einzelnen verlesen will. Er ist überschrieben mit "Der Weg der Union". In diesem Artikel wurde die Entschließung bekanntgegeben, wie ich feststellen muß, in etwas gemilderter Form. Ferner wurde darin auf den Artikel Bezug genommen, den Staatskommissar Dr. *Horlacher* unter dem Titel "Der Weg der Union" in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht hat und worin im wesentlichen die Ihnen bekannte Entschließung der Landesversammlung behandelt wird.
Meine lieben Parteifreunde! Das Verhalten der Union in Landshut zwingt mich dazu, Sie um Ihre Zustimmung zu dem formellen Antrag zu bitten, daß ich die Angelegenheit, die durch die Entschließung gekennzeichnet ist, dem Parteischiedsgericht übergebe. Wenn wir nicht fähig sind, die Loyalität unter Parteifreunden zu wahren, dann wollen wir lieber auf die Zugehörigkeit derer, die diese Fähigkeit nicht aufbringen, verzichten.
Ich darf darauf hinweisen, daß mich die Neue Zeitung an dem Tag, an dem ich nach Würzburg fuhr, anrief und mir erklärte, sie würden über Würzburg berichten. Ich sagte ihnen, ich würde nach Würzburg fahren. Sie erklärten mir dann sofort, wir warten Ihren Besuch und Ihren Bericht von Würzburg ab. Wir bitten Sie dann, sich sofort nach Ihrer Rückkehr von Würzburg mit uns in Verbindung zu setzen, weil wir an dem gleichen Abend Umbruch haben. Wir halten den Platz dafür frei, damit Sie wenigstens mit einigen Sätzen gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Nachricht der Militärregierung Ihre Feststellungen treffen können.
So verhält sich die amerikanische Presse -, denn die Neue Zeitung ist bekanntlich in amerikanischen Händen. Wie ganz anders verhält sich die uns nahestehende Presse! Zu meinem Bedauern muß ich auch feststellen, daß sich auch die Süddeutsche Zeitung eigenartig verhalten hat, wenn sie groß die Überschrift bringt: "Die CSU verboten" und dann "im Stadt- und Landkreis Würzburg".

(Sehr richtig!)

Meine Herren! Das hat mit Neutralität und objektiver Berichterstattung nichts mehr zu tun. Ich muß - und das hat wiederum mit Parteidiktatur nichts zu tun - dafür sorgen, daß endlich Ordnung hereinkommt. Ich muß infolgedessen von den zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen. Sie hätten es mir sicher nicht verübeln können, wenn ich von mir aus den Fall sofort an das Parteischiedsgericht hinübergegeben hätte. Ich wollte Sie aber, da ich gleichzeitig schon diese Sitzung einberufen hatte, ausdrücklich darum bitten, einen entsprechenden Entschluß zu fassen.
Darf ich bitten, Stellung zu nehmen.

Dr. *Schlögl*: Meine Herren! Ich möchte einmal die Sache Landshut klarstellen, wie sie sich in Wirklichkeit zugetragen hat. Ich kann das, weil ich über die Vorgänge in Landshut - ich bin dort als Kandidat aufgestellt - genauestens im Bilde bin. Die Situation in dieser Vorstandschafts- und Fraktionssitzung war folgende:
Um 19 Uhr abends kam die Meldung durch das Radio, daß die CSU in Würzburg-Stadt und -Land verboten ist. Um 20 Uhr kam dann Herr Dr. *Pix* mit dem DANA-Bericht. Ihm als Vorstand der DANA sind dieser DANA-Bericht und die weiteren Erläuterungen zugegangen gewesen. In der Sitzung wurde dann noch über die Vorgänge in Landau/Isar referiert. Der Fall Viechtach wurde eingehend berichtet. Die Lage in Viechtach war damals so, daß dort bis zum letzten oder vorletzen Tag - Dr. *Gamperl* war auch dort - kein Kandidat aufzustellen war, da die Viechtacher Vertrauensleute nicht mehr zusammenkommen wollten und die Gefahr bestand, daß Viechtach überhaupt ohne Kandidat ist. Weiterhin war am gleichen Tag der Kreisvorsitzende von Viechtach vor das Militärgericht geladen. Der frühere Kandidat von Viechtach, der ehemalige Bauernbündler *Fendl* (?) war eingesperrt. Des weiteren wurde von Schwierigkeiten in einem anderen Kreisverband berichtet. Daraufhin kam es zu dieser Entschließung.
Auf dieser Versammlung waren die eingeschriebenen Mitglieder anwesend. Die Vertrauensleute waren aufgrund der vorgebrachten Berichte ziemlich erregt. Es wurde dann beschlossen, daß auch eine Notiz in die Zeitung kommen sollte, nicht um der Partei irgendwelche Schwierigkeiten zu machen, sondern weil in Landshut, auch aus Gründen, die man nicht näher kennt, drei CSU-Leute als Stadträte von der Militärregierung abgelehnt worden sind.
Zur Ausarbeitung der Entschließung wurde ein Redaktionskomitee zusammengestellt, dem auch ein Geistlicher, Dr. *Öfele*[6] vom Gesellenverein, angehört hat, ferner Dr. *Pix*, Dr. *Holzner* und der dortige Chefarzt des Krankenhauses. Dieses Redaktionskomitee trat dann zusammen und hat dann die Entschließung verfaßt und in die Zeitung gebracht.
So ist der Hergang rein chronologisch gesehen. Dann kam der Brief unseres Parteivorsitzenden nach Landshut. Der Vorstand trat wieder zusammen. Man hat Herrn Dr. *Pix* beauftragt, mündlich bei Dr. *Müller* mit all dem Material Bericht zu erstatten, das ihm zu Gebote stand. Dr. *Pix* rief mich am Tag vorher an und wünschte, daß Dr. *Horlacher* und ich ihn begleiteten. Wir haben zugesagt. Dr. *Horlacher* mußte aber in das Vorparlament, weil Minister *Baumgartner* gesprochen hat. Ich ging mit.
Und nun, meine Herren, will ich folgendes zur Kennzeichnung der ganzen Unterredung sagen: Ich bin bei den schweren Auseinandersetzungen zwischen Dr. *Pix* und dem Landesvorsitzenden nicht zum Reden gekommen. Es sind Beleidigungen auf beiden Seiten gefallen. Die Erregung war auf beiden Seiten so stark, daß, wie mir mein Chauffeur erzählt hat, unten die Leute zusammengelaufen sind. Es haben sich allein um das Büro *Müller* vielleicht acht Leute versammelt, die zugehört haben, was in der CSU los ist. Ich habe bloß auf den Augenblick gewartet - die beiden Herren standen ziemlich nahe beieinander -, wo es zu Tätlichkeiten kam. So hat es ausgeschaut. *Müller*, ich bin ganz unparteiisch. Auch der andere Herr kann das bestätigen. Ich bin nur einmal aufgesprungen, weil ich gedacht habe, jetzt kommt es zu Tätlichkeiten.

[6] In der Vorlage: "Höfele".

Der Vorfall von Landshut ist eine Sache der dortigen Vorstandschaft. Die Mission von Dr. *Pix* konnte nicht erfüllt werden, weil Dr. *Müller* auf schriftlicher, nicht mündlicher Regelung bestand. Ich bedaure den Vorfall deswegen unendlich, und ich habe den Eindruck gehabt, daß der Herr Parteivorsitzende zumindestens an diesem Tage etwas die Nerven verloren hat. Dr. *Pix* ist nicht irgendeine politische Persönlichkeit. Ich erinnere Sie daran, er ist jetzt Vorstand des Journalistenverbandes in Bayern, er ist Vorsitzender der DANA, ist Verleger und Chefredakteur einer Zeitung.
Ich habe gestern Herrn *Schmidt* auch gebeten, den Fall gütlich beizulegen. Wenn das nicht geschieht, so fürchte ich sehr, daß sich derartige Weiterungen aus der Sache ergeben, daß nach meinem Dafürhalten das Ansehen der CSU - und um die handelt es sich letztlich - unendlich darunter leidet.
Meine Herren! Ich bin selbst von Beruf Journalist und habe eine lange Ausbildungszeit hinter mir. Wenn ein Journalist an seiner Berufsehre gepackt wird - und der Ausdruck, den der Herr Landesvorsitzende dem Dr. *Pix* entgegenschleuderte, ist eine Verletzung der Berufsehre -, dann gibt das Weiterungen. Wir haben bereits jetzt bei einem Herren der CSU einen derartigen Fall, wo ein Schiedsgericht des Journalistenverbandes in einer Form tätig ist, die wir gar nicht absehen können.
Nach meinem Dafürhalten wäre es notwendig, daß, bevor hier ein Entschluß gefaßt wird, vielleicht zwei Herren von der Union sich selbst einmal ein Bild machen, wie die Dinge stehen. Ich habe auch unmittelbar hernach eine Niederschrift über den Fall gemacht, weil ich gewußt habe, daß Dr. *Pix* eventuell mit Klage droht, daß es sogar eine Auseinandersetzung bei Gericht gibt. Ich bin mir dessen bewußt, daß das eine ganz unangenehme Angelegenheit wird. Ich bitte Sie dringend, daß man unter allen Umständen beide Teile hört, bevor man hier einen Beschluß faßt.
Einige Worte noch zur Landshuter Entschließung selbst: Auch der Herr Landesvorsitzende wird zugeben, wenn ein großer Kreisverband - Landshut-Stadt und -Land sind ein großer Kreisverband - einen Entschluß gegen die Parteileitung faßt, so ist das lange noch nicht schlimm, selbst wenn Herr Dr. *Pix* behauptet, er kann alles belegen, selbst wenn im ersten Absatz z.B. eine gewisse Unkorrektheit oder schiefe Darstellung ist. Das macht nichts. Das Schlimme ist, wenn etwas dann in die Presse kommt.
Jetzt müßten wir untersuchen: Warum ist es in die Presse gekommen? Das Redaktionskomitee bestand aus vier Personen. Es war der maßgebende Geistliche in dem Komitee drin. Die Herren haben die Sache nicht am gleichen Abend in die Presse gegeben, sondern sie haben noch zwei oder drei Tage gewartet.

(Zuruf: Noch schlimmer!)

Die Herren werden für ihren Entschluß schon ihre Beweggründe gehabt haben. Wenn ich auch nicht Mitglied dieses Arbeitsausschusses bin - ich bin wegen der Landshuter Sache zu der heutigen Sitzung eingeladen worden, weil ich Zeuge für zwei Seiten bin -, so würde ich doch dringend bitten, nicht in dieser Form einen Beschluß zu fassen, daß die Angelegenheit einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll.
Es kommt noch eine andere Sache hinzu, die ich auch zu bedenken bitte. Ich muß das ganz offen aussprechen. Wenn ein Bezirksvorsitzender oder ein Bezirksverband glaubt, in irgendeiner Sache mit der Parteileitung nicht einig gehen zu können und sie kritisieren das in einer ihnen geeignet erscheinenden Form, so glaube ich nicht, daß das Schiedsgericht etwas dagegen machen kann. Wir leben letzten Endes in der Demokratie. Ich verfolge zur Zeit die Tagung der englischen Arbeiterpartei. Auf ihr ist der Vorsitzende der Partei öffentlich gegen den eigenen Außenminister aufgetreten.

Ich glaube daher nicht, daß wir gut tun, wenn wir in dieser Form die Sache an das Schiedsgericht bringen. Mir liegt daran, daß wir die Krisis, die sich daraus entwickelt hat, wieder beilegen. Im Falle Dr. *Pix* betone ich, daß nach meinem Dafürhalten das Verschulden auf beiden Seiten liegt. Denn wenn Parteifreunde sich verbal beleidigen, wenn der Parteivorsitzende den anderen aus der Kanzlei hinauswirft, so geht das nach meinem Dafürhalten zu weit, zumal, wenn dieser Hinausgeworfene ausgerechnet der oberste Journalist in Bayern ist. Ich bitte das zu berücksichtigen. In der Form können wir nicht vorwärtskommen.
Wir haben heute auch eine sehr unangenehme Situation in der Landesversammlung[7] gehabt, wo uns vom Ministerpräsidenten *Hoegner* erklärt worden ist, daß ein Herr der Union im Namen der Union einen Artikel geschrieben hat, als ob die Union gegen die Verfassung sei. Der Artikel ist in der Landesversammlung verlesen worden.
Meine Herren! Das ist eine Äußerung eines Privatmannes gewesen. Ich nehme an, daß Herr Dr. *Müller* diesem Artikel fernsteht. Ich kann nie glauben, daß der Landesvorsitzende ohne den Beschluß eines Gremiums eine so hochoffizielle Erklärung in einer Zeitung abgeben läßt. Das sind Dinge, die bereinigt werden müssen. Wenn es nämlich mit unserer Union so weitergeht - das sage ich ganz offen -, dann werden Erklärungen über Erklärungen von allen möglichen Stellen kommen. Das wird ins Uferlose gehen und trägt zu weiten Verstimmungen mit bei. Wenn ich gewußt hätte, was heute hier alles zur Sprache kommt, so hätte ich Ihnen einen Haufen Briefe von mir bekannten CSU-Leuten mitgebracht, die ich allein wegen der Würzburger Affäre erhalten habe und in denen sie mich angefragt haben, ob sie nicht ihre Mandate niederlegen sollen.
Meine Herren! Der Fall Würzburg hat wie ein Nervenschock auf die Leute gewirkt. Die Militärgouverneure sind ja nicht sehr verschieden. Wir wissen, auch die Parsberger Angelegenheit hat eine große Rolle gespielt. Es kommt die Passauer Angelegenheit dazu, wo der Oberbürgermeister *Donderer*, ein Mitglied der Union, gestern abgesetzt worden ist. Es ist in der CSU heute so, daß ein Mandatsträger der CSU mit grossen Schwierigkeiten zu rechnen hat, weil man uns zwei große Dinge nachsagt: 1. die Sabotage der Entnazifizierung. Dazu haben wir heute als Mitglieder der Partei im Vorparlament eine eigene Erklärung abgeben müssen. So weit sind wir schon. 2. sagt man uns nach, daß wir den Entwurf der Verfassung sabotieren, daß andere Dinge viel nötiger seien als die Verfassungsarbeiten.
Das sind alles Dinge, die wir nicht zu weit treiben dürfen. Wenn wir mit einem Journalisten zu tun haben - und ich nehme den Fall an, daß er sogar irgendwie oppositionell gegen den Herrn Landesvorsitzenden eingestellt sein sollte -, so bitte ich gerade die Herren, die etwas oppositionell eingestellt sind, mit besonderer Vorsicht zu behandeln. Die Journalisten sind heute in Mergentheim beisammen. Ich weiß nicht, was aus der Sache wird. Einer Verschärfung der Angelegenheit würde ich nie das Wort reden, sondern vorschlagen, daß morgen zwei unparteiische Herren - denn morgen ist die große Versammlung in Landshut, auf der *Scharnagl* und ich sprechen - nach Landshut fahren, die Landshuter Verhältnisse studieren und sich insbesondere mit den Herren des Redaktionskomitees treffen. Denn diese haben den Auftrag gehabt, eine bestimmte Erklärung in die Presse zu geben.

[7] Gemeint ist das Vorparlament, der "Bayerische Beratende Landesausschuß", der am 12./13. Juni 1946 zu seiner 3. Arbeitstagung zusammentrat.

Es wäre dringend notwendig, daß so vorgegangen würde, bevor man zum Schiedsgericht greift. Ich weiß überhaupt nicht, ob die Statuten schon genehmigt sind und ob wir daher heute schon einen Beschluß über ein Schiedsgericht fassen können. Ich glaube, mit einem Schiedsgericht vertiefen wir nur den ganzen Fall. Es ist kein Zweifel, es brennt in der Union überall, an vielen anderen Orten. Eben hat mir *Kübler* über Passau wieder eine andere Version erzählt. Auf jeden Fall hat der Gouverneur dort protestierend die Sitzung des Kreisrates verlassen, und wir haben schon die Quittung darauf. *Donderer* ist wieder abgehalftert, er ist sofort entlassen worden, ein Mann, der von den Nazis sehr stark verfolgt wurde. Aber mit diesen Dingen müssen wir rechnen.
Ich bitte daher die Herren, daß wir die Landshuter Affäre unter allen Umständen ruhig anfassen und erst dann zu einem Beschluß kommen, wenn vielleicht zwei unparteiische Herren die Verhältnisse einmal studiert haben. Ich bedaure, daß ich das Material, von dem ich gesprochen habe, nicht mitgenommen habe, ich kann schnell in mein Büro fahren, um es zu holen und es Ihnen mitzuteilen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will zwischen dem Verhalten des Kreisverbandes Landshut-Stadt und dem Fall *Pix* unterscheiden. Er müsse unbedingt darauf bestehen, daß endlich einmal Ordnung in die Union hineinkomme, sonst werde er raschestens eine Landesversammlung einberufen, auf der dann Klarheit nach der einen oder anderen Seite geschaffen werden müsse. Es herrsche an offiziellen Stellen der Eindruck, daß die Union keine Partei sei, sondern ein Parteienblock. Für diesen Eindruck sei von den eigenen Parteifreunden gesorgt worden. Er bestehe daher darauf, daß der Vorstand des Kreisverbandes Landshut, der für das Verhalten des Kreisverbandes verantwortlich sei, vor das Parteigericht komme.
Was die auf der heutigen Sitzung des Vorparlamentes vom Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* aufgeworfenen Ankündigungen gegen die Union angehe, so müsse er feststellen, daß [er] Dr. *Hoegner* vor Verlassen des Vorparlamentes gefragt habe, ob noch wichtige Dinge zur Sprache kämen. Die Frage sei von Dr. *Hoegner* verneint worden.
Dr. *Schlögl* glaubt, daß der Brief des Kreisverbandes Landshut an die Landesleitung niemals Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schiedsgericht sein könne, sondern höchstens die Veröffentlichung der Entschließung.
Vorsitzender [*Josef Müller*] weist darauf hin, daß es sich nicht um den Brief, sondern um die Entschließung handle, die in einem Augenblick gefaßt worden sei, in dem eine Meute von Gegnern versuche, die Militärbesatzungsmacht gegen die CSU zu mobilisieren. Das habe nichts mit Kritik zu tun, die selbstverständlich das gute demokratische Recht des Kreisverbandes sei.
Haußleiter wendet sich scharf gegen die Haltung des Kreisverbandes Landshut. Der Fall Landshut habe in Bayreuth bei den dortigen Parteifreunden größte Entrüstung und schärfste Ablehnung hervorgerufen. Die Redner der Union redeten sich die Hälse heiß bei dem Nachweis gegenüber den sozialistischen und kommunistischen Diskussionsrednern, daß die Union nicht reaktionär sei, während gerade das vom Kreisverband Landshut behauptet worden sei. Der Fall Landshut sei ein grundsätzlicher Fall und nicht damit abgetan, daß man ihn wieder mehr oder weniger freundschaftlich bespreche, weil Herr *Pix* Journalist sei und infolgedessen die Möglichkeit habe - er sage das Wort bewußt -, erpresserisch zu wirken.
Die jetzige Entwicklung in der Union erinnere ihn an die Französische Revolution. Damals hätten der Adel und die Kirche eine vernünftige Entwicklung vertreten sollen. Statt dessen sei der eine Teil starr auf der Basis des Alten stehen geblieben

und der andere zum Feind übergelaufen und habe die Revolutionsparolen so lange mitgeschrieen, bis er selber aufgehängt worden sei. Schon der Beschluß, der in Landshut gefaßt worden sei, sei unmöglich. Das Unerhörte aber sei die Veröffentlichung. Zudem sei die Entschließung mit der Absicht der Veröffentlichung gefaßt worden.
Redner gibt im Namen seiner Parteifreunde, die er vertrete, der Erwartung Ausdruck, daß endlich Ordnung geschaffen werde und spricht sich für Annahme des Antrages des Vorsitzenden aus.
Dr. *Eichhorn* schließt sich im wesentlichen der Ansicht von *Haußleiter* an. Er empfinde es als besonders bezeichnend für das Auseinanderfallen der Bürgerlichkeit, die die Union nun doch einmal vertrete, daß dieselben Leute, die am Falle *Schäffers* schuld waren, heute gegen den Landesvorsitzenden aufträten. Etwas anderes als persönliche Dinge und ehrgeizige Pläne können unmöglich mehr dahinter stecken. Selbst wenn dieser Arbeitsaussschuß, selbst wenn der Landesvorsitzende Fehler machte, müßte die Union wie ein eiserner Block gegen die Angriffe von links zusammenstehen.
Die Entschließung selbst sei haarscharf an der Grenze dessen, was man sich innerhalb einer Partei leisten könne. Über die Veröffentlichung der Entschließung aber könne gar nicht diskutiert werden. Da könne es nur eine Meinung geben.
Im übrigen sei zur Anrufung des Schiedsgerichts kein Beschluß des Gremiums notwendig. Der Vorsitzende könne es selber anrufen, wenn es vom Arbeitsausschuß beschlossen werde, werde es rein zugunsten des Vorsitzenden beschlossen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] weist darauf hin, daß in dem Brief nicht vom Landesvorsitzenden, sondern von der Landesleitung die Rede sei.
Dr. *Eichhorn* erklärt, der Ausschuß fühle sich nicht betroffen und er sehe es daher nicht gerne, wenn ein Beschluß auf Anrufung des Schiedsgerichts gefaßt würde. Statt dessen schlage er vor, der Ausschuß möge einstimmig das Heraustragen dieser Entschließung an die Öffentlichkeit verwerfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] kommt auf eine Zusammenkunft mit Männern der Presse zu sprechen, auf der diese ihr Erstaunen hierüber ausgedrückt hätten, daß er jetzt als reaktionär verschrieen werde, nachdem er in der Hitlerzeit eine ganz andere Haltung unter Beweis gestellt habe.
Dr. *Horlacher* bezeichnet diese Erklärungen des Vorsitzenden als gegenstandslos, da er noch nie jemand gehört habe, der Dr. *Müller* als reaktionär bezeichnet habe.
Zum Fall Würzburg bemerkt Redner, daß die Amerikaner als reaktionär bezeichneten, wenn an Stellen, die mit der Öffentlichkeit etwas zu tun hätten, frühere Parteimitglieder beschäftigt würden. Aus dieser Lage heraus sei die Stellungnahme von Landshut erfolgt. Er selbst sei mit der Veröffentlichung nicht einverstanden. Es sei jedoch ein Irrtum des Parteivorsitzenden, daß durch diesen Artikel der Isar-Post Porzellan zerschlagen worden sei. Das Gegenteil sei der Fall.
Dr. *Pix* gehöre zu den tüchtigsten Journalisten Bayerns und habe die besten Beziehungen zu allen Seiten. Der Artikel habe keine Versteifung der Lage für die Union, sondern eine Entlastung gebracht. Der Sache der Union sei mit dem Artikel zweifellos gedient worden.
Die Sache eigne sich schon aus dem Grunde nicht für ein Schiedsgericht, weil bei der Unterredung Dr. *Pix* - Dr. *Müller* von beiden Seiten Ausdrücke wie Erpresser, Lügner usw. gefallen seien, so daß jeder der beiden verurteilt werden müsse.
Der Landesvorsitzende sei aufgrund seiner Stellung verpflichtet, Auseinandersetzungen in ruhiger und sachlicher Form vorzunehmen. Die Auseinandersetzungen mit Dr.

Pix jedoch seien unerhört, unerträglich, unhaltbar und unwürdig gewesen. Zudem sei Dr. *Pix* als Vertreter der Landshuter Vorstandschaft gekommen und Dr. *Müller* hätte sich daher nicht auf den Standpunkt stellen können, er müsse unbedingt eine schriftliche Erklärung bekommen. Er sei auch dafür, daß einige geeignete Leute in Landshut die Verhältnisse ins Reine bringen.
Dr. *Gronwald* legt als Zeuge der Unterredung Dr. *Pix* - Dr. *Müller* in längeren Ausführungen dar, daß der scharfe Ton in die Unterredung von Dr. *Pix* hineingebracht worden sei. Er wolle ausdrücklich feststellen, daß es Dr. *Pix* gewesen sei, der die Nerven verloren habe. Dr. *Pix* habe zuerst dem Landesvorsitzenden den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit gemacht und insbesondere erklärt, eine schriftliche Stellungnahme werde nicht erfolgen, "wenn, dann durch die Presse".
Vorsitzender [*Josef Müller*] glaubt, daß jeder, selbst der Journalistenverband, diese Erklärung als erpresserisch hätte empfinden müssen. Zumindest müsse sich der Vorsitzende von Landshut vor dem Schiedsgericht verantworten.
Dr. *Hundhammer* verweist auf die Ausführungen Dr. *Horlachers*, daß die Besatzungsmacht in bezug auf Parteimitglieder sehr empfindlich sei und kommt auf die Beschäftigung von Parteimitgliedern und Parteianwärtern im Generalsekretariat zu sprechen.
Der Arbeitsausschuß beschließt, die Besprechung dieser Frage zurückzustellen.
Dr. *Gronwald* verliest auf Wunsch von *Ritter von Lex* den Artikel der Isar-Post "Der Weg der Union".
Dr. *Horlacher* bezieht sich auf seine vorherigen Ausführungen, denen zufolge die Veröffentlichung in der Isar-Post der Union nicht geschadet habe und er die Entsendung von zwei Parteifreunden nach Landshut vorschlage.
Von Miller wirft rein juristisch die Frage des Schiedsgerichtes auf. Nur Dr. *Müller* könne das Schiedsgericht von sich aus anrufen, was aber wieder nicht notwendig sei, da er sich ebensowenig wie der Ausschuß betroffen fühle. In der Entschließung an sich sei jedoch kein Rechtsbruch zu sehen. Bedauerlich sei sie auf jeden Fall. Noch bedauerlicher sei ihre Veröffentlichung.
Staatssekretär Dr. *Ehard* schließt sich den Ausführungen von Dr. *von Miller* an. Das Gericht, auch das Parteigericht, müsse immer die letzte Instanz sein, die nur angerufen werden dürfe, wenn es keine andere Möglichkeit mehr gebe und wenn Aussicht auf Erfolg bestände.

Haußleiter stellt folgenden Antrag:

> Der Arbeitsausschuß bedauert die Veröffentlichung der Landshuter Entschließung in der Presse, da sie zu schweren Mißverständnissen Anlaß geben kann. Er schlägt die Bildung eines Untersuchungsausschusses vor, der die entstandenen Auseinandersetzungen klären und die notwendige innere Geschlossenheit der Partei im vorliegenden Falle wiederherstellen soll.

Zur Begründung seines Antrages führt Redner die vorhin von ihm geäußerten Gesichtspunkte an. Es gehe nicht darum, daß hier Parteifreunde die Partei öffentlich kritisierten, sondern darum, daß sie ihre eigene Partei mit kommunistischen Argumenten beschimpften, indem sie der Partei reaktionäre Methoden unterstellten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] begründet den Antrag an das Schiedsgericht mit parteischädigendem Verhalten.
Dr. *Arnold* schildert die Empörung, die der Landshuter Artikel in seinem Kreise ausgelöst habe. Sogenannte selected citizens an der Universität Erlangen, die wegen ihrer

Haltung bevorzugt aus der Gefangenschaft entlassen worden seien, hätten ihn gefragt, ob die Union Kommunisten im eigenen Lager hätte. Er trete daher ebenfalls dafür ein, daß die Veröffentlichung der Landshuter Entschließung mit scharfen Worten mißbilligt werde.
Im übrigen sei er dafür, Vermittler einzusetzen, die zwischen den Betroffenen vermittelten.
Dr. *Hundhammer* stellt Antrag auf Schluß der Rednerliste.
Dr. *Eichhorn* übernimmt den Vorsitz (17.45 Uhr) und formuliert folgenden Antrag:

> Der erweiterte Landesausschuß bedauert, daß durch Beschluß des Kreisverbandes und der Fraktion Landshut eine Veröffentlichung des vorher gefaßten Beschlusses, der eine starke Kritik an einzelnen Abteilungen der Union und an der Landesleitung ausspricht, beschlossen und durchgeführt worden ist.

Dr. *Schlögl* begründet die Verwendung des Ausdruckes reaktionär durch den Kreisverband Landshut damit, daß in dem Bericht der DANA von 28 1933-er Pgs. unter 180 Mitgliedern in Würzburg die Rede gewesen sei.
Dr. *Müller* übernimmt wieder den Vorsitz.
Staatsminister Dr. *Helmerich* spricht sich ebenfalls gegen ein Hinübergeben der Landshuter Angelegenheit an das Schiedsgericht aus. Er bedaure die Auseinandersetzung zwischen Dr. *Pix* und Dr. *Müller*.
Dr. *Kroth* stellt fest, daß unter 205 Unionsmitgliedern in Würzburg lediglich zwei [Pgs.] aus dem Jahre 1933 gewesen seien.
Vorsitzender [*Josef Müller*] fügt hinzu, daß der eine davon, Dr. *Dürr* aus dem Jahre 1931, als Antinazi bekannt gewesen sei.
Dr. *Horlacher* stellt ausdrücklich fest, daß er gegen eine Verurteilung der Veröffentlichung der Landshuter Entschließung stimmen würde. Der Ausschuß müßte vor einer Beschlußfassung den Satz anwenden "et audiatur altera pars". Niemand wisse, welche Motive für das Verhalten der Landshuter Parteifreunde maßgebend gewesen seien. Das beste wäre es, so bald wie möglich einen Arbeitsausschuß einzuberufen und Herrn Dr. *Pix* und Herrn Dr. *Holzner* zu laden. Dann könne ein vernünftiges Urteil gefällt werden. Er werde gegen alle anderen Beschlüsse stimmen.
Haußleiter schlägt als endgültigen Text vor:

> Der Landesarbeitsausschuß mißbilligt, daß Teile der Entschließung der Vorstandschaft des Kreisverbandes Landshut-Stadt und der Stadtratsfraktion Landshut vom 3. Juni 1946 aufgrund eines Vorstandschaftsbeschlusses in der Presse veröffentlicht wurden und daß dadurch der Leitung der Union zu Unrecht reaktionäre Machenschaften unterstellt wurden.

Ritter von Lex bringt folgende Formulierung ein:

> Der Landesarbeitsausschuß bedauert auf das tiefste, daß die der Landesleitung gemachten Vorhaltungen der Presse übergeben worden sind, da hierdurch dem von gegnerischer Seite im politischen Kampf erhobenen Vorwurf reaktionärer Machenschaften innerhalb der CSU geradezu in die Hände gearbeitet wird.

Haußleiter will angefügt wissen:

> Der Landesarbeitsausschuß schlägt die Bildung eines dreiköpfigen Untersuchungsausschusses vor, der die entstandenen Auseinandersetzungen klären und die nötige innere Geschlossenheit der Union in dem vorliegenden Falle wiederherstellen soll.

Der Antrag *Ritter von Lex* wird mit allen Stimmen gegen Dr. *Horlacher* angenommen.
Der Zusatzantrag von *Ritter von Lex*:

> Der Landesarbeitsausschuß erwartet, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten über die Linie der Landesleitung innerhalb der in den Satzungen vorgesehenen Gremien ausgetragen werden,

wird ebenfalls mit allen Stimmen gegen Dr. *Horlacher* angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich gegen den von *Haußleiter* vorgeschlagenen Untersuchungsausschuß aus.
Ritter von Lex will den Fall insoferne milder beurteilen, als die Entschließung in der Isar-Post in erheblich abgeschwächter Form aufgenommen worden sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*] hält an der Verantwortung von Dr. *Holzner* für die Veröffentlichung der Entschließung fest.
Dr. *Schlögl* klärt in diesem Punkte den Ausschuß dahingehend auf, daß Dr. *Holzner* sich sogar gegen die Entschließung ausgesprochen und bei der Abstimmung der Stimme enthalten habe. Er habe aber den Beschluß ausgeführt. Der scharfe Ton sei durch Jugendliche hereingebracht worden. Im übrigen sei die Entschließung lediglich von Intellektuellen abgefaßt worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich schließlich unter Zustimmung des Ausschusses dafür aus, daß die Angelegenheit nach Eingang der Antwort von Landshut auf der nächsten Arbeitsausschußsitzung endgültig geregelt werde. Seine Stellungnahme werde dann im wesentlichen davon abhängen, ob die Landshuter Entschließung den Weg in die gegnerische Presse finde.
Dr. *Barth* berichtet über das Ergebnis seiner Vernehmung bei Major *Vacca*. Es sei ihm erklärt worden, er werde in einem Gerichtsverfahren Gelegenheit haben, Stellung zu nehmen.
Dr. *Hundhammer* kommt auf seinen Antrag betreffs Nichtbeschäftigung von Pgs. und Parteianwärtern im Landessekretariat zurück und betont, daß er diesen Antrag nicht unter den Tisch fallen lassen wolle.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verspricht spätere Behandlung des Antrages, wobei er bei dieser Gelegenheit auf eine Entschließung der Militärregierung hinweist, daß Parteimitglieder, die durch die Spruchkammer entnazifiziert worden seien, sofort das Wahlrecht bekommen sollten und daß das Wahlgesetz mit Rücksicht darauf geändert werde.
Er gibt dann einen Bericht über eine Sitzung bei der Militärregierung (Oberst *Reese*) am 5. Juni 1946, in der die Haltung der Parteien zur Entnazifizierung besprochen worden sei. Er führt dabei aus:
Ich darf hier eines vorausschicken: Wenn bestimmte Freunde unter uns, vor allem einer, von einer Besprechung mit der amerikanischen Presse oder mit offiziellen amerikanischen Stellen erfahren haben, dann hat aufgrund meiner Äußerungen immer eine Flüsterpropaganda mit den entsprechenden Versionen eingesetzt. Dasselbe war wieder bei der Unterhaltung der Fall, die am 5. Juni auf Veranlassung von General *Muller* bei Oberst *Reese* stattgefunden hat. Man hat diese Unterhaltung zum Anlaß genommen, um mir wieder zumindest Blödheiten zu unterstellen, denn auf etwas anderes läuft es nicht hinaus.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Wer sind die Parteifreunde?)

Das kommt alles noch.

Die Möglichkeit ist nur dadurch gegeben, daß darüber geredet wurde, daß Ministerpräsident *Hoegner* offenkundig einen Bericht gegeben hat und daß das in seinem Staatssekretariat aufgenommen und weitergesprochen wurde, so daß ich dann von den verschiedensten Stellen davon erfahren habe.
Ich darf Ihnen nun kurz den Vorgang schildern. Die verschiedenen Parteivorsitzenden wurden zu einer Besprechung bei General *Muller* gebeten, General *Muller* war selbst nicht da. Oberst *Reese* hat die Besprechung geführt. Dabei wurde die Haltung der Parteien zur Entnazifizierung behandelt. Es wurde mir gesagt, daß bestimmte Leute Wert darauf legen, ihr Gesetz entsprechend zu verteidigen.
Reese hat nun in der Besprechung darauf hingewiesen, daß General *Clay* einen Sonderbevollmächtigten ernannt habe - soweit ich von meinen anderen Freunden gehört habe, war es Prof. *Dorn* - und daß dieser beauftragt sei, die Haltung der Parteien zur Entnazifizierung zu klären und festzustellen, warum in Bayern die Entnazifizierung nicht vorwärts gehe und welche Schwierigkeiten bestünden.
Oberst *Reese* hat dann erklärt, Ministerpräsident *Hoegners* Standpunkt sei ja bekannt, dagegen sei wichtig und in gewissem Umfang mitentscheidend mein Standpunkt. Ich habe dann erklärt: Ich sehe das gegenwärtige Entnazifizierungsgesetz als eine Basis für eine Weiterentwicklung an, aber mir scheine doch eine weitere Entwicklung notwendig. Ich möchte nicht im einzelnen an dem Gesetz Kritik üben. Man könne bei Gesetzen immer verschiedene Meinungen haben. Rein gesetzestechnisch hätte ich es lieber gesehen - das sei mein persönlicher Standpunkt und nicht der der Union -, wenn wir ein kurzes Gesetz mit bestimmten Feststellungen bekommen hätten und wenn sehr vieles, was in dem Gesetz steht, in Ausführungsbestimmungen und in einen sehr guten Kommentar hineinverarbeitet worden wäre. Denn von der Entnazifizierung seien so viele Schicksale betroffen, daß man sehr differenzieren müsse. Das könne in einem schematischen Gesetz nicht geschehen. Aber wenn entsprechende Ausführungsbestimmungen da seien, die leichter variiert werden können, und wenn dazu ein guter Kommentar komme, der den Richtern in die Hand gegeben würde, dann könnte man auch dazu kommen, daß eine gewisse Einheitlichkeit in der Rechtsprechung durchgeführt werden könne, während ich so befürchten würde und bisher schon festgestellt hätte, daß die verschiedenen Spruchkammern die Fälle sehr verschieden behandeln würden. Ich würde ferner fürchten, daß wir ein langsames und schleppendes Verfahren bekommen würden. Früher habe man über Prozesse von 100 RM ein Jahr prozessiert und jetzt würde man in kurzer Zeit über Existenzen entscheiden müssen. Man müsse infolgedessen dafür sorgen, daß durch entsprechende Unterlagen für den gesamten zuständigen Personenkreis wirklich die Voraussetzung für eine Aktivität dieser Spruchkammern geschaffen werden könne.
Weiterhin habe ich erklärt: Auf jeden Fall vertrete ich für die Union - das bisherige war mein persönlicher Standpunkt - den Standpunkt, daß die Spruchkammern am besten zu einer Art Schöffengericht umgebildet, daß sie also aus der Sphäre der Parteipolitik herausgenommen werden sollen. Denn Parteipolitik würde immerhin bestimmte Machtproben, bestimmte Majorisierungen mit sich bringen. Ich würde die Auffassung vertreten, daß es notwendig sei, dafür zu sorgen, daß die Leute, die vor diesen Spruchkammern stünden, das Empfinden hätten, es geschehe ihnen rechtens. Das haben sie eher, wenn sie vor einem Gericht, als wenn sie vor einer nach parteimäßigen Gesichtspunkten zusammengesetzten Spruchkammer stehen. Diese Auffassung würde ich auch immer vertreten, selbst wenn wir eine noch so große Majorität und einen noch so großen Anspruch auf einen entsprechenden Einfluß auf die

Spruchkammern hätten. Wenn aber dieses Schöffengericht nicht verwirklicht werden könne, dann müsse man doch die Zusammensetzung der Spruchkammern anders gestalten, als es bisher der Fall sei. Denn das System 2:2:2 führe leicht zu Majorisierungen bestimmter Gruppen: Es sei dann die Gefahr einer gewissen Einseitigkeit vor allem einer gewissen Schicht gegenüber gegeben.
Um es hier deutlicher zu sagen: Ich vertrete die Auffassung, daß wir heute in Bayern - das sieht man schon bei den Landratswahlen -, entgegen der Haltung, die Dr. *Hoegner* in Südbayern einnimmt, schon sehr stark die Linksblock-Bildung beobachten können. In den Spruchkammern werden wir diese Linksblock-Bildung bestimmt immer haben. Dann werden selbstverständlich Mitglieder der sogenannten Intelligenzschicht viel schärfer beurteilt werden, als Mitglieder anderer Schichten.
Ich habe dann dazu noch ausgeführt: In der persönlichen Stellungnahme hätte im Dritten Reich ein Teil dieser Schicht gewiß manchmal versagt. Aber die Arbeiter seien damals bei den Mai-Demonstrationen vielfach auch mitgegangen. Die DAF würde aber nicht der Parteimitgliedschaft gleichgewertet, und ich möchte dahin kommen, daß man eine gewisse Gerechtigkeit hereinbekomme.
Ferner würde jeder angegriffen werden, der kurze Zeit dabei war, auch wenn er noch soviel dagegen getan hat. Ich hätte es selbst erlebt, wie Leute der bürgerlichen Schicht ganz phantastisch gestorben seien und Haltung bewahrt hätten. Leute, die irgendwann einmal in der Partei oder anderen, auch militärischen Gruppierungen eine andere Stellung eingenommen hätten.
Ich habe auch das Beispiel von Prof. *Huber* angeführt, der Parteimitglied war und umgebracht wurde, und habe noch einige ähnliche Fälle erwähnt.
Die anderen Fragen wie Zweckmäßigkeit usw. habe ich hier niedergelegt. Wir können nachher darauf eingehen. Ich habe erklärt, ich wäre bereit, innerhalb von 14 Tagen Grundsätze zur Denazifizierung von der Union erstellen zu lassen. Herr Dr. *Hoegner* hat an dieser Stelle sofort eingesetzt und erklärt, das sei nicht möglich. Er müsse darauf bestehen, daß die Parteien sofort Stellung nehmen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ist auch nicht möglich. Ich gehe jetzt fort.)

Hoegner hat weiter erklärt, daß er darauf bestehen müsse, daß die Parteien das Gesetz rückhaltlos deckten. Er hat davon gesprochen, daß jetzt schon von CSU-Seite aus mit irgendwelchen Schicksalen für die Mitglieder der Spruchkammern gedroht würde, daß diese also, zu deutsch gesagt, Schaden leiden würden, wenn wir einmal etwas zu sagen hätten, wenn wir also die Regierung gebildet hätten. Er hat vor allem erklärt: Führende Parteileute der Union haben die Erklärung abgegeben, sie würden ihrem Herrgott danken, daß sie das Gesetz nicht unterschreiben mußten. Ich bin ihm ins Wort gefallen und habe ihm erklärt: Herr *Hoegner*, bitte präzisieren Sie, Sie sprechen von führenden Mitgliedern der Union. Wer ist gemeint? Daraufhin hat *Hoegner* sofort gesagt: Wir wissen es ja, es handelt sich um den einen Fall, also den Fall *Schäffer*, Coburger Rede. Daraufhin hat sofort einer der amerikanischen Herren - ich glaube der Dolmetscher - zu *Reese* gesagt: *Hoegner* rectified our standpoint.
Es ist ganz klar erkenntlich: Es wurde gegen die Union als solche Stellung genommen. Daraufhin haben die anderen Parteien Stellung genommen. Zunächst hat Herr *Goldhammer* etwas scharf auf die Union geschlagen. Das war nicht anders zu erwarten. Aber er hat sich gemäßigter ausgedrückt als *Hoegner*. Anschließend hat der Vertreter der Wiederaufbaupartei natürlich auch gegen die Union Stellung genommen, gleichzeitig aber auch gegen alle anderen Parteien. Der Liberaldemokrat hat auch auf die

Union losgeschlagen, aber er hat es immerhin so gehalten, daß er meinen Standpunkt der Schöffengerichte übernommen hat.
Dann wurde die praktische Frage des Schöffengerichts behandelt. Während der Unterhaltung saß Minister *Schmitt* neben mir. Er wies auf einen Brief hin, den er mir wegen meiner Rede in der Landesversammlung geschrieben hat. Er hat mir dann gesagt: Ich habe Ihnen schon durch Dr. *Pfeiffer* vorschlagen lassen, Sie sollen mir einen Mann für mein Ministerium bestellen. Nennen Sie mir einen. Ich bin bereit, ihn sofort zum Staatssekretär zu machen. Ich habe darauf erwidert: Herr *Schmitt*, das kann ich nicht aus dem Handgelenk machen. Meine Stellungnahme zu Ihrem Vorschlag werde ich Ihnen bis nächsten Mittwoch mitteilen.
Und nun wieder zur Unterhaltung mit den amerikanischen Herren. Ich habe dann gesagt, daß ich nicht allein für die Union entscheiden möchte, sondern meinen Arbeitsausschuß einberufen wolle, der die endgültige Entscheidung treffen möge. Was ich hier vorgetragen habe, sei im wesentlichen mein persönlicher Standpunkt. Er würde sich in einem gewissen Umfang möglicherweise mit dem der Union decken.
Später hat *Goldhammer* ziemlich scharf Dr. *Hoegner* angegriffen, weil Dr. *Hoegner* wieder die Union angriff. *Goldhammer* hat also meinen Sekundanten gemacht, ohne daß ich ihn darum gebeten hatte. Er hat erklärt, es wäre alles nicht so gekommen, wenn die Regierungsbildung im letzten Jahr anders vorgenommen worden wäre. Damals hätte man die Angelegenheit viel objektiver behandeln können, als wenn jetzt diese Fragen mitten im Wahlkampf entschieden werden müssen.
Oberst *Reese* hat dann *Hoegner* und mich zu einer zweiten Aussprache eingeladen, die dann am Freitag stattgefunden hat. In dieser Aussprache hat *Hoegner* nochmals seinen Standpunkt vertreten. Ich habe erklärt: Es ist kein Zweifel darüber, daß wir nicht nur die Entnazifizierung mitmachen, sondern auch wünschen. Das habe ich in der ersten Besprechung gesagt. Es kommt nur darauf an, wie man sie in der Praxis durchführt.
Oberst *Reese* hat dann erklärt: Im Punkte der Zeitdauer der Durchführung der Entnazifizierung übernehmen wir Ihren Standpunkt. Ich hatte nämlich gesagt, daß wir innerhalb eines Jahres die ganze Entnazifizierungsgeschichte erledigen müßten, sonst würde fünf Jahre über die Entnazifizierung debattiert, so wie *Hitler* zwölf Jahre lang über die 14 Jahre gesprochen habe. *Reese* erklärte, daß es der Wunsch der Militärregierung und auch General *Clays* sei, daß die Entnazifizierung in einem Jahre abgeschlossen werde. Ich stimmte dem selbstverständlich zu.
Dann wurde mein Vorschlag von *Schmitt* aufgegriffen, daß die kleinen Bagatellfälle, die absolut klar sind, durch eine Art Strafbefehl oder Zahlungsbefehl erledigt werden können, womit gleich wieder so und so viele Fälle erledigt würden. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls angenommen. Oberst *Reese* hat dann noch bekanntgegeben, die Militärregierung wolle zwischen 700 und 1000 Gerichte bilden, um möglichst schnell durchzukommen.
Dann kam die Frage einer gemeinsamen Erklärung der Parteien. Ich erklärte Oberst *Reese*, ich sei bereit, die Deckung sofort zu übernehmen und auch den Arbeitsausschuß in diesem Sinne zu bitten. Da sagte *Reese* "bis zu einem neuen Gesetz". *Hoegner* hat bei diesen Worten sofort weitergestoßen und seinerseits darauf bestanden, daß ohne Rücksicht auf die Inaussichtstellung eines neuen Gesetzes eine Deckung abgegeben werden müßte. Die Formulierung hat folgendermaßen gelautet:

> Die Parteien stellen sich entschlossen hinter das bestehende Gesetz und werden alles tun, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern.

Ich habe noch versucht, die eine oder andere Änderung durchzusetzten. Zu dem Ausdruck "entschlossen hinter das bestehende Gesetz" sagte ich: Ich bin bereit zu erklären, daß ich das Gesetz als geltend anerkenne. Ich wollte ursprünglich aufgenommen wissen "bis zu einem neuen Gesetz". Das wurde von Dr. *Hoegner* überhaupt nicht akzeptiert. Dagegen habe ich sofort zugestimmt mit aufzunehmen und habe zum Teil selbst formuliert: "und werden alles tun, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern." Dieser zweite Teil wurde wesentlich von mir gemacht.
Wir vereinbarten dann, daß morgen vormittag eine Sitzung bei *Hoegner* sein sollte, in der diese Erklärung besprochen und abgegeben werden sollte. Dann kam aber noch am gleichen Tag eine Einladung für den nächsten Tag zu General *Muller*. General *Muller* hat in Gegenwart aller Parteiführer - nur die Liberaldemokraten haben gefehlt - uns einen Brief vorgelesen, in dem zunächst mitgeteilt wurde, daß die Spruchkammern die Stellung von Gerichten haben. Dann erklärte er, daß von der Stellung der Parteien zur Entnazifizierungsfrage die Haltung der Militärregierung abhänge. Er erklärte auch, daß davon die Frage abhängig gemacht würde, wann eine demokratische Regierung in Bayern gebildet würde.
Wir wurden dann verabschiedet.
Staatsminister *Helmerich* verliest ein Protokoll über die vom Landesvorsitzenden eben behandelte Sitzung vom 5. Juni 1946.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der letzte Satz stimmt nicht in dieser Form. Ich habe ausdrücklich am Schlusse der Besprechung Abschrift des Protokolls gewünscht, ebenso wie Abschrift der Erklärung von General *Muller*. Major *Vacca* hat mir erklärt, ich könne sie nicht bekommen.
Ich schlage Ihnen nun folgendes vor. Ich beantrage hiermit, daß Sie beschließen:

> Der Landesvorsitzende ist ermächtigt, seine Zustimmung zu nachfolgender gemeinsamer Erklärung der vier Parteien zu geben:
> Die Parteien stellen sich entschlossen hinter das bestehende Gesetz und werden alles tun, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern.

Ich werde dann noch einen Brief an den General *Muller* richten, in dem ich meinen persönlichen Standpunkt vertrete.
Dr. *Hundhammer*: Entspricht der Text des vorgeschlagenen Beschlusses dem Text, der den anderen Parteien vorlag?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Text ist zwischen Dr. *Hoegner* und mir vereinbart. Er weicht nicht von der allgemeinen Vereinbarung ab.
Anschließend verliest Dr. *Gronwald* einen Brief, den Dr. *Müller* an General *Muller* zu richten beabsichtige und der sich mit der Frage der Entnazifizierung und deren Auswirkungen befaßt.
Dr. *Hundhammer* greift, da er weg müsse, noch einmal auf seinen Antrag zurück:

> Der Landesarbeitsausschuß der Partei beschließt, daß im Landessekretariat der Partei frühere Mitglieder der NSDAP, Parteianwärter oder Angehörige nationalsozialistischer Organisationen nicht beschäftigt werden. Soweit solche bereits angestellt sind, haben sie auszuscheiden.

Er glaube, daß die Aussprache des heutigen Nachmittags eine deutliche Begründung dieses Antrags sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*] regt den Zusatz an "solange sie nicht entlastet sind".
Dr. *Hundhammer* möchte dem im Augenblick noch nicht ohne weiteres zustimmen.

Entlastete Leute ausgerechnet an Stellen im Landessekretariat zu verwenden, bedürfe auch noch einer besonderen Überlegung.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will über den Antrag von Dr. *Hundhammer* später abstimmen lassen. Zunächst bitte er, seinen Antrag zu erledigen:

> Die Partei stellt sich entschlossen hinter das bestehende Gesetz und wird alles tun, um seine rasche und reibungslose Durchführung zu sichern.

Was den Brief anbelange, so gehe dieser auf seine eigene Verantwortung.
Der Antrag wird einstimmig angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erklärt hierauf, daß ihm Oberst *Reese* gesagt habe, wenn der Arbeitsausschuß diesem Antrag nicht zustimme, solle er einen neuen bestellen. Er (Dr. *Müller*) habe das volle Vertrauen der Militärregierung.
Redner fährt dann fort: Ich bitte, jetzt zu meinem Brief Stellung zu nehmen. Der Brief geht dann auf meine persönliche Verantwortung. Ich darf dazu eines erklären: Ich habe wie vielleicht kein zweiter, zum mindesten in Bayern, in den letzten Jahren meinen Kopf hingehalten. Ich habe allein beim Reichskriegsgericht über 30 Anklagepunkte, auf die die Todesstrafe lautete, für den Frieden durchzufechten gehabt. Das wird auch bei den Amerikanern anerkannt. Ich habe meinen Freunden in Berlin mitgeteilt, ich sei nie vor *Hitler* auf dem Bauch gelegen und werde es auch nicht vor anderen tun. Deswegen werde ich mir nie das freie Wort nehmen lassen. Wenn man zu der Auffassung komme, daß mein Standpunkt der Union abträglich sei, so würde ich der erste sein, der sofort die Konsequenzen ziehen und von dieser Stelle abtreten würde.
Ich kann es nicht verantworten, in diesem Falle bedingungslos zu sagen: ich halte alles für gut und recht, was ich nun einmal nicht für gut und recht halte. Dagegen steht mein Gewissen. Das mache ich nicht, mit niemandem, mag es sein, wer es will. Deshalb werde ich unabhängig von Ihrer Stellungnahme auf jeden Fall den Brief zumindest im großen und ganzen so schreiben, wie er hier entworfen ist. Ich werde keine weitere Schärfe hineinbringen, aber ich würde selbst in dem Falle, daß Sie eine andere Meinung haben sollten, mich nicht abbringen lassen, nach meinem Gewissen zu handeln.
Dr. *Horlacher* stellt in längeren Ausführungen heraus, welche große Bedeutung die Amerikaner dem Denazifizierungsgesetz beimessen. Jeder, der gegen das Gesetz spreche, werde in den Augen der Amerikaner fallen. Er spreche unumwunden aus, daß das Gesetz ein gutes Gesetz gewesen sei. Die juristischen Formulierungen seien richtig und so klar gefaßt, daß sie jedem vernünftigen Menschen die Handhabe gäben, die Verhältnisse richtig zu beurteilen. Die Union wäre in die Schwierigkeiten nicht hineingekommen, wenn sich der Parteivorsitzende an den Wortlaut der Entschließung in der Landesversammlung gehalten hätte.
Redner verweist auf die Vorgänge im Vorparlament, wo er am Vormittag in Abwesenheit des Vorsitzenden eine Erklärung habe abgeben müssen, die sich auf die Entschließung in der Landesversammlung gestützt habe. Ein Parteivorsitzender müsse den Beschluß der Landesversammlung auch auf seinen Schriftverkehr übernehmen. Der Brief an General *Muller* habe einen Aufbau und Formulierungen, denen er nach all dem Unglück, das der Nationalsozialismus über Deutschland gebracht habe, nie zustimmen werde. Wenn er schon als Deutscher nicht allen Wendungen dieses Briefes zustimme, so würde es der Amerikaner erst recht nicht tun. Der Brief korrigiere und verwässere die Entschließung der Partei, der der Vorsitzende ja zugestimmt habe.
Dr. *Schlögl* erinnert an die Kritik hinsichtlich der Haltung der CSU in der Entnazifi-

zierungsfrage im Vorparlament und bittet den Vorsitzenden in eindringlichen Worten, sich unter allen Umständen an Beschlüsse der Landesversammlung zu halten. Der Landesvorsitzende müßte immer daran denken - und das gelte auch für den Brief an General *Muller* -, daß jede seiner Äußerungen als von der Partei abgegeben aufgefaßt werde und daß er daher persönliche Äußerungen überhaupt nicht mehr in der Öffentlichkeit abgeben könne. Er empfehle daher dem Vorsitzenden, wie es auch Dr. *Hoegner* mache, immer nach Manuskript zu sprechen oder seine Worte irgendwie festzulegen.
Eine fatale Situation habe sich in der Vorparlamentssitzung heute vormittag auch durch einen Artikel über die Verfassung ergeben. Der Artikelschreiber habe dabei sozusagen eine offizielle Erklärung für die CSU abgegeben. Dieses Recht stünde aber nur dem Parteivorsitzenden zu, gestützt auf das größte Gremium, die Landesversammlung.
Redner bezieht sich auf die Rede des Landesvorsitzenden in Kempten, die dort Anlaß zu Mißverständnissen gegeben habe. Die Stellungnahme des Landesvorsitzenden sei immer und in jedem Falle, den Deutschen wie den Amerikanern gegenüber, die Stellungnahme der Union.
Staassekretär Dr. *Ehard* geht auf den Artikel über die Verfassung ein, wobei er nachdrücklich betont, daß in ihm die ganze Verfassungsfrage in absolut schiefem Licht dargestellt sei.
Haußleiter zitiert die Entschließung der Landesversammlung zur Denazifizierung:

> Die Union fordert eine beschleunigte, strenge aber gerechte Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes, die zu einer dem Maße der Schuld entsprechenden Bestrafung aller verantwortlichen Elemente führt.

Redner stellt in eingehenden Darlegungen fest, daß das, was Dr. *Müller* getan habe, genau und vollständig dieser Entschließung entspreche. Dr. *Müller* bringe lediglich Vorschläge zur Verbesserung und gerechteren Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes, als es im Augenblick durchgeführt zu werden drohe.
In seinem Gebiet könne er zahlreiche Beispiele für die politische Handhabung des Denazifizierungsgesetzes anführen. So habe in einem Dorfe ein Sozialdemokrat mit Namen *Rätsch* dem früheren Ortsgruppenleiter gegen Fett und Eier die Fürsprache der Sozialdemokraten bei der Denazifizierung zugesichert.
Dr. *Müller* weise in seinem Brief auf das Anwachsen des Denunziantentums hin und auf Mängel in der Gerechtigkeit. Diese Mängel lägen ganz klar dort vor, wo ein Gerichtsbeschluß zum ersten Mal in der Rechtsprechung der ganzen Welt durch einen einzelnen Kommunisten aufgehoben werden könne. Das sei eine Diktatur gegenüber dem Gericht. Auch habe es in der ganzen bisherigen Rechtsprechung der Welt den Fall noch nicht gegeben, daß einer, wenn er zu Unrecht verurteilt worden sei, für den Schaden, den er durch einen falschen Schuldspruch erlitten habe, nicht entschädigt werde. Was der Vorsitzende tue, sei keine Kritik am Entnazifizierungsgesetz, sondern ein Vorschlag zu einer Verbesserung der Rechtsprechung aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes.
Er erinnere an den Standpunkt der Kirchen zu dem Gesetz. Beide Kirchen hätten, juristisch sehr gut begründet, genau dieselben Einwände gegen das Denazifizierungsgesetz gebracht. Wenn die Christlich-Soziale Union es nicht wage, für den Rechtsstandpunkt einzutreten, begehe sie Verrat an der Demokratie, die sie aufbauen wolle.

Staatssekretär Dr. *Ehard*: Ich darf zu dem Brief folgende Bemerkung machen: Ich glaube, ich kenne die Atmosphäre hinsichlich der Denazifizierung bei den Amerikanern im allgemeinen und die jetzige Atmosphäre im besonderen sehr genau. Ich kann nur sagen, die Amerikaner sind im Augenblick überaus empfindlich, noch empfindlicher als sonst in diesen Dingen. Sie sind außerdem überaus mißtrauisch und sie sind, ob mit Recht oder Unrecht, jedenfalls tatsächlich besonders mißtrauisch angesichts der Haltung der CSU im Anschluß an die Besprechung bei Oberst *Reese*. Wenn man sich jetzt offiziell unter die Durchführung dieses Gesetzes stellt, so würde ich sehr empfehlen, genau zu überlegen, ob man in einem Brief an General *Muller* diesen Beschluß erläutern oder vielleicht irgendwie abschwächen sollte, oder ob man Vorschläge über die Änderung dieses Gesetzes im Augenblick dem Herrn General *Muller* gegenüber machen sollte.
Ich glaube nicht, daß die Amerikaner, schon nicht aus Prestigegründen, darauf irgendwie eingehen. Sie werden sich auf irgendeine Änderung des Gesetzes tatsächlich nicht einlassen.
Es kommt etwas anderes hinzu. All das, was der Herr Vorsitzende über die Mängel dieses Gesetzes und über die Wünsche, die man an eine Verbesserung hätte, heute vorgetragen hat, ist mir und dem Kreis, der bei der Entstehung des Gesetzes mitgewirkt hat, keineswegs neu. Wir haben diese und ganz andere Einwände in schärfsten Kämpfen mit den Amerikanern vorgebracht. Wir haben nicht nur die Grundsätze, sondern einzelne Paragraphen, einzelne Formulierungen erkämpft, und wir haben zum Schlusse um einzelne Worte gekämpft.
So, wie das Gesetz vorliegt, ist es das Äußerste, was man den Amerikanern tatsächlich abringen konnte. Es hat natürlich eines, und das muß man richtig erkennen: das Gesetz ist in der Tat entwicklungsfähig. Es sind eine Reihe von Tatbeständen enthalten, die der Jurist vielleicht als etwas labil bezeichnet. Manche Dinge sind nicht so präzis, wie man es als Jurist wünschen möchte, aber mit Absicht. Denn wir haben die Erfahrung gemacht: In dem Augenblick, in dem ich irgendeinen Begriff, der besonders gefährlich ist, präzis definiert haben wollte, ist er immer negativ gewesen. Schließlich haben die Amerikaner, die ja auch durch den Kontrollrat und durch Berlin stärker gebunden waren, als sie es anfänglich selbst gemeint haben, ein Einsehen gehabt und gesagt: Lassen wir es bei dieser Formulierung, wir kommen dabei weiter.
Man kann jedoch bei diesem Gesetz bei der Durchführung einsetzen. Und hier sind von Anfang an eine Reihe von Fehlern gemacht worden. Ich muß hier sagen, bedauerlicherweise hat die CSU das Gewicht ihrer Partei nicht zur rechten Zeit eingesetzt, um diese Fehler zur rechten Zeit zu korrigieren. Der politische Minister hat immer und immer wieder gesagt: Im Gesetz steht, daß die Ausschüsse paritätisch zusammengesetzt sein müssen. Das ist nicht richtig. Mit keinem Wort steht das im Gesetz. Im Gesetz steht, daß die Spruchkammern den örtlichen Verhältnissen angepaßt sein sollen und nicht einseitig zusammengesetzt sein dürfen. Das ist etwas ganz anderes. Wir sind dagegen immer Sturm gelaufen. Wir haben immer versucht, etwas dagegen zu tun. *Schmitt* hat es immer wieder gesagt und keiner von den maßgebenden Herren der CSU ist in dem maßgebenden Kreisen irgendwie dagegen eingetreten. Das muß einmal gesagt werden.
Was hier - und das ist ein persönlicher Vorschlag von mir - dem General *Muller* meines Erachtens jetzt in einem nicht günstigen Zeitpunkt gesagt werden soll oder will, das soll man zunächst, und zwar mit dem Gewicht der Partei, dem Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] sagen. Man soll dem Ministerpräsidenten sagen: Bei der bis-

herigen Durchführung des Gesetzes sind wir auf eine Reihe von Dingen gestoßen, die uns keineswegs gefallen. Wir müssen bei der Durchführung des Gesetzes - und das sind wir unseren Wählern schuldig - eine Reihe von Wünschen geltend machen, die unter allen Umständen berücksichtigt werden müssen. Wenn der politische Minister, ob er nun der kommunistischen oder einer sonstigen Partei angehört, das Gesetz nicht sachlich durchführen kann, dann kann man das nicht auf ein anderes Ministerium oder sonst jemand abschieben. Dann muß ich diesen Minister mit seinem gesamten Ministerium ersetzen.

(Sehr richtig!)

Das ist das, was man unter Umständen als letztes verlangen muß.
Man hätte zur rechten Zeit und viel früher einmal einen Besuch beim Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] machen können und müssen und hätte ihm sagen können: Bitte, wir wollen gar keine Koalitionsbesprechungen. Aber etwas brennt dem Wähler auf den Nägeln, in einer Sache will er unter allen Umständen die Unterstützung der Partei als solcher - denn deshalb haben wir sie gewählt -, und das ist die Entnazifizierung. Man kann jetzt nicht sagen: Ich kritisiere das Gesetz, ich möchte an Stelle der Spruchkammern Schöffengerichte, ich möchte an Stelle dieser Bestimmung eine andere haben. All diese Dinge sind im Augenblick völlig unmöglich durchzusetzen, vielleicht noch weniger als damals bei der Entstehung des Gesetzes.
Vielleicht kann ich aber bei der Durchführung des Gesetzes, bei der Zusammensetzung der Spruchkammern eine Reihe von Dingen machen. Ich kann mich mit Tatsachenmaterial zum Ministerpräsidenten begeben und sagen: Bitte, ist das ein Zustand, daß deutsche Parteien, nicht Amerikaner, in erster Linie die Leute der CSU, ob sie in der Spruchkammer sitzen oder in irgendeiner maßgebenden öffentlichen oder Parteifunktion, systematisch abschießen? Dagegen wehre ich mich und dagegen muß ich mich wehren. Der Ministerpräsident ist für eine entsprechend sachliche, gerechte und vernünftige Durchführung dieses Gesetzes verantwortlich, und wenn der politische Minister [*Heinrich Schmitt*], den der Ministerpräsident aufgrund des Gesetzes ernannt hat, das nicht fertigbringt, entweder als Person oder mit seinem Apparat, gut, dann muß der Ministerpräsident dafür sorgen, daß irgendeine Revidur geschaffen wird. Aber es ist Gefahr im Verzug. Lange darf es nicht mehr dauern.
Mir schiene der Weg, daß man einmal einen ernsten nachdrücklichen Besuch beim Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit macht, der bessere und der geeignetere. Wenn der Ministerpräsident das Seine nicht tut, dann kann man sehen, wie man weiterkommt. Aber jetzt gleich an die Amerikaner zu gehen mit Vorschlägen, die vielleicht gar nicht gelesen, vielleicht unangenehm aufgefaßt, auf jeden Fall nicht berücksichtigt werden, halte ich zumindest für ganz unopportun.
Entschuldigen Sie, wenn ich etwas temperamentvoll zu dieser Sache gesprochen habe. Ich kenne die Atmosphäre, ich kenne die Entwicklung der Dinge genau. Ich weiß, welche großen Schwierigkeiten zu überwinden waren und was man manchmal dabei hat riskieren müssen, um dieses Gesetz zustande zu bringen. Ich kenne die Verhältnisse und weiß, daß die Atmosphäre in dieser Beziehung im Augenblick nicht nur in München, sondern auch in Berlin außerordentlich gespannt ist.
Ich würde es daher im Augenblick für zweckmäßig halten zu sagen: Wir stehen hinter diesem Gesetz, aber was wir auszusetzen haben, das werden wir dem in erster Linie dafür verantwortlichen Mann, nicht dem politischen Minister, sondern dem Ministerpräsidenten vortragen, und wir werden sagen: Wenn das nicht abgestellt wird, werden

wir uns überlegen, ob wir nicht irgendwelche anderen Wege oder Möglichkeiten dazu haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*] schildert ausführlich den Inhalt seiner Kemptener Rede, soweit sie gegen Ministerpräsident *Hoegner* gerichtet gewesen sei, sowie die Kemptener Erwiderung darauf durch Dr. *Hoegner*.
Staatssekretär Dr. *Ehard* greift noch einmal auf seinen Vorschlag der Vorsprache bei Ministerpräsident *Hoegner* zurück. Der Zeitpunkt für die Reinigung der Atmosphäre sei zwar spät, aber noch nicht zu spät gewählt.
Vorsitzender [*Josef Müller*] führt die Mißstimmung gegen die Union darauf zurück, daß die Partei den Gegnern eben zu groß geworden sei. Schon der Fall *Schäffer* habe die Tendenz aufgezeigt, die Union zu sprengen. Das sei aber nicht gelungen. Die Sozialdemokratie werde dieselben Schwierigkeiten bekommen, die die Union in absehbarer Zeit werde überwunden haben. So habe Dr. *Hoegner* den Amerikanern in seinem Beisein erklärt, *Schumacher* sei der reinste Parteidiktator und er (Dr. *Hoegner*) wehre sich gegen jeden Diktator. Dr. *Hoegner* habe Dr. *Schumacher* mit den schärfsten Worten abgeurteilt, wie er selbst das nie und nimmer in den Auseinandersetzungen zwischen *Schäffer* und ihm getan habe.
Redner führt dann mit Bezug auf den Brief an General *Muller* aus:
Die Amerikaner sind nun einmal in den ganzen Kampf hineingezogen, und deshalb muß ich dem amerikanischen General klar meine Meinung sagen, gerade nachdem jede Gelegenheit wahrgenommen wurde, meine Meinung verfälscht wiederzugeben. Es ist mein persönlicher Brief. Ich werde ihn auf dem persönlichen Briefpapier schreiben. Ich werde den Brief bestimmt schreiben, weil ich glaube, daß er für die Dauer gesehen zum Allerbesten der Union geschrieben ist, auch wenn ich nicht mehr an der Spitze der Union stehe. Das kann die Folge sein.
Ich kann hierzu erklären: Ich habe bestimmt keinen Ehrgeiz nach irgendeinem Amt. Ich bin damals an die Spitze der Union getreten, weil ich geglaubt habe, daß ich am ehesten die Union zusammenhalten kann. Das hat sich auch bei den verschiedenen Abstimmungen gezeigt. Ich werde aber unter keinen Umständen eine Stunde länger an der Spitze der Union stehen, wenn ich mein Gewissen vergewaltigen muß, und das müßte ich in diesem Falle tun. Ich werde auch unter allen Umständen in Kauf nehmen, daß dann irgendwelche Leute glauben, ich sei nicht geeignet für das eine oder andere Amt.
Meine Herren! Ich habe noch nie ein Amt erstrebt. Ich habe, als die Frage der Ministerpräsidentenschaft bereits diskutiert wurde, immer erklärt: Ich persönlich habe keine Neigung dazu. Ich würde auch nicht gerne Parteivorsitzender und Ministerpräsident koppeln. Ich werde aber jedem in die Quere kommen, bei dem ich merke, daß ihn der persönliche Ehrgeiz vortreibt, und zwar deswegen, weil dieser persönliche Ehrgeiz jetzt schon die Union erledigen wird und weil Opportunismus - und das würde ich in diesem Falle als Kapitulieren ansehen - später die Union erledigen wird. Darauf kommt es an. Soll sich die Union heute gegen den Willen des allergrößten Teiles des bayerischen Volkes stellen, auch der vom Gesetz nicht Betroffenen?
Herr Staatssekretär *Ehard*! Ich kann Ihnen jetzt freundschaftlich sagen: Ich wünschte, Sie hätten erlebt, wie die Leute gegen dieses Gesetz stehen. Sie hätten das sehen können, wenn Sie die Vertrauensmännerversammlungen mitgemacht hätten. Ich hatte immer meine Mühe, zu verhindern, daß irgendwelche Resolutionen in diesem Sinne gefaßt wurden. Ich habe Sie und Dr. *Pfeiffer* wegen der Mitwirkung am Gesetz immer

verteidigt und habe das Gesetz weiter verteidigt, als es mein persönlicher Standpunkt zugelassen hätte.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wir haben auch Hunderte von Versammlungen abgehalten!)

Michel Horlacher! Ganz deutsch gesprochen: Ich wurde von Franken darauf angesprochen, daß Du in großen Städten nicht mehr reden sollst, weil der Schaden unabsehbar wäre. Viele Leute haben sich gegen Deine Versammlungen gestellt und gesagt, ein solcher Standpunkt macht die Union kaputt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das ist ein *Müllerscher* Standpunkt. Das ist lächerlich!)

Das ist ein Standpunkt, der jederzeit belegt werden kann.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das sind ein paar Intellektuelle, die meinen Standpunkt nicht verstehen, aber nicht die Masse des Volkes!)

Die Masse des Volkes ist noch ganz anders eingestellt.
Sie können selbstverständlich Ihre Meinung dazu äußern. Ich werde in diesem Falle, weil es für mich um eine Gewissensfrage geht, überlegen müssen, ob ich nicht sehr schnell eine Landesversammlung einberufe und die Konsequenzen ziehe.
Dr. *Eichhorn* rät, den Brief wenigstens nicht gleichzeitig mit der Erklärung abzuschikken. Am liebsten wäre es ihm aber, wenn sich der Vorsitzende den Vorschlag von Staatssekretär *Ehard* zu eigen machen und den Brief an den wirklich zuständigen Mann, den Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* bringen würde.
Dr. *Horlacher* weist in scharfen Worten die Ausführungen des Landesvorsitzenden über seine Versammlungen in Franken zurück und unterstreicht seine und seiner Mitarbeiter vom Bauernverband Verdienste um die Union.
Vorsitzender [*Josef Müller*] nimmt zu dem in der Oberfränkischen Volksstimme erschienenen Artikel von Dr. *Kroll* über die Verfassung Stellung. Dr. *Kroll* habe möglicherweise die Stellungnahme des Landesvorsitzenden - er halte Arbeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik für vordringlich - etwas pointiert wiedergegeben.
Zur Beleuchtung seiner Einstellung in der Verfassungsfrage schildert Vorsitzender eine Zusammenkunft mit Dr. *Hoegner* im American Press Club, auf der auch prominente amerikanische Journalisten und Schweizer Pressevertreter zugegen gewesen seien. Der Editor der Hearst-Presse habe dabei erklärt, wichtiger als die ganze Verfassungsfrage sei ihm, welche Forderungen er drüben in Amerika für den wirtschaftlichen Aufbau vertreten solle. Er (Dr. *Müller*) habe dann seine Pläne entwickelt, die in erster Linie auf Beschaffung von Kohle und Wiederbelebung des Ausfuhrhandels insbesondere mit Amerika zielten.
Dr. *Gerathewohl* befürchtet, daß jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt für die Absendung eines Briefes sei, wie ihn der Landesvorsitzende dem Ausschuß bekanntgegeben habe. Er schlage vor, der Landesvorsitzende möge zwar einen Brief an General *Muller* schreiben, in diesem aber lediglich das Einverständnis mit der Entschließung zum Ausdruck bringen und sich auf eine Kritik der Ausführungsbestimmungen beschränken sowie mitteilen, daß man sich darüber mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner* unterhalten wolle.
Im übrigen empfehle er wärmstens den Vorschlag von Dr. *Ehard* für eine Unterredung mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner*.
Ritter von Lex umreißt in eingehenden Darlegungen seine Stellungnahme dahingehend, daß er mit dem Herzen für den Brief, mit dem Verstand für den Vorschlag von

Staatssekretär Dr. *Ehard* sei, dem er sich daher in Anbetracht der gegenwärtigen etwas gespannten Lage anschließe.
Vorsitzender [*Josef Müller*] stellt die Frage der Absendung des Briefes bis zu seiner Rückkehr aus Berlin zurück. Allerdings wolle er nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß die Amerikaner an sich gegen die Union wären. Die Haltung, die er gegenwärtig einnehme, sei er den Leuten draußen schuldig, die sich unter vielen persönlichen Gefahren für die Union einsetzten und es nicht verstehen könnten, wenn er sich schwach zeige.
Auf eine Anfrage von Dr. *Horlacher* über die Besetzung der Abteilung I im Ministerium *Schmitt* antwortet Staatssekretär *Krehle*, daß Minister *Schmitt* an ihn herangetreten sei, ob er jemand für diese Abteilung wisse. Er (*Krehle*) habe aber niemand empfehlen können.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich unter Zustimmung des Ausschusses dafür aus, daß die Union für das Ministerium *Schmitt* auf keinen Fall einen Staatsekretär benennen werde.
Dr. *Gamperl* tritt in energischen Worten für eine starke Haltung der Partei gegenüber den Angriffen der Gegner ein. Etwas müsse unbedingt geschehen. Ob zum Ministerpräsidenten gegangen werden solle oder ob man besser den Brief an General *Muller* abschicke, wage er nicht zu entscheiden.
Dr. *Gronwald* führt zu den Angriffen auf Unionsmitglieder im Lande draußen aus:
Wir müssen dreierlei unterscheiden: 1. Die Union stellt sich entschlossen hinter das Gesetz. 2. Es werden gewisse Vorschläge für die Durchführungsbestimmungen gemacht, die keine Kritik sondern lediglich Ergänzungen sind. 3. - Und das scheint mir entscheidend zu sein: Stellen wir uns endlich einmal klar und eindeutig vor alle unsere Leute, die draußen diesen namenlosen Verfolgungen und heimtückischen Verleumdungen der Sozialdemokraten und Kommunisten ausgesetzt sind.
Meine Herren: Wenn man in der letzten Zeit durchs Land gekommen ist und mit unseren Vertrauensleuten und Vorsitzenden gesprochen hat, dann wird einem immer wieder händeringend entgegengehalten: Um Gottes Willen, was tut Ihr eigentlich, um endlich einmal unsere eigenen Leute gegen die maßlosen Diffamierungen in Schutz zu nehmen, um allen denjenigen das politische, bürgerliche und wirtschaftliche Leben zu gewährleisten, die auf irgendeine plumpe und heimtückische Verdächtigung hin abgeschossen werden, die nicht nur politisch tot sind, sondern auch mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Existenz?
Der Brief hat zum Hintergrund, daß jetzt einmal die höchste amerikanische Stelle auf dieses unmögliche Treiben hingewiesen wird, daß endlich einmal das offene Wort gesprochen wird, das unseren Leuten draußen wieder den Mut gibt, energisch aufzutreten, das ihnen die Gewähr gibt, daß eine Stelle da ist, die sich ihrer Sorgen und ihrer Person annimmt. Der Vorfall mit dem Landrat in Uffenheim von heute vormittag zeigt, in welch skandalöser Weise selbst gegen Leute vorgegangen wird, die wahrhaftig eine weiße Weste haben. Ich glaube, wir sind es der eigenen Partei und der Garnitur, die sich hingestellt hat, schuldig, daß wir uns voll und ganz für unsere Leute einsetzen.
Wenn dieses Tempo von den Gegnern weiterhin beibehalten wird, stehen wir so da, daß die Besten abgeschossen sind, daß die zweite Garnitur abserviert ist und die kümmerliche dritte überbleibt. Wir haben niemand mehr, der dann draußen den Mut hat, sich für die Union einzusetzen. Es kommt dann zwangsläufig, daß Elemente in der Union Einfluß gewinnen und an die Führung kommen, die wir wegen ihrer reak-

tionären Einstellung dort nicht haben wollen und die nach ihrer ganzen Person keine Gewähr dafür bieten, daß wirklich noch die Grundsätze in der Öffentlichkeit und im politischen Leben vertreten werden, für die wir einmal eingetreten sind. Ich lebe in der ständigen Angst, daß die wenigen, die draußen stehen und sich mannhaft für die Ziele der Union einsetzen, resignieren, den Mut verlieren und plötzlich alleinstehen. Dann haben wir noch an der Spitze ein Gremium, das sich anstrengt, die Fahne hochzuhalten, aber wir haben die Gefolgschaft im Lande nicht mehr. Ich bitte, das in Rechnung zu stellen und sich immer wieder zu fragen: Was können wir tun, um diesen unverschämten Diffamierungen, um diesen heimtückischen Angriffen gegen die Persönlichkeiten draußen endlich Einhalt zu gebieten?
Staatssekretär *Dr. Ehard* anerkennt die Richtigkeit der von *Dr. Gronwald* angeführten Tatsachen, bezweifelt aber nach wie vor, ob es zweckmäßig sei, die Beschwerde bei den Amerikanern anzubringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen zum Schluß der Debatte kommen. Zu dem, was Sie gesagt haben, möchte ich erklären: Ich glaube, daß man die Verteidigung - es wäre von meinem Standpunkt aus Feigheit, wenn ich so handeln würde - leicht vergleichen kann mit der Verteidigung der Zustimmung zum damaligen Ermächtigungsgesetz. Es kann auch später wieder eine Zeit kommen, wo wir uns wegen der Haltung zu verteidigen haben, die wir in diesem Augenblick eingenommen haben.
Auf weitere Vorstellungen von *Dr. Schlögl* erklärt der Vorsitzende sein Einverständnis, daß er nach der Rückkehr von Berlin wegen des Briefes noch einmal mit Staatssekretär Dr. *Ehard* Rücksprache nehmen werde.
Anschließend wird über den Antrag *Dr. Hundhammer* abgestimmt:

> Der Landesarbeitsausschuß der CSU beschließt, daß im Landessekretariat der Partei frühere Mitglieder der NSDAP, Anwärter oder Angehörige nationalsozialistischer Formationen nicht beschäftigt werden können. Soweit solche bereits angestellt sind, haben sie auszuscheiden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird der Schlußsatz umgeändert in:

> Soweit solche bereits angestellt sind, haben sie bis zur Denazifizierung auszuscheiden.

In dieser Fassung wird der Antrag einstimmig angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] kommt dann auf seine Berliner Reise zu sprechen und berichtet:
Ich gehe nach Berlin. *Prittwitz*, *Kroll* und *Steber* sind bereits vorausgefahren. *Horlacher* habe ich herzlich eingeladen. Er hat keine Sehnsucht nach Berlin. Er hat mir bei der Absage wirklich einen netten Brief geschrieben.
Man wehrt sich dagegen, daß Berlin der Sitz der Partei sein soll und daß man dort vollendete Tatsachen schaffen will. Ich werde nach wie vor daran festhalten, daß die Union als solche föderativ aufgebaut werden muß. Ich werde, wenn nicht Gesichtspunkte dazu zwingen, die nicht von der Partei aus hereingebracht werden, wenn also die Außenpolitik dabei von entscheidender Bedeutung sein sollte, meinen Standpunkt nach wie vor durchhalten, so wie Sie ihn kennen. Sollte die Außenpolitik entscheidend sein, werde ich mich mit meinen Freunden besprechen und zumindest versuchen, die entsprechende Zeit zu gewinnen, um entsprechende Entscheidungen herbeizuführen.
Ritter von Lex: Du behältst die Entscheidung Deiner Landesinstanzen vor.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jawohl, wenn es irgendwie geht. Es darf sich dabei nicht um einen Kompromiß mit den Berlinern handeln, sondern es müssen höchstens aus-

senpolitische Gesichtspunkte maßgebend sein, die mir dann in diesem Falle nicht nur von den Parteifreunden in Berlin vorgetragen werden dürfen.
Daß großes Interesse an meiner Berliner Anwesenheit besteht, ergibt sich daraus, daß *Kaiser* in einem Telefongespräch durch den Kontrollrat über die Militärregierung mir mitgeteilt hat, daß Engländer und Amerikaner dringend meine Anwesenheit wünschen und daß auch die Russen mich zu sehen wünschten.
Sie verstehen daher, warum ich unter allen Umständen jetzt nach Berlin gehen will, auch wenn formell eines noch nicht geschehen ist, was ich bisher verlangt habe: Ich habe *Kaiser* telefonisch gebeten, die Publikation richtigzustellen, daß dieser Parteitag ein Parteitag der Union Deutschlands sein soll. Ich habe gebeten, ihn nur als Parteitag der Union der russischen Besatzungszone zu bezeichnen, auf dem wir als Gäste zugegen sind.
Dr. Gronwald: Das ist in der Öffentlichkeit und in der Presse geschehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde, sobald ich von Berlin zurück bin, eine neue Arbeitsausschußsitzung einberufen und dort über die Berliner Tagung und das berichten, was sich mittlerweile auf anderen Gebieten ereignet hat. Ich habe heute bei der Militärregierung für Bayern schon erklärt: Gerade weil die amerikanische Militärregierung in Berlin will, daß ich dort bin, möge die hiesige Militärregierung darauf Rücksicht nehmen und in der Zwischenzeit zumindest verhindern, daß die Union durch meine Reise nach Berlin entscheidenden Schaden erleidet.

Schluß der Sitzung: 21.00 Uhr.

Nr. 20

Sitzung des Landesarbeitsausschusses der Christlich-Sozialen Union am 5. Juli 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Einlauf
   a) Antrag Regensburg, die Stadt Regensburg zum Bezirksverband zu machen
   b) Alpenverein
   c) Mietung eines Hauses (ehemalige Segelschule Chiemsee) als Schulungsheim
2. Politische Aussprache
3. Beschluß über die Bildung eines Ausschusses zur endgültigen Gestaltung eines Regierungsprogrammes

Ferner:
4. Finanzstatut
5. Sonstiges

Tagungsort: München, Landessekretariat, Paul-Heyse-Straße 2-4

Anwesend:[2] Donsberger, Eichhorn, von Eicken, Gamperl, Grasmann, Gronwald, Haußleiter, Helmerich, Horlacher, Hundhammer, Krehle, Ritter von Lex, J. Müller, Ostwald, Pauker, Rinke, F.L. Sauer, F. Schäfer, Steber; als Gäste: M. Deku, Hahn, K. Köhler, Lang-Brumann, Muhler, von Prittwitz-Gaffron; ferner: Gerathewohl, Graemer, Schedl, F.A. Schmitt, Semler, Speicher

ACSP, CSU-Landesarbeitsausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel; Protokollführer: Pauker

Die Sitzung wird um 14.37 Uhr nach Feststellung der Anwesenheit unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* eröffnet.
Nach einführenden Worten, in denen der Vorsitzende sein Bedauern ausspricht, daß die Vertraulichkeit der Besprechungen des Arbeitsausschusses nicht immer gewahrt worden sei, beschließt der Ausschuß die Zulassung von Gästen zur Sitzung.
Vorsitzender [*Josef Müller*] gibt bekannt, daß er um 17 Uhr zur Militärregierung müsse und um 19 Uhr beim Landesbischof [*Hans Meiser*] eine Besprechung habe. Er bittet daher, die Tagesordnung so abändern zu dürfen, daß nur die wichtigsten Punkte in seiner Anwesenheit besprochen würden.
Als erster Punkt der Tagesordnung wird der Antrag der Stadt Regensburg behandelt, die Stadt Regensburg zum Bezirksverband zu machen.

---

[1] Rekonstruiert anhand des Protokolltextes, da die ursprünglich geplante Tagesordnung (ACSP, NL Müller 11) dem Sitzungsverlauf kaum entsprach: "1. Einlauf, a) Brief des Herrn Oberbürgermeisters Scharnagl zur Frage Sport und Union, b) Antrag Regensburg, die Stadt Regensburg zum Bezirksverband zu machen, c) Alpenverein, d) Mietung eines Hauses (ehemalige Segelschule Chiemsee) als Schulungsheim, e) Flugblattwerbung - Köpfe der Union, f) Bauhütte Union, g) Werbung für die Bayerische Rundschau, h) Meldung der Mitgliederzahl, i) Einteilung der Kreisgeschäftsstellen, k) Zuweisung von PKW; 2. Politische Aussprache; 3. Beschluß über die Bildung eines Ausschusses zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms; 4. Bodenreform; 5. Wohnungsgesetz; 6. Vermögensverwaltung; 7. Kriegsgefangenenrückkehr - Versehrtenausschuß; 8. Vorbereitung der 2. Landesversammlung." Die vorgesehenen Tagesordnungspunkte wurden, soweit besprochen, im Wortlaut übernommen; die unter "Ferner" aufgeführten Punkte wurden anhand des Protokolltextes rekonstruiert.

[2] Laut Anwesenheitsliste. Die unter "ferner" Genannten wurden anhand des Protokolltextes ermittelt. Der Name eines Gastes ist unleserlich.

Der Ausschuß beschließt, der Stadt Regensburg mitzuteilen, daß der Antrag dem Landesarbeitsausschuß mit detaillierter Begründung vorgelegt und dann vor der Landesversammlung eingebracht werden möge.
Anschließend wird die Frage der Mietung einer ehemaligen Segelschule am Chiemsee als Schulungsheim erörtert. Der Plan wird von den Ausschußmitgliedern, insbesonders von Dr. *Gerathewohl* begrüßt, der auf günstige Erfahrungen mit einem Schulungslehrgang in einem Kloster in der Nähe von Bamberg verweist.
Mehrere Ausschußmitglieder vertreten den Standpunkt, daß ein Schulungsheim für ganz Bayern zentraler gelegen sein müßte oder daß für Südbayern und Nordbayern je ein Schulungsheim gemietet werden sollte.
Vorsitzender [*Josef Müller*] hält die Frage der Mietung oder des Ankaufs eines Schulungsheims im Augenblick für verfrüht, nachdem die Organisierung der Kurse selbst noch nicht geklärt sei. Er glaube allerdings auch, daß man später dahinkommen solle, ein eigenes Schulungsheim zu haben.
Dr. *Gerathewohl* schlägt Bildung einer kleinen Kommission vor, die die entsprechenden Objekte, die für Sommer und Winter geeignet seien, in Augenschein nehme.
Staatssekretär *Krehle* empfiehlt, sich mit Herrn *Schwarzer* in Verbindung zu setzen, um zu erfahren, ob der Seehof in Kochel als Schulungsheim in Frage komme. Das Haus werde in diesem Falle von Schwestern bewirtschaftet, so daß hinsichtlich Unterkunft und Verpflegung keine Schwierigkeiten entstünden. Für Südbayern jedenfalls wäre das Haus sehr geeignet.
Dr. *Gerathewohl* empfiehlt für Nordbayern die Aufnahme von Verhandlungen mit dem in der Nähe von Bamberg gelegenen Kloster, in dem er bereits Schulungskurse durchgeführt habe.
Der Ausschuß beschließt, die Angelegenheit der Mietung bzw. des Ankaufs eines Schulungsheims im Auge zu behalten und nach Einholung entsprechender konkreter Vorschläge erneut zu beraten.
Auf Antrag von Dr. *von Eicken* wird als dringlicher Punkt die Frage des Alpenvereins behandelt. Redner hebt die eminente politische und kulturelle Bedeutung des Alpenvereins hervor. Der Alpenverein habe zuletzt über 110.000 Mitglieder gehabt mit einem Hüttenbesitz von 150 erstklassigen Alpenvereinshäusern. Die sozialdemokratischen "Naturfreunde" hätten es vor allem auf den Hüttenbesitz des Alpenvereins abgesehen. In Österreich habe Bundeskanzler *Figl* den ersten Vorsitz des österreichischen Teils des Alpenvereins übernommen. Wenn man die Gelegenheit versäume, hier zu helfen, habe man sich damit einer bedeutenden politischen Entwicklungsmöglichkeit begeben.
Redner bittet, daß die Landesgeschäftsführung beauftragt würde, der Frage des Alpenvereins mit außerordentlicher Sorgfalt und Energie nachzugehen und ihr eventuell alle dazu nötigen Vollmachten in Blanko zu geben. Jedenfalls müsse dafür gesorgt werden, daß der Alpenverein nicht einfach so wie er sei liquidiert werde.
Graemer berichtet, daß er eine Mitteilung vom Polizeipräsidium bekommen habe, daß die Militärregierung den Alpenverein vorläufig verboten habe. Die Frage müßte in direkten Verhandlungen mit der Militärregierung geklärt werden.
Der Ausschuß beschließt, die Angelegenheit bis zur Klärung in direkten Verhandlungen mit der Militärregierung zurückzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] geht dann zu Punkt 2 der Tagesordnung "Politische Aussprache" über, wobei er ausführt:
Meine lieben Freunde! Hier taucht die Frage auf, inwieweit eine politische Aussprache über alle Vorgänge in einem großen Gremium durchgeführt werden kann. Ich

werde morgen dem Landesausschuß vorschlagen, daß zunächst die Bezirksvorstände über alle Vorgänge in den Bezirken berichten. Dann werde ich den staatspolitischen Ausschuß bilden lassen, den ich ja selbst zu bilden hätte, den ich aber in diesem Falle durch den Landesausschuß bilden lassen möchte. Ich werde dem staatspolitischen Ausschuß die Situation klarlegen, wie sie sich bei den sehr weitgehenden und konkreten Verhandlungen, die ich jetzt geführt habe, ergeben hat. Ich werde es ihm überlassen, seinerseits zu entscheiden, was dem Landesaussschuß zur Entscheidung vorgelegt wird.
Das ist keine Geheimnistuerei. Selbstverständlich kann auch Politik unter Beteiligung der Öffentlichkeit gemacht werden, denn in der Demokratie ist ja die Öffentlichkeit im weitesten Maße an der Politik beteiligt. Bestimmte Vorgänge sind aber noch im Ablaufen, so daß eine Störung durch Indiskretionen nicht ohne weiteres zweckmäßig erscheint. Ich darf hierbei bemerken, daß aus rein agitatorischen Gründen in der letzten Zeit alles mögliche über die Politik in der Union verbreitet wurde. Selbstverständlich wurden dabei auch gegen mich Angriffe vorgetragen. Ich möchte aber dabei bitten, daß der Inhalt von vertraulichen Besprechungen doch nicht Leuten mitgeteilt wird, die ihre Aufgabe offenkundig darin sehen, die Union zu sprengen. Sie erinnern sich, daß im Landesausschuß in Bamberg ein Mann aufgetreten ist, der ein Pamphlet verteilt hat, das eine solche Wirkung ausgelöst hat, daß damals alle einstimmig den Mann am liebsten sofort hinausgeworfen hätten.

(Sehr richtig!)

Dieser Mann, der so arbeitet, daß man annehmen kann, er besorgt die Geschäfte anderer, steht zweifelsohne im Zusammenhang mit Leuten aus dem Ausschuß. Denn ich weiß, daß er neuerdings Nachrichten verbreitet, offensichtlich auch schriftlich, die zumindest Bemerkungen enthalten, die in diesem Gremium gemacht worden sind.
Ich bitte infolgedessen, jetzt die Frage stellen zu dürfen: Wer aus diesem Gremium hat Herrn *Messmer* Informationen gegeben über Äußerungen, die ich hier gemacht habe? Wer steht in Verbindung mit Herrn *Messmer*?
Dr. *Hundhammer*: Ich kenne Herrn *Messmer*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Stehst Du in dauernder Verbindung mit ihm, so daß er von Dir Informationen bekommt?
Dr. *Hundhammer*: Informationen bekommt er nicht von mir. Er kommt aber zu mir.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Kennst Du seine Arbeit?
Dr. *Hundhammer*: Nein. Ich weiß, daß er mit den Amerikanern in Verbindung steht. Ich weiß nicht, welche Stellung er dort hat.
Dr. *Muhler*: Ich möchte bloß feststellen, daß ich auch - ich kann nicht sagen in Verbindung mit ihm stehe -, aber daß ich ihn ab und zu sehe. Seit dem Ereignis in Bamberg habe ich ihn ein einziges Mal auf der Straße getroffen. Informationen konnte er keine von mir haben, weil ich nie bei diesen Sitzungen war.
Dr. *Schmitt*: *Messmer* war zweimal bei mir. Einmal habe ich ihn hinausgeworfen. Kürzlich war er wieder bei mir. Ich habe gedacht, er würde mir eine Wahlspende der Firma *Moll* bringen. Er hat es nicht getan, sondern er hat mir einen großen Vortrag über alle möglichen Dinge gehalten.

(Zuruf: Bei *Moll* ist er hinausgeworfen worden.)

Dann ist er wieder gegangen. Er macht den Eindruck eines Menschen, der ständig von einem zum anderen läuft und Zwischenträgereien macht. Man wird nicht klug, was er eigentlich will. Auf der anderen Seite macht er wieder einen sehr intelligenten Ein-

druck. Ich war immer froh, wenn er wieder draußen war. Es ist ein Mann, mit dem man sich nicht einlassen kann.
Irgendwelche Verbindungen mit ihm habe ich nicht. Sollte er sich auf mich berufen, so stimmt das nicht.
Dr. *Muhler*: Bei der Vorstellung hat er sich auf Dr. *Hundhammer* berufen.
Dr. *Hundhammer*: Ohne mein Wissen.
Dr. *Schmitt*: Bei mir hat er sich auch auf eine Reihe von Herren berufen. Ich konnte mir das nach den Vorgängen in Bamberg nicht recht erklären.
Staatsminister *Helmerich*: Seine Haltung in Bamberg war so kurios, daß ich es bedauere, wenn Herren dieses Ausschusses noch Verbindung mit ihm halten. Ich würde bitten, daß niemand mehr aus diesem Ausschuß Verbindung mit ihm hält.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jedenfalls ist mir bekannt geworden, daß Herr *Messmer* ganz konkrete Äußerungen wiedergegeben hat in einem Schriftstück, die hier von mir gemacht wurden.
Dr. *Hundhammer*: Bei mir ist durch *Messmer* angefragt worden - wo er die Information her hat, weiß ich nicht -, *Müller* droht mit Verhaftungen. Diese Äußerung hast Du in der Gedonstraße gemacht. Du hast dort erklärt, Du hättest früher im Rahmen Deines Dienstes bei *Canaris* die Möglichkeit gehabt, jeden ohne Angabe von Gründen verhaften zu lassen. Du hättest damals keinen Gebrauch von dieser Vollmacht gemacht. Du hättest auch jetzt die Macht, jeden verhaften zu lassen, der eine Politik macht, die gegen die von Dir vertretene Linie läuft. Dr. *Rinke* hat damals erklärt, in München sei von einer solchen Bevollmächtigung bei der Militärregierung nichts bekannt.
Ich habe damals daraufhin erklärt, eine solche Drohung würde mir, der ich so lange unter den Klauen der Gestapo gestanden sei, außerordentlich überraschend kommen und es mir unmöglich machen, für das Vertrauensvotum zu stimmen.
Diese Äußerung ist bekannt geworden, ich weiß nicht wie. Daraufhin ist bei mir durch *Messmer* angefragt worden, ob diese Äußerung wirklich gefallen sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu bemerken: Wenn wir die alten Protokolle herausholen, werden wir ganz andere Feststellungen treffen.
Ich habe diese Äußerung nicht in dem Sinne gemacht. Es interessiert mich, daß die Äußerung in dieser Version in dem Schriftstück von *Messmer* enthalten ist. Wir werden die alten Protokolle herausholen lassen und den Wortlaut der damaligen Erklärung feststellen, die nie und nimmer darauf abgestellt war, daß ich die Macht hätte, jemanden zu verhaften, sondern nur darauf, daß die Militärregierung in bestimmten Dingen eine bestimmte Empfindsamkeit habe. Ich habe damals erklärt, wenn Leute nicht vorsichtig seien, würde die Möglichkeit bestehen.
Dr. *Hundhammer*: *Müller*, Du hast ausdrücklich erklärt: Ich habe die Macht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich wurde damals nach irgendwelchen Leuten gefragt, und ich habe dazu erklärt: Genauso wie damals von mir abgelehnt wurde, Material gegen *Schäffer* zu geben, so habe ich den Standpunkt eingenommen, die Drohung mit Verhaftungen von Seiten der Militärregierung sei ein Standpunkt, der militärischen Charakters sei. Ich habe den Herrn genannt, der die Äußerung gemacht hat. Militärs neigen leicht zu Verhaftungen.
Jeder, der damals dabei war, konnte die Äußerung in diesem Sinne verstehen.
Dr. *von Eicken*: Ich war damals dabei und möchte zur Klärung dieser Angelegenheit eines sagen: Ich pflege Äußerungen, die mir im ersten Augenblick schockierend erscheinen - ich gebe offen zu, daß mir die Äußerung im ersten Augenblick außeror-

dentlich schockierend erschienen ist -, nachher genau durchzudenken. Ich kann nach bestem Wissen und Gewissen nur erklären, daß die Information von Dr. *Müller* den Sinn hatte zu warnen vor einem Ausderreihetanzen gegenüber Lieblingsplänen der amerikanischen Militärregierung, denen gegenüber sie so empfindlich wäre, daß sie auch nicht vor Verhaftungen zurückschrecke. Soweit ich mich mit Kameraden, die damals anwesend waren, unterhalten habe, ist eine andere Auffassung nicht aufgekommen, wenn auch zugegeben wurde, daß sie damals, ob im Drange der Geschäfte oder mit der Absicht der ernsten Unterstreichung einer besonderen Situation, vielleicht mißverständlich geklungen habe.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Hundhammer*, ich habe Ihnen im Augenblick noch nicht das Wort gegeben. Ich muß sehr konkret vorgehen.
Dann darf ich fragen: Von wem hat Herr *Messmer* eine Äußerung, die in der letzen Sitzung von mir gemacht wurde, nachdem abgestimmt war: Wenn der Ausschuß nicht im Rahmen der Entnazifizierung den Vorschlag, von dem die Rede war, annehme, solle ich ihn auflösen.
Messmer hat auch diese Äußerung in seinem neuen Pamphlet wiedergegeben. Von wem hat er diese Äußerung?
Staatsminister *Helmerich*: So kann man nicht arbeiten.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe mit ihm über die Sitzung gesprochen. Er hat auch diese Information gehabt, aber nicht von mir. Er hat mich auch wegen der anderen Sache merkwürdigerweise von sich aus angefragt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich den Abstimmungsberechtigten die Frage vorlegen: Wie sollen in Zukunft politische Aussprachen überhaupt möglich sein, wenn solche Indiskretionen vorkommen, die ausgewertet werden?
Dr. *Hundhammer*: Du hast die Drohung mit der Verhaftung vorher schon in Nürnberg und noch bei einer Sitzung der Stadt München fallen lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: In Nürnberg ist über dieses Thema überhaupt nicht gesprochen worden. Das hat sich längst herausgestellt. Es hat sich nur gezeigt, daß jemand immer im ganzen Lande herumreist und überallhin den Stunk bringt, auch dahin, wo die Leute nichts von diesem Münchner Stunk wissen wollen.
Dr. *Hundhammer*: Aber diese Sache ist von Nürnberg nach München gebracht worden.
Frau *Speicher*: Ich war dabei. Mir ist nichts bekannt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Ganze ist erlogen. Jemand hat ein Interesse daran, dauernd Lügen zu sammeln.
Donsberger: Ich war an sämtlichen Besprechungen in Nürnberg beteiligt. Mir ist eine Äußerung von Dr. *Müller* in diesem Sinne nicht bekannt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man sieht, daß nur Lügen gesammelt werden, und zwar zweckstrebig.
Dr. *von Eicken*: Ich stelle den Antrag, diese Angelegenheit restlos durchzuklären, weil ich sonst die Herausarbeitung einer Linie in der Zukunft nicht mehr für möglich halte. Ich stelle ferner den Antrag, die Angelegenheit gegebenenfalls einem Ausschuß zu überweisen, weil es etwas Unglaubliches ist, daß ein Mann von der zweifellosen psychopathischen Veranlagung des Herrn *Messmer* überhaupt Informationen bekommt.
Dr. *Horlacher*: *Messmer* habe ich schon seit fünf Monaten hinausgeworfen. Mit ihm rede ich kein Wort mehr.
Staatsminister *Helmerich*: Ich kann nicht verstehen, daß jemand mit ihm verkehrt.

Dr. *Horlacher*: Abgesehen davon möchte ich den Herrn Vorsitzenden bitten, daß er bei Verhandlungen in unserem Kreis nicht immer gleich auf die höchste Palme gerät, wie es ein paarmal geschehen ist. In dieser Stimmung sind Äußerungen gegen verschiedene Leute gefallen, die sehr verschiedenartig ausgedeutet werden können, Äusserungen nicht bloß gegen Dr. *Hundhammer*, sondern auch gegen mich, gegen Dr. *Baumgartner*. Das sind keine Methoden, wie man unter Freunden verkehrt. Man hat den Eindruck, wenn der eine oder andere eine Ansicht vertritt, die dem Vorsitzenden nicht paßt, so kann mit irgendwelchen Verhältnissen bei der Militärregierung gedroht werden.
In einem Fall hat ein Herr von sich aus die Klärung der Gesamtverhältnisse bei der Militärregierung beantragt und in diesem Falle ist - das wird auch die übrigen Herren beruhigen - die ausdrückliche Erklärung seitens der Militärregierung erfolgt, daß diese ganzen Vermutungen nichts anderes sind als leeres Gerede. Ich bitte also, mit solchen Äußerungen vorsichtig zu sein. Von daher kommen diese Geschichten. Solche Sachen müssen bei uns ausscheiden. Die Äußerung, die damals gefallen ist, war mißverständlich aufzufassen. Den Fragenkomplex des Herrn *Messmer* scheide ich dabei vollständig aus.
Eine Anfrage an den Arbeitsausschuß in dieser Angelegenheit halte ich nicht für notwendig und für gegenstandslos. Denn jeder hat bei Äußerungen, die mit Heftigkeit gemacht werden, eine andere Vorstellung, wie sie aufzufassen sind. Darüber kann man sich kein Urteil bilden. Etwas anderes ist es natürlich, ob man Personen, die mit uns nichts zu tun haben, darüber informieren soll.
Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, daß er sich in Zukunft in seinen Äußerungen vorsieht. Er hat manche Äußerungen gebracht, die sehr verschiedenartig auszulegen waren. Ich bitte, diese Dinge zu unterlassen. Ich bitte, sich aber nicht weiter damit zu beschäftigen. Wir wollen praktisch arbeiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nicht so leicht. Man kann die Dinge im Augenblick deswegen nicht unerledigt lassen, weil es eine grundsätzliche Frage ist. Es ist keine Arbeit möglich, wenn jede Arbeit nur unter dem Gesichtspunkt kritisiert wird: Wie kann man irgend etwas aufnehmen und aufgrund dessen dann ein Durcheinander schaffen. Die Fragen, die jetzt von entscheidender Bedeutung waren und sind, sind von so diffiziler Natur, daß es in Gottes Namen möglich sein muß, unter Parteifreunden mehr oder weniger vertrauliche Dinge zu besprechen. Wenn das nicht möglich ist, dann ist keine Politik zu machen, auch nicht, wie das in den letzten Tagen geschehen ist, wenn einer von der Union dann an irgendeiner Stelle in den Tagen der letzten Arbeitsausschußsitzung in bezug auf den Landesvorsitzenden erklärt: Jetzt wird das Schwein geschlachtet. Aus solchen Äußerungen ist kein Unionsgeist zu spüren.
Dr. *Hundhammer*: Namen nennen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Auch die anderen Vorgänge sind so, daß es einen eigenartig berührt, wenn z.B. aus der Union heraus bei der Militärregierung bestimmte Fragen wie unsere Statuten aufgeworfen werden, obwohl die Landesversammlung die Statuten beschlossen hat und zwischen der Militärregierung und mir die Besprechungen stattfinden, wie die Statuten den Bestimmungen der Militärregierung in jeder Form angepaßt werden. Das ist keine Arbeit in einer Partei. Damit macht sich die Partei nur lächerlich. Das ist leider Gottes nicht nur hier der Fall, sondern auch an kleineren Plätzen. Gott sei Dank gibt es da und dort auch angenehme Enttäuschungen und hat man den Eindruck, daß die Leute zusammenarbeiten.

Ich hoffe, daß die Schwierigkeiten bald überwunden werden dadurch, daß die Freunde von draußen, die zur Fraktion kommen - auch das kann man wieder falsch auffassen -, vielleicht neuen Wind nach München hereinbringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bittet dann um Zustimmung des Arbeitsausschusses, daß künftighin Fragen der Regierungspolitik mit Vertretern der Bezirke und vor allem mit den Regierungsmitgliedern besprochen würden.
Der Arbeitsausschuß solle bis zur Bildung des staatspolitischen Ausschusses bestehen bleiben.
Schäfer bringt in energischen Worten seine Hoffnung zum Ausdruck, daß bei den künftigen Sitzungen in München wirklich praktische Arbeit geleistet werde, bei der man auch die so notwendigen Direktiven erhalte.
Haußleiter schließt sich in scharfen Worten der Stellungnahme *Schäfers* an.
Dr. *von Eicken* wendet sich gegen die Beratung der wichtigen politischen Fragen in einem kleinen Gremium. Er führt den Rückgang der Wählerzahl für die Union darauf zurück, daß die Wählerschaft über die breite politische Linie der Union nicht orientiert werde. Wenn Leute das in sie gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigten, so sei das Ehrengericht dafür da. Statt Debatten über persönliche Dinge und Posteinläufe brauche man die große politische Linie, um damit draußen vor die Wähler hintreten zu können.
Dr. *Horlacher* wendet sich in längeren Ausführungen ebenfalls dagegen, daß die großen politischen Entscheidungen in einem kleineren Ausschuß getroffen werden sollten. Die Ursachen der Schwierigkeiten der Union in der letzten Zeit liegen darin, daß man die Richtlinien, die die Landesversammlung schon einmal festgelegt habe, nicht mit aller Zähigkeit nach außen hin verteidigt habe.
Was den vorgeschlagenen staatspolitischen Ausschuß angeht, so seien die Regierungsmitglieder von den Vorgängen innerhalb der Regierung beeinflußt. Als Gegengewicht dazu müßte auch die Ansicht der Wählerschaft draußen entsprechend vertreten werden. Er sehe daher nicht ein, warum die grundsätzlichen politischen Gesichtspunkte nicht öffentlich erörtert werden könnten. Bei großen Parteien hätten diese öffentlichen Erörterungen sogar schon dazu geführt, daß eine Minderheit, die sich dem großen politischen Programm nicht unterordne, mit Rücksicht auf diese Linie von der Partei ausgeschlossen worden sei, wie das beispielsweise in England in der Labour-Partei geschehen sei.
Dr. *Semler* bezieht sich auf den Vertrauensbruch, der durch die Indiskretionen über Besprechungen in der letzten Arbeitsausschußsitzung vorgekommen sei. Mit Rücksicht darauf verstehe er, wenn der Landesvorsitzende ein Gremium schaffen wolle, das dichthalte.
Dr. *Eichhorn* bezeichnet die personellen Schwierigkeiten innerhalb der Union als Erbe der Bayerischen Volkspartei. Er verlangt ebenfalls, insbesondere auch mit Rücksicht auf die aus der Union abwandernden evangelischen Kreise, daß endlich sachliche Arbeit geleistet werde. Man soll auch nicht bei allen Handlungen danach schielen, ob sie anderen Leuten gefielen. Eine politische Partei müsse letzten Endes doch einen eigenen politischen Willen haben.
Dr. *Horlacher* fordert, daß die Union endlich ihr Programm herausbringe.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verweist auf seine Ausführungen in den letzten Sitzungen, in denen er erklärt habe, daß die nächste Landesversammlung bestimmte Richtlinien ausarbeiten werde. Es werde sich dann zeigen, ob die Leute, die jetzt so gern mit dem Schlagwort reaktionär arbeiteten, nicht selbst reaktionär dächten. Er bedauere, fest-

stellen zu müssen, daß es möglich gewesen sei, daß Herren der Union bei der Militärregierung über interne Verhältnisse des Landesparteisekretariats gesprochen hätten. Er müsse daher bestimmte Dinge im vertraulichsten Kreis besprechen, da er nicht mehr sicher sei, ob sonst die Vertraulichkeit gewahrt würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*] geht dann zur Behandlung des Punktes drei über, "Beschluß über die Bildung eines Ausschusses zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms". Er wolle der morgigen Landesausschußsitzung folgenden Antrag zur Annahme vorlegen:

Beschluß: Die Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung vom 30. Juni 1946 hat die starke Verankerung der Union in der bayerischen Bevölkerung erneut bestätigt. Aus der Tatsache, daß die Union abermals als Mehrheitspartei aus der Wahl hervorgegangen ist, erwächst ihr eine große Verantwortung für die künftige Gestaltung des Schicksals von Volk und Staat. Die Union ist bereit, die Folgerungen aus dem Vertrauensbeweis der Wähler zu ziehen und die Verantwortung zu übernehmen.
Der Landesausschuß beschließt:
Zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms wird ein siebenköpfiger Ausschuß gebildet, der aus folgenden Mitgliedern besteht:
Minister Dr. *Baumgartner* (Landwirtschaft),
Staatssekretär *Krehle* (Sozialpolitik),
Dr. *Semler* (Wirtschaft),
Geistlicher Rat Dr. *Muhler* (Kultur),
Ritter von Lex (Staatsverwaltung),
Dr. *Kroll* (Siedlung, Währung, Interzonen),
von Prittwitz-Gaffron.

Weiters solle zum Ausschuß je ein jeweils einzuladender Vertreter der Bezirke genommen werden, wenn bestimmte grundsätzliche Entscheidungen zu treffen seien.
Das Gremium an sich solle also kleiner gehalten werden und nur dann, wenn grundsätzliche Fragen zu entscheiden seien, solle ein Vertreter der Bezirke dazugenommen werden.
Frau *Lang-Brumann* beantragt die Aufnahme einer Frau in den Ausschuß.
Vorsitzender [*Josef Müller*] schlägt die Erweiterung des Ausschusses auf neun Mitglieder vor durch Aufnahme je eines Frauen- und Jugendvertreters. Er weist darauf hin, daß die Ausschußmitglieder immer in kürzester Zeit verfügbar sein müßten.
Frau *Hahn* benennt als Vertreterin der Frauen Frau *Lang-Brumann*.
Vorsitzender stellt das Einverständnis des Ausschusses fest. Aus diesem Ausschuß werde sich nach seinem Empfinden der staatspolitische Ausschuß entwickeln.
Dr. *von Eicken* will die Frage klar beantwortet haben, ob die politischen Entscheidungen nach wie vor durch die großen Ausschüsse gefällt werden sollten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] beantwortet die Frage dahin, daß der Ausschuß die Möglichkeit bieten müsse, sehr rasch bestimmte Entscheidungen zu fällen, wobei weitergehende Fragen sofort zur Bearbeitung an die anderen Ausschüsse gehen sollten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] geht dann auf die Arbeit der zukünftigen Unionsfraktion in der verfassunggebenden Versammlung ein und umreißt die drei Hauptfragen, die bei der neu auszuarbeitenden Verfassung im Vordergrund des Interesses stünden: Zweikammersystem, Staatspräsident und Wahlrechtsystem. Er gibt bekannt, daß er mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner* vereinbart habe, daß die Sozialdemokraten und die

CSU neben dem Verfassungsausschuß der Landesversammlung einen Ausschuß von etwa zehn Köpfen bilden würden, der die einzelnen Verfassungsprobleme zu gestalten versuchen werde. Den Besprechungen mit Dr. *Hoegner* zufolge sei eine Einigung mit den Sozialdemokraten durchaus möglich. Dasselbe sei auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik der Fall, wo Dr. *Hoegner* den Begriff der gesteuerten Wirtschaft übernommen habe. Eine Einigung erscheine auch auf dem Gebiete der Kulturpolitik möglich. Obwohl im Lande draußen große Verstimmung über die Personalpolitik der Sozialdemokratie herrsche, seien doch sicherlich 90% der Union draußen für eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie.
Bayern sei der stärkste Staat im deutschen Verband und hätte infolgedessen auch eine besondere Verpflichtung, alle politischen Probleme unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen Interessen für ganz Deutschland zu betrachten.
Haußleiter verbreitet sich über die Frage der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie wie folgt:
Wir halten droben im nordbayerischen Raum die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie für durchaus zweckmäßig, insbesondere wenn es uns dadurch gelingt, die Sozialdemokratie immer mehr auf den Boden einer sozialen Reformpartei hinzuführen. Verbunden muß es allerdings werden mit einem wesentlich leidenschaftlicherem Kampf gegen ihre Personalpolitik. Ich habe bei uns festgestellt, daß die Sozialdemokratie z.B. alte Parteigenossen als Redner in die Dörfer schickt. Das wird in unserem Raum so gemacht, daß ein völlig unzulänglicher Redner, der zugelassen ist, eine Viertelstunde lang spricht. Anschließend spricht ein Sozialdemokrat, der seit 1933 Pg. ist, in der Diskussion eineinhalb Stunden in einem glänzenden Referat. Hier müssen wir zum Angriff auf die Herren übergehen.
Ein zweiter Punkt scheint mir noch viel wesentlicher. In unserem oberfränkischen Raum geht die Diskussion um die weltanschaulichen Grundlagen der Sozialdemokratie. Hier müssen wir ebenfalls eingreifen. Ich habe folgendes erlebt: In Pegnitz kam ich nach der eigenen Versammlung gerade in dem Augenblick in die sozialdemokratische Versammlung, als der Redner, ein Herr *Fischer* aus Nürnberg, sagte: Wir wissen, daß Dr. *Müller* von der CSU unseren Leuten in München nachläuft und die ganze Zeit dem Herrn Dr. *Hoegner* versichert, die Union wolle mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten. Von dieser Zusammenarbeit sehen wir in der Praxis keine Spur. Der Redner brachte dann irgendwelche lächerlichen Beispiele aus irgendwelchen Orten in Bayern, wo wir Wahlanfechtungen durchgesetzt hätten, also ganz lächerliche Argumente.
Es darf also nicht so sein, daß die Sozialdemokratie unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit, so wie sie es gegenwärtig draußen tut, in irgendeiner Weise als Schwäche empfindet und draußen den Hörern als Schwäche zu suggerieren versucht.
Wir haben den Sozialdemokraten gegenüber aber noch eine zweite Erziehungsaufgabe: Die Sozialdemokraten haben bei uns ein Wahlplakat und Flugblatt in vielen tausenden Exemplaren losgelassen: "Wählt christlich, die wahre christliche Partei ist die Sozialdemokratie, denn sie ist die einzige echt sozialistische Partei."
Hier muß eines klargemacht werden: In ihrem Programm und in ihrer Kernhaltung ihrer Führer ist die Sozialdemokratie heute noch auf dem Boden des historischen Materialismus. Ich habe in der Diskussion diesem Redner in Pegnitz gesagt: Daß die Sozialdemokratie sich als christlich bezeichnet, ist der erste große Erfolg der Christlich-Sozialen Union. Wir werden diesen Weg weitergehen, bis sie endlich das Programm des dialektischen Marxismus abgelehnt hat. Daraufhin hat dieser Mann, der in die Parteiführung gehört, erklärt: Das werden wir niemals tun.

Die Sozialdemokratie führt bei uns augenblicklich einen ehrlichen Kampf gegen die KPD. Wir müssen dagegen gegen die Personalpolitik der Sozialdemokratie kämpfen, die von unserem Regierungspräsidenten *Schregle* ganz bösartig geführt wird. Der Kampf muß mit viel größerer Schärfe und viel größerer Sachkenntnis gegen ihre materialistisch-marxistische Grundposition geführt werden. Denn wenn wir sie erziehen wollen, müssen wir sie auch weltanschaulich erziehen.
Ich habe den Herren gesagt: Wenn ihr wirklich christlich seid, brauchen wir uns auch nicht mehr als christliche Partei zu bezeichnen. Dann ist unser ganzes Volk christlich.
Diese Erziehungsarbeit kann nur durch Kampf und nicht aufgrund irgendwelchen schwächlichen Verständigungsgeredes durchgeführt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bemerkt zu den Ausführungen *Haußleiters*, man habe ihm in der letzten Arbeitsausschußsitzung Vorwürfe gemacht, daß er nicht mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten wolle. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei während der Wahlzeit von der Union und auch von ihm sehr scharf geführt worden. Das schließe allerdings eine Zusammenarbeit nach dem Wahlkampf keineswegs aus. Er habe bei seinen Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Personalpolitik der Sozialdemokratie eine starke Belastung sei. In ihrer Haltung gegenüber dem Christentum seien die Sozialdemokraten nicht einig. Dr. *Hoegner* habe in dem Interview mit den amerikanischen Pressevertretern den marxistischen Materialismus als praktische Staats- oder Wirtschaftsauffassung abgelehnt und ihn lediglich als Lehre bezeichnet.
Auch in der Reichspolitik werde man mit der Sozialdemokratie ziemlich einig gehen können, nachdem Dr. *Hoegner* von dem früher geäußerten Gedanken, daß Bayern vielleicht Gesandte entsenden werde, wieder abgerückt sei.
Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigt sich Vorsitzender [*Josef Müller*] mit den Umständen, die zur Übernahme des Ministeriums für Sonderaufgaben durch den Parteifreund Dr. *Pfeiffer* geführt hätten.
Zum Schluß wirft er die Frage auf, woher die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung die umfangreichen Mittel für den Wahlkampf habe.
Dr. *Muhler* gibt dazu eine Bemerkung *Loritzens* bekannt, daß das Geld aus der Schweiz komme, was von mehreren Ausschußmitgliedern bezweifelt wird.
Dr. *Eichhorn* schneidet nochmals die Frage der Verfassung an. Beim Staatspräsidenten komme es darauf an, daß durch diese Institution ein Zusammengehen mit den anderen deutschen Ländern nicht erschwert werde.
Was die Wirtschaftspolitik angehe, so enthalte die Verfassung eine Reihe von Bestimmungen, die nicht in eine Verfassung gehörten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] unterbricht mit der Bemerkung, daß er zur Militärregierung gehen müsse.
Dr. *Eichhorn* erwidert, daß der Landesvorsitzende fast in jeder Sitzung zur Militärregierung gehen müsse und daß man den Vertretern aus dem Lande einfach nicht mehr zumuten könne, daß beinahe jede Sitzung dadurch gestört werde.
Redner befaßt sich dann mit den Gründen des Stimmenrückgangs für die CSU. Den Hauptgrund sieht er in der wachsenden Uninteressiertheit der bürgerlichen Kreise.
Von Prittwitz-Gaffron nimmt ebenfalls zur Frage des Staatspräsidenten Stellung. Er bezeichnet diese Einrichtung im Rahmen des parlamentarischen Systems als durchaus möglich, im Rahmen des *Hoegnerschen* Präsidialsystems aber als Luxus.
Sauer belegt die Ausführungen des Vorsitzenden [*Josef Müller*] über die Personalpolitik der Sozialdemokratie mit Beispielen aus dem Bezirksverband Unterfranken. Er

fordert das sofortige Verschwinden des Kommunisten *Försch*, dessen agitatorisches Arbeiten auf dem Gebiet der Entnazifizierung starke Beunruhigung auslöse.
Vorsitzender [*Josef Müller*] übergibt den Vorsitz an *von Prittwitz-Gaffron* (16.30 Uhr), wobei er nachträglich noch als Vertreter der Christlich-Demokratischen Union aus Berlin Herrn Dr. ... begrüßt. Er schlägt vor, daß während seiner Abwesenheit außer dem Finanzstatut auch die Bodenreformfrage besprochen werde, zumal der Berliner Herr bestimmte Erfahrungen mitteilen könne.
(*Von Prittwitz-Gaffron* übernimmt den Vorsitz.)
Dr. *Schmitt* legt das Finanzstatut vor. In der Diskussion wird von Dr. *Schedl* Abführung sämtlicher Einnahmen zu 25% an die Landesgeschäftsführung, zu 25% an die Bezirke, und zu 25% an die Kreise vorgeschlagen. Den Ortsverbänden sollten ebenfalls 25% verbleiben.
Demgegenüber bringt *Ritter von Lex* folgenden Vorschlag ein:

> Die Bezirksverbände der Union haben zur Finanzierung der Landesaufgaben an den Landesverband alljährlich einen Kopfbeitrag zu entrichten, dessen Höhe vom Landesschatzmeister vorgeschlagen und von der Landesvorstandschaft alljährlich genehmigt werden muß.

Anschließend werden die einzelnen Paragraphen des Finanz- und Vermögensstatuts der Christlich-Sozialen Union in Bayern durchberaten, wobei folgender Entwurf vorliegt:

> Finanz- und Vermögensstatut der Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern
> In Ausführung von § 57 der Satzung der Christlich-Sozialen Union in Bayern gilt folgendes Finanz- und Vermögensstatut:
>
> Allgemeines: § 1
>
> Die zur Durchführung der Aufgaben der Union erforderlichen Mittel werden aufgebracht durch Mitgliedsbeiträge, Aufnahmegebühren, Sammlungen und Spenden.
> Alle hier in Frage kommenden Stellen der Partei sind zur ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet.
>
> Beiträge: § 2
>
> Der Mitgliedsbeitrag ist ein Jahresbeitrag in Höhe von RM 12, für Frauen von Mitgliedern und für Jugendliche, die noch in Berufsausbildung stehen, von RM 6. Er kann in Monatsraten entrichtet werden.
> Der Beitrag kann bei Bedürfnis auf einen geringeren Betrag festgesetzt werden. Die Beitragshöhe soll nie der Mitgliedschaft im Wege stehen.
> Über eine Ermäßigung des Beitrags entscheidet die Vorstandschaft des Ortsverbandes.
> Die Höhe der Aufnahmegebühr setzt die Bezirksverbandsvorstandschaft fest.
>
> Organisation: § 3
>
> Ortsverband
> Die Aufgaben und Pflichten des Ortsverbandes sind:
> 1. Bestellung eines Kassiers und Kassenprüfers,
> 2. Führung der Mitglieder-Liste,
> 3. Einsammlung der Beiträge, Aufnahmegebühren usw.,
> 4. Errichtung einer Kasse und einer ordentlichen Buchführung über Ein- und Ausgänge,

5. Ablieferung der Eingänge an den zuständigen Kreisverband,
6. Erstellung einer Jahresabrechnung.

§ 4

Dem Kassier des Ortsverbandes ist jedes Jahr Entlastung zu erteilen. Der Kassenprüfer darf nicht dem Vorstand angehören. Über seine Prüfung muß er eine Niederschrift fertigen, die von ihm selbst, dem Vorsitzenden und dem Kassier unterschrieben wird.
Bei Auflösung des Ortsverbandes geht sein Vermögen an den Kreisverband bzw. an den Bezirksverband über. Eine Rückvergütung der Beiträge findet nicht statt.

Kreisverband: § 5

Die Aufgaben und Pflichten des Kreisverbandes sind:
1. Bestellung eines Kreiskassiers und eines Kassenprüfers,
2. Errichtung und Verwaltung der Kreiskasse,
3. Sammlung der von den Ortsverbänden des Kreises erhobenen Beiträge, Aufnahmegebühren usw.,
4. Abführung der aus den Ortsverbänden eingegangenen Gelder an die Kasse des Bezirksverbandes,
5. Erstellung einer Jahresabrechnung.
   Dem Kassier des Kreisverbandes ist jedes Jahr Entlastung zu erteilen (siehe § 4).

Bezirksverband: § 6

Alle Beiträge, Aufnahmegebühren usw. fließen beim Bezirksverband zusammmen. Die Bezirksverbandsversammlung setzt den Prozentsatz fest, der von den eingehenden Geldern den Ortsvereinen bzw. den Kreisverbänden für eigene Zwecke zu überlassen ist.

§ 7

Die Aufgaben und Pflichten des Bezirksverbandes sind:
1. Bestellung eines Bezirkskassiers sowie eines Kassenprüfers,
2. Errichtung der Bezirkskasse verbunden mit ordnungsgemäßer Buchführung,
3. Einsammlung der Ablieferungen der Kreisverbände und Kontrolle über die ordnungsgemäße Durchführung,
4. Aufstellung eines Haushaltsplanes,
5. Jahresrechnungslegung und Entlastung des Kassiers (siehe § 12).

Haushaltsplan: § 8

Ortsverbände und Kreisverbände führen nur eine einfache Kasse. Kreisverbände stellen einen eigenen Haushaltsplan nur dann auf, wenn sie ein Kreissekretariat für den eigenen Kreisverband oder für mehrere benachbarte Kreisverbände errichtet haben.

§ 9

Der Haushaltsplan (§ 62 der Satzung) muß genaue Angaben über die Einnahmen enthalten, wie: Mitgliedsbeiträge, Aufnahmegebühren, Sammlungen, Spenden, Kredite, Zinsen.
Auch die Ausgaben sind gesondert auszuweisen, wie: Personalaufwendungen, etwaige Entschädigung von Mitgliedern oder Delegierten, Reisekosten, Porti, Mieten,

Bürobedarf, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, Versammlungen, Schulungseinrichtungen, Werbung, Wahlkosten und sonstiges.
Der Haushaltsplan ist von dem Vorsitzenden, dem Kassier und dem Geschäftsführer zu unterschreiben und auf Wunsch dem Landessekretariat vorzulegen. Der Haushaltsplan ist von der Bezirksvorstandschaft zu genehmigen.
Die Tätigkeit der Mitarbeiter der Union ist grundsätzlich ehrenamtlich. Auslagen werden stets ersetzt. In besonderen Fällen kann für Verdienstausfall Ersatz geleistet werden.

Landesverband: § 10

Die Aufgaben und Pflichten des Landesverbandes sind:
1. Bestellung und Pflichten des L [sic!]
2. Verwaltung der Landeskasse und Durchführung einer ordnungsgemäßen Buchhaltung,
3. Aufstellung eines Haushaltsplanes, der durch die Landesvorstandschaft zu genehmigen ist,
4. Beschlußfassung über die Abgaben der Bezirksverbände an den Landesverband,
5. Durchführung von außergewöhnlichen Sammelaktionen im ganzen Land (z.B. für Ausbau der Organisation, Wahlfond, Sonderaufgaben),
6. Heranziehung der Mandatsträger der Partei zu laufenden Abgaben für Zwecke der Landesgeschäftsstelle,
7. Jahresrechnungslegung und Entlastung des Landesschatzmeisters (siehe § 4).

Landesschatzmeister; Finanzausschuß: § 11

Der Landesschatzmeister ist Vorsitzender des Finanzausschusses der Union. Mit den Mitgliedern des Finanzausschusses hat der Landesschatzmeister die Finanzierung der Union und ihrer Aufgaben durchzuführen. Zu den Hauptaufgaben des Finanzausschusses gehört die Erhaltung der Landesgeschäftsstelle und die Beschaffung der Mittel für dringende Sonderaufgaben (z.B. Wahlkämpfe). Vorschläge des Landesschatzmeisters bzw. des Finanzausschusses sind der Landesvorstandschaft vorzulegen. Dem Finanzausschuß steht ein Kontroll- und Prüfungsrecht über alle Stellen der Union zu, soweit es sich um Geld- oder Vermögensangelegenheiten handelt.

Abgabe der Bezirksverbände: § 12

Die Bezirksverbände der Union haben zur Finanzierung der Landesaufgaben an den Landesverband alljährlich eine Abgabe zu entrichten, deren Höhe von dem Landesschatzmeister vorgeschlagen und von der Landesvorstandschaft jährlich genehmigt werden muß.
Diese Abgabe ist zu stufen nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bezirksverbände, wobei die im betreffenden Bezirksverband bei der letzten Wahl für die Union abgegebenen Stimmen die Grundlage bilden. Auch auf die Mitgliederzahl und sonstige Umstände ist Rücksicht zu nehmen.

Außerordentliche Ausgaben: § 13

Außerordentliche Ausgaben, die aus den Barmitteln nicht bestritten werden können, sind den Ortsverbänden verboten. Kreisverbände bedürfen hierzu der Genehmigung ihrer Vorstandschaft. Der Beschluß muß ausdrücklich von dem ersten und zweiten Vorsitzenden und dem Kassier des Kreisverbandes unterschrieben sein.

Der zuständige Bezirksverband hat in jedem Fall durch seine Vorstandschaft die Erlaubnis zu erteilen, ob eine Verpflichtung eingegangen werden darf. Der Bezirksverband hat hierüber unverzüglich dem Landesschatzmeister zu berichten.

Beteiligungen: § 14

Die Ortsverbände dürfen sich nicht an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen oder solche selbst errichten. Beteiligt sich ein Kreis- oder Bezirksverband an einem wirtschaftlichen Unternehmen oder führt er ein solches durch (z.B. Verlag, Zeitungsbetrieb), so hat er über den Landesschatzmeister die Genehmigung der geschäftsführenden Landesvorstandschaft einzuholen.

Zuwendungen: § 15

Zuwendungen (Stiftungen, Vermächtnisse u.a.) können von einzelnen Organisationen der Partei entgegengenommen werden, wenn vorher von dem Landesschatzmeister oder dessen Beauftragten festgestellt ist, daß sich keine Belastung der Organisation daraus ergibt. Solche Zuwendungen dürfen nicht mit einer bestimmten Auflage verbunden sein. Ausnahmen kann nur die geschäftsführende Landesvorstandschaft beschließen.

Geschäftsjahr: § 16

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr (§ 61 der Satzung).

Auflösung: § 17

Für den Fall der Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern entscheidet die Landesversammlung über die Verwendung des bei der Auflösung vorhandenen Vermögens nach Maßgabe der allgemeinen Satzung.

In eingehender Debatte werden folgende Änderungen beschlossen:
Aufnahmegebühren werden nicht erhoben. Infolgedessen entfällt in allen Paragraphen "Aufnahmegebühren" (§§ 1, 3, 5, 6 und 9).
In § 1 wird ein Absatz 2 angefügt:

Zuwendungen dürfen nicht unter einer Bindung entgegengenommen werden, die den Zielen der Union zuwiderläuft.

Der Mitgliedsbeitrag wird in § 2 auf RM 6, für Frauen von Mitgliedern und für Jugendliche, die noch in Berufsausbildung stehen, auf RM 3 festgesetzt.
Gestrichen wird Absatz 2.

Die Beitragserhöhung soll nie der Mitgliedschaft im Wege stehen

und Absatz 4

Die Höhe der Aufnahmegebühr setzt die Bezirksverbandsvorstandschaft fest.

Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Über eine Ermäßigung des Beitrages entscheidet der Kassier.

In § 6 wird anstelle von Aufnahmegebühren Spenden geschrieben.
In § 6 wird nach "Beiträge" "Spenden" geschrieben.
§ 12 erhält unter Verwertung des Vorschlages von *Ritter von Lex* die Fassung:

Die Bezirksverbände der Union haben zur Finanzierung der Landesaufgaben an den Landesverband alljährlich einen Kopfbetrag zu entrichten, dessen Höhe von

dem Landesschatzmeister vorgeschlagen und von der Landesvorstandschaft jährlich genehmigt werden muß.

Absatz 2 entfällt.
Für § 13 stellt Dr. *Schmitt* eine neue Prüfung in Aussicht mit der Tendenz, folgenden Vorschlag Dr. *Gronwalds* einzubauen:

Die Orts-, Kreis-, Bezirksverbände sowie der Landesverband können vermögensrechtliche Verpflichtungen nur im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingehen. Für vermögensrechtliche Nachteile, die der Union und ihren Unterverbänden aus der Nichtbeachtung dieser Vorschriften entstehen, haften die Mitglieder der Vorstandschaften, die die Verpflichtungen eingegangen sind, einzeln und insgesamt. Die Vorstandschaften beschließen, bis zu welchem Betrag der Schatzmeister Rechtsgeschäfte, die den Verband der Union, für den sie gewählt sind, vermögensrechtlich verpflichten, selbständig abschließen kann. Alle Rechtsgeschäfte und vermögensrechtlichen Willenserklärungen, die diesen Betrag überschreiten, müssen zuvor von der Vorstandschaft mit Dreiviertelmehrheit beschlossen sein. Sie bedürfen außerdem der Unterschrift des Vorsitzenden, des Schatzmeisters und eines weiteren Vorstandsmitgliedes.

In § 14 wird Satz 2 geändert in:

Will sich ein Kreisverband oder Bezirksverband an einem wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen oder führt er ein solches durch ...

§ 15 wird verändert in:

Stiftungen, Vermächtnisse u.ä. können von einzelnen Organisationen der Partei entgegengenommen werden, wenn vorher vom Landesschatzmeister oder dessen Beauftragten festgestellt ist, daß sich keine politische oder vermögensrechtliche Belastung der Organisation daraus ergibt.

Um den Finanzbedarf der Landesgeschäftsstelle für das laufende Jahr zu decken, wird, wie Dr. *Schmitt* unter Zustimmung des Arbeitsausschusses abschließend erklärt, dem Landesausschuß vorgeschlagen, daß jeder Kreisverband bis zum Jahresende RM 1000 an die Landesgeschäftsstelle abführen solle. Diese Regelung solle auch für die Städte gelten.

Schluß der Sitzung 18.30 Uhr.

Nr. 21

Sitzung des Erweiterten Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Juli 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Berichte der Bezirksvorsitzenden
2. Finanzbericht und Antrag des Landesarbeitsausschusses vom 7. Juli 1946
3. Berichte der Ausschüsse
4. Bericht des Landesvorsitzenden
5. Bericht Dr. Pfeiffers (Entnazifizierung)
6. Politische Aussprache
7. Sonstiges

Tagungsort: München, Rathaussaal, Zimmer 208

Anwesend:[2] A. Albert, E. Ammann, Arnold, Boehlke, Böck, Busch, Dahm, Deggendorfer, M. Deku, Döppert, Donsberger, von Eicken, Etterer, Euerl, Fackler, Falkner, J. Fischer, Frankl, Gamperl, Gassenmeyer, Geiselberger, Gerathewohl, Grasmann, Hahn, Haugg, Haußleiter, Helmerich, Heubl, Holzer, Holzmann, Horlacher, Hundhammer, Klenk, K. Köhler, Koenig, Krehle, Krempl, K.A. Kroth, Kübler, Lacherbauer, Lang-Brumann, Lehner, K. Lenz, Ritter von Lex, Lobinger, R. Martin, J. Müller, J.M. Müller, Muhler, Neumann, Ostwald, Ott, Pfeiffer, von Prittwitz-Gaffron, Prüschenk, Rattler, Rinke, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, Schedl, Schlögl, A.W. Schmidt, F.A. Schmitt, Schwingenstein, Semler, Speicher, Sporer, Staab, Steber, G. Stücklen, Thierfelder, Ulrich, Warmuth, G. Weinzierl, Wieser, F. Wittmann

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 9.39 Uhr nach Feststellung der anwesenden Stimmberechtigten unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* eröffnet.
Vorsitzender [*Josef Müller*] gibt einleitend bekannt, daß von 48 Stimmberechtigten 40 anwesend seien. Er richtet herzliche Begrüßungsworte an die Teilnehmer, wobei er einen Rückblick auf den mit den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung abgeschlossenen Wahlkampf wirft. Er schlägt eine Änderung der Tagesordnung dahingehend vor, daß die politische Aussprache zurückgestellt und zuerst die Berichte der Bezirksvorsitzenden erstattet werden sollten. Anschließend solle ein kleines Gremium gebildet werden, das bestimmte politische Fragen zu besprechen hätte. Während dieser Besprechung könnten die Arbeitsausschüsse ihre Berichte erstatten.
Dr. *Hundhammer* bittet vor Eintritt in die umgestellte Tagesordnung ums Wort. Er führt aus, der Bezirksverband Oberbayern habe vor längerer Zeit den Antrag gestellt und es sei in der letzten Sitzung des Arbeitsausschusses beschlossen worden, daß im Landessekretariat der Partei und in den Bezirkssekretariaten Parteigenossen und belastete Personen nicht beschäftigt werden könnten. Er bitte um ausdrückliche Bestäti-

1 Rekonstruiert anhand des Protokolltextes. Laut Anlage zum Protokoll war folgende Tagesordnung vorgesehen: "1. Politische Aussprache, 2. Bericht der Ausschüsse, 3. Bericht der Zonenverhandlungen, 4. Finanzbericht und Antrag des erweiterten Landesausschusses vom 5. Juli 1946, 5. Vorbereitung der 2. Landesversammlung, 6. Sonstiges."

2 Laut Anwesenheitsliste (die jedoch keine Unterschriften, sondern lediglich Hakenvermerke sowie die Namen von Vertretern enthält, die handschriftlich nachgetragen wurden), ergänzt anhand des Protokolltextes. Vier Namen auf der Anwesenheitsliste sind nicht zweifelsfrei festzustellen und wurden daher ausgelassen.

gung dieses Beschlusses und Ermächtigung des Vorsitzenden, daß Parteigenossen, und zwar auch Mitläufer, raschestens aus dem Landessekretariat und aus Sekretariaten außerhalb Münchens entfernt werden sollten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] spricht sich gegen die sofortige Entscheidung dieser Frage bzw. für Behandlung in einem engeren Kreis aus, insbesondere mit Rücksicht auf einen Mitarbeiter im Landessekretariat, der ihm in der schwersten Zeit zur Seite getreten sei und den man nicht Hals über Kopf hinauswerfen könne.
Sporer verweist darauf, daß man auch in der Wirtschaft die Entnazifizierung ohne Rücksicht auf die Folgen habe durchführen müssen. Der Christlich-Sozialen Union sei es mit der Entnazifizierung genauso ernst wie den anderen Parteien. Im übrigen sei der Kreis des Landesausschusses eng genug zur Behandlung dieser Frage.
Dr. *Horlacher* macht geltend, daß die Frage, ob die Leute verdienstvoll gearbeitet hätten oder nicht, leider keine Rolle spielen könne. Bei der Besatzungsmacht werde der strengere Maßstab überall dort angewandt, wo politische Gesichtspunkte eine Rolle spielten, während man auf wirtschaftlichem Gebiet mit Sondergenehmigungen arbeiten könne. Derselbe strenge Maßstab wie im Landessekretariat müsse auch im Arbeitsausschuß angewandt werden. Diese Fragen könnten durch den Landesausschuß ohne weiteres entschieden werden.
Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wendet sich Redner gegen die Neueinsetzung eines Ausschusses. Dieser sei überflüssig, da man ja den Arbeitsausschuß und den Landesausschuß habe.
Abschließend stellt er fest, daß es seines Erachtens für die Union untragbar sei, daß Parteigenossen an sichtbarer Stelle des Landessekretariats arbeiteten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest eine Äußerung Dr. *Horlachers* aus der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 13. Juni 1946, in der sich dieser für die Einsetzung eines siebenköpfigen Direktoriums ausspricht.
Staatsminister *Helmerich* schließt sich dem Vorschlag des Vorsitzenden auf Zurückstellung des Antrags von Dr. *Hundhammer* bis zur Aussprache über die Denazifizierung an.
Dr. *Hundhammer* stellt nochmals ausdrücklich fest, daß es sich lediglich um eine Verschiebung des Antrags handle.
Dr. *von Eicken* warnt vor Überschätzung der Angelegenheit und fragt, warum der Antrag nicht vor drei oder vier Monaten gestellt worden sei. Jetzt sehe es danach aus, als ob der Mohr seine Schuldigkeit getan habe und gehen könne.
Vorsitzender [*Josef Müller*] läßt darüber abstimmen, ob die Frage zurückgestellt werden soll oder nicht.
Der Landesausschuß beschließt mit allen gegen fünf Stimmen Zurückstellung der Frage.
Zu den nun folgenden Berichten der Bezirksvorsitzenden regt Dr. *Geiselberger* an, daß nach Möglichkeit jeweils auch die Abstimmungsergebnisse des betreffenden Bezirks bekanntgegeben würden.
Die Reihe der Berichte der Bezirksvorsitzenden wird durch den Bericht Dr. *Hundhammers* (Oberbayern) eröffnet, der das folgende Wahlergebnis des 30. Juni bekanntgibt:
CSU 395.530; SPD 214.896; KPD 42.830; WAV 55.889; FDP 11.063.
Mandatsverteilung: CSU 22; SPD 12; KPD 2; WAV 3; FDP 1.
Gegenüber den Wahlen zwischen Januar und 26. Mai seien die CSU-Stimmen von 56,25 auf 54,25[%] zurückgegangen. Der Grund für den Rückgang der CSU-Stimmen

sei einmal der Fall Würzburg und der Fall Viechtach und das damit in Zusammenhang stehende Gerücht, die CSU werde für ganz Bayern verboten, zum anderen die Schwierigkeiten, die einigen Kandidaten der CSU noch im letzten Augenblick gemacht worden seien und die zur Auswechslung zweier Kandidaten im letzten Augenblick geführt hätten (Dr. *Lenz*, Laufen, und *Schäfer*, Ingolstadt). Auch habe sich die Vorverlegung des Wahlschlusses von 18 auf 17 Uhr ungünstig bemerkbar gemacht. In der Agitation habe bei einigen Wählern die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung mit ihrer Parole der Volksabstimmung über jedes Gesetz Anklang gefunden.
Der Mitgliederstand betrage in Oberbayern zur Zeit 17.892. Der Bezirksverband sei gut durchorganisiert, und rein organisationsmäßig habe man keine großen Schwierigkeiten mehr.
Staatssekretär *Krehle* (München) führt den Rückgang der CSU-Stimmen in München von 141.000 bei der Stadtratswahl auf 111.000 (bei der SPD von 128.000 auf 106.000) auf die gleichen Erscheinungen zurück, die der Vorredner angeführt habe. Erheblich ins Gewicht gefallen sei in München die Verkürzung der Wahlzeit. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder [der] CSU in München betrage 2500. Die nächste Aufgabe sei die Steigerung der Mitgliederzahl auf 10.000.
Krempl (Oberpfalz) berichtet, daß in Niederbayern-Oberpfalz bei einer Wahlbeteiligung von 73,8% eine leichte Zunahme der CSU-Stimmen zu verzeichnen gewesen sei. In Viechtach sei wegen der dortigen schwierigen Lage ein 7%iger Stimmrückgang, in Regensburg ein solcher von 3500 Stimmen zu verzeichnen gewesen. 67% aller Stimmen seien in Oberpfalz-Niederbayern für die CSU abgegeben worden.
Kübler (Niederbayern) bringt die schwierigen Verhältnisse zur Sprache, unter denen in Niederbayern gearbeitet werden müsse, da der Bezirksverband von den Amerikanern nicht genehmigt sei. Die Wahlbeteiligung sei in Niederbayern sehr gut gewesen und habe auf dem Lande zwischen 80 und 95% geschwankt. Eine besonders starke Agitation habe die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung betrieben. Diese Partei sei das Sammelbecken der Nazis geworden, was dadurch nachgewiesen werden könne, daß diese in Landau bei der letzten Wahl plötzlich durch die neu in Erscheinung getretenen Wählerstimmen der Nazi-Frauen 700 Stimmen zu verzeichnen gehabt hätte.
Redner schildert dann kurz die Verhältnisse in Viechtach und betont, daß man die dortigen Zustände völlig unberechtigterweise der CSU in die Schuhe geschoben habe.
Lobinger (Passau) schreibt den Stimmenrückgang der CSU in Passau mit 500 Stimmen und den Stimmenzuwachs der SPD mit 1000 Stimmen den Flüchtlingen zu.
Fischer (Schwaben) gibt den Verlust an CSU-Stimmen in Augsburg mit 6000 an, was 2% ausmache. Bei der Stadtratswahl in Augsburg habe die Wahlbeteiligung 87% betragen gegenüber jetzt 74%. Von den 22 Mandaten in Schwaben seien der CSU 15 zugefallen. Besonders geschadet habe im Regierungsbezirk das Fehlen eines richtigen Programms und die Tatsache, daß man über den Verfassungsentwurf im Gegensatz zu den Sozialdemokraten sehr wenig gewußt habe. Auch sei die Wahlarbeit der Sozialdemokratie viel planvoller gewesen. Sehr schlecht seien die Wahlvorbereitungen hinsichtlich des Plakatklebens gewesen.
Dr. *Arnold* (Mittelfranken) vermittelt über die Wahlen in Mittelfranken folgendes Bild:
CSU 350.400; SPD 280.000; KPD 53.000; LDP 44.000; WAV 29.000.
Unter Berücksichtigung der geringeren Wahlbeteiligung habe die Union in Mittel- und Oberfranken 3,6% Stimmen gegenüber den letzten Wahlen verloren, die SPD habe 1,7% gewonnen, die KPD 0,7%, die Demokraten 1,4% und die WAV 2,6%. Der

Rückgang habe in Nürnberg 13.000 Stimmen betragen, gegenüber einem Verlust der SPD von 7000 Stimmen.
Die Gründe für den Stimmenrückgang seien im früheren Wahlschluß und vor allem in der zu geringen Propaganda der CSU zu suchen. Plakate und Flugblätter seien erst drei Tage vor der Wahl angekommen. Das müsse bei künftigen Wahlen geändert werden.
Haußleiter (Oberfranken) macht auf die Gefahr eines Abmarsches der evangelischen Wählerschaft aus der Union aufmerksam und führt dazu folgendes aus:
Meiner Ansicht nach müssen wir das Wahlergebnis wesentlich schärfer analysieren. Es ergibt sich dann, daß ein wesentlicher Teil der evangelischen Bevölkerung im Begriffe ist, aus der Union abzumarschieren. Es hat keinen Sinn, das im Augenblick zu verleugnen. Wenn wir genau hinsehen, dann zeigt sich, daß Ebermannstadt, ein katholischer Kreis, eine Stimmenzunahme von 6 bis 7% und daß die evangelischen Kreise im Durchschnitt eine Abnahme von 9 bis 11% zu verzeichnen haben. Die Abnahme bezieht sich auch auf die Landkreise. Wir haben in den wenigen evangelischen Landkreisen, in denen wir die absolute Majorität besessen haben, diese durchaus verloren, z.B. im Landkreis Bayreuth oder im Landkreis Kulmbach.
Ohne Zweifel marschiert ein Teil des evangelischen Kleinbürgertums und unsere evangelische Arbeiterschaft zur SPD ab. Wir können das Dorf für Dorf zahlenmäßig belegen. Es sind nicht nur die Flüchtlinge, die nicht CSU wählen, sondern es sind echte Substanzverluste der Union.
Weiter ist zu sagen, daß ein Teil unserer Wähler bewußt nicht gewählt hat. Meine Bauern draußen haben mir das klar und eindeutig erzählt. Die Flüchtlingsintelligenz aus dem evangelischen Bereich geht in die KPD. Wir haben Ärzte und Rechtsanwälte aus Flüchtlingskreisen, die unsere Versammlungen mit großer Intelligenz zur Sau machen, insbesondere auf den Dörfern draußen, wo wir Bauernvertreter sprechen lassen und wo die Ärzte und Rechtsanwälte der KPD sehr geschickt so arbeiten, daß in einzelnen Dörfern die KPD bereits die absolute Majorität hat.

(Hört, hört!)

In einem Dorf hat sich die KPD verdoppelt. In Sophienthal sind fast nur KPD-Stimmen abgegeben worden. Ich möchte hier vor einer Unterschätzung und vor einem Optimismus eindringlichst warnen. Und nun etwas über die Gründe, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist: Hier muß ich zuerst sagen, daß es der evangelischen Gruppe ganz ohne Zweifel an erfahrenen Politikern fehlt. Darin ist der erste Grund für den Stimmenrückgang zu sehen. Wir haben sehr viel Idealisten, Männer aus den Kirchenvorständen, aber ohne jede politische Erfahrung und Praxis.
Etwas anderes hat aber noch entscheidend dazu beigetragen, die Lage dieser Männer draußen grundsätzlich und gründlich zu erschweren. Das erste ist, daß wir Propagandamaterial nur von München bekommen haben und diese Münchner Propaganda für den heißen Boden, auf dem wir leben, nicht durchaus geeignet ist. Weiter kommt hinzu, daß das Pressewesen in Nordbayern vom Sebaldus Verlag gesteuert ist. Dieser Verlag gilt bei der evangelischen Bevölkerung als Exponent der alten Bayerischen Volkspartei strengster Observanz. Deshalb finden wir für Blätter, in denen der Vermerk steht "Sebaldus Verlag", im evangelischen Teil eine äußerst kritische Aufnahme.
Die Fälle Viechtach und Würzburg haben sich um so mehr ausgewirkt, als wir von der Parteiführung in München keinerlei aktive Aufklärung oder Gegenparole bekommen haben. Man hat uns wehrlos dem Beschuß unserer Diskussionsredner ausgesetzt. Wir

hatten gar keine Ahnung, was wir auf den Fall Viechtach und Würzburg im einzelnen Positives sagen könnten.
Dann ist naturgemäß draußen immer wieder der Fall *Schäffer* und die Kritik an der Bayerischen Volkspartei aufgewärmt worden. Die Sozialdemokratie hat mit allen Mitteln unsere evangelischen Wähler davon zu überzeugen versucht, daß eben die Union die Bayerische Volkspartei sei und die paar evangelischen Vertreter draußen harmlose Leute wären, die gar nicht gemerkt hätten, daß sie für die BVP eingespannt würden. Diese Propaganda hat draußen im evangelischen Teil eine erhebliche Wirkung getan, um so mehr, als sie mit einigen von uns nicht zu widerlegenden Gründen belegt worden ist. Z.B. ist die Tatsache, daß in der überwiegend evangelischen Stadt Nürnberg ein einziger katholischer Kandidat, der Landesvorsitzende, aufgestellt war, in allen Diskussionen gegen uns in der schärfsten Weise ausgenützt worden. Man hat gesagt: Da seht Ihr es, Ihr habt das evangelische Nürnberg, jetzt wird es katholisch gemacht.
Ich sage alle diese Dinge hier nicht aus Gründen der Konfessionshetze, sondern weil wir doch um der Union willen den Abmarsch der evangelischen Bevölkerung zur SPD oder in andere Gruppen, z.B. Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung, unter allen Umständen vermeiden müssen. Es geht darum, daß die Majorität in Bayern von Nordbayern aus in Frage gestellt ist. Wir haben jetzt noch 8% Majorität. Lassen Sie diese Entwicklung weitergehen, dann werden Sie sehen, wohin Sie kommen. Größte Erbitterung haben ferner gewisse Vorgänge bei der Aufstellung der Kandidaten ausgelöst. Es ist ein Vorschlag gemacht worden, der unsere evangelischen Kandidaten bis zu einem gewissen Grade daran gehindert hat, sich mit der gleichen Leidenschaft wie vorher für die Union einzusetzen. Der Vorgang hat sich in Bamberg abgespielt. Unsere eigene Bezirkstagung von Oberfranken war von Bamberg aus von Dr. *Kroll* abgesagt worden, ohne uns in irgendeiner Weise zu verständigen. Als wir zur Tagung Nürnberg - Mittelfranken - Oberfranken kamen, sah die oberfränkische Liste so aus - ich spreche auch das in aller Offenheit um der Union willen aus -, daß an den ersten acht Stellen katholische Vertreter saßen und an den weiteren fünf Stellen evangelische Vertreter, von denen mindestens zwei in aussichtsloser Position waren.
Sie können uns nun mit Recht sagen: Es fehlt uns im evangelischen Bereich an Mitarbeitern. Das Verhältnis 8:3 - jetzt ist es glaube ich 7:4, weil wir unter erheblichem Protest noch eine leichte Korrektur herbeiführen konnten - entspricht auch nicht dem Stimmenverhältnis, das wir in Oberfranken eingebracht haben. Ganz abgesehen davon stehen wir im Kampf und wollen weitere Stimmen gewinnen. In einem bestimmten Sektor haben wir es allerdings getan. Wir haben der Freien Demokratischen Partei endgültig das Handwerk gelegt. Sie hat in Bayreuth allein etwa 400 Stimmen nachweislich an uns verloren. Die Niederlage in Kulmbach ist fast so, daß sie dort halbiert worden ist. Die Stimmen haben allein wir gewonnen. Jetzt ist die Freie Demokratische Partei von zwei Gruppen aus auf den 13. und 14. Juli nach Augsburg einberufen mit dem Antrag auf Selbstauflösung der Partei. Das ist ein Erfolg unseres Kampfes gegen diese Gruppe, die den Konfessionsstreit auf ihre Fahne geschrieben hat.
Diese Herren sagen uns jetzt natürlich unter Hinweis auf Nürnberg: Uns habt Ihr ausgeschaltet, aber zugunsten von wem? Und da ist eines für uns ganz klar: Wir müssen den Abmarsch zur Sozialdemokratie aufhalten. Das geht nur, indem wir zwar den Weg zur sachlichen Arbeit im politischen Raum mit ihr suchen, aber indem wir uns ideologisch von ihr schärfer als bisher abgrenzen. Das ist unter allen Umständen not-

wendig. Unsere Leute haben angesichts mancher Reden von Unionsvertretern draussen die Vorstellung, die Union ist ja in Wirklichkeit nichts anderes als die Sozialdemokratie. Unsere Leute versichern zum Teil, sie wollten genau das gleiche.
Nun kommt noch die Sozialdemokratie und sagt: Wir sind auch christlich. Sie haben ein wunderbares Flugblatt gebracht: "Wählt christlich! Wenn Ihr christliche Partei wählen wollt, dann wählt die Sozialdemokratie. Denn wir sind die wirklichen Vertreter des Christentums." Wenn wir da nicht scharfe klare Grenzen ziehen, läuft uns der übrige evangelische Teil weg.
Wir sind nun gezwungen, folgende Forderungen zu erheben:
1. Wir werden, um diesen ideologischen Abmarsch zur SPD von uns aus zu verhindern, einen evangelischen Volksverband gründen, der sich grundsätzlich mit dem historischen Materialismus und dem Massenmaterialismus der marxistischen Parteien auseinandersetzen wird und uns gleichzeitig für die Union Mitarbeiter gewinnen soll, an denen es uns heute im weiten Maße fehlt.
Wir müssen aber 2. in der Union erreichen, daß in den überwiegend evangelischen Bereichen der Eindruck einer katholisierenden Tendenz, der unrichtig ist, auch nicht äußerlich erweckt werden darf. Es ist geradezu schauerlich zu sehen, wie die SPD den von ihr zum Staatsfeiertag gemachten Peter- und Pauls-Tag im evangelischen Bereich ausgenutzt hat. In einem Kreis hat die Militärregierung zum Teil unsere evangelischen Bauern, die den Feiertag nicht kennen, von den Pferden weggeholt. Dann hat es nicht geheißen, das hat der *Hoegner* gemacht, sondern es hat geheißen: Seht die Folge der Wahlen für die Union, warum sind unsere evangelischen Vertreter in die Union hineingegangen? Es war von uns aus gesehen ein geschicktes Wahlmanöver der SPD.
Wir müssen aber innerhalb der Union alles vermeiden, was den Eindruck einer katholisierenden Tendenz erweckt. Wir müssen deshalb von uns aus um der Union willen einen zweiten evangelischen Vorsitzenden für die Union in Bayern verlangen, auf den wir dann in unserer Auseinandersetzung hinweisen können. Wir müssen weiter verlangen, daß die überwiegend evangelischen Bezirksverbände so organisiert werden, daß die evangelische Bevölkerung erfaßt werden kann, daß Pannen wie in Bamberg in Zukunft vermieden werden. Wir verlangen, daß dort auch ein evangelischer Geschäftsführer im überwiegend evangelischen Bereich eingesetzt wird, damit nicht psychologisch Fehler begangen werden, die irreparabel sind. Wir verlangen eine entsprechende Reorganisierung Oberfrankens, die wir von uns aus im Bezirksverband Oberfranken einleiten wollen. Wir legen Wert darauf, daß auch von München aus, das ja nach der Satzung die Einsetzung der Geschäftsführer in der Hand hat, diese örtlichen Notwendigkeiten erkannt werden.
Wenn wir rechtzeitig die Gefahr des Abmarsches der evangelischen Bevölkerung erkennen, können wir diesen meines Erachtens heute noch verhindern. Wenn wir lange zuwarten, wenn wir nichts tun und wenn wir gegenüber der sehr kritischen evangelischen Bevölkerung noch überdies taktisch schlecht manövrieren, wenn wir keine sachliche Arbeit leisten, wenn wir gegenüber der geschickten, geschlossenen und glänzend geleiteten intellektuellen Arbeit der SPD mit den ewigen langweiligen Sprüchen kommen, weil wir zur Sache, nämlich zum Programm, nichts zu sagen haben, dann werden wir nicht nur 8 bis 10% verlieren, dann werden wir das nächste Mal 20% verlieren und dann werden Sie allmählich sehen, daß von Nordbayern aus die gleiche Entwicklung einsetzt wie bei der NSDAP. Diesmal läuft dann die evangelische Bevölkerung zu einer pseudochristlichen Partei links, wie sie damals zu einer pseudochristlichen Partei rechts weggelaufen ist.

Dieser Entwicklung werfen wir uns um der Union willen entgegen und bitten Sie um der Union willen um Ihre Hilfe dabei.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Sauer (Unterfranken) teilt unter dem lebhaften Beifall der Versammlung mit, daß die CSU in Würzburg trotz 18tägigen Verbots gegenüber der Stadtratswahl um 1000 Stimmen zugenommen habe. In Unterfranken hätten 70% für die CSU gestimmt. Von den 24 Mandaten habe die CSU 18, die SPD fünf und die KPD ein Mandat erhalten.
Die größte Schwierigkeit in Unterfranken liege in der Personalpolitik des Regierungspräsidenten *Stock*. Alle Posten von Bedeutung würden in Unterfranken durch den Regierungspräsidenten *Stock* mit SPD-Leuten oder Kommunisten besetzt. Er fordere daher, daß in dieser Beziehung insbesondere auch mit Rücksicht auf die Stimmenverteilung in Unterfranken ein Wechsel vorgenommen werde.
Was die Vertretung des evangelischen Bevölkerungsteils angehe, so lege man in der Vorstandschaft des Bezirksverbandes großes Gewicht auf eine entsprechende Zusammensetzung. So sei z.B. der Vorsitzende des zu 80% katholischen Landkreises Würzburg evangelisch.
Zum Schluß seiner Ausführungen erwähnt Redner noch die agitatorischen Methoden der Kommunisten. Er fordert, daß bei den Sitzungen in München endlich mit der praktischen Arbeit begonnen werde und der ewige Personenstreit aufhöre.
Nach den Berichten der Bezirksvorsitzenden erteilt Vorsitzender [*Josef Müller*] das Wort dem Landesschatzmeister Dr. *Schmitt*.
Dieser weist einleitend darauf hin, daß der Betrieb der Landesgeschäftsstelle bisher nur aus Spenden finanziert worden sei. Von den eingebrachten 85.000 Mark seien noch 20.000 Mark verfügbar, wobei zu bedenken sei, daß in diesem Jahre noch zwei Wahlkämpfe bevorstünden. Er stelle daher in Ausführung eines Beschlusses in der gestrigen Arbeitsausschußsitzung folgenden Antrag:

Der Landesausschuß der Union wolle beschließen:
1. Die bisherige Finanzgebarung des Landesverbandes wird gebilligt.
2. Bis zur Verabschiedung des Finanzstatuts durch den neu zu konstituierenden Landesausschuß haben die Kreisverbände einen Beitrag von 1000 Mark für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1946 an den Landesverband der Union abzuführen.

Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* erstattet anschließend den Kassen- und Tätigkeitsbericht der Landesgeschäftsstelle für die Zeit vom 1. Januar 1946 bis 30. Juni 1946. (Siehe Anlage.)[3]
Dr. *Gassenmeyer* bezieht sich auf die Ausführungen des Vorsitzenden [*Josef Müller*] über die Geldquellen der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung. Er habe von gut unterrichteter Seite erfahren, daß innerhalb der Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung Verhandlungen über eine Fusion stattfänden. Der Sekretär der Demokratischen Partei sei bereits Parteisekretär der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung. Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung habe allein an Zettelverteiler pro Tag 30 Mark bezahlt. Es ständen ihr 14 Autos zur Verfügung. Die Chauffeure hätten monatlich 1000 Mark Gehalt bekommen.

[3] Diese Anlage konnte nicht ermittelt werden.

Dr. *Hundhammer* bemerkt zu diesem Thema, daß der Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei, ein etwa 22 Jahre alter junger Mann, sich bei ihm angeboten habe. Bei dieser Gelegenheit habe er erfahren, daß diesem Mann von der anderen Seite bereits 800 bis 1000 Mark Monatsgehalt geboten worden seien. Wenn die Freie Demokratische Partei sich selbst auflösen wolle, so dürfte man den Anschluß dieser Partei an die Union nicht mit teurem Geld erkaufen, zumal damit nur Köpfe, aber nicht Wähler gewonnen würden.
Zum Kassenbericht hält Redner vor der formalen Billigung der bisherigen Finanzgebarung die Vorlage eines Berichts der Rechnungsprüfer für notwendig.
Dr. *Schmitt* erwidert, daß dies erst am Ende des Jahres geschehen könne.
Dr. *Hundhammer* stellt fest, daß dann eine formale Billigung der bisherigen Finanzgebarung erst am Schluß des Jahres erfolgen könne. Er habe aus dem Bericht des Landesgeschäftsführers nicht ersehen, ob und welchen Überschuß die von der Union herausgebrachten Drucksachen ergeben hätten.
Im übrigen könnten seiner Meinung nach die Kreisverbände nicht ohne weiteres gebunden werden, die 1000 Mark abzuführen. Er lehne es aber nicht ab, in einer Bezirksversammlung von Oberbayern dies zu empfehlen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will den Bericht der Rechnungsprüfer am Schluß des Jahres erstattet haben.
Zur Anfrage wegen der Drucksachen erklärt er, daß das Verlagswesen bisher getrennt geführt werde. Zum Teil laufe es unter seinem Namen. Es seien Bestimmungen da, daß ein einzelner der Träger der Mitteilungsblätter, der Rundschau usw. sei. Die Partei habe Nutzen dadurch, daß soundso viele Aufgaben der Partei davon bestritten würden. Das könne geprüft und vorgetragen werden. Er habe die ganze Angelegenheit mit Dr. *Semler* besprochen. Er wolle, daß der Verlagsbetrieb rein wirtschaftlich aufgebaut werde und die Partei ihrerseits ihre Parteiorganisation nicht daraus bestreite. Es müßten jetzt vielmehr durch entsprechende wirtschaftliche Fundierung Vorbereitungen für eine eigene Parteipresse geschaffen werden.
Dr. *Semler* teilt dazu mit, daß ein Plan vorbereitet sei für den Fall, daß die dringend notwendige Parteipresse von der Militärregierung in absehbarer Zeit genehmigt werde. Die wirtschaftliche Grundlage dafür sei vorhanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] unterstreicht die Wichtigkeit einer gesunden finanziellen Basis für die Gesamtarbeit der Partei. Bei der Größe der Aufgaben, die die Parteiorganisation in drei Wahlkämpfen zu bewältigen gehabt habe, seien die Aufwendungen verhältnismäßig gering. Trotz aller Sparsamkeit müsse er aber auf einer guten Bezahlung der Parteiangestellten bestehen. Das sei für eine sogenannte soziale Partei selbstverständlich. Auch sei es von größter Wichtigkeit, eine schlagkräftige Organisation zur Verfügung zu haben. In ihren Aufwendungen sei die Union sicherlich die ärmste bayerische Partei.
Dr. *Schmitt* formuliert unter Berücksichtigung der Einwände Dr. *Hundhammers* seinen Antrag wie folgt:

Der Landesausschuß der Union beschließt:

1. Die bisherige Finanzgebarung des Landesverbandes wird zur Kenntnis genommen. Ein Prüfungsbericht am Ende des Geschäftsjahrs wird dem Landesausschuß vorgelegt.
2. Bis zur Verabschiedung des Finanzstatuts durch den neuen Landesausschuß haben die Kreisverbände einen Beitrag von 1000 RM für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1946 an den Landesverband der Union abzuführen.

Dr. *Geiselberger* anerkennt zwar die sachlich berechtigten Forderungen der Landesparteileitung, bezweifelt aber, ob alle Kreise die 1000 Mark aus Parteimitteln aufbringen könnten. Die Kreise hätten außerdem auch noch an die Bezirksverbände Beiträge zu leisten. Sie müßten ferner den größten Teil der Wahlkosten und die Kosten für die Redner selbst bezahlen.
Er schlage vor, daß die finanziellen Nöte der Landesparteileitung in den einzelnen Bezirksverbänden erst allen Kreisvorsitzenden zur Kenntnis gebracht werden sollten.
Sauer setzt sich energisch für Annahme des Antrags des Landesschatzmeisters ein. Wenn ein Kreis eine entsprechende Mitgliederwerbung betreibe, könne er den geforderten Betrag auch bei schwierigen finanziellen Verhältnissen aufbringen.
Dr. *Schedl* setzt sich ebenfalls energisch für Annahme des Antrags Dr. *Schmitt* ein. Die geforderten 1000 Mark pro Kreis könnten selbst in der Oberpfalz, dem ärmsten Teil Bayerns, ohne weiteres aufgebracht werden, insbesondere, wenn man an die ehrenamtlichen Gemeinde- und Kreisräte herantrete.
Kübler pflichtet dem Vorredner bei.
Klenk schildert die schwierige finanzielle Lage seines Landkreises (Uffenheim). Er wisse daher nicht, wo er die 1000 Mark hernehmen solle.
Vorsitzender [*Josef Müller*] stellt in einem solchen Falle Entgegenkommen des Landesverbandes in Aussicht, besteht aber aus prinzipiellen Erwägungen auf der unveränderten Annahme des Antrags.
Warmuth will unter allgemeinem Widerspruch den Antrag Dr. *Schmitt* dahingehend abgeändert haben, daß die Kreisverbände die 1000 Mark nach Möglichkeit bezahlen sollten. Er befürchte im übrigen, daß bei Genehmigung des Antrags Dr. *Schmitt* Folgerungen für eine jährliche Beitragsleistung der Kreisverbände gezogen werden könnten.
Nach einem weiteren Vorschlag, daß die Möglichkeit bestehe, für einen armen Landkreis die Patenschaft zu übernehmen, wird der Antrag Dr. *Schmitt* bei drei Stimmenthaltungen angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] fragt an, ob der Landesausschuß damit einverstanden sei, daß neutrale Pressevertreter an der politischen Aussprache teilnehmen.
Dr. *Horlacher* will wissen, wie lange die beiden Referate dauern würden. Er möchte einmal erleben, daß man auch tatsächlich zu einer richtigen politischen Aussprache komme. Das sei bisher noch nie der Fall gewesen, auch nicht in Bamberg. Er bitte daher, daß die Referate entsprechend gekürzt würden. Die Zulassung der Pressevertreter zur politischen Aussprache halte er für unmöglich.
Vorsitzender [*Josef Müller*] glaubt, daß sein Referat nicht zu lang würde, nachdem er nie eine Rede vorbereite.
Auf Antrag von *Schwingenstein* ist der Ausschuß mit der Zulassung der Pressevertreter zum Referat des Landesvorsitzenden und Dr. *Pfeiffers* einverstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bringt dann folgenden Antrag ein:

> Die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung vom 30. Juni 1946 hat die starke Verankerung der Union in der bayerischen Bevölkerung erneut bestätigt. Aus der Tatsache, daß die Union abermals als Mehrheitspartei aus der Wahl hervorgegangen ist, erwächst ihr eine große Verantwortung für die künftige Gestaltung des Schicksals von Volk und Staat. Die Union ist bereit, die Folgerungen aus dem Vertrauensbeweis der Wähler zu ziehen und die Verantwortung zu übernehmen.
> Der Landesausschuß der Union beschließt:
> Zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms wird ein neunköpfiger Ausschuß gebildet, der aus folgenden Mitgliedern besteht:

Minister Dr. *Baumgartner* für Landwirtschaft,
Staatssekretär *Krehle* für Sozialpolitik,
Dr. *Semler* für Wirtschaft,
Geistlicher Rat Dr. *Muhler* für Kultur,
Ritter von Lex für Staatsverwaltung,
Dr. *Kroll* für Siedlung, Währung und Interzonenfragen,
von Prittwitz-Gaffron für den zwischenstaatlichen Ausschuß,
Steber für die Jugend,
Frau *Lang-Brumann* für die Frauen.
Der Ausschuß wird in besonderen Fällen ergänzt durch die der Union angehörenden Mitglieder der Regierung, durch die Vorsitzenden der Bezirksverbände, durch die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse.

Zur Begründung seines Antrags führt Vorsitzender [*Josef Müller*] aus, es habe sich gezeigt, daß oft sehr rasch Entscheidungen getroffen werden müßten. Er müsse daher ein Gremium zur Verfügung haben, in dem die entscheidenden politischen Fragen vertraulich besprochen werden könnten. Bis zur Wahl einer endgültigen Landesvorstandschaft durch den satzungsgemäßen Landesausschuß würden ja noch sicherlich zwei Monate vergehen. Hinsichtlich der Personen könnten zwar Abänderungsvorschläge gemacht werden. Wenn aber in die Diskussion eingetreten werde, würde man dabei erleben, daß jeder einzelne irgendeine Anregung zu dem Antrag habe.
Der Ausschuß bestehe im wesentlichen aus Regierungsmitgliedern und einigen anderen Freunden, die zusammen herangezogen würden, wenn es besonders eilig sei. Wenn aber zweimal 24 Stunden bis zum Treffen der Entscheidung dazwischenlägen, werde er die Bezirksvorsitzenden und die anderen vorgesehenen Herren mit heranziehen. Diese Zusicherung gebe er verpflichtend.
An sich hätte er über diesen Antrag erst nach dem politischen Referat abstimmen lassen. Es sei aber im Augenblick notwendig, die Zeit auszunützen. Er wolle über Mittag und während der Zeit, in der die einzelnen Ausschüsse berichteten, mit dem neuen Ausschuß die Lage besprechen.
Dr. *Hundhammer* wendet sich dagegen, daß man erstens einen Beschluß über ein Gremium von so weittragender Bedeutung aus dem Handgelenk heraus fassen solle. Ein solcher Beschluß müsse gründlich durchberaten werden. Zweitens erscheine es ihm in einem solchen Falle von selbstverständlicher Notwendigkeit, der künftigen Fraktion einen sehr starken Einfluß zu geben und sie innerhalb eines solchen Ausschusses zu verankern, denn die Fraktion sei das Instrument der Politik. Drittens halte er die Zuziehung der Bezirksvorsitzenden für notwendig. Er selbst hätte beispielsweise ohne weiteres zu den letzten Beratungen in München herangezogen werden können. Leider sei das nicht geschehen. Viertens scheine ihm die personelle Zusammensetzung des Ausschusses nicht so gestaltet zu sein, daß man dem Ausschuß die zugedachten weittragenden Vollmachten übertragen könne.
Ritter von Lex fürchtet, daß durch die Auswahl der Ausschußmitglieder der Eindruck entstehen könnte, ein bestimmter Freundeskreis des Vorsitzenden erhalte eine gewisse Vertrauensstellung. Seines Erachtens müsse auch die andere Richtung in der Partei, die er als freundschaftliche Opposition bezeichnen wolle, maßgeblich im Ausschuß vertreten sein. Auch bitte er, den Antrag über die Abstimmung zurückzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bittet, in Anbetracht der Durchführung einer disziplinierten Debatte den Ausschuß noch vor der Mittagspause zu bestellen.

Dr. *Horlacher* sieht keinen Grund für die Notwendigkeit der Billigung des Ausschusses. Nach langwierigen Beratungen habe man sich auf den Arbeitsausschuß geeinigt, in dem außer den Regierungsmitgliedern sieben Herren aus allen Kreisen der Partei vertreten seien. Zwischen Tür und Angel über einen solchen Ausschuß zu beschliessen, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Er trage sich mit seinen politischen Freunden schon lange mit dem Gedanken, zwar Mitglied der Union zu bleiben, aber aus sämtlichen Ausschüssen der Union auszuscheiden.
Er beantrage, daß sich der gewählte Arbeitsausschuß mit den Problemen beschäftige.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bemerkt dazu, daß der Arbeitsausschuß infolge der Annahme der Statuten heute eigentlich nicht mehr existiere. Wenn er noch zur Mitarbeit herangezogen worden sei, so deswegen, weil notwendigerweise ein Übergang hätte geschaffen werden müssen.
Dr. *Hundhammer* fragt an, ob die Statuten genehmigt seien.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erwidert, daß die Debatte über die Genehmigung der Statuten im Gange sei. Jedenfalls könne schon jetzt mit den Wahlen in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden begonnen werden, damit Zeit gewonnen und die Landesversammlung möglichst bald abgehalten werden könne.
Euerl beantragt, daß der Antrag des Vorsitzenden, daß der neue Ausschuß über Mittag tagen solle, genehmigt werde und daß sich eine weitere Debatte am Nachmittag anschließe. Er bitte die Herren der Opposition, nicht immer gleich damit zu drohen, daß ein Kreis von Leuten hinter ihnen stehe, der eventuell aus der Union austrete. Diese Methode komme einer Vergewaltigung gleich.
Dr. *Horlacher* verwahrt sich gegen diese Vorwürfe.
Dr. *Geiselberger* glaubt auch, daß der bisherige Arbeitsausschuß zur Beratung der politischen Fragen genügt hätte. Wenn sich der Vorsitzende mit den genannten Herren über die künftige Regierungspolitik beraten wolle, so bedürfe es dazu keiner Abstimmung.
Dr. *Semler* erklärt, er und *von Prittwitz-Gaffron* hätten sich lediglich als Fachberater für den Ausschuß zur Verfügung gestellt. Sie wollten aber nicht den Anschein erwekken, als ob sie mit im engsten Führungsgremium der Union tätig sein wollten. Er bitte, die Funktion dieses Ausschusses noch einmal klarzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] bezeichnet als Aufgabe des neuen Gremiums, endlich sachliche Arbeit zu leisten. Die persönlichen Dinge sollten anderswo ausgetragen werden. Die Drohungen, die bei Meinungsverschiedenheiten immer so leicht hingeworfen würden, könnten ihn dazu veranlassen, so rasch wie möglich die Landesversammlung einzuberufen und von ihr zu verlangen, daß die Konsequenzen gezogen würden.

Die Sitzung wird um 11.50 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 13.10 wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*] schlägt Berichterstattung der Ausschußvorsitzenden vor und bittet als ersten Redner *von Prittwitz-Gaffron*, den Bericht über den zwischenstaatlichen Ausschuß zu erstatten.
Von Prittwitz-Gaffron: Der zwischenstaatliche Ausschuß, der seine konstituierende Sitzung am 23. Februar 1946 gehalten hat, hat seit dieser Zeit im ganzen fünf Sitzungen gehabt, darunter waren zwei öffentliche Sitzungen. Bei den öffentlichen Sitzungen sind zwei Vorträge gehalten worden, der eine von Herrn *Edgar Hanfstaengl* über das Thema "Konnte *Hitlers* Außenpolitik richtig sein". Der Vortrag ist vervielfältigt wor-

den und ist den auswärtigen Mitgliedern des Ausschusses zugegangen, mit dem Anheimstellen, solche Vorträge eventuell in anderen Städten im kleineren Kreis zu wiederholen. Der zweite Vortrag ist von mir selbst gehalten worden über das Thema "Grundlagen der amerikanischen Demokratie". Die Vervielfältigung steht bevor. Der Vortrag wird ebenfalls verschickt werden.
Nach dem Arbeitsplan des Ausschusses ist das gesamte Arbeitsgebiet nach den verschiedenen Ländern in 13 Hauptreferate eingeteilt. Es wird versucht, innerhalb des Ausschusses durch Referate über diese Gebiete - die nächste Tagung findet in ungefähr vierzehn Tagen statt - Aufklärungsarbeit zu leisten, um Material zu sammeln, welches der Landesleitung zur Verfügung steht und eventuell auf Anforderung auch den Bezirks- oder Kreisverbänden, die Material für einzelne Vorträge brauchen sollten. Im übrigen ist der Grundgedanke des Ausschusses, eine Art Erziehungsarbeit zunächst unter Mitgliedern zu leisten, um die Kenntnis von fremden Ländern, von der Politik fremder Staaten und den internationalen Zusammenhängen, angefangen mit den Zusammenhängen zwischen den deutschen Zonen, weiter zu verbreiten. Der Ausschuß arbeitet eng mit dem wirtschaftspolitischen Ausschuß und dem Flüchtlingsausschuß zusammen. Besonders mit dem letzteren haben wir verschiedene sehr fruchtbringende Besprechungen gehabt.
Ich glaube, ich kann mich eigentlich auf diese Bemerkungen über die Tätigkeit des Ausschusses beschränken, möchte diese aber nur noch ergänzen durch Bekanntgabe der Resolution, die der Ausschuß am 7. Mai zu Fragen der allgemeinen Friedenspolitik gefaßt hat. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

> Wir hoffen auf die baldige Herstellung des Friedenszustandes in Europa im Rahmen der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker. Deutschland, das ernstlich bestrebt ist, sich im Innern von den Schlacken der Vergangenheit zu reinigen, will auch in seinen Beziehungen zur Umwelt neu beginnen. Nach allem, was vorgefallen ist, wird der kommende Friedensvertrag für Deutschland keine leichten Bedingungen enthalten. Wir vertrauen aber auf die Einsicht der Alliierten, daß sie nach dem Kampfe gegen die Beherrschung Europas durch den Hitlerdespotismus einem freiheitlichen Deutschland, das sich als Teil Europas fühlt, solche Lebensbedingungen lassen, daß es dereinst als mitverantwortliches Mitglied in die Gesellschaft der Nationen zurückkehren kann.
> Dazu bedarf es wirtschaftlicher und territorialer Existenzmöglichkeiten. Die Verhinderung einer Erneuerung der Kriegsproduktion im Industriegebiet des Rheins, der Ruhr und der Saar kann durch Maßnahmen erfolgen, die keine Verstümmelung des deutschen Wirtschaftskörpers durch Veränderung der politischen Grenzen bedingen. Ebenso können in den deutschen Ostgebieten Vorkehrungen getroffen werden, um durch entsprechende wirtschaftliche Kontrollmaßnahmen der Alliierten die gleichen Sicherheitsbedingungen wie im Westen zu schaffen. Um so mehr erwarten wir, daß bei der endgültigen Grenzziehung darauf Rücksicht genommen wird, der deutschen Bevölkerung die für die Beschaffung von Ernährung und Arbeit unerläßlichen Gebiete zu belassen. Deutschland will in Zukunft mit allen seinen Nachbarn dauernd in Frieden und Eintracht leben. Es glaubt sich daher zu der Hoffnung berechtigt, daß dem Elend der Evakuierungen aus den Ostgebieten und der Tschechoslowakei [entgegen]gesteuert werde im Geiste der Gesetze der Menschlichkeit und Menschenwürde, welche das Unterpfand einer neuen europäischen Ordnung sind.

Frau *Hahn*: Der Frauenausschuß setzt sich aus zwei Kreisen zusammen. Der innere Kreis ist der engere Frauenarbeitskreis. Er umfaßt Frauen aus allen Berufen und Ständen, die akute Frauenfragen bearbeiten und alle jene Probleme, die irgendwie im Parlament oder sonstwie zur Sprache kommen sollen.
Um diesen engeren Frauenarbeitskreis ist ein Ring gebildet. Das sind jene Frauen, die in den Vorstandschaften der Partei in irgendeiner Form tätig sind. Der Frauenausschuß ist nicht nur ein Arbeitskreis über bestimmte Gebiete, also etwa Frauenfragen im Vergleich zu anderen Ausschüssen, sondern er ist in sich auch die gesamte Vertretung aller Frauen und aller Wählerinnen der Union. Er unterscheidet sich damit wesentlich von anderen Arbeitsausschüssen.
Was haben wir getan? In kleinerem Kreis haben sich diejenigen, die ganz in der aktiven Arbeit standen, viele Wochen hindurch, ich kann sagen fast jede Woche, getroffen, oft noch öfters, wenn irgend etwas zu besprechen war. In größerem Kreis sind wir vierzehntägig und in noch größerem Kreis alle vier Wochen zusammengekommen. Im April hatten wir eine große Frauentagung, vor kürzerer Zeit eine größere richtige Arbeitszusammenkunft, um die Fragen durchzubesprechen, die in der Verfassung uns Frauen besonders berühren. Dabei sind eine Reihe von Fachreferaten ausgearbeitet worden, so zum Beispiel Schule und Bildung, Fürsorgewesen, frauliche Aufgabengebiete innerhalb der Stadtverwaltung.
Zeitlich gesehen haben wir noch viel mehr Kraft als auf Sitzungen und Besprechungen auf unseren praktischen Einsatz in der Wahlvorbereitung verwendet. Ein großer Teil von uns hat sich wirklich alle Mühe gegeben, um in Stadt und Land allüberall mitzuhelfen, Wählerinnen zu werben und Versammlungen zu gestalten. Wir haben uns auch schon sehr intensiv mit den programmatischen Richtlinien der Partei befaßt, soweit wir Frauen dazu etwas zu sagen haben. Ein großer Teil der Vorschläge, die wir ausgearbeitet haben, ist in den Richtlinien des kulturpolitischen Ausschusses aufgenommen worden, dem eine unserer Frauenvertreterinnen letzthin sehr gut ausgearbeitete Gedanken übergeben hat. Einige andere Gedanken, die in den anderen Ausschüssen, soweit ich beobachten konnte, nicht verarbeitet worden sind, werden wir in den nächsten Tagen der Partei als Resolution noch vorlegen.
Die Union arbeitet jetzt, um eine neue Ordnung für das Land aufzubauen. Sie kann nicht aufgebaut werden ohne die lebendigen Kräfte der Frau. Dafür arbeitet unser Frauenausschuß, dafür stehen wir alle hier. Wir arbeiten langsam, aber wir arbeiten sicher.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Semler*: Meine Damen und Herren! Ich wollte, uns hätte man auch Zeit gelassen, langsam und sicher zu arbeiten. Aber in dem Referat, das ich Ihnen vorzutragen habe, werde ich leider seit Monaten von allen Seiten, nicht nur von unserem Herrn Landesvorsitzenden, auf das heftigste gedrängt, schnelle Arbeit zu leisten. Ich hoffe, sie ist deshalb nicht gar zu schlecht geworden.
Wir sind im Verlaufe der letzten Monate durch die Entwicklung der Ereignisse über unsere eigentliche Aufgabe, zu dem Programm der Union den Teil beizutragen, der sich auf das Wirtschaftsleben im ganzen bezieht, hinausgedrängt worden. Es wurde uns die Aufgabe gestellt, nicht nur programmatische Grundsätze zu entwickeln, sondern darüber hinaus zu den drängenden Tagesfragen Stellung zu nehmen und Vorschläge vorzulegen. Das hat dazu geführt, daß die zunächst in unserem Ausschuß begrenzte Tätigkeit sich in immer zunehmendem Umfang zu einer Zusammenarbeit mit

dem sozialpolitischen Ausschuß erweitert hat. Diese Zusammenarbeit hat im Endergebnis dazu geführt, daß wir für die Politik der Union und für die Grundsätze des nunmehr in absehbarer Zeit vorzulegenden Regierungsprogramms schon jetzt ganz konkrete Dinge entwickeln mußten, mit denen unsere politischen Führer wirklich etwas anfangen können. Nach vielfachen gemeinsamen Beratungen innerhalb der Gremien habe ich dann das Grundsätzliche dem Herrn Landesvorsitzenden vorgelegt. Er hat mich daraufhin ersucht, dieses Gerippe, wenn ich es so nennen darf, des wirtschaftlichen Aufbaues wie er unserem erweiterten Kreis vorschwebt, in Vorträgen vor geladenen Gästen der Bezirksverbände zu entwickeln. Die Vorträge wurden noch nicht in allen Bezirken des Landes gehalten. Ich hoffe, daß ich auch noch in Niederbayern und in der Oberpfalz sprechen kann. Das Ergebnis dieser Zusammenkünfte, bei denen in den einzelnen Bezirken Vertreter der Wirtschaft der verschiedensten Kreise anwesend waren, ist im großen und ganzen, man darf wohl sagen überraschend, zustimmend gewesen. Im grundsätzlichen ist nirgends in der Zwischenzeit der vergangenen sechs Wochen ein ernsthafter Widerspruch aus dem Kreise unserer Freunde laut geworden. In Einzelfragen gibt es noch die eine oder die andere Auffassung, über die im übrigen ja noch eingehend beraten und diskutiert werden muß.
Andererseits ist festzustellen, daß die Vorstellung, die wir uns vom Aufbau der Wirtschaft in Bayern und von einigen ganz grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten machen, bei den Hörern offenkundig den Eindruck des Neuen erweckt haben, und zwar des Neuen in dem Sinne, daß man gesagt hat: Jawohl, hier dürften wohl Ansätze für eine unserer heutigen Zeit entsprechende neue wirtschaftliche Gestaltung vorhanden sein.
Wenn es richtig ist, daß dieser Eindruck fast überall, vielleicht am stärksten in Nürnberg vor rund etwa 200 bis 250 Hörern entstanden ist, dann sind wir vielleicht auf dem richtigen Weg, besonders wenn Sie bedenken, daß wir damit in einen ganz bewußten Gegensatz zum Abschnitt drei des Verfassungsentwurfs vom Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* treten, der sich "das Wirtschaftleben" überschreibt und der, wie wir vielleicht alle bedauern, so außerordentlich wenig Neues enthält, mit dem man sich auch freudig gern herumstreiten möchte. Ihr Eindruck ist vielleicht ein ähnlicher gewesen wie der meine. Das was darinsteht, ist schrecklich langweilig. Es sind Dinge, die eigentlich schon unsere Väter gehört haben, es ist orthodoxer Sozialismus in allerältestem Sinne. Dies ist auch der Eindruck bei den Sozialdemokraten selbst, wie ich aus häufigen Unterhaltungen der letzten Zeit gespürt habe. Das ist deshalb besonders interessant, weil man den Eindruck hat, daß sie uns beinahe um unsere neuen Gesichtspunkte beneiden.
Leider kann ich heute nicht entwickeln, was ich gerne vortragen möchte. Denn ich würde dazu eine Zeit beanspruchen, die der Herr Vorsitzende [*Josef Müller*] ganz bestimmt nicht konzediert. Die Arbeit der Ausschüsse soll ja gedruckt werden, nach meiner Unterrichtung noch im Anfange dieses Monats. Das entspricht einem Ansuchen, das an mich von allen Seiten gestellt wurde. Ich bin gebeten worden, daß diese Ausführungen nunmehr allen im Lande zugänglich gemacht werden sollen, damit sich alle in Ruhe damit auseinandersetzen können.
Es wird Sie vielleicht interessieren, daß ein Teil dieser Ausführungen immer wieder eine ganz besondere Aufmerksamkeit hervorgerufen hat. Es ist der Teil, der sich in vollster Offenheit mit den Voraussetzungen für eine Gesundung der Wirtschaft befaßt, die nur von den Besatzungsmächten geliefert werden können. Vielleicht hat unsere Parteileitung gewisse Hemmungen gehabt, ob es der richtige Augenblick wäre,

mit diesen Dingen hervorzutreten. Ich habe das Risiko persönlich auf mich genommen und in allen meinen öffentlichen Versammlungen diese Fragen rückhaltlos und offen angeschnitten, nicht in Form einer Kritik, die uns nicht zusteht, sondern in Form eines ersten Hinweises darauf, daß eine ganze Anzahl Voraussetzungen geschaffen werden müssen, und zwar sehr schnell, wenn überhaupt der wirtschaftliche Aufbau in absehbarer Zeit vor sich gehen soll.
Ich glaube, daß die Resonanz, nicht nur in unserem Arbeitskreis, sondern auch bei den Versammlungen, etwa die gewesen ist, daß unsere Parteileitung nunmehr doch ernstlich in Erwägung ziehen sollte, offiziell von Seiten der Union in Bayern aus sich dahin zu erklären, daß wir zum Wiederaufbau der Wirtschaft diese Voraussetzungen benötigen und daß die Besatzungsmächte sich darüber schlüssig werden müssen. Sie wissen, daß es von anderer Seite in anderen Teilen Deutschlands bereits in dieser oder jener Art geschehen ist. Sie haben hier politisch zu entscheiden. Ich lege Ihnen infolgedessen die Frage vor, ob es nicht an der Zeit ist, daß die Christlich-Soziale Union in Bayern in aller Deutlichkeit, aller Verantwortung und vollem Ernst diesen Punkt aufnimmt und ausspricht.
Daneben hat in der Wirtschaft naturgemäß unser Plan für die Selbstverwaltung einer nach den verschiedenen Wirtschaftszweigen aufgebauten Wirtschaft ganz besonderes Interesse erregt. Es liegt auf der Hand, daß es verschiedene Fragen gibt, die sehr sorgfältig geprüft werden müssen, ehe man einen solchen Plan in die Tat umsetzt. Ein Ergebnis, das der Herr Landesvorsitzende von mir erwartete, ist auch bereits deutlich zu erkennen, daß die Wirtschaft es grundsätzlich begrüßt, wenn man ihr die Verantwortung für ihre eigenen Dinge überläßt, daß aber verantwortliche Männer der Wirtschaft davor warnen, diese Verantwortung zu schnell ins Leben treten zu lassen. Denn die Wirtschaft ist im ganzen doch noch in sehr viel schwächerem Zustand, als man gemeinhin annimmt.
Freilich, um unseren Plan, wie er uns vorschwebt und wie wir hoffen, daß er die ungeteilte Zustimmung der Union finden wird, durchführen zu können, muß man ihn als ein Ganzes nehmen. Das trifft besonders auf einen sehr empfindlichen Punkt zu: Das ist der, in welchem Umfang und in welcher Art soll sich künftig der Staat unternehmerisch in der Wirtschaft betätigen, also jener Punkt, den der *Hoegnersche* Verfassungsentwurf mit der staatssozialistischen Übernahme der Betriebe bezeichnet, oder wie es in seiner damaligen Rede hieß, mit der Übernahme der Wirtschaft im wesentlichen auf genossenschaftlicher Basis.
Wir haben in dieser Hinsicht ganz bestimmte Vorstellungen. Ich kann auch diese leider im Augenblick wegen Zeitmangels nicht entwickeln, aber ich möchte auf die Punkte hinweisen, die nachher im Zusammenhang mit der politischen Debatte wesentlich sind. Wir müssen daran festhalten, daß nach unserer Überzeugung gewisse wirtschaftliche Vorgänge zwar maßgebend vom Staat beeinflußt werden sollen, wir es aber nicht für richtig halten, daß diese Vorgänge Gegenstand der Behandlung durch eine parteipolitische Regierung unmittelbar sind. Das betrifft in allererster Linie die künftige Kreditpolitik, nachdem einmal die Geldneuordnung durchgeführt ist.
Meine Herren, es wird Ihnen der Satz im *Hoegnerschen* Verfassungsentwurf gegenwärtig sein, in dem es heißt, daß die Regierung dem einzelnen Unternehmen die Kredite gibt. Was das bedeutet, brauche ich nicht auszuführen. Die Sorge, die wir heute haben, ist die, daß, bevor die Union verantwortlich die Regierungsgeschäfte übernimmt, auf dem Gebiet wirtschaftlicher Organisation oder überhaupt der Wirtschaftspolitik Festlegungen erfolgen, die später kaum oder überhaupt nicht mehr rückgängig

gemacht werden können. Infolgedessen muß ich die dringende Bitte an die Parteileitung richten, daß man bei den jetzt stattfindenden Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] und seinen Regierungsmitgliedern darauf drängt, daß keine Maßnahmen durchgeführt werden, die wesentliche Punkte unseres Programms, wie wir es uns denken, durchkreuzen. Das soll vor allem deswegen geschehen, weil wir der Auffassung sind, daß das von uns zu beschließende Wirtschaftsprogramm der Union weit mehr sein soll als die Grundlage wirtschaftspolitischen Handelns in den nächsten zwei Jahren. Wir dürfen hoffen - und das scheint mir ein sehr positives Ergebnis der bisherigen Arbeit zu sein -, daß unsere wirtschaftspolitischen Anschauungen draußen wirklich als eine neue Grundlage des Zusammenlebens, vor allem des sozialen Zusammenlebens der arbeitenden Menschen angesehen werden. Wenn das richtig ist, dann müssen wir mit allen Mitteln verhindern, daß in der Übergangszeit dieses wesentliche Ziel durch Maßnahmen beeinträchtigt wird, die eine Regierung etwa durchführt, die nur noch in einem Übergangsstadium tätig ist. Das ist keine leere Warnung, die Gefahr ist da.

Zu unserer Wirtschaftsauffassung gehört zum Beispiel, daß die Kreditpolitik innerhalb des Landes übersichtlich durch eine Stelle geführt wird, die nicht die Regierung ist, die aber dem Staate zugehört, in diesem Falle dem Bayerischen Staat. Es ist lange darüber diskutiert worden, welche Praxis besser ist, die Praxis des alten Reichsbanksystems oder die Praxis, die der Kontrollrat seinerseits angeregt hat. Es ist ja noch kein Befehl vorhanden, Landeszentralbanken zu errichten. Man mag zu beiden Systemen stehen, wie man will. Eines ist sicher, daß wir im Hinblick auf die gegenwärtige Lage in Deutschland rascher zum Ziele kommen werden, wenn wir in Bayern eine eigene Zentralstelle für die Führung der Kreditpolitik haben. Daß wir später den Anschluß nicht nur an die übrige Entwicklung auf diesem Gebiet in Deutschland haben müssen, sondern dringend darauf angewiesen sind, das System so auszubauen, daß der Zahlungsverkehr und auch die Verteilung und Leitung der künftig etwa wieder zur Verfügung stehenden Kapitalien unbehindert vor sich gehen kann, ist wohl eine Selbstverständlichkeit, wenn Sie bedenken, daß Bayern seit langen Jahrzehnten ein Zuschußland gewesen ist.

Von dieser Richtung her sollten wir naturgemäß nirgends ein Hindernis bauen. Aber wenn wir jetzt wieder hören, daß neue Einflüsse am Werke sind, den an sich durchaus vernünftigen letzten Entwurf zum Gesetz über die Landeszentralbank wieder zu Fall zu bringen und wieder die Reichsbank einzuschalten, dann möchte ich in dieser Beziehung eine Warnung aussprechen und zugleich generell die Bitte daran knüpfen, daß in den Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten durch unsere Parteileitung möglichst von übermorgen an Abhilfe geschaffen wird.

In keinem einzigen, wichtigen oder unwichtigen Fall hat die Regierung *Hoegner* uns vorher Kenntnis von wichtigeren Vertrags- und Gesetzentwürfen auf wirtschaftspolitischem Gebiet gegeben. Sie war vielleicht dazu nicht verpflichtet. Wenn wir etwas erfahren haben, so durch den einzelnen Herren der Union in der Regierung. Die Regierung als solche hat es nicht für richtig und notwendig befunden, die Union zu unterrichten. Ich glaube, Herr Landesvorsitzender, ich übertreibe nicht, wenn ich feststelle, daß die Regierung *Hoegner* dieses Recht bisher gehabt hat, daß sie es aber seit den Wahlen nach alter parlamentarischer und demokratischer Methode bestimmt nicht mehr hat.

Wenn eine Übergangsregierung amtiert, dann ist es gute Gepflogenheit in jeder Demokratie der Welt gewesen, daß sie ihre wesentlichen Maßnahmen mit der Führung

der Opposition, die demnächst die Regierung übernehmen wird, abstimmt. Wir müssen unseren Landesvorsitzenden bitten, daß sich von jetzt an in diesem Punkt die Verhältnisse grundlegend ändern. Denn wir können keine positive Arbeit leisten, wir können einer künftigen Regierung der Union keine Vorarbeit bringen, wenn wir nicht über das unterrichtet sind, was jetzt innerhalb der Regierung geplant wird oder, noch schlimmer, beschlossen ist.

In diesem Sinne muß ich auch auf einen zweiten Punkt hinweisen. Das ist die Errichtung des Amtes für Vermögensverwaltung. Sie ist zwar auf eine gewisse Weise durch die Amerikaner geschehen, aber dieser Punkt ist gerade deshalb wichtig, weil er in unser System der Staatsbetätigung entscheidend hineingehört. Die vom Staat unabhängige Vermögensverwaltung soll nach unserer oft schon vorgetragenen Anschauung das Sammelbecken für alle die Vermögenswerte sein, die aus dem Gesetz Nr. 52 und 54 dem Staate zufallen und später vielleicht einmal derjenigen Stelle, die solche Aufgaben in der Wirtschaft übernimmt, die die private Wirtschaft selbst nicht erfüllen kann oder die aus anderen Gründen vom Staate durchgeführt werden sollen. Es geht aber nicht an, daraus eine Beherrschung zu machen. Wir halten das für grundfalsch.

Ich bin im Zweifel, ob es wirklich richtig ist, daß man nur in diesem Punkte dem Befehl der Amerikaner gefolgt ist. Ich kann es nur für mein Arbeitsgebiet beobachten. Aber auf ihm beobachte ich seit Monaten eine unerhört konsequente, klare und geschickte Politik des Ministerpräsidenten als Sachwalter der Sozialdemokratie.

(Sehr richtig!)

Es ist unbedingt notwendig, daß schon in dem Zeitraum, der jetzt vor uns liegt, bevor die Union die Regierung übernimmt, verhindert wird, daß in dieser Linie weiteres geschieht. Ich sage das ganz offen und bewußt. Jeder von Ihnen, der mich kennt, weiß, daß ich aus vollem Herzen der Meinung bin, daß wir mit der Sozialdemokratie zusammen regieren müssen. Aber gerade darum halte ich es für notwendig, Gegensätze nicht zu übertünchen, sondern die Gegensätze klar herauszustellen und dann zu versuchen, sich zusammen zu einigen. Es mag in dem einen Fall gelingen, in dem anderen nicht. Wogegen wir uns wenden müssen ist, daß unser gutes Programm, das bei uns durchdacht ist und bei uns bis heute eine selten einhellige Zustimmung in allen Teilen des Landes gefunden hat, durch Maßnahmen einer Regierung gefährdet wird, die nur noch eine Übergangsregierung ist und in diesem Stadium nach parlamentarischen Grundsätzen nicht mehr das Recht hat, entscheidende politische Maßnahmen durchzuführen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wo ist das Programm?)

Verehrtester Herr Dr. *Horlacher*! Sie sind stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses. Ich habe siebenmal einen Vortrag über dieses Programm gehalten. Ich habe Sie eingeladen zu erscheinen. Der Vortrag hat eineinhalb Stunden gedauert. Ich glaube, Sie hätten ihn ziemlich genau verstanden.

Ich möchte nicht einer politischen Debatte vorgreifen und nur die Punkte erwähnen, die für eine kommende Regierung programmatische wirtschaftspolitische Punkte enthalten.

Im wirtschaftlichen Aufbau darf es uns auch nicht passieren, daß uns von der gegenwärtigen Regierung weitere Steine in den Weg gelegt werden. Ich möchte im Rahmen dieses Referats nicht Kritik üben an der augenblicklichen Wirtschaftspolitik der Regierung. Wir sind wohl alle einig, daß alsbald nach Übernahme der Verantwortung im Staat durch die Union ein Wandel geschaffen werden muß. Bis dahin wird es Ihre

Aufgabe, die Aufgabe der politischen Leitung der Union sein, zu bestimmen, wie wir uns gegenüber den wirtschaftspolitischen Instanzen der heutigen Regierung verhalten wollen. Mein Bemühen ist es ebenso wie das des Ausschusses gewesen, um auch noch über diesen Punkt erschöpfend zu berichten, nicht nur Kritik zu üben, nicht nur in unserem Zirkel unser Programm zu entwickeln, ich bin hinausgegangen und habe häufig mit den verschiedenen Stellen gesprochen und die Dinge erörtert. Ich habe auch eine Reihe der unzähligen Beschwerden vorbringen können. Diese Beschwerden sind inzwischen Legion geworden und es ist ein Jammer, daß ein solcher Zustand im Lande überhaupt hat einreißen können.
Damit komme ich zum letzten Punkt, nämlich zu den Möglichkeiten, die gegeben sind, Sauberkeit zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist immer noch nicht erfüllt. Wir haben immer noch keine Gerichte in Bayern. Das ist ein unmöglicher Zustand. Es gibt bald keine Rechtfertigung dafür. Denn seit Monaten hat die Besatzungsmacht die Einsetzung der Gerichte angeordnet, seit Monaten besteht die Möglichkeit der Eröffnung der Gerichte. Bei Anerkennung aller Schwierigkeiten, die sich für das Justizministerium bei der Durchführung dieser Aufgabe entgegengestellt haben, muß es allmählich möglich sein, daß man wieder zum Amtsgericht gehen, sich gegen unberechtigte Angriffe wehren und seine berechtigten Ansprüche durchsetzen kann.

(Sehr wahr!)

Es ist das nur einer der Punkte, die wichtig sind. Aber auch dieser Punkt gehört unterstrichen, und es muß verlangt werden, daß nun einmal endlich etwas geschieht.
Ich habe bereits über die mir erlaubte Zeit hinaus gesprochen. Ich kann Ihnen nicht mehr berichten, ich kann nur bitten, daß in der politischen Debatte auf diese Gesichtspunkte Rücksicht genommen wird, daß unsere Parteileitung in dieser Übergangszeit aufmerksam bleibt und beachtet, daß uns nichts für die kommende Zeit verbaut wird, in der wir die Geschicke bestimmen sollen. Die Gefahr liegt vor allem darin, daß die Union weiterhin, wie es bisher geschehen ist, völlig ausgeschaltet bleibt. Das darf nicht der Fall sein. Das ist eigentlich selbstverständlich. Ich glaube, unsere Bitte an den Herrn Landesvorsitzenden hat unter anderem dahin zu gehen, den Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] darauf festzulegen, daß die Union von jetzt an bei allen maßgebenden politischen Entscheidungen um ihre Stellungnahme gefragt wird.

(Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär *Krehle*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns im sozialpolitischen Ausschuß in einer Reihe von Sitzungen mit den Problemen beschäftigt, die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses stehen. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, der Betriebsvertretung und der Sozialversicherung sind zur Zeit Zustände eingetreten, die in gewisser Beziehung ein Vakuum geschaffen haben. Nun hat in der Zwischenzeit die Militärregierung, das heißt der Oberste Kontrollrat, Rahmengesetze zum Arbeitsgerichtsgesetz und zum Betriebsrätegesetz erlassen und außerdem an den Länderrat Fragen gestellt, die vom sozialpolitischen Ausschuß des Länderrates bezüglich der Umgestaltung unserer Sozialversicherung durchzuführen sind. Bezüglich des Arbeitsgerichtsgesetzes und des Betriebsrätegesetzes haben die drei Länder der Zone von sich aus Vorschläge gemacht, die auf einen gemeinsamen Nenner für die ganze Zone gebracht werden sollen. Die Dinge befinden sich noch im Fluß und im Stadium der Verhandlungen.

Das wichtigste Gebiet ist das Gebiet der Sozialversicherung. Wir von unserem Raum aus müssen Wert darauf legen, daß unsere Sozialversicherung auf alle Fälle erhalten bleibt und daß auch die Einrichtungen der Sozialversicherung, die wir gegenwärtig noch haben und die sich in jahrzehntelanger Praxis bewährt haben, nicht dadurch über den Haufen geworfen werden, daß man nun versucht, alles in einen Topf zu werfen und eine Vereinheitlichung durchzuführen, die nicht nur die Interessen der Arbeiter nicht wahrt, sondern vom allgemeinen staatspolitischen Standpunkt nicht vertreten und verantwortet werden kann.
Bezüglich der Sozialversicherung ist die Situation folgende: Auf die Anfragen des Obersten Kontrollrats hat der sozialpolitische Ausschuß des Länderrats die Antwort erteilt. In diesem Zusammenhang ist von Hessen aus ein neuer Entwurf für eine neue Reichsversicherungsordnung vorgelegt worden, die sich sehr stark an die Zustände anlehnt, die im Sektor der russischen Besatzungszone durch die Vereinheitlichung der Versicherung bereits Wirklichkeit geworden sind. Es ist eine nicht bestreitbare Tatsache, daß bei den Verhandlungen in Stuttgart durch die Behördenvertreter, in diesem Falle durch die Vertreter der Versicherungsträger, das sind die Landesversicherungsanstalten und die sonstigen Körperschaften der Sozialversicherung, die zum großen Teil von Sozialisten besetzt sind, versucht wird, alte Ideen, die von den Sozialisten seit Jahrzehnten verfochten werden und die auch wiederholt bei den früheren Parlamenten eine Rolle gespielt haben und abgewehrt werden konnten, nun in die Tat umzusetzen, ohne die Parlamente und die Volksvertretung zu befragen.
In dem Entwurf, den Hessen vorgelegt hat, ist vorgesehen, einheitliche Sozialversicherungsämter für die einzelnen Regierungsbezirke zu schaffen und in diesen Sozialversicherungsämtern alles zusammenzufassen, die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Invalidenversicherung und auch die Angestelltenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung ist zunächst unberührt geblieben, weil sie ja in der Zwischenzeit noch nicht in Gang gesetzt worden ist. Ich bin aber der Auffassung, daß wir uns auf alle Fälle im kommenden Winter darüber klar werden müssen, einer bereits vorhandenen echten Arbeitslosigkeit zu begegnen. Wir werden im kommenden Winter damit zu rechnen haben, daß wir trotz offener Stellen auf der anderen Seite eine echte Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben. All das hängt natürlich sehr stark mit unserer Währungsfrage zusammen, und ich kann mir vorstellen, daß bei der Durchführung einer Währungsreform unsere Wirtschaft einer Belastungsprobe ausgesetzt wird, die man heute noch gar nicht übersehen kann. Fachleute, die sich mit der Frage beschäftigen, rechnen damit, daß durch eine Währungsreform mindestens 60% der heute in Brot und Arbeit stehenden Arbeiter arbeitslos werden.

(Hört, hört!)

Das sind Dinge, die natürlich eine gewisse Voraussicht erfordern, auf die man sich einstellen muß, indem man durch Sammlung bestimmter Rücklagemittel die Voraussetzungen schafft, um diesen Zustand wenigstens in etwa abzumildern.
Wir hatten bereits im vergangenen Winter einen Vorstoß unternommen, eine Arbeitslosenunterstützung wenigstens im Umfang der Höhe der gegenwärtigen Unterstützungen bei den Wohlfahrtsämtern zu gewähren. Das ist aber vom Obersten Kontrollrat abgelehnt worden, vor allem mit Rücksicht darauf, daß die beiden anderen Länder, Württemberg-Baden und Hessen, nicht über die nötigen Mittel in ihrem Reichsstock verfügt haben, um die Arbeitslosenversicherung in diesem bescheidenen Umfang anlaufen zu lassen.

In der Sozialversicherung sind zweifellos Reformen notwendig. Ob man dabei alles, was bisher war und was sich bewährt hat, zerschlagen muß, ist eine andere Frage. Nach unserer Auffassung muß das nicht geschehen.
Was die Unfallversicherung anbelangt, so sind wir der Auffassung, daß diese unter allen Umständen ausgenommen werden muß. Die Unfallversicherung stellt an sich die Ablösung einer Haftpflichtversicherung der Arbeitgeber dar. Sie soll, wozu sich die Arbeitgeber ja auch bereit erklärt haben, auch in Zukunft allein von der Arbeitgeberseite her im Umlageverfahren finanziert werden. Was die Krankenversicherung anbelangt, so sind wir uns darüber im klaren, daß auf diesem Gebiete eine gewisse Bereinigung erfolgen muß und daß Betriebskrankenkassen mit 40 und 50 Mitgliedern nicht aufrechterhalten werden können. Es wird hier ein Mittelweg gefunden werden, um das Richtige zu treffen. Ich bin aber der Auffassung, daß es falsch wäre, bewährte Betriebskrankenkassen unbedingt zu zerschlagen, die meinetwegen über 1000 und 2000 Mitglieder verfügen und mit verhältnismäßig niedrigen Verwaltungskosten arbeiten, weil diese zum großen Teil durch die Betriebe gedeckt werden. Hier muß also auch eine Flurbereinigung, aber nicht eine Vereinheitlichung angestrebt werden, wie sie von der anderen Seite grundsätzlich gewünscht wird.
Ich habe bei der ganzen Sache das Gefühl, daß man bei der Reform der Sozialversicherung von sozialistischer Seite versucht, unter Ausschaltung der Parlamente die Dinge jetzt zu vereinheitlichen, um auch hier den Zustand zu haben, den man auf verschiedenen anderen Gebieten in der Zwischenzeit bereits geschaffen hat, nämlich die Schlüsselstellungen mit Sozialisten zu besetzen.

(Sehr richtig!)

Das ist das Entscheidende, das von der Gegenseite angestrebt wird.
Was die Angestellten- und Invalidenversicherung betrifft, so ist die Situation folgende. Ich muß hier noch nachholen: An sich ist sowohl die Krankenversicherung wie auch die Unfallversicherung leistungsfähig. Sie steht also vor keiner unbedingten Notlage, so daß Maßnahmen auf diesem Gebiet mit Ausnahme der bereits angedeuteten Flurbereinigung gegenwärtig nicht notwendig sind. Anders liegen die Dinge auf dem Gebiete der Rentenversicherung. Der bayerische Staat zahlt zur Zeit aus allgemeinen Steuermitteln einen monatlichen Zuschuß von acht Millionen Mark, um überhaupt die Renten auszahlen und aufrechterhalten zu können. Durch das Hereinströmen der Flüchtlinge usw. wird die Finanzlage noch stärker angespannt. Es müssen daher Wege gefunden werden, um diese Versicherung ohne weitere Belastung der Staatshaushaltsmittel irgendwie zu finanzieren. Auch wir sind der Ansicht, daß die Angestellten- und Invalidenversicherung unter Umständen zusammengelegt werden können. Wir wollen aber dabei unter allen Umständen eine Nivellierung und Herabdrückung der Angestelltenversicherung auf das Niveau der Invalidenversicherung vermeiden. Wir wollen im Gegenteil die Invalidenversicherung in ihren Bestimmungen möglichst nahe an die Angestelltenversicherung heranbringen, und dadurch erreichen, daß auch der Invalide und alte Arbeiter eine Rente bekommt, mit der er dann auch tatsächlich leben kann.
Das sind die Probleme, die gegenwärtig schweben. Sie werden auch in einem Ausschuß des Arbeitsministeriums gegenwärtig besprochen. Dieser Ausschuß ist allerdings nicht so zusammengesetzt, wie wir es wünschen. Der Bayerische Ministerrat wird sich wahrscheinlich in den nächsten Tagen mit den Ergebnissen dieser Ausschußberatungen befassen und zu ihnen ja oder nein sagen.

Soviel mir bekannt geworden ist, sollen aber bereits vom Obersten Kontrollrat in Berlin neue Anfragen und Anordnungen auch bezüglich der Sozialversicherung in Aussicht stehen, so daß es unter Umständen möglich ist, die Tendenz, die dem hessischen Entwurf anhaftet, dadurch auszuschalten, daß ein größerer Einfluß der beteiligten Kreise sichergestellt wird. Ich persönlich bin der Auffassung, daß die Bereinigung in der Sozialversicherung unter keinen Umständen als endgültige Lösung unter Ausschaltung der Parlamente erfolgen kann.
Eine Möglichkeit dazu sehe ich in folgendem. Wenn wirklich der Oberste Kontrollrat auf eine rasche Verabschiedung drängt, dann muß eben versucht werden, in einem sozialpolitischen Ausschuß der Verfassunggebenden Landesversammlung zu diesen Dingen Stellung zu nehmen und damit die Beteiligten wenigstens in etwa zum Wort kommen zu lassen, wie das auch beim Flüchtlingsgesetz über den Flüchtlingsausschuß, einem Unterausschuß des sozialpolitischen Ausschusses, geschehen ist. Dr. *Koenig* wird ja darüber gesondert Bericht erstatten. Ich hoffe, daß wir auch auf diesem Gebiet zu Lösungen kommen, die den beteiligten Kreisen Rechnung tragen.
Über eines müssen wir uns allerdings bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die wir in der Union auf lange Sicht treiben, im klaren sein. Wir haben ja auch wiederholt in gemeinsamen Sitzungen des wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschusses zu einzelnen Fragen Stellung genommen und Übereinstimmung erzielt. Ich kann mir vorstellen, daß wir auf allen Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik in gemeinsamen Beratungen der Wirtschaftler und der Sozialpolitiker zu einer Lösung kommen, die sowohl den Forderungen der Wirtschaft wie auch den sozialen Belangen der Arbeiterschaft Rechnung trägt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Voraussetzungen einer guten Sozialpolitik eine gute Wirtschaftspolitik ist. Das ist die Grundlage. Es dreht sich darum, ob wir überhaupt in absehbarer Zeit wieder zu einem anständigen Ertrag in unserer Wirtschaft kommen. Und eines ist sicher: Im Mittelpunkt aller Wirtschaft hat der lebendige Mensch zu stehen. Gerade wir aus dem christlichen Bereich müssen bei unseren künftigen Planungen absolut darauf Rücksicht nehmen, daß gegenüber der Arbeiterschaft in Zukunft da und dort eine andere Stellung eingenommen werden muß wie in der Vergangenheit und daß die Arbeiterschaft mit Recht aufgrund des Prozentsatzes, den sie im Gesamtvolk ausmacht, auch ihre Wünsche und Anregungen entsprechend zur Anerkennung bringen muß und daß sie als vollkommen gleichberechtigt in Staat und Wirtschaft eingegliedert wird.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Koenig*: Ein Teil der Redner des Vortages hat darauf hingewiesen, daß die Flüchtlinge mit ihren Stimmen bereits bei den Wahlen am 30. Juni in erheblichem Umfange in Erscheinung getreten sind. Aber das soll nicht der Grund sein, weshalb wir uns jetzt und in Zukunft in besonderem Maße mit dem Flüchtlingsproblem befassen, sondern wir fühlen uns dazu aus unserer christlichen und sozialen Grundhaltung heraus verpflichtet. Aus diesen Erwägungen heraus ist der Flüchtlingsausschuß als einer der ersten Ausschüsse der Union überhaupt gegründet worden und seit einem halben Jahr in Tätigkeit. Er ist zunächst als Unterausschuß im sozialpolitischen Ausschuß ins Leben getreten. Wir haben aber die Ansicht vertreten, daß es sich bei der Problematik der Flüchtlinge nicht allein um eine soziale Frage handelt, sondern daß diese Frage auch ein eminent politisches, wirtschaftspolitisches und nicht zuletzt auch außenpolitisches Gesicht trägt.

Die Anregung zur Bildung des Flüchtlingsausschusses ist gleichzeitig von Seiten des Landessekretariats wie von Flüchtlingen erfolgt, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen. Der Ausschuß setzt sich zunächst zusammen als ein Arbeitsausschuß aus Interessenten, die sich freiwillig und ehrlich [sic!] zur Verfügung stellten. Unser Ziel ist aber, diesen Ausschuß organisatorisch in den Gesamtapparat der Union einzubauen und überall dort, wo sich Verbände der Union wie Kreis- oder Bezirksverbände befinden, gleichzeitig auch Ausschüsse bzw. Obleute der Flüchtlinge selbst einzubauen.
Die bisherige praktische Tätigkeit des Ausschusses befaßte sich zunächst damit, die grundsätzliche Haltung der Union zum Flüchtlingsproblem zu klären. Als Grundlage unserer gesamten Tätigkeit müssen wir nach wie vor die Stellungnahme der Union aufgrund der Bamberger Tagung betrachten. Diese Stellungnahme wurde damals dahingehend formuliert, daß die rechtliche Gleichstellung der Ausgewiesenen mit den Angehörigen der Aufnahmeländer für die Union eine selbstverständliche demokratische Forderung darstellt. Davon ausgehend haben wir in unserer öffentlichen Propaganda, in der Beratung der Flüchtlinge und in der Werbung für die Ziele und Ideen der Union unsere Formulierungen getroffen. Wir haben in Mitteilungsblättern, [im] Informationsdienst, Redner-Dienst der Union immer wieder diese Grundhaltung herausgestellt und gehofft, daß wir nun auch im Kreis der Flüchtlinge einen lebhaften Widerhall für die Union finden werden.
Dieser Widerhall ist - und das beweisen die letzten Wahlen ebenso wie zahlreiche Zuschriften, die wir täglich von draußen herein bekommen - nicht erfolgt. Die Gründe dafür liegen darin, daß einmal der organisatorische Aufbau innerhalb der Union nicht so vorgeschritten ist, wie wir es uns am Anfang gedacht haben, und daß wir dabei Widerstände zu überwinden hatten, die teilweise grundsätzlicher Art waren, teilweise aber auch auf eine gewisse Lethargie und Langsamkeit des Aufbaues einer so großen Partei, wie es die Union ist, zurückzuführen sind.
Neben diesen Dingen, deren Leitung und Lenkung jeweils in den Händen einer ganz kleinen Gruppe, eines ganz kleinen Arbeitsausschusses lag, haben wir versucht, die Lage der Flüchtlinge ganz allgemein im Lande Bayern hinsichtlich ihrer Eingliederung in das Wirtschafts- und Sozialleben ständig zu verbessern. Wir arbeiten systematisch mit sämtlichen staatlichen und caritativen Organisationen zusammen. Wir haben grundsätzliche Fragen immer wieder mit dem Staatskommissariat besprochen, wir sind dauernd mit ihm in Fühlungnahme und haben bei ihm tatsächliche, tatkräftige Unterstützung und Hilfe in unseren Bemühungen gefunden. Wir haben uns selbständig mit Wohnungsämtern und Arbeitsämtern in Verbindung gesetzt, um in Einzelfällen und in Fällen Erleichterungen aller Art zu verschaffen, in denen es sich um Hilfeleistung für Gruppen und Berufsstände von Ausgewiesenen handelte, die in einer gewissen Einheit in das Land Bayern kamen.
Diese Zusammenarbeit mit den anderen Parteien war deshalb notwendig, weil das Flüchtlingsproblem ja als Ganzes gesehen nicht ein Problem einer Partei ist, sondern weil sich auch in anderen Parteien bereits sehr starke Gruppen von Flüchtlingen organisiert haben, mit denen wir vom Anfang an in einer Art arbeitsgemeinschaftlicher Vertretung der Interessen der Ausgewiesenen zusammengearbeitet haben. Es ist ein außerordentlich gutes Verhältnis zwischen unserem Ausschuß und den führenden Flüchtlingsleuten der SPD. Wir haben uns dahingehend geeinigt, daß wir von uns aus sämtliche grundsätzlichen doktrinären Dinge zurückstellen wollen und nur das Ge-

meinsame vor Augen haben, nämlich den zwei Millionen Zugewanderten tatsächlich eine neue Heimstätte zu schaffen.
Die Werbung, die wir von der Union aus in Kreisen der Flüchtlinge veranstalteten, konnte sich allerdings nur in ganz geringem Umfange bemerkbar machen. Wir haben Plakate und Flugblätter herausgegeben, die an Deutlichkeit in der Stellungnahme der Union nichts zu wünschen übriglassen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß dieses Werbematerial den Flüchtlingskreisen selbst in viel zu geringem Umfange zugute kam und diesen größtenteils gar nicht bekannt war. Wenn es z.B. bei der letzten Wahl, bei der es zum ersten Mal in größerem Umfange darauf ankam, Flüchtlinge parteipolitisch zu erfassen, nur möglich war, für ganz Bayern 5000 Flüchtlingsplakate herauszugeben, so ist das ein organisatorischer Fehler, den wir zunächst nicht gutmachen konnten, den aber, wie wir hoffen, die Zukunft gutmachen wird.
So kam es, daß ganze Kreise, in denen 30.000 - 40.000 Flüchtlinge untergekommen sind, von denen etwa die Hälfte das Wahlrecht hatte, nichts über die Stellungnahme der Union zu dem Flüchtlingsproblem von Seiten der Union selbst erfuhren, sondern nur Zerrbilder vorgesetzt bekamen, die den wirklichen Verhältnissen in keiner Weise entsprachen.
Um nun das Gesamtproblem der nach Bayern ausgewiesenen, aber auch der Ausgewiesenen in den anderen Teilen der amerikanischen Zone zu regeln, haben wir einen Flüchtlingsgesetzentwurf vorbereitet und dem Staatsministerium des Innern, der Staatsregierung und auch dem Länderrat[4] zugleitet. Dieser Gesetzentwurf ist das Ergebnis gemeinsamer Beratungen des Ausschusses der SPD, unseres Ausschusses und des Flüchtlingskommissars. Sie werden aus dem Mitteilungsblatt der Union davon Kenntnis genommen haben, daß wir uns veranlaßt sahen, gegenüber den falschen Darstellungen, wie sie die Süddeutsche Zeitung acht oder 14 Tage vor der Wahl brachte, eine Richtigstellung zu geben. Diese Richtigstellung ist auch vom Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei im vollen Umfange anerkannt worden, [ist] aber nicht in der zweifellos der Sozialdemokratischen Partei im weiten Umfange unterstehenden Presse gebracht worden.
Auf diese Gründe ist es wohl im entscheidenden Maße zurückzuführen, daß bei den Flüchtlingen draußen im Lande im großen Umfange noch Unklarheit über die tatsächliche Haltung der Union besteht. Der Grundsatz des Flüchtlingsgesetzentwurfes, der nunmehr, wie ich gestern erfuhr, tatsächlich im Länderrat zur Debatte steht, beruht auf dem gleichen Fundament, das wir in Bamberg geschaffen haben, und zwar auf der grundsätzlichen Forderung nach Gleichstellung der Flüchtlinge in allen bürgerlichen Rechten und Pflichten nach ihrer erfolgten Einbürgerung in ihre neue Heimat.
Wir haben dazu unsere Forderungen der Staatsregierung nochmals unterbreitet. Diese Forderungen laufen vor allen Dingen darauf hinaus, eine Reihe von Sofortmaßnahmen in die Wege zu leiten, um das Los der Flüchtlinge, die tatsächlich größtenteils vor einer finanziellen Katastrophe stehen, da ihre Mittel fast restlos aufgebraucht sind, sofort und tatkräftig in irgendeiner Form zu erleichtern. Wir haben darauf hingewiesen, daß vor allen Dingen Widerstände aus Kreisen der Handwerkskammern und Ärztekammern gegenüber der Seßhaftmachung von Flüchtlingen bestehen. Diese Widerstände haben dazu geführt, daß auf der einen Seite ein Riesenbedarf an

[4] In der Vorlage: "Landrat".

handwerklicher Arbeit, an ärztlicher Betreuung vorhanden ist, der gerade durch die Flüchtlinge zusätzlich hervorgerufen wurde, daß aber andererseits die Handwerkskammern ebenso wie die Ärztekammern nicht gewillt sind, den tatsächlichen Erfordernissen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens Rechnung zu tragen, und daß sie selbstverständlich Handwerkern und approbierten Ärzten ihre Niederlassung verweigern.
Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß es endlich an der Zeit ist, Renten und Pensionszahlungen zu regeln, wie dies in der englischen und teilweise auch in der russischen Zone bereits seit Monaten der Fall ist.
Wir haben ferner darauf verwiesen, daß auch die Praxis der Arbeitsämter in erster Linie [dem] Grad der Bedürftigkeit der Leute Rechnung tragen soll, die nun einen neuen Beruf bzw. die Wiederaufnahme ihrer alten Berufstätigkeit beantragen. Wir haben auch darauf verweisen müssen, daß Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst nach Möglichkeit wieder ihrer früheren Beschäftigung zugeführt werden sollen und daß ihnen die üblichen inländischen und ortsüblichen Löhne und Tarife gezahlt werden.
Als besonders vordringlich haben wir aber hingestellt, daß der Gesetzentwurf von der Staatsregierung nunmehr endgültig als Verhandlungsbasis anerkannt wird und daß er bald Gesetzeskraft erhalten möge.
Eine grundsätzliche Forderung, die auch den Wünschen des Staatskommissariats entspricht, besteht darin, daß wir gebeten haben, das Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen unmittelbar aus dem Bereich des Innennministeriums herauszunehmen, da es ja nicht allein eine innerstaatliche Angelegenheit ist, die den Grundsätzen des Innenministeriums entspricht, sondern diesem Staatskommissariat eine Stellung ähnlich der eines Staatssekretärs zu verschaffen und es unmittelbar dem Ministerpräsidenten zu unterstellen. Das hat sich als besonders notwendig insofern herausgestellt, als der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen [*Wolfgang Jaenicke*] noch nicht ein einziges Mal zu einer Ministerbesprechung zugezogen wurde, auch nicht, als die Frage zur Entscheidung stand: Wird dieser Gesetzentwurf, der gemeinsam den Wünschen aller Beteiligten entspricht, nun tatsächlich weiter gefördert, oder soll er in der Versenkung verschwinden, wie es vom Innenminister *Seifried* geplant war?
Ich habe diese Feststellungen in einer großen Wählerversammlung in Coburg getroffen, in der hunderte von Flüchtlingen anwesend waren. Ich habe in der Versammlung selbst ein sehr starkes Echo dafür gefunden. Die sozialdemokratische Presse in Coburg hat aber mit [k]einem Wort darauf reagiert.
Wir hätten an sich von der Union aus eine Fülle von Material vorliegen, das sich gegen die Politik der gegenwärtigen Regierung auf dem Gebiet des Flüchtlingswesens richtet und mit dem wir in der Lage wären, einen großen Teil der Flüchtlinge für die Union zu begeistern, zu werben und auch ihre Stimmen bei der nächsten Wahl für uns zu buchen. Aber auch innerhalb der Union wäre zu wünschen - es ist ein schmerzliches Kapitel, was mir immer wieder, wenn ich draußen tätig bin, vorgehalten wird und was aus fast allen Eingaben, die an uns kommen, und es sind deren sehr viele, entgegenklingt -, daß auch unsere Leute, sowohl unsere Funktionäre wie auch unsere gewählten Vertreter in den Gemeindevertretungen bis hinauf zu den Vertretern, die für die Nationalversammlung vorgesehen sind, grundsätzlich die Linie der Union einhalten würden, nämlich die Anerkennung der Flüchtlinge als gleichberechtigte Staatsbürger.

Der Flüchtlingsausschuß erwartet nun, daß darin seitens der Landesleitung Klarheit geschaffen wird, obwohl ja jedem einzelnen Mitglied der Union, vor allen Dingen den prominenten Vertretern, in den letzten Wochen und Monaten genügend Material zugeleitet wurde. Man kann sich nicht darauf hinausreden, auch nicht der kleinste Redner draußen im Lande kann das, daß er über die Stellungnahme der Union unklar geblieben wäre.

Aus der Blütenlese der Beschwerden, die mir auf den Tisch geflattert sind, will ich nur einige wenige herausgreifen, da sie nicht nur die Stimmung der Flüchtlingskreise draußen widerspiegeln, sondern vielleicht auch symbolisch sind für eine gewisse Richtung innerhalb der Union, die diese Dinge in ihrer vollen Klarheit noch nicht begriffen hat. Da schreibt ein Landesökonomierat a.D. ... aus Coburg, "daß es für Staat und Volk nicht gut ist, wenn Fremde überall einen beherrschenden Einfluß ausüben, Fremde, die die Verhältnisse nicht kennen, die vielfach wieder Ort und Staat verlassen, die noch nicht wissen, ob hier ihre Bleibe ist, Fremde, die vielfach Nazis und Nutznießer waren".

Daß die Flüchtlinge Nutznießer geworden sind, kann heute bei Gott niemand behaupten.

Dann wird all denen, die sich für die Rechte der Flüchtlinge einsetzen, vorgeworfen: "Wer sind die Leute, die so extrem schon nach politischen Rechten schreien, kaum daß sie im Lande sind? Nach Arbeit und Pflichten rufen sie nicht."

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist der erste Ruf, den sämtliche Ausgewiesene, sobald sie in ihre neue Heimat gekommen sind, ausstoßen, der Ruf nach Arbeit und nach einer Existenz, aufgrund deren sie sich tatsächlich eine Lebensmöglichkeit schaffen können.

Was ich eben vorgelesen habe, mag ein Fall sein, der nicht der Prominenz der Union entspricht. Ich habe hier eine Beschwerde, derzufolge ein prominenter Vertreter der Union in Rottalmünster geäußert hat: "Was wir nicht wollen, ist, daß diese Fremden in führende und leitende Stellen und in die öffentlichen Ämter kommen. Dorthin gehören sie nicht."

Es wundert mich nicht, wenn daraufhin in Passau keiner der Flüchtlinge Union gewählt hat, wenn Herr Dr. *Falkner* derartige Worte in Rottalmünster gesagt hat, die natürlich in Flüchtlingskreisen sofort von Mund zu Mund weitergegeben werden.

Es genügt auch nicht, wenn ein prominenter Redner der Union, ein Herr des Ministeriums, in einer zweistündigen Rede betont: "Zum Flüchtlingsproblem haben wir von der Union zu bemerken, daß die Evakuierten nicht hierher gehören."

Meine Damen und Herren! Damit allein erschöpft man das Flüchtlingsproblem in keiner Weise, sondern man muß sich mit diesen Dingen einmal grundsätzlich befassen, und zwar deshalb, weil wir eine christliche und soziale Verpflichtung haben, nicht nur gegenüber den Flüchtlingen selbst, sondern auch vom Christentum als solchem.

Es war für mich in Coburg eine schmerzliche Überraschung, als ich mir sagen lassen mußte, daß ich bis zum vorigen Sonntag, also dem Sonntag vor den Wahlen, der einzige Redner gewesen sei, der überhaupt einmal das Flüchtlingsproblem berührt hat.

(Zuruf: Stimmt nicht ganz!)

Vielleicht hat hin und wieder einer der Herren auf das Flüchtlingsproblem als soziale Verpflichtung hingewiesen. Was aber die Flüchtlinge als solche gehört haben wollen, ist, daß ihnen eine Existenzmöglichkeit geschaffen wird auf der Grundlage der Zuerkennung der bürgerlichen Rechte und Pflichten, wie sie die Allgemeinheit hat.

Die Haltung der Union als Partei, und zwar von Seiten der Parteileitung aus, ist klar und positiv. Die parteiamtlichen Erklärungen lassen darüber keinen Zweifel. Aber ebenso wie einige Entgleisungen prominenter Führer der Union immer wieder vorkommen, die uns regelmäßig berichtet werden, ebenso müssen wir darauf verweisen, daß draußen auf dem Lande zahlreiche Bürgermeister ihren Pflichten auf dem Gebiet der Flüchtlingsbetreuung nicht immer nachkommen. Es wurde mir bei meinen Wahlversammlungen draußen, die ich regelmäßig auch vor Flüchtlingen hielt, vorgehalten, und zwar von einem Redner der KPD, daß gerade überall dort, wo Bürgermeister der Union sind, es den Flüchtlingen am schlechtesten geht.

(Hört, hört! Das ist eine Behauptung!)

Aus der Praxis konnte ich einige Beispiele anführen, die diese Behauptung nicht als richtig erscheinen lassen. Aber die Auffassung ist nun einmal bei den Flüchtlingen da und es ist schwer, diese Leute eines anderen zu belehren, wenn man nicht gleichzeitig ebensoviele positive Beweise einer tatsächlichen positiven Flüchtlingsbetreuung anführen kann. Das Ergebnis aller Dinge ist, daß rund 80% der Ausgewiesenen - wir haben unsere Berichte darüber vorliegen - bei der letzten Wahl Sozialdemokratische Partei gewählt haben. Einer der Lagerpfarrer eines solchen Flüchtlingslagers berichtete mir, daß zu ihm junge Leute gekommen seien, Leute, die positiv christlich sind, Protestanten wie Katholiken, und erklärt haben, sie würden SPD wählen, weil sich sonst niemand um sie kümmert. Er selbst sagte: Ich konnte den Leuten aufgrund meiner Kenntnis der Zusammenhänge keinen anderen Rat geben.

Unsere Wünsche bestehen nun darin, daß die Union uns[eren] organisatorischen Aufbau mit aller Tatkraft unterstützt. Der Flüchtlingsausschuß der Sozialdemokratischen Partei hat, um ein Beispiel zu nennen, gegenwärtig drei Kraftwagen laufen, die allein der Flüchtlingsbetreuung dienen. Die Union selbst verfügt überhaupt nur über drei, von denen zwei meistens ausfallen, und der dritte unterwegs noch eine Panne hat. Unsere Bitte geht weiterhin dahin, unseren Union-Bürgermeistern ehrenamtliche Mitarbeiter anzuweisen, die sich mit aller Tatkraft der organisatorischen Betreuung der Flüchtlinge annehmen und sie [zu] veranlassen, daß in allen Ortsverbänden und Kreisvorständen bis hinauf in den Bezirk Flüchtlingsausschüsse ins Leben gerufen werden. Wir haben vor wenigen Tagen erst eine entsprechende Anweisung, die sich wieder auf eine höhere Anweisung stützen kann, ins Land hinausgesandt, und wir werden aufgrund dieser Anweisung der Landesleitung selbst an Ort und Stelle die Dinge in die Wege leiten, wenn es den Kreisverbänden oder Ortsverbänden aus irgendeinem Grunde nicht möglich ist, den Anweisungen nachzukommen.

Wir bitten aber auch, sämtliche Parteiredner der Union dahingehend zu unterrichten, daß sie einmal das Problem der Flüchtlinge in ihren Reden, sei es [in] Wahlreden, Mitgliederversammlungen oder sonstigen politischen Aufklärungen, überhaupt behandeln, ferner, daß sie es positiv behandeln, und zwar nach den Richtlinien, die seitens der Union immer wieder vorgelegt wurden.

Weiterhin bitten wir bei den kommenden Entscheidungen um einen stärkeren Einsatz der Werbung. Wir bitten darum, daß auch den Flüchtlingen Gelegenheit gegeben wird, in der Landesversammlung selbst in Erscheinung zu treten und, wie es in vorbildlicher Weise in einigen Kreisen bereits geschehen ist, ihnen auch Sitze in den Kreisversammlungen, den Bezirksversammmlungen bzw. auch in der Landesversammlung einzuräumen.

Die Kernfrage für die Union ist die: Gelingt es bei den kommenden Wahlentscheidungen, die etwa 600.000 Wählerstimmen zu einem großen Prozentsatz für die Union zu werben oder gelingt es nicht. Das Verhältnis ist heute so, daß etwa 1,6 Millionen Stimmen der Union etwa 800.000 SPD- und 150.000 KPD-Stimmen gegenüberstehen. Wenn wir die 600.000 Flüchtlingsstimmen als geschlossenen Block zur SPD nehmen, so hätte die SPD mit der Union fast denselben Stand erreicht, vorausgesetzt, daß diese 600.000 Stimmen der SPD zufließen, wozu die allergrößte Gefahr im Augenblick vorhanden ist.
Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Flüchtlinge außerordentlich mißtrauisch sind, jede Handlung und jede Äußerung von irgendeiner Seite überprüfen, daß sie aber besonders mißtrauisch sind gegenüber den Worten, Taten und Handlungen der Leute der Union. Die Bevölkerung, die zu uns aus den Ostgebieten oder aus dem Sudetenland gekommen ist, ist an sich nicht grundsätzlich radikal, sondern sie hat einen sehr starken Hang zum Christlichen. Deshalb hätten wir den festen Ansatzpunkt, bei diesen zwei Millionen Menschen, von denen etwa 500.000 - 600.000 Wähler anfallen werden, nun tatsächlich mit unserem Gedanken- und Ideengut zu wirken. Es sind sehr viele christliche Elemente darunter. Die meisten sind fleißige, anspruchslose Leute, die auch ruhig auf eine Entschädigung gegenüber einer höheren Stelle verzichten und tatkräftig Hand anlegen. Wenn nicht handelt es sich meistens um Ausnahmefälle. Wenn die Not und Verzweiflung anhält und sich noch nach der Währungsbereinigung steigert, können diese 600.000 Menschen in das nächste radikale Lager getrieben werden. Das wäre eine Entwicklung, die wir alle im Interesse von Volk und Staat in Bayern aufs tiefste bedauern [würden].
Frau *Hahn* weist darauf hin, daß sie in ihren Vorträgen, auch in Coburg, immer auf die Flüchtlingsfrage eingegangen sei.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest folgendes Schreiben des Oberbürgermeisters Dr. *Scharnagl*:

> Die Umstellung in personeller Hinsicht, die im Entnazifizierungsverfahren vor sich geht, veranlaßt mich, darauf aufmerksam zu machen, daß auch die personelle Besetzung im Aufgabengebiet des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen unsere größte Aufmerksamkeit erfordert. Ich empfehle, heute darauf hinzuweisen, daß unsere Freunde die Entwicklung auf diesem Gebiet besonders stark im Auge behalten. Notwendig wäre auch eine unmittelbare Vorstellung der Landesleitung beim Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Herrn Dr. *Jaenicke*. Ich habe bestimmte Anzeichen dafür, daß die linke Seite sich sehr stark bemüht, über den Personalreferenten beim Staatskommissar ihre Freunde als Flüchtlingskommissare in den Kreisen unterzubringen. Wenn auch diese Stellen durch die Ausübung ihres Dienstes sich keine Freunde erwerben können, so können sie doch andererseits auch sehr starken und unerwünschten Einfluß ausüben. Ich halte es für sehr notwendig, der Angelegenheit größtes Augenmerk zu schenken.

Vorsitzender [*Josef Müller*] bemerkt, daß die Union unter den Flüchtlingskommissaren fast überhaupt nicht vertreten sei.
Dr. *Koenig* erklärt dazu, daß er dem Staatskommissar für das Flüchtlingswesen vor einiger Zeit auf Anforderung zwei Bewerber als Flüchtlingskommissare namhaft gemacht habe, daß aber keiner von beiden angenommen worden sei.

Vorsitzender [*Josef Müller*] schlägt vor, aus Zeitgründen keine Diskussion an die einzelnen Referate anzuknüpfen. Er bittet die Ausschußberichterstatter, sich kurz zu fassen.

Steber: Wir wissen, daß die Union das größere ist und nicht die Jugend. Die Jugendarbeit in der Union hat zwei Seiten, eine Seite der jungen Generation in der Union und eine Seite der Union für die Jugend. Die Arbeit der Union für die Jugend zerfällt in drei Aufgabengebiete, in die Aufgaben der Jugendbewegung als der geistigen Probleme der Jugend, in die Aufgabe der Jugendführung, das ist die Aufgabe der Jugendverbände und -gruppen und -richtungen und in die Aufgabe der Jugendfürsorge. Das ist die Arbeit für die gefährdete Jugend.

Die Arbeit der jungen Generation innerhalb der Union zerfällt in ein Vielfaches. Wir haben im Februar als erster Ausschuß zum ersten Mal in diesem Raum getagt. Von den 80 Leuten, die damals anwesend waren, sind ungefähr ein Drittel bis fast zur Hälfte inzwischen Stadträte, Kreisräte und ähnliches geworden, für mein Empfinden im Augenblick sogar etwas zu schnell. Denn wir haben erfahren und hungern darnach, ein ganzes Stück Schulung, und zwar auf allen Sachgebieten der Politik, zu erfahren. Denn alle die Leute, die 1933 noch nicht oder aber eben erst gewählt haben, haben alle das Gefühl, daß in der Demokratie erst in die Schule gegangen werden muß, wenn auch manche der Jungen ketzerisch genug sind zu sagen, nicht jede Demokratie und jeder demokratische Bezirk ist eine gute Schule für uns Junge.

Unsere Aufgabe ist aber nicht nur das Durchsetzen der jungen Generation oder eines jungen Geistes in der Union, sondern wir haben noch ganz bestimmte Arbeitsgebiete, die uns sehr viele Sorgen und Kummer machen. Ein Problem sind die Studenten. Wenn ich daran denke, daß an der Universität Leipzig bei 1200 immatrikulierten Studenten 370 eingeschriebene Mitglieder der CDU sind, dann darf ich damit die bayerischen Studenten nicht vergleichen. Ein anderes Kapitel ist die junge Lehrerschaft. Die Zugehörigkeit zu uns ist in den verschiedenen Lehrerbildungsanstalten und Akademien sehr fraglich. Jedenfalls ist in anderen Provinzen und Gegenden die Studentenschaft viel geschlossener.

(Zuruf: Westfalen!)

Ein weiteres Arbeitsgebiet wären die Heimkehrer, vor allem die Kriegsversehrten. Sie sind ausgesprochen junge Generation. Wir haben auf diesem Gebiet im Augenblick kein Positivum, das wir endgültig aufweisen können. Daß wir Verständnis für die Kummer und Sorgen der Kriegsversehrten haben, dient ihnen noch nicht. Sehr viel schwieriger sind dagegen Stellenvermittlung und ähnliche Dinge.

Ein drittes Kapitel für die junge Generation innerhalb der Union ist die Organisation und Durchschulung einer jungen politischen CSU-Führerschaft bei den Bauern. Auch in dieser Beziehung haben wir noch kaum Klarheit.

Ich sage diese Dinge, um zu zeigen, daß wir uns der Schwierigkeiten der Situation bewußt sind.

Vorsitzender [*Josef Müller*] verweist auf die vorzüglichen Erfahrungen mit dem Versehrtenausschuß in Regensburg und empfiehlt Nachahmung.

Prüschenk illustriert an den Wahlergebnissen seines Bezirkes, daß die Flüchtlinge durchaus nicht alle SPD wählten, sondern der weitaus größere Teil CSU.

Ritter von Lex: Der Verfassungsausschuß ist ein Unterausschuß des Ausschusses für Staatsverwaltung, Verwaltungsaufbau und Staatsfinanzierung. Wir haben in unserem Ausschuß einige Staats- und Kommunalverwaltungsjuristen, zwei Herren aus der aka-

demischen Sphäre, einen Ziviljuristen - *von Prittwitz-Gaffron* - und einen Volkswirt rer. pol. und phil., der auch in der politischen Front steht, unseren Freund Dr. *Hundhammer*.

Die Aufgabe, die uns gestellt ist, ist eine ziemlich begrenzte. Wir haben zunächst einmal Stellung zu nehmen zu dem Verfassungsentwurf, den Ministerpräsident Dr. *Hoegner* gemacht hat. Aus diesem Entwurf ergeben sich natürlich eine ganze Anzahl hochpolitischer Fragen. Es ist nicht Aufgabe des Verfassungsausschusses, seinerseits etwa aktive Politik zu machen. Das ist Aufgabe der Verfassunggebenden Landesversammlung, ist Aufgabe unserer Fraktion in der Versammlung. Die großen Richtlinien werden von den dafür zuständigen Ausschüssen der Union gegeben.

Wir sind aber trotzdem gezwungen, zu einer Anzahl von politisch sehr wichtigen und sehr weittragenden Fragen auch vom Verfassungsausschuß aus Stellung zu nehmen. Sie werden gleich verstehen, was ich meine, wenn ich ihnen die drei Fragen kurz skizziere, die hier im Vordergrund der Arbeit stehen, das Wahlsystem, Zweikammersystem und die Frage des Staatspräsidenten. Das sind Dinge, die nicht nur politisch wichtig und aktuell sind. Man muß sie auch nach der verfassungsrechtlichen Seite durchdenken, weil man vielleicht auch von dieser Seite her den einen oder anderen nicht unwichtigen Gesichtspunkt beibringen kann.

Sie wissen alle, daß wir den Wahlkampf bestritten haben, indem wir uns eindeutig ausgesprochen haben erstens für das Mehrheitswahlsystem, zweitens für das Zweikammersystem und drittens mit besonderem Nachdruck für die Schaffung eines Bayerischen Staatspräsidenten. Das sind Richtlinien, die selbstverständlich auch für den Verfassungsausschuß maßgebend sind. Trotzdem hat der Verfassungsausschuß das Recht und die Pflicht, z.B. darauf hinzuweisen, daß das Mehrheitswahlsystem auf der einen Seite den großen Vorzug hat, eine allzustarke Zersplitterung der Parteien zu unterbinden, daß es den zweiten großen Vorzug hat, Persönlichkeiten von einer gewissen Qualität in die Kampffront zu bringen, weil ein Mann gegen den anderen zu ringen hat.

Man muß aber auf der anderen Seite auch wieder darauf hinweisen, daß bei diesem Mehrheitswahlsystem unter Umständen sehr starke Minderheiten unter den Tisch fallen, ein Punkt, der z.B. in England dazu geführt hat, daß bei den letzten Wahlen annähernd zwei Millionen Stimmen der Liberalen unbeachtet geblieben sind. Wir gehen heute mit einer gewissen Liebe an dieses Mehrheitswahlsystem heran. Ich habe mit einer ganzen Anzahl von Leuten draußen aus den Gemeinden usw. gesprochen, die mir alle voller Begeisterung gesagt haben: Weg von dem dreimal verfluchten Verhältniswahlsystem, von dem Listensystem, herein in das Mehrheitswahlsystem.

Es ist die Frage, ob dabei vielleicht nicht unter Umständen verkannt wird, daß auch einmal Zeiten kommen könnten, wo wir in die Rolle kommen könnten, als Minderheit unter den Tisch zu fallen, und wo wir dann vielleicht dankbar dafür wären, wenn ein gemäßigtes Mehrheitswahlsystem uns, wenn ich so sagen darf, eine Möglichkeit verschafft, auch als Minderheit wieder zur Beachtung zu kommen.

(Sehr richtig!)

Der Ausschuß hat daher gerade in der Frage des Mehrheits- oder Verhältniswahlsystems bei aller politischen Zurückhaltung sich doch erlaubt, eine Formulierung zu entwerfen, die ungefähr folgenden Inhalt hat:

Es soll selbstverständlich in allgemeiner, gleicher, direkter, geheimer Wahl in den Wahlkreisen in der Form gewählt werden, daß die Kandidaten aus den Stimmkreisen

heraus vorgeschlagen und an die Stimmkreise gebunden sind, daß aber die Rest- und Ausfallstimmen - das sind jene Stimmen, die sich dann ergeben, wenn ein Kandidat überhaupt nicht zum Zug kommt - in Wahlkreislisten und Landeslisten den konkurrierenden Parteien zugute kommen.
Eine solche Empfehlung hat einen gewissen politischen Einschlag. Aber der Ausschuß konnte sich dieser Frage nicht entziehen. Im übrigen ist der Vorschlag eine gewisse Mischung der beiden Systeme. Man kann streiten, von welchem mehr enthalten ist. Vielleicht ist sogar ein bißchen stark Verhältniswahlsystem darin. Auf alle Fälle ist dabei die Bindung des Kandidaten an den Stimmkreis erreicht, was wir in gewisser Beziehung jetzt schon bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung gesehen haben. Ich glaube, es hat sich nicht schlecht erprobt.
Die zweite Frage ist vielleicht noch schwieriger, die Frage des Zweikammersystems. Es wird immer wieder voll Begeisterung erklärt: Selbstverständlich wollen wir ein Zweikammersystem. Nun bitte ich sich vorzustellen, daß die meisten zweiten Kammern - als die vornehmeren heißen sie ja die ersten Kammern - eine Vertretung von Staaten sind, die in einem Gesamtstaat zusammengefaßt sind, wie z.B. der alte Reichsrat, der Schweizerische Ständerat. Etwas derartiges wäre in Bayern an sich nur theoretisch denkbar, wenn wir daran denken würden, eine Kammer der Stämme zu bilden und damit dem famosen Staatsland Schwaben den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir würden dann diese Kammern z.B. aus zehn Franken, zehn Bajuwaren und zehn Schwaben zusammensetzen.
Ich sage das nur, um zu zeigen, daß der Ausschuß die Pflicht hat, auf solche Momente für die künftige politische Entscheidung hinzuweisen. Bei uns geht die Parole vielfach dahin, die zweite Kammer soll eine Ständekammer sein.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ohne Bauern!)

Hier hat der Ausschuß die Pflicht darauf hinzuweisen, wie schwierig es ist, eine solche Ständekammer zu gestalten. Der Ausschuß würde infolgedessen Material beizubringen haben, um auch für diese sehr heikle Frage die Unterlagen zusammen zu bekommen. Damit ist Deinen Einwänden vorgegriffen.

(Dr. *Horlacher*: Vorerst muß ich den Aufbau der Ständekammer kennen!)

Es gibt nichts schwierigeres, als eine Ständekammer aufzubauen und ein angemessenes Wahlsystem dafür zu finden.
Das dritte, vielleicht allerwichtigste Problem ist die Frage des Staatspräsidenten. Sie werden in den Reihen der Union eine erdrückende Mehrheit finden, die erklärt: Natürlich wollen wir unter allen Umständen einen Staatspräsidenten.

(Zuruf *Sauer*: Oh nein, nicht in Franken!)

Lassen Sie mich die Problematik aufwerfen. Ich darf hier auf folgendes hinweisen. Die Demokratie, wie sie in dem Entwurf Dr. *Hoegner* vorgesehen ist, ist keine parlamentarische Demokratie. Es ist eine Art autoritäre Demokratie. Stellen Sie sich vor, der Ministerpräsident wird nach dem *Hoegnerschen* Verfassungsentwurf gewählt und ist auf die gesamte Dauer der Landtagsperiode von jedem Mißtrauen des Landtags unabhängig. Dieser Ministerpräsident hat also eine Art Stellung wie der Präsident der Vereinigten Staaten. Das ist eine konstitutionelle oder vielleicht sogar eine autoritäre Demokratie. Nun stellen Sie sich vor, daß Sie auf diesen sehr stark unterbauten Ministerpräsidenten noch einen Staatspräsidenten daraufsetzen sollen. Dann muß man

sich noch vor Augen halten, daß wir unter den derzeitigen Verhältnissen noch einen Oberstaatspräsidenten haben, nämlich die Besatzungsmacht.
Daß wir etwas brauchen, um die Staatspersönlichkeit Bayerns ganz stark herauszustellen, ist sonnenklar. Denn daß wir - und das ist auch [k]eine Politik, sondern nur der Versuch des Ausschusses, die Probleme zu zeigen - an die künftige Reichsgründung unter allen Umständen unter dem Gesichtspunkt herangehen, daß wir uns vollkommen frei und gleichwertig an einen runden Tisch setzen und daß keinerlei Lösung in eiserner oder schimmernder Wehr, aber auch keine Lösung mit irgendwelchen Mehrheitsdiktaten mehr von uns entgegengenommen werden kann, ist für die meisten von uns etwas Selbstverständliches.
Ich persönlich bin der Meinung, daß der Ausschuß unter den Varianten, die vorgeschlagen wurden, darauf hinweisen wird, daß es notwendig ist, die Staatspersönlichkeit Bayerns zu unterstreichen. Bayern wird auch darauf bestehen müssen, daß die sogenannte Kompetenz-Kompetenz des Reiches beseitigt wird, daß nicht durch Reichsgesetzgebung den Ländern wieder Rechte genommen werden dürfen, wie unter der Weimarer Verfassung.
Aus all diesen Gründen wird man im Blick auf das künftige Deutschland eine Staatspräsidentenstellung fordern. Sieht man die Dinge nach der inneren Problematik an, so wird man sich klar werden müssen, daß für einen Ministerpräsidenten in der autoritären Prägung wie bisher und für einen Staatspräsidenten kein Raum ist, daß man eben ein Organ schafft und am besten Staatspräsident nennt.
Das alles sind bestimmte Empfehlungen und Gedankengänge, die der Ausschuß bringt. Ich bin überzeugt, daß wir jetzt durch meine Ausführungen leicht in den Verdacht geraten, daß in diesem sogenannten Verfassungsausschuß etwa Politik betrieben wird. Wir wollen das nicht. Wir wollen aber vor allem die Aufgabe erfüllen - die aber mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit -, alles Material zusammenzutragen, das die künftig entscheidenden Instanzen brauchen.

(Lebhafter Beifall.)

Köhler: Der Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses, Dr. *Muhler*, mußte leider aus beruflichen Gründen weggehen. Ich möchte an seiner Stelle das Referat über den kulturpolitischen Ausschuß erstatten.
Der kulturpolitische Ausschuß setzt sich zusammen aus Vertretern der Kirchen, der Wissenschaft, der Erziehung und der Kunst. Die Bezirke entsenden zu diesem Ausschuß je drei Vertreter, und zwar je nach den Themen, die behandelt werden. Die Probleme, die dieser Ausschuß zu lösen hat, sind außerordentlich vielfältige. Denken Sie allein an unsere Schulgebäude. Sie sind in den Städten fast alle zerstört. Dazu sind die Lehrkräfte äußerlich politisch außerordentlich belastet. Es ist eine Tragik, wenn festgestellt werden muß, daß in den Schulen oft 100 Jungen einen Lehrer haben. In den höheren Schulen ist es so, daß wir eine Lehrkraft für 50 Schüler haben. Wenn man dazu noch nimmt, daß keine Lehrbücher da sind, so ist ein Unterricht fast unmöglich.
Groß ist auch die soziale Not unter den Studierenden. Wir haben darüber einen Vortrag gehört, der die ganzen Probleme umreißt.
Wir haben bis jetzt fünf Sitzungen des kulturpolitischen Ausschusses gehabt. In allen diesen Sitzungen sind immer wieder dieselben Probleme aufgetaucht. Am letzten Donnerstag hatten wir eine Tagung. Auf dieser Tagung wurde das kulturpolitische Programm entwickelt. Im Programm wird zuerst einmal festgelegt, welche kulturpoli-

tischen Ziele die Union verfolgt. Dann werden Familie, Erziehung und Schule behandelt, und schließlich Staat und Kirche. Am Schlusse finden wir Kunst und Wissenschaft.
Meine Aufgabe wäre heute eigentlich gewesen, über den Kunstausschuß zu sprechen. Aber die Zeit ist, wie ich höre, außerordentlich kurz. So muß ich darauf verzichten. Eines möchte ich nur sagen: Vergessen Sie nicht die Kunst in der Union. Nicht daß hier Kunst getrieben werden soll, sondern die Bedeutung der Kunst dürfen Sie nicht übersehen. Ich möchte nicht viel darüber sprechen, aber sehen Sie unsere Städte an. Sie sind zerstört, ein Trümmerfeld. Unter diesen Trümmern liegen gewaltige Kunstschätze, die nicht nur von einer Generation, sondern von Generationen geschaffen wurden. Viele Generationen haben an ihnen mitgewirkt, aber unsere Generation hat wahrscheinlich die schwerste Aufgabe zu erfüllen, überall einen neuen Grundstock zu finden. Das gilt auch für die Kunst. Diese Aufgaben sind so gewaltig, daß wir eigentlich ganze Regimenter von Genies bräuchten, um die neuen Grundlagen zu finden.
Ich möchte Ihnen noch die Zusammensetzung des Kunstausschusses bekanntgeben. Es sind Namen darunter, die nicht nur nationalen, sondern teilweise internationalen Ruf haben. Wir sind davon ausgegangen, all die Kräfte, die in der Kunst irgend etwas zu sagen haben, und zwar nicht nur unserer Generation, sondern auch der kommenden Generationen, in einem Ausschuß zusammenzufassen, um die gewaltigen Probleme wenigstens einigermaßen zu lösen.
In diesem Kunstausschuß haben sich für die Union zusammengefunden: Professor *Vorhölzer*, der jetzige Rektor der Technischen Hochschule in München, Professor *Boßlet* aus Würzburg, Professor *Wechs*, Architekt aus Augsburg, Städtebauer. Für die Malerei haben sich zur Verfügung gestellt Professor *Karl Caspar*, jener Künstler, der den Bamberger Dom ausgemalt hat, eine Kapazität, die weit über die Grenzen Bayerns, ja Deutschlands hinaus bekannt ist, Professor *Adolf Schinnerer*, der jetzige stellvertretende Präsident der Akademie der Bildenden Künste. Von den Malern nenne ich *Huber*. Für die Plastik stehen zur Verfügung Professor *Karl Knappe*, Professor *Max Höhne*, Professor *Amann*, für die Dichtungen *Leo Weismantel*, Dr. *Karl August Meissinger*, nur um einige zu nennen. Unter den Musikern nenne ich Professor *Josef Haas*, der jetzige Leiter der Akademie der Tonkunst, Professor *Piechler*, der Leiter der Akademie für Tonkunst in Augsburg, Professor *Zentner*, Professor *Berberich* und viele andere. Für Theater stand zur Verfügung *Wetzelsberger*, der leider nach Stuttgart kam, als Bearbeiter für Rundfunkfragen der Dichter und Schriftsteller *Alois Johannes Lippl*, für Kunstkritik Dr. *Nemitz*, für Denkmalpflege Professor *Lill*.
Sie sehen, daß Männer gefunden worden sind, die in Kunstfragen wirklich entscheidend mitsprechen können. Ich bitte nun, Sie möchten diesem Ausschuß auch wirklich das Gewicht geben, das er an sich verdient. Denn wer wird zuerst der Mittler sein zwischen unserem Volk und den anderen Völkern? Ich glaube die Kunst. Hier hat Bayern ein gewaltiges Wort in unserer Heimat Deutschland mitzureden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: In Tätigkeit ist noch nicht getreten der Staatspolitische Ausschuß. Er wird seine Tätigkeit, soweit ich bis jetzt feststellen konnte, in absehbarer Zeit aufnehmen. Wir würden uns selbstverständlich auch gern vom Standpunkt der Union aus mit Fragen wie Agrarreform befassen und Referate darüber hören. Hoffentlich dauert das nicht mehr allzu lange.
Die anderen Ausschüsse, die ich heute nicht zur Berichterstattung vorgesehen habe, behandeln im wesentlichen innerparteiliche Fragen der Organisation. Es kommt für Sie heute darauf an, die Linie zu sehen, in der bisher gearbeitet wurde.

Ich glaube, Sie werden mir recht geben, wenn ich feststelle, daß unsere Ausschüsse bisher wirklich gearbeitet haben. Ich habe es als meine besondere Aufgabe angesehen, immer wieder die Ausschüsse zu veranlassen, zusammenzutreten und immer weiter zu arbeiten. Wenn wir nämlich zu einem Programm kommen wollen, nach dem alle rufen, so kann das nicht dadurch geschaffen werden, daß irgendwelche Leute zusammentreten und irgendwelche Gedanken hinwerfen. Wenn wir ein Programm hinlegen wollen, muß es wirklich Hand und Fuß haben, muß es fundiert und von weittragender Bedeutung sein. Diese Vorarbeit zu leisten, sind die Ausschüsse beauftragt und sie sind auf dem besten Wege dazu.
Ich darf in Ihrem Namen den Referenten wie auch den Ausschüssen für die Arbeit danken, die bisher geleistet wurde.
Meine lieben Freunde! Nach einem Wahlkampf hat man sich immer zuerst zu überlegen: Wie haben sich die einzelnen Parteien im Wahlkampf in der Konkurrenz verhalten. Dieses Verhalten bedingt das Ergebnis, das bei der Wahl im Volkswillen in der Stimmenzahl zum Ausdruck kommt. Die ersten Wahlkämpfe wurden so geführt, daß man annehmen konnte, es sei ein Burgfrieden vereinbart worden. In Wirklichkeit wurde kein formeller Vertrag abgeschlossen. Es fanden noch nicht einmal Besprechungen statt. Aber alle Parteien haben der Tatsache Rechnung getragen, daß zunächst kein Platz für große Differenzen da ist und auch nicht dafür, viel über Differenzen zu sprechen und dadurch die Möglichkeiten eines Aufbaues zu zerreden.
Leider haben sich die Verhältnisse dann so weiterentwickelt, daß es notwendig erschien, in einen richtigen Kampf hineinzugehen. Ich weiß, daß es mir manche Freunde verübelt haben, daß ich in diesem Zeitpunkt nicht die Gelegenheit einer Aussprache - um es gleich beim Namen zu nennen - mit dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* gesucht habe, Freunde, die glaubten, daß man sich unter allen Umständen damals schon zusammensetzen sollte, um bestimmte Linien zu besprechen. Ich habe es vorgezogen, diese Fragen bis zu dem Zeitpunkt zurückzustellen, in dem klare Entscheidungen getroffen wären. Die Notwendigkeit zu diesem Verhalten sah ich darin, daß immer und immer wieder der Versuch unternommen wurde, die Union von außen her zu sprengen. In einer Zeit, in der man in der Defensive steht, ist es schwer, sich mit dem Gegner auszusprechen, ohne daß bei diesem sofort der Eindruck entsteht, daß die Sprengversuche doch irgendeine Aussicht auf Erfolg hätten.

(Sehr richtig!)

Ich habe es vorgezogen, in diesem Augenblick noch den Beweis dafür anzutreten, daß die Union unter allen Umständen fest steht und daß kein Versuch, die Union von aussen her zu sprengen, irgendeine Aussicht auf Erfolg haben wird.
Ich habe mich für verpflichtet gehalten, in öffentlichen Reden etwas schärfer zu werden, in diesem Falle auch den Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* als Parteiführer anzugreifen. Diese Phase ist abgeschlossen. Ich muß aber trotzdem die Notwendigkeit meiner damaligen Stellungnahme hier aufzeigen. Ich war - ich kann es ruhig sagen - einigermaßen erschüttert, als mir ein Interview des Observer vom 21. April 1946 vorgelegt wurde. In diesem Interview hat Dr. *Hoegner* folgende Erklärungen abgegeben:

Das Nazimaquis in den bayerischen Bergen. Die ausführliche Darstellung Dr. *Hoegners* besagt folgendes: Unter dem Namen "Edelweiß" hat sich von dem Alpengebiet an der Schweizer Grenze bis nach Tirol in Österreich eine Widerstandsbewegung militärischer nationalsozialistischer Gruppen entwickelt, die unter der Führung früherer nationalsozialistischer Größen stehen. Es handelt sich um ehemalige

Mitglieder der deutschen Wehrmacht, die in das Alpengebiet kommandiert wurden, um in den letzten Wochen des Krieges ein letztes Widerstandszentrum zu bilden. Sie verfügen über Armeelager, Waffen aller Art, und die Unterführer sind Offiziere norddeutscher Garnisonen. Die Bewegung sei ernst zu nehmen, sagte Dr. *Hoegner*, sie trägt den Charakter einer "Schwarzen Reichswehr" und einer "Feme". Die Männer leben in Skihütten und auf den Almen. Kürzlich wurde eine Liste mit 400 Namen gefunden, hauptsächlich SPD- und KPD-Namen, die von den Widerstandsgruppen "liquidiert" werden sollten. Irgendeine politische Richtung weisen diese Widerstandsgruppen nicht auf, sie haben sich ausschließlich zum Zwecke späteren anarchistischen Terrors vereinigt. Die Führer der Bewegung halten sich meist auf schweizerischem Gebiet auf bzw. ziehen sich bei drohender Gefahr auf schweizerisches Hoheitsgebiet zurück. Die amerikanischen Besatzungsstreitkräfte wollen im Laufe dieses Sommers eine gründliche Durchkämmung der bayerischen Berge vornehmen. Dies ist eine recht schwierige Operation. Ursprünglich hoffte man, daß der Hunger die Widerstandsgruppen zwingen würde, sich zu stellen. Nur zu einem sehr geringen Teil ist dies jedoch geschehen. Einzelaktionen zur Befreiung Verhafteter, z.B. im Gebiet von Tegernsee, sind zu verzeichnen. Dr. *Hoegner* hält eine engmaschige Gegenaktion für absolut notwendig.

Der zweite Teil wird dann noch wichtiger für uns als der erste Teil:

Über die Fortschritte der *Denazifizierung* äußerte sich Dr. *Hoegner* sehr optimistisch. In die Christlich-Soziale Union hätten sich viele Nazielemente eingeschlichen, die die Widerstandsgruppen in den Bergen offen unterstützen. Die CSU aber ist die stärkste Partei in Bayern. Die Kommunisten andererseits sehen in Bayern in der Denazifizierung lediglich ein Mittel, um eine "Gesetzlose Rache" zu üben. Gegen den Führer des rechten Flügels der CSU, *Schäffer* (der der erste Ministerpräsident Bayerns nach dem Zusammenbruch war), läuft gegenwärtig ein Untersuchungsverfahren über seine politische Vergangenheit.
Nachdem er von der Militärregierung seines Postens enthoben worden war, legte er auch die Leitung der CSU nieder. Der Münchner Bezirk dieser Partei wählte ihn jedoch wieder zu seinem Kreisvorsitzenden. Im übrigen sprach sich Dr. *Hoegner* gegen jeden Berliner Zentralismus und für ein föderalistisches Bayern aus. Er hält Dr. *Schumacher* für einen "sturen preußischen Zentralisten".

Ich habe dieses Interview bekanntlich in der Landesversammlung verlesen. Ich habe es wiederholt zur Begründung der Tatsache, daß ich den Kampf für notwendig gehalten habe und auch unseren Freunden im ganzen Land den Kampf weitestgehend freigegeben habe.
Zu dem Interview muß ich erklären: Als Staatsmann hätte Dr. *Hoegner* die Verpflichtung gehabt, dem eigenen Volk diese Zustände, wenn sie so kraß sind, wie sie geschildert werden, zunächst darzulegen, damit dafür gesorgt wird, daß unter allen Umständen Abhilfe geschaffen wird. Ich glaube, die wenigsten von uns, auch nicht diejenigen, die aus den Alpengebieten kommen, können ein solches Nazimaquis irgendwie bestätigen. Ist es aber nicht vorhanden, dann war es unlauterer Wettbewerb, in solcher Weise im Auslande Propaganda gegen die Union zu machen. Möglicherweise hat sich Dr. *Hoegner* von dem Interview einen gewissen Erfolg für das Schlagwort versprochen, das in dieser Zeit in die Debatte geworfen wurde, die Union sei reaktionär.
Solche Darstellungen lassen gern das Bild des Reaktionären aufkommen. Dieses Bild wird, wenn ich mich an Unterhaltungen in Berlin in den letzten Wochen erinnere, da-

hin abgestimmt, daß man sagt: Bayern ist die Ordnungszelle oder strebt zur Ordnungszelle, ganz so wie anno dazumal, als *Kahr* neben *Ludendorff* usw. saß. Hier mußte Klarheit geschaffen, mußten klare Linien bezogen, mußte ein klarer Kampf aufgenommen werden.
Wenn manche Freunde in der Union das nicht verstehen wollten, sondern geglaubt haben, man müßte darüber hinwegsehen und unter allen Umständen zeigen, daß man mit den Sozialdemokraten auch da absolut zusammensteht, in diesem Falle konnte ich den Freunden, auch wenn sie mir früher noch so nahe standen, nicht Rechnung tragen.

(Sehr richtig!)

Da ging mir das Interesse der Union vor. Denn solange ich an dem Posten als Landesvorsitzender stehe, ist meine erste Aufgabe, die Union gegenüber jedwedem zu verteidigen, der sie angreift. Deswegen mußte ich hier zum Angriff übergehen. Ich habe mich sogar verpflichtet gefühlt, für die Union als stärkste Partei in Bayern zu stehen. In diesem Falle mußten die Verhältnisse klargelegt werden, weil wir dem bayerischen Volke gegenüber die Veranwortung haben, daß nachgewiesen wird, daß solche Verhältnisse nicht bestehen. Ich hatte es in den öffentlichen Versammlungen darauf abgestellt, daß eine öffentliche Stellungnahme zu unseren Angriffen erfolgen sollte. Sie ist nicht erfolgt. Denn ich wollte aus dieser Stellungnahme gern erfahren, ob das Interview richtig wiedergegeben ist oder nicht. Ich möchte im Interesse der guten Zusammenarbeit hoffen, daß es nicht richtig wiedergegeben ist.
Die Sozialdemokratie trat im Konkurrenzkampf auch dadurch in Erscheinung, daß die Männer der Sozialdemokratie, die an wichtigen Außenposten standen, sehr scharf durch eine bestimmte Personalpolitik eingegriffen haben, nicht nur so, daß sich diese Personalpolitik im Staate auswirkte, sondern auch so, daß sie einseitig im Konkurrenzkampf der Parteien um das Vertrauen des Volkes eingesetzt wurde. Die Fälle in Unterfranken, Mittel- und Oberfranken sind hinreichend bekannt.
Auch die Verbote der Union in Würzburg, Viechtach und einige Verbote, die vielleicht gern noch herbeigeführt worden wären, sind letztlich doch auf Bestrebungen zurückzuführen, die zunächst von deutscher Seite, und zwar von Konkurrenzseite, ausgingen.

(Sehr richtig!)

Leider Gottes war es nicht immer so, daß nicht der eine oder andere unserer Freunde ganz unbeteiligt war. Ich möchte immer zu deren Gunsten annehmen, daß sie die Situation nicht klar überblickt haben, sondern daß sie in diesem Falle nur verlockt wurden.
Wir müssen uns darüber klar sein, daß auch die Verbote doch so hingelegt wurden, daß sie gerade in die Wahlzeit hineingepaßt haben.

(Sehr richtig!)

Nur die Kalkulation war falsch.
Ich bin verpflichtet, mit einigen Worten die Situation für Würzburg und Viechtach aufzuzeigen. Sie haben heute das eine oder andere schon gehört. Ich darf Ihnen sagen, wie nach meiner Auffassung dort die Verhältnisse gelagert waren.
In Würzburg stand die Union in einem örtlichen Konkurrenzkampf vor allem mit der Wirtschaftsaufbaupartei, die dort mit einer selbständigen Wirtschaftsaufbauvereinigung für Würzburg unter Führung des Rechtsanwalts Dr. *Meisner* aufgetreten ist. Vor-

her hatten sich bereits einige Zwischenfälle zugetragen, die dazu geführt hatten, daß einzelne Leute, die früher zur Union gehört hatten, dann offen oder auch weniger offen abschwenkten. Dadurch kamen gewisse Indiskretionen vor.
Sie alle, meine lieben Freunde, kennen unseren Parteifreund Dr. *Dürr* aus Würzburg. Ich glaube, Sie werden immer den Eindruck gehabt haben, daß er ein grundanständiger Mensch ist.

(Sehr richtig!)

Dürr hat sich, wie das bei vielen von uns zutrifft, zweifelsohne etwas überarbeitet. Sie müssen immer berücksichtigen: Jeder hat nur eine gewisse Nervenkraft und ein gewisses Reservoir an Kraft übrig. Dr. *Dürr* hat die Hauptaufgabe in der Propagandatätigkeit für die Wahlen darin gesehen, draußen für die Union zu werben. Es mag sein, daß dadurch der rein interne geschäftliche Betrieb etwas beeinträchtigt wurde. Wir sind alle beeinträchtigt, meine lieben Freunde! Die Menschen, die Sie heute als Parteigeschäftsführer anstellen können, sind nicht so ohne weiteres auf der Straße zu finden. Es ist schwer, einen Menschen zu finden, der die Arbeitskraft, die Intelligenz und gleichzeitig ein gewisses politisches Fingerspitzengefühl hat. Denn das sind Voraussetzungen für einen Parteisekretär draußen.
So wurde in Würzburg vielleicht nicht alles so genau überprüft, wie es unbedingt notwendig gewesen wäre. Und so war es auch zu verstehen, daß bei den Vorschlägen für die Wahlprüfer auch ein Mann vorgeschlagen wurde, der schon 1933 bei der Partei war. Dr. *Dürr* hat mir mitteilen lassen, daß er den Mann, der übrigens früher in Unterfranken einen guten Namen hatte, seit 1931/32 nicht mehr gesehen hat. Dr. *Dürr* sagt, er wollte diesen Mann, als er verschiedenes von ihm gehört hatte, wieder zurückziehen. Da haben andere Parteien wieder gesagt, sie hätten auch Pgs. vorgeschlagen. Ich glaube, z.B. die Wirtschaftsaufbauvereinigung hatte einen vorgeschlagen. Dr. *Dürr* hat, grundanständig, aber mit etwas gutmütigem Akzent, dann seinen Kandidaten nicht zurückgezogen.
Es kam daraufhin der erste Anschuß bei der Militärregierung. Diese hat daraufhin Dr. *Dürr* abgesetzt. Und nun kam ein großes Mißverständnis. Der Stellvertreter von Dr. *Dürr*, Dr. *Bergsträsser*, ging zur Militärregierung, zum Leutnant *Chadweek*, unterhielt sich mit ihm über die Lage und frug: Was sollen wir tun? *Chadweek* sagte ihm, Sie können ja den Dr. *Dürr* wieder wählen. *Chadweek* hat nachher noch dazugesetzt, wie er erklärt hat, Sie könnten ja auch den Gauleiter *Hellmuth* wählen. *Bergsträsser* hört den ersten Teil, erfaßt nicht den Witz im zweiten Teil, geht zur Vertrauensmännerversammlung und teilt die Unterredung unserem Freund Dr. *Kroth* mit.

(Zuruf Dr. *Kroth*: Leider hat Leutnant *Chadweek* den zweiten Teil nicht gesagt, sondern von sich aus gefragt: Wie steht es mit der Wahl. Dr. *Bergsträsser* hat geantwortet: Es gibt Schwierigkeiten mit der Wahl des ersten Vorsitzenden, weil wir keine Persönlichkeit finden. Daraufhin hat *Chadweek* gesagt:Unsertwegen können Sie auch wieder Dr. *Dürr* wählen. Nichts weiter. Das muß doch Dr. *Bergsträsser* auch verkehrt aufgefaßt haben.)

Ich habe die Darstellung wiedergegeben, wie sie der Militärregierung heute vorliegt. Ich darf mit dieser Darstellung, die die Vermutung der Objektivität für sich hat, weiterfahren.
Dr. *Kroth* hat also der Versammlung die Wiederwahl Dr. *Dürrs* vorgeschlagen, und Dr. *Dürr* wurde einstimmig wiedergewählt. Das hat die Militärregierung ihrerseits als Herausforderung angesehen, und sie hat daraufhin die Union verboten. Ich habe dann

die Verhältnisse überprüft. Ich bin nach Würzburg gefahren, wo wir uns mit *Chadweek* besprochen haben. Dann kam noch ein Intermezzo hinzu, das nachher[5] gespielt hat und bei dem es sich um gewisse Satzungsformalitäten handelte. Es wurde dann eine Neuwahl in Aussicht genommen. Die Neuwahlen wurden durchgeführt. Die Militärregierung hat die Partei in Würzburg wieder zugelassen. Zum Schluß wurde ich sogar gebeten, den Termin noch etwas vorzuverlegen, wenn es irgendwie ging.
Meine lieben Freunde! Nun zu den Verhältnissen in Viechtach. Auch dazu darf ich sagen, ich gebe eine Darstellung, die die Vermutung der Objektivität besitzt und die auch dadurch einen besonderen Charakter hat, daß mittlerweile der Gouverneur von Viechtach, Capt. *Pike*, zusammen mit dem bisherigen Landrat *Falkenberg* bei mir waren. *Falkenberg* hat - ich möchte nicht den Ausdruck gebrauchen - um gut Wetter angehalten, aber er hat es mir als sehr wahrscheinlich erkennen lassen, daß er jetzt gern in die Union eintreten würde.

(Heiterkeit.)

Unsere Freunde in Viechtach haben seit langem versucht, den Anschluß an die Landespartei zu gewinnen. Leider wurden ihnen immer neue Schwierigkeiten bereitet. Zuerst sollte die Majorität offiziell den Beschluß fassen. Als er gefaßt wurde, wurde verlangt, daß alle Mitglieder der Union dort - es sind etwa 300 - unterschreiben mußten. Als das geschehen war, wurde es immer noch nicht weitergegeben. Es kamen dann die Wahlen. Bei den Wahlen hat der bisherige Gouverneur von Viechtach, Capt. *Pike*, von unseren Freunden gewünscht - man könnte vielleicht auch einen forcierteren Ausdruck gebrauchen -, daß der bisherige Landrat *Falkenberg* wiedergewählt würde. Landrat *Falkenberg* wurde in der Presse mittlerweile als Mitglied der Union hingestellt. Er ist es nicht, wie Sie bereits vorhin gehört haben.
Unsere Freunde haben die Wahl *Falkenbergs* abgelehnt und ihrerseits einen Mann gewählt, der ihnen kurz vorher genannt wurde. Sie wollten ursprünglich einen anderen Parteifreund wählen. Dann wurde ihnen der bisherige, von der Militärregierung eingesetzte Landrat von Neumarkt in der Oberpfalz, *Maier*, vorgeschlagen. Er wurde von ihnen gewählt. Als er gewählt war, hat der Gouverneur *Pike* die Konsequenzen aus der Ablehnung *Falkenbergs* gezogen. Er hat erklärt, daß *Maier* Militarist sei und hat die Union aus diesem Grunde verboten. *Maier* ist Hauptmann der Reserve gewesen. Ich glaube, daß manche andere Partei jetzt allerhand Offiziere aufzuweisen hat. Es gibt Parteien, die sich sogar besonders bemühen, solche Offiziere aufzunehmen. *Maier* wurde als SS- und SA-Mitglied dargestellt. Er war in Wirklichkeit förderndes Mitglied der SS, soweit mir von der Militärregierung erklärt wurde - ich konnte leider keinen unmittelbaren Bericht bekommen - und war kurze Zeit bei der SA. Das konnte für unsere Freunde, wenn sie die Tatsachen gekannt hätten, bestimmend sein, die Wahl nicht vorzunehmen. Aber sie wußten die Details nicht und sind davon ausgegangen, daß der gleiche Mann aus besonderen Gründen als Landrat in Neumarkt in der Oberpfalz genehmigt worden war.
Das Verschulden unserer Parteifreunde ist also wohl nicht so groß, wie es nach den Darstellungen der Presse erscheinen möchte. Dazu kommt, daß wir besondere Gründe hatten und haben, gegenüber dem bisherigen Landrat, Dr. *Falkenberg*, vorsichtig zu sein. Die Gründe haben mich veranlaßt, ihn, als er bei mir war, zu fragen, ob er bei der SS gewesen sei. Denn es sind Informationen eingegangen - sie sind noch nicht

[5] In der Vorlage: "nach hier".

restlos überprüft, aber soviel kann ich heute schon sagen -, die Herrn *Falkenberg* immerhin in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen als Herrn *Maier*, und zwar in einem wesentlich negativeren Licht. Manche Angaben, die dort gemacht wurden, könnten bei der Überprüfung dazu führen, daß man sehen wird, daß unsere Freunde mit der Ablehnung *Falkenbergs* durchaus im Rechte waren.
Wir hatten weiterhin einen Zwischenfall, der kurz vor den Wahlen noch der Öffentlichkeit unterbreitet wurde. Wir hatten etwa 14 Tage vor den Wahlen eine Arbeitsausschußsitzung. Während dieser Sitzung wurde ich kurz zur Militärregierung gerufen. Während unserer Unterhaltung teilte mir der amerikanische politische Offizier mit, daß er gerade einen Anruf vom Gouverneur in Coburg erhalten hätte. Aufgrund dieses Anrufes stünde fest, daß unser dortiger Vorsitzender bzw. der Bezirksvorsitzende von Oberfranken, Dr. *Barth*, den Sie kennen, von 1933 bis 1934 oder 1935 Mitglied der NSDAP gewesen sei und eine Fragebogenfälschung vorgenommen hätte. Ich habe Major *Vacca* erklärt, daß ich das unter keinen Umständen glauben könne. Ich würde *Barth* so weit kennen, daß ich ihm eine Fragebogenfälschung überhaupt nicht zutrauen würde. Ich bat ihn, mir mitzuteilen, ob *Barth* ein Geständnis abgelegt hätte, worauf er sagte: Das weiß ich nicht. Die Information lautet, er ist verhaftet. Daraufhin bat ich ihn, doch sofort anzurufen und sich zu erkundigen, ob ein solches Geständnis vorliege. Der Anruf ergab, daß kein Geständnis vorlag.
Als ich in unsere Arbeitsausschußsitzung zurückkam, saß unser Parteifreund *Barth* brav an seinem Platz, der Mann, der also bereits verhaftet sein sollte. Ich habe *Barth* dann nahegelegt, unmittelbar nach dem Essen zur Militärregierung zu gehen und sich dort zur Verfügung zu stellen. Unser Freund *Barth* hat uns damals klargelegt, daß er nicht bei der Partei war, daß er im Jahre 1934 oder 1935 eine Aufforderung bekommen hätte, zur Partei zu gehen und rückwirkend Beiträge nachzahlen sollte. Er hat das abgelehnt, und zwar zu seinem Glück schriftlich. Die Abschrift liegt vor. *Barth* wurde ferner, wie die Unterlagen jetzt ergeben, im Jahre 1937 gefragt, ob er Parteigenosse sei. Er hat damals klar erklärt, daß er kein Parteigenosse sei. Wenn er irgendwann Parteigenosse gewesen wäre, so hätte er das sicher damals nicht verschwiegen.
Ich habe unmittelbar vor der Wahl nochmals gebeten, eine rasche Überprüfung vorzunehmen und *Barth* sofort wegen Fragebogenfälschung vor das Militärgericht zu bringen und damit die Frage zu entscheiden, weil sonst *Barth* nicht gewählt werden könnte, was in Aussicht genommen war. Zu meiner Überraschung habe ich, als ich am Samstag vor der Wahl in Nürnberg gesprochen habe, gehört, daß mittlerweile der Rundfunk bereits *Barth* als abgesetzten Bezirksvorsitzenden bekanntgegeben hat. Inzwischen habe ich nochmals Gelegenheit gehabt, mich über den Fall zu unterhalten. Es wurde mir erklärt, es würde noch etwas anderes vorliegen, nämlich die Tatsache, daß *Barth* im Frühjahr dieses Jahres[6] Nationalsozialisten unterstützt hätte.
Meine lieben Freunde! Das sind wohl die drei Hauptpunkte, die Sie im Rahmen der Maßnahmen, die gegen die Union ergriffen wurden, interessieren würden. Soweit Maßnahmen von Seiten der Militärregierung ergriffen worden sind, steht es uns nicht zu, sie zu kritisieren. Wir können auch die Maßnahmen im gewissen Umfange verstehen. Wir müssen aber feststellen, daß die Veröffentlichung vielleicht zweckmäßigerweise erst nach der Überprüfung des einzelnen Falles erfolgt wäre.

[6] In der Vorlage: "ds. Js."

Ich bedaure, daß bei den Veröffentlichungen auch Freunde, die uns nahe stehen, vorgeprescht sind. Im Falle Würzburg war z.B. die Neue Zeitung so objektiv, mich um eine Klarstellung der Verhältnisse zu bitten. Sie hat bis zur Überprüfung gewartet und dann meine Darstellung gebracht. Parteifreunde von uns waren viel voreiliger. Sie haben ihrerseits Beschlüsse gefaßt, die zum mindesten unter Parteifreunden nicht zu verstehen waren. Denn, meine lieben Freunde, wenn wir noch nicht dahingekommen sind, daß wir uns zunächst vor unsere Parteifreunde stellen, bis bewiesen ist, daß ihnen mit Recht ein Vorwurf gemacht werden kann, dann wird eine Zusammenarbeit sehr schwer möglich sein.

(Sehr richtig!)

Wenn Zeitungsveröffentlichungen vorgenommen werden, in denen nur aufgrund solcher äußerer Maßnahmen der Schrei der anderen, die Union sei reaktionär, aufgegriffen wird, nur damit dem Vorsitzenden dabei etwas vorgeworfen wird, dann ist das nicht zu verstehen. Es ist aber wohl zu verstehen, wenn gerade in diesem Zusammenhang - das muß ich auch sagen - andere Männer, die mit der Presse zu tun haben, die uns nicht nahestehen, gerade an mich herangetreten sind und mir erklärt haben: Herr Dr. *Müller*, es wird notwendig sein, daß Sie jetzt das, was Sie in Flossenbürg erlebt haben, in die Presse bringen, um Ihren eigenen Parteifreunden zu zeigen, daß der Vorwurf, Sie seien zum reaktionären Flügel abgerutscht, unwahr ist.

Denn das kann all diesen Leuten gesagt werden: Keiner von ihnen hat so um die demokratische Freiheit gekämpft wie ich. Deswegen verbitte ich mir auch jedweden Angriff, der in dieser unpersönlichen, unwahren Weise vorgetragen wird. Berechtigte Kritik ist in der Demokratie eine unbedingte Notwendigkeit. Sie wird immer fördernd wirken. Aber eine Kritik, die nur darauf abgestellt ist, Durcheinander zu schaffen, die dadurch dem Gegner die Möglichkeit gibt, zerstörend zu wirken, zumal dann, wenn man gerade im Aufbau der Partei und im Aufbau der Demokratie steht, muß ich unbedingt ablehnen. Das Problem ist ernst, nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Parteien. Wenn wir so weitermachen, dann zerreden wir die Demokratie genauso, wie sie vor 1933 zerredet wurde. Die Schreihälse stänkern dann, und das Endergebnis wird sein, daß sich die positive Arbeit nicht durchsetzen kann, daß kein Aufbau durchgeführt werden kann, daß die Verzweiflung dann wieder irgend jemand nach oben bringt, der es versteht, dies für sich auszunützen.

Wir haben bei manchen Parteien, die in Konkurrenz zu uns getreten sind, den Eindruck, daß sie in dieser Hinsicht wirklich reaktionär geblieben sind. Wenn wir das Verhalten der Kommunisten betrachten, so darf ich dazu sagen: Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich rein persönlich in jedem politischen Gegner noch nicht einen persönlichen Feind sehe.

(Sehr gut!)

Rein persönlich unterhalte ich mich z.B. auch mit den prominenten Kommunisten auf ganz angenehmer Basis und ganz vernünftig. Das kann aber nie ein Hindernis dafür sein, daß wir in einen scharfen Kampf gegeneinander treten müssen, wo es notwendig ist. Ich habe deswegen auch in den Versammlungen sowohl wie bei den Aussprachen den Männern, die die Kommunistische Partei führen, erklärt: Ich höre es gern, daß die Kommunisten bereit sind, eine demokratische Partei zu sein. Aber aufgrund der Vergangenheit erscheint mir eine gewisse Bewährungsfrist doch zweckmäßig. Denn schließlich und endlich hat das Zusammengehen der ultraradikalen Flügel damals dazu geführt, daß eine positive Arbeit vor 1933, vor allem in der Zeit, in der *Brüning*

bestimmend für die deutsche Politik war, nicht möglich war. Wenn damals die beiden radikalen Flügel ihrerseits die Verpflichtung gehabt hätten, die Veranwortung zu übernehmen und die Konsequenzen aus ihrer negativen Politik zu ziehen, dann wäre die Entscheidung vorverlegt worden.
Daher weiche ich auch heute keinem Kampf aus. Denn soll eine Entscheidung fallen, dann fällt sie mir lieber frühzeitig als in einem Zeitpunkt des Tiefstandes einer Krisis wie damals im Jahre 1933. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Kommunisten eine außerordentlich geschickte Taktik verfolgen. Sie haben Möglichkeiten. Sie haben bestimmt auch einen guten Informationsdienst, der offenkundig auch bis in unsere eigenen Kreise hineinreicht.
Leider bedienen auch Parteifreunde, die sonst klug sind, diesen Informationsdienst indirekt dadurch, daß dem einen oder anderen Schwätzer, auch wenn er nicht bei der Partei ist, Material zugeleitet wird. Sie erinnern sich an unsere Landesausschußsitzung in Bamberg und an eine Szene dort, wo alle unsere Freunde im Saal am liebsten handgreiflich geworden wären und diesen Herrn Dr. *Messmer* am liebsten hinausgeworfen hätten. Der gleiche Dr. *Messmer*, der damals ein Pamphlet gegen mich verteilt hat - Sie erinnern sich an die Kombination zwischen Kommunismus und Christentum -, kann heute wieder mit Parteifreunden zusammenarbeiten, obwohl er außerhalb der Union steht, obwohl er zweifellos Informationen aus kommunistischen Kreisen bezieht, der gleiche Mann, von dem andere Freunde, die ihn schon längere Zeit kennen, erklären, daß er den § 51 für sich in Anspruch nehmen kann.
Meine lieben Freunde! Auch da ist positive Arbeit notwendig. Wir müssen auch da klar sehen und eine Klärung herbeiführen. Wenn ich infolgedessen da oder dort gegenüber dem einen oder anderen Freund etwas energisch auftrete, dann nehmen Sie es mir nicht übel. Es handelt sich dabei nicht um eine kleine Parteidiktatur, obwohl ich zur Zeit die ganze Verantwortung noch in der Hauptsache allein trage. Aber es ist einmal notwendig, daß ich in diesem Falle dafür sorge, daß Ordnung geschaffen wird. Die Partei muß vom Parteienblock zur eigentlichen Partei werden. Wenn Kräfte da sind, die nur die Partei stören wollen, dann, meine lieben Freunde, muß ich, selbst wenn es Freunde sind, sagen: Entweder sie sagen Adieu oder ich muß einen anderen bitten, die Verantwortung für die Union zu übernehmen, weil ich sonst nicht garantieren kann, daß ich die Union durch eine Krisis hindurchbringe. Gott sei Dank haben wir alle Krisen so überstanden, daß der Bestand der Union gewahrt war, daß die Union eine gewisse Festigkeit gezeigt hat. Es kam zwar da und dort ein kleiner Zwischenfall vor, aber dazu darf ich Ihnen immer wieder sagen: Wenn es in der Kritik bleibt, auch wenn die Kritik scharf wird, so scharf, daß sie zum Fenster hinaus gehört werden kann, dann wird die Union noch nicht kaputt, ganz im Gegenteil. Das zeigt Leben und zeigt, daß wir ein neues Leben entwickeln. Das ist immer noch besser, als wenn andere Parteien, wie immer wieder betont wird, nur alte Programme und alte Leute übernehmen. Wir versuchen Kombinationen, und bei Kombinationen werden immer Differenzpunkte auftreten.
Meine lieben Freunde! Rein negativ in der Kritik und rein negativ im Kampf hat sich die Wirtschaftliche Aufbaupartei verhalten. Sie hat zweifellos die größten Mittel von allen Parteien, die in Konkurrenz getreten sind. Kein Mensch weiß, woher sie kommen. Man kann nicht einmal annehmen, daß es irgendwelche Firmen sein können, die am Aufbau interessiert seien. Denn selbst dafür sind die Mittel zu groß.

(Zuruf: Vielleicht kommen sie von Rußland?)

Wie kann man herausbekommen, woher die Mittel stammen? Wir stellen es nicht etwa aus der Konkurrenz heraus fest, sondern deswegen, weil für den Aufbau unserer Demokratie auch in dieser Beziehung ein klares Bild notwendig ist.

(Sehr richtig!)

Man muß wissen, wer hinter einer Gruppierung von Menschen steht und welche Ziele dabei verfolgt werden. Bisher haben wir den Eindruck, daß die Wirtschaftliche Aufbaupartei so vorgeht, wie anno dazumal Herr *Hitler* in seinen Anfangszeiten vorgegangen ist. Zu allem wird nein gesagt, überall wird Kritik geübt, jede Schweinerei wird herausgeholt, aus irgendeiner Kleinigkeit wird eine große Schweinerei gemacht. Genauso ist damals die Revolverpolitik des Herrn *Hitler* mit dem kleinen Völkischen Beobachter und ähnlichen Zeitungen losgegangen. In dieser negativen Haltung wird verlangt, daß jedes Gesetz, nachträglich auch noch das Denazifizierungsgesetz, dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden muß. Ein solcher absurder Blödsinn kann wirklich nur dazu dienen, die Dummen im Volk einzufangen, ganz so, wie das damals der Herr *Hitler* gemacht hat. Da müssen andere Kräfte dahinterstecken. Wir werden darauf achtgeben, ich hoffe in diesem Fall mit allen anderen zusammen, die gewillt sind, mit uns gemeinsam die Demokratie aufzubauen.
Nach welchen Methoden wurde der Kampf in der Konkurrenz der Parteien durchgeführt? Die Wahlen wurden für die Verfassung vorgenommen. Wenn man aber den Kampf überblickt, so kann man feststellen, daß eigentlich die allerwenigsten Redner, und zwar aus allen Parteien, eigentlich zur Verfassung Stellung genommen haben.

(Zuruf: Leider!)

Meine lieben Freunde! Der Zuruf "leider" ist nicht so ohne weiteres zu beantworten. Die Gründe dafür sind verschiedenartig. Zunächst darf ich feststellen, und zwar in diesem Fall glaube ich auch nicht nur mit anderen Leuten innerhalb Bayerns, sondern auch mit Behörden, die die Verhältnisse überblicken, daß aus der Verfassung lange Zeit eine gewisse Geheimwissenschaft gemacht wurde. Sie haben gehört, ich habe selbst die Verfassung erst im allerletzten Augenblick bekommen, obwohl ich wiederholt darum gebeten hatte, daß ich sie kennenlernte. Sicher waren auch von uns Freunde im Verfassungsausschuß. Man mußte annehmen, daß die Verfassung draussen zur Diskussion gestellt wurde. Man mußte zumindest annehmen, daß die Presse die Themen aufgeworfen hätte. In anderen Ländern hätte man wahrscheinlich vorher in der Presse die ganze Verfassung veröffentlicht. Man kann vielleicht dabei unterstellen, daß die Regierung davon ausgegangen ist, daß die Verfassung noch zur Diskussion stehen wird, weil über die Verfassung abgestimmt wird. Aber für die demokratische Erziehung des Volkes wäre es zweifellos gut gewesen, dem Volk Einblick in die Grundlinien der Verfassung zu geben und es nicht den einzelnen Parteien zu überlassen, wieviel und wie wenig sie über die Verfassung sagen wollen. Ich werde Ihnen hernach noch im einzelnen unsere Haltung zur Verfassung und zur Behandlung des Problems aufzeigen.
Ich betrachte noch weiter die Kampfmethoden in diesem Wahlkampfe. Ich habe schon vorhin gesagt: Eine der Kampfmethoden gegen uns war der immerwährende Sprengversuch, der auf die Union gerichtet war und der großenteils auch so vorgetragen wurde, daß ich immer und immer wieder von allen Seiten angegriffen wurde, und daß man in diesem Kampf, ich möchte sagen, ganz heterogene Kräfte zusammengefügt hat.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, wenn noch ein einzelner an der Spitze einer Partei steht, daß dann der Kampf leichter konzentrisch geführt werden kann, als wenn mehrere dort stehen. Es hat das nicht zur Sprengung geführt. Dann kamen Versuche, wenn ich so sagen darf, mich und damit die Union in die Ecke zu spielen. Das Entnazifizierungsgesetz, von dem man weiß, daß an ihm im Auslande das größte Interesse besteht, vor allem in Amerika, wurde zum Fußball zwischen den Parteien. Ich weiß wirklich im Augenblick keinen besseren Ausdruck dafür. Man hat sich bemüht, die Militärregierung nach dem Einzelverbot im Hinblick auf diese Frage dahin zu bringen, daß vielleicht noch energischere Maßnahmen gegen die Union erfolgten. Das glaubte man wohl dadurch zu erreichen, daß man die Haltung der Union in der Entnazifizierung einer besonderen Kritik unterzog. Man wich Auseinandersetzungen über Probleme, wie ich sie in dem vorhin vorgelesenen Interview des Observer aufgezeigt habe, aus und hat statt dessen lieber neue Debatten über unsere Haltung zum Entnazifizierungsgesetz veranlaßt.
Sie wissen, daß ich früher immer die Auffassung vertreten habe, das Gesetz ist eine gute Basis für die Weiterentwicklung. Nie habe ich und hat die Union als solche die Entnazifizierung abgelehnt. Auch das Gesetz haben wir nicht abgelehnt, im Gegenteil, unsere Landesversammlung hat dazu den Beschluß gefaßt, daß das Entnazifizierungsgesetz beschleunigt, streng und gerecht in einer Weise [durch]geführt wird, die zu einer dem Maße der Schuld entsprechenden Bestrafung aller verantwortlichen Elemente führt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Das ist aber von der Partei aus nicht veröffentlicht worden.)

Dieser Beschluß wurde in der Landesversammlung so bekannt und in ihr gefaßt, wobei alle stimmberechtigten Vertreter anwesend waren, daß er bekannt sein konnte. Er wurde in den Mitteilungen der Union bekanntgegeben, so daß es unrichtig ist, wenn erklärt wird, er wurde nicht veröffentlicht.
Meine lieben Freunde! Wir haben uns auch dementsprechend verhalten. Aber als eine Aussprache bei der Militärregierung stattfand, bei der die Haltung der Parteien zur Frage der Entnazifizierung und zum Gesetz durchbesprochen wurde, so fühlte ich mich als anständiger Mensch, der eine anständige Politik führen soll und ein offenes Spiel spielt, verpflichtet, meinen Standpunkt ehrlich zu sagen. Ich habe daher erklärt, daß die Union die Entnazifizierung durchführen will. Ich habe aber keinen Hehl daraus gemacht, daß ich persönlich das Gesetz da und dort für verbesserungswürdig halte.
Das war ein Standpunkt, den ich jedwedem Menschen gegenüber vertreten habe und der auch im gewissen Umfange anerkannt worden ist.
Gleichzeitig mit dieser Sache wurden andere Kämpfe vorgetragen, die mit meiner Haltung in bezug auf die Reichspolitik zusammenhängen. Ich werde Ihnen auch hierüber einen offenen, klaren Überblick geben. Verschiedene Elemente außerhalb der Union haben leider Gottes mit Leuten in der Union in dieser Frage zusammengespielt.
Wenn Politik gemacht wird, so setzt das voraus, daß derjenige, der spricht, weiß, daß er für die Union spricht und daß er infolgedessen nach bestem Wissen und Gewissen handelt. Auf der anderen Seite muß er auch als Person das Recht haben zu sagen, das oder das könnte besser gemacht werden. Ich habe dabei den Auffassungen Rechnung getragen, wie sie im Lande draußen Allgemeingut waren. Ich werde noch darauf zu sprechen kommen, daß es nicht nur Allgemeingut innerhalb der Union ist, sondern

auch innerhalb anderer Parteien, daß man da und dort doch versuchen sollte, die Durchführung so zu gestalten, daß bestimmte Voraussetzungen nicht mehr gegeben wären, die Schwierigkeiten geschaffen haben und die zum mindesten nicht zweckmässig sind.

Worin sehe ich die Hauptschwierigkeiten? Das Gesetz als solches bietet zweifellos die Möglichkeit, daß diese wichtige Frage jetzt von deutscher Seite her in Angriff genommen werden kann. Es ist verständlich, daß gerade die amerikanische Besatzungsbehörde Wert darauf legt, daß die Arbeit in Angriff genommen wird. Denn wenn sie schon die Zuständigkeit auf die deutschen Behörden überträgt, so erwartet sie, daß sie irgendwann funktionieren, und sie hat das Recht dazu. Ich muß auch hier feststellen: Wir können und müssen die Amerikaner in ihrer Haltung verstehen. Sie sind ja nicht hergekommen, um in Europa territoriale Eroberungen zu machen, sondern sie sind wirklich in einer Auseinandersetzung zwischen Weltanschauungen oder zwischen Ideen in den Krieg eingetreten. Sie haben für Ideale der Menschheit gefochten, die sie hochhalten, und sie wollen nie mehr zulassen, daß diese Ideale nochmals angegriffen werden können. Der edle Zweck darf und wird nicht verkannt. Infolgedessen werden auch wir unsererseits nicht nur aus unserem Gefühl heraus, sondern auch aus Billigkeitsgründen mithelfen müssen, daß dieses Ziel der Besatzungsmacht erreicht wird.

Wir sollten aber in der Durchführung doch dahin kommen, daß die Spruchkammern, wenn es irgendwie zulässig ist, entpolitisiert werden. Sie kennen meine Auffassung, daß ich ein Schöffengericht immer für besser gehalten hätte als eine nach rein politischen Gesichtspunkten zusammengesetzte Spruchkammer. Denn sonst wird allzuleicht der Parteienstreit in diese so ernste Frage hineingetragen. Denn jede Partei versucht, ihre eigenen Kandidaten so rasch wie möglich durchzubringen. Wir haben ja in den letzten Tagen von einigen Schulbeispielen darüber gehört, zumindest über Versuche, die unternommen wurden.

Mein Vorschlag für die Zukunft geht dahin, daß nicht nur die politische Seite der Entnazifizierung, sondern auch die wirtschaftliche Seite ernst genommen wird. Ich gehe davon aus, daß wir den Nutzen aus der Entnazifizierung sogar unter allen Umständen auch in wirtschaftlicher Hinsicht ziehen müssen. Denn, meine lieben Freunde, wenn wir aufbauen, dann müssen irgendwie wieder Quellen für den Aufbau eröffnet werden, nicht nur Geldquellen, sondern auch Arbeitskraftquellen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, in manchen Punkten werde ich sogar die Rechtsprechung da und dort als zu milde empfinden. Daß einer einfach mit 500 RM oder 1000 RM weglaufen kann, entspricht nicht meinem Empfinden.

(Sehr richtig!)

Mich interessiert viel mehr als der Papierschein, der wirtschaftlich gesehen höchstens dazu verwendet werden kann, den Notenumlauf etwas zu beschränken oder Ausgaben zu decken, die Arbeitskraft dieser Leute, also die Tatsache, daß sie Überstunden leisten müssen oder sonst irgendwie in besonderer Weise für den Aufbau der Wirtschaft herangezogen werden.

Auch dazu darf ich Ihnen ein Beispiel erwähnen: Als ich in Berlin war, ist es mir, das muß ich ehrlich sagen, angenehm aufgefallen, daß in den Straßen nicht annähernd so viel Schutt lag als bei uns. Im Gegenteil, der Schutt ist fast restlos weggeschafft. Man hat dort die Nationalsozialisten und auch andere Leute, z.B. Gefängniswärter - ich selbst habe einige von ihnen gesprochen -, einfach zum Wegschaffen des Schuttes

verwendet. Erst dann konnten sie in die Spruchausschüsse gehen. Dort haben sie noch die Zeugnisse gebraucht, die bei uns auch allgemein notwendig und üblich sind. Die Zeugnisse, die sie beigebracht haben, haben einen viel größeren Wert erhalten, wenn sie vorher die Bestätigung darüber hatten, daß sie soundso viel Arbeitsleistung, zum Teil sogar in Akkordarbeit, hinter sich hatten. Wie gesagt, ich habe mit einigen dieser Leute gesprochen. Sie waren dabei durchaus nicht unzufrieden, sondern sie sind zufrieden, daß sie damit die ganze Geschichte hinter sich bekommen haben.
Deswegen werde ich auch nach wie vor dafür eintreten, daß man, sobald man Erfahrungen bei der Entnazifizierung macht, diese sofort in neuen Ausführungsbestimmungen auswertet und, was ich für unbedingt notwendig halte, in einem Kommentar [zusammenfaßt]. Denn es darf nicht dahin kommen, daß in Bayern die eine Spruchkammer so und die andere so entscheidet. Darin würde eine enorm große Ungerechtigkeit liegen. Damit würde aber auch eine Rechtsunsicherheit eintreten.

(Sehr gut!)

Wir müssen das um so mehr beachten, als ja ein gewisser Unterschied in der Handhabung des Gesetzes auch zu anderen Zonen besteht. Ich würde es deswegen begrüßen, wenn die gesammelten Erfahrungen so rasch als möglich ausgewertet werden.

(Zuruf: Ende August kommt der Kommentar heraus!)

Ich darf dabei feststellen, daß meine Haltung da oder dort falsch verstanden worden ist, weil sie zum Teil von einer Seite propagandistisch ausgewertet wurde, die bei den Verhandlungen beteiligt war. Es wurde z.B. einmal eine Niederschrift gefertigt. Man hat nachher gesagt, es sei eine Aktennotiz und kein Protokoll. Ich hatte vorher um Abschrift eines Protokolls gebeten. Die Niederschrift hat zum Schluß die Feststellung enthalten, daß ich das Gesetz ablehnen würde. Eine glatte Unwahrheit angesichts der gesamten Ausführungen und, wie Sie selbst wissen, angesichts der Haltung, die ich von Anfang bis heute eingenommen habe.
Ich habe nur eines nicht mitgemacht, daß ich nämlich so wie die anderen dauernd applaudiert habe und daß ich nicht gesagt habe, was ich denke. Meine Haltung wurde nach allen Methoden ausgewertet, weil man geglaubt hat, auf diese Weise die Union von außen her und von innen heraus umwerfen zu können.
Wie sah das Bild bei den anderen Parteien aus? Sie wissen, daß mittlerweile, um das vorwegzunehmen, eine Veränderung im Entnazifizierungsministerium eingetreten ist. Schon vorher hatten die Kommunisten, die so große Schreier gegen uns und gegen mich waren, eine Weisung an ihre Leute herausgegeben, daß sie aus den Entnazifizierungsausschüssen herausgehen sollten. Schon vorher haben sie eine Erklärung abgegeben - der Herr Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat mir selbst ein diesbezügliches Schreiben gezeigt -, die sie außerhalb der ganzen Haltung stellt, die jetzt alle Parteien zusammen eingenommen haben.

(Zuruf: Veröffentlichen!)

Weiterhin hat sich bei meiner Unterhaltung mit dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* folgendes zugetragen: Ich habe dem Herrn Ministerpräsidenten, als wir über diese Frage sprachen - ich werde nachher noch darauf zurückkommen - klargestellt, daß jetzt, nachdem die Verantwortung geteilt wurde, [das] auch wirklich ernst aufgefaßt werden muß und daß keine Störung mehr von irgendeiner Seite hereingetragen werden solle.

Als mir Ministerpräsident Dr. *Hoegner* das Schreiben der Kommunisten zeigte, frug ich ihn, ob ihm bekannt sei, daß in Franken Redner oder Vertreter seiner Partei auch keine durchaus positive Haltung zum Entnazifizierungsgesetz eingenommen hätten. Dr. *Hoegner* nahm Bezug auf eine Weisung, die er an seine Partei gerichtet hätte, dahingehend, daß seine Partei aktiv in den Spruchkammern usw. mitarbeiten müsse. Ich habe Dr. *Hoegner* dabei erklärt, ich wüßte doch, wie das manchmal draußen sei, daß manche Leute die Weisungen nicht ohne weiteres befolgten. Ich hätte selbst mehrfach Weisungen hinausgegeben, aber in dem einen oder anderen kleinen Ort gäbe es doch Schwierigkeiten. Dr. *Hoegner* wollte das nicht wahrhaben und ich bat ihn, es nachzuprüfen. Er hat dann seinen Landessekretär *Albert* angerufen und am Telefon festgestellt, daß Herr *Loßmann*, Bezirksvorsitzender der SPD in Franken, in öffentlicher Rede erklärt hat, daß die Sozialdemokratie in Franken aus den Spruchkammern ausscheiden würde, wenn eine bestimmte Voraussetzung, z.B. der Schutz der einzelnen Mitglieder usw., nicht gewährleistet sei. Ministerpräsident Dr. *Hoegner* war darüber mit Recht erregt und sagte dann auch Herrn *Albert* am Telefon, daß dieser Zustand in Franken sofort abgestellt werden müsse, weil sonst Gefahr für die Partei entstehen könnte.

Meine lieben Freunde! Wir haben in diesem Fall bestimmt keine Schadenfreude, denn wir wissen, wie es in diesen Zeiten zugeht. Wir haben noch keine klare Basis im öffentlichen Leben. Aber was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Ich habe nur mit Rücksicht darauf diesen Vorfall erzählt, um zu zeigen, wie es auch den anderen geht. Denn wenn uns das vor zwei, drei Wochen passiert wäre, dann hätte der Rundfunk den Vorfall nicht nur einmal, sondern mehrfach gebracht.

(Sehr richtig!)

Die Parteien haben dann eine Erklärung abgegeben, die Ihnen bekannt wurde, weil sie durch Presse und Rundfunk ging. In ihr haben alle Parteien die Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes gewünscht. Ich habe die Erklärung für die Union unterschrieben. Ich brauche sie nicht zu verlesen, denn sie ist bekannt. Ich habe betont und betone auch jetzt: Damit verpflichte ich mich ehrlich und als anständiger Mensch, für meine Unterschrift immer einzutreten und dafür zu sorgen, daß wirklich gute und rasche Arbeit im Rahmen der Entnazifizierung geleistet wird.

Ich habe damit auch die Union verpflichtet und bitte hier um Ihre Zustimmung dafür, daß die Union eine solche Verpflichtung eingegangen hat. Wir nehmen es ernst, und zwar sehr ernst, weil wir wissen, welche Bedeutung der Entnazifizierung heute zukommt.

Ich habe die Entnazifizierung vorhin unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses zur Besatzungsmacht betrachtet. Ich habe sie bereits betrachtet im Hinblick auf wirtschaftliche Auswirkungen, die aus der Entnazifizierung heraus ausgelöst werden. Wir wissen aber auch, daß sie noch unter einem anderen außerordentlich wichtigen Gesichtspunkt zu betrachten ist, nämlich dem, daß unser Volk irgendwann einmal wieder Ruhe bekommen muß.

(Sehr richtig!)

Durch meine Unterschrift und dadurch, daß ich weitere Schritte unternommen habe, will ich mit Sorge tragen dafür, daß diese Voraussetzung für eine Beruhigung des Volkes erfüllt wird. Wir wissen, daß es dabei nicht allen recht gemacht werden kann. Aber wenn wir gerecht sind, dann wird allein durch die Gerechtigkeit die Voraussetzung dafür geschaffen werden, daß der Großteil des Volkes das Empfinden hat, daß

ihm rechtens geschieht und daß man damit in einem großen Teil des Volkes wieder zu einer positiven Einstellung zum Staat und zur Staatsführung gelangen kann.
Da Staatsminister Dr. *Pfeiffer* nicht da ist, möchte ich hier die Frage behandeln: Wie kam es zur Übernahme des Ministeriums für Sonderaufgaben durch unseren Parteifreund Dr. *Pfeiffer*?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich bitte, sich etwas kürzer zu fassen, so daß wir auch noch zu Wort kommen, nicht, daß es so geht wie bei anderen Tagungen. Andere Zurufe: Weiterfahren!)

Herr Dr. *Horlacher* wird noch Gelegenheit haben, für die Opposition vorzutragen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich weise den Vorwurf des Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] mit aller Entschiedenheit zurück. Wir sind keine Opposition!)

Meine lieben Freunde! Ich werde mit dem Ernst, der durch die Situation geboten ist, die Sache vortragen.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Er kann sich auch kürzer fassen!)

Ich lasse nötigenfalls darüber abstimmen, ob das Referat zu Ende geführt wird, oder ob ich nur auf Anfragen antworten soll.

(Zurufe: Wir wollen von Ihnen etwas wissen. Wir bitten darum. Bitte etwas ruhiger, und zwar von allen Seiten!)

Meine lieben Freunde! Schon vor den Wahlen hat Ministerpräsident Dr. *Hoegner* einmal die Frage aufgeworfen, daß Dr. *Anton Pfeiffer* in das Sonderministerium gehen sollte. Zunächst war die Frage, ob er als Staatssekretär in das Ministerium eintreten und die Verhältnisse dort überprüfen sollte. *Pfeiffer* hat seinerzeit den Auftrag nicht so ohne weiteres übernehmen können und wollen, da die Funktion, die er zu erfüllen gehabt hätte, die eines Staatskommissars für eine besondere Aufgabe gewesen wäre. Ich habe den Standpunkt unseres Parteifreundes Dr. *Pfeiffer* gebilligt. Am Freitag vor der Wahl hat mir Ministerpräsident Dr. *Hoegner* noch erklärt, Dr. *Pfeiffer* müsse unter allen Umständen ins Sonderministerium, sei es als Minister, sei es als Staatssekretär. Das hänge vom Ausgang der Wahlen ab.
Am Montag nach den Wahlen habe ich dann, wie das am Freitag vor den Wahlen zwischen Dr. *Hoegner* und mir verabredet worden war, die Besprechung über die schwebenden Probleme begonnen. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Ministerpräsident Dr. *Hoegner* das Thema wieder ganz klar darauf abgestellt, daß Dr. *Pfeiffer* unter allen Umständen die Funktion im Sonderministerium übernehmen solle. Er hat mir erklärt, daß die Militärregierung ihrerseits das wünsche. Wir stimmen wohl mit Dr. *Hoegner* darin überein, daß Dr. *Pfeiffer* besondere Qualitäten für diese Aufgabe besitzt. Er hat wesentlich bei der Ausarbeitung des Entnazifizierungsgesetzes mitgearbeitet, er hat einen gewissen Überblick, und ich glaube, wir werden ihm die Qualitäten zuerkennen können, vor allem auch die Einsicht und das Geschick, eine so schwere Aufgabe zu erfüllen. Ich glaube, wenn wir unter staatsmännischen und staatspolitischen Gesichtspunkten einen herauszustellen hätten, den wir für dieses Amt zu bestellen hätten, dann würden wir zweifelsohne auch an ihn denken. Denn wenn er die Aufgabe gelöst hat, hat er damit nicht nur der Union, sondern auch dem bayerischen Volk einen großen Dienst getan.
Es war selbstverständlich, daß ich die ganzen Besprechungen immer wieder mit ihm gemeinsam durchgedacht habe, auch wenn wir sie getrennt geführt haben. Ich habe

Ihnen bereits heute früh gesagt: Ich habe dann die Mitglieder der Regierung jeweils zur Beratung gebeten und sie durch einige andere Freunde ergänzt. Bei den Erfahrungen, die ich gemacht habe und die darin bestanden, daß die einen oder anderen Fragen, die im kleineren Kreis besprochen wurden, auch draußen weiterdiskutiert wurden, habe ich es nicht für nötig gehalten, den Kreis zu groß zu gestalten.
Dr. *Pfeiffer* hat im Rahmen der Besprechungen dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* dann erklärt, daß er den Auftrag dahingehend haben möchte, daß er als Staatssekretär in der Staatskanzlei den Auftrag erhält, das Ministerium für Sonderaufgaben zu übernehmen und daß er zum Minister ernannt wird. Die Frage, wie das behandelt werden sollte, hat in der Aussprache zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* und mir immer wieder eine große Rolle gespielt. Denn ich habe mir den Standpunkt des Parteifreundes *Pfeiffer* zu eigen gemacht. Ich habe deswegen auch *Pfeiffers* Standpunkt als den Standpunkt meiner Parteifreunde vorgetragen.
Ich habe zunächst angeregt, die Entscheidung bis zur heutigen Tagung zurückzustellen, weil mir die Übernahme dieser Verantwortung so bedeutsam erschiene,

(Sehr gut!)

daß ich sie gern durch die Vertrauensleute des ganzen Landes hätte tragen lassen. Ministerpräsident Dr. *Hoegner* aber erklärte mir, daß die Entscheidung sofort getroffen werden müßte. Er wies vor allem auch darauf hin, daß die Kommunisten ihrerseits den Rücktritt *Schmitts* und die Zusammenhänge damit der Öffentlichkeit bekanntgegeben hatten. Zwischen Ministerpräsident Dr. *Hoegner* und *Schmitt*, der in diesem Falle auch für die Kommunistische Partei sprach, war zunächst Vertraulichkeit vereinbart worden. Dementgegen hat aber der Rundfunk die Nachricht schon sehr frühzeitig gebracht, und zwar so, daß man zweifelsohne annehmen konnte, daß die Kommunistische Partei durch die Bekanntgabe auch bestimmte Ziele verfolge. Auch die Veröffentlichung des Briefes des Herrn Ministers *Schmitt* hat gezeigt, daß die Kommunistische Partei offenkundig glauben machen will, daß Dr. *Hoegner* hier dem Druck der Reaktion, gleich Union, gewichen sei. Ich glaube, meine lieben Freunde, wir brauchen uns nicht allzulange mit dem Vorwurf befassen. Wir haben wirklich nichts weiter dazu getan, wenngleich wir die ganze Zeit schon mit Bedauern feststellen mußten, daß im Sonderministerium das eine oder andere nicht ganz gestimmt hat,

(Sehr richtig!)

daß manche, die den Kommunisten nahestanden oder Verbindungen zu ihnen hatten, darauf hinweisen, daß die Kommunistische Partei durch die Fragebögen, die im Sonderministerium eingegangen waren, zur besten Kartothek in ganz Bayern kam, wenngleich wir mit Bedauern feststellen mußten, daß auch in den Anweisungen, die an die Spruchkammern hinausgegeben wurden und in der Art, wie die Spruchkammern behandelt wurden, nicht immer ganz objektiv vorgegangen wurde.
Ich schätze den bisherigen Minister *Schmitt* persönlich wirklich hoch und halte ihn für einen anständigen Menschen. Ich habe mich mit ihm ganz gut verstanden und denke, daß trotz dieser Feststellungen das Einverständnis bleiben wird. Aber im Interesse der Union und um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen mußten diese Feststellungen getroffen werden. Ich muß deswegen auch alles, was in dem Brief von *Schmitt* uns und auch dem Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* unterschoben und unterstellt wird, als reine Propaganda zurückweisen und es, wie ich das auch in der Neuen Zeitung getan habe, als reine Propagandamätzchen bezeichnen. Ich glaube, daß der Großteil des Volkes diese Meinung mit mir teilen wird.

Meine lieben Freunde! So sieht das Problem aus, das von uns im Rahmen der Entnazifizierung zu lösen war. Wenn wir die Verantwortung übernommen haben, indem wir den Fachminister Dr. *Pfeiffer* zur Verfügung gestellt haben, so sind wir uns dessen bewußt, daß wir ihn mit allen Kräften unterstützen müssen und werden. Es kann dann nicht vorkommen, daß irgendwelche Kleinigkeiten dazu führen, daß der eine oder andere nörgelt und dann willfährig das Ohr irgendwelchen dritten Leuten leiht. Selbstverständlich wird man gerade in diesem Ministerium dem einen oder anderen weh tun oder da und dort durch die Politik dieses Ministeriums Kritik auf sich nehmen müssen. Wir werden genau prüfen, wie weit Kritik berechtigt ist. Sie muß dann berücksichtigt werden, nicht nur von uns, nicht nur von Minister Dr. *Pfeiffer*, sondern auch von der Regierung als solcher. Sie wird auch berücksichtigt werden - davon bin ich fest überzeugt - von der Militärregierung.
Alles aber, was nicht gerechte und vernünftige Kritik ist, muß von uns unter Einsatz aller Freunde im ganzen Land bekämpft werden. Wenn wir dabei jetzt mitwirken wollen, daß die Entnazifizierung in Angriff genommen wird, so haben wir die Hoffnung - und das stelle ich nochmals fest -, daß sie so rasch wie möglich durchgeführt wird. Es hat mich gefreut, bei den Besprechungen bei der Militärregierung und auch in Berlin zu hören, daß auch dort die Absicht besteht, dafür Vorsorge zu treffen, daß wir, wenn es irgendwie möglich ist, die ganze Entnazifizierung in einem Jahr hinter uns bekommen.
Meine lieben Freunde! Wenn das erreicht ist, freuen wir uns alle miteinander. Denn dann kann wirklich ruhig und vernünftig gearbeitet werden, und dann wird hoffentlich auch aufgehört mit dem ewigen Gerede von den vergangenen zwölf Jahren. Denn wir wollen nicht den Fehler machen, daß nur immer über die zwölf Jahre geredet wird, so wie Herr *Hitler* immer über die 14 Jahre geredet hat. Wir wollen lediglich dort reden, wo wir Fehler erwähnen, die nicht wiederholt werden dürfen, wo also auch aus der Geschichte gelernt werden kann.
Es darf nicht dazu führen, daß so, wie jetzt Fußball zwischen den Parteien gespielt wird, draußen dauernd mit Existenzen und Zwischenexistenzen gespielt wird. Deswegen habe ich dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* bei der Aussprache vorgeschlagen, daß Vorsorge dafür getroffen wird, daß das sogenannte Abschießen endlich aufhört und daß statt dessen eine vernünftige Regelung durchgeführt wird. Ich habe das bei der hiesigen Militärbehörde und bei den Besprechungen in Berlin gleichfalls vorgeschlagen.
Bestimmte Fälle müssen natürlich aufgeklärt werden. Zu diesem Zweck ist es wohl notwendig, daß durch gesetzliche Regelung bestimmt wird, daß ein bestimmtes Wissen den Behörden zur Kenntnis gebracht werden muß, ein Wissen über Personen, die in der Vergangenheit verbrecherisch oder in politisch verwerflicher Weise gefehlt haben. Man kann den Tatbestand natürlich noch auf bestimmte Vorgänge ausdehnen, die zur Beurteilung der Persönlichkeit im Entnazifizierungsverfahren notwendig sind. Aber darüber hinaus müssen wir alle zusammenhelfen, damit die Denunziation so rasch wie möglich aus unserem Volk wieder herauskommt. Ich habe deswegen auch gebeten, die Frist dieser Anzeigenpflicht zu begrenzen, so daß dann nachher einmal ein Abschluß da ist. Denn dann müssen alle moralischen Kräfte, auch die des Staates und der Parteien, wieder eingesetzt werden, und die moralischen Verfallserscheinungen müssen wieder verschwinden.
Ich habe Ihnen einen eingehenden Überblick gegeben über das, was im Rahmen der Entnazifizierung notwendig war. Ich darf jetzt anschließend zur Frage der Wirtschafts-

politik übergehen, die allmählich auch von uns ernsthaft vorwärts getrieben werden muß. Ich nehme deswegen dieses Thema unmittelbar auf, nachdem ich Ihnen über die Entnazifizierung berichtet habe, weil ich die Wirtschaftspolitik heute als die allerwichtigste Politik ansehe. Gewiß, das Entnazifizierungsproblem steht unter außen- und innenpolitischen Gesichtspunkten jetzt ungefähr auf gleicher Höhe. Aber es ist ein zeitbedingtes Problem. Wirtschaftspolitik aber muß eine Politik auf lange Dauer sein. Wir dürfen aber auch in dieser Frage nicht mehr allzuviel Zeit verlieren dadurch, daß wir nur immer Erörterungen über theoretische Begriffe anstellen. Ich habe deswegen seit langen Wochen schon mit unseren Leuten vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß darüber gesprochen, daß jetzt nach zweierlei Gesichtspunkten gearbeitet werden muß. Wir wollen nicht lediglich Begriffe aufstellen, die für unser Parteiprogramm notwendig sind. Die Auffassung z.B., die wir vom Eigentumsbegriff haben, ist sehr notwendig. Aber das darf nicht dazu führen, daß darüber Bücher geschrieben werden, praktisch aber nicht dafür gesorgt wird, das konservierungswichtige Eigentum zu erhalten und neues Eigentum zu schaffen, wenn ich mich so ausdrücken darf.

Ich habe gebeten, daß an einem praktischen Wirtschaftsprogramm gearbeitet wird, das die Union dann vertreten und in die Tat umsetzen wird, wenn sie selbst die Verantwortung übernimmt, daß aber jetzt schon geprüft wird, welche Maßnahmen, die heute getroffen werden, von so weittragender Bedeutung sind, daß wir heute schon einzugreifen versuchen müssen. Sonst kann nachher das gesündeste Wirtschaftsprogramm nicht verwirklicht werden, weil bestimmte Voraussetzungen eben fehlen oder nicht mehr da sind.

Ich glaube, daß wir in Kürze, vielleicht schon bis zur nächsten Landesausschußsitzung, soweit sind, daß wir, wenn ich mich so ausdrücken darf, das Wirtschaftsprogramm, wie es im Rahmen unseres Parteiprogramms notwendig ist, vorliegen haben, daß wir daneben das Arbeitsprogramm für die Union und für eine Regierung, in der die Union maßgeblich mitwirkt, entwickeln können. Es ist heute schon so fertig, daß uns Überraschungen nicht mehr passieren werden, wenn die Verantwortung nicht allzufrüh auf uns übergeht.

Meine lieben Freunde! Immer und immer wieder muß gesagt werden: Eine gute Wirtschaftspolitik ist die Voraussetzung für eine gute Sozialpolitik und eine gute Sozialpolitik ist die Voraussetzung für eine gute Staats- und Kulturpolitik. Die Wirtschaftspolitik kann daher nicht ernst genug genommen werden. Ich bitte unter allen Umständen, die fähigsten und tüchtigsten Kerle, die Sie draußen auftreiben - ich gebrauche ausdrücklich den Ausdruck "Kerle", weil ich von einem ganzen Kerl ausgehe - uns zur Verfügung zu halten und zur Mitarbeit heranzubringen. Es ist notwendig, daß wir uns darüber klar werden, daß die Verwirklichung der Wirtschaftspolitik und des wirtschaftlichen Programms davon abhängt, daß die dazu notwendigen Persönlichkeiten zur Verfügung stehen. Mit Paragraphen allein wird noch keine gute Wirtschaftspolitik gemacht. Es gehören ganze Männer her, die allerdings die nötige rechtliche Basis, aber auch die entsprechenden Vollmachten bekommen müssen, um sich durchzusetzen, um da und dort den Schutt aus den vergangenen Jahren wegzuräumen, aber auch das, was mittlerweile, wenn ich an den moralischen Zusammenbruch denke, da und dort noch an Schutt dazugekommen ist. Diese Männer werden darüber hinausgehend dafür zu sorgen haben, daß nicht nur der Schutt wegkommt, sondern daß auch aufgebaut wird und Häuser und Fabriken entstehen und unsere Wirtschaft wieder in die Weltwirtschaft eingegliedert werden kann.

Wie wichtig diese Fragen sind, zeigt sich allein, wenn ich auf die Schwierigkeiten eingehen würde, die das Wohnungsgesetz jetzt bereitet. Eine Betrachtung in dieser Richtung würde zu weit führen. Wenn wir die Zeit haben, können wir in der Debatte darauf eingehen. Ich glaube, allein dieses Gesetz zeigt uns schon, wie schwer wir es haben werden, bis wir wieder zu einem Punkt kommen, in dem wieder ein gewisses Existenzminimum und Existenzniveau für unser Volk erreicht wird.
Die anderen politischen Probleme, die von den Ausschüssen behandelt wurden, brauche ich Ihnen nicht im einzelnen aufzuzeigen. Vielleicht können wir auch darauf in der Debatte eingehen. Wichtig erscheint mir die Betrachtung der Tatsache, daß für unsere Union die Kulturpolitik natürlich von besonderer Bedeutung sein wird.
Ich darf dabei noch folgendes sagen: Die Kulturpolitik wird von uns nicht so angefaßt werden, wie es sich manche Leute draußen jetzt am liebsten an die Wand malen möchten. Es war interessant, letzthin festzustellen, was der Vertreter einer kleinen Partei, der Liberaldemokratischen Partei, im Beisein zweier amerikanischer Offiziere sagte, als er von den Wahlen und vom Wahlergebnis sprach. Er führte das ganze Wahlergebnis nur auf die Propagandatätigkeit der Pfarrer der beiden Konfessionen zurück. Ich weiß, daß jetzt manche Leute versuchen, neuen Brennstoff zu finden, nachdem sie uns mit dem Fußball Entnazifizierung nicht in die Ecke haben spielen können. Wir haben in der Landesversammlung beschlossen, daß wir selbst mit den beiden Kirchen verhandeln würden, daß Geistliche in der aktiven politischen Betätigung in politischen Tagesfragen nicht erwünscht erscheinen. Unser Wunsch wurde im großen und ganzen befolgt mit Ausnahme von ein oder zwei Fällen in den beiden Konfessionen. Ich glaube, daß auch in dieser Hinsicht eine vernünftige Regelung gefunden werden kann.
Ich darf dabei aber gleichzeitig feststellen: Wenn von außen her damit Propaganda gemacht werden sollte, dann werden wir schon dafür sorgen, daß klar wird, daß die Geistlichen nicht Staatsbürger zweiter Ordnung sind.

(Sehr richtig!)

Denn an und für sich hätten sie das gleiche gute Recht wie die anderen Staatsbürger. Es fragt sich nur, ob es im Interesse der Kirche liegt oder ob wir es von der Union aus wünschen. Aber die anderen mögen daraus kein Kapital schlagen, weil sonst unsererseits genauso wie bei der Entnazifizierung dafür gesorgt wird, daß klargestellt wird, mit welchen Methoden und mit welchen Mitteln sie draußen im Volke werben und daß sie nur mit anderen Schlagworten ihr Geschäft treiben wollen.
Wenn die Liberaldemokratische Partei heute in den Wahlkampf tritt, daß sie sich zunächst als nationale Partei mit möglichst vielen Offizieren gebärdet, da und dort mit dem alten Lied "Deutschland, Deutschland über alles", wenn sie weiter damit auftritt, daß sie draußen im wesentlichen Persönlichkeiten sammelt, die den Manchester-Liberalismus vertreten, wenn sie glaubt, mit dem alten Schlagwort von anno dazumal auftreten zu können, das auch die verschwundene Staatspartei früher schon übernommen hatte, mit dem Antiklerikalismus, dann glaube ich, wird die Partei keine allzu großen Aussichten auf Erfolg haben. Denn jeder weiß, daß das nur Schlagworte und Argumente sind, um irgendwelche Leute draußen zu verwirren. Jeder wird dann an die alten Zeiten erinnert, wo der Pfarrer und Schullehrer im dauernden Kampf miteinander lagen und die sogenannten Demokraten und Staatsparteiler letztlich nur den Schullehrer und die Stehkragenproletarier im alten Sinne gesammelt haben. Dann mögen sie den alten Weg gehen.

Die Geschichte hat aufgezeigt, wohin das geführt hat. Denn letzten Endes sind die meisten Vertreter dieser Art bei der Nazipartei gelandet. Die Nazipartei hat gerade von dort sehr viele ihrer aktivsten Elemente bezogen. Wir werden dann beweisen, daß die guten Demokraten, die zu uns gekommen sind, einen ganz anderen Einfluß auf die Gestaltung des Aufbaues der Demokratie haben als diejenigen, die nur einen demokratischen Namen zur Schau tragen.

Bei den Besprechungen, die ich mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner* in den letzten Tagen geführt habe, haben wir auch unsere Haltung und die Haltung der Sozialdemokratie zur praktischen Regierungspolitik der nächsten Zeit klargestellt. Wir haben uns darüber unterhalten, wie die praktische Arbeit für den Entwurf einer Verfassung geleistet werden kann.

Drei Probleme stehen hier bei der Betrachtung der Verfassung im Vordergrund: die Frage des Zweikammersystems, die Frage des Staatspräsidenten, die Frage des Wahlrechtssystems. Für das Zweikammersystem wird nach meiner Überzeugung - und die Freunde wissen, daß ich bemüht bin, im ganzen Lande herumzukommen und Informationen aus dem ganzen Lande zu erhalten - die Union nahezu geschlossen eintreten.

Zur Frage des Staatspräsidenten, glaube ich, wird die Haltung nicht so geschlossen sein. Ich möchte annehmen, daß ein Teil - und ich weiß nicht, soll ich ein Großteil oder ein Teil der Union sagen - für und ein Teil gegen den Staatspräsidenten eintreten wird. Ich glaube, daß die Unionsfraktion in dieser Hinsicht ihren Mitgliedern, die vom Volk gewählt sind, die Abstimmung freigeben wird. Deswegen wollte ich gerade zu diesem Punkt keinerlei Weisungen hinausgeben. Denn ich weiß, daß ich damit immer nur einen Teil der Union in seinem Willen erfaßt hätte.

Zur Frage des Wahlrechtssystems dürfte anzunehmen sein, daß der Großteil der Union für das Mehrheitswahlsystem eintreten wird. Ich glaube aber, daß wir uns dann doch über bestimmte Verbesserungen dieses Wahlrechtssystems unterhalten müssen. Denn zweifelsohne hat ein schematisches Mehrheitswahlsystem auch seine großen Nachteile. Vergessen Sie nicht, daß wir darauf achten müssen, daß alle Kräfte des Volkes zur Geltung kommen. Das Mehrheitswahlsystem führt doch leicht dazu, daß sich in der Hauptsache Gesichtspunkte des territorialen Zusammenhangs durchsetzen. Denn es ist nicht gut, die Fraktion so zu gestalten, daß sie, ich möchte sagen, der soziologischen Struktur entspricht. Wir werden das später noch mehr zu beachten haben, wenn wir bedenken, wieviel Flüchtlinge zu uns hereinkommen und wie wir diesen Flüchtlingen Rechnung tragen müssen.

Bei der Aussprache mit Dr. *Hoegner* hat sich gezeigt, daß dieser der Auffassung war, daß wir auch in dieser Frage zu gewissen Verständigungen kommen könnten. Die Sozialdemokratische Partei hat ihren Standpunkt präziser festgelegt, als es unsere Partei getan hat. Dr. *Hoegner* hat das nachträglich im gewissen Umfang bedauert. Er geht davon aus, daß beim Zweikammersystem ein Ausgleich möglich sei, wenn wir nicht bei der zweiten Kammer von einer Ständekammer, sondern mehr von einer Art Senat oder einem ähnlichen Gremium ausgehen.

In puncto Staatspräsident haben wir die Debatte zurückgestellt, bis wir den Überblick über die Haltung innerhalb der beiden Fraktionen haben.

Beim Wahlrechtssystem geht auch Dr. *Hoegner* davon aus, daß das Verhältniswahlrechtssystem verbesserungsbedürftig sei, wenn es durchgesetzt werden sollte. Das Schlußresultat war, daß ein Mittelweg gefunden werden kann, wenn die beiden Parteien nicht an einem Schlagwort festhalten. Dieser Mittelweg könnte durch diese

Verbesserungen erreicht werden. Praktisch wird wahrscheinlich so vorgegangen werden, daß die Verfassunggebende Landesversammlung ihrerseits einen großen Verfassungsausschuß wählt und daß die beiden Parteien unabhängig davon noch besondere Fachleute zu Beratungen zusammenstellen.
Meine lieben Freunde! Aus meinen Ausführungen ersehen Sie bereits, daß die Besprechungen mit Dr. *Hoegner* unter dem Gesichtspunkt einer Verständigung geführt wurden. Ich darf dazu sagen: Sie wurden auch verständig geführt. Wir haben offizielle Besprechungen geführt, wir haben auch in persönlicher Unterredung in offener Weise verschiedene Probleme besprochen, die die Staats- und Parteipolitik betreffen. Ich habe Ihnen das eine oder andere, soweit es möglich war, aus dieser offenen Aussprache bereits gesagt.
Wenn wir bereit sind, mit der Sozialdemokratie zusammenzuwirken, damit unser Volk wirklich zu einem ruhigen Aufbau kommt, so müssen allerdings bestimmte Belastungsmomente für diese Arbeit verschwinden und auch für die Zukunft ausgeschaltet bleiben. Ich habe den Herrn Ministerpräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß aus Kreisen unserer Parteifreunde Kritik an der Personalpolitik der Sozialdemokratie geübt würde, vor allem in bezug auf die Personalpolitik der Regierungspräsidenten *Schregle* und *Stock*, beide in Franken. Wir haben vereinbart, daß diese Fragen zunächst zurückgestellt und zwischen uns geklärt werden, wenn ich das entsprechende Material vorlegen werde. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß meine Parteifreunde nicht mit der Linie der Personalpolitik einverstanden sind, die im Kultusministerium und vom Kultusministerium aus verfolgt wird.
Wir stellen fest: Wir wollen Personalpolitik nie ansehen als Futterkrippenpolitik. Darum darf es nicht gehen. Aber wir wollen dann doch dafür sorgen, daß die Verhältnisse in der Bevölkerung tatsächlich auch in der Besetzung der einzelnen Stellen zum Ausdruck kommen, daß dort aber auch die vernünftigen und tüchtigen Leute sitzen.

(Sehr richtig!)

Wenn ich nur nach dem Parteibuchsystem besetze, zahlt das Volk doppelt, weil neben jedem Parteibuchbeamten noch ein Fachbeamter sitzen muß, der die Arbeit machen muß. Das darf unter keinen Umständen geschehen. Deswegen werden wir und müssen wir zusammenhelfen, daß in den Ministerien klare und saubere Arbeit bis hinunter zur kleinsten Stelle geleistet wird.

(Zurufe: Wird Zeit dazu! - Sehr richtig!)

Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat dafür Verständnis gezeigt. Weitere Aussprachen werden dann zu praktischen Ergebnissen führen müssen.
Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat im Zusammenhang mit diesen Aussprachen die Frage aufgeworfen, ob unsere Partei bereit sei, noch mehr Verantwortung zu übernehmen. Er hat mir angeboten, daß die Union einen Staatssekretär für das Wirtschaftsministerium stellen solle. Ich habe zu dieser Frage darauf hinweisen müssen, daß wir die Wirtschaftspolitik möglicherweise in diesem Punkte anders betrachten, als sie von diesem Ministerium aus angesehen wird, daß aber gerade in personeller Hinsicht in diesem Ministerium manche Änderungen notwendig erscheinen. Die Änderungen können nicht allein dadurch vorgenommen werden, daß wir jetzt vorübergehend oder bis zu einem ungewissen Zeitpunkt nur einen Staatssekretär ins Wirtschaftsministerium hineinstellen. Damit ist nicht viel gedient, daß einer von der Union dort sitzt, der Staatssekretär ist. Dann warten wir lieber noch eine Zeitlang und sorgen

dafür, daß die Voraussetzungen geschaffen werden, daß nachher rasch und praktisch eingegriffen wird. Aber mit halber Arbeit ist es nicht getan.
Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat weiterhin die Frage aufgeworfen, ob die Union nicht doch bereit sei, sich jetzt klar dahin zu erklären, daß sie koalitionsmäßig an der gegenwärtigen Regierung beteiligt sei. Sie, meine lieben Freunde, werden darüber nachher noch mitzuentscheiden haben.
In den Aussprachen, die wir in den letzten Tagen geführt hatten, wurde der Wunsch laut, ich möchte bei der Aussprache mit Ministerpräsident Dr. *Hoegner* zum Ausdruck bringen, daß der Großteil unserer Parteifreunde draußen zusammen mit anderen Kreisen erwartet, daß die Konsequenzen aus dem Willen des Volkes, das heißt aus dem Wahlergebnis, gezogen werden. Ich möchte meinerseits erklären: Es wird wohl bei vielen heute erwartet, daß die Konsequenzen gezogen werden.

(Sehr richtig!)

Wir reißen uns bestimmt nicht um die Übernahme der Verantwortung. Ich habe das in Reden erklärt und erkläre das heute wieder. *Schäffer* und *Hoegner* waren Konkursverwalter, bestellt vom Willen des Gerichts, das heißt der Besatzungsbehörden. Wenn einer von uns hinkommt und wenn wir die ganze Regierung mitbilden, ist es nichts anderes. Der Mann, der dann die Regierungspolitik zu führen hat, ist lediglich Konkursverwalter, in diesem Falle allerdings bestellt vom Willen der Gläubigerversammlung zusammen mit den Schuldnervertretern, weil wir Gläubiger und Schuldner in einer Person sind, wiederum abhängig von dem Willen des Gerichts, das heißt der Besatzungsmacht.
Ich habe immer wieder den Wunsch ausgesprochen, daß wir sobald wie möglich eine Konkursbilanz haben möchten, damit wir sehen können, wie wir mit dem Rechenstift das Rechnen für den Aufbau anfangen können. Das erwarten wir und das fordern wir. Wir wollen, daß Klarheit geschaffen wird, daß dem Volke reiner Wein eingeschenkt wird, wie unsere wirtschaftliche Situation aussieht, und zwar nicht nur in großen Reden über die Vergangenheit, sondern in diesem Fall nach dem alten Prinzip: Laßt Zahlen sprechen.
Ich möchte den Willen der bayerischen Parteifreunde von draußen so zum Ausdruck bringen, daß ich für die Union die Erklärung abgebe, die ich bereits nach der zweiten Wahl abgegeben habe: Die Union ist bereit, die Verantwortung für die Regierungsführung zu übernehmen.

(Beifall.)

Eine Forderung wird von uns nicht gestellt und kann von uns nicht gestellt werden, weil die Regierung ja von der Militärregierung bestellt wird. Ich habe den Eindruck, daß die Militärregierung für die gesamte amerikanische Besatzungszone keine Veränderungen vorhat. Wir haben darauf keinen Einfluß. Wir wollen zunächst auch nicht dadurch, daß wir den Volkswillen besonders zum Ausdruck bringen, Einfluß auf die Gestaltung des Willens der Militärregierung nehmen. Wir haben zur Militärregierung das Vertrauen, daß sie im rechten Zeitpunkt den demokratischen Aufbau des Staates durchführen läßt.
Meine lieben Freunde! Bei der Aussprache habe ich Herrn Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* auch die Frage vorgelegt über seine, seiner Partei und der Staatsregierung Einstellung zur Reichspolitik. Ich darf Ihnen jetzt einen Überblick geben über unsere eigene Haltung zu dieser Frage.

Ich weiß, daß jetzt draußen vielfach, ich möchte fast sagen mit allen möglichen gereimten und ungereimten Versen, agitiert wird, die über mich gesungen und geflüstert werden. Ich werde als wilder Unitarist verschrieen. Man unterstellt mir dabei so vieles in bezug auf meine Haltung in Berlin, und ich glaube, es ist der Tag nicht mehr fern, wo man nachprüfen wird, ob ich nicht vielleicht doch getarnter Preuße sei.
Wenn die Freunde eine gerechte Kritik üben, dann hat das zur Voraussetzung, daß sie mit mir selbst darüber sprechen.

(Zuruf: Wann denn?)

Wenn irgend jemand herkommt und sich draußen Verse zusammenreimt, dann darf ich nur erklären: Meine lieben Freunde, Ihr hättet genügend Möglichkeiten, Euch über das zu informieren, was in Berlin war und nicht irgendeinem Geflüster zu glauben, das von Dritten hereingetragen wird.
Und jetzt auf den Zuruf geantwortet, und zwar scharf geantwortet: Wenn jetzt gefragt wird, wann man die Information hätte einholen können, dann sage ich Ihnen, Herr Dr. *von Eicken*, in der letzten Zeit war ich immer wieder da, aber ich habe leider so gar keine Zeit für leere Schwätzereien für alle möglichen Probleme. Denn jetzt mußte während des Wahlkampfes draußen gearbeitet werden. Es konnte nicht lange Zeit damit verbraucht werden, ob mein Standpunkt so oder so vorgetragen wurde. Da muß man eben die Geduld haben und zuwarten und mir schreiben: Bitte, gib mir eine Abschrift Deiner Rede, die Du in Berlin gehalten hast. Dann bekommt sie der Schreiber am nächsten Tag.
Meine Freunde aus Nürnberg werden bestätigen, und das wird jetzt gesagt, Herr *von Eicken*, ich habe am vorletzten Samstag vor der Wahl, von Samstag nachmittag 15 Uhr bis Sonntag abend 20 Uhr, acht Reden gehalten. Ich glaube, daß ich damit bewiesen habe, daß ich genügend Nervensubstanz habe, um schwere Arbeit zu leisten. Wenn ich aber dann nach Hause komme und ich habe nur üble Stänkereien, so verbraucht das mehr Nervenkraft als die positive Arbeit.

(Sehr richtig!)

Damit schaden Sie nicht nur mir, damit schaden Sie, solange ich an diesem Platze bin, der Union.

(Sehr richtig!)

Wenn einer reden will, dann muß er gleichzeitig zur Arbeit antreten.
Meine lieben Freunde!

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Warum die Aufregung?)

Wie ist meine Haltung zur Reichspolitik? Ich habe schon in verschiedenen Versammlungen und auch vor Ihnen

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Was ist überhaupt Reichspolitik?)

die klare Erklärung abgegeben, daß ich die Reichseinheit anerkenne und daß ich mich genauso, wie ich mich für die Reichseinheit ausspreche, auch gegen ein Einheitsreich ausspreche. Ich glaube, das ist klargestellt gewesen. Ich habe das vor meiner Wahl ausgesprochen und habe mich bis zum heutigen Tage daran gehalten und werde mich auch weiterhin daran halten, und zwar nicht nur, weil ich mich durch die Haltung der Union gebunden fühle. Es entspricht in diesem Fall auch meiner persönlichen Haltung.

(Bravo!)

Aber leeres Geschwätz über Föderalismus mache ich nicht mit. Dann muß man schon wissen, wie man sich den föderativen Aufbau vorstellt. Denn wir wollen alle den föderativen Aufbau anstreben. Aber wenn draußen jetzt schon angefangen wird, hin und her zu operieren, ob nicht das mehr Unitarismus sein könnte oder das weniger Unitarismus, dann bekennen Sie, meine Herren, Farbe, dann sagen Sie klar, ob Ihr Föderalismus Separatismus ist oder nicht. Denn ich habe bisher nicht mehr getan, als daß ich die klare Erklärung für die Union abgegeben habe, daß die Union den Separatismus ablehnt.
Wenn Sie schon von Reaktion reden, dann erklären Sie auch damit, ob Sie nicht im alten Denken reaktionär sind oder nicht.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Eine solche Frage ist zu einer solchen Aufregung nicht geeignet.)

Herr Dr. *Horlacher*! Ich weiß sehr wohl, was dahintersteckt.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Die Tonart lassen wir uns nicht gefallen. Das ist eine ernste staatspolitische Frage und keine Frage von Schlagworten, die Ihrerseits gegen unsere Leute gebraucht werden.)

Ich glaube, die Parteifreunde sind damit einverstanden, daß das Thema in der gleichen Weise wie bisher weiterbehandelt wird.

(Zuruf: Etwas ruhiger!)

Ich habe in Berlin zwei Reden gehalten. In der ersten Rede hat zunächst in einer öffentlichen Kundgebung *Jakob Kaiser* über Wirtschaftspolitik, über das Wirtschaftsprogramm, über das sozialpolitische Programm und über Staatspolitik gesprochen. In seiner Rede hat *Jakob Kaiser* - die Rede wird jetzt bekanntgegeben werden - erklärt: Ich bin kein Föderalist. Wenn Sie es weiter hören, wissen Sie gleich, was dieses Wort "ich bin kein Föderalist" bedeutet. Es bedeutet in diesem Fall "von Natur kein Föderalist". *Jakob Kaiser* hat dann weitergefahren: Aber angesichts der tatsächlichen Umstände lehne ich den Zentralismus ab und bekenne mich zum föderativen Reichsaufbau.
Meine lieben Freunde! Für mich war das der Erfolg der Politk, die ich in der Zusammenarbeit mit *Jakob Kaiser* angestrebt habe. Denn es ist viel wichtiger, daß das Bekenntnis zum föderativen Reichsaufbau vom Norden abgegeben wird als von uns aus. Denn vom bayerischen Raume aus wurde es immer abgegeben. Jetzt aber ist die Tatsache eingetreten, daß unsere Freunde im Norden ihrerseits für die Union der russischen Besatzungszone sich zum föderativen Reichsaufbau bekannt haben.
Ich habe weiter das Ziel meiner Zusammenarbeit mit den Freunden in den nördlichen Zonen darin gesehen, es dahin zu bringen, daß sie ebenso wie ich für den föderativen Aufbau der Union eintreten. Es ist auch heute klargestellt, daß unsere Freunde in der russischen Besatzungszone ebenso wie im Westen und Südwesten, wenn es soweit kommt, daß die Union auf rechtlicher Basis geschaffen werden kann, mit uns gemeinsam für eine föderativ gegliederte Union eintreten.
Meine lieben Freunde! Ist das nicht eine viel vernünftigere Politik - ich will kein Selbstlob aussprechen - anzustreben, daß diejenigen, die sich bisher noch nicht zu diesem Denken bekannt haben, ihrerseits jetzt den Schritt zu uns her gehen. Wollen wir ihnen immer nur entgegenschreien: Wir wollen nicht mit Euch zusammensitzen?
Und jetzt kommt die Frage: Dürfen wir das angesichts der Not, die in ganz Deutschland herrscht, angesichts der Not, die vor allem dort herrscht. Wir könnten das vor unserer Geschichte und vor unserem Gewissen nicht verantworten.

Das wesentliche, was ich zu diesem Punkt gesagt habe, darf ich Ihnen rasch verlesen. Ich werde die beiden Ansprachen demnächst verschicken. Ich habe erklärt:

> Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der Partei, die bei den letzten Wahlen das Vertrauen von über 60% der bayerischen Wähler erhalten hat, freue ich mich, Zeuge sein zu dürfen für die Arbeit unserer Freunde in Berlin, in der ganzen Zone, bei dieser Arbeit mitwirken zu dürfen, und ich freue mich aber auch, Zeuge sein zu dürfen des Aufbauwillens Berlins.
> In dieser Zeit müssen wir zusammenarbeiten. Wir müssen planen, es muß hinausgehen über das Denken der einzelnen, auch der einzelnen Union, ob die eine Christlich-Demokratische Union heißt, ob wir Christlich-Soziale Union heißen, das bedeutet nichts.

Ich kann ruhig sagen, die Worte, daß eine geistige Gemeinschaft zwischen den Unionen besteht, haben zunächst schon einen Beifallssturm ausgelöst.

> Die Namensverschiedenheit war vielleicht überhaupt nur bedingt dadurch, daß wir uns damals nicht gleich verständigen konnten. Wir wissen, wir wollen das gleiche Ziel erreichen, wir wissen, wir werden uns zusammenfinden. Ihr in der Christlich-Demokratischen Union, Ihr seid genauso christlich und sozial wie wir, die wir diesen Namen aufgenommen haben in das Programm, das im Namen schon liegt. Ihr wißt von uns - und das sollen alle wissen -, wir sind genauso Demokraten wie Ihr in der Christlich-Demokratischen Union. Und wir wissen jetzt - das hat sich bei der Tagung gezeigt -, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, bis wir wieder eine Union Deutschlands sein werden.

Die Freunde, die dabei waren, können bestätigen, daß folgender Absatz einen Beifallssturm von, ich kann ruhig sagen, vier bis fünf Minuten ausgelöst hat:

> Deutsche Schwestern und Brüder! Ob unsere Heimat im Norden oder im Süden steht, wir alle lieben unsere Heimat, aber jetzt in dieser Stunde empfinden wir noch mehr. Wir denken an das Wort: Wir hatten einst ein schönes Vaterland. Dieses Vaterland aber, es trug und trägt in der Geschichte, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und für die Zukunft den Namen Deutschland.

Meine lieben Freunde! Wenn einfache Worte wirklich einen stürmischen Beifall auslösen konnten, so glaube ich in diesem Falle nicht nur aus der Stimmung heraus gesprochen zu haben, sondern ich glaube, auch da dem Willen unserer bayerischen Brüder und Schwestern Rechnung getragen zu haben, die die deutschen Brüder und Schwestern im Norden nicht im Stiche lassen.

(Bravo!)

> Wir alle im Deutschen Volk, wir wollen jetzt zusammenstehen nicht nur als ein Volk, wir wollen zusammenstehen wie eine große Familie. Gewiß, in jeder Familie kann es einmal Auseinandersetzungen geben. Der liebe Gott hat ja auch Geschwister nicht gleich geschaffen und sie lieben sich nicht immer gleichermaßen. Aber in der Not steht eine anständige Familie zusammen.

Ich darf dazu noch sagen: Als sich der Beifall gelegt hatte, wurde von den Logen der Besatzungsmächte Beifall mitgespendet. In den Logen waren alle namhaften Vertreter der Besatzungsmächte zugegen. Auch dort besteht das Empfinden dafür, daß eine

anständige Familie zusammenhält und daß sich das deutsche Volk heute als anständige Familie betrachtet.

Wir werden die Not überwinden, denn unser Volk ist ein fleißiges Volk, wir werden sie nicht allein aus der Union heraus und durch die Arbeit der Union überwinden. Wir werden allen, die den gleichen Willen haben wie wir, zum Aufbau die Hand reichen.

So, wie wir in der Not der vergangenen Tage zusammengestanden sind ohne Rücksicht auf Parteien, so werden wir auch jetzt in der Not nicht darauf vergessen, sondern auch da wissen, daß wir nur durch Zusammenstehen herauskommen aus dieser Not, so wie wir damals aus dem Gefängnis herausgekommen sind, das sich Deutschland geheißen hat. Wir könnten ja gar nicht anders, auch wenn wir kleinlich denken würden. Wir mögen Meinungsverschiedenheiten haben, so oder so, aber angesichts der Aufgaben, die uns gestellt sind, geht es nicht mehr um Worte, da geht es um mehr.

Wenn mein Freund *Kaiser* vorhin erklärt hat, daß Ihr den Zentralismus ablehnt von der Union aus, von der Christlich-Demokratischen Union aus, so wißt Ihr nicht nur ab heute, sondern schon länger: Seitdem die Christlich-Soziale Union in Bayern entstand, seitdem lehnt sie den Separatismus ab.

Wir alle arbeiten auf das gleiche Ziel hin. Ich war Zeuge ihrer Arbeit und muß sie wirklich anerkennen. Wir alle, die wir von den anderen Zonen gekommen sind, sind uns einig darüber: Es tut sich hier was. Wir danken Euch dafür. Ich danke Euch nicht nur als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern, ich danke Euch schon für die im Entstehen begriffene Union Deutschlands und ich bin überzeugt, eines Tages wird Euch ganz Deutschland danken.

Meine lieben Freunde! Sie werden zu prüfen haben, ob das die Erklärung eines Unitaristen war.

Ich habe in der Schlußansprache dann nochmals die Gedanken zum Ausdruck gebracht und nochmals von dem föderativen Aufbau der Union gesprochen. Ich habe dann auf Bitten meiner Freunde klargelegt, daß wir als Demokratische Partei eine große Partei darstellen, ähnlich wie die Demokratische Partei in Amerika, die New Dealer und Konservative in sich hat, daß man deswegen sehr zu Unrecht die Partei nur nach einem Flügel oder Flügelmann beurteilt und deswegen als reaktionäre Partei verschreit. Ich habe auch im Einverständnis mit meinen Freunden das Schlagwort reaktionär zurückweisen und zurückgeben müssen an diejenigen, die sich nicht die Mühe geben, neue Wege zu suchen.

Ich habe aber dabei angekündigt, daß es dann, wenn wir die Union überstürzt auf den einzelnen Gliedern der Union aufbauen, nicht mehr so leicht sein wird wie bisher. Denn es hat sich in Berlin gezeigt, daß dort wirklich ein sehr harmonisches Verhältnis herrschte. Ich habe angekündigt, daß in der Zukunft die Aussprache wohl etwas lebhafter werden könnte. Ich dachte dabei an unsere Aussprachen und daran, daß in Zukunft der eine oder andere Freund mitgeht.

Ich hatte unseren Freund *Michel Horlacher* sogar mehrfach eingeladen mitzugehen. Es war alles dafür vorgesehen. Die Diskussion wird dann dort sicher lebhafter und für die Gesamtheit der Unionen Deutschlands fruchtbringend geführt werden.

Ich habe dabei wiederholt, was ich meinen Freunden schon oft in Reden gesagt habe: Unsere ganze Arbeit muß schließlich und endlich dahingehen, daß wir dafür Vorsorge

treffen, daß, nachdem der Waffenstillstand einmal vorüber sein wird, endlich Friede wird.
Meine lieben Freunde! Wenn ich die Erklärungen in Berlin abgegeben habe, so habe ich sie auch vor allem in der klaren Form eines Bekenntnisses zu Deutschland abgegeben, weil ich wollte, daß kein Zweifel darüber besteht, daß wir als Bayern, aber auch als Deutsche in Bayern empfinden, und weil ich wollte, daß gleichzeitig auf die Notlage hingewiesen wird, die heute für unser Volk besteht.
Ich habe keine Gelegenheit versäumt, auch in den Aussprachen mit den namhaften Vertretern der Besatzungsmächte, immer wieder darauf hinzuweisen, daß wir alle in Deutschland und aus allen Gegenden Deutschlands heraus wünschen, daß die Besatzungszonengrenzen beseitigt werden. Wir müssen wieder zu einer Einheit und zunächst zumindest zu einer Wirtschaftseinheit werden. Wir sind im Süden abhängig von der Wirtschaft des Nordens. Ohne das geht es nicht. Die im Norden sind von uns abhängig. Wir müssen zusammenwirken fürs Ganze und für alle Teile. Denn auch für uns, für Bayern ist es notwendig, daß endlich die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß - um jetzt praktisch zu reden - die Kohle aus dem Rheinland kommt.
Mit demokratischen Phrasen allein wird die Demokratie und der Staat nicht aufgebaut. Ich erkläre immer wieder: Die Demokratie wird manchmal als die Staatsform des vollen Magens bezeichnet. Wir sind noch nicht soweit. Unser Volk ist noch hungrig und wird noch länger hungrig sein müssen, und deswegen muß unsere ganze Arbeit hier in der Union, in den Ausschüssen, in Ihren Aussprachen darauf abgestellt sein, bei allen Gelegenheiten dafür zu sorgen, daß wir nicht eines Tages durch die Erscheinungen überrannt werden, die der Hunger für ein Volk zeitigt. Wir müssen durch unsere Arbeit zusammen mit den Freunden in den anderen Zonen dafür sorgen, daß auch dort nicht die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß die Verzweiflung das Volk dahin drängt, wo wir es nicht haben wollen. Vergessen wir nicht, wenn ein Teil von uns weggestoßen wird, wenn ein Teil ins Gleiten kommt, dann kann es leicht sein, daß das Ganze durcheinanderkommt. Wenn aber ganz Deutschland durcheinanderkommt, wenn ganz Deutschland wieder auf falschen Wegen geht, wenn in ganz Deutschland durch irgendwelche Erscheinungen aus alter Zeit die Demokratie schon im Aufbau zusammenbricht, dann wird auch unsere Heimat zusammenbrechen.
Deswegen, liebe Freunde, bitte ich Sie, helfen Sie durch eine positive praktische Arbeit mit, so wie Sie bisher mitgeholfen haben, helfen Sie auch durch Kritik, aber auch da bitte ich Sie, durch gerechte Kritik. Wir werden der Kritik Stand halten, wir alle, die wir von Ihnen die Verantwortung übertragen bekommen haben. Aber Sie Ihrerseits müssen in diesem Falle praktisch mitarbeiten und müssen uns unterstützen, damit wir auch in der Union ein Ganzes werden. Es wird nicht so schwer sein, wie es manchmal aussieht. Wir haben es jetzt schon da und dort gemerkt. Wir haben zwar heute die eine oder andere Sorge von draußen zu hören bekommen. Wir haben gehört, daß da und dort zwischen den Konfessionen Schwierigkeiten bestehen.
Meine lieben Freunde! Wenn man draußen herumkommt, so sieht man trotzdem doch überall, bei allen Schwierigkeiten, daß der Wille zur Einheit da ist, der Wille, in der einigen Union gesammelt zu sein. Wenn die Wahlen da und dort kleine Absplitterungen der Stimmen ergeben haben, so mögen das Erscheinungen sein, die auf äußere Umstände zurückzuführen sind, vielleicht auf falsche Politik oder falsche Organisation. Die Wahlen haben doch gezeigt, daß wir konstant geblieben sind. Denn wir haben uns ungefähr um den gleichen Prozentsatz herum gehalten und gezeigt, daß die Union auf jeden Fall die Majorität halten konnte.

Meine lieben Freunde! Ihre und meine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Union auf dem gleichen Stand bleibt für die Zukunft.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Staatsminister Dr. *Pfeiffer*: Meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß ich mit sehr schwerem Herzen heute zu Ihnen spreche, nachdem ich mich vor einigen Tagen entschlossen habe, die wohl schwierigste politische und moralische Aufgabe unter meiner Verantwortung zu unternehmen, die wir in Bayern, die wir überhaupt in der amerikanischen Zone zu lösen haben. Sie können sich auch vorstellen, daß ich nicht bei der ersten Besprechung ja gesagt habe und daß es für mich außerordentlich schwer gewesen ist, einen Wirkungskreis im wesentlichen aufzugeben, der für mich nach allen Seiten hin sehr befriedigend war und mir die Möglichkeit gab, das zur Auswirkung zu bringen, was ich vielleicht an besonderen Dingen einsetzen kann. Aber die Situation war dadurch sehr einfach geworden, daß das Ganze sich zu einer Vertrauensfrage für mich entwickelte. Ich habe von Anfang an an der Schaffung des Gesetzes mitgearbeitet. Gerade vor einem Jahr, in der ersten Woche des Juli 1945, habe ich mit den ersten systematischen Untersuchungen des Problems der Reinigung Bayerns von Nationalsozialimus und Militarismus begonnen. Ich habe damals große Reihenuntersuchungen über die zwei Fragen durchgeführt: Wie sind die einzelnen nationalsozialistischen Gliederungen von Zeitpunkt zu Zeitpunkt zu beurteilen, wenn man die Entwicklung unter der Zeitlupe betrachtet? Was bedeutet z.B. die Zugehörigkeit zur SS im Jahre 1931, was bedeutet sie 1937 und was bedeutet sie 1941? Was bedeutet die Zugehörigkeit zur SA 1924 oder 1928, was bedeutet sie 1934 vor und nach dem 30. Juni, was im Jahre 1938? Was bedeutet das Innehaben eines Ranges in diesen verschiedenen Formationen?

Aus dieser Untersuchung ist eine Untersuchung der ungefähr 40 Gliederungen der NSDAP geworden, die in dem großen Fragebogen aufgeführt sind. Dabei hat es sich, um für unsere Verhältnisse zu sprechen, ergeben, daß eine ganze Reihe von dort genannten Institutionen bei uns praktisch unbekannt sind. Es hat sich daraus auch ergeben, daß rein örtlich und nach Zeiten verschieden, eine solche Vielfältigkeit der Fälle und der Gruppen von Fällen festzustellen war, daß man nicht einfach kategorisch Zugehörigkeit zu einer dieser Gliederungen als einen besonders abfälligen Punkt in der politischen Einstellung und im politischen Bekenntnis der betreffenden Person bezeichnen kann.

Die zweite Reihenuntersuchung wurde an vielen Fällen durchgeführt, teils im engeren studentischen Freundeskreis, aus dem ich hervorgegangen bin, und teils in einem weit größeren Rahmen. Diese zweite Untersuchungsreihe diente lediglich dem Versuch, eine allgemeingültige Feststellung zu formulieren, wie der unpolitische Durchschnittsdeutsche in die NSDAP gekommen ist, sie diente dem Versuch, die bunte Vielseitigkeit, die sich dabei ergab, in Gruppen aufzulösen. Aus dem übereifrigen Standpunkt, man muß dem Staat dienen, man muß ein Bekenntnis zum Staat ablegen, aus Feigheit, aus Streberei, aus Mangel an Erkenntnissen, aus der leichten Täuschungsmöglichkeit durch die Propaganda des Nationalsozialismus, kurzum aus einer ungeheuren Menge von Einzelumständen ist es dazu gekommen, daß sich ein geradezu diabolisches Spinnengewebesystem über das ganze deutsche Volk legte und die Wirkung hatte, daß zum Schluß noch kaum irgend jemand, der eine Tätigkeit ausüben wollte, vom braunen Spritzer verschont blieb. Durch diesen Umstand sind so viele wertvolle Kräfte lahmgelegt und aus der Verwendungsfähigkeit im neuen Staat ausge-

schlossen worden, daß damit auch eine Anzahl ernster Probleme entstanden ist, besonders dadurch, daß ja jede der in Betracht kommenden 900.000 Personen in Bayern zwei bis drei Familienangehörige hat, so daß bei einer Grundbevölkerung von 6,5 Millionen Menschen nahezu die Hälfte der Bevölkerung unseres engeren bayerischen Vaterlandes von den Ausstrahlungen des Problems betroffen wird.
Auf der anderen Seite war es mir sehr wichtig zu erkennen, wo die Triebkräfte, die Traktoren saßen, die das Volk dahin geführt haben, daß uns der Nationalsozialismus überwältigen konnte. Bei diesen Untersuchungen ist mir ganz klar geworden: Wenn wir das Stoßdämpfersystem der deutschen Staaten und keinen Einheitsstaat gehabt, wenn wir wie bei einem Schiff das Schottensystem der Sicherheitskammern gehabt hätten, wäre es unmöglich geworden, daß z.B. Bayern vom Nationalsozialismus überrannt worden wäre.

(Sehr richtig!)

Es hat eine Zeit gegeben, wo auch in Bayern die Bewegung einen etwas beängstigenden Umfang angenommen hatte. Aber der im Grunde sehr gesunde geistige Denkzustand des bayerischen Volkes hatte den Höhepunkt der Bräune bereits überschritten. Die Überwältigung Bayerns ist nur von außen her durch den Berliner Zentralismus möglich gewesen.
Das nur nebenbei. Neben diesen zwei Fragen, die ich in den Reihenuntersuchungen behandelt habe, war noch von wesentlicherer Bedeutung die Kernfrage: Welches waren die großen verderblichen Kräfte, die das bayerische Volk zum Nationalsozialismus hinführten? Einzelheiten dieser Erkenntnisse sind in einer Reihe von deutschen und englischen Ausarbeitungen aus den Monaten Juli, August und September 1945 zusammengefaßt. Sie sind mit sehr einsichtsvollen und maßgeblichen Personen aus dem Kreis der amerikanischen Behörden wie mit deutschen Freunden besprochen worden. Auf diesem Grundmaterial erwuchs dann der erste Versuch, eine gesetzliche Formulierung zu finden, und zwar ausgehend von folgendem allgemeinen Gedanken: Der Nationalsozialismus ist ein großes Verbrechen gewesen, begangen von Deutschen gegenüber Deutschen. Infolgedessen muß 1. die Aburteilung der Verbrecher durch Deutsche erfolgen und 2. kann eine endgültige Bereinigung nur stattfinden, wenn der Nationalsozialismus geistig überwunden wird durch edleres deutsches Gedankengut. Denn ein verlorener Krieg mit der Bedeutung, die dann den Siegermächten innerhalb des eigenen Volkes zukommt, hat in sich immer die Tendenz, daß insbesondere bei jungen Leuten der natürliche Gedanke der Vaterlandsliebe sich übersteigert und daß dann, wenn neu aufgebaut wird, Dinge, die Ausläufer der Vergangenheit sind, zu Lasten und zu Schulden der Kreise gerechnet werden, die den neuen Staat bauen sollen. Wenn Sie an all das Bittere denken, was naturgemäß mit einer Besetzung verbunden ist, wenn Sie die Frage der Zivilinternierten und der Kriegsgefangenen mit in Betracht ziehen, dann verstehen und wissen Sie, daß dieser Gefahrenkreis besonders groß ist und eine Reaktionsgefahr mit dem Neonazismus entsteht, um nur diese eine Gefahr zu nennen. Derartige Gedanken wie Neonazismus werden auch dann besonders stark, wenn man sieht, daß die ersten Versuche zur Bereinigung, die von der Besatzungsmacht unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit für die im Lande stehende Besatzungstruppe durchgeführt wurden, da nicht hineingegriffen haben, wo diese unmittelbaren Gesichtspunkte nicht wirksam werden müssen.
Das Ergebnis war, daß eine ganze Reihe von Leuten frei herumgelaufen sind, die örtlich als ausgesprochene Nutznießer oder sympathisierende Anhänger des Nationalso-

zialismus bekannt waren, daß also jener Zustand eintrat, daß man in vielen Gegenden hören konnte, daß Nationalsozialisten noch schöne Wagen fahren dürfen, daß sie unangetastet ihr Geschäft führen können, daß es ihnen gut geht und daß sie angesehene Leute sind, Nationalsozialisten, die eine Veränderung der Lage noch gar nicht empfinden, während auf der anderen Seite mancher kleine Beamte, mancher kleine Geschäftsmann die bittersten Dinge durchmachen mußte: Entlassung aus dem Amt, Blockierung seines Vermögens, Verlust der Stellung und Treuhänder im Geschäft.
Aus dem Zusammenwirken dieser Umstände mußte eine Atmosphäre entstehen, in der ein Neonazismus sich regen konnte oder regen kann. Diese Dinge waren auch zu erwägen. All das wurde zusammengefaßt in dem Versuch eines Gesetzes zur Reinigung Bayerns von Nationalsozialismus und Militarismus. Dieses Gesetz ist aus gemeinsamer Arbeit von unserem Staatssekretär Dr. *Ehard* und mir hervorgegangen in einem Zeitpunkt, als sich der als Minister bestellte Herr *Heinrich Schmitt* mit der Ausarbeitung von allgemeinen Richtlinien befaßte.
Als dann unter ständiger Anteilnahme des Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*] dieser Gesetzentwurf ausgearbeitet war, kam in gemeinsamen Beratungen, an denen Herr Minister *Schmitt* teilnahm, die Schlußfassung des Gesetzes zustande, das als Vorschlag eines bayerischen Gesetzes an die Militärregierung ging. Sehr bald wurde nun sowohl von der Militärregierung wie auch von den Mitgliedern im Länderrat in Stuttgart aus Württemberg-Baden und Hessen der Gedanke geäußert: Nachdem hier nun einmal der im großen und ganzen als glücklich bezeichnete Versuch gemacht wurde, die ungeheure Vielfältigkeit der Materie sowohl nach Motiven wie nach Zusammenhängen wie nach Lösungsmöglichkeiten zu gliedern, nachdem insbesondere darin ein absolut klares Rechtsverfahren vorgeschrieben war, das die individuelle Schuldhaftigkeit ergeben soll, damit die Entsühnungsmaßnahme dem Maße nach auch auf die Schuldhaftigkeit, die nachgewiesen ist, abgestellt werden kann, nachdem im Gesetz deutlich geworden war, daß die große Schar der durch besondere Umstände hineingedrängten Menschen einen Rückweg finden sollen, der ihnen die Mitarbeit im neuen Staat ermöglicht, nachdem all diese Vorfragen als mindestens gut gelungener Versuch angesehen wurden, sollte das Gesetz ein Zonengesetz werden.
Im Dezember fanden dann Besprechungen in Stuttgart statt. Anfang Januar haben wir in einer dreitägigen Gewalttour eine Zonenfassung gemacht, bei der sich unser Gesetz, ich muß sagen leider, stark verändert hat, weil eben auch Hessen und Württemberg-Baden zu Wort kamen, die zum Teil ganz anders gelagerte Verhältnisse haben. Anfang Februar wurde der Entwurf einer gemischten Kommission vorgelegt, bei der auf amerikanischer Seite Herr *Fahy*[7] (?) den Vorsitz führte, der frühere stellvertretende Justizminister der Vereinigten Staaten, der zu jener Zeit Leiter der Abteilung für Rechtsfragen im Kontrollrat war. Wir haben in einem dreiwöchigen Konklave das Gesetz nach allen Seiten hin überarbeitet. Wir haben manchen großen Schmerz dabei erlebt. Insbesondere war es für uns das Allerschwerste, daß das Kontrollratsgesetz vom 12. August 1945 mit seinen Kategorien, die in erster Linie für die Überprüfung in Betracht kommen, ob sie als Hauptschuldige und Aktivisten anzusehen sind, daß diese Kategorien, die schon vor längerer Zeit aufgestellt worden waren und deren Zusammenstellung nicht in Stuttgart an Ort und Stelle stattgefunden hatte, nicht abgeändert werden konnten. Es wurde uns allerdings dabei erklärt, daß man ein absolutes Ver-

[7] In der Vorlage: "Vay".

trauen in die Rechtlichkeit und Gerechtigkeit der von uns einzusetzenden Ausschüsse setzt. Der Zweck dieser Kategorien, die jetzt im Anhang des Gesetzes zusammengefaßt sind, sei der, wie ein großer Trichter zu wirken, daß all die Leute aus Positionen, bei denen man annehmen muß, daß sie ein gewisses hohes Mindestmaß von Vertrauen bei den braunen Machthabern besessen haben müssen und die bisher alle Säuberungsversuche überlebt haben, vor den Ausschüssen antreten müssen, um sich zu rechtfertigen. Wenn sie sich rechtferigen können, sind sie gerechtfertigt. Wenn sie sich nicht rechtfertigen können, dann sind sie eben als Präsumptivangehörige dieser zwei Gruppen zu behandeln.
Das Vertrauen, das man in unsere Rechtlichkeit setzte und zum Ausdruck brachte, war sehr groß. Die Wünsche, die wir vorbrachten und die auf unserer genauen Kenntnis der Verhältnisse basierten, fanden nur zu einem Teil Erfüllung. In der Schlußüberlegung mußten wir uns aber sagen: Wenn das Gesetz uns die Möglichkeit gibt, daß wir alle Fälle überprüfen können, die aufgrund des Gesetzes Nr. 8 bereits verabschiedet sind, wenn das Gesetz Nr. 8 dann aufgehoben wird, wenn es dann überhaupt die Möglichkeit gibt, daß dieser ganze Komplex nach gleichen Gesichtspunkten aufgrund einer wohlausgearbeiteten Rechtsnorm von Deutschen durchgeführt und erledigt werden kann, dann ist das die Annahme eines Standpunktes, der uns als Ausgangspunkt der Überlegungen ganz selbstverständlich war. Man darf nicht vergessen, daß es sich um viele zehntausende von Fällen handelt, die bei der Arbeitserlaubnis oder Arbeitsverweigerung verbeschieden wurden, die zu Entlassungen, zur Einstellung der Gehaltszahlungen, zur Einsetzung von Treuhändern, zur Blockierung des Vermögens usw. führten, daß bei einer Neuüberarbeitung des gesamten Fragenkomplexes tausende von Menschen wieder in das Wirtschaftsleben eingegliedert und eine große Anzahl von wertvollen Kräften anständiger Menschen verfügbar gemacht werden können.
Das war ebenso wie der moralische Grundsatz, daß nun Deutsche diese Fragen bereinigen sollen, ein sehr wichtiger Punkt für die Annahme. Weiterhin war dafür der Gedanke maßgebend, daß uns jetzt ein geordnetes Rechtsverfahren die Grundlage gibt, den einzelnen Fall individuell zu klären und die Entsühnungsmaßnahme individuell festzusetzen. In einer sehr denkwürdigen Aussprache mit General [*Fahy*] hatte ich die Ziffern entwickelt, die aufgrund von Schätzungen als in Betracht kommend anzusehen sind. Das sind für Bayern rund 850.000 bis 900.000 Fälle. Davon nun faßt die Zahl der Mitläufer wahrscheinlich über 700.000 Fälle, vielleicht sogar 800.000 mit Einschluß derer, die Bewährungsfrist erhalten. Es wurde erst in dieser Unterredung zugestanden, daß diese Personen nicht als Aktivisten behandelt werden müssen. Aus den 900.000 Fällen müssen dann etwa 20.000 zur Behandlung als ganz schwere Fälle kommen, das sind also etwa 2% der Gesamtheit der Fälle. Sie kommen für ganz schwere Strafen wie mehrjährige Straflager, Aberkennung von bedeutenden Teilen des Vermögens, dauernde Berufsbeschränkungen usw. in Frage. Hier handelt es sich vor allem darum, die wirklichen Nutznießer, die großen Traktoren, die großen Förderer und Wegbereiter und die Bestien der Bewegung, die sich Denunziationen und Mißhandlungen haben zuschulden kommen lassen, einer unerbittlichen Strafe zuzuführen. Für diese Personen soll eine Strafe festgesetzt werden nach den Grundsätzen, die ich bereits genannt habe und die den Leuten Hören und Sehen vergehen läßt und alle Lust nimmt, sich wieder mit Dingen zu befassen, die auch nur im entferntesten an Neonazismus erinnern könnten.

Bei der überbleibenden Masse der anderen vom Gesetz betroffenen Menschen sind zwei Gruppen geschaffen. Die eine umfaßt die Gruppe mit Bewährungsfrist. Sie ist insbesondere dort vorgesehen, wo Leute, ohne daß sie sich an sichtbaren Verbrechen beteiligt haben, durch ihre Großspurigkeit und das Gewicht ihres Ansehens dazu geholfen haben, daß kleine und schwache Leute der Versuchung und dem Druck erlegen sind, weil sie sich sagen mußten: Wenn ein solcher Mann nachgibt und in die Partei hineingeht, kann man es mir kleinem Mann auch nicht verübeln. Diese Ziffern wurden zuerst mit Überraschung aufgenommen, sind aber bei der weiteren Gestaltung als eine Art stillschweigender Grundlage angesehen worden. Bei der weiteren Aussprache haben die Herren aus Hessen und Württemberg-Baden sehr bald erklärt, der genannte Schlüssel dürfe auch bei ihnen zutreffen.
Das war die Entwicklungsgeschichte des Gesetzes. Es wurde dann in München in diesem Saale am 5. März angenommen. Die Länderratssitzung war hier, weil man die Vorarbeit von bayerischer Seite besonders anerkennen wollte. Bei allen Schwächen hat das Gesetz doch bedeutende Vorteile. Mit ihm wird die Behandlung des Problems über die Gesetzlosigkeit weit hinausgehoben. Die Durchführung des Gesetzes hat allerdings gelitten an organisatorischen Fehlgriffen und Fehlzündungen, an dem Mangel an Klarheit der Steuerung im höchsten politischen Sinn. Das hat dazu geführt, daß die Durchführung des Gesetzes zum Teil als Parteiensache sehr radikaler Art aufgenommen wurde oder so wirkte, daß das Gesetz zum Teil zu einem Instrument örtlicher Diktatur wurde, daß die Leute, die sich zur Mitarbeit bereit erklärten, von einer Seite aus beurteilt wurden, die politisch dazu bestimmt nicht kompetent war.
Auf der anderen Seite kam ein gewisser Widerwillen daher, daß man sagte: Wie komme ich dazu, daß ich mich zur Verfügung stelle? Dann werde ich abgeschossen, weil ich einer bestimmten Seite nicht passe. Das führte dazu, daß gerade Elemente, die besonders wertvoll und wichtig für die Durchführung des Gesetzes im Sinne einer ganz hohen Aufgabe sind, sich zu stark zurückgehalten haben.
In der letzten Zeit kam dann noch die Mischung mit politischen Gesichtpunkten im höheren Sinne dazu. Man sagte: Wenn die Christlich-Soziale Union die größte Partei in Bayern ist, soll sie bei der Durchführung dieses heiklen Gesetzes auch zeigen, was sie kann. Das ist an und für sich eine sehr kritische Stellungnahme zu den Dingen. Ich möchte ausdrücklich zwei Punkte hier betonen. Das eine ist: Möge niemand irgendwo die Behauptung stillschweigend entgegennehmen, daß nun die Union einen weiteren Minister in der Regierung *Hoegner* habe. Meine Damen und Herren, die Übernahme dieses Ministeriums ist nicht eine Verstärkung des Einflusses der Union, sondern sie bedeutet, daß ein Vertreter der Union dieser Regierung die allergrößte Last und Sorge abnehmen soll.

(Sehr richtig!)

Ich sage Ihnen ganz offen: Wenn ich nicht nach dieser großen Vorarbeit so mit dem Gesetz verwachsen gewesen wäre und wenn nicht mein Tiefstes und Innerstes mir gesagt hätte, mich erbarmt des Volkes, weil ich gesehen habe, daß man hier vor der Frage im Faust steht: "Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein", dann hätte mich keine politische Rücksicht auf Union, auf Einfluß oder irgend etwas dazu gebracht, diese Aufgabe zu übernehmen.
Diese Aufgabe ist im ganzen gesehen die höchste moralische und politische Aufgabe, die es in Bayern zu lösen gibt. Ob es meiner Kraft gelingt, weiß ich nicht. Wenn ich bei dieser Aufgabe das Ende meiner politischen Tätigkeit erlebe, nun gut, dann soll

das sein. Ich werde aber mit aller Kraft, mit aller Überzeugungsmöglichkeit den Versuch machen, in die Tat umzusetzen, was ich gestern oder vorgestern bei der Übernahme des Ministeriums ausgesprochen habe. Ministerpräsident Dr. *Hoegner* führte dabei das Argument an, daß es wichtig sei, daß auch ein Vertreter der Christlich-Sozialen Union hier an führender Stelle mitarbeite. Ich nahm diesen Faden auf und sagte in meiner Antwort, daß ich nie und nirgends meine Zugehörigkeit zur Union, zu deren Gründungsmitgliedern ich gehöre, verleugne oder unter den Scheffel stelle und daß ich in allen politischen Fragen und in jeder Stellungnahme zum öffentlichen Leben überall als Vertreter und Angehöriger der Union meine Überzeugung über das, was notwendig ist, aussprechen werde.

(Beifall.)

Ich sagte weiter, zu den führenden Mitarbeitern des Ministeriums gewendet: Meine Herren, ich erwarte und setze voraus, daß jeder von Ihnen seine gefestigte politische Einstellung zu den Problemen des öffentlichen Lebens hat. Das ist sein Recht und im demokratischen Staat seine Pflicht. Aber unsere gemeinsame Aufgabe hier in diesem Ministerium ist es, die Ausführung dieses Gesetzes aus der Sphäre der Politik emporzuheben und das Gesetz zum Prüfstein für die größten moralischen Kräfte unseres Volkes zu machen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Aus verschiedenen Dingen, die sich in den letzten 52 Stunden im internen Bereich abgespielt haben, habe ich den Eindruck bekommen, daß man mich ausgezeichnet verstanden hat. Ich habe weiterhin gesagt: Es handelt sich darum, sehr viel Sand aus den Zahnrädchen der bestehenden Maschine zu nehmen und auch die Erfahrungen, die man gesammelt hat, sich in bestimmten Maßnahmen auswirken zu lassen. Zu diesen Maßnahmen gehört es unter allen Umständen, daß alle Kreise des Volkes ein absolutes Vertrauen zu den Organen haben, welche als Ankläger und Richter die Einzelfälle zu behandeln haben werden. Ich ließ infolgedessen keinen Zweifel darüber, daß alles überprüft werden wird und daß dort, wo sich wirklich feststellen läßt, daß Sand in die Maschine gekommen ist, daß Diktatur geübt wird, daß dort der Zustand nicht bleiben kann.

Es gibt eine ganze Reihe von Aufgaben, zu deren Durchführung man neue Kräfte braucht. Da appelliere ich jetzt an Sie als meine Parteifreunde, daß Sie wirklich die Menschen, Frauen und Männer abstellen, die wir notwendig haben, daß wir die Zahl der Kammern vergrößern können. Wir wollen 215 Kammern aufstellen und fünf Berufungskammern. Von den 215 Kammern sind 47 noch nicht marschfähig, weil es noch an irgendeinem Punkte hapert. Die etwas über 150 vorhandenen Kammern sind erst im Anlaufen begriffen. Wenn Sie dann rechnen, daß ungefähr 5,5 oder 6 Millionen Meldebogen durchsortiert werden mußten und müssen - denn bei den Kammern, die noch nicht stehen, hat die Durchsortierung der Meldebogen noch gar nicht begonnen -, daß dann voraussichtlich 900.000 übrigbleiben, bei denen ein Verfahren durchgeführt werden muß, dann sehen Sie, daß bei 200 Kammern im Durchschnitt ca. 5000 Fälle auf die Kammer treffen. Wenn man nicht das Gesetz in Verruf bringen will, indem man gewisse Meldebogen einfach mit dem Aufdruck o.k. versieht und wenn die kleinen Geldstrafen noch bleiben, die jetzt Vorschrift sind und derentwegen wir erneut eine begründete Bitte an General *Clay* gerichtet haben - denn jetzt kann es dazu kommen, daß einer mit 300 RM Geldstrafe dafür wegkommt, daß es ihm ganz erträglich gegangen ist, weil er zur Partei gegangen ist, und die anderen, die nicht zur Partei

gegangen sind, müssen zuschauen, wie ihnen soundso viele Mitläufer wieder vor die Nase gesetzt werden -, wenn wir all das verhindern wollen, müssen wir zwei Dinge machen:
1. Ich muß als verantwortlicher Mann bei den zuständigen Stellen als Gefühl des ganzen Volkes die Überzeugung vortragen können, daß man mit den kleinen Strafen bei reichen Leuten das Gegenteil des gewollten Eindruckes erweckt, und 2. muß ich sagen können: Wenn man weiß, daß wirklich die Gerechtigkeit als oberstes Ziel dasteht, dann werden in Zukunft so viele Leute sich bereit erklären mitzumachen, daß wir eine bedeutende Abkürzung in der Abwicklung des Gesetzes herbeiführen können.
Wir denken gegenwärtig daran, die Sache dadurch zu erleichtern - sie ist noch nicht verbeschieden und hängt vor allen Dingen davon ab, ob Kräfte aus dem Kreis der Union und uns befreundet gegenüberstehenden Menschen sich in größerer Zahl zur Verfügung stellen -, daß man die Kammern, die mit einem Vorsitzenden, einem stellvertretenden Vorsitzenden, einem öffentlichen Ankläger und dessen Stellvertreter und einer Reihe von Beisitzern besetzt sind, in kleine und große Senate in der Weise auflöst, daß ein stellvertretender Vorsitzender, ein stellvertretender öffentlicher Ankläger und zwei Beisitzer die kleinen Fälle durchprüfen, die man gegebenenfalls auf schriftlichem Weg erledigen kann, und daß die größeren Kammern mit dem öffentlichen Hauptankläger, dem Vorsitzenden und vier Beisitzern die Fälle behandeln, bei denen eine öffentliche Verhandlung durchgeführt werden muß. Wenn wir genug Leute bekommen, die mitmachen - und wir benötigen dafür etwa 6-7000 Personen -, könnten wir dahin kommen, daß wir jede Kammer mit einer Hauptkammer und zwei Flügelkammern ausstatten. Dann wäre es möglich, im Verlaufe von ungefähr sieben bis acht Monaten das Problem zu lösen, daß nur noch einige Tausend Fälle übrigbleiben, die längere Nachforschung nötig machen, wie Fälle der Klasse I und II, wobei es sich also um Leute handelt, bei denen uns das Mitleid nicht allzusehr zu packen braucht, wenn die Zeit der Unsicherheit bei diesen Leuten länger dauert. Die anderen Fälle könnten rasch und glatt und in individueller Überprüfung erledigt werden.
Das ist, wie ich sagte, nur möglich, wenn sich in größerem Umfange vollkommen unbelastete Menschen aus unseren Kreisen zur Verfügung stellen. Ich muß das ausdrücklich bemerken: Es wird wirklich dafür gesorgt, daß niemand Angst haben muß, daß man ihn anschießen und zu Fall bringen kann, bloß weil man fürchtet, daß mit ihm ein Element in die Kammer kommt, das soziologisch oder ideologisch für gewisse Leute unerwünscht ist. Mit dieser Möglichkeit eines Terrors wird aufgehört. Sie werden das sehr bald merken. Denn wie ich Ihnen sagte, stehe ich auf dem Standpunkt, daß das Gesetz im ganzen aus der Sphäre des Politischen herausgehoben werden muß. Sie werden dann auch verstehen, wenn ich in der nächsten Zeit nicht als Vertreter der Union in öffentlichen Versammlungen sprechen werde. Denn ich fühle mich verpflichtet, dabei mit gutem Beispiel voranzugehen, oder wenn ich spreche, nur über diese Fragen zu sprechen, damit man sieht: Nun will die Union ihrerseits der große Traktor sein, daß diese Fragen rasch gelöst werden, daß wir den Weg freimachen und bereiten für den Aufbau eines gesunden neuen Staates und für ein neues, edleres Gedankengut.
Das sind die Überlegungen, die ich in den zehn Tagen, seit die Frage der Umbesetzung des Ministeriums spielt, angestellt habe. Zwei Dinge waren es, die mich am Tag meiner Berufung sehr bewegten. Das eine war, daß meine Berufung erfolgte in den Tagen, wo ich vor genau einem Jahr die erste Zeile geschrieben habe, aus der dann

das Gesetz hervorgegangen ist. Das zweite war, daß ich eine Stunde, nachdem ich mein Amt angetreten habe, als erste Amtshandlung die Vereidigung einer Reihe von Vorsitzenden von Spruchkammern, von Berufungskammern und öffentlichen Anklägern vorzunehmen hatte. In dem Eid, den ich diesen Leuten abnahm und über den ich zu ihnen gesprochen habe, habe ich meine eigene innere Verpflichtung mit ausgesprochen.
Und nun bitte ich Sie alle: Helfen Sie jetzt dem Manne der Union, daß er diese Aufgabe erfüllen kann.

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*] dankt Staatsminister *Pfeiffer* für die Ausführungen und erklärt, daß die Union zusammenhelfen werde, damit er die schwierige Aufgabe der politischen Säuberung erfüllen könne.

Die Sitzung wird um 17.28 Uhr zu einer kurzen Pause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 17.44 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*] eröffnet nach Aufzählung der Anträge, die noch zu erledigen seien, die Diskussion über die beiden Referate.
Euerl stellt einige Detailfragen. Er wird in seinen Ausführungen durch eine Wortmeldung Dr. *Hundhammers* zur Geschäftsordnung unterbrochen, der geltend macht, daß die Zeit jetzt nicht mehr zur Beantwortung von Detailfragen ausreiche, sondern für die politische Debatte zur Verfügung gestellt werden müsse.
Staatsminister Dr. *Pfeiffer* schließt sich der Meinung Dr. *Hundhammers* an. Er könne jetzt noch nicht alle Fragen sofort beantworten, nachdem er ja erst kurze Zeit im Amte sei und nicht habe Minister werden wollen. Er bitte die Antragsteller, sich schriftlich an ihn zu wenden. Sämtliche Anfragen würden umgehend beantwortet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß in der Debatte nur grundsätzliche politische Fragen besprochen werden sollten.
Euerl gibt seinem Wunsche Ausdruck, daß die Union endlich die Verantwortung übernehmen möchte. Es sei schon da und dort die Ansicht zu hören, daß sich die Union scheue, dies zu tun.
Zum Bericht des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses bemerkt Redner, daß die Franken ebenfalls erstaunt gewesen seien, daß sich dieser so sehr für den Staatspräsidenten eingesetzt habe.

(Widerspruch.)

Das widerspreche der Haltung der Unionsanhänger in Franken, die auch in den Versammlungen vertreten worden sei.
Einer baldigen Klärung bedürfe die Frage eines Wirtschaftsprogramms. Die Wähler könnten jetzt verlangen, daß man ihnen reinen Wein einschenke.
Redner unterstreicht dann die Ausführungen *Haußleiters* über den Abmarsch der evangelischen Bevölkerungskreise aus der Union in Franken und knüpft daran die Bitte, daß die Verhandlungen im Landesausschuß in Zukunft in einem Geiste geführt werden möchten, daß alle Mitglieder der Union daran teilnehmen könnten.
Dr. *Schlögl* führt aus: Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Der Herr Vorsitzende hat vorhin von einer Opposition im Landesausschuß gesprochen. Ich glaube, in *der* Form ist er zu weit gegangen. Richtig ist, daß ein Flügel in der Union, wenn man ihn

so nennen darf, tatsächlich Anlaß hat zu Kritik an der Haltung des Landesvorsitzenden. Ich möchte in aller Ruhe und Sachlichkeit diese Kritik hier darstellen, nicht, weil wir Opposition treiben, sondern weil es im Interesse der Union notwendig ist, daß wir einmal klare Verhältnisse schaffen. Ich bitte den Herrn Landesvorsitzenden, mich dabei nicht zu unterbrechen. Ich sage ihm ganz genau - ich bin ein Niederbayer -, klipp und klar die Wahrheit.
Es ist mir aufgefallen, daß heute ausgerechnet die Presse vom Reich da war. Von den bayerischen Journalisten habe ich niemand gesehen.

(Zuruf: Süddeutsche Zeitung, Neue Zeitung!)

Meine Frauen und Herren! Ich komme vom Journalistenberufstand her. Ich bin auch Journalist gewesen. Das empfindlichste Wesen ist ein Journalist. Denn er muß wie eine hohe Dame behandelt werden. Wenn ein Parteivorsitzender in dieser Beziehung Fehler macht, so hat das immer Rückwirkungen. Ich kenne zufälligerweise den Telegraf von Berlin. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich lese das Blatt alle Tage. Die Haltung gegenüber Bayern ist absolut unfreundlich. Es sind in dieser Zeitung Wendungen enthalten, die uns zeigen, daß man uns als eine Art Hilfsvölker behandeln will, wie man in Berlin oft gesagt hat. Wir bitten daher, daß in Zukunft diejenigen Presseleute, die der Union in Bayern angehören, unbedingt auch zu unseren Beratungen herangezogen werden. Man kann sich ja hernach unterhalten, ob nicht sofort ein geschlossener Bericht herausgegeben wird oder ob es dem einzelnen Journalisten gestattet ist, daß er selbständig zu Tagungen Stellung nimmt.
Es ist eine bekannte Tatsache, daß es gerade der Bauernflügel war, der Dr. *Müller* auf den Schild erhoben hat. Das wurde uns damals sogar sehr stark verübelt. Wir hatten mit Dr. *Müller* auch keine Differenzpunkte. Die Differenzpunkte begannen mit der Beratung der sogenannten fünf Punkte, die dann Gegenstand der Landesversammlung waren. Es ist damals schon sehr schwer hergegangen. Wir haben damals tief bedauert, daß diese Schärfe hineinkam und wir saßen - mein Freund zur Linken wird mir das bestätigen - noch bis 1 Uhr nachts zusammen, um diesen Riß in der Union zu leimen. Er wurde auch geleimt. Aber ich bin der Meinung, daß der Riß immer noch besteht und bereits etwas größer geworden ist. Wir müssen im Landesausschuß soweit kommen, daß dieser Riß einmal beseitigt wird.
Sie wissen, daß ich Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes bin. Der Bayerische Bauernverband ist wohl überparteilich und wird auch überparteilich bleiben. Diese Organisation wird aber kraft ihrer Haltung für die Zukunft der Union ausschlaggebend sein. Meine Organisation ist mit dem heutigen Tag abgeschlossen. Ich habe mir einen Schlußstrich ziehen lassen. Der Bayerische Bauernverband zählt jetzt 317.543 Mitglieder. Wir sind bisher in unserem Blatt sowohl wie auch sonst in der Öffentlichkeit - von internen Sachen abgesehen - sehr loyal gegenüber der Union eingestellt gewesen. Wir haben diese Einstellung auch bewiesen. Trotz aller Bedenken haben die bekannteren Persönlichkeiten für die Union kandidiert, obwohl ein Beschluß eines Organs von uns vorlag, daß wir nicht kandidieren sollten.
Sie sehen daraus, daß dieser Verband, die bestorganisierte Truppe, die wir außer den Gewerkschaften überhaupt in Bayern haben, wohl auch ein Recht hat zu kritisieren. Deswegen nehme ich zugleich als Mitglied der Union das Recht in Anspruch, die Dinge offen aufzuzeigen, die mir eine Gefahr für die Union bedeuten.
Die fünf Punkte waren die erste große sachliche Differenz. Es handelt sich um nichts anderes sonst. Dr. *Müller* ist uns gut und recht. Wir haben nichts gegen ihn. Aber

wenn sich schwere sachliche Differenzen ergeben, so sind wir selbstverständlich so frei, das zu sagen, und zwar mit der uns ureigenen Kraft. Bauernfäuste und Bauernsprache sind immer sehr deutlich. Daher wird auch Herr Dr. *Müller* außerordentlich deutlich meine Meinung zu hören bekommen.
Die fünf Punkte wurden von der Landesversammlung beschlossen. Ich hatte erwartet, daß sie als das Übergangsprogramm der Union in aller Welt verkündet würden. Ich habe wohl in den Tageszeitungen der ganzen bayerischen Presse einige Tage später die Rede des Herrn Parteivorsitzenden gelesen. Das ist gut und recht. Wir sagen gar nichts, wenn er sich in der Öffentlichkeit rührt. Seine Rede hat er sogar etwas verbessert. Hier war sie etwas weniger schön. In der Presse stand sie sehr schön. Es war ein ganz geschicktes Arrangement. Aber daß er vergessen hat, die Willenskundgebung der Delegierten auch mit zu veröffentlichen, haben wir ihm sehr schwer angekreidet. Es war früher bei allen Parteien immer so, daß die Presse über solche Willenskundgebungen berichtet hat.
Es wurde uns dann gesagt, die fünf Punkte würden im Mitteilungsblatt erscheinen. Meine Damen und Herren! Mitteilungsblatt der Union ist gut und recht. Aber ich habe den Eindruck bekommen, als ob man es in das Mitteilungsblatt aufgenommen und nicht durch Presse und Radio bekanntgegeben hat, weil die Union, wenigstens die maßgeblichen Persönlichkeiten, nicht mit ganzem Herzen hinter diesem Beschluß stehen. Diese Angelegenheit hat schwer verstimmt, und ich habe sie tief bedauert.
Noch viel schlimmer war eine andere Tatsache, die uns dann im Vorparlament zu einem fürchterlichen Eiertanz gezwungen hat. Grund dazu war ein Artikel von Dr. *Kroll* im Oberfränkischen Volksblatt, Mitteilungsblatt der Christlich-Sozialen Union in Oberfranken, vom 24. April 1946, also nach der Tagung der Landesversammlung.
Meine Frauen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt, gegen Dr. *Kroll* müßte von parteiamtlicher Seite heute noch eingeschritten werden, weil er so ein Zeug geschrieben hat. Schreibt er es in einer Tageszeitung, dann kann er so dumm schreiben, wie er will. Aber wenn er es in einem Mitteilungsblatt der Union schreibt, so ist das eine Sache für sich. Dr. *Müller* wird entgegenhalten, ich habe in der Isar-Post einen Artikel geschrieben. Das ist meine persönliche Meinung. Aber in das Mitteilungsblatt darf Dr. *Kroll* so etwas nicht hineinschreiben.
Es steht nämlich in diesem Artikel: "Große Entscheidungen in nächster Zeit. Verfassung oder Flickwerk". Weiter unten heißt es dann:

> Einheitsstaat, Bundesstaat, Staatenbund. Zunächst ergibt sich die Frage, ob die Zeit schon reif ist, für Bayern eine Verfassung, seine endgültige Festlegung des staatlichen Systems auszuarbeiten, wo wir noch nicht wissen, wie die anderen deutschen Länder sich entscheiden und wo wir vor allem von der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, also der übergeordneten staatlichen Einheit noch weit entfernt sind.

Meine Frauen und Herren! Dieser Satz ist denkbar unglücklich und hat uns unendlich geschadet. Ich habe Resolutionen der oberfränkischen Bauern in der Hand, die mir das beweisen. Der Bauernverband sollte sogar eine Protestversammlung in Bamberg abhalten, um gegen solche Auslassungen Stellung zu nehmen. Wir haben es im Hinblick auf die Wahl nicht getan. In einem parteiamtlichen Organ muß man gescheiter daherreden. Das ist gegen den Beschluß der Landesversammlung. Ich habe mir letzthin in der Parteileitung schon erlaubt zu sagen, ich hätte gewünscht, daß diese fünf

Punkte tatsächlich überall eingehalten worden wären. Dann wären diese Konflikte, die wir jetzt glücklich haben, sicherlich nicht passiert.
Und nun komme ich zu der Person des Herrn Landesvorsitzenden selber. Meine Herren! Ich habe dem Herrn Landesvorsitzenden tatsächlich insoweit etwas zu sagen: Ich bin älter wie er. Er mag gescheiter sein wie ich, aber ich bin auch schon lange Zeit in der Politik. Darum darf ich freundschaftlich etwas zu ihm sagen. Ich hätte den dringenden Wunsch, der Herr Landesvorsitzende möchte weniger reden. Was er redet, muß schriftlich aufgeschrieben sein. Denn wenn er irgendwelche mißverständlichen Wendungen gebraucht, so kommen sie todsicher in die Presse, vor allem wenn sie nicht so sind, daß sie ohne Kritik bleiben können.
So haben uns z.B. seine Äußerungen über die Entnazifizierung außerordentlich schwer geschadet. Die Mitglieder des Vorparlaments mußten schnell noch im letzten Augenblick eine Loyalitätserklärung abgeben. Der Bayerische Ministerpräsident [*Wilhelm Hoegner*] ist nämlich ein großer politischer Taktiker. Er war so geschickt und hat nicht nur die *Krollsche* Äußerung, sondern auch die Äußerungen des Herrn Landesvorsitzenden dazu verwandt, um uns im Vorparlament in versteckter und offener Weise anzugreifen, wodurch Leute von uns kopfscheu gemacht worden sind.
Wenn uns dann in der Entnazifizierung loyale Haltung abgesprochen worden ist, so haben wir es diesem Zustand zu verdanken. Ich sage Ihnen das eine: Unser lieber Freund *Pfeiffer* ist das größte Opfer des Landesvorsitzenden. Jetzt haben wir wirklich die Verantwortung in der Denazifizierung. Jetzt müssen wir beweisen, wie wir sie durchführen. Sie sehen also, irgendein Wort des Landesvorsitzenden wird als Meinung der Union aufgefaßt und es gibt dann hernach große Schwierigkeiten.
Der Bayerische Bauernverband sah sich veranlaßt, weil die Kritik fürchterlich einsetzte und die Zuschriften kein Ende mehr nahmen, in Ingolstadt eine große Bauernversammlung einzuberufen und durch mich bestimmte Erklärungen abgeben zu lassen. Das hätte es alles nicht gebraucht, wenn unser Landesvorsitzender schweigsamer wäre und sich seine Worte tatsächlich immer überlegen würde. Als Landesvorsitzender hat er eine ungeheuere Aufgabe. Ich möchte nicht an seinem Posten sein, obwohl ich auch viel vertragen kann und gute Nerven habe. Aber er muß seine Redseligkeit etwas bezähmen.
Genau[so] ist es mit seiner Berliner Rede. Was habe ich mich bemüht, daß er nicht nach Berlin fährt! Ich habe gewußt, es kommt ein Debakel dabei heraus. Ich weiß, er ist, ich möchte sagen, ein politischer Schöngeist. Es rührt ihn alles, was da droben vorgeht. Meine Frauen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt, zunächst müssen wir unser eigenes Haus in Ordnung bringen.

(Sehr richtig!)

Erst dann kümmern uns die anderen Zusammenhänge. Wir vom Bauernstand sind keine Gegner eines Reiches. Aber wo ist das Reich? Es wird schon etwas gemacht, was noch gar nicht gezeugt ist. Das ist ein Zustand, der nach meinem Dafürhalten unmöglich ist, selbst wenn ich da oben Bekehrungsversuche machen will. Ich sage eines: Den Herrn *Kaiser* bekehrt unser Landesvorsitzender nie.

(Sehr richtig!)

Und wenn mir Bauern schreiben: Was ist richtig, der Föderalismus von der Gedonstraße 4 oder der Föderalismus von Herrn *Kaiser*, dann bin ich fest überzeugt, daß die Bauern recht haben.

Ich kann Ihnen hier einen Brief verlesen, damit Sie sehen, daß die Bauern das schreiben. So dumm, wie sie manchmal von bestimmten Großstädtern angeschaut werden, sind sie nicht. Im Gegenteil, sie sind hellhöriger als wir. So schreibt ein Bauer:

> Zu meiner größten Verwunderung habe ich gestern abend am Radio gehört, daß die CDU-Kundgebung in Berlin sozusagen mit einer Verbrüderung des Föderalismus des Herrn *Kaiser* mit dem des Herrn Dr. *Müller* geendet hat. Ich weiß nicht, welcher Föderalismus nun gesiegt hat, der Berliner Föderalismus oder der Föderalismus der Gedonstraße in München.

Der weiß sogar Deine Wohnung, weil er wahrscheinlich schon öfters dort war.

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*]: Weil er es wahrscheinlich vom *Schlögl* gehört hat!)

Nein! In der Regie bin ich oft glücklicher als Du. Das gebe ich zu. Dieser Brief ist absolut nicht bestellt.

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*]: Du hast mehr Zeit für Regie!)

Nein! Ich habe weniger Zeit als Du, ich rede nicht soviel. Das ist der Unterschied.

> Beide Arten von Föderalismus haben nach meiner Überzeugung nichts mit dem bayerischen Föderalismus zu tun. Worin man sich in Berlin geeinigt hat, ist der alte Scheinföderalismus der Weimarer Verfassung, hinter dem als ewig drohendes Gespenst der Zentralismus alter Prägung steht, der letzten Endes zum Hitlerismus geführt hat und der morgen in einem neuen totalitären Staat enden kann.

Also, mein lieber *Müller*, das ist ein Bauer, der hat 40 Tagwerk Grund. Er ist auch ein Politiker. Ich kann Dir nur eines sagen: Diese Rede in Berlin, wenigstens soweit es den Auszug im Radio betrifft, hat in Bauernkreisen ganz verheerend gewirkt. Darüber gibt es keinen Zweifel. Wie sich die Städter dazu einstellen, habe ich nicht zu untersuchen.

Auch Deine heutige Rede hat mich nicht davon überzeugen können, daß Du wirklich im Grunde die Gedanken des Föderalismus ganz hochhältst. Ich kann mir nicht helfen: Deine heutige Rede war wieder dazu angetan, die Begriffe Föderalismus nicht so zu formulieren, wie es notwendig wäre. Ich glaube nicht, daß Du Unitarist bist, auch wenn Du am Zipfel Bayerns geboren bist. Daß der preußische Einfluß bei Dir maßgebend ist, sehe ich überall. Aber ich nehme an, daß Du in der Münchner Schule langsam etwas anders eingestellt wirst.

Wie auch die Dinge liegen und stehen: *Müller*, ich muß Dir ernstlich eines sagen - und das ist die Erklärung, die ich abzugeben habe: Unser Verband muß in dieser Frage die Dinge klären. Es ist so viel Mißtrauen in der Landwirtschaft und in der Bauernschaft, daß wir gezwungen sind, unsere maßgebenden Organe einzuberufen, um uns mit unserem schlampigen Verhältnis zur Union zu befassen. Dieses Verhältnis muß in irgendeiner Form geklärt werden. Bis zu dieser Klärung ist kein Mitglied unseres Verbandes, das maßgebend in der Union ist, in der Lage, irgendein Amt in der Partei weiterzuführen.

Bei dieser Versammlung wird weiterhin auch geklärt werden, ob wir in der Lage sind, unsere Mandate beizubehalten oder nicht. Ich bin gezwungen, diese Erklärung hier abzugeben.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Ich habe sicherlich nicht verletzend gesprochen, aber Sie sehen den Ernst der Situation, und ich bitte Sie dringend, nehmen

Sie auf die Mentalität der Bayern und insbesondere auch der bayerischen Landwirtschaft Rücksicht. Ich habe mich gewundert, daß die fränkischen Bauern noch viel energischer in der Tonart sind als die altbayerischen Bauern.

(Hört, hört!)

Ich war selber bei der Kreisvorstandssitzung in Oberfranken anwesend. Wenn der Dr. *Kroll* dagewesen wäre - wo sitzt er?

(Zuruf: Er ist nicht da!)

Schade, dem hätte ich noch viel deutlicher die Meinung gesagt.
Die Bauern sind so erbittert über den Artikel, insbesondere deswegen, weil die Gedonstraße 4 es nicht für wert gefunden hat, den Artikel zurückzunehmen. Es kann auch einmal ein Dr. *Kroll* einen Fehler machen. Aber der Herr Parteivorsitzende hätte ihn an den Ohren nehmen müssen. Er hätte in die nächste Nummer eine Bemerkung hereinnehmen müssen, daß der Aufsatz eine Privatmeinung von Dr. *Kroll* war. In einer Parteizeitung wirkt so etwas jedenfalls verheerend. Ich weiß, daß der Artikel von Dr. *Kroll* als Flugblatt bei der SPD verwendet worden ist. Es haben tatsächlich Bauern aufgrund dieses Flugblattes - es ist in Altbayern verwendet worden - SPD gewählt, weil sie sagen, hier sehen wir eine klarere Richtung.
Damit komme ich zu einer schweren Kritik der Leitung. Wenn der Herr Dr. *Müller* nur nicht nach Berlin gefahren wäre! Hätte er sich daheim hingesetzt und seine ganze Kraft eingesetzt, daß man draußen auch gewußt hätte, was man zur Verfassung reden soll. Es ist eine merkwürdige Sache, wenn der Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes 100 Redeskizzen verbreiten soll, wenn die Bauern schreiben: Was soll man sagen? Einen Verfassungsentwurf haben sie nicht gehabt. Ich habe 100 Reden mit 18 Seiten Manuskript selber gemacht. *Kübler* kann es bestätigen. Der Inhalt war meine Privatmeinung. Man hätte Weisungen hinausgeben müssen. Man hätte im Plakatdienst anders arbeiten müssen. Wir haben das Recht zu einer Kritik. Wenn es nicht möglich gewesen war, Plakate zu machen, so hätte man es nur zu sagen brauchen. Ich hätte vielleicht 100.000 Plakate machen und sie hinausbringen lassen. So aber saßen wir ganz auf dem Trockenen.
Es ist eine unangenehme Sache, wenn man einen sozialdemokratischen Diskussionsredner hat, der einem erklärt: Ich war in drei Unionsversammlungen und habe jetzt zwei verschiedene Auffassungen über die Verfassung bekommen. Das ist einfach unmöglich. Das geht nicht auf die Dauer. Eine große Partei kann sich das nicht leisten.
Was ich jetzt gesagt habe, sind im allgemeinen meine eigenen Ausführungen. Die Erklärung, die ich im Namen der Organe des Bauernverbandes abgegeben habe, ist ernster. Alles andere, was ich meinem Freund *Müller* gesagt habe, wird bei seiner Haut abprallen. Er hat nicht einmal in den Tisch hineingeschlagen. Das ist ein gutes Zeichen. Ich bitte aber dringendst, die Erklärung, die ich hier in einer offiziellen Stelle abgegeben habe, ernst zu nehmen.
Meine Herren! Wir haben keine Opposition und wir treiben keinerlei Opposition.

(Bravorufe.)

Aber es gibt Dinge, die man nicht mehr halten kann, Dinge, die sich dann politisch weiterfressen, die für uns alle unerträglich werden. Ich kann Ihnen sagen, mein Freund *Horlacher* hat bisher alles unternommen, um die Lawine der Bauernpartei aufzuhalten. Diese Lawine existiert schon. Wir müssen uns mit Händen und Füßen dagegen wenden. Es sind bereits Zirkel vorhanden. Wir wenden uns dagegen, soviel

wir können. Aber, meine Herren, erschweren Sie uns unsere Aufgabe nicht, sonst schlägt eines Tages die Lawine über uns zusammen, man kann sich wenden und drehen wie man will.
Darum bitte ich, daß Dr. *Müller* zumindest diese meine Erklärung sehr ernst nimmt und sich darnach richtet und in seinen Ausführungen in der Öffentlichkeit vorsichtiger wird. Z.B. seine unglückliche Reichenhaller Rede! Ich habe den stenographischen Bericht bekommen. Du hast von Bayern in Deinem ganzen Referat nichts gesagt. Es steht nichts davon drin. Es geht nicht, daß Du als Landesvorsitzender der CSU in Bayern sprichst - Du hast in der letzten Landesversammlung den Namen "Bayerische CSU" abgelehnt und mich ziemlich zusammengeputzt - und erst der nächste Redner, der eigentlich der Referent gewesen wäre, hat von Bayern reden müssen. Das verargen Dir die Bauern fürchterlich, weil sie dem Zweiten nichts mehr glauben. So ist es in Wirklichkeit.
Die Bauern sind mißtrauisch. Alle anwesenden Bauern können mir das bestätigen. Der Bauersmann hat das beste Gefühl für die Politik. Wenn er sich irgendwie betrogen fühlt oder glaubt, es wird in anderem Sinne gemacht, dann macht er seinen Vertretern die größten Schwierigkeiten.
Mein lieber Freund *Müller*! Soweit meine Worte an Dich persönlich gerichtet waren, weißt Du, wie es vorgetragen war.
Dann habe ich noch eine Bitte. Lieber Freund, Du gebrauchst in Deiner Erregung - ein Landesvorsitzender muß Nerven haben, und die hast Du oft nicht - oft Ausdrücke, die als Drohung aufgefaßt werden. Du hast z.B. einem Parteifreund mit der Militärregierung gedroht. Er hat daraufhin offiziell bei der Militärregierung angefragt und die offizielle Antwort lautet: "Ich kann Ihnen zu Ihrer Freude mitteilen, daß gegen Sie gar nichts vorliegt."

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*].)

Du bekommst den Brief im Original von mir zu hören. Ich rate Dir, laß diese Drohungen. Der Brief ist von *Felsenthal* unterschrieben und lautet:

> Auf Ihren Brief vom 13. Juni 1946 freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, daß, soweit unsere Untersuchungen ergeben haben, gegen Sie bei der Militärregierung nicht das geringste vorliegt. Zu einer Beunruhigung irgendwelcher Art liegt keinerlei Grund vor.
> Mit freundlichen Grüßen
> Ihr *Leonhard Felsenthal*, Press Controll Officer.

Der Brief war an Dr. *Pix* gerichtet. Du weißt, Du hast einen Streit mit ihm gehabt. Ich will darauf nicht eingehen. Auf jeden Fall darf man mit solchen Drohungen nicht kommen. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Du mußt gerade einem Pressemenschen gegenüber vorsichtiger sein. Die heutige Tagung hat wieder bewiesen, daß Du weniger vorsichtig warst, daß ein Berliner Pressevertreter da war und andere nicht. Die bayerische Presse wird Dir eines Tages Schwierigkeiten machen, und das wollen wir nicht.
Meine Worte sind in aller Freundschaft gesprochen. Die Erklärung habe ich in allem Ernst vorgetragen. Ich hoffe, daß der Herr Landesvorsitzende zumindest von der ernsten Erklärung, zu der ich berechtigt und befugt bin, Kenntnis nimmt, damit die Union durch diese Fährnisse hindurchgeführt wird. Denn daß die Verhältnisse ziemlich weit gediehen sind, nicht durch meine Regie - ich will gar nicht soviel mit der Politik

zu tun haben, ich habe als Generalsekretär und Verleger genügend Arbeit -, sondern durch die Bauern selber, das können mir auch die anwesenden Bauern bestätigen. Ich würde Dich bitten, mach uns nicht weiter Schwierigkeiten. Bezähme Dich als Landesvorsitzender. Dann passieren diese Sachen nicht, die man vielleicht nicht tragisch nehmen kann, weil wir eine junge Partei sind. Da gährt es immer mehr als in einer alten Partei, wo man mehr gegeneinander abgeschliffen ist. Vielleicht wird der Herr Dr. *Müller* ein guter Schleifer. Bis jetzt tritt er ziemlich herum im Porzellanladen. Deshalb passiert das. Ich muß das in allem Ernst sagen, schon als Bundesbruder.
Wie behandelst Du den *Horlacher*? Wenn sich der bloß rührt, gehst Du schon los. Dabei ist er der beste Mensch, der nicht einmal seinem Kater etwas tut.
Meine Freunde! Ich habe schon oft dazu beigetragen, daß drohende Risse der Union wieder geleimt worden sind. Meine Rede soll so aufgefaßt werden. Wir arbeiten letzten Endes dazu zusammen, um eventuelle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Daher ist die politische Aussprache die wichtigste. Einen Minister hören wir öfters. Dich hören wir zu oft. Aber unsere Freunde vom Land und von den Städten werden zu wenig gehört. Ich glaube, ich habe es freundschaftlich gesagt. Du wirst vielleicht von anderen ernste Worte bekommen. Das muß für den Landesvorsitzenden ein Ansporn sein, es besser zu machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] führt in seiner Erwiderung aus, er wolle in seiner Antwort den Ton nicht verändern, in dem Dr. *Schlögl* gesprochen habe. Was das Verhältnis zu Dr. *Horlacher*, *Schlögl* und dem Bauernverband angehe, so könne er für die Union die immerwährende Drohung eines Austrittes der Mitglieder des Bauernverbandes oder der Lawine einer Bauernpartei nicht vertragen. Er und auch keiner seiner Freunde hätten draußen das Vorhandensein einer solchen Lawine festgestellt. Solche Strömungen kämen höchstens aus dem Büro des Bauernverbandes heraus. Was den Brief anbelange, so könne auch er Briefe bringen, die sich gegen eine gewisse Politik richteten, die vom Bauernverband gemeinsam mit dem Parteifreund Dr. *Pix* verfolgt werde.
Zu der Beschuldigung, es sei nur norddeutsche Presse eingeladen gewesen, bemerkt Vorsitzender [*Josef Müller*], daß er überhaupt keine Presse eingeladen habe, zumal es sich um eine reine Arbeitstagung handle. Es sei ihm während der Verhandlungen mitgeteilt worden, daß Pressevertreter draußen seien. Er wisse nicht, wer die Presse veranlaßt habe zu kommen. Außerdem seien auch die Süddeutsche Zeitung und die Neue Zeitung, diese in besonderer Weise, vertreten gewesen.
Schwingenstein wirft ein, die Süddeutsche Zeitung habe er erst angerufen, nachdem er die Presse vom Norden vertreten gesehen hätte. Er habe selbst den Antrag gestellt, daß die Presse während der beiden Referate zugelassen würde, er habe aber nicht gedacht, daß der Vorsitzende im ersten Teil seiner Rede wirklich interne Angelegenheiten behandeln würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*] antwortet, daß es Angelegenheiten gewesen seien, die sowieso draußen bekannt seien. Im Falle Viechtach und Würzburg habe sich die Presse, die mit der Union nichts zu tun habe, in mancher Hinsicht neutraler verhalten als Leute, die der Union nahestünden.
Redner geht dann auf die Unterredung mit Dr. *Pix* im Anschluß an die Landshuter Resolution und die Drohung von Dr. *Pix* ein, er habe Material und werde es jetzt veröffentlichen. Es gehe auf keinen Fall, daß Unionsmitglieder ihre eigene Partei in einer Weise angriffen, wie es in der Landshuter Resolution und durch Dr. *Pix* geschehen sei. Es sei seine Pflicht, die Union gegenüber jedem anderen zu verteidigen.

Vorsitzender [*Josef Müller*] befaßt sich dann mit der Haltung des Bauernflügels der Union und führt dabei aus:
Wenn vom Bauernflügel der Union und von dem besonderen Einfluß des Bauernverbandes gesprochen wird, dann bitte ich daran zu denken, daß ich als Vorsitzender der Union nicht einseitig sein darf. Die Union setzt sich ja nicht allein aus Repräsentanten eines Bauernverbandes zusammen, der soundso viele Mitglieder hat. Genau könnten die Freunde, die die Arbeiterkreise vertreten, sagen: Die Gewerkschaften müssen jetzt den und den Einfluß haben. Vergessen Sie nicht: Das Hauptkräftereservoir der Union liegt ja im weltanschaulichen Bereich. Da ist die Union manchmal sehr empfindlich in ihrem Bestand.
Ich will mich nicht in Eure Verhältnisse einmischen, so sehr Ihr Euch in unsere Verhältnisse einmischt. Aber ich bin gespannt auf die Schwierigkeiten, die im Bauernverband aus dem fränkischen Bereich heraus von Leuten noch kommen werden, die nicht gerade die Haltung billigen, die von Exponenten des Bauernverbandes eingenommen wird.
Wenn von Reden gesprochen wird, so könnte ich auch mit Briefen aufwarten, wenn ich gewußt hätte, wie die Diskussion kommt. Gerade Reden von Euch wurden mir immer als Grund bezeichnet dafür, daß wir soundso viele Flüchtlingsstimmen nicht bekommen haben.

(Sehr richtig!)

Denn das Bekenntnis zu Deutschland ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die heimatlos gewordenen Deutschen, um die es sich im wesentlichen auch in Bayern handelt, jetzt eine neue Heimat finden und sich daheim fühlen. Es ist also nicht mehr nur deutsche Politik, sondern auch bayerische Politik, wenn ich immer und immer wieder betone, daß ich Bayer bin und gleichzeitig auch als Deutscher spreche.
Ich muß es den anderen Freunden überlassen, die meine verschiedenen Reden gehört haben, ob sie *Schlögl* recht geben, wenn er mich als Redner angreift. Ich möchte einmal die Kritik hören, die geübt würde, wenn ich nicht versuchen würde, auch draußen für die Union zu werben, soweit es mir möglich ist. Soweit die Freunde draußen bei meinen Reden zugegen waren, werden sie feststellen können, ob in ihnen eine gewisse Werbekraft liegt.
Ich weiß auch, welche Reden in Wirklichkeit gemeint sind. Ich habe sie heute früh zitiert. Im wesentlichen habt Ihr eine Rede gemeint, wo Ihr einen gewissen Stoß bekommen habt und in der ich den Führer der Sozialdemokratie wegen des Interviews im Observer angreifen mußte. Ich weiß, daß gerade diese Angriffe dazu geführt haben, daß gewisse Attacken geritten wurden.
Dazu darf ich eines sagen: Ich bin für eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, damit unser Bayerischer Staat wirklich gut aufgebaut wird. Ich bin dafür, daß die Verfassung eher mit 90 als mit 60% angenommen wird. Um praktisch zu reden, ich bin dafür, daß wir uns mit ihr über gewisse wirtschaftliche und sonstige politische Fragen verständigen. Aber wenn ich merke, daß von dorther Sprengstoff in die Union hineingetragen wird, dann stelle ich mich dagegen.
Ich weiß nicht, ob es sich nicht nachprüfen läßt, daß es doch eine Rolle gespielt hat, daß der bayerische Hauptvertreter der Sozialdemokratie [*Wilhelm Hoegner*] nicht nach Hannover zur Tagung der Sozialdemokratie Deutschlands gegangen ist und daß ich nach Berlin gegangen bin.

Meine lieben Freunde! Wenn bedauert wird, daß ich nach Berlin gegangen bin, so würde ich meinerseits bedauern, wenn Sie diese Meinung übernehmen sollten. Wenn etwa die Landesversammlung meine Haltung in Berlin nicht billigen sollte, meine Haltung, die darauf eingestellt war, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wieder ein Deutschland, und vor allem so rasch wie möglich eine deutsche Wirtschaftseinheit entsteht, dann, meine lieben Freunde, wäre ich falsch am Platze. Dann würde der andere Teil einen Mann zu stellen haben, der vielleicht dann eine andere Parteipolitik vertreten wird. Ich habe bisher festgestellt, daß in der ganzen Union überall ein Empfinden für die Zusammenarbeit der Deutschen besteht.

(Sehr richtig!)

Man kann sich höchstens überlegen, ob man den Föderalismus in der einen oder anderen Variation übernehmen will. Ich habe Ihnen heute angedeutet, wohin der praktische Weg führen wird.

Ich glaube kaum, daß unser Freund *Lex* verdächtigt wird in dem Sinne, wie es vielleicht mir unterstellt wird, zu starke unitarische Neigungen zu haben. Aber ich habe bewußt gerade dafür gesorgt, daß der Ausschuß von *Lex* das Denken der Union und in diesem Falle der bayerischen Union repräsentiert. Wenn ich in Berlin dafür gesorgt habe, daß unsere Freunde im Norden auch für den föderativen Reichsaufbau eintreten, dann ist es produktive Arbeit. Was hätten wir davon, wenn wir dauernd nur wieder nein und nein nach Berlin und nach dem Westen rufen würden, jetzt in einem Zeitpunkt, wo das Zusammengehörigkeitsgefühl in Deutschland noch viel stärker ist als je zuvor.

Ich darf hier wiederholen, was ich den Vertretern der auswärtigen Mächte in Berlin gesagt habe: Es ist Gefahr im Verzug. Es muß dafür gesorgt werden, daß wieder eine deutsche Reichseinheit, zunächst zumindest eine Wirtschaftseinheit, entsteht, daß so rasch wie möglich vor allem die Zonengrenzen fallen. Es ist Gefahr im Verzug nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, die sehr vordringlich sind, sondern auch aus ganz anderen Tatsachen heraus. Denn wenn nämlich die Zonengrenzen nicht fallen, dann kommt bestimmt wieder ein neuer Nationalismus. Dieser Nationalismus ist viel gefährlicher als alles andere. Warum wollen wir dann in diesem Falle nicht wirkliche Bannerträger der Reichseinheit sein und unsererseits dafür sorgen, daß dieses Deutschland so aussehen wird, wie wir es wollen? Das können wir am besten dadurch erreichen, daß wir mit den anderen Unionen so rasch wie möglich zusammenarbeiten, um auf diese Weise ein einheitliches Denken herauszustellen. Die Union ist heute in der geistigen Einheit in Deutschland schon vorhanden. Gott sei Dank, sage ich in diesem Falle.

Zu der Kritik, daß ich die fünf Punkte, die damals von der Landesversammlung beschlossen worden sind, nicht so herausgestellt hätte, wie es gewünscht wurde, und daß ich statt dessen meine Rede hätte veröffentlichen lassen, darf ich nur sagen: Ich habe die Veröffentlichung nicht selbst entworfen. Es kann im übrigen im Protokoll jederzeit ein Vergleich vorgenommen werden, um festzustellen, ob die Rede und die Veröffentlichung übereingestimmt haben. Tatsache ist, daß mich *Schwingenstein* oder ein Vertreter von ihm damals gebeten hat, daß ihm die Rede möglichst rasch vom Landessekretariat aus hinübergegeben würde.

In dieser Veröffentlichung stand auch wieder etwas, was manchen Freunden von uns, die glaubten, die Sozialdemokratie könnte besonders empfindlich sein und verletzt werden, unangenehm war. Ich habe damals davon gesprochen, daß bei der Pressekon-

ferenz in der Militärregierung die Sozialdemokraten gefragt wurden, ob ihre Sozialisierung auf das Kirchengut ausgedehnt werde, und daß sie darauf ja gesagt hätten, daß aber der kommunistische Vertreter nein gesagt habe. In der Veröffentlichung stand leider statt Sozialisierung Agrarreform. Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hat das in Kempten etwas variiert. Er rief mich noch an und sprach davon, daß nie von einer Agrarreform die Rede gewesen sei. Er hat das Kleinere abgelehnt, obwohl das Grössere gesagt wurde, und es darauf abgestellt, daß im Agrarreformausschuß nie eine solche Äußerung gefallen sei. Es wurde also eine Behauptung, die überhaupt nicht aufgestellt wurde, unterstellt. Leider Gottes haben das Freunde von uns, die sehr gern dazu neigen, aufgegriffen.

Die fünf Punkte sind übrigens in unseren Mitteilungen bekanntgegeben worden. Bekanntlich ist die Presse, wie sie heute besteht, leider Gottes in keinem engen Kontakt mit der Union. Das hat man bei der Bekanntgabe der verschiedenen Mitteilungen gesehen, die der Union abträglich waren und bei den Korrekturen, die eigentlich hätten vorgenommen werden können und nicht vorgenommen worden sind.

Wenn mein Freund *Schlögl* unseren Parteifreund Dr. *Kroll* wegen einer Veröffentlichung über die Verfassung, die in Bamberg erschienen ist, besonders angreift, so wendet er sich an die unrichtige Adresse. Ich sage das nicht etwa deswegen, weil ich unterstellen würde, er meint mich damit. Ich habe nichts damit zu tun. Aber der Artikel stammt nicht einmal von Dr. *Kroll*, er stammt von einem Manne - ich will und kann den Namen noch nicht nennen -, der ein gewisses Alter und gewisse Erfahrungen hat und der nicht nur in Bamberg, sondern weit darüber hinaus einen sehr guten Namen hat, ich glaube auch ein Mann, bei dem auch Ihr an seiner Haltung zur föderativen Frage keinen Zweifel haben würdet.

In Franken wird in manchen Kreisen in der Frage des Staatspräsidenten ein anderer Standpunkt vertreten. Ich kann daraus nur die Nutzanwendung ziehen, daß ich keine Weisungen für die gesamte Union hinausgebe, wie sie sich in dieser Frage verhalten soll. Dann überlasse ich es dem Willen des Volkes und denen, die durch den Willen des Volkes in die Verfassunggebende Versammlung kommen, ihre Auffassung durchzusetzen. Ich habe daher bisher erklärt, die Union wird in dieser Frage höchstwahrscheinlich keinen Fraktionszwang durchführen.

Nach meinem Empfinden erfordert es die Demokratie, daß man bei solchen Meinungsverschiedenheiten eine Minorität nicht durch eine Majorität majorisieren läßt, auch nicht innerhalb der eigenen Union. Die Kunst der Führung der Union wird darin bestehen, daß man nicht alle zusammenzwingt. *Schlögl*, Du hast gesagt, Ihr habt Dickschädel. Ich bin auch ein Bauernbub und habe vielleicht deswegen auch einen Dickschädel. Man muß trotzdem dahinkommen, daß nicht einer glaubt, er müßte das ganze uniformieren, so wie er denkt oder wie der Bauernverband denkt.

Man muß jeden in gleicher Weise zu Worte kommen lassen und dafür sorgen, daß nicht eine Gruppe die andere Gruppe beherrscht, sei es faktisch, sei es durch die Tat, sei es durch eine gewisse Taktik, die darin besteht, daß draußen irgendwelche Kräfte mobilisiert werden, während andere ihre Kräfte nicht mobilisieren. Ich sehe meine Aufgabe darin, immer darnach zu trachten, daß in dieser Hinsicht alle Kräfte in der Union ausbalanciert werden.

Ich glaube, daß wir dann auch dahin kommen werden, daß die Beziehungen zwischen der Union und dem Bauernverband doch wieder, ich möchte sagen, normalisiert werden und daß das Verhältnis - ich glaube, *Schlögl* hat gesagt das schlampige Verhältnis - bald wieder zu einer guten Ehe führen wird. Von mir aus besteht der Wille dazu.

Frau *Speicher* wendet sich gegen den Gedanken der Gründung einer Bauernpartei. Wenn durch eine eigene Bauernpartei die christliche und bürgerliche Grundhaltung zersplittert werde, so hätten bei den bestehenden sehr starken Ressentiments gegen die Landbevölkerung die Bauern den Schaden. Diese Ressentiments dürfe man nicht bis ins Unerträgliche steigern. Wie früher bei der Bayerischen Volkspartei, so seien die Bauern heute in der Union am besten aufgehoben.
Bei der von *Haußleiter* aufgeworfenen und von *Euerl* ebenfalls unterstrichenen Frage des Abmarsches der evangelischen Wähler aus der Union dürfe nicht vergessen werden, daß die große Anteilnahme der protestantischen Pastoren und der führenden protestantischen Kreise an der Durchsetzung des Nationalsozialismus die heutige Situation mit bedingen würde. Ein gebranntes Kind sollte doch das Feuer scheuen und nicht noch einmal Extremen nachgehen. Es sei doch nicht so schlimm, wenn es hie und da aussehe, als ob ein Katholischer bevorzugt würde. Man müsse immer das grosse Ganze im Auge haben und sich sagen: Wenn die Menschen nur überhaupt christlich sind. Die Frage katholisch oder evangelisch sei daneben in der Politik von untergeordneter Bedeutung. Von der christlichen Gesamthaltung erwarte man die Rettung des Staates.
Zur Personalpolitik bemerkt Rednerin, daß sich die Sozialisten in der Nürnberger Stadtverwaltung als Einheitspartei fühlten und auch bei der Postenbesetzung entsprechend vorgehen würden.
Es müsse Aufgabe der zukünftigen Regierung sein, die Einstufung der Beamten nach ihrer tatsächlichen Leistung vorzunehmen.
Die heutige Einstufung der Beamten der Kommunalverwaltung sei durchschnittlich viel zu hoch.
Rednerin weist darauf hin, daß man über der Flüchtlingsfürsorge nicht die Fliegergeschädigten vergessen möge und daß sie es als Mangel empfunden habe, daß bei dem heutigen Referat über die Tätigkeit des kulturpolitischen Ausschusses die Frauen überhaupt nicht erwähnt worden seien.
Zum Schlusse ihrer Ausführungen tritt sie für den Staatspräsidenten ein, da es gut sei, wenn jemand über den Parteien stehe. Er brauche deshalb keinen großen Apparat zu haben, aber der Staatspräsident bedeute einen sichtbaren und kontinuierlichen Faktor, der besonders in kritischen Zeiten die Geschicke des Landes lenken könnte.
Vorsitzender [*Josef Müller*] macht darauf aufmerksam, daß noch zehn Redner vorgemerkt seien. Er bittet die Redner, ihre Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken.
Staab führt die Mißverständnisse innerhalb der Union auf das Fehlen einer Parteipresse zurück. Von Neutralität der bayerischen Zeitungen könne überhaupt keine Rede sein. Er stelle daher den Antrag, der Parteivorsitzende solle alles tun, damit bald eine Parteipresse ins Leben trete.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erklärt, daß er keine Gelegenheit vorübergehen lasse, in diesem Sinne zu wirken, auch den Amerikanern gegenüber.
Kübler drückt seine Befriedigung darüber aus, daß man aus den Berichten der Ausschüsse ersehen habe, daß praktische Arbeit geleistet werde.
Zur Flüchtlingsfrage übergehend bemerkt Redner, daß der Referent von falschen Voraussetzungen ausgehe. Die Flüchtlinge, insbesondere die Evakuierten, würden sich nicht alle nach Arbeit drängen. Die Flüchtlinge könnten auch nicht erwarten, als Volldeutsche behandelt zu werden, wenn sie in den Wirtshäusern, wie es vorgekommen sei, tschechisch sprächen. Er nehme aber in seinen Versammlungen immer zum

Flüchtlingsproblem Stellung und appelliere an das Gewissen der einheimischen Bevölkerung.
Besonders energisch wendet sich Redner gegen den Vorwurf, insbesondere wenn er von Angehörigen der Presse aus den eigenen Reihen komme, die Union sei reaktionär.
Auch er habe es bedauert, daß die fünf Punkte damals nicht in die Presse gekommen seien. Wenn schon Beschlüsse gefaßt würden, müßten sie auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
Mit Rücksicht auf die Arbeitsüberlastung des Vorsitzenden sei er dafür, daß ein dreiköpfiges Direktorium als ganz kleines Gremium der Partei gebildet werde. Dieses Gremium könne bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Vorsitzenden und Unionsmitgliedern eingreifen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will vor Abfahrt der Nürnberger Parteifreunde über die Anträge Beschluß fassen und anschließend die Debatte fortsetzen. Er bringt zunächst folgenden Antrag ein:

> Zur Prüfung und Aufklärung von persönlichen politischen Angriffen gegen die Mitglieder der Union wird ein aus drei Mitgliedern bestehender Ausschuß gebildet. Dieser Prüfungsausschuß berichtet dem Landesarbeitsausschuß laufend über jeden von ihm behandelten Fall.

Dr. *Horlacher* lehnt den Antrag als Maulkorbgesetz grundsätzlich ab. Überhaupt sei er der Meinung, daß der Herr Vorsitzende erst in gerichtliche Fühlungnahme zu einzelnen Persönlichkeiten kommen müsse, die in der Politik auch eine Rolle spielen würden.
Vorsitzender [*Josef Müller*] glaubt, daß Dr. *Horlacher* den Sinn des Antrags offensichtlich nicht verstanden habe. Es gehe bei diesem Antrag darum, die Fälle von angegriffenen Parteifreunden zu klären. Er allein könne diese Fälle nicht behandeln, da sonst die Opposition sofort wieder aus jedem einzelnen Fall Kapital schlage. Als ersten Fall wolle er in diesem Ausschuß den des Parteifreundes *Schmidt* behandeln.
Dr. *von Eicken* beantragt Erhöhung der Mitgliederzahl des Ausschusses auf fünf. Mit dieser Änderung wird der Antrag dann einstimmig angenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] widerspricht einem Antrag von Staatssekretär *Krehle*, jeweils den zuständigen Bezirksvorsitzenden hinzuzuziehen. Der Ausschuß werde dann nicht arbeitsfähig. Selbstverständlich werde man mit dem jeweiligen Bezirksvorsitzenden so rasch wie möglich Fühlung nehmen.
Nach weiterer kurzer Beratung werden Dr. *Hundhammer*, Frau *Hahn*, *Köhler*, *von Prittwitz-Gaffron* und *Ritter von Lex* einstimmig als Mitglieder des Prüfungsausschusses bestellt.
Die Gewählten nehmen die Wahl an.
Dr. *Hundhammer* betont anschließend, daß er mit der Nennung des Namens *Schmidt* seinen Antrag von heute früh nicht für erledigt halte.
Er beantragt, daß belastete Personen vielleicht nach einer schnellen, aber kurzen Vorprüfung im Prüfungsausschuß je nach ihrer Belastung aus dem Dienst zu beurlauben seien oder auszuscheiden hätten.
Vorsitzender [*Josef Müller*] will den damaligen Beschluß des Arbeitsausschusses übernehmen, daß belastete Persönlichkeiten bis zur Entlastung durch das Entnazifizierungsverfahren oder die Militärregierung auszuscheiden hätten.

Dr. *Horlacher* bittet, den Beschluß auch wirklich durchzuführen. Es drehe sich nicht um Personen, sondern darum, daß die Partei in Ungelegenheiten kommen könne. Wenn er gewußt hätte, daß sich der Prüfungsausschuß auch mit dem Personal des Generalsekretariats befassen würde, hätte er dagegen gestimmt. Bei parteipolitischen Betätigungen müßte ein vollständiges o.k.-Verhältnis vorliegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] teilt mit, daß ihm bezüglich *Schmidt* vom CIC erklärt worden sei, daß dieser für technisch-organisatorische Aufgaben beschäftigt werden könne. Er habe also durchaus nicht leichtsinnig den Herrn *Schmidt* gebeten, die Arbeit zu übernehmen. Heute halte er es allerdings für zweckmäßig, daß der Ausschuß den Parteifreund *Schmidt* höre, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werde. Er betrachte es als unanständig, wenn man jemand Tag und Nacht arbeiten lasse und nachher höre man nicht einmal seine Gründe. Ähnliches habe er auch der neuen politischen Leitung der Militärregierung gegenüber erklärt.
Dr. *Rinke* gibt bekannt, daß es der Militärregierung bekannt sei, daß im Generalsekretariat leichtbelastete Personen beschäftigt seien. Er empfehle, nicht päpstlicher als der Papst zu sein und erst bei der Militärregierung anzufragen, ob die betreffenden Personen noch weiter o.k. seien. Dann könne die Frage weiterbehandelt werde.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt* führt in eigener Sache aus:
Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz, nachdem ich schon dauernd apostrophiert worden bin. Ich wollte eines klar sagen:
1. Ich weiß ganz genau, daß bereits sieben Anzeigen bei der Militärregierung vorliegen und daß eine sogar bis zum Kontrollrat gegangen ist. Daß nicht eingegriffen wurde, scheint ein Beweis zu sein, daß die Sache nicht ganz so liegt, wie manche "Freunde" es angesehen haben, die die Anzeige erstattet haben.
2. Ich habe bereits dreimal - und das sage ich mit besonderer Betonung - angeboten, daß ich die Arbeit sofort niederlege. Es ging damals nicht. Ich habe mich erst bemüht, daß Herr *Strauß*, den ich Herrn Dr. *Müller* aus Schongau zugeführt habe, mein Amt übernimmt. Daß Herr *Strauß* nicht in der Lage war, es sofort zu übernehmen, weil bei ihm persönliche Verhältnisse vorliegen, steht auf einem anderen Blatt, ebenso, daß ein anderer Herr bis heute noch nicht eintreten konnte.
Es lag mir daran, die Union nicht im Stich zu lassen. Ich habe die Arbeit nicht meinetwegen, sondern der Union zuliebe gemacht. Das stelle ich hier fest.
Vorsitzender [*Josef Müller*] dankt *Schmidt* für die geleistete Arbeit und drückt seine Empörung über die Tatsache aus, daß man sich aus eigenen Kreisen der Union bei der Militärregierung über die Verhältnisse im Landessekretariat beschwert habe. Er werde gelegentlich auch solche Fälle überprüfen müssen.
Vorsitzender [*Josef Müller*] verliest dann folgenden Antrag:

> Der Landesausschuß billigt die Haltung der Mitglieder der Union, die aufgrund freier persönlicher Entscheidung der derzeitigen Regierung als Fachvertreter angehören.
> Er beschließt:
> Die Union wird die derzeitige Übergangsregierung weiterhin tolerieren.

Bei der sofort folgenden Abstimmung erhebt *Krempl* Einspruch gegen den zweiten Teil des Antrags. Er könne in Anbetracht der gemeinen Kampfesweise der Sozialdemokratie als Schwandorfer nicht dafür stimmen.
Warmuth fragt, ob der zweite Teil aufrechterhalten bleiben müsse.

Vorsitzender [*Josef Müller*] antwortet, die Union sei das nicht der Regierung, sondern den Parteifreunden in der Regierung schuldig. Er sei vor kurzem vor der Frage gestanden, im Zusammenhang mit den heutigen Debatten einen anderen Antrag einzubringen.
Haußleiter sieht keinen Grund, sich gegenüber der Regierung *Hoegner* ostentativ festzulegen, wohl aber hält er es für absolut notwendig, daß die Versammlung die Haltung der Mitglieder der Union in der Regierung *Hoegner* billige.
Vorsitzender [*Josef Müller*] läßt über den Antrag in zwei Teilen abstimmen.

Teil 1

> Der Landesausschuß billigt die Haltung der Mitglieder der Union, die aufgrund freier persönlicher Entscheidung der derzeitigen Regierung als Fachvertreter angehören.

wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Teil 2

> Die Union toleriert weiterhin die derzeitige Übergangsregierung.

wird mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen (Dr. *Müller* und Dr. *Horlacher*) abgelehnt.
Dr. *Horlacher* begründet seine Stimmenthaltung mit der unglücklichen Fassung des Antrags.
Vorsitzender [*Josef Müller*] nimmt dann den Antrag von heute vormittag wieder auf:

> Die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung vom 30. Juni 1946 hat die starke Verankerung[8] der Union in der bayerischen Bevölkerung erneut bestätigt. Aus der Tatsache, daß die Union abermals als Mehrheitspartei aus der Wahl hervorgegangen ist, erwächst ihr eine große Verantwortung für die künftige Gestaltung des Schicksals von Volk und Staat. Die Union ist bereit, die Folgerungen aus dem Vertrauensbeweis der Wähler zu ziehen und die Verantwortung zu übernehmen.
> Der Landesausschuß der Union beschließt:
> Zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms wird ein Ausschuß gebildet, der aus folgenden Mitgliedern besteht:

Vorsitzender [*Josef Müller*] will zuerst über den Ausschuß als solchen und dann über die Namen abstimmen lassen.
Dr. *Geiselberger* wünscht, daß der künftigen Fraktion ein maßgebender Einfluß eingeräumt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*] gibt zu bedenken, daß die Fraktion nach Fertigstellung der Verfassung wieder auseinandergehe. Er hoffe aber, daß die Fraktion gute Leute bringe, aus denen der Ausschuß dann ergänzt werden könne.
Ritter von Lex erscheint der Ausdruck "zur endgültigen Gestaltung des Regierungsprogramms" zu weitgehend zu sein.
Haußleiter schlägt unter allgemeiner Zustimmung "zur Ausarbeitung des Regierungsprogramms" vor.
Dr. *Horlacher* greift auf seine Einwände gegen die Bildung des Ausschusses in der Vormittagssitzung zurück. Er sehe nicht ein, warum nicht der gewählte Arbeitsaus-

[8] In der Vorlage: "Verantwortung".

schuß, bestehend aus sieben Mitgliedern und den Regierungsmitgliedern, diese Aufgaben übernehmen könne.
Vorsitzender [*Josef Müller*] erwidert: Der Arbeitsausschuß ist damals unter ganz anderen Voraussetzungen gebildet worden. Wir haben mittlerweile Gott sei Dank schon seit ungefähr einem dreiviertel Jahr die Union. Heute müssen wir soweit kommen, daß wirklich die Leute zusammentreten, die bisher die praktische Arbeit geleistet haben. Sie haben heute die Vertreter der einzelnen Arbeitsausschüsse, die bisher gebildet worden sind, gehört, und ich glaube, Sie werden verstehen, daß ich gerade diese Leute in einem solchen Gremium zusammengefaßt wissen will. Sonst reden wir ewig weiter und praktisch geschieht am Schluß nichts.
Darf ich darüber abstimmen lassen.
Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist angenommen.
Dann kommt die Zusammenstellung der Mitglieder:

> Ausschußmitglieder sind die der Union angehörenden Mitglieder der Regierung, die Vorsitzenden der Bezirksverbände und die Vorsitzenden der Arbeitsausschüsse.

Diese sind es von selbst. Dann kommt das weitere Gremium, ich möchte sagen, der Leute, die Spezialaufgaben zu bearbeiten haben und die in der Hauptsache in München erreichbar sein müssen, wenn ich nicht den ganzen Ausschuß zusammenholen kann, wie es letzthin war. Da hätte ich vorgeschlagen Minister Dr. *Baumgartner* für den Ausschuß für Landwirtschaft.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Er ist sowieso drin!)

Ich muß nur die Möglichkeit haben, die in München erreichbaren Mitglieder zusammenzuholen. Infolgedessen macht es nichts aus. Wir stellen so zusammen, und die Münchner Mitglieder werden dann ermächtigt, in besonders dringenden Fällen rasch zu entscheiden.
Ich werde im übrigen wahrscheinlich vor der nächsten Landesversammlung noch einmal einen Landesausschuß haben, spätestens in vier bis sechs Wochen. Dann können wir sehen, wie die Dinge bis dahin gelaufen sind.
Weiter schlage ich vor Staatssekretär *Krehle* für Sozialpolitik, Dr. *Semler* für die Wirtschaft, Geistlicher Rat *Muhler* für Kulturpolitik, *Ritter von Lex* für Staatsverwaltung, Dr. *Kroll* für Siedlung, Währung und Interzonenfragen, *von Prittwitz-Gaffron* für zwischenstaatliche Beziehungen, *Steber* für die Jugend, Frau *Thusnelda Lang-Brumann* für die Frauen.
Dr. *Horlacher*: Ich betrachte die Ausschaltung meiner Person als einen Affront gegenüber der Bauernschaft, weil ich hier der ortsanwesende Vorsitzende des Bayerischen Bauernverbandes bin. Beschließen Sie, was sie wollen, mit der Annahme dieses Beschlusses scheide ich aus allen Funktionen der Union aus und bleibe nur noch gewöhnliches Mitglied. Mir ist das sehr angenehm.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Baumgartner* ist als erster von mir genannt worden. Er kann, glaube ich, auch als Vertreter der Landwirtschaft gelten.

(Zurufe, Unruhe im Saal. - Vorher hat man Sie für den Prüfungsausschuß vorgeschlagen, da haben Sie wegen Überarbeitung abgelehnt!)

Dr. *Horlacher*: Das ist etwas ganz anderes. Dieser Ausschuß ist ein Ausschuß zu grundsätzlichen Fragen.

Schäfer: Ich glaube, es läßt sich ohne weiteres machen, daß wir Dr. *Horlacher* hereinnehmen, nachdem Dr. *Baumgartner* Minister ist und wir ihn daher herauslassen können. Damit ist abgeholfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut, einverstanden.

(Zuruf: Und *Hundhammer* auch.)

Er ist sowieso ständig hier.
Warmuth bittet um geheime Abstimmung, zieht aber seinen Antrag dann zurück.
Krempl will neben dem Bauernstand und den Beamten auch den Mittelstand vertreten haben.
Dr. *Geiselberger* erwidert, wenn man sich ins Detail verzettele, komme man überhaupt zu nichts.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse über den Antrag abstimmen mit der Umbesetzung Dr. *Horlacher* anstelle von Dr. *Baumgartner*.
Holzer: Ich stelle den Antrag, daß ausdrücklich im Antrag vermerkt wird, daß alle in München zur Zeit der Einberufung Abwesenden auch einberufen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nachdem ich die Erklärung abgegeben hatte, ist Ihr Antrag etwas merkwürdig. Aber ich lasse nachher darüber abstimmen.
Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen.
Dr. *Horlacher*: Ich begehe in meinem Leben nie Inkonsequenzen. Ich habe den Ausschuß für überflüssig gehalten. Ich bin infolgedessen gegen diesen Antrag. Ich halte den Ausschuß nicht für notwendig, weil im Arbeitsausschuß ganz andere Persönlichkeiten waren, Herr *Schwingenstein* usw. Die sieben Mitglieder des Arbeitsausschusses sind aus irgendwelchen Gründen plötzlich ausgewechselt worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe heute schon gesagt: An und für sich ist der Arbeitsausschuß, so wie er jetzt besteht, noch aktionsfähig, solange, bis die neuen Statuten durchgeführt sind. Wenn die neuen Statuten durchgeführt sind, ist der Arbeitsausschuß praktisch überholt. Ich brauche den Arbeitsausschuß für andere Aufgaben. Den neuen Ausschuß brauche ich für Spezialaufgaben, die jetzt so rasch wie möglich in Angriff genommen und durchgeführt werden müssen. Sonst reden wir nur, und wenn die Verantwortung kommt, haben wir die Zeit verloren.
Es wird nicht mehr abgestimmt. Ich habe vorhin schon erklärt, daß die in München anwesenden Mitglieder in besonders dringenden Fällen zusammenkommen. Es wird dann sofort der Ausschuß als solcher so rasch als möglich einberufen. Wenn Beschlüsse gefaßt werden, wird die Genehmigung des gesamten Ausschusses eingeholt. Mit dieser Maßgabe frage ich Sie, ob eigens über den Antrag *Holzer* abgestimmt werden soll.
Holzer: Ich ziehe den Antrag zurück.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da kommen wir zur Fortsetzung der weiteren Aussprache. Ich bedauere, daß soundso viele Freunde weggegangen sind.
Fischer (Augsburg) zieht einen von ihm gestellten Antrag zurück.
Dr. *Hundhammer*: Wir sind heute an sich dazugekommen, wie man zu sagen pflegt, die Atmosphäre in etwa zu klären. Zu dieser Debatte aber kommen wir jetzt in einer sehr späten Stunde, die wahrscheinlich nicht mehr die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Aufrollung vieler Fragen die Zeit läßt, die notwendig wäre. Ich möchte

mich daher im Hinblick auf die vorgerückte Zeit gewissermaßen auf die Titelüberschriften der Probleme beschränken, die ich sonst aufrollen wollte.
Die erste Frage knüpft an die Diskussion über die Berliner Ausführungen unseres Landesvorsitzenden an. Herr Dr. *Schlögl* hat zu den Ausführungen als solchen Stellung genommen. Ich möchte die Frage aufwerfen, Herr Dr. *Müller*, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre und vielleicht in Zukunft zur Erleichterung der Situation beitragen würde, wenn z.B. zu einer solchen Fahrt nach Berlin nicht bloß zwei Herren zugezogen würden wie der Herr Dr. *Kroll* und Herr *Steber* - ich weiß nicht, ob er noch da ist -, die bei uns nun einmal im Ruf stehen, daß sie einseitig eine bestimmte, nicht gerade bayerisch eingestellte Richtung vertreten. Ich komme zu dem Urteil auch deswegen, weil ich die dicke Denkschrift von Dr. *Kroll* über die Neuregelung der Verhältnisse kenne.
Meine grundsätzliche erste Anregung ist also, es möchten in solchen Fällen Gremien nicht einseitig zusammengesetzt sein. Bei der neuen Ausschußbildung vorhin ist dieser Situation bereits etwas besser Rechnung getragen worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zur Abkürzung darf ich kurz erklären: Für die Reise waren weiterhin vorgesehen Dr. *Schamagl*, Dr. *Horlacher* und Dr. *Baumgartner*. Für diese Herren waren die Interzonenpässe schon bereitgelegen. Droben waren *von Prittwitz-Gaffron*, *Steber* und Dr. *Kroll*. Ich habe selbst bedauert, daß die anderen Herren nicht mitgegangen sind.
Dr. *Horlacher*: Ich konnte nicht, weil ich im Länderrat wichtige Besprechungen hatte. Aber ich habe dem Herrn Vorsitzenden einen Brief geschrieben, aus dem die Stellungnahme, die ich eingenommen hätte, klar und deutlich ersichtlich ist. Ich habe von diesem Brief in den Verlautbarungen des Herrn Vorsitzenden keine Zeile bemerkt.
Dr. *Hundhammer*: Die zweite Frage, die ich anschneiden wollte und die ich ebenso kurz abtun werde, betrifft den politischen Kurs an sich. Ich habe beim Landesvorsitzenden - ich spreche das offen aus, ich bin bekannt als Freund der offenen Aussprache - im ersten Halbjahr meiner Betätigung den unbedingten Eindruck gehabt, daß er sich zu sehr bemüht hat, einen Konflikt mit den Kommunisten zu vermeiden, und daß er zu sehr geneigt war, nach dieser Richtung hin den Kontakt aufrechtzuerhalten. Ich bin der Auffassung, daß das tragende Moment unserer Partei eine ganz klare Linie gegen die Kommunisten zu sein hat. Was uns die Wähler in Wirklichkeit gebracht hat, ist nicht unsere Propaganda, nicht unsere sonstige Tüchtigkeit, sondern das ist der einzige Umstand, daß die überwiegende Mehrheit der Wähler in uns, in der Christlich-Sozialen Union, das wirkliche Bollwerk gegen die kommunistische Gefahr sieht.

(Jawohl!)

Ich halte es deswegen für unbedingt notwendig, daß wir in dieser Beziehung - der Vorsitzende hat jetzt in der letzten Zeit in etwa eine andere Linie in der Öffentlichkeit schon vertreten - ganz klare Haltung beziehen. Wir wollen keinen Weg nach Moskau. Wir können uns in der gegenwärtigen Situation auch unserem Vaterland gegenüber der uns heute gegebenen Pflicht nur entledigen, wenn wir den Damm gegen die kommunistische Gefahr bilden. Deswegen möchte ich in dieser Richtung eine absolut klare und eindeutige Linie halten.
Damit hängt auch etwas anderes zusammen: Der Herr Vorsitzende vertritt die Auffassung, daß wir in etwa mit unserer Gesamthaltung daraufhin abstellen müssen, daß wir den Osten, der heute unter russischer Besatzung steht, noch halten.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, wir können nur durch eine ganz klare Herausstellung unserer nichtkommunistischen Prinzipien einen Halt bilden, nicht dadurch, daß wir uns etwa mit den Leuten aus der russischen Zone zusammensetzen und versuchen, mit diesen schon im Hinblick auf die kommende Union, eine Reichsunion, besonderen Kontakt zu halten. Ich habe meine Meinung über die Verhältnisse gebildet aus sehr eingehender Aussprache mit Dr. *Hermes*, der früher bis zu seiner Absetzung durch die Russen der Vorsitzende der CDU in Berlin gewesen ist.
Damit hängt dann in etwa schon meine Haltung zu der Frage der Reichsunion zusammen. Ich gebrauche jetzt das Wort zum ersten Mal. Wir sind der Meinung, daß man mit dem Hineingehen in eine Reichseinheitspartei, in eine Einheitsunion für das Deutsche Reich, langsamer treten soll. Wir haben die Auffassung, daß der Herr Vorsitzende [*Josef Müller*] in seiner Bereitwilligkeit, es als Selbstverständlichkeit hinzustellen, daß wir in die Union für das ganze Gebiet mit dem russischen Gebiet zusammengehen werden, zu weit vorgeprellt ist. Über diese Frage hätte vorher in unserem Kreis eingehend gesprochen werden müssen.
Eine andere Frage betrifft einen Punkt, der allerdings durch die Abstimmung von vorhin zum Teil schon etwas überholt ist: Können wir in unserem Parteiapparat irgendwie belastete Personen beschäftigen? Ich bin der Meinung, wir können das nicht, selbst dann nicht, wenn seitens der Militärregierung erklärt wird, es liege gegen bestimmte Personen nichts vor. Ich habe heute wieder folgenden Fall erlebt mit dem in Oberbayern gewählten Abgeordneten Dr. *Lenz*. Ich bin selbst bei Major *Vacca* gewesen und habe gefragt: Herr Major, besteht seitens der Militärregierung ein Bedenken oder würde es irgendwie unangenehm aufgenommen werden, wenn Dr. *Lenz* für uns als Kandidat aufgestellt wird? Er sagte mir: Nein, es bestehen keine Bedenken. Heute werde ich angerufen, Dr. *Lenz* wird als Abgeordneter abgelehnt.
Wir haben in anderen Fällen auch schon erlebt - nicht nur im Würzburger Fall mit dem berühmten Mißverständnis -, daß zunächst gesagt wird, Ihr könnt das und das tun, und hernach stellt sich etwas anderes heraus.
Das zweite Problem bei der Beschäftigung der belasteten Personen in der Partei ist der Gesichtspunkt der Öffentlichkeit, nicht nur die Frage, wie sich die Besatzungsmacht dazu stellt. Wie würde es aussehen, wenn die kommunistische und sozialdemokratische Propaganda eine Liste der Leute bringen würde, die irgendwie belastet sind und bei uns beschäftigt werden? Dann können wir uns in der Öffentlichkeit nicht damit entschuldigen, daß etwa die Besatzungsmacht erklärt hat, es bestehen keine Bedenken. Deshalb darf ich heute schon erklären, daß ich auf rascheste Entscheidung und Durchführung von Maßnahmen auf diesem Gebiet im Interesse der Partei den allergrößen Wert lege.
Von einer anderen Frage, die ich noch gern kurz anschneiden möchte, wurde heute schon ein paar Mal gesprochen. Es wurde dem Vorsitzenden geraten, nicht so leicht Drohungen auszusprechen. Ich habe schon einmal Anlaß gehabt, in einem kleineren Kreis sehr deutlich dazu Stellung zu nehmen. Ich möchte mich heute unbedingt dieser Mahnung anschließen. Wenn es hier jemand für notwendig oder sogar für seine Gewissenspflicht hält, in bestimmten Dingen einen anderen Kurs zu vertreten, als er vielleicht bei der Militärregierung momentan sich durchgesetzt hat, so ist es nicht etwa am Platze zu sagen, es gäbe Mittel, um den Mann kaltzustellen, sondern es ist am Platze zu überlegen, daß erstens eine gewisse Opposition innerhalb der Partei vielleicht sogar in manchen Fragen nützlich sein kann, und daß zweitens derjenige, der eine andere Meinung vertritt oder einen anderen Kurs für richtig hält, dies nicht immer

aus bösem Willen heraus tun muß oder aus selbstsüchtigen Motiven, sondern weil er die Vertretung der von ihm eingeschlagenen Linie für eine Gewissenspflicht im Interesse seiner Heimat und der Allgemeinheit hält.
Zum Schluß noch eine kurze sachliche Frage, nämlich nach unseren Parteisatzungen, die an sich seinerzeit gegen meine Meinung beschlossen worden sind. Ich habe gegen die Satzungen gesprochen. Aber wir haben inzwischen nichts gehört, wie weit sie genehmigt sind oder nicht und wie die Lage in dieser Beziehung ist. Ich möchte darüber gern Aufklärung haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Parteisatzungen werden in absehbarer Zeit genehmigt werden. Ich habe gestern abend noch bei der Militärregierung eine Rücksprache gehabt. Ich habe hier den Entwurf eines Schreibens, das an mich gerichtet ist, nachdem es vorher zwischen den mittlerweile in der neuen politischen Abteilung angetretenen Herren und mir besprochen wurde. Die Aussprache findet durchaus auf freundschaftlicher Basis statt. Der bisherige politische Referent hat leider die Satzungen bisher noch nicht bearbeitet gehabt und keine Vorschläge dazu gemacht.

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wer ist der neue Referent?)

Es sind jetzt drei neue Herren da, die die politische Abteilung führen. Das ist Col. *Burns*[9] (?), Major *Schweizer* und Mr. *Purpos*[10] (?).
Von der Militärregierung werden einige Änderungen gewünscht. Sie sind aber nicht etwa so, wie manche Leute draußen es in der Flüsterpropaganda dargestellt haben, daß man Anstoß nehmen würde an einer Parteidiktatur.
Ich darf dann weiterhin erwähnen: Es fällt auf, wenn man sieht, daß gleichzeitig ein Schreiben herumgegangen ist, das bei unseren Leuten Verbreitung gefunden hat, aber offenkundig auch anderswohin gekommen ist, und das von dem Herrn *Messmer* stammt, der damals in Bamberg hinausgeflogen ist. Ausgerechnet von diesem Mann wird in dem Schreiben eine Kritik unserer Parteisatzungen mit Einzelausführungen zu den einzelnen Punkten gegeben. Diese Kritik kam zustande unter Mitwirkung von Parteifreunden. Herr *Holzer*, Herr *Fißlthaler*[11] und auch einige andere haben mitgewirkt.
Holzer: Ich stelle richtig, daß ich an der Kritik der Parteisatzungen, wie sie hier vorliegen, und von der ich übrigens nichts weiß, nicht mitgewirkt habe.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird ausdrücklich vom Herrn *Messmer* darauf Bezug genommen.
Holzer: Tut mir leid, ich kann meine Erklärung nur wiederholen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bedaure feststellen zu müssen, daß auch da Parteifreunde die demokratische Möglichkeit, auf die Parteientwicklung Einfluß zu nehmen, darin gesehen haben, daß sie auf diese Weise Außenstehende unterstützt haben, die offenkundig auch mit anderen zusammenarbeiten, und dann die Hilfe der Militärregierung gegen die eigene Partei beansprucht haben.
Landesgeschäftsführer *A.W. Schmidt*: Darf ich der Ordnung halber richtigstellen: Der Herr *Messmer* ist noch Mitglied der Union, und zwar in der Stadtgruppe des Herrn *Sporer*.

[9] In der Vorlage: "Birnes".
[10] Gemeint ist offenbar Pierre Purves.
[11] In der Vorlage: "Viesentaler".

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er ist es noch, trotzdem in Bamberg der Wille der Parteifreunde eindeutig zur Kenntnis dieser Gruppe kam.
Meine lieben Freunde! Ich möchte noch kurz zu den anderen Ausführungen Stellung nehmen. Ich fasse mich kurz. Vielleicht kann nachher noch eine Ergänzung gegeben werden.
Ich bedauere, daß *Hundhammer* eine Wendung von Kaltstellung gebracht hat.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Dieses Wort ist nicht in dem Sinn gefallen, sondern in anderem Wortlaut!)

Ich kann nur sagen, daß damals bei der Militärregierung Aussprachen waren, und daß bei der Militärregierung auf verschiedene Erklärungen aufmerksam gemacht wurde, die abgegeben wurden, ferner auf Reden. Ich habe damals in wohlwollendstem Sinne *Hundhammer* einmal gebeten, von Reden Abstand zu nehmen, und zwar deswegen, weil mir gerade eine Rede vorgehalten wurde, die nicht nur Konsequenzen für *Hundhammer*, sondern auch für die Union haben konnte. Es war die Rede, in der *Hundhammer* erklärt hat, er habe seinem König den Treueeid geschworen und er fühle sich noch daran gebunden. In der Zeit, in der die Debatte um die Königspartei ging, um die ganze Monarchiefrage, in der gerade Zusammenhänge zwischen Königspartei und uns dazu dienen sollten, die Union als reaktionär zu bezeichnen, waren solche Worte zumindest gefährlich. Damals wurde ich das erste Mal darauf aufmerksam gemacht, daß ich doch hier für Klarheit sorgen sollte.
Des weiteren spielt hier eine Unterredung herein, die bei der Militärregierung im Zusammenhang mit einer Aussprache über das Denazifizierungsproblem stattfand, als ich der Erklärung zustimmte und sagte, ich würde diese meine Zustimmung auch dem Arbeitsausschuß vortragen und die Zustimmung des Arbeitsausschusses einholen. Da bemerkte Col. *Reese*: Wenn der Arbeitsausschuß nicht zustimmt, dann lösen Sie ihn eben auf und bestellen einen neuen.
Ich habe nicht vor der Abstimmung, aber nach der Abstimmung von diesen Worten Kenntnis gegeben. Auch das wurde bedauerlicherweise wieder in einem Pamphlet gegen mich verwendet, so, wie ich die Äußerung gebraucht habe.
Dr. *Hundhammer*: Die Äußerung ist am 1. Mai in der Gedonstraße 4 gefallen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Du hast vorher Deine Rede über den Treueeid gegenüber dem König gehalten.
Wenn mir nun in der Militärregierung etwas gesagt wird, was einen Parteifreund oder die Union betrifft, so muß ich doch den Parteifreunden das zur Kenntnis bringen. Wenn ich es nicht sage, können sie mir einen Vorwurf machen. Wenn dann nachher irgendeine Gefahr eintritt, dann kann ich die Gefahr viel schwerer beseitigen, als wenn ich vorher einem sage, es steht ernst, das und das vertritt die Union[12] bzw. die und die Haltung nimmt sie ein.
Ich sehe, mein Freund *Falkner* lacht dazu. Er hätte auch zu einem bestimmten Zeitpunkt Mißtrauen haben können. Wir haben eine wirklich schwere Situation gemeinsam dadurch gemeistert, daß wir uns offen ausgesprochen und die Konsequenzen daraus gezogen haben. So wie wir die Schwierigkeiten überwunden haben, könnte man sie auch anderswo überwinden, wenn eine vertrauensmäßige Grundlage da wäre.
Es hat sich mittlerweile doch gezeigt, daß da und dort nicht immer das Vertrauen in dem Maße vorhanden war, daß man die entsprechenden Konsequenzen aus solchen

[12] Gemeint ist offenbar die Militärregierung.

Bemerkungen gezogen hat. Es wird vielmehr irgendeine Möglichkeit gesucht, diese Bemerkung dann gegen d[en] Parteivorsitzenden auszuwerten.
Meine lieben Freunde! Solange ich noch da bin, halte ich es so. Vielleicht suchen Sie sich bald einen anderen, der dann die Union in anderer Weise führt.
Das folgende mögen Sie nun gern hören oder nicht: Als letzthin die Kämpfe sehr stark im Gange waren, hat ein mir nahestehender amerikanischer Freund etwas gesagt, worauf ich wirklich bestimmte Dispositionen abstellen konnte: Die Union ist bis jetzt ein Parteienblock, und es wird nur darauf ankommen, ob sie zur Partei wird. Er sagte weiter: Sie können wirklich glauben - ich sage es auf Ehr und Gewissen: Wenn Sie nicht vorne dran wären, würden vielleicht andere Konsequenzen gezogen worden sein. Denn schließlich und endlich gilt mein Name dort nicht erst etwas, seitdem ich an dieser Stelle stehe. Schließlich und endlich habe ich in der Vergangenheit ein Recht darauf erworben, manches freie Wort sagen zu können. Wenn dieses Vertrauensverhältnis aufgrund der Vergangenheit besteht, so stelle ich das Vertrauen, daß mir gegeben wird, damit der Union zur Verfügung.
Wie lange ich das noch tue, weiß ich nicht, weil ich sehe, daß offenkundig die auseinanderstrebenden Kräfte immer wieder dann zusammenkommen, wenn es gegen den Parteivorsitzenden geht. So kann auf die Dauer eine Partei nicht geführt werden, weil eben die normalen Kräfte eines Menschen dafür nicht mehr ausreichen. Sie werden also möglicherweise bald vor schweren und letzten Entscheidungen stehen.
Ich erteile dem nächsten Redner das Wort.
Dr. *Horlacher*: Der Herr Vorsitzende [*Josef Müller*] hat zum Schluß von den auseinanderstrebenden Kräften gesprochen, die immer gegen die Person des Vorsitzenden zusammengehen. Dagegen möchte ich Widerspruch erheben. Denn so ist die Lage nicht. Es streben gar keine Kräfte auseinander, sondern wir sind mit verschiedenen sachlichen Haltungen nicht einverstanden. Wir haben nach verschiedenen Richtungen hin wesentliche Bemerkungen zu machen. Dabei stehen wesentliche Teile der Wählerschaft in Stadt und Land auf unserer Seite. Deswegen sind wir gezwungen, auf gewisse Klarstellungen zu dringen. Das hat mit der Person des Vorsitzenden gar nichts zu tun. Ich würde nur wünschen, daß wir endlich dazu kommen, das Kleinzeug aus unserer Partei herauszulassen.

(Sehr richtig!)

Das kann anderswo erörtert werden.
Der Herr Vorsitzende hat die Gabe eines guten Advokaten. Er versteht, aus schwarz weiß zu machen. Diese Eigenschaft des Advokaten verbindet sich oft recht unangenehm mit der Eigenschaft des Parteivorsitzenden. Das muß als Parteivorsitzender ausscheiden. Wir haben kein Interesse zu erfahren, ob der Herr *Messmer* mit dem oder jenem gesprochen hat. Mir wäre so etwas gleichgültig. Wenn ich einen erwische, der gegen mich arbeitet, so packe ich ihn, wenn grundlegende Dinge auseinandergesetzt werden. Sachliche Meinungsverschiedenheiten werden immer und in jeder Partei auftreten. Flüsterpropaganda betreiben wir nicht. Es betrifft lediglich Dinge, die die Wählerschaft aufgrund ihrer Kenntnisse an uns heranträgt.
Ich muß offen und ehrlich gestehen: Ich bin seinerzeit dafür eingetreten, in Widerspruch mit großen Teilen der Parteifreunde, die Satzung en bloc anzunehmen. Wenn ich damals nicht gewesen wäre und den Teil der Parteifreunde zurückgehalten hätte, so hätte es eine uferlose Diskussion gegeben. Heute machen sie den Vorwurf, daß ich Schuld bin am Zustandekommen der Satzungen. Wenn ich die Satzung nachträglich

lese, so hat sie einen Aufbau, der zumindest nicht klar ist. Daher kommen die Klagen der Wähler.
Nun etwas besonders wesentliches: Ich würde bitten, die Frage des Kommunismus, die mein Freund *Hundhammer* angeschnitten hat, in einer Form zu behandeln, daß wir keine Schwierigkeiten mit der Besatzungsmacht bekommen. Mir ist von der Besatzungsmacht wiederholt erklärt worden: Das sind eben unsere Verbündeten. Wogegen wir reden müssen, das ist die Diktatur in jeder Form. Da genügt es auch vollständig, wenn wir über die Lage sprechen, wie sie beispielsweise in anderen Ländern auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist. Das verstehen unsere Hörer. Deswegen braucht man die Dinge nicht so beim Namen zu nennen und sich damit Schwierigkeiten schaffen.
Wenn ich rede, brauchen Sie (zum Vorsitzenden) ja nicht Obacht zu geben.
Nun kommt ein anderes Kapitel. Es betrifft den Herrn Dr. *Pix*. Ich habe die dringende Bitte an Sie, daß Sie die Empfindlichkeit auf diesem Gebiet endlich zurückstellen und trachten, daß Sie mit dem Herrn Dr. *Pix* auf ein gutes freundschaftliches Verhältnis kommen, wie es früher der Fall gewesen ist. Denn der Herr Dr. *Pix* hat nun einmal einen maßgebenden Einfluß auf die gesamte bayerische Presse. Ich bitte also, daß diese Verstimmungen aus dem Weg geräumt werden. Denn damit kann man keine Politik machen.
Dann zur bayerischen Frage, die mir sehr wesentlich ist. Mit ein paar Schlagworten können die Dinge nicht abgetan werden. Ich habe mir die Rede des Vorsitzenden in dieser Beziehung genau angehört. Ich war heute nachmittag froh, als unsere Besprechungen durch die Referate auf einen gewissen höheren Punkt gekommen waren. Die Ausführungen des Herrn Vorsitzenden aber haben mich nicht befriedigt in der Frage des Aufbaues des Reichs.
Der Herr *Kaiser* hat nämlich eine Broschüre herausgegeben "Der soziale Staat". Wir sind aufgrund unserer langjährigen parlamentarischen Erfahrung vom Jahre 1920 bis 1933 - wenigstens ich - genau informiert, wie man in Berlin verfährt. Dazu muß man das Berliner Pflaster kennen, um zu wissen, welche Gefahren für den Süddeutschen darin liegen, auf das Glatteis der norddeutschen Formulierungen zu gehen. Das ist die große Sorge unserer Leute.
Der Herr *Kaiser* kann nicht mehr aus seiner Haut herausfahren, nachdem er folgendes geschrieben hat:

> Die Länder können keinesfalls Souveränitätsrechte für sich in Anspruch nehmen. Man wird der Lösung näherkommen, wenn man auf die Schlagworte Einheitsstaat oder Föderalismus verzichtet und sich den Grundsatz zur Richtschnur macht, daß die Länder und Provinzen die Schwerpunkte der Verwaltung darstellen, während die Reichszentrale in erster Linie den Schwerpunkt der Gesetzgebung bildet. Es wird keinen Streit darüber geben, daß dem Reich die Aufgaben der Rechtsprechung, der Außenpolitik, der Handels- und der Zollpolitik, der Post und Eisenbahn, in den gebotenen Grenzen auch der Steuer- und Finanzpolitik zustehen müssen. Dazu eine Grundsatzgesetzgebung auf allen Gebieten, auf denen eine einheitliche Verwaltung wünschenswert und notwendig erscheint.

Meine Damen und Herren! Dieser Standpunkt ist für uns nach unserer bayerischen Auffassung vollständig untragbar.

(Sehr richtig!)

Wir haben jetzt eine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, sowohl in Bayern wie im Reich, in Bayern, daß wir die Hand, die wir von der amerikanischen Seite geboten bekommen, ergreifen und daß wir uns zunächst ohne Rücksicht auf die kommende Gestaltung des Reiches, die noch in weiter Ferne liegt, den Bayerischen Staat als einen Machtfaktor innerhalb des kommenden Reiches gestalten, und zwar in einer Form, daß wir nicht mehr von den Anweisungen einer Berliner Zentrale abhängig sind.
Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß wir gar nicht gegen das Reich sind. Ich bin selber Franke und weiß die fränkische Mentalität einzuschätzen. Ich weiß, daß der Franke genauso wie der Altbayer ein Gegner jeden Berliner Zentralismus ist.
Wir wollen schon eine gemeinsame Zusammenarbeit mit dem Reich, aber das Reich muß sich möglichst aus einzelnen Bundesstaaten zusammensetzen. Die Voraussetzungen sind vor allem in Bayern und auch noch in Württemberg-Baden und Hessen gegeben. Aber dann hört es auf. Dann kommt die Konkursmasse des preußischen Staates. Ich kann Ihnen ehrlich sagen, ich bin froh, daß die Tradition des preußischen Staates, die ich für ein Unglück für das Deutschland der letzten hundert Jahre halte, zusammengebrochen ist. Sie hat uns keinen Segen gebracht, sondern nur das Gegenteil. Da müssen sich erst die einzelnen Länder bilden, die einzelnen Bundesstaaten, ob sie nun Hannover heißen, das schon lange die Sehnsucht hat, aus der preußischen Herrschaftssphäre herauszukommen, oder Weser-Ems oder Rhein-Ruhr. Das sind die Fragen, die erst in Norddeutschland erledigt sein müssen. Solange sie nicht erledigt sind, kann nicht daran gedacht werden, ein einheitliches Reich aufzubauen. Aufbauen müssen wir jetzt von unten, von den Ländern her. Zuerst müssen das Fundament und die Stockwerke geschaffen werden, und dann kommt über das Ganze das Dach des Reiches.
Daß wir selbstverständlich für eine gewisse wirtschaftliche Einheit des Reiches sind, ist sonnenklar. Das haben wir auch in den Versammlungen immer wieder betont. Daß wir dafür sind, daß die Zonengrenzen fallen, ist ebenfalls ganz selbstverständlich. Es ist aber eine Grundsatzvoraussetzung für die Arbeit, daß wir eine einheitliche Linie bezüglich des inneren Aufbaues des Reiches haben müssen. Wir halten jedenfalls an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches fest.
Ich habe letzthin in einer Tagung gesagt, daß viele Leute den Unterschied zwischen Bundesstaat und Staatenbund nicht kennen. Bundesstaat ist der Aufbau des Reiches auf selbständigen Staaten, wobei die einzelnen Staatsbürger sowohl Interesse an dem Bundesstaat, also dem Einzelstaat innerhalb des Reiches, haben wie auch gewisse Reichsinteressen. Der bundesstaatliche Charakter verbindet sowohl mit dem Land wie mit dem kommenden Reich. Der Staatenbund ist nur eine Verbindung der einzelnen Gliedstaaten. Die Lösung für uns liegt im bundesstaatlichen Aufbau des Reiches, allerdings mit der Maßgabe, daß wir künftig von den Bundesstaaten an das Reich nur die Rechte abgeben, die das Reich zu seinem Leben unbedingt benötigt, aber nicht mehr und nicht mehr so, wie die Herren von Berlin mit ihrem Scheinföderalismus es wollen.
Ich traue den Herren, je weiter sie im Norden wohnen, um so weniger. Denn ihre Suada[13] übertüncht alles. Aber wir sind klug genug und haben die entsprechende Schulung, daß wir wissen, daß es um Grundsätze geht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich auf die Zeit aufmerksam machen.

[13] In der Vorlage: "Swada".

Dr. *Horlacher*: Der Hauptgrundsatz ist der, daß Bayern und der deutsche Süden innerhalb des Reiches eine andere Stellung einnehmen müssen, als es vorher der Fall gewesen ist.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *von Prittwitz* war dabei, als im Verfassungsausschuß der Union der Sowjetzone besprochen wurde, wie sich die Leute dort die Verfassung vorstellen. Ich bitte ihn, das rasch vorzutragen, damit man sieht, daß wir wirklich in den leeren Raum hineinreden.

Von Prittwitz-Gaffron: Ich habe mich sowieso zum Wort gemeldet.

Ich hatte die Ehre, an den Sitzungen des Verfassungsausschusses der Sowjetzone der CDU in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des zwischenstaatlichen Ausschusses teilzunehmen. Man nimmt gewöhnlich an und sagt in Deutschland so oft, daß wir ein Objekt der Politik sind und keinen Einfluß auf die auswärtigen Dinge nehmen können. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß hierin ein gewisser Irrtum liegt. Wir können unter zwei Bedingungen einen gewissen Einfluß ausüben, daß wir erstens einmal immer wieder, soweit es in unseren Kräften steht, dafür eintreten, daß wir eine Friedenspolitik in der Welt sehen wollen. Das wollen die Leute im Auslande von uns hören. Denn nur aus einem Bekenntnis zum Frieden können sie sehen, daß wir einmal ein Mitglied der Völkerfamilie werden und mit ihr zusammenarbeiten wollen.

Das zweite Argument berührt die Fragen von *Schlögl*, *Horlacher* und anderen Herren. Es ist die Frage eines Deutschlands als allgemeine Einheit. Es ist doch so, daß sich die Alliierten geradezu an diesen Begriff von Deutschland klammern. Denn nur mit diesem Deutschland können sie ja Frieden schließen. Infolgedessen darf dieses Deutschland nicht von den Deutschen preisgegeben werden.

Dies nur ganz allgemein gesagt. Jeder der Alliierten, mit dem ich in Berlin gesprochen habe, hat geradezu zitternd gefragt: Ihr seid doch für die deutsche Einheit?

Was die Frage betrifft, die Dr. *Horlacher* angeschnitten hat, so bewegt sie sich ganz auf dem Grunde, der in der berühmten Resolution mit den fünf Punkten niedergelegt ist, die ich selbst unterschrieben habe. Es ist außerdem jedem bekannt, was ich darüber denke, da ich seit dem Jahre 1918 in bezug auf den staatlichen Aufbau Deutschlands immer wieder dasselbe wiederholt habe.

Die Eindrücke, die wir alle in Berlin gewonnen haben, sind durchaus eindeutige in dem Sinne, daß der Überrest von Preußen, der überhaupt nur noch in einzelnen Bestandteilen besteht, vollkommen in die Ecke gedrängt ist.

Redner führt dann aus, daß er im Verfassungsausschuß die Belange Bayerns zu vertreten gehabt habe. Man hätte dort mit der Laterne nach einem Zentralisten suchen müssen. Man habe heute ein ganz anderes Berlin vor sich als früher. Nach der Auflösung Preußens steckte ja nichts mehr dahinter. In dem Ausschuß habe die amerikanische Bundesrepublik als Vorbild gedient. Auf dieser Basis habe man sich dort geeinigt.

Das Bekenntnis zu Deutschland schließe ein außenpolitisches Bekenntnis in sich. Wenn Deutschland auseinanderbräche, würden die Rivalitäten ins Unermeßliche steigen und die Leidtragenden wären die Deutschen selbst, einschließlich der Bayern.

Das Eintreten Bayerns in Berlin - wenigstens der bayerischen CSU-Vertreter - für den deutschen Bundesstaat im Sinne des ersten Punktes der berühmten Resolution sei daher ein Aktivum für die deutsche Zukunft und nicht ein Negativum.

Vorsitzender [*Josef Müller*] bedauert, daß die Ausführungen *von Prittwitz-Gaffrons* vor einem halbgeleerten Saal gemacht worden seien und daß gerade die Leute, die es bei Angriffen besonders ernst nähmen, fehlten, wenn positive Dinge entwickelt würden. Mit Worten des Dankes an die treuen Mitarbeiter, die bis zum Schluß ausgehalten hätten, schließt er die Sitzung.

Schluß der Sitzung 20.11 Uhr.

Nr. 22

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. September 1946 in München

Tagesordnung:[1]

1. Bericht über Stand der Parteiorganisation und beabsichtigte weitere Maßnahmen sowie Wahlvorbereitungen
2. Bericht über Stand der Satzungsgenehmigung durch die Militärregierung
3. Berichte über die Vorarbeiten und den Stand der Ausarbeitung zum Parteiprogramm
4. Bericht des Herrn Landesvorsitzenden über die Interzonenpolitik der Union
5. Bericht über Arbeiten des Flüchtlingsausschusses
6. Bericht über Arbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses
7. Bericht über den Stand der Verfassungsverhandlungen
8. Bericht des Herrn Landesvorsitzenden zu einzelnen Fragen der Verfassung und über die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion
9. Politische Aussprache
10. Verschiedenes

Tagungsort: München, Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28

Anwesend:[2] A. von Aretin, Arnold, R. Berger, Boehlke, Brandner, Butterhof, Jos. Detsch, Donsberger, von Eicken, Elhardt, Etterer, Euerl, Fackler, J. Fischer, Gamperl, Geiselberger, Gerathewohl, Grasmann, Hafenbrädl, Hahn, Hagn, Haugg, H. Haunhorst, Haußleiter, (Heubl), Holzmann, Hundhammer, Jaeger, Karpf, Klenk, E. Koch, Koenig, E. Kraus, Kroll, Kübler, Kurz, Lacherbauer, Liedig, A. Maier, R. Martin, Mauerer, Meyer-Spreckels, Miesgang, J.Müller, J.M. Müller, Muhler, Neumann, Ostwald, Ott, Pflaum, Hans Pflüger, von Prittwitz-Gaffron, Probst, Rattler, Rindt, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, Scharnagl, Schedl, Schwägerl, Semler, Speicher, Sporer, Staab, Steber, Stücklen, Stürmann, Ulrich, Vogl, von Voretzsch, Warmuth, Weinkamm, G. Weinzierl, Weiß, Willke

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 10.05 durch den Landesvorsitzenden Dr. *Müller* eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die Sitzung des Landesausschusses, zu der die Freunde vordringlicherweise unter Abkürzung der Fristen einberufen worden sind. Ich darf vorher feststellen: Anwesend dürfen nur sein Vertreter für den Landesauschuß und solche Parteifreunde, die aus bestimmten zwingenden Gründen ausdrücklich die Erlaubnis haben, anwesend zu sein. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß Vertreter der Militärregierung, soweit welche erscheinen, zugelassen sind. Auf der anderen Seite ist es so, daß die Fragen, die in einer Landesausschußsitzung besprochen werden, von entscheidender Bedeutung sind. Infolgedessen ist es eine Selbstverständlichkeit, daß eine gewisse Vertraulichkeit, die in jeder Partei üblich ist, gewahrt werden muß.

---

1 Von der Landesgeschäftsstelle am 5. September 1946 so formuliert (ACSP, CSU-Landesausschüsse, 6. September 1946) und in der Sitzung (vgl. S. 519) den Mitgliedern des Landesausschusses bekanntgegeben. Tatsächlich entfiel jedoch Punkt 5. In den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union Nr. 10 vom 21. September 1946 wurde die Sitzung vom 6. September fälschlich auf den 5. September datiert.

2 Laut Anwesenheitsliste. Fünf Namen von Delegierten und die der beiden Vertreter der Militärregierung sind unleserlich.

Sollten irgendwelche Personen anwesend sein, die nicht als Vertreter hier sind, so bitte ich sie, den Raum zu verlassen.
Pflaum: Vom Bezirksverband München sind eine Reihe von Herren anwesend, die nicht stimmberechtigt sind. Vor allem ist gestern eine Kommission bestellt worden, die Ihnen eine Resolution zu überbringen hat. Die Resolution habe ich hier bereits abgegeben. Außerdem sehe ich hier eine Reihe von Herren, die wohl im Ausschuß des Bezirksverbandes München sind, aber keine Stimmberechtigung haben. Die Herren sind hierher gekommen, weil sie eben in München ansässig sind und weil bekannt wurde, daß es in Bamberg eine Gepflogenheit war, daß die Freunde aus der Stadt und aus Franken anwesend waren. Ich wollte das vorher bekanntgeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Parteifreunde! Ich halte es für zweckmäßig, diese Frage zu klären. Ich vertrete die Auffassung, daß bei diesen Besprechungen - das ist allgemein bekannt -, wenn eine Dringlichkeit geboten ist, nur die Vertreter da sind und sonst Persönlichkeiten, die ermächtigt sind. Resolutionen können genauso von den Vorsitzenden der Bezirksverbände vorgetragen werden. Wenn der Bezirksverband dann im Rahmen der Tagesordnung wünscht, daß der eine oder andere zugelassen wird, so muß ausdrücklich Antrag gestellt werden. Ich sehe mich dazu veranlaßt, weil gerade in jüngster Zeit noch verschiedene Indiskretionen vorgekommen sind, die zu sehr unangenehmen Weiterungen geführt haben. Ich bitte um Stellungnahme der Versammlung.

(Zurufe: Nur wahlberechtigte Vertreter!)

Hagn: Ich vertrete die Auffassung, daß Kollegen aus München, die die Gewähr bieten, daß sie nichts hinaustragen, zugelassen werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, darüber abstimmen zu dürfen.
Sporer: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß in Bamberg ausdrücklich gesagt worden ist: In der Versammlung dürfen, damit Stimmung herrscht, Freunde unserer Richtung aus Bamberg und Umgebung anwesend sein. In Bamberg waren sehr viele Gäste zugegen. Die Kontrolle war sehr mangelhaft. Es hat sich sogar herausgestellt, daß die Chauffeure, die die Herrschaften hingefahren haben, auch zugegen waren, obwohl sie sicher nicht zu unserer Richtung gehört haben. Man hat daran kein Ärgernis genommen, sondern einen gewissen Hinterhalt an Stimmung gehabt. Es ist da nicht besonders vornehm gehandelt worden. Es sind heute lediglich einzelne Herren aus unserer Münchner Stadtratsfraktion anwesend, von denen sicherlich nicht gesagt werden kann, daß sie gekommen sind, um Radau zu machen, sondern weil für sie die Verhandlungen hier genau dasselbe Interesse wie für uns alle haben. Es handelt sich doch um die Verfassung. Es muß diesen Gästen zumindest die Möglichkeit geboten werden, hier, fast möchte ich sagen zu treuen Händen, anwesend zu sein. Ich würde es für sehr bedauerlich halten, wenn man solchen ehrenwerten Männern gleichsam ein Mißtrauensvotum ausstellt und sie vom Saale verweist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen, daß die Fraktion ihrerseits auch beschlossen hat, daß noch nicht einmal Mitglieder des Landesausschusses in Fraktionssitzungen anwesend sein dürften.
Schwägerl: Ich glaube, daß hier ein Irrtum vorliegt. In Bamberg war es eine Landesversammlung und hier ist eine Landesausschußsitzung. Das ist der Unterschied.
Sporer: Das war auch keine normale Landesversammlung.
Dr. *Rindt*: Weil das Beispiel der Fraktion gefallen ist, so möchte ich sagen: Ohne Wissen und Bevollmächtigung der Fraktion wurden Gäste gebracht. Ich glaube, daß die

Verhältnisse dieser Gäste nicht sehr erfreulich waren. Ich stelle mich persönlich auf den Standpunkt: Ich weiß nicht, wer von den Herren hier bevollmächtigter Vertreter ist und wer nicht. Ich glaube aber, daß, um auf Bamberg zurückzukommen, es damals eine taktische Notwendigkeit war, auch die nicht mit Sitz und Stimme begabten Vertreter zuzulassen, daß die Stimmung damals so war, daß die ganze Geschichte sonst gesprengt worden wäre, hätte man die Gäste verwiesen.
Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß der Landesausschuß eine Arbeitstagung ist, daß hier an und für sich nur die Leute etwas zu suchen haben, die hier Sitz und Stimme haben, um für andere zu sprechen. Es kann nicht anders sein, weil die Leute, die hier sitzen, aufgrund ihrer Wahl hier sind. Sie haben aufgrund der Wahl Sitz und Stimme und die Verpflichtung zu arbeiten.
Ich wende mich dagegen, daß Leute, die nicht ausdrücklich eingeladen wurden, hier mitarbeiten, bei allem persönlichen Vertrauen, das ich diesen Herren entgegenbringe. *Kurz*: Ich lege den allergrößten Wert darauf, daß die Herren, die geladen worden sind, bleiben können.
Veranlassung, die Sitzung zu besuchen, gibt mir folgendes: Ich bin Beisitzer an der Berufungskammer für München-Oberbayern. Ich habe bis jetzt 30 bis 40 Versammlungen gehalten. Ich lege den allergrößten Wert darauf, wenn wir nun wieder in die Wahlagitation eintreten, auch über die laufenden Dinge, die hier im Landesausschuß besprochen werden, unterrichtet zu sein, zumal deshalb, weil das letzte Mal die Rednerlisten zu spät herausgekommen sind. (?) Von Radaumachen und von irgendwelchen Beeinflussungen usw. kann selbstverständlich gar keine Rede sein. Ich möchte also gebeten haben, daß die Herren, die in diesem Sinne geladen worden sind, an den Beratungen teilnehmen können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe Veranlassung, ausdrücklich nochmals darauf hinzuweisen, daß mich verschiedene Indiskretionen vor einiger Zeit zwingen, jetzt in diesem Falle schärfer vorzugehen. Es sollen nur die Leute, die ausdrücklich eingeladen sind und die eine bestimmte Aufgabe haben, hierbleiben. Alle anderen bitte ich, das Lokal zu verlassen. Ich werde unter allen Umständen darauf bestehen.
Dr. *Lacherbauer*: Ich bitte mitzuteilen, wer außer den stimmberechtigten Vertretern eingeladen worden ist.

(Zuruf: Und von wem!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Landesleitung hat immerhin die Möglichkeit, die Leute einzuladen, die hier aus bestimmten Gründen notwendig sind.

(Zuruf: Nein!)

Ich bitte, in Zukunft daran festzuhalten.
Meine lieben Freunde! Ich kürze die Debatte ab. Ich kann nicht durch Geschäftsordnungsdebatten den ganzen Tag zerreden lassen.
Dr. *Lacherbauer*: Ich habe eine Frage gestellt. Ich bitte die Frage zu behandeln.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Frage wird dadurch beantwortet, daß zu den Referaten Stellung genommen wird. Einzelne Leute werden Referate halten. Es wird ausdrücklich die Stimmberechtigung festgestellt. Ich sah mich zu meiner Stellungnahme deswegen veranlaßt - ich bin immer für offene Aussprache -, weil ich vorhin die Mitteilung erhalten habe, daß Herr *Stürmann* mitgebracht worden ist und daß auch andere Leute mitgekommen sind. Ich habe nichts gegen die Personen einzuwenden. Ich sehe mich nur veranlaßt, hier Klarheit zu schaffen.

Dr. *Stürmann*: Ich stelle folgendes fest: Ich glaube, daß keiner in diesem Saal ist, der dem Stadtrat *Fackler* und mir, die wir im Jahre 1934 die bayerische Widerstandsbewegung gegründet haben, zu einer Zeit, in der fast noch niemand hier im Saale so weit war, sich aktiv gegen den Nationalsozialismus zur Befreiung unseres Vaterlandes einzusetzen, das Recht streitig macht, hier zuzuhören, was von den Organen, die, nur bedingt durch unseren Willen, gewählt sind, gesprochen wird. Wir wollen nur zuhören, ohne Stellung zu nehmen. Wenn wir nicht das demokratische Recht haben zuzuhören, was gesagt wird, dann ist die gesamte Durchführung dieser Parteiorganisation undemokratisch, und wir werden daraus unsere Konsequenzen ziehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich entziehe dem Herrn Dr. *Stürmann* das Wort.
Meine lieben Freunde! Ich stelle hier fest: In der Zeit, in der Herr Dr. *Stürmann* gekämpft hat, haben viele andere Freunde auch gekämpft.

(Zurufe: Sehr richtig, er war nicht allein!)

Die Freunde, die dort gekämpft haben, sehen es nur als ihre Pflicht an, zu arbeiten und machen daraus kein großes Aufheben.
Meine lieben Freunde! Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer ist dagegen, daß Mitglieder, Parteifreunde, die nicht ausdrücklich Vertreter sind und die nicht ausdrücklich mit Zustimmung des Landesvorsitzenden anwesend sind, hier bei den Verhandlungen zugegen sind? Ich muß abstimmen lassen, der Antrag lautet so:

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Wer enthält sich? Wer ist dagegen?

(Widerspruch.)

Der Antrag wird formuliert:

> Anwesend in der Landesausschußsitzung dürfen nur Vertreter für den Landesausschuß sein und Parteifreunde, die ausdrücklich von der Landesleitung dazu eingeladen sind oder die Zustimmung erhalten.

Die Landesleitung kann selbstverständlich eingeladen haben.
Sporer: Die Landesleitung muß sich denselben Prinzipien unterwerfen wie die Bezirksleitung von München.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich entziehe Herrn Dr. *Sporer* das Wort.
Sporer: Sie haben Leuten von Bamberg ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich entziehe Herrn Dr. *Sporer* das Wort. Der Antrag ist bekannt.

(Zuruf: Nein!)

Dr. *Lacherbauer*: Meine Frage ist nicht beantwortet worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Lacherbauer* hat nicht das Wort. Ich entziehe ihm das Wort.

(Lebhafte Unruhe, Zurufe: Das geht nicht!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist gegen diesen Antrag? Nur die Stimmberechtigten dürfen abstimmen. Wer ist für den Antrag? Ich mache die Gegenprobe.
Der Antrag ist offensichtlich mit großer Majorität angenommen. Ich fordere jetzt die Nichtstimmberechtigten auf, den Raum zu verlassen.
(Geschieht.)

Dr. *von Eicken*: Zur Geschäftsordnung! Ich beantrage eine Umstellung in der Tagesordnung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Tagesordnung ist noch nicht bekanntgegeben.
Dr. *von Eicken*: Dann verschiebe ich meinen Geschäftsordnungsantrag bis zur Bekanntgabe der Tagesordnung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte jetzt den Geschäftsführer, die Stimmberechtigten festzustellen.
(Landesgeschäftsführer *Liedig* stellt die Stimmberechtigten fest.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es fehlen noch einige Parteifreunde, ich glaube aus Oberfranken und Mittelfranken. Wir können aber trotzdem anfangen.

(Zuruf: Mittelfranken ist da!)

Oberfranken ist noch nicht ganz vertreten. Die Mitglieder der Staatsregierung, die an und für sich Mitglieder des Landesausschusses sind, sind heute verhindert, da alle zum größten Teil nach Stuttgart fahren mußten.
Die Stimmfähigkeit ist gegeben.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht über Stand der Parteiorganisation und beabsichtigte weitere Maßnahmen sowie Wahlvorbereitungen.
2. Bericht über Stand der Satzungsgenehmigung durch die Militärregierung.
3. Bericht über die Vorarbeiten und den Stand der Ausarbeitung zum Parteiprogramm.
4. Bericht des Herrn Landesvorsitzenden über die Interzonenpolitik der Union.
5. Bericht über Arbeiten des Flüchtlingsausschusses.
6. Bericht über Arbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.
7. Bericht über den Stand der Verfassungsverhandlungen.
   Mittagspause.
8. Bericht des Herrn Landesvorsitzenden zu einzelnen Fragen der Verfassung und über die Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion.
9. Politische Aussprache.
10. Verschiedenes.

Dr. *von Eicken*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte, nach Möglichkeit die Tagesordnung so umzustellen, daß der Punkt 7 und im Zusammenhang damit der Punkt 6 an erster Stelle behandelt wird. Ich möchte damit vermeiden, daß die Dinge, die die augenblicklich größte Bedeutung und größte Wichtigkeit haben, eventuell wieder nachmittags um 17 Uhr vor einem abgekämpften oder unvollständigen Hause durchgepeitscht werden müssen.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Solange noch nicht alle da sind, würde ich bitten, diese entscheidenden Fragen zurückzustellen. Wir können uns nachher darüber unterhalten, ob wir die Behandlung dieser Fragen vorverlegen.
Dr. *von Eicken*: Damit kann ich mich einverstanden erklären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie können nachher Ihren Antrag wiederholen, wenn die übrigen Herren alle da sind. Dann werde ich mich selbstverständlich damit einverstanden erklären.
Zu Punkt 1 der Tagesordnung bitte ich jetzt den Geschäftsführer *Liedig*, einen Bericht zu geben.

Liedig: Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht darauf, daß wir jetzt schon fast eine Stunde verloren haben, will ich den Bericht über den Stand der Parteiorganisation ganz kurz erstatten und keinen Rechenschaftsbericht über das ablegen, was ich vorgefunden habe, was inzwischen geschehen ist und was noch zu geschehen hat.
Im Vordergrund der Organisationsarbeit steht im Augenblick die Aufnahme der Kreisverbände in den Landesverband. Die Militärregierung hat von sämtlichen politischen Parteien gefordert, daß die Kreisverbände sich unverzüglich zu entscheiden haben, ob sie in den Landesverband aufgenommen werden wollen oder nicht. Wir haben dieserhalb an die Bezirke hinausgeschrieben und auch unmittelbar an die Kreise. Der Termin war der 5. September. Trotzdem ist ein großer Teil der Erklärungen oder Entschließungen der Kreisverbände bisher nicht mitgeteilt worden. Ich gebe die Zahlen darüber in Übersicht bekannt. Die Liste kann nachher von den einzelnen Vertretern der Bezirke hier eingesehen werden, damit Sie sehen, wo es am meisten hapert.
Im Bezirk Oberbayern fehlen noch 18 Kreisverbandserklärungen, im Bezirk Unterfranken zehn, in Niederbayern eine, Oberfranken zehn, Mittelfranken fünf, Oberpfalz eine und Schwaben neun.
Bei den Besprechungen bei der Militärregierung hat sich herausgestellt, daß dort angeblich sieben Kreisverbände als überhaupt nicht existierend geführt werden. Ich habe hier die Karte der Militärregierung anschlagen lassen. Was schraffiert ist, ist bereits in den Landesverband aufgenommen, was in Längsstrichen gezeichnet ist, ist noch nicht aufgenommen, das heißt in diesem Falle steht die Genehmigung der Militärregierung noch aus, die Anträge sind aber gestellt. Was offen ist, also ganz weiß ist, wird von der Militärregierung als nicht existent angesehen.
Ich bitte die Herren Bezirksvorsitzenden, mit allem Nachdruck diese Fragen in Ihren Bezirken zu klären, da nach Erklärung der Sachbearbeiter der Militärregierung von Bayern damit gerechnet werden muß, daß mit Ablauf dieses Monats nur noch die als Landesparteien zugelassenen Parteien Bayerns politische Betätigung betreiben dürfen. Es liegt also im eigenen Interesse der einzelnen Bezirke und Kreise, die Angelegenheit schnellstens in Ordnung zu bringen.
Nach den Unterlagen der Militärregierung sind als nicht vorhanden aufgeführt in Unterfranken die Kreisverbände Alzenau, Hofheim, Mellrichstadt und Oberndorf, in Mittelfranken die Kreisverbände Höchstädt und Hersbruck, in Oberfranken der Kreisverband Naila.
Aus den Verhandlungen mit der Militärregierung hat sich aber ergeben, daß anscheinend auch im dortigen Apparat nicht alles funktioniert hat. Denn beispielsweise steht der Kreisverband Hersbruck in Mittelfranken, der als nicht existent geführt wird, in einer lebhaften Korrespondenz mit der Militärregierung, die ihn also in einem anderen Ressort wieder als existent behandelt. Diese Dinge müssen jetzt in der Form geklärt werden, daß diese Kreisverbände bei der örtlichen Militärregierung sofort vorstellig werden und nachweisen, wann sie zunächst einmal ihren Antrag zur Genehmigung als örtlicher Kreisverband gestellt haben und wann er ihnen bestätigt worden ist. Denn sie gelten als überhaupt nicht existent.
Aufgrund der Verhandlungen bei der Militärregierung ergibt sich eine neue Zweckmäßigkeitsfrage, über die die Herren Bezirksvertreter sich schlüssig werden wollen, nämlich, ob die Stadt- und Landkreise, die den gleichen Namen führen, nicht zweckmäßigerweise organisatorisch, das heißt also geschäftsstellenmäßig zusammengefaßt werden. Nur bei dem Stadt- und Landkreis München, Nürnberg und Augsburg würde es auch eine Organisationsverschiebung bedeuten, weil diese Landkreise aus den je-

weiligen Bezirksverbänden des Regierungsbezirkes dann in den Bezirksverband dieser drei als Städte selbständigen Bezirksverbände eingegliedert werden müssen.
Die Militärregierung hat uns nahegelegt, den Bezirks- und Kreisverbänden einen solchen Vorschlag zu machen, wodurch dann in Übereinstimmung mit der Organisation der Militärregierung, mit der unsere Stellen draußen ja dann praktisch zu arbeiten haben, unsere Organisation vereinfacht würde.
Noch ein allgemeines Wort über die Auffassung der Militärregierung über die innere Parteiorganisation, wie sie sich bei den Beratungen über die Satzungen der Partei ergeben hat. Die politische Abteilung der Militärregierung von Bayern kennt als politische Instanzen und Organisationsformen der Partei praktisch nur die Kreisverbände und den Landesverband. Die Organisation der Bezirksverbände wird von mir als eine parteiinterne, zweckmäßigerweise erwünschte Organisationsform angesehen. Daher erübrigt sich auch ein Antrag auf Aufnahme in einen Bezirksverband. Die Bildung von Bezirksverbänden ist rein in das Ermessen der Parteiführung gestellt. Dort wo sie es für zweckmäßig und notwendig hält, kann sie auch Kreise innerhalb eines Bezirkes zu Kreisgruppen zusammenfassen, ganz wie es die Aufgaben der Organisation und der Verwaltungsarbeit der Partei erfordern. In diesem Punkt stimmen unsere Satzungen, wie sie seinerzeit beschlossen worden sind, auch in der Formulierung mit der Auffassung der Militärregierung überein. Da heißt es bezüglich der Kreisverbände:

> Die Ortsverbände eines Landkreises oder einer kreisunmittelbaren Stadt bilden einen Kreisverband.

Bezüglich der Bezirksverbände heißt es:

> Der Landesverband gliedert sich in folgende Bezirksverbände:

Diese Unterscheidungen der Formulierung entsprechen also durchaus der inzwischen auch von der Militärregierung uns gegenüber als Wunsch geäußerten Organisationsform.
Die innere Organisation der Partei besteht aus zwei grundverschiedenen Elementen. Das eine sind die gewählten Körperschaften der Partei, also der Ortsverband, der Kreisverband, der Bezirksverband, der Landesverband als solcher. Das andere ist die Verwaltungsmaschinerie der Partei. Das sind die Geschäftsstellen, der Geschäftsführer beim Landesverband, bei den Bezirken und Kreisen.
Bezüglich der Geschäftsführer ist jetzt bei den Abschlußberatungen über die Satzungen von der Militärregierung ausdrücklich festgestellt worden, daß sie ein Verwaltungsinstrument der Landesführung sind, daß die Geschäftsführer bis hinunter in die Kreisverbände also der Landesführung unterstehen, daß sie von ihr eingesetzt und abberufen werden. Sie sind praktisch also die Repräsentanten der Verwaltungs- und Organisationsarbeit der Partei.
Die hauptamtlich eingesetzten oder einzusetzenden Geschäftsführer haben sich ausdrücklich jeder Art von politischer Einflußnahme und politischer Willensbildung in dem Gremium, für das sie geschäftsführermäßig arbeiten, zu enthalten. Soweit sie den jeweiligen Ortsverbänden usw. als Mitglieder angehören, haben sie natürlich in dem Ortsverband und als dessen Vertreter unter Umständen auch Sitz und Stimme. Das ist eine andere Funktion. Aber in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführer haben sie nur organisatorische und verwaltungsmäßige Aufgaben, nämlich Aufgaben, die in erster Linie von der Landesführung bestimmt und bekanntgegeben werden.

Daß diese Arbeiten im Einvernehmen mit den Herren Bezirks- und Kreisvorsitzenden durchgeführt werden, ergibt sich schon daraus, daß sie letzten Endes von dem Landesausschuß und der Landesvorstandschaft bestimmt werden, die ihrerseits wieder aus Wahlen dieser Gremien hervorgegangen ist. Das ist notwendig zur Klarstellung der Frage des zukünftigen Aufbaus der verwaltungsmäßigen und organisatorischen Parteiorganisation, die bisher ja zum großen Teil noch im argen liegt. Darauf ist es leider auch zurückzuführen, daß die Bewältigung der Arbeiten, die rein organisatorisch und verwaltungsmäßig durchgeführt werden müssen, noch nicht so funktioniert, wie es wünschenswert wäre. Ich will Sie nicht mit vielen Einzelheiten langweilen, aber wenn ich Ihnen sage, daß von ungefähr 40% aller Kreisverbände die Ende Juli fälligen Stärkemeldungen als Unterlage für den Bericht des Landesvorsitzenden an die Militärregierung bis zum 5. September nicht vorgelegen haben, so können Sie daraus ersehen, wie sehr unsere Organisationsarbeit noch der Verbesserung bedarf.
So ist es leider mit vielen Dingen. Man kann im Durchschnitt sagen, daß rund 70% der anfallenden Arbeit bei der Landesgeschäftsstelle unnötige Arbeit ist, die vermieden werden könnte und die den Menschen, Material- und Zeiteinsatz von wichtigeren Aufgaben absorbiert und wegzieht, nur weil die Organisationsarbeit innerhalb der Partei noch sehr im argen liegt.
Hieraus einen Vorwurf zu machen, liegt mir völlig fern. Es ist die Feststellung einer Tatsache, die sich aus dem Entwicklungsgang der Partei erklärt, die ja praktisch erst in den letzten Wochen die Möglichkeit bekommen hat, eine organisatorische Durcharbeitung in Angriff zu nehmen. In den ersten Monaten des Bestehens der Partei stand die reine Wahlarbeit so im Vordergrund, daß der parteiinterne Aufbau nicht ausreichend besorgt werden konnte. Dieser Aufbau und Ausbau ist gerade im Hinblick auf die kommenden Wahlentscheidungen von meines Erachtens ausschlaggebender Bedeutung. Der nächste Wahlkampf wird sicherlich sehr viel erbitterter und mit sehr viel größeren Schwierigkeiten geführt werden. Ich denke nur an die bereits erfolgte Rationierung, ja man kann beinahe sagen Entzug, des Treibstoffes für die politische Arbeit und die angekündigte Beschränkung der Papierzuteilung in den nächsten Monaten. Es ist daher klar, daß die Wahlarbeit im nächsten Wahlkampf sehr viel schwieriger werden wird. Um so mehr verlangt eine intensive Kleinarbeit und Organisationsarbeit eine Entlastung der Landesgeschäftsstelle von Dingen, die bei ordnungsgemäßer Erledigung überhaupt mit einem Arbeitsgang erledigt werden können, statt daß sie zehn oder zwölf Arbeitsgänge, Telefonate, Mahnschreiben, Telegramme usw. notwendig machen.
Ich bitte daher dringend, unter dem Gesichtspunkt der wirklich entscheidenden Wahlen, die vor uns stehen, um möglichste Unterstützung in der Mitarbeit und bei der Erledigung all der Aufgaben und Termine, die gestellt werden. Nur so können wir den Wahlkampf mit einer gefestigten Organisation durchführen.
In einer Reihe von Fällen haben wir in den letzten Wochen bereits hauptamtliche Kreisgeschäftsführer einsetzen können. Leider standen wir auch da vor der Tatsache, daß nur ein Fünftel der Kreisgeschäftsführer von den Kreisen und Bezirken vorgeschlagen wurde. In allen anderen Fällen wurden wir dringend gebeten, jemand namhaft zu machen, weil es angeblich nicht möglich war, im Kreis- oder Bezirksbereich einen geeigneten Sachbearbeiter zu finden. Ich glaube, daß es viel richtiger wäre, wenn das Verhältnis umgekehrt wäre, daß also mindestens vier Fünftel der Landesleitung zur Einstellung vorgeschlagen würden und daß die Fälle, wo wir auf die Suche

gehen und jemanden hinausschicken müssen, sich vielleicht auf 10 bis 20% verringern lassen.
Eine rein geschäftsmäßige Bitte in diesem Zusammenhang ist, daß man zur Erledigung des Geschäftsverkehrs unserem Wunsche entspricht, den wir hinausgegeben haben, sachlich verschiedene Dinge nicht im selben Schreiben zu behandeln. Bei der Aufteilung der Arbeit auf verschiedene Sachreferate, die nicht einmal im selben Hause sind, ist es sonst unvermeidlich, daß erhebliche Verzögerungen bei der Gesamterledigung der vorgebrachten Fälle eintreten oder aber, daß der eine oder andere Punkt praktisch unter den Tisch fällt und keine Erledigung findet, weil der Sachbearbeiter oder seine Bürokraft versehentlich die Angelegenheit mit seiner Teilbeantwortung für erledigt angesehen hat. Auch dadurch könnte unsere interne Arbeit wesentlich erleichtert und verbessert werden.
Nun noch einige Worte zur technischen Vorbereitung des nächsten Wahlkampfes. Aus den Erfahrungen des Wahlkampfes vom 30. Juni, dessen statistische Auswertung für die beiden stärksten Parteien ich an der Wand habe anschlagen lassen, ergeben sich besondere Lehren. Der Vergleich der beiden Karten ist sehr instruktiv, weil er gleichzeitig zeigt, wo die Schwächen sind, wo wir also in Zukunft beim nächsten Wahlkampf entscheidend das Schwergewicht unserer Arbeit einsetzen müssen. Wir haben das Wahlergebnis nicht nur der beiden größten Parteien, sondern auch der übrigen Parteien auch ziffermäßig auswerten lassen und Vergleiche darüber angestellt, weil wir bei den beschränkten finanziellen und materiellen Mitteln, die uns für den nächsten Wahlkampf aller Voraussicht nach zur Verfügung stehen, die Gebiete möglichst zuverlässig und sorgfältig ermitteln müssen, in denen entscheidende Auseinandersetzungen zu erwarten und das Ringen um die Majorität von Bedeutung ist. Wir werden also bei den nächsten Wahlkämpfen die Gegenden, von denen wir annehmen können und wissen, daß wir unsere Position ohne äußerst starken Arbeitseinsatz halten können, in der Versorgung leider schlechter stellen müssen als die eigentlichen Kampfgebiete. Ich hoffe, daß die Herren Bezirksvertreter für diese Zwangsmaßnahme Verständnis finden werden. Soweit als möglich wollen wir versuchen, auch in den uns an sich sicher erscheinenden Stimmkreisen die Arbeit für den Wahlkampf, auch die Versorgung mit Plakaten, Flugzetteln und, so Gott und die Amerikaner wollen, auch Treibstoff, so zu ermöglichen, daß auch dort ein praktischer Wahlfeldzug durchgeführt werden kann.
Wir beabsichtigen, in der Plakatierung die Maßnahmen durchzuführen, die wir durch die verschiedenen Rundschreiben bekanntgegeben haben. Daneben aber wollen wir, wenn eine vernünftige finanzielle Regelung gefunden werden kann, die öffentlichen Plakatinstitute in Bayern für die Plakatierung mit heranziehen. Die Plakatierungsdauer an den Litfaßsäulen beträgt 14 Tage. Sie würde die runde Summe von 15.000 RM kosten, eine Summe, über die ich im Augenblick unter diesem Gesichtpunkt noch keinen Vorschlag machen kann, daß sie genehmigt werden soll. Der Vorteil dieser Maßnahme besteht darin, daß die öffentlichen Plakatinstitute mit ihren bekannten Plakatflächen usw. von uns benutzt werden können, ohne daß der Vertrieb und das ordnungsgemäße Ankleben der Plakate unseren Treibstoff und unsere sonstigen Mittel in Anspruch nimmt. Die Zwangslage des Treibstoffes wird trotz der verhältnismässig hohen Summe, die diese Plakatierung durch öffentliche Institute fordert, wahrscheinlich zu der Entscheidung führen, daß wir sie mit einschalten müssen. Ein genaues Verzeichnis, wo und in welchem Umfang diese einzelnen Institute arbeiten

werden, wird dieser Tage den Bezirken zugeleitet, so daß sie dazu Stellung nehmen können.
Aus den gleichen Mangelgründen ist es bei den nächsten Wahlkämpfen erforderlich, den Rednereinsatz anders zu steuern als es bisher der Fall war. Auch darüber ist eine Anweisung hinausgegangen und sind Vorschläge gemacht worden, in der Form, daß zunächst einmal jeder Bezirk in seinem Bereich die Wünsche der Kreisverbände aufeinander abstimmt und dann einen Gesamtplan vorlegt, insbesondere bezüglich der sogenannten prominenten Redner. Sämtliche hierfür in Frage kommenden Herren haben gebeten, daß davon Abstand genommen werden möge, sie unmittelbar, etwa gar durch Ortsverbände usw. anschreiben zu lassen, um sie zu einer Rede zu bekommen. Sie haben sich alle bereit erklärt, sich in dem Rahmen der ihnen verfügbaren Zeit - neben ihren sonstigen Aufgaben in den Ministerien usw. - zur Verfügung zu stellen, aber in einem planmäßig gesteuerten Reiseeinsatz. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß auch in Zukunft wieder Umbesetzungen von womöglich schon plakatierten Versammlungen mit prominenten Rednern notwendig werden. Ich bitte die Herren Bezirksvertreter, schon jetzt diese Möglichkeit bei ihrer Planung ins Auge zu fassen und dafür besorgt zu sein, daß sie dann wenigstens einen Ersatzredner zur Verfügung haben, daß nicht Dinge passieren wie im letzten Wahlkampf, wo vielfach einfach Versammlungen ausgefallen sind.
Über weitere Einzelheiten zu den Wahlvorbereitungen wird dann anschließend noch Dr. *Gerathewohl* kurz berichten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf dazwischen hinein nur eine Bemerkung machen: Ich habe jetzt manchmal den Eindruck gewonnen, daß manche Parteifreunde draußen es unterlassen, die entsprechende Mitgliederwerbung durchzuführen. Man hat fast manchmal den Eindruck, als ob bestimmte Gedankengänge mitspielen, daß man fürchtet, durch weitere Mitglieder Opposition bekommen zu können. Eine Partei, wie es die Union ist, muß alle Flügel haben. Infolgedessen darf der einzelne Vorsitzende nicht davor zurückschrecken, auch andere Mitglieder, die seine Denkungsart nicht unbedingt teilen, zu gewinnen. Sollte dieser Eindruck weiter bestehen, so würde ich mich veranlaßt sehen, von der Parteileitung aus in den betreffenden Kreisen unmittelbar werben zu lassen, um auf diese Weise die entsprechende Basis für die Partei in den jeweiligen Kreisen zu bekommen. Daß noch Kreise da sind mit noch nicht einmal 100 Mitgliedern, ist doch heute eine Unmöglichkeit. Ich weiß, daß dann wieder Vorwürfe erhoben werden, wenn man in die einzelnen Kreise zur Arbeit hineingeht. Aber ich werde auch diese Vorwürfe in Kauf nehmen und in Kauf nehmen müssen.
Ich bitte jetzt Dr. *Gerathewohl*, einen kurzen Bericht über die Wahlvorbereitungen zu geben, wie sie seinerzeit in Angriff genommen worden sind, und kurz auch mit einigen Strichen die Rednerschulung zu erwähnen.
Dr. *Gerathewohl*: Meine Damen und Herren! Die nächsten Wochen werden die Wochen der Vorbereitung auf den nächsten Wahlkampf sein. Da möchte ich besonders darauf hinweisen, daß es nicht mehr vorkommen sollte, wie es zum Teil der Fall war, daß ein Kreisvorsitzender selbst abends in der Dunkelheit mit dem Klebetopf herumlaufen muß, um Plakate anzukleben. Ich habe da, wo ich in den letzten Wochen gewesen bin, die Jugend angesprochen und es ist mir überall nach kurzer Zeit gelungen, zehn, zwölf, 20 junge Menschen dem Kreisvorsitzenden zur Verfügung zu stellen, die sich gern bereit erklärt haben, diese Arbeit in Zukunft zu übernehmen. Ich glaube

also, daß in dieser Beziehung für die nächsten Wahlen keine Schwierigkeiten mehr bestehen werden.
Ich habe die ganz erfreuliche Feststellung gemacht, daß unsere Jugend allmählich auftaut, daß sie allmählich, und zwar vom weltanschaulichen Sektor her, zur Union hinüberkommt. Ob sie nun schon bei uns ist oder nicht, ist gleichgültig, aber die an sich hier gegebene Aktivität jetzt in den Wahlkampf mit hereinzustellen scheint mir eine besonders wichtige und auch nicht allzu schwere Aufgabe zu sein.
Ich möchte auch meinerseits unterstreichen, daß diese Wochen des Übergangs noch ganz besonders zur Mitgliederwerbung ausgenützt werden sollen. Bedenken Sie, daß die SPD seit Wochen in München überall Plakate angeklebt hat, auf denen die Stellen angegeben werden, die Anmeldungen entgegennehmen. Ich höre zu meiner Freude, daß München ab Mitte September eine ähnliche Aktion vorhat. Ich möchte das auch für die kleineren Bezirke und Kreise dringendst empfehlen. Vergessen sie dabei auch nicht, bei jeder Versammlung von Mitgliedern immer wieder Beitrittserklärungen aufzulegen, was gern vergessen wird, und die Mitglieder insbesondere anzuregen, innerhalb der nächsten Wochen ein oder zwei neue Mitglieder zu werben. Einzelne Kreisverbände haben einen kleinen Wettbewerb durchgeführt, der sich ausgezeichnet bewährt hat. Einer der Herren, der neulich einen solchen Vorschlag machte, ist hier unter uns.
Wenn wir an den Wahlkampf im einzelnen denken, so sei auf eine technische Sache hingewiesen. Das ist der Lautsprecherwagen, der sich in fränkischen und oberpfälzischen Kreisen ausgezeichnet bewährt hat. Wer irgendwie die Möglichkeit hat, solche Wagen zu bekommen oder Lautsprecher zu montieren, den bitte ich, das möglichst bald zu tun. Es hat sich gezeigt, daß wir in den kleinen Orten, in den Dörfern usw. mit der Plakatierung häufig nicht durchkommen. Es hat eine vorzügliche Wirkung, wenn der Lautsprecherwagen von Viertelstunde zu Viertelstunde von einem Dorf zum andern fährt, besonders in den letzten Tagen vor den Wahlen.
Was nun den eigentlichen Aufbau des Wahlkampfes angeht, so haben wir die letzten Wochen und Monate ganz besonders zur Rednerschulung ausgenutzt. Ich werde auch die nächsten Wochen dazu benützen, um in den Kreisverbänden, die uns hierzu eingeladen haben, den Rednernachwuchs, der natürlich jeweils von den Kreisvorsitzenden vorgeschlagen wird, zu schulen. Wir dürfen uns nicht mehr wie in den letzten Wahlkämpfen von den wenigen prominenten Rednern abhängig machen. Das hat zu außerordentlichen Unzuträglichkeiten geführt.
Ich möchte empfehlen, eine Kundgebung von einer Versammlung zu unterscheiden. Ich halte es nicht für richtig, daß, wenn beispielsweise ein Minister spricht, noch zehn oder zwölf Diskussionsredner sprechen, was die ganze Sache zerflattern läßt. Der Minister muß zu einer bestimmten Zeit wegfahren und in einer Stunde woanders sprechen. Wenn Sie dagegen die Form der Kundgebung wählen, erübrigt sich die Diskussion.
In der Versammlung muß es natürlich Diskussion geben. Hier bitte ich nun zu bedenken, daß neben den großen auch die kleinen Bezirksversammlungen nicht vergessen werden dürfen. Hier hat es sich besonders bewährt, einen Arbeiter zu Arbeitern, einen Bauern zu Bauern, einen jungen Menschen zu jungen Menschen sprechen zu lassen. Ich habe z.B. jetzt einen jungen Menschen geschult, einen oberfränkischen Bauernsohn, und hinausgeschickt. Die Kreisverbände haben ihn als Redner unter dem Titel angekündigt "als Bauernsohn in der Union". Das wirkt mehr als wenn irgendein anderer, beispielsweise ein Doktor zu den Bauern redet. Wir haben damit

auch sehr gute Erfolge vornehmlich bei der Schulung von Arbeitern in München gehabt. Diese Aktion läuft weiter. Sofern noch ein Rednerkurs stattfindet, bitte ich, sich hierzu bei der Landesgeschäftsstelle beim Redner-Dienst vormerken zu lassen. Wir haben auch in München Ende September einen Rednerkurs für drei oder vier Tage laufen. Auch dazu können die Kreisverbände noch einzelne, besonders geeignete jüngere Redner abordnen. Der Kurs findet vom 24. bis 27. September in München statt.
Was den geistigen Aufbau des Wahlkampfes angeht, so ist es natürlich dringendst notwendig, daß wir den nächsten Wahlkampf mit einem Programm führen. Sie glauben nicht, wie schwierig eine Rednerschulung ist, wenn man immer wieder das Material zusammensuchen muß. Meine Aufgabe ist nicht, eine eigene Politik zu machen, sondern die Politik der Partei den anderen weiterzugeben. Diese Frage wird wohl hoffentlich recht bald gelöst werden. Das Programm ist die Grundlage unserer ganzen Rednerschulung und unserer Rednerbetätigung in der Öffentlichkeit.
Es hat sich in der letzten Zeit herausgestellt, daß das, was bisher bei der Ausarbeitung der Verfassung von der Union geleistet worden ist, einen ausgezeichneten Werbecharakter hat. Ich habe neulich bei der großen Münchner Versammlung beobachtet, als Herr *Haußleiter* über die Arbeit der Fraktion gesprochen hat, daß die Leute mit grosser Spannung, auch unsere Gegner, den Ausführungen gefolgt sind. Ich glaube, daß wir hier doch ein ziemliches Gewicht in die Waagschale werfen können.
Sehr wichtig ist auch die Abgrenzung zu den anderen Parteien. Es darf nicht vorkommen, wie manche Redner mit Stolz mir erzählt haben, Redner der zweiten oder dritten Garnitur, wenn ich so sagen darf, daß sie genauso reden wie die Sozialdemokraten. Die Folge davon ist, daß die Leute sagen: Der redet genauso wie die Sozialdemokraten. Da kann ich eigentlich auch dorthin gehen. Wir müssen ganz scharf abgrenzen: Das ist die Union und das sind die anderen. Ich bin sehr dafür, daß wir, so wie wir es im allgemeinen gemacht haben, auch im nächsten Wahlkampf möglichst sachlich, ruhig und vornehm uns verhalten. Ich glaube, auf die Dauer hat das einen guten Erfolg, besonders bei der Jugend. Täuschen Sie sich nicht. Die Jugend - ich denke dabei immer an die Männer unter 40 - hat eine Abneigung gegen alle persönlichen Geschichten, sei es innerhalb einer Partei, sei es innerhalb der verschiedenen Parteien. Ich konnte auch hier in München wieder feststellen, daß Herr *Loritz* mit den persönlichen Angriffen die Jugend nicht auf die Dauer zu packen versteht. Es sind das Übergangserscheinungen. Wir müssen versuchen, auch hier sachlich zu bleiben. Ich bin immer dafür, ganz klar abzugrenzen. Wenn wir z.B. über Religion und Christentum sprechen und von der Sozialdemokratie reden, dann müssen wir sagen: Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß die Religion Privatsache ist, wir aber stehen auf dem Standpunkt, daß usw.
In dieser Weise müßten wir die Linie ziehen. Wenn wir natürlich persönlich angegriffen worden sind, ist es klar, daß wir loshauen. Aber, meine Herren, ich bitte dabei zu bedenken, daß die Verhältnisse total verschieden sind. Mir wurde z.B. von Nürnberg erzählt, daß dort gegenwärtig eine gute Zusammenarbeit mit der SPD herrscht. Es ist natürlich klar, daß ich hier nicht gerade wieder losschieße, wenn die Situation günstig ist. Es kann sein, daß in einem anderen kleinen Ort irgendwelche Spannungen bestehen oder Angriffe von der anderen Seite gemacht worden sind, die wir zurückweisen müssen. Ich möchte deswegen auch davor warnen, etwa auch von Seiten der Landesleitung aus, allgemeine Direktiven in der Frage des persönlichen politischen Vorgehens zu geben. Wir müssen diese Frage immer von Fall zu Fall regeln. Vor allem bitte

ich die Redner in den kleineren Versammlungen, sich recht zurückzuhalten. Denn Sie wissen, ein unbedachtes Wort kann in solchen Fällen der ganzen Union in Bayern schaden.
Wichtig wird unser Kampf gegen die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung sein. Wir haben Material gegen diese Vereinigung gesammelt und die Rede, die *Haußleiter* kürzlich hier in München gehalten hat, wird von uns vervielfältigt werden und kann dann auch draußen weiterhin als Material dienen. Was ich im Redner-Dienst veröffentliche, ist alles unmittelbar vom Redner selbst zu verwenden. Das *Haußleitersche* Material wird so geformt werden, daß jeder Redner es von sich aus weiter verwenden kann. Es nützt nichts, wenn prominente Redner Neues sagen, und es wird lediglich zur Kenntnis genommen. Mir kommt es sehr darauf an, daß jeder Redner mit der Schere aus dem Redner-Dienst herausschneiden und es unmittelbar verwerten kann, was notwendig ist. Ich bin sehr dankbar, wenn gerade am Redner-Dienst sehr viel mitgearbeitet wird. Ich habe die meisten Beiträge bis jetzt selbst geschrieben, nicht weil das mein besonderer Wunsch ist, sondern weil einfach nichts da war. Gerade von bäuerlicher Seite haben wir noch sehr wenig Material bekommen. Ich möchte aber gerade auch darüber Material bekommen, ebenso wie ich die Herren der Fraktion bitte, uns die Ergebnisse der Fraktionsarbeit immer wieder im einzelnen bekanntzugeben.
Zum Beispiel hörte ich gestern von dem für unsere Propaganda außerordentlich wichtigen Beschluß, daß die Union sich dafür einsetzen wird, daß die Flüchtlinge ohne Karenzzeit wählen dürfen. Ich glaube, ich bin recht informiert. Das ist etwas, was für den Wahlkampf von ungeheuerer Bedeutung ist. Gerade die Flüchtlingsfrage muß von uns sehr scharf angefaßt werden. Sie wissen, wenn dieser Antrag der Fraktion durchgeht, dann haben wir, ich weiß nicht wieviel hunderttausend Stimmen gewonnen, um die es jetzt sehr scharf zu kämpfen gilt.
Einen genauso schweren Kampf wird es um die kleinen Pgs. geben. In den letzten 14 Tagen hat der Kampf um den kleinen Pg. wieder eingesetzt. Ich lese gerade, daß Herr *Schmitt* im Zirkus Krone z.B. erklärt hat, daß der Mitläufer überhaupt nicht vor die Spruchkammer gehöre, weil man sonst das halbe Volk verurteilen müsse. Mit solchen Sätzen macht heute die Kommunistische Partei ihre Propaganda. Das ist eine ganz große Gefahrenquelle. Betrachten Sie sich auf der anderen Seite, wie Herr *Loritz* um den kleinen Pg. wirbt, wie er in gewisser Hinsicht sogar das Gesetz sabotiert. Auch was Herr *Schmitt* gesagt hat, ist letzten Endes eine Sabotage des Säuberungsgesetzes. Wir werden in diesen Fragen sehr scharf mit den beiden Parteien zu kämpfen haben. Seien wir uns darüber klar, daß nur ein geringer Bruchteil unserer Wähler, oder sagen wir nur die Hälfte, uns der weltanschaulichen Grundlage wegen wählt und deswegen, weil wir Union sind. Viele haben [uns] natürlich auch aus anderen Gründen gewählt.
Ich würde es deshalb außerordentlich begrüßen, wenn der Herr Minister *Pfeiffer* vielleicht irgendwie Gelegenheit nehmen würde, soweit er das in seinem Ressort machen kann, gerade zu dieser Frage einmal wieder Stellung zu nehmen, damit wir etwas sagen können. Wenn wir das nicht können, laufen uns die Leute davon, und wenn sie früher noch so oft und noch so gern gewählt haben. Das müssen Parteileitung und Fraktion gerade für unsere Werbung in unseren nächsten Wahlkämpfen irgendwie berücksichtigen.
Das sind einige der Schwierigkeiten. Ich will Sie nicht länger aufhalten. Vielleicht ergeben sich noch entsprechende Anregungen für den nächsten Wahlkampf. Wenn Sie in Verlegenheit um Redner sind, auch um Redner in kleineren Versammlungen, um Redner zur Jugend, vor Arbeitern usw., so wenden Sie sich bitte an uns. Einige haben

wir zur Verfügung. Am besten ist es aber, wenn die Redner Männer und Frauen sind, die aus Ihrer Gegend stammen, die Sie vielleicht in einem Lehrgang in München kurze Zeit auf ihre Rednertätigkeit ausrichten lassen.
Ich fürchte einen Rückgang der Wählerstimmen, der sicherlich nicht unbedeutend wäre, wenn wir nicht alle Mittel zusammennehmen und wir nicht alle zusammenstehen, um diesen Wahlkampf durchzuführen. Wenn das der Fall ist, dann werden wir sicherlich auch wieder so abschneiden, wie wir es uns erhoffen und wie es uns zukommt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke für die Ausführungen.
Meine lieben Freunde! Eine Aussprache darüber bitte ich zurückzustellen. Wir haben Gelegenheit, im Rahmen der politischen Aussprache all diese Fragen zu behandeln. Dagegen würde hier vielleicht einschlägig sein, wenn der Bezirksverband München die einschlägige Ziffer seiner Resolution bekanntgibt.
Pflaum: Meine Damen und Herren! Der Bezirksverband München hat gestern in seiner Ausschußsitzung folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der Bezirksverband München begrüßt die positive Stellungnahme der Fraktion zur Frage des Staatspräsidenten in Bayern. Er erwartet, daß diese Stellungnahme in der Verfassung noch ihren Niederschlag findet.
2. In allen übrigen Angelegenheiten muß der bayerische Gedanke, für den so große Opfer gebracht wurden, stärkere Beachtung finden.
3. Der Bezirksverband München verlangt dringend, daß in der Arbeit der Partei an allen Instanzen deutlich erkennbar zum Ausdruck kommt, daß die Union die stärkste Vertretung des bayerischen Volkes ist; dies ist insbesondere bei der Bestellung von hauptamtlichen Funktionären und Sekretären zu beachten, besonders im Landessekretariat.
4. Der Bezirksverband verlangt auch, daß man endlich mit der Arbeit an einem Programm der CSU beginnt, das eine Richtschnur für unsere Tätigkeit bedeuten kann.
5. Zur Geltendmachung dieser Punkte werden folgende fünf Herren bestellt: Dr. *Lacherbauer*, *Richard Pflaum*, *Hans Pflüger*, *Anton Freiherr von Aretin* und *Hans Hagn*.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden diese Resolution in der Weise berücksichtigen, daß wir das zu den einzelnen Punkten Einschlägige herausgreifen; einschlägig hier ist Ziffer drei. Ich bitte die Herren bekanntzugeben, gegen wen sich hier die Resolution in dem Punkte richtet:

> Dies ist insbesondere bei der Bestellung von hauptamtlichen Funktionären und Sekretären zu beachten, besonders im Landessekretariat.

Denn das gehört zur Frage der Organisation. Darf ich bitten.
Anton von Aretin: Dazu darf ich erklären, daß es in München stadtbekannt ist, daß die Persönlichkeiten, die in der Paul-Heyse-Straße maßgebend die Organisation beeinflussen, zum wesentlichen Teil Nichtbayern sind und unseren Verhältnissen in Bayern außerordentlich fremd, zum Teil ablehnend gegenüberstehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Konkretes bitte!
Von Aretin: Es handelt sich erstens um den Leiter der Organisation *Oster*, der in einer Aussprache über die Frage der Bodenreform sich in einer Art und Weise ausdrückte, die lediglich preußische Verhältnisse zugrundelegt. Ich glaube nicht, daß ein Offizier

des Generalstabes an dieser Stelle an der richtigen Stelle tätig ist. Zweitens ist es der frühere Angehörige der Deutsch-Nationalen Volkspartei *Gronwald*, der in maßgebender Stelle dort tätig ist. Auch solche Persönlichkeiten, die aus Mecklenburg nach Bayern zugewandert sind, erscheinen mir nicht tragbar; es ist ein Mißverhältnis zwischen den bayerischen Wählern und Ihren Herren im Landessekretariat, das auf die Dauer untragbar ist.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich feststellen, daß ich lange gebraucht habe, bis ich einigermaßen eine Organisation auch im Generalsekretariat durchführen konnte. Sie müssen sich darüber klar sein, daß die Leute, die ins Generalsekretariat kommen, sofort von verschiedenen Seiten unter die Lupe genommen werden. Ich muß aber darauf achten, daß ich tüchtige Kräfte bekomme. Es nützt mir nichts, wenn ich nur irgendwelche Leute hineinstelle, mit Rücksicht auf irgendwelche Ressentiments. Die Hauptfrage ist, daß einer tüchtig ist, etwas leistet. Denn davon hängt eine Organisation ab. Selbstverständlich werden wir - das sage ich rundweg heraus - bei gleichen Persönlichkeiten den Bayern den Vorzug geben. Wenn aber jemand besonders tüchtig ist, dann kommt der besonders Tüchtige hin an die Stelle. Davon hängt auch der Erfolg der Partei dann ab.

Weiterhin: Es wurde namentlich genannt *Achim Oster*. Er ist dort tätig, nicht als Chef der Organisationsabteilung wie hier dargestellt wird, sondern als ein Mann, der weitestgehend alle möglichen Arbeiten verrichten muß, der Material zusammentragen muß, gerade jetzt, wie wir es im Hinblick auf andere Parteien notwendig haben, der den Überblick gewinnt und dann das organisatorisch meistert. *Oster* hat zweifelsohne ein Talent, ist ein sehr tüchtiger und junger Mann. Ferner, wenn gesprochen wird vom Generalstab: *Oster* war Generalstabsoffizier. Aber es dürfte auch den Freunden hier bekannt sein, daß der Vater Osters, der General *Oster*, in Flossenbürg gehängt wurde und daß er - das ist im Auslande bekannt und dürfte allmählich auch hier in München bekannt sein - lange Zeit der namhafte Organisator der Widerstandsbewegung war, wenn man schon von der Widerstandsbewegung redet; einer, der dafür an den Galgen gegangen ist, daß er es benützt hat, gleichzeitig den Widerstand für den Generaloberst *Beck* aufzubauen. Der Mann hat überall einen so guten Namen, daß wir auch in diesem Fall einen Generalstabsoffizier hinnehmen können. Sie dürfen es um so mehr tun, denn ich kann Ihnen sagen, wie ich ihn der Militärregierung vorgestellt habe, daß man ihn dort ohne weiteres entsprechend angenommen hat. Denn ein Mann mit solchen Verdiensten kann wohl mit jedem anderen konkurrieren, der heute vorgibt, die Widerstandsbewegung aufgebaut zu haben. Wir dürfen zufrieden sein, wenn wir heute solche Männer in unseren Reihen haben, gerade im Verkehr mit allen möglichen Stellen. Ich halte es für einseitig, wenn man so vorgeht.

Es wurde dann auch der Name *Gronwald* genannt. Ich glaube, daß fast alle Parteifreunde die Überzeugung gewonnen haben, daß *Gronwald* einer der aktivsten Mitarbeiter ist, die wir gefunden haben. *Gronwald* war in Oberfranken tätig. Er war dort lange Zeit herausgestellt. Ich möchte die Oberfranken fragen, ob sie nicht absolutes Vertrauen gerade in die Arbeit *Gronwalds* haben. Er hat buchstäblich Tag und Nacht gearbeitet. Er arbeitet jetzt wieder sehr intensiv an allen möglichen Arbeiten, die wir dringend notwendig haben. Wir haben sehr viele Leute, die reden, kritisieren, auf deutsch gesagt, das Maul aufreißen, die nicht bereit sind, sich hinzustellen und aktive Leistungen aufzuzeigen. Auf die Leistung kommt es an, wenn die Union bestehen soll, nicht auf das Maulaufreißen. Ich muß sehr deutsch reden, gerade weil von bestimmten

Kreisen immer nur Kritik vorgebracht wird, weil dort die Arbeit höchstens im Intrigieren gesehen wird.

(Zuruf.)

Ich komme jetzt dazu, Ihnen die Statuten vortragen zu lassen.
Haußleiter: Ich bitte vorher ums Wort.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist kennzeichnend für das Verhalten mancher Leute, gerade in München, daß man es für notwendig befunden hat, trotzdem die Statuten mit überwältigender Majorität angenommen wurden - es haben nur ganz wenige, drei oder fünf, soweit ich mich erinnere, dagegen gestimmt -, aus der Partei heraus eine Denkschrift gegen die Landesversammlung zur Militärregierung zu geben.

(Hört!)

Meine lieben Freunde! Sie können sich vorstellen,

(Zuruf: Wer war das?)

wie da noch eine Arbeit möglich ist.

(Zuruf: Die Namen!)

Pflaum: Darf ich richtigstellen: Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß diese Persönlichkeiten auf jeden Fall dem Bezirksausschuß München völlig ferne stehen. Wir haben mit dieser Angelegenheit nicht das Geringste zu tun. Bei dieser Gelegenheit muß ich sagen, daß ich es bedauere, daß der Herr Dr. *Müller* eine besondere Schärfe in diese Angelegenheit bringt. Ich bedauere, daß Punkt 3 aus der Sache herausgenommen wurde. Ich bitte, die Sache als Ganzes anzusehen.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ziffer drei ist eine Organisationsfrage, deshalb muß es hier behandelt werden.
Ich halte die Schärfe in dem Fall für notwendig, weil ich mich aufgrund von Resolutionen, die in anderen Bezirksverbänden gefaßt worden sind, allmählich verpflichtet sehe, die Geduld aufzugeben und energisch durchzugreifen.

(Sehr richtig!)

Ich halte es für unmöglich, die Partei dauernd durch Intriganten lähmen zu lassen, die in die Partei hineingekommen sind. Herr *Pflaum* hat erklärt, daß der Bezirksverband München mit der Sache nichts zu tun hat. Die Denkschrift ist eingereicht von Herrn *Messmer*, der damals in Bamberg hinausgeschmissen wurde. Ich habe mittlerweile festgestellt, daß *Messmer* Mitglied des Bezirksverbandes München ist. Ich habe ferner festgestellt, daß er mit Material bedient wurde, das nur Leuten, die in den intimsten Sitzungen der Partei zugegen waren, z.B. beim Arbeitsausschuß, bekannt sein konnte. Es ist das nicht abgestritten worden.
Pflaum: Darf ich eine Erklärung bezüglich des Bezirksverbandes München abgeben: Ich persönlich kenne den Herrn gar nicht. Ich habe ihn einmal in Bamberg gesehen. Ich verurteile es selbstverständlich.

(Zuruf: Ist er noch Mitglied?)

Das weiß ich nicht.

(Zuruf: Das wäre unerhört!)

Entschuldigen Sie, sind Sie für jedes Ihrer Mitglieder verantwortlich?

(Zuruf: In dem Punkt schon!)

Herr Dr. *Müller*, das ist uns nicht zur Kenntnis gebracht worden. Wir werden der Angelegenheit nachgehen und werden selbstverständlich die notwendigen Konsequenzen ziehen.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Herr Dr. *Pflaum*, ich darf hier feststellen, die Angelegenheit habe ich bereits in der Arbeitsausschußsitzung zur Sprache gebracht. Es war eine Reihe von Freunden zugegen. Ich habe an jemand bestimmten die Anfrage gerichtet. Die Anfrage wurde nicht bestritten.

(Zuruf: Nennen Sie ruhig den Namen!)

Die Fragen werden noch geregelt werden.
Das Wort hat Herr Dr. *Semler*.
Dr. *Semler*: Der Betreffende, den Sie in der Arbeitsausschußsitzung angesprochen haben, gehört nicht zum Bezirksverband München.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Er steht in Verbindung und ferner stehen bestimmte Leute noch in Verbindung.
Dr. *Semler*: Es wäre sehr richtig, wenn Sie, Herr *Pflaum*, der Sache nachgehen würden. Es wäre sehr erwünscht, wenn *Messmer* aus dem Bezirksverband München verschwindet.
Pflaum: Ich habe die Erklärung abgegeben, daß wir der Sache nachgehen und die notwendigen Konsequenzen ziehen werden.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Wie notwendig das Durchgreifen ist, sehe ich aus folgendem: Ich habe in der Fraktion und in einem Bezirksverband auf eine Anfrage kurz Antwort gegeben wegen der Arbeit Dr. *Gerathewohls* und habe dabei, weil ich wegen der Haltung der Gewerkschaften gefragt wurde, darauf hingewiesen, daß wir die Verpflichtung sehen, jetzt besonders die Jungarbeiter intensiv zu schulen, um auf die Gewerkschaftsarbeit zu blicken. Ich wurde kurze Zeit daraufhin bei der Militärregierung darauf angesprochen, daß ich ohne Genehmigung eine Gewerkschaftsschule errichtet hätte, oder ob ich eine solche Schule errichtet hätte. Ich habe den Sachverhalt gezeigt: Es war so. Es ist immerhin bemerkenswert, daß aus solchen Sitzungen das sofort wieder benützt wurde, um dorthin einen Bericht zu geben. Ich habe gar nichts dagegen, wenn Vertreter der Militärregierung in jeder, auch der intimsten Sitzung dabei sind. Wir spielen ein offenes Spiel in jeder Weise. Aber ich wende mich dagegen, wenn Intriganten irgendwelche Äußerungen dann ausnützen, um die Partei von innen heraus auszuhöhlen und zu bekämpfen.
Das Wort hat Herr *Haußleiter*.
Haußleiter: Ich möchte doch noch ein kurzes Wort zu dem Fall *Gronwald* sagen, und zwar aus folgendem Grund: Bei uns in Oberfranken ist die eigentliche Einbruchsstelle der roten Gefahr aus der Ostzone, und dort erleben wir, daß bestimmte Gruppen der SPD bereits zur SED übergehen. In Coburg haben sich solche Fälle ereignet, in Hof und in Kulmbach sehen die Dinge ähnlich aus. Die Spaltung der SPD beginnt. Dort haben wir von der Union aus Bayern zu verteidigen. Ich wehre mich hier mit aller Eindringlichkeit dagegen, daß die Leute, die dort droben mit aller Leidenschaft das Übergreifen der gefährlichen Einflüsse aus der Ostzone abzufangen versuchen, hier in irgendwelcher Weise angegriffen werden oder als untragbar für die Partei bezeichnet werden, weil sie nicht geborene Bayern sind. Ich glaube, diese Männer dort und gerade *Gronwald* leisten einen entscheidenden Beitrag an einer Stelle, an der Bayern besser verteidigt wird als dort, wo man eine Isolierungspolitik betreibt, die dann über den Haufen gerannt würde, wenn erst einmal in Nordbayern die rote Diktatur stabili-

siert wäre. In diesem Kampf möchte ich doch meine Freunde aus München bitten, uns nicht in den Rücken zu fallen, indem man in der Vergangenheit der Leute kramt, die dort ganz ohne Zweifel, soweit die Union in Frage kommt, wie Bayern stehen.
Ich möchte auf ein Zweites hinweisen: Ich glaube, es wäre vielleicht deshalb besonders ungeschickt, *Gronwald* anzugreifen - ich halte es für sehr notwendig, daß wir bei jedem Parteifreund das Gefühl haben, er ist tragbar -, weil die Sache auch die evangelische Kirche betrifft, wenn wir ihn hier angreifen. Er ist maßgebendes Mitglied der Bayerischen Landessynode und unter diesem Gesichtspunkt auch als Nichtbayer nicht ohne weiteres anzuprangern. Auf diese beiden Gesichtspunkte wollte ich doch hinweisen.
Hagn: Ich möchte folgendes bemerken: Wir von München empfinden es sehr schmerzlich, daß es einer aus München gewesen sei, der dieses Intrigantentum bewerkstelligt hat. Wir verurteilen das genauso scharf wie sie selbst. Vielleicht liegt ein Fehler innerhalb der Landesleitung, daß die Bezirksgruppe München nicht immer verständigt wurde, gegen den Mann vorzugehen, um ihn aus der Partei herauszuwerfen, wie es in einem solchen Fall gang und gäbe war. Das wurde nicht gemacht. Sonst wäre er bestimmt herausgeworfen worden.
Wenn der Vorsitzende zu der Angelegenheit sagt, daß nur der Tüchtigste hier am Platze ist, so halten wir das für vollkommen recht, aber für uns in Bayern wäre es vor allen Dingen ein Armutszeugnis, wenn wir nicht für die wichtige Stelle der bayerischen Vertretung innerhalb der Union einen Bayern finden könnten. Wenn *Haußleiter* sagt, daß der Mann Ungeheueres geleistet hat - wir wollen ihm diese Dinge nicht aberkennen -, aber vielleicht wäre er, wo die SED einzubrechen droht, besser verwendet. Wir erleben es tagtäglich in unseren Versammlungen in München, wir stellen nicht mehr konkret das Bayerische, das Münchnerische in unseren Wahlversammlungen heraus und immer und immer wieder müssen wir es erfahren - ich sehe es im besonderen -, daß wir selbst mit Einwanderern von Preußen usw. dort hausieren gehen müssen, weil wir keine anderen hätten. Und die Leute in den Versammlungen sagen uns: Wir haben genug tüchtige Kräfte, um sie in dem Sektor einzusetzen, wo sie passen.

(Zuruf: Wo sind sie denn?)

Dr. *von Eicken*: Eine Kleinigkeit zu dieser Sache und dann die Wiederholung meines Geschäftsordnungsantrages. Ich wundere mich, daß die Parteileitung nicht darauf verweist, daß, was ich genau zu wissen glaube, die Tätigkeit des Herrn *Gronwald* im Landesausschuß keine endgültige und keine dauernde, sondern eine zeitlich beschränkte ist, die, soviel ich weiß, in allernächster Zeit sowieso ihr Ende findet, wenn die ihm gestellte Sonderaufgabe vorbei ist. So hat es Herr *Gronwald* geschildert, den ich persönlich gut kenne und den ich, wie ich offen bekenne, für einen der tüchtigsten und fähigsten Köpfe halte, die die Partei überhaupt besitzt, und den man nicht gut aus der gesamten Tätigkeit darum ausschalten kann, weil die Gesamtleitung in München sitzt.
Dann wiederhole ich dringend meinen Geschäftsordnungsantrag. Ich habe beantragt, die wesentlicheren Punkte herauszuziehen, bei denen wir die Frage, ob wir mit der Fraktion einig sind, zu behandeln haben, um sie so früh zu behandeln, daß danach nicht das halbe Haus davongelaufen ist und die andere Hälfte des Hauses schon derart abgekämpft ist, daß niemand mehr mitkommt.

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Zunächst hat das Wort noch Dr. *Kroll*.
Dr. *Kroll*: Ich begrüße die Worte, die Herr Dr. von *Eicken* eben in der Angelegenheit *Gronwald* an uns gerichtet hat. Wenn ich an den Bezirksverband Oberfranken denke, wir haben vor kurzer Zeit in Bamberg wohl die größte Flüchtlingsversammlung abgehalten - es waren über 3000 Menschen erschienen. Wenn bei uns das Flüchtlingsproblem besonders im Vordergrund steht, so ist das Grund dafür, nicht nur so zu tun, als ob man mit der milden christlichen Nächstenliebe an die Probleme herangehe, sondern auch Vertreter aus ihren Reihen zu Worte kommen zu lassen. Wenn ausnahmsweise in München jemand sitzt, der aus der östlichen Zone herübergekommen ist und hier für den Gedanken der Union, der ja nicht nur ein spezifisch bayerischer, sondern darüber hinaus ein gesamtdeutscher Gedanke ist, arbeitet, so können wir darin keinen Vorwurf erblicken, sondern wir freuen uns darüber, daß uns so tatkräftige Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Ich darf, bevor ich abschließe und bitte, dem Antrag Herrn Dr. *von Eickens* stattzugeben, vielleicht etwas sagen, was an die Worte von Herrn *Haußleiter* anklingt. Wir empfinden allmählich die ständigen Differenzen in München als eine derartige Lähmung der gesamten Parteiarbeit, daß wir der Meinung sind, daß wir, wenn es so weitergeht und wenn auch der Herr Landesvorsitzende in seinen Arbeiten so stark behindert bleibt, bei den kommenden Wahlen einen weiteren Wahlrückgang erleiden werden.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Wir werden vermutlich endlich dorthin kommen, wohin man uns bringen will, nämlich daß wir die Majorität in Bayern verlieren. Ich weiß nicht, ob die Herren in München, die sich streiten, das beabsichtigen. Ich nehme aber an, daß sie es nicht wollen. Wir haben jedenfalls energische Schritte unternommen, um endlich dorthin zu kommen, wohin wir kommen müssen, nämlich zu einem zügigen Aufbau der Partei, zu einem klaren, leider noch immer ausstehenden Parteiprogramm und zu all den notwendigen Maßnahmen, einschließlich der Schiedsgerichtsordnung, die es uns ermöglichen, Herren, die nur stören wollen, endlich einmal dorthin zu versetzen, wohin sie gehören, nämlich an die frische Luft. Wir haben daher vom Bezirksverband Oberfranken eine Resolution eingebracht und nach München mitgebracht:

> Die Bezirksversammlung des Bezirkes Oberfranken der Christlich-Sozialen Union in Bayern, die am 4. August in Bamberg tagte, hat einstimmig folgende Resolution gefaßt:
> Der Bezirksverband Oberfranken erwartet, daß die Parteileitung mit größter Energie die sachliche Arbeit vorantreibt, persönliche Hemmungen ausschaltet und die Gestaltung eines klaren Programms beschleunigt und abschließt. Angesichts der ständig wachsenden unsachlichen Angriffe auf unsere Parteifreunde ist unseren Parteifreunden jede nur erdenkliche Rückendeckung zu gewähren.

Ich darf einschalten, daß Sie vielleicht alle wissen, wie stark wir unter den Abschüssen der eigenen Leute zu leiden hatten und wie groß die Hemmungen sind, die hier überwunden werden müssen. Wir müssen alle Kraft darauf richten, daß das überwunden wird.

> Die Parteidisziplin ist zu vertiefen und die Verabschiedung der Schiedsgerichtsordnung ist zu beschleunigen. Der Charakter der Union als einer neuen Partei ist auch in dem notwendigen Aufbau sichtbar zu machen. Der Bezirk Oberfranken hat das volle Vertrauen, daß es Herrn Dr. *Josef Müller* gelingen wird, die noch vorhandenen

Mängel abzustellen, die Schlagkraft der Union zu erhöhen und ihr Ansehen im Volke zu festigen.

Ich möchte hinzufügen, daß letzteres ganz besonders dringend ist. Meine Herren! Sie gestatten mir, daß ich diese Resolution überreiche. Ich bitte Sie, was Angriffe gegen meine Person betrifft, ich bin leider kein Bayer, obwohl ich sehr tief in Bayern verwurzelt bin. Ich bin vom Bezirksverband Oberfranken gewählt worden.
[Vorsitzender] Dr. *Müller* (da zwei Redner gleichzeitig beginnen wollen): Ich muß bitten, die Wortmeldungen schriftlich einzureichen. Dr. *Semler, Arnold.*
Dr. *von Eicken*: Zur Geschäftsordnung.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Wir müssen die Debatte zu Ende führen. Das Wort hat Dr. *Semler.*
Dr. *Semler*: Meine Herren aus München, Sie haben vom Landesvorsitzenden gehört, daß er die Auffassung der Resolution teilt, daß selbstverständlich bayerische befähigte und überzeugte Anhänger der Union im Landessekretariat vertreten sein sollen. Meine Herren! Sie sind in der Person *Gronwalds* einem Irrtum zum Opfer gefallen. *Gronwald* ist in der Tat nicht nur einer unserer befähigsten Freunde, Sie wissen, welchen Wert wir von evangelischer Seite auf seine Person legen. Leider wird er nicht mehr sehr lange bei uns bleiben. Tun Sie den Gefallen, indem Sie den Einwand bezüglich seiner Person aufgeben.
Pflaum: Die Diskussion veranlaßt mich nochmals zu einer Erklärung. Es besteht bloß ein Mißverständnis. Wir haben gestern hier in München eine Bezirksausschußversammlung gehabt, bei der 50 Vereine vertreten waren. Das Gremium war größer, als es hier beisammen ist. In dieser Versammlung wurde gegen eine Stimme beschlossen, uns dem Landesverband anzuschließen. Wir stehen vollständig hinter dem Landesverband. Wir haben natürlich verschiedene Meinungen, die hauptsächlich beim Staatspräsidenten zum Ausdruck kommen. Der Punkt 3, der hier aufgegriffen wurde, wegen der Angehörigen des Landessekretariats, ist nicht vom Vorstande des Bezirksausschusses gestellt worden, sondern kam aus der Versammlung heraus. Nachdem wir Demokraten sind, mußten wir selbstverständlich diesen Antrag, der einstimmig beschlossen wurde, annehmen und hier zur Kenntnis bringen. Es ist nicht so, daß hier der Bezirksverband München gegen den Landesverband stehen würde, sondern wir stehen geschlossen hinter Ihnen. In verschiedenen Dingen haben wir eine andere Meinung, und diese wollen wir hier zum Ausdruck bringen. Auch bei anderen Parteien ist es so; bei den Sozialdemokraten kommen auch verschiedene Meinungen zum Ausdruck. Wir können nur an diesen verschiedenen Meinungen lernen und können uns klären und wieder zusammenfinden. Irgendeine Böswilligkeit auf unserer Seite besteht nicht. Wir stehen geschlossen hinter dem Landesverband und begrüßen es, wenn in der heutigen Versammlung herauskommt, daß wir nunmehr recht bald ein klares Programm haben. Diesen gleichen Wunsch haben Sie alle.
Liedig: Zu einer Erklärung: Ich möchte mit dieser Erklärung die Möglichkeit geben, die Debatte abzuschließen. Ich stelle fest, daß der Bezirksvorsitzende des Bezirksverbandes München uns Mitarbeiter versprochen hat. Bis heute haben wir nicht einmal einen Boten angeboten bekommen, geschweige denn einen Referenten oder eine Sekretärin.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Das Wort hat Parteifreund *Arnold.*
Dr. *Arnold*: Nach den Erklärungen des Herrn *Pflaum* ist eine Beruhigung eingetreten.

Es ist eine Einigung im wirklichen Unions-Sinne. Ich möchte bitten, daß wir Schluß mit diesen Diskussionen machen. Ich möchte folgenden Antrag einreichen:

Der Ausschuß billigt die Politik der Landesleitung.

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Meine lieben Freunde! Wird noch eine Debatte gewünscht?

(Zuruf: Nein!)

Darf ich dann über den Antrag abstimmen lassen? Wer enthält sich? Zwei. Wer ist dagegen? Der Antrag ist bei zwei Stimmenthaltungen einstimmig angenommen worden.

Ich lasse noch kurz ein Referat über die Statuten halten. Es wird nicht lange, höchstens zehn Minuten dauern. Herr *Haunhorst* hat die Verhandlungen mit der Militärregierung wegen der Statuten geleitet. Er wird kurz über den Abschluß berichten.

Haunhorst: Meine Damen und Herren! Die Parteisatzungen sind am 22. August der Militärregierung vorgelegt worden, und zwar in der Form, wie sie von der Landesversammlung im Mai angenommen wurden. Dabei hat uns die Militärregierung einige Forderungen gestellt, die gleichmäßig in den Satzungen sämtlicher Parteien aufgenommen werden müssen, um ihre Genehmigung durch die Militärregierung zu ermöglichen. Folgende Punkte sind dabei von Wichtigkeit: Die Mitgliedschaft in der Partei muß für alle Wahlberechtigten frei und zugänglich sein. Das ist weiter erläutert, daß die Personen, die unter Kategorie eins und zwei des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus fallen, nicht in die Partei aufgenommen werden können, bis sie durch die Spruchkammern entlastet sind bzw. nach Ablauf ihrer Bewährungsfrist. Dann dürfen weiterhin keine Parteimitglieder von der Partei ausgeschlossen werden, ohne daß sie zuerst vor einem unparteiischen Parteiausschuß, der Vertreter der örtlichen Gruppen einschließt, gehört worden sind. Weiterhin müssen die Parteifinanzen in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Die Parteisatzungen müssen die Struktur der Partei klar darlegen.

Wir haben mit der Stelle der Militärregierung unsere Satzungen durchbesprochen, und es wurden dann nur einige kleinere Beanstandungen erhoben, die anzuführen sich im einzelnen hier kaum lohnt. Es handelt sich im allgemeinen um kleinere redaktionelle Sachen, bis auf eine Einzelfrage, daß der berufsständische Rat gewählt werden soll, und zwar vom Landesausschuß bzw. von der Landesversammlung im Gegensatz zu der damaligen Form der Satzung, wo er ernannt wurde. Nun haben wir der Militärregierung die Satzung entsprechend überarbeitet am 3. September wieder vorgelegt und haben sie im Hinblick auf die heutige Sitzung gebeten, uns einen Entscheid zu geben, wie über unsere Satzungen entschieden wird, damit wir das heute der Versammlung vorlegen können. In dem Sinne hat Oberstleutnant *Burns* von der Militärregierung uns gestern abend geschrieben, daß die Satzungen in der allgemeinen Form akzeptabel sind, daß es sich nur um ein[ige] redaktionelle Änderungen handelt, die noch aufgenommen werden müssen, um die Satzungen durchzubringen. *Burns* sagte zu mir persönlich, er glaubt, daß die Satzungen bis Mitte des Monats als erste Satzungen der Parteien in Bayern angenommen werden. Die einzigen Satzungen, die wirklich vollständig und durchgearbeitet sind, sind die Satzungen der Union gewesen. Sie haben der Militärregierung als Grundlage für die Beurteilung der Satzungen anderer Parteien gedient und ihr ein vollständiges Bild der deutschen Parteien vermittelt.

(Zuruf: Die Arbeit von *Gronwald*!)

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Dazu darf ich Ihnen erklären: Ich setze in den nächsten Tagen die Parteisatzungen in Kraft. Ich will sie deswegen unmittelbar vorläufig in Kraft setzen, weil wir die neuen Wahlen aufgrund der neuen Satzungen vornehmen und neue Ausschüsse bilden müssen. Bis zu den Wahlen müssen wir so weit sein, daß die Wahlen für die Partei allüberall durchgeführt worden sind. Auf diese Weise können wir erreichen, daß wirklich der Wille des Volkes auch in der Partei zum Ausdruck kommt. Ich weise nochmals darauf hin, daß ich allerdings eventuell da und dort nachhelfen müßte, wo ich den Eindruck habe, daß manche rein persönliche Gründe dafür haben, daß sie ihre Werbung nicht intensiv entfaltet haben, wenn sie oppositionelle Gruppen nicht in ihre Partei aufnehmen wollen. Gehen Sie davon aus, daß die Parteisatzungen so, wie sie jetzt beschlossen wurden, in Kraft kommen, daß allerdings die berufsständische Gruppe vom Landesausschuß bzw. von der Landesversammlung gewählt wird. Das wird in den nächsten Tagen herauskommen.

(Zuruf *Brandner*: Ich möchte bitten, daß mit Beschleunigung die Satzungen an die Bezirksverbände herausgeschickt werden, damit auch die Ortsverbände entsprechend informiert werden können.)

Ich werde sie drucken lassen, nachdem die Genehmigung der Militärregierung da ist, und auch in Übersetzung herausgeben, damit sie den örtlichen Militärregierungen vorgelegt werden können. Damit darf ich die Debatte über die Statuten abschließen. Einverstanden?

(Zustimmung.)

Meine lieben Freund! Nun käme der Antrag *Eicken*.
Von Aretin: Zur Geschäftsordnung. Ich ziehe das, was ich über *Gronwald* gesagt habe, zurück.

(Beifall.)

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: *Eicken* hat den Antrag gestellt, daß die Debatte Punkt 7 der Tagesordnung jetzt schon behandelt wird. Ich würde trotzdem vorschlagen, daß wir jetzt eine halbstündige Debatte über das Parteiprogramm durchführen. Ich fürchte, daß bei den anderen Debatten diese für die Union bedeutsamen Fragen in den Hintergrund kommen.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Ich bin damit einverstanden.)

Ich habe mit den einzelnen abgesprochen, daß sie so kurz als möglich ihr Referat halten. Die Sache der Partei muß fertig besprochen werden.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Wenn ich sicher bin, daß die Dinge nicht auf den letzten Punkt kommen.)

Wenn es zu lange dauert, werde ich eingreifen. Ich bitte Parteifreund *Rindt* um ein kurzes Referat, um einige Bemerkungen nur, damit die Parteifreunde sehen, wie die Arbeit in Angriff genommen ist und wie sie weiter durchgeführt wird.
Rindt: Ich möchte gleich feststellen, daß der Mann, der als Referent vorgesehen ist, nicht da ist. Es ist nämlich Herr *Gronwald*. Ich will gar nicht auf die eigentlichen Gründe dafür eingehen, warum es unbedingt notwendig ist, daß wir gegenwärtig ein Parteiprogramm haben. Ich möchte nur kurz folgendes sagen: Die Stimmung im Volke ist so, daß der Union immer mehr Mißtrauen entgegengebracht wird. Man weiß nicht, was die Union will. Auf der anderen Seite haben wir mehr und mehr, glaube

ich, als Union die Stärke bekommen, auch die innere Stärke, um heute zu wissen, inwieweit all diese verschiedenen Gruppen, die sich in der Union politisch zusammengefunden haben, ein und dieselbe Richtung gehen werden. Wir können also wirklich getrost, abgesehen von der Notwendigkeit, darangehen, ein Programm aufzustellen. Ich weiß, daß weite Kreise von Parteifreunden auf dem Standpunkt stehen, es wäre vielleicht schon lange notwendig gewesen. Ich glaube andererseits auch, daß es richtig war, etwas zuzuwarten. Über den Zeitpunkt des Zuwartens kann man verschiedener Meinung sein. Heute liegen die Dinge folgendermaßen: Vor ungefähr drei Wochen war im Staatspolitischen Ausschuß der Partei das erste Mal die Frage des Programmes offiziell auf der Tagesordnung der Zusammenarbeit gestanden. Es hat sich damals in der Aussprache darum gedreht, welche Art von Programm erstellt werden soll. Man könnte verschiedene Arten eines Programms ins Auge fassen, entweder, um bei dem Schwanz anzufangen, aus der Not der Zeit und aus der Notwendigkeit heraus, mit Sofortmaßnahmen irgendwie zu beginnen, rein theoretisch gesehen, sich irgendwie einer kommunisten [sic!] Richtung ideell anzuschließen und zur Gestaltung eines Sofortprogrammes übergehen. Man könnte auch sagen, daß es notwendig wäre, ein Arbeitsprogramm der CSU zu bauen; ein Arbeitsprogramm, das sich von dem Sofortprogramm insofern unterscheidet, als es eben die praktische Arbeit der CSU auf längere Zeitdauer hinaus festlegt. Die dritte Möglichkeit, die uns verbleibt, wäre die, ein grundsätzliches Rahmenprogramm zu schaffen. Ich darf auf diesen Punkt hernach noch in einer halben Minute besonders eingehen.

Die Aussprache in dieser ersten Zusammenkunft des Staatspolitischen Ausschusses hat ergeben, daß wir uns aus verschiedenen Gründen zunächst am besten auf ein grundsätzliches Rahmenprogramm festlegen werden und wohl auch festlegen wollen und müssen. Die Gründe hierfür sind folgende: Intern gesehen müssen wir endlich einmal den Menschen sagen, inwieweit wir als christliche Partei einen klaren Weg gehen. Sie wissen alle mit mir, wie für uns der Begriff des Christentums in der Fassung, die auch in diesem Rahmen erstmals zusammengebaut wurde, ausschlaggebend für die gesamte Politik ist. Wir müssen also die grundsätzlichen Linien in einer ganz klaren und eindeutigen Form herausstellen und ich scheue mich nicht einen Ausdruck zu wiederholen, der damals aufs Tapet kam: Wir müssen ein grundsätzliches Rahmenprogramm schaffen, das im guten Sinne des Wortes christlich-revolutionär ist. Dazu kommt, daß wir vielleicht bei einem Arbeitsprogramm nicht so sehr die Möglichkeit hätten, eine deutsche Gemeinschafts- und Unionspolitik im eigentlichen Sinne des Wortes zu treiben, wie es vielleicht mit einem grundsätzlichen Rahmenprogramm möglich ist. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich in diesen Dingen nicht als der ideelle Vertreter eines deutschen Einheitsstaates sehe; ich fühle mich als einer der überzeugtesten Vertreter des föderalistischen Gedankens in Deutschland. Aber trotzdem kommen wir nicht von Bayern oder von Hessen oder von Württemberg-Baden aus an eine Politik, die mit anderen Worten auch im Rahmen eines Parteiprogrammes besagen würde: Wir schließen uns in unserer gesamten Arbeitsleistung in irgendeiner Form, und sei es eben auch nur in der Form, ab von dem gesamtdeutschen Rahmen. Wir haben deutsche Wirtschaftsaufgaben, deutsche Kulturaufgaben, die wir unbedingt erfüllen müssen. Wir haben vor allen Dingen eines: Wir haben die weltgeschichtliche Aufgabe, die westliche Kultur vor irgendwelchen Einflüssen zu bewahren. Hier ist notwendig, eine wirkliche deutsche Politik mit Einbau des deutschen Gedankens zu betreiben. Was wir als Bayern hier unter CSU-Politik darüber hinaus, unter unserer Politik verstehen, meine Freunde, da glaube ich, daß der Zeitpunkt gekom-

men ist, an dem wir über die Grenzen Bayerns und über die Grenzen Deutschlands hinauslangen dürfen und langen können, zu all jenen Parteigruppen in anderen Ländern, die auf ähnlicher Grundlage stehen wie wir.
Wir können durch ein grundsätzliches Rahmenprogramm, das die Umlegung der christlichen Weltanschauung in dem vorliegend ausgedrückten Sinne bedeutet, an das sonstige öffentliche, staatliche Leben anknüpfen, schon auch, daß wir endlich einmal draußen die Resonanz und den Anschluß bekommen, mit dem sich heute die SPD, Herr *Schumacher*, so groß tut. Er macht es vielleicht aus taktischen Gründen, weil man sich selbst klar ist, daß die SPD, wie sie heute ist, auf dem Aussterbeetat angelangt ist. Sie wird zerfallen. Wir müssen uns klar sein, wenn es Herrn *Schumacher* nicht gelingt, die SPD von der marxistischen Grundlage wegzubringen und auf eine andere Basis zu stellen, hat die SPD in Deutschland in Kürze ausgespielt, eine tonangebende Partei zu sein. Hier sind es also vielleicht in erster Linie taktische Gründe, mit der Labour-Party, die vielleicht in einem Irrtum über die SPD befangen ist, enger zusammenzukommen. Wir glauben, daß wir aufgrund unserer Grundsätze nicht nur mit den benachbarten Ländern dann in einen engen Kontakt kommen, sondern daß es möglich ist, daß wir aufgrund eines Rahmenprogramms grundsätzlich christlicher Gestaltung auch den Anstoß für das geben, was notwendig ist: für eine europäische Konföderation und darüber hinaus für eine christliche Übernationale. Wir müssen eine christliche Übernationale als Gegengewicht zur roten Internationale bringen.
Wir müssen sehr vom Grundsätzlichen ausgehen und so soll das Programm, das wir zunächst gestalten, in Kürze uns Klarheit geben, soll jene Grundwahrheiten christlicher Politik enthalten, die für uns alle aufgrund unserer Gesamteinstellung bindend sind. Aus dieser Grundvoraussetzung heraus kann sich dann ein Arbeitsprogramm entwickeln. Aus der Grundvoraussetzung kann sich dann unter Umständen, falls das überhaupt wünschenswert und politisch klug ist, sogar ein Sofortprogramm entwikkeln. Diese Dinge sind zweiter Natur. Wie sehr aber eine derartige Gestaltung notwendig ist, darüber glaube ich kein Wort mehr verlieren zu müssen. Ich glaube, daß neben einer Resolution der Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Augsburg vom Sonntag, dem 1. September 1946, noch die eine oder andere Resolution oder der eine oder andere Beschluß in der gleichen Richtung vorliegt, der darauf drängt, nun endlich, oder, wie es hier ausgedrückt ist, in der letzten entscheidenden Stunde, mit jenen großen Richtlinien unserer Politik herauszutreten und zu all den Fragen Stellung zu nehmen, die uns allen auf der Seele brennen.
Ich möchte ganz besonders begrüßen, was Herr Dr. *Gerathewohl* gesagt hat: Wir brauchen das Programm für den nächsten Wahlkampf. Die praktische Arbeit als solche ist folgende, daß, soweit ich persönlich die Sache überblicke, diesem Gremium und dann der Landesversammlung wohl noch im Laufe des September mindestens zwei Entwürfe vorgelegt werden; falls nicht vom Landesausschuß vorgezogen wird, die beiden Entwürfe bereits in einem zu verarbeiten oder den einen oder den anderen anzunehmen und so der Landesversammlung dann zur Beschlußfassung und Abstimmung bereits ein Einheitsexemplar, um mich so auszudrücken, vorzulegen. Es wird also zunächst ein Programmentwurf von *Gronwald* und Mitarbeitern ausgearbeitet; ein zweiter, bei dem ich als sogenannter Korreferent benannt wurde, wird von den Mitarbeitern des Bezirksverbandes Augsburg und Schwaben ausgearbeitet. Der Augsburger Entwurf wird nächste Woche in der Form vorgelegt werden können, wie man sich das eben vorstellt. Welchen Grundgedanken, welchen Ansatzpunkt Herr *Gronwald* in seinem Entwurf hat, weiß ich nicht. Unser Grundgedanke ist der: In eini-

gen wenigen, vielleicht 15 Punkten die Gesamtlinie unserer Grundsätze in der Politik festzulegen, angefangen von der Staatspolitik, der Wirtschaftspolitik, der Kulturpolitik und Sozialpolitik, und in gleicher Weise herauszustellen und damit eben den großen Rahmen zu schaffen, an den wir uns alle gebunden fühlen und eines Tages gebunden fühlen müssen, nicht was den Entwurf angeht, sondern die Tatsache als solche, wenn wir uns vor uns selbst Berechtigung haben wollen, Mitglieder der CSU und auch gewählte Vertreter der CSU zu sein, ganz gleich, in welchem Rahmen.

(Beifall.)

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Meine lieben Freunde! Der Ruf nach dem Programm war da, seitdem die Union gegründet wurde. Wir sind zunächst so vorgegangen, daß wir in Einzelaufrufen bestimmte Richtlinien gegeben haben. Ich habe die Hauptaufgabe der ersten Zeit darin gesehen, alle Kräfte, die im Sinne unserer Einigung zusammengefaßt werden können, zu erfassen und dann die Linie herauszuarbeiten. Infolgedessen habe ich es da und dort vielleicht nicht darauf ankommen lassen können, Leute vor die Nase zu stoßen, die eventuell doch in die Grundlinie mit einmünden wollen. Heute müssen wir soweit sein, daß wir in der Union auch Debatten um ein Programm führen können. Am Anfange wäre es wahrscheinlich sehr schwierig geworden, weil dann zu den anderen Debatten auch die Debatten hinzugekommen wären und der Sprengstoff wäre wohl zu groß gewesen. Lange Zeit wurde mit allen Mitteln versucht, von außen, aber auch teilweise von innen heraus, die Union zu sprengen. Infolgedessen konnte ich keinen Sprengstoff sich ansammeln lassen, konnte auch nicht durch Programmdebatten sich die Leute auseinanderreden lassen. Die Gefahr besteht immer.

Es war ferner notwendig, einen Überblick über die Entwicklung im gesamten deutschen Vaterlande zu gewinnen. Wir dürfen keine Kirchturmpolitik treiben. Ich bin genauso föderativ eingestellt wie die Leute, die hier den Föderalismus besonders herausstellen wollen. Aber wir müssen uns darüber klar sein, Kirchturmpolitik würde sich immer rächen, weil wir dann isoliert dastehen würden. Infolgedessen mußte man einen Überblick darüber gewinnen, wie sich die Programme sonst, auch in den anderen Bereichen, entwickeln. Es war auch notwendig, einen Überblick zu gewinnen über die Programme ähnlicher weltanschaulicher Parteien, wie wir eine sind, im ganzen europäischen Bereich. Es ist ja ein Zeichen eigentlich unserer jetzigen Zeit, daß auch in anderen Ländern Parteien auf der gleichen ideellen Grundlage entstanden sind, wie wir sie haben. Meine lieben Freunde! Es wäre verfehlt, wenn wir darüber hinweggehen wollten, wenn wir uns nicht damit befassen wollten, in welcher Richtung die jeweiligen Parteien dort gehen. Es besteht eine gewisse Fühlungnahme. Ich glaube, daß das Interesse sogar soweit gehen wird, daß wir in absehbarer Zeit die Möglichkeit haben zu zeigen, daß auch dort Gleichgesinnte sich nicht scheuen werden, sich mit uns eventuell auf unseren Tagungen zu treffen. Ich arbeite zur Zeit sehr intensiv darauf hin, diese Basis zu finden. Ich glaube, daß wir dadurch die Möglichkeit haben werden, wirklich die Aufgabe zu lösen, unsere Kultur vor dem Verfall oder vor der Vernichtung zu bewahren. Wir sind - und das verkennen manche Leute - in erster Linie eine Zusammenfassung von gleichgerichteten Menschen auf kultureller Grundlage. Das Staatspolitische hat sich dem einzuordnen. Aber auch unsere staatspolitischen Gedankengänge müssen von den Ideen der christlichen Kulturwelt bestimmt sein.

(Sehr richtig!)

Gefühlsmäßigkeiten, wie sie da und dort zum Ausdruck kommen, die das Staatspolitische in den Vordergrund stellen wollen, sind sicher nicht im Interesse der Union gelegen und in der Richtung des größten Teils derer, die sich in der Union zusammengefunden haben, und derer, die der Union als Wähler das Vertrauen geben.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen wird das Programm so entwickelt werden, daß wir ein Grundsatzprogramm aufstellen, an dem nicht gerüttelt werden darf, das kein Programm sein darf, lediglich zeitbedingt aus irgendwelchen staatspolitischen Notwendigkeiten heraus. Dieses Grundsatzprogramm muß so gestaltet sein, daß jeder weiß, der zur Union stossen will: Er muß es akzeptieren oder er gehört nicht in die Union herein. Das, was sich manche Leute jetzt als Programm vorstellen, ist ein Teil des Regierungsprogramms oder des staatspolitischen Programms, in dem bestimmte Notwendigkeiten enthalten sind, die eben dadurch gegeben sind, daß die Union als Partei die Aufgabe hat, Staatspolitik in der Demokratie und durch demokratische Mittel zu machen. Hinsichtlich des Parteiprogramms, des allein taktischen Programms, wenn ich mich so ausdrücken darf, darf keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Da darf auch nicht der Versuch gemacht werden, daß die einzelnen sich durch Unduldsamkeit aus der Union hinausgestoßen fühlen. Denn dort muß die Möglichkeit bestehen, daß die Union als Partei auf breitester Basis, als Sammelpartei im guten Sinne des Wortes, als Volkspartei im guten Sinne des Wortes, alle Grundrichtungen, alle Schichten und alle Stände in sich vereinigen kann. Es hat sich ja bisher gezeigt, daß die Union das weitestgehende Vertrauen in allen Schichten des Volkes hat, und deswegen müssen wir auch auf diese Schichten Rücksicht nehmen; deswegen müssen wir auch auf ihre Haltung zum Staat und zur Gesellschaftsordnung Rücksicht nehmen. Im übrigen ist das nicht nur eine Rücksichtnahme gegenüber Parteifreunden, es ist auch unsere Pflicht als ehrliche, christlich und sozial denkende Menschen.

In dieser Richtung ungefähr wird das Programm verlaufen. Ich habe *Gronwald* gebeten, gerade von diesem Gedanken ausgehend als Richtlinie zu nehmen, was ich jetzt etwa so ausdrücke: Gott erschuf den Menschen. Wir wollen uns nicht scheuen, davon auszugehen, daß der Mensch im Vordergrund der Politik steht. Dazu kommt, daß Gott die Familie begründet hat, daraus, aus der Sammlung der Menschen und der Familien, wurde das Volk. Das Volk schuf den Staat und die Staaten, so daß damit für uns klarsteht, daß nicht der Staat das oberste Prinzip ist, wie es jetzt lange Zeit als Wahrheit hingenommen wurde. Für uns ist der Staat nicht der Inbegriff unseres gesamten Denkens. Er ist eine Notwendigkeit für das Zusammenleben der Menschen. Er steht ordnend in der Menschheit drin. Die Völker, die Völkerfamilien schufen die Gesamtheit der Staaten. So ungefähr möchte ich das Programm der Linie nach entwickeln lassen.

Es kommt noch eine Frage dazu: Wir wissen, daß heute z.B. die Frage mancher Bezeichnungen, die Frage des christlichen Sozialismus, sehr scharf debattiert wird. Da möchte ich davon ausgehen, wenn wir das Programm gestalten und das Fundament für das Programm legen, daß wir klarstellen, daß es einen christlichen Sozialismus schon gegeben hat, bevor es einen marxistischen, einen materialistischen Sozialismus gab. Aber, ich gehe davon aus, daß wir den christlichen Sozialismus nicht als Forderung erheben sollten, und zwar deshalb, weil auch das jetzt alles zu einer Begriffsumwandlung geführt hat, da wir sonst einander klar gegenüberstellen müßten, was christlicher und was materialistischer Sozialismus ist. Da das Wort Sozialismus Schlagwort

geworden ist, könnte auch das Wort "christlicher Sozialismus" vielleicht Schlagwort werden. Deswegen suche ich nach irgendeiner Lösung in dem Sinne, daß man vielleicht zu einem Begriff der christlichen Sozialreform, vielleicht zum Begriff des christlichen Solidarismus kommt, da letzterer als Idee dargestellt wird, das andere als Anzeichen der Aktivität. Es wird nicht darauf ankommen, wie wir das Wort finden; klar wird sein, daß wir herausstellen, daß wir ernst machen mit dem Sozialgebot Christi und daß wir davon ausgehen, daß das Eigentum an Grund und Boden, an den Produktionsmitteln und alledem auch diesem Gebot unterstehen.

(Sehr gut!)

Aber wir werden darüber hinausgehend klar herausstellen müssen, daß wir nicht, um nur in kurzen Strichen meine Meinung zu sagen, an die Stelle des doch etwas schwächer gewordenen Druckes des Unternehmers - des zwangsläufig schwächer gewordenen Druckes - den viel stärkeren Druck des Staates als kollektivistischen Staat treten lassen.

Meine lieben Freunde! Es ist selbstverständlich, daß das nicht von heute auf morgen geschehen kann. *Rindt* hat ihnen gesagt, er arbeite; *Gronwald* arbeitet. Wir haben den Staatspolitischen Ausschuß, der sich weiterhin damit befaßt. Wir haben bisher alle unsere Ausschüsse gebeten, uns ihre Beschlüsse und Resolutionen vorzulegen: Welche Punkte sie für notwendig erachten, in welchen Punkten sie sich in den Ausschüssen geeinigt haben. Das alles wird und muß gut verarbeitet werden. Wenn dann am Schluß die Vorschläge da sind und eine komplizierte Arbeit vorliegt, dann werde ich versuchen, dem noch einen guten Guß zu geben, daß es denn auch in einer schönen, guten Form herauskommt. Wenn wir heute ein Programm gestalten, wenn wir vor allem unser Grundsatzprogramm gestalten, dann wollen wir davon ausgehen, daß es für lange, lange Zeit geschaffen wird. Wir wollen nicht vom tausendjährigen Reich sprechen, weil das eine Phantasie war; wir wollen aber immerhin davon ausgehen, daß es unsere Generation überdauern wird, daß wir damit bereits den Grundstein für die Arbeit zukünftiger Generationen legen. Ich hoffe, daß die Arbeiten, die geleistet werden, so sind, daß sich die Union damit sehen lassen kann.

Darf ich damit den Punkt "Programmvorarbeiten" abschließen. Darf ich Ihr Einverständnis zu dem Vorschlag für die Programmarbeit annehmen, so wie ich sie vorgetragen habe, und darf ich Ihr Einverständnis annehmen, daß das Programm unter Zugrundelegung der Richtlinien entwickelt werden soll, wie ich sie Ihnen aufgezeigt habe?

Erhebt sich ein Widerspruch?

Einstimmig angenommen.

Meine lieben Freunde! Wir kommen jetzt zu Punkt 4 "Bericht des Landesvorsitzenden über die Interzonenpolitik der Union". Dieser Punkt dauert höchstens zehn Minuten. Ich werde Ihnen lediglich einen kurzen Überblick geben und diesen Punkt dann abschließen. Anschließend können wir in die praktische Arbeit eintreten. Ich werde nur eine Niederschrift verlesen. Dann sehen Sie gleich den Stand. Ich gebe keinen langen Bericht über diese Verhandlungen.

Am besten ist die Interzonenpolitik in den Beschlüssen dargestellt, die jetzt in Wiesbaden gefaßt wurden, beim Zusammentreffen der Vertreter aller Zonen.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe. Die Französische Zone war allerdings offiziell nicht vertreten, weil die Franzosen unseren Leuten die Ausreise nicht erlauben. Dagegen waren die Ver-

treter der drei anderen Zonen anwesend, und es war bemerkenswert, daß die Öffentlichkeit, auch die Besatzungsmacht, ein sehr großes Interesse daran genommen hat, daß *Kaiser*, *Adenauer* und ich uns dort getroffen und daß wir uns auf einer Linie gefunden haben. Bekanntlich gab es lange Zeit eine große Debatte darüber, ob sich *Kaiser* und *Adenauer* auf einer Linie finden könnten. Ich stand in den Auffassungen verschiedener Art ungefähr zwischen den beiden, auch in den Auffassungen zu verschiedenen Linien im programmatischen Sinne. Aus jeder Zone waren ursprünglich zwei Vertreter vorgesehen, und zwar unter dem Gesichtspunkt des Zusammengehens der Konfessionen je ein katholischer und ein evangelischer Vertreter. Es kamen noch einige Freunde dazu, die in die Debatte eingegriffen haben.
Ich darf das Ergebnis der Aussprache verlesen lassen. Ich bitte Herrn *Liedig*, das Ergebnis zu verlesen.
Liedig: Über die Formen der Zusammenarbeit wurde eine Verständigung dahin erzielt:

1. Bis zur Bildung einer Reichspartei wird ein Ausschuß gebildet, in den jede Zone je zwei Vertreter und zwei Stellvertreter entsendet. Jede Zone hat in dem Ausschuß zwei Stimmen. Dem Ausschuß obliegt es, über einheitliche Linien der Parteipolitik zu befinden. Es ist in Aussicht genommen, daß der Ausschuß in jedem Monat einmal zusammentrifft. Jede Zone hat das Recht, den Zusammentritt des Ausschusses zu verlangen.
2. Zur Durchführung der Zusammenarbeit wird eine Geschäftsstelle errichtet. Jede Zone stellt einen Geschäftsführer. Bis zur Errichtung der Geschäftsstelle hat Herr *Dörpinghaus* die geschäftlichen Angelegenheiten wahrzunehmen.
3. Es werden folgende Arbeitsausschüsse gebildet:
   1. Kulturausschuß, 2. Verfassungsausschuß, 3. Wirtschafts- und Sozialausschuß, 4. Landwirtschafts- und Ernährungsausschuß, 5. Flüchtlingsausschuß.
4. Die Benennung der Persönlichkeiten für den leitenden Ausschuß sowie der Geschäftsführer erfolgt bis zum 1. Oktober.

Dann wurde an die Presse folgende Entschließung gegeben:

> Am 28. und 29. August trafen sich in Königstein i.T. die führenden Vertreter der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Unionen der amerikanischen, britischen und sowjetrussischen Zonen und Berlins. Zweck der Tagung war, die enge Zusammenarbeit zwischen den Zonen zu gewährleisten.
> Die Aussprache ergab Übereinstimmung in allen Lebensfragen des deutschen Volkes, insbesondere hinsichtlich der Einheit Deutschlands, seiner Grenzen in West und Ost und der Notwendigkeit der Beseitigung der Zonengrenzen. Um auch weiterhin die einheitliche Haltung der Unionen zu sichern, wurde eine Zusammenarbeit in einer ständigen Arbeitsgemeinschaft beschlossen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf nochmals feststellen: Auch die Union, die eines Tages für Deutschland entstehen wird, die jetzt zunächst durch eine Arbeitsgemeinschaft repräsentiert ist, wird auf föderalistischer Basis aufgebaut sein, als eine Zusammenfassung von gleichberechtigten Unionen. Ich habe klargestellt, daß es ausgeschlossen ist, daß wir in dieser Hinsicht unsere Selbständigkeit aufgeben könnten oder auch nur den Namen ändern würden. Wir werden in Bayern die Christlich-Soziale Union sein, genauso wie die anderen sich Christlich-Demokratische Union nennen. Wir sind dann eben die Zusammenfassung dieser Christlich-

Sozialen Unionen in den einzelnen Gliedern Deutschlands. Dem ist Rechnung getragen durch die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaften.
Ich darf Ihnen dazu ferner erklären: Ich sehe es als einen Erfolg unserer Arbeit an, daß gerade auch die Leute im Norden, vor allem die Leute um *Jakob Kaiser*, sich jetzt klar und eindeutig für den föderativen Aufbau Deutschlands ausgesprochen haben. Denn ich halte es für besser, im positiven Sinne zusammenzuarbeiten und den Menschen dort zu überzeugen, als nur in Opposition und in Kirchturmpolitik zu machen.

(Sehr richtig!)

Auf diese Weise werden wir viel weiter kommen und werden unsere Ideen viel besser durchsetzen können, als wenn wir nur dauernd Protestnoten von einer Zone zur anderen schicken würden. Es ist vielleicht ein Unterschied, das sei klar herausgestellt, zwischen Menschen, die aus Gefühlsmäßigkeit, ich möchte sagen vom Herzen her, Föderalisten sind und Menschen, die aus Vernunftgründen Föderalisten geworden sind. Ich weiß, daß manche im politischen Bereich daran Anstoß nehmen, daß *Kaiser* erklärt hat, er sei angesichts der Entwicklung der Verhältnisse Föderalist geworden, er sei es nicht von Haus aus.
Meine lieben Freunde! Entscheidend ist die Tatsache, daß sich auch diese Leute heute zum föderativen Reichsaufbau bekennen. Ob es vom Verstand oder vom Herzen herkommt, mag von untergeordneter Bedeutung bleiben.
Wir haben - das steht in dieser Resolution nicht drin - jetzt auch eine Zusammenfassung der Unionen innerhalb der amerikanischen Zone vorgenommen. Für die Interzonenbasis ist es so, daß die Vertreter dafür bestellt sind. Für unsere Zone bin ich als erster Vertreter dort. Der zweite ist Dr. *Simpfendörfer*, der Präsident des Württembergischen Landtags. *Simpfendörfer* ist evangelisch. Wir sind daher zu dieser Kombination gekommen. Stellvertreter ist bisher *Hilpert*. Wir werden uns innerhalb unserer Zone auf einen weiteren Stellvertreter einigen. Bei der Bestellung des Geschäftsführers werde ich zunächst sehen, welche Geschäftsführer von den anderen bestellt werden, damit wir auch in der Geschäftsleitung eine gute Vertretung haben.
Bei den Ausschüssen werde ich davon ausgehen, daß ich zunächst ohne Festlegung den jeweiligen Vertreter oder die jeweiligen Vertreter von unseren Ausschüssen delegieren lasse, ohne daß man endgültig eine Festlegung vornimmt. Denn es kommt natürlich darauf an, Leute zu benennen, die in der Materie stehen. Es ist das sicher besser, als wenn man durch Zufallswahlen Vertreter benennt. Ich bitte Sie hier um Ihr Einverständnis.
Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
Dann darf ich Ihre einstimmige Zustimmung dazu annehmen.
Für die Zonenbasis ist es so, daß jede einzelne Union zwei Vertreter bestellt. Wir haben, weil wir auch da von der Einigung der Konfessionen ausgehen wollen, für Bayern noch einen evangelischen Vertreter zu bestellen. Ich würde Sie bitten, festzustellen, ob Sie damit einverstanden sind, wenn ich einen unserer Freunde aus dem engeren Arbeitsausschuß dafür delegieren lasse. Ich würde diese Frage dann im Staatspolitischen Ausschuß und im Arbeitsausschuß besprechen und dort einen Vorschlag machen oder mir einen Vorschlag machen lassen.
Sind Sie damit einverstanden?
Es erhebt sich kein Widerspruch.
Ich darf damit mein Referat abschließen. Wird das Wort zu einer Aussprache über die Zonenpolitik gewünscht?

Dr. *von Eicken*: Ich möchte nur eine kurze Erklärung abgeben. Es hat uns außerordentlich interessiert, daß *Jakob Kaiser* heute sich zum föderativen Reichsaufbau bekennt. Ich mache immerhin noch gewisse Vorbehalte wegen der inneren Überzeugung dieser mir etwas überraschend kommenden Einstellung.
Ich habe aber noch ein anderes Bedenken, und ich möchte dieses einmal zur Sprache bringen, damit es nicht etwa hier bei uns abfärbt. Das Bedenken, das ich habe, ist die außerordentliche Festlegung *Jakob Kaisers*, soweit ich orientiert bin, auf den sogenannten christlichen Sozialismus, von dem wir vorhin schon gesprochen haben. Ich halte diesen Begriff und auch die Form, in der *Jakob Kaiser* ihn vertritt und sogar schon in unserem Kreise hier zur Sprache gebracht hat, für außerordentlich gefährlich und für außerordentlich verschwommen. Gefährlich darum, weil er verschwommen ist. Ich glaube besonders, daß es eine ganze Reihe ernster und gewichtiger Kräfte unter den bayerischen Bauern geben wird, die diese Art Auffassung von Sozialismus in keiner Weise teilen, wenn sie sie irgendwie näher beleuchtet bekommen werden. Die Stellungnahme *Kaisers* hängt mit den Berliner Gewerkschaftsverhältnissen zusammen. *Kaiser* drückt aber die Dinge so aus, daß man zu einer Abgrenzung mit marxistischen Vorstellungen überhaupt nur dadurch kommt, weil das Wort christlich davorsteht. Wenn man aber wie wir ganz konsequent Kollektivismus, Staatskapitalismus und ähnliche Dinge ablehnt, wie der Herr Landesvorsitzende mit beruhigender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat, dann muß man auch die Wege, die dahin führen können, ablehnen.
Ich bringe diese Dinge darum zur Sprache, weil ich gern im Zusammenhang mit den Worten des Herrn Landesvorsitzenden, daß er den Ausdruck christlicher Sozialismus selber vermeiden will, eine Erklärung für die Stellungnahme *Kaisers* haben will. Mir liegt nicht nur daran, daß der Ausdruck christlicher Sozialismus vermieden wird, sondern daran, daß nicht Einflüsse dieser Art, wie ich gelegentlich bemerken zu können geglaubt habe und weiterhin befürchte, auf unsere Sphäre übergreifen. Es müssen daher bei uns entsprechende Sicherheiten eingebaut werden, und es muß bei der Bildung eines Gesamtwillens unmißverständlich zum Ausdruck kommen, daß das, was Herr *Kaiser* unter christlichem Sozialismus versteht, für uns unannehmbar ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich sagen: Ich habe auf den föderativen Aufbau der Unionen hingewiesen. Es ist *Kaiser* und der Union in der russischen Zone nicht benommen, ihr Programm aufzubauen, wie sie es für recht halten. Wenn sie aus den Gegebenheiten der russischen Zone und der Gegenüberstellung im Kampfe gerade mit den kollektivistischen Vorstellungen sich zum christlichen Sozialismus bekennen wollen, so mag es von dort aus klar und eindeutig geschehen. Im übrigen, *Eicken*, darf ich ruhig sagen, die Ideen von *Kaiser* sind gar nicht so unklar. Ich habe *Rindt* gestern eine große Schrift darüber gegeben, die von den dortigen Freunden abgefaßt wurde, sie finden darin Gedanken, die vom Großteil auch unserer Union geteilt werden.
Vielleicht kann *Rindt* kurz dazu Stellung nehmen.
Dr. *Rindt*: Ich kann noch keinen Bericht darüber geben, aber ich glaube, daß die Formulierung christlicher Sozialismus ein bißchen unter Druck der Besatzungsbehörde entstanden ist. Vieles davon entspricht dem, was wir unter christlich-sozialer Einstellung gerade in der heutigen Zeit voll und ganz empfinden. Ich habe den Eindruck, daß hier mit einer viel größeren, ich möchte sagen, geistigen Aktivität an diesem Problem gearbeitet wird, als es in anderen Zonen der Fall ist. Es mag sein, daß *Kaiser* sich in seinen Verlautbarungen nach außen hin ein bißchen gedreht und gewendet hat, um vor allen Dingen bei der russischen Besatzung nicht anzustoßen. Aber die gei-

stigen Grundlagen dafür erscheinen mir vollkommen korrekt, zum mindesten 60%, und auch vollkommen tragbar für uns.
Ich weiß nicht, ob gewünscht wird, daß ich bei der nächsten Zusammenkunft oder sonstwie einmal Sie darüber informiere. Es wäre äußerst wertvoll und könnte uns eine Reihe von Anregungen bringen, wenngleich bestimmte spitze Formulierungen von uns nicht angenommen werden können.
Donsberger: Meine Damen und Herren! Die maßgebenden Vertreter der Arbeiterschaft in Bayern haben sich mit der Frage, ob auch in der Zukunft das Wort christlicher Sozialismus in der Werbung oder Propaganda gebraucht werden soll, wiederholt beschäftigt. Wir sind einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß man ein solches Wort innerhalb unserer Kreise in der Zukunft nicht gebrauchen soll, und zwar um der Abgrenzung willen zwischen unserer Auffassung und derjenigen des Marxismus. Der einfache Mann versteht unter Sozialismus sozialdemokratische Auffassung. Aus diesem Grunde bitten wir, daß in unserem Sprachschatz innerhalb der Parteitätigkeit das Wort Sozialismus in Zukunft verschwinden soll.
Brandner: Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Frage des christlichen Sozialismus hat nicht nur eine Auswirkung taktischer Art, sondern sie hat eine ideologische Auswirkung, die unter Umständen für *Kaiser* sehr gefährlich wird, wenn er sie nicht fallenläßt. Bei den Besprechungen auf Interzonenbasis kann *Kaiser* sehr leicht mit seiner grundsätzlichen Einstellung in Widerspruch geraten. Es kann dann leicht der Fall sein, daß er sich seinen eigenen Leuten gegenüber propagandistisch verrennt und daß sich die Masse hernach von ihm abwendet, wenn er seinen Forderungen nicht nachkommen kann. Ich glaube, daß wir mit dem Grundsatz, den der Landesvorsitzende eben zum Ausdruck gebracht hat, anstelle des Wortes christlicher Sozialismus die praktische christliche Nächstenliebe in den Vordergrund zu rücken, bei den Massen einen viel größeren Anklang finden. Ich habe als Landrat in den Gemeinden draußen bei meiner praktischen Arbeit mit den Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung immer wieder festgestellt, daß wir ohne christlichen Sozialismus leicht auskommen, wenn wir die Frage des praktischen Christentums in den Vordergrund stellen und daß uns die Bevölkerung sehr gut versteht. Jedenfalls müssen wir meiner Ansicht nach die Ideologie von *Kaiser* strikt ablehnen, weil sonst die Entwicklung gegen uns laufen würde.
Dr. *Kroll*: Meine Herren! Bei der Ablehnung des Begriffes christlicher Sozialismus durch Herrn Dr. *von Eicken* möchte ich meinerseits feststellen, daß ich mich mehr darum bemühen muß, den christlichen Kapitalismus abzulehnen,

(Sehr gut!)

den es einmal gegeben hat und immer noch gibt, als den christlichen Sozialismus zu verdammen. Wir ringen in dem Ausschuß, der kürzlich tagte und in dem Dr. *Hundhammer*, Dr. *Semler*, Dr. *Rindt* und viele andere Herren vertreten waren, um einen schlagkräftigen Begriff eines revolutionär-christlich gestalteten Parteiprogramms. Mit bloßen Versprechungen der alten Schulen und der alten Parteien, mit dem Hinhalten in dieser Not der Flüchtlinge, der Ausgebombten und Evakuierten werden wir - das haben wir erfahren - keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken. Hier geht es nicht um den Begriff als solchen. Aber die Haltung, die in ihm ausgedrückt ist, muß Wirklichkeit werden, wenn wir etwas anderes sein wollen als eine alte bourgeoise Partei.
Dr. *von Eicken*: Liebe Freunde! Es trifft sich trefflich, daß ich gleich wieder erwidern kann. Herr Dr. *Kroll* sagte, es geht ihm nicht um Begriffe. Mir geht es aber um den

Begriff. Wir waren uns vorhin ganz klar darüber, was für ein Parteiprogramm wir aufbauen wollen. Wir waren uns ganz klar darüber, was für ein Parteiprogramm wir aufbauen müssen. Ich glaube, daß keiner, der hier anwesend ist und mich kennt, mir zutraut, daß ich für den christlichen Kapitalismus sprechen will, ganz abgesehen davon, daß mir vor den vielen Ismen allmählich schlecht wird.
Hier geht es mir um das Wort christlicher Sozialismus, das ich wahrscheinlich mit der Mehrheit der hier Anwesenden für unbrauchbar halte, und darum, daß hinter dem Begriff christlicher Sozialismus eine Reihe von Gedankengängen steht, die ich beim besten Willen trotz eifrigstem Bemühen von grundsätzlichen Gedankengängen der Sozialdemokratie nicht mehr trennen kann und von denen ich fürchte, daß sie bei uns übergreifen, und zwar deswegen, weil die wenigsten wissen, was damit gemeint ist. Ich verlange hier keine Abwendung von Sozialideen. Ich glaube, für mich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß sich keiner finden läßt, der mir mit wirklich ernst zu machenden Sozialideen vorangehen kann. Eines will ich: Ich will erstens Klarheit der Begriffe haben und zweitens wissen, daß sich hier nicht Einflüsse geltend machen, die nicht hierher gehören.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.
Es haben sich noch zwei Freunde zum Wort gemeldet. Ich darf Herrn *Arnold* bitten, daß die beiden Freunde *Scharnagl* und *Haußleiter* vielleicht noch ihre Meinung sagen dürfen. Es hat keinen Sinn, ein solches Thema rasch abzubrechen.
Sind Sie damit einverstanden oder wird der Antrag auf Schluß der Debatte aufrechterhalten?

(Zuruf *Arnold*: Weiter bitte!)

Dr. *Scharnagl*: Es ist sehr gut, wenn die Debatte nicht zu ausgedehnt wird. Aber gründlich muß die Angelegenheit einmal erörtert und durchgearbeitet werden. Insofern gehe ich mit einem der Vorredner einig, der gesagt hat, daß man droben mit einer größeren Aktivität diese Angelegenheit bearbeitet. Ich würde diese größere Aktivität auch bei uns wünschen. Ich lehne auch das Wort und den Begriff christlicher Sozialismus ab. Ich gehe mit dem Herrn Vorredner einig, daß das Hauptgewicht immer auf dem Wort Sozialismus liegen bleibt. Wir müssen meines Erachtens den Gedanken soziales Christentum gegenüberstellen, nicht den Gedanken Nächstenliebe. Denn mit dem Gedanken Nächstenliebe können wir keine Wirtschaft aufbauen und keine Wirtschaft formulieren. Es handelt sich nicht nur darum, Not zu lindern, es handelt sich darum, eine ganz neue Konstruktion unserer Wirtschaft zu finden.
Dazu brauchen wir ein soziales Christentum und nicht einen christlichen Sozialismus. Diese Frage muß, wie gesagt, aktiv in unserem Kreis bearbeitet werden und muß dann natürlich auch allgemeine Geltung finden. Es darf nicht so sein, daß in irgendeinem Gremium, das dazu berufen ist, die Sache gründlich behandelt wird und dann prellt wieder irgend jemand aus einem Berufsstand vor und stellt in dieser Angelegenheit ganz abweichende Anträge. So darf es nun auch nicht gemacht werden. Wir wären gerade jetzt in einem entscheidenden Stadium, wo diese Sache sehr genau geklärt werden könnte, aber dann endgültig und für alle Berufe und nach allen Seiten. Heute in der Aussprache kann man die Frage natürlich nicht endgültig klären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden eine größere Aussprache darüber haben, sobald das Programm da ist. Das wird nur noch drei, höchstenfalls vier Wochen dauern. Ich werde dann sofort eine Landesausschußsitzung einberufen und die Frage gründlich besprechen lassen. Das Programm wird, wenn es gut gelungen ist, durch eine Lan-

desversammlung entschieden werden. Ich möchte damit eine gute Landesversammlung hinstellen.

Haußleiter: Wir leben doch heute im Zustand einer durch die Besatzungsmacht verhinderten Revolution. Wir hätten ohne die Amerikaner das revolutionäre Chaos gehabt.

Eine latente Revolution ist nur durch zwei Methoden aufzuhalten! Erstens nicht dadurch, daß man ihrer Ideologie nachläuft. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Die Anwendung des Begriffes christlicher Sozialismus würde bedeuten, daß wir schon äußerlich der Möglichkeit der Entwicklung zu einem neuen Staatskollektivismus nachzulaufen scheinen. Deshalb müssen wir diesen Begriff unter allen Umständen vermeiden. Zweitens müssen wir die Zeitspanne, die uns gegeben ist, benutzen, die Ursachen der Revolution zu beseitigen. Das geht nur durch eine echte soziale Reform. Wenn wir hier nicht zugreifen, das müssen wir uns sagen, dann kommt nämlich die Revolution, und zwar eine Revolution, die das Christentum endgültig vom äusseren Boden Europas hinwegfegen wird. Daran ist gar kein Zweifel. Wir sind vor die Aufgabe gestellt, die sozialen Fragen zu lösen, oder wir werden eine Revolution des Kollektivismus erleben, im Vergleich zu der der Nationalsozialismus nur ein bescheidenes Vorspiel gewesen ist.

(Sehr richtig!)

Deshalb ist die Verwirklichung der sozialen Reform und die Lösung der brennenden sozialen Fragen die wichtigste Aufgabe im Dienst der Erhaltung der christlichen Welt, für die wir hier stehen.

(Sehr gut!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dem, was *von Eicken* gesprochen hat, hinzufügen: Verkennen Sie nicht, eine wie entsetzlich schwierige Aufgabe *Kaiser* zu erfüllen hat.

(Sehr richtig!)

Ich kenne seine Sorgen. Ich kenne die letzten Entwicklungen. Selbst wenn mir hier wieder Schwierigkeiten gemacht werden sollten, werde ich Anfang Oktober hinaufgehen und selbst in der russischen Besatzungszone in den Wahlkämpfen sprechen, auch in Berlin.

(Bravo!)

Denn ich halte es für unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, den Freunden, die jetzt auch unseren Kampf mitführen, in ihrem Kampf beizustehen.

(Beifall. Sehr richtig!)

Wir wollen uns darüber klar sein, daß die Presse nicht alles wiedergibt, was dort vor sich geht, und daß Sie aus der Presse allein nicht die Schwierigkeit der Aufgabe erkennen können. Aber wir leiden vielleicht manchmal darunter - in unseren Debatten könnte man es machmal denken -, daß wir nicht diese Not durchzustehen haben. Vielleicht würden wir in manchen Debatten anders reden und anders handeln, wenn wir in dieser Notsituation wären.

(Sehr richtig!)

Ich darf Ihnen dazu sagen, Herr *von Eicken*, auch in diesen Fragen hat *Kaiser* seine Partei geschlossen hinter sich.

Manchmal hat man den Eindruck - das gilt in diesem Falle nicht für Sie -, als ob wir da und dort gewisse Minderwertigkeitskomplexe hätten. Wenn man die Ausschüsse sieht, die sie in Berlin zusammengestellt haben, dann kann ich nur sagen: Ich würde mir für unsere Union ein solches Gremium wünschen, wie man es dort oft beisammen hat. Es gibt andere Fragen, die vielleicht einmal vordringlicher zu behandeln sind, die auch im Rahmen der Debatten über die Zonenpolitik behandelt werden mußten. Ich darf Ihnen nur die Frage andeuten, bei der ich mit *Kaiser* durchaus nicht einig bin, nämlich die Frage einer künftigen Zentrale des neuen Deutschlands. Denn ich bin mir auch mit den Freunden aus dem Westen wohl auch einig, daß wir nicht gern die alte Zentrale des ehemaligen Reiches als Hauptstadt des neuen Deutschland sehen würden.

Diese Debatten gehen zwischen uns noch viel ernsthafter hin und her. Im übrigen darf ich zum föderativen Problem noch sagen, daß dort bereits an neuen Entwürfen zu einer neuen Verfassung des neuen Deutschland gearbeitet wird. Ich vermeide ausdrücklich immer das Wort Reich, weil es zu sehr an das erinnert, was wir einmal im zentralistischen Hitler-Deutschland hatten. Auch da ist es kennzeichnend für die Haltung der Union, daß man den Repräsentanten Deutschlands im früheren Sinne, den Reichspräsidenten, durch die Vertreter der einzelnen Glieder Deutschlands gewählt wissen will, also durch die zweite Kammer, wenn wir uns so ausdrücken wollen, die eine Zusammenfassung der Vertreter der Einzelstaaten des Reiches sein wird. Sie sehen daraus, daß dort der Föderalismus auch weitgehend ernst genommen wird. Hoffentlich hält es so durch. Ich würde aber bitten, daß ich jetzt vielleicht die Debatte über die Zonenpolitik abschließen darf, es sei denn, daß noch wichtige Anfragen gestellt werden.

Sind Sie mit dem Abschluß der Debatte über die Zonenpolitik einverstanden? Ich schließe dann die Debatte ab.

Wir haben bis zum Mittagessen noch eine Stunde zur Verfügung. Wollen Sie jetzt in die Debatte über die Verfassung eintreten, oder darf ich jetzt den Parteifreund *Semler* bitten, sein Referat zu halten. Das Referat leitet bereits zur Arbeit der Fraktion im Rahmen des Wirtschaftsteils der Verfassung über. Es handelt sich also in diesem Falle nicht nur um ein Referat über den Wirtschaftspolitischen Ausschuß und dessen Beschlüsse.

Ich glaube, daß wir am besten jetzt dieses Referat folgen lassen. Am Nachmittag werden wir dann mit der Debatte über die Verfassung beginnen und das Verhältnis Fraktion und Partei behandeln.

Sind Sie damit einverstanden? Dann bitte ich Dr. *Semler*, sein Referat zu halten.

Dr. *Semler*: Meine Damen und Herren! Als wir uns letztes Jahr zur Gründung der Union zusammenschlossen, sind, glaube ich, zwei Gesichtspunkte im Vordergrunde unserer Überlegungen gestanden. Wir sagten uns, daß wir nach den Erlebnissen dieses letzten Jahrzehnts und beim Wiederaufbau einer neuen Demokratie Wege gehen müßten, die sich wesentlich von der Praxis der Weimarer Republik unterscheiden. Wir sagten uns ferner, daß der Inhalt unseres politischen Denkens und Handelns abgestimmt sein müßte auf das grundsätzlich Weltanschauliche, das uns alle hier zusammenführte. Angewandt auf das Gebiet, dessen Bearbeitung Sie, der Landesausschuß, mir vertrauensvoll übertragen haben, bedeutete dies, daß wir für den künftigen Aufbau und die Gliederung der Wirtschaft in Verbindung mit den Institutionen, die dem Sozialleben des Volkes im Lande dienen sollten, Formen und Wege finden müßten, die neuartig und unseren Gedanken angepaßt werden. Das bedeutete ferner, daß

der Inhalt, nämlich das wirtschaftliche und das soziale Verhalten, in Einklang stehen mußte mit dem Satz, den ich vorhin zu prägen versucht habe.
In diesem Sinne habe ich jetzt seit dreiviertel Jahren versucht, im Kreise unserer Parteifreunde hier im Lande die Grundlage zu finden, auf der sich die so verschiedenartigen Auffassungen aus Herkommen, Anschauung und Beruf vereinigen lassen würden. Daß diese Aufgabe nicht leicht war, wissen Sie. Ich habe mich bemüht, so vorzugehen, daß in dem damals gebildeten Wirtschaftspolitischen Ausschuß die Vertreter nicht nur aller Bezirksverbände mitberieten und mitsprachen, sondern daß darüber hinaus besondere Sachkenner dieser Gebiete hinzutraten und wir gemeinschaftlich den Versuch unternahmen, diese Voraussetzungen für die Arbeit der Union zu schaffen. Hand in Hand damit - und das, darf ich sagen, ist wohl ein erfreuliches Zeichen für den Geist der Partei - sind die ständigen Beratungen mit dem Sozialpolitischen Ausschuß gegangen. Niemals in den ganzen Monaten hat es eine ernste Meinungsverschiedenheit unter uns weder über das Ziel noch über den Weg gegeben.
Ich habe dann im Auftrag des Landesvorsitzenden die Gedanken, die in großen Zügen bei uns Gestalt gewonnen hatten, hier und auch draußen im Lande vorgetragen. Sie kennen diese Äußerungen. Sie sind dann in einem grundlegenden Vortrag zusammengefaßt worden, der gedruckt wurde und den Sie wohl alle besitzen. Gegen die dort vertretenen Gedanken ist in Bayern von keiner Seite ernster Widerspruch erhoben worden. In unserem Parteikreise ist vielmehr die Auffassung, die dort vorsichtig in großen Zügen skizziert wurde, von allen einmütig gebilligt worden.
So durften wir dann darangehen, die Grundsätze, die wir entwickelt hatten und die die Billigung aller Teile der Union in Bayern gefunden hatten, nunmehr in die Form von Artikeln zu kleiden, die in der Verfassung des Landes diese Grundsätze wiedergeben sollten und die gleichzeitig, gestützt auf die große Stärke der Partei, in diesem Punkte der Verfassung ein Gesicht geben sollten, das überall nach außen diese neue Wirtschafts- und Sozialgesinnung, die wir vertreten, kundtun sollte.
Ich habe die Artikel, die dafür in Frage kamen, mit anderen Freunden zusammen beraten und besprochen. Sie sind den Mitgliedern der Fraktion zugegangen und sie sind am vergangenen Mittwoch der letzten Woche in der Gesamttagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses durchberaten worden und mit denjenigen Änderungen, die der Wirtschaftspolitische Ausschuß für richtig hielt, einstimmig im Wirtschaftspolitischen Ausschuß gebilligt worden.
Wie war denn nun das Bild der Fraktion? Ich bitte um die Erlaubnis, im Zusammenhang mit dieser Frage hier Stellung nehmen zu dürfen, auch wenn das eine oder andere Ihnen vielleicht als eine Abschweifung von dem mir gestellten Thema erscheinen mag.
Im Kreis der Fraktion waren verschiedene sehr wesentliche politische Fragen Gegenstand der Überlegung. Ich darf vielleicht hier in den Vordergrund stellen die Frage des Wahlrechts, die Frage des Staatspräsidenten, die Frage des Senats und die Frage der Wirtschaft. Der Ablauf der Arbeiten der Fraktion gestaltete sich so, daß die Frage des Wahlrechts eingehend erörtert, dann aber eine Lösung gefunden wurde, die in den Beratungen mit der Sozialdemokratie wohl im ganzen zu einer Lösung führte, die jedenfalls die Zustimmung der Fraktion unserer Partei erhielt.
In der Frage des Staatspräsidenten ist Ihnen bekannt, daß darüber sehr lange sehr eifrige Beratungen im Kreis der Fraktion stattgefunden haben. Es gibt eine starke Gruppe in unserer Partei, die auf die Institution des Staatspräsidenten entscheidendes Gewicht legt und mit guten Gründen diesen Standpunkt vertritt. Es war von vornher-

ein klar, daß die Sozialdemokratie der Institution des Staatspräsidenten ablehnend gegenüberstand und für den Fall, daß sie ihn doch annehmen würde, sicherlich Konzessionen auf anderen Gebieten dafür verlangen müßte. Der Staatspräsident ist im Kreis der Fraktion mit großer Mehrheit, wie Sie wissen, beschlossen worden. Meine persönliche Einstellung ist die, daß der Staatspräsident eine durchaus erwünschte Institution einer demokratischen Verfassung sein kann. Ich hätte sogar - ich sage das ganz offen - dieses Institut auch begrüßt, wenn alle deutschen Länder einen Staatspräsident[en] hätten. Wir hätten dann auf diese Weise in der Summe dieser Präsidenten vielleicht schon den gegebenen Bundeskanzler des kommenden Deutschland vor uns. Erwünscht wäre in diesem Zusammenhang freilich gewesen, daß dann auch die deutschen Länder dieses Institut eingeführt hätten. Es war für mich keine so grundsätzliche Frage wie für viele andere meiner Kollegen. Ich werde mich selbstverständlich dem fügen, was die Mehrheit beschlossen hat und gern auch dem Staatspräsidenten zustimmen, weil diese Frage für mich eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist.
Bedenklich war für mich lediglich eins - ich muß das vorausschicken, damit Sie den Gesichtspunkt klar erkennen -, ob der Staatspräsident ein großes Opfer unsererseits auf anderem Gebiete verdiente. Bitte, das ist eine sachliche Überlegung. Wir konnten von vornherein nicht voraussehen, in welchem Umfange etwa Ansprüche seitens der Sozialdemokratie gestellt würden. Wir wissen ja auch heute noch nicht, wie sich die Sozialdemokratie endgültig stellt. Die Sozialdemokraten haben sich im Verfassungsausschuß der Stimme enthalten. Die Dinge zeichneten sich aber sehr früh ab.
Ich muß Ihnen sagen, daß ich mit einer gewissen Besorgnis, trotz grundsätzlich positiver Einstellung zum Staatspräsidenten, diese Entwicklung verfolgt habe. Die Dinge wurden klarer, als der Senat zur Sprache kam. Ich glaube, es herrscht volle Einigkeit in der Union und der Fraktion darüber, daß der Senat erwünscht ist. Wir alle wünschten diesen Senat als ein ausgleichendes Element gegenüber dem Parlament und dem Zufallsspiel, das im parlamentarischen Leben, im Landtag sich ergibt. Wir wünschten den Senat als eine Zusammenfassung von Männern, die das volle Vertrauen des ganzen Landes verdienen, Männer aus dem geistigen, kulturellen, aber auch stark aus dem wirtschaftlichen Leben. Der Senat sollte Funktionen haben, die man beraten möchte. In diesem Sinne war, soweit ich es richtig verstanden habe, der Senat eine verfassungsmäßige Einrichtung, die wir unter allen Umständen erstreben und durchsetzen wollen.
Und nun trat ein Gegensatz innerhalb unserer eigenen Partei zu Tage, den am Anfang wohl die wenigsten gesehen haben. Damit komme ich genau in das Gebiet, über das ich Ihnen zu berichten habe. In den Grundlinien, die wir für das Wirtschafts- und Sozialprogramm entwickelt hatten, befindet sich auch der Gedanke, daß die staatliche Planwirtschaft, die Staatswirtschaft oder der Staatskapitalismus, wie sie die anderen nennen - die Bezeichnung ist gleichgültig -, oder die Entwicklung nach dieser Richtung hin unerwünscht ist. Wir wünschen - ich glaube, ich gebe damit die Gedanken der Union einigermaßen richtig wieder -, daß der Staat nicht nur seine schützende Hand über alle Berufsstände hält, sondern auch leitet und führt da, wo der Staat in der Zukunft dazu berufen sein wird, daß aber im Rahmen dieser staatlichen Aufgabe der einzelne Mensch in der Wirtschaft frei sein soll, daß der Initiative des einzelnen, ganz einerlei, ob er Unternehmer, großer oder kleiner Gewerbetreibender, Handwerker oder Arbeiter ist - denn auch der Arbeiter kann in der Wirtschaft sinnvoll eine eigene Initiative entfalten -, daß also der freien Initiative möglichst keine Schranken auferlegt werden sollen.

Formal standen wir vor folgender Überlegung: Wer soll denn nun in den nächsten 20 Jahren diesen Aufbau leiten? Darauf kommt es nämlich an. Denn wenn 20 Jahre lang eine Stelle den Aufbau leitet, wird sie dies vermutlich auch über die 20 Jahre hinaus tun, und 20 Jahre werden wir ganz bestimmt eine Planwirtschaft brauchen, auch wir, die wir den Grundsatz der staatlichen Planwirtschaft ablehnen.
Es war also von größter Bedeutung festzustellen, wer diese Pläne aufstellen und wer sie durchführen sollte. In diesem Sinne haben wir den Gedanken der Selbstverwaltung der Wirtschaft von früh an vertreten und zu unserem Parteiprogramm erhoben. Dieser Gedanke ist auch in anderen Teilen Deutschlands überlegt worden. Denn die Lösung, die wir jetzt vertreten haben, liegt nahe. Wenn man den Staat und seine Organe und seine Bürokratie nicht will und darüber hinaus erkennt, daß die freie Wirtschaft, an der mancher hängen mag, nicht in der Lage ist und nicht berufen sein kann, allein den Wiederaufbau zu bestreiten, dann gibt es fast überhaupt keine andere Lösung, als daß man die beiden Elemente verbindet, den Staat mit seinen Organen, der letzten Endes die Entscheidung haben muß, und die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte insgesamt, und diese wirtschaftlichen Kräfte in geeigneter Organisationsform, denen man dann die Mitwirkung am wirtschaftlichen Geschehen der Zukunft anvertraut.
So etwa haben wir unsere Gedanken entwickelt. In dieser Richtung lief auch unser Vorschlag, die Selbstverwaltung der Wirtschaft in der Verfassung in geeigneter Form wiederzugeben. Ich spreche hier nicht von den zusätzlichen Vorschlägen, die ich mir erlaubt habe, in meinem Vortrag vorzutragen. Es ist nur ein Weg. Ich habe diesen Weg der Selbstverwaltung über die Kammer deshalb vorgeschlagen, weil ich wußte, daß der gleiche Gedanke nicht nur bei uns in Bayern, sondern auch anderwärts lebhaft diskutiert wird.
In der vorigen Woche war der Bürgermeister von Hamburg [*Rudolf Petersen*] hier in München. Er war bei mir und hat mir erzählt, daß *Lehr*, *Steltzer*, *Kopf* und er, die vier Staatschefs der bisher bestehenden norddeutschen Gebiete, die vermutlich in absehbarer Zeit eigene Staatsgebiete werden, sich alle vier darauf geeinigt haben, den Grundsatz, der bei uns in der bayerischen Union entwickelt ist, nunmehr in die Tat umzusetzen. Und warum? Weil sie keinen anderen Weg sehen, der in dynamischer Form den Wiederaufbau in der Wirtschaft besser repräsentieren kann. Da liegt der Punkt, wo es hier bei uns in den letzten Wochen zu Differenzen gekommen ist.
Die Entwicklung der kommenden Zeit auf dem wirtschaftlichen Gebiet wird verschiedene Richtungen zeigen. Eine dieser Richtungen wird darin bestehen, daß sich die großen Berufszweige, stärker als es bisher vielleicht der Fall war, zusammenschließen werden. Diese Entwicklung liegt in der Zeit. Sie hat gar nichts Bedauerliches an sich. Im Gegenteil, es ist richtig, daß die großen Berufsstände sich zusammenschließen, nachdem die Einzelwirtschaft, das Einzelunternehmen schwach geworden ist, Vermögen verloren hat. Nachdem diese Entwicklung eingetreten ist, die wir kennen, ist der einzelne nicht mehr stark genug. Es tritt jetzt die weitere Entwicklung ein, die wir ja bei dem schwächsten Teilhaber der Wirtschaft schon in früheren Jahrzehnten gesehen haben, nämlich beim Arbeiter, der sich zusammenschloß. Dasselbe tritt jetzt im großen gesehen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen zu Tage. In diesem Sinne haben sich bereits im letzten Jahre der stärkste und wichtigste Berufszweig in Bayern, nämlich die Bauern, im Bauernverband zu einer starken und machtvollen Organisation zusammengeschlossen. Als zweites sind die alten Gewerkschaften auf den Plan getreten, die nun wieder langsam ihre frühere Stellung gewinnen und nach mei-

ner Beobachtung ihre Stellung in absehbarer Zeit noch wesentlich verstärken werden. In ähnlicher Richtung gehen die Bemühungen auch anderer Wirtschaftszweige, der sogenannten freien Wirtschaft, des Handels, der Industrie, des Verkehrs, der Banken usw. Sie hinken nach, und zwar deshalb, weil sie in jeder Beziehung am schwersten durch den Krieg betroffen waren.
Die Organisationen, die sich jetzt bei uns im Lande auf diesem Gebiet bildeten, sind noch unvollkommen. Sie stehen erst am Anfang. Einges Tages werden auch sie zu Formen kommen, die diesen Teil der Gesamtwirtschaft stärker zusammenbringt. Das Handwerk, der zweitwichtigste Faktor unseres bayerischen Wirtschaftslebens, ist heute dabei, sich diese Formen zu suchen. Dieser Wirtschaftszweig tut sich schwer. Das wissen wir. Ich glaube, gerade wir in der Union sind diejenigen, die dem Handwerk in seinen Bestrebungen am stärksten helfen sollten und müßten. Denn es ist nach meinem Gefühl einer der gläubigsten Träger unserer Unionsidee.
Wenn sich also die großen Verbände der einzelnen Wirtschaftszweige bilden werden - und sie werden kommen -, wie wird unsere Einstellung dazu sein? Werden wir sie ablehnen? Nein! Im Gegenteil! Sie haben ihr Gutes, sie schaffen klare Verhältnisse. In diesem Sinne haben wir uns auch geäußert. Ich habe diese Gedanken mit folgenden Sätzen wiedergegeben:

> Es ist das gute Recht aller Berufskreise, sich zu gegenseitigem Schutz und zur Wahrung der besonderen Berufsinteressen zusammenzuschließen und berufliche Vereinigungen zu bilden. Wir möchten eine Entwicklung, die zur Bildung starker und für das Gesamtwohl sich mitverantwortlich fühlender Berufsverbände führt, nicht nur von der Verfassung anerkannt und von der Staatsführung geduldet wissen, sondern ihr stärkste Förderung zuteil werden lassen. Unsere Auffassung von der neuen sozialen Wirtschaftsordnung unseres Volkes verlangt nach klar gegliederten Berufsständen, die bereit und in der Lage sind, künftig wichtige Funktionen im Gemeinschaftsleben der Nation zu übernehmen.

Dagegen [sind] von weit berufenerer Seite als von mir hier im Kreise der Fraktion Bedenken geäußert worden, ob eine Einwirkung der Berufsstände, vertreten durch ihre Verbände, nicht zu unerfreulicher Interessenpolitik führen würde. Diese Befürchtung ist selbstverständlich da. Wir haben in anderen Staaten Beispiele vor uns und wissen, daß maßgebender Einfluß auf die Staatspolitk durch die Interessenverbände zu nichts Gutem führt. Andererseits brauchen diese Verbände in Wahrnehmung ihrer legitimen und berechtigten Aufgaben selbstverständlich ein Ventil. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihre Auffassungen und Wünsche so bei der Staatsführung zum Ausdruck zu bringen, wie es nötig ist.
Es handelt sich also für uns politisch gesehen darum, die Interessen dieser Verbände in Einklang zu bringen mit der allgemeinen Staatspolitik und sie auf die Ebene zu führen, wo die Vertretung der Einzelinteressen richtig am Platze ist. Dieser Platz wäre unter anderem in einem Senat gegeben.
Meine Herren! Er wäre in einem Senat durchaus dann gegeben, wenn die Wahrung der Interessen der großen wirtschaftlichen Berufsstände paritätisch und gleichmäßig neben den sonstigen Berufsständen im Lande und neben den Vertretungen der großen geistigen und kulturellen Werte parallel geschaltet wird. Diese Lösung des Senats hätten wir alle begrüßen können. Dort wäre dann ein Ausgleich der Einzelinteressen wie der Interessen der Allgemeinheit möglich gewesen. Die Aufgabe, die wir der Selbstverwaltung zugedacht haben, nämlich mit den staatlichen Organen die Pla-

nung und Durchführung der großen wirtschaftlichen Vorhaben der Zukunft vorzunehmen, konnte durchaus davon getrennt sein und mußte es sein. Das war unsere Auffassung und so haben wir uns bemüht, sie niederzulegen.
Ich darf das noch mit folgenden Sätzen belegen:

> Zwar begrüßen wir die Bildung großer berufsständischer Verbände der einzelnen Wirtschaftszweige, in deren Kreis den Gewerkschaften in Zukunft die verantwortungsvolle Rolle zufallen wird, neben der Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer in der Wirtschaft ihren Einfluß für eine wahrhaft soziale und gerechte Gestaltung des Wirtschaftslebens einzusetzen. Es wäre dringend erwünscht, wenn neben dem Bauernverband, der die berufsständische Arbeit im landwirtschaftlichen Sektor bereits weitgehend aufgebaut hat, nunmehr bald auch das bayerische Handwerk, diese andere bedeutsame Gruppe unserer heimischen Wirtschaft, sich in ähnlicher Verbandsbildung zusammenschließt und auch die Industrie, die vorläufig in einer Vielzahl von Vereinigungen ihre Wirtschaftszweige repräsentiert, zu einer klareren und einheitlichen Gliederung gelangen würde.
> So wichtig uns die Verbände als die berufsständischen vertikalen Gliederungen der Wirtschaft im Lande erscheinen und so bedeutsam ihre Aufgaben beim kommenden Wiederaufbau sein werden, wir tragen aber Bedenken, allein auf die Verbände die Selbstverwaltung der Wirtschaft zu stützen. Die Selbstverwaltung muß auf breiterer Grundlage ruhen. Sie hat andere Aufgaben zu erfüllen als die für die Spezialinteressen ihrer Angehörigen gebildeten Verbände, und es soll soweit wie möglich die Interessenpolitik aus ihrer Arbeit ausgeschaltet bleiben. Infolgedessen sind wir der Meinung, daß die Organe der Selbstverwaltung von den wirtschaftlichen Verbänden und den Gewerkschaften unabhängig sein sollen.

Diese Sätze, die ich mit voller Billigung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses vertreten habe, haben die zwei Kräfte auf den Plan gerufen, die anderer Auffassung sind als wir, den Bauernverband und die Gewerkschaften. Bei den Gewerkschaften kann es nicht wunder nehmen. Es ist selbstverständlich, daß sie zunächst darauf Wert gelegt haben. Sie kennen alle die weitgehenden Forderungen der Gewerkschaften, wesentlich mehr Einfluß auf die Gestaltung aller wirtschaftlichen Dinge zu nehmen als je zuvor. Gingen doch Äußerungen von *Schiefer* soweit, daß er verlangte, daß grundsätzlich alle Dinge der Wirtschaft letzten Endes bei den Gewerkschaften zusammenlaufen sollten. Anders konnte man seine Äußerungen damals nicht verstehen.
Überraschend war die Stellungnahme in gewissem Umfange beim Bauernverband. In der Union gibt es niemand, ob Städter oder Landmann, der nicht die berechtigten Ansprüche unserer Bauern voll anerkennt und vertritt. Wir haben überall, gerade zuletzt noch bei den Verfassungsartikeln über die Wirtschaft, alle Forderungen, die der Bauernverband durch seine Sprecher *Schlögl* und *Horlacher* stellte, nicht nur bewilligt, wir haben sie freudigen Herzens vertreten und sie sind restlos erfüllt. Denn der Verfassungsausschuß hat sie einstimmig angenommen. Darüber darf es also in unserem Kreis überhaupt keinen Zweifel geben, daß jeder von uns für die legitimen Ansprüche der Bauernschaft Bayerns selbstverständlich eintritt.
Eine andere Frage ist es jedoch - und die muß ich klar und präzis Ihnen vorzutragen versuchen -, ob es richtig ist, daß die wirtschaftliche Politik einschließlich der Selbstverwaltung durch die Verbände geführt wird, oder ob die andere Auffassung richtig ist, daß sie durch neutrale Hände geführt werden soll.

Der Gegensatz, der hier innerhalb der Union zu Tage trat, hat nun zu folgender Entwicklung innerhalb der Fraktion geführt: In Kenntnis der Vorlage, die ich auf Verlangen und mit Billigung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Fraktion vorzulegen hatte, sind die Verhandlungen so gelaufen, daß zunächst der Senat behandelt wurde. Bei der Behandlung des Senats wurde der Fraktion ein Vorschlag unterbreitet, der die Zusammensetzung des Senats mit 60 Mitgliedern so vorsah, daß 42 dieser Mitglieder die Vertreter der wirtschaftlichen Interessentengruppen waren und daß innerhalb dieser 42 dem Bauernverband elf, den Gewerkschaften elf, den Genossenschaften fünf Mitglieder zustanden. Das waren 27 Mitglieder. Daneben waren Handwerk, Gewerbe und andere vertreten. Es war vorgesehen, daß die Kirchen sechs Vertreter haben sollten. Dann traten noch die übrigen Gruppen hinzu, die ich nicht aufzuzählen brauche. Gleichzeitig erklärte unser Fraktionskollege Dr. *Horlacher*, daß mit dieser Zusammensetzung des Senats als eines sachverständigen, überwiegend aus den wirtschaftlichen Interessentenkreisen zusammengesetzten Gremiums, jedes beratende Organ anderer Art überflüssig wäre, daß die Selbstverwaltung überflüssig wäre. Denn das Spitzenorgan zur Äußerung aller wirtschaftspolitischen Ansichten sei jetzt der Senat. Die Durchführung aber solle nicht objektiven Selbstverwaltungsorganen übertragen werden, sondern den Verbänden. Die Anschauung *Horlacher - Schlögl* hat gesiegt. Der Senat wurde entsprechend zusammengesetzt, obwohl die Fraktion, wenn ich es richtig verstanden habe, in ihrer Mehrheit sich vor allem gegen die Hereinnahme von sechs Genossenschaftsvertretern gewehrt hat, ist der Senat in zweiter Lesung wiederum mit sechs Genossenschaftsvertretern besetzt.

Wir haben nichts gegen die Genossenschaften. Sie finden in unseren Äußerungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wiederholt, daß wir die Bildung der Genossenschaften begrüßen. Es ist doch selbstverständlich, nachdem alle Wirtschaftszweige schwach sind, daß sie sich um Selbsthilfe bemühen. Wir haben im Verfassungsausschuß ja die neue Formulierung über die genossenschaftliche Selbsthilfe der Berufsstände, speziell der Mittelbetriebe und des Mittelstandes, eingebracht. Aber diese fünf Vertreter sollen nicht aus landwirtschaftlichen oder handwerklichen Genossenschaften hereingewählt werden, sondern es sind die Vertreter der Verbrauchergenossenschaften. Darüber ist kein Zweifel. Wer noch Zweifel hatte, der ist durch die Erklärung Professor *Nawiaskys* in der Fraktion darüber belehrt worden. Das halten wir nicht für notwendig. Im Gegenteil. Diese Zusammensetzung und das Kräfteverhältnis, das jetzt beschlossen ist, gibt nunmehr dem Senat ein Gesicht, das völlig anders ist als das, was wir uns ursprünglich unter dem Senat vorgestellt haben, nämlich dem beratenden, aus besten Männern Bayerns zusammengesetzten Organ des Ausgleichs, einem Organ, das wirklich ein Senat im Sinne des Wortes sein sollte. Ich kann nicht anders, als diesen Senat mit der jetzigen Zusammensetzung als eine Ständekammer, und zwar eine schlechte Ständekammer empfinden.

(Sehr richtig!)

Aber wie gingen die Dinge weiter? Da die unentwegten Vertreter der Verbandspolitik wußten, daß die Debatte über die objektive Selbstverwaltung eines Tages in der Fraktion beginnen müßte und würde und daß dann die Frage des Senats wieder aufgerollt würde und durch die Fraktion dann vielleicht anders bestimmt würde, ist es überhaupt zu keiner Diskussion gekommen, abgesehen von einem Vortrag, den ich hier halten sollte und vielleicht einer einstündigen Unterhaltung einiger weniger Redner in der Fraktion. Dann wurde die Diskussion abgebrochen und nie wieder auf-

genommen. Dagegen wurde der Senat in zweiter Lesung beschlossen, hinsichtlich der Genossenschaften nach meinem Gefühl gegen das Votum der Fraktion.
Weiterhin wurde das Kapitel Wirtschaft dann in der Folge so behandelt, wie ich es schriftlich niedergelegt habe. Sie haben meinen Brief an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß alle in Händen. Ich brauche darüber nicht zu berichten. Meine Herren! Es ist ein gefährlicher Weg, den die Fraktionsleitung in diesem Falle gegangen ist. Die Fraktion ist nicht gefragt worden, und was in einer interfraktionellen Besprechung in den Nachtstunden in der vergangenen Woche herausgekommen ist, das ist etwas anderes, als was wir uns vorgestellt haben. Abends um 19 Uhr, am Ende der Debatten des Verfassungsausschusses, als wir den Abschnitt "Landwirtschaft und Arbeit" hinter uns hatten, wurde mir gesagt, wir setzen die Beratungen am nächsten Tag fort. Mein Einwand, daß weder meine Person, noch die Zwölfer-Kommission überhaupt je zu dem Punkt gehört wurden, wurde übergangen. Ich selbst wurde in dem Gedanken gehalten, daß am nächsten Tag dann auf der Grundlage des Entwurfes, den ich gemacht hatte, weiter beraten würde. Tatsächlich wurde abends weiter verhandelt. Ich war nicht anwesend. Es kam der Kompromiß heraus. Drei Minuten vor Beginn der nächsten Sitzung wurde mir gesagt, daß noch am Abend bereits eine Besprechung stattgefunden habe, und mir das Ergebnis gezeigt. Eine flüchtige Durchsicht genügte, um festzustellen, daß dieser Entwurf in den entscheidendsten Punkten von der Grundsatzpolitik abwich, und ich mußte aufgrund dieser Lage bei der eigentlichen Beratung eingreifen. Man hatte mir nicht das Referat übertragen, das hatte Kollege *Schlögl*. Die Dinge gingen dann so vor sich, daß Kollege *Schlögl* kurz referierte und es an mir lag, die notwendigen Abänderungsanträge zu stellen. In dem Kompromiß war der Mittelstandsschutzparagraph verwässert, das Handwerk nicht genannt - und das hatte die Union vertreten. Wir mußten uns von Herrn Professor *Nawiasky* sagen lassen, daß auch das Handwerk unter das Gewerbe fiel. Und ich habe bis zum Schluß der Verhandlungen gebraucht, um den Schutz des Mittelstandes wieder hineinzubekommen. Ja, es ging soweit, daß alle produktiven Mittel im Staatsbesitz sein sollten. Es hat einen Kampf des Herrn Abgeordneten *Loritz* und meiner Person gekostet, dieses herauszubringen und in eine "Kann-"Vorschrift zu bringen.
Gegen mich hat mein Fraktionskollege Dr. *Horlacher* mit dem Letzten gekämpft. Die Sozialisierung des Bank- und Versicherungswesens stand ebenfalls drin. Sie wissen auch, daß es in unserem Kreise Freunde der Verstaatlichung dieser Institutionen gibt. Meine Herren! Das schadet gar nichts. Es gibt in unserem Kreis radikale Männer und solche, die der sozialistischen Denkweise zuneigen. Wir haben hier ein Jahr zusammengearbeitet und haben uns zu einem Ergebnis durchgerungen. Wir haben eine Formulierung gewählt. Diese ließ alle Wege offen. Die Formulierung war von den Sozialdemokraten angenommen. Sie ist von uns dann in einer interfraktionellen Besprechung, von den Vertretern der Union, fallenlassen worden.

(Zuruf: Warum?)

Das weiß ich nicht. Weiterhin ist man an den Gedanken und Wünschen derjenigen Herren, die hierfür die Verantwortung tragen, vorübergegangen. Auch wenn man dafür ist, das Versicherungswesen zu sozialisieren, warum nicht? Aber es in diesem Augenblick in die Verfassung hineinschreiben, ist wahrlich nicht übermäßig politisch klug. Wir haben gerade drei Wochen hinter uns, daß in München der große Strafprozeß gegen die Münchner Rückversicherung gespielt hat. In dem Augenblick, wo wir um den Bestand des deutschen Versicherungswesens gegenüber den Alliierten kämp-

fen müssen, beschließt die Christlich-Soziale Union mit den Sozialdemokraten die Verstaatlichung, mit anderen Worten, wir geben es den Alliierten bekannt. Ob das klug ist? Ich könnte mir denken, daß besonnene Vertreter der Anschauung sind und sich mit der Fassung der Union begnügen würden, daß Privateigentum in Gemeineigentum übergeführt werden kann, wenn das Gesamtwohl es verlangt. Man braucht es nicht anders auszusprechen. Meine Herren! Ich könnte die Liste weiter verfolgen.
Sie haben den Entwurf der interfraktionellen Besprechungen als Anlage eins vor sich; als Anlage zwei[3] den dann in mühseliger Arbeit herausgebrachten, nach meinem Dafürhalten elenden Kompromiß. Ich halte ihn für einen solchen vor allen Dingen deshalb, weil wir uns eine ganz große Gelegenheit haben entgehen lassen. Die Amerikaner haben uns ein ganz großes Geschenk gemacht gehabt. Sie haben doch eingegriffen und die Vorschläge für die Planwirtschaft verboten. Statt daß nun die Union eintrat und sagt, damit ist der dritte Hauptteil des Vorentwurfes gegenstandslos geworden; wir setzen jetzt einen neuen Artikel hin, der unseren Gedanken entspricht. - Diesen Vorschlag habe ich in der Zwölfer-Kommission in der ersten und einzigen Sitzung gemacht; er wurde abgelehnt und mir wurde aufgegeben, anhand des *Hoegner*-Entwurfes Abänderungsvorschläge zu den einzelnen Artikeln zu entwerfen. Mir blieb nichts übrig. Denn ich hatte mich selbstverständlich dem Zwölfer-Ausschuß zu fügen. Nun bitte ich aber zu bedenken: Ein Abänderungsvorschlag kann nie dasselbe sein wie ein Entwurf für einen ganzen Hauptteil, der aus einem Guß gemacht ist. Das war der eine ganz schwere Fehler, den wir taktisch begangen haben. Der zweite Fehler war der, daß wir kurzerhand auf die Selbstverwaltung als Prinzip verzichtet haben. Ich war so entsetzt, als ich diese Dinge wenige Minuten vor Beginn des Verfassungsausschusses erfuhr, daß ich mich an den Minister *Roßhaupter*, den Fraktionsführer der Sozialdemokraten - der Ministerpräsident war nicht anwesend -, wandte. Sie wissen, daß der Einwand von Dr. *Horlacher* immer der Hinweis auf die Militärregierung gewesen ist. Es war da der Beobachter der Militärregierung, Professor *Glum*. Er hat gesagt, gegen die Fassung des Artikels ist nach seinem Dafürhalten seitens der Militärregierung kein Einwand zu befürchten, gegen die zwei Artikel mit dem Grundsatz der Selbstverwaltung; den zweiten Artikel als Einleitung des Landwirtschaftsrates. Wir haben darüber lange im Wirtschaftspolitischen Ausschusse am letzten Mittwoch debattiert und uns schließlich dahin geeinigt, als Wortlaut, der zu empfehlen war, den zu nehmen, der auf den Arbeiten Dr. *Grasmanns*, des Vorsitzenden dieses Ausschusses, beruhte. Meine eigenen Vorschläge habe ich fallenlassen, weil es sinnvoll war und mehr Aussicht bot, uns auf diesen auch von dem Wirtschaftsbeirat gestützten Vorschlag zu stellen. Denn der Wirtschaftsbeirat, der vom Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner* persönlich ernannt ist, mußte auch bei der Sozialdemokratie ein Gewicht haben. Minister *Roßhaupter* nahm beide Artikel mit seiner Fraktion an. Beide Artikel sind am Widerspruch des Abgeordneten Dr. *Horlacher* gefallen, dem sich die übrigen Mitglieder der Fraktion des Verfassungsausschusses anschlossen. Mir selber blieb dann, um das ganz klarzustellen - ich komme gleich auf die Vorwürfe, die man mir mit Recht vielleicht heute macht -, nachdem ich fast überall angegriffen wurde, nachdem es mir nicht gelungen war, meinen Standpunkt durchzusetzen, ich aber immerhin ... -, nichts übrig, als im Endergebnis dafür zu stimmen. Ich habe die Grundlage nicht verschuldet. Ich

[3] Diese Anlagen (beide: ACSP, NL Zwicknagl 5: J. Semler an die Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CSU, 4. September 1946) wurden im Anhang der Dokumentation nicht berücksichtigt.

konnte nur eines tun, das Schlimmste verhüten und den Entwurf so zu bestimmen, daß er einigermaßen tragbar wurde.
Wenn ich weiter sage, daß einer der Grundsätze von uns, daß Enteignungen nur gegen Entschädigung vorgenommen werden dürfen, verschwunden war: Ich mußte ihn erst wieder in einem separaten Artikel herstellen. Den Weg, den wir noch gehabt hätten, die Selbstverwaltung wenigstens als Grundsatz mit Zustimmung der Amerikaner durchzusetzen, ist, wie Sie wissen, auf Betreiben des Abgeordneten Dr. *Horlacher* gefallen.
Meine Herren! Nachdem die Dinge sich so entwickelt haben, habe ich das Verlangen gestellt, daß die Fraktion Gelegenheit haben müßte, über diesen Entwurf der ersten Lesung zu beraten. Am Montag und Dienstag war die Fraktion hier in diesem Saal versammelt. Es war keine Gelegenheit, hier über die Wirtschaft zu beraten, und dann ist man am Dienstag nachmittag, wenn ich mich nicht irre, in die Beratung der zweiten Lesung im Verfassungsausschuß eingetreten, ohne daß die Fraktion oder die Zwölfer-Kommission zur Beratung zusammengekommen sind, um über diesen Artikel zu beraten und zu ihm Stellung zu nehmen. Da werden Sie verstehen, daß ich es dann abgelehnt habe, an der zweiten Lesung teilzunehmen. Sie werden verstehen, daß ich den Vorsitz im Wirtschaftspolitischen Ausschuß niederlege, was ich am Sonntag dem Herrn Parteivorsitzenden gegenüber getan habe. Die Partei muß sich klar werden, will sie den Weg der Interessenverbände gehen - es ist nicht, daß ich den Vorschlag gemacht hätte, daß ich nun verstimmt wäre, weil mein Vorschlag nicht angenommen wurde. Ich habe ja meine eigenen Vorschläge selbst fallenlassen, weil ich es aus taktischen Gründen für viel günstiger halte, die Vorschläge des Kollegen *Grasmann* durchzusetzen. Aber ich kann es gegenüber meinen Freunden im Wirtschaftspolitischen Ausschuß nicht länger verantworten, daß eine solche Politik innerhalb der Fraktion betrieben wird. Ich habe es den Vertretern bestimmter Berufszweige gegenüber zu verantworten. Trotzdem ich keinem Berufszweige angehöre, war es mein Bestreben, jedem Berufsstand das zukommen zu lassen, was er beanspruchen durfte, soweit das in menschlicher Fähigkeit liegt. Es durfte jeder das Vertrauen zu mir haben, daß ich nicht zugunsten eines Berufsstandes einen anderen in unseren Beratungen zu kurz kommen lassen würde. Jetzt haben wir eine einseitige Festlegung der Union auf einen Interessenstandpunkt, von dem die Union nur schwer noch je wieder herunterkommen wird. Und diesen Standpunkt müssen Sie, das politische Gremium der Partei, ernstlich erwägen.
Meine Herren! Ich habe es auch aus einem anderen Grunde getan. Mit Recht tobt heute alles gegen mich. Die Leute sehen die Süddeutsche Zeitung und dann sagen sie: In unseren Reihen hält er hier die Reden, vertritt das Programm und stimmt dann drüben für diese Artikel. Denn in der Zeitung steht "einstimmig beschlossen". Ein Brief, den ich gestern Abend erhalten habe, macht das deutlich:

Sehr geehrter Herr Dr. *Semler*!

Soeben lese ich in dem Bericht der Süddeutschen Zeitung über die letzten Verhandlungen des Verfassungsausschusses. Darunter ist auch unter anderem die einstimmige Annahme des Art. 117 Abs. 2 und 3 angeführt. Von dieser "einstimmigen" Annahme ausgehend und im Hinblick auf den bisherigen Gesamtablauf der Verfassungsberatungen und der jetzt ersichtlichen Behandlung der so bedeutungsvollen Fragen: Staat und Wirtschaft, sage ich Ihnen hierdurch jede weitere Gefolgschaft, die ich Ihnen loyalerweise noch auf der letzten Ausschußsitzung trotz meiner so be-

rechtigten Beschwerden über Ihre sachliche und formale Führung des Ausschusses bezeigt habe, endgültig auf. Sie haben sich in jeder Beziehung des Amtes und des Führungsanspruches innerhalb der Union so wenig gewachsen gezeigt, daß um der Gesamtentwicklung es unbedingt erforderlich ist, hier neue Verhältnisse zu schaffen. Wobei es die mühsame Arbeit der Zukunft sein wird, das für die Union wieder aufzubauen und fruchtbar zu machen, was Sie vertan haben. Und wobei Sie es zu verantworten haben werden, wenn die Konsequenzen Ihres so negativen Wirkens schwerste Schäden der weiteren staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns und damit auch der gesamtdeutschen Zukunft nach sich ziehen. Mit dem Bemerken, daß ich Durchschrift dieses Schreibens dem Landesvorstand der Partei zugestellt habe, zeichne ich.

Meine Herren! Jeder, der politisch tätig ist, leidet bekanntlich ein wenig an Eitelkeit. So ist es ein gesundes Korrektiv, wenn man die Wahrheit erfährt. Ich nehme es dem Schreiber des Briefes gar nicht übel, daß er so offen ist.
In Ihrer Hand liegt es nunmehr, das weitere zu veranlassen. Nach altem, gut demokratischen Grundsatz habe ich mein Mandat niedergelegt. Es liegt wieder in der Hand des Parteivorsitzenden.
Zum Abschluß noch ein ernstes Wort: Ich habe mich bemüht, objektiv zu berichten. Wenn ich in einzelnen Sachen vielleicht zu scharf geworden bin, so lag es nicht in meiner Absicht. Aber beraten Sie jetzt, bitte, nicht wieder nach der persönlichen Seite - denn das wäre grundfalsch -, beraten Sie rein sachlich! Überlegen Sie den Weg, aber auch eines: Wir haben in der Union die großen Kräfte ruhen. Wir wollen sie nicht verkennen, nicht unterdrücken. Aber Ihre Aufgabe als die politische Zentralinstanz der Partei muß es sein, dafür zu sorgen, daß alle Kräfte zur Geltung kommen und nicht die einen ihren Willen den anderen aufdrücken. Nur so können wir die Union erhalten. Das ist die Aufgabe hier. Es ist ein wunder Punkt, den ich zur Sprache gebracht habe. Er muß im Interesse der Union bereinigt werden.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *von Eicken*: Zur Geschäftsordnung!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Zunächst bitte ich um Ordnung. Ich danke unserem Parteifreund *Semler*. Ich habe sein Rücktrittsschreiben zur Kenntnis genommen, seinen Rücktritt aber nicht angenommen.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir werden heute nachmittag darüber sprechen und entsprechend zu entscheiden haben. Meine Aufgabe sehe ich darin - das ist auch der Grund, warum ich Sie so dringend einberufen habe - klarzustellen, daß die Union kein Interessentenhaufen ist.

(Zuruf: Sehr richtig! - Und nie werden wird!)

Wir erkennen klar an, daß alle Stände von uns berücksichtigt und gefördert werden müssen, aber die Union hätte ihren Sinn verfehlt, wenn sie zu einer reinen Interessentenpartei würde. Dann müßten wir die Union selbst aufgeben. Denn dann betrügen wir das Volk, wenn wir als ersten Namen hinstellen "Christlich". Ich darf nur vorübergehend darauf hinweisen, daß wir heute das gleiche Bild haben, wie wir es, leider Gottes, in den Fraktionssitzungen auch so oft haben.
Eine Frage, die Frage des Staatspräsidenten, steht für manche so im Vordergrund des Interesses, daß sie nur Interesse genommen haben, wenn diese Frage zur Debatte

stand, gleich als ob diese Frage die entscheidende Frage der Union wäre. Sie werden jetzt von dem Punkte feststellen können, daß mir eine Resolution übergeben wurde, daß aber die Herren von dem Tisch, der die Resolution übergeben hat, jetzt bei den Referaten, die doch schließlich auch von weittragender Bedeutung sind, fehlen. Sie werden wahrscheinlich ihr Interesse erst wieder bekunden, wenn die Frage des Staatspräsidenten zur Debatte steht.
Meine lieben Freunde! Ich darf nur diese Feststellung so im Vorübergehen treffen, und ich bitte die Freunde, die übrig geblieben sind ...

(Zuruf: Die [stimm]berechtigten Vertreter sind noch da;
es sind bloß die gegangen, die hinausgeworfen worden sind.)

Es ist doch so. Ich möchte dabei vorderhand noch nichts sagen. Wir werden uns heute nachmittag über diese Frage unterhalten.
Dr. *von Eicken*: Ich möchte ganz kurz, ehe wir auseinandergehen, feststellen: Der Herr Fraktionsvorsitzende [*Alois Hundhammer*], der für diese Vorgänge verantwortlich ist, war im Sitzungssaal bis kurz vor dem Beginn des Referats Dr. *Semler*. Ich beantrage, daß sofort nach der Mittagspause der Herr Fraktionsvorsitzende geladen wird, um uns über diese Vorgänge von seiner Seite eine Auskunft zu geben.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jetzt darf ich damit die Vormittagssitzung beschließen. Ist es ein formeller Antrag?

(Dr. *von Eicken*: Ja.)

Dann darf ich über den Antrag *Eicken* abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Der Antrag *Eicken*, daß der Fraktionsvorsitzende dringendst geladen wird, um uns nähere Auskünfte zu geben, ist einstimmig angenommen. Wir beginnen wieder um 14.45 Uhr pünktlich.

Schluß der Vormittagssitzung 13.25 Uhr.
Beginn der Nachmittagssitzung 15.10 Uhr.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Freunde! Ich glaube, wir beginnen jetzt unsere Nachmittagssitzung, auch wenn einige Freunde noch fehlen. Wir verlieren sonst zuviel Zeit. Ich muß versuchen, möglichst zu kürzen, weil ein Teil unserer Freunde von weiterher schon etwas eher abreisen muß.
Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt nicht erst die Aussprache zu dem Referat *Semler* halten, sondern zuerst das Referat *Prittwitz* nehmen, über die Arbeiten der Fraktion für die Verfassung, und daß wir dann erst die ganze Debatte zusammenfassen.
Ich darf Ihr Einverständnis annehmen. Dann bitte ich unseren Parteifreund *Prittwitz*, uns einen Überblick zu geben.
Von Prittwitz-Gaffron: Meine Damen und Herren! Ich bedauere in unserem gegenseitigen Interesse, daß Herr Dr. *Ehard*, der das Referat eigentlich halten sollte, nicht hier ist. Denn er hätte es in wesentlich besserer und sachlicherer Form machen können als ich. Ich möchte mich auf rein sachliche Ausführungen beschränken und meine persönliche Stellungnahme im Hintergrund lassen.
Die Arbeiten der Verfassunggebenden Landesversammlung haben sich - und das möchte ich ausdrücklich betonen - im großen und ganzen in einer außerordentlich sachlichen und ruhigen Weise abgespielt. Es sind auch Meinungsverschiedenheiten

zwischen den verschiedenen Parteien in diesem Ausschuß immer in sachlicher Weise zum Ausdruck gebracht worden, und das einzige, was man vielleicht bedauern kann, ist, daß auch in diesem Ausschuß schon allzu früh die Fraktionsstandpunkte zum Ausdruck gebracht worden sind, weswegen ich es persönlich für richtiger gehalten hätte, wenn man den Anschauungen der einzelnen Abgeordneten etwas größeren Spielraum gelassen hätte. Es ist leider noch kein Abdruck vorhanden, der den Inhalt der Verfassung, wie er bislang im Verfassungsausschuß beschlossen worden ist, zusammenfaßt. Die technische Seite dieser Dinge hat etwas versagt. Wenn Sie die Bestimmungen des Entwurfes durchlesen, so werden sie, glaube ich, alle zugeben, daß der Geist, der in diesem Verfassungsentwurf niedergelegt ist, unser aller ungeteilte Zustimmung finden kann. Es ist der Geist eines freien, sozialen Rechtsstaates mit Anerkennung seiner kulturellen Mission.
Über den Geist der Verfassung gibt Ihnen am besten die Präambel einen Eindruck. Das ist eines der wenigen, d[as] ich vorlesen möchte:

> Im Angesichte des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsauffassung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschluß, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung:

Soweit ich mich erinnere, ist diese Präambel auch einstimmig oder fast einstimmig angenommen worden.
Der Aufbau der ganzen Verfassung gliedert sich in vier Hauptteile. Der erste Hauptteil enthält die Aufgaben und den Aufbau des Staates, der zweite Hauptteil die Grundrechte und die Grundpflichten, dann kommt das Gemeinschaftsleben und schließlich die Wirtschaft und Arbeit. Ich glaube, gegen diesen Aufbau läßt sich nichts einwenden. Der erste Haupteil als derjenige, der vom Staate handelt, gibt in einer großen Reihe von Abschnitten eine genaue, ich möchte fast sagen, historische Darlegung des Aufbaues des Bayerischen Staates, wie er sich aus den Gemeinden, aus den Bezirken und Kreisen heraus aufgebaut hat. Dabei ist zu bemerken, daß der alte Ausdruck "Kreis" wieder an die Stelle des neueingeführten "Bezirks" gekommen ist. Selbstverständlich kann da nicht ein Artikel fehlen, daß der Träger der Staatsgewalt das Volk ist. Ebenso wird in der Verfassung eindeutig aufgeteilt in eine säuberliche Teilung der Zuständigkeiten der drei Gewalten, der richterlichen, der Exekutive und der Legislative. Von diesen Gewalten steht im Vordergrund der Landtag, bei welchem die ganze Macht der Gesetzgebung und bis zu einem gewissen Grade auch die Kontrolle der Verwaltung zentralisiert ist. In dem Abschnitt über den Landtag steht nichts außergewöhnliches drin. Ich möchte nur das hervorheben, was vielleicht etwas neues ist: Es ist ausdrücklich vorgesehen, daß staatsfeindliche Wählergruppen, die also unter dem Deckmantel der Demokratie die Demokratie bekämpfen wollen, ausgeschlossen sind und daß unter Umständen gegen solche Versuche seitens des Verfassungsgerichtshofs eingeschritten werden kann. Als Wahlalter hat man sich auf 25 Jahre geeinigt. Es ist vielleicht auch der Artikel hervorzuheben, daß Abgeordnete seitens ihres Arbeitgebers keines Urlaubs bedürfen. Das ist insofern eine Neuerung, als hier ein Grundsatz, der in früheren Verfassungen nur für Beamte galt, auf Angestellte und

Arbeiter ausgedehnt worden ist. Ich glaube, daß man die Bedeutung dieses Artikels sehr unterstreichen muß.
Die Wünsche, die seitens der Union immer laut geworden sind, eine zweite Kammer einzuführen, sind in dem Entwurf berücksichtigt, aber nicht hundertprozentig durchgeführt. Über den Senat, der eingerichtet worden ist, hat sich hinsichtlich seiner Zusammensetzung bereits unser Freund *Semler* geäußert; ich will aber der Vollständigkeit halber doch noch einmal aufführen: elf Vertreter der Land- und Forstwirtschaft; elf Vertreter der Gewerkschaften; fünf der Industrie und des Handels; fünf des Handwerks; fünf der freien Berufe; vier der Religionsgemeinschaften; fünf der Wohltätigkeitsvereine; drei der Hochschulen und Akademien; fünf der Genossenschaften und sechs der Gemeindeverbände. Für diesen Senat ist ein Mindestalter von 40 Jahren vorgeschrieben, und die Betreffenden sollen soweit als möglich aus den Körperschaften, aus denen sie kommen, durch Wahl erwählt werden. Bis zu der Zeit, wo ein solches Wahlgesetz bestehen wird, müssen sie bestimmt werden; natürlich läßt sich bei Hochschulen und Religionsgemeinschaften keine Wahl durchführen. Die Amtsdauer des Senates ist auf sechs Jahre festgesetzt, mit der Erneuerung jeweils eines Drittels alle zwei Jahre. Im Gegensatz zum Landtag ist also der Senat sozusagen eine ewige Körperschaft, die niemals ganz außer Betrieb tritt.
Was die Zuständigkeiten des Senates anlangt, so habe ich aus den Notizen in den Zeitungen den Eindruck, daß sie hier in der Presse nicht ganz richtig wiedergegeben sind. Die Zuständigkeiten sind gewiß beschränkt, aber sie sind doch ziemlich weitgehender Art: Zunächst kann der Senat eine gesetzliche Initiative ergreifen. Er kann Gesetzesvorlagen, sei es direkt, sei es auf dem Wege über die Staatsregierung, an den Landtag bringen. Man kann doch annehmen, daß eine bedeutsamere Gesetzesvorlage, die auf diese Weise vom Senat vorgeschlagen wird, nicht unbeachtet in den Schubfächern des Landtages verschwinden kann. Der Senat ist außerdem eine Behörde, die der Landesregierung für Gutachten zur Verfügung steht. Ferner sieht die Verfassung für die Staatsregierung den Zwang vor, gewisse Gesetzesvorlagen dem Senat, bevor sie an den Landtag gehen, vorzulegen. Das bezieht sich auf das Budget, auf verfassungsändernde Gesetze und solche, die zum Volksentscheid gebracht werden sollen. Es kann - und das ist der letzte wichtige Punkt - der Landtag kein Gesetz zur Veröffentlichung geben, das nicht vorher dem Senat vorgelegt wird, der berechtigt ist, Einwendungen zu erheben und diese Einwendungen dem Landtag mitzuteilen. Es ist richtig, daß er damit kein eigentliches Vetorecht hat, es ist aber ebenso hervorzuheben, daß Einwendungen des Senates, insbesondere, wenn sie in der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden, wohl kaum vom Landtag übersehen werden können. Jedenfalls wäre es dann Aufgabe bestimmter Parteien im Landtage, solche Einwendungen aufzugreifen.
Ein besonderer Absatz ist im Rahmen der Exekutive dem Staatspräsidenten gewidmet. Über den kann ich Ihnen nur wenig berichten. Ich bin bei den Verhandlungen nicht selbst dabei gewesen. Aber nach den bisherigen Entwürfen, von denen ich nicht weiß, ob sie schon definitiver Art sind, steht dem Staatspräsidenten eigentlich nur ein zweifaches Recht zu: Das Recht, den Landtag aufzulösen, falls er sich nicht über die Wahl eines Ministerpräsidenten - über diesen Punkt werde ich gleich sprechen - einigen kann und außerdem bei Gefahren für die Sicherheit des Landes einen beschränkten Notstand zu erklären, aber immer im Einvernehmen mit der Staatsregierung.
Das bringt mich auf das Thema Staatsregierung. Hier liegt vielleicht neben dem auch noch zu erwähnenden Wahlrecht der wichtigste Punkt in dem ganzen Entwurf. Man hat sich einstimmig darauf geeinigt, den Vorschlägen der Kommission zuzustimmen,

daß dem Ministerpräsidenten eine vierjährige Karenzfrist zugesichert wird, daß er also nicht von irgendwelchen Mißtrauensvoten oder Unstimmigkeiten in einzelnen Gesetzen abhängig ist. Allerdings ist als Art. 31 eingefügt worden, daß, falls sich grobe politische Unstimmigkeiten zwischen dem Landtag und dem Ministerpräsidenten ergeben, die politische Lage gewissermaßen nicht gemeistert werden kann, er zum Rücktritt verpflichtet ist.
Was den zweiten, ebenfalls fast gleich wichtigen Punkt "Wahlrecht" anbelangt, so wissen Sie, daß versucht worden ist, das Mehrheitswahlrecht durchzusetzen. Ich persönlich bedauere es ganz außerordentlich, daß dieser Versuch nicht geglückt ist. Es ist aber ein sogenanntes verbessertes Proportionalwahlrecht angenommen worden. Die Verbesserung liegt erstens einmal in der Bindung des Abgeordneten an seinen Wahlkreis und vor allen Dingen in der Klausel, daß 10% der Stimmen auf einen Kandidaten entfallen müssen, damit die Partei zugelassen wird. Es ist damit eine Kautele geschaffen, daß Splitterparteien nicht zum Zuge kommen können.
Ein eigener Abschnitt, der erst im Verlaufe der Debatte eingefügt worden ist, ist dem Verfassungsgerichtshof gewidmet, wodurch die dritte Gewalt, die richterliche Gewalt, in dem Entwurf besonders in den Vordergrund geschoben worden ist. Dieses Gericht ist zuständig für alle staatsrechtlichen Fragen und eine Reihe Einzelfragen, die aufgeführt sind. Ich möchte von diesen Einzelfragen nur das eine hervorheben, daß der Verfassungsgerichtshof zuständig ist für die Frage der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes. Hat ein ordentlicher Richter bei Anwendung eines Gesetzes einen Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit, so ist er verpflichtet, diese Frage dem Verfassungsgerichtshof vorzulegen. Der Verfassungsgerichtshof hat damit eine Stellung, die der Stellung des Obersten Bundesgerichts in den Vereinigten Staaten sehr nahe kommt.
Was die Gesetzgebung selbst anbelangt, so ist sie, wie Sie aus den Ausführungen über den Senat schon sehen können, beim Landtag einrangiert. Es ist neben der Gesetzgebung durch den Landtag selbst auch die Möglichkeit eines Volksentscheides und Volksbegehrens vorgesehen, aber entgegen den Versuchen, die seitens des Abgeordneten *Loritz* gemacht worden sind, nur in beschränktem Umfang, indem festgesetzt ist, daß zu einem Volksbegehren ein Zehntel der stimmberechtigten Staatsbürger mitwirken müssen und daß die Abberufung des Landtages durch Volksentscheid nur möglich ist, wenn der hierzu erforderliche Antrag von einer Million Staatsbürgern ausgeht. Verfassungsänderungen sind nur durch Gesetz und nicht durch Volksentscheid möglich und bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Mitgliederzahl des Landtages.
In den Kapiteln über die Verwaltung ist ganz besonders die dort verankerte Stellung der Gemeinden wichtig, die den Gedanken zum Ausdruck bringt, daß die Gemeinden eigentlich vor dem Staate existiert haben und daß der Staat sich auf den Gemeinden und Gemeindeverbänden aufbaut.
Auch die Organisation der Staatsbehörden ist hier besonders berücksichtigt. Bei der Rechtspflege hat die Union einen ausgesprochenen Sieg in dem einen Punkt erlangt, daß sie die Lebenslänglichkeit der Richter der ordentlichen Gerichte durchgesetzt hat. Es waren hier zunächst Schwierigkeiten bei der Sozialdemokratie. Sie sind aber überwunden worden, und bei der zweiten Lesung ist dieser Artikel, soweit ich mich erinnere, einstimmig angenommen worden.
Ebenso ist den Beamten ein besonderer Abschnitt der Verfassung gewidmet. Hier sind einige kleine Veränderungen hinsichtlich der Prüfungsordnung gegenüber den früheren gesetzlichen Bestimmungen eingefügt worden, die aber materiell keine so

große Bedeutung haben. Umgekehrt ist besonders die Notwendigkeit unterstrichen, daß der Beamtenkörper sich eindeutig, immer und wo immer er auftritt, sich zur demokratischen Staats- und Lebensform bekennt.
Was den zweiten Hauptteil anbelangt, der die Grundrechte und Grundpflichten enthält, so kann ich mich wohl deswegen besonders kurz fassen, weil er ja vom Plenum schon durchberaten ist und nicht nur der breiteren Öffentlichkeit, sondern auch Ihnen im näheren bekannt sein dürfte. Hier möchte ich nochmal hervorheben, daß ausdrücklich festgelegt wird, daß die Verfassung dem Schutze und dem geistigen und leiblichen Wohle aller Einwohner zu dienen hat, daß die Würde der menschlichen Persönlichkeit in den Vordergrund geschoben ist, daß das Eigentumsrecht des Individuums gewährleistet ist. Es ist hier ein besonderer, im ursprünglichen Entwurf nicht vorgesehener Paragraph über die Pressefreiheit eingefügt, wo auch der Gedanke unterstrichen wird, daß die Presse nicht im luftleeren Raume arbeitet, sondern sich demokratischen Gedanken unterzuordnen hat. Es ist ferner - das möchte ich hervorheben - im Artikel 81 die Treuepflicht gegenüber Staat, Demokratie und Allgemeinheit eingeführt. Auch der Paragraph, der Verbot und Strafe von Völker- und Rassenhaß zum Ausdruck bringt, ist zu erwähnen.
Ein besonders geglückter Teil der Verfassung scheint mir der dritte Hauptteil zu sein mit der Überschrift: "Das Gemeinschaftsleben". Auch dieser Teil ist in der Plenarversammlung durchberaten worden und ist den Mitgliedern der Union zum Teil durch einen Artikel von Herrn Dr. *Hundhammer* im Unions-Mitteilungsblatt erläutert worden. Besonders im Abschnitt über Ehe und Familie, glaube ich, sind unsere Grundsätze in einer eindeutigen und lapidaren Weise zum Siege gekommen. Hierbei möchte ich besonders hervorheben, daß es dem Ausschusse und der Landesversammlung zur Ehre gereicht, daß sie die gleichen grundsätzlichen Rechte der Frau in der Ehe unterstrichen hat.
Was Bildung und Schule anbelangt, so wissen Sie, daß die Bekenntnisschule nicht nur erhalten, sondern ganz deutlich neben der Gemeinschaftsschule umschrieben worden ist, daß aber die Gemeinschaftsschule nur dort eingeführt wird, wo sie unbedingt erforderlich ist, daß alles das aber dem Wunsche und der Entscheidung der Erziehungsberechtigten untergeordnet ist. Ein besonderer Paragraph, der eingefügt worden ist, gilt dem Schutze der Geistlichen. Dieser besondere Schutz ist neu, aber nach den Vorgängen, die wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt haben, wohl besonders notwendig geworden.
Der Schlußteil, der vierte Hauptteil, trägt die Überschrift "Wirtschaft und Arbeit". Auf den Abschnitt Wirtschaft brauche ich nicht mehr einzugehen, da es ja zum Teil schon in der Debatte heute früh behandelt worden ist und zum Teil wohl nachher nochmal behandelt werden wird. Ich möchte hier nur das eine oder andere hervorheben, und das ist vor allem der Gedanke, daß der Aufstieg tüchtiger Kräfte aus nichtselbständiger Arbeit zu selbständigen Existenzen ausdrücklich in der Verfassung niedergelegt worden ist. Es ist ferner der Grundsatz der Möglichkeit einer Beteiligung der Selbstverwaltungskörper an den Aufgaben der Gestaltung der Wirtschaft niedergelegt. Es ist außerdem der Mittelstand besonders erwähnt. Eine besondere Frontstellung ist gegen Einrichtung von Monopolen eingenommen worden, verbunden mit dem allgemeinen Grundsatz einer Überwachung des Staates hinsichtlich der planmäßigen Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter. Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, daß die von den Sozialdemokraten geforderte Planwirtschaft in diesen Entwürfen abgelehnt ist.

Was das Eigentum anbelangt, so ist auch in diesem Hauptteil nochmals unterstrichen, daß das Eigentum gewährleistet ist und daß das Eigentum entsprechend den sozialen Grundsätzen unserer Partei den Pflichten unterzuordnen ist, die der Einzelne gegenüber der Allgemeinheit hat. Es gibt also keinen rücksichtslos individuellen Standpunkt mehr in dieser Beziehung.
Was die Landwirtschaft anbelangt, so ist hier der verstärkte Schutz, den dieser Zweig verdient, im weitgehenden Maße sichergestellt worden, sowohl hinsichtlich des Schutzes des Eigentums wie auch hinsichtlich des Schutzes der Marktordnungen und der Verhinderung der Überschuldung. Die "Arbeit" gehört neben dem Abschnitt über das Gemeinschaftsleben auch zu denjenigen Teilen des Verfassungsentwurfs, der nach meiner bescheidenen Ansicht besonders gut formuliert worden ist. Die Arbeit wird als das wertvollste wirtschaftliche Gut bezeichnet. Es wird auskömmliche Existenz, Sozialversicherung, angemessenes Entgelt und Mindestlohn für die Arbeit gefordert. Die Koalitionsfreiheit wird stabilisiert, und es werden auch die Arbeitsgerichte sichergestellt, ebenso das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Produktion und ihr Recht auf Erholung.
Viele dieser Dinge, die ich hier vorgetragen habe, klingen, wenn man sie hört, als selbstverständlich. Trotzdem werden Sie bei einer großen Reihe von Bestimmungen, die wir angenommen haben, wenn man sie mit den Bestimmungen anderer Verfassungen vergleicht, feststellen, daß sie hier zum ersten Male kodifiziert worden sind. Ich glaube, daß diejenigen, die an diesen Arbeiten sich beteiligt haben, sich dieses zur Ehre anrechnen dürfen.
Über die Schlußbestimmungen kann ich Ihnen aus eigener Erfahrung nichts sagen, weil ich bei der letzten Sitzung nicht dabei war. Das kann vielleicht noch ergänzt werden. Aber nach den bisher getroffenen Beschlüssen ist wohl die wichtigste Übergangsbestimmung, daß ausdrücklich formuliert ist, daß Bayern einem künftigen deutschen demokratischen Bundesstaat beitreten wird. Ich glaube mit diesem Ausklang darf ich meine kurzen referierenden Bemerkungen schließen.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Parteifreund *Prittwitz* für sein sachliches Referat. Ich frage bei den Fraktionskollegen an, ob sie Ihrerseits noch das Referat zu ergänzen haben. Dann frage ich an, ob Sie irgendwelche besonderen Wünsche haben.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe von den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. *Prittwitz* nur einen Teil hören können, aber daraus gesehen, daß er das auch nach meiner Anschauung Wesentliche hervorgehoben hat.
Er hat am Schluß betont, daß in den Schluß- und Übergangsbestimmungen, an deren Beratungen er selber nicht teilnehmen konnte, sich die wesentliche Bestimmung findet:

> Bayern wird einem künftigen demokratischen deutschen Bundesstaate beitreten.

Es ist dieser Formulierung dann bei der ersten und zweiten endgültigen Lesung noch folgender Nachsatz beigefügt worden:

> Er soll auf einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten beruhen, deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist.

Dieser Zusatz wurde auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten nach einer ziemlich langen Debatte angenommen. Es ist eine Bestimmung, die wahrscheinlich vielen von Ihnen sehr bedeutungsvoll erscheinen wird.

Eine andere Bestimmung, die in den Schluß- und Übergangsbestimmungen enthalten ist, die uns wichtig erscheint und vor allem dem evangelischen Teil im Hinblick auf einen besonderen Antrag, den der Landesbischof *Meiser* gestellt hat, absolut wichtig ist, lautet - das ist Artikel 140 b:

> Die früher geschlossenen Staatsverträge, insbesondere der Vertrag mit den christlichen Kirchen vom 24. Januar 1925, bleiben in Kraft.

Auf diese Bestimmung haben die evangelischen Mitglieder der Fraktion bei früheren Unterhaltungen schon großen Wert gelegt. Ich möchte Ihnen sagen, daß mir diese Bestimmung persönlich deshalb sehr wichtig ist und erscheint, weil ich mir darüber absolut klar bin, daß die Sozialdemokratie heute auch bei ihrer sonst kirchlichen Dingen gegenüber etwas aufgeschlosseneren Art nachdrücklich auf eine Abänderung der Konkordate hinarbeitet und diese Änderung bei der erstmöglichen gegebenen Situation anstrebt. Die Überzeugung habe ich im Verfassungsausschuß bei den Beratungen über diesen Artikel und auch bei einer anderen gesonderten Gelegenheit gewonnen.
Zu der Präambel, die Ihnen schon aus der Zeitung bekannt geworden ist,

(*Von Prittwitz-Gaffron*: Ich habe sie vorgelesen.)

wurde noch ein Zusatz hinzugefügt, der heute in der Süddeutschen Zeitung nicht abgedruckt ist. Sie lautet:

> Im Angesichte des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsauffassung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als 1000-jährigen Geschichte nachstehende demokratische Verfassung.

(*Von Prittwitz-Gaffron*: Ich habe sie schon so vorgelesen.)

Das wußte ich nicht. Ich hatte nur die Formulierung in der Zeitung gekannt. Der Zusatz betont etwas, was vielen Fraktionskollegen und ebenso dem großen Teil unserer Wähler als ein Ding von außerordentlichem Wert erscheint.
Nun zu den anderen Bestimmungen im einzelnen ein paar Worte: Ich habe zu der Verfassung als solcher eine Unmenge von Zuschriften und von Vorschlägen aller Art bekommen. Wenn einmal der ganze Verfassungstext Ihnen vorliegen wird, werden Sie sehen und werden mit mir und vielen anderen, die die Verfassung inzwischen durchstudiert haben, zu der Überzeugung kommen, daß im ganzen ein Werk geschaffen wird, das dem bayerischen Volk für die Zukunft einen Staat schafft, der sich sehen lassen kann. Die Verfassung ist in ihrer Gesamtheit zweifellos ein Werk, das über den Durchschnitt der uns bisher vorliegenden Verfassungsentwürfe weit hinausragt.
Es wird im gesamten Verfassungswerk insbesondere - da stimme ich vollkommen mit den Ausführungen des Herrn Botschafters *von Prittwitz* überein - der Teil über die Grundrechte und Grundpflichten des Staatsbürgers, der Teil über Ehe und Familie, der Teil über Kirchen und Religionsgemeinschaften das eigentliche Kernstück bilden, in welchem der Standpunkt unserer Partei aber restlos verwirklicht ist. Ich habe das in dem einen Ausschnitt der Verfassung, den ich in der letzten Nummer des Mitteilungsblattes der CSU behandelt habe, bereits zum Ausdruck gebracht. In diesem Abschnitt haben wir unser Programm restlos verwirklicht.

Wir haben im ersten Hauptteil, der sich mit dem Staatsaufbau befaßt, bezüglich der zweiten Kammer nicht die Erwartungen aller unserer Parteifreunde verwirklichen können. Die Hauptschwierigkeiten waren wesentlich darin gelegen, daß es nicht möglich war, ein Gremium zu finden, das die zweite Kammer voll rechtskräftig hätte wählen können. Eine Wahl durch das ganze Volk mit Listen, wie der Landtag gewählt wird, wäre sinnlos, denn da würden wir nur einen Abklatsch des Landtages bekommen haben. Die Organisationen der Berufsstände, auf die man zurückgreifen wollte, konnten deshalb nicht für eine zweite Kammer, die dem Landtage voll ebenbürtig zur Seite gestanden wäre, eingeschaltet werden, weil diese Berufsorganisationen im jetzigen Zustand nur einen kleinen Teil jeweils der einzelnen Berufsstände umfassen und nur auf freiwilliger Basis beruhen dürfen. Es sollen ja sogar die Handelskammern, die Handwerkskammern ihres offiziellen Vollcharakters entkleidet werden. Es wird darüber gesprochen, wenigstens diskutiert, ob der Bauernverband seine öffentlich-rechtliche Stellung behalten soll. Ich betone, es ist nicht schon soweit, daß er sie verlieren soll, aber diskutiert wird es bereits. So konnten wir in der Fraktion kein Gremium finden und keinen Weg, auf dem wir eine zweite Kammer so hätten zusammensetzen können, daß ihr eine voll formal ebenbürtige Stellung neben dem Landtag hätte eingeräumt werden können. Aber ich bin trotzdem der Auffassung, daß in diesen Senat, der sich jetzt auf 60 Mitglieder beschränkt, Persönlichkeiten von wirklichem Gewicht entsandt werden und er - das halte ich für wahrscheinlich - dann trotzdem eine außerordentlich beachtliche Stellung hat. Dem Senat muß nach den Festlegungen in der Verfassung erstens jedes Gesetz, das beschlossen ist, vorgelegt werden; zweitens, es müssen ihm bestimmte Entwürfe vorgelegt werden, bevor sie an den Landtag kommen; drittens, der Senat kann von sich aus Gesetzesvorlagen dem Landtag unterbreiten und der Staatsregierung vorlegen: Ein Initiativrecht, wenn auch eingeschränkter Art. Wenn der Senat nun zu irgendeinem Problem sachlich Stellung nimmt und ein Gutachten abgibt, dann wird, wenn die geeigneten Persönlichkeiten und angesehenen Männer in ihm sind - es ist sowieso ein höheres Lebensalter für die Mitgliedschaft vorgesehen -, ein solches Gutachten zweifellos weitgehend beachtet werden. Es ist an anderer Stelle das Wort formuliert: "Der Senat wird sein, was er aus sich macht."

Eine Frage, die viel diskutiert worden ist, die von der Mehrheit unserer Redner in den Wahlkämpfen verlangt worden war, die aber umstritten ist, ist die Frage des Staatspräsidenten. Die Formulierungen, die jetzt dafür in den letzten Tagen gefunden worden sind, sind im Verfassungsausschuß in erster Lesung gegen eine sozialdemokratische Stimme bei Stimmenenthaltung der übrigen Sozialdemokraten angenommen worden. Sie sind in der zweiten Lesung bei Stimmenthaltung aller Sozialdemokraten angenommen worden unter ausdrücklicher Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. *Hoegner*, daß er nachdrücklichst für den Staatspräsidenten eintrete. Herr Dr. *Hoegner* hat vor der zweiten Lesung eine Rede gehalten, die an Schärfe und eindeutigem Eintreten für den Staatspräsidenten jeder Rede, die hier in diesem Saale von Fraktionskollegen gehalten worden ist, ebenbürtig gegenübersteht. Es wird diese Frage wahrscheinlich auch in den weiteren Diskussionen in Zukunft noch eine Rolle spielen.

Zum gesamten Verfassungswerk möchte ich abschließend eines sagen: Es hätte an sich die Möglichkeit bestanden, theoretisch, eine Verfassung restlos in der Form durchzudrücken, wie unsere Fraktion sie will, weil wir die absolute Mehrheit in der Verfassunggebenden Landesversammlung haben. Aber zwei Gründe haben dagegen gesprochen: Das eine war, daß zunächst in manchen Fragen natürlich in der eigenen Fraktion keine restlose Übereinstimmung besteht. Das zweite aber - das erscheint mir

noch als das weitaus wichtigere - ist, daß es für eine Verfassung eine Tat von großer staatspolitischer Bedeutung ist, wenn es gelingt, sie so zu formulieren, daß die Mehrheit, die überwiegende Mehrheit des gesamten Volkes sie annehmen kann.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Wenn eine Verfassung, die wenigstens von den zwei großen Parteien, die zusammen nahezu 90% des Volkes umschließen, also von einer so großen Volksmehrheit bejaht werden kann, dann steht ihr ein ganz anderes Gewicht zu, als wenn wir sie etwa nur mit unserer Mehrheit durchdrücken. Eine Verfassung ist nicht etwa ein Gesetz, das man mit aller Gewalt durchdrücken kann. Sie [ist] uns eine Grundformulierung des Staates, die von der überwiegenden Mehrheit des Volkes getragen werden soll. Freilich dürfen von der Mehrheit der Minderheit keine Konzessionen gemacht werden, die für die Mehrheit aus grundsätzlichen Gründen nicht annehmbar wären. Aber das, glaube ich, ist nicht geschehen. Ich persönlich bin der Auffassung, ich kann die Verfassung, wie sie vorliegt, mit gutem Gewissen vertreten. Ich freue mich, daß damit ein Werk geschaffen ist, an dem mitgewirkt zu haben meine eigenen Söhne noch stolz sein können. Wir haben ein Werk geschaffen, und ich glaube auch, daß die Verfassung als Ganzes - das kann ich heute schon sagen -, so wie sie jetzt formuliert ist, mit voller Zustimmung der Sozialdemokratie angenommen wird. Das ist es, was ich dazu zu sagen habe.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich schlage jetzt vor, daß wir in die Debatte eintreten, und zwar bitte ich so vorgehen zu dürfen, daß wir vielleicht zunächst noch - ist Dr. *Semler* da? - das Thema, das heute vormittag besprochen worden ist, zu Ende führen. Ich würde vorschlagen, Dr. *Semler* bringt in einigen Sätzen nur nochmals zur Sprache, weil Herr Dr. *Hundhammer* heute vormittag nicht da war, wenigstens bei dieser Debatte nicht da war. Es handelt sich um die Divergenzen im Hinblick auf den Wirtschaftsteil. Ich würde bitten, hier die Frage des Staatspräsidenten noch draußen zu lassen. Anschließend wird die Frage des Staatspräsidenten noch aufgeworfen werden. Dabei würde ich vorschlagen, daß wir nicht hier in der altgewohnten Weise, wie es in der Fraktion der Fall ist, in allen Debatten immer das Thema Staatspräsident oder nicht Staatspräsident behandeln. Wir müssen nur klar Stellung nehmen, ob ein Fraktionszwang durchgeführt wird. Denn hier geht es dann nicht um eine Einzelfrage der Verfassung, sondern hier geht es um ein Prinzip der Demokratie. Ich darf das jetzt gleich nehmen, weil wir dann die Debatte zusammengeführt haben. Ich habe *Haunhorst* gebeten, bevor ich selbst Rücksprache genommen habe, die Frage der Haltung der politischen Abteilung der Militärregierung zur Frage des Fraktionszwanges zu klären und zu fragen, wie dieses Verfahren in der amerikanischen Demokratie durchgeführt wird. Bekanntlich haben sowohl die Amerikaner wie auch die Engländer ein ähnliches Verfahren, das sogenannte w[h]ip-Verfahren. Wie sind die Grundspielregeln für dieses w[h]ip-Verfahren, das unserem Fraktionszwang gleichkommt?

Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte das zurückzustellen und Herrn Dr. *Semler* mit seinen Ausführungen beginnen zu lassen.

Dr. *Hundhammer*: Zur Geschäftsordnung! Ich muß auch gegen diesen Vorschlag Einspruch erheben. Ich muß weg in einer unaufschiebbaren Sache. Außerdem möchte ich grundsätzlich erklären, über die Frage, ob Fraktionszwang oder nicht, kann man sich unterhalten. Aber die Entscheidung darüber trifft die Fraktion selbst.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da sind wir schon an dem Thema, das ich behandeln will. Ich will es geklärt haben, bevor einzelne Leute weggehen.
Dr. *Hundhammer*: Eine Diskussion darüber, ob Fraktionszwang vorgeschrieben werden soll oder nicht, lehne ich ab. Ich verlasse den Saal. Das entscheidet die Fraktion.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Hundhammer*! In den westlichen Demokratien ist dieses Verfahren ...
Dr. *Hundhammer*: Das entscheidet die Fraktion. Der Landesausschuß kann Stellung nehmen. Das ist klar. Das Recht ist ihm unbenommen. Er kann diskutieren, aber die Fraktion kann sich keine Vorschriften machen lassen.
Dr. *Kroll*: Ich bitte, über meinen Antrag abzustimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Fraktion ist ein Teil der Partei. Die Frage wird daher unter diesem Gesichtspunkt zu entscheiden sein.
Dr. *Kroll*: Herr Dr. *Hundhammer*, bleiben Sie! Erst abstimmen!
Dr. *Hundhammer*: Meine Herren! Stellen Sie sich vor, was würde die Fraktion sagen, wenn ich einen solchen Beschluß hier mitgemacht hätte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Hundhammer*, ich werde Ihnen nachher die Spielregeln der Demokratie klar aufzeigen lassen.

(Zuruf: Über den Antrag Dr. *Kroll* abstimmen!)

Ich bitte einen formellen Antrag zur Geschäftsordnung einzubringen.
Dr. *Kroll*: Ich bitte Herrn Dr. *Semler* zur Ausführung über den Wirtschaftsteil als erstem das Wort zu erteilen und alle übrigen Angelegenheiten zurückzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer enthält sich?
Wer ist gegen den Antrag *Kroll*?
Der Antrag ist einstimmig angenommen. Herr Dr. *Semler* hat das Wort.
Dr. *Semler*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe heute morgen versucht, Ihnen das Ergebnis der Arbeit im Wirtschaftspolitischen Ausschuß darzulegen. Ich habe über den Verlauf berichtet, den die Arbeiten in der Fraktion und im Verfassungsausschuß genommen haben.
Sie können ganz beruhigt sein, Herr Dr. *Hundhammer*, ich habe heute morgen die Herren lange in Anspruch genommen. Ich kann Ihnen das nicht wiederholen. Ich will mich nicht in persönliche Auseinandersetzungen einlassen. Das liegt mir völlig fern. Soweit ich persönlich gesprochen habe, geschah es zur Begründung meines Entschlusses, mein Amt als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses niederzulegen. Die Herren haben davon Kenntnis genommen. Ich bin persönlich dem Vorsitzenden sehr dankbar, daß er meine Demission nicht annehmen will. Dazu gehören in diesem Falle aber zwei. Zunächst habe ich es niedergelegt und es liegt in Ihrer Hand, die politischen Entscheidungen zu treffen. Sie werden mir gestatten, daß ich das abwarte.
Der Fraktionskollege Dr. *Hundhammer* war leider nicht anwesend. Ich habe in einem schriftlichen Bericht an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß, der vermutlich in Ihrer Hand ist, die Entwicklung niedergelegt. Ich glaube, daß ich den Sachverhalt richtig wiedergegeben habe und aus dieser Entwicklung heraus heute morgen meine Bedenken gegen das Verfahren geäußert habe, das unsere Fraktion in der Angelegenheit Wirtschaft und Arbeit eingeschlagen hat, nicht so sehr gegen die formale Seite, die ich persönlich bedauere und nicht für glücklich halte. Ich würde, wenn wir Gelegenheit gehabt hätten, in der Fraktion zu beraten, dort meine Ansicht noch einmal geäußert haben. Meine Bedenken richten sich vielmehr gegen die sachliche und politische Seite, auf die es hier in diesem Gremium meiner Ansicht nach ausschließlich an-

kommt. Es kann nicht fruchtbar sein, wenn der Landesausschuß an der Fraktion Kritik übt. Er soll die Fraktion befruchten und da, wo er sieht, daß die Fraktion politisch eine bestimmte Stellungnahme einnimmt oder sich von bestimmten politischen Gesichtspunkten führen läßt, der Fraktion seine Meinung übermitteln. Das allein war der Anlaß meiner Ausführungen am Vormittag.
Mein Bedenken, das ich geäußert habe, richtet sich dagegen, daß im Aufbau der Wirtschaft, wie sich die Union ihn, ich glaube sagen zu dürfen auch nach dem einstimmigen Votum des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, vorstellt, nicht die Interessenverbände das ausschlaggebende Wort sprechen sollen, sondern daß dieser Aufbau der Wirtschaft in einer Form vor sich geht, daß er wirklich unabhängig von den materiellen Interessen eine Vollrepräsentanz der Wirtschaft darstellt. Was dabei im einzelnen zu erfolgen hat, ist nicht von der Fraktion durch die Verfassung zu beschließen, sondern das wird künftig das Gesetz regeln.
Es hat keinen Zweck, daß wir um die Dinge herumreden, sondern ich betrachte es als meine Aufgabe, sie offen auszusprechen. Die Frage ist die, ob die Interessenverbände letzten Endes die Entscheidung in den wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen fällen sollen oder nicht. Ich habe den Eindruck - und ich habe das heute morgen ausgesprochen -, daß sich die Fraktion unserer Partei zu stark unter den Einfluß der Interessenverbände begeben hat. Das halte ich staatspolitisch für falsch. Insofern hatte ich meine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht und ich glaube, ich darf sagen, daß sie wohl der Ansicht des von mir vertretenen Ausschusses entspricht. Denn er hat in diesem Punkt in vollem Einverständnis mit mir und meinen Vorschlägen seine Beschlüsse gefaßt.
So ist die Sachlage und an Ihnen, meine Herren, ist es jetzt, sich zu entscheiden, ob die Linie, die nun von der Fraktion beschritten ist, der Linie der Partei entspricht oder nicht. Sie haben hier in Ihrem Kreis die politische Verantwortung als Landesausschuß von der Partei aus gesehen zu treffen.
Um meine Ausführungen von heute morgen nicht zu belasten, möchte ich ausdrücklich noch zweierlei hinzusetzen: Die Bestimmungen über die Landwirtschaft sind genau den Vorschlägen unserer Freunde aus der Landwirtschaft entsprechend formuliert und im Verfassungsausschuß angenommen worden. Dasselbe gilt hinsichtlich der Arbeit des Verfassungsausschusses in dem Abschnitt Wirtschaft und Arbeit, in dem unsere Auffassungen entsprechend niedergelegt sind. Ich darf sagen, daß dieser Abschnitt in der Tat voll und ganz unserer Linie entspricht. Bedauerlich ist nur, das habe ich heute morgen ausgeführt, daß es bei diesem einen Abschnitt geblieben ist. Denn im Grunde wäre die Durchschlagskraft unserer Partei unendlich gestärkt worden, wenn wir uns hätten entschließen können, nachdem die Amerikaner die Planwirtschaft gestrichen haben, den ganzen dritten Hauptteil unserer Auffassung entsprechend vorzuschlagen und zu erörtern. Das ist, wie gesagt, nicht geschehen.
Das ist in großen Zügen der Inhalt meines Referates gewesen, Herr Dr. *Hundhammer*. Ich habe persönlich dann im einzelnen die Dinge dargestellt, wie sie im Verfassungsausschuß gelaufen sind. Ich habe mich nicht gescheut zu sagen, daß ich eine scharfe persönliche Kritik an der Einstellung unseres Fraktionskollegen Dr. *Horlacher* geübt habe. Denn es ist nicht verständlich, wie er sich in Gegensatz mindestens zu einer Anzahl Fraktionskollegen in dem Punkt der Wirtschaft stellen konnte. Seine persönliche Einstellung war mir sehr wohl verständlich, aber ich habe nicht verstanden, daß er sich nicht überwinden konnte, nachdem er die Ansicht der großen Mehrheit der Fraktion kannte und wir der Landwirtschaft alles von uns aus mit unserer ganzen

Kraft und Stimme bewilligt haben, was ihr zukam, daß er die Initiative ergriff, seinerseits dem übrigen Teil der Wirtschaft den Schutz zu versagen, wie ich ihn für unbedingt notwendig hielt.
Dr. *Hundhammer*: Ich möchte zunächst eines hier vorweg betonen: Der Kollege Dr. *Semler* hat ausgeführt, daß im Abschnitt über die Landwirtschaft und über die Arbeit die Wünsche der Fraktionsgruppen, wenn ich einmal so sagen darf, aus diesen Sonderständen heraus so ziemlich restlos erfüllt worden sind, so daß eine Diskussion über dieses Thema nicht erforderlich ist. Da wird es demnach genügen, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen.
Schwierigkeit hat sich ergeben, das ist richtig, beim Wirtschaftsteil, bei der Wirtschaftsordnung, in der Hauptsache zwischen der Auffassung des Kollegen Dr. *Semler* und der Auffassung, um den Gegenspieler zu nennen, Dr. *Horlachers*. Der Wirtschaftsteil ist gegenüber dem *Hoegnerschen* Entwurf ja wesentlich zusammengeschnitten. Einen guten Teil der Arbeit haben uns die Amerikaner abgenommen, indem sie die Wirtschaftsplanung im *Hoegnerschen* Sinne von sich aus herausgestrichen haben. Der Kollege *Semler* hat dann Wert darauf gelegt, daß folgende Fassung aufgenommen wurde. Ich glaube, auch die Formulierung ist von Ihnen:

> Die auf demokratischer Grundlage aus Unternehmern und Arbeitnehmern gewählten Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft nehmen an den wirtschaftlichen Gestaltungsaufgaben teil. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.

Diese Formulierung ist abgeändert worden - ich weiß nicht, ob das bekannt ist, Herr Dr. *Semler* - in die andere Formulierung:

> Die auf demokratischer Grundlage aus den Kreisen der Berufsverbände ...

Diese Abänderung wurde dann in der zweiten Lesung einstimmig angenommen. Ich selber habe mich in diesen Fragen nicht wesentlich eingeschaltet, sondern ich wollte das der Wirtschaft überlassen. Nachdem in vielen Punkten die Führung praktisch bei Dr. *Horlacher* gelegen war, nachdem er in erster Linie der Repräsentant der Wirtschaft ist, würde ich es für zweckmäßig halten, zu der Diskussion über diese Probleme bezüglich der Details Dr. *Horlacher* zuzuziehen.
Bezüglich der generellen Auffassung ist es selbstverständlich, daß ich dafür eintrete, daß die Haltung, die die Fraktion eingenommen hat, auch vertreten wird. Ich bin der Auffassung, daß zunächst aus der Gesamtheit der Fraktion heraus die Mitglieder des Verfassungsausschusses gewählt worden sind. Sie repräsentieren die Fraktion im Verfassungsausschuß. Die Fraktion als solche hatte bedauerlicherweise nicht die Gelegenheit, ein Referat von Dr. *Semler*, das angesetzt war, entgegenzunehmen. Sie wird erst am Montag und Dienstag Gelegenheit haben, zu diesem Problem vor der dritten Lesung nochmals Stellung zu nehmen. Ich habe mich deshalb auch der Anregung von Dr. *Semler* entsprechend - und es war auch vom Landesvorsitzenden Dr. *Müller* gewünscht worden - für eine Verschiebung der Vollsitzungen der Verfassunggebenden Versammlung auf nächste Woche eingesetzt. Denn eigentlich hätten diese Dinge schon gestern und heute in dritter Lesung verabschiedet werden sollen. Zu Hilfe gekommen ist uns dabei allerdings auch noch die Verlängerung des Gesamttermins vom 15. September auf den 30. September.
Sachlich möchte ich sagen: Die Diskussion wird sich wohl im wesentlichen um den Artikel 113 b drehen.

(Zuruf: Artikel 117, 2 und 3!)

Hier ist die Einstellung zu den sozialen Problemen, zu den Fragen, inwieweit sich die öffentliche Hand ins Wirtschaftsleben einschaltet, zu regeln. Dieses Problem muß zweifellos in der Fraktion durchbesprochen werden. Das ist richtig. Denn es ist das eine Frage, die umkämpft ist. Aber ich glaube, daß eine Partei, die so weitgehend den sozialen Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hat, wie es bei uns der Fall ist, nicht - und das sage ich als meine persönliche Meinung hier - daran wird vorbeigehen können, grundsätzliche für die Allgemeinheit wichtige Produktionsmittel unter Umständen der Kontrolle durch die Gesamtheit zu unterstellen. Wir wollen vom reinen Kapitalismus in diesen Dingen loskommen. Ich bekenne mich auch in Ihrem Kreise ganz offen zu der Auffassung, daß der Kapitalismus dann, wenn er in seiner Zusammenballung seiner Macht übergroß wird, wie wir es schon erlebt haben, mit Rücksicht auf das Gemeinwohl in seiner Bewegungsfreiheit beschnitten werden muß. Wie weit nun dabei zu gehen ist, wo die Grenze liegt, das ist eine Frage, die im einzelnen abzuwägen bleibt und die bei der Besprechung der Detailgesetze wohl zu beraten sein wird. Wir müssen aber davon ausgehen, daß wir sozial eine fortschrittliche Partei sein wollen, die nicht auf die Dauer den Standpunkt des früheren hemmungslosen Wirtschaftsliberalismus zu ihrem eigenen macht.
Das sind meine grundsätzlichen Ausführungen, die ich hierzu zu machen habe.
Ich möchte betonen, daß mir ein Schreiben über die Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zugegangen war, datiert vom 31. August, eine Art Merkblatt mit der Überschrift "Gegen Planwirtschaft für Gleichberechtigung der Arbeitnehmer". Ich kann zu meiner Freude feststellen, daß ein guter Teil der darin aufgestellten Forderungen nahezu wörtlich in unsere Verfassung übernommen worden ist, bevor ich das Blatt kannte. Aber ich vertrete durchaus im wesentlichen denselben Standpunkt, wie er hier gefordert war. Ich bin überhaupt der Auffassung, daß der grundsätzliche Unterschied in den Meinungen bezüglich vieler Probleme gar nicht so groß ist. Die Kritik und die Mißstimmung ist zum Teil dadurch veranlaßt, daß in der Fraktion nicht die Möglichkeit gegeben war, die Dinge vorher genügend durchzubesprechen und zu klären. Das ist ein Umstand, den ich persönlich bedauere, den ich aber nicht ändern konnte, obwohl ich meinerseits gerade darauf hinarbeite, die Fraktion jeweils möglichst lange in der Woche zusammenzuhalten und dort eingehende Aussprachen durchzuführen. Wir werden am kommenden Montag und Dienstag noch dazu Stellung nehmen können. Übrigens hat Herr Dr. *Semler* nicht gegen die Formulierung, die hier liegt, gestimmt. Wenn eine Änderung unbedingt gewünscht werden sollte und die Mehrheit der Fraktion sich auf diesen Standpunkt stellt, würde vor der dritten Lesung noch die Möglichkeit bestehen, eine solche Änderung herbeizuführen.
Ich habe im ganzen immer auf möglichsten Ausgleich der Meinungen hingewirkt. Das ist selbstverständlich meine Aufgabe als Fraktionsvorsitzender. Ich habe aber dabei immer den Standpunkt eingenommen, daß wir unser Parteiprogramm, das nicht im einzelnen formuliert ist, das aber im Namen unserer Partei "Bayerische, Christliche, Soziale Union" verkörpert ist, in der Verfassung in die Tat umsetzen. Ich bin der Auffassung, das ist uns auch gelungen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wünscht Dr. *Semler* dazu das Wort?
Dr. *Semler*: Nachher!
Dr. *von Eicken*: Herr Dr. *Hundhammer* hat mir die Aufgabe wesentlich erleichtert. Mir ist ein sehr großer Stein vom Herzen gefallen, als ich gehört habe, daß diese Dinge noch einmal abgesprochen und abgestimmt werden können, ja nicht nur abgestimmt werden können, sondern abgestimmt werden sollen. Sie alle werden mit mir

zusammen heute vormittag beinahe vor dem Eindruck gestanden haben: Hier stehen wir an einem Punkt, wo die Partei fast in die Luft fliegen kann. Heute nachmittag haben wir den Eindruck nicht mehr. Es ist also nicht so, daß mit aller Gewalt etwas erzwungen werden muß, sondern es ist so, daß diese Dinge nicht rechtzeitig abgestimmt werden konnten. Es entfällt damit nach meiner Anschauung ein erheblicher Teil der grundsätzlichen Bedenken, die Herr Dr. *Semler* gegen die Weiterführung seines Ausschusses vorgebracht hat. Ich danke dem Herrn Landesvorsitzenden, daß er den Rücktritt nicht angenommen hat und werde Sie am Schlusse meines Referates bitten, möglichst einstimmig Herrn Dr. *Semler* zu bitten, diese Tätigkeit weiter zu behalten.
Nun muß ich allerdings zur Steuer[ung] der Angelegenheit und zur leichteren Verständigung auf tatsächlichem Boden ungefähr das schildern, vor dem ich stand, als ich selber an der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses teilgenommen habe. Ich möchte erst einmal formulieren, was für uns unabdinglich ist: Unabdinglich ist die Selbstverwaltung der Wirtschaft und unabdinglich ist für uns, wie Herr Dr. *Hundhammer* ganz richtig sagt, eine Steuerung der Wirtschaft, die uns als sozialrevolutionär erscheinen läßt. Die Frage ist bloß, ob nicht die ursprüngliche Fassung des Paragraphen, der ungefähr sagte, daß Überführung in das Gemeineigentum dort angebracht und wünschenswert ist, wo es das Gemeinwohl verlangt, genügt, und ob man sich nicht davor hüten konnte, sich auf den Boden der sozialdemokratischen Propaganda zu begeben, indem man diese oder jene Wirtschaftsart oder diesen oder jenen Wirtschaftszweig einzeln aufführt, angefangen von der Urproduktion, bei der es schon darum zum großen Teil überflüssig ist, weil die Elektrizitätswerke usw. ja sowieso im Gemeineigentum stehen, bis zu den Großbanken und Versicherungen. Entschuldigen Sie, ich bin Versicherungsmann. Ich sage es nicht als Versicherungsmann, sondern darum, weil ich nicht weiß, ob all die Leute, die die Paragraphen annehmen, sich ein Bild machen, um was es sich handelt und welche Folgen es haben kann.
Als ich zum Wirtschaftspolitischen Ausschuß fuhr, stand ich auf dem Standpunkt, daß die *Semlersche* Form der Organisierung von unten herauf für die wirtschaftliche Selbstverwaltung die einzig logische und mögliche wäre. Ich habe dann gelegentlich des Beginns der Sitzung gehört und festgestellt, daß es auch eine andere Möglichkeit gab und daß diese andere Möglichkeit dadurch geschaffen werden sollte, daß man den Senat gleichsam mit zwei Funktionen ausstattete, nämlich auf der einen Seite das staatspolitische Kontroll- und Hemmungsorgan und auf der anderen Seite gleichzeitig die Spitze der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu sein. Das ist etwas, was mir zumindest als einleuchtend erschienen ist. Da ich wußte, daß ein erheblicher und sehr aktiver Teil unserer Parteifreunde sich auf diesen Standpunkt weitgehend festgelegt hatte, schien es mir viel notwendiger, die grundsätzliche Frage der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu retten. Ich machte da einen Vorschlag: Nehmen wir den Senat in dieser doppelbödigen Funktion als gegeben an und unterbauen ihn gleichsam von oben nach unten mit wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern.
Nun befinde ich mich in einem Punkt in Meinungsverschiedenheit mit Herrn Dr. *Semler*. Ich betone von vornherein, daß diese Meinungsverschiedenheit nicht groß genug war, um mich etwa als einzigen gegen die von ihm vorgeschlagene Lösung stimmen zu lassen. Ich habe das, wie ich hier betone, schon aus dem Prinzip nicht gemacht, weil ich wußte, daß Dr. *Semler* einen sehr tapferen und schweren Kampf führte und ich keinesfalls in diesem Augenblick wegen kleiner oder wenigstens nicht sehr bedeutender Verfahrensdifferenzen ihn um das Benefiz der Einstimmigkeit bringen wollte.

Ich bin, wie ich hier betone, nicht unbedingt der Überzeugung, daß in einem Lande von der relativen Kleinheit Bayerns die Selbstverwaltung durch die großen Interessenverbände nicht möglich oder nicht wünschenswert wäre. Ich glaube, daß diese ohne sehr große Schwierigkeiten durchzuführen ist, wobei ich mich der Meinung enthalte, ob das nun das unbedingt bessere ist. Ich möchte nur feststellen, daß, wenn große Teile unserer Partei diese Form des Aufbaues der Selbstverwaltung für richtiger halten - und es ist wohl nicht so, daß das nur die Bauern sind -, es dann vielleicht zumindest taktisch nicht mehr zweckmäßig ist, die andere Form mit aller Gewalt durchdrücken zu wollen und an dieser Aufgabe eventuell zu scheitern oder Bruchstellen auftreten zu lassen.
Darum habe ich im Laufe dieser Verhandlung immer wieder vorgeschlagen, doch den dann beschlossenen Wirtschaftsrat vielleicht wegzulassen und uns auf den Senat und die Interessenverbände als die nachfolgenden Formen der Selbstverwaltung zu beschränken.
Ich habe dabei nicht nur einen negativen Grund. Ich möchte nicht als Konjunkturpolitiker vor Ihnen stehen, der eine Entscheidung deswegen trifft, weil eine große Zahl von Parteifreunden dieser Ansicht ist, und der damit der Mehrheit nachläuft. Ich habe auch ganz schwerwiegende positive Gründe für diese meine Einstellung. Wenn wir in einem Lande von dem relativ geringen Umfang und der relativ geringen Einwohnerzahl Bayerns anfangen, die Wirtschaft regional aufgrund der Regierungsbezirke aufzubauen, dann einen Wirtschaftsapparat herauszukristallisieren und schließlich - was als einziges übrig geblieben ist - noch einen Wirtschaftsrat zu nehmen, so möchte ich Ihnen sagen, daß ich vor dem Wasserkopf in den Verbänden zumindest diesselbe fanatische Angst habe wie vor der Staatsbürokratie.
Dann noch etwas anderes. Wenn wir im Landesausschuß schon erhebliche Spannungen erleben, wenn wir diese Spannungen in der Fraktion erleben, wenn wir sie infolgedessen im kommenden Landtag und auch im Senat erleben werden, dann habe ich erheblichste Bedenken dagegen, nun noch eine dritte Körperschaft zu schaffen, in der diese Tanzarena an dritter Stelle von vorne beginnt.
Ich halte, wie ich Dr. *Semler* und dem Ausschuß gegenüber immer wieder betont habe, diese Frage nicht für so entscheidend wichtig, daß ich sie zu einem grundsätzlichen negativen Votum in der CSU hätte machen müssen. Wenn wir über die Frage der Selbstverwaltung der Wirtschaft im Prinzip einig sind, wenn die Planwirtschaft nicht nur von den Amerikanern verboten, sondern von uns selbst nicht gewünscht wird, wenn die Staatsbürokratie ausgeschaltet bleiben soll, dann wird es nicht mehr von entscheidender Bedeutung sein, welche Form dieser wirtschaftlichen Selbstverwaltung wir nun mit aller Gewalt durchdrücken wollen.
Nun möchte ich allerdings sagen, daß ich persönlich bedauere, daß Herr Dr. *Semler* den Mut und die Konsequenzen aufgebracht hat, in einer Frage, die mir, wie ich Ihnen schon auseinandergesetzt habe, nicht so bedeutend erscheint, einen so schweren Gang zu tun und eine Niederlage einzustecken, von der er von vornherein wußte oder ahnte, daß sie ihm bereitet werden würde. Ich hätte nicht einen Augenblick gezögert, für die Frage der Selbstverwaltung so schwere Konsequenzen auf mich zu nehmen. Ich hätte die Frage der Selbstverwaltung wahrscheinlich bis zum Austritt aus der Partei getrieben, wenn es notwendig wäre. Aber die Frage der Form der Selbstverwaltung zu einer solchen Prinzipienfrage aufzuschwemmen, hätte ich beinahe gesagt, halte ich nicht mehr für praktisch, wenn ich auch volles Verständnis dafür habe, daß gewisse

Bedenken dagegen bestehen und daß ein Mann, der diese Bedenken für sehr groß hält, persönlich diesen schweren Gang geht.
Wenn ich diese Frage in dieser historischen Breite noch einmal aufgerollt habe, dann deswegen, weil wir in der Frage dieses Abschnittes Wirtschaft zu einem greifbaren Ergebnis kommen müssen. Wir können es uns nicht leisten, hier noch irgendwelche weiteren Kraftproben auf uns zu nehmen, sondern wir werden in der Praxis zweifellos mit der Überzeugung der Mehrheit zu rechnen haben. Ich glaube, nicht zu irren, wenn ich erkläre, daß die Mehrheit der Fraktion und zumindest ihr aktivster und geschlossenster Teil die Selbstverwaltung sich aus den Verbänden und darüber aus dem Senat vorstellt und ich halte es nicht für praktisch, diese Frage ohne weiteres damit gleichzusetzen, daß man sagt: Das wird eine Regierung der Interessentenhaufen.
Meine Herren! Die Verbände haben in jeder Form wirtschaftlicher Selbstverwaltung, die sie aufbauen, ob regional mit besonderen Körperschaften oder für ganz Bayern vorgenommen, immer in irgendeiner Form das entscheidende Wort zu sprechen, schon darum, weil sie fest organisiert sind. Dieser Situation gegenüber halte ich auf der einen Seite die einfachste und unkomplizierteste Form für die wesentlichste, die, die uns nicht einen Haufen neuer Gremien beschert, in denen wir weiter streiten und weiter Spannungen austragen müssen. Auf der anderen Seite halte ich diese rein praktisch-taktische Frage nicht für schwerwiegend genug, um daraus Prinzipienfragen zu machen, die die Partei als solche in ihrem innersten Gefüge treffen könnten.
Ich halte es auf der anderen Seite für falsch, daß man diese Fragen nicht vorher fraktionell besprochen hat. Entgegen meiner früheren Annahme kann ich nach den Äußerungen von Dr. *Hundhammer* annehmen, daß dahinter keinerlei Absicht gestanden hat. Ich will das wenigstens so annehmen. Wenn das so ist, meine Herren, dann glaube ich, daß wir nicht Kuhhandel in der eigenen Fraktion machen sollen, sondern daß wir sagen sollten: Schön, wenn die Mehrheit der Fraktion sich die Selbstverwaltung in dieser Form vorstellt, dann wollen wir, trotzdem auch gegen diese Form erhebliche Bedenken möglich sind, mit dieser Form uns einverstanden erklären. Aber wir wünschen von Euch jetzt, daß Ihr dafür in der Frage des § 117 Euch damit einverstanden erklärt, daß man in der Frage der möglichen Überführung ins Gemeineigentum überhaupt ganz allgemein und grundsätzlich sich darauf einstellt, daß die Überführung ins Gemeineigentum dort stattfindet, wo sie dem Gemeinwohl dienlich und notwendig ist, ohne sich auf einen propagandistischen Katalog einzulassen. Denn um nichts weiter als um einen Propagandakatalog kann es sich handeln, wenn drei oder vier Wirtschaftszweige aufgezählt werden, während andere nicht aufgezählt werden, die bei reiflicher Überlegung und genauerem Nachsehen mindestens ebenso notwendig hineingehörten.
Ich möchte hier noch ganz Grundsätzliches über den Sozialismus sagen. Jeder von uns weiß, daß Sozialismus in der Luft liegt, daß es zu allen Zeiten und unter allen wirtschaftlichen Krisen immer einmal Utopisten gegeben hat, die wirtschaftlich genau sagten: So muß die Welt aussehen, dann ist sie in Ordnung. Stellen Sie sich nun die Vollsozialisierung vor! Die Entwicklung geht auch dann weiter. Welches Hochbild wird dann eine kommende Generation zum Ersatz des Sozialismus oder des Marxismus aufstellen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich mache darauf aufmerksam, daß wir 16.15 Uhr haben. Ich bitte die Redner, sich von jetzt an möglichst kurz zu fassen, damit wir unsere Themen bewältigen können.

Zum Wort haben sich gemeldet *Kübler* und *Hundhammer*. Wenn Du einverstanden bist (zu *Kübler* gewendet), gebe ich Dr. *Hundhammer* zuerst das Wort.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe aus den Ausführungen des Herrn Vorredners entnommen, daß irgendwie die Meinung verbreitet war, die Diskussion über den Wirtschaftsteil sei in der Fraktion irgendwie absichtlich vermieden worden. Ich möchte gern von Kollegen *Semler* sofort durch Zuruf wissen, ob er selber diese Auffassung hat.

(Zuruf Dr. *Semler*: Ja!)

Ich möchte dazu die Erklärung abgeben, daß eine Absicht in dieser Beziehung nie, auch nicht im entferntesten bestanden hat, wenigstens bei mir nicht. Ich habe mich bemüht, in der Fraktion diesen Wirtschaftsteil durchberaten zu lassen. Er war zweimal auf der Tagesordnung gestanden. Einmal konnte Dr. *Semler* nicht erscheinen, das zweite Mal wurden andere Fragen leidenschaftlich erörtert, so daß es nicht zu der Diskussion über diese Wirtschaftsfrage kam. Ich habe mich bemüht und es für selbstverständlich gehalten, daß über den Wirtschaftsteil vor der Gesamtheit der Fraktionskollegen verhandelt wird. Deswegen habe ich mich auch für den Vorschlag eingesetzt, die Vollversammlung des Hauses hinauszuschieben, um der Fraktion vorher noch Gelegenheit zu geben, sich über diesen Punkt zu unterhalten.
Ich bedauere es, daß es mir nicht möglich ist, an den Beratungen weiter teilzunehmen. Ich habe eine Versammlung für auswärts übernommen, und zwar außerhalb Oberbayerns, die ich nicht einfach im Stiche lassen kann. Ich wußte nicht - die Einladungskarte hat mich sehr spät erreicht -, daß dieses Gremium hier einberufen wird, in dem meine Anwesenheit notwendig wäre.
Ich möchte deshalb jetzt, bevor ich weggehe - es werden noch Fraktionskollegen hier bei den Beratungen sein -, zu der Frage, die vorhin angeschnitten wurde, abschließend eine Erklärung abgeben:
Es steht Ihnen hier selbstverständlich das Recht zu, auch über die Frage des eventuellen Fraktionszwanges sich auszusprechen. Ich muß Ihnen aber sagen, daß die Entscheidung darüber, ob Fraktionszwang oder nicht, selbstverständlich nur die Fraktion selbst fällen kann. Die Fraktion wird von Ihrer Meinung zu den Problemen vielleicht Kenntnis nehmen, aber Sie können nicht darüber abstimmen, ob die Fraktion zu einem Punkt Fraktionszwang durchführen wird, oder nicht. Denn die Lage - darauf muß ich auch verweisen - ist folgende:
Die Partei ist das Instrument, aus dem heraus die Abgeordneten gewählt werden. Der Abgeordnete als solcher ist aber dem Volk verantwortlich. Er unterliegt in solchen Dingen nicht etwa grundsätzlich einer Marschroute, die ihm zwingend von irgendeinem Gremium außerhalb des Volkes vorgeschrieben werden könnte.
Haußleiter: Zur Geschäftsordnung!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist Herr Dr. *Hundhammer* der Meinung, wenn ich an das letztere anknüpfen darf, daß damit auch die Fraktion nicht die Möglichkeit hat, einen Fraktionszwang auszusprechen?
Dr. *Hundhammer*: Nein!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nach dem, was hier vorgetragen wurde, dürfte auch diese Meinung des Herrn Dr. *Hundhammer* interessieren.
Dr. *Hundhammer*: Die Fraktion hat als solche nach alter parlamentarischer Sitte die Möglichkeit, bei bestimmten Fragen festzulegen, daß die Fraktionsmitglieder zu einem bestimmten Problem geschlossen abstimmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich dazu die Meinung der betreffenden Abteilung der Militärregierung vortragen lassen.

(Unruhe. Dr. *Hundhammer* verläßt den Saal.)

Ich muß sachlich vorgehen und infolgedessen zuerst die Meinung der Militärregierung vortragen lassen. Dann nehmen wir Stellung dazu.
Haunhorst: Die politische Abteilung der Militärregierung hat sich bezüglich des Fraktionszwanges auf folgenden Standpunkt gestellt:
Ein Fraktionszwang kommt grundsätzlich nicht in Frage.

(Zuruf: Dr. *Hundhammer* ist gegangen und hört nicht zu.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte weiterzufahren.
Haunhorst: Die gewählten Vertreter sind nur ihren Wählern verantwortlich. Die Fraktion als Fraktion hingegen ist der Partei verantwortlich. Denn sie bedeutet den Zusammenschluß der Abgeordneten, die von der Partei im Parlament aufgestellt worden sind.
Im großen und ganzen kommt die ganze Sache darauf hinaus, daß die Parteileitung sich in dem Fall, daß ein Abgeordneter gegen die Linie der Partei abstimmt, entschließen kann, den betreffenden Abgeordneten das nächste Mal nicht auf die Wahlliste zu setzen. Das ist die einzige Möglichkeit eines Druckes, der seitens der Partei auf einen Abgeordneten ausgeübt werden kann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu meinerseits noch mitteilen: Ich habe mich auch eingehend mit den zuständigen Herren der Politischen Abteilung der Militärregierung über dieses Problem unterhalten und sie gebeten, mir zu sagen wie es bei ihnen gehandhabt wird und wie es wohl auch für uns zweckmäßig und notwendig sein würde vorzugehen. Genau dieselbe Meinung wurde über diesen Punkt vertreten. Danach ist die Fraktion ein Teil der Partei. Die Fraktion ihrerseits kann einen Zwang nicht aussprechen. Der einzelne Abgeordnete ist nicht gehalten, einem eventuellen Zwang Folge zu leisten. Er ist frei gewählt und entscheidet nach seinem Gewissen. Die Partei als solche kann allerdings eine einheitliche Abstimmung vorsehen und gegebenenfalls anordnen. Sie muß es dann dem einzelnen Abgeordneten überlassen, dem Folge zu leisten. Leistet er nicht Folge, so kann er die Konsequenzen ziehen oder die Partei kann ihm gegenüber die Konsequenzen ziehen. Es muß dem Abgeordneten dann aber die Möglichkeit gegeben werden, das eventuell in einem Schiedsgerichtsverfahren endgültig zu entscheiden.
So ungefähr ist die Haltung. Ich habe sie dem Sinn nach nahezu vollkommen richtig wiedergegeben und dem Wortlaut nach ungefähr wortgetreu. So ist ungefähr die Haltung der Militärregierung.
Meine lieben Freunde! Damit ist auch für unsere Debatte hier ungefähr eine Marschroute gegeben.
Es war erst ein Referat vorgesehen. Ich verzichte darauf. Mit Ihrem Einverständnis darf ich Ihnen kurz mit einigen Strichen die Situation sagen.
Es ist von allem Anfang nicht gerade das allerbeste Einvernehmen zwischen der Fraktion und der Parteileitung dagewesen. Das sage ich ganz ehrlich. Ich bin immer für offene Sprache. Das ist wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß bereits am ersten Morgen, an dem die Fraktion zusammentrat, außerhalb der Fraktion Besprechungen im Bauernverband stattgefunden haben und daß dann ein großer Teil der Abgeordneten, etwa 40, mit einer festen Marschroute bei den Wahlen in die Fraktion gekommen sind. Ich habe davon abgesehen, vorher irgendwelche Abgeordnete zusammenzuru-

fen, weil ich sie auch bezüglich der Wahlen nicht beeinflussen wollte. Ich habe es infolgedessen bedauert, daß ein Verband, der eigentlich nicht politisch sein will und nicht politisch ist, die Möglichkeit geschaffen hat, auf diese Weise kumulativ auf die Fraktion gestaltend einzuwirken. Sie müssen sich darüber klar sein, daß sich auf diese Weise nicht gerade das angenehmste Bild für die Union ergeben hat. Ich sage nichts zu den einzelnen Personen. Es ist das ein vorübergehender Vorgang. Aber keinesfalls darf es in der Zukunft nochmals vorkommen, daß man annehmen muß, daß es in der Union nur einen Flügel gibt. Ich habe es an und für sich bedauert, auch das sage ich offen heraus, daß die Fraktion so zusammengesetzt ist, daß sie nicht das Bild der Union widerspiegelt.

(Sehr richtig!)

Ein Altersdurchschnitt von etwa 55 Jahren ist zu hoch.

(Sehr richtig!)

Gott sei Dank haben wir in der Union genügend junge Kräfte, und ich hoffe, daß sich die jungen Kräfte durchsetzen werden. Es entspricht ferner nicht dem Bild der Gesamtunion, wenn die Arbeiterschaft durch neun Vertreter in der Fraktion vertreten ist. Gott sei Dank wählen im Prozentsatz bestimmt erheblich mehr Arbeiter die Union, als dieser Prozentsatz es andeutet. Infolgedessen bitte ich Sie, gerade als Bezirksvorsitzende darauf zu achten, daß in Zukunft wirklich dem Rechnung getragen wird, daß ein gutes Bild der Union auch durch die Fraktion wiedergegeben wird. Ich werde auch in Zukunft mit allen Mitteln dafür sorgen, daß auch das Gewerbe entsprechend zur Geltung kommt.

Ich habe vorhin nicht in die Debatten Dr. *Semler* usw. eingegriffen. Meine lieben Freunde, ich gehe davon aus, daß unsere Wirtschaft und unsere soziale Struktur auf vier Pfeilern gebaut ist: Gewerkschaften, Gewerbe, Bauernschaft, Unternehmertum. Gerade wir müssen Wert darauf legen, daß das Gewerbe richtig vertreten ist; nicht deswegen nur, weil uns diese Leute zumeist wählen, sondern auch deswegen, weil die Gewerkschaften, ich möchte sagen naturnotwendig, irgendwie einen gewissen kollektivistischen Zug in sich haben müssen. Den hat jede Gewerkschaft. Sie brauchen sich nur an Worte der Vergangenheit zu erinnern. Dieser kollektivistische Zug muß ausbalanciert werden, in diesem Fall durch einen anderen Pfeiler, der daneben steht, eine Gruppierung, die ungefähr der Gewerkschaft gleicht. Das ist das Gewerbe, der kleine Mann, der zumeist doch aus der Arbeiterschaft herauswächst, zunächst als qualifizierter Arbeiter dasteht und nachher Handwerker ist. Er hat die Tendenz des Arbeiters an sich, und gleichzeitig hat er das Empfinden der Eigenpersönlichkeit. Sein Vorhandensein ist infolgedessen für eine gesunde soziale Struktur der Gesellschaftsordnung unbedingt notwendig. Bauernschaft und Unternehmertum verstehen sich. Darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Gerade deswegen möchte ich bitten, daß Sie in Zukunft bei der Wahl der Kandidaten auch von diesen Gruppierungen ausgehen.

Damit darf ich dieses Thema beenden und zu der Frage des Staatspräsidenten übergehen, mit der vor allem die Frage der Abstimmungsfreiheit der Abgeordneten zusammenhängt. Bitte unterhalten wir uns nicht lange darüber, ob ein Staatspräsident notwendig ist oder nicht. Das soll in der Fraktion entschieden werden. Wir können unsere Meinung äußern, wenn wir wollen. Aber in der Fraktion sind die einzelnen Persönlichkeiten, die vom Volk gewählt sind und die die letzte Entscheidung haben. Wir haben hier nur eine Entscheidung zu treffen, die notwendig ist, damit die Union

keinen Schaden leidet. Es ist jetzt in Ihre Hand gelegt, dafür zu sorgen, daß die Union durch die Frage des Staatspräsidenten keinen Schaden leidet. Denn die Debatten wurden in der Fraktion zum Teil mit großer Leidenschaftlichkeit geführt. Es haben sich verschiedene Abstimmungen abgespielt, die nicht gerade sehr angenehm waren. Es waren so viele Debatten über diese Fragen, daß man sagen konnte, die Frage stand weitaus im Vordergrund des Interesses, viel stärker als zum Beispiel die Frage der Wirtschaftsstruktur und die Frage, inwieweit die Verfassung die Wirtschaftsstruktur berücksichtigen soll,

(Hört, hört!)

obwohl gerade diese Fragen von entscheidender Bedeutung für das Weiterleben der Union sein können.

Es hat sich dabei auch folgendes Bild ergeben, das ich unbedingt beschreiben muß. Es handelt sich nicht allein um die Frage, ob ein Staatspräsident aus staatsrechtlichen oder staatspolitischen oder verfassungspolitischen Gründen notwendig oder zweckmäßig erscheint. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich selbst habe dem Staatspräsidenten fast genausoviel plus wie minus gegeben und ich habe diesen Standpunkt auch vor dem Landesausschuß vertreten, als ich damals unmittelbar nach der Wahl erklärt hatte, daß in dieser Hinsicht die Abstimmung freigegeben werden sollte. Damals bin ich aus meiner eigenen Haltung so vorgegangen, weil ich mir gesagt habe: Mit mir wird wahrscheinlich der Großteil der Union das nicht als essentielle Frage der Union beurteilen.

(Sehr richtig!)

Deswegen wollte ich in diesem Punkt die Union nicht festgelegt wissen. Ich habe nur klare Erklärungen zur Frage der zweiten Kammer ausgegeben. Denn das habe ich für eine Notwendigkeit gehalten und das war auch der allgemeine Wille aller Parteifreunde im ganzen Land. Dagegen konnte man in der Frage des Staatspräsidenten damals schon klar erkennen, daß in Altbayern und in Franken ganz verschiedenartige Auffassungen vorhanden waren.

Es hat sich dann auch bei den Debatten und auch bei der Haltung der Sozialdemokraten gezeigt, daß alle möglichen Erwägungen eine Rolle gespielt haben, zum Schluß rein staatspolitische und, es sei offen gesagt, rein parteitaktische Erwägungen, parteitaktische Erwägungen vor allem hereingetragen von der Sozialdemokratie. Da habe ich dann eine klare Haltung bezogen. Denn ich darf nie und nimmer zulassen, daß die Union in Nachteil gerät, wenn einzelne Leute ein Problem zu leidenschaftlich beurteilen und es zum Hauptinhalt der Arbeit machen. Man konnte klar erkennen, daß im fränkischen Bereich die Meinungen aufeinanderprallen. Gerade Ministerpräsident *Hoegner* hat bei einer Aussprache, als er erklärt hatte, daß der Staatspräsident von der Sozialdemokratie abgelehnt würde, und als er langsam zu erkennen gegeben hat, daß er abweichen würde, selbst erklärt, daß die Sozialdemokraten in Franken mehr deutsch denken.

Meine lieben Freunde! Ich sah sofort eine Gefahr darin, daß die Sozialdemokratie, wenn wir nicht besonders klug vorgehen, diese Frage des Staatspräsidenten gerade in Franken zum Hauptpropagandapunkt gegen uns machen wird.

(Zuruf: Ist schon angelaufen!)

Es ist ganz klar, daß der Kampf bei den nächsten Wahlen am stärksten in Franken toben wird. Das dürfen die Freunde aus dem altbayerischen Bereich nicht verkennen.

Die Haltung der Sozialdemokratie ist auch taktisch sehr geschickt gewesen. Zunächst hat sie abgelehnt. Ministerpräsident *Hoegner* hat da und dort eine andere Meinung anklingen lassen. Aber die Sozialdemokratie hat sich auch dabei nie gefunden, sondern sie hat immer taktiert. Sie wollte der Union dieses Thema zur Entscheidung zuschieben. Es ging so weit, daß von einzelnen Leuten der Ausdruck geprägt wurde, der von der Sozialdemokratie herkam, die Sozialdemokratie würde sich ganz gern vergewaltigen lassen.
Ich möchte nicht annehmen, daß es sich dabei um die ganze Sozialdemokratie gehandelt hat, sondern nur um einen gewissen Teil. Denn die Sozialdemokraten haben im Augenblick ungefähr drei Richtungen. Wir müssen das hier auch kurz streifen.

(Zuruf: Viel mehr!)

Hier in Altbayern die *Hoegner*-Richtung, um es klar zu sagen - ich bitte die Freunde aus Altbayern es nicht übel zu nehmen, wenn ich sage -, die stark bajuwaristisch auftretende Richtung. Ich gebrauche ausdrücklich in diesem Fall ein Schlagwort.
In Franken sind vor allem zwei Richtungen vertreten, die *Schumacher*-Richtung, der die Sozialdemokratie in der Hauptsache ihren Wahlerfolg verdankt hat,

(Zuruf: Jawohl!)

und in dem Grenzbereich Coburg-Hof eine Richtung, die schon hart an die SED herangeht. Denn dort arbeiten vielfach die sogenannten Linksblöcke in dieser Richtung.
Wenn wir hier nicht vorsichtig taktieren, wenn wir nicht vorsichtig weiterarbeiten, geraten wir dort bestimmt ins Gleiten und werden Mißerfolg auf Mißerfolg haben, um so mehr, als die Sozialdemokratie dort gerade mit dem deutschen Bekenntnis, das dann dem bayerischen Bekenntnis entgegengestellt wird, versuchen wird, die Jugend und die Flüchtlinge zu erfassen. Denn die Sozialdemokratie will vor allem jetzt die Flüchtlinge erfassen. Sie will sich als Partei der Flüchtlinge hinstellen. Das kann allerdings auch zwangsläufig zu gewissen Entwicklungen und Umbildungen in der Sozialdemokratie führen. Das mag ihre Sorge sein. Wir dürfen jetzt nur nicht etwa auf einen Teil reagieren und dem anderen Teil die Möglichkeit der ganzen Propaganda uns gegenüber geben. Das würde geschehen, wenn die Sozialdemokratie durch die Majorität der Union vergewaltigt würde. Denn das würde dann die Propaganda für die ganze Sozialdemokratie bilden.
Leider Gottes wurde auf unserer Seite, wie heute schon angedeutet wurde, sehr viel taktiert

(Zuruf: Paktiert!)

und paktiert, wie mit Recht dazwischengerufen wird, so daß man annehmen muß, manche Leute sind besonders stark an einem besonders engen Verhältnis zur Sozialdemokratie interessiert, wenigstens für ihren Teil. Meine lieben Freunde! Ich habe immer wieder erklärt, wir sind zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bereit, wir wollen die Zusammenarbeit. Aber ich halte es für reichlich überflüssig, wenn allzu viele Leute das unsererseits immer wieder betonen. Sie werden von der Sozialdemokratie bisher noch nie so viele Reden in dem gleichen Sinn gehört haben.

(Sehr richtig!)

Wenn ich eine Erklärung abgebe als Parteivorsitzender, so ist das mein gutes Recht und ist auch im Rahmen der Entwicklung der Staatspolitik da und dort eine Notwen-

digkeit. Aber ich habe immer wieder zugesetzt, wir hoffen aber, daß eine künftige Zusammenarbeit nicht vorbelastet wird, vorbelastet wird vor allem durch die einseitige Personalpolitik der Sozialdemokraten.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Mir gehen die Klagen aus dem ganzen Lande zu. Sie werden mir zugeben, ich reise doch dauernd durch das ganze Land und ich glaube, einen Überblick zu haben. Es ist verheerend, wie es draußen zugeht.

(Sehr richtig!)

Da sehe ich eine übermäßige Betonung des Paktierens als eine Anbietung an, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Wenn man jede Entscheidung zum Schluß in der Fraktion davon abhängig macht, was die Sozialdemokraten oder was der oder jener Sozialdemokrat gesagt hat, dann sage ich nur: Wozu hat uns das Volk das Vertrauen gegeben?

(Sehr richtig! Starker Beifall!)

Auch die Frage des Staatspräsidenten hat stark hereingespielt. Herr Professor *Nawiasky*, der von Herrn *Hoegner* aus der Schweiz eingeladen und herangeholt wurde

(Zuruf *Haußleiter*: Der Agent *Hoegners*!)

und der bei uns in jeder Fraktionssitzung sitzt, in der diese Fragen debattiert werden, hat mir selbst die Frage vorgelegt, was ich dazu meinen würde, wenn man *Hoegner* zum Staatspräsidenten machen würde.

(Zuruf *Haußleiter*: Hört, hört! Das ist der Agent *Hoegners*, der an den Fraktionssitzungen teilnimmt! Weiterer Zuruf: Darum ist *Hoegner* für den Staatspräsidenten!)

Dazu kommt, daß in der letzten Zeit immer wieder darauf hingewiesen wird, daß bestimmte Abmachungen vorliegen würden, die *Hoegner* die Staatspräsidentschaft garantieren würden. Ich wurde erst vor einigen Tagen von einem namhaften Vertreter darauf angesprochen, daß sogar die Wiederwahl garantiert werde, damit man auf diese Weise die Zustimmung bekommen würde.
Da, meine lieben Freunde, habe ich mich dann klar entschieden. Unsere Wähler draußen würden uns den Rücken verschlagen, wenn wir die Personalpolitik der Sozialdemokraten verewigen würden.

(Sehr richtig!)

Da hört dann bald die rein sachliche Erwägung auf, gestützt auf rein verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Fragen. Hier muß die politische Linie herausgearbeitet werden. Eine Kompromißlerei hin und her hört sich von selbst in dem Augenblick auf, in dem man den Eindruck hat, daß eine bestimmte Politik auf Kosten der Majorität eingeschlagen werden soll.
Ich habe selbst bisher immer klar zum Ausdruck gebracht, daß ich auch da zur Zusammenarbeit bereit war. Aber es hat sich in der letzten Zeit gezeigt, daß die anfänglichen zwischenparteilichen Besprechungen, später wurden es zwischenfraktionelle Besprechungen, großenteils so geführt wurden, daß ich von nichts gewußt habe.
Ich darf hier klar und eindeutig feststellen: Sollte von irgend jemand aus der Partei, auch aus der Fraktion, eine Zusicherung dafür gegeben [worden] sein, daß ein be-

stimmter Mann als Staatspräsident gewählt wird, gleichgültig wer es auch sei, dann werde ich als Landesvorsitzender das nicht anerkennen.

(Sehr richtig!)

Denn hier kann kein Abgeordneter, kann kein Fraktionsvorsitzender entscheiden. Ich will nicht sagen, daß es *Hundhammer* getan hat. Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür und vermute es auch nicht. Ich sage es nur, um den Vergleich zu gebrauchen. Hier kann nur von mir verantwortlich gehandelt werden. Denn ich trage der Landesversammlung gegenüber die Verantwortung, und nur mich können Sie abberufen - während Sie die anderen nicht abberufen können -, dann, wenn ich eine Zusage machen würde, die Sie nicht billigen würden. Das ist auch eine gesunde demokratische Auffassung.

(Sehr richtig!)

Ich habe, das wiederhole ich noch einmal, niemandem eine Zusicherung gegeben, und ich werde niemandem eine Zusicherung geben. Sollte ein Staatspräsident kommen, dann hat die künftige Fraktion zu entscheiden, und sie wird nicht entscheiden, ohne den Landesausschuß oder eventuell die Landesversammlung zu hören. Denn für so wichtige Fragen werde ich eine Landesversammlung einberufen, die dann die Linien der Regierungspolitik aufzuweisen hat.

(Zuruf: Unbedingt, jawohl!)

Ich werde nie zulassen, daß der Ehrgeiz über die Union siegt.

(Zahlreiche Zurufe: Sehr richtig, sehr gut, Kuhhandel!)

Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich so offen und ich möchte sagen mit deutlicher Schärfe gesprochen habe. Denn ich habe manchmal den Eindruck gehabt, daß für die Union keine größere Gefahr besteht als die Gefahr, die durch den persönlichen Ehrgeiz geboren ist.

(Sehr richtig!)

Wir werden in den künftigen Wahlen vielleicht manchmal dafür zu zahlen haben, daß der eine oder andere doch grundsätzliche Erwägungen hätte anstellen müssen in der einen oder anderen Frage, die nicht nur für ihn, sondern für die Union und für unser Volk bedeutsam war. Ich will hier noch nicht deutlicher werden, aber es wird bald die Zeit sein, wo ich in dem einen oder anderen Punkt sehr deutlich werden muß. Es eilt anscheinend dem einen oder anderen, irgendwo herausgestellt zu werden. Keiner kann sich selbst herausstellen. Im entscheidenden Moment wird die Union, vertreten durch die Landesversammlung, vertreten durch den Landesausschuß, die geeigneten Persönlichkeiten herausstellen, die dann die tüchtigsten und fähigsten und charaktervollsten Männer der Union sein müssen.

(Lebhafter Beifall!)

Damit darf ich die grundsätzliche Erklärung abschließen.
Das Wort hat Dr. *Semler* zu einer persönlichen Erklärung.
Dr. *Semler*: Meine Damen und Herren! Ich muß heute abend wieder zurückfahren als Sachverständiger in dem Prozeß gegen den früheren Landrat Dr. *Breuer*. Darum muß ich jetzt bitten, mich verabschieden zu dürfen. Ich möchte nur persönlich eines sagen: Ich habe über das Vorgehen der Fraktion in dieser Frage meine eigene persönliche

Meinung. Ich werde in der Fraktion meine Pflicht tun. Ich werde stimmen, wie die Fraktion es beschließt. Wenn die Fraktion Fraktionszwang beschließt, so werde ich selbstverständlich stimmen, wie es meine Pflicht ist.
Die Niederlegung meines Mandates, Herr Dr. *von Eicken*, fällt mir nicht schwer. Das müssen sie schon mir überlassen. Ich habe keinen politischen Ehrgeiz, sondern ein großes politisches Interesse. Das hat mich bisher geführt. Im übrigen schäme ich mich nicht, daß ich eine gewisse politische Niederlage erlitten habe. Das war mir von der ersten Sekunde an klar, daß ich unterliegen würde, in der ersten Stunde, in der diese Fraktion zusammentrat. Darüber schäme ich mich nicht. Ich habe den Kampf geführt, weil ich ein freier, unabhängiger Mann bin. Wenn ich jetzt unterlegen bin, werde ich meine Konsequenzen in der Fraktion daraus ziehen. In der Versammlung werde ich so stimmen, wie die Fraktion es beschließt. Aber im übrigen bitte ich, mir die Freiheit zu lassen, die Entschlüsse zu fassen, die ich für notwendig halte. Und wenn die Partei auf dem Standpunkt steht, daß der Vorschlag über die Verbände der richtige ist, so beuge ich mich ihm. Ich werde dann mitarbeiten. Aber sie müssen nicht verlangen, daß ich die wirtschaftspolitische Führung in dem Ausschuß weiter in der Hand habe. Mein Vertreter ist Dr. *Horlacher*. Er wird meinen Platz besser ausfüllen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Einen Augenblick noch! Ich habe vorhin gesagt, ich habe den Rücktritt *Semlers* nicht angenommen. Ich bitte Sie in Kürze um Stellungnahme zu der Frage, ob *Semler* den Wirtschaftspolitischen Ausschuß weiter führen soll oder nicht.

(Zuruf: Sofort abstimmen!)

Darf ich über folgenden Antrag abstimmen:

> Der Landesausschuß bestellt von neuem Dr. *Semler* zum Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.

Wer enthält sich?
Warmuth: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte vielleicht so zu formulieren, daß der Landesausschuß Herrn Dr. *Semler* bittet, weiterhin den Vorsitz zu übernehmen oder beizubehalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ein Bitten meinerseits oder unsererseits ist nicht möglich.
Warmuth: Es handelt sich in diesem Falle nicht um bitten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, das geht nicht, entschuldige, es ist sehr gut gemeint, sicher. Aber auf der anderen Seite ist es so, daß Sie als Landesausschuß eine gewisse Haltung haben, Sie wählen, Sie bestellen.
Warmuth: Wenn Sie bestellen, dann kann Dr. *Semler* die Bestellung, die eine Wahl ist, annehmen oder ablehnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich über den Antrag abstimmen lassen?
Dr. *Arnold*: Er kann doch nur von seinem Ausschuß gewählt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben damals bestellt. Er ist noch nicht endgültig. Ich glaube, es kann noch keine endgültige Wahl vorgenommen werden. Ich war damals anwesend, als die ersten Wahlen waren. Er war vorläufig bestellt wie fast alle Vorsitzenden bisher vorläufig vom Landesausschuß bestellt sind. Ich wollte erst warten, bis die einzelnen Gremien sich erweitert und ihren endgültigen Bestand haben.
Geiselberger: Ich würde den Antrag so formulieren:

> Der Landesausschuß spricht Herrn Dr. *Semler* für seine Tätigkeit als Vorsitzender des volkswirtschaftlichen Ausschusses sein Vertrauen aus und ersucht ihn, das Amt weiterzuführen.

Denn wir als Landesausschuß haben nicht die Bestellung des Vorsitzenden, die ist Sache des volkswirtschaftlichen Ausschusses.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das kommt erst; bisher sind alle Vorsitzenden vorläufig ernannt. Dann stimmen wir ab über den Antrag in der Form, wie ihn Parteifreund *Geiselberger* gestellt hat.
Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen.
Dann treten wir in die Debatte ein. Das Wort hat Parteifreund *Kübler*.
Kübler: Meine Damen und Herren! Ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen. Aber ich halte es für notwendig, nachdem ich Mitglied der Fraktion bin, hier ein paar Worte der Aufklärung zu sprechen, damit nicht in diesem Gremium falsche Meinungen entstehen. Wenn hier der Antrag zur Rehabilitierung oder eine Vertrauenskundgebung für unseren Herrn Dr. *Semler* eingebracht worden ist, hätte ich es für selbstverständlich gehalten, zu erklären, daß ich Herrn Dr. *Semler* für seine Arbeit als Leiter des Wirtschaftspolitischen Ausschusses herzlichen Dank sagen will. Denn die Arbeit, die er geleistet hat, ist fruchtbringend und bietet wertvolle Unterlagen für alle die Fragen, die uns im Laufe der Zeit noch bei der Gesetzgebung beschäftigen werden. Aber dessen ungeachtet möchte ich auch hier feststellen, was der Ausschuß ausarbeitet, das kann doch nicht ein Dogma sein, das für die Fraktionsmitglieder bindend ist und das in die Verfassung aufgenommen werden muß. Soweit können die Arbeiten des Ausschusses nicht gehen. Wir haben es selbstverständlich gerne als Material aufgenommen. Wir haben uns darüber besprochen. Vieles aus der Denkschrift Dr. *Semlers* wird benützt, wenn es gilt, die einschlägigen Gesetze, die nunmehr aufgrund der Verfassung gemacht werden müssen, zu beraten. Wir werden diese Arbeit Dr. *Semlers* und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses als Grundlage nehmen. Das ist für uns selbstverständlich. Im übrigen ist es ja doch nicht so, daß man über den *Semlerschen* Entwurf des Wirtschaftspolitischen Ausschusses einfach hinweggegangen wäre. Wir haben in der Fraktion einen Zwölfer-Ausschuß aus lauter Wirtschaftlern, Handwerkern usw. gebildet. Da ist der Präsident der oberbayerischen Handwerkskammer [*Karl Schmid*] drin gewesen. Lauter praktische Menschen aus der Wirtschaft haben sich zusammengesetzt und haben diese Grundlage beraten und haben anhand des uns vorliegenden Entwurfes für die Verfassung dann das wertvollste herausgezogen, das war selbstverständlich. Man wird ja die Gesetze oder Verfassung nicht allein, sondern in Zusammenarbeit der ebenfalls vom Volke gewählten Vertreter machen. Da wird hin und her beraten und jeder ist guten Willens. Das werden Sie selbst zugeben. Ich glaube bestimmt, daß auch der Zwölfer-Ausschuß unserer Fraktion sich von der Bestimmung leiten ließ, nur das Beste zu tun, um der Verfassung für unsere Wirtschaft etwas grundlegend Gutes zu schaffen. Meine Herren! Genau so war es doch. Es wurde vorher der Einwand gemacht, für die Landwirtschaft wurden die Vorschläge einstimmig angenommen. Hier waren es nicht die Vorschläge des Bauernverbandes. Auch hier haben wir aus dem Gremium der Fraktion heraus einen Ausschuß gebildet und dieser hat sich zusammengesetzt und alle Fragen der Landwirtschaft beraten, von denen wir wünschen, daß sie in der Verfassung Aufnahme finden. So haben sich die Dinge abgewickelt. Aber es war niemand bösen Willens oder es bestand die Absicht, etwas zu negieren. Es wird ja so würdig erachtet, wie es würdig erachtet zu werden verdient. Es wird uns der *Semlersche* Entwurf sehr dienen müssen, um die rechte Grundlage für die Gesetze zu finden, die aufgrund der Verfassung gemacht werden müssen. Ich würde es von ganzem Herzen als Mittelständler bedauern, wenn Kollege *Semler* nicht mehr mitarbeiten würde. Es würde für uns einen sehr großen Verlust be-

deuten. Es lag bestimmt kein böser Wille vor, daß die Genossenschaften jetzt in den Senat hineingekommen sind. Das können Sie uns als Wirtschaftlern glauben. Das war bestimmt nicht unser Wille und heute, wenn es die Möglichkeit gibt, dazu ablehnend Stellung zu nehmen, werde ich der erste sein, der dazu ein Wort spricht, weil ich es für vollkommen deplaziert halte, daß man in das Gremium des Senates Vertreter der Genossenschaften hineinschickt. Es ist darauf aufmerksam gemacht worden und Herr Dr. *Semler* hat besonders darauf hingewiesen, daß zu wenig Aussprache gepflogen wurde. Ich bedauere auch jetzt hier in dem Schriftsatz, daß sich kein Platz mehr fand, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Das ist etwas, was ich sehr bedauere. Ich habe heute von unserer Sitzung schon bedauert, daß sie mit einer Debatte begonnen hat, die eine Stunde in Anspruch genommen hat, ohne wertvolle Arbeit zu leisten. Ich stelle fest, daß ich schon wiederholt schärfstens dagegen aufgetreten bin, daß Sie soviel Blech reden, anstatt an die praktische Arbeit heranzugehen. Wertvolle Aussprachen über die Probleme Wirtschaft, Senat, Presse sind unter den Tisch gefallen, sind versäumt worden. Diese Mahnung möchte ich auch an Ihre Partei richten. Sorgen Sie dafür, daß Sie sofort in die praktische Arbeit eintreten, nicht in alle möglichen persönlichen Bemerkungen und immer zur Geschäftsordnung sprechen! Arbeiten wollen wir!

Meine Damen und Herren! Ein Zwang zur Abstimmung ist bisher überhaupt noch nicht an die Fraktion oder ihre Mitglieder ausgegeben worden. Aber stellen Sie sich vor, welch beschämendes Bild es geben würde, wenn es tatsächlich im Parlament so ausschauen würde, daß ein jeder nach seiner Meinung stimmen würde! Das wäre das beschämendste, was es für die Union überhaupt geben könnte. Da muß eine bestimmte Marschroute mitgegeben werden.

Es ist schon richtig, daß der Staatspräsident über alle Dinge hinweg in den Vordergrund gestellt wurde. Wir haben uns wiederholt darüber unterhalten. Der Staatspräsident war schon fast in der Versenkung verschwunden. Wie er dann wieder ans Tageslicht kam: Ich persönlich habe für den Staatspräsidenten gestimmt und schäme mich nicht. Immer, schon in der Monarchie, habe ich mich mit Politik befaßt. Ich war Republikaner und habe mich gesehnt, eine Zeit erleben zu können, wo das Volk selber die Lenkung seiner Geschicke in die Hand nehmen kann. Ich denke mit Schaudern an die Zeit eines *Kahr*, wo man jeden Republikaner geknechtet hat, der sich als Deutscher zur republikanischen Verfassung bekannte. Aber ich muß schon sagen, in einem Staatspräsidenten, der wirklich auf dem Boden der Verfassung unverrückbar steht, sehe ich den wertvollsten Garanten für die kommende Zeit - und nur unter diesem Gesichtspunkt habe ich für den Staatspräsidenten gestimmt und schäme mich dessen gar nicht.

Ich weiß nicht, wie oft uns in der kurzen Zeit hier immer und immer wieder der Vorwurf gemacht worden ist, daß wir alt sind. Meine Herren, das ist eine Krankheit, der niemand entgehen kann. Man wird alt. Es gibt auch junge Alte. Unsere politische Tätigkeit hat nicht jetzt erst bei der Wahl oder mit der Bildung dieser Verfassunggebenden Landesversammlung begonnen. Sie liegt schon eineinhalb Jahre zurück. Ich hätte die suchen mögen, die damals in die Bresche gesprungen wären, wenn wir Alte nicht gewesen wären. Das letzte Jahr gehört zu den schwierigsten Zeiten. Wir waren bestimmt nicht mehr willens, uns wieder einmal in die Politik zu stürzen. Ich denke da an die Erlebnisse und Ergebnisse der politischen Verhältnisse der Vergangenheit und wenn wir auch nicht persönlich schuldhaft geworden sind, der Grundgedanke ist es wert - und wenn die große Zeit nicht herangekommen und die Not uns nicht so auf

den Fingernägeln gebrannt hätte -, daß wir Alte noch einmal in die Bresche gesprungen sind. Ich gebe Ihnen die Versicherung, ich habe mich nicht hingedrängt. Ich glaube, es werden in unserer Fraktion nicht viele sein, die sich gedrängt haben, wieder in der Politik tätig zu sein. Ich gebe Ihnen die Versicherung, meine grauen Haare werden in Zukunft nicht mehr stören. Ich werde meine paar Jahre auch noch anderweitig verbringen können, als daß ich mich mit Politik herumstreite. Das Erleben hier in der Politik, in der Union, in den Gremien ist nicht sehr erhebend. Immer wieder habe ich gesagt: Wir haben ein Ziel, auf das wir losgehen. Wir haben nur eines versprochen, dem Volk und Vaterland zu dienen. Da können wir doch nicht in dem einen oder anderen einen Feind sehen, wenn wir gegenteiliger Meinung sind. Wir müssen das streng beseitigen. Es wäre nämlich bei gutem Willen schon möglich.
Wenn davon gesprochen wird, daß die Fraktion in jeder Entscheidung von den Sozialdemokraten abhängig ist, so weise ich das für meine Person mit Entschiedenheit zurück. Ich lasse mich nur von dem guten Glauben leiten, mit meiner Abstimmung das Rechte zu wollen. Ob das den Sozialdemokraten oder Kommunisten recht oder nicht recht ist, spielt für mich keine Rolle. Deshalb weise ich es so besonders zurück, daß in der Politik jede Entscheidung von den Sozialdemokraten abhängig ist.
Meine Damen und Herren, die Sie der Fraktion nicht angehören, ich bin überzeugt, daß alle den gleichen guten Willen haben, nämlich das Beste zu tun für Volk und Vaterland. Das wollen wir in den Menschen sehen, und solange ich nicht davon überzeugt bin, daß einer böswillig dagegen verstößt, gebe ich ihm meine Hand und betrachte ihn als ganz gleich wertvollen Mitarbeiter in dem Gremium und der Partei, der wir dienen, daß ich mich nie entschließen kann, solch böse Gedanken zu haben. Ich möchte nicht, meine Damen und Herren, daß Sie mit einer Meinung aus dieser Versammlung scheiden, die nicht den Tatsachen entspricht. Wir haben bestimmt hier in der Fraktion alle guten Willen gezeigt und haben alles getan, um den richtigen Weg zu finden. Ich bin der Überzeugung, daß die Verfassung, die aus dem Gremium der Union zusammen mit den gewählten Vertretern des Volkes auch aus anderen Parteien geboren wird, etwas wird, auf das wir stolz sein dürfen, was ein wertvolles Instrument zum Aufbau unseres Volkes und Vaterlandes sein wird.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Parteifreund *Kübler* einiges sagen: Wenn er auf das Alter hinweist, es ist sicher nicht gegen den einzelnen gerichtet. *Kübler*, jetzt darf ich Dir aber eines sagen, glaubst Du, daß das letzten Endes die Union ist, wenn die Fraktion einen Altersdurchschnitt von über 55 Jahren hat, wenn vier Abgeordnete über 70 Jahre, nur drei unter 40 Jahre und wesentlich über 30 Abgeordnete über 60 Jahre alt sind?
Meine lieben Freunde, das ist nun nicht das Bild der Union. Wenn wir draußen von der jungen Union sprechen und wenn wir die Kombination von alt und jung anstreben wollen, dann müssen wir die gute Mischung herbringen zwischen der Erfahrung des Alters und der jugendlichen Kraft der einzelnen draußen. Das ist eine Aufgabe. Das betrifft nicht den einzelnen. Du bist bald ein Junger, denn Du liegst ungefähr im Durchschnitt. Aber draußen muß bei der nächsten Kandidatenaufstellung dafür gesorgt werden, daß möglichst viele junge tüchtige Leute kommen. Über die anderen Fragen, was zwischen den Parteien hin und her ging, *Kübler*, da können wir uns weiter darüber unterhalten. Da können die einzelnen Abgeordneten nur das sagen, daß immer und immer wieder das Thema Staatspräsident neu aufgerührt wurde und neu in

den Vordergrund gebracht wurde, vor allem auch die Tatsache, daß die Sozialdemokratie sich gerne vergewaltigen lassen werde, daß *Hoegner* und *Roßhaupter*, trotzdem *Hoegner* einen Vorschlag für den Staatspräsidenten vorgelegt hatte - ich glaube, es war bei der vorletzten Abstimmung -, sich der Stimme enthalten hat, um auf diese Weise indirekt in die Wahl zu kommen, daß der Ausgleich gefunden wird: Ein Sozialdemokrat Staatspräsident, einer von der Union Ministerpräsident; während aber die Union die Verantwortung dafür übernehmen soll, daß die Institution kommt. Es kann einer die Meinung haben - das ist völlig frei, das kann keinem totgeredet werden -, aber ich will eines vermeiden, daß eine Majorität durch Majorisierung der Minorität in der Fraktion die Majorität im Volke majorisiert.

(Zuruf: Das muß erst festgestellt werden!)

Wir haben 58%, bitte das Beispiel ...

(Dann stellen wir doch den Staatspräsidenten zur Volksabstimmung!)

die letzte Abstimmung in der Fraktion ergab 71 für den Staatspräsidenten, 29 dagegen, eine Stimmenthaltung. Wenn Sie das zugrunde legen, dann haben Sie ungefähr 15% der 180 Abgeordneten des Parlaments. Wenn die Sozialdemokratie ihrerseits, so wie es bisher geschehen ist, den Staatspräsidenten ablehnt, dann würden wir die Majorität wie folgt majorisieren:

(Dann nehmen wir in dem Falle Rücksicht auf die Sozialdemokraten.)

Meine lieben Freunde! Ich bitte, nicht mit dieser Leidenschaftlichkeit hier zu beginnen, sondern nüchtern zu bleiben. Ich muß also hier dafür sorgen, daß in demokratischer Weise der Wille des Volkes zum Ausdruck kommt. Mögen dann, wenn wir die Abstimmung freigeben, auch die Sozialdemokraten ihre Abstimmung freigeben. Dann mag sich zeigen, ob die Majorität im Parlament für den Staatspräsidenten ist. Dann haben wir klare Bekenntnisse. Dann kann auch keine üble Propaganda mit dieser Majorisierung getrieben und auf eine gern geschehene Vergewaltigung hingewiesen werden.

Haußleiter: Zur Frage des Staatspräsidenten müssen wir uns doch die Dinge einmal ganz sachlich und nüchtern überlegen: Ich spreche hier nur ganz kurz dazu und dann zur Frage des Fraktionszwanges. - Der Staatspräsident hat an sich drei Möglichkeiten: Die staatsrechtliche Frage - da hat er nach der Planung im Entwurf eine bestimmte Funktion, eigentlich insbesondere die Funktion, Krisen zu überbrücken und die Sicherung der Autorität zu stabilisieren. Diese Funktion des Staatspräsidenten kann man positiv oder negativ ansehen. Es hängt davon ab, wie im einzelnen die Machtbefugnisse des Ministerpräsidenten geregelt sind. Wir haben einen Satz über den Ministerpräsidenten heute in der Verfassung einstimmig angenommen: Daß der Ministerpräsident nämlich auf vier Jahre gewählt ist. Wenn wir nun die Elemente der Stabilisierung verstärken, dann besteht die Möglichkeit, daß die stabilen Gegengewichte gegenüber dem Volkswillen so stark werden, daß der Volkswille selbst keine entsprechende Möglichkeit hat, sich auszuwirken. Über diese staatsrechtliche Seite des Staatspräsidenten haben wir uns ganz sachlich auseinandergesetzt, und darüber kann man im einzelnen genauso juristisch diskutieren.

Der Staatspräsident hat eine zweite Seite, und die möchte ich als seinen Symbolcharakter bezeichnen, nämlich Symbol einer weitgehenden Selbständigkeit Bayerns. Dieser Symbolcharakter ist es in Wirklichkeit, der die Leidenschaften in so hohem Maße bewegt. Denn die rein staatsrechtliche Frage ist ja auch in der Frage des Wahlrechtes

ebenso akut gewesen; da sind wir zu Lösungen gekommen. - Der Symbolcharakter hat in der Tat dazu geführt, daß der Staatspräsident uns unendlich viel Zeit in der Fraktionsdebatte gekostet hat. Über den Symbolcharakter kann man in dem Augenblick streiten, in dem [man] die Selbständigkeit Bayerns so stark betont und herausgearbeitet hat, wie im gegenwärtigen Verfassungsentwurf. Ich persönlich bin gerade wegen seines Symbolcharakters ihm gegenüber in ganz besonderem Maße bedenklich, denn hier besteht die Möglichkeit, daß er zum Anlaß von ganz bestimmten Träumen wird, von Träumen, die nicht realisierbar werden und die unser Volk hindern, der nackten Realität ins Gesicht zu sehen. Da, muß ich Ihnen sagen, bin ich leidenschaftlicher Föderalist. Ich glaube, daß wir Franken ohne die Rückendeckung Bayerns an die rote Gefahr von drüben verloren sind, und deshalb wollen wir Franken und deshalb möchte auch ich, daß der Staatspräsident kein Element der Trennung zwischen Bayern und Franken wird. Deshalb sind wir Franken die leidenschaftlichen Anhänger der Einheit Bayerns. Nun muß ich eines sagen, daß da eine Gefahr besteht. Wir wollen den föderalistischen Staatsaufbau mit allen Mitteln stabilisieren, weil nur daraus eine wirklich organische Ordnung, nicht nur im deutschen Raum, sondern im europäischen Raum möglich ist. Wir glauben ja an ein christliches Abendland, das im ganzen föderalistisch organisiert ist.

Aber wenn wir in dem Augenblick der Katastrophe diesen Föderalismus symbolhaft ausgestalten, dann sehe ich bei uns die Jugend zum Teil wieder in einen radikalen Zentralismus weglaufen. Diese Entwicklung wird bei uns jedenfalls freibleiben. Ich habe diese Gefahr genau beobachtet. In dem Augenblick, in dem wir den Staatspräsidenten so herausstellen, daß er nicht mehr als ein Element des Föderalismus, sondern als ein Element des Partikularismus erscheinen könnte, besteht in den Augen unserer Jugend diese Gefahr. Die Jugend ist aus anderen Gründen verführt, durch die demokratische [sic!] Propaganda, durch die WAV-Propaganda und bei der Linken durch die kommunistische Einheitspropaganda, die sehr stark auf den jungen, durch die HJ tief beeindruckten Menschen einwirkt. Deshalb haben wir uns gesagt: Starke Herausarbeitung des föderalistischen Charakters Bayerns ohne ein Symbol, das gerade die föderalistische Entwicklung in den Augen der jungen Generation kompromittieren könnte. In beiden Fragen waren wir nicht ohne weiteres entschlossen, sondern haben die Elemente sehr sorgfältig gegeneinander abgewogen.

Nun kommt dazu die Hauptfrage und das ist die taktische Frage. Wenn man im Grundsätzlichen das Gute und das Negative in gleicher Weise sieht, dann muß es erlaubt sein, auch die Frage der augenblicklichen taktischen Situation zu überlegen. Da, muß ich sagen, bin ich zutiefst erschrocken und konnte nicht in die Jubelrufe[4] einstimmen, als ich sah, daß Herr *Hoegner* sich mit aller Intensität für den Staatspräsidenten einsetzte. Da habe ich gefragt, wozu? Und da habe ich mir gesagt: Halt, in der Konzeption des Staatspräsidenten ist eines seiner Rechte! Es ist ein wesentliches Recht enthalten, das Recht nämlich, die Beamten zu ernennen. Herr *Hoegner* hat sich mit aller Energie bemüht, seine ganze Fraktion zur Bejahung des Staatspräsidenten herumzureißen.

Da hat mich jetzt ein Wort des Kollegen *Horlacher* - ich bedauere, daß er nicht hier ist - zu äußerster Wachsamkeit alarmiert. Er hat folgendes in der Fraktionssitzung gesagt - ich möchte es hier wiederholen -, wir müssen eine Koalitionsregierung bilden und es

[4] In der Vorlage: "Jugendrufe".

wird dann auch in dem Verhältnis Staatspräsident : Ministerpräsident diese Koalition zum Ausdruck kommen müssen. Meine Damen und Herren! Da habe ich mir gesagt: Jetzt sind wir Franken aber wachsam. Denn ein roter Staatspräsident würde ein rotes Franken bedeuten. Dann überlegen Sie sich, bitte, die Konsequenzen! Wir werden von der roten Personalpolitik erdrosselt. Da ist gar kein Zweifel. Jetzt kommt eine Koalition, und jetzt stimmt Herr *Hoegner* mit seiner SPD für den Staatspräsidenten, weil er das als sein Altenteil ansieht. Denn er kann ja beim Ausgang der kommenden Wahlen nicht Ministerpräsident bleiben. Dann denken Sie mit mir, bitte, weiter, wie die Entwicklung fortgehen wird. Wir werden Herrn *Hoegner* als Staatspräsidenten bekommen, so wie die Dinge liegen.

(Zwischenrufe: Nein!)

Bitte, ich habe die Gespräche beobachtet.

(Zuruf: Zur Sache: Auf Anregung des Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] hat es geheißen, über den Staatspräsident wenig sprechen; das ist Sache der Fraktion. Sie sprechen schon 13 Minuten dazu!)

Ich möchte hier nur grundsätzlich begründen, weshalb es für uns eine Gewissensfrage ist. Und da komme ich zu dem Thema der Freiheit der Abstimmung in der Fraktion. Diese müssen wir fordern, denn das sind Fragen, die die Zukunft unser aller angehen. Wir werden den Augenblick erleben, in dem Herr *Hoegner* Staatspräsident ist und wir vielleicht in vier Jahren nicht mehr die Mehrheit haben. Die Sozialdemokratie, die für die Koalition ist, solange sie in der Minderheit ist, lehnt jede Koalition mit uns ab, wenn sie in der Mehrheit ist. Dann haben wir einen roten Staatspräsidenten und bekommen in vier Jahren im Zweifelsfalle einen roten Ministerpräsidenten dazu. Aus dieser inneren Sorge heraus können wir das Symbol des Staatspräsidenten nicht für so wesentlich halten, daß wir nicht den augenblicklichen taktischen Gefahren nüchtern und realistisch ins Auge sehen. Und da sagen wir Ihnen: Ich bin - ich spreche von mir aus - aus dieser Sorge um unser Land und um unseren Bereich droben heute gegen den Staatspräsidenten, eben aus dieser Lage heraus. Ich glaube, daß hier jeder Abgeordnete sich seinen Wählern und seinem Gewissen allein verpflichtet fühlen darf. Ich habe droben die Mitglieder in zwei Bezirken befragt und die waren bis auf zwei oder drei Stimmen jeweils geschlossen gegen den Staatspräsidenten, aus den Sorgen heraus, die vorliegen. Deshalb stelle ich jetzt folgende Entschließung zur Debatte:

Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union trifft zur Frage des Fraktionszwanges folgende Feststellung:

Ich möchte hier gleich folgendes dazu sagen: Als Abgeordneter wache ich ebenso genau und überlegend und auch gewissenhaft über die Rechte der Abgeordneten wie Herr Dr. *Hundhammer*, daß jeder von uns sich nur seinen Wählern gegenüber verpflichtet fühlen darf, und zu den Entschlüssen, die entscheidend sind und in der Fraktion gefaßt werden müssen, sage ich: Die Feststellung über ihre Haltung zu einer grundsätzlichen Frage hat die Partei zu treffen; sie hat das Recht dazu; deshalb kann sie zur Frage des Fraktionszwangs eine grundsätzliche Feststellung treffen. Ich möchte also folgende Formulierung zur Debatte stellen:

Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union trifft zur Frage des Fraktionszwanges folgende Feststellung:

Die Abgeordneten der Union sind gewählte Vertreter des Volkes und können daher grundsätzlich einem Fraktionszwang nicht unterworfen werden.

(Zuruf : Nein!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!
Haußleiter:

Sie sind in entscheidenden Fragen nur Ihrem Gewissen und ihren Wählern verantwortlich. Jede Einschränkung dieser Verantwortlichkeit widerspricht dem demokratischen Charakter der Union.

Das ist die Entschließung, die von der Partei zur Frage des Fraktionszwanges grundsätzlich getroffen werden kann und meiner Ansicht nach auch getroffen werden muß. Es ist gesagt worden, "in entscheidenden Fragen"; daß man sich in Fragen über weniger wichtige Dinge jeweils einig ist, ist selbstverständlich. Wir haben uns gerade dadurch ausgezeichnet, daß wir in manchen Fällen im Verfassungsausschuß unbekümmert gegeneinander gestimmt haben, wie es bei anderen demokratischen Ländern und bei anderen Parteien auch der Fall ist. Wir haben noch keinen Fall erlebt, in dem irgendein Abgeordneter bisher unter Fraktionszwang gestellt worden ist oder gestellt werden mußte. Ich sehe nicht ein, weshalb ausgerechnet in der Frage des Staatspräsidenten jetzt plötzlich ein solcher Gewissenszwang ausgeübt werden soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben noch elf Wortmeldungen. Ich darf die Redezeit mit Ihrem Einverständnis kürzen - nur wenn zu grundsätzlichen Fragen gesprochen wird, würde ich gestatten, daß länger gesprochen wird - auf: ... was darf ich vorschlagen?

(Zurufe: Zwei Minuten, drei Minuten!)

Also drei Minuten Redezeit.
Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Zur Geschäftsordnung! Könnten wir nicht über den Antrag abstimmen, weil wir Franken mit dem Zug weg müssen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde nur noch kurz einige Redner sprechen lassen. Vielleicht werden einige auf das Wort verzichten.
(Zu Frau Dr. *Meyer-Spreckels*:) Wann müssen Sie wegfahren?

(Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Um 18.20 Uhr.)

Ich werde auf alle Fälle die Abstimmung in einer Viertelstunde vornehmen lassen. Ich bitte Parteifreund *Martin* zu seinen Ausführungen das Wort zu nehmen.
Martin: Meine Damen und Herren! Ich habe im Auftrage der Jugend Schwabens eine Resolution zu verlesen, die zwei Punkte enthält, deren Inhalt heute an sich schon des öfteren diskutiert worden ist. Ich darf zu dieser Resolution grundsätzlich das eine sagen, ohne Sie länger damit aufhalten zu wollen, daß wir in der Jugend Schwabens seit langem mit größtem Interesse die Entwicklung der Partei und auch die Entwicklung in der Fraktion verfolgen. Es ist so, daß wir tatsächlich über verschiedene Methoden enttäuscht sind, mit denen innerhalb der Fraktion vorgegangen worden ist. Seien Sie überzeugt, wenn wir die Jugend zu uns bringen wollen, dann müssen wir tatsächlich auch im internen Kreise mit diesem frischen Wind, wie ich ihn immer bezeichne, ernst machen und die alten Methoden endlich einmal aufgeben. Das nur grundsätzlich zum Inhalt der Resolution. Sie lautet:

Weiteste Kreise der Union, außerdem der Arbeitervereine, Gesellenvereine, der konfessionellen Jugend und insbesondere auch die Frauen sehen mit Besorgnis und

Befremden auf die innere Entwicklung der CSU. Sowohl in den Augen der Mitglieder der Union als auch in der breiten Öffentlichkeit wird die Frage nach dem Bestand der Partei immer brennender. Die Spannungen liegen keineswegs auf der Ebene der verschiedenen Konfessionen, sondern sie beruhen vielmehr auf der Gegensätzlichkeit der neuen und alten Auffassung von Politik. Wir wollen heute noch nicht weiter darauf eingehen, inwieweit diese Spannungen, die unmittelbar zu einer Gefahr für die Existenz der CSU werden können, auf die Ehrgeizpolitik bestimmter Persönlichkeiten zurückzuführen sind.

Die Union steht heute vor der Entscheidung, entweder eine ehrliche, grundsatztreue Politik zu betreiben, oder durch ihre Kompromißpolitik alter Prägung weiteste Kreise der Bevölkerung abzustoßen. Die Grundsatzpolitik muß sowohl den Erfordernissen des Ewigen im Menschen als auch den Forderungen der Zeit gerecht werden.

Wir halten es für das Gebot der Stunde, daß folgende Maßnahmen sofort durchgeführt werden, wenn der Bestand der Union gesichert bleiben soll:

1. Die Schaffung eines grundsätzlichen Rahmenprogramms, das sich von jedem Arbeits- oder Sofortprogramm unterscheidet. Dieses Programm, das die christlichen Grundsätze im staatlichen und sonstigen öffentlichen Leben verwirklichen soll, ist unbedingt noch vor Beginn des Wahlkampfes zu veröffentlichen.
2. Wir fordern, daß die Abgeordneten aller Fraktionen der Union sich in ihren politischen Entscheidungen an die Grundsätze und Beschlüsse der Partei halten. Verschiedene Vorgänge in der Landtagsfraktion und im Landtagsplenum geben Veranlassung, gerade diese Forderung im Interesse der Wähler mit allem Nachdruck zu erheben. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade in diesen beiden Kammern hinter verschlossenen Türen Dinge geschehen sind, die nicht mehr gebilligt werden können. Wir verweisen im Besonderen darauf, daß die bisher von der Union proklamierten Grundsätze bereits Allgemeingut geworden sind und nunmehr durch ein festgefügtes Grundsatzprogramm vor jeder Verwässerung geschützt werden müssen. Der gegenwärtige Zustand fordert alle anderen Parteien geradezu zu einer Wahlpropaganda heraus, die aus der Programmlosigkeit und Zwiespältigkeit der Union Kapital schlägt. Die geringe Zahl der Mitglieder ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß breiteste Kreise der Wählerschaft so lange eine abwartende Stellung einnehmen werden, bis die CSU endlich mit einem eindeutigen Programm an die Öffentlichkeit tritt.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat *Kroll*.

Maier: Zur Geschäftsordnung. Ich möchte Ihnen bloß empfehlen, dieses Programm in die Öffentlichkeit zu geben, dann ist die Union bestimmt in ein paar Tagen erledigt.

(Zurufe und Unruhe im Saal.)

Für mich ist die Sache erledigt.

(Zuruf: Das ist auch gar nicht vorgesehen, daß die Sache an die Öffentlichkeit kommt.)

Dr. *Kroll*: Wir haben jetzt heute soviel Geschmack an der Demokratie gewonnen, daß wir alle nach Hause gehen werden und das Gefühl haben, daß von den demokratischen Freiheiten reichlich Gebrauch gemacht wird. Meine Herren! Ich fasse mich kurz. Ich muß aber auf Dinge eingehen, die Herr Dr. *Müller* gesagt hat.

Er sprach von dem einen Flügel, der in der Union allein existiere. Ich möchte mich hierzu zum Sprecher einer großen Schar von Mitgliedern der Union machen und folgendes feststellen: Wir hatten eigentlich in Ihrer Person, als wir Sie wählten, den Repräsentanten des anderen Flügels gewählt, und wir sind darüber etwas enttäuscht - das gestehe ich offen -, daß Sie diesen Flügel durch allzu langes Zurückhalten und Abwarten, wie Sie es persönlich immer wieder betonen, über die Maßen geschwächt haben. Ich bin der Meinung, daß es an der Zeit ist, aus dieser Haltung der Reserve nicht immer erst hinterher, wenn ein Unglück passiert ist, herauszutreten und starke Worte zu gebrauchen, sondern bereits von vornherein durch entsprechende Maßnahmen und Abstimmungen, durch Ausrichten der Mitglieder und Abgeordneten dafür zu sorgen, daß rechtzeitig die Linie der Union festgelegt wird. Ich muß leider den Vorwurf machen, daß diejenigen Kreise, die weitgehend eine andere Haltung haben, als sie vielleicht in der jetzigen Fraktion sich spiegelt, im gewissen Sinne dadurch geschwächt wurden, daß ihre Führung nicht immer richtig gehandelt hat.

Aber das schließt nicht aus, daß wir hoffen, uns doch wieder zu konsolidieren und entsprechend unserer Überzeugung im Kräfteverhältnis nach außen in die Erscheinung treten. Aber ich möchte dringend bitten, mit dem Taktieren und Paktieren auch innerhalb der Gruppen der Union insofern einmal Schluß zu machen, als endlich das von uns so lange geforderte Programm kommt und endlich die klaren Richtlinien festgelegt werden. Das ist jetzt schon kein dringender Wunsch mehr. Wenn ich es in vier oder acht Wochen wiederhole, könnte es ein Nachruf auf die Union sein.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich kann keine Entschuldigung mehr anerkennen und das tun meine Freunde auch nicht. Herr Dr. *Müller*, es gibt jetzt keinen Grund mehr, noch abzuwarten und die Linien irgendwie offen zu lassen.

Ich habe zu zwei Punkten noch etwas zu sagen: Zunächst die Personalpolitik der SPD. Meine Herren! Ich war vor kurzer Zeit auf einer Landrats- und Oberbürgermeisterversammlung in Bayreuth, bei der der Herr Innenminister *Seifried* gesprochen hat. Ich habe aus den Äußerungen, von denen ich einige bekanntgeben werde, festgestellt, daß wir als eine so schlappe Bande behandelt werden, die man gar nicht mehr ernst nimmt. Ich glaube, wir haben ungeheueres Prestige verloren, und ich frage mich, ob wir es überhaupt noch wiedergewinnen können. Wenn der Minister erklärte, die Union hätte lauter unzuverlässige Landratskandidaten - 18 seien bereits abgelehnt - und dann fortfährt, bei uns sind es einige wenige und die sind nur durch die Quertreibereien einer anderen Partei zu Fall gekommen, aber wir werden dafür sorgen, daß diejenigen, die die Quertreibereien begangen haben, entsprechend behandelt werden - so mutet uns das reichlich komisch an. Ich möchte ausdrücklich den Herrn Vorsitzenden bitten, daß es unbedingt notwendig ist, nicht nur nach innen starke Worte zu sagen, sondern nach außen deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß es eine Grenze der Mildtätigkeit in der Personalpolitik gibt, damit wir entweder zu unserem Rechte kommen oder damit man sieht, daß wir keinen Geschmack an einer Scheindemokratie finden und lieber auf ein politisches Spielzeug verzichten, wenn wir Marionetten sind, an denen von anderswoher gezogen wird. Ich darf mein Befremden zum Ausdruck geben, daß wir bisher eigentlich immer nur nach innen gesprochen haben und [man] die so deutlich greifbaren Angriffe, abgesehen von der Unionszeitschrift, noch nicht irgendwie ausgewertet hat, daß man hätte sagen können: Bis hierher und nicht weiter!

Ein weiterer Punkt ist folgender - ich bin gleich am Ende: "Tausendjährige Geschichte des bayerischen Volkes", in allen Ehren sei dieses Wort gesagt. Ich möchte die Herren Abgeordneten dringend bitten, wenn sie eine Verfassung machen, überlegen Sie, was Sie den Flüchtlingen zu geben haben, daß sie einst Bayern werden können, wenn sie hier bleiben. Wenn Sie das nicht tun, handeln Sie meines Erachtens weder christlich noch deutsch.
Ich darf abschließend noch sagen, daß es in einem Punkt sehr wesentlich wäre, den Standpunkt der Militärregierung zu erfahren. Man hört immer wieder, daß die Union als Ganzes eine äußerst unbeliebte Partei sei und von der Militärregierung abgelehnt würde, bzw., daß man in ihr reaktionäre Kreise vermute. Meine Herren! Es ist hier dringend notwendig, einmal eine endgültige Klärung herbeizuführen. Es ist zu unterscheiden, ob eine Ablehnung des Christentums vorliegt, oder ob es sich darum handelt, daß diese oder jene mißliebige Persönlichkeit abgelehnt wird. Über dieses ließe sich reden, über jenes nicht. Es wäre in diesem Zusammenhang erforderlich, eine Bereinigung der Pressefrage zu erzielen. Wir werden durch eine Presse vergewaltigt, die sich, wenigstens in Oberfranken, schon zum Anwalt der SED gemacht hat.
Ich darf noch auf einen Vorfall innerhalb der Fraktion hinweisen: Daß ich nämlich, als ich einmal als immerhin erster Vorsitzender Oberfrankens als Gast an einer Fraktionssitzung teilnehmen wollte, hinausgewiesen wurde, während das Nichtparteimitglied Herr *Nawiasky* ständiger Gast der Fraktion ist.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich würde doch bitten, hier sinnvollere Maßnahmen walten zu lassen und nicht die eigenen Leute...

(Zuruf: Nicht einmal deutscher Staatsbürger! - *Haußleiter*: Dafür der Vertrauensmann *Hoegners*! - Weiterer Zuruf: Der war schon in der Politik, bevor Sie in der Politik waren!)

[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich bitte, nicht mit dieser Leidenschaftlichkeit vorzugehen. Ich darf vielleicht bloß folgendes sagen: Die Personalpolitik der Sozialdemokraten steht einwandfrei klar. Ich unterlasse keine Möglichkeit, dagegen anzugehen. Sie müssen sich darüber im klaren sein, das Angehen bedeutet immer, mit der Militärregierung zu verhandeln. Ich verhandle Tag für Tag, zum mindesten alle paar Tage, mit ihr. *Haunhorst*, Sie sprechen weiterhin fast jeden Tag zu Besuch dort vor. Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß nun einmal das Vorurteil da ist, daß die Union reaktionär sei.
Auch das lassen Sie sich gesagt sein: Es ist kein Glück gewesen, daß die Fraktion nur einseitig das Bild der Union wiedergegeben hat.

(Sehr richtig!)

Dazu darf ich aber sagen: Ich habe die Fraktion nicht bestellt. Die Fraktion ist draussen gewählt worden. Ich kann nur an Sie appellieren, daß Sie dafür sorgen, daß das nächste Mal die Fraktion wirklich das Bild der Union wiedergibt.
Zur Presse darf ich sagen: Die ernsthafteste Sorge, die es überhaupt gibt, ist die Frage der Presse. Ich unterlasse keine Möglichkeit, immer wieder den Versuch zu machen, daß wir doch zu einer eigenen Parteipresse kommen. Es gibt ja bekanntlich sogar in der sowjetischen Zone eine eigene Parteipresse. Bei uns [ist] der Standpunkt der Militärregierung, daß in der amerikanischen Zone eine Parteipresse als solche nicht zugelassen wird. Ich habe mich an ausländische Pressevertreter gewandt - ich will keinen

Namen nennen, es waren sehr namhafte Persönlichkeiten darunter vertreten -, hier unseren Standpunkt richtig zu sehen, daß für den Aufbau der Demokratie eine Parteipresse eine unbedingte Notwendigkeit ist. Jedenfalls ist eine Parteipresse, die klar von einer Partei aus in ihrer Richtung lanciert wird, besser als eine unabhängige Presse, die doch eine getarnte Parteipresse ist.

(Sehr richtig!)

Lieber *Kroll*! Ich spreche die Worte nicht nur hier; ich habe ja vor einiger Zeit noch deutlichere Worte an anderer Stelle gesprochen. Ich wurde, leider Gottes, da von eigenen Parteifreunden desavouiert und sabotiert.
Wir haben 17.35 Uhr. Wir müssen zur Abstimmung schreiten. Dann kann weiter debattiert werden.
Warmuth: Zur Geschäftsordnung! Ich habe mich um 16.10 Uhr zu Wort gemeldet und es bis jetzt noch nicht bekommen.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Hier liegen die Wortmeldungen (nimmt einen Zettel zur Hand); es geht der Reihe nach. Der nächste ist *Rindt*, dann kommt *Warmuth*.
Warmuth: Die Zeiten, die den einzelnen überlassen worden sind, sind zum Teil erheblich überschritten worden.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich habe die Uhr kontrolliert. Ein Teil der Freunde muß abreisen. Infolgedessen beantrage ich Abstimmung über den Antrag *Haußleiter*.
Dr. *Fackler*: Zur Geschäftsordnung! Zu dem Antrag möchte ich sagen, daß wir nicht beschlußfähig sind.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Wenn bestimmte Leute weggegangen sind, um auf diese Weise eine Beschlußunfähigkeit herbeizuführen, dann bedauere ich das, und zwar deswegen, weil die Freunde aus Franken, die am weitesten weg sind, eigens hergekommen sind.
Dr. *Scharnagl*: Einen Einwurf gegen den Antrag.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich werde jetzt über meinen Antrag abstimmen lassen, daß jetzt über den Antrag *Haußleiter* abgestimmt wird. Ich lasse noch einen für und einen gegen den Antrag sprechen. Sind Sie einverstanden? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Vier dagegen. Der Antrag ist angenommen. Es spricht einer gegen und einer für den Antrag. Wer will gegen den Antrag sprechen? (Es meldet sich Dr. *Scharnagl*.) Ich bitte *Scharnagl*. Für den Antrag? *Arnold*.
Bitte, *Scharnagl*!
Dr. *Scharnagl*: Die Entscheidung des Fraktionszwanges muß natürlich grundsätzlich gemacht werden. Es geht nicht an, daß man von Fall zu Fall eine Entscheidung trifft. Wenn die Meinung ausgesprochen worden ist, daß die Union keinen Fraktionszwang zuläßt, muß dies für alle Fälle gelten, dann muß sie sich vor Augen halten, welche Fälle denkbar sind. Ich konstruiere einen Fall, der sehr leicht denkbar ist: Es gibt einen Konflikt mit einem Minister unserer Partei, die Sozialdemokraten nehmen Stellung dagegen. Es ist denkbar, daß auch einige Mitglieder unserer Partei dagegen sind. Sie könnten, wenn kein Fraktionszwang besteht, mit den Sozialdemokraten oder anderen Gruppen gegen den Minister stimmen. Das ist möglich und denkbar. Es gibt aber eine ganz unmögliche Situation. Die Frage ist die: Ist es demokratisch, einen Fraktionszwang auszuüben? Ich sage, ja. In der Verfassung steht der Satz: "Mehrheit entscheidet". Hier ist also in demokratischer Weise festgelegt, daß es der Mehrheit bedarf für das, was als richtig erkannt ist. Was man in der Verfassung für das Allgemeine gelten lassen will, müssen wir naturgemäß auch für die Fraktion, für die Partei

gelten lassen. Die Meinung, daß es nicht demokratisch wäre, einen Fraktionszwang einzuführen, daß jedem Einzelnen die absolute Freiheit gewahrt werden müsse zu seiner Stellungnahme, das finde ich für eine Überspitzung der Demokratie, für eine ungesunde Auslegung der Demokratie. Denn sie gibt natürlich allen möglichen Tages- und sonstigen Möglichkeiten den Weg frei, und das ist mit einer gesunden Wirtschafts- und Arbeitsführung nicht vereinbarlich.
Meine Herren! Die Rechnung, die mein Freund *Müller* über die Majorisierung der Mehrheit des Volkes aufgestellt hat, kann ich nicht anerkennen. Es ist nicht so, daß hinter den Abgeordneten, die gegen den Staatspräsidenten gesprochen haben, die gesamte Wählerschaft dieser Kollegen stehen. Ich kenne die Stimmung in München, von meinen Münchner Leuten; ich bin aber überzeugt, daß es in meinem Wahlkreis auch Leute gibt, die sagen, man kann ohne Staatspräsidenten auskommen. Selbstverständlich bin ich für den Staatspräsidenten und damit müssen sich diese Wähler abfinden.
Ebenso bin ich überzeugt, daß im Wahlkreis *Müller* Leute sein werden, die für den Staatspräsidenten sein werden, wenn man ihnen richtige Aufklärung gibt. Es ist falsch, zu rechnen, soundso viele Leute haben dafür, soundso viele dagegen gestimmt, also ein soundso großer Teil des bayerischen Volkes für oder gegen den Staatspräsidenten. Ein absolut richtiges Ergebnis könnte nur aus einer reinen Volksabstimmung kommen. Die könnten wir vor der Vorlage der Verfassung wohl kaum mehr durchführen. Es müssen eben die gewählten Abgeordneten gelten. Nun kommen wir wieder zur Kardinalfrage: Soll jeder nach seiner Überzeugung abstimmen oder soll eine von der Mehrheit festgestellte Linie eingehalten werden? Da bin ich der Meinung, daß es im Interesse einer kontinuierlichen, starken und gesunden politischen Führung notwendig ist, weil sonst eine Auflösung der allgemeinen Meinung der Partei und der Fraktion eintritt, wenn die Vielzahl der Wähler nach ihrem Ermessen entscheiden kann. Es ist also eine prinzipielle Festlegung, die für alle Fälle eingehalten werden muß, weil man sie nicht von Fall zu Fall freigeben oder Fraktionszwang einführen kann.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: *Arnold* spricht für den Antrag.
Arnold: Meine Herren! Ich spreche als Vertreter zweier Bezirksverbände. Die Sorge, weswegen ich mich hier bewogen fühle, mich zum Worte zu melden, ist in erster Linie eine Existenzsorge der Union und in zweiter Linie eine gewisse Sorge, die wir aus Franken mitbringen. Eine Existenzsorge: Ich will Ihnen ganz offen und ehrlich schildern, wie die Situation bei uns ist. Vor vier bis sechs Wochen ...
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich stelle fest, daß Freunde jetzt noch den Saal verlassen, um die Beschlußfähigkeit nachher zu bezweifeln. Ich halte ein solches Vorgehen für absolut parteischädigend. Wer verläßt den Saal?
Dr. *Fackler*: Wir gehen alle - wir sind amtsbekannt.
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich bitte, die Namen festzustellen.
Dr. *Fackler*: Wir verlassen den Saal unter Protest wegen der Machenschaften, die hier vor sich gehen.

(Zuruf: Laßt Sie doch gehen! *Müller*, was regst Du Dich auf!)

(*Fackler*, *Pflüger* und Freiherr *von Aretin* verlassen den Saal.)
[Vorsitzender] Dr. *Müller*: Ich bitte um Ruhe. Ich bitte *Arnold* fortzufahren.
Arnold: Ein solcher Vorfall wie eben jetzt braucht bloß den Sozialdemokraten und den Kommunisten bekannt zu werden. Ich garantiere Ihnen dafür, daß die Union in Mittelfranken, Nürnberg und in Oberfranken in kürzester Zeit sich selbst liquidieren muß, weil uns die Verhältnisse hier dazu zwingen. Ich gestehe offen, daß ich vor vier

bis sechs Wochen einen Brief an den Landesvorsitzenden schreiben mußte, weil mich die Verhältnisse dazu zwangen, zu sagen, wenn nicht in absehbarer Zeit durch die Union eine ganz klare und entschiedene Politik betrieben wird, dann ist es das Beste, wir lösen die Union auf. Denn wir sind in Franken nicht mehr in der Lage, eine solche Politik, wie sie von hier suggeriert wird, durchzuführen.
Meine Herren! Es ist eine Existenzfrage und eine Gewissensfrage, die wir heute zu entscheiden haben. Eine Existenzfrage insofern, als wir sehen, daß sich die Fraktion in einer Weise festlegt, daß nach außen die Sozialdemokratie den Erfolg davonträgt. Denn dann sind wir erledigt. Die rote Flut wird uns überspülen und auch Sie, meine Herren in München, die sich geborgen fühlen. Zweitens, es ist eine Gewissensfrage, ob wir, da wir nun wissen, wie auf der anderen Seite paktiert wird, einem SPD-Mann in den Sattel helfen wollen. Meine Herren, da können wir nicht mitmachen!
Zum Schluß noch einen ganz kurzen Satz. Ich möchte Ihnen, meine Herren, die älter sind, die über Lebenserfahrung verfügen, doch einen Satz ins Gedächtnis zurückrufen, den vor 2000 Jahren ein Römer ausgesprochen hat: Ne quid detrimenti capiat res publica! Sorgen Sie dafür, daß wir nicht untergehen! In Ihrer Hand liegt das.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir schreiten zur Abstimmung. Ich lasse den Antrag *Haußleiter* nochmals verlesen.
Haußleiter:

> Der Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union trifft zur Frage des Fraktionszwanges folgende Feststellung:
> Die Abgeordneten der Union sind gewählte Vertreter des Volkes und können daher grundsätzlich einem Fraktionszwang nicht unterworfen werden. Sie sind in entscheidenden Fragen nur ihrem Gewissen und ihren Wählern verantwortlich. Jede Einschränkung dieser Verantwortlichkeit widerspricht dem demokratischen Charakter der Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da die Stimmfähigkeit bezweifelt wird, lasse ich jetzt nach Bezirken abstimmen. Es wird wohl besser sein. Ich glaube auch, es wird zweckmäßig sein, wenn ich schriftlich abstimmen lasse, damit nachher keine Zweifel geäußert werden können. Diese kurze Zeit wollen wir noch aufwenden, damit klare Verhältnisse geschaffen werden können. Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt. Ich würde bitten, sich in diesem Falle nicht zu enthalten, damit Klarheit geschaffen wird.
Wer für den Antrag stimmt, schreibt Ja, wer gegen ihn stimmt, Nein auf den Stimmzettel.
(In der folgenden Abstimmung werden folgende Stimmzettel abgegeben: Für München drei, Oberbayern vier, Niederbayern zwei, Oberpfalz drei, Oberfranken vier, Mittelfranken sieben, Nürnberg fünf, Unterfranken einer, Schwaben zwei, Augsburg drei.)
Als Mitglieder des Landesausschusses sind noch stimmberechtigt Frau *Speicher*, Dr. *von Eicken*, Staatssekretär *Krehle* und Dr. *Müller*.
(Von den vier genannten Damen und Herren werden drei Stimmzettel abgegeben, so daß sich die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen auf 37 beläuft.)
Wir kommen zum Bericht des Flüchtlingsausschusses. Soll der Bericht dieses Ausschusses heute noch abgegeben werden, Herr *Kroll*?

Warmuth: Ich wollte gerne fragen, ob ich noch zum Wort kommen kann. Um 16 Uhr habe ich meine Wortmeldung abgegeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit dem Einverständnis der Versammlung gebe ich *Warmuth* das Wort.
Warmuth: Ich möchte voraus feststellen, daß ich es als eigenartig finde, daß dieser Antrag jetzt zur Abstimmung kam. Der Antrag ist erst im Laufe der Debatte gestellt worden. Die Debatte wurde um 16.08 Uhr eröffnet, um 16.10 Uhr habe ich meine Wortmeldung abgegeben. Ich stelle fest, daß der Antrag erst während der Debatte eingebracht worden ist, nicht vor der Debatte, und die Rednerliste war nicht abgeschlossen. Es hätte jemand anderer schließlich auch Anträge zu stellen gehabt, die dann eventuell auch zur Abstimmung hätten kommen müssen.
Nun kurz zur Frage der Wirtschaft in der Union. Wir haben hier heute vormittag scharfe Worte gehört. Das, glaube ich, ist begraben. Herr Dr. *Semler* wird Gelegenheit haben, in der Fraktion gehört zu werden, und wir begrüßen es. Ich speziell bin mit seiner Auffassung sehr einverstanden. Sein Wirtschaftsprogramm entspricht mir.
Was den Fraktionszwang anlangt, so sind die Verhältnisse hier durch den Antrag bereits festgelegt. Ich habe hierzu zu sagen, daß ich an sich ein Gegner eines Fraktionszwanges bin. Die Union muß aber so kräftig sein, daß alle Fragen, die uns berühren, intern ausgetragen werden können, damit innerhalb der Union eine Linie gefunden werden kann, die für alle tragbar ist. Denn ich halte es für notwendig, daß wir in der Öffentlichkeit geschlossen unsere Meinung kundtun. Das habe ich auch im kleinen draußen so gehalten. Ich glaube, es wäre auch möglich, es hier im großen durchzuführen.
Was den Altersdurchschnitt anlangt, der heute einmal besprochen worden ist, so möchte ich feststellen, daß es sich bei der Verfassunggebenden Versammlung nicht um einen Landtag handelt, obwohl sich viele Abgeordnete zum Teil schon als Landtagsabgeordnete fühlen. Man hat es heute entnehmen können. Die gegenwärtige Verfassunggebende Landesversammlung wird als Landtag betrachtet, was nicht der Fall ist. Wir haben auch in unserem Kreis einen erfahrenen Mann ausgewählt und auch durchgedrückt. Wir haben ihn in der Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit durchgebracht. Ich kann aber heute schon sagen, daß deswegen noch lange nicht der gleiche Mann Landtagsabgeordneter werden soll.
Leider ist in vielen Kreisen nicht überlegt und berücksichtigt worden, daß es gilt, das Rahmenwerk zu unserem Staat zu schaffen, die Verfassung. Um die Regierungsbildung wird sich erst der Landtag kümmern müssen. Der kann dann auch ganz anders geartet sein, auch dem Alter nach. Ich stimme dem Herrn Landesvorsitzenden zu, daß die Abgeordneten in diesem Gremium vielleicht jünger sein sollen.
Bei der Frage des Staatspräsidenten wurde der Vorwurf erhoben, daß dieser Frage viel zu viel Zeit in der Fraktion gewidmet worden ist. Ich glaube, in den anderen Dingen war sowieso Einstimmigkeit vorhanden. Vor dem 30. Juni hat die Union drei wichtige Punkte herausgestellt, die uns von den anderen Parteien unterscheiden: Das war der Staatspräsident, das Wahlsystem und die zweite Kammer. Diese Momente haben unsere Redner, speziell unser Abgeordneter im Landkreis, herausgestellt. Wir haben 40 bis 45 Versammlungen in unserem Landkreis abgehalten. In der Landesausschußsitzung im Juli hat der Herr Vorsitzende ausdrücklich erklärt, die Union hält unbedingt fest an der zweiten Kammer und am Mehrheitswahlsystem und die Meinung ist geteilt beim Staatspräsidenten. Das Mehrheitswahlsystem konnte und wurde auch mit Zustimmung des Herrn Landesvorsitzenden nicht durchgehalten.

Was die Zusammenarbeit mit der SPD anlangt, so bitte ich hier folgendes zu erwägen: Es ist ein Unterschied, ob bei einer Verfassung mit den Sozialdemokraten zusammengearbeitet werden soll oder bei der Bestellung einer Regierung oder beim Erlaß von Gesetzen im Landtag. Bei einer Verfassung scheint mir eine Zusammenarbeit erforderlich. In der Regierung muß das weniger der Fall sein.
Was die Person des Staatspräsidenten angeht - ich bin gleich fertig -, so glaube ich hier mit den übrigen Anwesenden einig zu sein, daß heute über eine Besetzung nicht gesprochen werden soll und daß der Standpunkt des Vorsitzenden richtig ist, daß hier keine Vorentscheidungen fallen dürfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es liegt noch ein Antrag *Donsberger* vor, den ich vielleicht verlesen darf, obwohl die Stimmfähigkeit nicht mehr gegeben ist:

> Der erweiterte Landesausschuß der CSU beschließt:
> Die Fraktion der CSU wolle bei der Beratung der Verfassung für Bayern dahin wirken, daß eine neue Bestimmung in die Verfassung aufgenommen wird, nach der die erworbenen Rechte der Beamten unverletzlich sind.

Leider sind die Herren, die bei den Besprechungen über die Beamtenrechte zugegen waren, nicht mehr anwesend, so daß ich nicht sagen kann, wie weit diese Frage bisher behandelt ist.
Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich diesen Antrag noch an die Fraktion hinübergebe. Erhebt sich ein Widerspruch? Nein. Damit ist der Antrag angenommen.
Ich bitte jetzt das Ergebnis der Abstimmung bekanntzugeben.
Liedig: Abgegeben wurden 37 Stimmen. Mit Ja stimmten 28, mit Nein acht, eine Stimmenthaltung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es waren anwesend 57 Stimmberechtigte, so daß die Abstimmung gültig ist.
Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir sind am Schluß der Debatte angelangt. Werden noch irgendwelche Wünsche geäußert? Das ist nicht der Fall. Dann danke ich recht herzlich für die Mitarbeit und schließe den Landesausschuß.

Schluß der Sitzung 18.05 Uhr.

Nr. 23

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 4. Oktober 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Beschlußfassung über die von der Militärregierung genehmigten Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern
2. Beschlußfassung über das politische Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union
3. Vorbereitung der Landtagswahl
4. Entnazifizierung

Tagungsort: München, Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28

Anwesend:[2] E. Ammann, A. von Aretin, Bender, N. Berger, R. Berger, Ludw. Blum, Boehlke, Brandner, Butterhof, Dahm, Jos. Detsch, Dittrich, B. Dötsch, Donsberger, Eichhorn, Engelhardt, Erber, Etterer, Euerl, Fackler, Falkner, H. Fink, J. Fischer, Fißlthaler, Frankl, Gamperl, Gassenmeyer, A. Gaßner, Geiselberger, Gerathewohl, W. Hagenauer, Hahn, Haugg, H. Haunhorst, Haußleiter, Helmerich, Hölzl, Hundhammer, Ibler, Imler, Jahn, Kahn, F. Kaiser, Karpf, Klenk, Knaab, K. Köhler, A. Konrad, E. Kraus, Krehle (zeitweise), Krempl, Kreying, Kroll, K.A. Kroth, Kübler, Lacherbauer, Lang-Brumann, Lenzenhuber, Liedig, Mack, R. Martin, Mauerer, Mayr, Meyer-Spreckels, Miesgang, von Miller, J. Müller, Muhler, Neumann, Nientimp, Ortloph, Pfluger, Piechl, Plonner, Probst, Rattler, Retting, Riedel, Rindt, Rothermel, F.L. Sauer, F. Schäfer, Schedl, Schell, Schlögl, F.A. Schmitt, A. Schubert, Schwägerl, Schwappacher, Sedlmayr, Semler, Speicher, Sporer, Stadler, Stiller, Strathmann, Strenkert, Stücklen, Stürmann, Sühler, Ulrich, Vogl, von Voretzsch, Wackerl, Warmuth, Weinkamm, G. Weinzierl, F. Wittmann, J. Wittmann

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Beginn der Sitzung: 9.50 Uhr.

Liedig: Ich bitte, Platz zu nehmen, damit ich die Präsenz der stimmberechtigten Mitglieder des Landesausschusses feststellen kann. Ich bitte die stimmberechtigten Vertreter von München-Stadt, sich persönlich zu melden und auszuweisen.
(Die Stimmberechtigten von München und der übrigen bayerischen Bezirke werden festgestellt.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich eröffne die Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union. Einwendungen gegen die ordnungsmäßige Einladung werden nicht erhoben. Ich habe die Geschäftsführer der Christlich-Sozialen Union, die gestern zu einer Tagung hier waren, eingeladen, als Gäste hier teilzunehmen.
Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.
Ich nehme an, daß alle Anwesenden Parteifreunde sind. Es werden heute selbstverständlich außer den Vertretern der Militärregierung, soweit welche anwesend sind, Pressevertreter nicht zugelassen. Die Stimmliste habe ich vortragen lassen. Es fehlen

---

1 Punkt 1 bis 3 laut Wortlaut des Protokolls, (vgl. S. 600); Punkt "4. Entnazifizierung" wurde auf Antrag zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen. Die vorgesehenen Punkte 4 und 5 (Politische Aussprache, Verschiedenes) entfielen.

2 Laut Anwesenheitsliste, die nur die Unterschriften eines Teiles der Anwesenden enthält, ergänzt anhand des Protokolltextes sowie durch die Liste der Stimmberechtigten, auf der mit den Vermerken "+" bzw. "-" die An- oder Abwesenheit der Stimmberechtigten festgehalten ist. Zwei Namen sind unleserlich.

meines Wissens noch die Vertreter von Nürnberg und Regensburg. Ich werde vor Beginn der ersten Abstimmung die Stimmliste vielleicht nochmals überprüfen lassen.
Ich gebe Ihnen die Tagesordnung bekannt:

1. Beschlußfassung über die von der Militärregierung genehmigten Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
2. Beschlußfassung über das politische Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union.
3. Vorbereitung der Landtagswahl.
4. Politische Aussprache.
5. Verschiedenes.

Erhebt sich ein Einspruch gegen die festgesetzte Tagesordnung?
Dr. *Gamperl*: Ich bitte, die Denazifizierung in die Tagesordnung aufzunehmen. Wir stehen vor der Agitation für die Landtagswahl, und die Denazifizierung spielt eine so große Rolle, daß mir eine Aussprache hierüber unbedingt notwendig erscheint.
Mayr (Fürth): Als Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken schließe ich mich diesem Antrag an.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird vorgeschlagen, den Punkt Entnazifizierung als eigenen Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
Nein, dann wird der Punkt Entnazifizierung als eigener Punkt in die Tagesordnung aufgenommen. Ich würde vorschlagen, ihn vielleicht als dritten Punkt zu nehmen, vor "Vorbereitung der Landtagswahlen".
Dr. *Gamperl*: Einverstanden.
Dr. *Hundhammer*: Ich würde bitten, die Vorbereitung der Landtagswahlen vorwegzunehmen, da dieser Punkt vordringlicher ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gut. Es wird vorgeschlagen, als Punkt 4 "Denazifizierung" einzufügen. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
Dr. *Schlögl*: Ich bitte, daß zu diesem Punkt der Tagesordnung Dr. *Pfeiffer* gebeten wird, hierher zu kommen.
Staatssekretär *Krehle*: Er kann nicht kommen, er ist den ganzen Tag bei der Militärregierung festgehalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu dem Punkt brauchen wir ihn sicher.
Dr. *Schlögl*: Sonst hat es keinen Zweck, wenn wir darüber sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde ihm mitteilen lassen, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt ist und ihn bitten, an den Beratungen teilzunehmen.
Sauer: Er soll doch einen Referenten schicken.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Veranlaßt (zu *Liedig* gewendet), daß er oder ein Referent kommt. Wir werden sagen, er soll sich bereithalten.

(Zuruf: Vielleicht kann sein Referent *Erber* kommen?)

Ist *Erber* Mitglied der Union? Denn ich möchte heute nur Mitglieder der Union hier haben. Infolgedessen wird man mitteilen lassen, daß Dr. *Pfeiffer* im Laufe des Tages gebraucht wird. Es wird ihm rechtzeitig mitgeteilt werden, zu welchem Zeitpunkt dieses Thema ungefähr zur Aussprache kommt.
Wird im übrigen noch ein Antrag zur Tagesordnung gestellt?
Nein. Dann nehme ich an, daß die Tagesordnung so, wie ich sie vorgetragen habe, genehmigt ist.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Punkt 1 der Tagesordnung lautet: Beschlußfassung über die von der Militärregierung genehmigten Satzungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern.
Die Satzungen der Union wurden in der Landesversammlung vom 17. Mai 1946 beschlossen, wie Sie sich erinnern werden. Sie wurden sofort der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt. Die Militärregierung hat die Satzungen überprüft. Mittlerweile trat ein Wechsel bei der zuständigen Überprüfungsstelle der Militärregierung ein, was die Behandlung der Satzungen verzögerte. Andererseits wurden Bedenken laut, die mittelbar wenigstens von Unionsseite aus gegen die in der Landesversammlung beschlossenen Satzungen vorgebracht wurden. Diesen Bedenken hat die Militärregierung nicht weiter Rechnung getragen. Sie hat sie selbstverständlich mit überprüft. Die Satzungen wurden auch nach Berlin gegeben. Ich darf Ihnen erklären, daß der zuständige politische Offizier der Militärregierung festgestellt hat, daß unsere Satzungen im großen und ganzen für Parteisatzungen vorbildlich seien, daß sie das Vorbild geworden seien auch für die Überprüfung der Parteisatzungen anderer Parteien, weil mit unseren Satzungen eine neue Konstruktion versucht wurde. Die Militärregierung ihrerseits hat aber dann Abänderungen vorgeschlagen, die Ihnen jetzt bekanntgegeben werden.
Die Militärregierung hat weiterhin an uns folgendes Schreiben gerichtet wegen des Abstimmungsmodus bzw. wegen der Behandlung der Satzungen durch zuständige Gremien, wenn ich mich so ausdrücken darf. Ich lese Ihnen das Schreiben vom 16. September vor:

> Die Militärregierung hat keinerlei Einwendungen gegen die vorgelegten überarbeiteten Satzungen der Union, wie sie am 3. September vorgelegt wurden, sofern die in den folgenden Besprechungen abgemachten Änderungen damit ausgenommen worden sind [sic!]. Die Satzungen mit den eingearbeiteten Abänderungen sind möglichst ohne Verzug dem Landesausschuß vorzulegen. Werden sie dort ohne weiteres angenommen, sind der Militärregierung durch den Landesvorsitzenden drei beglaubigte Abschriften der Satzungen in englisch und deutsch zur Geneh-migung vorzulegen. Weiter muß ein Brief mit vorgelegt werden mit der Angabe des Datums der Versammlung, in der die Satzungen beraten wurden, sowie des Ergebnisses der Abstimmung über die Annahme der Satzungen. Sollten erneute Änderungen gewünscht werden, müßten die Satzungen der Militärregierung von Bayern mit diesen Änderungen nochmals zur Überprüfung vorgelegt werden.
> Gez. *Paul Burns*, Oberst.

Meine lieben Freunde! Damit sind Sie zur Genehmigung der Änderungen zuständig geworden, die die Militärregierung vorgeschlagen hat. Wenn Sie heute die Satzungen mit diesen Änderungen annehmen sollten, dann werden die Satzungen umgehend vorgelegt werden. Ich kann nach mündlicher Absprache damit rechnen, daß dann die Satzungen innerhalb von Tagen endgültig genehmigt sind. Dann sind aufgrund der neuen Satzungen sofort die Wahlen in der ganzen Union von unten bis oben hinauf an die Spitze bis zur Landesvorstandschaft vorzunehmen. Wir werden dabei einen Terminkalender aufstellen müssen, und Sie werden gebeten, sich an diesen Terminkalender zu halten, damit wir dann umgehend wirklich eine demokratische Organisation für die ganze Union bekommen.
Beim Abstimmungsmodus in der heutigen Versammlung ist folgendes zu berücksichtigen: Bei der Besprechung bei der Militärregierung wurde folgender Standpunkt dort

als Meinung festgestellt: Die Militärregierung ist zunächst der Auffassung, daß in demokratischer Weise vorgegangen wird und daß sie sich eventuell selbstverständlich dann veranlaßt sieht, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, wenn in irgendeiner Weise etwa ein Beschluß gefaßt werden sollte, der nicht auf der demokratischen Basis steht. Für uns taucht dabei die Frage auf, auch nach der dortigen Meinung: Nachdem die Landesversammlung seinerzeit am 17. Mai die neuen Statuten angenommen hat, wären die bisherigen Gremien überholt, soweit sie nicht ihrerseits wieder bereits in demokratischer Weise gewählt sind. In demokratischer Weise sind gewählt selbstverständlich die Bezirksvertreter, die Repräsentanten vom ganzen Land. Ein Zweifel könnte entstehen, wenn man auf den Modus zurückgreift, wie er seit Bamberg hinsichtlich der Stimmberechtigung der Mitglieder des früheren Arbeitsausschusses eingeführt wurde. Denn der Arbeitsausschuß war eine vorübergehende Einrichtung der Gründungszeit, ist dann als Stimmberechtigung eingeführt worden, wäre aber an und für sich überholt, auch nach der mündlich geäußerten Meinung eines Referenten der Militärregierung. Ich möchte nun meinerseits, damit ja keine Bedenken geäußert werden, daß alle berücksichtigt sind, die irgendwie einmal im Landesausschuß mitgewirkt haben, vorschlagen, daß wir bei den Abstimmungen eine doppelte Abstimmung vornehmen. Es wird uns nicht zu lange aufhalten. Der Grund ist, daß ich keine Divergenzen haben möchte zwischen dem eigentlichen Landesausschuß auf der gewählten Grundlage der Bezirksvertretung und dem größeren, dem früheren erweiterten Landesausschuß, bei dem der Arbeitsausschuß dabei ist. Ich tue das, damit von vornherein feststeht: Dieser Beschluß ist auf jeden Fall glatt angenommen. Sollten Divergenzen im Endresultat der Abstimmungen da sein, dann müßte eben darüber nachträglich entschieden werden. Ich glaube, daß es nicht weiter notwendig sein wird. Aber ich glaube, auf diese Weise bestimmt loyal gegenüber jedermann, auch gegenüber einer eventuellen Minorität zu verfahren.
Sind Sie damit einverstanden? Dann ist der Vorschlag akzeptiert. Ich bitte den stellvertretenden Verbandsgeschäftsführer *Liedig*, die Ergänzungen der Militärregierung vorzutragen.
Liedig: Darf ich noch einen Moment unterbrechen. Ich habe gesehen, daß eine Reihe neuer Besucher gekommen ist. Ich nehme an, daß es zum Teil stimmberechtigte Vertreter von Nürnberg sind.
Ich darf um Nennung der Namen bitten und zugleich fragen, ob Ausweise für die Vertreter vorhanden sind. *Haunhorst*, sammeln Sie bitte einmal die Ausweise der Stimmberechtigten für Nürnberg ein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, das kann zwischenhinein geschehen. Es kann nachher bei der Abstimmung nochmals festgestellt werden, wieviel Stimmberechtigte anwesend sind. Ich bitte nun, auf die Satzungen einzugehen.
Liedig: Mit der Einladung ist allen stimmberechtigten Mitgliedern der heutigen Versammlung eine Ausfertigung der Satzungen, wie sie von der Militärregierung genehmigt worden sind, zugegangen, jedenfalls den Bezirken zur Verteilung an ihre bevollmächtigten Vertreter. Ich habe noch eine Reihe von Exemplaren hier. Sollte ein stimmberechtigter Vertreter sein Exemplar nicht dabei haben, so kann er hier eines bekommen.
Ich schlage nun vor, daß wir anhand des vorliegenden Textes die Satzungen durchgehen. Dort, wo gegenüber der auf der Landesversammlung vom 17. Mai hier in München angenommenen Textierung keine Abweichungen sind, ist wohl eine nochmalige Verlesung jedes Paragraphen nicht erforderlich.
Oder erhebt sich dagegen Widerspruch?

Im § 2 der Ihnen vorliegenden Ausfertigung ist unter Absatz 2 b ein Schreibfehler unterlaufen. Dort muß es richtig heißen:

sammelt sie Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben

und nicht Mitglieder.
Im § 3 ist ein Zusatz beigefügt, der in der Textierung, wie sie Ihnen vorliegt, nicht exakt gefaßt ist. Wir haben dagegen bei der Militärregierung noch einmal Vorstellung erhoben. Die Fußnote heißt jetzt neu:

Außerdem ist nicht aufnahmefähig,

Weiter bleibt die vorliegende Fassung unverändert:

wer nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
1. in die Kategorie I oder II eingereiht ist,
2. sich während einer begrenzten Frist bewähren muß,

mit folgendem Zusatz unter 2

während der Dauer dieser Frist.

§ 7 hatte in der Münchner Fassung unter Ziffer 6 stehen:

Der Ausschluß wird dem Mitglied durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.

Statt dessen kommt nun die Änderung, wie sie mit Ziffer 6, 7 und 8 vorliegt:

6. Im ersten Schiedsgericht muß ein oder mehrere Mitglieder des Ortsverbandes, dem das betreffende Mitglied angehörte, mit Sitz und Stimme vertreten sein. Das Schiedsgericht muß sich aus unparteiischen Richtern und Beisitzern zusammensetzen.
7. Der Ausschluß wird dem Mitglied durch den Vorsitzenden seines Ortsverbandes schriftlich mitgeteilt.
8. Gegen die Entscheidung des ersten Schiedsgerichtes ist Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes gestattet. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingereicht, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Ausschlusses schriftlich eingebracht wird. Das Schiedsgericht des Landesverbandes beschließt endgültig.

Diese Bestimmungen, die der Schiedsordnung entnommen sind, sind auf Wunsch der Militärregierung eingefügt worden, weil jedes Mitglied ja in Zukunft im Besitze der Satzungen sein soll und daher über seine verfahrensrechtlichen Möglichkeiten aus der Satzung alles notwendige entnehmen soll.
Bis § 12 einschließlich ist die Münchner Fassung unverändert.
§ 13 lautete in Ziffer 2 der Münchner Fassung, die durch eine Auslassung geändert worden ist, wie folgt:

Der Vorsitzende ist verpflichtet, im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen. Die Einladung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von zehn Tagen zu erfolgen.

Statt dessen lautet er in Ziffer 2 jetzt in dem Vorschlag, wie er von der Militärregierung entsprechend Ihren Anregungen genehmigt worden ist:

Der Vorsitzende ist verpflichtet, im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres eine Hauptmitgliederversammlung einzuberufen.

Es ist eine neue Ziffer 5 angefügt, die folgendermaßen lautet:

Die Hauptmitgliederversammlung und alle weiteren Mitgliederversammlungen sind schriftlich mit einer Frist von einer Woche und unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Sie sind ferner unter Wahrung der Frist und Angabe der wichtigsten Verhandlungspunkte (Wahlen) in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union oder in einer im Bereich des Ortsverbandes verbreiteten Tageszeitung anzuzeigen. In kleinen ländlichen Ortsverbänden kann die öffentliche Bekanntgabe statt durch die Mitteilungen oder durch die Zeitungen in der ortsüblichen Weise (Ausruf, Anschlag) erfolgen.

Hier ist ein Schreibfehler unterlaufen. Es muß heißen "Ausruf" statt "Anruf".
Diese neue Ziffer 5 ist auf Wunsch der Militärregierung eingefügt worden, damit sichergestellt ist, daß jeder von einer möglichen Versammlung Kenntnis erhalten kann.
Der § 15 lautete in der Münchner Fassung in Ziffer 6:

Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, eilbedürftigen Fällen, insbesondere solchen gemäß § 13 Absatz 1 Ziffer f-i, kann der Beirat an die Stelle der Mitgliederversammlung treten, doch ist dieser nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu berichten.

Anstelle dieser Fassung ist nun eine neue Textierung des § 15 Ziffer 6 vorgenommen worden.

Der Beirat hat die Aufgabe, die Vorstandschaft zu unterstützen und sie in allen politischen Fragen zu beraten. Die Vorstandschaft ist gehalten, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören.

§ 17 Ziffer 1 lautete in der Münchner Fassung:

Der Ortsverband wird aufgelöst:
1. a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
   b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.

§ 66 dieser Satzung gilt entsprechend.

Die neue Fassung lautet:

Der Ortsverband wird aufgelöst:
1. a) durch Beschluß der Mitgliederversammlung,
   b) durch Beschluß der Landesvorstandschaft.

§ 67 dieser Satzung gilt entsprechend.

Die folgende Ziffer 2 ist neu gefaßt worden und lautet jetzt:

Gegen den Auflösungsbeschluß der Landesvorstandschaft kann schriftlich Berufung beim Schiedsgericht des Landesverbandes eingelegt werden. Die Berufung gilt als frist- und formgerecht eingelegt, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Zustel-

lung des Auflösungsbeschlusses eingebracht wird und von mindestens einem Viertel der Mitglieder des aufgelösten Ortsverbandes unterschrieben ist. Gegen den Entscheid des Schiedsgerichts ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung Einspruch bei der nächsten Landesversammlung zulässig. Der Einspruch muß von mindestens einem Viertel der Mitglieder des aufgelösten Ortsverbandes unterschrieben sein. Die Landesversammlung entscheidet endgültig.

Im § 18 ist eine redaktionelle Änderung angebracht. Da sind lediglich andere Verweisungsziffern der Paragraphen angegeben. Früher hieß es § 60-72 und jetzt heißt es § 61-73.
§ 24 lautete in der Münchner Fassung folgendermaßen:

Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich, sonst nach Bedarf zusammen. Sie ist vom Kreisvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von acht Tagen zu berufen.

Jetzt lautet die Ziffer 1 in der Ihnen vorliegenden endgültigen Textierung:

1. Die Kreisversammlung tritt mindestens halbjährlich, sonst nach Bedarf zusammen.

Ziffer 3 lautet:

§ 13 Absatz 5 gilt entsprechend.

Es ist das die Verweisung auf die Regelung bei den Ortsverbänden, die wir vorhin schon verlesen haben.
Geändert ist ferner der § 26, Ziffer 1. Die Münchner Fassung lautete:

1. Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung der dem Kreisverband gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist verpflichtet, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören. In dringenden, besonders eilbedürftigen Fällen (§ 23 Absatz a, b, c und k) kann der Beirat an die Stelle der Kreisversammlung treten, jedoch ist dieser nachträglich innerhalb von sechs Wochen über die gefaßten Beschlüsse zu berichten.

Die neue Fassung lautet:

1. Der Kreisbeirat berät und unterstützt die Kreisvorstandschaft bei der Durchführung der dem Kreisverband gestellten Aufgaben. Die Vorstandschaft ist gehalten, den Beirat in allen politisch und organisatorisch bedeutsamen Fragen zu hören.

§ 29 lautete in der Münchner Fassung folgendermaßen:

Der Kreisverband wird aufgelöst:
1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft.
2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter drei gesunken ist.

Dann kamen Verweisungszusätze. Jetzt heißt § 29 in der Ihnen vorliegenden Fassung:

Der Kreisverband wird aufgelöst:
1. Durch Beschluß der Landesvorstandschaft.

2. Er gilt als aufgelöst, wenn die Zahl der angeschlossenen Ortsverbände unter drei gesunken ist. § 17, Absatz 2 und § 67, Absatz 4 und 5 dieser Satzung gelten entsprechend.

Bei § 30 ist genau die gleiche redaktionelle Verweisung geändert. Statt 60-72 heißt es jetzt:

§§ 61-73 gelten entsprechend.

In § 34 der Ihnen vorliegenden Fassung ist in Buchstabe e das Wort "hinzu" eingefügt vor "gewählt", so daß Buchstabe e heißt:

Je drei Vertretern der Frauen und Jugend, die auf Vorschlag der Bezirksvorstandschaft von der Bezirksversammlung hinzugewählt werden.

§ 35 lautete in der Münchner Fassung:

Aufgaben der Bezirksversammlung sind:
a) Wahl der Vorstandschaft,
b) Wahl der Mitglieder des Bezirksständerates,
c) Wahl der Mitglieder der Ausschüsse,
d) Wahl der Kassenprüfer,
e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Vorstandschaft.

Ich lese also die alte Fassung vor und nachher die Ihnen vorliegende:

f) Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge nach den Bestimmungen des Finanzstatuts,
g) Beschlußfassung über die den Vorstandsmitgliedern in besonderen Fällen zu erstattenden Barauslagen und Verdienstausfälle,
h) Ausstellung von Wahlvorschlägen für den Landtag,
i) Wahl von Vertretern zur Landesversammlung, zum Landesausschuß und zur Landesvorstandschaft,
k) Aufstellung von Richtlinien für die politische und organisatorische Tätigkeit innerhalb des Bezirksverbandes nach Maßgabe der Beschlüsse des Landesverbandes,
l) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse des Bezirksverbandes berührenden, politischen und organisatorischen Angelegenheiten von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung.

Die Ihnen vorliegende Fassung f) c) ist mißverständlich. Sie muß infolgedessen als neue selbständige Ziffer g) geführt werden, so daß Ziffer g) jetzt heißt:

Wahl eines Vertreters zur Landesvorstandschaft.

Unter f) war die Frage der Vertretung der Frauen und der Jugend geregelt. Darunter ist versehentlich die Wahl eines Vertreters zur Landesvorstandschaft aufgenommen worden.
Dieses c) bitte ich also zu streichen, statt dessen muß die neue Hauptlitera g) eingefügt werden, die ich eben vorgelesen habe.
In der Ihnen vorliegenden Fassung erhält dann Litera g) die Bezeichnung h), Litera h) die Bezeichnung i), Litera i) die Bezeichnung k), Litera k) die Bezeichnung l).

Neu einzufügen ist die Bezeichnung m) mit folgendem Text:

Aufstellung von Wahlvorschlägen für den Bezirkstag bzw. Stadtrat in den großstädtischen Bezirksverbänden.

Die Ihnen vorliegende Fassung unter Litera l) Aufstellung von Richtlinien usw. erhält infolgedessen jetzt die neue Litera h) und die nachfolgende Litera m) Beschlußfassung über sämtliche das Interesse usw. erhält die neu eingesetzte Litera o).

(Zuruf: Noch einmal m) verlesen!)

Das neu dazwischengerückte m) lautet folgendermaßen:

Aufstellung von Wahlvorschlägen für den Bezirkstag bzw. Stadtrat in den großstädtischen Bezirksverbänden.

In § 37 lautete in der Münchner Fassung die Ziffer 2:

Die Vorstandsmitglieder zu a) und b) werden von der Bezirksversammlung für die Dauer eines Jahres gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig.

Dieser Absatz ist jetzt in der Ihnen vorliegenden Fassung gefallen, so daß der ursprüngliche Absatz 3 jetzt als Absatz 2 in der Ihnen vorliegenden Fassung gilt.
§ 42 alter Fassung bekommt die Paragraphennummer 43, weil ein neuer § 42 in der Ihnen vorliegenden Fassung eingefügt ist. Der neu eingefügte § 42 lautet:

Auflösung:
1. Der Bezirksverband kann nur durch Beschluß der Landesvorstandschaft aufgelöst werden.
2. § 17, Absatz 2 und § 67, Absatz 4 und 5 dieser Satzung gelten entsprechend.

Diese Bestimmung war in der alten Fassung nicht enthalten.
§ 45 alter Fassung entspricht dem § 46 der Ihnen vorliegenden Fassung. Die Münchner Fassung lautete:

1. Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Jetzt lautet § 46:

Die Landesversammlung tagt einmal im Jahr. Sie wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Sie ist außerdem fristgerecht in den Mitteilungen der Christlich-Sozialen Union bekanntzumachen.

Dieser Zusatz ist also gegenüber der früheren Fassung hinzuzusetzen. Im übrigen bleibt der Paragraph unverändert.
§ 47 der Münchner Fassung, jetzt § 48 der Ihnen vorliegenden Fassung ist zu ändern. Er lautete ursprünglich in Ziffer 2:

Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
a) Wahl der Landesvorstandschaft,
b) Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
c) Zustimmung zu den Landtagswahlvorschlägen der Bezirksverbände,
d) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts,

e) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,
f) Festsetzung der Beiträge und Beschlußfassung über das Finanzstatut,
g) Besetzung des Schiedsgerichts,
h) Beschlußfassung über organisatorische Fragen,
i) Wahl von zwei Kassenprüfern.

Anstelle dieses § 47 ist der § 48 in der Ihnen vorliegenden Fassung getreten. Er lautet in Ziffer 2:

Insbesondere hat der Landesausschuß folgende Aufgaben:
a) Wahl der Landesvorstandschaft,
b) Wahl der Vorsitzenden der Arbeits- und Organisationsausschüsse,
c) Entgegennahme des Rechenschaftsberichts,
d) Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag, die Jahresrechnung und die Entlastung der Landesvorstandschaft,
e) Festsetzung der Beiträge und Beschlußfassung über das Finanzstatut,
f) Besetzung des Schiedsgerichts,
g) Beschlußfassung über organisatorische Fragen,
h) Wahl von zwei Kassenprüfern,
i) Wahl der Mitglieder des berufsständischen Rates (§ 52 Absatz 2).

§ 48 Münchner Fassung, jetzt § 49, aber in geänderter Fassung, lautete ursprünglich:

Die Landesvorstandschaft besteht aus:
a) dem Landesvorsitzenden,
b) zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
c) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,
d) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
e) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
f) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates,
g) zwei Vertretern der Frauen,
h) zwei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt.

Statt dessen ist zur Klarstellung des Textes der § 49 in der Ihnen vorliegenden Fassung getreten:
Die Landesvorstandschaft besteht aus:
a) dem Landesvorsitzenden,
b) zehn vom Landesausschuß[3] für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern,
c) zwei Vertretern der Frauen,
d) zwei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt,
e) je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter,

[3] In der Vorlage: "zehn vom Vertreter des Landesausschusses". Die vorgenommene Korrektur entspricht dem Wortlaut des § 49 b) der Satzung vom 4.Oktober 1946, Text im Anhang, Dok. Nr. XVII, S. 1783ff., hier S. 1797.

f) den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören,
g) der Vorstandschaft der Landtagsfraktion,
h) der Vorstandschaft des berufsständischen Rates.

Dann ist geändert worden der § 50 Münchner Fassung, jetzt § 51, und zwar ist der letzte Absatz des § 50 alter Fassung gestrichen, der folgendermaßen gelautet hatte:

Die Landesvorstandschaft verteilt ihre Ämter selbst. Sie muß jedoch mindestens ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied und einen Schatzmeister bestellen.

Dieser Absatz ist in der neuen Fassung ganz entfallen, da es eine Frage der Geschäftsordnung der Landesvorstandschaft ist, wie sie ihre Tätigkeit regelt.
Der § 51 alter Fassung, jetzt § 52, lautet in Ziffer 2 folgendermaßen:

Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft von der Landesvorstandschaft gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Jetzt heißt die Fassung in der Ziffer 2, wie sie Ihnen vorliegt:

Die Mitglieder des berufsständischen Rates werden auf Vorschlag der geschäftsführenden Vorstandschaft vom Landesausschuß gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen (Bauernverband, Gewerkschaften usw.) sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden.

Anstelle der Landesvorstandschaft in der alten Fassung ist also in der neuen Fassung der Landesausschuß getreten.
§ 52 alter Fassung, also jetzt § 53 der Ihnen vorliegenden Fassung, lautete vorher:

1. Zu ihrer Entlastung und zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes wählt die Landesvorstandschaft aus ihrer Mitte eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft. Art und Umfang der Aufgaben der geschäftsführenden Landesvorstandschaft bestimmt die Landesvorstandschaft.

Statt dessen ist auf Anregung der Militärregierung folgende Fassung getreten:

1. Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und der Beratung dringender Angelegenheiten bildet der Landesvorsitzende aus der Mitte der Landesvorstandschaft eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft.

(Zuruf: Ohne Wahl?)

Die Ihnen vorliegende Fassung § 53 Ziffer 1 ist auf einen Wunsch der Militärregierung eingefügt worden.
Ich wiederhole den Text.
(Redner wiederholt § 53 Ziffer 1)

(Widerspruch.)

§ 53 alter Fassung, § 54 neuer Fassung, lautete ursprünglich:

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § [60] dieser Satzung. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines

Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen. Der Landesvorsitzende kann jederzeit an allen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften der Organe aller Verbände der Union stimmberechtigt teilnehmen.

Statt dessen lautet § 54 der Ihnen vorliegenden Fassung jetzt folgendermaßen:

Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § 63 dieser Satzung.

1. Der Landesvorsitzende wird von der Landesversammlung für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
2. Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des Landesvorsitzes hat die Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen.

(Widerspruch. Zuruf: Sie haben den zweiten Satz des neuen § 54 ausgelassen.)

Der zweite Satz der neuen Fassung des § 54 lautet:

Er kann sich vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der geschäftsführenden Landesvorstandschaft vorübergehend oder für einen Teilbereich seiner Aufgaben vertreten lassen.

Der § 54, so wie er Ihnen vorliegt, ist also textlich unverändert. Er ist lediglich gegenüber der früheren Münchner Fassung verändert.
Dr. *Kroth*: Was bedeutet die Ziffer 3 bei § 54 vor "Der Landesvorsitzende"?
Liedig: Das ist ein technischer Fehler in der Vervielfältigung. Ich bitte, das zu entschuldigen. Es heißt:

Landesvorsitzender: Der Landesvorsitzende führt die Geschäfte usw.

§ 55 alter Fassung, jetzt § 56 der Ihnen vorliegenden Fassung, lautete:

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden nach Maßgabe der von dem Landesvorstand beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union teilnehmen.

In der neuen Fassung heißt es:

Der Landesgeschäftsführer ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von dem Landesvorstand beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union beratend teilnehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Da sich bereits Freunde zum Wort melden, würde ich vorschlagen, Wortmeldungen zurückzustellen, bis die ganze Satzung behandelt ist.
Dr. *Hundhammer*: Wir wollen abwarten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde Zettel verteilen lassen. Ich bitte, sich nachher schriftlich zu melden, damit man eine entsprechende Reihenfolge hat.
Liedig: § 56 der Münchner Fassung, jetzt § 57 der Ihnen vorliegenden Fassung, lautete:

> Für das vom Landesausschuß zu bildende Schiedsgericht gelten die Bestimmungen der Schiedsordnung.

Darüber ist jetzt in § 57 der Ihnen vorliegenden Fassung klar ausgeführt worden:

> Der Landesverband hat ein Schiedsgericht zu errichten. Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach der von der Landesversammlung beschlossenen Schiedsordnung. Über die Besetzung beschließt der Landesausschuß.

Das sind Bestimmungen, die aus dem Entwurf der Schiedsordnung hierher entnommen wurden.
§ 57 der alten Fassung, § 58 der Ihnen vorliegenden Fassung, lautete:

> Die Union wird aufgelöst:
> a) durch Beschluß der Landesversammlung,
> b) durch Eröffnung des Konkursverfahrens über ihr Vermögen,
> c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
> d) im Falle des § 73 BGB.

In b) ist das Wort "Eröffnung" durch "Erklärung" richtiggestellt worden, so daß § 58 lautet:

> Die Union wird aufgelöst:
> a) durch Beschluß der Landesversammlung,
> b) durch Erklärung des Konkurses durch ein zuständiges Gericht,
> c) durch Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 43 BGB),
> d) im Falle des § 73 BGB.

Im § 58 ist nur eine redaktionelle Änderung vorzunehmen. Es sind die Verweisungsziffern geändert. Sie lauten jetzt:

> §§ 61-73 gelten entsprechend

Der § 61 alter Fassung ist neu gefaßt und lautet jetzt als § 62:

> Geschäftsstellen:
> 1. Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten. Diese haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen.
> 2. Das Personal der Geschäftsstellen wird durch die Landesvorstandschaft angestellt und bezahlt.

Die alte Fassung dieses Paragraphen lautete folgendermaßen:
Geschäftsführer:

> 1. Die Landesvorstandschaft stellt für in der Regel zwei oder mehr Kreisverbände und für jeden Bezirksverband einen Geschäftsführer an. Die Geschäftsführer führen die Bezeichnung Kreis- bzw. Bezirksgeschäftsführer.

2. Die Anstellung erfolgt auf Vorschlag der betroffenen Kreise und Bezirksvorstandschaften. Kommt eine Verständigung über den ersten und gegebenenfalls zweiten Vorschlag nicht zustande, ist die Landesvorstandschaft berechtigt, von sich aus einen Geschäftsführer einzusetzen.
3. Das Recht, Geschäftsführer einzustellen, einzusetzen und abzuberufen steht lediglich der Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Kreis- bzw. Bezirksvorstandschaften zu. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, entscheidet die Landesvorstandschaft mit Zweidrittelmehrheit.
4. Das Gehalt der Geschäftsführer wird vom Landesverband getragen. Die sonstigen Kosten der Geschäftsstelle werden von den Verbänden aufgebracht, für die sie errichtet sind.
5. Die Aufgaben der Geschäftsführer werden durch eine von der Landesvorstandschaft beschlossene Dienstanweisung geregelt.
6. Der Geschäftsführer untersteht der Dienstaufsicht des Landesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende kann dieses Recht auf das geschäftsführende Vorstandsmitglied oder auf den Landesgeschäftsführer übertragen. Die Geschäftsführer sind an die politischen Weisungen des Landesvorsitzenden und der Vorsitzenden, für deren Bereich sie eingesetzt sind, gebunden.
7. Die Geschäftsführer nehmen an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Verbände ihres Anstellungsbereiches teil.

Anstelle dieses, man könnte fast sagen, eine Dienstanweisung enthaltenden Paragraphen, ist jetzt also § 62 der Ihnen vorliegenden Fassung getreten, die ich bereits verlesen habe.
§ 63 der vorliegenden Fassung lautete früher in Ziffer 2:

> Rechtsverbindliche Erklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein. Finanzielle Verpflichtungen bedürfen ausserdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

Statt dessen heißt es jetzt in Ziffer 2 der Ihnen vorliegenden Fassung:

> Rechtsverbindliche Willenserklärungen und politische Erklärungen von weittragender oder grundsätzlicher Bedeutung müssen vom Vorsitzenden und einem weiteren Vorstandsmitglied unterschrieben sein.

Neu ist dann als selbständiger Absatz 3 angefügt:

> Für das Eingehen finanzieller Verpflichtungen gelten die Bestimmungen des Finanzstatuts.

Früher hieß es:

> Finanzielle Verpflichtungen bedürfen außerdem der Genehmigung des Schatzmeisters.

Aber da es möglich ist, daß im Finanzstatut eine andere Regelung getroffen werden kann, ist auf dieses Statut einfach verwiesen worden.
§ 63 entspricht dem § 64 der Ihnen vorliegenden Fassung. Die alte Bestimmung lautete in Ziffer 2:

> Die Kassen- und Rechnungsprüfung jedes Unterverbandes ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei Kas-

senprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

Jetzt lautet die Fassung:

Die Kassen- und Rechnungsprüfung jedes Unterverbandes sowie des Landesverbandes ist am Schlusse eines Geschäftsjahres und außerdem mindestens halbjährlich noch einmal von zwei unabhängigen, geprüften Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm zu benennenden Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

§ 67 der Ihnen vorliegenden Fassung lautete früher:

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Die Organe sind beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Wird Beschlußunfähigkeit festgestellt, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Versammlung einzuberufen, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen beschließen kann.
2. Auflösungsbeschlüsse können nur gefaßt werden, wenn
   a) beim Ortsverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen,
   b) beim Landesverband mindestens drei Viertel aller Mitglieder der Landesversammlung anwesend sind und davon zwei Drittel der Auflösung zustimmen.
3. Wird die Anwesenheit von drei Viertel der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so kann eine zweite Versammlung berufen werden, die dann mit einfacher Mehrheit der Erschienenen beschließt.
4. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die Kreisversammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
5. Bei Auflösung eines Ortsverbandes geht das Vermögen auf den Kreisverband über. Das Vermögen aufgelöster Kreisverbände geht auf die Bezirksverbände über, das Vermögen aufgelöster Bezirksverbände gilt als an den Landesverband übertragen. Bei Auflösung des Landesverbandes geht das Vermögen der Union je zur Hälfte an die Caritas und an die Innere Mission.

Die Fassung des § 67, wie sie Ihnen vorliegt und die an die Stelle dieser Fassung, wie ich sie eben vorgelesen habe, tritt, lautet folgendermaßen:

1. Alle Organe der Union fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit.

Die Ihnen vorliegende Fassung hat wegen der Frage der Untervertretung, wie sie auch heute akut war, folgende Einfügung zu bekommen:

Jeder stimmberechtigte Vertreter muß seine Stimmberechtigung durch schriftliche Vollmacht des von ihm vertretenen Organs der Partei nachweisen.

Es geht dann weiter - ich verlese langsam und diktiere:

Mit Zustimmung des vertretenen Organs kann ein stimmberechtigter Vertreter im Falle dringender Verhinderung seine Stimme durch schriftliche Vollmacht auf einen von ihm namhaft zu machenden Vertreter fallweise übertragen.

Soll ich die ganze Einfügung jetzt noch einmal verlesen oder ist es nicht erforderlich?

(Nein!)

Dann bleibt § 67 abgesehen von dieser Einfügung in der Ihnen vorliegenden Fassung unverändert. Die Veränderungen gegenüber der früheren Fassung darf ich noch ergänzen. Ziffer 1 haben wir eben durchgearbeitet. Ziffer 2 entspricht der Ziffer 2, wie sie auch in der Münchner Fassung war, Ziffer 3 der Ihnen vorliegenden Fassung und Ziffer 4 sind zu ändern. Ziffer 5 entspricht wieder der früheren Fassung. Ich lese die Ihnen vorliegende Fassung, also die neue Textierung vor:

3. Wird die Anwesenheit von drei Viertel der Mitglieder bei der ersten Versammlung nicht erreicht, so beschließt diese einen Termin, zu dem eine neue Versammlung frühestens nach Ablauf einer Woche und innerhalb von vier Wochen einzuberufen ist, die dann mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen über die Auflösung beschließt.

Dann heißt es weiter:

4. Im Falle der Auflösung gelten die letzten Vorstandsmitglieder als Liquidatoren, sofern nicht bei den Ortsverbänden die Mitgliederversammlung, bei den Kreisverbänden die Kreisversammlung, bei den Bezirksverbänden die Bezirksversammlung und beim Landesverband die Landesversammlung andere Liquidatoren wählt. Für die Tätigkeit, Vergütung und Verantwortung der Liquidatoren gelten die Bestimmungen über den Vorstand entsprechend.
5. Im Falle der Auflösung durch Beschluß der Landesvorstandschaft kann dieser zugleich die Liquidatoren bestellen.

Ziffer 6 in der Ihnen vorliegenden Fassung ist unverändert.
Die Ziffer 3 der Münchner Fassung des § 67, § 68 der Ihnen vorliegenden Fassung, ist in Ziffer 3 und 4 neu gefaßt. Die alte Ziffer 3 der Münchner Fassung lautete:

3. Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können. Spätere Anträge sind nur zulässig, wenn sie sich erst aus der Versammlung selbst ergeben oder von der Mehrheit der Versammlung zugelassen werden.

Statt dessen lautet die Ziffer 3 der Ihnen vorliegenden Fassung:

Die Anträge sind so zeitig zu stellen, daß sie noch in die mitzuteilende Tagesordnung aufgenommen werden können.

Neu hinzugefügt ist eine Ziffer 4:

Anträge, die - ohne in unmittelbarem Zusammenhang mit den Verhandlungsgegenständen zu stehen - erst während einer Sitzung oder Versammlung eingebracht werden, werden zwar entgegengenommen, doch entscheidet die Versammlung, ob sie sofort oder erst zu einem späteren Termin beraten werden sollen.

Dr. *Hundhammer*: Das Wort "eine" in Ziffer 4 ist wohl zu streichen?
Liedig: Es ist ein Diktatfehler.
§ 71 der Münchner Fassung - § 72 der Ihnen vorliegenden Fassung - lautete:

1. Die Landesvorstandschaft hat ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung und die Politik sämtlicher Unterverbände der Union.

2. Die Landesvorstandschaft kann aus ihrer Mitte ein Mitglied mit der Ausübung dieser Aufsicht beauftragen.
3. Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände der Union sämtliche Unterlagen anfordern und alle Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind. Es kann ferner an sämtlichen Sitzungen, Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften innerhalb der Union stimmberechtigt teilnehmen.

Statt diesem § 71 gilt die Ihnen vorliegende Fassung. Gegenüber der früheren Fassung sind geändert worden Ziffer 1 und 3. Der § lautet jetzt als § 72 folgendermaßen:

1. Die Landesvorstandschaft hat das Recht, den Geschäftsbetrieb und die Kassenbücher aller Unterverbände der Union zu überprüfen, damit der Geschäftsbetrieb dieser Verbände entsprechend den Anordnungen des Landesausschusses durchgeführt wird.

Die Ziffer 2 entspricht der Fassung, wie sie in der Münchner Fassung schon festgelegt war. Ziffer 3 lautet jetzt:

Das mit der Aufsicht beauftragte Mitglied der Landesvorstandschaft kann von den Organen der Unterverbände sämtliche Unterlagen anfordern und Auskünfte verlangen, die zur Ausübung dieses Rechtes erforderlich sind.

§ 73 der Ihnen vorliegenden Fassung, früher § 72, lautete in Ziffer 1 folgendermaßen:

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine Fusionen irgendwelcher Art eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.

§ 73 lautet jetzt folgendermaßen:

1. Die Verbände der Union können keine wirtschaftlichen Beteiligungen und keine wirtschaftlichen und politischen Fusionen gleich welcher Art eingehen. Sie dürfen sich auch selbst nicht wirtschaftlich betätigen.

Ziffer 2 bleibt unverändert.
Nach diesem § 73, wie ich ihn eben verlesen habe, ist neu einzufügen ein neuer § 74:

Änderungen: Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

Ich wiederhole den neuen § 74.
(Redner wiederholt den Paragraphen.)
Der § 74 der Ihnen vorliegenden Fassung erhält die Bezeichnung § 75 und wird redaktionell in der Ziffer 1 wie folgt geändert. Es bleibt bestehen:

Diese Satzung ist in der am 17. Mai 1946 in München stattgefundenen Landesversammlung beschlossen.

Hier ist neu einzufügen der heutige Akt mit folgenden Worten:

und durch den am 4. Oktober 1946 in München zusammengetretenen Landesausschuß in dieser überarbeiteten Form angenommen worden.

Im übrigen bleibt die Satzung in Ziffer 1:

Sie tritt sofort in Kraft und ist jedem Mitglied auszuhändigen.

bestehen und ebenso die Ziffer 2.

Damit habe ich die Änderungen der Satzung vergleichsweise bekanntgegeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir treten in die Diskussion ein. Bevor ich die Diskussion eröffne, bitte ich Sie um folgendes: Denken Sie, bitte, daran, daß Änderungen, die vorgeschlagen werden, dann, wenn sie der Mehrheit nicht absolut notwendig erscheinen, ein Funktionieren der Organisation der Union behindern. Denn dann sind erst wer weiß wie lange Verhandlungen notwendig, bis die einzelnen Änderungen durchgesetzt werden. Wenn Sie redaktionelle Änderungen haben, dürfte das natürlich keine Schwierigkeit bedeuten.
Erste Wortmeldung: Dr. *Hundhammer*.
Dr. *Hundhammer*: Die Satzungen, wie sie uns jetzt vorliegen, sind - ich glaube, den Eindruck haben Sie alle mit mir jetzt gewonnen - ein außerordentlich umfangreiches und zum Teil kompliziertes Werk geworden, und auch der Aufbau, der Apparat der Partei im ganzen ist ein sehr umfangreicher Bau geworden. Ich glaube, es wird zweckmäßig sein, wenn wir dafür einen Lehrstuhl für Parteisatzungen beantragen. Auf alle Fälle wird es notwendig sein, die Kenntnis der Satzungen bei unseren Funktionären sehr eingehend zu pflegen und zu fördern. Denn gerade bei dem großen Kreis der Funktionsträger, die wir haben, wird es viele geben, die sich nicht ohne weiteres in dem Umfang in die Satzungen vertiefen werden, wie es zum vollen Verständnis notwendig wäre. Ich hätte lieber kürzere Satzungen gesehen.
Vorweg ein paar kleinere Einzelheiten, die mir bei der Bekanntgabe aufgefallen sind: Einmal möchte ich die Frage aufwerfen, warum keinerlei Selbstauflösungsrecht der Kreis- und Bezirksverbände vorgesehen ist. Dann, bei Artikel 62, wurde nach meinen Notizen - ich weiß nicht, ob ich mich irre - am 17. Mai seinerzeit als Text noch beschlossen:

> Das Personal der Geschäftsstelle wird durch die Landesvorstandschaft im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Kreis- und Bezirksverbände angestellt und bezahlt.

So lauten meine Notizen.

(Zuruf: Jawohl!)

Liedig: Das ist so verlesen worden.
Dr. *Hundhammer*: Das fehlt aber im Text, der uns vorliegt.

(Zustimmende Zurufe.)

Liedig: Der jetzige § 62 weist eine ganz andere Fassung als der ursprüngliche § 61 der Münchner Fassung auf. Die Münchener Fassung, die ich verlesen habe, habe ich mit dieser Änderung verlesen, wie Sie sie eben zitiert haben.
Dr. *Hundhammer*: Auf diesen Zusatz wollten wir nicht ohne weiteres verzichten, wenn nicht eine ganz besondere Begründung dazu gegeben werden kann. Aber ich glaube, das sind kleinere Nebensächlichkeiten. Der einzige Punkt, der mir in der ganzen Diskussion heute vor der Endabstimmung über die Satzungen wesentlich erscheint, ist der, ob an der Spitze der Partei ein einzelner Vorsitzender stehen soll, oder ob wir eine kollegiale Führung durch die Vorstandschaft haben sollen. Die beiden hierfür in Betracht kommenden §§ sind die §§ 49 und 53. Ich werde auf diese beiden hernach noch zurückkommen. Beim § 64 hätte ich noch etwas vorweg zu erwähnen: Er sieht jetzt vor, daß die Kassen- und Rechnungsprüfung jedes Unterverbandes am Schluß

des Geschäftsjahres und noch außerdem halbjährig einmal von zwei unabhängigen geprüften Kassenprüfern und dem Vorsitzenden zu überprüfen sind.

(Zuruf: Wer zahlt das!)

Eine Prüfung durch geprüfte Kassenprüfer verstehe ich für die Landesorganisation, vielleicht auch noch für die Bezirksorganisation, aber für die Kreisorganisationen draußen in jedem Bezirk und eventuell sogar für die Ortsverbände - ich weiß nicht, ob das auch darunter zu verstehen ist -, das würde ich als außerordentlich weitgehend erachten, als zu weitgehend.

(Zurufe: Jawohl!)

Nun aber zu den anderen Bestimmungen: Zu § 53. Der § 53 sagt:

> Zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes bildet der Landesvorsitzende aus der Mitte der Landesvorstandschaft eine aus sieben Mitgliedern bestehende geschäftsführende Landesvorstandschaft.

Dieser Punkt ist etwas von dem sogenannten Führerprinzip, gegen das ich mich bei den früheren Beratungen der Satzung gewendet habe. Wenn dieser Passus bliebe, könnte ich für meine Person - abgesehen von einem zweiten dann noch - die Satzungen nicht annehmen. Ich würde es vielmehr für richtig halten, dann hier einzusetzen - wenn man die Bestimmung als solche lassen will -

> Zur Entlastung der Vorstandschaft ... wird ein aus den Vorsitzenden der Bezirksverbände gebildetes Sondergremium geschaffen.

Nach den demokratischen Grundsätzen, nachdem die ersten Vorsitzenden doch gewählt sind, müßte das die Stelle sein, die autorisiert ist, hier als kleiner Kreis, meinetwegen zusammen dann mit dem ersten Landesvorsitzenden, zu sprechen und zu handeln.
Dann aber beim § 49, in dem vorgesehen ist, daß die Landesvorstandschaft aus dem Landesvorsitzenden usw. besteht, da stelle ich den Antrag - ich bitte, auch meine vorherige Anregung als Antrag zu nehmen - ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Anträge zu formulieren.
Dr. *Hundhammer*: Wird geschehen. Ich reiche ihn noch schriftlich ein. Bei § 49 a stelle ich den Antrag, daß nicht *ein* Landesvorsitzender gewählt wird, sondern eine Landesvorstandschaft, bestehend mindestens aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden, jedenfalls bestehend aus mehreren Mitgliedern. Den Antrag möchte ich erst nach der Diskussion formulieren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen, daß in der schriftlichen Einladung für die heutige Landesausschußsitzung eigens stand: Etwaige Abänderungsvorschläge sind spätestens zu Beginn der Landesausschußsitzung schriftlich vorzulegen.

(Zurufe des Widerspruchs!)

Wir müssen die Satzungen tatsächlich heute durchbringen. In nicht allzu langer Zeit ...

(Zurufe: Wir haben die Satzungen ja erst gekriegt.)

Zu dem was Dr. *Hundhammer* gesagt hat, darf ich folgendes erklären: Die Landesversammlung hat die Statuten auch so angenommen, aufgenommen wurden nur die Abänderungsvorschläge der Militärregierung. Die Abänderungen wurden nicht etwa unsererseits gemacht. Die Militärregierung hatte - das habe ich vorhin erklärt - aus Uni-

onskreisen eine Schrift bekommen, in der gegen die von der Landesversammlung angenommenen Statuten Stellung genommen wurde. Es war das sicher kein gewöhnlicher Vorgang.
Dr. *Hundhammer*: Aber nicht von mir und nicht im Einverständnis mit mir.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf weiter sagen, Dr. *Hundhammer*, laut Aktennotiz vom 16. September 1946 war Dr. *Hundhammer* am Samstag vor dem 16.

mit einigen Begleitern und seiner Sekretärin bei Oberstleutnant *Burns* gewesen und habe sich nach unseren Satzungen erkundigt. Dabei gebrauchte er gegen den angeblich dort niedergelegten Willen zu diktatorischer Führung recht scharfe Worte. Oberstleutnant *Burns* gab ihm dann die Satzungen zur Durchsicht. Der ganze Verlauf wurde durch Dr. *Hundhammers* Sekretärin schriftlich festgehalten.
Hundhammer machte dann Einwendungen gegen verschiedene Paragraphen unserer Satzungen, vor allem gegen einige, die inzwischen bereits geändert worden sind. *Burns* erklärte ihm hierauf jeweils, daß die in Frage kommenden Paragraphen bereits geändert seien, oder sagte wie im § 62 (Geschäftsstellen), daß sie in dieser Form für die Militärregierung durchaus annehmbar seien. Am Schluß der Unterredung erklärte Dr. *Hundhammer* dann, in dieser Form sei er natürlich mit den Satzungen auch einverstanden und habe nichts dagegen einzuwenden. Oberstleutnant *Burns* fand es auffallend, wie schnell Dr. *Hundhammer* seine Haltung von scharfer Ablehnung bis zur begeisterten Aufnahme änderte, sobald er den Standpunkt der Militärregierung erfahren hatte.

(Dr. *Hundhammer*: Zur Richtigstellung!)

Herr Dr. *Hundhammer*, ich habe in aller Ruhe das vorgetragen, was *Burns* erklärt hat. Ich habe schon früher Herrn Dr. *Hundhammer* darauf aufmerksam gemacht. Es war deswegen, weil es mir nicht unbedingt notwendig erscheint, daß jemand, der in der Landesversammlung überstimmt wurde - die Satzungen wurden bekanntlich damals angenommen, ich glaube gegen drei oder fünf Stimmen,

(Zuruf: 181)

verschwindend wenig Stimmen im Vergleich zu den 200 Stimmen, die dafür waren ...
Daraufhin hat Dr. *Hundhammer* erklärt, er sei nicht aus eigenem Antrieb hingegangen, sondern vorgeladen worden. Wir haben nun von der Militärregierung folgendes erfahren, und zwar vom Vertreter des Oberstleutnant *Burns*: Dieser Vertreter hat festgestellt, daß Dr. *Hundhammer* seitens der Militärregierung weder eingeladen noch bestellt worden ist.

Er verneinte dies entschieden und erklärte, Dr. *Hundhammer* sei überraschend und ohne irgendwelche Aufforderung der Militärregierung dort erschienen. Die Frage, ob Dr. *Hundhammer* am Ende der Besprechungen über die Satzungen noch Einwände geltend gemacht oder Vorbehalte aufrechterhalten habe, verneinte er entschieden. Dr. *Hundhammer* habe sich im Gegenteil mit den Satzungen in dieser Form grundsätzlich zufriedengestellt erklärt.

Dr. *Hundhammer*: Ich bitte ums Wort zur Richtigstellung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Hundhammer*.
Dr. *Hundhammer*: Ich erkläre hierzu folgendes:
1. Ich bin nicht auf eigene Anregung zur Militärregierung gegangen, sondern mir ist mitgeteilt worden, daß ich kommen soll. Ich bitte, wenn Zweifel dareingesetzt werden, Herrn Oberst *Burns* zu fragen und mich ihm gegenüberzustellen.

2. Es ist unwahr, wenn behauptet wird, ich wäre nicht bestellt worden. Es wurde mir sogar der Termin mitgeteilt, wann ich kommen sollte, ohne daß ich Herrn Oberst *Burns* vorher kannte.
Es ist ferner unwahr, daß ich mit einigen Begleitern und einer Sekretärin dort gewesen bin. Ich war allein dort, ohne Begleiter. Ich habe mich mit niemand hinbestellt gehabt, auch keine Sekretärin war dabei. Ich war ganz allein dort. Auch in dem Punkt sind die aufgestellten Behauptungen nicht richtig und entsprechen absolut nicht den Tatsachen.
Zu den weiteren Einzelheiten möchte ich sagen, daß ich bei Oberst *Burns* die Satzungen vorgelegt bekam, dann gefragt wurde, wie ich mich dazu stelle. Dann habe ich meinen Standpunkt dort dargelegt. Ich bestreite aber ausdrücklich, daß ich von meiner Seite dazu den Anstoß gegeben hätte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich will keine lange Debatte darüber, erstens hat *Burns* es mir persönlich gesagt, dann dem Herrn *Haunhorst* erklärt. Wir brauchen darüber...
Dr. *Hundhammer*: Gegenüberstellen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zum rein Sachlichen - meine lieben Freunde, ich bitte um Ruhe - darf ich bemerken: Ich weiß es, daß von Diktatur usw. im ganzen Lande jetzt herumgeschrieen wird. Es kommt mir wirklich nicht darauf an, eine Diktatur zu führen. Im Gegenteil, ich glaube, daß viele vielleicht sogar den gegenteiligen Einwand haben, daß man da und dort energischer durchgreifen soll. Es liegt in der Hinsicht die eine und andere Resolution vor, die mir zugeschickt worden sind. Auf der anderen Seite ist es so: Irgend jemand muß die Verantwortung übernehmen. Er kann aber die Verantwortung nur tragen, wenn die Union geschlossen dasteht. Ich habe zunächst als Landesvorsitzender die Verantwortung zu übernehmen gehabt. Ich begrüße den Tag, an dem die Landesvorstandschaft gewählt ist. Das kann ich ruhig sagen, weil rein physisch ein einzelner die ganze Arbeit nicht durchhalten kann, um so mehr, als die Freunde im ganzen Land wissen, daß ich im Wahlkampf dauernd, immer und immer wieder, tätig bin. Wenn die Freunde aus Nürnberg sprechen, so werden sie bestätigen, daß ich allein an einem Samstag-Sonntag acht Reden in Nürnberg gehalten habe. Es ist nicht durchzuhalten, aber wenn sie dastehen, müssen sie die Verantwortung tragen und jeder Vorwurf der Diktatur ist in dem Falle ungerechtfertigt. Freilich muß man dann bestimmte Entscheidungen treffen. Die Militärregierung hat eine Änderung vorgenommen, die vielleicht von Ihnen, wenn Sie übelwollen, in dem Sinne ausgelegt werden kann, daß der Landesvorsitzende zuviel Recht hätte, wenn er aus der Landesvorstandschaft das Gremium bestellt, das mit ihm dann unmittelbar die Verantwortung teilt. Es wird ja aus der gewählten Landesvorstandschaft bestellt. Auf der anderen Seite ist auch die Anregung nicht von mir gekommen. Im Gegenteil ist dieser Wunsch von der Militärregierung geäußert worden, und zwar deswegen, weil das dem amerikanischen Parteileben entspricht, weil dort der Mann, der die Verantwortung hat, für die Dauer, für die er gewählt ist, auch die Männer bestellt, die mit ihm die Verantwortung tragen. Er ist für sie mitverantwortlich. Er leidet darunter, wenn sie Fehler machen. Infolgedessen soll er - das ist die Darstellung, die die Militärregierung gegeben hat - seinerseits dabei die Verantwortung von vornherein mit übernehmen müssen. Werden von der Landesvorstandschaft die einzelnen Leute gewählt, so wie es bisher war, dann wird im Streitfall nach der Auffassung, wie sie dort in Amerika herrscht, die Verantwortung dem Landesvorsitzenden zum Teil abgenommen. Man erklärt dann: Ist die Zeit abgelaufen, dann muß der Landesvorsitzende, wenn er Fehler gemacht hat, an und für sich ausscheiden und wird nicht mehr gewählt. Auch wenn

seine Mitarbeiter Fehler machen, muß er dafür geradestehen. Das ist der Grund, der mir vorgeführt wurde. Ich habe kein Wort in dem Sinne von mir aus vorgebracht. Ich war überrascht, weil ich vorher Kenntnis von der Schrift bekommen habe, die aus der Union gegen die Satzung eingereicht worden ist und die die Diktatur des Landesvorsitzenden besonders in den Vordergrund gestellt hat.
Das ist das Ergebnis der Verhandlungen gewesen. Die anderen Änderungen, wie sie vorgeschlagen wurden, wurden von der Militärregierung durchwegs ihrerseits an uns herangebracht, nicht etwa von uns angeregt. Ich habe mich bei diesen ganzen Verhandlungen sehr zurückgehalten. Das hat im wesentlichen Herr *Haunhorst* getan, der Verbindungsmann zur Militärregierung ist, weil er fließend englisch spricht und ich selbst nicht jeden Tag hingehen kann. Ich mußte eine Zeitlang jeden Tag dort sein und habe Anregungen entgegengenommen; es wurden sofort dort wieder Vorschläge eingereicht, und zwar im wesentlichen immer nur in Anlehnung an die Erklärungen der Militärregierung. Gerade deswegen bitte ich Sie, davon Abstand zu nehmen, jetzt in dem Sinne Änderungen durchzuführen. Sollten Sie weiter gehende Änderungen durchführen wollen, dann können Sie das immer noch in der Landesversammlung machen, denn Sie sind ermächtigt, hier, wie ich vorgelesen habe, die Statuten mit den Änderungen anzunehmen oder erneute Änderungen wieder dort vorzuschlagen. Die Landesversammlung, die die Statuten beschlossen hat, ist selbstverständlich das über dem Landesausschuß gebildete Gremium. Die neue Landesversammlung hat ihrerseits eventuell die entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Ich bitte Sie, das in der Diskussion zu berücksichtigen, damit wir nicht zuviel Zeit durch Anträge verlieren.
Das nächste Wort hat Dr. *Gamperl*.
Dr. *Hundhammer*: Darf ich den einen Antrag, wie er jetzt formuliert ist, verlesen: § 53 lautet:

> Zur Beratung dringender Angelegenheiten wird eine geschäftsführende Landesvorstandschaft gebildet, die aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden sowie aus den ersten Vorsitzenden der Bezirksverbände besteht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich schlage vor, über die Anträge am Schluß abzustimmen und vorher die Debatte zu Ende zu führen. Wir werden, ich glaube, nachdem alle Freunde von auswärts gekommen sind, zuerst auch deren Meinung hören.
Dr. *Gamperl*: Meine Damen und Herren! Im Namen des Bezirksverbandes Oberpfalz schlage ich vor, daß durch den Landesausschuß die Satzungen mit den von der Militärregierung vorgeschlagenen Änderungen genehmigt werden. Ich begründe das damit, daß wir ja eigentlich nur das Recht haben, abzulehnen oder anzunehmen, nicht etwa Änderungen vorzuschlagen.

(Zurufe des Widerspruchs.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu vielleicht nochmals das Schreiben der Militärregierung verlesen:

> Die Satzungen mit den eingearbeiteten Abänderungen sind möglichst ohne Verzug dem Landesausschuß vorzulegen. Werden sie dort ohne weiteres angenommen, sind der Militärregierung durch den Landesvorsitzenden drei beglaubigte Abschriften der Satzungen in englisch und deutsch zur Genehmigung vorzulegen. Weiter muß ein Brief mit vorgelegt werden mit Angabe des Datums der Versammlung, in der die Satzungen beraten wurden, sowie des Ergebnisses der Abstimmung über die Satzungen. Sollten erneute Änderungen gewünscht werden, müßten die Satzungen

der Militärregierung von Bayern mit diesen Änderungen nochmals zur Überprüfung vorgelegt werden.

Dr. *Gamperl*: Wenn ich sagte, daß wir nur die Möglichkeit haben, die Satzungen anzunehmen oder abzulehnen, so begründe ich das damit, daß, wenn wieder eine Verzögerung eintritt, wir vor dem nächsten Wahlkampf in einer derartig schwierigen Lage und derart gelähmt sind, daß wir es keineswegs verantworten können, diese Verzögerung noch einmal auf uns zu nehmen. Ich möchte doch sagen, wir sind doch die Christlich-Soziale Union. Beim Turmbau von Babel gab es bekanntlich die Sprachverwirrung. Ich meine, wir, die wir doch grundsätzlich eine christliche Partei sind, haben es nicht notwendig, eine solche Sprachverwirrung auf uns zu nehmen.
Ich bitte daher, den Antrag Dr. *Hundhammer* abzulehnen und die Satzungen, so wie sie sind, anzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu vielleicht noch folgendes ausführen: Die Militärregierung hat am 22. August 1946 die einzelnen Bedingungen für die Genehmigung der Statuten angegeben. Dabei hat sie für den § 52 folgendes wörtlich nicht nur vorgeschlagen, sondern auch für die Änderung begründet:

Die sieben Mitglieder der geschäftsführenden Landesvorstandschaft sollen durch den Landesvorsitzenden aus den 41 Mitgliedern der Landesvorstandschaft ernannt werden. Nur auf diese Weise ist es gewährleistet, daß der Landesvorsitzende während seines Amtsjahres wirklich führen und arbeiten kann.

Das ist, wörtlich wiedergegeben, die Erklärung, die die Militärregierung für ihren Standpunkt angegeben hat.
Ich erteile das Wort dem nächsten Redner, *Brandner, Wolfgang*.
Brandner: Meine Damen und Herren!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich vielleicht vorher noch sagen, meine lieben Freunde, damit sich die Debatte darüber nicht zu lange aufhält, Ihnen vorzuschlagen, daß der einzelne Redner eine Redezeit von drei Minuten hat, wenn nicht die Ausführungen grundsätzlicher Art sind; dann werde ich nicht unterbrechen. Einverstanden? (Kein Widerspruch.) Dann darf ich bei drei Minuten jeweils unterbrechen.

(Zuruf: Einschließlich des Vorsitzenden!)

Brandner: Meine Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, daß z.B. beim § 62, wo es heißt:

Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten; diese haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen. Das Personal der Geschäftsstellen wird durch die Landesvorstandschaft abgestellt und bezahlt

das nicht weitgehend genug ist, weil gerade der Kreisvorsitzende und Bezirksvorsitzende unter Umständen mit den Geschäftsführern zusammenarbeiten muß. Es könnte nun sehr leicht vorkommen, daß ihm von oben herunter Leute hingestellt werden, die mit der jeweiligen Mentalität der Masse nicht vertraut sind. Ich würde schon vorschlagen, weil es zu stark nach Zentralismus riecht, daß man hier an den ersten Satz angeheftet den Nachsatz macht:

wenn die Bezirks- und Kreisverbände dies unterlassen.

Dann hat die Landesvorstandschaft das Recht, um eine wirklich gute Parteiarbeit und reibungslose Geschäftsführung durchzuführen, selbst Leute einzusetzen. Aber solange die Kreis- und Bezirksverbände das selbst machen, habe ich die Meinung, soll die Landesvorstandschaft das nicht tun, nur dort, wo das nicht gemacht wird. Ich glaube kaum, daß selbst Bedenken bei der Militärregierung in diesem Punkte zum Ausdruck kommen würden, weil nämlich auch auf der anderen Seite die demokratische Grundnorm und der innere Aufbau der Partei von unten heraus grundsätzlich gewahrt bleibt.
Dr. *Fackler*: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte vorschlagen, daß die einzelnen Redner zuerst über den gleichen Paragraphen sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß man bezüglich der Geschäftsführung rascher vorwärts kommt. Auch in der Landesversammlung wurde dieser Gegenstand sehr lang verhandelt. Die Militärregierung ihrerseits vertritt die Auffassung, daß die Geschäftsführung in den Kreisverbänden bestellt werden soll, wie hier vorgesehen ist, und zwar deshalb, weil damit das Funktionieren des Parteiapparates gewährleistet ist. Allerdings wird dabei festgestellt, die Geschäftsführer müssen sich fernhalten von der Einmischung in die Politik außerhalb des eigentlichen Bereiches, in dem sie selbst ansässig sind. Wenn sie dort Mitglieder sind, können sie selbstverständlich als Mitglieder auch ihre Rechte wahrnehmen. Außerhalb dieses Bereiches sollen sie rein geschäftsführende Funktionen haben. Die politische Verantwortung trägt der jeweilige Vorsitzende. Der Geschäftsführer hat keine politische Verantwortung. Das wird eigens bei den einzelnen Anweisungen klargestellt und bei den Verpflichtungen aufgenommen werden, wenn Geschäftsführer aufgestellt werden.
Bitte, *Liedig*.
Liedig: Soweit bisher überhaupt Geschäftsführer eingesetzt worden sind, ist es jeweils nach vorheriger Befragung der Bezirks- und Kreisvorstandschaft geschehen. Dasselbe Verfahren wird auch in der Anweisung über die Einsetzung der Geschäftsführer vorgesehen. Die Fassung, wie hier der § 62 vorliegt, ist auf den Vorschlag des Obersten *Burns* in dieser Form aufgenommen worden, weil er gesagt hat, die Parteiapparatur muß eine einheitliche sein und der Geschäftsführer, der draußen eingesetzt wird, hat eine doppelte Funktion: Er ist einmal das Arbeitsorgan des Vorsitzenden im Bezirk und des Vorsitzenden im Kreis, also der Stelle, für die er als Geschäftsführer eingesetzt ist; er ist zweitens das verwaltungsmäßige Vollzugsorgan der Anweisungen, die von der Landesvorstandschaft für die organisatorische und verwaltungsmäßige Arbeit innerhalb der Union gestellt werden. Es ist klar zum Ausdruck gebracht in Ziffer 1:

> Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten; diese haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen.

Die Fassung entspricht wörtlich dem, was der Oberst *Burns* uns bei der Besprechung vorgeschlagen hat. Nach meiner Auffassung ist für diese Aufgabenbegrenzung die Regelung tragbar. Die Landesvorstandschaft muß die Geschäftsführer einsetzen. Die Landesvorstandschaft, die ja ihrerseits wieder, wie Sie aus der Satzung ersehen, in sich unter anderem ja auch die Bezirksvorsitzenden umfaßt, also nicht die geschäftsführende Vorstandschaft, sondern die gesamte Landesvorstandschaft hat die Einsetzung und Anstellung der Geschäftsführer zu genehmigen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächster Redner - Dr. *Kroll* - ist nicht da; wird zurückgestellt. - *Sauer*!
Sauer: Meine lieben Parteifreunde! Es erübrigt sich doch, nachdem wir bereits einige Tage in der Landesversammlung groß und breit über unsere Statuten verhandelt haben, daß wir hier noch einmal Änderungsanträge haben. Es ist richtig, auch damals haben wir den Änderungsantrag, den Dr. *Hundhammer* gebracht hat, gehabt. Wir haben gesehen, welche Stellung die Militärregierung einnimmt. Ich habe das auch in Unterfranken erlebt. Wir wissen, welchen Kampf wir Oberbürgermeister haben. Die Militärregierung hat sich immer auf den Standpunkt gestellt, in allen Kreisverbänden, der jeweilig Gewählte hat die Verantwortung zu tragen, einzig und allein. Wenn er nach einem Jahr nicht paßt, dann, sagen sie, lehnen Sie ihn ab. Er ist ja nur auf ein Jahr gewählt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man, ohne daß man die Statuten zu ändern braucht, vielleicht diesen Antrag Dr. *Hundhammers* unterstützen könnte, daß die jeweiligen Bezirksverbandsvorsitzenden zu diesen Ausschüssen hinzugezogen werden müssen. Dazu brauchen wir keine Änderungen. Denn wir kommen bald einen Schritt weiter. Die Militärregierung Würzburg hat schon am 1. Oktober die direkte Aufstellung der Kandidaten verlangt. Sie hat sie von den Sozialdemokraten und von den Kommunisten. Die haben sie schon, wir kommen überall hinterher, und da bin ich der Meinung, daß wir es sein lassen, diesen Antrag zu stellen, ebenfalls die Anträge von den übrigen Herren; da ist in der Geschäftsordnung unter 1 der Satz drin, die Einsetzung erfolgt im Einvernehmen mit dem zuständigen Bezirksvorsitzenden. Ich glaube, wir reden aneinander nur vorbei.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist ein rein redaktioneller Antrag Dr. *Semler* eingegangen. Dr. *Semler*.
Dr. *Semler*: Ich stelle den Antrag nur, weil der Punkt erfahrungsgemäß eine Rolle spielt. In dem diktierten Text zu § 67, 2. Satz heißt es, daß ein verhinderter stimmberechtigter Vertreter berechtigt ist, einen Vertreter zu beauftragen. Es muß noch eine Klarstellung erfolgen. Ich schlage vor: "einem anderen stimmberechtigten Vertreter zu übertragen." Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie zwei andere Worte nehmen: Es muß mindestens ein Vertreter der Union sein. Drittens, wenn Sie nicht einem anderen Gremium das Stimmrecht übertragen wollen, dann muß es sinngemäß ein Mitglied desselben Bezirksverbandes sein. Nach dem vorliegenden Text könnte ein verhinderter stimmberechtigter Vertreter irgend jemand anderen beauftragen.

(Zuruf: Es heißt: Mit Zustimmung des vertretenen Organs!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist ausdrücklich von der Militärregierung vertreten worden, weil die Militärregierung ein doppeltes Stimmrecht ablehnen will.
Würden Sie, Herr Dr. *Semler*, im Hinblick darauf Ihren Antrag zurücknehmen?
Dr. *Semler*: Bitte.
Dr. *Gamperl*: Ich stelle Antrag auf Schluß der Diskussion. Es steht uns als Landesausschuß doch nicht zu, die Beschlüsse und Paragraphen der Landesversammlung hier zu ändern. Die Landesversammlung hat uns Statuten gegeben und der Landesausschuß ist doch nicht berufen, diese Statuten zu ändern. Wir müssen lediglich die Zusätze von Seiten der Militärregierung durchberaten und diese können wir annehmen oder ablehnen. Darum stelle ich nunmehr Antrag auf Schluß der Debatte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Wer spricht [da]für und wer dagegen?

(Zuruf *Geiselberger*: Zur Geschäftsordnung!)

Ich würde vorschlagen, einer für und einer gegen.

Geiselberger: Zur Geschäftsordnung! Ich stimme an sich dem Herrn Vorredner bis zu einem gewissen Grade bei. Ich möchte aufmerksam machen, daß ich meinerseits bei der Landesversammlung am 17. Mai seinerzeit den Antrag gestellt habe auf En-bloc-Annahme der Satzung unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Satzungen jederzeit mit einfacher Mehrheit der Landesversammlung wieder veränderten Verhältnissen angepaßt werden können. Nun überrascht es mich, daß in der heute uns vorliegenden Fassung im § 74 eingefügt ist, daß die Satzungen nur mit einer Zweidrittelmajorität geändert werden können. Meine Herren, ich stelle fest, daß hier nach meinem Dafürhalten in einem entschieden wesentlichen Punkt der Satzungen von dem Beschluß der Landesversammlung vom 17. Mai abgegangen worden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Geiselbergers* Standpunkt läßt sich hören. Ich würde vorschlagen, einen formellen Antrag zu stellen. Auch das ist von der Militärregierung selbst als Vorschlag gekommen. Ich weiß nicht, ob die Militärregierung das unbedingt als wichtigste Entscheidung ansehen würde. Ich persönlich hätte nichts dagegen. Es ist nur zu überlegen, ob wir es dadurch erschweren wollen.
Es kann noch jemand für oder gegen Schluß der Debatte sprechen. Wer spricht dagegen? (*Warmuth* meldet sich.) *Warmuth*!
Warmuth: Ich spreche insofern, als ich Rednerliste Nr. 7 gehabt habe und bereits acht vor mir gesprochen haben. Ich bin bereits einmal übergangen worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist genau hier. Es ist lediglich *Gamperl* zur Geschäftsordnung gewesen.
Warmuth: Vor mir hat Dr. *Semler* gesprochen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Semler* hat einen redaktionellen Antrag gestellt.
Warmuth: Ich stelle ebenfalls einen redaktionellen Antrag, und zwar folgendermaßen: § 45 der Satzungen lautet, daß für die Beschlußfassung der Satzungen die Landesversammlung zuständig ist. Die Beschlußfassung über die Satzungen obliegt der Landesversammlung, nicht dem Landesausschuß. Der Landesausschuß kann vorberaten und der Landesversammlung vorschlagen. Wir können heute nicht die Satzungen beschließen. Das ist ein Widerspruch gegenüber den früheren Festlegungen und auch gegenüber den neuen Satzungen.
Zu redaktionellen Änderungen kann ich jetzt nicht kommen, weil ich gegen die Beendigung der Debatte spreche, und zwar bedürfen meines Erachtens wesentliche Punkte noch einer Klärung, einer Änderung und deswegen spreche ich dafür, daß die Debatte sachlich zu den einzelnen Paragraphen, bei denen Abänderungsvorschläge vorgebracht werden können, fortzusetzen ist.
Sühler: Zur Geschäftsordnung! Das stimmt nicht. Ich bin im Gegensatz zu meinem Vorredner der Ansicht, daß der Landesausschuß schon einen Beschluß über die Satzungen fassen kann. Denn die Satzungen, auf die er sich beruft, sind ja noch nicht genehmigt. Sie unterliegen erst der Genehmigung durch die Militärregierung; infolgedessen können sie wohl von uns beschlossen werden, nachdem die Militärregierung es uns mitteilt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist hier ausdrücklich in dem Schreiben der Militärregierung, das ich schon zweimal verlesen habe, gesagt, daß der Landesausschuß diese Änderungen, die von der Militärregierung vorgeschlagen sind, seinerseits genehmigen kann. Dann wird gewählt. Dann kann die neue Landesversammlung, wenn der Antrag *Geiselberger* angenommen werden sollte, eventuell darüber beschließen. Das ist der formelle Vorgang, so daß aufgrund dessen der Landesausschuß berechtigt ist, darüber zu beschließen. Das steht fest.

Es kann noch jemand für Schluß der Debatte sprechen. Es spricht niemand; dann darf ich vielleicht vorher nochmals die Stimmliste feststellen lassen.
(*Liedig* stellt nochmals namentlich die Anwesenheit der stimmberechtigten Mitglieder des Landesausschusses fest; siehe Anlage zum Protokoll![4])
Dann stimmen wir ab über den Antrag auf Schluß der Debatte. Die Stimmberechtigung steht fest. Ich glaube, daß wir bei diesem Antrag auf Schluß der Debatte nicht in der zweifachen Abstimmung vorgehen müssen. Ich würde infolgedessen vorschlagen, daß hier so vorgegangen wird, daß auch die Mitglieder des Arbeitsausschusses gleich mitstimmen.
Warmuth: Da bin ich dagegen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe deshalb abstimmen lassen. Der Vorschlag ist angenommen worden. Es könnte, wenn sie Wert darauf legen, doppelt abgestimmt werden.
Wir stimmen zunächst in der Geschlossenheit ab. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? Ich bitte abzuzählen - 16. Gegenprobe: Wer ist für Schluß der Debatte? (Die Mehrzahl der Mitglieder meldet sich.) Der Antrag ist - das ist ohne weiteres festzustellen - angenommen.
Dann kommen wir zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Es liegen vor zwei Anträge Dr. *Hundhammer*. *Brandner*, haben Sie Ihren Antrag formell schon eingereicht? (*Brandner* gibt einen Zettel mit dem Antrag zum Tisch des Vorsitzenden.) Dann danke. Drei Anträge liegen vor. Ich bitte, die Anträge zu verlesen. Ich bitte um Ruhe.
Liedig: Es liegt vor ein Abänderungsantrag zu § 49 Ziffer a von Dr. *Hundhammer*. Er soll heißen:

> "Die Landesvorstandschaft besteht aus a) dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden" gegenüber der bisherigen Fassung: "a) dem Landesvorsitzenden."

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen zur Abstimmung.
Dr. *Hundhammer*: Ich beantrage schriftliche Abstimmung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Stimmzettel zu verteilen. Der Antrag ist so wichtig, daß doppelt abgestimmt wird.
Dr. *Hundhammer*: Ich bitte, auch den zweiten Antrag gleich bekanntzugeben.
Liedig: Abgestimmt wird mit gelben Stimmzetteln.
Die beiden Anträge, die im sachlichen Zusammenhang stehen, gebe ich noch bekannt. § 49: Bei a) soll es heißen: "dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden." Dann ist es der Abänderungsantrag zu § 53 Ziffer 1, der damit im Zusammenhang steht:

> Zur Beratung dringender Angelegenheiten wird eine geschäftsführende Landesvorstandschaft gebildet, die aus erstem, zweitem und drittem Vorsitzenden sowie aus den ersten Vorsitzenden der Bezirksverbände besteht.

Das sind die beiden Anträge, die sachlich zusammenhängen.
Jetzt wird abgestimmt über den Antrag zu § 49.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich für die Abstimmung gleich einen Ausschuß bestimmen. Ich würde vorschlagen - Dr. *Semler* stimmt nicht ab, sind Sie so liebenswürdig und beteiligen sich dabei? Noch jemand, der sich an der Abstimmung nicht beteiligt? *Blum* und? Also Dr. *Semler*, *Blum* und *Engelhardt*. Sind die Freunde einverstan-

[4] Diese Anlage wurde in der Anwesenheitsliste berücksichtigt.

den, diese Herren als Abstimmungskommission zu bestellen? (Kein Widerspruch.) Zunächst stimmen ab alle stimmberechtigten Vertreter der Bezirke, einschließlich der stimmberechtigten Mitglieder des Arbeitsausschusses, wie sie als stimmberechtigt verlesen worden sind. Bei der zweiten Abstimmung werden die Arbeitsausschußmitglieder nicht mitstimmen.
Dr. *Hundhammer*: Stimmen wir mit Ja oder Nein!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer für den Antrag Dr. *Hundhammer* ist, stimmt mit Ja, wer dagegen, mit Nein; also wer für die Fassung, wie sie vorgeschlagen ist aufgrund der Militärregierung, stimmt mit Nein.

(Zuruf: Unklar!)

Ich wiederhole nochmals: Es steht der Antrag *Hundhammer*, der Abänderungsantrag zu § 49 a, zur Abstimmung. Wer für den Antrag *Hundhammer* ist, stimmt mit Ja, wer gegen den Abänderungsantrag und für die Annahme der Statuten, wie sie die Landesversammlung beschlossen hat und die von der Militärregierung überprüft worden sind, ist, stimmt mit Nein.

(Zuruf: Es wäre doch richtiger, wir stimmen nur über den Antrag Dr. *Hundhammer* ab mit Ja oder Nein, nicht über die Statuten.)

Liedig: Es geht jetzt nur um die Änderung zu § 49.
(Die Stimmberechtigten werden aufgerufen und geben ihre Stimmzettel ab.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist diese Abstimmung geschlossen. Wir kommen jetzt, nachdem die beiden Abstimmungen verlangt worden sind, zur Abstimmung ohne Arbeitsausschuß.
Dr. *Hundhammer*: Wer sind diejenigen, die außer dem Arbeitsausschuß in Frage kommen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Alle stimmberechtigten Bezirksvertreter.
Liedig: Zu dem Landesausschuß gehören außerdem noch die Namen, die ich verlesen habe: Dr. *von Eicken*, Dr. *Eichhorn*, Dr. *Horlacher*, Dr. *Hundhammer*, Staatssekretär *Krehle*, Dr. *Lacherbauer*, Dr. *Müller* und *Steber*.

(Zuruf: Sollen die abstimmen, die wenigen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe eingangs erklärt, daß die Meinung geäußert worden ist, daß der Landesausschuß nur aus den stimmberechtigten Vertretern ohne die Mitglieder des Arbeitsausschusses besteht. Wenn wir nun doppelt abstimmen, dann steht es fest, einmal so und einmal so. Gehen die Meinungen auseinander, dann können wir eventuell die Entscheidung der Militärregierung anrufen. Gehen sie nicht auseinander, dann ist die Abstimmung eindeutig entschieden.
Dr. *Eichhorn*: Wenn das Ergebnis der Abstimmung über diesen Antrag nun aber bei der ersten Abstimmung schon so eindeutig wäre, daß eine Abstimmung ohne die Mitglieder des Arbeitsausschusses keine Änderung mehr hervorrufen kann, dann könnte man doch auf die zweite Abstimmung verzichten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Vorschlag Dr. *Eichhorn* lautet: Wir zählen zuerst ab. Würde die Entscheidung auf der Kippe liegen, daß es etwas ausmacht, dann die kleinere Abstimmung; andernfalls bleibt es bei dieser ersten Abstimmung. Dann darf ich den zweiten Antrag schon nehmen. - Es werden rote Zettel ausgegeben. Der zweite Antrag Dr. *Hundhammer*.

Liedig: Der zweite Antrag Dr. *Hundhammer* zur Abänderung des § 53 Ziffer 1 lautet:

Zur Beratung dringender Angelegenheiten ...

Dr. *Hundhammer*: Sollte diese erste Abstimmung das Ergebnis haben, daß mein Antrag zu § 49 a abgelehnt würde, dann würde ich den Antrag so formulieren, daß man herausstreicht: "Zweitem und drittem Vorsitzenden".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir gehen jetzt so vor, wir nehmen den Antrag *Brandner* vorweg. Der hat nichts damit zu tun: Der Antrag *Brandner*.
Brandner: Der Nachsatz soll gleich nach dem Punkt kommen. § 62 soll lauten:

Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten, wenn die Bezirks- und Kreisvorstände dies unterlassen.

Liedig: Der Antrag lautet jetzt folgendermaßen:

§ 62 Ziffer 1 soll lauten:
Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes kann die Landesvorstandschaft in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen errichten, wenn die Bezirks- und Kreisvorstände dies unterlassen.

Dann geht er weiter wie in der alten Fassung.
Wer für den Änderungsantrag ist, stimmt mit Ja; wer die vorliegende Fassung befürwortet, stimmt mit Nein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, neuerdings aufzurufen. Darf ich jetzt vielleicht dafür, weil die Herren gerade beim Abzählen sind, ein paar andere Herren bitten, mit einzusammeln? Einverstanden mit diesem Vorschlag?
(Der Vorsitzende bittet drei Herren, die selbst nicht abstimmen, die Stimmzettel einzusammeln. - Die Stimmberechtigten werden aufgerufen und geben ihre Stimmzettel ab.)
Die Abstimmung ist abgeschlossen.
Die Abstimmung über den ersten Antrag Dr. *Hundhammer* hat folgendes ergeben: Mit Nein: 39; mit Ja: 32; 71 haben sich beteiligt.
Jetzt bitte ich festzustellen, wieviele Mitglieder des Arbeitsausschusses sich an der Abstimmung beteiligt haben. (Geschieht durch *Liedig*.) Es haben sich sechs Mitglieder beteiligt. Auch wenn dann anders abgestimmt würde, ergäbe es kein anderes Resultat. Wird damit auf die zweite Abstimmung verzichtet? Es ist hier kein anderes Resultat zu erwarten, das steht fest.
Dr. *Stürmann*: Die Mehrheit scheint so knapp zu sein. Sie haben selber gesagt, wenn das Verhältnis so eindeutig ausweist, daß eine große Mehrheit für oder gegen den Antrag ist; nun scheint es mir sich um ein paar Stimmen zu handeln. Ich halte es für zweckmäßig, daß man in diesem Falle nochmal, ohne die Mitglieder des Arbeitsausschusses, abstimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn es gewünscht wird, ohne weiteres. Ich möchte gerne die Loyalität erweisen. Dann wird abgestimmt: Diesmal stimmen die Mitglieder des Arbeitsausschusses nicht mit. Es wird nochmals über den ersten Antrag Dr. *Hundhammer* zum § 49 a abgestimmt, über den vorhin bereits abgestimmt wurde. Es stimmen diesmal nur die Vertreter der Bezirke. Wer für den Antrag *Hundhammer* ist, stimmt mit Ja, wer für die von der Landesversammlung beschlossenen Statuten ist, wie sie von der Militärregierung abgeändert wurden, stimmt mit Nein.

(Zuruf: Wie heißt der Antrag *Hundhammer*?)

Liedig:

Die Landesvorstandschaft besteht aus a) dem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Über diesen Antrag ist abzustimmen. Wer für den Vorschlag der Landesversammlung ist, stimmt mit Nein.

(Zuruf des Widerspruchs.)

Liedig: Wer dagegen ist, stimmt mit Nein. Also nochmals: Wer für den Antrag *Hundhammer* ist zum § 49 a:

Die Landesvorstandschaft besteht aus erstem, zweitem und drittem Vorsitzenden.

stimmt mit Ja; wer gegen den Antrag *Hundhammer* ist, stimmt mit Nein.

(Zuruf: Jetzt ist es klar!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vorher das Resultat des Antrags *Brandner* bekanntgeben: Nein: 41; Ja: 30.
Der Antrag *Brandner* ist abgelehnt. Ich glaube, hier brauchen wir bestimmt keine zweite Abstimmung, weil das Verhältnis so groß ist, daß es klar ist.
Wir schreiten zur Abstimmung. Es beginnt dann die Abstimmung aufgrund der Statuten hier. Das ist nämlich der Standpunkt der Militärregierung, daß die Statuten insofern gelten sollen. Diese Abstimmung lehnt sich an § 47 der Statuten an, das ist die Rechtsgrundlage dafür.
(Die Stimmberechtigten, ohne die Mitglieder des Arbeitsausschusses, werden aufgerufen und geben ihre Stimmzettel ab.)
Die Abstimmung ist abgeschlossen. Jetzt müssen wir einen Moment warten, um das Resultat abzuwarten.
Dr. *Hundhammer*: Mein Antrag würde dahin gehen, wenn die Mehrheit diesmal mit Nein gestimmt hat, bei meinem zweiten Antrag "den zweiten und dritten Vorsitzenden" herauszulassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse in der Zwischenzeit die Entwürfe der beiden Referenten für das Programm der Union verteilen. Referent war *Rindt*, Korreferent war *Haußleiter*; beide haben Entwürfe ausgearbeitet. Diese werden jetzt verteilt, damit Sie sie während der Mittagspause lesen können, damit heute nachmittag sofort die Diskussion darüber beginnen kann. Einverstanden? - Eine ganz kurze Pause jetzt. -
Meine lieben Freunde! Ich darf mittlerweile noch etwas zum Antrag *Geiselberger* sagen. Ich bitte, ihn aber formuliert einzureichen.
Liedig: Der neue § 74 bezüglich der Änderungen soll folgendermaßen heißen:

Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung mit einfacher Mehrheit beschlossen werden

gegenüber dem Vorschlag der Militärregierung "mit Zweidrittelmehrheit".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, wir stimmen gleich über den Antrag ab. Ich lasse über Mittag bei der Militärregierung anfragen, ob es von grundsätzlicher Bedeutung ist - ich selbst neige zum Antrag *Geiselberger* -, daß die Militärregierung an der Zweidrittelmehrheit festhält, wenn die Landesversammlung, wenn sie dann neu durchgewählt ist, aufgrund der Erfahrungen eventuell Änderungen vornimmt. Ich werde über Mittag zu klären versuchen, ob das dann neue Verhandlungen notwendig machen würde. Ich darf deswegen vielleicht, damit die Zeit ausgenützt ist,

sofort über den Antrag *Geiselberger*, der verlesen ist, abstimmen lassen. Muß er nochmal verlesen werden?

(Zuruf: Nein!)

Dann wird darüber abgestimmt.

(Zuruf: Durch Akklamation! - Nicht schriftlich!)

Es wird gewünscht, daß darüber nicht geheim abgestimmt wird. Einverstanden?

(Zuruf: Ja!)

Voretzsch: Wäre es nicht möglich ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn der Antrag mit großer Majorität angenommen wird - ich bin selbst dafür, daß er angenommen wird -, dann wird über Mittag gesprochen. Sollte die Militärregierung in dem Falle doch neue Verhandlungen [als] notwendig erachten, wird Ihnen das gleich zu Beginn der Nachmittagssitzung mitgeteilt und dann müssen wir nochmals endgültig abstimmen. Einverstanden mit diesem Modus? Dann darf ich abstimmen lassen.
Dr. *Hundhammer*: Es liegt jetzt das Resultat vor; jetzt wollen wir bei der Abstimmung bleiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mit Nein: 38; mit Ja: 28. Damit ist der Antrag *Hundhammer* in beiden Abstimmungsgängen abgelehnt worden.
Dr. *Hundhammer*: Nun ändere ich meinen zweiten Antrag, das heißt es ist der zweite und dritte Landesvorsitzende herauszustreichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Vielleicht machen wir doch die Prozedur so: Weil offen abgestimmt wird, stimmen wir über den Antrag *Geiselberger* ab. Darf ich darüber jetzt abstimmen? Der Antrag ist bekannt oder muß er nochmals verlesen werden?

(Zurufe: Nein!)

Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Zwei. Damit ist der Antrag *Geiselberger* mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.
Ich werde am Mittag dann versuchen, daß der Antrag dann gleich genehmigt wird, weil er keine grundsätzliche Änderung bedeutet.
Dr. *Hundhammer*: Nachdem der Antrag zu § 49 abgelehnt ist, ist bei dem Antrag zu § 53 aus dem Antrag herauszustreichen: "und zweitem und drittem." Ich bitte das vorzunehmen und den Antrag nochmals in der jetzigen Form zu verlesen.
Liedig: Der Abänderungsantrag Dr. *Hundhammer* zum § 53 Ziffer 1 lautet:

> Zur Beratung dringender Angelegenheiten wird eine geschäftsführende Landesvorstandschaft gebildet, die aus dem Landesvorsitzenden sowie aus den ersten Vorsitzenden der Bezirksverbände besteht.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Jawohl. - Wieder mit Ja und Nein abstimmen!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung beginnt. Darf ich die erste Kommission bitten, wieder zu funktionieren? Es stimmt wieder alles mit, auch der Arbeitsausschuß.
Liedig: Die Abstimmung beginnt.
(Die Stimmberechtigten werden aufgerufen und geben ihre Stimmzettel ab.)
Die Abstimmung ist beendet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Während diese Abstimmung nachgezählt wird, bitte ich vielleicht Dr. *Rindt*, nur mit zwei Sätzen ungefähr den

Freunden den Standpunkt zum Programm zu sagen. Ich will den *Haußleiter*-Entwurf auch verteilen lassen. Es ist nämlich so: Ich habe beide Entwürfe durchgelesen. Ich habe überlegt, ob man sie koordinieren kann. Sie sind beide von der gleichen Basis ausgehend so gestaltet, daß sie schwer zu koordinieren sind. Nach meiner Auffassung ist es so, daß der *Rindt*sche Entwurf in der Hauptsache ein Grundsatzprogramm ist, daß ein Arbeitsprogramm oder Regierungsprogramm darin nicht weiter enthalten ist; das müßte man eventuell durch entsprechende Zusatzresolutionen ergänzen, nicht ins Programm aufnehmen, damit das Programm als solches nicht verändert wird. Aber entsprechende Resolutionen, z.B. bezüglich der Landwirtschaft, wären zu fassen. *Haußleiter* hat ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm ineinander hineingearbeitet. Das ist ein Standpunkt, der nachmittags etwas durchdiskutiert werden kann. Dann müßten Zusatzresolutionen im allgemeinen nicht gefaßt werden. Jetzt bitte ich vielleicht die beiden Herren, während verhandelt wird, kurz das Wort zu ergreifen. Wir wollen bestenfalls drei Minuten geben, den Standpunkt zu erörtern.

Dr. *Rindt*: Ich habe an und für sich nicht einmal drei Minuten mit dem auszufüllen, was ich zu sagen habe, nachdem der Landesvorsitzende das Grundsätzliche bereits vorweggenommen hat.

Bereits in der letzten Landesausschußsitzung wurde festgelegt: Wir wollen ein grundsätzliches Rahmenprogramm schaffen. An diese Weisungen haben wir uns in Augsburg und Schwaben gehalten. Ich lege daher heute eine Diskussionsgrundlage über ein grundsätzliches Programm der CSU vor. Dieses grundsätzliche Programm der CSU ist nach jeder Richtung hin ausbaufähig. Vor allen Dingen sind so gut wie alle Dinge, die uns als grundsätzliche Weltanschauungspartei berühren, berücksichtigt, so daß auf allen Gebieten die Ausstrahlungen in der praktischen Arbeit erfolgen können.

Gegliedert ist das Programm in eine Präambel und in einige Hauptteile, zunächst einmal die staatliche Ordnung, dann die Rechtsordnung, dann die Sozialordnung. Der vierte Abschnitt lautet Wirtschaftsordnung und der fünfte Kulturordnung und der sechste Zwischenstaatliche Ordnung. Wert wurde in erster Linie darauf gelegt, daß der Entwurf selbst in sich propagandistisch wirkt. Die allgemeinen Thesen, die, soweit es möglich ist, gemeinverständlich gehalten wurden, sind bei jedem Programmpunkt an den Anfang gestellt worden, da sich aus dieser allgemeinen grundsätzlichen Einstellung unsere realen Forderungen für das praktische Leben ergeben. Es folgt dann zu jedem Programmpunkt ein Nachsatz mit Thesis und Antithesis, wo also in Gegensätzen das herausgestellt wird, was wir ablehnen und was wir im einzelnen anstreben.

Es wurde also, wie gesagt, nicht nur auf das Grundsätzliche, sondern in erster Linie in etwa auch auf das Propagandistische Wert gelegt. Zu überlegen war außerdem, ob wir eine Form wählen sollen, wie sie *Haußleiter* gewählt hat. Wir sind von dieser Form abgekommen, weil sie uns aus Gründen der Propaganda zu wenig prägnant erschien und an und für sich zu wenig in die Augen fallend.

Ich bitte also, diesen Vorschlag heute mittag zu überblicken und dann dazu Stellung zu nehmen. Es ist klar, auch der Entwurf von uns soll nur eine Diskussionsgrundlage abgeben. Er wird da und dort noch ergänzt werden müssen oder ergänzt werden können. Er wird vor allen Dingen einer redaktionellen Formulierung in der einen oder anderen Hinsicht bedürfen. Ich bitte also, bei der Entwurfsbeurteilung nur das Grundsätzliche, den Typ als solchen zu berücksichtigen.

Haußleiter: Ich bin von anderen Voraussetzungen ausgegangen.

Liedig: Darf ich einen Augenblick unterbrechen?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: [...][5] Ich möchte das Abstimmungsergebnis zum Antrag Dr. *Hundhammer* bekanntgeben: Der Antrag Dr. *Hundhammer* ist mit 39 gegen 32 Stimmen abgelehnt.
Ich darf jetzt fragen, nachdem es dasselbe Verhältnis ist wie vorhin, ob noch einmal abgestimmt werden soll.
Dr. *Hundhammer*: Nein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird ausdrücklich darauf verzichtet.
Dann ist der zweite Antrag Dr. *Hundhammer* abgelehnt.
Ich bitte, daß niemand weggeht, damit wir weiterkommen. Wir müssen jetzt noch über die Satzungen en bloc abstimmen. Nachdem die Anträge abgelehnt sind, darf ich über die Satzungen in ihrer Gesamtheit abstimmen lassen. Wird dazu schriftliche Abstimmung gewünscht?

(Zuruf: Ja!)

Dr. *Hundhammer*: Ich möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben. Nachdem die mir sehr wesentlich erscheinenden Abänderungsvorschläge zum Programm nicht angenommen worden sind, erkläre ich, daß ich unter diesem Gesichtspunkt die Satzungen als Ganzes ablehne.
Warmuth: Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir zu einer Beschlußfassung nicht zuständig sind, selbst nicht auf den Brief der Militärregierung hin. Wir müssen uns an unsere Satzungen halten. Sie schreiben vor, daß zuständig für die Satzungen sowohl für das Verfassen als für die Änderungen die Landesversammlung ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Das jetzige Vorgehen ist aufgebaut auf den Statuten. Wenn die Statuten und die Satzungen angenommen sind, wird sofort durchgewählt werden. Es wird dann eine Landesversammlung stattfinden, sobald durchgewählt ist, und dann wird darüber beschlossen. Es ist in diesem Falle selbstverständlich, daß die Militärregierung jeweils gehört wird. Denn sie überwacht ja den demokratischen Aufbau. Infolgedessen habe ich auch die Rechtsgrundlage dadurch geschaffen, daß ich den Standpunkt der Militärregierung von vornherein eingeholt habe. Dann gibt es nachher keine langen Diskussionen mehr.
Damit darf ich über die Satzungen in ihrer Gesamtheit abstimmen lassen. Wird geheime Abstimmung gewünscht?

(Ja!)

Dann wird geheim abgestimmt. Ich stelle den formellen Antrag:

> Die in der Landesversammlung vom 17. Mai 1946 beschlossene Satzung wird mit dem dem Landesausschuß bekanntgegebenen Abänderungsvorschlag angenommen
>
> (Zuruf *Haußleiter*: Und in Kraft gesetzt.)
>
> und in Kraft gesetzt.

Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt. Wer für die Annahme meines Antrags auf Genehmigung dieser Abänderung und Inkraftsetzung der Statuten ist, stimmt mit Ja, und wer dagegen ist, stimmt mit Nein. Es sind rote Stimmzettel verteilt. Es stimmt jetzt alles, einschließlich des Arbeitsausschusses.
(Es folgt die namentliche Verlesung der Abstimmungsberechtigten unter gleichzeitigem Einsammeln der Stimmzettel.)

[5] In der Vorlage, S. 38, ein redaktioneller Vermerk.

Liedig: Ist jemand, der abstimmungsberechtigt ist, nicht verlesen worden?
Die Abstimmung ist beendet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, in diesem Falle nehmen wir gleich die doppelte Abstimmung vor und lassen jetzt ohne den Arbeitsausschuß abstimmen. Das erscheint als das Zweckmäßige.

(Zuruf *Brandner*: Das ist nicht notwendig.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Damen und Herren! Ich darf das Resultat der Abstimmung über die Satzung bekanntgeben: Die Satzung wurde mit 49 zu 18 Stimmen angenommen.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Ich danke Ihnen für die Mitarbeit. Ich freue mich, daß auf diese Weise die Union eine Grundlage bekommt für den organisatorischen Aufbau, für die Durchgliederung und damit auch für die neuen Wahlen, die auf demokratischer Basis jetzt im gesamten Bereich der Union durchzuführen sind.
Aber wir können die Zeit dadurch ausfüllen, daß *Haußleiter* jetzt vielleicht den Freunden auch noch seinen Standpunkt zu dem vorgelegten Programmentwurf mitteilt.
Haußleiter: Der Programmentwurf, den ich gemacht habe, beruht auf der Vorarbeit unserer Ausschüsse und setzt sich aus all den Anregungen zusammen, die im Verlauf des Bestehens der Union entwickelt worden sind. Insbesondere ist auch verarbeitet, was sich im Kampfe um die Verfassung als notwendige Grundlage unserer Arbeit ergeben hat. Der Entwurf, den ich vorlege, enthält über das Grundsatzprogramm hinaus eine Stellungnahme zu all den Fragen, auf die die Bevölkerung von uns heute Antwort erwartet. Es ist also kein Grundsatzprogramm, sondern damit verbunden sind Teile eines Arbeitsprogramms, das sich auf die nächsten fünf oder zehn Jahre erstrecken soll. Gegliedert ist es nach Punkten, und zwar ausgehend von der Einzelperson und ihren Rechten über Familie, Gemeinde und Staat zu den grundsätzlichen Forderungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Kultur und der Religion. Es schließt ab mit der grundsätzlichen Stellungnahme zu der Frage eines neuen Europas und einer neuen Gesamtordnung der Völker der Erde, also mit unserer außenpolitischen Stellungnahme. In dieser Gliederung habe ich auf Zwischenüberschriften verzichtet.
Ich bitte zu entschuldigen, ich habe eine Kiefervereiterung, ich kann heute schlecht sprechen.
Mir ist noch folgendes wesentlich: Mein Programmentwurf ist umfangreich. Er ist kürzbar. Es sind Möglichkeiten gegeben, ihn zu vereinfachen. Ich habe die längere Formulierung gewählt, weil ich mir gesagt habe, die ausführlichere Formulierung ist reicher im Inhalt, ist leichter zu kürzen und zu vereinfachen als umgekehrt.
Von dieser Einstellung aus ist das Programm in seinen sechs enggeschriebenen Seiten als Diskussionsgrundlage gedacht und nicht als ein vollendeter Entwurf, als Diskussionsgrundlage genau wie das Programm *Rindt*, das ein klares Grundsatzprogramm ist, als Diskussionsgrundlage in einer anderen Form, die im wesentlichen die gleiche geistige Haltung darstellt und die geistigen und ideellen Grundlagen der Union umreißen will.
Es wird sich also heute darum drehen, ob wir uns zur Form des *Rindt*schen Programms oder zur Form meines Programmentwurfs entscheiden. Wir müssen dann aus dieser Vorlage durch einen Redaktionsausschuß die endgültige Gestalt des Parteiprogramms herausarbeiten.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir machen jetzt Pause für das Mittagessen. Ich bitte die Freunde, sich zu beeilen, daß wir vielleicht um 14 Uhr schon wieder beginnen können.

(Widerspruch.)

Es wird Widerspruch erhoben. Wir beginnen um 14.15 Uhr Einverstanden?

Die Sitzung wird um 13.03 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 14.39 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir behandeln den Punkt 2 der Tagesordnung weiter. Ich bitte zunächst *Rindt*, das Wort zu nehmen und seinen Vorschlag für ein Grundsatzprogramm vorzutragen.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Rindt*: Ich darf zur Einleitung noch folgendes sagen oder wiederholen: Ich bitte, diesen Entwurf also als Diskussionsgrundlage aufzufassen und vor allem an irgendwelchen Formulierungen, die vielleicht da und dort Ihren Standpunkt oder das, was Sie sagen wollen, nicht so ganz treffen, keinen Anstoß zu nehmen. Ich denke dabei besonders an das Kulturprogramm, wo ja auch nach meiner Überzeugung wohl die meisten redaktionellen Änderungen vorgenommen werden müssen um eine Sprache zu sprechen, die auch dem Künstler als solchem gerecht wird.
Ich bitte also, hier zunächst nicht auf die Formulierung zu achten, sondern vor allen Dingen auf die Form der Punktegestaltung, auf die gemeinsame Einteilung, auf das Grundsätzliche und das Propagandistische.
(Dr. *Rindt* verliest den von ihm verfaßten Entwurf. Siehe Anlage![6])
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich schlage vor, daß jetzt ohne Diskussion auch der Entwurf *Haußleiter* verlesen wird. Da *Haußleiter* stimmlich dazu nicht fähig ist, wird das Dr. *Gerathewohl* tun.
Dr. *Stürmann*: Zur Geschäftsordnung! Ist es vielleicht nicht zweckmäßiger, daß man jetzt nicht sämtliche Texte verliest. Denn jeder der einzelnen Texte ist in sich gut und kann möglicherweise auch einer Kritik in einer einzelnen Formulierung unterworfen werden. Ist es vielleicht nicht viel zweckmäßgier, wenn man sagt: Im gesamten ist das uns jetzt Verlesene tragbar oder soll ergänzt werden, ohne daß man jetzt durch weitere Anschließungen von neuen Formulierungen nur eine Verdoppelung, Verdreifachung oder Vervierfachung erhält.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde an und für sich auch gern so vorschlagen. Andererseits ist es so, daß *Haußleiters* Entwurf auch für sich gut ist. Ich muß nämlich sagen, ich habe mindestens dreimal schon überlegt, für welchen Entwurf ich mich letzten Endes entscheiden soll. Da aber beide Entwürfe in ihrer Eigenart gut sind, möchte ich gern, daß Sie die beiden Entwürfe hören. Nachher nehmen wir kurz Stellung dazu. Wir überlegen uns, ob eine Koordination möglich ist - was nach meinem Empfinden nicht möglich sein wird -, und entscheiden uns für den einen im Prinzip und lassen dann eventuell die Frage offen, ob wir, weil der *Rindtsche* Entwurf eigentlich nur das Grundsatzprogramm gut entwickelt, nicht durch Zusatzresolutionen dann vom *Haußleiterschen* Entwurf das eine oder andere für das Arbeitsprogramm, für das

[6] Der Entwurf Rindt findet sich im Anhang, Dok. Nr. VI, S. 1717ff.

vorläufige Aufbauprogramm oder wie wir es taufen wollen, ergänzend herübernehmen.
Ich glaube, wir gehen so vor. Es hält nicht allzulange auf. Ich würde vorschlagen, daß Herr Professor *Gerathewohl* den *Haußleiterschen* Entwurf vorträgt. Nachdem die Anregung gekommen ist, möchte ich aber wissen, ob er vorgetragen oder gekürzt werden soll.

(Zuruf: Vortragen!)

Dann bitte ich vielleicht ohne lange Diskussion, Herr Dr. *Stürmann*, einverstanden zu sein, daß Professor *Gerathewohl*, weil *Haußleiter* stimmlich dazu nicht in der Lage ist, den *Haußleiterschen* Entwurf vorträgt.
Dr. *Stürmann*: Einverstanden.
(Dr. *Gerathewohl* verliest das *Haußleitersche* Programm.[7])
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ihr Beifall beweist, daß Sie damit einverstanden sind, wenn ich den beiden Referenten für die geleistete Arbeit unseren Dank ausspreche.

(Sehr richtig! Beifall.)

Dankenswerterweise wurden noch zwei Vorschläge ausgearbeitet, der eine vom Parteifreund *Gronwald*, der mittlerweile von München weggegangen ist, und ein anderer vom Parteifreund *Haunhorst*. Ich habe die beiden Entwürfe nicht vervielfältigen lassen, weil mir die anderen beiden so gut erschienen, daß die von *Gronwald* und *Haunhorst* nicht zur gleichen Auswirkung gekommen wären. Man darf ja nicht zuviel vorlegen, damit keine Verwirrung eintritt. *Rindt* und *Haußleiter* haben die beiden Vorschläge gekannt, wenigstens den Vorschlag *Gronwald*, so daß das, was dort wichtig war, berücksichtigt wurde.
Danken muß ich jetzt auch unserem Programmausschuß und allen Ausschüssen, die es durch ihre Vorarbeit ermöglicht haben, daß man die Grundlage für diese letzten Arbeiten jetzt bekommen hat. Ich habe mir noch einzelne Programmentwürfe von gleichgerichteten weltanschaulichen Parteien verschafft. Ich habe den Programmentwurf der Union in der britischen Zone vor mir. Er ist kürzer in den Forderungen, nicht so entwickelt. Er geht stark ins einzelne. Er hat zwei Hauptteile. Einen Hauptteil, der das Grundsatzprogramm ist, und einen zweiten Teil, der überschrieben ist "Vordringliche Aufgaben der ersten Aufbauperiode".
Wenn Sie die Programme der verschiedenen Parteien in demokratischen Staaten betrachten, so sehen Sie, daß dort, wo die Demokratie besonders gut entwickelt ist, die Parteien im allgemeinen fast kein Programm haben, sondern an Tradition oder an Brauchtum oder an Resolutionen anknüpfen. Wir sehen, daß dort, wo die Demokratie in der Entwicklung ist, Programme in der Regel sehr grundsätzlich entwickelt werden. Wir in Deutschland haben ja mit den Programmen schon Erlebnisse hinter uns, wenn Sie an die Erfurter oder ähnliche Programme denken, die in ihrer Herausbildung und Entwicklung eigentlich schon für sich eine Weltanschauungs-Darstellung geworden sind. Es ist interessant, daß in England z.B. die Labour-Partei ein relativ kurzes Programm entwickelt hat, und zwar erst nach zwei Jahren. Die Konservative Partei hat fast kein Programm. Sie lehnt sich an einzelne Grundresolutionen an. In Amerika ist es so, daß die beiden großen Parteien kein Programm der Partei als solches haben,

[7] Der Entwurf Haußleiter findet sich im Anhang, Dok. Nr. VIII, S. 1729ff.

sondern Programme, die in den Einzelstaaten entwickelt sind und die zum Teil sehr stark voneinander differieren.
Wir haben auch längere Zeit gebraucht, bis wir ein Programm entwickelt haben. Es war das nach meiner Auffassung kein Fehler. Es war notwendig, daß sich erst gezeigt hat, in welchen Grundlinien die geistige Haltung der Gruppierungen verläuft, die in der Union zusammengefaßt worden sind. Wir haben ja bekanntlich weit auseinanderliegende Flügel. Ich glaube aber, daß auf, ich möchte sagen, jedes dieser beiden Programme, wie sie hier entwickelt worden sind, sich die ganze Union abstellen kann. Sie sind so gehalten, daß ziemlich jeder Flügel damit übereinstimmen kann. Der am weitesten links stehende Flügel oder am weitesten rechts stehende Flügel wird kaum andere Worte finden können, als sie hier entwickelt worden sind, sowohl im Vorschlag *Rindt*, der, soweit ich weiß, ein Gemeinschaftsvorschlag ist, wie im Vorschlag *Haußleiter*, der auch noch mit anderen zusammen ausgearbeitet worden ist.
In beiden Programmen ist auch die Kombination zwischen der Erfahrung des Alters und der Auffassung der Jugend berücksichtigt worden. Es ist ein neues Denken entwickelt worden. Aber es knüpft an an die gute Erfahrung, die wir schon gesammelt haben, gerade auf weltanschaulichem Gebiet. In beiden Vorschlägen sieht man, daß das Programm aus dem Erlebnis der Zeit heraus gestaltet ist, die hinter uns liegt, das ist wichtig, daß wir nicht Konstruktionen in den luftleeren Raum machen, sondern von einer realen Basis ausgehen.
Damit bitte ich, die Diskussion zu beginnen. Ich wäre dankbar, meine lieben Freunden, wenn die Diskussion nicht zu lange dauern würde. Vielleicht können wir kurz feststellen, welches der beiden Programme wir jetzt schon für unsere Wahlarbeit zugrunde legen. Wir werden dann in der Landesversammlung, wenn, wie ich hoffe, durchgewählt ist, in einem feierlichen Akt das Programm noch endgültig beschließen lassen.
Ich würde vorschlagen, daß bei den Wortmeldungen jeder sofort feststellt, und zwar kurz - am liebsten würde ich es so haben, daß nur die einzelnen Bezirke einen Redner vorschicken, damit allen Rechnung getragen ist -, welches der beiden Programme die Grundlage abgeben soll. Das andere Programm wird dann auch jetzt schon im Wahlkampf mit verwertet. Denn beide Programme sind gleich brauchbar.
Darf ich um Wortmeldungen bitten?
Es hat sich zunächst *Kroll* gemeldet.
Dr. *Kroll*: Meine Herren! Aus der Tatsache heraus, daß wir hier zwei gute Entwürfe haben und die Wahl schwerfällt, noch dazu wenn ein Entwurf aus dem eigenen Bezirk vorliegt, möchte ich folgendes bemerken: Ich mache den Vorschlag, daß wir das in der Durcharbeitung etwas systematischer erscheinende *Rindtsche* Programm zur Grundlage nehmen und den Entwurf *Haußleiter*, soweit er neue Dinge bringt, die im *Rindtschen* Programm nicht enthalten sind, hineinverarbeiten. Das ist deshalb verhältnismäßig leicht möglich, weil die Formulierungen, die *Haußleiter* gewählt hat, meistens so sind, daß man sie sehr gut in das *Rindtsche* Programm einfügen kann.
Ich möchte aber noch etwas Grundsätzliches bemerken:
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Kroll*: Ich weiß nicht, ob der Herr Landesvorsitzende beabsichtigt, heute schon über das Programm irgendwie vorabstimmen zu lassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich gleich jetzt einschalten, dann kommen wir rascher vorwärts. Ich wollte erst sehen, ob man sich heute schon auf eines der beiden Programme festlegen will. Sonst hätte ich vorgeschlagen: Überarbeitung der Pro-

gramme und in 14 Tagen nochmaliges Zusammentreten des Landesausschusses, der dann eines dieser Programme herausstellt. Mittlerweile könnte ein Redaktionsausschuß oder ein kleiner Ausschuß die Verarbeitung vornehmen.

(Sehr richtig!)

Aber sollte es angesichts der Dringlichkeit, daß wir vor den Wahlen rasch das Programm ausarbeiten wollen, gewünscht werden, dann könnten wir heute schon einen grundsätzlichen Beschluß fassen, könnten das betreffende Programm weiter ausarbeiten und nachher vor der Landesversammlung das endgültige Programm entwickeln. Das wäre auch ein Weg. Ich halte es für besser, heute zu sagen: Eines der beiden Programme stellen wir heraus. Wir brauchen es nicht gleich großmächtig als das Programm der Union zu veröffentlichen, weil es ja nicht von der Landesversammlung beschlossen ist. Aber es wird dann die Grundlage für die ganze Wahlpropaganda werden. Das andere Programm, das dann abgelehnt wird, wird in der Wahlpropaganda auch mit berücksichtigt. Dann wird weitergearbeitet, damit wir am Schluß ein Programm aus einem Guß herausbekommen. In der Landesversammlung wird es feierlich und endgültig beschlossen.

Dr. *Kroll*: Ich würde also den Vorschlag machen, ohne in die inhaltliche Diskussion einzutreten - ich weiß nicht, wie weit wir da heute kommen werden -, das *Rindtsche* Programm zur Grundlage zu nehmen, ein Redaktionskomitee zu bilden und vielleicht binnen 14 Tagen oder innerhalb eines enger begrenzten Zeitraumes das *Haußleitersche* Programm einzuarbeiten, soweit nicht die Frage offen bleibt, ob man für Propagandazwecke bereits mit dem einen Programm arbeiten will. Es würde sich vielleicht empfehlen.

Wenn wir uns allerdings auf eines der beiden Programme einigen, dann müssen wir in eine inhaltliche Diskussion eintreten und ungefähr sagen, was bei den einzelnen Punkten abgeändert oder hinzugefügt werden muß. Es muß also erst Klarheit darüber geschaffen werden, welche Diskussionsgrundlage wir jetzt anerkennen.

Ich bringe also den Antrag ein, das *Rindtsche* Programm als Diskussionsgrundlage und das *Haußleitersche* Programm als Diskussionsbeitrag aufzufassen und anhand des *Rindtschen* Programms die Dinge weiter zu bearbeiten.

Dr. *von Eicken*: Ich habe von jeher den Vorzug, ob ich will oder nicht, mich in einem gewissen Gegensatze zu meinem Freund Dr. *Kroll* zu befinden. Ich habe das *Rindtsche* Programm, wie ich bekennen muß, schnell überflogen, dagegen das *Haußleitersche* Programm durch Vorlesung auf mich wirken lassen können. Ich bin heute vormittag nicht dagewesen. Mir scheint nach meiner nicht endgültigen, aber vorläufigen Feststellung, das *Haußleitersche* Programm in Form und Inhalt von einem solchen Niveau, wie ich es bisher, wie ich offen gestehen muß, in den Verhandlungen der Union noch nicht oft gesehen habe. Ich bitte Sie daher, das *Haußleitersche* Programm als Diskussionsgrundlage anzuerkennen.

Euerl: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir stehen alle so etwas unter dem Eindruck von dem, was wir gehört haben. Ich möchte auch dem Vorschlag meiner Herren Vorredner zustimmen, daß wir das Programm unseres Freundes *Haußleiter*, das sich in einer weiten und grundsätzlichen Stellungnahme zu all den Fragen, die uns bewegen, äußert, zur Diskussionsgrundlage nehmen.

Ich würde auch gleich bitten, dem Vorschlag des Herrn Vorsitzenden [*Josef Müller*] stattzugeben, daß wir uns darüber sofort einigen, welches Programm wir als Grundlage nehmen, um uns draußen für die kommenden Versammlungen eine Grundlage in

die Hand zu geben. Denn gerade in den kommenden Versammlungen wird es außerordentlich wichtig sein, daß wir vor unsere Wähler mit einem tatsächlichen Programm hintreten. Wir können nicht mehr, wie in den letzten Versammlungen, sagen, daß das Programm in Arbeit ist. Denn die Union besteht jetzt schon über ein Jahr oder fast ein Jahr, und in dieser Zeit müßte es möglich sein, ein Programm für die Wähler herauszustellen. Wenn uns aber ein so vorzügliches Programm, wie das im Entwurf *Haußleiter*, vorliegt, das dann noch durch den Entwurf des Herrn Dr. *Rindt* ergänzt werden kann, dann glaube ich, daß wir gegenüber allen anderen Parteien einen kolossalen Vorsprung haben und auch unseren Wählern etwas sagen und an die Hand geben können, womit sie zufrieden sind und mit uns einig gehen werden.
Ich möchte daher den Antrag stellen und bitte darüber abzustimmen, daß das Programm *Haußleiter* als Diskussionsgrundlage genommen wird und daß wir draußen auch ermächtigt werden, dieses Programm als Basis und Grundlage für unsere Versammlungen zu verwenden.
Professor *Strathmann*: Meine geehrten Herren! Beide Programme enthalten in ihren positiven Forderungen wohl kaum etwas, dem man widersprechen könnte. Wenn man sie aber unter dem Gesichtspunkt würdigt, mit welchem von beiden man in unserem Volke bei der Wahlarbeit die größeren Erfolge erzielen kann, und weiter, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der sorgsamen Durcharbeitung der einzelnen Gedanken und des Reichtums der angestellten Erwägungen würdigt, dann muß ich doch dem *Haußleiterschen* Entwurf entschieden den Vorzug geben. Nach der formalen Seite hin hat es für mich, ich möchte beinahe sagen, etwas Drückendes gehabt, so lange über die vielen Seiten hin des Programms von Dr. *Rindt* immer wieder zu hören: wir fordern, wir fordern, wir fordern. Damit machen wir keinen Eindruck. In der Notlage, in der wir stehen, in dem Druck, in dem wir uns befinden, in der proletarischen Existenz, in die wir alle miteinander hineingeworfen sind, werden diese Forderungen nur einen sehr geringen Eindruck machen, da jeder, der das hört, sagen wird: Fordern, Du hast leicht fordern, aber was nützt mich Deine Forderung, Du wirst damit die Welt nicht ändern.
Es kommt noch etwas Zweites nach der formalen Seite hinzu: Wenn man die einzelnen Sätze, die kleinen Abschnitte des *Rindtschen* Programmes durchliest, so fällt einem doch oft auf, daß der erste Satz, dann der zweite positive Satz und dann der kritische (?) Satz nicht immer in einem klaren logischen Verhältnis miteinander stehen, sondern sehr oft sind Dinge nebeneinandergestellt, die sich, jedenfalls auf den ersten Eindruck, schnurstracks widersprechen. Es müßte dann irgendwie zum Ausdruck gebracht werden, daß wir zwar dieses wollen, aber das andere auch und inwiefern. Aber dann läuft es auf ein Programm "zwar aber" hinaus, mit dem man wieder keinen Eindruck machen kann.
Endlich möchte ich zum *Rindtschen* Programm noch auf folgendes hinweisen: Es taucht hier eine ganze Anzahl von Begriffen auf, die durchaus der Klärung bedürfen. Ich will z.B. nur eines nennen:

Wir fordern den christlichen Rechts-, Sozial- und Kulturstaat.

Meine sehr verehrten Herren! Gibt es einen christlichen Staat?

(Zuruf: Ist in der Verfassung festgelegt!)

Die Menschen können christlich sein. Kann der Staat als solcher christlich sein?

(Zuruf: Ja, er muß!)

Wenn ich diesen Begriff ernst nehme, so muß darin eigentlich enthalten sein, daß als voller Staatsbürger nur der gelten kann, der wirklich Christ ist.

(Widerspruch.)

Können wir uns auf diesen Standpunkt stellen? Unter allen Umständen bedeutet dieser Begriff einen Punkt, an dem in der Öffentlichkeit sofort eine heftige Diskussion einsetzen wird.

Der *Haußleitersche* Entwurf, der für den Geist christlicher Politik mit aller Entschiedenheit eintritt und sich in den konkreten Einzelforderungen von dem *Rindtschen* Entwurf kaum unterscheidet, scheint mir den Vorteil zu bieten, daß er eine so angreifbare Formulierung vermeidet. Ich spreche nicht von dem, was gemeint ist, ich spreche von der Formulierung, wie die Herren wohl verstehen.

So gäbe es noch eine ganze Reihe von anderen Punkten, die man anführen könnte und bei denen man sagen muß: Hier sind Begriffe verwendet, die jedenfalls erst der Klärung bedürfen, bevor sie als fertige Programmünze in das Land hinausgeworfen werden.

Ich glaube, daß auch in dem *Haußleiterschen* Entwurf nach der begrifflichen Seite hin noch eine sorgfältige Durchprüfung erfolgen muß. Ich habe meinen verehrten Nachbarn schon darauf aufmerksam gemacht, daß es kaum möglich sei, daß jede Art von Rassentheorie abzulehnen ist. Da es Rassen gibt, muß es auch Rassentheorien geben, die sich mit den Fragen der Bewertung, der Erkenntnisse der Eigenart der Rassen usw. zu befassen haben. Man kann nicht ablehnen, daß sich die wissenschaftliche Theorie mit solchen Fragen befaßt. Was Herr *Haußleiter* meint, ist aber offenbar Rassenhaß und dergleichen. Das ist natürlich abzulehnen.

Ich hebe nur einen Punkt heraus, um zu zeigen, daß auch dieser Entwurf, so groß seine geistigen Vorzüge meines Erachtens sind, doch in der Formulierung auch noch einer genauen Überprüfung bedarf. Ein zweiter Punkt, auf den ich meinen Nachbarn sofort hingewiesen habe, ist der, daß es an einer Stelle, nämlich im Satz 14 heißt:

Der Staat soll nicht selber wirtschaften.

Das ist eine viel zu allgemeine Formulierung. Ich fragte *Haußleiter*: Soll der Staat auch keine Eisenbahn betreiben? Wenn er das soll, dann wird er doch irgendwie wirtschaften müssen?

Auch diese Formulierung bedarf einer einschränkenden Prüfung. So gibt es noch manches andere, womit ich die verehrten Herren nicht aufhalten will. Nur scheint mir dieser Entwurf, auf das Ganze gesehen, doch den Vorzug zu verdienen. Beide Entwürfe müssen meines Erachtens, wenn eine größere und stärkere Wirkung in der Öffentlichkeit erzielt werden soll, soviel wie irgend möglich knapper, kürzer gefaßt werden.

(Zuruf: Unbedingt!)

Möglichst eindrucksvolle, knappe Formulierungen sind das Geheimnis der Wirksamkeit eines Programms, wie man sich denn ja auch z.B. in dieser Beziehung das Erfurter Programm von ehedem sehr wohl zum Vorbild nehmen kann. Denn nach der formalen Seite hin war es jedenfalls sehr gewandt gestaltet.

Im übrigen brauche ich dazu nichts zu sagen.

Frau *Speicher*: Liebe Anwesende! Ich kann meinem Vorredner vor allem darin zustimmen, daß es einen christlichen Staat heute nicht mehr gibt. Ich glaube, darin liegt unser ganzes Unglück beschlossen. Der christliche Philosoph *Hege[l]* sagt: "Es gibt

heute keinen christlichen Staat mehr, es kann heute höchstens christliche Staatsmänner geben, die den Staat führen."
Nun meine sehr Verehrten, darf ich noch darauf aufmerksam machen, daß der heutige Staat im allgemeinen immer noch, wenn auch nicht vollkommen, aber zu einem erheblichen Teil, von den christlichen Grundsätzen lebt. Da ist der Christlich-Sozialen Union die Aufgabe gestellt, dieses Maß von christlichen Grundsätzen, von denen das Staatsleben sich heute noch nährt, nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern noch zu festigen.
Dann, meine sehr Verehrten, darf ich sagen - ich will damit dem Herrn *Haußleiter* nicht zu nahe treten, der Entwurf von Herrn *Haußleiter* ist ausgezeichnet, aber ich für meine Person habe im Entwurf von Herrn Dr. *Rindt* so viele sympathische Punkte gefunden, daß ich fast den Entwurf *Rindt* vorziehen möchte.
Aber jetzt muß ich dasselbe sagen, was Professor *Strathmann* sagte, daß eben die Dinge viel zu allgemein gehalten sind. Z.B. heißt es hier:

Der Staat ist der gottgewollte Endzustand eines Volkes.

Nun, meine verehrten Anwesenden, ich wäre dafür, daß man hier präzis und stärker heraushebt, daß der Staat zwar die gottgewollte Ordnung ist, aber daß nicht eine Staatsomnipotenz platzgreifen darf. Es ist zwar in vielen einzelnen Punkten noch ausgeführt, aber wenn Sie gleich am Beginn des Programms diese Grundsätze scharf herausstellen, werden unsere Leute, nachdem wir eine Periode der Staatsverfolgung hinter uns haben, nicht in die Gefahr kommen, an diesen irgendwie zu straucheln. Ich würde gleich hier fortfahren und sagen:

Staatsomnipotenz, soweit sie die göttlichen und natürlichen Rechte des Individuums direkt oder indirekt verletzt, lehnen wir ab.

Ich glaube, damit wäre gleich im Eingang des Programms festgelegt, daß wir jede Staatsvergottung und jede Staatsomnipotenz ablehnen.
Dann möchte ich etwas zum Dilettantismus sagen. Wir alle haben immer wieder in unser Programm geschrieben, daß wir den Dilettantismus für den Staatsapparat und das Staatsleben ablehnen. In Wirklichkeit sehen wir schrecklich viel Dilettantismus.
Meine sehr verehrten Anwesenden! Ich mache die Erfahrung und beobachte - ich meine in weitem Umkreis -, daß wir oft Leute an Posten setzen, die absolut weder die menschlichen, noch die fachlichen Qualitäten für die Aufgaben haben, die der Posten an sie stellt.
Ich weiß nicht, ich bemerke eine solche Unruhe hier. Aber ich bin bald fertig.

(Zuruf: Sie haben ganz recht!)

Jetzt habe ich Zustimmung. Das tröstet mich.
Ich bitte, solche Vorgänge ganz besonders zu beobachten. Unsere heutige Demokratie krankt schon wieder daran, daß wir an sehr vielen Posten Leute sitzen haben, die einfach ihre Posten nicht ausfüllen können und die dadurch die Demokratie in Mißkredit bringen. Unsere heutige Lage ist schon wieder nicht sehr zufriedenstellend. Wir müssen fürchten, daß eines schönen Tages die Wellen wieder über uns zusammenschlagen.
Ein sehr sympathischer Punkt ist für uns Frauen im *Rindtschen* Programm der Punkt:

Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.

Dann, verehrte Anwesende, heißt es - was überdies von allen Parteien gefordert wird:

Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.

Meine Herren! Entschließen Sie sich einmal zu überlegen, was die Arbeit der Hausfrau für die Erhaltung der Familie bedeutet. Früher sah man den Junggesellen in Glanz und Gloria. Heute zeigt sich wieder, was der Junggeselle ohne Frau ist.

(Heiterkeit und Beifall.)

Wir wissen, meine Herren, daß erst in der Familie und durch die Arbeit der Hausfrau eine gute Kindererziehung möglich ist. Keine Anstalt, keine Massenerziehung wird Ihnen die Qualität an Menschen heranziehen können, die wir für einen bürgerlichen und gut geordneten Staat brauchen.
Darf ich noch ein paar Minuten sprechen? Ich sehe Sie schon aufstehen, Herr Dr. *Müller*. Das sind doch alles Dinge, die zur Diskussionsgrundlage nötig sind!
Sodann heißt es vom Richter:

Wir verlangen einen unabhängigen Richterstand.

Verehrte Anwesende! Mir wird ein bißchen ängstlich und schwummelig, wenn ich das lese und daran denke, wie schon in der Republik Urteile gefällt worden sind, die die Republik untergraben haben. Mir wird einigermaßen schlecht, wenn ich daran denke, wie die Richter im vergangenen Staat sich benommen haben. Wir können also nicht unbedingt auf das Gewissen pochen. Freilich, ich weiß, für den Rechtsstaat wäre das Gegebene die Unabhängigkeit der Richter. Es muß aber irgendein Ventil, irgendeine Sicherheit geschaffen werden, daß die Richter uns nicht noch einmal in eine Lage bringen können, wie wir sie in der Republik und im vergangenen nationalsozialistischen Staat erlebt haben.
Ich will aufhören. Vielleicht habe ich schon zuviel gesprochen. Ich kann mich dann noch einmal zum Wort melden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte nicht zu verübeln, wenn ich etwas auf Kürze dränge.
Frau *Speicher*: Darf ich etwas zu den Volkshochschulen sagen? Wir fordern wie alle anderen Parteien die Volkshochschule. Wie wenige von [den] Männern nehmen sich die Mühe, die Vortragsreihen und die Programme der Volkshochschule zu studieren. Vom christlichen Geist merken Sie da jedenfalls nicht viel. Alles wird in das Programm aufgenommen, nur nicht etwas, was ich als wirklich volksbildend kenne.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte nicht zu verübeln, wenn ich etwas gekürzt habe, und zwar aus folgendem Grund: Es ist sicher notwendig, daß das Programm gründlich durchberaten wird. Deswegen habe ich vorhin vorgesehen für den Fall, daß wichtige Abänderungen notwendig sind, in 14 Tagen eben eine neue Landesausschußsitzung abzuhalten und dabei die Programmfrage als ersten Punkt zu behandeln, damit gründliche Arbeit geleistet wird. Ich möchte nur heute zu einem gewissen Abschluß kommen, damit wir jetzt schon etwas für die Wahlen hinausgeben können und somit die Grundlage für die Wahlen haben. Es liegen bereits 15 Wortmeldungen vor.
Geiselberger: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, der Herr Vorsitzende hat vorhin einen sehr wichtigen Vorschlag gemacht, um nicht die Debatte ins Uferlose treiben zu lassen, nämlich den Vorschlag, daß je ein Vertreter der Bezirksverbände für sich - und ich glaube, es wird so ungefähr jeder berechtigt sein, im Namen seines Bezirksverbandes zu sprechen - die Stellungnahme zu den beiden uns vorgelegten Entwürfen kurz

darlegt. Wir wollen uns dann entsprechend den Darlegungen einigen und abstimmen. Wir haben bis jetzt bereits gesehen, daß fast nur Herren aus Franken und fränkischen Bezirksverbänden gesprochen haben. Ich weiß nicht, wie die Liste der 15 Redner noch weiter aussieht. Aber ich glaube, der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden würde wesentlich zur Abkürzung der Debatte beitragen.
Wir können heute auf einzelne Punkte des Programms nicht eingehen. Inhaltlich gehen doch beide Programmentwürfe in prinzipiellen Punkten ziemlich vollkommen einig und konform. Es handelt sich nur darum, welche Fassung uns als die praktischere erscheint. Das ist für die praktische politische Arbeit draußen im Volk das wichtigste. Im übrigen wird ja das Redaktionskomitee, das der Herr Vorsitzende bereits vorgeschlagen hat und auf das wir uns wohl alle einigen werden, die Verschmelzung der beiden Entwürfe unbedingt vornehmen müssen. Dann werden wir uns in der Landesversammlung über die endgültige Fassung erst unterhalten müssen. Weiter können wir heute nicht kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zum letzteren möchte ich sagen: Die Verschmelzung wird sehr schwer sein, wenn wir nicht die Linie ...
Geiselberger: Deswegen sage ich, wir werden uns ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Deswegen habe ich die Diskussion zugelassen. Ich lese rasch die Rednerliste vor. Vielleicht können wir den Vorschlag durchhalten, daß von jedem Bezirk einer spricht und sagt: Die und die Linie wollen wir gehen. Wir überlegen dann, wie wir es praktisch dann weitermachen können.
(Vorsitzender verliest die Rednerliste.)
Dr. *Kroll*: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte und begründe das wie folgt: Die Parteifreunde *Haußleiter* und *Rindt* haben sich, wie ich weiß, dahingehend geeinigt, daß sie ihr Programm in der Redaktionskommission zusammenfassen werden. Oder habe ich es mißverstanden?

(Zuruf *Haußleiter*: Ergänzen!)

Ich schlage vor Schluß der Debatte und beantrage, die Redaktionskommission einzusetzen, Zuschriften der Bezirksverbände bis zu einem bestimmten Termin, sagen wir bis [in] 14 Tage[n], entgegenzunehmen und dann einen endgültigen Programmentwurf auszuarbeiten und noch einmal dem Landesausschuß zur Beratung vorzulegen - die Landesversammlung ist dazu zu groß - und hinterher der Landesversammlung. Ich glaube, dann kommen wir am schnellsten weiter; sonst verlieren wir uns heute in uferlosen Debatten. Das Gremium ist viel zu groß, um zwei Entwürfe durchdiskutieren zu können.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht der Antrag auf Schluß der Debatte. Wer spricht gegen den Antrag auf Schluß der Debatte?
Krempl: Ich spreche deshalb zum Schluß der Debatte, weil ich zum Wort gemeldet bin.

(Unruhe. Heiterkeit.)

Ich bin gleich fertig. Ich halte keine systematische Rede.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf annehmen, daß die Freunde einverstanden sind, wenn *Krempl* ganz kurz grundsätzlich spricht.
Krempl: Die beiden Entwürfe sind gut. An beiden fehlt etwas, und wir haben heute keine Zeit, diese Entwürfe weiter auszuarbeiten. Darüber ist kein Zweifel. Wir müssen uns heute klar werden über einen anderen wichtigen Punkt, und das ist folgender: In bezug auf die Denazifizierung ist sich die Christlich-Soziale Union der schweren

Aufgabe bewußt. Sie ist sich bewußt der großen Verantwortung, daß Tausenden von Familien der Ernährer ohne Verdienst ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, stellen Sie nachher den Antrag.
Krempl: Das ist wichtiger. Denn es wird Nacht, und wir wollen heimgehen und den Leuten etwas sagen können. Die kleinen Pgs. leiden heute ein Martyrium. Das können wir nicht machen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es spricht niemand für Schluß der Debatte?
Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte?
Vier Stimmen sind gegen den Antrag auf Schluß der Debatte. Der Antrag ist damit angenommen. Damit ist die Rednerliste zu diesem Punkt der Tagesordnung erledigt.
Jetzt, meine lieben Freunde, haben wir darüber zu beschließen, welcher der beiden Entwürfe zugrunde gelegt werden soll.
Dr. *Kroll*: Der Antrag lautete so ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kroll*, entschuldige! ...
Kübler: Die einen melden sich fünfmal zur Geschäftsordnung, und wer sich zur Diskussion meldet, kommt nie daran.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Beide Entwürfe können nicht ineinander hineingearbeitet werden. Wir müssen sagen: Der eine ist die Grundlage des anderen. Er wird dazukoordiniert. Infolgedessen würde ich vorschlagen, jetzt darüber schlüssig zu werden, von welchem Antrag ausgegangen wird. Dann setzen wir ein nicht zu großes Komitee ein, das schon innerhalb der nächsten acht Tage die Durcharbeitung vornimmt. Dann werden wir in 14 Tagen in einer neuen Landesausschußsitzung als ersten Punkt der Tagesordnung den Punkt "Programm" setzen. Einverstanden?
Dr. *Hundhammer*: Ich beantrage, daß von jedem Bezirksverband ein Vertreter in den Landesausschuß kommt.
Staatssekretär *Krehle*: Ich wollte dasselbe beantragen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden. Ich möchte jetzt nur die grundsätzliche Stimmung noch festhalten. Sie haben gemerkt, es sind Divergenzen da. Die einen haben sich präzis auf den *Rindtschen* Vorschlag ausgesprochen, Professor *Strathmann* mehr für den Vorschlag *Haußleiter*. Infolgedessen möchte ich gern die Linie feststellen, damit dieses Komitee eine Grundlage hat, und sagen: Von dieser Linie gehen wir aus. Es ist das keine Bindung zu den einzelnen Bestimmungen. Es muß eine Grundlage vorhanden sein, damit praktisch gearbeitet werden kann.
Dr. *Eichhorn*: Wir haben eben unter einer ganz bestimmten Voraussetzung den Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, nämlich unter der Voraussetzung, daß jetzt nicht ein Gericht über zwei wertvolle Arbeiten von Parteifreunden gehalten wird, sondern daß eine Verschmelzung vorgenommen wird. Die beiden Herren sind keine Gegner.

(Heiterkeit.)

Wir haben also kein Volksgericht zu veranstalten, welcher von beiden Entwürfen der bessere ist. Wir wollen aus den zwei etwas machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Darf ich vielleicht den Vorschlag machen, daß *Rindt* und *Haußleiter* kurz in drei Minuten einmal sagen, wie sie es praktisch anpacken wollen. Meine Meinung, die ich nicht aufzwingen will, ist, daß man eine Grundlage haben und der Stimmung der Mehrheit des Landesausschusses Rechnung getragen werden muß, welcher Weg grundsätzlich gegangen werden soll. Sonst

geht nämlich im Redaktionskomitee wieder die Debatte um das Grundsätzliche los. Ich möchte die Arbeit in acht Tagen durchgeführt haben.
Brandner spricht kurz zur Geschäftsordnung.
Brandner: Damit wir weiterkommen, schlage ich vor, daß wir aufgrund der guten Gliederung, die im *Rindtschen* Programm zum Ausdruck kommt, das *Rindtsche* Programm als aufbauende Grundlage verwerten. Inhaltlich ist das andere Programm genauso wertvoll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es steht der Vorschlag *Brandner* zur Debatte.
Piechl: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, es ist das beste, daß das Komitee sich einigt.
Dr. *Gamperl*: Da beide Programme den Grundsätzen der Union entsprechen, möchte ich den Vorschlag machen, es wird dem Redner bei den Versammlungen überlassen, aus welchem Programm er sein Material schöpfen will.
Dann werde ich weiter vorschlagen, daß jeder Bezirksvorsitzende sich kurz darüber äußert, sei es bloß in einer Minute.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Sie haben gelacht, als ich gesagt habe, in Amerika ist es in den Parteien so, daß in den Nordstaaten die Demokratische Partei ein ganz anderes Parteiprogramm entwickelt als im Süden. Wir wollen uns nicht daran halten. Wir sind in unserem demokratischen Denken noch nicht so weit entwickelt wie in Amerika.

(Zuruf: Fast! Heiterkeit.)

Klenk: Zur Geschäftsordnung! Die zwei Entwürfe sind wirklich sehr gut. Aber ehe wir uns für irgend etwas entscheiden, würde ich es begrüßen, wenn wir die Angelegenheit etwas mehr diskutieren würden. Wir müssen Zeit gewinnen. Wir schieben die Sache von vornherein um 14 Tage auf, statt daß wir jetzt die Arbeit auf uns nehmen, um eine ganz andere Linie festlegen zu können. Wir brauchen in der Zukunft und beim Wahlkampf ein Programm. In 14 Tagen sitzen wir wiederum so da wie heute auch und kommen nicht weiter.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Es ist bereits 16.10 Uhr. Ich weiß, daß ein Teil unserer Freunde aus der Oberpfalz sogar schon nach 17 Uhr abreisen muß. Infolgedessen können wir darüber keine lange Diskussion mehr durchführen. Im Gegenteil, bei der Bedeutung, die ein Programm hat, habe ich gerade deswegen vorgeschlagen, in 14 Tagen eine neue Landesausschußsitzung anzuberaumen, die dann als ersten Punkt der Tagesordnung die Behandlung des Programms bringt. Wenn mittlerweile eines der beiden Programme zur Grundbasis erklärt worden ist, kann Dr. *Gerathewohl* für die Propaganda bereits die entsprechenden Entwürfe machen, damit wir keine Zeit für die Wahlvorbereitung verlieren. Aber jetzt bitte ich, über den Antrag *Brandner* abstimmen zu dürfen. *Brandner* hat den Antrag gestellt, das *Rindtsche* Programm soll die Basis zu der Entwicklung des Programms werden. Ich darf diesen Antrag ergänzen: Das *Haußleitersche* Programm ist nicht in den Ideen, aber in den Formulierungen manchmal besser. Es wird daher in das Programm, soweit es möglich ist, hineingearbeitet. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen.
Frau *Meyer-Spreckels*: Bedeutet das, daß die Reihenfolge im *Rindtschen* Programm die gleiche bleibt? Könnte man dann nicht eine Umstellung vom Einzelmensch herauf zum Staat vornehmen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das würde vom Redaktionskomitee bis zum nächsten Mal geklärt werden.

Voretzsch: Wir sind alle von den beiden Programmen beeindruckt. Es muß doch möglich sein, beide Programme zu vereinigen. Ich möchte nicht sagen, daß das eine die Grundlage von dem anderen sein sollte, sondern beide müßten zusammengelegt werden. Die Programme sind Programme, weniger programmatische Erklärungen eines Ministerpräsidenten bei Übernahme einer neuen Regierung; ein Programm müßte viel kürzer und packender sein. Es sollte nicht länger als eineinhalb Seiten sein.

(Zuruf Dr. *Rindt*: Das ist unmöglich!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es war das ursprünglich auch meine Auffassung. Ich wollte auch zuerst ein sehr kurzes Programm haben. Aber als die beiden Programme von *Rindt* und *Haußleiter* entwickelt wurden, wie sie jetzt vor uns liegen, habe ich sie für so gut gehalten, daß ich mir gesagt habe, ich wüßte nicht, wie ich die Programmpunkte zusammendrängen sollte. Ich habe es versucht, aber es ist zu schwer.
Professor *Strathmann*: Wollen wir nicht vielleicht doch den eben gemachten Vorschlag annehmen und einfach die beiden Vorschläge als Material unseren Leuten im Lande hinausgeben. Das halte ich für viel besser.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf gleich abstimmen lassen. Professor *Strathmann* stellt den Antrag, beide Entwürfe als Material für die Wahlarbeit unseren Ortsverbänden hinauszugeben.
Um den Unterschied nochmals hervorzuheben, darf ich vor der Abstimmung nur mit einem Satz sagen - Herr Professor *Strathmann*, Sie haben selbst darauf hingewiesen -, das *Rindtsche* Programm erscheint mir in der Grundlinie, ich möchte sagen, besser durchgezogen - wenn ich mich so ausdrücken darf, ich will nicht sagen ausgearbeitet -, besser durchentwickelt. Das *Haußleitersche* Programm ist in der Wirkungskraft besser als das *Rindtsche*. Darin liegt der Unterschied. Gerade weil beide Programme so differieren, bin ich der Auffassung, man soll eines zur Grundlage nehmen und das andere hineinarbeiten, um die beiderseitigen Vorteile zu vereinigen. Aber von einem muß man ausgehen, sonst bekommt man kein einheitliches Bild.
Ich möchte nicht, daß das Programm der Union von oben her gegeben wird. Deswegen habe ich vorhin die Anregung gegeben, daß die einzelnen Bezirke dazu Stellung nehmen und daß dann alle draußen, in Nord- wie in Südbayern, damit zufrieden sind und es brauchen können. Es soll nicht nachher der eine Teil sagen: Uns hätte das andere wesentlich besser entsprochen.
Darf ich jetzt abstimmen lassen. Es liegt der Antrag *Brandner* vor. Ich brauche ihn nicht mehr zu wiederholen. Er ist bekannt.

(Zuruf: Das *Rindtsche* Programm als Grundlage,
den *Haußleiterschen* Entwurf hineinarbeiten!)

Wer enthält sich? Wer ist dagegen?
Vier sind dagegen, der Vorschlag ist angenommen.
Jetzt bitte ich, das Redaktionskomitee zusammenzusetzen. Ich würde vorschlagen, von jedem Bezirk einen Vertreter, ferner einen Vertreter der Frauen und einen Vertreter der Jugend. Werden sonst noch Vorschläge dazu gemacht?

(Zuruf: Die Referenten!)

Selbstverständlich sind die beiden Referenten mit im Komitee.
Wird dieser Vorschlag so angenommen?

(Zuruf: Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.)

Wenn wir den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses nehmen, müssen wir auch den Vorsitzenden des Kulturausschusses beiziehen.

(Widerspruch. - Zuruf: Das Gremium wird viel zu groß.)

Dr. *Rindt*: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage vor, daß das Redaktionskomitee sich mit den Ausschüssen über die einzelnen Abschnitte in Verbindung setzt, deren Formulierungen entgegennimmt und sie einarbeitet.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Ausschüsse haben jederzeit das Recht, beratend Stellung zu nehmen. Das Redaktionskomitee wird die Ausschüsse zur Mitarbeit heranziehen. Das halte ich für das Beste.
Im übrigen soll der Ausschuß nicht zu groß sein, sonst kommt eine Divergenz.
Der Ausschuß besteht also aus den beiden Referenten, je einem Vertreter der Bezirke, einem Vertreter der Frauen und einem Vertreter der Jugend.
Einverstanden? Dann brauche ich nicht mehr darüber abstimmen zu lassen. Dann ist der Vorschlag angenommen.
Ich schlage vor, daß wir die Vertreter der Bezirke hier gleich bestimmen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Die Bezirke sollen sie bestimmen.)

Ich bitte die Bezirke, umgehend die Vertreter zu bestellen, am liebsten bis Montag, damit wir keine Zeit verlieren.

(Zuruf: Sofort hier bestellen.)

Es wird vorgeschlagen, sie sofort hier zu bestellen.
Staatssekretär *Krehle*: Der Bezirksverband München schlägt *Sedlmayr* vor, womit auch ein Arbeitervertreter im Komitee ist.
Dr. *Hundhammer*: Dr. *Hundhammer* für Oberbayern mit dem Recht, jeweils einen anderen Vertreter zu bestellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für Niederbayern wird *Kübler* vorgeschlagen.
Kübler: Ich habe keine Zeit.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann *Maier* von Dingolfing für Niederbayern. Für Oberpfalz *Ortloph*, Oberfranken Dr. *Kroll*, Mittelfranken *Engelhardt*, Unterfranken Dr. *Kroth*, Schwaben Dr. *Martin*, Augsburg *Fink*, Nürnberg Dr. *Arnold*.
Die Frauen haben schon bestellt.
Liedig: Frau *Lang-Brumann*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für die Jugend wird es am besten sein, *Steber* zu nehmen. Die Jugend ist sonst durch *Steber* im Arbeitsausschuß vertreten. Man kann ihn nicht einfach übergehen. Ich würde vorschlagen, daß wir ihn bestellen. Erhebt sich Widerspruch?
Dann ist mein Vorschlag angenommen. Damit ist das Redaktionskomitee zusammengestellt. *Stürmann* hatte sich gemeldet.
Dr. *Stürmann*: Ich war gegen die Benennung des Herrn *Steber*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den ersten Termin der Sitzung festlegen, damit keine Zeit verloren geht. Welchen Tag schlagen die beiden Referenten vor?

(Zuruf: Donnerstag und Freitag! Widerspruch. Zuruf: Am Donnerstag Fraktions- und Freitag Plenarsitzung!)

Dr. *Hundhammer*: Ich schlage Mittwoch vor. Am Donnerstag vormittag ist Fraktionssitzung, am Donnerstag nachmittag Wirtschaftsausschußsitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung. Wahrscheinlich tagt auch noch der Verfassungsausschuß, so

daß es also zweckmäßig sein dürfte, in der zweiten Woche die Termine zusammenzulegen. Ich schlage Mittwoch nachmittag vor.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit das Programm fertig wird, würde ich Mittwoch vormittag vorschlagen, 9.30 Uhr, Landesgeschäftsstelle. Einverstanden?

(Zuruf: Ja!)

Ich bitte das Redaktionskomitee, es darauf abzustellen, daß längstens in 14 Tagen der Landesausschuß das Programm vorliegen hat. Einverstanden? Mittlerweile sind die Freunde einverstanden, wenn Professor *Gerathewohl* bereits die beiden Programme für die Rednerentwürfe verarbeitet. Einverstanden?
Frau *Lang-Brumann* hat sich gemeldet.
Frau *Lang-Brumann*: Es ist vorher gesagt worden, daß beide Entwürfe gleich gut seien. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß im Kulturprogramm ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Entwürfen ist. Aus dem einen Entwurf geht hervor, daß die Gemeinschaftsschule die Regelschule wäre.

(Zuruf: Absolut nicht!)

Es heißt genau "nur dann, wenn die Eltern es wünschen"; das setzt einen Antrag voraus. Der andere Entwurf stellt die Bekenntnisschule in den Vordergrund; also Vorsicht, nicht daß wir wieder eine Konfusion bekommen: Die einen treten für die Konfessionsschule ein, die anderen für die Gemeinschaftsschule.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Frau *Lang-Brumann*, ich glaube, daß es in der Union keinen Zweifel gegeben hat, daß beide Konfessionen die Konfessionsschule als Grundlage genommen haben. Übrigens gehen beide Entwürfe auf die Vorschläge des kulturellen Ausschusses zurück. Es hat sich lediglich um die Formulierung gehandelt.
Frau *Lang-Brumann*: Man kann sie vielleicht glücklicher formulieren.
Dr. *Kroll*: Ich möchte nur mitteilen, daß die Redaktionssitzung am Mittwoch auf Schwierigkeiten stößt. Ich bitte, vorschlagen zu dürfen, daß eventuell Freitag genommen wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da ist Plenarsitzung.
Dr. *Kroll*: Wie ist es mit Samstag?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da ist sonst eine ganze Woche verloren. Samstag-Sonntag sind noch dazu Wahlpropagandatage.
Dr. *Hundhammer*: An sich würde es am zweckmäßigsten sein, am Donnerstag nachmittag, weil wir am Vormittag in der Fraktion zusammmen sind und am Nachmittag, wenn der Wirtschaftsausschuß beginnt, ein gewisses Vakuum da ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir müssen uns darüber klar sein, daß es nicht im Handumdrehen zu machen ist, weil zwei sehr gute Entwürfe vorliegen und verarbeitet werden müssen. Wenn nur ein so guter da wäre, täte man sich leichter. Zwei gleichwertige haben infolgedessen Diskussion sehr notwendig. Ich würde vorschlagen, den Mittwoch vormittag zu nehmen und Freitag eventuell als Reserve.
Dr. *Kroll*: Wir können ja...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kroll*, sind Sie einverstanden mit Mittwoch vormittag?
Kroll: Ich kann nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden? Darf ich damit dann diesen Punkt der Tagesordnung: Beschlußfassung über das politische Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union für abgeschlossen erklären?
Ortloph: Ich bin nicht ganz klar, wann diese Sitzung ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Am Mittwoch, 9.30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle.

Wir kommen zu Punkt 3: Vorbereitung der Landtagswahlen. Dr. *Hundhammer*!
Dr. *Hundhammer*: Gestern hat sich der Verfassungsausschuß mit dem Termin der Landtagswahlen befaßt. Es wurde der 17. November für die Volksabstimmung und für die Landtagswahlen festgelegt. Baden-Württemberg hat diesen Termin ebenfalls bereits angenommen; Hessen macht noch Schwierigkeiten, weil sie dort mit ihrer Arbeit nicht fertig sind.
Eine zweite Mitteilung, die wichtig ist: Die Reihenfolge der Wahlvorschläge wurde gestern im Wahlgesetz endgültig festgelegt, daß nämlich die Parteien auf dem Stimmzettel aufmarschieren nach der Stimmenzahl der letzt vorausgegangenen Wahl, für ganz Bayern einheitlich. Wir haben also bei der nächsten Wahl Nr. 1 auf der Liste.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zum Termin der Wahlen war auch bei der Militärregierung die Frage offen, ob wir nicht als stärkste Partei einen Wunsch äußern. Nachdem gestern der Termin festgelegt wurde, wird das schwer sein. Meine persönliche Auffassung war, den Wahltermin etwas hinauszuschieben. Es war interessant, daß zuerst die Sozialdemokraten die Wahlen möglichst lange hinausschieben wollten, in letzter Zeit hat Herr *Hoegner* den Wahltermin vorverlegen wollen. Nach meiner Auffassung würde es für uns, für die Arbeit besser sein, wenn der Wahltermin noch in den Dezembertagen gewesen wäre.

(Zuruf: Da können wir nirgends mehr hin bei unseren Schneeverhältnissen!)

Arbeiten kann man immer. Ich glaube, daß es möglich sein wird, wenn Hessen auch noch verschiebt, sich nochmals zu äußern. Ich glaube, daß man noch etwas Zeit für die Wahlvorbereitungen notwendig hätte als die Zeit, die jetzt bleibt.

(Zuruf *Brandner*.)

Dr. *von Eicken*: Ich halte im Interesse der Wahlpropaganda eine Verschiebung nicht für glücklich. Ich weiß genau wie Sie, daß bis 17. November nicht mehr viel Zeit ist, aber ich halte es auf der anderen Seite nicht für praktisch, in den oberbayerischen Gebieten zu warten, bis zwei Meter Schnee liegt.

(Zuruf: Im Bayerischen Wald ist es ebenso, ja erst recht!)

Dr. *Schedl*: Wenn am 17. November gewählt wird, haben wir in der Hauptvorbereitungszeit Allerheiligen und Allerseelen. Da können wir nicht gut Versammlungen halten, und wenn wir welche halten, geht niemand hin. Es fällt ein sehr wichtiges Wochenende aus mit mindestens 20 Versammlungen.

(Zuruf: Das gilt für *alle* Parteien!)

Sühler: ... daß wir die Bauern nicht zu den Wahlversammlungen herbekommen, wenn wir noch 14 Tage zuwarten würden.

(Zuruf: Zuwarten!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir können hier keine bindenden Beschlüsse fassen, und zwar deshalb, weil in dem Falle das Sprachrohr der Union, nämlich die Fraktion, zu entscheiden hätte. Wir wollen aber den Wunsch des Landesausschusses in der Hinsicht festlegen, weil hier vor allem die Leute da sind, die in der praktischen Arbeit ihre Erfahrungen gesammelt haben. Es ist fraglich, ob in dieser Hinsicht eine Änderung möglich ist. Man kann nichts versprechen. Darf ich vielleicht, um die Stimmung festzustellen, jetzt die Anfrage richten, keinen formellen Antrag:

Wer ist für eine Verschiebung der Wahlen? Es bleibt der Zeitraum zwischen 17. November und 8. Dezember; das ist die Grenze, soweit es möglich ist.
Dr. *Krehle*: Darf ich noch auf etwas aufmerksam machen: Wir haben uns in der Regierung damit beschäftigt. Die Militärregierung wünscht den 17. November. Wir haben dem Rechnung zu tragen, weil die neue Regierung noch vor Weihnachten gebildet werden soll. Wird die Landtagswahl auf 1. oder 8. Dezember verschoben, dann fällt die Regierungsbildung mitten in die Weihnachtsfeiertage hinein. Ich meine, je rascher die Regierung umgebildet ist, desto besser ist die Position für unsere Partei.
Dr. *Gamperl*: Meiner Auffassung nach würde eine Verschiebung um acht Tage eine Verbesserung bedeuten, ohne daß die Schneeverhältnisse hereinfallen und ohne daß die Schwierigkeit, die Herr Staatssekretär *Krehle* meint, auftaucht. Acht Tage und nicht weiter!
Fischer: Wie die Fachleute sich die Einreichung der Listen usw. vorstellen! Wie können wir Bezirksversammlungen und Kreisversammlungen in dieser kurzen Zeit durchführen, da ja alles erst neu durchgewählt werden muß!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dann darüber abstimmen lassen, und zwar möchte ich vielleicht so formulieren: Wer ist für eine kurzfristige Verschiebung der Wahl, insofern sich das erreichen läßt? Darf ich darüber abstimmen?
Wer ist dafür? Ich bitte, die Hand zu erheben. Bitte abzählen. Es scheint die Mehrheit zu sein.
Wer ist dagegen? Siebzehn. - Die überwiegende Mehrheit tritt in dem Falle dafür ein, daß der Versuch gemacht werden soll, die Wahlen kurzfristig zu verschieben.
Dr. *Hundhammer*: Ich bitte, gleich davon offiziell Kenntnis nehmen zu dürfen, daß der Landesausschuß diesen Wunsch äußert, um es der Fraktion mitzuteilen.
Piechl: Meine Herren! Ich bin trotzdem dafür, daß alle Vorbereitungen so angelegt werden, als wenn die Wahl am 17. November stattfände.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Damit ist dies abgeschlossen. Wir kommen dann zur Behandlung der Wahl noch weiter. Herr Dr. *Pfeiffer* war leider nicht zu erreichen. Es ist der persönliche Referent gekommen: Herr Dr. *Erber*. Ich schlage vor, daß wir jetzt gleich die Frage behandeln, die heute als eigener Punkt der Tagesordnung beschlossen wurde: Die Entnazifizierung.
Wer meldet sich zum Wort? *Mayr*!
Mayr (Fürth): Verehrte Anwesende, liebe Parteifreunde! Ich möchte die Debatte über einen Punkt, der der CSU wohl zur Zeit die größten Sorgen bereitet, damit beginnen, daß ich Ihnen von einer Erklärung Kenntnis gebe, die der Herr Landesbischof *Meiser* abgegeben hat. Das Unrecht, die Unzulänglichkeiten und die Härten, die da und dort bei der Durchführung des Denazifizierungsgesetzes auftreten, erfüllen weite christliche Kreise mit größter Sorge. Die Klagen, die in beiden Konfessionen den Geistlichen zugetragen werden, haben den Herrn Landesbischof veranlaßt, zu erklären, daß er in der nächsten Zeit in der Öffentlichkeit eine Erklärung abgeben wird, wonach er sich von der Christlich-Sozialen Union absetzen wird; das heißt er kann aufgrund seiner Einstellung, daß die Denazifizierung im christlichen Sinne durchzuführen sei, der Politik, wie sie von der CSU vertreten wird, nicht mehr folgen. Das wird er durch eine Erklärung in der Öffentlichkeit bekunden. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, welche Folgen diese Erklärung haben kann. Darüber hinaus möchte ich Ihnen in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksverbandes Mittelfranken sagen,

daß mich zur Zeit nichts so sehr beschäftigt, wie die Verteidigung des Herrn Staatsministers Dr. *Pfeiffer*. Ich muß in jeder Versammlung immer wieder den ehrlichen Willen bekunden, den unser Parteifreund Dr. *Pfeiffer* in der Ausübung seines schweren Ministeramtes mitbringt. Aber dennoch gelingt es mir nicht, da und dort die bitteren Klagen - ich muß schon sagen -, oft mit Recht erhobenen bitteren Klagen zu beruhigen. Allmählich komme ich mir vor wie ein Mann, der auf verlorenem Posten kämpft. Nürnberg und Mittelfranken ist die Hochburg der SPD. Leider ist die Lage so, daß die Beisitzer der CSU nicht mit den gleichen - ich muß in Klammer setzen - unfairen Waffen kämpfen wie die Beisitzer der SPD und KPD. Ich muß hinzusetzen, daß sich Härten und Unrecht ergeben, die vor einem ordentlichen Gericht niemals erreicht würden. Auf uns, auf die CSU wird gedeutet: "Ihr habt das Ministerium übernommen! Wir geben zu, es ist schwierig für uns, aber Ihr seid zuletzt verantwortlich!" Ich bedauere, daß der Herr Minister nicht da ist. Ich hätte ihm gesagt, daß ich mich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter nicht mehr so sehr für ihn einsetzen kann, weil ich nicht mehr die notwendige Unterstützung von ihm habe. Ich habe über tatsächliche Mißstände berichtet. Die Antwort war ein Schreiben des Präsidenten des Amtsgerichtes Ansbach: Nach Prüfung hätte sich ergeben, usw. Ich könnte mich an den Vorsitzenden der Spruchkammer wenden. - Wenn ich keinen Rückhalt habe und wenn ich Gefahr laufe, wie mein Parteifreund Dr. *Kroth* in Schweinfurt verhaftet zu werden, dann kann ich mich nicht mehr vor den Herrn Minister Dr. *Pfeiffer* hinstellen und überall seinen ehrlichen Willen vertreten und bekunden. Ich möchte diese Erklärung des Herrn Landesbischofs [Hans Meiser] zur Einleitung gesagt haben und Sie auf den Ernst der Situation hinweisen. Wir persönlich befürchten, daß die Union einen sehr großen Ausfall an Stimmen erleiden wird.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der nächste Redner: Herr Dr. *von Eicken*.

Dr. *von Eicken*: Meine Herren! Ich muß zu dieser Sache eine grundsätzliche Erklärung abgeben; ich kann Ihnen nicht sagen, woher ich das Recht zu einer Sachverständigenäußerung zu dieser Frage habe. - Ich könnte es vielleicht, aber ich möchte es nicht. - Ich bitte, mir aufgrund meiner bisherigen Äußerungen im Kreise der CSU zu glauben, daß ich Erklärungen nur dann abgebe, wenn ich sie verantworten kann. Ich glaube, dieses Recht habe ich mir verdient.

Ich könnte meinem Herrn Vorredner voll und ganz mit Dutzenden von Beispielen zustimmen. Ich möchte zu Anfang meiner Rede erklären, daß ich es trotzdem nicht ganz tue. Ich kann folgenden Fall erzählen: Einer meiner eigenen Angestellten, ein Mann, der nichts weiter gemacht hat, als daß er Kapitänleutnant gewesen ist, und dann annähernd zwangsweise 1937 in die Partei eingetreten ist, ist nach langem Ach und Krach denazifiziert worden und hat dabei eine Buße von 8000 RM bekommen. Als er daraufhin seinen Spruchkammervorsitzenden ansprach, wieso denn die Höchstgrenze bei ihm angenommen worden wäre, hat der ihm wörtlich erklärt: Wir brauchen Geld, und wir müssen das Geld nehmen, wo wir es kriegen.

(Zuruf: Unerhört!)

Wir können Ihnen auch raten, gehen Sie in die Berufung. Die Berufung wird mindestens drei Monate dauern. Ihr Monatsgehalt beträgt 500 RM. Sie kommen dann vielleicht auf 1000 RM Buße herunter, haben aber immer noch 500 RM verloren.

Der andere Fall betrifft einen Diener der protestantischen Kirche - in welcher Position, sei hier nicht erörtert. Es steht einwandfrei fest, daß dieser Diener der protestantischen Kirche in die Partei eingetreten ist, um schwereres Unheil zu verhüten. Es

steht einwandfrei fest, daß er nicht nur Unheil verhütet hat, sondern es mit Einsatz seiner eigenen Sicherheit und seines eigenen Lebens verhütet hat. Dieser Mann ist nach langen Verhandlungen, in denen sogar eine Zeitlang das Ministerium eingeschaltet war und in denen davon gesprochen wurde, daß es selbstverständlich sei, daß er entlastet werden müßte, glücklich in die Bewährungsgruppe eingestellt worden, mit einer Geldstrafe von 15.000 RM, die sein Vermögen ungefähr um das dreifache übersteigt. Trotzdem sage ich Ihnen, ich kann die Angriffe gegen unseren Parteifreund Minister *Pfeiffer* nicht decken. Abgesehen davon, daß ich den Minister *Pfeiffer* kenne, möchte ich ihm eines sagen: Ich habe vor vier Wochen aufgrund meiner persönlichen Beziehungen zum Minister *Pfeiffer* ihm einen Brief geschrieben, in dem ich ausführte: Ich halte es heute nicht mehr für tragbar, so zu tun, als ob die Denazifizierung in der bisherigen Form durchgeführt werden würde. Ich bedauere unendlich, wenn einer der wenigen mutigen und fähigen Köpfe, die wir haben, auf diese Weise wieder einmal umsonst verbraucht wird. Ich halte es für praktisch, nun endlich meine, von früher her vertretenen Gesichtspunkte doch noch einmal der Militärregierung gegenüber zu vertreten, die folgendes sagen:
Die Denazifizierung kann nur in gemeinsamer Arbeit zwischen den Amerikanern und den Deutschen durchgeführt werden. Dazu ist notwendig, daß die Amerikaner die Spruch- und Berufungskammervorsitzenden stellen und daß sämtliche unbelasteten Deutschen in Schöffenlisten eingeteilt werden, aus denen sie ausgelost werden, so daß die Neutralität und Sachlichkeit gewahrt wird. Dieser mein Standpunkt ist nicht neu, sondern sehr alt. Herr Minister Dr. *Pfeiffer* hat mir darauf geschrieben, er danke mir für meine Ausführungen, die ihn in jeder Beziehung sympathisch berühren. Er kann nicht dafür, daß er für Dinge, die er herbeigeführt hat, heute festgelegt ist, und er hofft, daß er mit Unterstützung und Verständnis mit den Schwierigkeiten, die ihm gestellt sind, fertig wird. Ich kenne die Verhältnisse im Ministerium für Sonderaufgaben wahrscheinlich erheblich besser wie ein großer Teil von Ihnen, meine Herren. Ich weiß, daß Minister *Pfeiffer* diese oder jene Äußerung mißdeutet wird. Ich möchte einen von Ihnen wissen, der sich das ernste Ziel gesteckt hat, zwischen dieser Scylla und Charybdis durchzusteuern; der also denazifizieren will und zwischen der Propaganda derjenigen steht, die zwar sagen: "Kleiner Pg. was nun?", aber hinter dem Rükken sämtliche wirklich ernsten Bemühungen sabotiert haben,

(Zuruf: Sehr wahr!)

und den Auffassungen der Militärregierung auf der anderen Seite, und eine Mittellinie finden muß. Es ist leider Gottes deutsche Gepflogenheit, jedes Wort, wenn es einem nicht paßt - wenn es einem paßt, dann spricht man nicht davon -, wörtlich zu nehmen und dann anzugreifen. Kann ein einzelner von Ihnen mir eine Antwort geben, was er zwischen all diesen Schwierigkeiten wirklich und sachlich anders machen kann, als versuchen, die Dinge voranzutreiben und diesen Anstoß des Ärgernisses sobald wie möglich zu beseitigen. Ich kann Ihnen versichern, und ich bitte mir zu glauben, daß Minister *Pfeiffer* einer der wenigen Menschen, vielleicht der einzige ist, dem ich vor allem, abgesehen von den Fähigkeiten - die hat mancher von uns -, die notwendige Zivilcourage zutraue, da das Odium höchstens auf ihn selber fällt. Glaubt einer von Ihnen, daß *Pfeiffer* sich zu seinem eigenen Spaß in diese Situation hineintreiben läßt? Glaubt einer, daß, wenn einer von uns einfach den eigenen Minister abschießt, etwas anderes übrigbleibt, als was man gerade bei dieser Mission am ehesten vermeiden will? Ich muß Sie bitten, mir zu glauben und möchte sagen, daß ich persönlich sehr

weitgehende Beziehungen habe, die mir ein Recht geben, mich hier bedingungslos vor meinen Parteifreund *Pfeiffer* zu stellen, daß ich weitgehendste Informationen habe, die sich nicht nur auf sachliche, sondern verwandschaftliche Beziehungen gründen, ohne mit *Pfeiffer* verwandt zu sein.
Ich bitte Sie also, mir zu glauben, daß *Pfeiffer* mit einer Zivilcourage, die ich, der ich für Zivilcourage wohlbekannt bin, zu bewundern Gelegenheit habe, die Dinge so faßt, daß Recht und Unrecht weitestgehend auseinandergehalten wird. Ich bitte, mir weiter zu glauben, daß Äußerungen, die Minister *Pfeiffer* da und dort tut, der Tatsache dienen, daß er zwischen den Dingen steht, die er allein zu entscheiden nicht in der Lage ist, und daß er mit diesen Äußerungen nicht etwa seine persönliche Kleberei an einem Posten zu vertreten versucht, sondern daß er versucht, dafür zu sorgen, daß die Dinge in der Hand eines Mannes sind, der unsere Weltanschauung vertritt. Ich erkläre Ihnen hier offen, daß ich, der ich dafür kritisch bekannt bin und der ich dafür bekannt bin, ohne rechts und links zu schauen, seinen eigenen Mut und seine Initiative in allen Dingen einzusetzen, Sie bitte, mir zu glauben. Machen Sie *Pfeiffer* nicht Schwierigkeiten, die Sie sonst bloß damit bezahlen, daß eines Tages vielleicht Herr *Hoegner* an seiner Stelle steht!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Stürmann*.
Dr. *Eichhorn*: Zur Geschäftsordnung! Es sind nur einige wenige, die historisch ganz genau kennen, wie innerhalb von einigen Stunden Dr. *Pfeiffer* Minister wurde. Ich war einer der wenigen, die absolut dagegen geredet haben. Ich bitte nun, daß wir gar nicht daran denken dürfen, als Landesausschuß der Union irgendwie zur Tätigkeit des Herrn Ministers *Pfeiffer* Stellung zu nehmen. Das hat mit uns als Union zunächst gar nichts zu tun. Ich bitte, das dringend festzuhalten.

(Unruhe unter den Versammlungsteilnehmern.)

Die Stellung des Herrn Ministers als Parteifreund kommt nicht in Betracht. Er ist für seine Person Minister für Sonderaufgaben. Sonst kommen wir in eine abscheuliche Situation. Weiteres will ich nicht sagen. Ich bitte dringend, mit der Diskussion Schluß zu machen, *Pfeiffer* hin, *Pfeiffer* her.
Es handelt sich darum, daß Sie zur Beratung über die Angelegenheit kommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich würde bitten, jetzt die Rednerliste weiter durchgehen zu lassen, und zwar deswegen, weil es doch notwendig erscheint, daß die Aussprache durchgeführt wird. Ich kann Ihnen ruhig sagen, daß von allen Briefen, die jeden Tag eingehen, ein Drittel, fast die Hälfte nur immer die leidige Entnazifizierung betreffen.
Dr. *Stürmann*!
Dr. *Stürmann*: Meine Damen und Herren! Ich muß leider eines im Gegensatz zu den Darstellungen der beiden Herren, die vor mir gesprochen haben, sagen: Ich glaube nicht, daß es jetzt zunächst unsere Hauptaufgabe ist, uns darnach zu drängen und mit besonderer Vorsicht bedacht zu sein, uns den Unwillen der Nationalsozialisten und ihrer Mitläufer zuzuziehen, sondern das Primäre ist, daß tatsächlich denazifiziert wird. Ich bitte auch alle die Argumente, die ich menschlich absolut verstehe - denn wir wollen bestimmt nicht, daß noch einmal das Bösartige, was wir im Dritten Reich erlebt haben, unseren Feinden, die es uns zugefügt haben, in derselben Form zugefügt wird - ...
Aber, bitte, meine Herren, Recht muß jetzt sein! Von diesem Gesichtspunkt des Rechts aus bitte ich, doch auch immer zu bedenken, daß es außerordentlich wesent-

lich ist, daß wir innerhalb der Partei frei von irgendwelchen nationalsozialistischen Exemplaren und Elementen sind. Denn es ist unerfreulich, wenn fortgesetzt in irgendeiner Zeitung steht, was weiß ich, Kreis irgendwo, Bezirk irgendwo: Der Landrat ist hinausgeworfen, weil er Pg. war. Meine Herren! Ich bin fest davon überzeugt, die anderen Parteien würden wahrscheinlich genauso hereinfallen, wenn man alle die weißen Fragebogen sich anschauen würde. Aber bei uns paßt man besonders auf.
Es wäre dringend notwendig, daß man zunächst beginnt, aber auch nur solche Kandidaten und solche Personen zu nominieren und solche Personen in die Öffentlichkeit zu stellen, die effektiv Gegner des Nationalsozialismus waren. Ich bitte, noch folgendes zu bedenken: Wir haben 13 Jahre den Nationalsozialismus über uns ergehen lassen müssen. Ich habe in den 13 Jahren nicht soviel Mitgefühl der Bischöfe mit uns, die wir ihnen sehr nahestanden, bemerkt, als in dem einen Jahr mit den Mitläufern des Nationalsozialismus. Also selbst auf die Gefahr, daß ich etwas sehr Unpopuläres sage - ich bin ein überzeugter Sohn meiner katholischen Kirche -, selbst auf die Gefahr hin: Die Tatsachen müssen festgehalten werden.
Und nun folgendes: Ich weiß nicht, was den Herrn Dr. *Pfeiffer* dazu bewogen hat, das Amt zu übernehmen oder nicht. Ich könnte es nicht übernehmen und wollte es nicht übernehmen und würde es nicht übernehmen. Denn Richter in Gesinnungsfragen zu sein, ist immer eine außerordentlich schwierige Angelegenheit. Aber, meine Herren, bedenken Sie, wie war denn vorher die Denazifikation. Wenn Sie erfahren müssen, daß die Denazifikation nur ein Vorwand ist, um eine sogenannte soziale Anarchie herbeizuführen, nämlich die Entwurzelung breitester Schichten; denn wieviel Millionen waren irgendwie durch Vater, Mutter, Schwester, was weiß ich, mit dem Nationalsozialismus in irgendeinem Berührungsfeld! Dann war es schon wichtig, daß die Denazifikation effektiv wieder auf das Feld zurückgeführt wird, in das es hineingehört, nämlich in das politische, nicht mit irgendwelchen Hintergedanken, die man etwa in drei, vier oder fünf Jahren dann schon amortisieren möchte. Diese beiden Gedanken sind nach meinem Dafürhalten grundlegend genug, um alle Bedenken zurückzustellen und uns auch ruhig zu dem Mut anzuspornen, daß wir bereit seien, den Nationalsozialisten zu sagen: Kinder, Ihr habt einen Fehler, einen Irrtum gemacht. Uns, die wir den Fehler nicht gemacht haben, hat man die Häuser eingeschmissen. Unsere Verwandten, unsere Kinder sind gefallen. Wir können auch nichts machen. Nun jammert um Gottes Willen nicht wegen des bißchen, das Euch passiert! - Ich rede nicht von den Verbrechern, sondern von den Mitläufern. Sie sollen nicht glauben, die Weltgeschichte stehe nun still, weil bei uns ist, was ihnen nicht paßt. Die CSU muß den Mut haben, als Partei klar antinationalsozialistisch eingestellt, jede Härte zu vermeiden, Recht zu suchen, aber Recht auch durchzusetzen.
Fischer (Augsburg): Als wir voriges Jahr an diese Frage herangingen, war ich auch in meinem Bekanntenkreis einer der Schärfsten. Ich hätte gerne den einen oder anderen auch beseitigt. Ich muß heute sagen, daß ich nach einem Jahr in dieser Frage umgelernt habe. Es ist kein Verhältnis im Ausmaß: Das, was 1933 geschehen ist und das, was 1946 geschieht. Es ist kein Verhältnis, daß wir überhaupt mit der Entnazifizierung, wie sie heute gediehen ist, annähernd an den Grundsatz herankommen, daß wir der Gerechtigkeit dienen wollen. Ich kann Beispiele aufführen. Die Spruchkammern in Augsburg und Schwaben machen mich noch radikal kaputt. Man spricht von einem, der in Klasse III kommt. Man stuft ihn in seinem Gehalt zurück, in seiner Stellung, haut ihm auf 20 oder 50 Jahre Abgaben hinauf; dann kommt er in seine Stelle, und da sagt man ihm: Klasse III stellen wir nicht ein. Dann können sie ihn gleich in

Klasse I einreihen! In einem anderen Fall wurde ein Autogeschäftsbesitzer, der ein halbes Jahr beim NSKK gewesen ist und dann ausgetreten ist, in Klasse II eingestuft. Das ist Wahnsinn. So geht das auf die Dauer.

(Zuruf: Da kann der Minister [*Anton Pfeiffer*] nichts dafür!)

Die Dinge gehen heute in einer solch breiten Masse vor sich. Dann haben wir im Jahre 1946 nicht mehr die Menschen, die das lange aushalten. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, es muß eine großzügige Amnestie von unten eintreten, damit wir überhaupt Zeit und Muße haben, die wirklichen Nationalsozialisten zu verhandeln und zu verurteilen. Wenn man den großen Verbrechern Monate um Monate einen Riesenapparat aufzieht und jede Kleinigkeit umdreht - und dann geht man her und urteilt über irgendeinen kleinen Mitläufer, nur indem man hingeht und im ersten Stock fragt: "Pst, pst, pst?" Und im zweiten Stock fragt: "Pst, pst, pst?" Und dann baut man ein Urteil, Freispruch oder Verurteilung, darauf auf! Das ist keine Maßnahme, wie man in Deutschland Justiz treiben soll. So geht es nicht weiter. Die Entnazifizierung hat versagt; sie ist undurchführbar.

(Zuruf.)

Dr. *Kroth*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war ja in der letzten Zeit ein Opfer dieser ganzen Spruchkammerpolitik. Ich bin vorige Woche als Abgeordneter der Verfassunggebenden Landesversammlung mitten aus einer Fraktionsversammlung verhaftet worden und nur auf dringendes Eingreifen unseres Landesvorsitzenden ist es gelungen, mich nach einigen Stunden wieder freizubekommen. Ich möchte Ihnen kurz die ganze Geschichte erzählen:

Als damals die Nachricht kam, daß Herr Dr. *Pfeiffer* das Ministerium übernehmen würde, da ging ein Aufatmen, wenigstens bei uns in Schweinfurt, durch die Bevölkerung und man erwartete tatsächlich, daß jetzt die CSU die Sache richtig in die Hand nehmen würde. Diese Erwartung ist, wie ich leider feststellen muß, schwer enttäuscht worden. Die Bevölkerung von Schweinfurt macht uns, die CSU, heute verantwortlich dafür, daß die Entnazifizierung überhaupt nicht vorwärts geht. Seit Anfang Juli oder sogar Juni ist bei uns in Schweinfurt kein Entnazifizierungsurteil mehr gefällt worden bzw. die gesamte Arbeit, die geleistet worden ist, ist wieder annulliert worden. Die Ärzte können nur beschränkt arbeiten, dann liegt vor allem die Industrie bei uns brach, weil die Entnazifizierung bei uns nicht vorwärtsgeht.

Wir hatten in Schweinfurt eine Spruchkammer zusammenbekommen, paritätisch besetzt von den drei Parteien, der CSU, der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei. Alle Parteien hatten ihre erste Garnitur in die Spruchkammer hineingesandt. Von den 21 Personen waren 14 Stadträte, darunter auch ein Abgeordneter der Verfassunggebenden Landesversammlung. Es waren meistens Leute, die politisch verfolgt waren, die im KZ gewesen sind. Sämtliche Urteile, die 117 Fälle bis zum 20. Juli sind in Schweinfurt einstimmig gefällt worden, ein Beweis dafür, wie ausserordentlich harmonisch das Zusammenarbeiten der drei Parteien war, die hier wirklich Vorbildliches geleistet haben und im weitesten Sinne das Vertrauen der Bevölkerung genossen. Die Urteile waren teilweise sogar ziemlich hart, wenigstens für meine Begriffe. Trotzdem hat man sie im allgemeinen gerecht empfunden, und auch die Betroffenen hatten durchaus das Gefühl, daß sie hier gerecht behandelt wurden. Sie haben auch ihre Strafe oder ihre Buße gerne getragen.

Da mitten hinein, nach dem 72. Fall, geschah dann auf einmal ein Eingriff von Seiten der Militärregierung, und zwar in einer außerordentlich erschütternden Art. Denn von

diesem Augenblick war die Unbefangenheit des Gerichtes vollkommen zerstört. Ich habe mich damals sofort an Herrn Dr. *Pfeiffer* mit einem schriftlichen Bericht gewandt, in dem ich ihm die Vorkommnisse mitteilte, die untragbar seien, und zwar von Seiten der amerikanischen Militärrregierung her. Wir haben gebeten, daß Herr Dr. *Pfeiffer* so schnell wie möglich eingreifen möchte und nach dem Rechten sähe. Wir haben darauf keine Antwort bekommen. Dafür erhielten wir aber am 20. Juli plötzlich die Nachricht, die Spruchkammer in Schweinfurt ist aufgelöst worden. Wir waren alle wie vom Donner gerührt und selbst in der Bevölkerung hat sich geradezu eine schockartige Panik bemerkbar gemacht. Es war allerdings auch bekannt geworden, in welcher Weise oben von einem gewissen Beauftragten der Militärregierung eingegriffen worden war. Eine Begründung für die Auflösung der Spruchkammer haben wir nicht bekommen. Der Oberbürgermeister hat sich wiederholt an den Minister *Pfeiffer* um Aufklärung gewandt, weil es sonst unmöglich wäre, eine neue Spruchkammer zu bilden. Denn es war kein Mensch bereit, nochmal in die Spruchkammer hineinzugehen, diffamiert zu werden und eventuell für Lebenszeit seiner Ämter verlustig zu gehen. - Wir haben nichts erfahren. Ich bin dann zum Minister *Pfeiffer* selber hingegangen, und zwar auch aufgrund der damaligen Aufforderung, daß jener Abgeordneter der CSU beim unmittelbaren Vertrauensmann der Denazifizierung ist und an ihn berichten soll. Ich habe ihm dann einen Bericht gegeben, und Minister *Pfeiffer* hat mich gefragt, ob ich bereit bin, meinen Vortrag auch vor der amerikanischen Militärregierung mit derselben Offenheit zu wiederholen. Das habe ich selbstverständlich bejaht. Ich hatte mir einige schriftliche Notizen gemacht, und da Dr. *Pfeiffer* schriftliche Unterlagen verlangte, habe ich sie ihm auch gegeben. Er hat sie dann sofort ins Englische übersetzt und, als ich dann am Nachmittag den Vortrag auch vor einem Amerikaner in derselben Weise wiederholt habe, die schriftlichen Notizen auch den Amerikanern ausgehändigt.

Die Angriffe, die ich vorgetragen habe, waren sicher sehr schwer; aber Minister *Pfeiffer* und die Militärregierung hatten mir die Versicherung gegeben, daß ich ohne Furcht eben die Darstellung so geben sollte, wie sich in unseren Augen die ganzen Dinge und Hintergründe abgewickelt hatten. Mein Bestreben war, daß die Spruchkammer in der alten Form sofort wiederhergestellt werden sollte. - Ich habe das auch den Herren der Militärregierung gesagt, - schon um das schwer erschütterte Vertrauen in die amerikanische Militärregierung wieder herzustellen. Denn, wie gesagt, unsere Spruchkammer hatte ein bedeutendes Vertrauen bei der Bevölkerung. Es wurde mir zugesagt und zuerst auch wurde uns sogar offiziell mitgeteilt, die Spruchkammer Schweinfurt ist wieder eingesetzt bis auf den ersten Vorsitzenden und den ersten Ankläger. Minister *Pfeiffer* erklärte mir, daß er auch diese Herren nach kurzer Zeit ebenfalls wieder zurückberufen würde, aber im Augenblick halte er es für besser, daß sie eben außer Rampenlicht gingen.

Nun hörte ich auf einmal hier in München: In Schweinfurt ist der Teufel los, der Oberbürgermeister soll abgesetzt werden, der Ankläger und der Vorsitzende sollen verhaftet werden, und zwar wegen meines Berichtes, der in Schweinfurt bei der Militärregierung bekannt geworden ist. Dieser Bericht hat dann auch zu meiner Verhaftung hier geführt. Ich sollte wegen Verleumdung der Militärregierung vors Militärgericht gestellt werden, obwohl ich auf Aufforderung hin, des hiesigen Ministeriums und der Militärregierung hier, in München einen Bericht freimütig, wie es verlangt war, eben auch gegeben hatte. Ich wurde, wie ich schon sagte, dann auf Eingreifen des Herrn Landesvorsitzenden wieder befreit, und ich war dann mit dem Herrn Landes-

vorsitzenden am nächsten Tag bei der Militärregierung - auch Herr Minister *Pfeiffer* war dabei. Ich muß anerkennen, daß Minister *Pfeiffer* bei der Militärregierung die Verantwortung dafür übernommen hat, so daß sie ebenfalls für meinen Bericht die Verantwortung übernehmen mußten, weil dieser Bericht auf ihren Wunsch erfolgt war, daß aber mein Bericht anscheinend in ein schlechtes Englisch übersetzt und auch an die Amerikaner weitergegeben worden wäre und dadurch kolossale Verzerrungen und Verschärfungen enthalten habe. Dieser Bericht ist in Schweinfurt bekannt geworden und man hat es für unfaßbar erklärt, daß Minister *Pfeiffer* einen derartigen Bericht, wenn er von mir vertraulicherweise eben eingereicht worden war, an die Militärregierung weitergegeben hat. Wie ich nach Schweinfurt zurückkam, hatte ich mit der Militärregierung natürlich eine Aussprache. Es war eine sehr harte Auseinandersetzung. Die Vorwürfe, die ich erhoben habe, sind von meinen Gewährsleuten voll und ganz aufrechterhalten worden. Ich habe nichtsdestoweniger den Bericht zurückgezogen, allerdings nachdem auch die Amerikaner in den Verhandlungen zugänglicher wurden und wahrscheinlich hier auch von München aus aufgefordert wurden, ihren Standpunkt meinem Bericht gegenüber zu verändern. Wir sind zu einem positiven Ergebnis gekommen, daß heute auch die amerikanische Militärregierung in Schweinfurt positiv mit uns zusammenarbeitet und jetzt schneller an die Entnazifizierungsfrage herangehen will. Also, es ist ein positiver Erfolg hier gewesen, den wir davongetragen haben. Aber diese ganzen Dinge hätten nicht zu geschehen brauchen, wenn eben hier rechtzeitig eingegriffen worden wäre. Das Übereinkommen, das wir erzielt haben, ist zunächst noch platonisch; wie weit es sich praktisch erweist, wissen wir noch nicht. Jedenfalls die Spruchkammer in Schweinfurt kann vorerst noch nicht arbeiten, weil noch Formalitäten erfüllt werden müssen, die vielleicht auch noch drei oder vier Wochen dauern. - Kurz und gut, die Bevölkerung in Schweinfurt hält die ganze Verzögerung in der Denazifizierungsfrage für unsere Schuld, für die Schuld des Herrn Minister Dr. *Pfeiffer* und für die Schuld der CSU. Das ist das, was uns so kolossal behindert.
Als ich mit den Amerikanern verhandelt habe, haben sie gesagt: Warum habt Ihr überhaupt dieses Gesetz angenommen. Wir halten es für unweise. Nachdem es von Euch angenommen ist, müssen wir sehen, daß es durchgeführt wird. - Es wird leider in einer Weise durchgeführt, die eben unsere CSU-Interessen außerordentlich schädigt. Wir bemühen uns, haben aber andauernd die Nachteile davon. Es ist die Frage, ob man Herrn Minister *Pfeiffer* nicht doch irgendwie in irgendeiner Weise vorschlagen sollte, die durchgreifender ist. Ich habe in den Verhandlungen gesehen, daß die Amerikaner hier restlos bestimmen und daß Minister Dr. *Pfeiffer* nur durch persönliche Bitten einen ganz beschränkten Einfluß auf den Gang der Verhandlungen hat. Das ist doch eigentlich nicht das richtige. Da müßte irgendwie eine prinzipielle Klärung herbeigeführt werden: entweder - oder. Wenn wir von der CSU aus durch einen Minister der CSU die Denazifizierung tatsächlich übernommen haben, dann muß sie auch tatsächlich vor den Augen der Bevölkerung einen Erfolg haben. Wenn sie keinen Erfolg hat, sondern nur Mißerfolg, dann weiß ich nicht, ob es richtig ist, daß wir uns weiter so exponieren, wie das geschehen ist. Ich möchte Herrn Dr. *Pfeiffer* persönlich keinen Vorwurf machen, im Gegenteil, er hat ja mitgeholfen, daß meine Sache persönlich bereinigt ist. Aber sachlich geht es nicht vorwärts. Und wir haben die Kosten zu tragen. Wir werden durch die Spruchkammer-Angelegenheit in Schweinfurt wahrscheinlich sehr viele Stimmen verlieren, obwohl wir, das heißt ich persönlich, meinen Kopf selber hingehalten habe und beinahe unter die Räder gekommen wäre.

Frau *Speicher*: Meine verehrten Anwesenden! Ich gehöre zu jenen, die politisch verfolgt [worden] sind, und ich muß sagen: Wir haben uns an den Herrn Landesbischof *Meiser* sehr oft gewandt, und wir haben von ihm sehr viel Trost empfangen. Er war einer der wenigen, die gegen das Unrecht des Nationalsozialismus gekämpft haben. Das hindert mich nicht zu sagen, daß ich es für einen Fehlgriff halten würde, wenn der Landesbischof eine öffentliche Erklärung in dieser Sache abgeben würde. Es würde sich nun eine ganz große Propaganda entfalten, und diese würde der Christlich-Sozialen Union bestimmt nicht nützlich sein.
Ich muß sagen, nach meiner Meinung halte ich das Gesetz zur Entnazifizierung für nicht schlecht, aber die Durchführenden. Die Personen, die in den Spruchkammern sitzen, sind meines Erachtens menschlich sehr oft nicht in der Lage und können auch nach ihrer Vorbildung nicht in der Lage sein, das Gesetz durchzuführen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Meine Herren! Es gehört schon ein ganz großer Charakter dazu. Wenn man nun in der Spruchkammer sitzt und von jedem, der in der Spruchkammer sitzt, bedrängt und bearbeitet wird, und da soll man eben sachlich Recht sprechen! Dann muß ich sagen, es sind manchmal Leute drin - ich ersehe es auch an unserer Fraktion -, Leute, die kaum das Knabenalter verlassen haben und die sollen nun Ankläger spielen! Wenn ich Ankläger sein will, dann muß ich in der Lage sein, den ganzen Sachverhalt sachlich überprüfen zu können, und zwar rasch überprüfen zu können, dann muß ich ferner in der Lage sein, den Sachverhalt schriftlich und mündlich formulieren zu können, und zwar klar formulieren zu können. Ich muß weiter noch ein Charakter sein, der sich von der geraden Linie nicht abdrängen läßt. Die ganze Misere liegt bei den Spruchkammern. Solange wir eben als deutsches Volk und als Partei nicht in der Lage sind, diese Spruchkammern anders zu besetzen, wird wohl auch keine Änderung erfolgen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Ich glaube, hier liegt der Haken.
Sie glauben gar nicht, wie gerade wir, die wir politisch verfolgt [worden] sind und die nun einen neuen Staat aufbauen wollen, wo so etwas nicht mehr vorkommen kann, darüber verängstigt sind, daß dieses schwierigste Problem, das von den Nationalsozialisten hinterlassen wurde, nicht besser gelöst werden kann. Ich glaube, wir müssen hier abraten, daß die Kirchen sich in diese Dinge einmischen. Denn mit Recht hat Herr Dr. *Stürmann* gesagt, daß wir leider vermissen, daß diese Empfindung gegenüber den politisch Verfolgten bestanden hat, die nun heute gegenüber den Nazis besteht. Dann möchte ich noch eines bedenken: Ich persönlich wünsche jedem Nazi, daß er gut durchkommt. Ich muß sagen, ich habe den lebhaften Wunsch, dieses Problem bald aus der Welt zu schaffen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Denn es beunruhigt nur unser ganzes bürgerliches und staatliches Leben. Aber eines darf ich Ihnen zur Erwägung geben: Nicht jeder, der sich heute unschuldig hinstellt, ist unschuldig.

(Zuruf: Sehr gut!)

Ich darf Ihnen nur zwei Fälle sagen, die bezeichnend sind: In Nürnberg kam ganz kürzlich der protestantische Pfarrer *Kern* in die Verhandlung der Spruchkammer. Die-

ser Herr Pfarrer *Kern*, den ich gar nicht kenne, weil ich katholisch bin, ist verdächtig, für die Gestapo Spitzeldienste geleistet zu haben. Man konnte es ihm nicht nachweisen. Aber ist es nicht ein merkwürdiges Zeichen, daß man ihm überhaupt so einen Vorwurf machen muß?
Alle die zur Nationalsozialistischen Partei gegangen sind, auch wenn sie sagen unter Zwang, haben irgendeinen Vorteil davon gehabt.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Meine Herren! Wie viele junge Leute mußten hinausgehen in den Krieg und sind dabei gefallen oder sind auf Lebenszeit siech! Ich erwähne einen Fall, den ich aus eigener Anschauung kenne - andere Fälle vom Hörensagen erwähne ich nicht. Ein 40-jähriger Amtsgerichtsrat machte ein Vorstellungsgesuch. Dieses habe ich gelesen. "Ich bin christlich, meine Eltern waren christlich; zur Partei bin ich gegangen, weil ich berufliche Nachteile erlitten hätte." Es kommt noch weiter: "Blockwart bin ich geworden, weil man mir drohte, mich zur Luft- oder Stadtwache einzuziehen." Ja, meine Herren, wenn Sie jetzt so ein Gesuch dieses 40-jährigen jungen Mannes haben; er verstand, sich vorm Krieg zu drücken, ist doch ein Verbrecher, wenn die anderen hinaus müssen. Er hat es verstanden, seinen Beruf und sein angenehmes Leben zu behalten, und der andere ist hinausgegangen und hat sein Leben geopfert. Bitte, jetzt kommt das Endergebnis dieses Falles: Kürzlich las ich in den Nachrichten der Spruchkammer: Herr Soundso schriftliches Verfahren. Also ist dem Mann nicht viel passiert. Es ist ein sehr wichtiger Beitritt zur Partei gewesen. Dieser Mann ist billig weggekommen. Wir sind überzeugt, daß sehr viele harte Urteile gefällt werden. Nochmals aber muß ich sagen, es ist nur die Zusammensetzung der Spruchkammern. Das kann nicht von oben geändert werden, sondern wir müssen in der Lage sein, von den Parteien her, die Spruchkammermitglieder zu stellen, die diese Sache einwandfrei durchführen können.

(Beifall.)

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Ich möchte meine Ausführungen, die kurz sein sollen, mit einer Feststellung eröffnen: In diesem Hause, ein Stockwerk höher, im Korridor ganz nach hinten, residiert als Leiter der Landesstelle Feinmechanik und Optik ein Mann, der einmal mein Vorgesetzter war in der Wirtschaftsgruppe Feinmechanik und Optik in Berlin, vielleicht, es müßte sehr merkwürdig sein, kein Parteigenosse. Aber ich würde wetten, daß er einer war. Jedenfalls ein Mitläufer von Ausmaßen, die man sich nicht vorstellen kann, ein Raffer an Werten aus Frankreich und anderen Ländern, die er mit ausgeplündert hat. Dieser Mann, der bedingungslos alles tat, was *Hitler* forderte, wenn er nur Vorteile hatte, hat es verstanden in Bayern Leiter der Landesstelle Feinmechanik und Optik zu sein. Sein Name ist Dr. *Albrecht*. Das ist eine Tatsache, die Sie nachprüfen können, wenn Sie den Korridor oben nach vorn gehen. Ich bin kein Denunziant, aber dieser Fall ist mir zu kraß. Ich stelle weiterhin fest, daß der berufsmäßige Propagandist und Völkerverhetzer *Fritzsche* freigesprochen wurde.
Meine Damen und Herren! Sollte es stimmen, daß sie die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen? Ich bin für Gerechtigkeit. Ich will nicht damit prunken, was ich unter dem Nationalsozialismus gelitten habe. Zum mindesten hat er mir restlos meine Laufbahn zerstört. Ich mußte das Schicksal auf mich nehmen, die Berufe soundso oft zu wechseln, bloß damit ich immer wieder den Schergen entgehen konnte. Ich weiß,

was man in dieser Zeit aushalten mußte. Ich verstehe, daß viele schwach wurden und will es ihnen nicht sehr hoch anrechnen.
Zunächst einmal müssen wir darauf bestehen, daß die wirklichen Nazis entfernt werden. Das Augenmerk sollte sich in allererster Linie auf sie konzentrieren. Erst, wenn wir von ihnen befreit sind, sollten wir uns auch an die kleineren und kleinsten heranmachen. Denn wir wissen, wie schwer es ist, ohne Einsatz einer letzten, fest begründeten inneren Anschauung und ein Vertrauen auf Gott überhaupt Widerstand zu leisten.
Ich möchte einen praktischen Vorschlag machen: Es hat jetzt keinen Sinn, so vorzugehen, daß man den Minister [*Anton Pfeiffer*] im Sinne einer Ablehnung kritisiert. Man kann ihn in einzelnen Maßnahmen kritisieren. Wohl aber hat es einen Sinn, positiv mitzuarbeiten. Denn das versteht auch die Militärregierung, wenn wir die Fehler im Gesetz aufdecken, die wirklich Fehler sind, und dafür eintreten, daß sie abgestellt werden. Die Militärregierung versteht auch, wenn wir Fehlurteile, die wirklich gefällt wurden, sammeln und vielleicht in einem Ausschuß sichten und dann wirklich einmal dem Minister und der Militärregierung vorlegen. Wir stehen ja immer noch unter dem Eindruck, daß unser eigentlicher [sic!] Vorsitzender politisch diffamiert wurde durch eine Denunziation, die haltlos ist. Er ist bis heute noch nicht freigekommen, obwohl nachgewiesen wurde, daß die Angriffe, die gegen ihn vorgetragen wurden, nicht stimmen und nicht stimmen können.
Um einen praktischen Beitrag zu leisten, möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Wir haben neulich in einer Besprechung bei der Militärregierung in Ansbach auf Vorschlag von Dr. *Arnold* einen Fall diskutiert, der immerhin erwähnenswert ist, weil er auch hier bereits angeschnitten wurde. Es ist vor allen Dingen einmal zu verlangen, daß diejenigen sogenannten belasteten Personen, die vielleicht unter Lebensgefahr aus den Gliederungen ausgetreten sind, nicht wie die Mitläufer, die bis zum Ende mitgelaufen sind, behandelt werden. Wir haben eine ganze Reihe von Leuten, die nach kurzer Zeit aus der SA, der SS, der Partei ausgetreten sind, weil sie eingesehen haben, daß hier Verbrechen geplant oder begangen werden. Vor diesen Leuten muß man Hochachtung haben, und man muß sie zunächst einmal schützen.

(Sehr richtig!)

Ich mache darauf aufmerksam, daß das vor allen Dingen für diejenigen gilt, die, ich möchte sagen eigentlich analog, unter die Jugendamnestie fallen. Sie wissen, daß alle diejenigen Personen nicht als belastet gelten, die dem Jahrgang 1919 angehören, die also im Jahre 1945 25 Jahre vollendet hatten. Jetzt bitte ich dahin zu wirken - und das bitte ich besonders dem persönlichen Referenten von Dr. *Pfeiffer* sagen zu dürfen -, daß analog auch die Jugendlichen, die früher geboren sind, so behandelt werden, sofern sie vor ihrem 25. Lebensjahr aus den Gliederungen wieder austraten. Das ist eine einfache Logik. Es ist ein Fehler im Gesetz, dies übersehen zu haben. Denn warum sollen diejenigen, die später geboren sind und die bis zum 25. Lebensjahr mitgelaufen sind, besser gestellt sein wie diejenigen, die ihren Irrtum eingesehen und unter persönlicher Verantwortung beglichen haben, indem sie wieder ausgetreten sind. Wir können die Leute nicht so behandeln und sagen, sie waren auch einmal dabei. Sie alle wissen, was es geheißen hat, wenn Personen unter Lebensgefahr aus den Gliederungen ausgeschieden sind.
Es gibt also Ansatzpunkte. Das ist nur *ein* Ansatzpunkt, wo man im Gesetz sinnvolle Verbesserungsvorschläge anbringen könnte. Ich möchte hier der Versammlung den

Vorschlag machen: Gehen Sie so vor, daß Sie diejenigen nicht schützen, die Verbrecher sind. Haben Sie zwar Mitempfinden mit den Mitläufern, aber lassen Sie sich nicht so breitschlagen, daß Sie sie denen für gleich erachten, die grundsätzlich den Nationalsozialismus abgelehnt und das auch bewiesen haben. Aber diejenigen, die ihn abgelehnt haben, sind immer diejenigen, die nie dabei waren oder die unter Lebensgefahr - und das war bei allen der Fall - ausgetreten sind und erklärt haben: Wir machen nicht mehr mit. Ich möchte das besonders deswegen sagen, weil einige unserer besten Leute - ich erinnere nur an den Stadtrat Dr. *Bauer* (?) - zu ihnen gehören und wir wissen, daß sie die heftigsten Antinazis waren, die es überhaupt gegeben hat. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß der seinerzeit vom Volksgerichtshof hingerichtete und heute von allen, auch von den Amerikanern, als Märtyrer anerkannte berühmte Bamberger Rechtsanwalt Dr. *Wölfel*, wenn er jetzt durch die Spruchkammer ginge, vielleicht sogar zu den Belasteten gehören würde.

(Zuruf: Professor *Huber* von der Universität München!)

Hier liegen einige eminente Fälle vor, die dringend der Klärung bedürfen. Wenn der Herr Minister *Pfeiffer* Zivilcourage hat, was mir bestätigt wurde, möge er sie beweisen und hier zunächst einmal eine Gleichstellung durchsetzen.
Ich möchte aber nicht verfehlen anzuführen, daß wir auf der Anklagebank doch auch diejenigen sehen müßten, die als Staatsmänner des Auslandes den Nationalsozialismus durch ihre Politik bis zum Kriegsbeginn unterstützt haben

(Beifall.)

und die hier nicht gerichtet werden. Warum sollen diese Leute in der Schuld als geringer erachtet werden als die Kleinen, die nicht in der Lage waren, immer mit den Mitteln des Auslandes dagegen Stellung zu nehmen? Das wollen wir doch nicht vergessen. Ich bin Antinationalsozialist und trete dafür ein, daß der Geist des Nationalsozialismus wirklich ausgerottet und beseitigt und daß auch eine sinnvolle Bestrafung durchgeführt wird. Aber es ist erforderlich, daß man der Gerechtigkeit, die Sie alle spüren, Genüge tut und diese Dinge klarstellt und nicht einfach stur einmal gegebene Paragraphen anwendet, sondern vielmehr, wie das in jeder gesunden Rechtsentwicklung in einem Volk der Fall ist, durch entsprechende Kommentierung das Gesetz fortentwickelt und allmählich auf die Linie bringt, auf die es eigentlich gehört.
Ich bitte also, meine Anregungen entgegenzunehmen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen.
Mayr (Fürth): Zur Abgabe einer Erklärung! Ich bedauere außerordentlich, vorhin den Herrn Landesbischof *Meiser* falsch zitiert zu haben. Ich wurde nämlich von einem Fraktionsfreund dahin unterrichtet, daß Herr Landesbischof *Meiser* gesagt haben soll: Mir ist sogar von der Bevölkerung nahegelegt worden, von der CSU abzurücken. Der Herr Landesbischof soll in einer späteren Erklärung aber ausdrücklich gesagt haben, daß er das nicht tut. Ich bedauere also, eine Erklärung abgegeben zu haben, die dem wirklichen Willen des Herrn Landesbischofs nicht entspricht.

(Beifall.)

Dr. *Eichhorn*: Wir haben es nicht besonders gern, wenn unser Landesbischof überhaupt erwähnt wird. Er gehört nicht in die Politik und er politisiert grundsätzlich nicht, weder mit der CSU noch mit sonst jemand. Ich habe gerade mit ihm telefoniert, weil ich vorhin erschrocken bin. Es liegt ein schweres Mißverständnis vor. Das, was der Abgeordnete Parteifreund *Mayr* eben erklärte, ist richtig. Der Herr Landesbischof

würde nie von einer Partei abrücken, weil er nie einer Partei zugerückt ist. Entschuldigen Sie, wenn ich mich einmal so populär ausdrücke. Er ist in jeder Beziehung neutral. Das ist die Haltung, die wir von jedem Führer der Kirche und jedem Geistlichen haben möchten, vorbehaltlich jeder persönlichen Einstellung zur Sache, wobei es ziemlich klar ist, daß wir hoffen und wünschen und wissen, daß ein Großteil der Geistlichen beider Konfessionen zur Christlich-Sozialen Union steht.
Wenn ich noch ein Wort zur Denazifizierung sagen darf: Wir sprechen immer von Dr. *Pfeiffer*. Ich habe es nicht gern, weil wir ihn nur als den persönlichen Minister, nicht als den Delegierten einer Partei erklären können. Aber wir müssen von etwas ganz anderem sprechen, meine Herren. Dieses Gesetz ist nicht nur undurchführbar aufgrund der Formulierungen, wegen des schönen Anhanges, der dazu ein Zusatz ist, in dem das wichtigste steht, sondern wegen des deutschen Volkes.

(Sehr richtig!)

Das ist es. Da kann kein Minister etwas daran ändern. Diejenigen, die jetzt in guten Plätzen sitzen, haben Angst, daß sie aus diesen Plätzen wieder weichen müssen. Das ist etwas, was eine Christlich-Soziale Union in erster Linie täglich und stündlich regeln muß. Ich kann Ihnen Fälle nennen, wo ein Mitglied des neuen Betriebsrates, nachdem die dortigen Angehörigen des Nationalsozialismus in der Spruchkammer abgehandelt und alle wieder eingestellt worden waren, erklärt hat: Ich gehe von meinem Platz nicht mehr weg. Inzwischen war er nämlich in die Stelle eines derjenigen eingerückt, die hinausgeworfen waren. Das ist nicht nur im Betrieb im kleinen so, sondern geht noch viel höher hinauf. Das ist die Gefahr, in der wir uns befinden. Wir sind nun dabei, ein Gesetz durchzuführen; wollen wir hoffen, soweit es irgend geht, mit einiger Gerechtigkeit. Wenn es durchgeführt ist, ist das Elend für die Menschen, für die Mitläufer oder auch Entlasteten, genau dasselbe wie vorher, und zwar deswegen, weil sie nicht mehr in ihre Stellungen hineinkommen können. Es ist das auch programmatisch in der Presse erklärt worden, einmal von amerikanischer Seite und im Anschluß daran vom Ministerpräsidenten [*Wilhelm Hoegner*].
Wie schwer das Gesetz durchzuführen ist, wissen wir alle. Es wird niemals gerecht durchgeführt werden können. Herr *Stürmann* hat es ausgedrückt. Es handelt sich um Werturteile, um innere Einstellung. Wir versäumen bei der Gelegenheit den scharfen Kampf gegen die wirklichen Nationalsozialisten. Die kommen auch mit Zeugnissen daher und bei sehr vielen Spruchkammern geht es ihnen wirklich gut. Die armseligen Menschen, die gezwungen in die Partei gegangen sind, die hingelaufen sind, weil sie eben in einer Position waren, wo man es von ihnen verlangt hat, werden abgehandelt und bleiben im Elend, ihre Familien bis zum kleinsten Kind. Es ist jetzt die Zeit gekommen, etwas für die Leute zu tun, die seit eineinhalb Jahren keinen Pfennig mehr bekommen und ihre paar Kröten ausgegeben haben. Dazu werden sie aus den Wohnungen herausgeworfen. Man nimmt dann nicht etwa zuerst die schweren Pgs. daran und dann die Mitläufer, sondern wen man erwischt. Es gibt in München ein Bezirkswohnungsamt, das damit renommiert, daß es das schärfste in diesem Punkt sei, statt sich zu schämen und zu sagen: Es muß einheitlich im ganzen Land durchgeführt werden.
Die Selbstmorde, vor denen wir stehen, sind zu einem großen Prozentsatz auf diese Wohnungsverhältnisse zurückzuführen, weil diese armseligen Leute, die ein kleinwenig Zivilisation um sich haben wollen, aus ihrem Letzten hinausgeworfen werden und ins Elend gehen müssen. Zu mir kam vor einigen Monaten ein Universitätsprofessor,

lächerlich belastet. Er wohnt hinter dem Stacheldraht in Harlaching. Er wird herausgesetzt. Es wird erklärt: Du bist Pg. und bekommst keine Wohnung. Er hausiert bei Freunden und Bekannten, damit er irgendwo auf einem Diwan oder sonstwo bleiben kann. Das sind die Fälle aus der Praxis.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. Man kann sonst nichts mehr verstehen, sagt Professor *Strathmann* mit Recht.

Dr. *Hundhammer*: Der Herr Minister *Pfeiffer* hat sein Amt seinerzeit übernommen - ich glaube, der Herr Dr. *Eichhorn* weiß es - nach einem Gewissenskampf mit sich selber. Er war sich der Schwere der Aufgabe bewußt, die er übernahm. Aber er hat das Amt im Interesse derjenigen übernommen, die von dem Gesetz betroffen sind.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Sehr richtig!)

Er hat sich jetzt bemüht, das Gesetz durchzuführen, mit unendlichen Schwierigkeiten, die erwachsen sind einerseits aus dem Apparat heraus, den er übernommen hat, einem Apparat, der an sich als Apparat zu einer Gefahr für unser Volk geworden war.

(Sehr richtig!)

Er hat sich bemüht, diesen Apparat umzugestalten. Es ist ihm zum Teil gelungen, aber nicht restlos.

(Sehr gut!)

Die Schuld, daß es ihm nicht gelungen ist, möchte ich nicht ihm zuschreiben, sondern Umständen, über die zu sprechen hier vielleicht gar nicht möglich ist. Die Erfahrung ist jetzt die, daß die Durchführung des Gesetzes an einem Punkt angelangt ist, bei dem man im Zweifel sein kann: Wird das Gesetz bis zum letzten überhaupt durchgeführt werden können oder wird der Zeitpunkt eintreten, an dem man sagen muß: Es geht nicht weiter, es muß ein anderer Weg gesucht werden.

Es wäre aber falsch, im gegenwärtigen Zeitpunkt gegen den Mann anzugehen oder ihn anzugreifen oder nur seine Position zu schwächen. Was geschehen kann, ist sachliche Kritik an den Schwierigkeiten, die sich gezeigt haben, vielleicht an dem Weg, der eingeschlagen worden ist, der vorher schon vorgezeichnet war, Kritik auch an den Hemmnissen, die von anderer Seite her dauernd dem Minister *Pfeiffer* vor die Füße geworfen werden.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Ministerialdirektor *Höltermann*.)

Der Name ist jetzt genannt. Aber wir müssen unsererseits versuchen, den Mann zu stützen und nicht ihn zu stürzen.

(Sehr richtig!)

Wir würden damit der Partei und den Betroffenen wirklich keinen Dienst erweisen. Wenn *Pfeiffer* aus seinem Amt scheidet, dann steht ein anderer vor der Tür, bei dem die Urteile doppelt so hart werden, außer bei Leuten, die vielleicht nach anderen Parteien hin eine Verbindung haben. Damit würden wir weder unserer Partei noch den Betroffenen nützen. Ich bedauere es und ich halte es für falsch, wenn gegen Minister *Pfeiffer* Angriffe erhoben werden.

Ich schließe meine Ausführungen mit dem Grundsatz und ich bitte, ihn zu überlegen: Den Mann stützen und nicht stürzen.

Karpf: Ich habe zu den Spruchkammerurteilen keine Einwendungen zu machen. Unsere Aschaffenburger Spruchkammer arbeitet ausgezeichnet. Die Militärregierung sowohl wie die Bevölkerung ist bis jetzt damit sehr zufrieden. Einwendungen habe ich dagegen gegen das Vorverfahren zu machen. Es wurde gestern in einer Betriebsrätekonferenz von den Betriebsräten geklagt, daß sie bereits heute über ihre Urteile in den Arbeitsblättern beschimpft werden, weil die Beschuldigten aufgrund einer Verfügung vor Verhandlung ihren Anklageakt zur Einsicht bekommen. Es ist sogar schon zu Tätlichkeiten in den Betrieben gekommen. In den Betrieben weigern sich die Betriebsräte und auch die politischen Vorprüfungsausschüsse in einzelnen Gemeinden weiterhin an diesen Arbeitsblättern mitzuarbeiten. Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn die Beschuldigten diese Arbeitsblätter wieder in die Hand bekommen.

(Zuruf *Erber*: Ist schon abgestellt.)

Dann brauche ich nichts mehr zu sagen.
Piechl: Warum nennen wir immer den Namen *Pfeiffer* und nicht den Namen Dr. *Hoegner*, den Namen *Schmitt*, die ja diese scharfen Maßregeln schon in der vergangenen Zeit herausgegeben haben? Wir müssen uns auch fragen: Was würden die Leute sagen, wenn wir gar nichts unternommen hätten? Wir haben dadurch, daß wir eine Besatzungsmacht haben, eine Revolution verhindert, bei der Zehntausende von unschuldigen Menschen hingemordet worden wären. Das, was damals nicht geschehen ist, kommt jetzt im kleinen hier nochmals zum Ausdruck. Meine Spruchkammern in Mainburg in der Hallertau arbeiten gut. Da arbeiten die CSU, die Sozi und die Kommunisten zusammen. Da kann kein Mensch sagen, die CSU ist schuld, wenn einer einmal verkehrt verurteilt wird, sondern die Kommunisten und die Sozi sind auch dabei gewesen, und zwar sind sie zahlenmäßig oft stärker beteiligt als unsere Leute. Vorher haben sie geschrieen und erklärt: Jeder gehört aufgehängt! Wenn sie dann in der Spruchkammer sitzen, sind sie zahmer, viel zahmer als der eine oder andere von Ihnen erwartet. Wir haben z.B. am Anfang keinen Vorsitzenden erhalten, weil die Kommunisten versucht haben, durch eine Verschleppungspolitik die Denazifizierung auf ein Jahrzehnt hinauszuschieben.

(Zuruf: Das ist der Grund!)

Das ist ihnen nicht gelungen dadurch, daß Dr. *Pfeiffer* eingegriffen hat.
Dann bitte ist bei der Agitation daran zu erinnern, daß der erste Entwurf, den Herr Dr. *Pfeiffer* auch mit ausgearbeitet hat, viel, viel zahmer gewesen ist als der zweite. Dann sage ich den Leuten immer, wenn sie den Namen *Pfeiffer* nennen: Bitte, die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Aufbaupartei, sie alle haben seinerzeit den Entwurf unterschrieben und sie alle haben sich bereit erklärt mitzuarbeiten. Infolgedessen liegt die Verantwortung nicht auf einer kleinen, schmalen Basis, sondern auf einer breiten, und es kommt darauf an, wie man es dem Volke sagt. Ich sage z.B. zu den Leuten: Dieses Gesetz wurde uns von den Amerikanern zugeschoben. Wenn einer der Herren Vorredner gesagt hat, man solle die Amerikaner wieder hineintun, so erinnere ich Sie daran, wie es bei den automatischen Verhaftungen zugegangen ist. Bei mir haben sie einen Propagandaleiter verhaftet, einen Bauern. Seine ganze Propagandatätigkeit bestand darin, daß er fünf Plakate angeklebt hat. Dafür ist er ein Jahr in Moosburg gewesen. Ich meine, wir müssen in dieser Beziehung die Kirche beim Dorf lassen und die Dinge so nehmen, wie sie in Wirklichkeit sind. Gerade im vorigen Jahr, als das Gesetz Nr. 8 herauskam, habe ich seelisch sehr viel ausgehalten, weil sich die Amerikaner so schwer in unsere Mentalität hineingedacht haben, weil sie

die Sache von ihrem Gesichtspunkt aus betrachtet haben. Ich habe zu den Amerikanern gesagt: Ihr geht wieder fort von hier, und der *Piechl* bleibt da. Infolgedessen müssen Sie bedenken, was für eine Verantwortung ich habe, und wie wenig Verantwortung Ihr Amerikaner habt.

(Heiterkeit.)

Das haben sie auch eingesehen.

Dann möchte ich weiter sagen: Alle Fälle sind doch individuell. Der Minister Dr. *Pfeiffer* hat auf die einzelnen Urteile ja gar keinen Einfluß. Er kann im großen erklären: So und so wird es gemacht. Viel Antipathie und viel Sympathie kommen bei den Urteilen zum Ausdruck. Es kann keiner aus seiner Haut heraus. Es ist für einen Berufsrichter schon schwierig, daß er immer das Richtige trifft. Wie soll ein Laie, der von der ganzen Sache bisher noch gar keine Ahnung gehabt hat, die Sache richtig beurteilen können? Das ist schwer.

Ich sage zu den Spruchkammermitgliedern immer, auch zu den Kommunisten: Ihr müßt nach bestem Wissen und Gewissen urteilen. Das sehen die Leute dann auch ein. Ich habe gemerkt, daß es am meisten auf den Vorsitzenden ankommt. Wenn der Vorsitzende ein Mann ist und kein Waschweib, dann funktioniert die Sache.

In der Agitation draußen müssen wir uns auf den Standpunkt stellen: Jawohl, *Pfeiffer* ist von unserer Partei. *Pfeiffer* macht, was er machen kann, und zwar nicht deswegen, um irgendwie reich zu werden oder eine höhere Stellung zu erlangen, sondern aus Verantwortungsgefühl, aus Verantwortungsbewußtsein heraus für uns, für unser Volk und für unsere Zukunft.

(Sehr richtig!)

Frau *Wittmann*: Meine Herren! Ich habe die Ehre, auch eine kleine Beisitzerin in einer Spruchkammer zu sein. Ich kann Ihnen nur sagen, daß wir außerordentlich vorsichtig und genau und gewissenhaft arbeiten, daß jeder Fall ganz gründlich durchgearbeitet und durchgesehen wird und daß man sich bemüht, der Sache wirklich gerecht zu werden. Irren ist menschlich. Alles können wir ändern. Was wir können, um unserem Volk zu helfen und keine Parias in unserem Volke zu schaffen, tun wir ohnedies alle.

Ich muß aber schon sagen: Der Unterschied zwischen 1933 und 1945 fällt, wahrhaftiger Gott, wirklich ins Auge. Wenn wir in der Spruchkammer sitzen und zum Fenster hinausschauen, schauen wir auf die Trümmer unserer Stadt. Als wir 1933 abgesetzt wurden - ich habe in diesen zwölf Jahren mindestens 25.000 RM an Gehalt verloren -, war Deutschland ganz und jetzt ist Deutschland zertrümmert. Wenn nun diese Herrschaften 1000 RM und 2000 RM für das zertrümmerte Deutschland einbüßen, dann muß ich sagen: Wir waren nicht schuld.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Sehr richtig!)

Wir haben alle miteinander geschworen, daß wir ohne Haß und Rachegefühl urteilen wollen. Wir bemühen uns ehrlich und redlich, unseren Schwur, den wir sehr ernst genommen haben, ernsthaft zu halten. Aber wir müssen andererseits gerade aus Gerechtigkeitsgründen sagen: Diejenigen, die ein Volk in diesen Abgrund von Not und Elend getrieben haben, sie sind alle mitgegangen. Auch die 1937-er waren mit schuld.

(Sehr richtig!)

Denn, wenn die nicht mitgegangen wären, wäre der *Hitler* nicht so groß gewesen. Das ist genau so, wie wenn ich einen Verein mit 100 oder 1000 Mitgliedern habe. Mit 1000 Mitgliedern zählt er ganz anders wie mit 100.

Warum sind die Leute mitgelaufen? Aus Geldbeutelzwang, aus Feigheitszwang! Heute redet man von Zwang, nur von Zwang. Und was für ein Zwang! Es ist ganz schrecklich. Dann sitzen wir in der Spruchkammer und lesen alle diese Gesuche. Es könnte einem übel werden. Manchmal ist es wirklich zum Speien, wenn man die Leute kennt und liest, wie unschuldig und wie harmlos und wie gezwungen sie waren, und wenn man weiß, wie es ihnen pressiert hat hineinzukommen und wie es gar nicht schnell genug gehen konnte.
Ich habe neulich zu einem gesagt: Zuerst hat es pressiert hinein, und jetzt pressiert es heraus. Wir können uns nicht mehr genug tun, daß wir sie schnell genug herausbekommen. So einfach ist die Sache nicht, daß man sie so machen kann. Parteigenosse und Nichtparteigenosse? Wir fragen uns manchmal: Sind wir die Nazi gewesen oder die anderen? Wahrscheinlich sind wir es, denn wir wären für schuldig erklärt worden. Es ist tatsächlich schon gesagt worden: Ihr seid schuld, daß wir verurteilt werden. Denn wenn Ihr auch drinnen gewesen wäret, könnte man allen miteinander nichts machen.
Dann die Hilfe der Geistlichen! Meine Herrschaften, die Herren, die heute mit den Parteigenossen so Mitleid haben, haben uns 1933 ihr Mitleid gar nicht gezeigt.

(Sehr richtig!)

Mir hat ein Bischof erwidert, als ich sagte, ich habe auch eine Familie, die ernährt werden muß: Ich kann Ihnen leider nicht helfen.
Wenn man heute sagt, wir müßten alle Stellen für diese Leute offenhalten, was tun wir mit denjenigen, die die Stellen vorher hatten ...

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Die heute Positionen bei uns haben! Es ist Zeit, daß damit in den eigenen Reihen aufgeräumt wird!)

Heute heißt es: Der Pfarrer X und der Bischof Y haben mir geraten: Geh hinein! Ich sage immer, es gibt ein altes Sprichwort: Ein faules Ei verdirbt den Brei. Aber die Nazi haben das Sprichwort umgedreht und gesagt: Wir schlagen in den faulen Brei ein gutes Ei, und dann wird der Brei gut. Das ist dann die Entschuldigung. Dankeschön! Über unsere alten deutschen Sprichwörter geht nichts.
Wir gehen nur aus Verantwortungsbewußtsein in die Spruchkammer hinein, mit dem besten Willen, weil wir unser Volk wieder herausziehen wollen. Daß wir uns dafür mit Dreck bewerfen lassen, fällt uns nicht ein, das lassen wir uns nicht gefallen. Die Herrschaften haben sich selber in den Dreck hineingesetzt. Wir ziehen sie heraus und sollen uns dafür noch mit Dreck bewerfen lassen? Dafür danken wir.
Was wäre, wenn es anders hinausgegangen wäre?

(Sehr richtig!)

Glauben Sie, daß einer von uns heute noch auf diesem Stuhl sitzen würde?

(Sehr richtig!)

Aber nicht bloß die großen Nazi, auch die Mitläufer hätten uns mit ihren Stiefeln totgetreten, erst recht die, die sich heute so unschuldig gebärden und nichts haben als ihre furchtbar christliche Einstellung und die behaupten, daß sie immer und alle Zeiten darüber geschimpft haben.
Nun kommt die Sache mit dem Sühnebescheid: Wenn jemand 10.000 RM im Jahr verdient hat, bekommt er 1000 RM Sühnebescheid. Dann kommt er gelaufen und sagt: Es ist zuviel, ich habe immer geschimpft. Aber hineingegangen ist er doch? Warum ist

er hineingangen, wenn er geschimpft hat, warum haben die Herrschaften kein Rückgrat gehabt? Wenn unsere Männer ein Rückgrat gehabt hätten, wäre es nicht soweit gekommen. Jetzt hat man es plötzlich, das heißt wir sollen es ihnen wieder geben. Es ist eine ganz furchtbare Sache.
Wir haben jetzt festgestellt, daß von unseren Jugendlichen, um auf die Amnestie zu kommen, [von] den Mädchen 5%, von den Buben 30% in die Partei gekommen sind; also ist es so, daß die anderen Jugendlichen die Geschichte satt hatten und nicht mehr hereingerutscht sind. Ich weiß die letzte Verpflichtung der HJ für die Partei. Da sind von 200, die angetreten sind, 180 über den Gartenzaun; sie sind während der Festrede davon. Die Jugendlichen haben nämlich zum Schluß mehr Schneid gehabt als die Alten. Wenn die genauso davon wären!
Das Schlimmste ist nun das Mißverhältnis zwischen Beamtenschaft und Geschäftsleuten. Die Beamtenschaft ist seit einem Jahr draußen und hat nichts. Die Geschäftsleute sitzen drinnen und verdienen weiter. Wir hatten in Augsburg 1933 einen Millionär. Wir haben 1946 in meinem eigenen Wohnbezirk vier Millionäre. Sie dürfen aber ja nicht glauben, daß sie sich durch Nazizugehörigkeit bereichert haben; das ist durch den Segen Gottes gekommen! Nun sollen die Leute etwas bezahlen. Wenn ich mir in zwölf Jahren drei bis vier Millionen Mark verdient habe und zuerst am Konkurs gerade vorbeigekommen bin, dann kann ich doch etwas bezahlen, das man allerdings den Umständen anpaßt.
Wir alle leiden geradeso unter der Wohnungsnot. Wir müssen alle geradeso zusammenrücken wie die Parteigenossen. Die Leute, die nicht bei der Partei waren, haben genauso gelitten, wenn ein Luftangriff war, wie die Parteigenossen. Wie war es bei den Sofortmaßnahmen nach den Bombardements? Wer ist bedient worden? Die Parteigenossen! Und wer kriegt heute noch die Baumaterialien? Ich erkläre meine ganze Schule als Parteischule, bis ich meine Schule mit Dachziegeln gedeckt habe. Oder schauen Sie einen Metzgermeister an!

(Zuruf: Vor allem die ehrsamen Schwarzhändler!)

Darum möchte ich bitten: Man muß alle miteinander unterstützen. Wir bemühen uns ehrlich und redlich, recht zu tun und die Leute herauszuziehen. Die Leute müssen auch den Mut haben zu bedenken, daß es viel schwerer ist, aus dem Dreck herauszukommen als in ihn hineinzukommen. Was man in zwölf Jahren versiebt hat, kann man in einem Jahr nicht wiedergutmachen. 1918 hat es fünf Jahre gedauert, bis wir von der Inflation weg waren. Wir haben diesen Krieg viel schwerer verloren.
Darum wollen wir den Minister stützen und alle Leute, die in den Spruchkammern tätig sind. Das ist unsere Aufgabe!
Dr. *von Eicken*: Meine Damen und Herren! Ich muß zu dieser Frage ein zweites Mal sprechen. Ich werde sehr kurz sprechen. Ich bin noch nie ein Freund theoretischer Erörterungen gewesen. Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß heute sehr viel theoretische Erörterungen gepflegt worden sind. Vielleicht war es nicht schade.
Man kann dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus gegenüber zwei Gesichtspunkte haben. Der eine ist der, daß es durchgeführt werden kann, der andere ist der, daß es nicht durchgeführt werden kann. Man kann aber nicht den Gesichtspunkt haben, daß für den Fall, daß es nicht durchgeführt werden kann, man sich um die Entscheidung drücken darf und dann irgendeinen Mann verantwortlich machen darf. Der Mann [*Anton Pfeiffer*] hat das getan, was er nach bestem Wissen und Gewissen machen mußte. Er ist in die Bresche gesprungen, als die Kommunisten

das Spiel zwischen Sabotage und Propaganda nicht mehr durchhalten konnten. Wenn der Mann verschwindet und das Gesetz bleibt, kann ich Ihnen den Nachfolger mit Namen nennen, wenn Sie wollen. Besser wird es nicht.
Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich seit vorigem Jahr erkläre, daß das Gesetz in dieser Form nicht durchzuführen ist. Wenn Sie diese Meinung auch haben, dann werden Sie den Mut haben, auch zu erklären: Die CSU steht auf dem Standpunkt, daß es nicht durchgeführt werden kann; und bitte den Versuch machen, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber Sie können das Gesetz nicht durchführen wollen und ihrem eigenen Mann mit seinen besten Absichten in den Rücken fallen. Ich persönlich stelle keinen Antrag. Ich bin fest überzeugt. Wenn in München und Oberbayern, wie ich weiß, 80 bis 90% sämtlicher Spruchkammerentscheidungen in die Berufung gehen und dafür zwei bis drei Spruchkammern, von denen ich wieder weiß, daß eine so gut wie gar nichts tut, in München und Oberbayern zur Verfügung stehen, dann kann ich ausrechnen, daß die Entnazifizierung im Jahre 2000 ungefähr zu Ende sein wird. Ich persönlich sage Ihnen: Ich halte das Gesetz in dieser Form für undurchführbar. Wenn ich als Privatmann eine Verantwortung hätte, ginge ich zu den Amerikanern und sagte ihnen: Als Privatmann fühle ich mich verantwortlich. Machen Sie sich klar darüber, ob Sie den Mut haben, die entsprechende Entscheidung zu treffen! Solange aber das Gesetz durchgeführt werden muß, lassen Sie unseren Mann [*Anton Pfeiffer*] verständigerweise aber an seinem Platz!
Riedel: Meine Herren! Es handelt sich bei der Entnazifizierung vor allem auch darum, daß die Frage unseres Wiederaufbaues, vor allem des Wiederaufbaues der Wirtschaft, mit der Entnazifizierung zusammenhängt. Daraus ergeben sich Linien für die Zukunft, die wir nicht übersehen wollen. Daß es anders geht, das beweist das Vorgehen innerhalb der französischen Zonen. Ich habe Gelegenheit gehabt, den Bürgermeister von Lindau in dieser Frage zu sprechen, der gleichzeitig Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses, oder wie es dort heißt, ist. Er sagte mir ein Beispiel: Von 160 Lehrkräften, die Pg. waren, sind 15 entlassen worden, die übrigen wurden zurückgestuft usw. Ich begreife, daß man sich heute darüber aufregt, wie es die Nazi machen. Ich mache Sie aufmerksam: Wir sind die Christlich-Soziale Union, wir müssen auch christlich handeln. Wir erreichen gar nichts, wenn wir weiter diese Dinge mit ähnlichen Motiven sehen, wie es die Nationalsozialisten getan haben. Damit machen wir gar nichts besser. Dann noch etwas: Es ist falsch, wenn man das Thema Denazifizierung nur vom Jahre 1933 an berücksichtigt. Herr *Kroll* hat darauf hingewiesen, daß dieses Thema viel weiter greift, nicht nur in deutsche Kreise. Wahrscheinlich wird man in fünf oder zehn Jahren über dieses Thema anders denken. Wir wollen nicht vergessen, daß etwa 80% unseres Volkes, wenn nicht direkt, so indirekt, von diesem Gesetz betroffen sind. Ich habe manchmal den Eindruck, daß man an einem totwunden Körper mit dem Messer noch herumsucht. Meine Herren, bei allem Sinn für Gerechtigkeit: Wer Dreck am Stecken hat, muß her, kein Zweifel, ob er es in der Vergangenheit getan hat oder in der Zukunft tun wird! Aber wir wollen doch, wenn man von den kleinen Pgs. spricht, die Unterschiede gelten lassen, die hier gemacht werden müssen.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich entschieden auf das eingehen, was der Herr Vorredner gesagt hat. Wir nennen uns eine Christlich-Soziale Union. Das Prinzip einer christlichen Partei ist das Prinzip der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit erfordert es - daher verstehe ich die Gefühlsduselei nicht -, Gerechtigkeit erfordert es, daß das gesühnt wird, was uns allen angetan worden ist. Wenn man

hier immer und immer wieder so mit Gefühlsduselei spricht, dann erreichen wir nur eines: Daß die Partei als solche mehr oder minder in das Schlepptau von Volksmeinungen hineingezogen wird, was nach meinem Dafürhalten außerordentlich unangebracht ist.
Das Gesetz selber ist gut. Was hier ein gewöhnlicher Bauer in München gesagt hat, das hat das Richtige getroffen. Es war ein Bauer, der Bauer *Frühwald* von Mittelfranken. Er hat erklärt, die Spruchkammern sind kein Kardinalskollegium, wo einer heilig gesprochen wird. Die Spruchkammern stellen Operationen dar. Das ist richtig. Es muß einmal in der Christlich-Sozialen Union soviel Mut da sein, daß wir das offen vertreten. Ich darf der Frau Vorrednerin ohne weiteres beipflichten. Hat sich um mich jemand gekümmert, als ich von der Stadt ausgewiesen worden bin mit vier kleinen Kindern! Ich habe auch auf Wohnungssuche gehen müssen. Wenn heute ein Nazi irgendwo hinaus muß, ist ein Mordsgeschrei. Ich warne vor der Agitation: Entweder für die Christlich-Soziale Union oder nicht!
Daß Vollzugsfehler passieren, hängt damit zusammen, daß wir es zum ersten Mal mit Laienrichtern zu tun haben. Die Laienrichter sind noch nicht so in der Form drin. Viele Spruchkammern arbeiten wirklich vorzüglich. Wenn wir selber am Gesetz Kritik üben, dann kommt es soweit, daß wir mithelfen, daß die Stimmung der Bevölkerung letzten Endes gegen uns selbst ist. Was ich darüber hinaus so tief bedauere, ist, daß der Herr Minister *Pfeiffer* in der eigenen Partei immer wieder angegriffen wird. Solche Dinge sind unhaltbar. Er hat sein Amt vielleicht gerade deswegen übernommen, weil wir zuviel an dem Gesetz herumkritisiert haben. Hätten wir von vornherein eine sehr positive Haltung zum Gesetz eingenommen, wäre es vielleicht anders gekommen.
Durch das ewige Herumnörgeln sind wir heute soweit gekommen. Drum bitte ich Sie dringend: Lassen Sie das Gesetz und stellen Sie sich so hin! Ich habe in meiner ganzen Agitation nie Schwierigkeiten gehabt. Wenn man immer nachgeben und alles Geschwätz der Untergrundbewegung berücksichtigen will, so ist das Gefühlsduselei, wobei ich es tief bedauere, daß sich Geistliche dazu hergeben. Im größten Elend hat sich um mich weder die Kirche noch sonst jemand gekümmert. Wie wäre es denn, wenn diese Herren noch am Ruder wären, einschließlich der Mitläufer und der Pgs. von 1937, die heute in unserer Mitte sind. Diese Pgs. und gerade die, die noch 1940 und 1941 eingetreten sind, sind nach meinem Dafürhalten noch schuldiger als die von 1933.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Und wir machen Gefühlsduselei daraus, greifen den eigenen Minister an! Wenn wir so weitermachen, dann haben wir allen Anlaß, für die Christliche-Soziale Union, für ihren Weiterbestand und den Wahlausgang zu fürchten. So geht es nicht; eine gerade, richtige Haltung! Das Gesetz ist gut. Im Vollzug passieren Fehler. Im allgemeinen müssen wir das Gesetz decken. Ich sage im allgemeinen: Es wird ein Unterschied gemacht zwischen Kleinen usw. Im Jahre 1933 haben wir keinen Unterschied gehabt, da wurde man in einen Topf geschmissen. Stellen wir uns doch einmal mannhaft hin, verteidigen wir unseren Minister, sind wir froh, daß er die Sache in die Hand genommen hat! Machen wir nicht solchen Zauber und bringen die Dinge im Landesausschuß und tun so, als ob tatsächlich die Welt zugrunde gehen würde!
Da bringt man dann noch christliche Erwägungen daher. Meine Damen und Herren! Das Christentum erfordert auch Gerechtigkeit und die Leute sind an den Verhältnis-

sen schuld; ob sie mit Zwang oder sonst dazugekommen sind, ist mir persönlich gleichgültig. Zwang war für jeden von uns dabei. So wie wir es treiben, so geht es nicht weiter, außer wir geben uns selber auf. Stehen Sie positiv zu dem Gesetz! Wir müssen bekennen, daß eine Schuld gesühnt werden muß. Schauen Sie sich München an, Nürnberg, all die Opfer des Nationalsozialismus, schauen Sie die Witwen an, deren Männer gestorben sind, die Witwen, deren Männer im KZ gestorben sind! Für die findet man kein Wort. Es kommt mir manchmal [so] vor, daß wir heute die Nazi verteidigen. Ich verbitte mir das, weil das ein Unheil sondergleichen ist. Wir müssen den Mut haben, positiv zum Minister zu stehen und positiv zu diesem Gesetz.

(Beifall.)

Miesgang: Mich leiten keine Gefühle des Hasses und der Vergeltung. Die verlorene Hand kann mir niemand mehr ersetzen. Ich möchte nur auf einen einzigen Punkt eingehen: Die Wohnungsfrage. Die Leute sind so verzweifelt, weil sie aus den Wohnungen hinaus müssen, und gerade die Leute regten sich nicht im geringsten auf, als man uns in die Erdlöcher hinausgeschickt hat. Ich habe als sogenannter Ehrenbürger der Nation, als Schwerverwundeter, mit meiner Frau in einer Baracke gehaust, in der die Wände im Winter zentimeterdick mit Eis bedeckt waren; die Wasserleitung war ausserhalb. Kein Mensch hat sich darüber aufgeregt oder etwas dahinter gefunden. Ich persönlich auch nicht. Warum jetzt plötzlich was dabei finden, wenn man es mit ihnen so macht, die den einen oder anderen in die Partei hineingezogen haben. Wenn diese Leute irgendwo zusammenrutschen müssen, so müssen sie sich in Gottes Namen damit abfinden. Ich muß das ganze Leben mit einem Arm herumrennen, da hilft mir auch keiner.

Dr. *Gamperl*: Ich habe den Punkt Denazifizierung auf die Tagesordnung setzen lassen. Ich habe das deswegen getan, weil im Stadtkreis Regensburg eine Entschließung gefaßt wurde, die sehr scharf war und die sehr ernste Wünsche gegenüber Minister *Pfeiffer* geäußert hat. Es kann sich bei der Sache nicht darum handeln, daß man den Minister bekämpft oder sich gegen das Gesetz äußert.

Was ich wollte - und deswegen begrüße ich es, daß einer der Herren vom Ministerium da ist -, ist das, daß wir Auskunft darüber bekommen, wie wir zur Gerechtigkeit kommen, wenn eine absolut himmelschreiende Ungerechtigkeit vorkommt. Ich denke an die Verurteilung eines Mannes, der nie Pg. war und noch dazu als Landtagsabgeordneter in der Nationalversammlung fungiert. Dieser Mann wurde von der Spruchkammer II Regensburg in die Gruppe I mit Verschärfung gesetzt, nur weil einige Hausleute einen gewissen Haß gegen ihn haben. Da glaube ich, daß es berechtigt ist, uns an den Minister zu wenden, um hierüber Auskunft zu bekommen.

Weiter haben wir den Fall des Stadtrechtsrates Dr. *Demmler*. Dieser Mann wurde von der Spruchkammer in die Gruppe II mit einem Jahr Straflagerarbeit eingereiht. Ich frage nun, was haben wir zu tun, wenn wir derartig drangsaliert werden mit unseren Leuten? Wir verlangen Gerechtigkeit. Es ist unrecht, wenn man die Sache auf falsche Bahnen treibt und etwa behauptet, wir wollen das Gesetz untergraben. Wir wollen vom Gesetz, daß das Volk seine Ehre wieder erhält. Das ist schwer genug, und darum muß Gerechtigkeit geübt werden. Aber es genügt nicht, daß wir sagen, wir lassen den Dingen ihren Lauf. Inzwischen werden unsere besten Staatsbürger kaputt gemacht, finanziell, wirtschaftlich und ihre ganze Familie.

Deswegen habe ich diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt, und ich lege Wert darauf, daß hier Auskunft gegeben wird. Wie sollen wir zu unserem Recht kommen? Das

war der Zweck der Debatte, nicht etwa, um das Gesetz anzugreifen. Das Gesetz hat seine guten Seiten; wir wissen sie alle. Daß es auch schlechte Seiten hat, das wissen wir ebenso. Im großen und ganzen haben wir uns zuletzt gefreut, weil wir gehofft haben, daß das deutsche Volk auf diese Art und Weise wieder zur Ruhe kommt. Denn Ruhe brauchen wir, sonst gehen wir wirklich zugrunde.

Köhler: Ich möchte Ihnen kurz berichten über die Situation der Spruchkammer Starnberg. Da werden wir daraus sehen, daß nicht etwa der Herr Minister Dr. *Pfeiffer* verantwortlich für solche Zustände ist, sondern vielmehr seine Ministerialdirektoren *Ziebell* und Dr. *Höltermann*.

(Zuruf Dr. *von Eicken*: Da nennt einer die richtigen Namen!)

Die Herren stecken dahinter. In der Ära *Schmitt* wurde unser Öffentlicher Kläger der Spruchkammer abgesetzt, und zwar deswegen, weil die Christlich-Soziale Union ihn auf ein Programm einer Versammlung gesetzt hat. Auf diesem Plakat wurde gebeten, es mögen auch die vom Gesetz Betroffenen ein Vertrauen zu dieser Kammer haben. An sich nicht glücklich ausgedrückt - aber der Name des Anklägers, der dazu sprechen sollte, ist ohne sein Wissen auf dieses Plakat gesetzt worden, und er ist in keiner Weise schuldig. Zwei Tage nach der Versammlung ist unser Ankläger deswegen, weil er auf diesem Plakat als Redner genannt wurde - das Plakat war nicht von ihm unterzeichnet, sondern von dem dortigen Ortsvorsitzenden -, abgesetzt worden mit der Begründung, er hätte nicht die Fähigkeit, das Gesetz durchzuführen. Dieses Schreiben war von Herrn Dr. *Höltermann* unterschrieben. Wir sind damals am 9. Juli sofort bei Herrn Minister Dr. *Pfeiffer* vorstellig geworden. Er hat gesagt: "Ich habe Anträge." Und seitdem geht es nun so zu. Es ist keine Änderung eingetreten. Unser Ankläger ist bis heute noch nicht wieder benannt worden, im Gegenteil, es sind bis jetzt lauter Sozialdemokraten dort in Starnberg. Der erste, zweite und dritte Kläger ist Sozialdemokrat. Der Vorsitzende, der unser Vertrauen hatte, ist inzwischen zurückgetreten. Ich weiß nun heute ganz genau, daß die Kräfte, die hinter den Sozialdemokraten stehen, Dr. *Ziebell* und *Höltermann* sind. Ich glaube, wir können in der Kammer keine Änderung erfahren, solange diese Kräfte am Werk sind. Sie wollen den Fall Dr. *Kurt Schmitt* so interpretieren. Dr. *Philippi*, öffentlicher Ankläger in Starnberg, hat bereits erklärt, er wird entlastet. Sie können sich denken, daß im Kreis Starnberg ziemliche Empörung darüber herrscht. Ich habe das ausgeführt, damit Sie sehen, wo die Kräfte sind, die heute noch wirken.

Dr. *Gassenmeyer*: Ich wollte nur im Namen der Jugend noch eine kleine Anregung geben. Es ist ja so, daß die Jugendlichen bis zum Jahrgang 1919 dem Amnestiegesetz unterworfen sind. Nun ist es aber so, daß die Jugendlichen der Jahrgänge 1914-1918 im Jahre 1933 auch noch nicht volljährig waren. Es wäre sehr zweckmäßig und wünschenswert, wenn diese Jahrgänge auch unter die Amnestie fallen würden. Soviel ich weiß und mir aus der Presse bekannt ist, hat Dr. *Schumacher* in dieser Richtung schon einmal in der englischen Zone gesprochen. Ich glaube, es wäre doch einmal sehr richtig, wenn Herr Dr. *Pfeiffer* sich in dieser Richtung für die Jugend verwenden würde. Ich bitte, das als Anregung anzunehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Damit ist die Rednerliste abgeschlossen. Ich glaube, daß wir die Diskussion zu diesem Punkte abschließen können. Ich würde vorschlagen, das Thema, wie die Entnazifizierung in der Wahlpropaganda zu behandeln ist, das nächste Mal zu besprechen. Wir müssen wohl oder übel das

Thema unter dem Gesichtspunkt betrachten. Ein großer Teil der Freunde hat die Befürchtung, daß dadurch ein großer Stimm[en]verlust eintreten kann.

(Zuruf *Sühler*: Hauptsächlich in fränkischen Kreisen!)

Ich hoffe, daß wir bis zum nächsten Mal soweit sind, wenn wir nicht das Problem gauweise zu lösen versuchen. Wir werden uns den Kopf darüber zerbrechen. Ich bitte, daß Sie sich in den Bezirken überlegen, wie das Thema behandelt werden kann. Ich werde rechtzeitig vor der nächsten Sitzung dann mit Ihnen Fühlung nehmen, damit wir zu produktiven Vorschlägen auch in dieser Beziehung kommen.
Wir haben bereits 18.15 Uhr. Ein großer Teil, ungefähr die Hälfte, ist schon abgereist. Ich schlage deshalb vor, daß die weiteren Punkte bis zur nächsten Landesausschußsitzung, die etwa in 14 Tagen stattfinden wird, vertagt werden. Die genaue Festlegung des Termins werde ich vornehmen, sobald ich übersehe, wie die einzelnen Termine sonst liegen. Es wird sich nicht viel vor- oder zurückverschieben. Sind die Freunde einverstanden? Dann darf ich abschließen?

(Zuruf: Eine Anfrage bezüglich der Landesvorstandschaft; Jugendvorstand.
Unser Freund *Steber* ist nach wie vor erster Vorsitzender.
Was ist mit unserem Freunde Dr. *Thierfelder*?)

Es gibt keinen eigentlichen ersten Vorsitzenden. Es muß von unten herauf neu gewählt werden. Die Wahlen werden vorbehaltlich der Genehmigung so vorgenommen, daß sie so rasch wie möglich durchgeführt werden können.
Sauer: Noch eine Anfrage betreffend die Wahlen. Wir sollen Listen einreichen. Die Militärregierung hat bis zum 1. Oktober verlangt, die Wahlkandidaten zu benennen; wenn wir am 17. November schon die Wahl haben, wie sollen wir das machen?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich werde sofort mit der Militärregierung Fühlung nehmen, nachdem ich vom Verfassungsausschuß gehört habe, bis wann die Wahlvorschläge eingereicht werden müssen.
Wir haben heute wirklich für die Organisation der Union eine sehr große grundlegende Arbeit mit der Programmgestaltung geleistet. Ich hoffe, daß wir in 14 Tagen genausogut arbeiten. Ich hoffe, daß auf diese Weise der Union in den nächsten Wahlen ein guter Wahlerfolg beschieden sein wird. Ich bitte um Ihre Mitarbeit für die Union, so wie heute auch für die Zukunft. Ich danke Ihnen.
Ich schließe die Landesausschußsitzung.

Schluß der Sitzung 18.15 Uhr.

Nr. 24

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 31. Oktober 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Programmgenehmigung
2. Durchführung der Landtagswahlen
3. Parteiorganisatorische Fragen
4. Sonstiges

Tagungsort: München, Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28

Anwesend:[2] E. Ammann, Ankermüller, A. von Aretin, Arnold, L. Baumeister, Bender, R. Berger, Bergmann, Boehlke, Busch, Dahm, Donsberger, Ehard, Eichhorn, Euerl, Fackler, J. Fischer, Frankl, Gamperl, A. Gaßner, Gerathewohl, Grasmann, Gröber, Haugg, H. Haunhorst, Haußleiter, Helmerich, Holzner, Horlacher, Hundhammer, Imler, Jahn, F. Kaiser, Karpf, Klenk, K. Köhler, Krehle, K.A. Kroth, Liedig, R. Martin, Mayr, K. Michel, Miesgang, J. Müller, Neckermann, Nentwig, Neumann, Ostwald, Ott, Pflaum, Prechtl, von Prittwitz-Gaffron, Probst, Rindt, F.L. Sauer, Schedl, Schlögl, A.W. Schmidt, Schwägerl, Sedlmayr, Sporer, Staab, R. Stücklen, Stürmann, Trettenbach, Ulrich, Wagner, Weinkamm, G. Weinzierl, Willke, F. Wittmann, Zwicknagl

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 10 Uhr unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die heutige Landesausschußsitzung und heiße Sie herzlich willkommen. Zu der Sitzung wurden eingeladen die Mitglieder des Landesausschusses und die Mitglieder der Landesvorstandschaft, soweit sie bisher gewählt worden sind. Wir werden nachher auf die Einladungen und auf die Formalitäten zurückkommen.
Ich bedauere zunächst, daß wir noch, ich möchte sagen, in einem Rumpfkabinett tagen müssen. Eine Reihe von Freunden kommt erst später an. Die Regensburger kommen erst nach 10 Uhr, und soweit ich gehört habe, kommt auch ein Teil der Franken erst nach 10 Uhr. Es wurde allerseits der Wunsch geäußert, möglichst bald anzufangen, also um 9 Uhr, damit man am Nachmittag rechtzeitig fertig wird. Ich glaube aber, daß wir aus dem heutigen Beginn die Lehre ziehen, daß es das nächste Mal dabei sein Bewenden haben kann, wenn wir den Beginn so festsetzen, daß wir um 10 Uhr mit den Verhandlungen anfangen können. Es wird das besser sein, als wenn ein Teil schon eine Stunde auf alle anderen warten muß.
Meine lieben Freunde! Ich gebe dann die Tagesordnung bekannt:

1. Programmgenehmigung,
2. Durchführung der Landtagswahlen,

---

[1] Laut Einladungsschreiben des Landessekretariats in der Anlage zum Protokoll und Protokolltext (s.u.).

[2] Laut Anwesenheitsliste, ergänzt anhand des Protokolltextes. Die Unterschrift eines Delegierten (München-Stadt) ist unleserlich.

3. Parteiorganisatorische Fragen,
4. Sonstiges

Erhebt sich ein Widerspruch gegen die Tagesordnung? (Kein Widerspruch.)
Dann ist die Tagesordnung genehmigt.
Zunächst habe ich folgende Feststellungen wegen des Stimmrechts zu treffen. Ich darf vielleicht die Einladungen nochmals verlesen lassen. Ich gebe Ihnen nachher das Schreiben der Militärregierung bezüglich unserer Satzungen bekannt.
Liedig: Unter dem 26. Oktober ist an die Herren Vorsitzenden der Bezirksverbände folgendes Schreiben gegangen:

Betrifft: Tagung Landesausschuß und Landesvorstandschaft am 31. Oktober 1946.

Wir bestätigen unser gestriges Telegramm wie folgt:
"Donnerstag, 31. Oktober, 9 Uhr gemeinsame Sitzung Landesausschuß und Landesvorstandschaft, Sitzungssaal Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße. Teilnahmeberechtigt nur gemäß in Kraft gesetzter Satzung neu gewählte Vertreter. Vollzählige Teilnahme erforderlich. Schriftliche Stimmübertragung auf Vertreter zulässig. Brief folgt."
Entsprechend den Weisungen der Militärregierung sind alle Parteiorgane aufgrund der in Kraft gesetzten Satzungen (vergleiche unseren Schnellbrief vom 7. Oktober 1946) neu zu wählen gewesen. Die von den Bezirksverbänden in den Landesausschuß bzw. in die Landesvorstandschaft zu entsendenden Vertreter sind daher nur dann ordnungsgemäß gewählt und stimmberechtigt, wenn sie durch ihrerseits ordnungsgemäß neu gewählte Bezirksversammlungen aufgestellt und gewählt worden sind. Die Ordnungsmäßigkeit der Bezirksversammlung setzt voraus, daß die Vertreter der Kreisverbände ihrerseits durch Neuwahl ebenfalls neugewählter Kreisverbände gewählt worden sind. Bei der Bezirksversammlung sind nur, wie schon früher mitgeteilt, die Kreisverbände stimmberechtigt gewesen, die zur Zeit der Abstimmung bereits in die Landespartei aufgenommen waren.
Zwecks Vermeidung von Anfechtungsmöglichkeiten wird gebeten, wie schon mit Schnellbrief vom 7. Oktober angefordert, die einschlägigen Protokollabschriften der Mitglieder-, Kreis- und Bezirksversammlungen (§ 71 der Satzung), soweit sie sich auf die Wahl beziehen, spätestens zur Versammlung am 31. Oktober 1946 zusammen mit der schriftlichen Bevollmächtigung der Mitglieder des Landesausschusses bzw. der Landesvorstandschaft vorzulegen.

Und dann folgt die Tagesordnung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf Ihnen das folgende Schreiben der Militärregierung für Bayern vom 29. Oktober 1946 bekanntgeben:

An den
Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union
München
Paul-Heyse-Str. 2-4

Betrifft: Die Satzungen der Christlich-Sozialen Union.

1. Die Militärregierung hat keine Einwendung gegen die Satzung[en] der Christlich-Sozialen Union vom 17. Mai 1946 in der überarbeiteten Form, wie sie vom Landesausschuß am 4. Oktober 1946 angenommen wurden und hier mit einem Brief vom 11. Oktober 1946, unterschrieben von Dr. *Müller*, Landesvorsitzender der Union, vorgelegt wurden.

2. Die Militärregierung ist der Ansicht, daß die Satzungen jetzt die notwendigen Erfordernisse der Demokratie erfüllen und daß sie einen ganz entschiedenen Schritt darstellen im Fortschritt zum demokratischen Denken und Handeln. Wir hoffen, daß durch ihre Anwendung die Union ein positiver demokratischer Ausdruck des Volkswillens wird.
3. Im Zusammenhang mit den Satzungen ordnet die Militärregierung an, daß sie zur endgültigen Annahme der nächsten Landesversammlung vorzulegen sind, die gemäß den darin enthaltenen Bestimmungen zu wählen ist.
4. In der Anlage hierzu wird ein Exemplar der Satzungen zurückgereicht, in dem jede Seite von Oberstleutnant *Burns* gezeichnet ist. Dieses Exemplar sehen wir als das Belegexemplar der Satzungen der Union an.

Der Kommandeur der Militärregierung für Bayern
gez. *Albert C. Schweizer*
WD Civilian
Chief, Civ. Adm. Div.

Meine lieben Freunde! Damit sind die Satzungen, die von uns bereits im Landesausschuß in Kraft gesetzt worden sind, endgültig genehmigt. Wir haben von der Grundlage der Satzungen auszugehen, um den demokratischen Aufbau der Union weiter durchzuführen. Wir müssen uns jetzt bereits an diese Satzungen halten. Das gilt auch für die Behandlung der Frage des Stimmrechts in der heutigen Sitzung. Wir können uns nicht über die Satzung hinwegsetzen. Es müßten an und für sich schon die Vertreter durchgewählt sein.
Ich bitte um Ruhe.
Auf der anderen Seite konnte ich nicht mit der Ansetzung einer neuen Sitzung warten, bis alle Formalitäten organisatorischer Art erledigt waren. Es erschien mir dringend notwendig, das Programm jetzt so rasch wie möglich in Kraft zu setzen, damit wir noch in der Wahl davon Gebrauch machen können. Deswegen habe ich den Übergangsstatus in Kauf genommen und habe Sie zu dieser Sitzung heute gebeten in der Annahme, daß wir schon irgendeinen Weg finden, der legal ist und andererseits besondere Schwierigkeiten erspart. Wir haben das letzte Mal den Ausweg gefunden, daß wir zweierlei Abstimmungsmodi durchgeführt haben, und es hat sich gezeigt, daß es nicht notwendig war, die Legalität ausdrücklich nachzuprüfen. Ich möchte vorschlagen, daß wir im Notfall auch heute ein ähnliches Verfahren durchführen, daß wir also von vornherein so abstimmen, daß die Bezirke, die schon durchgewählt haben, abstimmen und dann das gesamte Gremium. Wenn nachher die einzelnen Vertreter alle da sind, werde ich es ausdrücklich noch feststellen lassen. Es ist so ziemlich überall durchgewählt mit Ausnahme von München; ich weiß nicht, wie es in Oberbayern ist, ob da schon neu durchgewählt ist.

(Zuruf *Miesgang*: Ist geschehen!)

Ist von unten herauf neu durchgewählt?

(Zuruf *Miesgang*: Von den Kreisverbänden bzw. den Ortsverbänden.)

Wir werden nachher, wenn formale Abstimmungen notwendig werden, uns darüber noch unterhalten. Ich würde vorschlagen, diese Formaldebatten zurückzustellen, damit wir darüber nicht Zeit verlieren, die wir für andere Aufgaben dringend benötigen. Wenn Sie damit einverstanden sind und keine Bedenken dagegen erheben, darf ich in die Tagesordnung eintreten.

Staatssekretär *Krehle*: Meine Herren! Ich halte es für dringend notwendig, daß kein Unterschied gemacht wird zwischen den Bezirksverbänden, die in der Zwischenzeit durchgewählt, und denjenigen, die noch nicht durchgewählt haben. Soviel mir bekannt ist, hat auch Niederbayern noch nicht durchgewählt.

(Zuruf: Doch!)

Es ist jedenfalls noch nicht überall durchgewählt. Ich schlage daher vor, daß die alten Vertreter heute das gleiche Stimmrecht haben wie die neugewählten. Praktisch wird sich an der Entsendung und an der Zahl nichts ändern. Infolgedessen brauchen wir nicht zweierlei Abstimmungen machen. Sonst sind wir hier überflüssig. Dann können wir nach Hause gehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ihr seid nicht überflüssig. Es hat sich das letzte Mal gezeigt, daß wir sehr gut durchgekommen sind, und ich hoffe, daß wir heute in ähnlicher Weise tagen werden. Wir wollen deswegen über diese Debatte jetzt keine Zeit verlieren. Wir brauchen sie bestimmt notwendiger für die anderen Fragen.

Dr. *Hundhammer*: Ich möchte mich unbedingt dem Standpunkt von *Krehle* anschliessen und ihn unterstützen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Freunde! Wir treten damit in die Tagesordnung ein. Punkt 1 lautet "Programm-Genehmigung". Leider ist *Rindt*, der Referent im Redaktionsausschuß war, am Erscheinen noch verhindert. Er wird erst mittags kommen. Ich würde aber vorschlagen, daß uns zunächst Freund *Sedlmayr*, der im Redaktionsausschuß den Vorsitz geführt hat, ein kurzes Referat über die Arbeit des Redaktionsausschusses hält und daß wir uns vielleicht im Anschluß daran vom Parteifreund *Haußleiter* den Vortrag über das Sofortprogramm halten lassen und die anderen Debatten zurückstellen, bis Parteifreund *Rindt* da ist und das Grundsatzprogramm behandeln kann.

Einverstanden? (Kein Widerspruch.)

Dann erteile ich Parteifreund *Sedlmayr* das Wort.

Sedlmayr: Meine werten Parteifreunde! In dem Ausschuß, der gebildet worden war, um die beiden Programmentwürfe nochmals zu überarbeiten, haben mitgewirkt: Frau *Lang-Brumann*, Frau Dr. *Probst*, die Herren *Fink* (Augsburg), Herr Professor *Gerathewohl*, *Haußleiter*, *Hatzinger*, Dr. *Köhler*, Dr. *Kroth* (Schweinfurt), Dr. *Martin* (Augsburg), Dr. *Rindt* (Augsburg), *Sedlmayr*, Dr. *Semler*, Dr. *Weinkamm* (Augsburg).

Wir haben in etwa fünf oder sechs Sitzungen sowohl das Grundsatzprogramm, also den Entwurf von Dr. *Rindt*, durchgearbeitet, wie den zweiten Entwurf vom Kollegen *Haußleiter*. Bei der Beratung des Entwurfs, den Kollege *Haußleiter* gemacht hatte, hat sich ergeben, daß wir noch eine Erweiterung dieses Entwurfes notwendig hatten insofern, als es als zweckmäßig erachtet wurde, auf wichtige Gegenwartsfragen noch genauer einzugehen, insbesondere auf das Flüchtlingsproblem und ähnliche, absolut aktuelle Gegenstände. Daher hat der Kollege *Haußleiter* dann den Auftrag bekommen, die Erweiterungen noch in seinen Entwurf einzubauen. Das ist inzwischen geschehen. Der Entwurf liegt nun in einer neuen Fassung bereits vor. Darüber wird wohl der Kollege *Haußleiter* selbst noch berichten. Beim Grundsatzprogrammentwurf Dr. *Rindt* haben wir noch eine beträchtliche Zahl von Änderungen vorgenommen. Es wird wohl notwendig sein, daß der ganze Entwurf nochmals gelesen wird, um im einzelnen auf diese Abänderungen gegenüber dem vorherigen Entwurf einzugehen. Nachdem Kollege Dr. *Rindt* nicht da ist, könnte ich vielleicht das besorgen. Oder soll gewartet werden, bis es Dr. *Rindt* selber macht?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn die Parteifreunde einverstanden sind, dann würde ich vorschlagen, daß *Sedlmayr* uns die Abänderungen bekanntgibt und daß wir darüber nicht in Debatten eintreten, sondern anschließend das Sofortprogramm behandeln. Aber ich halte es für zweckmäßig, das Grundsatzprogramm zu kennen, bevor man über das Sofortprogramm debattiert.
Sind Sie damit einverstanden? (Kein Widerspruch.)
Dann bitte ich *Sedlmayr*, die Änderungen bekanntzugeben.
Sedlmayr: Es wird wahrscheinlich notwendig sein, daß das Ganze nochmals gelesen wird, um auf Einzelheiten aufmerksam machen zu können:

Das Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern
Das deutsche Volk steht vor der Aufgabe, den schwersten Zusammenbruch seiner Geschichte zu überwinden und wieder eine feste staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Grundlage für seine Zukunft zu erringen.
Die bis an die Wurzeln des Seins gehende Zerrüttung unseres öffentlichen und privaten Lebens, die uns der Nationalsozialismus als Erbe hinterlassen hat, ist letztlich verursacht durch die Abwendung von der göttlichen Ordnung, in der jeder einzelne und jedes Volk von allem Anfang an steht.
Unser Wollen und Handeln muß daher für den Aufbau und für alle Zukunft nach den ewigen Gesetzen dieser Ordnung ausgerichtet sein; einer Ordnung, die ihren höchsten und umfassenden Ausdruck in der Lehre des Christentums gefunden hat.
Die Krönung des Christentums ist die tätige Nächstenliebe, die wahrhaft soziale Tat. Wir bekennen uns zu ihr ohne Unterschied der Konfession und der Stände.
Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir in Bayern die Christlich-Soziale Union gegründet als die politische Tatgemeinschaft aller, die sich bekennen zur ewigen Gültigkeit des christlichen Sittengesetzes und zu einem aus ihm erwachsenden Menschheitsideal. Wir wollen in zielbewußter Zusammenarbeit den entscheidenden Beitrag für Wiederaufstieg und dauernde Wohlfahrt unseres Volkes leisten.
Verbunden durch gemeinsame Weltanschauung und gemeinsame Not und angesichts der immer gleichen Quelle aller Kraft und Wahrheit versprechen wir im vollen Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit vor Gott und dem Volk uns für die Verwirklichung folgender Ziele ohne jeden Eigennutz einzusetzen:

In diesem einleitenden Abschnitt sind nur verhältnismäßig wenig Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen worden.

I. Staatliche Ordnung

1. Der Staat ist nach Wesen und Aufgabe der gottgewollte Ordnungszustand eines Volkes:
   Wir erstreben den Staatsaufbau auf christlicher Grundlage.

Ursprünglich hat es hier geheißen:

   Wir erstreben den christlichen Rechts-, Sozial- und Kulturstaat.
   Nur in einer Ordnung, die vom christlichen Geist beseelt ist, wird allgemeine Sicherheit, bleibender Wohlstand und Fortschritt verwirklicht.
2. Trägerin und Vollzieherin des Volkswillens sind die vom Volk bestellten staatlichen Organe.
   Wir bekennen uns zum demokratischen Staat.
   Wir kämpfen gegen jede Art von Diktatur eines einzelnen, einer Partei oder einer Klasse. Wir kämpfen gegen Staatsbürokratismus und Staatsallmacht.

In diesen Abschnitten sind auch Veränderungen vorgenommen, und zwar hat es vorher geheißen:

Wir fordern den christlichen Rechts-, Sozial- und Kulturstaat.
Nur in ihm wird allgemeine Sicherheit, bleibender Wohlstand und wahrer Fortschritt verwirklicht.

In Punkt 2 hatte es geheißen:

2. Die staatliche Obrigkeit ist die bevollmächtigte Trägerin des Volkswillens.

Der letzte Satz von Ziffer 2:

Wir kämpfen gegen Staatsbürokratismus und Staatsallmacht

ist geblieben.
Ziffer 3 hat bisher gelautet:

Jedes Volk ist eine organisch gewordene Sendungs-, Schicksals- und Interessengemeinschaft:
Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands.
Wir kämpfen gegen jede Form von Separatismus. Wir wenden uns gegen jede Absplitterung deutscher Gebiete.

Die neue Form heißt:

Jedes Volk ist eine organisch gewordene Lebensgemeinschaft. Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands.
Wir kämpfen gegen jede Form von Separatismus. Wir wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete.

In Ziffer 4 sind auch ein paar Änderungen vorgenommen worden. Der urspüngliche Text war:

Der Staatsaufbau hat sich auf den natürlichen Gegebenheiten eines Volkes zu vollziehen.
Wir fordern den föderativen Aufbau Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage.
Wir kämpfen gegen Unitarismus und Zentralismus. Wir vertreten die starke Staatspersönlichkeit jedes Bundeslandes. Wir fordern in jedem Bundesland größtmögliche Selbständigkeit der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften.

Der neue Text lautet:

Der Staatsaufbau hat sich auf den natürlichen Gegebenheiten eines Volkes zu vollziehen.

Es heißt also "Gegebenheiten" und nicht "Begebenheiten".

Wir fordern den föderativen Aufbau Deutschlands auf bundesstaatlicher Grundlage.
Wir lehnen jeden Militarismus und Zentralismus ab.
Wir treten ein für die Staatspersönlichkeit jedes Bundeslandes. Wir fordern in jedem Bundesland größtmögliche Selbständigkeit der nachgeordneten Verwaltungskörperschaften.

Ziffer 5 bisheriger Text:

Gesunde und befriedete Berufsstände sind die tragenden Säulen von Wirtschaft, Wohlfahrt und Kultur.
Wir fordern eine zweite, unpolitische Kammer, vor allem zur Interessenvertretung der einzelnen Berufsstände.
Wir lehnen eine ausschließlich parteigebundene Volksvertretung ab.

Der neue Text lautet:

Gesunde und befriedete Berufsstände sind die Voraussetzung für das Gedeihen von Wirtschaft und Kultur. Wir bejahen eine zweite, politische Kammer, vor allem auch zur Interessenvertretung der Berufsstände.

Es muß hier natürlich "eine zweite unpolitische Kammer" heißen und nicht "eine zweite und politische Kammer".

Eine ausschließlich parteigebundene Volksvertretung lehnen wir ab.

Ziffer 6 bisheriger Text:

Die Lösung der Staatsaufgaben entscheidet über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes.
Wir fordern den rechten Mann am rechten Platz.
Wir kämpfen gegen jeden Dilettantismus. Wir vertreten den Grundsatz: Für das Volk sind die Besten gerade gut genug.

Der neue Text lautet:

Die Lösung der Staatsaufgaben entscheidet ausschlaggebend über Gegenwart und Zukunft unseres Volkes.
Wir fordern den rechten Mann am rechten Platz.
Wir kämpfen gegen die Unfähigkeit auf allen Gebieten der staatlichen Verwaltung.
Wir treten ein für ein sachgemäß vorgebildetes Berufsbeamtentum.

II. Rechtsordnung.

Der bisherige Text Ziffer 1 lautete:

Der Mensch ist nach göttlichem Willen ins Leben gerufen. Wir vertreten das Anrecht eines jeden auf ein menschenwürdiges Dasein.
Wir bejahen den Anspruch jedes einzelnen auf ausreichende Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, auf Familiengründung und ein sorgenfreies Alter.

Der neue Text Ziffer 1 lautet:

Der Mensch ist nach göttlichem Willen ins Leben gerufen. Wir vertreten das Anrecht jedes einzelnen auf ein menschenwürdiges Dasein.
Wir bejahen den Anspruch jedes einzelnen auf ausreichende Arbeit, Nahrung, Kleidung und Wohnung, auf Familiengründung und ein sorgenfreies Alter.

Ziffer 2 bisheriger Text:

Der Mensch ist als Ebenbild Gottes von hoher Würde:
Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit von Person und Heim.

Niemand darf verfolgt, verhaftet oder festgehalten werden, außer aufgrund der allgemein gültigen Gesetze. Jedem Angegriffenen müssen alle Möglichkeiten der Rechtfertigung zu Gebote stehen.

Der neue Text:

Der Mensch ist als Ebenbild Gottes von hoher Würde.
Wir verlangen die Ehrfurcht vor der Unverletzlichkeit der Person.
Niemand darf verfolgt, verhaftet oder festgehalten werden außer aufgrund der allgemein gültigen Gesetze. Jedem Angegriffenen müssen alle Möglichkeiten einer raschen Rechtfertigung zu Gebote stehen. Das Heim des Menschen soll seine Freistatt sein.

Ziffer 3 bisheriger Text:

Die menschliche Willensfreiheit ist eine Tatsache der göttlichen Ordnung.
Wir vertreten die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, des Handelns und der Berufswahl, des Zusammenschlusses und der Religionsausübung.
Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.

Neuer Text:

Die menschliche Willensfreiheit ist eine Tatsache der göttlichen Ordnung.
Wir vertreten die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, die Freiheit des Handelns und der Berufswahl, die Freiheit des Zusammenschlusses und der Religionsausübung.
Nur am christlichen Sittengesetz und am Gemeinwohl findet die menschliche Freiheit ihre Grenzen.

Bisherige Ziffer 4:

Mann und Frau sind in ihrer Würde ebenbürtig.
Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.
Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.

Neue Ziffer 4:

Mann und Frau sind in Wert und Aufgabe ebenbürtig.
Wir fordern die rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.
Die Arbeit der Hausfrau kommt der Berufsarbeit des Mannes gleich.

Bisherige Ziffer 5:

Jeder Stand und jeder Beruf ist notwendig für das Ganze. Wir verlangen die rechtliche und soziale Gleichstellung aller Stände und Berufe.
Wir kämpfen gegen Klassenhaß und Standeshochmut. Wir kämpfen gegen die Bevorzugung bestimmter Stände und Berufe.

Neue Ziffer 5:

Jeder Stand und Beruf ist notwendig für das Ganze. Wir verlangen die rechtliche und soziale Gleichstellung aller Stände und Berufe.
Wir kämpfen gegen Klassenhaß und Standeshochmut sowie gegen die Bevorzugung und den Vormachtsanspruch irgendwelcher Bevölkerungsschichten.

Ziffer 6 bisheriger Text:

Die Grundrechte der Menschen beruhen auf göttlichem Willen und sind allgemeingültig.
Wir wollen den deutschen Staatsraum als Freistatt für alle sehen, die in Mißachtung der Menschenrechte verfolgt sind. Die in der Vergangenheit so oft verletzten Menschenrechte sollen in dem neuen Staat besonderen Schutz und Rückhalt finden.

Dieser Absatz ist gestrichen worden. Er erscheint also nicht mehr in der neuen Fassung. Die Streichung erfolgte aus der Erwägung heraus, daß es wohl gerade für ein Deutschland, in dem sich sowieso schon allzu viele fremde Völkerschaften versammeln, nicht besonders zweckmäßig erscheint, jetzt sozusagen eine allgemeine Einladung an alle irgendwie Verfolgten ergehen zu lassen, sich bei uns in Deutschland einzufinden. Dieses Argument ist vom gesamten Ausschuß anerkannt worden.
Die bisherige Ziffer 7, die im neuen Entwurf Ziffer 6 wird, hat gelautet:

Jedes Gesetz geht in seinen Normen auf das dem Menschen eingeborene Naturrecht zurück.
Wir verlangen eine bleibende Ausrichtung aller Gesetze nach den Richtsätzen der Gerechtigkeit.
Wir kämpfen gegen Rechtsverdrehung und Rechtswillkür. Wir vertreten ein christliches Straf- und Zivilrecht. Wir wollen ein christliches Sozial- und Arbeitsrecht.

Jetzt heißt die Ziffer 6:

Das Bewußtsein von Recht und Unrecht ist dem Menschen von Natur aus gegeben.
Wir verlangen die Ausrichtung aller Gesetze nach den Grundsätzen des Naturrechts.
Wir vertreten eine Reform des Straf- und Zivilrechts in diesem Sinne. In gleicher Weise muß das Sozial- und Arbeitsrecht neu gestaltet werden.

Die bisherige Ziffer 8, jetzt Ziffer 7, hat gelautet:

Der Richter ist der Künder allgemeingültiger Rechtsnormen. Wir verlangen einen unabhängigen Richterstand.
Wir lehnen den politischen Richter ab. Wir verneinen eine gelenkte Justiz.

Die Ziffer 8 erscheint im neuen Entwurf unverändert als Ziffer 7.
Die bisherige Ziffer 9 erscheint ebenfalls unverändert in der neuen Ziffer 8.
Dann:

III. Sozialordnung.

Die bisherige Ziffer 1 hat gelautet:

Die Familie ist die Urzelle und Quelle des Volkes.
Wir fordern weitgehende staatliche Unterstützung der Existenz- und Familiengründung bei allen Ständen und Berufen.
Staatsbeihilfen, tragbare Löhne und Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung für Jungvermählte sollen diesen Zwecken dienen.

Die neue Fassung lautet:

Die Familie ist die Urzelle und Quelle des Volkes. Wir fordern weitgehende staatliche Unterstützung der Existenz- und Familiengründung bei allen Ständen und Berufen.

Staatsbeihilfen, ausreichende Löhne oder Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung für alle, die eine Familie zu ernähren haben, sollen diesen Zwecken dienen.

In Ziffer 2 ist nur eine kleine Änderung vorgenommen worden. Der bisherige Text hat gelautet:

Gesunde Familien sind die Vorbedingung für ein blühendes Volk.
Wir verlangen umfassende und bleibende Maßnahmen des Staates für die Volksgesundheit, vor allem für gesunde Wohnungen.
Wir bekämpfen die lichtlosen Hinterhöfe. Wir fordern größtmögliche Verwurzelung der Familien in Grund und Boden, vor allem durch eine umfassende Siedlungspolitik.

Die neue Ziffer 2 lautet:

Gesunde Familien sind die Vorbedingung für ein blühendes Volk.
Wir verlangen umfassende Maßnahmen des Staates für die Volksgesundheit, vor allem den Bau gesunder Wohnungen. Wir bekämpfen die Mietskasernen und die lichtlosen Hinterhöfe. Wir treten ein für die Verwurzelung der Familie in Grund und Boden, besonders durch eine umfassende Siedlungspolitik.

Die bisherige Ziffer 3 lautete:

Die seelisch gesunde Familie ist die Quelle der moralischen Kraft eines Volkes.
Wir fordern größtmögliche staatliche Garantie gegen jede Auflockerung und Zerrüttung des Familienlebens.
Wir vertreten das Recht des Ungeborenen auf Leben. Wir lehnen die Lehre und Praxis der freien Liebe ab. Wir sind gegen die Erleichterung der Ehescheidung.

Die neue Ziffer 3 lautet:

Die seelisch gesunde Familie ist die Quelle der moralischen Kraft eines Volkes.
Wir fordern jeden nur möglichen staatlichen Schutz gegen die Auflockerung und Zerrüttung des Familienlebens.
Wir verteidigen das Recht des Ungeborenen auf Leben. Wir lehnen alle Lehren und Maßnahmen ab, die geeignet sind, einen sittlichen Verfall herbeizuführen. Wir sind gegen die Erleichterung der Ehescheidung.

Bisherige Ziffer 4:

Überdurchschnittliche Begabung verpflichtet den Menschen zu besonderer Leistung im Leben.
Wir verlangen staatliche Förderung von besonders Begabten. Wir verneinen das Bildungsvorrecht der begüterten Stände. Wir verteidigen den Grundsatz: "Freie Bahn dem Tüchtigen".

Die neue Fassung:

Der innere Reichtum eines Volkes beruht nicht zuletzt auf der Begabung seiner Glieder.
Wir verlangen staatliche Förderung der überdurchschnittlich Begabten.
Wir verneinen das Bildungsvorrecht der begüterten Stände. Für die Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft sollen allein Charakter und Leistung entscheiden.

Bisherige Ziffer 5:

Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.
Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters verbürgt.
Wir bekämpfen jede Verproletarisierung. Wir bejahen eine entsprechende Beteiligung des Arbeitnehmer am Reinertrag des Unternehmens. Wir fordern eine ausreichende allgemeine Altersversorgung.

Die neue Ziffer 5:

Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und verdient angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn.
Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters verbürgt.
Wir bekämpfen jede Verproletarisierung. Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Die bisherige Ziffer 6 hat gelautet:

Sozialversicherte sind keine Almosenempfänger des Staates. Wir fordern eine auskömmliche Sicherung des Lebens aller, die durch Krankheit, Unfall, Alter oder als Kriegsversehrte nicht mehr arbeiten können.
Wir wenden uns gegen die Hungerrente. Wir wollen eine fortschrittliche Weiterentwicklung unseres Sozialrechtes schaffen.

Die neue Fassung heißt:

Die Sozialversicherung soll jedermann im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.
Wir fordern die Sicherung des Lebens aller, die infolge Krankheit, Alter oder als Versehrte nicht mehr arbeiten können.
Sozialversicherte sind keine Almosenempfänger des Staates. Wir wenden uns gegen die Hungerrente.

Die bisherige Ziffer 7 lautete:

Hilfe für die Bedürftigen ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe und eine Gemeinschaftspflicht des Volkes.
Wir fordern eine Wohlfahrtspflege, die dem Bedürftigen den notwendigen Lebensunterhalt gewährt.
Der Anspruch hierauf ist rechtlich zu sichern, denn der Unterstützungsempfänger ist kein Mensch zweiter Klasse.

Die neue Formulierung ist:

Hilfe für die Bedürftigen ist eine Gemeinschaftspflicht des Volkes.
Wir fordern eine Wohlfahrtpflege, die dem Bedürftigen den notwendigen Lebensunterhalt gewährt.
Der Anspruch hierauf ist rechtlich zu sichern.

IV. Wirtschaftsordnung.

Ziffer 1 bisheriger Text:

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß dem Wohl des einzelnen und der Gesamtheit dienen.

Wir fordern eine staatlich gelenkte Wirtschaft.
Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektiven [sic!] Geistes ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus und treten ein für die freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Rahmen des Gemeinwohls.

Der neue Text lautet:

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck; sie muß dem Wohl der Gesamtheit wie des einzelnen dienen.
Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls zu lenken.
Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektivistischen Denkens ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus und treten ein für freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit im Rahmen seiner sozialen Pflichten.

Bisherige Ziffer 2:

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind für die Wirtschaft in gleicher Weise wichtig.
Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber bei der Lenkung der Wirtschaft und ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse, vor allem in bedeutenden Betrieben.
Wir verneinen jedes Willkürrecht des Unternehmers.

Die neue Ziffer 2:

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind für die Wirtschaft in gleicher Weise wichtig.
Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Lenkung der Wirtschaft, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse. Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter in der Geschäftsführung ausüben. Wir verneinen jede Willkür und Einseitigkeit von Interessengruppen innerhalb der Wirtschaft.

Ankermüller: In Ziffer 1 ist ein grammatikalischer Fehler enthalten, den man ändern müßte. Im letzten Satz heißt es am Schluß "im Rahmen seiner sozialen Pflichten". Es muß richtig heißen "im Rahmen ihrer sozialen Pflichten", nämlich der Pflichten der Einzelpersönlichkeit.
Sedlmayr: Ziffer 3 bisherige Fassung:

Für Bayern ist der Klein- und Mittelbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft.
Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie.
Wir lehnen den wirtschaftlichen Großbetrieb ab, soweit er nicht für das Gemeinwohl unbedingt notwendig ist.

Der neue Text lautet:

Für Bayern ist der Mittelstandsbetrieb die Grundlage einer gesunden Wirtschaft.
Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen

Auflösung und Aufsaugung. Soweit der wirtschaftliche Großbetrieb sich entwickelt und besteht, darf er unter keinen Umständen zu einem selbstsüchtigen und kapitalistischen Profitunternehmen ausarten.

Ziffer 4 bisheriger Text:

Das Recht auf Eigentum ist ein Naturrecht; Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Wir fordern den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums. Wir kämpfen gegen die Aufhebung des Eigentums durch Kollektivierung oder allgemeine Sozialisierung. Wir bekämpfen den schrankenlosen Eigentumserwerb. Wir vertreten die Verstaatlichung und Zwangsenteignung gegen Entgelt als letzten Ausweg dort, wo es das Gemeinwohl fordert.

Der neue Text:

Das Recht auf Eigentum ist ein natürliches Recht, auf dessen Erfüllung alle Anspruch haben; Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft.
Wir erwarten, daß alle Möglichkeiten geschaffen werden, um jedermann zu einem sittlich berechtigten Eigentum kommen zu lassen. Wir treten für die Erfüllung der Gemeinschaftspflicht ein, allen jenen zu neuem Eigentum zu verhelfen, die ohne eigene Schuld ihr bisheriges Eigentum verloren haben. Wir verlangen den Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums. Wir lehnen die Aufhebung des Eigentums durch Kollektivierung oder allgemeine Sozialisierung ab. Wir bekämpfen den rücksichtslosen Eigentumserwerb. Wir vertreten die Überführung von Privat- in Gemeineigentum gegen angemessene Entschädigung dann, wenn es das Gemeinwohl fordert.

Bisheriger Text Ziffer 5:

Die Steuerpolitik muß sozial, gerecht und wirtschaftsfördernd sein. Wir fordern in der Steuerpolitik die Durchführung des Grundsatzes einer sozialen Tragbarkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Die Steuer darf den Anreiz zur Mehrleistung und notwendigen Arbeitsbeschaffung nicht unterbinden.

Der neue Text:

Die Steuerpolitik muß sozial, gerecht und wirtschaftsfördernd sein. Wir fordern in der Steuerpolitik die Durchführung der Grundsätze sozialer Tragbarkeit und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit. Die Steuer darf den Anreiz zur Mehrleistung nicht unterbinden.

Gegenüber dem früheren Text ist hier "und notwendigen Arbeitsbeschaffung" ausgelassen worden.

V. Kulturordnung

Bisherige Ziffer 1:

Der innere Wert eines Volkes zeigt sich in der Kultur. Wir wollen die Verwirklichung christlicher Grundsätze im Kulturschaffen unseres Volkes. Wir treten ein für die Förderung und Pflege bodenständiger Kulturwerke.

Der neue Text:

Der innere Wert eines Volkes zeigt sich in seiner Kultur. Wir bekennen uns zu Deutschland als dem Land einer wertereichen Kultur und treten ein für die organi-

sche Weiterentwicklung und Pflege des deutschen Kulturschaffens auf der Grundlage christlich-abendländischen Geistes.
Vor allem durch seine Kultur muß das deutsche Volk die Achtung der Völker und seinen alten Platz im Kreise der Nationen wiedergewinnen. Gerade in Zeiten der Not ist daher die Pflege der Kultur eine wichtige staatspolitische Aufgabe.

Bisherige Ziffer 2:

Alle Erziehung dient der Lebensertüchtigung und Höherentwicklung des Menschen. Wir fordern die Erziehung der Jugend zu einem angemessenen Beruf, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zur Ehrfurcht vor Gott und dem Menschen.
Wir verlangen vor allem auch die Erziehung zur Achtung vor dem Alter und dem anderen Geschlecht. Die weibliche Jugend soll eine besondere Vorbereitung auf den Beruf der Mutter und Hausfrau erhalten.

Die neue Ziffer 2 muß ich noch nachholen, sie ist eingeschaltet worden.
Dr. *Horlacher*: Herr Vorsitzender, darf ich unterbrechen. Ich muß eine wichtige Frage klären, die für mich und andere Herren von entscheidender Bedeutung ist. Ich werde zum Herrn Innenminister [*Josef Seifried*] gehen, um diese Frage zu klären. Wie ist sie in der Partei geregelt? Darüber muß ich jetzt bestimmte Auskunft haben. Wer hat in der Partei das Recht, die Kandidaten aufzustellen? Hat das Recht, die Kandidaten aufzustellen, wie es in den Wahlgesetzen vorgeschrieben ist, der Stimmkreis, oder hat der Stimmkreis das Recht nicht? Hat das Recht, die Kandidaten aufzustellen, ausschließlich der Bezirksverband? Nach dem Wahlgesetz hat der Bezirksverband dieses Recht nicht. Der Bezirksverband ist bloß als Wahlkörper eingeschaltet, um die von den Stimmkreisen aufgestellten Kandidaten dem Wahlkreisleiter zu melden.
Diese Rechtsfrage muß jetzt unbedingt geklärt werden. Denn die Verhältnisse spitzen sich für die CSU bedrohlich zu. Wir können unsere Leute nicht mehr halten. In Bamberg-Land finden bereits Protestversammlungen gegen die Kandidatenaufstellung der CSU statt. Ein solcher Zustand kann nicht geduldet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bedauere diese Unterbrechung, Herr *Horlacher*.
Horlacher: Ich bitte, mir meine Frage zu beantworten. Sonst kommen wir überhaupt nicht zu den Fragen, die heute unter allen Umständen geklärt werden müssen. Ich bitte, mir also Auskunft darüber zu geben, wie die Parteileitung das Recht der Kandidatenaufstellung handhabt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bedauere den Vorfall, *Horlacher*, daß, während jemand einen Vortrag hält, dazwischengerufen und eine Debatte angefangen wird. Wenn aber die Parteifreunde einverstanden sind, kann man das Referat *Sedlmayr* für kurze Zeit unterbrechen, nur würde ich in Zukunft auch Dich, *Michel Horlacher*, bitten, keine solchen Unterbrechungen hervorzurufen.
Dr. *Horlacher*: Das ist nur ein Ausnahmefall. Ich bitte, diese Frage zu klären.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man kann nicht in eine Landesausschußsitzung hineinplatzen und ein Durcheinander anrichten damit, daß man eine Frage hineinwirft, die völlig vom Thema abweicht.
Dr. *Horlacher*: Das sehe ich ein, aber es eilt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber so geht es nicht. *Sedlmayr*, wie lange brauchst Du noch mit Deinem Referat?
Sedlmayr: Es dauert nicht mehr lange.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn die Parteifreunde einverstanden sind, unterbrechen wir das Referat *Sedlmayr*, um die von *Michel Horlacher* angeschnittene Frage zu behandeln. Sind Sie damit einverstanden oder erhebt sich ein Widerspruch?

(Zuruf: Ohne Debatte.)

Gut, dann wird die Frage ohne Debatte behandelt.
Haußleiter: Ich möchte doch als zweiter Vorsitzender von Oberfranken erst einmal fragen: Wer hat in Bamberg in irgendeiner Form bei der Kandidatenaufstellung hineingeredet? Ich bitte jetzt Herrn Dr. *Horlacher*, bevor die Sache überhaupt diskutiert wird, mitzuteilen, gegen wen und was dort überhaupt Protestversammlungen stattfinden.
Dr. *Horlacher*: Das interessiert mich momentan nicht.

(Lebhafte Unruhe, zahlreiche Zwischenrufe.)

Mich interessiert bloß: Wie ist die Rechtslage bei der Kandidatenaufstellung?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Hier sind die Oberfranken vertreten. Oberfranken hat seine Wahlversammlung gehabt. Soweit ich weiß, [sind] morgen Ober- und Mittelfranken beisammen. Hier wird nun hineingeworfen: In Bamberg ist Revolution. Dann müssen die Oberfranken auch etwas davon wissen.
Ostwald: Ich möchte dringend bitten, daß gesagt wird, wo die Protestversammlungen stattgefunden haben. Wir haben, weiß Gott, in Oberfranken nicht geschlafen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bin so langsam nicht mehr bereit, das mitzumachen. Ich habe früher erlebt, daß jemand plötzlich hereinkommt und glaubt, er kann von vornherein über alles hinwegtreten.
Dr. *Horlacher*: Ich bitte, hier nicht an den Bamberger Fall anzuknüpfen. Das war dort bloß ein Einzelfall.

(Zahlreiche Zwischenrufe. - *Haußleiter*: Der interessiert aber!)

Der interessiert mich perönlich nicht. Persönlich interessiert mich die Rechtslage, wer das Recht zur Kandidatenaufstellung hat. Darüber möchte ich klipp und klar Auskunft haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe wohl bemerkt, daß draußen eine Sonderkonferenz war. Jetzt ist eine Landesausschußsitzung, die sich im Augenblick mit dem Programm befaßt. Man kann die Frage im Rahmen des Tagesordnungspunktes "Organisatorische Fragen" zur Debatte stellen.
Meine lieben Freunde! Ich muß jedem gegenüber eine gewisse Disziplin wahren. Wir haben eine Landesausschußsitzung, die eine gewisse Autorität innerhalb der Union hat und haben soll.
Dr. *Horlacher*: Der Herr Landesvorsitzende kann rasch über die Frage Auskunft geben, wer das Recht zur Kandidatenaufstellung hat.
Dr. *Schlögl*: Zur Klärung der Sachlage folgendes: Ich habe soeben ein Telegramm aus Bamberg bekommen - das ist sehr wichtig für uns -, daß zwei große Bauernkundgebungen abgehalten werden, die sich gegen die Kandidatenaufstellung in Bamberg richten. Ich kenne den Fall nicht.

(Zurufe: Aha, ja ja!)

Da können Sie ruhig aha sagen, weil die Wähler dort bloß Bauern sind! Nach dem Telegramm haben sich zwei große Bauernkundgebungen gegen die Abhalfterung des

Kandidaten Bamberg-Land, *Meixner*, gewandt. So liegen die Dinge. Das ist eine Angelegenheit, die uns interessiert.
Haußleiter: Meine lieben Parteifreunde! Jetzt schlägt es meiner Ansicht nach dreizehn. Die Sache ist so, daß der Stimmbezirk Bamberg den Prälaten *Meixner* als Kandidaten vorgeschlagen hat, daß dann vom Bezirksverband unter Zustimmung Bambergs erklärt worden ist, die Zahl der Geistlichen im Landtag solle nicht über sechs hinausgehen, daß deshalb die Frage der Kandidatur des Herrn Prälaten *Meixner* mit anderen Stimmbezirken abgestimmt werden soll. Dann hat der Stimmbezirk Bamberg erklärt: Selbstverständlich sind wir damit einverstanden. Der Bezirk Oberfranken hat erklärt: Selbstverständlich sind wir mit der Kandidatur des Herrn Prälaten *Meixner* einverstanden unter den Einschränkungen, die die Bamberger selber für richtig halten. Bamberg hat erklärt: Wenn Prälat *Meixner* von ihm (Bezirksverband Oberfranken) nicht nominiert wird, dann würden sie den Bürgermeister *Gick* nominieren. Der Bezirksverband Oberfranken hat erklärt, daß diese Angelegenheit selbstverständlich vom Stimmbezirk Bamberg geregelt werde. Wir Oberfranken verbitten es uns, in irgendeiner Weise bezichtigt zu werden, daß wir in die Rechte des Stimmbezirks eingreifen. Das ist nicht geschehen und das ist nicht richtig.
Dr. *Horlacher*: Mich interessiert nur die Rechtslage. Der ganze Bamberger Fall interessiert mich nicht. Ich möchte bloß die Frage behandelt haben: Wer hat das Recht zur Aufstellung der Kandidaten? Hat es der Stimmkreis oder hat er es nicht?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Nach den geltenden Bestimmungen wird es so gehandhabt: Der Kreisverband macht den Vorschlag, der Bezirksverband stellt die Liste auf und trifft die Entscheidung. Wir haben gestern - ich bitte, das nachher im einzelnen noch bekanntzugeben - die Frage schon bei der Militärregierung vorgeklärt, weil sie dort schon zur Debatte stand. In Regensburg wurde gestern darüber debattiert, weil *Schlögl* dort drei Kreise belegt hatte und nachher zugunsten von irgendeinem anderen verzichten wollte, den er selbst vorgeschlagen hatte.

(Hört, hört!)

Der dortige Bezirksverband hat daraufhin entsprechende Beschlüsse gefaßt. Der politische Offizier der Militärregierung Oberpfalz, Major *Moor*, war dort anwesend. Er hat bestätigt, daß die Militärregierung die gleiche Haltung einnimmt.
Infolgedessen ergibt sich für uns die Rechtslage, wie sie aufgrund unserer Statuten feststeht. Es ergibt sich ferner die Rechtslage so, wie sie von der Militärregierung, ich möchte in diesem Falle sagen, interpretiert wird, natürlich nicht bindend. Denn wir sind ja im eigenen Aufbau der Demokratie, und die Militärregierung interpretiert in diesem Falle. Ich darf dazu vielleicht die einschlägigen Bestimmungen der Satzung bekanntgeben:
Liedig: Nach § 23 der Satzung, Litera d) heißt es:

Aufgaben der Kreisversammlung sind:
d) Nominierung von Landtagskandidaten.

Nach § 35 heißt es über die Aufgaben der Bezirksversammlung unter Litera l):

Aufstellen von Wahlvorschlägen für den Landtag.

Damit ist die Situation klargestellt. Der Stimmkreis - Kreisverband - nominiert die Kandidaten, die aufzustellen sind, die endgültige Beschlußfassung ist Sache des Bezirksverbandes, der dem Wahlkreis entspricht, und zwar deswegen, weil der Bezirks-

verband die Möglichkeit haben muß, zwei Stimmkreise, die sonst allein keine Kandidaten durchbringen, miteinander zusammenzulegen und eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Das ist auch durchaus in Ordnung und in Übereinstimmung mit dem Artikel 69 des Wahlgesetzes, wo es in Absatz 2 heißt:

> Die Bewerber der zugelassenen politischen Parteien sind in ordnungsgemäß einzuberufenden Partei-, Orts- oder Bezirksversammlungen in geheimer Wahl aufzustellen usw.

Damit ist die Sache völlig klar. Die Regelung ist gestern durch den Major *Moor*, der an der Versammlung in Regensburg teilgenommen hat, auch noch einmal dem Landesvorsitzenden eindeutig in dieser Form bestätigt worden, als die Frage zur Debatte stand.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie ist ausdrücklich bestätigt worden. Ich darf dazu folgendes sagen: Meine lieben Freunde! Die Sozialdemokratie ist bereits das letzte Mal so vorgegangen. Es ist das auch eine Selbstverständlichkeit. Denn wenn nur der einzelne oder die einzelne Gruppe in der Union, die Ellbogen hat,

(Sehr gut!)

sich draußen durchsetzt, wie wird dann das Schlußergebnis werden? Ich habe immer darauf hingewiesen, daß das letzte Mal in der Fraktion nur neun Arbeitervertreter waren. Wir haben doch hoffentlich, möchte ich in diesem Falle sagen, mehr Arbeiterwähler, als diesen neun Abgeordenten entsprechen. Deswegen muß man irgendeine höhergeordnete Instanz schaffen, die die letzten Entscheidungen trifft und die nötigen Anpassungen vollzieht. Sonst bekommen wir nie ein vernünftiges Bild.

Ich darf rein nüchtern gesehen, ohne Rücksicht auf die rechtliche Lage, wie sie hier geklärt wurde, feststellen, warum offenkundig eine gewisse Erregung gegen einen der Herren des Bauernverbandes besteht.

Dr. *Horlacher*: Der Bauernverband hat damit nichts zu tun. Ich bitte, ihn aus dem Spiel zu lassen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er hat sich mit Schreiben an die einzelnen Kreisverbände gewandt und bestimmte Forderungen gestellt. So wurde gestern die Forderung vom Bauernverband verlesen, daß in der Oberpfalz sechs Bauernabgeordnete aufgestellt werden müssen.

(Hört, hört!)

Meine lieben Freunde! Die Parteileitung hat diesmal davon abgesehen, irgendwelche Leute nominieren zu lassen. Ich hätte diese Frage auch in dem letzten Landesausschuß vorlegen und eventuell, wie es früher der Fall war, Landeskandidaten vorschlagen lassen können. Ich wollte absichtlich davon absehen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob man die Kandidatenaufstellung zentral steuern wollte. Aber dann muß ich auch erwarten, daß eine einzelne Organisation ihrerseits draußen nicht Forderungen erhebt und dadurch ein Durcheinander schafft. Denn sonst erheben die Gewerkschaften mit dem gleichen Recht ihre Forderungen, ebenso wie alle anderen Kreise. Man kann natürlich Wünsche äußern, man kann Fühlung mit den Gremien nehmen, die die Kandidaten aufstellen, aber Forderungen als solche können höchstens von den beiden Gremien der Union erhoben werden. Sonst werden wir nie Disziplin in die Organisation der Union hineinbringen.

Dr. *Horlacher*: Das interessiert mich alles nicht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das interessiert die Union.

Dr. *Horlacher*: Mich interessiert nur der Rechtsstandpunkt, ob die Bezirksverbände für sich das Recht in Anspruch nehmen können, unter Umständen über die einstimmig in den Stimmkreisen aufgestellten Kandidaten hinwegzugehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich noch sagen: Was ergibt das Schulbeispiel *Schlögl*? *Schlögl* hat sich in Niederbayern drei Stimmbezirke reservieren lassen, er wurde gleichzeitig in zwei Kreisen in Schwaben aufgestellt. Wo kommen wir da hin? *Schlögl* gibt dann die Erklärung ab: Ich verzichte zugunsten des und des auf meinen Stimmbezirk. Wenn ein einzelner dadurch, daß er sich irgendwo in einem Stimmkreis eintragen läßt, nachher das Recht hat, seinerseits Kandidaten zu benennen und aufstellen zu lassen - dahin führt die letzte Konsequenz meine lieben Freunde -, dann kommt nie eine demokratische Partei zum Ausbau, sondern dann diktiert irgendein einzelner oder eine Gruppe innerhalb der Partei; das ist nicht möglich.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr verehrten Herren! Zur Aufklärung dieser Angelegenheit: Es ist bekannt geworden, und daher bin ich an verschiedenen Stellen aufgestellt worden, daß es innerhalb der Fraktion wegen des Stimmkreises Landshut Schwierigkeiten gegeben hat. *Müller* weiß - ich will es nicht erörtern, das ist Fraktionssache -, ich bin dadurch in verschiedenen Stimmkreisen aufgestellt worden. Ich habe immer erklärt, daß mich mehr Leute aufgestellt haben, und ich habe mir das Recht vorbehalten, dort zurückzutreten, wo es politisch am wenigsten schlimm ist. Das ist der ganze Grund. Wenn die Vilsbiburger mich aufgrund eines falschen Telefonats aufstellen, ohne mit mir Fühlung zu nehmen, so kann ich nichts dafür. Ausschlaggebend war bloß Landshut-Stadt und Landshut-Land. Ich möchte feststellen, daß hier sogar der Präsident des Bauernverbandes eingegriffen hat und mir den Rat gegeben hat, mich unter keinen Umständen dort aufstellen zu lassen, weil Dinge in einer Kreisversammlung passiert sind, die unqualifizierbar sind. Er ist selbst Zeuge gewesen, wie der Vorgang gewesen ist. Deswegen, weil der Präsident gekommen ist, habe ich sofort bei Schwaben zugesagt. Übrigens seien Sie froh, wenn noch drei Stimmkreise frei sind. Wogegen ich mich wende, ist die Art der Aufstellung. Das hat auch Kollege *Horlacher* dargestellt. Was den Bamberger Fall anbelangt, so kann ich sagen, ich bin durch die Mitteilung *Haußleiters* befriedigt. Einer, den der Kreisverband aufgestellt hat, kann wieder verzichten. Aber wenn der Kreisverband einen aufgestellt hat, dann ist es nach meinem Dafürhalten nicht möglich, daß der Bezirksverband von sich aus einfach dann die Sache macht. Das geht nicht, weil wir sonst die Grundlage der Demokratie verletzen, und um die handelt es sich! Es ist kein Affront gegenüber einer Person gemeint. Es sind Dinge vorgekommen, daß jemand einstimmig aufgestellt und am Schluß abgelehnt worden ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wo ist das vorgekommen? Ich bitte, die Dinge zu konkretisieren.
Dr. *Schlögl*: Es sind sehr viel konkrete Fälle. Von Niederbayern waren sieben Herren drin, diese haben die Kandidaten aufgestellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, bei der Wahrheit zu bleiben. Vorgestern war die Bezirksversammlung in Niederbayern, wo alle Bezirke vertreten waren; gestern wurde nur die Kombination vorgenommen.
Dr. *Schlögl*: Keine schriftliche Abstimmung hat stattgefunden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Hat stattgefunden!
Dr. *Schlögl*: Nein! Ich konstatiere das. Es sollen einmal die Niederbayern auftreten. Es hat keine schriftliche Abstimmung stattgefunden. Es geht nicht, daß sieben Herren oder irgendein Ausschuß die Kandidaten bestimmt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist unwahr.

Dr. *Schlögl*: Es ist nicht abgestimmt worden. Ich wende mich dagegen. Meine Person spielt keine Rolle. Lassen Sie doch einmal den Bauernverband draußen! Ob wir kandidieren, ist Sache derjenigen, die uns aufstellen. Eines müssen wir klarlegen - das ist die Anfrage *Horlacher*: Es darf der Grundsatz der Demokratie nicht verletzt werden, wenn in einer Bezirksversammlung ausgeglichen wird. Tirschenreuth sehe ich ein. Aber Vilsbiburg ist ein unmöglicher Fall. Da ist einfach Herr *Weiß* genannt worden. Das geht nicht, weil der Bezirksverband einen ganz anderen aufstellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich erteile nachher Niederbayern-Oberpfalz das Wort. Es handelt sich darum, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß wir Flüchtlingsvertreter aufstellen müssen. In Niederbayern allein sind bis zu 27% höchstwahrscheinlich Flüchtlingswähler. Wenn wir keinen Flüchtlingskandidaten aufstellen, wo gehen die Flüchtlingswähler hin? Selbstverständlich zur SPD, wenn nicht zu anderen Parteien, wenn sie nicht irgendeinen Mann dort haben, der bei ihnen bekannt ist. Es wäre der größte nonsense, den die Union machen würde, wenn sie dem nicht Rechnung tragen würde. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß da die Möglichkeit der Debatte bestehen muß. Vilsbiburg, das *Schlögl* mitbelegt hat - er hatte belegt: Landshut-Stadt, Landshut-Land und Vilsbiburg -,

(Zuruf: Und Schwaben! - Zuruf Dr. *Schlögl*: Du bist selber schuld!)

jeweils Kreise, in denen ein einzelner Kandidat durchkommen kann. Nun wurde in der Bezirksversammlung in Vilsbiburg *Schütz* aufgestellt, der nicht so von ungefähr da ist. Wer irgendwie in letzter Zeit in der Union mitgearbeitet hat, weiß, daß *Schütz* im Flüchtlingswesen einer der namhaftesten Mitarbeiter ist. Er war früher in der Christlichen Union im Sudetenland, hat dort einen Namen. Das kommt dann auch den anderen Kandidaten dort zugute, wenn die Flüchtlinge die Union wählen. Wenn sie das nicht tun, rutschen wir von vornherein ab und auch manche von denen, die glauben, sie sitzen gut, weil jetzt ja an die 500.000 Flüchtlinge mitwählen. Infolgedessen muß die Möglichkeit bestehen, daß die Bezirksvertrauensmännerversammlung darüber entscheidet. Selbstverständlich wird der Kreis draußen noch dazu Stellung nehmen: Es müssen ja die zehn Unterschriften von den Kreisen hereinkommen. Daß einer nicht gleich drei Kreise in einem Wahlkreis und zwei in einem anderen Wahlkreis behalten kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte wissen, wo die Demokratie dann liegt.
Ich bitte Niederbayern!
Holzner: Wenn ich vielleicht die Dinge chronologisch aufzählen darf: Wenn wir am Montag die Dinge schon so klar gesehen hätten, wie gestern in Regensburg, dann wäre wahrlich die Kreisversammlung in Landshut verhältnismäßig sehr ruhig verlaufen. Jedenfalls ist *Schlögl* am Montag in Landshut aufgestellt worden als Kandidat für Landshut-Stadt und Landshut-Land. Ich nehme nun an, *Schlögl* hätte damals schon was wissen müssen von Schwaben.

(Zuruf des Vorsitzenden: Zehn Tage vorher!)

Am Dienstag war dann die Bezirksversammlung von Niederbayern in Plattling, da hat sich Dr. *Schlögl* auch noch nicht geäußert, ob er Landshut-Stadt, Landshut-Land, Vilsbiburg oder Schwaben nimmt. Nun war gestern dann die gemeinsame Versammlung von Niederbayern und Oberpfalz in Regensburg und kurz vor Schluß, so um 17 Uhr, kommt endlich Dr. *Schlögl* hin und sagt, daß er auf Landshut-Stadt und Landshut-Land verzichtet, auf Landshut-Stadt zugunsten von *Trapeter* (?), auf Landshut-Land zugunsten von *Leierseder*. Nun stellen Sie sich die Situation vor. Wir sind in Re-

gensburg bei der endgültigen Aufstellung der Kandidaten und fünf Minuten vor zwölf wird erklärt, *Schlögl* verzichtet.

(Zuruf des Vorsitzenden [*Josef Müller*]: Eine halbe Stunde vor der Abstimmung!)

Nun stehen wir in Niederbayern, speziell in Landshut-Stadt und -Land, vor dem Dilemma - ich habe bei der Kandidatenaufstellung prinzipiell erklärt: Ich persönlich komme als Kandidat nicht in Frage, als Bürgermeister. Nun aber sollen wir endgültig Kandidaten aufstellen. Nachdem Niederbayern-Oberpfalz noch einmal zusammenkommen muß, mich zur Kandidatur zu stellen, allerdings bis nun noch einmal in Landshut-Stadt und -Land eine Kreisversammlung stattfindet. Genauso werden wir versuchen müssen, in Vilsbiburg noch einmal eine Kreisversammlung anzuberaumen. Alle diese Dinge hätten wir uns voraussichtlich schenken können, wenn die Niederbayern, Landshut-Stadt und -Land und Vilsbiburg von vornherein gewußt hätten, *Schlögl* nimmt praktisch weder den einen noch einen der anderen Stimmkreise an. Ich habe die Überzeugung, ich hätte vor zwei oder drei Wochen schon gewußt, wo ich letzten Endes mein politisches Ei hinlegen will, nach Schwaben oder nach Niederbayern. Die Dinge in Regensburg sind nicht etwa freiwillig gemacht worden. Sie sind aus dem Zwang heraus, nicht noch einmal in Regensburg zu einer gemeinsamen Sitzung von Niederbayern und Oberpfalz zusammenkommen zu müssen, erfolgt. Deshalb wurde der Vorschlag gemacht, ich kandidiere vorerst für Landshut-Stadt. Genauso haben wir dann auch einen Vorschlag gemacht für Vilsbiburg aus der Not der Zeit heraus. Wenn nun für Vilsbiburg der Name *Schütz* gefallen ist, dann ist daran wiederum nicht Schuld der Kreisverband Vilsbiburg, wie es auch nicht die Schuld des Kreisverbandes Landshut war, sondern dann ist schuld daran, weil Sie uns nicht rechtzeitig informiert haben, was Dr. *Schlögl* überhaupt will. So liegen die Dinge in Niederbayern.

(Zuruf Dr. *Schlögl*.)

Dr. *Schedl*: Der Abstimmung Oberpfalz-Niederbayern geht folgendes voraus: Oberpfalz-Niederbayern ist ein Wahlkreis, aber zwei Bezirksverbände in der Union. Deshalb wurde zwischen den beiden Bezirksverbänden vereinbart, daß sich jeder für sich in seinem Bereich über die Kandidaten einig wird und daß am Schluß in einer gemeinsamen Sitzung den Vorschlägen gemeinsam zugestimmt wird. Das war mit Parteifreund *Kübler* vereinbart. Das ist gestern außerdem noch ausdrücklich gesagt worden. Als die Kandidatenaufstellung der Oberpfalz geändert war, wurde um Bekanntgabe der Kandidaten Niederbayerns gebeten. Dann wurde in schriftlicher geheimer Abstimmung über die Kandidaten, die so festlagen, abgestimmt und die Vorschläge einstimmig angenommen. Darüber hinaus war gestern eine längere Debatte über die Frage: Wer entscheidet in der Frage der Aufstellung der Kandidaten? Ich beziehe mich hier auf die Ausführungen des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. *Hundhammer*, der am Schluß ausdrücklich erklärt hat: Es ist das Recht des Bezirksverbandes, Kandidaten aufzustellen. Sie haben weiter erklärt, Herr Dr. *Hundhammer*, bzw. vorher, es ist wünschens- und empfehlenswert, daß den Wünschen der Kreisverbände möglichst in jeder Weise entsprochen wird. Die Entscheidung aber trifft der Bezirksverband. - Das war gegen Schluß der Debatte.

Dr. *Hundhammer*: Nach dem Wortlaut des Gesetzes, das habe ich dort ausgeführt, sind die Kandidaten draußen im Landkreis aufzustellen und auch dort zu benennen. Die Fertigstellung der Liste hat in Übereinstimmung mit dem Gesetz und andererseits der Parteisatzung durch den Bezirksverband zu erfolgen. Ich bin der Auffassung,

daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß die Fertigstellung der Beschlüsse mit dem Kreisverband draußen übereinstimmt. Nach der Satzung der Partei und dem Wahlgesetz sind, da es zwei Stellen sind, an denen die Kandidatenaufstellung durchgeführt wird, Landkreis draußen und Bezirksverband, die zweierlei Protokolle bei der Regierung vorzulegen, nämlich das Protokoll des Landkreises draußen mit zehn Unterschriften und das Protokoll des Bezirksverbandes mit 25 Unterschriften. So haben wir es in Oberbayern gehandhabt und so entspricht es.

Sauer: Wie soll denn eine geregelte Aufstellung der Kandidaten erfolgen, wenn der Bezirk überhaupt keinen Einfluß auf die Aufstellung durchführen kann? Wo ist der Kreis, der draußen einen Flüchtling nominiert? Sagen sie mir einen! "Ja, ich nehme keinen Flüchtling!" Dann kann die Union soweit kommen, daß nicht ein einziger Flüchtling in ganz Bayern aufgestellt wird. Die Folgen tragen Sie selbst! - Es ist auch schon vorgekommen, daß Kandidaten benannt werden, von denen sich nachher herausgestellt hat, daß sie nicht Mitglieder der Union sind. Daß ein Mann aufgestellt wird, der vor sechs Wochen in einen Stimmkreis hineingekommen ist und als Fahrbereitschaftsleiter dem und jenem Benzin gegeben hat - und nachher stellt sich heraus, daß der Mann sechs Kinder im Stich gelassen hat und seine Frau, kurz, daß es ein Hochstapler ist. - Meine Herren! Entweder sind wir Bezirksvorsitzende und haben das Vertrauen und die Verantwortung, oder wir lehnen ab. Machen Sie, was sie wollen.

Ammann: Es wurde vorhin das schöne Wort Demokratie ausgesprochen. Ich verstehe nun von Demokratie nicht viel. Ich will erst etwas lernen. Dazu möchte ich die älteren Freunde bitten, uns Jungen zu helfen. Ich bin der Ansicht, wenn eine Bezirkskonferenz das Vertrauen bekommen hat, von den Mitgliedern gewählt worden ist, daß sie ein gewisses Vertrauen und eine gewisse Stellung hat, die unbedingt notwendig ist und hier eingreifen kann. Dann möchte ich weiterhin sagen, daß wir dafür kein Verständnis haben, wie mir das in Unterfranken von einem Landrat gesagt wurde: "Ich habe den ausdrücklichen Befehl von Herrn Präsidenten *Horlacher*, in unserem Kreis auf Biegen und Brechen einen Bauern aufzustellen." Das ist der Demokratie ein Faustschlag ins Gesicht.

Fischer: In der Bezirksverbandsversammlung für Schwaben in Augsburg am 19. Oktober hat Dr. *Schlögl* erklärt, daß er auf seine bisherigen Stimmkreise Landshut-Stadt und Landshut-Land verzichtet habe

(Zuruf: Wann war das?)

- am Samstag vor acht Tagen -, und zwar zugunsten des Herrn *Schwingenstein*. Wir sind sehr erstaunt, daß er zugunsten anderer Leute verzichtet.

Dr. *Horlacher*: Ich möchte nur erklären, es ist eine Lüge, ...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise den Ausdruck Lüge gegenüber einem Parteifreund zurück.

Dr. *Horlacher*: Das ist eine Lüge...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort ist bei mir ... Ich weise den Ausdruck Lüge auf das schärfste zurück.

Dr. *Horlacher*: Es ist eine Unwahrheit, daß ich in einer Wahlsache erklärt habe ...

(Unruhe.)

Dr. *Gamperl*: Parteifreund *Horlacher* fragt, wer eigentlich die Kandidaten aufstellt.

(Zuruf *Horlacher*: Das will ich wissen!)

Es ist nach den Buchstaben des Gesetzes und der Statuten so eindeutig, daß darüber kein Zweifel sein kann. Die Statuten wie das Wahlgesetz gebrauchen den Ausdruck

Nominierung für die Kreisverbände; also die Kreisverbände benennen die Kandidaten, die sie wünschen. Die Aufstellung erfolgt ebenfalls haarscharf und haarklein im Wahlgesetz und in den Statuten durch den Bezirksverband. Das ist der rechtliche Fall. Nun ist es selbstverständlich, daß der Bezirksverband nicht den Kreisverbänden die Leute aufdrängt und aufdrängen wird, sondern wo es irgendwie möglich ist deren Wünsche berücksichtigt. Klar und eindeutig aber ist, daß der Bezirksverband die Kandidaten aufstellt und die Kreisverbände sie vorher nominieren. Deshalb steht die letzte Entscheidung ohne allen Zweifel den Bezirksverbänden zu, und ich bitte, daß unser lieber Parteifreund *Horlacher* davon Kenntnis nimmt. Es ist das vollkommen eindeutig der Ausdruck sowohl der Statuten wie des Gesetzes.

Imler: Es ist eine ärgerliche Sache. Ich habe in diesem Lokal wiederholt die unwürdige Art feststellen müssen, mit der diskutiert wird. Es ist ein Ärgernis, Freund *Horlacher*. Ich muß sagen, auch die Form, wie Du die Geschichte hier aufgezogen hast, ist grundverkehrt. Wenn davon gesprochen wird, die Grundsätze der Demokratie dürfen nicht verletzt werden: Sind die Grundsätze der Demokratie dann nicht verletzt, wenn draußen auf dem Lande jeder mit einer bestimmten Marschroute kommt? Der Bezirk soll nachher die Brücke bauen, daß möglichst Vertreter aller Berufe, Konfessionen usw. aufgestellt werden, und kein Mensch nimmt uns die Leute draußen auf dem Lande. Wenn dann etwas vom Bezirksverband gemacht wird, ist es nicht demokratisch! Das ist ein Spiel mit Worten, um etwas zu erreichen. Darf ich eines sagen, Freund *Horlacher*: Wenn draußen auf dem Lande jemand einstimmig aufgestellt wird, wird man ihn nach Möglichkeit im Bezirksverband nehmen. Aber es ist nicht möglich, daß der Bezirksverband nachher nicht die Möglichkeit und den Weg hat, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Ständen zu schaffen. Ich weiß es von Augsburg, wie es gemacht worden ist. Wir haben größtmögliche Rücksicht genommen auf die Kandidatenaufstellung vom Lande draußen. Es ist vom Lande dann außerdem die Forderung gestellt worden: Jugendkandidaten. Es ist festgestellt worden, wir brauchen Flüchtlingskandidaten: Kein Mensch wollte ihn haben. Man ist sich klar darüber, wir müssen Frauen aufstellen: Kein Stimmkreis draußen war dazu imstande. Die Stadt Augsburg mußte sich hergeben. Wir haben den Tatbestand gehabt: Die Arbeiterkandidatur war nicht zu besetzen. Daß ohne weiteres der eine oder andere noch einmal durchgedrückt werden soll, das ist unfair, gelinde gesagt. Ich verwahre mich dagegen, ein derartig unwürdiges Spiel zu sehen. Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Wenn der Bezirksverband gar kein Recht haben soll - denn das würde darauf hinauslaufen, wenn nur die Stimmkreise das Recht haben, wenn die Mehrheit einen aufgestellt hat, ihn zu nominieren -, dann schickt den Bezirksverband nach Hause! Sicherlich dürfte feststehen, daß der Bezirksverband nach Möglichkeit auf die Kandidatur draußen Rücksicht nimmt, aber die Notwendigkeit besteht, gerade nach den Grundsätzen der Demokratie, daß der Bezirksverband ausgleicht.

Ammann: Ich möchte nur kurz hinzufügen, weil der Herr Präsident *Horlacher* sich angegriffen fühlte: Ich habe gesagt, daß in Unterfranken ein Landrat - es ist der Herr Landrat *Pfeuffer* - in Anwesenheit von folgenden Personen - ich bitte das zu Protokoll zu nehmen -, des ersten Vorsitzenden von Kitzingen, *Schlögl*, des Geschäftsführers des Kreises, Herrn *Brückl*, und des Flüchtlingsvertreters, *Reznizek*, gesagt hat: "Ich habe den ausdrücklichen Befehl von Herrn Präsidenten *Horlacher*, in meinem Landkreis einen Bauern aufzustellen." Ich darf dazu ergänzend weiterhin sagen, daß während der Debatte auch das Problem Jugendvertretung, Jugendkandidatur aufgeworfen und dabei zum Ausdruck gebracht wurde, daß es gar nicht notwendig ist, daß die Jugend

im Parlament sitze. Ich möchte das besonders betont wissen. Worauf ich dann dem Herrn *Pfeuffer*, der auch in der Verfassunggebenden Landesversammlung gesessen und an der Bayerischen Verfassung mitgeschafft hat, die immerhin doch die Grundlage sein soll, die Vertrauensfrage gestellt habe, warum denn dann das Alter auf 25 Jahre herabgesetzt wurde: Nun ja, Verfassung und Mindestalter! - Ich bitte, daß das in dieser Form zur Kenntnis genommen wird. Wenn die Bayerische Verfassung so geschaffen worden ist, dann bin ich hier als junger Vertreter am falschen Platze.

(Beifall.)

Ott: Uns Jungen will man die Demokratie lernen. Die Sitzung ist heute auf 9 Uhr anberaumt worden. Um 10.15 Uhr hat der Landesvorsitzende die Geschäftsordnung bekanntgegeben. Dann platzt man in eine Versammlung hinein und bringt plötzlich Dinge und schmeißt die Versammlung über den Haufen. Dagegen wehren wir uns. Ich bitte Herrn Dr. *Schlögl*, den Stimmkreis zu nennen, in dem ein einstimmig aufgestellter Kandidat von der Bezirksversammlung nicht aufgestellt worden ist. Wir wollen nicht im Trüben fischen. Klare Haltung her!

Ostwald: Ich bin Vorsitzender des Bezirkes Rehau. Wir ackern dort oben auf sehr steinigem Boden. Ich will eines sagen: Wir sind es leid, derartige Geschäftsordnungsdebatten in München zu führen. Wir müssen uns am Abend in den Zug setzen, hierherfahren, kommen müde an, um dann langatmige Geschäftsordnungsdebatten anzuhören. Wir haben in Oberfranken in einer Bezirksversammlung in Anwesenheit Dr. *Müllers* einmütig eine Liste der Kandidaten aufgestellt, die allen Ständen entnommen waren. Ich darf dabei sagen, daß wir vier Landwirte haben, obwohl aus anderen Ständen berechtigtere Ansprüche hätten gestellt werden können. Es sind die Stände zurückgetreten, ganz freiwillig, ohne ein Wort zu sagen, um denen mehr Platz zu machen, denen wir Vertrauen schenken. Ich kann mir vorstellen, daß ich als Industrieller die Interessen der Arbeiter besser vertreten kann als ein Arbeiter selbst und daß ein Arbeiter die landwirtschaftlichen Interessen viel besser vertreten kann als ein Landwirt selbst. Es kommt darauf an, praktische Arbeit zu leisten, daß diese Dinge vorwärtsgetrieben werden, wenn wir in die Wahl hineinsteigen müssen. Auf unseren Schultern liegt die Last, um die Kandidaten durchzupauken.

Zum Fall des Prälaten *Meixner* darf ich sagen: Es ist nicht an dem, daß er von der Liste der Kandidaten gestrichen ist: Es ist genauso, wie Freund *Haußleiter* es gesagt hat. Bamberg hat sich einverstanden erklärt, nachdem Dr. *Müller* sich bereit erklärte, den Fall der Theologen beider Konfessionen bei den oberen Kirchenbehörden zu klären, daß die Kandidatur *Meixner* zunächst zurückgestellt bleibt. Aber die Kandidatur ist offen. Es ist ein Ersatzmann dafür benannt worden, der im selben Augenblick zurücktritt, wo es gefordert wird, daß *Meixner* daraufkommt. Wir stehen in Oberfranken auf dem Standpunkt, daß wir einer Idee zu dienen haben und nicht einer Person oder einem Stand.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dazu vielleicht noch folgendes ausführen.

Ott: Meine Damen und Herren! So geht das nicht! Herr *Schlögl* ist hinaus. Wir haben einen denkbar schlechten Eindruck.

Dr. *Hundhammer*: Ich weiß nicht, welchen Fall Dr. *Schlögl* im Auge hat. Ich möchte hier aber einen Fall zur Sprache bringen, der mich persönlich interessiert - nachdem das Thema angeschnitten ist. Mich hat der Herr Landrat *Stang*, der frühere Landtagspräsident, angesprochen und hat mir erklärt, er sei in seinem Stimmbezirk von den

Mitgliedern der Partei dort als Kandidat gewählt worden. - Vielleicht kann *Imler* den Fall klären. - Nun solle dort ein Flüchtlingskandidat aufgestellt werden.
Ott: Ich glaube, daß Herr Dr. *Schlögl* noch einen anderen Fall im Auge hat. Es geht nicht an, daß man Dinge in die Debatte wirft und dann hinausgeht. Ich möchte haben, daß wir soviel Anstand haben, daß man solange hierbleibt, bis die Sachen erledigt sind.
Dr. *Hundhammer*: Ich habe bei mir in Oberbayern zwei Kandidaten, die 27 Jahre alt sind.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Manche Leute behaupten, es sei ein Steckenpferd von mir geworden, daß der Altersdurchschnitt der Fraktion unter allen Umständen gesenkt werden muß. Wir hatten einen Altersdurchschnitt von 55 Jahren. Ich glaube, man kann es mir nicht übelnehmen, daß ich versuche, das Bild der Union auch in der Fraktion so darzustellen, daß jeder sieht, daß es keine Sprüche sind, wenn wir von der jungen Union reden. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß es gelingen wird, den Altersdurchschnitt zu senken. Ich habe meine Aufgabe darin gesehen. Ich freue mich geradeso, wenn es in Oberbayern geschieht, wie wenn es anderswo geschieht. Wir alle werden den Nutzen davon haben, wenn die Union verjüngt wird.
Ich bitte jetzt *Schlögl*, die Frage *Ott* zu beantworten.
Ott: Sie haben davon gesprochen, daß in einem Stimmkreis ein Kandidat einstimmig aufgestellt worden sei, der dann vom Bezirksverband abgelehnt wurde. Es würde uns interessieren, welcher Stimmkreis das ist.
Dr. *Schlögl*: Es ist mir mitgeteilt worden, daß es der Stimmkreis Neunburg vorm Wald war. Die Rechtsfrage ist bloß die - ich habe mit Kollegen *Haußleiter* gesprochen -, kann ein Kandidat inhaftiert werden, wenn er demokratisch im Kreisverband aufgestellt ist, oder nicht. Das ist die Rechtsfrage und das macht den Unwillen draußen. Denn der Bezirksverband ist doch die höhere Instanz. Er kann verzichten, das kann jeder. Aber ob er inhaftiert werden kann, das ist das schwierige. *Haußleiter* sagte mir folgendes: Ich bin im Verfassungsausschuß drin gewesen, glauben Sie, ich habe an dem Gesetz mitgearbeitet? Ich habe den Text genau da, wie er beschlossen worden ist. Meine Herren, es steckt wohl drin vom Bezirk; aber Bezirks- ist gleich Kreisverband. Ich will Ihnen sagen, es ist so. Ich fahre jetzt zu unserem Parteifreund *Ritter von Lex* und lasse es mir interpretieren. Es ist eine Rechtsfrage, die uns alle miteinander kolossal interessiert.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Frage ist interpretiert. Alle Bezirke haben so beschlossen. - Neunburg vorm Wald geht die Oberpfalz an. Ich möchte die Debatte bald beendigen, weil sie sinnlos ist. Die Frage Neunburg ist angeschnitten worden. Auch dort ist ein ähnlicher Fall, weil *Walter Held* drei Kreise für sich belegt hat. Das ist eine Frage der Ellbogen, während andere Hemmungen haben, hinzugehen und zu sagen: Bitte, hier bin ich als Kandidat. Drei Kreise, die mindestens zwei, wenn nicht drei Abgeordnete ergeben! Infolgedessen ist es ein Unsinn, so etwas durchzuhalten. Nun war es in der Oberpfalz so - ich glaube, ich gebe es richtig wieder -, daß die Oberpfalz Frau *Deku* wieder aufgestellt hat: Erstens, weil sie eine Frau aufstellen wollte; zweitens, weil Frau *Deku* in der Oberpfalz seit den Anfängen der Union eine eminent notwendige Arbeit geleistet hat; drittens, weil sie in Sulzbach-Rosenberg, einem Wahlkreis, mit dem allein nicht durchzukommen wäre, einstimmig aufgestellt worden ist.

Infolgedessen ist diese Kombination vorgenommen und *Walter Held* der Kreis, den er nicht gebraucht hat, weggenommen worden. Ist das nicht eine Selbstverständlichkeit?

(Zustimmung.)

Es wird immer soviel von Demokratie geredet. Ich glaube, wir sind bei dieser Kandidatenaufstellung demokratisch vorgegangen bis zum letzten. Auch bei den letzten Kandidatenaufstellungen schon. Wenn wir da nicht so demokratisch vorgegangen wären, dann wäre vielleicht damals die Union schon verjüngt worden, so daß ich mir den Vorwurf gemacht habe, daß ich nicht früher in die Leute hineingedrängt und die Jugend gepredigt habe. So kam es, daß die Leute hineinkamen. Heute tritt der Verjüngungsprozeß ein, Gott sei Dank. Es gibt Leute, die sich dagegen stemmen. Meine lieben Freunde, wenn ich so hätte vorgehen wollen, wie Parteifreund *Schlögl* vorgegangen ist, ich glaube, selbst in Oberbayern wäre ich in zwei oder drei Kreisen aufgestellt worden.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Das bezweifle ich!)

Aber trotzdem glaube ich, daß ich in Franken die zehn Finger hätte hernehmen können. Auch andere Kreise wären dagewesen, die mich aufgestellt hätten. Dann hätte ich nach dem *Schlöglschen* Prinzip jeweils eine halbe Stunde vor der Endabstimmung gesagt: Ich verzichte zugunsten meines Freundes soundso auf die Kandidatur da oder dort. Das wäre dann die Demokratie gewesen, wie ich sie jetzt hier demonstriert habe. Ich glaube, daß wir alle einen anderen Begriff von Demokratie haben. Ich bitte, Kollege *Horlacher*, nimm es mir nicht übel, in Zukunft werde ich am demokratischen Prinzip soweit festhalten,

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Wegen mir brauchst Du an demokratischen Prinzipien nicht mehr festzuhalten; ich habe heute zum letzten Mal an diesen Ausschußsitzungen teilgenommen.)

daß ich auch Wert darauf lege, daß die Debatte in demokratischer Form geführt wird und Anträge in demokratischer Form gestellt werden. Es kommt nicht mehr vor, daß jemand, während ein sachliches Referat gehalten wird, die Versammlung durch ein Wort überlagert und wenn die Vernunft nicht siegen würde, die Versammlung zerreissen würde. Wir müssen vernünftige praktische Arbeit leisten.

Wir müssen dafür sorgen, daß so rasch wie möglich das Programm bekannt wird, nachdem noch im Wahlkampf das Programm der Union herausgestellt wird. Meine lieben Freunde! Ich will Ihnen erst am Schluß sagen: Ich habe die Auffassung, wir werden einen so scharfen Wahlkampf bekommen, wie wir ihn bisher noch nicht führen mußten, nach allem was ich bisher bemerkt habe, und zwar nach allen Seiten. Denn auch die Sozialdemokratie bringt ja *Schumacher* und andere Redner. Es wird uns manches vorgelegt werden. Wir müssen sehen, wo es vorgezogen wird, vielleicht hier in München, zum mindesten in Franken. Wenn wir da nicht dafür sorgen, daß unsere Leute ihren Mann stellen, dann können wir es wieder aufgeben.

Die anderen Debatten, die darum gehen, weil irgendeine Gruppe glaubt, jetzt vorbrechen zu müssen, müssen wir zurückstellen, bis wir uns in den Wahlen durchgesetzt haben. Das ist der simpelste Grundsatz, daß man in dem Moment, in dem man den Wahlkampf führt, alles zusammenfaßt und das Trennende zurückstellt. Die internen Fragen, ob die eine Gruppe mehr oder weniger zu sagen hat, können wir nachher besprechen, wenn wir den Kampf bestanden haben.

Damit darf ich vielleicht die Debatte schließen.

Frau *Wittmann*: Wir Frauen sind erschüttert von dieser Debatte. Wir sind in der Union. Man übersetzt uns Union als Einigung, Einigkeit, Eintracht - und da stehen wir hier und hören die Debatte mit an: Eine Debatte, die wir als würdelos empfinden, die nur geeignet ist, uns zu zersplittern und auseinanderzureißen. Wir Frauen möchten schon bitten, daß der Ton sich ein klein bißchen von dem Ton der letzten zwölf Jahre unterscheidet, daß die bayerische Kultur wiederkehrt, die auch deutsch war, die aber doch immer bayerisch-lieb und freundlich war, wo man am Schluß gesagt hat: Die Hand her! Wir sind einig. Und wo man nicht sagt: Ich gehe und komme niemals wieder. - Ich habe von 1918 bis 1933 im Lande Schwaben, Herr Präsident *Horlacher*, draußen auf dem Lande, viele Versammlungen gehalten. Das Land Schwaben war durch den Bauernbund außerordentlich gesegnet. Die Männer waren Bauernbündler und die Frauen bei der Bayerischen Volkspartei. Wir haben es bedauert, daß durch den Bauernbund die christlichen Interessen auseinandergerissen wurden. Die Union ist doch auch die Union der Stände! Was sind wir denn eigentlich? Gerade in der Christlich-Sozialen Union muß der Bauer Arbeiterangelegenheiten genauso vertreten wie der Arbeiter Bauernangelegenheiten, wenn sie sachlich berechtigt sind. Der Handwerker muß genauso die Angelegenheiten der Intelligenz vertreten, wie umgekehrt die Kreise der Intelligenz die Interessen der Handwerker vertreten müssen, wenn sie sachlich berechtigt sind. Unberechtigte Dinge können wir heute selbstverständlich nicht vertreten. Zusammenhelfen müssen wir, sonst kommen wir heute überhaupt nicht durch. Nun kommen wir da herein. Es hat einer fünf Mandate in der Tasche, andere gar sechs. Bei den Frauen heißt es: Wenn sich ein Wahlkreis hergibt für eine Frau. Wir sind wirklich erschüttert. Man verlangt von uns Mitarbeit. Wir sind 65% der Wählerschaft. Wo bleibt denn da die Demokratie? Wenn wir von 15 Mandaten eines bekommen, wenn sich unter den Umständen eines überhaupt ergibt, machen wir halt am Wahlsonntag unseren Schwanz. Das geht einfach nicht. Ich bitte Sie dringend, ändern Sie diesen Ton und sorgen Sie dafür, daß in der zukünftigen Fraktion und im zukünftigen Landesvorstand solche Dinge nicht mehr passieren. Wir haben doch alle Anstand gelernt und Selbstbeherrschung. Das verlangt man von uns. Das können wir alle von Ihnen verlangen. Die Partei wird ein Sammelsurium jener, die Mandatjäger sind, um das böse Wort auszusprechen. Wir haben in Schwaben am 19. Oktober Herrn Dr. *Schlögl* zwei Wahlkreise gegeben und jetzt kommt das mit den anderen Wahlkreisen! Ja, wir hätten die Wahlkreise auch für jemand anderen brauchen können. Wir haben einen Jugendlichen unterzubringen, der nicht unterkommen kann. Wir haben einen Flüchtling aufgestellt für Dr. *Stang*. Dr. *Stang* ist 72 Jahre alt. Wir haben es getan, weil wir die Verjüngung wollten, nicht um Herrn *Stang* wehzutun. Dr. *Stang* ist Landrat, ist Bürgermeister. Entschuldigen sie, vielleicht verstehen Sie, daß wir das als Bezirksverband getan haben. Wir bitten Sie um eine Einigung, daß die Union wirklich das wird, was ihr Name sagt: Die christliche, soziale, sich gegenseitig verstehende und miteinander auskommende Union.

(Lebhafter Beifall.)

Ostwald: Zur Geschäftsordnung. Ich stelle Antrag auf Schluß der Debatte und Übergang zur Tagesordnung, eventuell Antrag auf Schluß der Rednerliste.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer will für und wer gegen den Antrag auf Schluß der Debatte sprechen?
Neckermann: Eine kurze Anfrage: Es ist gesagt worden, Prälat *Meixner*...

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Spricht jemand gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? Nein. Dann lasse ich abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Der Antrag ist angenommen. Damit ist die Debatte geschlossen.
Neckermann, es gibt nachher noch Gelegenheit.
Wir fahren weiter in der Behandlung des Punktes 1 der Tagesordnung. Das Wort hat *Lorenz Sedlmayr*.
Sedlmayr: Vielleicht darf ich mich zur Abkürzung jetzt darauf beschränken, nur den neuen Text zum Vortrag zu bringen. Ich nehme an, daß die meisten auch den alten Text vor sich liegen haben.

2. Die Religion muß der tragende Pfeiler jeder Kulturordnung sein.
   Wir fordern die Freiheit der Religionsausübung und den unbedingten Frieden des Staates mit den christlichen Kirchen und den anerkannten Religionsgemeinschaften. Wir verwerfen die Trennung von Kirche und Staat, aber auch jede Art von Staatskirchentum. Wir verlangen die Anerkennung der Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts und den Schutz der Geistlichen aller Konfessionen in der Ausübung ihres Amtes.
3. Alle Erziehung dient der Höherentwicklung und Lebensertüchtigung des Menschen.
   Wir fordern die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zumal dem Menschen, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zu selbständigem Denken und zu körperlicher Leistungsfähigkeit.
   Wir verlangen eine Lehrerbildung, die diese Ziele sicherstellt.
4. Das Kind hat einen Anspruch auf Erziehung; die Eltern haben ein Erziehungsrecht und eine Erziehungspflicht. Das Erziehungsrecht des Staates ist ein übertragenes Recht. Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der Eltern hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder. Wir bekennen uns zur Konfessionsschule. In Gemeinschaftsschulen dürfen die religiösen Gefühle Andersgläubiger nicht verletzt werden.
5. Die Wissenschaft ist frei; das Streben nach Wahrheit ihre einzige Richtschnur. Ihr Ziel ist Erkenntnis und Dienst am Leben.
   Wir fordern die universell verwurzelte, hochstehende Fachwissenschaft und deren umfassendes Fruchtbarwerden für das Leben des Volkes.
   Wir erwarten, daß die einzelnen wissenschaftlichen Fachgebiete sich auf ihre gemeinsamen Grundlagen besinnen. Die Gefahr einer allzu großen und frühen Spezialisierung auf Kosten einer umfassenden Allgemeinbildung ist auch im ganzen Erziehungswesen zu bannen.
6. Die Kunst gedeiht nur in der Freiheit. Sie bedarf des lebendigen Anschlusses an die großen Werke der Vergangenheit und muß auch im Erziehungswesen als wichtiger Lebenswert gelten.
   Wir bekennen uns zu einer Kunst der freien Schöpferkraft und der seelischen Tiefe.
   Wir kämpfen gegen Schmutz und Kitsch.
   Wir verlangen die Aufgeschlossenheit von Gesetzgebung und Verwaltung für die freie Entwicklung der schöpferischen Kräfte unseres Volkes.
7. Die Güter der Kultur sind von Natur aus Gemeinbesitz und sollen allen zugängig sein.
   Wir fordern die Erschließung der Kulturgüter für das ganze Volk. Die Teilnahme am kulturellen Leben darf kein Vorrecht einzelner sein.

Wir fordern den freien Zutritt aller entsprechend Begabten zu den höheren Schulen, den Universitäten und Akademien. Wir erstreben eine bleibende Vertiefung der Volksbildung durch großzügigen Ausbau von Volkshochschulen.

VI. Zwischenstaatliche Ordnung.

1. Die Völker sind organische Teile der Menschheit. Sie sind aufgrund ihrer Eigenart zur Erfüllung besonderer Aufgaben im Rahmen des Ganzen berufen.
   Wir treten ein für den Frieden unter den Völkern und die Gleichberechtigung aller Nationen.
   Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.
2. Im Rahmen der Völkerfamilie ist Europa eine übernationale Lebensgemeinschaft.
   Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kulturtradition.
   Wir erstreben die wirksame Befriedung Europas als Beitrag zum dauerhaften Frieden der Welt.
3. Kein Land Europas kann für sich allein bestehen.
   Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.
   Wir fordern den Abbau der Zollschranken zwischen den einzelnen Staaten Europas.
4. Wir treten dafür ein, daß wir als Partei mit Parteien ähnlicher Zielsetzung anderer Länder Erfahrungen austauschen, um damit das Vertrauen der Völker zueinander zu fördern.

Gestatten Sie mir, daß ich zum Schluß noch den Wunsch hinzufüge, daß die weitere Beratung in diesem Gremium und ebenso die Beschlußfassung ebenso einmütig und einträchtig erfolgt, wie das in unserem Ausschuß der Fall war.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube und hoffe es. Ich danke unserem Freund *Sedlmayr* für seinen Vortrag. Ich darf vielleicht dazu noch etwas sagen: Das Programm klingt sachlich, ruhig und nüchtern. Wir erkennen es an. Ich würde vorschlagen, daß vielleicht Parteifreund *Rindt* nachher es seinerseits ergänzt, weil er es ja in der Grundlage wenigstens zusammen mit den Freunden von Schwaben mit ausgearbeitet hat. Ich würde vorschlagen, daß wir dann eine kurze Diskussion eintreten lassen. *Rindt*, darf ich bitten?
Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Zum Programm ist an und für sich grundsätzlich wenig zu sagen. Ich darf nochmals auf die letzte Landesausschußsitzung zurückkommen. Wir haben damals zwei Entwürfe gehabt, den Entwurf H und den Entwurf R, wie sie bezeichnet wurden. Die Vorzüge des Programmentwurfes unseres Parteifreundes *Haußleiter* waren in der Art von dem anderen Entwurf nicht erfüllt. Es hat sich herausgestellt, daß der grundsätzliche Entwurf von Schwaben eben ein rein grundsätzlicher Programmentwurf sein sollte und infolgedessen so aufgebaut war, während der Entwurf unseres Freundes *Haußleiter* neben den grundsätzlichen Dingen, von denen er ausging, in erster Linie mit zum Arbeitsprogramm der zeitgebundenen Aufgaben Stellung nahm. Es wurde damals in der Landesauschußsitzung beschlossen, daß die Entwurfsgrundlagen Schwabens auch zu den Grundlagen eines Programmes ausgebaut werden sollten durch eine gewisse Ergänzung nach der Seite des Programmes *Haußleiter* hin. Diese Tatsache ist insoweit erfolgt, als grundsätzliche Dinge, die im Entwurf

Haußleiter standen, hier noch ergänzend hereingenommen wurden. Außerdem hat eine Reihe von Parteifreunden sehr wertvolle Anregungen gebracht, teils schriftlich, teils mündlich durch die Teilnahme an der Redaktionskommission, die ziemlich häufig beisammen war und Punkt für Punkt in einer sehr genauen Weise durchgearbeitet hat. Was Sie heute jetzt im Entwurf R, wie er bezeichnet wurde, sehen, ist entstanden auf der Grundlage des Entwurfs Schwabens durch eine sehr ausgedehnte und eindringliche Mitarbeit vor allem auch der oberbayerischen Parteifreunde. Im großen kann gesagt werden, daß der Entwurf *Haußleiter* mehr oder weniger entweder einem Arbeitsprogramm entspricht oder sich darüber hinaus zu einer Art von weiter gehendem Kommentar zum Grundsatzprogramm entwickelt, daß er eines Tages in Form einer Kommentarbroschüre für alle Redner, für unsere Vertrauensleute, für die Öffentlichkeit und für die Presserundschau zur Verfügung steht. Tatsache ist, daß aber trotzdem der Entwurf R selbstverständlich für Pressekonferenzen noch sehr umfangreich ist, weil ja die Grundsätze für die verschiedensten Gebiete des staatlichen und volkhaften Lebens angeschnitten und herausgestellt werden mußten. Insofern wird es notwendig sein, daß hier noch eine gewisse Zusammenfassung gerade für Presseangelegenheiten erfolgt. Herr Dr. *Gerathewohl* wird diese Arbeit übernehmen und dieses Grundsatzprogramm, das zum Teil schon ein bißchen auf propagandistische Wirkung eingestellt ist, in der entsprechenden kurzen oder langen propagandistischen Form herausbringen.

Es würde heute darum gehen, daß wir uns über das Programm selbst zum zweiten Mal grundsätzlich klar werden, in dieser neuen, etwas veränderten Form und daß wir uns infolgedessen über den einen oder anderen Punkt noch kurz aussprechen. Ich glaube sagen zu dürfen - wenn man gegen den einen oder anderen Punkt etwas einwenden würde -, daß kaum irgendein Gedankengang in diesem Programm im Ausschuß nicht erörtert wurde. Die Zusammensetzung des Programmausschusses war bis auf einen gewissen ständigen Stab immer im Fluß. Es kamen immer wieder neue Leute, neue Anregungen und andere Gedankengänge dazu. Es konnte jede Frage nach allen Richtungen hin ventiliert werden. Abgesehen davon, daß ich auch verantwortlich mitzeichne für die ganze Gestaltung dieses Programms, für den ersten Entwurf mit meinen ersten Mitarbeitern aus Augsburg und Schwaben, glaube ich persönlich, daß das Programm, wenn es durchdacht wird, so ziemlich in jedem Punkt etwas besitzt, was uns so schnell keine andere Partei überhaupt nachmachen kann. Ich glaube, daß wir hier wirklich an die Wurzeln der Wahrheit und an die Wurzeln des Seins vorgestoßen sind. Bitte nehmen Sie diese Ausdrücke nicht als Übertreibung! Ich glaube mit gutem Gewissen sagen zu dürfen, daß sowohl die Fachphilosophie wie die staatspolitische Philosophie, überhaupt Staatsrechts- und Kulturphilosophie, wie die praktische Erfahrung, die praktischen Wissenschaften, kurz und gut alle Richtungen irgendwie vertreten waren und mitgearbeitet haben.

Ich persönlich bin stolz darauf, daß der Entwurf, wie er nun heute vorliegt, in dieser Form vorgelegt werden kann. In dem Programm steckt ungeheuer viel Geistesarbeit, die in eine möglichst blanke Form gegossen wurde. Weiterhin steht dieses Programm nicht über dem Volke, sondern es spricht in jedem Punkt den Menschen als solchen an. Und wenn es auch nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, so wird es sich aber trotzdem durchsetzen, wenn wir als Union zusammenstehen, so wahr wir hier beisammensitzen.

Persönlich möchte ich aber auch ganz offen sagen, daß ich in einem einzigen Punkt - und *Müller*, du wirst erlauben, daß ich gleich, um Zeit zu sparen, darauf eingehe - ein

großes Bedenken habe. Dieses Bedenken betrifft einen Satz auf Seite 4; Punkt 5. Ich hatte keine Gelegenheit, an der Landesausschußsitzung an dem betreffenden Nachmittag teilzunehmen, wo dieser Punkt behandelt wurde, weil ich dringende dienstliche Angelegenheiten in meiner vorgesetzten Behörde, dem Arbeitsministerium, zu erledigen hatte. Ich bitte, den Punkt 5 nochmals verlesen zu dürfen:

> Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und verdient angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für die gleiche Arbeit gleichen Lohn.
> Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters ermöglicht. Wir bekämpfen jede Verproletarisierung.

Und nun kommt der Satz, auf den ich Ihre Aufmerksamkeit ganz besonders hinlenken möchte mit der Bitte um eine vollverantwortliche Überprüfung:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Meine Freunde, dieser Satz kam auf Anregung und Antrag unseres lieben Parteifreundes Dr. *Semler* hinein. Der Satz hat auch für mich anfänglich etwas sehr bestechendes gehabt. Ich glaube aber - und vielleicht werden sich die hier anwesenden Volkswirtschaftler und Staatsrechtler dazu im einzelnen äußern -, daß dieser Satz, soweit er überhaupt verwirklicht werden kann, nichts anderes bedeutet, als die kalte Sozialisierung der gesamten Wirtschaft, weil er, um es mit einem Wort zu sagen, von der Sozialisierung des Gewinns der gesamten Wirtschaft ausgeht und infolgedessen entweder, wie Herr Staatssekretär *Ehard* sehr richtig sagt, Planwirtschaft voraussetzt oder die Planwirtschaft als solche notwendigerweise bei der Verwirklichung in der Praxis im Gefolge hat, weil dieser Satz sie geistig schon voraussetzt.
Ich würde bitten, daß ganz besonders über diesen Punkt die Meinungen geäußert werden. Der Satz ist meines Erachtens unmöglich. Ich betone, ich bin kein Wirtschaftler, aber das sagt mein gesunder Instinkt. Ich würde mich in gewissen Dingen sehr leicht und sehr gern bekehren lassen, wenn Sie mir etwas anderes beweisen können. Für mich liegen die Dinge so: Ein Betrieb, der große, über den Durchschnitt hinausgehende Gewinne hat, müßte aufgrund dieser Tatsache diese über den Durchschnitt hinausgehenden Gewinne und vielleicht die anderen Gewinne noch dazu, anderen Betrieben zur Verfügung stellen, daß sie, weil sie sich nicht so rentieren, weiterarbeiten könnten, auf eine ähnliche Rentabilität kämen oder aber, wenn das nicht der Fall ist, dauernd von den sich gut rentierenden Betrieben unterstützt würden.
Andererseits ist ein zweiter Punkt zu beachten: Alle diese Betriebe müßten in erster Linie nicht ihre Arbeitnehmer am Gewinn beteiligen, sondern sämtliche Arbeitnehmer. Das würde bedeuten, daß unser heutiger Wirtschaftszustand der Überbesteuerung und der ausgesprochen wirtschaftstötenden Gewinnabschöpfung zu einem Dauerzustand, vielleicht in einem noch vermehrten Maße, gemacht würde. Das würde meines Erachtens bedeuten - ich drücke es jetzt ganz spitz aus -, daß jede Privatinitiative im Rahmen einer gelenkten Wirtschaft, wie wir sie wollen, getötet würde. Sie wissen doch - und wir dürfen dieses wohl als Beispiel für eine gewisse im Programm fundierte Dauerlösung hernehmen -, daß heute die Leute nichts mehr arbeiten wollen, weil sie sagen: "Ich arbeite nicht für mich und meine Leute, ich arbeite nur dem Staat in die Tasche." In der Zukunft käme noch hinzu, daß man sagt: "Ich arbeite nicht nur

dem Staat, sondern den faulen Menschen in die Tasche, die nichts tun, die nichts verdient haben." Sie kennen ja wie ich die Volksmentalität.
Aber abgesehen von dieser Volksmentalität: Ich stelle grundsätzlich die Frage: Können wir, ausgehend erstens vom Grundsätzlichen einer christlichen Weltanschauungspartei im weitesten Sinne des Wortes, das heißt also vom Naturrecht, von der Geltung des einzelnen Menschen und des einzelnen Betriebes, und zweitens vom Grundsatz einer gesunden Wirtschaft, dazu grundsätzlich ja sagen? Ich persönlich sage nein. Erstens glaube ich, daß die Gefahren hier unendlich groß sind, und zweitens halte ich dieses Prinzip nicht für verwirklichungsmöglich.
Das zu diesem Punkt. Ich werde mir hernach noch gestatten, eine kleine redaktionelle Änderung vorzuschlagen; darf ich es gleich tun, damit ich persönlich zu Ende bin?

(Zuruf Vorsitzender: Ja!)

Auf Seite 8 ganz oben heißt es:

> Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kulturtradition.

Ich möchte zur Debatte stellen und in Erwägung geben, ob wir nicht bei diesem Wort "Kulturtradition" den Ausdruck "Kultur" streichen sollen, so daß der Satz heißt:

> Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Tradition.

Ich würde dann weiterhin noch vorschlagen, Punkt 4 auf der gleichen Seite ohne die Zifferbezeichnung zu lassen, vielleicht in ein oder zwei Sätzen noch auszuarbeiten, so daß wir ein kleines Gegengewicht zur Präambel haben, also ein Schlußwort, das sich über den Gedankengang, der hier angeschlagen ist, mit zwei oder drei Sätzen verbreiten könnte. Damit habe ich gesagt, was ich sagen wollte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich danke Parteifreund *Rindt* für seinen Vortrag. Bevor wir in die Debatte eintreten, möchte ich Ihnen selbst meine Gedanken zur Lektüre des Programms sagen: Das Programm ist, wie ich vorhin schon gesagt habe, eine ruhige, sachliche Arbeit. Es kommt darauf an, in der Auswirkung vielleicht noch etwas mehr Leben hineinzubringen. Ich habe das Programm der Christlich-Demokratischen Partei in Italien vor mir. Es ist sehr interessant, zwei, ich möchte sagen, Völker, Programme entwickeln zu sehen. Denn in diesem Falle sind wir ein Teil eines Volkes. Ich werde das Programm übersetzen lassen und dann den Freunden noch zugänglich machen. Wir wollen ja jetzt nur einen Status schaffen, damit wir einmal anfangen können. Aber wir wollen nicht dabei stehenbleiben, sondern wir wollen weiterentwickeln. Interessant ist, wenn Sie dieses Programm sehen, wie es anspringt, wie es beispielsweise bei der Einleitung, beim einleitenden Vortrag auf deutsche Verhältnisse Bezug nimmt. Professor *Gonella*, der die Einleitung geschrieben und das Programm entwickelt hat, nimmt auf die Weimarer Verfassung Bezug. Er sagt in diesem Zusammenhang: Eine Verfassung, die nur Leben (?) hat, genügt nicht, wenn sie ein professorales Meisterwerk ist, wie es die Weimarer Verfassung war.
Es ist etwas daran. Wir Deutsche sind allzuleicht geneigt, Grundsätze aufzustellen und sie bis zum Letzten durchzudenken. Anderen liegt es mehr, die Menschen anzufassen und sie auf diese Weise zu gewinnen und mitzureißen. Wir, die wir immer von einer dynamischen Union sprechen, müssen auch in dieser Hinsicht eine Kombination versuchen. Interessant ist vor allem ein Blick in den Index dieses Programmes. Das

Programm ist nicht auf Forderungen, auf Verlangen an die Menschen, an den Staat abgestellt, sondern auf die Freiheit. So ist es auch mit dem Symbol, das es sich gesetzt hat. Wir haben lange überlegt, ob wir es so machen, oder ob wir die Schwurhand oder Ringe oder irgendeine andere Kombination machen. Wir haben uns bemüht, ein Zeichen zu schaffen, das den Menschen etwas sagt. Was hat die Christlich-Demokratische Partei in Italien gemacht? Sie hat ein Schild, das alte Ordensschild, genommen, geteilt mit dem Kreuz in die vier Felder, so daß in ihm also das Kreuz enthalten ist, aber als Selbstverständlichkeit, und ins Querfeld gesetzt "Libertas", "Freiheit".
Auch der Index geht ungefähr genauso vor. Es wird Sie vielleicht interessieren, nun einen Überblick zu haben, gerade weil wir doch nicht nur oberflächliche Arbeit leisten. Ich gebe diesen Index in kurzer freier Übersetzung wieder:

A) 1. Reform des Staates im Geiste der Freiheit. Die geschichtliche Funktion der christlichen Demokratie.
2. Eine Verfassung mit der Herrschaft der Freiheiten

Nicht nur der Freiheit, sondern der Freiheiten!

B) Die Erklärung der Freiheit

Wir würden sagen: Manifest der Freiheit

Die Freiheit in der Gesamtheit und im einzelnen; die Grund- und unantastbaren Freiheiten.

Dabei ist das Schöne, daß es im Italienischen heißt: "De liberta reale e integrale", wobei man "reale" im Italienischen auch mit "königlich" übersetzen kann. Man könnte also auch übersetzen: Die königlichen und unantastbaren Freiheiten.

C) Die religiösen Freiheiten
1. Die Freiheit des Gewissens
2. Die Freiheit zu glauben, zu bekennen und das Bekenntnis zu propagieren
3. Die Freiheit der Kirche

D) Die moralischen Freiheiten
1. Die Freiheiten der Person
2. Die Freiheiten der Familie
3. Die Freiheiten der Schule
4. Die Freiheiten vom Laster

Vom Schlechten, wenn man so sagen will.

E) Die politischen Freiheiten
1. Die Freiheit von der Tyrannis
2. Die Freiheiten der Meinung zur Macht

Das ist etwas schlecht übersetzt. Man könnte auch sagen: "Freiheiten zum Streben nach Geltung." Das ist vielleicht besser gesagt als "zur Macht". Macht klingt bei uns etwas hart.

3. Die Freiheiten des Privilegs
4. Die Freiheiten von der Intoleranz
5. Die Freiheiten von Furcht

Dies ist ausdrücklich als politische Freiheit festgestellt.

F) Die ökonomischen Freiheiten
   1. Die Freiheiten vom Bedürfnis
   2. Die Freiheiten von der sozialen Ungerechtigkeit
   3. Die Freiheiten vom Egoismus
   4. Die Freiheiten vom Elend
   5. [Die] Freiheiten von Disokkupation

Wörtlich übersetzt "Freiheiten der Nichtbesetztheiten", also die Freiheit, nicht von dem Besitz entsetzt zu werden.

   6. Die Freiheiten zu Arbeit
   7. Die Freiheiten zum Besitz, zum Handeln
   8. Die Freiheiten zum Zusammenschluß

G) Garantien für die Freiheiten
   1. Die demokratische Struktur des Staates
   2. Die parlamentarisch-repräsentativen Systeme (Zweikammersystem)
   3. Die Beständigkeit der Regierung

Die Stabilität der Regierung, eine Frage, die bei den Überlegungen in der Frage des Staatspräsidenten auf beiden Seiten eine ernste Rolle gespielt hat.

   4. Die Unabhängigkeit von der Bürokratie
   5. Die Dezentralisation, die Autonomie und der Regionalismus

Sie werden ohne weiteres verstehen, was ich darunter meine.

   6. Die moralischen Garantien

Das wäre ein kurzer Überblick über den Index. Sie sehen daraus, es wirkt ansprechend, was in ihm enthalten ist. Wenn die Grundsätze immer auf ein kurzes, schlagkräftiges Wort abgestellt sind, darf ich nicht die Forderung stellen, sondern muß die Freiheit verlangen für das und das. Es ist zu überlegen, wie weit wir kombinieren können. Ich möchte vorschlagen, daß wir jetzt nicht schnell zu kombinieren versuchen. Lieber versuchen wir gar keine Kombination.
Ich würde es vorziehen, so vorzugehen, daß wir zunächst unser Programm durchdenken und es, wenn sich keine besonderen Bedenken dagegen erheben, so wie es ist, wenn irgend möglich, im allgemeinen als Ganzes annehmen. Wir wollen die Kombination zum italienischen Programm vielleicht so versuchen, daß eine Einleitung zum Programm verfaßt wird, die nicht nur eine kurze Präambel darstellt, sondern die so entwickelt wird, wie es die Italiener auch getan haben, die für die Einleitung einen Vortrag dieses Professors *Gonella* genommen haben. Auf diese Weise kann man das Vorwort vielleicht noch ansprechender gestalten. Dazu brauchen wir aber Zeit. Das will überlegt sein, damit wirklich etwas Tragendes zustandekommt. Professor *Gonella* ist z.B. auch so vorgegangen, daß er die verschiedenen früheren markanten Programme herausgestellt hat, das Marxistische Manifest *Marx-Engels* usw. Er hat diesen Programmen das christliche Programm entgegengestellt. Interessant und bezeichnend für die dortige Denkart ist es, wie er das Programm einleitet. Er spricht das Volk als solches von der Partei aus an, und zwar das Volk, das arbeitet, das Volk, das die Steuern zahlt, und das Volk, das die Gesetze befolgt; eine sehr praktische und nüchterne Art, aber eigentlich auch die konkrete Art, die Grundlage, von der aus man nüchtern ans Volk herangehen soll.

Meine lieben Freunde, damit möchte ich die Debatte eröffnen. Wer wünscht das Wort?

Haußleiter: Meine lieben Freunde, der Redaktionsausschuß hat jetzt sehr eingehend und sehr gründlich gearbeitet. Es ist sehr bedauerlich, daß uns diese italienischen Anregungen nicht schon im Redaktionsausschuß vorgelegen haben. Dann hätte man für uns Brauchbares für unsere Arbeit entnehmen können.

Ich möchte nun grundsätzlich folgendes sagen: Das Programm des Freundes *Rindt* ist eine ausgezeichnete, solide und sehr schöne Arbeit, auf der die Union programmatisch aufbauen kann. Wir haben gleichzeitig etwas Zweites getan. Wir haben meinen Entwurf zu einer Art Kommentar erweitert, und zwar deshalb, damit die grundsätzlichen Feststellungen *Rindts* sichtbar werden in ihrer Anwendung auf die augenblickliche Lage auf allen Gebieten, auf denen uns die Not brennt, damit auch unsere Redner, die das Grundsätzliche nicht immer für den Versammlungssaal auswerten können, eine Einleitung haben, wie sie das Grundsätzliche gleich an erster Stelle in die Tagespolitik hineinstellen können.

Ich habe meinen Entwurf überschrieben: Das Aktionsprogramm der Christlich-Sozialen Union zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes. Ich halte es nun für notwendig, daß wir uns heute darüber klar werden, daß wir mit diesen beiden Entwürfen in den Wahlkampf ziehen müssen, daß wir sie später überarbeiten können, daß wir aber heute schon einen endgültigen Entschluß fassen müssen. Denn sonst wird es zu spät, sonst können wir nicht mehr drucken, sonst können wir draußen an den Fronten des Wahlkampfes unsere Leute mit diesen Programmen nicht mehr erreichen. Die Punkte, die im *Rindtschen* Programm umstritten sind, hat er selber erwähnt. Das ist der Punkt:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Das ist Zukunftsmusik und gibt der marxistischen und insbesondere der kommunistischen Propaganda die Möglichkeit, uns auf Wege zu führen, bei denen wir dann die Kontrolle verlieren. Hier würde ich vorschlagen, daß unser Freund *Rindt* eine andere vernünftige Formulierung vorschlägt. Ich persönlich bin dafür, daß wir den Satz weglassen.

Ich persönlich halte auch aus außenpolitischen Gründen die Formulierung

> Wir wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete

für sehr scharf. Ich persönlich weiß nicht, ob wir heute in dieser Form vor die Öffentlichkeit oder überhaupt vor die Öffentlichkeit treten können.

(Zuruf: Doch, Menschenrechte!)

Das ist eine Frage, die diskutiert und klargestellt werden muß. Auf Seite 8 oben möchte ich eine andere Formulierung vorschlagen: Hier wird von der Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kulturtradition gesprochen. Ich würde das Gewicht nicht auf das Wort "Tradition" legen, sondern umgekehrt auf das Wort "Kultur". Ich schlage daher folgende Formulierung vor:

> Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kultur.

Damit ist ausgedrückt, daß unsere Kultur, die abendländische Kultur, zugleich zwangsläufig und selbstverständlich die christliche ist. Damit weichen wir dem Vor-

wurf aus, wir seien eine Partei der Tradition. Wir sind nämlich eine lebendige Partei, die nicht nur Traditionen fortführen will, sondern die sich für die abendländische Kultur einsetzt, so daß ich das Wort Tradition hier eigentlich vermieden haben möchte.
Ich persönlich würde auch vorschlagen, daß wir nach diesen kleineren Änderungen, also nach der Weglassung des umstrittenen Satzes und des Wortes Tradition, das *Rindtsche* Programm annehmen und dann meinen Entwurf, der in Anwendung der *Rindtschen* Ideen für die Gegenwart ein Aktionsprogramm ist, wobei in ihm ebenso grundsätzliche Dinge erwähnt sind, aber nur, um den Übergang zur Tagespolitik zu geben.
Mein Programm hat neben der grundsätzlichen Feststellung - das möchte ich auch sagen - auch einen erzieherischen Wert. Es werden ganz bestimmte Dinge unserem Volk erklärt. Der Begriff der Freiheit und der Verteidigung der Freiheit steht groß darin, dann werden Grundbegriffe der Demokratie, die bei uns zum Teil unklar oder verschwommen sind, die unsere Jugend nicht kennt, erläutert und im einzelnen begründet. Es werden demokratische Gedanken begründet. Das mag dem älteren oder dem philosophisch orientierten Demokraten überflüssig erscheinen. Mir erscheint es als notwendig, weil wir unsere Jugend auch ideenmäßig in die Demokratie hineinstellen müssen. Deshalb ist mein Programm Aktionsprogramm und gleichzeitig damit Kommentar zum Grundsatzprogramm des Freundes *Rindt*. Meiner Ansicht nach gehören beide Programme zusammen. Sie geben dann beide ein umfassendes Bild dessen, was die Union will.
Notwendig für den Tageskampf sind dann Kurzfassungen, in denen wir das Grundsatzprogramm gelegentlich in ganz einfachen Punkten plakatmäßig zusammenfassen und in denen wir aus meinem Aktionsprogramm einzelne Punkte auf den Flugblättern herausstellen. Es kann z.B. aus Punkt 26 die Sorge für die Opfer des Faschismus und des nationalsozialistischen Krieges herausgenommen werden. Bei *Rindt* kann man es in Form einer Zusammendrängung machen, bei mir in Form einer Aufgliederung nach aktuellen Punkten.
Diese Arbeit muß in Angriff genommen werden, damit die Arbeit von uns beiden für den Wahlkampf fruchtbar wird und damit unser ganzes Volk draußen klar und deutlich sieht: Das ist, das will die Christlich-Soziale Union.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Arnold*: Meine Herren! Ich möchte mich der Grundabsicht meiner beiden Vorredner durchaus anschließen und befürworten, daß wir möglichst schnell zu einem Programm kommen und uns hierüber schlüssig werden. Zu Punkt 5, der von Dr. *Rindt* zur Diskussion gestellt wurde, möchte ich als Nürnberger, also als Vertreter der Industriestadt, doch ein Wort mitsprechen. Ich bin nicht der Ansicht, daß wir diesen letzten Satz

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft

so ganz in Bausch und Bogen streichen dürfen. Wir müssen derartige soziale Gesichtspunkte in unser Programm unbedingt aufnehmen.
Gestatten Sie mir, daß ich hier ganz kurz auf das Programm der Mouvement Républicain Populaire zurückkomme, die in dieser Hinsicht nach meiner Ansicht einige wesentliche Punkte gebracht hat. Sie veröffentlichte im Le Centre d'Études Culturelles, Économiques et Sociales ihr Programm und bringt dabei zum Ausdruck, daß sie eine

Beteiligung der Arbeitnehmer an den Produktionsmitteln, am Reinertrag des Betriebes und am Betriebskapital fordert. Das ist also eine sachliche Aufgliederung. Es würde damit der Begriff "gesamte Volkswirtschaft" schon in irgendeiner Richtung spezialisiert sein. Ob wir das nun übernehmen wollen, möchte ich dahingestellt sein lassen. Als Vertreter Nürnbergs halte ich es aber für zweckmäßig und unerläßlich, daß wir mindestens eine Beteiligung am Reingewinn verlangen.

(Zuruf: Des Betriebes!)

Ich bitte also dringend um Aufnahme dieses Punktes.
Dann gestatten Sie mir, daß ich noch ganz kurz zum letzten Punkt Stellung nehme. Da möchte ich auch [die] Ausführungen von Herrn *Haußleiter* heranziehen, daß wir das Schwergewicht auf das Wort "Kultur" legen müssen, und nicht auf "Tradition".
Dann noch eine kurze Bemerkung zu Punkt 3, Abschnitt V "Kulturordnung". Hier hätte ich nur eine kleine stilistische Änderung vorgeschlagen. Es heißt hier:

> Wir fordern die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung,

nun kommt die Formulierung "zumal den Menschen". Ich würde vorschlagen, wenn wir schon das Wort "zumal den Menschen" lassen wollen, dann wenigstens weiter so fortzufahren:

> zumal den Menschen von Charakterstärke und sozialer Gesinnung, von selbständigem Denken und körperlicher Leistungsfähigkeit.

Diese Formulierung geht immer noch eher als die andere. Vielleicht ist zu überlegen, ob man nicht die drei Worte "zumal den Menschen" ganz und gar streicht.
Dr. *Jahn*: Als Volkswirtschaftler stimme ich der Auffassung des Herrn *Haußleiter* vollkommen bei, daß man diesen Satz auf Seite 4 "Wir bejahen eine angemessene Beteiligung usw." in irgendeiner Form ändert. Die Beteiligung seitens der Arbeitnehmer am Reingewinn in der Industrie und in der Wirtschaft ist praktisch an sich schon durchgeführt. Ich meine, das braucht man nicht noch besonders zu unterstreichen. Man könnte es vielleicht in einer angemessenen Form ändern.
Dagegen habe ich gegen den nächsten Satz Ziffer 6 Bedenken:

> Die Sozialversicherung soll jedermann im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

Ich bitte, das Wort "jedermann" zu streichen. Denn es muß nicht drin sein und würde uns vielleicht so ausgelegt werden, daß wir die Sozialversicherung für alle predigen.

(Zuruf Dr. *Zwicknagl*: Würde sich Herr *Schickel* freuen!)

Dann würde ich eine weitere Änderung und Ergänzung vorschlagen. Auf Seite 6 sagen wir in Ziffer 1 von V "Kulturordnung": Wir bekennen uns zu Deutschland als dem Land usw.
Würde es nicht vielleicht in Bayern besser ansprechen, wenn wir noch ergänzend sagen: Wir bekennen uns zur bayerischen Heimat und zu Deutschland als dem Land usw.
Es ist das eine Stelle, wo wir Bayern einmal nennen, während hier nur von Deutschland gesprochen wird. Man soll auf die Volkspsyche Rücksicht nehmen.

Auf der nächsten Seite, auf Seite 7, VI Ziffer 1 heißt es im Schlußsatz:

Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab.

Wir betonen also die nationalen Eigenwerte. Im nächsten Satz sagen wir:

Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Ich bin mir vollkommen bewußt, daß Nationalismus hier etwas anderes sein soll. Aber wir sollten vielleicht ein anderes Wort wählen als den Begriff "Nationalismus".

(Zuruf: Chauvinismus!)

Das wären meine Änderungsvorschläge.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde dankbar sein, wenn jeder, der spricht, sich gleichzeitig überlegt, wie er einen Antrag formuliert. Auf diese Weise kommen wir praktisch vorwärts. Sonst verliert sich die Debatte. Denn wir müssen zum Schluß ein Ergebnis aus der Debatte herausarbeiten. Infolgedessen wäre ich dankbar, wenn jeder der Herren - es sind jetzt schon sehr dankenswerte Anregungen gewesen - das, was er gesagt hat, in einem kurzen Antrag zur Abänderung und Ergänzung des Programms zusammenfaßt.

Ostwald: Wir leben nicht erst seit gestern im Umbruch. Aber anscheinend ist das in weiten Kreisen nicht deutlich geworden. Ich hatte vor einigen Tagen Gelegenheit, auf einer Tagung meines Industrieverbandes, dessen Vorsitzender ich bin, festzustellen, daß man sich mit politischen und sozialen Fragen, die heute auf den Fingernägeln brennen, weniger beschäftigt als mit anderen Dingen, die den Betrieb allein betreffen. Es mag entschuldigt werden können, weil die Not heute ja nicht nur dort zu Hause ist, wo das Brot im Schranke fehlt, sondern auch dort, wo früher alles im Überfluß vorhanden war und wo heute nicht nur für die eigene Person gesorgt werden muß, sondern wo man für eine Reihe von Menschen verantwortlich ist. Ich habe immer den Grundsatz vertreten - er ist etwas sehr real ausgesprochen, wenn ich es jetzt sage -, mein wertvollstes Kapital sind meine Arbeiter. Sie stehen an erster Stelle. Die Pflege der Arbeiter muß die vornehmste Aufgabe des Unternehmers sein. Ich hätte zu diesem Programm den Wunsch gehabt, daß man zwar vom Arbeiter gesprochen hätte, aber nicht vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer, sondern wir dürfen ruhig wieder sagen: Vom Unternehmer. Anstelle des Arbeitnehmers hätte ich mehr den Ausdruck "Gefolgschaft" gewünscht. Ich spreche meine Mitarbeiter immer so an. Wir dürfen vom Unternehmer reden, denn wir haben wirklich wieder etwas zu unternehmen, wenn wir an verantwortlicher Stelle wirken.

Aber ich bin noch nicht der Auffassung, daß wir, wenn wir diesem Umbruch, den wir heute deutlich sehen - vielleicht sehen ihn manche erst morgen -, Rechnung tragen wollen, einen Satz streichen wie den, daß die Gefolgschaft, daß die Arbeitnehmer an dem Gewinn des Unternehmens beteiligt sein sollen, beteiligt sein müssen.

Ich würde dafür sein, daß wir an die Stelle dessen, was im Absatz 5 gesagt worden ist, den Wortlaut setzen:

Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn des Unternehmens.

Damit haben wir einmal zum Ausdruck gebracht, daß wir demjenigen, der diesen Reingewinn schafft, auch das Recht darauf zugestehen, daran beteiligt zu sein. Wir haben damit aber auch zum Ausdruck gebracht, daß dem Unternehmer vorab die

Möglichkeit gegeben sein muß, das abzuschreiben, was notwendig ist, um den Betrieb als solchen aufrechtzuerhalten. Man hat sich dann im einzelnen Betrieb darüber klar zu werden, wie die Dinge letztlich in einer gerechten Weise bei der Gewinnverteilung geregelt werden sollen. Würden wir die alte Fassung aufrecht erhalten, würden wir damit das unterstreichen, was Dr. *Rindt* gesagt hat. Ich darf es vielleicht ganz banal sagen: Wir hätten damit den Faulen eine Prämie gegeben.

(Sehr richtig!)

Das ist etwas, was aus der Arbeiterschaft, aus der Gefolgschaft heraus selbst abträglich ist. Wichtiger aber als diese Änderung scheint mir eine Frage zu sein, die noch nicht angeschnitten ist. In IV, Absatz 2 heißt es:

> Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Lenkung der Wirtschaft, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse.

Ich bin absolut dagegen, daß wir hier soweit gehen, daß wir dem Gedanken der Sozialisierung, wie er nach marxistischen Grundsätzen gefordert wird, Rechnung tragen. Wenn wir die beiden Worte "und Produktionsverhältnisse" darinlassen, ist es eigentlich eine Duplizität bzw. wir geben mehr als das, was für den Fall notwendig wäre, um die Wirtschaftskrisen festzumachen. Die Krisenfestigkeit der Wirtschaft aber wollen wir dadurch erreichen, daß wir die Lenkung der Wirtschaft durch den Staat in Verbindung mit den fachlichen Organisationen, mit dem Unternehmer und der Gefolgschaft in Zukunft sichergestellt wissen wollen.
Den letzten Satz:

> Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter in der Geschäftsführung ausüben.

bitte ich dahin zu ergänzen, daß man das Wort "unmittelbar" streicht und auch das Wort "in der Geschäftsführung", daß es also in Zukunft heißt:

> Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter ausüben.

(Zuruf Staatssekretär *Krehle*: Steht ja in der Verfassung!)

Ich weiß, daß es in der Verfassung steht, Herr Staatssekretär. Aber wir brauchen es darum nicht in das Programm hineinzunehmen.
Man könnte, wenn ich den Einwurf aufgreife, der Auffassung sein: Wir brauchen überhaupt kein Programm entwerfen, wir hätten die Verfassung als solche übernehmen können, oder wir hätten die Verfassung als solche so schaffen können, wie sie entsprechend unserer 109 Stimmen möglich gewesen wäre.

(Sehr richtig!)

Wir fordern heute manches in diesem Programm, was wir längst hätten durchsetzen können, wenn wir es gewollt hätten. An sich ist es etwas absurd, was wir heute hier machen. Wir fordern Dinge, z.B. die zweite Kammer, die wir in der Verfassung hätten durchsetzen können.
Ich möchte damit nicht eine Debatte heraufbeschwören. Eigenartig ist es, daß wir bestimmte Dinge hinterher post festum fordern.

Nun eine Bemerkung zu Punkt 3 von IV. Es heißt darin:

> Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen Auflösung und Aufsaugung.

Das steht auch in der Verfassung. Denn eine Auflösung würde bedeuten, daß man diese Betriebe zerflattern läßt, daß man sie durch irgendwelche andere äußere Umstände auflösen läßt. Aufsaugen könnte bedeuten, daß sie durch Konzerne aufgesaugt werden, wie Sie heute schon wieder hier und da die Feststellung treffen können, daß gewisse Gruppen oder gewisse Industrien untereinander Verbindung suchen, um den Markt zu beherrschen, um aus einer Eidechse zu einem Krokodil zu werden. Ich würde daher vorschlagen, daß man hineinsetzt: "vor Überlastung", daß diese Gruppen also vor Überlastung in jeder Beziehung, ob steuerlicher oder sonstiger Art, geschützt werden. Ich bitte, das doch einmal in Erwägung zu ziehen.
Von Prittwitz-Gaffron: Meine Herren! Ich möchte unterstützen, was Herr *Haußleiter* gesagt hat über den Passus auf Seite 2 des Entwurfes, wo von der Unteilbarkeit und Einheit Deutschlands gesprochen wird. Ich finde die ersten zwei Sätze dieser Formulierung ausgezeichnet, dann aber kommt der Schlußsatz in der apodiktischen Form:

> Wir wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete.

Im Grunde sind wir alle mit diesem Satze einverstanden. Aber so, wie er formuliert ist, wendet er sich letzten Endes gegen jede Grenzkorrektur. Es ist eine Frage, ob man es nicht etwas umdrehen und im positiven Sinne formulieren sollte. Ich habe einen Satz ausgedacht, auf dem ich nicht unbedingt bestehen will. Man kann etwas besseres finden:

> Wir treten ein für die Sicherung der Existenzbasis des deutschen Volkes innerhalb historischer und geschichtlicher Grenzen.

Damit wäre ein gewisser Spielraum gelassen und die Sache etwas, ich möchte sagen, positiver formuliert. Es würde vielleicht gut sein, wenn man sich zu diesem Gedanken äußern würde.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine Herren! Wir haben jetzt ungefähr 12.45 Uhr. Um 13.30 Uhr ist Mittagessen in der Scholastika. Wir werden kurz nach 13.15 Uhr Schluß machen. Wir haben daher nunmehr eine kurze Zeit zur Verfügung. Ich schlage vor, daß wir jetzt nur Anregungen geben. Jeder sagt jetzt einmal seine Kritik bzw. bringt seine Anregungen. Die Debatte über die einzelnen Anregungen würde ich zu Beginn der Nachmittagssitzung durchführen, wenn Sie damit einverstanden sind, damit die einzelnen Freunde über Mittag die Anregungen durchdenken und sich ihrerseits überlegen können, ob sie nicht etwas noch besseres an die Stelle dieser Anregungen setzen können. Sind Sie damit einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Prechtl: Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich einige allgemeine Bemerkungen zu diesem Programm mache. Meine Auffassung ist, daß ein politisches Programm einer Partei kurz, schlagwortartig sein muß, wenn es Gemeingut des Volkes werden soll. Das, was wir hier vor uns haben, ist sicher eine große geistige Arbeit. Es ist ungeheuer viel darin festgelegt. Es sind in den einzelnen Fragen die Probleme der Gegenwart enthalten. Auf der anderen Seite dürfen Sie überzeugt sein: Dieses Programm in diesem Umfang wird niemals die Meinungen der Wähler und Wählerinnen treffen.

Dazu ist es viel zu doktrinär und geht viel zu wenig auf die augenblicklichen Notstände, die unser Volk berühren, ein. Vieles ist wörtlich aus der Verfassung übernommen, die wir beschlossen haben, nachdem wir sie in mehr als 220 Stunden reichlich überdacht und durchberaten haben. Wenn sie gleich alles sagen: "Die Christlich-Soziale Union steht auf dem Boden der Verfassung und der in der Verfassung niedergelegten Grundsätze", dann wird ein großer Teil dieses Programms erspart sein. Die Verfassung, die unserem Volke doch bekannt werden soll und die einmal jedem Schulkinde in die Hand gegeben wird, ist im wesentlichen das Werk unserer Partei geworden. Denn der *Hoegnersche* Entwurf ist doch so gründlich umgearbeitet, ergänzt und berichtigt worden, daß wir uns doch tatsächlich voll und ganz zu dieser Verfassung bekannt haben. Dann würde ich bloß herausnehmen, was Freund *Haußleiter* angedeutet hat und ausspricht, nämlich ein kurzes Aktionsprogramm, in dem die Forderungen, die uns heute auf den Nägeln brennen, schlagwortartig festgelegt sind. Das geben wir als ganz kurzes Programm unserer Partei in das Volk hinaus. Mit dem können wir draußen etwas anfangen. Mit diesem Programm kann niemand etwas anfangen. Denn da muß man zuerst stundenlang vorher studieren. Wie will man dem Volk so etwas vortragen? Da muß man eine akademische Vorlesung über unser Programm halten, das im wesentlichen mit den Grundsätzen der Verfassung, die wir beschlossen haben, übereinstimmt.
Ich bitte also, diese Punkte zu berücksichtigen. Jedes Parteiprogramm muß kurz und schlagwortartig sein; es muß vor allem auf die Nöte eingehen, die heute das Volk bedrücken. Sonst ist es ein toter Buchstabe und wird und kann nie lebendig werden. Das ist meine Auffassung.
Wenn schon dieses Programm angenommen werden soll, so möchte ich dazu nur noch eine kurze Anregung geben. In V. "Kulturordnung" Ziffer 4 heißt es:

> Wir verlangen die unbedingte Achtung des Staates vor dem Willen der Eltern hinsichtlich der Schulerziehung ihrer Kinder. Wir bekennen uns zur Konfessionsschule.

Wenn man schon aus der Verfassung soviel herausgenommen hat, so gehört hierher auch das Bekenntnis, daß wir uns zum eigenen Recht der Kirche auf einen angemessenen Einfluß auf die Erziehung der Jugend bekennen und daß wir deshalb unbedingt für die Bekenntnisschule einstehen. Das müßte noch in einem Zusatz hineingebracht werden. Damit, daß ich bloß sage "Bekenntisschule" ist noch nicht das konsequente, ureigene Recht der Kirche, in der Erziehung mitbestimmend zu sein, genügend ausgesprochen.
Das bitte ich in Erwägung zu ziehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu nur eines feststellen, *Prechtl*, nur ein Satz: Verfassungen sind das Ergebnis des Zusammenwirkens von Parteien. Machtkämpfe zwischen Parteien werden immer bestehen. Führen sie zu Umlagerungen, so werden bekanntlich Verfassungen auch geändert. Wir gehen aber davon aus, daß wir unsere Grundsätze darüber hinaus sichern wollen. Infolgedessen können wir es uns nicht so leicht machen, daß wir auf die Verfassung Bezug nehmen und sagen, im übrigen wollen wir ...
Ich möchte die Debatte jetzt aber noch nicht beginnen, sondern möchte so weiterfahren, daß wir noch die Anregungen entgegennehmen.
Bergmann: Zu Seite 2 Punkt 3 möchte ich folgenden Vorschlag machen, den letzten Satz

> Wir wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete

nicht in das Positive umzukehren, sondern dieses "Wir wenden uns gegen" beizubehalten, aber noch hinzuzufügen: "jede Abtrennung lebensnotwendiger deutscher Gebiete". Damit wird der gewünschte Spielraum gegeben sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Alle diese Dinge stellen wir bis zur Nachmittagsdebatte zurück. Ich schlage vor, daß *Haußleiter* jetzt sein Sofortprogramm oder Aktionsprogramm verliest. Dann können wir es über Mittag durchdenken und nachmittags beginnen wir die richtige Debatte und die Abstimmung über die Abänderungsanträge. Soll das *Haußleitersche* Programm verlesen werden oder nicht?

(Zuruf: Nein!)

Haußleiter: Jeder der Freunde hat das Programm zur Hand, so daß er es heute mittag durchlesen kann und eine langweilige Verlesung jetzt nicht notwendig ist. Ich möchte nur zu den Grundsätzen, von denen ich ausgegangen bin, ein paar Worte sagen. Ich habe erst einmal gesagt, daß die Union eine neue und junge Partei ist und das vorangestellt, weil wir damit diejenigen gewinnen wollen, die heute noch der Union abwartend gegenüberstehen. Das ist vor allem die Jugend. Deshalb habe ich Wert darauf gelegt, als erstes nicht zu sagen: "Christliche" - das wird dann im einzelnen begründet, daß und wie wir das sind -, sondern zuerst einmal zu sagen: Hier spricht eine neue und junge Partei. Alles, was in diesem Aktionsprogramm gesagt ist, geht von dem Gesichtspunkt aus, die Jugend für uns zu gewinnen und ihr zu sagen: Hier sind nicht alte Ideen, hier sind junge und neue Ideen. Begreift sie einmal in ihrer revolutionären Wucht, damit ihr seht: Hier ist etwas, was die Jugend begeistern kann. Deshalb habe ich versucht, vom Grundsatzprogramm abgesehen, das Neue in unserer Ideenwelt und die neuen Wege, die wir gehen wollen, klarzumachen.
Ich habe das Bekenntnis zur Würde und Freiheit des Menschen vorangestellt und hier auch im Gegensatz zu Freund *Rindt* gesagt, daß die Freiheit verteidigt werden muß, daß gekämpft werden muß um das, was wir wollen. Der Unterschied zu dem grundsätzlichen Programm ist der: Das grundsätzliche Programm stellt unsere Standpunkte fest. Ich aber muß hier im Aktionsprogramm jeweils sagen: Deshalb haben wir das und jenes zu tun.
Ich habe dann in Punkt 2 zur Frage des Antisemitismus Stellung genommen und hier auf einen Punkt hingewiesen, der für die Freunde meiner Ansicht nach sehr wesentlich ist. Ich habe hier klar gesagt: Jeder Antisemit und jeder Antisemitismus muß Gegner des Christentums sein, schon des Urwesens des Christentums wegen. Wir haben erlebt, daß Herr *Rosenberg* das Christentum mit der Behauptung bekämpft hat: Es hängt ja irgendwie mit dem alten Testament zusammmen und Jesus selbst ist aus dem jüdischen Volk gekommen, deshalb ist die christliche Welt eine orientalische Welt. Das ist die Grundeinstellung jedes Antisemitismus, und deshalb müssen wir draußen klar machen: Jede Art von Antisemitismus ist zwangsläufig von innen heraus gleichzeitig antichristlich. Auch das scheint mir notwendig, einmal ganz klar mit schlichten Worten zu sagen, um die Mißverständnisse zu verhindern, die aus unserem Parteinamen kommen. Denn vielfach, insbesondere im Ausland, wird das Wort christlich in Gegensatz gestellt zu israelitisch. Da wird der Rassengegensatz gar nicht begriffen, um den es geht. Auch das scheint mir klar zu sein.
Ich habe dann über Familie, über Hausfrau und Frau etwas Grundsätzliches und Eingehendes gesagt, um auch hier eines klar zu machen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Frau zuerst und in ihrem ersten und schönsten Beruf Hausfrau und Mutter ist. Das wollen wir nicht übersehen. Es ist heute üblich geworden, nur für die Frau als be-

rufstätige Frau einzutreten. Der Standpunkt der Union ist der alte, natürliche. Die Frau ist zuerst Haufrau und Mutter. Dann aber sagen wir: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist heute weitergegangen. Diese zwangsläufige Entwicklung lehnen wir nicht ab, sondern da ziehen wir auch als junge Partei die notwendigen Konsequenzen daraus, ohne das eigentliche Ideal aus dem Auge zu verlieren. Ich glaube, hier müssen wir auch die Synthese wollen.

In der Frage der Schule habe ich eines hineinzuarbeiten versucht, was wichtig ist, daß wir nämlich den Menschen, wenn wir ihn zur Demokratie erziehen, auch zum selbständigen und sicheren Menschen machen müssen. Der autoritätsgläubige Mensch ist der innerlich unsichere Mensch und die Existenzsicherheit des Menschen brauchen wir.

Meine lieben Freunde, was wir draußen im Lande sehen, ist das Erschütterndste, was es überhaupt gibt. Das ist die Angst von Christen, die sich fürchten, sich in der Politik zu betätigen. Wir erleben draußen ständig, daß uns die Leute sagen: Ich traue mich nicht in die Union hinein, aber ich gehöre innerlich dazu. Der Christ hat mutig zu sein. Diese Sicherheit im politischen Leben ist es, was uns Deutschen so verflucht fehlt. Das ist eine der Wurzeln des Unglücks. Diese Sicherheit wird dem Schulkinde herausgeprügelt. Wenn ich deshalb ins einzelne gehe, so deshalb, weil ich glaube, daß wir auf solche Punkte ganz besonders hinweisen müssen, Punkte, die über das Grundsätzliche hinaus wichtig sind.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir dann eingehend über die sittliche Verwahrlosung der Jugend sprechen müssen, daß wir hier die entsprechenden Bestimmungen brauchen. Aber auch da muß ich eines sagen: Wir wollen die Jugend hinführen zur Selbstdisziplin, nicht zur erzwungenen Disziplin, nicht zur erzwungenen Innehaltung irgendwelcher Vorschriften. Wir wollen auch nicht die Selbsterziehung der Jugend, wie sie die Hitlerjugend durchgeführt hat. Das endet immer mit Chaos in der Jugend. Aber die Erziehung zur Selbstdisziplin und zur Selbstverantwortung der Jugend scheint mir das Ideal, für das wir unsere Jugend gewinnen können. Ich habe in der erschütterndsten Weise in Lehrerkonferenzen erlebt, wie alte Lehrer, demokratische Lehrer gesagt haben: Gott sei Dank, die Hitlerjugend ist weg, jetzt können wir die Jugend wieder aushauen. So einfach sind die Dinge nicht. Wir wollen keine Prügelerziehung, sondern wir wollen die Erziehung der Jugend zur Selbstverantwortlichkeit. Das ist das Ziel, das wir anstreben. Auch das ist ein neuer Weg in unserem Aktionsprogramm, auf den ich hier hinweisen darf.

Die Dinge, in denen wir Selbstverständlichkeiten noch einmal feststellen, darf ich jetzt in meinem kurzen Referat übergehen. Ich möchte nur eines sagen: Ganz klar ist herausgearbeitet, daß wir zwei Dinge wollen: Nämlich erstens das Bekenntnis zu unserer bayerischen Heimat - hier steht "unseren bayerischen Staat" -, daß wir nicht Scheinföderalisten sind, sondern echte Föderalisten.

(Sehr richtig!)

Deshalb habe ich auch einen Punkt hineingeschrieben, den ich vorlesen darf:

> Den zentralistischen Einheitsstaat lehnen wir ebenso ab wie einen unfruchtbaren Separatismus, der unser bayerisches Volk zur politischen Vereinzelung und zur wirtschaftlichen Verkümmerung führen würde. In einer einseitigen wirtschaftlichen Belastung würden wir eine Erschwerung des gemeinsamen Weges zur Wirtschaftseinheit Deutschlands sehen.

Das muß gesagt werden, um unsere Stellung in den Verhandlungen zwischen den einzelnen Ländern und Zonen zu festigen, damit man nicht versucht, uns den Weg zu der Einheit, die wir anstreben, dadurch zu erschweren, daß man von uns nur fordert ohne Gegenleistung. Auch das schien mir wichtig, hier ins Programm aufzunehmen. Ich habe dann ganz klar gesagt, die gegenwärtige unheilvolle Aufsplitterung Deutschlands in einzelne Zonen erscheint uns als Gefahr für die friedliche Entwicklung unseres Volkes.
Die Frage der Grenzen habe ich bewußt und aus Überlegung positiv betont, indem ich gesagt habe:

> Wir können nicht verschweigen, daß wir in einer gerechten Regelung der deutschen Ostgrenzen eine der entscheidenden Grundlagen eines wahren europäischen Friedens erblicken.

Auch das muß in jedem Programm, ob Aktionsprogramm oder Grundsatzprogramm der Union, klar und deutlich gesagt werden.
Ich habe dann auch zu der Frage Stellung genommen, die umstritten war, zur Frage des Fraktionszwangs. Meine lieben Freunde, hier ist eine grundsätzliche Entscheidung der Union gefallen, die wir auch im Aktionsprogramm aufnehmen wollen. Denn es dreht sich darum, daß wir die Partei der Sammlung sind, daß wir eine Demokratie der großen Parteien anstreben. Eine Demokratie der großen Parteien setzt voraus, daß in diesen großen Parteien der einzelne einen gewissen Spielraum innerhalb der grundsätzlichen Entscheidungen der Partei hat, das heißt, wer das Grundsatzprogramm der Union unterschreibt, muß in den Grundsatzentscheidungen der Union auf ihrem Boden stehen. Aber in einzelnen Fragen zweiten Ranges wollen wir ihm den notwendigen Spielraum lassen. Denn der übertriebene Fraktionszwang der Vergangenheit hat zur übertriebenen Parteizersplitterung der Vergangenheit geführt.
Ich habe dann eine kleine Vorlesung über Demokratie in den Absatz 12 gebracht, in dem es heißt:

> Die Union lehnt die Diktatur und den Kollektivismus in allen Erscheinungsformen ab.

Weiter heißt es in dem Absatz:

> Nur für die Gegner der Demokratie können die Rechte der Demokratie eingeschränkt werden. Dazu bedürfen wir besonderer Wachsamkeit.

Diese Wachsamkeit gehört zum Wesen des guten Demokraten. Deshalb kommt im Aktionsprogramm dieses Wort "wachsam" zweimal vor. Damit wird auch eine Konsequenz aus den letzten zwölf Jahren gezogen. Wir waren dem frühen *Hitler* gegenüber nicht wachsam. Das war einer der entscheidenden Fehler, die wir begangen haben. Für jede Demokratie besteht die Gefahr der Selbstaufhebung, indem aus Angst vor der Demokratie die Freiheit beseitigt wird. Auch das muß einmal im Aktionsprogramm gesagt werden. Denn es ist ein kommunistisches Verfahren, wenn geschrieen wird, die Demokratie ist in Gefahr, und diese angebliche Gefahr für die Demokratie dazu benutzt wird, alle Freiheiten der Demokratie aufzuheben. Das ist selbstverständlich Mord der Demokratie.
Ich habe dann gesagt:

> Noch gefährlicher sind jene Demagogen, die unter dem Deckmantel der Demokratie ihre Alleinherrschaften zu errichten versuchen. Zwischen beiden Gefahren liegt die wahre politische Freiheit, für die wir uns einsetzen.

Demokratie ist nämlich auch eine Sache der richtigen Kenntnis der Grenzwerte. Dort, wo man gegen Demagogen einschreiten muß, muß die Demokratie ihre Rechte einschränken und dort, wo die Einschränkung dieser Rechte übertrieben wird, wird die Demokratie aus Angst um die Freiheit zur Diktatur ohne Freiheit. Ich glaube, es ist gut, wenn wir unserer Jugend im Aktionsprogramm einmal diese Grundsätze sagen.
Zur Frage des Rechts ist alles Grundsätzliche bei *Rindt* gesagt. Ich habe daher nur die Anwendung gezogen, indem ich feststellte, daß wir unsere Dörfer schützen müssen, daß die Polizei auch fähig sein muß, diesen Schutz durchzuführen, daß Bandenunwesen und Schwarzer Markt schließlich die Rechtssicherheit aufheben. Ich habe dann auch gesagt:

> Das politische Spitzelwesen und Denunziantentum lehnen wir mit Nachdruck ab. Gesinnungsterror ist mit echter Demokratie unvereinbar.

Ich habe das bewußt hineingeschrieben. In der Bayerischen Verfassung sind die Grundrechte der Demokratie ausgeschaltet für alle Gesetze im Kampf gegen Nationalsozialismus und Militarismus. Meine Damen und Herren, es war zunächst nur eingeschränkt auf das Säuberungsgesetz; das hätte ich für besser gehalten. Denn wir müssen darauf achtgeben, daß nicht die Grundrechte des Menschen überhaupt unter dem Vorwand ausgeschaltet werden, es ginge gegen Militarismus und Nationalsozialismus. Deshalb habe ich diesen Satz bewußt hineingeschrieben:

> Gesinnungsterror ist mit echter Demokratie unvereinbar.

Wie nämlich bei uns in Franken der Kampf gegen Militarismus und Nationalsozialismus aufgezogen wird, das hat nichts mehr zu tun mit der Ausschaltung diktatorischer und totalitärer und militaristischer Gedanken, sondern dort wird bereits der Christ unter Druck gesetzt, dort wird bereits Parteipolitik und Gesinnungsterror gegenüber Leuten getrieben, die mit Nationalsozialismus und Militarismus nicht das mindeste zu tun haben. Da wollen wir die Kämpfer für die Freiheit und für die christliche Demokratie sein und bleiben. Deshalb bitte ich Sie, mit diesen ausführlicheren Begriffsbestimmungen einverstanden zu sein.
Ich möchte hier ergänzend sagen: Was Freund *Prechtl* gesagt hat, ist absolut richtig. Hier sind die ausführlicheren Grundsätze niedergelegt. Sie werden dann in Kurzformulierungen für den Tageskampf ausgenützt. Aber die Kurzformulierungen genügen heute den skeptischen Menschen nicht. Mit Schlagworten kommen wir im Programm nicht weiter. Deshalb haben wir die ausführliche Form als Ausgangslage für spätere Kurzformulierungen vorgeschlagen.
Zur Frage des Beamtentums habe ich klar gesagt, daß wir den Beamten als Diener der Allgemeinheit ansehen und nicht als Herren des einzelnen Staatsbürgers. Das ist nämlich der Unterschied zwischen einer Herrschaft der Staatsautorität und der Staatsbürokratie und einer wirklichen Ordnung der Freiheit. Ich habe dann eine etwas grobe Formulierung hineingeschrieben, die mir heute notwendig erscheint:

> Die militaristische Tonart lehnen wir auch auf dem Büroschemel ab.

Damit ist in einem Wort gesagt, was wir als Änderung im Umgangston des Beamten mit dem normalen Staatsbürger sehen wollen.
Auch in der Frage der Grenzziehung zu Liberalismus und Sozialismus habe ich etwas Grundsätzliches zur Erziehung auf diesem Gebiete zu sagen versucht:

> Der unbegrenzte Wirtschaftliberalismus gehört ebenso wie das marxistisch-sozialistische Planwirtschaftsprogramm einem vergangenen Jahrhundert an.

Das müssen wir sagen. Die Formulierung ist scharf. Wir wenden sie aber an, um der Jugend klarzumachen: Die Union geht einen neuen Weg. Sozialismus in seiner doktrinären Form ist ebenso wie der doktrinäre Liberalismus überholt. Ich habe gerade diesen Punkt deutlich zu machen versucht.

> Die rein liberalistische Wirtschaft führt zur Wirtschaftskrise und zum Wirtschaftschaos. Die dogmatische Planwirtschaft führt ebenso naturnotwendig zum Kollektivismus und zum Staatskapitalismus, der stets totalitär und expansiv ist. Die Union ist entschlossen, den mittleren Weg zwischen doktrinärem Liberalismus und doktrinärem Sozialismus zu gehen. Die Stunde ist reif zum Ausgleich und zur Synthese.

Das ist das, was wir auf dem wirtschaftlichen Gebiet endlich einmal unseren Freunden ins Gehirn hämmern wollen. Wir wollen jetzt die Revolution des mittleren Weges verwirklichen. Für diese Revolution des mittleren Weges müssen wir die junge Generation gewinnen. Das ist die Aufgabe, die uns heute als Partei [im] zwanzigsten Jahrhundert gestellt ist.

Ich habe dann nach der Darstellung des Wirtschaftsprogramms ausführlich über die notwendige Industrialisierung gesprochen. Das ist ein Punkt, in dem wir vor allem zu den Besatzungsmächten sprechen müssen. Es ist vollkommen unmöglich, Millionen von Menschen ins Land hereinzuführen und dann die Stahlbasis für unsere Wirtschaft auf den Stand hinter 1932 zurückzuschrauben. Es geht nicht. Diesen Widerspruch habe ich hier bewußt nach außen, insbesondere für die Besatzungsmächte, ganz klar und deutlich herausgearbeitet. Das scheint mir wichtig, weil das Programm der Union auch nach außen sprechen soll.

Ich habe dann mit besonderer Eindringlichkeit das soziale Programm der Union dargestellt. Hier habe ich zum Teil mit Bewußtsein auf die guten Formulierungen der Verfassung zurückgegriffen.

Ich habe dann einen weiteren Punkt auch aus Erziehungsgründen deutlich klargemacht: Ohne die wirtschaftliche Freiheit ist eine politische Freiheit nicht denkbar. Das gilt nicht nur für den Unternehmer, meine Damen und Herren, sondern ebenso für den Arbeitnehmer. Deshalb wenden wir uns gegen das System, das der Nationalsozialismus eingeführt hatte, das System der Dienstverpflichtung, durch das die Familien aufgelöst wurden und der einzelne zum Sklaven des Staatsmolochs geworden war. Ich habe hier unsere Wendung gegen diese nationalsozialistische Politik der Dienstverpflichtung besonders unterstrichen und deutlich gemacht. Ich habe gesagt:

> Die Befehlsgewalt des Staates über den einzelnen in der Wirtschaft darf nicht wiederkehren; das System der Dienstverpflichtungen, das zur Auflösung der Familien führte, lehnen wir nachdrücklich ab. Der werteschaffenden Persönlichkeit ist die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kräfte zu gewährleisten. Wer den Menschen der notwendigen wirtschaftlichen Freiheit beraubt, zerstört gleichzeitig die Grundlagen seiner politischen Freiheit.

Wir fordern wirtschaftlichen Spielraum nicht nur für den Unternehmer, die gleiche Freiheit muß der Arbeiter haben.

(Zuruf: Sehr richtig, im Betrieb!)

Das ist es, worauf es uns ankommt. Auch für diese Art von Freiheit wollen wir kämpfen und uns einsetzen.

Ich habe über den Bauernstand das Notwendige gesagt aufgrund der Vorschläge, die in den Ausschüssen der Union gemacht worden sind. Hier bin ich auch etwas ins ein-

zelne gegangen, habe ich auf die Notwendigkeit der Bereitstellung von Maschinen und industriellen Produkten hingewiesen, auf das Mißverhältnis zwischen Industrieprodukten und Agrarprodukten, das ausgeglichen werden soll. Ich glaube, daß unsere Bauern dem, was da gesagt worden ist, zustimmen können.
Ich habe über Steuerpolitik im Einklang mit den *Rindtschen* Formulierungen gesprochen und habe dann etwas zur Geldordnung gesagt, wo wir auch unseren sozialen Standpunkt klar umreißen wollen.
Ein ausführlicher Punkt 24 gilt dann den Ausgewiesenen, den Flüchtlingen, den Obdachlosen, indem wir sagen:

> Die Union fordert, daß die ganze verfügbare Kraft unseres Volkes dafür eingesetzt wird, Wohnungen, Brot und Arbeit für die neuen Bürger unseres Landes zu schaffen.

Ich habe den notwendigen Kriegslastenausgleich, der kommen muß, damit begründet, daß wir auf dem Boden des Privateigentums stehen. Wir wollen hier dem Kommunismus von vornherein den Boden entziehen. Gerade weil wir auf dem Boden des Privateigentums stehen, ist uns das Privateigentum der Flüchtlinge und der Ausgebombten ebenso gleichberechtigt wie unseres, das erhalten geblieben ist. Diese Art von Recht des Privateigentums des Flüchtlings müssen wir herausstellen. Damit nehmen wir den Sozialisten den Wind aus den Segeln. Diese Gleichberechtigung des Privateigentums der Flüchtlinge gehört meiner Ansicht nach zu den entscheidenden Programmpunkten der Christlich-Sozialen Union.

(Sehr richtig!)

Ich habe dann allerdings auch etwas gesagt, was wir wieder im Hinblick auf das Ausland sagen müssen. Ich habe folgendes formuliert: Da bitte ich Sie achtzugeben, denn es wird für die Union von Folgen sein, wenn wir uns zu dieser Formulierung bekennen:

> Mit Ernst aber weisen wir darauf hin, daß auch die ganze Kraft unseres Volkes nicht ausreichen wird, die Millionenzahl der Ausgewiesenen und Flüchtlinge für den Verlust ihrer Heimat zu entschädigen; wir fühlen uns darum verpflichtet, vor aller Welt um des christlichen Gewissens willen die Fürsprecher ihrer unausdenklichen Not zu sein.

Es ist bei einigen Parteien üblich geworden, den Flüchtlingen das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen. Wir müssen sagen: Für das, was wir leisten können, sind Grenzen gezogen. Alles können wir Ihnen nicht zurückgeben, was Sie verloren haben. Hier müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß die Vertreibung von Millionen von Menschen aus ihrer Heimat Unrecht ist. Sprecher dieses Unrechts muß die Union sein. Diese Pflicht muß sie vor ihrem Volk übernehmen; darüber ist gar kein Zweifel.
Ich habe dann über die Wohnungsnot das Notwendige gesagt und habe insbesondere auch unter anderem auf folgendes hingewiesen: Es wird im Volke Kritik an dem Aufbau unserer Kirchen im Lande, in den zerstörten Städten geübt. Da heißt es immer: Sie können keine Wohnungen bauen, aber über den Kirchen sind schon wieder die Dachstühle aufgebaut. Da müssen wir eines sagen: Wohnungen sind notwendig, und es ist äußerst wichtig, sie zu schaffen. Aber unerhört wäre der Verlust an Kulturgut für unser Volk, wenn wir nicht die Kulturdenkmäler seiner großen Vergangenheit vor dem endgültigen Verfall schützen würden. Das gehört auch ins Programm:

Der Wiederaufbau der zerstörten Städte Bayerns ist mit Tatkraft durchzuführen; dabei sind in Sofortmaßnahmen die unvergänglichen Kulturdenkmäler unseres Landes vor der völligen Zerstörung zu bewahren.

Das müssen wir dem Volk draußen immer wieder klarmachen, denn gerade die Schutzmaßnahmen für die Überreste unserer ehrwürdigen Kirchen werden von den sozialistischen Parteien in der törichtesten Weise kritisiert.
Ich spreche dann über die Pflicht der Gemeinschaft gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Politik, den Kriegsversehrten. Da sind einzelne Vorschläge gemacht, die meiner Ansicht nach durchführbar und vernünftig sind.
Es wird dann am Schluß des Programms über den Kulturanteil unseres Vaterlandes, über Wissenschaft, über Religion, über das Verhältnis der Konfessionen gesprochen. Wir müssen darin ganz klar den Liberalisten draußen, die uns noch mißverstehen, sagen, daß wir nicht die Aufhebung der Unterschiede der Konfessionen wollen, weil dies zu einer Verflachung und Verwässerung unserer christlichen Anschauung führen würde, sondern daß wir die gute Kameradschaft zwischen den Konfessionen wollen, in der Achtung des religiösen Lebens und der Überzeugung jedes unserer Freunde. Auch das gehört ins Programm.
Dann habe ich abschließend über Außenpolitik gesprochen, nämlich über die Vision, um derentwillen wir die Demokratie in unserem Land und Volk verwirklichen wollen, daß es sich schließlich einfüge in den Zusammenhang eines friedlichen, christlichen Abendlandes.
Ich habe geschlossen mit einer grundsätzlichen Erklärung:

Dieses unser Programm zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes ist entstanden nach einem Irrweg, der unser Volk an den Rand des Untergangs geführt hat und nach dem Zusammenbruch all seiner Ordnungen. Wir suchen darin mit vollem Bewußtsein den inneren Ausgleich.

Das scheint mir das Ziel unserer sozial- und innenpolitischen Bemühungen zu sein.

Wir lehnen die doktrinären Lösungen der Vergangenheit ab. Wir gehen neue und lebendige Wege, auf denen die Jugend uns folgen wird. Die Bayerische Verfassung, die wir schufen,[3] hat einen wesentlichen Teil unserer grundsätzlichen Forderungen erfüllt. Jetzt gilt es, diese Grundsätze in die Wirklichkeit zu überführen, sie im Alltag zu erproben und mit Leben zu erfüllen. Wir wenden uns gegen alle, die von neuem die Not unseres Volkes ausnützen wollen, um es durch falsche Hoffnungen und durch Verführungen aller Art zu gefährden. Wir sind entschlossen, die hier aufgezeigte Neugestaltung unseres Staates mit unserer ganzen Kraft durchzuführen und auf christlichem Boden eine wahre Demokratie im Zeichen der Freiheit, des Friedens und des Rechtes zu errichten.

Das ist das Ziel, für das das Aktionsprogramm Grundlagen und Anregungen geben soll. Einzelne dieser Vorschläge werden durch die Zeit überholt werden. Das dauernde Programm ist das *Rindtsche*. Ausgewertet für den Tageskampf kann dieses werden. Beide in ihrer Ergänzung geben ein Bild des Wollens der Christlich-Sozialen Union.

(Lebhafter Beifall.)

[3] In der Vorlage: "suchen".

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke Freund *Haußleiter* für die Arbeit und für die Ausführungen.
Meine lieben Freunde! Wir legen eine Mittagspause ein. Ich schlage Ihnen vor: Fortsetzung um 14.30 Uhr. Sind Sie damit einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Um 13.30 Uhr ist Essen. Ich bitte, daß wir pünktlich um 14.30 Uhr anfangen können, da ein Teil der Freunde etwa um 17 Uhr wieder wegfahren muß.

Wiederaufnahme der Sitzung um 14.44 Uhr.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen, meine lieben Parteifreunde! Es fehlen zwar noch sehr viele unserer Freunde, aber ich glaube, wir fangen trotzdem an, denn ein Teil der Freunde muß bereits zwischen 16 und 17 Uhr wieder abreisen. Wir setzen die Debatte von heute vormittag fort. Ist Dr. *Rindt* und *Haußleiter* da?

(Zuruf: *Haußleiter* ist da!)

Als nächster hat das Wort *Ammann*.

(Zuruf: *Ammann* kommt gleich.)

Euerl: Meine Herren! Es liegt uns in diesen beiden Entwürfen etwas vor, was wir meines Erachtens akzeptieren können. Wenn es sich nur noch um redaktionelle Änderungen handelt, dann wäre ich der Meinung, daß wir über diese Sachen rasch hinweggehen und das Programm so annehmen sollten, wie es uns vorliegt. Was wir dann noch zu ändern haben, das wird uns meines Erachtens in den nächsten Wochen der Gegner schon sagen, wenn wir mit diesem Programm in die Diskussion kommen. Ich halte es für richtig, daß wir endlich einmal dazu kommen, für unsere Versammlungen auf dem Lande ein handfestes Programm zu haben, mit dem wir vor unsere Wähler hintreten können. Ich halte es nicht für notwendig, daß dieses Programm heute in all seinen Feinheiten ausgefeilt wird; das wird die zukünftige Zeit mit sich bringen. Wir dürfen in diesem Punkte nicht soviel wertvolle Zeit vertun, damit wir die anderen Punkte, die wir noch zu erledigen haben, heute eingehend besprechen und zu einem guten Ende bringen können.
Ich möchte daher vorschlagen, daß die Diskussion über das Programm abgeschlossen wird und daß wir dem Programm mit den vorgeschlagenen redaktionellen Änderungen zustimmen und so in diesem Punkte zu einem Ende kommen.
Ammann: Ich wollte die Ausführungen, die Freund *Haußleiter* uns heute früh gemacht hat, grundsätzlich unterstreichen. Wir haben uns auf unserer Bezirksjugendkonferenz gerade mit den Problemen herumgeschlagen, wie wir in der Praxis draußen dem Volke Hilfe bringen und tatsächlich etwas tun können. Es ist praktisch so, daß wir danach trachten müssen, als das Grundsätzlichste den Menschen als solchen zu schaffen; wenn wir den haben, dann werden wir von ihm auch erwarten können, daß er Christ und Demokrat ist. Aber der Mensch ist das Grundsätzliche.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Nun sind keine Wortmeldungen vom Vormittag mehr da. Wünscht jemand das Wort zur Debatte?
(Ist nicht der Fall.)
Einstweilen bitte ich, daß die verschiedenen Freunde, die heute vormittag Anregungen gegeben haben, diese in Antragsform vorlegen wollen, damit wir nachher die konkreten Anträge vortragen können.

Lorenz Sedlmayr: Leider befinde ich mich, wie ich sehe, in einem Gegensatz zu den Kollegen *Rindt* und *Haußleiter* und einigen anderen, wenn ich dafür eintrete, daß der Satz unter III, 5 des Grundsatzprogrammes stehen bleibt:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Es hat über diesen Punkt eine ziemliche Aussprache in unserem Ausschuß stattgefunden. Wir waren uns klar darüber, daß das nur eine grundsätzliche Proklamation darstellt, aber man ist von dem Gedanken ausgegangen, daß, wenn es - was man heute noch nicht weiß - wieder möglich werden wird, daß Riesenvermögen in irgendeinem Zweige der gesamten Volkswirtschaft zustande kommen, dann diese Riesenvermögen nicht mehr in den Händen bloß einzelner sein sollen, wobei man nicht weiß, in welcher Weise sie verwendet werden, ob in gutem oder schlechtem Sinne, sondern daß an der Bildung solcher neuen Vermögen auch die Arbeitnehmer irgendwie entsprechend beteiligt werden sollen. Wenn es hier heißt, daß sie am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft teilhaben sollen: Wie diese Beteiligung ist, das wird hier nicht weiter erörtert, wird auch hier gar nicht angedeutet, das kann natürlich auf sehr verschiedene Weise geschehen: Erstens einmal, indem schon durch entsprechende Lohnfestsetzungen verhindert wird, daß derartig große Reinerträge entstehen; zweitens, indem man dem Reinertrag, der auf solche Weise entsteht, gewisse Verpflichtungen auferlegt, sich z.B. an der Finanzierung von größeren Wohnbauvorhaben zu beteiligen, oder auf ähnliche Weise. Möglichkeiten dieser Art gibt es ja verschiedene. Der Grundgedanke ist doch nur der, daß an dem tatsächlich erzielten Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft irgendwie auch die Arbeitnehmer in geeigneter Weise partizipieren sollen - ein gewisses Recht, ein Anspruch darauf, daß auch eine gewisse Einkommensbildung bei den Arbeitnehmern ermöglicht werden soll. Dieser Grundgedanke kann ja von uns kaum abgelehnt werden. Wie sich das im einzelnen in der Praxis dann gestaltet, das könnte völlig außer Betracht gelassen werden. Ich glaube nicht, daß man den Gedanken an sich ablehnen will oder kann. Ich glaube vielmehr, daß man ihn im Gegenteil durchaus bejahen kann und die Realisierung dieses Satzes ruhig der Zukunft überlassen darf.

Dr. *Schedl*: Ich glaube, daß es sich hier um ein Mißverständnis unseres Parteifreundes *Sedlmayr* handelt. Der Satz ist vollkommen klar. Die Interpretation Dr. *Rindts* muß ich hundertprozentig unterschreiben. Ich halte es hier für eine Generalerklärung zur Sozialisierung im weitesten Umfang. Ich glaube, wir stehen alle auf dem Standpunkt, daß der Arbeitnehmer das Recht hat, am Gewinn seines Unternehmens beteiligt zu werden. Was darüber hinausgeht, scheint mir auch nicht tragbar zu sein. Ich weiß nicht, ob wir so ohne weiteres dafür eintreten können, daß die Arbeiter eines Unternehmens am Gewinn eines völlig anderen, davon unabhängigen Unternehmens beteiligt werden. Das steht aber mit drin. Ich würde mich daher einer Formulierung "am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft" widersetzen.

(Zuruf *Sedlmayr*: Es gibt ja auch Arbeiter der Landwirtschaft, gewerbliche Arbeiter usw.)

Ich sehe nicht ein, warum der Arbeiter einer am Verganten[4] begriffenen Industrie am Gewinne der Bauern beteiligt sein soll. Wenn der Arbeiter das Recht hat, die Be-

[4] Mundartlich für "zwangsversteigern".

triebsführung zu beeinflussen, wenn er selber am Unternehmen wesentlichen Einfluß hat, dann hat er auch die Verantwortung für lukratives Arbeiten und Interesse an der Gewinnbeteiligung eben dieses Unternehmens. Ein organischer Aufbau und eine organische Entwicklung scheint es mir notwendig zu machen, den Satz in dem bereits besprochenen Sinne abzuändern, daß dem Arbeitnehmer das Recht an der angemessenen Gewinnbeteiligung seines Unternehmens zugebilligt wird.
Ostwald: Mein Herr Vorredner hat darauf hingewiesen, daß der Satz bereits dann richtig formuliert ist, wenn wir - ich hätte den Antrag gestellt - anstelle des Satzes:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft

sagen:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn ihres Unternehmens.

Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die im Betrieb arbeitende Gefolgschaft an dem Gewinn des Unternehmens eine angemessene Beteiligung erhält. Würde man die Fassung wählen, die hier als Vorschlag vorliegt, dann würden wir damit den fleißigen Arbeiter schädigen zugunsten desjenigen, der in seinem Betrieb nicht gearbeitet hat, oder aber die Gefolgschaft eines intensiv schaffenden Unternehmens würde geschädigt werden zugunsten eines Unternehmers, der seinen Betrieb verlumpen läßt. Das geht meines Erachtens nicht an. Deshalb müssen wir diese Bestimmung etwas präziser fassen. Diese präzise Fassung scheint mir hier gefunden zu sein. Ich will den Satz, den ich vorgeschlagen habe, nicht als Patentlösung für mich in Anspruch nehmen.
Im übrigen glaube ich nicht, daß die Interpretation, die heute gegeben wird, auch für die Zukunft gelten kann, wenn andere einmal den Satz etwas anders lesen. Wir haben eine Verfassung. Diese Verfassung ist die Schale. In diese Schale sollen die Gesetze hineingegossen werden. Alles was kommt, soll auf diese Dinge, die wir hier aussprechen, Bezug nehmen. Man wird uns eines Tages von anderer Seite den Wechsel präsentieren, den wir girieren. Ich bin nicht bereit, so etwas auf mich zu nehmen. Deshalb muß ich mich dagegen wenden, daß diese allgemeine Formulierung gewählt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krehle*!
Krehle: Wir sind damit einverstanden, daß hineingeschrieben wird: "des Unternehmens". So war es auch gemeint.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit ist diese Unterhaltung, glaube ich, zum Abschluß gebracht. Wir müssen uns jetzt mehr konzentrieren. Daher lasse ich die bisher eingelaufenen Anträge verlesen und dann können wir darüber debattieren. Einverstanden? (Kein Widerspruch.)
Bitte, *Liedig*!
Liedig: Es handelt sich um das Grundsatzprogramm, den sogenannten Entwurf R. Ich darf nochmals den Antrag, wie er zu dem hier behandelten Thema III, 5 lautet, vortragen:

Ursprüngliche Fassung:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reinertrag der gesamten Volkswirtschaft.

Der neue Antrag lautet:

> Wir bejahen eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Reingewinn ihres Unternehmens.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber abstimmen lassen? Ich glaube, wir brauchen keine Debatte mehr darüber. Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen, diese Bestimmung in diesem Sinne zu ändern. Nächster Antrag.
Liedig: Zum selben Sachgebiet liegt ein Antrag Dr. *Jahn* vor, III, 6 erster Satz lautete in der ursprünglichen Fassung:,

> Die Sozialversicherung soll jedermann im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

Es ist beantragt, das Wort "jedermann" zu streichen, so daß der Satz in Zukunft lauten wird:

> Die Sozialversicherung soll im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

[...][5]
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wird der Antrag aufrechterhalten oder zurückgezogen?
Ostwald: Ich kenne die Verfassung nicht. - Zurückgezogen.
Liedig: Der nächste Satz desselben Punktes lautet:

> Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter in der Geschäftsführung ausüben.

Es ist der Antrag gestellt, das Wort "unmittelbar" zu streichen.
Sedlmayr: Steht auch in der Verfassung. Ich mache darauf aufmerksam, daß das der genaue Wortlaut ist, wie er in der Verfassung steht. Es ist so auf unseren Antrag in die Verfassung aufgenommen worden.
Ostwald: Der Antrag wird zurückgenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag wird als überholt zurückgenommen.
Liedig: Der nächste Antrag lautet, in diesem Satz die Worte "in der Geschäftsführung" zu streichen. Es soll heißen:

> Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter ausüben.

Sedlmayr: Einverstanden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber abstimmen lassen? Kein Widerspruch? Angenommen.
Liedig: In IV, 2 mittlerer Absatz sind also die Worte "in der Geschäftsführung" zu streichen.
In IV, 3 heißt es:

> Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen Auflösung und Aufsaugung.

---

[5] Fehlblätter in der Vorlage, wo sich an dieser Stelle der Vermerk findet: "S. 54-58 Büro Dr. Müller, 6. Juni 48." Die Blätter konnten im Nachlaß Müller nicht ermittelt werden.

Es ist vorgeschlagen worden, vor dem Worte "Auflösung" noch das Wort "Überlastung" einzufügen, so daß der Satz lauten würde:

> Wir verlangen eine besondere Förderung des Klein- und Mittelbetriebes in Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie und dessen Schutz gegen Überlastung, Auflösung und Aufsaugung.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Widerspruch?
Dr. *Arnold*: Ich bitte, zu erklären, was das überhaupt bedeutet: "gegen Überlastung".
Ostwald: Es ist im Programm davon gesprochen, daß eine gerechte steuerliche Belastung erfolgen soll.
Liedig: Dann muß es "Überbelastung" heißen.
Ostwald: Jawohl, einverstanden, "Überbelastung".
Dr. *Arnold*: Dann muß auch "steuerliche" noch hinein. Ich glaube, man könnte es weglassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube auch.
Ostwald: Zurückgenommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag wird zurückgenommen.
Liedig: Bei V, 1 ist heute morgen in der Debatte bei dem Satz: "Wir bekennen uns zu Deutschland als dem Land einer wertereichen Kultur" usw. vorgeschlagen worden zu sagen: "Wir bekennen uns zur bayerischen Heimat und zu Deutschland als dem Land einer wertereichen Kultur" usw.
Dr. *Krehle*: Ich würde sagen:

> Wir bekennen uns als Bayern zu Deutschland als dem Lande einer wertereichen Kultur usw.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Kein Widerspruch? Einstimmig angenommen.
Liedig: Dann kommt V, 3, Absatz 2:

> Wir fordern die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zumal dem Menschen, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zu selbständigem Denken und zu körperlicher Leistungsfähigkeit.

Der Änderungsantrag lautet folgendermaßen:

> Wir fordern die Erziehung der Jugend zur Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zu Charakterstärke und sozialer Gesinnung, zu selbständigem Denken und zu körperlicher Leistungsfähigkeit.

so daß also "zumal dem Menschen" gestrichen ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Widerspruch? Kein Widerspruch. Einstimmig angenommen.
Dr. *Gerathewohl*: Die Ergänzung wäre fertig.
Liedig: Darf ich vielleicht V noch fertigmachen? Dann haben wir diesen Abschnitt erledigt.
Haußleiter: Darf ich vielleicht eines sagen: In V, 3 würde ich das Wort "Leistungsfähigkeit" als bedenklich ansehen, weil militaristische Klänge dahinter sein könnten. Ich schlage vor "zu körperlicher Gesundheit".
Dr. *Arnold*: Nur nicht gar so ängstlich!
Haußleiter: Das kann aber in der Diskussion dazu führen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Haußleiter* stellt seine Bedenken zurück? Wir fahren fort in der Debatte.

Liedig: Bei V, 4 liegt der Antrag *Prechtl* vor, anstelle des letzten Satzes "Wir bekennen uns zur Konfessionsschule" zu sagen:

> Wir bekennen uns zum eigenen Recht der Kirchen auf einen angemessenen Einfluß in der Erziehung der Jugend. Wir stehen ein für die Konfessionsschule.

Euerl: Ich würde diesen Satz nicht so bringen, und zwar aus dem Grunde, weil man von übelwollender Seite gegen uns den Vorwurf erheben könnte, daß wir auf die geistliche Schulaufsicht hinstreben. Das wollen wir doch vermeiden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Prechtl*, ich bitte, den Antrag zu begründen. Mir ist auch ein ähnlicher Gedanke gekommen, daß wieder Vorwürfe kommen könnten. Vielleicht finden wir eine Formulierung.
Prechtl: Wir haben das Recht der Kirche als Erziehungsfaktor bereits in der Verfassung festgelegt. Es ist ausdrücklich festgelegt, daß der Kirche ein angemessener Einfluß auf die Erziehung der Kinder ihres Bekenntnisses gewährleistet ist. Hier in diesem Programm ist dieser wichtige Satz vom Erziehungsrecht der Kirche überhaupt nicht enthalten, sondern es ist nur einfach in einem kleinen Anhängesatz die Konfessionsschule erwähnt.
Dr. *Hundhammer*: Die Verfassung ist christlicher als unser Programm!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist die Verfassung da?
Prechtl: Ich würde schon bitten, daß der Satz so bleibt, wie er von mir vorgeschlagen wird. Das andere, daß da an die geistliche Schulaufsicht gedacht wird, ist eine Ausdeutung, an die kein Mensch denkt. Es ist mit der Erwähnung der Konfessionsschule nicht genügend zum Ausdruck gebracht, daß die Kirche ein ureigenstes Miterziehungsrecht bei der gesamten Jugend hat. Ich bitte, diese Formulierung zu belassen.
Euerl: Ich bin diese Woche bei der Militärregierung gewesen und wurde auch über meine Gedanken über die Verfassung gefragt. Dabei kamen wir auch auf die Frage der Feststellung der Lehrer zur Erteilung von Religionsunterricht in den Konfessionsschulen zu sprechen, und da hat man mich gefragt, ob die Kirche nicht die geistige Schulaufsicht erringen wird. Ich glaube, daß da diese Gedanken neue Nahrung bekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer hat die Verfassung da?
Dr. *Krehle*: Artikel 127 der Verfassung lautet:

> Das eigene Recht der Religionsgemeinschaften und staatlich anerkannten weltanschaulichen Gemeinschaften auf einen angemessenen Einfluß bei der Erziehung der Kinder ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung wird unbeschadet des Erziehungsrechtes der Eltern gewährleistet.

Vielleicht können wir "weltanschauliche Gemeinschaften" herauslassen und nur "Religionsgemeinschaften" sagen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Formulierung bitte!
Liedig: Ich darf die Formulierung nochmal vorlesen:

> Wir bekennen uns zum eigenen Recht der Kirchen auf einen angemessenen Einfluß in der Erziehung der Jugend. Wir stehen ein für die Konfessionsschule.

Prechtl: Das ist der gleiche Sinn.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist der gleiche Sinn.
Dr. *Rindt*: Ein Antrag zur Geschäftsordnung: Schluß der Debatte und Abstimmung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wären sowieso soweit gewesen. Erhebt sich Widerspruch gegen den Antrag? Kein Widerspruch. Einstimmig angenommen.

Liedig: Zu VI, 2, Absatz 2 ist der Antrag gestellt, das Wort "Tradition" aus dem Wort "Kulturtradition" zu streichen, so daß der Satz lautet:

> Wir treten ein für die Schaffung einer europäischen Konföderation zur gemeinsamen Wahrung und Weiterführung christlich-abendländischer Kultur.

Haußleiter: ...der christlich abendländischen Kultur.
Liedig: Jawohl, ...der christlich abendländischen Kultur.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Erhebt sich Widerspruch?
(Ist nicht der Fall).
Einstimmig angenommen.
Liedig: Dann liegen keine weiteren Anträge mehr vor.
Dr. *Gerathewohl*: Eine kleine stilistische Änderung bei VI, 4. Wir können nicht "dafür eintreten, daß wir als Partei ..." sondern wir müssen sagen: "Wir wollen als Partei ..."
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden.
Dr. *Gerathewohl*: Es heißt dann:

> Wir wollen als Partei mit Parteien ähnlicher Zielsetzung anderer Länder Erfahrungen austauschen, um damit das Vertrauen der Völker zueinander zu fördern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Kein Widerspruch? Einstimmig angenommen.
Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Herren, ich habe Ihr Programm nicht gesehen, habe daran auch nicht mitgearbeitet, aber damit kein Irrtum entsteht, ich bin mit wesentlichen Teilen, was den Aufbau anbelangt, nicht einverstanden. Ich kann das nicht mehr ändern. Das Programm macht mir auch keinen Schaden. Denn ich brauche es nicht. Es sind auch die Dinge, die für die Landwirtschaft bearbeitet worden sind, die von uns im Agrarausschuß ausgearbeitet wurden, in keiner Weise berücksichtigt. Den Aufbau der Wirtschaftsordnung halte ich bei der Struktur des bayerischen Staates nicht für richtig, so wie er hier festgelegt ist. Ich sehe darin die Siedlung gar nicht verankert.

(Zuruf: Ist drin!)

Wo steht sie drin? Es hätte nicht in die Sozialordnung allein gehört, es hätte auch in die Landwirtschaftsordnung hineingehört. Ich halte es ja auch nicht für so wichtig, wie das Programm im einzelnen formuliert ist. Ich möchte nur keinen Irrtum aufkommen lassen. Soweit es unsere Kreise betrifft, und das sind überwiegende Kreise, werden sie nicht erfreut sein. Man ist über das, was von unserer Seite im Agrarausschuß ausgearbeitet wurde, glatt hinweggegangen. Hier ist die Landwirtschaft als den Übrigen beigeordneter Berufsstand behandelt. Ich möchte das betonen, daß mir nicht der Vorwurf gemacht wird, ich hätte einem solchen Programm zugestimmt. Ich brauche einem solchen Programm nicht zustimmen. Es wäre Gelegenheit genug gewesen, mit mir vorher Fühlung zu nehmen, um diese Teile durchzubesprechen. Das ist nicht geschehen. Das tut mir leid.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, daß die Redner darauf antworten werden. Ich darf objektiv feststellen, wir haben seit Monaten daran gearbeitet, ein gutes Programm zu schaffen und der allergrößte Teil der Freunde, die in der letzten Landesausschußsitzung mitgearbeitet haben, sind der Auffassung, daß ein gutes Programm entwickelt wurde. Ich bedauere, daß immer wieder jemand anfängt: "Ich kenne zwar nicht, aber ich bin dagegen." Wir wollen in der neuen Demokratie zusammenarbeiten und nicht immer nur dagegen sein!
Dr. *Rindt*: Ich möchte dazu offiziell feststellen dürfen, daß Parteifreund *Schlögl* wiederholt eingeladen und auch gebeten wurde, andere Vertreter des Bauernstandes zu

schicken, die am Programm mitarbeiten. Er ist selbst nie gekommen. Ich habe mich heute früh mit ihm darüber unterhalten. Er hat gesagt, er hätte nie Zeit gehabt. Es ist auch sonst nie ein Vertreter dieses sehr wichtigen Standes in Bayern gekommen. Zweitens, ich habe damals in der Landesausschußsitzung, als man das erste Mal über das Programm sprach, gebeten, daß sich die einzelnen Ausschüsse mit uns in Verbindung setzen. Wir haben es mit ziemlich jedem gemacht, den wir überhaupt erreichen konnten. Wir sind mit jedem Ausschuß in Verbindung gekommen mit Ausnahme desjenigen, von dem Parteifreund *Horlacher* spricht. Ich bitte Parteifreund *Sedlmayr*, meine Worte zu bestätigen.

(Zuruf *Sedlmayr*: Ist so!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vielleicht *Liedig* zu einer kurzen Feststellung das Wort geben.

Liedig: Es ist festzustellen, daß seitens der Parteileitung sämtliche Ausschußvorsitzende persönlich angeschrieben worden sind, daß außerdem Präsident *Horlacher* persönlich angeschrieben worden ist, unter Beifügung der beiden Entwürfe und unter Bekanntgabe des Datums, des Ortes und der Zeit, wo die Versammlung zusammentritt. Ferner wurde die Bitte ausgesprochen, die Herren, die diese Schreiben bekommen haben, mögen an diesen Beratungen teilnehmen.

(Zuruf: Hört!)

Haußleiter: Ich möchte feststellen, daß ich persönlich Herrn Präsidenten Dr. *Horlacher* vor der ersten Redaktionssitzung eingeladen habe, an ihr teilzunehmen, mit der Begründung, es sei uns wichtig, daß die Herren teilnehmen. Genauso habe ich Herrn Dr. *Schlögl* eingeladen. Ich möchte nicht, daß da wieder Klagen kommen, die Bauern seien nicht verständigt gewesen. Ich glaube, daß mir Präsident Dr. *Horlacher* diese Einladung bestätigen kann. Ich habe zweitens, da ich diese Entwicklung voraussah, Herrn *Liedig* gebeten, die beiden Programmentwürfe dem Herrn Präsidenten Dr. *Horlacher* persönlich zu übersenden. Das ist auch geschehen, so daß er über diese Entwicklung informiert ist. Ich möchte sagen, darüber hinaus habe ich mich bemüht, nicht nur die Arbeitsergebnisse des agrarpolitischen Ausschusses zugrunde zu legen, sondern bin von mir aus zu vernünftigen Bauern gegangen und habe mit ihnen ihre Sorgen durchgesprochen und habe daraufhin folgenden Punkt 22 - wir wollen ja, daß das Programm als Einheit erscheint - in das Aktionsprogramm aufgenommen, den ich Ihnen jetzt vorlesen möchte, damit es nicht nachher heißen kann, er sei der Landwirtschaft nicht zur Kenntnis gebracht worden. Punkt 22 des Aktionsprogrammes lautet:

> Die Erhaltung eines lebensfähigen Bauernstandes ist eine Existenzfrage für unser Volk. Den landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird der gerechte Preis gewährleistet. Die krassen Mißverhältnisse zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der industriellen Erzeugnisse sind auszugleichen. Die landwirtschaftliche Produktion ist durch Bereitstellung von Maschinen und Düngemitteln, durch ständige Verbesserung der Bodenkultur und durch Modernisierung der Betriebe unablässig zu steigern und zu intensivieren. Der Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Maschinenparks ist besonderes Augenmerk zuzuwenden. Das ländliche Berufsschulwesen, die landwirtschaftlichen Fachschulen und die hauswirtschaftlichen Schulen sind planmäßig auszubauen. Vordringlich ist die Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte für die Landwirtschaft. Der Landflucht muß durch Bereicherung des Dorflebens und durch eine zweckvolle Sozialpolitik entgegengewirkt werden. Die Altersversor-

gung der Landarbeiter ist auszubauen. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist zu fördern.

Ich möchte sagen, daß das, was ich hier geschrieben habe, weit über die Vorschläge des agrarpolitischen Ausschusses hinausgeht, daß ich es in den letzten Tagen nach Rücksprache mit mir bekannten Bauern noch erweitert habe, daß aber der Parteifreund *Schlögl* mir schon zu dem ersten Entwurf erklärt hat, daß er als Bauernvertreter mit dem, was ich vorgeschlagen habe, einverstanden sein könne.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, ich glaube, die Sache ist damit erledigt. *Horlacher*!
Dr. *Horlacher*: Mir kommt es darauf an, daß der Begriff "Siedlung" an der richtigen Stelle im Grundsatzprogramm steht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Rindt*, bitte dazu Stellung nehmen.
Dr. *Horlacher*: Das ist hier nicht enthalten. Auf Seite 4 in Ziffer 2 heißt es:

Wir verlangen umfassende Maßnahmen des Staates für die Volksgesundheit, vor allem den Bau gesunder Wohnungen.

Sonst kommt nichts.
Liedig: Es heißt aber auch: "... eine umfassende Siedlungspolitik".
Dr. *Horlacher*: Ich bleibe dabei: Ich stimme dem Programm in dieser Aufmachung mit ihrer Wirtschaftsordnung, bei der man nicht grundsätzlich da aufgebaut hat, wo man aufbauen mußte, nicht zu. Das wird einmal ein großer Teil unserer Wähler beanstanden.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. *Sporer*!
Sporer: Wir wollen doch ein Programm aufstellen, nicht für die nächsten zwei oder drei Jahre, sondern ein grundsätzliches Programm. Die Siedlung ist eine aktuelle Angelegenheit, erzeugt durch die wirkliche Not der Flüchtlinge. Die Siedlung ist eine Notwendigkeit, sie ist aber für diejenigen, die Grund und Boden abgeben müssen, eine ungeheure Härte. Ich weiß, daß die Bauern nicht diejenigen sind, die gerne und freudig alles hergeben. Aber das stört hier nicht. Wenn wir ein grundsätzliches Programm aufstellen, sollen aktuelle Fragen möglichst nicht enthalten sein. Denn die Leute, die schon etwas abgegeben haben unter dem Druck der Verhältnisse, vielleicht auch einige aus Liebe zum Nächsten, werden sich bedanken, wenn Siedlung und immer wieder Siedlung kommt, so daß die ganze Landwirtschaft nicht mehr leistungsfähig wird. Siedlung ist eine Sache für die Parteiagitation bei diesen Wahlen, vielleicht auch bei den nächsten Wahlen. Es werden Zeiten kommen, wo man mit der Siedlung kein gutes Geschäft mehr machen wird. Drum möchte ich bitten, daß das Wort Siedlung nicht ins Parteiprogramm, sondern lediglich ins Aktionsprogramm hineinkommt.
Dr. *Rindt*: Wir haben an und für sich den Ausdruck "Siedlung" nur im Sozialprogramm in dem Zusammenhang genommen, daß wir grundsätzlich dafür eintreten, daß unser zum Teil durch die Großstädte entwurzeltes Volk wieder mehr mit Grund und Boden verwurzelt werden soll, vor allen Dingen durch Durchführung des Siedlungsprogrammes. In diesem Sinne ist "Siedlung" etwas Bleibendes, genauso wie wir geschrieben haben, daß wir dafür eintreten, daß das Volk aus den lichtlosen Hinterhöfen, dieser großen Entgleisung unseres Wohnwesens, herauskommt. Anders ist es, wenn wir von Siedlung im Sinne der Bodenreform sprechen. Hier handelt es sich um eine sehr

grundsätzliche Angelegenheit der gesamten Volksgesundheit und Volksgesundung.
[...][6]
Sporer: Ich würde vorschlagen:

Möge das Volk aus seiner Not herauskommen und bald wieder besseren Zeiten entgegengehen.

Dr. *Gerathewohl*: "... aus seiner tiefsten Not herausfinden, aus der dieses Programm geboren wurde".
Dr. *Rindt*: Ich würde vorschlagen, wir gehen in der Tagesordnung weiter und die beiden Herren Dr. *Stürmann* und Dr. *Arnold* formulieren in der Zwischenzeit.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Vorschlag *Gerathewohl* ist, glaube ich, so, daß man ihn akzeptieren könnte.
Haußleiter: Ich möchte nur eines sagen, die Formulierung, daß es "emporwachse" oder "herausfinde", klingt etwas passiv. Dann wird uns draußen vielleicht nicht zu Unrecht gelegentlich gesagt werden: Ihr müßt auch das Euere dazu tun! Wir müssen das so formulieren, daß es einen Ausweg aus der tiefen Not, in der dieses Programm geschaffen wurde, findet:

... und in schlichter getreuer Arbeit sich ein neues friedliches Leben aufbaue

daß man den Begriff friedlicher und schlichter Arbeit noch hinzufügt. Ich würde vorschlagen:

Möge Gott unserem Volk die Gnade und Kraft geben, daß es aus der tiefen Not, in der dieses Programm geschaffen wurde, herausfinde und in schlichter und getreuer Arbeit sich ein friedliches Leben aufbaue!

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Gerathewohl*, ich bitte, nochmals zu verlesen.
Dr. *Gerathewohl*:

Möge Gott unserem Volk die Gnade und Kraft geben, aus seiner tiefen Not herauszufinden

- darin liegt etwas Aktives -,

in der dieses Programm geboren wurde.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nur die Frage, ob wir nicht am Schluß doch noch - da gehe ich mit *Haußleiter* einig - hinstellen: "Dem dient die Arbeit der Union."

(Zuruf: Das schwächt ab!)

Ich würde am liebsten sehen, wenn am Schluß noch stehen würde:

Dem dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern

Krehle: Sagen wir doch:

Diesem Ziel dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Vorsitzender [*Josef Müller*]:

Der Erreichung dieses Zieles dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

---

[6] Die folgende Seite (in der Vorlage S. 65) fehlt. In der Vorlage findet sich hier der Vermerk: "Büro Dr. Müller, 6. August 1948." Das Blatt konnte im Nachlaß Müller nicht ermittelt werden.

Einverstanden mit dieser Formulierung?
Dr. *Gerathewohl*:

Dieses Ziel zu erreichen, ist Aufgabe der Christlich-Sozialen Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen die Arbeit hinstellen, nicht die Aufgabe!
Dr. *Rindt*: Ich möchte nochmals darauf hinweisen dürfen, daß im letzten Abschnitt die Ziffer 4 fälschlicherweise dasteht, weil es unter Umständen notwendig ist, daß dieser Gedanke mitverarbeitet wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ziffer 4 kann bleiben.
Dr. *Rindt*: Ist nicht Programmpunkt, kann nicht bleiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dieser Antrag *Arnold* dient doch nur dazu, daß so, wie die Präambel, auch ein Schlußwort dort stehen soll. Daher glaube ich, *Rindt*, wir reden aneinander vorbei.
Dr. *Rindt*: Weil 4 der Leitgedanke eines Schlußwortes sein soll.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber hier wird als Schlußwort noch, ich möchte sagen, die Anrufung Gottes hingestellt: zur Erreichung der Ziele des Gesamtprogramms.
Dr. *Martin*: Ich habe das Gefühl, daß zwischen der Ziffer 4 und dem Schlußsatz von Herrn *Arnold* ein Mißverständnis entstanden ist. Es soll das, was in 4 aufgeführt ist, nicht als 4 erscheinen, sondern entweder schon Schlußabsatz sein oder in einem Schlußabsatz mitverwertet werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ziffer 4 wird auf die Weise die Schlußforderung und das Schlußverlangen des Programms zur Feststellung der zwischenstaatlichen Ordnung; dann kommt noch das Schlußwort für das Gesamtprogramm.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen glaube ich, wir stimmen jetzt ab über den Vorschlag, den *Gerathewohl* zur Formulierung in Anlehnung an *Arnold* gemacht hat und den ich ergänzt habe.
Dr. *Gerathewohl*:

Möge Gott unserem Volk die Gnade und Kraft geben, aus seiner tiefen Not herauszufinden, in der dieses Programm geboren wurde.

Vorsitzender [*Josef Müller*]:

Der Erreichung dieses Zieles dient die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in Bayern.

Darf ich darüber abstimmen lassen? Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen.
Dr. *Gerathewohl*: Noch zwei Kleinigkeiten rein stilistischer Art: Es heißt auf Seite 2 Ziffer 4 "größtmöglichste"; ich bitte das "st" zu streichen.

(Zustimmung.)

Auf Seite 4 Ziffer 2 wird von dem "blühenden" Volk gesprochen. Ich bin für die Formulierung "entwicklungsfähig". Wenn man wenig setzt, wird mehr erreicht.
Dr. *Arnold*: Seite 3 Absatz 7 heißt es "Der Richter ist der Künder ...". Ich meine, man würde besser sagen: "Der Richter ist Vollzieher ...".

(Zuruf: Er ist mehr!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Durch Verkündung des Urteils findet er das Recht.
Krehle: Er ist an keine Weisungen gebunden.

Schmidt: Könnte man auf Seite 2 in II, 2 das Wort "Angegriffener" abändern in "Verdächtigter"?
Neckermann: In I, 2 muß es heißen: "Träger und Vollzieher" statt "Trägerin".

(Zuruf: Die Endung "in" stammt noch von einer früheren Formulierung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, damit sind diese formalen Dinge erledigt.
Weinkamm: Bei VI, 1 wurde heute vormittag beanstandet, daß wir im Nachsatz zum ersten Teil sagen:

Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab.

Und dann:

Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Liedig: VI, 1 letzter Absatz lautet augenblicklich:

Wir lehnen jede internationale Verflachung nationaler Eigenwerte ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Da sollte statt "Nationalismus" das Wort "Chauvinismus" eingesetzt werden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gemeint ist die Bekämpfung des expansiven Nationalismus, infolgedessen gehört zu dem Wort Nationalismus eine gewisse Verstärkung.

(Zuruf: Überspitzt!)

Dr. *Rindt*: Bei allem, was mit "-ismus" zu tun [hat], haben wir uns angewöhnt zu denken, daß es den Charakter des Überspitzten hat. Nationalismus ist der Überspitzungszustand zum Nationalgefühl; ebenso der Kollektivismus im Gegensatz zum Kollektiven. Man könnte aber sagen "überspitzter Nationalismus".

(Zuruf: Den Ausdruck Chauvinismus würde ich ablehnen, weil das Volk den Begriff nicht versteht.)

Liedig: "Übersteigerter Nationalismus".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer weiß eine gute Übersetzung für expansiven Nationalismus?

(Zuruf: Nationalismus ist das Überspitzte, und vorher heißt es: "nationale Eigenwerte". Das hat mit überspitzt nichts zu tun. - Zuruf: Wenn wir statt "nationalen Eigenwerten" nehmen "unsere Eigenwerte".)

"... von Eigenwerten der Völker ab." Dann haben wir das Wort "national" da umschrieben. Das Wort Nation ist etwas Gewordenes und hat zu einer bestimmten Begriffsbildung geführt, ist von vornherein expansiv geworden.
Von Prittwitz-Gaffron: Ich würde sagen: "... der Eigenwerte der Völker".
Dr. *Gerathewohl*: Man kann nicht sagen "internationale Verflachung der Völker". Dann muß man "international" weglassen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Lassen wir "international" weg!

Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab.

Jetzt, wer weiß eine gute Übersetzung für das Wort expansiv?.

(Zuruf: Übersteigert!)

Dr. *Gerathewohl*: Dann kann "Nationalismus" stehenbleiben, wenn Sie es nicht in Gegensatz stellen zu "national".

(Zurufe: Ausdehnungssüchtig - eigensüchtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: "... und bekämpfen den eigensüchtigen Nationalismus".
Haußleiter: Hier darf kein Adjektiv stehen, weil sich das auch auf Militarismus bezieht. Dann lehnen wir den überspitzten Militarismus ab und erkennen den Militarismus an.
Dr. *Rindt*: Mit dem Begriff Nationalismus ist das übersteigerte nationale Gefühl schon verbunden.
Dr. *Gerathewohl*: Nachdem "national" oben wegfällt, kann der Begriff "Nationalismus" bleiben. Ich bin der Ansicht Dr. *Rindts*, daß der überspannte, expansive Nationalismus gemeint ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich den Satz nochmals wiederholen, wie er vorgeschlagen war:

> Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab und bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Dann ist der Zusammenhang hergestellt.
Dr. *Gerathewohl*: Wir müssen das ein bißchen absetzten, weil das einen neuen Gedanken bringt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden. Also bekannt?
Liedig:

> Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab. Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus.

Dr. *Jahn*: Meine Herren! Ich war heute früh derjenige, der die Änderung vorgeschlagen hat aus ganz anderen Gesichtspunkten heraus. Jetzt bin ich der Auffassung, es wäre am zweckmäßigsten, den Satz: "Wir lehnen jede Verflachung der Eigenwerte der Völker ab." überhaupt wegfallen zu lassen. Wir haben festgelegt: Wir wollen keinen überspitzten Nationalismus, keinen Militarismus in der Form, wie wir ihn in den letzten 13 Jahren gehabt haben. Es kann aber sein, daß wir uns als Nation hinausstellen müssen, nicht zum Kampf, aber als Nation zusammengefaßt, und unsere Wehrfähigkeit nachweisen müssen gegenüber einem Angreifer, der in einer anderen Richtung steht. Da würde ich vorschlagen, das hier lieber ganz wegzulassen, wenn wir den Begriff Nationalismus nicht durch ein entsprechendes Wort ersetzen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zum Teil einverstanden. Aber wenn wir den Willen der Jugend in der Union feststellen, sind wir uns darüber klar: Wir wollen den Nationalismus, der zum mindesten zwei Kriege losgelöst hat, überwinden und denken schon weitgehend im europäischen Sinne. Wir sehen diesen Krieg, wenn ich an die Geschichte der alten Zeit erinnern darf, als den zweiten Peloponnesischen Krieg an und hoffen, daß dann die Einigung kommt. Infolgedessen wollen wir ganz klar feststellen, daß der Nationalismus das Hemmnis für das Zusammenfinden der europäischen Völker sein wird.

(Zustimmung.)

Das ist, glaube ich, eine Feststellung, die wir in unserem Programm auch zum Ausdruck bringen wollen.
Dr. *Gerathewohl*: Ich darf die Bedenken Dr. *Jahns* damit zerstreuen, daß das, was er meint, das Positive, genügend in unserem Bekenntnis zum Bayerischen Staat wie in unserem Bekenntnis zu Deutschland ausgedrückt ist, so daß man nicht aus diesem Satz den Vorwurf bekommen könnte, wir arbeiteten irgendwie für Internationalismus.

Mit Nationalismus und Militarismus wäre auch nicht das deutsche Wort "Wehrhaftigkeit" bekämpft. Militarismus gilt immer als eine negative Erscheinung, als ein Auswuchs. Infolgedessen bin ich sehr dafür, daß wir es genau so stehenlassen, im Hinblick darauf, daß wir auch die positiven Werte wie Vaterlandsliebe usw. zur Genüge ausgedrückt haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir dürfen die Debatte darüber beenden. Dann lasse ich darüber abstimmen. Die Fassung ist bekannt. Wer enthält sich? Wer ist dagegen? Einstimmig angenommen.
Neckermann: III, 5 lautet:

> Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand und die Sicherung des Alters ermöglicht.

Ich schlage den Zusatz "Familiengründung" nach dem Wort "Wohlstand" vor, also:

> Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand, Familiengründung und die Sicherung des Alters ermöglicht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: "Sicherung des Alters" ist ein Ausdruck, den wir, glaube ich, noch überlegen müssen. Es kann nicht richtig sein, das Alter zu "sichern". Es ist wohl eine Sicherung vor Not im Alter damit gemeint.
Dr. *Gerathewohl*: "Die Gründung einer Familie" muß es heißen.
Krehle: Das haben wir bereits in III, 6:

> Wir fordern die Sicherung des Lebens aller, die infolge Krankheit, Alter oder als Versehrte nicht mehr arbeiten können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Neckermann*, Ihr Antrag ist schon berücksichtigt. Wird daran festgehalten?
Neckermann: Ich möchte daran festhalten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Soll ich darüber abstimmen lassen?
Neckermann: Ich bitte darum.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es handelt sich hier um folgendes - *Krehle*, bitte sei so gut und gib Du den Wortlaut wieder, wie er dort ist!
Krehle: Punkt 6 Satz 2 heißt:

> Wir fordern die Sicherung des Lebens aller, die infolge Krankheit, Alter oder als Versehrte nicht mehr arbeiten können.

Da ist praktisch doch das enthalten. Dann haben wir vorher eine ganze Anzahl von Artikeln, die auf die Familiengründung hinweisen. Da oben heißt es z.B. in III, 1:

> Wir fordern weitgehende staatliche Unterstützung der Existenz und Familiengründung bei allen Ständen und Berufen. Staatsbeihilfen, ausreichende Löhne oder Gehälter und bevorzugte Arbeitsvermittlung für alle, die eine Familie zu ernähren haben, sollen diesen Zwecken dienen.

Da ist doch praktisch alles schon gesagt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit würde der Antrag *Neckermann* bestimmt der Ablehnung verfallen.
Neckermann: Das Programm ist so wortreich; auf das eine Wort kommt es nimmer an!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann lasse ich formell abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag *Neckermann*? Gegenprobe. Wer ist für den Antrag? Zwei. Der Antrag *Neckermann* ist abgelehnt.

Liedig: Es kommt der Antrag *Sedlmayr*: III, 5 kann schließen nach dem Worte "Wohlstand", so daß es heißt:

> Wir fordern die Gestaltung eines Arbeitseinkommens, das wenigstens einen bescheidenen Wohlstand ermöglicht.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Widerspruch? Nein. Angenommen.
Köhler: Auf Seite 7 in Punkt 6 Absatz 2 heißt es:

> Wir bekennen uns zu einer Kunst der freien Schöpferkraft und der seelischen Tiefe.

Ich bitte, "und der seelischen Tiefe" zu streichen. Wir würden dadurch große Teile des Kunstgewerbes und Teile der Architektur ablehnen. Im Kunstgewerbe ist keine seelische Tiefe da.

(Zuruf *Liedig*: Nein!)

Seelische Tiefe im Kunstgewerbe und in der Architektur gibt es nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das andere ist in der Schöpferkraft auch drin, aber wir wollen doch die Vertiefung auch der Kunst haben. Wir wollen nicht die oberflächliche Kunst haben, heißt das. Also, *Köhler*, ich glaube, wir können den Antrag fallen lassen.

(Widerspruch *Köhler*.)

Wie soll es dann formuliert werden?
Köhler: Wenn das Programm ein Künstler bekommt, sträubt er sich dagegen.
Sporer: Das, was die Zeit der Mystik geschaffen hat, werden wir nie mehr schaffen, wenn wir noch so von seelischer Tiefe reden. Diese Schöpferkraft haben wir nicht, auch wenn wir es in das Programm hereinbringen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist beantragt, die Worte "und der seelischen Tiefe" zu streichen. Erhebt sich Widerspruch? (Zählt ab.) Vier. Der Antrag ist angenommen.
Von Prittwitz-Gaffron: Auf Seite 3 Ziffer 6 heißt es:

> Wir verlangen die Ausrichtung aller Gesetze nach den Grundsätzen des Naturrechts.

Ich würde vorschlagen: "Anpassung an die Grundsätze", nicht "Ausrichtung".
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen die Gesetze nicht marschieren lassen.
Liedig: Der Satz würde nach der Formulierung *Prittwitz* folgendermaßen lauten:

> Wir verlangen die Anpassung aller Gesetze an die Grundsätze des Naturrechts.

Ich dagegen würde folgende Formulierung vorschlagen:

> Wir verlangen die Beachtung der Grundsätze des Naturrechts in allen Gesetzen.

Dr. *Ehard*: Das ist unmöglich. Sie können nicht die Ausrichtung aller Gesetze nach dem Naturrecht verlangen. Wenn man alle Gesetze an das Naturrecht angleichen soll, das geht nicht.
Liedig: Das hat ja Herr *von Prittwitz* formuliert. Jetzt heißt es:

> Wir verlangen die Beachtung der Grundsätze des Naturrechtes in allen Gesetzen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann würde ich vielleicht sagen "in den Gesetzen des Staates".

(Zuruf: In der Gesetzgebung des Staates.)

Liedig:

Wir verlangen die Beachtung der Grundsätze ...

Dr. *Gerathewohl*:

Wir verlangen in der Gesetzgebung die Beachtung der Grundsätze des Naturrechts.

Liedig:

Wir verlangen in der Gesetzgebung die Beachtung der Grundsätze des Naturrechts.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Ich lasse darüber abstimmen. Erhebt sich Widerspruch gegenüber dieser Formulierung, wie sie jetzt verlesen wurde? (Ist nicht der Fall.) Angenommen.
Dr. *Arnold*: Betreffs der Erziehung und Berufsausbildung der Jugend heißt es auf Seite 4 in Ziffer 4:

Wir verlangen staatliche Förderung der überdurchschnittlich Begabten.

Ist richtig, ich bitte aber zu bedenken - das kommt aus meiner Sorge, aus der Industriestadt heraus -, auch die anderen sozialen Schichten müssen berücksichtigt werden. Ich bitte, vielleicht folgende Formulierung zu wählen:

Der Staat hat mit Rat und Tat die Berufswahl und die Berufsausbildung zu fördern.

Sporer: Das ist eine prinzipielle Frage. Soll der Staat in alles und jegliches dreinreden? Wir haben heute ein Arbeitsgericht, wir haben eine Arbeitsvermittlung; es geht soweit, daß der einzelne überhaupt nicht mehr das Recht hat, sich irgendeine Arbeitsstätte herauszusuchen. In alles und jegliches wird hineingeredet. Man spricht heute schon, daß dies ein Sklavenmarkt ist. Es gibt manchen, der untergekommen wäre, da hat das Arbeitsamt nicht mitgetan. Es ist geradezu lästig. Ich würde bitten, daß wir sehr vorsichtig mit dieser Formulierung sind. Wenn Arbeiter im Überfluß da sind und es Arbeitslosigkeit gibt, was wird da das Arbeitsamt fragen, ob er unterkommt! Ich bitte, mehr Freiheit!
Dr. *Arnold*: Der Satz lautet:

Der Staat hat mit Rat und Tat die freie Berufswahl und Berufsausbildung zu fördern.

Sporer: Der Vater möchte wissen, was sein Bub wird, nicht der Staat. Die ganze staatliche Bevormundung ist durch die Nazi gekommen, die bestimmte Berufe gebraucht haben. All das widerspricht der Freiheit der Wirtschaft und der Familie. Wenn der Vater Bäcker ist, so möchte er, daß sein Bub ein Bäcker wird. Da läßt er sich nicht vom Staat dareinreden, weil dieser beispielsweise gerade einmal Gärtner braucht.
Ich bitte, darauf bei der Formulierung unter allen Umständen Rücksicht zu nehmen. Wir brauchen Freiheit und nicht nur immer Bevormundung.
Euerl: Ich möchte auch dafür eintreten, daß hier der freien Berufswahl der Jugend das Wort gesprochen wird. Die Berufswahl der Jugend soll nicht von den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedürfnissen beeinflußt werden, sondern es soll der Jugend die Gelegenheit gegeben werden, den Beruf zu wählen, für den sie sich entschlossen hat und für den sie Lust und Liebe hat.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, eines feststellen zu dürfen: Ich wäre dankbar, wenn die privaten Unterhaltungen vielleicht in einer stillen Ecke durchgeführt würden.

Dr. *Arnold*: Meine Herren! Der wirkliche Grund, weshalb ich diesen Antrag eingebracht habe, ist tatsächlich der, daß sich auch der Handwerksmeister seinen Lehrling heraussuchen soll. Ich komme aus der Industriestadt. Es ist heute bereits wieder so, daß die Jugend in die Industrien abwandert. Man sagt zwar "weg von der Straße", aber die Jugend soll keinen Beruf mehr lernen. Es ist heute zahlenmäßig schon wieder ganz deutlich nachzuweisen, daß von der Kommunistischen Partei eine Berufsausbildung im guten Sinne nicht mehr gewünscht wird. Man will die Leute zu mechanisierten Arbeitern machen, man will ein Arbeiterproletariat schaffen. Dagegen wende ich mich. Das ist der innerste Grund meines Antrages. Ich glaube daher, daß wir aus rein weltanschaulichen Gründen zu meinem Antrag ja sagen müssen. Es ist heute tatsächlich so, daß man in der Großstadt den ungelernten Hilfsarbeiter von der KPD aus propagiert. Dagegen wende ich mich.
Liedig: Aber die Formulierung!
Bergmann: Ich schlage die Formulierung vor:

> Für die Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft sollen nach freier Wahl allein Charakter und Leistung entscheiden.

(Widerspruch.)

Sporer: Ich möchte noch einmal um mehr Freiheit bitten. Binden Sie nicht zuviel! Stellen Sie nicht alles auf die heutigen Verhältnisse und auf den Gesichtspunkt des Staates ab. Wenn schon die Familie das Recht der Erziehung hat, muß sie auch das Recht haben zu sagen: Der Bub wird das und das. Nicht das Arbeitsamt soll bestimmen, wenn es gerade einen Bedarf für diesen oder jenen Beruf hat. Das nächste Jahr ist die Wirtschaftslage wieder ganz anders. Dann wird etwas anderes bestimmt. Der Bürokratismus ist vorläufig noch gar nicht ausgestorben.

(Zuruf: Im Gegenteil!)

Na also! Ich wollte mich zart ausdrücken. Wenn wir so viel an Vorschriften hereinbringen, stärken wir nur den Bürokratismus und untergraben die Freiheit und Schönheit des Lebens. Wir waren in Bayern das freieste Land mindestens in Deutschland, wenn nicht in Europa, und wir wollen es wieder werden.
Ott: In der kommenden Zeit wird es darauf ankommen, daß wir die überdurchschnittlich Begabten auf alle Fälle zum Studium zulassen, ganz gleich ob die Eltern bemittelt sind oder nicht. Ich halte es für außerordentlich wichtig, die begabten Kinder zum Studium zu bringen, nachdem nach der Währungsstabilisierung vermutlich auch weite Teile des Mittelstandes ebensowenig wie die anderen breiten Kreise des Volkes das Geld werden dafür aufbringen können. Wir müssen daher einen entsprechenden Zusatz einsetzen.

(Zuruf:"Staatliche Förderung" steht drin!)

Das genügt aber nicht.

(Zuruf: Völlig!)

Wir wollen haben, daß die Auslese der Begabten die Möglichkeit hat, ein Studium auf Kosten der Allgemeinheit und des Staates durchzuführen.

(Zuruf: Das steht in der Verfassung!)

Dann brauchen wir es hier nur hereinnehmen.
Dr. *Arnold*: Folgendes an die Adresse meines Gegenredners: Der innerste Grund, weshalb ich die Formulierung hereingebracht habe, ist gerade der, daß heute die

Kommunistische Partei überall versucht, die Jugend in die Hand zu bekommen. Sie versucht mit allen Methoden unter dem Motto "freie Berufswahl", die ganze Ausbildung der Jugend in die Hand zu bekommen. Dagegen müssen wir etwas unternehmen. Das ist heute ein absolut notwendiger Gesichtspunkt. Ich spreche hier aus der praktischen Erfahrung. Sie dürfen es glauben. Wenn wir uns zu diesem Punkt nicht äußern, gießen wir den anderen Wasser auf ihre Mühlen.

Sporer: Um so mehr müssen wir die Familie stärken. Vater und Mutter müssen auch etwas zu sagen haben. Wenn die Kommunisten etwas anderes wollen, dann ist es Aufgabe der Familie, nicht so sehr der Partei, ihnen entgegenzutreten. Wir können 10-, 12-, 14-, 15-jährige noch nicht so stark beeinflußen. Das ist nicht Aufgabe einer Partei. Da möchte ich ganz klar widersprechen.

Hier ist vorhin vom freien Studium gesprochen worden. Bedenken sie dabei: Es gibt gewisse Kräfte hier bei uns, die dafür sorgen, daß diese Begabten nur aus einer gewissen Schicht heraus kommen. Ich möchte mich hier sehr vorsichtig ausdrücken. Bei diesen Leuten wird der Sohn des Regierungsrats niemals ans Gymnasium kommen, ebensowenig wie der Sohn des Industriellen. Denn diesen Weg benützen die Herren Kommunisten, um alle anderen Schichten aus dem bürgerlichen Lager auszuschalten und zu Taglöhnern zu machen.

Wir geben mit der vorgeschlagenen Formulierung diesen Leuten also ein ganz gefährliches Argument in die Hand. Bei der großen Möglichkeit des Mißbrauchs und bei der Rücksichtslosigkeit dieser Kreise kommen unsere Leute gar nicht mehr auf. Wir dürfen ihnen kein Instrument in die Hand geben, das sie zur geistigen Verkümmerung der anderen Kreise benützen können. Denn nicht bloß der Sohn eines Taglöhners kann begabt sein, sondern auch der eines hohen Beamten.

Dr. *Gerathewohl*: Wir haben im Redaktionsausschuß den Vorschlag vom freien Studium eingehend erörtert und abgelehnt, weil wir weitergehen wollen. Wir treten nicht bloß für das freie Studium, sondern überhaupt für die Freiheit in allen Berufen ein. Wir haben als Union gar keinen Wert darauf gelegt, ein akademisches Proletariat großzuziehen. Aber wir legen großen Wert darauf, daß auch der tüchtige Handwerker z.B. auf Staatskosten unter Umständen eine Fachschule oder eine höhere Schule besuchen kann. Infolgedessen ist das, was Sie wünschen, mit ausgedrückt, aber im erweiterten Sinne.

Ich darf die Bitte äußern - wenn ich auch als Gast kein Recht zu sprechen habe -, daß der Antrag nicht angenommen wird.

Haußleiter: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Einzelheiten im Aktionsprogramm stehen. Die Formulierung im Aktionsprogramm lautet:

> Unbekümmert um Stand und soziale Stellung der Eltern ist jede echte Begabung staatlich in ihrer Entwicklung zu fördern.

Wir wollen ja doch ganz ohne Zweifel diese Dinge in die Hand nehmen. Das muß die Union machen. Da wollen wir den Kommunisten jede Möglichkeit aus der Hand nehmen. Aber wir machen es nach unseren Gesichtspunkten. Das Nähere steht im Aktionsprogramm und gehört in dieser Ausführlichkeit meiner Ansicht nach nicht ins Grundsatzprogramm.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr gut! Nehmen wir es in das Aktionsprogramm hinein.

Haußleiter: Das Aktionsprogramm nimmt zu allen Punkten eingehend Stellung. Es

sind dort die Einzelheiten, was getan werden muß, genau und präzis erwähnt. Es heißt darin weiter:

> Kein Stand und keine Klasse darf ein Vorrecht zum Besuch der höheren Schule besitzen.

Das ist mit Liebe formuliert. Es ist so, daß z.B. in der russischen Zone nur noch Arbeiter Lehrer werden können. Deshalb habe ich ausdrücklich diese Formulierung gewählt. Demnach darf kein Stand und keine Klasse ein Vorrecht besitzen, auch nicht der Teil des Volkes, den die Kommunisten als Proletarier bezeichnen und aus dem sie ihre Kräfte herausholen wollen. Alles das ist, sorgfältig durchdacht, im Aktionsprogramm enthalten und ich schlage vor, daß wir die Gewichte so verteilt lassen, wie sie zwischen dem Programmentwurf meines Freundes *Rindt* und dem meinigen verteilt sind. Dort das Grundsätzliche und hier die Ausführungen mit den Einzelheiten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Anregung *Arnold* ist bekannt. Sind Sie einverstanden, wenn sie in das Aktionsprogramm kommt?

(Kein Widerspruch.)

Dann ist die Debatte hierüber abgeschlossen.
Donsberger: Seite 4, Ziffer 6 Absatz 1 ist nicht ganz klar in der Fassung. Die Fassung lautet:

> Die Sozialversicherung soll im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

Ich schlage vor, daß wir einfügen:

> Die Sozialversicherung soll Arbeiter und Angestellte im weitesten Umfang gegen die Wechselfälle des Lebens schützen.

(Lebhafter Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darüber haben wir schon debattiert. Nehmen Sie Ihre Anregung zurück?
Donsberger: Ich nehme sie zurück.
Dr. *Martin*: Ich habe einen Vorschlag zu VI, ehemals Ziffer 4. Die Ziffer 4 wurde mit in das Schlußwort hineingearbeitet, bzw. dem Schlußwort vorausgestellt.

(Nein! Widerspruch.)

Ich schlage vor, diese ehemals Ziffer 4 als letzten Satz der Ziffer 3 anzuhängen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Ziffer 4 dem Aufbau nach nicht den übrigen Ziffern entspricht. Wir haben uns bei der Abfassung immer daran gehalten, zuerst ein Vorwort zu bringen, dann eine These und Antithese. Es paßt an sich nicht mehr hinein. Dagegen läßt sich Ziffer 4 inhaltlich ohne weiteres in Ziffer 3 einfügen bzw. anhängen. Dadurch haben wir das einheitliche Gesicht des ganzen Programms gewahrt.
Liedig: Dann würde in VI die Ziffer 4 als Ziffer zu streichen sein und der Inhalt dieser Ziffer der Ziffer 3 angefügt werden.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sind Sie damit einverstanden?
Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich darf damit, wenn sich kein Widerspruch erhebt, die Debatte über das Grundsatzprogramm abschließen. Schreibfehler dürfen berichtigt werden. Ebenso dürfen rein stilistische Berichtigungen vorgenommen werden.

Liedig: In dem Entwurf ist ein sinnstörender Schreibfehler enthalten. Auf Seite 2 Ziffer 5 zweiter Satz heißt es in dem mir vorliegenden Exemplar:

Wir bejahen eine zweite und politische Kammer.

Es muß richtig heißen:

Wir bejahen eine zweite, unpolitische Kammer.

Es ist heute morgen schon festgestellt worden, daß es sich hier um einen Schreibfehler handelt. Aber inzwischen sind noch mindestens ein Drittel neue Teilnehmer hinzugekommen. Für diese neuen Teilnehmer möchte ich darauf aufmerksam machen, daß dieser Schreibfehler richtiggestellt wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf vorschlagen: Rein grammatikalisch-stilistische Berichtigungen dürfen noch vorgenommen werden, sonstige Berichtigungen nicht mehr. Die Debatte über das Grundsatzprogramm ist abgeschlossen.
Haußleiter, antreten!

(Zuruf: Militaristisch! Heiterkeit.)

Ich bitte zu entschuldigen, wenn ich jetzt etwas Zeit sparen will. Wir wollen jetzt über das von *Haußleiter* Aktionsprogramm getaufte Programm sprechen und uns darüber unterhalten, ob wir es Aktionsprogramm oder Sofortprogramm heißen, was mir immer noch lieber wäre.
Haußleiter: Darf ich dazu folgendes sagen: An sich erweckt der Name Sofortprogramm falsche Hoffnungen. Es ist so, daß wir hier zu all den Punkten Stellung nehmen, die jetzt unserem Volk auf den Nägeln brennen. Gleichzeitig mit diesem Programm wollen wir eine Art Anwendung des Grundsatzprogramms auf die Gegenwart, das heißt auf die nächsten Jahre geben. Das bedeutet, daß nicht alles, was drin steht, Sofortmaßnahmen sind. Es bedeutet weiter, daß manche kurz ausgeführten grundsätzlichen Feststellungen hier noch etwas erweitert und im einzelnen begründet sind. Deshalb ist das Wort Sofortprogramm nach dem ganzen Tenor und Inhalt dieses Programms meiner Ansicht nach nicht richtig. An sich wäre es richtig zu sagen "Programm der Christlich-Sozialen Union zu Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes", das heißt es soll jetzt die Notlage überwunden werden mit Hilfe der Maßnahmen, die hier vorgeschlagen sind.
Um das klarzumachen, habe ich das Fremdwort Aktionsprogramm darübergesetzt. Es ist zwar ein Fremdwort, aber immerhin doch das deutlichste Wort, das sich finden läßt. Es war vorgeschlagen "Tatprogramm". Das klingt schlecht. Darunter kann sich niemand etwas vorstellen. "Zeitprogramm" ist auch ein nicht allzu geeigneter Vorschlag gewesen. "Sofortprogramm" erweckt Hoffnungen, die nicht berechtigt sind. "Aktionsprogramm" ist allgemein. Im Text heißt es dann "das Programm zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes". Das scheint mir schon eine vernünftige Lösung. Es würde daher grundsätzlich im kurzen Zitat als Aktionsprogramm im Gegensatz zum Grundsatzprogramm bezeichnet werden. Dann weiß jeder, was gemeint ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Mein Freund *Martin* hat den gleichen Gedanken, der mich dazu geführt hat, die Debatte über dieses sogenannte Aktionsprogramm schon mit der Überschrift zu beginnen. Wir haben das Grundsatzprogramm. Programm bedeutet immer die Entwicklung der Grundsätze, der Grundlinien der Arbeit der Partei. Hier stellen wir Sätze oder Thesen für die praktische Durchführung, für die Ausarbei-

tung auf. Man sollte irgendwie die Möglichkeit finden, ein anderes Wort als Überschrift zu nehmen und nicht das Wort Programm. Dann gehe ich sofort mit *Haußleiter* einig. Wenn das gelingt, können wir besser zwischen den beiden Entwürfen unterscheiden.

Haußleiter: Ich habe im Redaktionsvorausschuß zuerst einen anderen Vorschlag gemacht und den möchte ich doch noch einmal wiederholen. Dieser Vorschlag hat gelautet, wir schreiben darüber: Die 30 Punkte der Union. Die Formulierungen haben zufällig 30 Punkte ergeben. Es war keine Absicht dabei gewesen. Wenn wir das darüberschreiben, weiß jeder, was gemeint ist und wir können dann aus einem dieser 30 Punkte zitieren. Wir haben dann auf der einen Seite das Grundsatzprogramm und auf der anderen Seite die 30 Punkte oder 30 Forderungen der Union. Darunter stellt sich jeder etwas Aktuelles, Zeitnahes und Lebendiges vor.

Wir würden also dann einfach darüberschreiben: Die 30 Punkte der Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die 30 Punkte für die Arbeit der Union.

Willke: Vom propagandistischen Standpunkt aus könnten unter Umständen beide Programme immer durcheinandergeworfen werden, wenn für beide der Name Programm genommen wird.

Dr. *Horlacher*: Das ist richtig. Man muß unterscheiden zwischen Programm und dem, was hier festgelegt ist, wobei ich nochmals konstatiere, daß ich mit dem Aufbau des Programms nicht einverstanden bin und gegen das Programm als solches als Ganzes stimme. Das ist eine Frage für sich. Das andere, was neben dem grundsätzlichen Programm steht, sind die Vorschläge zur momentanen Lage. Ich würde das auch so heissen und überschreiben: "Vorschläge der Christlich-Sozialen Union zur Behebung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Not". Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß es bloß Vorschläge in Ausführung des Programms sind. Damit ist das Wort Programm vermieden. Ich würde das Wort vorschlagen auch aus dem Grunde, daß wir hier in keiner Weise gebunden sind. Denn die Verhältnisse können sich ändern. Dann muß eine gewisse Beweglichkeit vorhanden sein.

Ich würde also bitten, hier einfach zu schreiben: "Vorschläge der Christlich-Sozialen Union zur Behebung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Not". Damit ist alles getroffen.

Frau *Maria Probst*: Ich würde vorschlagen "Durchführungsrichtlinien zum Grundsatzprogramm".

(Widerspruch.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: "Richtlinien für die Arbeit der Christlich-Sozialen Union zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes".

Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist diese Überschrift angenommen. Welche Anregungen und Anträge werden jetzt zu den Richtlinien vorgebracht?

Dr. *Arnold*: Ich möchte auf meine Anregung von vorhin verweisen.

Dr. *Stürmann*: Ich halte es nicht für zweckmäßig, nachdem wir einen ganzen Tag ein einziges Programm diskutiert haben, das so viele prinzipielle Fragen enthält, nun wieder ein anderes Programm durchzudiskutieren, das immer wieder zu prinzipiellen Fragen führt, wenn wir es gründlich untersuchen wollen. Wir kommen damit in eine uferlose Debattiererei hinein. Ich bin der Meinung, daß wir diesen ganzen Fragenkomplex abschließen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist nur noch eine Frage offen, Herr *Stürmann*, das ist die Frage, die *Arnold* vorhin aufgeworfen hat. Da haben wir gesagt, sein Antrag soll

gegebenenfalls in den Richtlinien aufgenommen werden. Ich bitte jetzt die beiden Herren *Haußleiter* und *Arnold*, rasch aufeinander abzustimmen, wieweit die Anregung *Arnold* in den Richtlinien berücksichtigt ist. Dann können wir auch die Richtlinien abschließen.
Darf ich vielleicht für drei Minuten unterbrechen, damit die Herren sich inzwischen besprechen können.
Dr. *Hundhammer*: Ich bitte ums Wort zu einer kurzen Mitteilung: Heute Abend sollte wieder der Herr *Gessner* am Rundfunk sprechen. Der Herr *Gessner* ist vom Dienst suspendiert.

(Bravo!)

An seiner Stelle spricht heute Abend der Herr Minister *Pfeiffer*.

(Beifall.)

Wer Gelegenheit hat, soll sich ihn anhören. Er spricht um 19.45 Uhr.
Haußleiter: Wir werden den Vorschlag Dr. *Arnold* in den Punkt 7 einfügen. Da heißt es:

> Unbekümmert um Stand und soziale Stellung der Eltern ist jede echte Begabung staatlich in ihrer Entwicklung zu fördern. Kein Stand und keine Klasse darf ein Vorrecht zum Besuch der höheren Schule besitzen; mit diesem Grundsatz ist ernst zu machen. Staatliche Beihilfen müssen für arme, begabte Schüler in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Im humanistischen Gymnasium sehen wir einen wesentlichen Träger echter Bildung. Der Staat hat mit Rat und Tat die freie Berufswahl und die Berufsausbildung zu fördern.

Hier gehört dieser Punkt herein. Da schließt er sich organisch an.

> Das berufliche Fortbildungswesen ist auszubauen. Vordringlich sind Sonderlehrgänge für Kriegsversehrte. Eine umfassende Umschulung aller einst in der Kriegsindustrie eingesetzten Kräfte für die andersartigen Aufgaben des friedlichen Aufbaues ist durchzuführen.

Hier in Ziffer 7 hat der Vorschlag also seinen organischen Platz.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Ich bitte, die Einfügung noch einmal zu verlesen.
Haußleiter: Die Einfügung lautet:

> Der Staat hat mit Rat und Tat die freie Berufswahl und die Berufsausbildung zu fördern.

Sporer: Aber nicht zu bestimmen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Erhebt sich ein Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Formulierung angenommen.
Dr. *Jahn*: Ich wollte eigentlich nicht dazu sprechen, um keine Diskussion hervorzurufen. Aber wenn ich die drei ersten Punkte der Richtlinien betrachte, so fällt mir folgendes auf:
In Punkt 1 wird von der Würde und Freiheit, einem schönen Begriff, gesprochen. In Punkt 2 spricht man von Christentum und in Punkt 3 wird zur Familie übergegangen. In Punkt 2 wird nach dem dritten Satz über die Rassenfrage gesprochen. Es scheint mir, daß die Betonung, die in diesen Nachsatz gelegt wird, allzu stark hervortritt und

die ganzen Richtlinien in etwas [sic!] beschwert. Ich würde vielmehr vorschlagen, daß man die ersten drei Sätze dieser Ziffer 2 stehen läßt und dann die nachfolgenden Sätze etwas anders formuliert oder an anderer Stelle bringt. Es ist geschmacklich nicht ganz schön.
Haußleiter: Ich möchte dazu, wenn ich Sie richtig verstanden habe, folgendes sagen. Es ist mir sehr daran gelegen gewesen, nachzuweisen, daß der Antisemitismus grundsätzlich mit unserer christlichen Haltung nicht vereinbar ist. Deshalb habe ich diese allgemeinen Sätze gesagt, um damit nachzuweisen, daß der Antisemitismus dieser allgemein christlichen Einstellung zuwiderläuft. Die Ziffer 2 lautet:

> Als Christen wissen wir, daß der Mensch seinen Wert und sein Gewicht durch seine unsterbliche Seele erhält. Wir glauben weiter, daß Gott in der Schöpfung das Zusammenwirken und nicht die Trennung seiner Geschöpfe will. Wir glauben an ein gemeinsames Reich des Geistes unter den Menschen.

Was ich jetzt verlesen habe, ist nur die Voraussetzung für das, was jetzt kommt:

> Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß, und insbesondere den antisemitischen, als schmachvollen Rückfall in eine überwundene Barbarei mit Entschlossenheit ab.

Ich glaube, daß diese Formulierung notwendig ist. Ich halte es für zweckmäßig, daß wir hier ganz klar Stellung beziehen. Insbesondere müssen wir unsere Stellungnahme mit Rücksicht auf die Mißverständnisse, die mit unserem Namen "christlich" zusammenhängen, klar herausstellen.
Dr. *Gerathewohl*: Wir haben uns vorhin beim Grundsatzprogramm gegen jede pathetische Übersteigerung gewandt. Das Grundsatzprogramm könnte meiner Ansicht nach Pathos noch eher vertragen, als das Arbeitsprogramm. Im übrigen ist es, entschuldigen Sie, heute ein bißchen billig, wenn ich so sagen darf, diese Verbeugung zu machen. Infolgedessen bin ich dafür, daß die Formulierung "als schmachvollen Rückfall in eine überwundene Barbarei" gestrichen wird. Das kommt mir im Vergleich zu dem Stil, den Sie sonst haben, ein bißchen unsachlich vor.
Ich würde vorschlagen, die Formulierung also etwas zu kürzen. Rein redaktionell-stilistisch ist auf diesen Punkt gegenüber den anderen Punkten zuviel Gewicht gelegt. Wenn *Haußleiter* sich entschließen könnte, den Gedanken zu halten, aber die Formulierung etwas zu kürzen, so glaube ich, würde das ganze Programm gewinnen.
Sporer: Ich würde auch bitten, das Wort Antisemitismus nicht anzuführen. Wir sind nicht schuldig und haben es daher auch nicht nötig, uns zu entschuldigen. Wenn wir uns in solche Einzelheiten verlieren, kommt höchstens etwas anderes heraus. Die Judenfrage ist nun eine Frage, die noch nicht aus der Welt geschaffen ist. Ich bin kein Antisemit, war es früher auch nicht. Wenn ich aber heute an unser Bogenhausen oder andere "Ortschaften" denke, wo mehr andere da sind als die Daigen [sic!], dann können einem schon hie und da einige Gedanken kommen, die mit der größten Liebenswürdigeit nicht mehr vereinbar sind. Es können in den nächsten Jahren Zeitläufe und Forderungen an uns herantreten, wo wir dann und wann vielleicht verpflichtet sind, im Interesse der Selbsterhaltung, des Anstandes und der Achtung vor uns, gegen dieses und jenes etwa Stellung zu nehmen, selbst wenn es uns nicht angenehm ist. Ich betone das ausdrücklich. Dann müssen wir ein bißchen weiter sehen. Deshalb möchte ich dergleichen Formulierungen in dem Programm lieber nicht haben. Wenn es die Zeit bringt, werden wir für dies und das einstehen. Wir werden auch dafür einstehen, daß die Juden da bleiben. Aber wir müssen jetzt vorsichtig auf diese Sachen hinwei-

sen. Sonst klingt es nach Zeitgeschmack. Es kann eine Zeit geben, wo andere Dinge wieder Mode sind.
Dr. *Stürmann*: Ich wiederhole noch einmal meinen Antrag. Ich stelle offiziell den Antrag auf Schluß der Debatte. Eine Fortsetzung der Debatte hat keinen Wert. Wir kommen von einer prinzipiellen Frage zur anderen. Wir können alle diese Fragen jetzt nicht erledigen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Wir müssen aber vorher eine Frage klären, die Frage des Pathos. Soll die Formulierung in Ziffer 2 so bleiben, wie sie drinsteht? Diese Frage muß geklärt werden. Sonst haben wir den Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und haben nachher etwas im Programm, das uns nicht gefällt. Ich bitte daher, diese Debatte zu Ende führen zu lassen.
Ich bitte, die Worte nochmals zu lesen. Sollen sie so pathetisch stehen bleiben? Mir scheinen sie auch etwas pathetisch zu sein.
Sporer: Das kann ein Redaktionskomitee ändern. Wir müssen jetzt an den Wahlkampf denken.
Haußleiter: Die Formulierung lautet:

> Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß, und insbesondere den antisemitischen, als schmachvollen Rückfall in eine überwundene Barbarei mit Entschlossenheit ab.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das ist zu pathetisch. Man braucht bloß einige Worte zu streichen.
Staab: Ich schlage vor: Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß ab.
Haußleiter: Es würde dann heißen:

> Darum lehnen wir jede Art von Rassenhaß, und insbesondere den Antisemitismus, mit Entschlossenheit ab.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, es ganz nüchtern bei der Formulierung zu belassen:

> Deshalb lehnen wir jede Art von Rassenhaß ab.

Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Meldet sich sonst noch jemand zu den Richtlinien zum Wort?
Ott: Wie wäre es, wenn die Richtlinien noch mit dem Untertitel versehen werden könnten "30 Punkte". Die Richtlinien würden viel mehr verlangt werden, wenn es heissen würde 30 Punkte. Die Leute würden dann fragen: Was sind das für 30 Punkte?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Wir haben die Richtlinien. Der eine kann 30 Punkte sagen, der andere etwas anderes. Wir wollen nicht an den 30 Punkten festhalten. Wenn wir die Richtlinien weiterentwickeln, kommen wir vielleicht zu 31. Infolgedessen bleiben wir bei dem Titel.
Dr. *Hundhammer*: Der Gedanke wäre aber propagandistisch ganz gut.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Man kann es ohne weiteres so machen, daß man in der Propaganda von 30 Punkten spricht.

(Unruhe, Widerspruch.)

In der offiziellen Auflage bleibt es beim Titel. *Gerathewohl* müßte die Richtlinien dann bei der Verarbeitung für Reden 30 Punkte taufen. Wir wollen in der offiziellen Beschlußfassung daran festhalten, daß es die Richtlinien sind. *Hundhammer*, wenn wir

offiziell 30 Punkte beschließen und später fällt einer weg, dann haben wir das Dilemma.
Dr. *Hundhammer*: Dann machen wir einen dazu.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Infolgedessen lassen wir es bei den Richtlinien und in der propagandistischen Verbreitung heißen wir sie 30 Punkte.
Haußleiter: Diese Richtlinien sollen nicht theoretische Richtlinien sein, sondern die Jugend für die Union gewinnen und unsere Politik klarmachen. Deshalb brauchen die Richtlinien einen propagandistischen Titel. Deshalb habe ich vorgeschlagen 30 Punkte der Union. Wenn einer wegfällt, machen wir einen anderen dazu.
Ich schlage vor "30 Punkte der Union zur Tagespolitik". Dann klingt die Sache und die Leute draußen können sich an etwas halten. Das ist Propaganda. Das andere ist professoral und klingt irgendwie theoretisch.
Gerathewohl: Ich schlage vor "Die 30 Punkte für die Arbeit der Union" als Untertitel. Das verpflichtet auch nicht so sehr.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wie lautet der Antrag, *Gerathewohl*?
Dr. *Gerathewohl*: "Die 30 Punkte für die Arbeit der Union" als Unterzeile.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde es praktisch so handhaben, daß man es bei den "Richtlinien" beläßt. Dann hat man etwas Offizielles. Dann kann man in der Propaganda darunterschreiben "Die 30 Punkte".
Dr. *Arnold*: So ist es ja gemeint.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Also, es bleibt die offizielle Überschrift, darunter "Die 30 Punkte für die Arbeit der Union".
Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Dann kommen wir zur Schlußabstimmung. Wir stimmen jetzt zunächst über das Grundsatzprogramm ab. Es braucht nicht mehr verlesen zu werden. Dabei erhebt sich die Frage der Abstimmungsberechtigung. Ich glaube, bei einem Programm, wie wir es jetzt entwickelt haben, sollten wir keine Formalität wegen Stimmrecht usw. erheben. Wir sind in diesem Falle, glaube ich, als Union aufgetreten. Deswegen können meiner Ansicht nach alle, die daran mitgearbeitet haben, darüber bestimmen.
Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)
Dann lasse ich darüber abstimmen. Ich stelle den Antrag:

> Das Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union wird in der vorgelegten und heute beschlossenen Formulierung angenommen und mit sofortiger Wirkung vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der Landesversammlung in Kraft gesetzt.

Denn beschließen muß es endgültig die Landesversammlung.
Der Antrag ist bekannt. Wer enthält sich?
Wer ist dagegen?
Dr. *Horlacher* stimmt gegen das Programm. Das Programm ist gegen die Stimme Dr. *Horlacher* einstimmig angenommen.
Wir kommen zur Abstimmung über die Richtlinien bzw. die 30 Punkte. Ich stelle den Antrag:

> Die Richtlinien für die Arbeit der Christlich-Sozialen Union in der Formulierung der heute beschlossenen 30 Punkte werden vorbehaltlich der Genehmigung der Landesversammlung angenommen und in Kraft gesetzt.

Der Antrag ist bekannt. Ich lasse darüber abstimmen.
Wer enthält sich?
Dr. *Horlacher*: Ich enthalte mich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Horlacher* enthält sich.
Wer ist dagegen?
Der Antrag ist bei einer Stimmenthaltung angenommen.
Meine lieben Freunde! Ich danke allen, die an diesem Programm und an den Richtlinien mitgearbeitet haben. Ich danke den Referenten und Ihnen allen für die intensive und aktive Mitarbeit bei diesem Programm und bei den 30 Punkten. Ich hoffe, daß damit eine Grundlage für die Arbeit der Christlich-Sozialen Union gefunden ist. Ich hoffe, daß dieses Programm von der Union und von jedem einzelnen Mitglied und Anhänger der Union in die Tat umgesetzt wird.

(Lebhafter Beifall.)

Hoffen wir, daß unsere Jugend glücklich wird, glücklicher als wir heute sind. An uns ist es gelegen, meine lieben Freunde, heute dafür zu sorgen, daß die Einigung all der Menschen, die sich in der Union zusammengefunden haben, all der Männer und Frauen, unserem Volke zu Nutz sein wird. Stelle jeder seinen Eigennutz zurück und diene er durch Verwirklichung des Programms in der Union und mit der Union dem Volke in seiner Gesamtheit. Diene er der bayerischen Heimat, diene er Deutschland und diene er darüber hinaus der gesamten Menschheit.
Ich danke Ihnen. Wir fahren in unserer Tagesordnung weiter.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ziffer 2 der Tagesordnung lautet: "Durchführung der Landtagswahlen".
Ich gebe Herrn *Liedig* das Wort zur Berichterstattung über die technische Durchführung der Landtagswahlen.
Liedig: Da wir bereits wieder über 17.15 Uhr haben und eine Reihe von Herren von auswärts schon weg sind, möchte ich schnell noch einige technische Dinge von allgemeinem Interesse bekanntgeben, damit die Herren, die nachher ebenfalls weg müssen, darüber im Bilde sind.
Zunächst einmal ist für jeden Kandidaten die Möglichkeit gegeben, für die Dauer des Wahlkampfes für ein Kraftfahrzeug die Freistellung von der 80-km-Beschränkung und vom Samstag-Sonntag-Fahrverbot zu erhalten. Dazu ist lediglich erforderlich, daß der betreffende Kandidat bei der für seinen Wohnsitz zuständigen Fahrbereitschaft einen entsprechenden Antrag stellt. Er bedarf dazu des Nachweises, daß er als Kandidat nominiert ist. Nach der Besprechung, die ich mit dem Herrn Verkehrsminister, unserem Parteifreund *Helmerich*, hatte, hält er es für ausreichend, wenn der Bezirksverband, der die Wahlkreisvorschläge eingereicht hat, eine entsprechende Bestätigung ausstellt, daß die Frau soundso oder der Herr soundso als Kandidat im Wahlkreis da und da aufgestellt worden ist. Die Fahrbereitschaften haben eine entsprechende Anweisung erhalten. Sollten sich da und dort Schwierigkeiten ergeben, so bitte ich sofort um telegraphische oder fernmündliche Mitteilung, um hier bei dem Nahbevollmächtigten die Sache sofort regeln zu können. Es braucht sich nicht um ein Fahrzeug zu handeln, das dem betreffenden Kandidaten als Eigentümer gehört, sondern der Kandidat kann jedes andere Fahrzeug eines Parteifreundes nominieren. Er kann sich diese Genehmigungen auch fallweise, heute für dieses und morgen für jenes Fahrzeug, geben lassen. Darüber hinaus sind für die Parteiarbeit für die Dauer des Wahlkampfes für jeden Bezirksverband Genehmigungen für drei Fahrzeuge zugestanden

worden. Die Bezirke sind schon, teils telegraphisch, teils telephonisch, aufgefordert worden, Fahrzeuge zu benennen. Nach dem augenblicklichen Stand der Regelung sollte es so sein, daß diese drei Fahrzeuge für fest genannt werden. Wir haben im Arbeitsausschuß der politischen Parteien in Bayern beim Referenten die Vorstellung erhoben, daß das unzweckmäßig sei, und gebeten, daß man auch in diesem Falle fallweise die Genehmigungen erteilen möge. Es ist uns eingewandt worden: Ja, da könnten dann doch eine Reihe von Durchstechereien und Schiebungen erfolgen. Es wird augenblicklich noch an einer Lösung gearbeitet, um dieses Problem zu regeln. Wir hoffen, die Regelung durchsetzen zu können, daß jeder Bezirksverband drei Blankoanweisungen für ein Fahrzeug bekommt und daß diese mit einem entsprechenden Begleitschreiben von Fahrzeug zu Fahrzeug wechseln können, so daß in jedem Bezirk drei Fahrzeuge eingesetzt werden können.
Die Treibstoffzuteilung ist grundsätzlich durch ein Eingreifen der Militärregierung geregelt worden. Die praktischen Aussichten kann ich im Augenblick noch nicht formulieren. Ich hoffe aber, in der Lage zu sein, spätestens am Samstag den Bezirken eine erste Benzinrate zur Verfügung stellen zu können.
Die Militärregierung hat eine Ausdehnung der Genehmigungen für Plakat- und Flugzettelwerbung erteilt, und zwar in zwei Richtungen. Zunächst einmal dürfen die von uns vorgeschlagenen Flugzettel "Köpfe der Union" verbreitet werden. Ich bitte die Herren Bezirksvorsitzenden also, diejenigen Kandidaten und Kandidatinnen zur Landtagswahl, die auf diese Form der Werbung Wert legen und die die erforderlichen Unterlagen noch nicht zur Verfügung gestellt haben, zu veranlassen, schnellstens ein Lichtbild und einen für propagandistische Zwecke auswertbaren und [zu] formulierenden Lebenslauf zur Verfügung zu stellen. Wenn wir nicht bis spätestens Freitag nächster Woche im Besitz dieser Unterlagen sind, ist es technisch unmöglich, diese Plakatköpfe der Union noch zuverlässig zu liefern.
Eine weitere technische Sache ist die Redneranforderung. Wir haben bereits im August das erste Rundschreiben in dieser Angelegenheit hinausgegeben und seitdem mehrere, praktisch ohne durchschlagenden Erfolg. Die Kraftfahrzeug- und Benzinlage macht es erforderlich, daß bei diesem Wahlkampf eine fachliche Gruppierung des Rednereinsatzes erfolgt, soweit es sich um Redner handelt, die von außen her angefordert werden. Wir bitten deshalb nochmals, diese Anforderungen an den Bezirksverband zu geben und nachrichtlich an die Landesgeschäftsstelle, soweit es sich um Redner handelt, die durch die Landesgeschäftsstelle vermittelt werden sollen, damit es möglich ist, die Gruppierungen vorzunehmen, daß also beispielsweise etwa der Herr Präsident Dr. *Horlacher* an drei, vier Tagen zusammenhängend das ganze Gebiet der Oberpfalz bereist und nicht am Dienstag in der Oberpfalz, am Mittwoch in Schwaben und am Donnerstag wieder in der Oberpfalz und am Freitag in Mittelfranken reden soll. Das Ziel ist, daß praktisch gruppiert werden kann.
Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß wir, durch die Benzin- und Reifenlage gezwungen, solche Gruppierungen vornehmen müssen. Sonst blockieren wir den Rednereinsatz. Außerdem werden dadurch viele unnötige Blitzgespräche und Telegramme vermieden. Bei dem Wahlgang vom 30. Juni haben wir in den letzten zehn Tagen fast 2000 Mark Postgebühren gehabt für solche Umgruppierungen von Rednern, wo es nicht mehr klappte, weil die Anforderungen nicht rechtzeitig gestellt worden waren. Wir können uns diesen Luxus diesmal keinesfalls leisten.
Bei Redneranforderungen noch eine technische Bitte. Die Anforderung "Wir brauchen einen Flüchtlingsredner" ist unvollständig. Wenn möglich, bitte ich doch anzuge-

ben: Ein Flüchtlingsredner, möglichst Sudetendeutscher oder möglichst Schlesier oder aus dieser oder jener Fachgruppe usw., damit wir in der Lage sind, auf die örtlichen Verhältnisse der Flüchtlingsstreuung Rücksicht zu nehmen. Es ist sicherlich wirksamer, wenn vor den Sudetendeutschen ein Sudetendeutscher spricht und nicht ein Schlesier und umgekehrt.
Dann bitte ich nochmals, daß uns von den gegnerischen Plakaten, Flugzetteln usw. schnellstens Belegexemplare zugeleitet werden, damit wir in der Lage sind, entsprechende Gegenplakate und Texte, zumindest für Redner, schleunigst zur Verfügung zu stellen. Ebenso bitten wir, daß uns wichtige gegnerische Versammlungen, bei denen prominente Redner - etwa bei der SPD in Franken Herr *Schumacher* - usw. angekündigt werden, schnellstens mitgeteilt werden, damit wir ebenfalls in der Lage sind, einen guten Diskussionsredner zu solchen Veranstaltungen zu entsenden.
Wir bitten, uns, wenn möglich, die Texte der örtlichen Plakat- und Flugblattwerbung rechtzeitig zuzuleiten, bevor sie in Druck gegeben werden sollen. Die politische Abteilung der Militärregierung von Bayern hat ein Interesse daran, im vorhinein zu wissen, wie und wo unser Wahlkampf praktisch massiert wird. Es erleichtert uns das Verhandeln mit dieser Stelle für Sondergenehmigungen dieser oder jener Art. Wir haben hier hinten an der Wand ein allgemeines Versammlungseinladungsplakat. Ein ähnliches ist noch in Arbeit. Dieses ist vom ICD für ganz Bayern genehmigt. Wir können also mit diesem Plakat und einem ähnlichen Entwurf in Zukunft auch in den kleinsten Ortsversammlungen Ort, Zeit, Thema und Redner einsetzen, ohne daß etwa von Wegscheid jemand nach Regensburg zum ICD fahren muß, um es dort genehmigen zu lassen. Das ist eine wesentliche Erleichterung gegenüber den derzeitigen Anordnungen der Militärregierung.
Und noch ein letztes, das Thema Papier: Alle fünf Parteien haben den Antrag gestellt, daß das Dezember-Papierkontingent in den Wahlkampf hineingearbeitet wird. Die Militärregierung hat sich damit einverstanden erklärt. Es wird aber wahrscheinlich auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, da die Landesstelle Papier nicht in der Lage ist, uns diese Papiermenge rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Wir haben nun aus Mitteilungen aus dem Lande erfahren, daß da und dort Druckereien noch in der Lage sind, Aufträge örtlicher Organisationen der Partei entgegenzunehmen und mit vorhandenem oder greifbar zu machendem Papier zu drucken. Dann ist es aber erforderlich, daß wir von draußen rechtzeitig die formularmäßige Anforderung dieser Druckerei bekommen, um ihr die entsprechenden Kontingentsscheine zuleiten zu können. Wir müssen aber - und das ist eine Bitte, um deren sorgfältige Beachtung ich Sie bitte - darauf drängen, daß nichts gedruckt wird, bevor der Kontingentsschein von uns zugegangen oder zum mindesten fernmündlich oder telegraphisch zugesagt ist. Denn mit Ablauf des Jahres 1946 tritt voraussichtlich eine grundsätzliche Änderung in der Papierbewirtschaftung für die politischen Parteien ein, und es kann sein, daß wir jetzt vorzeitig ausdrucken und mit dem Dezemberkontingent nicht zurechtkommen und bei den neuen Regelungen für das Jahr 1947 bereits mit einem Minus in die Verhandlungen gehen und dadurch einen sehr schlechten Start haben. Ich bitte also, über solche Papiermöglichkeiten draußen erst zu verfügen, wenn Sie die Zusage von uns haben, daß der Kontingentsschein von uns dafür zur Verfügung steht.
Soviel zu den technischen Dingen des Wahlkampfes.
Schwägerl: Ich bitte, bei den Benzinzuteilungen auf die Größe des Gebietes Rücksicht zu nehmen. Es muß vermieden werden, daß ein kleiner Landkreis genauso viel Benzin bekommt wie ein großer.

Liedig: Ein sehr wichtiger Punkt ist gestern während meiner Anwesenheit bei der Militärregierung behandelt und geklärt worden. Das ist die Frage, die gestern schon in Regensburg wegen der Genehmigung politischer Wahlversammlungen gestellt wurde. Grundsätzlich sind wir von der Genehmigung von Wahlversammlungen durch die örtliche Militärregierung befreit. Sie müssen nur 48 Stunden vorher angemeldet werden, einer Genehmigung bedarf es nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Dann können wir vielleicht kurz über den Wahlkampf als solchen debattieren.
Dr. *Schedl*: Ich wollte abschließend zu den Wahlvorbereitungen fragen, ob ein Vertrauensmann für den Landeswahlvorschlag bereits bekannt ist. Er und ein Stellvertreter müssen auf dem Wahlvorschlag der Wahlkreise wegen der Restsitzverteilung aufgeführt werden.
Liedig: Das ist noch nicht bekannt.
Dr. *Schedl*: Zur Restsitzverteilung muß ein Landeswahlausschuß gebildet werden. Dazu ist notwendig, daß die Parteien die Leute hineinentsenden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind bisher noch nicht dazu aufgefordert worden. Wenn aufgefordert wird, werden wir einen der Parteifreunde benennen. Es wird natürlich im Augenblick noch schwierig sein zu bestimmen, wer es sein wird.
Sauer: Im Gesetz- und Verordnungsblatt steht der Termin.
Fischer: Letzte Frist ist Sonntag abend 20 Uhr.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, daß wir zwei Münchner dafür bestellen. Das letzte Mal war es *Pflaum*. Wer war noch mitbestellt? - *Holzmann* war noch bestellt. Ich glaube aber, er ist abgelehnt worden.
Liedig: Nein, er hat selbst abgelehnt. Es darf kein Kandidat sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wen sollen wir in München bestellen? Am besten bestellt ihn München. Darf ich vorschlagen: *Pflaum* und *Grasmann*.

(Zuruf: *Gerathewohl*!)

Dann darf ich vielleicht *Pflaum* und *Grasmann* benennen?

(Zuruf: *Haunhorst*!)

Pflaum, geben Sie vielleicht Ihre genaue Anschrift bekannt.
(*Pflaum* gibt seine Personalien an.)
Es ist *Haunhorst* vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden, wenn *Haunhorst* als zweiter bestellt wird?
(Kein Widerspruch. *Haunhorst* gibt seine Personalien an.)
Fischer: Der Betreffende muß wahlberechtigt sein. Das Kennwort ist noch wichtig. Es muß auf allen Wahlvorschlägen gleich sein:
Christlich-Soziale Union in Bayern, Liste Nr. 1.

(Zuruf: Wann ist die Wahl?)

Liedig: Die Neue Zeitung hat 8. Dezember gebracht. Wir haben bei der Militärregierung zurückgefragt. Diese hat erklärt, es sei beim 1. Dezember geblieben. Die Bayerische Regierung hat anscheinend den 1. bestimmt.
Staatssekretär *Ehard*: Ich weiß nichts anderes als 1. Dezember.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Debatte darüber ist beendet. Ich würde jetzt vorschlagen, daß Dr. *Gerathewohl* zur allgemeinen Propaganda spricht und dabei gleichzeitig die anderen Parteien mitbehandelt.

Dr. *Gerathewohl*: Zunächst einmal einige Äußerlichkeiten für die Wahlpropaganda, die jetzt draußen von den Bezirks- und Kreisverbänden selbst ausgeht. Ich halte es für sehr wichtig, wenn überall den Wählern eingeprägt wird: Liste 1. Das hat das letze Mal etwas versagt. Man muß an die vielen alten Leute denken. Wir müssen als Liste 1 überall plakatieren. Vielleicht läßt sich für diese Plakate noch ein Aufdruck machen, wenigstens für die letzten acht Tage. Das ganze Volk muß wissen: Union ist Liste 1.
Dann darf ich noch darauf hinweisen, daß sich in vielen Gegenden der Lautsprecherwagen sehr bewährt hat, auch das letze Mal wieder. Soweit Sie irgendwie können, meine Parteifreunde, versuchen Sie, auf einen gewöhnlichen Wagen einen Lautsprecher zu montieren, um damit vor allem das platte Land zu besuchen. Es genügt unter Umständen, wenn am Abend die Bauern für zehn Minuten auf dem Dorfplatz zusammenkommen und ein Wort gesagt wird. Besonders erfolgreich ist so ein Wagen vor den Wahlen. Ich stehe auf dem Standpunkt, es ist besser, wenn diese Worte wirklich eindringlich und wirksam gesprochen werden, als wenn man bloß eine Versammlung einberuft, die vielleicht weniger günstig verläuft oder einen weniger guten Erfolg hat. Überhaupt bitte ich immer zu überlegen: Lieber keine Versammlung als eine Versammlung, über deren Erfolg man sich nicht von vornherein, was den Redner anbetrifft, einigermaßen klar ist.
Dann möchte ich dringend empfehlen, daß alle Vorsitzenden, die eine Versammlung leiten, nicht vergessen, die Redezeit für die Diskussionsredner grundsätzlich zu beschränken. Es ist nämlich schon vorgekommen, daß aus einer Unionsversammlung eine SPD-Versammlung gemacht wurde, wenn die Redezeit unbeschränkt war. Man darf nicht vergessen, daß nach dem demokratischen Prinzip der Diskussionsredner zwei Stunden sprechen kann, wenn die Redezeit nicht beschränkt ist. Ich würde vorschlagen, daß man das der Versammlung überläßt mit der Wendung: Ich schlage vor, daß man die Redezeit beschränkt. Aber dieser Satz muß gesprochen werden.
Wenn sogenannte prominente Redner kommen, so bin ich dafür, daß man die Veranstaltung als Kundgebung aufzieht und bei derartigen Kundgebungen unter Umständen, wie es durchaus üblich ist, eine Diskussion überhaupt nicht stattfinden läßt. Besonders wenn in den letzten 14 Tagen die Redner, die von München irgendwohin kommen, am selben Abend noch woanders sprechen sollen, kann niemand verlangen, daß sich der betreffende Freund irgend etwas von der anderen Seite anhört. Man kann es unter Umständen so machen, daß man diejenigen, die etwa zur Diskussion sprechen wollten, auf eine Versammlung in den nächsten acht Tagen hinweist und sagt: Sie haben dann auch Gelegenheit sich zu äußern, aber der Präsident Dr. *Horlacher* hat jetzt nicht mehr Zeit, länger in der Versammlung zu sein und Ihnen darauf noch Antwort zu geben. Es hat sich als notwendig erwiesen, darauf hinzuweisen, weil es gerne übersehen wird.
Dann bitte ich besonders zu bedenken, daß es unter Umständen mindestens so wirksam, wenn nicht wirksamer ist, wenn man in gegnerischen Versammlungen geeignete Diskussionsredner auftreten läßt. Die Schulung der Diskussionsredner ist außerordentlich wichtig. Wir haben schon in den verschiedensten Bezirken Rednerkurse abgehalten und auch Richtlinien dafür aufgestellt. Ich glaube, es wird unter Umständen genügen, wenn Parteifreunde sich ein paar Stunden zusammensetzen und überlegen, was für ein Aktionsprogramm von den anderen Parteien vorliegt, und wenn sie ausmachen: Du gehst dahin und dorthin und hast das und das zu sagen. Besonders dem weniger geübten Redner muß man das sagen. Das gilt vor allem für unsere Jugend,

die sich jetzt, wie ich mit Freude feststelle, auch rednerisch im Wahlkampf betätigt. Aber es besteht die Gefahr, daß sie sich leicht einmal überschlägt.
Dann möchte ich besonders warnen, was das Verhältnis zu anderen Parteien angeht. Ich bin der Ansicht, daß der grundsätzliche Kampf gegen die anderen Parteien eigentlich von der Landesversammlung oder nach den Grundsätzen der Partei zu regeln ist. Die Verhältnisse liegen bei den Parteien ganz verschieden. Ich bitte, auch das zu beachten. Es gibt Gegenden, wo das Verhältnis zur SPD z.B. im allgemeinen günstiger ist als in anderen Gegenden. Grundsätzlich geht mein Vorschlag dahin, daß wir uns ans Positive halten, wenn wir uns z.B. zur Sozialdemokratie abgrenzen - und das müssen wir. Es darf nicht so gesprochen werden, daß man am Schluß nicht weiß, ob der Redner ein SPD-Redner oder einer von uns war. Aber wir brauchen deshalb nicht zu stark zu polemisieren. Wir können z.B. sagen, um ein Beispiel anzuführen: Wir sind dafür, daß der Staat auf christlicher Grundlage aufgebaut wird. Wir wissen, daß es andere Parteien auch gibt. Aber es ist etwas anderes, ob ich, wie die SPD, sage: "Religion ist Privatsache" oder wie die CSU "Die Religion oder das Christentum ist eine Grundlage des Staates". Diese Art, positiv aufzubauen, halte ich gerade gegenüber der Sozialdemokratie für sehr wichtig. Zweifellos kommen wir auf diese Weise weiter.
Der Kampf muß sehr scharf gegen die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung geführt werden. Da stehen wir mit der Sozialdemokratie gleich. Ich habe das Gefühl, daß nach den Vorkommnissen der letzten Wochen die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung doch erheblich an Ansehen im Volke verloren hat. Ich habe diese Feststellung wiederholt getroffen. Das Absplittern der drei oder vier Abgeordneten ist nicht ohne Wirkung geblieben.
Trotzdem ist Herr *Loritz* außerordentlich aktiv. Ich möchte übrigens bei der Gelegenheit den Herrn Landesvorsitzenden dringend bitten, möglichst schon die nächste Rundfunkansprache selber zu halten und nicht zu übersehen, daß *Loritz* bereits das zweite Mal im Rundfunk gesprochen hat, und zwar sehr wirksam. Ich bitte auch den Herrn Landesvorsitzenden, dafür zu sorgen, daß die anderen Damen und Herren, die sprechen, jeweils auf unser Programm hinweisen. Immer wieder hören wir draußen: Die Union hat kein Programm. Es muß mit allen Mitteln, durch die Tagespresse, aber auch durch den Rundfunk bei jeder Rede, gesagt werden: Die Union hat ihr Programm; das sind die wichtigsten Sätze! Ich bin sehr dafür, daß die Rundfunkansprachen besonders gepflegt werden als außerordentlich wichtige Propaganda, da ein ganz geringer Prozentsatz in die Versammlungen geht und ein viel größerer Prozentsatz die Rundfunkansprache hört. Ich möchte dann noch die Versammlung fragen, ob es recht ist, wenn wir jetzt aus diesen beiden Programmen, aus dem Grundsatzprogramm und aus den Richtlinien heraus, für die jetzige Propaganda ad hoc eine Art Exzerpt herausarbeiten, das zum Teil für Plakate oder Flugzettel in Frage kommt. Wenn man sich damit einverstanden erklärt, wäre ich bereit, dem Landesvorsitzenden bis Montag einen derartigen Vorschlag zu unterbreiten. Dabei glaube ich, daß nicht allgemeine Begriffe wie Christentum oder Bekenntnisschule herausgegriffen werden sollen, sondern aktuelle Fragen, was wir im *Haußleiter*-Programm zu den aktuellen Fragen zu sagen haben. Es geht bei der ganzen Wahlpropaganda nicht so sehr darum, das eigentlich Grundsätzliche zu betonen - das haben wir bei den drei vorhergehenden Wahlgängen schon getan. Man weiß: Christliche Partei, Bekenntnisschule -, sondern daß wir mehr die Probleme herausstellen, die auf den Fingern brennen, die für die Arbeit des künftigen Landtags wichtig sind, wobei wir die Gefahr der Sozialdemokratie und die Gefahr des Marxismus durchaus unterstreichen müssen, die Gefahr der

Vermassung der Menschen. Ich werde mir erlauben, in ein paar Schlagworten das herauszuarbeiten, was für das kurze Programm in Frage kommt. Ich bitte, etwaige Anregungen für den Redner-Dienst der nächsten 14 Tage bis drei Wochen zu geben.
Sporer: Ich habe verschiedene Wahlversammlungen mitgemacht. Eines ist mir immer aufgefallen: Wir haben nie vom Gegner gesprochen. Gewiß, wir wollen nicht die falsche Kampfesweise machen. Es geht nicht an, daß der Redner sagt, die Hauptsache ist, daß Sie wählen; was Sie wählen, ist nicht wichtig. Schließlich hat er für unsere Partei zu sprechen, muß die Vorzüge unserer Partei herausstreichen, nicht vor lauter Liebenswürdigkeit das vergessen. Die anderen sind weniger friedfertig. Es gehört schon recht viel gute Meinung für uns her. Wir müssen einen gewissen Gegensatz in Kauf nehmen, die anderen machen ihn auch. Drum sind wir gezwungen, Stellung zu nehmen. Wenn unser Herr Landesvorsitzender am Rundfunk spricht, würde ich bitten, daß er das Wort "Bayern" nicht ganz vergißt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich hätte es an und für sich nicht getan. Ich stelle mir vor, daß ich erst am letzten Dienstag vor der Wahl spreche.

(Zuruf: Zweimal!)

Zweimal nicht. Wir haben so viele Leute in der Union, daß ich das nicht so machen kann wie der Herr *Loritz*, der dort allein redet und andere niederhält. Bei uns muß jeder zu Worte kommen können, auch eine Frau. Wir müssen überlegen, wer dann noch, ein Junger vielleicht. Dann denke ich, daß ich am letzten Dienstag vor der Wahl noch zusammenfasse. Es kann sein, daß soviel Aktuelles da ist, wo man hineinschlagen und hineinhauen muß. Dieser Wahlkampf muß sehr scharf geführt werden. Wir weichen der Schärfe nicht mehr aus, nach keiner Seite.
Wir wollen uns darüber klar sein, am schärfsten werden wir uns auseinandersetzen mit der Wiederaufbaupartei. Denn dort liegt die Gefahr, daß alle Negativen auf der Grundlage des Negativismus gesammelt werden. Dagegen müssen wir mit allen Mitteln angehen. Ich habe eine Pressekonferenz gehalten, die die letzte defensive war; sie war aber bereits offensiv. Ich habe das Protokoll bekanntgegeben über den Ausschluß von *Loritz* aus der früheren Wirtschaftspartei. In Wirklichkeit steht fest, daß er aus ganz anderen Gründen herausgegangen ist. Ich versuche mit allen Mitteln noch den Termin in den beiden Sachen zu bekommen, die ich mit ihm hängen habe.
Daß er aus der Anwaltschaft ausgeschieden ist, ich kann ruhig unter Freunden sagen: Ich habe den Artikel nicht gekannt; ich wäre sonst nicht gleich auf diese persönliche Ebene gegangen. Ich übernehme die Verantwortung und Deckung für den Mann, der den Artikel geschrieben hat. - In dem Termin werde ich den Wahrheitsbeweis dafür antreten, daß er aus der Anwaltskammer ausgeschieden bzw. ausgeschieden worden ist. Es steht fest, daß von der Anwaltskammer zwei Urteile gegen ihn erlassen worden sind, das kommt irgendwie in die Versammlungen hinein. Den Termin möchte ich unbedingt vorher haben. Ich glaube, die Akten stehen jetzt zur Verfügung. Wenn die Akten da sind, dann gelingt, nach dem, was ich weiß, der Wahrheitsbeweis.
Ich möchte dabei gerne auch eine Feststellung haben, die ich getroffen habe, als ich einen kurzen Auszug aus einem Gestapoprotokoll bekommen habe, das in Verbindung mit der *Harnier*-Gruppe aufgestellt ist. Den Auszug kenne ich. In dem Auszug ist auch festgehalten, daß damals zum mindesten erwogen wurde, *Loritz* auf den Geisteszustand zu untersuchen. Ich habe diesen Auszug bereits der Presse bekanntgegeben. Wir müssen gegen *Loritz* aufs Ganze gehen. Wenns dabei Fetzen gibt, dann gibts eben Fetzen. Ich bitte nur um eines: Bleiben wir da geschlossen, auch jetzt! Das gilt für

Müller, gilt für *Pfeiffer*, *Horlacher*, für jeden, der während des Wahlkampfes attackiert wird. Geschlossenheit! Nicht, daß sich *Loritz* berufen kann, daß er aus der Union aufgefordert wurde, gegen mich vorzugehen - sind diese Dissonanzen da, dann können sie noch ausgetragen werden, aber nicht in diesem Zeitpunkt. Da muß die Geschlossenheit nach außen deutlich zum Ausdruck kommen. Das zum Thema *Loritz*.
Die kleineren Parteien: Die Demokraten werden nach meinem Empfinden mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg arbeiten, vor allem in Franken, und zwar aufgrund der Stellungnahme *Dehlers* in der Frage der Haltung zu Deutschland. Lieber *Sporer*, ich werde bestimmt, so wie ich es getan haben, wie es nicht nur Taktik, sondern meine Auffassung ist, gleichzeitig für Bayern und für Deutschland dastehen. In Franken geht der Kampf um Deutschland in allen Parteien viel stärker, als er hier im Gange ist. Darauf ist Rücksicht zu nehmen. Ich bitte infolgedessen auch die Redner, die hier auftreten, dabei nach Franken zu schauen. Reden Sie ruhig für Bayern, so stark und kräftig Sie wollen, aber vergessen Sie dabei nicht zu betonen, daß der gute Bayer auch ein guter Deutscher ist!

(Zuruf *Sporer*: Das wissen wir schon!)

Aber *Sporer*, auch das muß betont werden nach außen. Es würde sonst nicht nur in Franken uns zu schaffen machen; auch die Flüchtlinge wollen dieses Wort hören,

(Sehr richtig!)

eindeutig hören!
Meine lieben Freunde! Die Frage der Sozialdemokratie: Es gibt bei uns Freunde, die *Hoegner* für die aktive Arbeit loben, die er beim Aufbau der Verfassung geleistet hat. Es muß das auch anerkannt werden. Wir haben, ich glaube, man kann es ruhig meinen, eine gute Fassung der Verfassung in der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie erreicht. Trotzdem wollen wir nicht verkennen: Die Sozialdemokratie ist und bleibt unser Konkurrent, und die Personalpolitik der Sozialdemokratie belastet die Zusammenarbeit sehr stark.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, wir sollten das ruhig anklingen lassen, daß solche Vorbelastungen für die Zusammenarbeit in der Zukunft gefährdend sein können. Es hat keinen Sinn, immer nur Freundschaftsbeteuerungen zu machen. Ich vermisse Freundschaftsbeteuerungen von der gleichen Wärme für die Union, wie sie bei uns manchmal für die Sozialdemokratie gefunden worden sind. Sie werden kaum namhafte Vertreter der Sozialdemokratie in der Vergangenheit gehört haben, die so oft die Zusammenarbeit mit der Union betont haben, wie das von unserer Seite doch vielfach geschehen ist. *Hoegner* hat es in der letzten Zeit getan. Er hat bekanntlich *Schlögl* auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Ingolstadt besonders gelobt und ausgezeichnet. Wir wollen das ruhig anerkennen. Auf der anderen Seite sind wir uns darüber klar: unser Volk und unsere Jugend erwartet von uns eine klare Linie.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Vor allem die Jugend erwartet, daß keine Verwaschenheit in den Linien eintritt. Das könnte sehr störend und sehr gefährdend für die Arbeit in der Union werden.
Ich bitte infolgedessen, wenn die Frage der Koalition aufgeworfen wird, zu berücksichtigen, daß die Entscheidung darüber, ob eine Koalitionsregierung gebildet wird, oder ob in dem Falle, in dem die Majorität der Union verbleibt, was wir hoffen - und

wir dürfen es auch glauben -, dann eine reine Regierung der Union gebildet wird. Die Entscheidung darüber trifft kein einzelner, sei es, wer es wolle, der Landesvorsitzende hat dazu kein Recht. Das erkläre ich hier ruhig: Die Entscheidung treffen die zuständigen Gremien der Union in ihrem Zusammenwirken. Der Landesausschuß wird dazu Stellung nehmen und wahrscheinlich wird, da es sich um eine weittragende Entscheidung handelt, die Landesversammlung sogar mitentscheiden. Sie werden zum entsprechenden Zeitpunkt einberufen werden. Vorankündigungen, Versprechungen in diesem Sinne könnten auch dort störend empfunden werden. Wir wollen daran festhalten, daß die Beruhigung des Volkes in der Zusammenarbeit der Parteien, vor allem der beiden großen und starken Parteien, unser Ziel sein muß. Wir wollen daran festhalten, daß wir auf bestimmten Gebieten zweifellos zusammenhalten müssen, um den Aufbau durchführen zu können. Wir wollen aber auch, daß nicht dann irgendwelche entscheidende Fragen im Rahmen dieser Auseinandersetzungen zielmäßig erledigt werden.

Meine lieben Freunde! Manchmal wurde die Frage der Entnazifizierung - ich habe das schon früher gesagt - ein Spielball zwischen den Parteien, auch zwischen der Sozialdemokratie und uns. Das kann und darf nicht sein bei verantwortungsvollen Männern. Ich glaube, wir dürfen am ehesten in dem Falle davon ausgehen, was ich vorhin schon gesagt habe: Die Entscheidung wird erst von den zuständigen Gremien getroffen werden.

Wir wollen zusammenarbeiten, wir wollen dabei aber auch berücksichtigen, daß dann im Augenblick der Entscheidung die Situation geprüft werden muß. Stellen Sie sich nur vor, es könnte sich meinetwegen Herr *Loritz* durchsetzen und die 10% erhalten, während sich die Demokraten vielleicht nicht durchsetzen können. Was wäre das Ergebnis? Der Mann der Negation würde dann der einzige Nutznießer der Oppositionspolitik sein können, wenn eine Koalition zwischen Sozialdemokratie und Union wäre. Ich glaube, daß das nicht im Interesse einer ruhigen Entwicklung des Staates liegt. Man könnte nicht einen Mann, der alle Negativen sammelt, dann in den Zustand versetzen, der einzige Opponent zu sein. Denn der Opponent ist immer in der heutigen Zeit, in der die schwere Verantwortung getragen werden muß von dem, der die Regierungspolitik zu führen hat, Nutznießer. Ich glaube, auf das kann man ruhig hinweisen, daß alle diese Fragen dann im einzelnen geprüft und klar und ruhig entschieden werden müssen.

Man kann vielleicht auch noch andeuten für den Fall, daß die Entscheidung dann so fallen würde, daß eine reine Verantwortungsübernahme durch die Union in Betracht käme, daß dann bestimmte Aufgabengebiete im Interesse des Volkes aus dem Parteienzank draußen bleiben müssen. Aus dem Parteienzank muß ausscheiden das Problem des Aufbaues bzw. Wiederaufbaues. Da muß Vorsorge dafür geschaffen werden, daß die Konkurrenz nicht den Aufbau stört. Aus dem Parteienzank muß weiter draussen bleiben das Problem der Behandlung der Flüchtlinge. Denn das ist eine Sorge des gesamten Volkes, der alten und neuen Bürger und muß eine Sorge aller Verantwortungsbewußten in allen Parteien sein. Aus dem Parteienzank muß draußen bleiben die Frage der Befreiung unseres Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus. Auch diese Frage darf nicht einseitig parteimäßig gelöst werden, wenn nicht die künftige Entwicklung gestört werden soll. Das kann man ruhig andeuten. Ich werde es auch durch Professor *Gerathewohl* in den Richtlinien bekanntgeben lassen.

Sonst bitte ich: Legen Sie die Union nicht in einzelnen Reden fest! Ich bitte Sie auch um eines: Reden Sie nicht in auffallender Weise und nicht, wenn es nicht unbedingt

notwendig ist, über das Problem der Außenpolitik. Vergessen wir nicht, wir haben noch nicht einmal einen eigentlichen Waffenstillstand! Wir haben nur den tatsächlichen Waffenstillstand, aber keinen rechtlichen Waffenstillstand. Wir haben bestimmt noch nicht einmal den Frieden. Unterlassen Sie es, irgendeine der Besatzungsmächte anzugreifen, auch nur in Andeutungen! Es könnte das für die künftigen Verhandlungen nur störend wirken. Denn wir alle hoffen ja, daß sobald wie möglich dann die Verhandlungen für den eigentlichen Frieden begonnen werden. Wollen wir darum nicht die Verhandlungen vorbelasten, wollen wir nicht etwa einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir den Frieden wollen und nicht den Krieg! Den Krieg können nur Verzweifelnde wünschen, die irgendwie ein Ventil suchen aus den Zuständen, an denen sie vielleicht zum Teil, wenn wir an frühere Pgs. denken, selbst mitschuldig sind. Gerade von dort wird in der Flüsterpropaganda hier oft störend gewirkt. Wir selbst wollen und dürfen dabei nicht mitmachen.
Das darf und wird uns aber nicht hindern - sie haben meine Andeutung vorhin sicher verstanden -, die Kommunisten anzugreifen. Wir bekämpfen als Christlich-Soziale Union den Kollektivismus in jeder Erscheinung, gleichgültig welches Vorzeichen er hat. Der Kampf gegen die Kommunistische Partei ist eine Selbstverständlichkeit. Aber bitte, bringen Sie in diesen Kampf nicht etwa das außenpolitische Problem mit herein!
Meine lieben Freunde! Ich glaube, damit bestimmte Richtlinien aufgezeigt zu haben. Ich würde Sie bitten, daß Sie mir mithelfen, die Arbeit hier durchzustehen, daß alle mithelfen. Ich hoffe, daß uns dann die Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien die Früchte bringen, die wir aufgrund des beschlossenen Inhalts unseres Programms haben, von dem wir heute reden können, daß wir vor allem dann den Erfolg haben, aufgrund der Stärke, die unserer Idee innewohnt. Wünscht jemand das Wort dazu?

(Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Nur ganz kurz: Es ist selbstverständlich, daß Fragen einer künftigen Politik wie der Koalitionspolitik von den Rednern der Union erörtert werden können. Es ist auch selbstverständlich, daß in den Richtlinien des Parteivorsitzenden auf diese Frage nicht eingegangen wird. Denn das ist eine Frage der Zukunft und eine Frage des Wahlergebnisses, ist eine Frage der künftigen Stellung der CSU; wenn sie dann zusammenkommen wird, wird die Lage zu prüfen und werden die Verhältnisse festzustellen sein. Ich würde bitten, daß hier keinerlei Festlegungen nach irgendeiner Richtung hin getroffen werden. Unsere Aufgabe muß es sein, unser Programm zu entwikkeln und die verfassungsmäßigen Bestimmungen herauszuarbeiten. Denn das Volk hat wenig Ahnung von dem Inhalt einer Verfassung. Das muß dem Volk als die Grundlage des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens nahegebracht werden. Da haben unsere Redner soviel zu tun, daß für den übrigen Kram, wie Außenpolitik und Koalitionspolitik, überhaupt nichts mehr übrig bleibt. Denn da müßte man stundenlang reden.
Zur Außenpolitik möchte ich den Herren folgendes sagen aufgrund meiner Aussprachen an verschiedenen anderen Stellen, von denen ich nie Gebrauch mache, wo ich bloß immer das Resümee mitteile, wenn es notwendig ist, daß es unsere Aufgabe unter keinen Umständen sein kann - nicht die Aufgabe der Parteiführung, nicht die Aufgabe des einzelnen Abgeordneten, des einzelnen Kandidaten -, in Außenpolitik zu machen. Unsere Aufgabe kann es nur sein, das, was ausländische Staatsmänner sagen

und was für uns günstig ist, was wir günstig verwerten können, in den Versammlungen zu verwerten. Denn da kommt es darauf an, daß wir uns auch eine gewisse Stimmung im Volke erhalten und die Trostlosigkeit bekämpfen. Aber die Formen der Außenpolitik, wie sich die gestalten, darüber zu sprechen ist nicht unsere Sache; die Außenpolitik ist Sache der Siegermächte. Daran müssen wir uns endlich einmal gewöhnen. Jedes Störungsfeuer wirkt nicht zugunsten, sondern zuungunsten unseres Volkes. Deswegen bitte ich, das heiße Feuer der Außenpolitik nicht anzurühren, vor allen Dingen die Ostfragen sehr vorsichtig zu behandeln. Es würde genügen, wenn wir sagen: Wir sehnen uns, daß die deutsche Einheit aus Ost, Süd und West wieder hergestellt wird; wir sollten uns auf Einzeläußerungen nicht einlassen. Ich möchte besonders wünschen, daß nicht negativ gearbeitet wird, daß sich unsere Wähler nicht darauf berufen, daß wir andere Parteien angegriffen haben. Die positive Herausarbeitung unserer eigenen Ziele ist das Vornehme, weil soundso viele schwankende Elemente da sind, auch aus Kreisen, die sonst anderen Parteien angehören. Das wären meine kurzen Worte. Ich würde bitten, daß wir uns nicht mit Dingen vorbelasten, die vermieden werden können.

Euerl: Ich möchte fragen, bis wann wir einen Abdruck der Verfassung und des Programms in die Hand bekommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Verfassung ist im Druck. Das Programm wird in den allernächsten Tagen in Druck gegeben werden. Dazu kommen die Ausführungen, die *Gerathewohl* ausarbeitet. Ich schlage vor, daß *Gerathewohl* markante Punkte aus dem Programm zusammenstellt und da eine Rede vorbereitet, die der einzelne draußen halten kann.

Dr. *Gerathewohl*: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, sieben Redner dürfen eine Rede zur Verfassung halten. Ich bitte, das als Material recht weitgehend zu verbreiten, das sind Unterlagen, besonders was die Union in die Verfassung hineingetan hat, so daß die Rede gleich die Grundlage für eine Wahlrede für die Union ist, nicht bloß [für] die Verfassung. Das Zweite ist das, was hinzukommt. Wenn ich eine Rede skizziere, so ist es nicht für die erste Garnitur von Rednern, sondern für die zweite und dritte. Außerordentlich wichtig ist es, daß das Programm in der nächsten Woche in Druck gegeben wird.

Liedig: Zu den kulturpolitischen Fragen der Verfassung erscheint Heft 2 unserer Schriftenreihe Fragen der Zeit. Es enthält in überarbeiteter Form, was unsere Freunde *Prechtl* und *Haußleiter* in der Verfassunggebenden Landesversammlung zu den Fragen "Ehe und Familie", "Schule und Erziehung", "Religion und Religionsgemeinschaften" gesprochen haben. Beide haben die Reden noch einmal überarbeitet. Sie erscheinen als politische Flugschrift zum Wahlkampf.

Nentwig: Meine Herren! Wenn ich als Flüchtling etwas sage, was darauf Bezug nimmt: Wir müssen unter allen Umständen das Ostproblem in unseren Reden erwähnen. Wenn Sie die Menge von Zuschriften, die bei uns fast täglich eingehen, sehen und die verzweifelten Rufe da entnehmen würden: Was sagt die Union endlich zu diesem Problem? Warum redet nur Herr *Schumacher*? Ja, dann würden Sie mir zustimmen, daß wir in einer ganz penetranten Form dazu Stellung nehmen müssen, wenn wir sie nicht zur Verzweiflung und nicht zur SPD treiben wollen. Ich gebe zu, daß die Frage von einer gewissen Delikatesse ist, daß wir nicht irgendwelche wilde Formulierungen gebrauchen dürfen. Wir können unter allen Umständen auf die Worte des Außenministers *Byrnes* in seiner Stuttgarter Rede hinweisen, in der er ausgeführt hat, daß das letzte Wort über die Ostgrenzen noch nicht gefallen ist, daß die Entscheidung erst auf

der Friedenskonferenz getroffen wird. Wir dürfen in unseren Reden getrost von der Erwartung ausgehen, daß die Regelung in einer Form erfolgt, die unsere wirtschaftliche Substanz erhält, die die Wirtschaftsgrundlagen erhält und auch unseren historischen Erwartungen gerecht wird. Deshalb bitte ich Sie, seien Sie nicht überängstlich und sagen Sie ruhig die Dinge so, wie Sie sie sehen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich eines sagen, auch zu dem, was *Horlacher* gesagt hat. *Horlacher* meint, ich soll dazu schweigen. Wie ich jetzt in Berlin im Wahlkampf gesprochen habe: Ich habe vor den Ohren der Besatzungsmächte das Thema behandelt. Man muß es behandeln. Ich habe eine Aussprache mit *Schumacher* gehabt. *Schumacher* behandelt es in so intensiver Form, daß er fast aggressiv wird, daß eine Kombination wieder gefunden wird zwischen Nationalem und Sozialismus. Es kann nicht der einzelne Redner machen. Das Thema ist zu delikat. Wir haben jetzt hier im Programm ja auch unsere Stellungnahme zu dieser Frage klar festgelegt. Der einzelne Redner halte sich ans Programm! Es wird darauf abgestellt sein müssen, was nachher gesagt wird, auch das was von der anderen Seite dazu gesagt werden würde. *Schumacher* kommt höchstwahrscheinlich und wird im bayerischen Wahlkampf reden. Soweit ich ihn kenne, wird er dieses Thema behandeln. In dem Falle kann ich als Vorsitzender nicht meinen Mund mir zubinden lassen durch eine Verfügung, die Freund *Horlacher* trifft. In dem Falle muß ich antreten und erklären. Meine lieben Freunde! Es ist dabei auf folgendes abzustellen: Es darf nie und nimmer ein expansiver Nationalismus zum Ausdruck kommen. Ich gehe davon aus, daß wir ihn ablehnen und ablehnen müssen, nicht nur aus der Zwangsläufigkeit heraus, sondern auch aufgrund unserer Idee. Aber es ist klar, daß wir für die Existenzbasis unserers gesamten Volkes eintreten müssen, es ist klar, daß wir, wenn wir einen Sieg wollen, entwickeln können: Dann auch festhalten an den Grenzen in West und Ost, weil sie die Voraussetzungen für unsere Existenzbasis sind! Es ist klar, wenn man zu Flüchtlingen spricht, daß die Flüchtlinge den Wunsch haben, und daß aber auch wir den Wunsch haben, verkünden zu dürfen, daß sie, wenn es irgendwie möglich ist, wieder in ihre alte Heimat zurückgehen dürfen. Denn das ist das erste Sehnen jedes Flüchtlings. Es hat infolgedessen keinen Sinn, hier einzuengen, ich warne nur vor Worten, die falsch aufgefaßt werden können.
Deswegen soll der einzelne, wenn er nicht sehr sicher ist, sich enthalten bzw. sich an die Weisungen und Redevorschläge halten, die zu all diesen Problemen herausgegeben werden.
Sporer: Weil schon von Wahlreden gesprochen wird: Ich glaube, ein Thema können wir nicht umgehen. Das ist die Entnazifizierung. Große, große Mengen von Menschen leben in Elend. Es gibt nicht nur ungeheuer viel zerbrochene Häuser, sondern ebenso viele zerbrochene Menschen. Ich bin kein Nazi, brauche es nicht extra zu betonen: ich bin Christ[en]mensch. Ich kenne zahlreiche Leute, denen ist die Wohnung genommen worden, die Möbel sind genommen worden, das Bett ist genommen worden, das Gehalt ist ihnen genommen worden, das Vermögen ist gesperrt worden. Diese Leute werden irre und sind arm. Sie werden zermürbt. Wenn sie entnazifiziert sind, dürfen sie noch nicht in ihr Amt zurück. Da sie ihre Arbeit noch nicht verrichten dürfen, bleiben sie weiter in Not. Das verstehen Frau und Kinder und der Mann selbst nicht. Wir haben den Sittenverderb der Nazi bekämpft und heute haben wir wieder den Sittenverderb, fast genauso gräßlich und manchmal noch gräßlicher. Wir können darüber nicht hinweggehen. Wir müssen dagegen Stellung nehmen. Kommunisten und Sozialdemokraten sind erbarmungslos, wollen erbarmungslos jeden heruntermachen. Ich

weiß vom Rathaus, wie die Sozialdemokraten mit einer Hitzigkeit und Grausamkeit und Unbarmherzigkeit sondergleichen jeden in nichts zerreißen wollen. Das können wir nicht machen. Wir haben die Pflicht, aus christlicher Nächstenliebe dafür zu sorgen, daß endlich auch da einmal ein Schlußstrich gezogen wird. Ich will nicht sagen, daß wir den zu schützen haben, der einen umgebracht hat. Ich will auch nicht sagen, daß wir den schützen sollen, der einen ins KZ gebracht hat; aber bei den Leuten, die mitlaufen mußten und heute einfach wegen eines dummen Wortes wieder angegriffen werden, da muß einmal Friede werden. Wir kämpfen für den Frieden; dann müssen wir auch für den Frieden bei unseren eigenen Leuten kämpfen. Wir können nicht nur von dem Frieden mit den Engländern und Franzosen und Negern und Kaffern und Indianern und von dem Frieden mit den Chinesen sprechen. Wir müssen auch versuchen, wieder Frieden mit dem eigenen Volk zu bekommen. Es muß einmal - von den schweren Fällen rede ich nicht - eine Form gefunden werden, daß die Leute auch existieren können. Das zu sagen ist schwer. Ich weiß, daß gern geschossen wird, bin selbst oft dabei. Aber wir müssen hier für unser Volk eintreten. Es ist zwar ein sehr schwieriger Punkt - wer im Entnazifizierungsministerium war, weiß, was sich da tut -, aber immerhin in zarter Form müssen wir dafür kämpfen, daß auch hier die christliche Nächstenliebe zur Geltung kommt. Ich glaube, wenn wir das sagen, tun wir ein gutes Werk. Wir wollen nicht Liederlichkeit und Lumperei unterstützen, aber wir wollen Friede haben und müssen auch einmal vergessen können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Sporer* hat bestimmt zum Teil recht. Ich habe, als ich in Berlin war, auch versucht klarzumachen, daß wir dazu kommen müssen, daß die Entnazifizierung so rasch und so gerecht wie möglich durchgeführt wird. Ich habe selbst versucht, praktische Vorschläge zu machen, und darauf hingewiesen, daß ich es für praktisch halten würde, wenn man die letzten Gruppen, die Mitläufer und Minderbelasteten, möglichst in Bausch und Bogen behandeln würde, vielleicht auf eine bestimmte Zeit in eine oder zwei höhere Steuerklassen setzen würde. Das wäre zum Wohle des Staates und würde einen gerechteren Ausgleich bieten als das augenblickliche System.

Wir müssen uns aber über eines im klaren sein: Unter keinen Umständen darf dabei das Entnazifizierungsgesetz als solches angegriffen werden. Das würde große Schwierigkeiten schaffen. Wir können höchstens von Weiterentwicklung und von Vorschlägen reden.

Ich bitte, vielleicht auch hier eines erwähnen zu dürfen: Wir werden wahrscheinlich nächstens in der Arbeitsgemeinschaft für die Union im gesamten deutschen Bereich zusammentreten. Wir werden wahrscheinlich dieses Thema dort behandeln, und zwar aus folgenden Gründen: Sie wissen, daß jetzt die Angleichung Nord-Süd in der Entnazifizierung kommt. *Sporer*, es wird Sie vielleicht interessieren. Ich bin der Auffassung, daß diese Gelegenheit benützt werden soll, um dieses Thema weiter zu entwickeln. Die Union ist im gesamten ja doch jetzt die stärkste Partei. Sie hat infolgedessen die Pflicht, ihren Standpunkt zu entwickeln. Dieses Thema wird dort wahrscheinlich besprochen werden und es werden Vorschläge ausgearbeitet werden, die ich dann so rasch wie möglich bekanntgebe.

Dr. *Eichhorn*: Nur zwei Punkte zum allgemeinen Problem. Als Nationalist stelle ich fest: Es hat in der Geschichte der Welt noch nie ein Volk gegeben, das innerhalb von zwei Jahren derartig arm gemacht worden ist oder sich derartig arm gemacht hat, wie das deutsche. Ich sage bewußt in den letzten zwei Jahren. Denn der Grund unserer unmittelbaren Notlage liegt in dieser Zeit. Das muß das Volk mit verbundenen Augen

sehen. Es weiß es nicht. Es gibt immer noch Optimisten, die meinen, demnächst werde es besser werden, Menschen, die nicht sehen, daß sie mit verbundenen Augen von Stunde zu Stunde, von Viertelstunde zu Viertelstunde dem Abgrund und damit dem Nichts nähermarschieren. Wer in der Wirtschaft steht, kann kaum mehr die Verantwortung für seinen eigenen Betrieb übernehmen, noch viel weniger für etwas ins Grosse gehende. Der Hunger, der vor der Türe steht, die Arbeitslosigkeit, die trotz dem Mangel von Millionen von Menschen vor der Türe steht und im Westen schon unmittelbar akut und sichtbar ist. Der Kampf untereinander wird sich von Stunde zu Stunde steigern. Das deutsche Volk ist nicht so hundsgemein, nicht so charakterlos und so denunziatorisch, wie es aussieht. Aber der Grund ist gelegt in dem vollständigen Zerfall jeder wirtschaftlichen, biologischen und sonstigen Grundlage. Das sage ich in diesem kleinen Kreis, nicht um zu Wahlreden zu hetzen. Wahlreden sind eigentlich nicht der Platz, wo man solche Dinge besprechen kann. Denn die Dinge gehören nicht mit ein paar Schlagworten besprochen, sondern sie gehören, meine Herren, aus einer erschütterten Tiefe heraus gesprochen und behandelt. Da kann man nicht mit drei Sätzen etwas sagen. Sonst setzt man sich natürlich verschiedentlich in ein falsches Licht.

Aber es ist nach meiner Meinung eine ungeheuer schwere Frage, wie lange noch unendlich vieles unter deutscher Firma und unter deutschem Namen geht. Das ist die eigentliche Frage. Ich meine damit alles mögliche. Gerade ist von der Entnazifizierung gesprochen worden. Ich meine nicht bloß das, unzähliges andere auch. Wie lange geht das? Damit schließe ich.

So spricht ein Nationalist, kann man sagen, vielleicht Militarist, was weiß ich! So lächerlich es ist, daß wir Deutsche von uns aus einen Krieg führen könnten oder nationalistische Ideen haben könnten. Selbst wenn wir wollten, wir müdes Volk, wir können gar nicht. Darum sind die ewigen Beteuerungen der Friedensliebe beinahe schon tragikomisch, bei einem Volk, das nicht für 14 Tage zu essen hat. Wenn wir unsere Kartoffeln nicht bald zum unmittelbaren Verbrauch hereinbringen, nachdem 50% unserer Eisenbahnwagen nicht zur Verfügung stehen, nicht weil sie zerstört sind, sondern anderswohin fahren, dann geht der unmittelbare Kartoffelhunger im Winter schon an, weil wir sie nicht transportieren können usw. Das ist die Lage, wie sie ein Nationalist und Militarist sehen könnte.

Nun komme ich zu einem ganz anderen Thema, das ist das Thema Protestantismus. Ich bin ein leidenschaftlicher Unions-Anhänger, ehrlich gesagt, gewesen, nein, ich bin's noch. Aber ich bin es leider so wenig, daß ich nach außen hin gelegentlich von in unserem Kreise sehr ernst zu nehmenden Leuten gefragt werde: "Wie lange wollen Sie sich, der Sie Exponent dieses Begriffes sind, eigentlich noch damit identifizieren?" Sie wundern sich vielleicht zum Teil darüber. Denn es gibt in unseren Kreisen ungeheuer viel naive Menschen. Ich staune, wieviel naive Menschen in der Union stehen, nämlich nach der Richtung naiv, daß sie meinen, man könne einen Volksteil unberücksichtigt lassen, der immerhin zahlenmäßig ganz beachtlich ist. Es gibt in München-Oberbayern zusammengerechnet so 340 bis 350.000 Evangelische mit den Flüchtlingen, und zwar im wesentlichen - in Paranthese bemerkt - Leute, die wieder für uns in Betracht kommen, weil sie nicht, wie etwa in Franken, die Tendenz nach der Sozialdemokratie hin haben werden. Die politische Struktur ist so, daß sie eigentlich im wesentlichen zu Hause bleiben oder so etwas wie Union wählen müssen.

Viele Leute in der Union sind nun so naiv und glauben, man hat sie aufgenommen, man hat sie einige Male deklamiert, wir haben eine wunderbare politische Einigung der beiden Konfessionen vollzogen. Tatsache ist: Vollzogen hat man sie schon, ge-

schlossen hat man sie auch, aber wir können leider nicht beschließen, daß unser Volk hinter uns so ohne weiteres mitmacht.
Ich bin nun seit etwa eineinhalb Jahren in diesem Kreis. Diese Tatsache muß dazwischen einmal sichtbar gemacht werden. Mit Worten geschieht es wohl gelegentlich in Wahlreden, aber nur in unserem Kreise, allerdings nicht sehr oft. Die Frage, von der ich spreche, ist eigentlich eine Personenfrage. Ich habe das mitgemacht, seit man anfing zu wählen. Ein bißchen früh haben wir allerdings angefangen zu wählen. Eigentlich ist es sehr schön, wenn man die Demokratie wieder übt. Seit dieser Zeit herrscht dauernd der Personenkampf - um es einmal drastisch auszudrücken: Auf katholischer Seite stehen für jeden Posten je nach der Größe 10-20 Mann an wie bei Butter, und auf evangelischer Seite ist mühsam einer herangebracht - ich gebe ohne weiteres zu, teils wegen stärkerer, nicht gerade Anfälligkeit, aber praktischerer Beteiligung am Nationalsozialismus; wie so oft, muß ich das auch hier bemerken. Diese Beteiligung hat ihren Grund nicht darin, daß jeder Katholik widerstandsfähig war. Er war weniger gefragt. Sie verstehen mich wohl. Wir waren auf der anderen Seite sehr gefragt und sehr geliebt. Da sind leider ein bißchen viele auf diese Liebe hereingefallen. Das ist der eine Grund, daß nicht sehr viele Bewerber auf evangelischer Seite vorhanden sind.
Ich muß einmal rasch erzählen, um von mir persönlich zu sprechen, wie in München neulich die Belastungen für irgendwelche Aufstellungen meinerseits geschildert worden sind. Ich bin nie Pg. gewesen, auch nicht in einer Gliederung, weil ich verhältnismäßig klar sehe und ziemlich rasch erkannt habe, worum es geht, samt meiner gesamten Familie. Aber ich bin nun in der Wirtschaft und habe das Unglück - was früher weithin eine hohe Auszeichnung war -, daß ich Verwaltungsmitglied, das heißt im Aufsichtsrat der Deutschen Rentenkreditanstalt, bin. Das wird wahrscheinlich eine Belastung nach Gruppe II bedeuten. Vermögenssperre habe ich schon. Das war ausdrücklich schon am Anfang angeordnet. Ich lebe von 250 RM oder dem Einkommen meiner Kinder, was mir ganz gut tut. Aber wahrscheinlich bin ich belastet, weil im Denazifizierungsgesetz, im schönen Anhang, steht, daß gewisse Unternehmungen der Wirtschaft, an denen das Reich beteiligt, interessiert oder sonst engagiert ist, zur Belastung nach Gruppe II führen.
Aber es ist nicht geklärt, so Kleinigkeiten eilen ja gar nicht. Da kann man ruhig warten. Bei mir macht es nicht viel. Ich bin in Arbeit. Ich bin wieder eingesetzt, kommissarisch; im 25. Jahre meiner Tätigkeit bin ich kommissarisch geworden! Aber andere stört das etwas, wenn sie seit eineinhalb Jahren ohne Gehalt und Einkommen sind. Die 250 RM oder 300 RM, die sie maximal haben, auch das stört sie. Hier stört das niemand. Es wird vielleicht niemand hier der Vermögenssperre unterliegen, vielleicht bin ich der einzige dabei, bin das einzige räudige Schaf. Das ist die Praxis eines Gesetzes, das wir nicht angreifen wollen! Sonst werde ich vielleicht morgen eingesperrt. Ich haben Ihnen die Geschichte von tausenden von Familienvätern erzählt, die schon im Elend drinsitzen und die besser sind in ihren Qualitäten als wir hier, die nie in ihrem Leben Nationalsozialisten waren, sondern nur in der Wirtschaft standen. Nun stehen sie im Elend, werden in einzelnen Gegenden drangsaliert, werden zur Wohnung wieder hinausgetan!
Nun zurück zum Ausgangspunkt! Es war eine ziemlich starke Abschweifung, aber ein drastisches Beispiel, wie die Wirklichkeit aussieht. Die Volksstimmung hat schon ein bißchen umgeschlagen, wir sind schon dem Mitleid nahe. Auch das muß sich eine po-

litische Partei überlegen, auch wenn sie Angst hat. Sie hat ja Angst! Sie wäre beinahe verboten worden. Ich weiß nicht, aber es ist behauptet worden: Sie hat Angst.
Ich kehre zurück zum Protestantismus. Wir stehen vor der unmittelbaren Krisis. Ich hoffe, daß sie sich bei diesen Wahlen noch nicht auswirkt. Wenn nicht auch personell klarer gestellt wird, daß der evangelische Volksteil auch Geltung hat, nicht bloß als Wähler, sondern auch als Akteur, dann stehen wir unmittelbar vor der Krisis. Es wäre wirklich doch, glaube ich, ein Jammer, wenn die Union zerfallen würde. Drum warne ich Sie. Die Schauspiele, die ich in den letzten Wochen und Monaten erlebt habe, speziell südlich der Donau, sind so wenig ermutigend, daß unsereiner ja eigentlich sagen müßte: Ich empfehle mich. - Ich gehe nicht, aber ich warne und ich bitte Sie dringend, dafür zu sorgen, daß da und dort ein persönliches Opfer gebracht wird, daß einmal ein rasender Politiker, einer von denen, sagt: In Gottes Namen bleibe ich in einer Wahlkampagne in einer Legislaturperiode zu Hause oder begnüge mich mit einem kleinen Posten und lasse einmal einen von diesen Protestanten hin, die ja von sehr verschiedenen Qualitäten sind. Hier z.B. wird einer beanstandet, weil er bloß ein Innungsobermeister ist.

(Zuruf und Widerspruch.)

Es ist so. Er hat nicht die Qualität! Wer weiß es? So geht es nicht. Die unpersönliche Untersuchung des einzelnen Abgeordneten ist gewiß berechtigt, aber man darf nicht sagen, man kann ihn im Stimmkreis nicht nehmen, weil er das und das nicht ist. Das geht nicht. Es gibt auf katholischer Seite auch Leute, die keine Redner und keine großen Politiker sind. Wir hoffen, daß nicht alle Abgeordneten große Politiker sind, sonst wird es unheimlich, wenn alle in die große Politik steigen wollen. Es muß auch solche geben, die mitstimmen und bejahen wollen. Aber es geht unmöglich so weiter, daß, wie es jetzt der Fall ist, im Effekt personell niemand erscheint. Das geht nicht. Denn dann zeigt es sich doch. Überlegen Sie sich doch einmal, wie ein Volksteil doch auch zählt; natürlich sind wir in gewissen Minderwertigkeitsgefühlen befangen, sind eine Minderheit, die zu einem großen Block gestoßen ist. Ich bitte Sie dringend, dafür zu sorgen, daß augenfällig wird, daß wir nicht bloß Mitläufer sind, sondern Unbelastete.
Karpf: Das Wahlgesetz, das wir noch nicht in Händen haben, hat draußen schon eine Reihe von Mißhelligkeiten hervorgerufen. Im Wahlgesetz steht eine Bestimmung, daß die entnazifizierten Mitläufer nur dann wählen dürfen, wenn sie ihre Buße getan haben. Ich kann mich entsinnen, daß wir über diese Frage damals so argumentiert haben, daß die Raten bezahlt sein müssen. Wie mir gestern erklärt worden ist, könnte es sich aber auch so auswirken, daß selbst Leute, die seither wählen durften, weil sie nach 1937 zur Partei sind, diesmal nicht mehr wählen dürfen. Ich bitte, das zu klären und festzustellen, ob das tatsächlich so ist, daß auch dann, wenn die Raten laufend gezahlt werden, das Wahlrecht verweigert wird. Draußen wird es nämlich so ausgelegt. Ich selbst habe kein Wahlgesetz in Händen. Im Wahlbüro wurde mir gesagt - ich habe angerufen: Wenn der Wortlaut so genommen wird, wie er hier steht, fällt ein großer Teil der Wähler flach und die Entnazifizierung wäre für sie umsonst, obwohl sie brav ihre Raten bezahlt haben. Es ist nur Sache der Spruchkammer, ob sie sofort zahlen müssen oder in Raten zahlen dürfen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es kam gerade eine Anfrage an mich, die ich vielleicht wiedergeben darf, deswegen, weil vielleicht Zweifel auftreten könnten. Ich wurde gefragt, ob *Jakob Kaiser* eventuell bei uns reden würde, nachdem *Schumacher* reden

würde. Ich habe in Berlin darüber gesprochen. Er hatte an und für sich Neigung dazu. Es scheint mittlerweile eine andere Mitteilung gekommen zu sein. Er kommt in einiger Zeit mit mir zusammen. Ich neige dazu, ihn einzuladen zu reden. Es kommt nur darauf an wo. Eine Anfrage an meine lieben Münchner Freunde: Ich habe in Berlin bei Reden immer bemerkt, daß dort tatsächlich jedes Wort, das von uns, von Bayern gesprochen wurde, sehr herzlich aufgenommen wurde. Ich möchte nicht, daß *Jakob Kaiser* in München redet und enttäuscht wäre und sein müßte, wenn hier eventuell die Aufnahme nicht freundlich sein würde.

(Zuruf: Das Risiko ist zu groß! - Zuruf: In Augsburg kann er reden!)

Ist es möglich in München? Eine Reihe von Münchner Freunden glaubt, daß es gut sein würde. Ich selbst neige dazu, daß es gar nicht schaden würde, wenn die Münchener auch den Mann hören würden, von dem wir wenigstens in unserem Kreis schon ziemlich viel und nicht immer das Rechte erzählt haben.

Sporer: Ich würde den Antrag stellen auf Schluß der Debatte. Aber in der Sache *Kaiser* kann man zweierlei Meinung haben. Die einen sagen: Geht die Zentralisiererei jetzt schon ganz los, oder warten wir noch eine halbe Stunde?

Sedlmayr: Ich stelle fest, daß gestern der Bezirksverbandsvorstand die Frage behandelt hat, und zwar im zustimmenden Sinne.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Jakob Kaiser* ist Föderalist und wurde im Wahlkampf in Berlin wegen seiner föderalistischen Haltung auf das schärfste angegriffen.

Es hat sich noch gemeldet *Schwägerl*, *Aretin*, *Gamperl*, *Bergmann*. Wer verzichtet? Wer redet kurz? Redezeit für den einzelnen drei Minuten. Einverstanden?

(Kein Widerspruch.)

Schwägerl: Die Ausführungen von Herrn *Eichhorn* haben mich tief erschüttert. Scheinbar ist es in Südbayern so, daß die Protestanten anders behandelt werden als bei uns. Ich bin aus Wunsiedel-Marktredwitz, einer ziemlich protestantischen Gegend. Ich bin als Kandidat aufgestellt, ich bin Katholik, während unsere Bürgermeister fast alle protestantisch sind. Kein einziger katholischer Bürgermeister von der Union ist in unserem Wahlkreis. Es muß das mit einem gewissen Fingerspitzengefühl gemacht werden. Es ist schwer, Protestanten zu finden, die nicht belastet sind. Wir haben uns schwer getan in den Stadträten. Aber ein Mann wird überall zu finden sein, der an einen Posten kommen kann. Es muß eben ein gewisser Ausgleich geschaffen werden. Wenn der gute Wille dabei ist, geht es.

Von Aretin: Ich darf dazu erklären, wegen des protestantischen Kandidaten ist in München viel verhandelt worden. Leider ist vielfach der evangelische Kandidat in seinem Bezirk abgelehnt worden, wie der Herr *Elhart*.

(Zuruf: Nicht als Protestant!)

Dr. *Stürmann* ist dafür eingetreten. Er hätte die Kandidatur erhalten, wenn er in der Lage gewesen wäre, eine Rede zu halten und sie nicht bloß vorzulesen.

Pflaum: Zur Steuer [sic!] der Wahrheit muß ich feststellen, daß die Ausführungen *Aretins* nicht ganz stimmen. Im Bezirksverbandsvorstand wurde beschlossen, *Elhart* aufzustellen. Es wurden von außen her andere Kandidaten aufgestellt. Es handelt sich nicht um die Personen der Kandidaten - gegen die habe ich nichts einzuwenden -, sondern um die Taktik, mit der vorgegangen wird. Protestanten haben wir genug, protestantische Kirchen haben wir ebenfalls. Es wurde schon überlegt, ob die Protestanten nicht eigens gehen sollten oder sich mit einer anderen Partei zusammen schließen sollten, die bereit ist, evangelische Kandidaten aufzustellen. Ich möchte in diese De-

batte keine Schärfe hineintragen. Ich weiß, daß der evangelische Landesbischof [*Hans Meiser*] außerordentlich ungehalten über die ganze Situation ist. Das gleiche gilt vom Dekanat und von verschiedenen Pfarrämtern. Wir Protestanten sind bemüht und achten darauf, daß keine evangelischen Geistlichen in den Wahlkampf eintreten, während wir hören mußten, daß Sie sechs oder acht als Landtagskandidaten aufstellen auf katholischer Seite. Wir halten die Vereinbarung, daß die Geistlichkeit, daß Pfarrer nicht herausgestellt werden, ein und müssen auch von Ihnen verlangen, daß Sie das gleiche tun. Wenn das so weitergeht, müssen Sie erleben, daß ...

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, die Worte sind sehr ernst gewesen. Wir sind leider nicht mehr beschlußfähig. Aber ich bitte, jetzt an den Bezirksverband München appellieren zu dürfen, daß Sie dafür sorgen, daß wirklich *Elhart* an sicherer Stelle aufgestellt wird.

Sporer: Ich war heute selber bei einem Kandidaten von *Elhart* [sic!] und habe es nochmals versucht. Es ist aber nach den Vorschriften faktisch nichts mehr zu machen. Es muß eine Versammlung einberufen werden. Das dauert wieder acht bis zehn Tage. Es geht nicht mehr.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ihr werdet doch einen Weg finden. Seid so gut, Ihr belastet sonst ja die Union.

Sporer: Es ist vollkommen überflüssig, hierüber noch viel Zeit zu verlieren. Wir haben uns im Bezirk bemüht; der Fehler ist von oben herab gemacht worden. Ich persönlich bedauere es außerordentlich, genauso wie ich auch bedauere, daß die Kleriker sich wieder in die aktive Politik hineinziehen lassen. Das haben sie in der Bayerischen Volkspartei schon getan. Ich bin wegen meiner damaligen Haltung angefeindet worden und stehe nicht an, es heute wieder zu sagen: Wir schützen die Geistlichen gern und der Schutz ist viel besser, wenn wir sie vertreten, als wenn sie sich in eigener Person vertreten lassen. Der Zank und Streit würde infolgedessen herausbleiben und das Ansehen der Kirche selber würde nur gewinnen, wenn sie von der Politik des Tages möglichst weit weg wäre.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu der letzten Frage darf ich vielleicht eines sagen: Ich will dieses Thema nicht mehr aufwerfen. Sie wissen, daß ich mir dadurch schon ziemlich viele Gegner geschaffen habe, daß ich das Thema immer behandelt habe, daß die Geistlichen aus der aktiven Tagespolitik draußen bleiben. Ich habe gehofft, wenn jetzt der Senat gebildet wird, wäre diese Frage endgültig gelöst, weil in ihm zwei Geistliche sind. Es sind bisher, soweit ich es überblicken kann, drei Geistliche aufgestellt worden: *Prechtl*, der heute da war, in Niederbayern, dann *Gromer* in Schwaben und *Meixner* in Franken. Sie haben heute schon die Stellungnahme gehört. Es ist hier sehr schnell eine Lösung und Einigung zu finden. Ich habe alles versucht, um in Ruhe die Einigung zu finden; aber es scheint nicht möglich zu sein. Ich bedauere das.

Dr. *Rindt*: Zur Klärung! Grundfehler der ganzen Angelegenheit ist, daß die verschiedenen Ordinariate in ihrer Meinung nicht zusammenstimmen. Ich bin ein grundsätzlicher Gegner davon, daß Geistliche sich in die akute Politik eines Parlamentes einmischen.

(Sehr richtig!)

Im Senat wäre ihr Platz. Praktisch ist es aber so, daß der Bischof von Regensburg eine andere Einstellung hatte als hier der Generalvikar. Als man in unserer Bezirksver-

sammlung dagegen etwas sagen wollte, wurde eine Stelle gegen die andere ausgespielt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist ein bedauerlicher Zustand. *Liedig* hat das Wort zu einer kurzen Erklärung.
Liedig: Die Auffassung des Parteifreundes *Sporer*, daß eine Änderung nicht mehr möglich sei, findet im Wahlgesetz keine Stütze. Meine Damen und Herren, in Artikel 50 heißt es:

> Mängel der Kreiswahlvorschläge müssen spätestens am zehnten Tag vor dem Wahltag behoben sein. Bis zum gleichen Tag sind die durch den Wegfall einzelner Bewerber veranlaßten Ergänzungen der Kreiswahlvorschläge zulässig.

Das besagt, daß ein am 3. November in der Kandidatenliste im Kreiswahlvorschlag genannter Abgeordneter gegen einen anderen bis zum zehnten Tag vor der Wahl ausgetauscht werden kann.
Sporer: Die Leute, die aufstellen, müssen auch gefragt werden. Wenn *Lacherbauer* sagt, es wäre ein Fehler, so muß ich mich daran halten. Ich bitte, den nächsten Punkt zu behandeln. Es hat keinen Sinn mehr, länger darüber zu sprechen.
Gaßner: Ich möchte mitteilen, daß *Lacherbauer* sich heute bereit erklärt hat, seinen großen Stimmkreis an *Elhart* abzugeben und einen kleineren zu übernehmen.
Dr. *Gamperl*: Ich bin etwas erstaunt, daß diese Frage in dieser Weise überhaupt aufgerollt wird. Wir haben in der Oberpfalz, das muß ich sagen, überhaupt noch niemals einen gefragt, ob er Protestant oder Katholik ist. Das hat uns bis jetzt gar nicht interessiert. Als Beispiel führe ich an:

(Widerspruch.)

Ich weiß nicht, was *Scharf* (?) in Riedenburg ist, ob *Haas* in Regensburg Protestant oder Katholik, ob *Schädel* in Weiden Protestant oder Katholik ist. Ich weiß es nicht von *Prüschenk* in Eschenbach[7]. Ich habe mich nicht dafür interessiert und habe das für das Toleranteste gehalten, was ich mir denken kann. Es ist selbstverständlich, daß es überhaupt nicht in die Waagschale fällt, ob einer Protestant oder Katholik ist. Denn die Union ist zweifellos eine Vereinigung beider Konfessionen ohne jeglichen Nachteil für eine der beiden. Ich bitte, in diesem Zusammenhang zur Kenntnis zu nehmen, daß wenigstens bei uns in der Oberpfalz, einem rein katholischen Bezirk, die Konfession nicht ein Jota mitspielt und mitgespielt hat.
Aber zusätzlich haben wir trotz allem noch immer dafür gesorgt, daß z.B. im Stadtrat Regensburg zwei Protestanten sind. Grundsätzlich haben wir bei jeder Sitzung in Regensburg gesagt: Halt, die Protestanten dürfen wir nicht vergessen; sie sind zwar eine Minderheit, wir müssen aber unbedingt dafür sorgen, daß sie entsprechend vertreten sind. Ich bitte deshalb, Dr. *Eichhorn*, nur zu glauben, daß, wenn das hier so ist, wahrscheinlich nicht die geringste Absicht bestand. Ihr Einwand scheint berechtigt zu sein nach dem, was Sie sagen. Aber der Einwand wäre insofern falsch, wenn Sie glauben würden, die Protestanten würden in den katholischen Gegenden absichtlich ausgeschaltet oder mindergestellt. Das wollte ich zu dieser Frage geäußert haben.
Dr. *Eichhorn*: Es ist natürlich der Idealzustand. Ich habe noch nie jemanden, den ich in meinem Betrieb angestellt habe, gefragt, welcher Konfession er angehört. Ich hätte mich geschämt. Meine eigene Sekretärin, die ich 25 Jahre gehabt habe, war katho-

[7] In der Vorlage: "Essenbach".

lisch. Das hat nichts gemacht. Aber wenn man eine Minderheit neu gewinnen will, muß man fragen. Ich hoffe selbst, daß der Idealzustand erreicht wird, daß man eines Tages nicht mehr fragt. Es ist nicht angenehm, Konfessionsstatistik innerhalb einer Partei zu treiben; das ist im Gegenteil sehr unangenehm. Aber eine Minderheit können Sie doch nur gewinnen durch persönliche Herausstellung gewisser Leute. Glauben Sie, daß ich mich aus Vergnügen in die Politik gemischt habe? Nur deswegen, wirklich nur deswegen, weil ich mir sage: Ich bin weithin bekannter Exponent des Protestantismus, also "Hannemann, geh Du voran!". Nur deswegen. Denn ich sage Ihnen: Ich habe in diesen eineinhalb Jahren, abgesehen von persönlichen Freundlichkeiten, nicht sehr viel Schönes in der Politik erlebt, wahrhaftig nicht, am allerwenigsten in den Sitzungen. Also zum Vergnügen politisiere ich nicht. Es scheint einige zu geben, die trotzdem zum Vergnügen politisieren und die sich freuen, wenn es aufgeht, wie der Bayer sagt.

Gerathewohl: Ich darf kurz erwähnen, daß Freund *Haußleiter* als evangelischer Abgeordneter kürzlich einen Brief an die evangelischen Freunde der Union verschickt hat. Ich habe einiges davon im Redner-Dienst übernommen und dort veröffentlicht und bitte die evangelischen Freunde, es im Wahlkampf ausdrücklich zu verwerten:

> Die evangelischen Abgeordneten hielten es für ihre Pflicht, hier mit allem Nachdruck für die Gleichberechtigung der beiden Kirchen einzutreten. Dank dem Verständnis ihrer katholischen Freunde

das schreibt *Haußleiter*,

(Zuruf *Sporer*: Schluß der Debatte)

> war es möglich, in der zweiten Lesung die Vertretung der Kirchen im Senat so zu regeln, daß er in Zukunft zwei Repräsentanten der katholischen und zwei Repräsentanten der evangelischen Kirche enthalten wird. Damit ist an sichtbarer Stelle der Gleichberechtigung der beiden Kirchen in Bayern Ausdruck gegeben.

Mir scheint das außerordentlich wichtig. Denn es ist durch die Unterstützung der katholischen Abgeordneten erreicht worden, daß wir im Senat gleich vertreten sind.

Bergmann: Die Frage des Protestantismus und Katholizismus ist eine örtliche Angelegenheit, also keine protestantische oder katholische Angelegenheit. Bei uns ist als Kandidat Professor *Strathmann* aufgestellt, evangelischer Theologe an der Universität Erlangen. In unserem Kreisverband nehmen wir immer weitgehend Rücksicht auf die Konfession. Der erste Vorsitzende ist *Hönekopp*, Katholik, der zweite Vorsitzende Dr. *Gerlin*, der Protestant ist. Als wir bei der letzten Kreisversammlung den Ständerat bildeten, haben wir bei allen einzelnen Vertretern, den Handwerkern usw. gefragt: Ist er Katholik oder Protestant?

Wir dürfen die Konfessionsfrage nicht zu einer großen Frage machen, sondern sie muß örtlich geregelt werden. An den einzelnen Orten muß das nötige Verständnis und die Einsicht vorhanden sein. Denn darauf kommt es wesentlich an. Häufig kommt es auch darauf an, daß Protestanten, wenn ihnen die Führung angetragen wird, sie [diese] auch tatsächlich übernehmen. Wir haben auch schon die Feststellung machen müssen, daß sich verschiedene wieder zurückgezogen haben.

Sporer: Ich bitte um Schluß der Debatte.

Pflaum: Ich möchte etwas richtigstellen: Ich bin selbst alter Regensburger. Die Evangelischen sind in Regensburg nicht sehr wenige. Sie bilden eine sehr, sehr starke Minderheit. Wenn also gesagt wird, daß im Regensburger Stadtrat ein paar Protestanten

sind, so ist das eine Selbstverständlichkeit. Ich habe nie darnach gefragt, ob einer Protestant oder Katholik ist. So wie es hier getrieben wird, ist es nicht richtig. Ich und viele meiner Freunde sind als Protestanten in die Union eingetreten und haben auch geglaubt, daß man nach demokratischen Grundsätzen handelt. Bei einigem guten Willen wäre es möglich gewesen, einen evangelischen Kandidaten zu nehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich glaube, wir dürfen dieses Thema abschließen. Ich habe den Überblick im gesamtbayerischen Bereich und kann sagen, daß jetzt im Augenblick keine Dissonanzen in dieser Hinsicht vorhanden sind, mit Ausnahme des Münchner Bereiches. Ich wäre dankbar, wenn unsere Parteifreunde in München die Garantie dafür schaffen würden, daß sich die Dissonanzen nicht stark auswirken; denn sie würden uns sonst belasten. Wir kommen hoffentlich recht bald in der Union soweit, daß diese Tatsachen dann nicht mehr erörtert werden müssen. Gott sei Dank sind wir im großen und ganzen heute schon so weit, daß auch in Franken wirklich die Balance in der Personalpolitik zwischen den beiden Konfessionen so gut gefunden wird, daß das störende Element, das immer in der Personalpolitik lag, nicht hinderlich ist für das wirklich einstimmige Zusammengehen der beiden Konfessionen in der Union. Die Freunde aus München werden also, ohne daß wir Beschlüsse fassen müssen, versuchen, noch eine Lösung zu finden.
Von Aretin: Das wird nicht gehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es muß gehen.
Von Aretin: Es ist alles unternommen worden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Es ist nach meinem Empfinden unmöglich, daß bei den Münchner Vertretern kein evangelischer Parteifreund dabei ist. Es muß das der gesunde Menschenverstand sagen, daß das unter keinen Umständen der Fall sein darf.

(Zuruf: Und Oberbayern?)

Wir sind nicht mehr beschlußfähig. Wenn die Frage heute früh aufgetaucht wäre, wäre es vielleicht der einzige Beschluß gewesen, der hinsichtlich der Kandidatur gefaßt worden wäre. Bitte macht es, ohne daß ein Beschluß gefaßt wird. Damit darf ich diese Thema schließen.
Wir hätten noch den einen Punkt der Tagesordnung: "Parteiorganisatorische Fragen". Wir sind jetzt soweit, daß die Parteiorganisation im Anlaufen ist. Aufgrund der neuen Statuten ist weitgehend durchgewählt worden, jedoch noch nicht allgemein. Gewählt sind fast überall schon die Vertreter der Bezirke für die Landesvorstandschaft. Ich werde Veranlassung nehmen, vielleicht schon Ende dieser oder spätestens Anfang übernächster Woche die bisher gewählten Vertreter für die Landesvorstandschaft zusammenzuberufen, um mit ihnen die laufenden Fragen zu besprechen, damit wir jetzt schon das Gremium haben, das weiterarbeitet. Die nächste Landesausschußsitzung muß dann ihrerseits zehn Vertreter für die Landesvorstandschaft wählen. Wenn das durchgeführt ist, dann ist die Landesvorstandschaft, soweit ich es bisher überblicken kann, vollzählig. Der Landesvorsitzende hat dann aufgrund der Statuten aus diesen Vertretern der Landesvorstandschaft sieben Personen zu berufen, die mit ihm gemeinsam die Partei leiten.
Ich werde jetzt in der Übergangszeit schon dafür Vorsorge treffen, daß die entsprechenden Leute herangezogen werden. Ich stelle es mir so vor, daß Sie dann ohne Rücksicht auf die bisherige Zugehörigkeit zum Landesausschuß jeweils nehmen: Einen Vertreter der Bauernschaft vom Süden und Norden, einen Vertreter der Arbei-

terschaft vom Süden und Norden, daß wir dann auch den konfessionellen Ausgleich finden, daß noch ein oder zwei Leute hinzukommen, in dem Fall jüngere, die aktiv mitarbeiten. Es muß so rasch wie möglich auf die Weise Vorsorge getroffen werden, daß dann die Parteileitung ihrerseits die Möglichkeit hat, daß aktiv von mehreren zusammengearbeitet werden kann. Bisher war ich der alleinige Landesvorsitzende. Meine Aufgabe war, die Sammlung zu vollziehen. Jetzt ist die Aufgabe gestellt, das organische Zusammenwachsen zu fördern und die Partei von unten nach oben organisch durchzugliedern. Es kam in letzter Zeit die Anregung heran, vorübergehend jetzt noch einige Leute zu berufen. Für die zwei oder drei Wochen wäre das ein Zustand gewesen, der demokratisch nicht vertretbar gewesen wäre, und zwar deswegen, weil wir die Statuten haben, weil wir schon gewählt und Vertreter bestimmt haben. Alles andere wäre ein Willkürakt gewesen, gleichgültig wer berufen worden wäre. Es wäre noch dazu die Gefahr gewesen, daß dann viele unzufrieden mit den Berufenen gewesen wären. Es wird in Vorbesprechungen in der Landesvorstandschaft dafür Vorsorge zu treffen sein, daß daraus ein planmäßiges Handeln, nicht neuer Konfliktstoff entsteht. Bisher mußte ich allein meinen allerdings etwas breit geratenen Buckel

(Zuruf: Sehr breit!)

hinhalten. Ich freue mich, wenn möglichst viele und andere Buckel dazukommen, auf denen dann gedroschen werden kann. Es wird sich das leichter aushalten lassen, als wenn ein einzelner allein dasteht und den ganzen Drusch durchstehen muß.

Bitte helfen Sie, ungeachtet dieser Maßnahmen, die beschleunigt durchgeführt werden müssen, zusammen, daß dadurch nicht eine Schwächung der Kraft der Union eintritt. Ich freue mich, gerade in letzter Zeit sehen zu können, daß mit Ausnahme von einzelnen der Wille für die Arbeit und für die Zusammenarbeit sehr stark geworden ist. Lassen Sie sich nicht täuschen, wenn Sie hören, daß da und dort einer geschossen hat! Meine lieben Freunde, die meisten Schüsse habe ich auszuhalten gehabt, auch die Schüsse aus den Reihen der eigenen Parteifreunde. Mich hat es nicht gestört. Ich habe nicht den Ehrgeiz, ewig auf dem Platz zu bleiben. Deswegen schadet es gar nichts, wenn gelegentlich ein sehr kräftiger Schuß auf mich abgegeben wird. Ich sehe meine Aufgabe nur darin, die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die Union streitkräftig und dann so stark sein wird, daß kein Teufel sie mehr schmeißen kann.

Dr. *Martin*: Meine lieben Parteifreunde, wir haben heute einen Notstand beseitigt, und zwar bezüglich des Programms, daß wir nun endlich ein Programm haben. Wir haben aber einen anderen Notstand, unter dem ganz besonders die Leute leiden, die mit den Kassengeschäften der Union zu tun haben. Ich bitte deshalb, für die nächste Landesausschußsitzung als Punkt der Tagesordnung das Finanzstatut vorzusehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jawohl, kommt!

Dr. *Martin*: Es ist, glaube ich, schon ziemlich ausgearbeitet. Ich würde bitten, daß vielleicht der Finanzausschuß noch einmal zusammenkommt, um bestimmte Punkte, die sich in der Arbeit draußen ergeben haben, zu berücksichtigen, so daß wir mit dem nächsten Jahr ordnungsgemäß zu arbeiten haben.

Sporer: Es war heute vorgesehen, daß heute das Präsidium gebildet werden soll, daß nicht einer allein Diktator ist. Nun ist es neuerdings wieder geglückt durch den Gang der Verhandlungen, daß die Leute jetzt fort sind und die Beschlußfassung nicht mehr möglich ist. Und der alte Zustand ist wieder da! Ich möchte das ausdrücklich verzeichnen. Sie wissen ganz genau, daß verschiedene Strömungen und Mißstimmungen

da sind. Wir wollen das beseitigen, daß nicht einer der Diktator ist, daß nicht einer allein bestimmt. Heute ist es wieder dank der Taktik geglückt, daß ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf nur sagen ...

(Unruhe.)

Sporer: Es braucht kein persönliches Sagen, es ist der alte Zustand.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es wird gerade eingeworfen, "Wer hat am meisten geredet!" Es wird der Wille von jedem berücksichtigt. Natürlich muß der gesunde Ausgleich gefunden werden. Es darf nicht einer glauben, daß er sich allein durchsetzen kann, nicht eine Gruppe allein demonstrieren kann. Man redet leicht von Parteidiktatur. Die Leute, die mitarbeiten, wissen, daß Parteidiktatur nicht besteht, daß dagegen bei einzelnen die Neigung da ist, die gesamte Union zu überlagern. Das ist der Grund, daß einzelne glauben, sie könnten jetzt rasch da irgendwie eingreifen. Die Statuten stehen, werden jetzt durchgeführt. Es werden die Gremien durchgewählt. Dann wird weiter organisiert, und zwar das beschleunigt; in den nächsten Wochen ist die Organisation von unten nach oben aufgebaut, und zwar so, daß nicht einzelne

(Zuruf *Sporer*, Zuruf: Ungezogen!)

und nicht eine einzelne Gruppe oder ein einzelner Bezirk demonstriert, sondern so, daß alle zusammenwirken, um eine gute Organisation der Union hinzustellen. *Sporer*, verkennen Sie nicht, die Unzufriedenheit ist in der Hauptsache in einem bestimmten Bereich da. Sie können im ganzen Lande herumreisen und Sie werden sehen, daß dort sehr viele und sehr brauchbare Kräfte im Dienste der Union arbeiten und nicht den Ehrgeiz haben, der von anderen manchmal entwickelt wird, die jetzt gerne vorbrechen möchten. Ich muß mich dagegen wenden, daß einzelne im Augenblick irgendeine Situation ausnützen wollen. Das wäre Parteidiktatur, und zwar illegale Diktatur.
Dr. *Horlacher*: Wenn ich damit gemeint sein sollte ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie haben heute am meisten geredet.
Dr. *Horlacher*: Ich habe mir heute meine Gedanken gemacht - ich bitte, jetzt nicht zu erschrecken - über die Zusammensetzung des neuen Landesausschusses und habe darunter einzig zwei Vertreter aus der praktischen Landwirtschaft gesehen. Nun kommt der zweite Punkt. Ich habe mit Herrn Dr. *Müller* in freundschaftlichster Weise verhandelt, um einen Zustand in der Partei herbeizuführen, daß alle Gruppen entsprechend zur Geltung kommen. Das hat auch wieder nicht zum Ziel geführt. Ich scheide infolgedessen aus dem Landesausschuß aus, ich scheide aus allen Organen der Partei aus; ich werde Mitglied der Union bleiben, meine Kandidatur halte ich aufrecht, den Kram mit der Partei werde ich aber nicht mehr mitmachen. Ich wiederhole es, ich scheide hier als Vertreter, als Präsident des Bayerischen Bauernverbandes aus den Organen der Partei aus, soweit sie nicht meine Mitgliedschaft, meine Kandidatur im Landtag und Reden für die Partei betreffen. Mit diesem Gremium mit den zwei Landwirten wünsche ich Ihnen viel Glück. Auf Wiedersehen!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu folgendes feststellen: Eine Reihe von Freunden hat sich entschuldigen lassen. Bekanntlich ist jetzt für viele die arbeitsreichste Woche, die es gibt. Die Freunde aus Niederbayern und der Oberpfalz waren gestern und vorgestern beisammen; sie können nicht ununterbrochen arbeiten. Ich mußte die Sitzung für diese Woche festlegen, weil ich in Gottes Namen vernünftige praktische Arbeit leisten lassen mußte dadurch, daß jetzt das Programm erledigt wurde.
Dr. *Horlacher*: Ich will den Herren nicht weiter lästig fallen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben das letzte Mal die Statuten beschlossen. Ich glaube, der Landesausschuß kann sich mit seiner Arbeit sehr gut sehen lassen. In den beiden letzten Sitzungen ist soviel gearbeitet worden. *Michel Horlacher*, nimm es mir nicht übel, daß es eine völlig unberechtigte Kritik am Landesausschuß ist, die ich zurückweise. Ein einzelner muß sich eben auch einfügen, wie alle anderen auf der gleichen Ebene zu stehen.
Dr. *Horlacher*: Ich füge mich ein, indem ich hinausgehe. Wer von mir was will, ich wohne Türkenstraße 6/II.

(Unruhe.)

... die Parteidiktatur *Müller*, die Unzufriedenheit draußen auf dem Lande in großem Ausmaß, wo ich die Dinge auszugleichen suche, dafür trage ich die Verantwortung nicht mehr. Da gebe ich meinen Namen nicht her. Ich scheide aus den Parteigremien aus und stehe der Partei nur noch als Redner und für die künftige Fraktion im Wahlkreis zur Verfügung. Solange die Herren es nicht der Mühe wert finden, die Vertreter der ungefähr 350.000 Leute - mit ihren Familien sind es nahezu 800.000 ...

(Starke Unruhe.)

Wenn Sie das nicht interessiert, dann lassen Sie es gehen. Ich stehe Ihnen nicht mehr hinderlich im Wege. Machen Sie Ihre Parteiführung im Wege der ...

(Unruhe. Zuruf *Busch*: Ihre Bauern stehen hinter der christlichen Religion und nicht hinter dem Bauernverband!)

Der Bauernbund war notwendig, um sich der zusammengeballten Kraft ...

(Verschiedene Zwischenrufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Eine Zusammenballung in der Großstadt gibt es nicht. Das ist vielleicht ein Grund für die Gegensätze, weil ich das ganze Land draußen höre.
Dr. *Horlacher*: Ich habe dazu gesprochen; ich habe in hunderten von Versammlungen davon gesprochen. Auch die Landjugend steht hinter uns. Wir wissen, was wir wollen. Ich habe hier rechtzeitig abgelehnt. Ich scheide aus den Parteigremien aus. Wenn Sie Gewicht darauf legen - ich habe immer abgelehnt, einseitig Bauernvertreter zu sein -, wenn Sie es nicht wollen, so lassen Sie es bleiben - ich wohne Türkenstraße 6/II.
Fischer: Wenn Sie glauben, daß die Landjugend hinter Ihnen steht!
Dr. *Horlacher*: Wir werden es Ihnen beweisen, was passiert.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das war Diktatur!
Dr. *Horlacher*: Die Landjugend geht den Herrn hier nichts an. Das gute Recht des Bauernverbandes ist es, sich um die Landjugend zu kümmern, und ich kann Ihnen sagen, ich habe bei der Jugend den Anklang, den ich brauche für meine Arbeit. Unsere Landjugend selbst hat mich ersucht, den Vorsitz bei ihr zu übernehmen, weil sie ein Übergangsstadium braucht. So liegen die Sachen. Da lasse ich mir von Ihnen, Herr Dr. *Müller*, keine Vorschriften machen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe keine Vorschriften gemacht.
Baumeister: Ich möchte hier nicht kritisch auftreten und sprechen. Es ist bestimmt wahr, daß die große Mehrheit der Freunde den Standpunkt des Landes nicht kennt. Das Land und die Bauern draußen sind enttäuscht von den Vorgängen in der Union. Das Land denkt und sieht anders, auch in der kommenden Wahl.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Baumeister*, gerade weil Sie hier auftreten: Trifft es zu, daß Sie gemeinsam mit dem Herrn Ökonomierat *Pfeuffer* und noch ein oder zwei

Leuten - es wurde zuerst *Döhl* genannt - bei Herrn Ministerialrat *Ziebell* im Sonderministerium waren und daß die Herren ein Vorgehen gegen mich veranlassen wollten?
Baumeister: Das ist nicht wahr, das ist erlogen! Wir waren vom Bauernverband aus wegen der Treuhändersache im Sonderministerium und nicht wegen Ihrer Sache, bestimmt nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann darf ich Ihnen sagen, daß Ministerialrat Dr. *Ziebell* erklärt hat, daß die Herren dort waren und daß die drei Herren dort ein Vorgehen gegen mich veranlassen wollten. Ist davon gesprochen worden?
Baumeister: Das ist nicht wahr, daß ein Vorgehen gegen Sie veranlaßt wurde!
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist davon gesprochen worden?
Baumeister: Von einem Vorgehen gegen Sie ist nicht gesprochen worden.

(Lebhafte Zurufe: Von was dann?)

Von einem Vorgehen gegen Sie ist nicht gesprochen worden.

(Weitere Unruhe, Zurufe: Von was?)

Wir haben von der Treuhändersache gesprochen. Was noch weiter besprochen worden ist, möchte ich hier nicht erwähnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Was ist dann gesprochen worden? Daß man es Ihnen nahegelegt hat, daß das Sonderministerium gegen mich vorgehen würde?
Baumeister: Das ist nicht gesprochen worden.

(Weitere Unruhe, Zurufe: Was dann?)

Das möchte ich hier nicht sagen.

(Zuruf: Das wollen wir hören, das ist unser Recht!)

Dr. *Gamperl*: Parteigericht.
Fischer: Meine Damen und Herren, so wie es jetzt aussieht, gehen wir nicht auseinander. Ich möchte zu einer Frage noch Stellung nehmen, nachdem vorhin gesagt worden ist, wir wollten gegenüber der Besatzungsmacht nicht allzu leisetreten. Ich stehe auf dem Standpunkt, das Volk will haben, daß wir auch in dieser Frage mutig sind und der Militärregierung immer erklären: Ihr werft uns vor, vielleicht mit Recht oder Unrecht, aber auf alle Fälle werft Ihr uns vor, daß wir alle, die wir heute in Deutschland leben, dem Nationalsozialismus gegenüber nicht mutig genug gewesen sind. Es geht um unser Volk, um das Leben unseres Volkes. Das haben wir auch gegenüber der Besatzungsmacht heute zu verteidigen. Da sie es nicht einsehen, müssen wir es noch einmal verteidigen, und wenn sie uns dafür einsperren. Dann wird unser Volk sehen, daß wir in dieser Frage Mut gezeigt haben. Es geht ums Leben unseres Volkes. Wir haben dafür zu sorgen, daß wir gehört werden.
Es geht auch um die Zukunft unseres Landes und Volkes. So wie wir uns in der Union in diesem Wahlkampf schlagen, werden wir doch endlich einmal eine Vereinigung, eine Union, nicht nur der Religionen, sondern auch der Stände zustande bringen. Ich bin überzeugt, wenn jeder von seinem Stand herkommt, ob Handwerker oder Bauer oder Arbeiter oder sonst irgendwer, er findet zu wenig aus seinem Stand bei uns. Alle miteinander müssen wir diese Aufgabe meistern. Deshalb gehen wir ins Land hinaus, um diesen Kampf um unsere Zukunft zusammen zu meistern, nicht um uns für vier Jahre wählen zu lassen.
Dr. *Gamperl*: Ich bin entsetzt darüber, daß Leute, die im Landesausschuß sitzen, die der Union als Prominente angehören, in diesem Zusammenhang zum Sonderministe-

rium gehen und sich nachträglich weigern, Auskunft darüber zu geben, was sie dort über unseren Landesvorsitzenden besprochen haben.
Ich beantrage deshalb, daß diese ganze Angelegenheit von einem Schiedsgericht entschieden wird. Es ist nicht unerhört [sic!], daß aus den eigenen Reihen eine derartige Angelegenheit derartig behandelt wird.
Baumeister: Ich bin jederzeit bereit, vor dem Schiedsgericht aufzutreten.
Gaßner: Herr Dr. *Schlögl* hat auf der Fahrt nach Plattling erklärt, daß das Gerücht gehe, daß er mit einigen Bauernvertretern bei *Ziebell* war. Er stellt das entschieden in Abrede.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu sagen: Ich habe das mittlerweile insofern geklärt, als Ministerialrat *Ziebell* gesagt hat, daß *Schlögl*, Ökonomierat *Pfeuffer* und *Baumeister* dort gewesen seien. Ich habe das *Schlögl* vorgehalten. *Schlögl* sagte, er sei nicht dort gewesen, er hätte lediglich die Besprechung angemeldet.
Meine lieben Freunde, ich will nicht weiter darauf zurückkommen. Ich habe mich nur veranlaßt gesehen, diese Frage zu klären, weil *Baumeister* vorhin gesprochen hat und es sonst keine Gelegenheit zur Klärung gibt. Ich trage nicht nach. Ich habe bisher auch nicht ohne weiteres an das Schiedsgericht appelliert. Das hätte danach aussehen können, als ob man jetzt gewaltsam die Klärung innerhalb der Union durchführen würde. Ich wollte, daß auch da die Vernunft siegt. In absehbarer Zeit aber wird die Schiedsordnung in Kraft sein, und es müssen dann bestimmte Klärungen restlos durchgeführt werden, wenn wir nicht in der aktiven Arbeit der Union gehemmt sein wollen.
Ich darf zu dem, was *Horlacher* gesagt hat, noch eines sagen: Mein lieber *Michel Horlacher*, wenn die Landesvorstandschaft dann zusammentritt, dann wird sie ihrerseits wählen und ich wünsche, daß dann auch dort eine vernünftige Lösung gefunden wird. Es kann aber nicht so sein, wie meinetwegen Kollege *Pfeuffer* gemeint hat, wenn er sagt, ich soll zwei Leute berufen, die mit mir dann führen. Das wäre undemokratisch. Da würde ich nachher mit Recht zur Verantwortung gezogen werden. Jetzt wird die Landesvorstandschaft zusammenberufen, sobald durchgewählt ist. Es werden dort die Fragen weiter behandelt. Sie wird die Verantwortung mittragen. Dann wird aus der Landesvorstandschaft heraus die engere Landesvorstandschaft gebildet. Damit ist die demokratische Basis da, und damit ist dann auch die Willensbildung möglich. Alles andere wäre willkürlich.
Dr. *Horlacher*: Ich bin absolut dafür, daß demokratische Zustände hergestellt werden. Deshalb wollen wir gegenüber dem Anschein, daß ein Mann die Union regiert, unter allen Umständen haben, daß eine Zwischenlösung gefunden wird, bis eine endgültige Lösung da ist.
Ich möchte noch eine andere Handlung des Herrn Parteivorsitzenden rügen. Wir sind schon seit längerer Zeit gewöhnt, daß, wenn einer unserer Freunde in sachlicher Weise etwas vorbringt, dann sofort ein Gegenangriff gegen ihn gestartet wird, um seine gesamten vorhergegangenen Ausführungen zu verwischen. Ich war nicht bei *Ziebell*. Das wird den Herren genügen. Das andere ist eine Frage, die wir zu klären haben. Jedenfalls war *Schlögl* auch nicht dabei. Es wird sehr viel geredet. Ich habe heute gerade wieder einen Fall an maßgebender Stelle klargestellt, wo wieder Dinge geredet worden waren, die den Tatsachen nicht entsprochen haben. Ich mische mich in diese Dinge nicht mehr ein. Ich habe keine Zeit mehr. Meine Zeit ist mir zu gut, als daß ich sie hier auf Tagungen versäume, an denen ich das innere Interesse nicht mehr habe. Interesse habe ich am Gesamtbereich der Union. Ich habe gesagt, ich werde die

Versammlungen halten. Ich werde auch aus diesem Grunde die Kandidatur nochmals annehmen, aber nur aus dem Grunde, damit ich das Landvolk zusammenhalte. Ich werde aber dann dem Landvolk bekanntgeben: Wenn sich unterdessen die Dinge in der Union nicht auf demokratischer Grundlage unter Berücksichtigung der maßgebenden Stände geändert haben, scheide ich aus sämtlichen übrigen Organen der Union aus.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu feststellen ...

Dr. *Horlacher*: Von jetzt ab bitte ich, von Einladungen abzusehen. Ich stehe nicht mehr zur Verfügung. Ich habe mich genügend bemüht, um Ordnung in die Dinge zu bringen. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf noch eines feststellen. Es waren heute genügend bäuerliche Vertreter da. Ich glaube, daß ich auch *Sauer* als solchen ansprechen kann. Ich glaube, es waren auch eine ganze Reihe anderer da. Es ist einseitig, daß hier Ständeinteressen herausgestellt werden. Die Union ist nicht nur eine Zusammenfassung von Ständen, sie ist nicht einmal eine Zusammenfassung früherer Parteien, sondern eine neue Gruppierung von Menschen.

Dr. *Horlacher*: Wir reden aneinander vorbei. Mit Dir war es nicht möglich, eine Lösung zu finden. Mache Deinen Kram allein. Ich will dabei keine Verantwortung haben. Machen Sie was Sie wollen, meine Herren!

(Lebhafte Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, die Union wird die Kraft haben, sich durchzusetzen. Wir alle werden zusammenhelfen. Wir werden zusammenstehen, und ich bin überzeugt, die inneren Schwierigkeiten werden überwunden werden. Sie werden rasch überwunden sein, so daß der organische Aufbau weiter durchgeführt werden kann. Es werden zwangsläufig bestimmte einzelne Sonderinteressen zurückgestellt werden müssen. Wir aber sind dann eine Union - das garantiere ich -, und zwar auch eine Union von Alten und Jungen, und nicht eine Union, die ihrerseits nicht nur einen Wahlkampf durchsteht, sondern nachher auch fähig sein wird, die Verantwortung zu tragen. Aber dann muß auch die demokratische Basis dafür gefunden sein, daß nicht einzelne allein die Verantwortung auf sich nehmen wollen, die dann die Union trägt. Das Wichtigste ist nämlich, daß die entscheidenden Gremien der Union die Politik der Union machen und bestimmen. Ich habe bisher die Politik der Union für die Zukunft nicht vorbelastet; ich kann es aber auch nicht zulassen, daß einzelne andere irgendeine Vorbelastung vornehmen.

Meine lieben Freunde, wir werden bald wieder zusammentreten, sobald es die Arbeit ermöglicht und sobald Sie vom Wahlkampf abkommen können. Der erste Tag, der dafür zur Verfügung steht, wird wieder benützt werden, um weiter sachliche Arbeit zu leisten.

Ich danke Ihnen dafür, daß Sie so, wie Sie in der letzten Sitzung unsere Statuten verabschiedet haben, heute auch durch das Programm die Voraussetzung für sachliche Arbeit in der Union geschaffen haben.

Ich danke allen, die sachlich mitgearbeitet haben. Ich schließe hiermit die Landesausschußsitzung.

(Schluß der Sitzung 19.11 Uhr.)

Nr. 25

Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union am 6. Dezember 1946 in München

Tagesordnung:[1]
1. Berichterstattung über eine notwendig gewordene Programmänderung
2. Annahme der Schiedsordnung und Wahl der Mitglieder des Landesschiedsgerichts
3. Wahl von zehn Vertretern und je zwei Frauen- und Jugendvertretern zur Landesvorstandschaft
4. Aussprache über die politische Lage
5. Verschiedenes

Tagungsort: München, Wirtschaftsministerium, Prinzregentenstraße 28

Anwesend:[2] E. Ammann, Baumgartner, N. Berger, R. Berger, Bergmann, Boehlke, Butterhof, M. Deku, Jos. Detsch, Döppert, B. Dötsch, Donsberger, Etterer, Euerl, Faust, H. Fink, J. Fischer, Gamperl, Geiselberger, Grasmann, Gröber, Haecker, Hafenbrädl, Hagn, Hahn, H. Haunhorst, H.-A. Haunhorst, Haußleiter, Helmerich, Heubl, Hilpert, Holzer, Holzner, Horlacher, Hundhammer, Imler, Kaifer, F. Kaiser, Karpf, Klenk, E. Koch, K. Köhler, Krehle, Kroll, K.A. Kroth, Krüger, Kübler, Lacherbauer, A. Lang, Lehner, Liedig, Lingmann, Lobinger, Mack, R. Martin, Meyer-Spreckels, J. Müller, Nirschl, Ortloph, Ostwald, Ott, Pflaum, Hans Pflüger, Piechl, Plonner, Prechtl, Preysing, Probst, Riedel, Rindt, Rinke, Röder, Röhrl, F.L. Sauer, F. Schäfer, A.W. Schmidt, Schrott, A. Schubert, Schwingenstein, Sedlmayr, Semler, Staab, W. Stegerwald, Sühler, Ulrich, Vogl, Wackerl, Warmuth, Weinkamm, G. Weinzierl, F. Wittmann; als Gast von der Militärregierung: Abeghian

ACSP, CSU-Landesausschüsse, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Sitzung wird um 10.11 Uhr durch den Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Dr. *Müller*, eröffnet.
Liedig stellt die anwesenden Stimmberechtigten fest.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich bitten, Platz zu nehmen.
Meine lieben Freunde! Ich eröffne die heutige Sitzung des Landesausschusses der Christlich-Sozialen Union. Ich heiße Sie herzlich willkommen. Ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Besonders aber habe ich für Ihre Mitarbeit im Wahlkampf zu danken. Wir können wirklich sagen: Die Union hat gut abgeschnitten. Wenn der Vorsitzende einer anderen Partei behauptete, die Union sei in diesem Wahlkampf geschlagen worden, so trifft das nach allgemein objektiver Meinung sicher nicht zu. Wir mußten damit rechnen, daß wir einige Kandidaten verloren. Wir mußten vor allem damit rechnen, weil die Flüchtlinge mitgewählt haben. Leider Gottes ist es in Anbetracht der Änderungen, die im Wahlrechtssystem vorgenommen wurden, nicht gelungen, eine genügende Anzahl von Flüchtlingskandidaten aufzustellen. Vielleicht hätten wir dann auch noch besser abschneiden können.

(Zuruf: Das hätte nichts geändert!)

Aber mehr, als wir jetzt für uns buchen konnten, konnten wir bei gutem Willen nicht erreichen. Ein Verlust von vier bis fünf Mandaten war von mir immer einkalkuliert

[1] Laut Anlage zum Protokoll und Wortlaut des Protokolltextes, vgl. S. 774.
[2] Laut Anwesenheitsliste und Liste der stimmberechtigten Vertreter für den Landesausschuß in der Anlage zum Protokoll, ergänzt anhand des Protokolltextes. Vier Unterschriften von Gästen sind unleserlich.

worden. Andere hatten damit gerechnet, sie könnten uns dezimieren, und wir würden annähernd die Hälfte des Bestandes verlieren. Diese Leute sind bitter enttäuscht worden. Die Union hat sich im Wahlkampf bewährt, trotzdem die Kämpfe mit unerhört bitterlicher Schärfe geführt wurden. Nur wer draußen den Wahlkampf wirklich in den einzelnen Orten mitgemacht hat, kann darüber ein Urteil abgeben. Ich bitte meine südbayerischen Freunde, es nicht übelzunehmen, wenn ich sage, nur wer gesehen hat, mit welcher Schärfe in manchen fränkischen Orten der Wahlkampf geführt wurde, wo alle Parteien versucht haben, uns klein zu bekommen, wo die kleinen Parteien versucht haben, ihre 10% zu erreichen, der weiß, was es bedeutet hat, daß wir so durchgestanden haben. Sie wissen, daß dabei noch die Angriffe gegen mich vorgetragen wurden. Ich glaube, nicht zuviel zu sagen, wenn ich erkläre: Die Angriffe haben der Union eher genützt als geschadet.

(Sehr richtig!)

Es hat sich in dem Fall schließlich und endlich gezeigt, worum es ging. Die meisten meiner Freunde haben meine Verteidigung gehört, die ich in der Öffentlichkeit im Rundfunk gesprochen habe. Ich werde sie hier nicht wiederholen. Aber eines kann ich ruhig sagen: Wenn im Zusammenhang mit den Vorgängen vom Jahre 1934 bekannt wurde, daß ich damals bereits versucht habe, *Himmler* und *Heydrich* zu stürzen, wenn weiterhin bekannt wird, welche Hintergründe noch da sind und welche Maßnahmen gegen mich am 30. Juni geplant waren, so kann ich, und kann in diesem Fall auch die Union, mit mir bestehen.
Andere Leute sind damals ins Ausland gegangen und haben es sich leichter gemacht.

(Sehr richtig!)

Infolgedessen glaube ich, daß wir auch in dieser Hinsicht ohne weiteres die Konkurrenz halten können. Ich mache heute kein Hehl daraus: Ich habe die anderen nicht angegriffen, wenn sie fortgegangen sind, weil ich es verstehen kann, wenn jemand dem Kampf ausweicht und sagt: Ich kann ihm besser ausweichen, wenn ich im Ausland bin. Aber gerade von den Leuten dürfte man dann erwarten, daß sie ein gewisses Verständnis für die Männer haben, die hier den Kampf geführt haben.

(Sehr richtig!)

Ich will nicht länger darauf eingehen. Es ist nicht notwendig; vielleicht wird es notwendig sein, wenn in der Debatte die Fragen gestellt werden. Aber zusammenfassend darf ich erklären: Ich glaube, die Union hat bei diesen Angriffen, auch wenn sie von der Zeitung vorgetragen wurden, nur den einen Vorteil gehabt, daß allen die Augen geöffnet wurden, vor allem angesichts des unanständigen Kampfes. Man kann ruhig sagen: Wir haben unseren Kampf anständig geführt. Entgleisungen sind nicht vorgekommen. Um so bewundernswerter ist das Resultat, das wir erreicht haben. Es hat sich gezeigt, daß die Leute draußen tatsächlich ein Empfinden dafür haben, wer - ich bitte, den Ausdruck richtig zu verstehen - politisches Niveau hält und wer demokratisch denkt. Wir haben bewiesen, daß wir eine demokratische Partei sind.
Ich darf jetzt noch weiter beifügen: In der Zusammensetzung der Fraktion ist vielleicht nicht alles so erreicht worden, wie ich es mir gedacht habe. Ich hätte gern den Arbeiterflügel noch etwas verstärkt. Leider sind gerade einige Arbeitervertreter ausgefallen. Leider ist unser Freund *Krehle* in München ausgefallen; ferner *Lorenz Sedlmayr*; Verluste, die ich bitter bedauere. Ich hoffe, daß das in der Zukunft irgendwie ausgeglichen werden kann. Wir werden es vor allem dadurch ausgleichen müssen, daß

wir die Gewichtsverteilung innerhalb der Parteiorganisation überprüfen. Da muß eine Möglichkeit gegeben sein, Kräfte, die sich jetzt im Parlament nicht auswirken können, in der Partei zur vollen Entfaltung zu bringen.

(Sehr richtig!)

Eines ist vorzüglich geworden! Wir sind die einzige Partei, die Frauenvertreterinnen im Parlament hat.

(Bravo!)

Wir haben vier gewählte Vertreterinnen der Frauen. Ich hoffe, daß beim Nachrücken eine fünfte hineinkommt, so daß wir in diesem Fall wirklich auch in dieser Hinsicht von Fortschritt reden und ihn auch beweisen können.
Auch der Verjüngungsprozeß der Fraktion ist jetzt so durchgeführt, daß ich manchem meiner Freunde dieses Thema für die Zukunft ersparen kann. Denn ich glaube, daß die Linie durchgehalten wird. Wir haben den Altersdurchschnitt auf etwa 51 Jahre gedrückt. Er wird, wenn noch Ersatzleute nachrücken, eher darunter liegen, so daß ich glauben darf: Das Ziel, das ich mir gesteckt habe - ich wollte den Altersdurchschnitt ungefähr bei 50 Jahren haben, wenn möglich etwas darunter -, ist ungefähr erreicht. Aber jetzt ist es so, daß man sagen kann, ein Prozent hin oder her macht nicht viel aus. Der Verjüngungsprozeß muß nur organisch weitergeführt werden. Aber es ist nicht mehr notwendig, mit aller Vehemenz in die Kerbe zu schlagen.
Meine lieben Freunde! So danke ich allen, die bei der Kandidatenaufstellung mitgewirkt haben. Auch dort ging es manchmal hart zu. Was in diesen Auseinandersetzungen an Härte da war, muß jetzt ausgeglichen sein oder ausgeglichen werden, wenn es noch nicht ausgeglichen sein sollte. Es dürfen aus der Zeit vor der Wahl keine Konfliktstoffe mehr innerhalb der Partei übrigbleiben. Wir haben größere Aufgaben. Wir werden in der politischen Aussprache darauf zurückkommen. Denn wir werden uns jetzt mit ernsthaftester Politik befassen müssen, und da kann man diese Konflikte nicht brauchen. Wir werden nachher die Schiedsordnung annehmen. Sie wird dann vorläufig in Kraft gesetzt werden, endgültig von der Landesversammlung.
Ich habe in den letzten Tagen erklärt: Solange ich allein Landesvorsitzender war, habe ich von mir aus abgesehen, das Schiedsgericht zu beanspruchen, weil es danach hätte aussehen können, daß der einzelne Landesvorsitzende damit ein Machtinstrument für sich ausnützt. Ich wollte das nicht. Ich wollte den Aufbau vollziehen, ohne daß man ein Machtmittel einsetzt. Heute wird jedoch von Ihnen eine Landesvorstandschaft gewählt. Es wird dann der Landesvorstand bestellt. Dann wird jeweils zu prüfen sein, ob nicht der eine oder andere Fall ernsthaft erledigt werden muß. Denn dann muß von den Vertretern der verschiedenen Richtungen, die in der Landesvorstandschaft berücksichtigt sein müssen, ernsthaft durchgegriffen werden. Die Union hat sich nach außen geschlagen. Sie muß sich jetzt intern im Inneren besser und endgültig konsolidieren.
Ich will sonst keine große Ansprache halten. Fragen von politischer Bedeutung werden bis zum Tagesordnungspunkt "Aussprache über die politische Lage" zurückgestellt. Heute früh ist ein Artikel von der Isar-Post aufgelegt worden, der mich betrifft und eine Stellungnahme des Generals *McNarney* beinhaltet. Auch dieser Artikel wird in der politischen Aussprache zu behandeln sein. Zuerst sind die Arbeiten zu leisten, die vordringlich sind. Ich hoffe, daß wir genauso sachliche, nüchterne und ruhige Arbeit leisten, wie wir das in den beiden letzten Landesausschußsitzungen getan haben, als wir die Statuten angenommen und das Programm beschlossen haben. So werden

wir heute, wie ich hoffe, auch den internen Aufbau in aller Ruhe durchführen können. Bei der politischen Aussprache können wir uns auseinandersetzen. Aber auch da bitte ich, die Auseinandersetzungen so durchzuführen, daß die Union keinen Schaden leidet.
Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Berichterstattung über eine notwendig gewordene Programmänderung
2. Annahme der Schiedsordnung und Bestellung der Mitglieder des Landesschiedsgerichts
3. Wahl von zehn Vertretern und je zwei Frauen- und Jugendvertretern zur Landesvorstandschaft
4. Aussprache über die politische Lage
5. Verschiedenes

Erhebt sich ein Einspruch gegen die Tagesordnung?
(Kein Widerspruch.)
Dann ist die Tagesordnung genehmigt.
Wir treten in die Tagesordnung ein. Es wird jetzt behandelt Punkt 1 "Berichterstattung über eine notwendig gewordene Programmänderung". Ich erteile *Liedig* das Wort.
Liedig: Darf ich vorher noch eine technische Angelegenheit bekanntgeben. Für 13.30 Uhr ist für die auswärtigen Gäste des Landesausschusses im Spatenhaus ein Mittagessen vorgesehen, mit Vorgericht, Fleischgericht, Gemüsebeilage und Nachgericht. Benötigt werden 50 Gramm Fleisch und zehn Gramm Fett. Bis 11 Uhr muß ich bekanntgeben, wieviele Teilnehmer ungefähr an dem Essen teilnehmen wollen, damit rechtzeitig disponiert werden kann. Ich darf daher diejenigen Damen und Herren, die daran teilnehmen wollen, bitten, die Hand zu erheben.
(Geschieht)
In der letzten Landesausschußsitzung wurden das Grundsatzprogramm und die 30 Punkte der Union angenommen. Die einzige wesentliche Änderung, die damals an dem Entwurf des Grundsatzprogrammes vorgenommen wurde, nämlich in I. Staatliche Ordnung Ziffer 3, ist von der Militärregierung beanstandet worden. Sie mußte wieder gestrichen werden. Ursprünglich lautete diese Ziffer 3 wie folgt:

> Jedes Volk ist eine organisch gewordene Lebensgemeinschaft. Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands. Wir kämpfen gegen jede Form von Separatismus und wenden uns gegen jede Abtrennung deutscher Gebiete.

Diese ursprüngliche Fassung war in der letzten Landesausschußsitzung unter Verarbeitung mehrerer Anträge, die vorgebracht wurden, wie folgt geändert worden:

> Jedes Volk ist eine organisch gewordene Lebensgemeinschaft. Wir treten ein für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands.

Jetzt kam die wesentliche Änderung:

> Wir wenden uns gegen jede gewaltsame, dem Selbstbestimmungsrecht widersprechende Abtrennung und Absplitterung deutscher Gebiete. Es ist unser Herzenswunsch, daß die Pfalz und das Gebiet von Lindau baldmöglichst in den bayerischen Staatsverband zurückkehren.

Dieser Zusatz ist von der Militärregierung gestrichen worden. Wir hätten das Programm, wie es der Ausschuß beschlossen hat, nicht veröffentlichen und im Wahlkampf

verwenden können, wenn wir der Forderung auf Streichung dieses Zusatzes nicht entsprochen hätten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich darüber abstimmen lassen, ob die Freunde mit der Änderung, das heißt mit der Streichung dieses Zusatzes, einverstanden sind?
Erhebt sich gegen die Streichung ein Widerspruch?
Es erhebt sich kein Widerspruch. Die Streichung ist einstimmig beschlossen.
Meine lieben Freunde! Ich darf dazu folgendes sagen: In diesem Programmpunkt ist die Rede von bestimmten Gebieten, die uns sehr am Herzen liegen. Ich hatte gestern den Besuch eines Herren der Christlich-Demokratischen Partei der Saarpfalz. Ich glaube, wir können auch wirklich nicht genug daran denken, welche Sorgen unsere Freunde dort haben.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, man kann im einzelnen nicht darüber sprechen. Es wäre unzweckmäßig, viel darüber zu reden, aber die Sorgen der Freunde dort sind außerordentlich groß. Drei, vier Meter unter dem Fußboden liegt die Kohle. Trotzdem erhalten die Leute nur einen Zentner Kohle pro Monat und pro Person für den Winter. Die Leute kämpfen. Es ist durchaus falsch, wenn hier vielleicht - es ist drüben Propaganda damit gemacht worden - von dem einen oder anderen erklärt wird, daß die Saarpfälzer nicht deutsch seien.

(Oho, Widerspruch.)

Wir wollen uns hier bestimmt nicht einmischen. Ich weiß, wie diffizil diese Probleme sind. Ich möchte nicht etwa in nationalistische Hetze verfallen, so wie das da oder dort geschieht. Aber eines sei gesagt: Der Kumpel in der Pfalz, vor allem der Arbeiter, der Bauer, der bekennt sich zum Deutschtum. In der Oberschicht ist das manchmal anders; wie überhaupt oft festzustellen war, daß die Oberschicht da oder dort gern Kompromisse macht. Ich glaube, wir sollten gelegentlich auch daran denken, wenn wir hier Politik machen, daß wir es doch viel, viel leichter und viel angenehmer haben als die Menschen, die dort um ihre Gesinnung ringen und ringen müssen.
Wir treten nun in Punkt 2 der Tagesordnung ein: "Annahme der Schiedsordnung und Bestellung der Mitglieder des Landesschiedsgerichts". Ich bitte *Liedig*, die Schiedsordnung zu verlesen.
Liedig: Die Schiedsordnung ist am 15. Oktober 1946 an sämtliche Vorsitzenden der Bezirks- und Kreisverbände mit folgendem Anschreiben versandt worden:

> Aufgrund einer Ermächtigung, die die letzte Landesversammlung am 17. Mai gegeben hat, wurde die beigefügte Schiedsordnung vorläufig in Kraft gesetzt. Diese Schiedsordnung wird der nächsten Landesversammlung nochmals zur endgültigen Genehmigung unterbreitet werden. Es hat sich gezeigt, daß die baldige Aufnahme der Arbeit durch die Schiedsgerichte dringend erforderlich ist. Es ist die Aufgabe der Schiedsgerichte, soweit sie in Anspruch genommen werden, persönliche Differenzen zwischen Mitgliedern der Union, wenn möglich durch gütliche Vermittlung, aus der Welt zu schaffen, aber wenn das nicht gelingt, für Aufklärung und Ordnung zu sorgen.
> Wir bitten, den Aufbau der Schiedsgerichte entsprechend der Schiedsordnung nunmehr energisch durchzuführen. Die vorgesehenen Schiedsrichter sind in geheimer Wahl zu bestellen. Wir bitten, uns die bestellten Herren bis spätestens 15. Dezember 1946 zu benennen.

Die Schiedsordnung lautet: (Siehe Anlage.[3])
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich eröffne die Debatte über die Schiedsordnung. Ich stelle zu Beginn der Debatte den Antrag: Die Schiedsordnung wird angenommen und vorläufig in Kraft gesetzt. Endgültig in Kraft gesetzt wird sie durch die Landesversammlung. Meldet sich jemand zur Debatte?
Dr. *Hundhammer*: Wann ist die Schiedsordnung hinausgegeben worden?
Liedig: Am 15. Oktober 1946 an sämtliche Vorsitzenden der Bezirks- und Kreisverbände.
Dr. *Hundhammer*: Mir sind die Details nicht bekanntgegeben worden. Ich habe gegen eine vorläufige und sofortige Inkraftsetzung ohne eingehende Prüfung Bedenken. Es sind Teile und Absätze in ihr enthalten, die nicht ohne weiteres gebilligt werden können. Ich würde eine nochmalige Beratung der Schiedsordnung vielleicht im Benehmen mit den Vorsitzenden der Bezirksverbände für zweckmäßig halten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir müssen sie beschließen. Es häufen sich die Fälle, die nach einer endgüligen Regelung schreien. Ich glaube, daß gerade ein Beispiel gegeben wurde, das ja heute wieder gezeigt hat, daß irgendwie einmal durchgegriffen werden muß. Infolgedessen bitte ich Sie, jetzt in die Debatte einzutreten. Die Schiedsordnung war allen bekannt. Man konnte sie durchstudieren. Wenn es gewünscht wird, können wir Paragraph für Paragraph nochmals diskutieren.

(Widerspruch.)

Aber die Schiedsordnung muß beschlossen werden.
Meldet sich sonst jemand zum Wort?
Es meldet sich niemand mehr zum Wort. Dann darf ich über meinen Antrag auf Annahme und vorläufige Inkraftsetzung der Schiedsordnung abstimmen lassen.
Wer enthält sich?
Dr. *Lacherbauer*: Auch ich habe die Schiedsordnung bis jetzt nicht zu Gesicht bekommen. Es spielen so viele Fragen zivil- und strafrechtlicher Art herein, daß eine genaue Prüfung erforderlich ist.
Krehle: Ich muß eine Erklärung abgeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind jetzt in der Abstimmung. Ich muß an den parlamentarischen Regeln festhalten. Ich darf nochmals die Abstimmung beginnen. Wer enthält sich? Vier haben sich der Stimme enthalten. Wer ist gegen die Annahme der Schiedsordnung? Dreizehn sind dagegen. Ich mache die Gegenprobe: Wer ist für die Annahme der Schiedsordnung? Es ist die überwiegende Majorität, das wird nicht bezweifelt. Dann ist die Schiedsordnung angenommen und in Kraft gesetzt.
Krehle: Ich möchte eine Erklärung abgeben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Krehle* erhält das Wort zur Abgabe einer Erklärung.
Krehle: Auch der Bezirksverband München hat die Schiedsordnung nicht zugestellt bekommen.
Liedig: Am 15. Oktober 1946 ist sie an sämtliche Vorsitzenden der Bezirks- und Kreisverbände gegangen.
Krehle: Wir haben sie nicht bekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das müßte im Bezirkssekretariat festzustellen sein.

[3] Der Text der von der Landesversammlung am 14. und 15. Dezember 1946 genehmigten Schiedsordnung findet sich im Anhang, Dok. Nr. XIX, S. 1805ff.

Krehle: Darum habe ich dagegen gestimmt.
Kübler: Ich habe auch keine bekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann treten wir in den Punkt 3 der Tagesordnung ein: "Wahl von zehn Vertretern und je zwei Frauen- und Jugendvertretern zur Landesvorstandschaft".
Wir müssen noch zur Wahl der Schiedsrichter für das Landesschiedsgericht schreiten. Bisheriger Vorsitzender des Schiedsgerichts war der Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer*. Ich lasse über die einzelnen Vorschläge mündlich abstimmen.

(Widerspruch.)

In diesem Fall muß man schriftlich abstimmen, denn bei allen Wahlen muß schriftlich abgestimmt werden. Ich bitte, meinen Irrtum zu entschuldigen.
Ich gebe dann die einzelnen Namen bekannt. Wir können beschließen, ob wir in cumulo abstimmen oder ob einzeln abgestimmt wird. Ich darf die Namen bekanntgeben.
Liedig: Es sind zu wählen: ein Vorsitzender und vier Beisitzer. Von diesen vier Beisitzern müssen zwei die Fähigkeit zum Richteramt haben, ebenso der Vorsitzende. Zwei Beisitzer brauchen sie nicht zu haben. Dann ist für jeden dieser Herren noch ein Vertreter zu wählen, bei dem die jeweiligen Voraussetzungen auch gegeben sein müssen. Die Vertreter für den Vorsitzenden und die zwei Beisitzer müssen also auch die Fähigkeit zum Richteramt haben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, die Vorschläge bekanntzugeben.
Liedig: Als Vorsitzender des Landesschiedsgerichts wird vorgeschlagen der bisherige interimistische Vorsitzende Herr Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer*, München, als Vertreter Herr Präsident *Frank*.
Dr. *Lacherbauer*: Darf ich bitten bekanntzugeben, wer Präsident *Frank* ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es war der frühere Präsident des Strafgerichts München, ein älterer, sehr bekannter, ruhiger und objektiver Mann.
Liedig: Als juristische Beisitzer werden vorgeschlagen: Herr Dr. *von Miller*, München, und Herr Dr. *Weinkamm*, Augsburg.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf gleich bemerken, daß Herr Generalstaatsanwalt Dr. *Hagenauer* gebeten hat, wenn möglich Parteifreunde zu nehmen, die in München oder sonst leicht erreichbar sind. Wir hatten bisher auch aus Franken Beisitzer. Es haben sich dabei Schwierigkeiten ergeben, da diese Leute sehr schwer herbeizuholen waren. Das Schiedsgericht muß bekanntlich rasch arbeiten können.
Als juristische Beisitzer werden also vorgeschlagen: Dr. *von Miller*, München, Dr. *Weinkamm*, als erster Vertreter Oberregierungsrat Dr. *Eichhorn*, München, und als zweiter Vertreter Dr. *Ankermüller*, Bad Neustadt a.d. Saale; als Laienbeisitzer Herr *Hanfstaengl*, München und Herr *Imler*, Augsburg, als Vertreter Herr *Staudinger*, Regensburg, und Herr *Arnold*, Nürnberg.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sollen die Namen wiederholt werden?

(Zustimmung.)

Ich bitte, die Namen zu wiederholen. Vielleicht darf ich vorher schon die Stimmzettel verteilen lassen, damit die Freunde eventuell die Stimmzettel bereit haben und die Abstimmung nicht so lange dauert.
Liedig: Als Vorsitzender wird vorgeschlagen Herr Dr. *Hagenauer*, München, als Stellvertreter Herr Landgerichtspräsident *Frank*, München.

(Zuruf: Wie soll abgestimmt werden, mit Ja oder Nein?)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen die Stimmzettel verteilen. Wenn andere Vorschläge gemacht werden, muß über die Namen abgestimmt werden. Wenn keine anderen Vorschläge gemacht werden, können wir mit Ja oder Nein abstimmen. Werden andere Vorschläge gemacht als die bereits vorliegenden?

(Nein!)

Prechtl: Dr. *Rucker*, Regensburg, als Beisitzer.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er ist in der Landesvorstandschaft.
Liedig: Mitglieder der Vorstandschaft dürfen nicht im Schiedsgericht sein.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Werden andere Vorschläge gemacht? Wir müssen sonst einzeln abstimmen.
(Es werden keine anderen Vorschläge gemacht.)
Dann bitte ich, die Namensliste zu verlesen. Es ist nur mit Ja oder Nein abzustimmen.
Liedig: Vorsitzender: Dr. *Hagenauer*, München; Stellvertreter: Landgerichtspräsident *Frank*, München; Juristische Beisitzer: Dr. *von Miller*, München, und Dr. *Weinkamm*, Augsburg; Stellvertreter: Oberregierungsrat Dr. *Eichhorn*, München, und Dr. *Ankermüller*, Neustadt/Saale; Laienbeisitzer: *Hanfstaengl*, München, und *Imler*, Augsburg; Vertreter: *Staudinger*, Regensburg, und *Arnold*, Nürnberg.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir treten in die Abstimmung ein. Es ist mit Ja oder Nein zu stimmen. Ich darf dann die Stimmberechtigten verlesen lassen.
Liedig: Sind inzwischen noch weitere Stimmberechtigte von den einzelnen Bezirken eingetroffen? Ich bitte diese Damen und Herren, sich bei der Verlesung zu melden.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während die Stimmzettel eingesammelt werden)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung ist beendet. Ich bitte als Wahlprüfungsausschuß zu fungieren, die Herren *Ostwald*, *Nirschl*, *Mack*.
(Kurze Pause.)
Ich bitte um Ruhe. Das Wahlresultat wird bekanntgegeben.
Ostwald: Abgegeben wurden 71 Stimmen. Mit Ja stimmten 57, mit Nein sieben.
Liedig: Entsprechend der Liste wurden 71 Stimmen abgegeben. Davon haben 57 mit Ja und sieben mit Nein gestimmt bei sieben Stimmenthaltungen. Damit sind die Genannten gewählt.
[*Josef Müller*:] Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung: "Wahl von zehn Vertretern und je zwei Frauen- und Jugendvertretern zur Landesvorstandschaft".
Ammann: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, daß sich hier ein Druckfehler eingeschlichen hat. Auf der letzten Landesversammlung wurde ein Antrag der Jugendvertreter sämtlicher Bezirke eingebracht, wonach drei Jugendvertreter verlangt wurden. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich bitte, das protokollmäßig nachzuprüfen und vorsichtshalber heute drei Jugendvertreter zu wählen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir haben hier die Statuten vorliegen, so wie sie vom Landesausschuß das letzte Mal auch noch genehmigt wurden. Wir können nachträglich keine Korrektur mehr annehmen.
Ott: Der Antrag in der Landesversammlung vom Mai ist weiterhin in der Satzung abgeändert worden. Wir bitten, daß das Protokoll und unser Antrag nachgesehen wird. Es sind verschiedene Abänderungen in bezug auf die Jugend vorgenommen worden. In dem Antrag heißt es, daß in jeder Vorstandschaft des Ortes ein Jugendvertreter sein muß. In der Satzung ist der Jugendvertreter aus der Vorstandschaft heraus- und

in den Beirat genommen worden. Das ist nicht in der Landesversammlung beschlossen worden. Ich bitte darum, nachzusehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das hätte man das letzte Mal machen müssen. Man kann es in der Landesversammlung machen, wenn die Statuten noch einmal beschlossen werden, jetzt im Augenblick nicht.
Holzer: Ich erinnere daran, daß in der Landesversammlung im Mai diese Satzungsänderungen einstimmig angenommen worden sind. Wir als Jugendvertreter müssen darauf bestehen. Wir haben überall in der Jungen Union den Sieg der Jungen propagiert, überall, wo wir aufgetreten sind. Wir Jugendvertreter müssen darauf bestehen, daß die Änderungen, die die Landesversammlung angenommen hat, auch jetzt bei der Wahl durchgeführt werden. Ich bitte darum, daß das Protokoll der letzten Landesversammlung herbeigeholt wird. Dann ist der richtige Sachverhalt ohne weiteres sofort festzustellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich lasse das Protokoll der Landesversammlung herbeiholen. Ich bedauere nur, daß wir nicht damals, als wir im Landessauschuß die Statuten beschlossen haben, nachgesehen haben. Ich selbst würde es ohne weiteres gern machen, wenn es statutenmäßig zulässig wäre, weil sich die junge Generation gerade im Wahlkampf ganz vorzüglich bewährt hat. Infolgedessen würde ich gern dem Antrag entgegenkommen, wenn es aufgrund der Statuten irgendwie möglich ist. Ich würde vorschlagen: Wir wählen einen dritten Jugendvertreter dazu. Dieser kann dann immer zugezogen werden. Sollte sich aus dem Protokoll die Entsendung von drei Jugendvertretern ergeben, dann können wir in der Landesversammlung die entsprechende Korrektur vornehmen lassen. Einverstanden?

(Zustimmung.)

Dann darf ich die Vorschläge der zehn vom Landesausschuß zu bestellenden Verteter für die Landesvorstandschaft vorlegen. [...][4] Ich bin dabei so vorgegangen, daß ich nicht zwischen den einzelnen Ständen usw. aufgeteilt habe. Die Landesvorstandschaft und vor allem der Landesvorstand muß aktions- und arbeitsfähig sein. Ich bitte, auch nicht so vorgehen zu wollen, daß dann Vorschläge nach territorialen Gesichtspunkten gemacht werden. Diese sind schon dadurch zum Ausdruck gekommen,daß jeder Bezirk in die Landesvorstandschaft gewählt hat. Es kommt hier darauf an, ein Gremium zu bekommen, das wirklich arbeitskräftig ist. Ich habe gedacht: Dr. *Horlacher*, Dr. *Eichhorn*, Dr. *Muhler*, Dr. *Grasmann* - ich darf gleich bemerken, er ist als Kassenwalter gedacht -, *Lorenz Sedlmayr*, *Heinrich Pflüger* - war hier als Kandidat für die politisch Verfolgten aufgestellt und ist nicht zum Zuge gekommen; ich habe das auch bei *Lorenz Sedlmayr* berücksichtigt -, *Mayr*, Fürth - hat nicht kandidiert und ist deswegen nach meiner Auffassung für die evangelische Seite dringend notwendig -, Dr. *Semler* - der diesmal auch nicht kandidiert hat, dessen Kraft aber nach meinem Empfinden unentbehrlich ist, weil er den Wirtschaftsausschuß vorzüglich geführt hat -, Dr. *Strauß* - den ich deswegen vorschlage, weil wir einen Jüngeren brauchen, der die Arbeit leistet und dort in der Hauptsache tatsächlich die Geschäfte mitführt - und Dr. *Gamperl* von Regensburg-Oberpfalz - ich habe Dr. *Gamperl* deswegen vorgeschlagen, um es gleich vorwegzunehmen, weil die Oberpfalz Dr. *Rucker* gewählt hat; ich würde es begrüßen,

[4] Hier wechselte offenbar der Stenograph. Der vorhergehende Satz wird an dieser Stelle in folgender Variante wiederholt: "Dann darf ich die Vorschläge für die zehn Mitglieder der Landesvorstandschaft bringen."

wenn man für Oberpfalz und Regensburg die beiden Vertreter brächte. Es ist der unangenehme Zustand, daß Regensburg hart an die 150.000 Einwohner herangeht, die notwendig sind, damit Regensburg als Bezirksverband behandelt wird. Ich bin überzeugt, daß es in absehbarer Zeit der Fall sein wird. Ich würde es begrüßen, wenn man auf diese Weise Regensburg und Oberpfalz berücksichtigen könnte. Als Frauenvertreterinnen würde ich vorschlagen: Frau *Elisabeth Hahn* - die bisher die Frauenorganisation aufgebaut hat - und Frau Dr. *Meyer-Spreckels* - sie war bisher im Parlament, ist aber diesmal leider nicht zum Zuge gekommen. Frau *Hahn* ist katholisch, Frau Dr. *Meyer-Spreckels* evangelisch. Für die Jugend habe ich vorgeschlagen den Parteifreund *Glonner* - der hier beim Aufbau der Jungen Union ganz vorzüglich gearbeitet hat und in ganz Bayern bekannt ist - und den Parteifreund *Birkl*. Ich bitte, den dritten auch von Seiten der Jugend in Vorschlag zu bringen.
Es haben sich zum Wort gemeldet zuerst *Holzer*, dann *Ammann* und *Hundhammer*. Bitte *Holzer*!
Holzer: Ich erlaube mir, für die Jugendvertreter andere Vorschläge einzubringen. Erstens möchte ich gleich drei Namen benennen, und dann würde ich als Jugendvertreter, damit sie den entsprechenden Rückhalt in der Jugend haben, vorschlagen *Franz Steber* - der einen ungeheuren Rückhalt in der Jugend hat -, unseren Freund *Heubl* - der sich außerordentlich tatkräftig in allen Jugendfragen eingesetzt hat und auch im Direktorium der Jungen Union von München sitzt - und als dritten einen evangelischen Kandidaten, den wir in der Jungen Union erst noch wählen wollen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu bemerken: *Birkl* ist evangelisch; *Heubl* ist sowieso im Landesauschuß. Dann bitte ich zu berücksichtigen: Ich brauche Leute, die in ganz Bayern bekannt sind. *Glonner* ist tatsächlich überall herumgereist, auch in ganz Franken; dann ist er vor allem bekannt durch den sozialen Kurs, den er in der Union hält. Ich bitte, nicht einseitig Münchner Vorschläge zu machen. Es wäre einseitig, wenn man nur davon ausgehen wollte. Die Junge Union, darf ich nebenbei bemerken - *Holzer*, ich bitte, es nicht übelzunehmen -, ist außerhalb Münchens noch aktiver als in München. Ich bitte, *Holzer*, es nicht übelzunehmen.
Bitte, *Ammann*.
Ammann: Ich möchte als Zusatz hier den Vorschlag bringen: *Franz Steber*, nicht um für ihn eine Lanze zu brechen, sondern tatsächlich aus Vernunftgründen. Er ist Praktiker in der Jugendarbeit und hat, wie Freund *Holzer* betonte, den nötigen Rückhalt in der Jugend und ist vor allen Dingen in ganz Bayern ein bekannter Mann.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dr. *Hundhammer*!
Dr. *Hundhammer*: Ich vermisse in der Liste einen Vertreter der Flüchtlinge, die sind beim Wahlergebnis ...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da darf ich gleich unterbrechen. - Wir kürzen ab, wenn ich das sage. - Ich hätte selbst einen Vertreter der Flüchtlinge vorgeschlagen. Aber beim Ständeaufbau kommen die Flüchtlinge sowieso zum Zug, und ich wollte nachher einen Antrag stellen, daß man jetzt gleich den Ständeaufbau vorläufig durchführt, so daß das ausgeglichen ist.
Dr. *Hundhammer*: Ich bin damit noch nicht zufrieden. Die Leute, die wir jetzt wählen, kommen in die Landesvorstandschaft. Wenn es auch gelingt, beim Ständeaufbau einen Flüchtlingsvertreter unterzubringen, dann soll ein zweiter dabei sein. Ich möchte vorschlagen, daß unter den zehn Leuten ein Flüchtlingsverteter dabei ist. Ich schlage vor, daß Herr Dr. *Rinke* genommen wird, der bekannt ist und der sicherlich auch fach-

liche Kenntnisse besitzt, um diese schwierigen und wichtigen Probleme erfolgreich zu bearbeiten, und zwar an Stelle von *Mayr*, Fürth.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dabei nur sagen: Es ist ausgewogen. Denken Sie bitte daran, die Union umfaßt evangelische und katholische Freunde. Infolgedessen habe ich das Verhältnis evangelisch-katholisch genau ausgeglichen, damit da keine Schwierigkeiten kommen. Ich wollte auch deswegen heute schon die Flüchtlinge berücksichtigen und nachher den Antrag stellen, daß im Ständeaufbau sofort kräftig gearbeitet wird, damit auf die Art und Weise Dr. *Rinke* in die Vorstandschaft kommt. *Kroll*!
Dr. *Kroll*: Soeben sind die Vertreter der Flüchtlinge zu mir gekommen, und ich muß sagen, wenn Dr. *Hundhammer* nicht gesprochen hätte, hätte ich den gleichen Antrag eingebracht. Ich möchte den Antrag, Dr. *Rinke* dazuzuwählen, nachdrücklichst unterstützen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Ott*!
Ott: Als weiteren Vorschlag für die Jugend: Dr. *Martin*, Augsburg.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann hätten wir folgenden Überblick: Bei den zehn vorgeschlagenen Mitgliedern wurde gewünscht, daß Herr Dr. *Rinke* hineingenommen wird. Jetzt ist nur die Frage, wer von den zehn dann ausgetauscht wird. Ich bitte zu bedenken, daß der Großteil der übrigen Mitglieder der Landesvorstandschaft katholisch ist. Ich möchte diesen Gesichtspunkt nicht immer hineinwerfen, aber es ist wichtig, in dem Falle daran zu denken. Wir haben unter den zehn, die vorgeschlagen werden, bisher sieben Katholiken und drei Evangelische. Wenn jetzt *Mayr*, Fürth, wegfällt, dann fällt einer von den drei evangelischen Freunden, die drin sind, weg. Das kann man nach meinem Empfinden nicht machen. Da muß man irgendeine andere Lösung finden.
Liedig: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß zur Landesvorstandschaft aufgrund der Satzungen der Vorstand des berufsständischen Rates mit drei Köpfen hinzutritt. In diesem berufsständischen Rat sind die Flüchtlinge mit zwei Vertretern vertreten. Wenn beim berufsständischen Rat ein Flüchtling in die Vorstandschaft gewählt wird, tritt er automatisch in die Landesvorstandschaft ein.
Piechl: Ich sehe es nicht ein, warum von den zehn Leuten acht Münchner sein sollen. Ich glaube, daß das Land auch etwas mitzusprechen hat und gerade durch die Wahlbeteiligung den Beweis erbracht hat, daß es wirklich, was die CSU anbelangt, auf dem Damme ist.
Dr. *Hundhammer*: Ich möchte zu der Frage der Konfessionen, die aufgeworfen ist, eines sagen: Erstens sind Konfessionsvertreter offiziell im Landesausschuß, nämlich Dr. *Muhler* und Oberregierungsrat Dr. *Eichhorn* andererseits, also diejenigen Leute, die hineinzukommen haben. Dann ein Zweites: Wenn man von Konfessionen spricht, so darf ich vielleicht, ohne indiskret zu sein, sagen, daß die Frau von Dr. *Rinke* evangelisch ist.

(Zuruf: Er wird gewählt!)

Ich glaube, daß er insofern ein gewisses Verständnis haben wird.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte doch dringend darum. Wie in Franken der Kampf geführt wurde und wie schwer es dort war, den Kampf zu führen, weil soundso viele evangelische Freunde abwandern, wenn es so weitergeht!
Klenk: Liebe Parteifreunde! Ich möchte gerade in bezug auf die Konfessionen etwas von uns in Franken erzählen. Es wird uns immer und immer wieder vorgeworfen: Ka-

meraden, man macht Euch katholisch. Es tut uns weh, wenn wir uns als Parteifreunde im Parteikampf, obwohl wir innerhalb der einzelnen Ortsgruppen bestimmt ein gutes Zusammenarbeiten haben, als Evangelische immer und immer wieder sagen lassen müssen: Wir werden katholisch. Es ist für mich weniger wichtig, wenn es diese Leute sagen, aber wir müssen unbedingt auch der Öffentlichkeit Rechnung tragen und die Konfessionen hier ein bißchen auf gleiche Grundlage stellen. Es ist selbstverständlich, daß München an und für sich konfessionell ganz anders zusammengesetzt ist wie das Land, aber wir müssen hier grundsätzlich auch die evangelischen Freunde berücksichtigen. Das geht nicht mehr. Schauen Sie! Sieben Vertreter zu drei, das ist unmöglich. Wir können so nicht bestehen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Wie ist das Verhältnis in der Bevölkerung?)

Die Bevölkerung ist bei uns überwiegend evangelisch.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Aber bei uns!)

Ihr sollt vertreten sein, wir wollen vertreten sein. Dann ist das doch ausgeglichen.
Piechl: Diese Auffassung, die der Herr geäußert hat, unterstütze ich voll und ganz. Wir vergeben uns gar nichts, wenn wir unseren evanglischen Freunden gerade in diesem Punkte entgegenkommen.
Pflaum: Meine Herren! Ich möchte die Ausführungen meiner Vorredner im Namen Oberbayerns unterstreichen.
Dr. *Rindt*: Ich wollte fragen, aus welchem Gebiet Herr Dr. *Rinke* gekommen ist.

(Zuruf: Er ist Schlesier!)

Das ist es, wo ich einsetzen wollte. Zunächst, wenn ausgetauscht werden soll, wäre ich auch aus den angeführten Gründen dafür, daß ein Katholik wegfällt. Dann: Bei den Wahlen haben wir gesehen, daß die Flüchtlinge aus Oberschlesien zur CSU halten, daß unsere schwache Stelle aber die Flüchtlinge aus dem Sudetengau waren. Bei aller Wertschätzung von Herrn Dr. *Rinke* möchte ich dann fast vorschlagen, daß wir einen Flüchtling aus dem Sudetengau nehmen, Dr. *Ziegler* - der als Kandidat leider durchgefallen ist -, der sich großer Wertschätzung erfreut.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich eines vorschlagen, damit wir die Debatte nicht so führen, daß sie doch unangenehm wird. Wenn Sie einverstanden wären, dann glaube ich, könnte man so einen Ausweg finden, daß Dr. *Rinke* jeweils zu den Landesvorstandschaftssitzungen als Vertreter der Flüchtlinge eingeladen wird und daß man dann abwartet, bis die einzelnen Mitglieder des ständischen Ausschusses gewählt sind. Dann, glaube ich, könnten wir es durchhalten. Ich glaube, daß in den seltensten Fällen nach Stimmen abgestimmt werden wird. Das hat sich oft gezeigt, weil man nachher doch weitestgehend einig war. Und so glaube ich, daß man am Schluß vereinbaren könnte, daß Dr. *Rinke* oder Dr. *Ziegler* jeweils zu den Landesvorstandschaftssitzungen zugezogen wird.

(Widerspruch.)

Dr. *Hundhammer*: Ich halte meinen Antrag aufrecht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Ostwald*!
Ostwald: Nicht zur Flüchtlingsfrage, sondern zur Jugendfrage.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst die zehn erledigen, dann die Frauenvertreterinnen und Jugendvertreter beprechen. Ich darf dann vielleicht die Namen nochmals bekanntgeben. Ich bitte, sie aufzuschreiben. Es kommt

dann der Antrag *Hundhammer* nachträglich dazu, der vorschlägt, anstelle von *Mayr*, Fürth, Dr. *Rinke* einzusetzen, so daß Sie das bei der Abstimmung berücksichtigen müssen. Ich verlese nochmals.
Warnuth: Es muß nicht deswegen ein Evangelischer genommen werden; es wurde nur Dr. *Rinke* gewünscht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, davon auszugehen: Wir müssen in der Landesvorstandschaft arbeiten. Im Vorstand muß jemand von den Jüngeren drin sein, der wirklich die Arbeit mitleistet. Wir brauchen einen Mann, der das anbietet. Es hat keinen Sinn, ewig zu diskutieren, ob die eine oder andere Richtung oder der eine oder andere Stand bedacht ist. Ein arbeitsfähiges Gremium muß geschaffen werden. Darauf kommt es an.
Ich darf die Namen nochmals verlesen:

Dr. *Michael Horlacher*, Dr. *Eichhorn*, Dr. *Muhler*, Dr. *Grasmann*, *Lorenz Sedlmayr*, *Mayr*, Fürth, *Heinrich Pflüger*, Dr. *Semler*, Dr. *Strauß* und Dr. *Gamperl*.

(Zuruf *Piechl*: Angeben wo die Leute her sind!)

Dr. *Michael Horlacher*, Bayern; Dr. *Eichhorn*, München; Dr. *Muhler*, München;

- das bitte ich aber bestimmt nicht zu ändern, das sind die Exponenten der beiden Konfessionen. Ich würde bedauern, wenn das geändert würde -;

Dr. *Grasmann*, München

- als Kassenwalter, darf ich gleich sagen -;

Lorenz Sedlmayr, durchgefallener Kandidat von München; *Mayr*, Fürth; *Heinrich Pflüger*, München; Dr. *Semler*, München; Dr. *Strauß*, Schongau; Dr. *Gamperl*, Regensburg.

Jetzt kommt der Antrag *Hundhammer*.
Dr. *Hundhammer*: Mein Antrag lautet, in die Liste der Kandidaten Dr. *Rinke* als Flüchtling aufzunehmen und dafür einen anderen - ich kapriziere mich nicht auf meinen Vorschlag oder den Namen *Mayr*, Fürth, den ich zufällig genannt habe - zu streichen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Mein Antrag geht dahin, Dr. *Rinke* wird zu den Sitzungen der Landesvorstandschaft eingeladen.

(Zuruf *Euerl*: Mit Stimmrecht?)

Ohne Stimmrecht. Es kommt fast nicht zur Abstimmung. Es wird die Wahl der Mitglieder des berufsständischen Rates abgewartet und dann die Frage nochmals zur Entscheidung gestellt.
Holzer: Sind wir schon in der Abstimmung oder können wir uns noch äußern?

(Zurufe: Nein.)

Dann möchte ich dazu folgendes sagen: Wir jungen Leute haben an sich sowieso wenig Verständnis, daß es immer nach Konfessionen gehen muß. Wir hatten gehofft, daß wir hier Christen sind. Da wäre es nicht so wichtig, ob der einzelne katholischer oder evangelischer Christ ist. Besonders durch die Ausführungen der Vorredner aus Franken und auch Herrn *Pflaums* habe ich eingesehen: Wie wäre es, wenn ein katholischer Kandidat freiwillig den Platz für Herrn Dr. *Rinke* als Vertreter der Flüchtlinge räumen würde! Es wäre doch vielleicht eine Lösung. Ich weiß nicht wer.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Er kommt in den berufsständischen Rat.
Ott: Wer ist der dritte Evangelische?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die drei evangelischen Vertreter sind: Dr. *Eichhorn*, *Mayr*, Fürth, und Dr. *Semler*.
Liedig: Zur Landesvorstandschaft treten nachher noch die drei Vorsitzenden des berufsständischen Rates. In diesem berufsständischen Rat sind die Flüchtlinge eine Gruppe, die nach der Zusammensetzung des berufsständischen Rates dort neben den anderen Gruppen jeweils mit zwei vertreten sind. Entsprechend § 22 der Satzung und der Vertretung dieser einzelnen Stände schon durch andere Vertreter in der Landesvorstandschaft scheint es mir sicher zu sein, daß in die Vorstandschaft des berufsständischen Rates mindestens ein Flüchtling hineinkommt, der auf diese Weise in die Landesvorstandschaft kommt. Ich würde deswegen vorschlagen, den Vorschlag des Landesvorsitzenden anzunehmen, daß bis zur Konstituierung des berufsständischen Rates - dafür wird nachher noch ein Antrag vorgelegt werden - Herr Dr. *Rinke* zu diesen zehn hinzutritt. Würde die Zusammensetzung des berufsständischen Rates nicht diesen Erwartungen entsprechen, Herr Dr. *Rinke* also nicht auf dem Wege der Vorstandschaft des berufsständischen Rates Mitglied auch der Landesvorstandschaft werden, dann wäre die Möglichkeit gegeben, diese Wahl nachzuholen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich zur Abstimmung schreiten, sonst werden wir den ganzen Tag Abstimmungsdebatten haben. Es werden die Stimmzettel verteilt. Als Wahlausschuß darf ich wieder die Genannten vorschlagen: *Ostwald*, *Nirschl* und *Mack*. Es muß diesmal, da der Antrag *Hundhammer* vorliegt, namentlich abgestimmt werden. Es müssen also die Namen daraufgeschrieben werden.
Ostwald: Zur Geschäftsordnung! Mir scheint, daß es möglich sein wird, wenn keine Veränderung gewünscht wird, "einverstanden" oder "ja" zu schreiben.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist aber die Veränderung *Rinke* da. Vielleicht ist es praktisch, so vorzugehen, daß ich zuerst über meinen Antrag abstimmen lasse; dann sehen wir klarer. Mein Antrag ist bekannt. Soll er nochmals wiederholt werden?

(Zurufe: Ja!)

Der Antrag geht dahin, daß Dr. *Rinke* zu den Sitzungen der Landesvorstandschaft zugezogen wird, daß dann später, wenn der berufsständische Rat da ist, erst endgültig eine Entscheidung getroffen wird. Über meinen Antrag wird mit Handerheben abgestimmt, wenn keine schriftliche Abstimmung verlangt ist.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Schriftliche Abstimmung!)

Es wird über meinen Antrag schriftlich abgestimmt.

(Zuruf *Liedig*: Das ist nicht notwendig!)

Es ist doch nur der Antrag, daß *Rinke* zugezogen werden soll. Soll darüber schriftlich abgestimmt werden?

(Zurufe: Nein!)

Gut, dann werden wir durch Handerheben abstimmen. Wer enthält sich? Eine Stimme. Wer ist dagegen? Niemand. Damit ist der Antrag bei einer Stimmenthaltung angenommen. Also, *Rinke* soll zugezogen werden. Wird jetzt noch - *Hundhammer*, das geht Dich an - darauf bestanden, daß namentlich abgestimmt wird, oder kann en bloc abgestimmt werden?

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Schriftlich!)

Mit Namen oder mit "Ja" oder "Nein"?

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Mit Namen!)

Also wird mit Namen abgestimmt. Die Abstimmung beginnt.
Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung! Darf ich bitten, daß der Vorsitzende nochmals die Namen verliest.
Liedig (verliest):

Dr. *Horlacher*, Dr. *Eichhorn*, Dr. *Muhler*, Dr. *Grasmann*, *Sedlmayr*, *Mayr*, Fürth, *Heinrich Pflüger*, Dr. *Semler*, Dr. *Strauß* und Dr. *Gamperl*.

(Die stimmberechtigten Mitglieder werden aufgerufen und geben ihren Stimmzettel ab.)
Die Abstimmung ist geschlossen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen. Wir kürzen ab. Ich gebe gleich die beiden Vertreterinnen der Frauen bekannt: Frau *Meyer-Spreckels* und Frau *Elisabeth Hahn*. Es wird kein Abänderungsantrag gestellt?
(Ist nicht der Fall.)
Dann darf ich darüber abstimmen lassen, und zwar mit Ja oder Nein. Die Stimmzettel werden verteilt (gelb). Die zweite Abstimmung über die Frauenvertreterinnen, *Elisabeth Hahn* und Frau *Meyer-Spreckels*, wird mit Ja oder Nein durchgeführt. Die Abstimmung beginnt.
Ich bitte mich zu entschuldigen, weil der stellvertretende Ministerpräsident von Hessen, Dr. *Hilpert*, draußen ist.
Liedig:
(Die stimmberechtigten Mitglieder werden aufgerufen und geben ihren Stimmzettel ab.)
- Die Abstimmung ist geschlossen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen, das Wort hat *Hundhammer* außerhalb der Tagesordnung.
Dr. *Hundhammer*: Es geht soeben durch die Associated Press folgende Notiz:

Bayerischer Ministerpräsident. Trotz des klaren Sieges der Christlich-Sozialen Union bei den Wahlen in Bayern nimmt man an, daß Dr. *Wilhelm Hoegner* weiterhin Ministerpräsident bleiben wird.

(Große Heiterkeit.)

Dr. *Hoegner*, der vor einem Jahr von der amerikanischen Militärregierung auf seinen Posten gestellt wurde, ist der Leiter der Sozialdemokratischen Partei, die nach der CSU die zweitstärkste Partei Bayerns ist. Obgleich die CSU bei der Verteilung der Parlamentssitze die eindeutige Mehrheit besitzt, ist die Wahl *Hoegners* eine durchaus denkbare Kompromißlösung, da die CSU selbst gegenwärtig in drei Fraktionen gespalten ist, von denen keine stark genug ist, einen Mann zu stellen, der alle drei beherrscht.

Es folgen noch zwei Notizen, die in derselben Linie laufen. Ich bringe das deshalb jetzt, weil wir vor 13 Uhr die Möglichkeit haben, durch die Süddeutsche Zeitung und auch eventuell durch die DANA eine Notiz hinauszubringen, vielleicht daß es sich um Kombinationen handelt, die nicht viel Wahrscheinlichkeit haben, und daß da erst die zuständigen Stellen sprechen müssen. Kollege *Schwingenstein* ist da, der vielleicht, obgleich er nicht Mitglied ist, ein paar Sätze zu sagen hat.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf folgendes sagen: In solchen Zeiten darf man sich nicht aufregen lassen, sondern muß kalt und nüchtern bleiben. *Schwingenstein* kann jetzt lediglich eine Erklärung schreiben, daß alle diese Meldungen, wie sie jetzt durchgegeben werden, Kombinationen sind, die jeder Grundlage entbehren. Fertig! Sonst nichts.

(Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe.
Schwingenstein: Ich habe deshalb die Versammlung aufmerksam gemacht. Wenn diese Meldung ohne Berichtigung hinausgeht, werden unsere Wähler draußen närrisch.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wie letzthin mir draußen vorgehalten worden ist, allerdings aufgrund Eurer Mitteilung, *Schwingenstein*, daß ich *Hoegner* zum Ministerpräsidenten machen werde.
Dr. *Baumgartner*: Ich bitte, falls diese Erklärung in die Presse kommt, auch um eine Erklärung für meine Person, weil ich von allen möglichen Seiten angegangen und überall herumgezogen werde, daß ich als Ministerpräsident in Frage komme. Ich bitte, von meiner Person vollständig Abstand zu nehmen, weil ich mit Rücksicht auf meine Arbeit die Kandidatur für einen Ministerpräsidentenposten ablehne. Ich erkläre das hier ganz offen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind noch nicht in der politischen Debatte. Es handelt sich darum, daß *Schwingenstein* das mitteilt. Es wird auch der DANA zur Kenntnis gebracht werden. Nicht aus der Ruhe bringen lassen!
Dr. *Horlacher*: Einen Satz: Ich verfolge mit großer Sorge die Vorgänge auch innerhalb der Christlich-Sozialen Union. Die Verhältnisse sind so, daß ich alle Parteifreunde dringend bitte, gegenüber anderen Parteien vollständig ruhig zu sein. Wir müssen es endlich einmal lernen, daß die Demokratie Disziplin innerhalb der eigenen Fraktion erfordert.

(Beifall.)

Das genügt. Ich kann jetzt aufhören.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf hier, bevor die politische Debatte beginnt, erklären: Ich habe bisher keinerlei Verhandlungen mit irgendeiner anderen Partei wegen einer Regierungsbildung geführt. Ich glaube, daß ich als Parteivorsitzender im Moment noch der alleinig Zuständige bin. Von heute an wird die Landesvorstandschaft und der Landesvorstand mitarbeiten. Ich habe aber bis zu dieser Wahl gewartet, damit heute bereits das zuständige Gremium mit den Vorbesprechungen beginnt. Sonst ist niemand legitimiert, für die Union Erklärungen abzugeben.

(Beifall.)

Wir schreiten fort in den Abstimmungen.
Schwingenstein, ich würde als Text vorschlagen:

> Der am 6. Dezember in München tagende Landesausschuß der Christlich-Sozialen Union stellt fest, daß alle gegenwärtig von der Presse diskutierten Meldungen wegen einer Regierungsbildung Kombinationen sind, die jeglicher Grundlage entbehren. Die Union wird in den zuständigen Gremien ihre Entscheidungen treffen.
> Der Landesvorsitzende der Christlich-Sozialen Union stellte hierzu fest, daß er noch keinerlei Verhandlungen mit irgendeiner Partei wegen einer Regierungsbildung aufgenommen habe, weil er den Entscheidungen der zuständigen Gremien der Union nicht vorgreifen will.

Einverstanden? Erhebt sich Widerspruch?
(Ist nicht der Fall.)
Gut, akzeptiert.
Ich darf zunächst das Ergebnis der Wahl der Frauenvertreterinnen bekanntgeben: 79 Stimmen Ja, eine Nein, eine "weiß". Damit sind die beiden Frauenvertretungen gewählt. Ich darf fragen, ob die Wahl angenommen wird.
(Frau *Hahn*: "Ja"; Frau *Meyer-Spreckels*: "Ja".)
Einstimmig angenommen.
Wir beginnen die Debatte um die Jugendvertreter. Vorhin ist von uns *Glonner* und *Birkl* genannt worden, auch unter dem Gesichtspunkt katholisch-evangelisch. Dazu ist weiter vorgeschlagen worden *Franz Steber*. Werden weitere Vorschläge gemacht? Hat sich die Jugend geeinigt? Ich habe vorhin gesehen, daß die jungen Leute draußen gesprochen haben. Habt Ihr Euch geeinigt?
Holzer: Ich habe wenigstens für den Großteil der Jugendvertreter als Jugendvertretung *Steber*, *Birkl* und *Franz Heubl* vorgeschlagen. Aus dem Protokoll ergibt sich, daß es drei Vertreter sein müssen. Es ist hier ein Schreibfehler unterlaufen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann wird in der Landesversammlung die Korrektur als Schreibfehler berichtigt werden. Vorgeschlagen sind also jetzt *Steber*, *Birkl* und *Heubl*. Weiter steht ein Vorschlag *Glonner*. Wird ein weiterer Vorschlag gemacht?

(Zuruf: Dr. *Martin* und *Heubl*!)

Martin ist Mitglied des Landesausschusses.
Dr. *Rindt*: Er ist nicht drin.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Martin* und *Heubl*. Ich wäre dankbar, wenn die Junge Union sich einigen würde. Ich würde gern auf einige Minuten unterbrechen, solange noch ausgezählt wird. Denn ich glaube für uns alle sagen zu dürfen, daß wir eine Einigung gern sehen würden. Darf ich jetzt wieder für fünf Minuten unterbrechen? Ich werde jetzt noch die Abstimmung durchführen lassen; nachher kommen zwei Anträge wegen des Berufsständischen Rates. Dann könnten noch kurze Anträge zum Punkt "Verschiedenes" gebracht werden. Ich würde vorschlagen, das jetzt zu tun. Weiter schlage ich vor, die politische Debatte heute nachmittag im Zusammenhang zu führen.
Für wann ist das Essen vorgesehen?
Liedig: 13.30 Uhr Essen im Spatenhaus.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann möchte ich vorschlagen: Wiederbeginn 14.30 Uhr mit der Möglichkeit einer Viertelstunde Verspätung, aber nicht mehr. Um 14.45 Uhr werde ich unweigerlich beginnen. Wer dann nicht da ist, nimmt an der politischen Debatte nicht teil.

(Kurze Pause.)

Dann bitte ich, Platz zu nehmen. Ich darf bekanntgeben, daß sich die Freunde der Jungen Union geeinigt und uns damit ein Vorbild gegeben haben. Ich darf bitten, die Vorschläge bekanntzugeben. *Holzer*, sei so gut.
Holzer: Unser Vorschlag lautet; *Steber*, *Birkl*, *Heubl*.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Steber*, *Birkl*, *Heubl* sind vorgeschlagen, also drei Kandidaten. Wir müssen auch darüber abstimmen. Es sind keine anderen Vorschläge da. Infolgedessen können wir hier mit Ja oder Nein abstimmen. Ich lasse sofort die Stimmzettel verteilen.

Wir treten in die Abstimmung ein. Es werden weiße Stimmzettel verteilt. Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt.
Liedig: Kann die Verlesung bezüglich der Jugendvertreter vorgenommen werden? Es ist mit Ja oder Nein zu stimmen. Es sind vorgeschlagen: *Franz Steber*, *Birkl* und *Heubl*. Wir schreiten zur Abstimmung.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
Damit ist die Abstimmung über die Jugendvertreter geschlossen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf das Abstimmungsergebnis über die zehn für die Landesvorstandschaft bestellten Vertreter bekanntgeben. Ich bitte um Ruhe.
Ostwald: Ich bitte, die Namen ohne Rang und Titel verlesen zu dürfen: *Horlacher* 65, *Eichhorn* 69, *Muhler* 69, *Grasmann* 66, *Sedlmayr* 67, *Mayr* 64, *Pflüger* 63, *Semler* 66, *Strauß* 64, *Gamperl* 44, *Rinke* 21, *Lacherbauer* zwei, *Roder* (?) zwei, *Meyer-Spreckels* eine, *Krehle* eine, *Rucker* eine, *Glonner* eine; eine Neinstimme, zwei unbeschriebene Stimmzettel. Insgesamt abgegeben 71 Stimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Gewählt sind also die ersten zehn bis *Gamperl* einschließlich. Ich darf die Anwesenden fragen, ob sie die Wahl annehmen.
(Geschieht, die anwesenden Gewählten nehmen die Wahl an.)
Ich darf dann bekanntgeben, ich werde über Mittag rasch noch überlegen, wer in den Landesvorstand berufen wird. Ich werde die anwesenden Vertreter der Landesvorstandschaft dann vielleicht für eine kurze Besprechung vor Beginn der Sitzung heute nachmittag zusammenbitten, um dann wenigstens vorläufig die Herren benennen zu können, die in den Landesvorstand eintreten sollen. Denn ich möchte das nicht von mir aus machen. Aufgrund der Statuten hätte ich das Recht, sie zu ernennen. Ich möchte es nicht machen, ohne mit den übrigen Freunden der Landesvorstandschaft Fühlung zu nehmen.
Jetzt darf ich zwei Anträge verlesen lassen, die ich stellen wollte und die den Aufbau des Berufsständischen Rates betreffen.
Liedig: Nach § 52 der Satzung ist ein Berufsständischer Rat der Landesvorstandschaft zu bilden. Die Mitglieder dieses Berufsständischen Rates werden auf den Vorschlag der Geschäftsführenden Vorstandschaft, die heute nachmittag gebildet wird, vom Landesausschuß gewählt. Bei den Vorschlägen sollen die Wünsche der der Union angehörenden Mitglieder der berufsständischen Organisationen, Flüchtlinge, Bauernverband, Gewerkschaft usw. sowie die Anregungen der jeweils in Betracht kommenden Ausschüsse berücksichtigt werden. Nun ist hier ein Überbrückungsantrag gestellt worden, den ich zu verlesen habe:

> Der Landesausschuß beauftragt die Geschäftsführende Landesvorstandschaft, bis zur nächsten Landesausschußsitzung eine Vorschlagsliste für die Bildung des Berufsständischen Rates der Landesvorstandschaft vorzulegen. Falls die Geschäftsführende Landesvorstandschaft sich einstimmig auf diese Vorschlagsliste einigen sollte, ermächtigt der Landesausschuß die Geschäftsführende Vorstandschaft, den Berufsständischen Rat, falls erforderlich schon vor erfolgter Wahl, durch den Landesausschuß entsprechend der Wahlvorschlagsliste als beratende Körperschaft, zusammenzuberufen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist bekannt. Wir treten in die Diskussion ein. Meldet sich jemand zum Wort? Soll der Antrag nochmals verlesen werden?

(Nein!)

Dann darf ich darüber abstimmen lassen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Liedig: Ein weiterer Antrag betrifft die Arbeits- und Organisationsausschüsse. Nach § 55 der Satzung kann der Landesausschuß nach Bedarf die Bildung von Arbeits- und Organisationsausschüssen beschließen. Die bisherigen Ausschüsse sind ja mit Inkraftsetzung der Satzung in Fortfall gekommen.
Dazu wird hier nun folgender Antrag gestellt:

> Der Landesausschuß ermächtigt die Landesvorstandschaft bzw. die Geschäftsführende Vorstandschaft, vorläufige Arbeits- und Organisationsausschüsse gemäß § 55 Absatz 1 der Satzung zu bilden und vorbehaltlich der Genehmigung durch die nächste Landesausschußsitzung je einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden zur vorläufigen Geschäftsführung und Organisation der Ausschüsse zu benennen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der Antrag ist verlesen und bekannt. Wir treten in die Diskussion ein. Meldet sich jemand zum Wort?
(Keine Wortmeldung.)
Ich darf dann abstimmen lassen.
Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Jetzt wären wir soweit fertig. (Zum Wahlprüfungssauschuß gewendet:) Seid Ihr schon bald fertig mit der Zählung der Abstimmung über die Jugendvertreter?
Ostwald: Wir sind fertig.
Dr. *Rindt*: Wenn Sie jetzt schon fertig sind, würde ich vorschlagen, daß wir am Nachmittag...
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, daß die Resultate der Jugendabstimmung bekanntgegeben werden.
Ostwald: Das Ergebnis der Wahl für die Jugendvertreter ist folgendes: 74 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und vier abweichende Stimmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind die Jugendvertreter gewählt. Soweit sie anwesend sind, darf ich fragen, ob sie die Wahl annehmen.
Heubl nimmt sie an, *Steber* und *Birkl* sind nicht da.
Jetzt hätten wir unser Pensum für heute vormittag abgeschlossen. Ich glaube, wir sollten die politische Debatte zusammenhängend führen.
Werden zum Punkt "Verschiedenes" irgendwelche Anträge oder Anregungen gebracht? Ich wäre dankbar, wenn sie jetzt gebracht würden, weil man die Zeit etwas ausnützen könnte.
Es liegen keine Anregungen vor. Dann würde ich vorschlagen, daß wir jetzt schließen. Aber man müßte versuchen, das Essen etwas eher zu beginnen. Dann darf ich vorschlagen, daß wir pünktlich um 14.30 Uhr anfangen, also nicht um 14.45 Uhr, sondern um 14.30 Uhr beginnt die politische Aussprache. Ich danke und wünsche guten Appetit.

Die Sitzung wird um 12.42 Uhr zur Mittagspause unterbrochen.
Die Sitzung wird um 15.08 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, Platz zu nehmen. Bevor wir in die politische Debatte eintreten, darf ich folgendes bekanntgeben: Es ist selbstverständlich, daß ei-

ne politische Debatte frei und offen geführt werden muß. Das kann nur dann geschehen, wenn lediglich die Berechtigten anwesend sind und die Gäste, die ausdrücklich, wie das früher beschlossen wurde, mit Zustimmung des Landesvorsitzenden eingeladen sind oder mitgebracht wurden. Darf ich fragen: Wer ist hier, der nicht stimmberechtigt ist und nicht ausdrücklich eingeladen wurde oder nicht Vertreter der Militärregierung ist?

(*Schwingenstein* meldet sich.)

Selbstverständlich, *Schwingenstein*, können Sie hierbleiben. Ich dachte, *Schwingenstein* wollte sich zum Wort melden.

A.W. Schmidt: Darf ich fragen, ob ich ausdrücklich eingeladen bin?

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, *Schmidt*.

Dann nehmen wir die Verhandlungen wieder auf. Ich darf zunächst folgendes bekanntgeben: Nach unseren Statuten hat der Landesvorsitzende sieben Parteifreunde zu bestellen, die mit ihm an den Geschäften der Parteiführung teilnehmen, den sogenannten Landesvorstand. Ich habe den Freunden der Landesvorstandschaft folgende Parteifreunde in Vorschlage gebracht: Dr. *Horlacher*, *Haußleiter*, Dr. *Muhler*, *Sedlmayr*, Dr. *Grasmann*, Frau *Meyer-Spreckels*, *Strauß*. Die Mitglieder der Landesvorstandschaft haben ihre Zustimmung zu dieser Ernennung gegeben. Ich darf Ihnen damit die Parteifreunde als Mitglieder des Landesvorstandes vorstellen.

Meine lieben Freunde! Ich bitte, Platz zu nehmen. Wir kommen jetzt zu Punkt 4 der Tagesordnung: "Aussprache über die politische Lage". Ich darf es mir ersparen, zu Beginn dieser Aussprache lange Ausführungen zu machen. Ich werde mir erlauben, kurz in der Debatte Stellung zu nehmen. Folgendes darf ich vielleicht der Debatte vorausschicken: Es ist selbstverständlich, daß gerade diese politische Aussprache heute dazu führen wird, daß die Meinungen geteilt sein werden. Die Union ist eine so große Partei, aufgebaut auf so breiter Basis, daß, Gott sei Dank, nicht alle gleicher Meinung sind. Es wäre um uns gefehlt, wenn wir eine uniforme Partei wären; dann würden wir allzuleicht der Partei der vergangenen zwölf Jahre gleichen. Bei aller Meinungsverschiedenheit muß es aber möglich sein, eine einheitliche Linie der Union herauszuarbeiten. Diesem Ziel dient unsere Debatte, die wir jetzt beginnen. Ich bitte infolgedessen, alle persönlichen Differenzen draußen zu lassen, soweit es irgendwie geht. Sollten persönliche Dissonanzen aus der Vergangenheit bestehen, so müssen sie jetzt beglichen werden. Sie nützen uns jetzt nichts, denn wir müssen arbeitsfähig werden und zur Arbeitsfähigkeit gehört, daß wir uns dazu durchringen, wirklich als Christen zu Christen zu reden.

(Sehr richtig!)

Leider Gottes hat der Kampf der vergangenen Wochen dazu geführt, daß da oder dort aus der Partei heraus auch in der Öffentlichkeit Meinungen geäußert wurden, die besser nicht geäußert worden wären,

(Sehr richtig!)

daß Worte gebraucht wurden, die besser nicht gefallen wären. Vor allem meine Freunde aus Franken wissen, daß in Franken die Debatte über die beiden Flügel der Union ging. Wenn ich darauf angesprochen wurde, so habe ich immer die Auffassung vertreten, die ich Ihnen vorhin gesagt habe, daß es in einer Partei wie der Union nun einmal solche Flügel gibt und daß unsere Flügel weit auseinander liegen. Wenn wir eine gut entwickelte Demokratie haben werden, wird das eine Selbstverständlichkeit

sein. Denn in den demokratischen Parteien Amerikas gibt es New-Dealer, also Sozialisten, neben Konservativen des Südens, so wie es bei uns auch einigermaßen der Fall ist. Das darf aber jetzt nicht dazu führen, daß wir uns hier um die Fragen raufen: Wer ist konservativer, wer ist mehr sozial? Denn jetzt muß praktische Politik gemacht werden. Als wir das Programm abfaßten, konnten wir diese Meinung zum Ausdruck bringen. Heute bitte ich alle diese Fragen zurückzustellen und in den Vordergrund der Debatte die Frage zu rücken: Wie richtet sich jetzt die Union auf eine einheitliche politische Linie aus? Wir werden dabei wohl auch das Staatspolitische streifen. Aber bitte, machen wir nicht den Fehler, daß wir uns jetzt gegenseitig vorrechnen, daß der eine etwa mehr Unitarist und der andere mehr Separatist ist. Ich habe in den Wahlversammlungen immer wieder erklärt: Wir in der Union sind alle Föderalisten. Es kann natürlich auch da Nuancierungen geben, aber wir gehen alle davon aus, daß das neue Deutschland dann am besten gedeihen wird, wenn die einzelnen Glieder dieses neuen Deutschlands sich so durchentwickeln, daß sie nachher wirklich eine gute Einheit, aber auch eine gute Einheit von selbständigen Staatspersönlichkeiten abgeben. Wir gehen auch davon aus, daß in einer Familie jede Einzelpersönlichkeit entwickelt werden soll. Ich stelle ja auch für das deutsche Volk immer in den Vordergrund, daß wir eine Familie sein wollen, nicht irgendeine Uniform von damals.
Wir müssen uns überhaupt mehr und mehr von diesem alten Staatsdenken lösen, das uns lange Zeit überlagert hat. Denn dann werden wir uns nämlich nicht mehr darum herumraufen, ob der eine mehr verstandesmäßig und der andere mehr gefühlsmäßig Föderalist ist, wie es in der vergangenen Zeit immer geschehen ist. Ich bitte also, gehen Sie davon aus, daß jeder, der sich zum Programm der Union bekennt, Föderalist ist. Wir werden im Laufe unserer nächsten Landtagsperiode sehr praktisch zu all den Fragen Stellung nehmen müssen. Da wird es darauf ankommen, daß bei dieser praktischen Stellungnahme dafür gesorgt wird, daß Bayern wirklich ein Gebilde darstellt. Wir wollen nicht dauernd über den Norden schreien und schimpfen. Das sieht etwas nach Minderwertigkeitsgefühl aus,

(Sehr richtig!)

sondern wir wollen uns im neuen Deutschland zur Geltung bringen. Das geschieht am besten, wenn wir mehr arbeiten.
Meine lieben Freunde! Ich sage Ihnen ehrlich, wenn ich die Politik der bisherigen Zeit in dieser Hinsicht kritisieren müßte, dann würde ich vor allem eins kritisieren, daß wir hier nämlich sehr viel in Verfassungs- und sonstiger Politik gemacht haben.

(Sehr richtig!)

Sie war notwendig und man mußte arbeiten. Aber darüber hinaus hat man manchmal vergessen, daß bereits schon bei der Zonenpolitik wichtige Entscheidungen getroffen werden und daß wir mehr oder minder danebenliegen. Es kommt darauf an, daß dort wirklich die fähigsten Leute sind. Vielleicht sind die Leute, die dorthin geschickt werden, noch mehr zu prüfen als die Männer, die hier Politik machen. Denn dort müssen Leute sein, die auf gleicher Ebene antreten und verhandeln können.
Meine lieben Freunde! Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß eine Partei, die sich Christlich-Soziale Union heißt, die sich auf der Basis des christlichen Kulturbegriffs gesammelt hat, auch eine gute Kulturpolitik machen muß. Wir werden da viel zu prüfen und zu überlegen haben. Eines möchte ich dabei auch festhalten. Unsere Kultur ist irgendwo und irgendwie konservativ. Wir vergessen bei unserer Kulturpolitik aber nicht, daß das Christentum als solches wohl hohe Werte konserviert, aber seinerseits

nicht unbedingt rein konservativ ist. Das Christentum ist eine Gruppierung in der menschlichen Gesellschaft, die eine Dynamik in sich hat; sonst hätte das Christentum nie die Welt erobert.

(Sehr richtig!)

Wenn wir Kulturpolitik gestalten wollen, müssen wir daher auch wirklich zündend wirken können, eine wirklich geistige Erneuerung unseres Volkes betreiben und versuchen, darüber hinaus zu wirken.
Die beste Kulturpolitik wird sich nicht durchsetzen können, wenn nicht ein Fundament für die Staats- und Gesellschaftsordnung da ist, nämlich das gesunde Fundament einer gut konsolidierten Wirtschaft. Ich sehe es als Hauptaufgabe einer künftigen Regierung an, Wirtschaftspolitik zu machen und nochmals Wirtschaftspolitik und nochmals Wirtschaftspolitik.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Ein hungriges Volk ist revolutionär und ein hungriges Volk akzeptiert selbst die höchsten Werte der Kultur nicht mehr. Vor allem werden wir dann, wenn wir keine gute Wirtschaftspolitik machen, auch keine gute Sozialpolitik machen können. Infolgedessen sehen Sie bitte die künftige Regierung unter dem Gesichtpunkt an, daß die Männer, die von der Union bestellt werden, unter allen Umständen befähigt sein müssen, wenn es darauf ankommt, auch Tag und Nacht arbeiten müssen, um dem Volk Arbeit und Brot zu geben.

(Sehr richtig!)

Das ist wichtiger als alle Worte, die gemacht werden. Ich wiederhole das, was ich in der Rundfunkansprache gesagt habe: Unserem Volk nützen die schönsten Worte von Demokratie nichts, wenn es Hunger leidet, wenn es in der Not bleibt.
Wir können auch nicht irgendwie ein Bettelvolk sein.

(Sehr richtig!)

Wir sind heute darauf angewiesen, daß wir von den Mächten unterstützt werden, die uns besetzt halten und die uns auch befreit haben. Wir haben Hilfe bekommen. Wir sind dankbar für die Hilfe. Aber auf die Dauer gesehen wollen wir uns aus eigener Kraft helfen. Ich sehe auch eine Hauptaufgabe der neuen Demokratie darin, daß sich möglichst die eigene Kraft im Volke durchsetzen kann, daß sie sich aber auch von unserem Standpunkt aus gesehen in den einzelnen Personen durchsetzen kann, in den Mitgliedern der Regierung wie in der Union. Wir stellen allüberall das Persönlichkeitsideal heraus. Stellen wir es auch hier heraus. Achten Sie darauf, daß Sie wirkliche Persönlichkeiten hinstellen, die die Verantwortung für das Volk und für die Union tragen.
Mit diesen Worten darf ich die politische Aussprache eröffnen. Wer meldet sich zum Wort?
Ortloph: Meine Parteifreunde! Sie haben aus den Ausführungen unseres Landesvorsitzenden und aus dem, was er im Rundfunk gesprochen hat, im großen und ganzen gehört, wie er sich die große politische Linie der Union vorstellt. Ich glaube, es ist in keiner Partei ein Mann, der derartig mit Schmutz und Kot beworfen wurde, wie unser Landesvorsitzender.

(Sehr richtig!)

Ich stelle mich hier auf den Standpunkt, daß der Mann, der im Wahlkampf derartig angegriffen worden ist, wenn er weiterarbeiten soll, unbedingt wissen muß, daß seine Freunde hinter ihm stehen, und zwar geschlossen.

(Sehr richtig!)

Er muß ferner wissen, daß wir ihm danken, wo wir ihm danken können. Denn es ist dringend notwendig, daß die Union einmal nach außen hin eine vollkommen geschlossene Partei darstellt. Wir müssen einmal nach außen hin zum Ausdruck bringen, wie ich in jeder Versammlung von neuem erklärt habe: Ich rate keinem, an die Union die Hand anzulegen. Die Union steht fester denn je da.

(Beifall.)

Das müssen wir einmal, sonst sind wir keine Union. Ich möchte deswegen dringend bitten, einen ganz kurzen Antrag, den ich mir erlaube einzubringen, zu unterstützen. Der Antrag würde lauten:

> Der Landesausschuß billigt die vom Landesvorsitzenden Dr. *Müller* vertretene politische Linie und lehnt jede Kompromittierung einer wahrhaft demokratischen Entwicklung durch Zweckmeldungen unverantwortlicher Kreise ab.

Ich glaube, Sie haben aus der Presse entnehmen können, daß es dringend notwendig ist, daß einmal die Organisation der Union Stellung nimmt, und daß man draußen weiß, daß sie es endlich einmal satt hat, die Leute, die an unserer Seite arbeiten, die führend, ich betone ausdrücklich führend, hier tätig sind, dauernd mit Schmutz und Kot bewerfen zu lassen.

(Sehr richtig!)

Es ist notwendig, daß endlich einmal klar zum Ausdruck kommt, daß der Landesausschuß der Union die Art, wie man Männer, die im politischen Leben stehen, bekämpft, ablehnt. Ich bitte Sie, deswegen diesem Antrag Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Bevor wir in der Debatte weiterfahren, darf ich vielleicht noch zur Klärung folgendes sagen. Es ist Ihnen heute hier die Isar-Post in großer Auflage hingelegt worden. Sie ist offenkundig in der Nacht gedruckt worden, weil noch gestern abend um 23 Uhr durchs Radio eine Meldung gegangen ist. Ich weiß nicht, ob der Inhalt bekannt ist, sonst lasse ich ihn rasch verlesen und lasse nachher die Aufklärung dazu geben.

Liedig:

> Frankfurt, 5. Dezember (DANA).
> General *Joseph T. McNarney*, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, erklärte am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Frankfurt, daß die amerikanische Militärregierung für Bayern die Wählbarkeit des bayerischen Landesvorsitzenden der CSU, Dr. *Josef Müller*, zum Bayerischen Ministerpräsidenten überprüft, obwohl seine Partei aus der Landtagswahl am vergangenen Sonntag als stärkste Partei hervorgegangen ist. General *McNarney* gab nicht die Art der Beschuldigungen gegen Dr. *Müller* bekannt, sondern erklärte nur: "Wir beraten den Fall Dr. *Müller*." Auf die Frage, ob es logisch sei anzunehmen, daß die Militärregierung Dr. *Müller* mißbillige, erklärte General *McNarney*, daß eine solche Annahme nicht zutreffend sei. Befragt, zu welchem Zeitpunkt die Militärregierung

Dr. *Müller* ihre Einstellung und seine Streichung von der Liste der Kandidaten bekanntgeben werde, erklärte General *McNarney*: "Er wird zur rechten Zeit informiert werden".
General *McNarney* betonte in diesem Zusammenhang, daß die amerikanische Militärregierung sich das Recht zur Disqualifikation von Kandidaten und deutschen Beamten auch nach deren Wahl vorbehalten habe. Auf den Fall Dr. *Müller* kommend, erklärte er: "Wir werden ihn möglicherweise vor der Wahl als Landesvorsitzenden der CSU entlassen."

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dazu darf ich jetzt vielleicht Parteifreund *Haunhorst* das Wort geben, der bekanntlich unser Verbindungsmann zur Militärregierung ist. Er hat heute draußen vorgesprochen.
Haunhorst: Die ganze Erklärung ist nach dem Telefongespräch, das heute von der hiesigen Militärregierung mit der Militärregierung in Berlin geführt wurde, unrichtig. Vor allen Dingen ist der letzte Satz dieser DANA-Meldung niemals gefallen.

(Zurufe: Hört, hört! Isar-Post! Pfui!)

General *McNarney* hat auf die Frage eines ihn interviewenden Pressevertreters, ob ein Ministerpräsident auch nach der Wahl abgelehnt werden könne, erklärt, dieses sei wohl möglich, jedoch mache er ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das auf den Fall Dr. *Müller* nicht anwendbar sei.

(Hört, hört! Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu das Wort dem Herrn geben, der hier als Vertreter der Abteilung Public Relations der Militärregierung zugegen ist.
Mr. *Abeghian*: Nur ein paar kurze Worte. Ich bin von der Abteilung Public Relations, Abteilung für öffentliche Angelegenheiten, beauftragt worden, hier kurz zu sagen, daß, wie Herr *Haunhorst* schon betonte, der lezte Satz niemals von General *McNarney* geprägt worden ist. Die Sache wird jetzt untersucht und DANA wird eine Korrektur bringen.

(Beifall)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Das ist jetzt der zweite Fall DANA. Ich will jetzt nicht in eine große Debatte wegen der Frage DANA eintreten. Aber Sie wissen, daß kurz vor der Wahl eine mysteriöse Angelegenheit behandelt wurde im Anschluß an die Entschließung, die in der Fraktion gefaßt wurde. Damals wurde von der Parteileitung, wie es selbstverständlich ist, dem hiesigen Vertreter der DANA lediglich der Beschluß der Fraktion mitgeteilt. Auf einmal erschien dort die Meldung, es sei von einem *Müller* nahestehenden Mann die DANA in Nauheim falsch informiert worden, daß ein Vertrauensvotum angenommen worden sei. Daran sind dann bestimmte Betrachtungen angeknüpft worden. Man hat dann sogar in eine hiesige Zeitung hineingeschrieben: "Betrug um Dr. *Müller*". Es war, ich möchte sagen, bedauerlich, daß das von einer Institution, wie das die DANA ist, bei der Verwirrung der öffentlichen Meinung vor den Wahlen nicht gerügt wurde.
Heute ist das Mißverständnis noch unangenehmer. Ich bin eigentlich den Parteifreunden dankbar, die heute hier die Isar-Post in großer Auflage aufgelegt haben, daß dadurch Veranlassung gegeben war, sofort bei der Militärregierung eine Rückfrage anzustellen.

(Beifall.)

Dr. *Baumgartner*: Darf ich dazu kurz etwas sagen. Es ist nicht so einfach, wie es sich die Herren vorstellen. Nur der letzte Satz ist widerrufen worden. Die Sache ist ganz anders.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden nachher darauf noch in der Debatte zurückkommen. Wir werden uns ernstlich darüber unterhalten müssen.
Dr. *Baumgartner*: Die Sache ist nicht so lapidar abzutun, wie wir das versuchen, sondern wir müssen über die ganze Sache ernstlich, aber in Ruhe sprechen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir werden uns nachher in Güte über alles unterhalten, wenn es darauf ankommt. Auch über alle Möglichkeiten, die in der Vergangenheit für die Art und Weise, wie gekämpft wurde, in Betracht zu ziehen waren.

(Sehr gut!)

Als nächster Redner hat Dr. *Kroll* das Wort. Ich bitte, die Wortmeldungen aufzuschreiben.
Dr. *Kroll*: Während des Wahlkampfes, den wir in Oberfranken führten, fiel es uns sehr unangenehm auf, daß merkwürdige Meldungen in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, die wir zum großen Teil von unseren Parteigegnern vorgehalten bekamen.
Vielleicht beruhigt sich der Vorstand, dann können wir weiterreden.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bitte, *Kroll*.
Dr. *Kroll*: Wir sind uns alle darüber einig, daß es in der Union verschiedene Richtungen im Sinne einer Differierung der Meinungen geben kann. Wir sind uns aber auch darüber einig, daß gemeinsamer Wille zu einer klaren politischen Linie das letzte Band ist, das uns alle zusammenschweißt und das wir nicht zertrennen lassen dürfen.
Ich bin immer für einen fairen Wahlkampf eingetreten. Ich habe gesagt, wenn der Wahlkampf nicht anständig geführt wird und wenn die Demokratie in den Zustand zurückverfällt, in dem sie einmal in den Jahren 1918 bis 1933 gelebt hat, dann ist diese Demokratie tot, bevor sie überhaupt politisch zum Leben gekommen ist.

(Sehr richtig!)

Es gehört zu den peinlichsten Eindrücken, die mir im Wahlkampf begegnet sind, als mir von Diskussionsrednern der Demokraten und auch anderer Parteien entgegengehalten wurde: Ja, Ihre eigene Partei hat ja die Gestapo-Protokolle ausgeliefert.

(Hört, hört! Pfui!)

Ich war nicht in der Lage, das zu widerlegen. Aber ich wünsche, daß die Dinge geklärt werden. Ich wünsche vor allen Dingen, daß in den eigenen Reihen Anstand herrscht und daß man sich nicht zu schämen braucht, dem Verein der Union anzugehören. Ich möchte hier erklären, daß es auch für uns nur noch eine klare letzte Entscheidung geben kann. Wenn sich heute jemand aufgrund irgendwelcher Gestapo-Protokolle auf den Standpunkt stellen sollte, Dr. *Müller* sei nicht tragbar - und dieses Wort ist von einem prominenten Mann der Union geprägt worden -, so möchte ich folgendes darauf erwidern: Dann laßt noch einmal alle Männer des 20. Juli hinrichten. Sie sind alle untragbar. Es gibt dann überhaupt keine anständigen Männer mehr in Deutschland. Denn wenn die Deutschen untragbar sind, die nachweislich ihr Leben zum Teil im KZ verbracht haben, weil sie gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben, dann glaube ich, sind alle diejenigen, die nicht das gleiche Ausmaß an Leiden erlitten haben, erst recht untragbar.

(Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Darin kann uns auch keine offizielle amerikanische Haltung irremachen.

(Sehr richtig!)

Für uns ist es heute eine Frage des Prestiges, zu Dr. *Müller* zu stehen.

(Bravo!)

Er ist in der vordersten Drecklinie gestanden während dieses Wahlkampfes, und er hat seinen Kopf für uns alle hinhalten müssen. Wenn wir heute feige und erbärmlich genug wären, ihn irgendwie zum Rücktritt zu veranlassen, dann wäre der Haufen der Union von meinem Standpunkt aus keinen Schuß Pulver mehr wert. Wir müssen jetzt endlich eine klare Linie haben. Auch diejenigen, die vielleicht eine nuanciert andere Richtung vertreten, sollen sich an einen Tisch setzen. Wir sollten einmal das großartige demokratische Beispiel geben, daß eine Partei, die die wirkliche Mehrheit hat, auch in der Lage ist, eine entsprechende Regierung auf die Beine zu stellen,

(Beifall.)

nicht aber daß sie sich dadurch zerreißt, daß sie sich vielleicht spaltet und einzelne Teile bereits Koalitionsverhandlungen mit anderen Parteien zu führen beginnen.

(Hört, hört! Mit Ministerlisten!)

Ich glaube, mich interessiert dieser Vorgang nur insoweit, als ich hoffe, daß auch diejenigen, die in diesem Wahlkampf teilweise die Besinnung verloren hatten, sich schleunigst wieder finden werden und wissen, daß wir jetzt als eine geschlossene klare Einheit einmal zeigen wollen, was die Union ist. Es ist höchste Zeit, daß wir es zeigen. Noch einmal soviel Widerstreit und soviel Krach in den eigenen Reihen und wir können die Union draußen im Lande suchen gehen. Es wird sich niemand mehr finden.

(Bravo! Lebhafter Beifall.)

Fink: Meine lieben Freunde! Ich freue mich, daß schon so mannhafte und klare Worte gesprochen wurden. Wir haben sehr viel Beispiele bestellter Arbeit vor diesem Wahlkampf gehört. Ich brauche nicht mehr darauf einzugehen. Ich möchte nur zur Ergänzung zu dem Fall der Isar-Post und zu der Meldung der Associated Press von heute einen dritten Fall mitteilen. Heute morgen hat die Schwäbische Landeszeitung in Augsburg bereits das kommende Kabinett veröffentlicht, mit Namen, wie es aussehen könnte. Da heißt es unter anderem - ich zitiere lediglich:

> Ministerpräsident könnte werden der bisherige Staatssekretär *Ehard*, Justizminister Dr. *Wilhelm Hoegner*, Innenminister *Seifried*, Arbeitsminister *Roßhaupter*, Sonderminister ein SPD- oder FDP-Angehöriger, Wirtschaftsminister ein Fachminister, der nicht parteigebunden ist. Das Kultusministerium bleibt der CSU vorbehalten.

(Unerhört!)

Dann heißt es - worauf ich jetzt hinausmöchte:

> Einflußreiche Kreise der CSU bemerken hierzu,

- man merkt, woher der Schuß wieder kommt -

> daß das wohl die Möglichkeit und die Lösung sein dürfte, zumal Dr. *Müller* den Standpunkt einer starken Unions-Regierung vertritt.

Man merkt also ganz genau die Absicht. Bei der Veröffentlichung von Gestapo-Protokollen waren die Schreiber so unvorsichtig, im letzten Absatz bereits zuzugestehen, um was es geht: Dr. *Müller* darf unter keinen Umständen Ministerpräsident werden. Hier ist der gleiche Tenor festzustellen: Schon wieder nicht Dr. *Müller*. Deshalb wissen einflußreiche Kreise der CSU bereits heute, daß Staatssekretär *Ehard* Ministerpräsident und vier oder fünf SPD-Minister in diesem Kabinett sitzen sollen.
Ich frage mich, wie kommen derartige Veröffentlichungen in die Presse? Wie kommt die Schwäbische Landeszeitung dazu, sich auf einflußreiche Kreise der CSU zu berufen? In Augsburg und Schwaben sind, das möchte ich annehmen, wohl einflußreiche Kreise der CSU vorhanden. Aber diese Augsburger einflußreichen Kreise identifizieren sich mit den hier anscheinend angegebenen Kreisen nicht.
Ich möchte dazu nur sagen: Das gleiche Spiel, das vor den Wahlen getrieben wurde, geht heute schon wieder los. Ich möchte jeden bitten, wachsam zu sein. Ich kann meine Vorredner nur darin unterstützen, daß auch ich sage: Steht zusammen und stehen wir in diesen Schwierigkeiten und Entscheidungen einmütig hinter einem Mann wie Dr. *Müller*, gegen den das Spiel heute schon wieder losgeht.

(Beifall.)

Butterhof: Namens der Jungen Union von Nürnberg, die die Vorgänge vor den Wahlen mit tiefem Bedauern beobachtet hat, bin ich ermächtigt, folgende Erklärung abzugeben:

> Die Junge Union in Nürnberg mißbilligt die gegen Dr. *Müller* angestrengten Machenschaften aufs Schärfste und drückt ihm ihr volles Vertrauen aus. Außerdem steht die Junge Union auf dem Standpunkt, daß das der Partei gegebene Vertrauen zu einer Regierung ohne Koalition verpflichtet.

(Beifall.)

Ostwald: Wir haben vom Kreise Rehau aus fünf Stimmkreise durch Einsatz von Rednern betreut. Ich darf das unterstreichen, was Herr Dr. *Kroll* gesagt hat. Wir haben im äußersten oder im obersten Zipfel des Landes Bayern den Kampf durchstehen müssen, und wir nehmen, ohne unbescheiden sein zu wollen, für uns in Anspruch, daß wir uns behauptet haben. Es ist uns auch gesagt worden, daß der Erfolg, den die Union errungen hat, ihr zu einem Teil unverdient zuteil geworden ist, weil es in Bayern 50% gibt, die als Unions-Mitglieder geboren werden. Es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß die Wähler der Union nicht der Idee aus dem Verstande heraus nachhängen oder nachgehen, sondern daß sie ihr mit dem Herzen nahestehen.
Außerordentlich stark sind diese Gedankengänge von der FDP herausgestellt worden. Ich habe eine persönliche Diskussion in einer öffentlichen FDP-Versammlung mit dem Generalstaatsanwalt Dr. *Dehler* gehabt, bei der ich ihm leider sagen mußte, daß ich erwartet hätte, einen Juristen sprechen zu hören, statt dessen hätte ein Advokat geredet. Ich habe ihm fragend verschiedene Punkte vorgelegt, die er gestreift hatte, Behauptungen, die nicht zuletzt auf den inneren Streit abgestellt waren, der angeblich oder tatsächlich in der Union gewesen ist. Aber nicht nur hier, auch in den übrigen Versammlungen, die wir durchgeführt haben, hat man uns seitens der Diskussionsredner die gleichen Schwierigkeiten gemacht. Ich freue mich, hier feststellen zu können, daß es unsere jungen Mitglieder gewesen sind, die mutig auf das Podium stiegen und sich als *Müller*-Mann bekannten. Sie stiegen auf das Podium und erklärten, daß ihr Vertrauen uneingeschränkt dem Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Uni-

on gehöre und daß sie nicht berühre, was da draußen im Lande geschrieben und gesprochen wurde. Sie hätten ihn kennengelernt, und sie wüßten, daß er nicht für sich und seine Altersklasse, für eine Gruppe kämpfe, sondern für die Jugend und für Deutschland. Wir wissen auch, daß diese Dinge vielleicht in den nächsten Wochen und Monaten noch Gegenstand der Erörterung sein werden, denn wir haben die Absicht, Diskussionsabende über diesen Weg durchzuführen.
Deshalb freue ich mich persönlich darüber, daß hier eine so klare Sprache gesprochen worden ist. Wir haben die Absicht, in den nächsten Wochen und Monaten Diskussionsabende mit der politisch anders gerichteten Jugend durchzuführen, um auf diesem Wege einmal den Gedanken der Staatspolitik herauszustellen gegenüber der engstirnigen Parteipolitik, wie sie in der Vergangenheit, insbesondere bei uns in Oberfranken, allzu deutlich in die Erscheinung trat.
Wir wissen, daß wir gerade in den Reihen der Jugend viele haben, die noch allzustark als Soldaten oder als ehemalige Anhänger des Nazitums mit diesem verhaftet sind, wobei sie sich Erfolge versprachen, die heute vielleicht nicht deutlich erscheinen.

(Zuruf: Nicht nur die Jugend!)

Wir wissen, daß das nur eine verschwindende Schicht bei uns ist. Aber wir befürchten, daß sie um so stärker auf unseren Hochschulen in die Erscheinung tritt. Das beweist auch die Abstimmung Erlangens, wobei wir unterrichtet worden sind, daß dort etwa 3000 Stimmen der FDP aus dem Lager der Studenten stammten.
Wir haben den einen Wunsch, daß man aus anderen Teilen Bayerns die Arbeit, die wir eben zu leisten haben, nicht schwerer machen möge als sie ohnehin schon ist. Wir sind von zwei Seiten angeschossen worden, von rechts und von links. Man hat unsere Leute noch am letzten Tag vor der Wahl auf Flugzettel gesetzt, mit nichtigen Dingen, die bereits widerlegt und ausgepaukt waren. Aber wir haben den Wunsch, daß man uns die Arbeit nicht schwerer machen möge dadurch, daß neben den Anschüssen von außen auch noch im Innern Minen mit eigener Hand gelegt werden.

(Sehr richtig!)

Wir stehen in Oberfranken im Kreise Rehau, in Naila, in Stadtsteinach, in Wunsiedel absolut - das darf ich aus den Versammlungen heraus sagen -, absolut und eindeutig hinter Dr. *Müller*.

(Beifall.)

Wir haben den einen Wunsch, daß auch diejenigen, die heute noch glauben, daß es notwendig sei, die Dinge weiter klarzustellen als sie schon klargestellt sind - denn für uns existieren ja auch keine Gestapo-Protokolle -, der größeren Sache halber dieses Ziel zurückstecken. Denn ich habe schon bei der früheren Versammlung einmal hier ausgeführt: Wir wollen der Idee dienen und nicht einer Person oder einer Interessengruppe.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, bevor ich dem nächsten das Wort erteile, darf ich vielleicht folgendes vorschlagen: Wir müssen uns nachher konzentrieren, und ich bitte, jetzt alles auf das Vertrauensvotum für *Müller* zu konzentrieren. Infolgedessen darf ich vorschlagen: Eine Viertelstunde Diskussion, bei der eventuell die Personenfrage eine Rolle spielen kann, von da ab nur Zukunftspolitik. Einverstanden?
(Kein Widerspruch.)

Dann werde ich um 16.15 Uhr über das Vertrauensvotum für *Müller* abstimmen lassen. *Ortloph* und ich haben kein Wort vorher verloren. Es ist wirklich aus der Stimmung heraus entstanden. Dann bitte ich jetzt schon, die Zukunftspolitik in Angriff zu nehmen. Von der Abstimmung ab gibt es nur noch dieses Thema. Wird gewünscht, daß ich jetzt über das Vertrauensvotum abstimmen lassen soll?

(Zurufe: Ja!)

Wird geheime Abstimmung gewünscht? Ich bitte, daß geheim abgestimmt werden darf.

Dr. *Horlacher*: Meine verehrten Anwesenden! Ich muß Ihnen offen gestehen - ich bemühe mich, ganz ruhig zu reden, ganz sachlich -, daß ich heute über diese Versammlung insofern erstaunt bin, als es die sogenannte Opposition in der Union nicht für der Mühe wert findet, das Wort zu ergreifen. Meine verehrten Herren, so gehen die Dinge nicht, daß nachher über mich von den verschiedenen Zirkeln wieder hergefallen wird, wenn ich mich bemühe, der Union einen einheitlichen Dienst zu erweisen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren von der Opposition, heraus mit der Sprache; sonst nehme ich an, daß diese Art der Opposition in der Union mundtot ist. Ich muß das annehmen. Ich verzichte jetzt aufs Wort, wenn der Oppositionsführer das Wort ergreift. Dann werde ich danach reden. Wollen die Herren von der Gelegenheit Gebrauch machen? Ich wundere mich, daß einige hohe Herren, die sonst in politischen Zirkeln das Wort führen, heute wiederum nicht anwesend sind. So gehen die Dinge auch nicht. Insbesondere gehören die Herren der Regierung, wenn es sich um so wichtige politische Aussprachen handelt, unbedingt hierher.

(Sehr richtig! Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf bekanntgeben, daß sie eingeladen sind.

Dr. *Horlacher*: Ich möchte haben, daß in der Union mit dem Arbeiten in Konventikeln Schluß gemacht wird.

(Lebhafter Beifall.)

Jetzt sind die ordnungsgemäß gewählten Organe der Union da. Da hat jeder Gelegenheit, sich an diese Organe zu wenden. Wir erwarten in der Zukunft, daß politische Erörterungen, insbesondere mit politischen Gegnern, unterbleiben, daß alle gegenteiligen Erörterungen im Rahmen der zuständigen Organe der Union stattfinden.

(Beifall.)

So erfordert es die Disziplin der Demokratie. Das andere ist ein auseinanderlaufender Sauhaufen um der Personen willen. Ich habe mir das seit Wochen überlegt. Ich habe um die Worte gerungen, wie ich es deutlich zum Ausdruck bringen kann. Ich glaube, es ist mir gelungen.

Wir kommen dann zu den weiteren sachlichen Auseinandersetzungen: Es wird immer gesprochen, es gibt verschiedene Richtungen in der Union. Wir müssen einmal deutsch miteinander reden, damit wir uns verstehen. Es gibt verschiedene Richtungen in der Union. Verschiedene sachliche Richtungen in der Union sind für die Union gut, aber persönlich gehässige Richtungen in der Union sind vom christlichen Standpunkt aus zu verwerfen.

(Beifall.)

Diese Richtungen kann und darf es in einer christlichen Partei nicht geben; denn sonst können wir den Namen des Christentums in unserer Union abschaffen. Ich könnte auch manche Fragen aufrollen, in denen ich mich in einem sachlichen Gegensatz zum Landesvorsitzenden befinde. Das wäre mein gutes Recht. Ich werde mir dieses gute Recht auch immer vorbehalten. Ich werde mir auf der anderen Seite das gute Recht vorbehalten, daß ich jede unsaubere Machenschaft trotz meiner sachlichen Gegnerschaft in gewissen Dingen mit noch größerer Entschiedenheit zurückweise, weil wir sonst keine sachliche Arbeit beginnen und fortsetzen können. Wir müssen endlich aus den Fehlern der vergangenen Tage lernen. Manchen Leuten hängen noch die Eierschalen des Nationalsozialismus hinter den Ohren, sie haben die üblen Gewohnheiten vergangener Tage noch nicht aufgegeben. Wir müssen endlich zu der sachlichen Arbeit zurückkehren. Das ist unsere Aufgabe.
Nun kommt die Lage, wie sie sich vor uns abzeichnet. Schön ist sie nicht, soweit sie sich im Bild der Presse abzeichnet. Das müssen wir alle konstatieren. Wir sind in manchen Dingen jetzt zu leidenschaftlich geworden. Manche sind durch das unanständige Verhalten der anderen zu Fanatikern geworden, was es nicht gebraucht hätte, wenn wir vernünftig geblieben wären. Dadurch hat man sich voneinander entfernt und hat sich immer stärker auseinander geredet. Dadurch besteht die Gefahr, daß wir uns nicht mehr zusammenreden können, wenn wir ernste Dinge miteinander besprechen müssen. Da spielt der unanständige Kampf in anderen Dingen wieder herein. Das wollen wir nicht haben. Wer meine Tätigkeit in den letzten sechs Wochen verfolgt hat, wird bestimmt festgestellt haben, daß ich in demselben Moment, in dem ich erkannte, daß es hier um den Kampf von Personen geht und daß mit schmutzigen Mitteln gearbeitet wird, den Herren meinen Standpunkt sofort zur Darstellung gebracht habe. An einer Stelle habe ich erklärt: Ich kann da meine Zustimmung nicht abgeben, denn man war seit Wochen schon daran, eine bestimmte Person als Ministerpräsident zu lancieren. Das ist vielleicht jetzt schon acht Wochen her. Man hat diese Bemühungen aufgegeben, weil ich in dem engen Kreise gesagt habe: Tut mir leid, da muß ich erst mit meinen engeren Freunden Rücksprache nehmen, weil ich das aus eigener Machtvollkommenheit nicht tue. Ich habe erklärt: Da irrt man sich in Herrn Dr. *Horlacher*. Er gehört der Union an und bildet in der Union seine eigene Persönlichkeit, soweit es notwendig ist.

(Beifall.)

Das war mein Standpunkt. Deswegen bin ich mit niemand verheiratet, außer mit meiner Alten, mit der ich verheiratet sein muß. Das ist so. Das kann man nicht mehr ändern. Sonst bin ich aber mit niemand verheiratet. Ich will es zu Hause auch nicht ändern, könnte ich auch gar nicht mehr, denn dort ist sie mein Vorgesetzter.
Mir ist nun eines an der Sache wichtig, eines kommt mir in dem ganzen Getriebe noch zu Bewußtsein: Die Herren von der Opposition gehen einen falschen Weg. Nehmen wir einmal an, Herr Dr. *Müller* hätte, bevor er vom Nationalsozialismus scharf verfolgt worden ist - nehmen wir an, ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen -, eine günstige Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus eingenommen. Nehmen wir an, das wäre so. Es ist aber nicht so. Wir wollen es nur annehmen. Vergleichen wir nun dagegen die Behandlung eines Mannes, der von der Spruchkammer entlastet wird. Wenn einer vor der Spruchkammer entlastet wird, so muß er nachweisen, daß er trotz früherer günstiger Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus später der schärfste Gegner

des Nationalsozialismus gewesen ist und aktiv gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat. Dann wird er entlastet. Nur bei der Union wird er nicht entlastet.

(Lebhafter Beifall.)

Deswegen kann ich den Kampf, soweit er auf schmutzigen Waffen beruht, nicht mitmachen. Da nehme ich eine ganz klare Haltung ein. Das muß jeder einsehen, daß ein Mann unter diesen Verhältnissen entlastet wird.
Nun habe ich letzthin gesagt: Mit dem *Ochsensepp* habe ich schon öfter Auseinandersetzungen gehabt. Wir können uns nach der Richtung schon unterhalten. In diesem Falle aber sind die Verhältnisse so. *Müller* war doch zwei Jahre eingesperrt, er war im Konzentrationslager. Ich glaube, das wird für die Entlastung genügen. Die unterirdischen Arbeiter könnten also auf bestimmten Gebieten ruhig ihre Arbeit aufgeben. Es könnten bei ihnen allerdings andere hochpolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Das weiß ich nicht. Die Herren, die sonst immer so geheimnisvoll tun, sind wieder nicht anwesend. Sie meinen immer, andere seien dazu bestimmt, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Da irren sie sich in meiner Person. Ihre Kastanien sollen sie sich selbst aus dem Feuer holen.

(Beifall.)

So ist die Lage. Meine Herren von der Opposition, ich bitte Sie dringend, das Wort zu ergreifen. Denn Sie müssen nach all diesen Erörterungen unbedingt das Bedürfnis danach haben.
Nun kommt eine wichtige Frage, meine lieben Freunde! Die müssen wir mit kühlem Verstande ansehen. Wir brauchen zu unserer Arbeit unter allen Umständen das Vertrauen der Militärregierung. Das steht einwandfrei fest. Und da hätte ich nur die eine Bitte, ob es nicht gut wäre, wenn auf Beschluß der Partei drei Herren von der Partei zu General *Muller* gehen und die offizielle Frage an ihn richten würden, wie es mit den Äußerungen des General *McNarney* steht. Das wäre der richtige Weg. Denn wir müssen über diese Frage vollständige Klarheit haben. Daher darf man die Sache nicht mit Fanatismus und Leidenschaft begleiten. Bestätigt es sich, daß die Meldungen alle verfälscht sind, dann haben wir, wenn wir diese Gewißheit haben, die Verpflichtung, auch die Herren der Opposition, uns aus Prestigegründen und in diesem Moment alle miteinander hinter Dr. *Müller* zu stellen.

(Beifall.)

Das ist Politik. Das andere nennt man schlechte Würste machen. An schlechten Würsten aber geht man zugrunde. Es können so große Magenverstimmungen eintreten, daß einzelne Herren böse Krankheiten bekommen. Das ist meine Auffassung zu dieser Frage. Es wäre gut, diese offizielle Erkundigung herbeizuführen. Ich möchte das in die Debatte werfen, nicht aus dem Grunde, um schief zu Herrn Dr. *Müller* Stellung zu nehmen - das beabsichtige ich nicht -, sondern um der Union den sicheren Weg zu empfehlen. Die Union soll damit den Weg frei bekommen für ihre Arbeit, sie soll die absolute Gewißheit haben, welche Stellung sie zu beziehen hat. Ich bin zu dieser meiner Haltung aus einer rein sachlichen und nüchternen Erwägung gekommen. Solche Dinge müssen ohne Fanatismus betrachtet werden. Er muß ausgeschaltet werden. Bei einem Teil unserer Freunde ist dieser Fanatismus erzeugt worden. Ich kann das verstehen, denn die Verhältnisse sind verschieden. Ich komme in ganz Bayern herum, habe infolgedessen einen besseren Querschnitt als manche anderen, die nur in ihrer altbayerischen Heimat bleiben. Die Verhältnisse müssen also durch eine Kommission

geklärt werden. Vor Wochen war ich einmal mit jemand bei der Militärregierung von Bayern. Wir haben bei dieser Gelegenheit über allgemeine politische Dinge gesprochen, auch darüber, daß der Ministerpräsident vom Parlament zu nominieren und zu wählen ist. In dieser Frage ist mir erklärt worden, daß sich die Amerikaner dabei nicht einmischen werden. Aber sie werden sich vorbehalten, den Ministerpräsidenten zu genehmigen.
Kann das nicht unter Umständen auf der gleichen Linie liegen wie das, was in der Isar-Post ausgeführt worden ist, ohne daß damit irgendwelche böswilligen Tendenzen verbunden waren? Darüber muß man Auskunft haben. Denn diese Ausführungen in der Isar-Post setzen sich ja aus verschiedenen Teilen zusammen. Die Herren, die hier juristisch bewandert sind, sollen sich einmal die verschiedenen Teile ansehen. Herr Dr. *Rindt*, tun Sie das einmal ohne Leidenschaft.

(Dr. *Rindt*: Ich habe mir die Meldung angesehen. Sie enthält Widersprüche.)

Es sind manche Widersprüche darin enthalten. Das sollte einer der Herren erläutern. Ich möchte das nicht allein tun. Eine Debatte darüber würde sich schon rentieren. Noch besser wäre, wenn wir in einer engeren Kommission uns die Dinge ansehen würden. Denn in der Meldung ist manches enthalten, was man hier in diesem großen Gremium gar nicht ausdeuten kann. Die Meldung ist so formuliert, daß sie nach beiden Richtungen arbeitet. Ich werde daraus nicht klug. Deswegen ist es absolut notwendig, den Herrn General *Muller* selbst zu fragen und ihn zu bitten, der Union in dieser Frage eine Klarstellung zu geben, weil es sich hier für die Union um eine schwerwiegende Frage handelt, eine Frage, die im besonderen Maße unseren Parteivorsitzenden berührt und die insbesondere auf der Linie fortwirken könnte, die wir mit aller Entschiedenheit abgewiesen haben. Das ist die Linie, daß man den Parteivorsitzenden mit unsauberen Mitteln bekämpft hat. Wir wissen nicht, aufgrund welcher Darstellungen die Meldung in die Isar-Post gekommen ist und in die DANA. Wir bitten um Aufklärung.
Das ist nach meiner Überzeugung ein sicherer Weg. Wenn wir ihn beschreiten würden, dann wäre hernach die Frage geklärt. Dann könnten wir mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. So wie die Dinge jetzt liegen, ist die Frage nur halb geklärt. Ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen. Ich möchte der Sache den Dienst erweisen, den sie verdient, damit unsere Union aus dieser Angelegenheit herauskommt. Ich würde persönlich auch wünschen, daß wir nach Klärung der Frage zum Landesvorsitzenden stehen können. Das ist unsere Aufgabe. Denn die Devise lautet für mich hier: Die Union hier über alles, Schutz des Landesvorsitzenden unter allen Umständen, aber ebenfalls unter allen Umständen Aufklärung durch eine Rückfrage bei General *Muller*. Ich bitte, sich meinen Vorschlag zu überlegen. Das müssen Sie tun. Ich glaube, daß er gut und der Sache nicht abträglich ist. Man tut sich bei uns so schwer, weil durch die Opposition auf der einen Seite auf der anderen Seite immer der Fanatismus erzeugt wird. In der Politik gibt es aber in solchen Sachen kein Gemüt, in der Politik gibt es die klare, kühle Betrachtung der Verhältnisse, besonders in einem Zustand, wie wir ihn jetzt augenblicklich haben. Ich bitte Sie also, sich meinen Vorschlag zu überlegen. Eines wollen wir uns gegenseitig geloben, daß es in der Partei ein Ende damit haben muß, daß der eine gehässig gegen den anderen kämpft.

(Sehr richtig!)

Damit muß Schluß gemacht werden. Wenn wir etwas aneinander auszusetzen haben, so soll das in persönlich freundschaftlicher Weise geschehen. Sachliche Dinge müssen

in sachlicher Form erörtert werden, damit sich die Union nicht ständig auseinander redet. Sonst dürfen wir nicht Union heißen, sondern Sezession. Unser Wahlspruch muß sein zusammenhalten, zusammenarbeiten, vereinigen. Ich sehe ein, daß wir in manchen Dingen einander widerstreben müssen. Aber auch da müssen wir letzten Endes wieder zusammenhalten.
Dann habe ich noch die große Bitte, liebe Freunde, jetzt, wo die Regierung gebildet werden muß, unter allen Umständen die Schwatzhaftigkeit zu lassen, das Maul zu halten und verschlossen zu sein. Es geht den politischen Gegner gar nichts an, was in unseren Beratungen vorgeht. Dann bekommen wir die Stärke, die wir zum Einsatz in den nächsten Wochen brauchen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf nur eines vielleicht im Anschluß an die Ausführungen von *Michel Horlacher* feststellen: Sie haben gehört, daß ich *Michel Horlacher* als ersten für die Landesvorstandschaft vorgeschlagen habe. In der vergangenen Zeit, vor allem in der Fraktion, haben wir uns manchmal sehr kräftig gerauft; trotzdem habe ich es für notwendig gehalten, gerade ihn dabei zu haben. Es gibt nichts besseres, als wenn Leute sich kräftig auseinandersetzen - aber intern, nicht nach außen. Wir müssen dazu kommen, daß wir wirklich vernünftige Opposition durchführen. Ich weiß, daß ich mit *Michel Horlacher* in manchen Punkten nicht übereinstimme. Es ist viel besser, er kommt und sagt mir: Du bist dabei, eine Dummheit zu machen, als daß ich nachher einen Schuß von rückwärts bekomme. So muß gearbeitet werden. Jede andere Arbeit mit unsauberen Mitteln muß endgültig aufhören. Dann darf ich vor allem eines erwähnen: Einen Mann werde ich bestimmt in der nächsten Zeit durch die Landesvorstandschaft vor das Schiedsgericht bringen müssen. Da ist *Detsch* da; er kann wiederholen, daß in Rosenheim ein sehr unangenehmer Ausdruck gefallen ist. Da möchte ich bitten, daß solche Leute in Zukunft nicht mehr an Beratungen teilnehmen. Das Wort hat *Haunhorst* sen.
Haunhorst sen.: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich mit meinen Worten die Stimme des einfachen Wählers zum Ausdruck bringe. Es ist hier mit großer Leidenschaftlichkeit innerhalb der politischen Auseinandersetzung gesprochen worden, die mir nicht zur Verfügung steht, zumal dieses meine politische Jungfernrede ist. Ich habe aufgrund der einzigen Tätigkeit, die ich für mein Vaterland ausüben durfte, der diplomatischen Tätigkeit, gelernt, mehr mit dem kühlen Kopf als mit dem Herzen zu reden. Ich verstehe vollkommen, daß man sich mit Leidenschaft gegen schmutzige Auswüchse wendet, die der Demokratie und einer großen Partei unwürdig sind. Wenn ich trotzdem noch eine weitere Legitimierung brauche, um vor Ihnen das Wort zu ergreifen, so glaube ich sie dem entnehmen zu dürfen, daß ich seit Beginn der Besatzung in stetem, regem und sehr angenehmen Verkehr mit den amerikanischen Militärbehörden stehe. Ich darf, ohne mich damit loben zu wollen und lediglich aus Dankbarkeit, daß die Dienste, die ich meinem Lande erweisen durfte, anerkannt werden, in diesem Zusammenhang erwähnen, daß vor nicht allzu langer Zeit ein Regierungsmitglied des Weißen Hauses dem Hauptankläger der Amerikaner, Dr. *Kempner*, einen Brief geschrieben hat, in dem er sich warm bedankt und gebeten hat, diesen Dank an mich weiterzuleiten für die Mitarbeit, die ich geleistet habe, daß in meinen beiden Landkreisen eine gute Zusammenarbeit ermöglicht worden sei. Es ist ein Verhältnis, das gegenüber anderen Landkreisen in Mittelfranken geradezu [als] musterhaft bezeichnet werden darf. Das betreffende Regierungsmitglied des Weißen

Hauses - das ist nicht uninteressant für Sie, um daraus die wirklichen Ansichten der Amerikaner kennenzulernen - schreibt in diesem Brief über mich: "He is a conservative German." Das bedeutet, er schreibt über den Mann, mit dem er und ebenso andere Leute der Militärregierung stundenlange Unterhandlungen gepflogen hat, daß er ein konservativ eingestellter Deutscher wäre, und bittet trotzdem darum, ihm seinen warmen Dank für die geleistete Mitarbeit auszusprechen. Da sehen Sie ein Beispiel echter Demokratie. Da sehen Sie, daß ein Mann der ersten Demokratie, der nicht dem rechten Flügel in Amerika angehört, es sehr wohl versteht, daß man auch mehr konservativer Grundhaltung sein kann, und trotzdem ein Mann, dessen Arbeit geschätzt und anerkannt wird.

Meine Damen und Herren! Sie brauchen für die Union in keiner Sorge zu sein, wenn es da einen rechten und einen linken Flügel gibt. Das versteht der Amerikaner genauso gut wie wir. Er wünscht eine gesunde Opposition, weil er weiß, daß eine gesunde Kritik einer Opposition eine Regierung allemal verhindert, daß sie zu einseitigen Handlungen gedrängt wird, die auf die Dauer nicht durchführbar sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber noch ein paar Erfahrungen anführen, die ich mit den Amerikanern mache. Es ist vom Vorredner gesagt worden, wenn ich recht verstanden habe, daß wir gewissermaßen erst die Amerikaner fragen sollen, was wir tun sollen. Das dürfen wir nicht tun. Der Amerikaner will nicht, daß er um Rat gefragt wird.

(Sehr richtig!)

Er will geradezu, daß wir selbständig sagen, was wir wollen.

(Sehr richtig!)

Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, aus eigener Erfahrung versichern: Ich habe öfter nein gesagt, und der Amerikaner hat es verstanden.

Ich möchte dann auf einen zweiten Punkt eingehen, der Herrn Dr. *Müller*, den ich erst seit kurzer Zeit kenne, persönlich und in seiner Eigenschaft als Präsident der Union betrifft. Vor fast 300 Jahren hat der nach *Goethe* wohl größte und umfassendste Geist unseres Vaterlandes, *Leibniz*, die wundervolle Idee gehabt - die leider wie das meiste, was dieser Geist ersann, nur in den Anfangsstadien steckenblieb und für die diese Zeit noch nicht reif war -, den großen Traum, die beiden großen Konfessionen wieder vollkommen unter dem einen Banner des Christentums zu einen. *Leibniz* hat es nicht erleben dürfen. Die heutige Zeit bietet uns die einmalige, noch nicht dagewesene Chance, daß sich diese beiden Konfessionen wirklich brüderlich verstehen und einen und zum Wohle des Vaterlandes gegen Elemente zusammenarbeiten, die schließlich, wenn sie ans Ruder kämen, nichts anderes wieder wollten, als eine Diktatur, von der wir gerade genug haben. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es keineswegs irgendeine persönliche Eloge ist, die ich damit ausspreche, wenn ich sage, daß es das einmalige und - ich wage das Wort - historische Verdienst und die wirklich große Idee und staatsmännisch bedeutende Handlung unseres Parteivorsitzenden *Müller* gewesen ist, daß es zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes seit dem unseligen 30-jährigen Kriege gelungen ist, diese beiden Konfessionen zu einen.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir das bedenken und wenn dann ein Volk oder eine Partei einen Mann, der das geleistet hat, im Stiche läßt, dann ist diese Partei - verzeihen Sie, wenn ich einmal ein Wort gebrauche, das sonst nicht über meine Lip-

pen kommt - unsittlich. Das darf nicht sein und, so Gott will, wird es auch nicht sein. Es wird sehr viel über Demokratie gesprochen. Wer versteht den Begriff Demokratie wirklich richtig? Wir alle müssen ihn, wenn wir die Hand aufs Herz legen, noch lernen. Wir sind darin noch sehr jung, aber wir wollen ihn ehrlich lernen. Wir alle wissen, daß alle persönlichen Gegensätze zugunsten der Wahrheit, zugunsten unseres Vaterlandes, unseres geliebten Bayern, zurückzutreten haben. Wir wollen weder eine Separation in politischer Beziehung noch, was noch verhängnisvoller und schlimmer wäre, etwa eine konfessionelle Separation, die wir glücklich überwunden haben. Die Demokratie befindet sich noch in statu nascendi. Sie ist noch nicht ganz zur Welt gebracht. Aber die Union steht. Ich hoffe, daß die Union eine gesunde Demokratie durch strenges und festes Zusammenhalten und kompromißlose Übernahme der Regierung fordert und daß sie bei der Geburt unserer deutschen und unserer bayerischen Demokratie geradestehen wird.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu dem, was Parteifreund *Haunhorst* gesagt hat, darf ich eines sagen: Es wäre zuviel gesagt, wenn man annehmen wollte, einer hätte die Union geschaffen. Die Einigungsidee auf der Basis der christlichen Kultur lag förmlich in der Luft. Es kommt immer nur darauf an, die Zeichen der Zeit zu verstehen und das durchzuführen, was in der Zeit liegt und die Zeit erfordert. Es haben alle mitgewirkt, und Gott sei Dank sind in der Union die konservativen Kräfte stärker als die negativen Kräfte.

Das Wort hat *Ott*.

Ott: Unser Parteifreund Dr. *Horlacher* hat eigentlich eine Rede gehalten, die ganz im Sinne der Jungen liegt. Ich möchte mich nicht mehr damit befassen, das Vertrauen für Dr. *Müller* zu wiederholen. Eines möchte ich für die Zukunft sagen: Was wir in der Vergangenheit erlebt haben, nicht von den Gegnern, sondern von Freunden aus dem eigenen Lager, hat uns zutiefst erschüttert. Wir haben es nicht verstanden, daß Männer, die gesehen haben, wie die alte Demokratie zusammengebrochen ist infolge von Fehlern, die gemacht worden sind, daß ausgerechnet diese Männer noch in einem viel schlimmeren Ausmaß das wiederholen, woran die alte Demokratie zusammengebrochen ist. Wenn ich Ihnen für die Zukunft etwas sagen möchte, dann das: Wir bitten, daß sich solche Dinge wie sie geschehen sind, nicht mehr wiederholen. Damit sich das aber nicht mehr wiederholt, verlangen wir, daß diejenigen, die den Kampf nicht sachlich, sondern persönlich mit einer unfairen, ja einer niedrigen Weise geführt haben, unbedingt so schnell wie möglich vor ein Schiedsgericht gestellt und rücksichtslos aus der Partei entfernt werden.

(Beifall.)

Wir haben kein Verständnis dafür, daß ein Redakteur der Isar-Post, Dr. *Pix*, ständig im Namen der Union und mit seiner Mitgliedschaft Dinge tut, die nicht in Ordnung sind. Ich bedauere - ich will die Dinge beim Namen nennen -, daß Dr. *Hundhammer* heute nachmittag nicht anwesend ist.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Doch!)

Herr Dr. *Hundhammer*, wir verstehen nicht, daß Sie im Wahlkampf wenige Tage vor der Wahl öffentlich erklärt haben sollen, daß Sie schon immer ein entschiedener Gegner Dr. *Müllers* gewesen seien. Wir verstehen das. Wir wünschen das innerhalb der Fraktion - denn der stumme Gesangverein des Reichstages hat aufgehört -, wir

möchten aber wünschen, daß die Dinge vor allen Dingen vor der Entscheidung doch nicht in die Öffentlichkeit getragen werden, die unserer Sache nicht dienen und die vor allem die junge Generation nicht versteht. Deshalb bitten wir in Zukunft, solche Dinge in diesem Stadium zu unterlassen und wenigstens nach außen eine geschlossene Phalanx zu bilden. Wir möchten haben, daß innerhalb unserer Reihen ohne irgendwelche persönliche Rücksicht sachliche Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, weil wir glauben, daß hier innen eine gesunde Belehrung stattfinden, nach außen aber wirklich eine einige Union dastehen kann.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Detsch*, ich habe vorhin Bezug genommen auf eine Mitteilung, die Sie mir heute früh gemacht haben. Es dürfte vielleicht wichtig sein. Ich lege Wert darauf. Alle anderen persönlichen Fragen sind nicht so bedeutsam. Ich wäre dankbar, wenn Sie die Mitteilung machen würden.

Detsch: In Rosenheim wurde eine Versammlung abgehalten. *Held* aus Rosenheim war Redner. Ich bin von Rosenheim beauftragt worden, Herrn Dr. *Müller* mitzuteilen, daß es in keiner Weise die Art des politischen Kampfes duldet, wie er von Herrn *Held* geführt wurde. Ich habe dies Herrn Dr. *Müller* mitgeteilt und bin gerne bereit, es auch öffentlich zu sagen, da man unterscheiden muß zwischen politischen Ansichtsverschiedenheiten und persönlichen Angriffen. Herr *Held* hat in Rosenheim so gesprochen, daß ihm von Leuten erwidert wurde, die Herrn Dr. *Müller* vielleicht oppositionell gegenüberstehen, aber daß ihm erwidert werden mußte, weil man es mit dem Anstand nicht vereinbaren konnte, so etwas anzuhören.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Da bitte ich, den einen Vorwurf zu sagen. Ich lege Wert darauf, daß es endlich einmal geklärt wird.

Detsch: Ich war nicht in der Versammlung, aber Herr *Held* hat, wie mir von Rosenheimer Gewährsleuten versichert wird, gesagt, daß Herr Dr. *Müller* sich seinen Wahlkampf von *Molotow* finanzieren lasse.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Sie können verstehen, daß ich wollte, daß das auch einmal erwähnt wird. Es kommt immer von den gleichen Leuten. Ich glaube, daß wir da wirklich zusammenstehen müssen, daß in Zukunft solche Leute endgültig erledigt werden. Es hat keinen Sinn. Man kann nicht arbeiten, wenn jemand derart wirre und dumme Gerüchte in die Welt setzt.

Darf ich jetzt vielleicht dazu kommen - es sind noch sieben Wortmeldungen da -, daß ich über das Vertrauensvotum abstimmen lasse. Es werden Stimmzettel verteilt. Es wird schriftlich abgestimmt. Es wird mit Ja oder Nein gestimmt.

Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte folgendes vorschlagen: Es wird hier über ein Vertrauensvotum für Dr. *Müller* abgestimmt. Es hat sich bis jetzt kein Sprecher der Opposition gemeldet. Ich weiß nicht, ob ein Sprecher der Opposition auf der Rednerliste steht. Ich möchte aber doch die Opposition bitten, hier vor diesem Forum und nicht wieder über Angriffe mit Gestapo-Protokollen das vorzutragen, was hier geklärt und ausgesprochen werden soll. Ich möchte mich dem Appell Dr. *Horlachers* an die Opposition anschließen, hier klar zu sagen, welche Einwände sie hat und weshalb sie einem Vertauensvotum nicht würde zustimmen können.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist der zweite Appell an die Opposition gerichtet worden.

Dr. *Hundhammer*: Ich habe ihn gehört. Man hat mich apostrophiert. Ich habe nur den letzten Redner kurz gehört. Es ist schwer, wenn man hier die vorausgegangene Dis-

kussion nicht kennt, zu den Dingen Stellung zu nehmen. Ich höre jetzt zum ersten Mal, daß es um ein Vertrauensvotum um Dr. *Müller* geht, was ich im gegenwärtigen Moment für grundsätzlich vollkommen deplaziert halte. In einem Augenblick, in dem seitens der Besatzungsbehörde, des Herrn Generals *McNarney*,

(Zurufe.)

da sind inzwischen Mitteilungen gekommen,

(Zuruf: Schon wieder was Neues?)

daß diese Erklärung tatsächlich von General *McNarney* stammt - in dem Moment, wo solche Diskussionen laufen und die Probleme so offen sind, ein Vertrauensvotum auszustellen.

(Zuruf: Gerade! - Verschiedene Zurufe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte, den Redner sprechen zu lassen.
Dr. *Hundhammer*: Sie haben mich aufgefordert zu reden. Ein Vertrauensvotum auszusprechen, halte ich jetzt für ganz ungeeignet. Das ist nicht der richtige Moment, aus taktischen Gesichtspunkten nach außen hin. Ich spreche sehr offen. Es kann nämlich durchaus passieren, daß der letzte Schlußsatz zu der Erklärung *McNarneys*, daß Dr. *Müller* veranlaßt wird zurückzutreten, ernst wird. Und dann, meine Damen und Herren, haben Sie sich in eine Situation hineinmanövriert, die nicht zweckmäßig ist. Das ist meine Auffassung. Ich halte es nicht für richtig, einen Kampf mit der Militärregierung zu führen.
Ein zweiter Punkt, der es mir persönlich und wahrscheinlich verschiedenen Freunden unmöglich machen würde, für ein Vertrauensvotum für *Müller* zu stimmen, ist der seiner politischen Linie. Dr. *Müller* hat im Kampf um die Bayerische Verfassung eine Haltung eingenommen, die taktisch für einen Parteivorsitzenden unmöglich erscheint. Ich mache ihm nicht den Vorwurf, daß er gegen den Staatspräsidenten stimmte. Das ist Sache der Haltung, die der einzelne für sich entscheiden muß. Es geht aber nicht an, daß der Parteivorsitzende sich zum Führer der Opposition gegen die eigene Fraktion macht.

(Unruhe.)

Wenn Sie mich nicht reden lassen wollen - ich kann darauf verzichten.
Meine Herren, ich halte es nicht für richtig, daß der Parteivorsitzende sich zum Führer der Opposition gegen vier Fünftel der eigenen Fraktion macht, noch dazu in einem Punkte, wo vorher in der Agitation der Wahlen doch seitens der Partei der Standpunkt vertreten worden war, daß ein Staatspräsident geschaffen werden soll.

(Unruhe.)

Das wissen wir auch. Ich sage nicht, daß Dr. *Müller* den Staatspräsidenten vertreten hat, sondern die Partei in ihren Drucksachen. Ein Mann, der sich so stark fühlt, gegen vier fünftel seiner eigenen Fraktion vorzugehen, der heute von den Kommunisten - ich habe heute einen Zeugen neben mir - als ihr Mann bezeichnet wird, bitte, sagen Sie es zwischendrein!
Wackerl: Meine Herren! Ich habe in Schwabhausen eine Versammlung mitgemacht, wo die Kommunisten öffentlich erklärt haben "Dr. *Müller* ist unser Mann".
Dr. *Hundhammer*: Sie sehen an diesem Beispiel, wie weit Dr. *Müller* von Leuten dieser Seite als ihr Mann betrachtet wird. Wenn Sie die Presse betrachten, insbesondere

die kommunistische, die ganze Taktik dieser Leute, dann sehen Sie, daß von der Seite der Linksradikalen her Dr. *Müller* als der fortschrittliche Mann im Sinne dieser Leute gilt, während der andere Teil der Fraktion als die sogenannten Reaktionäre bezeichnet werden. Das ist ein Symptom, das doch an sich vielen Leuten zu denken geben muß.
Dazu kommt dann noch ein weiteres: Das ist die grundsätzliche Linie, die Dr. *Müller* in der Führung der Partei eingehalten hat und die von mir und meinen Freunden als eine diktatorische Linie betrachtet wird, gegen die wir bei der Beratung der Parteisatzungen schon Stellung genommen haben und die wir seither im ganzen ebenfalls als durch Dr. *Müller* vertreten sehen. Wir wollen eine demokratische Führung der Partei, die nicht auf eine einzelne Person abgestellt ist, sondern die sich in der Form einer gewählten Vorstandschaft vollzieht.

(Zuruf: Ist ja gewählt!)

Nein, nein, meine Herren, auch der Kreis, den Dr. *Müller* um sich gebildet hat, den er sich in seinen Parteiapparat genommen hat, ist zu einseitig. Auch wenn ich heute die sieben oder acht Leute betrachte, die er in die geschäftsführende Parteileitung beruft, so sehe ich, daß das eine einseitig zusammengesetzte Gruppe ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr Dr. *Hundhammer*, warum haben Sie das heute vormittag bei der Besprechung nicht gesagt?
Dr. *Hundhammer*: Ich war nicht da.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie waren vorher da. Ich bitte, sachliche Opposition.
Dr. *Hundhammer*: Wenn die Beschlüsse schon gefaßt sind, hat es keinen Sinn, nachzutarocken.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Du warst draußen anwesend, wie draußen gesprochen wurde. Dr. *Hundhammer* hat keinen Einwand gebracht. Um so mehr muß ich es bedauern, daß er hier mit Argumenten gegenüber der Landesvorstandschaft arbeitet, die ...

(Unruhe.)

Dr. *Hundhammer*: Wenn Ihr mich nicht anhören wollt, dann sollt Ihr mich nicht auffordern zu reden. Wenn ich schon dazu aufgefordert werde, dann muß ich meinen Standpunkt klarlegen können, unter allen Umständen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Aber sachlich!
Dr. *Hundhammer*: Warum? War das unsachlich?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Weil vor dem gleichen Gremium heute die Wahl vollzogen wurde.
Dr. *Hundhammer*: Wenn ich die Bedenken, die ich gegen Deine Geschäftsführung in dieser Form habe, vorsage? Ich habe es nicht notwendig. Vielleicht erleben Sie es einmal, daß Sie mir recht geben. Wir müssen Opposition in unseren eigenen Reihen dulden.

(Zuruf: Aber anständige!)

Dann müssen Sie mich auch anhören. Es ist nun nicht so, daß ich alles das billigen würde, was bisher an Linie eingehalten worden ist. Uns - mir persönlich und vielen anderen meiner Freunde - ist die Art der Geschäftsführung Dr. *Müllers* zu einseitig, persönlich diktatorisch. Wir wollten eine Parteiführung, in der, gewählt von unten her, am besten über die Vorsitzenden der einzelnen Bezirksverbände, der Wille der CSU zum Ausdruck kommt und in der an der Spitze dann neben dem ersten Vorsitzenden ein zweiter und dritter steht.

Ein anderer Gesichtspunkt ist für uns der der politischen Linie. Dr. *Müller* ist der Vertreter einer Richtung, die uns zu wenig den föderalistischen Aufbau des Reichsganzen zur Geltung kommen läßt.

(Unruhe.)

Das ist ein Standpunkt, den wir sachlich in dieser Richtung anzuführen haben. Es kommt dann dazu, daß wir in diesen Dingen die Art der Taktik von Dr. *Müller* nicht für richtig halten.

Ein Moment, das in der letzten Zeit und gegenwärtig scharf hervortritt, ist auch das, daß er die Fraktion, die gewählten Abgeordneten, zu sehr in den Hintergrund zu drücken sich bemüht und die politische Führung der Dinge und die Entscheidungen, die im Parlament zu fällen sind, wo die gewählten Abgeordneten sind, beiseite schiebt. Das kam zum Ausdruck in der Art der Kandidatenaufstellung, wo die Kandidatenaufstellung für den Landtag durch die Bezirksverbände konzipiert worden war, im Gegensatz zu der anderen Linie, die die Kandidatenaufstellung draußen durch die Kreisverbände entschieden wissen wollte. Die letzte Entscheidung ist schließlich in einer nachträglichen Verordnung seitens der Regierung und der Militärregierung in dieser Beziehung geklärt worden.

Etwas anderes, was wir sehr übel vermerkt haben, ist das, daß Dr. *Müller* in dem ganzen Jahr, das wir hinter uns haben, bei kritischen Situationen immer wieder mit einem Schreiben der Militärregierung gekommen ist und erklärt hat, die Militärregierung wünsche das soundso, daß er soweit gegangen ist, zu erklären, wer nicht mit der Parteiführung wäre - damals in der Sitzung der Landesleitung -, dann wäre damit zu rechnen, daß die CSU in einigen Wochen verboten würde.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Dann hätte ich gebeten, das damals zu sagen und nicht nach drei Vierteljahren.

Dr. *Hundhammer*: ... Was ich Dr. *Müller* am schwersten verdenke, ist der Vorfall: In der Sitzung der vorläufigen Landesleitung am 1. Mai hatte vorweg Dr. *Horlacher* über den Fall *Schäffer* gesprochen, und dann ist Dr. *Müller* aufgestanden und hat erklärt - ich habe den Vorfall damals sofort zu Papier gebracht; er ist damals auch durch Ohrenzeugen unterschrieben worden. Wörtlich ist das:

> Ich habe im Dienste der deutschen Abwehr jahrelang die Möglichkeit gehabt, jeden verhaften zu lassen ohne Angabe von Gründen. Ich habe davon keinen Gebrauch gemacht. Ich bin froh darüber. Ich habe auch jetzt die Möglichkeit, jeden verhaften zu lassen, der eine Politik macht, die gegen die von mir vertretene Linie läuft.

Müller, das was ich hier wiedergegeben habe, ist wörtlich gefallen, ist unterschrieben.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ist eine Lüge.

Dr. *Hundhammer*: Nein, das ist wörtlich.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe schon fünfmal erklärt, wie es war.

Dr. *Hundhammer*: Es sind noch weitere Zeugen da. Es ist keine Lüge, ist schriftlich niedergelegt und ist unterschrieben. Dabei bleibe ich bestehen. Wer solche Äußerungen macht - es sind hier noch mehr Zeugen, es ist Dr. *Lacherbauer* da. *Lacherbauer*, war es so?

(Zuruf Dr. *Lacherbauer*: Jawohl!)

Horlacher, war es so?

(Zuruf Dr. *Horlacher*: Ich kann mich an den Zusammenhang nicht mehr erinnern.)

Es ist so gefallen. Wer solche Äußerungen gebraucht - das war die Spitze, das Äußerste -, der ist nach meinem Dafürhalten nicht geeignet, an der Spitze einer demokratischen Partei zu stehen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich gleich mit dem letzten anfangen, was wichtig zu sein scheint. Diese Behauptung hat *Hundhammer* zusehends verschärft. Heute ist sie am schärfsten wiedergegeben worden. Er hat sie mindestens fünfmal gebracht. Damals ist sie sofort anhand der damaligen Unterlagen widerlegt worden, und zwar gleich in der darauffolgenden Sitzung. Es war eine scharfe Debatte. Die Militärregierung hatte das an mich gerichtete Schreiben übergeben, und Major *Vacca* hat darauf hingewiesen, daß jeder verhaftet würde, der Unruhe schaffen würde. Es waren damals soundso viele Leute noch da als Mitglieder der Landesvorstandschaft. Ich habe darauf hingewiesen, daß ich Major *Vacca* erklärt habe, ich hätte während des Krieges auch die Gelegenheit gehabt, im Rahmen der Abwehr politische Verhaftungen vorzunehmen. Ich halte es nämlich nicht für richtig, im Rahmen der Politik Verhaftungen vorzunehmen. So war es. So ist es niedergelegt worden. Es wird das Protokoll herausgesucht. Wenn *Hundhammer* das gewollt hätte, wäre das Protokoll bereitgelegt worden. Ich wundere mich nicht, wenn das eines Tages in der Presse steht.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Ist schon drin gestanden. - Zurufe: Aha! und Pfui!)

Ich bitte um Ruhe. *Rindt* war in der Sitzung dabei.
Dr. *Rindt*: Ich möchte darauf Bezug nehmen. Dr. *Horlacher* war dabei, Dr. *Mark*; an andere Herren außer Dr. *Hundhammer* erinnere ich mich nicht mehr. Es hat sich um diese Verlautbarung ungefähr so gehandelt - ich kann den Wortlaut nicht mehr wiedergeben -, wie Dr. *Müller* darstellt.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Ich habe den Wortlaut.)

Es war mir der Wortlaut damals etwas mißverständlich. Ich habe Dr. *Müller* daraufhin gefragt, wie das aufzufassen ist. Dr. *Müller* hat in der gleichen Sitzung noch genauso interpretiert, wie er es heute gesagt hat. Daraufhin hat er die Frage gestellt, ob jemand von seiner Erklärung befremdet worden sei. Dann hat sich Dr. *Hundhammer* gemeldet. Und ich habe erklärt, ich bin nicht befremdet, ich wollte die Sache nur klarstellen, weil die Verlautbarung irgendwie etwas mißverständlich klingen könne. Ich kann mich an diese Zusammenhänge erinnern, daß es, wie Parteifreund *Hundhammer* aufgezeichnet hat, in keiner Weise stimmt. Ich glaube, daß hier ein Irrtum vorliegt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Kroll* war dabei.
Dr. *Kroll*: Ich kann mich erinnern, daß ich Dr. *Hundhammer* in der Frage sekundiert habe, indem ich sagte, es ist doch wohl nicht in dem Sinne aufzufassen. Das Entscheidende ist dieses: Dr. *Müller* hat in der gleichen Sitzung erklärt und noch einmal wiederholt, daß die Sache dieses Gesicht hatte, so wie er es hier tat. Denn sonst würden alle, nicht nur Dr. *Hundhammer*, sondern auch *Rindt* und ich dagegen Sturm gelaufen sein. Ich möchte etwas Grundsätzliches dazu sagen: Herr Dr. *Hundhammer*, der Wahlkampf ist uns nicht erleichtert worden dadurch, daß Sie erklärt haben: Die Gestapo-Protokolle zwingen nach meiner Überzeugung Dr. *Müller* zum Rücktritt. Ich kann Ihnen nur versichern, daß diese Erklärung verheerend gewirkt hat, und zwar für die Führung der Partei. Ich nehme es Ihnen gar nicht übel, daß Sie sachliche Differenzen hierin mit Dr. *Müller* haben, aber ich möchte betonen, daß die Form, in der der Kampf ausgetragen wurde, unter Umständen zu einer Katastrophe für die Union

hätte werden können. Diese mangelhafte Disziplin muß im Interesse der Union schärfstens gerügt werden.

(Sehr richtig!)

Was die politische Linie betrifft: Ich habe nicht in der Verfassunggebenden Landesversammlung gesessen. Ich habe mich geschämt über den Artikel 178. Sie behaupten, Dr. *Müller* habe eine Linie, die nicht genügend föderalistisch sei. Wir haben alle den Artikel 178 mit seiner überaus lahmen Erklärung für Deutschland verteidigen müssen. Sie können also nicht behaupten, daß diese schon weitgehend separatistische Formulierung, die so lahm klingt, daß der Deutsche Bund diesen Reihen der Union wirklich nur noch abgepreßt wurde, nicht genügend föderalistisch wäre. Ich glaube, man muß einmal klar sagen, was man will. Sie dürfen nicht Föderalismus sagen und Separatismus meinen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Das ist unterstellt.)

Wir wollen hier vornehm und sachlich diskutieren. Der Artikel 178 ist so föderalistisch und so übertrieben mühsam und langsam Deutschland zugewandt -

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Von den Sozialdemokraten einstimmig mit angenommen.)

Die Sozialdemokraten! Ich habe mit *Behrisch* in Coburg gesprochen. Er hat gesagt: Wir haben mit soviel Schwierigkeiten den Abschnitt "Wirtschaft und Arbeit" durchgebracht, und da mußten wir hier vor der Union in die Knie gehen. Das ist die offizielle Erklärung der Sozialdemokratie. Liebe Freunde! Wir haben die Mehrheit. Die Verfassung muß auf einer breiten Grundlage ruhen. Aber, daß unsere Grundgedanken, für die wir in den Kampf zogen: Senat und Mehrheitswahlrecht doch im Grunde verkauft wurden, daß wir da verloren haben, vor allen Dingen die Stärke des Senats, das sind Dinge, die wir sehr schmerzlich und sehr bedauerlich in diesem Wahlkampf zu spüren bekamen.

Ich möchte jetzt zu etwas anderem Stellung nehmen. Das scheint mir entscheidend zu sein. *Horlacher* hat in wunderbarer Weise der Stimmung Ausdruck verliehen, wir sollten in Zukunft die Kämpfe auf einem Niveau austragen, das wirklich sachliche Qualifikation der einzelnen darstellt. Ich möchte nur vor einem Punkt warnen. Ich möchte es einmal so formulieren: Wir sind doch hier wohl alle Nicht-Nationalsozialisten und unsere Haltung zeichnet sich wohl dadurch aus, daß wir entweder massiv oder geistig genau dauernd in Konflikt mit dem Nationalsozialismus standen. Wir haben gelernt, Widerstand zu leisten. Man kann von diesen Menschen nicht verlangen, daß sie heute servile Kreaturen der Militärregierung werden. Ich lehne es für meinen Teil ab, heute erst zu den Amerikanern zu gehen und zu fragen, ob Dr. *Müller* genehm ist.

(Beifall.)

Ich muß einmal einen scharfen Ausdruck gebrauchen: Hündische Verhaltensweise ist lächerlich, nachdem die Amerikaner genügend Zeit gehabt haben, im Laufe der politischen Entwicklung die Vergangenheit Dr. *Müllers* zu überprüfen. Wenn sie heute erklären würden, Dr. *Müller* sei nicht genehm, dann würde ich erklären, wir sind am Ende mit der Demokratie.

(Lebhafter Beifall.)

So kann man keine Demokratie aufziehen. Wir haben das am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Warum habt Ihr das beim *Schäffer* nicht erklärt? - Zuruf: Aha! - Unruhe.)

Ich möchte jetzt einmal erst zu Ende gehen. Ich möchte folgendes sagen: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir in verschiedenen Dingen eine Änderung herbeiführen müssen, wenn die Demokratie lebensfähig sein soll. Man kann uns nicht die Verantwortung einmal in die Hand drücken und sie uns dann gleich wieder für fünf Minuten nehmen und diese Dinge ununterbrochen korrigieren. Wenn es sich um die Person Dr. *Müllers* in diesem Maße handelt, dann kann ich nur folgendes sagen: Wenn es der Fall sein sollte, daß jetzt alte Dinge bekannt werden, die eigentlich längst bekannt sein müßten, und wenn sie dazu beitragen, Dr. *Müller* für untragbar zu halten: Da ist der Fall Dr. *Barth*, des Bezirksvorsitzenden Oberfrankens, der irgendwann als Fragebogenfälscher hingestellt, von sämtlichen Ämtern enthoben und bis heute noch nicht rehabilitiert wurde; inzwischen ist ihm unverbindlich Mitteilung gemacht worden, daß die Spruchkammer ihn unter die Unbelasteten rechnen wird. Mit diesen Methoden ist viel Politik gemacht worden. Wir haben das erfahren. Wir wünschen nicht, das auch noch einmal beim Landesvorsitzenden erfahren zu müssen. Ich bin daher der Meinung, daß das Vertrauensvotum für Dr. *Müller* heute unter allen Umständen ausgesprochen wird, damit wir auch zeigen, daß wir, die wir uns nicht vor dem Nationalsozialismus gebeugt haben, uns in keinem Fall vorschreiben lassen, wen wir für den geeigneten Mann halten.

(Beifall.)

In diesem Sinne bitte ich meine Ausführungen aufzufassen. Es wäre sonst noch vieles zu sagen. Ich möchte zu dem einen Fall *Schäffer* sagen: Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn damals, als *Schäffer* von der Militärregierung gestürzt wurde, von seinen Anhängern ähnliche Erklärungen abgegeben worden wären. Ich vermisse, daß sie diese Haltung damals in der Öffentlichkeit gehabt haben. Ich bin gerne bereit, mit meiner Haltung vor die Öffentlichkeit zu treten.

Dr. *Baumgartner*: Ich stelle Antrag auf Schluß der Debatte.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen lasse, darf ich eines sagen: Gerade weil das Verhältnis zur Besatzungsmacht immer erwähnt wird: Ich habe absichtlich in meiner Radiorede darauf hingewiesen, daß *Hitler* Quislinge in den besetzten Ländern geschaffen hat. Wir gehen mit den Amerikanern davon aus, daß sie uns die demokratische Freiheit gebracht haben. Infolgedessen wollen wir wirklich die Demokratie schaffen und als Demokraten mit Demokraten reden. Ich lasse offen, ob ich abgesetzt werde, weil *Hundhammer* sagt, es sei trotz der Mitteilung von Public Relations über Mittag irgend etwas im Widerspruch damit bekannt geworden. Denn es ist vorhin von Herrn *Abeghian* von Public Relations eine offizielle Mitteilung gemacht worden. Sollte ich abgesetzt werden, mich würde es kalt lassen. Solange ich dastehe, geschieht es für die Union. Da lasse ich mir von niemandem etwas sagen. Ich halte mich an das Prinzip: Tue recht und handle danach, was Dir Dein Gewissen vorschreibt. Eine andere Wahl gibt es für mich nicht.

Dr. *Hundhammer*: Ich bitte um das Wort zu einer sachlichen Richtigstellung.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe noch das Wort.

(Zuruf: Schluß der Debatte!)

Ich darf über den Antrag abstimmen lassen.

Wer enthält sich?

Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte?

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Dr. *Hundhammer*: Ich bitte um das Wort zu einer sachlichen Richtigstellung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wenn sachlich richtiggestellt wird, dann muß man nachher die Debatte wieder eröffnen.
Dr. *Hundhammer*: Es ist vorhin die Äußerung gefallen, die Fraktion hätte Senat und Mehrheitswahlrecht verkauft. Da muß ich das Recht haben, sagen zu können, daß darüber abgestimmt worden ist, ohne daß mit den Sozialdemokraten über das Mehrheitswahlrecht gesprochen worden wäre. Die eigene Fraktion hat das Mehrheitswahlrecht abgelehnt, gerade die Abgeordneten aus Franken. Das wollte ich richtigstellen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich hier abbrechen?
Dr. *Hundhammer*: Die Behauptung, die Fraktion hätte das Mehrheitswahlrecht verkauft, ist also vollkommen falsch. Beim Senat war es ähnlich. Es waren darüber keine Verhandlungen mit den Sozialdemokraten.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich dazu eines sagen: Die Frage, ob Mehrheitswahlrecht oder Verhältniswahlrecht, können wir hier nicht diskutieren.
Haußleiter: Wir haben den Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Ich möchte zur sachlichen Berichtigung in diesem Falle doch ganz klar folgendes sagen: Nachdem der Staatspräsident zum ersten Mal gefallen war, hat die Fraktion einstimmig beschlossen, anstelle des Staatspräsidenten einen stärkeren Senat und ein verändertes Wahlrecht durchzusetzen. Über diesen einstimmigen Fraktionsbeschluß ist in diktatorischer Form Herr Dr. *Hundhammer* hinweggegangen und hat dann die zweite Abstimmung über den Staatspräsidenten aufgezogen, ohne daß damals der erste Beschluß eines verstärkten Senats jemals zur Debatte gekommen ist.

(Zuruf: Schluß der Debatte!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich sage immer: Wir wollen Fehler erwähnen, um aus den Fehlern zu lernen.
Wir stimmen ab. Die Stimmzettel sind verteilt. Ich bitte aufzurufen.

(Zuruf: Wird mit Ja oder Nein gestimmt?)

Es wird mit Ja oder Nein gestimmt.

(Zuruf: Worüber?)

Über das Vertrauensvotum, das heißt den Antrag *Ortloph*. Ich bitte, ihn zu verlesen.
Ortloph:

> Der Landesausschuß billigt die vom Landesvorsitzenden Dr. *Müller* vertretene politische Linie und lehnt jede Kompromittierung einer wahrhaft demokratischen Entwicklung durch Zweckmeldungen unverantwortlicher Kreise ab.

Dieser Antrag wurde von mir eingehend begründet. Ich bedauere, daß die Herren, die jetzt dagegen gesprochen haben, bei der Begründung nicht anwesend gewesen sind.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Abstimmung beginnt. Ich bitte, als Abstimmungskomitee wieder ernennen zu dürfen *Ostwald*, *Nirschl* und *Mack*.
Geiselberger: Zur Abstimmung! Ich würde den Vorschlag machen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die beiden Sätze dieses Antrags zu trennen und getrennt abzustimmen.

(Widerspruch.)

Meine Herren! Lassen Sie doch auch einmal einen anderen sprechen. Denn ich möchte haben, daß wir darüber ein durchaus einstimmiges Votum des heutigen Landesausschusses bekommen, insofern wir uns gegen die Art und Methoden des persön-

lichen Kampfes wenden, wie sie im Wahlkampf vor allem gegen die Person unseres Landesvorsitzenden angewandt worden sind. Ich glaube, daß wir ein einstimmiges Votum über die Ablehnung dieser Methoden bekommen. Erschweren Sie der sogenannten Opposition die Abstimmung nicht dadurch, daß Sie die beiden Punkte "Billigung der politischen Haltung" und "Ablehnung des persönlichen Kampfes" in einem Abstimmungsgang erledigen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir sind bereits in der Abstimmung. Der Antrag hätte vorher gestellt werden müssen. Die Abstimmung beginnt.
Geiselberger: Dieser Antrag ist von mir zur Abstimmung gestellt.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich habe vorhin gesagt, die Abstimmung beginnt. Wir haben so lange debattiert.
Geiselberger: Es tut mir dann sehr leid.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sicher.
Die Abstimmung beginnt. Zunächst stimmen ab die Mitglieder des Landesvorstandes, die von den Bezirken gewählt sind. Ich selbst nehme an der Abstimmung nicht teil.
(*Liedig* verliest die Stimmberechtigten, während gleichzeitig die Stimmzettel eingesammelt werden.)
Hat jemand nicht abgestimmt?
Es meldet sich niemand.
Dann ist die Abstimmung geschlossen.
Meine lieben Freunde! Darf ich bitten, daß auch die Herren am Eingang Platz nehmen.
Meine lieben Freunde! Ich darf die Debatte wieder eröffnen, solange abgezählt wird. Wir wollen uns doch noch über die Frage unterhalten, wie soll die Linie der Union für die Regierungsbildung jetzt laufen? Sie wissen, zur Debatte steht die Frage: Parteiregierung oder Koalitionsregierung. Ich darf eines vorwegnehmen: Ich habe mich nicht festgelegt, habe auch die Union nicht festgelegt. Ich habe lediglich die Debatte darüber führen lassen, und zwar deswegen, weil die Frage von so großer Bedeutung zu sein scheint, daß jetzt wirklich eine demokratische Entscheidung getroffen werden muß, das heißt daß wir dem Willen unserer Wähler gerecht werden. Es wäre verfehlt, nun zu sagen, die oder die Richtung müßte unter allen Umständen eingeschlagen werden. Ich habe in meiner letzten Radiorede nach den Wahlen erklärt, daß es nach meinem Empfinden notwendig sein wird, drei Gebiete zu neutralisieren: den Aufbau, das Flüchtlingswesen und die Entnazifizierung. Denn innerhalb dieser Bereiche können wir den Streit der Parteien nicht brauchen. Da muß das Volk unter allen Umständen Ruhe haben vor den Parteien.
Ich darf dazu eines sagen, *Hundhammer*, es tut mir leid, daß wir wieder einmal in Gegensatz treten müssen. Ich habe es bedauert, daß der Vorsitzende der CSU-Fraktion in der Verfassunggebenden Landesversammlung, Dr. *Alois Hundhammer*, der Neuen Zeitung gegenüber erklärt hat, er vertrete die Ansicht, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine Koalition zwischen CSU und SPD begrüßen würde.

(Hört, hört!)

Es mag sein, daß vielleicht innerhalb des Bereiches des Herrn Dr. *Hundhammer* diese Meinung vertreten wird. Aber, Dr. *Hundhammer*, mit einer solchen Erklärung gegenüber der Neuen Zeitung gibt man schon 50% des Kapitals weg.

(Dr. *Hundhammer*: Das ebnet den Weg.)

Das ebnet nicht den Weg, sondern das legt fest.

(Dr. *Hundhammer*: Nein!)

Ich kann aber nicht mit einer Festlegung in Verhandlungen hineingehen,

(Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung!)

sondern ich muß mit einer gewissen Bewegungsfreiheit verhandeln können.
Zur Geschäftsordnung hat das Wort Dr. *Baumgartner*.
Dr. *Baumgartner*: Ich möchte jetzt einen Vorschlag bei dieser schwerwiegenden Frage machen. Damit wir nicht zwanzig verschiedene Meinungen bis 22 Uhr abends hören, möchte ich bitten, daß ein Vertreter der Richtung spricht, die sagt, wir müssen ohne eine Koalition eine Regierung bilden - was sehr viel für sich und sehr viel gegen sich hat -, und ein Vertreter derjenigen Meinung, die sagt, wir müssen eine Koalition bilden. Da würde ich vorschlagen, daß *Haußleiter* spricht. Ich habe mich schon ein paar Stunden mit ihm unterhalten. Er hat die Ansicht, daß wir keine Koalition machen dürfen; sodann soll Dr. *Horlacher* sprechen, der sagt, wir sollen eine Koalition machen. Diese beiden kurzen Referate hören wir uns einmal in Ruhe an, damit wir nicht zwanzig verschiedene Meinungen hören müssen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Darf ich dazu sagen: Ich würde es nicht auf eine Entschließung in dieser Weise ankommen lassen.

(Zustimmung.)

Es wäre völlig verfehlt. Die Debatte soll nur den Sinn der Klärung haben, daß man ein Gefühl bekommt, wie die Meinungen ungefähr verteilt sind. Infolgedessen gehe ich grundsätzlich mit diesem Vorschlag einig. Ich würde aber bitten, daß kurz jeweils längstens drei oder fünf Minuten auch die Bezirke ihre Meinung sagen mit ein paar Sätzen: Wie sieht es von Oberfranken bis herunter zu Oberbayern aus. Ich würde also vorschlagen, daß erst einmal *Michel Horlacher* fünf bis zehn Minuten lang spricht, dann *Haußleiter* und im Anschluß daran die Bezirksvorsitzenden.
Ich erteile *Michel Horlacher* das Wort.
Dr. *Horlacher*: Meine lieben Freunde! Ich bin auch ungeheuer neugierig. Ich würde bitten, daß zuerst einmal die Bezirksvorsitzenden ein kurzes Stimmungsbild geben, das aber nicht bindet, sondern bloß eine vorläufige Übersicht ermöglicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einverstanden. Ich bitte die Bezirksvorsitzenden, uns kurz in drei Minuten zu informieren. Ich rufe auf Dr. *Hundhammer*.
Ich darf bitten, drei bis fünf Minuten zu sprechen.
Dr. *Hundhammer*: Gut, drei bis fünf Minuten.
Ostwald: Darf ich das Ergebnis bekanntgeben?
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Einen Augenblick! Es liegt das Abstimmungsergebnis über das Vertrauensvotum bereits vor.
Ostwald: Abgegeben wurden 102 Stimmen.
Dr. *Hundhammer*: So viele Mitglieder hat der Landesausschuß nicht.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die gesamte Vorstandschaft, die heute gewählt worden ist, zählt dazu. Sie hat etwa 41 Stimmen. Es sind allein 70 Vertreter der Bezirke stimmberechtigt.
Liedig: Inzwischen sind außerdem eine Reihe Neuer gekommen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Mitglieder der Regierung und die Landesvorstandschaft sind stimmberechtigt; das darf nicht bezweifelt werden. Es ist ausdrücklich dazu aufgefordert worden.

Ostwald: Es sind 102 Stimmzettel abgegeben worden. Davon haben 76 mit Ja, 22 mit Nein gestimmt. Vier Stimmzettel sind weiß bzw. es steht darauf Enthaltung.

(Starker Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke den Freunden für das mir bewiesene Vertrauen.

Jetzt bitte ich Dr. *Hundhammer*, das Wort zu ergreifen.

Dr. *Hundhammer*: Ich habe in dem Interview, auf das Bezug genommen worden ist, schon darauf hingewiesen, daß nach meiner Kenntnis der Dinge in sehr weiten Kreisen der Bevölkerung es begrüßt würde, wenn in der heutigen anormal schweren Zeit die CSU und SPD die Verantwortung gemeinsam tragen würden. Wir stehen vor einem Zeitpunkt, in dem die schwierigsten Fragen zur Entscheidung stehen. Ich erinnere vor allem an das Problem der Annahme der uns aufzuerlegenden Friedensbedingungen.

Dazu kommt etwas anderes. Wir werden mit unserem Eintreten für den föderalistischen Aufbau des Reiches eine wesentlich leichtere Situation haben, wenn die bayerischen Sozialdemokraten mit für den föderalistischen Aufbau eingespannt werden und nicht die zentralistische *Schumacher*-Richtung, im Gegensatz zur Richtung *Hoegner*, allein die Führung in der Hand hat.

Dann kommt das Problem der gemeinsamen Bewältigung der inneren Schwierigkeiten, der Not im eigenen Volke. Zweifellos würde uns eine Opposition und eine scharfe Kritik seitens der Sozialdemokraten das Arbeiten nicht erleichtern. Wir würden die Verantwortung für die Not allein zu tragen und die hemmungslose Agitation der Sozialdemokratie gegen uns haben.

Etwas, was vielleicht manchen bei uns die alleinige Übernahme der Regierung schmackhaft macht, ist der Umstand, daß wir uns leichter tun würden, personelle Mißgriffe der Sozialdemokraten, die im großen Umfang vorliegen, zu bereinigen. Ich möchte aber darauf hinweisen - und das ist ein anderer Gesichtspunkt -, daß wir eine Kritik der Regierungshandlungen durch eine Oppositionspartei im gegenwärtigen Stadium nicht in dem Umfang brauchen, wie wenn wir eine freie Demokratie hätten, weil die gesamte Tätigkeit der Regierung ja weitgehend durch die Besatzungsmacht gehandicapt und kontrolliert ist. Eine parlamentarische Oppositionspartei in dem Umfang und Sinn einer normalen politischen Arbeit erscheint daher gegenwärtig nicht so notwendig. Außerdem würde die Kritik durch die Presse, die in ihrem bisherigen Kampf gegen die CSU sehr stark die Führung und die Rolle einer Oppositionspartei übernommen hat, ja wohl in etwa bestehen bleiben.

Wenn wir darum, taktisch gesehen, das Gesamtbild zusammenfassen, und wenn ich mir überlege, welche Einstellung die Mehrheit der Bevölkerung hat, dann spricht das Résumé für das Anstreben einer Koalition mit der Sozialdemokratie. Das Volk will in einer Zeit wie heute nicht, daß die zwei großen Parteien sich gegenseitig herunterreißen und bekämpfen, sondern das Volk will in seiner Gesamtheit, daß das Parlament, daß die Fraktionen gemeinsam die Not tragen und die Situation meistern.

Dabei möchte ich selbstverständlich der Klarheit halber sagen, daß wir der Sozialdemokratie die Beteiligung an der Regierung nicht mit jedem Preis bezahlen können.

(Sehr richtig!)

Wir müssen und wir werden uns darüber im Klaren sein, daß es für unser Entgegenkommen Grenzen gibt; aber soweit es irgendwie möglich ist, sollte die Koalition erstrebt werden.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Als nächsten Redner bitte ich *Kübler*, das Wort zu ergreifen.

Kübler: Ich kann kein abgeschlossenes Bild der Meinung meines Bezirksverbandes zu dieser Frage geben, sondern lediglich bekanntgeben, was ich aufgrund von Verbindungen feststellen konnte. Die Meinung des Volkes bei uns geht dahin: Es gibt wahnsinnig schwere Arbeit zu leisten. Das Volk will nun endlich sehen, daß an die Arbeit gegangen wird. Ich wäre ohnedies eingehender darauf zu sprechen gekommen, wenn Sie mir die Möglichkeit gegeben hätten, Ausführungen zu machen. Ich hatte mich rechtzeitig zum Wort gemeldet. Das Volk wartet darauf und hat uns durch diese Wahl eine Chance gegeben zu zeigen, ob wir etwas praktisch leisten können.

Die Meinungen sind nun verschieden, ob es möglich ist, daß eine Partei allein diese große Arbeit bewältigen kann, oder ob es zweckmäßiger und der Sache dienlicher ist, wenn zwei große Parteien an diesen Wagen gespannt werden, um diese Arbeit zu meistern. Ich für meine Person bin der Meinung, daß die Aufgabe für eine Partei zu groß und zu schwer ist. Es müßte zu einer Koalition kommen. Wir wollen es der Opposition auch nicht so einfach und so leicht machen, sich von der Verantwortung und von der Aufbauarbeit zu drücken,

(Sehr richtig!)

sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen und recht kräftig über uns zu schimpfen. Es wird Möglichkeiten zur Kritik beim Aufbau noch genug geben, selbst wenn es zu einer Koalition kommt. Aber wenn wir die ganze Opposition in einen Winkel zusammendrängen und wir allein die Verantwortung übernehmen, dann wird diese Kritik für uns zu groß sein, noch dazu wo uns jede Presse und jedes Sprachrohr fehlt, um mit dem Volk sprechen zu können. Die Arbeit wird für uns dann vielleicht zu schwer werden.

Auf der anderen Seite bin ich aber auch der Meinung: Wir dürfen es der Sozialdemokratie, wenn es wirklich zu einer Koalition mit ihr kommt, nicht so bequem machen, daß wir einige ihrer Herrn Minister in die Koalitionsregierung aufnehmen und die andern draußen in der Opposition bleiben.

(Sehr richtig!)

Das alles haben wir jetzt erlebt. Die Abstimmung, die hinter uns liegt, hat bewiesen, welche Wege von jener Seite gern gegangen werden. Wir haben die Verfassung gemeinsam gemacht. Wir hatten infolgedessen auch die Verpflichtung, uns dafür gemeinsam einzusetzen. Die Sozialdemokratie ist zum größten Teil dieser Parole nicht gefolgt. Weite Teile der sozialdemokratischen Wähler haben gegen die Verfassung gestimmt. So best[eht] auch die Gefahr, daß wir einige Herren der sozialdemokratischen Partei in die Koalition aufnehmen, daß wir uns selbstverständlich auf deren Wünsche zu den verschiedenen Gesetzen und Aufgaben einstellen und ihnen Rechnung tragen, auf der anderen Seite aber draußen die Wähler oder die Anhänger der Sozialdemokratie in der Opposition bleiben. Es müßte natürlich sichergestellt werden, daß es nicht dazu kommt.

Ich kann für meine Person und für einen großen Teil meiner Mitglieder in Niederbayern sagen: Wir sind für den Abschluß einer kräftigen, unbedingt auf dem Boden des Aufbaues stehenden Koalition, möglichst mit den Sozialdemokraten als der zweitstärksten Partei.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke für die kurzen, aber sehr bemerkenswerten Ausführungen von *Kübler*.

Dr. *Gamperl*: Für die Oberpfalz möchte ich dem Herrn Landrat *Kübler* restlos beipflichten. Wir haben die Erfahrung im Sonderministerium gemacht und wissen, was es heißt, wenn in der heutigen Zeit eine Partei allein die Verantwortung trägt.

(Sehr richtig!)

Dazu kommt vor allem auch, daß uns die Militärregierung sehr viele Vorschriften machen wird, die dann alle auf unserem Rücken ausgetragen werden. Aus diesem Grunde wäre ich unbedingt für eine Koalition, wenn sie ehrlich ist, nicht aber dafür, daß wir die eine oder andere Persönlichkeit unter allen Umständen und ohne Bedingungen hereinnehmen. Aus diesem Grunde bin ich grundsätzlich für eine Koalition, nicht aber dafür, daß wir die SPD um eine Koalition bitten, sondern daß wir ihr die Möglichkeit geben, daran teilzunehmen.

(Sehr gut!)

Dr. *Kroll*: Die Stimmung ist so gekennzeichnet, daß ich sagen möchte, wir kennen die Sozialdemokratie aus nächster Nähe und haben ihre Abschußmethoden wirklich am eigenen Leibe gespürt. Wir wünschen keinen Kampf im Sinne eines Kampfes gegen die SPD, aber es muß über folgendes Klarheit geschaffen werden: Die Wähler verlangen von uns einmal, daß endlich das, was wir im Programm sagen, durchgeführt wird. Man hat mir in den Wahlversammlungen entgegengehalten: "Ja, schön, gut, breite Front mit der SPD. Wenn das aber Verfälschung der klaren Linie heißt, dann wollen wir es nicht haben." Man verlangt die klare Linie. Und hier ist es die Frage, ob unter diesen Umständen eine Koalition möglich ist. Wenn sie möglich ist, soll sie geschaffen werden. In Notzeiten hat man auch in angelsächsischen Ländern, wenigstens England, die Koalition. Allein ich möchte folgendes bedenken: Das Parlament muß unter allen Umständen ein Pressegesetz schaffen. Es ist geradezu unerhört, daß wir uns mit dem Gedanken abfinden, der derzeitige Zustand der Presse könne aufrechterhalten werden. Ich garantiere Ihnen, daß eine Regierung in vier Wochen verrissen und fertig ist, wenn die Presse in dem derzeitigen Zustand aufrechterhalten bleibt. Ich habe es satt, immer zu hören: "Aber die Amerikaner ..." Wir müssen sagen, was not tut, und nicht immer dem Ministerpräsidenten *Maier* von Württemberg das überlassen. Wir müssen sagen, was wir wollen und Bedingungen stellen, uns bereit erklären, eine Koalition einzugehen, wenn die SPD sich bereit erklärt mitzuarbeiten, nicht aber, wenn sie das oder das fordert. Die Koalition mit der Sozialdemokratie widerspricht dem Grundgedanken der Demokratie, und zwar aus folgendem Grunde: Wir brauchen die gesunde Opposition. Nehmen wir die SPD herein, so bekommen wir die kranke Opposition der WAV. Die FDP wird uns genauso zu schaffen machen wie die andere Partei. Wir haben einmal in Koalitionsregierungen die Demokratie vorzeitig verbraucht. Koalitionen schwächen an sich die Demokratie. Darüber muß man sich grundsätzlich klar sein. Man kann Koalitionen in Notzeiten eingehen, nur muß es an und für sich eine Demokratie sein, bei der möglichst eine Partei klar die Verantwortung übernimmt und auch in der Not standhält und die Verantwortung trägt. Das ist ungefähr der Standpunkt von Oberfranken.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: *Euerl* für Nürnberg und Mittelfranken!

Euerl: Es wurde von unseren Wählern übel vermerkt, daß wir im Juni, als wir die Mehrheit im Landtag hatten, es nicht auch gewagt haben, die Verantwortung allein zu übernehmen. Es würde auch diesmal nicht verstanden werden, wenn wir die Verantwortung nicht übernehmen würden. Es kann nicht so sein, daß wir uns die Arbeit dadurch erleichtern wollen, daß wir eine Koalition eingehen, sondern wir müssen klar

und deutlich zeigen, daß wir den Mut haben, die Verantwortung zu übernehmen. Es sieht so aus, als wenn eine Koalition nur deswegen gemacht werden sollte, weil wir die Verantwortung scheuen. Es ist von der Opposition gesagt worden, daß sie uns herunterreißt. Sie braucht uns nicht herunterzureißen, wenn sie anständig geführt wird. Von uns in Mittelfranken habe ich den ausdrücklichen Auftrag bekommen, dagegen zu sprechen, daß wir eine Koalition eingehen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für München *Krehle*!

Krehle: Wir müssen auf alle Fälle zunächst einmal den Versuch einer Koalition machen. Dann werden wir die Bedingungen der anderen Seite hören. Sind die Bedingungen für uns nicht annehmbar, dann können wir uns entscheiden. Ich möchte nicht, daß uns von vornherein der Vorwurf gemacht werden kann, daß wir jede Koalitionsmöglichkeit ausgeschlossen und verhindert haben, daß in dieser Notzeit alle aufbauwilligen Kräfte zusammengefaßt werden. Wenn dann bei den Verhandlungen entsprechende Forderungen gestellt werden, was zu erwarten ist, dann müssen wir eben sagen: Bis hierher und nicht weiter! Wenn wir damit rechnen könnten, daß die SPD in eine wirklich verantwortliche Opposition geht, dann wäre nach meiner Auffassung das richtige das Spiel der Kräfte zwischen Opposition und Verantwortung. Sie dürfen eines nicht vergessen: Die KPD ist im Parlament nicht mehr vertreten. Die Sozialisten werden sehr stark von links her bedrängt, und ich fürchte, daß wir, wenn wir sie zu stark abweisen, damit die Linie der SED auch in Bayern fördern. Worauf es mir ankommt ist vor allem die Frage der Personalpolitik. Wir haben doch jetzt im letzten Jahr gesehen, wo die Dinge hingehen. Gegenwärtig kann man auf der ganzen Linie beobachten, daß auch um den letzten Aufseherposten über zwei Putz- oder Abortfrauen - entschuldigen Sie den Ausdruck - gekämpft wird, daß versucht wird, jetzt vor Torschluß diese Posten mit Sozialisten zu besetzen. Es gibt in personalpolitischer Beziehung so viele Dinge zu korrigieren und auszugleichen, daß wir unter allen Umständen hier unsere ganze Kraft einsetzen müssen. Das neue Beamtengesetz sieht vor, daß jeder unter 50 Jahre alte Staatsangestellte in Zukunft nach einem Jahr Probezeit als Beamter übernommen wird. Wir haben also höchste Zeit, in den meisten Fällen noch Korrekturen vorzunehmen. Die Korrekturen werden uns selbstverständlich in einer Koalitionsregierung schwerer fallen wie dann, wenn wir allein sind. Aber ich glaube, wir sollen die Verantwortung, ob eine Koalition zustandekommt oder nicht, der anderen Seite zuschieben, daß man uns nicht später den Vorwurf machen kann, daß wir eine Koalition verhindert haben. Aber wenn von der anderen Seite unannehmbare Bedingungen gestellt werden, müssen wir die Verantwortung allein übernehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für Unterfranken *Sauer*!

Sauer: Unterfranken steht auf dem Standpunkt der Verantwortung. Wir haben die Mehrheit und sollen auch mit der Mehrheit etwas anzufangen wissen. Wir müssen uns vor allen Dingen gewisse Ministerien festhalten; wenn wir den Sozialisten nur einige Ministerien anzubieten haben, dann werden sie wahrscheinlich nein sagen. Dann können wir die Schuld auf sie schieben. Es ist nicht tragbar, wie jetzt in Unterfranken gehandelt wird und gehandelt worden ist. Unsere Junge Union und unsere ganzen Leute oben sind der Meinung, daß die Christlich-Soziale Union diesmal die Verantwortung tragen soll.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Für Schwaben *Rindt*!
Dr. *Rindt*: Ich darf der Abkürzung halber gleich für Augsburg und Schwaben sprechen. - Im großen und ganzen geht es der Bevölkerung nicht darum, ob Koalition oder nicht Koalition, sondern es geht der Bevölkerung darum, daß die Zustände soweit als möglich besser werden. Zweitens: Man hat uns viermal ein Vertrauensvotum in der Bevölkerung gegeben. Das bedeutet und wird auch immer wieder streng ausgesprochen, daß wir nun auch wirklich zeigen müssen, daß wir nun, wie vorhin schon betont worden ist, Ernst damit machen, was wir in der Propaganda herausgestellt haben. Man will, daß die CSU, um es vorsichtig auszudrücken, den Hauptteil der Verantwortung eindeutig übernimmt und die programmatische Linie restlos durchführt, soweit es gegenwärtig überhaupt möglich ist. Dazu kommt nun folgendes, wie schon gesagt: Den Menschen liegt nicht daran, ob Koalition oder nicht. Besonders das breite Volk ist wohl politisch orientiert und interessiert, aber nicht politisch geschult. Wenn man mit den Menschen im einzelnen spricht: "Was glaubst Du, sollen SPD und CSU zusammen die Regierung bilden?" Dann ist der erste Einwand sofort der: "Gebt bloß acht, daß die raffinierten Brüder Euch nicht wieder übers Ohr hauen wie schon öfter!" Wenn man auf die Opposition zu sprechen kommt, wer kommt nicht in die Regierung, die FDP und die WAV: Ein allgemeines Erschrecken bei den vernünftigen Leuten. Sie sagen automatisch, es wird viel Kritik an der Regierung geübt werden. Ist bloß die WAV da, der Loritzismus, der Neo-Hitlerismus, dann werden gerade die oppositionellen Stimmen nicht der FDP, sondern in erster Linie der staatsstörenden WAV zufallen. Dann einen Punkt noch: Ich glaube, wir sprachen bisher von Forderungen, die die SPD bei der Koalition zu stellen hätte. Ich möchte ausdrücklich, wenngleich ich nicht als Vertreter des Arbeiterstandes, nicht als Arbeiterkandidat gewählt wurde, eine Forderung beantragen und hier klar herausstellen, die wir, wie ich glaube, im Interesse unserer Arbeiterschaft stellen müssen. Meine Damen und Herren, es ist praktisch so - ich habe die Zahl nicht genau im Kopfe -, wir haben in der Verfassunggebenden Landesversammlung neun Arbeitervertreter gehabt. Wir haben jetzt vor allen Dingen - ich will über die Zahlen gar nichts sagen - das Lager unserer christlichen Gewerkschaftler und unserer christlichen Arbeiter um mindestens zwei, wenn nicht drei der bedeutsamsten Köpfe in Bayern geschwächt dadurch, daß - um den einen Mann gleich vorauszunehmen, weil er zu meinem Bezirk gehört - der eine von vornherein auf die Kandidatur verzichtet hat und *Krehle* und *Sedlmayr* nicht gewählt wurden. Das bedeutet, daß unser christlicher Gewerkschaftsstamm in Bayern, soweit er noch vorhanden ist und soweit er unter Umständen eines Tages in der Regierung wieder aufgezogen werden muß, ohne die eigentlich tonangebenden und anerkannten Vertreter ist. Da gibt es für uns nur eine Lösung, daß wir den Anspruch auf ein Ministerium machen, das die SPD als ihre Sonderdomäne herausstellt, nämlich das Arbeitsministerium. Wir müssen diese beiden Leute unbedingt im Ministerrat und damit auch im Landtag haben; sonst bekommen wir einen Abrutsch auch der christlichen Arbeiter oder jener Arbeiter, die sich irgendwie christlich einstellen können, nach links. Infolgedessen glaube ich, meine Damen und Herren, daß an diesen Fragen von vornherein schon eine Koalition mit der SPD scheitern wird. Ich möchte es ganz besonders verantwortungsbewußt herausstellen und aufgefaßt haben: Entweder sind wir eine Partei des Volkes - und ein ganz beträchtlicher Teil unseres Volkes ist und bleibt unsere Arbeiterschaft -, oder wir machen uns mehr oder minder zu einer reinen Standespartei - bitte, ich habe mit keinem Wort gegen die Bauernschaft gesprochen -; wir müssen die umfassende Union sein! Das ist für uns der prinzipielle Standpunkt,

von dem wir nicht abgehen können. Denken Sie an unsere Sozialreform! Ich glaube, wenn man sagt, welche Forderungen stellt die SPD: Eine unserer Forderungen muß sein und bleiben, daß das Arbeitsministerium ein CSU-Ministerium wird.

(Beifall.)

Das letzte noch zu dieser Sache, und damit spreche ich meine eigene Überzeugung aus, meine eigene Erfahrung, nicht im Lager der CSU, sondern im Lager der SPD. Die SPD ist sehr stark gespalten, und zwar in einen Teil Richtung *Hoegner*, der eine Koalition will; aber die Koalition wird, meine Freunde, gewollt, um allen Ernstes eine Personalpolitik in Bayern fortsetzen zu können. Nicht nur in Bayern, auch jetzt bei den Interzonenverhandlungen, überall wo die SPD ist, merkt man gleich den Zug, sämtliche Schlüsselstellungen in die Hand zu bekommen. Täuschen wir uns nicht, eine personelle Bereinigung in einem demokratisch vertretbaren Sinne kann nur dann kommen, wenn wir die äußerste Vorsicht, die äußerste Straffheit und vielleicht allein die Verantwortung haben; aus den Gründen der Personalpolitik, zweitens aus wirtschaftlichen Rücksichten - das darf ich ganz offen aussprechen -, aus rein persönlichen, egoistischen, des Verbleibens oder Nichtverbleibens am alten Platze! Die zweite Gruppe ist eine, die sich um den zweiten Landesvorsitzenden[5] schart. Sie ist radikal gegen jede Koalition, und zwar erstens einmal selbstverständlich aus dem Grunde heraus, um uns gewissermaßen in der Regierung ad absurdum zu führen, und aus dem zweiten Grunde, den Herr Staatssekretär *Krehle* von einer Seite her beleuchtet hat und den von der anderen Seite zu beleuchten ich mir erlauben möchte. Wenn die SPD in die Regierung eintritt und die KPD praktisch als Opposition unter dem Boden arbeitet, dann sind wir von der roten Seite her eindeutig auch mit diesen Lasten belastet, und wir bekommen dadurch die Entwicklung der unzufriedenen Kreise der SPD zur SED auch im Kabinett. Darum will ein großer Teil der SPD keine Koalition, und zwar fanatisch keine Koalition. Das ist allgemein und sachlich gesehen zum Teil der Standpunkt, soweit man das sehen und verfolgen kann, der Bevölkerung Schwabens und Augsburgs. In Augsburg selbst ist eine Neigung zur Koalition bis auf wenige Ausnahmen nicht vorhanden.

Meine Herren, es ist klar, daß wir zunächst einmal eine Koalition mit der SPD ins Auge fassen. Es bestünde meines Erachtens, allgemein theoretisch gesprochen, auch die Möglichkeit, eine Koalition mit der FDP zu betrachten. Eine Koalition mit der WAV scheidet ja von vornherein aus.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es haben jetzt alle Bezirke gesprochen. Ich würde nun den Vorschlag machen, nur mit drei Minuten die Frauen und die Junge Union zu hören und dann erst die beiden Hauptredner.

(Beifall.)

Frau *Probst*: Ich möchte unterstreichen, was auch Herr *Sauer* für Unterfranken gesagt hat. Ich habe genau die gleichen Erfahrungen gemacht, daß eine Koalition abgelehnt wird, weil das Volk sehen will, daß endlich etwas geschieht und daß diese Hemmungen, die aus der Bürokratie und aus der unterirdischen Arbeit der SPD heraus erwachsen, jetzt auch auf dem Pressesektor, endlich einmal ausgeschaltet werden, daß

[5] Gemeint ist vermutlich Franz Marx.

wir dazu auch zu einer viel klareren Kontrolle der Bürokratie kommen, zu der wir kommen müssen. Ich möchte das sehr stark betonen. Wir stehen unsererseits auf dem Standpunkt der klaren Übernahme der Verantwortung durch die Union.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer spricht für die Junge Union?

(Zuruf: *Ott*!)

Ott: Wir Junge haben uns heute Mittag über die Frage "Koalition oder Übernahme der vollen Verantwortung" unterhalten. Wir haben uns dabei etwa folgende Gedanken durch den Kopf gehen lassen: Wenn wir eine Koalition mit der SPD eingehen, dann wird es so sein, daß als einzige Oppositionsparteien die WAV und die FDP in Frage kommen. Das hat zur Folge, daß die ganze Opposition mit aller Schärfe und Wucht von der KPD und WAV, also von negierenden Parteien, getragen wird. Wir haben uns gefragt, was ist dann, wenn wir allein die Verantwortung übernehmen? Das heißt, daß dann immerhin die Linke, vor allem die SPD, mit in der Opposition steht, daß uns dann, wenn die SPD in der Opposition steht, nicht die ganze Arbeiterschaft, soweit sie links steht, verradikalisiert wird. Es kommt nicht in Frage, daß die KPD dann der SPD die Wähler wegzieht, was der Fall sein wird, wenn die SPD mit uns in der Regierung sitzt. Zweitens, das ist entscheidend, das Volk hat der Union einen eindeutigen Vertrauensbeweis gegeben. Das Volk will nun sehen, ob die Union in der Lage ist, die Verantwortung zu übernehmen und, soweit es unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, Ordnung und eine Besserung der Lage zu schaffen. Es wird so sein, daß in dem entscheidenden Zeitpunkt, wenn die Herren der Meinung sind, wir sollten mit der SPD eine Koalition eingehen, dann die SPD genau so aussteigt wie 1930, als *Brüning* die Arbeits[losen]versicherungsbeiträge erhöhte. Wir werden dann im entscheidenden Moment wieder allein dastehen. So einfach ist die Grundsatzlinie der SPD nicht. Die SPD wird den Zeitpunkt nützen, der ihr parteitaktisch gut und nützlich ist. Dann sind wir doch gezwungen, die Verantwortung ganz zu übernehmen. Es sind eine Masse von Kleinigkeiten, vor allem die Personalpolitik, die uns hindern, so daß wir von Anfang an keine klare und saubere Entscheidung treffen können. Wir jungen Menschen stehen auf dem Standpunkt, selbst unter schwierigen Verhältnissen muß es durch entsprechende Unterstützung der Pressepolitik möglich sein, das Volk über die Schwierigkeiten aufzuklären. Das Volk erwartet sich nicht große Dinge, wenn es aufgeklärt wird. Aber wenn wir nicht in der Lage sind, die Verantwortung allein zu übernehmen, das heißt wenn wir nach vier Jahren nicht irgendwie zeigen könnten, daß wir etwas geleistet haben, dann werden wir mit Recht von dieser Stelle Abschied nehmen müssen. Das will das junge Volk sehen. Wenn Sie, vor allem die Älteren, davon sprechen, daß der sogenannte Wechsel in der Regierung kommt: Einmal Regierungspartei, dann Opposition, was läge näher, als daß wir zeigen, was wir können. Im umgekehrten Fall würde die SPD nie bereit sein, mit uns die Verantwortung zu teilen. Entweder sind wir sicher und bringen es fertig, in diesen vier Jahren etwas zu leisten - die SPD wird sich nicht weigern, allein die Verantwortung zu übernehmen -, oder wir können es nicht, dann sind wir falsch am Platze und das Volk soll anders entscheiden.
Holzer: Ich mochte hier nur einen Gedankengang einwerfen. Wir sagen immer, die SPD wird von der Linken, der KPD aufgerieben, wenn sie nicht mit in der Regierung vertreten ist. Bitte, sind Sie mir nicht böse, wenn ich einen Vorschlag zur Diskussion mache! Ist es denn so unmöglich, auch die Demokraten und die KPD irgendwie mit in der Verantwortung zu binden. Es ist doch kein solches Unglück, wenn wir eventuell

Herrn Dr. *Dehler* noch mit in der Regierung haben und auf irgendeinem nebensächlichen Staatssekretariat einen Mann der KPD. Dann müssen sie mittragen. Die SPD kann nicht zerrieben werden; denn die KPD ist mit dabei und allein können wir es nicht schaffen. Die Verantwortung ist zu groß. Ich denke an die Reparationen usw. - Ich bitte, diesen Gedankengang zu erwägen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde, wir wollen noch nicht in die große Diskussion eintreten. *Holzer* nimmt einen Gedanken vorweg, der mir auch naheliegt. Wenn wir von Koalition sprechen, so denken wir fast stets an eine Koalition der Union mit den Sozialdemokraten. Es gibt die andere Möglichkeit, die durchaus offen ist, die FDP heranzuziehen und *Holzers* Gedanke, die KPD auf einem gewissen Gebiet heranzuziehen, ist durchaus nicht abwegig, nämlich im Sonderministerium, wo draußen das Wort geprägt wird: "Die Großen laufen lassen und die Kleinen hängen!", zum mindesten als Ministerialdirektor einen Mann von der Seite mit dabei zu haben. Es gibt auch andere Möglichkeiten, die im einzelnen noch nicht zu erörtern sind. Sonst greifen wir zu stark in Verhandlungen ein.

Das Wort hat *Ostwald*. Für drei Minuten.

Ostwald: Dr. *Müller* hat am Vormittag gesagt: "Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft!" Ich möchte einmal das unterstreichen, was von der Jungen Union gesagt worden ist; wir müssen den Mut haben, die Verantwortung tragen zu wollen. Hier ist von vier Jahren gesprochen. Entweder ist die Arbeit in diesen vier Jahren erfolgreich oder nicht erfolgreich. In jedem einzelnen Falle können wir dafür einstehen, daß die Arbeit geleistet wird, ob mit oder ohne Erfolg.

(Zuruf *Kübler*: Ohne Erfolg darf man nicht arbeiten!)

Es hängt nicht davon ab, was wir hier allein tun, es kommt darauf an, ob wir unsere Arbeit in absehbarer Zeit vom Auslande unterstützt sehen. Auslandsstimmen sind gewichtig genug, um daraus schließen zu dürfen und Optimismus zu haben, wie die Jugend ihn hat, daß es doch einmal wieder aufwärts geht. Wenn wir nicht den Mut haben, die Verantwortung allein zu tragen, dann wird man es in weiten Kreisen der Wirtschaft und der wirtschaftlich denkenden Menschen, auch der Arbeiterschaft, nicht zuletzt der Handwerker, der Kaufleute, nicht verstehen, daß die Union eine solch starke Fraktion im Hause hat, ohne in die Verantwortung hineinzusteigen. Es kommt noch ein anderes hinzu - wir brauchen darauf nicht Rücksicht nehmen -, ich glaube, daß man in Hessen über diese Frage nicht sprechen würde, sondern dort wird man die Regierung mit den Kreisen bilden, die die Mehrheit schaffen können. Die Zeitungsnotizen ließen das erkennen.

(Zuruf: Auch in Württemberg!)

Ich habe Hessen gelesen.

(Zuruf: Und Württemberg!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf dazu vielleicht gleich einschalten. Die Situation in Württemberg ist so, daß die Sozialdemokraten mit den Demokraten allein verhandeln und mit ihnen allein bisher die Koalition schaffen wollen. Wegen Hessen ist heute der stellvertretende Ministerpräsident Dr. *Hilpert* da gewesen. Er hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß die Hessen wohl etwas abhängig sind von dem, was hier geschieht, und zwar, weil noch alle Möglichkeiten offen stehen. Wenn wir keine Koalition machen würden, würden die Sozialdemokraten höchstwahrscheinlich eine Koalition mit den Kommunisten machen. Ich bitte weiterzufahren, aber nicht mehr lange.

Ostwald: Die Arbeit wird, wenn eine Koalition geschaffen wird, belastet. Wir haben eine klarere Linie, wenn wir allein gehen. Die Sozialdemokratie ist in Bayern nicht staatspolitisch genug erzogen oder es noch nicht geworden, sondern sie ist parteipolitisch engstirnig. Unbekümmert darum, ob sie Ministersessel haben wird oder nicht, sie bleibt in der Opposition. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, ganz besonders auch meine Freunde im oberen Teil des Staates Bayern, daß wir die Verantwortung übernehmen sollten und den Optimismus aufbringen sollten, der von den Jungen getragen wird.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sie können nicht erwarten, daß ich die Union in irgendeiner Weise festlege und sage: Opposition oder Koalition. Eines darf ich vielleicht zur ganzen Debatte sagen: Es kommt nicht in Betracht, daß etwa die Sozialdemokratie, wie es in der Schwäbischen Landeszeitung angekündigt ist, eventuell Verhandlungen beginnt mit Bedingungen, die uns gestellt werden. Da stehe ich auf dem Standpunkt: Eine Aussprache, aber keine Aussprache, bei der Bedingungen gestellt werden dürfen! "Wir werden durch Bedingungen unsere Sozialpolitik sichern." Das haben wir nicht notwendig. Wir haben bei der Verfassung im Rahmen der Sozialpolitik ein Tempo vorgeschlagen, daß wir da nicht propagandistische Bedingungen haben wollen. Wenn solche gestellt würden, müßte von uns entsprechend reagiert werden. Das ist das erste. Zweitens, ich fürchte eines: Wenn wir mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten und es so bleibt, wie es die letzten Wochen war, dann wird ein großer Teil - das sind die Argumente, die ich gegen *Hundhammer* anführe - der Presse, die sich unabhängig heißt, die aber durch sozialdemokratische Hauptschriftleiter vertreten wird, Opposition machen, und diese Teilung in Mitverantwortung - in Anführungszeichen! - und Opposition, um daraus Nutzen zu ziehen, kommt nicht in Betracht, scheidet völlig aus. Lieber gehen wir allein heran und übernehmen allein die Verantwortung.

(Beifall.)

Sonst ist die Union nicht festgelegt. Man kann Verhandlungen nicht mit einer festen Bindung durchführen. Es wird darauf ankommen, wie die Aussprachen verlaufen. Es werden dann die entsprechenden Gremien, zu allerletzt unsere Landesversammlung, entscheiden. Ich bin der Auffassung, daß die Regierung, ganz gleichgültig wie sie aussieht, die in den nächsten Jahren die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik trägt, mit eine so große Verantwortung übernimmt, daß sie innerhalb der Partei die breiteste Basis haben muß. Infolgedessen muß sie auf das Vertrauen der Landesversammlung gegründet sein, die wirklich ganz Bayern repräsentiert, weil wir die stärkste Partei sind.

Ich bitte jetzt *Michel Horlacher*, fünf bis sieben Minuten; dann *Haußleiter* ebenfalls fünf bis sieben Minuten. Dann werden wir eine kurze Diskussion machen.

Dr. *Horlacher*: Bei den Erörterungen sind nach meiner Überzeugung nur einige wichtige Gesichtspunkte zum Ausdruck gekommen, aber nach meiner Auffassung nicht die, auf die es in Wirklichkeit ankommt. Denn die Dinge liegen nicht normal. Wir haben keinen normalen Zustand, wo die Spielregeln der Demokratie nach logischen Gesetzen angewendet werden können. Es dürfte bei uns nicht genügend bekannt sein, daß wir noch im Kriegszustand leben. Wir haben uns als Deutsche mit den kommenden Verhältnissen noch auseinanderzusetzen. Wenn man mit den einzelnen Leuten fernab von der Partei redet, so kann man feststellen, daß das Volk im jetzigen Sta-

dium den Zusammenhalt aller Vernünftigen wünscht, um die Lebensinteressen des Deutschtums zu verteidigen.

(Sehr richtig!)

Soweit sind wir nämlich angelangt. Bayern hat dabei eine große Mission zu erfüllen. Bayerische Politik zu machen, ist angesichts des Gesamtrahmens, der uns umgibt, eine außerordentlich gefährliche Sache, die nach allen Seiten überlegt werden muß. Bayern steht im Brennpunkt der Kritik im ganzen Reich, und zwar überwiegend der negativen Kritik, und die Schüsse gehen hauptsächlich gegen die CSU, ob mit Recht oder Unrecht, das will ich nicht untersuchen. Es ist eine Tatsache: Jetzt, wo wir in Bayern den christlichen Kulturfaktor noch besonders vertreten können, müssen wir obachtgeben, daß wir das Terrain für die Zukunft nicht verlieren. Wenn heute die Redner so schön gesprochen haben: Wir sollen in vier Jahren etwas leisten, so möchte ich darauf erwidern: Ja, wenn wir das leisten könnten. Wir können es ja nicht. Wir können ja aus eigener Kraft die Dinge gar nicht meistern.

(Sehr richtig!)

Das Dritte Reich hat Deutschland in einem Zustand hinterlassen, daß die beste Partei nicht erfolgreich arbeiten kann, wenn wir das Terrain nicht gemeinsam gegenüber der Besatzungsmacht bereinigen können. Da nützt auch das Geschwätz von *Loritz* und von der Opposition nichts. Wenn man den Mann vernünftig fragt, muß er darauf erwidern. Das geht ja nicht. Das ist höchstens Parteikram. Aber gelöst werden die Probleme nicht. Haben wir schon einmal einen Vorschlag zur Lösung der Probleme gehört?

Meine verehrten Damen und Herren! Es kommt etwas weiteres hinzu - erschrecken Sie nicht, wenn Sie das aus meinem Munde hören -, was jetzt in den Vordergrund gerückt werden muß. Liebe Freunde, das ist die Deutsche Frage. Wer das nicht einsieht, der tut mir in der Seele leid.

(Beifall.)

Sie ist die Grundlage, auf der wir arbeiten müssen. Wir können in dieser Frage keine Schneckenhauspolitik treiben. Das ist unmöglich; wir müssen heraus, wir müssen Bayern zum Einsatz bringen.

(Lebhafter Beifall.)

Das hat mit Unitarismus nicht das mindeste zu tun.

Wir stehen im Wirtschaftsleben. Ich vertrete zur Zeit in finanzieller und warenmäßiger Beziehung das größte Institut in Bayern. Das wissen die meisten nicht. Ich weiß, was los ist. Wir brauchen den deutschen Raum, sonst gehen wir miteinander zugrunde. Da nützen alle theoretischen und alle Erörterungen nichts. Wir müssen den Friedenszustand miteinander herbeisehnen und herbeibringen. Alles andere ist Geschwätz. Wir brauchen die Regelung der finanziellen Fragen. Wir brauchen die Regelung der Währungsfrage. Deutschland muß als Einheit zusammenkommen, wenn wir wieder miteinander leben wollen oder leben können. So ist die Lage. Das muß vorausgeschickt werden. Wer das heute nicht einsieht, der ist rückständig im wahrsten Sinne des Wortes.

(Zuruf: Reaktionär.)

Dazu kommt allerdings dann die zweite Frage, daß Bayern innerhalb des deutschen Raumes zum Einsatz gebracht werden muß. Über diese Frage müssen wir uns ge-

nauso klar sein. Die Einheit Deutschlands, die wir unbedingt brauchen, muß politisch richtig konstruiert werden. Das ist unsere Aufgabe, und das können wir nicht allein machen. Die richtige Konstruktion, die richtige Sicherung des süddeutschen und bayerischen Einflusses im kommenden deutschen Reich können wir nur in Bayern zur Durchführung bringen. Wir können den Einfluß Bayerns mit seiner starken christlichen Majorität nur dann innerhalb des Ganzen fürs Ganze einsetzen, wenn wir die Konstruktion des kommenden Reiches so beeinflussen können, wie wir das brauchen.
Liebe Freunde! Wir, die wir in der praktischen Arbeit bei den Zonenverhandlungen in Stuttgart stehen, sehen die Dinge anders an. Ich sehe jetzt ab von dem, was die Sozialdemokratie draußen im einzelnen verbricht. Es mag unangenehm sein, es mag unsere Leute bis zum Äußersten aufbringen, aber ich kann nach diesen Punkten nicht alles orientieren. Wir haben in Bayern bei der Sozialdemokratie zur Zeit eine Auffassung, die es uns erlaubt, uns gemeinsam zugunsten der bayerischen und der deutschen Frage einzusetzen. Darum geht es jetzt,

(Beifall.)

nicht um kleinliche Gesichtspunkte.
Das ist einmal das eine. Man könnte das in einer großen Rede weiter ausführen. Es ist auch notwendig, daß wir öffentlich mit diesen Gedankengängen heraustreten, damit man sieht, was wir wollen, damit das dumme, kleinliche Geschwätz von Separatismus und Unitarismus in die alte Rumpelkammer geworfen wird, wo es hingehört. Wir streiten im Innern herum und vergessen unsere eigenen Lebensrechte. Wir müssen die Lebensrechte Bayerns im deutschen Raum zugunsten eines Gesamtdeutschtums sicherstellen, um Gefahren für die Zukunft zu überbrücken. Das ist die Aufgabe.

(Beifall.)

Das muß klar erkannt werden.
Auf der anderen Seite bin ich, was die Sicherung Bayerns anlangt, absolut Föderalist. Nicht daß ich mißverstanden werde; aber wir müssen heraustreten. Wir müssen eine Gefolgschaft haben, damit wir von breiten Grundsätzen heraus gemeinsam gegenüber dem Ausland auftreten können. Wir müssen eine breite Plattform haben. Wir werden dem Trommelfeuer ausgesetzt sein, wenn wir allein sind. Wir werden als Reaktion verschrieen werden, denn in der Union können wir tun was wir wollen. Wir werden dem Trommelfeuer ganz Deutschlands ausgesetzt. Das sieht man. Diesen Zustand müssen wir überwinden. Es ist der Wille breiter Schichten der bayerischen Bevölkerung, nicht allein der Union, sondern auch anderer vernünftig denkender Teile des Volkes, daß unsere Lebensrechte gemeinsam vertreten werden.
Die Frage lautet nicht, ob *Loritz* stärker wird oder nicht. Das ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Die Frage lautet, ob es uns mit vereinter Kraft gelingt, daß wir überhaupt noch leben können.
Jetzt kommt der andere Gesichtspunkt: Meine lieben Freunde! Eine Oppositionsstellung der Sozialdemokratie können wir auf den verschiedensten Sektoren von unserer Landwirtschaft und auch von den Städten aus gesehen gar nicht vertragen. Warum denn? Das ist überhaupt noch nicht zur Erörterung gekommen. Ja, weiß niemand, daß das ganze Volk ohne Unterschied des Standes, der Klasse und der Partei ruft: Gebt uns etwas zu essen, dann wird die Demokratie von selber gut erstehen! Das Ernährungsproblem steht auf der Tagesordnung. Unsere Aufgabe ist es, mit dem Ernährungsproblem hervorzutreten. Wir müssen heute weite Teile Deutschlands ernähren. Wir wissen gar nicht, wie die anderen Teile Deutschlands ihre Ablieferungspflicht er-

füllen. Ich habe die Überzeugung, je mehr man nach Süden kommt, desto besser sieht es mit der Ablieferungspflicht aus. Ich sorge jetzt in den Zonenberatungen dafür, daß wir endlich erfahren, was die anderen Länder Deutschlands auf diesem Gebiet leisten. Das wollen wir einmal mit unseren Leistungen vergleichen und messen.

(Sehr richtig!)

Hier sprechen andere Gesichtspunkte mit. Glauben Sie mir, eine Opposition der Sozialdemokratie mit ihrer immerhin ansehnlichen Mandatszahl von 54 Abgeordeten wäre für diese ein bequemes Leben. Sie könnten die Schuld abwälzen von denen, die wirklich an den Zuständen schuld sind, auf die, die momentan die Arbeit machen müssen und die sie nicht leisten können. Es geht ja ohne die Hilfe des Auslandes nicht. Wir sind in den westlichen Sektoren Deutschlands darauf angewiesen, zu einem Drittel von ausländischen Lebensmitteln zu leben. Es besteht die große Gefahr, daß der Bauer dann als der Hauptschuldige in der Agitation draußen hingestellt wird. Glauben Sie, daß wir diese Agitation auf dem Lande ertragen können? Da wird dann alles zusammengetragen. Das hungernde Volk fragt nicht nach vernünftigen Gesichtspunkten. Das hungernde Volk fragt nach anderen Dingen. Sie werden sagen: Jawohl, sie sind schuld, sie erfüllen ihre Pflichten nicht. Das nächste Mal haben wir den Wahlerfolg, der jetzt in so weitem Maße auf dem Landvolk beruht, ins Gegenteil verkehrt. So groß ist der Wahlsieg der Union nicht. Es sind bloß 52%. Die 52% können sich bei einer erzwungenen Landtagsauflösung, wenn die Union allein ist, rasch in die 45% verwandeln. Dann ist der Zwang da, daß wir eine Koalition mit der Sozialdemokratie machen und daß wir dann blindlings den Forderungen der Sozialdemokratie verkauft sind.

So ist die Lage. Wir können doch nicht von normalen Zuständen ausgehen. Die Regelung von personellen Fragen ist wohl bedeutungsvoll. Aber im Rahmen der großen Politik erscheinen sie als kleinere Fragen. Nach ihnen dürfen wir unsere Haltung nicht orientieren.

Selbstverständlich ist es, daß in einer Koalitionsregierung der Sozialdemokratie gesagt werden muß: Wenn Sie schon eine Koalitionsregierung mit uns eingehen, dann muß sie auch ehrlich eingegangen werden; dann muß das gehalten werden, was programmatisch miteinander ausgemacht ist. Das ist ganz selbstverständlich. Das wird, liebe Freunde, in der ersten Zeit auch gehalten. Es wird nur gefährlich, wenn der Landtag eine Zeitlang läuft. Da werden die Dinge immer gefährlich. Da heißt es: Obacht geben, daß keine politischen Fehler gemacht werden. Aber in der ersten Zeit, wo es sich darum handelt, die Schwierigkeiten gemeinsam zu überwinden, funktioniert die Koalition schon. Der verantwortungsbewußte Mensch muß sich ja sagen: Es geht ja gar nicht anders, als daß man zusammenhält. Wir können doch die Spielregeln der Demokratie im Augenblick nicht anwenden, um der Not unseres Volkes willen, denn ändern können wir an der Not nichts. Wir können nicht mehr Waren schaffen. Wir können nicht mehr Lebensmittel schaffen. Wir können das nur mit Hilfe des Auslandes. Das ist die Grundlage, die wir uns schaffen müssen. Deswegen lege ich so viel Gewicht auf die Vertrauensgrundlage mit dem Auslande. Die Vertrauensgrundlage ist aber besser in einer Koalition mit der Sozialdemokratie gegeben. Das sieht doch jeder klar ein. Darüber brauchen wir gar nicht zu streiten.

Das sind die wesentlichen Gesichtspunkte, die in die Waagschale fallen und unter allen Umständen berücksichtigt werden müssen.

Dann die Verhältnisse im Sonderministerium! Glauben Sie, daß wir die Frage der Entnazifizierung, die auf weiten Gebieten unseres Volkes zu einer Denunziantenfrage, zu einer parteipolitischen Frage geworden ist, aus der eigenen Kraft der Union lösen können? Nein! Wenn eine Koalition mit der Sozialdemokratie eingegangen wird, muß verlangt werden, daß die Sozialdemokratie im Sonderministerium das Maß an Verantwortung übernimmt, das ihrer Stärke entspricht. Das muß sogar verlangt werden.

(Zuruf: Kalte Sozialisierung!)

Und die kalte Sozialisierung, die gegenüber Geschäftsinhabern und allen möglichen Leuten durchgedrückt wird! Das sind Dinge, die in der Koalitionsregierung bereinigt werden müssen. In einer Unionsregierung können wir das nicht bereinigen. Da möchte ich das Wüten der Opposition sehen. Da würde die Sozialisierung auf kaltem Wege gegen unsere Anhänger durchgeführt. Die Regierung kann sich bei diesem Trommelfeuer, zu dem noch die Wünsche der Besatzungsmacht dazukommen, gar nicht halten. Das ist meine feste Überzeugung. Das sehen auch die ehrlichen Sozialdemokraten ein. Ich habe noch mit keinem gesprochen.

(Heiterkeit.)

Aber ich kann mir vorstellen, daß beim ehrlichen Menschen der Wunsch vorhanden sein muß, die Gefahrenpunkte des Volkes zu überwinden und aus ihnen herauszukommen. Das ist unsere Aufgabe, und hier müssen auch die Sozialdemokraten Obacht geben.

Das sind die Gesichtspunkte, die eine wesentliche und durchschlagende Rolle spielen. Daß wir natürlich das Maß an Verantwortung übernehmen müssen, das uns trifft, ist selbstverständlich. Nun kommt aber die parteipolitische Konstellation in Bayern dazu. Hätte man doch meinen Vorschlag damals in der interfraktionellen Besprechung angenommen, wo ich gesagt habe: Wenn eine Partei in einem Wahlkreis nicht 5% der Stimmen aufbringt, so zählen diese Stimmen nicht. Dann hätten wir ein Wahlresultat, das dem Gesamtverhältnis entspricht. Wir hätten eine kleinere WAV drin, wir hätten die Kommunisten drin und die FDP. Das jetzige Verhältnis entspricht nicht den Gegebenheiten. Das kommt davon, wenn man auf die Stimme der Vernunft nicht hört.

Und jetzt die Lage bei den Sozialdemokraten: Die radikalen Seiten der Sozialdemokratie werden es begrüßen, wenn sie in die Opposition gehen können. Warum? Weil die Lage der Sozialdemokratie durch das Fehlen der Kommunisten erschwert ist. Unsere Aufgabe von der Union ist es, nicht bloß an unsere parteipolitischen Interessen zu denken, sondern an die Interessen unseres gesamten Volkes. Wir müssen dafür sorgen, daß keine Radikalisierung der Sozialdemokratie erfolgt, sondern der vernünftige große Teil der Sozialdemokratie dort zum Einsatz gebracht wird, wo er für die Lebensinteressen unseres Volkes unbedingt unentbehrlich ist.

Das sind die Gesichtspunkte, die von allen Leuten, die weiter sehen als von heute auf morgen, ins Feld geführt werden. Das sind die Fragen, die zur Debatte stehen. Es sind die Entscheidungen, die getroffen werden müssen, nicht nach kleinlichen Erwägungen, sondern nach großen Gesichtspunkten. Das Regierungsprogramm muß diese Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. Da wird man plötzlich sehen, was man auch auf der Bremer Tagung gesehen hat, daß Bayern gar nicht das ist, als was es in der Presse verschrieen wird.

Was ich haben will ist, daß ein fortschrittliches Bayern in einem Deutschland gesichert wird, das nicht mehr rückfällig ist in die Zeiten einer Rechtspolitik, die den Na-

tionalsozialismus mit emporgetragen hat. Diese Gefahr muß vermieden werden. Das liegt auch in der Linie, daß man sich mit den vernünftigen Leuten verbündet, die diese Gefahr mit uns gemeinsam überwinden.
Das sind die großen Gesichtspunkte. Der Nationalsozialismus ist nicht von ungefähr entstanden. Er ist durch die Dummheit der bürgerlichen Kreise geboren worden.

(Sehr richtig!)

Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Wir dürfen uns von den sozial fortschrittlichen Teilen, zu denen ich immer noch die Sozialdemokratie rechne, nicht zu weit entfernen, weil wir sonst die anderen schon wieder in ihrer Geburtsstunde unterstützen. Dann kommt dasselbe reaktionäre Gesindel in Deutschland wieder zum Vorschein, das uns das Unglück mit dem Nationalsozialismus beschert hat.
Das sind die Gesichtspunkte, die bei mir für die Sicherung einer friedlichen Zukunft eine Rolle spielen. Es war notwendig, daß ich das klargestellt habe.
Haußleiter: Meine lieben Freunde, in manchem der Beurteilung der Lage gehe ich mit *Horlacher* überein und komme zu völlig entgegengesetzten Ergebnissen. Ich gehe mit ihm überein, wenn ich sage, wir müssen für die Einheit Deutschlands eintreten. Dann muß ich aber sagen, das hindert uns gerade, zu sagen, mit Herrn *Hoegner* zusammenzugehen, der das Schweizer Vorbild hat. *Horlacher* hat recht, wenn er vor neuem Nationalismus warnt. Ich habe Versammlungen erlebt, in Kulmbach, wo der neue Nationalismus in gefährlichster Form da war. Woher ist er gekommen? Als Reaktion auf eine partikularistische bayerische Politik, wie sie *Hoegner* vertritt. Wenn wir das Wachsen eines neuen Nationalismus verhindern wollen, dann müssen wir eine vernünftige, klare bayerische Politik im deutschen Zusammenhange machen. Aber die Politik *Hoegners* hat zum Anwachsen einer nationalistischen Reaktion in Bayern geführt, hat dazu geführt, daß unsere Jugend schon wieder von einem leidenschaftlichen Nationalismus erfüllt ist, den ich in seiner Weiterentwicklung zu einer Gefahr für unser ganzes politisches Leben erklären möchte. Ich möchte jetzt folgendes sagen: Wir müssen die Lage grundsätzlich beurteilen.
Bei der Frage der Koalition wird nämlich ein Irrtum begangen. Bei der Frage der Koalition wird auf das englische Beispiel während des Krieges hingewiesen. *Horlacher* hat es auch getan. Er hat gesagt, wir haben noch Kriegszustand. England hat während des Krieges alle Parteien in eine Koalition hineingenommen, um jede Opposition auszuschalten. Mithin, wenn wir auf den Kriegszustand verweisen, wäre nur eine Koalitionsregierung möglich - bei einem wirklich bereits demokratisierten Staat, in dem alle Parteien so verantwortungsbewußt wären, in einer Krisenzeit echte Regierungsarbeit zu leisten. Soweit sind wir noch nicht, und hier muß ich *Horlacher* auf das Schärfste widersprechen. Er sagt, wenn *Loritz* wächst, so hat das nicht viel zu besagen. Hier sehe ich die entscheidende Gefahr für die Zukunft - nicht nur bei *Loritz*, es kann auch andere geben. Folgendes wird sich ereignen: Die Not wird größer, sie wendet sich zwangsläufig und logisch gegen die Regierung. Nun kommt es darauf an, wer in der Regierung sitzt. Wer in der Regierung sitzt, wird verbraucht. Das sehen wir klar. Nehmen wir die beiden stärksten Parteien in die Regierung hinein, werden die beiden stärksten Parteien verbraucht. Mit ihnen werden wir die Demokratie verbrauchen. Sie werden es erleben, daß dann - das versichere ich Ihnen - die oppositionellen Parteien, die WAV, KPD und FDP bei der nächsten Wahl nicht mehr 19, sondern 46% haben. Dazu kommt, daß der linke Flügel der SPD grundsätzlich unzuverlässig ist, so daß die

Regierung keine echte Majorität besitzt und wir bereits den Zustand der Parteikrise haben werden.
Es gibt nur folgende Möglichkeit: Die Union schafft allein die Regierung im vollen Bewußtsein der Verantwortung. Die deutschen Demokraten haben in der Geschichte zweimal versagt: Einmal 1848, wo sie an ihrer Feigheit und am Fehlen des Mutes zu Verantwortung gescheitert sind, und einmal 1919. Diesmal, in der größeren Notzeit, ist eine Demokratie nur mit dem entschlossenen und radikalen Mut zur Verantwortung zu machen und auf keine andere Weise. Eine Koalitionsregierung wird rascher verbraucht, als eine reine Parteiregierung, weil eine Koalitionsregierung Kompromisse macht. Wir können uns in der Notzeit, in der wir stehen werden, eine Regierung der fachlichen Kompromisse nicht leisten. Wenn wir aber auf die zwei Flügel in der SPD, den *Hoegner*-Flügel und den nordbayerischen Flügel, Rücksicht nehmen wollen, so werden wir immer nur zu lahmen und faulen Kompromissen kommen. Sonst erweist sich, was sich bei der Abstimmung über die Wahlberechtigung gezeigt hat, die SPD im gesamten für unpopulär. Statt mit der Union ist die SPD dann gegen die Gesetze und macht heillose Propaganda draußen im Lande und schreibt es in jeder Zeitung: "Wir haben gegen diese unpopuläre Maßnahme gestimmt."
Meine Herren! Da gibt es nur eines: Ein Arbeitskabinett der Union, das klar und entschlossen durchhaut und das ganze Gewicht auf die wirtschaftliche Entwicklung der Dinge legt, mit einem Wiederaufbauminister - da stehe ich im Gegensatz zu Dr. *Müller*, der fordert, das Entnazifizierungs- und Flüchtlingsministerium zu neutralisieren, weil das Sorgen sind, bei denen die Parteien draußen im Lande alle gemeinsam mitarbeiten müssen -, eine klare Unionsregierung, die meiner Ansicht nach dann die Probe aufs Exempel der Möglichkeit der Demokratie stellt. Richtig verstanden arbeitet nämlich eine verantwortungsbewußte Opposition mit der Regierung zusammen. Es wird mir gesagt, die Menge draußen im Volk will die Zusammenarbeit der Parteien. Wissen Sie, meine lieben Freunde, was sie ablehnt? Den persönlichen Haß der Parteileute gegeneinander. Sie will, daß sachlich gearbeitet wird. Wenn eine sachlich klare, entschlossene Regierung der Union den Auftrag erfüllt, der ihr durch Mehrheitswahl in der Demokratie erteilt worden ist, und wenn dann die Sozialdemokratie die Verantwortung für die Opposition richtig versteht und richtig ausübt, dann wird es eine vernünftige Zusammenarbeit beider Parteien in der richtigen Verteilung der Verantwortung sein.
Dann werden Sie folgendes erleben: In vier Jahren wird unter Umständen die Union in die Minorität geraten, in vier Jahren soll dann die Sozialdemokratie die Regierung bilden; in acht Jahren kommt wieder die Union dran. Anders ist es ein fauler Kompromiß. Dann spreche ich über die Personalfrage: Das ist der Kompromiß mit der Regierung *Hoegner*, daß sie als Staatssekretäre im Amte bleiben werden, weiter gar nichts. Das ist der Kompromiß der Leute, die sich an ihren Amtsstuhl klammern und in Wirklichkeit die Verantwortung im Lande nicht tragen werden. Diese Entwicklung ist für uns aus einem weiteren Grunde nicht tragbar: Ein Einfluß der SPD auf die Personalreferate führt dazu, daß Franken in absehbarer Zeit bei wachsender Not zur roten SED-Provinz geworden ist. Der Zerfall Bayerns - als guter Bayer sage ich Ihnen, Bayern wird nur gehalten und nur dann seine Aufgabe für die Zukunft erfüllen können, wenn die Verfassung, die wir gemacht haben, von der Partei realisiert wird, die sie maßgeblich beeinflußt hat, von der Union, und wenn wir endlich die Gefahr ausschalten, daß die Union nach außen die Verantwortung trägt und die Personalpolitik von der SPD gemacht wird. Das ist die Gefahr, die uns zugrunde richten wird. Sie

werden erleben, daß in vier Jahren nicht nur die Union in der Minderheit ist, sondern daß die Demokratie erledigt ist.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Darf ich einen Moment unterbrechen. Ich begrüße den stellvertretenden Ministerpräsidenten Hessens, Dr. *Hilpert*, und bitte ihn, sich wenigstens kurz bei uns niederzulassen.
Wir haben gerade eine Diskussion über die Frage Koalitionsregierung oder reine Parteiregierung durchgeführt. Die Meinungen sind geteilt. Ich möchte keine Abstimmung vornehmen, weil zunächst die Fraktion, dann die Landesversammlung darüber beschließt. Ich bedauere sehr, daß Du etwas zu spät gekommen bist. Wir alle wären dankbar, wenn Du über die ungefähren Verhältnisse bei Euch sprechen würdest. Ich glaube, die Parteifreunde sind damit einverstanden.
Dr. *Hilpert*: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, zu so später Stunde hier noch kurz Ihr Gast sein zu dürfen und komme gern der Aufforderung nach, etwas über unsere Situation zu sagen. Wir haben als CDU in den letzten Wochen wohl eigentlich die Zerreißprobe durchmachen müssen. Wir haben von Anfang an gegen eine Linksmehrheit zu arbeiten gehabt: 49 Marxisten gegen 42 Nichtmarxisten. Dabei spielt die Liberaldemokratische Partei bei uns in Hessen eine ganz andere Rolle in ihrer inneren Bedeutung als die demokratischen Parteien der beiden anderen Länder. Die Liberaldemokratische Partei ist eine Partei der Fackelträger. Sie gleicht vielleicht eher Ihrer *Loritz*-Gruppe als den wirklich demokratischen Parteien, wie wir sie in den beiden anderen Ländern kennen. So sind wir von vornherein in einer außerordentlich schwierigen Lage, die nun dadurch vergrößert wird, daß wir der Auffassung sind, daß wir wahrscheinlich auch künftig die Politik mit der SPD machen müssen, da wir sorgen [sic!], daß die SPD - die Situation kommt der Situation der Deutschnationalen gegenüber den Nationalsozialisten gleich - allzuweit nach links drängt, wenn wir sie ablehnen. Es kam bekanntlich zu dem Verfassungskompromiß über die weltliche Gemeinschaftsschule und die Bekenntnisschule bis 1. Juni 1950. Das war nur möglich, indem wir für weitere Sozialisierung eingetreten sind. Es mußte in Artikel 41 die Sozialisierung des Kohlen-, Kali- und Erzbergbaues eingesetzt werden. Das bedeutet für den Staat aber weiter nichts als die offizielle Übernahme für die Verluste des Staates, die er sowieso durch Subventionen zu tragen hat. Denn der Bergbau wird in diesen Punkten subventioniert. Diese Stellungnahme beim Artikel 41 hat gewissen bürgerlichen Schichten einen kolossalen Auftrieb verliehen. Der Schwarze Mann hat gearbeitet. Das Episkopat hat in einem Hirtenbrief zweifellos die Unklarheiten nicht bereinigt, sondern, bei aller Ehrerbietung seis gesagt, vergrößert. Wir haben 20 Mandate verloren, 10% der Stimmen, so daß jetzt die Situation so ist, daß 48 Marxisten gegen 42 Liberaldemokraten und CDU-Leute stehen. Es besteht zur Zeit noch keine Fühlungnahme zwischen den Parteien. Die CDU ist zum Teil im Lande der Auffassung, jetzt eventuell lieber in die Opposition zu gehen. Das liegt nun in der Situation, daß wir nur 28 Mandate haben. Ich selbst kann mich für diese Stellungnahme vorläufig noch nicht begeistern, weil immerhin bei dieser Mehrheit eine gewisse Reihe von Jahren vergehen könnte und wir dann später tatsächlich etwas vorfinden würden, was wir nicht mehr ändern könnten, so daß wahrscheinlich die Linie in Form des Versuches eines Blockes zwischen SPD und CDU und Ausschaltung der LDP und KPD gehen dürfte. Das heißt ein absolut fester Regierungsblock, der 73% aller Stimmen und Sitze umfaßt. Dabei scheint mir entscheidend zu sein - das habe ich gerade am Eingange von einem der Herren Redner mitbekommen; das unterschreibe ich -, das gute, mit-

unter ehrliche Bemühen, mit uns zusammenzuarbeiten. Die unteren Organe taugen gar nichts.
Da wird nun eine absolute Machtpolitik auf dem Personalgebiet getrieben, die natürlich ursprünglich durch die Amerikaner gefördert worden ist, die die politische Zusammensetzung unseres Volkes vollkommen falsch beurteilt haben, indem sie einmal den Kommunisten und auch der SPD eine viel zu große Bedeutung zuerkannt haben. Dadurch haben sich diese Leute, angefangen bei den Wirtschaftsämtern, zunächst in allen Stellungen festgesetzt. Unsere Landräte, die wir glücklich durchgesetzt haben, sind nicht in der Lage, diesen Apparat zu beseitigen, weil dazukommt, daß wir viel zu wenig Menschen in unseren Reihen haben, die bereit sind - ich spreche nur für Hessen -, auch unter Umständen ein Opfer zu bringen und sich wirklich zu einer positiven Arbeit mit zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf: Bei uns ist es genauso!)

Denn es nützt nichts, Ansprüche zu stellen und dann in dem Augenblick wo wir Vorschläge machen sollen, machtlos vis-à-vis zu stehen und auch nur unbedeutende Leute vorschlagen zu können. Wir müssen gleichzeitig auch immer um 100% bessere Menschen vorschlagen können. Wir befinden uns nämlich, wenigstens in Hessen, in der ungeheueren Gefahr, daß die gesamte Verwaltung in der übelsten Form politisiert wird. Die Verwaltung taugt jetzt schon nichts, und wenn sie ganz politisiert ist, taugt sie schon gar nichts.
Das ist für uns die Situation, die natürlich außerordentlich davon abhängen wird - ohne daß ich in Ihre Entschlüsse eingreifen möchte -, wie Sie sich hier verhalten. Denn hier sind Sie der große Bruder und die anderen der kleine Bruder. Drüben sind wir der kleine Bruder und die anderen der große Bruder plus einer kommunistischen Unterstützung von zehn Abgeordneten. Taktisch gesehen ist also bei uns eine wesentlich andere Situation gegeben.
Als letztes darf ich noch darauf hinweisen, daß die Entscheidungen, die wir heute hier treffen, von ausschlaggebender Bedeutung für die bizonalen Institutionen sein dürften. Das trifft ganz besonders für die Wirtschaft zu. Ich mache nachdrücklichst darauf aufmerksam. Sie wissen, daß es unter ungeheuren Mühen gelungen ist, nachhaltig unterstützt von Herrn Ministerpräsident Dr. *Hoegner*, den ganzen zentralistisch-sozialistischen Zug, der durch den gelehrigen Schüler des Herrn *Schumacher*, den Herrn Dr. *Agartz*, vertreten wird, unmöglich zu machen.

(Hört, hört!)

Jetzt haben wir drei sozialdemokratische Wirtschaftsminister.

(Dr. *Horlacher*: *Hoegner* ist total falsch dargestellt worden. Die *Hoegnersche* Politik ist von außen falsch kritisiert worden. Es war unerhört, wenn man die Zusammenhänge und die tatsächliche praktische Arbeit kennt. Es ist so gewesen, wie der Redner eben gesagt hat. Es ist ein Glück für Süddeutschland gewesen, daß es in der Zonenpolitik auch unter der Führung von *Hoegner* hat zusammenarbeiten können. So ist die wahre Lage. -
Haußleiter: Wählt *Hoegner* wieder!)

Meine Herren! Ich möchte nicht in ihre Differenzen eingreifen. Ich berichte nur die Dinge, wie sie sich abgespielt haben. *Hoegner* hat einen absolut internen parteimäßigen Gegensatz gegenüber *Agartz* gehabt. Das war für diese Dinge absolut förderlich.

Jedenfalls haben wir damit den ganz unmöglichen preußischen, reichsstellenmäßigen, zentralistischen, nunmehr sozialistisch verbrämten Zentralgedanken in Minden kaputtgeschlagen.

(Beifall.)

Jetzt haben wir bereits drei sozialdemokratische Wirtschaftsminister in der britischen Zone. Jetzt kommt die ungeheuere Gefahr, wie sich die Dinge hier entwickeln werden. Ich glaube deshalb, wir müssen in den drei Ländern in engster Tuchfühlung miteinander die Dinge betrachten. Davon hängt im Augenblick Entscheidendes ab. Wenn wir unser Gewicht einbüßen, wird die Wirtschaftspolitik eben anders gemacht. Wenn uns aber immer noch so viele Leute wählen, so ist das gleichzeitig ein Beweis dafür, daß sie in der Wirtschaftspolitik keinen Marxismus haben wollen. Wenn wir uns hier nicht entsprechend einschalten, werden die Leute daneben sitzen und sich wundern, wie in der Zwischenzeit die Wirtschaftspolitik in einer ganz anderen Linie geht, und zwar in einer, die eine sehr große Bedeutung hat.
Als reiner Wirtschaftler möchte ich sagen: Wir kämpfen heute in der deutschen Wirtschaft darum, daß wir offen bekennen: Die Bewirtschaftung hat versagt. Warum hat sie versagt? Weil sie immer noch zu stark zentralistisch infiziert gewesen ist. Wir müssen zu ganz anderen Formen kommen. Deshalb wäre es ein Unheil für die gesamte Entwicklung, wenn die Dinge in dieser Richtung weitergehen würden. So liegen die Verhältnisse im Augenblick. Ich habe vollkommen als Privatmann gesprochen. Ich habe laut gedacht und mit mir selber gesprochen. Ich habe erst am nächsten Montag meinen Vorstand beisammen. So wie der Vorstand in seiner Gesamtheit entscheiden wird, so werden wir handeln. Ich wollte nur einige Gesichtspunkte mit dazu beigetragen haben, wie wir die Dinge sehen. Wir würden sehr bitten, daß auch Sie sie von Ihrer so starken Bastion in Bayern aus im Hinblick auf die Auswirkungen über Bayern hinaus sehen möchten.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Lieber *Werner Hilpert*! Ich danke recht schön für die Worte. Bitte bestelle Deinen Freunden in Hessen vor allem auch eines: Wir hier wissen, wie schwer Ihr es dort in Eurem Kampf habt. Es ist ein viel schwierigeres Kampfgebiet als bei uns, so daß wir auch verstehen, daß ihr jetzt besondere Sorgen habt. Wir werden bestimmt auf diese Sorgen, soweit es möglich ist, Rücksicht nehmen. Ihr werdet andererseits verstehen, daß bei uns auch bestimmte Gesichtspunkte im Vordergrund stehen müssen, ich möchte sagen, nicht nur Gesichtspunkte des Interesses, sondern auch der Entscheidung.
Ich habe jetzt auch mit Württemberg Fühlung genommmen. Dort ist es so - ich weiß nicht, ob Du darüber unterrichtet bist -, daß die Sozialdemokraten mit den Demokraten allein verhandeln. Bisher haben sie die Verhandlungen mit der Union noch nicht aufgenommen. Aber darauf müssen wir uns abstellen.
Ich glaube, ich kann unsere Debatte dahin zusammenfassen - und das wäre auch die Erklärung, die abgegeben wird, wenn irgend jemand von der Presse oder von sonst irgendeiner Stelle gefragt wird:

> Die Meinungen darüber, ob eine Koalitionsregierung oder eine Regierung der Union gebildet wird, sind geteilt. Einheitlich ist der Wille der Union, geschlossen zu handeln.

Mehr wird nicht verlautbart. Einverstanden?

(Zustimmung.)

Dr. *Horlacher*: Ich würde nicht einmal soviel sagen. Ich würde sagen: Der Landesausschuß hat die Frage erörtert. Eine endgültige Entscheidung liegt noch nicht vor. Ich würde die Frage nach jeder Hinsicht offenlassen, denn sonst wird draußen nach den verschiedenen Gesichtspunkten wieder herumgepappelt, und das darf nicht sein. Jeder liest aus der Entschließung etwas anderes heraus, insbesondere die böswillige Presse. Ich würde bitten, daß wir es so machen, wie es bei wichtigen Entscheidungen immer gemacht wird, nämlich sich möglichst verschlossen zeigen. Letzten Endes muß die Fraktion als solche die Dinge entscheiden. Denn die Fraktion muß im Landtag darüber abstimmen. Die Organe der Partei können nur gewisse Richtlinien geben. Ich würde die Organe der Partei bitten, daß sie sich hier in der Weise festlegen. Denn es ist die Aufgabe der gewählten Vertreter des Volkes in der Fraktion, die Beschlüsse im Landtag durchzuführen. Einen Fraktionszwang gibt es ja Gott sei Dank nicht. Das wird sich in dieser Frage dann schon bemerkbar machen. Die Verhältnisse erfordern, daß wir in dieser Frage einheitlich sind. Es müssen Momente in Betracht gezogen werden, die wichtig sind und die man so großen Versammlungen wie der Landesversammlung gar nicht schildern kann.
Wir haben aus den Ausführungen des Herrn Vertreters von Hessen [*Werner Hilpert*] geradezu eine Ergänzung meiner Gesichtspunkte gehört, von einem Mann, der in der praktischen Arbeit steht.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir wollen uns nicht mißverstehen. Was ich vorhin erklärt habe, ist keine offizielle Verlautbarung. Es ist nur die Erklärung, die abgegeben wird. Auf der anderen Seite bin ich der Auffassung, man soll ruhig zum Ausdruck bringen, daß wir nicht etwa einheitlich zur Koalition hinlaufen. Infolgedessen sollen wir uns wertvoll halten dadurch, daß wir sagen: Die Meinungen sind geteilt, aber die Union wird geschlossen auftreten.

(Sehr richtig!)

Ich stimme selbstverständlich mit *Horlacher* überein, daß die Aufhebung des Fraktionszwanges auch in dieser Frage innegehalten wird.
Meldet sich noch jemand zum Wort?
Das ist nicht der Fall. Ich danke dann allen Freunden für die aktive Mitarbeit. Sie haben heute, vor allem am Vormittag, vor allem dadurch, daß die Landesvorstandschaft und der Landesvorstand bestellt wurden, besonders wertvolle Arbeit für die Union geleistet. Ich hoffe, Sie recht bald wiederzusehen. Der größte Teil von Ihnen wird wahrscheinlich in Eichstätt vertreten sein. Dort werden endgültig die letzten Entscheidungen fallen.
Ich danke recht herzlich. Auf Wiedersehen! Ich schließe die Landesausschußsitzung.

Schluß der Sitzung 18.30 Uhr.

Nr. 26

Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union am 14. und 15. Dezember 1946 in Eichstätt

Tagesordnung:[1]
1. Annahme der Satzung der Christlich-Sozialen Union in der vom Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 und von der Militärregierung am 29. Oktober 1946 genehmigten Form
2. Endgültige Annahme der Schiedsordnung, wie sie aufgrund erteilter Ermächtigung vom Landesausschuß am 6. Dezember 1946 angenommen und vorläufig in Kraft gesetzt wurde
3. Bestätigung und endgültige Annahme des Grundsatz- und 30-Punkte-Programms der Union
4. Politische Aussprache
5. Die durch Bestätigung der Satzung durch die Militärregierung notwendig gewordene Neuwahl des Landesvorsitzenden
6. Beschlußfassung über die Richtlinien der künftigen Politik der Christlich-Sozialen Union, insbesondere in der Frage der Regierungsbildung in Bayern

Tagungsort: Eichstätt, Stadttheater

ACSP, CSU-Landesversammlungen, und IfZ-Archiv, ED 720 Sammlung Mintzel

Die Landesversammlung wird am 14. Dezember um 10.34 Uhr unter dem Vorsitz des Landesvorsitzenden Dr. *Josef Müller* eröffnet.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Als Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern eröffne ich die zweite Landesversammlung der Union. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen, mit dem Gruß, der auch in schweren Zeiten in unserer bayerischen Heimat Heimatrecht besaß, mit einem herzlichen Grüß Gott. Ich bitte alle Freunde, daran zu denken, daß wir in christlicher Freundschaft verbunden sind. Ich darf jetzt auch sagen, wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn wir das Beispiel der großen Demokratien nachahmen und den Segen Gottes auf unsere Tagung herabrufen. Er möge darüber wachen, daß wir wirklich im wahrsten Sinne des Wortes als Christen zu Christen sprechen.

Meine lieben Freunde! Die Tagung wurde nach Eichstätt einberufen nicht nur deswegen, weil in München eine Unterbringung all der Freunde, die zur Tagung zusammentreffen, zu schwierig gewesen wäre, sondern auch deshalb, weil ich mit dieser Tagung bewußt an einer Stätte christlicher Kultur unsere Arbeit beginnen wollte. Hier ist wirklich christlicher Boden. Innerhalb des Bereiches des alten Bistums Eichstätt ist aber auch eine Verbundenheit zwischen den bayerischen Stämmen gegeben, denn zum Bistum Eichstätt gehören ja sowohl Schwaben wie Bayern wie Franken. Möge auch das ein Sinnbild für unsere Tagung sein. Mögen wir auch hier als Bayern zusammenstehen und uns einigen und nicht einander von Nord und Süd gegenüberstehen. Wir wollen immer daran denken: Uns einigt ein Band, das Band der christlich-sozialen Haltung. Darüber hinaus auch das Band, das uns als Bayern fest zusammenfaßt und das uns aber auch mit den übrigen deutschen Stämmen verbindet.

[1] Laut Wortlaut des Protokolls, vgl. S. 836.

In diesem Sinne eröffne ich die Tagung. Ich gebe die Tagesordnung bekannt:

1. Annahme der Satzung der Christlich-Sozialen Union in der vom Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 und von der Militärregierung am 29. Oktober 1946 genehmigten Form.
2. Endgültige Annahme der Schiedsordnung, wie sie aufgrund erteilter Ermächtigung vom Landesausschuß am 6. Dezember 1946 angenommen und vorläufig in Kraft gesetzt wurde.
3. Bestätigung und endgültige Annahme des Grundsatz- und 30-Punkte-Programms der Union.
4. Politische Aussprache.
5. Die durch Bestätigung der Satzung durch die Militärregierung notwendig gewordene Neuwahl des Landesvorsitzenden.
6. Beschlußfassung über die Richtlinien der künftigen Politik der Christlich-Sozialen Union, insbesondere in der Frage der Regierungsbildung in Bayern.

Werden Einwendungen gegen die Festsetzung der Tagesordnung erhoben? Es ist das nicht der Fall. Dann gilt die Tagesordnung als genehmigt.
Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erfülle ich noch eine Pflicht.
Meine lieben Freunde! Unsere Freunde in Eichstätt haben sich soviel Mühe gegeben, daß wir jetzt bereits bei Beginn der Tagung, nicht erst am Ende, ihre Arbeit anerkennen wollen.

(Lebhafter Beifall.)

Die Tagung war in kurzer Zeit vorzubereiten. Was die Union in Eichstätt innerhalb dieser zwei Wochen, was vor allem auch die Junge Union jetzt in den letzten Tagen geleistet hat, das muß von der ganzen Union in Bayern anerkannt werden. Es wird in der Zukunft ein Vorbild sein.

(Beifall.)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Punkt 1 der Tagesordnung lautet: "Annahme der Satzung der Christlich-Sozialen Union in der vom Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 und von der Militärregierung am 29. Oktober 1946 genehmigten Form."
Ich erteile dem Parteifreund *Ankermüller* das Wort zum Referat über die Satzung.
Dr. *Ankermüller*: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Die heutige Landesversammlung findet [zu] einem Zeitpunkt statt, in dem es so scheint, als ob sich manche Gegensätze innerhalb der Union wieder ganz besonders bemerkbar machen. Gleichzeitig hat die Christlich-Soziale Union die Aufgabe zu überlegen, an die politische Führung in Bayern heranzutreten und dabei auch die Entscheidung zu treffen, welche Regierungsbildung für die nächsten vier Jahre die wirksamste ist. Die gewissen Gegensätzlichkeiten in der Union, die nicht bestritten, aber auch nicht beschönigt werden sollen, bedeuten in dieser Zeit eine gewisse Belastung, und zwar nicht nur, meine lieben Parteifreunde, für uns selbst, sondern auch darüber hinaus für die Verwirklichung der demokratischen Staatsauffassung in unserem engeren Vaterland. Gewisse Gegensätze bestehen in der Union schon seit ihrer Gründung. Sie wären nicht besonders tragisch zu nehmen. Denn Gegensätze liegen im Wesen einer Sammelpartei, die die Christlich-Soziale Union ja sein will. Auch andere Parteien, nicht nur in Bayern, sondern im deutschen Vaterland, haben ihre Schwierigkeiten, und zwar auch solche, die im wesentlichen nicht mit neuen Idealen hervorgetreten sind, sondern die ihre alte Tradition aufgenommen haben.

Aber auch die neue Idee, die in der Christlich-Sozialen Union zum Zuge kommen soll, müßte eigentlich jetzt nach einem Jahr schon so durchgeklärt sein, daß wir heute noch klarer dastehen, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. Leider kann Kräften innerhalb und auch außerhalb der Union der Vorwurf nicht erspart werden, daß teilweise unter Einschaltung verfehlter Mittel, wenn auch im guten Glauben, aber im Endeffekt doch schädigend, in das Parteileben bedrohliche Erschütterungen hineingetragen worden sind. Ohne diese Rückschläge, das wollen wir ehrlich und offen feststellen, stünden wir heute der großen Aufgabe, die vor uns steht, viel klarer und zielbewußter gegenüber.
Die heutige Landesversammlung hat, das kann man wohl feststellen, etwas stark Positives dadurch, daß sie in einer Tagesordnung geeignete Grundlagen vorliegen hat, die es ermöglichen, die Aussprache außerhalb aller persönlichen Gegensätze zu führen.

(Sehr richtig!)

Der erste Beratungspunkt der Tagesordnung ist die Annahme der neuen Satzungen, wobei zu unserem Stolz festgestellt werden darf, daß sie die ersten Satzungen sind, die von der Militärregierung in Bayern für eine Partei genehmigt wurden.

(Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Ich unterstelle, daß die Satzungen im wesentlichen allen Teilnehmern bekannt sind. Sie wurden ja in der Landesversammlung am 17. Mai 1946 eingehend, und zwar wörtlich, durchberaten. Sie lagen dann dem Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 zur neuen Beschlußfassung und Abänderung vor und wurden schließlich von der Militärregierung mit einem Schreiben vom 29. Oktober 1946 genehmigt. Es würde zu weit führen, nachdem die Zeit schon ziemlich fortgeschritten ist, wenn ich Sie jetzt mit Einzelheiten aufhalten würde. Ich werde mich also kurz fassen und Ihnen nur die wesentlichen Punkte dieser Satzung vortragen.
Der Name, der Sitz und die Aufgabe ist klar. Was über die Mitgliedschaft zu sagen ist, muß hier auch nicht besonders erwähnt werden. Wichtig ist die Gliederung der Union in Ortsverbände, Kreisverbände, Bezirksverbände und schließlich in den Landesverband. Die Aufgaben der einzelnen Verbände sind in der Satzung klar umrissen. Der Ortsverband hat die Aufgabe, das Gedankengut der Union in Wort und Schrift unter der Bevölkerung zu verbreiten und unablässig für die Ziele der Union zu werben. Er hat weiterhin die Aufgabe, das Verständnis für die Politik unter den Mitgliedern zu pflegen, ihr politisches Interesse zu fördern und sie zur Teilnahme an der praktischen Politik zu bewegen. Schließlich hat der Ortsverband die Aufgabe, die Kandidaten für die örtlichen Wahlen aufzustellen, weiterhin die politischen Grundsätze der Union in den gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften seines Bereiches zu vertreten, die Mitgliederliste zu führen und Beiträge einzuziehen.
Seine Organe sind im § 12 niedergelegt: Die Mitgliederversammlung, die Vorstandschaft, der nach Bedarf zu bildende Beirat und schließlich ebenfalls nach Bedarf zu bildende Ausschüsse. Die Mitgliederversammlung hat ihren Aufgabenbereich im § 13 umrissen. Eine der wesentlichsten Aufgaben der Mitgliederversammlung ist die Wahl des Vorstandes, wie auch die Wahl aller anderen Träger der Verantwortung, weiterhin die Aufstellung der Kandidaten für die kommenden Selbstverwaltungskörperschaften ihres Bereiches.
Die Vorstandschaft selbst besteht aus dem engeren Vorstand, dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern, und darüber hinaus aus den Inhabern von Mandaten in

den Kommunalverwaltungskörpern, dem Bezirkstag und dem Landtag und den Angehörigen der höheren Organisationsstufen der Union selbst.
Der Beirat ist berufsständisch gegliedert. Seine Aufgaben sind im § 15 verankert. Ausschüsse sollen nur nach Bedarf gebildet werden, können gebildet werden und sollen hauptsächlich auf Fragen der Kultur-, der Wirtschafts-, der Sozial- und der Kommunalpolitik ausgerichtet sein.
Über dem Ortsverband steht dann der Kreisverband. Der Kreisverband ist die Zusammenfassung mehrerer Ortsverbände. Der Kreisverband hat in seinem Bereich, nämlich dem Kreis - also beispielsweise dem Landkreis oder dem Stadtkreis oder bei Großstädten einem Teil des Stadtkreises -, die gleichen Aufgaben, wie sie der Ortsverband in seinem Bereich hat. Seine Organe sind ebenfalls wieder die Kreisversammlung, die Kreisvorstandschaft, der Beirat, dann zu bildende Ausschüsse und schließlich das Schiedsgericht.
Über dem Kreisverband steht der Bezirksverband, der wieder mehrere Kreise eines Regierungsbezirkes zusammenschließt. In diesem Bezirksverband ist die Aufschlüsselung der Mandatsträger und der Aufgabengebiete ähnlich wie in den beiden erstgenannten Körperschaften, dem Ortsverband und dem Kreisverband. Die Bezirksvorstandschaft besteht aus dem Vorsitzenden, aus mindestens sechs weiteren Mitgliedern, den im Bereich des Bezirksverbandes gewählten Landtagsabgeordneten, den im Bereich des Bezirksverbandes ansässigen Mitgliedern der Landesvorstandschaft, den Vorsitzenden der Bezirkstagsfraktion und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksständetages.
Das wäre über die drei untersten Gruppen zu sagen. Als Spitzenorganisation besteht dann für Bayern der Landesverband. Die Organe des Landesverbandes gliedern sich in die Landesversammlung, die ja heute hier tagt, in den Landesausschuß, der vor wenigen Tagen in München zusammengetreten war, in die Landesvorstandschaft, in die geschäftsführende Landesvorstandschaft, in den Berufsständischen Rat der Landesvorstandschaft und die Arbeits- und Organisationsausschüsse.
Die Aufgaben der Landesversammlung sind im wesentlichen, den Landesvorsitzenden zu wählen. Der Landesversammlung obliegt insbesondere die Beschlußfassung über die Satzung und deren Änderung. - Darum referiere ich hier über die Satzungen. - Der Landesversammlung obliegt weiter die Ausarbeitung des Programms, die Bestimmung der Richtlinien der Politik, was sehr wichtig ist. Die Landesversammlung hat weiter die Aufgabe, die Schiedsordnung zu beschließen und nötigenfalls eventuell über die Auflösung der Christlich-Sozialen Union in Bayern Beschluß zu fassen.
Die Aufgaben des Landesausschusses sind die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung, welche der Landesversammlung nicht vorgelegen haben. Der Landesausschuß hat also zwischen den einzelnen Landesversammlungen alle wichtigen Fragen in demokratischer Weise zu beraten und zu beschließen. Die Landesvorstandschaft besteht aus verschiedenen Gruppen von Personen. Zunächst aus dem Landesvorsitzenden, dann aus zehn vom Landesausschuß für die Dauer eines Jahres zu wählenden Mitgliedern, aus zwei Vertretern der Frauen und zwei Vertretern der Jugend, die der Landesausschuß auf Vorschlag der Landesvorstandschaft wählt, je einem von den Bezirksverbänden zu wählenden Vertreter, den Mitgliedern der Staatsregierung, soweit sie der Union angehören, der Vorstandschaft der Landtagsfraktion und der Vorstandschaft des Berufsständischen Rates. Die Aufgaben der Landesvorstandschaft sind Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und

dem Landesausschuß beschlossenen Politik, die Aufstellung des Landesgeschäftsführers und andere technische Aufgaben, deren Aufzählung ich mir hier ersparen kann.
Als Hauptaufgabenträger erscheint dann noch der berufsständische Rat der Landesvorstandschaft. Dieser hat die Landesvorstandschaft entsprechend zu beraten. Er ist, wie das Wort "Berufsstand" schon sagt, aufgegliedert.
Schließlich kommt dann noch die geschäftsführende Vorstandschaft, die sich aus verschiedenen Personen zusammensetzt und die zur Entlastung der Landesvorstandschaft, zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes und zur Beratung dringender Angelegenheiten vom Landesvorsitzenden aus der Mitte der Landesvorstandschaft, und zwar aus sieben Mitgliedern gebildet, also nicht gewählt wird. Der Landesvorsitzende selbst führt die Geschäfte der Union und hat die Möglichkeit, jederzeit einen Teil seiner Aufgaben irgendeinem anderen Mitgliede dieser geschäftsführenden Vorstandschaft zu übertragen.
Das wäre das Wesentliche, was in den Satzungen über den Aufbau der Parteiorganisation gesagt ist. Die Satzungen enthalten dann in den §§ 61 ff. eine Reihe von Vorschriften allgemeiner Art über den Geschäftsbetrieb, z.B. wie die Geschäfte der Ortsverbände zu führen sind. Diese sind dabei an die Beschlüsse und Richtlinien der Organe gebunden, von denen sie gewählt sind. Also ein vollkommen demokratischer Grundsatz. Dieser Grundsatz geht auch durch die ganzen übrigen Aufgabenträger hindurch. Der § 67 regelt die Vorschriften über die Abstimmung und Auflösung, ferner die Tatsache, daß jedes Mitglied mit schriftlicher Vollmacht versehen sein muß, das sich an einer Abstimmung beteiligt; weiterhin, daß mit einfacher Stimmenmehrheit entschieden wird. Wenn die Beschlußfähigkeit, die nur bei der Anwesenheit der Hälfte der Berechtigten gegeben ist, fehlt, muß eine zweite Versammlung innerhalb von vier Wochen neu zusammenberufen werden, die dann ohne diese erschwerten Abstimmungsverhältnisse entscheiden kann.
Das ist das Wesentliche, was meiner Meinung nach über die Satzung zu sagen wäre, die Ihnen heute zur letzten Abstimmung vorliegt. Wie ich schon erwähnte: Die Christlich-Soziale Union ist die erste und bisher einzige politische Partei in Bayern, deren Satzungen durch die Militärregierung endgültig anerkannt und genehmigt worden sind, und zwar durch das bereits erwähnte Schreiben vom 29. Oktober 1946.
Schon bevor wir in diese Landesversammlung eintraten, sind von mancher Seite manche Wünsche und manche Kritik an diese Satzung herangetragen worden. Die Satzung einer Partei, meine lieben Parteifreunde, ist ihre Verfassung. Ebensowenig wie man eine eben angenommene und in Kraft gesetzte Verfassung sofort durch Verfassungsänderungen in ihrer Bedeutung mindert, erscheint es zweckmäßig, eine eben angenommene Satzung, womöglich gar in wesentlichen Punkten, abzuändern. Es erscheint vielmehr richtiger, die Satzung erst einmal in ihrer praktischen Brauchbarkeit gründlich zu erproben.

(Widerspruch. - Zuruf: Haben wir schon!)

Im Anschluß an die erfolgte Genehmigung durch die Militärregierung wurden im November und Dezember die satzungsmäßigen Organe, insbesondere die Landesvorstandschaft und der Landesvorsitzende, gewählt. Damit sind die Voraussetzungen für eine wirklich demokratische Selbstverwaltung gegeben. Diese Selbstverwaltung bedarf der Erprobung ebenso, wie jede etwaige neue Form einer solchen Erprobung bedürfen würde.
Es wird gefragt: Ist die Satzung der Union demokratisch?

(Sehr richtig!)

Entgegen der Auffassung der Militärregierung wird gegen die Satzung der Union von verschiedenen Stellen der Vorwurf erhoben, sie sei undemokratisch

(Sehr richtig!)

und schaffe eine Diktatur des Parteivorsitzenden.

(Sehr richtig! Widerspruch, Unruhe.)

Was ist demgegenüber richtig? Der durch die Landesversammlung gewählte Vorsitzende führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § 63 der Satzung. Die Entscheidung über die Politik der Union liegt aber nicht beim Landesvorsitzenden, sondern bei einer Reihe von Körperschaften,

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Staatspräsident!)

nämlich a) bei der Landesversammlung, die nach § 65 unter anderem die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat - deswegen sind Sie ja mit zusammenberufen -, b) beim Landesausschuß; diesem obliegt nach § 48 neben anderem die Beschlußfassung über alle im Laufe des Geschäftsjahres auftretenden politischen Fragen von grundsätzlicher und weittragender Bedeutung, die der Landesversammlung nicht vorgelegen haben. Die Verantwortung in der Politik liegt c) bei der Landesvorstandschaft; dieser obliegt die Beschlußfassung über die Durchführung der von der Landesversammlung und dem Landesausschuß beschlossenen Politik und die Verantwortung in politischer Hinsicht. Und schließlich d) beim geschäftsführenden Landesvorstand, der zur Entlastung der Landesvorstandschaft und zur Beratung dringender Angelegenheiten gemäß § 53 gebildet wird.
Art und Umfang der Aufgabe der geschäftsführenden Landesvorstandschaft, des sogenannten Landesvorstandes, bestimmt die Landesvorstandschaft und nicht der Landesvorsitzende. Somit dürfte wohl klar sein, daß beim Landesvorsitzenden keine politische Entscheidung liegt, sondern nur bei den ordnungsgemäß gewählten Körperschaften.

(Sehr richtig!)

Gemäß § 53 der Satzung wird die geschäftsführende Vorstandschaft, der Landesvorstand, durch den Landesvorsitzenden aus der Mitte der Landesvorstandschaft gebildet und nicht aus der Landesvorstandschaft heraus gewählt. Diese entscheidende Änderung der Satzung ist auf Anregung der politischen Abteilung der Militärregierung von Bayern durchgeführt worden. Damit ist der Grundsatz der verantwortlich geführten Demokratie zum Durchbruch gekommen, im Gegensatz zum sogenannten Kollegialsystem, das beispielsweise in der Weimarer Verfassung lag und zu einem unklaren Verantwortungsgefühl führen mußte und auch geführt hat.

(Sehr richtig!)

Genauso, meine lieben Parteifreunde, wie der gewählte Ministerpräsident sich sein Kabinett bildet, soll nach dieser amerikanischen Auffassung der von der Landesversammlung gewählte Parteivorsitzende aus der gewählten Körperschaft der Landesvorstandschaft seine engeren Mitarbeiter bestimmen.

(Beifall.)

Durch diese Regelung, die in der Satzung verankert ist, wird die Verantwortlichkeit des Landesvorsitzenden stark unterstrichen. Die alte Demokratie will die Kollegial-

verantwortung, die junge Demokratie will den im Satzungsentwurf ausgeprägten Begriff einer demokratischen Verantwortung. Die junge Demokratie, meine lieben Parteifreunde, befindet sich daher im Angriff auf diejenigen, die dort wieder anfangen wollen, wo man 1933 aufgehört hat.

(Lebhafter, minutenlanger Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es gibt kein Wort zur Geschäftsordnung. Der Referent fährt fort.

(Stürmischer Beifall.)

Der Referent hat das Wort.
Dr. *Ankermüller*: Die Militärregierung ...

(Unruhe. Zuruf: Reden Sie doch nachher, wir wollen reden!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte die Zwischenrufer, sich zu mäßigen. Der Referent fährt fort.
Dr. *Ankermüller*: Die Militärregierung, meine lieben Parteifreunde, hat in ihrem Brief vom 29. Oktober, mit dem sie die Verfassung genehmigt hat ...

(Unruhe und Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.

(Zuruf: Wenn das nicht aufhört, gehen wir weg! -
Dr. *Schlögl*: Nur noch einmal dieses ...)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Jeder Stimmberechtigte hat das Recht, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.
Dr. *Schlögl*: Das erbitten wir uns ja auch.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe! Ich weise den Parteifreund *Schlögl* zurecht.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Ankermüller*: Meine lieben Parteifreunde!

(Große Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ruhe! Wir wollen doch das Referat noch bis zum Ende anhören.
Dr. *Ankermüller*: Mein lieben Parteifreunde!

(Fortdauernde Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Ankermüller*: Ich habe schon ausgeführt, daß die Militärregierung mit einem Schreiben vom 29. Oktober 1946 die Satzung, die Ihnen heute zur letzten Abstimmung vorliegt, genehmigt hat. In diesem Schreiben der Militärregierung heißt es:

> Die Satzungen erfüllen die notwendigen Erfordernisse der Demokratie. Sie bedeuten einen ganz entschiedenen Schritt im Fortschritt zum demokratischen Denken und Handeln.

(Beifall.)

Die Militärregierung fährt fort:

Wir hoffen, daß durch ihre Anwendung die Union ein positiver demokratischer Ausdruck des Volkswillens wird.

(Starker Beifall. Zuruf: Es liegt an der Handhabung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte die Zwischenrufer, sich mäßigen zu wollen.

(Sehr richtig!)

Dr. *Ankermüller*: Nachdem wir hier von der Besatzung, den Angehörigen eines demokratischen Landes, das vorbildliche Demokratie treibt, eine solche Kritik bekommen haben, liegt es nun an uns, diese Satzung im richtigen Geist durchzuführen. Darum bitte ich die ganze Christlich-Soziale Union.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke dem Referenten. Bevor ich weiterfahre, darf ich folgendes bemerken: Es fällt mir selbst sehr schwer, Ihnen mitteilen zu müssen, daß aufgrund polizeilicher Anweisung das Rauchen in diesem Raume verboten ist. Ich bitte also, mein Vorbild zu befolgen, denn meine Parteifreunde wissen, daß es mir wirklich sehr schwer fällt, meine Pfeife nicht in den Mund nehmen zu dürfen. Daher bitte ich, daß auch Sie Ihrerseits das Rauchen einstellen.

Ich darf zur Diskussion folgendes sagen: Meine lieben Freunde! Es hat sich vorhin gezeigt, daß die Zwischenrufe so stark waren, daß der Referent nicht fortfahren konnte. Jeder kommt zu Wort. Infolgedessen möge er seine Rede zurückstellen, bis er das Wort bekommt.

Als erster Redner hat sich zu Wort gemeldet *Ott*, Schwaben.

Ott: Ich habe als Jugendvertreter der Landesversammlung vom Mai einen Antrag eingebracht, wonach jeder Bezirksverband *zwei* Jugendvertreter zur Landesversammlung abordnet, in jede Vorstandschaft, also jeden Orts-, Kreis- und Bezirksverband, je ein Vertreter der Jugend zu wählen ist und in die Landesvorstandschaft drei Vertreter der Jugend zu wählen sind.

(Beifall.)

In der Satzung ist dieser einstimmig angenommene Beschluß vom Mai nicht ganz ordnungsgemäß enthalten.

Ich bitte diese Berichtigung, die nur eine redaktionelle ist, durchzuführen. Ich habe aber außerdem noch einen anderen Antrag einzubringen, den die Jugendvertreter von Augsburg, Schwaben, Oberpfalz, München, Oberbayern, Mittelfranken und Unterfranken einreichen, wonach zur Landesversammlung jeder Kreisverband einen Vertreter der Jugend abzuordnen hat, neben dem von den Parteigremien abzuordnenden Vertreter. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Der erste Antrag ist ein Antrag rein redaktioneller Art. Es wurde tatsächlich übersehen, das Protokoll richtig wiederzugeben. Ich bitte infolgedessen auch, den Antrag eins ohne weiteres annehmen zu wollen, da es sich nur um redaktionelle Änderungen handelt. Ich darf vielleicht ohne Debatte darüber abstimmen lassen.

Wer enthält sich?

Wer ist gegen den Antrag auf redaktionelle Änderung?

Es ist niemand dagegen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Den zweiten Antrag bitte ich am Schluß der Diskussion zur Debatte stellen zu dürfen.

Warmuth: Meine Damen und Herren, werte Anwesende! Die Erfahrungen des Jahres

1946 haben bewiesen, daß die Christlich-Soziale Union in Bayern eine junge Partei ist, eine Partei mit verschiedenen Richtungen. Dieses Jahr hat unserer Partei Erfolge und Rückschläge gebracht. Das Vertrauen zur Union war anfänglich riesengroß, vielerorts hat es aber einen ganz beachtlichen Schock erlitten. Als große Schwäche wurde unter anderem empfunden, daß viele prominente Mitglieder der Union Denunzianten zum Opfer gefallen sind oder in ihren Staatsstellungen von anderen, fremden Parteien auf das Heftigste angegriffen wurden, ohne daß die Unions-Führung sich schützend vor sie hingestellt hätte.

(Hört, hört! Sehr richtig!)

Ein solcher Schutz ist in den Satzungen bis jetzt zwar nicht vorgesehen, er erscheint aber bei einer Partei, die christliche Solidarität ihr Eigen nennt, als selbstverständlich. Durch Mängel, die die Satzung in der vorgeschlagenen Form aufweist, ist es möglich geworden, daß in der Union, besonders im Landesausschuß und in der Landesvorstandschaft, sich allmählich eine einseitige Führung gegen den Willen der Unionswähler und Unionsmitglieder herauszubilden scheint.

(Widerspruch, stimmt nicht!)

Solche Bestrebungen bedeuten eine Gefahr für die Union, ihnen kann nicht früh genug entgegengetreten werden.
Die Entscheidung in wichtigen Parteiangelegenheiten soll nicht in die Hände eines einzelnen gelegt werden, die oberste Parteileitung soll vielmehr möglichst breit fundiert sein.

(Zuruf: Ist sie auch!)

Die Möglichkeit, gegensätzliche Meinungen ungehindert ausdrücken zu können, muß innerhalb der Union garantiert sein.
In den vorliegenden Satzungen ist das demokratische Prinzip unseres Erachtens nicht überall hinreichend gesichert. Die Position des Landesvorsitzenden erscheint zu mächtig, sein Einfluß zu groß. Außerdem erscheinen einzelne Organe des Landesverbandes zu schwerfällig.
In der Zusammensetzung der Bezirksversammlung, wie auch der Landesversammlung sind einige Änderungen angebracht. Wahrer Demokratie entspricht es unserer Auffassung nach, daß den stärkeren Unions-Kreis- und Bezirksverbänden auch mehr Stimmen in den Parteiorganen zuerkannt werden als den schwachen.

(Beifall.)

Es wird vorgeschlagen, pro angefangene 8000 Unionswählerstimmen jedem Kreisverband je eine Stimme zu geben. Den Wählerstimmen sind jeweils die Landtagswahlen zugrunde zu legen, erstmals die Landtagswahl vom 1. Dezember 1946. Ähnlich müßte auch die Zusammensetzung des Landesausschusses hinsichtlich der Vertreter aus den Bezirksverbänden dem Willen der Unionswähler besser entsprechen; hier wird vorgeschlagen: Pro jedes angefangene 50.000 je eine Stimme. Es erscheint undemokratisch, jedem politischen Kreis oder Bezirk schematisch eine oder zwei Stimmen zuzuerkennen, ohne hierbei die Leistungen der einzelnen Kreise oder Bezirke für die Union zu berücksichtigen.

(Sehr richtig!)

Aus dieser schematischen Gestaltung heraus ist es nur zu erklären, daß die offizielle Unionspolitik einen Kurs steuern kann, der dem Willen der Mehrzahl der Unions-

wähler bzw. der Unionsmitglieder nicht mehr gerecht wird, und daß oftmals ein erheblicher Unterschied der Willensbildung zwischen den Parteiorganen und der Fraktion der Verfassunggebenden Landesversammlung bzw. des Landtages entstehen konnte.
Außer diesen grundsätzlichen Richtigstellungen erscheinen noch einige andere aus Zweckmäßigkeitsgründen veranlaßt. Die Vorschriften des § 13 über Einberufung von Mitgliederversammlungen sind zu weitgehend und unzweckmäßig. Viele größere Orte verfügen über keine allgemein verbreitete Tageszeitung, die Unions-Mitteilungen erscheinen in zu großem Abstande.
Die regelmäßig mindestens halbjährig zu erfolgende Kassen- und Rechnungsprüfung der Unterverbände durch zwei geprüfte Rechnungsprüfer erscheint nicht nötig. Eine Revision zum Schlusse des Geschäftsjahres dürfte genügen. In Ziffer 4 des § 64 ist ohnehin eine unangemeldete Prüfung der Kassen- und Rechnungsführung vorgesehen. Bei den zumeist sehr einfach gelagerten Kassen- und Verwaltungsgeschäften der Unterverbände erscheint der Einsatz von geprüften Rechnungsprüfern nicht erforderlich.
Es werden daher vom Kreisverband Freising-Stadt und -Land gemäß § 68 nachstehende Anträge zur Beschlußfassung über die Satzungen gestellt:

Antrag I:
§ 13 Ziffer 5 soll lauten:
Die Hauptversammlung und alle weiteren Mitgliederversammlungen sind entweder schriftlich oder durch Bekanntgabe in den Mitteilungen der CSU bzw. der örtlichen Tageszeitung mit einer Frist von einer Woche und unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen.
In kleinen, ländlichen Gemeinden kann die Bekanntgabe auch in der ortsüblichen Weise (durch Ausruf oder Anschlag und dergleichen) erfolgen.

Ich darf bemerken, daß die Anträge bereits schriftlich bei der Landesleitung vorliegen.

Antrag II:
Zusatz zu § 5, als Absatz e) wolle eingefügt werden:
Jedes unbescholtene Mitglied der Union genießt den Schutz der Partei, insbesondere dann, wenn es wegen seiner Mitgliedschaft zur Union Angriffen ausgesetzt ist oder wenn es in der Führung eines öffentlichen Amtes oder einer anderen leitenden Stellung von gegnerischen Parteien angegriffen wird.

Antrag III:
§ 34 a) und 44 a) sollen lauten:
a) aus den Vertretern der Kreisverbände, die in geheimer Wahl zu wählen sind, und zwar treffen auf je angefangene 8000 Unionswählerstimmen aus der letzten Landtagswahl je ein zu wählender Vertreter.

§ 47 c) soll lauten:
c) den Vertretern der Bezirksverbände: jeder Bezirksverband entsendet pro angefangene 50.000 Unionswählerstimmen aus der letzten Landtagswahl je einen Vertreter.

Antrag IV:
§ 43 Absatz d) soll lauten:
d) das Landesdirektorium,

§ 47 Absatz d) ist zu streichen (weil nach § 49 schon zur Landesvorstandschaft und damit auch zum Landesausschuß gehörig).

§ 49 Absatz a) soll lauten:
a) dem Landesdirektorium, bestehend aus dem ersten, zweiten und dritten Landesvorsitzenden.

§ 50 Absatz c) ist zu streichen (erscheint überflüssig!)
Eine Ziffer 2 folgenden Wortlautes ist anzufügen:
Die Landesvorstandschaft verteilt ihre Ämter und Aufgaben unter ihren Mitgliedern selbst.
§ 53 ist zu streichen.

§ 54 soll lauten:
Das Landesdirektorium:
1) Der erste, zweite und dritte Landesvorsitzende werden von der Landesversammlung je für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Wiederwahl ist zulässig.
   Der erste, zweite und dritte Landesvorsitzende können sich, jeder für sich, vermöge schriftlicher Vollmacht durch jedes Mitglied der Landesvorstandschaft vorübergehend für einen Teilbereich ihrer Aufgaben vertreten lassen.
2) Für den Fall einer vorzeitigen Erledigung des ersten Landesvorsitzenden hat die Landesvorstandschaft bis zur Neuwahl unverzüglich einen vorläufigen ersten Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu berufen. Die Genehmigung des Landesausschusses ist innerhalb von vier Wochen nachzuholen.
3) Das Landesdirektorium führt die Geschäfte der Union und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich. Seine Vertretungsbefugnis ergibt sich aus § 63 dieser Satzung.

Antrag V:
§ 46 Ziffer 2 Absatz b) soll lauten:
b) auf Antrag von mindestens drei Bezirksverbänden.

Es bezieht sich auf die Einberufung der Landesversammlung.

Antrag VI:
§ 62 soll lauten:
Geschäftsstellen:
1) Zur Sicherung eines reibungslosen Geschäftsbetriebes sollen in den Bezirken und Kreisen Geschäftsstellen eingerichtet werden. Die Landesvorstandschaft kann die Vorstandschaften dieser Verbände zur Einrichtung solcher Geschäftsstellen auffordern und, falls diese die Einrichtung unterlassen, diese selbst in die Wege leiten. Die Geschäftsstellen haben rein verwaltungsmäßigen Charakter und sind nicht berechtigt, sich in die politischen inneren Angelegenheiten der Verbände einzumischen.
2) Das Personal der Geschäftsstellen wird durch die Landesvorstandschaft angestellt und bezahlt. Die Landesvorstandschaft ist hierbei an die Vorschläge der Bezirks- und Kreisverbände gebunden.

Antrag VII:

(Widerspruch.)

§ 64 Ziffer 2 soll lauten:
Die Kassen- und Rechnungsführung jedes Unterverbandes ist am Schlusse eines

Geschäftsjahres von zwei unabhängigen Kassenprüfern und dem Vorsitzenden oder einem von ihm benannten Vertreter sachlich und formal zu prüfen.

(Zurufe: Schluß! - Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe!)

Antrag VIII:

§ 74 soll lauten:

1) Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung beschlossen werden; es muß hierbei eine Mehrheit von Zweidrittel der abgegebenen Stimmen für den Abänderungsvorschlag erreicht werden.
2) Vorschläge und Anträge zur Satzungsänderung sind schriftlich beim Landesvorsitzenden einzureichen unter kurzer Angabe von Gründen. Der Antrag auf Satzungsänderung ist bei der Einberufung zur nächstfolgenden Landesversammlung mit bekanntzugeben.

Und nun der letzte Antrag:

Antrag IX:

Diese Satzung ist in der am 17. Mai 1946 in München stattgefundenen Landesversammlung vorläufig und durch die am 14. und 15. Dezember 1946 in Eichstätt zusammengetretene Landesversammlung in überarbeiteter Form endgültig angenommen worden.

Jeder Antrag (Antrag I, II, III, IV, V, VI, VII, VIII und IX) ist als selbständiger Antrag zu betrachten.

Zuständig für die Beschlußfassung über Satzungen und Satzungsänderungen ist gemäß § 45 ausschließlich die Landesversammlung. Der am 4. Oktober 1946 zusammengetretene Landesausschuß war für eine Beschlußfassung über die Satzungen nicht zuständig. Es wurde bereits damals deshalb gegen eine Beschlußfassung protestiert. Der diesbezügliche Beschluß des Landesausschusses ist satzungswidrig und daher rechtsunwirksam; er kann nur als eine Empfehlung an die Landesversammlung, an die sie jedoch nicht gebunden ist, angesehen werden.

Freising, 10. Dezember 1946
Christlich-Soziale Union in Bayern
Kreisverband Freising-Stadt und -Land
1. Vorsitzender.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich folgende Feststellung treffen. Ich glaube, es wird mir nicht übel genommen, wenn ich erkläre, daß der Vorwurf, als ob die Parteifreunde nicht geschützt worden wären, unzutreffend ist. Viele der Parteifreunde wissen, was in dieser Zeit für sie gearbeitet wurde. Wir haben mittlerweile einen geeigneten Verbindungsmann zur Militärregierung bestellt, so daß dieser Tatsache auf diese Weise schon Rechnung getragen ist.
Meine lieben Freunde! Ich glaube, jeder, der sich ein vernünftiges Urteil bildet, übersieht, daß die Union als solche dauernd im Schußfeld ist, daß infolgedessen die Arbeit so groß ist, daß man wirklich zu tun hat, sich dauernd vor jeden hinzustellen. Bisher wurde aber jeder geschützt, der die Union um Schutz angerufen hat.

(*Sporer*: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat sich Parteifreund *Rindt* gemeldet. Herr *Sporer* muß sich wie jeder andere schriftlich melden.

Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Wenn das mit den Anträgen in bezug auf die Satzungsän-

derungen so weitergeht, habe ich ehrlich gestanden die Angst, daß wir zu dem, was uns im Innersten bewegt, gar nicht mehr kommen.

(Lebhafter Beifall.)

Weil ich nun wohl einsehe, daß das eine oder andere an den Satzungen verschiedenen Parteifreunden vielleicht zu kompliziert oder sonst irgendwie nicht so ganz in Ordnung erscheint - das ist ja möglich -, möchte ich vorschlagen, daß über Satzungsänderungen nicht diskutiert wird. Denn allein der Antrag unseres Parteifreundes *Warmuth* von Freising würde den heutigen und den morgigen Tag ausfüllen. Ich schlage vor, daß wir die ganzen Satzungsänderungsanträge vielleicht noch entgegennehmen und daß die Landesversammlung eine Kommission einsetzt, die die Satzungsänderungen durcharbeitet, diese durchgearbeiteten Änderungen dann mit der Stellungnahme der Kommission entweder dem Landesausschuß oder der nächsten Landesversammlung vorlegt.

(Sehr richtig!)

Ich stelle infolgedessen den Antrag, die Änderungen in bezug auf die Satzungen möchten heute nur noch antragsmäßig verlesen werden. Der Zusatzantrag lautet:

> Die Landesversammlung möge beschließen, eine Kommission zur Bearbeitung dieser Satzungsänderungsanträge einzusetzen.

Der zweite Zusatzantrag lautet:

> Die überarbeiteten Änderungen der Satzung, die Anträge zur Satzungsänderung mögen dem Landesausschuß zur Begutachtung und endgültigen Stellungnahme vorgelegt werden.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf noch folgendes feststellen: Vom Parteifreund *Warmuth* wurde vorhin der Einwand erhoben, der Landesausschuß sei zur Beschlußfassung nicht zuständig gewesen. Dem darf ich entgegenhalten: Die Landesversammlung im Mai hat die Statuten beschlossen. Nachher wurden verschiedene Einsprüche bei der Militärregierung gegen die Satzung vorgebracht, auch aus Parteikreisen.

(Hört, hört!)

Daraufhin hat die Militärregierung, nachdem die Statuten durchbesprochen und gründlich durchgearbeitet waren, ausdrücklich verfügt, daß der Landesausschuß eine vorläufige Genehmigung vornehmen könne. Infolgedessen hat auch die Militärregierung in ihrer Genehmigung im Absatz I erklärt:

> Die Militärregierung hat keine Einwendung gegen die Satzungen der Christlich-Sozialen Union vom 17. Mai 1946 in der überarbeiteten Form, wie sie vom Landesausschuß am 4. Oktober 1946 angenommen wurden und hier mit einem Brief vom 11. Oktober 1946, unterschrieben von Dr. *Müller*, Landesvorsitzender der Union, vorgelegt wurden.

Dann kommt die Genehmigungserklärung. Es heißt dann ausdrücklich:

> Im Zusammenhang mit den Satzungen ordnen wir, die Militärregierung, an, daß sie zur endgültigen Annahme der nächsten Landesversammlung vorzulegen sind, die gemäß der darin enthaltenen Bestimmungen zu wählen ist.

Ferner darf ich Ihnen erklären: Der Antrag *Warmuth* würde nicht nur ein Abänderungsantrag sein. Aufgrund dieses Antrages müßte die Satzung vollständig umgearbeitet werden.

(Sehr richtig!)

Das sieht jeder schließlich und endlich ein, der das Prinzip der Satzung erkennt. Bei unserer Satzung darf man zugute halten, daß sie der Tatsache gerecht wird, daß die Partei auf breiter Basis aufgebaut ist. Vergessen Sie nicht, Sie haben eine Partei, die über 50% der bayerischen Wähler umfaßt. Sie müssen infolgedessen die Möglichkeit schaffen, daß diese Partei arbeitsfähig wird und straff durchorganisiert werden kann. Ich darf ausdrücklich auch feststellen: Das Prinzip der Verantwortlichkeit des Landesvorsitzenden ist nicht etwa von mir in die Statuten gebracht worden. Die Militärregierung selbst hat auf die amerikanische Demokratie hingewiesen. Auch dort ist diese Verantwortlichkeit stark ausgeprägt. Derjenige, der die Verantwortung trägt, muß aber die Möglichkeit haben, tatsächliche Verantwortung zu übernehmen.

(Sehr richtig!)

Versagt er, dann hat die Landesversammlung als das entscheidende Gremium das Recht und die Pflicht, ihn abzuberufen.

(Sehr richtig!)

Er muß die Verantwortung für seine Mitarbeiter übernehmen. Infolgedessen ist auch vorgesehen, daß die ganzen Gremien von unten nach oben gewählt sind. Wir haben heute bis zur Landesvorstandschaft durchgewählt, und auch der Landesvorstand ist bestellt worden. Nach dem Vorbild, wie es in Amerika z.B. üblich ist, hätte der Landesvorsitzende, so wie es in unseren Statuten jetzt ausdrücklich aufgrund des Vorschlages der Militärregierung ausgesprochen ist, das Recht, die sieben Mitarbeiter selbst zu benennen. Ich habe aber ausdrücklich auch dafür die Zustimmung der Landesvorstandschaft eingeholt, weil ich es als selbstverständlich ansehe, daß man in einem solchen Fall eine Übereinstimmung erzielt.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Ich darf eines feststellen: Wenn von einem Direktorium gesprochen wird, vergessen Sie nicht, daß Sie auf diese Weise erst die Dissonanzen von unten bis oben hinaus verwirklichen können. Dann würden Sie in einer Landesversammlung entweder zu einem Kompromiß, zu einem Kuhhandel, kommen, oder aber Sie würden Verhältnisse schaffen, bei denen der Ausgleich nicht in harmonischer oder organischer Form gefunden werden kann. Das ist der Grund.

(Zuruf: Warum sind dann heute die Spannungen da?)

Wenn einzelne dem widersprechen, so ist es ihr gutes Recht. Aber ich bitte, daß die einzelnen nicht glauben, daß sie ihrerseits die Partei mit ihrem Willen überlagern könnten.

Ich erteile Herrn *Sporer* das Wort zur Geschäftsordnung.

Sporer: Herr Landesvorsitzender, Sie haben zuvor gesagt, daß immer, wenn jemand angegriffen worden ist, er auch gestützt worden ist. Ich möchte anfragen, wer für *Schäfer*, Ingolstadt, hingestanden hat, wer für *Lobinger*, Passau, wer hat Bürgermeister *Donderer*, Passau, gestützt?

(Zuruf: Das ist nicht zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Sporer* spricht nicht zur Geschäftsordnung. Ich entziehe ihm das Wort.

(Starke Unruhe.)

Ich darf dazu feststellen, daß die Herren gestützt wurden.

(Zuruf *Sporer*: Dann gehen wir heim, wenn wir nichts sagen dürfen.)

Ich rufe Herrn *Sporer* zur Ordnung.

(Zuruf *Sporer*: Danke schön!)

Das Wort hat *Pflaum*.

Pflaum: Meine Damen und Herren! Namens des Bezirksverbandes München habe ich folgenden Antrag einzubringen:

I. § 49 erhält folgende Fassung:
   a) dem geschäftsführenden Direktorium, das aus mindestens drei Mitgliedern besteht.

   § 46 ist entsprechend zu ändern; ebenso ist in allen Satzungsbestimmungen, in denen vom Landesvorsitzenden gesprochen wird, die Bezeichnung "Direktorium" zu setzen.
II. Die Satzung ist in der Weise abzuändern, daß die Vertretung in den Organen, insbesondere in der Landesversammlung und im Landesausschuß, sich nach der Zahl der Mitglieder des betreffenden Kreis- bzw. Bezirksverbandes richtet.

Das ist der Antrag des Bezirksverbandes München. Eine Begründung wird nicht gewünscht. Der Antrag braucht auch nicht begründet zu werden, denn die Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit gemacht haben, weisen deutlich darauf hin, daß es notwendig ist, daß in einer Zeit einer Krise Leute da sind, die den Landesverband weiterführen und beraten. Weiter, glaube ich, ist in dieser Sache nichts zu sagen.

Dr. *Hundhammer*: Meine Damen und Herren! Aus den Ausführungen des Referenten sowohl wie auch späteren Darlegungen konnte man den Eindruck gewinnen, als ob die Fassung des Artikel 54, die vor uns liegt, irgendwie seitens der Militärregierung gewünscht würde. Wir betrachten sie zu sehr auf das Führerprinzip abgestellt.

(Sehr richtig!)

Ich lege Wert darauf; ich glaube, es ist am Platze, ausdrücklich festzustellen, daß seitens der Militärregierung bezüglich der Fassung des Artikel 54 kein Einfluß genommen wird.

(Hört!)

Ich habe Grund, das festzustellen. Wir können ebensogut einen ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden beschließen, wie bisher nur ein einzelner Parteiführer bestimmt war.

(Beifall.)

Das muß vorausgeschickt werden.

Gegen die Fassung, daß nur *ein* Parteiführer gewählt wird, habe ich folgende Einwände zu machen: Erstens einmal ein ganz praktischer konkreter Vorschlag: Es kann durchaus sein, daß der Parteiführer aus irgendwelchem Grunde vorübergehend oder für längere Zeit nicht aktionsfähig ist.

(Unruhe.)

Soll in dieser Zeit auch ein von ihm benannter oder berufener Mann die Partei führen? Das ist unmöglich, denn es ist ausgeschlossen, daß wir hier gewissermaßen ein - ich will den Ausdruck gebrauchen - diktatorisches Prinzip mit einem Stellvertreter ...

(Starke Unruhe.)

Wenn der Parteivorsitzende, der Parteiführer, sein Amt nicht ausübt, dann muß ihn an seiner Stelle, wie es überall bei uns üblich ist, der zweite Vorsitzende vertreten.

(Beifall.)

Dafür muß ein zweiter und dritter Vorsitzender von der Landesversammlung gewählt werden.

(Sehr richtig!)

Ein zweiter Grund, der mich veranlaßt, dafür einzutreten, daß eine kollegiale Vorstandschaft mit einem ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden gewählt wird, ist folgender: Wir haben in der Partei verschiedene Strömungen

(Zuruf: Leider Gottes! - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe.
Dr. *Hundhammer*: Nicht leider Gottes, Gott sei Dank!

(Beifall und Widerspruch - Unruhe.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich bitte um Ruhe. (Wiederholt diese Aufforderung über durcheinander gehende Zurufe hinweg mehrfach.)
Dr. *Hundhammer*: Sie werden bei einer Partei, die so groß ist, sich so weit nach links und rechts erstreckt, immer Auffassungen haben, die weit voneinander abweichen.

(Unruhe.)

Ein Ausgleich ist viel leichter möglich, wenn in der Vorstandschaft und in der Führung die Hauptrichtungen vertreten sind.

(Beifall.)

So haben wir in der neuen Fraktion, glaube ich, Ruhe geschaffen, wie sie aus der Presse durch Bekanntgabe der Vorstandschaftsliste gesehen haben. Ich glaube, das ist der Weg, um auch in der Parteiorganisation Ruhe zu schaffen.

(Lebhafter Beifall.)

Zu den übrigen Ausführungen und Anträgen des Kollegen *Warnuth*, Freising, möchte ich sagen, daß ich sie weitgehend unterstütze.

(Heiterkeit.)

Aber ich wundere mich, daß Sie es lächerlich finden, wenn jemand sich auf die Seite von Anträgen stellt, die aus Ihren Reihen gestellt worden sind. Es scheint da doch bei einem Teil der hiesigen Vertreter nicht eine absolut sachliche Einstellung vorhanden zu sein.

(Sehr richtig!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich erteile dem Parteifreund *Liedig* das Wort, der die Verhandlungen bei der Militärregierung führt. *Liedig* kann auf die Weise die authentische Interpretation der Militärregierung für die Verhandlungen geben. Ich glaube,

wir haben die Tatsache gerne zur Kenntnis genommen, daß Dr. *Hundhammer* dann noch authentischere Interpretationen geben wird.
Liedig: Ich darf zunächst feststellen, daß die Bezugnahme auf eine Anregung der Militärregierung, die Satzung zu ändern, nicht den § 54, wie Herr Dr. *Hundhammer* jetzt zitiert hat, sondern den § 53 betroffen hat, weil es sich darum handelt, daß der Parteivorsitzende sich aus der Landesvorstandschaft die geschäftsführende Landesvorstandschaft bestellt. Dieser Grundsatz der verantwortlichen Demokratie ist, wie der Referent zu dem heutigen Thema vorgetragen hat, eine Anregung der politischen Abteilung der Militärregierung von Bayern. Nicht mehr und nicht weniger ist zur Sache behauptet worden. Das Mißverständnis Dr. *Hundhammers*, die Sache auf § 54 hinüberzubringen, ist mir unverständlich.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat Dr. *Schlögl*.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt einmal eine Probe eingehen, ob es möglich ist, daß man in dieser Versammlung, selbst wenn man sachlich anderer Meinung ist, ruhig reden kann.

(Sehr richtig!)

Das, was ich bisher erlebt habe, das erinnert mich außerordentlich stark an eine Versammlung, die ich ein einziges Mal mitgemacht habe, das war eine Hitler-Versammlung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich weise diesen Vorwurf zurück.
Dr. *Schlögl*: Herr Vorsitzender, es steht nicht an, ich will bloß zur Einigkeit mahnen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Herr *Schlögl*, ich bin Vorsitzender und kann unterbrechen. Ich weise den Vorwurf, daß die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union, die Repräsentation der Union, einer Hitler-Versammlung gleiche, zurück und entziehe dem Parteifreund *Schlögl* das Wort.

(Lang anhaltender Beifall. - Zuruf Dr. *Schlögl*: Meine Herren, ich protestiere gegen die Entziehung des Wortes.)

Der nächste Redner: Dr. *Horlacher*.

(Starke Unruhe. - Zuruf Dr. *Schlögl*: Pfüat Euch Gott beinander! ... fanatische Massen hier herin! - Verschiedene gleichzeitige Zurufe. - Unruhe.)

Ich bitte den Parteifreund *Schlögl*, sich zu beruhigen. Herr Dr. *Horlacher*!

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Ich habe nur gesagt, Ihr sollt Ruhe geben, wenn man redet, sonst seid Ihr eine Hitler-Versammlung.)

Ich bitte um Ruhe!

(Starke Unruhe.)

Das Wort hat Parteifreund *Horlacher*.
Dr. *Horlacher*: Es scheint hier nicht möglich zu sein, daß die kühle Vernunft ohne Leidenschaft herrscht, wie es der Ordnung der Demokratie entspricht. Die Demokratie kennt ihre Ordnung im Gegensatz zu verflossenen Systemen. Meine lieben Freunde! So geht es nicht.

(Beifall.)

Ich habe alle Achtung vor der Jugend, aber so geht es nicht,

(Beifall.)

durch Übertönung des Beifalls einen mundtot zu machen zu versuchen. Hier sind wir keine Volksversammlung, wir sind hier eine beratende Körperschaft, bestehend aus gewählten Vertretern.

(Zuruf: Auch die Jugend.)

Und die gewählten Vertreter, auch die Jugend, haben das Recht, ihre unterschiedliche Meinung zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall.)

Alle Anwesenden haben die demokratische Pflicht, die Verhandlungen mit Anstand zu führen.

(Beifall.)

Nun zur Sache selbst: So geht es auch nicht weiter in der Union, daß man bei jedem Satz - ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren - merkt, daß hinter den abstrakten Formulierungen bezüglich der Satzungen persönliche Meinungsverschiedenheiten stehen.

(Beifall.)

Diesen Weg mache ich auch nicht mehr mit. Die Verhältnisse sind so, daß die Dinge nach allen Seiten diskutiert werden müssen. Das, was der Herr Kollege *Sporer* vorgebracht hat, ist auch eine Entgleisung der Demokratie. Das war nicht zur Geschäftsordnung. Zur Geschäftsordnung ist nur das, was den Gang der Geschäfte beeinflußt, was aber nicht eine sachliche Meinung zum Ausdruck bringt.

(Zuruf *Sporer*: Aber eine Berichtigung!)

Zur Berichtigung muß man sich zum Wort melden. - Die Verhältnisse sind so, daß wir zu uns selber zurückfinden müssen, nämlich zu dem Grundsatz der Demokratie, daß die Demokratie inneres Erleben darstellt, daß man Achtung vor der persönlichen Meinung des andern hat.

(Beifall.)

Wenn sich das nicht herstellen läßt, dann können wir die Demokratie zu Grabe tragen. Diejenigen, die die Meinung des anderen nicht ertragen können, sind keine Vertreter der Demokratie. Christlich-Soziale Union soll es heißen, wenn man mit Leidenschaft gegeneinander kämpft! Fanatiker sind mir in der Seele zuwider, mögen sie stehen, wo sie wollen. Fanatiker haben wir in Deutschland genug gehabt.

(Beifall.)

Schluß mit dem Fanatismus! So geht es auch nicht, wie der Herr Freund von Freising [*Karl Warmuth*] mit seinem Sammelsurium von Anträgen meint. Das ist eine Unmöglichkeit. Solche Anträge gehören samt und sonders an den Landesausschuß zurückverwiesen. Damit können wir uns hier nicht beschäftigen. Wir müssen den Weg für die Beratungen frei machen, die jetzt notwendig sind

(Sehr richtig!)

und für die wir uns schlüssig machen müssen. Wir können nicht auf dem Podium der Satzungen die persönlichen Meinungsverschiedenheiten austragen. Das ist eine Frage für sich.

Nun zum Aufbau der Satzungen: Der Antrag Dr. *Hundhammer* ist wenigstens insofern auch anders als der andere, als er sich auf wenige Sätze beschränkt, so daß diesem

Antrag Dr. *Hundhammer* eine gewisse Klarheit zu unterstellen ist. Die Verhältnisse sind aber so, das möchte ich jetzt ausführen: Wir müssen endlich einmal zu der vernünftigen Vorstellung kommen, daß das, was jetzt als Union aufgebaut ist, eine Übergangserscheinung gewesen ist. Es mußten erst die ordnungsgemäßen Organe bestellt werden. Wir müssen dem Funktionieren des Aufbaus der Satzung die Möglichkeit geben, die darin liegt. Mit aller Schärfe möchte ich mich aber dagegen wenden, und zwar aus demokratischem Prinzip, das Machtprinzip in der Satzung zur Anwendung zu bringen: "je nach der Massierung der Wähler der Union". Damit schwächen Sie die Dynamik der Union in unseren Diaspora-Gebieten.

(Lebhafter Beifall.)

In vielen fränkischen Gebieten wird der Hauptkampf um die Frage der Union ausgefochten. Als einer, der die Verhältnisse in Altbayern sieht, der aber durch seine Rednertätigkeit viel draußen herumkommt und der auch sieht, was in Franken los ist, kann ich sagen: Glauben Sie mir, in der Union kommt es auf den Zusammenhang zwischen den fränkischen und altbayerischen Gebieten an; sonst geht die Union zum Teufel.

(Lebhafter Beifall.)

Deswegen müssen die Dinge von beiden Gebieten sachlich betrachtet werden. Ich muß den in den fränkischen Gebieten schwer kämpfenden Freunden dankbar sein, daß sie diese Stimmenzahl unter den erschwerten Umständen aufbringen. Diese Stimmenzahl muß auch entsprechend gewogen werden. Das kommt dadurch zum Ausdruck, daß alle Landkreise gleichmäßig vertreten sind.

(Beifall.)

Ich möchte also diese Dinge nicht geändert wissen, denn sie bedeuten die innere Bewegung und das innere Emporwachsen der Union und eine gewisse Rücksichtnahme gerade auf die schwächeren Bezirke, die im harten Kampf um das Dasein der Union stehen. Das ist das eine.
Nun kommt das Direktorium selber: Es wirkt nach außen hin bestechend. Ich will eine abschließende Meinung zu dieser Frage nicht äußern. Es wäre vielleicht an sich wünschenswert, einen ersten, zweiten und dritten Vorsitzenden zu haben, aber ich glaube, wenn die Frage der Wahl dieser drei Vorsitzenden kommt, dann haben wir den dreifachen Streit um die Vorstandschaft.

(Lebhafter Beifall.)

So ist es mir lieber, wir hätten einen Landesvorsitzenden und würden uns gleichzeitig darauf einigen - das scheint mir in der Fassung nicht ganz demokratisch zu sein -, daß die sieben engeren Mitglieder der geschäftsführenden Landesvorstandschaft, die ja das Direktorium ersetzen können, nicht vom Landesvorsitzenden bestimmt, sondern vom Landesausschuß gewählt werden.

(Beifall.)

Wir haben es praktisch ja auch so gemacht. Ändern wir es doch gleich, dann ist die Sache hier auf diesem Gebiet in Ordnung.
Aber im übrigen möchte ich bemerken, würde ich bitten, sich nicht so lange bei der Satzung aufzuhalten.

(Sehr richtig!)

Denn wir haben andere wichtige Dinge zu erledigen; insbesondere würde ich bitten, daß unsere jungen Freunde mit ihrem Beifall etwas mäßiger sind. Ich war in der Jugend auch stürmischer. Der Beifall darf nicht alles übertönen, der Beifall darf sich nicht zu einem fanatischen System auswachsen. Dann, liebe Freunde, muß ein Unterschied sein zwischen denen, die stimmberechtigt sind, und denen, die als Zuhörer da sind. Ich würde bitten, daß die Zuhörer sich ein gutes Bild von der Landesversammlung mitnehmen möchten und daß sie selber dazu beitragen, daß sie den Beratungen zuhören und sich nicht selbst durch Beifalls- oder Mißfallskundgebungen in diese Beratungen einmischen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf darauf hinweisen, daß hier nur stimmberechtigte Vertreter sind. Der Referent hat das Wort.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Kriege ich das Wort oder nicht? Dann kann ich weggehen. - Gut, meine Herren, ich empfehle mich. - Unruhe.)

Ich bitte um Ruhe. Herr Dr. *Schlögl* ...

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Wenn ich nicht reden darf, gehe ich!)

Ich darf folgendes sagen: Ich habe mich gezwungen gesehen, Herrn Dr. *Schlögl* das Wort zu entziehen. Ich bin bereit, es ihm mit Zustimmung der Versammlung wieder zu geben. Erhebt sich Widerspruch?
(Ist nicht der Fall.)
Kein Widerspruch. Herr Dr. *Schlögl* hat das Wort.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin vollständig mißverstanden worden. Ich wollte zur Einigkeit der Union sprechen, daß man es nicht so machen darf, wie wir es heute vormittag erlebt haben. Es ist unmöglich, daß irgend jemand, der Ihnen genehm ist, einen frenetischen Beifall, bis zur Bewußtlosigkeit, bekommt und daß Sie einen, der Ihnen nicht genehm ist, niederschreien. So geht es nicht. Gegen diese Methoden habe ich mich gewandt. Sie haben mich bloß nicht verstanden, und der Herr Landesvorsitzende war sehr leicht geneigt, mir das Wort zu entziehen. Ich meine, ich kann für mich in Anspruch nehmen, als manche noch nicht für die Union gesprochen haben, habe ich in Hunderten von Versammlungen für die Union gesprochen. Minister *Baumgartner* wird Zeugnis dafür abgeben, alle Freunde, die mich reden haben hören, wissen, daß ich zur Versöhnung gesprochen habe.
Zur Statutenänderung bloß einen Satz - ich will gar nicht lange reden, aber die Herren sind so übereifrig, wenn ich auftrete, weil ich ein Exponent [sic!] zu der momentanen Person des Landesvorsitzenden bin -, aber soviel sieht mein Freund *Müller* ein - ich mag ihn sonst sehr gern, den *Müller Sepp*, bloß als Landesvorsitzender paßt er mir nicht.

(Heiterkeit.)

Das darf ich tun als Delegierter, als Abgeordneter. Es wäre schön genug, wenn man nicht einmal reden dürfte. - Die Krisis in der Union wäre nicht da, wenn die Statuten vernünftiger wären, Sie können sagen, was Sie wollen. Es paßt uns im Neuaufbau des demokratischen Staates nicht, daß ein Mann allein nach außen hin so mehr oder weniger die Macht in der Hand hat. Das ist der wesentliche Punkt, gegen den ich ankämpfe. Wenn der Mann hundertfünfzigprozentig - ich bitte, *Müller*, mir nicht das Wort zu entziehen! - ein Demokrat wäre, dann ließe sich darüber reden. So ist es aber eine

ungeheure Gefahr, daß der Vorsitzende so einer großen Partei, der eigenwillig in Verfolgung der politischen Ziele ist, dann leicht ausartet; in der Krisis stehen wir heute. Ich habe mitgeholfen, daß dieses Mannsbild ans Präsidium gekommen ist. Ich sehe ein, daß ich eine Dummheit gemacht habe.

(Heiterkeit.)

Also, meine Herren, damit müssen wir uns ernstlich befassen. Ich glaube, es gibt keinen Streit mehr in der Union. Die Verantwortung nach außen hin muß unbedingt ein kleines Kollegium in der Hand haben. Da kann der *Müller Sepp* dabei sein, ein anderer Querkopf auch. Dann ist der Fall in Ordnung. Dann streiten wir uns nimmer. Die kochen selber ihre Differenzen aus. Das ist nämlich der Hauptgrund, weshalb wir die Schwierigkeiten haben. Ich habe gegen den Mann da droben (Dr. *Müller*) gar nichts. Eines steht für mich fest: Er hat in einer Art und Weise seine große Macht benützt. Wenn ich sage, die Statuten sind verunglückt, so kann er nichts dafür. Wir selber haben die Statuten beschlossen. - Er ist halt so geartet, er kann nichts dafür - die Situation ist so, daß eine Krisis in der Union besteht, weil die Statuten in einem einzigen Punkt unvernünftig sind. Und der besteht darin, daß wir bewußt oder unbewußt, angeblich auch noch beruhend auf dem Willen der Amerikaner - das glaube ich nicht, weil ich bei unserem Bauernverband das Gegenteil gesehen habe -, es so gemacht haben. Es muß ein Kollegium an die Spitze. Wenn mein Freund *Ankermüller* sagt, das wären die ewig Gestrigen, die so etwas haben wollen, die seinerzeit nichts gelernt haben, so frage ich: Warum sind wir in die großen Schwierigkeiten hineingekommen? Weil einer die Macht hatte, einer König war, sind die Schwierigkeiten entstanden. Wir kommen in das gleiche Fahrwasser hinein. Ich darf das noch ausdrücklich begründen. - *Müller*, ich bin ja Dein Freund. - So wie die Dinge liegen und stehen, kommen wir über alles hinweg, wenn wir uns dazu entschließen, die Statuten in einem einzigen Punkt zu ändern: Ein Kollegium aus drei Männern ist Verantwortungsträger der Union. Die können unter sich den primus inter pares stellen. So hat es bei mir die amerikanische Militärregierung verlangt. Aber diese drei Männer, ob sie Huber, Maier oder sonstwie heißen, regieren die Union.

(Unruhe.)

Das ist doch vernünftig. Ich bitte noch einmal dringend als Demokrat. Ich bin ein Demokrat aus Überzeugung. Wenn jetzt einer redet, der Ihnen nicht paßt, schreien Sie ihn nicht gleich nieder, und überschütten Sie einen, der Ihnen paßt, nicht mit Beifall! So etwas macht die Demokratie nicht, sondern die Demokratie achtet die persönliche Meinung des einzelnen,

(Sehr richtig!)

die auch die Verfassung so stark unterstrichen hat. So habe ich ein gutes Recht dazu. Mich hätten meine Bauern schon längst zerschlagen, wenn ich wäre wie Sie.
Die Krisis besteht nur in einem Paragraphen: Wählen Sie ein Kollegium, daß wir uns zusammenraufen, dann ist die ganze Krisis in der Union beseitigt und wir werden wieder gute Freunde. Da braucht der eine den andern nicht niederzuschreien oder, wie Freund *Müller* es getan hat, mir das Wort zu entziehen, wenn ich vernünftige Gedankengänge ausspreche.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Zu dem letzteren darf ich sagen: Es mag sich handeln, um wen es sein mag, wenn jemand diese Landesversammlung angreift, wie Herr *Schlögl* es getan hat, und sie als Hitler-Versammlung bezeichnet, kriegt er das Wort entzogen.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Ich habe bloß das Beispiel genommen.)

Ich darf dann ferner zur Sache sagen: Meine lieben Freunde! Es wird so hingestellt, als ob der Landesvorsitzende oder, wie *Hundhammer* ihn bezeichnet hat, Parteiführer allein entscheiden würde. So ist es ja nicht. Tatsächlich wird die Union von der Landesvorstandschaft und dem Landesvorstand geleitet. Aber wenn in dieser Zeit nicht ein einzelner seine ganze Kraft aufgeboten hätte, die Union aufzubauen, dann wäre sie nie zur Union geworden,

(Lebhafter Beifall.)

und zwar deswegen, weil beim Sammelsurium der Meinungen sich nie ein konzentrierter Wille hätte entwickeln können. Ich darf jetzt dem Referenten das Wort erteilen.
Zuvor hat sich noch *Fink* zur Geschäftsordnung gemeldet.
Fink: Ich möchte Antrag auf Schluß der Debatte stellen. Es steht immer noch der Antrag *Rindt*. Ich bitte, über diesen Antrag abstimmen zu lassen. Ich bitte Herrn Dr. *Rindt*, den Antrag nochmals zu formulieren.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Bevor ich über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen lasse, darf ich dem Referenten das Wort erteilen.
Dr. *Ankermüller*: Liebe Parteifreunde! Ich habe mich bei meinem Referat bemüht, ruhig und sachlich zu referieren. Daß ich dabei meine Meinung zum Ausdruck brachte, ist wohl ein selbstverständliches Recht. Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir fern lag, irgend jemand hier anzugreifen. Ich möchte nur eines feststellen: Bis jetzt war es wohl notwendig, daß ein einzelner beim Aufbau der Union ganz besonders herausgestellt war, wie es unser Landesvorsitzender Dr. *Müller* eben gerade wieder betonte. Nach der Satzung, die Sie heute endgültig beschließen, ist ja nun von unten nach oben durchgewählt und auch die Körperschaften und einzelnen Organe sind nun gebildet. Es ist nicht so, daß die Entscheidung bei einem Manne liegt, sondern sie liegt, wie ich nochmals betonen möchte, bei den einzelnen Organen der Union, der Landesversammlung, dem Landesausschuß, der Landesvorstandschaft und der geschäftsführenden Landesvorstandschaft. Es kann jedes Parteimitglied der Meinung sein, daß vielleicht eine andere Form der Satzung zweckmäßiger wäre, aber die Anträge, so wie sie heute gestellt wurden, können meiner Ansicht nach in der heutigen Landesversammlung nie zur Befriedigung durchberaten und durchbeschlossen werden. Es bleibt deswegen nur der eine Weg übrig, den unser Parteifreund *Rindt* schon gegangen ist, eben die ganzen Anträge und eventuell noch weitere Anträge auf Abänderungen dem Landesausschuß zu überweisen, damit der Landesausschuß dann darüber beraten, eventuelle Änderungen vielleicht auch gleich in die Tat umsetzen kann, um dann das gesamte Ergebnis einer späteren Landesversammlung zu unterbreiten. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß die Militärregierung die Satzungen der Union als zweckmäßig und demokratisch bezeichnet hat und daß sie ganz besonders betonte, daß diese Satzungen einen ganz entschiedenen Schritt im Fortschritt zu demokratischem Denken und Handeln darstellen. Wollen wir das doch immer wieder beachten und uns hier doch das Urteil einer demokratischen Welt etwas zu eigen machen! Ich meine nämlich, wir müßten die Demokratie erst lernen. Der Antrag, den ich stelle, lautet - ich erlaube mir, Parteifreund *Rindt*, den Antrag etwas ergänzend zu formulieren:

1. Die Beratung und Beschlußfassung über alle auf der Landesversammlung vom 14. Dezember gestellten Anträge auf Änderung der Satzung werden dem Landesausschuß überwiesen.

2. Während der Arbeit dieses Ausschusses können von den antragsberechtigten Organen der Partei weitere Anträge zur Erledigung eingereicht werden.
3. Der Landesausschuß wird ermächtigt, etwa beschlossene Satzungsänderungen vorläufig in Kraft zu setzen. Die nächste Landesversammlung wird dann endgültig Beschluß fassen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt gewesen. Ich lasse über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag auf Schluß der Debatte? Der Antrag auf Schluß der Debatte ist einstimmig angenommen.
Ich lasse über den gestellten Antrag abstimmen. Muß er wiederholt werden?

(Nein! - Zuruf Dr. *Schlögl*: Darf ich zur Geschäftsordnung sprechen?)

Dr. *Schlögl* zur Geschäftsordnung.
Dr. *Schlögl*: Meine Damen und Herren! Ich bin grundsätzlich für diesen Antrag. Aber ich hätte eine Bitte, daß hier eine Frist eingebaut wird, damit wir nicht ewig darauf warten müssen, bis die Sache wieder zur Durchführung kommt. Ich würde bitten, daß die Angelegenheit innerhalb eines Vierteljahres erledigt sein muß, denn einmal müssen wir gültige Satzungen haben. Nur dann stimme ich dem Antrag zu.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Die Satzungen, die heute beschlossen werden, sind - damit nachträglich keine Unklarheit entsteht - gültig. Abänderungsanträge können nachher vom Landesausschuß beschlossen werden. Aber täuschen Sie sich nicht, mit der Frist von einem Vierteljahr kommen Sie nicht durch, und zwar deshalb, weil bestimmte Erfahrungen gesammelt werden müssen.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Ich komme mit meinem kleinen Verstand nicht mit.)

Rucker: Zur Geschäftsordnung. Es liegt nur ein Antrag vor, wie man so zu denken glaubt. Es sind aber verschiedene Anträge gestellt, die einander zum Teil widersprechen. Ich würde schon bitten zu sagen, welche Anträge stehen. Selbstverständlich braucht man nicht diese Anträge von Freising so zu detaillieren. Es stehen verschiedene Anträge, über die überhaupt nicht mehr abgestimmt werden könnte, wenn über diesen letzten Antrag abgestimmt würde. Man muß es wissen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Alle Anträge zur Satzung mit Ausnahme des redaktionellen Antrages, den Parteifreund *Ott* gestellt hat, weil sich da nur mittlerweile ein Fehler in der Formulierung der Statuten eingeschlichen hat.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Was ist mit dem Antrag *Hundhammer*?)

Alle anderen Anträge kommen zum Landesausschuß, wenn der Antrag *Ankermüller* angenommen wird.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Kann dann die Landesversammlung auch mit gewöhnlicher Mehrheit die Anträge auf Änderungen annehmen?)

Ja.

(Zuruf *Schlögl*: Können die Statuten, die endgültig werden, auch wieder mit gewöhnlicher Mehrheit oder mit qualifizierter Mehrheit der Landesversammlung angenommen werden? Denn sonst verbauen wir für alle Ewigkeit irgendeine Änderung.)

In unseren Statuten steht ausdrücklich, daß die Statuten mit einfacher Mehrheit geändert werden können. Wenn heute nichts anderes beschlossen wird, dann werden sie

mit einfacher Mehrheit geändert werden können. Sonst müßte erst eine Abänderung veranlaßt werden.
Warmuth: Zur Geschäftsordnung! Meine Auffassung ist, die Satzungen wurden vom Herrn Landesvorsitzenden vorläufig in Kraft gesetzt und können deshalb auch vorläufig weiter Geltung haben. Es liegt aber vielleicht ein Dutzend Anträge vor. Bis zur endgültigen Beschlußfassung läuft dann die vorläufige Satzung weiter. Der Vorschlag des Herrn Dr. *Schlögl* wäre hier richtig, daß eine Frist gesetzt wird, bis dann die Satzung endgültig angenommen werden kann. Es sind meines Erachtens zu viele Anträge da, als daß die Satzung heute endgültig angenommen werden könnte.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Irgendwann muß einmal mit der Arbeit begonnen werden. Das Wort wird nur noch zu Anträgen oder Erklärungen gegeben. Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen worden.
Wildenauer (Karlstadt): Ich bitte darauf hinweisen zu dürfen, daß wir uns, wenn wir weiterhin vorläufige Beschlüsse machen, damit in der Öffentlichkeit und anderen Parteien gegenüber nur blamieren. Ich bitte, das zu bedenken, und bitte deshalb, über meinen Antrag abstimmen lassen zu wollen, der dahin geht:
Sind die Statuten endgültig oder nicht?
Und zwar heute und nicht morgen und nicht in einem Vierteljahr.
Dr. *Horlacher*: Es ist ganz selbstverständlich, daß die Satzungen jetzt endgültig verabschiedet werden.

(Sehr richtig!)

Das bedeutet aber nicht, daß der Antrag *Rindt* nicht angenommen werden könnte, daß der Landesausschuß die Ermächtigung bekommt, gewisse Änderungen vorzunehmen. In der nächsten Landesausschußsitzung werden diese Änderungen, wenn welche angenommen sein sollten, in die Satzung noch eingebaut; aber die Satzung wird endgültig verabschiedet.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Das Wort hat der Referent zu einer kurzen Erklärung.
Dr. *Ankermüller*: Ich möchte noch auf den § 74 hinweisen und auf die Ausführungen Dr. *Schlögls* Bezug nehmen:

> Änderungen dieser Satzung können nur von der Landesversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden.

Mit einfacher Stimmenmehrheit kann dann die spätere Landesversammlung die vom Landesausschuß vorbereiteten Änderungen jederzeit aufnehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit darf ich die Debatte abschließen. Wir stimmen ab.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Mit der Vierteljahr-Klausel?)

Keine Klausel. Es ist absolut unmöglich, solche Festlegungen vorzunehmen. Es ist der Antrag *Ankermüller* ohne Klausel vorgesehen. Darf ich bitten, ihn nochmals vorzulesen.
Dr. *Ankermüller*:

1. Die Beratung und Beschlußfassung über alle auf der Landesversammlung vom 14. Dezember gestellten Anträge auf Änderung der Satzungen werden dem Landesausschuß überwiesen.
2. Während der Arbeit des Ausschusses können von den antragsberechtigten Organen der Partei weitere Anträge zur Erledigung eingereicht werden.

3. Der Landesausschuß wird ermächtigt, etwa beschlossene Satzungsänderungen vorläufig in Kraft zu setzen. Die nächste Landesversammlung wird dann endgültig über eventuelle Änderungen beschließen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit schreiten wir zur Abstimmung. Wer enthält sich?
Dr. *Hundhammer*: Zur Abstimmung: Ich bitte zu klären, daß die Annahme des Antrags *Ankermüller* nicht die Annahme der Satzungen bedeutet. Ich nehme an, daß darüber gesondert abgestimmt wird.

(Zustimmung.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag *Ankermüller*. Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Bitte abzählen! Ich bitte aufzustehen. Es haben von 495 Stimmberechtigten 59 gegen den Antrag gestimmt. Ich darf aber jetzt um die Gegenprobe bitten, damit ich formell richtig abstimmen lasse. Wer ist für den Antrag *Ankermüller*? Ich glaube, ich brauche nicht abzählen lassen. Die Majorität steht fest. Damit ist der Antrag *Ankermüller* angenommen.
Ich stelle den Antrag:

Die von der Landesversammlung vom 17. Mai 1946 angenommenen, vom Landesausschuß vom 4. Oktober 1946 überarbeiteten Satzungen der Christlich-Sozialen Union werden angenommen und hiermit mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt.

Ich lasse über den Antrag abstimmen.
Dr. *Horlacher*: Zur Abstimmung! Selbst wenn ich jetzt in einem wesentlichen Punkt mit der Satzung nicht einverstanden wäre, gibt mir der Antrag *Ankermüller* die Möglichkeit, für die Satzung zu stimmen. Ich würde bitten, daß die Damen und Herren diesem Beispiel folgen, damit man sieht, daß die Union in diesen Fragen geschlossen und vernünftig zusammenhält.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Wer enthält sich? Wer ist gegen den Antrag? Ich bitte aufzustehen und abzuzählen. Wer ist für den Antrag? Meine lieben Freunde, es handelt sich um die Statuten. Ich bitte, tatsächlich die Unannehmlichkeit auf sich zu nehmen. Wir müssen abzählen. Ich darf folgenden Vorschlag machen: Wir teilen Zettel aus; diese sind mit Ja oder Nein auszufüllen. Gerade da es sich um die Statuten handelt, ist es wichtig, daß die genaue Stimmenzahl festliegt. Abstimmen dürfen nur die Stimmberechtigten. Es wird mit Ja oder Nein abgestimmt.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte vorschlagen, daß bei der Abgabe der Stimmen die Stimmkarten vorgezeigt werden.)

Die Stimmkarten sind jeweils vorzuzeigen. Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.
Darf ich jetzt schon während der Abstimmung zu Punkt 2 der Tagesordnung übergehen. Referent ist Dr. *Seidel*. 2. Endgültige Annahme der Schiedsordnung, wie sie aufgrund erteilter Ermächtigung vom Landesausschuß am 6. Dezember 1946 angenommen und vorläufig in Kraft gesetzt wurde.
Das Wort hat Parteifreund Dr. *Seidel*.
Dr. *Seidel*: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Christlich-Soziale Union trägt als die stärkste Partei Bayerns eine große Verantwortung. Wenn auch diese Verantwortung ihre Grenze in den Umständen findet, die durch den staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Zustand geschaffen sind, in denen sich Deutschland und auch Bayern augenblicklich befinden, so ergibt sich doch auch außerhalb dieser

Beschränkung eine Fülle von Aufgaben und Verpflichtungen, die nur erfüllt werden können, wenn die gesammelte Kraft der Partei eingesetzt wird. Auf die Dauer ist es unmöglich, jedes reine und charaktervolle Mitglied der Union an den richtigen Platz zu stellen, wenn nicht die Sauberkeit der Partei gewährleistet ist.

(Sehr richtig!)

Eine Partei, die nicht in selbst gewählter Zucht alle Kräfte zu verantwortungsbewußter Arbeit freimacht, muß verkümmern. Sie muß und wird gegenüber den Aufgaben unserer Zeit versagen. Die Union verfügt in ihren Reihen über Menschen verschiedenster Prägung. Das ist keineswegs schädlich. Es ist auch nicht schädlich, daß sich diese Menschen auseinandersetzen. Das ist ein durchaus natürlicher Vorgang. Wir sind geradezu stolz darauf. Denn dieser Zustand zwingt uns, immer wieder unseren geistigen Standpunkt zu überprüfen und unseren Standort festzulegen. Er bewahrt uns davor, daß unsere Partei in eine Partei der Muffigen, der Gestrigen und der moralisch Schwachen absinkt. Sie schützt uns vor Stickigkeit und bewahrt uns den frischen Wind. Wenn aber solche sachlichen Auseinandersetzungen zur persönlichen Gehässigkeit ausarten und vor allem, wenn sie nicht mehr vor dem Forum der Partei ausgetragen werden,

(Sehr richtig!)

dann wird die Partei geschädigt und dann muß eingegriffen werden.

(Beifall.)

Solche Zustände dürfen wir nicht einreißen lassen. Die Schiedsordnung ist das Instrument, das uns in die Lage versetzen soll, alle diejenigen aus der Partei auszumerzen, die nicht gewillt sind, im Geiste christlicher Solidarität zu arbeiten.

(Beifall.)

Die Schiedsordnung ist klar und einfach; wegen dieser Eigenschaften ist sie eine gute und ordentliche Arbeit.

Sie gliedert sich in sechs Abschnitte: Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der Aufgabe des Schiedsverfahrens, der zweite mit dem organisatorischen Aufbau, der dritte hat den Inhalt der Entscheidungen, der vierte das Verfahren, der fünfte die Zuständigkeit und der sechste die Rechtsmittel zum Gegenstand. Ich will Sie nicht mit der Darlegung der einzelnen Bestimmungen langweilen. Ich will Ihnen nur einzelne Bestimmungen vor Augen führen, damit Sie sehen, wie dieses Instrument aufgebaut ist und wie es gehandhabt werden kann.

In § 1 ist die Aufgabe des Schiedsverfahrens dahin festgelegt, daß entschieden werden soll:

a) Über Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Union, die das Parteiinteresse berühren;

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf rasch einen Wahlausschuß aufstellen. Darf ich vielleicht Parteifreund *Sedlmayr* bitten, Parteifreund *Haußleiter* und Parteifreund *Martin*. Einverstanden? Widerspruch erhebt sich nicht. Ich danke.

Dr. *Seidel*:

b) Über Anträge auf Ausschluß eines Mitgliedes aus der Union.

Solche Anträge können auf folgende Gründe gestützt werden:

1. Verstoß gegen die guten Sitten,
2. Verurteilung wegen einer ehrenrührigen Handlung,

3. Bewußtes Entgegenarbeiten gegen die Grundsätze oder die Satzungen der Union sowie erhebliche Verstöße gegen die Parteidisziplin,
4. Bewußt falsche Angaben im Aufnahmeantrag.

Diese Bestimmungen sind so klar, daß sie einer besonderen Erläuterung nicht bedürfen.

Der organisatorische Aufbau schließt sich eng an die Stufenfolge der Parteiorganisation an. Es gibt also ein Kreisschiedsgericht, ein Bezirksschiedsgericht und ein Landesschiedsgericht.

Im § 9 ist dargelegt und festgestellt, wie der Inhalt der Entscheidungen der Schiedsgerichte sein kann:

Jedes Schiedsgericht kann folgende Entscheidungen treffen:

a) Erklärung, daß Zwangsmaßnahmen nicht angebracht seien,
b) Verwarnung,
c) Ruhen aller oder einzelner Rechte aus Mitgliedschaft oder Ämtern für eine gewisse Frist,

Diese Entscheidung kann vorbehaltlich der endgültigen Entscheidung zu Beginn des Verfahrens einstweilig verfügt werden.

d) Ausschluß aus der Union.

Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen.

Stimmenthaltung ist unzulässig.

In § 11 ist dann die Antragsberechtigung oder, wie wir Juristen sagen, sind die Parteien geregelt:

Das Schiedsgericht wird nur auf schriftlichen Antrag tätig. Dieser Antrag kann von jedem Parteimitglied und jedem Organ der Union (Antragsteller) gegen jedes Mitglied (Antragsgegner) gestellt werden.

In den weiteren Verfahrensbestimmungen ist dargelegt, wie dieses Schiedsgericht funktionieren soll. Es sind zum Teil Bestimmungen aus der Zivilprozeßordnung, zum mindesten sinngemäß, übernommen. Ich kann Ihnen versichern, daß sie in Ordnung sind. Interessieren wird Sie wahrscheinlich die Zuständigkeit dieser einzelnen Schiedsgerichte.

Hierzu ist folgendes bestimmt:

Auseinandersetzungen innerhalb eines Kreisverbandes entscheidet in erster Instanz das Kreisschiedsgericht. Es ist für alle Entscheidungen zuständig, bei denen Antragsteller und Antragsgegner dem gleichen Kreisverband angehören. Alle anderen Auseinandersetzungen entscheidet in erster Instanz das Bezirksschiedsgericht. Soweit Parteien beteiligt sind, die verschiedenen Bezirken angehören, ist das Schiedsgericht desjenigen Bezirksverbandes zuständig, dem der Antragsteller angehört.

Wichtig ist der § 28, der feststellt, daß die Landesvorstandschaft oder eine Bezirksvorstandschaft aus triftigen Gründen einen Fall auch dann in erster Instanz vor das ihr zugeordnete Schiedsgericht ziehen kann, wenn an sich ein untergeordnetes Schiedsgericht zuständig wäre.

Die Rechtsmittelregelung ist ebenfalls sehr einfach. Soweit nicht ausdrücklich in der Schiedsordnung die endgültige Beschlußfassung festgelegt ist, gibt es gegen jede Entscheidung das Rechtsmittel und das nächsthöhere Schiedsgericht.

Damit sind im wesentlichen die Bestimmungen der Schiedsordnung dargelegt. Ich bitte Sie, diese Schiedsordnung anzunehmen. Wir müssen ein Instrument haben, um dafür zu sorgen, daß unsere Menschen nicht im Kampf um persönliche Dinge verbraucht werden, sondern im Dienste des bayerischen Volkes.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß tief bedauern, daß ich keine Tagesordnung bekommen habe, so daß ich praktisch die Schiedsordnung nicht nachsehen konnte. Ich möchte mich zwecks Auslegung einer Bestimmung noch an den Referenten wenden: Er hat uns vorgetragen, daß einer bei erheblicher Gefährdung der Parteidisziplin vor das Schiedsgericht kommt. Nun, meine Damen und Herren, möchte ich schon eine Interpretation haben, was eine erhebliche Störung der Parteidisziplin bedeutet. Ist es eine erhebliche Störung, wenn ich z.B. im Rahmen meines Stimmrechts in Mitgliederversammlungen, Parteiversammlungen diesen Landesvorsitzenden - ich nehme bloß einmal ein Beispiel - bekämpfe?

(Jawohl!)

Ja, man muß vorsichtig sein. Denn ich habe ein Schreiben in meiner Tasche, wonach ich aufgrund eines Verdachtes bereits gegen mich selber ein Schiedsgericht anrufen soll.

Meine Damen und Herren! In Mitgliederversammlungen, in Parteiversammlungen, in geschlossenen Sitzungen, im Landesausschuß, in der Fraktion, in der Landesversammlung werde ich mir nach wie vor erlauben, wenn ich die politische Linie eines Parteifreundes von uns nicht teile, gegen ihn aufzutreten.

(Sehr richtig!)

Wenn das parteischädigend wäre, dann könnte ich einer solchen Schiedsordnung nicht zustimmen. Etwas anderes ist es, wenn ich öffentlich gegen den Parteivorsitzenden - ich bitte, das Beispiel aufzunehmen - z.B. das und das erkläre; das ist eine ganz andere Angelegenheit. Meinen Freund *Müller* - er ist einer meiner besten Freunde -

(Heiterkeit.)

habe ich nur in Mitgliederversammlungen bekämpft. Und dazu habe ich mein gutes Recht, weil ich eben zu ihm selber, nicht als Person, sondern aus anderen Gründen, nicht das Vertrauen habe, wie es notwendig wäre. Ich möchte unbedingt, daß das die Interpretation ist. Denn der Herr *Müller* bekämpft auch mich in den Mitgliederversammlungen. Sonst müssen wir zwei ständig wegen Mitgliederversammlungen vor das Schiedsgericht gezogen werden. Ich glaube, Freund *Müller*, die Schiedsordnung ist in diesem Falle so aufzufassen, daß ich in internen Gremien sagen darf, was ich will, wenn es in sachlicher Form geschieht. Persönliche Kämpfe, das sage ich ausdrücklich, scheiden bei mir aus. Ich bin ein derartiger Demokrat, daß ich mir gegen *den* Mann nichts zuschulden kommen ließe

(Heiterkeit.)

und gegen keinen Parteifreund auftreten könnte. Ich kämpfe nur sachlich. Seien Sie sich darüber klar: So müssen die Satzungen ausgelegt werden, sonst fliegt nach ein paar Monaten die Partei auf. Das sage ich gleich.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Die Rede von Herrn *Schlögl* veranlaßt mich doch zu einer Feststellung. Ich bin immer für Offenheit und Ehrlichkeit. Infolgedessen bitte ich auch darum, jetzt damit anzufangen. Niemand hat daran gedacht, daß Herr *Schlögl* vor ein Parteigericht gehen soll, weil er etwa in einer Mitgliederversammlung etwas gegen mich gesagt hat. Ich glaube, daß Parteifreund *Schlögl* selbst Wert darauf legen wird zu klären, inwieweit er an der Veröffentlichung in der Süddeutschen Zeitung mitbeteiligt war.

Ich erteile dem Parteifreund *Haußleiter* das Wort.

Haußleiter: Meine Damen und Herren! Ich habe im Landesvorstand folgendes ausgeführt: Ich möchte nicht gegen irgendeinen unserer Parteifreunde persönlich vorgehen. Aber vorgehen möchte ich gegen die Art des persönlichen Kampfes, wie er in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit, also außerhalb von Parteiversammlungen und Mitgliederversammlungen, geführt worden ist. Ich habe gesagt: Dieser innere Kampf der Verdächtigungen ist eine Krebsgeschwulst, die einmal zum langsamen Tod der Union führen kann. Weiter habe ich gesagt: Meiner Ansicht nach muß jeder unserer Parteifreunde, der öffentlich in der Presse oder in Versammlungen als einer bezeichnet worden ist, der sich persönlich gegen andere Parteifreunde durch eine heftige persönliche Kampfesweise ausgezeichnet hat, selber das brennendste Interesse daran hat, daß der Sachverhalt sachlich und klar geklärt wird. Ich habe gesagt - es war ein harter Ausdruck -, wir sind keine Waschweiber. Wir wollen nicht die ewigen Beschuldigungen, die niemand untersucht, die ewigen Verdächtigungen des einen gegen den anderen; wir wollen Klarheit und Sauberkeit. Deshalb habe ich gesagt, es soll dem Freund *Schlögl* empfohlen werden, gegen sich selber ein solches Verfahren zur Herstellung klarer Fronten und zur Aufklärung über die gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobenen Verdächtigungen durchzuführen. Das ist kein Angriff auf den Parteifreund Dr. *Schlögl* gewesen, sondern der Versuch einer Klärung einer sehr betrübten persönlichen Atmosphäre.

(Beifall.)

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Als wir aus dem letzten Wahlkampf herauskamen, da haben wir uns alle vorgenommen: Wenn wir uns wieder auf einer Landesversammlung treffen, muß einmal Fraktur geredet werden. Es haben sich Dinge zugetragen, die sich in einer Partei, die den deutschen Namen Einigung führt, auf die Dauer einfach nicht vertreten lassen. Wir stehen auf dem Standpunkt - und ich möchte ihn besonders unterstreichen -,

(Dr. *Baumgartner*: Die politische Debatte geht jetzt schon los!)

daß es zwingende Gründe geben könnte, einen Augenblick verschiedener Meinung zu sein, daß es aber sehr darauf ankommt, wie man unterschiedliche Meinungen austrägt. Es geht nicht die politische Debatte los, Minister *Baumgartner*, aber ich bin der Meinung, nachdem man heute bereits zu den Satzungen und zur Schiedsordnung diese Begleitszenen erlebt hat, ist ein Wort der Klärung notwendig. Es ist notwendig zu wissen, wie bitter notwendig wir eine Schiedsgerichtsordnung brauchen, auf die wir seit über einem Jahr gewartet haben und deren Fehlen uns daran gehindert hat, endlich einmal Klarheit in die Atmosphäre zu bringen, wie Freund *Haußleiter* gesagt hat. Ich bin durchaus bereit, jeden Vorschlag politischer Art zu überlegen, möchte Sie aber bitten, sich darüber einig zu sein, daß es unser aller Anliegen nur sein kann, daß die Atmosphäre dadurch gereinigt würde, daß wir uns hier nicht gegenseitig nur politisch diffamieren, sondern Schwierigkeiten, die sich schon ergeben haben, an das Schiedsgericht verweisen. Jeder von uns, der eine klare Säuberung und eine Bereinigung der unerquicklichen Zustände wünscht, muß sich darüber freuen, daß wir nun ein Schiedsgericht bekommen.

Das ist das einzige, was ich zu diesem Thema zu sagen habe. Ich bin überzeugt, die Männer, die bestellt worden sind oder bestellt werden, werden sich des Amtes, Schiedsrichter zu sein, sehr wohl bewußt sein müssen. Sie werden ohne Ansehen des Standes und der Person die Dinge zu beurteilen haben, und ich bin der Meinung, daß

wir nicht gerade die Schiedsgerichtsordnung zur Grundlage einer politischen Debatte zu nehmen brauchen.
In diesem Sinne bitte ich, die Diskussion zu führen und nicht von vornherein hinzuwerfen, daß der Herr Landesvorsitzende vielleicht beabsichtige, mit dieser Schiedsgerichtsordnung den einen oder anderen unbequemen Parteigegner hinauszumanövrieren. Gerade dieser Vorwurf muß ganz entschieden zurückgewiesen werden. Denn Sie wissen, die Männer, die bestellt werden, sind unbestechlich und durchwegs Juristen, die ihr Amt so führen werden, wie sie es als christliche und ehrenhafte Richter nach ihrem Gewissen allein werden führen können.

(Beifall. - Dr. *Baumgartner*: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Meine lieben Freunde! Ich darf dazu feststellen: Solange ich allein Landesvorsitzender war, habe ich nie das Schiedsgericht beansprucht. Jetzt sind die ersten Fälle durch die Landesvorstandschaft erledigt worden. Es ist auch notwendig, daß die Landesvorstandschaft ihrerseits bestimmte Fälle klärt, sonst wird die Union nicht arbeitsfähig werden.
Zur Geschäftsordnung hat sich Minister *Baumgartner* gemeldet. Ich bitte aber, meine lieben Freunde, daran zu denken, daß wir schon fast 13 Uhr haben und daß wir weiterkommen müssen.
Dr. *Baumgartner*: Wir brauchen gar nicht zu debattieren. Ich möchte vorschlagen, die Schiedsgerichtsordnung, die sehr gut ist, anzunehmen und die ganze Debatte darüber aufzustecken.
Butterhof: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir hier nach Eichstätt gekommen sind, um sachliche Arbeit zu leisten. Ich bitte Sie deshalb, nicht immer die persönlichen polemischen Ansichten in der Diskussion aufzuwerfen. Gerade die letzten Ereignisse haben gezeigt, wie notwendig wir die Schiedsgerichtsordnung brauchen. Wir haben einen Wahlkampf geführt mit Plakaten: Union heißt Einigkeit. Heute stehen wir vor ganz anderen Tatsachen. Ich bitte Sie deshalb, die Schiedsgerichtsordnung anzunehmen.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich darf das als Antrag auf Schluß der Debatte auffassen. Ich lasse über den Antrag auf Schluß der Debatte abstimmen.
Wer enthält sich?
Wer ist gegen Schluß der Debatte?
Der Antrag auf Schluß der Debatte ist einstimmig angenommen.
Ich stelle den Antrag:

> Die Schiedsordnung der Christlich-Sozialen Union in Bayern wird in der der Landesversammlung vom Heutigen vorgelegten Fassung angenommen und mit sofortiger Wirkung endgültig in Kraft gesetzt.

Wer enthält sich? Wer ist gegen diesen Antrag?
Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.
Ich darf das Resultat der Abstimmung über die Statuten bekanntgeben lassen.
Sedlmayr: Es wurden insgesamt 389 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 311, mit Nein 69, zwei Zettel waren leer, sieben Zettel ungültig.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Damit sind die Statuten angenommen und endgültig in Kraft gesetzt.

(Beifall.)

Dann kommt der dritte Punkt der Tagesordnung: "Bestätigung und endgültige Annahme des Grundsatz- und 30-Punkte-Programms der Union."
Als erster Redner spricht Parteifreund *Rindt*. Darf ich den Parteifreund *Rindt* bitten, sich dazu zu äußern. Ich bitte um Ruhe für den Referenten für das Grundsatzprogramm.
Dr. *Rindt* hat das Wort.
Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Infolge der vorgeschrittenen Zeit möchte ich nicht mehr sehr viel zum Grundsatzprogramm sagen. Dazu kommt noch etwas anderes: Das Grundsatzprogramm ist in unserer Zeitschrift veröffentlicht worden. Es wurde heute ausgeteilt. Ich glaube, daß jeder einzelne schon die Gelegenheit hatte, das Grundsatzprogramm als solches durchzusehen, vielleicht sogar durchzustudieren. Ich glaube infolgedessen nicht, daß ich auf Einzelheiten eingehen muß. Ich möchte nur ein paar Gedankengänge zu diesem Grundsatzprogramm sagen.
Meine Freunde! Als die Christlich-Soziale Union in Bayern da und dort, in München und in anderen Landesteilen, allmählich gegründet wurde, da war es uns nach den Erlebnissen der Vergangenheit allen mitsammen und gerade denen klar, die begonnen hatten, diese neue junge Partei aufzubauen, daß diese Partei Christlich-Soziale Union nicht eine Partei im landläufigen Sinne des Wortes sein konnte. Es mußte doch etwas Grundsätzliches getan werden, es mußte ein Weg, der seit langen Generationen, vielleicht seit Jahrhunderten beschritten war und der in der gesamtdeutschen Entwicklung im sogenannten Dritten Reich seinen Höhepunkt gefunden hatte, zurückgegangen werden. Wenn man diesen jahrhundertelangen Weg seit der Aufklärung als Weg bezeichnet, der wirklich im buchstäblichen Sinne des Wortes ein Weg in die Unordnung war, so konnte der Rückweg nur darin bestehen, daß man mit ganzer Kraft, mit ganzem Herzen, mit ganzem Einsatz und mit ganzer Begeisterung auf dem Weg in die verlassene göttliche Ordnung hinein zurückging. Es war uns allen von vorneherein klar, daß dieser Weg etwas aufdecken würde, was uns allen miteinander gerade während der zwölf Jahre der braunen Herrschaft verloren gegangen war, nämlich die Freiheit und die Größe des Menschseins als Einzelpersönlichkeit und des Menschseins als Glied in der Gemeinschaft des Volkes.
Ohne daß man sofort an verschiedene Programmpunkte dachte, haben sich auf dieser Basis Zehntausende von Menschen und wir alle zusammengefunden, sind hier in die ersten Wahlkämpfe hinausgegangen. Wir hatten damals nichts als das Programm, das unser eigener Name besagt. Wir haben unseren ersten Wahlkampf mit dem Begriff des Christlichen, mit dem Begriff des Sozialen und mit diesem wunderbaren, leuchtenden Begriff der Union geschlagen. Es war ein überraschender Erfolg. Aber nicht nur in Bayern, in ganz Deutschland und weit über die deutschen Grenzen hinaus, in Frankreich, in Belgien, in Holland, in Italien, in Österreich, in Ungarn, ja sogar unten in Rumänien konnte man feststellen, daß der Weg, den unsere Seele in der Sehnsucht ging, der Weg in die göttliche Ordnung, der Befreiung des Menschen, gewissermaßen eine europäische Bewegung geworden war. Es sind überall die gleichen Gedankengänge, überall ist es die gleiche Zusammenballung der Kräfte der christlichen Gesinnung und des christlichen Willens in die Zukunft.
So, meine Freunde, hatten wir im gewissen Sinne eine europäische Bewegung zu einer christlichen Politik, lange bevor wir uns erst so ganz klar geworden waren, daß wir nicht Partei in einem landläufigen Sinne sein durften, sondern in einem ungewöhnlichen Sinne eine christliche Bewegung unseres Volkes.

(Sehr wahr!)

Aus allen möglichen früheren parteipolitischen Lagern kamen die Menschen in die Union. Uns war es klar, daß natürlich zunächst einmal eine Atmosphäre des gemeinsamen Lebens, des gemeinsamen Wollens und des gemeinsamen Planens und Bauens geschaffen werden mußte. Man hat uns vielfach von außen her angegriffen und so manche Menschen, gerade auf dem Lande, haben gesagt, ich weiß nicht, woran ich mit Euch bin, denn Ihr habt ja kein Programm.
Wir hatten ursprünglich, wie ich sagte, nur diese drei Punkte: Christlich-Soziale-Union. Aus diesen drei Punkten heraus und, sagen wir es offen, aus dieser großen Atmosphäre des Unionsgedankens aller Lager, trotz aller sachlichen Gegensätze, heraus hat sich mehr und mehr herausgestellt, was wir heute als Grundsatzprogramm zur Vorlage haben. Ich möchte sagen, daß wir mit dem Grundsatzprogramm ein Bekenntnis zu allem, was uns als Mensch, als Deutscher, als Bayer hoch und heilig ist, abgelegt haben. Ich möchte weiterhin sagen, daß wir mit diesem Grundsatzprogramm ein Bekenntnis unseres unbeugsamen Willens in die Zukunft abgelegt haben, ein Bekenntnis dazu, daß wir im Glauben an die Hilfe Gottes auch überzeugt sind, daß wir zusammen mit den Mächten, die als Besatzungsmächte im eigentlichsten Sinne des Wortes noch immer regieren, die Überwindung unseres Elendes, in dem wir stehen, in die Hand nehmen wollen und werden und auf diesem Wege einer christlich-sozialen Einigung wirklich dann auch in die Zukunft hinein gestalten werden.

(Beifall.)

Meine Freunde! Diese Gedankengänge ganz kurz vorausgestellt. Sie werden in etwa in der Präambel zu unserem Grundsatzprogramm wiedergegeben. Ich glaube, ich brauche diese Einleitung nicht vorzulesen; sie ist allen bekannt. Wenn nun z.B. heute, wenn wir im Anschluß an die Präambel die einzelnen Grundsatzpunkte in sechs großen Abteilungen aufgestellt haben, gerade von sozialdemokratischer Seite uns gegenüber immer wieder betont wird: Ja, gut, Ihr habt ein Programm; wir - so sagt z.B. Dr. *Schumacher* - stellen noch kein Programm auf, weil wir ja noch gar nicht wissen, wie sich die Verhältnisse in Deutschland gestalten, weil wir infolgedessen noch keinen Ansatzpunkt haben, auf dem wir nun Programme aufbauen könnten, weil wir zunächst den Friedensvertrag und andere Dinge brauchen, um ein Programm zu gestalten. Wenn wir also heute nach der Schaffung eines Grundsatzprogramms wieder angegriffen werden, so ist es für uns klar: Wenn wir als Christlich-Soziale Union ein Programm bauen, so ist das zunächst ein Programm unserer politischen Weltanschauung.

(Beifall.)

Da sind wir nicht daran gebunden, wie der Friedensvertrag ausläuft oder welche Bedingungen uns gestellt werden. Wir sind an unsere Überzeugung und an das gebunden, was uns als Menschen hoch und heilig ist und was wir für uns und jeden einzelnen als das Erstrebenswerte erachten.

(Beifall.)

Sie werden nach meinen Worten noch die Worte unseres Parteifreundes *Haußleiter* hören, der zu den 30 Punkten der Union spricht. In diesen 30 Punkten hat sich die Union auf die praktische Seite der Auswirkung des Grundsatzprogramms gerade jetzt in dieser unsagbaren Notzeit festgelegt. Ich glaube aber, daß man die Dinge heute in dieser Notzeit vollkommen vom Zentrum der Wahrheit aus anpacken muß, nicht von irgendwelchen relativen Dingen, von irgendwelchen Zeitgegebenheiten her, um wirklich das zu tun, was notwendig ist, nämlich die Krisis zu überwinden.

Meine Freunde! Unser Grundsatzprogramm teilt sich in sechs Hauptabschnitte. Weil ja eine Partei und weil auch die Union als politische Institution und Gruppierung sich mit politischen Dingen zu befassen hat und diese politischen Dinge sich ja im Staatsraum abspielen, haben wir zunächst die staatliche Ordnung an den Anfang gesetzt. Überhaupt läuft jeder dieser sechs Hauptabschnitte auf den Begriff der Ordnung hinaus. Wir wollen in den sechs Hauptabschnitten aufzeigen, wie sich nun im Bewußtsein des christlichen Menschen die von Gott geschaffene Ordnung auf den einzelnen Gebieten grundsätzlich darstellt. So beginnen wir mit der göttlichen Ordnung auf der Ebene des Staates, das heißt in der Interpretation dessen, was wir als Christen erstreben: Den Staat als Staat auf einer christlichen Grundlage. Der zweite Hauptpunkt umfaßt die Rechtsordnung. Der dritte Punkt die Sozialordnung, der vierte Hauptpunkt beschäftigt sich mit der Wirtschaftsordnung. Der fünfte bringt die Kulturordnung, der sechste hat die zwischenstaatliche Ordnung zum Gegenstand.
Meine Freunde! Haben Sie bitte keine Sorge, daß ich nun nach dieser Einleitung die einzelnen Punkte besprechen möchte. Es wäre bestimmt zuviel nach dieser sehr anstrengenden Vormittagssitzung. Wie gesagt, Sie kennen ja wohl alle das Grundsatzprogramm selbst. Ich möchte nur noch auf den einen oder anderen Punkte in aller Kürze hinweisen. Die staatliche Ordnung ist für uns dadurch bestimmt, daß wir primär den Staatsaufbau auf christlicher Grundlage erstreben. Man sagt, daß das Christentum irgendwie eng (?) wäre. Wir sind davon überzeugt, daß noch keine Bewegung und keine Anschauung in der Weltgeschichte die Zeit im Ablauf der Jahrhunderte so sehr umgestaltet und so sehr vor sich hergetrieben hat wie das Christentum.

(Sehr richtig!)

Wir glauben, daß, wenn wir uns dieser Kräfte, die ja unserer menschlichen Würde voll und ganz entsprechen, nun auch in einer Ausweitung auf der politischen Ebene bedienen, es uns gelingen wird, auch unsere Zeit in unserem Land im guten Sinne umzugestalten und vor uns herzutreiben.
Es ist selbstverständlich, daß wir uns zum demokratischen Staat bekennen, nicht nur wegen der Erfahrungen der Vergangenheit, sondern überhaupt, weil die Freiheit der Persönlichkeit, weil die Würde des menschlichen Geistes im Rahmen dieser christlichen Auffassung sich ja von vornherein gegen jede Art von Diktatur oder autoritärer Staatsführung wenden muß.

(Sehr richtig!)

Diktatur ist der Tod der Menschenwürde. Wir aber setzen den Geist gegen alle materialistischen Bestrebungen. Vom Geist her gesehen wollen wir eben Demokraten sein. Einer der Hauptpunkte in unserer staatlichen Ordnung ist der, daß wir uns voll und ganz für die Einheit und Unteilbarkeit Deutschlands einsetzen.

(Beifall.)

Wir glauben, daß jedes Volk eine organische Lebensgemeinschaft ist, und wir sehen in dem Begriff der Lebensgemeinschaft auch eine Berufungsgemeinschaft. Obwohl wir heute als Volk so sehr am Boden liegen, glauben wir, daß trotzdem unsere Berufung als Volk in Mitteleuropa nicht zu Ende ist. Wir wollen diese Stunde unseres Zusammenbruches dazu benutzen, in uns selber, in die Tiefen unserer Seele hineinzusteigen, uns zu fragen, was wir in der Vergangenheit falsch gemacht haben, es gut zu machen und die uns von Gott aufgetragene Sendung auch weiterhin im besseren Sinne des Wortes zu erfüllen.

(Beifall.)

Weil wir aber, meine Freunde, die eigentliche Ordnung erstreben und weil wir glauben, daß die Ordnung sich ganz organisch eben schon aus den Begebenheiten des Volkes heraus ergibt, sind wir ebenso, wie wir an der Einheit Deutschlands festhalten, von A bis Z entschlossene und überzeugte Föderalisten.

(Sehr richtig! Beifall.)

Darum fordern wir, wenn wieder ein Aufbau Deutschlands kommt, was wir alle wünschen, daß sich dieser Aufbau auf föderativer Grundlage, und zwar auf der Ebene des deutschen Bundesstaates vollzieht.

(Beifall.)

Ich möchte über die staatliche Ordnung nichts mehr sagen. In der Rechtsordnung selbst steht für uns im Vordergrund, was ich bereits angedeutet habe: Die Freiheit, die Würde des Menschen und vor allen Dingen die Gleichberechtigung aller Menschen. Da ist in erster Linie einmal die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau herauszustellen. Wir glauben z.B. - und haben das gerade in unserem Grundsatzprogramm herausgestellt -, daß die Hausfrauenarbeit der Berufsarbeit des Mannes gleichkommt. Wir glauben darüber hinaus auch, daß endlich einmal, und gerade vom Standpunkt einer christlichen Partei aus, auf der ganzen Linie mit dem Grundsatz ernst gemacht werden muß, daß alle Stände und Berufe rechtlich und sozial gleichzustellen sind, daß es kein Vorrecht irgendeines Standes gibt, das ihn berechtigte, eine Sonderstellung einzunehmen.

(Sehr richtig! Bravo!)

Die Sozialordnung geht aus von dem, was überhaupt die Keimzelle jeglichen Volkslebens ist, was auch die Keimzelle jeglichen geistigen Lebens bedeutet, nämlich von der Familie. Hier nun der Familie den entsprechenden Schutz zu geben, die Familie eben wirklich als die in sich geschlossene Urzelle des Volkes, gerade auch des Volkes, das wir lieb haben, herauszustellen, das sind die ersten Punkte unseres Grundsatzprogramms hinsichtlich der Sozialordnung. In bezug auf das Kind gehen wir, von allem anderen abgesehen, davon aus - die anderen Dinge kennen Sie ohnedies auch, es geht hier nur darum, bestimmte Dinge sich neu zu überlegen und herauszustellen -, davon aus, daß der Staat als der dem Wesen und der Aufgabe nach notwendige Ordnungszustand eines Volkes die Pflicht hat, besonders begabten jungen Menschen die Möglichkeit zu verschaffen, im Leben dahin zu kommen, wo sie hingehören. Eine soziale Hilfe für alle Minderbemittelten festzulegen, die in besonderer Weise begabt sind, wie auch - und das nehme ich von der Kulturordnung voraus - eine besondere Hilfe überhaupt für alle Begabten, daß sie nun in jener Schule oder in jener Ausbildung zu jenem Handwerk gelangen, das ihnen liegt, das ihnen die innere Befriedigung ihres Lebensberufes ermöglicht. Das ist einer unserer Hauptpunkte in bezug auf den werdenden Menschen.

In bezug auf die sonstigen Dinge der Sozialordnung nur noch einen Punkt: Wir glauben, daß das Zeitalter des Liberalismus, in dem Arbeit als Ware verdächtigt wurde, endgültig vorbei ist. Wir glauben, daß das Angebot gewissermaßen der Arbeit nicht mehr dem Angebot der Ware gleichkommt, sondern wir halten die Arbeit, die berufliche Betätigung, für eine sittliche Pflicht und für ein sittliches Recht des Volkes. Gerade deswegen wünschen wir, daß jeder Arbeiter eine menschenwürdige Entlohnung bekommt, die ihm wenigstens einen bescheidenen Wohlstand ermöglicht.

Meine Freunde! Seien wir uns darüber klar: Wenn dieser Punkt durchgeführt wird, dann brauchen wir in keiner Weise mehr gegen einen Großkapitalismus als Staat im Staate zu kämpfen.

(Sehr richtig!)

Dann bekommt jeder Arbeiter soviel, daß er zu einem bescheidenen Wohlstand gelangt, dann gibt es keinen Großkapitalismus mehr.

(Beifall.)

In bezug auf die Wirtschaftsordnung sind unsere Gedanken: Ich sagte gerade vom Liberalismus: Sie wissen, der wirtschaftliche Grundsatz des Liberalismus war doch der des laissez faire, laissez aller, der des Kampfes aller gegen alle. Der reine Ellenbogenmensch, der wirtschaftlich Starke, der immer stärker Werdende konnte jeden anderen wirtschaftlich und auch sonst einfach an die Wand drücken, wie er wollte. Wir halten dieses Prinzip nicht nur für ein total unchristliches, sondern für ein unmenschliches. Die Auswirkungen auf sozialer, wirtschaftlicher und, meine Freunde, auf politischer Ebene, wo nicht mehr die Staaten in erster Linie Krieg oder Frieden machten, sondern die Wirtschaftskonzerne, haben wir alle zusammen erlebt. Darum rücken wir in unserer Grundlinie der Wirtschaft von diesem verderblichen Prinzip einer liberalistischen freien Wirtschaft ab.

Wir lehnen aber ebenso das Gegenteil ab, nämlich die sogenannte Planwirtschaft. Denn wenn schon auf der einen Seite der private Großkapitalismus als unmenschlich und als unchristlich und als ein Unding in sich ermöglicht wird, dann kann man diesen Materialismus des Großprivatkapitalismus nicht dadurch ersetzen und überwinden wollen, daß man zum Staatskapitalismus schreitet.

(Zustimmung.)

Ich möchte keine Beispiele aus jener Zone erzählen, wo das Prinzip des kollektiven Denkens und Handelns gerade in der Wirtschaft in höchster Blüte steht. Weil wir den Menschen als solchen in den Mittelpunkt unserer ganzen Aufmerksamkeit und unserer Politik stellen müssen, glauben wir auch, daß wir die persönliche Initiative des wirtschaftenden Menschen aus allem Zwang und allem Terror vom Hitler-Vierjahresplan heraushalten müssen.

Genauso, wie es im Christentum nur etwas gibt, was man gelenkte Freiheit nennt, ist für uns das richtige Prinzip das Prinzip der gelenkten Wirtschaft, die sich von einer leisen Überwachung des ganzen Wirtschaftsapparates in Zeiten der Hochblüte bis an die Grenzen einer Planwirtschaft - bitte richtig verstanden - in den Augenblicken erstreckt, wo ein Volk, wie unser Volk gegenwärtig, am Boden liegt. Die Möglichkeit, hier nun die Überwachung, die Lenkung, so zu variieren, daß nicht störend in die Wirtschaft eingegriffen wird, daß ganz im Gegenteil die Wirtschaft den Schutz durch den Staat bekommt, um ihr eigenes Leben im Rahmen des Volkes führen zu können, ohne aber gemeinschaftsschädigend werden zu können, das ist das Prinzip, das wir im Staate vertreten sehen wollen. Wir glauben nämlich, daß auch die Wirtschaft gerade in ihrer starken Verflechtung mit dem Gesamtleben des einzelnen sowohl wie des ganzen Volkes ins Volk hineingehört und daß auch die Wirtschaft nicht das Recht hat, für sich Sonderansprüche an den Staat zu stellen. Auch die Wirtschaft muß dem Volke dienen, genauso wie der Staat, der ja Diener des Volkes zu sein hat.

In bezug auf das Eigentum haben wir gesagt: Es ist uns klar, daß wir das rechtmäßig erworbene Eigentum schützen müssen. Wir haben alle auch die Überzeugung, meine

Freunde, daß im Eigentum selbst schon ein sehr starker sozialer Faktor verankert ist, ein Faktor, den wir im großen und ganzen vielfach, nicht wir hier, übersehen haben, nämlich der Faktor, daß jemand, der etwas hat, dem etwas zu geben hat, der nichts mehr besitzt, mit anderen Worten die Pflicht des Besitzers, jenen, die unverschuldet ihren Besitz verloren haben, irgendwie die Möglichkeit zu bereiten, wieder zu Besitz zu kommen. Das erscheint uns als das eigentlich Sozialistische hinsichtlich des Besitzes.

(Sehr richtig, Beifall.)

Im Rahmen der Wirtschaftsordnung nur noch den aufsehenerregenden Punkt des Mitbestimmungsrechts nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer an der Lenkung und Leitung bestimmter Betriebe in bestimmten Funktionen. Ich möchte daran erinnern, daß einige Gedankengänge auch in die Verfassung aufgenommen wurden, und ich möchte ganz besonders daran erinnern, daß von jener Seite, die gewissermaßen schon durch den Namen alles das, was sozial bedeutet, als ureigene Domäne für sich in Anspruch nimmt, gerade in diesem Punkt unseren Leuten im Verfassungsausschuß bei dieser Gelegenheit fast ganz bestürzt gesagt wurde: Ja zum Kukkuck, Ihr seid ja sozialistischer als wir.
Meine Freunde! Wir sind nicht sozialistischer, wir sind überhaupt keine Sozialisten, aber wir wollen ernst machen mit der Tatsache, daß wir sozial bis in die Knochen sein müssen, gerade in der jetzigen Zeit.

(Lebhafter Beifall.)

Wir müssen das sein, weil wir ohne die Verwirklichung des Gedankens eines selbstlosen Brudertums über unsere Zeit und ihre Not nicht mehr hinwegkommen können.

(Sehr richtig!)

In bezug auf die Kulturordnung nur noch die Tatsache, daß das Verhältnis von Religion und Staat auch in unserem Grundsatzprogramm eindeutig abgewogen ist. Die Kirchen werden vom Staat als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt. Wir wenden uns gegen das Staatskirchentum, wir wenden uns aber auch andererseits dagegen, daß man nun, wie es ein berühmter führender Politiker Bayerns vor nicht allzulanger Zeit getan hat, Schlagworte aus der Zeit vor 200 Jahren herausstellt, um damit bayerische Politik machen zu können, nämlich Trennung von Kirche und Staat. Wir wollen auch eine gerade Linie geben, eine eindeutige Linie, die uns verbürgt, daß das, was sich seit 2000 Jahren auch auf diesem Grund und Boden mehr oder minder von den kleinsten Anfängen zu diesen wunderbaren Blüten und Früchten unserer Kultur emporgerankt hat, nicht durch irgendwelche Experimente kaputtgeht und kaputtgeschlagen wird.
Über die Stellung von Wissenschaft und Kunst usw. brauche ich nichts weiter zu sagen, nur eines noch: Ob Sie von der staatlichen Ordnung herkommen oder die Kulturordnung ansehen, auch hier der große soziale Zug unserer Grundausrichtung, der soziale Zug auch in bezug auf die Kunst, daß wir dafür sind und alles daransetzen wollen, daß das ganze Volk nicht im Sinne jener verrückten einseitigen KdF-Fahrten, sondern im Sinne der inneren Entflammung und Überzeugung teilhaben kann an den großen Gütern der Kunst und Kultur unseres engeren und weiteren Vaterlandes und der gesamten europäischen Kulturwelt.

(Beifall.)

Überhaupt, Freunde, und das ist der letzte Punkt dessen, was ich zu sagen hätte, in dem Augenblick, wo man versucht, in die Tiefen der Seele und in die Tiefen der Wahrheit hineinzusteigen, da weitet sich der Blick über die Grenzen des persönlichen Lebens und vielfach auch über die Grenzen des volkhaften Lebens hinaus. Er geht über die Landesgrenzen hinaus. Wenn dann noch dazukommt - wie es heute der Fall ist -, daß die wirtschaftliche, daß die notvolle, die kulturelle und sonstige politische Verflechtung in Europa so stark ist, wie sie es heute Gott sei Dank ist und mehr und mehr zum Bewußtsein kommt, dann ist es klar, daß eine so grundsatzbetonte Partei wie die Christlich-Soziale Union nicht nur in Bayern und Deutschland verruhen kann, sondern sich auch Ziele über diese Grenzen hinaus stecken muß. Und darum unsere Programmpunkte der zwischenstaatlichen Ordnung: Wir treten ein für eine europäische Föderation.

(Lebhafter Beifall.)

Wir wenden uns gegen Zollschranken und sonstige Schranken, die irgendwie noch zwischen den Ländern Europas stehen. Wir glauben daran, daß das Notwendigste unseres ganzen politischen Geschehens eine Wirtschafts- und Währungsunion sein wird. Weil das der Fall ist und weil, wie ich schon anfangs gesagt habe, dieser Aufbruch des christlichen Menschen in die Politik in ganz Europa festzustellen ist, darum glauben wir, wenn wir von Bayern und sonstige von Deutschland aus im Laufe der Zeit die Möglichkeiten haben und anwenden, uns mit den gleichen Parteien in anderen Ländern zusammenzusetzen, zu beraten, uns gegenseitig kennenzulernen und die gleichen Ideen und Ziele herauszustellen, daß daraus etwas hervorgehen wird, was uns bitter not tut, nämlich die eigentliche dauerhafte Befriedung Europas vom christlichen Geist her.

(Beifall.)

Und zum zweiten noch etwas anderes, und das ist mein persönliches Bekenntnis: Eine christliche Übernationale als Gegengewicht zur roten Internationale.

(Andauernder, stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke dem Referenten.
Das Wort hat Parteifreund *Haußleiter* zum Referat über das 30-Punkte-Programm der Union.
Haußleiter: Meine Damen und Herren! Schlagwortprogramme hat das deutsche Volk lange genug angehört. Parteifreund *Rindt* und ich haben uns deshalb eine andere Aufgabe gestellt. Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, die innere Ideenwelt der Union im Programm eingehend darzustellen. Wir haben neben dieser Darstellung der Ideenwelt der Union eine zweite Aufgabe zu erfüllen gehabt. Wir hatten zu zeigen gehabt, daß wir entschlossen sind, diese Ideen auch zu verwirklichen. Denn, meine Damen und Herren, eines ist uns klar: Wir stehen vor der Bewährungsprobe unserer christlichen Welt. Allein von Ideen zu reden, hat keinen Sinn. Sie müssen in Aktionen übergeführt werden. Deshalb steht bei uns neben dem Grundsatzprogramm das Aktionsprogramm der 30 Punkte. Ich brauche keine Einzelheiten zu sagen, nur dies: Der erste Satz, der mir auf der Seele brannte, zieht sich wie ein roter Faden durch das Programm. Der erste Satz heißt: Die Union ist eine neue und eine junge Partei, die sich zum sozialen Fortschritt unseres Jahrhunderts bekennt.

(Beifall.)

Das ist der Boden, von dem aus wir dann unmittelbar an die Nöte der Zeit herangehen, so die Flüchtlingsfrage, in der wir sagen: So wie wir das Eigentum überhaupt bejahen, so erkennen wir auch das Eigentum der Flüchtlinge als gleichberechtigt an.
Unser Aktionsprogramm: "Hinein in die brennende Not, die wir zu lösen haben", ist die Basis - und das glaube ich hier sagen zu können -, die ausführliche, eingehende Basis, auf der sich alle Flügel der Union treffen werden. Ich glaube auch, das scheint mir ein Grund für seine ausführliche Fassung gewesen zu sein: Wer hier sieht, was über die Aufgaben gesagt ist, die vor uns stehen, wer auch das sieht, was wir wollen, der kann nicht mehr sagen, da sind Spalten, da sind Risse in der Union, der mag sagen, die Union ist eine Sammelpartei, die sich allmählich ihre geistige Position geschaffen hat. Mit der Annahme des Programms werden Sie beweisen, daß wir die gemeinsame Plattform ge- [...][2]

Die Sitzung wird um 15.40 Uhr wieder aufgenommen.

Vorsitzender [*Josef Müller*]: Sehr verehrte Damen und Herren! Vor Eintritt in die Debatte erteile ich das Wort Herrn *Liedig* zur Abgabe einer Erklärung.
Liedig: Ich bitte, daß sich im unteren Saal nur Stimmberechtigte aufhalten und alle Gäste sich auf die Tribüne begeben wollen. Dann macht die Hausverwaltung darauf aufmerksam, daß über Mittag und auch am Abend zwischen dem Ende unserer Tagung und dem Beginn der kulturellen Veranstaltung der Stadt Eichstätt die Garderobe ohne Bewachung ist. Ich bitte daher, alle Garderobenstücke mitnehmen zu wollen. Dann hat der Wortführer der Jungen Union um Bekanntgabe gebeten, daß heute abend nach Beendigung unserer Tagesordnung um 19.30 Uhr im Schulhaus St. Walburg eine Sitzung stattfindet; anschließend ist dann die Teilnahme an der kulturellen Veranstaltung.
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Liebe Parteifreunde! Ich darf jetzt bereits den Wahlausschuß bestellen, der bei der Wahl des Landesvorsitzenden fungieren soll. Wir hatten heute vormittag Parteifreund *Sedlmayr*, Parteifreund *Haußleiter* und Parteifreund Dr. *Martin* bestellt. Ist die Landesversammlung damit einverstanden, daß die drei Parteifreunde wieder als Wahlausschuß fungieren? Kein Widerspruch? Dann ist das genehmigt. Ich stelle ferner den Antrag, daß für die politische Debatte um die Wahl des Landesvorsitzenden als Verhandlungsleiter Parteifreund Dr. *Muhler* bestellt wird. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen?
(Ist nicht der Fall.)
Dann wird nach meinem Rücktritt nachher Parteifreund Dr. *Muhler* den Vorsitz führen.
Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Die Christlich-Soziale Union hat in diesem Jahre Wahlkampf nach Wahlkampf zu bestehen gehabt. Sie hat alle Wahlkämpfe gewonnen; auch der letzte Wahlkampf wurde gewonnen. Die Union hat 52,3% der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Es war das ein Erfolg, der bei der Gründung der Union bestimmt nicht erwartet war. Der Erfolg hat gezeigt, daß es gelungen war, in der Union die konstruktiven Kräfte unseres Volkes zusammenzufassen. Wir haben gegründet auf der Basis des Bekenntnisses zur christlichen Kulturauffassung. Es ist uns gelungen, die Bekenntnisse zu einen. Evangelische und katholische

[2] Fehlblätter. In der Vorlage findet sich der Vermerk: "Fehlblatt S. 41/42 am 5. August an Dr. Müller". Die Blätter konnten im Nachlaß Müller nicht ermittelt werden.

Christen stehen heute zusammen zu gemeinsamer Arbeit im öffentlichen Leben, zu gemeinsamer Arbeit für das Volk und für die Heimat. Selbst wenn in der vergangenen Zeit Dissonanzen aufgetreten sind, nie sind die Dissonanzen um dieses Problem gegangen; nie hat sich hier eine Spaltung angezeigt. Das Wahlergebnis hat gezeigt, daß nicht etwa, wie der eine oder andere angekündigt hatte, die evangelischen Wähler weniger geworden wären: Im Verhältnis sind sie gleich geblieben. Gerade in Franken, in dem Gebiet, in dem die Union den schwersten Kampf zu bestehen hatte, in dem alle Parteien gegen die Union angestürmt sind, haben wir unseren Bestand ungefähr halten können.

(Lebhafter Beifall.)

Meine lieben Freunde! Vielleicht hätte man im südbayerischen Bereich an alte Traditionen anknüpfen können, in Franken wäre das vergeblich gewesen. Dort war die Union zwischen evangelischen und katholischen Christen eine absolute Notwendigkeit für die Gegenwart und für die Zukunft.

(Beifall.)

Wie das für Franken der Fall ist, ist es aber auch der Fall für ganz Deutschland.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Wir können nicht mehr um Jahrhunderte zurückschreiten. Jahrhunderte sind überwunden. Zum ersten Mal seit 400 Jahren sind wir wieder einig aufgetreten.

(Beifall.)

Hitler hat viel Unheil gestiftet. Aber vielleicht können wir gerade darin eine gewisse Zwangsläufigkeit des Schicksals sehen, daß selbst derjenige, der das Böse stiftet, das Gute erreicht hat. Wenn wir so die Zeichen der Zeit betrachten, dann werden wir immer einen Sinn in den Ablauf der Zeiten bringen können. Manchmal erschien es uns wirklich, als ob der Irrsinn und der Wahnsinn um uns alles mitreißen wollte; manchmal schien es so, als ob diabolische Kräfte gegen uns standen, die unser Volk in den Strudel des Unheils hineingetrieben hätten. Wir von der Christlich-Sozialen Union finden uns heraus. Wir wollen unser Volk aus der Not herausführen, aus der materiellen und aus der moralischen Not. Wenn das Volk uns das Vertrauen übertragen hat, dann haben wir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns bereit zu erklären, die Verantwortung gegenüber dem Volk und vor unserem Gewissen und vor dem Herrgott zu übernehmen.

(Lebhafter Beifall.)

Wir haben keinen Stimmenfang betrieben. Der Kampf, der gegen uns geführt wurde, hat erst soundso viele Menschen aufs neue zu uns hingebracht. Ich will nicht auf die Einzelheiten dieses Kampfes eingehen, meine lieben Freunde; wenn der Kampf abgeschlossen ist, soll man das Fazit ziehen. Man soll an die Zukunft und nicht immer an die Vergangenheit denken. Aber das sei gesagt: Wir haben eine Bewährungsprobe bestanden, wie sie selten für Parteien der Vergangenheit zu bestehen war.

(Sehr richtig!)

Ich habe mich gefreut, als der Parteivorsitzende der erste sein zu dürfen, der in dem Kampfe voll und ganz seine Person und seine Ehre einsetzen mußte.

(Stürmischer Beifall.)

Meine lieben Freunde, war ich bereit, mein Leben für unsere christliche Kultur einzusetzen, dafür, daß unser Vaterland und Europa christlich bleibt, dann bin ich jetzt auch bereit, die Ehre einzusetzen. Es ist eine Selbstverständlichkeit für einen Menschen, der für eine Überzeugung steht, daß er restlos, als ganzer Mann, für sie steht. Auch da wollte ich allen Freunden Vorbild sein. Denn wenn wir schon das christliche Persönlichkeitsideal gegenüber dem kollektiven Denken herausstellen, dann wollen wir ganze Persönlichkeiten sein. Wir in der Union wollen Alt und Jung dazu führen, daß sie mit ganzer Kraft als ganze Persönlichkeiten dastehen; denn nur dadurch werden wir auch die Zukunft bestehen.

(Beifall.)

Wir müssen unser Volk aus dem Massenwahn der vergangenen Zeit wieder herausbringen. Wir werden aber das Volk nicht durch Schwätzereien herausbringen: Die Menschen wollen mehr hören. Sie wollen nicht nur Worte hören, sie wollen ein Bekenntnis eines ganzen Mannes hören und sie erwarten zum Bekenntnis auch die nachfolgende Tat.

(Sehr richtig!)

Wir werden nüchtern bleiben, wenngleich unsere Ideale uns begeistern und uns den nötigen Enthusiasmus geben, der wirklich dringend notwendig ist, damit die Menschen von heute, klein und groß, mit der Not fertig werden. So freuen wir uns, meine lieben Freunde, daß die Union wirklich über das hinausgewachsen ist, was früher starre Parteien waren. Die Union ist im wahrsten und besten Sinne des Wortes zu einer Volksbewegung geworden, zu einer Volksbewegung, getragen von den Kräften des Christentums, des sozialen und demokratischen Bekenntnisses. Und das muß unser Ziel bleiben. In der Demokratie hat die Partei ihre Aufgabe zu erfüllen. Sie ist ein Instrument der Demokratie. Aber sie kann nie Selbstzweck sein. Menschen, die sich nur um der Parteipolitik willen einsetzen, treiben dem Partei-Egoismus entgegen. Der Partei-Egoismus, der dann dadurch zum Ausdruck kommt, daß man nur Stellen besetzt, bedeutet noch nicht Arbeit für die Demokratie.

(Beifall.)

Es stehen sich heute Welten gegenüber. Wir haben es in der vergangenen Zeit erlebt: *Hitler* - was war denn letztlich sein Beginnen? Er hat als Partei angefangen, weil er damals das Instrument der Demokratie ausnützen und durch die Demokratie die Demokratie überwinden wollte. Gerade weil wir das erkennen, wollen wir unsererseits die Demokratie mit einem solchen Inhalt erfüllen, daß in Zukunft die christlichen Persönlichkeiten die besten Demokraten und auch bereit sind, die Kulturgüter und damit die Güter der Demokratie zu verteidigen.

(Beifall.)

Was ist denn die Freiheit der Persönlichkeit? All die Freiheiten, die in der Verfassung festgelegt sind, sind aus unserer christlichen Kultur herausgewachsen. Und so werden wir, wir von der Christlich-Sozialen und von der Christlich-Demokratischen Union, die besten Demokraten sein.

Meine lieben Freunde! So werden wir auch in der Zukunft mit den diabolischen Gewalten fertig werden, die uns dann gegenübertreten werden. Es sind nicht die Parteien, die in den Konkurrenzkampf treten, die die Gefahren der Zukunft heraufbeschwören. Mit den Parteien könnte man leichter fertig werden. Die Gefahren der Zu-

kunft liegen ganz anderswo, sie liegen dort, wo die Not ihren Herd hat. Denken Sie nur an das nächstliegende Problem, an das Flüchtlingsproblem! Wenn wir die Not da nicht überwinden, und zwar aus unserer christlichen und sozialen Gesinnung heraus, nicht nur durch den Staat, sondern durch die Hilfe vom Nächsten zum Nächsten, dann wird dort die Not siegen und dann wird der Proletarismus die Revolution der Zukunft auslösen.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Und so können Sie Problem an Problem fügen! Denken Sie an die vielen Menschen, die in den Bombardements Hab und Gut verloren haben! Denken Sie darüber hinaus an alle, die im Kriege geschädigt worden sind; an die vielen Menschen, die existenzlos geworden sind; an die Jungen, die draußen waren, die die besten Jahre ihres Lebens verloren haben und jetzt dastehen; die damals noch hinausgezogen: "Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt", die die Welt verloren haben und jetzt hoffen, daß ihnen wenigstens Deutschland noch bleibt. - Meine lieben Freunde, aus der materiellen und moralischen Not heraus wachsen die diabolischen Kräfte, denen sich die Union entgegenstellen muß, wenn nicht die Kultur Schaden leiden soll. Man hat früher die Konsuln beauftragt, dafür zu sorgen, daß der Staat nicht Schaden leide: Und dann litt doch in der alten Zeit dieser alte römische Staat auch Schaden. Auch er ist damals zusammengebrochen aus der Wirtschaftskrisis heraus, aus einer Krisis des Latifundienkapitals; und wir alle haben es in unserer Generation und vorher schon erlebt, wie eine Krisis förmlich die andere hetzte und wie die Krisen die Menschen in den Strudel mitrissen.

Deswegen müssen wir alle Kraft aufbieten, um für die Zukunft wirklich Boden unter die Füße zu bekommen für den Staat, für das Volk und für die Demokratie. Der Boden unter die Füße kann aber nur durch eine gute Wirtschaftspolitik gelegt werden. All denen, die ich aufgezählt habe, den Flüchtlingen und Geschädigten, nützen Worte nichts. Sie müssen irgendwie fühlen, daß sie nicht verzweifeln brauchen. Denn die Verzweiflung löst letztlich Bewegungen aus, wie das die Hitler-Bewegung war. Schuld oder Nicht-Schuld ist nachher leicht formal festzustellen. Aber die tieferen Ursachen sind schwer zu ergründen. Wir wollen uns Mühe geben, die Ursachen zu ergründen, die zu einem solchen Zusammenbruch von weltkatastrophalem Ausmaß geführt haben. All das kann nur durch eine nüchterne Politik geschehen. Nüchtern muß unsere Politik im Rahmen des Wirtschaftlichen sein.

Wir werden morgen, wenn wir uns auf die Regierungspolitik konzentrieren, darüber zu sprechen haben, wie wir mit den Problemen dieser Politik fertig werden. Eines sei aber heute schon gesagt: Bleiben wir auch dann nüchtern, wenn wir als Bayern von der Zukunft Bayerns reden! Meine lieben Freunde! Was würde es uns nützen, wenn Bayern im Augenblick gedeihen würde und nicht Deutschland gleichzeitig gedeiht, wenn der Süden konsolidiert und der Norden nicht auch konsolidiert würde. Was wäre das Endergebnis? Wenn dort die Not siegt und die Massen in Verzweiflung geraten, dann sind wir als Nachbarn allzunahe am Strudel.

(Sehr richtig!)

Aber auch in unserem eigenen Interesse ist es gelegen, denn wie wollen wir denn die Tagesprobleme lösen? Nehmen Sie das Währungsproblem, nehmen Sie alle Probleme, können wir sie im bayerischen Bereich lösen? Es ist absolut unmöglich. Wir können keine eigene bayerische Währung schaffen; wir können nicht, wie der eine oder andere gemeint hat, Deutschland zunächst nur als Zollverein ansehen.

Meine lieben Freunde, die Not für Bayern, für Deutschland, ja für Europa ist in dem Zusammenbruch so groß geworden, daß wir auch da weiterdenken müssen. Wir können nur hoffen, daß wir, wenn auch die anderen Völker Europas diese Not erkennen, die Schranken der Vergangenheit überwinden und daß wenigstens die Zollgrenzen innerhalb Europas fallen.

(Beifall.)

Ich gehe weiter und sage: Und wenn heute die Völker von Sicherheiten sprechen, die europäischen Völker Sicherheiten gegeneinander haben wollen; ich würde die beste Sicherheit darin sehen, daß Europa zu einer einheitlichen Währung gelangt. Denn dann, wenn es nur eine Währung in Europa gibt, kann kein Land mehr gegen das andere mobilisieren. Das ist die nüchternste und beste Garantie für die Sicherheit der europäischen Völker. Wir hoffen weiter, daß die europäische Kulturgemeinschaft auch noch so kräftig ist, daß sie den Haß, den *Hitler* gesät hat, überwinden wird. Wir haben unsererseits den Willen, alles zu tun, um das zu erreichen. Wir wollen vorher daran mitbauen, daß wirklich ein gesundes Deutschland entsteht. Wir Bayern fühlen uns, und zwar mit Recht, wirklich glücklich, daß wir in gewissem Sinne eine bessere Basis zur Konsolidierung unserer Verhältnisse haben. Wir wollen das sobald als möglich tun, aber wir wollen uns dann nicht scheuen, auch von Bayern aus mitzuwirken, und zwar bestimmend mitzuwirken, daß Deutschland werde.

(Anhaltender Beifall.)

Für uns ist dabei das Bekenntnis zum Föderalismus kein Zweckbekenntnis. Wir wollen nicht einen Schlagwort-Föderalismus haben. Man hat das Wort in der Vergangenheit oft, vielleicht allzuoft gebraucht. Wenn wir heute vom föderativen Reichsaufbau reden, dann denken wir konkret. Meine lieben Freunde, bestimmt, wir wollen nicht mehr das zentralistische Reich haben; wir lehnen das Reich eines *Adolf Hitler* ab; wir gehen weiter und lehnen auch ein Reich eines *Bismarck* ab,

(Beifall.)

und zwar deshalb, weil die Glieder des Deutschland, das wir uns vorstellen, auch in dieser Zeit nicht gleichberechtigt waren, weil damals rechtlich eine Überlegenheit gesichert war, weil der Norden den Süden beherrschte. Wir wollen es heute nicht umgekehrt machen: Wir stellen keinen Herrschaftsanspruch über den Norden. Wir wollen gleiche Basis haben, gleiches Recht und gleiche Pflichten für alle Glieder des neuen Deutschland.

(Beifall.)

Wir freuen uns, daß die Union zur stärksten Partei in Deutschland geworden ist. Die ganze Union Deutschlands bekennt sich zum föderativen Aufbau des neuen Deutschland. Wir müssen uns dazu auch aus grundsätzlicher Erwägung heraus bekennen. Wir stellen immer die Tatsache in den Vordergrund, daß Gott zuerst den Menschen geschaffen, die Familie gegründet hat, daß dann das Volk wurde und das Volk sich erst als ordnendes Element den Staat geschaffen hat. Und so gehen wir auch hier, wenn wir das neue Deutschland aufbauen, von der gleichen gedanklichen Basis aus. Auch da wollen wir den Vergleich mit einer Familie ziehen, in der die Kinder alle so gehalten sind, daß sie sich möglichst selbständig, als selbständige Charaktere, entwikkeln. Denn dann wird die Familie in ihrer Geschlossenheit am besten dastehen, wenn alle Kinder der Familie starke Persönlichkeiten sind. Allerdings muß dann die Fami-

lie auch zusammenhalten. Es darf dann nicht so sein, daß ein Kind dauernd gegen das andere queruliert oder daß ein Sohn dauernd dem anderen gegenübersteht. So wollen wir, aus diesem Bewußtsein der Geschlossenheit heraus, den Weg zu einem neuen Deutschland finden, das besser ist als das, das vorher war.

(Beifall.)

Meine lieben Freunde! Im Christentum ist als selbstverständliches Gesetz das Gesetz des Friedens enthalten, das Gesetz des Ausgleichs. Denn was bedeutet das Wort "Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst!" anders als "Suche mit Deinem Nächsten den Ausgleich". So streben wir den Ausgleich in unserer Gesellschaftsordnung an, den Ausgleich zwischen den Ständen und Schichten, den Ausgleich zwischen den einzelnen Persönlichkeiten. So streben wir aber auch für den Frieden mit den anderen Völkern den Ausgleich an, der einen gerechten und dauerhaften Frieden garantiert. Wir wollen nicht, daß Völker wieder gegen Völker stehen. Wir lehnen den Krieg ab. Wir lehnen den Nationalismus, der uns bereits in zwei Kriege gestürzt hat, aus vollster Überzeugung ab.

(Lebhafter Beifall.)

Wir wollen deswegen auch nicht die billige Propaganda, die sich da und dort im Wahlkampf gezeigt hat, wenn die Menschen, vor allem die Jugend, mit nationalistischen Phrasen angesprochen wurde. Ich sehe es als viel wichtiger an, daß wir gerade unserer Jugend sagen: Ihr habt es ja erlebt, wohin es führt, wenn Ihr dann hinausgebracht, hinausbefohlen wurdet, wenn Ihr geglaubt habt, für Euer Vaterland stehen zu müssen und dabei mißbraucht worden seid. Geht also mit uns in die Zukunft den Weg des Friedens, des Friedens im Volk und des Friedens zwischen den Völkern!

(Beifall.)

So werde die Christlich-Soziale Union zu einem wirklichen Bündnis für den Frieden, den wir in unserem Volk pflegen wollen, für den Frieden, den wir mit den anderen Völkern anstreben. Wir wissen, der Friede wird nicht leicht werden. Es ist leichter, einen Krieg zu erklären, als einen Frieden vorzubereiten. Wir wissen, daß wir viel opfern müssen, daß wir Tag und Nacht arbeiten müssen, um wieder einigermaßen in Frieden leben zu können; aber lieber wollen wir Tag und Nacht arbeiten als nochmals Sklaven sein.

(Lebhafter Beifall.)

So bitte ich Euch alle, meine lieben Freunde, denkt daran: Die Union ist die Union des Friedens, die Union dient dem Frieden. Sie dient der Kultur, der christlichen Kultur, die lange Zeit den Völkern Frieden gegeben hat. Nur wenn die Völker abgeirrt sind, dann sind sie ins Unheil gegangen. Und so bitte ich jeden einzelnen: Arbeitet für die Union, sorgt dafür, daß die Union auch in der Zukunft ihre Aufgabe lösen kann! Ich war dankbar, daß ich solange an diesem Platz stehen und diesem hehren Ziel dienen durfte. Jetzt gebe ich Ihnen den Weg zur Wahl eines Nachfolgers frei. Wählen Sie ihn nach bestem Wissen und Gewissen! Wählen Sie für die Union! Gott segne unsere bayerische Heimat, er segne unser deutsches Vaterland und er segne die Christlich-Soziale Union!

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Hiermit lege ich das Amt des Landesvorsitzenden der Christlich-Sozialen Union nieder. Ich bitte Parteifreund Dr. *Muhler*, den Vorsitz zu übernehmen.

- Dr. *Muhler* übernimmt den Vorsitz. -

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde! Wir treten jetzt in den nächsten Punkt der heutigen Tagesordnung ein: Wahl des Landesvorsitzenden.

(Zuruf: Politische Aussprache!)

Wenn noch gewünscht wird, vorher eine politische Aussprache zu halten, so bitte ich um Wortmeldungen.
Zum Wort hat sich Parteifreund Dr. *Schlögl* gemeldet.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Punkt, der uns jetzt beschäftigt, ist die politische Aussprache. Die Wahl des Vorsitzenden ist als nächster Punkt gedacht. Den Reigen der Redner hat der Herr Landesvorsitzende Dr. *Müller* eröffnet, und zwar in einer Art und Weise, daß ich sagen muß, ich bin mit manchen seiner Ausführungen vollständig einverstanden. Zunächst möchte ich aber eines feststellen. Er hat zu dem Ausgang der Wahlen Stellung genommen und ihn kritisch beleuchtet. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die erfolgte Wahl wohl noch ein Sieg für uns war, aber wenn Sie die Wahlziffern im ganzen Lande beobachten, so müssen Sie zu der Überzeugung kommen, daß diese Wahl nur noch einen Pyrrhussieg für uns bedeutet hat.

(Zuruf: Oho!)

Überlegen Sie sich bloß - Sie können dazu lachen oder weinen, aber es steht fest -, daß, wenn die Gemeinden unter 2000 Einwohner nicht hergehalten hätten, das Wahlergebnis ganz anders geworden wäre.

(Sehr richtig!)

Die Großstädte und vor allem auch die kleineren Städte haben zum Teil nicht mehr so arg Union gewählt, wie wir es gewünscht hätten.

(Zuruf.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen nur aufgrund meiner eigenen Erfahrung mitteilen, daß sie in meinen Stimmkreisen um 3000 Stimmen zugenommen hat, aber in den kleinen Landstädtchen um Hunderte von Stimmen abgenommen hat. In die Städte sind andere Parteien sehr stark eingedrungen, und zwar deshalb, weil dort bestimmte Stände nicht mehr so arg auf die Union geschaut haben. Daraus müssen wir Folgerungen ziehen, darüber gibt es gar keinen Zweifel.

(Zuruf: Mehr Arbeitervertreter! - Beifall.)

Wenn Sie meine ganze Politik bis heute verfolgt haben: Ich habe mich immer für ein Zusammengehen von Arbeiterschaft und Bauernschaft eingesetzt, und zwar im vollen Ernst der Situation, weil ich glaube, daß diese beiden großen schaffenden Stände allein in der Lage sein werden, all das zu erreichen, was vorhin ausgeführt worden ist. Aber eines muß ich sagen, damit Sie nicht glauben, daß gerade die Bauernschaft im Parlament besonders stark vertreten wäre, darf ich Sie bloß daran erinnern, daß nach dem Statistischen Jahrbuch der Versammlung, die die Verfassung gemacht hat, 14,4% ausübende Bauern und Bauernvertreter angehört haben. Das ist eine Tatsache, die nicht ich festgestellt habe, sondern das Statistische Jahrbuch. Meine Damen und Herren, wenn wir in der heutigen Versammlung zur Politik sprechen, wollen wir über den Ständestreit wirklich erhaben sein. Der Herr Landesvorsitzende hat einen Satz geprägt: Der Herrgott hat uns die Verantwortung aufgebürdet. Meine Damen und Her-

ren! Ich will Ihnen eines sagen: Der Herrgott hat uns nicht nur die Verantwortung aufgebürdet, sondern er hat uns auch einen Verstand gegeben.

(Hört! - Heiterkeit.)

Wir müssen daher ganz nüchtern und sachlich die Verhältnisse betrachten, wie sie in Wirklichkeit sind. Ich kann leider Gottes in einem Punkte dem Herrn Parteivorsitzenden nicht folgen. Das ist der große Flug in die Außenpolitik, den er angestellt hat. Ich muß Ihnen sagen, in einer Zeit, in der wir noch keinen Friedensvertrag haben, in einer Zeit, in der wir jeden Tag nur schauen müssen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, in einer solchen Zeit sind wohl solche Flüge sehr interessant, aber sie werden nicht zu dem führen, was ich als Politik anschaue.

(Zurufe.)

Meine Damen und Herren, bitte unterbrechen Sie mich nicht! Wir sind doch in keiner Volksversammlung, sondern in einer Versammlung ernster Parteifreunde. Ich kann Ihnen eines sagen, mein politisches Programm ist sehr kurz. Wir müssen zwei Punkte beobachten: a) unser eigenes Haus einmal in Ordnung zu bringen,

(Sehr richtig! - Südbayern!)

b) das große deutsche Vaterland wieder schaffen. Diese zwei Punkte schweben mir bei der gesamten politischen Betrachtung vor; alles andere, diese Flüge in die Ferne, werden doch zu nichts führen.

(Oho! - Heiterkeit.)

Wir müssen einmal schauen, die Vertrauenskrisis, die noch besteht, zu beseitigen. Deswegen meine ich, wir müssen in erster Linie eine ganz eindeutige Politik treiben, die dahin geht, daß wir in ein inniges Verhältnis zu der Besatzungsmacht, die wir hier haben, kommen. Das ist die erste Voraussetzung. Da gibt es für mich keine Zweideutigkeit, sondern nur ein eindeutiges Wollen und eine eindeutige Politik.
Zum Standpunkt Bayern und Reich hat der Herr Vorsitzende Worte gefunden, die ich hundertprozentig unterschreibe.

(Beifall.)

Ich wollte, er hätte bisher immer in dieser Eindeutigkeit gesprochen.

(Zuruf: Hat er auch.)

Ja, meine Damen und Herren, wir sind doch in keiner Volksversammlung; wir sind doch lauter delegierte Leute, vernünftige Leute, die besten, die die Wahlkreise haben auswählen können, nehme ich an. - Eines steht für mich fest, in der Frage Bayerns hat er heute Andeutungen gemacht, die mich gefreut haben. Es kann möglich sein, daß er sich unterdessen etwas bekehrt hat.

(Gebrumm.)

Das war der Grund, weshalb ich bis heute immer etwas sehr mißtrauisch war, weil ich in der Politik kein Schwanken kenne. Für mich ist Politik eine ganz eindeutige Angelegenheit. Ich will Ihnen eines sagen: Daß wir alle zum Reich wollen, ist ganz selbstverständlich. Da hat es an sich bis heute noch gar kein Mißverständnis gegeben. Ich war immer ein Anhänger der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Ich habe nur immer erklärt: Bei der politischen Einheit wollen wir genauso vorsichtig sein, wie es heute der Herr Landesvorsitzende formuliert hat. Hier muß uns die Vergangenheit

Richtschnur sein. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Dann wird jeder Bauer und insbesondere die Leute, die uns gewählt haben, werden mit uns einverstanden sein können. Hätten wir die bayerische Frage immer in dieser Form vorausgestellt, dann, meine Damen und Herren, hätten wir nicht die Schwierigkeiten im Wahlkampf gehabt.

(Zuruf: Das macht der rechte Flügel!)

Ich gehöre weder dem rechten noch dem linken Flügel an, sondern bin ein echter Bayer und lasse mich von diesem Wege absolut nicht abbringen, koste es, was es wolle.

(Beifall.)

Wenn wir in dieser Form arbeiten, wie es der Herr Landesvorsitzende heute gemacht hat - es ist ja möglich, daß aus einem Saulus einmal ein Paulus wird -,

(Hört! - Heiterkeit.)

dann habe ich die Gewähr, daß die Union weiterhin gut arbeiten kann. Nur auf diesem Wege ist es möglich und sonst nicht anders, und da können Sie theoretisieren, soviel Sie wollen. Also ich fasse es noch einmal zusammen:

1. Eine eindeutige Stellungnahme zu der Besatzungsmacht; das Spielen mit einer anderen Besatzungsmacht oder Ausspielen der einen gegen eine andere ist für uns in Bayern undenkbar.

(Sehr richtig!)

Das würden auch die Bauern nicht vertragen. Ich warne Sie davor.

2. Ein eindeutiges Bekenntnis zu unserem bayerischen Vaterland.
3. Auch ein Bekenntnis zu unserem deutschen Vaterland. Ich würde den Tag begrüssen, an dem wir wieder einmal eine deutsche wirtschaftliche Einheit wären.

In diesem Sinne fasse ich die Politik auf. Dann wird es auch keine Schwierigkeiten geben. Dann hätte es überhaupt keine Schwierigkeiten gegeben. Wenn der Herr Landesvorsitzende die Demokratie und das demokratische Denken noch stärker unterstreicht, so bin ich ihm hierfür auch sehr dankbar. Denn ich habe bis heute immer so das Gefühl gehabt, als ob wir tatsächlich die Demokratie in der ganzen Arbeit der Union noch suchen müßten. Ich habe darunter gelitten - ich weiß das -, aber ich habe einen so breiten Buckel, wie Sie ihn sehen, daß mich das verflucht wenig schert. Ich gehe meinen geraden Weg in der Politik. Wenn wir keine Winkelzüge machen und uns auf diese Form einigen, dann kommen wieder die fehlenden Stimmen, die wir bei der letzten Wahl zum Landtag verloren haben, denn wir haben Stimmen im Verhältnis verloren, darüber gibt es keinen Zweifel. Wir haben das nicht aufholen können, was die größere Wahlbeteiligung uns an Stimmenzuwachs hätte bringen müssen. Wir wollen doch nicht Vogel-Strauß-Politik treiben und etwas verhehlen, was nicht verhehlt werden kann.

Ich will hoffen, daß das gesamte bayerische Volk diese bayerische und deutsche Politik mitmacht und daß die Union gekräftigt wird, besonders wenn sie demokratisch wird - in jeder Form -, daß die Meinung jedes einzelnen von uns geachtet wird und daß jeder einzelne von uns seine Meinung dartun kann und deswegen nicht angegriffen wird. Wenn wir in dieser Form arbeiten, wird es zum Segen Bayerns und Deutschlands sein.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Als nächster Redner hat sich Herr Dr. *Kroll* gemeldet.
Dr. *Kroll*: Liebe Freunde! Wenn wir heute hier zusammengekommen sind, so haben wir uns jetzt in dem Punkte der Aussprache, in dem wir uns befinden, auch Rechenschaft darüber abzulegen, ob wir uns vielleicht in der Vergangenheit insofern getäuscht haben, als wir nach der Meinung eines Teils der Union und eines großen Teils der Draußenstehenden den falschen Mann an die entscheidende Stelle gesetzt haben, mit anderen Worten, wir treten in die Diskussion um den Landesvorsitzenden ein. Da möchte ich ganz bescheiden folgendes sagen: Wir alle wissen, daß wir der Führung Dr. *Müllers*, die wir bisher gespürt haben, zu außerordentlichem Dank verpflichtet sind.

(Lebhafter Beifall.)

Man kann sachlich anderer Meinung sein, und die Opposition innerhalb der Union ist vielfach anderer Meinung. Aber z.B. von einem Diktator in der Partei könnte man ja nur reden, wenn er etwa die Opposition mundtot gemacht hätte. Ich glaube, sie war bisher immer noch sehr rührig und sehr lebendig. Sie durfte sich regen und hat sich geregt.

(Sehr richtig!)

Wir können wohl sagen, daß wir manchmal eher das Gegenteil gespürt haben, daß er zu gutmütig war

(Heiterkeit.)

und beinahe die Einheit der Union gefährdet hat.

(Lebhafter Beifall.)

Liebe Freunde! Es ist eine grundsätzliche Frage, ob wir in der Zukunft eine schwache oder eine starke Demokratie wollen. Es scheint in Deutschland üblich zu sein, auf eine starke Monarchie eine schwache Demokratie und nun auf eine stärkere Tyrannis abermals eine schwache Demokratie setzen zu wollen. Die echten Freunde der Demokratie sind aber der Meinung, daß nur eine starke Demokratie Aussicht hat, in den Wirrnissen der Zeit zu bestehen.

(Sehr richtig!)

Aus diesem Grund sind wir auch der Meinung, etwas von dem angelsächsischen Vorbild lernen zu dürfen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß gerade in England und Amerika sowohl Parteiführer wie Ministerpräsidenten bzw. der Präsident eine sehr starke Rolle spielen. Wollte man diese Rolle über Gebühr schwächen, dann hätten wir nur das eine, daß wir den Unfrieden, den wir einmal bei einer Führung hatten, verewigt hätten. Ich spreche hier zur Einigung. Seien wir uns alle darüber klar, daß wir über die persönlichen Gegensätze hinweg zu einer Einigung kommen können und kommen müssen.

(Sehr richtig!)

Ich muß es mit Erstaunen noch einmal ausdrücken: Wenn über das Programm gesprochen wurde, hat sich die Opposition fast nie geregt. Wenn über den Föderalismus gesprochen wurde - Dr. *Müller* hat nicht erst heute vom Föderalismus gesprochen, sondern schon immer -, dann waren wir uns immer einig. Die Uneinigkeit hatten wir immer erst dann, wenn Personenfragen in den Vordergrund traten.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Oder praktische Politik.)

Zur praktischen Politik, Freund *Hundhammer*, hatten wir viel zuwenig Gelegenheit, als daß wir darüber heute reden können.

(Tosender Beifall.)

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Dazu wäre Gelegenheit gewesen. - Der Staatspräsident!)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bin der Meinung, liebe Freunde, daß es darauf ankommt ...

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Die Verfassung war praktische Politik. -
Zuruf: *Hundhammer* raus!)

Ich bitte, den Redner reden zu lassen.
Dr. *Kroll*: Ich bin der Meinung, daß uns Parteifreund *Hundhammer* über die welterschütternde Bedeutung des Staatspräsidenten selbst noch referieren wird.

(Beifall.)

Ich bin aber der Meinung, daß wir uns hier heute über die grundsätzlichen Dinge sowohl im Programm wie in anderer Hinsicht geeinigt haben und daß wir den Willen zur Einigung verkörpern. Ich bin auch der Meinung, daß alles, was bisher gegen Dr. *Müller* sachlich vorgebracht wurde, in keiner Weise hinreicht, um auch nur eine entscheidende Kritik an diesem Manne zu üben.

(Beifall.)

Wenn ich meine Meinung sagen darf, was im Wahlkampf geschadet hat und warum die Städte versagt haben, dann möchte ich Ihnen sagen, daß die Art und Weise, wie Dr. *Müller* von Parteifreunden, wenn auch nicht angegriffen wurde, aber doch wie diese Angriffe als ein Symbol einer künftigen Spaltung bejaht wurden,

(Pfui!)

uns am allermeisten geschadet hat.

(Starker Beifall.)

Hätten wir immer Disziplin geübt und auch nur sachliche Auseinandersetzungen im eigenen Haus gehabt, ich bin überzeugt, dann wäre draußen nicht dieses Gerede entstanden, daß die Union aus zwei ganz starken Flügeln besteht, die sich heftiger bekämpfen, als der eine Teil die SPD bekämpft, usw. ... und wir hätten den Wahlkampf ganz anders führen können, als wir ihn geführt haben.

(Lebhafter Beifall.)

Wir müssen das nur einmal herausstellen, nicht daß hinterher wieder gesagt wird, es wird ja nicht alles aus der Perspektive des Wahlkampfes gemacht. Uneinigkeit ist immer von Schaden, ob im Wahlkampf oder später, das bleibt sich gleich. Wir wollen versuchen, jetzt eine Linie zu finden, auf der wir uns einigen können.
Ich bin der Meinung, es ist keiner da, der nachweisen könnte, daß Dr. *Müller* kein Föderalist sei, am allerwenigsten dann, wenn er sich auch einmal an einer anderen Stelle für Deutschland einsetzt. Ich bin der Meinung, daß ein Föderalist ein Mann ist, der Bayern im Reich bauen will und nicht Bayern neben dem Reich. Wenn er in Hessen oder Berlin einmal zum Wahlkampf spricht, kann man ihm doch nicht den Vorwurf machen, daß er Bayern verraten hat.

(Beifall.)

Was wir von ihm kennengelernt haben, und ich darf hier wohl auch sagen, daß ich im Namen der Jungen Union spreche, ist das eine:

(Beifall.)

Er hat eine entschlossene Haltung. Er zeigt eine Linie, auf die wir uns getrost begeben können, und er vergißt über Bayern Deutschland nicht. Er läßt nicht die anderen bauen, so daß die Bayern abseits stehen und die Zentralregierung woanders gebaut wird. Er will hinein und möchte den entscheidenden Anteil Bayerns an Deutschland sichern.

(Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, es erübrigt sich, in dieser Weise darüber zu reden, ob Dr. *Müller* vielleicht durch die Veröffentlichung von Gestapo-Protokollen diffamiert wurde. Wir sind alle der Meinung, daß dieses Vorgehen, gleichgültig von wem es ausging, sachlich diejenigen diffamiert, die es betrieben haben.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn man es aber durch diese Art Politik dahin gebracht hat, daß ein politisch schwer Verfolgter heute in dem Augenblick vor die Spruchkammer kommt,

(Zurufe: Pfui! - *Hundhammer*, pfui!)

wo ...

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Ich verwahre mich dagegen. - Unruhe.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Herr Dr. *Hundhammer*, wenn Sie sprechen wollen, bitte ich Sie, sich zum Wort zu melden.
Dr. *Hundhammer*: Zu einer persönlichen Richtigstellung, dann sofort.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Herr Dr. *Hundhammer* hat das Wort zu einer Richtigstellung.
Dr. *Hundhammer*: Sofort zu einer persönlichen Richtigstellung: Es ist ein Zwischenruf gemacht worden, aus dem zwei Dinge entnommen werden können: Erstens daß ich mit der Veröffentlichung der Gestapo-Protokolle zu tun gehabt hätte, zweitens daß ich mit dem Verfahren jetzt vor der Spruchkammer zu tun gehabt haben könnte.
Ich glaube, es sind genügend Leute von der Spruchkammer vorhanden. Ich erkläre, daß ich erstens die Gestapo-Protokolle nicht gekannt habe, bevor sie veröffentlicht wurden, und zweitens weder direkt noch indirekt mit der Publikation zu tun hatte. Ich erkläre fernerhin - und die Beteiligten wissen es -, daß ich von dem Verfahren vor der Spruchkammer erst in dem Moment erfahren habe und erst in dem Augenblick selber beteiligt wurde, als sich bei den Verhandlungen bereits General *Clay* eingeschaltet hatte. Ich möchte bitten, auch solche hinterfotzigen Verleumdungen zu unterlassen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Verehrte Damen und Herren! Ich muß den Ausdruck "hinterfotzig" zurückweisen.

(Zuruf: War berechtigt! - Unruhe. - Zuruf *Sporer*: Dann wird der Ausdruck auch zurückgenommen. - Zuruf: Die Stimmabnahme in Mittelfranken hat Herr *Hundhammer* mitverschuldet.)

Ich bitte um Ruhe. Ich bitte den Redner, fortzufahren.
Dr. *Kroll*: Liebe Freunde! Ich bitte, mich nicht dahin mißzuverstehen: Ich habe weder einen Namen eines Parteifreundes genannt, noch Herrn Dr. *Hundhammer* zitiert. Was

ich festlegen will: Daß in der Presse, für die Herr *Hundhammer* nicht kann, sofort nach der Veröffentlichung der Gestapo-Protokolle ein Interview mit Dr. *Hundhammer* erschienen ist, in dem er gesagt haben soll, Dr. *Müller* müßte nach diesen Veröffentlichungen zurücktreten. Ich frage Herrn Dr. *Hundhammer*, ob das zutreffend ist.
Dr. *Hundhammer*: Ich bin auch heute noch der Meinung, daß Dr. *Müller*, bis dieses Verfahren entschieden ist, vom Forum zurücktritt.

(Pfui!)

Dr. *Kroll*: Wir wollen uns nicht aufregen, sondern wir wollen nüchtern bleiben. Ich möchte hierzu nur sagen:

(Starke Unruhe.)

Vielleicht darf ich weiterreden.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ruhe!
Dr. *Kroll*: Ich darf dazu nur folgendes erklären: Es gibt zweierlei Art von Haltung. Man kann erklären: Es sei besser, daß man sich unter diesen Umständen zurückzieht. Ich aber bin der Meinung, daß wenn in dieser Art und Weise mit dem Entnazifizierungsgesetz Mißbrauch getrieben wird - die Formulierung eines Parteifreundes stimmt, der gesagt hat, daß man dieses Entnazifizierungsgesetz in ein Heimtückegesetz umgewandelt hat

(Sehr richtig!)

- es ist allen klar gewesen, daß die Beschuldigungen, die gegen Dr. *Müller* geäußert wurden, wenn sie überhaupt gemacht werden, längst bekannt waren -, es unverständlich ist, wie man dieses Argument mitten in die Frage der Kabinettsbildung hineinschleudern kann. Wir sind der Meinung, daß es nicht unsere Aufgabe ist, hier dieses Verfahren zu diskutieren, sondern daß es unsere Verpflichtung ist, einem Mann, der wie kein anderer die Union in Bayern gebaut hat, der wie kein zweiter mit seiner persönlichen Ehre dafür eingestanden ist, daß das christliche Abendland nicht zugrunde geht, selbstverständlich unser volles Vertrauen auszusprechen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Und nun möchte ich zum Schluß nur noch eines hinzufügen. Wir möchten es so sagen: Wenn die Union heute in die Verlegenheit käme, ihren Landesvorsitzenden nicht mehr zu wählen, dann würde sie wahrhaft ein Bild des Jammers abgeben.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Sie würde über ein Jahr einen Unwürdigen an ihrer Spitze gehabt haben, und alle, die einst hinter ihm hergelaufen sind, müßten die reinsten Trottel gewesen sein. Ich meine, so kann man Politik nicht machen, auch nicht mit dem Entnazifizierungsgesetz. Darum bitte ich Sie alle, geben Sie bei der Wahl Ihre Stimme dem alten wie dem neuen Landesvorsitzenden Dr. *Josef Müller*!

(Stürmischer Beifall.)

Ostwald: Meine Freunde! Wir haben mit großer Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß heute aus dem Munde des Herrn Dr. *Schlögl* erklärt wurde, daß man bereit ist, Bayern einzusetzen, um die deutsche Heimat zu retten. Wir stehen in Oberfranken auf dem Standpunkt, daß sich diese Auffassung hundertprozentig mit der Auffassung des Landesvorsitzenden Dr. *Müller* deckt, den wir in seinen Reden nie an-

ders kennengelernt haben, als mit dieser Erklärung, die sich mit den Ausführungen deckt, die er heute gemacht hat.

(Sehr richtig!)

Wir wissen, daß wir Bayern als ein Aktivum einzusetzen haben, wenn Deutschland gerettet werden soll. Aber wir wissen auch, daß die Verhältnisse, wie sie sich in Bayern gestaltet haben, nicht geeignet sind, alles das, was in der nächsten Zeit zu verhandeln ist, zu fördern. Wir haben die Auffassung, daß wir zu einem Teil aus den Verhältnissen, wie sie sich in Bayern gestaltet haben, bei den bizonalen Verhandlungen überspielt worden sind. Wir haben von Bayern einzusetzen, was die übrigen Gebiete des Reiches, insbesondere die britische Zone, brauchen. Wer mit dort drüben engere Verbindung hat, weiß, wie groß die Not ist, der weiß auch, daß von drüben und hier im eigenen Lande dem Stand Dank gesagt wird, der dafür sorgte, daß diese Riesennot im Rhein- und Ruhrgebiet wenigstens einigermaßen gesteuert werden konnte.
Wir wissen, heute morgen wurde stark darauf hingewiesen, daß Militarismus, daß Wehrpflicht vorüber ist. Aber die Nährpflicht ist jetzt in den Vordergrund getreten. Diese Nährpflicht, das wissen wir, hat die bayerische landwirtschaftliche Bevölkerung im vollen Umfang zu erfüllen gesucht. Dafür möchten wir auch aus dem industriellen Norden Bayerns Dank sagen, zusammen mit den Menschen, die an Rhein und Ruhr leben. Wir wissen aber auch, daß wir, wenn wir Bayern einsetzen, dabei ein Opfer bringen. Aber dieses Opfer ist nicht zu groß, wenn wir daran denken, daß es darum geht, Deutschland als Vaterland zu erhalten. Wir können ohne die übrigen Zonen nicht leben. Wir haben klar einzusetzen eine schon intensive Industrie, die Steine und Erde verarbeitet. Sie ist bei uns zu Hause. Wir wissen, daß sie die erste Industrie ist, die nunmehr zum Export angelaufen ist. Wir wissen, daß wir in Bayern und in Süddeutschland eine Lederindustrie und eine verarbeitende Industrie dieser Branche haben. Aber darüber hinaus haben wir nicht mehr viel einzusetzen, wir sind auf das angewiesen, was von draußen hereinkommt.
Wie schwer es ist, diese Dinge zu meistern, das wissen nur die Menschen, die Arbeiter, die Gefolgschaft, die mit ihren Unternehmern zusammen an der Maschine stehen. Nur sie wissen, wie schwer es in der Vergangenheit gewesen ist, diese Betriebe im Laufen zu erhalten.
Auch der Arbeiterschaft möchte ich von dieser Stelle aus Dank sagen, daß sie Verständnis dafür gehabt hat, daß die Dinge in der Vergangenheit gemeistert werden konnten.
Nun sind wir aber außerordentlich erstaunt, daß man in diesem Gremium so stark betont, daß auch Bayern sich als ein Glied des Ganzen fühlt, daß man auf der anderen Seite aus Zeitungsnotizen Erklärungen entgegennehmen muß, die mich zu einer Anfrage an die Unions-Leitung veranlassen, und die folgendermaßen lauten: Es ist der Unionsleitung bekannt, daß etwa Anfang Oktober 1946 in der österreichischen Zeitung Der Steirer, dem Parteiblatt der Christlich-Demokratischen Volkspartei in Graz, eine Antwort des österreichischen Bundeskanzlers *Figl* im österreichischen Parlament veröffentlicht wurde, wonach die österreichische Bundesregierung es ablehnt, dem Ersuchen bayerischer Kreise zu entsprechen, unter Führung Österreichs eine Donau-Föderation zu begründen, der neben Bayern auch Baden, Württemberg und vielleicht später auch Ungarn sich anschließen sollten. Die österreichische Regierung hat diesem bayerischen Ersuchen schon deshalb ablehnend gegenübergestanden, weil Öster-

reich seine Zukunft darin sehe, nach Schweizer Muster ein Hort der Neutralität zu bleiben, ohne sich zu irgendwelchen politischen Experimenten herzugeben.
Ist es der Parteileitung bekannt, um welche bayerischen Kreise es sich hier handelt? Man bekommt den Eindruck, wenn man etwas Derartiges hört oder liest, als ob es Menschen gäbe, die Bayern als einen Konzern ansprechen, wobei sie ein 51%iges Aktienpaket in der Hand haben, das man nach Belieben hin- und herschiebt. So geht es weiß Gott nicht. Wir haben alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß wir, was hier ausgesprochen wurde, zunächst einmal das eigene Haus wieder in Ordnung bringen. Aber wir haben auch alle Veranlassung - und das ist die Verantwortung, die wir zu tragen haben -, daß wir von uns aus, die wir die stärkste Partei in Deutschland sind, dafür sorgen, daß Bayern ganz ungeschwächt zum Reich kommt, daß es sein ganzes Gewicht in die Waagschale legt, die da demnächst einmal ausgewogen werden wird.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Werte Parteifreunde! Wir müssen uns überlegen, wie wir die Sache geschäftlich weitermachen wollen. Es ist jetzt 16.45 Uhr. Wir sollen doch spätestens 18.15 Uhr zur Wahl kommen. Wir haben also noch eineinhalb Stunden. Es haben sich bis jetzt 16 Redner gemeldet. Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst einmal Schluß der Rednerliste machen.
Ist jemand gegen meinen Vorschlag?
Nein, es ist niemand gegen meinen Vorschlag.
Dann ist die Rednerliste geschlossen.

(Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung!)

Wir haben jetzt noch 16 Redner und eineinhalb Stunden. Wir müssen dann wohl oder übel die Redezeit beschränken. Wenn alle gleichlang reden wollen, müssen wir sie auf fünf Minuten beschränken. Vielleicht verzichtet der eine noch zugunsten eines anderen, aber sonst kommen wir nicht durch. Ich setze also die Redezeit auf fünf Minuten fest. Herr Dr. *Horlacher* hat das Wort zur Geschäftsordnung.
Dr. *Horlacher*: Ist erledigt.
Dr. *Strauß*: Zur Geschäftsordnung! Ist es nicht besser, wenn die Redner von ihrem Platz aus sprechen?
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich denke auch, daß die Redner vom Platz aus sprechen können. Sonst verlieren wir bei den fünf Minuten Redezeit zuviel Zeit mit dem Heraufgehen zur Rednertribüne.
Karl Schmid: Meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich habe mich nur deshalb zum Wort gemeldet, weil mir eine Sorge auf der Seele brennt. Diese Sorge ist unsere Zukunft. Ich habe die Überzeugung, daß wir nur dann mit einiger Sicherheit und Aussicht in die Zukunft schreiten können, wenn wir die Einigkeit unter allen Umständen wahren. In dem Orte Puch bei Fürstenfeldbruck steht eine tausendjährige Linde. Unter dieser Linde ist ein Grab und auf dem Grabkreuz steht: Er war ein Rufer in der Wüste. Nach Jahrzehnten erfuhr unser Volk, wer dieser Rufer in der Wüste war: *Julius Langbehn*. Er hat damals in einer Hochkonjunktur Deutschlands, im kaiserlichen Deutschland, gerufen, daß die Kultur, die Moral, die Religion zerfällt und große Katastrophen kommen werden. Das Volk hat den Rufer nicht gehört und die Katastrophen sind gekommen. Heute, glaube ich, können wir noch mit viel mehr Recht sagen: Um so mehr noch müssen wir heute noch die Rufer in der Wüste machen, um unser Volk und die anderen Völker auf die größte Gefahr aufmerksam machen, die uns droht. Denn wie es scheint, nur noch eine Chance ist gegeben. Wenn wir auch diese versäumen und verpassen, dann sind wir restlos am Ende. Wollen wir diese Verant-

wortung auf uns nehmen? Wollen wir um kleinliches Gezänke eine solche Gefahr heraufbeschwören? Ich glaube, darin sind wir uns doch alle einig, daß das unverantwortlich wäre. Deshalb, meine ich, müssen wir uns jetzt darauf besinnen, daß wir die Einigkeit pflegen und mit aller Sorgfalt ausbauen, die wir jetzt in der Christlich-Sozialen Union durch den Zusammenschluß aller Stände und der beiden großen Konfessionen erreicht haben. Es geht jetzt nicht um Namen, es geht um die Zukunft des Volkes, es geht um uns alle. Ich glaube, wir sind uns darin einig, daß wir uns in dieser Stunde nicht auseinanderreden dürfen, sondern daß wir uns zusammenfinden und einig und geschlossen zusammenstellen müssen in einem großen Block. Denn das ist unsere einzige Hoffnung. Wenn wir das erkennen, werden wir auch den entscheidenden Weg finden. Letzten Endes ist es der Geist des einzelnen und der Allgemeinheit, der entscheidet. Nicht die Satzungen entscheiden und auch nicht die Verfassung, sondern der Geist des Volkes. Das christliche Ideal steht auf dem Spiele. Wir wollen es nicht verspielen, wir wollen es verteidigen und gewinnen.

Hans Schütz: Sehr geschätzte Landesversammlung! Ich spreche zu Ihnen zu dem Punkt der politischen Aussprache als einer, der unter dem landläufigen Namen "ein Flüchtling" das Wort ergreift. Lassen Sie mich in den fünf Minuten zwei Gedanken aussprechen. Einmal zu der hinter uns liegenden Wahl:

Geschätzte Frauen und Herren! Die bayerischen Parteien können zunächst alle fünf zufrieden sein, denn sie haben alle fünf Stimmen gewonnen. Etwas unzufrieden mit dem Wahlausgang - das kann uns niemand verargen - sind wir Flüchtlinge und Ausgewiesene. Wir haben nach den Statistiken 13% der Wähler gestellt. Wir haben bei den 13% Wählern ganze drei Mandate in der kommenden bayerischen Landesversammlung bekommen. Die Union hat uns eines vermacht, die Sozialdemokraten haben einen Flüchtling gewählt und die Demokraten. Das wäre an sich nicht so sehr bedeutungsvoll, weil meine Freunde und ich nicht auf dem Standpunkt stehen, daß ein Bauer nur durch einen Bauern, ein Arbeiter nur durch einen Arbeiter und schließlich ein Flüchtling nur durch einen Flüchtling vertreten werden kann. Aber immerhin, es ist ein Symptom. Es gibt 1,6 Millionen Flüchtlinge und bald werden es zwei Millionen sein. Von den fünf bayerischen Regierungsbezirken gibt es keinen, der zwei Millionen Einwohner hätte. Was würde das bayerische Volk sagen, wenn Sie sich entschlössen, einen ganzen Regierungsbezirk in Ihrer kommenden Landesversammlung nicht vertreten zu haben. Aber man geht mit einer Handbewegung darüber hinweg, daß diese große Gruppe der sogenannten Neubürger in der Landesversammlung unvertreten bleibt.

Mir persönlich geht das besonders aus einem politischen Gesichtspunkt sehr nahe. In der kommenden bayerischen Landesversammlung ist die Kommunistische Partei aufgrund der 10%-Klausel nicht vertreten. Wenn es zwischen den Flüchtlingen und einer politischen Partei bisher eine Kluft gab, dann war es zwischen den Flüchtlingen und den Kommunisten, weil jeder weiß, wer im letzten an ihrem Unglück schuld ist. Und nun stehen die draußen, und wir stehen auch draußen. Diese gefährliche Nachbarschaft des gemeinsamen Draußenstehens ist es, was mir ans Herz geht und was mir für die nächsten vier Jahre schwere Sorgen macht.

(Beifall.)

Wir haben in den letzten Tagen zusammengesessen und haben unter uns gesagt: Haben unsere bayerischen Freunde kurzsichtig gehandelt - nehmen Sie es mir nicht übel -, so wollen wir von uns aus alles daransetzen, daß wir weitblickender handeln. Ich bin

erst 45 Jahre alt und habe schon dreimal mein Vaterland sterben sehen. Wir haben die Heimat verloren. Sie können sich vorstellen, daß wir deshalb um die neue Heimat sehr besorgt sind und alles daran setzen wollen, damit die Hintergründe, die uns unsere alte Heimat nahmen, nicht auch das Schicksal der neuen Heimat aufs Spiel setzen.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich darf den Redner auf die Zeit aufmerksam machen. Sie haben nur noch eine halbe Minute zu sprechen.
Hans Schütz: Ich bin in zwei Minuten fertig. Nur noch ein Wort zu dem, was Sie Vorstandschaft und Wahl des Vorsitzenden nennen. Wir, die wir keine Bayern sind, wir kennen die einzelnen Herren nur dem Namen nach. Wir fragen also nicht, ob es der oder der sein soll. Wenn wir uns entscheiden, dann ist für uns ein Motiv, ein sachlicher Beweggrund vorhanden. Dann müssen wir sagen: Die Gruppe und die Männer, die bei aller Liebe zur bayerischen Heimat Deutschland sagen, die stehen, ob wir wollen oder nicht, unserem Herzen näher.
Noch ein Wort. Ich bin ein Sudetendeutscher. Manche Freunde in Bayern werfen uns vor, wir seien Nazis. Meine lieben Freunde! Wenn wir mit diesem berühmten Gesetz in Tuchfühlung kommen, dann deshalb, weil wir ehedem in unserer Heimat für die Selbstverwaltung eingetreten sind. Hier in Deutschland nennt man es Föderalismus, wir in der Fremde nannten es deutsch: die Selbstverwaltung. Für uns ist Selbstverwaltung, wenn Sie wollen Föderalismus, eine Lebensfrage gewesen. Ganz gewiß. Aber jetzt, wo wir die Heimat, die wir einmal gern verwaltet hätten, verloren haben, werden Sie verstehen, daß unsere letzte Hoffnung die größere Heimat Deutschland ist. Aus dieser Überlegung heraus haben meine Freunde in dem Namen Dr. *Müller* den Mann gesehen, der uns den Weg nach Deutschland ebnet.
Kübler: Männer und Frauen, liebe Freunde! Wir haben heute einen Tag von historischer Bedeutung nicht allein deshalb, weil sich die Union heute ihr Staatsgrundgesetz gegeben hat oder weil wir ein Schiedsgericht gebildet haben, sondern weil wir heute so richtig die Grundfeste für die Union gelegt haben. Denn die Union ist nicht eine Partei der Partei wegen, sondern sie ist heute eine Notwendigkeit zum Aufbau unseres Vaterlandes.
Männer und Frauen! Das ist der Gedanke, der für uns, die wir uns Mitglieder dieser Union nennen, bei jeder Gelegenheit maßgebend und Leitgedanke sein muß. Wenn wir das tun, dann kommen wir über sehr viele Differenzen hinweg.

(Bravo!)

Nicht um der Union willen sind wir Mitglieder der Union, sondern um unserem Vaterlande zu dienen.

(Beifall!)

Und so, liebe Freunde, müssen Sie es auch würdigen, daß uns das Volk wieder sein Vertrauen gegeben hat. Es soll nicht dazu dienen, um 104 Männer und Frauen in das Parlament zu schicken, sondern dazu, wertvolle praktische Aufbauarbeit zu leisten.
Wenn wir uns von diesen Gedanken leiten lassen, dann muß es doch leicht sein, alle persönlichen Dinge, die uns manchmal sehr stark und manchmal mehr, als es der Sache dienlich ist, berühren, zurückstellen. Die meisten von Ihnen werden vielleicht aus einer bestimmten Partei der Vergangenheit in die Union gekommen sein. Ich bin 35 Jahre im politischen Leben und habe immer einer Partei angehört. Sie ist im Jahre 1933 zusammengebrochen. Nun bin ich mit begeistertem Herzen in diese Union gekommen, weil ich in ihr die Möglichkeit zum Aufbau sah. Aber ich kann Ihnen sagen, Männer und Frauen, man hat uns in dem zurückliegenden Jahr manchmal die Mitar-

beit sehr schwer gemacht. Denn wenn man nur deshalb in eine Partei geht, um zu arbeiten, um etwas dem Volke in der Not Dienliches zu tun, und wir kommen dann nicht heraus aus den persönlichen Kämpfen, dann möchte man manchmal daran verzweifeln.

(Sehr richtig!)

Ich bin in den letzten Monaten manchmal sehr nahe daran gewesen, die Union wieder zu verlassen.

(Hört!)

Ich habe es mir auch sehr stark überlegt, ob ich wieder kandidieren soll. Ich habe es trotzdem getan. Aber nun möchte ich Sie bitten, Männer und Frauen, auch alles daranzusetzen, das Vertrauen des Volkes, das für uns nicht nur ein Vertrauen, sondern auch eine Pflicht bedeutet, zu rechtfertigen. Setzen wir alles daran, daß wir dieser Pflicht gerecht werden!

Deshalb heißt es: Neue Wege gehen! Ich habe vorher gesagt, der heutige Tag müßte ein Tag von historischer Bedeutung sein. Wollen wir alles Persönliche hier im Saale zurücklassen und alles, was dem Volke dient, in der Zukunft in die Waagschale werfen und unsere ganzen Kräfte dafür einsetzen.

Wir wissen ja, daß unsere Union nun schon ein ganzes Jahr mit im politischen Kampfe tätig ist, auch im Dienste des Staates, in der Staatsregierung. Da muß ich bemängeln, daß wir von den Vertretern der Staatsregierung heute niemand hier zu Wort kommen sehen; es hätte doch ganz bestimmt sehr viel zu sagen gegeben. Denken wir nur an das große Problem der Ernährung, der Versorgung unseres Volkes mit Lebensmitteln. Ich hätte es gern gesehen, wenn die Parteileitung an die Herren Minister mit dem Ersuchen oder der Einladung herangetreten wäre, zu den so brennenden Problemen zu sprechen und uns ein Bild über die Gegenwart und über die Zukunft zu geben. Es ist leider nicht geschehen.

(Zuruf: Morgen kommt noch die Regierungspolitik zur Sprache!)

Ich mußte mir sagen lassen, daß an die Mitglieder der Regierung nicht herangetreten wurde. Vielleicht läßt sich das noch gutmachen, denn es ist wichtig, daß wir alle diese Dinge kennen, wenn wir es anders machen wollen.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Sie haben noch eine halbe Minute Redezeit.

Kübler: Eine halbe Minute noch, Herr Pfarrer!

Meine Herren! Wir sprechen dafür und dagegen, wer in Zukunft unsere Partei leiten soll. Nur der Beste kann es tun.

(Sehr richtig!)

Die Meinungen gehen vielleicht manchmal auseinander, denn es hat in den letzten zurückliegenden Monaten allerhand Kämpfe gegeben. Aber ich sage Ihnen: Solange die Gegner auf einen von uns schießen und mit Dreck werfen, müssen wir das mit Freude hinnehmen, denn wir sehen daraus, daß er beim Gegner nicht gern gesehen ist. Aber die Schamröte treibt es einem ins Gesicht, wenn man dann hören muß, daß aus den Reihen der eigenen Freunde so geschossen wurde. Aber noch ist nie ein greifbarer Beweis erbracht worden. Ich verlasse mich nun darauf, daß vielleicht das Schiedsgericht, das wir heute ins Leben gerufen haben, uns die Möglichkeit gibt, endlich einmal festzustellen, wer ist es und wann ist es und ist es wirklich geschehen, daß die eigenen Freunde auf den Führer [*Josef Müller*] geschossen haben. Auch nach der

Richtung hin wollen wir Klarheit. Denn es ist manchmal sehr einfach und sehr leicht, einen Mann von der Spitze und von der Führung zu beseitigen. Aber ich sage mir immer: Wenn ich jemand wegtue, dann muß ich die bestimmte Gewißheit haben, einen besseren an seine Stelle zu bringen. Lassen Sie jetzt auch diese Wahl von den Gedanken leiten: Können wir einen besseren an die Stelle dort, wo bisher *Müller* gestanden hat, setzen?

(Zuruf: Nein!)

Können wir diese Frage heute nicht bejahen, sind wir nicht in der Lage dazu, dann sage ich Ihnen: Wählen wir unseren *Müller* wieder!

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Stang*: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wenn ich als alter, aber in meiner Betätigungsfreudigkeit und meinem politischen Idealismus doch noch immer junger Parlamentarier und Politiker mich in diese Aussprache einmische, so darf ich einen Satz an die Spitze stellen, den ich vorhin, vor dieser Versammlung, einem Parteifreund gegenüber geäußert habe: Wir müssen uns wieder mehr der verpflichtenden Kraft bewußt werden, die in unserem Namen Christlich-Soziale Union liegt. Union bedeutet Einigkeit und christlich bedeutet den Willen zum Frieden und zur Einigkeit.

(Sehr gut!)

Einigkeit und Einheit ist freilich nicht gleichbedeutend mit der Gleichförmigkeit und Uniformität. Aber bei allem Abweichen der Gegensätze, bei allem Kampf der Meinungen muß doch immer der Wille zum Frieden maßgebend sein.

(Sehr richtig!)

Ich habe heute früh ein Schauspiel erlebt, das sich schlecht einfügt in den reichen Schatz von Erfahrungen, den ich in meinem politischen Leben gewonnen habe. So ging es früher wirklich nicht zu.

(Sehr richtig!)

So kann auch die junge Demokratie nicht verstanden werden, die sich im Ansturm gegen die alte befinden zu müssen glaubt.
Meine Verehrten! Wenn ich draußen als Landrat - ein Amt, das ich in doppelter Form in Füssen und Kaufbeuren zu tragen habe - herumhöre, dann will das Volk den Streit nicht um die Person.

(Sehr richtig!)

Das Volk fragt sich: Warum haben wir Euch gewählt? Wir haben Euch gewählt zur sachlichen Arbeit in den Abgrundtiefen unserer Not und unseres Elendes.

(Sehr richtig!)

Darum meine ich, der Gedanke zum Frieden muß die schönste Frucht dieses heutigen und morgigen Parteitages sein. Den Frieden aber erlernt man nicht etwa durch Worte, sondern in der harten Schule der Selbstzucht, des Verantwortungsgefühls und der Achtung vor der Überzeugung der anderen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir den Frieden den Völkern predigen und wünschen, daß der Friede unter den Völkern herrscht, daß der Friede im Volk herrscht, dann muß dieser Friede vor allem

in unseren eigenen Reihen gepflegt werden. Sonst wird das Volk uns sagen: Ihr seid Heuchler, ihr sprecht von christlich-sozial, ihr sprecht von Union, von Einigkeit, und habt selbst diese Einigkeit nicht. Wenn wir also mit unseren Ideen das Volk in der Zukunft mitreißen wollen, dann müssen wir selbst Frieden und Einigkeit als hohe und wertvolle Güter schätzen und pflegen.

Der Herr Landesvorsitzende ist in der letzten Zeit die Zielscheibe von starken Angriffen gewesen. Ich kenne den Freund *Müller* schon seit mehr als 30 Jahren. Ich bin durchaus nicht in allen Dingen mit ihm einverstanden. Ich habe mich in diesem Wahlkampf aber immer schützend vor seine Person gestellt und habe es als eine Verwilderung politischer Sitten schlechtester Art bezeichnet, daß man ein Gestapo-Protokoll als Waffenschmiede benützt, um die Giftwaffen gegen einen politischen Führer herauszuholen. Ich habe erklärt: Wenn man dieses Gestapo-Protokoll zur Grundlage macht, so kommt mir das gerade so vor, als wenn in der Fabel das Lamm vor dem reissenden Wolf steht und ihm erklärt, um sein Leben zu retten: Lieber Wolf, laß mich doch leben, ich habe dich ja so lieb; und man würde hernach hergehen und diese Erklärung des Lammes als eine Liebeserklärung zur Raubnatur des Wolfes auffassen wollen.

(Sehr richtig!)

Aber dabei bleiben doch selbstverständlich die Meinungsgegensätze bestehen, die uns da und dort weiter trennen. Ich glaube aber, es kann nicht um die Person gehen, höher als die Person steht die Sache des Volkes und die Sache der Christlich-Sozialen Union.

Nun, meine verehrten Damen und Herren! Nur noch ein Wort zu der Frage Föderalismus und Unitarismus. Der Herr Landesvorsitzende hat vorhin den Satz ausgesprochen, daß wir den Einheitsstaat *Hitlers* ablehnen, ebenso wie wir das *Bismarcksche* Reich ablehnen. Eines möchte ich aber doch hinzufügen: Wir lehnen auch den Einheitsstaat der Verfassung Weimarscher Prägung ab.

(Sehr richtig!)

Wir müssen wieder mehr die Gedanken im Volke lebendig machen, daß die einzelnen Staaten - ich meine natürlich hier nur die lebensfähigen Staaten, nicht die Zwergstaaten - ihre eigenen Lebensrechte und ihre eigene Kultur im Verband des Reiches, oder wie man die kommende Staatsform nennen will, geschützt sehen wollen. Dann sind sie gern und freudig bei diesem Staat.

Diese innere Reichsfreudigkeit ist ein viel stärkerer Schutz für den Zusammenhalt des Reiches als eine von außen her wirkende Zentralgewalt. Darum sind wir bayerische Föderalisten aus Liebe zu Deutschland.

Und noch eines, ein ganz kurzes Wort, Herr Vorsitzender [*Emil Muhler*]! Ich halte es für durchaus angemessen - das möchte ich auch dem Freund *Schlögl* sagen -, daß man in unsere Debatte außenpolitische Gesichtspunkte hineinträgt. Wir müssen auch die Bühne des Parlaments dazu benützen, um z.B. der Welt entgegenzurufen, wie widersinnig es ist, daß man im Osten einen Raum ohne Volk schafft, während bei uns ein Volk ohne Raum ist.

(Sehr richtig!)

Wir müssen auf außenpolitischem Gebiet verlangen, daß unsere Friedensproduktion, die wir so dringend notwendig haben, niemals für Reparationen verwendet werden

darf. Wir müssen verlangen, daß wir nie versklavt werden, und wir müssen jetzt zu Weihnachten eines verlangen: Gebt uns unsere Kriegsgefangenen wieder!

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Wenn die Liebe eine Richtlinie ist für christliche Politik, dann muß die Union sich erst zu diesem Musterbeispiel der christlichen Liebe und christlichen Politik emporarbeiten. Wir brauchen mit anderen Worten zunächst die innere Ordnung bei uns selbst. Ich habe heute oft festgestellt, daß verschiedene Redner wieder die Neigung gezeigt haben, mehr aufzureißen als zusammenzuführen. Wenn ich da Worte höre wie "*Hundhammer* raus", so sind das Anzeichen einer falschen politischen Auffassung.

(Sehr richtig!)

Wir müssen dazu kommen, daß wir innerlich zusammenstehen, daß wir innerlich die Meinungen eines anderen ertragen. Wir müssen aber auch dazu kommen - und das ist das Wesentliche -, daß wir dem anderen keine andere sachliche Meinung unterschieben, nur aus dem Grund, um dreckigen persönlichen Zielen zu dienen.

(Sehr richtig!)

Meine lieben Freunde! Das letzte ist ein wesentlicher Gesichtspunkt. Das muß in der Union aufhören. In der Union muß es zur Richtschnur werden, daß bei den führenden Persönlichkeiten der Union die Lichtseiten durch uns hervorgehoben werden und nicht immer die Schattenseiten. Dann werden wir zusammenkommen. Wenn die Union ihre Bewährungsprobe bestanden hat, dann nur deswegen, weil ihre Wähler klüger waren als manche ihrer Führer.

(Lebhafter Beifall.)

Jetzt heißt es, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wenn wir diese innere Ordnung der Union bei Jung und Alt herstellen, dann werden wir die mitreißende Kraftquelle für die Politik unseres Volkes werden.

Dann noch eines zur deutschen Frage: Reden wir da doch nicht mehr aneinander vorbei, sehen wir doch die Dinge so an, wie sie in Wirklichkeit sind. Die Wiedergewinnung unseres deutschen Raumes, unseres deutschen Vaterlandes ist die erste Pflicht aller Deutschen, gleich wo sie wohnen.

(Stürmischer Beifall.)

Die Union kann nicht mehr die Fortsetzung engherziger Begriffe sein, die in unsere modernen Zeitverhältnisse nicht mehr hineinpassen. Den deutschen Raum brauchen wir zum Leben unseres ganzen Volkes, zur Regelung der Ernährungsfrage, der finanziellen Frage, der Währungsfrage; denn sonst geraten wir, gleichgültig wo wir wohnen, in den Abgrund.

(Sehr richtig!)

Ich komme zum Schluß. Was wir aber noch brauchen, ist die richtige Konstruktion des deutschen Vaterhauses, daß nicht noch einmal die reaktionären großpreußischen Herrschaftsschichten, diese reaktionäre Führerschicht in Deutschland das Haupt erhebt. Deswegen ist es unsere Aufgabe, aus dem bayerischen Schneckenhaus herauszugehen und Bayern als Kraftquell für den gesamten Aufbau unseres deutschen Vaterlandes zur Verfügung zu stellen.

(Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Verehrte Parteifreunde! Ich bitte Sie, den Applaus immer etwas kürzer fassen zu wollen. Es geht soviel Zeit verloren.
Frau Dr. *Probst*: Meine Damen und Herren! Die Landesversammlung heute soll nicht vorübergehen, ohne daß die Stimme einer Frau gehört wird. Die Stimme der Frau, meine Damen und Herren, muß im Konzert der deutschen Stimmen zur Geltung kommen, nicht nur, weil wir 60% der Wählerstimmen darstellen. Ich glaube, daß die Stabilität der Union, die sich auch in diesem Wahlkampf wiederum bewährt hat, von der Seite der Frau her weitgehend garantiert wird. Ich erhebe hier nicht meine Stimme, um Frauenrecht zur Geltung zu bringen; darüber sind wir längst hinweg. Wir haben die Rechte, die wir brauchen, um politisch arbeiten zu können. Ich erhebe hier meine Stimme aus einem viel tieferen Grund. Heute morgen sind schon Worte über das Ziel gesprochen worden, das wir alle erstreben. Wir wollen heute die Verwirklichung des christlichen Humanismus. Wir erstreben die Wiedererweckung der christlichen Einzelpersönlichkeit auch im politischen Bereich. Das, meine Damen und Herren, ist nicht möglich, ohne daß die Polarität der Geschlechter, der gottgewollte Ausgleich der Zweiteilung der menschlichen Persönlichkeit sich auch im Politischen vollzieht. Ich sehe gerade in der Ausschaltung des weiblichen Einflusses in der Politik eine der Ursachen unseres heutigen Zusammenbruches.

(Zustimmung.)

Wenn ich sage, Ausschaltung des weiblichen Einflusses, so richte ich dieses Wort nicht an Sie, meine Herren, sondern an uns Frauen selbst. Ich glaube, daß wir eine unerhörte Schuld auf uns geladen haben und noch dabei sind, wieder eine neue auf uns zu laden, wenn wir Frauen uns einer nicht gottgewollten Passivität anheimgeben. Wir müssen uns der Mühe und des Opfers des politischen Kampfes unterziehen. Gerade, meine Herren, angesichts der inneren Kämpfe, deren Zeugen wir zur Zeit sind, möchte ich den Einfluß der Frau in die Waagschale werfen für die absolute Sauberkeit, Anständigkeit und die Fairness der Mittel dieses Kampfes. Der Zweck heiligt die Mittel nicht.

(Sehr richtig!)

Wir müssen uns jeden Augenblick der vollen Verantwortung bewußt sein, die wir tragen angesichts der Größe des christlichen Zieles, das wir gemeinsam verfolgen.
Um abschließend ganz konkret zu sprechen: Es ist heute viel von Diktatur die Rede gewesen. Wenn der breite Rücken unseres Herrn Dr. *Josef Müller* eines Tages nicht mehr schützend vor uns stehen würde, so frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wer ist dann der nächste? Die vergifteten Pfeile wirken wie ein Bumerang, der auf den zurückkommt, der ihn schleudert.

(Sehr richtig!)

Ich halte es für meine Pflicht, Sie darauf hinzuweisen, daß ich persönlich im Wahlkampf die Erfahrung gemacht habe, daß ich dreimal von Diskussionsrednern anderer Parteien gefragt wurde, welch ein Unterschied zwischen einem kleinen Pg. von 1933 und Männern besteht, die das Ermächtigungsgesetz unterschrieben haben.

(Hört, hört!)

Wenn wir heute Herrn Dr. *Müller* fallen lassen, so mache ich Sie darauf aufmerksam, daß dann von außen her verschiedene Parteifreunde als unbrauchbar bezeichnet werden, wie schon aus den eigenen Reihen während des Kampfes Herr Dr. *Müller* für untragbar bezeichnet worden ist.

Ich möchte abschließend sagen: Wenn wir uns von Herrn Dr. *Müller* lossagen, gefährden wir die Union. Es kann nur heißen: Mit Herrn Dr. *Müller* für die Christlich-Soziale Union.

Sedlmayr: Meine Parteifreunde, meine Damen und Herren! Wenn ich hier auch noch das Wort ergreife, dann deswegen, um zum Ausdruck zu bringen, daß all unser Bemühen um die Einigkeit in der Union sinnlos wäre, wenn wir nicht selbst daran glauben würden, daß das Verbindende weitaus stärker ist als alles, was man uns bis jetzt als Trennendes vorgeführt hat.

(Sehr richtig!)

Manche Leute stellen die Sache so dar, als ob wir bis jetzt noch nichts Gemeinsames und noch nichts Großes geschaffen hätten. Ich verweise aber auf die Tatsache, daß die Union immerhin die Bayerische Verfassung wesentlich gestaltet hat und daß das als ein Aktivum für unsere Partei zu buchen ist. Dieses Staatsgrundgesetz, erfüllt vom christlichen und, wie ich hinzufüge, vom sozialen Geist, von einem modernen, fortschrittlichen sozialen Geist, spricht doch auch dafür, daß bereits eine gute Arbeit von seiten der Union für unser Volk und unser Vaterland geleistet worden ist.

(Sehr richtig!)

Wenn wir trotz allem von außen her bekämpft werden, dann wundert mich das nicht im geringsten. Denn für unsere politischen Gegner war das Schlimmste, was ihnen passieren konnte, daß der christliche Volksteil nun endlich sich in einer politischen Front zusammengefunden und erst damit eine Machtposition gefunden hat, von der wir sagen können: Sie wird uns weiter der Verwirklichung unserer Ideale entgegenbringen, sofern wir nur den richtigen Gebrauch davon machen.

Vor dieser Aufgabe stehen wir nun schon seit einem Jahre. Es ist erfreulich, daß wir immerhin schon wesentliche Arbeit im positiven Sinne zu Wege gebracht haben. Unter der Führung von Dr. *Müller* hat die Christlich-Soziale Union in Bayern immerhin ihren Gegnern auch Respekt eingeflößt. Denn anders wäre der furchtbare Kampf und wären manche Kampfmethoden, die dabei verwendet wurden, nicht zu begreifen.

(Sehr richtig!)

Wenn endlich auch eines bei uns klargestellt werden kann, was anscheinend immer ein Gegenstand von Auseinandersetzungen war, nämlich die Frage: Wie stehen wir als Bayern zu unserem deutschen Vaterland?, dann muß man sagen: Es ist höchste Zeit, daß wir darüber nicht mehr sprechen. Denn es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir uns im Sinne unseres Landesvorsitzenden als Bayern für ein einheitliches Deutschland einsetzen.

Nentwig: Als Sprecher des Flüchtlingsausschusses bei der Landesleitung habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

> München, den 10. Dezember 1946.
> Der Flüchtlingsausschuß der Christlich-Sozialen Union in Bayern hat sich in seiner Sitzung am 10. Dezember 1946 eingehend mit der Lage befaßt, in welche die Union durch die Angriffe auf den Landesvorsitzenden, Herrn Dr. *Josef Müller*, gebracht worden ist. Wir bedauern diese Vorkommnisse, welche die Interessen der Partei schwer schädigen können und auch die Lage unserer Wähler aus den Kreisen der Flüchtlinge und Ausgewiesenen empfindlich zu beeinträchtigen drohen, auf das

Tiefste. Es ist dem Ausschuß ein Bedürfnis, dem Herrn Landesvorsitzenden sein volles Vertrauen auszusprechen.

(Beifall.)

Diese Entschließung, die vom Flüchtlingsausschuß einstimmig gefaßt wurde, wird hiermit zur Kenntnis der Landesversammlung gebracht.
Lassen Sie mich dem noch einige Worte anschließen: Als im entscheidenden Augenblicke der Wahlschlacht die Angriffe gegen die Person unseres Landesvorsitzenden losgingen, da galten sie meiner Auffassung nach nicht in erster Linie seiner Person, sondern der Union.

(Sehr richtig!)

Die Tatsache, daß zum Teil Material aus den eigenen Reihen dazu verwendet worden ist, beweist mir dies geradezu. Denn ich halte keinen einzigen von uns für so charakterlos, daß er den Augenblick einer entscheidenden Wahlschlacht dazu benützt hätte, um eigene Differenzen, seien sie persönlicher oder sachlicher Natur, in diesem kritischen Augenblick der Partei vorzubringen.

(Zuruf: Dr. *Pix*!)

Der Hauptgegner stand meines Erachtens außerhalb der Partei und steht es noch.

(Zurufe: Nein, Dr. *Pix*. *Messmer*!)

Ich sage, der Hauptgegner steht außerhalb der Partei. Glauben Sie mir, daß sein Ziel war, durch die Diffamierung der Person des Landesvorsitzenden das Vertrauen der Wählerschaft in die Führung der Union zu untergraben und in jedem Fall zu erreichen, daß die Union entscheidend geschwächt, zumindest nicht mehr mit absoluter Mehrheit aus diesen Wahlen hervorginge.

(Sehr richtig!)

Als sich dann diese Rechnung als Fehlrechnung erwies und die Union ihre Stärke im wesentlichen gehalten hat, vor allen Dingen die absolute Mehrheit, da wurde der Kampf sofort fortgesetzt und er richtete sich jetzt darauf, die Union um die Früchte des Sieges zu betrügen. Denn jetzt galt es, die starke Persönlichkeit zu beseitigen, die meiner Überzeugung nach allein in der Lage gewesen wäre, eine starke Regierung zu bilden und unser Programm in die Tat umzusetzen. Wir wissen, wie wechselvoll dieser Kampf ausgegangen ist. Aber ich kann Ihnen das eine sagen: Die Öffentlichkeit hat mit großer Befriedigung von dem Vertrauensvotum Kenntnis genommen, das die Landesausschußsitzung unlängst dem Herrn Landesvorsitzenden mit so starker Mehrheit ausgesprochen hat. Sie wissen, daß daraufhin der Kampf und die Angriffe gegen seine Person nicht nachgelassen haben. Aber - und da möchte ich auf das hinweisen, was bereits einer der Herren Vorredner gesagt hat - gerade die Tatsache, daß unsere Gegner ihre konzentrischen Angriffe bis zum Letzten gegen die Person unseres Landesvorsitzenden gerichtet haben, beweist mir, daß es nicht der schlechteste Mann ist, der an unserer Spitze steht. Ich glaube, ich spreche hier auch gerade im Sinne der jungen Generation, wenn ich sage, daß es unsere Ehrenpflicht ist, uns unter allen Umständen geschlossen wie ein Mann vor die Person unseres Landesvorsitzenden hinzustellen und ihn erneut zu wählen.

(Beifall.)

Butterhof: Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt lange Zeit mit großer Befriedigung aus dem Munde erfahrener Männer gehört, daß wir einig sein wollen und an die großen Ziele der Union denken sollen. Ich darf hier als ein Vertreter der jungen Generation zu Ihnen sprechen, und ich tue nichts lieber, als diesen Gedanken zu unterstreichen. Ich darf Sie kurz nur darum bitten: Denken Sie daran: Nicht nur die junge Generation innerhalb der Union, nein, unsere ganze bayerische und unsere ganze deutsche Jugend erwartet von den Männern und Frauen, die heute politisch tätig sind, daß sie Persönliches aus dem Spiele lassen, daß sie daran denken, in welch großer Not wir stehen, und daß sie alles daransetzen, um zum praktischen Handeln zu kommen. Wir selbst haben eine Zukunft hinter uns [sic!] und, wenn es bei uns so weitergeht, dann werden wir überhaupt keine Zukunft mehr haben. Es gibt für uns nichts anderes als stärkste und entschlossenste Gemeinschaft.

(Sehr richtig!)

Das Wort Union ist uns Jungen tatsächlich ein Begriff. Wir wenden uns nicht an die politische Leidenschaft, sondern an die Einsicht unseres Volkes und unserer Altersgenossen. Wir haben uns über alle Vorgänge, die sich in der letzten Zeit abgespielt haben, besprochen, auch darüber, wie wir uns die nächste Zukunft innerhalb der Partei vorstellen. Ich darf Ihnen als das Ergebnis dieser Besprechung eine Resolution zur Kenntnis geben, die die Junge Union gestern abend gefaßt hat und die kundtut, was unsere Meinung ist.

(Zurufe: Aber nicht alle waren anwesend, wer war die Junge Union?)

Die Junge Union hat die Vorgänge im politischen Leben Bayerns

(Zuruf: Frankens!)

und insbesondere innerhalb der Christlich-Sozialen Union während der letzten Wochen mit tiefer Enttäuschung beschämt und empört beobachtet. Sie sieht sich deshalb veranlaßt, eindeutig festzustellen: Die Junge Union lehnt die persönliche Diffamierung, die Politik der Gehässigkeit und des Denunziantentums, das für das Nazi-Regime charakteristisch war, als Kampfmittel im öffentlichen Leben, zumal aber in den Reihen der eigenen Partei mit Entschiedenheit ab. Sie verurteilt besonders das unter Beteiligung führender Unionsmitglieder gegen den Landesvorsitzenden Dr. *Müller* veranstaltete Kesseltreiben. Die Junge Union weiß, daß Dr. *Müller* im Kampf gegen den Nationalsozialismus und für einen anständigen Frieden sein Leben eingesetzt und schwerstens gelitten hat. Sie weiß, daß Dr. *Müller* der Jugend die Tore in die Union geöffnet hat und daß seine Person die Entwicklung einer fortschrittlichen und sozialen Linie der Politik gewährleistet. Sie erwartet deshalb, daß [die Union] die beschämenden Intrigen eines unverantwortlichen Klüngels verurteilt und damit endlich die Grundlagen für eine saubere, sachliche Arbeit schafft.

(Lebhafter Beifall.)

Kübler: Zur Geschäftsordnung! Ich protestiere gegen die Veröffentlichung dieser Resolution. Es ist in ihr der Satz enthalten, daß führende Persönlichkeiten der Union an dem Kesseltreiben gegen Dr. *Müller* beteiligt waren. Wir von der Vorstandschaft der Union verwahren uns dagegen, daß irgendeine Person aus unserem Gremium hieran beteiligt war. Auf alle Fälle muß der Satz wegbleiben. So etwas ist ja unerhört!

(Zuruf: Wer hat die Resolution unterschrieben?)

Detsch: Zur Geschäftsordnung! Der Herr Vorredner hat eine Erklärung im Namen der jungen Generation verlesen. Als Jugendvertreter Oberbayerns möchte ich erklären, daß der Jugendausschuß Oberbayern bei dieser Erklärung nicht zu Rate gezogen wurde und sie auch nicht mitunterschrieben hat.

(Zuruf: Auch nicht München, München wurde auch nicht gefragt!)

Karl Huber: Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin hierher gekommen und habe mir tatsächlich etwas anderes vorgestellt, als was ich heute hier genossen habe. Ich bin unter allen Umständen für Frieden. Wir brauchen ihn; denn wie sollen wir wieder vor die Wählerschaft hintreten, wenn jetzt nicht bereinigt wird, was zu bereinigen ist? Unsere Wählerschaft hat noch einmal der Union die Stimme gegeben, und sie erwartet, daß in der Union selbst der Wandel vorgenommen wird, der erforderlich ist, daß wir für die Zukunft auch den Angriffen anderer Parteien standhalten können und nicht immer von unserer Substanz verlieren. Wenn Sie vor dieser Landtagswahl an einem Platz gewesen wären und den politischen Kampf hätten mitmachen können, wie wir ihn führten in Fürstenfeldbruck, dann wären Sie bestimmt zu der Überzeugung gekommen, daß auch in der Union oben etwas geändert werden muß.

(Sehr richtig!)

Darüber kann es keinen Zweifel geben. Ich wundere mich nur, daß heute soviel daneben vorbeigeredet wird. Wir wollen nicht die Person des Herrn Dr. *Müller* angreifen oder sonst irgend etwas.

(Zuruf: Im Gegenteil!)

Wir sind der Meinung: Um den Frieden in der Union herbeizuführen, ist es notwendig ...

(Zahlreiche Zurufe!)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen.
Karl Huber: - die Voraussetzungen für den Frieden zu schaffen. Da bitte ich Sie, selbst alles zu tun. Nach meiner Überzeugung ist aber der Friede nicht geschaffen, den wir wollen und den ich persönlich wünsche, wenn z.B. Herr Dr. *Müller* noch einmal gewählt wird.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Eine kurze Bemerkung außerhalb der Tagesordnung.
Liedig: Das Quartieramt teilt mit, daß eine Reihe Delegierter ihre Quartierscheine noch nicht abgeholt haben. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die ihre Quartierscheine noch beim Quartieramt liegen haben, sie jetzt hier im Vorraum in Empfang zu nehmen, sonst werden die Quartierscheine in einer Stunde für den allgemeinen Gebrauch freigegeben.
Ortloph: Meine lieben Parteifreunde! Wenn ich heute das Wort ergreife, so nur deswegen, weil ich genau heute vor einem Monat selbst meine Spruchkammerverhandlung hatte und mich nach einer Anklage eingeteilt in Gruppe I "Hauptschuldige mit Verschärfung", die ich über mich ergehen lassen mußte, verteidigen mußte. Ich habe heute in der Süddeutschen Zeitung gelesen, daß man unseren Landesvorsitzenden ebenfalls vor die Spruchkammer zitiert und ihn in die Gruppe II "Aktivisten" einreihen will. Nur ein Mann, der das mitgemacht hat, was ich mitgemacht habe, kann nachfühlen, was das für die Union und für unseren Landesvorsitzenden bedeutet. Wie die

Öffentlichkeit darüber spricht, das zeigt Ihnen das Nachrichtenblatt der SPD, aus dem ich Ihnen bloß einen Satz vorlese, der mich damals betroffen hat. Er lautet:

> Die Öffentlichkeit ist vorläufig lediglich erstaunt, daß eine Persönlichkeit wie Herr *Ortloph* unter das Säuberungsgesetz fällt, nachdem man angenommen hat, daß er als Abgeordneter der CSU zur Verfassunggebenden Landesversammlung doch eine politische Weste ohne Rostflecken haben soll.

Das gleiche wird sich unser Landesvorsitzender sagen lassen müssen. Ich habe die Sache hinter mir. Es war für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ich nicht unter das Gesetz falle. Aber es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir uns in dem Stadium Mann für Mann hinter unseren Landesvorsitzenden stellen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich kann es deswegen nicht begreiflich finden, mein lieber Freund Dr. *Hundhammer*, daß Du erklärt hast, daß nach Deiner Auffassung, während das Verfahren läuft, Dr. *Müller* zurücktreten müßte. Mein lieber Freund Dr. *Hundhammer*, ich habe Dich mit zum Fraktionsvorsitzenden gewählt, und zwar deshalb, weil ich Dich als einen grundehrlichen Menschen kennengelernt habe und hochschätze und hundertprozentig hinter Dir stehe, weil ich sage, wenn nicht wieder *Hundhammer* an der Spitze ist, dann wird die Öffentlichkeit sagen, was ist mit der Union los? Ich stehe ebenso hundertprozentig hinter meinem Landesvorsitzenden Dr. *Müller*.

(Lebhafter Beifall.)

Ich habe auch die Überzeugung, daß unser Landesvorsitzender Dr. *Müller* das Rückgrat hat, das er haben muß, um verschiedenen Anordnungen, die vielleicht von der Militärregierung kommen, entgegenzutreten. Hier ist dieses Rückgrat. Wir müssen Männer haben, die ein Rückgrat der Militärregierung gegenüber zeigen.

(Sehr gefährlich!)

Ich bitte Sie deshalb, führen wir den Kampf gegen das gemeine Denunziantentum; bringen wir alles, was versöhnlich ist, in den Vordergrund. Stellen wir uns geschlossen hinter unseren Landesvorsitzenden, dann bin ich der Überzeugung, daß uns über dem in der Ferne leuchtenden Weihnachtsbaum die Morgenröte einer besseren Zukunft für unser deutsches Vaterland leuchten wird.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat Parteifreund *Sepp Hort*[3].
Hort: Verehrte Damen und Herren! Liebe Junge Union! Ich bin hier zwar nicht als Jugendvertreter meines Heimatbezirkes Oberbayern delegiert, aber trotzdem möchte ich zu diesem Problem Stellung nehmen. Es ist eine offene Tatsache, daß in unserer innenpolitischen Richtung zwischen Südbayern und Nordbayern ein Unterschied gemacht wird. Nun erhebt die Junge Union Oberbayerns mit Recht den Anspruch darauf, daß sie die bestorganisierte Junge Union in Bayern ist. Diese Tatsache stimmt - jawohl. Aber ich möchte hier sagen: Ich habe als Versammlungsredner in Wahlversammlungen gesprochen und ich habe festgestellt, daß wir nicht allein den Apparat hätten besser aufbauen können, der in Oberbayern sicher ganz gut steht, sondern

[3] In der Vorlage: "Orth".

auch mehr Anhänger haben könnten und daß es nicht angeht, daß wir drei Studenten oder zehn oder zwölf als Anhänger haben und dafür einen riesigen Apparat aufziehen. Ich möchte hier ganz besonders sagen, daß ich persönlich - entschuldigen Sie, wenn ich persönlich werde - angegriffen worden bin anläßlich einer Rede eines Jugendvertreters aus München in meinem Heimatort Holzkirchen. Dieser Jugendvertreter hat Persönlichkeiten unserer Partei öffentlich diffamiert. Weiter hat er einen lokalpatriotischen Standpunkt vertreten, der der Jungen Union in Holzkirchen - es waren alle Ortsvertreter des Kreises Miesbach anwesend - zuwiderlief. Ich habe damals in der Diskussion gesprochen. Ich war lediglich eingeladen. Ich war weder Mitglied der Union noch Mitarbeiter der Jungen Union. Der Erfolg war, daß ich von den Versammelten in den Kreisausschuß der Jugend gewählt worden bin. Nun möchte ich hier ...

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Darf ich den Redner bitten, doch zur Sache zu reden.

Hort: Ich möchte in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß es nicht so ist, daß die Junge Union Oberbayerns grundsätzlich hinter der Richtung steht, die vielleicht mit der Vorstandschaft des Herrn Dr. *Müller* nicht einverstanden ist. Warum ich hier gesprochen habe? Weil vorhin durch Zwischenrufe gegen die Entschließung der Jungen Union von gestern abend protestiert wurde. Es war keine offizielle Besprechung der Jungen Union, sondern eine zwanglose Zusammenkunft, bei der sehr viele ältere Vertreter anwesend waren. Da haben wir diesen Antrag gestellt und heute durchgebracht. Ich möchte hier sagen, abgesehen von der Nichtbeteiligung besteht für die Junge Union Oberbayerns absolut kein Grund, diesen Antrag abzulehnen.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Nächster Redner: Parteifreund *Zobel*.

Zobel: Meine lieben Parteifreunde! Wenn ich aus der Diskussion heraus einmal auf einen anderen Gesichtspunkt hinweise, so möchte ich es tun, um uns alle insgesamt auf die große Linie hinzuweisen, der wir dienen. Auch wir leiden meiner Meinung nach hier innerhalb der Christlich-Sozialen Union seit deren Bestehen an einer schleichenden Krankheit. Diese schleichende Krankheit besteht in dem Bestehen der Opposition. Wir sind eine demokratische Partei, und wir dienen der Demokratie. Demokratie heißt Zusammenfassung aller Kräfte, also einschließlich der Opposition. Diese Opposition aber muß eine sachliche Opposition sein, und sie darf nicht zu einer persönlichen Opposition werden. Wenn sie das ist, dann ist sie nicht Opposition, sondern Destruktion. Ich möchte hierbei ganz besonders darauf hinweisen, daß die Opposition durchaus fruchtbringend tätig sein kann, wenn sie sachliche Argumente vorbringt. Aber sie darf nicht dazu übergehen, in persönliche Gegensätze zu geraten; dann verliert sie den Grund und Boden und wird nicht mehr ernst genommen. Sie hat auch in ihrer Art eine sittliche Verpflichtung. Denn auch sie will der Allgemeinheit dienen und muß sich ihr insofern unterordnen, als sie sich nach demokratischen Grundsätzen den Stimmenmehrheiten, die sich ergeben, unterzuordnen hat. Gegen den Landesvorsitzenden Herrn Dr. *Müller* sind Vorwürfe erhoben worden, die persönlicher Natur sind und die eben aus einer persönlichen Opposition heraus entstehen. Mir ist von einem Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei gesagt worden, daß der Herr *Goldschagg*, der, wie wir alle wissen, Sozialdemokrat ist, den Artikel in die Süddeutsche Zeitung nur deswegen aufgenommen hat, weil er von rechtsstehenden Kreisen der Christlich-Sozialen Union gewünscht wird.

(Zuruf: Dr. *Hundhammer*: Wer sind diese Kreise?)

Frau *Albrecht*, die dritte Vorsitzende der SPD hat es gesagt. Sie ist mit mir zusammen im Gemeinderat tätig und hat es mir gelegentlich einer persönlichen Unterredung erzählt.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Wer sind diese Kreise? - Das sind Verdächtigungen!)

Alle, die an persönlichen Angriffen gegen *Müller* beteiligt sind oder diese Angriffe gefördert haben. Uns allen sage ich, was wir brauchen, was *Schmid* erklärt hat, Dr. *Horlacher* erklärt hat: Wir brauchen Einigkeit und insoweit rufe ich die Opposition auf, seid auch Ihr einig! Auch in Oberbayern bestehen Meinungsverschiedenheiten; nicht ganz Oberbayern steht hinter dem, was Oberbayern erklären wird. Wir halten Disziplin. Wenn wir Disziplin halten, dann müssen wir erwarten, daß auch die Opposition innerhalb der gesamten Union Disziplin hält. Was wir brauchen, ist eine Sammlung aller Kräfte. Wir wollen mit allen, auch den gegenteiligen Ansichten, in jeder Weise zusammenarbeiten. Wir brauchen eine Sammlung. Sie besteht darin, daß sie hinter Dr. *Müller* am besten gewährleistet ist. Hinter Dr. *Müller* stehen die Arbeiter, hinter Dr. *Müller* steht die Jugend und hinter Dr. *Müller* stehen die Flüchtlinge.

(Beifall.)

Wer bewirbt sich um all diese Kräfte? Vor allem die oppositionellen Parteien, die SPD und KPD. Wir können sie nur zu uns herüberziehen, wenn wir Dr. *Müller* unser Vertrauen geben. Aus diesen Gründen geht es meiner Meinung nach um nichts weiter, als um die große Linie. Wenn wir diese Linie verlassen, dann werden wir eines schönen Tages nicht bloß vom Sozialismus, sondern vom Kommunismus überrannt werden. Die beste Garantie gegen dieses Überrollen ist Dr. *Müller*. Aus Gründen der Einigkeit bitte ich, daß wir Dr. *Müller* unsere Stimme geben.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat Parteifreund *Haußleiter*.

Haußleiter: Meine lieben Freunde! Wir haben heute nachmittag eine echte politische Überraschung erlebt. Ich möchte auf sie aufmerksam machen. Unser Parteifreund Dr. *Schlögl* hat sich hier zum föderalistischen Programm unseres Parteivorsitzenden Dr. *Müller* bekannt.

(Beifall. - Zuruf Dr. *Schlögl*: *Haußleiter*, wir haben heute *Müllers* Bekehrung; ich werde es in den Kalender hineinschreiben.)

Ich halte das für einen sehr erfreulichen Erfolg der sachlichen Aussprache, die heute nachmittag hier stattfindet. Parteifreund *Schlögl* hat einmal sehr aufmerksam eine Rede unseres Parteivorsitzenden angehört. Das Ergebnis war seine Zustimmung. - Ich habe ebenso aufmerksam die Rede unseres Parteifreundes *Schlögl* angehört. Er hat deutlicher, als ich es je gehört [habe], das Wort Deutschland gesprochen. Das Ergebnis ist meine Zustimmung. Ich vermisse eine Gruppe von Rednern. Dann hätten wir vielleicht die gemeinsame Basis gefunden. Ich hätte mich gefreut, wenn noch die Gruppe Dr. *Hundhammer* sachlich gesprochen und sachlich gesagt hätte, wie sie zum Programm Dr. *Müllers* steht, und wenn sie sachlich ihr eigenes Programm entwickelt hätte. Wenn das geschieht, ich glaube, dann erleben wir heute vielleicht dieses, daß wir sehen, daß wir uns sachlich völlig einig sind und daß alle Auseinandersetzungen aus schiefen Perspektiven und Mißverständnissen entstanden. Eine Bemerkung allerdings, die Dr. *Schlögl* gemacht hat, möchte ich weiterführen. Er hat gesagt, wir sollten nicht eine Besatzungsmacht gegen die andere ausspielen. Das ist richtig. Ich möchte [es] so formulieren: Wir müssen als Union überhaupt die Brücke zwischen allen Besatzungsmächten sein, wenn wir die Einheit Europas und die europäische Föderation

wollen. Da wäre jede Art von Einseitigkeit falsch, denn als Vertreter des Landes der Mitte müssen wir eine Politik der Mitte machen, Verständigung mit allen Ländern des Abendlandes; da scheint mir eines klar: Vermeidung jener nationalistischen Parolen, also etwa eine Aussprache mit Frankreich als falsch anzusehen. Aber etwas müssen wir vermeiden, nämlich, daß wir als Exponenten einer französischen Sonderpolitik im Donauraum erscheinen. Hier sind die Trennungslinien sehr schwer zu ziehen. Hier muß ich sagen: Wahre abendländische Politik würde nicht geführt werden, wenn wir das Abendland in neue Blocks aufspalten würden.
Meine Damen und Herren! Dies hat sich klar gezeigt: Sachliche Aussprache fördert die Einigkeit. Deshalb müssen wir einen Schritt weitergehen. Wir haben uns über das Thema Einigung sehr viel unterhalten. Es müssen in Zukunft aber neue Dissonanzen vermieden werden. Deshalb schlage ich der Landesversammlung zum Schluß folgende Entschließung vor:

> Die Landesversammlung beauftragt den Landesvorstand, jeden Fall parteischädigender persönlicher Auseinandersetzung unnachsichtlich vor das Schiedsgericht zu bringen.

Wir wollen, wenn es geht, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen. Wir wollen aber nie wieder in den Sumpf solcher Verdächtigungen hinein und deshalb Klarheit, liebe Freunde, um der Einigkeit willen!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Verehrte Parteifreunde! Herr Dr. *Hundhammer* hat gebeten, daß ich ihm außerhalb der Rednerliste das Wort erteile.

(Jawohl!)

Wenn Sie damit einverstanden sind, erteile ich Herrn Dr. *Hundhammer* das Wort.

(Allgemeine Zustimmung.)

Ist jemand dagegen?

(Nein!)

Dr. *Hundhammer*: Meine lieben Parteifreunde! Ich habe mich den Nachmittag über nicht zu Worte gemeldet, weil ich gerade durch mein Fernbleiben von der Diskussion die Auseinandersetzungen zu erleichtern glaubte. Mein Name ist trotzdem wiederholt in die Debatte gezogen worden und die letzten Ausführungen waren ja die direkte Aufforderung zu sprechen. Man hat gesagt, wie stellt Dr. *Hundhammer* sich zu den Ausführungen, die Dr. *Müller* programmatisch gemacht hat? Meine Damen und Herren! Wenn diese Linie, die hier heute dargelegt worden ist, immer so klar gewesen wäre, dann hätten wir keinen Grund zur Opposition gehabt.

(Sehr richtig! - Beifall. - Zuruf: Daran fehlt es ja!)

Das ist die Stellungnahme zu den Ausführungen, die gemacht worden sind.
Ich möchte dazu dann ein zweites sagen: Etwas Verschiedenes noch ist das Programm und die praktische Ausführung. Auf die praktische Ausführung kommt es auch an. Wir haben ein halbes Jahr lang praktische Ausführung gehabt in der Verfassunggebenden Landesversammlung. Und dort konnte ich und konnten viele meiner Freunde mit der Haltung von Dr. *Müller* nicht einverstanden sein.

(Sehr richtig!)

Ich wiederhole es hier offen - denn Sie wünschen Klärung, das wurde gesagt -, daß ich es für falsch gehalten habe, daß der Parteivorsitzende sich zum Führer der Opposition gegen vier Fünftel der eigenen Fraktion gemacht hat.

(Sehr richtig!)

Ich hätte es für richtig gehalten, wenn er sich in dem Punkte zurückgezogen hätte. Das ist einer der Gründe, die mich veranlassen dagegenzustehen. Ein anderer Grund, der mich veranlaßt dagegenzustehen und mich zur Kritik veranlaßt, ist der, daß er sich in seinem Mitarbeiterkreis mit Männern umgeben hat, die nicht das ungeteilte Vertrauen der Mitglieder der Partei besitzen. Auf Einzelheiten hier einzugehen ist nicht der Platz.

(Zurufe: Namen nennen! - Wir wollen klären!)

Wollen Sie in Einzelheiten der Namensdiskussion in dem Kreise eintreten? Das ist falsch. Solche Dinge gehören im Rahmen der Parteivorstandschaft erörtert.
Sie müssen sich dazu dann ein anderes überlegen: Es [ist] dann Schutz des Namens Dr. *Müller* verlangt worden, in großem Umfang bei Angriffen auf ihn. Wo ist diese Forderung geblieben, als es sich um andere Männer drehte und um Angriffe auf sie?

(Sehr richtig!)

Ich möchte vor allem eines sagen: Wie oft habe ich Anlaß gehabt - jetzt spreche ich einmal ein Wort aus der Fraktion -, bei den oder jenen Angriffen gegen mich offen zu erklären, daß sie frei erfunden und erlogen sind! Die Herren, die in der Fraktion sind, wissen es. Wo ist da die Stellungnahme geblieben?

(Sehr richtig!)

Wie kommt man überhaupt dazu, mich als den Reaktionär zu bezeichnen? War es nicht gerade ich im Verfassungsausschuß, der diese sozial fortschrittliche Verfassung wesentlich mit beeinflußt hat!

(Sehr richtig!)

Welches sind denn die Konkludenten, die dazu dienen, mich und meine Freunde als die Reaktionäre zu bezeichnen? Es ist nichts als Verleumdung. Nennen Sie Tatsachen, die Sie berechtigen, von Reaktion zu sprechen! War das nicht auch eine Verdächtigung gegen uns?
Ich komme zum Schluß. Ich habe hier nicht die Zeit, ein Referat zu erstatten. Dies steht mir nicht zu. Ich würde es einmal wünschen. Ich glaube, wenn man in anderen Teilen Bayerns bei den Parteifreunden auch einmal jemand von meiner Seite, von unserer Richtung hören würde, würde viel Klarheit da sein und viel Verleumdung unmöglich werden.

(Sehr richtig!)

Aber es sind Leute da - habe ich nicht Grund, das offen hier zu sagen? -, die mit allen Mitteln da und dort versucht haben zu verhindern, daß Dr. *Hundhammer* überhaupt spricht. Ich erinnere an den 30. November, den letzten Fall in Regensburg. Die Regensburger Parteifreunde wissen, daß es aus ihren eigenen Reihen versucht worden ist zu verhindern, daß ich dort spreche. Es wäre da einmal auch die Klage von unserer Seite aufzuführen.

Ich komme zum Schluß. Ich habe meine Meinung zu der Wahl des Parteivorsitzenden gesagt. Ich bin nach wie vor der Auffassung, daß es richtiger wäre, die Wahl des Parteivorsitzenden zurückzustellen, bis das in Gang befindliche Verfahren geklärt ist.

(Pfui! - Beifall. - Zurufe des Widerspruchs.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat Parteifreund Dr. *Arnold*.
Dr. *Arnold*: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich von hier vorne aus (seinem Platz) gleich in medias res gehe. Wenn Sie die Stimmen, die Sie seit fünf Viertelstunden gehört haben, auf sich wirken lassen, dann bleibt doch in Ihrem Gedächtnis im Grunde eine gute Symphonie, trotzdem gelegentlich die eine oder andere Dissonanz wahrnehmbar war. Der Grundton aller Reden, die wir seit fünf Viertelstunden hörten, war doch der, daß wir uns alle finden wollen. Es war für uns außerordentlich erfreulich, und ich glaube, Sie, meine Damen und Herren, waren genauso angenehm davon berührt wie ich, aus dem Munde Dr. *Schlögls* das Bekenntnis zu Deutschland zu hören und genauso erfreut, aus dem Munde Dr. *Müllers* das Bekenntnis zu Bayern zu hören.

(Zuruf Dr. *Schlögl*: Es war Zeit!)

Diese Tatsache, daß sich diese beiden bisherigen - man kann sagen - Opponenten nun auf einer Linie gefunden haben, ist außerordentlich erfreulich. In einer so großen Partei, wie es die Union ist, wird es allemal vorkommen, daß sich Menschen finden, die irgendwelche Seiten aneinander entdecken, die ihnen gegenseitig nicht gefallen; das wird so bleiben. Dazu ist die Union viel zu menschlich. Wir wollen, trotzdem wir eine christliche Partei sind, nicht vergessen, daß wir alle noch Menschen sind. Menschliche Schwächen wird es auch in der Zukunft geben. Wir wollen nicht gleich alles im rosigsten Lichte sehen, aber das eine wollen wir doch: Wenn Meinungsverschiedenheiten bestehen, wollen wir auch wenn wir wirklich ganz anderer Überzeugung sind, wenn es sich aber um die gute Sache handelt, einig zusammenstehen.

(Beifall.)

Das ist dringend notwendig. Und so möchte ich als einer, der sich zur jüngeren Generation zählt, sagen, daß die Dissonanzen, die gelegentlich von der Jugend her kamen, nicht so ernst waren, wie sie vielfach aufgefaßt wurden. Die Jugend meint es gut, auch die Jugend aus Nürnberg.

(Beifall.)

Die andere Dissonanz, die eben zum Schluß anklang, glaube ich, ist ernst zu nehmen. Herr Dr. *Hundhammer*, was an uns in Nordbayern liegt, Sie können überzeugt sein, Sie werden von uns eingeladen werden; Sie werden uns kennenlernen. Wir sind wirklich bestrebt, die Einheit der Union mit allen Mitteln zu fördern. Aber wir können das nur tun, wenn Sie Ihrerseits die Garantie dafür bieten, daß die Union eine Union bleibt.

(Lebhafter Beifall.)

Im Hinblick auf dieses große und letzte Ziel, meine Damen und Herren, muß ich Sie bitten, bleiben Sie bei der Union und bleiben Sie bei Dr. *Müller*!
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat Parteifreund *Ammann*.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle Antrag auf Schluß der Debatte und Übergang zur Abstimmung.)

Staudinger (Regensburg): Durch Dr. *Hundhammer* bin ich hier angegriffen worden. Der Mann, den er genannt hat, daß er dagegen war, war ich. Es ist der Ruf erfolgt "Pfui!".

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Es ist ein Irrtum; die Bestrebungen sind von München her gekommen.)

Ich will sagen, warum ich dagegen gesprochen habe. Ich bin Vorsitzender der Partei und bin aus diesem Grunde hier für die Einigung, die in Regensburg außerordentlich notwendig ist. Dafür ist einzutreten, und dafür werde ich auch eintreten. Ich wollte aus diesem Grunde nicht haben, daß man einen Exponenten von der Opposition dort in Regensburg bringt, damit man öffentlich sagen kann, die Regensburger sind Anhänger dieser Opposition.

(Oho! - Beifall.)

Mir steht die Einigung viel höher als dieser persönliche Streit und diese Verleumdung, die gegenüber unseren Parteifreunden immer zum Ausdruck kommen.

Ammann: Liebe Parteifreunde, junge Freunde! Ich spreche als junger Franke zu Ihnen. Ich bin ja auch ein *Müller*-Anhänger. Wir sind nicht mit Dr. *Müller* verheiratet. Wir sind auch keine Mitläufer aufgrund seiner schönen blauen Augen - ich weiß nicht, ob er blaue Augen hat -, sondern wir sind kritisch. Dieses Recht steht uns als jungen Menschen zu, kritisch zu sein. Wir betrachten uns jeden, ob sie nun *Müller* oder *Hundhammer* heißen. Hier haben wir erkannt, daß Dr. *Josef Müller* auf der richtigen Linie ist. Wir sind der Meinung, daß er momentan tatsächlich der einzige ist, der als erster Vorsitzender in Frage kommt, ohne andere, die auch in der Union tüchtig sind, in den Hintergrund stellen zu wollen. Ich bitte Sie, auch die Freunde aus Oberbayern, alles auf die Seite und sich wirklich vor Augen zu stellen, was Sie trennende fünf Viertelstunden lang gehört haben: Einigkeit.

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Vorletzter Redner: Dr. *Rindt*.

Dr. *Rindt*: Meine Freunde! Ich habe allmählich den Eindruck, als ob es uns reichen würde. Ich glaube, daß das ganze Problem, wenn man überhaupt von einem Problem reden will, soweit geklärt ist, daß jeder einzelne, falls er es vorher noch nicht gewußt hätte, jetzt genau erkennen kann. Nur ein Wort, bitte, erlauben Sie mir noch zu einem Angriff auf Dr. *Müller* in seiner Haltung als Fraktionsmitglied und als Landesvorstand in der Verfassunggebenden Landesversammlung. Freunde! Ihr kennt mich, soweit Ihr mich kennt, als einen Menschen, der niemals von einem Parteifreund als von einem Reaktionär spricht. Insofern darf ich etwas Objektivität auch für mich in Anspruch nehmen. Tatsache ist, daß bei der Gründung der Christlich-Sozialen Union in Bayern, die Christlich-Soziale Union von den Kreisen des Auslandes als reaktionäre Partei katexochen angesehen wurde. Ich glaube, daß so mancher von uns es selbst bei der Militärregierung am Anfang erlebt hat, daß man so ein klein wenig mit Mißtrauen betrachtet wurde. Sehen Sie - ich spreche nicht dafür und nicht dagegen -, daß auch unser Parteivorsitzender zur Opposition gegangen war und [zu ihr] hielt, das hat im Kontrollrat und Auslande mit in erster Linie den Vorwurf der Reaktion genommen.

Nur ein persönliches Bekenntnis noch. Ich gehöre zu keinem Lager. Ich bin alt genug, um meine persönliche Meinung selbst zu bilden. Eines muß uns klar sein: Wenn wir die Geschichte der Christlich-Sozialen Union in diesem ersten Jahr schreiben, ist der Name Dr. *Müller* damit unlösbar verbunden. Ich nenne es eine Prestigefrage und Anstandspflicht, uns hinter Dr. *Müller* genauso zu stellen, wie irgendein anderer Deckung und Schutz bekommen hätte, der anstelle Dr. *Müllers* die Partei aufgezogen hätte.

Freunde! Seien wir uns klar: Jetzt will man Dr. *Müller* abschießen. Ich kann Sie versichern, man will nicht nur den Vorsitzenden, sondern auch die Union abschießen.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Das Wort hat als letzter Redner, Dr. *Müller*.
Dr. *Müller*: Meine lieben Freunde! Ich habe Ihnen vorhin in meiner Ansprache erklärt, in unserem Bekenntnis zum Christentum liege das Bekenntnis zum Ausgleich. Infolgedessen werde ich selbst auch jedes Wort vermeiden, das den Ausgleich irgendwie hemmen könnte.

(Beifall.)

Wenn Parteifreund *Hundhammer* das eine oder andere gesagt hat, was leicht zu widerlegen ist - denn ich selbst war ja nicht bei Oberbayern eingeladen, während die Freunde aus Oberbayern bei uns immer da sind; sie sind im Landesausschuß vertreten -, wenn er darauf hingewiesen hat, daß ich vielleicht eine falsche Politik machen könnte, so kann ich dem entgegenhalten, daß sie ausdrücklich vom Landesausschuß genehmigt wurde; und so könnten wir die Diskussion endlos mit Rede und Gegenrede fortsetzen. Das würde nicht weiterführen. Wir müssen arbeiten, infolgedessen auch nicht mehr über diese Dinge reden. Wird eine Rechtfertigung verlangt, werde ich sie gerne vor irgendeinem Gremium der Union geben.
Zu den anderen Fragen, die hier berührt wurden, darf ich nur eines sagen: Meine lieben Freunde, was von Parteifreund Dr. *Schlögl* vorgebracht wurde, wenn er sich jetzt klar zum Föderalismus bekannt hat, war so, daß ich sagen muß, *Haußleiter* hat Recht. Für mich hat es nie ein Abweichen von der Linie gegeben. Aber wenn ich in Berlin für den Föderalismus eintrete, ist das mindestens genausoviel wert, wie wenn ich in Bayern dafür eintrete. Und wie recht ich damit habe, ersehen Sie daraus, daß die SED-Zeitung in Berlin zwei Bilder nebeneinander gebracht hat, nachdem ich dort im Wahlkampf gesprochen habe. Auf der einen Seite bildete sie *Schumacher* ab, auf der anderen mich, während wir gerade in der Rede sind und dann erklärte sie:

> Ebensowenig wie der Mann auf dem Bilde rechts, hat der Mann auf dem Bilde links zu sagen.

- Also *Schumacher*; der Mann auf dem Bilde rechts, das bin ich -

> Auch dieser Koalitionsfreund *Schumacher[s]*, der CDU-Vertreter Dr. *Müller* aus Bayern, bringt Berlin kein reelles Geschäft. Seine Politik des Föderalismus würde Berlin seines Charakters als Hauptstadt Deutschlands entkleiden und die Stadt zum Niedergang verurteilen. Der Berliner weiß, was er will, auch was er wählen will.

Meine lieben Freunde, suchen Sie den Mittelweg! Er ist immer schwer zu finden. Wir werden erst recht auch hier an die praktische Arbeit gehen müssen. Wir werden dann zeigen müssen, worin unser Föderalismus besteht, und gerade die Union arbeitet jetzt praktisch schon voraus. Ich kann Ihnen soviel heute schon sagen, daß dann unser Programm in staatspolitischer Hinsicht für das neue Deutschland eine zweite Kammer vorsehen wird, die gerade von den einzelnen Gliedern des neuen Deutschland getragen wird. Das ist dann praktischer Föderalismus, ist mehr wert als irgendein Wort, das leichthin gesprochen wird. Sie haben es ja auch gemerkt. Sie mögen über irgendeine Abstimmung streiten, aber eines war klar: Als von der Sozialdemokratie, bestimmt aus propagandistischen Gründen, der Antrag gestellt wurde, daß Reichsverfassungsrecht Landesverfassungsrecht brechen solle, da hat die Union geschlossen gestimmt. Das war kennzeichnend, und das war bedeutungsvoller als die eine oder andere Ab-

stimmung, die vorher ging. Ich weiß nicht, ob man auf diese Themen eingehen soll. Aber wenn ich damals gestimmt habe, wie mein Gewissen mir vorgeschrieben hat, und auch in dem Falle als Bayer klar zum Ausdruck bringen wollte, daß wir mit allen übrigen Gliedern des neuen Deutschland auf gleicher Ebene stehen, dann mußte ich meinem Gewissen gemäß handeln, gerade weil ich zeigen mußte, daß ich als Persönlichkeit geradestehe. Ich hätte es als feige angesehen, wenn ich aus dem Saal hinausgegangen wäre. Meine lieben Freunde, es kommt darauf an, daß wir allüberall klare Entscheidungen treffen.

Wenn Parteifreund *Schlögl* auf die Außenpolitik hingewiesen hat: Wir werden von der Außenpolitik abhängig sein. *Hitler* hat es ja durch seinen Krieg, den er bis zum bitteren Ende führte, dahin gebracht, daß wir eigentlich nur Objekt der Außenpolitik sind. Aber es hat uns gerade der amerikanische Außenminister *Byrnes* begründete Hoffnung gegeben, daß wir wieder zum Eigenleben kommen können. Das sehe ich als den Haupterfolg der letzten Zeit in der Außenpolitik, bestimmt nicht durch unsere Kraft uns beschert, sondern durch die Kraft, die uns dort gezeigt wird - ich möchte auch da sagen -, durch die Kraft einer Partei, die zu unserer Kulturauffassung gehört, daß wir auch einen Fingerzeig bekommen, daß wir wirklich wieder freie Demokraten werden und als freie Demokraten mit Demokraten reden können. Das hat nichts mit dem Ausspielen einer Macht gegen die andere zu tun. Gerade weil ich das nicht will, daß Mächte ausgespielt werden, habe ich immer den Grundsatz verfochten, daß keine Besatzungsmacht von uns angegriffen werden darf. Jeder Angriff könnte leicht dahin führen, daß ein neuer Nationalismus entsteht. Was wäre dann der Erfolg? Dann würden wir vielleicht zum Krieg hinspielen. Niemand von uns aber kann die Verantwortung dafür tragen, daß wir irgendwann wieder mitschuldig an einem neuen Krieg werden. Infolgedessen vertrete ich hier die Auffassung, daß gerade wir alles dazu tun müssen, daß die Mächte, und zwar alle Mächte, sich verstehen. Das ist der klare Weg.

Damit diene ich dem, was ich in der Vergangenheit getan habe, damit komme ich, nur mit einer Bemerkung, zu dem, was *Hundhammer* gemeint hat, wenn er vom Spruchkammerverfahren gesprochen hat. Ich glaube, es wird wenige geben, die dem Spruchkammerverfahren so entgegengehen wie ich ihm entgegengehe. Ich brauche Ihnen nur eine Seite aus dem Tagebuch von *Ulrich von Hassell*, dem früheren deutschen Botschafter in Rom, vorlesen, das jetzt gerade in der letzten Woche in der Schweiz neu herausgekommen ist. *Hassell* schreibt im März 1940 in seinem Tagebuch, er sei gegen Mittag bei *Nostitz* gewesen:

> Nach seiner Kenntnis wird die Offensive sowohl Richtung Belgien-Holland wie Dänemark-Norwegen mit aller Energie weiter vorbereitet. Er bat mich im Auftrag von *O* (*Oster*) und *D* (*Dohnanyi*) nachmittags zu *Schnabel* (*Beck*) zu gehen. Das tat ich; ich fand ihn zunächst allein und sprach mit ihm die Lage durch. Dann kamen *O* (*Oster*) und *D* (*Dohnanyi*); sie lasen mir außerordentlich interessante Papiere über Gespräche eines katholischen Vertrauensmannes mit dem Papst vor, der seinerseits daraufhin über *Osborne* (englischen Gesandten am Vatikan) mit *Halifax* Verbindung aufgenommen hatte. (...)
>
> Der Papst wäre danach erstaunlich weit gegangen im Verständnis für deutsche Interessen. *Halifax*, der dabei ausdrücklich für das British Government gesprochen hat, ist wesentlich verklausulierter in der Formulierung, berührt auch Punkte wie "Dezentralisierung in Deutschland" und "Volksabstimmung in Österreich". Im ganzen ist deutlich der Wille zum anständigen Frieden ersichtlich, und der Papst hat dem Vertrauensmann gegenüber stark betont, daß solche Dinge wie "Dezentrali-

sierung" und "Volksabstimmung in Österreich" bei sonstiger Einigkeit durchaus kein Hindernis für den Frieden bilden würden. Voraussetzung für das ganze ist natürlich eine Regimeänderung und Bekenntnis zur christlichen Sittlichkeit. - Zweck der Beratung mit mir war, erstens mein authentisches Urteil zu hören; zweitens mich zu bitten, die Sache an *Halder* heranzubringen, weil sich von anderen Mittelsleuten kein Erfolg versprochen werden könnte.

Die Bemerkung dazu ist:

(...) Diese "Gespräche" durch Vermittlung des Papstes zur Festlegung der Verhandlungsgrundlage für einen Frieden nach deutschem Regimewechsel werden im allgemeinen Aktion X genannt. Der Vertrauensmann X ist Rechtsanwalt Dr. *Josef Müller*. Sein Name wurde auch in dem Schlußbericht nicht genannt; denn dieser sogenannte X-Bericht sollte die Bereitschaft der Generale zum Handeln fördern; er mußte deshalb formuliert werden unter Berücksichtigung der Gefahr, daß er in unrechte Hände geriet.

(Beifall.)

Es kommt im April 1940 eine weitere Erklärung. Dort wird erklärt: *Oster* und *Dohnanyi* zeigten ihm, *Hassell*,

weitere Aufzeichnungen des Vertrauensmannes (Dr. *Josef Müller*), aus denen hervorgeht, daß der Papst und die Engländer an ihrem Standpunkt festhalten.

Es wird dann das Ergebnis erörtert und dann erklärt, daß die Generale zum Handeln veranlaßt werden sollen.
Meine lieben Freunde, ich darf mit zwei Sätzen sagen, ich bin zuerst zur militärischen Opposition unter Generaloberst *Beck* gekommen. Um diese Friedensverhandlungen führen zu können, wurde ich dann als Abwehroffizier einberufen. Ich mag heute nicht sagen, was ich sonst noch für Dokumente vorlegen kann. Aber ich glaube, daß sich das hören läßt, und zwar weil damit der Beweis erbracht wird, daß wir damals schon dastanden, als andere im Kriege standen.

(Beifall.)

Als *Hitler* auf dem Höhepunkt der Macht war, habe ich daran mitgearbeitet, daß der Tyrann gestürzt würde. Ich begrüße es, daß sich auf diese Weise die Öffentlichkeit damit befassen kann. Nicht nur ich, auch die Union wird dabei gut dastehen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Verehrte Parteifreunde! Wir sind damit am Schluß der Aussprache angekommen. Wir haben jetzt zunächst noch über den Antrag *Haußleiter* abzustimmen. Ich will ihn noch einmal vorlesen:

Die Landesversammlung beauftragt den Landesvorstand, jeden Fall parteischädigender persönlicher Auseinandersetzungen unnachsichtlich vor das Schiedsgericht zu bringen.

Ich lasse darüber abstimmen. Enthält sich jemand? Ist jemand gegen diesen Antrag?
(Ist nicht der Fall.)
Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Beifall.)

Damit stehen wir am Schluß und kommen zur Wahl.
Verehrte Anwesende! Bevor wir jetzt den Akt der Wahl vornehmen, halte ich es für meine Pflicht, nachdem ich nun einmal an diese Stelle befohlen bin, hier dem Manne, der heute den Vorsitz in unsere Hände, in die Hände der Landesversammlung zurückgegeben hat, im Namen der Landesversammlung den Dank auszusprechen für die Arbeit, für die Mühen und für die Opfer, die er in diesem schweren Kampf im letzten Jahr gebracht hat.

(Lebhafter Beifall.)

Man mag zu Dr. *Müller* stehen, wie man will, das muß jeder sagen: Er hat sich mit seiner ganzen Persönlichkeit und mit seiner Ehre für die Union eingesetzt.

(Beifall.)

Das danken wir ihm und nun schreiten wir zur Wahl. Auch dazu ein Wort: Es ist heute schon gesagt worden, diese Stunde ist eine Stunde von historischer Bedeutung für die Christlich-Soziale Union. Ich bitte Sie, verehrte Parteifreunde, daß Sie sich dessen bewußt bleiben, was diese Stunde jetzt bedeutet. Es schaut nicht bloß die ganze Christlich-Soziale Union, es schaut ganz Bayern und weit darüber hinaus die Welt heute auf uns, wie wir uns entscheiden. Handeln Sie nach Ihrem Gewissen! Ich lasse die Wahlzettel austeilen.

(Lebhafter Beifall.)

Verehrte Anwesende! Es wird folgendermaßen abgestimmt: Jeder schreibt auf den Zettel den Namen [dessen], den er eben als Vorsitzenden wählen will. Dann bitte ich die drei Herren, die für die Wahlkommission bestimmt sind, Ihres Amtes zu walten.

(Zuruf Dr. *Hundhammer*: Zur Abstimmung! Nachdem nur ein Kandidat vorgeschlagen und kein Gegenkandidat aufgestellt ist, halte ich es für richtig, in der Form abzustimmen, daß man mit Ja oder Nein stimmt.)

Es wird vorgeschlagen, daß man mit Ja oder Nein stimmt, nachdem bloß ein Kandidat vorgeschlagen ist.

(Widerspruch. - Zurufe: Den Namen!)

Die Mehrheit scheint doch den Namen zu wünschen.
Dr. *Schlögl*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute eine Wahl. Bei einer Wahl muß man wählen - darüber gibt es keinen Zweifel -; ich wäre dem Antrag *Hundhammer* beigetreten. Da aber das, was Sie wollen, keine Wahl wäre, wenn Sie nur verlangen, daß der Name *Müller* vorgeschlagen ist, so schlage ich einen zweiten Namen vor, und zwar den Parteifreund *Krehle*. Da kann man jetzt wählen.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Bitte wählen Sie!

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage als dritten Kandidaten Dr. *Hundhammer* vor.)

Als dritter Kandidat wird Dr. *Hundhammer* vorgeschlagen.

(Zuruf *Euerl*: Zur Geschäftsordnung! Die Abstimmung hat bereits begonnen. Da kann kein Name mehr vorgeschlagen werden.)

Laßt doch endlich einmal die Sache anlaufen! Es sind drei Namen genannt. Die Abstimmung beginnt. Jeder kann wählen.

(Zuruf *Liedig*: Noch nicht einsammeln! - Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte auf etwas aufmerksam machen - es sind verschiedene da, die nicht stimmberechtigt sind -, daß die Einsammler sich die Stimmberechtigungsausweise vorzeigen lassen. - Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Meines Erachtens muß die Wahl unbedingt droben an der Urne vorgenommen werden.)

Damit es keinen Zweifel gibt, wollen wir die Wahl vorne machen. Ich bitte um Ruhe. Das Wort hat Dr. *Horlacher*.
Dr. *Horlacher*: Zur christlichen Politik gehört auch die Ehrlichkeit; Freunde, die nicht stimmberechtigt sind, stimmen nicht ab.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich bitte, die Abstimmung abzustoppen. Es sind soviel Beschwerden eingelaufen. Wir können es nicht so machen. Wir teilen neue Stimmzettel aus, dann soll jeder vorne vorbeigehen, sein Name wird genannt und der Wahlzettel abgegeben.

(Zuruf: Jeder Stimmberechtigte hat seine Teilnehmerkarte, und es genügt doch, wenn er einfach diese vorzeigt.

Aber er muß hier vorne abstimmen.

(Verschiedene Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

Es kann nicht immer zur Geschäftsordnung gemeldet werden; da kommen wir ja vor lauter Geschäftsordnung nicht zum Geschäft.
(Während der Abstimmung.) Verehrte Anwesende, ich halte es für meine Pflicht, in diesem Augenblick die Versammlung darauf aufmerksam zu machen, daß vor der Türe ein Mann steht und Flugblätter gegen Dr. *Müller* verbreitet. Wie er heißt, können Sie sich denken.

(Zuruf: *Messmer*!)

Es ist immer der gleiche Verräter.
Die Abstimmung ist geschlossen.
Der Vorsitzende des Wahlausschusses gibt das Resultat bekannt.
Sedlmayr: Es sind insgesamt 428 Stimmen abgegeben worden; auf Dr. *Müller* sind entfallen 327 Stimmen,

(Lebhafter Beifall.)

auf *Krehle* 61, Dr. *Hundhammer* 29 und Dr. *Horlacher* eine Stimme. Leer sind zehn Stimmzettel.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich frage Herrn Dr. *Müller*, ob er die Wahl annimmt.
Dr. *Müller*: Ich nehme die Wahl an.
Vorsitzender [*Emil Muhler*]: Ich gratuliere Herrn Dr. *Müller* und der Christlich-Sozialen Union zum Ausgang dieser Wahl. Es sind 76,4% für Dr. *Müller*.

(Lebhafter Beifall.)

Ich übergebe den Vorsitz Herrn Dr. *Müller*.
(Dr. *Müller* übernimmt den Vorsitz.)
Vorsitzender [*Josef Müller*]: Ich danke allen, die mir das Vertrauen ausgesprochen haben. Ich danke Ihnen allen, die Sie abgestimmt haben. Es ist für mich eine Selbstver-

ständlichkeit, daß ich in dem Augenblick, in dem ich jetzt mein Amt antrete, diejenigen, die glaubten, mir Ihre Stimme nicht geben zu können, bitte, doch vertrauensvoll mit mir zusammenzuarbeiten.

(Lebhafter Beifall.)

Wollen wir die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft schlagen, wollen wir vergessen, wollen wir zusammenstehen und gemeinsam der Union dienen! Meine lieben Freunde, in diesem Sinne werde ich mein Amt weiterführen. In diesem Sinne begrüße ich Sie, die Christlich-Soziale Union. Wenn ich mich vorhin mit der Bitte verabschiedet habe, Gott möge die Christlich-Soziale Union segnen, so bitte ich jetzt - und ich geniere mich nicht -, daß auch der Segen Gottes auf unserer Arbeit in der Zukunft ruhen möge.

(Lebhafter Beifall.)

Damit ist das Programm für heute abgewickelt. Wir werden morgen die Tagung fortsetzen. Ich schließe die heutige Tagung. Wiederbeginn morgen früh 9 Uhr. Um 8 Uhr früh ist für die katholischen Mitglieder der Landesversammlung ein Pontifikalamt in der Schutzengelkirche, zu gleicher Zeit für die evangelischen Mitglieder Gottesdienst in der evangelischen Kirche.
Morgen vormittag dürfen nur die der Union angehörenden Personen und selbstverständlich die Vertreter der Militärregierung teilnehmen.

(Zuruf: Heute abend?)

Heute abend ist die kulturelle Veranstaltung der Stadt Eichstätt hier im Hause, wozu alle Freunde herzlich eingeladen sind. Sie beginnt um 20.30 Uhr.
Noch eine Frage?
(Nein.)
Es wünscht niemand mehr das Wort; dann schließe ich die Sitzung.

Schluß der Sitzung 19.25 Uhr.
Wiederaufnahme der Sitzung: 15. Dezember 1946, 9.18 Uhr.

Die Sitzung wird unter dem Vorsitz des Mitgliedes des geschäftsführenden Vorstandes, *Lorenz Sedlmayr*, um 9.18 [Uhr] wieder aufgenommen.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Werte Parteifreunde, meine Damen und Herren! Der Herr Parteivorsitzende Dr. *Müller* ist gestern noch gebeten worden, nach Berlin zu einer Besprechung mit Herrn General *Clay* zu kommen. Aus diesem Grunde hat er mich beauftragt, die Versammlung heute morgen hier zu eröffnen. Er hat außerdem den Herrn Kollegen Dr. *Horlacher* und den Abgeordneten *Haußleiter* mit mir zusammen für die Zeit seiner Abwesenheit mit seiner Stellvertretung beauftragt. Ich darf Ihnen vielleicht die Mitteilung bekanntgeben, die in dieser Angelegenheit der Presse übergeben worden ist. Sie lautet:

> Bereits eine Stunde nachdem die Wiederwahl von Herrn Dr. *Josef Müller*, die mit überwältigender Mehrheit erfolgte, bei der Militärregierung von Bayern amtlich bekannt geworden war, ließ Herr General *Clay* Herrn Dr. *Josef Müller* benachrichtigen, daß er eine möglichst baldige Aussprache mit Dr. *Josef Müller* über die politische Lage für zweckmäßig erachte. General *Clay* ließ im Hinblick darauf, daß die derzeitige Bayerische Regierung am Montag, den 16. Dezember 1946 endgültig zu-

rücktreten müsse, wissen, daß er es sehr begrüßen würde, wenn die Begegnung zwischen Dr. *Josef Müller* und ihm noch vor diesem Termin, möglichst bereits am Sonntag, den 15. Dezember 1946 stattfinden könnte. Obwohl am heutigen Sonntag noch entscheidende Beratungen auf der Tagesordnung der Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union stehen, glaubte Herr Dr. *Josef Müller*, diesem dringlichen Wunsch des Herrn Generals *Clay*, bereits am Sonntag, den 15. Dezember eine Zusammenkunft mit ihm zu haben, entsprechen zu sollen.
Die Militärregierung von Bayern ließ sofort einen Sondertriebwagen zur Verfügung stellen, mit dem Dr. *Josef Müller* noch in der Nacht nach Frankfurt reiste, von wo er im Morgengrauen des heutigen Tages mit einem Sonderflugzeug zu Herrn General *Clay* nach Berlin startete.

(Lebhafter Beifall.)

Zur heutigen Verhandlung darf ich bemerken,

(Zurufe: Lauter!)

- ich spreche so laut, daß es jedermann verstehen kann, sofern hier die Ruhe bewahrt wird -, daß es erwünscht ist, daß wir unsere Verhandlungen nicht allzu[lange] ausdehnen. Vielleicht ist es sogar möglich, daß wir bis 13 Uhr fertig werden. Wir haben schon die Erfahrung gemacht, daß, wenn nachmittags noch Verhandlungen stattfinden, ein großer Teil der Teilnehmer überhaupt nicht mehr anwesend ist, oder daß sich nach und nach die Versammlung aufzulösen beginnt. Das ist immer ein übler Zustand. Es wäre also erfreulich, wenn wir uns eine Reserve in der Art auferlegen könnten, daß wir mit unseren Verhandlungen bis 13 Uhr fertig werden.
Zur Geschäftsordnung ist mir ein Antrag vom Bezirksverband Nürnberg, Jugendkreis, übergeben worden. Es wird beantragt, daß auch zur heutigen Sitzung Parteimitglieder als Gäste zugelassen werden. Der Antrag ist an sich zulässig. Es ist also zu fragen, ob Einwendungen dagegen erhoben werden.
Schwarzer: Zur Geschäftsordnung! Verehrte Parteifreunde! Wir haben jetzt eine Aussprache, die die allgemeine Lage in Bayern betrifft. Deshalb möchte ich anfragen: Sind die Verhandlungen von heute vertraulich zu behandeln oder nicht?
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Vertraulich! Die Presse ist jetzt nicht zugegen.
Schwarzer: Es versteht sich meines Erachtens von selbst, daß Verhandlungen über innerpolitische Fragen in Bayern, wenn sie auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden, vertraulicher Natur sind. Ich wäre deshalb der Meinung, daß wir hier beschliessen, die Verhandlungen heute vormittag bzw. überhaupt alle Verhandlungen, soweit sie die politische Lage betreffen, absolut vertraulich zu behandeln. Jeder hat es mit sich selbst auszumachen, wenn er diese Vertraulichkeit verletzt.
Liedig: Nach den Satzungen steht die Teilnahme an den Verhandlungen der Landesversammlung jedem eingeschriebenen Mitgliede als Gast offen. Ich bin der Auffassung, daß die Presse nicht zuzulassen ist, da die Pressevertreter ja nicht Parteimitglieder sind, sondern für die öffentliche Nachrichtenübermittlung arbeiten. Ich schlage vor, daß der Presse heute nachmittag, nach Schluß der Verhandlungen, eine vom Vorstand zu beschließende allgemeine Erklärung übergeben wird, möchte aber den Antrag stellen, daß Parteimitglieder an den heutigen Verhandlungen als Zuhörer teilnehmen dürfen.

(Widerspruch.)

Schmideder: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte zu dieser Angelegenheit bemerken, daß man Parteimitglieder, die sich schon der Mühe unterzogen und das Opfer auf sich

genommen haben, an der Landestagung teilzunehmen, auch an dieser Sitzung teilnehmen lassen soll. Es gibt nach meiner Ansicht keine vertraulichen Dinge, die nicht an die Öffentlichkeit gelangen könnten. Es ist ganz verkehrt, wenn wir eine solche Politik betreiben, sondern ich bin dafür, daß das, was hier gesprochen wird, ein jedes Parteimitglied wissen darf.
Dr. *Stang*: Zur Geschäftsordnung! Es ist wohl nichts dagegen einzuwenden, daß auch Gäste anwesend sind, vorausgesetzt, daß sie Parteimitglieder sind, und weiter, daß sie sich jeder demonstrativen Applaudierung oder ablehnenden Einmischung in unsere Verhandlungen enthalten.

(Zuruf: Das kann man nicht kontrollieren!)

Baumeister: Zur Geschäftsordnung! In dieser Frage stehe ich auf dem Standpunkt: Wenn die Satzungen vorschreiben, daß Parteimitglieder zu der Sitzung der Landesversammlung Zutritt haben, dann haben sie Zutritt. Wir wollen und müssen uns auf den Standpunkt der Satzungen stellen, die wir gestern erst angenommen haben.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß wir die umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte fortsetzen. Es dürfte genügen, was bisher ausgeführt worden ist.
Karl Huber: Wir sind alle zweimal geprüft worden, ob wir berechtigt sind, hier hereinzugehen. Ich stelle den Antrag, daß die Gäste hierbleiben, daß aber geprüft wird, ob sie tatsächlich Mitglieder der CSU sind.

(Sehr richtig!)

Wenn *wir* zweimal kontrolliert werden, dann wollen wir haben, daß da oben (auf der Empore) auch zweimal kontrolliert wird.
Liedig: Geschieht auch!
Hagn: Zur Geschäftsordnung! Ich glaube, daß die Tagesordnung von heute vormittag von so eminent großer Bedeutung ist, daß wir eine Störung in dem Sinne, wie sich Herr Kollege *Stang* ausgedrückt hat, überhaupt nicht dulden können. Wir kommen viel schneller voran und zum Ziel, wenn wir hier im vertraulichen Kreise diese eminent wichtigen Fragen behandeln. Ich stelle den Antrag, daß keine Gäste zugelassen werden.

(Unruhe. Zurufe: Abstimmen!)

Dr. *von Eicken*: Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte. Wir haben etwas anderes zu tun.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ist jemand dagegen?

(Zurufe: Schluß!)

Ist jemand dagegen?
Nein, das ist nicht der Fall.
Der Antrag ist also angenommen.

(Unruhe: Widerspruch.)

Ich will zur Abstimmung darüber schreiten. Nach der Satzung können Parteimitglieder an der Landesversammlung teilnehmen. Wenn dies völlig klar ist, so bin ich der Auffassung, daß es dann einer Abstimmung an sich nicht bedarf.

(Zuruf: Warum fragt man dann?)

Es liegt ein Antrag vor. Wer nicht Parteimitglied ist, hat hier nichts zu suchen. Wer Parteimitglied ist und es nachweist, kann an den Verhandlungen teilnehmen unter den selbstverständlichen Voraussetzungen, die der Herr Abgeordnete Dr. *Stang* ausdrücklich betont hat. Ich unterstreiche, ich glaube, daß unter diesen Umständen eine formale Abstimmung gar nicht erforderlich ist.

(Zurufe: Doch. Widerspruch.)

Gut, dann soll eine formale Abstimmung erfolgen.
Dr. *Balling*: Zur Abstimmung! Es muß damit Schluß gemacht werden, daß Anträge unter den Tisch fallen. Wenn ein Antrag gestellt ist, darf nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Wenn der Antrag begründet ist, muß darüber abgestimmt werden. Es ist gestern schon vorgekommen, daß ein Antrag einfach übergangen worden ist. Über die Anträge wird abgestimmt. Das ist ein sehr einfaches Verfahren.

(Zuruf: Ich bin der Ansicht, daß man die Satzung durchführen soll.)

Der Antrag lautet: Es wird beantragt, daß auch zur heutigen Sitzung Parteimitglieder als Gäste zugelassen werden können.
Dr. *Horlacher*: Können! Es kann Beschluß gefaßt werden!

(Zuruf: Abstimmen!)

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Wir stimmen über den Antrag ab. Der Wortlaut der Satzung wird noch einmal verlesen.
Liedig: § 69 Absatz I der Satzung über die Teilnahmeberechtigung lautet:

> Die Verhandlungen sind jedem eingeschriebenen Mitglied als Gast gegen Vorweisen der Mitgliedskarte nach Verfügbarkeit des Raumes zugänglich. Wortmeldungen von Gästen sind durch ein Versammlungsmitglied anzubringen und bedürfen der Zustimmung der Versammlung.

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Noch ein Redner zur Geschäftsordnung! Ich bitte aber, sich kurz zu fassen.
Baumeister: Nach Fassung dieser Satzung ist eine Abstimmung nicht am Platz. Deswegen möchte ich aber nicht sagen, daß diese Satzungen günstig sind; denn es soll einer Landesversammlung die Möglichkeit vorbehalten bleiben, daß sie entweder öffentlich oder vertraulich verhandelt.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich möchte mich doch auf den Standpunkt stellen, daß der Sachverhalt genügend geklärt ist. Es ist eine klare Bestimmung darüber in den Satzungen enthalten. Wenn dieser Antrag trotzdem noch gestellt worden ist, so wahrscheinlich in der Annahme, es könnte vielleicht nicht zulässig sein, daß Parteimitglieder hier teilnehmen. Nachdem das aber geklärt ist, ist die Entscheidung bereits getroffen.
Rendle: Das Kapitel, das hier behandelt wird, ist ein sehr wichtiges, und es muß festgestellt werden, wer hier wirklich Gast ist.

(Zuruf: Schluß!)

Wir haben gestern droben auf der Galerie die Erfahrung gemacht, daß alles gute Ersuchen, diese Leute zur Ruhe zu bringen, umsonst war. Darum stelle ich mich heute auf den Standpunkt, daß wir auch die Leute, die Mitglieder unserer Partei sind, vielleicht doch nicht hier brauchen, weil sie nicht Ruhe bewahren können.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich mache noch [einmal] ausdrücklich darauf aufmerksam, daß aufgrund der Satzungen [eine] Abstimmung nicht erforderlich ist.

Wir haben nun genügend über diesen Punkt diskutiert. Wir wollen in die Verhandlungen eintreten.
Geiselberger: Ich stelle einen Antrag, ich bitte ums Wort.
Dr. *Horlacher*: Soll es wieder so angehen wie gestern? Wir haben gestern die wichtigsten Tagesordnungspunkte erledigt. Wir haben gar kein Bedürfnis, in dieser Versammlung zu bleiben, wenn das nicht aufhört. Wenn die Herren nicht Disziplin und Ordnung halten können, werden wir das Lokal verlassen.

(Sehr richtig!)

Der Antrag auf Schluß der Debatte, liebe Freunde, ist ein purer Unsinn. Es hat sich niemand zu Wort gemeldet gehabt. Man kann den Antrag auf Schluß der Debatte nur stellen, wenn sich jemand zu Wort gemeldet hat. Sie müssen erst das politische ABC lernen.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich stelle dann noch ausdrücklich fest, daß auch die Gäste verpflichtet sind, vertraulich zu behandeln, was hier erörtert wird.
Wir treten nun in die Tagesordnung ein. Punkt 3 der Tagesordnung lautet: "Beschlußfassung über die Richtlinien der künftigen Politik der Christlich-Sozialen Union, insbesondere in der Frage der Regierungsbildung in Bayern."
Dr. *Horlacher*: Zur Geschäftsordnung! Darf ich hier feststellen, daß der engere Landesvorstand gestern abend beschlossen hat, der Versammlung mitzuteilen, daß von einer Beschlußfassung über diese Gegenstände hier in diesem Gremium keine Rede sein kann.

(Beifall.)

Wir werden jedem Gelegenheit geben, der etwas Vernünftiges zu sagen hat, das zu tun. Wir werden es zur Kenntnis nehmen. Die Fraktion der CSU hat ihre Entscheidungen dann selbständig zu treffen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich habe an dieser Besprechung teilgenommen, ich weiß aber nichts davon, Kollege Dr. *Horlacher*.
Dr. *Horlacher*: Es ist aber bestimmt gesagt worden.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ist ein solcher formeller Beschluß gefaßt worden?

(Zuruf: Von allen sieben, die dabei waren!)

Dr. *Horlacher*: Bestimmt! Wenn ich etwas sage, dann ist es bestimmt so. Ich habe mit Dr. *Müller* selber darüber gesprochen. Diese Dinge eignen sich unmöglich für eine Beschlußfassung.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Herr Kollege Dr. *Horlacher*! Es ist richtig, daß in diesen Dingen kein offizieller Beschluß zu fassen ist. Das ist klar. In diesem Sinne ist auch gesprochen worden. Wir haben selbst keinen offiziellen Beschluß in dieser Angelegenheit herbeigeführt.
Nun können wir in die Beratungen eintreten.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Ich bitte, Wortmeldungen hier abzugeben und nicht endlos Geschäftsordnungsdebatten heraufzubeschwören. Wir wollen endlich in die Beratungen eintreten.
Konrad: Meine lieben Freunde von der Union! Eine soziale Pflicht hat mich hier an das Rednerpult geführt, eine soziale Pflicht, die heute einen viel breiteren Raum ein-

nimmt, als man das je gedacht hätte. Wir sind ja von der schmaleren Basis des Arbeiterstandes aus heute in das große soziale Problem der breiten Schichten unseres Volkes hineingerückt, das durch den Zusammenbruch, in dem wir stehen, proletarisiert wurde. Wir haben eine soziale Not in einer Breite bekommen, daß die Fraktion unserer Union im Bayerischen Landtag vor einer Aufgabe von so ungeheuerer geschichtlicher Größe steht, wie sie seit Jahrhunderten wohl kaum irgendwo in Erscheinung getreten ist. Wenn ich aber von der sozialen Not spreche, dann sage ich: Noch eine grössere Sorge steht heute vor uns: Die Frage, ob es uns gelingt, die Demokratie über dieses Meer von sozialer Not, von Rechtsnot, von Unrecht und von Lüge zu retten.

(Sehr gut!)

Schon einmal in der deutschen Geschichte ist die Demokratie zugrunde gelogen worden.

(Sehr gut!)

Da ist es wohl notwendig, klar zu sehen, was vor uns liegt. Ich begrüße die überschäumende Kraft der Jugend. Wir brauchen sie notwendig in der Union. Ich nehme es nicht so tragisch, wenn einmal da und dort ein Wort fällt, das wir nicht billigen können.

(Sehr richtig!)

Aber eines wollen wir in der Demokratie festhalten. Wir haben heute mit drei Todfeinden zu rechnen: Der erste Todfeind ist die soziale, zum Himmel schreiende Not unseres Volkes, der zweite die Rechtsnot und der dritte die Lüge.

(Dr. *Horlacher*: Der vierte Todfeind ist die politische Dummheit!)

Wir wissen, gegen Dummheit kämpfen Götter vergebens.

(Beifall.)

Aber dennoch wollen wir den Kampf aufnehmen. Wir müssen ihn aufnehmen als eine geschichtliche Aufgabe.
Wenn ich zunächst ein paar Worte über die soziale Not sagen darf, dann gilt es, folgendes zu bedenken: Wenn beispielsweise Betriebsräte vom Baugewerbe mir erklären: Wir sind zur Schwarzarbeit gezwungen, um unsere Familien ernähren zu können, so ist das ein trauriger Zustand. Wenn ich Zeitungen und Zeitschriften in die Hand bekomme und darin eine Anzeige lese, in der es beispielsweise heißt: Musiker gesucht mit 1200 RM monatlicher Gage, freier Verpflegung, Rauchwaren frei und sonstige Begünstigungen; dann frage ich mich: Wo bleibt das soziale Gewissen,

(Sehr gut!)

wo bleibt der Preiskommissar, der diese Zeitschriften auch lesen sollte? Wenn ich von der Heimarbeit, einem Arbeitsgebiet für Hunderttausende der Ärmsten unserer Armen höre, daß da wieder Stundenlöhne von zehn Pfennig herauskommen und daß es aber auf der anderen Seite in der Heimarbeit Löhne gibt, die zwei Mark und darüber betragen, dann sage ich: Hier ist die Lohnpolitik zur reinen Anarchie geworden.

(Sehr richtig!)

Uns sind heute vielfach noch die Hände gebunden. Es geht uns wie in dem Wort der biblischen Geschichte: Herr, wir haben die ganze Nacht gefischt und unsere Netze sind leer geblieben. So geht es uns heute auch vielfach noch in der sozialen Frage. Ich

hoffe, daß diese Lohnungerechtigkeiten aus der Zeit der Hitler-Diktatur beseitigt werden können, ehe Jahr und Tag vergeht. Es ist ein weiter Weg, der bei der Lohnfrage vor uns liegt, wenn er über die Militärregierung zum Kontrollrat und über den Länderrat geht. Das sind so viele Instanzen, und so viele Beratungen liegen dazwischen, und es ist ein so langer Weg, daß zwischendurch unendlich viel verkümmern kann.
Nun noch eine zweite Frage: Ich habe von der Rechtsnot gesprochen. Wir empfinden vor allem eine Frage vordringlich - und da wünschen wir unseren Freunden und Kollegen im Landtag, daß sie Erfolg haben möchten darin, wenn sie einmütig und geschlossen nicht nur von der Union, sondern von der gesamten Volksvertretung aus die eine Bitte mit aller Dringlichkeit nach Berlin hinaufgehen lassen, die Bitte und das Verlangen: Gebt uns unsere Söhne und Männer aus der Kriegsgefangenschaft wieder. Unsagbare Leiden haben viele Familien in diesem Krieg durchgekostet. Nun stehen seit Jahr und Tag die Söhne draußen, und man weiß nicht: Sind sie noch am Leben, kommen sie zurück oder nicht? So wollen wir an das Weltgewissen appellieren, daß unsere Söhne und Männer wieder in die Heimat kommen und mitschaffen können am Wiederaufbau, an der Gesundung, an der Wiederaufrichtung unserer deutschen, unserer bayerischen Heimat.
Wenn ich von Rechtsnot gesprochen habe, so denke ich hier auch daran, daß in den zwölf Jahren der Diktatur soviel an Rechtsbewußtsein in die Brüche gegangen ist und daß unser Volk nach Recht hungert.

(Sehr richtig!)

Wo bleibt das Recht, fragt man sich ja heute wieder. Ich bin der Überzeugung, bei allen Interessengegensätzen, die zwischen unserem geistigen Vaterlande und den Ländern, auch gegenüber den Siegerstaaten, bestehen mögen, gibt es ein großes gemeinsames Interesse der Menschheit, nämlich über diesen Nihilismus der Zerstörung, dem die ganze Wissenschaft und Technik gedient hat, hinweg zu einem dauernden Frieden zu kommen.
Wenn wir dieses Bestreben haben, zu einem dauernden Frieden zu kommen, dann wollen wir die Menschen von innen heraus befrieden. Wenn wir aber wissen, daß Millionen in Deutschland sind, die aus ihren Stellungen herausgeworfen sind, die ihr Geschäft, ihren Lohn und weiß Gott was noch alles geopfert haben und nicht wissen, wie es um ihre Zukunft bestellt sein wird, dann, meine ich, muß auch hier das Rechtsgewissen sagen: Es darf nicht geprüft werden politisches Vorurteil, sondern das Recht des einzelnen Menschen. Es darf nicht geprüft werden von parteipolitischer Engstirnigkeit, sondern vom wahrhaften Rechtsgefühl. Das ist auch bei der Säuberungsaktion notwendig.

(Sehr richtig!)

Deswegen muß heute auch über diese Dinge ein Wort gesagt werden.
Dann aber noch ein anderes Wort über die Lüge. Unser Volk - und das ist ein Kapitel, das vorhin Freund *Horlacher* angeschnitten hat - gehört leider Gottes zu einem großen Teil zu jenen Menschen, die vertrauensselig alles oder vieles entgegennehmen, was sie in der Presse lesen oder was durch den Radio bekanntgegeben wird. Dazu sage ich: Mißtraut der Presse!

(Sehr richtig! - Lebhafter Beifall.)

Und mißtraut dem Radio!

Es gibt ein altes Wort im Volksmund, das sagt: Der lügt wie gedruckt. Aber die Gefahr liegt nicht bei der offenen Lüge, sondern bei der verdeckten Lüge.

(Zuruf: Mittelbayerische Zeitung!)

Erinnern wir uns an den Gipfel der Schamlosigkeit einer Presse, die den Mut und die Stirn und die Frechheit hatte, ein Gestapo-Protokoll als Anklageschrift herzunehmen.

(Zuruf: Pfui!)

Diese schamlose Lüge, die sich zwar als Wahrheit tarnt, aber verschweigt, was in Todesnot geschehen muß, um sein Leben zu retten.
Wo diese verdeckte Lüge, die allem christlichen Gebot widerspricht, in der Presse hervortritt, müssen wir mit offenen Augen mißtrauisch prüfen. Sie ist eine Macht, eine Großmacht, vielleicht die größte, die stärkste Großmacht, mit der auch die Fraktion unserer Union zu rechnen hat. Unsere Union hat die Mehrheit der bayerischen Stimmen, aber ich weiß nicht, ob unsere Union auch nur 5% der bayerischen Presse hinter sich hat.

(Sehr richtig!)

Dieses Mißverhältnis hat ein englischer Staatsmann, der vor wenigen Monaten gestorben ist, in einem Buch, das nach dem Ersten Weltkrieg erschienen ist, in einen Satz gekleidet: Es gibt dreierlei Auffassungen, eine Auffassung im engeren eingeweihten Kreise; eine zweite Auffassung, nämlich die öffentliche Meinung, die die Presse macht, und eine dritte Meinung, die im Volk von Mund zu Mund, von Ohr zu Ohr geht. Zwischen dieser Meinung, die die Presse produziert, und der Meinung, die im Volke umgeht, herrscht ein großer Unterschied.
Als Unionsmitglieder, als Freunde und führende Männer in der Union wollen wir uns darüber klar sein, daß wir überall für Aufklärung zu sorgen haben und daß eine Aufgabe der künftigen Regierung sein muß, dieses Mißverhältnis soweit wie möglich auszugleichen.

(Sehr richtig!)

Nun empfinden wir gerade an dieser Frage, wie schwer und groß die Aufgabe wird, vor die unsere Landtagsfraktion gestellt ist. Wir können heute sagen - und ich darf das wohl als einer der älteren unter Ihnen und auch aus einiger parlamentarischer Erfahrung heraus tun -, eine gebundene Marschroute in bezug auf die Fraktionshaltung wäre ein Unterfangen, das aller politischer Einsicht entbehrt.

(Sehr richtig!)

Wir müssen den Männern unseres Vertrauens die Freiheit der Entschließung lassen, nach der gegebenen oder sich ergebenden Sachlage zu handeln. Wir müssen uns aber auch über eines im klaren sein: Die heutige Situation, wie sie sich jetzt ergeben hat, gibt kein klares Blickfeld für die Entwicklung unserer Zeitverhältnisse, wie sie in ein, zwei, drei Jahren aussehen werden.

(Zuruf: Zeitbeschränkung!)

Im Augenblick stehen wir vor der Tatsache, daß Bayern in Deutschland als das reichste Land gilt. Das hat so lange Geltung, als man für ein Pfund Butter im Schwarzhandel nicht nur 100 Mark, sondern in manchen Gegenden in Deutschland Tausende von Mark bezahlt. Solange ist Bayern das reichste Land in Deutschland. Aber wenn der

Friede geschlossen wird - wir hoffen kein Diktat-, sondern ein Vertragsfriede - und wenn die Zonengrenzen für die deutsche Wirtschaft gefallen sind und die Währung mit all den Passiven in Ordnung gebracht wird und die Verschuldungen in irgendeiner Form abgebucht und eingebucht sind, kommt die traurigste Umstellung für Bayern, wo das reichste Land das ärmste Land in Deutschland werden kann.

(Sehr richtig!)

Täuschen wir uns darüber nicht! Wenn der amerikanische Weizen um ein Drittel des Preises, der in Deutschland möglich ist, frei nach Deutschland herüberkommt, dann kommt die Zeit, wo die Landwirtschaft in Not kommt. Deswegen auch heute kein Neid der Stände. Wir können den schweren Weg mit dieser ungeheueren Verantwortung nur dann mit Erfolg gehen, wenn wir geschlossen zusammenstehen.

(Sehr richtig!)

Die Geschlossenheit erfordert von uns allen, daß wir in irgendeiner Form Opfer bringen, auch Opfer der Hoffnungen und Wünsche und manche anderen Opfer.
So appelliere ich an die verschiedenen Exponenten. Ich bin mit allen, darf ich wohl sagen, befreundet. Ich war damals schon im Bayerischen Landtag, als Dr. *Hundhammer* in den Landtag kam. Ich war mit meinem alten Freund Dr. *Stang* dort zusammen, seit 1919. So richte ich an unsere Freunde auf beiden Seiten den Appell: Sorgen Sie, daß wir in der Union ein unzerbrechliches Ganzes bleiben. Wir wollen - und damit komme ich zum Schluß - uns durch nichts abbringen lassen von der Überzeugung, daß wir eine große geschichtliche Aufgabe zu erfüllen haben und daß keine andere Partei in der Lage ist, in Bayern diese große Aufgabe zu erfüllen. In diesem Gedanken wollen wir auch wieder die Heimreise antreten, mit dem Bewußtsein: Wir sind und bleiben ein einig Volk von Brüdern.

(Beifall.)

Frau Dr. *Meyer-Spreckels*: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag auf Beschränkung der Redezeit, sonst kommen die letzten überhaupt nicht zu Wort. Ich würde eine Redezeit von zehn Minuten vorschlagen.

(Zurufe: Fünf Minuten!)

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich wollte das eben selbst vorschlagen. Wir können höchstens noch zehn Minuten Redezeit geben.

(Widerspruch. - Zurufe: Fünf Minuten Redezeit!)

Ich darf Ihnen bekanntgeben, daß bereits 25 Wortmeldungen vorliegen.

(Zurufe: Fünf Minuten Redezeit!)

Es wird vorgeschlagen, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen.

(Dr. *Hundhammer*: Genügt vollständig!)

Wer ist gegen fünf Minuten Redezeit?

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Die Regierungsvertreter können vielleicht zehn Minuten sprechen! - Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag auf Schluß der Rednerliste!)

Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte folgendes vorschlagen. Wir wollen grundsätzlich die Redezeit auf fünf Minuten begrenzen. Ich bin aber dafür, daß für

Reden, die als Referate gewertet werden, die Redezeit verlängert werden kann. Es soll das der Fall sein, wenn maßgebende Männer zu bestimmten politischen Entscheidungen noch innerhalb des Vormittags zu sprechen haben. Die Versammlung kann dann einen entsprechenden Entschluß fassen. Ich halte es nämlich für notwendig, daß wir nicht nur zu ganz bestimmten Dingen kurz unsere Meinung sagen, sondern auch Referate anhören.
Ich möchte zweitens folgendes sagen: Das Recht der Landesversammlung ist es, die Richtlinien der Politik der Partei zu bestimmen. Die Vorstandssitzung gestern hat natürlich nicht daran gedacht, in dieses Recht der Versammlung einzugreifen.

(Beifall.)

Das wäre ein undemokratisches Verfahren gewesen. Ich glaube, daß auch unser Freund *Horlacher* seine Bemerkung von gestern, wir sollten heute die Sache möglichst kurz machen, nicht in dieser Weise aufgefaßt haben will.
Ganz klar steht in der gebilligten Tagesordnung, die die Versammlung beschlossen hat: Beschlußfassung über die Richtlinien der künftigen Politik der Christlich-Sozialen Union, insbesondere in der Frage der Regierungsbildung in Bayern.

(Sehr richtig!)

Das ist also das Thema des Vormittags. Klar muß ebenso gesagt werden, daß der Ministerpräsident in der Fraktion gewählt wird und daß ebenfalls die Fraktion die Zustimmung zur Regierung zu geben hat. Ich stehe aber auf dem Standpunkt, daß es das gute Recht der Versammlung ist, ihren Standpunkt hinsichtlich dieser Frage auszudrücken. Dieses Recht muß die Versammlung haben. Wir wollen, daß wir hier als Abgeordnete die Stimme der Männer hören, die uns draußen ja als Abgeordnete aufgestellt haben.

(Sehr richtig!)

[...][4]
Ich glaube, wenn wir so verfahren, wenn wir uns recht präzise und knapp vor allem an das Thema Regierungsbildung halten und wenn wir dann den Männern, die wirklich etwas zu sagen haben, auch eine längere Redezeit geben, daß wir dann zu einem vernünftigen Ergebnis des Tages kommen.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich schlage nochmals vor: Die Redezeit wird auf fünf Minuten begrenzt, mit der Maßgabe, daß bei einzelnen Rednern unter den von *Haußleiter* geschilderten Voraussetzungen davon abgewichen werden darf. Ist die Versammlung damit einverstanden?

(Zustimmung.)

Baumeister: Eine Anfrage! Es steht hier auf der Tagesordnung: Beschlußfassung über die Richtlinien der Politik. Ist ein Referent dafür bestimmt oder sollen die Richtlinien aus der Versammlung heraus kommen? Dann muß in Stichworten vorgetragen werden. Wir verstehen es schon, auch wenn sich einer möglichst kurz faßt. Denn wenn aus der Versammlung heraus die Richtlinien gebildet und gewonnen werden sollen, so ist das ein langwieriger Vorgang.

[4] Fehlblatt. In der Vorlage findet sich der Vermerk: "Fehlblatt S. 92, am 5. August an Dr. Müller." Das Blatt konnte im Nachlaß Müller nicht ermittelt werden.

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich bitte, sich möglichst kurz zu fassen und keine langen Referate zu halten[5].
Herr *Weinzierl* hat das Wort zu einer Bekanntgabe.
Weinzierl: Liebe Parteifreunde! Wir begehen heute den Tag der Flüchtlinge. Da hätte ich eine Bitte an Sie, daß Sie mich ermächtigen, daß hier in der Versammlung eine Sammlung durchgeführt werden darf.

(Beifall.)

Ich möchte die Sammlung so durchführen, daß sie der Landesversammlung auch Ehre macht. Ich bitte hinzugreifen

(Dr. *Stang*: Ins volle Menschenleben!)

und alles, was möglich ist, zu geben.
Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Ich danke für die Anregung. Ich bin überzeugt, daß wir gern gewillt sind, ihr entsprechend Folge zu leisten.
Dr. *Balling*: Ich habe gestern und heute die Frage vermißt: Was erwartet der Wähler von uns, was erwartet das bayerische Volk von einer CSU-Regierung. Diese Frage müssen wir uns zuerst stellen, bevor wir die Frage nach der Regierungsbildung stellen und beantworten. Der CSU-Wähler und der Angehörige des bayerischen Volkes erwartet von uns in erster Linie einmal eine Säuberung des gesamten öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens.

(Sehr richtig!)

Was wir bis jetzt in Bayern Demokratie nennen, können wir nicht mit gutem Gewissen verteidigen,

(Sehr richtig!)

und das, was sich mit Hilfe eines weißen Fragebogens heute vielfach in staatlichen und öffentlichen Dienststellen, ich möchte schon sagen, herumtreibt, ist zum Teil unfähig, jedenfalls häufig korrupt bis in die Knochen.

(Sehr richtig!)

Wir erwarten von der zukünftigen Regierung, daß sie Schluß macht mit der Unfähigkeit und Korruption im öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben.

(Sehr richtig!)

Wir laufen in Bayern in der Demokratie mit verbundenen Augen herum, weil wir uns stur mit dem Problem der Entnazifizierung befassen. Es kommt in erster Linie auf die Demokratisierung an, und wir werden diese Demokratisierung nicht über die Entnazifizierung allein erreichen. So wichtig wie ein Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus wäre ein Gesetz zur Befreiung von Korruption und von Unfähigkeit und Bestechlichkeit.

(Bravo!)

Deshalb sage ich, die zukünftige Bayerische Regierung muß sich mit diesem Problem in erster Linie befassen. Sie muß sich darüber klar sein, daß wir die Demokratisierung nicht allein über die Entnazifizierung erreichen, sondern in erster und letzter Linie

[5] In der Vorlage: "fassen".

über eine Befreiung von diesem Sumpf in den öffentlichen, staatlichen und politischen Ämtern.
Was erwarten das Volk und die CSU-Wähler zweitens von uns? Sie erwarten, daß wir nicht Männer an die Spitze stellen, die sich etwa selbst für würdig halten zu regieren, sondern Männer, die wir für würdig halten, daß sie uns regieren. Wir müssen leider feststellen, daß sich viele Leute planmäßig an die Ämter herandrängen.

(Sehr gut!)

Dieses Spiel mit uns lehnen wir ab. Wir lehnen ebenso ab, daß es Leute auch in unseren eigenen Reihen gibt, die schon vor Jahr und Tag die Ministersessel verteilt haben. Ich stehe nicht an zu sagen, daß diese Männer nicht die richtigen sind, uns zu regieren. Es darf nicht wieder mit der Demokratie jenes böse Spiel getrieben werden, daß es letzten Endes diesen Männern nur darum geht, in einen Ministersessel hineinzukommen und in der Politik ihre Existenz zu finden. Diese Existenzpolitiker sind das Verderben der Demokratie. Wir haben deshalb allen Grund, uns gerade bei uns selbst kritisch umzusehen und unsere eigenen Männer mit einer schonungslosen Kritik zu betrachten, wenn sie es verdienen. Wir kommen hier nicht zusammen, um Lobeshymnen auf unsere Leute zu singen. Wir sind hier zusammengekommen, um uns die Frage vorzulegen: Haben sie richtig und in jedem Falle gut gehandelt?
Was erwarten das Volk und unsere Wähler drittens von uns? Sie erwarten von uns, daß wir arbeiten, daß wir mit den endlosen Debatten Schluß machen, daß wir mit dem Intrigenspiel um die Ministerposten Schluß machen.
Von diesen drei Erwartungen des Wählers kommen wir dann zu der Frage, ob wir in eine Koalitionsregierung hineingehen sollen oder nicht. Die Verantwortung, die wir zu tragen haben, ist riesengroß. Das Elend ist ebensogroß. Ich glaube, wir können, da es auf rasche und gründliche Maßnahmen ankommt, diese Verantwortung am besten übernehmen, wenn wir auch die Regierungsgewalt allein in der Hand haben.

(Lebhafter Beifall.)

Der Haupteinwand gegen diesen Vorschlag ist, daß man gerade wegen der Größe der Not die Verantwortung und die Arbeit verteilen müsse. Ich glaube, dieser Einwand kommt von schwachen Leuten, von Männern, die nicht den Mut haben, die Verantwortung allein zu übernehmen. Wir können nur dann eine positive Arbeit leisten, wenn wir nicht versucht sind, die Verantwortung auf andere abzuwälzen.
Die zweite Überlegung ist eine sehr konkrete, nämlich die der Personalpolitik, die die SPD in den Ministerien getrieben hat, die wir ganz entschieden verurteilen müssen. Es sind in den Bayerischen Ministerien in München Leute, bis herauf zum Ministerialdirektor, die nicht im entferntesten für diese Ämter qualifiziert sind und nur aufgrund ihres Parteibuches und ihres weißen Fragebogens dorthin gekommen sind. Wenn wir eine Koalitionsregierung machen, müssen wir Kompromisse gerade in den wichtigsten personellen Dingen machen. Wir können diese Kompromisse nicht verantworten. Wir müssen säubern, wie ich sagte, und da müssen wir mit den Ministerien anfangen.
Ich schließe deshalb meine Ausführungen mit der Auffassung, die zweifellos weite Kreise unserer Parteifreunde teilen: Keine Koalition, die CSU geht allein in die Verantwortung und sie wird sich, weil sie sich ihrer alleinigen Verantwortung bewußt ist, nach vier Jahren vor das Volk wieder hinstellen und sagen können: Wer hätte es besser gemacht?
(Dr. *Horlacher* übernimmt den Vorsitz.)

Haußleiter: Zur Geschäftsordnung! Heute früh sollte Dr. *Müller* über die Richtlinien der künftigen Politik sprechen. Dr. *Müller* ist nicht da. Ich schlage vor, daß an seiner Stelle Fraktionsvorsitzender Dr. *Hundhammer* über die Entwicklung der kommenden Dinge spricht, und zwar etwas ausführlicher. Ich bitte die Versammlung, mit diesem Vorschlag einverstanden zu sein.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte, für dieses Referat etwa 20 Minuten in Aussicht zu nehmen.
Dr. *Hundhammer*: Das genügt mir vollauf. Ich bin überhaupt der Meinung, daß es nicht einmal 20 Minuten sein müssen. Es gibt kurze Sentenzen, die sehr vielsagend sind.
Meine lieben Parteifreunde! Wir haben jetzt eben von meinem Freund Dr. *Balling* sehr temperamentvolle Ausführungen in der Richtung gehört, daß die CSU allein die Verantwortung übernehmen soll. Bevor nun die Entscheidung fällt - sie wird ja nicht hier fallen, aber hier wird man doch die Meinung der Partei zum Ausdruck bringen -, wollen wir uns einmal die Situation als solche klar vor Augen stellen. Wir haben unter den 180 Abgeordneten im Parlament 104 Mandate der CSU. Das gibt rein zahlenmässig gesehen der CSU die Möglichkeit, allein die Regierung zu bilden. Voraussetzung dafür ist, daß innerhalb der Fraktion Geschlossenheit herrscht

(Sehr richtig!)

und in vielen Dingen Fraktionszwang gehalten wird.

(Sehr richtig!)

Denn Sie müssen sich darüber im klaren sein: Eine Regierung kann nur regieren, wenn sie für ihre Maßnahmen eine absolute Sicherheit hat, daß sie nicht bei jedem nächstbesten Antrag niedergestimmt wird.

(Sehr richtig!)

Also die erste Voraussetzung für die Alleinbildung der Regierung ist der Fraktionszwang,

(Sehr richtig! - Widerspruch!)

sonst bekommen Sie einen polnischen Reichstag.

(Sehr richtig!)

Es ist nicht notwendig, daß bei jeder Abstimmung in jedem Falle Fraktionszwang durchgeführt wird. Es kann Fälle geben, in denen durchaus die Auswahl der Entscheidung positiv und negativ hinzukommen kann oder wo ein Gesetz mit gemischten Mehrheiten angenommen wird. Aber für wesentliche Dinge ist es notwendig, daß der Ministerpräsident und der Fraktionsführer wissen: Hier habe ich die geschlossene Mehrheit sichergestellt. Sonst kann Ihnen kein Mensch eine Regierung führen.
Das ist also die erste Voraussetzung. Dann ist ein zweites Problem zu überlegen: Wir haben jetzt eine anormale Zeit vor uns, wie sie vielleicht nicht einmal während der Kriegsjahre gegeben war.

(Sehr richtig!)

Wir haben in der nächsten Zeit eine Lebensmittelkalamität, die in ihren Auswirkungen und in ihrer Heftigkeit das übertrifft, was hinter uns liegt.

(Sehr richtig!)

Wir haben den Friedensvertrag, die Friedensbedingungen anzunehmen; zu verhandeln wird nicht mehr viel sein. Wollen wir es uns im vorhinein überlegen, daß wir als die stärkste Partei nicht allein die Verantwortung für die Annahme des Friedensvertrages auf uns nehmen wollen.

(Sehr richtig!)

Überlegen Sie sich einmal die Konsequenzen! Ich spreche die Dinge aus, wie sie vor uns liegen.
Wir haben als weiteres Problem über kurz oder lang vor uns die Umstellung der Währung, mit einem Stoß für die Lebensexistenz der einzelnen Staatsbürger, der bis ans Mark gehen wird.

(Sehr richtig!)

Das sind Dinge, die es der Mühe wert machen zu überlegen, ob man nicht versuchen soll, eine Koalition zu bilden.

(Sehr richtig!)

Es gibt Gesichtspunkte, die es verlockend erscheinen lassen, eine Regierung allein zu bilden. Dazu gehört die größere Unabhängigkeit in allen Entschlüssen. Man hat Ellenbogenfreiheit, wenn man allein die Regierung bildet. Man hat dann die Möglichkeit, die Säuberung der Ämter so durchzuführen, wie es wünschenswert und notwendig ist, außerdem wird eine grundsätzliche Politik viel leichter möglich, wenn man nicht Rücksicht zu nehmen braucht.
Aber wenn ich mir die Gesamtsituation überlege, dann erscheint es mir richtig, auch wenn ich die Meinung eines sehr großen Teiles unseres Volkes in Betracht ziehe, zunächst zu prüfen, ob eine Koalitionsregierung möglich ist. Diese Prüfung möchte ich auf alle Fälle für richtig halten.

(Sehr richtig!)

Ich würde es für falsch halten, a priori zu erklären, wir machen die Regierung allein.
Gehen wir dann die Situation bei den einzelnen Parteien durch: Die größte Partei ist die SPD mit ihren 52 Mandaten. Wir hätten mit ihr zusammen 156 Abgeordnete, also eine ganz große Mehrheit im Parlament, eine Basis, die zweifellos für die Übernahme so schwerer Probleme, wie sie vor uns stehen, die entsprechende Stärke hätte. Ich weiß, daß man sagt, vielleicht nicht mit Unrecht sagt, daß die Sozialdemokratie unter Umständen kein Koalitionspartner für vier Jahre, sondern bloß für drei Jahre sein wird. Ich sehe das ein; das ist durchaus möglich. Aber ich glaube, wenn die Sozialdemokratie drei Jahre in der Regierung ist und im vierten in die Opposition gehen würde, dann würden die Wähler draußen das verstehen und auf dieses Manöver nicht hereinfallen.
Es fragt sich aber andererseits, ob die Sozialdemokratie mit uns ein Kabinett bilden will, die zweite Frage, die auch eine Rolle spielt. Die Sozialdemokratie verhandelt heute auf ihrem Landesparteitag auch über diese Frage, und dort wird die Entscheidung fallen. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß in der Sozialdemokratie der Kreis der altbayerischen Abgeordneten grundsätzlich geneigt wäre, mit uns zusammen eine Regierung zu bilden, daß der radikalere Teil der Abgeordneten aus Franken heraus, der zur SED neigt, lieber in die radikale Opposition geht.

(Sehr richtig!)

Wir sehen das aus der Korrespondenz, und ich weiß es positiv. Ich spreche nicht aus Vermutungen heraus; ich bin mir durchaus im klaren - es ist der Zwischenruf gemacht worden: "Die Koalition muß ehrlich sein." - Meine Herren, ich möchte auch für sozialdemokratische Abgeordnete durchaus zubilligen, daß bei ihnen Ehrlichkeit vorhanden ist.

(Beifall. - Zuruf: *Hoegner* in Regensburg!)

Meine Herren! Ich habe hier nicht eine Verteidigungsrede für die Sozialdemokratie zu halten. Es mag manches geben, was zu beanstanden ist, das ist richtig. Ich würde es für falsch halten, von vornherein zu sagen oder zu unterstellen, daß bei dieser Fraktion die Ehrlichkeit nicht da wäre. Es hängt also davon ab, welche Beschlüsse bei der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion gefällt werden; aber es wird möglich und notwendig sein, in Koalitionsverhandlungen oder -besprechungen einzutreten oder unsererseits bereit zu sein. Es würde sich dann fragen - ich nenne die Dinge konkret -, welche Ministerien der Sozialdemokratie überlassen werden können. Ich würde, so wie die Situation ist, wenn man die Koalition wirklich ehrlich anstrebt, sie nicht von vornherein als Taktik betrachtet und sie verhindern will, glauben, daß die Sozialdemokratie für sich das Justizministerium verlangt und ebenso das Sozialministerium weiterhin bekleiden will.

(Zurufe des Widerspruchs.)

Soviel Unterschied zwischen einer Partei- oder Volksversammlung und einer beratenden Landesversammlung müssen Sie machen, daß Sie einen Redner, noch dazu wenn er einen Überblick über die Materie geben soll, anhören!

(Sehr richtig!)

Das Innenministerium wird zweifellos ein Diskussionspunkt. Ein Ministerium, das für uns sehr wichtig ist, das Kultusministerium, halte ich für unabdingbar für uns. Das ist eine Prestigefrage. Das Kultusministerium muß von der CSU bekleidet werden.

(Beifall. - Zuruf: Und das Innenministerium!)

Selbstverständlich ist für uns das Innenministerium von ganz großer Bedeutung. Wir wissen, daß es die Schlüsselstellung ist. Ich möchte da aber nicht mehr in die Diskussion eingehen. - Daß das Landwirtschaftsministerium in unserer Hand bleibt, halte ich für selbstverständlich. Wir haben dann die Frage des Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums, bei denen von Fachministerien gesprochen worden ist. Ich persönlich bin der Auffassung, daß es wünschenswert wäre, daß wir auch in diesen Ministerien eine klare Linie bekommen.

(Zuruf: Sehr richtig! - Zuruf Dr. *Balling*: Notwendig!)

Wir haben das Sonderministerium. Es wird sich keine Partei um dieses Ministerium raufen. Wir haben das Verkehrsministerium. Da war bisher noch kein Minister genannt worden; es ist das einzige Ministerium, bei dem ich bisher noch kein Rätselraten über einen neuen Minister gehört habe.

(Zuruf: Das haben sie vergessen.)

Nun, wir können hier nicht festlegen, was geschehen kann. Wir können nur sagen, daß gewisse Ministerien für uns von besonderer Bedeutung sind. Wir haben daneben aber dann die Staatssekretärposten zu bekleiden, denen jetzt in der neuen Regierung eine

andere Bedeutung zukommt wie bisher. Denn jetzt sind die Staatssekretäre verfassungsmäßig verankert. In jedem Ministerium muß als Vertreter des Ministers ein Staatssekretär genommen werden. Wenn es wirklich zu einer Koalition kommt, dann glaube ich, sind Sie mit mir der Meinung, falls das Sozialministerium an die SPD gehen sollte, daß der Staatssekretär dort von uns bestellt wird. Ich glaube, es stimmt, daß unser bisheriger bewährter Staatssekretär im Ministerium bleibt.

(Beifall.)

Das wäre die Situation mit der SPD. Es fragt sich, ob dann, wenn die SPD bereit ist, in die Koalition zu gehen und die Verhandlungen zu einem Resultat kommen sollten, daneben noch gleichzeitig mit anderen Parteien verhandelt werden soll. Ich würde dieses sogenannte Totalkabinett nicht für sehr zweckmäßig halten. Man spricht zwar davon, daß unter Umständen die FDP hineingenommen werden soll. Es ist in der Öffentlichkeit, in Zeitungen, davon geschrieben worden, daß eventuell das Sonderministerium in die Hände der Liberal-Demokratischen Partei gehen könnte. Ich weiß das. Ob das nun ernst gemeint war, mag eine andere Frage sein; auch von der WAV ist gesprochen worden.

(Heiterkeit.)

Ich bin der Meinung, daß eine gewisse Opposition schon auch im Parlament bleiben kann und darf. Man soll aber eines nicht übersehen, wenn von der Notwendigkeit der Opposition gesprochen wird: Wir haben eine gewisse Opposition, das heißt eine Kritik an der Regierungstätigkeit, heute ja dadurch, daß die gesamte Regierungsarbeit von der Besatzungsbehörde überwacht und kontrolliert wird. Das dürfen Sie nicht ganz übersehen. Hier liegt ein gewisses Korrektiv für manche Dinge drin enthalten. Eine andere Frage ist die, ob, wenn die Sozialdemokratie keine Koalition bilden will oder wenn man sich mit ihr nicht einigen kann, dann mit anderen Parteien statt der Sozialdemokratie eine Koalition gebildet werden soll. Ich glaube, einer solchen Koalition würde nicht viel Bedeutung zukommen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir uns bloß eine Partei ans Bein hängen, die uns in der Regierungsarbeit im Ministerium, im Kabinett lähmt, die aber nach außen hin in der Verantwortungsübernahme keine wesentliche Stütze bedeutet, dann ist es besser, wir verzichten darauf, diese Stütze an die Seite zu nehmen. Das sind die Fragen, die sich in dieser Richtung ergeben.

Aber die Entscheidung darüber, was möglich ist und geschehen kann, muß sich die Fraktion vorbehalten. Es ist aber der Fraktion und mir als Fraktionsvorsitzendem durchaus wertvoll, die Meinung der Landesversammlung dazu zu hören. Es kommt ein anderes Problem dann: Welches sollen und müssen die Grundsätze für die Arbeit der Regierung sein? Hierzu soll vor allem die Landesversammlung ihre Wünsche und ihre Meinung äußern. Darin sehe ich die Aufgabe der Landesversammlung, Richtlinien für den Geist und die Arbeit der Regierung zu besprechen; weniger über das Problem, ob Koalitionsbildung oder nicht.

Von den Aufgaben, die der kommenden neuen Regierung gestellt sind, wurden verschiedene von den Herren Vorrednern schon gestreift. Das entscheidende Problem zunächst für das ganze Volk bei uns, das nächstliegende, ist das uralte Problem: Arbeit, Brot, Wohnung. Somit wird der Tätigkeit des Landwirtschaftsministeriums, der Tätigkeit des Wirtschaftsministeriums, der Tätigkeit des Arbeitsministeriums oder des

Innenministeriums, je nachdem, wem der Wiederaufbau erteilt wird, großes Gewicht zukommen. Ich halte es nicht für richtig, ein eigenes Wiederaufbauministerium zu machen. Was soll das denn heute tun? Pläne machen? Dafür brauchen wir kein eigenes Ministerium. Aber Rohstoffe beschaffen, die Mittel zum Wiederaufbau beibringen, das ist an sich ja Sache des Wirtschaftsministeriums. Wir haben auch schon davon gehört, daß man ein eigenes Flüchtlingsministerium machen sollte. Es ist das ein Problem, für das ich mich meinerseits noch nicht sehr erwärmen kann. Ich glaube, durch ein Flüchtlingsministerium würde die Gefahr noch größer, daß das ganze Flüchtlingswesen registriert wird. Ich halte es [für] viel besser, wenn das Flüchtlingswesen unter einem Staatssekretär, oder einem Staatskommissar vielmehr, der parteipolitisch weniger stark gebunden und festgelegt ist, zusammengefaßt wird, meinetwegen unter der Oberleitung des Ministerpräsidenten direkt oder des Innenministeriums. Das dürfte die zweckmäßigere Lösung sein. Außerdem sollen wir versuchen, eine Gefahr zu vermeiden, das ist die, daß der Kreis der Neubürger dauernd einen für sich geschlossenen und abgesonderten Block in unserem Volke bildet.

(Beifall.)

Wir müssen dahin streben, daß die Neubürger in unser Volk hineinwachsen und mit ihm verschmelzen.

(Zuruf: Mit der Arbeit aber!)

Das Verschmelzen kann nur geschehen - es hat jemand da oben den Zwischenruf gemacht - mit der Arbeit. Das kann nur auf dem Wege geschehen, daß die Neubürger einen Beruf bekommen, daß sie in unser Volk hineinwachsen. Wenn das nicht gelingt, werden wir dauernd einen sozialen und politischen Krankheitsherd von ganz großem Ausmaße in unserem Volke haben.

(Sehr richtig!)

Es ist fehl am Platze, an dieses Problem von vornherein mit irgendwelchen Erwägungen herangehen zu wollen, die von Anfang an etwa aus Ablehnung oder Skepsis herauswachsen.

Meine Damen und Herren, das sind in ganz groben Zügen die Hauptprobleme, die uns gestellt sind. Das ist die Grundlage, von der wir ausgehen müssen. Wenn ich meine Darlegungen zusammenfasse, dann gipfeln sie darin, daß erstens das Problem, ob eine Koalitionsregierung möglich ist, geprüft werden muß, und wenn sich aus den Voraussetzungen der Bereitwilligkeit anderer Parteien oder der in erster Linie in Frage kommenden Partei und zweitens aus der Voraussetzung, daß man sich mit dieser Partei auf einer gemeinsamen und möglichen Basis treffen kann - das ist ja vorerst auch noch nicht geklärt - eine bejahende Antwort ergibt, dann bin ich der Meinung, soll die Koalitionsregierung gebildet werden. Wir wollen uns aber die Koalition nicht unter allen Umständen, mit allen Mitteln und um jeden Preis erkaufen.

(Sehr richtig!)

Es ist vorhin der Wunsch an die Fraktion ausgesprochen worden, sie möge sich für baldige Freilassung der Kriegsgefangenen einsetzen. Das ist eines der Einzelprobleme, die gestellt sind und um die sich die Fraktion gerne annehmen wird. Wir können aber in all den Dingen nur zu einem Resultat kommen, wenn wir erstens bittend an die Besatzungsmacht herangehen und zweitens, wenn wir unsererseits alles tun, um baldmöglichst einen Friedensschluß zu ermöglichen. Denn er gibt uns dann die Hand-

habe, uns auch unsererseits auf die Genfer Konvention zu berufen, wenigstens den Mächten gegenüber, die an die Genfer Konvention angeschlossen sind.
Ich möchte Sie aber um eines unter allen Umständen gebeten haben: Nehmen Sie der Regierung gegenüber nicht bloß den Standpunkt des Forderns ein, sondern auch den Standpunkt des Stützens und Förderns.

(Beifall.)

Es wird kaum eine Regierung so sehr auf den guten Willen des ganzen Volkes angewiesen gewesen sein, wie es die kommende Regierung ist. Es ist unmöglich, daß eine Regierung ihr Amt ausführt, wenn die Kreise der Leute, die hinter ihr stehen sollen, von Anfang an etwa bloß von Kritik erfüllt sind.

(Sehr richtig!)

Ich betone das und habe das der bisherigen Regierung gegenüber, die nicht von uns gestellt war, betont - jeder Regierung gegenüber soll das ganze Volk zunächst einmal eine objektive Stellungnahme einnehmen und sich nicht aus Prinzip auf Kritik oder gar auf negative Kritik einstellen. Wir werden die kommende Not und die kommenden Schwierigkeiten nur meistern können, wenn die Männer, die in der Regierung und im Kabinett sind, ihr äußerstes tun, um die Probleme zu meistern, und wenn diese Männer auch entsprechend ausgewählt werden. Wir werden das nur meistern können, wenn die Fraktion in sich den positiven Willen hat, in positiver Einstellung hinter der Regierung zu stehen, und wenn die eigenen Parteifreunde und das ganze Volk bereit ist, mit der Regierung gemeinsam zu versuchen, über die jetzige schwere Zeit hinwegzukommen.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich würde nunmehr vorschlagen, die Rednerliste zu schließen. Es hat jeder Gelegenheit gehabt, sich jetzt zum Worte zu melden. Es liegen über zwei Dutzend, über 30 Wortmeldungen vor. Ich bitte auch die Redner, sich zu beschränken und sich nicht in Wiederholungen zu ergehen. Ich nehme Ihre Ermächtigung an, daß ich bloße Wiederholungsreden unterbrechen darf.

(Beifall.)

Wir müssen bis 13 Uhr fertig werden; denn wir haben auch noch darüber hinaus daran zu denken, wie wir wieder nach Hause kommen. Es gebietet die Rücksichtnahme auf eine große Anzahl der Teilnehmer, daß wir rechtzeitig um 13 Uhr fertig sind. Ich nehme Ihre Zustimmung an. Ich lasse darüber abstimmen, daß die Rednerliste geschlossen wird. Wer dagegen ist, möge die Hand erheben. Die Rednerliste ist damit geschlossen. Wortmeldungen werden nicht mehr angenommen. Das Wort hat Herr *Hatzinger*.
Hatzinger: Verehrte Landesversammlung! 70% des Volkes sind Arbeiter, Angestellte, Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Lösung der sozialen Frage ist doch so wichtig und müßte von jedem, der in den Landtag eintritt, so eingehend studiert werden oder so eingehend studiert worden sein, daß er ohne weiteres dazu Stellung nehmen kann. Es sind doch fünf Fragen, die in der Hauptsache zu lösen sind. Jeder, der sich mit den Fragen beschäftigt hat, wird zu der Erkenntnis gekommen sein, daß die Unruhen in den Völkern, die Revolutionen, die zum Teil Kriege zwischen den Völkern ausgelöst haben, auf die Ungelöstheit der sozialen Frage zurückzuführen sind.

1. Die dauernde Unsicherheit der Existenz bei Lohn- und Gehaltsempfängern: Wenn man nicht weiß, ob man nächste Woche noch Brot und Arbeit für sich und seine Familie hat! Wer an die Vorsehung Gottes glaubt und glaubt, daß die Welt als Ordnung und Kosmos erschaffen wurde, kommt zu dem Resultat, daß die Arbeitslosigkeit nicht notwendig ist, daß sie ohne weiteres verhindert werden kann, erstens wenn die Wirtschaft richtig organisiert ist; zweitens wenn der Erfolg der Technik nicht nur einigen wenigen, sondern dem ganzen Volke zugute kommt;

(Beifall.)

drittens, wenn die Erfolge der Wirtschaft in einem breiten Strom in das Volk hineinfließen und nicht in einige wenige Hände, wie es auch *Pius XI.* in der Enzyklika "Quadragesimo anno" ausgeführt hat. Die Unsicherheit der Existenz kann beseitigt werden. Es wird keinen Menschen geben, der sagen kann: Es kommt die Arbeitslosigkeit. Die Scherben, Trümmer sagen es, daß wir Arbeit haben. Die Armut an Bedarfsartikeln ist so groß, daß wir auf Generationen hinaus arbeiten müssen, um jedem zu geben, was fehlt, was zerstört ist usw., zu Reparationen. Arbeit über Arbeit, es fehlt nur an der richtigen Organisation.

2. Der ungerechte Lohn, gegen den die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten ankämpft: Der gerechte Lohn kann hier nicht behandelt werden. Mindestens eine Stunde müßte man da reden. Nur einen Punkt aus dem großen Fragenkomplex des gerechten Lohnes: Wir haben in der Verfassung beschlossen, das heißt die Verfassunggebende Landesversammlung hat beschlossen, daß Frauen den gleichen Lohn bekommen für die gleiche Arbeit. Das ist richtig für die, die nicht heiraten können, die sich selber versorgen müssen, auch für die Frauen, die wohl eine Arbeit nicht brauchen, aber aufgrund ihrer Schulung und Bildung eine gute Leistung für das Volk bringen können; aber auf was es ankommt, ist das: Wir haben Tausende und Zehntausende von Frauen, die außer der Arbeit in der Wohnung, in der Familie, noch außer Haus in die Arbeit gehen müssen, weil der Mann so hundsmiserabel bezahlt ist, daß es nicht reicht fürs Leben. Der erste Satz der Enzyklika "Quadragesimo anno" des Heiligen Vaters wendet sich dagegen:

> Daß Frauen außer Haus in die Arbeit gehen müssen, weil der Mann so schlecht bezahlt ist, ist eine Schändlichkeit, ein Mißbrauch, der beseitigt werden muß, koste es, was es wolle.

(Beifall.)

Ich möchte die Herren und Frauen, die in den Landtag kommen, auffordern, sich speziell dieser Frage zu widmen. Wenn *Karl Marx* mit seiner Feststellung Recht gehabt hat, daß die Arbeiterschaft immer nur das bekommt, was sie unbedingt zum Leben braucht, so hat er Recht gehabt; aber falsch waren seine Lösungsversuche. Es passiert etwas Furchtbares, wenn die Christlich-Soziale Union jetzt, nachdem sie legal an die Macht gekommen ist, diese Frage nicht aufgreift.

(Sehr richtig!)

Dann fühlen sich die 70% des Volkes nicht nur enttäuscht und betrogen von jenen Herren, die das Jahrzehnte lang gepredigt haben, sondern sie fühlen sich auch von uns betrogen. Wo gehen sie dann hin? Die stehen schon draußen vor der Tür, die sie mit ihrer berechtigten Unzufriedenheit und dem neuen Haß und neuen Neid, der heraufsteigt, aufnehmen werden.

3. Die dritte Frage zur Lösung der sozialen Frage - es wird überall darüber diskutiert, wenn man sich auch vergewissert, daß die wenigsten das Problem voll und ganz verstehen - ist die Mitbestimmung in der Wirtschaft und das Mitbesitzrecht. Wenn der Arbeiter 65 oder 70 Jahre alt wird, dann ist er derselbe arme Teufel, der er war, als er nach der Schulentlassung zu arbeiten angefangen hat. Er hat es sein Leben lang zu nichts gebracht, während der Unternehmer, auch wenn er noch so primitiv angefangen hat, mit 70 Jahren ein Vermögen hat. Irgendwo liegt da doch ein Denkfehler.

(Zuruf *Maier*, Dingolfing: Das ist ja Geschwätz, aber keine Sozialordnung.)

Das gehört zur Arbeit der künftigen Regierung.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte, sich etwas zu mäßigen. Ich bitte auch, den egoistischen Kapitalismus zurückzustellen.

(Stürmischer Beifall. - Zuruf *Maier*: Ich bitte ums Wort für eine persönliche Erklärung.)

Das kommt später dran.
Hatzinger: Ich möchte nur einen Namen nennen: *Krupp*. Die Urahnen waren einmal genauso arm, wie die Arbeiter heute. In vier Generationen haben sie es zu 40 Millionen gebracht, die eine Million Arbeiter, die das Vermögen mitgeschaffen haben, haben nichts. Da liegt irgendwo ein Fehler.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte, allmählich zum Schluß zu kommen.
Hatzinger: Zur Demokratie gehört auch, daß die großen Lumpen, die an unserem Unglück Schuld sind, auch besitzmäßig demokratisiert werden.

(Stürmischer Beifall.)

Das ist die Mitbestimmung in den Betrieben, wo es darauf ankommt. Nun komme ich zur praktischen Auswirkung. Die Arbeiterschaft ist bei den Wahlen sehr schlecht weggekommen. Aber wir werden eine christliche Rache üben.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Die christliche Rache weise ich sofort zurück, wir kennen nur die christliche Liebe.

(Beifall.)

Hatzinger: Meine Herren! Wenn die Union allein in die Regierung geht, wofür wir sofort sind, dann hat die Arbeiterschaft in den Betrieben draußen in erster Linie den Prellbock gegen die Propaganda der anderen zu bilden. Da werden wir unsere christliche Liebe zu unserer Partei beweisen, unsere christliche Rache.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich muß Sie jetzt zur Ordnung rufen.
Hatzinger: Wenn eine Koalition in Frage kommt, dann nur mit der SPD, nicht mit *Loritz* und nicht mit der Liberal-Demokratischen Partei.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Sehr richtig.
Hatzinger: Das könnte die Arbeiterschaft draußen vielleicht nicht aushalten, wenn sie den geschlossenen Block der übrigen Arbeiterschaft gegen sich hätte.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das Wort hat Dr. *Ankermüller*. Beim Dr. *Ankermüller* habe ich ein so großes Zutrauen zu seiner überragenden Intelligenz, daß er in zehn Minuten fertig ist.
Dr. *Ankermüller*: Ich werde in noch kürzerer Zeit fertig sein. - Liebe Parteifreunde! Die Hauptfrage, die wir zu lösen haben und die die Fraktion am Montag beschäftigen

muß, ist die Frage Koalition oder nicht Koalition. Die Not, die wir jetzt in unserem Vaterlande haben, spricht grundsätzlich dafür, daß wir alle aufbauwilligen Kräfte zusammenfassen müssen. Die Zusammenfassung aller Kräfte in einer großen gemeinsamen Koalition ist aber meiner Meinung nach nicht möglich, weil in manchen Parteien zu starke antidemokratische Kräfte am Werke sind. Wir wollen aber eine echte Demokratie. Um eine echte Demokratie durchführen zu können, brauchen wir auch eine Opposition, und zwar eine gesunde Opposition. Wir sind uns darüber klar, meine lieben Parteifreunde, daß jede Partei, die heute in dieser Notzeit an die Verantwortung geht, sich verbraucht. Wir müssen aber diese Gefahr auf uns nehmen, und weiter müssen diejenigen, die eventuell ein Ministerium zu übernehmen haben, auch bereit sein, von diesem Ministerposten einmal wieder zurückzutreten, wenn die Not und die Umstände es erfordern. Es darf hier nicht ein Kleben am Stuhl eintreten. - Es ist davon gesprochen worden, daß eine Koalition mit der Sozialdemokratie gebildet werden soll oder daß das das Beste wäre. Ich bin der Meinung, daß, wenn diese Koalition entstehen würde, nicht nur eine Partei, sondern die beiden Parteien sich in Kürze verbraucht haben, vor allem noch, weil die Gefahr besteht, daß dem Volk gegenüber die eine von den beiden Parteien die Hauptverantwortung immer auf die andere zu schieben geneigt sein wird. Das Wesentliche erscheint mir das zu sein, daß dann diesen beiden großen Parteien in einer Koalition mit ihren 160 Sitzen von 180 keine gesunde Opposition gegenüberstehen würde. Diese Opposition, die aber trotzdem im Lande draußen entstehen würde, würde sich dann in den antidemokratischen Parteien, die ich nicht zu nennen brauche, sammeln und später den beiden großen Parteien, der Sozialdemokratie und der CSU, stark zu schaffen machen. Meiner Meinung nach ist deswegen die Sache so, daß, wenn die Koalition mit der Sozialdemokratie gebildet würde, in wenigen Jahren die Demokratie zu Tode regiert wäre.

(Beifall.)

Wir müssen dafür eintreten, daß die Sozialdemokratie außerhalb der Koalition bleibt, daß sie in ihren Reihen die gesunde Opposition sammeln kann. Bei der Verfassungsberatung, meine lieben Parteifreunde, waren die Grundsätze anders. Da ging es darum, die Verfassung auf breite Grundlage zu stellen, damit das Volk sich später nicht in nutzlosen Verfassungsstreitigkeiten zerfleischt. Es werden manche Gegenargumente gegen die Alleinregierung der Christlich-Sozialen Union vorgebracht. Es wird einmal gesagt: Wenn wir allein ans Ruder gehen, dann wird eine hemmungslose Opposition eintreten. Meine lieben Parteifreunde, wenn die SPD mit uns regiert, dann wird draußen eine viel hemmungslosere Kritik sein. Ich denke insbesondere an die Kritik der KPD und der WAV; wenn die SPD mit draußen stehen würde, dann kann sie eine gesunde Kritik mit in die Hand nehmen.

(Beifall.)

Es wird vorgebracht, daß eine Verbindung mit der SPD außenpolitisch notwendig sei. Meiner Meinung nach wäre hier gerade die Verantwortung der CSU ganz besonders am Platze. Denn die CSU scheint uns die Partei zu sein, die sich bindend zwischen Ost und West einschalten kann.

(Beifall.)

Es wird weiter gesagt, die Bindung und Koalition mit der Sozialdemokratie wird vom Standpunkt des Landes Bayern her verlangt. Meine lieben Parteifreunde! Es besteht bei einem Eingehen der Sozialdemokratie auch eine gewisse Gefahr in unserem Sin-

ne, daß dann Bayern in das Schlepptau des Zentralisten Dr. *Schumacher* kommen könnte. Wir wollen, daß Bayern nicht in der Enge steht, sondern daß es seinen geschichtlichen Auftrag am Aufbau des deutschen Vaterlandes erfüllt. Es ist gesagt worden, wir können allein die Regierung wegen der großen Aufgaben nicht übernehmen, weil der Friede von uns anzunehmen ist, weil die Währung eventuell saniert werden muß. Meine lieben Parteifreunde! Ich bin anderer Meinung: Wir sprechen von der Regierungsbildung in Bayern. Den Frieden wird das Reich zu schließen haben.

(Beifall.)

Man wird auch daran denken müssen, eine solche Aufgabe wie die des Friedensschlusses eventuell der Volksabstimmung vorzulegen.

(Beifall.)

Die Währungsfrage wird auch nicht von Bayern gelöst werden können, sondern nur vom Reich. Also brauchen wir uns mit diesen Gedanken nicht [zu] befassen. Sie sprechen nicht gegen eine Koalition, aber auch nicht dafür.
Was will aber unser Volk? Unser Volk, das uns nun dreimal ein überwältigendes Vertrauen entgegengebracht hat, will Klarheit.

(Sehr richtig!)

Unser Volk will nicht haben, daß wir uns in die Koalition zurückziehen, daß wir der Verantwortung aus dem Wege gehen. Unser Volk verlangt, daß wir hier endlich die Verantwortung übernehmen. Ich meine sogar, weil wir soviel mit der SPD gearbeitet haben, haben wir jetzt bei der letzten Wahl schon manchen Schlag erlitten.

(Lebhafter Beifall.)

Zwei Gedanken noch: Meine lieben Freunde! - Es ist schon darauf hingewiesen worden - mit der Sozialdemokratie scheint mir keine klare Personalpolitik möglich zu sein.

(Sehr richtig!)

Mit der Sozialdemokratie werden wir die großen Aufgaben, das Schulgesetz, den Wirtschaftsaufbau, das Arbeitsprogramm, nicht in unserem Sinne lösen können.

(Beifall.)

Welche Ministerien wollen wir der Sozialdemokratie anbieten? Das Innenministerium - meiner Ansicht nach nicht; den stellvertretenden Ministerpräsidenten - ausgeschlossen; das Kultusministerium -

(Zuruf: Nie!)

ist schon abgelehnt worden; das Arbeitsministerium -

(Zuruf: Nein!)

erst recht deswegen für uns, weil in unserem Landtag die Arbeitervertreter zu kurz gekommen sind; das Landwirtschaftsministerium - muß selbstverständlich bei uns bleiben und das Wirtschaftsministerium - darf der Planwirtschaft nicht ausgeliefert werden.

(Sehr richtig!)

Es scheint alles dafür zu sprechen, daß wir allein in die Verantwortung gehen. Die junge Demokratie will, wie ich gestern schon sagte, neue Wege; also die Christlich-Soziale Union an die Verantwortung!

(Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte um Ruhe. Ich bemerke hier etwas, das ich einmal zum Ausdruck bringen möchte. Hier ist eine Gruppe vertreten - ich sehe das als Präsident ganz deutlich -, die ihren Beifall so verstärkt, daß man meinen könnte, die ganze Versammlung stimmt dem zu. Das war aber, wie ich hier gesehen habe, trotz des überstärkten Beifalls nicht der Fall. Unterlassen Sie solche Dinge! Wir brauchen sie in der CSU nicht. Wir sind in keiner gegnerischen Versammlung. Es genügt der anständige, nicht übertriebene Beifall.

(Beifall.)

Fink: Ich habe mich über die aufrechten Worte des Parteifreundes *Ankermüller* von Herzen gefreut. Die Frage Koalition oder Alleinverantwortung wird landauf landab diskutiert. Ich kann Ihnen sagen, daß die Mehrzahl aller Menschen, mit denen man draußen spricht, der Auffassung ist, daß die Union nach diesem überwältigenden Vertrauensbeweis endlich die Möglichkeit der Verantwortung bekommen und diese Verantwortung nunmehr auch tragen soll. Herr Dr. *Horlacher* hat zu Beginn dieser Debatte uns daran erinnert, daß der Landesvorstand gestern abend beschlossen habe, einen Beschluß über die zukünftigen Richtlinien nicht herauszugeben. Ich bin aber der Auffassung, daß die Landesversammlung der Fraktion klare Richtlinien mit auf den Weg geben muß. Das ist durchaus möglich in der Form einer Entschließung. Zwischen Beschluß und Entschließung besteht ein großer Unterschied: Ein Beschluß legt fest, die Entschließung empfiehlt. Ich habe daher zu dieser Frage folgende Entschliessung der Landesversammlung vorzulegen:

Entschließung:
Das bayerische Volk hat der Christlich-Sozialen Union in vier Wahlen einen einmaligen Vertrauensbeweis erbracht. Das Volk erwartet, daß seinem Votum endlich Rechnung getragen wird. Es wünscht Männer seines Vertrauens und die Übernahme der Verantwortung durch die Union. Die am 15. Dezember 1946 in Eichstätt tagende Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union ist demzufolge der Auffassung, daß die Union in erster Linie die Verantwortung allein übernehmen soll. Sie ist weiterhin der Auffassung, daß eine Koalition mit anderen Gruppierungen nur dann in Erwägung gezogen werden darf, wenn auch in diesem Falle der entscheidende Einfluß der Union in der Regierung sichergestellt ist. Die Landesversammlung betrachtet diese Entschließung als Richtlinie für die Arbeit der Fraktion.

Ich stelle hiermit den Antrag, die Landesversammlung wolle diese Entschließung annehmen. Ich habe dazu noch einen zweiten Grund: Es wird darauf hingewiesen, daß die künftige Regierungsbildung, die Frage Koalition oder nicht, letzten Endes eine Angelegenheit der Fraktion sei. Jawohl, das ist eine Frage der Fraktion; aber ich wünsche, und wir alle wünschen in Zukunft nicht mehr, daß die Fraktion nicht das gleiche Bild wie die Landesversammlung bietet.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich darf dazu feststellen, daß die Fraktion noch gar nicht zu Beschlüssen beieinander war; infolgedessen kann man nicht von einem Bild reden, das muß sich erst ergeben.

Fink: Ganz grundsätzlich bin ich der Auffassung, daß die Fraktion in ihren Entscheidungen, im großen gesehen, auf der Linie der Partei liegen muß.

(Sehr richtig!)

Deswegen halte ich es für richtig, der Fraktion den Willen der Landesversammlung in dieser Form kundzutun.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Herr Dr. *von Eicken* hat das Wort. - Über den Antrag wird zum Schluß abgestimmt. Ich muß wiederum an das ABC der Demokratie erinnern. Wenn ich hier präsidiere, brauchen Sie sich nicht um die Abstimmung über einen Antrag [zu] kümmern.

Dr. *von Eicken*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich entgegen meiner ursprünglichen Absicht, Abstand davon zu nehmen, ein längeres Referat über wirtschaftspolitische Fragen zu halten, gemeldet. Ich möchte nur eines sagen: Ich möchte das unseren Arbeiterfreunden entgegenhalten, mit denen ich mich sonst durchaus auf einer Linie befinde. Wenn man von der Wirtschaft etwas verlangt, dann muß man erst einmal dafür sorgen, daß die Wirtschaft gesund ist oder gesund wird. Man kann heute unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit Beispielen wie *Krupp* auf der einen Seite und einer Million Arbeitern auf der anderen Seite nicht über die Tatsache hinwegkommen, daß heute jedenfalls die ehrliche und saubere Wirtschaft auf das Schwerste krank ist, so daß es gar keinen Zweck hat, an diese Wirtschaft Forderungen zu stellen, wenn man nicht dazu beiträgt, sie gesund zu machen. Wenn man Kranke gesund machen will, nimmt man einen Arzt und keinen Experimentator. Der Arzt schaut sich die Symptome der Krankheit an und versucht, der Krankheit abzuhelfen. Das macht er nicht mit Theorien und Prinzipien, sondern mit den Mitteln, die angemessen sind.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Wenn aber der Arzt selber krank ist, wie die entstehende Demokratie?

(Zurufe.)

Herr *Haußleiter*, bitte, kümmern Sie sich nicht gleich um mich; jeder für sich!

Dr. *von Eicken*: Unter diesen Umständen halte ich es für notwendig, klarer als bisher herauszustellen, daß das Wirtschaftsministerium kein Ort für Experimente ist, wenn wir das Wirtschaftsministerium der Sozialdemokratie auch nur vielleicht überlassen.

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte um Ruhe. Ist es nicht möglich, daß Ruhe gewahrt wird? Ich bitte, das Rauchen zu unterlassen. Wer keine Selbstbeherrschung kennt, der gehört nicht in die Christlich-Soziale Union, der soll den Saal verlassen. - Es ist ja ein solcher Saustall, immer diese Zwischenmurmelei. Wenn einer etwas sagt, was gar nicht zu beanstanden ist, gleich geht dann eine Bewegung hindurch. Wenn Sie Bewegung haben wollen, dann gehen Sie in die freie Luft.

Dr. *von Eicken*: Ich bin daher überzeugt, daß das Wirtschaftsministerium unter allen Umständen in unserer Hand bleiben soll. Denn die Rechnung, wenn man mit der Wirtschaft experimentiert, zahlt nicht nur die Wirtschaft, sondern der Arbeiter. Ich habe immer wieder betont, daß alles, was in der Wirtschaft zu geschehen hat, in gemeinsamer Arbeit mit den Gewerkschaften zu tun ist, aber nicht in Gemeinschaftsarbeit mit irgendwelchen Theoretikern. Ich schlage daher folgende Resolution vor:

Die Landesversammlung beauftragt den Herrn Parteivorsitzenden mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung. Zur Frage der Koalition wird nicht end-

gültig Stellung genommen, um den im Laufe der Verhandlungen sich bietenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten nicht vorzugreifen. Mindestens die Ministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft, Inneres und Kultus scheiden als Verhandlungsobjekte in jedem Fall aus und müssen mit Männern besetzt werden bzw. besetzt bleiben, die höchste Sachkenntnis mit klarer Unionsgesinnung verbinden.

Nentwig: Meine Parteifreunde! Parteifreund *Konrad* hat in seinen Ausführungen bereits den riesenhaften Umfang der sozialen Not, in der wir uns befinden, dargestellt. Sie alle wissen ja, daß einer der gewaltigsten Komplexe innerhalb dieser Notskala der ist, was ich mit dem Wort Flüchtlingsproblem bezeichne. Ich sehe davon ab, dieses Problem hier darzustellen. Sie wissen und kennen es alle. Ich möchte nur das eine sagen: Die Regierung, von der wir uns wenigstens eine im Rahmen des Möglichen liegende Lösung erhoffen, wird zu einer vernünftigen Arbeit nur dann in der Lage sein, wenn sie mit den Kreisen, die es letzten Endes angeht, in dauernder und lebendiger Fühlung bleibt und mit ihnen zusammenarbeitet. Da möchte ich sowohl die Herren Abgeordneten wie auch ganz besonders die Herren, die in der Regierung sitzen werden, darauf hinweisen, daß wir in München einen Flüchtlingsausschuß haben, der sich bereits seit ungefähr drei Vierteljahren mit diesem Problem nach allen Richtungen und Seiten hin beschäftigt hat. Leider Gottes haben wir es bisher vermißt, daß man von uns Kenntnis genommen hat. Es wäre manches in der Vergangenheit besser gemacht und manche Ungeschicklichkeit vermieden worden, wenn man uns vorher zu Rate gezogen hätte. Wir erwarten ja nicht, daß Sie alles das tun, was wir Ihnen vorschlagen; aber wir müssen erwarten, daß man uns zu allen Fragen, die sich mit uns und mit unserem Problem befassen, wenigstens vorher hört und uns fragt: Was meint Ihr dazu? Das ist eine ganz bescheidene und, ich glaube, vollkommen gerechte Forderung. Ich darf Ihnen sagen, daß der Flüchtlingsausschuß, der sich am 10. [Dezember] über all diese Fragen noch einmal besprochen hat, mir erklärt hat, daß er eine weitere Zusammenarbeit in Zukunft ablehne, wenn das nicht anders werde und wir nicht die Möglichkeit haben, uns vor den gewählten und maßgebenden Körperschaften der Partei und des Staates verständlich zu machen und mit ihnen zu verhandeln.
Noch ein Zweites: Wichtig wird sein die Frage des Staatskommissariats. Die Aufgaben, die diese Behörde zu lösen hat, sind ganz ungeheuerlich schwer. Es wäre an sich ein Ministerium angemessen; denn, wie gesagt, die Größe der Aufgaben ist gewaltig. Wir haben von uns aus seit Monaten auf dem Standpunkt gestanden, daß diese Behörde ein Staatssekretariat mit unmittelbarer Unterstellung unter den Ministerpräsidenten werden soll. Ich bin Herrn Dr. *Hundhammer* sehr dankbar, daß er sich hier in einem ähnlichen Sinne ausgesprochen hat. Wir bitten darum, daß auch in diesem Sinne verfahren wird, daß ein Staatssekretariat geschaffen und dem Ministerpräsidenten unterstellt wird. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß der Mann, der als Staatssekretär an seine Spitze treten soll, ein Fachmann ist, der möglichst nicht parteigebunden ist. Wir haben in der Person des Herrn Regierungspräsidenten *Jaenicke* einen solchen Mann, auf den wir uns auch verlassen können. Die meisten der Herren Abgeordneten, die bereits gewählt waren, kennen ihn und haben einen günstigen Eindruck von ihm gehabt. Sie wissen, wie ungeheuer wichtig es ist, vor allen Dingen in bezug auf die Besetzung der Flüchtlingskommissarsposten. Erst im Wahlkampf hat sich gezeigt, wie sehr uns diese Leute, die durchaus der SPD angehören, geschadet haben. Wir wünschen in der Personalpolitik eine Änderung. Vor allen Dingen wollen wir zum Abschluß noch einmal sagen: Wir wünschen, daß man von uns Kenntnis nimmt und daß man sich in allen Fragen, bevor Entscheidungen fallen, bespricht.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das Wort hat *Wildenauer*. - Wir werden diese Anregungen, die der letzte Redner gegeben hat, gerne zur Kenntnis nehmen, sowohl für die Partei, wie auch für die Fraktion.
Wildenauer: Wenn ich hier das Wort ergreife, so tue ich es als Junger, unter anderem auch als Franke, als Vertreter des Kreises, den ich hier zu vertreten habe. Wenn ich vorher ein Wort zur Geschäftsordnung als Junger sagen darf, so bitte ich, den Herrn Vorsitzenden darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß die politische Dummheit der Jugend ein Folgezustand ist, der zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß wir zwölf Jahre, den größten Teil unserer Jugend, in einem Milieu gelebt haben, das uns das politische ABC nicht kennenlernen ließ.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das war nicht auf die Jugend gemünzt. Die politische Dummheit ist eine Erbkrankheit des deutschen Volkes, das geht die Jugend gar nicht an. Wir sind stolz darauf, wenn sich die Jugend eifrig beteiligt. Ich bitte, darauf nicht einzugehen, sondern im Referat fortzufahren.
Wildenauer: Ich vertrete eine Politik der politischen und demokratischen Verantwortung und bin infolgedessen der Ansicht, daß eine Koalitionsbildung der CSU nur schaden kann. Wir haben das im Ortsbereich kennengelernt und glauben, daß es im großen nicht wesentlich anders ist. Die Gefahr, daß von der Seite der sozialdemokratischen Minister die Arbeit der CSU-Regierung, der Regierung der Union, nicht so voll unterstützt wird, wie man es erwarten könnte, dürfte doch zu groß sein. Ich schlage deshalb der Fraktion ebenfalls vor, eine Regierung zu bilden, die nur von der Union getragen ist. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß Demokratie gleichbedeutend ist mit Mitdenken von unten nach oben, daß jeder einzelne Staatsbürger, jedes einzelne Parteimitglied die Probleme, die sich im großen ergeben, mitdenken muß und eventuell auch aufgrund seines Verstandes, der nicht immer geringer ist als der der Abgeordneten, auf einen guten Gedanken kommen kann. Dieser Gedanke ist nach meiner Meinung in möglichst vielen Vorschlägen nach oben durchzureichen. Die Abgeordneten, die das Vertrauen des Volkes besitzen, werden genügend Weitblick haben, auszuwählen, welcher der Vorschläge nun wirklich vernünftiges Geschick besitzt und welcher abzulehnen ist. Das Grundproblem der gegenwärtigen Politik ist in meinen Augen das Flüchtlingsproblem. Ich möchte ganz besonders auf einen Punkt hinweisen, da ich glaube, daß von der Lösung dieses Problems der Wiederaufbau abhängt wie von keinem anderen. Denn Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau ist ein Lastenausgleich auf gerechter Grundlage. Wir müssen uns eines vergegenwärtigen: Wenn wir das Privateigentum grundsätzlich verteidigen, dann muß darauf hingewiesen werden, daß Besitz nicht gleich Eigentum zu stellen ist. Denn wer heute Besitzender ist und wer heute nicht Besitzender ist, ist nicht eine Folge einer logischen Entwicklung friedlicher Verhältnisse, sondern das Ergebnis von Zufälligkeiten des Krieges, die von uns im einzelnen nicht abgewogen werden können. Es muß bedacht werden,

(Unruhe.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bitte um Ruhe! Was ist denn immer los in diesem Wurstkessel da droben auf der Tribüne!
Wildenauer: - daß es nicht unser Verdienst ist, daß nicht Bayern, Württemberg, Baden von der eingesessenen Bevölkerung geräumt werden mußte, sondern daß es Pommern, Schlesien und andere Gebiete waren. Wir müssen deshalb den Flüchtlingen nicht nur Gelegenheit geben, durch ihrer eigenen Hände Arbeit wieder zu einer Le-

bensexistenz zu kommen, sondern wir müssen unter einschneidenden Opfern unserer eigenen Lebensexistenz dazu beitragen, daß sie über im wesentlichen dieselbe Grundlage verfügen wie wir. Wir müssen dabei berücksichtigen, daß wir eines ohnehin nicht können: Wir können ihnen nie die Heimat ersetzen. Ich glaube, daß ich die Regierung der Zukunft darum bitten darf, in diesem Sinne ein ganz großzügiges und einschneidendes Flüchtlingsgesetz zur Durchführung zu bringen. Denn wir wollen nicht durch ein gegenwärtiges Laschsein auf diesem Gebiete ein neues Proletariat auf ganz anderer Grundlage schaffen als das vergangene, sondern wir wollen eine christliche Gemeinschaft des bayerischen Volkes, des Volkes in Bayern, auch derjenigen, die neu hinzugekommen sind, die eine Reparationsvorauszahlung für uns geleistet haben. Denn, das müssen wir bedenken, die Räumung der Ostgebiete ist eine Reparation des ganzen deutschen Volkes an die Nachbarn, an die Siegermächte. Es erwächst uns, die wir nun vorerst im Besitze unseres Eigentums geblieben sind, die verdammte Pflicht, die auch sehr unangenehm ist, nun den Flüchtlingen, den Ausgewiesenen, einen Teil dessen wiederzugeben, was sie verloren haben.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Die Anregungen des Vorredners nehmen wir gern zur Kenntnis. Im übrigen möchte ich folgendes feststellen: Es wäre sehr gut, wenn wir uns angewöhnten, in Zukunft bei größeren Versammlungen immer einen Jugendredner mitzunehmen. Die Jugend soll draußen die Dinge bei uns lernen.

Pflaum: Zur Geschäftsordnung! Der Vorsitzende hat vorhin von einem Wurstkessel gesprochen. Ich darf fragen, ob im Wurstkessel Würste sind. Dann muß ich annehmen, daß sie der Herr Vorsitzende nicht allein für sich in Anspruch nimmt.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich bin fest davon überzeugt: Wenn hier eine Generalversammlung von irgendeinem Unternehmen wäre, und ich würde als Generaldirektor ankündigen, daß es um 12 Uhr weiße Würste gibt, dann wäre um 12 Uhr die Debatte beendet. Danach wollen wir uns richten, wenigstens soll die Sehnsucht den Motor bilden.

Hauck: Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich vor, überhaupt nicht mehr zu sprechen. Nachdem aber die Äußerungen diskutiert werden sollen, so fühle ich mich doch verpflichtet, hier dazu etwas Stellung zu nehmen. Nachdem wir die Satzungen, die Schiedsordnung, das Grundsatz- und das Aktionsprogramm angenommen haben, muß endgültig gearbeitet werden. Wir haben in unseren Reihen bei den Wählern Schaffende, ich betone: Nicht Arbeiter, sondern Schaffende. Das ist der Beamte, der Arbeiter und auch der Angestellte, gleichgültig, welche Art von Arbeit sie verrichten. Dieser Schaffende hat ein Anrecht, gehört zu werden; er hat gewählt, er hat uns das Vertrauen gegeben und deshalb hat er ein Recht, gütig und anständig behandelt zu werden. Wenn man davon spricht, daß die Wirtschaft nur von Fachleuten behandelt werden kann, dann müssen wir uns vor Augen führen, welche Zustände die Wirtschaft heute heraufbeschwört. Treibt sie nicht, vom kleinen Handwerker angefangen bis zum Händler, der es noch viel schlimmer treibt, in einem großen Ausmaß ein Schiebertum usw.,

(Hört, hört!)

das uns schwer zu schaffen macht? Wir wollen das berücksichtigen. Der Anständige, der darunter leidet, soll von uns unterstützt werden. Aber der Unanständige soll bedenken, daß vom Herrgott aus ein Recht, ja sogar eine Pflicht zur Arbeit besteht, aber kein Recht auf Schiebertum abzuleiten ist.

Um nun auf die Politik zu sprechen zu kommen: Wir wollen uns vor Augen führen, daß wir uns um die zukünftige Wahl keine Gedanken zu machen brauchen, wenn unsere Politik so abgestellt ist, daß wir denjenigen den Wind aus den Segeln nehmen, die stets um die werben, die eben die Ärmsten der Armen sind, die Schaffenden. Wenn wir für die gute Gesetze machen, gute, brauchbare Arbeit leisten, dann brauchen wir nicht um die Zukunft besorgt zu sein, da brauchen wir heute nicht zu erwägen, ob eine Koalitionsregierung für uns einen Todesstoß bedeuten würde, oder wir brauchen uns keine Sorge darüber zu machen, ob man uns noch einmal die Mehrheit geben würde.
Zur Koalition möchte ich betonen: Es ist nicht ganz so, wie man es hinstellt. Wenn wir die 18 oder 19%, die nicht gewählt haben, in Betracht ziehen, dann hat die CSU nicht die Mehrheit in Bayern. Darauf müssen wir auch in der Zukunft Rücksicht nehmen. Wir müssen noch etwas vorsichtig sein. Wir wollen nicht rundweg nein sagen. Wenn die Bedingungen für eine Koalitionsregierung unannehmbar sind, dann wollen wir grundsätzlich allein regieren.

(Sehr gut!)

Frau *Deku*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen in der Debatte über die Koalition. Ich bin der Ansicht, daß eine Koalition um jeden Preis nicht tragbar ist. Es bleibt aber zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig ist, daß wir doch eine Regierung auf möglichst breiter Basis bilden werden. Wir werden mit aller Sachlichkeit und Ruhe überlegen müssen, was uns in Zukunft vielleicht als die regierende Partei mehr bedrohen und kaputt machen kann, wie es heute gesagt worden ist. Es wird sehr nüchtern zu prüfen sein, ob eine Koalition in Verbindung mit den gemäßigten und vernünftigen und aufbauwilligen Kräften der anderen Parteien für uns nicht tragbarer sein wird, als eine gesammelte und geschlossene Opposition gegen uns. Ich glaube, es ist bestimmt eine offenzulassende Frage, was für uns lebensbedrohend sein kann.
Es ist über die Ministerien gesprochen worden. Ich bin der Ansicht, daß das Innenministerium nach den Erfahrungen der sozialdemokratischen Stellenbesetzungspolitik außer Debatte stehen muß. Wir können es unseren Wählern nicht noch einmal zumuten, uns in einen Kuhhandel einzulassen. Das Kultusministerium ist nach meiner Ansicht nicht nur, wie es hier gesagt worden ist, eine Prestigefrage, sondern es ist für uns eine Substanzfrage. Unter unseren eineinhalb Millionen Wählern sind mindestens eine Million, die uns ihre Stimme aus Gründen der weltanschaulichen Verpflichtung zu treuen Händen gegeben haben.

(Beifall!)

Bei der Frage, ob das schwerste aller Notprobleme, das Flüchtlingsproblem, in die Hände eines Ministeriums oder eines Staatskommissars gelegt werden soll, möchte ich zu bedenken geben, daß der Begriff des Staatskommissars für das Flüchtlingswesen weitgehend an Ansehen und Kredit im Lande verloren hat. Das Flüchtlingsproblem ist von einer großen Vordringlichkeit. Es wird damit ein ganz großer Teil unserer Regierung und unserer öffentlichen Arbeit stehen und fallen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir so viele Flüchtlinge zu betreuen haben werden, wie z.B. das Land Norwegen insgesamt Einwohner hat, nämlich zwei Millionen. Ich glaube schon, daß man sehr in Erwägung ziehen muß, die Lösung dieser ungeheuren Notstände in die Hände eines verantwortlichen Ministeriums zu legen. Es wäre vielleicht zu überlegen, ob man dieses Ministerium mit den sehr schwierigen und sehr unpopulären Entschei-

dungen in die Hände der Sozialdemokratie legen soll, die ja doch für sich weitgehend das soziale Verständnis für diese in Not stehenden Menschen in Anspruch nimmt.

(Unruhe.)

Ich möchte nicht soweit gehen, wie heute viele Leute aus unseren Kreisen, die sagen: Man erledigt die Opposition am besten damit, daß man sie einmal in die Verantwortung setzt und sie vor die Möglichkeit stellt, das wahr zu machen, was sie ihren Wählern im Wahlkampf versprochen haben. Unter diesem Gesichtspunkt gibt es auch in den Reihen der eigenen Freunde Leute, die sagen, man möge dem Herrn *Loritz* das Wiederaufbauministerium geben. Ich bin der Ansicht, das kann man vielleicht einmal als politische Satire sagen, aber die Situation ist zu ernst und zu furchtbar, als daß wir das Experiment in dieser Richtung machen dürfen.
Es ist hier die Frage der Frau als Arbeitnehmer bei der gänzlich veränderten sozialen und wirtschaftlichen Struktur erwähnt worden. Vergessen Sie nicht, daß über 60% der europäischen Menschheit nach zwei männermordenden Kriegen Frauen sind. Diese Frauen werden nicht zur Ehe kommen. Diese Frauen müssen als neben dem Mann nicht nur geduldete, sondern gleichwertige Partnerinnen in das Erwerbsleben gehen. Die Frau als Mitverdienerin ist ein auch von unseren Frauen nicht gewollter Zustand. Aber die Frau, gezwungen durch die Not der Zeit, das ist auch die Frau, die nicht nur in der Enzyklika "Quadragesimo anno", sondern auch in den beiden darauf folgenden großen grundsätzlichen Reden des heiligen Papstes [*Pius XII.*] vom Oktober 1946 den ganzen Schutz, das ganze Verständnis und die ganze warmherzige Befürwortung dieser höchsten Autorität der christlichen Menschheit gefunden hat. Diese Frau, die kriegerische, die Frau des unheilbar kranken Kriegsinvaliden und die nicht zur Ehe kommenden Frauen, werden in Zukunft den ganzen Schutz der Gesetzgebung brauchen. Dafür, daß diese Frauen in einer vernünftigen und für unsere Wirtschaft und unser christliches Familienleben erträglichen Weise geschützt werden, werden wir uns bei der Gesetzgebung einsetzen.
Ich glaube auch hier im Namen der vielleicht stellenweise 75% betragenden weiblichen Wähler der Union zu sprechen, die es mit Rücksicht auf ihre große Partei- und Wahlfreudigkeit verdient haben, hier auch gehört zu werden.

(Beifall.)

Erlauben Sie mir noch, auch als Mutter eines seit Jahren kriegsvermißten Sohnes ein Wort zur Kriegsgefangenenfrage zu sagen. Ich habe beobachtet, daß bei einer der letzten Landesversammlungen der SPD eine Resolution gefaßt wurde, die im Land und Volk draußen ungeheuer populär gewirkt hat. Ich möchte hier den Antrag stellen, daß wir bei dieser schönen und geschlossenen Landesversammlung, die wir heute in Eichstätt erleben, eine Resolution für unsere noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Männer fassen. Ich habe ganz kurz folgenden Wortlaut aufgesetzt, um dessen Zustimmung ich die hochansehnliche Landesversammlung bitten möchte:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union bittet den Kontrollrat, sich aus Gründen der Menschlichkeit schon vor dem Zustandekommen des Friedensvertrages für die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich danke Frau *Deku* für die Entschließung. Diese

Entschließung ist uns aus dem Herzen gesprochen. Wir können für unsere Kriegsgefangenen nicht genug tun.

(Sehr richtig!)

Ich bräuchte ein Zusatzgesetz in der Verfassung, daß der Ehegatte zu Hause gegenüber der Ehefrau gleichberechtigt sein soll.

(Große Heiterkeit.)

Kübler: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Aufgabe, die uns in dieser Stunde beschäftigt und die zu lösen wir uns bemühen, kann nur mit klarem und kühlem Kopf bewältigt werden. Mit demonstrativem Beifall ...

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Es liegt noch eine Resolution wegen der Kriegsgefangenen vor. Ich bitte, daß Frau *Deku* und Herr *Konrad* sich zusammensetzen und ihre Resolutionen in eine einheitliche verarbeiten.

Kübler: - mit Phrasen, mit Schlagworten lassen sich diese Dinge nicht meistern. Ich gehe deshalb auf die einzelnen Fragen nicht ein. Es ist mir bewußt, daß es der Fraktion nicht erspart bleiben wird, an die großen Aufgaben der Flüchtlingsversorgung, der Flüchtlingsbetreuung, Ordnung der Wirtschaft, soziale Frage heranzugehen und tatkräftig dabei mitzuarbeiten. Vorausstellen aber möchte ich das eine: Wenn wir leben wollen, dann brauchen wir eine gesunde Wirtschaft; wenn wir aufbauen wollen, dann brauchen wir ebenfalls eine gesunde Wirtschaft. Immer muß die Wirtschaft gesund sein. Die Wirtschaft kann aber nur dort gesund sein, wo eine gesunde Politik gemacht wird. Deshalb muß die Union eine gesunde Politik der Tatsachen machen.

Dazu ist verschiedenes notwendig: Eine gesunde Politik kann nur durch stetige Arbeit gemacht werden. Die Arbeit drängt. Infolgedessen können wir uns auch nicht in Experimente einlassen, die diese stetige Arbeit gefährden. Meine Damen und Herren! Die Arbeit würde gefährdet dann, wenn die Regierung nicht auf einer breiten, gesunden Basis gebildet würde. Diese Basis kann verschiedener Art sein. Ich möchte sie Ihnen in ganz kurzen Worten so schildern, wie ich sie mir denke. Ist die Basis schwach, dann riskieren wir, daß eines Tages die Regierung, die nun einmal die Verantwortung trägt, nicht über die großen Teile des Parlaments verfügt, um ihren Gesetzen genügend Nachdruck zu geben. Dann sind wir der Gefahr ausgesetzt, daß es zu Regierungskrisen kommt. Die Regierungskrise wird dann letzten Endes auch eine Parlamentskrise nach sich ziehen, und wir werden vielleicht in ganz kurzer Zeit wieder in einen Wahlkampf hineingestürzt. Das bedeutete eine Zeit des Interregnums, eine Zeit, in der nicht gearbeitet wird. Die nächsten Monate müssen aber zur Arbeit benützt werden, nicht zum Wählen und nicht zum Schwätzen. Das verlangt das Volk von uns; dazu zwingt uns aber auch die tiefe Not, in der sich Volk und Vaterland befinden. Nun, es ist ja bereits von dieser Stelle aus darauf aufmerksam gemacht worden: Die Basis, die unsere Partei allein bildet, ist nicht so breit, nicht so fest und so konstant, daß man darauf fest bauen könnte, um so mehr als die Damen und Herren ja wissen, daß in einer Sitzung des Landesausschusses beschlossen wurde, daß es in der CSU einen Zwang in der Fraktion[6] nicht gibt. Nun stellen Sie sich vor, es würde eintreten, daß Fraktionsangehörige anders stimmen, als nun einmal die Parole in der und jener Frage lautet. Dann sind wir schon der Gefahr ausgesetzt, daß das Gesetz, das von der Regierung eingereicht wurde, nicht angenommen werden kann, weil es keine Mehr-

[6] In der Vorlage: "Koalition".

heit im Parlament findet. Damit haben Sie eine Regierungskrise, damit haben Sie die Parlamentskrise. Wir werden wieder in neue Dinge hineingeworfen, die wir unbedingt vermeiden müssen. Ich stehe deshalb auf dem Boden der Koalition, und zwar einer gesunden, vernünftigen Koalition. Das ist kein Drücken vor der Verantwortung, wie es von dieser Stelle aus schon zum Ausdruck gebracht wurde, durchaus nicht! Aber es ist der ernste und heilige Wille, wirklich dienlich für unser Volk und Vaterland zu arbeiten; nicht von der Verantwortung drücken, sondern Arbeit, Pflichterfüllung soll es sein. Da kann ich mir aus verschiedenen Gründen keine andere Basis denken als die Zusammenarbeit mit der SPD, um die Basis zum Bau der Regierung breiter, sicherer zu machen; aber auch aus anderen Erwägungen.
Es ist hier so oft von der gesunden Opposition gesprochen worden. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie man sich die Opposition denkt, daß sie gesund ist. Eine Opposition wird immer Opposition bleiben. Es werden an demjenigen, an dem Kritik geübt wird, alle Möglichkeiten gesucht werden, um ihn etwas im Ansehen oder in seiner Arbeit zu schmälern. Wollen wir es nun der Opposition so bequem machen, daß sie sich in den Schmollwinkel zurückzieht und von dort aus ihre Pfeile auf uns schießt? Damit dienen wir unserem Volk und unserem Vaterlande nicht. Wir wollen es der Opposition nicht so bequem machen, sondern wir wollen ihr einen Teil der Verantwortung aufladen. Denn auch die Wähler der SPD verlangen von ihren gewählten Abgeordneten, daß sie praktische Arbeit leisten. So ist die Meinung im Parlament nicht nur auf unserer Seite, sondern auch auf der Seite anderer Parteien.
Schon aus diesem Gesichtspunkt heraus, um diese Opposition zur praktischen Arbeit heranzuziehen, halte ich es für notwendig, eine Koalition zu bilden. Die Koalition kann nur mit der Partei gebildet werden, die nach uns die zweitstärkste ist.
Aber ich stehe auch auf dem Standpunkt: Wenn es zur Koalition kommt, dann muß die nötige Sicherung gegeben sein, daß dieser Koalitionspartner auch wirklich bereit ist, ehrlich, praktisch mitzuarbeiten.

(Sehr richtig!)

Sie dürfen überzeugt sein, daß wir uns dafür einsetzen werden, daß hinsichtlich der Besetzung der Ministerien die Interessen des Volkes und auch die Interessen, die wir als Christlich-Soziale Union weltanschaulich zu vertreten haben, gewahrt bleiben. Wir werden nie so unvernünftig sein, das Kultusministerium den Sozialdemokraten auszuliefern. Wir werden auch als Träger der Wirtschaft sicherlich nicht dazu bereit sein, daß jemand, der der Sache abträglich gegenübersteht und nicht das nötige Verständnis aufbringt, das Wirtschaftsministerium besetzt. Aber wir müssen die Möglichkeit haben, ruhig an diese Dinge heranzugehen. Ein vernünftiger Politiker hält sich die Türen offen und schlägt sie nicht vorher schon durch Resolutionen zu. Deshalb kann ich mich für solche Resolutionen, die sich einseitig auf einen Standpunkt festlegen, nicht begeistern und werde dagegen sein.
Die Türen müssen offen bleiben.

(Sehr richtig!)

Wir wissen aus der Vergangenheit - wir sind doch keine Neulinge - im letzten Augenblick noch treten Dinge auf, die es unbedingt als praktisch und notwendig erscheinen lassen, daß durch diese Türen gegangen wird, weil nur durch sie hindurch der Ausweg in die Vernunft und in das praktische Arbeiten führt.

(Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Die zehn Minuten sind abgelaufen!)

Meine Damen und Herren! Ich habe es deshalb auch vorher sehr bedauert, daß immer solche Verallgemeinerungen ausgesprochen worden sind. Einer meiner Vorredner sprach von den Wirtschaftsträgern als Schwarz- und Schleichhändlern. Das ist nicht richtig. Selbstverständlich ist ein großer Teil des Volkes krank. Er muß wieder erzogen und gesund gemacht werden. Das ist unsere Aufgabe. Wir wollen es tun. Wir lehnen diese Verallgemeinerungen mit aller Entschiedenheit ab. Wir wollen unbedingt erreichen, daß auf lange Sicht hinaus eine tragfähige Regierung gebildet wird. Diese Regierung kann nur dann wirklich tragfähig und gesund sein, wenn sie auf breiter Basis aufgebaut wird. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt: Wir müssen alle Wege gehen, die zur Sicherung führen. Die Sicherungen sind durch gegenseitige Aussprache zu schaffen. Sie müssen geschaffen werden. Ich bitte, auch hier den Gesichtspunkt walten und gelten zu lassen: Durch Zusammenschluß und Zusammenarbeit in eine bessere Zukunft.

(*Sedlmayr* übernimmt wieder den Vorsitz.)

Goderski: Es ist, Gott sei Dank, schon so viel Gutes gesagt worden, daß ich mich kurz fassen kann. Aber zur Koalition auch noch eines: Es sind hier verschiedene Stimmen laut geworden, die erkennen lassen, daß einige von uns der Meinung sind, die CSU müßte klein und häßlich abwarten, ob die Herren Sozialdemokraten geruhen, mit uns eine Koalition einzugehen.

(Sehr richtig!)

Meine Freunde! Das hat die CSU nicht nötig. Wir haben Substanz und Verantwortungsfreude und Kraft genug, um selbst unseren Weg zu gehen. Wenn man glaubt, eine Koalition eingehen zu müssen, um die Verantwortung auf eine breitere Basis zu stellen und der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, beispielsweise im Hinblick auf eine Wiederwahl in vier Jahren oder was weiß ich, dann kann ich nur sagen: diese Kritik an der CSU wird immer geübt werden, so oder so.

Und noch ein paar Worte zu den Ministerien: Ich habe mit Befremden feststellen müssen, daß Herr Dr. *Hundhammer* angedeutet hat, man könnte beispielsweise das Sozialministerium oder das Innenministerium an die Sozialdemokratie abtreten. Nein, Freunde, wir dürfen nicht auch nur im leisesten mit dem Gedanken spielen, diese Ministerien abzugeben. Wenn ein Sozialministerium geschaffen wird, ist es ja gerade unsere ureigenste Domäne. Auch das Innenministerium gehört uns, und wir geben es nicht aus der Hand. Ich spreche hier als Flüchtling. Die Erfahrung hat uns gelehrt, wie sich das Innenministerium unter dem Genossen *Seifried* für die Flüchtlinge eingesetzt hat. Es war ein Hohn auf das sozialistische Programm.

Meine Freunde! Es muß eine Ehre für unsere Regierung sein, sich an die Spitze der sozialen [Frage] zu setzen. Wir haben eine gewaltige Erziehungsarbeit zu leisten. Neben unseren Konfessionen muß das Kultusministerium dafür sorgen, daß unser Volk und die Flüchtlinge und alle Notleidenden - wir leiden ja alle dieselbe bittere Not - im richtigen christlichen Geist zur praktischen christlichen Nächstenliebe erzogen werden und daß den Notleidenden geholfen wird. Wenn es uns nicht gelingt, die soziale Bewegung zu fördern und die Not zu meistern, dann wird aus dem Unglück, das wir erfahren haben, ein Gericht, nicht ein Gericht der Läuterung, sondern ein Gericht, welches uns verdammt und verwirft.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Dr. *Rinke*: Meine Damen und Herren! Vor einigen Tagen hat der Landesvorsitzende in einer Rundfunkansprache zum Ausdruck gebracht, daß das eine Gebiet, das unpoli-

tisch behandelt werden muß, das Flüchtlingsgebiet ist. Im Landesausschuß ist dasselbe Moment zum Ausdruck gebracht worden. Und nun hat vor einigen Tagen der Landesvorstand der SPD den Entschluß gefaßt, die Forderung aufzustellen, daß das Flüchtlingsministerium, das neu gebildet werden soll, sozialdemokratisch wird. Davor warne ich. Ich bedauere auch, daß Frau *Deku* bereits diesem Gedanken der SPD goldene Brücken gebaut hat. Denn wenn es ein Problem gibt, das nur im christlichen Geist gelöst werden kann, dann ist es das Flüchtlingsproblem. Wir können mit all unseren ganzen christlichen Grundsätzen einpacken, wenn wir uns an dieses Problem nicht herantrauen. Das christliche Sozialgebot ist ja schließlich das radikalste Sozialgebot, das es gibt und je gegeben hat.

Ich warne aus einem weiteren Grunde davor, der SPD dieses Ministerium, falls es überhaupt gebildet werden sollte, in die Hand zu spielen. Bekanntlich hat sich die SPD von jeher als die Flüchtlingspartei aufgespielt. Sie tat so, als ob die CSU diejenige Partei wäre, die unseren Flüchtlingen nicht das richtige Interesse entgegenbringt. Wenn wir ihnen jetzt noch das Flüchtlingsministerium geben oder das sogenannte Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen, also die Spitzenstelle, in der die Flüchtlinge betreut werden, dann verstärken wir den allgemeinen Gedanken, daß die Sozialdemokratie die einzige, die allein seligmachende Partei für die Flüchtlinge ist. Wir wissen, daß die SPD das Flüchtlingsreservoir als ihre Rekrutenschule ansieht. Wollen wir ihnen mit Gewalt die Flüchtlinge in die Arme treiben? Wollen wir sie nicht als unser Reservoir betrachten?

Meine Damen und Herren! Auf diesem Gebiet darf es also keine Konzessionen geben. Wenn schon, dann soll man das Ministerium unpolitisch besetzen, aber mit einem solchen Fachmann, der den Gedanken der CSU unbedingt nahesteht.

Zum Schlusse eine Bitte an die Abgeordneten. Trotz unserer 13%, die wir an Wählern abgegeben haben, haben wir nur einen Abgeordneten innerhalb der CSU. Das ist bedauerlich. Trotzdem sind wir die letzten, die uns dadurch entmutigen lassen und deshalb der CSU den Rücken kehren. Unser Vertrauen zur CSU und deren Idealen ist nach wie vor unerschütterlich. Wir erwarten aber von sämtlichen CSU-Abgeordneten, daß sie die Interessen der Flüchtlinge genauso wahren, wie sie der einzige Flüchtlingsabgeordnete, der Abgeordnete *Kroll*, wahrnehmen wird. Denn wir haben das Vertrauen zu Ihnen, daß Sie nicht nur energisch für die Interessen der Altbayern eintreten werden, sondern genauso energisch für die Interessen der Neubayern.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. *Horlacher*: Meine Damen und Herren! Es geht jetzt um eine ernste Sache. Ich bitte infolgedessen auch ganz ernst zu bleiben. Ich kann zu der Frage am besten reden, weil ich zu denen gehöre, die keinen Ministerposten brauchen.

(Sehr richtig!)

Ich habe Arbeit genug und habe in meinem Ressort zu tun. Infolgedessen habe ich Bewegungsfreiheit nach allen Seiten. Ich rede also nicht für meine eigene Sache, sondern ich rede für die Sache unseres Volkes. Was will unser Volk? Unser Volk hat die zwölf Jahre Diktatur über sich ergehen lassen; unser Volk will wieder aufatmen; unser Volk will kein Parteigezänke und keinen Parteienstreit am Beginn einer erst werdenden Demokratie sehen. Das ist die Auffassung des Teils, der in überwiegendem Maße zu den Wählerschichten der Union gehört. Wir haben aus dem ganzen Lande Bayern die Vertreter der Landwirtschaft beisammen gehabt. Der einmütige Wille der Vertreter des Landvolkes ist der, daß das deutsche Volk und daß unser bayerisches Volk in

diesen Notzeiten ein möglichst geschlossenes Gesicht zeigen muß. Denn das erfordert unsere Lage. Wenn hier behauptet wird, daß die CSU einen überwältigenden Sieg errungen hat, so entspricht das nicht den Tatsachen. In vielen bayerischen Landgemeinden mußten wir die Verluste der Städte ausgleichen,

(Sehr richtig!)

sonst hätten wir die 52% nicht erreicht.
Meine Herren! Nicht soviel akademisch reden! Auch die Stimme des Volkes muß zur Geltung kommen.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Mit 52% der Stimmen braucht man nicht so aufzutrumpfen, als ob wir uns das Recht anmaßen könnten, alle Dinge ohne Rücksicht auf die anderen zu machen.

(Bravo!)

Sie wissen, daß ich auf dem Standpunkt der sozial fortschrittlichsten Linie stehe, die es überhaupt gibt. Die Linie des Landvolkes, das ich auch vertrete, ist die, daß die Zusammenarbeit zwischen den schaffenden Schichten in Bayern und in Deutschland nicht mehr auseinanderreißen darf. Wenn Sie schon Sozialpolitik machen wollen, dann gehe ich einen Schritt weiter. Dann liegt mir die Partei am nächsten, die in der sozialistischen Form auch für breite Teile unseres Volkes sorgen will. Weniger nahe liegen mir die Parteien, die wie die LDP uns kulturkämpferisch gegenüberstehen und wirtschaftlich das reine Manchestersystem vertreten.
Meine verehrten Freunde! So ist die Lage und so muß sie angesehen werden. Wenn wir sie anders betrachteten, würden wir in ein Terrain hineinschlittern, das uns wieder die Entwicklung vergangener Tage bringen würde. Das Volk muß in erster Linie Berücksichtigung finden. Es muß denen das Wasser für immer abgegraben werden, die ihre zu Ende gegangene Herrschaft auf Schleichwegen wieder aufrichten wollen. Die vernünftigen Leute, ob je im Unionslager oder auf der anderen Seite, sehen ein, daß die Gefahr für die Demokratie die denkbar größte ist.

(Sehr richtig!)

Die Entwicklung vom Jahre 1920 bis 1925 hat uns ja gezeigt, wie verfehlt die Politik der damaligen größten Partei in Bayern gewesen ist, den Faden und den Zusammenhang mit den breiten, schaffenden Schichten aufzugeben und sich rein nach Rechtspolitik umzuorientieren.

(Sehr richtig!)

Und wir sprechen von rechts und links. Ich will diese Worte gar nicht mehr hören. Diese Begriffe sind überholt. Wir brauchen eine Politik, die der Not der Zeit Rechnung trägt. Und diese kann nur im weitgehenden Maße sozial ausgerichtet sein.
Da spricht nun einer, was die CSU in einer Alleinregierung alles leisten kann. Sind wir ehrlich: Was können wir denn allein schon leisten wollen? Wir können, so wie die Dinge jetzt liegen, nur die Not verteilen, sonst nichts.

(Sehr richtig!)

Was können Sie denn sonst verteilen? Sie können nur Mißstände bekämpfen. Der ehrliche Sektor der Wirtschaft wird immer geringer, das steht fest. Aber diese Fragen lassen sich nur lösen, indem wir auch in Bayern auf breiter Front, nicht in einer Al-

leinregierung der CSU, die Lebensinteressen des bayerischen und deutschen Volkes in vertraulicher Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten zur Geltung bringen.

(Bravo!)

Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Da nützt es nichts, auseinanderzufallen.
Ein weiterer wesentlicher Punkt kommt hinzu: Wir können in den Zeiten der Not die Opposition ja gar nicht vertragen. Was hat der Herr *Goebbels* gesagt? Man muß dazu kommen - es ist sein letztes Vermächtnis -, daß die Deutschen sich selber bekämpfen und daß von den wahren Schuldigen abgelenkt wird und die als Schuldige anerkannt werden, die jetzt die Regierung übernehmen. Diese Schuldigen würden wir in kurzer Zeit werden.
Dann sind wir keine Insel der Seligen in Bayern. Wir müssen den Neuaufbau des Reiches vollziehen. Da brauchen wir auch den Zusammenhang. Sehen Sie sich die Lage in ganz Deutschland an! Glauben Sie, daß die Lage einer reinen Unionsregierung für Bayern innerhalb des ganzen deutschen Gebietes gut wäre? Jeder vernünftige Mensch muß diese Frage verneinen. Deswegen kann unser Entschluß nur sein, daß der Versuch gemacht wird, alle vernünftigen, aufbauwilligen und sozial fortschrittlichen Kräfte zu einer Regierung zu vereinigen. Das wird auch die Regierung sein, die am stärksten über die Notzeiten hinwegführen kann.

(Lebhafter Beifall.)

Von Prittwitz-Gaffron: Meine Damen und Herren! Ich besitze nicht die beneidenswerte oratorische Begabung meines Vorredners und bitte um Verzeihung, wenn ich Ihnen einige ganz wenige nüchterne Bemerkungen mache. Es ist gesagt worden, es handelt sich jetzt um praktische Politik und nicht um Theorien. Ich bin ganz der Meinung, daß man die Politik vom praktischen Gesichtspunkt aus führen und daß man es vermeiden soll, in langen Litaneien über die Theorien zu sprechen. Wir befinden uns, meine Damen und Herren, im Augenblick eines beginnenden Aufbaues einer Demokratie. Wir müssen uns dabei davor hüten, in diesem Augenblick in eine Verwirrung der Begriffe zu geraten. Darin liegt meiner Ansicht nach eine gewisse Gefahr. Es ist gestern soviel und mit Recht an dem Führerprinzip des Nationalsozialismus kritisiert worden. Niemand könnte dieses Führerprinzip mehr bekämpfen als ich. Man muß sich aber darüber klar sein, daß das Führerprinzip über uns hereingebrochen ist, weil ihm ein Untertanengeist gegenüberstand. Diesen Untertanengeist gilt es zu beseitigen. Man kann ihn nur dadurch beseitigen, daß man das Verantwortungsgefühl steigert. Denn die Beseitigung des Führerprinzips ist nicht die Beseitigung des Führungsprinzips. Demokratie verlangt eine Führung. Sie ist nur anders aufgebaut. Wir wollen diejenige Führung haben, die wir uns selbst aussuchen und die wir wieder nach Hause schicken, wenn sie uns nicht gefällt.

(Sehr richtig! - Beifall.)

Aus diesem Grunde möchte ich mich den Ausführungen unseres Parteifreundes *Ankermüller* anschließen, der für die Übernahme der Verantwortung durch die Union allein eintritt,

(Beifall.)

und zwar aus dem Grunde, weil das Volk uns seine Stimme gegeben hat, damit wir die Verantwortung übernehmen, damit wir zeigen, was wir können.

Wir haben eine doppelte Gefahr zu gewärtigen. Das eine ist die Scheu vor der Verantwortung,

(Zuruf: Nein!)

und das andere ist die Sorge und Angst vor einer politischen Niederlage.

(Beifall.)

Es schadet ja gar nichts, wenn wir nach einer Reihe von Jahren unterliegen und in die Opposition geraten. Das wird uns ebensowenig schaden, wie wir in der letzten Zeit innerhalb unserer eigenen Reihen Meinungsverschiedenheiten gehabt haben.
Ich möchte noch ein weiteres hinzufügen. Es ist heute - ich glaube von unserem Fraktionsführer Dr. *Hundhammer* - folgendes gesagt worden: Wenn eine Regierung ohne Koalition gebildet würde, könnte es bei der verhältnismäßig geringen Stimmenüberlegenheit der Fraktion im Parlament eintreten, daß die Regierung ein Gesetz beschließt, das hernach nicht durchgeführt werden kann, weil die Fraktion nicht geschlossen dafür stimmt. Die Regierung würde dann mit diesem Gesetz nicht durchkommen. Ja, meine Damen und Herren, da möchte ich fragen: Warum soll es eigentlich leichter sein, daß man sich mit den Sozialdemokraten einigt, statt daß sich die Unionsregierung mit der Unionsfraktion einigt?

(Sehr richtig! - Stürmischer Beifall.)

Im übertragenen Sinne möchte ich denselben Gedanken auf die Stellungnahme zwischen Regierung und Opposition anwenden, wenn es zwei verschiedene Parteien sind. Herr Dr. *Horlacher* hat auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Deutschen hingewiesen. Denselben Gedanken habe ich in meinen Wahlreden ununterbrochen geäußert. Ich bin nicht der Meinung, daß man eine parlamentarische Opposition wie ein feindliches Heer betrachen darf.

(Beifall.)

Die Opposition ist vorhanden, um das Spiel der Demokratie zu erleichtern, nicht um es zu erschweren. Ich sehe nicht diesen Konflikt voraus. Wenn wir in der Regierung und die Sozialdemokraten in der Opposition sind, dann werden diese bei manchen Dingen für uns und bei manchen Dingen gegen uns stimmen. Es ist vielleicht bei unserer Verfassung übersehen worden, daß wir für den Führer der Opposition eine eigene Stelle geschaffen haben.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich nicht wiederholen und vor allen Dingen nicht wiederholen, was andere gesagt haben, sondern im Hinblick auf die Zukunft für die Übernahme der Verantwortung durch die Union eintreten, und zwar in dem Sinne, daß die Landesversammlung der Fraktion als Richtlinie gibt: Hinein in die Verantwortung!
Da ich aber das Wort habe, möchte ich etwas über die Gegenwart sagen und in dieser Beziehung einen kleinen Antrag stellen. Nicht nur in meinem Wahlkreis, sondern in fast allen Wahlkreisen ist in der letzten Zeit mit einer großen Empörung die Tatsache festgestellt worden, daß eine Regierung, die seit 1. Dezember keinerlei Mandat mehr besitzt, Ernennungen von Beamten und Erlasse von Gesetzen am laufenden Bande vorgenommen hat.

(Sehr richtig!)

Ich möchte mir die Bitte auszusprechen erlauben, daß unsere Vertreter - wenn es auch keine Parteivertreter sind, so sind es doch Vertreter und Angehörige unserer Partei; es sind, wenn ich richtig rechne, drei Minister und drei Staatssekretäre - mitteilen: Haben Sie für diese Gesetze gestimmt und wie ist es möglich gewesen, daß man diese Gesetze und Fehlernennungen nicht hat verhindern können, die noch im letzten Moment gemacht worden sind, um sich gewisse Positionen zu sichern?

(Lebhafter Beifall. Zurufe: Antworten!)

Vorsitzender [*Lorenz Sedlmayr*]: Es ist kein Minister da, der die Antwort geben will.
Jäger: Mit dem Zusammentritt des Bayerischen Landtages beginnt das normale parlamentarische Leben unseres Landes. Der Landkreis Landsberg/Lech erlaubt sich deshalb, folgenden Antrag einzubringen:

> Mitglieder der Christlich-Sozialen Union sollen nur in jeweils einer parlamentarischen Körperschaft ein Mandat ausüben. Doppelmandate sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Ich glaube, der Antrag ist einleuchtend; ich kann die Begründung kurz fassen.
Die leitenden Männer der Union sind, zumal wenn wir Regierungspartei sind, maßlos überlastet. Es ist also notwendig, ihnen Arbeit abzunehmen. Jedes Mandat, nicht nur das des Landtags, sondern auch solche der Stadträte, Kreisräte und Gemeinderäte, erfordert aber den ganzen Mann. Es entspricht ja dem demokratischen Prinzip, die Arbeit und Verantwortung auf möglichst viele Köpfe zu verteilen. Wenn in den Stadträten und in den Kreisräten Mandate frei werden, können die aufrücken, die noch nicht vertreten sind. Es werden das vor allem Vertreter der Flüchtlinge, der Frauen und der Jugend sein. Auch diese sind wünschenswert. Für Sonderfälle kann man Ausnahmen zulassen. Doppelmandate sollen nur grundsätzlich ausgeschlossen sein, nicht in jedem Falle. Darüber kann vielleicht der Parteivorstand entscheiden. Ich bitte also, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.
(Dr. *Horlacher* übernimmt wieder den Vorsitz.)
Dr. *Strauß*: Es ist eine besondere Situation, in der wir uns befinden. Man könnte sagen, es ist ein historischer Augenblick in der Geschichte Bayerns, in dem die Union vom Volke den Auftrag bekommen hat, die Verantwortung zu übernehmen. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt einen moralischen und materiellen Tiefstand sondergleichen erreicht haben, von dem wir aber noch nicht wissen, ob er der tiefst mögliche Punkt ist, oder ob wir noch weiter in eine Katastrophe wirtschaftlicher, aber auch moralischer Art absinken werden. Eine Verzweiflung, eine Sittenlosigkeit, ein Asozialismus schlimmster Art hat heute um sich gegriffen, gerade in einer Zeit, in der am meisten vom Sozialismus gesprochen wird. Die Frage der Ernährung, der Baustoffe, Bekleidung, Schuhe, Bedarfsartikel ist heute zu einem Problem von höchster Wichtigkeit geworden. Auf der einen Seite haben wir einen Mangel an Arbeitern, auf der anderen Seite steht trotz der vorher vorgebrachten Bedenken das Gespenst der kommenden Arbeitslosigkeit vor uns, zumindest eine Berufsfremdheit. Wir sehen täglich Produktionseinstellungen, eine Lähmung des Arbeitswillens durch Steuerpolitik und Schwarzhandel. Wir sehen auf dem Sektor der Gesundheit des Volkes eine erschreckende Zunahme der ansteckenden Krankheiten.
In dieser Situation, die ich nur mit Stichworten umreißen kann, ist die Union zur Regierungsübernahme berufen worden. In diesem Augenblick ist für uns eine Situation von höchster Tragweite und höchster Verantwortung gegeben. Das Volk erwartet, ge-

rade weil wir die Mehrheit haben, daß wir auch die Verantwortung zumindest in allen entscheidenden Stellen übernehmen. Es steht nicht allein die Frage Allein- oder Koalitionsregierung zur Debatte. Wir müssen uns dazu bewußt bleiben, daß wir im Falle einer Alleinregierung auf der einen Seite einen sehr schweren Stand haben werden. Wir müssen uns aber auch dessen bewußt sein, daß die Sozialdemokratie die Schwächen unserer Stellung erkannt hat und demgemäß Forderungen stellen wird. Wir können uns in den entscheidenden Punkten, in denen eine klare Unionslinie zur Auswirkung gebracht werden muß, nicht auf Forderungen einlassen. Ich glaube, es ist auch der Wille der Landesversammlung, dies der Fraktion bittend und beschwörend nahezulegen, nicht um in die Rechte der Fraktion einzugreifen, aber um noch einmal klarzustellen, daß wir in allen entscheidenden Punkten der Regierungspolitik eindeutig eine klare und entschiedene Unionslinie haben wollen.

(Beifall.)

Das Volk hat das ganze Jahr hindurch nicht gefragt, welche Wahl es war und was für Auswirkungen rein verwaltungstechnischer Natur die Wahlen haben. Das Volk fragt allein danach, ob sich etwas in der Regierung geändert hat. Ich glaube, jeder, der draußen an einer Stelle steht, hat erlebt, daß man ihn gefragt hat: Jetzt wählen wir schon drei-, viermal Union, und immer noch sind die alten Männer an der Regierung. Wir mußten immer die sachliche, richtige Auskunft geben: Es steht ja überhaupt noch gar nicht zur Debatte, daß eine Regierungsänderung kommt. Aber jetzt ist das der Fall. Nach einem Jahr sind wir soweit, daß man von uns verlangt, die Regierung zu übernehmen.

Sie haben es wahrscheinlich alle draußen erlebt, wie in den Gemeinden, wie in den Kreisen der Unwille über bestehende Zustände zugenommen hat, wie uns gerade dieser Unwille große Teile der Wähler zugetrieben hat. Man erwartet von uns Sauberkeit, Anstand und Ordnung im öffentlichen Leben. Heute ist nun der kritische Zeitpunkt gekommen, wo wir dieses Vertrauen rechtfertigen müssen.

Dazu bitte noch ein Gesichtspunkt. Wir müssen uns der Tatsache bewußt bleiben, daß bei einer Unionsregierung, auch bei einer Regierung, die hauptsächlich von der Union gestellt sein wird, die Presse von sämtlichen Seiten her mit allen möglichen Mitteln auf unsere Leute schießen wird, daß wahrscheinlich das Verantwortungsbewußtsein eines großen Teiles unserer Pressemänner nicht groß genug ist, um zu prüfen, ob die Maßnahmen der Regierung gut oder schlecht sind, sondern daß darauf geschaut wird, von wem die ausgehen und danach geschossen wird. Es ist eine der wesentlichen Voraussetzungen der neuen Regierungspolitik, daß die Regierung zwar nicht in einer undemokratischen Weise Presse und Rundfunk beeinflußt, daß aber der Wille der Regierung gerade dann, wenn es eine Unionsregierung ist, in der Presse und im Rundfunk in ausgiebiger und überzeugender und entscheidender Weise zum Ausdruck gebracht werden kann.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Der Erfolg einer zukünftigen Regierung hängt nicht allein davon ab, ob ihre Maßnahmen gut oder schlecht sind; er hängt maßgeblich auch davon ab, wie diese Maßnahmen dem Volke dargestellt werden.

(Sehr richtig!)

Jede Regierung wird zum Scheitern verurteilt sein, wenn Presse und Rundfunk sich gegen sie verschworen haben.

(Sehr richtig!)

Ein Wort zur Frage der Besetzung der Regierungsstellen. Es ist vorhin klargestellt worden, welche Ministerien unbedingt von der Union besetzt werden müssen. Aber ich stehe auch noch in einer strittigen Frage auf dem Standpunkt, daß gerade das Arbeits- und Sozialministerium von einem Unionspolitiker besetzt werden muß.

(Sehr richtig! - Starker Beifall.)

Wir wollen, das ist der gemeinsame Wille der Union, gerade unserem Volke zeigen, daß eine christliche Sozialpolitik mehr Erfolg hat, als ein planvoller Sozialismus.

(Beifall.)

Ein Sozialismus, der vielfach nur auf Plänen und auf Theorien aufgebaut ist, muß sich in der Praxis als viel schwächer zeigen als unsere weltanschauliche Bereitschaft zu einem sozialen Programm. Wenn vorher Dr. *Horlacher* gesagt hat, daß die Städte im Wahlkampf großenteils versagt haben, worin er im Recht ist, und die Landgemeinden ausgleichen mußten, so müssen wir vermeiden - ich bin selbst Landrat eines durchaus ländlichen Kreises -, auf diese Weise einseitig in die Gefahr zu kommen, eine Bauernpartei zu werden. Wenn wir die Städte verloren haben, müssen wir sie durch unser Sozialministerium zurückerobern.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Die Redezeit ist abgelaufen.
Dr. *Strauß*: Es ist richtig, daß schon in der Verfassunggebenden Landesversammlung unsere Fraktion führend und entscheidend an der Ausgestaltung des sozialen Programms in der Verfassung mitgewirkt hat. Jetzt in der praktischen Regierungspolitik wollen wir zeigen, daß wir besser sind als die Sozialisten sämtlicher Schichten und Richtungen.

(Beifall.)

Zur Frage der Regierungspolitik will ich noch einen neuralgischen Punkt berühren, und ich bitte, das jetzt nicht vielleicht als Dummheit oder Unerfahrenheit aufzufassen. Es ist die Frage der Besetzung der Ministerposten. Ich will dabei keine Namen nennen, aber sind Sie sich dessen bewußt, daß wir diesmal keine schwachen oder unentschiedenen Leute brauchen, sondern daß wir ganz klare, markante, scharfumrissene Persönlichkeiten der Union in allen führenden Stellungen sehen wollen.

(Beifall.)

Auf keinen Fall darf die Koalitionsfreudigkeit oder Kompromißpolitik so weit gehen, auch Männer des Kompromisses zu wählen, bloß damit sie von der Gegenseite nicht angeschossen werden oder weil sie bisher von der Gegenseite nicht angeschossen worden sind.

(Beifall.)

Als letzten Punkt möchte ich eines sagen, und ich möchte beschwörend dem hiesigen Gremium nahelegen: Wir brauchen unter allen Umständen die politische Einigkeit zwischen Fraktion, Partei und Volk.

(Beifall.)

Wenn die WAV daran Kritik übt, daß die Herren Abgeordneten und Minister vier Jahre lang allein regieren könnten, ohne das Volk zu befragen, so wollen wir diese Kritik zunichte machen. Fraktion und Partei - die Partei verkörpert ja in ihrer vielfäl-

tigen Zusammensetzung den Willen aller Berufsstände unseres Volkes - sollen so oft zusammenkommen und sich so oft gegenseitig aussprechen, daß die enge Fühlungnahme zwischen Partei und Fraktion gewahrt bleibt, daß keine Kluft aufgerissen wird. Ich bitte die Fraktion, gerade bei der Besetzung der Ministerposten eindeutige, klare, populäre Figuren zu wählen, die auch in der Lage sein werden, radikal einschneidende, sozial fortschrittliche Lösungen zu wählen.

(Sehr richtig!)

Abschließend noch zur Frage des Ministerpräsidenten. Es steht mir hier nicht an, einen Namen zu nennen. Aber man erwartet von uns, daß die Gestalt des Ministerpräsidenten eindeutig unsere Unionsregierung, unseren Willen zu Deutschland, unseren Willen zum Föderalismus und zur christlichen Kulturidee und unseren Willen zum christlich-sozialen Programm verkörpern wird. Wir haben uns gestern entschieden. Ich bin nicht der Anhänger oder Mitläufer einer Figur. Aber ich stelle es hier noch einmal nicht zur öffentlichen Debatte, aber zur eindringlichen Besinnung, daß alle diejenigen, die sich persönlich überprüfen, ob wir uns nicht doch auf einen Mann einigen können, der der populärste Mann in Bayern geworden ist, gerade auch in Unionskreisen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Ich will ja niemand angreifen und bitte, wenn ich beispielsweise davon sprechen darf, die Exponenten der Opposition, mir zu verzeihen - ich persönlich stehe mich sehr gut mit ihnen -, aber ich habe ein Dokument vor mir, das ich abschließend bekanntgebe, und aus dem hervorgeht, daß weder die Bayerische Militärregierung, noch die Bayerische Staatsregierung etwas mit der Einleitung eines Verfahrens gegen unseren Parteivorsitzenden zu tun hat. In diesem Dokument erwähnt Dr. *Hoegner*, daß die Bayerische Staatsregierung von der Einleitung eines Verfahrens gegen unseren Parteivorsitzenden überhaupt nichts weiß. Er läßt dabei den Schluß offen, daß er

> infolge Abwesenheit des Herrn Minister *Pfeiffer* in Berlin nicht feststellen kann, ob nicht das Sonderministerium ohne mein Wissen und ohne meinen Willen und den der übrigen Mitglieder der Staatsregierung gegen Sie das Verfahren eingeleitet hat.
> gez. Dr. *Hoegner*

Es ist nicht meine Aufgabe, hier an den Mitgliedern der Regierung Kritik zu üben. Aber ich warne und beschwöre noch einmal zur Einigkeit. Wenn die Sozialdemokraten zum Zünglein an der Waage werden, haben wir versagt und werden nicht mehr gewählt.

(Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das Wort hat Herr *Zobel*. Ich bitte Sie, sich jetzt kürzer zu fassen. Was jetzt noch zu sagen ist, kann in zwei Minuten gesagt werden, denn es ist jetzt genug geredet worden.

Zobel: Entsprechend dieser Mahnung will ich mich sehr kurz fassen. Ich möchte auf folgendes hinweisen: Die meisten Redner des heutigen Tages sind von den Tagesfragen ausgegangen und haben die Frage der Regierungsbildung von diesem Gesichtspunkt aus beleuchtet. Ich möchte trotz allem, wie z.B. auch Herr *von Prittwitz*, auf die systematische Seite eingehen und immer wieder auf sie hinweisen, weil wir nämlich vor etwas anderem stehen, als wir vielleicht glauben. Wir stehen nämlich nicht bloß vor einer Regierungsbildung, nein, wir stehen vor dem Start zur demokratischen Ver-

fassung. Wenn dieser Start falsch vonstatten geht, dann bauen wir uns eine falsche Demokratie auf. Aus diesen Gründen ist es von größter Wichtigkeit, wie wir uns zu der Frage der Koalition stellen. Diese Frage hängt damit zusammen, wie wir uns zur Frage des Zweiparteiensystems stellen. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß wir uns nicht Vorbilder von auswärts ohne weiteres aufpfropfen lassen sollen, wenn sie für uns nicht passen. Aus diesen Gründen warne ich davor, das Zweiparteiensystem als allein seligmachend anzuerkennen; denn es kommt allein nicht nur darauf an, daß wir den ernsten Willen zu einem Zweiparteiensystem haben, sondern auch darauf, daß ihn die anderen haben. Denn die anstürmenden Kräfte, die gegen dieses System ankämpfen, sind nicht nur die sozialistischen, sondern vor allem die kommunistischen und bolschewistischen Kräfte.

(Zuruf: Jawohl!)

Diese aber wollen nicht ein klares Ziel der Opposition, wie wir es erwarten.

(Ausgeschlossen!)

Aus diesen Gründen warne ich besonders davor, daß wir in irgendeiner Form eine Spekulation auf die Zukunft eingehen, indem wir sagen: Es spielt gar keine Rolle, ob wir jetzt allein regieren; in vier Jahren werden wir doch nicht wieder gewählt. Wählen wir deswegen, daß wir nach vier Jahren nicht mehr in der Regierung sitzen? Ich glaube, wir tun es doch nur aus dem Grund, weil wir immer bestimmen wollen. Es muß daher auch unsere Aufgabe sein, die anderen Parteien mit heranzuziehen, die ehrlich bemüht sind, an dieser Arbeit teilzunehmen.
Ich persönlich stehe aber noch auf einem anderen Standpunkt: Zur Demokratie gehört eine Zusammenfassung aller Kräfte, die ehrlich bemüht sind, mitzuarbeiten und am Aufbau zu helfen. Diese Kräfte müssen in der heutigen Zeit alle herangezogen werden. Das kann nur in Form einer Koalition geschehen. Ich stelle daher den Antrag, daß die Landesversammlung folgendes beschließen möge:

> Die Landesversammlung hält es für wünschenswert, daß alle Parteien, die ehrlich bereit sind, am wirtschaftlichen und seelischen Aufbau Bayerns und Deutschlands mitzuarbeiten, zur Regierung herangezogen werden. Diese Parteien haben vor dem Eintritt in die Regierung jedoch bindende Erklärungen abzugeben, die eine positive Mitarbeit gewährleisten.

Dr. *Kroll*: Liebe Parteifreunde! Die Ermahnung des Herrn Präsidenten [*Michael Horlacher*], der selbst wohl immer dazu rät, mäßig zu sein, bedachtsam zu sein, kein Theoretiker zu sein, der aber doch mit einigem Fanatismus das Anliegen der Koalition vertreten hat, nehme ich gerne zur Kenntnis.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Für eine Sache tritt man immer mit Fanatismus ein. Für persönlichen Kampf nicht. Wenn hinter einer Sache persönliche Tendenzen stehen, dann bin ich der schärfste Gegner dieser Leute.
Dr. *Kroll*: Ich trete persönlich für eine Sache ein und werde mich bemühen, ohne Fanatismus zu sprechen. Ich bin der Meinung, daß wir aus der Geschichte lernen müssen. In aller Kürze: Die Geschichte hat uns gelehrt, daß wir uns einmal in Koalitionen verbraucht haben. Sie hat uns gelehrt, daß das Zusammengehen der Regierungspartei und der Oppositionspartei dazu führt, daß das Volk, mit beiden unzufrieden, in die radikalen Gruppen drängt und dort etwas heranzüchtet, was letztlich wieder zur Überwindung der Demokratie führt. Wir sind der Meinung, daß wir die Aufgabe haben, eine klare Linie der Unionspolitik vorzuzeichnen. Ich schließe mich jenen an, die erklä-

ren, man sollte trotzdem bemüht sein, auch mit der SPD in ein gutes Verhältnis zu kommen. Ich möchte aber einschränkend hinzufügen: Nicht um den Preis der Geradlinigkeit und Klarheit der Politik!

(Beifall.)

Worum es uns geht, ist dies: Es wurde schon gesagt, daß wir einmal das Versprechen einlösen, eine christliche und soziale Politik in Bayern aufzubauen, und das um so mehr, als ich glaube, daß sich die SPD in Hessen keine Mühe gibt, eine Koalition mit der CDU einzugehen. Es kommt nämlich darauf an, nicht eine Insel der Seligen, aber eine Insel der Christlichkeit in Deutschland aufzurichten.

(Zuruf: Endlich! - Beifall.)

Es kommt sehr wohl darauf an, daß die christliche Linie nicht immer so verwischt wird, daß man sie zum Schluß aus der Koalition nicht einmal durch die kühnste chemische Retorte herausdestillieren kann. Es kommt darauf an zu zeigen, daß wir nicht nur Bekennermut haben, sondern auch Verantwortungsbewußtsein, daß wir bereit sind zu scheitern, wenn wir es mit unseren Kräften nicht schaffen. Das ist der Grundgesichtspunkt der angelsächsischen Demokratie. Wenn ich auch in Ehrfurcht die Worte des Herrn Präsidenten [*Michael Horlacher*], der aber immerhin schon einmal für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, anhöre, so stehe ich doch mehr auf [der] Seite jenes Mannes, der Angelsachsen kennt wie kein zweiter von uns und der uns wirklich gute Dinge über die Demokratie dort gesagt hat, nämlich des Herrn *von Prittwitz*.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich könnte darauf erwidern; ich will es im Interesse der Union nicht tun, auch auf den Herrn *von Prittwitz* und den Vergleich. Ich will es nicht tun, weil ich verhindern will, daß persönliche Verstimmungen auftreten. Das war wieder Herrn *Kroll* vorbehalten.

Dr. *Kroll*: Ich möchte hinzufügen - ich hoffe, nicht wieder unterbrochen zu werden -, es wurde ein Gedanke geäußert, der sehr wesentlich ist, und das ist der Gedanke der altbayerischen SPD, die eine Koalition vielleicht mit der altbayerischen Union eingeht. Wir sind uns über eines klar: Wir können nur dann die Verantwortung übernehmen, wenn wir untereinander einig sind. Darum muß der Wille zur Einigkeit über allem anderen stehen. Es soll nicht so sein, daß man die Koalition als Hintertürchen offen läßt: Einige ich mich nicht innerhalb der Fraktion, dann kann ich mich vielleicht noch mit der SPD einigen. Wir wollen Einigung in unseren Reihen erringen, und wir wollen beweisen, daß wir die Union sind. Darum lehne ich den Gedanken der vorzeitigen Koalition ab. Erst herausstellen, daß wir klar und stark sind! Wir haben uns bei der Wahl des Fraktionsvorsitzenden geeinigt auch ohne Fraktionszwang. Ich bin der Meinung, wenn der gute Wille auf beiden Seiten vorhanden ist und man nicht den anderen niederbügeln will, dann wird man sich auch künftig sehr wohl einigen können.

(Beifall.)

Gerade aber, weil wir diesen Willen zur Einigkeit haben, treten wir dafür ein, die Union zunächst einmal mit der vollen Verantwortung nach außen herauszustellen und dann gewissermaßen gestärkt in die Koalitionsverhandlungen zu gehen. Das ist der Grundsatz, von dem wir ausgehen müssen. Ich darf zu dem, was hier schon gesagt wurde, bemerken, daß wir es nicht begrüßen, wenn die Herren Minister, die jetzt noch im Amt sind, diese unerhörten Personalveränderungen mit vornehmen mußten oder vorgenommen haben und damit der Unionspolitik vorgreifen mußten. Wir sind der

Meinung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo insbesondere die Politik des Herrn Innenministers einer scharfen Kontrolle unterzogen werden muß. Wir sind der Meinung, daß das allein genügt, um unsere Freunde von der SPD möglicherweise an einer Koalition zu verhindern. Aus diesem Grunde formuliere ich meinen Satz: Ich bin nicht grundsätzlich gegen Koalition; aber ich meine, erst eine starke Union, die Einigkeit in der Union, dann Verhandlungen, bei denen wir sagen, daß wir eventuell bereit sind. Wenn die anderen nicht wollen, stark und entschlossen genug sein, die Regierung selbst zu übernehmen!

(Beifall.)

Dann bin ich aber auch der Meinung, daß die Leisetreterei aufhören muß. In der Herausstellung der Persönlichkeiten dürfen wir nicht zaghaft sein. Nicht die SPD hat uns vorzuschreiben, welcher Mann ihr genehm ist, und wenn Herr *Hoegner* - so wurde mir berichtet - erklärt haben soll: "In ein Kabinett *Müller* gehe ich nicht!", dann sage ich ihm, dann bleibst Du eben draußen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bin der Meinung, wir treten einmal mit dem an, was wir besitzen. In der Frage, wer zur Führung berufen ist, gibt es nach meiner Meinung keine Diskussion. Wir haben einen Mann, der sich bewährt hat, der gekämpft hat, der Ideen hat und der uns ein Stückchen weiter in die Zukunft führen kann. Das ist Dr. *Josef Müller*.

(Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: *Ortloph* hat das Wort.

Ortloph: Meine lieben Parteifreunde, Herr Präsident! Ich fasse mich so kurz als es möglich ist, denn in der Kürze liegt die Würze. Ob alleinige Unionsregierung oder nicht, darüber spreche ich gar nicht. Ich bin überhaupt der Auffassung, daß über diesen Punkt jetzt alle Redner gesprochen haben, so daß eine vollkommene Klärung da sein dürfte. Ich möchte nur das eine: Ich glaube, die Landesversammlung ist dazu berufen herauszukristallisieren, wer bei der kommenden Regierungsbildung die maßgebende Rolle spielen soll, welcher Mann das ist. Ich möchte hier sagen, daß nach meiner Auffassung der Mann, der gestern mit so überwiegender Stimmenmehrheit zum Landesvorsitzenden gewählt worden ist, es sein müßte, der bei der kommenden Regierungsbildung die erste Violine spielen soll.

(Beifall.)

Ich bitte Sie deshalb, folgende Entschließung anzunehmen:

> Die Landesversammlung als das oberste Organ der Union sieht im Landesvorsitzenden Dr. *Müller* den Mann, der auch bei der Regierungsbildung die entscheidende Rolle spielen soll.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: *Karpf*.

> (Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle Antrag auf Schluß der Debatte und bitte die Landesversammlung, über die eingegangenen Entschließungen abzustimmen.)

Es ist Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Nur zu dem Antrag kann noch gesprochen werden.

(Dr. *Stang*: Ich möchte fragen, ob der gegenwärtig zu Wort gekommene Antragsteller auch das Recht dazu hatte. - Zuruf: Jawohl.)

Wer spricht gegen den Antrag auf Schluß der Debatte?

(Zuruf: Können denn die Redner nicht verlesen werden? Es sind vielleicht welche dabei, die wir hören wollen.)

Entweder gibt es Schluß der Debatte oder nicht. Der Antrag steht zur Abstimmung. Wer gegen den Antrag auf Schluß der Debatte ist, den bitte ich aufzustehen. Das ist die Minderheit, das steht einwandfrei fest. Die Debatte ist abgeschlossen.
Ich bitte um Ruhe.
Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir nehmen die Anträge, die nicht mit der Regierungsbildung zusammenhängen, zuerst. Da ist der Antrag *Jäger*:

> Mitglieder der CSU sollen jeweils nur in einer parlamentarischen Körperschaft ein Mandat ausüben. Doppelmandate sind ausgeschlossen.

Dieser Antrag würde bedeuten, daß beispielsweise auch der kleinste Landbürgermeister ausgeschlossen sein sollte. Ich würde bitten, diesen Antrag dem Landesausschuß zur endgültigen Erledigung zu überweisen. Besteht darüber Einverständnis?

(Zustimmung.)

Dann kommt der Antrag über die Kriegsgefangenen:

> Die Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union richtet im Hinblick auf das Weihnachtsfest, das Fest der christlichen Liebe und des Friedens in der Welt, an die Besatzungsmächte die herzliche und dringende Bitte, die kriegsgefangenen Väter und Söhne ihren Familien und der deutschen Wirtschaft baldigst zurückzugeben.

Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Der Antrag ist also einstimmig angenommen.
Dann der Antrag *Meixner*.
Meixner: Ich bringe als Vertreter der politisch Verfolgten, und zwar der einwandfrei festgestellten und registrierten politisch Verfolgten, folgenden Antrag ein:

> Die christlich-sozialen Opfer des Nationalsozialismus verlangen von der künftigen Bayerischen Regierung mit allem Nachdruck, daß ihren berechtigten Forderungen auf Wiedergutmachung aller jener Schäden, die sie durch die Verfolgungen unter dem nationalsozialistischen Regime erlitten haben, endlich Rechnung getragen wird. Die christlich-sozialen politisch Verfolgten fordern weitestgehend die Berücksichtigung hinsichtlich der Unterbringung in Staatsstellungen, weil sie, die unerschrockensten aktiven Bekämpfer des nationalsozialistischen Regimes, die sichersten Garanten für die Demokratie und ihre Durchführung im Staatsbetrieb sind.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Ich glaube, diesem Antrag kann die Landesversammlung um so mehr zustimmen, als das die Verfassung schon vorgesehen hat und auch ein Ausführungsgesetz erlassen werden wird. Ich nehme Ihre Zustimmung an.

(Beifall.)

Nachdem der Herr Landesvorsitzende Dr. *Müller* selbst nicht anwesend ist, würde ich vorschlagen, die übrigen Anträge der Landesvorstandschaft und der Fraktion zur Beachtung zu überweisen.

(Widerspruch.)

Dann bitte ich Herrn *Sedlmayr*, das Präsidium zu übernehmen; denn da komme ich mit der Abstimmung nicht durch.

(Zuruf: Demokratie!)

Das hat mit Demokratie gar nichts zu tun. Ich dokumentiere, daß ich mit der Abstimmung gar nicht durchkomme. Die Entschließungen müssen bearbeitet werden. Die Mehrzahl sagt, daß die Union möglichst die Regierung allein bilden soll, aber jede hat einen Zusatz dabei: Wenn die Alleinregierung möglich ist, soll das geschehen. Aber wie soll das geschehen? Deswegen ist es das einzig Richtige, diese Anträge den zuständigen Organen der Partei zur Beachtung zu überweisen. Wir sind uns alle darüber einig, daß, wenn eine Koalitionsregierung nicht zustande kommt, eine Unionsregierung zustande kommen muß.

Fink: Ich möchte zur Geschäftsordnung folgendes sagen: Ich habe bei meiner Resolution klargestellt, die Landesversammlung soll keinen Beschluß fassen, der festlegt, sondern eine Empfehlung an die Fraktion geben, weil ich wünsche, daß die Fraktion mit der Landesversammlung in großen Zügen übereinstimmt. Ich bitte daher, nachdem sich widersprechende Resolutionen vorliegen, nach dem Eingang der Resolutionen abstimmen zu lassen. Dann wird es sich von vornherein ergeben, daß die Mehrheit, weil sie einer Resolution für eine Regierung der Verantwortung zustimmt, nicht auch nachher dem Gegenteil zustimmt. Die Sache wird sich von selbst klären.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Der Eingang der Resolutionen ist nicht maßgebend; da sieht man wieder, daß die Herren die Geschäftsordnung nicht handhaben können.

(Zuruf: Aber Sie!)

Auch in der Geschäftsordnung gilt der Grundsatz, daß es der weiter gehende Antrag sein muß, über den zuerst abgestimmt wird. Der weiter gehende Antrag muß hier in der Versammlung bestimmt werden. Nach meiner Überzeugung ist es der Antrag *Zobel*, der ausspricht, eine Koalitionsregierung ohne diese Einschränkungen einzugehen, die die anderen Anträge bringen.

Der Antrag *Zobel* lautet:

> Die Landesversammlung hält es für wünschenswert, daß alle Parteien, die ehrlich bereit sind, am wirtschaftlichen und sozialen Aufbau mitzuarbeiten, zur Regierung herangezogen werden. Diese Parteien haben vor Eintritt in die Regierung bindende Erklärungen abzugeben, die eine positive Mitarbeit gewährleisten.
> *Zobel*, Mittenwald

Das ist der weitest gehende Antrag.

(Zuruf: Wieso?)

Wieso? Sie werden das gleich sehen; der andere Antrag lautet:

> Das bayerische Volk hat der Christlich-Sozialen Union in vier Wahlen einen einmaligen Vertrauensbeweis erbracht. Das Volk erwartet, daß seinem Votum endlich Rechnung getragen wird. Es erwartet Männer seines Vertrauens und die Übernahme der Verantwortung durch die Union. Die am 15. Dezember 1946 in Eichstätt tagende Landesversammlung der CSU ist demzufolge der Auffassung, daß die Union in erster Linie die Verantwortung allein übernehmen soll. Sie ist weiterhin ...

Der weiter gehende Antrag ist nach der Auffassung, die ich feststellen lasse, der Antrag, eine Koalitionsregierung einzugehen. Denn er bezieht sich nicht allein auf den

Standpunkt der Union, sondern will über die Union hinaus auch andere Parteien heranziehen. Hier aber heißt es weiter:

> Sie ist weiterhin der Auffassung, daß eine Koalition mit anderen Gruppierungen nur dann in Erwägung gezogen werden darf, wenn auch in diesem Fall der entscheidende Einfluß der Union in der Regierung sichergestellt ist. Die Landesversammlung betrachtet diese Entschließung als Richtlinie für die Fraktion.

(Zuruf: Das ist der richtige Antrag.)

Dann ist noch ein Antrag da, der so miserabel geschrieben ist, daß kein Mensch ihn lesen kann. Er lautet - es ist der Antrag *Eicken*:

> Die Landesversammlung beauftragt den Herrn Parteivorsitzenden mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung. Zur Frage der Koalition wird nicht endgültig Stellung genommen, um den im Laufe der Verhandlungen sich bietenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten nicht vorzugreifen. Mindestens die Ministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft, Inneres und Kultus scheiden als Verhandlungsobjekte in jedem Fall aus und müssen mit Männern besetzt werden bzw. besetzt bleiben, die höchste Sachkenntnis mit klarer Unionsgesinnung verbinden.

Meine verehrten Damen und Herren! Wenn hier der Standpunkt der politischen Klarheit eingenommen werden soll, so stehe ich persönlich - ich will Ihnen die Lage sogar erleichtern - auf der Meinung, daß wir den Antrag des Herrn *Fink* ruhig annehmen können. Denn die Verhältnisse sind so, daß er eine Richtlinie darstellt, daß er der Union die Verantwortung zuschiebt, die sie ohnehin übernehmen muß, und daß er die Möglichkeiten hinsichtlich einer Koalition offenläßt.

(Sehr richtig!)

Ich bin der Meinung, daß dieser Antrag der richtige ist. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, lasse ich über diesen Antrag jetzt abstimmen.

(Zuruf: Vorlesen!)

Ich lese ihn jetzt nicht mehr vor. Bitte auch diese militärischen Züge, die noch drinliegen, aufzugeben. Diesen zivilen und militärischen Kommandoton wollen wir in Deutschland nicht mehr haben. Ich bitte, die Entschließung vorzulesen. Ich bitte um Ruhe.

(Heiterkeit. - Beifall.)

Einer wird kommandieren, und das ist in dem Fall der Präsident.

(Tosender Beifall.)

Also, bitte, jetzt Ruhe, sonst lasse ich die Entschließung im Durcheinander verlesen, und dann kriegen Sie sie nicht mehr verlesen.
Liedig: Der Antrag lautet:

> Das bayerische Volk hat der Christlich-Sozialen Union in vier Wahlen einen einmaligen Vertrauensbeweis erbracht. Das Volk erwartet, daß seinem Votum endlich Rechnung getragen wird. Es erwartet Männer seines Vertrauens und die Übernahme der Verantwortung durch die Union. Die am 15. Dezember 1946 in Eichstätt tagende Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union ist demzufolge der Auffassung, daß die Union in erster Linie die Verantwortung allein übernehmen soll.

Sie ist weiterhin der Auffassung, daß eine Koalition mit anderen Gruppierungen nur dann in Erwägung gezogen werden darf, wenn auch in diesem Fall der entscheidende Einfluß der Union in der Regierung sichergestellt ist. Die Landesversammlung betrachtet diese Entschließung als Richtlinie für die Arbeit der Fraktion.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Erhebt sich noch Widerspruch?

(Nein!)

Ich lasse abstimmen. Wer für diese Resolution ist, ...
Dr. *Rindt*: Zur Abstimmung! Ich bitte, zwei textliche Änderungen: "einmalige" müßte geändert werden in "einzigartige" oder "eindeutige"; dann würde ich noch bitten, folgendes zu überlegen, daß man vielleicht anstelle von "die Verantwortung" setzen könnte "die verantwortliche Führung der bayerischen Politik", um es etwas mehr offenzulassen. Ich möchte den Widerspruch als solchen, der vielleicht zwischen dem ersten und zweiten Satz besteht, ausgleichen.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Das sind lauter Selbstverständlichkeiten. Der Antrag mit den Änderungen - die sind bekannt -

(Widerspruch.)

trifft das zu, daß wir im Süden die lange Leitung haben, wie die Herren im Norden behaupten? Dann wollen wir aus Gutmütigkeit noch einmal verlesen:

Das bayerische Volk hat der Christlich-Sozialen Union in vier Wahlen einen eindeutigen Vertrauensbeweis erbracht. Das Volk erwartet, daß seinem Votum endlich Rechnung getragen wird. Es erwartet Männer seines Vertrauens und die Übernahme der verantwortlichen Führung der bayerischen Politik durch die Union. Die am 15. Dezember 1946 in Eichstätt tagende Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union ist demzufolge der Auffassung, daß die Union in erster Linie die Verantwortung allein übernehmen soll. Sie ist weiterhin der Auffassung, daß eine Koalition mit anderen Gruppierungen nur dann in Erwägung gezogen werden darf, wenn auch in diesem Fall der entscheidende Einfluß der Union in der Regierung sichergestellt ist. Die Landesversammlung betrachtet diese Entschließung als Richtlinie für die Arbeit der Fraktion.

(Zuruf: Gut!)

Wer gegen diese Entschließung ist ...

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! "die Union" ... "allein":
Ich glaube, daß man das herausnehmen soll, es wirkt zu scharf.)

Das hat mit [der] Geschäftsordnung nichts zu tun.

(Zuruf: Aber mit der Abstimmung!)

Wer gegen diese Entschließung ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.
(Ca. zehn Mitglieder stehen auf.)
Das ist die Minderheit. Die Entschließung ist angenommen.

(Beifall.)

Damit erkläre ich die anderen Entschließungen für erledigt.

(Zuruf: Die Entschließung *Ortloph*!)

Die Landesversammlung als oberstes Organ der Union sieht im Landesvorsitzenden Dr. *Müller* den Mann, der auch bei der Regierungsbildung die entscheidende Rolle spielen soll.
Ortloph

Wer wünscht dazu das Wort?
Dr. *Hundhammer*: Ich nehme Bezug auf die Ausführungen, die ich gestern generell bezüglich der Person Dr. *Müllers* gemacht habe. Sie wissen alle zusammen, daß die Dinge in der Schwebe sind, außerdem

(Zuruf.)

ist nicht zu übersehen, daß die Führung der Verhandlungen über die Regierungsbildung maßgebend doch den gewählten Abgeordneten obliegt. Der Landesvorsitzende der Partei ist Mitglied eines - ich kann hier ja wohl bekanntgeben - in der Fraktion bereits beschlossenen kleinen Ausschusses, der über diese Fragen zu verhandeln hat. Das hat die Fraktion in sich bereits beschlossen. Ich bitte Sie deshalb, von diesem Antrag hier Abstand zu nehmen.

(Mißfallen.)

Haußleiter: Meine lieben Freunde! Ich möchte hier klar und eindeutig sagen, daß ich es für falsch hielte, wenn wir, nachdem wir gestern Dr. *Müller* unser Vertrauen ausgesprochen haben ...

(Beifall.)

Ich bin der Überzeugung, daß die Berufung auf dieses Verfahren nicht berechtigt ist; sonst hätte die amerikanische Militärregierung nicht erlaubt, daß Dr. *Müller* sein Amt weiterführt. Und da sage ich: wir wollen nicht schärfer sein als die zuständigen Stellen. Ich wiederhole das Wort, das Dr. *Horlacher* gesagt hat: Ich habe den Eindruck, wenn einmal die ganze Welt den Dr. *Müller* entlastet haben wird, dann wird es noch Kreise geben in der Union, die ihn nicht entlastet haben.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Einen Augenblick! Das, was Kollege *Haußleiter* gesagt hat, stimmt teilweise und stimmt andererseits im Wortlaut nicht. Ich gehe nicht darauf ein. Im Grundsatz stimmt es.

(Lebhafter Beifall.)

Der Wortlaut ist falsch.
Haußleiter: Ich freue mich, daß wir hier sachlich über einen verschiedenen Wortlaut hinweg einer Meinung sind. Ich schlage Ihnen vor: Wir nehmen die Entschließung für Dr. *Müller* an.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung!)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Zur Geschäftsordnung, aber nur dann, wenn es vernünftig ist für die Abstimmung.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle Antrag auf schriftliche Abstimmung!)

Schließlich müssen Sie auch auf mich Rücksicht nehmen. Die Verhältnisse sind so, daß mir eine schriftliche Abstimmung schon aus anderen Erwägungen gar nicht notwendig zu sein scheint, da es ebenfalls nur eine Richtlinie für die Fraktion sein kann.

Denn die Fraktion muß letzten Endes den Ministerpräsidenten in geheimer Abstimmung mit dem Stimmzettel wählen. Ich bitte, von einer schriftlichen Abstimmung abzusehen. Sind die Damen und Herren damit einverstanden? Das ist der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich aufzustehen. - Das ist die Mehrheit. Meine verehrten Damen und Herren, nun will ich Euch noch was sagen; ich stehe hier auf dem Standpunkt ...

(Zuruf: Gegenprobe!)

Die Gegenprobe werde ich sofort durchführen lassen. - Wir in der Union sollen eine Familie sein, die Dinge dürfen nicht so überspitzt werden, daß letzten Endes eine Person gleich der Union gesetzt wird.

(Sehr richtig!)

Das geht zu weit. Wir wollen die Dinge da nicht auf die Spitze treiben, daß man sich wegen Personen in Beifalls- und Mißfallenskundgebungen so in die Hitze hineinredet. Ich bitte um die Gegenprobe. - Das ist die Minderheit. Damit ist der Antrag *Ortloph* angenommen.

(Verschiedene gleichzeitige Zwischenrufe. - Bei der Gegenprobe: Aha, die Oberbayern! - Zuruf *Ostermaier*: Wir haben es gewagt, im Jahre 1932 gegen den Nationalsozialismus zu stehen, und fürchten uns auch heute nicht, unsere Meinung kundzutun.)

Meine verehrten Anwesenden! Ich bitte um Ruhe. Sie erweisen dem Landesvorsitzenden keinen Dienst, wenn Sie seine Person zum Gegenstand leidenschaftlicher Auseinandersetzungen innerhalb der Union machen. Das geht zu weit. Das muß jeder vernünftige Mensch einsehen. Die Fraktions- und Parteikollegen, die anderer Meinung sind, brauchen sich von den anderen nicht beschimpfen zu lassen.

(Beifall.)

Von christlicher Liebe und Rücksichtnahme auf die einzelnen Personen muß man erst in der Union das Richtige lernen!

Krempl: Ein Wort zu einer persönlichen Erklärung: Ich habe in diesem Fall gegen den Antrag gestimmt, und da möchte ich erklären, warum. Weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß ich nicht der Anbeter einer Persönlichkeit bin.

(Beifall.)

Ich stehe auf folgendem Standpunkt: Für uns ist einzig und allein die Politik maßgebend, die die Mehrheit macht, und für mich ist der Führer die christliche Idee. Ich stehe zu *Müller* und halte zu *Müller* und stehe zu *Hundhammer* und halte zu *Hundhammer*. Ich bedauere, daß mein Freund *Haußleiter* wieder eine Dissonanz hereingetragen hat.

(Hört!)

Denn das darf ich ohne Beschönigung sagen, es ist nicht wahr, daß wir uneinig sind. Wir sind in Wirklichkeit einig, das ist die Hauptsache. Es wäre zu bedauern, wenn aus dieser Abstimmung heraus - Herr *Haußleiter*, manchmal haust Du auch daneben! - jetzt am Schluß eine Dissonanz mit nach Hause getragen würde. Ich habe dagegen gestimmt, weil ich jeder persönlichen Vergötterung feindlich bin.

(Beifall.)

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Sonst liegt keine Wortmeldung mehr vor.

(Zuruf: Ich bitte *Haußleiter* zu überprüfen, ob der Antrag nicht zurückzuziehen ist.)

Haußleiter: Zur Abgabe einer persönlichen Erklärung. Ich möchte hier folgendes erklären: Der Antrag *Ortloph*, den ich nicht eingebracht habe, ist abgewogen und gibt den Standpunkt wieder, den viele von uns teilen, daß Dr. *Müller* bei der Regierungsbildung einen maßgeblichen Einfluß haben soll.

(Zuruf: Hat er ja schon!)

Ich glaube, abgewogener kann in dem Falle nicht formuliert werden. - Darauf hat sich folgendes ereignet: Ich nehme es Parteifreund Dr. *Hundhammer* nicht übel, wenn er seinen Standpunkt vertritt. Ich vertrete meinen. - Er hat aber Bezug genommen auf das gegen Dr. *Müller* schwebende Verfahren. Dagegen habe ich mich gewandt. Das ist mein gutes Recht. Meiner Ansicht nach bedeutet das nicht, daß ein Mißklang in die Versammlung hineingebracht ist. Ich war es heute, der das größte Gewicht darauf gelegt hat, daß Dr. *Hundhammer* persönlich klar und sachlich die Linie seiner Politik entwickelt. Das halte ich für eine vernünftige Art von Demokratie. Aber ich glaube, wir haben das Recht, hier in dieser Versammlung zu sagen, wen wir als maßgeblich beteiligt an der Regierungsbildung ansehen. Dazu sind wir doch bestimmt. Wenn ich da meine Meinung äußere, dann bringe ich doch keine Dissonanz in die Versammlung.

(Sehr richtig!)

Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß Dr. *Hundhammer* wegen des Spruchkammerverfahrens gegen Dr. *Müller* Stellung genommen hat. Dagegen kann ich Stellung nehmen. Liebe Freunde! Ich glaube, wenn wir uns so klar aussprechen, dann endet die Versammlung nicht in einem Mißklang, sondern mit dem gemeinsamen Entschluß, gemeinsam für die Ideale der Union einzutreten. Aber ein Entschluß muß gefaßt werden. Meine Entschließung ziehe ich nicht zurück.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Damit ist die Angelegenheit erledigt.

(Zuruf Dr. *Balling*: Eine Anfrage!)

Dr. *Stang*: Dem Herrn Landesvorsitzenden Dr. *Müller* ist gestern durch die 76%, die sich für ihn ausgesprochen haben, ein Vertrauensvotum gegeben worden. Damit ist er insbesondere als Landesvorsitzender an den Verhandlungen zur Regierungsbildung maßgeblich beteiligt. Es ist meiner Auffassung nach nicht notwendig, daß das eigens erklärt wird. Es heißt ein altes lateinisches Sprichwort: Ne bis in idem. Ich glaube, daß damit die Sache erledigt werden könnte - Nicht zweimal für dieselbe Sache etwas zu tun.

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Es ist schon etwas verschiedenes.

Ortloph: Meine lieben Parteifreunde! Ich wehre mich dagegen, daß mir der Vorwurf gemacht worden ist, wie wenn mein Antrag eine Vergötterung *Müllers* darstelle. Dagegen wehre ich mich mit aller Entschiedenheit. Er stellt keine Vergötterung *Müllers* dar, sondern diese Entschließung, die ich Sie gebeten habe anzunehmen, sollte bloß Ihre Stimmung kundtun, wer eine entscheidende Aufgabe bei der neuen Regierungsbildung übernehmen soll, sonst nichts.

(Beifall.)

Man macht aus einer Sache etwas, aus der gar nichts zu machen ist. Aber ich bitte Sie innigst, zerschlagen Sie mir die Einigkeit der Union nicht!

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Damit ist die Angelegenheit erledigt. Bitte *Liedig* zu einer geschäftlichen Mitteilung.
(*Liedig* gibt die Abfahrtszeiten der Züge und Omnibusse bekannt; ebenso, daß für die evangelischen Landtagsabgeordneten am 16. Dezember 1946 um 9 Uhr ein Gottesdienst in der Erlöserkirche in München stattfindet.)
Eine Sache außerhalb der Tagesordnung:
Der Antrag zur Entnazifizierung ist nicht zulässig. Ich bitte die Kollegen, einverstanden zu sein, daß das noch verlesen wird.
Vollmann (Illertissen): Er lautet:

> Die immer größer werdenden Schwierigkeiten und Gefahren, die sich aus der Durchführung des Befreiungsgesetzes ergeben, zwingen zu einer grundsätzlichen Stellungnahme zu der Frage, ob die Durchführung des Gesetzes noch vertreten werden kann.

Ich glaube, folgenden Antrag der Landesversammlung noch vorlesen zu müssen.
Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Eine solche Entschließung ist nicht zulässig. Ich bitte, die ganze Sache dem Landesausschuß zu überweisen. Sie ist nicht zulässig aus Gründen, die ich Ihnen noch sagen werde.
Vollmann: Dann formuliere ich anders:

> Die Union erklärt mit allem Ernst und Nachdruck, daß die Milderung des Befreiungsgesetzes eine unbedingte Notwendigkeit ist, und betrachtet folgende Änderung als eine ihrer vordringlichen Ziele:

Vorsitzender [*Michael Horlacher*]: Meine verehrten Herren! Dem Herrn Antragsteller wird Rechnung getragen, wenn seine Entschließung der Parteileitung und dem Landesausschuß mitgeteilt wird, damit der zuständige Herr Minister sich zu dieser Frage äußern kann. Eine solche Frage kann doch nicht von der Landesversammlung behandelt werden; sie wird dem Landesausschuß überwiesen. Damit ist Ihren Belangen Rechnung getragen. Die Sache ist erledigt. Wir sind am Schluß angelangt.
Ich darf ganz offen und ehrlich feststellen, daß der gestrige Tag ein Tag war, mit dem sich die Union hat sehen lassen können. Wir sind demgegenüber heute früh wieder etwas abgesunken - ich drücke mich ganz vorsichtig aus. Diese Täler des Absinkens vertragen wir nicht mehr lange. Es ist notwendig, daß wir wirklich Menschen werden, die nach den Grundsätzen der Union zu arbeiten beginnen, Menschen, die Achtung vor der Überzeugung des anderen haben. Die Methoden, die aus früheren Zeiten herüberkommen, wo der einzelne nur deswegen bekämpft wird, weil er eine andere Meinung hat, müssen aufhören. Wir wollen die Freiheit unserer Person haben.

(Beifall.)

Die lassen wir uns von niemand streitig machen. Jetzt kommt dann das Fest des Friedens heran, das Weihnachtsfest. Möge es die Richtschnur sein für die Christlich-Soziale Union in den kommenden Tagen,

(Zuruf: Auch für Oberbayern!)

mögen Sie sich darauf einstellen. Die Herren haben immer gehässige Bemerkungen hinüber und herüber; so geht es nicht. Ich gebe von der Landesversammlung aus der Fraktion den Wunsch hinüber, daß die Union für unser bayerisches und deutsches Vaterland wichtige Aufbauarbeit leisten möge. Damit schließe ich die Versammlung.

Schluß der Landesversammlung 13.12 Uhr.